Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

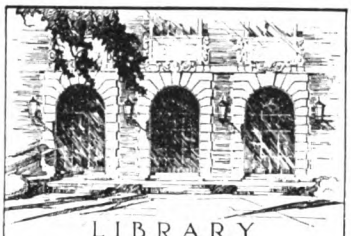
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.



LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY
OF ILLINOIS
325.24305
AU
v.1-2

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Der Auslanddeutsche

HALBMONATSSCHRIFT FÜR AUSLAND-DEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

★

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS STUTTGART
ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDSDEUTSCHEN

★

JAHRGANG I–II * 1918/1919

JAHRGANG I–II, HEFT 9, ERSCHIENEN UNTER DEM TITEL:
MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS

STUTTGART

VERLAG DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS * DRUCK VON GREINER & PFEIFFER

Digitized by Google

Digitized by Google

Inhaltsübersicht.

Abkürzungen: A = Aufsatz. As = Ausspruch. Az = Anzeige. B = Besprechung. D = Deutschtum. Rd = Rundschau. St = Stimmen der Auslanddeutschen. Kl. N. = Kleine Nachrichten. Verschiedenes. Ztg = Aus Zeitungen und Zeitschriften.
Personen erscheinen nicht namentlich im Register, sondern werden nur bei dem betreffenden Land unter Personalien aufgeführt.

Aufsätze und Besprechungen.

Ackerknecht, E., Deutsche Büchereihandschrift . II, 436 (B)
Anzeiger, Felliner . . . . . II, 15 (B)
Arbeit, Deutsche in Österreich (Zeitschr.) . . . . II, 131 (B)
Ausland und Heimat (Zeitschr.) . . . . . II, 497 (V)
Auslanddeutschtum, Zeitschrift . . . . . II, 373 (Ztg)
Ausnahmegesetze gegen deutsche Privatrechte in den feindlichen Ländern, H. 1 Italien . . . . II, 284 (B)
Auswandererzeitung, Deutsche, hrsg. v. H. Karl Stein II, 121, 227

Baensch, W., Die Auslanddeutschen und der kommende Friede . . . . . II, 137 (A)
Banken und Wiederaufbau, das Gutachten des englischen Bankausschusses . . . . . II, 467 (B)
Bechler, Th., Zur Kriegszeit in Deutsch-Ostafrika, im Kongo und in Frankreich . . . . . II, 92 (B)
Becht, C., Eine Deutsch-Belgierin . . . . . II, 532 (B)
Behrendt, Die Auslanddeutschen im deutschen Wirtschaftsleben . . . . . II, 512 (A)
Beinert, J., Walter Flex, Gedächtnisfeier . . . . II, 284 (B)
Bergsträsser, Reich und Auslanddeutschtum . . . II, 471 (Ztg)
Bericht über die Gründungsversammlung der deutschen Gesellschaft für Auslandsbuchhandel . II, 434 (B)
Bernath, M., Die ungarländischen Deutschen . . . I, 19 (A)
Berthold, W., Die deutsche Presse in Taurien . . II, 249 (A)
„ „ Über die Deutschstämmigen in Taurien II, 417 (A)
Blaese-Hoerner, M. v., Unter Kurlands Föhren . . II, 236 (B)
Blätter, Baltische, für Theater und Kunst . . . . I, 12 (B) II, 15 (B), 94 (Az)
Blätter, Rigaer, Akademische . . . . . II, 15 (B)
Blume, W., Die Auslanddeutschen und das Reich II, 1 (A)
„ „ Zum Preisausschreiben des D. A. I. . II, 378 (A)
Böckheler, C., Die Deutschen in Südbrasilien und die Auswanderung . . . . . II, 442 (A)
Borchardt, Wahlrecht für Reichsdeutsche im Ausland II, 19 (A)
„ Der Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer . . . . . II, 506 (A)
Boschzünder (Zeitschr.) . . . . . II, 135 (Ztg)
Brauer, L., Hamburgische wissenschaftl. Anstalt zur Pflege insbes. der Auslandsforschung . . . II, 467 (B)
Brausewetter, M., J'accuse, 2 Jahre französischer Gefangenschaft . . . . . II, 407 (B)
Brepohl, F. W., Nassauische Bauernkolonien in Südrußland . . . . . I, 12 (B)
Brüder, Deutsche, in Finnlands Erde . . . . . II, 37 (B)
Buetz, B., Heimkehr der Deutschen aus Frankreich II, 247 (A)

Christ, A., Die deutschen Wehrleute aus der Schweiz II, 66 (A)
Cornelius, H., Völkerbund und Dauerfriede . . II, 438 (B)

Dehio, G. G., Livland und Elsaß . . . . . II, 406 (B
Denkmäler, Alte, aus Syrien, Palästina u. Westarabien II, 405 (B)
Deutsche Landpost . . . . . II, 438 (Ztg)
Deutscher Michel . . . . . II, 339 (B)
Deutsch-evangelisch im Auslande (Forts. später Monatshefte des Gustav-Adolf-Vereins) . . . II, 184 (Ztg)
Deutschland, Das neue. Riga . . . . . II, 15 (B)
Deutsch-Mexikanische Rundschau . . . . . II, 340 (Ztg)
Deutschtum, Das, in Rußland und seine Zukunft II, 338 (B)
Deutschtum, Vom ungarländischen . . . . . II, 295 (A)

Echo (Zeitschrift) . . . . . II, 470 (Ztg)
Eckart, Der getreue. Wien . . . . . II, 15 (B)
Eckstein, A., Staatenschutzverband zur Sicherung des Weltfriedens . . . . . II, 469 (B
Ehrler, H. H., Zeugen . . . . . II, 185 (A)
Eingeborenenbehandlung, Deutsche u. französische II, 437 (B)
Eltzschig, E., Export geistiger Arbeit . . . . . II, 533 (Ztg)
Endres, F., Bosporuswellen . . . . . II, 406 (B)
Engelhardt, E., Die Zukunft des Auslanddeutschtums II, 134 (B)
Entschädigung, Zur, der Auslanddeutschen . . . II, 350 (A)
Entschädigungsfrage, Die, in der Nationalversammlung . . . . . II, 348 (A)
Erbschaftssteuer . . . . . II, 522 (Ztg)
Die fünf Erdteile (Zeitschr.) . . . . . II, 470 (Ztg)
Zur Erinnerung an die Eröffnung der Baltischen Technischen Hochschule in Riga . . . . . II, 468 (Az)
Erdmann, H., Deutsch-Ostafrikaner, Ein Tropenroman . . . . . II, 436 (B)
Ewers, H., Warum haßt man die Deutschen? . . II, 530 (B)

Finnlands Außenhandel . . . . . II, 469 (Az)
Finnländische Handelskommission für Deutschland II, 469 (Az)
Flaubert, G., Ägypten . . . . . II, 235 (B)
Flex, W., Gedächtnisfeier zu Arensburg . . . . II, 284 (B)
Flugblätter für Deutsch-Österreichs Recht . . . . II, 130 (B)
Franke, C., Handwerk und Hausindustrie bei unseren deutschen Stammesgenossen in Böhmen II, 431 (A)
„ C., K., Deutsch-Österreichs Zukunft . . . II, 130 (B)
Franze, J., Die geschichtliche Entwicklung des Deutschtums in Rumänen . . . . . II, 413 (A), 444 (A)
Frese, A., Deutsches Land in Belgien . . . . . II, 468 (B)
Frey, Theodor, Die Gesellschaft der Missionare von Afrika „Weiße Väter" in ihrem 50jährigen Bestehen . . . . . II, 405 (B)

Gaethgens, E., Alt-Livland . . . . . II, 183 (B)
Gaster, B., Das Deutschtum in Belgien vor dem Kriege . . . . . II, 448 (A), 478 (A)

Digitized by Google

Gesell, H., Das Schicksal der Deutschen in Polen II, 104 (A)
Gieß, M., Maljada . . . . . II, 236 (B)
Gillhoff, J., Jürnjakob Swehn, der Amerikafahrer I, 30 (B)
Glaser, Bei deutschen Kolonisten in der Ukraine II, 339 (B)
Gnadl, L., Fußreise eines Bäckergesellen durch Europa, Asien und Afrika . . . . . II, 438 (B)
Grabowsky, A., Wege ins neue Deutschland . . II, 182 (B)
„ „ Die Grundprobleme des Völkerbundes . . . . . II, 436 (B)
Gratwohl, Vom neuen Erbschaftsteuergesetz . . . II, 417 (A)
Graul, R., Alt-Flandern . . . . . II, 531 (B)
Grautoff, O., Ostsee und Ostland. Bd. 1. Die baltischen Provinzen . . . . . II, 467 (B)
Grenzwarte (Zeitschr.) . . . . . II, 134 (Ztg)
Grisebach, M., Die deutsche Auswanderungsfrage und ihre Lösung . . . II, 146 (A), 197 (A)
„ „ Einzel- oder Genossenschaftssiedlung? . . . . . II, 384 (A), 419 (A)
Großmann, H., Rohstoffkrieg oder Wirtschaftsfrieden . . . . . II, 529 (B)
Grünfeld, Ernst, Neues Ausland und alte Heimat 294 (A)
Günther, V. H., Die Betätigung der Deutschen in Norwegen . . . . . I, 2 (A)

Handelsstand, Der, im Ausland (Zeitschr.) . . . . II, 470 (Ztg)
Happich, K., Die Tierärztliche Hochschule zu Dorpat II, 468 (Az)
Hartwig, A., Deutsche Auswanderung nach Südamerika . . . . . II, 534 (Ztg)
Hassel, H., Wirtschaftliche Aufgaben im Baltikum II, 406 (B)
Hauffen, Adolf, Geschichte des deutschen Michel II, 339 (B)
Heimat und Auslanddeutschtum . . . . . I, 17 (A)
Heimkehr-Kalender für die Deutschen im Auslande II, 14 (B)
Hirschland, K., Auslanddeutschtum und Friedensvertrag . . . . . II, 187 (A)
Hirschstein, H., Banken und Wiederaufbau . . . II, 467 (Az)
Hoeniger, R., Das Deutschtum im Auslande vor dem Weltkrieg . . . . . I, 30 (B)
Huber, K., Auswanderung nach Argentinien . . II, 253 (A)
Hugelmann, K. G., Der Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland . . . . . II, 130 (B)

Jannasch, Robert, † . . . . . II, 136
Imendörffer, B., Die Lage der Deutschen in den besetzten Gebieten . . . . . II, 99 (A)
„ „ Nochmals die Sprachgrenze in Kärnten und Steiermark . . . . II, 355 (A)
Immelen, M., Die italienischen Aktiengesellschaften II, 467 (B)
Isaac, M. A., Wünsche der Auslanddeutschen bei der Erfüllung des Friedensvertrags . . . . . II, 291 (A)
Jungfer, V., Kulturbilder aus Litauen . . . . . II, 468 (B)

Kaindl, R. F., Auswanderung nach dem Osten . II, 505 (A)
„ „ „ Polen . . . . . II, 37 (B)
Kaiser, H., Deutsch-Osterreich — auf ewig deutsch! < Neuere Literatur aus Deutsch-Österreich > II, 129 (B)
Kalender für die deutschen Kolonien in Rußland II, 14 (B)
Kapitalfluchtgesetz . . . . . II, 492 (A)
Kassebaum, H., Kurland, Livland, Estland . . . II, 339 (B)
Kastner, H., Freizügigkeit für Auslandflüchtlinge II, 378 (A)
Kaundinya, R., Erinnerungen aus meinen Pflanzerjahren in Deutsch-Ostafrika . . . . . II, 236 (B)
Kaupisch, Hugo, Die Befreiung von Livland und Estland . . . . . II, 405 (B)
Kaurimsky, E. F., Jugoslavien . . . . . II, 467 (B
Kiesling, H. v., Gedanken über die Umformung des deutschen diplomatischen Korps . . . . . II, 471 (Ztg)
König, Paul, Der Baumwollmarkt in seiner Entwicklg. während des Krieges bis zum Friedensschluß II, 467 (B)
Kohlrausch, Robert, Deutsche Denkstätten in Italien II, 435 (B)
Kolb, A., Als Arbeiter in Amerika . . . . . II, 531 (B)
Kolonie, Die deutsche, in Neapel . . . II, 297 (A), 351 (A)
Kraze, F., Die von Brock. Ein Baltenroman . . II, 406 (B)
Kriegsgefangene, Deutsche, in Großbritannien . II, 407 (B)
Kriegsgefangenendrangsale in Frankreich . . . . II, 469 (Az)
Kriegskalender, Illustrierter deutsch-österreichischer, und Friedenskalender . . . . . II, 236 (B)
Kriegsnotstand im baltischen Lande . . . . . II, 406 (B)
Kriegsschicksale der Deutschen im Nordkaukasus II, 248 (A)
Krumm-Heller, Alfredo, Roman . . . . . II, 283 (B)
„ „ Mexiko, mein Heimatland . . II, 435 (B)
Kühne, R., Im Krieg in Nordchina . . . . . II, 252 (A)
Kümmel, O., Die deutschen Kolonisten in Sibirien II, 189 (A)
Kurz, Isolde, Deutsche und Italiener . . . . . II, 532 (B)

Lamp, K., Das Salzburger Universitätsprojekt . . II, 436 (B)
Larsen, K., Tre maend, Siemens-Zeppelin-Abbe . II, 436 (B)
Ledóchowska, M. Th., Auslanddeutschtum u. Mission II, 190 (A)
Leinenstickereien, Siebenbürgisch-sächsische . . . II, 93 (B)
Lensch, J., Knud Knudsens Fahrt nach Ostafrika II, 532 (B)
Lesebuch, Teubners, für die baltischen Lande . . II, 133 (B)
Lessiak, P., Die Einheit Kärntens im Lichte der Namenkunde . . . . . II, 132 (B)
Litauenbuch, Das . . . . . II, 37 (B)
Loeb, M., Der papierne Feind . . . . . II, 92 (B)
Loewenfeld, K., Die Behandlung unseres Privateigentums nach den Friedensbedingungen . . II, 241 (A)
Loosli, C. A., Ausländische Einflüsse in der Schweiz II, 92 (B)
Luck-Lotzmann, Der Bund der Reichsdeutschen in Deutsch-Österreich . . . . . II, 244 (A)
Lulvès, J., Kurland und die Hohenzollern . . . . II, 468 (B)
Lusensky, F. v., Der deutsche Außenhandel auf der Grundlage des Friedensvertrags . II, 529 (B)
„ „ „ Die Einwirkungen des Friedensvertrags auf die Privatrechte . . II, 529 (B)
Lutz, O., Akademiker und die Auswanderung . . II, 533 (Ztg)

Maier, G., Vom Deutschtum in Chile . . . . . II, 20 (A)
Manes, A. S., Der Völkerbund-Vorschlag . . . . II, 530 (B)
Mannhart, H., siehe Bücher- und Zeitschriftenschau
Maulbecker, M., Leitstern für Auswanderer nach Argentinien, Brasilien, Mexiko . . . . . II, 470 (B)
Metzsch-Schilbach, W. v., Merkbuch für Litauen . II, 531 (B)
Meuß, J. F., Die deutsche Flagge . . . . . II, 182 (B)
Meyer, W., Die Baltenschule in Misdroy . . . . II, 85
Minderheits-Schutzgesetze . . . . . II, 95 (Ztg)
Minister, Württemb., über das Auslanddeutschtum II, 186 (A)
Mitteilungen für China-Deutsche (Zeitschr.) . . . II, 237 (Ztg)
Mitteilungsblatt für Auslanddeutsche . . . . . II, 183 (Ztg)
Monatshefte des Gustav-Adolf-Verein (früher: Deutsch-evangelisch im Auslande) . . . . . II, 184 (Ztg)
Montanus, Die nationale Entwicklung Tirols in den letzten Jahrzehnten . . . . . II, 132 (B)
Morgner, A., Der Bericht des Verwalters des fremden Eigentums in Amerika . . . . . 299 (A
Müller, G. H., Deutsche und Tschechen . . . . . II, 407 (B)
Müller-Waldberg, M. Hilgermanns . . . . . II, 532 (B)

Digitized by Google

Nachrichten, Deutsch-österreichische (Zeitung) . . II, 374 (Az)
„ vom Bunde der Reichsdeutschen in Deutsch-Österreich . . . . . II, 372 (Ztg)
„ für Handel, Industrie u. Landwirtschaft II, 134 (Ztg)
Nachrichtenblatt für Balten (Zeitschr.) . . . . . II, 237 (Ztg)
„ des Bundes der Auslanddeutschen II, 438 (Ztg)
„ des Reichsamts für deutsche Einwanderung . . . . . II, 183 (Ztg)
„ des Reichsverbandes der Auslanddeutschen . . . . . II, 438 (Ztg)
Nachrichtendienst, Wirtschaftlicher . . . . . II, 134
Nagel, F., Die Ostlandwanderung der Deutschen II, 437 (B)
Nicolai, G. O., Warum ich aus Deutschland ging II, 93 (B)
Not, Die, der aus Feindesland vertriebenen Reichsdeutschen . . . . . II, 18 (A)

Oehler, W. J., Auslanddeutschtum und Kino . . II, 421 (A)
„ „ „ Das bosnische Deutschtum nach dem Umsturz . . . . . II, 383 (A)
„ „ „ Deutsche Kolonien und evangelische Gemeinden in Bosnien. 1917/18. . II, 404 (B)
Oehquist, J., Finnland . . . . . II, 182 (B)
Ohorn, A., Deutsch-Österreich — auf ewig deutsch! II, 130 (B)
Ostasiatenwoche, Die, in Berlin . . . . . II, 461

Paul, C., Mission und Auslanddeutschtum . . . II, 37 (B)
Pernitzsch, G., Die Deutschen in China während des Krieges . . . . . II, 42 (A)
Peschke, R., Entstehung, Verlauf und Zukunft der deutsch-russischen Rückwanderungsbewegung II, 44 (A)
Pirchegger, H., Das steirische Draugebiet ein Teil Deutsch-Österreichs . . . . . II, 131 (B)
Pirker, M., Die Zukunft der deutsch-österreichischen Alpenländer . . . . . II, 132 (B)
Probst, P. v., Missionar und Kaufmann . . . . . II, 439

Raphaelsblatt . . . . . II, 340 (Az)
Reichseinkommensteuergesetz . . . . . II, 523
Reichshilfe für Auslandschäden . . . . . II, 474 (A)
Renner, Winke für Auswanderer . . . . . II, 301 (A)
Richter, A., Dem Rachen John Bulls entschlüpft! II, 469 (B)
Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen für Schäden Deutscher im Ausland . . . . . II, 474 (A)
Rogge, Marcello, Unsere Bundesgenossen . . . . II, 405 (B)
Rosenbaum, M., Deutschtum in Sofia . . . . . II, 98 (A)
Rückwandererhilfe . . . . . II, 290 (A)
Rühlmann, Der Völkerbundgedanke . . . . . II, 530 (B)
Ruhmeshalle deutscher Arbeit in der österreichisch-ungarischen Monarchie . . . . . II, 61 (B)
Rundschau, Deutsch-mexikanische . . . . . II, 340 (Ztg)

Sassenbach, J., Deutsche Arbeiter in England . . I, 6 (A)
Saurmann, F., Friede, Freiheit und Recht . . . . II, 69 (A)
Schad, Gottlieb, Die deutsche Presse in Taurien II, 382 (A)
Schädel, B., Hamburgische wissenschaftliche Anstalt zur Pflege insbes. der Auslandsforschung . . II, 467 (B)
Scheler, M., Die Ursachen des Deutschenhasses . II, 236 (B)
Scheller-Steinwartz, Amerika und wir . . . . . II, 436 (B)
Schicksal, Das, der deutschen Kolonien in d. Ukraine II, 141 (A)
Schiemann, Theodor, Wie die Presse unserer Feinde den Krieg vorbereitet und erzwungen hat . . II, 339 (B)
Schilder, S., Die auswärtigen Kapitalanlagen vor und nach dem Weltkrieg . . . . . II, 530 (B)
Schlesinger, Der Verband der Deutschen in der Schweiz . . . . . II, 353 (A)
Schmitthenner, P., Ein verdienter Auslanddeutscher II, 115
Schnapperelle, H., Die Bedrängnis der Deutschen in Lodz . . . . . II, 480 (A)
„ „ Neun Tage im Rückwandererzug Lodz—Berlin . . . . . II, 354 (A)
Schnee, A., Meine Erlebnisse während der Kriegszeit in Deutsch-Ostafrika . . . . . II, 92 (B)
Schnürlé, K., Das neue englische Fremdengesetz II, 143 (A)
Schrameier, W., Auswärtiges Amt und Auslandsvertretung . . . . . II, 338 (B)
Schuchart, Th., Die Außenhandels-Förderung Englands in ihrer neuesten Entwicklung I, 11 (B)
„ „ Japans Rüstung f. den Handelskrieg I, 11 (B)
Schücking, Zur Entschädigungsfrage . . . . . II, 514 (A)
Schuhmacher, Die deutschen Kolonien in Palästina II, 4 (A)
Schule, Unsere, Monatsschrift für das deutsche Schulwesen in Polen . . . . . I, 12 (B)
„ Die baltische, Riga . . . . . II, 15 (B)
Schulte im Hofe, A., Auswanderung und Auswanderungspolitik . . . . . II, 132 (B)
Schwoner, A., Sollen wir uns Deutschland anschließen? . . . . . II, 130 (B)
Secker, F., Aus China abgeschoben . . . . . II, 251 (A)
Siedler, Der, im Osten (Zeitschr.) . . . . . II, 503 (Ztg)
Sieger, R., Die Sprachgrenze in Kärnten und Steiermark . . . . . II, 245 (B)
„ „ Volksbewußtsein und Heimatgefühl . II, 441 (A)
Solf, C. H., Die Mission in den deutschen Schutzgebieten . . . . . II, 437 (B)
Sommerlad, Theo, Die geschichtliche Stellung der russischen Ostseeprovinzen . . . . . II, 530 (B)
Spanien (Zeitschr.) . . . . . II, 237 (Ztg)
Stach, J., Beschreibung der Geschichte u. des zeitgemäßen Lebens der südrussischen Kolonisten II, 515 (A)
Staude, O., Dorpat und Rostock . . . . . II, 283 (B)
Stavenhagen, K., Die Entwicklung der Baltenmark II, 103 (A)
Steinäcker, M., Die deutsche Schwester in Sibirien II, 339 (B)
Stichel, B., Die bedrohten Interessen Deutschlands in Marokko . . . . . II, 188 (A)
Straubinger, Neu-Vaterland . . . . . II, 470 (Az)
Strutz, G., Die Personalsteuerpflicht der aus Anlaß des Krieges zurückgekehrten Auslanddeutschen II, 191 (A)
Stutz, J., Blätter aus Kriegstagen der Basler Missionsstation Sakbayeme in Kamerun . . . . . II, 93 (B)

Tagesfragen der Auslandwirtschaft . . . . . II, 466 (Az)
Terks, E., Das Heimweh unserer Kriegsgefangenen II, 469 (B)
Theater, Das deutsche, in Riga abgebrannt . . . II, 22 (A)
Tschechengefahr, Die, für die Grafschaft Glatz . II, 437 (B)

Überseeboote (Zeitschr.) . . . . . II, 373 (Az)
Uhlig, C., Neue Karten zur gegenwärtigen politischen Lage . . . . . II, 284 (B)
Unger, E., Die Jungtürken und die Deutschen in Konstantinopel . . . . . II, 139 (A)

Videant Consules, Das Äußere des Deutschen im Auslande . . . . . II, 407 (B)
Vierburgenland (Zeitschr.) . . . . . II, 237 (Ztg)
Viereck, L., Die amerikanischen „Göttinger“ . . . II, 510 (A)

Digitized by Google

Viereck, L., Deutsche Vereine an amerikanischen Universitäten . . . . . II, 379 (A)
Der Völkerbund-Vorschlag der deutschen Regierung mit dem Entwurf für ein Weltarbeiterrecht . II, 530 (B)
Volkskalender, Illustrierter deutsch-österreichischer II, 236 (B)

Wacht, Deutsche (Zeitschr.) . . . . . II, 86, 185
Wahlrecht für Reichsdeutsche im Ausland . . . . II, 19 (A)
Wahlrechtsfrage, Die . . . . . II, 46 (A)
Walsleben, M. von, s. Steinäcker, M. von
Wanner, Th., Die Auslanddeutschen und das Reich II, 41 (A)
Weck, R., In Deutsch-Südwestafrika 1913—1915 . II, 93 (B)
Wehberg, H., Der Deutsche im Auslande . . . . II, 530 (B)
„ „ s. Der Völkerbundvorschlag . . . II, 530 (B)
Weiser, Ch. F., Das Auslanddeutschtum und das neue Reich . . . . . II, 35 (B)
Weltarbeiterrecht, s. Völkerbundvorschlag . . . . II, 530 (B)
Wer ist ein Deutscher? Die Fragen der Staatsangehörigkeit . . . . . II, 38 (B)
Wertheimer, Fritz, Vom alten und vom neuen Auslanddeutschtum . . . . . II, 292 (A)
„ „ Die Entwicklung im Baltikum I, 21 (A)
Westphaln, Das Alexanderhospital in St. Petersburg II, 507 (A)
Wiesebach, Wilhelm S. J., Wildes Land und deutsche Hand. Eine Erzählung aus den deutschen Kolonien Südbrasiliens . . . . . II, 339 (B)
Wie war's? . . . . . II, 530 (B)
Wilmanns, H., Ein kriegerischer Kaufmannszug durch Mexiko . . . . . II, 435 (B)
Woltereck, R., Denkschrift über die geistige Beschäftigung der deutschen Gefangenen in Frankreich II, 407 (B)
Wotawa, A., Aufgaben eines deutsch-österreichischen Instituts für das Auslanddeutschtum . . . . II, 422 (Rd)
Wram, H., Paris 1914—18 . . . . . II, 93 (B)
Würz, F., Die Basler Mission am Scheidewege . . II, 182 (B)
Würzburger, E., Neue Bevölkerungssorgen . . . II, 532 (Ztg)
Wunderlich, E., siehe Bücher- u. Zeitschriftenschau
Wutte, M., Deutsche und Slowenen in Kärnten . II, 131 (B)

Zeitung der 10. Armee im Urteile ihrer Leser . . II, 405
„ Deutsche, für die Krim und Taurien . . II, 15 (B)
„ Deutsche, für Osttaurien . . . . . II, 15 (B)
Zetzsche, H., Englisches Hilfsbuch f. Auswanderer II, 530 (B)
Ziebart, N., Rußlands größter Schafzüchter . . . II, 515 (A)
Zobeltitz, M. v., Die Frau und das Auswanderungsproblem . . . . . II, 439 (Ztg)
Zöckler, Th., Das Deutschtum in Galizien . . . II, 61 (B)

Länder- und Sachregister.

Ägypten
Landeskunde . . . . . II, 235 (B)
Afrika
D Missionen . . . . . II, 26 (Rd), 53, 218, 405 (B)
Arabien
Kunst . . . . . II, 405 (B)
Argentinien
Wirtschaft . . . . . II, 427 (Rd)
Beziehungen, deutsch-argentinische . II, 309 (Rd), 426 (Rd)
D Allgemeines . . . . . II, 210 (Rd), 262 (Rd)
D Besitz und Unternehmungen . . . . . II, 358 (Rd)
D Einwanderung II, 253 (A), 325, 327, 403, 519 (Rd), 528
D Presse . . . . . II, 112 (Rd)
D Vereine . . . . . II, 361
Asien
D Forschungsreisen . . . . . II, 429 (V)
Australien
D Allgemeines . . . . . II, 110 (Rd)
D Rückwanderung . . . . . II, 390 (Rd)
D Stellung zum Wirtsvolk . . . . . II, 488 (Rd)
Ausland
Buchhandel, deutscher . . . . . II, 78, 172, 434 (B)
Einwanderung nach Deutschland . . . . . II, 463
Einwanderungsgesetze . . . . . II, 276
Fremdengesetzgebung . . . . . II, 284 (B)
Guthaben, deutsche . . . . . II, 230, 493
Krieg gegen deutsche Wissenschaft . II, 77 (Rd), 286 (Ztg)
Presse . . . . . II, 92 (B)
Wertpapiere, Abgabe . . . . . II, 173, 174
Wirtschaft . . . . . II, 466 (B), 493
Handelskammern, deutsche . . . . . II, 229
Presse, deutsche . . . . . II, 286 (Ztg)
Auslanddeutsche im Deutschen Reich
Allgemeines . . . . . II, 169, 512 (A)
Entschädigung II, 123 (St), 125, 126, 165, 224, 278 (St), 322, 438 (Ztg), 476 (A), 462, 496 (St), 514 (A)
Erwerbslosenfürsorge . . . . . II, 399
Lebensmittelbezug . . . . . II, 333
Personalien . . . . . II, 115
Petitionen an die Nationalversammlung II, 119, 173, 323
Rückreise ins Ausland . . . . . II, 231
Steuerfrage II, 27 (St), 54 (St), 88 (St), 120, 191 (A), 224, 225, 228 (St), 273, 274, 323, 330 (St), 399, 462, 466, 477 (A), 492, 522, 523
Studierende in Deutschland I, 8, II, 30, 82, 114, 115, 118, 178, 211, 263, 264, 310, 311, 428, 465, 522
Vereinigungen I, 29, II, 30, 31, 39, 62, 63, 82—87, 117—119, 125, 164, 167—171, 183, 184, 218—223, 268—273, 319, 321, 398, 400, 461, 527
Bund der Auslandsdeutschen II, 289, 315—321, 362—367, 409, 427—428, 438, 457—461, 490—491, 525—527
Wahlrecht . . . . . II, 1 (A), 40
s. auch Auslandsdeutschtum, Wahlrecht
Wohnungsberechtigung . . . . . II, 333, 378, 491
Zollfreiheit . . . . . II, 464
Auslanddeutschtum
Allgemeines I, 30 (B), II, 14 (B), 35 (B), 36 (B), 39 (Ztg), 78, 94 (Ztg), 124, 134 (B), 135 (Ztg), 176 (St), 182 (B), 186, 237, 273, 274, 286 (Ztg), 323, 341 (Ztg), 346 (A), 373 (Ztg), 407 (B), 421 (A), 471 (Ztg), 530 (B), 535 (Ztg)
Entschädigung . . . II, 30 (St), 474 (A), 476 (A), 527 (St)
Kirche und Mission . II, 37 (B), 164, 190 (A), II, 374 (Ztg)
Rückwanderung . . . . . II, 177 (St)
s. auch Vereine, Rückwandererhilfe
Schulwesen . . . . . 263, 312, 340 (Ztg)

Digitized by Google

in der Schule . . . . II, 401 (St), 503 (Ztg), 522
an Universitäten . . . . . II, 114
Staatsangehörigkeit . . . . . II, 78
Tierärztliche Sachverständige . . . . . II, 332
Vorbildung der Diplomaten . . . . . II, 124
Vorbildung der Pfarrer . . . . . II, 374
Wahlrecht . . . . . II, 19 (A), II, 46, 497 (St)

Auslandkunde . . . . . II, 467 (B)

Australien
D Allgemeines . . . . . II, 110 (Rd)

Auswanderung
Allgemeines II, 87, 121, 132 (B), 146 (A), 174, 175, 197, 226, 227, 228, 275, 277, 278, 292 (A), 301 (A), 324, 325, 342 (Ztg), 367, 384 (A), 403, 404, 419 (A), 470 (B), 494, 532 (Ztg)
Agenten, schwindelhafte II, 57, 122, 226, 325, 328, 404, 462
von Akademikern . . . . . II, 533 (Ztg)
Auskunftsstellen für Frauenberatung . . . II, 439 (Ztg)
Fürsorge für Techniker . . . . . II, 429, 528
Reichswanderungspolitik II, 121, 122, 178, 183 (Ztg), 230, 274, 324, 368, 464, 471 (Ztg)
Steuerpflicht . . . . . II, 323, 495
Vereine II, 226, 227, 276–278, 326, 327, 368, 528, 529
Zeitung . . . . . II, 121, 183, 227, 497

Baltikum
Allgemeines I, 10, II, 37 (B), 339 (B), 405 (B), 467 (B), 468 (B) 530 (B), 531 (B)
Buchhandel . . . . . II, 341 (Ztg)
Hochschulen . . I, 9, 10, 25, 26, II, 9, 10, 283 (B), 468 (B)
Schule . . . . . I, 26, II, 10
D Allgemeines I, 21 (A), II, 24 (Rd), 103 (A), 134 (Rd), 182 (B) 206 (Rd), 236 (B), 257 (Rd), 406 (B), 454 (Rd)
D Einwanderung . . . . II, 305 (Rd), 356 (Rd), 484 (Rd)
D Kirche . . . . . I, 27, II, 217
D Kunst . . . . . I, 8, 25, II, 9, 15, 29, 114, 332, 427
D Personalien I, 24, 25, 31, II, 9, 24, 25, 157 (Rd), 211 (Kl. N.), 303 (Rd), 305 (Rd), 488 (Rd), 517 (Rd)
D Presse . . . . I, 31, II, 15, 94 (Ztg), 237 (Ztg), 392 (Ztg)
D Rückwanderung . . . . . II, 270, 402
D Schule . . . I, 26, II, 29, 116, 133 (B), 158, 264, 311
D Stellung zum Wirtsvolk . . . . . II, 7 (Rd), 28 (Rd)
D Vereine . . . . . I, 8, II, 12, 28, 217, 266, 314, 399

Banat s. Ungarn, Rumänien, Südslavisches Reich

Belgien
Deutschenhetze . . . . . II, 207 (Rd)
Handelsbeziehungen, deutsch-belgische 259 (Rd), 307 (Rd)
Kunst . . . . . II, 531 (B)
D Allgemeines . . II, 154 (Rd), 259 (Rd), 448 (A), 478 (A)
D Besitz u. Unternehm. II, 73 (Rd), 120, 307, 389 (Rd), 494
D Einwanderung . . . . . II, 402
D Personalien . . . . . II, 391
D Schule . . . . . II, 158, 264, 360
D Siedlung . . . . . II, 468 (B)

Böhmen s. Tschechoslowakei

Bosnien s. Südslavisches Reich

Brasilien
Presse . . . . . II, 487 (Rd)
D Allgemeines . . . . . II, 156 (Rd), 339 (B)
D Besitz . II, 112 (Rd), 262 (Rd), 358 (Rd), 426 (Rd), 487 (Rd)
D Einwanderung . . II, 369, 429, 442 (A), 464, 495, 527
D Kirche . . . . . II, 162, 425 (Rd)
D Personalien . . . . . II, 359, 391
D Presse . . . . . II, 521
D Schule . . . . . II, 425 (Rd)
D Vereine . . . . . 426 (Rd)

Britisch-Indien
Fremdengesetzgebung . . . . . II, 261 (Rd), 390 (Rd)
Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich II, 497, 519 (Rd)
D Friedensvertrag . . . . . II, 519
D Gefangene . . . . . II, 400
D Kirche und Mission . . . . . II, 82

Bücher-, Zeitschriften- und Kartenschau
Von H. Mannhart und E. Wunderlich . . I, 11, 29, II, 13, 32, 57, 89, 126, 179, 231, 280, 334, 369, 404, 430, 466, 499, 529

Bukowina s. Rumänien

Bulgarien
Fremdengesetzgebung . . . . . II, 517
Landeskunde . . . . . II, 405 (B)
D Allgemeines . . . . . II, 98 (A), 261 (Rd)
D Vereine . . . . . II, 109 (Rd)

Canada
Fremdengesetzgebung . . . . . II, 111 (Rd), 208 (Rd)
D Gefangene . . . . . II, 77 (Rd)
D Rückwanderung . . . . . II, 390 (Rd)

Chile
Fremdengesetzgebung . . . . . II, 176
D Allgemeines . . . . . II, 20 (A), 24 (Rd)

China
D Allgemeines II, 5 (Rd), 26 (Rd), 42 (A), 74 (Rd), 112 (Rd), 156 (Rd), 182 (Ztg), 237 (Ztg), 263 (Rd), II, 309 (Rd), 487 (Rd), 519 (Rd)
D Einwanderung . . . . . II, 429
D Friedensvertrag . . . . . II, 358
D Gefangene . . . . . II, 252 (A)
D Kirche und Mission . II, 53, 117, 164, 268, 360, 439 (Ztg)
D Krankenwesen . . . . . II, 391
D Personalien . . . . . II, 427
D Rückwanderung II, 75 (Rd), II, 112 (Rd), 156 (Rd), 165 210 (Rd), 251 (A)
D Schule . . . . . II, 212, 265, 427, 521
D Vereine . . . . . II, 314, 489

Columbien
D Allgemeines . . . . . 486 (Rd)

Dänemark
Wissenschaftliche Beziehungen zum Deutschen Reich . . . . . II, 263 (Rd)
D Allgemeines . . . . . II, 306 (Rd)
D Vereine . . . . . II, 81, 456

Deutsches Ausland-Institut
Archiv . . . . . I, 15
Auskunft- und Vermittlungsstelle I, 16, 31, II, 16, 288, 343, 375, 408, 440, 472, 504, 536
Ausstellung . . . . . I, 12, 31, II, 440
Auswandererberatung . . . . . II, 343
Bibliothek . . . . . I, 15
Kartothek der Auslanddeutschen . . . . . II, 184
Lesesaal . . . . . II, 440
Lichtbilderabteilung . . . . . II, 439

Digitized by Google

Preisausschreiben II, 1, 18, 46, 65, 97, 138, 287, 377, 378 (A)
Staatsrechtliche Kommission II, 65, 97, 138, 239, 287, 342, 374, 408
Stellenvermittlung . . . . . I, 16, II, 375, 408
Tagungen . . . . . II, 239
Veröffentlichungen . . . . . I, 15
„Mitteilungen" (Zur Einführung) . . . I, 1 (A)
von Jg. II, Nr. 10 ab „Der Auslanddeutsche" II, 345
„Weltwirtschaft" . . . . . II, 96
Vorträge . . . . . I, 14, II, 64, 375, 472
Wanner, Th. G., Vorsitzender d. D. A. I., Doktor der Philosophie ehrenhalber . . . . . II, 503

Deutschland
Amerikanische Kommission in Deutschland . II, 231
Auslandsvertretung II, 95 (Ztg), 338 (B), 428, 462, 471 (Ztg) 521 (Kl. N.), 535 (Ztg)
Auswärtiges Amt . . . . . II, 338 (B)
Baltenschule . . . . . II, 85
Französische Gefangene . . . . . II, 437 (B)
Karten . . . . . II, 434 (Az)
Kolonien, einstige
Besitz und Unternehmungen II, 486 (Rd), 488 (Rd)
Krieg . . . . . II, 92 (B), 532 (B)
Landeskunde . . . . . II, 93 (B), 436 (B)
Mission II, 92 (B), 93 (B), 437 (B), 487 (Rd)
Personalien . . . . . II, 53, 113
Rückwanderung . . . . . II, 359 (Rd)
Wirtschaft . . . . . II, 236 (B)
Nationalcharakter . . . . . II, 236 (B), 368, 530 (B)
Nationalfarben . . . . . II, 135, 182 (B), 259 (Rd)
Presse, fremdsprachliche . . . . . II, 429
Schweizer Staatsangehörige . . . . . II, 114, 205
Vereine
Baltischer Vertrauensrat (Auskunftstelle) II, 268, 321
Deutsche Auskunftstelle für Bulgarien in Berlin . . . . . II, 56, 218
Deutsche Gesellschaft für Auslandsbuchhandel, Leipzig . . . . . II, 78, 434 (B)
Deutsche Kolonialgesellschaft . . . . II, 332
Deutsch-evangelische Missionshilfe . . . II, 163
Deutscher Gläubiger-Schutzverein für das feindliche Ausland . . . . II, 126, 179
Deutsch-spanische Vereinigung, Stuttgart II, 321, 367
Fürsorgeverein f. deutsche Rückwanderer, Berlin . . . . . II, 340, 506 (A)
Gustav-Adolf-Verein . . . . . II, 267
Rückwandererhilfe II, 290 (A), 340, 473 (A), 506 (A)
Schutzverband für deutsche Auslandsforderungen, Berlin . . . . . II, 230
Verband deutscher Kolonial- u. Auslandärzte, Berlin . . . . . II, 491
Verein für das Deutschtum im Ausland, Berlin . . . . . II, 31, 78
Zentralausschuß für den ostdeutschen Heimatdienst, Königsberg . . . . II, 211
Wirtschaftskrieg . . . . . II, 529 (B)

Deutsch-Österreich
Allgemeines . . . . . II, 236 (B), 368, 405 (B)
Fremdengesetzgebung . . . . . II, 386
Friedensvertrag II, 95 (Ztg), 99 (A), 129 (B), 202 (Rd), 245 (A), 355 (A), 355 (Rd)
Grenzdeutschtum II, 95 (Ztg), 106 (Rd), 441 (A), 483 (Rd)
Hochschulen . . . . . II, 436 (B)
Karten . . . . . II, 285 (Az), 434 (Az), 502 (B)
Minderheitsschutz . . . . . II, 95 (Ztg), 183 (Ztg)
Staat und Gesellschaft . . . . . II, 203 (Rd)
Vereine II, 158, 213, 237, 244 (A), 265, 312, 313, 360, 422 (Rd), 423 (Rd), 451 (Rd), 483 (Rd), 488

Ecuador
Staat und Gesellschaft . . . . . II, 358

Elsaß-Lothringen
Allgemeines . . . . . II, 406 (B), 527
Ausweisung . . . . . II, 398, 428, 461
Beschlagnahme deutschen Eigentums . . . II, 272
Einwanderung n. Deutschld. II, 135, 166, 224, 321, 493
Hilfskassen . . . . . II, 167, 321
Karten . . . . . II, 284 (Az)
Nationalcharakter . . . . . II, 406 (B)
Rückwanderung . . . . . II, 428
Steuerfrage . . . . . II, 174

England
Deutschenhetze . . . . . II, 208 (Rd)
Fremdengesetzgebung . . . . II, 73 (Rd), 143, 261 (Rd) 307 (Rd), 486 (Rd)
Sportbeziehungen zu Deutschland . . . . II, 308 (Rd)
Wirtschaft . . . . . I, 11 (B), II, 467 (B)
D Allgemeines . . . . . II, 110 (Rd)
D Besitz und Unternehmen . . . . . II, 49 (Rd), 261 (Rd)
D Einwanderung . . . . . I, 6 (A)
D Gefangene . . . . . 407, 469 (B)
D Kunst . . . . . II, 457, 521
D Personalien . . . . . II, 211

Estland s. Baltikum

Europa
Karten . . . . . II, 38, 284 (Az), 434 (Az)

Finnland
Landeskunde . . . . . II, 182 (B)
Wirtschaft . . . . . II, 469 (Az)
Wissenschaftl. Beziehungen z. Deutschen Reich II, 517
D Allgemeines . . . . II, 24 (Rd), 37 (B), 72 (Rd), 306 (Rd)
D Einwanderung . . . . . II, 403
D Ferienkinder . . . . . II, 389 (Rd)
D Kunst . . . . . II, 489
D Schule . . . . . II, 29
D Vereine . . . . . II, 266, 394

Frankreich
Deutschenhetze . . . . . II, 25 (Rd), 208 (Rd)
Deutsch-Schweizer . . . . . II, 152 (Rd)
Fremdengesetzgebung . . . . . II, 261 (Rd), 485 (Rd)
Handelsbeziehungen zu Deutschland . . . II, 485 (Rd)
D Ausweisung . . . . . II, 424 (Rd)
D Gefangene II, 93 (B), 407 (B), 424 (Rd), 437 (B), 469 (B)
D Kunst . . . . . II, 307 (Rd), 389 (Rd)
D Personalien . . . . . II, 310
D Rückwanderung . . . . . II, 247 (A)

Friedensvertrag von Versailles
Auslanddeutschtum . . . . . II, 187 (A)
Deutsche Missionen . . . . II, 217, 218, 315, 429
Deutscher Außenhandel . . . . . II, 529 (B)

Digitized by Google

Entschädigung . . . II, 165, 224, 238, 291 (A), 322 348—51 (A), 350 (A)
Karten . . . . . II, 502 (Az)
Privateigentum . . . II, 120, 241 (A), 321, 367, 462
Privatrechte . . . . . II, 529 (B)
Wiederaufbau . . . . . II, 492, 503 (Ztg), 525

Galizien
s. Polen, Ukraine

Guatemala
D Friedensvertrag . . . . . II, 78 (Rd), 519 (Rd)

Haïti
D Friedensvertrag . . . . . II, 390 (Rd)

Japan
Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich . II, 358 (Rd)
Wirtschaft . . . . . I, 11 (B)
D Besitz und Unternehmungen . . . II, 113, 310, 487 (Rd)
D Einwanderung . . . . . II, 328, 464, 520 (Rd)
D Friedensvertrag . . . . . II, 390 (Rd)
D Kirche und Mission . . . . II, 50 (Rd), 162, 218
D Schule . . . . . II, 80

Indien
s. Britisch-Indien

Institute
Florenz: Deutsches Kunsthistorisches Institut II, 279
Hamburg: Fichte-Hochschule . . . . . II, 311
Marburg: Institut für Deutschtum im Ausland an der Universität Marburg . . . II, 158, 311
Haag: Institut intermédiaire international . II, 334
Königsberg: Institut f. ostdeutsche Wirtschaft II, 157

Internationale Vereinigungen
Völkerbund II, 54 (St), 436 (B), 438 (B), 469 (B), 530 (B)
Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen II, 455

Italien
Fremdengesetzgebung . . . . . II, 284 (B), 517
Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich . II, 207 (Rd) 280, 357 (Rd), 517 (Rd)
Nationalcharakter . . . . . II, 531 (B)
Paßvorschriften . . . . . II, 402
Wirtschaft . . . . . II, 467 (B)
D Allgemeines . . . II, 260 (Rd), 297 (A), 351 (A), 387 (Rd) 435 (B), 452 (Rd)
D Besitz und Unternehmungen . II, 126, 329, 494, 517 (Rd)
D Einwanderung . . . . . II, 333, 369
D Friedensvertrag . . . . . II, 331 (Rd), 486 (Rd)
D Kunst . . . . . II, 286 (Ztg), 457
D Personalien . . . . . II, 427 (Kl. N.)
D Presse und Buchhandel . II, 389 (Rd), 423 (Rd), 516 (Rd)
D Stellung zum Wirtsvolk . . . II, 71 (Rd), 369, 516 (Rd)

Jugoslavien
s. Südslavisches Reich

Kärnten
s. Deutsch-Österreich und Südslawisches Reich

Kaukasus
s. Südrußland

Liberia
Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich . II, 208

Litauen
s. Baltikum

Marokko
D Allgemeines . . . . . II, 76 (Rd), 188 (A)
D Gefangene . . . . . II, 518 (Rd)

Mexiko
Landeskunde . . . . . II, 283 (B), 435 (B)
D Besitz und Unternehmung . . . . . II, 209 (Rd)
D Einwanderung . . . . . II, 325, 402, 429, 463, 495
D Personalien . . . . . II, 520
D Schule . . . . . II, 392

Mittelamerika
D Allgemeines . . . . . II, 209 (Rd)

Niederlande
Deutschenhetze . . . . . II, 207 (Rd)
D Allgemeines . . . . . II, 154 (Rd), 307 (Rd)
D Einwanderung . . . . . II, 12
D Gefangene . . . . . II, 8, 93 (B)
D Kunst . . . . . II, 332
D Personalien . . . . . I, 8, II, 8, 113, 210, 359
D Schule . . . . . II, 116, 158, 212
D Vereine . . . . . II, 81, 162, 216, 314

Niederländ.-Guayana
Einwanderung . . . . . II, 327

Niederländ.-Indien
Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich . II, 261 (Rd)
D Besitz und Unternehmungen . . . . . II, 48 (Rd)
D Einwanderung . . . . . II, 226, 276
D Personalien . . . . . II, 78

Norwegen
D Allgemeines . . . . . I, 2 (A)
D Einwanderung . . . . . II, 485 (Rd)
D Ferienkinder . . . . . II, 206 (Rd)
D Personalien . . . . . I, 25, II, 114, 263
D Presse und Buchhandel . . . . . II, 389 (Rd)
D Schule . . . . . II, 264
D Vereine . . . . I, 28 II, 11, 53, 117, 216, 217, 266, 456

Osteuropa
Karten . . . . . II, 285 (Az)
D Einwanderung . . . . . II, 403, 437 (B), 505

Palästina
Kunst . . . . . II, 405 (B)
D Allgemeines . . . . . II, 155 (Rd)
D Gefangene . . . . . II, 74 (Rd)
D Kirche und Mission . . II, 38, 208 (Rd), 261 (Rd), 395
D Personalien . . . . . II, 391 (Kl. N.)
D Rückwanderung . . . . . II, 358 (Rd)
D Siedlungswesen . . . . . II, 4 (A)

Paraguay
D Einwanderung . . . . . II, 325, 368, 403, 429, 464
D Vereine . . . . . II, 464

Persien
Fremdengesetzgebung . . . . . II, 519 (Rd)

Digitized by Google

Polen
Allgemeines . . . . . II, 37 (B), 462
Karten . . . . . II, 284 (Az), 434 (Az)
Wirtschaft . . . . . II, 11
D Allgemeines II, 72 (Rd), 104 (A), 107 (Rd), 153 (Rd), 205 (Rd), 256 (Rd), 257 (Rd), 304 (Rd), 388 (Rd), 480 (A)
D Kirche . . . . . II, 304 (Rd), 315
D Kunst . . . . . II, 229, 279, 457
D Personalien . . . . . I, 8, II, 304, 305, 359
D Rückwanderung . . . . . II, 354 (A)
D Schule I, 12 (Az), 26, II, 30, 52, 79, 212, 264, 304, 311, 359, 392
D Stellung zum Wirtsvolk . . . . . II, 455 (Rd), 485 (Rd)
D Vereine . . . . . I, 9, 10, 27, 28, II, 217, 314

Rumänien
Fremdengesetzgebung . . . . . II, 260 (Rd)
D Allgemeines . . . . . II, 413 (A), 444 (A)
D Besitz und Unternehmen . . . . . II, 260 (Rd)
D Rückwanderung . . . . . I, 25, II, 357 (Rd)
D Stellung zum Wirtsvolk . . . . . II, 517 (Rd)
D Vereine . . . . . II, 11, 489

Rußland
s. auch Sibirien, Südrußland, Ukraine
Karten . . . . . II, 285 (Az)
D Allgemeines . . . . . II, 72 (Rd), 338 (B)
D Einwanderung . . . . . II, 276
D Kirche . . . . . II, 8 (Rd)
D Kommunisten . . . . . II, 6 (Rd)
D Krankenwesen . . . . . II, 507 (A)
D Personalien . . . . . II, 427, 515 (A)
D Presse und Buchhandel . . . . . II, 94 (Ztg)
D Rückwanderung . . . . . II, 44 (A)
D Schule . . . . . I, 26, II, 10, 29, 488
D Siedlungswesen . . . . . II, 14 (B), 389 (Rd)

Schweden
Beziehungen zum Deutschen Reich . . . II, 455, 520
Einwanderung . . . . . II, 327
Kirche . . . . . II, 521
D Allgemeines . . . . . II, 154 (Rd)
D Ferienkinder . . . . . II, 207 (Rd)
D Kunst . . . . . II, 518 (Rd)
D Vereine . . . . . II, 217

Schweiz
Ausländ. Einflüsse . . . . . II, 92 (B)
Deutschenhetze . . . . . II, 205 (Rd)
Einwanderung II, 66 (A), 71 (Rd), 257 (Rd), 484 (Rd), 517 (Rd)
Französ. Propaganda . . . . . II, 256 (Rd)
Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich . II, 125
D Allgemeines . . . . . II, 52, 152 (Rd), 454 (Rd)
D Buchhandel . . . . . II, 107 (Rd)
D Einwanderung . . 107 (Rd), 120, 152 (Rd), 205 (Rd), 303 (Rd) 356 (Rd), 389 (Rd), 401 (St)
D Gefangene . . . . . II, 116, 164
D Handelskammern . . . II, 81, 116, 161, 216, 394
D Kirche und Mission . . . . . II, 114, 182 (B)
D Krankenwesen . . . . . II, 394
D Personalien . . . . . II, 28, 52, 310
D Schule . . . . . II, 79
D Vereine . . II, 23 (Rd), 53, 80, 81, 117, 160, 213—215, 265, 266, 313, 314, 353 (A), 360, 361, 393, 394, 521

Sibirien
D Gefangene . . . . . II, 339 (B), 369
D Siedlung . . . . . II, 189 (A)

Siebenbürgen s. auch Rumänien *D.*
D Hochschule . . . . . II, 489
D Personalien . . . . . II, 113 (Kl. N.), 114
D Vereine . . . . . II, 489
D Wirtschaft . . . . . II, 93 (B)

Spanien
Allgemeines . . . . . II, 237 (Ztg)
D Allgemeines . . . . . II, 110 (Rd), 155 (Rd), 374
D Einwanderung . . . . . II, 517 (Rd)
D Kirche . . . . . II, 218
D Literatur . . . . . II, 307 (Rd)

Südafrika (Brit.)
Fremdengesetzgebung . . . . . II, 110 (Rd)
Wissenschaftl. Beziehungen z. Deutschen Reich II, 518 (Rd)
D Allgemeines . . . . . II, 486 (Rd)
D Friedensvertrag . . . . . II, 389 (Rd)
D Rückwanderung . . . . . II, 26 (Rd), 262 (Rd)

Südamerika
Fremdengesetzgebung . . . . . II, 368
D Einwanderung . . . . . II, 534 (Ztg)

Südrußland
D Allgemeines . . I, 8, 24, 25, II, 49 (Rd), 109 (Rd), 248 (A)
D Besitz . . . . . II, 9
D Personalien . . . . . II, 515 (A)
D Kirche . . . . . II, 8 (Rd)
D Presse . . . . . II, 15 (B)
D Rückwanderung . . . . . I, 25
D Siedlungen . . . . . I, 10, 12 (B), II, 69 (A), 515 (A)

Südslavisches Reich
Wirtschaft . . . . . II, 467 (B)
D Allgemeines II, 245 (A), 383 (A), 423 (Rd), 451 (Rd), 452 (Rd)
D Besitz, Unternehmungen . . . . . II, 524
D Friedensvertrag von Versailles . . . . . II, 516 (Rd)
D Kunst . . . . . II, 359 (Kl. N.), 368
D Kirche und Mission . . . . . II, 162
D Siedlung . . . . . II, 383 (A), 404 (B)

Syrien
Kunst . . . . . II, 405 (B)

Tirol s. Deutsch-Österreich und Italien (Deutschtum)

Tschechoslowakei
Friedensvertrag . . . . . II, 452 (Rd)
Karten . . . . . II, 503
Nationalcharakter . . . . . II, 532 (B)
D Allgemeines . II, 70 (Rd), 106 (Rd), 151 (Rd), 255 (Rd), 279 (V), 391, 423 (Rd), 451 (Rd), 452 (Rd), 484 (Rd)
D Besitz und Unternehmungen . . . . II, 392, 481 (A)
D Hochschulen . . . . . II, 212, 213
D Kirche und Mission . . . . . II, 360
D Kunst (Theater) . . . . . 359 (Kl. N.), 489
D Personalien . . . . . II, 488
D Presse . . . . . II, 203 (Rd), 423 (Rd), 438 (Ztg)
D Schule . . . . . II, 79, 158, 391, 488
D Stellung zum Wirtsvolk . . II, 387 (Rd), 407 (B), 517 (Rd)
D Vereine II, 106 (Rd), 116, 159, 265, 302 (Rd), 313, 393, 456, 484 (Rd)

Digitized by Google

Türkei
Kunst . . . . . II, 405 (B)
Landeskunde . . . . . II, 406 (B)
D Allgemeines . . . . . II, 24 (Rd), 139 (A)
D Einwanderung . . . . . II, 465, 534 (Ztg)
D Personalien . . . . . II, 310, 520 (Kl. N.)
D Rückwanderung . . . . . II, 109 (Rd)
D Vereine . . . . . I, 10

Ukraine
D Allgemeines . II 48 (Rd), 61 (B), 204 (Rd), 417 (A), 498
D Einwanderung . . . . . II, 367
D Kirche und Mission . . . . . II, 163
D Presse . . . . . II, 249, 382, 41[illegible] (A)
D Vereine . . . . . II, 9

Ungarn
Allgemeines . . . . . II, 369
Friedensvertrag . . . . . II, 303 (Rd)
Karten . . . . . II, 285 (Az)
Landeskunde . . . . . II, 405 (B)
D Allgemeines I, 19 (A), II, 72 (Rd), 107 (Rd), 152 (Rd), 203 (Rd), 255 (Rd), 295 (A), 303 (Rd)
D Besitz und Unternehmung . . . . . II, 125
D Kunst . . . . . II, 229, 279
D Schule . . . . . II, 9, 264, 265
D Stellung zum Wirtsvolk . II, 6 (Rd), 49 (Rd), 356, 422 (Rd) 453 (Rd), 483 (Rd)
D Vereine . . . . . II, 266, 267, 297 (A), 360, 387

Unterstützungswesen
Baltenhilfe . . . . . II, 85
Deutsches Hilfswerk für die Kriegs- und Zivilgefangenen . . . . . II, 334
Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer II, 340, 506 (A)
Hilfskomitee für Riga, Königsberg i. Pr. . . II, 211
Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen, Berlin, betr. Ungarn . . . . . II, 230
Reisekostenentschädigung für Zivilgefangene . II, 400
Spenden für die baltische Landeswehr . . . II, 211

Uruguay
D Allgemeines . . . . . II, 112 (Rd)

Vereinigte Staaten von Nordamerika
Deutschenhetze . . . . . II, 77 (Rd), 424 (Rd)
Fremdengesetzgebung . II, 226, 342 (Ztg), 389 (Rd), 463
Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich . II, 125
Kirche . . . . . II, 521
Rückwanderung . . . . . II, 327 (Rd)
Staat und Gesellschaft . . . . . II, 26 (Rd), 436 (B)
Studierende in Deutschland . . . . . II, 510 (A)
D Allgemeines II, 6 (Rd), 50 (Rd), 155 (Rd), 209 (Rd), 262 (Rd) 309 (Rd), 342 (Ztg), 389 (Rd), 531 (B)
D Besitz und Unternehmungen II, 51 (Rd), 209 (Rd), 299 (A) 518 (Rd)
D Einwanderung . . . . . II, 121, 276, 493, 524
D Friedensvertrag und s. Durchführung II, 112 (Rd), 358 (Rd)
D Gefangene . . . . . II, 494
D Kunst . . . . . II, 112 (Rd), 331, 392, 521
D Lebensmittelsendungen für Deutschl. II, 424 (Rd), 519 (Rd)
D Personalien . . . . II, 117, 211, 310 (Kl. N.), 359 (Kl. N.)
D Presse . . . . . II, 76 (Rd), 309, 392 (Ztg.), 489
D Schule und Sprache . . . II, 391 (Kl. N.), 518–19 (Rd)
D Stellung zum Wirtsvolk . . . I, 30 (B), II, 424, 498
D Studentenvereine . . . . . II, 379 (A)
D Vereine . . . . . II, 361, 425 (Rd)

Digitized by Google

Digitized by Google

MITTEILUNGEN
DES
DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS

MUSEUM UND INSTITUT ZUR KUNDE DES AUSLANDDEUTSCHTUMS
UND ZUR FÖRDERUNG DEUTSCHER INTERESSEN IM AUSLAND

Jahrg. I – Nr. 1/2 STUTTGART Oktober/November 1918

ZUR EINFÜHRUNG

Die „Mitteilungen" des Deutschen Ausland Instituts beginnen ihr Erscheinen in schwerer Zeit. Mehr als die kleinen Sorgen der Papierbeschaffung und der äußeren Ausgestaltung dieser Blätter bedrücken uns alle die großen Sorgen um die politische Zukunft. Niemand weiß zur Stunde, da dies geschrieben wird, wie sich das Schicksal gestalten wird, ob es uns ein baldiges Ende des Blutvergießens bescheren wird, oder ob sich das deutsche Volk zum letzten entscheidenden Verzweiflungskampf der Abwehr feindlicher Beutegier wird aufraffen müssen. In solch schwerer Stunde dünkt uns ein Bekenntnis zu unserer Arbeit doppelt vonnöten. Das Deutsche Ausland Institut war vom ersten Tage seines Bestehens an mit Absicht eine unpolitische Organisation, unpolitisch in dem Sinne, daß es nicht teilhaben wollte an dem Parteistreit um Meinungen und Ansichten, wie unsere Entwicklung im Innern gestaltet werden sollte. Das Deutsche Ausland Institut vereinigt mit vollem Bewußtsein Männer aus allen politischen Parteien in der Zahl seiner Mitglieder und in den Reihen seiner zur Leitung berufenen Männer. Denn es vertritt den Standpunkt, daß seine Aufgabe mit innerer Politik nichts zu tun habe, sondern eine die Allgemeinheit angehende Sache sei. Arbeiter und Handwerker, Kaufleute und Industrielle, Gelehrte und Soldaten, Bauern und Großgrundbesitzer, sie alle haben das gleiche große Interesse an der Arbeit der Auslanddeutschen, deren geistigen und wirtschaftlichen Wert voll zu erkennen uns dieser Weltkrieg gelehrt hat. Deshalb haben sich Männer und führende Parlamentarier aus allen Parteien unserer Arbeit angeschlossen, weil sie mit uns davon überzeugt waren, daß der Wiederaufbau und der Ausbau der deutschen Auslandorganisationen das ganze deutsche Volk, sein Wirtschaftsleben und sein wirtschaftliches Interesse angehe. So bleibt das Ausland Institut unberührt von den politischen Entwicklungen der letzten Wochen. Nur die Hoffnung dürfen wir aussprechen, daß auch die neue Regierung des deutschen Volkes, und gerade sie, volles Verständnis für unsere Ziele haben werde. Diese Ziele sind aber unverrückbar die gleichen, möge dieser Krieg enden wie er wolle. Der Wiederaufbau unseres zerstörten Auslandgeschäftes wird eine der hervorragendsten Aufgaben der deutschen Arbeitsgemeinschaft sein. Darüber hinaus werden wir mehr wie je daran zu arbeiten haben, unseren friedlichen Wettbewerb im Auslande auf die Höhe zu bringen, deren das in Krieg und Frieden bewährte deutsche Volk bedarf und würdig ist. Der deutsche Auslandpionier wird in dieser schweren Arbeit gestützt werden müssen durch das Bewußtsein, daß ganz anders als vor dem Krieg das deutsche Volk mit vollem Verständnis hinter ihm steht. Der deutsche Gedanke in der Welt verlangt ein enges Zusammenstehen aller Volksgenossen in der Heimat vom ersten Minister, bis zum letzten Arbeiter. Er erfordert auch einen innigen Zusammenhalt der Auslanddeutschen untereinander und mit der Heimat, der sie früher aus mancherlei Gründen nur allzusehr entfremdet wurden. Daran wollen wir arbeiten. Und gerade in dieser Stunde, da Wolken am politischen Himmel aufsteigen, da Kleinmütige verzagen wollen und Pessimisten am deutschen Weltbild nur Schatten zu erkennen glauben, wenden wir uns in starkem Vertrauen auf die unserem Volke innewohnende unbesiegliche und unvergängliche Kraft, an die Deutschen in der Heimat und an die Auslanddeutschen mit dem Aufruf zur Mitarbeit an einem Werke, dessen Größe alle politischen Situationen überdauert und das lebenswichtig für Volk und Reich ist.

Digitized by Google

Die Betätigung der Deutschen in Norwegen seit Kriegsbeginn

Von Pfarrer V. H. GÜNTHER, CHRISTIANIA

Die Bedeutung des Auslandsdeutschtums ist vor dem Kriege in der Heimat nur von wenigen voll erkannt und gewürdigt worden. Als nun der Krieg kam, hat man umgekehrt wiederum von den Ausgewanderten gar vieles verlangt und erwartet, was sie einfach nicht leisten konnten. Man hat eben daheim im allgemeinen keine rechte Vorstellung von den Auslandsdeutschen und ihren Lebensbedingungen. Ich folge daher gern der an mich ergangenen Aufforderung, einiges zu erzählen von der Betätigung der Deutschen in Norwegen während des Krieges, obwohl ich mir die mancherlei Schwierigkeiten nicht verhehle.

Zunächst muß ich daran erinnern, daß es ja aus leicht verständlichen Gründen unmöglich ist, ein vollständiges Bild von dem zu geben, was die Auslandsdeutschen im Kriege für ihr Vaterland in ihrer neuen Heimat getan haben. Weiter wird es notwendig sein, einige Vorbemerkungen zu machen über die Lage der hiesigen Auslandsdeutschen sowohl im allgemeinen als auch im besonderen im Kriege. Denn erst auf diesem Hintergrund kann das zu Berichtende richtig gesehen und gewertet werden.

Kein Landsmann in der Heimat kann sich wohl eine rechte Vorstellung davon machen, was an innerer Qual und äußeren Nöten es bedeutet, den Krieg fern von der Heimat im fremden Lande erleben zu müssen, insbesondere in einem nicht gerade freundlich gestimmten, von unseren Feinden stark abhängigen Lande.

Die Stimmung der überwiegenden Mehrheit des norwegischen Volkes kann man ohne Uebertreibung als antideutsch bezeichnen. Zwar ist das lange nicht in dem Maße der Fall, wie einst im deutsch-französischen Krieg 1870/71, wo der Deutsche, wie man mir erzählt hat, sich kaum auf der Straße sehen lassen konnte, wo ihm die Fenster eingeworfen wurden usw. Aber auch jetzt ist es noch so, daß der Deutsche sich hierzulande höchstens als gerade geduldet fühlen kann. Verschiedene Ereignisse haben sogar diese Stimmung im Laufe des Krieges noch verschärft, insbesondere die zahlreichen Torpedierungen norwegischer Schiffe, zum Teil unter Verlust norwegischer Menschenleben, die Bomben-Affäre, Spionageprozesse u. ä. Gewiß gibt es auch Kreise hier, die anders denken, und wir haben viel Erfreuliches und Erhebendes an Sympathie und Verständnis für unser schwer ringendes Volk von seiten norwegischer Freunde, namentlich aus den Kreisen der Intellektuellen, erleben dürfen, aber die überwiegende Menge der Norweger sieht uns doch mit unfreundlichen und mißtrauischen Augen an.

Fast ausnahmslos einseitig aber ist vor allem die norwegische Presse. Wir haben ja hier in Norwegen die eigentümliche Erscheinung, daß keine einzige Zeitung den deutschen Standpunkt verficht. In den ersten Kriegsjahren versuchte die hiesige Presse wenigstens, den neutralen Anstrich im allgemeinen zu wahren, ein größerer Teil hat dann aber mehr oder weniger offen ihren antideutschen, oder doch ententefreundlichen Standpunkt erkennen lassen. Man erwäge einmal, was allein diese Tatsache, daß kein einziges Blatt im Lande sich auf die deutsche Seite gestellt hat, was diese Einstimmigkeit für einen moralischen Eindruck nicht nur auf die Norweger, sondern auch auf die unter ihnen lebenden Deutschen machen muß.

Was dann die äußeren Existenzmöglichkeiten anlangt, so hat natürlich der deutsche Geschäftsmann hier, selbst wenn er norwegischer Staatsbürger ist, unter dem Schwarze-Listen-System, mit dem England die norwegische Geschäftswelt nach Belieben knebelt, erst recht zu leiden, wenn er nicht überhaupt seine Existenz verliert. Aus diesen und anderen Gründen ist auch die äußere Lage des Deutschen in diesem so stark von der Entente abhängenden Lande im Kriege schwierig und gefährdet.

Wie sieht nun das Deutschtum aus, das sich diesen Verhältnissen gegenüber gestellt sieht? Die Zahl der Deutschen in Norwegen ist verhältnismäßig sehr gering, ich schätze sie auf höchstens 2000 im ganzen Lande. In Christiania etwa 800, in Bergen etwa 200, in Stavanger etwa 100, Trondhjem 50, die übrigen sonst im Lande verteilt. Die meisten dieser Deutschen sind norwegische Staatsbürger, insbesondere die seit langem hier ansässigen. Es ist nämlich früher nicht leicht, teils unmöglich gewesen, als Ausländer in Norwegen Besitz zu erwerben oder ein eigenes Geschäft zu führen. Nur wenige der wirklich fest ansässigen Deutschen sind daher Reichsdeutsche. Weiter gibt es nur wenige rein deutsche Familien, meistens sind die Ehen gemischt, indem entweder deutsche Männer, die sich hier seßhaft gemacht haben, mit Norwegerinnen verheiratet sind, oder aber Norweger, insbesondere aus den Kreisen, die in Deutschland studiert haben, sich mit deutschen Frauen verheiratet haben. Deutsche Staatsbürger sind meist die jungen Leute, insbesondere die nicht selbständigen Handwerker, Typographen, Lithographen, Vorarbeiter, Werkmeister in allerhand norwegischen Betrieben. Die zweite Generation fühlt sich, namentlich soweit sie aus den gemischten Ehen stammt, nur selten noch als deutsch. Die Verwandtschaft der Sprache, Rasse und Religion begünstigt das Aufgehen im fremden Volkstum sehr stark. Wirtschaftlich gehören die Deutschen in Norwegen im allgemeinen dem Mittelstande an, es gibt nur ganz wenige reiche Deutsche hier, so daß also die an sich schon kleine Zahl der Deutschen auch wirtschaftlich keine besonders starke oder gar einflußreiche Stellung hier im Lande hat.

Als nun der Krieg kam, ist die kleine Schar noch weiter zusammengeschmolzen durch die Einberufungen zum Heeresdienst. Zunächst traf das vor allem die jüngeren Leute, später auch die älteren, nur garnisondienstpflichtigen. Hier beginnt nun sofort der große Unterschied zwischen Heimatdeutschen und Auslandsdeutschen spürbar zu werden. Daheim macht man sich meist gar nicht klar, daß es für einen Auslandsdeutschen noch etwas ganz anderes bedeutet, dem Ruf des Vaterlandes zur Fahne Folge zu leisten, als für den Bürger zu Hause. Für die jungen Leute, die kein eigenes Geschäft in der neuen Heimat begründet haben, ist der Unterschied natürlich nicht groß, obwohl man nicht vergessen darf, was für eine Versuchung es für viele bedeutet, wenn die von allerhand sozialistisch anti-militaristischen Ideen erfüllten ausländischen Kollegen dem jungen Freunde vorreden, er werde doch nicht so dumm sein und seine Haut zu Markte tragen, wo er es doch so gut hier habe und vor jeglichem Zwang und jeglicher Strafe gesichert sei, falls er in der neuen Heimat bleibe. Vor allem aber stelle man sich einmal vor, was es sagen will, wenn ein Deutscher, der vielleicht eben mit Mühe auf dem fremden Boden sich selbständig gemacht hat, der vielleicht mit einer Norwegerin verheiratet ist, sein Geschäft im Stiche lassen soll in einer Umgebung, die dem deutschen Geschäftskollegen nicht helfend zur Seite tritt. Ich könnte manche Fälle erzählen, wo der Auslandsdeutsche eine Vaterlandsliebe und einen Heroismus gezeigt hat, auf die das Auslandsdeutschtum mit Recht stolz sein kann. Da ist z. B. ein Konditor, der, nachdem er lange Jahre als Geselle in größeren norwegischen Geschäften gearbeitet hat, sich mit einer Norwegerin verheiratet und mit Hilfe seiner eigenen Ersparnisse und eines kleinen passend gelegenen Häuschens seiner Frau kurz vor dem Kriege den ziemlich gewagten Schritt getan hat, eine eigene kleine Konditorei zu eröffnen. Allerhand Schulden sind dabei natürlich nicht zu vermeiden gewesen, aber durch redliche Arbeit hofft er, sie bald zu tilgen. Da kommt nach einem Jahre der Krieg. Viele seiner Landsleute, die ebenso wie er noch im militär-

Digitized by Google

325.29305
All
5.1-2

pflichtigen Alter sind, haben vor mehr oder weniger Jahren die norwegische Staatsbürgerschaft erworben. Diese bleiben natürlich im Lande. Im Grunde ist doch zwischen ihm und ihnen kein wesentlicher Unterschied. Trotz allem eilt der Mann, nachdem er sich eine bereitwilligst zugestandene Frist zur Ordnung seiner Verhältnisse beim deutschen Generalkonsulat erbeten hat, in die bedrohte Heimat, und seine Frau mit mehreren Kindern bleibt allein zurück mit der ganzen Last und Verantwortung des jungen Geschäfts. Oder einen anderen Fall: Zwei Söhne eines langansässigen Deutschen, die beide hier geboren und aufgewachsen und norwegische Bürger sind, melden sich zum Kriegsdienst in dem Heimatland ihrer Eltern. Die Wiederaufnahme in die deutsche Staatsbürgerschaft ist rasch geordnet, und sie treten in die deutsche Armee ein. Die sofortige Folge ist, daß der Vater auf die Schwarze Liste gesetzt und sein Geschäft vollständig ruiniert wird.

Leider fehlen mir zuverlässige Angaben über die Zahl der Auslandsdeutschen, die aus Norwegen zu den heimatlichen Fahnen eingerückt sind, viele davon sind bereits gefallen.

Für die kleinen deutschen Kolonien, insbesondere in den größeren Städten Norwegens, ergab sich nun infolge dieser Einberufungen sogleich nach Ausbruch des Krieges die Aufgabe, für die zurückgebliebenen Familien der Krieger die vom Staate geleistete Kriegsunterstützung zu ergänzen, ebenso wie es zu Hause die Gemeinden tun. Die meisten dieser Familien waren von seiten der Frau norwegisch. Aber das war uns ein Grund mehr, für ein ausreichendes Auskommen dieser zurückgelassenen Frauen und Kinder zu sorgen. In Christiania hatten wir glücklicherweise bereits einige Jahre vor dem Kriege einen deutschen Frauenverein gegründet, der mit dem bereits länger bestehenden deutschen Hilfsverein die Fürsorge für unterstützungsbedürftige Landsleute besorgte. Dieser Frauenverein nahm die Ergänzung der Staatsunterstützung an die Kriegerfamilien in die Hand. Dabei wurde ebenso wie in Deutschland gewissenhaft jeder einzelne Fall geprüft und die Unterstützung nach den besonderen Verhältnissen der betreffenden Familien bemessen. Der deutsche Frauenverein in Christiania hat bisher für diese Zwecke bereits über 20 000 Kr. gesammelt und verausgabt.

Daneben wurden Sammlungen für die Heimat insbesondere für das Rote Kreuz veranstaltet. In den ersten Jahren wurden vom Frauenverein für 11 721 Kronen Gaben an das Rote Kreuz nach Deutschland gesandt, solange die norwegischen Behörden noch in der Lage waren, die Ausfuhr zu gestatten. Es handelte sich vor allem um warme Unterkleidung, insbesondere die wundervollen norwegischen Ski-Socken, für den Winter eine unübertreffliche, wirklich sicher warm haltende Fußbekleidung. Dazu kam noch eine Menge selbst gestrickter Strümpfe und ähnliche Gegenstände. Später stellte dann die Fürsorge für die aus russischer Gefangenschaft zur Internierung in Norwegen eingetroffenen deutschen Halbinvaliden neue unerwartete Anforderungen. Zur Beschaffung von Liebesgaben aller Art für diese erholungsbedürftigen Landsleute hat der Frauenverein 6477 Kr. aufgewendet. So hat allein der hiesige Frauenverein insgesamt 40 000 Kr. für Kriegsunterstützungszwecke aufgebracht. In den anderen größeren Städten nahmen sich die deutschen Vereine der Kriegsunterstützung der Familien an. Auch sie haben ansehnliche Summen aufgebracht, doch fehlen mir hier leider zuverlässige Zahlen. Der deutsche Verein in Trondhjem hat sich insbesondere des bei Trondhjem internierten Hilfskreuzers „Berlin" mit seiner etwa 450 Köpfen zählenden Besatzung treulich angenommen. Vor allem hat er dafür gesorgt, daß ihr zu Weihnachten Liebesgaben von ihren Landsleuten aus Norwegen zuflossen, wobei er durch die Deutsche Gesellschaft in Christiania sehr wesentlich unterstützt worden ist. Der kleine deutsche Verein in Trondhjem hat für Weihnachtsbescherungen auf der „Berlin" allein über 3000 Kr. gestiftet, außer den Sammlungen direkter Gaben. Einige Deutsche in Trondhjem sind übrigens auch mit den Gerichten in Konflikt gekommen, da sie der Beihilfe bei den Fluchtvorbereitungen der internierten Landsleute verdächtigt wurden. An verschiedenen Orten wurden zu besonderen Zwecken Sammlungen veranstaltet, wie z. B. für Denkmäler an den Ruhestätten der in der Schlacht am Skagerrak gefallenen deutschen Seeleute.

Abgesehen von dieser sich zunächst aufdrängenden Fürsorge- und Liebestätigkeit sind nun von den Deutschen in Norwegen während des Krieges Sammlungen für allerhand Kriegsunterstützungszwecke der Heimat veranstaltet worden, bzw. haben sich die hiesigen Deutschen an Sammlungen der Heimat beteiligt, z. B. an der Kaiserspende für im Felde stehende Soldaten, für Kriegsgenesungsheime, Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen, Hindenburgspende, Kaisers Geburtagsspende für Soldatenheime u. a. m. Bei besonderen Spenden wurden Ausschüsse begründet, um die Sammelarbeit großzügig über das ganze Land zu organisieren. Als Beispiel will ich nur einige besonders erfreuliche Zahlen nennen: Die Kaiserspende 1915 ergab ca. 50 000 Mk., die Sammlung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen 1916 über 63 000 Mk. In Bergen allein wurde für die Hindenburgspende von den dortigen Deutschen 8472,56 Mk. gesammelt. Für die Aufwendungen, die einzelne Vereine bei den Sammlungen gemacht haben, möchte ich als Beispiel anführen, daß die Deutsche Gesellschaft in Christiania für allerhand kleinere Sammlungen, außer der Beteiligung an den größeren, insgesamt 17 874 Kr. zum größten Teil von Vereins wegen aufgebracht hat. Oder es haben z. B. einmal einige deutsche, im Konservenhandel beteiligte Herren an der Westküste für das Rote Kreuz 30 000 Kr., darunter mehrere Einzelbeträge von 5000 Kr., unter sich gesammelt. Diese Zahlen sind nun bei weitem nicht vollständig, im Gegenteil, die oben angedeuteten Schwierigkeiten der Lage des hiesigen Deutschtums haben manche veranlaßt, ängstlich darauf bedacht zu sein, daß ihr Name bei derartigen Spenden nicht genannt wird. Viele haben daher aus diesen oder anderen Gründen sich an den allgemeinen Sammlungen gar nicht oder nur wenig beteiligt, sondern haben im stillen ihr oft nicht kleines Scherflein nach Deutschland geschickt. Leider wird es wohl auch nach Schluß des Krieges nicht möglich sein, auch nur einigermaßen genau zu erfahren, wie groß die Summen sind, die von dem kleinen Häuflein Deutscher in Norwegen im Kriege für Linderung der Kriegsnot in ihrer Heimat aufgebracht worden sind.

In diesem Zusammenhang wäre auch zu erwähnen die Beteiligung der hiesigen Auslandsdeutschen an unseren Kriegsanleihen. Leider fehlen mir auch hier zuverlässige Anhaltspunkte für die genauen Summen, um die es sich handelt, meines Wissens sind sie recht erheblich. In Bergen sind allein für die 7. und 8. Kriegsanleihe an den Sammelstellen 934 000 Mk. gezeichnet worden. Diese fast 1 Million Mark betragenden Zeichnungen auf die beiden letzten Anleihen sind indes nur ein Teil der Gesamtsumme, die in Bergen an Kriegsanleihen untergebracht ist. Mir ist bekannt, daß unter anderen ein dort ansässiger Deutscher und ein Norweger, die sich nicht der oben erwähnten Vermittlung bedient haben, annähernd 1 Million Mark in zum Teil neueren Kriegsanleihen besitzen. Als Beispiel kann ich weiter anführen, daß die deutsche evangelische Gemeinde, die erst seit 1909 besteht, ihr ganzes verfügbares Vermögen zum Ankauf von Kriegsanleihe (35 000 Mk.) verwendet hat. Ebenso hat z. B. der deutsche Verein Germania in Christiania für seine Ersparnisse Kriegsanleihe gekauft. Der deutsche Verein in Trondhjem hat das Kapital seiner Unterstützungskasse (5000 Mk.) ebenfalls in Kriegsanleihe angelegt.

Digitized by Google

Wertvolle Dienste haben die in Norwegen ansässigen deutschen Geschäftsleute dem Vaterlande bei der Beschaffung und dem Export von kriegswichtigen Waren leisten können. Abgeschnitten von der ganzen Welt war es für Deutschland wichtig, rechtzeitig aus dem neutralen Auslande noch ergreifbare Waren einzuführen. Oft handelte es sich dabei um Waren, die früher nicht oder nicht erheblich aus dem betreffenden Auslande bezogen worden waren. Bei den Einkäufen, die naturgemäß oft rasch vor sich gehen mußten, lag es nahe, sich auf die Ortskenntnis der im Auslande ansässigen Deutschen zu stützen. Diese klagen allerdings vielfach, daß das in allzu beschränktem Maße geschehen ist, und behaupten, daß wahrscheinlich viel Geld gespart und manche Fehler vermieden worden wären, wenn man den Auslandsdeutschen dabei mehr Vertrauen entgegengebracht hätte. Mir selbst sind einige Fälle bekannt, wo der Auslandsdeutsche die Lage sowohl nach Seiten der günstigen Möglichkeiten hier als auch der Bedürfnisse daheim viel rascher und richtiger erkannte, als die betreffenden Instanzen in Deutschland. Trotz aller Bemühungen und trotz voller Vertrauenswürdigkeit der betreffenden Geschäftsleute wurden aber die angebotenen oder nachgewiesenen Waren vielfach nicht abgenommen, um dann später für erheblich teureren Preis (Millionen) und mit viel Mühe doch gekauft zu werden, wenn es dann nicht überhaupt zu spät war. Oder aber es erboten sich deutsche Fabrikanten, z. B. in der für die Ernährung Deutschlands so wichtigen Sardinenbranche, trotz des infolge der englischen Maßnahmen sehr gefährlichen Risikos ihre Betriebe völlig nach den deutschen Bedürfnissen umzulegen; diese Bestrebungen wurden indes deutscherseits durch allerhand Forderungen und Maßnahmen derartig gehemmt, daß der deutsche Geschäftsmann oft das Gefühl hatte, nach zwei Fronten kämpfen zu müssen: nicht nur gegen die Schwierigkeiten, die durch die englischen Maßnahmen, bzw. durch den Krieg überhaupt geschaffen wurden, sondern auch gegen das Unverständnis des eigenen Vaterlandes. Ich kann auf Einzelfälle nicht eingehen, fühle mich dazu auch nicht kompetent, aber nach allem, was ich in dieser Richtung von Landsleuten hier gehört habe, scheint mir dem deutschen Auslandskaufmann vielfach ein völlig unbegründetes Mißtrauen von der Heimat entgegengebracht worden zu sein. Dem Laien erscheint es jedenfalls als das Naturgemäße, daß man den das Land kennenden, zum Teil sogar die Märkte beherrschenden Auslandsdeutschen, soweit sie als zuverlässig bekannt waren, mit vollem Vertrauen die Ordnung dieser oft schwierigen, jedenfalls für den Landesunkundigen schwer überblickbaren Lieferungen übertragen hätte. Was trotzdem vom Auslandsdeutschen auf diesem Gebiete dem Vaterlande für Dienste erwiesen worden sind, dafür nur zwei Beispiele: Ein Geschäftsmann, der mir oft geklagt hatte, auf wie viel Unverständnis und Mißtrauen er bei seinen Angeboten in der Heimat stieß, wurde schließlich von den norwegischen Gerichten bestraft, weil er seinem Vaterlande allzu eifrig Waren zuzuführen versucht hatte. Oder aber einige Zahlen: Eine Sardinenfabrik hat es trotz aller Schwierigkeiten, die ihr hier und in der Heimat gemacht wurden, durch geschickte Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten, sowie durch elastische Umgestaltung seiner Fabrikationsweise erreicht, seine Ausfuhr in Fisch- und Fleisch-Konserven nach Deutschland von 5475 Mk. im Jahre 1914 auf 3 060 000 im Jahre 1916 zu steigern.

Hier kann ich auch den Hinweis auf einen Fehler nicht unterdrücken, der nach meiner unmaßgeblichen Meinung in Sachen der Einberufung zum Militärdienst begangen wird. In der letzten Zeit ist z. B., soviel ich höre, wieder erwogen worden, einige der letzten noch vorhandenen militärpflichtigen Geschäftsleute von hier einzuziehen. Nach meiner Kenntnis würde man dadurch, selbst wenn man die Garnisondienstpflichtigen mit einrechnet, in ganz Skandinavien kaum eine Kompagnie noch zusammenbringen. Diese eine Kompagnie, die noch dazu meist aus Garnisonpflichtigen bestehen würde, kann doch in der Heimat keinerlei Bedeutung haben. Dagegen gehen dem Reiche durch diese Einberufungen bis zum letzten Mann unersetzliche Hilfskräfte im Auslande verloren, deren Fehlen unter Umständen schwere Nachteile bringen kann. Ueberdies wird das Deutschtum in dem betreffenden Auslande, das an sich schon geschwächt ist, dadurch bis an die Grenze des Möglichen erschöpft. Und endlich, der Ausländer bekommt den Eindruck: wie schlimm muß es um Deutschland stehen, wenn es selbst diese, für die Heimat doch so wertvollen Leute von ihrem wichtigen Posten an dieser „Front" wegziehen muß.

* * *

Eine wichtige Aufgabe der Auslanddeutschen in diesem Kriege ist der Kampf gegen die feindliche Stimmungsmache in den neutralen Ländern. In Norwegen hat die Entente auf diesem Gebiete von vornherein ein erdrückendes Uebergewicht gehabt. Seit Jahren hat hier z. B. die „Alliance Française" an der Erhaltung und Mehrung der Vorliebe für Frankreich gearbeitet. Auch einen „Anglo-norwegian Club" gab es. Auf deutscher Seite stand dem nichts, rein gar nichts gegenüber. Trotz der zahlreichen geistigen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen Norwegens zu Deutschland, trotz der hierzulande weit verbreiteten Kenntnis der deutschen Sprache — die etwa auf gleicher Höhe mit der Kenntnis der Englischen steht und die des Französischen weit übertrifft — war in Friedenszeiten keinerlei Organisation zur Pflege der norwegisch-deutschen Kulturgemeinschaft zustande gekommen. Die Schuld daran trägt nicht das hiesige Auslandsdeutschtum, in dessen Kreisen man sich redlich darum bemüht hat, sondern die Heimat, die zu derartigen Unternehmungen die Mittel versagte.

Was war nun die Folge davon? Während die Franzosen und Engländer mit Leichtigkeit durch die genannten Vereinigungen mit Propagandaschriften und Vorträgen in zweckentsprechender Weise unter den Norwegern wirken konnten, mußten ähnliche Bestrebungen deutscherseits im finstern tappen. Nicht zum mindesten aus diesem Grunde ist die von Deutschland einsetzende Aufklärungsarbeit hier im Anfang des Krieges mehr zum Schaden gewesen, da sie sowohl in der Wahl des Materials als der Adressen Fehler machen mußte.

Das ist um so beklagenswerter gewesen, als der Entente das wichtigste und wirkungsvollste Propagandamittel, nämlich die Presse, in ausgedehntem Maße zur Verfügung stand, während sie uns, wie bereits eingangs erwähnt, so gut wie völlig verschlossen war.

Auf diesem Gebiete der Verbreitung nicht bekannt gewordener Tatsachen und Erläuterungen deutscher Maßnahmen haben zweifellos alle Auslandsdeutschen, jeder nach seiner Gelegenheit und Fähigkeit, mit voller Kraft ihr Vaterland verteidigt. Es ist natürlich nicht möglich, hier einzelnes aufzuführen. Mancher hat gelegentlich einer Zeitung einen aufklärenden Brief geschrieben, andere haben ihren norwegischen Bekannten deutsche Kriegsliteratur zugänglich gemacht, vor allen Dingen haben wohl alle immer und immer wieder im Gespräch die deutsche Sache vertreten. In Bergen haben sich sogar auf Anregung des tüchtigen deutschen Vizekonsuls Schmidt einige Deutsche mit befreundeten Norwegern zu einer „Deutschen Gesellschaft" zusammengeschlossen. Jedes einzelnen Arbeit und Mühe hat hier gewiß ihre Bedeutung gehabt.

* * *

Wenn nun die Auslandsdeutschen diese ihre Aufgabe erfüllen wollten, das Vaterland gegen Unkenntnis und Unverständnis in der neuen Heimat zu verteidigen, mußten sie vor allen Dingen zunächst selbst versuchen, sich dieser Ueber-

Digitized by Google

flutung durch die feindliche Stimmungsmache zu erwehren. Man kann sich daheim zweifellos keinerlei Vorstellung davon machen, wie schwer es für den Auslandsdeutschen ist, gegenüber diesem übermächtigen Anstürmen den Kopf klar und das Herz fest zu erhalten. Es ergibt sich daraus für den Auslandsdeutschen die Notwendigkeit, in solchen Kriegszeiten den Zusammenhang mit dem Gedankenleben der Heimat um so enger zu knüpfen, sich mit den in der Nähe wohnenden Landsleuten fester zusammenzuschließen und überhaupt geeignete Maßnahmen zu treffen, um zunächst einmal sich selbst, bzw. den Landsleuten ringsum den Rücken zu stärken. Darum sei zum Schluß noch einiges erzählt von derartigen Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der Stimmung unter den Auslandsdeutschen selbst.

Zunächst haben wir es uns angelegen sein lassen, den Zusammenhang unserer Landsleute in Norwegen mit den großen tragenden Kräften der Heimat zu fördern. Namentlich der kleine Mann, der keine deutsche Zeitung liest, ist ja gänzlich abgeschnitten von den nährenden Quellen seiner Heimat, noch dazu, wenn er einsam und verstreut wohnt, und mit Landsleuten sich selten aussprechen kann. Er ist einfach darauf angewiesen, die Ereignisse dauernd durch die vom Feinde mehr oder weniger stark gefärbte Brille zu sehen. Er erfährt nichts von den Gegengründen gegen Anklagen und Beschuldigungen seines Volkes, er sieht die militärischen, wirtschaftlichen und politischen Ereignisse fast nur im Lichte feindlicher Siegesmeldungen, die in dicken Ueberschriften immer wieder die baldige Vernichtung der deutschen Barbaren zum Heile der ganzen Welt verkünden.

Angesichts dieser Lage haben wir immer wieder die Landsleute auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich neben der Landespresse auch eine deutsche Zeitung zu halten. Weiter ist an die Landsleute in steigendem Maße Aufklärungsmaterial versandt worden. Vor kurzem ist endlich sogar erreicht worden, besondere Wochenhefte, genannt „Orientierungen für die Auslandsdeutschen" herausgegeben, die alles das, was in der hiesigen Presse fehlt und von Wichtigkeit für das Verständnis der deutschen Lage und des deutschen Standpunktes erscheint, abgedruckt wird. Diese Hefte werden jetzt von Christiania aus, wo sie herausgegeben werden, auch an die Auslandsdeutschen in anderen neutralen Ländern in immer steigender Zahl versandt.

Wo es möglich war, d. h. wo in größeren Städten mehrere Deutsche zusammen wohnen, haben wir uns bestrebt, den Zusammenschluß untereinander enger zu gestalten. Das kam gleichsam von selbst. Das Zusammengehörigkeitsgefühl wuchs in all den kleinen deutschen Kolonien, selbst da, wo sie sonst auseinandergestrebt hatten. Die Bande, die den Ausgewanderten mit seinen neuen Landsleuten verknüpft hatten, waren ja vielfach durch die Meinungsverschiedenheiten über den Krieg gelockert oder gar zerrissen. Ich weiß von mancher Frau, die nicht mehr imstande war, Gesellschaften im norwegischen Bekannten- oder Familienkreis ihres Gatten zu besuchen, weil sie die Beschimpfungen oder auch nur Angriffe gegen ihr Vaterland seelisch einfach nicht ertragen konnte. Sogar manche Ehen wurden innerlich zerrissen. So ist überall naturgemäß das Bedürfnis nach Verkehr mit den Landsleuten gewachsen. Die verschiedenen deutschen Vereine erlebten überall einen sichtbaren Aufschwung. Manche Landsleute, die man früher nicht gesehen hatte, entdeckten plötzlich in dieser Notzeit ihres Vaterlandes ihr deutsches Herz wieder. Daß dieser engere Zusammenschluß oder erneute Anschluß an die Landsleute für manche nicht ohne Gefahr ist, dafür mag folgender Fall zeugen. In Trondhjem war der deutsche Verein vor dem Krieg allmählich immer mehr eingeschlafen. Nach Kriegsausbruch nahm sich der Besitzer des größten Hotels am Orte, ein naturalisierter, mit einer Norwegerin verheirateter Deutscher, des Vereins an. Er stellte ihm Räume in seinem Hotel zu Versammlungsabenden unentgeltlich zur Verfügung und übernahm selbst den Vorsitz. Es dauerte nicht lange, so kam er auf die Schwarze Liste. Trotz heftiger Gegenwehr konnte er sich auf die Dauer nicht halten und mußte sein Hotel verkaufen, da kein Lieferant wagte, irgend welche Waren an ihn zu liefern, wodurch er dann selbst auf die Schwarze Liste gekommen wäre. Interessant war dabei u. a., aus Aeußerungen des betreffenden englischen Konsuls zu ersehen, daß man englischerseits offenbar in den bescheidenen, nur die Geselligkeit pflegenden deutschen Vereinen ganz gefährliche aggressive Kampforganisationen sieht. In Bergen wurde das Aufblühen des deutschen Vereins dadurch beeinträchtigt, daß der Vorsitzende und einige andere angesehene Mitglieder in Spionage-Prozesse verwickelt wurden.

In Christiania stieg die Mitgliederzahl der „Deutschen Gesellschaft" fast auf das Doppelte, die Zusammenkünfte bekamen einen herzlicheren Ton, fast nie fehlte auf der Tagesordnung irgend ein vaterländisches Liebeswerk, dessen sich die Gesellschaft annahm. Die zwei deutschen Vereine „Germania" und „Loreley" schlossen sich unter der Einwirkung des gestärkten Zusammengehörigkeitsgefühls zu einem einzigen „Deutschen Verein" zusammen. Wer die deutschen Auslandskolonien kennt, weiß, was solche Betätigung der Einmütigkeit bedeutet. Früher jedenfalls waren alle Versuche, die beiden, denselben sozialen Schichten angehörenden Vereine zu verschmelzen, gescheitert.

Weiter erwies sich die Existenz der vor nun bald zehn Jahren gegründeten Deutschen evangelischen Gemeinde in Christiania als segensreich. War sie schon vorher ein Bindemittel in der sozial auseinanderstrebenden Kolonie gewesen, so wurde sie das erst recht im Kriege. Der Besuch der deutschen Gottesdienste nahm auffallend zu. Die von allen Deutschen ohne Unterschied der Konfession besuchten Festgottesdienste zu Kaisers Geburtstag gehören zu den erhebendsten Höhepunkten des Kriegserlebens unserer Kolonie. Sofort nach Kriegsausbruch wandelte dann der Pfarrer die gut eingebürgerten deutsch-evangelischen Gemeindeabende in allgemeine interkonfessionelle deutsch-österreichische Kriegsfamilienabende um. Wir haben bisher 38 solche Kriegsfamilienabende abgehalten. Der Durchschnittsbesuch betrug über 200 Teilnehmer, was bei ungefähr 400 bekannten Adressen von Deutschen in Christiania eine stattliche Zahl ist. In dankenswerter Weise nahmen die Damen und Herren der deutschen und österreichisch-ungarischen Gesandtschaften und Konsulate mit großer Regelmäßigkeit an diesen Familienabenden teil. Bei der Kleinheit der Verhältnisse war es nicht immer leicht, Redner zu finden. Im letzten Jahre sind wir dabei von Herren der deutschen Gesandtschaft in aufopferndster Weise unterstützt worden. Diese Kriegsfamilienabende haben zweifellos zur Aufrechterhaltung der Stimmung und des Zusammenhaltes in der deutschen Kolonie in Christiania sehr wesentlich beigetragen. Wir haben viele schöne und angeregte Stunden erlebt und haben durch Vorträge, Musik und schließlich auch Kriegsfilme den Zusammenhang mit den starken tragenden Kräften der Heimat immer wieder erneuern können. Der letzte dieser Familienabende hat durch die bekannte Ansprache des neuen Staatssekretärs des Aeußern, Exzellenz von Hintze, über unsere kleine Kolonie hinaus Bedeutung gewonnen.

Für die Gesamtheit der Deutschen in Norwegen hat sich als wirksames Mittel zur Stärkung des Zusammenhaltes ein kleines Gemeindeblatt erwiesen, das der Pfarrer im ersten Kriegsjahr gegründet hat. Ein deutsches Wochenblatt, das für ganz Skandinavien kurz vor dem Kriege in Kopenhagen begründet und eben mühsam eingearbeitet war, hatte leider durch die unverantwortliche Kopflosigkeit des Redakteurs bei Kriegsbeginn sein Erscheinen eingestellt. Wenn auch ein Gemeindeblatt kein Ersatz dafür sein kann, so hat

Digitized by Google

doch der „Evangelische Gemeindebote aus Christiania" das Seine dazu beigetragen, um die zerstreut wohnenden Landsleute miteinander in Fühlung zu halten und sie in manchen besonders schweren Lagen innerlich zu stärken. Jedenfalls erfreut es sich großen Anklangs und erhält sich, wenigstens bisher, mit Leichtigkeit finanziell ganz aus dem Kreise seiner Leser, obwohl die Druckkosten nun bald auf das Dreifache gestiegen sind.

Manches wäre noch zu berichten, aber vielleicht genügt schon das Angeführte, um unseren Landsleuten in der Heimat ein Bild davon zu geben, welcher Geist auch im hiesigen Auslandsdeutschtum herrscht. Auf einsamem Vorposten inmitten einer teils feindlich gestimmten oder doch verständnislosen, zum mindesten andersdenkenden Welt, tut auch hier im Norden der Auslandsdeutsche seine Pflicht, fern von dem frisch pulsierenden Geistesleben der Heimat, oft unter schwerem seelischen Druck, aber immer wieder gestärkt und erhoben von dem unerschütterlichen Glauben an die reine Sache und die wunderbare Urkraft unseres Volkes, getragen aber auch von dem Bewußtsein, mit all dem, was er für sein altes Vaterland tut, auch seiner neuen Heimat am besten zu dienen. Denn den Glauben lassen wir uns nicht nehmen, daß trotz aller tragischen Verwickelungen Norwegen und Deutschland sich einst als Freunde finden werden.

Deutsche Arbeiter in England

Von JOH. SASSENBACH, BERLIN

Von einer Auswanderung deutscher Arbeiter nach England kann keine Rede sein. Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich betrug die Zahl der deutschen Auswanderer, die über deutsche und fremde Häfen nach Großbritannien reisten:

1900	1386
1905	672
1910	77
1913	68

Da hier Frauen und Kinder mitgezählt sind, selbstverständlich auch die Nichtarbeiter, zeigt sich ohne weiteres, daß die deutschen Arbeiter nicht die Absicht haben, England zu ihrer zweiten Heimat zu machen.

Ob diese Statistik ganz zutreffend ist, erscheint indessen zweifelhaft, es ist möglich, daß die über belgische und holländische Häfen zu dauerndem Aufenthalt nach England reisenden Personen nicht sämtlich erfaßt wurden. Jedenfalls wird sich aber die Zahl der eigentlichen Auswanderer nicht allzusehr erhöhen.

Was nach England reiste, waren fast ausschließlich fachlich ausgebildete junge Leute, die die Absicht hatten, ein Jahr oder mehrere Jahre im Auslande zuzubringen, um Land und Leute, auch die Sprache kennen zu lernen und dann nach Deutschland zurückzukehren. Von diesen blieb nur ein ganz geringer Teil, meistens infolge Verheiratung mit einer Engländerin, in England zurück; doch auch von diesen fanden viele mit ihrer Familie den Weg nach der alten Heimat. Ungelernte Arbeiter sind aber selten nach England gereist.

Der deutsche Handwerksgeselle war während der Zunftzeit gezwungen, eine bestimmte Zeit auf Wanderschaft zu gehen, um die Verhältnisse und Arbeitsmethoden seines Handwerks an anderen Orten kennen zu lernen. In jener Zeit, als es noch keine technischen Zeitschriften und keine Fortbildungsschulen gab, hat dieses sogenannte „Wandern" dazu beigetragen, die Erfahrungen eines Ortes auf andere Orte zu übertragen und die Arbeitsmethoden des Handwerks zu verbessern.

Die deutschen Handwerksgesellen machten schon damals, als das Reisen viel schwieriger war als heute, vor den Landesgrenzen, ganz abgesehen von den Grenzen des engeren, oft sehr kleinen Vaterlandes, nicht Halt. Die Reise ging meistens nach dem Süden, nach der Schweiz, nach Italien und darüber hinaus nach dem Orient, weniger nach dem Norden und Westen, fast gar nicht nach dem Osten. Zugegeben kann werden, daß die Mehrzahl jener Auslandreisenden mehr aus Abenteuerlust und allgemeinem Wissensdrang als aus Rücksicht auf ihr Gewerbe reisten, aber ganz ergebnislos war auch in dieser Beziehung ihr Aufenthalt im Auslande nicht.

Als die Zunftbestimmungen fielen, verschwanden nicht gleichzeitig alte Gewohnheiten, besonders das Wandern wurde beibehalten. Die Eisenbahnen haben später vielfach das Fußwandern verdrängt, aber das Bestreben, an fremden Orten zu arbeiten, wurde durch sie eher verstärkt als vermindert. Dazu gaben sie auch die leichtere Möglichkeit, nach ferneren Gegenden Deutschlands und nach dem Auslande zu kommen.

Der Drang nach dem Süden blieb bestehen, daneben nahm aber die Neigung zu, nach dem Westen, besonders nach den Hauptstädten Englands und Frankreichs zu reisen. Von der Absicht, nach anderen Orten dieser Länder zu gehen, war weniger zu bemerken. Während man in Paris und London viele deutsche Handwerksgesellen antraf, fand man sie in den Provinzstädten nur in Ausnahmefällen.

Die stärkste Gruppe unter diesen zum Zweck der Ausbildung nach dem Ausland reisenden gelernten Arbeitern bildeten die Kellner und die jungen Kaufleute, welch letztere, wenn sie auch im allgemeinen nicht zu den Arbeitern gerechnet werden wollen, und wenn sie auch nicht von zünftlerischen Ueberlieferungen beeinflußt waren, doch hier mit in Betracht gezogen werden müssen. Diese hatten vor allem die Absicht, sich im Gebrauche der für ihren Beruf so wichtigen fremden Sprachen auszubilden.

Die Anzahl der deutschen Handwerker und Kaufleute im Auslande stieg mit der Ausdehnung des deutschen Handels und der deutschen Industrie und der Errichtung von Zweigstellen deutscher Firmen im Auslande. Diese Firmen hatten vielfach den Wunsch, wenigstens eine kleine Zahl eingearbeiteter deutscher Mitarbeiter zur Verfügung zu haben. Hierbei kamen auch viele junge Deutsche nach den Provinzorten. Auch diese Kaufleute und Arbeiter, soweit sie nicht in leitende Stellungen aufrückten, kehrten meistens nach einigen Jahren nach Deutschland zurück.

Für England kam noch eine dritte Gruppe von Reisenden hinzu; das waren die politischen Flüchtlinge und die wegen gewöhnlicher Straftaten Verfolgten, die in London ein Asyl suchten. Die politischen Flüchtlinge, deren Zahl noch unter dem Sozialistengesetz nicht allzu klein war, haben stets in England Asylrecht gefunden, und die wegen gewöhnlicher Straftaten Verfolgten haben beim Fehlen eines polizeilichen Meldewesens in der Riesenstadt London genug Gelegenheit, sich zu verbergen.

Trotz alledem ist die Anzahl der Reichsdeutschen wohl in Frankreich und in England niemals allzu groß gewesen; sie war immer kleiner als man annahm. Wenn eine Ueberschätzung stattfand, so hing dieses damit zusammen, daß man vielfach alle Deutschsprechenden, also nicht allein Oesterreicher und Deutschschweizer, sondern auch die aus dem Osten stammenden Juden für Deutsche hielt.

Wenn so wenige deutsche Arbeiter und Kaufleute in England zurückblieben, so ist dieses hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sie sich dort nicht wohl fühlten. Der Zuschnitt des ganzen Lebens ist in Deutschland und England

Digitized by Google

verschieden. Den wohlhabenden Klassen fällt es erfahrungsgemäß leichter, in anderen Ländern Wurzel zu schlagen, als den Arbeitern, da für sie der Kampf um das tägliche Brot fortfällt. Der Arbeiter dagegen hat sich nicht allein an den verschiedenartigen Zuschnitt des täglichen Lebens zu gewöhnen, sondern er muß auch unter ungünstigeren Verhältnissen als in seinem Vaterlande den Kampf um seine Existenz führen. Dieser große Unterschied ist mir in England von deutschen Arbeitern stets vor Augen geführt worden, wenn ich auf das freundschaftliche Entgegenkommen hinwies, das ich in England fand.

Es steht leider fest, daß in England dem deutschen Arbeiter, wie überhaupt dem Ausländer im allgemeinen, sofern er nicht an einer Firma seiner eigenen Nation Schutz und Stütze hatte, das Leben nicht angenehm gemacht wurde, Es gelang ihm nur mit Mühe, in einen guten Betrieb hineinzukommen. Die englischen Gewerkschaften haben die guten Werkstellen in ihren Händen und lassen keinen Arbeiter zu, der der Organisation nicht angehört. Bis zu einer gewissen Grenze wird dieses Bestreben von den deutschen Gewerkschaften anerkannt. Würde man sich darauf beschränken, nur diejenigen aus der Werkstelle fernzuhalten, die der gewerkschaftlichen Vereinigung nicht beitreten wollen, so hätte kein Gewerkschaftler etwas dagegen einzuwenden. Aber so handeln die Engländer nicht; ob jemand beitreten will oder nicht, ist gleichgültig, er muß bereits Mitglied sein, bevor er die Werkstelle betritt. Nun nimmt man aber niemand in die Organisation auf, der nicht vorher mit einigen Mitgliedern zusammen gearbeitet hat, die seine Bürgen werden und bezeugen, daß er den Beruf richtig ausüben kann. Da der Fremde solche Zeugen nicht hat, ist er von vornherein von den besten Werkstellen ausgeschlossen.

Infolgedessen ist er genötigt, an solchen Stellen Arbeit anzunehmen, in denen die Gewerkschaften keinen Einfluß haben, mit Arbeitsbedingungen, die hinter denjenigen der guten Werkstellen bedeutend zurückstehen, wo er nach allen Regeln ausgebeutet wird, ohne sich dagegen wehren zu können. Viele kehren nach ihrem Heimatlande zurück, ohne über diese niedrigste Stufe hinausgekommen zu sein. Anderen gelingt es im Laufe einiger Jahre, in eine Mittelstufe von Werkstellen zu kommen, in denen Organisierte und Unorganisierte zusammen arbeiten, und von hier aus ist es dann schließlich möglich, den Weg in die gewerkschaftliche Organisation und Beschäftigung in einer guten Werkstelle zu finden.

Dieses Abschließungssystem, das sonst nirgendwo in Europa besteht, hat den festländischen Gewerkschaften fortwährend Veranlassung gegeben, bei den englischen Organisationen auf mehr Entgegenkommen gegen die Ausländer zu drängen. Auf allen internationalen Gewerkschaftskonferenzen wurden entsprechende Klagen vorgebracht und Abhilfe verlangt; leider vergeblich. Um so amüsanter ist es, wenn während des Krieges die englischen Arbeiter von ihren internationalen Gefühlen reden, dazu im Gegensatze zu der schlechten deutschen Arbeiterschaft, die angeblich dieses internationale Gefühl nicht besitzt, die aber in Wirklichkeit wie kaum ein anderes Land alle zureisenden Arbeiter mit offenen Armen aufnimmt.

Wenn die Engländer den Ausländern den Eintritt in ihre gewerkschaftliche Organisationen soviel wie möglich erschweren, so liegt dieses daran, daß man überhaupt der Zuwanderung fremder Arbeitskraft nicht wohlgesinnt ist. Der ausländische Arbeiter wird als unbequemer Konkurrent betrachtet, dessen man sich am liebsten entledigen möchte. Der englische Arbeiter liebt im Gegensatz zum deutschen nicht allein am Ort, sondern auch in derselben Werkstelle zu bleiben. Von dort möchte er sich nicht gerne verdrängen lassen.

Dabei soll nicht verkannt werden, daß ihm die Ausländer vielfach Veranlassung zur Unzufriedenheit gaben, weniger die Handwerker als die jungen Kaufleute. Die Handwerker waren immer bestrebt, sich den von den englischen Gewerkschaften anerkannten Arbeitsbedingungen anzupassen, und es war ausschließlich die Schuld der Engländer, wenn sie genötigt wurden, ihre eigenen Wege zu gehen. Hierbei wurde auch den Deutschen viel zur Last gelegt, was durch andere deutschsprechende Ausländer verübt wurde.

Bei den Kaufleuten bestanden dagegen schwere Uebelstände, gegen die sich die Engländer mit Recht wehrten, und hierbei kamen vor allem Deutsche in Betracht. Viele dieser jungen Leute wurden von ihren Eltern mit ausreichenden Geldmitteln nach England geschickt, um sich auszubilden, ob etwas mehr oder weniger verdient wurde, war ihnen gleichgültig; aber auch diejenigen, die ohne genügende Gelder nach England fuhren, waren ohne weiteres bereit, die schlechtest bezahlten Stellen einzunehmen, und sie wirkten dadurch dem Engländer gegenüber als Lohndrücker. Das konnte keine Zuneigung erzeugen, führte vielmehr zu Verbitterung und fortwährenden Klagen.

In den letzten Jahren vor dem Kriege begann eine Besserung in dem Verhältnisse zwischen den englischen und den festländischen Gewerkschaften einzutreten. In England kamen, wenn auch nicht allzu reichlich, neue Männer in leitende Stellungen, die den internationalen Fragen etwas mehr Verständnis entgegenbrachten, als die alten stockenglischen Gewerkschaftsführer, die auch nach dem Kontinent fuhren, und zwar gerne fuhren, aber sorgfältig sich hüteten, etwas kennen zu lernen. Diese Verbesserung in den Beziehungen zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen würde jedenfalls in absehbarer Zeit auch dazu beigetragen haben, dem ausländischen Arbeiter in England etwas mehr Entgegenkommen zu verschaffen.

Diese Schritte nach vorwärts sind durch den Krieg unterbrochen worden. Nach dem Kriege aber wird der junge Deutsche in England so viel Haß und Abneigung finden, daß er besser tut, in Deutschland zu bleiben und auf eine ausländische Ausbildung zu verzichten. Jedenfalls werden Jahrzehnte vergehen, bis England deutschen Handwerkern und Kaufleuten wieder einen erträglichen Aufenthalt bietet.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

KLEINE NACHRICHTEN

Von den baltischen Hochschulen. Die Dorpater Universität und die dortige tierärztliche Hochschule haben mit dem Wintersemester 1918/19 ihre Pforten der studierenden Jugend des Baltenlandes wieder geöffnet. Mit jubelndem Herzen wurde diese Nachricht allenthalben, wo Sinn für deutsche Kultur vorhanden ist, begrüßt. Ist doch die Universität Dorpat, zu deren Kurator der hochverdiente Geh. Rat Prof. Dr. Theodor Schiemann, selbst ein Balte, ernannt wurde, bis zu den trüben Zeiten der gewaltsamen Russifizierung eine Hochburg deutscher Gelehrsamkeit und der geistige Mittelpunkt des Baltentums gewesen. Mit der Erneuerung der beiden Hochschulen sind diese, unter gebührender Berücksichtigung der kulturellen Interessen der Letten und Esten, dem Deutschtum wieder gewonnen. Möge ihnen in der Zukunft ungestörtes, friedliches Wirken, ähnlich wie in vergangenen Jahren, als ein Schirren, E. v. Baer, v. Oettingen, E. v. Bergmann, B. Erdmann, Victor Hahn u. a. dort ihre Arbeitsstätten hatten, zum Stolze des Deutschtums und für das Wohl der Menschheit beschieden sein.

Digitized by Google

Die baltische Technische Hochschule in Riga (früher Polytechnisches Institut) wurde am 14. Oktober wiedereröffnet. Es fanden bei dieser Gelegenheit verschiedene von der Stadt Riga, den Behörden der Hochschule und den studentischen Vereinigungen veranstaltete Festlichkeiten statt. — Das Programm der Hochschule wurde erweitert und umgestaltet, u. a. wurde die handelswissenschaftliche Abteilung zu einer volkswirtschaftlichen ausgebaut und es wurden Lehrstühle für Lettisch und Estnisch neu errichtet. — Unser Institut sandte an die Hochschule eine Glückwunschdepesche.

Deutsche Kolonisten aus der Ukraine zum Studium in Deutschland. Eine größere Anzahl von jungen Leuten aus den deutschen Kolonien in der Ukraine ist im September nach Deutschland gekommen, um hier ihre Studien, die sie in Rußland begonnen haben, fortzusetzen. Das Deutsche Ausland Institut hat sich dieser Studenten angenommen und für ihre Unterbringung Sorge getragen. Die jungen Leute wollen ihr Studium an württembergischen Hochschulen, an der Universität in Tübingen, an der Technischen Hochschule in Stuttgart und an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim betreiben. Der größte Teil von ihnen hat sich bereits in der Ukraine kriegsfreiwillig für das deutsche Heer gemeldet. Bis zur Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit wird jedoch noch geraume Zeit vergehen, so daß ihnen inzwischen das Studium an den Hochschulen ermöglicht wird.

Ein Bund der Landwirte in der Krim wurde am 20. September in Bijuk-Onlar begründet. Zum Vorsitzenden wurde Herr T. Chr. Eisenbraun gewählt. Das Haupt der Krim-Regierung, General Sulkewitsch, begrüßte die Gründung und wünschte ihr guten Erfolg. Ein Zeichen der großen Bedeutung des deutschen Elements in der Krim, das dort etwa 50 Prozent des gesamten festen Grundbesitzes in den Händen hat, ist die Tatsache, daß an der Spitze des neugegründeten Bundes lauter Träger deutscher Namen stehen.

Baltische Familienforschung. In Riga hat sich ein Ausschuß zur Begründung eines „Vereins baltischer Familienforscher zur Veröffentlichung und Sammlung familiengeschichtlicher Drucke" gebildet, an dessen Spitze E. Seuberlich, Schützenstraße 1 a, Riga, steht.

Aus Odessa. In Odessa hat sich unter dem Vorsitz des Prälaten A. Fleck eine Initiativgruppe von Geistlichen und Laien gebildet zur Einberufung einer Delegiertenversammlung der deutschen Kolonisten katholischer Konfession in der Ukraine und der Krim. Zweck der Tagung ist die Schaffung einer Organisation zur Vertretung der kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der katholischen Kolonisten Südrußlands; u. a. sollen Maßnahmen zur Errichtung eines deutsch-katholischen Lehrerseminars getroffen werden. — Die Odessaer Zeitung befürchtet, daß dies eine bedauerliche Zerreißung des Verbandes der Kolonisten des Schwarzmeergebietes bedeutet.

Halbstadt (Taurien). Der Delegiertenkongreß der deutschen Kolonisten des Schwarzmeergebiets wird hier vom 5. bis 8. November d. J. tagen.

Hoffnungstal. Am 3. September fand hier eine gutbesuchte Konferenz der deutschen Lehrer des Tiraspoler Kreises statt. Im Vordergrund der Erörterung stand die Frage der Trennung des Küsteramtes vom Lehreramt. Den Vorsitz führte W. Fritz, zu Schriftführern wurden die Lehrer J. Ackermann und G. Bürkle gewählt.

Aus Riga. Die Wiedereröffnung des Deutschen Theaters am 1. Oktober bildet ein Ereignis, das bei allen Freunden deutscher Kunst mit Freude begrüßt wird. Ist doch der Rigaer Musentempel von jeher eine klassische Stätte deutscher Schauspielkunst und Musik gewesen. Es sei nur an K. v. Holsteis und Richard Wagners Tätigkeit in Riga erinnert. An der Spitze des Theaters steht Stanislaus Fuchs, bisher in Lübeck. Kapellmeister ist Strasser, während Harri Stangenberg die Opernspielleitung, W. Schweisguth und W. Harnisch die Schauspielleitung in den Händen haben.

Aus Reval. Am 25. September wurde nach fünfjähriger unfreiwilliger Unterbrechung die erste estländische Provinzialsynode eröffnet. Bei dieser Gelegenheit wurde der neue Generalsuperintendent Wilh. Kentmann eingeführt.

Alexandrowsk. Der Verwaltungsrat des Handelsbüros des Verbandes deutscher Kolonisten im Schwarzmeergebiet veröffentlichte ihre Bilanz zum 1. September mit einem Reingewinn von 10 103.05 Rubeln.

70. Geburtstag eines verdienten Auslanddeutschen. Der Fabrikant Alexander Wehr in Lodz konnte am 7. Oktober d. J. seinen 70. Geburtstag in körperlicher und geistiger Frische feiern. Herr Wehr spielt innerhalb des Lodzer Deutschtums eine hervorragende Rolle. Er betätigte sich in zahlreichen Vereinen und deutschen Wohltätigkeitseinrichtungen. Zu Anfang des Krieges mußte er seine deutsche Gesinnung, wie so mancher seiner Landsleute, mit der Verschickung nach Sibirien büßen.

Dr. Rohrbach im Baltenlande. Der verdiente Vorkämpfer des baltischen Deutschtums hielt Ende September in Riga einen vielbesuchten Vortrag über „Unsere baltische Zukunft", an dessen Schlusse er die Balten unter begeisterter Zustimmung zum Eintritt in das deutsche Heer aufforderte.

Die Auslanddeutschen für unsere Soldaten. In den deutschen Kolonisten-Dörfern der Krim werden bei den verschiedensten Anlässen zum Besten der deutschen Soldatenheime Sammlungen veranstaltet. So wurden bei einem Konzert in Okretsch allein 4480 Mk., bei einer Hochzeit in Byten 130 Rubel erzielt.

Der Auslanddeutsche als Lebensretter. In der „Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande" (Amsterdam) lesen wir: Unser, den Amsterdamern wohlbekannter Landsmann, Herr Heinrich Kolb, rettete vorige Woche einem Jungen, der beim Spielen mit seinen Kameraden vor der St. Janstraat in den Voorburgwal gefallen war, das Leben. Zufällig kam er über die Brücke, und da kein jüngerer Helfer (schreiende Frauen natürlich genug) in der Nähe war, besann er sich, trotz seiner sechzig Jahre nicht lange, sprang in die schmutzige Gracht und hatte die Genugtuung, den Jungen aufs Trockene zu bringen. Glücklicherweise hat das kalte Bad noch nicht einmal einen Schnupfen für den Retter zur Folge gehabt.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLAND

Riga. Der Vaterländische Frauenverein zu Riga hielt am Sonntag, den 29. September seine Mitgliederversammlung ab in Anwesenheit der Vorsitzenden des Hauptvereins in Berlin, Frau Gräfin Wilhelm von Groeben und des Generalsekretärs des Vereins, Herrn Generaloberarzt Dr. Friedheim. Die fünf Rigaer Frauenvereine, die auf sozialem Gebiet tätig sind, haben an der Tagung teilgenommen und zum Teil ihre Vereinigung mit dem Vaterländischen Frauenverein in Aussicht gestellt. Die programmatische Rede des Generalsekretärs des Vaterländischen Frauenvereins, Dr. Friedheim, in der er insbesondere auf die bahnbrechende Tätigkeit in der Säuglingsfürsorge und im Interesse der Bekämpfung der Tuberkulose, sowie auf die Verbreitung eingehender Kenntnisse im Haushalt für die breiten Schichten der Bevölke-

Digitized by Google

rung hinwies, wurde mit großer Begeisterung aufgenommen, Um die gesamte Bevölkerung Rigas mit der vaterländischen Frauenarbeit während des Krieges bekannt zu machen, soll der Film „Der vaterländische Frauenverein" in nächster Zeit in Riga vorgeführt werden.

Deutsche Tagungen in Lodz.

In den ersten Tagen des Oktober haben in Lodz die führenden deutschen Vereinigungen Polens ihre Hauptversammlungen abgehalten. Die Vertretung des Deutschen Ausland Instituts hatte das Mitglied der Landeskundlichen Kommission in Warschau, Dr. Wunderlich, übernommen. Er sprach die besten Wünsche unseres Instituts für das Deutschtum in Polen aus und erbat die rege Mitarbeit der polnischen Deutschen an der von unserem Institut geplanten Ausstellung „Das Deutschtum in Polen", die ein Bild vom Werden und von den Leistungen des polnischen Deutschtums geben soll. Nach den hier eingetroffenen Berichten stellen diese Tagungen zusammen eine eindrucksvolle Kundgebung deutschen Lebens im besetzten Kongreßpolen dar. Am 1. Oktober fanden im Saale des Lodzer Männergesangvereins die Sitzung des Aufsichtsrates und Mitgliederversammlung der landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatz-Gesellschaft, sowie die Generalversammlung der Aktionäre der Deutschen Genossenschaftsbank in Polen statt, an diese schloß sich die Hauptversammlung des Deutschen Vereins an. Zu der Hauptversammlung des Deutschen Vereins, dessen Hauptsitz Lodz ist, und die sich auch noch auf den 2. Oktober ausdehnte, waren die Abgeordneten der verschiedenen Ortsgruppen erschienen. Bemerkenswert sind die Telegramme, die von dieser Tagung an den Regentschaftsrat in Warschau, sowie an den Generaloberst von Beseler und an den Verwaltungschef von Steinmeister abgesandt worden sind, sie lauten:

An den

Durchlauchtigsten Regentschaftsrat

in Warschau.

„Die in Lodz tagenden Vertreter der Verwaltungskörperschaften aller Ortsgruppen des 25000 Mitglieder zählenden Deutschen Vereins bitten ihren ehrerbietigsten Gruß und den Ausdruck loyaler Gefühle für den polnischen Staat entgegenzunehmen. Indem sie ihre nationale Eigenart pflegen, sind sie sich bewußt, durch schöpferische Arbeit auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet am besten dem Lande zu dienen, als dessen treue Bürger sie sich fühlen."

Seine Exzellenz Herrn General-Gouverneur

Generaloberst von Beseler

in Warschau.

„Die zur Tagung der Hauptverwaltung des Deutschen Vereins erschienenen Vertreter der 200 Ortsgruppen im Generalgouvernement Warschau entbieten Euerer Exzellenz ehrerbietigsten Gruß mit Dank für alle Bemühungen zur Sicherung der deutschstämmigen Bevölkerung Polens, insbesondere aber für die großzügige Rückwanderungsfürsorge, und bitten Euere Exzellenz, die Ehrenmitgliedschaft unseres Vereins anzunehmen."

Herrn Verwaltungschef Exzellenz von Steinmeister

in Warschau.

„Die in Lodz zusammengekommenen Mitglieder der Hauptverwaltung des Deutschen Vereins bringen Euerer Exzellenz Gruß und Dank für alle Maßnahmen zur Festigung des hiesigen Deutschtums, insbesondere aber für alle Bemühungen zugunsten der deutschen Rückwanderer dar."

Am Abend des 1. Oktober hielt der Chefredakteur der „Deutschen Lodzer Zeitung", C. Gollnick, einen sehr stark besuchten Vortrag über das Auslanddeutschtum nach dem Kriege, in dem er ein großzügiges Programm für die Zusammenfassung aller Kräfte des Auslanddeutschtums in der Zukunft im Interesse der deutschen Auslandarbeit entwickelte. Er forderte einen wirksamen Rechtsschutz für die Auslanddeutschen und weitgehendsten Zusammenschluß aller Auslanddeutschen und die Vertretung des Auslanddeutschtums im Reichstage. Auch die Fragen der Errichtung von Handelskammern im Ausland und die Regelung des gesamten Auslandschulwesens berührte er. Zum Schluß wies er noch darauf hin, daß es wichtig sei, stets zu betonen, daß das Deutschtum außerhalb der Grenzen des Reiches in keiner Weise der Staatspflicht gegen das Land, in dem es lebt, irgendwie abspenstig gemacht werden darf. Es soll nur ein kultureller und wirtschaftlicher Zusammenhang unter dem Deutschtum in aller Welt geschaffen werden. Die Arbeit unseres Instituts hat Herr Gollnick eingehend gewürdigt, ebenso fand die Tätigkeit des Vereins für das Deutschtum im Ausland ehrenvolle Erwähnung.

Am Abend des 2. Oktober vereinigte ein von der Stammgruppe Lodz des Deutschen Vereins im großen Saal des Männergesangvereins veranstalteter Familienabend alle Kreise des Lodzer Deutschtums, sowie die zu den Tagungen erschienenen auswärtigen Vertreter. Das Programm wies eine Reihe von auserlesenen künstlerischen Darbietungen auf. Im Mittelpunkt des Abends stand ein Vortrag des Pastors Luthardt aus Rypin über die geistigen Triebkräfte der Arbeit des Deutschen Vereins, in dem dieser volkstümliche Geistliche, der im Deutschtum in Polen eine führende Stellung einnimmt, die einzelnen Gebiete des Wirkungskreises des Deutschen Vereins darlegte. Mit Stolz konnte er darauf hinweisen, daß der Verein heute nicht weniger als 25000 Mitglieder umfaßt. Seine Rede, in der die Deutschen in Polen zum kraftvollen Festhalten an dem deutschen Volkstum aufgefordert wurden, löste in der überaus stattlichen Versammlung nicht endenwollenden Beifall aus.

Donnerstag, den 3. Oktober wurde die Hauptversammlung des Deutsch-evangelischen Landesschulverbandes in Polen unter der Leitung des ersten Vorsitzenden, Herrn Flierl, abgehalten. Nach dem Verwaltungsberichte umfaßt diese Organisation gegenwärtig über 450 Schulgemeinden, deren Voranschlag des Haushaltplanes mit 1075000 Mk. an Einnahmen und Ausgaben abschließt. Der Verband will das bodenständige Deutschtum zur Mitarbeit hinzuziehen. Dementsprechend wurde in die Leitung eine Reihe von führenden Persönlichkeiten des Deutschtums in Polen berufen. Zum Vorsitzenden wurde Herr Dr. Krusche (Pabianice) gewählt, als schultechnischer Direktor des Landesschulverbands ist seit dem 1. September Herr Lutz Korodi, der ausgezeichnete Kenner des Auslanddeutschtums, der sich als praktischer Schulmann zuletzt am Städtischen Lyzeum in Friedenau bewährt hat, tätig. Große Aufgaben harren des Schulverbandes bei Rückkehr der vertriebenen Kolonisten nach Polen. Für sie werden etwa 30—40 Schulgemeinden neu zu gründen sein. Bemerkenswert ist, daß bei dieser Versammlung auch der polnische Schulinspektor des Lodzer Kreises anwesend war, der auf die Begrüßung des ersten Vorsitzenden freundliche Worte des Dankes erwiderte. „Mit gesicherter Zukunft tritt der Verband in sein zweites Geschäftsjahr. Der Geist der Lehrer, die durch ihre Sprecher ihre Bereitwilligkeit kundgaben, treu bei der Fahne zu halten, die redliche Meinung und der oft bewährte Opfermut der deutschen Landsleute, und nicht zuletzt der Charakter der leitenden neuen und alten Vorstandsmitglieder bilden die Grundlage des weiteren Gedeihens des Deutschen Landesschulverbandes", so schließt die „Deutsche Lodzer Zeitung" ihren Bericht über die Tagung des Deutschen Landesschulverbandes für Polen.

Am Abend des 3. Oktober fand im Deutschen Theater eine Festvorstellung von Hans Müllers Schauspiel „Könige" zu Ehren der deutschen Tagungen statt.

Digitized by Google

Anschließend an die Tagungen wurde am 4. und 5. Oktober im Deutsch-evangelischen Lehrerseminar ein Buchführungskursus für die Kassenwarte der deutschen Spar- und Darlehenskassen veranstaltet.

Die Vereinigung deutschsingender Männer-Gesangvereine in Polen, die bereits auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken kann, hielt am 8. September 1918 in Lodz eine Hauptversammlung ab. 34 Vereine gehörten der Vereinigung vor dem Kriege an, Vertreter von 13 Vereinen waren erschienen. Der Kassenbericht ergab, daß der gegenwärtige Barbestand der Vereinigung 3348,50 Rubel beträgt. Nach dem Bericht des Vorstandes, Herrn Albert Schülde, über die Tätigkeit der Vereinigung seit Beginn des Krieges wurde beschlossen, das zehnjährige Bestehen der Vereinigung im Sommer 1919 festlich zu begehen.

★

Am 5. Oktober fand eine Vollversammlung des Deutschen Lehrervereins in Lodz statt, bei welchem Anlaß Oberlehrer Follack einen Vortrag über die Bedeutung der Heimatkunde für den gesamten Schulunterricht hielt.

Am 8. Oktober feierte der Kirchengesangverein zu St. Johanni sein Stiftungsfest. B.

★

Konstantinopel. Der Deutsche Dürerbund, Vorsitzender Dr. Hermann Paulus, versendet seinen 4. Jahresbericht für den Zeitraum 1. Mai 1917 bis 30. April 1918. Aus der Fülle der von diesem der Pflege deutscher Kultur dienenden Verein geleisteten Arbeit seien hervorgehoben: die Einrichtung eines Dürer-Heimes im alten Tunnel Han, die Unterhaltung einer Bücherei und eines Lesesaales — letzterer zählte im erwähnten Zeitraum 3735 Besucher —, Veranstaltung wissenschaftlicher Vorträge und die vorbildliche Tätigkeit des Jugendausschusses, der sogar Kasperlevorstellungen veranstaltet hat. Der Verein zählt 307 Mitglieder.

AMTLICHE MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Anmeldung von Forderungen ungarischer Staatsangehöriger. Auf Wunsch des Königlich Ungarischen Ministerpräsidiums hat sich der Herr Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland, Berlin W 35, Potsdamer Straße 38, bereit erklärt, von ungarischen Staatsangehörigen, die in den von Deutschland besetzten und verwalteten Gebieten wohnen, Anmeldungen ihrer Forderungen gegen Schuldner im feindlichen Auslande entgegenzunehmen und zu sammeln, da die ungarische Ministerialverordnung vom 14. Mai 1917, betreffend die Anmeldung ungarischen Vermögens im Zollauslande, keine Bestimmungen bezüglich der Forderungen der erwähnten ungarischen Staatsangehörigen enthält. Für die Anmeldung ist eine bestimmte Form nicht vorgeschrieben.

Absenderangabe bei Auslandbriefen. Auf Briefen und Postkarten nach dem Ausland hat der Absender seinen Vor- und Zunamen, Wohnort nebst Straße und Hausnummer anzugeben; Briefe und Postkarten, die diesen Vermerk nicht enthalten, werden von der Beförderung ausgeschlossen. Falsche Angaben werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Die Verordnung tritt am 15. Oktober in Kraft.

★

Der Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in den baltischen Landen, General von Kathen, erließ folgenden Erlaß: Um den in urteilslosen Kreisen der baltischen Bevölkerung umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten, mache ich hiermit bekannt, daß meine die Baltischen Lande schützenden Truppen das Land unter keinen Umständen eher verlassen werden, als bis eine machtvolle, die Sicherheit von Leben und Eigentum gewährleistende Regierung die Herrschaft über die Baltischen Lande angetreten hat.

Gegen alle Unruhestifter und Verbreiter von Gerüchten, die geeignet sind, die friedliche Bevölkerung zu stören und zu erregen, werde ich mit schärfsten Strafen einschreiten.

Aehnliche amtliche Mitteilungen sind in der Ukraine und in der Krim, sowie in den übrigen besetzten Gebieten erlassen worden, die besonders auf die deutsche Bevölkerung beruhigend wirken.

★

Die Verwaltung der Baltischen Lande. Im „Verordnungsblatt der Baltischen Lande“ Nr. 33 ist die Verordnung des Oberbefehlshabers Ost, des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern, vom 27. August 1918 veröffentlicht worden, durch die die Verwaltung der Baltischen Lande und Litauens neu geregelt wird. Für die Baltischen Lande lauten die Bestimmungen dieser Verordnung: Die Baltischen Lande bilden hinfort eine einheitliche „Militärverwaltung der Baltischen Lande“ mit dem Sitz in Riga. Die Verwaltung gliedert sich in die Provinzialverwaltungen: „Militärverwaltung der Baltischen Lande, Provinzialverwaltung Kurland“ mit dem Sitz in Mitau. „Militärverwaltung der Baltischen Lande, Provinzialverwaltung Livland“ mit dem Sitz in Riga. „Militärverwaltung der Baltischen Lande, Provinzialverwaltung Estland“ mit dem Sitz in Reval. Die Stadt Riga bildet einen dem Verwaltungschef unmittelbar unterstehenden eigenen Verwaltungsbezirk (§ 4, 2).

★

Da möglicherweise die Petersburger Behörden über die Rückgabe der in dortigen Möbellagern aufbewahrten Möbel und sonstigen Gegenständen an die Berechtigten Bestimmung treffen werden, wird den Beteiligten empfohlen, soweit dies noch nicht geschehen ist, tunlichst bald bei dem Deutschen Generalkonsul in Petersburg ihr Lager gut unter Angabe des Möbellagers und der Quittungsnummer, sowie ihrer weiteren Wünsche anzumelden.

AUS DER NEUTRALEN PRESSE

Eine neutrale Stimme über die deutschen Kolonien in Süd-Rußland.

In der Handels och Sjöfarts-Tidning von Gothenburg vom 4. September 1918 veröffentlicht Gustav Sjösteen ein Urteil über die deutschen Kolonisten in Südrußland. Er schildert zunächst die deutschen Kolonien bei Odessa in der Nähe des Meeres. Sie zeichneten sich durchweg durch Wohlstand aus. Noch reicher seien die deutschen Kolonien am Don und in der Krim, wo die Gegend westlich vom Asowschen Meere so dicht von Deutschen bevölkert sei, daß man sie ein deutsches Land nennen könne. Schlimm sei es im Krieg den Deutschen in Wolhynien gegangen. In Beßarabien ständen sie sich gut. Die deutschen Kolonien in Südrußland dürften eine Bevölkerung von insgesamt anderthalb Millionen Menschen zählen. Die Kolonien bei Odessa trieben ausgedehnten Getreidebau, hauptsächlich Gerste, Weizen und Mais. Die Dreifelder-Wirtschaft herrscht vor. Während des Krieges hatten harte Requisitionen stattgefunden, wodurch der Viehstand auf die Hälfte zurückging. Die Kolonien am Don seien zum größten Teile zerstört worden, Massen deutscher Kolonisten seien nach Sibirien transportiert worden. Obgleich der Wohlstand

Digitized by Google

im allgemeinen groß sei, gebe es unter den Deutschen doch ein landloses Proletariat, von Kolonisten gebildet, die infolge mangelhafter Wirtschaft ihre Höfe aufgeben mußten. Die Bolschewiki zeigten gegen die Deutschen keinen besonderen Nationalhaß. Sie plünderten Deutsche und Russen ohne Unterschied. Ihr Haß richtete sich gegen alle besitzenden Klassen. Viele Kolonisten hätten beschlossen, aus dem Lande zu fliehen, sobald die deutschen und österreichischen Besatzungstruppen herausgezogen würden, falls der ukrainische Staat ihnen nicht den nötigen Schutz gewähren könne.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

„Die Außenhandels-Förderung Englands in ihrer neuesten Entwicklung", Februar 1918, 68 Seiten.

„Japans Rüstung für den Handelskrieg", ein Beitrag zur neuesten Entwicklung der japanischen Außenhandels-Förderung. 91 Seiten.

Beide Broschüren herausgegeben vom Deutschen Ueberseedienst, G. m. b. H., Berlin, und bearbeitet von Dipl.-Ing. Dr. Th. Schuchart, Mitglied der Geschäftsführung des Deutschen Ueberseedienstes, G. m. b. H.

Zur Reform unserer Diplomatie und des Konsulatsdienstes werden von berufener und unberufener Seite dauernd neue Vorschläge gemacht. Man sollte annehmen, daß das alles zur Voraussetzung hat einmal eine genaue Kenntnis der vom Deutschen Reiche tatsächlich geschaffenen Zustände, und ferner eine ebenso genaue Kenntnis der Dinge im Auslande. An beiden Voraussetzungen fehlt es. Nun erschöpft zwar die Reform des diplomatischen und des Konsulatsdienstes allein noch nicht den Begriff der Verbesserung unserer Außenhandelsförderung, aber in diesem Sinne, also wirtschaftlich, wird sie auch von den Kritikern aufgefaßt und behandelt, die sie politisch verlangen. Wünschenswert wäre also eine gründliche, wissenschaftlich wie praktisch allen Anforderungen gerecht werdende Darstellung der Verhältnisse im Auslande (wozu in erster Linie England, die Vereinigten Staaten, Japan und Frankreich zu zählen wären), und dann eine ähnliche kritische Darstellung der von uns geschaffenen Einrichtungen. Das letztere könnte ohne Scheu vor dem Ausland durch amtliche Stellen in Form einer Denkschrift an den Reichstag geschehen, denn es kämen in einer solchen Veröffentlichung durchaus keine Dinge zutage, die etwa unseren Gegnern unbekannt wären, und es würde durch eine solche Veröffentlichung eine Zusammenstellung geboten, in der man alles einschlägige Material finden kann. Vielleicht würde die Verwertung solch positiver Kenntnisse manche allzu starke Kritik etwas dämpfen, wenn, um nur ein Beispiel zu nennen, allgemein bekannt wäre, daß die Handelsberichte der deutschen Konsuln in der Mehrzahl der Fälle besser sind als diejenigen fremder Konsuln, und daß auch namhafte Ausländer dieser Ansicht sind. (Etwas ganz anderes ist es, daß diese guten Berichte in der Heimat unrichtig verwertet wurden, daß sie nur unvollkommen und zu spät den Interessenten zugänglich gemacht wurden!) Die zweite Publikation über die Verhältnisse in dem uns feindlichen Auslande aber ist jetzt während des Krieges wissenschaftlich vollständig kaum zu schaffen, denn in unserer belagerten Festung erhalten wir das amtliche Material fast überhaupt nicht, und das Zeitungsmaterial, das nicht immer eine einwandfreie Quelle bildet, nur unregelmäßig und unvollkommen. Manches Wichtige umgeben die feindlichen Regierungen auch noch mit dem dichten Schleier eines Geheimnisses. Immerhin wäre es höchste Zeit, daß das, was zu uns dringt, von kundiger Hand verwertet und verarbeitet wird, um in handlicher Form den deutschen Interessenten und Kritikern zu zeigen, was man draußen leistet und wie man sich für die schwere Zeit der Nachkriegswirtschaft rüstet. Den Zweck einer solchen Orientierung verfolgen die beiden vom Ueberseedienst herausgegebenen Broschüren, die — das wird auch deutlich ausgesprochen — eine dringliche und deutliche Mahnung und Warnung an jeden Deutschen enthalten sollen: Es ist höchste Zeit, daß die Periode mehr oder minder unfruchtbaren Redens bei uns aufhöre, und daß positive Taten an ihre Stelle treten, wenn Deutschland sich das schaffen will, was nach dem Worte des Autors England bereits besitzt: „Ein Arsenal von Waffen für den Wirtschaftskrieg, wie es reicher kaum gedacht werden kann."

Die beiden Broschüren sind — das deutet schon die Fassung ihrer Titel an — nicht ganz gleichmäßig. Man hat, so schön der Gedanke an sich gewesen wäre, der Reihe nach eine in der äußeren Form völlig gleichmäßige und darum zum Nachschlagen besonders praktische Darstellung der Außenhandelsförderung in den genannten feindlichen Ländern zu liefern, auf die Gleichmäßigkeit wohl deshalb verzichtet, weil dann die (nicht dem Autor zur Last fallende) Unvollkommenheit des Tatsachenmaterials zu stark in die Erscheinung getreten wäre. Man wollte das vorhandene Material rasch verarbeiten, um überhaupt einmal etwas zu schaffen. Das Schriftchen über England gibt knappe Uebersichten über die Organisation des Board of Trade, namentlich des Commercial Intelligence Branch, dann über die Grundlagen des Oversea Trade Departements, zählt die Auslands-Handelskammern und sonstigen Einrichtungen zur Förderung der Außenwirtschaft auf, bringt eine knappe, aber durchaus genügende Uebersicht über das englische Konsularwesen (gegen das die Engländer selbst fast dieselben Vorwürfe erheben, die wir auch in Deutschland gegen unsere Einrichtungen hören), bespricht ferner die Bestrebungen zur allbritischen Wirtschafts-Vereinheitlichung, die Pläne zum Weiterausbau des Wirtschaftsnachrichtendienstes, und endlich die Pläne zur Schaffung eines Reichshandelsamtes. Es fehlt hier manches von dem, was im zweiten Bändchen über Japan besprochen wird, es fehlt aber namentlich ein Kapitel über die Förderung des Außenhandels durch den glänzend organisierten Nachrichtendienst der englischen Presse, des englischen Kabel- und Nachrichten-Verkehrswesens. Aber es gibt in beiden Broschüren eine Fülle von Einzelheiten, die bei uns völlig unbekannt sein werden. Der Verfasser hat nur Tatsächliches zusammengetragen und sich eigener Kritik und meist auch eigener Zusätze enthalten. Aber für den aufmerksamen Leser wird hoffentlich auch so der beträchtliche Unterschied zwischen den Außenhandelsförderungsbestrebungen Englands und Japans hervortreten: in England sind es Kaufleute, Industrielle, also private Kreise, aus deren Initiative heraus immer wieder Neuerungen gefordert und mit deren tätiger Mithilfe sie geschaffen werden, in Japan liegt die Initiative immer noch mehr auf Seiten der Regierung. Das ganze Wirtschaftsleben ist dort straffer in den Händen der politischen Regierung zentralisiert. Auch wo Privatleute mahnend ihre Stimme erschallen lassen, wie in Aufsichtsratssitzungen und Zeitungsartikeln, wird man immer und immer wieder die Regierung als handelnden und vorwärtsdrängenden Teil erkennen können. Die wirtschaftliche Autokratie des großjapanischen Reiches und seine wirtschaftliche Expansion sind eben imperialistische Ziele einer starken und willenskräftigen Regierung. Namentlich die Kapitel über die Japaner als Beamte im Auslande, wie auch über die japanischen Studenten im Ausland, der Abschnitt über das Ausstellungswesen, das Fremden- und Reisewesen sind äußerst lehrreich. Einzelnes, wie das über Schule und soziale Fürsorge Gesagte, paßt in den Rahmen des rein Tatsächlichen

Digitized by Google

nicht so ganz herein und hätte energisch kritisch angefaßt werden müssen (was, wie gesagt, nicht in der Absicht der Broschüre überhaupt liegt), wenn es für den nicht genau mit den Verhältnissen vertrauten Leser förderlich sein sollte. In Einzelheiten hat der Verfasser wohl auch, da ihm nur Zeitungsnachrichten zu Gebote standen, die Kunst der japanischen Phraseologie für bare Münze genommen. Es ist auch in Japan nicht alles Gold, was glänzt, und es bleibt manches an gutem Willen in der Unmöglichkeit der Ausführung schmählich stecken. Das aber sind Kleinigkeiten. Vor allem wollen die Broschüren durch die Aneinanderreihung des bei fleißiger Arbeit gewonnenen Materials aufrüttelnd bei uns wirken. Dazu sind sie geeignet, und deshalb kann man ihnen viele Leser wünschen. Dr. F. W.

F. W. Brepohl, Nassauische Bauernkolonien in Süd-Rußland. Nassau (Lahn) 1917. 16 Seiten.

Das Heftchen erzählt von der Gründung der deutschen Kolonistendörfer Alt- und Neu-Nassau im Molotschnarer Gebiet (am Molotschanski-See im ehemaligen russischen Gouvernement Taurien). Ihre Entstehung verdanken sie den Hessenzügen, die von 1803—1819 mit anderen deutschen Auswanderströmen im Sinne des Ediktes Alexanders I. über Odessa ins südliche Rußland geleitet wurden. Blühende Landwirtschaft und Weinbau, ein gesundes Gemeindeleben und tüchtige Schulen entwickelten sich nach harten Anfangsjahren in diesen Dörfern, bis die in den siebziger Jahren einsetzende Russifizierung Schritt für Schritt die deutschen Kolonisten ihrer verbrieften Rechte beraubte. Der große Krieg schien das Schicksal dieser wie so vieler anderer deutschgebliebener Siedler zu besiegeln; die Treue gegen den russischen Staat büßten sie mit Enteignung und Verfolgung. Doch heute steht Taurien unter deutschem Schutz. So hoffen wir, daß auch die Alt- und Neu-Nassauer besseren Tagen entgegensehen. Nassauische Bücher und Zeitungen werden bei den Kolonisten noch heute gelesen. Die Liebe zum engeren Volkstum ist lebendig geblieben und die engere Heimat daher zuerst berufen, den geistigen Zusammenhang mit den versprengten Landeskindern zu pflegen. Diese Veröffentlichung zeigt wieder, daß die Arbeit in den Archiven der Heimat Hand in Hand gehen muß mit der Forschung in der Fremde, wenn eine Geschichte der deutschen Auswanderung entstehen soll. M.

★

„Unsere Schule". Monatsschrift für das deutsche Schulwesen in Polen. (Preis 6 Mk. jährlich.)

Der Deutsche Lehrerverband in Polen gibt beginnend mit Oktober diese neue Monatsschrift heraus. Neben den Bekanntmachungen des Vorstandes sowie anderer Verwaltungen wird „Unsere Schule" Aufsätze über erzieherische und wirtschaftliche Fragen, sowie Berichte aus dem gesamten deutschen Schulwesen und aus dem deutschen Vereinsleben in Polen bringen. Besondere Bedeutung wird die neue Veröffentlichung durch die ständigen Mitteilungen von Neuanstellungen, Ruhesetzungen, Todesfällen und frei gewordenen Stellen, sowie durch den Vereinskalender für die deutsche Lehrerschaft in Polen haben. Die Schriftleitung hat Herr Rektor Burkardt vom Deutschen Seminar in Lodz übernommen, den Verlag Briebatschs Buchhandlung in Breslau. Wir begrüßen „Unsere Schule" aufs wärmste und wollen hoffen, daß diese der deutschen Lehrerschaft in Polen von dauerndem Nutzen sein wird. Auch der deutschen Oeffentlichkeit wird durch sie die Gelegenheit geboten, sich ständig über die Entwicklung und das äußere Leben der deutschen Schulen in Polen zu unterrichten. — Aus dem Inhalt der uns vorliegenden ersten Nummer (Oktober 1918) sei vor allem die Nachricht von der Gründung des Deutschen Lehrervereins für Andrzejew und Umgebung, sowie der Bericht von der allgemeinen polnischen Lehrertagung in Petrikau hervorgehoben, letzterer berührt besonders die für die deutsche Lehrerschaft wichtigen Verhandlungen.

★

Seit dem 1. Oktober erscheinen die vom Dramaturgen des Rigaer Deutschen Theaters, Wolfgang Harnisch, herausgegebenen „Baltischen Blätter für Theater und Kunst" im Verlag F. Würtz, Berlin-Riga. Sie beabsichtigen neben der besonderen Vertretung der künstlerischen Interessen des deutschen Theaters in Riga der Förderung und Vertiefung neudeutscher Theaterkunst im allgemeinen zu dienen.

VON UNSERER ARBEIT

DIE KURLAND-AUSSTELLUNG

Der beste Aufsatz und der eindringlichste Vortrag vermögen nicht so anschaulich Eigenart und Bedeutung des Auslanddeutschtums zu schildern, wie eine Ausstellung. Trotz der großen Schwierigkeiten, die sich durch den Krieg der Veranstaltung einer wirklich umfassenden Ausstellung über ein bestimmtes Gebiet des Auslanddeutschtums in den Weg legten, ist schon bald nach der Gründung unseres Instituts der Plan einer Kurland-Ausstellung erwogen worden. Damals waren Liv- und Estland noch in russischer Hand, und nur in Kurland konnten wir das baltische Deutschtum kennen lernen. Der Gedanke fiel sowohl bei der Militärverwaltung Kurlands, wie in den Kreisen des dortigen Deutschtums auf fruchtbaren Boden. Nach einem Vortrag in der Gesellschaft für Literatur und Kunst zu Mitau über die Aufgaben der Ausstellung konnte unter dem Vorsitz des Herrn Kultusreferenten bei der Verwaltung Kurland, Prof. Dr. A. Seraphim, ein eigens gebildeter Arbeitsausschuß für die Sammlung der Ausstellungsgegenstände seine Arbeiten aufnehmen. Die Sammeltätigkeit wurde weiter auch von Kreisausschüssen, die sich im Lande bildeten, ausgeübt, und als dann nach den vorberettenden Arbeiten von Dr. Ingelfinger-Stuttgart, der im Auftrag des Deutschen Ausland Instituts nach Kurland reiste, das gesamte Material in Mitau vorlag, nahm Architekt Prof. Paul Schmitthenner, der als künstlerischer Beirat an unserem Institut tätig ist, die Sichtung vor. Die Aufgabe, die sich unser Institut für die Ausstellung gestellt hat, war die Geschichte der deutschen Kolonisation des Landes, die Durchdringung mit deutscher Kultur und Wirtschaftstätigkeit, sowie Land und Leute, wie sie heute sind, Industrie, Handel, das Siedlungswesen und die Bodenschätze zu schildern.

Nachdem wir schließlich nach langer, mühseliger Arbeit das einschlägige Material nach Deutschland überführt hatten, wurde die Ausstellung am 10. November 1917 im Stuttgarter Kunstgebäude durch den König von Württemberg eröffnet. Herr v. Goßler, der Verwaltungschef von Kurland, hielt eine markige Ansprache, nach der sich der König mit den anwesenden Kurländern lange unterhielt. Im Anschluß an die Eröffnung fand ein Vortragsabend im vollbesetzten großen Saal des Stadtgartens statt. Es sprachen Prof. Dr. A. Seraphim, Mitau, über „Die Geschichte Kurlands", Kreishauptmann Baron von der Brincken, Talsen, über „Die Landwirtschaft Kurlands" und Kreishauptmann Robert Brödrich, Goldingen, über „Die Schicksale des kurländischen Deutschtums während

Digitized by Google

des Krieges". Weitere Vorträge, die der Vertiefung und dem Verständnis der Ausstellung dienten, hielten Prof. Dr. L. Gmelin („Die Viehzucht in Kurland") und Rittergutsbesitzer Silvio Brödrich, Kurmahlen („Die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung Kurlands"), sowie der Kriegsberichterstatter Dr. Fritz Wertheimer („Wie wir Kurland, Riga und Oesel eroberten"). In der kurzen Zeit vom Eröffnungstag bis zum 2. Dezember wurde die Ausstellung in Stuttgart von über 12 000 Personen besucht, ein Beweis dafür, welches Interesse man in Stuttgart für unsere Sache hat.

In München war die Kurland-Ausstellung in der historischen Augustinerkirche untergebracht. Der Eröffnung wohnte der König von Bayern bei und auch hier interessierte sich die Bevölkerung warm für die Ausstellung. Wiederum war der Verwaltungschef von Kurland erschienen. Vorträge hielten Alexis Freiherr v. Engelhardt, München („Kurland und das Deutschtum") und Kriegsberichterstatter Dr. Fritz Wertheimer („Das Kurland von heute").

In Berlin wurde die Ausstellung in dem uns freundlich zur Verfügung gestellten großen Lichthof des Kgl. Kunstgewerbemuseums gezeigt. Im Auftrage des Kaisers kam Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, dessen bemerkenswerte Eröffnungsansprache über die Bedeutung des Auslanddeutschtums und des baltischen Deutschtums im besonderen von der gesamten deutschen Presse gebracht wurde. Auch in Berlin sprach der Verwaltungschef v. Goßler über Kurland und unsere Aufgaben dort. Die Kaiserin stattete der Ausstellung einen langen Besuch ab. Am Abend der Eröffnung konnten wir im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses, den der Herr Präsident liebenswürdigerweise zur Verfügung gestellt hatte, eine auserlesene Gesellschaft begrüßen. Es sprachen Geh. Rat Prof. Dr. Th. Schiemann, Berlin, über „Die geschichtliche Entwicklung Kurlands", Geh. Rat Prof. Dr. R. Seeberg, Berlin, über „Der baltische Geist" und Herr Hanns v. Eckardt über „Kurlands Volkswirtschaft". (Ueber die weiteren Vorträge in Berlin siehe Vortragswesen in „Unsere Arbeit".)

In Leipzig fand unsere Ausstellung in dem Neubau des Deutschen Handlungsgehilfenverbandes vorteilhafte Unterkunft, dort eröffnete sie Prinz Johann Georg von Sachsen. Am Eröffnungsabend sprach Dr. Valerian Tornius, Leipzig, über „Die Seele Kurlands". In einem recht erfolgreichen Vortragszyklus konnten wir ferner als Redner begrüßen Herrn Geh. Rat Prof. Dr. L. Stieda, Leipzig („Letten, Liven und Esten und ihre Beziehungen zum Deutschtum"), Herrn Pastor Magawly von Calry, Leipzig („Das geistige Leben im baltischen Lande, besonders in Kirche und Schule") und Herrn Dr. Richard Pohle, Berlin („Kurland und das Baltikum im Wirtschaftsleben"). In Leipzig kam besonders der Umstand der Ausstellung zugute, daß sie gerade in die Meßzeit fiel, wodurch es auch einer Anzahl Auslanddeutscher aus den neutralen Ländern möglich war, sie zu besichtigen und mit uns Fühlung zu nehmen.

In Dresden war die Ausstellung im Gebäude des Sächs. Kunstvereins auf der Brühlschen Terrasse wirkungsvoll aufgebaut. Der König von Sachsen erschien zur Eröffnung. Die vielfachen Beziehungen, die zwischen Sachsen und Kurland in Vergangenheit bestanden, sicherten der Ausstellung die lebhafteste Anteilnahme weiter Kreise der Bevölkerung. Am Eröffnungsabend sprachen der Vorsitzende des Vorstandes, Kommerzienrat Theodor Wanner, Stuttgart, über „Die Kurland-Ausstellung und die baltischen Provinzen zur Zeit des Krieges in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht" und Dr. Tornius, Leipzig, über „Land und Leute in Kurland". Weitere Vorträge hielten Schriftsteller Carl Meißner, Berlin, über „Das Deutschtum der baltischen Provinzen" und Dr. Pohle.

In Breslau hatte die Ausstellung in der prachtvollen neuen Ausstellungshalle in Scheitnig während eines fast vierwöchentlichen Aufenthaltes einen ganz hervorragend schönen Erfolg: ist sie doch von fast 40 000 Personen in dieser Zeit besucht worden! Bei der Eröffnung war wiederum Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen zugegen. Es sprachen in Breslau (für die Kurland-Ausstellung) Rittergutsbesitzer Silvio Brödrich, Kurmahlen, über „Land und Leute in Kurland", Dr. Tornius über „Baltisches Geistesleben im Wandel der Jahrhunderte" und Landesökonomierat Prof. Dr. Aereboe, Breslau, über „Die Landwirtschaft der baltischen Provinzen".

Für Hannover hatte uns die Stadt die neue Ausstellungshalle am Kaiser-Franz-Joseph-Platz zur Verfügung gestellt. Eröffnet wurde die Ausstellung von dem Oberpräsidenten der Provinz Hannover. Der niedersächsische Volksstamm, der ja in der großen Zeit der Deutschen Ordensritter die meisten Kolonisatoren für die baltischen Provinzen abgab, bewies hier sein Interesse für das alte Ordensland. Am Eröffnungstag sprach Dr. Tornius über „Kurland in Geschichte und Gegenwart".

Von Hannover ging es nach Karlsruhe, wo der Großherzog von Baden am 6. Juli 1918 die Ausstellung in der Großherzogl. Orangerie eröffnen konnte. Den Eröffnungsvortrag hielt Alexis Freiherr v. Engelhardt, München.

In Düsseldorf wurde die Ausstellung vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz in der Städtischen Kunsthalle eröffnet. Am Eröffnungsabend sprach wiederum Freiherr v. Engelhardt, München, über das Deutschtum in den baltischen Provinzen.

Von Düsseldorf wanderte die Ausstellung nach Straßburg, wo sie im Lichthof des Kaufhauses „Modern" untergebracht wurde. An der Eröffnung nahmen der Statthalter, sowie der Staatssekretär von Elsaß-Lothringen teil. Den Eröffnungsvortrag hatte Dr. V. Tornius, Leipzig, übernommen. Das Interesse der Straßburger Bevölkerung an der Ausstellung war so groß, daß sie über die ursprünglich vorgesehene Zeit hinaus verlängert werden mußte.

Am 24. Oktober wird die Ausstellung in Darmstadt eröffnet. Hier wird sie ihre Wanderung beenden, denn dann wird sie aufgelöst, bzw. werden die Gegenstände, die uns nur leihweise überlassen wurden, ihren Eigentümern zurückerstattet, während das Material, das dauernd in den Besitz unseres Museums übergeht, nach Stuttgart überführt wird.

Ueberall, wo die Ausstellung gezeigt wurde, hat sich ungeteiltes warmes Interesse für die Schicksale des baltischen Deutschtums gezeigt, das durch die Ereignisse der letzten Monate, durch die die Schwestern-Provinzen Liv- und Estland der russischen Macht entrissen wurden, noch gesteigert wurde. Es ist eine besondere Genugtuung für unser Institut, durch die Veranstaltung der Kurland-Ausstellung allenthalben im Reiche das Verständnis und die Liebe zu den baltischen Stammesbrüdern, denen innerhalb des Auslanddeutschtums stets ein besonderer Ehrenplatz gebührt, geweckt und gefördert zu haben. In unzähligen Aufsätzen hat die deutsche Presse anknüpfend an die Ausstellung auf das Baltentum hingewiesen und die Vorträge, die wir in den verschiedenen Städten im Anschluß an die Ausstellung veranstalteten, haben allen denjenigen, denen es nicht vergönnt war, die baltischen Provinzen aus eigener Anschauung kennen zu lernen, wichtige Aufschlüsse und gründliche Belehrung geboten. Insbesondere haben unsere Feldgrauen, deren Kulturarbeit in Kurland seit der Besitznahme des Landes durch unsere Truppen in einer eigenen Abteilung geschildert wird, und die Schuljugend ein warmes Interesse für die Vorführung bekundet. Ganze Truppenteile und Schulklassen haben sie überall besucht. Für sachkundige Führung, namentlich durch Kurländer selbst, die die Ausstellung überall unterstützten, wurde von der Ausstellungsleitung gesorgt.

Digitized by Google

VORTRAGSWESEN

1. Vorträge über Auslanddeutschtum und Auslandkunde

Im Winter 1917/18 hat das Deutsche Ausland Institut neben den Vorträgen, die aus Anlaß der Kurland-Ausstellung stattfanden, folgende Vorträge in Stuttgart veranstaltet:

Kaiserl. Gesandter v. Sanden: „Meine jüngsten Erlebnisse in Südamerika" (am 7. Nov. 1917),

Missionsdirektor A. W. Schreiber, Berlin: „Mission und Kultur" (am 21. Nov. 1917),

Dr. Paul Träger: „Das Deutschtum in der Dobrudscha, Ergebnisse der im Auftrag des Deutschen Ausland Instituts unternommenen Forschungsreise" am 5. Dez. 1917),

Privatdozent Dr. Julius Pokorny, Wien: „Deutschland und Irland" (am 9. Jan. 1918),

E. G. v. Stauß, Direktor der Deutschen Bank, Berlin: „Die rumänischen Petroleumfelder" (am 6. Febr. 1918),

Hauptmann Erich v. Salzmann, Berlin: „Die politische Lage in Ostasien" (am 20. Febr. 1918),

Ingenieur Jul. H. West, Stuttgart: „Dänemark und Deutschland" (am 6. März 1918),

Baron v. Manteuffel-Katzdangen: „Bericht über meine Flucht aus Sibirien und Betrachtungen über die zukünftige Gestaltung Rußlands und des Baltikums" (am 20. März 1918),

Professor Dr. W. v. Blume, Tübingen: „Die Rechte der Auslanddeutschen" (am 3. April 1918),

Schriftleiter Artur Dix, Berlin: „Deutsche Arbeit in Bulgarien" (am 17. April 1918),

Pater Hoffmann, Missionshaus Knechsteden: „Die Kulturaufgaben der kathol. Mission" (am 1. Mai 1918),

Werner Lieb, Casablanca: „Marokko in Vergangenheit und Zukunft" (am 8. Mai 1918).

Wie im vergangenen Jahr, veranstaltet das Deutsche Ausland Institut auch in diesem Herbst und Winter eine größere Anzahl von Vorträgen über Auslanddeutschtum und Auslandkunde. Das erste Vortragsprogramm (bis Dezember 1918) für die alle vierzehn Tage, Mittwoch abends, im Vortragssaal des Lindenmuseums in Stuttgart stattfindenden Vorträge umfaßt folgende Vorträge:

Dr. B. Gaster, Direktor der Allgemeinen deutschen Schule in Antwerpen: „Das deutsche Auslandschulwesen während des Krieges" (11. Sept.),

Dr. Valerian Tornius, Leipzig: „Livland in Vergangenheit und Gegenwart" (18. Sept.),

Geh. Rat Prof. Dr. Kurt Wiedenfeld, Berlin: „Deutschlands Rohstoffversorgung nach dem Kriege" (2. Okt.),

Prof. Johannes Oequist, Leiter der Presseabteilung der Finnischen Gesandtschaft, Berlin: „Deutschland und Finnland" (16. Okt.),

Carl Gollnick, Chefredakteur der Deutschen Lodzer Zeitung: „Das Deutschtum in Polen, seine Sorgen und Nöte" (30. Okt.),

Geh. Admiralitätsrat Dr. W. Schrameier: „Was geht in Ostasien vor?" (13. Nov.),

Stadtrat Prof. Dr. Julius Ziehen, Frankfurt a. M.: „Die deutsche Kultur und das Auslanddeutschtum" (27. Nov.),

Konsul Dr. Eduard Dettmann, Berlin: „Brasilien und das dortige Deutschtum" (11. Dez.).

Außer den Vorträgen im Anschluß an die Kurland-Ausstellung haben wir im Frühjahr 1918 in Stuttgart, München, Leipzig, Frankfurt a. M., Köln, Hannover und Lübeck unter Mitwirkung des Vorsitzenden des Allrussischen Verbandes deutscher Kolonisten, Pastor Immanuel Winkler, sowie der Herren Kanonikus Glaser und Pastor Schleuning je einen Vortragsabend über „Das Schicksal der deutschen Kolonisten in Rußland" veranstaltet. Weiter haben in unserem Auftrag im Winter 1917/18 gesprochen:

Dr. Paul Träger, Berlin, über seine Reise in der Dobrudscha, in Leipzig und Dresden,

Direktor Wegener, Zürich, über: „Die Erhaltung des Auslanddeutschtums, eine Lebensfrage für die Zukunft der deutschen Industrie", in Leipzig,

A. Pohlmann, Detmold, über: „Der deutsche und englische Kaufmann auf dem Weltmarkt", in Magdeburg,

Professor Dr. Karl Sapper, Straßburg, über das Auslanddeutschtum und die Aufgaben des Deutschen Ausland Institut, in Frankfurt a. M.,

Dr. Fritz Elsas, Stuttgart, über dasselbe Thema in Straßburg,

Dr. M. Bernath, Abteilungsleiter am Deutschen Ausland Institut, über dasselbe Thema in Ludwigsburg und Friedrichshafen.

Ueberdies hat das Deutsche Ausland Institut im Winter 1918, während der Dauer der Kurland-Ausstellung, in Berlin gemeinschaftlich mit der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft im großen Saale des Abgeordnetenhauses drei Vorträge stattfinden lassen. Geh. Rat Prof. Dr. Dietrich Schäfer sprach über „Kurland und das Baltikum in Weltgeschichte und Weltpolitik", Geh. Oberreg.-Rat Prof. Dr. Zoepfl über „Mitteleuropa als Weltwirtschaftsgebiet" und Dr. E. Jenny über „Die Deutschen im russischen Wirtschaftsleben".

Hieher gehören auch die von unserem Institut ebenfalls im Zusammenhang mit der Kurland-Ausstellung veranstalteten baltischen Literaturnachmittage. Der erste konnte im Dezember 1917 in München im Kunstsalon Caspari, der zweite im Januar 1918 in Berlin bei Paul Cassierer stattfinden. Baltische Dichter, Dichterinnen und Vortragskünstler, u. a. Otto Frhr. v. Taube, Frances Külpe und A. v. Gleichen-Rußwurm haben mitgewirkt.

2. Jugendvorträge

Unser Arbeitsfeld umfaßt auch die Aufklärung der Jugend über das Auslanddeutschtum und das Ausland. Dank der Mitwirkung der meisten Herren Vortragenden, die auf unsere Einladung hin nach Stuttgart kommen, ist es uns gelungen, zunächst in dieser Stadt, im Gustav-Siegle-Haus, eine Reihe von Nachmittagsvorträgen mit Lichtbildern für die reifere Schuljugend zu veranstalten, von denen der erste am 11. September stattgefunden hat. Herr Direktor Gaster aus Antwerpen sprach über das Deutschtum in Belgien. Daß diese Jugendvorträge einem vorhandenen Bedürfnis entsprechen, beweisen die Zuschriften der Rektorate, die die Einrichtung aufs wärmste begrüßen, und der Umstand, daß etwa 6000 Schüler und Schülerinnen der höheren Schulen Stuttgarts sich zur Teilnahme angemeldet haben. Es besteht die Absicht, diese Vorträge, sobald es die Umstände erlauben, auf die Großstädte des ganzen Reiches auszudehnen.

3. Vorträge im besetzten Gebiet

Im Zusammenwirken mit dem Kriegspresseamt hat das D.A.I. im vergangenen Sommer einige Vorträge im besetzten Osten veranstaltet. Die Herren Geh.-Rat Prof. Dr. L. Neumann, von der Universität Freiburg i. Br., und Prof. Dr. G. Schott, von der Deutschen Seewarte in Hamburg, Mitglieder unseres wissenschaftlichen Beirats, haben mitgewirkt. Geh.-Rat Dr. Neumann hat 13 Vorträge in verschiedenen Städten des Generalgouvernements Warschau, Herr Prof. Schott 2 in Kurland gehalten. Derartige Vorträge werden auch voraussichtlich in der kommenden Zeit weiter veranstaltet. In dankenswerter Weise haben sich für sie die Herren Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats zur Verfügung gestellt.

Digitized by Google

AUS BIBLIOTHEK UND ARCHIV

Die Aufgabe der Bibliothek des Deutschen Ausland Institut ist, die gesamte Literatur über das Auslanddeutschtum, sowie überhaupt über deutsche Arbeit im Ausland möglichst lückenlos zu sammeln. Die Büchersammlung wird jedoch nicht als Selbstzweck angesehen, vielmehr ist vorgesehen, das aufgestapelte wissenschaftliche Material in volkstümlicher Weise durch Veröffentlichungen, Ausleihen der Bücher usw. weitesten Kreisen dienstbar zu machen. Da die Bibliothek in erster Linie den praktischen Gegenwartsbedürfnissen unseres Wirtschafts- und Kulturlebens dienen soll, wird sie weniger von ausschließlich wissenschaftlichen als praktischen Gesichtspunkten aus aufgebaut und erweitert. Hierbei sollen jedoch auch die Interessen der Wissenschaft, soweit sie die Erforschung des Auslanddeutschtums betreffen, keineswegs übersehen werden.

★

Als Teil des allgemeinen Bibliotheksplans wurden unter Oberleitung von Herrn Prof. Dr. Kampffmeyer (Berlin) umfassende bibliographische Arbeiten über Auslanddeutschtum und Auslandkunde im Sommer 1917 aufgenommen. Es galt zunächst, die vorhandenen, aber nirgends vereinigten Hilfsmittel zur Erforschung des Auslanddeutschtums und des fremden Auslands festzustellen und zu überblicken. Dies geschah in planvoller Benutzung der Königlichen Bibliothek zu Berlin und der Hof- und Staatsbibliothek in München. Die auf solche Weise entstandene Bibliographie der Hilfsmittel orientiert darüber, was an Literatur, namentlich Nachschlagewerken, Handbüchern, Zeitschriften und Gesellschaftsveröffentlichungen über irgend ein Gebiet, beispielsweise Kurland, vorhanden und wo es zugänglich ist. Dabei ist sie keine bloße Titelsammlung; vielmehr gestattet ein ausführlicher und kritischer Index ein Urteil über Umfang und Brauchbarkeit jedes einzelnen Quellenwerkes.

Dann war die jüngste deutsche und fremdsprachliche Literatur, ganz gleich, ob in Buchform oder in periodischer Gestalt, aus den oben umgrenzten Gebieten für die künftigen alphabetischen und systematischen Kataloge festzuhalten. Dieser Herrn Prof. Maas in Berlin übertragene Teil der Bibliographie ist abgeschlossen. Er stützt sich hauptsächlich auf die „Bibliographie der gesamten Sozialwissenschaften" und die Dietrichschen Bibliographien. Aus ihnen wurden die in Betracht kommenden Titel der Einzelschriften, sowie die wichtigsten Zeitschriften- und Zeitungsaufsätze des In- und Auslandes aus den Jahren 1913—17 teils handschriftlich, teils durch Ausschneiden gewonnen, auf Registerkarten festgelegt und mit Signaturen versehen. So entstand der Grundstock eines alphabetischen Kataloges von etwa 20 000 Titeleinheiten, dem der systematische, überwiegend nach geographischen Schlagwörtern gegliederte Teil für den gleichen Zeitraum gegenübersteht. Hat z. B. ein deutscher Ingenieur in der Deutschen Levante-Zeitung über Bewässerungsarbeiten bei Konia geschrieben, so wird sein Aufsatz im alphabetischen Katalog unter dem Verfassertitel zu finden sein, während man ihn im Sachkatalog unter dem geographischen Begriff Türkei, sachliches Schlagwort „Bewässerung", zu suchen hat.

Um das in Stuttgart greifbare Material öffentlicher Bibliotheken sofort verwerten zu können, wurden zunächst die gesamten Bestände der Königlichen Landesbibliothek nach den Gesichtspunkten Auslanddeutschtum und Auslandkunde durchgesehen und die Literatur über das Auslanddeutschtum lückenlos, die Literatur zur Auslandkunde mit Auswahl auf Katalogkarten registriert. Die Ausbeute dieser Durchsicht wird wiederum in den alphabethischen wie in den Sachkatalog eingegliedert.

Die bereits eingeleitete Zusammenarbeit mit der Deutschen Bücherei wird es erlauben, auch die reichen Bestände dieser Bibliothek für die Bibliographie des laufenden Jahres, die an der Hand zahlreicher Zeitschriften in Stuttgart weitergeführt wird, in wünschenswerter Weise auszunützen.

Der Betrieb der Bücherei in Stuttgart konnte im April dieses Jahres eröffnet werden. Die vorhandenen Bücherbestände und schnell wachsenden Hilfsmittel wurden in Einheitsgestellen, das ausgedehnte bibliographische Zettelmaterial in eisernen Karteikästen zugänglich gemacht. Dank den in großer Zahl eingehender Zeitschriften und Tageszeitungen, die gleich den Vereinsnachrichten aus dem Auslande für das Archiv verwertet wurden, war es möglich, in einer Reihe von Fällen ausführliche Auskunft zu erteilen.

Einen wertvollen Zuwachs erfuhr die Bücherei durch die Schenkung eines Freundes des Instituts, eine umfangreiche Privatsammlung größtenteils seltener deutscher und englischer Buchwerke und Zeitschriften, welche die Frühzeit der deutschen Einwanderung und den deutschen Anteil am Kulturleben der Vereinigten Staaten beleuchten.

Für das deutsche Ausland Institut sind alle Bild- und Druckwerke, die das Auslanddeutschtum und die Auslandkunde berühren, von Wert. Freunde und Gönner, die solche Sammelgegenstände besitzen, werden gebeten, auch die unscheinbarsten Zeugnisse der Bücherei und dem Archiv zur Verfügung zu stellen.

★

Umfassende bibliographische Arbeiten über Auslanddeutschtum und Auslandkunde wurden unter Leitung von Herrn Professor Dr. Kampffmeyer im Sommer 1917 aufgenommen. Der erste Teil davon, der unter Aufsicht von Herrn Professor Maas in Berlin entstand, ist abgeschlossen. Er umfaßt in alphabetischer Ordnung die Titel der deutschen und fremdsprachlichen Einzelschriften, sowie der Zeitschriften- und Zeitungsaufsätze aus den Jahren 1913—1917. Der alphabetischen entspricht die systematische Abteilung für den gleichen Zeitraum. Die Bibliographie des laufenden Jahres wird in Stuttgart fortgeführt und durch Arbeiten in Berlin (Königl. Bibliothek), München (Hofbibliothek) und Leipzig (Deutsche Bücherei) erweitert.

Der Betrieb der Bücherei in Stuttgart konnte im April dieses Jahres eröffnet werden. Die vorhandenen Bücherbestände und schnell wachsenden Hilfsmittel wurden in Einheitsgestellen, das ausgedehnte bibliographische Zettelmaterial in eisernen Karteikästen aufgestellt. Dank den in großer Zahl eingehenden Zeitschriften und Tageszeitungen, die gleich den Vereinsnachrichten aus dem Auslande für das Archiv verwertet wurden, war es möglich, in einer Reihe von Fällen ausführliche Auskunft zu erteilen.

Einen wertvollen Zuwachs erfuhr die Bücherei durch die Schenkung eines Freundes des Instituts, eine umfangreiche Privatsammlung größtenteils seltener deutscher und englischer Buchwerke und Zeitschriften, welche die Frühzeit der deutschen Einwanderung und den deutschen Anteil am Kulturleben der Vereinigten Staaten hell beleuchten.

Für das Deutsche Ausland Institut sind alle Bild- und Druckwerke, die das Auslanddeutschtum und die Auslandskunde berühren, von Wert. Freunde und Gönner, die solche Sammelgegenstände besitzen, werden gebeten, auch die unscheinbarsten Zeugnisse der Bücherei und dem Archiv zur Verwertung zur Verfügung zu stellen.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES D.A.I.

Der erste Band der „Schriften des Deutschen Ausland Instituts" erschien im Selbstverlag des Instituts aus Anlaß der Kurland-Ausstellung. Er umfaßt unter dem Titel „Kurland" eine Reihe von Aufsätzen über Geschichte, Kultur und Wirt-

Digitized by Google

schaft dieses Landes von maßgebenden Verfassern und enthält auch 16 Abbildungen. Exemplare dieser Schrift sind noch zum Preise von 1 Mk., zuzüglich Postspesen, von unserer Geschäftsstelle zu beziehen. Vom zweiten Band an, der die Geschichte der Wolgadeutschen von Dr. Gerhard Bonwetsch bringt und sich bereits im Druck befindet, erscheinen unsere „Schriften" im Verlag J. Engelhorn in Stuttgart. Der dritte Band, eine Reihe von Aufsätzen über das Auslanddeutschtum im besetzten Gebiet enthaltend, ist in Vorbereitung.

STELLENVERMITTLUNG FÜR DEUTSCHE RÜCKWANDERER

Aus zahlreichen an uns gelangenden Anfragen ergibt sich, wie dringlich die Fürsorge für die aus dem feindlichen Auslande zurückkehrenden deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten ist. Sie innerhalb unserer Volkswirtschaft an den richtigen Stellen unterzubringen, ist überaus wichtig. Das Deutsche Ausland Institut hat deshalb im Auftrage des Preußischen Kriegsministeriums bei der Berufsberatung und -vermittlung für die heimkehrenden deutschen Gefangenen mitgewirkt. Um dieser Aufgabe in vollem Maße gerecht zu werden, wurde auf enge Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden Berufsverbänden Wert gelegt. Besondere Fragebogen wurden in Tausenden von Exemplaren u. a. in den Sammellagern in Rumänien und in der Ukraine verteilt. Von den zahlreichen bei uns bis jetzt eingelaufenen Angeboten sind folgende noch unerledigt. Wir bitten Interessenten, sich unter Angabe der laufenden Nummer mit uns in Verbindung zu setzen. Die Vermittlung geschieht völlig kostenlos.

1. Schiffs-Ingenieur, früher maschineller Leiter einer hydraulischen Station der rumänischen Regierung in Giurgiu a. D., welcher infolge der Kriegserklärung Rumäniens als spionageverdächtig verhaftet und dann in einem Zivilgefangenenlager an der russischen Grenze interniert wurde, sucht Vertrauensstellung. Referenzen erster Firmen vorhanden.

2. Diplom-Ingenieur, früher in Rußland ansässig, sucht entsprechende Betätigung. Gesuchsteller hat in Rußland lange Jahre als Techniker praktisch gearbeitet, war Zeichner für Tiefbohrinstrumente und Naphta-Destillationsvorrichtungen, später Konstrukteur und Chef des Zeichenbüros einer großen Firma und ist mit dem Bau von Diesel-Motoren völlig vertraut. Er beherrscht die russische Sprache in Wort und Schrift, weiß sich in slavischem und tartarischem Dialekt zu verständigen und kennt die wirtschaftlichen Verhältnisse auf und am Kaspisee und an der unteren Wolga genau. Referenzen erster Firmen.

3. Techniker, in Rußland 8 Jahre lang Leiter einer Filiale für landwirtschaftliche Maschinen; führte Bauaufträge für Säge-, Mahl- und Oelmühlen, Stärkefabriken und Holzschleifereien aus; war längere Zeit Betriebsleiter einer Zellstoffabrik und 18 Jahre lang bei der „Nordischen und Petersburger Glasindustrie" in Petersburg als Maschinenmeister und Betriebsingenieur tätig, sucht geeigneten Wirkungskreis.

4. Buchdruckereibesitzer, früher lange Jahre in Rußland ansässig, übernimmt Uebersetzungen aus dem Russischen ins Deutsche und umgekehrt, sowie Korrekturen in deutscher, russischer und englischer Sprache.

5. Kaufmann, früher Geschäftsführer einer großen Importfirma in Italien, empfohlen durch erste Werke der Eisen- und Stahlindustrie, z. Zt. in kaufmännischer Stellung bei deutscher Firma, sucht seinen Erfahrungen entsprechende selbständige Stellung.

6. Fachmann der Brau-Industrie, Bayer, sucht nach dem Kriege gehobene Stellung in Süd-Amerika; ist technisch und kaufmännisch gebildet, verfügt über beste Empfehlungen. Bildungsgang: Landwirtschaftliche Mittelschule und Akademie Weihenstephan. Ist in allen Sparten der Brauerei und Mälzerei erfahren. Ginge am liebsten nach Süd-Amerika, unter Umständen auch in das Europäische Ausland oder nach den Kolonien.

7. Missionar, früher in Australien, ehemaliger Kaufmann, sucht geeignete Stellung.

8. Bäckermeister, der früher in London ansässig war und während des Krieges nach Württemberg zurückgekehrt ist, möchte sich eine neue Existenz in seinem Berufe gründen.

9. England-Deutscher sucht Übersetzungen aus dem Englischen und umgekehrt zu übernehmen.

10. Früherer Oberlehrer in Grodnow, Dr. phil., studierte in Deutschland und in der Schweiz Chemie, sucht lohnende Beschäftigung, um sich eine Existenz gründen zu können.

DIE AUSKUNFT- UND VERMITTLUNGSSTELLE DES DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS IN STUTTGART

will in allen praktischen und wissenschaftlichen Fragen, welche die Beziehungen zwischen dem Auslanddeutschtum und dem Mutterlande angehen, den Volksgenossen draußen und denen in der Heimat, welche Beziehungen zum Auslande unterhalten, mit Rat und Tat zur Seite stehen. Eine umfangreiche Adressensammlung wurde bereits angelegt, die eine große Zahl von Namen deutscher, früher im Auslande ansässig gewesener Landsleute enthält. Viele von ihnen beabsichtigen, nach Kriegsende an ihre früheren Wirkungsstätten zurückzukehren, und sind darum für jede Förderung dankbar. Ihre Kräfte der heimischen Wirtschaft, der nach Friedensschluß die Lösung so überaus dringlicher Aufgaben obliegen wird, in der zweckmäßigsten Weise dienstbar zu machen und dabei in gleichem Maße die Vorteile der Auslanddeutschen wie die des heimischen Handels und der heimischen Industrie zu wahren, liegt der Auskunftstelle in erster Linie ob. Sie wird Beziehungen zwischen deutschen Firmen in der Heimat und deutschen Kaufleuten im Auslande anbahnen und durch Austausch von Erfahrungen und Berichten, sowie durch Vermittlung von Auskünften aller Art beiden Teilen nützlich sein. Beträchtlicher Arbeitsstoff dieser Art wurde schon bewältigt.

Gegenwärtig ist die Auskunftstelle vornehmlich bestrebt, den Mitgliedern des Instituts durch die Vermittlung von Angeboten aller Art dienlich zu sein. In der folgenden Liste sind einige Bewerber verzeichnet, deren Gesuche bis jetzt noch nicht erledigt wurden.

Wir bitten diejenigen Firmen, welche glauben, den Anfragern ihren Erfahrungen und Kenntnissen entsprechende Stellungen bieten zu können, uns unter Angabe der betreffenden laufenden Nummer hievon Kenntnis zu geben. Wir werden dann veranlassen, daß sich die Bewerber unmittelbar mit den Interessenten in Verbindung setzen. Die Vermittlung geschieht völlig kostenlos.

1. Deutsche Firma in Zürich wünscht in der Zeit nach dem Kriege mit deutschen Firmen der Eisen- und Stahlwarenbranche in Verbindung zu treten, die späterhin nach Italien zu exportieren und von dort zu importieren gedenken. Die Betreffenden führten lange Jahre eine selbständige Firma in Italien und sind mit den einschlägigen Verhältnissen vorzüglich vertraut.

2. Deutscher, früher in Italien, mit den dortigen Verhältnissen vorzüglich vertraut, früher in der elektrotechnischen und Metallwaren-Branche, im Holzkohlen-Import und als Aufkäufer für Hanf tätig, sucht nach dem Kriege Vertretungen für Italien.

3. Inhaber eines Uhrengeschäfts in Brüssel sucht Kollegen, der bereit wäre, sein Nachfolger zu werden.

4. Deutschfreundliche Firma in der französischen Schweiz übernimmt die Vertretung deutscher Firmen in der elektrischen und Maschinenbranche.

5. Deutschfreundliche Firma in der französischen Schweiz sucht nach dem Kriege deutsche Firma der Textilindustrie zu vertreten.

6. Deutschfrdl. Firma in Kopenhagen sucht deutsche Firma zu vertreten.

7. Firma in der deutschen Schweiz hat Interesse für den Handel mit Dynamo-Blechen und Maschinenguß. Erstklassige Referenzen.

8. Kaufmann, lange Jahre in selbständiger Stellung in Italien tätig gewesen, möchte mit deutschen Firmen der Braubranche in Verbindung treten, um ihre Vertretung in der Schweiz und später in Italien zu übernehmen; interessiert sich auch für Haus- und Küchengeräte (Solinger und Schmalkaldener Artikel).

9. Lange Jahre in Moskau ansässig gewesener selbständiger Kaufmann, hervorragender Rußlandkenner, der über erste Referenzen verfügt, sucht geeignete Vertretungen zu übernehmen.

10. Früher in London ansässig gewesener Agent und Importeur, 34 Jahre alt, z. Zt. im Felde als Leutnant d. R., sucht für die Zeit nach dem Kriege geeignete Stellung.

11. Deutsche Konditorei in Christiania wünscht Agenturen zu übernehmen.

12. England-Deutscher, Elektrotechniker, wünscht nach dem Kriege in den Kolonien oder in der Türkei tätig zu sein.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart. — Mitglieder des Deutschen Ausland Instituts, Stuttgart, soweit sie einen Jahresbeitrag von mindestens M. 20.— leisten, erhalten die „Mitteilungen" kostenlos. — Druck der Tagblatt-Buchdruckerei Stuttgart.

Digitized by Google

MITTEILUNGEN
DES
DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS

MUSEUM UND INSTITUT ZUR KUNDE DES AUSLANDDEUTSCHTUMS UND ZUR FÖRDERUNG DEUTSCHER INTERESSEN IM AUSLAND

Jahrg. I – Nr. 3 **STUTTGART** **Dezember 1918**

Heimat und Auslanddeutschtum

Seit unsere erste Nummer der „Mitteilungen" herausgegangen ist, hat sich Wichtiges ereignet. Ein Waffenstillstand ist uns auferlegt worden, dessen drückende Schwere uns von der Art des kommenden Friedens eine Vorstellung gibt. Eine gewaltige Umwälzung hat im Innern das alte System gestürzt und die Bahn zu freiheitlicher Entwicklung geöffnet. Wir, die wir die Pflege des Auslanddeutschtums und seiner kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Heimat als unser Arbeitsgebiet betrachten, sehen mit besonderer Teilnahme nach dem Osten, dorthin, wo uns der Krieg, der so viele Werte zerstörte, geistige Werte und Zusammenhänge neu eröffnete oder verstärkte. Der Marsch der Truppen nach Osten hat von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere deutsches Wesen und deutsche Art in Gebieten zu neuem Leben erweckt, die der Heimat wenig oder gar nicht bekannt waren. Die Deutschen im Baltikum, in Litauen, in Polen, in Ungarn, Rumänien und bis nach der Ukraine und dem Kaukasus erhofften von der Erstarkung des deutschen Namens durch diesen Krieg Schutz ihrer Kultur und ihrer Eigenart. Soweit sich diese Hoffnungen auf Macht begründeten, stehen sie jetzt auf schwachen Füßen. Aber, wir haben ja gelernt, daß nicht die Macht, sondern daß das Recht die Grundlage der Völkergemeinschaft sein und werden soll, und wir Deutsche, die wir in Brest-Litowsk das Selbstbestimmungsrecht der Völker zuerst schöpferisch in Wirklichkeit umzusetzen uns bemühten, dürfen wohl hoffen, daß aus dem Chaos dieses Krieges eine Selbstbesinnung und Selbstbestimmung der Völker Wahrheit werden möge, eine Gerechtigkeit, die dann auch den starken Teilen unseres Auslanddeutschtums zugute kommen muß. Die Welt weiß nun, daß die Schlagworte vom deutschen Militarismus und Imperialismus aufgehört haben zu bestehen, sie kann im Deutschtum in der Welt nicht mehr etwas Feindliches erblicken, etwas, was ihren eigenen Bestand angreifen oder vernichten will, sondern sie wird sich daran gewöhnen können, daß dieses Deutschtum in friedlichem Wettbewerb seine geistigen Werte vertiefen und sie allen denen mitteilen möchte, die willens sind, vorurteilslos zu urteilen. Noch sind alle politischen Dinge im Osten im Fluß. Ueber die Entwicklung im Baltikum und über die Zustände in Ungarn berichten zwei Aufsätze in dieser Nummer. Von dem so erfreulich erwachten deutschen Bewußtsein der Deutsch-Polen, wie der deutschen Bauern in der Ukraine und Krim geben zahlreiche Notizen Kunde. Ueber die Zukunft des Deutschtums in Oesterreich wird erst zu sprechen sein, wenn einigermaßen Klarheit über seine künftige staatliche Zugehörigkeit besteht. Wir haben schon vor längerer Zeit, als unsere erste Nummer der „Mitteilungen" herausging, an eine Reihe führender Männer in Wirtschaft und Politik die Bitte gerichtet, sich zu der Frage „Heimat und Auslanddeutschtum" zu äußern. Trotz der militärischen und politischen Lage und der Schwierigkeiten des Verkehrs in den letzten Wochen sind uns schon eine Reihe von Aeußerungen zugegangen. Zwar sind inzwischen viele der früheren Führer gestürzt oder zurückgetreten und neue Männer sind an ihre Stelle gekommen, aber wir haben uns auch nicht an sie gewandt, weil sie Minister waren, sondern weil wir glaubten, daß sie etwas zur Sache zu sagen hätten, und so dürfen wir auch heute noch ihre Aeußerungen mitteilen. An die Spitze stellen wir den Aufruf, den noch kurz vor seinem Rücktritt der letzte Reichskanzler an die Deutschen im Auslande richtete:

In diesen schweren Tagen wird Euch Volksgenossen, die außerhalb der Grenze des deutschen Vaterlandes von Schadenfreude und Haß umgeben sind, das Herz schwer werden. Verzweifelt nicht am deutschen Volke! Unsere Soldaten kämpfen bis zuletzt so heldenhaft, wie nur je ein Heer gekämpft hat. Die Heimat erwies eine unerhörte Kraft des Leidens und Ausharrens. Im fünften Jahre, von seinen Bundesgenossen verlassen, konnte das deutsche Volk den Kampf gegen die wachsende Uebermacht nicht mehr weiterführen. Der Sieg, auf den wir noch hofften, ist nicht unser geworden. Aber einen grö-

Digitized by Google

ßeren Sieg erfocht das deutsche Volk, denn es besiegte sich selbst und seinen Glauben an das Recht der Macht. Aus diesem Sieg werden wir für die schwere Zeit, die uns bevorsteht, neue Kräfte schöpfen, auf die auch Ihr bauen könnt. Denn Euch, die während der harten Kriegsjahre für ihr deutsches Vaterland gestritten und gelitten haben, wird auch das neue Deutschland seinen Dank nicht schuldig bleiben. Soweit es in der Macht der deutschen Regierung und des deutschen Volkes steht, die Leiden dieses Krieges und ihre Folgen zu lindern, wird ihre Fürsorge ebenso den Deutschen im Auslande, wie den Deutschen in der engen Heimat zuteil werden.

Prinz Max von Baden.

★

Der frühere Minister des Kirchen- und Schulwesens in Württemberg schrieb:

Ueber Heimat und Auslanddeutschtum sich auszusprechen, fällt schwer in einem Zeitpunkt, in dem die ganze Zukunft des deutschen Volkes von feindlichen Mächten bedroht ist. Und doch, mögen die Würfel fallen, wie sie wollen, werden wir auch in Zukunft auf die Betätigung des Deutschtums im Ausland nicht verzichten können. Schwierigkeiten aller Art werden sich zwar zunächst dieser Betätigung entgegenstellen, aber deutschem Fleiß und deutscher Tüchtigkeit wird es gelingen, ihrer Herr zu werden und dem Deutschtum wieder einen anerkannten Platz im friedlichen Wettbewerb der Völker zu erobern. Eines allerdings ist dazu nötig: die dauernde Verbindung mit der Heimat und der Rückhalt, den ein großes Volksganzes dem einzelnen gewährt. Der deutsche Pionier in der Fremde muß wissen, daß er nicht allein auf verlorenem Posten kämpft, sondern daß hinter ihm Millionen von Stammesgenossen in der Heimat stehen, bereit, ihn draußen mit Rat und Tat zu stützen und, wenn es sein muß, ihm eine für alle Fälle offenstehende Freistatt zu bieten. Aus dem Gefühl der Zusammengehörigkeit mit der Heimat wird der Auslanddeutsche die Kraft schöpfen, sich auch unter schwierigen Verhältnissen draußen zu behaupten und deutscher Art allen Lockungen zum Trotz treu zu bleiben. Treue um Treue sei auch hier das Losungswort. Wie wir von dem Deutschen im Ausland erwarten, daß er sein Vaterland und Volkstum unter keinen Umständen verleugnet, so wollen auch wir in der Heimat uns der Pflichten, die uns den in der Fremde weilenden Söhnen unseres Volkes gegenüber obliegen, allezeit bewußt bleiben. Sie seien uns ein heiliges Vermächtnis einer großen Zeit. Sie unserem Volke stets gegenwärtig zu halten und für ihre Erfüllung einzutreten, ist die schöne Aufgabe des Deutchen Ausland Instituts. Wir rufen ihm zum Beginn seiner Tätigkeit ein herzliches Glückauf zu und wünschen seiner Arbeit einen vollen Erfolg.

Stuttgart, den 19. Oktober 1918. Dr. Fleischhauer.

★

Vom preußischen Kultusminister erhielten wir folgende Aeußerung:

Je stärker der Druck von außen, desto fester werden wir zur Nation zusammengeschweißt, zur Staatsnation, aber auch zur Kulturnation. Wir erleben jetzt als Volk in der Heimat, was die einzelnen Volkssplitter in der Fremde durchgemacht haben. Wir werden uns behaupten, wie sie, wir werden uns aber in der Not zu geistiger Gemeinschaft immer fester aneinanderschließen. Einer für alle, alle für einen.

Berlin, 28. Oktober 1918. Dr. F. Schmidt.

★

Der bayerische Kultusminister äußerte sich:

Die Grundlagen, auf denen die Welt und das deutsche Volk den Weg zur Friedensarbeit und zur Wohlfahrt wieder finden sollen, weisen mehr denn je darauf hin, deutsches Wissen und Können unverdrossen und zielbewußt auch im Auslande zur Auswirkung zu bringen. Diese Aufgabe fällt in erster Reihe den Deutschen im Auslande zu, die aus ihrer Kenntnis der Verhältnisse und aus den Erfahrungen des Krieges heraus am besten die Mittel ausfindig machen werden, mit denen dem deutschen Namen unter den Völkern der Erde wieder in friedlichem Wettbewerb Ansehen und Geltung verschafft werden kann. Die Pioniere des Deutschtums im Auslande werden ihre bedeutsame Sendung nur dann erfüllen können, wenn sie der engsten Fühlung mit dem deutschen Kultur- und Wirtschaftsleben und der tatkräftigen Unterstützung der Heimat sicher sind. Je mehr sich das Mutterland dabei von der richtigen Erkenntnis der ausländischen Verhältnisse, von verständnisvoller Erfassung und kluger Berücksichtigung fremder Eigenart leiten läßt, um so leichter und eher wird es gelingen, abgerissene Fäden wieder anzuknüpfen; Zerstörtes wieder aufzubauen und der deutschen Tüchtigkeit neue Wege in der Welt zu erschließen.

In diesem Sinne begrüße ich die Bestrebungen des Deutschen Ausland Instituts und begleite sie mit meinen wärmsten Wünschen.

München, den 21. Oktober 1918. Dr. v. Knilling.

★

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts ermahnte:

Wie immer dieser Krieg enden mag, die eine Forderung erhebt sich dringender als je: alles, was deutschen Wesens ist, in der Heimat und im Ausland, inniger denn je zusammenzuschließen, denn das innere Zugehörigkeitsgefühl aller Volksgenossen wird innerhalb einer kommenden Weltordnung vielleicht noch bedeutungsvoller sein, als zuvor.

★ Ritter von Mann.

Der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amts schrieb:

Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß in der Welt ein tiefer Haß gegen das Deutschtum besteht. Die Deutschen in der Heimat und im Auslande leiden gleichmäßig schwer unter ihm. Es gilt, der Welt zu beweisen, daß wir diesen Haß nicht verdienen, vielmehr begründeten Anspruch auf allgemeine Achtung haben. Das neue, freiheitliche Deutschland wird diese Aufgabe erfolgreich lösen, wenn es dabei auf die verständnisvolle Mitarbeit aller Auslanddeutschen rechnen darf. Deshalb ist der feste Zusammenschluß zwischen Heimat und Auslanddeutschtum mehr denn je geboten und sind die darauf gerichteten Bestrebungen des Deutschen Ausland Instituts aufrichtig zu begrüßen.

Schaikummen, den 14. November 1918. Zimmermann.

★

Dem schließt sich der heutige Staatssekretär des Auswärtigen Amts an:

Ich darf Sie versichern, daß ich der Pflege und Vertiefung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen unserer Landsleute im Auslande zu der alten Heimat wie bisher, so auch in Zukunft mein lebhaftes Interesse zuwenden werde.

Berlin, den 19. Oktober 1918. Solf.

★

Von den Aeußerungen von Politikern und Wirtschaftspolitikern geben wir heute die nachfolgenden:

Heute heißt es: „Mut verloren — alles verloren!" Das deutsche Volk würde nur alles verlieren, wenn es sich selbst aufgeben würde, wenn es das Selbstbewußtsein aus gigantischer Arbeitsleistung verlieren würde!

Die Geschicke der Völker gehen immer in Bergwandererweise: Auf und ab! Sollten wir schlimmstenfalls trotz unserer ungeheuren Volksleistungen jetzt der fürchterlichen Ueber-

Digitized by Google

macht unterliegen: Deutscher Geist, deutsche Unternehmungslust, deutsche Tüchtigkeit finden ihren Weg wieder nach vorwärts und nach oben! Je furchtbarer der Schicksalshammer auf uns niedersaust, desto fester wird der Stahl deutschen Gesamtbewußtseins!

Berlin, 16. Oktober 1918. Müller-Meiningen.

★

Der Auslanddeutsche bildete bis zum Weltkriege einen Hauptstützpunkt des deutschen Außenhandels. Seine gleichzeitige Kenntnis der Erfordernisse und Bedingungen des fremden und des heimischen Wirtschaftslebens machte ihn in erster Linie geeignet, die Fäden der beiden Wirtschaften zu verknüpfen und weiter zu festigen. So unverkennbar seine Stellung durch den Weltkrieg und dessen verheerende Begleiterscheinungen erschüttert ist, so unbedingt notwendig ist es, vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft, jene Stellung mit allen Mitteln wieder herzustellen. Hierfür bedarf der Auslanddeutsche einer kräftig stützenden Hand und einer wesentlich engeren Verbindung mit der deutschen Heimat, als sie bisher bestanden hat. Das Deutsche Ausland Institut hat sich die Herstellung dieser Verbindungsbrücke zur besonderen Aufgabe gemacht. Es verdient dafür den warmen Dank aller derer, die in einer baldigen Wiederaufrichtung der deutschen Außenwirtschaft eine der vornehmsten Forderungen deutscher Wirtschaftspolitik erblicken. Nur wenn der Auslanddeutsche weiß, daß die Heimat hinter ihm steht, kann seine Arbeit den Segen bringen, den wir dieser Arbeit alle wünschen müssen.

Lübeck, 16. November 1918. Dimpker,
Präses der Handelskammer.

Den besten Schutz des Auslanddeutschtums erhoffe ich von der Wiederaufrichtung und Stärkung der sozialistischen Arbeiternationale. Sie ist die beste Hilfsorganisation für den Völkerbund, der durch den Frieden begründet werden soll. Sie kann durch parteilose internationale Organisationen unterstützt werden, die sich den Schutz der Fremden gegen nationalistischen Boykott und chauvinistische Ausschreitungen zur Hauptaufgabe machen. Wir müssen uns mit den Sitten der Demokratie durchdringen, die weder den Stolz des Siegers noch die Demut des Besiegten kennen, wir müssen durch hohe Leistungen auf den Gebieten der Kunst die Spötter über deutsche „Kultur" zum Schweigen bringen — für das weitere wird die persönliche Tüchtigkeit unserer Volksgenossen im Ausland sorgen!

Berlin, 7. November 1918. Friedrich Stampfer.

★

Die schwere Lage unseres Vaterlandes zwingt alle zu höchster Kraftanspannung, die Wunden des Krieges zu heilen. Denjenigen Auslanddeutschen, die sich im Ausland zu halten vermögen, wird dabei eine um so wichtigere Aufgabe zufallen, als die Gründe, die uns eine passive Handelsbilanz leicht machten, jetzt hinweggefallen sind und die dringend nötige Einfuhr von Rohstoffen nur möglich wird, wenn unsere Auslanddeutschen uns den Absatz von Fertig-Fabrikaten möglich machen.

Berlin-Charlottenburg, den 5. November 1918.

D. Mumm, M. d. R.

Die ungarländischen Deutschen

Von Dr. M. BERNATH

In diesen Tagen der allgemeinen politischen Umwälzung blicken wir sorgenvoll nach Osten. Was wird aus den Millionen deutscher Volksgenossen, die zerstreut, inmitten von fremden, zum Teil feindselig gesinnten Völkerschaften leben? Besonders wichtig ist für uns das Schicksal der innerhalb der Länder der ehemaligen Stephanskrone ansässigen Deutschen, deren Zahl im Jahre 1900 mit etwa 2,2 Millionen angegeben wurde und die somit damals selbst nach der amtlichen ungarischen Statistik, deren Angaben ganz bestimmt zu Ungunsten der Deutschen gefärbt sind, 11,1 Prozent der Gesamtbevölkerung bildeten.

Das deutsche Element in Ungarn ist leider außerordentlich zersplittert. Dies hängt mit der geschichtlichen Entwicklung der deutschen Einwanderung zusammen. Ungarn hatte im Mittelalter und noch bis tief in die Neuzeit hinein neben den eigentlichen bodenständigen deutschen Siedlungen eine starke und wirtschaftlich sehr gut gestellte deutsche Oberschicht, die sich überall im Lande in den Städten bemerkbar machte. Das Handwerk war fast ausschließlich in den Händen der Deutschen und der Handel auch zum guten Teil. Im Laufe des letzten Jahrhunderts verschwand dieses städtische deutsche Element allmählich aus den meisten alten Städten, mit Ausnahme von Budapest, Preßburg und einigen weniger wichtigen Städten. Was sich noch deutsch und zwar kerndeutsch erhielt, das waren die alten bodenständigen Siedlungen im Westen, im Norden und im äußersten Osten des Landes, sowie die aus neuerer Zeit stammenden schwäbischen Siedlungen im Süden.

Wenn wir den heutigen Bestand der deutschen Bevölkerung Ungarns betrachten, so tun wir gut, wenn wir uns an die historische Entwicklung der Besiedelung halten. Als älteste deutsche Bevölkerung des Landes müssen wir die an der Westgrenze ansässigen Hienzen (Heanzen) ansehen. Diese sitzen in den Komitaten Wieselburg, Oedenburg und Eisenburg. Die wichtigsten Städte innerhalb dieses deutschen Gebietes sind Oedenburg, Güns und Güssing. Der Kern der Hienzen ist bayerisch-fränkischen Ursprungs, denn sie sind zum größten Teil Nachfolger der in der Zeit der Karolinger zum Schutze der Ostgrenze des Reiches hier angesiedelten Stammesgenossen. Hierzu ist jedoch zur Zeit der Gegenreformation eine starke Einwanderung von Steiermärkern und Niederösterreichern gekommen. Insgesamt zählen die Hienzen über 320 000 Seelen. Wenn die von Wilson verkündete Selbstbestimmung der Völker wirklich Erfolg haben sollte, so könnten wir Hoffnung haben, daß wir die Hienzen für Deutsch-Oesterreich, bzw. für den von der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes erhofften großdeutschen Freistaat retten werden können, denn die geographische Lage ist in diesem leider fast einzigen Fall für uns besonders günstig. Grenzt doch das von den Hienzen bewohnte Gebiet ziemlich geschlossen an das deutsch-österreichische, wie dies ein Blick auf die Völkerkarte deutlich zeigt. Es sind auch in der Tat schon vor einiger Zeit Stimmen laut geworden, die die Abtrennung dieses deutschen Gebietes von Ungarn forderten. Das von den Deutschen besiedelte Gebiet ist nur durch ganz unbedeutende slavische Enklaven gestört, die zudem auch in ihrer Oberschicht deutsch sind. Leider sind die Hienzen in ihrer Kultur infolge der Unterdrückungspolitik der ungarischen Regierung, die sie den Nationalitäten gegenüber überall und in diesem Fall mit ganz besonderem Erfolg anwendete, stark zurückgeblieben. Es müßte hier sofort eine umfassende Aufklärungsarbeit geleistet werden, die von Deutsch-Oesterreich auszugehen hätte. Dorthin gehören die Hienzen auch ihrem katholischen Glauben und ihrem Dialekt nach.

Digitized by Google

Später als die Hienzen kamen die Siebenbürger Sachsen nach Ungarn. Sie sind nicht auf einmal in Siebenbürgen angesiedelt worden, vielmehr erstreckt sich ihre Einwanderung auf den Zeitraum von 1141 bis 1301. Zunächst sei darauf hingewiesen, daß die Benennung „Sachsen" für die Siebenbürger Deutschen weder durch historische Tatsachen noch in ethnographischer Beziehung berechtigt ist. Man hat sie so benannt, als ihre Herkunft noch unklar war und als man zu Unrecht annahm, daß sie aus dem niedersächsischen Gebiete stammten. Die Geschichte der Einwanderung der Siebenbürger Sachsen ist sehr interessant. Unter dem ungarischen König Geisa II. sind deutsche Bauern nach Siebenbürgen gerufen worden, um dort dem einheimischen Adel und den von Südosten hereindrängenden fremden Völkerstämmen gegenüber für die Krone einen starken Schutz zu bilden. Ihre Herkunft ist nach langwierigen Forschungen unter Berücksichtigung ihrer bis auf den heutigen Tag in voller ursprünglicher Art bewährten Sitten und Gebräuche, insbesondere aber auf Grund ihrer Sprache und des bei ihnen gebräuchlichen Erbrechtes und der Gütergemeinschaft festgestellt worden. Sie stammen aus dem linksrheinischen Mittel-Franken, und zwar aus dem Moselgebiet, aus Luxemburg und Nordlothringen. Die verschiedenen Dialekte, die bis auf den heutigen Tag in den siebenbürgischen sächsischen Dörfern gesprochen werden, beweisen, daß die ursprüngliche Heimat der Siedler nicht in einem bestimmten Teil dieses Gebietes zu suchen ist, vielmehr, daß die Vorfahren der Einwanderer sich aus einem größeren mittelfränkischen Sprachgebiet rekrutierten. Die Einwanderung erfolgte in mehreren Etappen.

Die Siebenbürger Sachsen bilden das Rückgrat des gesamten ungarländischen Deutschtums. Dadurch, daß sie sich der Reformation angeschlossen haben, haben sie den Zusammenhang mit deutscher Sprache und deutscher Kultur im Laufe der Jahrhunderte gewahrt. Durch ihre hochentwickelte deutsche Kultur, ihre ausgezeichneten Schulen, kirchlichen und gemeinnützigen Einrichtungen ist es ihnen gelungen, die Führung unter den ungarländischen Deutschen an sich zu reißen. Ein sehr unglücklicher Umstand ist jedoch, daß das von den Siebenbürger Sachsen besiedelte Gebiet nicht in sich geschlossen, sondern in kleine Enklaven zerstückelt ist. Noch am meisten zusammenhängend ist der sogenannte Königsboden im Süden mit Schäßburg als Mittelpunkt. Hermannstadt und das umliegende Land sind shon durch einen stark rumänischen dicht an der Grenze des rumänischen Königreichs, ist davon, selbst in drei Teile zerstückelt, abgetrennt. Durch weite in drei Teile zerstückelt, davon abgetrennt. Durch weite ungarische und rumänische Gebiete vom Königsboden abgeschlossen liegt mehr nördlich das Noesnerland mit Bistritz. Mit großer Sorge müssen wir an die Zukunft der Siebenbürger Sachsen denken. Ihre Zahl beträgt kaum eine viertel Million, also noch nicht 10 Prozent der gesamten siebenbürgischen Bevölkerung, die zum größten Teil aus Rumänen und aus einer starken Minorität von Magyaren besteht. Durch ihre deutsche Gesinnung, die sie während des rumänischen Feldzuges bewiesen haben, sind die Sachsen bei den Rumänen verhaßt geworden. Vor dem Weltkrieg war das anders, denn die Siebenbürger Sachsen waren überall in Rumänien willkommen als Kaufleute, Ingenieure usw., und es war keine Stadt im Königreich, wo es keine starke sächsische Kolonie gegeben hätte. Die Auswanderung der Siebenbürger Sachsen war schon vor dem Weltkrieg sehr stark, denn das in ihrem Besitz befindliche Land konnte sie nicht alle ernähren, auch sonst waren ihre wirtschaftlichen Verhältnisse sehr ungünstig. Die Zahl der im Ausland, insbesondere in Amerika lebenden Siebenbürger Sachsen betrug etwa 20 Prozent ihrer Gesamtzahl. Sollte es infolge der politischen Umgestaltung zu einer gänzlichen Abwanderung der Siebenbürger Sachsen kommen, so wäre dies im hohen Grad bedauerlich, denn kaum ein zweiter deutscher Volksstamm hat sein ursprüngliches Volkstum so rein und lebendig bewahrt wie dieser. Trachten und Dialekte, volkstümliche Sitten und Volkspoesie haben sich bei ihnen in malerischer Eigenart erhalten. Ihre prächtigen Bauernburgen und Kirchenburgen von altertümlicher Bauart bilden hochwichtige Denkmäler mittelalterlicher deutscher Kultur.

Fast gleichzeitig mit den Einwanderern im Siebenbürger Sachsenland kamen Schlesier und diesmal wirkliche Sachsen nach dem Norden von Ungarn nach der Zips. In drei geschlossenen Siedlungen sind dort ihre Nachkommen noch heute vorhanden: um die Satdt Käsmark, um die Bergwerksorte Göllnitz, Schmöllnitz und um Dobschau herum. Wenn auch die Zipser Sachsen noch vielerorts an der deutschen Sprache als Umgangssprache festgehalten haben, so waren sie doch schon geraume Zeit vor dem Weltkrieg stark magyarisiert. Sie waren von der deutschen Welt durch weite Gebiete von Polen, Slowaken und Magyaren abgeschlossen, und so war es ihnen bei ihrer geringen Zahl (etwa 60 000) nicht möglich, an der deutschen Kultur in dem Maße festzuhalten, wie dies bei den Siebenbürger Sachsen der Fall ist. Ihre Zahl ist seit den napoleonischen Kriegen ständig zurückgegangen, insbesondere hat hier das Deutschtum durch das Vordringen der Slaven viel eingebüßt. Die Zisper Sachsen bilden für uns nunmehr wohl einen endgültig verlorenen Posten.

Noch aus dem Mittelalter stammen die deutschen Siedlungen in der Nähe des Plattensees. Inmitten einer rein magarischen Umgebung sitzen dort etwa 65 000 deutsche Bauern, die sich selbst Schwaben nennen, ihrer Abstammung nach jedoch Rheinländer sind.

Wesentlich jüngeren Datums sind die schwäbischen Siedlungen in Süd-Ungarn. Man kennt sie nach den drei Hauptsiedlungsgebieten, der schwäbischen Türkei (Komitat Tolna und Baranya), der Batschka und dem Banat. Alles zusammen zählen sie über eine Million Seelen. Leider sind auch diese drei Siedelungsgebiete nicht einmal jedes für sich geschlossen. Die Schwaben sind unter Maria Theresia und Joseph II., also in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, eingewandert, und treiben ihrer Hauptmasse nach, wie überhaupt die ungarländischen Deutschen, Ackerbau. Sie haben unter der Gewaltpolitik der magyarischen Regierung sehr viel zu leiden gehabt. Da sie Katholiken sind, gehören sie zu magyarisch-katholischen Diözesen, ein für ihr Volkstum sehr abträglicher Umstand. Erst in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg gelang es den unermüdlichen Bestrebungen der Siebenbürger Sachsen zur Stärkung der deutschen Kultur unter den Schwaben das deutsche Bewußtsein zu wecken. Es wird jedoch sehr schwer sein, selbst auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker das Deutschtum der südungarischen Schwaben zu erhalten. Noch am meisten zusammenhängend ist das deutsche Gebiet in der sogenannten schwäbischen Türkei. Schon in der Batschka sind die deutschen Dörfer ganz bunt im ungarischen und slavischen Sprachgebiet zerstreut, noch stärker aber auseinandergerissen sind die Schwaben im Banat, dessen Völkergemisch Slaven, Rumänen, Ungarn und Deutsche in ziemlich gleichem Maße enthält. Die niederungarischen Schwaben stellen den wirtschaftlich am besten gestellten Teil der deutschen Bevölkerung Ungarns dar.

Endlich sei auf die deutschen Siedlungen in Slavonien hingewiesen, die, ebenfalls ganz zerstreut, zusammen etwa 150 000 Seelen zählen und die man wahrscheinlich auch als endgültig verlorenen Posten betrachten muß.

Mit diesem Ueberblick ist das Kapitel. das Deutschtum in Ungarn noch keineswegs erschöpft. Größere und kleinere deutsche Siedlungen gibt es noch um die Hauptstadt Budapest herum, im sogenannten Schönborn, um Munkatsch herum, weiter an der galizischen und an der bukowinischen Grenze usw. Auch das Krickerhäu mit den Bergwerkstädten Krem-

Digitized by Google

nitz, Deutschproben und Hochstiesen verdient genannt zu werden, denn es wohnen dort etwa 65 000 deutsche Seelen. Alle diese Siedlungen sind jedoch dadurch, daß das deutsche Volkstum zerstreut inmitten von Slaven oder Magyaren lebt, für uns kaum noch zu retten.

Dringend zu wünschen ist es, daß die derzeitige deutsche Regierung sich mit dem Schicksal des Deutschtums in Ungarn beschäftigt, wobei allerdings zugegeben werden muß, daß eine Lösung so rasch nicht zu finden sein wird. Andererseits dürfen wir von Reichs wegen gerade heute, wo andere Volksstämme ihre völkischen Bestrebungen und Wünsche so rücksichtslos geltend machen, auch die unsrigen nicht vergessen. Wird es uns gelingen, einen beträchtlichen Teil der außerhalb der Grenzen des deutschen Reichs und Deutsch-Oesterreichs ansässigen Deutschen für unsere Kultur und unser Volkstum zu retten, so wäre damit schon ein gut Teil auf dem Boden des Wiederaufbaues nach unserer schweren Niederlage getan.

★

Wir fügen hier die „Forderungen des Deutschtums in Ungarn" an, die der „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn" von Wien aus versendet:

Die deutsche Sache in Ungarn ist eine tausendjährige Angelegenheit, sie reicht zurück bis auf Stephan den Heiligen, den ersten König Ungarns. Von den ungarischen Königen gerufen, kam der Deutsche ins Land, damit er hier seine höhere Gesittung verbreite und den anderen Völkern ein Vorbild wäre. Immer war Ungarn ein Völkerstaat, nie ein Nationalstaat, und nur der gewaltsame Versuch, einen solchen auf magyarischer Grundlage zu bilden, hat die Wirrnisse hervorgebracht, unter denen unser Vaterland heute leidet. Der Begriff einer „einheitlichen politischen ungarischen Nation" ist durch die Weltentwicklung längst überholt, es gibt nirgends eine Nation, die sich aus verschiedenen Völkern zusammensetzt, und man kann von einer derartigen ungarischen Nation ebensowenig reden wie von einer österreichischen, einer belgischen oder schweizerischen Nation. Wir anerkennen nicht die politische Vorherrschaft der magyarischen Nation in Ungarn, wir fordern auf Grund des niemals erfüllten und heute erweiterungsbedürftigen Nationalitätengesetzes vom Jahre 1868 die volle Gleichstellung in politischer und kultureller Hinsicht und erheben Protest gegen die Behauptung des Grafen Tisza in seiner Parlamentsrede vom 17. Oktober 1918, daß die Deutschen sich politisch mit den Magyaren vollständig identifiziert hätten. Die Banater Schwaben forderten in einer historisch gewordenen Eingabe an den Kaiser schon im Jahre 1849, als neben den Kroaten auch die Serben, die Rumänen und die Slovaken ihre völkischen Rechte nachdrücklich geltend machten, die Einsetzung eines deutschen Grafen, „unter dessen Schutz unsere Angelegenheiten, Gerichtspflege und öffentliche Verwaltung in deutscher Sprache und nach deutscher Sitte behandelt, gepflogen und geleitet werden". Getreu diesem Beispiel unserer Väter, die nicht zurückstehen wollten hinter den anderen Völkern Ungarns, erheben wir heute die gleiche Forderung und verstehen unter „unseren Angelegenheiten" vornehmlich die Wiederaufrichtung der zerstörten deutschen Volks- und Mittelschulen, die Errichtung einer deutschen Hochschule in Ungarn, die Erziehung deutscher Priester und Lehrer, die Schaffung eines völkischen Wahlkatasters, der es auch den 2½ Millionen Deutschen in Ungarn endlich ermöglicht, sich im politischen Leben durch Vertreter aus ihrem Volke zur Geltung zu bringen, die Freigabe des Vereinsrechtes, die Wiedererteilung von deutschen Theaterkonzessionen und die Beseitigung aller bisheriger Beschränkungen des völkischen Lebens auf den deutschen Siedlungsgebieten und in den Städten des Landes. Und namentlich fordern wir Freiheit für unsere geknebelte deutsche Presse. Falls Vertreter Ungarns an dem zu erwartenden Friedenskongreß teilnehmen, fordern wir, daß auch ein Abgesandter des deutsch-ungarischen Volkes dort unsere natürlichen Rechte zur Geltung bringe. Die Magyaren sind die Minderheit in Ungarn. Wenn sie im Sinne Tiszas mit uns vereint die Mehrheit im Lande erlangen wollen, dann müssen sie das deutsche Volk in Ungarn vorher kulturell und politisch dem ihren gleichstellen. Die versammelten Mitglieder oben genannter Körperschaften, die allein seit vielen Jahren für die Erweckung des ungarischen Deutschtums tätig sind, warnen vor den falschen Propheten, die jetzt, obwohl sie uns bisher stets als Pangermannen bekämpften, plötzlich allerlei fromme deutsche Wünsche äußern, wie sie der ungarischen Regierung genehm sind. Jede Halbheit verwerfen wir.

Die Entwicklung im Baltikum

Von Dr. FRITZ WERTHEIMER

Stuttgart, 19. November 1918.

Nirgendwo empfindet man vielleicht heute die deutsche Trauer tiefer als im Baltikum. Wenn wir uns die Entwicklung der letzten Jahre vergegenwärtigen, werden wir in der alten Heimat dafür Mitgefühl und Verständnis haben. Die koloniale Abgeschlossenheit des baltischen Deutschtums brachte eine starke Vertiefung deutschen Wesens und deutschen Gemütes, verinnerlichte die Gefühle, die sich unter der Russenherrschaft zu außenpolitischer freier Betätigung nicht hervorwagen durften. Das Erwachen des lettisch-estnischen Nationalbewußtseins, das Erstarken der schroffen und rücksichtslosen Russifizierungsbewegung, der Ausbruch der Revolution 1905/06 endlich brachte auch im Baltikum den engen Zusammenschluß bisher auseinanderstrebender Elemente, schuf ein einiges und geschlossenes Deutschtum, das im Kampfe zusammenstand, bis ihm der Weltkrieg die Befreiung brachte. Mit allen Mitteln strebte nun das baltische Deutschtum zur alten Heimat. Wir dürfen heute, ganz abgesehen von allen politischen Entwicklungen, die über manche Wünsche und Hoffnungen hinweggeschritten sind, bewundernd der selbstlosen Propaganda und Aufklärungsarbeit gedenken, die die Kurländer in der alten Heimat betrieben und die sich erweiterte und verbreiterte, als Liv- und Estland von uns erobert wurden. Wohl ist dabei manchmal versucht worden, den tiefen Riß, der zwischen Deutschtum einerseits und Letten- wie Estentum andererseits klaffte, allzu künstlich zu verkleistern. Das war ein Fehler, denn das jetzige scharfe Auftreten dieser Gegensätze wird in Deutschland von all denen nicht verstanden werden, denen gegenüber man jahrelang ihr Bestehen verneint hat. Wohl hat auch eine allzu willige Verwaltung oft die Hand geboten, diese widerstrebenden Stimmen der Letten und Esten in Deutschland nicht so sehr zu Wort kommen zu lassen, um auf diese Weise das Baltikum der deutschen Allgemeinheit gegenüber deutscher erscheinen zu lassen, als es in Wirklichkeit war. Man hat auch unzweifelhafte Tatsachen des allgemein kulturellen und wirtschaftlichen Niveaus unberechtigter Weise aufs Politische übertragen. Aber eines scheint doch bis zu den Tagen der deutschen großen Niederlage sicher: Das Baltikum war frei und losgelöst von russischen Fesseln, und es winkte ihm in irgend einer Form die Angliederung an die alte deutsche Heimat. Ja man durfte hoffen, daß auch Letten und Esten, wenn erst mit dem Kommen der deutschen Herrschaft manches verschwunden wäre von dem, was

Digitized by Google

sie früher bekämpften, in irgend einer Weise den Anschluß an diese neue Zeit gefunden hätten, die auch ihnen geistige wie wirtschaftliche Vorteile in hohem Maße hätte bringen können. Man konnte fast glauben, daß dieser Gemeinsamkeitsgedanke der Völker des Baltikums in letzter Zeit Fortschritte machte. Da kam, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, die deutsche Niederlage. Ein Frühlingsfrost vernichtete rauh die zarten Triebe aller Hoffnungen. Der Schwache hat wenig Freunde. Die baltischen Deutschen sind uns Freund geblieben, weil sie Fleisch von unserem Fleisch, Teile unseres Volkes sind. Aber weite Kreise der Letten und Esten, die sich vielleicht mit uns vertragen hätten, wenn wir stark und mächtig geblieben wären, sind jetzt wieder zu ihren radikalen Flügeln übergangen, und so ist es eine völlig offene Frage, was aus dem Baltikum wird.

Sichtlich strebt die siegreiche Entente mit aller Macht dahin, sich den Bolschewismus vom Halse zu halten. Der russische Terror ist den Machthabern in London, Paris und Washington doch mächtig in die Glieder gefahren. Sie sehen in unseren Tagen, wie er rücksichtslos und propagandatüchtig auch in Deutschland Fuß faßte und alle für unerschütterlich gehaltenen Throne stürzte und sie fürchten, vielleicht mehr als sie Anlaß haben, daß die Umwälzung in Deutschland nicht nur zur sozialen Republik, sondern auch zum bolschewistischen Terror führen könnte. Daher die deutlichen Hinweise darauf, daß man nur mit einem wirklich freien, „von der Autokratie des Militarismus wie auch des Bolschewismus freien" Deutschland Frieden schließen werde. Man will das Uebersprungen des Funkens verhüten. So erklärt sich der Einmarsch in Südrußland und der Druck auf das junge Staatswesen der Ukraine, sich einem föderativen Aufbau des alten Rußland zu fügen, um von der Grundlage dieses durch deutsche Hilfe vom Bolschewismus reingefegten Staatswesens aus das ganze Rußland wieder zu entseuchen. Polen wieder dem alten Russenstaate zuzuschlagen, daran wird man wohl kaum denken können, aber der Gedanke, das in drei Nationalitäten zersplitterte Baltikum nicht den Deutschen zu überlassen, sondern es dadurch unschädlich zu machen, daß man es einfach wieder den Russen zurückgibt, dieser Gedanke liegt nicht so ganz fern. Die Entente könnte darauf vertrauen, im deutschen Bürger und Rittergutsbesitzer einen festen antibolschewistischen Wall zu haben, um so von Norden und Süden, wenn man ein militärisches Bild anwenden will, eine Zange in dem antibolschewistischen Feldzug anzusetzen. Nichts hindert zurzeit die Ententemachthaber, derartig mit den Völkerschicksalen zu spielen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker galt ja doch für die Entente nur so lange, als andere es anerkennen sollten.

Unter diesen Umständen begreift man die bangen Zweifel der Deutschbalten. Man weiß, daß die Letten dank der Erziehungsarbeit der deutschen Pastoren und Lehrer eine Intelligenzschicht in dem sonst so analphabetischen Rußland namentlich unter der Arbeiterschaft darstellen. Ihnen fiel somit im russischen Sozialismus wie auch im Bolschewismus eine führende Rolle zu, die dadurch noch wirksamer wurde, daß die berühmte Verpflanzung der Rigaer Industrie die Rigaer Arbeiterschaft über ganz Rußland zerstreut hat. Mit dem Frieden von Brest-Litowsk und noch mehr mit den Berliner Zusatz-Verträgen milderte sich aber die strenge Grenzsperre zwischen dem Sovjet-Rußland und dem von ihm losgetrennten Baltikum. Vom nahen Petersburg aus kamen offen und insgeheim eine Anzahl bolschewistischer Agitatoren ins Land, um hier zu wühlen, und so steht für die baltischen Deutschen näher und drohender als alle Zukunftssorgen, das Gespenst der allernächsten Zukunft, die bange Frage: Was wird geschehen, wenn die Deutschen nun alsbald ihre Schutztruppen werden zurückziehen müssen? An solche Plötzlichkeit des Geschehens haben wohl auch breite estnische und lettische Kreise nicht gedacht. Sie mögen einen Abbau der militärischen Verwaltung und einen ruhigen Uebergang in Zivilverhältnisse gewünscht haben, aber soweit sie nicht ganz linksstehend waren, dachten sie nicht an ein so rasches Verschwinden der deutschen Schutztruppen, die eben nicht nur die Deutschbalten, sondern auch die lettischen und estnischen Bauern und städtischen Grundbesitzer vor dem Terror und dem Chaos schützten. Nur auf der Grundlage dieses Schutzes schien ihnen die Uebernahme der Zivilverwaltungsgeschäfte durch lettische wie estnische Selbstverwaltungskörper möglich. Wir dürfen bei dieser Betrachtung absehen von den ganz radikalen Gruppen, die teils einer Annäherung an England das Wort redeten und auch vom Einmarsch englischer Truppen das Heil der Freiheit erwarteten, teils auch den russischen Bolschewismus herbeisehnten. Außerhalb dieser Gruppen, über deren zahlenmäßige Stärke allerdings verläßliche Angaben nicht vorliegen, ist wohl die Bestürzung über die jetzt geschaffene Lage allgemein.

Wenige Tage vor Ausbruch der deutschen Revolution tagte in Riga noch der „Vereinigte Landesrat" von Livland, Estland, Riga und Oesel, jener Landesrat, der durch Wahlen und Berufungen sich neben den alten ritterschaftlichen Körperschaften gebildet hatte und der, wenn er auch keine parlamentarische Vertretung im Sinne demokratischer Forderungen darstellte, doch vorläufig ein Sprachrohr für alle nicht überradikale Elemente unter den Nationalitäten darstellen konnte. Wenn diese Sitzung auch heute nur noch historisches Interesse haben mag, so muß sie doch hier erwähnt werden, denn sie brachte nicht nur den einstimmigen Wunsch nach einer Einigung mit dem kurländischen Landesrat, sondern die drei baltischen Provinzen schufen sich auch sofort eine gesamtbaltische Vertretung, einen Regentschaftsrat, der die Landesvertretung nach außen und die Regelung der Landesverwaltung nach innen übernehmen sollte, sowie einen aus allen Nationalitäten und Bevölkerungsgruppen zu bildenden Landesausschuß zur Ausarbeitung einer Verfassung. Die Vereinigten Landesräte dankten einmütig dem deutschen Reichskanzler für den bisher gewährten militärischen Schutz und baten, ihn auch ferner nicht zu versagen. Sie stimmten einmütig einer Bitte des lettgallischen Kreises und des dort gewählten Kongresses um Anschluß dieses Kreises als vierte Provinz an den Baltenstaat zu. Der Vorsitzende erklärte, ohne Widerspruch zu finden, als allgemeinen Wunsch des Landes, den Schutz des Landes und die Verstärkung der Polizei, die Bildung einer Landeswehr, die Sicherung der Verpflegung durch gleichmäßige Rationierung der vorhandenen Bestände, die Erleichterung des gesamten Verkehrs, die Regelung des Kreditwesens und der Valutafrage, die Arbeiterfürsorge, die Wiederbelebung von Handel und Schiffahrt, die Schaffung von Heimstätten für die nicht besitzliche Bevölkerung, sowie endlich die Durchführung der Gleichberechtigung der drei Landessprachen.

Man sieht aus dieser knappen Uebersicht, daß man im Baltikum auf dem Wege zur Geschlossenheit und zur Zusammenarbeit war, wenn auch die radikalen lettischen und estnischen Kreise im Landesrat nicht vertreten waren. Um so härter trifft die hier vereinigten Kreise die Gefahr, daß mit dem Abzug der deutschen Truppen das ganze Land wildem Chaos überliefert wird und daß alle guten Ansätze vom Bolschewismus überflutet und überwuchert werden. Wohl spürte man schon in den letzten Wochen die herannahende Gefahr. Während eben noch die deutschbaltische Nationalliberale Partei mit einem Aufruf erschienen war, während eben noch eine baltisch-deutsche fortschrittliche Partei ihr Entstehen anzeigte, erschien am 7. November ein großer Aufruf zum Zusammenschluß aller Deutschen in einem deutschen „Baltenbund", der alle Parteien im Hinblick auf die kommenden Wahlen vereinigen sollte. Aber schon am 13. Novem-

Digitized by Google

ber mußte ein neuer Aufruf den völlig veränderten Verhältnissen Rechnung tragen. Ein deutscher „Nationausschuß" schrieb: „Recht und Kultur unseres Baltenlandes sind von finsteren Mächten bedroht. Die Brandung der Anarchie will unsere Heimat überschwemmen. Wo finden wir Schutz? Nur in uns selbst liegt die Hilfe!" Haupterfordernis sei die sofortige Schaffung einer Schutzwehr, zu der jede Nation ihre Leute sammeln müsse, getrennt nur durch die Sprache, einig in der Sache. Und so riefen in den letzten Tagen Letten und Esten, Deutsche und Juden die Männer zwischen 18 bis 60 Jahren auf, um in den Städten Bürgerwehren zu schaffen und aus ihnen einen Kern für künftige reguläre Schutztruppen auszuscheiden. Noch mahnt dieser Aufruf zur Einigkeit der Nationalitäten, schon aber gärt es, namentlich im Norden beträchtlich. Sofort nach dem Bekanntwerden der deutschen Revolution wurde in Reval am 12. November der selbständige Estenlandtag einberufen und eine temporäre Esti-Regierung erklärte, mit einem rasch gebildeten Ministerium die Regierung übernommen zu haben. In ihm saßen Radikale, die teils in deutscher Haft sich befanden, teils noch nicht lange aus ihr entlassen waren. Die alte, vor der deutschen Besetzung herrschende Stadtverwaltung zu Dorpat trat wieder auf und auch die estnische Kreisverwaltung bildete sich wieder und verweigerte sofort die Weiterleistung der Verpflegung an die deutschen Truppen. Hatten diese Kreise freilich auf eine Zersetzung der Disziplin des deutschen Heeres gehofft, so wurden sie einigermaßen enttäuscht. Es ist ordentlich erfreulich, zu sehen, wie die Pflicht der Vertretung des deutschen Namens im Ausland die sich überall bildenden Soldatenräte stärkte und beeinflußte. In Mitau rief der Vorsitzende des Soldatenrats aus, man lehne das russische Muster, sich gegen die Offiziere zu wenden, ab und wollte im Gegenteil mit den Offizieren zusammenarbeiten. Der Soldatenrat Riga teilte den Zeitungen mit, daß er allen bolschewistischen Umtrieben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegentrete und jeden Einwohner gegen jeden Terrorismus schützen wolle. Um daher Erschütterungen zu vermeiden, müßten die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen zunächst in Kraft bleiben einschließlich der Einschränkungen der Preßfreiheit. In Riga fand der Gedanke der Bürgerwehr besondere Unterstützung durch eine Versammlung von 400 ehemaligen russischen Offizieren, in deren Präsidium zum Zeichen der Einigkeit je ein Vertreter der Deutschen, Letten, Esten und Russen gewählt wurde. Ziel dieser Bestrebung war, nach einem Abkommen mit der deutschen Militärbehörde den Milizschutz in Riga zu übernehmen und jeder Regierungsgewalt sich zu unterstellen, die Ordnung und Ruhe wahren wolle. Anerkannt wurde dabei, daß zurzeit nur eine ausländische Macht das Schicksal des Landes entscheiden könne. Inzwischen aber brachen estnische und lettische Sonderbestrebungen immer stärker durch. Die temporäre Regierung riß namentlich in Reval die Gewalt an sich. Es wurde gestreikt, und der deutsche Oberkommandierende, Freiherr von Seckendorff, mußte Deputationen der Streikenden empfangen, während die Zeitungen den deutschen Okkupationsbehörden mitteilten, daß sie die deutsche Vorzensur nicht mehr anerkennen. Immerhin scheint nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten, die allerdings spärlich sind, die Bewegung sich weniger gegen die deutschen Truppen zu richten, als sie durch die Ernährungsschwierigkeiten, die Rationierung von Lebensmitteln und den Ablieferungszwang für die Bauern hervorgerufen ist. Aber daß sie früher oder später im radikalen politischen Fahrwasser einmünden wird, ist doch wohl sicher.

Die neue deutsche Regierung sandte sofort zur Ueberleitung von der bisherigen Militärverwaltung in eine Zivilverwaltung den bekannten Führer der deutschen Gewerkschaften August Winnig, der, um sich zu unterrichten, früher mehrfach im Baltikum gewesen ist, nach Riga, wo er am 14. November sein Amt antrat, und wo sich ihm der bisherige Verwaltungschef von Goßler unterstellte. Gleichzeitig berichtete die Rigaer Zeitung, daß auch das deutsche Generalkommando die Republik Estland als bestehenden Staat anerkannt habe, daß der von den Deutschen gegründete „Selbstschutz" aufgelöst und ein estnischer Schutzverband begründet worden sei. Die Stadtverordnetenversammlung wurde genau so wieder eingesetzt, wie sie im August 1917, also vor dem Einmarsch der deutschen Truppen bestanden hatte und die von den Okkupationsbehörden eingesetzten Beamten auf der Stelle entlassen. Einem Dorpater estnischen Blatt ist übrigens zu entnehmen, daß noch am 23. Oktober die Revaler estnische Partei mit dem Reichstagsabgeordneten von Schultze-Gävernitz verhandelt hätte, der einen Vergleich zwischen Esten und Deutschen zustande bringen wollte. Die estnische radikale Partei, die demokratische, die nationaldemokratische, die Arbeiter- und die sozialdemokratische Partei hätten ihm ein Memorandum überreicht, wonach die Rechte der nationalen Minderheiten durch ein proportionales Wahlsystem, sowie durch nationale Schulautonomie und endlich durch einen Reichsminister für deutschnationale Angelegenheiten festgelegt werden sollten und dessen Grundlagen der Wunsch auf eine endgültige Trennung von Rußland gewesen sei.

Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, steht die Zukunft des Baltikums düster und gefahrdrohend vor uns. Wir hofften unsere einst abgesprengten Brüder und Schwestern wieder als Kinder einer einzigen Heimat begrüßen zu dürfen. Nun werden sie vielleicht wieder „Auslanddeutsche" bleiben, die sie schon vor dem Kriege waren, wenn nicht unsere Feinde mehr Einsicht haben, als wir ihnen jetzt nach allem, was wir erlebten, zutrauen. Aber ein Trost bleibt doch wohl den Deutschbalten, daß die Angst der Entente vor dem Uebergreifen des Bolschewismus vielleicht dazu führen kann, daß die deutschen Truppen als Landespolizei so lange im Baltenlande verbleiben, bis sonstwie für Ordnung und Ruhe gesorgt ist, oder bis englische Truppen einmarschieren können. Und wenn dann später die Deutschbalten wieder „Auslanddeutsche" werden sollten, so wird die Heimat doch anders mit ihnen verbunden sein als früher. Das üble Wort: Lebt ihr denn immer noch? wird nicht wieder gesprochen werden, dazu haben wir in vier langen Kriegsjahren doch einen zu guten Einblick in das Wesen und die Tüchtigkeit des baltischen Deutschtums gewonnen, und es waren nicht wenige, die diesen Einblick gewinnen konnten, sondern es war eine breite Soldatenmasse. Wenn noch ein Funken von Selbstachtung und Ehre in uns steckt, dann werden wir uns des Deutschtums im Ausland mit vermehrter Kraft annehmen, damit es nicht von der Rache der Völker erdrückt werde, damit es nicht die Sünden der Heimat allein zu tragen haben wird, und damit es zu unserer aller Nutzen weiter Kulturpionier für das Deutschtum sein möge. Allen voran ein Muster der Treue und des deutschen Geistes die Deutschbalten

★

Wir fügen hier noch eine für die Deutschen im Baltikum wie in der Heimat wichtige Meldung an:

Der Soldatenrat Mitau teilt mit: In Riga tagte zum ersten Male ein Parlament sämtlicher Soldatenräte des Ostens unter der Leitung von Albert-Mitau und unter Teilnahme des Reichskommissars für die baltischen Lande August Winnig. 360 Delegierte aus Kurland, Livland, Estland und Litauen waren anwesend. Auf der Grundlage des Mitauer Programms einigte man sich auf einheitliche Grundsätze, die am Schlusse besagen: Politik treiben die Soldatenräte nicht. Politisch sind die Soldatenräte nur insoweit, wie sie die Arbeiten der Volksregierung unterstützen. Es wurde ein 25er-Ausschuß gewählt, der aus sich heraus einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Vollzugsausschuß einsetzen wird. Der Sitz des Ausschusses

Digitized by Google

wird Riga sein. Sämtliche Räte des Ostens schlossen sich korporativ dem Zentral-Soldatenrat Kowno (Ober-Ost) an. Als Gast war unter anderen der bisherige Chef der baltischen Lande, Major v. Goßler, anwesend. Die Tagung nahm einen harmonischen Verlauf und wurde mit einem Hoch auf das neue freie Deutschland geschlossen.

★

Nach Drucklegung dieser Zeilen brachte die „Rigaische Zeitung" die Mitteilung, daß in langen Verhandlungen mit dem deutschen Bevollmächtigten Winnig am 19. Oktober festgesetzt worden sei, daß die deutsche Zivilverwaltung im estnischen Sprachgebiet, also in Estland, Nordlivland und Oesel, sowie Petschory am 21. November dem Bevollmächtigten der estnischen Republik übergeben werde, deren im November 1917 aus ordentlichen Wahlen hervorgegangener Landtag als zu Recht bestehend anerkannt werde. Ueber einzelne Fragen, wie die der Universität Dorpat, der Verpflegung und der Verkehrsmittel sei eine grundsätzliche Einigung sicher. Die deutschen Truppen blieben vorläufig im Lande, würden von diesem verpflegt und versorgt und sollten nur allmählich abgezogen werden. Bei der Uneinigkeit der estnischen Parteien untereinander und dem Drohen der bolschewistischen Gefahr vor Pleskau und Narwa sei das für die Verwaltung des estnischen Staates unbedingt vonnöten. Eine Anerkennung der estnischen Republik als solche sei damit noch nicht ausgesprochen. Zur Frage der lettischen Republik nehme der deutsche Vertreter eine andere Stellung ein, weil der neu zusammenberufene und am 19. November im Rigaer Stadttheater feierlich eröffnete „lettische Volksrat", dem er seine Glückwünsche über die Konsolidierung der lettischen Pläne ausgesprochen habe, nicht ordnungsmäßig gewählt sei. Der Reichskommissar wolle sich also erst vergewissern, inwieweit die lettischen wie auch die nichtlettischen Volkskreise hinter der sogenannten „temporären" Regierung ständen und stelle nötigenfalls seine Vermittlerdienste zur Verfügung. In Anbetracht der drohenden Verpflegungskrise und des noch mehr drohenden Bolschewismus stellt die Rigaische Zeitung, die in dieser Frage fast das gesamte Deutschtum des Baltikums vertritt, alle Bedenken zurück und verweist darauf, daß es sich um die Lösung einer Utilitätsfrage handle. Man sei zur Neuorientierung gezwungen, man müsse sich einordnen und mitarbeiten, nicht unterordnen oder abseits stehen.

Die britische Regierung hat inzwischen den lettischen Nationalrat als unabhängige Körperschaft anerkannt, wünscht aber anderen Nachrichten zufolge die Gründung eines gesamtbaltischen Staates. Zu diesem Zwecke sollten die Vertretungen untereinander Fühlung nehmen.

★

Die „Rigaische Zeitung" veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt, daß die deutsche Volksregierung sich der deutschen Interessen vollauf bewußt sei und sie keinen Augenblick aus den Augen verlieren werde. Sie wolle sie im Baltikum nur nicht auf dem Wege der Machtpolitik weiterverfolgen, die nur Erbitterung hervorgerufen habe. Die Nationalitäten des Baltikums seien aufeinander angewiesen und könnten nur bei freundschaftlicher Einigung zu gemeinsamer Arbeit ihrem Lande am meisten dienen. Die deutsche Bevölkerung sei sich vollkommen bewußt, daß die deutsche Minorität durchaus und jederzeit auf Unterstützung des deutschen Volksstaates müsse rechnen können. Der Generalbevollmächtigte Winnig habe der estnischen provisorischen Regierung folgende Erklärung übergeben:

Alle estländischen Landeseinwohner deutscher Abstammung und Sprache stehen unter dem Schutze des deutchen Volksstaates.

Die deutsche Volksregierung erwartet weiter, daß den estnischen Landeseinwohnern, die während der Okkupation eine deutschorientierte Politik vertraten, aus diesem Grunde keine Nachteile zugefügt werden.

In der Beachtung dieser Erklärung sieht die deutsche Volksregierung die Voraussetzung für den Schutz, den die weitere Anwesenheit der deutschen Wehrmacht dem Lande verbürgt.

Der Generalbevollmächtigte:
Winnig.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

KLEINE NACHRICHTEN

Deutsche in der Regierung der Krim. Auf Veranlassung der ukrainischen Regierung wurden Anfang Oktober von der Krimer Regierung die deutsche und die tartarische Gruppe aufgefordert, je zwei Delegierte als Vertreter der nationalen Gruppen zu bestimmen, um an den Einigungsverhandlungen in Kiew teilzunehmen, wo bereits die offizielle Delegation der Krimer Regierung eingetroffen war. Die Vertreter der beiden nationalen Gruppen sollten als stimmberechtigte Mitglieder der Delegation an den Verhandlungen beteiligt sein. Die beiden Vertreter der deutschen Gruppe, die Herren Th. Rapp und A. Neff, fuhren nach Kiew. Die Verhandlungen sollten sich hauptsächlich auf die Regelung wirtschaftlicher Angelegenheiten beziehen, die durch die internationale Sonderstellung der Krim auch der Ukraine gegenüber in den Vordergrund gerückt worden sind. Sie wurden aber resultatlos abgebrochen. Die neue politische Weltlage hat Ukraine und Krim in ganz neue Situationen gebracht. Es handelt sich jetzt mehr um eine internationale Regelung der zwischen beiden Staaten schwebenden Fragen.

Jekaterinodar: Ein Opfer bolschewistischen Terrors ist Ende Juli nach einer Notiz der „Prawda" der Oberförster W. v. Stieda geworden, der unter dem Vorwande, er sei ein deutscher Spion, vom örtlichen Sovjet erschossen worden ist.

Riga: Eine Trauerfeier für den Livländischen Landrat Wilhelm Baron Staël v. Holstein fand am 23. Oktober in der St.-Jakobi-Kirche in Riga statt. Oberpastor von St. Jakob, Döbler, gedachte des Heimgegangenen. Der residierende Landrat A. v. Oettingen-Ludenhof sprach in schmerzbewegten Worten den Dank der Livländischen Ritterschaft aus. Namens der Beamten der Ritterschaftskanzlei rief der Ritterschaftssekretär Fr. von Samson dem Heimgegangenen herzliche Worte des Dankes nach. Im Namen der Adl. Kreditsozietät sprach Oberdirektor Baron Wolff.

Riga: Die „Rigaische Zeitung" bringt einen Nachruf für den Oberlehrer Westermann, der auf Grund seiner Studien an der Polytechnischen Hochschule in Stuttgart und Zürich, später in Dorpat ein bekannter und beliebter Lehrer war. Seit 1870 wirkte er als Oberlehrer der Mathematik an der Vorschule des Polytechnikums, bis er 1892 zum Dozenten am Polytechnikum in Riga ernannt wurde. Die deutschfeindliche Richtung der russischen Regierung nötigte ihn 1910, seinen Abschied zu nehmen. Die Besetzung Rigas raubte ihm die letzte Unterstützung zur Durchführung seiner weitgesteckten Lebensaufgaben und brachte ihn in größte Not. Die Unterernährung warf ihn auf das Siechenbett.

Digitized by Google

Paul Graf Kayserlingk. Dem jungen Dichter, der am 11. August 1918 im Westen gefallen ist, widmet Otto Freiherr von Taube in der Königsberger Hartungschen Zeitung einen warmherzigen Nachruf. Als reichbegabter, herzgewinnender Mensch mit großem, heißem Wollen, ist er nach den Worten seines Hauptmanns als ein Soldatenführer, der unbeirrt seinen Leuten voranzugehen verstand, gefallen. Sein Roman, „Traum des Nordens" und ein schmales Gedichtbuch „Das Tor" mit einer Einleitung von Rainer Marie Rilke sind im Georg-Müller-Verlag in München erschienen.

Marie v. Redelieu. Die „Rigaische Zeitung" bringt einen Nachruf für Frau Marie v. Redelieu, die auf dem Gebiet der Hauswirtschaft bahnbrechend war, in Riga die erste deutsche Wirtschafts- und Kochschule und im Zusammenhang mit diesem Institut die „Rigaische Hausfrauen-Zeitung" gründete, sowie das Kochbuch „Haus und Herd" verfaßt hat.

Pernau. Direktor Ed. Glück, der sich als Direktor der Pernauer Altertumsforschenden Gesellschaft durch Sammlung von Material zur estnischen Volkskunde und Arbeiten auf dem Gebiete der Archäologie in der wissenschaftlichen Welt einen Namen geschaffen hat, ist am 7. November gestorben.

Christiania: Am 7. September starb einer der ältesten Landsleute in Christiania, der Lithograph August Grunert im Alter von 78 Jahren. Er kam vor fast 50 Jahren nach Christiania und hat sich um die Entwicklung der lithographischen Kunst in Norwegen sehr verdient gemacht.

Arensberg (Oesel). Am 12. Oktober hielt Rittmeister Beinert einen Vortrag über den Dichterhelden Walter Flex der auf der Insel Oesel gefallen ist. An seinem Todestage, den 16. Oktober, fand eine Trauerfeier am Grabe des Dichters in Peude statt.

Professor Seraphim. Der Professor an der Universität Königsberg Dr. Aug. Seraphim hat sein Amt eines Kultusreferenten bei der Verwaltung Kurland, das er mehrere Jahre ausgeübt hat, in diesen Tagen niedergelegt und kehrt an den Ort seiner alten Tätigkeit zurück. Wir haben ihm auch an dieser Stelle für seine außerordentliche Mitarbeit beim Zustandekommen der Kurland-Ausstellung zu danken.

Rückwanderung deutscher Kolonisten aus dem Osten. Rund 20 000 Deutsche wollen, der „Voss. Ztg." zufolge, aus Rumänien nach Deutschland übersiedeln. Auch aus Taurien seien eine große Anzahl von Familien in Schlesien eingetroffen; man brachte dort auch Kinder aus Südrußland unter, deren Eltern meuchlings ermordet worden sind.

Eröffnung des Dorpater Deutschen Theater. Das von Stadtarchitekt Arved Eichhorn neuerbaute Theater wurde am 19. Oktober mit einer Festvorstellung eröffnet. Der Präsident des Handwerker-Vereins, Viktor v. Grewingk, wies in seiner Ansprache darauf hin, daß sich Dorpat nun des ersten ständigen deutschen Theaters erfreue. An einen von Direktor O. E. Carlbergh gesprochenen Prolog von John Siebert schloß sich eine Aufführung von Grillparzers Lustspiel „Weh' dem, der lügt!" an. Theatersubventionen im Betrage von je 1000 Mark monatlich für die Dauer der Spielzeit, vom 1. Oktober ab gerechnet, sind von der Stadtverordneten-Versammlung sowohl dem deutschen Theater als auch dem „Wanemuine"-Theater zugebilligt worden.

Riga. Bei einer freien kirchlich-sozialen Konferenz hielt am 20. Oktober Reichstagsabgeordneter D. Mumm die Begrüßungsansprache an Militär und Zivil, und am 21. früh fand unter Leitung von Frau von Braunschweig eine Frauenversammlung statt. Am Abend desselben Tages hielt Pastor M. Braun-Berlin den Hauptvortrag über „Stöcker und die soziale Idee".

Aus der Krim. Am 17. Oktober fand ein von einigen Offizieren und Unteroffizieren der 1. Eskadron des Husarenregiments „Fürst Blücher von Wallstatt' im Dorfe Akkobek veranstaltetes Wettrennen statt, wozu Gäste auch aus Neuhoffnung, Kongrat, vom Gute Rapp und dem Gute Kalamara kamen. Das Rennen wurde von 22 Reitern ausgeführt. Den Preis erhielt der Offizier Evert. Die Preisschleife war von der Familie Heinrich Rapp aus Akkobek mit einer großen Wurst dazu gespendet.

An die deutschen Kolonisten in Südrußland. Das Zentralkomitee in Odessa kündigt in den Odessaer Zeitungen an, daß der ursprünglich auf den 5. bis 8. November neuen Stiles einberufene Delegiertenkongreß in Halbstadt auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Sobald die Gründe, die das Komitee zur Verschiebung bewogen haben, in Wegfall kommen, wird der Kongreß durch die deutschen Zeitungen angezeigt werden. Inzwischen werden vom Zentralkomitee Bezirks-, Rayons- oder auch Ortsversammlungen veranstaltet, auf welchen die deutsche Bevölkerung über den Stand der Einbürgerungsfrage und über die nächsten Fragen des nationalen Strebens aufgeklärt werden soll.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Die Eröffnung der Baltischen Technischen Hochschule in Riga. Am 14. Oktober fand in der Petrikirche ein Festgottesdienst statt, bei dem Propst O. Erdmann die Festpredigt hielt. Oberkommandierender General von Kathen eröffnete in der Aula der Hochschule die Feier. Nach ihm sprachen Hauptmann von Brockhusen als Vertreter der Militärverwaltung, Geheimrat Wollenberger im Namen des preußischen Kultusministeriums. Der Präses des Verwaltungsrats, v. Schubert, gab in seiner Rede einen historischen Rückblick auf das halbe Jahrhundert des Bestehens der Hochschule, die einen Besuch von 2700 Studierenden und die stattliche Zahl von 13154 Immatrikularierten aufwies, von denen 4700 Absolventen das Diplom erwarben. In den 80er Jahren mußte die Hochschule die Russifizierung erdulden, bis 1894 die deutsche Sprache ausgeschaltet und durch die russische Sprache ersetzt wurde. Dies hatte eine völlige Veränderung des Studentenmaterials und die Unmöglichkeit der Vervollständigung des Lehrpersonals zur Folge. Während des Krieges wurde das Polytechnikum nach Moskau verpflanzt. Der Direktor der Baltischen Technischen Hochschule, Professor v. Knieriem, betonte, daß die Hochschule stets deutschen Geist und kulturelle Aufgabe gepflegt habe. Landrat von Oettingen gratulierte namens der livländischen und estländischen Ritterschaft und Kreismarschall v. Hoerner im Namen der kurländischen Ritterschaft. Im Auftrage der Stadt ergriff von Bulmerincq das Wort. Die Glückwünsche der Rigaer Kaufmannschaft und des Börsenkomitees verlas Kommerzienrat Kerkovius, und Direktor Baltabol sprach für die Fabrikantenvereine. Dr. Hjiern brachte Grüße Finnlands. Am Abend fand in der St. Johannis-Gilde ein geselliges Beisammensein statt, bei dem Oberleutnant Dr. v. Scheubner-Richter als Vertreter des Arbeitsausschusses der Gesellschaft zur Förderung der Baltischen Technischen Hochschule in Essen die herzlichsten Glückwünsche aussprach.

Der Baltische Technische Hochschul-Verein eröffnete am 5. November im Laboratoriumsgebäude der Baltischen Technischen Hochschule neue Kurse zur Ausbildung von höheren Verwaltungs- und Kommunalbeamten. Diese Kurse dauern 5 Monate; die Teilnehmer bezahlen ein Schulgeld von 300 Mark. Die Aufnahme von freien Zuhörern mit nicht abgeschlossener Hochschulbildung, sowie das Belegen von Einzelvorträgen ist vorgesehen. Hauptmann v.

Digitized by Google

Brockhusen hat sich bereit erklärt, über Genossenschaftswesen und Geheimrat Dr. Wollenberg über Verwaltungstechnik zu lesen. Von Rigaer Lehrkräften lasen: Prof. Eugen von Bergmann, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Prof. K. Kupffer, Baltische Landeskunde, Herr A. von Tobien, Agrarpolitik, Dozent Dr. A. von Hedenström, Baltische Geschichte, Dozent K. von Schilling, Allgemeine Rechtslehre, Dozent Dr. W. Klumberg, Verkehrswesen und Politik. Von auswärtigen Gelehrten beteiligten sich an den Vorträgen: Prof. Dr. Hesse, Königsberg, Finanzwissenschaft, Geld- und Kreditpolitik, Prof. Holzendorf, Königsberg, Staats- und Verwaltungsrecht, Prof. von Freytag-Loringhoven, Breslau, Baltisches Recht, Prof. Litten, Königsberg-Dorpat, Bürgerliches Recht, Stadtsyndikus Sembritzky, Berlin-Charlottenburg, Kommunalwirtschaft und -Politik, Dr. Brandt, Berlin, Versicherungswesen.

Spenden für baltische Hochschulen.

In einer Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dorpat wurde, der Dorpater Zeitung zufolge, am 21. Oktober nachträglich eine Spende von 10 000 Mark an die Tierärztliche Hochschule anläßlich der Feier ihrer Wiedereröffnung auf Antrag des Stadthauptmanns bewilligt.

Fräulein Justine von Seidlitz in Dorpat hat ihre aus dem Besitz von Prof. Dr. R. Hausmann käuflich erworbene historische Bibliothek, die 3755 Nummern umfaßt, der Universität gestiftet.

Die Stadtverordnetenversammlung von Narwa bewilligte der Universität Dorpat 7000 Mark und dem neueröffneten Polytechnikum in Riga 3000 Mark trotz der infolge der Kriegs- und Bolschewikiwirren entstandenen schwierigen Finanzlage.

Für die Universitätsbibliothek Riga hat der Verlag von Lehmann-München seine Verlagswerke im Werte von 1000 Mark gestiftet. Ferner gingen verschiedene Spenden bei der Sammelstelle von Dr. Winterstein in Kassel ein. Herr H. Scheybing stiftete vier wertvolle elektrotechnische Apparate.

Dorpat. Seit anderthalb Monaten ist das Oberlyzeum (Höheres Lehrerinnenseminar) wieder eröffnet. Aus der privaten Anstalt ist eine öffentliche geworden. Der Pensions- und Unterrichtspreis beträgt: 1000 Mk. Pension und 240 Mk. Unterrichtsgeld im Jahr. Die livländische und estländische Ritterschaft hat eine Anzahl von Stipendien bewilligt, die aber nicht annähernd ausreichen, um allen Aspirantinnen einen Besuch des Seminars ermöglichen zu können. Die Heimatgenossen werden daher um Gewährung von Lehrerinnendarlehen gebeten.

Die Universität hat in kurzer Zeit einen erfreulichen Aufschwung genommen. Zurzeit sind 915 Studierende immatrikuliert und etwa 200 Hörer eingeschrieben.

Volksschullehrer-Seminare in Kurland. Die Begründung eines Lehrerseminars in Mitau soll noch im Laufe des Monat November erfolgen, während die Eröffnung eines Lehrerinnenseminars in Goldingen für Januar 1919 in Aussicht genommen ist. Die Seminare umfassen zunächst eine dreiklassige Präparandenanstalt mit einer Seminarklasse. Zum Lektor des Goldingenschen Seminars wurde Herr Pastor Hoheisel berufen.

Bychlew (Polen). Am 6. Oktober wurde die neue deutsche Schule des Deutsch-evangelischen Landesschulverbandes durch Pastor Schmidt und Direktor Korodi eröffnet. Die Gemeinde hat die Errichtung der Schule fördernd unterstützt, so daß der Lehrer, Otto Hübner, am 7. Oktober den Unterricht aufnehmen konnte.

Arzis (Bessarabien). Anfang September fand eine Konferenz der deutschen Lehrer und Gemeindevertreter Bessarabiens statt, auf der wichtige Schulfragen besprochen wurden. Man hofft durch die bessere Besoldung der Lehrer auch das Verhältnis zwischen Lehrer und Gemeinde zu bessern, besprach eine Vereinheitlichung des Schulwesens auf Grund der Richtlinien, die der deutsche Kongreß in Odessa aufgestellt hat, stellte sodann Richtlinien über die Pflichten und Rechte der Schulräte und die Anstellung der Lehrer auf und bewilligte 3600 Rubel Gehalt und 400 Rubel Entschädigung für Fahrten für einen deutschen Schulinstruktor, wobei man annahm, daß auch das Zentral-Komitee finanzielle Beihilfe leisten werde. Schwieriger ist zurzeit für die Schulen Südrußlands die Beschaffung von deutschen Lehrbüchern, man rechnet aber auf die Hilfe von Deutschland her. In Arzis soll aus Semstwomitteln eine höhere Elementarschule gegründet werden (Arzis ist ein Kirchspiel von etwa 7800 Seelen).

Das deutsche Knabengymnasium zu Tarutino (Bessarabien) zeigt seinen Lehrplan an. In allen Klassen mit Ausnahme der obersten ist die Unterrichtssprache deutsch. Die russische Sprache wird als Fach beibehalten.

Lodz: Der deutsche Realgymnasialverein hielt am 5. November seine zweite Hauptversammlung im Festsaal des Deutschen Realgymnasiums ab. Direktor von Eltz erstattete Bericht über den Verein, der aus den 30 bis 40 Mitgliedern in den ersten beiden Kriegsjahren jetzt auf 277 angewachsen ist. Ueber die Tätigkeit der Lehranstalt meldete er, daß 27 Schüler das Einjährigen-Zeugnis erhielten. Das Anwachsen der Schülerzahl, besonders durch die Rückwanderung, hat die Schaffung neuer Abteilungen nötig gemacht. Die Anstalt wird von insgesamt 722 Schülern besucht, die von 27 Lehrkräften unterrichtet werden. Zum Schluß ging Direktor von Eltz auf das Verhältnis zum polnischen Staat näher ein. Die polnische Sprache solle in Zukunft mehr gepflegt werden. Einigkeit aller Deutschen sei dringend erforderlich.

Lodz: Deutsche Fortbildungskurse. Am 30. Oktober fand in der Aula des deutschen Realgymnasiums bei einer Beteiligung von etwa 400 Unterrichtsnehmern die Eröffnung statt. Unter den zahlreichen Gästen befanden sich Schulrat Sakobielski vom Polizeipräsidium, Direktor Korodi vom Deutsch-evangelischen Landesschulverband, sowie die Leiter der Kurse, Lehrer Dr. Schnapperelle, Hesse, Schmidt, Jahnke und Rahts. Nach einer Begrüßung durch Herrn Weigt hielt Schulrat Sakobielski seinen Vortrag über Bildungsaufgaben der Gegenwart, in dem er der deutschen Jugend in Polen eindringlich ans Herz legte, die ihr gebotene Bildungsmöglichkeit voll auszunutzen, um die Wahrheit des Spruchs „Wissen ist Macht" an sich selbst zu erfahren. Direktor Korodi und Herr Weigt schlossen sich dem Redner mit einigen Dankesworten an.

Lodz: Die Zukunft des Luisenlyzeums. Am 23. Oktober fand eine Elternversammlung statt, in der Direktor des Luisenlyzeums über die Schule und ihre Entwicklungsmöglichkeiten berichtete. Die Besuchsziffer stieg im Schuljahre 1918/19 auf 483 Schülerinnen gegen 396 im Vorjahre. Der bei der Gründung geplante Ausbau der Schule durch Angliederung eines Lehrerinseminars wurde aufgegeben, da die Anstellungsmöglichkeiten für deutsche Lehrerinnen sehr gering sind. Statt dessen plant der Vorstand in Uebereinstimmung mit den Behörden die Angliederung einer Oberrealschule für Mädchen und einer Frauenschule. Die Mädchen erhalten bei Abschluß der Reifeprüfung in der Oberrealschule ein Reifezeugnis, das zugleich ein im Lande und im Auslande geltendes Berechtigungsdiplom darstellt und ihnen den Zugang zu den Universitäten und Hochschulen öffnet. In gebührender Rücksicht auf die Landesverhältnisse wird die polnische Landessprache als erste Fachsprache getrieben. Die Ziele der Frauenschule seien, den Mädchen in einem Jahreskursus eine praktische Vorbildung zur Hausfrau, Mutter und

Digitized by Google

sozialdemokratischen Staatsbürgerin zu geben. Zur Erzielung einer einmütigen Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus soll ein Elternbeirat für Erziehungsfragen geschaffen werden. Am 30. Oktober fand die Generalversammlung statt. An die Frage des weiteren Ausbaus der Schule knüpfte sich eine längere Erörterung, an der sich Herr von Eltz, Landesschulverbanddirektor Korodi und Dipl.-Ing. Gesell beteiligten. Die Errichtung der einklassigen Frauenschule wurde allerseits begrüßt, der Ausbau des Lyzeums in eine Studienanstalt mit dem Lehrplan einer Oberrealschule dagegen als noch nicht völlig spruchreif bezeichnet. Es wurde beschlossen, diese Frage demnächst einer neuen Elternversammlung zu unterbreiten.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLAND

Die Livländische Provinzialsynode in Riga. Vom 16. bis 20. Oktober fanden die Tagungen der 80. Livländischen Provinzialsynode statt, zu der sich mehr als 100 evangelisch-lutherische Prediger Livlands versammelt hatten. Nach dem Gottesdienst eröffnete der Generalsuperintendent die Sitzungen. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete sein Bericht über die Geschicke der livländischen Kirche in den letzten 5 Jahren. In den folgenden Tagungen sprachen u. a. Pfarrer Werner über das Evangelium Jesu Christi und den kulturellen Wiederaufbau der Völkerwelt, Pastor Gruner-Riga über die Forderungen der Zeit an die Predigt, Pastor O. Schabert-Riga über die sozialen Pflichten der Kirche. Pastor emer. Hörschelmann-Riga brachte Vorschläge vor zur Gründung einer Zentralstelle für kirchengeschichtliches Material im Baltikum. Missionsinspektor Köberlin-Leipzig sprach über die deutsche Missionsarbeit, die fast überall durch den planmäßigen Vernichtungswillen Englands durchkreuzt worden sei, und über die Schicksale der Leipziger Mission während des Weltkrieges. Propst Erdmann-Riga machte Mitteilungen über den Anschluß Rigas an den Gustav-Adolf-Verein. Die Beratung über neue allgemeine Richtlinien zur Erneuerung der baltischen Kirchenverfassung, einer Anregung der estländischen Synode, wurde den einzelnen Sprengelkonferenzen überwiesen. Pastor Hansen-Ringen gab einen Bericht über seine Verbannung nach Sibirien, und Propst Schultz-St. Jakobi hielt einen Vortrag über die innere Mission auf dem Lande.

Lodz: Deutscher Verein. Im Festsaal des Deutschen Realgymnasiums fand unter ungeheurer Beteiligung eine Reformationsfeier statt, bei der Gouvernementspfarrer Lic. Althaus über „Luthers Glaube" sprach. Hierauf entrollte Pastor Markmann aus Cycow im Cholmer Lande düstere Bilder aus dem Rückwandererleben, wies auf die mangelhaften Wohnungs- und Schulverhältnisse, sowie auf andere Schwierigkeit hin, unter denen die Rückwanderer zu leiden haben, und schloß mit einem warmen Appell an alle Deutschen, ihre obdachlosen Brüder im Cholmer Lande, die ohne Hilfe von außen dem Elend preisgegeben sind, nicht zu vergessen.

Vereinsgründungen in Polen: Eine Ortsgruppe Ostrow (Kreis Mlawa) des Deutschen Vereins, umfassend die Ortschaften: Ostrow, Stolowo, Proszkowo, Wola-Proszkowska und Rochnia, sowie Wrublewo und Bonikowo-Podlesne wurde auf Anregung des Herrn Kessel-Stolowo mit 110 Mitgliedern begründet. In Zgierz bei Lodz fand am 16. November die Gründungsversammlung des Zgierzer Deutschen Gymnasialvereins statt, der das bereits bestehende Deutsche Realgymnasium übernehmen wird. — Am 3. November begründete der Reisesekretär Ewald in Dzierzanow (Kreis Lodz) eine Ortsgruppe des Deutschen Vereins mit 86 Mitgliedern. — Auch in Radbiel (Gemeinde Reczaje, Kreis Warschau) wurde unter Leitung des Kreisschulinspektors Chrosciel eine Ortsgruppe des Deutschen Vereins mit 38 Mitgliedern begründet. — Auch in Natolin und Rosalin im Kreise Czenstochau wurden mit 64 bis 49 Mitgliedern, in Lindow eine solche mit 70 Mitgliedern und in Czarnylas eine Ortsgruppe mit 108 Mitgliedern begründet. — In Alexandrow fand am 22. September, bei einer Beteiligung von 110 Mitgliedern, die Hauptversammlung der Ortsgruppe des Deutschen Vereins und seiner Wirtschaftsabteilung „Deutsche Selbsthilfe" statt. Es wurde beschlossen, der höheren Knaben- und Mädchenschule in Alexandrow als einmalige Zuwendung 500 Mark, der Fröbelschule und dem Armenhaus 315 Mark zu überweisen. Die Deutsche Selbsthilfe und Ortsgruppe des Deutschen Vereins in Alexandrow zählt 327 Mitglieder. — Die Einwohner der deutschen Schulgemeinde Szamocin (Kreis Warschau) beschlossen einstimmig, sich dem Deutschen Verein als Ortsgruppe anzuschließen. Es traten 78 Personen als Mitglieder bei.

Lodz: Generalversammlung der Deutschen Genossenschaftsbank in Polen A.-G. Die Versammlung am 1. Oktober war von Vertretern von über 100 genossenschaftlichen Vereinigungen im ganzen Generalgouvernement Warschau besucht und ergab ein Bild der Zusammenhörigkeit der deutsch-völkischen Elemente in Polen. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Landesökonomierat Verbandsdirektor Dr. Wegener, geleitet.

Von den einzelnen Punkten der Tagesordnung ist insbesondere die Erhöhung des Grundkapitals um 1 Million Mark auf 2 Millionen Mark zu erwähnen. Wie erheblich das Kapitalbedürfnis der Bank ist, läßt am besten der Umstand erkennen, daß durch den Vorstand der Kredit bereits für über 60 Kassen mit einem sehr vorsichtig geschätzten Gesamtvermögen von über 35½ Millionen Mark festgesetzt werden kann. Namentlich die Rückwandererkassen stellen erhebliche Anforderungen.

Die Aussprache zwischen den Vertretern wurde eingeleitet durch einen Vortrag des Herrn Dr. Wegener über die genossenschaftlichen Verhältnisse in Posen, insbesondere über die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Janowitz. Lebhaft unterhielt man sich insbesondere über eine in diesem Jahre abzuhaltende Winterschule. Herr Dr. Thiele, Mitglied des Hygienischen Instituts in Lodz, und seine früheren Mitarbeiter haben sich bereit erklärt, den Unterricht in Lodz zu erteilen.

Dieser Kursus beginnt am 11. November und berücksichtigt in seinem Lehrplan vorzugsweise die Landwirtschaft, soll aber gleichzeitig auch als Fortbildungsschule dienen. Es wird den jungen Leuten zur Vermeidung eines schädlichen Halbwissens dringend empfohlen, mindestens zwei Kurse zu besuchen. (Inwieweit die neueren Ereignisse nun alle diese schönen Pläne stören wird, steht noch dahin. Die Schriftl.) — Unter der Leitung des Verbandsrevisors F. Teske wurden in den Kreisen Lipno und Sierpc in den Orten Laszewo, Kondrajec, Miodusy, Sokolwy-Kont, Michalkowo, Klein-Lenie und Siemiontkowo deutsche Spar- und Darlehenskassenvereine begründet.

Konstantynow: Am 6. Oktober fand im Fabriksaale des Herrn Theophil Schütz die zweite außerordentliche Generalversammlung der Mitglieder der Deutschen Selbsthilfe statt. Die Gesellschaft hat im verflossenen Jahr bei einem Umsatz von 88 903,70 Mark einen Reingewinn von 8910 63 Mark erzielt. Es wurde der Antrag des Herrn Schütz genehmigt, daß die Gesellschaft auf die 9. Kriegsanleihe 1000 Mark zeichnet. 300 Mark wurden der evangelischen

Digitized by Google

Kinderbewahranstalt überwiesen. Zum Schluß sprachen Dr. Fischer über genossenschaftliche Gesichtspunkte und Dr. Eberhardt über Spar- und Darlehenskassenwesen.

Lodz. Die „Vereinigung deutschsingender Gesangvereine im Königreich Polen" nahm am 8. September nach längerer Ruhepause ihre Tätigkeit wieder auf. Der Vizepräses Schülde erstattete Bericht, in dem er des ehemaligen Präsidenten Herrn Louis Wolff gedachte, der von den Russen verschleppt worden war. Inzwischen ist Herr Wolff nach Lodz zurückgekehrt, von der Verwaltung der Vereinigung in Pabianice aufgesucht und zu seiner Rückkehr beglückwünscht worden. Herr Wolff hat sich um die Erziehung der deutschen Jugend und der Entwicklung und Förderung des deutschen Vereinswesens hochverdient gemacht.

Libau. Der Kurländische Stadt-Hypothekenverein hielt am 23. Oktober die erste Delegiertenversammlung nach Ausbruch des Krieges ab. 21 Delegierte waren erschienen. Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 1914 wurde einstimmig genehmigt. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Reingewinn von 2933 Rubel ab, von dem 5 Prozent zum Beamten-Unterstützungsfonds und der Rest zum Reservekapital zugeschlagen werden. Die Direktion berichtete, daß die durch die Kriegsereignisse hervorgerufene Lage des Hypotheken-Vereins sich besonders in dem Anwachsen der Rückstände fühlbar mache, wodurch die Kasse des Vereins sehr bedrängt sei. Gegenwärtig fehle vollständig jede Zahlungskraft. Die Direktion schlug vor, vom Dezember 1918 einschl. einstweilen einen Repartitionszuschlag von ¼ Prozent jährlich von der urkundenmäßig nominellen Pfandbriefschuld der einzelnen Vereinsmitglieder zu erheben. Ferner wurde beschlossen, den Mitgliedern den Austritt nur zu gestatten gegen Sicherstellung des auf den Austretenden entfallenden Anteils des Schadens, der bei der Sanierung des Vereins festzustellen ist. Die Auszahlung fälliger Kupons und ausgeloster Pfandbriefe wird bis zur Wiederherstellung der Zahlkraft des Hypotheken-Vereins eingestellt.

Christiania: Der 39. deutsch-österreichische Familienabend fand am 19. September statt. Pfarrer Günther gedachte zunächst des während des Sommers abberufenen früheren Gesandten Exz. von Hintze und begrüßte den neuen Gesandten, Herrn Minister von Mutius. Der Gesandte dankte in einer kurzen Ansprache. Hierauf hielt Professor Braun von der Universität Greifswald, der gerade als Vertreter des dortigen Nordischen Instituts in Christiania weilte, einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die beste Art von Landesgrenzen vom Standpunkt des Geographen aus. Herr Walther Schmidt berichtete über die Begründung des Kindergartens.

Christiania: Evangelische Gemeinde. Auf der Gemeindeversammlung am 29. September wurde an Stelle des ausgeschiedenen Freiherrn von Speßhardt einstimmig Herr Minister von Mutius in den Kirchenvorstand und zu dessen Vorsitzenden gewählt. Sodann fand eine Besprechung über die im Januar nächsten Jahres stattfindende Feier des zehnjährigen Bestehens der Gemeinde statt.

Christiania: Am 10. Oktober hat sich eine kleine Vereinigung von Gemeindemitgliedern gebildet zur Teilnahme an regelmäßigen religiösen Leseabenden in der Pfarrwohnung. Es ist zunächst mit dem Vorlesen des Buches von Johannes Müller „Reden Jesu, verdeutscht und vergegenwärtigt" begonnen worden.

Riga. Der Verein für Sanitätshunde hat am 21. Oktober einen Basar zum Besten der Kriegsblinden veranstaltet. Der Besuch war außerordentlich stark. Die „amerikanische" Versteigerung für Gemälde bildete den Höhepunkt des Festes und hat gegen 17 000 Mark ergeben. Der ungewöhnlich große Reinertrag des Festes ist für die Kriegsblinden bestimmt.

AMTLICHE MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Am 1. November erschien in den Berliner Zeitungen die nachfolgende Notiz des W. T.-B.: „Nach Verfügung des Petersburger Zentralbüros für Verteilung von Gegenständen des Lebensbedarfs vom 26. Oktober können Pelzsachen usw., die Kürschnern und Versatzanstalten zur Aufbewahrung übergeben sind, binnen zwei Wochen von den Eigentümern zurückgenommen werden. Weitere Belassung zur Aufbewahrung ist nur mit Genehmigung des Zentralbüros zulässig. Nach Ablauf der zwei Wochen haben die Aufbewahrer alle nicht abgeholten Sachen beim Zentralbüro anzumelden. Den deutschen Beteiligten wird anheimgestellt, dem deutschen Generalkonsulat in Petersburg Verlängerungsanträge unter Angabe von Art, Wert und Aufbewahrungsort der Pelzsachen zu übersenden. Aufbewahrung durch das Generalkonsulat oder Uebersendung nach Deutschland ist vorläufig unmöglich."

Hoffentlich hat das deutsche Generalkonsulat in Petersburg sofort von sich aus Schritte getan, grundsätzlich die Verlängerung für alles Eigentum deutscher Beteiligter zu erlangen. Denn bis die W.-T.-B.-Notiz den über ganz Deutschland verteilten und namentlich den an der Front stehenden Deutschen aus Rußland zu Gesicht kam — war wohl der Termin längst verfallen und dann das wertvolle Eigentum verloren. Wenn aber ein solcher Schritt des Generalkonsulats erfolgt ist, so hätte man davon auch alsbald in der Presse Mitteilung machen sollen.

Aufhebung der Enteignungsgesetze in der Ukraine. Der Ukrainische Ministerrat hat folgendes Gesetz beschlossen: „Die während des Krieges vom 19. Juli 1914 a. St. ab ergangenen Gesetze des Russischen Reiches, durch die die Privatrechte von aus Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei stammenden russischen Untertanen beschränkt werden, werden für das Gebiet der Ukraine für ungültig erklärt."

Ein Ausführungsgesetz hierzu wird vorbereitet. Zur Entscheidung von Streitigkeiten sollen besondere Instanzen in Kiew, Charkow, Jekaterinoslaw und Odessa errichtet werden.

Außerdem soll denjenigen, deren Grundbesitz unter dem Druck der Gesetze vom 2. Februar und 13. Dezember 1915 durch Verkauf oder Enteignung tatsächlich in andere Hände übergegangen ist, die Zurückverlangung ihres ehemaligen Besitzes durch Gesetze ermöglicht werden.

Ebenso soll der in einigen Filialen der früheren Bauern-Agrarbank herrschenden Praxis, die deutschen Kolonisten nur als Pächter ihres ehemaligen Eigenbesitzes zu betrachten, entschieden entgegenzutreten sein.

Da möglicherweise die bisherige Unsicherheit des Besitzrechtes hier und dort einen nachteiligen Einfluß auf den Umfang der Herbstbestellung der Kolonisten ausübt, hielt es die ukrainische Regierung für angezeigt, schon jetzt alle Kolonistenkreise von der Sachlage zu unterrichten und so aufklärend und beruhigend zu wirken.

Ob freilich die veränderte politische Situation diese Entschlüsse nicht noch nachteilig beeinflußt, steht dahin. — —

Gleichzeitig verkündete die ukrainische Regierung nachfolgende Grundsätze für eine Agrarreform:

Unantastbarkeit des Besitzes an Grund und Boden wie an Liegenschaften ist jedermann gewährleistet.

Die Abgabe von Grund und Boden erfolgt freiwillig und gegen Entschädigung.

Digitized by Google

Die Kronländereien und die Besitzungen der kaiserlichen Familie fallen dem Landesfonds der ukrainischen Regierung zu.

Der Bauer wird in der Folge Grund und Boden nach folgenden Grundsätzen in seinen Besitz bringen können:

1. Er kauft vom Großgrundbesitzer. Beide Parteien einigen sich über den Grundpreis, die Bank schießt das Geld vor (Verkauf mit Hilfe der Bank).

2. Der Großgrundbesitzer verkauft Land an die Bank, diese verkauft an die Bauern weiter.

3. Die Krongüter, kaiserlichen Familiengüter werden parzelliert und an Bauern ohne eigenen Grund und Boden verkauft.

Diese Maßnahmen sollen Erwerbung von Grund und Boden wie auch Liegenschaften in gesetzliche Bahnen leiten, die gestörten Besitzverhältnisse endlich stabilisieren, vor allem aber den so nötigen Ausgleich in der Verteilung des Grundbesitzes schaffen. Die ukrainische Regierung rechnet hierbei auf das Entgegenkommen des Großgrundbesitzes, der ein gewisses Interesse daran hat, seinen Grundbesitz zum Teil zu veräußern, da die Aufbringung der Arbeitskräfte zur Bewirtschaftung immer schwieriger wird.

Die Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft, die im Reichswirtschaftsamt zusammengestellt werden, berichteten am 1. November, daß nach einer Mitteilung der „Times" vom 18. Oktober die britische Regierung Maßnahmen gegen Zuwanderung von Ausländern plane, insbesondere gegen die Wiedereinwanderung von jetzt feindlichen des Landes verwiesenen Ausländern nach dem Kriege. Man darf wohl erwarten, daß die Friedensunterhändler des Deutschen Reiches ein wachsames Auge darauf haben, daß der von Wilson bekämpfte und auch von weiten Kreisen in England verworfene Wirtschaftskrieg nicht auf einem solchen Hintertürchen doch noch sich einschleicht, und daß die Rechte der Deutschen in den britischen Ländern gewahrt werden. Nur auf dem Boden völliger Gleichberechtigung kann der Völkerbund einen Sinn und Erfolg haben.

Ein Rat der Reichsdeutschen aus Feindesland.

Die Vereinigten Ausschüsse der Reichsdeutschen aus Feindesland haben nach einer Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus einen „Rat der Reichsdeutschen aus Feindesland" gebildet. Die Reichsdeutschen im Ausland stellen einen wichtigen Teil der deutschen Volkskraft und Wirtschaft dar. Sie kennen die Verhältnisse des Auslandes aus eigener Anschauung, und auch sie haben mit ihrer Person wie mit ihrem dem feindlichen Zugriff wehrlos preisgegebenen Vermögen im Kriege schwere Opfer gebracht.

Der Rat der Reichsdeutschen aus Feindesland stellt sich folgende Aufgabe:

1. Im Einvernehmen mit der neuen Regierung des deutschen Volkes für die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen aller Reichsdeutschen aus dem bisherigen feindlichen Ausland einzutreten. 2. Durch Vertreter aus seiner Mitte bei den Friedensverhandlungen die Verwirklichung des vom Präsidenten Wilson angekündigten Rechtsfriedens zu fördern. 3. Den werktätigen Auslanddeutschen als den besten Kennern der Verhältnisse des Auslandes bei der Wiederaufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen die gebührende Berücksichtigung zu verschaffen, damit der Gedanke des Völkerbundes zur Wahrheit werde. 4. Bei der Versorgung der Rückwanderer aus Feindesland und der aus dem Heeresdienst jetzt zu vielen Tausenden zur Entlassung kommenden Auslanddeutschen gehört zu werden, damit der großen Notlage der Rückwanderer wirksam gesteuert werden kann. 5. Dahin zu wirken, daß die Reichsdeutschen im Auslande für die Volksvertretung künftig auch im Auslande wählen und gewählt werden können.

Der Rat der Reichsdeutschen aus Feindesland wird demnächst eine Versammlung aller Reichsdeutschen aus dem bisherigen feindlichen Auslande zu einer großen Kundgebung einberufen. Näheres wird noch bekanntgegeben werden.

I. A.: Alexander (Belgien), Arndt (Frankreich), Joseph (Italien), Lenz (Rußland), Peter (England).

Berlin, 20. Nov. (WTB.) Unter Vorsitz des neuen Leiters der wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Stockhammer, fand heute im Auswärtigen Amt eine von zahlreichen Vertretern der tätigen Erwerbskreise besuchte Versammlung statt, worin über die wirksamste Form des künftigen Zusammenarbeitens zwischen dem Auswärtigen Amt und den deutschen Wirtschaftskreisen beraten wurde. Vertreten waren die Verbände der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft, sowie Arbeiter-, Angestellten- und Handwerkerorganisationen. Der Vorsitzende wies einleitend auf die Notwendigkeit eines engen Zusammenwirkens bei den Friedensverhandlungen und bei dem Wiederaufbau der weltwirtschaftlichen Stellung Deutschlands hin, bei Abschluß künftiger Handelsverträge usw. Er machte Mitteilung von dem beabsichtigten starken Ausbau der Gesandschaften und Konsulate und von der Schaffung einer mit Männern der Praxis besetzten Stelle beim Auswärtigen Amt, welche den ausländischen Nachrichten- und Propagandadienst raschestens verarbeiten nud den Interessenten zugängig machen, sowie in der Lage sein soll, ständig alle wünschenswerten Auskünfte zu erteilen. Der Vorsitzende betonte, daß sobald wie möglich Vertreter und Verbände aus allen Teilen Deutschlands zur Besprechung herangezogen würden.

Die vertretenen Verbände begrüßten die Absichten des Auswärtigen Amtes auf das lebhafteste und stellten ihre Mitwirkung zur Verfügung. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten ebenfalls mitarbeiten zu wollen, damit der deutsche Handel mit dem Ausland wieder aufgebaut wird. Aus den Vertretern der verschiedenen Verbände wurde ein Beirat gebildet, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfaßt. und als sachkundige Vermittlung zwischen dem Auswärtigen Amt und den Erwerbskreisen in allen unsere wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande betreffenden Fragen dienen wird. Er soll, wenn angängig, schon bei den Friedensverhandlungen tätig sein.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

Neuerscheinungen seit 1. Oktober 1918

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART.

1. *Brandt, B.,* Geographischer Bilderatlas des polnisch-weißrussischen Grenzgebietes. Mit 100 photogr. Aufnahmen und einem Uebersichtskärtchen. Gea-Verlag, G. m. b. H., Berlin 1918. (Veröffentlichungen der Landeskundlichen Kommission beim Kaiserl. deutschen Generalgouvernement Warschau. Beiträge zur polnischen Landeskunde, Reihe B, Band 6).

2. *Buch-Buchow,* Deutsch-Hammertals Untergang. Eine Erzählung aus dem deutsch-tschechischen Sprachgebiet. Zeitz: Sis-Verlag 1918.

Digitized by Google

3. *Ewers,* Hanns Heinz, Warum haßt man die Deutschen? Zürich: Verlag-„Das Buch." (1918).
4. *Heimkehr-Kalender f. d. Deutschen im Auslande.* Herausg. von Alfred Borchardt, in Gemeinschaft mit Prof. H. Sohnrey und Pastor Schleuning. Berlin: Deutsche Landbuchhandlung (1918).
5. *Holtz, Walter,* Pflanzerleben in Deutsch-Ost-Afrika. Berlin: Karl Siegismund 1918.
6. *Kaindl, Raimund, F.,* Böhmen. Zur Einführung in die böhmische Frage. Mit Karten. Leipzig: B. G. Teubner 1918 („Aus Natur und Geisteswelt", Bd. 701).
7. *Kassebaum,* Kurland, Livland, Estland. Bilder aus Stätten alter deutscher Kultur. Neurode (Schlesien): Verlagsanstalt, Dr. Ed. Rose.
8. *Müller, Ernst, F.,* Statistisches Handbuch für Kurland und Litauen. Jena: Fischer 1918.
9. *Ohorn, Anton,* Mein Deutschböhmen. Heimatsdichtungen. Prag: Bund der Deutschen in Böhmen 1918.
10. *Schrameier, W.,* Auswärtiges Amt und Auslandsvertretung. Vorschläge zur Reform. Berlin: Curtius (1918).
11. *Schulte im Hofe,* Auswanderung und Auswanderungspolitik. Berlin: Dietrich Reimer 1918.
12. *Sommerlad, Theo, Prof.,* Die geschichtliche Stellung der russischen Ostseeprovinzen. 2. Aufl. Mit einem Nachwort. Halle: Niemeyer 1918. (Auslandsstudien an der Universität Halle-Wittenberg. Heft 11).
13. *Sonderkatalog der Caritas-Bibliothek zu Freiburg i. Breisgau.* Werke über das Deutschtum im Ausland. Freiburg: Geschäftsstelle des Caritasverbandes für das katholische Deutschland 1918.
14. *Tornius, Dr. Valerian,* Die baltischen Provinzen. 3. Aufl. Leipzig: B. G. Teubner 1918. („Aus Natur und Geisteswelt", Bd. 542).
15. *Unter-Harnscheidt,* Auslandsdeutschtum und Uebergangswirtschaft. Berlin-Zehlendorf: Kalkoff 1918.
16. *Winkler, J.,* Kalender für die deutschen Kolonisten in Rußland 1919. Im Selbstverlag 1918.

Neue Zeitschriften.

17. *Rigaer akademische Blätter.* Herausg. vom balt. techn. Hochschulverein zu Riga. Jahrg. 1 1918.19 (Okt.). Riga, Berlin: F. Würtz 1918.

Zeitschriftenaufsätze.

18. *Für Dorpat.* Glückwünsche zur Eröffnung der Universität Dorpat. Dargebracht von den deutschen Universitäten und ehemaligen Dorpater Dozenten und Studenten. In: Baltisch-litauische Mitteilungen. Kowno 1918.
19. *Fittbogen,* Dr. Gottfried, Wissenschaft im Dienst des Volkstums. Preuß. Jahrbücher, Bd. 173, Heft 2.
20. *Lehmann, Emil,* Sprachinselfragen. In: Das Deutschtum im Ausland. Jahrg. 1918, Heft 37. Berlin W. 62: Verein für das Deutschtum im Auslande.

Karten.

21. *Friedrichsen, R.,* Karte von Litauen 1 : 750 000 (deutsch und litauisch). Hamburg: L. Friederichsen 1918.
22. *P. Sprigade u. M. Moisel,* Deutscher Kolonial-Atlas mit Jahrbuch 1918. Jahrg. 19. Berlin: Dietrich Reimer 1918.

Das Deutschtum im Ausland vor dem Weltkrieg von Robert Hoeniger. 402. Bändchen der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt". Druck und Verlag von B. G. Teubner-Leipzig und Berlin 1918, 131 Seiten.

Als das Büchlein des bekannten Professors und Lehrers an der Berliner Kriegs-Akademie zu Ende des Jahres 1912 zum ersten Male erschien, wurde es allgemein freudig begrüßt, denn es füllte eine fühlbare Lücke aus. War doch das umfangreiche Werk des „Allgemeinen deutschen Schulvereins zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande", das „Handbuch des Deutschtums im Auslande", in seiner zweiten Auflage zuletzt im Jahre 1906 herausgekommen und seinem Umfang wie seiner Form nach weniger für den Gebrauch und das Interesse breiterer Kreise geschrieben und gedacht. So war denn das Buch Professor Hoenigers schon nach wenigen Jahren vergriffen. Es ist ein erfreuliches Zeichen für das Erstarken des Interesses am Auslanddeutschtum, daß der Verlag jetzt mitten im Weltkriege eine neue Auflage glaubte wagen zu sollen. Das Büchlein erscheint in der unveränderten Form der ersten Auflage. Der Verfasser gibt als Grund hierfür an, daß die Entwicklung des Auslanddeutschtums in den letzten beiden Jahren vor dem Kriege keine neuen Antriebe gezeigt habe und lediglich die Hemmungen von Seiten der Entente neu gewesen seien, die Ausläufer jener Propaganda, die später zum Kriege führte, und die man erst nach Erschließung aller Quellen über die Vorgeschichte des Krieges klarlegen könne, wenn eine selbständige Behandlung des Themas: „Weltkrieg und Auslanddeutschtum" möglich werde. Daß wir nach dem Kriege von dem Autor, der vielleicht dafür der zuständigste und sachverständigste Beurteiler ist, eine solche Arbeit erwarten dürfen, ist eine angenehme Hoffnung. Die Ausführung dieser Arbeit wird dann zur Voraussetzung auch eine völlig neue Bearbeitung seines jetzigen Werkchens über das Auslanddeutschtum an sich haben. Denn so dankenswert auch schon die neue Auflage des Buches ist, so notwendig ist es, der neueren Entwicklung der Kriegsjahre Rechnung zu tragen, ältere Statistiken, die zum Teil nur bis zum Anfang unseres Jahrhunderts Material bringen, zugunsten der neueren Aufnahmen zu beseitigen und all das Material zu verarbeiten, das uns beispielsweise auf dem Gebiete des östlichen Deutschtums (Baltikum, Ungarn, Polen, Kolonistenwesen in der Ukraine, Bessarabien und der Krim) gerade der Krieg und das Erscheinen deutscher Heere in diesem Gebiet, die Aufklärungsarbeit der „eroberten Deutschen" selbst, wie auch Studienreisenden nach diesen Gebieten brachten. Der Weltkrieg war die stärkste Prüfung, die das Auslanddeutschtum in wirtschaftlicher wie auch moralischer Beziehung zu bestehen hatte, und gerade unter diesem Gesichtswinkel lassen sich für Oesterreich und für die Schweiz, wie auch für Uebersee völlig neue Betrachtungspunkte aufstellen. Aber bis wir diese neue Arbeit bekommen, mögen wir uns dankbar der jetzigen Leistung bedienen in ihrer ebenso knappen wie erschöpfend klaren Behandlung des Deutschtums in den vom Reich getrennten ehemaligen Reichslanden, des Deutschtums in der Zerstreuung, der Diaspora in Europa, des Deutschtums, in der Uebersee.

Dr. F. W.

Johannes Gillhoff, Jürnjakob Swehn, der Amerikafahrer. Berlin: Tägliche Rundschau 1917.

In Gestalt des Lebenslaufes eines mecklenburgischen Auswanderers bringt Gillhoff die Geschichte einer deutschen Ansiedlung, wie sie etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts im Zentrum der Vereinigten Staaten möglich war, vom ersten Roden des Busches bis zur blühenden, auf ihre deutsche Kirche und Schule stolzen Gemeinde. Politische und kulturelle Probleme, wie etwa Demokratie und Selbstverwaltung, Großfarmbetriebe, Sektenwesen und Temperenz werden unmerklich in der urwüchsigen, von unverwüstlichem Humor und kostbaren Anekdoten getragenen Form halb platt-, halb amerikanerdeutscher Bauernbriefe in anschaulichem Gegensatz zur altmecklenburgischen Heimat behandelt.

So erhebend das Charakterbild dieser niederdeutschen Bauernkolonisten wirkt, die im Festhalten an heimischer Sprache und Sitte und in der Fähigkeit zur Selbstregierung

Digitized by Google

ihre besten Stammeseigentümlichkeiten auch in der Fremde bewahren, so betrübend bleibt der Schluß, daß diese deutschen Kulturpioniere der wirtschaftlichen und politischen Assimilation durch die Vereinigten Staaten verfallen sind selbst dort, wo sie geschlossene Gemeinden bilden. M.

Fellin. An Stelle des „Felliner Kreisblattes" erscheint wieder der „Felliner Anzeiger" in seinem 40. Jahrgang. Die Redaktion hat Pastor H. Büttner übernommen. Das Blatt soll jetzt zweimal wöchentlich erscheinen.

Dorpat. Dr. Ernst Seraphim richtet bei seinem Scheiden aus Dorpat ein Abschiedswort an die Leser der „Dorpater Zeitung", in dem er darauf hinweist, daß ihm das Scheiden aus Dorpat schwer falle, obwohl er in seinen alten Wirkungskreis nach Riga zurückkehre, in dem er über 23 Jahre gearbeitet habe, bis die Verschickung nach Sibirien und die Schließung der deutschen Zeitungen im Gefolge des Weltkrieges es unmöglich machten. Im Dezember 1917 habe er auf Aufforderung des Oberpastor Wittrock und Direktor Walter die deutsche Zeitung begründet und trotz unliebsamer Unterbrechungen durchgeführt. Der frühere Mitarbeiter der „Nordlivländischen Zeitung", A. v. Keußler übernimmt nun die Leitung der Dorpater Zeitung.

Riga. Mitteilung des Konsortiums der vereinigten Zeitungen. Die „Rigaische Zeitung" meldet, daß Herr Dr. Ernst Seraphim vom 14. Oktober ab die Chefredaktion des Blattes übernommen habe und zusammen mit Herrn G. Brutzer als verantwortlicher Redakteur zeichnen werde.

Nicht lange sollte diese Zusammenarbeit dauern. Bald hatte die „Rigaische Zeitung" den Verlust ihres, der Grippe erlegenen Chefredakteurs Gregor Brutzer zu beklagen. Nach seinen Studienjahren in Dorpat und Berlin. war er als Hauslehrer in Livland und später als Auskultant in der Rigaer Steuerverwaltung tätig. Am 1. Dezember 1918 trat er in die Redaktion des „Rigaer Tageblatts" ein, in der er nun 20 Jahre lang für die deutschnationale Sache und sein Heimatland mit Aufbietung seiner ganzen Kraft und Fähigkeiten erfolgreich tätig gewesen ist.

VON UNSERER ARBEIT

Die gegenwärtige politische Umwälzung in Deutschland hat unsere Arbeit, wenigstens soweit es sich um nach außen sichtbare Veranstaltungen handelt, stark beeinträchtigt. Unsere Vorträge haben infolge der Schwierigkeiten im Reiseverkehr zum großen Teil ausfallen müssen. Immerhin konnte außerhalb Stuttgarts noch am 1. November der von langer Hand vorbereitete Vortrag des Herrn C. Gollnick, Chefredakteur der Deutschen Lodzer Zeitung über „Das Deutschtum in Polen, seine Sorgen und Nöten" in Leipzig stattfinden.

Seit geraumer Zeit haben wir Vorarbeiten für Ausstellungen über das Deutschtum in Polen und in der Ukraine gemacht. Sie waren bei Ausbruch der Revolution ziemlich weit gediehen und versprachen ein sehr schönes Ergebnis. Die an Ort und Stelle in Polen gesammelten Materialien lassen sich heute noch nicht überblicken, doch hoffen wir, daß sie wenigstens in unsere Hände kommen werden. Unser Preisausschreiben zur Beschaffung von photographischen Aufnahmen aus den deutschen Kolonien in der Ukraine hat uns sehr viel schönes Material eingebracht, das nun einstweilen aufbewahrt wird. Für spätere Arbeiten über die deutsche Kolonisation in Südrußland wird es unschätzbare Unterlagen bieten.

Von der Kurland-Ausstellung. Am 17. November schloß die Kurland-Ausstellung ihre Türen in Darmstadt. Zu der Eröffnung in Darmstadt am 24. Oktober war eine große Anzahl von Vertretern der Behörden, des wirtschaftlichen und des geistigen Lebens Darmstadts erschienen. Auch von auswärts waren viele Gäste hinzugekommen. Der Gesamterfolg der Kurland-Ausstellung ist sehr groß gewesen, ist sie doch insgesamt von etwa 140 000 Personen besucht worden. Nunmehr wird das Ausstellungsmaterial nach Stuttgart überführt, um von dort aus an die Besitzer zurückgeschickt zu werden. Es ist zu erhoffen, daß außer den Gegenständen, die bereits heute Eigentum unseres Instituts sind, auch ein großer Teil des bisher nur leihweise überlassenen Materials in unseren Besitz übergehen wird.

DIE AUSKUNFT- UND VERMITTLUNGS-STELLE DES DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS IN STUTTGART

will in allen praktischen und wissenschaftlichen Fragen, welche die Beziehungen zwischen dem Auslanddeutschtum und dem Mutterlande angehen, den Volksgenossen draußen und denen in der Heimat, welche Beziehungen zum Auslande unterhalten, mit Rat und Tat zur Seite stehen. Eine umfangreiche Adressensammlung wurde bereits angelegt, die eine große Zahl von Namen deutscher, früher im Auslande ansässig gewesener Landsleute enthält. Viele von ihnen beabsichtigen, nach Kriegsende an ihre früheren Wirkungsstätten zurückzukehren, und sind darum für jede Förderung dankbar. Ihre Kräfte der heimischen Wirtschaft, der nach Friedensschluß die Lösung so überaus dringlicher Aufgaben obliegen wird, in der zweckmäßigsten Weise dienstbar zu machen und dabei in gleichem Maße die Vorteile der Auslanddeutschen wie die des heimischen Handels und der heimischen Industrie zu wahren, liegt der Auskunftstelle in erster Linie ob. Sie wird Beziehungen zwischen deutschen Firmen in der Heimat und deutschen Kaufleuten im Auslande anbahnen und durch Austausch von Erfahrungen und Berichten, sowie durch Vermittlung von Auskünften aller Art beiden Teilen nützlich sein. Beträchtlicher Arbeitsstoff dieser Art wurde schon bewältigt.

Gegenwärtig ist die Auskunftstelle vornehmlich bestrebt, den Mitgliedern des Instituts durch die Vermittlung von Angeboten aller Art dienlich zu sein. In der folgenden Liste sind einige Bewerber verzeichnet, deren Gesuche bis jetzt noch nicht erledigt wurden.

Wir bitten diejenigen Firmen, welche glauben, den Anfragern ihren Erfahrungen und Kenntnissen entsprechende Stellungen bieten zu können, uns unter Angabe der betreffenden laufenden Nummer hievon Kenntnis zu geben. Wir werden dann veranlassen, daß sich die Bewerber unmittelbar mit den Interessenten in Verbindung setzen. Die Vermittlung geschieht völlig kostenlos.

13. Deutscher Kaufmann, der mehrere Jahre bei englischer Weltfirma in London tätig war, die englische und französische Sprache beherrscht und sich auf italienisch gut verständigen kann, sucht seinen Fähigkeiten und Erfahrungen entsprechende Stellung.

14. Chemiker, Dr. phil., früher in Rußland in leitenden Stellungen in Platinraffinerien, chem. Fabriken, Zuckerfabriken, chem.-techn. Laboratorien und Fabriken pharmaz. Präparate tätig, sucht geeignete Stellung.

15. Kaufmann, der die französische und spanische Sprache beherrscht, im Ausfuhrgeschäft erfahren, als leitender kaufmännischer Beamter bei französischer Elektrizitätsgesellschaft in Paris bis Ausbruch des Krieges tätig, sucht geeignete Stellung.

16. Deutsche Firma in Belgien sucht Vertreter für den Verkauf pharmazeutischer Artikel in Deutschland und im Ausland.

17. Importeur von Textilmaschinen, Wolle- und Baumwollprodukten, Textil-Chemikalien und Farbstoffen, früher Inhaber angesehener Firma in England, wünscht geschäftliches Unternehmen ins Leben zu rufen oder sich an solchem zu beteiligen.

Digitized by Google

18. Deutscher Kaufmann in Kiew sucht Vertretungen deutscher Firmen der technischen und elektrotechnischen Branche für die Ukraine.

19. Architekt, früher in Bukarest, ist bereit, Bauinteressenten, Baumaterialienhändlern usw. genaue Auskunft über die dortigen Verhältnisse im Baugewerbe zu erteilen.

20. England-Deutscher, welcher große deutsche Firma der feinmech. Branche lange Jahre in London vertreten hat, in England über vorzügliche Beziehungen verfügt und großen Umsatz in Uhren und Glaswaren realisierte, wünscht nach seiner Rückkehr an seinen früheren Wohnsitz weitere Vertretungen für geeignete Artikel zu übernehmen.

21. Marokko-Deutscher, 27 Jahre alt, tropenfest, Überseekaufmann, der auch über landwirtschaftliche Kenntnisse verfügt und das Arabische in Wort und Schrift beherrscht, sucht für die Zeit nach dem Kriege geeignete Stellung in den Kolonien möglichst bei staatlichen Behörden.

22. England-Deutscher, der nach Friedensschluß sein früheres Geschäft in London weiterzuführen gedenkt, sucht Vertretungen für jede Art von Spezialmaschinen der Briefumschlag- und Kartonnageindustrie zu übernehmen: hat auch Interesse für die Verwertung von Patenten.

23. Kaufmann, der mehrere Jahre lang in Frankreich tätig war, viel gereist ist und mehrere Sprachen beherrscht, sowie vorzügliche Erfahrungen im Verkehr mit ausländischer Kundschaft besitzt, sucht die Vertretung leistungsfähiger deutscher Firmen zu übernehmen, die gewillt sind, sich in Rußland ein gutes Absatzgebiet zu verschaffen.

24. Italien-Deutscher, der über sehr gute Verbindungen, besonders in Süd-Italien, verfügt, sucht mit deutschen Firmen Beziehungen anzuknüpfen, die nach Friedensschluß sofort Geschäfte durch die Schweiz abschließen wollen.

25. Früher als selbständiger Agent in Barcelona tätig gewesener Kaufmann, der nach Friedensschluß an seinen früheren Wohnsitz zurückzukehren gedenkt, sucht Vertretungen deutscher Firmen für Spanien.

26. Schlosser, der die polnische Sprache vollkommen beherrscht, wünscht Vertretungen für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in der Ukraine zu übernehmen.

27. In Zürich ansässiger Deutscher übernimmt Vertretungen von Firmen der Werkzeugmaschinen-Branche für die Schweiz und für Italien.

28. Kaufmann, der sich für den Handel mit der Türkei interessiert, sucht Stellung in deutscher oder türkischer Firma in Konstantinopel, die Export nach Deutschland, Oesterreich, Ungarn usw. betreibt.

29. In Moskau gebürtiger Württemberger, der während des Krieges nach Stuttgart zurückgekehrt ist, sucht Vertretungen für Rußland zu übernehmen.

30. Gelernter Mechaniker, der die spanische Sprache beherrscht, sucht Anstellung bei Einkaufsgenossenschaft oder ähnlichem Unternehmen in Süd-Amerika, speziell in Argentinien.

31. Deutsche Firma in Kopenhagen übernimmt Vertretungen von Emballageartikeln (Blechdosen, Tuben, Gläser, Kartonnagen) und Bedarfsartikeln für Blumenhändler.

32. Früher in Paris tätiger deutscher Kaufmann übernimmt in Frankreich oder im Elsaß Vertretungen erstklassiger deutscher Firmen.

33. Kölner Kaufmann gedenkt nach Friedensschluß nach Argentinien überzusiedeln und sucht dort Vertretungen deutscher Häuser zu übernehmen.

34. Deutsche Firma in Kopenhagen sucht nach dem Kriege isländische Produkte (Tran, Wolle, Eiderdaunen, Klippfische) zu handeln und Vertretungen für Chemikalien, Farbstoffe und Medicinal-Waren zu übernehmen.

35. Früher in Mailand ansässiger deutscher Kaufmann wünscht mit Firmen in Verbindung zu treten, die nach dem Kriege in Italien Handelsbeziehungen irgend welcher Art anzuknüpfen gedenken.

36. Deutscher Kaufmann in Konstantinopel übernimmt die Einfuhr von Kurz-, Bonneterie- und Papierwaren auf eigene Rechnung.

37. Früher in großen englischen Druckereien als Schriftsetzer tätig gewesener Deutscher, der an seinen früheren Wohnsitz zurückzukehren beabsichtigt, sucht Vertretungen für England.

38. Italien-Deutscher, früher kaufmännischer Leiter der Mailänder Filiale einer großen deutschen Firma, möchte den Vertrieb von irgend welchen gangbaren Bedarfsartikeln auf eigene Rechnung oder für Rechnung der betr. Firmen in Italien übernehmen. Suchender ist kautionsfähig und verfügt über größeres Kapital.

39. Deutsche Firma in Kopenhagen übernimmt die Vertretung deutscher Firmen der chemischen Branche, besonders für Mineralien, Salze und Chemikalien, sowie die Verwertung von Patenten.

40. Schwedische, deutschfreundliche Firma in der französischen Schweiz, die sich mit schwedischem und deutschem Stahlexport beschäftigt, in besonderem eine allgemeine Handelsabteilung betreibt und auf Grund früherer Beziehungen auch im feindlichen Ausland den Einkauf von Rohstoffen zu tätigen vermag, möchte mit deutschen Firmen in Verbindung treten, um fertige Waren zu importieren. Es kommen nur große Abschlüsse in Frage.

41. Früher in Mailand ansässiger Vertreter großer deutscher Firmen der Eisen- und Stahlbranche, deutscher Reichsangehöriger, z.Zt. in Lugano, wünscht nach dem Kriege neue Vertretungen für gangbare Artikel irgend welcher Branche in der Schweiz und in Italien zu übernehmen.

STELLENVERMITTLUNG FÜR DEUTSCHE RÜCKWANDERER

Aus zahlreichen an uns gelangenden Anfragen ergibt sich, wie dringlich die Fürsorge für die aus dem feindlichen Auslande zurückkehrenden deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten ist. Sie innerhalb unserer Volkswirtschaft an den richtigen Stellen unterzubringen, ist überaus wichtig. Das Deutsche Ausland-Institut hat deshalb im Auftrage des Preußischen Kriegsministeriums bei der Berufsberatung und -vermittlung für die heimkehrenden deutschen Gefangenen mitgewirkt. Um dieser Aufgabe in vollem Maße gerecht zu werden, wurde auf enge Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden Berufsverbänden Wert gelegt. Besondere Fragebogen wurden in Tausenden von Exemplaren u. a. in den Sammellagern in Rumänien und in der Ukraine verteilt. Von den zahlreichen bei uns bis jetzt eingelaufenen Angeboten sind folgende noch unerledigt. Wir bitten Interessenten, sich unter Angabe der laufenden Nummer mit uns in Verbindung zu setzen. Die Vermittlung geschieht völlig kostenlos.

11. Württembergischer Kaufmann mit vorzüglichen Sprachkenntnissen, der mehrere Jahre in der Schweiz, in Frankreich und in England als Korrespondent, Buchhalter und Bürochef tätig war, sucht geeigneten Posten in Deutschland.

12. Deutsch-Oesterreicher, ausgezeichneter Fachmann der Textilbranche, der das Webereifach gründlich und praktisch erlernt und Kunstgewerbe- und Textilfachschulen besucht hat, sowie als Webereitechniker, Dessinateur, selbständiger Musterchef und Betriebsleiter bei ersten Leinendamast-, Baumwollbunt- und Jacquardwebereifirmen Deutschlands, zuletzt auch als Zeichenlehrer einer städtischen Webschule tätig war und über hervorragende Sprach- und kaufmännische Kenntnisse verfügt, sucht geeignete Stellung, möglichst in Süddeutschland.

13. Kaufmann der Textilbranche, der vor dem Kriege 20 Jahre lang ganz Rußland, die Ostseeprovinzen, Polen und die Ukraine bereist hat und über erste Beziehungen verfügt, sucht Reiseposten.

14. In selbständiger Stellung bei großer Agentur in Paris (Metallwaren, Holzwaren, Küchen- und Kinderartikel) tätig gewesener deutscher Kaufmann, der auch als Reisender Erfahrungen gesammelt hat und über vorzügliche Referenzen deutscher Firmen verfügt, sucht seinen Kenntnissen entsprechende Stellung.

15. Deutsch-Russe, früher Leiter einer Schule in Moskau, der auch kaufmännisch, speziell als Registratur-Beamter tätig war, sucht Stellung.

16. Deutscher Flüchtling aus Rußland, der in Moskau mehrere Jahre lang als kaufmännischer Beamter tätig war, sucht Stellung.

17. Deutsch-Russe, der als selbständiger Buchhaltungsbeamter Filialen einer großen Import- und Export-A.-G. in Oesterreich und Rumänien errichtet hat und zuletzt in St. Petersburg bei Großfirma der Gummi-Branche tätig war, sucht Stellung.

18. Deutscher, der in Paris lange Jahre in großem Herrenkonfektionshaus als Leiter der Buchhaltung und der Hauptkasse tätig war und auch in der Fabrikation von Kinderkostümen Erfahrung besitzt, sucht selbständiges Geschäft zu übernehmen, am liebsten in der Lebensmittelbranche.

19. Handwerker, Bayer, früher in Frankreich, sucht Stellung in Deutschland.

Wir bitten nebenstehende Anzeigen und Bitten des D.A.I. besonders zu beachten!

Abschluss der Arbeiten für diese Nummer am 20. November 1918.
Einsendungen für die „Mitteilungen" werden erbeten an das Deutsche Ausland Institut, Schriftleitung der „Mitteilungen", Königstraße 13.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart. — Mitglieder des Deutschen Ausland Instituts, Stuttgart, soweit sie einen Jahresbeitrag von mindestens M. 20.— leisten, erhalten die „Mitteilungen" kostenlos. — Druck der Tagblatt-Buchdruckerei Stuttgart.

Digitized by Google

MITTEILUNGEN
DES
DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS

MUSEUM UND INSTITUT ZUR KUNDE DES AUSLANDDEUTSCHTUMS UND ZUR FÖRDERUNG DEUTSCHER INTERESSEN IM AUSLAND

Jahrg. II – Nr. 1 STUTTGART Januar 1919

Die Auslanddeutschen und das Reich

Von Professor Dr. v. BLUME, TÜBINGEN

Am 19. Januar 1919 sollen die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung stattfinden. Immer dringender verlangte die große Mehrheit des deutschen Volkes danach, zu Worte zu kommen. Denn ehe nicht unser Volk selbst seine Geschicke in die Hand genommen hat, kann nicht an den Neuaufbau unseres Vaterlandes gegangen werden. Nun soll die deutsche Nationalversammlung zusammentreten und aus der Revolution in einen gesetzmäßigen Zustand hinüberleiten, dem neuen deutschen Reich eine Verfassung und den Frieden geben.

Mit den Deutschen des Inlandes erheben die des Auslandes ihre Stimme, um die derzeitigen Machthaber zu mahnen, dem rechtlosen Zustand ein Ende zu machen. Ist doch ihr Schicksal mit dem unseren auf's engste verkettet, leiden sie doch mit uns, ja fast mehr als wir, unter dem Zusammenbruch Deutschlands. Sie rufen uns zu: An's Werk! Eilt euch! Und sie wollen nicht nur mahnen zum Wiederaufbau, sie wollen auch mitarbeiten, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch. Waren sie vor dem Kriege und im Kriege tätig für ihr Vaterland, so wollen sie auch mitsprechen dürfen, wenn es gilt, ihm eine neue Verfassung zu geben und den Frieden zu schlichten, der für ihre Zukunft entscheidend ist. Begreifliches Verlangen! Aber ihrer Zulassung zur Wahl stehen heute leider noch unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen.

Zunächst: Nur ein sehr kleiner Teil der Auslanddeutschen käme in Betracht. Alle in feindlichen Ländern befindlichen, alle Deutschen in Uebersee scheiden von vornherein aus. Die übrigen — wieviel sind es? Das Wahlgesetz hat Wahlkreise abgeteilt, so daß auf ungefähr 150000 Stimmen ein Abgeordneter kommt. Das Listenwahlsystem aber setzt voraus, daß jeder Wahlkreis mehrere Abgeordnete erhält, damit Listen aufgestellt werden können. Würde die Zahl der erreichbaren Auslanddeutschen überhaupt groß genug sein, um aus ihnen einen Wahlkreis zu bilden? Niemand kann es voraussehen. Und doch sollen die Wahlen schon am 19. Januar stattfinden, eine genügende Vorbereitung der für die Teilnahme der Auslanddeutschen erforderlichen Feststellungen und Bestimmungen ist daher unmöglich. Von anderen Schwierigkeiten und Bedenken ganz abzusehen.

Eine andere Frage aber ist, ob nicht den Auslanddeutschen in irgend einer Form eine Vertretung beim Auswärtigen Amt und auch beim Reichsamt des Innern zu schaffen wäre, damit ihnen Gehör gesichert ist. Und eine weitere Frage bleibt, ob ihnen das Wahlrecht für den Reichstag durch die neue Verfassung gewährt werden kann und soll. Diese Fragen bedürfen sorgfältiger Prüfung und mögen heute nur angeregt werden.

Ihr Recht soll den Auslanddeutschen werden, denn die Zeit des Rechts ist gekommen!

Preisaufgabe

Das Deutsche Ausland Institut ist überzeugt von der Notwendigkeit, daß die noch im Besitze eines deutschen Saatsangehörigkeitsrechtes befindlichen Auslanddeutschen stärker als bisher an den Geschicken des Reiches interessiert und beteiligt werden müssen, und zwar wenn möglich durch Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechtes.

Digitized by Google

Die Frage einer solchen Beteiligung ist bisher in Literatur und Praxis noch wenig geklärt. Wir möchten diese Klärung herbeiführen und erlassen dazu das folgende

Preisausschreiben:

I. Es soll die Frage der Wahlfähigkeit von Auslanddeutschen, die im Besitze einer deutschen Staatsangehörigkeit sind, und zwar auch solcher, die vielleicht auch noch eine zweite Staatsangehörigkeit besitzen, sowohl

nach ihrer völkerrechtlichen wie auch nach ihrer staatsrechtlichen Seite

untersucht werden. Dabei werden positive Vorschläge über die praktische Durchführung, insbesondere die Aufstellung von Kandidatenlisten und das Wahlverfahren, sowie eine rechtsvergleichende Darstellung erwartet.

II. Für die beste Bearbeitung wird ein Preis von M. 1000.—, für die zweitbeste ein Preis von M. 500.— ausgesetzt. Die beiden Arbeiten werden auf Kosten des Ausland Instituts, das an ihnen Eigentumsrecht erwirbt, veröffentlicht. Wird keine Arbeit des ersten Preises für wert befunden, so ist das Preisrichterkollegium befugt, die Preise unter mehrere Bewerber nach seinem Ermessen zu verteilen. Das Ausland Institut ist berechtigt, nicht preisgekrönte Arbeiten zu dem für Aufsätze in seinen Zeitschriften üblichen Honorarsatz zu erwerben und sie in der ihm geeignet erscheinenden Weise zu veröffentlichen.

III. Die Arbeiten sind bis zum 1. Mai 1919 in einem mit Motto versehenen Umschlage der Geschäftsstelle des Deutschen Ausland Instituts Stuttgart, Königstraße 15, einzureichen. Beizuliegen hat ein zweiter verschlossener Umschlag mit gleichem Motto, der Name und Adresse des Verfassers der Preisarbeit enthält.

IV. Das Preisrichterkollegium besteht aus den Herren: Universitätsprofessor v. Blume, Tübingen (Mitglied des Vorstandes des Deutschen Ausland Instituts), Geheimrat Universitätsprofessor v. Anschütz, Heidelberg, Universitätsprofessor Mendelssohn-Bartholdy, Würzburg, Prof. Dr. Josef Partsch, Freiburg i. Br., Dr. Karl Strupp, Frankfurt a. M.

V. Die Veröffentlichung der Preisprüfung erfolgt vor dem 1. Juli 1919 in den „Mitteilungen" des Ausland Instituts, sowie in der gemeinsam mit der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft vom Ausland Institut herausgegebenen „Weltwirtschaft", außerdem in der Frankfurter Zeitung, der Kölnischen Zeitung, dem Hamburger Fremdenblatt, der Deutschen Allgemeinen Zeitung, dem Bayerischen Staatsanzeiger und sämtlichen Stuttgarter Blättern.

DEUTSCHES AUSLAND INSTITUT
Theodor G. Wanner
Vorsitzender des Vorstandes.

Wir verzeichnen hier folgende Stimmen von Auslanddeutschen:

Christiania: In der November-Nummer des Evangelischen Gemeindeboten aus Christiania richtet der Herausgeber, Pfarrer Günther, einen Mahnruf an seine Gemeinde, der auch über diese engere Grenze hinaus gehört zu werden verdient. Er ist überschrieben: „Unbedingtes Vertrauen" und schließt mit den Worten: „Jetzt ist die Zeit, wo der Glaube triumphiert, der nicht am Erfolg hängt und nicht am sichtbaren Segen, sondern mitten unter den Feinden, mitten in der Unterdrückung Gottes Wille atmet. Laßt uns tief atmen, meine Brüder, meine Schwestern. Ganz tief. Zum Tode betrübt sind so manche. Seid betrübt. Aber zum Leben!

★

Christiania: Auf dem letzten Familienabend der deutschen Gemeinde hielt Minister von Mutius eine eindrucksvolle Rede: „Nichts kann das Vaterland aus unserem Herzen reißen. Der Schmerz, den wir jetzt empfinden, ist die Folge unserer großen Liebe zur Heimat. Liebe bringt Leid. Die Vergangenheit wollen wir uns nicht beschmutzen lassen. Gewiß liegt auch auf unserer deutschen Seite manche Schuld, aber wieviel Herrliches hat die Vergangenheit an unserem Volk offenbart!

Aber Leid bringt auch Liebe. Mit erneuter Liebe wollen wir unsere Kraft dem Vaterlande weihen. Zwar sind die Aufgaben, vor die unser Volk gestellt ist, praktische Fragen, die nicht mit Idealismus allein zu lösen sind. Aber doch sollen wir mit einem neuen Geist an die Arbeit der Zukunft herantreten. Das ist vor allem der Geist echter, ernster Nächstenliebe, der in jedem Menschen den Bruder, die Schwester sieht. Im übrigen kann uns nichts geschehen, wenn wir nur ein jeder treu seine Pflicht tun. Was auch kommen mag, wir wollen fest und furchtlos allem ins Auge schauen."

★

Stockholm, 8. Dezember. Eine stark besuchte Versammlung von deutschen Reichsangehörigen beiderlei Geschlechts in Stockholm hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die derzeitige äußerst gefahrvolle Lage des deutschen Reiches verlangt gebieterisch den Zusammenschluß des gesamten deutschen Volkes zu einem freien demokratischen Staate. Zwecks freier ungehinderter Entschließung des gesamten deutschen Volkes über die politische, wirtschaftliche, soziale Gestaltung und Ausgestaltung des Reiches muß so schnell wie möglich die verfassunggebende Nationalversammlung auf Grund von gleichen allgemeinen geheimen und direkten Verhältniswahlen einberufen werden. Die derzeitige Reichsregierung hat bis zur Beschlußfassung der freigewählten Vertreter des gesam-

Digitized by Google

ten deutschen Volkes über die künftige Gestaltung des Deutschen Reiches als dessen allein die Gewalt ausübende höchste Reichsinstanz zu gelten. Die im Auslande wohnhaften deutschen Reichsangehörigen, die vor Ausbruch des Weltkrieges Jahrzehnte hindurch an dem Ausbau des deutschen Wirtschaftskörpers tätig mitgearbeitet und während der vier schweren Kriegsjahre ihr und ihrer Söhne Blut für die Verteidigung des Vaterlandes vergossen haben und dem neuen Reiche ihre werbende Kraft mit höster Anspannung derselben widmen wollen, sprechen die sichere Erwartung aus, daß auch ihnen die Möglichkeit geboten wird, ihre Willensäußerung kundzutun und dadurch bei dem Wiederaufbau des Vaterlandes mit tätig zu sein.

★

Die deutsche Kolonie in Basel hat eine deutsche staatsbürgerliche Vereinigung ins Leben gerufen, die den Zweck verfolgt, die staatsbürgerlichen Interessen der in der Schweiz lebenden Reichsdeutschen gegenüber den Heimatbehörden zu vertreten und insbesondere ihre Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung sicherzustellen.

★

Im Auftrag der deutschen Kolonie, des Vereins der Badener, des Bayernvereins und des Württembergervereins in St. Gallen wurde an den Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten in Berlin, Ebert, folgendes Telegramm abgeschickt:

„Ehre und Ansehen des deutschen Namens im Auslande leiden unsäglich durch die Zerrissenheit und Verworrenheit daheim. Die wirtschaftliche Zukunft wird schwer gefährdet, das Mißtrauen gegen eine gesunde Entwicklung nimmt zu. Die Herstellung und Aufrechterhaltung der Einigkeit und der Einheit des deutschen Vaterlandes ist das dringendste Gebot der Stunde. Jedes Zögern ist verderblich und steigert die Gefahr. Wir beschwören Euch, unverzüglich die Nationalversammlung einzuberufen, um durch den Aufbau eines einigen Deutschland auf neuer demokratischer Grundlage die Zukunft unseres teuren Vaterlandes zu retten und sicherzustellen.

★

Aus Zürich schreibt uns ein Freund unseres Instituts unter anderem: „Das wichtigste ist heute nach meiner Meinung, die ich mit dem größten Teil der hiesigen Kolonie teile, daß jetzt durch eine Nationalversammlung die wahre Meinung aller Deutschen und nicht nur der momentan am Ruder stehenden Männer und ihrer Parteien befragt werden muß und daß dabei auch die Auslanddeutschen nicht vergessen werden. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß wenigstens bei dieser konstituierenden Versammlung sie das Recht haben, mitzuwählen, nachdem sie auch in diesen schwersten Jahren ihre Treue, ihre Opferfreudigkeit und ihre Zugehörigkeit zum Vaterlande in vollem und weitherzigsten Maße bewiesen haben. Wenn nicht weite Kreise unserer Landsleute, die jetzt wieder nach dem Ausland zurückkehren, verloren werden sollen, so ist jetzt der Moment, dafür zu sorgen und ihnen auch Rechte, nicht nur Pflichten einzuräumen; herauszufinden auf welche Art das zu ermöglichen ist, muß Aufgabe der Regierung sein."

★

Uns ging folgender Vorschlag zu: Das Deutsche Ausland Institut sollte als die Zentralstelle aller Auslanddeutschen um einen Sitz (vorläufig eine Stimme) für die Nationalversammlung bitten. Die Listen der wahlberechtigten — nicht anderweitig naturalisierten — Auslanddeutschen sollte das Ausland Institut durch Vermittlung und Bestätigung der Konsulate aufstellen. Die Wahl sollte erfolgen durch eingeschriebene Postsendung oder persönlich beim Konsulat. Den ersten Wahlvorschlag solle das Ausland Institut selbst machen. (Einen Schweizer?) Die amtliche Feststellung der übersandten Zettel solle im Institut zu Stuttgart erfolgen, das Wahlrecht dann später über die ganze Erde ausgebreitet werden.

★

Die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande und Belgien" wendet sich mit einem Aufruf „An das deutsche Volk — in großer Not!" Vor wenigen Wochen habe der Reichskanzler das Wort an die Deutschen im Ausland gerichtet mit der Bitte, Ruhe und Kaltblütigkeit zu bewahren. Jetzt sei es an den Deutschen im Ausland, dieselbe Bitte an die Deutschen im Reich zu richten. „Die Zeiten sind verändert. Die Folgen unserer eigenen Fehler haben Raum schaffen müssen für neue Männer, Männer, die mit dem besten Willen beseelt sind, das Gute zu wollen, mögen auch ihre Ideale, ihre Ziele nicht den ganzen Beifall aller finden. Es heißt daher: Mitarbeiten! Zusammenschließen!" Das Flehen um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen durch Minister, Frauen, Kirchen, Parteien gleiche dem Gewinsel eines geschlagenen Hundes. Das Höchste könnten wir erreichen, die beste demokratische Regierung schaffen, aber wir sollten dazu den Mund halten, still sein bei der Besprechung des eigenen Könnens und der eigenen Tugenden. Die schmutzige Wäsche gehöre im eigenen Hause gewaschen. Wir sollten nicht murren und aufschreien über harte Bedingungen, die man uns auferlege, sollten nicht uns selbst, sondern die Welt richten lassen über das Tun der anderen, denen das Härteste nicht hart genug für uns sei. Es heiße Zähne zusammenbeißen. Am wirklich deutschen Wesen müsse dereinst die Welt doch noch genesen. Der Kaiser und sein Sohn müßten im Exil büßen, die Heimat solle durch das Tragen der Arbeit, die zum Segen werden kann, Buße tun.

„Wir hier draußen helfen mit an unserer Stelle durch unser Wollen, unser Können, durch unser Denken, unsere Arbeit. Und laßt uns auch jetzt in diesen furchtbaren Tagen der Not und Sorge schwören, wie dereinst: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!" und dann, ja dann wird Gott mit uns sein."

★

Eine Anzahl Auslanddeutscher hatte sich, wie wir der „Münchener Zeitung" entnehmen, jüngst unter dem Vorsitz des früheren deutschen Konsuls in Manchester, Schlagintweit, in München versammelt und entsandte eine Vertretung von zwei Herren zum Ministerpräsidenten Eisner, der erklärte alles tun zu wollen, um den geschädigten Auslanddeutschen zu ihrem Recht zu verhelfen. Die bayerische Volksregierung hat eine Eingabe, daß Auslanddeutsche die Reiseerlaubnis ins neutrale und feindliche Ausland, also nach ihrem früheren Wohnsitz, erhalten sollten, zustimmend beantwortet. Major Schlagintweit hatte zusammen mit einem Vertreter der „Daily Mail" und einem Militärarzt aus Schottland nochmals eine zweistündige Audienz beim Ministerpräsidenten, der bestimmt erklärte, er betrachte es als Ehrensache, den Flüchtlingen beizustehen. Die Versammlung der Auslanddeutschen gab auch dem Wunsche Ausdruck, daß bei den Friedensverhandlungen auch Vertreter des Ausschusses der Auslandflüchtlinge teilnehmen und die Entschädigungsansprüche der Auslanddeutschen vertreten müßten. Dem in der Versammlung geäußerten Wunsche nach möglichst baldiger Rückkehr der Auslanddeutschen an

Digitized by Google

ihren früheren Wohnsitz steht allerdings die namentlich in England sehr heftig betriebene und von Lord George, Lord Cave usw. stark unterstützte Agitation entgegen, man müsse die Auslanddeutschen, soweit sie jetzt noch in England und den Dominons interniert sind, möglichst bald „zum Teufel jagen" und müsse ihnen, soweit sie jetzt in Deutschland schon seien, die Rückkehr an ihren früheren Arbeitsort nie mehr gestatten. Die Friedenskonferenz wird auch über diese Fragen endgültig zu urteilen haben.

*

Leipzig. Eine am Montag, den 9. Dezember, im Kleinen Saal des Evangelischen Vereinshauses tagende Versammlung der an der Universität Leipzig immatrikulierten auslanddeutschen Studierenden faßte nach eingehender Aussprache einstimmig folgenden Beschluß: 1. Die an der Universität Leipzig immatrikulierten auslanddeutschen Studierenden schließen sich zu einer Vereinigung zusammen. 2. Zum Zweck der Vertretung ihrer Interessen wird ein Ausschuß von 5 Mitgliedern gewählt, der bei dem Akademischen Senat der Universität Leipzig und dem Studentischen Vertreter-Ausschuß Leipzig die Forderungen der Vereinigung vertreten soll.

*

Der durch seine Schriften über Völkerrecht bekannte Schriftsteller Dr. Max Beer in Bern wendet sich in einem längeren Aufsatz, den er einen „Deutschen Notschrei aus dem Auslande nennt, und der in der Tages-Presse ganz oder wenigstens im Auszug abgedruckt wurde, den großen Fragen: Einheit des Reiches und deutsche Nationalversammlung zu. Mit beredten Worten spricht er sich über „das deutsche Nationalparlament unter dem alten deutschen Einheitsbanner" aus. Nur die Nationalversammlung kann seiner Meinung nach den Frieden bringen und die Einheit des Reiches erhalten. Aus seinen Ausführungen spricht die bange Sorge der Auslanddeutschen um unsere Zukunft als Nation.

Eine überaus bedeutsame Kundgebung der Kulturdeutschen für Deutschland veröffentlicht die „Neue Züricher Zeitung" in ihrer Sonntagsausgabe (15. Dez. 1918). Konrad Falke erläßt an erster Stelle des führenden Organs der deutschen Schweiz, das im Laufe des Krieges zu einer Weltzeitung geworden ist, einen flammenden Aufruf an die Alliierten, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Groß ist die Schuld desjenigen, der die Macht zur Gewalt hat und die Gewalt mißbraucht. Ungeheuer aber ist die Schuld dessen, der die Macht hätte Frieden und Recht der zermarterten Menschheit zu schenken, und der wiederum nur Gewalt übt. Ihr habt dem Feind einen harten Waffenstillstand aufgezwungen, wir begriffen ihn, denn wir gedachten eurer Leiden und Opfer. Aber heute steht ihr vor dem Frieden; heute sollt ihr das feierlichste Versprechen einlösen, für das jemals Menschen auf dem Schlachtfelde in den Tod gegangen sind. Bekunden da wirklich die rach- und habgierigen Stimmen, die unter euch laut werden, eure wahre Meinung? Wollt Ihr noch nachträglich das vergossene Blut eurer Brüder schänden, die für die Freiheit der Menschheit sich in den wahnsinnigen Kampf stürzten, nicht aber dafür, daß ein Volk, das so gut wie ihr Unvergängliches für die Menschheit geleistet hat, zu Knechten gemacht werde? Wir Schweizer, die wir die Freiheit schon kannten, als sie für euch noch eine unwahrscheinliche Sage war — wir glauben das nicht . . . . . Alliierte Völker! Jeder, der die deutsche Sprache spricht, bangt heute für Deutschland und muß sich zu Deutschland bekennen!"

Es ist für uns keine geringe Freude, in diesen schweren Tagen dies offene Bekenntnis eines so hervorragenden Deutsch-Schweizers von wichtiger Stelle aus zu vernehmen. Es gereicht der „Neuen Zürcher Zeitung", deren Haltung während des Krieges bei uns in Deutschland nicht selten zu Zweifeln an ihrer Gesinnung Anlaß gegeben hat, zur Ehre, daß sie offen Stellung für Deutschland genommen hat.

Die deutschen Kolonien in Palästina

Von Baurat Dr. SCHUHMACHER, HAIFA

In den letzten Julitagen des Jahres 1914 ankerte der stolze, große Kreuzer „Goeben" in der Bucht vor Haifa am Fuße des Karmel.

Offiziere und Mannschaften wurden von den Deutschen auf die Kolonie zu Festlichkeiten und diese an Bord geladen und ein reicher muhammedanischer Großgrundbesitzer veranstaltete zu ihren Ehren ein glänzendes Gartenfest auf seinem Gute unweit der Festung Akka. Der Kreuzer trug uns zu diesem Zwecke quer über die Bucht nach der alten Feste, und von da ritten und fuhren die Geladenen zu ihrem Ziele und zurück. Zur Rückfahrt lud der Admiral vornehme Eingeborene, Türken und christliche Araber an Bord, die das prächtige Kriegsschiff kennen lernen durften. Am Abend versammelten sich der Admiral mit seinem Stabe und eine Anzahl Kolonisten in den gastlichen Räumen des deutschen Konsulats, und ahnungslos verlief uns der Abend in heiterer Weise, da brachte gegen 10 Uhr der Kawaß des Konsuls dem Admiral eine Depesche, die den Mord in Serajewo ankündete. Sofort war es dem schneidigen, so oft bewährten hohen Offizier klar: dies bedeutet den Weltkrieg. Lautlos lichtete die „Goeben" noch in der Nacht die Anker, der Weltkrieg hatte auch für Haifa begonnen, denn keine deutsche Flagge sah man mehr an Bord eines Schiffes wehen, nachdem auch der anwesende „Levante"-Dampfer davongefahren war. Kurze Zeit nur noch fuhren der österreichische „Lloyd" und die englischen Dampfer der „Khedivial"-Linie und brachten Waren und Post, zögernd zeigten sich die italienischen Dampfer der „Navig. Generali", allmählich verschwanden auch sie, die Leichter und Boote der Eingeborenen wurden an Land gezogen und die Küste Palästinas belebte kein Schiffsverkehr mehr.

Mählich begann die Erkenntnis in uns zu erwachen: auch wir stehen im Weltkampfe. Das deutsche Konsulat verbreitete nunmehr die eingetroffenen Kriegsberichte, der Kampf der Meinungen in den Lagern der ansässigen Französlinge, Engländer und Nordamerikaner entbrannte gegen die Deutschen, aber die fortschreitenden Siege ließen eine offene Feindseligkeit nicht aufkommen, zumal die türkische Regierung ja offiziell mit uns war. Ab und zu erschien ein französisches Kriegsschiff und schoß das deutsche Konsulat, sowie Teile des Bahnhofs zusammen.

Wie mag es heute dort zugehen, nachdem kein siegreiches Deutschland mehr die Geister bannt?

Schon im August 1914 meldeten sich junge deutsche Freiwillige und zogen mit den wehrpflichtigen Offizieren und Mannschaften der Kolonien, mit klingendem Spiel, unter Absingen patriotischer Lieder in die ferne deutsche Heimat, die sie erst nach langer, mühseliger Fahrt durch ganz Kleinasien, über Konstantinopel und Bulgarien oder Rumänien und Oesterreich erreichten; über 100 dieser jungen, tatenfrohen Männer deckt der Boden Frankreichs und Rußlands, viele sind verwundet. Die Eingeborenen Palästinas staunten über diese rätselhafte Freudigkeit beim freiwilligen Auszug in den Kampf. Ihre Angehörigen wurden beim Abmarsch beweint,

Digitized by Google

als Tote betrauert, Frauen und Mädchen, die sie geleiteten, schrieen und jammerten, rauften sich die Haare, schlugen sich die Brüste. „Diese ‚Almanije' müssen ihre Regierung lieber haben als wir; sie werden auch besser gefüttert als unsere Soldaten und weniger geschlagen" meinten die davonschreitenden Fellahen- (Bauern) Weiber.

Ein Teil der jüngeren Männer meldete sich freiwillig zum Heeresdienst in Syrien, sie wurden als Kundschafter und Dolmetscher verwendet oder beteiligten sich an der Wasserversorgung der Armee; diese große Aufgabe wurde in dem wasserarmen Lande, namentlich auf der Sinaihalbinsel bis zum Suezkanal und von Damaskus bis hinab in den Hedschaz, ja bis Medina unter Leitung eines Kolonisten von ihnen in anerkennungswerter Weise gelöst. Die Vertreter der Gasmotorenfabrik Deutz in Haifa lieferten hierzu eine große Anzahl Erdölmotoren und Pumpen, die sich trotz des Wüstensandes glänzend bewährten. Eine Rohrleitung von 32 Kilometer Länge, von dem „Haderwasser" der Israeliten bei ain Kudes (Kadesch) und ain el Kaderat gespeist, versorgte die hauptsächlichste der Etappenstraßen der Sinai-Wüste mit Wasser. Die sieben deutschen Kolonien selbst lieferten dem deutsch-österreichischen Heere Lebensmittel, Wein, Getreide, Brot, Butter, Käse, Eier, Rindfleisch, ja sogar quiekende Schweine, die sich eigentümlich in der ägyptischen Grenzstadt el Arisch ausnahmen, im sterilen Wüstensand anmutig wühlten und von den muhammedanischen Einwohnern als sehr unangenehme Beigabe europäischer Kultur gemieden wurden. Jede Woche wurden schwäbische Burschen in ihre Heimatsdörfer Haifa, Sarona, Wilhelma, Waldheim und Betlehem entsandt und kehrten mit langen Ketten von „Saitawürschtla", Speck und anderen Genüssen ins Heerlager zurück. Bei ihrer Ankunft soll sogar die Kampfestätigkeit eingeschränkt worden sein, ja Fliegerabteilungen kehrten augenblicklich im Steilflug zurück! Die Handwerker der Kolonien, auch der jüdischen, lieferten dauerhafte Personen- und Lastwagen, Pferdegeschirr, Sattelzeug, ihre Pferde wurden zum Fortbewegen der Lasten an Weizen, Gerste, Schienen, Holz, Ziegel längs der Etappenstraße quer durch die Wüste verwendet und von deutschen und jüdischen Fuhrleuten geführt. Unvergeßlich bleibt uns das Bild dieser langen Wagenkolonnen, wie sie in glühender Sonne, im tiefen Wüstensand, durch völlig wasserlose Ebenen und Berge von Bir es Saba hinab bis Hafir el audscha Tag und Nacht dahinzogen, spärlich Wasser in Holztonnen mitschleppten, in den Sanddünen stecken blieben, um mit letzter Kraftanstrengung der zähen arabischen Pferde endlich das Gestade und das Hauptquartier in el-Arisch zu erreichen. Ohne diese ausdauernde schwäbische Mitwirkung, die in anerkennenswerter Weise von den jüdischen Kolonisten Palästinas unterstützt wurde, wäre die Operation am Suezkanal und in der Sinai-Wüste hinfällig geworden, denn die Kamele hatten vielfach versagt, lagen zu Tausenden infolge schlechter Pflege und von ungeeignetem Futter als Kadaver am Wege.

Während dreier Kriegsjahre drehte sich das ganze Sein in den schwäbischen Kolonien um die Unterstützung der heimatlichen Streitkräfte, die deutschen Geschäftshäuser hatten ihre Waren und Rohmaterialien an Eisen, Stahl, Kupfer, Holz, an Zement, Ziegeln, ja die Mühlen in Haifa, Jerusalem, Jaffa und Gaza zur Verfügung gestellt, ohne bisher eine Entschädigung hierfür erhalten zu haben, die Ernährungsverhältnisse in den Kolonien gestalteten sich namentlich infolge von Getreidemangel schwieriger, die Entwertung des türkischen Papiergeldes schuf eine mißliche Finanzlage, allein vom Feuerkampf waren die Kolonien verschont geblieben, jeder hoffte auf den endgültigen Sieg und ertrug die Last zusammen mit den Freunden in der Heimat gerne, Hunderttausende von Mark wurden für die Kriegsanleihe gezeichnet, wertvolle Objekte veräußert, um diese Zeichnungen zu erhöhen — da begann der Zusammenbruch der türkischen Front im Spätjahr 1917 bei Gaza, ihm folgte die Einnahme Jerusalems und Jaffas; die Kolonie Wilhelma bei Jaffa wurde der Schauplatz wiederholter Kämpfe und litt schwer unter ihnen, der Krieg begann sich im Weichbilde der deutschen Kolonien abzuspielen. Im Winter 1917/18 wurden die Deutschen von Jerusalem, Jaffa, Sarona, Wilhelma nach Aegypten weggeführt und dort interniert, sie wurden durchweg vom Feinde gut behandelt, allein ihre Häuser und Güter wurden den Eingeborenen preisgegeben, das Mobiliar großenteils zerstört, die kaufmännischen Geschäfte mußten verkauft werden.

Im Hochsommer 1918 brach auch der Widerstand der Front in Nordpalästina. Mit Nazareth fielen in der zweiten Hälfte des September die letzten der Kolonisten, Haifa, Waldheim und Betlehem, auch in die Hände des Feindes. Ueber ihr endgültiges Schicksal ist noch nichts bekannt. Einzelne wurden interniert. Unter großen Strapazen und Entbehrungen flohen die noch wehrpflichtigen älteren Männer aus Haifa zusammen mit ihrem Konsul nach Beirut, Tripolis, Aleppo. Am 1. November dieses Jahres erst konnten sie württembergischen Boden betreten. Unser Heer jedoch und mit ihm die Kolonisten litten unsäglich während dieses Rückzuges in Syrien unter den Angriffen der jetzt völlig zum Feinde übergetretenen einheimischen Bevölkerung, unter den Schwertern der unbarmherzig über die Soldaten herfallenden Beduinen, unter Hunger und Durst, der Malaria und den typhösen Krankheiten; keine barmherzigen Hände aus den Kolonien und vom Karmel konnten mehr, wie bisher, den Leidenden Hilfe bringen, viele verdarben am Wege oder starben infolge der Entbehrungen in den Lazaretten von Damaskus und Aleppo.

Fünfzig Jahre waren es im Oktober dieses Jahres seit Gründung der ersten schwäbischen Kolonie Haifa. Mit diesem Zeitabschnitt endet je nach Lage der Dinge diese erste deutsche Kulturarbeit im Orient, die berufen schien, allen den Beweis der Zweckmäßigkeit eines geordneten, gewissenhaft geführten Volkslebens und treuer Arbeit zu erbringen, oder es beginnt eine weitere Periode der Entwickelung unter besseren Auspizien als den bisherigen, unter der Regierung eines Staates, der in kolonisatorischer Hinsicht mehr als irgend ein anderer geleistet hat und den Vorteil der Fortdauer dieses arbeitsamen Völkleins von nahezu 3000 Seelen als Pioniere gemeinsam mit den zionistischen Ansiedlern, deren musterhafte Vorgänger sie nach Urteil leitender Kreise bleiben, nicht zu übersehen gewillt ist.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

China.

Nach einer Drahtnachricht der „Times" aus Peking ist China, das bisher zum großen Teil aus Furcht, daß die Mittelmächte siegreich sein würden, sehr deutsch-freundlich gesinnt war, plötzlich „begeistert Alliierten-freundlich" geworden. Die Internierung der Deutschen sei ernstlich aufgenommen worden und verschiedene Beamte würden entlassen, um die Alliierten freundlich zu stimmen. Vom Präsidenten abwärts beteilige sich alles begeistert an der Kriegsarbeit. Wie die Dinge in Wahrheit liegen, ist aus einer Schlußbemerkung ersichtlich, wonach die Alliierten einge-

Digitized by Google

willigt haben über 5 Millionen Dollars des Salzzollüberschusses frei zu geben, den sie früher sich geweigert hatten, auszuhändigen. Die Begeisterung der Chinesen für die Entente wird also bar bezahlt oder anders ausgedrückt, man enthält den Chinesen ihnen rechtmäßig gehörendes Geld vor, bis sie die nötige Begeisterung für die Alliierten aufbringen können. Was unter solchen Umständen von der wahren Stimmung der Chinesen zu halten ist, ist unschwer zu begreifen. Andere englische Zeitungen melden aus Tientsin, daß mehrere der „notorischsten deutschen Intriganten" interniert worden seien und daß ein „Hunnen-Handelskrieg" begonnen habe, d. h. daß die chinesiche Regierung von den Alliierten aufgefordert worden sei, möglichst baldige Vorkehrungen zu treffen, die Deutschen aus China nach Hause zu schicken und ganz offen wird dazu erklärt, der Grund sei, daß die Deutschen den Chinesen Kontrakte für baldige Lieferung von Waren zu erheblich billigeren Preisen als die Ententevertreter angeboten hätten.

Aus Shanghai wird gemeldet, daß die Liquidation der Deutschen Bank dort begonnen habe, und zwar zunächst gegen den Willen der chinesischen Regierung, während aus Peking berichtet wird, daß selbst die hochgehenden Wogen der Begeisterung der Alliierten über den Abschluß des Waffenstillstandes die Chinesen nicht zu irgendwelchen Kundgebungen hätten begeistern können. Man erwarte, daß die Chinesen an einigen Jubelfeiern teilnehmen würden, die sich in Vorbereitung befänden. Wie würdelos die Alliierten in China vorgehen, beweißt eine Meldung: französische Soldaten seien damit beschäftigt das Ketteler-Denkmal zu zerstören, was die Chinesen natürlicherweise zuließen, da es immer ein Symbol der Schande gewesen sei; an seine Stelle solle eine Statue Wilsons gesetzt werden. Dazu ist zu bemerken, daß das Ketteler-Denkmal, ein schon recht verwitterter Torbogen, an der Stelle steht, an der seinerzeit der deutsche Gesandte Freiherr v. Ketteler meuchlings ermordet wurde, als er sich zu einem Besuch ins chinesische Auswärtige Amt begeben wollte, um dort die Interessen aller Fremden zu vertreten. Insofern war der Ketteler-Erinnerungsbogen ein Symbol für den Zusammenhalt aller Weißen in China und nicht etwa ein rein deutsches Wahrzeichen.

Wer in China gegen die Deutschen hetzt und mit welchen Mitteln diese Agitation betrieben wird, das geht aus einer Meldung der Londoner Zeitung „The Globe" vom 7. Nov. aus Schanghai hervor, dort seien Bestimmungen getroffen worden, die den Verkehr englischer Staatsbürger mit dem Feinde wesentlich einschränkten. So ist von nun ab der gegenseitige Detailhandel mit wenigen Ausnahmen verboten, weiter dürfen Engländer den Deutschen keine Häuser mehr vermieten und die Telephongesellschaft ist verpflichtet, die Telephonverbindung in den Häusern, die Deutsche bewohnen, abzubrechen. Engländer dürfen sich auch ohne besondere Erlaubnis keiner deutschen Aerzte mehr bedienen. Man muß dazu bedenken, daß diese Bestimmungen getroffen wurden, als der Krieg schon dem Ende zuging und als ein für die Alliierten siegreicher Ausgang sicher war!

Auch aus Japan meldet die „Times", daß gar keine sonderliche Begeisterung über den Sieg der Alliierten über Deutschland herrsche. Sie drückt das in der schönen Form aus: die Presse habe offenbar noch nicht Zeit gehabt, die wunderbare Natur der Ereignisse zu verdauen. Für das Aufkommen der nötigen Begeisterung wird seitens der Alliierten schon bald gesorgt werden.

Amerika.

Die Amerikanisierung der deutschen Interniertenkinder. In Chattanooga beklagte sich die Bevölkerung darüber („N. Y. Ev. Post v. 30. Oktober), daß die im benachbarten Fort Oglethorpe internierten Deutschen ihre Kinder in die Staatsschulen Tennessees schicken wollen. Aus deutschgeborenen Kindern könne doch nie etwas Rechtes gemacht werden. Allerdings dürfe die an sich schon übergroße Zahl der Deutschen nicht noch vergrößert und die deutschen Kinder sollten möglichst amerikanisiert werden. Frankreich mache aus deutschen Kindern gute Franzosen und Französinnen und nehme sich die Mühe, die kleinen Verbrecher aufzunehmen und im französischen Geiste zu erziehen. Die Welt brauche mehr als bisher alliiert erzogene und weniger deutsch erzogene Menschen.

Aus verschiedenen Nachrichten geht hervor, daß die vierte Kriegsanleihe, die Freiheitsanleihe erst am letzten Zeichnungstage, dem 17. Oktober, ihre große Ueberzeichnung erfuhr, nachdem am 16. Oktober erst 54 Prozent der geforderten 6 Milliarden gezeichnet waren. Neben einem Aufruf Clemenceaus trug dazu bei, daß am 17. Oktober noch ein großer Aufruf des Bankiers Otto Kahn, eines geborenen Deutschen, erschien, der sich durch besondere Schmähungen Deutschlands auszeichnete und die Amerikaner deutscher Herkunft zur Zeichnung aufrief. Nach der „N. Y. World" haben auch internierte Deutsche mit gezeichnet.

Ungarn.

Das „Neue Wiener Journal" meldet: Sämtliche 309 deutschen Gemeinden der Komitate Oedenburg, Wieselburg, Eisenburg und Preßburg haben sich zu einem neuen Freistaat zusammengeschlossen, der in wirtschaftlicher Beziehung sich nicht sogleich mit Deutschösterreich verbinden, sondern bis zur endgültigen Regelung seiner Daseinsfrage eine neutrale Stellung einnehmen wird. Die Republik Hienzenland ist am 6. Dezember in Oedenburg ausgerufen und der Minister für die Nationalitäten der ungarischen Volksrepublik Oskar Jászi in Budapest von der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen Westungarns telegraphisch verständigt worden.

Rußland.

Deutsche Kommunisten in Rußland. Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur hat in der letzten Zeit in den deutschen Kolonien ein reges Parteileben begonnen. In Saratow ist man an die Begründung einer kommunistischen Partei gegangen. Im Wolgagebiet wird in allernächster Zeit mit der Herausgabe von Literatur in weitem Maßstabe begonnen. In Baczar bildete sich auf der letzten Konferenz eine kommunistische Organisation. Anstelle des von der Bildfläche verschwundenen „Kolonist" gibt der Gebietssowjet die Zeitung „Kommunist" heraus. (Es läßt sich natürlich von hier aus schwer beurteilen, wie weit bei dieser Meldung der Wunsch Vater des Gedankens ist. Immerhin gab es unter den deutschen Kolonisten an manchen Stellen, namentlich unter den „Landlosen" kommunistische Agitatoren schon zu Beginn der russischen Revolution. Die Red.)

Ukraine.

In einer Sitzung des Central-Komitees in Odessa sprach am 23. Oktober das Mitglied des Vertrauensrats Dr. Glaser, der eben von Berlin gekommen war, über die Lage in Deutschland und betonte, Regierung und Volk seien entschlossen, sich der Deutschen im Schwarzmeergebiet nach Möglichkeit anzunehmen. Man wisse allerdings auffallend wenig von den Verhältnissen der Deutschen in Rußland, die Aufklärung des Vertrauensrats habe aber schon gut gewirkt. Dr. Glaser sprach über die Frage der Einbürgerung, die deutschen Bauern müßten darauf dringen, daß ihre Angelegenheiten auf dem allgemeinen Friedenskongreß zur Verhandlung und Entscheidung gelangten. Der deutsche Verbindungsoffizier Leutnant Schilde betonte die Notwendigkeit einer guten Selbstschutzorganisation und gab

Digitized by Google

Vorschläge, wie sie begründet sein müsse. Dr. Flemmer, der bekannte Arzt und Odessaer Führer der deutschen Bauern, meinte, ein gutorganisierter Selbstschutz würde in allen Kolonien ausreichen, um selbst beim Abzug der deutschen Truppen die Kolonien gegen Bolschewistenanläufe zu schützen. Dieser Ansicht stimmten auch andere Herren zu, auch die Ukrainische Regierung habe die Besitzer zur Schaffung von Selbstschutzorganisationen aufgefordert, mit ihnen sollten sich die Kolonien zusammenschließen. Leutnant Schilde wurde gebeten, Regeln für den Selbstschutz auszuarbeiten. Inzwischen haben die politischen Ereignisse in Deutschland eine gewaltige Erregung unter der deutschen Kolonistenschaft hervorgerufen. Es ist allgemein bekannt geworden, daß Deutschland seine Truppen zurückziehen muß, und wenn auch, nach uns zugegangenen privaten Mitteilungen, eine ganze Reihe von deutschen Soldaten sich entschlossen haben, bei den Landsleuten unten zu bleiben und sich im Selbstschutz mit zu betätigen, so sind die deutschen Bauern doch davon überzeugt, bald schutzlos allen Angriffen preisgegeben zu sein. Von deutscher Seite ist natürlich inzwischen die offizielle Erklärung abgegeben worden, daß die deutsche Regierung von der schon vorbereiteten und geplanten Einberufung der deutschen Kolonistensöhne zum deutschen Heer und somit auch von der Einbürgerung der Kriegsfreiwilligen ins Deutsche Reich Abstand nehmen müsse. Der Kolonistenverband hat daraufhin den Kolonistensöhnen den Rat gegeben, sich dem Einberufungsbefehl der ukrainischen Regierung bedingungslos zu fügen und die Pflichten dem ukrainischen Staate gegenüber zu erfüllen. Man könne jetzt nur noch hoffen, daß der bevorstehende Frieden auch den Kolonisten in Rußland die versprochenen Segnungen der vollen Freiheit in Kirche, Schule und Selbstverwaltung bringen werde. Nur dadurch wäre es möglich, daß die Kolonisten alle erlittenen Unbilden vergäßen. Die deutschen Kolonisten müßten alle Rechte wieder erhalten, die ein blöder Nationalismus ihnen genommen habe. Wenn das geschehe, so würden die Deutschen wieder die festesten Stützen jedes geordneten Staatswesens sein und die allgemeine Kultur des Landes und seiner Bewohner heben. Jedenfalls müsse man der rauhen Wirklichkeit nüchtern entgegensehen. Diese Wirklichkeit ist allerdings rauh genug. Bereits treibt das Bandenunwesen sein Spiel mit den schwachen und noch ungeschützten deutschen Kolonien. Aus den verschiedensten Kolonien werden grausame Räubereien und Mordtaten berichtet. Besonders schlimm scheint eine Bande unter der Anführung eines gewissen Machno im Kankriner Lande zu hausen. Sie besteht aus 300—400 Mann, die gut bewaffnet sind. Kontributionen werden erhoben und viele Todesstrafen werden verhängt. In mehreren deutschen Kolonien sind alle Männer ermordet worden. In vielen Kolonien ließen die Bauern Hab und Gut im Stich und flohen mit rasch zusammengepackter Habe auf großen Wagen ins Innere, während die jungen Burschen zurückblieben, um als Kundschafter die Räuberbanden zu verfolgen und die übrigen Kolonien zu warnen. 12 reiche deutshe Kolonien wurden so entvölkert; nachdem die Leute vergebens auf angesagten Schutz durch deutsches Militär gewartet hatten, zogen sie vor dem anrückenden Räuberhauptmann nachts mit 93 Wagen ab nach den Molotschnaer Kolonien. Solche und ähnliche Zeitungsnachrichten kommen in Mengen aus der Ukraine. Ueber die armen, schwer geprüften deutschen Kolonisten ist von neuem großes Leid gekommen, ohne daß ihnen diesmal die Heimat gegen die Bolschewisten zu Hilfe kommen kann. Wir können nur hoffen, daß es wenigstens die Ententetruppen bald tun werden.

Baltikum.

Die Entwicklung im Baltikum deutet auf Sturm. Die Gebiete östlich von Riga sind in höchster Gefahr. Während die Engländer lange zögerten im Baltikum bewaffnet einzugreifen, sich bisher nur auf das Zeigen von Schiffen und das Anlandbringen von Waffen für die estnische Regierung in Reval beschränkten und erst am 22. Dezember auch in Riga wenige Truppen landeten, rücken die Bolschewisten mit bemerkenswerter Energie vor. Ihr Ziel ist zweifellos, das Baltikum zu besetzen, ehe die Engländer mit wirklichen Besatzungstruppen kommen, die anscheinend zögern, bis sie auch im Süden, in der Ukraine, aktionsfähig sind und so den Angriff konzentrisch von beiden Flügeln beginnen können. Die deutschen Truppen ziehen sich langsam zurück, teils in guter Ordnung, teils mit einer Disziplinlosigkeit und Würdelosigkeit, die die schärfsten Proteste des Soldatenrates von Riga hervorruft und im Baltikum bei den so schwer bedrohten baltischen Deutschen allerschlechtesten Eindruck macht. Der Soldatenrat hat sich öffentlich gegen das Tragen französischer Kokarden seitens der deutschen Soldaten wenden müssen und hat damit gedroht, die Namen der deutschen Soldaten, die feige von einer Truppe desertieren, in den deutschen Heimatzeitungen mit Namen zu veröffentlichen. Diese beiden Tatsachen sprechen für sich. In den Baltikumszeitungen werden viele Beispiele genannt, wo durch das frühzeitige kampflose Zurückweichen deutscher Truppen blühende Landstriche und auch Menschenleben der Wut der Bolschewisten zum Opfer fielen. Andererseits hat sich eine eiserne Division gebildet, die aus freiwilligen, nebenbei bemerkt gut bezahlten und gut genährten deutschen Soldaten besteht, und die unter dem Kommando von Offizieren in der Verteidigung des Baltikums schon recht Gutes geleistet hat. Die Kämpfe beim Rückzug der deutschen Truppen an der Narwa- und Pleskaufront haben zum Teil ernsthaften Charakter getragen. Im Norden hat die bolschewistische Truppe mit Schiffsgeschützen eingegriffen, gegen die anscheinend erst in den letzten Tagen auch englische Schiffsgeschütze gesprochen haben. Das Wirtschaftsleben des Baltikums, das unter deutscher Verwaltung eben wieder im Aufblühen war, scheint auf Jahre unterbunden, namentlich in den östlicher gelegenen Gebietsteilen. Von Stadt und Land strömen die Deutschen und auch die besitzlichen Letten und Esten westwärts nach Riga zusammen, wo sich das baltische Notstandskomitee ihrer mit allen Mitteln annimmt. Allein es sind Tausende von Flüchtlingen, und die Mittel der durch den Krieg so schwer geschädigten Deutschbalten sind beschränkt. Die Not ist gewaltig. Reiches, nach den harten Schlägen des Krieges wieder aufstrebendes deutsches Kulturleben ist vernichtet. Dazu kommt, daß Letten und Esten überall nationalistischen Strömungen nachgeben und in Schulen und öffentlichem Leben deutsche Sprache und Kultur zurückzudrängen suchen, wenn auch in Riga, Libau usf. den Deutschen in Stadt- und Staatsbehörden ein gewisses Mitbestimmungsrecht eingeräumt worden ist. Die Bildung der Landeswehr hat in Riga erhebliche Fortschritte gemacht. Zahlreiche aus dem deutschen Heer entlassene Freiwillige sind in Sonderzügen angekommen und die gesamte deutsch-baltische wehrfähige Mannschaft ist wohl ausnahmslos der Landeswehr beigetreten. Es sind nationale Truppenkörper unter dem Befehl eigener Offiziere zusammengetreten, und aus den einzelnen Bürger- und Landeswehren werden Sturmtrupps zur beweglicheren Verwendung ausgeschieden. So ist zunächst wenigstens für Riga selbst und die Gebiete westlich davon weniger zu befürchten. Um so schlimmer hausen die Banden im Osten. Es handelt sich um reguläre bolschewistische Truppen, meistens lettischer Nationalität, die in ordentlichen Verbänden unter dem Befehl von Offizieren operieren, in deren Gefolge aber als Vorhut oder als noch gefährlichere Nachhut sich zahlreiche Banden von Räubern, Mördern und Plünderern befinden, die eine schlimme Landplage für das schwergeprüfte Baltikum darstellen. Gerade in diesen schweren Tagen sind

Digitized by Google

uns aus dem Baltikum Beweise treudeutscher Gesinnung der Balten zugekommen. Selbst so harte Prüfungen und selbst die Erkenntnis von Ausschreitungen einer Armee, auf deren Disziplin und Moral man so fest vertraut hatte, haben das Gefühl der kulturellen Zusammengehörigkeit mit dem Mutterlande nicht zu erschüttern vermocht. Eine große Anzahl von baltischen Deutschen hat gerade in diesen Tagen unserem Deutschen Ausland Institut die Gegenstände, die sie für die Kurland-Wanderausstellung leihweise auf kurze Zeit zur Verfügung gestellt hatten, als dauerndes Geschenk überwiesen, um in dem Museum unseres Instituts eine dauernde Stätte für das baltische Deutschtum zu schaffen, die unserer und künftigen Generationen beweisen sollen, daß die Deutschbalten, mag politisch aus ihnen werden was nur will, kulturell gute Deutsche sind und bleiben werden.

Wolhynien.

Im Namen und Auftrag des Luzker Kirchspiels veröffentlicht Pastor Loppe einen Aufruf. Er sagt darin über das Kriegsschicksal der evangelisch-lutherischen Gemeinde in Wolhynien, daß sie etwa 250 000 Seelen umfaßte, die einen fruchtbaren Landstrich von 400 Kilometer Länge und 100 Kilometer Breite besiedelten. Der westliche Teil Wolhyniens bestehend aus den Kreisen Wladimir, Kowel, Luzk, Dubno, Kremenez, bildete im Jahre 1913 einen kirchlichen Amtsbezirk mit fast 70 000 Seelen, zwei schönen großen Kirchen und über 120 Schul- und Bethäusern. Beim Herannahen der deutschen Truppen erteilte der russische Oberbefehlshaber den Befehl zur Vertreibung aller Deutschen, der rücksichtslos durchgeführt wurde. Seelsorger, Lehrer und Gemeindevorsteher wurden in Gefängnisse geworfen, die Ansiedler selbst mußten unter Zurücklassung ihrer gesamten Habe fliehen. Nahezu die Hälfte der Vertriebenen starb auf dem Wege von Polen nach Sibirien unter unbeschreiblichen Leiden an Seuchen, Hunger und Kälte. Die Wege sind zur Rechten und zur Linken von Grabhügeln ohne Kreuz besät, unter denen Leichen deutscher Verbannter liegen. Diejenigen, die noch lebendg nach den russischen Staatsumwälzungen des Jahres 1917 zurückkehrten, fanden an der Stelle ihrer ehemals blühenden Wohnstätten kampfzerwühlte und schlachtenzerstampfte Gegenden. Ein großer Teil kehrte mit Hilfe des Berliner Fürsorgevereins für deutsche Rückwanderer nach Deutschland zurück, um hier ein Unterkommen zu finden. Infolgedessen ist die Zahl der gegenwärtigen Gemeindemitglieder in den genannten fünf Kreisen auf 7000 zusammengeschmolzen. Ihre wirtschaftliche, kirchliche und geistige Notlage ist groß. Die große Kirche in Rozyszcze ist zerschossen und ausgeraubt, die neue Kirche in Luzk, deren Orgel zerschlagen und deren Altarraum zerstört ist, ist nur notdürftig wieder hergestellt, von den 120 Bet- und Schulhäusern sind nur wenige übrig, keines konnte in Gebrauch genommen werden, weil weder Schulmittel noch Möbel vorhanden sind. Pastor und Organist haben keine Wohnung und keine Unterhaltsmittel. Das Luzker Kirchenpersonal ist auf Nebenverdienst angewiesen, um nicht zu verhungern. Die Zahl der wilden Ehen, der ungetauften Kinder, der unkonfirmierten Jugend mehrt sich, weil die Verkehrsverhältnisse die Tätigkeit des Geistlichen erschweren. Die Kirchenkonferenz zu Prischib beschloß deshalb dringende Aufrufe an alle Deutschen zu richten, um Opfergaben für die so sehr notleidenden Deutschen in Wolhynien zu erhalten.

Rumänien.

Einem in den „Katholischen Monatsheften" veröffentlichten Schreiben des Erzbischofs von Bukarest, Raymund Netzhammer, sind folgende interessante Einzelheiten zu entnehmen: Die Diözese Bukarest zählte 80 000 Gläubige in 25 Pfarrorten. 80 Prozent der Katholiken sprechen deutsch oder ungarisch. In Bukarest hatten die Deutschen, Ungarn, Italiener und Franzosen eigene katholische Schulen. In der Kathedralkirche wurde während des sonntäglichen Hauptgottesdienstes die Predigt abwechselnd in deutscher, rumänischer, französischer und italienischer Sprache gehalten. Bei Kriegsausbruch wurden die Diözesanpriester von Bukarest einige Stunden nach der offiziellen Kriegserklärung verhaftet und in das Festungsgefängnis abgeführt. Mit der Einnahme Bukarests am 6. Dezember besserte sich die Lage der Katholiken, weil sie die Unterstützung der deutschen Militärgeistlichen erhielten. Im Herbst 1917 wurden bereits wieder fast sämtliche Schulen mit 1950 Schülern und Schülerinnen eröffnet. Auch in Turnu-Severin, Pitesti konnten die katholischen deutschen Schulen ihre Wirksamkeit wieder aufnehmen, so daß im Schuljahre 1917/18 beinahe alle katholischen Schulen mit 5355 Kindern wieder eröffnet wurden. Die 4500 Katholiken der Dobrudscha haben am meisten unter dem Kriege gelitten, unter ihnen befinden sich ungefähr 3000 Schwaben. Die Kolonisten kamen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts aus Bessarabien und Südrußland, erhielten unter der Türkenherrschaft Ackerland zu günstigen Bedingungen und galten als die besten Kolonisten des Landes. Ihre Söhne sind vielfach in überseeische Länder, nach Argentinien, Dakota und Kanada gewandert, da die Rumänien es nicht verstanden haben, sie an die Scholle zu ketten. Während des Krieges wurden die jungen Männer zu den Waffen berufen, ihre Väter interniert und nach der Moldau verschleppt. Die erste Unterstützung und Hilfe erhielten die Kolonisten durch deutsche Militärgeistliche, besonders durch Pfarrer Noetges.

KLEINE NACHRICHTEN

Rotterdam. Von der deutschen Kolonie in Rotterdam wird eine Richtigstellung veröffentlicht: Die von dem dänischen Blatt „Politiken" dem „Hamburger Fremdenblatt" entnommene Adresse einiger in Rotterdam ansässiger Deutscher an die Deutsche Regierung rühre nicht von der deutschen Kolonie in Rotterdam her, die sich jetzt wie früher, jeglicher Einmischung in politsche Fragen enthalte.

Amsterdam. Die „Deutsche Wochenzeitung" bringt einen Nachruf für ihren Berliner Mitarbeiter Hugo Then Bergh, der unter dem Schriftstellernamen Paul Dünau von 1904—14 in Brüssel und von 1915 bis jetzt in Berlin für die Zeitschrift mit viel Eifer und Begeisterung gewirkt habe. Mit ganzem Herzen sei er seinem zweiten Vaterlande, Belgien, in dem er beinahe 40 Jahre verbracht habe, zugetan gewesen, und die Zuneigung hervorragender Belgier auf jeglichem Gebiet, der er sich erfreute, sei ein Beweis dafür, daß man sein Bestreben, Belgien in Wort und Schrift zu ehren, schätzte.

Holland: Wie wir der „Deutschen Wochenschrift für die Niederlande und Belgien" entnehmen, hatte die beschleunigte Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen und Internierten von Holland nach Deutschland eine rasche Unterbrechung des Studienganges der in Holland internierten deutschen Studenten zur Folge. An der Universität Leyden fand eine letzte Versammlung der Studenten statt, in der sich Prof. Dr. Nieuwenhuis im Namen des akademischen Senats und Komitees für die deutschen Studenten verabschiedete. Er erinnerte an die deutschen Wissenschaftler, die neben den holländischen Gelehrten mitgearbeitet hätten, wie an den Fleiß der Studenten und überreichte als Geschenk des Komitees zur bleibenden Erinnerung jedem Studenten ein Geschenk, indem er auch im Namen der Bürger der Universi-

Digitized by Google

tätstadt ihnen eine glückliche Zukunft wünschte. Für die Studenten dankte Kapitänleutnant d. Res. Hetzenthien in herzlichen Worten. Die Deutschen wollten ihre Dankbarkeit gegenüber der Königin durch Unterzeichnung einer Adresse zum Ausdruck bringen, die alle in den Niederlanden interniert gewesenen Deutschen beim Verlassen des Landes unterzeichnen sollten. Auch in der Technischen Hochschule in Delft hatte der Abschied festlichen Charakter. 30 deutsche Militärgefangene hatten dort die Erlaubnis zum Besuch der Hochschule erhalten. Für sie sprach Oberleutnant d. Res. Meyer dem Rektor Magnificus Prof. Dijxhoorn den Dank aus und brachte ein Hoch auf die Landesfürstin, das Kuratorium und die Lehrer aus.

Riga: Die „Rigaische Zeitung" bringt Nachrufe für hervorragende Söhne des Baltikums. In Gießen verstarb der Anatom Dr. med. Ludwig Stieda, der am 19. November 1837 in Riga geboren wurde, in Dorpat, Gießen, Erlangen und Wien studierte und in Dorpat 24 Jahre als Privatdozent Prosektor und schließlich als ordentlicher Professor für Anatomie wirkte. 1885 siedelte er nach Königsberg über. Dort feierte er 1910 sein 25jähriges Amtsjubiläum, 1911 sein goldenes Doktorjubiläum und trat 1912 von seinem Lehramt zurück. — In Berlin verschied der Ophthalmologe Geh. Prof. Dr. med. Heinrich Schoeler, der 1844 in Fellin geboren wurde, in Dorpat studierte und als freiwilliger Arzt am deutsch-französischen Kriege teilnahm. Er wurde dann Assistent in der Augenklinik von Dr. Ewers in Berlin und 1874 Direktor des Instituts, und hatte seit 1873 die Professur der Ophthalmologie an der Berliner Universität fast 40 Jahre lang.

Am 29. November ist der Landrat Eduard von Transehe gestorben, ein treuer Mitarbeiter des altlivländischen Landesstaates. Im Jahre 1847 geboren, trat er schon 1870 als Kirchenvorsteher in den Landesdienst. Zu diesem Amte kamen bald die damaligen landischen Richterämter im Kreisgericht und Kirchspielsgericht, 1884 wurde er zum Kreisdeputierten und 1887 zum Landrat erwählt und hat in diesen Aemtern an allen politischen und kulturellen Arbeiten der provinziellen Verwaltung teilgenommen.

Deutsches Theaterwesen im Baltikum. Die politischen Umwälzungen im Baltikum haben natürlich auch stark auf den Kunstbetrieb der deutschen Theater eingewirkt. Das Deutsche Theater in Libau hat seinen Betrieb einstellen müssen; kurz vor Kriegsausbruch war der Rohbau des neuen Theatergebäudes fertig geworden. Er blieb bei Kriegsausbruch unvollendet stehen, und erst nach Einmarsch der deutschen Truppen wurde der Innenausbau von der deutschen Verwaltung beschleunigt, so daß alsbald eine Theatertruppe mit regelmäßigen deutschen Vorstellungen beginnen konnte. Es wurde recht tüchtige und gute Arbeit da geleistet und neben den Mitgliedern der deutschen Kolonie erfreuten sich namentlich auch die Angehörigen von Heer und Marine der Leistungen der kleinen arbeitsamen Truppe, die unter Leitung des Direktors Joseph Dischner allmählich immer Besseres leistete. Auch das Deutsche Theater in Reval hat schließen müssen, weil das Personal dieses Theaters größtenteils aus dem linksrheinischen Deutschland stammte und deshalb nach Hause zurückkehren wollte. Das Deutsche Stadttheater in Riga spielt zwar weiter, doch mußte sein Programm unter dem Zwang der Verhältnisse eine wesentliche Einschränkung erfahren. Direktor Stanislaus Fuchs ist von seinem Posten zurückgetreten. Die Direktion haben Willi Schweisguth und Friedrich Wolfgang Kreslin übernommen.

Ukraine: Der Jugendbund „Deutsch-Quell" in Eugenfeld (Osttaurien) veranstaltete am 3. November einen gesellschaftlichen Abend mit Theateraufführung und Tanz unter lebhafter Beteiligung deutscher Kolonisten und Soldaten.

Aus Reichenfeld wird gemeldet, daß die Ludendorffspende vom Sonntag, den 20. Oktober 3000 Rubel ergeben hat.

Die „Odessaer Zeitung" bringt eine Zuschrift aus dem Leserkreise: „Unterhaltungsabende sind nötig". Mit beredten Worten wird da der Standpunkt vertreten, daß die in diesem Jahre besonders früh begonnenen Unterhaltungsabende in den Dörfern dem Bedürfnis nach Geselligkeit, dem herrschenden schrecklichen Lichtmangel und auch der Anregung der deutschen Schutztruppe in den Kolonien entsprangen. Die Abende in Hoffnungstal in der Zentralschule böten mit ihren Theateraufführungen und Vorträgen aller Art eine willkommene Ablenkung von der rauhen Wirklichkeit der jetzigen Zeiten und der nachfolgende Tanz finde lebhafteste Beteiligung.

In Alexandrowsk fand Ende Oktober in einer Sitzung von Mitgliedern des Bezirkskomitees des Verbandes deutscher Kolonisten und von eingeladenen Gästen die Begründung eines „Handelsbüros des Verbandes deutscher Kolonisten im Schwarzmeergebiet" statt. Zweck des Büros ist die Ausschaltung des für die Kolonisten so bedrohlichen Zwischenhandels durch gemeinsamen Einkauf von Waren, die für die Kolonisten nötig sind. Das Handelsbüro soll seinen Sitz in der Stadt haben, aber überall in den Kolonien Filialen errichten, deren sämtliche Vertreter monatlich einmal zusammenkommen, um zu berichten und Rechnung zu legen. Die Mitglieder erhalten keinerlei Gewinn, sondern nur eine fünfprozentige Verzinsung ihrer Einlagen. Der überschießende Gewinn verbleibt dem Verbande. Dadurch sollen die Preise möglichst niedrig gehalten werden. Eine Prämie, die dem Werte der durch jeden Bezieher entnommenen Waren entspräche, soll auf keinen Fall gewährt werden. Jede Ortschaft, die die nötigen Mittel aufbringt, soll eine Filiale erhalten.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Wien: Deutsch-ungarische Schulstiftung, Schuljahr 1918. Der kurze Bericht dieser verdienstvollen Wiener Einrichtung zeigt, daß sie auch während des Krieges und trotz aller wechselvollen Schicksale in den Donauländern eifrig an der Arbeit ist. Um diese durchführen zu können benötigt sie jedoch größere Mittel als ihr bisher zur Verfügung gestellt sind. Wir weisen deshalb darauf hin, daß der deutsch-ungarische Kulturrat, an dessen Spitze der auch in Deutschland bekannte Schriftsteller Adam Müller-Guttenbrum steht und dessen Geschäftsstelle sich in Wien XVIII, Hofstattgasse 17 befindet, Geldspenden für die Stiftung annimmt Die Stiftung dient ausschließlich dem Zwecke, den ungarisch Deutschen eine höhere deutsche Schulbildung zu ermöglichen.

Riga: Die Zahl der Studierenden an der Baltischen Technischen Hochschule beträgt zurzeit 1227, der Hospitanten 234. Die meisten Hospitanten sind in der volkswirtschaftlichen und chemischen Abteilung immatrikuliert.

Der Baltische Techn. Hochschulverein berichtet über den November-Vortragszyklus der Hochschulkurse zur Ausbildung für den höheren Verwaltungsdienst, die stattliche Anzahl von über 150 Teilnehmern habe das große Bedürfnis weiter Kreise für eine derartige Erweiterung des Wissens gezeigt. Da infolge der gegenwärtigen politischen Lage in Deutschland und der damit verbundenen schwierigen Ver-

Digitized by Google

kehrsverhältnisse eine Anzahl auswärtiger Professoren genötigt war, ihre für Dezember anberaumten Vorträge auf gelegenere Zeit zu verschieben, hätten bewährte einheimische Kräfte die planmäßige Fortsetzung der Kurse ermöglicht. Im Dezember lesen noch: Statistik Prof. Ballod-Berlin, Finanzwissenschaft Prof. E. v. Borgmann-Riga, Staatsrecht Prof. Wolzendorff-Königsberg, Handelsrecht Prof. B. Frese und Bürgerliches Recht Dr. jur. A. Loeber.

Dorpat. Die Universität Dorpat geht mit Schluß des Semesters in estnische Verwaltung über, es ist eine der schmerzlichsten Einbußen für das baltische Deutschtum.

Das letzte deutsche Semester ist am 2. Dezember geschlossen worden. Die meisten deutschen Studenten sind in den „Heimatschutz" eingetreten. Die Leitung der Universität ist der estnischen temporären Regierung und ihrem Vertreter Luth übergeben worden. Als stellvertretender Kurator arbeitet der Direktor des Estnischen Privat-Mädchen-Gymnasiums, Pöhlt. Ueber den Beginn des neuen estnischen Semesters ist noch nichts bekannt geworden.

Am 27. Dezember versammelte sich der gesamte Lehrkörper der Universität zum letzten Male im Sitzungssaal zu einer offiziellen Schlussitzung. Hauptmann Helfritz als Leiter der Universitätsverwaltung, Se. Magnifizenz der Rektor Prof. Dehio und der Prorektor Graf Dohna sprachen warme Abschiedsworte. Am folgenden Tage vereinigte ein gemeinsamer Dozentenabend noch einmal alle baltischen und reichsdeutschen Professoren zu einem geselligen Beisammensein. Aus der Reihe der ernsten und gehaltvollen Reden seien besonders die der Professoren Wahl, Trendelenburg, Hann und Grober hervorgehoben.

Ueber die Zukunft der Universität ist noch keine Bestimmung getroffen. Es wird jedoch geplant, mit dem 15. Januar 1919 ein neues Semester beginnen zu können. Die reichsdeutschen Professoren, die Offizierscharakter haben und zur zeitweiligen Abhaltung wissenschaftlicher Vorlesungen für Dorpat bestimmt waren, haben zum größten Teil auf militärische Weisung Dorpat bereits verlassen. Die baltischen Professoren setzen ihre Vorlesungen fort. Die Ferien sollen am 7. Dezember beginnen. Die Revaler und Dorpater estnischen Studentenorganisationen haben zur Umgestaltung der Universität eine Denkschrift aufgesetzt, in der namentlich Vorschläge zur Besetzung der Professuren durch akademisch gebildete Esten gemacht werden. In der Dorpater Deklaration geben die estnischen Studentenverbindungen bekannt, daß sie beschlossen haben, die deutsche Universität Dorpat zu boykottieren nud den Verkehr mit allen estnischen Studenten abzubrechen, die in diese Universität eingetreten seien.

Zur Zwangsnationalisierung in den Schulen Estlands: Im Schulamt in Reval werden alle Anmeldungen von schulpflichtigen deutschen Kindern, die augenblicklich nicht eine der städtischen Schulen besuchen, abgewiesen. Die „Revaler Zeitung" hebt mit Recht hervor, daß dadurch ein falsches Bild von der Zahl der schulpflichtigen deutschen Kinder hervorgerufen wird.

Mitau: In der lettischen Kleinbergschen Schule fand eine Lehrerkonferenz unter Beteiligung von 100 Lehrern und Lehrerinnen statt, um die Neugestaltung der Schule in der Republik Latwija zu beraten. Trotz der Ueberzahl der deutschen Lehrer wurde die Sitzung in lettischer Sprache abgehalten und von seiten der anwesenden Letten die Forderung gestellt, die lettischen Kinder unverzüglich aus den deutschen Schulen zu entfernen, um eine gewaltsame Germanisierung zu verhüten. Es wurde beschlossen, daß jede Nationalität ihr Schulwesen für sich unter Kontrolle des Staates frei entwickeln dürfe.

Riga: Eine Rigaische städtische Kunstschule soll zu Anfang des Jahres 1919, bei genügender Schülerzahl, mit Aktmal-, Gipskopf- und Ornament-Klassen, Stillebenmalen und perspektivischem Zeichnen von Gegenständen eröffnet werden. Wissenschaftliche Vorlesungen, mit Ausnahme der Anatomie, werden im ersten Jahr nicht stattfinden.

Petersburg. Die deutschen Kirchenschulen, welche unter sehr ungünstigen Bedingungen für ein Jahr ihre Tätigkeit wieder aufgenommen haben, befinden sich gegenwärtig in schlimmer Lage. Die Regierung verweigert z. B. die Auszahlung der der St. Annenschule zugesagten 85 000 Rubel. Außerdem wird der regelmäßige Unterricht durch die Verordnung beeinträchtigt, daß in allen Schulen Großrußlands außer Sonntags auch Donnerstags ein schulfreier Tag ist und ferner in jeder Klasse zwei Gesangsstunden für die Einübung revolutionärer Lieder abgehalten werden müssen.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLAND

Vom deutschen Klub in Lausanne.
(Bericht für das D.A.I.)

Unsere kleine deutsche Kolonie ist nie so stark geworden, daß eine leichte und mühelose Entfaltung und Behauptung eines Unternehmens, wie es der Zusammenschluß geeigneter Persönlichkeiten zu einem Klub schließlich doch darstellt, möglich gewesen wäre. Viele Schwierigkeiten waren zu überwinden, namentlich infolge der Haltung eines Teiles unserer Landsleute, die mit dem zwar verständlichen, aber nicht unbedingt zu billigenden Vorsatze hieherkommen, sich so rasch als möglich Sprache, Sitten nud Gebräuche der Eingesessenen zu eigen zu machen und sich dem Leben derselben einzuordnen, und die aus diesem Grunde der Berührung mit ihren Heimatgenossen nach Möglichkeit aus dem Wege gehen.

Trotz dieser Hemmnisse haben wir in Lausanne seit 1897 einen Deutschen Klub. Noch bevor sich, nach dem Beispiel größerer Kolonien, ein Deutscher Hilfsverein gegründet hatte, bestand eine deutsche „Kegelgesellschaft", in der übrigens auch bald mehr, bald weniger Deutschschweizer mitwirkten und auch heute noch mitwirken. Im Hilfsverein traf sich dann im Laufe der Jahre so ziemlich alles Deutschtum. Wie anderswo hat er sich neben der Erfüllung seiner eigentlichen Aufgabe bemüht, auch geselligen Bedürfnissen der Kolonie zu genügen. Unter seinem Schutze wurden monatliche Zusammenkünfte mit Vorträgen, Weihnachtsfeiern und Kaisergeburtstagsfeiern veranstaltet, an denen auch deutsche Pensionatsmädchen und Studenten oft teilnahmen.

Ein kleiner Klub war also da, es war aber mehr eine gemütliche Samstag-Abend-Gesellschaft, die in irgend einem Gasthofe ihren Stammtisch besaß und an demselben zur Pflege zwangloser Geselligkeit zusammentraf.

Nach kaum vierjährigem Bestande mußte aber diese kleine Gesellschaft zeitlich aufgehoben werden. Erst Ende 1908 gelang es den dankenswerten Bemühungen des damaligen Vorsitzenden des Deutschen Hilfsvereins, den Deutschen Klub aufs neue aufleben zu lassen. Ein Hauptteil der Mitglieder waren dieselben wie in früheren Jahren, und wie früher verlegte diese Samstaggesellschaft ihren Skat und ihr Billardspiel von dem Gesellschaftszimmer des einen Café in das eines anderen.

Eine einschneidende Wendung trat ein, als man eigene Räume in einem im Umbau begriffenen Gasthof, dem Hotel

Digitized by Google

Central-Bellevue, mieten konnte und als der Kaiserliche Konsul sich der Sache annahm und so ziemlich alles, was als Mitglied für den Klub in Betracht kommen konnte, für denselben gewann. Der Klub besaß sein Billard- und sein Schreibzimmer, einen größeren Versammlungsraum, seine Zeitungen usw. Die Räume waren einfach aber gediegen von einem Klubmitglied, dem der Umbau des Gasthauses übertragen worden war, ausgebaut worden. Der Klub stellte seine Räume auch dem Deutschen Hilfsverein und der Studentenvereinigung „Germania" für ihre Veranstaltungen und Sitzungen zur Verfügung und entwickelte sich bald reges Leben, das stärkend auf den Zusammenhalt der Kolonie gewirkt hat. Der Konsul war regelmäßiger Gast, auch den deutschen und bayerischen Gesandten konnte der Klub begrüßen.

Leider wechselte der Besitzer des Gasthofes kurz vor Ausbruch des Krieges und die neuen Besitzer wollten durchaus den Kurs ändern. Die Verhältnisse hatten sich in der Westschweiz schon sehr zu unseren Ungunsten zugespitzt und als der Krieg ausgebrochen war, konnte an eine Verständigung mit dem Verwaltungsrat der Gesellschaft nicht mehr gedacht werden. Beim Mangel an geeigneten Räumen in Lausanne blieb dem Deutschen Klub nichts anderes übrig, als bis auf weiteres in den einzigen Gasthof, der von einem gesinnungstreuen Deutschen gehalten wurde, in das Hotel Jura-Simplon, überzusiedeln.

Doch bald machte sich wieder das Bedürfnis geltend, in eigenen vier Wänden zu hausen, namentlich da die feindliche Stimmungsmache mit Ausbruch des Krieges Formen annahm, die es vielen unserer Landsleute oft überaus schwer gemacht hat, ihre Ruhe und Haltung zu bewahren und sich nicht angesichts der Tag für Tag sich wiederholenden und erneuernden Verleumdungen, Anschuldigungen und Beleidigungen unterkriegen zu lassen. Man brauchte zur Stärkung der eigenen Landsleute einen eigenen Klub. Spenden aus der Kolonie, ein namhafter Beitrag der Deutschen Regierung und große und kleine Beiträge einer Anzahl deutscher Handelsfirmen halfen auch über die geldlichen Schwierigkeiten hinweg.

Mitte 1918 konnten die neuen Räume ihrer Bestimmung übergeben werden. Sie umfassen außer den eigentlichen Klubräumen die Kanzlei für den Deutschen Hilfsverein und die Deutsche Handelskammer, Nebenräume für den Wirtschaftsbetrieb des Klubs und die Wohnung für die Wirtschafterin.

Seit Aufhebung der behördlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der inzwischen stark aufgetretenen Grippenseuche hat sich in den neuen Räumen ein lebhafter Verkehr entwickelt. Besonderen Zuspruchs erfreut sich namentlich auch das Lesezimmer des Klubs. in dem gegenwärtig nahezu fünfzig deutsche und schweizerische Zeitungen aufliegen. Auch die Bücherei, die freilich noch in bescheidenen Anfängen steckt, wird stark beansprucht. Der Klub beabsichtigt ferner eine ständige Kinematographeneinrichtung zu erstellen, die ihm erlauben würde, der Kolonie nach Möglichkeit deutsche Films, welche für das Auslanddeutschtum von Interesse sind, in regelmäßigen Zwischenräumen vorzuführen.

Christiania: An einem der letzten Familien-Abende der deutschen Gemeinde sprach der Marine-Attaché Kapitän Hillmers über die vergangenen Kriegsjahre in eindrucksvollen Ausführungen. — Auf dem letzten Familien-Abend berichtete Legationssekretär Freiherr v. Reiswitz über die Deutschen in Amerika während des Krieges vor etwa 250 Anwesenden.

Der Deutsche Verein (vereinigte Germania und Loreley) veranstaltet auch in diesem Jahre eine gemeinsame Weihnachtsfeier für die gesamte deutsche Kolonie.

Bukarest: Am 19. Oktober feierte die „Bukarester Deutsche Liedertafel" ihr 67. Stiftungsfest. Generalfeldmarschall von Mackensen, zahlreiche Offiziere der verbündeten Armeen, sowie eine große Anzahl Gäste aus der deutschen und österreich-ungarischen Kolonie hatten sich zu der Feier eingefunden. Der Vorsitzende, Herr C. Weinlich, gab in einer kurzen Ansprache einen Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte des Vereins: Unter dem Wahlspruch „Durchs Lied zur Tat" beschlossen am 29. September 1852 deutsche Männer in Bukarest, dem deutschen Lied in Rumänien eine Heimat zu schaffen. Im Jahre 1858 trat der Gesangskörper der Liedertafel seine erste Sängerfahrt nach Ploesti an, der später Fahrten nach Galatz und Sulina, Konstantinopel, Breslau, Berlin, Kairo, Alexandria, Athen, Wien und Nürnberg folgten. 1881 kaufte der Verein ein Grundstück und baute sich ein eigenes Haus, das 16 Jahre später zu dem noch heute bestehenden Heim ausgebaut wurde. Das 50. Vereinsjahr schloß mit einem Bestande von 302 Mitgliedern und einem Vermögen von rund 262 000 Lei. Der Verein erstarkte auch in seinem künstlerischen Wirken und konnte mit größeren musikalischen Darbietungen an die Oeffentlichkeit treten. So gelangten u. a. zur Aufführung: Die Oratorien „Elias", die „Schöpfung", „Athalia", sowie List's „Der entfesselte Prometheus"; neben zahlreichen Opern und Operettenaufführungen wurde auch das Schauspiel gepflegt.

Die rumänische Kriegserklärung am 27. August 1916 brachte ein jähes Ende. Fast sämtliche Mitglieder wurden in den Bauerndörfern des Distriktes Jalomitza interniert. Die in Bukarest verbliebenen Vorstandsmitglieder bemühten sich, das Vereinsleben nicht einschlafen zu lassen, und nach Abschluß des Krieges blühte der Verein schnell wieder auf. Nun sollen die Konzerte in bescheidenem Rahmen fortgesetzt, der schon vor dem Kriege gefaßte Plan, das Vereinshaus zu einem großen deutschen Hause auszubauen, soll wieder aufgenommen werden. In dem neuen Heim sollen außer den für das engere Vereinswesen notwendigen Räumen ein Theater- und Konzertsaal, Ausstellungsräume für ein deutsches Handelsmuseum, eine Gastwirtschaft, Klubräume, sowie eine Auskunftei eingerichtet werden, sodaß das Heim sich zu einem Sammelpunkt des gesamten Deutschtums in Bukarest ausgestalten dürfte.

Nach der Ansprache des Vorsitzenden erfolgte die satzungsgemäß vorgenommene Ehrung von Mitgliedern. Den weiteren Teil des Abends füllten Darbietungen künstlerischer Art des Gesangschors der Liedertafel unter seinem Dirigenten, Herrn Walther.

Lodz. Das 100jährige Jubiläum der Schneider-, Bäcker-, Fleischer- und Schuhmacher-Innungen in Lodz wurde am 1. November unter Teilnahme von annähernd 6000 Handwerkern aller Berufe gefeiert. Eine ganze Anzahl von Innungen hatten sich mit ihren Fahnen zu dem Feste eingefunden. Vormittags fand in der St. Stanislaus-Kostkakirche ein Gottesdienst statt. Der Prälat Tymieniecki führte unter Assistenz einer zahlreichen Geistlichkeit die Innungen mit ihren Fahnen aus der Kirche zur Einweihung der seinerzeit von den Lodzer Handwerkern gestifteten großen Glocke „Sigmund" und der für die Fahnen der vier Jubiläums-Innungen gestifteten Kränze. Prälat Tymieniecki hielt eine politisch gefärbte Predigt, in der er das polnische Volk zur Einigkeit und Eintracht aufforderte. Superintendent Angerstein sprach in dem Festgottesdienst in der St. Johanniskirche in seiner Predigt über die Bedeutung der Innungen. Im Jahr 1300 wurden deutsche Handwerker aus Schlesien und Sachsen von der polnischen Regierung herbeigerufen und ihnen in den Städten besondere Privilegien nach dem Magdeburger Recht gegeben. Mit der Zeit arteten die Innungen aus, sie legten sich hauptsächlich auf Gelderwerb und auf Monopolisierung des Handwerks. Das rief den Widerspruch des polnischen Königs hervor und eine Zeitlang wurden die Innungen verboten. Im 18. Jahrhundert wurden die Innungen wieder eingeführt und

Digitized by Google

im Jahre 1816 machte sich ein Aufschwung bemerkbar, da der damalige Statthalter von Polen die Erlaubnis zur Gründung der Innungen aufs neue erteilt hatte. In Lodz bemühte man sich sofort bei der Behörde in Zgierz um die Bestätigung der vier Innungen, die für die Schneider, Bäcker, Fleischer und Schuhmacher 1818 erfolgte. Der Gottesdienst wurde, wie wir dem Berichte der Deutschen Lodzer Zeitung entnehmen, „mit Rücksicht auf die vielen Polen, die daran teilnahmen, sowie in Anbetracht dessen, daß fast alle zu den Lodzer Innungen gehörigen Handwerker die polnische Sprache verstehen" in polnischer Sprache abgehalten. Auch das Lied „Nun danket alle Gott" wurde in polnischer Uebersetzung gesungen.

Riga: Ein Verein baltischer Familienforscher wurde nach längeren Vorbereitungen, über die wir in der vorletzten Nummer der „Mitteilungen" berichtet haben, am 4. Oktober im Dommuseum begründet. Herr E. Seuberlich erklärte der zahlreich besuchten Versammlung, es solle in Riga eine Zentralstelle für die Familienforschung im Baltenlande und überhaupt für genealogische Studien geschaffen werden, nachdem es gelungen sei, mit der Zentralstelle für deutsche Personen- und Familiengeschichte in Leipzig eine Vereinbarung zu treffen, die den baltischen Familienforschern manche Erleichterungen bei ihrer Arbeit schaffen werde. Die Herausgabe eines „Baltischen Geschlechterbuchs" sei unter sehr günstigen Bedingungen gesichert worden. Die Gründung des Vereins wurde hierauf beschlossen.

Riga. Die neugebildete „Deutsche Sektion" des Rigaer Vereins praktischer Bienenzüchter veranstaltet im Dezember ihren ersten Bienenzuchtkursus im Lokal des Vereins.

Riga: Am 1. Dezember fand die zahlreich besuchte konstituierende Versammlung des „Verbandes zur Wahrung der Vermögensinteressen von Rückwanderern und Bewohnern des Baltikums" statt. Der Verband bezweckt Vermögensrechtschutz für seine Mitglieder außerhalb der Grenzen der baltischen Lande. Die Verwaltung des Verbandes will in Fühlung mit der Landesregierung die Herleitung der an die deutschen und anderen Konsulate in Rußland zur Beförderung nach dem Baltikum übergebenen Werte in Angriff nehmen. In Berlin soll eine ständige Vertretung geschaffen werden.

Riga: In einer Versammlung des Naturforscher-Vereins am 21. Oktober wurden Stiftungen für die Bibliothek von Prof. Dr. Schneider und für das Museum aus dem Nachlaß von Dr. Thilo dargebracht, Oberlehrer O. Gantzsch berichtete über den Fund der Orchidee Epipogon aphyllum Sw., Prof. Dr. G. Schneider referierte über seine Forschungen über die freilebenden Süßwassernematoden Finnlands und Prof. K. R. Kupffer schilderte an Hand von Karten und Lichtbildern einen Flug über Livland zur Sammlung geographischen Materials über die auffallende Verschiedenheit im landschaftlichen Charakter des Höhengebietes von Südostlivland und der angrenzenden Ewstniederungen.

In einer weiteren Versammlung sprach Mag. R. Meyer über die am 18. Juni bei Riga beobachtete Windhose, deren Zerstörungsspur sich vom Moor bei Groß-Zenna bis Kleistenhof in fast gerader Linie, d. h. 20 Km, bei einer Breite von drei Viertel Kilometer verfolgen ließ.

Riga: Der Rigaer Schach-Verein hat in den letzten Wochen ein Schachturnier veranstaltet, bei dem Herr Mattisohn von 14 Partien 13 gewann und nur eine verlor und damit den ersten Preis errang. Den zweiten Preis gewann Herr K. Grünthal mit 9½ und den dritten Oberlehrer J. Köhler mit 7½ Punkten.

Odessa: Der Verein deutscher Studenten, der schon vor dem Kriege bestand, ist wieder ins Leben getreten und veranstaltete einen Unterhaltungsabend mit Theateraufführung und musikalischen Vorträgen.

Wilna: Der Deutsche Verein in Wilna teilt in der Zeitung der X. Armee mit, daß er sich deutschen Soldaten, die sich in Litauen niederlassen wollten, mit Rat und Hilfe zur Seite stellen werde. Der Deutsche Verein in Wilna ist keine Neugründung, sondern nur am 6. Juni 1918 wieder zu neuem Leben erwacht. Bei Kriegsausbruch mußte er geschlossen werden, er teilte damals das Schicksal aller deutschen Vereine auf Rußlands Boden. Im Sommer dieses Jahres begann er dann wieder seine Tätigkeit auf Grund seiner alten Satzungen, die aber den Anforderungen der Jetztzeit wenig mehr entsprechen, weil sie meist nur auf den Ton der Geselligkeit gestimmt sind, andere Ziele durften ja unter russischer Herrschaft im Nord-Westgebiete nicht verfolgt werden. Am 6. Dezember sind nun die Aenderungen und Erweiterungen der Satzungen bestätigt worden, die es dem Vereine gestatten, seine Hoffnung auf die Zukunft etwas weiter zu stecken. Er plant nun die Begründung von Zweigvereinen in Litauen als die im Augenblick notwendigste Aufgabe, deren Ausführung keinen Aufschub erduldet. Der Zusammenschluß aller Deutschen in Litauen zum Schutze ihrer völkischen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen und zur Erhaltung der von der deutschen Verwaltung ins Leben gerufenen deutschen Schulen, des weiteren zur Begründung einer dauernden deutschen Zeitung soll vom Deutschen Verein in Wilna aus gefördert werden, und es soll auch eine politische Vertretung der deutschen Minderheit in Litauen erstrebt werden, die namentlich die kulturellen Erfordernisse der Deutschen bei der neuen litauischen Regierung unterstützen kann.

AMTLICHE MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf an die Auslanddeutschen: In den Kreisen der Auslanddeutschen ist die Meinung verbreitet, durch die Umwandlung der Regierungsform des Reiches sei das Interesse des Reiches an ihnen so gut wie erloschen, die gegenwärtige Reichsregierung habe weder Zeit noch Absicht, sich mit der Not der Auslanddeutschen zu beschäftigen. Nichts ist verkehrter als diese Auffassung. Wie die Reichsregierung bei den Friedensverhandlungen darauf Bedacht nehmen wird, die Rechte wieder herzustellen, die den Auslanddeutschen durch Kriegsmaßnahmen der Gegner geschmälert oder entzogen worden sind, so wird sie es sich auch angelegen sein lassen, bei der notwendigen Umgestaltung des deutschen Wirtschaftslebens ihnen die Stellung anzuweisen, in der sie ihre Kräfte zum Wohle des ganzen Volkes betätigen können.

★

Nach einer Mitteilung des „Petit Parisien" vom 2. Dezember befand sich unter den nach Frankreich zurückkehrenden Kriegsgefangenen auch ein Deutscher, der auf diese Weise mit durchzuschlüpfen versuchte, aber entdeckt, gefangen und in der Presse beschimpft wurde. Unsere Auslanddeutschen können nicht nachdrücklich genug vor derartigen Methoden gewarnt werden. Sie schaden damit sich selbst und der deutschen Sache.

★

Warnung vor Auswanderung nach Holland. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß entlassene deutsche Krieger versuchen werden, in den Niederlanden Arbeit zu finden. Hiervor ist dringend zu warnen. Infolge

Digitized by Google

des Mangels an Rohstoffen und Kohlen werden zahlreiche Industrien in den Niederlanden noch längere Zeit nicht voll arbeiten können. Aus diesem Grunde hatten viele niederländische Arbeiter besonders in der letzten Zeit sich nach Deutschland begeben. Da sie jetzt von dort entlassen werden und gleichzeitig auch in den Niederlanden die Demobilisierung der Armee eintritt, wird sicher für längere Zeit ein Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden sein. Deutsche Arbeiter und kaufmännische Angestellte werden daher schwerlich in irgend größerem Umfange auf Beschäftigung in den Niederlanden rechnen können. Sie laufen Gefahr, dort in Not zu geraten.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

Neuerscheinungen (Fortsetzung)
Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART.

I. Einzelschriften.

23. *Anton, G. K., Prof. Dr.,* Der Einfluß des Weltkrieges auf die Seefischerei der Niederlande und seine Folgen für Deutschland. Auf Veranlassung der Zentral-Einkaufsgesellschaft bearbeitet. Jena: G. Fischer 1918. (VIII, 76 S.) Mk. 2.40. (Archiv, Weltwirtschaftliches. 3. Erg.-H.)

24. *Ausnahmegesetze gegen deutsche Privatrechte in den feindlichen Ländern.* [Weißbuch]. ([Hrsg. vom] Auswärt. Amt.) Heft 1. Italien. Berlin: Carl Heymann in Komm. 1918.

25. *Außenhandel, Finnlands.* (Mitteilungen von Finnlands Handelskommission für Deutschland. I.) Berlin: Max Schildberger 1918.

26. *Bechler, Th.,* Miss.-Insp., Zur Kriegszeit in Deutsch-Ostafrika, im Kongo und in Frankreich. Kriegserlebnisse und Gefangenschaft der Unyamwesi-Missionare der Brüdergemeinde in den Jahren 1914—17. 2. verm. Aufl. Mit Bildern, (eingedr.) Karten und einem (eingedr.) Grundriß einer Missionsstation. Herrnhut: Missionsbuchhandlung 1918.

27. *Blau, Josef, Oberlehrer, Konserv.,* Böhmerwälder Hausindustrie und Volkskunst. 2. Teil. Frauen-Hauswerk und Volkskunst. Mit (86) Lichtbildern und Zeichnungen (und 1 Karte). Prag: J. G. Calve 1918. (Beiträge zur deutschböhmischen Volkskunde. Bd. 14, Hälfte 2.)

28. *Curth, Herm., u. Hans Wehberg,* Frankreich. Jena: G. Fischer in Komm. 1918. (Wirtschaftskrieg, Der. 4. Abt.)

29. *Denffer, Alexander v.,* Th. H. Pantenius, Kurlands Heimatdichter, Materialien zu einem Lebensbilde. Berlin-Steglitz: F. Würtz 1918. (Baltenland in der Vergangenheit und Gegenwart. Bd. 8.)

30. *Dinklage, M.,* Liberia in seiner Bedeutung für Deutschlands Handel und zukünftige Versorgung. Hamburg: C. Boysen 1918.

31. *Endres, Franz Carl,* Bosporuswellen. Ein Roman aus Konstantinopel. Stuttgart: Francksche Verlagsbuchhandlung 1918.

32. *Großmann, H., Priv.-Doz., Prof. Dr.,* Der Handelsboykott gegen Deutschland in französischer Beurteilung. Berlin: Reimar Hobbing 1918. (Großhandel, Der, und die deutsche Volkswirtschaft. Heft 5. 6.)

33. *Hauffen, Adolf, Prof. Dr.,* Geschichte des deutschen Michel. Hrsg. vom deutschen Verein zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse in Prag. Prag: Verlag „Deutsche Arbeit" 1918.)

34. *Aus baltischer Hilfsarbeit an notleidenden Deutschen im Weltkriege.* Hrsg. vom balt. deutsch-evangel. Notstandskomitee. Bericht über die Ansiedelung der Reichsdeutschen aus Riga im J. 1914/15 und über die ihnen von der Rigaschen Stadtmission erwiesene Hilfe. Hrsg. v. Pastor A. Burchard.) Riga: Jouck u. Poliewsky 1918.

35. *Hoerner, Rud. v., Kreismarsch.,* Die baltischen Ritterschaften. Ursprung, Wesen und Bedeutung. Berlin-Steglitz: F. Würtz 1918. (Baltenland in der Vergangenheit und Gegenwart. Bd. 15.)

36. *Holtz, Walter,* Pflanzerleben in Deutsch-Ostafrika. Berlin: Karl Siegismund 1918.

37. *Jungfer, Victor,* Kulturbilder aus Litauen. Ein Beitrag zur Erkenntnis des litauischen Volkstums. Berlin-Steglitz: F. Würtz 1918. (Bücherei, Litauische, Bd. 1.)

38. *Kolonialdeutschen, Die, aus Deutsch-Ostafrika in belgischer Gefangenschaft.* ([Hrsg. vom] Reichskolonialamt.) Berlin: E. S. Mittler u. Sohn 1918.

39. *Kurland,* Verfügungen betr. die Bodenfrage in den Gebieten der östl. Militärverwaltungen. — Landgesellschaft Kurland, m. b. H., und Neuland, Aktiengesellschaft, die ersten Träger der Siedlungstätigkeit im neuen Ostland. — Verordnung betr. Landabgabe und Siedlung in Kurland. — Skizze der landwirtschaftlichen Verhältnisse Kurlands. Von Obertaxator M. v. Blaese. Berlin: Deutsche Landbuchhandlung 1918. Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation. H. 27.)

40. *B. G. Teubner's Lesebuch für die baltischen Lande.* 2 Teile. Leipzig: B. G. Tubner 1918. 1. Unter- und Mittelstufe. 2. Oberstufe. Ausg. A. für egangel. Schulen. Ausg. B. für kathol. Schulen.

41. *Madsack, Paul,* Vae victis. Meine Erlebnisse in Spanien und Frankreich während des Weltkrieges. Mit 14 Zeichnungen und 4 Abbildungen (auf Taf.). Leipzig: Klinkhardt u. Biermann 1918.

42. *Mendrzycki, Alfons,* Erlebnisse eines Auslandsdeutschen im Weltkriege. Stuttgart: Rüdenauer u. Gerstmayer 1918.

43. *Neuberg, Johs., Geh. Reg.-Rat.,* Wer ist ein Deutscher? Die Fragen der Staatsangehörigkeit. Bonn: A. Marcus u. E. Weber 1918. (Kriegsschriften, Deutsche. H. 28.)

44. *Oboussier, Max, Doz.,* Der Antwerpener Hafen und die Pariser Wirtschaftskonferenz. Aus dem Flämischen übersetzt von Karl Mittler. Berlin: G. Stilke o. J. [1918]. (Schriften der deutsch-flämischen Gesellschaft. II.)

45. *Schaffer, F. X., Prof. Dr.,* Landeskunde von Thrakien, Eine Physiographie der europäischen Türkei. Mit 6 Abbild. im Text und 17 Tafeln. Serajevo: J. Studnicka u. Co. in Komm. 1918. (Kunde, Zur, der Balkanhalbinsel. 1. Heft 19.)

46. *Schnee, Ada,* Meine Erlebnisse während der Kriegszeit in Deutsch-Ostafrika. (Mit Abbild. auf Taf. u. eingedr. Kartenskizzen.) Leipzig: Quelle u. Meyer 1918.

45. *Schaffer, F. X., Prof. Dr.,* Landeskunde von Thrakien. Eine (Kongreßpolen). Mit 112 Original-Aufnahmen und zwei Karten. Berlin: Gea Verlag 1918. Veröffentlichungen der landeskundlichen Kommission beim kais. deutschen Generalgouvernement Warschau. Reihe B. Bd. 5.)

Digitized by Google

48. *Schultze-Bahlke, Georg, Doz.,* Mit Schwert und Pflug durch Rumänien. Mit zahlreichen Abbildungen. Berlin: H. Meußer 1918.

49. *Staude, Otto, Prof., Dr.,* Dorpat und Rostock. Ansprache beim Antritt des Rektorats der Universität Rostock den 1. 7. 1918. Rostock: H. Warkentien 1918.

50. *Swiechowski, M. v.,* Das polnische Element in den litauischen Landen. Mit besonderer Berücksichtigung des von den Mittelmächten besetzten Gebietes. Bevölkerungsverhältnisse und Bodenbesitz. Statistische Skizze nebst einer Karte u. Tabellen im Texte. Wien: Gerold u. Co. 1918.

51. *Wiesebach, Wilh., S. J.,* Wildes Land und deutsche Hand. brasiliens. Mit 6 Bildern. 1. und 2. Auflage. Frei-Eine Erzählung iaus den ideutschen Kolonien Südburg i. B. Herdersche Verlagsbuchhandlung o. J. 1918. (Landen, Aus fernen. 30. Bändchen.)

52. *Wilmanns, H.,* Ein kriegerischer Kaufmannszug durch für Mexiko H. Wilmanns. Mit einer Karte. Leipzig: R. Voigtländer o. J. (1918). (Voigtländers Quellenbücher. Band 47.)

53. *Wotawa, August Ritter v.,* Das tschechische Schulwesen. Prag: Verlag „Deutsche Arbeit" 1918. (Flugschrift 10 der deutschen Arbeit [Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen].)

54. *Wunderlich, Erich, Dr.,* Geographischer Bilderatlas v. Polen (Kongreßpolen). Mit über 100 Original-Aufnahmen, vier Textfiguren, 6 Spezialkärtchen und 1 Uebersichtskarte. 3. neu durchges. Aufl. Berlin: Gea Verlag 1918. (Veröffentlichungen der landeskundl. Kommission beim kais. deutschen Generalgouvernement Warschau. Reihe B. Band 1.)

II. Karten.

55. *Kettler, J. I., Prof. Dr.,* Ukraine und Kaukasien. Sprachgebiete, hauptsächlich nach A. F. Rittich, H. Nabert, W. Gaigalat, N. v. Seidlitz, S. Rudnyskj und A. Ischirkow. (Umschlag: Flemmings Völkerkarte der Ukraine und Kaukasiens mit Sprachgebieten der Ukrainer, Großrussen, Weißrussen, Polen, Georgier, Türken und Deutschen.) 1:3 275 000. Farbendruck. Mit einem Begleittext. Berlin: C. Flemming o. J. (1918).

56. *Kolonialatlas, Deutscher,* mit Jahrbuch 1918. Auf Veranlassung der deutschen Kolonialgesellschaft herausgegeben. Bearbeitet von P. Sprigade und M[ax] Moisel. Ausg. 1918. 19. Jahrg. Berlin: Dietr. Reimer.

Kalender für die deutschen Kolonisten in Rußland 1919, herausgegeben von P. J. Winkler, im Selbstverlag des Verfassers, gedruckt von Stähle u. Friedel, Stuttgart, 127 Seiten Preis 2.50 Rubel.

Der erste Jahrgang dieses für die deutschen Kolonisten in Südrußland bestimmten Kalenders wurde im vorigen Jahre in Petersburg fertiggestellt und gedruckt, als der junge, rührige und um die Sache der südrussisch-deutschen Kolonisten hochverdiente Pastor Winkler von dem neu ins Leben gerufenen südrussischen Verband der Kolonisten nach Petersburg gesandt worden war, um dort bei der Kerenskischen Regierung die Sache der deutschen Kolonisten gemeinsam mit den Vertretern anderer deutscher Verbände zu vertreten. Die zweite Auflage wird wohl eine dankbare Leserschaft finden, denn sie ist nicht nur besser was die äußere Ausstattung, sondern auch was den Inhalt angeht. Pastor Winkler wendet sich in der Einleitung selbst an die Leser mit einem Dank an die deutschen Truppen, die ihre Landsleute da unten von schwerer Pein der Bolschewisten-Herrschaft erlösten, und er mahnt in eindringlichen Worten seine Landsleute zum Zusammenhalten und zur Einigkeit. Mögen diese Worte auf guten Boden fallen und vielleicht in letzter Stunde noch dazu beitragen, den drohenden Zerfall des Kolonisten-Verbandes in einen katholischen und einen protestantischen Teil zu verhüten. Das eigentliche Kalendarium ist recht geschmackvoll mit hübschen, einfachen und leichtverständlichen Leisten verziert. Unverändert sind die Kalenderangaben, Zeittabellen, der Jagdkalender, die Maß- und Gewichtsangaben, die statistischen Angaben für Rußland und für die übrigen Länder der Erde übernommen. Daran schließt sich das Verzeichnis der deutschen Kolonien an, und zwar für die Gouvernements Beßarabien, Cherson, Charkow, Jekaterinoslaw, Taurien (wobei nach alter russischer Rechnung die Krim als Teil Tauriens betrachtet wird), das Gebiet der Donischen Kosaken, das Terekgebiet und das Gouvernement Tiflis. Für die Kolonien dieser Gebiete werden das Gründungsjahr, die Poststation, die Seelenzahl und der Landumfang verzeichnet, während für die Kolonien der übrigen Gouvernements nur der Name und die Poststation, hier in russischer Sprache, angeführt werden. Der bekante Militärschriftsteller Erich v. Salzmann hat einen Aufsatz über die militärischen Entwicklungen 1917/18 beigesteuert, der in knapper Form auch den politischen Ereignissen Rechnung trägt, daran schließt sich ein Aufsatz über das „Schwabenland" an, der bei den vielen Schwaben-Nachkommen in Südrußland wohl besonderes Interesse erwecken wird, und dem die Bilder der schönen Stadt Besigheim, wie des Hohenneuffen und des Hohenrechberg auf der schwäbischen Alb besonderen Wert verleihen. Die feine Novelle des badischen Dichters Adolf Schmitthenner „Friede auf Erden!" wird gerade jetzt auch in unserer alten deutschen Heimat wohl von niemanden ohne tiefe Ergriffenheit gelesen werden. Weiter enthält der Kalender unter anderem Stücke von Peter Rosegger und von dem elsässischen Dichter Hans Karl Abel, dem Führer der elsässischen Bauern. Hausprüche, alte deutsche Rätsel und fein ausgewählte Gedichte vervollständigen den Inhalt. Die deutschen Bauernkolonisten ruft ein Aufsatz über das deutsche Auslandinstitut zur Mitarbeit an der Schaffung eines großen Auslandmuseums auf. Alles in allem: Ein Büchlein von erfreulichem inneren Werte, an dessen Schaffung Professor Schmitthenner von der Stuttgarter technischen Hochschule dankenswerten Anteil hat.

Dr. F. W.

Heimkehr-Kalender für die Deutschen im Auslande 1919. Herausgeber Alfred Borchardt in Gemeinschaft mit Professor Heinrich Sohnrey und Pastor Schleuning. Verlag Deutsche Landbuchhandlung, G. m. b. H. Abt. Heimkehr, Berlin. 170 Seiten. 3 Mark.

Neben dem von Pastor Winkler herausgegebenen Kalender für die deutschen Kolonisten in Rußland verdient auch der vorliegende Kalender ehrenvolle Anerkennung. Der Schriftleiter Dr. R. Peschke, bekannt durch seine Tätigkeit im Dienste der deutsch-russischen Rückwanderer, hat es verstanden, den Inhalt ebenso reichhaltig wie volkstümlich zu gestalten. Es ist wirklich erfreulich zu sehen, welche Fülle von Belehrung und Unterhaltung auf den 170 Seiten des Kalenders zusammengebracht ist. Der Inhalt knüpft an die gute alte Tradition der deutschen Landkalender mit vollem Recht an und wird den volkstümlichen Bedürfnissen einer einfachen Landbevölkerung ausgezeichnet gerecht. Aus dem Inhalt heben wir folgende Aufsätze als besonders bemerkenswert hervor: Den zusammenfassenden Artikel von Pastor Johannes Schleuning über die deutschen Kolonisten Rußlands, der es verdient auch in Deutschland beachtet zu werden, ein ausgezeichnetes eingehendes Verzeichnis bäuerlicher Siedlungen deutscher Herkunft in Großrußland, Ukraine, Krim, Taurien, Kaukasus, Polen, Beßarabien, Rumänien und Dobrudscha nach Kirchspielen geordnet von A. Bühler, volkstümliche Ueber-

Digitized by Google

sichten über die deutsche Sozialpolitik, landwirtschaftliche Gesetzgebung, deutsche Bodenschätze usw. Die künstlerische Ausstattung besorgten F. Müller-Münster und Karl Muth, die eine Reihe von hübschen Vignetten und Städtebildern aus Deutschland beigesteuert haben. Es war ein guter Gedanke eine Tiefdruckwiedergabe von Ludwig Richters „Christnacht" dem Kalender beizugeben. Dr. M. B.

Riga: Das jetzt erschienene Septemberheft „Die Baltische Schule" bringt die Ergebnisse der Verhandlungen des Baltischen Lehrertages in Riga, ferner einen Aufsatz von J. Treumann-Riga über „Die künstlerischen Grundlagen der Mathematik" und einen Beitrag von Arthur Behrsing über „Das Märchen in der Schule". Den würdigen Abschluß bildet der auf dem Lehrertag gehaltene Vortrag von Erna Krauß-München „Aus der Kriegsarbeit deutscher Schulen".

Riga: Unter dem Titel „Das neue Deutschland" erscheint seit Anfang November im Verlage von Fritz Würtz, Riga, Kalkstraße 10, ein „Organ für die deutschen Soldaten und Bürger", das die Mitteilungen des Soldatenrats in Riga und anderen baltischen Städten enthält. Die „Rigaische Zeitung" meint, daß die Schriftleiter mit dieser Zeitung, deren Inhalt eine freie und mutige, aber auch besonnene und den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragende Sprache zeige, das richtige getroffen hätten.

Rigaer Akademische Blätter. Herausgegeben vom Baltischen Technischen Hochschulverein zu Riga. Verlag von Fritz Würtz. Berlin-Riga-Leipzig.

Die akademischen Blätter sind im September zum erstenmal erschienen. Der Ingenieur-Architekt Friesendorff zeichnet für sie verantwortlich. Sie wollen in erster Linie ein Vereinsorgan sein und über die Hochschule berichten, sowie die Beziehungen der Hochschule zu Deutschland fördern. In der ersten Nummer berichtet Dozent Ferle über die Geschichte der Baltischen Technischen Hochschule, unter sorgfältiger Berücksichtigung aller Quellen. Der Herausgeber schreibt über die Anteilnahme der Hochschule an der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands. In der 2. Oktobernummer veröffentlicht Professor N. Schiemann einen Aufsatz über die Entwicklung der Maschinen-Ingenieur-Abteilung der Hochschule, und Prof. Dr. E. v. Bergmann schreibt über die handelswissenschaftliche Abteilung, Professor Buchholtz bespricht die allgemein bildenden Abteilungen der Technischen Hochschule.

„Baltische Blätter für Theater und Kunst", Verlag von Fritz Würtz. Berlin-Riga-Leipzig.

Die ersten Nummern der schon in den letzten Mitteilungen angezeigten neuen Zeitschrift liegen uns vor. Sie sind gut ausgestattet und enthalten neben wertvollen Aufsätzen zwei Kunstdruckbeilagen, die das Städtische Kunstmuseum in Riga und das Stadttheater darstellen. Museumsdirektor Neumann ist mit einem Aufsatz über die Jahrhundertfeier des Rigaer Kunstmuseums vertreten. Elfriede Skalberg hat lettische Gedichte in deutsche Verse gebracht. Dr. Neumann berichtet ferner über einen Rigaer Goldschmied Johann Georg Eben, ein geborener Württemberger aus Biberach, der als Goldschmied wie als Kupferstecher Hervorragendes leistete. Dr. Herbert Neumann bringt in den angeschlossenen baltischen dramaturgischen Blättern einen Beitrag zur Rigaer Bühnengeschichte: wie Holtei nach Riga kam, verschiedene Aufsätze über die Zauberflöte und ihre Neuinszenierung, über das Rigaer lettische Stadttheater ergänzen den Inhalt, aus dem wir noch Gedichte des baltischen Dichters Kyber und von Hans Müller erwähnen. Das Doppelheft, 2—3 der Zeitschrift, bringt u. a. verschiedene Würdigungen des verstorbenen baltischen Schriftstellers Ed. Graf Kayserling, sowie einen Aufsatz über einen deutschen Komödianten Joseph Anton Christ, der Ende des 18. Jahrhunderts von Riga schrieb: „In vielen anderen Städten habe ich gute, die Kunst schätzende Männer gefunden, aber so zusammengedrängt, wo einer den anderen an Herzensgüte sich vorzutun sich mühet, wie in Riga, habe ich sie nie gefunden."

Mitau. Die Schriftleitung der „Mitauer Zeitung" haben nach Entlassung des militärischen Personals am 30. November die Herren Dr. Erich Janke und Oberlehrer Karl Stavenhagen übernommen.

Fellin. Der „Felliner Anzeiger", dessen Wiedererscheinen wir in unserer vorigen Nummer gemeldet hatten, schrieb in seiner ersten Nummer, er wolle ein echtes Heimatblatt sein, das an die alte gute livländische Tradition anknüpfe, mit dem deutschen Mutterlande eng verbunden, den anderssprachigen Landesgenossen ehrlich entgegenkommend in bescheidenstem Rahmen deutsch-baltische Kulturpolitik treiben wolle. Schon in der 11. Nummer muß aber die Redaktion mitteilen, daß das Erscheinen der Zeitung aus Gründen, die durch die schwere, der deutschen Sache so ungünstigen Zeitlage verursacht worden sind, wieder eingestellt werden müsse.

Deutsche Zeitung für die Krim und Taurien: Mit der Nummer 75 vom 27. November 1918 nimmt die „Deutsche Zeitung für die Krim und Taurien" Abschied von ihren Lesern. Das Personal in der Schriftleitung und in der Druckerei entstammte meist der Truppe und war anderweitig nicht zu ersetzen, sodaß mit dem Abzug der Soldaten die Zeitung eingehen mußte. Am 1. September war von Soldaten und Kolonisten freudig begrüßt die erste Nummer erschienen. Die Zeitung wollte ein Bindeglied zwischen Soldaten und deutschen Kolonisten sein und das ist ihr in den drei Monaten verdienstvoller Tätigkeit auch zweifellos aufs beste gelungen. In würdigen und ernsten Worten ermahnt die Zeitung zum Abschied die Kolonisten zur Stärke und Charaktergröße im Unglück. Manche Schicksalsschläge mögen dem einzelnen bevorstehen, möge das nationale Unglück kein schwaches Geschlecht finden. „Darum laßt uns unter den Völkern der Erde das Haupt hoch halten, seien wir in der Heimat und in der Fremde uns unseres nationalen Wertes bewußt, seien wir stolz, daß wir Deutsche sind. Dann gelingen uns die Aufgaben der Zukunft; dann brauchen wir um unser Schicksal nicht zu sorgen."

Deutsche Zeitung für Osttaurien: Auch die „Deutsche Zeitung für Osttaurien" stellt mit dem Ende des Monats November ihr Erscheinen ein. Sie ist begründet von der deutschen Etappen-Kommandantur Melitopol und hat sich trotz bescheidenen Umfanges viel Verdienst um die Aufklärung der Kolonisten des Melitopoler Kreises erworben. Die Tatsache, daß auch den kleinen deutschen Zeitungen der deutsche militärische Funkerdienst zur Verfügung stand, hat die Zeitung stets mit den neuesten Nachrichten versorgt und sie in den Stand gesetzt, gerade in dieser schweren Zeit den Kolonisten über Politik und Wirtschaftsleben stets das Neueste zu bieten. Auch das Personal der Deutschen Zeitung für Osttaurien bestand nur aus Soldaten, die sich um die Erhaltung und Pflege des Deutschtums unter den Kolonisten durch ihre Tätigkeit ein bleibendes Verdienst erworben haben.

Der getreue Eckart, September-Oktober-November-Heft. Herausgegeben vom Deutschen Schulverein, Wien.

Das umfangreiche Heft enthält den Bericht über die 37. Hauptversammlung des Deutschen Schulvereins in Wien in einer wörtlichen Wiedergabe der dabei gehaltenen Reden, so-

Digitized by Google

des Kassenberichtes. Ueber das Arbeitsgebiet des Vereins und seiner einzelnen Ortsgruppen unterrichtet eine ganze Reihe von Beiträgen, namentlich der Kampf um das Deutschtum und die deutschen Schulen, den unsere österreichischen Volksgenossen auszufechten haben, kommt darin stark zum Ausdruck.

VON UNSERER ARBEIT

DIE AUSKUNFT- UND VERMITTLUNGSSTELLE DES DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS IN STUTTGART

will in allen praktischen und wissenschaftlichen Fragen, welche die Beziehungen zwischen dem Auslanddeutschtum und dem Mutterlande angehen, den Volksgenossen draußen und denen in der Heimat, welche Beziehungen zum Auslande unterhalten, mit Rat und Tat zur Seite stehen. Eine umfangreiche Adressensammlung wurde bereits angelegt, die eine große Zahl von Namen deutscher, früher im Auslande ansässig gewesener Landsleute enthält. Viele von ihnen beabsichtigen, nach Kriegsende an ihre früheren Wirkungsstätten zurückzukehren, und sind darum für jede Förderung dankbar. Ihre Kräfte der heimischen Wirtschaft, der nach Friedensschluß die Lösung so überaus dringlicher Aufgaben obliegen wird, in der zweckmäßigsten Weise dienstbar zu machen und dabei in gleichem Maße die Vorteile der Auslanddeutschen wie die des heimischen Handels und der heimischen Industrie zu wahren, liegt der Auskunftstelle in erster Linie ob. Sie wird Beziehungen zwischen deutschen Firmen in der Heimat und deutschen Kaufleuten im Auslande anbahnen und durch Austausch von Erfahrungen und Berichten, sowie durch Vermittlung von Auskünften aller Art beiden Teilen nützlich sein. Beträchtlicher Arbeitsstoff dieser Art wurde schon bewältigt.

Gegenwärtig ist die Auskunftstelle vornehmlich bestrebt, den Mitgliedern des Instituts durch die Vermittlung von Angeboten aller Art dienlich zu sein. In der folgenden Liste sind einige Bewerber verzeichnet, deren Gesuche bis jetzt noch nicht erledigt wurden.

Wir bitten diejenigen Firmen, welche glauben, den Anfragern ihren Erfahrungen und Kenntnissen entsprechende Stellungen bieten zu können, uns unter Angabe der betreffenden laufenden Nummer hievon Kenntnis zu geben. Wir werden dann veranlassen, daß sich die Bewerber unmittelbar mit den Interessenten in Verbindung setzen. Die Vermittlung geschieht völlig kostenlos.

42. Auslanddeutscher, der lange Jahre in Paris und dann in Brüssel gelebt hat, wünscht Uebersetzungen aus dem Französischen und umgekehrt zu übernehmen.

43. Deutscher Kaufmann aus Paris wünscht seine Handelskenntnisse, speziell als Einkäufer irgendwelcher Regierungs- oder Privatstelle für die Uebergangszeit zur Verfügung zu stellen. Suchender unterhält beste Beziehungen zu Dänemark, Finnland und der Schweiz und besitzt alle erforderlichen Sprachkenntnisse.

44. Kaufmann, der vor und während des Krieges im tropischen Westafrika tätig war, sucht dort wieder eine Stellung zu übernehmen.

45. Deutscher Ingenieur aus Cardiff erteilt Auskünfte über die Verhältnisse des Kohlenbergwerkbaus in England.

46. Kaufmann gedenkt sobald als möglich seine früheren Beziehungen in der Schweiz und Italien wieder aufzunehmen, besonders um für deutsche Firmen Außenstände in Italien einzutreiben. Suchender übernimmt auch geeignete Vertretungen für die Schweiz und Italien und interessiert sich besonders für den Handel von Dynamoblechen.

47. Schweizerische Firma empfiehlt sich als Importhaus für die Lieferung italienischer, spanischer und orientalischer Produkte, hauptsächlich Drogen, Vegetabilien und Kolonialwaren nach Deutschland, sowie zum Export deutscher Produkte, hauptsächlich Chemikalien; übernimmt auch die Vertretung großer, leistungsfähiger chemischer Fabriken für die Schweiz und für die obengenannten Länder.

48. Angesehener deutscher Kaufmann, der lange Jahre als Vertreter großer deutscher Firma in der Schweiz tätig war, mit den dortigen industriellen und kommerziellen Verhältnissen vorzüglich vertraut ist, über alle erforderlichen Sprachkenntnisse und über wertvolle Beziehungen nach Frankreich, Italien und Südamerika verfügt, gedenkt in Zürich ein Büro einzurichten und eine oder mehrere Vertretungen erstklassiger deutscher Firmen der technischen, chemischen oder elektrotechnischen Branche als Vertrauensmann in einer großzügigen Organisation für Ankauf und Verkauf zu übernehmen.

49. Kaufmann, der 7 Jahre lang in Paris ein selbständiges Geschäft führte und nach Friedensschluß dorthin zurückzukehren gedenkt, um sich vor allem dem Import und Export mit Deutschland zu widmen, sucht mit Interessenten, die Handelsvertreter in Frankreich suchen, in Verbindung zu treten. Suchender ist als Einkäufer und Verkäufer bestens empfohlen.

50. Deutsche Firma in Kopenhagen sucht die Einfuhr von Waren aus Deutschland zu übernehmen. Die Firma verfügt über Verbindungen in England, Rußland und den Vereinigten Staaten und ist mit den Verhältnissen in Skandinavien und in diesen Ländern vorzüglich vertraut.

51. Spitzenfabrikant, der 13 Jahre lang in Frankreich Inhaber einer weltbekannten Fabrik war, sucht geeignete Stellung in der Heimat und wünscht mit kapitalkräftigen Interessenten in Verbindung zu treten, um sein französisches Geschäft später wieder aufnehmen zu können.

52. Filiale deutscher Transportgesellschaft in Basel erbietet sich zur Ausführung aller in ihr Gebiet einschlagenden Aufträge.

53 Zwei deutsche Kaufleute, die längere Zeit im Auslande (England, Italien, Schweiz) tätig waren, suchen Stellung bei irgendwelchem Unternehmen im Auslande, bevorzugt Belgien, Ukraine-Krim oder die Schweiz.

BERICHTIGUNG

In dem Aufsatz Dr. Bernath über „Die ungarischen Deutschen" in Heft 3, Seite 20, ist eine sinnstörende Satzverschiebung zu verbessern. Zeile 42—46 von oben in der ersten Spalte sollten lauten: Hermannstadt und das umliegende Land sind schon durch einen stark rumänischen, magyarischen Wall vom Königslande abgetrennt. Das Burzenland mit Kronstadt liegt dicht an den Grenzen des rumänischen Königreiches und ist, selbst in drei Teile zerstückelt, von den übrigen sächsischen Siedlungsgebieten völlig abgetrennt.

Wir bitten die Veröffentlichungen des D.A.I. auf der 3. und 4. Umschlagseite besonders beachten zu wollen!

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 23. Dezember 1918.
Einsendungen für die „Mitteilungen" werden erbeten an das Deutsche Ausland Institut, Schriftleitung der „Mitteilungen", Königstraße 15.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart. — Mitglieder des Deutschen Ausland Instituts, Stuttgart, soweit sie einen Jahresbeitrag von mindestens M. 20.— leisten, erhalten die „Mitteilungen" kostenlos. — Druck der Tagblatt-Buchdruckerei Stuttgart.

Digitized by Google

MITTEILUNGEN
DES
DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS

MUSEUM UND INSTITUT ZUR KUNDE DES AUSLANDDEUTSCHTUMS UND ZUR FÖRDERUNG DEUTSCHER INTERESSEN IM AUSLAND

Jahrg. II – Nr. 2 STUTTGART Februar 1919

Preisaufgabe

Das Deutsche Ausland Institut ist überzeugt von der Notwendigkeit, daß die noch im Besitze eines deutschen Staatsangehörigkeitsrechtes befindlichen Auslanddeutschen stärker als bisher an den Geschicken des Reiches interessiert und beteiligt werden müssen, und zwar wenn möglich durch Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechtes.

Die Frage einer solchen Beteiligung ist bisher in Literatur und Praxis noch wenig geklärt.

Wir möchten diese Klärung herbeiführen und erlassen dazu das folgende

Preisausschreiben:

I. Es soll die Frage der Wahlfähigkeit von Auslanddeutschen, die im Besitze einer deutschen Staatsangehörigkeit sind, und zwar auch solcher, die vielleicht auch noch eine zweite Staatsangehörigkeit besitzen, sowohl

nach ihrer völkerrechtlichen wie auch nach ihrer staatsrechtlichen Seite

untersucht werden. Dabei werden positive Vorschläge über die praktische Durchführung, insbesondere die Aufstellung von Kandidatenlisten und das Wahlverfahren, sowie eine rechtsvergleichende Darstellung erwartet.

II. Für die beste Bearbeitung wird ein Preis von M. 1000.—, für die zweitbeste ein Preis von M. 500.— ausgesetzt. Die beiden Arbeiten werden auf Kosten des Ausland Instituts, das an ihnen Eigentumsrecht erwirbt, veröffentlicht. Wird keine Arbeit des ersten Preises für wert befunden, so ist das Preisrichterkollegium befugt, die Preise unter mehrere Bewerber nach seinem Ermessen zu verteilen. Das Ausland Institut ist berechtigt, nicht preisgekrönte Arbeiten zu dem für Aufsätze in seinen Zeitschriften üblichen Honorarsatz zu erwerben und sie in der ihm geeignet erscheinenden Weise zu veröffentlichen.

III. Die Arbeiten sind bis zum 1. Mai 1919 in einem mit Motto versehenen Umschlage der Geschäftsstelle des Deutschen Ausland Instituts Stuttgart, Königstraße 15, einzureichen. Beizuliegen hat ein zweiter verschlossener Umschlag mit gleichem Motto, der Name und Adresse des Verfassers der Preisarbeit enthält.

IV. Das Preisrichterkollegium besteht aus den Herren: Universitätsprofessor Dr. v. Blume, Tübingen (Mitglied des Vorstandes des Deutschen Ausland Instituts), Geheimrat Universitätsprofessor v. Anschütz, Heidelberg, Universitätsprofessor Mendelssohn-Bartholdy, Würzburg, Universitätsprofessor Dr. Josef Partsch, Freiburg i. Br., Dr. Karl Strupp, Frankfurt a. M.

V. Die Veröffentlichung der Preisprüfung erfolgt vor dem 1. Juli 1919 in den „Mitteilungen" des Ausland Instituts, sowie in der gemeinsam mit der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft vom Ausland Institut herausgegebenen „Weltwirtschaft", außerdem in der Frankfurter Zeitung, der Kölnischen Zeitung, dem Hamburger Fremdenblatt, der Deutschen Allgemeinen Zeitung, dem Bayerischen Staatsanzeiger und sämtlichen Stuttgarter Blättern.

DEUTSCHES AUSLAND INSTITUT

Theodor G. Wanner

Vorsitzender des Vorstandes.

Digitized by Google

Die Not der aus Feindesland vertriebenen Reichsdeutschen

Schwerste Not lastet auf Reich und Volk, schwerste Sorge auf Millionen seiner Bürger. Arbeitslosigkeit und Hunger klopfen an die Türen von Hunderttausenden deutscher Heimstätten und drohen die Tatkraft und seelische Stärke zu zermürben, deren unser Volk angesichts seines beispiellosen Zusammenbruchs mehr denn je bedarf. Hat da ein Bruchteil dieses im Staube liegenden Volkes das Recht, seine besonderen Sorgen vor der Oeffentlichkeit darzutun? Hat er einen Anspruch darauf, eine besondere Hilfe von Volk und Regierung zu erbitten? Wir Auslanddeutschen glauben nach gewissenhafter Selbstprüfung dieses Recht fordern zu dürfen, denn wir wissen, daß unser Schicksal für Deutschlands Zukunft mehr bedeutet, als nur die Notlage von so und so vielen Tausenden Einzelner. Der Beweis ist nicht erst zu erbringen, welche große Bedeutung die Reichsdeutschen im Auslande für das politische Ansehen, den kulturellen Einfluß und das wirtschaftliche Emporkommen des Heimatlandes in der Welt vor dem Kriege besessen haben. Heute, wo alle diese fundamentalen Zukunftswerte in Trümmern liegen, ist die Arbeit der Auslanddeutschen für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschafts- und Machtstellung unter den Völkern wenn möglich noch wichtiger. Viele Tausende erfahrener, landeskundiger Männer und Frauen harren des Tages, an dem sie sich draußen wieder an die Arbeit begeben können. Kundig der Sprachen der Fremde, kundig ihrer Lebens- und Geschäftsgewohnheiten, sind sie mehr denn je die unentbehrlichen Pioniere, berufen, der heimischen deutschen Arbeit in Handel und Industrie draußen die Kanäle wieder zu öffnen, die der Krieg verschüttet hat. Sie sind sich bewußt, daß diese Arbeit in den ersten Jahren unendlich hart und entbehrungsreich sein wird, daß jeder einzelne einer Mauer von Haß und Mißtrauen gegenüberstehen wird, aber sie wissen auch, daß sie alle dort draußen mit den Fremden durch alte Bande des Vertrauens verbunden waren, durch Bande, die der Völkerhaß wohl zerreissen konnte, die aber wieder anzuknüpfen sie sich zutrauen, sobald die Wogen des Völkerhasses abgeflaut sein werden. So fühlen sie sich mit Recht als die unentbehrlichen Mitarbeiter am Wiederaufbau der deutschen Zukunft im Auslande.

Sollen sie aber ihre Aufgabe erfüllen können, so ist es notwendig, daß sie mit ungebrochener körperlicher und geistiger Kraft, ausgerüstet mit den nötigen Mitteln wieder an die Arbeit draußen herantreten. Sonst würden sie nichts weiter werden, als müde, hoffnungslose Lohnsklaven unserer Feinde. Sonst wären sie dazu verdammt, wie dereinst die deutschen Auswanderer in den unseligen Zeiten deutscher Zerrissenheit und Ohnmacht, Kultur- und Völkerdünger zu werden, der fremden Acker fruchtbar macht, den Acker, den die anderen ernten.

Deswegen, nur deswegen glauben die Reichsdeutschen im Auslande an ihr Recht, die deutsche Oeffentlichkeit auf ihre Not hinweisen, eine besondere Abhilfe fordern zu dürfen.

Worin besteht diese besondere Notlage der Auslanddeutschen? Daß sie die Schwere der Zeit mit allen Bürgern des Reiches gemeinsam tragen, ist selbstverständliche Pflicht. Aber für sie haben sich besondere Lasten und Gefahren daraus ergeben, daß sie Vorposten in Feindesland waren; während die Brüder in der Heimat durch das Heer vor dem Schlimmsten bewahrt blieben, das in den Worten „Feind im Land" alle Schrecken der Zerstörung, Verfolgung und Plünderung in sich schließt, haben wir draußen als erste Opfer des Krieges alles das über uns ergehen lassen müssen. Verfolgt, mißhandelt, unseres Besitzes beraubt, kamen wir als Flüchtlinge in die Heimat zurück. Hier haben wir über vier Jahre Freud und Leid mit ihr getragen. Im Vertrauen auf den endlichen deutschen Sieg haben wir bei der Reichsregierung den Schutz unserer bedrohten Interessen durch die von uns erwählten Ausschüsse in der festen Zuversicht betrieben, daß ein siegreiches Deutschland dafür sorgen werde, daß wir im Wiederbesitz unseres völkerrechtswidrig geraubten Eigentums unsere Arbeit draußen wieder aufnehmen könnten. Jetzt, nach der Niederlage, stehen wir vor der Gefahr, daß der Feind den uns geraubten Besitz als bequeme Anzahlung auf die von Deutschland geforderte Kriegsentschädigung behält, daß wir alle mit unseren Familien Bettler werden. Darum rufen wir den Gemeinsinn unseres Volkes, den Rechtssinn der Regierung an, für unsere Rechte mit aller Tatkraft — auch zum Nutzen der Allgemeinheit — einzutreten.

Vor dem Wiederaufbau im Auslande muß aber die furchtbare augenblickliche Not gemildert werden, die wiederum uns Auslanddeutschen in besonderem Maße droht. Unsere Männer und Frauen hatten zu Tausenden in der Kriegsindustrie, bei den Kriegsgesellschaften oder im vaterländischen Hilfsdienst während der Kriegsjahre Arbeit und Brot gefunden; Hunderte waren als Dolmetscher und Helfer wegen ihrer Sprach- und Landeskenntnis in den Gefangenen- und Rückwandererlagern beschäftigt, Tausende haben als Verteidiger der Heimat ihre Pflicht in den Schützengräben und auf dem Schlachtfelde getan. Sie alle werden durch die Demobilisation brotlos auf die Straße gestoßen. Die überwältigende Mehrheit davon war früher draußen als Arbeiter, Angestellte und Geschäftsleute tätig. Dem Geschäftsleben und der Arbeitsweise der Heimat durch die langen Jahre der Auslandarbeit entfremdet, finden sie nicht wie die Masse unserer Feldgrauen eine alte Arbeitsstätte ihrer harrend vor. Ohne eigentlichen Heimatsort, meist auch ohne freund- und verwandtschaftliche Beziehungen im Inlande werden sie härter als alle anderen der drohenden Arbeitslosigkeit preisgegeben sein. So werden tausende von Kräften, die für unseres Volkes und Reiches Zukunft draußen von höchstem Nutzen sein werden, im Elend versinken, wenn nicht die Regierung diesen für unserer Volkwirtschaft Wiederaufbau notwendigen Kräften rechtzeitig und ausreichend Hilfe schafft. Wir erwarten daher, daß sie für die arbeitslosen, zur Entlassung kommenden Auslanddeutschen sofort ausreichende Mittel bereitstellt und sie bei Notstandsarbeiten besonders berücksichtigt. Zur Wahrung ihrer Interessen und im Dienste deutscher Zukunft haben sich die seit Jahren bestehenden Ausschüsse der Reichsdeutschen aus Aegypten, Belgien, Bulgarien, England, Frankreich, Griechenland, Italien, Marokko, Portugal, Rumänien, Rußland zu einem

Rat der Reichsdeutschen im Ausland

zusammengeschlossen.

Wir Auslanddeutsche, die wir abseits vom deutschen Parteigetriebe gelebt und geschafft haben, waren stets gewohnt, den Blick auf das Ganze zu richten, und stellen uns und unsere Erfahrung jetzt in der tiefsten Not mehr noch als in den vergangenen glücklichen Zeiten wieder in den Dienst unseres Volkes, ihm die unentbehrlichen Wirtschaftsbeziehungen zum Auslande wieder zu erschließen, sein Ansehen im Auslande — die Vorbedingungen jeder ersprießlichen Arbeit — neu aufzurichten und so dem Volksganzen zu dienen.

Rat der Reichsdeutschen im Ausland, Berlin SW. 61
Gitschinerstraße 97/103
Der Arbeitsausschuß:
Arndt-Frankreich, Lenz-Rußland, Peter-England.

Digitized by Google

Wahlrecht für Reichsdeutsche im Ausland

(Aus einer Denkschrift.)

Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. BORCHARDT, Direktor des deutschen Instituts für ägyptische Altertumskunde in KAIRO.

Aktives und passives Wahlrecht zur gesetzgebenden Körperschaft des Reiches für alle Reichsdeutschen im Auslande, also im Auslande gewählte Abgeordnete der Reichsdeutschen im Auslande in der gesetzgebenden Körperschaft des Reiches.

„Der Deutsche, der ins Ausland geht, tut es auf eigene Rechnung und Gefahr". Das war der Grundsatz, der bisher galt, und mit Recht gelten mußte, denn nie ist das Deutsche Reich in der Lage gewesen, seine Reichsangehörigen, wie z. B. England es konnte, in allen Winkeln der Welt zu schützen. Jetzt, nach dem unglücklichen Kriege, wird die Möglichkeit des Schutzes ganz ausgeschlossen sein. Es droht daher die Gefahr, daß der vor dem Kriege schon große Uebergang Deutscher in andere Staatsverbände, bei der sicher zu erwartenden gewaltigen Auswanderung in Länder, die bessere wirtschaftliche Verhältnisse haben, als Deutschland sie im nächsten Menschenalter haben wird, übergroßen Umfang annehmen wird. Es wird also ein erheblicher Teil der Volkskraft verloren gehen, ein Teil, der sich nicht etwa aus den schlechtesten sondern aus tatkräftigen, auf die eigene Unternehmungskraft vertrauenden Elementen zusammensetzt. Welche Wichtigkeit diese Auslanddeutschen für unser Wirtschaftsleben haben, braucht hier nicht ausgeführt zu werden. Da ist es dringend erforderlich, mit diesen notwendigen Außenposten des Deutschtums, denen Deutschland für lange Zeit keinen wirksamen Schutz wird angedeihen lassen können, wenigstens eine Verbindung aufrecht zu erhalten.

Bisher bestand diese Verbindung durch die diplomatischen und konsularischen Vertreter Deutschlands. Diese waren in vielen Fällen voller Verständnis für die Interessen der Auslanddeutschen, es sind aber auch häufig berechtigte Klagen über ihr ablehnendes Verhalten den Auslanddeutschen gegenüber laut geworden. Gelegentlich hat sich wohl auch einer oder der andere Abgeordnete im Reichstage der Auslanddeutschen angenommen, aber da fehlte dann die eigene Anschauung der Verhältnisse im Auslande. Daher sind selten die Wünsche der Auslanddeutschen an die richtige Stelle gekommen, noch konnten sich ihre vielleicht beherzigenswerten Vorschläge Gehör verschaffen. Unser System hat eben bisher einen für wirtschaftliche und außenpolitische Fragen wichtigen Teil der Reichsdeutschen von der Einwirkung auf die Geschichte des Volkes ausgeschaltet.

Um diese Zustände zu bessern, könnte man Vertretungen der Auslanddeutschen bei den diplomatischen und konsularischen Behörden des Reiches im Auslande einrichten, wie dies ähnlich die Franzosen im französischen Auslande in den „deputés de la nation" haben. Das würde wahrscheinlich zu demselben Ergebnis führen, das es bei den Franzosen gezeitigt hat, bei denen diese Einrichtung, wenn sie auch vielleicht anders gedacht war, heute nur dekorativen Charakter hat. Besondere Stellen für das Auslanddeutschtum im Auswärtigen Amte würden den Beamtenapparat noch mehr vergrößern. Beide Mittel würden nur, wenn überhaupt dadurch etwas gebessert wird, sehr indirekt auf das Ziel, möglichst enge Verbindung des Auslanddeutschtums mit dem Reiche herzustellen, zugehen. Das einzig wirksame ist eine Vertretung der Reichsdeutschen im Auslande in der gesetzgebenden Körperschaft des Reiches.

Die Wünsche und Vorschläge der Reichsdeutschen im Auslande würden durch die von und aus ihnen gewählten Abgeordneten zur gesetzgebenden Körperschaft des Reiches direkt an die richtige Stelle gebracht werden, und diese Körperschaft hätte in ihrer Mitte dann für alle das Auslanddeutschtum und den deutschen Außenhandel betreffenden Fragen Sachverständige, die diese schwierigen Gebiete nicht nur aus Berichten oder sonstwie aus dritter Hand, sondern aus eigener, meist langjähriger Anschauung und Erfahrung kennen.

Die technische Durchführung der Forderung, im Auslande gewählte Abgeordnete der dort ansässigen Reichsdeutschen in die gesetzgebende Körperschaft des Reiches zu entsenden, wird auf keine großen Schwierigkeiten stoßen. Rechnet man die Zahl der außerhalb des Reiches wohnenden Deutschen auf rund 10 000 000, von denen etwa 10 Prozent, also 1 000 000 ihre Reichsangehörigkeit noch nicht verloren haben mögen, so würde es sich bei je 150 000 Seelen auf einen Abgeordneten um etwa 6 Abgeordnete handeln. Danach wären also die Länder nach ihrer Zahl von Reichsdeutschen in ihnen zu 6 Wahlkreisen anzuordnen. Die Aufstellung der Wählerlisten würde durch die Konsulate erfolgen, bei denen auch heute schon Listen der in ihren Bezirken wohnenden Reichsdeutschen geführt werden. Die Wahl selbst hätte an den Stellen größerer Ansammlungen von Reichsdeutschen zu erfolgen. Davon entfernt Wohnende könnten ihre Wahlzettel in verschlossenen gleichmäßigen Umschlägen mit besonderem eigenhändig unterschriebenen Anschreiben dabei — ihre Unterschrift müßte der Wahlstelle bekannt sein — einsenden. An der Wahlstelle würden die verschlossenen Umschläge, nachdem die Anschreiben geprüft worden wären, in die Wahlurne getan, aus der sie erst mit den andern zusammen herausgenommen werden dürften. Die Wahlhandlung würde sich also auf mehrere Tage erstrecken. Bei den heutigen Verkehrsverhältnissen ist das nicht schwierig durchzuführen. Vermutlich hat mancher im abgelegenen Gebirge in Deutschland wohnende Wähler größere Unbequemlichkeiten bei Ausübung seines Wahlrechts, als sie ein Kolonist draußen bei diesem Wahlverfahren hätte. Auch die vorherige Verständigung über die Kandidaten ist in der Zeit des Telegraphen keine Erschwerung.

Der gegen das Wahlrecht der Auslanddeutschen mögliche Einwand, sie hätten dann ein Recht ohne die damit verbundenen Pflichten, ist hinfällig. Die Dienstpflicht, die der Deutsche hatte, bleibt ihm ebenso, wie er sie bisher, ohne das Recht zur Wahl, hatte, abgesehen davon, daß die Mehrzahl der heutigen Wähler, die Frauen, jetzt diese Pflicht auch nicht haben. Die Steuerzahlung ist nach dem Wahlgesetz zur Nationalversammlung für das Recht zur Wahl nicht mehr Vorbedingung. Sollte sie es für die Wahl zur gesetzgebenden Körperschaft des Reiches wieder werden, so würden die Fälle der Auslanddeutschen wohl unter die Ausnahmen der Doppelbesteuerung fallen, da die Auslanddeutschen in allen fremden Ländern zu den Steuern herangezogen werden wie die in Deutschland ansässigen Fremden zu den deutschen Steuern. Nötigenfalls könnte für die Eintragung in die Wählerlisten ein angemessener, nicht zu hoher, möglicherweise nach den Vermögensverhältnissen abgestufter Rekognitionsbetrag eingeführt werden.

Die Auslanddeutschen hatten also, wie aus dem Anfang des vorstehenden Absatzes ersichtlich ist, bisher nur Pflichten und keine Rechte. Sie waren, das ist, so hart es klingt, doch im vollen Sinne des Wortes wahr, politisch entrechtet!

Das geforderte Wahlrecht für die Reichsdeutschen im Auslande wird endlich die restlose Beteiligung aller Reichsdeutschen an der Bestimmung der Schicksale des Reiches zur Wahrheit machen.

Digitized by Google

Eine Stimme gegen das Wahlrecht.

Zu den vielen Stimmen, die sich in diesen Tagen zugunsten des aktiven und passiven Wahlrechts für die Auslanddeutschen erheben, sei auch eine verzeichnet, die gegen ein solches Wahlrecht Stellung nimmt. In den „Mitteilungen der deutschen Handelskammer in der Schweiz" nimmt ein ungenannter Autor zu der Frage Stellung. Er bezieht sich auf die besondere Sachkenntnis der Auslanddeutschen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, die auch von Inlanddeutschen wiederholt anerkannt worden sei, und führt dann aus:

„Sollen nun zu diesem Zweck die Auslanddeutschen, wie es vorgeschlagen ist, das aktive und passive Wahlrecht zur Nationalversammlung und zum künftigen deutschen Parlament beanspruchen? Mir scheint, diese Forderung, gegen die sich auch manche andere Bedenken vorbringen lassen, wird den Bedürfnissen der Auslanddeutschen nicht gerecht. Die Auslanddeutschen sind vornehmlich an der auswärtigen Politik Deutschlands interessiert. Wie sich aber das deutsche Volk sein Haus im Innern ausbaut, das ist Sache derjenigen, die selbst in diesem Hause wohnen, und es wäre eine Anmaßung, ihnen von außen hineinreden zu wollen. Dabei ist kein Zweifel, daß auch das deutsche Parlament der Zukunft sich vornehmlich mit innerpolitischen Fragen beschäftigen muß.

Nach meiner Ansicht sollten die Auslanddeutschen nur das eine Recht für sich in Anspruch nehmen, in Fragen der äußeren Politik gehört zu werden. In diesen Fragen sind die Auslanddeutschen in der Regel zu einer einheitlichen Aktion zu bringen. Wenn sie auch in den Fragen der inneren deutschen Politik mitsprechen wollen, so würde das auch den unerquicklichen deutschen Parteistreit ins Ausland tragen. Das muß aber um jeden Preis verhütet werden.

Wo aber sollen die Auslanddeutschen ihre Stimme zu Gehör bringen? Soll das im Auswärtigen Amt geschehen oder im zukünftigen Reichstag?

Wenn die Auslanddeutschen ihre Wünsche nur im Auswärtigen Amt zur Sprache bringen, so mangelt ihrer Stimme der Resonanzboden der Oeffentlichkeit. Ohne diese geht es aber in den wichtigsten Fällen nicht. Ihre Wünsche durch besondere Delegationen im Reichstag vorzubringen, hat auch seine Bedenken.

Der Reichstag wird auf ein innerpolitisches Programm hin gewählt. Seinen Mitgliedern fehlt zumeist jede außenpolitische Erfahrung. Es zeigt sich überdies in allen Staaten die gleiche Erscheinung, daß die auf Grund des demokratischen Wahlrechts gewählten Parlamente in der auswärtigen Politik nicht sachkundig und infolgedessen auch ohnmächtig sind. Es ist daher fraglich, ob die Teilnahme an den Reichstagsverhandlungen den Auslanddeutschen die Gewähr einer ersprießlichen Wirksamkeit bieten würde."

Dann schlägt der Autor weiter vor, dem Reichstag solle grundsätzlich die gesamte innere Politik allein vorbehalten bleiben, die auswärtige Politik aber solle der Leitung und Kontrolle der besten Sachkenner aus allen Parteien und allen Volksklassen anvertraut werden. Der Reichstag solle stimmberechtigte Mitglieder eines Auslandsrats ernennen, zu dem jede Fraktion des Reichstags eine ihrer Stärke entsprechende Zahl von Mitgliedern zu entsenden hätte, die allerdings nicht dem Reichstage unbedingt anzugehören brauchten. Mit beratender Stimme sollten der Reichskanzler, die Auswärtigenamtsbeamten höherer Grade, sowie ehemalige Botschafter und Gesandte, die beauftragten Vertreter der an der auswärtigen Politik besonders interessierten Berufszweige (Export, Industrie, Schiffahrt usw.) und eine Anzahl Vertreter der Auslanddeutschen zugezogen werden. Die Deutschen in jedem ausländischen Staat sollten das Recht auf mindestens einen Vertreter haben. Dieser Auslandsrat solle die auswärtige Politik unter die Kontrolle von Sachverständigen bringen, könne sonst brachliegende Fähigkeiten, die sich nicht im Reichstag entfalten können, heranziehen und schaffe endlich ein schützendes Bindeglied zwischen der Heimat und dem Auslanddeutschtum. Mehr als beratende Stimme dürften die Auslanddeutschen nicht verlangen, weil sie ja auch die finanziellen Lasten der Heimat nicht mittragen und weil ihr Interesse ja auch in Widerspruch zu denen der Heimat treten könnten. Die Mitgliederzahl des Auslandsrats dürfe höchstens ein Viertel der Mitglieder des Reichstags umfassen. Ein Vertreter des Auslandsrats wäre also Vertreter für ungefähr 600 000 Deutsche. Um stimmberechtigt zu sein, müßten also die Auslanddeutschen im Auslandsrat ganz andere Massen vertreten, als sie es in Wirklichkeit tun. Zur beratenden Mitwirkung im Rat werde man aber wohl nicht so sehr auf die Zahl als auf die Fähigkeit der Auslanddeutschen zu sehen brauchen. Als Vertreter der Auslanddeutschen im Auslandrat kämen Publizisten von Rang, die Kenner auswärtiger Fragen sind, wie auch die Auslandredakteure der großen deutschen Zeitungen in Betracht. Ein besonderer Wahlmodus für die Vertreter der Auslanddeutschen sei gar nicht nötig, eine ausführende Bestimmung genüge vollkommen.

Vom Deutschtum in Chile

Von GUSTAV MAIER, ZÜRICH.

Es ist den Feinden Deutschlands gelungen, trotz der starken Ausbreitung der Deutschen über die ganze Erde, der deutschen Sache in weitestem Umfange die Sympathien zu entziehen und uns sozusagen als das „odium generis humani" im Empfinden der Völker hinzustellen. Es muß gesagt werden, daß durch die planvoll organisierte Verleumdung und Verhetzung der feindlichen Weltpresse allein sich diese Stimmung nicht erklären läßt. Es liegen ihr sicherlich auch gewisse positive Ursachen, eigene Fehler und Irrtümer, zugrunde, die sich unschwer durch unsere verhältnismäßig junge Weltstellung erklären lassen. Teils sind es Mängel im persönlichen Auftreten, besonders aber gelegentliche kommerzielle Uebertreibungen, wie sie bei einem mächtigen Aufstreben im Welthandel wohl unvermeidlich sind. Auf diesem Gebiete ist dem künftigen Kritiker ein weites Feld eröffnet, und der unbefangene Beurteiler, der (gleich Reuleaux mit seinem berühmten und folgenschweren Worte „billig und schlecht" von der Weltausstellung in Philadelphia 1877) seinem Volke unerschrocken die Wahrheit sagen wird, wird zweifellos eine zwar persönlich undankbare, aber allgemein bedeutsame Wirkung auslösen.

Wohltuend berühren, namentlich im Hinblick auf das Deutschtum in den Vereinigten Staaten, die Verhältnisse in Südamerika. Dort war ein stärkerer Einfluß des Deutschtums leichter erreichbar, weil ihm durch die, einer gewissen Auffrischung geneigte, spanische und portugiesische Kultur ein viel geringerer Widerstand entgegengesetzt wurde, und weil dort durch nationale, sprachliche und religiöse Gegensätze eine gewisse Abneigung gegen die angelsächsische Kultur unterstützend mitwirkte. So sind besonders in Brasilien, wie auch in Argentinien mächtige deutsche Kolonien entstanden, die ihr Deutschtum durch Generationen

Digitized by Google

bewahrt haben, wenn sie auch unter dem Einfluß der ursprünglichen Bevölkerung und der an der Ostküste starken romanischen, besonders italienischen Einwanderung nicht zu einer irgendwie bestimmenden Mitwirkung an der Regierung und den Staatseinrichtungen gelangen konnten. Merkwürdigerweise zeigt sich auf der anderen, von uns abgewendeten Seite des südamerikanischen Kontinents, in Chile, eine ganz andere Erscheinung. Dort hatten sich schon in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts einzelne unternehmende deutsche Kaufleute niedergelassen (das erste große Handelshaus in Valdivia wurde 1822 begründet und in den 30er Jahren folgten vereinzelte andere Unternehmungen). Aber erst zu Beginn der 50er Jahre finden wir, durch einzelne weitblickende Deutsche veranlaßt (besonders durch den „Vater der deutschen Kolonisation" Bernhard E. Philippi), eine stärkere deutsche Einwanderung, der sich in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine zweite Periode der deutschen Besiedlung anreiht. Meist sind es neben vereinzelten Kaufleuten nud Gewerbetreibenden Ackerbauer, die sich dort im fernen Westen eine neue Heimat suchen. Im ganzen erreicht die Zahl der deutschen Eingewanderten wohl kaum etwa 20 000, und doch haben diese Pioniere inmitten einer fremdsprachlichen Bevölkerung von 3—4 Millionen sich nicht nur ihr Deutschtum durch mehrere Generationen hindurch treu bewahrt, sondern sogar einen anerkannt bedeutsamen Einfluß auf die Entwicklung des Staates ausgeübt; dies ist ja auch in der schweren Kriegszeit dadurch zum offenbar praktischen Ausdruck gelangt, daß die Republick Chile trotz aller Beeinflussung und großer politischer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten bis zuletzt ihre Neutralität treulich aufrecht erhalten hat.

Ueber Ursprung und Bedeutung dieses chilenischen Deutschtums habe ich einige Notizen unter den frischen Eindrücken eines längeren Aufenthaltes im Lande im Jahre 1910 niedergeschrieben:

„Ende 1852 drangen von Süden her 212 Personen, meist aus Schwaben, Brandenburg und der Provinz Sachsen gebürtig, in den Urwald am Llanquihue-See ein. Mit Waldmesser und Axt brachen sich die mutigen Männer die Bahn durch das tausendjährige Dickicht. Die Leidensgeschichte dieser Pionierarbeit, die nur von deutschem Wagemut und deutscher Zähigkeit vollbracht werden konnte, läßt alles weit hinter sich, was uns z. B. Stanley von seiner mit Sklaven vollführten Durchquerung Afrikas erzählt. Gar elend war anfangs das Leben, gar spärlich die Ernte in den abgebrannten Waldparzellen; Jahre hindurch pochte der Hunger an die Tür der armseligen Hütten. In tagelanger Wanderung durch den fast pfadlosen Urwald mußten sich im Winter die Hausväter die dürftigen Lebensmittel aus dem fünfzig Kilometer entfernten Osorno holen, um Weiber nud Kinder vor dem Hungertode zu retten. Wer von den glücklichen Enkeln denkt noch an diesen mühsamen, verzweifelten Lebenskampf der Vorfahren?

Jetzt ist der liebliche See eingefaßt von milden Höhen, die mit reifenden Saatfeldern, hübschen Gärten und kleinen stehengebliebenen Waldparzellen bedeckt sind. Von allen Seiten grüßen freundliche Ortschaften, die deutschen Dörfern aufs Haar gleichen: saubere Holzhäuschen mit glitzernden Fenstern, oft in so schmucker Architektur, daß sie den Eindruck steinerner Villen machen. Denkt man zurück an das unvermeidliche Wellblech in den gleich alten englischen Kolonien der Südsee, so fühlt man sich hier doppelt heimisch. Man hört beinahe nur deutsch reden: alle Grundbesitzer, Handwerker, Gastwirte, Kaufleute sind deutsch, meist wohlhabend. Die Zähigkeit dieses vorwiegend protestantischen Deutschtums ist so stark, daß man heute noch, in der zweiten und dritten Generation, den Leuten anhört, woher sie stammen, aus Schwaben, Hessen, von der Wasserkante oder aus Böhmen, von wo zu Anfang der siebziger Jahre auch eine katholische Einwanderung in die Gegend erfolgte.

Die Wohlhabenheit der Bevölkerung prägt sich auch in ihrer äußeren Erscheinung aus: die Leute sind alle gut gekleidet, benehmen sich angenehm, freundlich und zuvorkommend und zeigen eine Bildung, die über dem Niveau unserer heimischen Bauern steht. Reitpferd und Ochsenkarre sind die einzigen Transportmittel, alle Welt ist beritten, Mann und Frau, Kind und Greis; wer kein Pferd hat, ist arm. Großgrundbesitz, wie drüben in Argentinien, gibt es hier nicht. Die Güter sind gut verteilt, meist arrondiert, ihre Bebauung geschieht rationell und intensiv, vielfach mit Hilfe von größtenteils amerikanischen Maschinen. Das Leben ist einfach, doch fehlt es nicht an deutscher Gemütlichkeit." . . . .

„Die Stadt Osorno, abgelegen vom Zentrum, darf heute als die beste Stätte des chilenischen Deutschtums bezeichnet werden. Freundlich unter etwa 40 Gr. Breite und 73 Gr. Länge gelegen, ist Osorno eine nette, reinliche Kleinstadt spanischer Anlage, regelmäßig im Quadrat gebaut, mit einer schönen, großen, parkartigen Plaza, meist einstöckigen, niedlichen, deutsch aussehenden Holzbauten, relativ reinlichen Straßen, erhöhten, mit Holzbalken eingefaßten Trottoirs; da und dort führt eine schmale Bretterbrücke über den Fahrdamm hinüber, deren Zweck und Nutzen sich erst im Schmutz des regenreichen Winters erweist. An der Plaza steht das große deutsche Schulhaus mit stattlichem Turm, daneben die deutsche Turnhalle und die protestantische, auf der anderen Seite die katholische Kirche, nahebei der deutsche Klub mit behaglichen Spiel-, Lese- und Gesellschaftszimmern, Restaurant, Ball- und Theatersaal, etwas außerhalb der Stadt das musterhaft eingerichtete spiegelblanke, von Blumen erfüllte, von deutschen Aerzten und katholischen Schwestern geleitete Hospital mit gegen hundert Betten. Kurz, Osorno ist eine durchaus deutsche Stadt: obwohl von seinen etwa 12 000 Einwohnern nur ein Sechstel Deutsche sind, stehen doch drei Viertel des städtischen und ländlichen Grundbesitzes in deutschem Eigentum. So sind hier die Deutschen herrschend. Sie haben weitaus die Majorität in der Stadtverwaltung, sind aber klug genug, sie stets mit Chilenen zu teilen und die Stelle des Alcalden immer einem Chilenen zu übertragen. In der Mehrzahl freigerichtete Protestanten sind sie durchschnittlich wohlhabend. Ihre Schule ist ganz schuldenfrei (was man — mit Ausnahme von Valdivia — von den wenigsten Schulen hier zu Lande sagen kann). Sie sind opferwillig und praktisch: zur Ehrung der Jahrhundertfeier hatten sie große Summen gesammelt, die ursprünglich für ein Denkmal auf der Plaza bestimmt waren; durch Mehrheitsbeschluß verwendete man das Geld für das Schulwesen. So waltet hier durchweg ein gesundes Deutschtum, an dem man seine Freude haben kann, und die Leute, die meist in den fünfziger Jahren aus Kurhessen eingewandert sind, hängen mit Stolz und Liebe an ihrem alten Vaterlande." . . .

Und die ganze Entwicklung und Stellung des Deutschtums geht aus einem Werke hervor, das zur Jahrhundertfeier der Republik der deutsche wissenschaftliche Verein in Santiago unter dem Titel „Deutsche Arbeit in Chile" in 2 Bänden in deutscher und spanischer Sprache veröffentlicht hat; sein reicher Inhalt hat leider, wie alles „Exotische", in der Heimat (mit Ausnahme von speziellen wissenschaftlichen Kreisen) viel zu wenig Beachtung gefunden. Es mag verstattet sein, aus der Vorrede (auf deren Abfassung durch meinen leider inzwischen verstorbenen Sohn, den Professor Dr. Ernst Maier von der Universität Santiago, ich stolz bin) einige wesentliche Sätze hier anzuführen:

„Es ist nicht ein Fremdling, der Dir heute naht, Volk Chiles, um Dir seinen Dank darzubringen für Gastfreundschaft, die ihm erlaubt hat, ruhig und glücklich im fremden Lande zu leben. Weit inniger sind die Bande, die uns ver-

Digitized by Google

knüpfen! Die Tausende von Männern fremden germanischen Stammes, die im Laufe des verflossenen Jahrhunderts an Euren Küsten gelandet sind, nicht Fremdlinge sind sie unter Euch geblieben, sie haben teilgenommen an Euren Kämpfen und Leiden, sie haben teilgenommen an Euren Erfolgen und Freuden, sie haben ihr Bestes gegeben, um mitzuarbeiten an der Entwicklung Chiles, auf die Ihr heute mit berechtigtem Stolze zurückblickt.

So fühlen wir uns denn als zu Euch gehörig, und in der Ueberzeugung, daß auch Ihr uns dieselben Gefühle entgegenbringt, bieten wir Euch zu Eurem Feste ein Werk, das von uns selbst handelt: „Deutsche Arbeit in Chile". Wir dürfen nicht nur von uns selbst sprechen, sondern wir müssen dies tun. Denn Ihr selbst habt uns gerufen, und am heutigen Tage sind wir Euch Rechenschaft schuldig, ob wir die Erwartungen erfüllt haben, die Ihr auf uns setztet, ob wir unser Scherflein beigetragen haben zu der Arbeit, die Eure Vorfahren und Ihr selbst zum Wohle und Fortschritte Chiles geleistet habt.

Wir haben mit Euch den Urwald des Südens gerodet und dessen Sümpfe getrocknet. Wir haben mit Euch gearbeitet am Ausbau Eures Heeres. Wir haben Euch die Methoden unserer Wissenschaft, die Resultate unserer Forschung gebracht. Wir haben mitgewirkt an der Bildung Eures Volkes. Wir haben mit Euch das Land erforscht und neue Industrien begründet. Unsere Kaufleute nehmen Teil an dem Austausch der Waren, und unsere Schiffe verbinden das ferne Land am Stillen Ozean mit allen Teilen der Welt.

Wenn wir in unserm Buche all das schildern, was Deutsche in Chile gearbeitet haben, so wollen wir hiermit keineswegs uns selbst loben. Wir wollen einen kleinen Beitrag zur Kulturgeschichte Chiles geben, Euch zur Ehre! Denn Eure weise Regierung, Euer gastfreies Volk haben uns das Feld unserer Arbeit eröffnet. Wir haben nur unsere Pflicht und Schuldigkeit getan!"

Auch im Weltkriege hat sich das Deutschtum in Chile unter sehr schwierigen Verhältnissen trefflich bewährt. Besonders zu Anfang (vor Einrichtung der drahtlosen Verbindung über Nordamerika) waren alle Berichte aus der deutschen Heimat abgeschnitten, und der tendenziös verlogenen Berichterstattung der gegnerischen Hetzpresse war es gelungen, auch die chilenische öffentliche Meinung feindselig zu beeinflussen. Unsere chilenischen Volksgenossen erlebten schwere Tage, aber Mut und Vertrauen haben sie nie verloren. Gleich zu Beginn verpflichteten sich die Deutschen Chiles, 10 Prozent ihres Einkommens als freiwillige Kriegssteuer zu leisten, und bis Ende Januar 1915 hatte diese Spende bereits die Summe von nahezu 800 000 Pesos ergeben, wovon schon die erste Rate mit 300 000 Mark nach Deutschland abgeführt worden war. (Seitdem fehlen die statistischen Nachrichten, die jedenfalls von der strengen englischen Zensur beseitigt worden sind). Der Sieg der deutschen Flotte bei Coronel im November 1914 entfesselte einen Sturm des Patriotismus, ihre Helden, unter der Führung des Admirals Spee, fanden in Valparaiso und Santiago eine begeisterte Aufnahme; ihr Untergang an den Falklandsinseln erzeugte eine tiefe nationale Trauer. Die Internierten der tapferen Besatzung der „Dresden" erfreuen sich dauernd der rührenden Sorgfalt der Deutschen Chiles.

Im Oktober 1916 wurde die lang geplante Gründung eines deutsch-chilenischen Bundes durchgeführt, der kurz darauf bereits 4000 Mitglieder zählte.

Alle diese tapferen Leistungen haben die wackeren Deutschen in Chile beinahe ausschließlich aus eigener Kraft vollführt. Die Unterstützung aus der Heimat ist nur eine sehr geringe gewesen: sie beschränkte sich auf eine tüchtige diplomatische und konsularische Vertretung und auf einen Beitrag zu dem deutschen Schulwesen in Chile, der sich jährlich — es klingt unter den heutigen Verhältnissen fast komisch — auf 56 000 Mark belief (etwa soviel als die heutigen Kosten eines einzigen Torpedoschusses): volle 20 Mark auf den Kopf der zirka 2800 deutschen Schüler, die in 32 Schulen unterrichtet werden. Die vornehmste unter ihnen in der Hauptstadt Santiago, in der 400 Schüler (auch aus den besten chilenischen Familien) ihre Bildung genießen, hat bei 15 Lehrern allein Jahresbudget von weit über 100 000 Mark.

Diese Leistungen müssen uns sicherlich, zumal im Vergleiche mit den allgemeinen betrübenden Erscheinungen, Bewunderung einflößen. Aber bei dieser platonischen Empfindung darf es nicht sein Bewenden haben: man wird aus den Erfahrungen lernen und nach dem Kriege eine andere und weitherzigere Politik gegenüber dem Deutschtum im Auslande einschlagen. Die deutschen Schulen im fremdsprachigen Auslande müssen in einer viel großzügigeren Weise unterstützt werden; die Förderung der deutschen Sprache und der wissenschaftlichen Tätigkeit im Auslande muß als ebenso wichtig betrachtet werden, wie die Unterstützung des Handels. Vor allem aber muß dafür gesorgt werden, daß das Ausland über deutsche Zustände, von denen es bisher so gut wie nichts oder nur Falsches erfahren hatte, und bezüglich deren es daher umso leichter jeder Verleumdung und Verdrehung zugänglich war, ständig und zuverlässig unterrichtet werde; es muß aber nicht minder dafür gesorgt werden, daß auch bei uns daheim, wo man bisher viel zu sehr nur nach der materiellen Seite der Auslandbeziehungen blickte, eine genauere Kenntnis über die Verhältnisse fremder Länder und über die Stellung und Bedeutung des Deutschtums im Auslande verbreitet wird. Denn auch die künftige Stellung Deutschlands in Welthandel und Weltpolitik wird nur dann Grund und Dauer haben, wenn sie sich stützen kann auf eine höhere Auffassung unseres nationalen Daseins, zunächst in unserem eigenen Tun und Denken und in deren Folge dann sicherlich auch in der gerechten Würdigung seitens der fremden Völker.

Das deutsche Theater in Riga abgebrannt!

Eine schmerzliche Nachricht drang in den ersten Januartagen zu uns: Das Deutsche Theater in Riga, dessen mächtiges Säulenportal vor dem stolzen, weiß durch die grünen Stadtanlagen schimmernden Bau der ganzen Stadt seinen Stempel aufdrückte, ist das Opfer einer bolschewistischen Brandstiftung geworden. Die Feuerwehr soll nicht eingegriffen haben, sodaß das ganze Haus den Flammen zum Opfer fiel. Deutsche Truppen waren nicht mehr da, als das stolze Haus fiel. Schmählich, man kann es nicht anders sagen, haben deutsche wohlbewaffnete Soldatenverbände die Hauptstadt Livlands vor viel schwächeren bolschewistischen Banden geräumt. Wenige Tage nach dem Fall des politischen Gebäudes fiel auch die Stätte der Kultur, die Stätte der Bildung und der Erbauung, fiel das deutscheste aller Bollwerke im Osten dem bolschewistischen Feinde zum Opfer. Wenig über ein Jahr lang hat das Deutsche Theater seine Aufgabe erfüllen können. Am 29. September 1917 war es mit großen Hoffnungen wieder eröffnet worden. Es mag heute gestattet sein, den Bericht wiederzugeben, den der Schriftleiter dieser Blätter damals der „Frankfurter Zeitung" über diese schöne deutsche Feier sandte:

Riga, den 30. September.

Es war weniger ein künstlerisches, als ein politisches und gesellschaftliches Ereignis, und das 1400 Personen fassende Haus der ältesten und bedeutendsten deutschen Kolonial-

Digitized by Google

stadt war, obgleich — fast einen Monat nach der Eroberung! — immer noch keine der alten und verdienstvollen deutschen Zeitungen erscheinen kann, sondern die Plakatsäule einziges Publikationsorgan bildet, eine Stunde nach Eröffnung des Vorverkaufs ausverkauft. Man kam ja nicht, um gleich am Abend der Eröffnung von den vier oder fünf noch gebliebenen Berufsschauspielern und der sie unterstützenden Menge von Theaterfreunden und Dilettanten hehrste deutsche Kunst zu hören — man kam zur ersten öffentlichen Versammlung des Rigenser Deutschtums nach schweren Monaten, kam, um auszudrücken, welche geistige und kulturelle Kraft und Macht hier steckt und trotz aller Bedrückungen noch geblieben ist. Man wollte wieder deutsche Klänge hören, das freie deutsche Wort ungehemmt den festlichen Raum beherrschen lassen: Es war nach der militärischen Eroberung und all den privaten Freudenbezeugungen Einzelner der erste Ausdruck der Freude der Gesamtheit über die geistige Befreiung. Und so gab es wirklich ein festliches Haus gestern abend. In der einen Proszeniumsloge der Eroberer der Stadt und Oberbefehlshaber, Exzellenz Hutier, mit seinem Stabe, in der gegenüberliegenden Loge der Gouverneur, Exzellenz von Alten, mit den hier weilenden fremden Militärattachés, in Parkett und Rängen eine Fülle schöner Frauen, unter den vorherrschenden Fracks auch viel Feldgrau, schon äußerlich war es eine feierliche Wiedervereinigung des alten nud des neuen Deutschland. Stehend und in sichtlicher Ergriffenheit hörten die Rigenser die deutsche Hymne durch den weiten Raum brausen. Und wenn auch die Militärkapelle den rauhen Klang ihrer Blechinstrumente kaum bis zur Erträglichkeit dämpfen konnte — es waren doch deutsche Klänge. Richard Wagner, der ehemals hier selbst als Kapellmeister den Taktstock geschwungen, kam mit seinem Lohengrin und dem in Riga entstandenen Rienzi zu Ehren, und nicht weniger Freude erweckten die mit deutschen Volks- und Soldatenliedern durchsetzten Potpourris. Dann hörte man einen Vortrag über die Geschichte Rigas und seines Theaters, der von den engen geistigen und künstlerischen Beziehungen der Kolonialstadt zum Mutterlande berichtete. Herder und Holtei wirkten in Riga, Martersteig schuf sich hier einen Namen, der frühere Frankfurter Intendant Volkner und die drei Berliner Bühnengrößen Jadlowker, Jörn und Joseph Schwarz sind geborene Rigenser. Kaum ein bedeutender deutscher Künstler versäumte es, Riga auf seinen Kunstreisen zu besuchen. Mit herzlichem Beifall unterstrich man das Schlußbekenntnis des Redners, Dr. Neumann, zum Deutschtum und zur deutschen Kunst, die Hoffnung und die Zuversicht auf eine freie, eine deutsche Zukunft. Mit „Wallensteins Lager" endete der schöne und erhebende Abend.

Im Foyer stand vor grünen Büschen die Büste eines Mannes, dem das Rigaer Deutsche Theater viel verdankt: Des Barons v. Vietinghoff, der ihm die erste bleibende Heimstätte geschaffen hat. Zwar gab es schon sehr früh — die Chronik berichtet zum ersten Male aus dem Jahre 1206 darüber — dramatische Schaustellungen des livländischen Schwertbrüderordens und dann Propheten- und Fastnachtsspiele, die den heidnischen Einwohnern die christliche Lehre veranschaulichen und nahebringen sollten. Domschüler setzten später das Werk fort, und es kamen dann zahlreiche Wanderbühnen in die aufblühende Stadt, um erst in einem ehemaligen Kloster, dann in einem Kornspeicher ihre Kunst zu zeigen. Aber erst im Jahre 1772 erstand ein hölzernes eigenes Theatergebäude, das Vietinghoff aus eigenen Mitteln erstellte. Als es abbrannte, ließ er ihm 1782 ein neues, größeres Haus folgen und eröffnete es mit Lessings „Emilia Galotti". Vier Jahre später kaufte es die Gesellschaft „Musse" und bot darin fast 80 Jahre lang der Kunst gastliche Unterkunft. 1837 übernahm Holtei die Leitung und unter ihm war Richard Wagner zwei Jahre lang in Riga tätig! Im Jahre 1863 endlich widmete die Stadt ein aus langer Zeit aufgesammelten Mitteln gebautes neues Haus den darstellenden Künsten. Der Rat der Stadt, die große Gilde und die Johannisgilde waren die Bauherrn, ein ständisches Verwaltungskomitee übernahm den Betrieb. Seit jener Zeit datiert eine merkwürdige Form des gemischten Theaterbetriebs in Riga, erst in diesem Hause, dann, als es abbrannte, im neuen hölzernen Interimstheater, später, seit 1887 im neuen, heute noch stehenden Gebäude. Die Nutzung und Verwaltung des Theaters ist — seit Aufhebung der ständischen Verfassung — pachtweise der Großen Gilde übertragen, die für Betrieb und innere Ausstattung sorgt. Gemeinsam mit der Stadt trägt sie die Kosten für Heizung, Beleuchtung, Versicherung und Feuerwachen, während die Stadt wiederum allein für Reinigung und Erhaltung der Außenfront aufzukommen hat. Die von der Gilde angeschafften Dekorationen gehen in den Besitz der Stadt über, die zudem noch eine Subvention von rund 30 000 Rubeln für den Betrieb leistet. Da aber das Theater mit seinen Mitteln allein nicht auskommen konnte, gab es neben den Extrazuschüssen der kurländischen und livländischen Ritterschaft noch einen Beitrag von jährlich 40—60 000 Rubeln eines eigenen, 600 bis 800 Mitglieder zählenden Garantenvereins. In die Theaterkommission, die aus dem Aeltermann der Gilde, zwei Aeltesten und zwei Bürgern der Großen Gilde bestand, entsandte dieser Garantenverein drei Delegierte. So wurde das Deutsche Theater eine Pflegestätte des deutschen Geistes in Riga, bis der Krieg kam und mit ihm die brutale Unterdrückung deutscher Sprache und Kunst. Russische Truppen zogen in das schöne Haus ein, Soldatenmeetings fanden in ihm statt und man mußte es tagelang lüften und reinigen, ehe man es jetzt wieder benutzen konnte. Erst als die russische Revolution auch den „Fremdvölkern" Rußlands etwas Erleichterung bot, fanden, also noch zur Russenzeit, wieder deutsche Theatervorstellungen statt, aber hinter verschlossenen Türen und verhängten Fenstern, in einem Schulsaale, stillschweigend geduldet, aber beileibe nicht gestattet. Man gab „Johannisfeuer" und die „Liebelei".

Im übrigen hatte Riga noch ein zweites städtisches Theater, ein russisches, das in ähnlichem gemischten Betriebe von der Stadt, einem russischen Komitee und einem Garantenverein verwaltet und unterhalten wurde, und die Stadt subventionierte auch zwei lettische Theaterunternehmungen, die mit den wachsenden Bildungsbestrebungen und sozialen, wie politischen Tendenzen der Letten aufkamen. Hier suchte man durch Preisausschreiben eine eigene lettische Theaterkunst zu fördern, aber neben wenigen lettischen Originalstücken brachte man auch Gogol und Schiller, Shakespeare und Goethe auf die lettische Bühne.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Schweiz.

In Olten wurde, drahtlichen Meldungen verschiedener Blätter zufolge, eine Versammlung Reichsdeutscher in der Schweiz zur Gründung einer Deutschen staatsbürgerlichen Vereinigung abgehalten. Zweck der Vereinigung ist ein Mitwirken an dem Wiederaufbau der Heimat, um dem Deutschtum im Auslande mehr als bisher zu Hause volle Geltung zu verschaffen. Zu diesem Zwecke standen u. a. folgende Forderungen zur Beratung: Reform des

Digitized by Google

auswärtigen Dienstes, insbesondere Neugestaltung der diplomatischen und konsularischen Vertretung, Schaffung von Gesandtschafts- und Konsulatsbeiräten aus Mitgliedern der deutschen Kolonien, Interessenvertretung für Auslanddeutsche bei der heimischen Regierung. Man erhofft von der Tätigkeit der Vereinigung bessere Bedingungen zur Erhaltung der deutschen Staatsangehörigkeit im Auslande und ein besseres gegenseitiges Verständnis in allen wirtschaftlichen und allgemeinen Tagesfragen.

In der Versammlung wurde mitgeteilt, daß auch in Zürich bereits eine Ortsgruppe besteht und daß der Verband die Reichsleitung auch ersuchte, für schleunige Rückkehr der noch kriegsgefangenen Landsleute unermüdlich ihre ganze Kraft einzusetzen. Der bei der Versammlung anwesende Herr Ludwig Scholz, das Mitglied des Verwaltungsrats des Deutschen Ausland Instituts, nahm Gelegenheit, die Versammlung zu begrüßen und seiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß die Reichsdeutschen fest gewillt seien, nicht nur ihrem Vaterlande in dieser Zeit höchster Not Treue zu halten, sondern sich auch in Zukunft immer enger an es anzuschließen, das werde auch in Deutschland nicht ohne Beachtung bleiben, wo man sich bewußt sei, daß es gerade Aufgabe der Auslanddeutschen sei, nach Friedensschluß die abgebrochenen Beziehungen mit der Außenwelt wieder anzuknüpfen. Gerade die Auslanddeutschen könnten der Welt beweisen, daß Deutschland Achtung, nicht Haß verdiene.

Finnland.

Beim Abschied der letzten deutschen Truppen aus Finnland Mitte Dezember feierte die gesamte bürgerliche Presse aller Richtungen die deutschen Leistungen zugunsten Finnlands. Mehrere Blätter befürworten den in Zeitungsannoncen zum Ausdruck kommenden Wunsch deutscher Offiziere und Mannschaften, als Ingenieure, Kontoristen, Chemiker und Facharbeiter in Finnland Stellung zu finden, weil der Fleiß, die Arbeitstüchtigkeit, die Gewissenhaftigkeit und das Pflichtgefühl dieser Deutschen dem finnischen Staat nur nützlich sein könne.

Baltikum.

Nur mit Trauer und Schmerz kann man der Entwicklung im Baltikum gedenken. Hatten wir noch vor wenigen Wochen der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß wenigstens für Riga und Kurland nur wenig zu befürchten sei, so ist auch diese Hoffnung schon wieder gesunken. Riga ist von 10 000 gut und ausreichend bewaffneten deutschen Soldaten vor nur 6000 Bolschewisten geräumt worden. Das Deutsche Theater, der stolze Bau, ist (wir berichten darüber an anderer Stelle) ein Raub der Flammen geworden. Die Landeswehr hat versagt, eine „innere Revolution" der lettischen Teile mußte kurz zuvor von deutschen Truppen und englischer Schiffsartillerie unterdrückt werden. Aber es kam noch trauriger: die Bolschewisten sind nicht Anhänger halber Maßnahmen, sie marschierten alsbald weiter, die Deutschen zogen sich zurück, Mitau und Tuckum fielen in Feindeshand, nur um Libau herum halten sich zurzeit deutsche Besatzungen. Die Politik der Engländer in den Ostseeprovinzen ist zurzeit unklar, wie überhaupt die Nachrichten über die Entwicklung unter der neuen Zensur im Deutschen Reich weit spärlicher fließen als unter der alten. Wir trauern um viele Hunderte braver deutscher Soldaten, die im Osten ihr Leben lassen mußten, weil ihre Kameraden feige eiligst ihre Posten der Bahnbewachung verließen und so die Angst in die Reihen ihrer Frontkameraden trugen, sie würden nicht mehr rechtzeitig zurückkommen. In der Ukraine und im Baltikum mußten viele Hunderte den Umschwung zur Freiheit mit dem Tode büßen. Wir trauern aber auch mit den Balten um alte deutsche Kultur, die jetzt vernichtet wird. Die beiden Brüder Broederich, Horte und Stützen des Deutschtums, haben mit vielen anderen ihre Heimaterde verlassen müssen. Hunderten, Tausenden ihrer Landsleute ist es nicht besser gegangen, Tausende blieben in Not und Elend zurück und harren einer unsicheren Zukunft. Das deutsche Volk geht durch schwere Prüfungen hindurch. Wo der Krieg nicht seine Außenposten zerstört hat, da vernichtet sie die von ihm selbst geschaffene Revolution. Das Schicksal des Baltikums wird stets ein schwerer Vorwurf für diejenigen Deutschen sein und bleiben, denen der Schutz dieser ältesten deutschen Kolonialgebiete denen da droben auch die deutsche Ehre zu schützen anheimgegeben war. Hoffentlich bringt die neue Zeit bald ein neues Geschlecht, das dafür Gefühl und Empfindung haben wird!

Chile.

Chile war während des Krieges einer der wenigen Staaten, die ihre Neutralität trotz aller gegnerischen Versuche aufrecht erhalten konnten. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Chile waren stets korrekt, ja sogar stellenweise freundlich. Eine Aenderung trat erst ein, als die deutschen in chilenischen Häfen liegenden Handelsschiffe vor einigen Monaten durch die Mannschaften so schwer beschädigt wurden, daß sie für einige Monate nicht mehr fahrbereit waren. Das geschah, als England die Flotte aller Neutralen auf legalem und illegalem Wege zu Frondiensten preßte, um sich Tonnage zu verschaffen, und als man vermutete, daß es auch vor Chile nicht Halt machen werde. Zweifellos hat diese Sabotage der deutschen Schiffe in Chile beträchtliche Verstimmung ausgelöst, die chilenische Presse verwies darauf, daß die Versenkung neutraler Schiffe durch Deutschland die Preise der Einfuhrwaren während des Krieges um 100 bis 200 Prozent habe steigen lassen und daß Chile die deutschen Schiffe für die Befriedigung seiner Bedürfnisse recht gut hätte gebrauchen können. Der deutsche Gesandte v. Erckert, der überhaupt ausgezeichnet seinen Posten versehen zu haben scheint, beschwichtigte den Sturm sofort durch bindende Zusicherungen und auch durch Verkauf deutscher Schiffe an Chile. Wir erfahren aus Mitteilungen chilenischer Blätter anläßlich dieses Streitfalles, daß trotz aller Ententebemühungen dem deutschen Gesandten und allen Deutschen in Chile weder feindliche noch auch nur im geringsten neutralitätswidrige Handlungen nachzuweisen waren. Allerdings wurden in einigen Blättern die deutschen Schützenvereine, die ebenso wie Schützenvereine anderer Neutralitäten seit langem bestehen, angegriffen, es wurde auch auf die während des Krieges begründete Liga der Deutschen und der Deutsch-Chilenen in den Zeitungen manch böser Pfeil abgeschossen, aber man erkannte andererseits auch an, daß die auf der Insel Quiriquina internierten deutschen Mannschaften des unter Mißachtung des Völkerrechtes von den Engländern einstens zusammengeschossenen Kreuzers „Dresden" Glänzendes zur Entwicklung des Landes geleistet haben. Wenn trotz der wüstesten und wütendsten Gegenaktion der englischen, französischen und amerikanischen Presse, der auch einheimische Organe zur Verfügung standen, die Deutschen sich die Achtung der Chilenen zu erhalten wußten, so ist das mit ein Beweis, wie Vorzügliches sie in dem Lande geschaffen haben und wie viel Chile ihnen verdankt.

Türkei.

Ueber die Lage der deutschen Kolonie in der Türkei schreibt Professor Dr. G. Fester (Frankfurt a. M.) in der Frankfurter Zeitung, nachdem er über den Umschwung in der Türkei, die innere Parteilage, über das leidlich gute Verhältnis zwischen englischen und deutschen Soldaten und über die gute Manneszucht des deutschen Heeres im Gegensatz zu dem österreichischen gesprochen hat, das folgende: „Schwere Tage hatte vor allem die deutsche Kolonie durchzumachen, bei der zum Schmerz um die Not des Vaterlandes

Digitized by Google

noch die Sorge um die eigene Zukunft, ja um die persönliche Sicherheit hinzukam, da die Entente zunächst unerbittlich auf dem Abtransport der ganzen 4000 Menschen, einschließlich der Frauen, Kinder und Kranken auf dem Wege über Rußland bestand. Dazu war die Verbindung mit der Heimat völlig abgerissen, die letzten Briefe datierten von Mitte Oktober, und seit Anfang November hatte auch der drahtlose telegraphische Dienst völlig aufgehört, so daß sogar die Tatsache der deutschen Revolution drunten bei meiner Abreise am 24. November noch unbekannt war. Anscheinend hat die Agenzia Stefani, die damals den Informationsdienst versah, aus Furcht vor bolschewistischer Infektion bei den Ententetruppen alle Nachrichten zurückgehalten. Anfangs beabsichtigte man deutscherseits zunächst alle in öffentlichen Stellungen befindlichen Deutschen mit dem inzwischen in türkische Hände übergegangenen Hapagdampfer „Corcovado" nach Nikolajew abzutransportieren, in der Hoffnung, auf diese Weise die altansässigen Deutschen retten zu können. Der Dampfer war jedoch von den Türken entgegen den Abmachungen zunächst nach Batum gesandt worden, so daß ein Abtransport sich vor Ablauf der 30tägigen Räumungsfrist offenbar nicht mehr hat bewerkstelligen lassen. Hierzu kamen noch die unsicheren Verhältnisse in der Ukraine, die zur Folge hatten, daß nicht im Militärverhältnis stehende Zivilisten von der Mitnahme durch die Militärtransporte ausgeschlossen blieben, obwohl gelegentlich sogar deutsche Damen in Schwesterntracht mitgenommen oder sogar, wenn die Papiere nicht ganz stimmten, in Pferdeboxen an Bord geladen wurden. Jedenfalls war über das weitere Schicksal der deutschen Kolonie auch noch Anfang Dezember in der Ukraine nichts bekannt; daß die altansässigen Kaufleute schließlich bleiben durften, ist nach dem bisherigen Verhalten der Entente kaum anzunehmen. Es ist nur zu hoffen, daß der Abtransport auf dem Mittelmeerwege zugestanden wurde und nicht, wie der „Matin" kürzlich meldete, eine Internierung in Frankreich erfolgt ist.

Zu der gleichen Frage des Schicksals der Deutschen in der Türkei und Kaukasus schreiben verschiedene Zeitungen aus Berlin, daß nach dem Abschneiden von Post und Telegraph das Schicksal der Deutschen ein Gegenstand ernster Sorge sei. Die letzten Meldungen stammten von zurückkehrenden Heeresangehörigen, und seit der Ankunft des letzten Transportes seien schon 14 Tage, seit seiner Abreise von Konstantinopel mehr als 1½ Monate vergangen. Die meisten Nachrichten und Notizen aus feindlichen Zeitungen seien unrichtig: „Was die Entente mit den Deutschen in der Türkei zu tun gedenkt, hat sie nicht gesagt. Wir müssen uns aber wohl darauf gefaßt machen, daß alle Deutschen in der Türkei selbst interniert und bei Besserung der Transportverhältnisse abgeschoben werden, wenn es nicht inzwischen gelingt, im Vorfriedensvertrag die Ausweisungsmaßregeln rückgängig zu machen. Die Nachricht, daß die Botschafts- und Konsulatsbeamten Mitte Dezember nach einem italienischen Hafen abgereist seien, hat sich nicht bestätigt. Vermutlich sind sie noch in Konstantinopel."

Ueber die Verhältnisse im Kaukasus heißt es dann:

„Die deutsche diplomatische Delegation in Tiflis und der General v. Kreß, sowie das Personal der deutschen Botschaft in Poti und das mit 150 Kranken belegte deutsche Lazarett waren bei der Abreise der Truppen in Tiflis zurückgeblieben. Inzwischen hat die dort angelangte englische Mission verlangt, daß alle Reichsdeutschen innerhalb 48 Stunden Tiflis verlassen sollten. Am 6. Januar haben die Engländer Tiflis besetzt. Sie gestatteten, daß das deutsche Krankenhaus weiter wirken könne. Die deutsche Delegation mußte sich jedoch nach Poti begeben, wo sie die Ankunft eines englischen Dampfers zu ihrem Abtransport abwarten soll. Die Regierung hat sofort auch bei der Waffenstillstandskommission und bei den Regierungen Frankreichs, Englands und der Vereingten Staaten um die Genehmigung zur Abbeförderung durch das Mittelmeer nachgesucht und gegen die völkerrechtswidrige Ausweisung der Zivilpersonen protestiert.

Amtlich wird hierzu unterm 18. Januar noch gemeldet: In diesen Tagen trafen in Deutschland etwa 600 Deutsche aus der Türkei ein; darunter befinden sich die Beamten der Botschaft, des Generalkonsulats in Konstantinopel und anderer Konsulate in der Türkei, ferner ein Teil der deutschen Kolonie in Konstantinopel und Deutsche aus dem Innern, insbesondere Angestellte und Arbeiter der Bagdadbahn-Baugesellschaft. Der Transport fuhr am 20. Dezember von Konstantinopel ab, wurde zunächst nach Triest und dann nach Venedig geleitet. Die Weiterfahrt erfolgte mit der Bahn über Innsbruck. Die italienischen Behörden unterstützten die Reisenden bereitwillig. Ein weiterer Teil der Deutschen in der Türkei soll demnächst ebenfalls über das Mittelmeer abbefördert werden. In Konstantinopel und anderen türkischen Städten wurden einem Teil der deutschen Kolonie sowie Frauen, Kindern und Kranken Aufenthaltsscheine von der Ententekommission gegeben, sodaß ihnen das Verbleiben in der Türkei bis auf weiteres gestattet ist. Die Betriebsbeamten der Anatolischen, der Bagdad- und der Orientbahn, ausgenommen die deutschen Generaldirektoren, verblieben als unentbehrlich einstweilen auf ihren Posten. Alle noch in der Türkei befindlichen Deutschen stehen unter dem Schutze der schwedischen Gesandtschaft, die von der deutschen Regierung mit Geldmitteln zu Unterstützungszwecken versehen wurde.

Frankreich.

Unter den aufreizenden Ueberschriften: „Die Boches und ihr Hearst", „Die deutschen Intrigen in Amerika" und so fort findet sich in verschiedenen Pariser Zeitungen (Le Pays, Journal des Débats, Victoire, Petit Parisien) am gleichen Tage, dem 19. Dezember, ein aus New York herübergekabelter kleiner Artikel. Nun ist es schon an sich verdächtig, daß zwar die Depeschen selbst verschiedene Daten, des 15., 16., 17. und 18. Dezember, tragen, zufälligerweise aber alle am gleichen, 19. Dezember, veröffentlicht werden und inhaltlich fast wörtlich gleich sind. Augenscheinlich handelt es sich um eine wohlorganisierte Arbeit irgend einer amtlichen oder privaten Stelle. In dem Artikelchen wird berichtet: Die Untersuchungen über die deutschen Wühlereien in Amerika vor dem Kriege erregten ungeheure Sensation. Der Bericht über eine der Senatskommission vorgetragene Enquete eines Kapitän Lester, Chefs der Gegenspionage im Kriegsdepartement, fülle vier Spalten der New Yorker Tageszeitungen. Der Bericht sei schlagend durch seine Klarheit und Deutlichkeit, wie durch die vorgebrachten Beweise, wonach das zum Krieg entschlossene Deutschland seit Juni 1914 Amerika mit seiner Propaganda überschwemmt habe. Hearst habe dabei eine hervorragende Rolle gespielt. Man sollte nun glauben, daß wenn französische Zeitungen sich derart wichtige Dinge herüberkabeln lassen, sie auch die wirklich „schlagenden Beweise" mitteilen würden. Was aber bringt das Telegramm? Als einzige Tatsache wird erwähnt: ein gewisser Fox oder Fex habe von Herrn Zimmermann in der Wilhelmstraße den „Auftrag" bekommen, den Eindruck der „wirklichen" Grausamkeiten der Deutschen in Belgien dadurch abzuschwächen, daß er den Amerikanern auch etwas über die Grausamkeiten der Russen in Ostpreußen erzählte. Dieser Fox habe den Artikel im Hearst-Blatt „New York American" vom 10. April 1915 veröffentlicht und die Sache so dargestellt, als habe er die russischen Grausamkeiten (Abschneiden von Händen und Füßen von Kindern) selbst gesehen. Später aber habe er der Kommission mitgeteilt, daß er in Wirklichkeit nichts von den Dingen selbst erlebt habe.

Digitized by Google

Man ist immer wieder erstaunt zu sehen, mit welcher Leichtgläubigkeit und Leichtfertigkeit französische Zeitungen in ihrer deutschfeindlichen Propaganda vorgehen. Wenn wirklich nichts anderes in dem Bericht des Herrn Kapitän Lester steht, als daß ein fixer Zeitungsmann hinging und eine Geschichte, die er selbst nicht erlebt hat, seinen Landsleuten so schilderte, als ob er bei allem dabeigewesen wäre, dann dürfte der deutsche Name in Amerika durch diese Kommission nicht allzu stark belastet worden sein.

England.

Unter den vielen hetzerischen Stimmen der englischen Presse befindet sich selten auch eine, die zur Vernunft mahnt. Der „Manchester Guardian" schreibt, daß die vom Premier-Minister vorgeschlagenen Maßregeln gegen Deutschland zu keinem vernünftigen Frieden führen könnten. Kein Volk werde sich lange eine derartige Isolierung und Schmach gefallen lassen. So werde man zu keinem Frieden kommen, sondern nur zu einer ständigen Drohung der Auflehnung und zu dauernden Einrichtungen zu ihrer Unterdrückung. Sir Eric Geddes aber führte in seinen Wahlversammlungen aus, er schlage vor, Deutschland auszusaugen, wie es Belgien ausgesogen habe, ihm nicht nur Gold, sondern auch Silber und Edelsteine, Bilder und Büchereien, kurz alles zu nehmen und den Deutschen zu untersagen, in England irgendwelches Eigentum zu besitzen.

Afrika.

Das „Missionsblatt" Barmen berichtet über eine Ansprache, die der englische Kolonialsekretär der Goldküste vor einer aus Europäern und Eingeborenen bestehenden Versammlung gehalten habe, und in der er sich darüber äußerte, warum die englische Regierung sich genötigt gesehen habe, nicht nur die deutschen, sondern auch die schweizerischen Angehörigen der Basler Mission des Landes zu verweisen. Im Eingang seiner Rede findet er hohe Töne der Anerkennung für die Arbeit der Basler Missionare, die sie in langen Jahren auf dem religiösen Gebiet und auf dem der Schule geleistet hätten. Dadurch, daß die englische Regierung die Basler Mission während der 3½ ersten Kriegsjahre ruhig habe gewähren lassen, habe sie auch das Bewußtsein von ihrer Dankesschuld deutlich bekundet. Aber jetzt verlange die Schuldverpflichtung gegen die Tausende von Engländern, die ihr Leben gelassen hätten, daß für alle Zeiten das „Unreine", womit die Basler Mission leider untrennbar verbunden sei (das „Unreine" ist natürlich das Deutschtum) beseitigt werde. Er, der Kolonialsekretär, zweifle nicht, daß viele Basler Missionare an der Goldküste einen Namen hinterließen, der immer in verdienten Ehren stehen würde. Aber er wage zu behaupten, daß die Masse des Volkes freier aufatmen würde, wenn bekannt würde, daß die Regierung entschlossen auch die letzten dieser feindlichen Körperschaften ausgetrieben habe. Und dann sagt er weiter: „Was veranlaßt uns also, diese Stellung (der bisherigen Duldung) zu verlassen. Ist es nicht das, daß wir durch bittere Erfahrung gelernt haben, uns vor deutscher Verräterei auch im unschuldigen Gewande zu hüten? Die deutsche Regierung ist es, die durch die Anstiftung solcher Verrätereien die Grundlagen der Basler Mission auf der Goldküste und in Indien untergraben hat. Wir haben für die Arbeit einer hingebenden Schar von Männern und Frauen tiefe Bewunderung gehabt; die deutsche Regierung hat es mit ihrer überlegten, schreienden Beiseitestellung aller Grundsätze der Menschheit dahin gebracht, daß wir jetzt einen starken Widerwillen gegen ihre bloße Gegenwart empfinden und kaum mehr einem Glied oder Zugehörigen jener Nation auf britischem Gebiet begegnen können, ohne uns in unserem Gefühl für Anstand verletzt zu fühlen. Die bloße Tatsache, daß wir endlich diesen Schritt gegen die berühmte Basler Mission haben tun müssen, wird die Neutralen überzeugen helfen, wohin deutsche Doppelzüngigkeit und Hinterlist führen muß." — Die Neutralen werden wohl aus dieser Rede etwas anderes ersehen, nämlich wie rücksichtslos und unsachlich England in seiner Verhetzungspropaganda vorgeht.

Südafrika.

Inmitten des von allen Seiten ertönenden Rufes „Fort mit den Deutschen" ist es erfreulich, aus Süd-Afrika vernünftigere Töne vernehmen zu können. Minister Burton von der südafrikanischen Union hielt in Ladysmith, Natal, am 8. Dezember eine Rede vor seinen Wählern über die Frage der Ausweisung der Deutschen in Süd-Afrika. Im Gegensatz zu der von vielen Stellen geforderten rücksichtslosen Ausweisung der Deutschen vertrat er den Standpunkt der Regierung, daß nämlich bei aller Wahrung der Interessen der südafrikanischen Bürger nur solche Persönlichkeiten aus dem Lande gewiesen werden dürfen, die, ohne Rücksicht auf ihre Nationalität, eine öffentliche Gefahr für den Staat bedeuten. In ähnlichem Sinn hat sich am 16. Dezember der Justizminister der südafrikanischen Union de Wet in einer Rede, deren Bedeutung die Londoner Times besonders unterstrichen hat, ausgesprochen.

Amerika.

In Amerika ist die Begründung einer Liga zur Förderung amerikanischer Ideale geplant, die die im Ausland geborenen Bürger amerikanisieren will, sofern sie noch Sprache und Sitten ihrer früheren Heimat beibehalten haben, obgleich sie im Herzen der neuen Heimat zugetan sind. Amerika als nicht nur geographischer Begriff, sondern als Träger geistiger Werte und neuer Ideale soll ihnen nähergebracht werden. Fremdsprachige Zeitungen sollten nur mit englischer Uebersetzung daneben gedruckt werden dürfen, alle Schulen als Grundsprache nur das Englische haben und fremde Sprachen nur in höheren Klassen als Bildungsmittel lehren dürfen. Die Versammlungssprache soll nur das Englische sein, das auch einzige Umgangssprache sein darf. Die eingewanderten Menschen müßten allerdings auch in der Tat, nicht nur theoretisch als Vollamerikaner gelten.

Brasilien.

Meldungen portugiesischer Blätter zufolge bereitet der Finanzminister Maßregeln gegen eine erneute Einwanderung deutscher Personen nach dem Kriege vor, die angeblich von der gesamten Presse begrüßt und unterstützt werden. Gleichzeitig aber breiten sich die Japaner immer behaglicher in Brasilien aus.

China.

Der britische Gesandte soll, dem New Yorker „Commercial and Financial Chronicle" zufolge, im Auftrage sämtlicher alliierten Diplomaten dem Auswärtigen Amt in Peking eine Beschwerdeschrift überreicht haben, in der unter anderem darüber geklagt wird, China vermöge nicht das feindliche Vermögen zu konfiszieren, den feindlichen Unternehmungen Beschränkungen und Strafen für den Handel mit dem Feind aufzuerlegen, ferner bringe es feindliche Staatsangehörige, die „intrigierten", nicht ins Gefängnis und erlaube den alliierten Konsuln nicht, bei Gerichtsverhandlungen gegen feindliche Spione zugegen zu sein. Gleichzeitig hetzt die englische Presse weiter gegen die Deutschen in China und behauptet, die Deutschen suchten englisch-amerikanisch-japanische Reibungen hervorzurufen. Ein chinesisch-britisches Organ treffe wirksame Gegenmaßnahmen für einen Handelsfeldzug gegen Deutschland. Die chinesischen Kaufleute hätten Neigung bekundet, Verträge mit alliierten Kaufleuten aufzugeben, weil die „Hunnen" Waren zu niedrigeren Preisen angeboten hätten. Die Hetzer merken anscheinend nicht, wie sehr derartige Mitteilungen tatsächlich gegen sie selbst sprechen.

Digitized by Google

Man liest die Wahrheit nur allzu leicht zwischen den Zeilen. Gleichzeitig wird in Peking zurzeit ein heftiger Feldzug gegen den holländischen Gesandten geführt, weil er deutschfreundlich sei, die Liquidierung der deutschen Bank und die Internierung der Deutschen verhindert habe und die Chinesen von ihrer Kriegspflicht den Alliierten gegenüber abhalte. Die Chinesen fürchteten Holland, weil in Holländisch-Indien 700 000 Chinesen unter ungünstigen Verhältnissen lebten und Furcht vor Repressalien gegenüber ihren Landsleuten auf Java hätten. Selbst jetzt, da China nach Abschluß des Waffenstillstandes energisch daran gehen wolle, „seine Pflicht zu erfüllen", hindere der niederländische Konsul das durch allerhand Einsprüche, den Deutschen würde nicht genügend Zeit gelassen und so weiter. Das chinesische Auswärtige Amt veröffentliche ein Weißbuch, in dem auch alle niederländischen Noten abgedruckt würden. Unter anderem sei da vor der Liquidierung der Deutsch-Asiatischen Bank gewarnt, weil sie völkerrechtswidrig sei. Der Gesandte drohe mit künftigen Repressalien Deutschlands und warne vor der Deportation nach Australien. Wenn die „Times" berichtet, daß aus Anlaß eines Vortragsabends des berühmten Chinakenners Bland auch die Rückgabe der bronzenen astronomischen Instrumente gefordert worden sei, die die Deutschen nach Niederwerfung des Boxer-Aufstandes aus Peking mitgenommen hätten und die jetzt im Park von Sanssouci stehen, so wird deren Rückgabe seitens der neuen deutschen Regierung gewiß keine Schwierigkeiten machen. Wir wünschten nur, auch die Alliierten gäben alles das heraus, was sie damals aus China entführten.

Die Engländer setzen ihre systematische Arbeit zur Vertreibung der Deutschen aus China fort. So berichtet neuerdings die „Frankfurter Zeitung", daß der „North China Herald" eine Verfügung des britischen Generalkonsuls J. W. Jamieson in Kanton mitteilt:

„Ausgenommen zum Zweck des Ab- und Zuganges von und zu den Landungsstegen ist es von jetzt an feindlichen Untertanen verboten, das „Bund" (die von den Europäern nach der Geschäftszeit zu Spaziergängen benutzte Hauptstraße des auf der Insel Schamin vor Kanton liegenden Europäerviertels, wo man unter schattigen Bäumen am Strande spazieren geht und den wundervollen Blick auf das Leben und Treiben des Hafens hat. Die Schriftltg.) und den mit ihm parallel laufenden Fußweg während der Tagesstunden zu benutzen. Ihr Zusammenhang mit einer Nation, die die zwecklosen und schmutzigen Morde an Rote-Kreuz-Pflegerinnen, hilflosen Verwundeten und schutzlosen Kriegsgefangenen zur Politik macht, stellt sie in die Kategorie der moralisch Aussätzigen, und als solche beleidigen sie durch ihr Erscheinen in der Oeffentlichkeit das Auge und erregen bei zivilisierten menschlichen Wesen Aergernis."

Das zitierte englische Blatt fügt hinzu, die Maßregel sei sogar noch besser als die Vertreibung der Deutschen, denn sie führe den Deutschen ihre moralische Minderwertigkeit stets vor Augen. Leider sei in Schanghai eine derartige Verfügung nicht zu erhalten.

Die Maßregel gegen die Deutschen ist um so schamloser, wenn man die Fremdenniederlassung von Kanton, die erwähnte Insel Schamin kennt, deren einzige Schönheit und Erholung der „Bund" ist. Und dabei gilt Herr Jamieson als Kenner Deutschlands, der vor dem Kriege eben seinen Verkehr unter Deutschen suchte!

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Ein Auslanddeutscher schreibt uns: „Wohl die meisten der Auslanddeutschen haben während der Kriegsjahre infolge der Internierung und sonstiger Maßnahmen unserer Feinde große Verluste erlitten. Jedoch alles dies hat nach meinen Erfahrungen und Beobachtungen nicht verhindern können, daß wir dem Land unserer Väter treu blieben und nie an der Kraft des Deutschtums zweifelten. Um so schmerzlicher empfindet man die durch die augenblicklichen inneren Wirren verursachte Verzagtheit und Mutlosigkeit vor den schweren Aufgaben der Zukunft und die damit für die Rückwanderer verbundene Schwierigkeit, ihre Erfahrungen der Heimat dienstbar zu machen und an dem Wiederaufbau sofort mit Hand anlegen zu können. Eigentümlich berührt in dieser Lage, daß nach jahrelanger Absperrung von der Außenwelt, kurz nach der Rückkehr in die Heimat, die Steuerbehörde sofort Ansprüche erhebt auf Steuern für 2 Jahre, vom Tage der Auswanderung an gerechnet, besonders wenn eine solche Zeitperiode zu fast sieben Achtel in die Kriegsjahre fällt. Diese Erfahrung mußte u. a. auch ich machen. Solche Ansprüche berühren mich um so peinlicher, als meine Laufbahn als Generalvertreter eines der größten Werke der Schwerindustrie — welche Tätigkeit ich erst im April 1914 begonnen hatte — durch den Krieg zu jähem Abschluß kam und ich mich im Augenblick vollständiger Zukunftsunsicherheit gegenüber sehe.

Unter den vielen Klagen der Auslanddeutschen befindet sich eine große Anzahl von Beschwerden, daß den Auslanddeutschen ihnen rechtmäßig zustehende Gelder der deutschen Behörde trotz vielfacher Mahnungen nicht ausbezahlt werden. Aus den vielen Klagen heben wir eine über Rumänien hervor:

„Ferner sind mir meine Internierungsschäden noch nicht ausgezahlt worden, ebenso habe ich noch Geldforderungen für gelieferte Waren an die frühere Rumänische Wirtschaftsverwaltung. Beide Institute: Abtl. S. (Schadenersatzamt), zurzeit Frankfurt a. Oder, und der Wirtschaftsstab für Rumänien, Berlin W., Potsdamerstr. 121 b, antworten mir auf meine Eingaben nicht. Da ich mich in großer Geldnot befinde, weiß ich nicht, was anzufangen ist.

Sollen denn wir Auslanddeutschen vollkommen zu Grunde gehen? Haben wir denn nicht schon genug gelitten für die Hochhaltung des Deutschtums im Auslande, daß man Hab und Gut und auch die Gesundheit eingebüßt hat?"

Zahlreiche Auslanddeutsche klagen, daß die deutschen Behörden sich ihrer berechtigten Beschwerden und Wünsche nicht, oder nicht mit genügender Energie annehmen; ein Fall, den uns ein Auslanddeutscher mitteilt, ist besonders kraß:

„Auf meine Veranlassung hin wurde bei einer belgischen Firma mir gehörende Ware beschlagnahmt und der Kriegsleder-A.-G. in Brüssel, welcher Gesellschaft Handel und Gewerbe in Brüssel unterstellt war, zur Verwahrung übergeben.

Um die Ware an Ort und Stelle zu holen, ging ich während des Kriegs selbst nach Brüssel, die Kriegsleder-A.-G. konnte jedoch während dreier Tage nicht einmal Zeit und Gelegenheit finden, irgend einen ihrer Angestellten mit mir zusammen nach dem Aufbewahrungslager zu senden, damit ich an Ort und Stelle mein Eigentum aussuchen konnte. So verbrachte ich drei Tage in Brüssel, ohne nur das geringste ausgerichtet zu haben und nachdem ich verschiedene hundert Mark Unkosten hatte. Derartige Zustände dürften an geeigneter Stelle zur Sprache gebracht werden und für Abhilfe wären jedenfalls viele Auslanddeutsche dankbar.

Ich war vom 5. März 1915 bis 22. Dezember 1918 ununterbrochen im Heeresdienst und hatte keine Gelegenheit, irgend welchen Kriegsgewinn einzuheimsen, sondern habe Verluste, die sich auf 40—50 000 Mark belaufen, zu beklagen."

Digitized by Google

Ein Auslanddeutscher, der selbst ohne Stellung ist, schreibt uns: Es handelt sich nicht um eine persönliche Angelegenheit, sondern um die so oft gerügte „Ideallosigkeit in wirtschaftlicher Beziehung" — um den Mangel an politischem Denken, an Nationalgefühl, das ein so erheblicher Teil von uns Deutschen an den Tag legt. Die Kleider sind noch nicht abgelegt, in denen wir uns jetzt über vier Jahr lang gegen eine zehnfache Uebermacht mit „unguibus et rostro" heldenhaft verteidigt haben, und während der 22fache Chor der — — — „Sieger und Aushungerer" sich jeden Tag noch selbst überbietet in gemeinen Verlästerungen und Verwüstungsplänen — so da sind „Ausweisung aller Deutschen aus England" — Verhütung einer Ueberschwemmung Frankreichs mit billiger deutscher „Camelotte" — Ausweisung aus China — Internierungsandrohung von seiten der so sehr „neutralen" Belgier — (die, nebenbei bemerkt — zur Entwicklung ihres Handels niemals einen Deutschen nötig hatten!) usw. — — — da lesen wir auf allen Seiten des deutschen Blätterwaldes — man möchte sagen, „es braust ein Ruf wie Donnerhall" — Belgien, Deutscher, der demnächst dorthin zurückkehrt, langjähriger Vertreter in Frankreich, mit Französin verheiratet, sucht Verbindungen für Im- und Export — für Indien — Serbien — Portugal — Italien. Für alle diese Länder und Stiefvaterländchen sitzen schon Haufen von deutschen „Fürchtenichtsen" sprungbereit, die den Augenblick nicht erwarten können, bis sie vor diesen edlen Gönnern Deutschlands auf dem Bauche rutschen dürfen, um ein paar Aufträge als Erster durchs Ziel zu bringen. Edler Wettstreit armseliger Gemüter! Abgesehen von der Würdelosigkeit, der aus diesem schrankenlosen Wettlauf spricht, welchen praktischen Zweck haben jetzt schon solche Anzeigen in Tages- und Fachblättern!? Kann irgend eine ernst zu nehmende Firma jetzt schon Abmachungen für den Export treffen, bevor sie weiß, wie die Friedensbedingungen lauten, bevor sie Währungs- und Zollverhältnisse kennt; bevor sie weiß, wo die Rohmaterialien hernehmen? Läuft sie nicht Gefahr, Schwindlern in die Hände zu fallen, die die erhaltenen Mitteilungen für die Gegner ausnützen? Und dann die Gefahr für den gesamten deutschen Export! Ganz richtig wird bei dem feinen politischen Instinkt der Franzosen die Deutung herausgerechnet: in Deutschland liegen schon ganze Berge billigen Schunds, typische deutsche „Camelotte", bereit, um unsere Märkte damit zu überschwemmen. Hüten wir uns — schließen wir unsere Grenzen so gut es geht. Ganz so ähnlich schreibt im Pariser „Matin" vom 21. Dezember 1918 ein Korrespondent, in Köln habe ihn eine ganze Anzahl von „boches parisiens d'avant la guerre" schon in ihrer Naivität gefragt, wann sie wieder in die Lichtstadt einziehen könnten. Warum sich so wegwerfen? Der deutsche Export kommt doch so wie so ganz von selbst, weil jene trotz ihres Siegesgeheuls uns und unsere Erzeugnisse (und zwar sehr rasch) doch nötig haben, wie wir ihre Rohstoffe. Warum bekommen diese uns schädigenden Naiven, catilinarischen Existenzen und Abenteurer nicht öfter eine kalte Dusche?

Die Herren sollten wahrhaft demokratisch sein und jetzt mithelfen an einem geordneten Aufbau unseres schwer darniederliegenden Vaterlandes und dann hinausziehen, wenn wir diese erste Handlung hinter uns haben — aber nicht jetzt betteln gehen! Wir, die Besiegten von heute, werden durch unsere Ideen und Tatkraft die Sieger von morgen sein.

KLEINE NACHRICHTEN

Riga. Die „Rigaische Zeitung" widmet einen warmen Nachruf dem hingeschiedenen Stadtsekretär Arthur Sticinsky, einem treuen Sohn der Stadt Riga, der dort 1863 als Sohn des Sekretärs des Livländischen Hofgerichts geboren wurde, die Landesuniversität Dorpat, später Leipzig und Bonn besuchte und 1894 Auskultant des Stadtamtes Riga, dann Archivar des Handels- und Gewerbeamts, sowie geschäftsführender Handelsdeputierter daselbst wurde. Seit 1902 wirkte er als Notar des Handel- und Gewerbeamts, und seit 1907 auch als Sekretär des städtischen Arbeitsamts.

Riga. Der Verwaltungschef der Baltischen Lande, Landrat a. D., Mitglied des Preuß. Abgeordnetenhauses und des Reichstags, v. Goßler, erläßt bei seinem Scheiden aus Riga die folgende Bekanntmachung in den Zeitungen:

„Bei meinem Scheiden aus dem Lande ist es mir ein Herzensbedürfnis, allen denen, die der Verwaltung in schwerer, arbeitsreicher Zeit ihre Dienste gewidmet haben, zu danken und mich von allen, mit denen ich dienstlich und gesellschaftlich in Berührung gekommen bin, zu verabschieden. Seitdem mir am 16. August 1915 die Verwaltung Kurlands und am 2. August 1918 die der Baltischen Lande übertragen wurde, habe ich mit ganzem Herzen teilgenommen an den Geschicken des Baltenlandes, persönlich eng verbunden mit seinen Hoffnungen und seinen Sorgen, bemüht mitzuarbeiten an einer glücklichen, für alle Einwohner ersprießlichen Zukunft des Landes.

Die Erinnerung an diese Jahre und an die vielen gleichgestimmten Männer und Frauen, mit denen mich mein Weg zusammenführte, und bei denen ich gastliche Aufnahme fand, wird mir unvergänglich sein und auch durch das Dunkel der jetzigen Zeit hindurchleuchten.

Gott schütze das Baltenland und führe es gnädig durch Nacht zum Licht!"

★

Aus diesem Anlaß sei auch uns gestattet, Herrn v. Goßler den Dank des Ausland Institutes für seine unermüdliche und treue Förderung öffentlich auszusprechen. Herr v. Goßler hat das Zustandekommen unserer Kurland-Ausstellung von Anbeginn an durch sein warmes Eintreten für den Gedanken erst ermöglicht, er hat ihr Werden und Wachsen verfolgt, hat in Stuttgart, München, Berlin, Dresden sie selbst eröffnen helfen. Viele seiner Anregungen sind uns schätzenswerte Hinweise gewesen. Dem Baltikum galten wertvolle Jahre seines Lebens. Sein Interesse für die Auslanddeutschen wird mit dem Scheiden aus seinem Amte nicht erloschen sein. Wir hoffen, uns noch mancher Förderung des Mannes erfreuen zu dürfen, der im Baltikum viele treue Freunde zurückläßt. — Gleichzeitig mit dem Abschiedsschreiben v. Goßlers veröffentlicht die „Rigaische Zeitung" die Nachricht, daß auch der Oberbefehlshaber v. Kathen mit seinem Stabschef Major Franz aus ihren Aemtern in der 8. Armee scheiden. Sie sind durch das Kriegsministerium zu den Offizieren von der Armee versetzt worden. Es läßt sich zurzeit nicht ermessen, inwieweit hier sachliche Meinungsverschiedenheiten mit dem Generalbevollmächtigten des Deutschen Reiches, Winnig, oder mit dem Soldatenrat über die Art der Verteidigung baltischen Bodens gegen die Bolschewisten eine Rolle spielten, jedenfalls widmet die „Rigaische Zeitung" den Scheidenden warme Worte des Dankes für ihre stets bewährte persönliche Anteilnahme an den Geschicken des Landes.

Basel. Der Mathematiker Professor Dr. Hans Mohrmann, Professor an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, hat eine Berufung an die Universität Basel erhalten und sie angenommen.

Riga. Der Naturforscher-Verein hielt am 2. Dezember 1918 eine Sitzung ab, in der Fliegerhauptmann Erdmann über die Bedeutung des Flugwesens sprach.

Digitized by Google

Dorpat. Am 12. Dezember fand die letzte Theateraufführung des Deutschen Theaters vor einem ausverkauften Hause statt. Mit leisem Wehmutsgefühl verließ das Publikum, unter dem die feldgraue Uniform recht zahlreich vertreten war, unter den Klängen des vom Orchester intonierten Abschiedliedes „Muß i denn, muß i denn zum Städtle hinaus" den Theaterraum.

Konsulatskosten. Ein Auslanddeutscher wollte von seinem in Rußland befindlichen Vermögen Wertpapiere im Werte von ungefähr 120—130 000 Mark nach Deutschland überführen. Er bediente sich dazu des deutschen Konsulats, das das Wertpaket nach Deutschland an das „Kontor der Reichshauptbank für verschlossene Depositen" übersandte. Nach einem uns vorliegenden Schein dieses Kontors mußte der Auslanddeutsche für diesen Dienst Konsulatsgebühren im Betrage von 287 Mark bezahlen. Das scheint uns ein Beitrag dazu zu sein, wie es das Reich nicht machen soll, um die Auslanddeutschen an die alte Heimat zu fesseln. Die Interessen der Auslanddeutschen sind nicht dazu da, daß der Staat finanzielle Vorteile aus ihnen zieht. Die finanziell überall so schwer geschädigten Auslanddeutschen dürften wohl erwarten, daß man ihnen bei derartigen Diensten nur die allergeringsten Kosten berechnet.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

St. Petersburg. Von den deutschen Kirchenschulen in Petersburg bestehen nach der Schließung der St. Katharinenschule noch die St. Petrischule, die St. Annenschule und die Reformierte Schule, wie auch die „Kommerzschule des Pastors J. Masing" bei der St. Marienkirche (dem Namen nach eine Privatanstalt, tatsächlich aber gleichfalls eine Kirchenschule) unter schwierigen Bedingungen fort. Während die St. Petrischule, die Reformierte Schule und die „Kommerzschule des Pastors J. Masing" ausschließlich auf eigene Mittel angewiesen sind, war der St. Annenschule für das laufende Schuljahr seitens des Staates eine Subvention von 85 000 Rubeln zugesichert worden. Indessen wurde die Auszahlung dieser Summe unter allerlei Vorwänden fortgesetzt verweigert. So hat sich die Schulleitung im Laufe des November zur sogenannten Nationalisierung der St. Annenschule verstehen müssen, wofür dann die staatliche Subvention auf 200 000 Rubel erhöht worden ist; deren vorgesehene Zahlung in Raten ist bis jetzt erfolgt.

Deutsche Schule in Helsingfors. Mitte September 1918 wurde die deutsche Schule in Helsingfors mit 2 Klassen und 30 Schülern, sowie der Kindergarten mit 75 Kindern wieder eröffnet. Von den Schülern haben 24 Finnisch, 4 Schwedisch und 2 Deutsch (die Kinder des Pfarrers) zur Muttersprache. Sonst schicken die Deutschen ihre Kinder in die einheimischen Schulen. Die deutsche Gesandtschaft (Freiherr v. Brück) und das hierher verlegte Militär (Graf von der Goltz) haben tatkräftig zur Wiederaufrichtung und Förderung der Schule beigetragen.

Statistik der deutschen Schulen in Riga. Fünf von der Stadt unterhaltene deutsche Lehranstalten Rigas, Gymnasium, Reformrealgymnasium, Oberrealschule, Lyzeum und Mittelschule, waren Ende 1918 von 2304 deutschen Kindern besucht. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung vom 30. Dezember beschlossen, diese fünf Lehranstalten mit deutscher Unterrichtssprache weiter zu unterhalten.

Riga: Der deutsche Lehrerverband für Lettland hat eine Reihe von Leitsätzen für das gesamte deutsche Schulwesen in Lettland ausgearbeitet. Eine von mehr als 1000 Personen besuchte „Elternversammlung" am 19. Dezember 1918, die auch gegen die Gewaltmaßnahmen der lettischen Regierung betreffend die deutschen Schulen Protest erhob, sowie der deutsch-baltische Nationalausschuß haben sie gutgeheißen. Die Leitsätze sind alsdann dem Ministerpräsidenten, bzw. dem Unterrichtsminister übergeben worden. Sie fordern für das deutsche Schulwesen Lettlands, das unter der Aufsicht eines besonderen Leiters des deutschen Unterrichtswesens stehen soll, volle Autonomie in der inneren und äußeren Verwaltung und Leitung, der Aufstellung des Lehrplans und der Wahl der Lehrkräfte. Sämtliche Lehrer sollen als Staatsbeamte behandelt werden und pensionsberechtigt sein. Weiter fordern sie allgemeine Schulpflicht für die Kinder deutscher Nationalität vom 7. bis zum 14. Jahre und Zulassung der Koedukation. Staat und Kommune sollen verpflichtet werden, Volksschulen, Mittelschulen, höhere Schulen, sowie Fach-, Berufs- und Fortbildungsschulen zu unterhalten. Dem Leiter des deutschen Unterrichtswesens soll eine Schulkommission, gebildet aus Vertretern der deutschen Bevölkerung des Landes und der Städte, zur Seite gestellt werden. Auch ein Landesschulkollegium und ein Kreisschulkollegium, sowie zwei Landesschulräte sind vorgesehen. Des ferneren Direktorenkonferenzen und Lehrertage. Die Besoldung der deutschen Lehrer soll nicht geringer sein dürfen als die der andern staatlich angestellten Lehrkräfte.

Deutsche Volksschule in Lettland. Nach Bestimmung des Schulkollegiums der Republik Lettland soll jedes im Lande ansässige Volk, so auch das deutsche, autonomes Volksschulwesen in der eigenen Sprache besitzen. Die für die einzelnen Nationen benötigte Anzahl von Volks- und Mittelschulen soll durch eine besondere Untersuchung festgestellt werden.

Neusatz (Taurien): Mitte Oktober fand eine Schulratssitzung statt. Dem Berichte der „Deutschen Zeitung für die Krim und Taurien" sind einige wissenswerte Einzelheiten über diese Schule zu entnehmen. Das Anfangsgehalt der Lehrer betrug seit Juli 1917 2000 Rubel, dazu kommt für das Schuljahr 1917/18 ein Teuerungszuschlag von 60 Prozent, also 1200 Rubel, und dieses Gehalt von 3200 Rubel insgesamt beschloß der Schulrat nun um 150 Prozent für die Zeit der Teuerung zu erhöhen. Rein äußerlich genommen sieht das recht beträchtlich aus. Im Hinblick auf die außerordentliche Geldentwertung in Südrußland entspricht die Erhöhung aber nur billigen Forderungen. Die Neusatzer Schule hatte immer zwei Einnahmequellen, das Schulgeld und die sogenannte Kopekensteuer, die eine auf den Kopf der Gemeinde veranlagte Steuer im Sinne einer direkten Einkommensteuer war. Die Kopekensteuer ist nun außerordentlich zurückgegangen und so mußte das Schulgeld auf 500 Rubel, für Personen, die sich am Unterhalte der Schule sonstwie nicht beteiligten, auf 600 Rubel erhöht werden. Dazu kommt für die Schüler ein Kostgeld von 80 Rubel monatlich und eine Naturalienlieferung von 8 Pud Mehl (1 Pud gleich 40 russische Pfund zu je 400 Gramm), 20 Pfund Schmalz und 5 Pfund Seife für das Schuljahr. In der erwähnten Zeitung liest man eine lehrreiche Betrachtung, daß trotz dieser Erhöhung das Schulgeld immer noch billiger sei als im Jahre 1915: „Im Januar 1915 war das Schulgeld 80 Rubel und das Pud Weizen kostete 1 Rubel. Also mußte ein Vater 80 Pud Weizen verkaufen, um das Schulgeld zu beschaffen. Setzen wir diese 80 Pud heute in Geld um, das Pud zu 12 Rubel gerechnet, so macht das 960 Rubel. Zahlt also der Vater heute 500 Rubel Schulgeld, so bleiben ihm immer noch 460 Rubel gegen früher in der Tasche. Kann da von Verteuerung der Schule gesprochen werden?

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Kostgeld. 1915 wurde 110 Rubel Kostgeld gezahlt; also der Wert von 110 Pud

Digitized by Google

Weizen. Diese heute in Geld umgesetzt sind 1320 Rubel, zu 12 Rubel das Pud gerechnet. Berechnen wir nun, was der Oekonom jetzt bekommt. Das Schuljahr zu 9½ Monaten gerechnet, sind bei 80 Rubel monatlich 760 Rubel; 8 Pud Mehl zu 18 Rubel sind 144 Rubel; 20 Pfund Schmalz zu 12 Rubel sind 240 Rubel; 5 Pfund Seife zu 6 Rubel sind 30 Rubel. Zusammen sind das 1174 Rubel. Also stellt sich auch das Kostgeld von heute gegen das Kostgeld von 1915 noch um 146 Rubel billiger."

Bei der Versammlung des Schulrats wurde namentlich die Erhöhung der Schmalzlieferung um 5 Pfund beanstandet, die jedoch mit dem Mangel an Fleischspeisen begründet wurde. Der Einsender in der „Deutschen Zeitung" bemerkt dazu: „Zum anderen ist 5 Pfund Schmalz eine so kleine Zugabe, daß es sich kaum verlohnt, davon viel Aufhebens zu machen." Für das Wachsen der Ausgaben der Schule werden Zahlen angeführt, die die Verhältnisse in Südrußland grell beleuchten. Das Schulgebäude zu weißen kostete früher 100, im letzten Jahr aber 600 Rubel. Das Brennholz im Jahre 1915 pro Faden 22½, voriges Jahr 300 Rubel. Die Beheizung im Jahre 1915 erforderte 5—600 Rubel, im Jahre 1918 über 7000 Rubel. Trotzdem stimmte man allen Erhöhungen zu, weil man schließlich einsah, daß die Mittel am besten angewendet sind, die zur Schulung der Kinder verlangt werden.

Nach dieser Sitzung stellte sich übrigens heraus, daß trotz der Erhöhung des Schulgeldes die Schule nicht werde existieren können, und so einigten sich die Lehrer, um eine weitere Schulgelderhöhung zu vermeiden, auf 10 Prozent ihrer neuen Gehaltszulage zugunsten der Schule zu verzichten. Sie wollten dadurch den Steuerzahlern entgegenkommen, die ursprünglich in der vorher erwähnten Sitzung nur 100 Prozent Gehaltserhöhung gewähren wollten. Der Oekonom der Schule verzichtete nachträglich auch auf den Zuschuß der 5 Pfund Schmalz von jedem Schüler gegen Erhöhung der Monatskosten von 80 auf 85 Rubel.

Von der Gründung eines evangelischen Realgymnasiums Lemberg berichtet das „Evangelische Gemeindeblatt für Galizien und die Bukowina" folgendes:

„Welch mutiger Arbeitsgeist das evangelische Deutschtum Galiziens inmitten aller Schwierigkeiten beseelt, dafür ist wohl eines der schönsten Zeugnisse die am Anfang August 1918 erfolgte Gründung des evangelischen Privat-Realgymnasiums in Lemberg. Der Gedanke, daß Lemberg eine Mittelschule gebrauche, welche von wahrhaft deutschem Geist erfüllt, dem jungen Nachwuchs nicht nur der Lemberger Gemeinde, sondern auch der umliegenden deutschen Kolonien als Bildungsstätte dienen sollte, ist nicht neu. Je mehr es sich herausstellte, daß alle Bemühungen, einen Wandel bei dem zweiten k. k. Staatsgymnasium, der einzigen öffentlichen Mittelschule mit deutscher Unterrichtssprache, die es in Galizien überhaupt gibt, herbeizuführen, vergeblich seien und daß diese Anstalt keineswegs den Anforderungen der ihres Volkstums bewußten deutschen Bevölkerung entsprechen könnte, um so lebhafter war der Wunsch, eine Anstalt zu besitzen, in welcher der ganze Geist der Erziehung von deutschen Männern und im Sinne eines entschiedenen Bekenntnisses zum deutschen Volkstum geleitet wurde. Die Vorarbeiten für die neue Lemberger Mittelschule hat der Bund der christlichen Deutschen und der aus seiner Mitte herausgewachsene Verein deutscher Mittelschulen für Galizien getan. Daß die evangelische Gemeinde in Lemberg ihrerseits zur Verwirklichung dieses Planes die Hand geboten hat, ist überall freudig begrüßt worden. Sie wird es sicher nicht zu bereuen haben. War es bisher doch schon immer ein großer Uebelstand, daß die von der evangelischen Volksschule in Lemberg abgehenden Schüler bei den Aufnahmeprüfungen im deutschen Staatsgymnasium in Lemberg mit einer auffallenden Strenge behandelt wurden. Und abgesehen davon war es ganz natürlich, daß die hochorganisierte evangelische Volks- und Bürgerschule in Lemberg nach einer Ausgestaltung für derartige Schüler, welche eine Mittelschulbildung haben wollten, strebte. Die Leitung der neuen Anstalt liegt in den Händen der beiden evangelischen Professoren Jakob Rollauer und Dr. Ludwig Schneider. Das Kuratorium bilden die beiden Lemberger evangelischen Pfarrer D. Paul Pomykacz und Dr. Kesselring und der Kurator der evangelischen Gemeinde in Lemberg, Herr Johann Stromenger. Die Anstalt ist eigentlich sofort als Doppelanstalt ins Leben getreten, nämlich als Mittelschule mit besonderen Abteilungen für Knaben und Mädchen. Der Erfolg der Einschreibungen beweist am besten die Notwendigkeit und Existenzberechtigung der Anstalt. Die Mädchenklasse zählt vierzig Schülerinnen, die Knabenklasse bereits sechzig Schüler. Die letztere ist vom 1. Oktober an bereits in zwei Parallelklassen geteilt worden.

Hoffen wir, daß die neue Anstalt, der die Behörden durchaus freundlich entgegengekommen sind, bald auch das Oeffentlichkeitsrecht erlangen wird. Sie wird für das gesamte Deutschtum in Galizien und auch für die evangelische Kirche unseres Landes von großer Bedeutung sein."

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Weihnachtsfeier der Ukrainer in Stuttgart. Die an den Hochschulen Stuttgart, Hohenheim und Tübingen studierenden ukrainischen Kolonistensöhne vereinigten sich am 2. Weihnachtsfeiertage in Stuttgart zu einer gemeinsamen Weihnachtsfeier, der eine Reihe von Gästen beiwohnte, an ihrer Spitze Probst Albert, der selber 40 Jahre Pfarrer in der Ukraine war und verschiedene der jetzt Studierenden selbst getauft und konfirmiert hat, Frau Pastor Winkler, Frau Pastor Schrenk, eine Reihe von Damen und als Vertreter des Deutschen Ausland Instituts dessen Vorsitzender Konsul Wanner. Probst Albert leitete die Feier mit einer Andacht ein. Zahlreiche Studenten hielten dann Ansprachen. Konsul Wanner erwiderte namens des Deutschen Ausland Instituts und sprach den Studenten seine Wünsche aus mit der Zusicherung, daß das D.A.I. sich ihrer nach wie vor in ihrer schwierigen Lage annehmen werde. Gemeinsamer Gesang von Weihnachtsliedern und eine Weihnachtsbescherung standen ferner auf dem Programm, und man sprach den von der Frau Pastor Schrenk gestifteten zwei mächtigen Weihnachtsstollen gut zu. Dann vereinte ein gemeinsames Mahl die Anwesenden und zum Schlusse wurde wacker getanzt.

Weihnachtsfeier der württembergischen Palästinadeutschen in Lorch. In dem kleinen, hübsch gelegenen Städtchen Lorch fand am 2. Weihnachtsfeiertag eine äußerst wohlgelungene Zusammenkunft der aus Palästina vertriebenen württembergischen Kolonisten statt. 85 Teilnehmer waren angemeldet, es hatten sich aber von jetzt etwa 200 in Württemberg lebenden 110 zu der Zusammenkunft eingefunden. Nachmittags vereinigte man sich zu Kaffee und Kuchen, am Abend wurde der Weihnachtsbaum angezündet, und das gemeinsame Lied „O du fröhliche" leitete nach den begrüßenden Worten des Vorsitzenden, Baurat Dr. Schumacher, Haifa, die Feier ein. Herr Schumacher selbst sprach warme Worte des Willkommens an alle, die so Schweres erduldet haben und noch jetzt teilweise seit Monaten ohne Nachricht über ihre Angehörigen draußen sind. Für den Württembergischen Verein der Freunde der Palä-

Digitized by Google

stinenser Kolonisten entbot Geh. Kommerzienrat Zilling, Stuttgart, den Kolonisten Grüße und rief ihnen ermutigende Worte für diese schwere Zeitlage zu. Für das Deutsche Ausland Institut überbrachte dessen Generalsekretär, Dr. Wertheimer, Grüße und beste Wünsche und sprach von den schweren Zukunftsaufgaben der Kolonisten, die nicht nur ihre eigene Existenz im Auslande aufbauen müssen, sondern auch für den Wiederaufbau des deutschen guten Namens in der Welt Sorge zu tragen haben werden. Der Gründer von Biersalem, Herr Spohn, erinnerte in tief empfundenen Worten an die Kriegsschicksale der Kolonisten und an das Viele, was materiell und geistig für sie zusammengebrochen ist. Er unterstrich die religiöse Grundlage der ganzen Kolonistenbewegung und mahnte die Kolonisten, an den alten Gott zu glauben, der da, wo Menschen nicht mehr helfen könnten, die Kolonisten nicht verlassen werde. Feierlich bekräftigend erklang der allgemeine Gesang „Befiehl dem Herrn Deine Wege". Herr Konsul Hofmann, Tripolis, las ein Gedicht seines Großvaters, des Gründers der Tempelgesellschaft, Christian Hofmann, vor, das 1869, vor dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, in Haifa gedichtet ward „Der heilige Krieg", und das tiefen Eindruck bei den Versammelten machte. Gesangsvorträge von Frl. Aberle und Duette, die sie mit ihrer Schwester sang, trugen zur Verschönerung der Feier bei. Die ganze Veranstaltung war von einfacher Herzlichkeit erfüllt und nahm einen harmonischen, würdigen Verlauf.

Bei den „deutschen Wehrleuten aus der Schweiz" in Singen. Der Soldatenrat der deutschen Wehrleute aus der Schweiz in Singen hatte sich an das Deutsche Ausland Institut gewandt, um eine Unterstützung für die Wehrleute aus Anlaß ihrer Weihnachtsfeier zu bekommen. Leider war es nicht möglich, einen Vertreter des Instituts zu der Feier selbst zu entsenden, aber es gelang dem Institut durch Spenden von verschiedenen Seiten (vom Kriegsministerium, Arbeitsministerium, Hilfsstelle für aus Feindesland vertriebene Deutsche, Abt. XX des Württ. Roten Kreuzes und Württ. Hilfsstelle für Auslanddeutsche in Verbindung mit dem Deutschen Ausland Institut, Stuttgart) den Betrag von 1000 Mark zusammenzubringen, der den Wehrleuten übersandt wurde, und es fand ein freundlicher Telegrammaustausch mit dem Institut aus Anlaß des Weihnachtsfestes statt. Mit dem Soldatenrat wurde ein Uebereinkommen getroffen, wonach das Deutsche Ausland Institut den Wehrleuten in Singen eine Reihe von belehrenden und unterhaltenden Vorträgen vermitteln wird. Den ersten Vortrag hielt der Generalsekretär des D.A.I. am Sonnabend, den 4. Januar. Er sprach im gutbesetzten Saale der Maggi-Fabrikräume vor vielen Hunderten deutscher Wehrleute, unter denen alle Berufe vertreten waren, über die Vergangenheit und die Zukunft des Auslanddeutschtums. Seine Ausführungen wurden aufmerksam angehört und sehr beifällig aufgenommen. Es schloß sich daran eine zweistündige Aussprache, die der rührige Vorsitzende des Soldatenrats, Herr Christ, leitete, und die von erfreulicher Offenheit und Entschiedenheit war. Unter lautem Beifall der Kameraden bekämpfte ein einfacher Arbeiter den Indifferentismus der Deutschen innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen und empfahl zum Wiederaufbau des zertretenen Vaterlandes an Stelle der jetzigen Großsprecherei vermehrte Arbeitsleistung. Die üble deutsche Gewohnheit des Schimpfens auf das Vaterland ziehe dem Deutschen nur Mißachtung im Ausland zu. Es müßten schwerwiegende Gründe in der deutschen Charakteranlage sein, die zu der jetzigen Geringschätzung der Deutschen in der Welt geführt hätten. Es müsse den Deutschen im Auslande ins Herz gebrannt werden, daß sie Charakter zeigen sollten. Von anderer Seite wurde scharfe Kritik an der Unfähigkeit und dem Kastengeiste unserer Diplomaten und unserer Konsuln geübt und dringend Abhilfe verlangt. Zu Konsuln und Diplomaten dürften nur des Landes, der Sprache, des Volkscharakters wie der Landessitten kundige bei ihren engeren Landsleuten, wie auch im Ausland angesehene Männer des praktischen Lebens berufen werden. Mehrere Redner verlangten einen besseren deutschen Pressedienst, der zwar nicht im Schwindeln, aber in seinem Nachrichtenwesen der Agence Havas und dem Reuterbüro Gleichwertiges leiste. Außerordentlich scharf, aber unter rauschendem Beifall ihrer Kameraden verbreiteten sich mehrere Redner über die „Refrakteure und Deserteure", über solche, die dem Rufe des Vaterlandes zu den Waffen und zum Hilfsdienst keine Folge geleistet haben und über die Fahnenflüchtigen, denen man hier in Deutschland den Sold weiterbezahle, die aber in der Schweiz aufs übelste gewirkt hätten und deren politische Wühlarbeit zum guten Teil daran schuld sei, daß die Schweizer jetzt die ungezählten Tausende der anständigen Elemente der deutschen Wehrleute nicht ins Land lassen wollen. Engherziger Patriotismus wurde verurteilt und auch die Tätigkeit mancher Vereinigungen, die sich früher mit dem Auslanddeutschtum befaßten, aber wegen ihrer alldeutschen Propaganda nur dem Deutschtum schadeten, scharf kritisiert. In das deutsche Vaterland müsse, selbst wenn ihm die großen Mittel in Zukunft zur wirtschaftlichen Unterstützung der Deutschen im Auslande fehlen sollten, weitsichtiger Geist an Stelle der bisherigen Knickerei treten. Die Deutschen in der Schweiz wollten gute Kulturdeutsche bleiben und deshalb doch treue Bürger ihrer neuen Heimat sein. Ordnung im Inlande, das sei die erste Voraussetzung für Achtung im Auslande. Mit heißem Herzen, mit eisernen Nerven und unbeugsamem Willen, mit offenen Ohren und offenen Augen gingen die Deutschen wieder ins Ausland, um sich eine neue Zukunft wieder aufzubauen. „Wie wir", so rief unter tosendem Beifall der Soldatenrats-Vorsitzende Christ in den Saal, dem Vaterlande die Treue bewahrt haben, so soll das Deutschtum im Inlande sie uns in Zukunft auch bewahren. Ueber die ausgezeichnete, mustergültige und glänzend arbeitende Einrichtung des Soldatenrats in Singen wird in einer der nächsten Nummern einer ihrer Organisatoren selbst berichten.

Für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen.

Der „Verein für das Deutschtum im Auslande", Berlin, hatte am Sonntag, den 5. Januar, eine Versammlung in die Philharmonie einberufen, die starken Besuch aufwies. Als erster Redner sprach Lehrer Gilz für die Elsässer. Er geißelte die „Maskerade" des begeisterten Empfangs der Franzosen durch die angeblichen Elsässer. Die wirklichen Elsässer hätten Wilson um Durchführung des Rechts der Selbstbestimmung gebeten, aber keine Antwort bekommen. Der österreichische Gesandte Prof. Dr. Ludo Hartmann erklärte, die Deutsch-Oesterreicher betrachteten sich ihren Gefühlen nach nicht mehr als Ausländer. Er begrüßte die deutsche Wahlordnung, die indirekt den Bewohnern eines fremden Staates das Wahlrecht zugestehe. Nur bei einmütigem Willen sei auf ein Groß-Deutschland zu rechnen. Für die Deutschen in Böhmen sprach Prof. Schoepke gegen den überspannten Nationalismus der Tschechen, für die Tiroler erhob Prof. Brandl seine Stimme, sie wollten ebenso in Treue aushalten wie zu Napoleons Zeiten. Die Forderungen der Deutschen in Ungarn übermittelte Dr. Breckner, von der Tragik des baltischen Schicksals sprach Silvio Bröderich, der betonte, Siedlungsmöglichkeiten für Deutsche beständen im Baltenlande durchaus fort. Die Forderungen der Deutschen in Polen vertrat Schulrat Saikobielsky. Die Stimme der Deutschen an der Wolga und in der Ukraine erscholl durch Pastor Schleuning. Allen Rednern wurde lebhafte Zustimmung in zum Teil stürmischem Beifall zuteil. Der

Digitized by Google

Vorsitzende des Vereins, Exzellenz von Reichenau, der die Versammlung geleitet hatte, brachte zum Schluß eine Entschließung ein, die einstimmige Annahme fand:

„Die heute in Berlin zusammengetretene tausendköpfige Versammlung stimmt nach Anhörung von Ansprachen der Vertreter von Millionen deutscher Volksangehöriger in einmütiger Begeisterung und Entschlossenheit der von diesen Vertretern vorgeschlagenen Entschließung zu: 1. Wir stellen uns auf den Boden des Selbstbestimmungsrechtes für alle Völker und verlangen daher auch für die Deutschen die uneingeschränkte Anwendung dieses Grundsatzes. 2. Wir verlangen vom deutschen Volke und der deutschen Regierung ein tatkräftiges und zielbewußtes Eintreten für die Verwirklichung des von den Deutsch-Oesterreichern erklärten Anschlusses an das Deutsche Reich. 3. Wir verwahren uns gegen jede zwangsweise Angliederung deutschen Reichsgebietes an fremde Staaten und erheben daher besonderen Einspruch gegen das völkerrechtswidrige Vorgehen Frankreichs und Polens. 4. Wir verwahren uns gegen jede Vergewaltigung deutschen Volkstums, wo immer es sei. 5. Wir verlangen Einrichtung eines Reichsamtes für die deutschen Kulturinteressen in der Welt. 6. Wir verlangen eine Vertretung unserer Stammesgenossen im Ausland in der deutschen Friedenskommission."

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

Neuerscheinungen (Fortsetzung)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART.

I. Einzelschriften.

57. *Das Auslandsstudienwesen auf Deutschen Hochschulen und praktische Auslandsarbeit.* Halbjahrsbericht f. d. Sommersemester 1918. München: Akademischer Verlag [1918].

58. *Baumgarten, A.,* Das zweite Jahr Deutsch. Deutsches Lesebuch f. französ., italien. und engl. Schüler. Zürich: Orell Füssli 1918.

59. *Blaese-Hoerner, Magdalene v.,* Unter Kurlands Föhren. Gedichte. Heidelberg: Gustav Koester 1919.

60. *Brockelmann, Karl,* Das Nationalgefühl der Türken im Licht der Geschichte. Halle: Max Niemeyer 1918. (Hallische Universitätsreden. 10.)

61. *Buchholtz, Arend,* Die deutschen Ostseeprovinzen. Berlin: Verlag des Evangelischen Bundes 1918. (Volksschriften z. Großen Krieg. 61/62.)

62. *Christiani, Titus,* Einiges über die Verfassung und die Privilegien der Stadt Dorpat. (Aus Dorpats Vergangenheit.) Dorpat 1918: Laakmann.

63. *Die Universität Dorpat (1802—1918).* Skizzen zu ihrer Geschichte, von Lehrern und ehemaligen Schülern zusammengestellt unter der Redaktion von Hugo Semel. Dorpat 1918: Laakmann.

64. *Endres, Franz Karl,* Die wirtschaftl. Bedeutung Palästinas als Teiles der Türkei. Berlin: Reimar Hobbing 1918. (Pro Palästina. Schriften d. deutschen Komitees z. Förderung d. jüd. Palästinasiedlung. H. 4.)

65. *Erdmann, Hugo,* Deutsch-Ostafrikaner. Ein Tropenroman. Berlin: Scherl 1918.

66. *Erkes, Eduard,* China. Gotha: Perthes 1918. (Perthes' Kleine Völker- und Länderkunde. Bd. 7.)

67. *Die Erwerbung der Staatsbürgerschaft in Deutsch-Oesterreich.* Gesetz v. 5. Dez. 1918. Kommentiert von Paul Graf Scapinelli. Wien: Manz [1918].

68. *Fechter, Dr. Paul,* Wilna. M. 25 Abb. Berlin-Steglitz: Würtz 1918. (Litauische Bücherei. Bd. 2.)

69. *Flugblätter für Deutsch-Oesterreichs Recht.* Herausg. von der Deutsch-Oesterreich. Staatskanzlei. Nr. 1, Die Staatsgrenze Deutsch-Oesterreichs in Süd-Tirol. Nr. 2, Die Staatsgrenze Deutsch-Oesterreichs in Steiermark. Nr. 3, Die Staatsgrenze Deutsch-Oesterreichs auf Kärntner Gebiet. Wien: Alfred Hölder 1918.

70. *Geistbeck, A.,* Grundlagen d. geograph. Kritik. Ein Beitrag zur Einführung d. geograph. Staatenkunde an den höheren Lehranstalten. München: R. Oldenbourg 1918.

71. *Glaser, Fritz,* Bei deutschen Kolonisten in der Ukraine. Berlin: Verlag d. Evangel. Bundes 1918. (Volksschriften zum Großen Krieg. 142.)

72. *Gomulicki, Viktor,* Warschau. (E. histor.-kulturgeschichtl. Monographie.) München: Georg Müller [1918]. (Poln. Bibliothek. Begr. u. herausg. v. Dr. A. v. Guttry, W. v. Koscielski. Abt. 1. Bd. 2.)

73. *Graß, Wilhelm,* Evangelisches aus dem Baltenland. Berlin: Verlag des Evangel. Bundes 1918. (Volksschriften zum Großen Krieg. 140/141.)

74. *Graul, Richard,* Alt-Flandern. Brabant. Artois. Hennegau. Lüttich. Namur. Bilderband mit 200 photograph. Aufnahmen von Städtebildern aus Belgien und Französisch-Flandern. Mit . . . Einleitung und eingehenden Erläuterungen. München-Pasing: Roland-Verlag 1918.

75. *Haleckl, Oskar Ritter v.,* Polens Grenzprobleme. Nr. 1. Polens Ostgrenze im Lichte der Geschichte Ostgaliziens, d. Cholmer Landes u. Podlachiens. M. e. Kartenskizze Wien: Perles 1918.

76. *Happich, Karl,* Die tierärztliche Hochschule zu Dorpat von ihrer Gründung bis zur Gegenwart (1848—1918) [T]. 1. Dorpat 1918: Laakmann.

77. *Harms, Bernhard,* Völkerrechtliche Sicherungen der wirtschaftlichen Verkehrsfreiheit in Friedenszeiten. Jena: Fischer 1918. (Kriegswirtschaftl. Untersuchungen a. d. Institut f. Seeverkehr u. Weltwirtschaft an der Universität Kiel. H. 17.)

78. *Hohlbaum, Rob.,* Das Vorspiel. Ein Roman aus Oesterreich. Leipzig: Staakmann 1918.

79. *Jahrbuch des Kath. Tiroler Bauernbundes mit Kalender f. d. Jahr 1919.* [Jg. 13.] Innsbruck: Katholischer Tiroler Bauernbund [1918].

80. *Israel, Friedrich* [*Hrsg.*], Deutsche Brüder in Finnlands Erde. M. 35 Abb. Leipzig: Paul Eger [1918].

81. *Kol, H. H. van,* Japan. Indrukken van land en volk. Met een voorwoord van M. W. de Visser, en 75 afbeeldingen naar fotografieen. Rotterdam: W. L. und J. Brusse [1918].

82. *Kunke, Max,* Die Kapitulationen der Türkei, deren Aufhebung und die neuen deutsch-türk. Rechtsverträge. München: J. Schweitzer 1919.

83. *Krumm-Heller, A.,* Alfredo. Deutsch-mexikanischer Roman. Halle: Fritz Maennel 1918.

84. *Kunzer, G. E.,* Bulgarien. Gotha: Perthes 1919. (Perthes' Kleine Völker- und Länderkunde. Bd. 5.)

Digitized by Google

85. *Lamp, Karl,* Das Salzburger Universitätsprojekt vom Standpunkte staatl. und akadem. Interessen. Leipzig: K. F. Koehler 1918. (Aus „Akademische Rundschau" 1918. Heft 11/12.)

86. *Lewin, Evans,* Deutsche Kolonisatoren in Afrika. Die Kolonisierung m. d. Peitsche. M. e. off. Brief d. Bischofs v. Zanzibar. Zürich: Orell Füßli 1918.

87. *Aus dem befreiten Litauen.* Erlebnisse u. Entdeckungen eines Feldgrauen. Berlin-Steglitz: Würtz 1918. (Litauische Bücherei. Bd. 3.)

88. *Das Litauenbuch.* Auslese aus d. Zeitung d. 10. Armee. Leipzig: K. F. Koehler 1918.

89. *Lorenz, Rich.,* Die Entwicklung d. deutschen chemischen Industrie. 8 Vorträge, geh. auf d. 3. Hochschulkurs zu Bukarest im Frühjahr 1918. Leipzig: Barth 1919. (Naturwissenschaftl. Vorträge im Felde geh. Bd. 1.)

90. *Lulvès, J.,* Kurland u. d. Hohenzollern. Mit 2 Bildnissen. Neurode: Verlagsanstalt Dr. Ed. Rose 1918.

91. *Montanus,* Die nationale Entwicklung Tirols in d. letzten Jahrzehnten. Deutschtum im Kampf gegen italien. Ausbreitungsbestrebungen. Mit 14 statist. Tabellen und einer Karte. Innsbruck: Verlagsanstalt Tyrolia 1918.

92. *Müller, Georg Hermann,* Deutsche und Tschechen. Ein Ueberblick über Vergangenheit u. Gegenwart. Dresden: v. Baensch-Stiftung 1918.

93. *Müller, Oswald, u. Richard Preußer,* Deutsch im Ausland. Lesebuch z. Erlernung d. deutschen Sprache für Ausländer. (In 4 Teilen.) T. 1. 2. 2. Aufl. Leipzig: B. G. Teubner: 1918. Grammat. Uebungsbuch. Im Anschluß an „Deutsch im Ausland". In 3 Teilen. T. 1, 2. 2. Aufl. Leipzig: B. G. Teubner 1918.

94. *Müller-Guttenbrunn, Adam,* Meister Jakob und seine Kinder. Roman. Leipzig: Staackmann 1918.

95. *Müller-Guttenbrunn, Adam,* Deutsche Sorgen in Ungarn. Studien und Bekenntnisse. Wien: Warnsdorf 1918.

96. *Müller-Waldberg, Marie,* Hilgermanns. Eine Erzählung aus dem Böhmerland. (Ausg. d. Allgemeinen Schriftstellervereins „Die Feder", Wien.) Leipzig: Härtel 1919.

97. *Neumann, W[ilhelm],* Führer durch Riga m. e. Stadtplan. 3. verb. Aufl. Berlin-Steglitz: Würtz 1918. (Baltische Bücherei. Bd. 29.)

98. *Oehquist, Johannes,* Aus der Versdichtung Finnlands. Charlottenburg: Felix Lehmann 1918. (Ostsee und Ostland. Herausg. v. Dr. Otto Grautoff. II. Finnland. Band 1.)

99. *Otto, Richard,* Zur Ortsbeschreibung und Entstehungsgeschichte von Burg und Stadt Dorpat. Dorpat 1918: Laakmann. (Aus Dorpats Vergangenheit.)

100. *Pax, Ferd.,* Pflanzengeographie von Polen (Kongreßpolen). In ihren Grundzügen dargest. Mit 11 Karten im Text u. 8. Taf. Berlin: D. Reimer, 1918. (Veröffentl. d. landeskundl. Kommission beim Kaiserl. Deutschen Generalgouvernement Warschau. Beiträge z. poln. Landeskunde. Reihe A. Red. v. Dr. E[rich] Wunderlich. Band 1.)

101. *Pistohlkors, Harry v.,* Livlands Kampf um Deutschtum u. Kultur. Eine Uebersicht aller bedeutungsvollen Ereignisse aus d. Geschichte d. alten Ordensgebietes Livland. Berlin: Puttkammer u. Mühlbrecht 1918.

102. *Proempeler, Elly,* Kriegsgefangen quer durch Afrika. Berlin: Otto Elsner G. m. b. H. 1918.

103. *Rogge, Marcello,* Unsere Bundesgenossen. Land, Leute u. Wirtschaft in Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei. Mit 22 Bild. auf 12 Taf. u. 1 Karte. Berlin: Reimer 1918.

104. *Scheler, August,* Ursachen des Deutschenhasses. 2. Aufl. Leipzig: Wolff 1918.

105. *Schuller, Hermann R. v.,* Deutsch-Tirol ein selbständiger Staat? Innsbruck: Pohlschröder 1918.

106. *Schulz, Walter Ph.,* Die Welt des Islam. Bd. 1. Länder u. Menschen. München-Pasing: Roland-Verlag 1918.

107. *Die deutsche Schwester in Sibirien.* Aufzeichnungen v. einer Reise durch die sibir. Gefangenenlager v. Ural bis Wladiwostok von Schwester Magdalene v. Walsleben (d. i.: Freifr. v. Steinaecker). Berlin: Furche-Verl. 1918.

108. *Semel, Hugo,* Der alexandrinische Stil und die „Werther Zeit". Ein Beitrag zur Kulturgeschichte Dorpats um 1800. Dorpat 1918: Laakmann.

109. *Seraphim, August,* Deutsch-baltische Beziehungen im Wandel der Jahrhunderte. Riga: Würtz 1918.

110. *Seraphim, Ernst,* Nach Sibirien verschleppt. Persönliche Erinnerungen eines aus Dorpat Fortgeführten. Dorpat: Krüger 1918. Riga: Kramer 1918.

111. *Söderhjelm, Henning,* Der rote Aufruhr in Finnland i. J. 1918. Eine Schilderung auf Grund offizieller Urkunden. Berecht. Uebers. v. Johs. Oehquist. Leipzig: Quelle u. Meyer 1918.

112. *Treub, M. W. F.,* De economische toekomst van Nederland. Amsterdam: Scheltema u. Holkema. 1918.

113. *Veltzé, Alois Herausg.* Donauland. Deutsche Lyrik aus Oesterreich. Mit 16 Vollbildern u. 4 Farbendr. Wien: Roller u. Co. 1919.

114. *Die Verfassung des Dorpater Burschenstaates.* Dorpat 1918: Laakmann.

115. *Watzlik, Hans,* O Böhmen! Roman. Leipzig: Staackmann 1918.

116. *Wien, W.,* Vorträge üb. d. neuere Entwicklung d. Physik u. ihrer Anwendungen. Geh. im Baltenland im Frühjahr 1918 auf Veranlassung d. Oberkommandos d. 8. Armee. Leipzig: Barth, 1919. (Naturwissenschaftl. Vorträge im Felde geh. Bd. 2.)

117. *Wilding, Karl,* Die Frauen in Nordamerika u. d. Weltkrieg. Leipzig: Otto Borggold, 1918. (Reichsschriften-Reihe „Zur Innenwehr". H. 2.)

118. *Woltereck,* Denkschrift über d. geist. Beschäftigung d. deutschen Gefangenen in Frankreich. T. 1. Mannschafts- u. Unteroffizierslager. (2. Aufl.) T. 2. Offiziers- u. Zivillager. Mit 9 Karten, 77 Textabbild. u. 1 Kunstbeil. Unt. Mitarb. unserer Kriegsgefangenen. Berlin: Karl Siegismund, 1918. (Deutsche Kriegsgefangenenfürsorge u. Bücherzentrale. Bern.)

II. Neue Zeitschriften.

119. *Die baltische Schule.* 7. Jahrg. des Pädagogischen Anzeigers. Nr. 1—6. Juli-Dez. 1918. Riga: Georg Neuner.

120. *Die Ukraine.* Monatsschrift für Deutsch-Ukrainische Volks-, Wirtschafts- u. Kulturpolitik. Herausg. v. d. Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft. Hamburg 1: Dorendorf u. Dresel.

III. Zeitschriftenaufsätze.

121. *Die Auflösung des österreichischen Kaiserstaates u. d. Gründung Deutsch-Oesterreichs als Republik.* In: Oesterreichische Zeitschrift f. Verwaltung. Jg. 51. Nr. 47. Wien: Perles.

Digitized by Google

122. *Banse, Ewald,* Das neue Marokko. In: Deutsche Rundschau. Jg. 45. 1918/19. H. 3.

123. *Brückner, Alexander,* Neuere deutsche Polenliteratur. In: Weltwirtschaftl. Archiv. Bd. 13. H. 4.

124. *Die Deutschen in Brasilien* (Nachrichten aus d. Missionen). In: Die katholischen Missionen. Jg. 47. 1918/19. Nr. 2/3. Freiburg i. B.: Herder.

125. *Donat, v.,* Deutsche Eisenbahntruppen in d. Türkei. In: Illustr. Zeitung. Bd. 151. Nr. 2934. Leipzig: J. J. Weber.

126. *Eberhard, Otto,* Frauenbildung i. d. Türkei. In: Frauenbildung. Jg. 17. H. 8/9. Leipzig: Teubner.

127. *Eberhard, Otto,* Die osmanische Jugendorganisation. In: Körper u. Geist. Jg. 27. Nr. 13/14. Leipzig: Teubner.

128. *Eberhard, Otto,* Der Zionismus auf dem Wege. Eine Rückschau, Umschau u. Ausschau. In: Deutsch-Evangelisch. Monatsblätter f. d. gesamten deutschen Protestantismus. Jg. 9. H. 12. Leipzig: Hinrichs.

129. *Fester, Richard,* Der amerikanische „Kreuzzug" u. seine Wirkung. In: Deutsche Rundschau. Jg. 45. 1918, H. 1. Berlin: Paetel.

130. *Fischer-Graudenz, Paul,* „Deutschland, Deutschland über alles!" im Wandel der Zeiten. In: Aus dem Ostlande. Jg. 13. 1918. H. 12. Posen: Ostdeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt A.-G.

131. *Freytag-Loringhoven, Frhr. v.,* Baltische Probleme. In: Das neue Deutschland. Jg. 7. 1918/19. H. 1. Gotha: Perthes.

132. *Frobenius, Else,* Reval. In: Die Woche. Jg. 20. Nr. 46. Berlin: Scherl.

133. *Gedanken zur Erneuerung des Gemeinschaftswesens deutscher Hochschüler in der Ostmark.* In: Deutsche Hochschulzeitung. Jg. 10. H. 29/30. Wien: Deutsch-akademischer Verlag.

134. *Götze, A.,* Aus d. deutschen Wortschatz schweizerischer Zeitungen. In: Neue Jahrbücher f. d. klass. Altertum, Geschichte u. deutsche Literatur u. für Pädagogik. Jg. 21. Bd. 41/42. H. 9. Leipzig: B. G. Teubner.

135. *Greenfield, James,* Die armenische Presse. In: Der Neue Orient. Jg. 2. 1918/19. H. 15/16. Berlin: Der Neue Orient.

136. *Haake, Erich,* Der deutsche Buchhandel in Rußland nach dem Kriege. Börsenblatt f. d. deutschen Buchhandel. Jg. 85. 1918. Nr. 283. Leipzig: Börsenverein d. deutschen Buchhändler.

137. *Hamm, R.,* Boche und Alboche. In: Die neueren Sprachen. Bd. 26. H. 5/6. Marburg: Elwert.

138. *Heynen, Walter,* Deutscher u. französischer Anschauungsunterricht. In: Deutsche Rundschau. Jg. 45. 1918/19. H. 3. Berlin: Paetel.

139. *Ilitsch, J. P.,* Die Balkankirchen u. die Gestaltung der südlichen Slawenvölker. In: Internat. Zeitschrift. Jg. 8. 1918. Nr. 1.

140. *Jesser, Franz,* Die Zukunft Deutsch-Oesterreichs. In: Deutsche Politik. Jg. 3. 1918. H. 45. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

141. *Kammerer,* Die deutsche ärztliche Mission im Weltkrieg. In: Allg. Missionszeitschr. Jg. 45. 1918. H. 11. Berlin: Warneck.

142. *Kaurimsky, Emrich Fryda v.,* Ungarische Stimmen über Mitteleuropa. In: Weltwirtschaftl. Archiv. Bd. 13. H. 4. Jena: Fischer.

143. *Krause, K.,* Zur Landeskunde von Polen. In: Monatshefte f. d. naturwissenschaftl. Unterricht aller Schulgattungen. Bd. 11. H. 9/10. Leipzig: Teubner.

144. *Kriegsarbeit des Deutschen Hilfsbundes für christliches Liebeswerk im Orient (Chronik).* In: Allg. Missionszeitschrift. Jg. 45. 1918. H. 11. Berlin: Warneck.

145. *Kröhnert, O.,* Russisch als Pflichtfach an höheren Schulen der Ostseeprovinzen. In: Deutsches Philologenblatt. Jg. 26. Nr. 45/46. Leipzig: Quelle u. Meyer.

146. *Kurth, W.,* Wenig bekannte Bilder auf d. deutschen Kunstaustellung in Sofia 1918. In: Kunstchronik. N. F. Jg. 30. Nr. 3. Leipzig: E. A. Seemann.

147. *Leuthner, Karl,* Der deutsch-österreichische Staat und die Hausmacht. In: Deutsche Politik. Jg. 3. 1918. H. 45.

148. *Die Loyalität der deutschen Missionare.* In: Allg. evang.-luth. Kirchenzeitung. Jg. 51. Nr. 43. Leipzig: Dörffling u. Franke.

149. *Lulvès, J.,* Deutsche und Polen in d. östl. Provinzen Preußens. In: Deutsche Revue. Jg. 43. Dez. 1918. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

150. *Mitteleuropa als Kulturbegriff.* In: Halbmonatsschrift f. Zukunftskultur. Jg. 2. H. 1/2. Wien: Orient-Verlag

151. *Mollenhauer,* An der Wolga. Erinnerungen aus d. alten Rußland. In: Deutsche Revue. Jg. 43. H. 1, 2. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

152. *Neumann, Carl,* Neue Aufgaben der deutschen Universitäten. Auslandkurse und Pflege der deutschen Kultur. In: Deutsche Rundschau. Jg. 45. 1918. H. 1. Berlin: Paetel.

153. *Deutsche Orientmission (Chronik).* In: Allg. Missionszeitschrift. Jg. 45. 1918. H. 11. Berlin: Warneck.

154. *Passarge, K.,* Das französ. Sprachgebiet in Elsaß-Lothringen. In: Deutsche Revue. Jg. 43. Nov. 1918. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

155. *Die deutschen Pastoren in England.* In: Christl. Freiheit. Jg. 34. Nr. 43. Bonn: Georgi.

156. *Pfeiffer, H.,* Die Deutschen in d. Welt. In: Illustrierte Zeitung. Bd. 151. Nr. 3931. Leipzig: J. J. Weber.

157. *Putkamer, Thea v.,* Deutsche Kolonien im Innern Palästinas. In: Die Woche. Jg. 20. 1918. Nr. 42. Berlin: Scherl.

158. *Roell, v.,* Mit deutschen Kraftfahrtruppen zwischen Euphrat und Tigris. In: Illustrierte Zeitung. Bd. 151. Nr. 3929. Leipzig: J. J. Weber.

159. *Rosenstock, E.,* Der Kreuzzug des Sternenbanners. In: Hochland. Jg. 16. H. 2. München: Kösel.

160. *Schreibershofen, M. v.,* Die Schlacht bei Hermannstadt. In: Ueber Land und Meer. Jg. 61. Bd. 121. Nr. 10/11. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

161. *Sieger, Robert,* Deutsch-österreichisch u. seine Nachbarstaaten. In: Grenzboten. Jg. 77. Nr. 50. Berlin: Verlag d. „Grenzboten".

162. *Stüber-Gunther, Fritz* (Herausg.), Illustr. deutsch-österr. Kriegs- u. Friedenskalender f. d. Jahr 1919. Jg. 3. Wien: Perles 1919.

163. *Tiedemann, W.,* Im deutsch-böhmischen Elbeland. In: Die Woche. Jg. 20. Nr. 49. Berlin: Scherl.

164. *Der Triumph der Lüge.* Von einem Auslanddeutschen. In: Der Türmer. Jg. 21. H. 7. Stuttgart: Greiner u. Pfeiffer.

165. *Illustr. Deutsch-österr. Volkskalender f. d. Jahr 1919.* Jg. 75. Wien: Perles o. J.

Digitized by Google

166. *Königsberger Wegeberichte der Deutschritter aus Litauen.* In: Aus d. Ostlande. Jg. 13. 1918. H. 12. Posen: Ostdeutsche Buchdruckerei u. Verlags-Anstalt.

167. *Wehberg, Hans,* Das amerikan. Gesetz über d. Handel mit d. Feinde. In: Weltwirtschaftl. Archiv. Bd. 13. H. 4. Chronik u. Archivalien. Jena: Fischer.

168. *Weiser, Chr. Fr.,* Der Auslandsdeutsche. In: Deutsche Rundschau. Jg. 45. 1918/19. H. 2. Berlin: Paetel.

169. *Wie die Fugger nach Polen kamen.* In: Aus dem Ostlande. Jg. 13. 1918. H. 11. Posen: Ostdeutsche Buchdruckerei und Verlags-Anstalt.

170. *Wingerath,* 45 Jahre französ. Hetzarbeit gegen Deutschland in gesch.-geograph. Schulbüchern. In: Deutsch Philologenblatt. Jg. 26. Nr. 39/40. 41/42. Leipzig: Quelle und Meyer.

171. *Von unseren Wolgadeutschen.* Ein Brief aus Zürich an der Wolga. In: Die christl. Welt. Jg. 32. Nr. 44/45. Marburg: Verlag d. Christl. Welt.

IV. Karten.

172. *Haberlandt, Arthur,* Völkerkarte von Europa. 1:7 500 000. Farbendruck. Mit einem erläut. Text. 2. Aufl. Wien: Freytag u. Berndt. 1918.

173. *Lange, Friedrich,* Sudetenländer. Hrsg. v. d. Deutschen Mittelstelle f. Oesterreich. 1 Bl. in mehrfarb. Steindruck. Maßstab 1:900 000. Berlin: D. Reimer 1918. (Grenzgebiete der Deutschen Republik. 1.)

174. *Schäfer, Dietr.,* Sprachenkarte der deutschen Ostmarken. Berlin: Karl Curtius 1918.

175. *Völker- u. Sprachenkarte v. Oesterreich-Ungarn.* Nach d. neuesten statist. Veröffentlichungen bearb. (Mit zwei Diagr.: Vergleich. Größe d. Nationalitäten in Oesterreich-Ungarn. Perzentuelles Verhältnis d. Nationalitäten in d. größten Städten Oesterreich-Ungarns.) 1:1 500 000. Farbendr. Wien: Freytag u. Berndt 1918.

Berichtigung.

Jg. II. Nr. 1. I. Einzelschriften.

47. *Schultz, A.,* Ethnographischer Bilderatlas von Polen (Kongreßpolen). Mit 112 Original-Aufnahmen usw.

*

Das Auslanddeutschtum und das neue Reich von Christian F. Weiser, Heft 1 der Perthes'schen Schriften zum Weltkrieg, neue Folge, 72 Seiten. Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G., Gotha.

Ein Brief an einen Freund dient als Vorrede, ein Brief, den wir mit anderen Betrachtungen des Verfassers recht gern in diesem Schriftchen vermissen möchten. Die Betrachtung des Auslanddeutschtums unter dem Gesichtswinkel der inneren Politik schadet der Sache. Wenn man die inneren deutschen Strömungen und Parteiungen zum Ausgangspunkt der Betrachtungen nimmt und großen Parteien sozusagen das Interesse für das Auslanddeutschtum abspricht, weil sie nicht „völkisch" genug denken, so heißt das, diese Parteien bewußt ausschalten von einer Arbeit, die doch wirklich das ganze deutsche Volk angehen sollte. Wir brauchen gerade nach diesem Kriege den engsten Zusammenschluß aller Volkskreise, um diejenige nationale Stoßkraft wiederzugewinnen, die zum Aufbau unserer zerstörten Auslandposten nötig ist. Der Auslanddeutsche muß wissen, daß alle Volksteile hinter ihm stehen, daß alle von dem Wert und der Notwendigkeit seiner Auslandarbeit überzeugt sind. Wir fürchten, daß die starken Angriffe des Verfassers viele verbittern und abstoßen werden, die für die gewiß beachtenswerten Vorschläge des Schriftchens gerade hätten gewonnen werden sollen. Die Angriffe gegen die „Gelehrten und Schriftsteller von Ruf, denen es ein Bedürfnis ist, den Feind und seinen Haushalt zu loben", die sich „über jeden Rückschlag und über jede neue Schwierigkeit mit völliger Genugtuung äußern", hätten also mit vielen andern wegbleiben sollen, und wenn es auch richtig ist, daß „viele Auslanddeutsche mit großen Gedanken von des Reiches Beruf und den Aufgaben deutscher Kultur nach der Heimat kamen" und hier über die Entsagung und den schwachmütigen Geist sich enttäuscht fühlten, so erzählt doch der Verfasser zum Schlusse von sich selbst, daß bei seinem ersten Besuch der alten Heimat er „kaum ein Schiff fand, das ihn schnell genug wieder nach der neuen Heimat trug". Denn mit Tausenden anderen hätte ihn die Enge des Lebens in der alten Heimat abgestoßen, der militärische Schneid sei als einziger gesellschaftlicher Typus in Deutschland ausgebildet worden, den man den Idealen anderer Völker als besonderes deutsches Erzeugnis entgegenstellen konnte, es sei nicht richtig, daß die wahre Freiheit nur im deutschen Geist und Leben sich entfaltet. „Was wir unmittelbar empfinden, ist der Zwang, ist die Enge, die Unfreiheit, die sich selbst der Luft mitzuteilen scheint, und nicht eher als auf dem freien Meere löst sich das bedrückende Gefühl". Allen Reichsdeutschen bedeute der Staat „tatsächlich eine solche mit Strafrecht ausgestattete Vormundschaft". Und weiter heißt es da: „Wir könnten in der Tat „freier" werden, ohne daß die Staatssicherheit sich verringerte oder unsere „Deutschheit Not leidet". Allerdings denkt der Verfasser dabei nur an eine Aenderung in den Formen des Verkehrs zwischen Staat und Volk und weniger an eine Verfassungsänderung. Aber diese ungemein scharfe Kritik, die er übt und die lebhaft an Rohrbachs deutschen Gedanken in der Welt erinnert, hätte ihn doch vor Angriffe auf die heute überwiegend starken Kreise bewahren sollen, die nur in einer Aenderung der Verfasung den Weg zum gleichen Ziele der inneren Freiheit sehen. Auch Rohrbach hatte freiheitlichen Ausbau im Innern des Staates als Voraussetzung für das Wirken nach außen, als Voraussetzung für die Gewinnung der Sympathien der Welt empfohlen, und auf die Sympathien der Welt gründet sich nun einmal die Wirksamkeit des Auslanddeutschtums. Wir werden lernen müssen, uns von der engen Auffassung des Autors frei zu machen, daß „der Politiker das Interesse seiner Partei, allenfalls auch des Vaterlandes" betreibe, daß „eine kurzsichtige Demokratie die allgemeine Not zur Durchsetzung ihrer Interessen" nütze. Von solchen Verdächtigungen sollte sich gerade ein Auslanddeutscher frei halten, denn er schadet damit der Sache, der er dienen will.

Diese grundsätzlichen Ausführungen waren nötig gerade vom Standpunkt des „Deutschen Ausland-Instituts" aus, das sich bewußt von aller Parteipolitik fernhalten und alle Kreise unseres Volkes zu gemeinsamer Arbeit für das Auslanddeutschtum eben im Interesse der Heimat zusammenfassen will. Aus diesem Grunde sind führende Mitglieder aller Parteien des Reiches, leitende Persönlichkeiten aller im Wirtschaftsleben noch so scharf sich gegenseitig bekämpfenden Berufverbände dem Ausland-Institut beigetreten und in seinem Verwaltungsrat vertreten.

Weiser kommt im ersten Teil seines Werkchens zu einer Auseinandersetzung mit der angelsächsischen Kultur, indem er den Krieg als den sittlichen Konflikt zweier Welten zu begreifen sucht, der auch nach Friedensschluß nicht enden werde. Er findet neben manchem, was man angreifen kann, auch recht gute und kräftige Worte zur Charakteristik „angelsächsischer Seelenverfassung", und auch das wäre weit wirkungsvoller, wenn er nicht in anderer Form das üble Wort von den „vaterlandslosen Gesellen" wieder auffrischte. Der angelsächsischen Kultur stellt er das Ideal der deutschen Persönlichkeit gegenüber, das „die Einheit, die Freiheit und die Wahrhaftigkeit" ausmache, „die Denkeinheit, die Lebenseinheit

Digitized by Google

heit, die Kultureinheit", während die angelsächsische Kultur innerlich unfrei mache. Daß sich die bisherige Reichspolitik viel zu wenig um das Deutschtum über See bekümmert hat, ist richtig, daß die Regierung die Wirksamkeit des Vereins für das Deutschtum im Auslande „weit eher mit scheelen Augen betrachtet" habe, stimmt wohl, wenigstens für die letzten Jahre nicht so sehr. Aber der Unterstützung, die die Alliance française fand, hat in der Tat kein deutscher Verein sich von seiten unserer Regierung erfreuen dürfen, von der English Society gar nicht zu reden. Die erste Forderung, die der Verfasser erhebt, ist daher die, daß die deutsche Regierung sich zu dem genannten Verein „in ein positives Verhältnis stelle", das unsere gesamte Auslandvertretung ihm nicht nur beitrete, sondern seine Bestrebungen mit allen Mitteln fördere. Diese Forderung erheben wir auch mit allem Nachdruck für unser Deutsches Ausland-Institut, von dessen Begründung der Verfasser leider noch nichts zu wissen schien, als er seine Broschüre verfaßte. Und wir erheben sie mit besonderem Nachdruck jetzt, da eine „Volksregierung" die Geschicke des Reiches lenkt. Weiser lehnt die Art der Propaganda, wie sie amerikanische und englische Missionen für die wirtschaftliche Kraft ihrer Heimatländer treiben, mit Recht ab und er zitiert den bekannten chinesischen Schriftsteller Ku Hung Ming (aus Paquets Ausgabe des Buches: „Die Verteidigung Chinas gegen die europäischen Ideen") um den Schaden zu bezeichnen, den sie stifteten. Er nennt aber die Geschichte des Auslanddeutschtums eine Geschichte von Fehlern und Versäumnissen und fußt doch bei seinem ersten positiven Vorschlag auf einer englischen Idee, der großen Stiftung Cecil Rhodes' für Studenten an der Universität Oxford, und zwar für 66 Angehörige der britischen Kolonien, für 90 Stipendiaten aus Amerika und für 5 Stipendienempfänger aus Deutschland. Dieses Beispiel will er nachgeahmt haben: Er geht hauptsächlich von der beklagenswerten Erscheinung aus, wie wenig in erster Linie zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande berufene Führer, Lehrer und Pastoren, von der alten Heimat wissen und verlangt, daß man ihnen Gelegenheit gebe, sich in der Heimat zu bilden und sie kennen zu lernen. Kaum zehn vom Hundert dieser Männer waren einmal in Deutschland, das muß anders werden. Der lebendige Quell der Anschauung und des völkischen Mitempfindens muß in seiner Heilkraft ausgenutzt werden. Alle auf dem Gebiete des Auslanddeutschtums tätigen Organisationen sollen tätig mitarbeiten. Alle Auslanddeutschen, die ihren Kindern eine tiefgründige Heimatbildung geben wollen, sollen durch die Stipendiengründung dazu instand gesetzt werden. Ein Internat mit dem Studienplan des Reformgymnasiums soll begründet werden und mit einer von Tertia an eintretenden Zweiteilung in ein humanistisches und mathematisch-naturwissenschaftliches Bildungsziel. Das Stiftungskapital sollen in erster Linie die Auslanddeutschen selbst aufbringen, und zwar Kirchengemeinschaften, Logen und Vereine. Im Verhältnis ihrer Beisteuerung sollen sie über die Stipendiensätze verfügen. Nicht nur Synoden, sondern auch einzelne Distrikte und Pastoralkonferenzen sollen Stipendien stiften, so daß verdienten Geistlichen Feierjahre in Deutschland gewährt werden können. Weiser rechnet hierbei auch auf die Mitwirkung der Katholiken, denn — und da scheint er sich von recht altertümlichen Vorstellungen, die er früher als Auslanddeutscher über die deutsche Heimat hatte, allmählich etwas frei zu machen — „katholisch" und „ultramontan" könnten nicht mehr als gleichbedeutend gesetzt werden, „Katholik" und „Römling" seien nicht mehr dasselbe. Auch die südrussischen Kolonien sollten sich an der Aufbringung der Mittel beteiligen. Das einzelne Stipendium solle auf ungefähr 1200 Mark angesetzt werden, denn der Stipendiat könne ruhig auch aus eigenen Mitteln etwas aufbringen. In Berlin sollte die Zentrale errichtet werden. Ein eigenes Prediger-Seminar für Auslandkandidaten sei nicht notwendig, wohl aber ein eigenes Lehrer-Seminar. Den Stipendiaten sollten Galerien und Museen, Konzerte und Theater unentgeltlich zur Verfügung stehen, Reiseerleichterungen und sonst noch alle möglichen Vorteile sollten ihnen gewährt werden.

Soweit der Plan, den hier besonders ausführlich zu erörtern wir um so lieber unternahmen, weil wir mit ihm grundsätzlich einverstanden sein können. Er ist im Gedanken gut und richtig. Die Form des geplanten Internats mag zu Bedenken Anlaß geben. Vielleicht würde eine Verteilung der Stipendiaten über das Reich, ihre Unterbringung in deutschen Familien vorzuziehen sein, sicherlich wäre nach heutigen Verhältnissen der angesetzte Stipendienbetrag zu niedrig, und was dergleichen andere Ausstellungen und Bedenken noch sein mögen. Aber im Kerne handelt es sich um eine gute Sache, und sie muß je nach den veränderten Umständen, die wir nach diesem Friedensschluß vorfinden, in der oder jener Form unter Mitwirkung aller dazu in Betracht kommender Organisationen — der Verfasser will ursprünglich nur den V. D. A. zum Träger des Gedankens machen — in die Wirklichkeit übersetzt werden. Der letzte Teil des Büchleins befaßt sich mit einer anderen ungemein viel schwierigeren Frage, der Rückwanderung der Auslanddeutschen in die alte Heimat. Weiser schlägt das Kurland als Besiedelungsland vor und begründet diese Ansicht mit der Möglichkeit freierer ungehemmterer Betätigung, wie sie im alten Deutschland nicht möglich sein würde. Er beschränkt allerdings das Problem dabei zunächst nur auf die Nordostmark und die amerikanische Rückwanderung. Er will, und das ist unseres Wissens ein ganz neuer Gedanke, diese Rückwanderung kirchlich organisieren, und zwar so, daß einzelnen Synoden ganz bestimmte kurische Distrikte als „Missionsgebiet" zugewiesen werden, die sie nicht nur mit Siedlern füllen, sondern auch wirtschaftlich entwickeln und beaufsichtigen sollen. Viele von den Millionen, die heute in die Heiden-Mission fließen, sollen zu diesem Zwecke des Deutschtums verwendet werden. Weiser denkt da an die Rückwanderung ganzer Gemeinden unter Führung ihrer Pfarrer, mit Hilfe besonderer staatlich zu schaffender Dampferlinien, mit Unterstützung der daraus Gewinn ziehenden Eisenbahnlinien, unter Mitnahme des lebenden Inventars und auch eines Teils des toten der Rückwanderer in Spezialschiffen, unter Berücksichtigung der besonderen konfessionellen Verhältnisse, unter Anwendung einer zwar amerikanisch betriebenen aber sachlichen Propaganda und Reklame für die Ideen. Diese Gedankengänge sind mehr interessant als augenblicklich praktisch. Die Frage, ob wir Kurland als Siedelungsland wirklich besitzen werden, die zweite Frage, ob wir es nicht in erster Linie dem dringenderen Bedürfnis der russischen Kolonisten werden zuweisen müssen, die Frage, ob sowohl die russischen, wie auch die amerikanischen Kolonisten wirklich werden rückwandern wollen, wenn es einmal ernst wird, und wenn sie in Kurland recht viel schlechteren Boden und schwierigere wirtschaftliche Verhältnisse vorfinden werden, als in ihrer früheren Heimat — all das steht dahin und ist jetzt gar nicht zu beantworten. Praktischer scheint in dem jetzigen raschen Entwicklungslauf der Dinge der Gedanke der reichsparlamentarischen Vertretung der Auslanddeutschen. Schon werden bei uns Rufe nach einem allgemeinen deutschen Nationalrat laut, in dem für die Verwirklichung solcher Gedanken Raum geschaffen werden könnte. Sicherlich würde auch durch eine Vertretung der Auslanddeutschen im Parlament manch frischer, völkerverbindender Geist, viel politischer Stolz und kerniges deutsches Wesen im Reichsparlament zur Geltung kommen. Die Schaffung einer Reichsstelle für das Auslanddeutschtum schließlich, in der alle Fäden zusammenlaufen sollten, ist der Verwirklichung näher gerückt durch die Schaffung einer Stelle, die wenigstens die Rückwanderung einheitlich be-

Digitized by Google

arbeitet, und die sich vielleicht zu dem auswachsen kann, was da Weiser vorschwebt. Auch hier türmen sich gewiß Schwierigkeiten organisatorischer Natur, wie auch solche, die in der Frage selbst begründet sind, in Mengen auf. Aber der Gedanke ist wenigstens der ernsten Orientierung wert. Mit der Schlußforderung Weisers, der Verein für das Deutschtum im Auslande sollte sich unter Berücksichtigung all dieser neuen Aufgaben zu einem „Deutschen Bund" umformen, weil er dann das Interesse des Deutschtums schlechthin zu vertreten hätte, wird sich dieser Verein selbst zu befassen haben. Wir können an diesem Orte ein Urteil darüber einstweilen zurückstellen.

Ein kräftiges Wort gegen Lichnowsky beschließt endlich das Büchlein. Wo es politisch, oder sagen wir besser innerpolitisch, zur Kampfschrift wird, haben wir es ernstlich zu bekämpfen gehabt, wo es Gedanken über das Auslanddeutschtum äußert, begrüßen wir es als eine anregende, vielseitige selbständige und eigenartige Schrift, deren Gedanken aus der Besprechung der Frage Auslanddeutschtum und Heimat nie wieder verschwinden sollten. Dr. F. W.

[Diese Besprechung ist schon Ende Oktober geschrieben worden. Sie mußte wegen Raummangels bisher zurückgestellt werden. Wir bringen sie aber auch heute noch unverändert, weil sie viel Grundsätzliches behandelt. Die Schriftltg.]

Mission und Auslanddeutschtum, von Prof. Carl Paul, Missionsdirektor in Leipzig, 9. Heft der Flugschriften der deutsch-evang. Missionshilfe. Druck und Verlag von C. Bertelmann, Gütersloh. 23 Seiten 30 Pfg.

Das Heftchen enthält einen Vortrag, den der Verfasser in der Sitzung des Verwaltungsrats der Missionshilfe im Februar 1918 hielt. Er geht aus von der Tatsache, daß das deutsche Volkstum im Auslanddeutschtum sich auswirkte und daß das Christentum des evangelischen Deutschland in seiner Missionstätigkeit weite Weltbeziehungen gewann. Er behandelt den Unterschied zwischen Reichsdeutschen, Volksdeutschen und Kolonialdeutschen und unter diesen Kathegorien namentlich die deutschen Missionsleute, auf deren kulturelle Tätigkeit besonders eingegangen wird. Deutschtum und Christentum sind zwar zeitweise getrennte Wege gegangen und der Missionar konnte nicht zu gleicher Zeit den Missions- und Kulturaufgaben gerecht werden. Dann aber setzten Kirchenvereinsgründungen und Hilfsstellen ein und schließlich erfolgte eine gute Zusammenarbeit. Auch die Mission hat im Kriege Schweres erlitten. Aber ebenso wie das Auslanddeutschtum wird auch die Mission wieder in die Höhe kommen. Unter den Organisationen, die sich der Pflege des Auslanddeutschtums widmen, wird besonders auch des deutschen Ausland-Instituts gedacht. Das Schriftchen gibt als Ganzes einen knappen aber guten Ueberblick über die wichtigen Zusammenhänge zwischen Auslanddeutschtum und Missionswesen. W.

Das Litauenbuch, eine Auslese aus der Zeitung der 10. Armee, Druck und Verlag der 10. Armee, Wilna 1918, 195 Seiten, 48 Seiten Kunstdruckbilder-Beilagen.

Ein stattliches Werk, das die Zeitung der 10. Armee kurz vor ihrem Eingehen ihren zahlreichen Freunden darbot und ein Werk gediegenen Inhalts dazu. In der ersten Abteilung, „Land und Leute", wird ein Ueberblick über die Geschichte Litauens gegeben. Es folgt eine Arbeit zur Landeskunde des ethnographischen Litauen, eine Arbeit über die Geologie, sowie über die Flüsse Memel und Wilja, Wasser- und Flußwirtschaft; die litauische Landwirtschaft und die Völker Litauens werden behandelt, die Sprachverhältnisse im Oberostgebiet und die litauische Sprache im besonderen. In der zweiten Abteilung, die dem „litauischen Volkstum" gewidmet ist, wird über Geist und Musik des litauischen Volksliedes, über Schrifttum und Kunst, über Grabkreuze und Webereien, über den Flachsbau, über den Volks- und Aberglauben, über die Sommersonnenwende, über alte litauische Burgen gesprochen. Die dritte Abteilung ist den „geschichtlichen Denkwürdigkeiten" gewidmet, den alten Burgen und dem Orte, von dem so viel im Kampf die Rede war, Krewo, wie der Burgruine Traken; die Schauplätze der Deutschordenskämpfe in Litauen werden geschildert, der Handel Litauens im 14. und 15. Jahrhundert wird beschrieben. Wir finden auch, was uns an dieser Stelle besonders interessiert, Aufsätze über die Einflüsse deutscher Kultur in Litauen und über die Geschichte des Deutschtums in Wilna und Kauen, über Zunftbücher. Kownos und Wilnas Kriegsschicksale werden besonders ausführlich behandelt. Ein letzter Teil ist endlich der litauischen Dichtung gewidmet und bringt Sprichwörter und Redensarten, Rätsel und Märchen, wie auch Erzählungen. Es handelt sich bei allen diesen Aufsätzen der verschiedensten Verfasser um Beiträge, die einst in der Zeitung der 10. Armee erschienen sind, und die nun zu ewigem Andenken gesammelt werden. Eine Fülle ausgezeichneter Bilder illustriert das Buch, das mehr als alle Worte beweist, welchen Anteil die deutschen Soldaten an dem Lande nahmen, das zu verwalten sie berufen waren, und das echte gründliche deutsche Arbeit verrät. Das deutsche Heer darf stolz auf solche Leistungen seiner feldgrauen Zeitungsleute zurückblicken. W.

Deutsche Brüder in Finnlands Erde, Verlags-Aktien-Gesellschaft Otawa, Helsingfors. 134 Seiten, 35 Abbildungen.

Das Buch vermittelt manch interessante Eindrücke über die deutsche Eroberung Finnlands, wenn sie auch zumeist nicht militärischer, sondern mehr menschlicher Art sind. Aufsätze über Finnlands Bedrückung durch Rußland und über seine Befreiung leiten das Buch ein. Dann folgt eine Beschreibung des Einzuges in Helsingfors nebst einer Wiedergabe der dabei gehaltenen Reden, die Ansprachen des treuen Hüters des Deutschtums in Finnland, des Pastors Israel, beim Festgottesdienst in der Nikolaikirche sowie beim Dankgottesdienst und beim Gottesdienst der schwedischen Gemeinden in der Johanneskirche, Gedichte und Reden namhafter Finnländer bei festlichen Anlässen, die Traueransprachen der Geistlichen und der Vertreter der finnländischen Oeffentlichkeit bei den Begräbnissen der deutschen Gefallenen, deren Namen in dem Buche lückenlos wiedergegeben werden. Es steht manch gutes Wort über gemanisches Gemeinschaftsgefühl und manche Anerkennung für die von Deutschen schon vor dem Kriege in Finnland geleistete Kulturarbeit in diesen Blättern. Der Bliderschmuck bringt unter anderem auch die Bilder der deutschen Kirche und des deutschen Pfarrhauses von Helsingfors.

Polen, von R. F. Kaindl, Band 547 der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt, Verlag von B. G. Teubner, Leipzig-Berlin, V und 112 Seiten, 1,50 Mk.

Von der im Jahre 191 in erster Auflage erschienenen Schrift ist rasch eine neue Auflage nötig geworden. Der Kernpunkt der Darstellung wird im Vorwort also bezeichnet: Der Zerfall Polens ist eine Folge der Mißwirtschaft des Adels. Auch der scharfe Gegensatz, der zwischen Polen und Deutschen trotz der nahen Kulturverwandtschaft besteht, geht zumeist auf den verderblichen Einfluß der führenden Kreise zurück. Das ist historisch gewiß unanfechtbar richtig. Aber der Widerstand gegen den Deutschen und seine Kultureinflüsse, der sich schon mit der Verbreiterung des nationalen Gedankens breiten Volksschichten mitteilte, ist jetzt im Kriege durch geschickte Agitation und auch durch die Fehler der reichsdeutschen Politik derart gewachsen, daß davor die Füh-

Digitized by Google

rerschaft des Adels völlig zurückgetreten ist. Uns interessiert hier ein wenn auch knappes so doch höchst belehrendes Kapitel über die Deutschen in Polen. Kaindl schildert darin, wie von Mitte des 12. Jahrhundert an deutsche Bauern-Kolonisten, namentlich im Anschluß an die Klöster, ins Land kamen, so daß das Deutschtum in Schlesien feste Wurzeln schlug und bald Eingang in andere Gebiete fand. Vielfach wurden deutsche Stadtrechte erteilt, wie den im Krieg oft genannten Städten Lublin, Neusandec, Ostrow, Lukow, Sieradz, Plock, Blonie, Ciechanow, Prasnyzs, Warschau, Lemberg, Stryj, Kolomea, Przemysl und sogar Kiew. Ja deutsches Recht drang bis Charkow vor. Dörfer wurden begründet, indem man „Lokatoren" mit der Beschaffung vertrauenswürdiger Siedler-Kolonisten betraute und ihnen dafür das erbliche Schulzenamt und zinsfreies Land zusicherte. Kaindl gibt einen sehr interessanten Ueberblick über die rechtliche und wirtschaftliche Verfassung dieser deutschen Gemeinden, deren Blüte schon im 16. Jahrhundert dahinschwand, als die „Polnisierung" begann. Der Zuzug von Deutschen hörte zwar nicht auf, aber erst das merkantilistische 18. Jahrhundert brachte wieder stärkeren deutschen Einwandererstrom von Kaufleuten, Handwerkern und Bauern. Kaindl rechnet noch heute mit etwa 80 000 Bauern in 200 Gemeinden. Später brachte die russische Zollabsperrungspolitik den Zuzug reichsdeutscher Gewerbetreibender und die Begründung der polnischen Textilindustrie um Lodz, es kamen sächsische Bergleute ins Kohlenbecken von Dombrowa, württembergische und badische Bauern, schwäbische und Elsäßer Tabakbauern, protestantische Salzburger. Die Zählung von 1897 weist 407 274 Deutsche aus, davon allein über 67 000 in Lodz. Kaindl schildert den großen kulturellen Einfluß der Deutschen und ihre scharfe Bedrückung namentlich während der polnischen Revolutionen. Wenn man heute dieses Kapitel nachliest, so bekommt man einen Begriff davon, was dem Deutschtum, das sich ja erst in den letzten Jahren unter dem ermunternden Einfluß der deutschen Besatzung zu rühren und zu organisieren begann, drohen wird, wenn die Polen frei und ungehemmt mit ihren „Minderheiten" werden verfahren können. Da ziemt es heute mehr denn je, an das Wort des „Wiek Nowy" vom 7. Juli 1914 zu erinnern: „Deutsche waren es, die an Stelle der schmutzigen Einkehrhäuser ordentliche Hotels errichteten, sie entwanden dem Verfall unsere Druckerkunst und den Buchhandel. Sie gaben uns die großen polnischen Historiker, wie Franz Smolka und andere; die polnischen Industriellen, wie Schlenkier, die polnischen Künstler, wie Brand. Ihnen verdanken wir eine ganze Reihe tüchtiger Agrarier; die großen Gelehrten Liske und Hirschbrand und die Schriftsteller, wie Josef Kramer und Vinzenz Pohl. Die Grundlage des polnischen Bürgertums in Lemberg und Krakau sind die verschiedenen Fischer, Stadtmüller und andere. Die antideutsche Demonstration, welche sich gegen Kaufleute mit deutschen Namen oder selbst gegen deutsche Kaufleute in Lemberg richtete, ist ein Absurdum". Jedenfalls haben die Deutschen, die nur 4½ vom Hundert der Bevölkerung ausmachen gegenüber 14 Prozent Juden und 4 Prozent Russen einen kulturellen Einfluß, der zahlenmäßig gar nicht gemessen werden kann. Man wird auf deutscher Seite mit sehr viel größerem Angriffsgeist, als er bisher zu spüren war, auf diese Tatsache verweisen müssen, wenn demnächst die Polenfrage entschieden werden wird.

Dr. F. W.

Wer ist ein Deutscher? Die Fragen der Staatsangehörigkeit. (Deutsche Kriegsschriften, Heft 28.) Verlag von Marcus & Weber, Bonn.

Das kleine Heftchen enthält in allgemein verständlicher Darstellung das wichtigste über das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht und kann allen, die sich mit dieser wichtigen Materie an der Hand geschickt ausgewählter Beispiele zu beschäftigen wünschen, wärmstens empfohlen werden. Str.

Karte der Länder und Völker Europas. Volkstum und Staatenbildung von Prof. Dr. Dietrich Schäfer. Verlag von Dietrich Reimer (Ernst Vohsen). 8. Auflage.

Daß bereits die achte Auflage der Karte nötig ward, spricht schon für ihre Brauchbarkeit und Beliebtheit. Die neue Auflage ist erst Anfang November abgeschlossen, sie verwertet also die Ergebnisse der neuesten Forschungen. Die Uebersichtlichkeit und Klarheit ist trotz der Schwierigkeit der Farbenverteilung so vieler Nationalitäten über Europa gut gewahrt. Auch verhältnismäßig kleine völkische Enklaven sind berücksichtigt. Die Karte, die auch die deutschen Sprengel in Ungarn, im Schwarzmeergebiet und um Saratow klar heraustreten läßt, wird bei manchen politischen Erörterungen der nächsten Zeit unentbehrlich sein. Von unserem Standpunkte aus interessiert sie namentlich deshalb, weil sie auf einen einzigen Blick über das Auslanddeutschtum im Osten klar und vollständig unterrichtet. Das Geleitwort Prof. Schäfers konnte allerdings die allerneuesten politischen Ereignisse nicht mehr verwerten. Es kann leider nicht mehr gesagt werden, daß sich die unserm Reich von Bismarck gegebene Form als „wetterfest erprobt" habe. W.

Sprachen- und Völkerkarte Europas, Verlag der Geographischen Anstalt von Wagner & Debes, Leipzig.

Diese Völkerkarte gewährt mit ihrer farbigen Anordnung einen rasch unterrichtenden Ueberblick über die Hauptvölkerstämme der Indogermanen, Kaukasier, Mongolen. Sie ist weniger auf das Aktuelle zugeschnitten, als die Schäfersche Karte und wohl auch weniger ins einzelne gehend. Auch fehlen ihr die statistischen Angaben der Bevölkerungen und der Nationalitäten. Dafür ist sie in der Farbenanordnung durch Benutzung von weniger Farben klarer und für den Laien übersichtlicher und ihr Format ist (Maßstab 1 : 12 Millionen) handlicher. Auch diese Karte wird angesichts der jetzigen Lage und des neu erwachten politischen Interesses vielen willkommen sein. W.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

„Der Bote aus Zion." Die Novembernummer dieser im 34. Jahrgang erscheinenden Vierteljahrsschrift aus dem syrischen Waisenhause in Jerusalem berichtet, daß die Engländer, die während des ersten Halbjahrs nach ihrem Einzug in Jerusalem diese deutsche Anstalt unbehelligt ließen, Ende Juli dem amerikanischen Roten Kreuz überantworteten. Die Anstalt wurde geschlossen und besteht nunmehr anscheinend nur als Lazarett weiter. Außer dem Direktor mit seiner kranken Frau durfte nur die Familie des Hausvaters in Jerusalem bleiben, die übrigen deutschen Angehörigen der Anstalt wurden nach dem Schwefel- und Lustbad Helusan bei Kairo überführt, wo im ganzen etwa 750 Deutsche unter leidlichen Verhältnissen interniert waren. Die deutsche „Heimatgemeinde" des syrischen Waisenhauses hat die Fürsorge für die in Aegypten weilenden Angehörigen übernommen. Sie hat für die Sammlung „Noch übers Grab hinaus" von Sept. 1917 bis Nov. 1918 insgesammt 37 293 Mark gesammelt, die 1865 Mark Zinsen ergeben. Die Kosten eines Kindes betragen einschließlich aller Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Schule, Berufsbildung etwa 380 Mark. Es sind jetzt für 22 Kinder Freistellen in Jerusalem gesichert, für ein Kind überdies eine Stelle in Nazaret. Die Zeitschrift bringt weiter Berichte über den Zionismus und über die Feier der Grundsteinlegung für eine jüdische Universität in Jerusalem, zu der ein Zionist aus Wilna ein inmitten stattlichen Grundbesitzes gelegenes Haus ankaufte und stiftete. Die Feier fand in Anwesenheit sämtlicher englischer Behörden statt, 6000 Menschen

Digitized by Google

nahmen an ihr Teil, der Tag wurde zum allgemeinen jüdischen Feiertag in Jerusalem erklärt. Die Zeitschrift berichtet ferner, daß die Engländer den Deutschen, solange sie dort bleiben durften, pro Kopf und Woche 800 gr. Mais und 600 gr. Reis lieferten und daß der spanische Konsul für das Deutsche Reich Unterstützungen ausbezahlte. Einen interessanten Bericht enthält „Der Bote aus Zion" über die Schnelligkeit, mit der die Engländer sofort nach ihrem Einzug den Bau einer Wasserleitung für die heilige Stadt begannen. Am 14. Februar begannen die Untersuchungen, 4 Tage später war der Plan fertig, infolge schlechten Wetters konnte man erst am 12. April mit den Arbeiten beginnen, aber am 18. Juni arbeitete schon die Wasserleitung. Sie wird gespeist aus Quellen in einem Tal zwischen Jerusalem und Hebron, denen stündlich 65 000 Liter entströmen, das Wasser wird in hochgelegene Bette gepumpt und fließt von dort in Röhrenleitungen nach der Stadt.

★

In der Münchner Wirtschafts-Zeitung „Handel und Industrie" schreibt der aus dem Heeresdienst entlassene O. Sperber in bitteren Worten über die Frage: Was wird aus uns Auslanddeutschen?: „Wo man auch heute anklopft, findet man verschlossene Türen und verstopfte Ohren. Man läuft von Tür zu Tür, von Behörde zu Behörde, vom Soldatenrat zum Arbeiterrat, schreibt Dutzende von Briefen, um Stellung zu erhalten, bis die Heimreise möglich ist. Aber alles ist vergeblich. Auf die Bewerbungsschreiben erhält man meist nicht einmal Antwort. Kein Mensch will uns, die Pioniere des deutschen Handels und Wandels im Auslande, beschäftigen. Man findet im Inlande billigere Kräfte „mit weniger Lebenserfahrung und Selbständigkeit, die sich leichter biegen lassen unter dem Zwang der Verhältnisse. Mit einem Worte, wir Auslanddeutsche gelten in der Heimat als Parias." Sperber tritt demgegenüber dafür ein, daß das neue Deutschland seine Auslanddeutschen nicht vergessen und nicht vernachlässigen dürfe. Denn sie repräsentierten ein tatsächlich vorhandenes lebendes Kapital, das man nicht gering achten und verschleudern dürfe. Die leitenden Kreise sollten sich ernstlich mit der Frage der Auslanddeutschen beschäftigen und sie nicht durch nichtssagende Worte fernerhin hinhalten.

★

Das vornehm ausgestattete Oktober / November / Dezember-Heft der Caritas, das von dem ums Auslanddeutschtum verdienten Prälaten Werthmann in Freiburg i. B. herausgegeben wird, teilt unter anderem mit, daß dem Prälaten noch kurz vor Ausbruch der Revolution das Eiserne Kreuz am weiß-schwarzen Bande verliehen worden sei, der Kaiser habe die Verleihung noch kurz vor seinem Thronverzicht vollzogen. Prälat Werthmann bringt in einem Artikel über das 50jährige Jubiläum des St.-Raphael-Vereins wertvolles Material über dessen Begründer, Cahensly, und namentlich über seine Bestrebungen zur Verbesserung der sanitären und hygienischen wie sittlichen Zustände auf Auswandererschiffen, wie zur Unterstützung der Auswanderer überhaupt. Der Artikel würdigt die ganze Tätigkeit des Vereins in den 50 Jahren seines Bestehens in anschaulicher Weise. Die jüngste Schöpfung des Vereins, die gemeinsam mit dem Caritasverband in Berlin begründete Geschäftsstelle, mußte infolge der Revolution jüngst wieder eingehen, soll aber bald wieder entstehen. Das Heft enthält weiter einen Artikel über die Jubelversammlung des St.-Raphael-Vereins im Oktober in Coblenz und berichtet über die dort erfolgte Begründung eines „Reichsverbandes für die katholischen Auslanddeutschen". Zu ihm haben sich zusammengeschlossen: der Verein für die katholischen Deutschen im Ausland, der Caritas-Verband für das katholische Deutschland, der St.-Raphael-Verein, die Frauengruppe des Caritasverbandes für das katholische Auslanddeutschtum, der St.-Joseph-Missions-Verein, der Bonifatius-Verein, der Franz-Xaverius-Verein, der Ludwig-Missions-Verein, die Missionsvereinigung katholischer Frauen und Jungfrauen, der Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands (E. V.), Essen, der katholische Zentral-Gesellenverein, die Missions- und Ordensgesellschaften, welche an der Arbeit für die katholischen Auslanddeutschen beteiligt sind. Gemeinsame Veröffentlichungen sind vorgesehen. Die Arbeiten, die zum Ziele haben „die deutschen Auslandkatholiken ihrem Glauben und Volkstum zu erhalten und kulturell und wirtschaftlich zu fördern", sollen gemeinsam geplant und in Angriff genommen werden. Besonders wird die Hilfeleistung für die Katholiken im russischen Reich als dringlich erwähnt. Geheimer Kommerzienrat Cahensly ist als Ehrenvorsitzender, Graf Galen-Berlin als Vorsitzender, Geheimer Hofrat Held in Regensburg als zweiter Vorsitzender gewählt worden. Die übrigen gründenden Vereine sind im Vorstand durch Delegierte vertreten. Der neue Verband hat große Aufgaben vor sich. Wir wünschen ihm, daß er sie erfolgreich lösen kann und daß ihm die reichen Mittel, die dazu nötig sind, nicht fehlen werden.

★

In der neuesten Nummer der Vierteljahrsschrift: „Das Deutschtum im Auslande" schreibt an leitender Stelle der Vorsitzende des V. D. A., Exzellenz von Reichenau, über „Das Auslanddeutschtum vor und nach der Revolution": „In dem gleichen Augenblick, in dem wir unseren bisherigen Staat verlieren, gewinnen wir unser Volk, d. h.: wird uns zu lebendigster Gewißheit und Klarheit, daß neben der Gemeinschaft des Reiches, die uns mit unseren Stammesgenossen verbunden hat, eine Gemeinschaft des Blutes und Stammes besteht . . . . auf einmal empfinden wir, daß wir für diese Ideen des deutschen Volkes bisher nie das richtige Gefühl und Verständnis gehabt haben, verhindert auf der einen Seite durch die in unserer geographischen Lage begründete und uns anerzogene Ueberspannung des Staatsbegriffes, auf der anderen Seite durch den uns eigentümlichen Drang nach Internationalismus und Menschheitsidealen, in dem wir über dem Sehnen, die ganze Welt ans Herz zu drücken, das eigene Volk vergaßen." Zwischen uns und unsere Stammesgenossen dürfe in Zukunft nichts Trennendes mehr treten. Unsere Pflicht sei es dafür einzutreten, daß diesmal der alte Traum der Vereinigung der Deutsch-Oesterreicher mit dem Reiche Wirklichkeit werde. Das „Volk" habe eine neue Bedeutung gewonnen. „Ist doch Demokratie heute Forderung des Tages. Als Verlangen nach friedlicher Betätigung des Volkswillens und nach Lösung von obrigkeitlicher Gängelei und gesellschaftlicher Ueberhebung wird sie begreiflich und berechtigt empfunden werden von jedem Deutschen, der sich einen offenen Blick dafür bewahrt hat, daß bei uns die Persönlichkeit, die individuelle Eigenart, kurz der Mensch im Gestrüpp des Kastengeistes, der Rangordnung, des Bürokratismus nach Luft und Licht ringen mußte." Herr von Reichenau erzählt, daß ihn während seiner diplomatischen Tätigkeit dieses „amtliche Brahminentum" zu manchem leider erfolglosen Ansturm veranlaßt habe und spricht die Hoffnung aus, daß die Revolution den Bretterzaun eingerosteter Vorurteile und äußerlich etikettierten Menschentums wohl endgültig niedergerissen habe. Er erinnert an seine Tätigkeit in Sofia, wo er im Jahre 1898 nach seiner Ernennung zum Generalkonsul in der Zeitung veröffentlicht habe, er würde sich freuen, seine deutschen Landsleute zu bestimmter Zeit an bestimmtem Ort begrüßen zu können, und wo man ob dieses Herabsteigens eines „leibhaftigen Generalkonsuls" zu den ärmsten und geringsten seiner Landsleute allgemein verwundert gewesen sei. So tief steckte man damals „in der Engherzigkeit gesellschaftlicher und bürokratischer Vorurteile."

Digitized by Google

In der Dezembernummer des „Getreuen Eckart", der Zeitschrift des Deutschen Schulvereins in Wien, schreibt Franz Breiner über die deutsche Zukunft zuversichtliche Worte: „Ehre dem Volke, das nicht an sich verzweifelt. Der Erlöser kommt diesmal nicht vom Himmel, sondern ruht tief im deutschen Herzen und harrt seiner Sendung. Es ist der Glaube an unser deutsches Volk, der Glaube an eine deutsche Zukunft. Ihn wollen wir uns nicht rauben lassen, komme, was kommen mag. Heil dem Volke, das nicht an sich verzweifelt, heil deutscher Zukunft!" Der Deutsche Schulverein selbst erläßt eine Kundgebung, daß er gerade jetzt erhalten und gefestigt werden solle „als eine nationale Gemeinschaft zur Abwehr aller Angriffe gegen das deutsche Volkstum". Ferner finden wir einen Aufsatz über Peter Rosegger, den Schulapostel, neben zahlreichen Notizen und Mitteilungen über das Deutschtum in Oesterreich und seine harten Kämpfe.

VON UNSERER ARBEIT

Die Frage der Wahlfähigkeit der Auslanddeutschen zu den Landesversammlungen und zur Nationalversammlung ist von dem rührigen „Soldatenrat der deutschen Wehrleute aus der Schweiz" in Singen energisch und rasch gelöst worden, und wenn diese Lösung auch nur ein Provisorium darstellt, so ist es doch ein erster Schritt, auf dem sich aufbauen läßt. Das Deutsche Ausland Institut hat, hoffentlich noch rechtzeitig, um alle Auslanddeutschen auf ihre Rechte und Pflichten aufmerksam zu machen, die nachfolgende Benachrichtigung an die größten Zeitungen Deutschlands gesandt:

Die Wahlfähigkeit der Auslanddeutschen.

Eine für die Auslanddeutschen äußerst wichtige Entscheidung über die Wahlfähigkeit der Auslanddeutschen wird jetzt eben bekannt. Der äußerst rührige Soldatenrat der in Singen versammelten, an der Rückkehr in die Schweiz behinderten deutschen Wehrleute aus der Schweiz hatte sich mit dringenden telegraphischen Eingaben an die badische und an die Reichsregierung gewandt und ersucht, ihm die Wahlfähigkeit der deutschen Wehrleute aus der Schweiz zu bestätigen. Darauf kam am 19. Dezember eine Verfügung der badischen Regierung, daß die Wahlfähigkeit der Wehrleute, die noch eine badische Staatsangehörigkeit besitzen, nicht zweifelhaft sei und nicht bestritten werde. Demzufolge haben diese Wehrleute am 5. Dezember fast vollzählig ihr Wahlrecht zur badischen Landesversammlung ausgeübt, und zwar gingen sie in einem eigens für die Wehrleute gebildeten Wahlbezirk zur Urne. Drei Mitglieder des Soldatenrats walteten mit zwei Vertrauensleuten aus der Stadt Singen ihres Amtes. Als Wählerlisten galten die vom Soldatenrat aufgestellten Listen der Wehrleute. Am 28. Dezember antwortete die badische Regierung im Auftrag der Reichsregierung:

> „Wir teilen die Auffassung der Stadt Singen, daß die deutschen Wehrmänner aus der Schweiz, welche nach Auskunft des Generalkommandos voraussichtlich noch Monate daselbst verbleiben werden, als in Singen wohnhaft im Sinne der §§ 2 und 9, Abs. 1, des Reichswahlgesetzes anzusehen und daselbst zur deutschen Nationalversammlung wahlberechtigt sind.

Diese Entscheidung ist für alle im Reiche sich jetzt aufhaltenden Auslanddeutschen höchst bedeutungsvoll. Was für die deutschen Wehrleute aus der Schweiz gilt, gilt für alle Auslanddeutschen, denn auch sie werden voraussichtlich noch monatelang an ihrem jetzigen Wohnort zu verbleiben haben. Versäume deshalb niemand unter ihnen, dem das Wohl der Heimat am Herzen liegt, sich unter Berufung auf diese Entscheidung in die Wählerliste eintragen zu lassen und später seiner Wahlpflicht zu genügen.

Versammlung der Auslanddeutschen

Am Mittwoch, den 22. Januar, fand im Kuppelsaal des Kunstgebäudes eine vom Deutschen Ausland Institut einberufene Versammlung der Auslanddeutschen statt. Sie war so überfüllt, daß Hunderte keinen Zutritt mehr finden konnten. Es sprachen Vertreter der Regierung, des Ausland Instituts und der Auslanddeutschen. Einstimmig wurde die folgende Resolution angenommen:

Die vom Deutschen Ausland Institut einberufene, von über tausend Personen besuchte Versammlung der Auslanddeutschen aus Stuttgart und dem Schwabenland verlangt auf Gegenseitigkeit beruhende Wiederherstellung der Rechte der Ausländer in allen Staaten in Bezug auf persönliche Sicherheit, freien Verkehr, Besitz und wirtschaftliche Entfaltung. Wenn eine Schadloshaltung für verlorenen Besitz durch unsere Gegner von heute nicht zu erreichen ist, oder wenn die Feinde wider Erwarten und Recht das deutsche Eigentum in ihren Ländern als Faustpfand für Kriegsentschädigung behalten sollten, dann muß das Reich es nicht nur als Ehren-, sondern als Rechtspflicht betrachten, Ersatz dafür zu leisten. Die Versammlung wünscht einen wahren Frieden der Gerechtigkeit. Sie erwartet vom Deutschen Reich vermehrtes Interesse in der Zukunft für das Auslanddeutschtum, das sich kundtut in besseren diplomatischen und konsularischen Vertretungen unter Zuziehung von gewählten Beiräten der ortsansässigen Deutschen, Erteilung des Reichswahlrechts an die Auslanddeutschen, Vertretung der Auslanddeutschen bei der Friedenskonferenz durch Beiräte zur deutschen Delegation. Für die Millionen der Stammesbrüder in aller Welt fordern wir das Selbstbestimmungsrecht nach Wilsons Grundsätzen. Die Deutsch-Oesterreicher müssen das Recht haben, sich nach freier Wahl dem Reich anzuschließen, die Elsässer nach eigenem Ermessen ihre Staatlichkeit bestimmen zu können. Die Deutschen im Baltikum, in Polen, in Rußland und der Ukraine, in Ungarn, Palästina, und sonst überall in der Welt wo Deutsche geschlossen zusammenwohnen, brauchen politische Gleichberechtigung und Schutz ihrer politischen Minderheiten gegen nationalistische Uebergriffe, mit den Rechte der kulturellen Selbstbestimmung in Sprache, Kirche Schule, Presse.

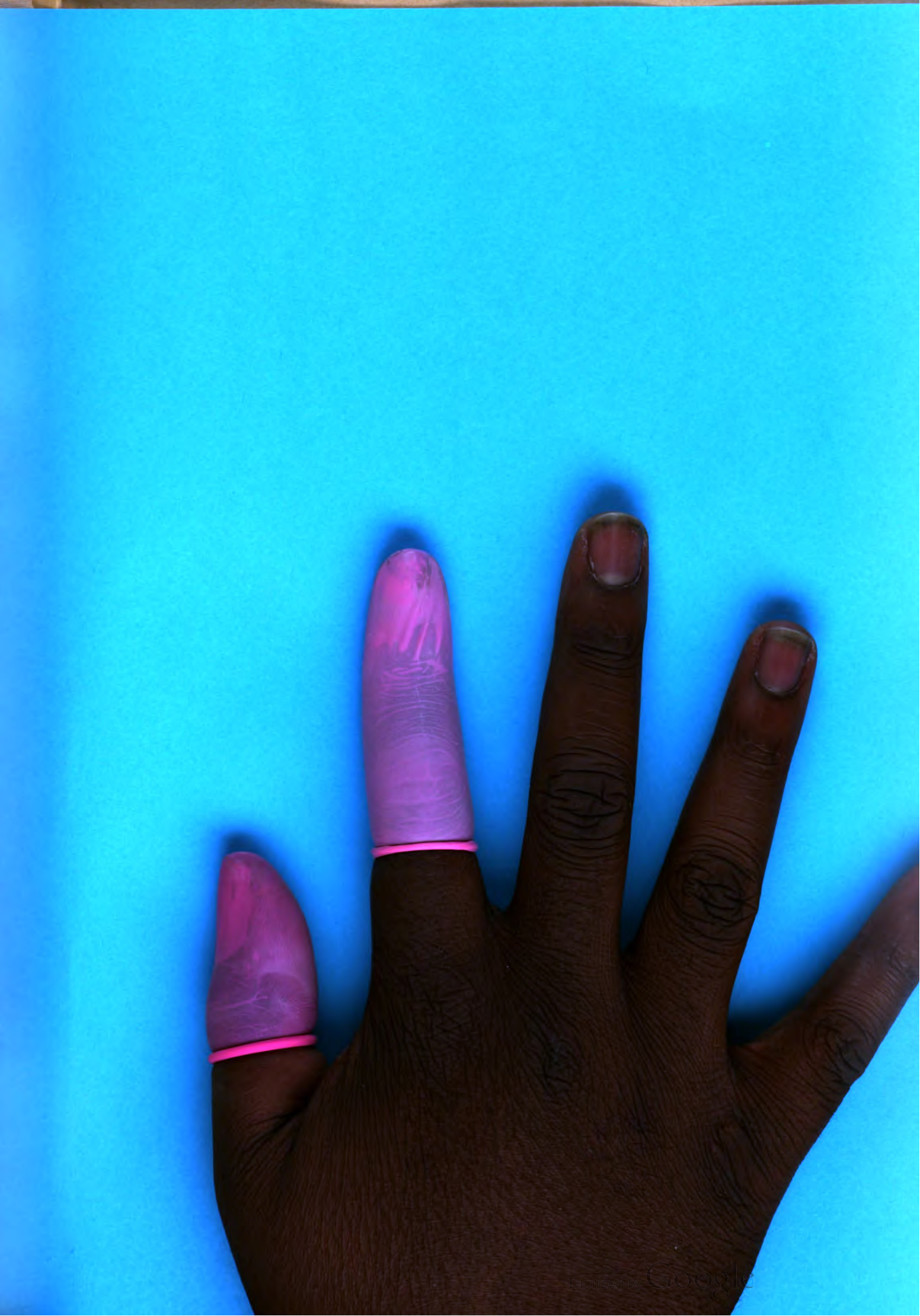
Einen ausführlichen Bericht über die Versammlung bringen wir in der nächsten Nummer.

Wir bitten nebenstehende Anzeigen des D.A.I. besonders beachten zu wollen!

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 20. Januar 1919.
Einsendungen für die „Mitteilungen" werden erbeten an das Deutsche Ausland Institut Stuttgart, Königstraße 15, Schriftleitung der „Mitteilungen".

Mitglieder des Deutschen Ausland Instituts Stuttgart, soweit sie einen Jahresbeitrag von mindestens M. 20.— leisten, erhalten die „Mitteilungen" kostenlos. Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. — Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart. Druck der Tagblatt-Buchdruckerei Stuttgart.

Digitized by Google


Digitized by Google

Digitized by Google

MITTEILUNGEN
DES
DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS

MUSEUM UND INSTITUT ZUR KUNDE DES AUSLANDDEUTSCHTUMS UND ZUR FÖRDERUNG DEUTSCHER INTERESSEN IM AUSLAND

Jahrg. II. – Nr. 4 STUTTGART April 1919

Das Deutsche Ausland Institut Stuttgart hat eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes eines Staatsvertrages eingesetzt zur Vermeidung von Härten, die sich aus doppelter Staatsangehörigkeit und Staatenlosigkeit ergeben. Die nachfolgenden Herren haben sich freundlichst bereit erklärt, in die Kommission einzutreten: Geheimrat Prof. Dr. jur. Robert Piloty-Würzburg als Vorsitzender, Universitätsprof. Dr. Delaquis-Frankfurt a. M., Universitätsprof. Dr. Hatschek-Göttingen, Geh. Legationsrat von Keller-Berlin, Auswärtiges Amt, Geheimrat Universitätsprof. Dr. Kohler-Berlin, Geheimrat Universitätsprof. Dr. Mendelssohn-Bartholdy-Würzburg, Geheimrat Universitätsprof. Dr. Niemeyer, Direktor des Instituts für internationales Recht an der Universität Kiel, Universitätsprofessor Dr. Karl Neumeyer-München, Universitätsprofessor Dr. Partsch-Freiburg i. Br., Dr. Karl Strupp-Frankfurt a. M., Oberbürgermeister Dr. Trautmann-Frankfurt a. O. Die Kommission wird es als ihre Aufgabe ansehen, die aus der Staatenlosigkeit und aus doppelter Staatsangehörigkeit sich ergebenden Unzuträglichkeiten durch ein völkerrechtliches Abkommen zu beseitigen. Das Deutsche Ausland Institut wendet sich an alle Personen, die infolge doppelter Staatsangehörigkeit oder Staatenlosigkeit in diesem Kriege Schwierigkeiten irgendwelcher Art gehabt haben, und wäre ihnen im Interesse der Erfüllung der Aufgaben der Kommission für weitestgehende Ueberlassung einschlägigen Tatsachen- und rechtlichen Materials sehr verbunden.

Von verschiedenen Seiten ist der Wunsch geäußert worden, der Termin zur Ablieferung der Bearbeitungen unserer Preisaufgabe über die Frage des Wahlrechts der Auslanddeutschen möchte verlängert werden, weil infolge der jetzigen politischen und wirtschaftlichen, namentlich aber der Verkehrsschwierigkeiten der angegebene Termin bis zum 1. Mai 1919 zu kurz sei. Das Deutsche Ausland Institut will diesem Wunsche Rechnung tragen und verlängert deshalb den Termin für die Ablieferung der Preisaufgabe bis zum 1. Juli 1919.

DEUTSCHES AUSLAND INSTITUT.

Preisaufgabe

Das Deutsche Ausland Institut ist überzeugt von der Notwendigkeit, daß die noch im Besitze eines deutschen Staatsangehörigkeitsrechtes befindlichen Auslanddeutschen stärker als bisher an den Geschicken des Reiches interessiert und beteiligt werden müssen, und zwar wenn möglich durch Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechtes.

Die Frage einer solchen Beteiligung ist bisher in Literatur und Praxis noch wenig geklärt.

Wir möchten diese Klärung herbeiführen und erlassen dazu das folgende

Preisausschreiben:

I. Es soll die Frage der Wahlfähigkeit von Auslanddeutschen, die im Besitze einer deutschen Staatsangehörigkeit sind, und zwar auch solcher, die vielleicht auch noch eine zweite Staatsangehörigkeit besitzen, sowohl

nach ihrer völkerrechtlichen wie auch nach ihrer staatsrechtlichen Seite

untersucht werden. Dabei werden positive Vorschläge über die praktische Durchführung, insbesondere die Aufstellung von Kandidatenlisten und das Wahlverfahren, sowie eine rechtsvergleichende Darstellung erwartet.

II. Für die beste Bearbeitung wird ein Preis von M. 1000.—, für die zweitbeste ein Preis von M. 500.— ausgesetzt. Die beiden Arbeiten werden auf Kosten des Ausland Instituts, das an ihnen Eigentumsrecht erwirbt, veröffentlicht. Wird keine Arbeit des ersten Preises für wert befunden, so ist das

Digitized by Google

Preisrichterkollegium befugt, die Preise unter mehrere Bewerber nach seinem Ermessen zu verteilen. Das Ausland Institut ist berechtigt, nicht preisgekrönte Arbeiten zu dem für Aufsätze in seinen Zeitschriften üblichen Honorarsatz zu erwerben und sie in der ihm geeignet erscheinenden Weise zu veröffentlichen.

III. Die Arbeiten sind bis zum 1. Juli 1919 in einem mit Motto versehenen Umschlage der Geschäftsstelle des Deutschen Ausland Instituts Stuttgart, Königstraße 15, einzureichen. Beizuliegen hat ein zweiter verschlossener Umschlag mit gleichem Motto, der Name und Adresse des Verfassers der Preisarbeit enthält.

IV. Das Preisrichterkollegium besteht aus den Herren: Universitätsprofessor Dr. v. Blume, Tübingen (Mitglied des Vorstandes des Deutschen Ausland Instituts), Geheimrat Universitätsprofessor v. Anschütz, Heidelberg, Universitätsprofessor Mendelssohn-Bartholdy, Würzburg, Universitätsprofessor Dr. Josef Partsch, Freiburg i. Br., Dr. Karl Strupp, Frankfurt a. M.

V. Die Veröffentlichung der Preisprüfung erfolgt in den „Mitteilungen" des Deutschen Ausland Instituts, sowie in der gemeinsam mit der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft vom Deutschen Ausland Institut herausgegebenen „Weltwirtschaft", außerdem in der Frankfurter Zeitung, der Kölnischen Zeitung, dem Hamburger Fremdenblatt, der Deutschen Allgemeinen Zeitung, dem Bayerischen Staatsanzeiger und sämtlichen Stuttgarter Blättern.

Stuttgart, Januar 1919.

DEUTSCHES AUSLAND INSTITUT
Theodor G. Wanner, Vorsitzender des Vorstandes.

Die deutschen Wehrleute aus der Schweiz

Von AUGUST CHRIST, SINGEN
Vorsitzender des Ausschusses der deutschen Wehrleute aus der Schweiz in Singen a. Hohentwiel

Als am 1. August 1914 die Mobilmachung von Heer und Flotte befohlen war, erhob sich mancherorts die Frage: „Werden sie, die ihr altes Vaterland voll stiller Resignation verlassen, oder die als Pioniere deutschen Schaffens, deutschen Geistes, deutschen Handels und deutschen Könnens hinaus in alle Länder des Erdballes gezogen waren, werden die Auslanddeutschen nun bereit sein, mit ihren Herzen und ihrer Seele teilzunehmen an der großen Not des alten Vaterlandes?" Auslanddeutsche, von denen viele Deutschland noch nicht einmal von Angesicht kannten, die nichts besaßen als die vom Vater ererbte Staatsangehörigkeit und das Bewußtsein, Deutscher zu sein, die in fremden Ländern Existenz und Zukunft fanden und gerade in diesen Monaten unter der psychologischen Einwirkung systematischer Völkerverhetzung und unter dem Einfluß der natürlichen Akklimatisation standen — hatten sie die Pflicht, nun dem Rufe zu den Fahnen zu folgen und die Gewehre zu schultern, damit sie die deutsche Sache verteidigen konnten?

Wenige nur hatten damals über die Notwendigkeit dieser Pflichterfüllung gestritten, die meisten, nein, fast alle sind freiwillig gekommen, und es wird unvergessen bleiben, wie draußen Tausende es verstanden haben, unter unsagbaren Strapazen und unerhörten Opfern selbst die Hälfte des Erdballes zu umsegeln, allen raffiniert ausgestellten Fangnetzen der Feinde zu entgehen und den Anschluß an ihr Volk in Not zu finden.

So sind damals und in den folgenden Monaten auch aus der schönen freien Schweiz große Scharen Deutscher herbeigeeilt, für deren Zahl amtliches Material mit Sicherheit nicht erhältlich ist, die aber auf 70—80 000 beziffert werden. Die Zahl der Deutschen, die in der Schweiz fest ansässig oder fest interessiert war, betrug 40 000, während die überschießende Zahl Deutsche waren, die sich in den letzten Tagen vor und in den ersten Wochen während des Krieges aus den feindlichen Ländern nach der Eidgenössischen Bundes-Republik in Sicherheit gebracht hatten. Vierzigtausend Deutsche aus der Schweiz, die Haus und Hof, Frau und Kind im Stich ließen, und ohne Zwang und ohne Androhung von Strafen und Gewalt freiwillig über die Grenze kamen, um die Treue den Volksgenossen zu beweisen, und wenn es ein hartes, unerbittliches Kriegsschicksal fordern sollte, auch mit dem Blute zu besiegeln. 8—9000 dieser Wehrmänner düngen heute mit ihren Leibern die Schlachtfelder, und fast die gleiche Ziffer soll noch über die ganze Welt zerstreut in harter Kriegsgefangenschaft schmachten. Das Heldentum dieser Männer, die Freiwillige im wahrsten Sinne des Wortes waren, ist Geschichte geworden, und manches Ruhmesblatt der deutschen Kriegsgeschichte wird späteren Generationen noch von diesen Streitern und Duldern erzählen.

In Deutschland und auch in der Armee von vielen verkannt und leider nur zu oft als vaterlandslos mißachtet, befanden sie sich in dieser schweren Zeit auf verlorenen äußeren Bastionen. Verbindung mit den Familien war durch die harte Kriegs-Zensur und die langen Reisewege der Briefpost nur in mehr wie mangelhafter Weise möglich, Urlaub wurde in übertriebenem Mißtrauen nur in erschreckend wenigen Fällen nach der Schweiz gewährt. Meist trafen sich diese Wehrmänner mit ihren Familien in gastlichen Städten an verschiedenen Punkten der Grenze, wo das Rote Kreuz sogenannte Urlauber-Heime eingerichtet hatte, und in denen die Wehrleute mit ihren Familien während des Urlaubes einige Tage bzw. Wochen als Gäste wohnen durften.

Mit der Revolution fielen auch die Ketten und Bande, die diese Deutschen aus der Schweiz an ihre Heimat und an die Armee gefesselt hatten. Sie waren wieder frei geworden und konnten der südlichen Grenze zuströmen. Hatten aber vorher tausende amtlicher Organe funktioniert, um den freiwilligen Zustrom aus der Schweiz zu organisieren und zu überwachen, so hatte jetzt jede ordnende Hand zu wirken aufgehört, die die Rückkehr dieser Wehrleute aus der Schweiz in geregelte Bahnen gelenkt und ihre Interessen in hinreichender Weise würdig vertreten hätten.

Während der ersten Tage der Revolution mag auch die Schweiz von diesem Zustand überrascht worden sein, und so kam es, daß Hunderte ohne jeden Paß und jede Formalität über die Grenze zurückströmen konnten und in ganz kurzer Zeit wieder in ihrem Familienkreis waren, um ihrem Beruf und ihren Geschäften nachgehen zu können. Der Zustand war für den Schweizer Staat und das Schweizer Volk freilich auf die Dauer unhaltbar. Politische Wirren im eigenen Land, bolschewistische Propaganda der russischen Delegation, die gerade über die Grenze abgeschoben wurde, Generalstreik im

Digitized by Google

Lande, der nur mit Waffengewalt und Blutvergießen zu unterdrücken war, politischer Druck der Entente, wirtschaftliche Nöte infolge Rohstoffmangel, Arbeitslosigkeit waren die Triebfedern, die die Schweiz neben der Furcht der Einschleppung von Kriegsseuchen veranlaßten, am 16. November 1918 die Grenze gänzlich zu sperren und den Uebertritt entlassener Wehrmänner über die Grenze zu verbieten.

Das war eine herbe Enttäuschung für viele Wehrmänner! Groß war ihre Zahl noch nicht. Es waren meist Angehörige von Formationen des Inlandes und der Etappe, oder gerade in Deutschland anwesende Urlauber, die hier den Grenzübertritt erstrebten, während das Gros der Fronttruppen, die zum großen Teil von den Ereignissen in Deutschland noch keine richtige Vorstellung hatten, noch ausgeblieben war.

In Konstanz, Singen und Lörrach sammelten sich diese Wehrmänner, deren Zahl innerhalb weniger Tage auf einige Hundert anschwoll, und niemand fand sich, der sich ihrer angenommen oder sich für die Vertretung ihrer Interessen eingesetzt hätte. Natürlich hatte sich aber auch hier, wie überall im lieben Vaterland, der obligatorische Soldatenrat gebildet, um die Wahrung der Interessen zu gewährleisten. Es gelang ihm auch, in die einzelnen Lager relative Ordnung und militärische Zucht zurückzubringen, Tatsachen, die ihren äußeren Ausdruck schon nach wenigen Tagen in dem allgemeinen Ablegen aller roten Abzeichen und Rosetten und im Wiederanstecken der nationalen und bundesstaatlichen Kokarden fand.

An die Wiederkehr dieser Ordnung knüpften sich damals auch die ersten Verhandlungen mit der Schweizer Bundesregierung, Verhandlungen, bei denen sich der Bürgermeister Thorbecke von Singen, der deutsche Konsul Lautz von Kreuzlingen und Prof. Dr. Glauser, ein Schweizer Lehrer an der Handelshochschule in Mannheim, persönlich eingesetzt hatten. Wenige Tage später war der Präsident der Schweizerischen Fremdenpolizei in Bern, Dr. Börlocher, in Singen, und an diese Aussprache knüpften sich die ersten regulären Abkommen über den geregelten Rücktransport der deutschen Wehrmänner aus der Schweiz.

Für den Rücktransport der Wehrmänner wurde ein besonderes Verfahren verabredet, das in erhöhtem Maße geeignet war, die berechtigten Interessen der Schweizer Bundesregierung, der kantonalen Behörden und der Wohngemeinden zu wahren. Zu diesem Zweck wurde die gesamte Grenze für den Eintritt der Wehrmänner gesperrt, und als einzige Ausgangsstelle das bekannte Städtchen Singen am Hohentwiel, das nun für die Folge Hauptsammellager für die deutschen Wehrmänner aus der Schweiz werden sollte, vereinbart. Hier wurde denn auch ein besonderes Schweizerisches Konsulat, die Schweizerische Paßstelle für Militärentlassene, eingerichtet.

Von deutscher Seite schufen die Wehrmänner in straffer Selbstdisziplin, mit großem Fleiß und anerkennenswertem Ordnungssinn eine Selbstorganisation, die „Abfertigungsstelle für deutsche Wehrmänner aus der Schweiz", die in der Folge dem Generalkommando des XIV. A.-K. unterstellt und der zur Wahrung der militärischen Form ein Offizier beigegeben wurde. Ein glücklicher Umstand war der, daß in den großen Räumlichkeiten der Maggi-Gesellschaft in Singen für die Wehrleute Unterkunft und Aufenthaltsmöglichkeit gefunden wurde, was die Organisation in den wesentlichsten Fragen vorteilhaft erleichterte.

Jeder Wehrmann hatte nunmehr bei der deutschen Abfertigungsstelle einen besonderen schriftlichen Antrag einzureichen, in dem er um die Bewilligung zur Einreise nach seinem früheren Wohnort nachsuchte und dem er zur ausführlichen Begründung alle vorhandenen Dokumente, wie Niederlassungs- und Aufenthaltsbewilligung, Arbeitsbescheinigung, Wohnungsnachweis, Führungszeugnis, Gesundheitsattest beifügen konnte. Dieser Antrag wurde von der deutschen Abfertigungsstelle gesichtet und geprüft und nach besonderen demokratischen Grundsätzen klassifiziert. In erster Linie sollten die Wehrmänner, die verheiratet waren und in der Schweiz Familie, Geschäfte und Auskommen besaßen, bevorzugt werden, während die jungen ledigen Wehrmänner hinter den älteren zurückzustehen und einige Zeit länger auf ihre Einreise zu warten verurteilt waren. Die von der deutschen Stelle bearbeiteten Anträge gingen nunmehr zur Schweizerischen Paßstelle in Singen, von wo sie mit Kurier täglich nach der Zentralstelle der Eidgenössischen Fremdenpolizei in Bern befördert wurden. Der weitere Weg ging dann vorschriftsmäßig an die Kantonale Polizei und von dieser wieder an die Polizei der betreffenden Wohngemeinde des Wehrmannes. Diese 3 Stellen im Einvernehmen mit dem Politischen- und Wirtschafts-Departement bei der hohen Bundesregierung sollten über die Rückkehr des Wehrmannes entscheiden.

Die Einreisebewilligung wurde von der Schweizerischen Fremden-Polizei in Bern schriftlich erteilt und an die Schweizerische Paßstelle in Singen weitergegeben; von hier aus wurde der Ausschuß der Wehrmänner benachrichtigt, und er stellte die Transporte zusammen, deren erster in Stärke von 147 Mann am 2. Dezember 1918, morgens 6.40 Uhr, die Grenze passierte. Der Transport wurde nach den Schweizerischen Bestimmungen in die militärische Quarantäne-Station Frauenfeld-Thurgau verbracht, wo die Zurückgekehrten in der Kaserne der ehemaligen Offizier-Schule eine 5tägige Wartezeit absolvieren müssen, um zu beweisen, daß sie gesundheitlich völlig einwandfrei sind. Das Leben in der Quarantäne-Station ist schweizerisch militärisch, das Verhalten der Schweizer Wachtmannschaften und der Offiziere der Quarantäne-Station über jedes Lob kameradschaftlich, und die Verpflegung mit Weißbrot, Braten, Kakao und anderen hier unbekannten Dingen anerkannt ausgezeichnet. Tägliche 2stündige Spaziergänge sorgen für die notwendige Bewegung im Freien, und am fünften Tage endlich schlägt die Stunde der Erlösung.

Diesem ersten Transport sind weitere gefolgt, so daß bis jetzt zusammen etwa 6000 Wehrmänner über die Grenze zurückgekehrt sind. Es ist mithin nur ein bescheidener Bruchteil der Wehrmänner, der dieses Glück bisher genießen durfte.

Leider werden aus den weiter vorn besprochenen Gründen seitens der Schweiz etwa 40 Prozent der Einreisegesuche abgelehnt, so daß diese Wehrmänner dazu verurteilt sind, von ihren Familien getrennt, zunächst in Deutschland zu bleiben. Gegen die Ablehnung steht den Wehrmännern das Rekursrecht zu. Für die Durchführung des Rekursverfahrens ist beim Ausschuß der Wehrmänner die Stelle eines besonderen Zivilkommissars eingerichtet, den sich die Wehrmänner beim Ministerium des Auswärtigen selbst erwirkt haben. Gegenwärtig ist Herr Konsul Schabinger, früherer deutscher Konsul in Marokko und in Jaffa (Palästina) mit der Wahrung der Interessen der abgewiesenen Wehrleute beauftragt. Im Rekursverfahren wird ein neuer Antrag eingereicht, der mit neuer ausführlicher Begründung durch Kurier an die deutsche Gesandtschaft nach Bern und von dort weiter an das Justiz- und Polizeidepartement der Eidgenössischen Bundesregierung gereicht wird. Diese Schweizer Behörde entscheidet nach neuerlicher Anhörung der Fremdenpolizei und der übrigen nachgeordneten Stellen über das Schicksal des Rekurs-Antragstellers. Während früher die Schweiz für die Ablehnung der Einreise die Gründe nicht nannte, sollen auf einen neuen Schritt, den die Wehrmänner unternommen haben, die Gründe nunmehr bekanntgegeben werden. Wird auch der Rekursantrag abgelehnt und der Wehrmann dazu verurteilt, sich zum dauernden Verbleib in Deutschland zu entschließen, so hat ihm der Ausschuß der Wehrmänner einen befristeten Urlaub von 8—14 Tagen zur Ordnung seiner Verhältnisse bei

Digitized by Google

der Schweiz erwirkt. Die Wehrmänner haben es auch durchgesetzt, daß für diesen Fall das Ausfuhrverbot für Umzugsgut seitens der Schweiz aufgehoben wird. Der Ausreise des Wehrmannes stehen Schwierigkeiten somit nicht mehr im Wege. Nach endgültiger Ablehnung des Rekurs-Antrages kann der Wehrmann die vom Ausschuß getroffenen militärischen Einrichtungen noch 14 Tage weiter benutzen; mit Ablauf dieser Frist muß aber für diese Auslanddeutschen die Fürsorge des Inlandes einsetzen, und es darf nicht unterlassen werden, auch an dieser Stelle auf die vom Schicksal so hart und schwer Getroffenen hinzuweisen.

Im Laufe der Wochen haben sich außer dem Hauptlager Singen, das zeitweilig mit etwa 4000 Mann belegt war, eine Reihe von kleineren Nebenlagern in Konstanz, Radolfzell, Friedrichshafen, Lindau, Waldshut, Schopfheim, Jestetten, Lostetten, Zell und auf dem Truppenübungsplatz Heuberg gebildet, die alle vom Ausschuß deutscher Wehrmänner in Singen a. Hohentwiel organisiert und verwaltet werden. Hierzu kommt noch das Gros der zurückkehrenden Wehrmänner, das sich nach den kriegsministeriellen Verfügungen bis zum Eintreffen der Einreisebewilligung bei den Ersatz-Truppenteilen oder bei Verwandten im Inland aufhalten kann, und das die Erledigung ihrer Einreise-Anträge durch den Ausschuß deutscher Wehrmänner in Singen im Korrespondenzwege erledigen läßt.

Zur Verwaltung dieses großen Apparates wurde in Singen mit großer Tatkraft und anerkennenswertem Fleiß von den Wehrmännern selbst ein Verwaltungs-Apparat geschaffen, der auch von Autoritäten in jeder Beziehung als mustergültig und vorzüglich bezeichnet worden ist, ein Apparat, der gegenwärtig die Interessen von 40 000 Auslanddeutschen vertritt und dennoch von wenigen organisatorisch befähigten Männern geleitet wird. Große Büroanlagen mit einer musterhaften großen Kartothek und einer allen Ansprüchen gewachsenen Korrespondenz und Aushilfsmitteln bilden hier den Grundstock einer Organisation, die allen Auslanddeutschen immer Ehre machen und ein Beweis bleiben wird von deutschem Ordnungssinn und deutscher Schaffensfreude auch in den schwierigsten Situationen und bei der prekärsten Lage. Der Ausschuß der deutschen Wehrmänner besitzt das vollkommene Vertrauen der Schweizer Behörden und Organe. Er ist in seiner Tendenz vollständig unpolitisch und hat es verstanden, in den Reihen der Wehrmänner jeden Radikalismus zu vernichten und straffe Zucht und eiserne Selbstdisziplin wieder einzuführen. In Singen wie auch in den übrigen Nebenlagern herrscht musterhafte Ruhe. Das gesamte Verpflegungs- und Quartierwesen ist militärisch geregelt, und dem Ausschuß ist es gelungen bei der provisorischen Regierung in Karlsruhe Erlasse und Verfügungen durchzudrücken, die in jeder Weise geeignet sind, die Interessen der Wehrmänner hinreichend zu wahren.

Während sich die Intendantur anfänglich auf den Standpunkt stellte, daß die entlassenen Wehrmänner Zivilisten seien und demgemäß für die überlassene Verpflegung eine tägliche Vergütung von 1.50 Mark zu zahlen hätten, gelang es dem Ausschuß, auf telegraphischem Wege bei den Volksbeauftragten in Berlin vorstellig werdend, einen kriegsministeriellen Erlaß zu erreichen, nach dem die Wehrmänner bis zum Grenzübertritt als militärisch wieder eingestellt zu betrachten und demgemäß militärisch zu löhnen und zu verpflegen sind. Diese folgenschwere, für die Wehrmänner aber sehr wohltuende Verfügung kostet den Staat das nicht geringe Opfer von 3 Millionen Mark. Außerdem erreichte der Ausschuß der Wehrmänner aber noch beim Auswärtigen Amt die Zusage, daß für Hilfszwecke auf Schweizer Boden nach Rückkehr der Wehrmänner der Betrag von 1 Million Franken zur Verfügung gestellt wurde. Dieser Betrag ist von der Gesandtschaft in Bern im Einvernehmen mit den Hilfsvereinen und dem Krieger-Hilfsbund als „Frauenfeld-Fond" investiert und dient in erster Linie zur Unterstützung rückkehrender Wehrmänner über den Rahmen der reichsgesetzlichen Kriegsunterstützung hinaus.

Ein sehr interessantes Ereignis von hervorragender Bedeutung brachte den Wehrmännern der 5. Januar mit den Wahlen zur badischen Volksvertretung und der 19. Januar mit den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung. An diesen Tagen schritten auf Grund einer gesetzlichen Verordnung zum erstenmal Auslanddeutsche zur Wahlurne, um ihr Votum abzugeben für das Wohl und Wehe der deutschen Heimat und des deutschen Volkes. Der Vorsitzende des Ausschusses hatte rechtzeitig vor den Wahlen die Schwierigkeit der Sachlage erkannt und war bei der badischen Regierung wie auch bei der Regierung in Berlin vorstellig geworden, um dort die Genehmigung zur Beteiligung an der Wahl zu erreichen. Die Aufgabe wurde vollständig erfüllt.

Die Geschäftsführung des Ausschusses wird durch 6 vom Plenum gewählte Vertrauensleute besorgt, denen sich ein ganzer Stab von freiwilligen Mitarbeitern zur Verfügung gestellt hat. Betont sei hierbei, daß alle Klassen- und Standesunterschiede vollständig beiseitegesetzt sind und daß mancher alte ergraute Offizier und Beamte freiwillig als Schreiber unter einem Abteilungs-Chef tätig ist, der draußen im Felde schlichter Landsturmmann war. Erwähnt sei ein alter Hauptmann der Artillerie, der im Westen Gruppenführer war, und der sich zu Botengängen zur Verfügung stellte. Die äußere Ordnung in Singen und auch in den Nebenlagern wird durch eigene aufgestellte Sicherheitswachen, die alle bewaffnet sind, gewährleistet. Die Verkörperung des Gesamtwillens kommt in großen Plenar-Versammlungen zum Ausdruck, die in den Räumen der Maggi-Gesellschaft tagen, und die häufig von mehr als 3000 Wehrmännern besucht sind. Regiert wird innerhalb dieses Selbstverwaltungskörpers nur nach dem gerechten demokratischen Prinzip mit dem Vertrauen der Mehrheit in absolut parlamentarischer und demokratischer Form. Kameradschaftlicher Verkehr unter allen anwesenden Wehrleuten, ohne Rücksicht auf ihren Bildungsstand und ihre Berufsstellung, kennzeichnet die Lage und ein deutlicher Beweis dafür, daß bei diesen Auslanddeutschen das geistige Interesse noch außerordentlich rege ist, sind eine große Anzahl von Veranstaltungen, deren Charakter und Besuch Beweis ist für den regen politischen und geschäftlichen Geist der Wehrmänner.

Nebenbei hatten die Wehrleute in letzter Zeit zahlreiche Besuche markanter Persönlichkeiten der neuen Zeit. Eine Anzahl der badischen und anderen Minister der Bundesstaaten, Vertreter der Gesandtschaft in Bern, sehr oft schweizerische Offiziere, unter denen auch häufig der Kommandant des schweizerischen Grenzschutzes und der Kommandant der schweizerischen Quarantäne-Station Frauenfeld weilt, besichtigen die Einrichtungen der Wehrmänner und sind einstimmig voll warmer Anerkennung und großen Lobes. Bei den neueren Transporten geht den Abtransporten eine Untersuchung durch schweizerische Militärärzte in Singen voraus.

Es ist so gut wie selbstverständlich, daß bei allem Willen zur Arbeit ein großer Komplex von Fragen ungelöst bleibt.

Die Wehrmänner geben sich gern die Ehre, jedermann einzuladen, ihre Einrichtung in Singen zu besuchen und heißen jeden willkommen, der von der Absicht gelenkt ist, Brücken bauen zu helfen, die Auslanddeutschen mit den Deutschen der Heimat zu verbinden, zu Nutzen und Frommen einer glücklichen, freien und besseren Zukunft, für die sich die Wehrmänner gelobt haben, in Frieden und Freundschaft mit allen Nationen zu leben und doch nicht zu vergessen, daß sie Deutsche sind.

Digitized by Google

Friede, Freiheit und Recht

Ein Wort für die Wolgadeutschen

Von FRITZ SAURMANN, MAINZ

Das Völkermorden hat ein Ende. Ein Sturm hat das Meer der Völkerleidenschaften aufgepeitscht und durchwühlt, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hat. Noch liegt der Schrecken in der Luft, ringt die Nacht mit dem Lichte. — Ein Notschrei gellt durch das All: „Friede, Freiheit und Recht." Ein Schrei der Not, aber auch des unbeugsamen Willens der Völker.

Und ist er nicht berechtigt, dieser gewaltige Wunsch nach Freiheit und Selbstbestimmung? Und haben nicht auch wir ein Recht zu rufen: „Wir wollen Deutsche sein, wir Deutschen in aller Welt, ein einig Volk von Brüdern?" Haben wir nicht ein Recht darauf, gehört zu werden?

Der Notruf unserer deutschen Brüder in der Ferne klingt dazwischen: „Vergeßt uns nicht, auch wir sind Deutsche." Und wir wollen, wir müssen ihnen helfen. Wir wollen uns zusammenscharen unter dem Banner: „Friede, Freiheit und Recht", wir Deutsche in aller Welt.

Ueberall sehen wir neue Nationen entstehen oder ihre nationale Selbständigkeit durchsetzen, sogar bei solchen, die erst ihr historisches Anrecht auf Selbständigkeit entdecken mußten. Und wir sehen, wie sich die Entente mit scheinheiliger Maske als die Befreierin, als die Beschützerin derselben aufspielt, und immer und immer wieder hören wir Wilsons Worte von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Aber wir sehen auch die praktische Handhabung der vierzehn Punkte Wilsons und empfinden es wie ein Hohngelächter auf die Gerechtigkeit.

Gerade in Rußland ist die Kleinstaatenbildung zur besonderen Entwicklung gelangt, gerade dort fühlt sich die Entente berufen, sich als Schutzherrin der „unterdrückten" Völker aufzuspielen. Wer aber gedenkt bei alledem auch nur mit einem Worte der Millionen Deutscher im Auslande und besonders in Rußland, die dort ebenfalls in geschlossenen Siedelungsgebieten ansässig sind? — Ungehört verhallt ihr Notschrei in dem Völkerwirrwarr, überhört oder totgeschrieen, vielleicht auch absichtlich überhört? — Unseren Feinden können wir das nicht übelnehmen, wir haben schon öfter Gelegenheit gehabt, ihre völkerbefreienden Grundsätze auf ihre Echtheit zu prüfen, aber wir, wir dürfen und können nimmermehr an der hilflosen Not unserer Volksgenossen da draußen vorbeigehen. Wir dürfen sie nicht fallen lassen, um sie nicht für immer zu verlieren. Wir müssen der Welt zeigen, daß der Fall des morschen Staatsgebäudes nicht auch unsere Nation in Trümmer gelegt hat. Wir müssen gemeinsam mit ihnen über die Reichsgrenzen hinaus ein Ganzes bilden, ein zielbewußtes, freies und starkes deutsches Volk. Wir müssen ihnen zeigen, den Brüdern da draußen, daß das Mutterland sie nicht vergessen hat und daß, obwohl auch uns die Not drückt, wir bereit sind ihnen zu helfen und für sie einzustehen zur Wahrung ihrer nationalen Rechte und zur Linderung ihrer Not.

Besonders erscheinen mir die deutschen Kolonisten an der Wolga, die mit etwa 700 000 Seelen an beiden Ufern der Wolga von Samara bis Zarizyn angesiedelt sind, unserer Hilfe und Unterstützung bedürftig, die nach Abschluß des Brester Friedens so große Hoffnung auf das Mutterland setzten und schon mit Freuden den Tag herbeisehnten, der sie aus dem Sklavendasein heraus- und zurückführen sollte in das Land ihrer Väter, in das Land neuerwachter Hoffnungen.

Schon die Geschichte ihrer Kolonien*) ist von Anfang bis zu Ende eine Leidensgeschichte. Ihr Leben — ein Leben voll Arbeit und wenig Erfolg. Aber dennoch haben sie trotz Schicksalsschlägen der verschiedensten Art, trotz aller übelwollenden Schikanen der russischen Regierung und ihrer betrügerischen Beamten ihr Deutschtum erhalten und sind stolz darauf, Deutsche zu sein. Da traf sie plötzlich der Krieg, in einer Zeit, da auch ihre Kolonien schon begannen (infolge der Aufhebung des Mir und anderer Maßnahmen der russischen Regierung), ihre bisherige Geschlossenheit zu verlieren. Mit dem Kriege setzte gleichzeitig eine Aera der niedrigsten Deutschenhetze und Verfolgung ein. Nicht nur mit der Verfolgung der Reichsdeutschen begnügten sich die Hetzer, sondern ihr Fanatismus richtete sich auch gegen alles, was mit deutscher Zunge redete, so auch gegen die Kolonisten des Wolgagebietes, obwohl sie schon anderthalb Jahrhunderte russische Staatsbürger waren, obwohl ihre Väter, Söhne und Brüder an der russischen Front gegen ihre deutschen Volksgenossen von drüben zu kämpfen gezwungen wurden. Schrecklich war die Zeit, die nunmehr über die Kolonien hereinbrach.

Die deutsche Sprache wurde in Wort und Schrift verboten, ungeachtet dessen, daß es in diesen Kolonien eine Menge von Leuten gibt, die kein Wort Russisch verstehen. Das Denunziantentum war in der Blüte und Verbannungen und Güterkonfiskationen an der Tagesordnung. Das Requisitionsrecht wurde in willkürlichster und schamlosester Weise auf die Kolonisten angewandt. Die zahlreichen Vertriebenen und Flüchtlinge aus Wolhynien und Polen fielen hauptsächlich den Kolonien zur Last. Die Kolonisten wurden Zeuge des Unglückes ihrer deutschen Brüder aus dem Westen. Und sie durften noch nicht einmal Hilfe leisten, denn man fürchtete die Denunzianten wie die Hölle, und das nicht mit Unrecht. Nach und nach kamen auch deutsche Kriegsgefangene in die Kolonien und in das Wolgagebiet. Eine rührende Fürsorgetätigkeit der Kolonisten entwickelte sich, allerdings unter strengster Geheimhaltung und den schwierigsten Umständen, und gar mancher deutsche Kriegsgefangene hat sein Leben der Hilfe der Kolonisten zu verdanken; vielleicht zum ersten Male fühlten sie die Zusammengehörigkeit mit den deutschen „Ausländern" (wie wir wohl gewöhnlich in der Kolonistensprache genannt werden). Aber auch mancher mußte den Häschern des Zarismus dafür mit Verbannung büßen.

Doch das Schlimmste sollte den Kolonien noch bevorstehen. Ein kaiserlicher Erlaß ordnete die Räumung der Kolonisten und die Enteignung ihrer Güter an — da kam die Revolution und machte diesem teuflischen Plane einen Strich durch die Rechnung. Die Revolution also brachte — oder versprach es wenigstens — die Befreiung von der zaristischen Sklaverei und den Völkern Rußlands das Selbstbestimmungsrecht. Langsam begann sich die gedrückte Stimmung etwas aufzuheitern und neue Hoffnung zog wieder in den Kolonien ein.

Da brach die Oktoberrevolution herein, mit ihr die bolschewistische Terroristen-Herrschaft über das Land, mit ihr der Bürgerkrieg. Jetzt mußten die Kolonien an der Wolga auch den Krieg aus nächster Nähe kennen lernen, resp. wurden selbst mehrfach zum Schauplatze wüster Kämpfe zwischen Bolschewistenhorden, Kosaken, Tschecho-Slowaken, roter und weißer Garde. Wechselweise waren diese die Herren in den verschiedenen Kolonien. — Es sträubt sich die Feder über die einzelnen Scheußlichkeiten zu berichten, die die Bolschewistenregierung kennzeichnen, aber wer es am Platze gesehen und gehört hat, kann das Elend und den Schmerz dieser armen heimgesuchten Menschen nicht vergessen.

*) Das Deutsche Ausland Institut hat jetzt eine Geschichte der deutschen Wolgakolonien herausgebracht, die ein Kolonistensohn, Dr. Bonwetsch, geschrieben hat und die über all diese Fragen sachkundig unterrichtet. Die Schriftltg.

Digitized by Google

Inzwischen war der Friede zu Brest-Litowsk geschlossen worden und man hat den russischen Kolonisten darin eine zehnjährige Frist gesichert für die Rückwanderung ins Mutterland, um ihnen Gelegenheit zu geben, ihre bewegliche und unbewegliche Habe zu liquidieren. Es hieß in den betr. Bestimmungen (Kap. 6, §§ 21 und 22 d. deutsch-russ. Zus.-Vertr. v. 3. 3. 18) u. a., daß den Angehörigen der vertragschließenden Teile, die aus den Gebieten des anderen Teiles stammten, während einer Frist von 10 Jahren das Recht der Rückwanderung freisteht. Die zur Rückwanderung berechtigten Personen sollen die Entlassung aus ihrem bisherigen Staatsverbande erhalten. Auch soll ihr Verkehr mit den diplomatischen Vertretern des Stammlandes in keiner Weise gehindert werden. Die Rückwanderer sollen für die ihnen während des Krieges wegen ihrer Abstammung zugefügten Unbilden eine billige Entschädigung erhalten, durch die Rückwanderung keine vermögensrechtlichen Nachteile erleiden, befugt sein, ihr Vermögen zu liquidieren und den Erlös, sowie sonstiges bewegliches Eigentum mit sich zu führen etc. etc. — Die (im Artikel 17, § 1 Abs. 4) vorgesehenen Kommissionen werden auch die Fürsorge für die Rückwanderer übernehmen.

Inwieweit obige Vertragsbestimmungen überhaupt durchführbar waren oder gewesen wären, ist heute nicht mehr der Erörterung wert, da der Brester Vertrag als nicht mehr bestehend anzusehen ist. Aber immerhin muß gesagt werden, daß schon damals die sich redlich um die Vertrags-Ausführung bemühenden Kommissionen auf einen solchen Widerstand von seiten der Sovjetregierung stießen, daß ihre Amtstätigkeit nurmehr noch ein Kampf mit dieser zu nennen war. Deshalb war auch der erzielte Erfolg entsprechend gering. Denn so leichten Kaufes wollten die Bolschewisten ihre Opfer nicht aus den Krallen lassen, sie sollten es zuerst noch fühlen, daß die Bolschewisten neben ihrer „internationalen" auch eine ausgesprochen deutsch-feindliche Gesinnung hatten. Das war der Anfang. Aber des Schreckens sollte auch so bald noch kein Ende sein, die armen Kolonisten hatten den Leidensbecher noch nicht zu Ende geleert. —

Daß sich keine kleine Anzahl der Kolonisten zum Auswandern rüstete, liegt für jeden klar auf der Hand, der die Leidensgeschichte unserer Brüder an der Wolga kennt. Aber leider konnte nur ein ganz verschwindend kleiner Prozentsatz dazu kommen, seine Pläne in die Wirklichkeit zu verwandeln. Der weitaus größte Teil mußte zurückbleiben, konnte höchstens seinen Austritt aus dem russischen Staatsverbande (und auch das nur in den allerseltensten Fällen (erreichen und schwebt nun politisch zwischen Himmel und Erde.

Ich stand damals als Leiter einer Abteilung der Kommission in Zarizyn vor; derselben waren eine Menge Rückwandereranträge aus der nahegelegenen Kolonie Sarepta u. a. zugegangen, die im Laufe der nächsten Zeit soweit erledigt werden konnten, daß die betreffenden Familien mit der ersten Möglichkeit hätten übersiedeln können. Aber es kam die Zeit heran, daß die Kriegs- und Zivilgefangenen dieses Distriktes alle weggebracht waren und die Abteilung planmäßig abreisen mußte, das Geschick der Kolonisten der Saratower Kommission überlassend. Die Bolschewisten hatten das ihrige getan, um jeder Möglichkeit einer Aus- oder Rückwanderung der betreffenden Kolonisten einen Riegel vorzuschieben.

Kaum war ich in Saratow angekommen, da traf mich bereits die Nachricht, daß sofort nach unserer Abreise alle Kolonisten, die um die Entlassung aus dem russischen Staatsverbande nachgesucht hatten, verhaftet und (da alle Gefängnisse zu dieser Zeit infolge der zahllos verhafteten Geiseln überfüllt waren) in Kähnen auf der Wolga unter den unmenschlichsten Bedingungen gefangengehalten würden, u. a. der mir sehr nahestehende Apotheker Sareptas (ein Mann, der unseren Kriegsgefangenen zahllose Liebesdienste erwiesen hat). Den Verhafteten soll der Prozeß wegen Hochverrates, resp. Gegenrevolution gemacht werden, was bei der bolschewistischen Rechtspraxis dem Tode durch Erhängen, Erschießen oder noch schlimmerem gleichkommt. —

Das war im Monat September vergangenen Jahres. — Was aber mag inzwischen aus allen diesen armen Menschen geworden sein? Denn obwohl schon damals die Bolschewisten sich über den Erfolg ihrer Propaganda in und gegen Deutschland ziemlich sicher waren (!), dürfte dennoch inzwischen noch eine Verschlechterung des Verhältnisses zu den Kolonisten, resp. Rückwanderern eingetreten sein, nachdem erst einmal die deutsche Revolution und damit Deutschlands gänzliche Ohnmacht im Osten zur Wirklichkeit geworden war. Dazu kommt noch, daß die deutschen Kommissionen, die schon damals der Sovjetregierung gegenüber nur sehr beschränkte Autorität besaßen, inzwischen ihre Tätigkeit aufgeben mußten und das Vaterland genötigt war, die Rückwanderer-Kolonisten ihrem Schicksale zu überlassen. Was das bedeutet, kann man nur ermessen, wenn man die Terrorherrschaft der Bolschewisten kennt.

Drum wollen wir unserer Brüder nicht vergessen, wollen und dürfen wir ihnen unsere Hilfe nicht versagen. Und wenn wir auch selbst augenblicklich mit der Not zu kämpfen haben, so wäre es ein doppeltes Verdienst und würden es uns unsere Brüder da draußen doppelt hoch anrechnen, wenn wir ihnen Hilfe brächten in der Bedrängnis. Drum aber dürfen wir nicht mehr länger zögern, sondern müssen unsere berechtigten Forderungen vor aller Welt laut werden lassen, dürfen nicht stille schweigen und damit verzichten auf unsere Rechte. Wir müssen unseren Brüdern die Möglichkeit schaffen, sich mit dem Mutterland wieder vereinen zu können, und dürfen nicht vergessen, daß in diesen Stunden die Hoffnung von Millionen an uns hängt.

Drum nochmals, wollen wir's laut bekennen: Bei der Selbstbestimmung der Völker müssen auch wir Deutschen gehört werden, sie darf nie zur Weltverteilung von Ententegnaden werden im Namen von „Friede, Freiheit und Recht".

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutsch-Böhmen.

Der „S. O. Telegraph" berichtet über einen interessanten politischen Streik, den die Deutschen in Böhmen erfolgreich durchführten. Zur selben Stunde, da die deutsch-österreichische Nationalversammlung in Wien zusammentrat, demonstrierte am 4. März die deutsch-böhmische Bevölkerung für ihr Selbstbestimmungsrecht. In Fabriken und gewerblichen Betrieben herrschte Arbeitsruhe, die Straßenbahn stellte den Verkehr ein, alle Geschäfte, Gast- und Kaffeehäuser waren geschlossen. Viele Hunderte von Protestversammlungen fanden statt. In einer der größten in Teplitz, wo 25 000 Personen auf dem Marktplatz demonstrierten, sprach der sozialdemokratische Landeshauptmann-Stellvertreter Seeliger. Leider ist die Protestkundgebung in zahlreichen Städten durch die Tschecho-Slowaken gestört worden, die ohne jede Veranlassung in die unbewaffnete Menge mit Gewehren und Maschinengewehren feuerten und eine große Anzahl Deutscher töteten oder verletzten.

Sudetenländer.

Die auf dem deutsch-schlesischen Städtetag am 26. Februar versammelten Vertreter der Städte der Sudetenländer haben eine scharfe Protestresolution gegen die Vergewalti-

Digitized by Google

gung der rein deutschen Siedlungsgebiete durch die tschechoslowakische Regierung gefaßt, die sich ganz besonders mit dem „Entgermanisierungsprogramm" des Präsidenten Masaryk befaßt, dessen Ziel darin besteht, bis zu der endgültigen Friedenskonferenz in den deutschen Städten des Sudetenlandes eine künstliche Züchtung tschechoslowakischer Minoritäten durchzusetzen.

Tirol.

Wie das „Tiroler Preßbüro" in Bern meldet, fahren die Italiener in ihrer Politik fort, durch gewaltsame Annexion Deutsch-Süd-Tirols die Pariser Friedenskonfrenz vor vollendete Tatsachen zu stellen. Im Gegensatz zu den Okkupationsarmeen der Entente in den deutschen Rheinprovinzen, welche die Beteiligung der Bevölkerung an den Wahlen der deutschen Nationalversammlung nicht hinderten, verboten die Italiener der Bevölkerung Deutsch-Süd-Tirols, ihr Wahlrecht zur deutschösterreichischen Nationalversammlung auszuüben. Sie wollen mit allen Mitteln verhindern, daß die Deutschen südlich des Brenners ihren Willen kundtun. In letzter Zeit besuchen italienische Offizierskommissionen sämtliche deutschen Gemeinden und legen deren Vorsteher, die kein Wort italienisch verstehen, zur Unterschrift Formulare vor, in denen die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der italienischen Besatzung zum Ausdruck gebracht wird. Da die Leute nicht wissen, was sie unterschreiben sollen, erklärt man ihnen, es handle sich um Quittungen über zukünftige Lebensmittellieferungen. Weigert sich der Gemeindevorsteher dennoch, zu unterzeichnen, wird er sofort offiziell seinen Leuten gegenüber verdächtigt, er habe die Lebensmittelunterstützung glattweg abgelehnt. In Meran wurde kürzlich der Unterricht in der italienischen Sprache obligatorisch eingeführt; Geschichte wird von nun ab nur noch nach italienischen Lehrbüchern gelehrt. Bezeichnend ist auch die Maßnahme des italienischen Generals Amante, wonach die Namen aller Bahnstationen Deutsch-Süd-Tirols italienisiert wurden Die bisherigen deutschen Namen dürfen nicht mehr gebrauch werden, die Frachttaxen sind anstatt in Kronen in Lire zu bezahlen, wodurch die Tarife sich verdreifachen.

Schweiz.

In einer am 7. März in Bern stattgefundenen Konferenz der kantonalen Polizeidirektoren aus der ganzen Schweiz wurde unter anderem beschlossen, daß den Wehrmännern aus fremden Staaten, die ihre Familie schon vor dem Kriege in der Schweiz hatten, in den betreffenden Kantonen ohne weiteres Einlaß gewährt werden soll, während Neuzugereiste zurückgewiesen werden sollen. (Siehe zu dieser Frage den Aufsatz von A. Christ in dieser Nummer.) Der Gedanke einer vollständigen Schließung der Grenze wurde einstimmig abgelehnt, auch wurde der Wunsch geäußert, daß für die Einreise zu vorübergehendem Aufenthalt größere Erleichterungen gewährt werden sollen.

Der bekannte deutsch-schweizerische Schriftsteller Konrad Falke hat in der „Neuen Züricher Zeitung" den Vorschlag gemacht — angeblich um der Fremdenkalamität zu begegnen —, den eingekauften, d. h. naturalisierten, Schweizerbürgern nur das aktive Wahlrecht zuzugestehen. Gegen diese Einteilung der Schweizerbürger in Vollbürger und Nichtvollbürger hat die „Neue Züricher Zeitung" selbst in einem Leitartikel von Dr. Otto Zoller (Nr. 339, 6. März 1919) Stellung genommen. Hier wird der Nachdruck vor allem auf die Notwendigkeit einer Reform der Einbürgerungsgesetzgebung gelegt, aber in dem Sinne, daß die Einbürgerung möglichst erleichtert werden solle.

Die Agitation in der „Ueberfremdungsfrage" greift um sich. Verschiedenen Zeitungsmeldungen zufolge faßte eine von über 1000 Zuhörern besuchte Versammlung der Zürcher Ortsgruppe der „Neuen helvetischen Gesellschaft" einstimmig eine Resolution, die eine völlige Schließung der Schweizer Grenze für einreisende Ausländer auf unbestimmte Zeit fordert und ihre Wiedereröffnung erst gestattet wissen will, wenn der freie Handels- und Personenverkehr für die Schweiz nach allen Ländern wieder eingesetzt habe und wenn bestimmte Niederlassungsgrundsätze inzwischen festgelegt seien. Aehnlich forderte die schweizerische Vereinigung unabhängiger Demokraten in ihrer Genfer Ortsgruppe, nur etwas deutlicher, einen allgemeinen Einspruch gegen die Einwanderung deutscher Staatsangehöriger auf Schweizerboden und Erlaubnis dazu nur in Ausnahmsfällen, sowie sofortige Kündigung des Niederlassungsvertrages. Die Ortsgruppe Genf der Neuen helvetischen Gesellschaft und der Demokratische Klub schlossen sich diesem Vorgehen an. Der Zürcher Kantonalrat hatte ja unter dem Eindruck der bolschewistischen Unruhen vom November den Beschluß gefaßt, Ausländer, welche die Ruhe und Sicherheit des Landes gefährdeten oder eine wirtschaftlich schädliche Tätigkeit ausübten, seien auszuweisen. Der Zürcher Regierungsrat hat, wie wir den „Mitteilungen der deutschen Handelskammer in der Schweiz" entnehmen, daraufhin einen Bericht über die Behandlung der Ausländer im Kanton Zürich während des Krieges erstattet, der mit mancher Agitationsphrase aufräumt. Die Einwohnerzahl der Stadt Zürich hat während der vier Kriegsjahre nur um 9224 Seelen zugenommen. Die Zahl der Ausländer ist von 69 647 in diesem Zeitraum um 13 567, auf 56 180, zurückgegangen. Bei Kriegsausbruch waren 65,7 Prozent der Gesamtbevölkerung von 203 265 Menschen Schweizer und 34,3 Prozent Ausländer, heute ist das Verhältnis 73,6 zu 26,4. Seit August 1918 hat sich das Verhältnis weiter zu Ungunsten der Ausländer verschoben, durch Abwanderung und schärfere Maßregeln gegen die Zuwanderung. Aehnlich liegen die Dinge im ganzen Kanton. Denn es ist schon bei bloßer Uebertretung von Polizeivorschriften Ausweisung erfolgt! Auch die Hotelkontrolle ist sehr verschärft worden, was namentlich auch der steuerlichen Erfassung mancher Drückeberger diente. Die Regierung lehnt nach wie vor „blinden Fremdenhaß" ab. Wenn aber zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe! Die französische Handelskammer in Genf bittet die im Kanton niedergelassenen Arbeitgeber, sie sollten offene Stellen angeben, damit während der Demobilisation die demobilisierten Poilus untergebracht werden könnten! Und ein italienischer Generalkonsul in Tessin hat einen Fragebogen ausgearbeitet, der die italienische Arbeit im Kanton fördern und schützen will. Er fragt da nach der bestmöglichen Unterbringung italienischer Arbeiter, nach der Möglichkeit und dem Kapitalbedürfnis zum Erwerb landwirtschaftlicher Güter oder Pachtungen, nach der Möglichkeit der Uebernahme von Betrieben durch Arbeitergruppen, nach der Aussicht, ob sich im Kanton eine Strömung gegen die ausländische Einwanderung erheben würde, nach den besten Wegen, die Einwanderung moralisch und finanziell zu sichern und zu stützen, nach den besten Lösungen, um italienische Arbeiter, namentlich Invaliden und Krüppel, im Kanton Tessin unterzubringen. Den Sturm hätten wir sehen mögen, wenn deutsche Behörden derartige Fragen zu stellen gewagt hätten!

Die Frage der „Ueberfremdung" wird in den öffentlichen Besprechungen in der Schweiz natürlich um so stärker behandelt, je mehr der Rohstoffmangel und die Arbeitslosigkeit dort auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes drücken. Unter solcher Arbeitslosigkeit leidet, wie der Stuttgarter Staatsanzeiger berichtet, auch ein großer Teil der in die Schweiz zurückgekehrten deutschen Wehrmänner. Trotz der Prüfung durch die schweizerische Polizeibehörde habe ein Teil der deutschen Wehrmänner einen der Tatsache nicht entsprechenden Arbeitsnachweis beigebracht und so die Einreise erlangt, sei aber nun tatsächlich in der Schweiz arbeitslos.

Digitized by Google

Dem auf Einreise noch wartenden Teil der deutschen Wehrmänner ständen also sehr ungünstige Arbeitsverhältnisse in der Schweiz in Aussicht.

Ungarn.

Die Lage des Deutschtums in Ungarn hat sich infolge der jüngsten Ereignisse von Grund auf geändert. Von den mehr als 2 Millionen deutschen Einwohnern, die Ungarn innerhalb seiner alten Grenzen beherbergte, stehen heute mehr als zwei Drittel nicht mehr unter magyarischer Herrschaft. Die Siebenbürger Sachsen, rund 230 000 Köpfe stark, teilen das Schicksal des von Rumänen besetzten Landes, die Schwaben im Banate und in der Bácska, zwischen Donau und Theiß, nicht minder die Deutschen in Slawonien sehen sich an den neu entstandenen südslawischen Staat ausgeliefert. Im Norden wiederum sind Zipser Sachsen und die Deutschen des Preßburger Komitates in die Gewalt der Tschechoslowaken gegeben. Ueber das Los dieser Gebiete wird endgültig erst die Friedenskonferenz entscheiden, voraussichtlich in der Weise, daß die meisten dort wohnenden Deutschen dauernd vom ungarischen Staate getrennt bleiben. Ob dies ohne Einfluß auf ihre Lage bleibt, ob diese dadurch eine Besserung oder eine Verschlechterung bedeuten wird, kann erst die Zukunft zeigen. Im Verbande des wesentlich verkleinerten ungarischen Staates verbleiben einstweilen nur die Deutschen Westungarns und die im Inneren des Landes, wo sie im Bakonyer Walde, nördlich vom Plattensee, dann in der Umgebung der Hauptstadt Budapest und in dieser selbst ansehnliche Minderheiten bilden. Die Gesamtzahl der innerhalb der augenblicklichen Grenzen Ungarns wohnenden Deutschen kann auf etwa 600 000 veranschlagt werden, von denen etwa 360 000 auf die vier westungarischen Gespanschaften (Komitate) Preßburg, Wieselburg, Oedenburg und Eisenburg, das sog. Vierburgenland, entfallen. Allerdings ist Preßburg von den Tschechen besetzt, doch besteht die Aussicht, daß es gelingen wird, bei der Entente die Rückgabe wenigstens der vorwiegend deutschen Stadt Preßburg mit Umgebung an Ungarn zu erlangen. Da außer dieser die Gespanschaft nur 12 deutsche Gemeinden besitzt und im ganzen nur etwas über 50 000 deutsche Einwohner zählt, fällt diese Frage aber weniger ins Gewicht. Den stärksten Prozentsatz unter der Gesamtbevölkerung der vier in Betracht kommenden Gespanschaften stellen die Deutschen in dem kleinen Komitate Wieselburg, wo sie bei einer Seelenzahl von etwas mehr als 54 000 nicht weniger als 60,8 Prozent ausmachen, während in Preßburg ihr Anteil nur 15 Prozent beträgt. Die höchsten absoluten Einwohnerzahlen zeigen Eisenburg mit mehr als 125 000 und Oedenburg mit rund 110 000 Deutschen. Im ganzen sind 28 Prozent der Bodenfläche der vier Gespanschaften mit zusammen 4244 qkm in deutschem Besitze. Nun gewinnt aber das westungarische Deutschtum wesentlich an Bedeutung durch zwei Umstände: Erstens durch die Geschlossenheit seines Sprachgebietes, das nur wenig mit magyarischen und kroatischen Siedlungen durchsetzt ist, zweitens durch seine Grenzlage gegen Deutschösterreich. Von der Mur bei der steiermärkischen Stadt Radkersburg bis zur Donau bei Preßburg verläuft die politische Grenze durch rein deutsches Sprachgebiet, in einer Luftlinie von 145 km Länge. Damit ist eine breite Berührungsfläche zwischen Deutschösterreich und dem deutschen Westungarn gegeben, die natürlich unter den heutigen Verhältnissen nicht ohne Einwirkung auf die künftige politische Gestaltung bleiben kann, und es ist begreiflich, daß das westungarische Deutschtum durch die Gewährung einer nationalen Autonomie seitens der ungarischen Regierung nicht zufriedenzustellen ist, sondern den Anschluß an das stammverwandte Nachbarland fordert, mit dem es durch uralte engste wirtschaftliche Bande verbunden ist. Es muß sich schon in nächster Zukunft zeigen, ob sich der Gedanke der Integrität des magyarischen Staates oder der des Selbstbestimmungsrechtes der Völker als stärker erweisen wird.

Polen.

Seit dem Abmarsch der deutschen Besatzung aus Lodz haben, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" von unterrichteter Seite erfährt, Haussuchungen bei Deutschen stattgefunden, bei denen auch Privateigentum deutscher Soldaten und Beamten, das zurückgelassen worden war, nicht geschont worden ist. Es wurde namentlich nach Aktenstücken deutscher Behörden gesucht. Im Februar behelligten die Polen vor allem Mitglieder des Deutschen Vereins und des Landesschulverbandes. Der Deutsche Verein war aus eigener Initiative der Deutschen im März 1916 begründet worden und hatte keine politische, sondern nur kulturelle Ziele und Zwecke. Er hat sich völlig auf den Boden der Proklamation vom 5. November gestellt und seine Mitglieder als gute Bürger des neuen Staates Polen bezeichnet. Der deutsche Landesschulverband wurde im Jahre 1917 aus dem Deutschen Verein heraus begründet. Er ist zum 1. April 1919 von den Polen aufgelöst worden. Sein Direktor Flierl wurde verhaftet, ebenso geschah es dem Vorsitzenden des Deutschen Vereins, dem um das Deutschtum äußerst verdienten Kaufmann Eichler, und dem Direktor des deutschen Gymnasiums in Lodz. Sämtliche deutschen Schulen des Landesschulverbandes und die deutschen Vereine nebst ihren Ortsgruppen wurden geschlossen. Auch die Intervention des mit dem Schutz der deutschen Interessen betrauten Schweizer Konsuls in Lodz hatte keinen Erfolg. Ja, das polnische Ministerium des Innern erklärte kühn, ihm sei von einem Verhaftungsbefehl nichts bekannt. Trotzdem blieben die Verhaftungen aber bestehen. Jedermann, der mit den deutschen Behörden in Beziehung gestanden hat, wird belästigt, wird aus den Aemtern entlassen, bekommt weder Arbeit noch Unterstützung.

Diese Mitteilungen entsprechen dem, was man von den Polen erwarten konnte. Hoffentlich wird der Protest der deutschen Regierung in Warschau einigen Erfolg haben und hoffentlich gelingt es, bei den Friedensverhandlungen endlich einen wirklichen Schutz der Minderheiten auch den Polen gegenüber durchzusetzen.

Rußland.

Der frühere schwedische Generalkonsul in Moskau, Heiborn, berichtet nach seiner Rückkehr einem Blatte in Helsingfors, daß sich unter den in Petersburg verbliebenen Ausländern noch zahlreiche Deutsche befänden. Bis zum Brester Frieden habe Schweden den Schutz des deutschen Eigentums ausgeübt. Bei Ausbruch der deutschen Revolution erschienen im schwedischen Generalkonsulat, welches das deutsche Eigentum, Siegel und Flaggen schützte, russische Soldatenräte und versuchten, das deutsche Eigentum, welches einen bedeutenden Wert darstellt, zu beschlagnahmen. Dieses wurde ihnen verweigert. Alles deutsche Eigentum, das gegenwärtig unter schwedischem Schutz steht, ist unangetastet geblieben, doch stehen nach dem Urteil des Generalkonsuls andere bedeutende deutsche Werte auf dem Spiel. Die Räteregierung sei bemüht, trotz des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen ein gutes Verhältnis mit Schweden aufrechtzuerhalten, um auch weiter mit Schweden in Handelsbeziehungen zu treten.

Finnland.

Die „Times" läßt sich aus Finnland von ihrem Korrespondenten berichten (10. Februar), daß die Stimmung dort sehr zu Gunsten der Allierten umgeschlagen sei. In allen politischen und wirtschaftlichen Fragen ständen die Finnen gewissenhaft auf der Seite der Entente, wenn auch nicht völlig mit ihrem Gefühl. Die deutsche Sprache werde fast nicht mehr gesprochen. Namentlich seit dem Ausbruch der

Digitized by Google

bolschewistischen Unruhen in Berlin habe Deutschland abgewirtschaftet, und es werde Jahre brauchen, um wieder wirtschaftliche Vorteile aus Finnland zu ziehen. Wenn aber Aussicht auf baldige Wiederherstellung Deutschlands bestände, so wäre die Haltung der Bevölkerung ganz verschieden von der, die sie heute einnehme. Aus diesem „from anti-Ally to pro Ally" betitelten Aufsatz erkennt man zweierlei: einmal wie geschickt die Engländer den inneren Zwist der Deutschen und namentlich die bolschewistische Gefahr in einem Lande ausnutzen, das gerade unter dem Bolschewismus so schwer gelitten hat wie Finnland, und wie geschickt sie ferner von allen Seiten her die Stimmung ihres eigenen Landes im Sinne einer völligen wirtschaftlichen Niederwerfung Deutschlands bearbeiten, ferner aber auch, welches die wahre Gesinnung der Finnen ist, die heute unter dem Druck der Verhältnisse eine Stimmung „pro Ally" zeigen müssen, die sich sofort ändern würde, wenn Deutschland sich wieder erholte!

Belgien.

Nachdem schon der Architektenverein beschlossen hatte, kein aus feindlichen Ländern stammendes Material mehr zu verwenden und Ursprungszeugnisse für Neutrale einzuführen, hat jetzt die Handelskammer bestimmt, alle Mitglieder feindlicher Nationalität auszuschließen; die Stadtverwaltung Brüssel hat alle Waren deutscher Herkunft streng verboten und will Umgehung mit 25 Prozent des Wertes der Ware bestrafen. Geschäftsleute, die für den Feind gearbeitet haben, sollen nicht einmal mehr um Preisangebote ersucht werden.

England.

Im Unterhause gab die Regierung auf eine Anfrage des Herrn Gideon Murray hin bekannt, daß sie in Bälde einen Gesetzentwurf über die Behandlung der feindlichen Ausländer einbringen und ihren Ausschluß von der Einwanderung auf eine bestimmte Zahl von Jahren vorschlagen werde. Bei dieser Gelegenheit gab die Regierung die Zahl der feindlichen Zivilisten, die in Freiheit sich befänden, mit 20- bis 21 000 an und fügte hinzu, daß 7400 seit Beginn des Waffenstillstandes interniert worden seien.

Das „Home office" geht, dem „Globe" zufolge, mit der Heimsendung feindlicher Ausländer scharf vor. In den letzten Wochen sollen die Interniertenlager in raschem Maße geräumt worden sein, die Zahl der bisher Abtransportierten wird auf 8000 geschätzt. Jetzt sollen wöchentlich etwa 1000 nach Deutschland zurückgesandt werden, bis jetzt seien die Deportationen auf diejenigen beschränkt worden, die den Wunsch ausgedrückt hätten, in ihre Heimat zurückzukehren. Der „Globe" hört, daß in bezug auf diejenigen, die in England zu bleiben wünschten, noch keine offizielle Verfügung getroffen sei.

Zumeist wird die Frage der Verweigerung des Niederlassungsrechtes für Deutsche von der englischen Regierung mit moralischen Gründen bemäntelt, man dürfe diese grausamen und barbarischen „Hunnen" nicht wieder in dem edlen, freien und sittenstrengen England dulden. Hier und da aber tanzt doch irgend jemand aus der Reihe, und der wahre Grund, nüchterne, kalte, geschäftsmäßige Berechnung, tritt hervor. Der „Daily Graphic" z. B. schreibt am 10. Februar, die Ankündigung der Regierung, daß sie die Niederlassung von Fremden in England auf Jahre hinaus verhindern werde, habe überall Begeisterung erregt, ausgenommen bei den Pazifisten und Sozialisten (diese Einschränkung ist wichtig, denn diese Kreise gewinnen auch in England immer mehr an Boden!), aber nicht minder wünschenswert sei der Ausschluß der polnischen und russischen Juden in London Ost, die zwar technisch gesprochen keine „Feinde" seien, sondern Verbündete, die aber ihre ganze Energie zu einer Schwächung Englands vergeudeten. Sie trügen zudem zur wirtschaftlichen Kräftigung der Nation nicht bei, denn die Industrien, in denen sie zumeist beschäftigt seien, repräsentierten wahrscheinlich einen geringeren Wert als die besonderen Kosten, die die Polizeiorgane zur Bewachung dieser halb verbrecherischen Fremden aufzubringen hätten. Die Sicherheit und Wohlfahrt Londons sei gefährlich herabgemindert durch die Zulassung dieser niederen Klasse von Fremden. Man müsse also nicht nur die Einwanderung solcher Elemente verhüten, sondern auch die schon vorhandenen in ihre Heimat zurücksenden.

Die „Daily Mail" berichtet unter dem 21. Februar noch, die Regierung habe im Unterhause angekündigt, daß ihr Ausländergesetz die Ermächtigung zur Registrierung aller Fremden bringen werde. Was das Nationalitäts- und das Naturalisationsgesetz angehe, so berate die Regierung noch mit den Selbstverwaltungen der Dominions und Indiens über die Frage, ob eine weitere Gesetzgebung nötig sei. 9 Parlamentsmitglieder, die das unionistische Kriegskomitee sowie ein besonderes Coalitionskomitee verkörperten, warteten immer noch auf eine Audienz beim Premierminister oder bei Bonar Law, um eine baldige Einbringung des versprochenen Fremdengesetzes zu erbitten. Ihrer Bitte um eine Aussprache sei aber bisher nicht stattgegeben worden. Sie seien entschlossen, die baldige Verabschiedung der Bill zu verlangen, um eine Fremdeneinwanderung zu verhüten, alle feindlichen Ausländer in ihre Heimat zurückzusenden und das Fremdengesetz über Niederlassung und Naturalisation zu verbesern. Im Unterhause wachse die Stimmung, die Regierung um Angabe der Gründe zu ersuchen, aus welchen sie die Bill verzögere, die nach den Worten des damaligen Sekretärs Lord Cave bereits im November fertig war.

Die englische Presse ist voll haßerfüllter Stimmen gegen alles Deutsche. In Artikeln und Telegrammen, im „Eingesandt" und selbst in den Anzeigen spricht sich nur blindes Wüten gegen alles Deutsche aus. Um so angenehmer ist es, auch einmal einen weißen Raben in diesem Gekrächze zu finden. In der „Yorkshire Post" von Leeds erklärt Radnor H. Hodgson, niemand dürfe für das bestraft werden, was seine Blutsverwandten verbrochen hätten. Ethisch und gesetzlich bestehe eine solche Verantwortung nicht. Die Verantwortung für den Krieg und für die Kriegsgrausamkeiten fielen auch nicht dem gesamten deutschen Volke zur Last, obgleich ein großer Teil der englischen Bevölkerung jetzt sich für die Schuld des gesamten deutschen Volkes ausspreche. Dagegen müsse man protestieren. Man solle unterscheiden und nicht den Unschuldigen mit dem Schuldigen verurteilen. Jeder Deutsche, der früher in England wohnte, sollte nach seinem Charakter beurteilt und nicht nach seiner Nationalität allein verurteilt werden. Alles andere wäre flagrante Ungerechtigkeit, namentlich wenn man Leute aus dem einzigen Grunde, weil sie Deutsche seien, aus England vertreiben wolle. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts hätten die Franzosen als die Erbfeinde der Engländer gegolten und die Deutschen als Freunde und Verbündete. In weiteren hundert Jahren werde man hoffentlich auch die gegenwärtige Feindschaft zu Deutschland als grundlos erkannt haben. Der beste Dienst, um diesen Tag herbeizuführen, sei Freihalten vom Haß und das Beweisen guten Willens. Aber das ist, wie gesagt, die Stimme eines Predigers in der Wüste. Die englische Presse im allgemeinen ist völlig beherrscht von Zuschriften. wie die eines Amerikaners Richard H. Edmond, der im „Daily Graphic" schreibt, das Wort „Hunne" sei für die Deutschen eine viel zu milde Bezeichnung, denn die alten Barbaren, von denen der Name stamme, hätten lange nicht derartige Grausamkeiten begangen wie die lebenden Deutschen. Am besten sei wohl das Wort „Deutsche" selbst, denn es würden 1000 Jahre wohl vergehen, bevor der Name „Deutscher" nicht jedem zivilisierten Menschenwesen in die Nase stinken werde. Kein ehrenwerter Mann und keine Frau würden die bluttriefende Hand eines deutschen Mörders drücken wollen, und wie alle die schönen Ausdrücke noch weiter heißen.

Digitized by Google

Ein Komitee, dem Vertreter des Schauspielverbandes, des Verbandes der vereinigten Musiker, der Nationalvereinigung der Theaterangestellten und des Verbandes der Variété-Artisten angehören, beschloß, den „Evening News" zufolge, allen Unternehmern von Vergnügungsanstalten mitzuteilen, daß die Mitglieder der bezeichneten Verbände nicht mit einem Deutschen, Oesterreicher, Bulgaren oder Türken zusammenarbeiten wollten.

Palästina.

Als im November 1917 die Engländer Jaffa besetzten, brachten sie sofort die Männer (fast durchweg ältere Leute) der deutschen Ansiedlungen Jaffa, Sarona und Wilhelma in ein Gefangenenlager in der Wüste bei Bersaba, während die Frauen und Kinder von Sarona und Wilhelma nach Jaffa gebracht wurden und dort auf engem Raume zusammengedrängt wurden. Nach der Einnahme Jerusalems im Dezember 1917 wurden auch von hier die Männer ins Gefangenenlager in die Wüste gebracht; die zurückbleibenden Frauen und Kinder mußten teils ihre Wohnungen ganz räumen, teils wurde ihnen englische und indische Einquartierung ins Haus gelegt, und als im Sommer 1918 die Engländer den Angriff gegen die deutsch-türkische Palästinafront vorbereiteten, brachten sie kurzerhand alle in Jaffa und Jerusalem zurückgebliebenen Deutschen mit Ausnahme einzelner, wegen Krankheit und Altersschwäche nicht Transportfähiger nach Aegypten, wo in Heluan bei Kairo das „Palestine Internees Camp" errichtet wurde. Als Grund dieser Ueberführung wurde angegeben, daß zu wiederholten Malen Versuche der Deutschen festgestellt worden seien, sich durch Vermittlung von Eingeborenen mit ihren bei der deutsch-türkischen Armee stehenden Angehörigen in direkte Verbindung zu setzen, was als Spionage aufgefaßt wurde — eine sehr fadenscheinige Begründung, da die unter strenger Aufsicht stehenden Deutschen von militärischen Maßnahmen nichts erfuhren, während der englischen Heeresleitung nicht unbekannt sein konnte, daß unter der sehr großen Zahl ihrer eigenen Spione viele auf beiden Achseln Wasser trugen. — Die Männer waren inzwischen im Laufe des Frühlings von ihrem ursprünglichen Lager in der Wüste nach dem „Alien Internment Camp" Sidi-Bishr bei Alexandrien gebracht worden, wo ihnen die in englischen Konzentrationslagern übliche Behandlung zuteil wurde.

So liegen seither die früher blühenden Ansiedlungen schutz- und herrenlos, die Häuser, Gärten und sonstigen Pflanzungen verwahrlost; das Mobiliar und die übrige Einrichtung sind teils requiriert, teils auf andere Weise verschwunden. Besonders soll Sarona und Wilhelma gelitten haben, wie ein neutraler Augenzeuge berichtet.

Ueber die wirkliche Lage und Behandlung der Internierten erfährt man dank der englischen Zensur wenig, aber aus allen Briefen klingt der sehnliche Wunsch, vor Wiedereintritt der heißen Jahreszeit das enge Lager verlassen und ins eigene Heim zurückkehren zu können. „Es geht uns jetzt besser, seitdem wir Armeeverpflegung bekommen und für die Zubereitung unserer Nahrung selbst sorgen dürfen," hieß es vor kurzem in einem Brief — ein Beweis, daß bis dahin die Frauen und Kinder, die viel unter Hitze und Krankheiten zu leiden hatten, nicht einmal genügend Nahrungsmittel erhielten — und „Gott möge unseren Peinigern nicht entgelten, was sie uns angetan haben und noch antun" in einem neuern Brief.

Bei der Besetzung Haifas durch die Engländer am 23. Sept. 1918 (Mitte Juli hatte Liman Sanders Pascha noch öffentlich erklärt, daß Haifa sich absolut sicher fühlen dürfe, da die türkische Front fester als je stehe) hielten es die Eroberer, da durch den eiligen Rückzug der Türken bis über den Taurus Palästina aufhörte Kriegsschauplatz zu sein, offenbar für überflüssig, die Haifaner Deutschen auch noch wegzubringen. Der anfänglich milden Behandlung folgte aber bald, wie es scheint, eine weniger rücksichtsvolle. Bei Requisitionen wurden die Deutschen in erster Linie herangezogen und eine Reihe der schönsten und geräumigsten Häuser für General Allenby und seine Offiziere mit Beschlag belegt. Die Eigentümer mußten sich anderwärts bei Bekannten einen Unterschlupf suchen, oder es wurde ihnen gnädig erlaubt, sich in den Kellerräumen, Ställen oder Werkstätten wohnlich einzurichten, so gut es mit den Einrichtungsgegenständen, die sie mitnehmen durften, ging. Dann scheint mit verschiedenen Mitteln auf Geschäftsinhaber und Hausbesitzer eingewirkt zu werden, um sie einem „freiwilligen" Verkaufe ihres Besitzes geneigt zu machen. Aber „die Herren finden, daß es nicht so leicht ist uns die Luft abzusperren", schreibt eine tapfere Landsmännin. Der Schulunterricht durfte erst nach zehnwöchiger Pause in vier weit auseinanderliegenden Räumlichkeiten durch Hilfskräfte wieder aufgenommen werden (das Schulgebäude ist von den Engländern belegt, und die Lehrer hatten sich aus Furcht, interniert zu werden, am 22. Sept. in Sicherheit gebracht).

Ueber die Behandlung durch die Engländer dringt fast nichts durch die Zensur, dagegen melden verschiedene Briefe, daß bei vielen die Mittel knapp zu werden beginnen, so in erster Linie bei den Familien, deren Ernährer schon jahrelang im Felde stehen und die jetzt die für dortige Verhältnisse an sich schon geringe Reichsunterstützung nur noch im Verhältnis zu dem heutigen, niedrigen Markkurs ausbezahlt erhalten; dann überhaupt bei den Nichtlandwirten, deren Geschäfte schon früher durch den Krieg oder jetzt im Waffenstillstand durch die Engländer lahmgelegt worden sind, und die außerdem das Unglück hatten, daß ihnen durch die kriegerischen Ereignisse im September vorigen Jahres der größere Teil ihres Getreidevorrats an Brotgetreide verlorenging. Darum hoffen auch sie, wie die in Aegypten Internierten, auf baldige Erlösung aus ihrer beengten Lage und neue Möglichkeit der Betätigung ihrer Kräfte.

Indien.

Nach einer Mitteilung des „Daily Telegraph" erklärte Mr. Montagu, die englische Regierung plane die Ausweisung aller feindlichen Ausländer, seien sie nun interniert gewesen oder nicht, und wolle nur in ganz zwingenden Fällen Ausnahmen von dieser Regel zulassen. Auch für später besitze die indische Regierung schon gesetzgeberische Mittel, die sie instandsetzten, nach Belieben Fremde auszuschließen oder sie zu vertreiben.

Der Staatssekretär für Indien, Montagu, erklärte auf eine Anfrage im englischen Unterhaus, daß die indische Regierung den Abtransport aller internierter und nichtinternierter feindlicher Staatsangehöriger aus Indien in Erwägung gezogen habe. Ausnahmen sollen nur in ganz besonderen Fällen zugelassen werden.

China.

Die chinesische Regierung hatte den Wunsch ausgedrückt, die wertvollen, von den Jesuiten angefertigten astronomischen Instrumente, die nach den Boxerwirren 1901 von Peking nach Deutschland überführt wurden und im Park von Sanssouci standen, wieder zurückzuerhalten. Nun hat die deutsche Regierung beschlossen, diesem Wunsch zu entsprechen. Die Verschiffung der Instrumente nach China ist bereits in die Wege geleitet.

Wir sehen jetzt auf Grund vorliegender Originalberichte der chinesisch-englischen oder französischen Zeitungen etwas genauer über die hier schon z. T. erwähnten Vorgänge in China, wenn auch freilich erst die bald zu erwartende Ankunft unserer Chinadeutschen uns die volle Wahrheit enthüllen wird. Der „Peking Leader" und der „Courrier d' Haiphong" berichten über die Siegesfeiern, die in Peking und Tientsin

Digitized by Google

von den in einen wahren Freudentaumel geratenen Alliierten veranstaltet wurden, als die Kunde vom Abschluß des Waffenstillstandes nach China kam. Als die große Glocke der britischen Niederlassung in Tientsin die Nachricht durch Läuten verkündet hatte, sammelte ein Trupp von über 1000 Engländern und Engländerinnen, Franzosen und Französinnen sich an, der durch Damen und Herren verstärkt wurde, die im französischen Klub das Ereignis schon reichlich begossen hatten. Mit Sirenen und Pfeifen, Trommeln und Gongs, mit Lärminstrumenten aller Art wurde ein Höllenlärm gemacht. Dann zog man zur deutschen Niederlassung, warf überall die verdunkelten Fenster ein, drang in das deutsche Konsulat, wo noch ein Beamter Deutschlands zurückgeblieben war, der unter dem Schutze des holländischen Konsuls die deutschen Angelegenheiten bearbeitete, griff den Beamten tätlich an und warf ihn zum Fenster hinaus. Vor dem Konsulat liegt der Platz, wo die deutsche Roland-Statue aus Bronze zum Andenken an die Verteidigung Tientsins während der Boxer-Unruhen errichtet worden ist; man warf die Statue von ihrem Sockel und schleifte sie an einem Automobil durch die Straßen zum französischen Klub, wo sie in Stücke geschlagen wurde. Die Stücke wurden durch einen Engländer zugunsten des französischen Verwundeten-Fonds versteigert. Die englische Presse berichtet, daß am nächsten Morgen die schmucke deutsche Niederlassung „wie ein Dorf nach einem Pogrom" ausgesehen habe. Die Menge zog durch die Straßen, um sich das Schlachtfeld anzusehen. Chinesische Polizei hatte vergeblich versucht, des Alliiertenpöbels Herr zu werden.

Ebenso toll oder noch toller ging es in Peking zu. Soldaten der Alliierten drangen in das Gesandtschaftsviertel und plünderten und brandschatzten dort nach Herzenslust. Anamitische Soldaten drangen den erwähnten Zeitungen zufolge in das schöne Gebäude der Deutschen Bank und legten dort Feuer an. Ein deutscher Juwelierladen lag der Bank gegenüber, er wurde verwüstet und ausgeplündert, die Einrichtung wurde in Stücke geschlagen, die Juwelierwaren wurden auf die Straße geworfen. Der Laden von Hartung, einem deutschen Photographen, der neben dem bekannten Wagons-Lits-Hotel wohnte, wurde demoliert, auf die Fensterscheiben hatte jemand geschrieben: „Gott strafe den Kaiser". Gegen 11 Uhr abends drangen dann die Horden in die Bank ein, und zwar durch die Hinterpforte. Mehrere Behälter, die anscheinend Petroleum oder Paraffin oder sonst entzündliche Stoffe enthielten, wurden in die Räume gebracht und angezündet. Die chinesischen Polizisten der Gesandtschaft brachten unter Ueberwachung der amerikanischen Schutzwache die erste Hilfe. Gegen Morgen wurde man erst des Feuers Herr. Die Feuerwehrleute trugen aus dem brennenden Gebäude noch zwei oder drei Kisten mit Brennstoffen heraus. Auch ein chinesischer Lebensmittelladen wurde verwüstet, der von sehr vielen Chinesen, Europäern, auch Deutschen darunter, besucht wurde. Man vermutete zu Unrecht, daß er deutsches Eigentum sei. Die aufgeregte Menge wollte auch die deutsche Kaserne zerstören, da aber die holländische Wache mit Gebrauch ihrer Schußwaffen drohte, wagte sich niemand heran. Dann zog in der Morgenfrühe eine Rotte angetrunkener Engländer auf dem Heimweg von einer Siegesfeier durch die große Hatamenstraße und begann, wie der „London and China Telegraph" meldet, das Ketteler-Denkmal zu zerstören. Wir haben über diese Angelegenheit schon berichtet, tragen aber noch nach, daß die chinesische Polizei machtlos war und nur den Verkehr abzulenken vermochte. Französische und italienische Soldaten setzten nachmittags das angefangene Werk fort und brachten dazu ihr geeignetes Handwerkzeug mit. Einige Pfeiler des Bogen wurden abgetragen. Schließlich griffen die Chinesen ein, errichteten ein Gerüst und bauten den Marmorbogen ab. Am 4. Dezember wurde der letzte Teil des Denkmals gesprengt. Die englischen Zeitschriften berichteten schamhaft, es habe die Absicht bestanden, das Denkmal an einem anderen Punkte wieder zu erstellen „als ein Zeichen des Sieges des Rechts über die Macht". Das ist wohl aber nun unnötig geworden. Scheinheilig erzählte später die englische Presse, man hoffe in Zukunft verhindern zu können, daß die Begeisterung der Bevölkerung in Akte ausarte, die einen Bruch des öffentlichen Friedens bedeuteten.

Im übrigen haben sich die Herren und Damen der Alliierten nicht weniger freundlich in Schanghai betragen, wo sie gleichfalls des Nachts das Iltis-Denkmal auf dem „Bund" von seinem Sockel herabwarfen. Erst später brachten es die Chinesen in einem Schuppen unter.

Gleichzeitig setzen Engländer und Franzosen ihren Druck auf die Chinesen zur Ausschließung des deutschen Handels, auf die es in dem ganzen Trubel ja besonders ankommt, fort. Der „Japan Weekly Chronicle" (der, nebenbei bemerkt, von einem Engländer redigiert wird, freilich von einem unabhängigen Manne, der schon oft seinen Landsleuten und seiner Regierung bittere Worte gesagt hat) urteilt über diese namentlich von Hongkong aus betriebene Hetze und über die Forderung der englischen Kaufleute, der deutsche Handel solle auf mindestens 5 Jahre von Hongkong ausgeschlossen werden, recht sarkastisch, die Hongkong-Kaufleute seien mehr auf den eigenen Nutzen als auf die Nationalinteressen bedacht. Ihr ganzes Streben gehe eben nur auf ein Handelsmonopol. Zwar meint der Redakteur, solche Beschlüsse würden vom britischen Parlament und von der Regierung kaum gebilligt werden, allein darin wird er sich wohl irren. Weit eher werden die Japaner einen Strich durch diese Rechnung machen.

Vorläufig allerdings steht China machtlos dem Drängen der Alliierten gegenüber. Das Reutersche Büro meldet, daß alle Vorbereitungen für den Rücktransport der Deutschen in die Heimat getroffen seien, daß 4 Schiffe gemietet worden seien, die 2500 Deutsche zurücktransportieren sollten, und zwar alle Deutsche mit Ausnahme der Missionare und einiger Aerzte, sowie der Personen über 60 Jahre, der Kranken und derjenigen, deren Dienste die niederländischen Konsularbehörden beanspruchten. Man sieht aus diesen Zahlen sowie aus dem, was über die gewählten alten Schiffe bekannt ist, daß auch beim Transport unseren armen Landsleuten noch einige Mühsale bevorstehen werden, und man kann nur hoffen, daß Nationalversammlung und Regierung, wie auch menschlich denkende Kreise der Neutralen die Herren Kulturträger, Engländer und Franzosen, darauf aufmerksam machen werden, was es heißen würde, 2500 Deutsche auf 4 Schiffen durch die Tropen zu transportieren. Die erste Gruppe von Deutschen soll unter Begleitung eines britischen Kanonenboots schon abgefahren sein, die Kosten sollen aus dem Verkauf des deutschen Besitzes bestritten werden. Die deutsche Regierung hat den Allierten in Spaa am 18. Februar eine Protestnote gegen diese zwangsweise Rücksendung der Deutschen überreichen lassen und sofortige Einstellung der Transporte gefordert. Einer Antwort ist sie bis jetzt nicht gewürdigt worden.

Wir verzeichnen zu dieser Frage noch die nachfolgenden Meldungen aus der englischen Presse:

Die „Times" vom 12. Februar melden aus Peking unter dem 30. Januar, daß die Regierung zur Deckung der unmittelbaren Kosten der Heimsendung der Deutschen mit den assoziierten fremden Banken einen Anleihevertrag für 500 000 Dollar abgeschlossen habe, wofür 8 Prozent Zinsen durch den Ueberschuß der Salzsteuer gesichert sind. Die Transportkosten werden von der britischen Schiffahrt übernommen, später aber auf das Schuldenkonto der chinesischen Regierung eingetragen werden.

Digitized by Google

Die „Daily Mail" läßt sich aus Tientsin unter dem 10. Februar berichten, britische Untertanen, die Ansprüche an feindliche Staatsangehörige haben, seien durch amtliche Mitteilung angewiesen worden, dem Konsul Einzelheiten mitzuteilen, da die Heimschaffung der Deutschen näher rücke; die Deutschen kaufen in Tientsin wegen der Knappheit in Deutschland große Mengen Kleidungsstücke an.

Den „Times" telegraphiert man aus Singapore unter dem 18. Februar: Die Oeffentlichkeit in Singapore sei höchst erregt darüber, daß die Admiralität die P.- & O.-Dampfer „Nore" und „Novara" für die Heimschaffung von 600 deutschen Frauen und Kindern aus China requiriert habe. Die örtliche Regierung habe ein Protesttelegramm an den Kolonialsekretär gesandt. Die Aerztevereinigung der Straits habe dem Parlamentsmitglied Sir Watson Cheyne telegraphiert und darauf hingewiesen, daß 90 britische Frauen und Kinder, die bereits als Passagiere der „Nore" und „Novara" eingetragen waren, gesundheitshalber dringliche Reisen nach Europa machen müßten, da sie schon seit langer Zeit in den Tropen lebten. Die Vereinigung fordere nachdrücklich Behandlung der Frage im Parlament. Die Frauen von Singapore hätten an Havelock Wilson telegraphiert und ihn gebeten, die Angelegenheit, daß die Heimkehr von Deutschen zum Nachteil britischer Frauen und Kinder, die ärztliche Zeugnisse besitzen, begünstigt werde, zu der seinigen zu machen.

Nach den „Times" vom 25. Februar stellte Oberst Yates im englischen Unterhaus die Anfrage, ob alle Deutschen, die früher im Konsulats-, Bank-, Post- und Handelswesen und in anderen Stellungen in der britischen Konzession Shamin in Canton beschäftigt waren, jetzt ausgewiesen und ihre Verträge aufgehoben seien, und wenn nicht, warum diese Maßnahme nicht ergriffen worden sei. Der parlamentarische Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Cecil Harmsworth, antwortete: Nach einer königlichen Verordnung vom Beginn des vergangenen Novembers wurde alles feindliche Pachteigentum in britischen Konzessionen in China dem Kustos für feindliches Eigentum unterstellt, der anfangs Dezember beauftragt wurde, zum Verkauf dieses Besitzes zu schreiten. Was die erwähnten deutschen Untertanen anbetrifft, so werden Anordnungen für ihre Heimschaffung getroffen, die, wie man hoffen kann, zu Beginn des nächsten Monats stattfinden wird.

„Times" melden endlich aus Peking unter dem 20. Febr.: Die Heimschaffung der Deutschen mache befriedigende Fortschritte. In Schanghai seien bereits zwei Dampfer angekommen, und für den 6. März werde der vierte und letzte erwartet, der feindliche Untertanen heimbefördere.

Marokko.

Ueberall in der Welt, wo noch Deutsche sich aufhalten, entfalten englische bezahlte und freiwillige Agenten eine ungeheure Tätigkeit. Es ist, als ob man sich vor einer Pest schützen wollte. So lassen sich die „Times" von ihrem Korrespondenten aus Tanger berichten, die spanische Regierung habe zu wiederholten Malen zugesagt, sie wolle Schritte ergreifen, deutsche Intrigen in der spanischen Zone von Marokko zu unterdrücken und alle deutsche Agenten zu entfernen, deren Anwesenheit den alliierten Mächten unerwünscht scheine. Es sei wohl möglich, daß die spanische Regierung Schritte unternommen habe, allein man erblicke keine irgendwie greifbaren Erfolge, im Gegenteil, Deutschlands „verbrecherische Tätigkeit" sei im Wachsen. Kurze Zeit nach Unterzeichnung der Waffenstillstandsbedingungen habe diese Tätigkeit etwas abgenommen, man habe auf ihr Ende hoffen können, für kurze Zeit sei kein Geld mehr dafür aus Spanien gekommen. Aber jetzt kämen wieder (der Bericht ist vom 13. Februar datiert) reichliche Mittel, und die antifranzösische Propaganda sei in vollem Schwunge. Das schaffe neue Befürchtungen und neue Gefahren. Die deutschen Agenten, deren Austreibung versprochen worden sei, lebten in Melilla, Tetuan und Larache in völliger Freiheit. Herr Bohn, der deutsche Konsul in Tetuan, habe Abdul Malek am 25. Januar eine geheimnisvolle Schachtel übersandt, die genügend Geld enthielt, um dem alten Rebellen die Anstiftung einer neuen bewaffneten Rebellion zu gestatten. Aus deutschen Mitteln würden auch die Truppen des Rebellen Kassim ben Salah im Wasandistrikte bezahlt und neu aufgefrischt. Ein deutscher Agent, namens Kühnel, habe das vermittelt, der als verehrter Gast in Raisulis Hause wohnte, der wieder beziehe seine Gelder durch den österreichischen Konsul, Herrn Kell. Bedeutende deutsche Geheimfonds befänden sich in Spanien, und auch das britische Gold, das zur Verfügung des türkischen Komitees für Einheit und Fortschritt in Spanien gelegen habe, sei für deutsch-türkische Propaganda nach Marokko geflossen. Die Deutschen in Spanien und in Marokko ständen in bester Verbindung. Entweder die spanischen Behörden könnten nichts tun oder sie wollten es nicht.

Man sieht aus diesen Darlegungen, wie weit die Spionenriecherei der Entente-Pressevertreter geht, und wie jeder einzelne Auslanddeutsche, der sich noch auf freiem Fuß befindet, von einem Heer von Detektiven umgeben ist, die ihn auf Schritt und Tritt verfolgen. Anscheinend handelt es sich bei den Erzählungen des Herrn aus Tanger um Kombinationen, die sich in diesem Fall mehr gegen Spanien als gegen Deutschland richten.

Amerika.

Man bekämpft das Deutschtum mit großen und mit kleinen Mitteln. „The Public Ledger" in Philadelphia läßt sich von seinem Büro in Harrisburg unter dem 27. Januar melden, daß der Vertreter des Bezirks Crawford vier Gesetzentwürfe in der Legislatur eingebracht habe, die sich gegen die Veröffentlichung von Stadt- und Bezirksanzeigen in deutscher Sprache wendeten. Der Zweck sei, die deutsche Sprache völlig von der Vermittlung von Anzeigen auszuschließen. In früheren Sessionen sahen alle Gesetze zur Veröffentlichung die englische Sprache vor, daneben aber die Veröffentlichung in mindestens einer deutschen Zeitung von allgemeiner Verbreitung im Bezirk. Die neuen Anträge schreiben nun die Veröffentlichung nur in englischer Sprache vor für solche Gesetze, die vom Bezirkskommissar für Bezirke mit einer Bevölkerung von einer halben bis zu einer Million Einwohner angeordnet werden. Ein anderer Gesetzentwurf will die Ankündigung von Versteigerungen in deutschen Zeitungen beseitigen. Zwei weitere Vorschläge wollen die Bestimmung ausmerzen, wonach Anzeigen, deren Veröffentlichung in englischen Zeitungen verlangt wird, auch in deutschen Zeitungen gebracht werden müssen. Der eine dieser Vorschläge betrifft Städte der ersten und zweiten Klasse, und der zweite wendet sich gegen die Bestimmung, daß in Bezirken mit mindestens 40 000 Deutschen, 40 000 Italienern und 40 000 Juden Anzeigen, die in englischer Sprache erscheinen, auch in den Sprachen und Zeitungen dieser Minoritätenbevölkerung gebracht werden sollten. Man sieht, es wird gründliche Arbeit geleistet in Amerika. Schließlich wird man noch das Erscheinen der deutschen Zeitungen selbst verbieten wollen! Der „Public Ledger" meint allerdings am 1. Februar selbst, das werde nicht nötig sein, es werde von selbst kommen. Er berichtet, am Tage des Bekanntwerdens dieser antideutschen Gesetzentwürfe habe eine der ältesten deutschen Zeitungen im Staate Pennsylvania in Allentown ihr Erscheinen eingestellt. (Es handelt sich um eine der Zeitungen, die in dem in der Gegend von Allentown gebräuchlichen deutschen Dialekt gedruckt werden. Dieser Dialekt ist ein Gemisch von Pfälzisch und Englisch und wird von den Nachkommen der ältesten deutschen Einwanderer in Nordamerika, die im 17. Jahrhundert aus der Pfalz eingewandert sind, bis auf den heutigen Tag gesprochen.) Der „Public Ledger"

Digitized by Google

erklärt, diese Art der Politik, die nur auf einen Fang der deutschen Stimmen berechnet sei, sei billig. Es habe wenig praktischen Zweck, sie zu rechtfertigen. Der Krieg habe rasch mit den deutschsprachigen Zeitungen aufgeräumt und habe die noch bestehenden zu einer unbedeutenden Rolle unter den Veröffentlichungsorganen des Staates herabgedrückt. Es bestehe daher jetzt weniger als je Grund für den Staat, ihnen ihre Existenz zu „galvanisieren". Daher könne man keine politische Maßnahme in den Gesetzentwürfen erblicken, und die Legislatur soll mit einem Streiche alle Verordnungen beseitigen, die andere Sprachen als die englische zur Vermittlung offizieller Bekanntmachungen verewigen wollten.

Man erfährt ja nicht alles aus den amerikanischen Zeitungen. Die Tatsache, daß eine deutsche Zeitung gerade jetzt aus Protest ihr Erscheinen einstellt, ist an sich interessant genug, nicht minder, daß die amerikanische Zeitung das entrüstet Stimmenfang nennt. Wenn erst der Krieg vorüber sein wird und die Freiheit der Meinungsäußerung im „freien" Amerika wieder gewährleistet sein wird, wird die Oppostion gegen derartige Maßnahmen, wie die Unterdrückung der deutschen Presse durch Anzeigenverweigerung schon wiederaufleben.

Die New Yorker „Sun" befaßt sich in einem Leitartikel auch mit der deutschen medizinischen Wissenschaft. Die deutsche Wissenschaft scheine, nachdem jetzt wieder in deutschen Fachzeitschriften Notizen über die medizinischen Fortschritte in England, Frankreich und Amerika zu finden seien, nicht an die Möglichkeit eines Boykotts durch die Alliierten zu glauben. Jüngst habe die serbische Regierung etwa 30 junge Medizin-Studenten auf schweizerische Universitäten geschickt, bei denen der Unterricht und der Studiengang in deutscher Sprache stattfänden. Das habe beträchtliche Debatten in Frankreich erregt. Warum sende man die jungen Leute nicht nach Frankreich oder England? Eine besondere Kommission habe jüngst der Pariser Akademie der Wissenschaften über die künftigen wissenschaftlichen Beziehungen nach dem Kriege Bericht erstattet. Die Akademie für Medizin habe sich dem Gutachten angeschlossen. Beide Akademien erachteten es für unmöglich, persönliche Beziehungen zwischen Aerzten der kriegführenden Gruppen wiederaufzunehmen. Die Angehörigen der Mittelmächte sollten durch den Friedensschluß gezwungen werden, aus den internationalen wissenschaftlichen Korporationen auszutreten, wenn es sich nicht um unerläßliche Dienste handle, wie Telegraph-, Telephon-, Eisenbahn- und Schiffahrtswesen, geographische und astronomische Gesellschaften. Unter den Ausnahmen sei die Medizin nicht erwähnt, es werde also an einen medizinischen Boykott durchaus gedacht. Freilich seien sich die Autoritäten nicht einig über den möglichen Erfolg. Die französischen Akademien sprächen übrigens nicht von Boykott, sondern von „Ostracism", die englischen Sachverständigen fänden aber den Unterschied zwischen „Ostracism" und Boykott nicht heraus und erklärten den vorgeschlagenen Weg als einen sofortigen Abbruch aller literarischen, medizinischen und wissenschaftlichen Beziehungen und als eine Abschneidung der deutschen Aerzte von allen Büchern und medizinischen Hilfsmitteln. Es dürfe kein Professorenaustausch stattfinden, und keine Studenten dürften nach Berlin, Wien oder anderen deutschen Universitäten gehen. Der Plan habe weniger Anhänger in England als in Frankreich. Was die englische ärztliche Gesellschaft angehe, so sei die Frage noch offen. Die Mehrzahl der englischen Professoren werde jedenfalls auf der Seite der Franzosen stehen. Die „Sun" begnügt sich festzustellen, daß die Entscheidung für Amerika von großem Interesse sein werde!

Nach neueren Meldungen hat die Akademie der Medizin in Paris den Beschluß gefaßt, daß kein Mitglied der Akademie an irgend einem Kongreß teilnehmen dürfe, auf dem Vertreter der feindlichen Mächte anwesend seien, und daß solche Vertreter, die korrespondierende Mitglieder der Akademie seien, von der Liste gestrichen werden sollen. Daß ein solcher Beschluß einstimmig gefaßt werden konnte, mag dem wissenschaftlichen Rang der Akademie in den Augen der Franzosen alle Ehre machen.

Niemand findet heutzutage in Deutschland leichteren Glauben als diejenigen, die Auswanderer anlocken und ihnen unter allen möglichen Versprechungen Geld abnehmen. Für Auswandererlustige ist es aber dringend nötig, genau die Stimmung zu verfolgen, die in fremden Ländern gegen Deutsche herrscht. Die „New York Tribune" läßt sich unter dem 23. Januar aus Washington melden, daß das Mitglied des Repräsentantenhauses Johnson von Süd-Dakota, der selbst im Kriege an der Front gedient habe, vor den Gefahren der Einwanderung gewarnt habe. Tausende von Deutschen planten sofort nach Friedensschluß nach Amerika auszuwandern, wo sie, ihrer Hoffnung nach, mit offenen Armen empfangen würden. Johnson will die Einwanderung auf 4 Jahre verboten haben, um die gefährlichsten Elemente aus Europa, namentlich aus Deutschland, fernzuhalten. Er habe mit vielen deutschen Gefangenen gesprochen, die alle nach Kriegsschluß das gelobte Land Amerika aufsuchen wollten. Amerika habe die bestausgestatteten Soldaten, es habe den Alliierten ungezählte Millionen geliehen, es sei reich, unerschöpflich reich, man erhoffe von ihm alles. Johnson aber will die amerikanische Arbeit vor niedrig bezahlten, verarmten fremden Arbeitern geschützt wissen.

Manchmal greift man sich wirklich an den Kopf, wenn man die antideutsche Propaganda unserer Feinde kritisch betrachtet. Ist es böser Wille oder ist es Dummheit? Man liest in der „New York Tribune" vom 22. Januar eine Zuschrift eines Herrn P. D. Hugon. Der Herr hat es wirklich erfaßt, wo man einsetzen muß, um den verhaßten deutschen Einfluß zu beseitigen. Er regt an, beim Alphabet zu beginnen. In Deutschland spreche man den letzten Buchstaben des Alphabets „Zee" aus, in England und Frankreich aber „Zed". Spreche man aber Z wie Zee aus, so verwechsele das jedermann mit C oder G, oder gar mit T oder D, jedenfalls denke er sich alles andere darunter als gerade „Zed". Namentlich in unserer Zeit der telephonischen Verständigung und des telephonischen Buchstabierens sei das höchst mißverständlich. Deshalb solle man den Deutschen zwangsweise ihr Zee in ein Zed umwandeln. Gottlob, dieser Leidenskelch wird noch einmal an uns vorübergehen, wenn Herr Hugon einige Stunden deutschen Unterricht nehmen wird!

An dem prachtvollen neuen Gebäude des Hauptzollamtes der Vereinigten Staaten befindet sich eine Statue der Germania, modelliert von dem deutsch-amerikanischen Bildhauer Albert Jaegers. Diese Statue soll in eine solche von „Belgien" umgewandelt werden. Der Schöpfer des Bildwerkes hat sich jedoch geweigert, die Ummodellierung vorzunehmen, worauf das amerikanische Finanzministerium einen Vollblutamerikaner, den Vorsitzenden der Nationalen Bildhauer-Vereinigung, P. W. Bartlett, mit der Aufgabe betraut hat.

Canada.

Wie die „Liberté du Sud-Ouest" in Bordeaux sich aus Ottawa unter dem 27. Januar melden läßt, will die Regierung die Deportation aller Feinde und fremden Internierten durchführen, weil sie gefährliche und unerwünschte Elemente darstellten. Die Verfügung über ihren Besitz werde von dem Gang der Friedensverhandlungen abhängen, aber jeder deportierte Gefangene werde eine Summe empfangen, die 75 Dollar nicht übersteigen dürfe. Es gäbe 2200 Internierte

Digitized by Google

in Canada, darunter 1700 Deutsche, von denen 800 aus Ostindien gekommen seien.

Die „Times" melden zu derselben Frage aus Ottawa unter dem 14. Februar, daß die Regierung sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung zur Deportation der feindlichen Ausländer entschlossen habe, die allerdings unter den gegenwärtigen Umständen noch nicht möglich sei. Vorderhand sei beschlossen worden, alle feindlichen Ausländer als Kriegsgefangene zu internieren, die als gefährlich oder unerwünscht zu betrachten seien. Besondere Richter seien ernannt worden, um jeden Fall zu prüfen. In größeren Städten, wo sehr viele dieser Fremden wohnten, sollten aus Bürgerwahlen hervorgegangene Beiräte den Richtern bei der Beurteilung der Fälle zur Seite stehen.

Guatemala.

Nach Mitteilungen, die aus Kreisen der württembergischen Industrie stammen, soll am 21. Januar eine amerikanische Kommission nach Guatemala gelangt sein, um das dortige deutsche Privateigentum zu beschlagnahmen. Daß dies nach dem Eintritt des Waffenstillstandes noch geschieht, beleuchtet grell die Stimmung unserer Feinde gegen uns. Eine Ausweisung sämtlicher Deutscher wird nach allem, was man über die feindlichen Methoden weiß, wohl die Folge sein. Ein energischer Protest der Regierung und der Waffenstillstandskommission wäre wohl am Platze.

Südamerika.

Die „Agenzia Americana" meldet unter dem 18. Februar von Rom aus, daß auf Anregung von Persönlichkeiten der deutschen Kolonie in Kolumbien und zahlreicher Vereinigungen in Süd-Amerika an die Deutschen Süd- und Mittelamerikas eine Kundgebung zugunsten der Wiederaufrichtung der Monarchie in Deutschland erlassen wurde, die die Rückkehr der Hohenzollern fordert. — Wir bringen diese Meldung mit allem Vorbehalt. Die „Agenzia Americana" ist während des Krieges gegründet worden und hat sich stets als ausgesprochen deutschfeindlich erwiesen. Zu bemerken ist auch, daß die numerisch unbedeutende deutsche Kolonie in Bogota innerhalb des südamerikanischen Deutschtums keine Rolle spielt. Es handelt sich hier zweifellos um eine der üblichen Tendenzmeldungen, die das Mißtrauen gegen Deutschland im neutralen und feindlichen Ausland schüren soll.

KLEINE NACHRICHTEN

In Geseke starb am 23. Februar der älteste aller Missionare, der ehemalige rheinische Missionar Kammer, der im Jahre 1859 den Mord der sieben rheinischen Missionsleute in Borneo erlebte und dort wie durch ein Wunder dem Tode entging. Er hat in Sumatra sich sehr verdient gemacht und war bis in sein hohes Alter hinein geistig und körperlich frisch und tätig.

Rotterdam. Das 25jährige Dienstjubiläum des Bürobeamten C. A. Eliassen wurde am 1. Februar im deutschen Konsulate festlich begangen. Konsul Roh hielt vor den versammelten sämtlichen Beamten des Konsulats eine Ansprache und würdigte die Tätigkeit des Jubilars, dem er eine Anzahl blumengeschmückter Geschenke überreichte.

Professor Weiser, über dessen Pläne und Vorschläge wir anläßlich der Besprechung seines Buches „Das Auslanddeutschtum und das neue Reich" (Siehe Februar-Heft der „Mitteilungen") schon berichtet haben, plant seine Absichten nun zu verwirklichen. Er hat in Hamburg in einem Vortrag seinen Plan einer Stipendienstiftung entwickelt, zu dem bereits ein Grundkapital von einer viertel Million Mark vorhanden sei. Bevor sich das Unternehmen aber realisieren lasse, müsse es über mindestens 3 Millionen Mark verfügen können. Zur endgültigen Durchführung seien 8—10 Millionen Mark vonnöten.

Die Stadt Wien hat beschlossen, die im Wiener Besitz befindlichen Briefe Gottfried Kellers an Paul Heyse zu erwerben und sie der Stadt Zürich zu schenken als Dankesbezeugung für die schweizerische Lebensmittelhilfe.

Leipzig. Verschiedenen Pressemitteilungen zufolge ist von den Vorständen des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler, des Deutschen Verlagsvereins, des Vereins der Buchhändler zu Leipzig, des Vereins Leipziger Kommissionäre sowie von Vertretern namhafter Verlagsbuchhändler beschlossen worden, eine „Deutsche Gesellschaft für Auslandsbuchhandel" mit dem Sitze in Leipzig ins Leben zu rufen.

Dem „Vorwärts" wird aus der Schweiz geschrieben, die deutsche Reichsverfassung solle die freieste der Welt werden. Eine ausgedehnte Amnestie für Deserteure und Refraktäre sei erlassen. Man müsse nun aber auch denjenigen Deutschen, die sich ununterbrochen 10 Jahre und mehr im Auslande aufgehalten haben, es aber versäumt oder unterlassen hätten, sich während dieser Zeit in ein Matrikel eines deutschen Konsulats eintragen zu lassen und die dadurch ihrer Staatsangehörigkeit verlustig gegangen seien, ihre frühere Reichsangehörigkeit wieder zurückgeben. Die meisten von diesen Leuten hätten erst bei Ausbruch des Krieges entdeckt, daß sie laut Gesetz keine Deutschen mehr seien. Sie seien heute ältere Leute, und wenn auch bei den Männern eine Hinterziehung des Militärdienstes in der Jugend vorgelegen hätte, so sei das oft längst verjährt und in ihrem Innern seien die Leute deutsch geblieben. Für den deutschen Außenhandel bedeuteten sie immerhin außerordentlich viel. Viele sehen sich heute vor die Notwendigkeit gestellt, eine fremde Staatsangehörigkeit annehmen zu müssen, was ihnen wohl meistens leichter gelingen wird, als den § 21 des Gesetzes vom 1. Juni 1870, sowie die deutsche bürokratische Barriere zu überwinden. Für diese Kategorie Deutscher sei also eine Amnestie dringend nötig. Zwar ist inzwischen das Staatsangehörigkeitsgesetz von 1870 durch das Gesetz von 1913 ersetzt worden, das die Einbürgerung erleichtert. Trotzdem kann man sich dem Wunsche des Einsenders nur anschließen.

Skodsborg (Dänemark). Der hier ansässige deutsche Fleischermeister P. Kummerow hat, wie die „Allg. Fl.-Ztg." erfährt, 5000 Mark für die Freiwillige Wirtschaftshilfe für den Ostschutz „Osthilfe", Berlin W. 9, Köthener Straße 44, gespendet.

Oxford. Hier starb der berühmte deutsch-englische Indienforscher August Friedrich Hoerne, zuletzt Direktor der mohammedanischen Universität in Kalkutta. Außer wichtigen Werken der Sanskritsprache gab er vergleichende Grammatiken indischer Sprachen heraus.

In verschiedenen Orten des Reiches fanden auf Veranlassung des V. D. A. in den Februartagen Versammlungen statt, die für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen eintraten. Aus Kiel, Frankfurt am Main, Hamburg und anderen Orten liegen uns Berichte über diese Versammlungen vor. Mehrere Redner sprachen jeweils über die Fragen des Deutschtums in Nordschleswig und im Baltenlande, in Rumänien und Polen, Litauen und Elsaß-Lothringen, Ungarn und Oesterreich. Es wurden Resolutionen angenommen, die sich für das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker, also auch für die Deutschen einsetzen, den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Reich befürworten, Vertretung der Auslanddeutschen bei der Friedenskonferenz und schließlich Schaffung eines Reichsamtes für die deutschen Kulturinteressen in der Welt verlangen.

Digitized by Google

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Galizien. Die Leitung der deutsch-evangelischen Anstalten in Stanislau wendet sich an die deutschen Freunde des galizisch-deutschen Schulwesens mit der Bitte, die deutsche Schularbeit von neuem durch Geldmittel zu unterstützen. Pfarrer Zöckler, der Leiter dieses Schulwesens, betont, daß es den Deutschen in der Westukraine im ganzen nicht schlecht gehe, daß sie sich immer gut mit den Ukrainern gestellt haben und jetzt gerecht behandelt werden. Sie könnten ihre Arbeit ungehindert ausüben. Die trefflich organisierte siebenklassige deutsch-evangelische Volksschule blühe trotz allem, was sie im Kriege durchgemacht habe, mehr denn je. Mitten im Kriege sei mit beispielloser Opferwilligkeit das deutsche Realgymnasium ins Leben gerufen worden. Es sei unumgänglich nötig gewesen, weil die polnischen Schulen von den Ukrainern geschlossen wurden und die deutsche Jugend in der ukrainischen Sprache noch nicht so weit fortgeschritten sei, um ukrainische Schulen besuchen zu können. Die Anstalten haben rund 300 Pfleglinge. Sie sind aber bei der ungeheuren Steigerung der Lebensmittelpreise in einer finanziell sehr schwierigen Lage. Es mangelt auch an Kleidern, Wäsche und Bettzeug. Die von der früheren österreichischen Regierung zugesagte große einmalige Kriegsbeihilfe und eine Summe als Schadensersatz sind ausgeblieben. Unter diesen Umständen haben die Anstalten eine recht hohe Schuld zu tilgen. Sie haben aber, wenn die Verbindung mit den vielen deutschen Dörfern, die gerade jetzt mitten im Kampfgebiet liegen, wieder hergestellt sein wird, einen neuen Zustrom von Pfleglingen zu erwarten. Auch eine Unterstützung vom Ministerium für soziale Fürsorge im Betrage von 200 000 Kronen ist ausgeblieben; eine böswillige Brandstiftung hat am 1. November 1918 ein stattliches Gebäude der Anstalt vernichtet und 100 000 Kronen Schaden angerichtet. Trotzdem haben die Deutschen den Mut nicht verloren. Ein neuer deutscher Volksrat in Stanislau kämpft für das Deutschtum. Die Deutschen bitten aber um neue Geldmittel, die an die Hauptkasse in Gallneukirchen bei Linz oder an das Postscheckkonto Nr. 22 103 Berlin einzuzahlen sind.

Mariahilf, Galizien. Wie der „Getreue Eckart", die vom Deutschen Schulverein in Wien herausgegebene Zeitschrift für deutsche Schutzarbeit berichtet, konnte dank dem Entgegenkommen der Ukrainer die deutsche Rosegger-Schule, die während des Krieges zweimal in russischen Händen war, ihre Schularbeit wieder eröffnen und in Ruhe fortsetzen. Die Bewohner haben alle Opfer gebracht, um diese Schularbeit für die Kinder der zurückgekehrten Flüchtlinge fortzusetzen. Wir verzeichnen diese Meldung als erfreuliche Einzelerscheinung im sonst so unerfreulichen Register der Behandlung der Deutschen des Ostens in unseren Tagen. Sie steht in scharfem Gegensatz zu der Tätigkeit der Polen, die in Wegirska-Gorka in Westgalizien sofortige Einführung der polnischen Unterrichtssprache forderten und nach Ablehnung dieser Forderung seitens der Deutschen die deutsche Schule sofort schlossen.

Markt Türnau. Die Schule der deutschen Minderheit wurde in den Tagen der Umwälzung nächtlicherweile mit Kot besudelt und die deutsche Aufschrift wurde übertüncht. Tschechische Jugend hat dieses „Kulturwerk" vollbracht. Nach mehreren Wochen ungestörten Schulbetriebes erfolgte am 21. Dezember 1918 vom Gemeindeausschuß die Sperrung der Schule, und es kam der Auftrag, die deutschen Schüler nunmehr in die tschechische Schule zu schicken, die Waisenkinder sofort zu entfernen. Den Waisen wurde der Bezug der Lebensmittelkarten gesperrt. Der Lehrer der tschechischen Schule hatte seine Schüler in den Schulstunden unmittelbar durch Hetzreden und Schimpfworte angestachelt und hatte ihnen die bevorstehende Sperrung der deutschen Schule mitgeteilt. 72 Kinder sind so des Rechtes beraubt, in ihrer Muttersprache unterrichtet zu werden. Die Sperrung, die der inzwischen aufgelöste Narodny vybor in Gewitsch verfügt hat, ist sicherlich ungesetzlich. Die deutschen Eltern haben beschlossen, ernstlich dagegen zu protestieren und ihre Kinder unter keinen Umständen in die tschechische Schule zu geben, sondern sie die Schulen der Nachbarorte besuchen zu lassen. Die Schulen von Kormitz, Pustendorf und Rostig öffnen ihre Türen den Kindern, die nun in der kalten Winterszeit den Gang über Land täglich antreten müssen. Aus Steiermark verzeichnet der „Getreue Eckart" folgende Nachrichten: In Schönstein gab es im Jahre 1910 863 Personen, die sich zum Deutschtum bekannten, bei der jetzt von den Slawen vorgenommenen „Zählung" waren es nur mehr 320. In Saldenhofen wurde die Schulvereinsschule geschlossen, in Windisch-Feidtritz wurde von der Kanzel aus verkündet, daß die deutschen Schulkinder für die slawische Schule anzumelden seien, weil die deutsche Schule verschwinden müsse. Weiter berichtet das genannte Blatt, daß in der deutschen Gemeinde Niedereisenberg im Sudetenland Tschecho-Slowaken in das Schulgebäude eindrangen und sich im Kindergarten festsetzten. So ist auch dort der Schulbetrieb gestört. Auch in Hölldorf mußte die Rosegger-Schule geschlossen werden. Die Zahl der Schüler sank, weil die Eltern sich aus Furcht nicht mehr öffentlich als deutsch bekennen konnten. In Laibach haben die Slawen die deutsche Schule mit Militär belegt, in Suchen (Krain) mußte die Schule vorübergehend geschlossen werden. Für Wöllan hat die jugoslawische Regierung die dauernde Schließung der deutschen Schule verfügt, der Unterricht mußte sofort aufhören, in Drislawitz sperrte eine tschechische Militärabteilung Schule und Unterricht.

Amsterdam. Deutscher Schulverein. Der 20. Jahresbericht des Vereins ist erschienen, Rektor G. R. von Diepenbroch hat ihn geschrieben. Die Schülerzahl blieb fast auf der gleichen Höhe wie im Vorjahre, trotz des starken Abzuges. Sämtliche Teilnehmer haben die Reifeprüfung bestanden. Die Schule hatte unter der Grippeepidemie schwer zu leiden. Monatelang war der Unterrichtsbetrieb gestört. Im Oktober, als etwa 150 Schüler und 6 Lehrer erkrankt waren, mußte die Schule erst auf 14 Tage, dann abermals auf 2 Wochen geschlossen werden. In dem Bestande des Schulrates trat kein Wechsel ein, auch das Lehrerkollegium blieb unverändert. Die Schülerzahl betrug im Januar 1919 im ganzen 293 Schüler, wovon 158 Knaben und 135 Mädchen; 137 Reichsdeutsche, 26 von deutscher Abkunft, 35 Holländer, 89 Oesterreicher und 6 Angehörige anderer Nationen; 128 Schüler waren evangelisch, 52 katholisch, 101 mosaisch, 12 Dissidenten. Die Schule verließen 94 Schüler. 194 Mitglieder des Vereins bezahlten insgesamt 3875.50 fl. Das deutsche Reich unterstützte die Schule durch einen Beitrag von 27 000 Mk., der niederländische Staat durch einen Beitrag von 9637.37 fl. An einmaligen Zuwendungen flossen der Schule 4311.40 fl. zu. Der Abschluß ergibt einen Fehlbetrag der Schule von 8012 fl.

Lugano. Die deutsche Schule ist infolge Wiederauftretens der Grippe bis auf weiteres geschlossen worden. Auch der Heimunterricht, der bisher von den Lehrern ausgeübt wurde, muß wegen Erkrankung des größten Teils der Lehrerschaft bis auf weiteres ausfallen. Der Schulvorstand empfiehlt in einem Rundschreiben an die Eltern, Kinder, die bisher nicht erkrankt gewesen sind, prophylaktisch zweimal

Digitized by Google

im Abstand von 10 Tagen impfen zu lassen. Zwischen den Impfungen soll der Schulbesuch unterbleiben. Es sei vorauszusehen, daß die städtische Behörde ein ärztliches Zeugnis in diesem Sinne bei Wiedereröffnung der Schule vorschreiben werde.

Tokio. Seit etwa 20 Jahren besteht eine deutsche Vereinsschule, die von Professor Omura begründet worden ist, die Doitsugaku Kyokai Gakko. Die Schule hatte den Rang eines Gymnasiums und diente der sprachlichen Vorbereitung für Japaner, die in Deutschland studieren wollten. Ein Verein deutschfreundlicher Japaner hatte die Fürsorge für die Schule übernommen, der auch die deutsche Regierung vor dem Kriege einen Zuschuß bezahlte. Der „Ueberseedienst" entnimmt nun dem „London and China Telegraph" die Mitteilung, daß die Anzahl der Zöglinge um ein Drittel gesunken sei, sodaß man in deutschfeindlichen Kreisen bereits von einer Schließung der Schule gesprochen habe. Eine Sitzung des Schulvereins, an der Vicomte Hirata und General Nagaoka teilnahmen, hatte aber das überraschende Ergebnis, daß eine möglichste Ausdehnung des Betriebes beschlossen wurde, da die Schule in Japan noch große Aufgaben zu erfüllen habe. Eine Sammlung zugunsten der Schule soll die nötigen Gelder aufbringen.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLAND

Der Frauenausschuß des Deutschen Hilfsvereins in Lausanne. (Eigener Bericht des D. A. I.)

Die meisten hiesigen Kriegerfrauen waren bei Kriegsausbruch nicht wie ihre Leidensgefährtinnen in der Heimat von nationaler Begeisterung, von Pflicht- und Opfergefühl, von Liebe für das Vaterland durchdrungen; sie hatten den Rausch der ersten Kriegstage nicht erlebt, nicht geteilt und konnten daher auch nicht mit der gleichen Bereitwilligkeit, mit der gleichen Willigkeit das Liebste hingeben, wie es Deutschlands Frauen getan.

Viele von ihnen standen schon anfangs der traurigen Tatsache mutlos, nüchtern, trostlos gegenüber. Der größte Teil der hiesigen Wehrfrauen ist hier geboren und erzogen; gar manche Frau wußte die Brüder unter Frankreichs Fahne und den Mann unter der deutschen Flagge. Ihre Lage war daher oft sehr peinlich. Einige zogen vor, in die Heimat des Mannes zu ziehen, um den Anfeindungen ihrer Umgebung zu entgehen, andere wollten ihre zweite Heimat nicht aufgeben — allem zum Trotze. Wieder andere fühlten sich plötzlich „Fremde" in ihrer Schweizer Heimat, ihrer einzigen Stütze beraubt, Kränkungen und Schlimmerem ausgesetzt.

Gar mancher der Wehrmänner, der weit voraussah, kam verzweifelt zum Konsul, bereit seine Pflicht zu tun, doch mit den trostlosen Worten: „Was soll aus Frau und Kindern werden, wenn wir fern sind oder wenn wir fallen?" Nun wurde der Arbeitsausschuß gebildet. Wir sind 5 Damen, die seit Anfang mitarbeiten, 4, die sich zurückzogen, wurden durch 4 andere ersetzt.

Die gesetzliche Unterstützung wurde vom Deutschen Konsulat, später vom Hilfsverein monatlich den Frauen ausbezahlt, und auf alle geschäftlichen Fragen waren die Herren des Hilfsvereins unermüdlich bereit zu raten und zu helfen; durch sie erhielten wir auch größtenteils die Mittel, die ihnen von Deutschland zur Verfügung gestellt wurden, um die Auslagen für unsere Soldatenfrauen zu decken. Ein großer Teil unserer Schützlinge war bei Kriegsbeginn unerfahren wie Kinder. Die meisten der Männer hatten guten Verdienst gehabt und nur ganz wenige der Frauen übten einen Beruf aus. Nur ein geringer Teil dieser Familien hatte einen Notpfennig zurückgelegt, und die meisten unserer Frauen besaßen so gut wie nichts.

Eine jede unseres Ausschusses übernahm eine beliebige Zahl von bedürftigen Soldatenfamilien, denn schon von Anfang an hat es solche gegeben, die sich allein zurechtfanden; andere, neue Familien kamen hinzu und baten um unseren Besuch oder kamen zu uns, und so wurden wir nach und nach ihre Berater und wenn es galt „ihr Anwalt".

Als dann aber bei der Mehrzahl der Stolz darüber erwachte, daß ihre Männer ebenso wie die anderer Nationen ihre Pflicht erfüllten, wollten die Frauen nun beweisen, daß auch sie etwas leisten können. Diesen Moment hieß es benutzen und den Frauen Arbeit verschaffen: Näh-, Putz-, Flick-, Strick-, Wäsche-, Plätt-Arbeit, hauptsächlich Hausarbeit für die Mütter. Mehrere zogen vor, eine Stellung als Aufwartefrau zu übernehmen. Wieder andere mußten zuerst eine Berufsarbeit erlernen, um erwerben zu können, denn das Leben wurde ja auch hier immer teurer, und das erworbene Geld brauchten die Frauen notwendig.

Seit Herbst 1916 unterstützt uns die „Hilfsaktion der deutschen Frauen in Zürich" auf anerkennenswerte Weise, indem sie uns für die Frauen Wolle und Baumwollflanell zur Verfügung stellte, damit sie einen Vorrat von Wäsche für die heimkehrenden Krieger anfertigen konnten. Diese Arbeit wurde alle 14 Tage abgeholt und geliefert und verschaffte mancher Frau ein hübsches Nebeneinkommen. — Die Lust an der Arbeit und das Pflichtgefühl ließ viele der Frauen mutig die Jahre ertragen; andere dagegen — verbittert durch das lange Warten, müde der ungewohnten Verantwortung, aufgehetzt oft durch ihre eigenen Verwandten, wurden unzufrieden, aufrührerisch, undankbar, sie verzichteten auf unsere Besuche und wollten nicht mehr kontrolliert werden. Diese Fälle sind glücklicherweise nur vereinzelte, doch wurde auch ihnen Rechnung getragen und die Betreffenden bekamen nun einfach per Post ihre Militärunterstützung angewiesen.

Viele unserer Schützlinge können weder deutsch verstehen noch sprechen und oft mußten wir ihnen die Briefe und Karten ihrer Männer übersetzen oder für sie schreiben.

Wie oft hörte man von Französinnen und Italienerinnen hier sagen: „Les femmes allemandes sont priviligées, nous recevons notre subside militaire, c'est tout et personne ne s'occupe du reste." Auch bei Geschäftsleuten hier, denen wir die Milch- und Brotbons bezahlten, hörten wir oft dasselbe sagen.

Ein Teil der Wehrunterstützung wurde von Anfang an vom Hilfsverein direkt an die betreffenden Hausbesitzer der Wehrfrauen ausbezahlt, ein anderer seit längerer Zeit von uns für gelieferte Milch und Brot monatlich beglichen. Die Milch-, Brot-, auch einige Spezereibons, die Kohlen- oder Holzbestellungen hatten wir für die Frauen zu besorgen. Wir beugten dadurch evtl. Klagen der Vermieter und der Verkäufer vor und hatten das Bewußtsein, daß es den Familien mit Kindern nie am Nötigsten fehlte. Vielleicht haben wir eben dadurch unter den ca. 80 Familien, die wir besuchten, die fast alle mehr oder weniger Kinder haben, nur 2 Todesfälle während der Kriegsdauer zu verzeichnen, obschon sich unter ihnen Tuberkulöse, Skrophulöse, Herzkranke, Epileptische, Rheumatische, erblich Belastete befinden. Wir sorgten dafür, so oft wir von einem Fall unterrichtet waren, daß die ärztliche Hilfe nicht fehlte, und die Heilmittel nach ärztlicher Verordnung wurden wie alles von den uns zur Verfügung gestellten Mitteln bereinigt. — Handelte es sich um Geburten, so wurden die jungen Mütter in der „Maternité" oder einer Klinik gut verpflegt.

Näherte sich Weihnachten, so brachten uns unsere Frauen ihre Wunschzettel und erhielten neben anderen praktischen Geschenken Pakete mit allerlei Vorräten.

Unsere Tätigkeit ist nun bald zu Ende, denn allmählich kehren „die Männer unserer Frauen" zurück und solche, die keine Erlaubnis der Schweiz erlangen können,

Digitized by Google

müssen eben mit der Zeit Frau und Kinder in die Heimat kommen lassen. Es wird noch manchen Kampf zu bestehen geben, bis solche Frauen die schöne Schweiz, die Ufer des herrlichen Lac Léman verlassen werden.

Am traurigsten stehen die Frauen da, die vergebens warteten, deren Männer die Heimat- oder fremde Erde deckt, die — sind sie hiesige — als deutsche Kriegerwitwen einen schweren Stand haben werden. Wenn wir uns zurückziehen, sollen andere diese neu erwachsenden Pflichten und Fürsorge übernehmen, damit jeder Deutsche im Ausland sein kleines Scherflein zur Linderung der durch den Krieg geschaffenen Wunden beiträgt.

Lausanne, Febr. 1919. R. Stein aus Stuttgart.

Schweiz. Deutsche Handelskammer. Die deutsche Handelskammer, die auf Beschluß ihres Vorstandes die Namen ihrer Schweizer Mitglieder aus wirtschaftspolitischen Gründen nicht veröffentlicht, hat stattlichen Zuwachs an Mitgliedern aus dem Reiche zu verzeichnen. Am 10. Febr. sprach der Syndikus, Rechtsanwalt Wirth, in Davos vor den Mitgliedern und geladenen Gästen über die Revision des Gotthard-Vertrages. Auf Anfrage an das Sekretariat der Schweizer Mustermesse in Basel hin wurde geantwortet, daß die Interessenten an der Mustermesse sicherlich auf alle erdenkliche Erleichterungen in der Einreisebewilligung rechnen könnten. Gleiche Erleichterungen für die Ausreise aus Deutschland wurde von der deutschen Gesandtschaft erbeten. Aus Anlaß der Messe findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Handelskammer im Hotel „Viktoria und National" statt.

Zürich. Am 22. Februar fand hier die erste öffentliche Versammlung der Ortsgruppe Zürich des neu begründeten „Verbandes der Deutschen in der Schweiz" statt. Der Präsident Barth erklärte, jeder Deutsche in der Schweiz, ohne Rücksicht auf Stand, Konfession, politische Anschauung usw. müsse dem Verband beitreten. Professor Wreschner sprach über Ziele und Aufgaben der Auslanddeutschen, namentlich in der Schweiz. Die Zeiten der Berufsdiplomaten seien vorüber. Politische Schulung des ganzen Volkes sei notwendig. Das Volk müsse sich sein Schicksal selbst schmieden. Er wandte sich gegen das Zurückbehalten der deutschen Kriegsgefangenen. Für die Deutschen gelte jetzt mehr denn je der Satz: „Ob recht oder unrecht, es ist mein Vaterland." In der Aussprache forderten einige Diskussionsredner den Ausschluß derjenigen Deutschen, die während des Krieges dem deutschen Volke und Heere in den Rücken geschossen hätten, der Refraktäre und Deserteure, und zwar nicht nur der militärischen, sondern auch der politischen. Die Versammlung war von rund 450 Personen besucht.

Die „Neue Zürcher Zeitung" hat auf die Veröffentlichung eines Berichts über diese Versammlung hin verschiedene Zuschriften von Deutschen bekommen, die gegen den englischen Grundsatz „ob recht oder unrecht, es ist mein Vaterland" protestieren. Kein moralisch indifferenter Egoismus, sondern eine Politik des Rechts und der Billigkeit sei für Deutschland nötig. Die Zeitung sagt, sie würde die Erörterung der Angelegenheit den deutschen Gästen der Schweiz überlassen, wenn nicht ein Diskussionsredner den Ausschluß derjenigen Deutschen gefordert hätte, die während des Krieges dem deutschen Volke und Heere in den Rücken geschossen hätten, worunter dieser Redner ausdrücklich Leute von der Freien Zeitung, sowie Dr. Fried und den Prinzen Hohenlohe einbegriff. Leute, die so redeten, hätten wohl auch den geistigen Zusammenhang mit der reichsdeutschen Entwicklung verloren.

Eine weitere Zuschrift in der Neuen Züricher Zeitung, die von deutscher Seite stammt, weist darauf hin, daß der neubegründete Verband der Deutschen in der Schweiz sich nicht mit der inneren Politik des Gastlandes befassen wolle; darüber herrsche bei allen Deutschen volle Klarheit. In der konstituierenden Sitzung der Berner Ortsgruppe sei der Wert der Aussprache klar hervorgetreten. Auch hier habe sich Widerspruch gegen die Zulassung der Deserteure und Refraktäre erhoben. Aber gerade Kriegsteilnehmer hätten sich gegen diese Einschränkung ausgesprochen, und so habe man die Bedenken fallen lassen.

In Teplitz-Schönau fand am 22. und 23. Februar ein erster Parteitag des „Bundes der Landwirte" statt, der auf Grund des Vereinsgesetzes der tschecho-slowakischen Republik einberufen war. Ueber alles konnte geredet werden, nur nicht über die Wahl für Deutsch-Oesterreich, so erklärte einer der einberufenden Parteisekretäre. 64 Bezirke Deutsch-Böhmens waren vertreten. Staatsrat und Landwirt Josef Goll hielt ein Referat über die politische Lage, Staatssekretär Josef Mayer erstattete das Gegenreferat. Die Orientierung der deutschen Bauern gehe zurzeit nach Wien, und nicht nach Prag. Deutsch-Radikale und Sozialdemokraten seien in Nationalfragen einig geworden. Landwirt Franz Heller referierte über den Zweck einer politischen Organisation der Landwirte. Die Organisation wurde durchgesprochen und genehmigt. Das Programm, das ausdrücklich als deutsch, freiheitlich und gut demokratisch bezeichnet wird, fand jubelnde, einstimmige Annahme. Es besagt politisch, daß die Landwirte die Republik anerkennen, sich als einen Teil des großen deutschen Volkes betrachten, den Versuch einer gewaltsamen Einzwängung Deutsch-Böhmens in die Grenzen des tschecho-slowakischen Staates ablehnen und fordert endlich für alle deutschen Gebiete der Sudetenländer das volle uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht im Wege der Volksabstimmung. Dem Parteitag wohnten 800 Vertreter bei. Der Vertreter des deutsch-österreichischen Bauernbundes in Budweis erklärte, er wolle wegen eines Zusammenschlusses die Mitglieder seiner Organisation befragen. Gegen den Vorwurf, es habe bisher keine landwirtschaftliche Presse in Böhmen gegeben, führt das „Deutsche Agrarblatt" aus, das sei nicht richtig, nur habe diese Fachpresse mit den größten Widerständen zu kämpfen gehabt. Im übrigen sei kaum die Hälfte der Gerichtsbezirke Deutsch-Böhmens in Teplitz vertreten gewesen, der Parteitag könne also zwar vielleicht von historischer Bedeutung für das Deutschtum in Böhmen werden, aber er müsse in noch breiterer Form wiederholt werden. Gegen den beabsichtigten Ausschluß des Großgrundbesitzes und gegen die Stellungnahme gegen die Fideikommisse macht sich im „Deutschen Agrarblatt" auch bereits Widerstand geltend.

Amsterdam. Deutscher Hilfsverein. Der 36. Jahresbericht des Vereins weist einen Mitgliederstand von 328 Mitgliedern aus, die 5954 fl. Beiträge bezahlten. Reichlich flossen dem Verein Stiftungen aller Art zu, insgesamt 5918 fl. Es wurde in 1018 Fällen 10824 fl. Unterstützungen bezahlt durch Bewilligung von Reisemitteln, Obdach, Beköstigung, Anschaffung und Auslösung von Kleidern, Hausrat, Werkzeugen, Zahlung der Miete, Vorschüsse, Lieferung von Heizmaterial, Weihnachtsgeschenke. Die besondere Abteilung der deutschen Kriegerfürsorge suchte den einzelnen die Schädigungen des Krieges überwinden zu helfen. Durch zwei große Beiträge von je 5000 Gulden der Frau Rehbock und ihres Sohnes gelang es auch diesem Zweige der Tätigkeit des Vereins Ersprießliches zu leisten. Gegenüber der großen Zahl aus Deutschland und Belgien geflüchteter Deutscher mußte allerdings der Hilfsverein streng darauf beharren, nur Personen mit Ausweispapieren zu unterstützen. Die holländische Regierung griff dann auch durch Verschärfung des Paßzwanges bald ein und sperrte den Zustrom.

Kopenhagen. Deutscher Klub. Der „Deutsche Klub" in Kopenhagen hat Anfang Februar seine neuen Räume

Digitized by Google

im Hause Nörrevoldgade 24, I bezogen. Damit ist einem durch die gegenwärtig überaus schwierigen Wohnungs- und Lokalverhältnisse bedingten Provisorium ein Ende gemacht worden, und es steht zu erwarten, daß die neuen, günstig gelegenen und ansprechend ausgestatteten Räume wesentlich zur Förderung des Klublebens beitragen werden.

Am 4. Februar veranstaltete der Deutsche Klub einen Vortragsabend in Wivels Gesellschaftsräumen. Der Abteilungschef der Kgl. Dänischen Staatsbahnen, Herr Fabricius, sprach über „Dänemark, Land und Leute" und erläuterte den in deutscher Sprache gehaltenen Vortrag durch eine große Anzahl Lichtbilder. In denselben führte er u. a. viele landschaftliche Schönheiten Dänemarks vor, die einem großen Teile der Anwesenden noch unbekannt waren, er erntete für den Vortrag großen Beifall. — Am 28. Februar fand wiederum ein Vortrag in Wivels Gesellschaftsräumen statt, in welchem Fräulein Charlotte Weigert, Dozentin am Kaiser-Friedrich-Museum in Berlin, einen „Ueberblick über die dänische Malerei des 19. Jahrhunderts" gab. Der überaus fesselnde, interessante Vortrag mit einer sorgfältigen Auswahl von Lichtbildern der hervorragendsten Werke jener Periode hatte einen großen Erfolg.

Beide Vorträge waren von Mitgliedern und Gästen mit ihren Damen sehr gut besucht, und es fand nach beiden ein zwangloses Beisammensein statt.

Am 6. März hielt der Klub einen Diskussionsabend ab, in dem über die Tätigkeit der verschiedenen Sonderausschüsse Bericht erstattet wurde und Angelegenheiten des Klubs in anregender Debatte erörtert wurden.

KIRCHLICHES

Indien. Wir hatten jüngst von der Goldküste über die Vertreibung der Missionare der Basler Mission berichet. Nun gibt das „Evangelische Missions-Magazin" in Basel einen Bericht des englischen Missionsblattes „Harvest Field" wieder, das die Kriegsschicksale der Basler Mission behandelt. Das indische Blatt bestätigt, daß in keinem Fall den deutschen Missionaren vor ihrer Gefangensetzung und Vertreibung ein Akt der Feindseligkeit oder der Pflichtverletzung gegen die indische Regierung nachgewiesen werden könne. Nur einige unvorsichtige Aeußerungen der Sympathie mit dem Vaterlande seien vorgekommen. Zwar seien in der Basler Mission sehr viele Deutsche, doch das sei natürlich und entspreche der Zahl der deutschen Missionsfreunde in der Heimat. Das „Evangelische Missions-Magazin" fügt der Darstellung hinzu, daß die Mission draußen bis Ende 1917 von Basel finanziell unterstützt worden sei. Nach Trennung der Missionshandlungsgesellschaft von der Basler Mission habe die Handlungsgesellschaft die Unterstützung bis zum heutigen Tage fortgesetzt. Dem Sekretär des britischen Missionsausschusses sei es aber gelungen, eine Handelsgesellschaft zu gründen, die das Werk der Basler Mission an der Goldküste und Indien fortführe und die Mission unterstützen solle. Das nötige Kapital sei gewonnen. Der Mitarbeiter des indischen Blattes „Harvest Field" erkennt die Erfolge der Basler Mission voll an. Trotzdem aber sollen nun die Gebiete der deutschen Missionare von den englischen Gesellschaften aufgeteilt werden. Es hat sich ein Komitee gebildet, das die Leitung der deutschen Mission in Indien übernommen hat und das aus 10 Briten, 1 Dänen, 2 Indiern und 1 Schweizer besteht.

Das Barmer Missionshaus berichtet im „Missionsblatt", daß die Grippe, die in ganz Deutsch-Südwest-Afrika wütete, auch unter den Missionaren verschiedene Todesopfer forderte. In Südwest-Afrika nehme die Arbeit in allen Stationen einen ruhigen Fortgang, man habe den Missionaren Bewegungsfreiheit genug gelassen. Die Mission erinnert daran, daß viele Missionarfamilien nach dem Kriege nach Hause reisen wollten, weil sie schon zum Teil 5 und mehr Jahre drüben tätig waren, daß aber die Reisekosten sich bei den jetzigen Preisen vervielfältigt hätten und daß es sehr schwer werden würde, diesen Auslanddeutschen, die drüben treu ausgehalten hätten, die Rückkehr und den Urlaub in die Heimat zu ermöglichen. Sie bitte daher um Zuwendung von neuen Mitteln.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Berlin. Rat der Reichsdeutschen im Auslande. Der Rat hat an den Präsidenten des Reichsministeriums, Herrn Scheidemann, nach Weimar das nachfolgende Telegramm gesandt: „Rat der Reichsdeutschen im Ausland als Vertreter der im Reiche bestehenden Flüchtlingsausschüsse hat im Programm der Reichsregierung eine besondere Erwähnung der so schwer geschädigten Auslanddeutschen um so schmerzlicher vermißt, als die provisorische Reichsregierung in ihrem Aufruf an die Auslanddeutschen vom 23. Dezember 1918 diesen den Schutz ihrer berechtigten Interessen feierlichst versprochen hatte. Der Rat bittet dringend, diese Volksgenossen in ihrer Not nicht zu vergessen. Rat der Reichsdeutschen im Ausland."

Scheidemann hat am 17. Februar darauf geantwortet:

„Die Auslanddeutschen können versichert sein, daß die Reichsregierung sie so wenig vergißt, wie irgend andere Opfer des Krieges. Sie hofft, ihnen dadurch am besten nützen zu können, daß sie die Möglichkeiten wieder schafft, unter denen die Auslanddeutschen bis zum Krieg den Ruf des Vaterlands in aller Welt begründet haben."

An der Vollsitzung vom 18. Februar nahmen als Vertreter des Vereins für das Deutschtum im Ausland Herr Major von dem Knesebeck und als Vertreter des Deutschen Ausland Instituts Herr Dr. Wertheimer teil. Vom Deutschen Ausland Institut war angeregt worden, daß die drei Vereinigungen sich mit einer gemeinsamen Eingabe an die Nationalversammlung wenden sollten. Der Vorschlag wurde angenommen und ein von dem Rat in Abänderung des ursprünglichen Entwurfes vorgelegter neuer Entwurf angenommen. In der Sitzung des Arbeitsausschusses des Rates vom 21. Februar wurde eine Eingabe an den Reichsminister des Aeußeren redigiert und genehmigt.

Berlin. Flüchtlingsausschuß für Rumänien. Am 4. Februar hat sich in Berlin ein Ausschuß für Flüchtlinge gebildet, die aus Rumänien stammen und deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Alle in Deutschland befindlichen Flüchtlinge werden gebeten, ihre Adressen dem deutsch-rumänischen Wirtschaftsverband E. V., Berlin C 2, Burgstraße 26, mitzuteilen. Kosten erwachsen dadurch den sich Meldenden nicht.

Leipzig. Vereinigung immatrikulierter auslanddeutscher Studierender. Die Vereinigung wurde am 9. Dezember 1918 begründet. Den unmittelbaren Anlaß dazu bot die ungenügende Stellung der auslanddeutschen Studierenden an der deutschen Hochschule, die besonders unangenehm und schmerzlich empfunden wurde bei der Wahl eines Studentischen Vertretungsausschusses, als den Auslanddeutschen als „Ausländern" das Wahlrecht verweigert wurde. Die auslanddeutschen Studierenden sind bisher auch rechtlich als Ausländer mancherlei Beschränkungen unterworfen worden und haben bei den reichsdeutschen Kommilitonen nicht das nötige Verständnis gefunden. Die so behandelten auslanddeutschen Studierenden sind dadurch sehr oft nicht in deutschfreundlichem Sinne be-

Digitized by Google

influßt worden. Als weiterer Grund zur Schaffung der Vereinigung kam die Erkenntnis der Notlage des Auslanddeutschtums hinzu, sowie der Wunsch, auch von seiten der Studierenden etwas zu tun, um dem Volkstum zu dienen. Um im Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der kleinen und kleinsten Völker nicht unterzugehen, muß das Auslanddeutschtum Führer haben, die ganze Persönlichkeiten und überzeugte Deutsche sind. Demgemäß will die Vereinigung bei ihren Mitgliedern das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum deutschen Volke erhalten und kräftigen. Dazu sollen regelmäßige Vorträge und gesellige Abende dienen. Die Satzungen harren der Bestätigung der akademischen Behörde. Diese, wie auch die Studentenschaft stehen den Bestrebungen wohlwollend gegenüber. Eine allgemeine Studentenversammlung hat beschlossen, den auslanddeutschen Studierenden das gleiche Wahlrecht zu gewähren, und der akademische Senat will für die Aufhebung der Ausnahmebestimmungen eintreten. Nur die Fassung des Begriffes „Auslanddeutscher" bereitet noch Schwierigkeiten. Das vorige Semester wurde zu Verhandlungen mit den Behörden und zum inneren Ausbau der Vereinigung verwandt. Auch ein Vortragsabend, in dem Herr stud. cam. Kelp über das „Deutschtum in Siebenbürgen" sprach, und ein geselliger Abend, an dem Herr Dr. Grothe eine Ansprache hielt, fanden statt. Die Vereinigung zählte im vergangenen Semester 31 Mitglieder: 15 aus Polen, 3 aus Siebenbürgen, 2 Balten (die jetzt in der Landeswehr kämpfen), 2 Ungarn, 4 Deutschböhmen und je ein Mitglied aus Oesterreich, Schweiz, Holland, Brasilien und Bulgarien. Im laufenden Zwischensemester sind fast alle Mitglieder verreist. Die Vereinstätigkeit wird erst im Laufe des nächsten Semesters aufgenommen werden.

Berlin. Vereinigung der Deutschen aus Italien. Die Versammlung der Vereinigung am 10. Februar im „Rheingold" wurde von Herrn Professor Fitzner geleitet. Dem Hauptausschuß wurden als neue Mitglieder die Herren Professor Amelung, Dr. Sthamer, Archivrat Lulvès und Generalkonsul von Haeftgen zugewählt. Herr Bächstädt ist aus Gesundheitsrücksichten ausgeschieden. Herr Josephy besprach geschäftliche Angelegenheiten und verwies besonders auf die neuen Mittel, die die Regierung für Hilfs- und Unterstützungsbedürftige zur Verfügung gestellt hat. Interessenten sollten sich an die Darlehenskasse wenden. Der „Rat der Reichsdeutschen im Ausland" sei korporativ dem „Volksbund zur Befreiung der Kriegs- und Zivilgefangenen" beigetreten und dort durch Konsul Peter vertreten. Namentlich über die Anmeldung der Entschädigungsforderungen wurden nähere Mitteilungen gemacht. Als Vertreter des Ausschusses, die bei den Friedensverhandlungen beratend den Friedensunterhändlern zur Seite stehen sollen, wurden die Herren Wingen, Mailand, und Nast-Kolb, Rom, benannt. Es sei noch ungeklärt, ob das von der Regierung grundsätzlich in Aussicht genommene „Reichskommissariat für das gesamte Auslanddeutschtum" dem Auswärtigen Amt oder dem Reichsamt des Innern angegliedert werden solle. Nach den neuesten Nachrichten aus Italien hätten Veräußerungen deutschen sequestrierten Besitzes in Italien bisher nicht stattgefunden, abgesehen von wenigen Fällen, in denen die Wohnungsmiete nicht bezahlt wurde und sich der Hauswirt an die Sachen halten mußte. Dr. Reich vom Deutsch-Italienischen Wirtschaftsverband sprach hierauf über die Sequestrierungsfrage, in vielen Fällen seien die sequestrierten Güter viel zu niedrig eingeschätzt worden, es seien Bestrebungen im Gange, eine Interessengemeinschaft zur Prüfung dieser Frage zu ernennen. Zum Schlusse der Sitzung sprach der Vorsitzende, Professor Fitzner, über die neuesten Ereignisse in der italienischen Politik.

Königsberg i. Pr. Anfang Februar fand in Königsberg eine Versammlung der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen statt, die sich dem „Geschäftsführenden Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen" in Berlin als Zweigverein anschloß und in Zukunft denselben Namen führt. Die Geschäftsführung liegt bei Herrn Paul Dröhmer, Königsberg, Königstr. 87.

Leipzig. Rat der Reichsdeutschen aus Feindesland für Sachsen und Thüringen. Am 22. Februar fand eine Sitzung des Rates statt, in der nach Besprechung geschäftlicher Fragen der Vorsitzende, Herr Alfred Lotze, unter allgemeiner Zustimmung die von uns schon erwähnte Eingabe des Berliner Rats an die Nationalversammlung besprach, die über eine Beschleunigung des Einbürgerungverfahrens und über das Anrecht der Auslanddeutschen auf den Schutz des Reiches handelt.

Breslau. Eine „Vereinigung zur Wahrnehmung der Interessen im feindlichen Ausland geschädigter Ausland-Reichsdeutscher" ist in Breslau der „Schlesischen Zeitung" zufolge begründet worden. In der Gründungsversammlung wurde gegen die alte wie gegen die neue Regierung der Vorwurf erhoben, daß sie sich der Interessen der Auslanddeutschen nicht in der gebührenden Weise annehme. Die neue Vereinigung will sich mit den bereits in anderen Städten bestehenden Organisationen verbinden, um in gemeinsamer Arbeit hier Verbesserungen zu erreichen. Die Vereinigung hält regelmäßig alle 14 Tage Besprechungen ab.

Hamburg. Geschäftsführender Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen. An der 43. Zusammenkunft am Dienstag, den 4. Februar, im Restaurant Börsenhof, nahmen 85 Personen teil. In Vertretung des ersten Vorsitzenden führte Herr Rehtmeyer den Vorsitz und begrüßte namentlich die jetzt aus russischer Gefangenschaft Zurückgekehrten. Die Bedingungen der neubegründeten Kasse „U" für Darlehensgewährung auf die Schadenersatzforderung hin wurde besprochen und überhaupt in ausgiebiger Debatte das Kapitel der Schadenersatzforderungen erörtert. Konsul Nolte berichtete über seine Erlebnisse in Rußland bis zum Oktober 1918 und gab interessante Aufschlüsse über die Zustände unter der bolschewistischen Regierung. Die 44. Zusammenkunft am 4. März war von 133 Personen besucht und so überfüllt, daß viele Besucher nicht mehr in das Lokal kommen konnten. Herr Pohl gab einen Ueberblick über die jüngsten politischen Ereignisse, Herr Rehtmeyer berichtete dann über die Versammlung im Curiohaus, und Herr Baensch erstattete ein Referat über die bisherigen Schritte, die in der Entschädigungsfrage unternommen wurden. Die Revolution habe große Hoffnungen vernichtet und die Früchte jahrelanger Arbeit zerstört. Herr Pohl schlug vor, den Ausschuß ins Vereinsregister eintragen zu lassen, ein Mindestbeitrag von 1 Mark jährlich solle erhoben werden, dem stimmten alle Redner zu. Ein engerer Zusammenschluß mit den übrigen in Hamburg bestehenden Flüchtlingsausschüssen wurde dagegen abgelehnt, da die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern zu verschieden lägen. Dagegen wurde ein Zusammenarbeiten von Fall zu Fall als wünschenswert bezeichnet. Herr Baensch erinnerte daran, daß die Reichsdeutschen aus dem feindlichen Ausland in Hamburg nach einer Senatsverfügung Steuerfreiheit genössen. Der Vorstand stehe mit der Verwaltung in Verhandlungen, um auch für das Jahr 1919 die Steuerfreiheit durchzusetzen. Es wurde vorgeschlagen, die Steuerbehörde zu veranlassen, das von Reichsdeutschen hierhergebrachte Vermögen nicht als Besitz versteuern zu lassen, da diesem „Besitz" Schulden in beträchtlicher Höhe gegenüberständen. Der Vorsitzende versprach, daß der Ausschuß seine Tätigkeit in dieser Richtung fortsetzen werde.

Digitized by Google

Der Ausschuß hat eine Eingabe an die Nationalversammlung in Weimar gerichtet, um ihr mitzuteilen, daß eine zahlreich besuchte Versammlung in Hamburg am 17. Febr. eine Entschließung faßte, wonach die Reichsdeutschen aus Rußland mit Entrüstung davon Kenntnis nahmen, daß von den von Rußland an Deutschland gezahlten 203 635 000 Rubel in Banknoten die Regierung die Hälfte in ungesetzmäßiger Weise zur Einlösung von Coupons russischer Wertpapiere verwendet habe, aber sich weigere, den verbleibenden Betrag von 100 Millionen Rubel an die Geschädigten auszuzahlen. Darin liege eine unberechtigte Bevorzugung von Kapitalistenkreisen gegenüber den sich in größter Not befindenden ausgewiesenen Deutschen aus Rußland, die alles Hab und Gut verloren haben, deren Existenz vernichtet sei und die ihres Deutschtums wegen bittere Gefangenschaft und schmachvolle Behandlung erdulden mußten. Die Versammlung erhob dagegen scharfen Protest und forderte, daß die noch vorhandenen 100 Millionen Rubel ungesäumt als Vorentschädigung unter alle übrigen laut Finanzabkommen mit Rußland Beteiligten verteilt würden. Sie forderte ferner eine sofortige reichsgesetzliche Festlegung, daß rechtmäßige Schadens- und Auslandforderungen anerkannt würden und die volle Entschädigung ohne Verzug zur Auszahlung gelange, nur dann könnten die Auslanddeutschen ihre Arbeit mit ungebrochenem Mute wieder aufnehmen und deutschem Einfluß in Rußland wieder Geltung verschaffen. In seiner Eingabe weist der Ausschuß noch darauf hin, daß die Lage der aus Rußland Ausgewiesenen verzweifelt sei und schleuniges Eingreifen der Regierung dringend not tue. Herr Rudolf Petersen begründete die Entschließung als Vorsitzender des Bundes zur Wahrung der Interessen aus russischer Gefangenschaft Heimgekehrter.

Hamburg. Neben dem „Geschäftsführenden Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen" besteht der namentlich unter Mitarbeit des Herrn Rudolf Petersen zustandegekommene „Bund zur Wahrung der Interessen der aus russischer Kriegs- und Zivilgefangenschaft Heimgekehrten". Als Hauptziel dieses Bundes gelten 1. die Unterstützung bedürftiger Mitglieder durch finanzielle Beihilfe, 2. Hilfe bei Wiederaufnahme einer Tätigkeit in Rußland, 3. Verbreitung der Wahrheit über den Bolschewismus in Rußland und seine schädlichen Folgen. Da der schon zuvor bestehende Ausschuß es ablehnen mußte, sich mit dem unter Punkt 3 genannten Ziele zu befassen, weil er als reine wirtschaftliche und unpolitische Vereinigung gedacht war, wurde der „Bund" als selbständige Organisation begründet. In allen anderen Punkten aber arbeiten Bund und Ausschuß zusammen, besonders wo es gilt, die Interessen der aus Rußland zurückgekehrten Reichsdeutschen zu vertreten.

Vereinigung der mittleren Auslandsbeamten. Die Vereinigung gibt zur Frage der Personalreform des Auswärtigen Dienstes Anregungen heraus, denen wir folgendes entnehmen: Die Vereinigung der mittleren Auslandsbeamten umfaßt alle mittleren Beamten des Auswärtigen Dienstes, die bei den Auslandsvertretungen tätig sind: Vorsteher der Botschafts- und Gesandtschaftskanzleien, Konsulatskanzler und Konsulatssekretäre, Botschafts- und Legationskanzlisten, für die als künftig einheitliche Gruppe die Amtsbezeichnung „Sekretär des Auswärtigen Dienstes" vorgeschlagen wird, sowie die für diesen Dienst einberufenen Diätare.

Die Vereinigung will an den ihren Mitgliedern in Fleisch und Blut übergegangenen überlieferten Grundsätzen der deutschen Beamtenschaft, auf die sie mit allen Deutschen ein Recht hat stolz zu sein, festhalten und Neues an Stelle von Altem nur vorschlagen, wo sich das Alte nicht bewährt hat. Die Vereinigung bringt nur die Uebelstände zur Sprache, die ihre Mitglieder seit langem empfunden haben, und die vorzutragen den über alle Welt zerstreut gewesenen Mitgliedern erst jetzt möglich ist, nachdem sie sich als eine Folge des Weltkrieges in überwiegender Mehrzahl im Auswärtigen Amt zusammengefunden haben.

Daß die Möglichkeit, Tüchtigen und Befähigten den Uebergang in die höhere Laufbahn in größerem Umfange als bisher zu ermöglichen, auch dem auswärtigen Dienst zum Vorteil gereichen würde, beweisen die Erfahrungen anderer Staaten, die ihren Befähigten die Möglichkeit des Aufstiegs in höhere Stellen offengehalten haben.

Die an die Auslandsbeamten, namentlich an die mittleren Beamten, gestellten Anforderungen sind in der Zeit des Aufblühens von Handel und Industrie ständig gewachsen, und die Leistungsfähigkeit der Beamten ist stärker und stärker angespannt worden. Wohl waren sie zum Teil nur ausführende Organe, aber es gab Auslandsvertreter der alten Schule, die eine mehr dekorative Figur darstellten und die ihre Erfolge nur ihrem Personal verdankten, dem allein, infolge anderweitiger Inanspruchnahme des Chefs durch gesellschaftliche oder politische Pflichten, die Erledigung der Amtsgeschäfte, insbesondere der wichtigen Handels- und Schiffahrtsangelegenheiten, zufiel. So lag denn auch vielfach, wie die Auslanddeutschen bestätigen werden, die Pflege der Beziehungen zu den deutschen Kaufleuten im Auslande — und nicht zu ihrem Schaden — bei den mittleren Beamten. Daß diese sich im Laufe der Jahre durch Besprechungen in Handelsfragen, Einholung von kaufmännischen Auskünften, Abhaltung von Schiedssprüchen, Teilnahme an Handelsgerichtssitzungen usw., sowie durch freundschaftlichen Verkehr mit den deutschen Kaufleuten ein gutes Verständnis für Handelsangelegenheiten angeeignet haben, findet auch darin seine Bestätigung, daß aus kaufmännischen Kreisen die Anregung ergangen ist, die Leitung einer Anzahl von Konsulaten mittleren Beamten anzuvertrauen.

Die Vereinigung macht sich diese Forderung zu eigen, um so mehr, als die aus den Reichs- und Bundesbehörden übernommenen Beamten bei Verbleib in diesen Behörden das Anrecht hatten, in die für sie dort vorgesehenen höheren Beamtenstellen einzurücken, während ihnen diese Möglichkeit vom Auswärtigen Amte genommen wird. Sogar von Referendaren, die, meist aus pekuniären Gründen, die zweite juristische Prüfung nicht abgelegt haben und sich für den mittleren Auslandsdienst bewerben, verlangt das Auswärtige Amt die schriftliche Erklärung, nie Anspruch auf Ueberführung in den höheren Dienst zu erheben. Der Einwand, daß nur eine vollendete juristische Ausbildung zur Leitung auswärtiger Vertretungen befähige, wird nicht gut aufrecht erhalten werden können. Die Vereinigung will in Erkenntnis der tatsächlichen Lage nur eine bestimmte Anzahl von Konsulaten und Vizekonsulaten den mittleren Beamten vorbehalten wissen.

Die Tatsache, daß eine Anzahl von deutschen Klubs im Auslande sich geweigert hat, mittlere Auslandsbeamte auf Grund der mit früheren Standesvertretern gemachten Erfahrungen als Mitglieder aufzunehmen, selbst wenn sie vom Chef der Auslandsvertretung empfohlen und vorgeschlagen wurden, und daß den mittleren Beamten selbst ein Einfluß auf die ihrem Stande zugeführten Elemente nicht zustand, veranlaßt die Vereinigung zum Wunsche, bei den ihre Mitglieder und deren Beruf betreffenden Fragen gehört zu werden.

Ferner wünscht die Vereinigung, daß auch das Auswärtige Amt die für den auswärtigen Dienst bestimmten Anwärter einer für den Auslandsdienst besonders geeigneten Bildungsstätte zuführen solle. Dafür werden Vorschläge gemacht. Die mittleren Auslandsbeamten sollten nur an leitende Stellen gesetzt, alle mechanische Schreibarbeit aber nach Muster der gut organisierten kaufmännischen Betriebe von weiblichen oder eingeborenen Hilfskräften erledigt werden. Wenn aber in letzter Zeit das Auswärtige Amt höhere An-

Digitized by Google

forderungen an die Bewerber für den mittleren Auslandsdienst stellte, als an die für den inneren Dienst des Amtes, und Bewerber, die nach dem Urteil der Leiter der in Frage kommenden Abteilungen des Amtes sich sehr wohl für den inneren Dienst eigneten, für Verwendung im Auslande ausscheiden, so dürfe es nicht vorkommen, daß der mittlere Auslandsbeamte ein bedeutend geringeres pensionsfähiges Einkommen beziehe, als der ihm gleich zu achtende Bureaubeamte I. Klasse im Auswärtigen Amt (höchstes pensionsfähiges Einkommen der Dolmetscher, Kanzler, geh. exped. Sekretäre bei den Missionen und der Konsulatssekretäre 4500 Mark und 546 Mark, pensionsfähiges Einkommen der Bureaubeamten I. Klasse im Auswärtigen Amt 6600 Mark und 874 Mark). Die mittleren Auslandsbeamten wünschen daher im pensionsfähigen Einkommen mit den Bureaubeamten I. Klasse im Auswärtigen Amt und in bezug auf ihre Auslandsbezüge mit den mittleren Kolonialbeamten gleichgestellt zu werden. Es ist, so heißt es in der Denkschrift, den Auslandsbeamten besonders schmerzlich, daß sie gezwungen sind, ihre Kinder im Auslande auf fremde Schulen zu schicken, in denen sie im Geiste fremder Völker erzogen werden, weil den Eltern ohne „staatliche Fürsorge" die Mittel fehlen, ihre Kinder in Deutschland erziehen zu lassen.

Der Kaufmann entschädigt seine Ueberseeangestellten durch hohe Bezahlung und Anteil am Gewinn. Die überwiegende Mehrzahl der mittleren Auslandsbeamten dagegen sei draußen frühzeitig gestorben. Ein trauriges Kapitel, das im Interesse des Dienstes nicht weiter ausgeführt werden solle, das aber auch ohne weitere Begründung die Forderung auf Reform der Bezüge jedem Gerechtdenkenden notwendig erscheinen lassen werde.

Im engen Zusammenhange hiermit steht die Forderung, in den mit Auslandsfragen besonders befaßten Abteilungen des Auswärtigen Amtes, Personal-, Handels- und Rechnungsabteilung, künftig nur solche Beamte zu beschäftigen, welche die zur Bearbeitung der Auslandsangelegenheiten unerläßlichen Erfahrungen im Auslande gesammelt haben.

Die Reform des Auswärtigen Dienstes wird, so wird schließlich ausgeführt, wenn sie die von der großen Oeffentlichkeit gehegten Wünsche erfüllen soll, in erster Linie eine Personalreform sein müssen. Die Vereinigung der mittleren Auslandsbeamten gibt daher der Erwartung Ausdruck, daß ihre Anregungen dazu beitragen werden, diese Reform im guten Sinne zu fördern. Sie würde es besonders freudig begrüßen, wenn diese noch vor der Entsendung der Auslandsbeamten auf ihre Posten durchgeführt werden könnte.

Die Baltenschule in Misdroy. Infolge des Vormarsches der bolschewistischen Truppen im Baltenlande mußten Tausende von Balten ihre Heimat verlassen und in Deutschland eine Zuflucht vor den bolschewistischen Schrekkenstaten suchen. Da der größte Strom der deutschen Flüchtlinge auf dem Seewege über Riga und Libau nach Stettin und Swinemünde geleitet wurde, lag der Gedanke nahe, in Pommern eine besondere Schule für die mitten aus dem Schulunterricht herausgerissenen baltischen Kinder einzurichten, konnten doch auf diesem Wege die durch die Verschiedenheit der Lehrpläne bedingten Schwierigkeietn am ehesten behoben und eine allmähliche Ueberleitung in die reichsdeutschen Schulen vorbereitet werden. Der durch das liebenswürdigste Entgegenkommen der zuständigen Behörden geförderte Gedanke wurde in der Weise verwirklicht, daß in dem Badeorte Misdroy auf der Insel Wollin eine „Private Höhere Lehranstalt für baltische Flüchtlingskinder" gegründet wurde, deren Leitung Dr. C. Hunnius, der bisherige Direktor der Landesschule zu Mitau, übernahm.

Die Schule umfaßt den Kursus eines klassischen Gymnasiums und einer Oberrealschule, wobei die entsprechenden Klassen der beiden Abteilungen, soweit der Lehrplan das gestattet, zusammengezogen sind. Neben einer Vorklasse mit 2 Abteilungen sind bereits alle Klassen von der Sexta bis zur Obersekunda einschließlich eröffnet. Knaben und Mädchen werden gemeinsam unterrichtet. Außer dem Direktor unterrichten an der Anstalt 6 baltische Oberlehrer, 1 Religionslehrer, 1 baltischer Mittelschullehrer und 2 baltische Lehrerinnen, sowie der Rektor und 6 Lehrer und Lehrerinnen der örtlichen Volksschule, im ganzen 18 Lehrkräfte.

Der Unterricht wurde am 10. Februar d. J. zeitweilig in den Räumen des Misdroyer Jugendheims und in den für den Nachmittag freundlichst zur Verfügung gestellten Klassen der Volksschule mit 44 Schulkindern eröffnet. Im Laufe eines Monats ist die Zahl der Schüler erfreulicherweise bereits auf 81 (65 Knaben und 16 Mädchen) gestiegen, und weitere Anmeldungen zum Beginn des neuen Schuljahres zu Ostern liegen auch schon vor.

Gewisse in pädagogischer Hinsicht unerwünschte Mängel brachte der Umstand mit sich, daß die Unterrichtsstunden sowohl auf den Vormittag als auch auf den Nachmittag verteilt werden mußten, wodurch die regelmäßige häusliche Präparation der Schüler sehr erschwert wird. Diesem Uebelstande wird jedoch sehr bald abgeholfen sein, da schon für die allernächste Zeit ein eigenes Schullokal gemietet werden konnte. Bei den sehr knappen Geldmitteln, über die die Schule verfügt, hat diese naturgemäß auch noch mit mancherlei anderen Mißständen zu kämpfen. So bereitet namentlich die Beschaffung von geeignetem Schulinventar und Lehrmitteln der Schulleitung nicht geringe Schwierigkeiten, doch sind auch nach dieser Richtung hin Schritte getan worden, die eine ersprießliche Lösung der Frage erhoffen lassen.

Für Knaben, deren Eltern nicht am Orte wohnen, ist vom Religionslehrer der Schule, Pastor Glaß, ein größeres Internat eröffnet worden.

Auch in einheimischen Kreisen wird die Entwicklung der jungen Anstalt mit Interesse verfolgt. Da es bisher in Misdroy keine höhere Lehranstalt gab und der Bahnverkehr mit den benachbarten Städten stark eingeschränkt ist, ist der Besuch der dortigen höheren Schulen mit großen Unzuträglichkeiten verknüpft. Dieser Mißstand hat bereits manche Misdroyer Eltern veranlaßt, ihre Kinder der Baltenschule zuzuführen. Die gedeihliche Förderung der einheimischen und baltischen Interessen wird auch durch die Zusammensetzung des Schulkuratoriums gewährleistet, das unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers aus örtlichen Amtspersonen und Vertretern der baltischen Flüchtlinge besteht. Oberlehrer W. Meyer.

Baltenhilfe. Durch den bolschewistischen Einbruch in Livland und Kurland sind viele tausend baltische Deutsche aus der Heimat vertrieben worden. Sie weilen als Flüchtlinge auf deutschem Boden in persönlicher Sicherheit, aber viele von ihnen ohne Existenzmittel, solange die Verbindung mit der Heimat unterbrochen ist. Es ist seit Jahren in Deutschland viel für alle Arten von Kriegshilfe geboten worden, aber hier liegt eine besondere deutsche Ehrenpflicht vor, weil Deutschland den Balten seinen Schutz zugesagt und dem baltischen Lande eine neue, glückliche Zukunft in Anlehnung an das Deutsche Reich versprochen hatte. Die Zusage konnte nicht gehalten werden, weil die Revolution unsere staatliche und militärische Kraft zerbrach; darum muß jetzt die persönliche Hilfe eintreten.

Grauenhaft sind die Einzelheiten, die über das Schicksal derer gemeldet werden, die den Bolschewisten in die Hände fielen. In Dorpat wurden am 14. Januar vierzig Personen in den Kellern des Livländischen Kredit-Vereins erschossen oder mit Beilen erschlagen; ein russischer Bischof mit zwei

Digitized by Google

Priestern, eine Anzahl evangelischer Pfarrer, Professoren, Gutsbesitzer und estnischer Bürger. Der Arzt, der die Leichen besah, berichtet über den furchtbaren Anblick. Der Boden des ganzen Raumes war bedeckt mit übereinander liegenden Toten, alle nur mit Unterwäsche bekleidet. Aehnlich ist es in Estland zugegangen, ähnlich, wie wir fürchten, in Riga und in den kleineren Landstädten. Könnten wir die Stammesgenossen von diesem Schicksal nicht retten, so müssen wir darum doch doppelt uns bemühen, denen, die sich zu uns geflüchtet haben, auf solange zu helfen, bis sie entweder in Deutschland eine bleibende Stätte oder eine Möglichkeit zur Rückkehr in die Heimat gefunden haben. Wir bitten um Spenden zur Baltenhilfe an die Deutsch-Baltische Gesellschaft, Berlin W 35, Schönebergerufer 21.

Singen. Ausschuß deutscher Wehrmänner aus der Schweiz. In einer Plenarversammlung der Wehrleute am 10. Februar wurde einstimmig eine Resolution gefaßt, die der Schweizer Regierung übermittelt worden ist. Es heißt darin, daß die Wehrleute einstimmig die schimpfliche Rolle verurteilen, die während des Krieges deutsche Deserteure und Refraktäre in der Schweiz gespielt haben, die der gastlichen Schweiz statt Dankbarkeit nur Verlegenheiten brachten. Die Wehrleute versichern der Schweiz vollste Sympathie gegenüber ihren bestehenden Staatseinrichtungen und gegenüber der bestehenden bewährten alten freien Staatsordnung. Die Resolution wendet sich gegen die unverdiente Wohltat der Amnestie, die Deserteure und Refraktäre in Deutschland jetzt genössen. Diese Leute sollten von der Schweiz über die Grenze abgeschoben werden, damit sie, die ihrer Heimat so viel abzubitten hätten, hier sich aufbauend betätigten. Dadurch könnten dann die Vorschriften über die Einreise der wirklich loyalen deutschen Wehrmänner eine Milderung erfahren.

Eine besondere Kommission derjenigen Wehrleute, denen die Schweiz die Rückkehrerlaubnis in die Schweiz verweigert, hat eine Denkschrift über die traurige Lage dieser Wehrleute verfaßt. Nahezu 3000 Wehrleute hat dieses harte Schicksal bisher betroffen, man müsse damit rechnen, daß es bald 10 000 würden. Am wichtigsten für diese Leute sei, daß die reichsgesetzliche Kriegsunterstützung an ihre Frauen und Kinder in der Schweiz weiter bezahlt werde, damit ihre Familien nicht der schweizerischen Armenpflege anheimfielen und dann von der Schweizer Verwaltung über die Grenze nach Deutschland abgeschoben würden. Ferner wird ein zum mindesten 14tägiger Urlaub für die abgewiesenen Wehrleute nach der Schweiz gefordert. Schlimmstenfalls müsse die Reichsregierung ihn durch Stellung einer Kaution ermöglichen helfen. Sämtliche Wehrmänner gäben das feierliche Versprechen ab, mit Ablauf des Urlaubes nach Deutschland zurückzukehren. Die Schweiz fordere heute von den Familien für die Niederlassung genaue Ausweispapiere, Geburtsurkunden usf., die zurzeit aber aus den deutschen vom Feinde besetzten Gebieten nicht erhältlich seien. Das Reich solle die Konsuln anweisen, hier vollwertige Ersatzpapiere auszustellen. Die Wehrleute fragen, welche Maßnahmen die deutsche Regierung ergreifen werde, wenn eine Kündigung des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages zu befürchten stehe. Was werde die Regierung tun, um die abgewiesenen Wehrleute vor bitterster Not zu schützen? Werde sie ähnlich für sie sorgen, wie für die nach der Schweiz entlassenen Wehrleute, denen der „Frauenfeldfonds" von einer Million Franken zur Wiederaufrichtung ihrer Existenz bewilligt worden sei? Alle die abgewiesenen Wehrleute wollten nicht unterstützt werden, sondern sie seien entschlossen, zu arbeiten. Würden sie aber mit den deutschen Arbeitslöhnen ihre Familien in der Schweiz genügend unterstützen können? Werde und könne die Regierung den zurzeit so niedrigen Kursstand der Mark für die Wehrleute ausgleichen? Das ureigenste Interesse des Staates sei es, jetzt die Auslanddeutschen, die künftigen Pioniere des deutschen Wirtschaftslebens, nicht verkommen zu lassen und sie nicht spartakistischen Umtrieben in die Arme zu treiben. Beigegeben ist der in ernstem Ton gehaltenen Denkschrift eine vom Zivil-Kommissar, Konsul Schabinger, verfaßte Ausarbeitung über die Ablehnungsgründe der Schweiz, aus der hervorgeht, daß in der Schweiz völlige Systemlosigkeit bei der Behandlung der Rekurse herrscht, daß die eingesandten Unterlagen nicht genügend geprüft werden und daß deren Gründe wenig subjektiv gewürdigt werden. In 70 Prozent der Rekurse gelänge es den Abgewiesenen, die zur Abweisung angegebenen Gründe zu entkräften, dann aber würden einfach neue, gar nicht damit zusammenhängende Gründe von den Schweizer Behörden vorgebracht. Mit wenig Ausnahmen gehörten die Abgewiesenen dem Arbeiterstande, dem Kleingewerbe oder den dienenden Berufen an. Es sei wünschenswert, daß die Abweisungsgründe im einzelnen Fall individuell begrenzt würden, das heißt, daß in jedem Fall davon auszugehen sei, ob der Abgewiesene wirklich arbeitslos sei oder nicht, unabhängig von der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Die Angaben der Antragsteller sollten genau geprüft werden und es solle mitgeteilt werden, welche ihrer Angaben nicht stimmten.

Singen. Deutsche Wacht, Verband zum Wiederaufbau deutscher Interessen im Ausland, E. V. Unter diesem Titel hat sich am 20. Februar aus dem Kreise der deutschen Wehrleute eine Vereinigung gebildet, die inzwischen schon auf über 1000 Mitglieder angewachsen ist. Sie will die Deutschen im Auslande organisieren, für würdiges und taktfestes Auftreten der Deutschen im Auslande eintreten und dem Deutschtum im Auslande wieder die Achtung der Neutralen und des uns heute feindlichen Auslandes verschaffen. Die Satzungen sprechen von einer großzügigen Propaganda und Aufklärung, der Verband wolle auf dem Boden einer gesunden Demokratie stehen, frei sein von militärischer Hegemonie und imperialistischem Despotismus, er erstrebt die Reform des diplomatischen und konsularischen Dienstes, auf den er im demokratischen und praktischem Geist Einfluß zu nehmen plane. Der Verband will seine Mitglieder zu dankbaren Söhnen der alten Heimat und musterhaften Gästen desjenigen Landes erziehen, dessen Gastfreundschaft sie genießen. Politischen und religiösen Kämpfen und Meinungsverschiedenheiten will der Verband fern stehen. Eine Verbandszeitschrift ist geplant. Die Führung des Verbandes liegt in den Händen eines Vorstandes, der ehrenamtlich die Geschäfte leitet. Landes- und Ortsgruppen sollen gebildet werden. Ein Verbandsorgan, die „Deutsche Wacht", soll den Zusammenhang zwischen den Mitgliedern fördern. Die Schriftleitung liegt in den Händen des zum Generalsekretär gewählten Herrn August Christ, Vorsitzenden des Ausschusses der deutschen Wehrleute aus der Schweiz in Singen. Der Mitgliedsbeitrag ist auf mindestens 5 Mark jährlich festgesetzt.

Ulm. Vereinigung deutscher Wehrmänner aus der Schweiz. Die Vereinigung ist in einer ersten konstituierten Versammlung, der etwa 300 Wehrmänner beiwohnten, als Zusammenschluß aller in Württemberg befindlichen Kameraden gegründet worden. In einer am 31. Januar in Ulm abgehaltenen Landesdelegiertenversammlung waren sämtliche Garnisonen Württembergs vertreten. Diese Vertreter stimmten der Gründung der Vereinigung und dem Beitritt der Garnisonen zu. Es wurde ein Ausschuß von 6 Mitgliedern und 10 Beisitzern gewählt, der auch als Zentralausschuß für die gesamte Vereinigung innerhalb Württembergs gilt. Vorsitzender ist Unteroffizier Eberhardt, zweiter Vorsitzender Kanonier Dünker, 1. Schriftführer und Auskunftssekretär Gefreiter Booß. Berechtigung zum Beitritt haben

Digitized by Google

sämtliche deutsche Wehrmänner aus der Schweiz in Württemberg, also nicht nur Württemberger, sondern auch andere Staatsangehörige, die sich in Württemberg aufhalten. Ein Handinhandarbeiten mit der Abfertigungsstelle Singen ist geplant. Die Vereinigung hat nach einem Erlaß des Generalkommandos die Berechtigung, auf das Garnisonauskunftsbüro jeder Garnison einen Kameraden zu setzen, der von der Zentralstelle Ulm aus über alle Neuerungen, Vorschriften usf. auf dem laufenden gehalten wird. Der Auskunftssekretär hat in erster Linie die Pflicht, allen Kameraden in der Ausfertigung der Einreiseanträge, Rekursverfahren usw. behilflich zu sein.

Schopfheim. Kommission für Auslanddeutsche. Eine in Schopfheim tagende Versammlung von deutschen Wehrmännern aus der Schweiz faßte eine Resolution, in der sie sich scharf gegen die Festhaltung der Kriegsgefangenen in Frankreich und deren empörende Behandlung durch die Franzosen auspricht. Mit maßlosem Mitleid für die betroffenen Kameraden und tiefem Ingrimm nehmen die Wehrleute Kenntnis von der Tatsache, daß immer mehr Gefangene ins besetzte Gebiet geführt werden, um dort bei unzulänglicher Verpflegung, Unterkunft und Bekleidung und bei harter Behandlung zu Fronarbeiten herangezogen zu werden. Die deutschen Wehrleute sehen auch heute noch in den Franzosen Kameraden, die genau so wie sie ihre Pflicht erfüllten; sie möchten ihnen in der freien Schweiz versöhnt die Hand reichen und die zwischen hüben und drüben zerrissenen Bande wieder anknüpfen. Gerade aus diesem Grunde protestierten sie gegen die Vergewaltigung der unglücklichen Kriegsgefangenen und appellierten an das Gewissen der ganzen Welt, sie müsse es verhindern, daß Frankreich sich selbst und die ganze Kulturwelt mit der unendlichen und unauslöschlichen Schmach bedecke.

AUSWANDERUNG

Das „New York Journal" enthält am 21. Januar einen Drahtbericht aus Berlin, den ihm Herr H. J. Greenwall übermittelte. Die geistige Verfassung der Deutschen gegenüber dem Frieden sei eben so seltsam, wie ihre Haltung gegenüber dem Kriege. Allein in Berlin gebe es jetzt Hunderte und Tausende, die nach Amerika und England gehen wollten, sobald die Schiffslinien wieder ihren Dienst aufnehmen könnten. Viele suchten hinüberzukommen, um in direkte Verbindung mit Firmen zu gelangen, die Rohstoffe an Deutschland verkaufen wollten. Andere glaubten in ihrer Naivität, daß alles vergessen sei. Ein Deutscher habe zu dem Berichterstatter gesagt: „Schicken Sie nach Paris, um mir einen Regenmantel zu verschaffen wie der, den Sie haben." Die Klasse, die am meisten verwirrt sei, das seien die Offiziere. Bald nachdem die Rheinprovinzen von den Amerikanern besetzt worden seien, seien diese mit Gesuchen früherer deutscher Offiziere überlaufen worden, die in die amerikanische Armee eintreten wollten. Später hätten Offiziere versucht, in die japanische, englische oder französische Armee zu kommen. Ihre unvernünftigen Wünsche seien selbstverständlich unberücksichtigt geblieben.

Wir geben den Inhalt dieses Berichtes wieder, um wiederholt zu warnen: Man soll auch in Deutschlands schweren Tagen den Nationalstolz und die Würde nicht vergessen. Wir müssen leider sagen: So unwahrscheinlich die Geschichte mit dem Wunsche deutscher Offiziere, in die französische Armee einzutreten, klingt, so wahr ist sie, was Amerika und Japan angeht. Und welchen Eindruck diese Würdelosigkeit jetzt macht, daß sie uns und dem Deutschtum viel mehr schadet als sie je dem einzelnen nützen könnte, das muß man leider immer wieder öffentlich aussprechen.

In der „Magdeburger Zeitung" finden wir zum erstenmale eine Andeutung davon, daß die Errichtung eines Zentral-Auswanderungsamtes von der Reichsregierung geplant sei. Es besteht ja schon beim Reichsamt des Innern die sogenannte Reichswanderungsstelle, die sich aber bisher hauptsächlich mit der Rückwanderung befaßte, und es bestand bei der Deutschen Kolonialgesellschaft die vom Reich eingerichtete und subventionierte Zentralauskunftsstelle für Auswanderer.

Nun steht sicherlich dem Deutschen Reiche eine Auswanderung von ungewöhnlicher Ausdehnung bevor und es haben sich bereits private Organisationen mit recht regem Geschäftseifer der Auswanderung angenommen. Die „Magdeburger Zeitung" will nun wissen, daß das Reich beabsichtige, diesen privatwirtschaftlichen Unternehmungen die Spitze abzubrechen und gewinnsüchtige Auswanderungsagenten auszuschalten dadurch, daß die Reichswanderungsstelle in ein zentrales Auswanderungsamt umgewandelt werden solle, an das sich alle jene ausländischen und überseeischen Regierungen zu wenden hätten, die deutsche Einwanderung wünschten.

An dieser Mitteilung ist, soweit wir unterrichtet sind, etwas Wahres insofern, als ein Ausbau der Reichswanderungsstelle in der Tat geplant ist und als beabsichtigt ist, die bisher nur mit einem staatlichen Zuschuß ausgestattete Zentralauskunftsstelle vollkommen zu verstaatlichen. Es stehen dem aber nicht nur Wünsche und Bestrebungen privater Vereinigungen gegenüber, die sich bisher teils mit Rückwanderung, teils mit Kolonialfragen beschäftigt haben und die den Versuch machen, die Zentralauskunftsstelle als privates Unternehmen zu erhalten, sondern es sind auch die Erwägungen innerhalb der Aemter noch nicht zu einem Abschluß gelangt, der es gestattete, über diese Dinge ein zusammenfassendes, abschließendes Urteil zu fällen.

Es kann in der gegenwärtigen Lage zwischen Krieg und Frieden nichts Törichteres geben, als unseren Gegnern von heute sich an den Hals werfen zu wollen und unter Mißachtung jeglicher Würde und Nationalstolzes sie um Gnade anzuflehen. Die Stimmung in den feindlichen Ländern ist zurzeit so, daß derartige Würdelosigkeiten von Presse und Publikum nur dazu benutzt werden, noch mehr gegen alles zu hetzen, was deutsch ist. Die betreffenden Bittsteller erweisen sich und ihrem Lande einen schlechten Dienst. Fast täglich enthalten die englischen Zeitungen ein Eingesandt aus ihrem Leserkreise, in dem man sich über diesen politischen Mangel an Takt bei den Deutschen lustig macht. Der Londoner „Globe", um nur ein Beispiel von vielen zu nehmen, bringt die Abschrift eines Briefes zum Abdruck, den ein deutscher Internierter auf der Isle of Man an eine englische Firma geschrieben hat, und in dem er seine Dienste für irgend einen verantwortlichen Posten anbietet, der in der Firma offen sei, da er nach dem Kriege sich in England niederzulassen beabsichtige. Die Auslanddeutschen können nicht genug gewarnt werden, sich zu derartigen Schritten verleiten zu lassen. Politischer Takt und politisches Feingefühl, das sind die Eigenschaften, die ja gerade die Auslanddeutschen besitzen sollten.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Aus dem Militärverordnungsblatt II vom 9. Januar 1919.
Kr. M. 70531 K. B. II Nr. 21.

Reisebeihilfe für entlassene Heeresangehörige für die Rückreise.

Den zu entlassenden Heeresangehörigen, die sich bereits vor dem Krieg dauernd im Ausland aufgehalten haben und die, ohne zur Rückkehr in die Heimat nach ausgesprochener Mobilmachung verpflichtet zu sein, aus freiem Antrieb zu-

Digitized by Google

rückgekehrt sind, kann für die Rückreise vom Generalkommando eine angemessene Beihilfe in den Grenzen der voraussichtlich anzuwendenden Reisekosten bewilligt werden. Sie müssen aber den Nachweis führen, daß ihre Rückkehr ins Ausland in ihrem persönlichen oder im Interesse ihrer Angehörigen dringend geboten ist.

Diese Bestimmung, die nur wenig in den Kreisen der Auslanddeutschen bekannt geworden zu sein scheint, betrifft also nur diejenigen militärentlassenen Auslanddeutschen, die seinerzeit, als der Krieg ausbrach, nicht militärpflichtig waren und nicht nach den Bestimmungen ihrer Militärpässe die Rückkehr antraten, sondern die freiwillig zurückzukehren und ins deutsche Heer einzutreten versuchten. Nach dieser Verordnung sollte man eigentlich annehmen, daß analog auch alle Fälle derjenigen entschieden würden, die zwar die Rückkehr, ohne dazu verpflichtet zu sein, versuchten, die aber das Unglück hatten, von Engländern und Franzosen von den Schiffen heruntergeholt und interniert zu werden, und die jetzt entweder nach Deutschland zurückkehren, oder die gar in den Internierungslagern invalide wurden. Ebenso sollte aus der obigen Verordnung ein gesetzliches Recht der Hinterbliebenen solcher Internierter geschlossen werden können, die zwar, ohne dazu verpflichtet zu sein, zurückzukehren versuchten, aber gefangen wurden und in der Gefangenschaft verstarben. Der in der obigen Verordnung geforderte Nachweis wird wohl unschwer von den meisten der Auslanddeutschen, die es angeht, zu führen sein, etwas schwerer dürfte es ihnen schon fallen, überhaupt jetzt ins Ausland zurückzureisen, da ja die Grenzen noch gesperrt sind.

Da Zweifel auftauchten, ob die Verordnung über die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer sich auch auf österreichische Staatsbürger beziehe, hat das Berliner Kaufmannsgericht eine Anfrage an den Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes gerichtet. Jetzt ist von dieser Seite eine bejahende Antwort eingegangen. Die Verordnung solle sich auf alle Kriegsteilnehmer beziehen, die in deutschen Betrieben gearbeitet haben und von dort aus eingezogen wurden. Zwischen deutschen und österreichischen Staatsangehörigen solle darin kein Unterschied gemacht werden. Die österreichischen Handlungs- und Gewerbegehilfen genießen demnach als Angestellte deutscher Firmen denselben Schutz, den sie nach dem schon länger in Oesterreich bestehenden Gesetz in ihrem Mutterlande genießen würden.

Von einer Seite, die mit den Verhältnissen in Italien bis in die allerjüngste Zeit hinein genau vertraut ist, geht uns eine Mitteilung zu, die wir nicht verfehlen wollen zur Kenntnis der Italien-Deutschen zu bringen. Der Herr teilt uns mit, daß Schweizer Rechtsanwälte, die in Italien leben, in schweizerischen und auch in deutschen Zeitungen aus Italien vertriebenen Deutschen und Angehörigen der Mittelmächte ihre Dienste anböten und dabei rühmend hervorhöben, daß sie sich guter Beziehungen in Rom erfreuten. Dadurch würden zahlreiche aus Italien Vertriebene veranlaßt, sich an diese Herren zu wenden und nicht unbeträchtliche Opfer zu bringen. Mehr als eine Erleichterung ihres Geldbeutels hätten sie allerdings kaum zu erwarten. Die einzige Tätigkeit dieser Rechtsvertreter sei es nämlich, die spanische Botschaft mit Briefen zu überschwemmen, die zum Teil alles andere als juristische Vertretung der ihnen anvertrauten Interessen darstellen und mit denen die spanische Botschaft auch als Schützerin der deutschen Interessen gar nichts anfangen könne. Man müsse also vor solchen Schriften energisch warnen.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Ein Auslanddeutscher schreibt uns:

„Ich bin am 1. August 1918 in Singen ausgetauscht worden nach vierjähriger Internierung in Frankreich. Laut Bestimmung der Militärbehörde mußte ich nach Ablauf meines Urlaubs in der Kriegswirtschaft Hilfsdienst leisten und habe etwa drei Monate lang bei ..... gearbeitet, und ich verdiente pro Monat etwa 200 Mark. Wie Sie wohl wissen, kamen wir Zivilinternierten fast alle ziemlich mittellos heim und mußten durchweg die Hilfe unserer Angehörigen stark in Anspruch nehmen. Jeder geringe Verdienst war mir willkommen, da ich in meinem Berufe nicht arbeiten konnte und auch bis heute noch keine Stelle fand. Der Umsturz machte mich nun vollständig arbeitslos. Arbeitslosenunterstützung bekam ich bis heute von meiner Heimatbehörde noch nicht ausbezahlt, trotz mehrfacher Beschwerde. Ich war vom 1. Dezember 1918 bis 17. Januar 1919 arbeitslos. Ich entschloß mich, in den Dienst der S. K. zu treten. Nun vor einigen Tagen erhielt ich vom Kameralamt einen Steuerzettel von 21.40 Mark zugestellt. Zu jeder anderen Zeit wäre ich gerne bereit, meine Steuern zu entrichten. Nachdem ich nun während meiner ganzen Internierung von meinen Angehörigen unterstützt wurde, was auch eine Menge Geld kostete (vom deutschen Staat bekam ich nicht einen Pfennig, noch sonst etwas), so wäre es gewiß ein schöner Zug von der Regierung gewesen, daß man vorerst, bis man sich wieder erholt hat, steuerfrei wäre. Anstatt daß man noch die paar Groschen, die man sowieso zum Lebensunterhalt so nötig hatte, so hoch versteuern muß. Eine Beschwerde hatte den Erfolg, daß die Steuer auf 12.25 Mark ermäßigt wurde mit der Bemerkung, daß nach dem Gesetz keine Steuerbefreiung gewährt werden kann. In der Not vom „lieben" Vaterland nie unterstützt und wieder in der Not im eigenen Vaterland, so wird man noch zum Dank ausgesaugt."

Ein deutschstämmiger Studierender einer preußischen Universität schreibt uns:

„Das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat neue Bestimmungen für das Studium der „Ausländer" erlassen. Eine Benachteiligung der zahlreichen aus dem Felde zurückgekommenen Studierenden soll dadurch vermieden werden, daß man der Ueberfüllung vorbeugen will. Jeder Ausländer, der an einer preußischen Hochschule studieren will, soll sich in Zukunft spätestens einen Monat vor dem vorgeschriebenen Semesterbeginn schriftlich melden. Für das Sommersemester der Berliner Universität hat die Meldung bis zum 28. März bei der Immatrikulationskommission zu erfolgen. Die Entscheidung liegt dann beim Ministerium. Und was geschieht mit uns Auslanddeutschen? Immer noch zählt man uns in die Rubrik der „Ausländer", läßt uns erhöhte Kolleggelder bezahlen, erkennt nicht, daß wir als Studenten an deutschen Hochschulen für das deutsche Volkstum in der Welt von ganz unabsehbarer Bedeutung sind. Will man auch uns wegen Raummangel ausschließen? Erkennt der preußische Kultusminister noch nicht die Zeichen der Zeit?" (Wir verweisen demgegenüber auf den Bericht der Vereinigung der auslanddeutschen Studierenden an der Universität Leipzig, wo es durch Zusammenschluß der Auslanddeutschen gelungen ist, bei den Studierenden und demnächst wohl auch bei den Behörden durchzusetzen, daß die Auslanddeutschen den Deutschen und nicht den Ausländern gleichgestellt werden. Eine gleiche Regelung ist für ganz Deutschland erforderlich. Die Schriftltg.)

Man schreibt uns zur Frage der Heranziehung von Auslanddeutschen zur Vermögensabgabe:

„Es erscheint doch nicht mehr als recht und billig, daß die Folgen des ungenügenden Schutzes deutscher Interessen und deutscher Werte im Ausland nicht einfach dem leidenden Besitzer zugeschoben werden, sondern daß das Reich hier mitträgt am eigenen Verschulden. Außerdem handelt es sich aber wohl fast restlos um solche Werte, die nicht in Deutschland, sondern im Ausland erworben wurden und deren Be-

Digitized by Google

steuerung in normalen Zeiten dem Reich gar nicht zugekommen wäre. Beides Punkte, denen kein Rechtdenkender sich wird verschließen können.

Die Differenzierung gegenüber der Behandlung aller anderen Abgabepflichtigen könnte darin bestehen, daß entweder a) die Abgabepflicht nicht aus dem heute noch vorhandenen Besitzstand, sondern aus dem vor Kriegsausbruch vorhanden gewesenen Vermögen berechnet, dann aber von der Summe der Abgabepflicht diejenige des inzwischen erlittenen Verlustes gekürzt würde; oder b) falls die Abgabepflicht aus dem heute verbliebenen Vermögen berechnet werden müßte, daß von der entfallenden Summe der Abgabepflicht ein je nach dem seit Kriegsausbruch erlittenen Verlust staffelförmig zu bestimmender Abzug zulässig wäre."

Verschiedentlich sind uns Klagen und Fragen über das Schicksal derjenigen Deutschen zugegangen, die ihrer Dienstpflicht genügen wollten, aber bei der Rückkehr nach der Heimat abgefaßt und gefangen wurden. Ueber ihre rechtliche Behandlung, namentlich auch, wenn sie in der Kriegsgefangenschaft invalide wurden, über die Versorgung ihrer Witwen und Waisen besteht Unklarheit. Verschiedene Stellen entscheiden ganz verschieden. Eine klare, einfache Bestimmung, daß diese Deutsche zu behandeln sind, als ob sie gedient hätten, ist nötig. Wir lassen hier einem Beschwerdeführenden das Wort:

„Wie zahllose andere Reservisten, versuchte auch ich bei Kriegsausbruch von Uebersee nach Deutschland zu reisen, auf Grund des ausdrücklichen Befehls in meinem Militärpasse und gegen meine bessere Ueberzeugung von der Rücksichtslosigkeit der Engländer. Wie viele andere, wurde ich bei Gibraltar gefangengenommen und brachte 4½ Jahre hinter englischem Stacheldraht zu. Seit meiner Rückkehr im Januar 1919 mache ich bei der Militärbehörde Anspruch auf Auszahlung meiner Löhnung als Vizefeldwebel d. Res. für die Dauer meiner Gefangenschaft und Vergütung der Reisekosten, treffe aber immer „Instanzen", die ratlos vor diesem Falle stehen. Von dem zuständigen Bezirkskommando wurde mir nur geraten, einstweilen Belege zu sammeln für Anfang und Ende meiner Gefangenschaft, „später" würde dann „vielleicht" eine Stelle geschaffen zur Bearbeitung dieser Fragen! . . . . . vermutlich dann, wenn die Mehrzahl der zivilgefangenen Ausland-Reservisten der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen wird, nachdem sie in der Gefangenschaft größtenteils ihre Ersparnisse verbrauchen mußten, um sich menschenwürdige Zustände zu erkaufen!

In Betreff der aus dem Ausland kommenden und auch als Zivilisten gefangenen Reserve-Offiziere schien unsere (alte) Regierung eine ganz andere, anständigere Auffassung zu haben. Diese wurden nämlich, von 1915 an, in der Zivilgefangenschaft ihrem Dienstgrade nach bezahlt, ebenso nach ihrer Ueberführung nach Holland im März 1918. Die anderen Zivilgefangenen in England bekamen — einerlei ob Reservisten, die aus der Südsee herbeigeeilt, oder Verbrecher aus Whitechapel — von der deutschen Regierung monatlich zehn Mark, und selbst dieses schmähliche Almosen nur dann, wenn sie nachweisen konnten, daß sie sonst keinerlei Geld hatten oder verdienten. Ist es unseres Volkes würdig, daß Deutsche, die bei Kriegsausbruch alles in fremden Ländern zurücklassend, ihrer Pflicht genügen wollten, jetzt um die zu dieser Pflicht gehörige Vergütung betteln müssen?

Es wäre wirklich zu wünschen, daß den noch immer zu Tausenden gefangenen Ueberseedeutschen bei ihrer Heimkehr wenigstens diese niederdrückenden Erfahrungen erspart blieben, es ist durch den schematischen Befehl zur Rückkehr im Mobilmachungsfalle und durch das allgemeine Versagen der deutschen Konsulate schon genug an ihnen gesündigt worden! Dr. Fr. Kallhardt-München."

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

Neuerscheinungen (Fortsetzung)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART.

I. Einzelschriften.

313. *Artmann, Ferdinand,* Gedanken über Deutschösterreichs neue Wirtschaft. Wien: Frick 1918.

314. *Ball, Hugo,* Zur Kritik der deutschen Intelligenz. Bern: Der freie Verlag 1919.

315. *Barta, Erwin,* Die Ansprüche der Tschechen auf das Sudetenland. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 9.)

316. *Du Bois, Fred,* Berichte eines Schweizers über Kärnten. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 10.)

317. *Duft, J.,* Die schweizerische Fremdenfrage nach ihrer nationalrechtlichen Seite. Luzern: Räber & Cie 1918. (Volksbildung. N. F. d. „Stimmen aus d. Volksverein". H. 12.)

318. Die *Entstehung* u. Rechtsstellung d. deutschen Universität in Prag. Hrsg. vom akadem. Senat. Prag: Verlag „Deutsche Arbeit" 1919.

319. *Franke, Karl,* Deutschösterreichs Zukunft. Polit. u. wirtschaftl. Ausblicke. Wien: Heidrich 1919.

320. *Führer* durch d. Schausammlungen d. Niederösterr. Landesmuseums. Geleitet von Dir. Dr. Max Vancsa. 2., bedeutend verm. Aufl. Wien: Verlag d. Niederösterr. Landesmuseums 1918.

321. *Goercke, Elisabeth,* Nicht untergehen. Gedichte einer Kurländerin. 2. Aufl. Berlin-Steglitz: Würtz [1919].

322. *Groebl, Hans,* Das Gottscheerland. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 13.)

323. *Kaindl, Raimund Friedrich,* Böhmen. Zur Einf. in d. böhmische Frage. Mit 1 Kt. Leipzig: Teubner 1919. (Aus Natur u. Geisteswelt, Bdch. 701.)

324. *Kelsen,* Die Verfassungsgesetze der Republik Deutschösterreich. Mit e. histor. Uebersicht u. krit. Erläuterungen hrsg. unter fördernder Mitw. d. Mitgl. d. Staatsr. Dr. Stefan von Licht mit e. Geleitw. d. Staatskanzlers Dr. Karl Renner. T. 1. 2. Wien & Leipzig: Deuticke [1919].

325. *Kraze, Friede H.,* Die v. Brock. Ein Balten-Roman. Leipzig: Amelang 1919.

326. Oeffentliche *Kundgebung* für das Selbstbestimmungsrecht d. Deutschen. Veranst. v. Verein f. d. Deutschtum i. Ausl. Sonnt. d. 5. Jan. 1919 z. Berlin. (Berlin [1919]: Gehring & Reimers.)

327. *Lotthammer, Otto,* Deutsches Lesebuch fürs Ausland. Mit bes. Berücksicht. türkischer Schulen. Leipzig: Dürr'sche Buchhandlung 1918.

328. *Manes, [Alfred],* Versicherungs-Staatsbetrieb im Ausland. Ein Beitrag zur Frage d. Sozialisierung. 1.-3. Aufl. Berlin: Siegismund 1919.

Digitized by Google

329. Die tschechischen *Minderheiten* im nordwestböhmischen Kohlenrevier. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutsch-österreichs Recht. Nr 16.)

330. *Ohorn, Anton,* Deutsch-Oesterreich auf ewig deutsch. Chemnitz: Vaterländischer Verlag Dr. Wilhelm Striem 1919.

331. *Patry, Josef,* Westungarn zu Deutschösterreich. Ein Vorschlag z. Lösung der deutsch-ungar. Frage. 2., vollst. umgearb. Aufl. Wien: Matzner 1918.

332. *Payer, Friedrich,* Deutsch-Oesterreich und wir. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1919. (Der Aufbau. H. 2.)

333. *Pfaundler, Richard von,* Die Zukunft der Deutschen in Westungarn. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutsch-österreichs Recht. Nr 8.)

334. *Polen.* Entwicklung u. gegenwärtiger Zustand. Hrsg. von einer Versammlung polnischer Gelehrter. Wien: Gerold & Co. 1919.

335. Zur europäischen *Politik* 1897—1914. Unveröff. Dokumente. Im amtl. Auftr. hrsg. unter Leitung v. Bernhard Schwertfeger. Bd 1—4. Berlin: Reimar Hobbing 1919

336. *Rechtsverhältnisse* deutscher Schiffe u. ihrer Ladungen in Italien während d. Krieges. Berlin: Heymann 1918.

337. *Roda Roda,* Das Rosenland. Bulgarische Gestalten u Gestalten. M. 23 Bildnissen. Hamburg: Gebrüder Enoch [1918].

338. *Ruppel [Aloys Leonhard],* Geschichtliche Tatsachen zur Beurteilung Lothringens. Vortrag, geh. am 28. 2. 1918 auf d. Lehrgang f. Heimatdienst in Saarbrücken. Saarbrücken: Hofer 1918.

339. *Schaefer, Dietrich,* Die Grenzen d. deutschen Volkstums. Berlin: Curtius [1919].

340. *Scheler, Max,* Die Ursachen des Deutschenhasses. E. nationalpädagog. Erörterung. (2. durchges. u. verm. Aufl.) Leipzig: Der Neue Geist Verlag [1919].

341. *Soden, Herm. Frhr. von,* Palästina u. seine Geschichte. 6 volkstüml. Vortr. 4. durchges. Aufl. Mit 1 Pl. von Jerusalem u. 3 Ans. d. Hl. Landes. Leipzig: Teubner 1918. (Aus Natur u. Geisteswelt, Bdch. 6.)

342. *Solf, W. H.,* Germany's right to recover her colonies. Irrefutable facts and figures. English and American testimony. Berlin: Engelmann 1919.

343. *Stutzer, Gustav,* Reiseerinnerungen eines alten Mannes Aus d. J. 1909 bis 1914. Mit d. Bilde d. Verf. 2. Aufl Braunschweig: Wollermann 1918.

344. Die *Südgrenze* von Deutsch-Tirol. Richtlinien für die Friedensverhandlungen. Mit e. farb. Kt. Innsbruck Verlagsanst. Tyrolia 1918.

345. Die *Südgrenze* der deutschen Steiermark. Denkschrift des akad. Senats der Universität Graz. Mit 2 Kartenbeil Graz: Leuschner & Lubensky in Komm. 1919.

346. Die *Textilindustrie* des Auslandes. Hrsg. vom Deutschen Ueberseedienst G. m. b. H., Berlin. Berlin [1919].

347. *Wackernagel, Rud.,* Geschichte des Elsasses. Basel: Frobenius A.-G. 1919.

348. *Weishaupt M.,* Gottes Spuren im afrikanischen Bergland. Bilder aus d. Leipz. Missionsarbeit i. Deutsch-Ostafrika. 2. Aufl. Leipzig: Verlag d. evang.-luther. Mission 1918.

349. *Weiß, Moritz,* Die Stellung d. Deutschtums in Posen u. Westpreußen. M. Sprachenkt. d. deutschen Ostmarken. Berlin: W. Greve [1919].

II. Neue Zeitschriften u. Fortsetzungswerke.

350. *Baltische Blätter.* Ausg. A. B. C. Jg. 2. 1919. Berlin-Steglitz: Würtz 1919.

351. *Heimat u. Welt.* Programm-Wochenschrift d. Panoramas „Heimat u. Welt" d. deutschen Heimatbundes. Hrsg.: Karl Maußner. Jg. 1. 1919. Berlin-Zehlendorf: Dürer-Verlag.

352. Oberösterreichischer Amtskalender. Der *Oberösterreicher.* Auskunfts- u. Geschäftshandbuch f. d. J. 1919. Jg. 62. Wien: Arnold [1918].

353. *Palästinajahrbuch* d. deutsch-evang. Instituts f. Altertumswissenschaft d. Hl. Landes z. Jerusalem. Im Auftr. d. Stiftungsvorstandes hrsg. v. Prof. D. Dr. Gustav Dalman. Jg. 14. (1918.) Mit 7 Bildertaf. u. 3 Notenbeil. Berlin: Mittler & Sohn 1919.

III. Zeitschriftenaufsätze.

354. *Adolphi, Hermann,* Ein Denkmal baltisch-deutschen Geistes. Das baltische Privatrecht. in: Baltische Blätter. Jg. 2. 1919. H. 1/2. Berlin-Steglitz: Würtz.

355. *Ambos, J.,* Die Kriminalität d. Ausländer im Deutschen Reiche. in: Blätter f. Gefängniskunde. Bd 52. 1918. Heidelberg: Winter.

356. *Auslandbuchhandel.* Verhandlungsbericht d. deutschen Verlegervereins über die Besprechung am Freitag, d. 26. Apr. 1918, . . . im kleinen Saale d. Deutschen Buchhändlerhauses. in: Börsenbl. f. d. Deutschen Buchhandel. Jg. 86. 1919. Nr 26. 28. 29. 30. 33. 35. Leipzig: Börsenverein d. deutschen Buchh.

357. Die *Auslanddeutschen* u. d. deutsche auswärtige Politik. in: Mitteilungen d. deutschen Handelskammer i. d. Schweiz. Jg. 4. 1918. Nr 12. Jg. 5. 1919. Nr 1. Genf: Deutsche Handelskammer.

358. *Blaese, M. von,* Kurlands wirtschaftl. Möglichkeiten. in: Baltische Blätter. Jg. 2. 1919. H. 1/2. Berlin-Steglitz: Würtz.

359. *Brandt,* Livlands u. Rigas Untergang. in: Deutsche Politik. Jg. 4. 1919. H. 2. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlagsanstalt.

360. *Bredow, Hans,* Die deutsche Funkentelegraphie. in: Schiffahrt-Ztg. Jg. 2. 1919. Nr 3. Hamburg: Seedienst A.-G.

361. *Brussot, Martin,* Spanischer Brief. in: Literar. Echo. Jg. 21. 1918/19. Nr 10. Berlin: Fleischel.

362. *David, Hans,* Das deutsche Auslandskapital u. s. Wiederherstellung nach d. Kriege. (Schluß.) in: Weltwirtschaftl. Archiv. Bd 14. H. 2. Jena: Fischer.

363. *Deschmann, Maria,* Heinrich Kipper. Ein Lebensbild [aus d. Bukowina]. in: Freie Bildungs-Blätter. Jg. 28. 1919. H. 1/2. Karlsbad-Drahowitz: Verl. d. Freien Bild.-Blätter.

364. *Deutsch-Südwestafrika.* Wirtschaftliche Zukunftspläne u. Eingeborenenpolitik nach engl. Ideal. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 4. 1919. Nr 10. Hamburg: Meißner i. Komm.

365. *Diercks, Gustav,* Neuere Literatur über Marokko. in: Weltwirtschaftl. Archiv. Bd 14. H. 2. Jena: Fischer.

366. *Emerling, Hans,* Die wirtschaftl. Interessen d. Fremden kolonien in Aegypten. in: Der Neue Orient. Bd 4. 1918/19. Nr 7/8. Berlin: D. Neue Orient.

367. *Eulenburg, Franz,* Der innere Aufbau der deutschen Außenwirtschaft. in: Weltwirtschaftl. Archiv. Bd 14. H. 2. Jena: Fischer.

Digitized by Google

368. *Fabricius, W.*, Die geschichtlichen Beziehungen d. Saargebiets u. Lothringens zu Frankreich. in: Deutsche Politik. Jg. 4. 1919. H. 7. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlagsanstalt.

369. Erfolgreicher *Fortschritt* d. deutschen Mission in Japan. in: Grenz-Warte. Jg. 2. 1918/19. H. 15. Berlin: Bundes-Verl. G. m. b. H.

370. *Frauscher, G.*, Die Auflösung Oesterreichs u. d. deutschen höheren Schulen in d. gemischtsprachigen Ländern. in: Deutsches Philologen-Blatt. Jg. 27. 1919. Nr 9. Leipzig: Quelle & Meyer.

371. *Freytag*, Pfarrer Liz., Die Entstehung des Deutschtums in Australien. in: Deutsche Kolonialzeitung. Jg. 35. 1918. Nr 12. Jg. 36. 1919. Nr 2. Berlin: Deutsche Kolonialgesellschaft.

372. *Friedwagner, M.*, Spanisches Drama in Deutschland. in: Deutsche Bühne. Jahrb. d. Frankf. städt. Bühnen. Bd 1. Spielz. 1917/18. Frankfurt a. M.: Rütten & Loening.

373. *[Grotthuß, J. E. Frhr. von]*, Ein Reichsamt f. Grenz- u. Auslanddeutschtum. in: D. Türmer. Jg. 21. 1918/19. H. 9. Stuttgart: Greiner & Pfeiffer.

374. *Hagfors, E.*, Stellung, Ziel u. Aufgaben d. deutschen Unterrichts unserer [finnischen] Lyzeen in d. Zukunft. in: Neuphilologische Mitteilungen. Jg. 18. 1917. Nr 1/4. Helsingfors: Aktiebolaget Handelstryckeriet.

375. *Hahn*, Zur Geschichte u. Eigenart d. deutsch-evang. Predigt in d. Baltenlanden. in: Pastoralblätter f. Predigt, Seelsorge u. kirchl. Unterweisung. Jg. 61. 1919. H. 5. Dresden: Ungelenk.

376. *Herre, Paul*, Deutschösterreichs Anteil am deutschen Kulturleben. in: Die Woche. Jg. 21. 1919. Nr 7. Berlin: Scherl.

377. *Heuß, Theodor*, Die Wahlen in Deutsch-Oesterreich. in: Deutsche Politik. Jg. 4. 1919. H. 9. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlagsanstalt.

378. *Hlawna, Franz*, Deutsche Schutzarbeit. in: Der getreue Eckart. Jg. 17. 1919. Januar-Febr.-H. Wien: Deutscher Schulverein.

379. *[Kemper, Franz]*, Für d. Flagge schwarz-weiß-rot. in: Schiffahrts-Ztg. Jg. 2. 1919. Nr 8. Hamburg: Seedienst A.-G.

380. *Keßler, Otto*, Deutsche sanitäre Arbeit u. die deutsche freiwillige Krankenpflege in der Türkei. in: Der Neue Orient. Bd 4. 1918/19. Nr 7/8. Berlin: D. Neue Orient

381. *Kleiboemer, Georg*, Forderungen der Auslanddeutschen an die Nationalversammlung. in: Deutsches Volkstum Jg. 1. 1919. H. 2. Hamburg: Verlag des Deutschen Volkstums.

382. *Kleinpaul, Johannes*, Ein Universitätsinstitut für Zeitungskunde. in: Die Glocke. Jg. 6. 1919. Nr 1. Berlin: Verlag f. Sozialwissenschaft.

383. *Kolbe, Franz*, Wilson u. d. deutschen Kolonien. in: Deutsche Politik. Jg. 4. 1919. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlagsanstalt.

384. Die *Lage* d. Deutschen in Santa Catharina, Südbrasilien. in: Export. Jg. 41. 1919. Nr 10/13. Leipzig: Herbig i. Komm.

385. *Lehmacher, Gustav*, Deutsche Missionsarbeit im australischen Busch. in: Die kathol. Missionen. Jg. 47. 1918/19. Nr 5/6. Freiburg i. Br.: Herder.

386. *Loehlein, Walter*, Das letzte Semester d. deutschen Universität Dorpat. in: Baltische Blätter. Jg. 2. 1919. H. 1/2. Berlin-Steglitz: Würtz.

387. *Mackh, Friedrich, Karl*, Die prozeßrechtliche Stellung der Deutschen in Italien während des Krieges. in: Weltwirtschaftl. Archiv. Chronik u. Archivalien. Bd 14. H. 2. Jena: Fischer.

388. *Meyer, W.*, Drei kurländische Denkmünzen. in: Blätter f. Münzfreunde. Jg. 53. 1918. Nr 7. Dresden: Thieme.

389. Die *Notlage* der evangel. Kirche Rußlands. in: Die christl. Welt. Jg. 32. 1918. Nr 3. 4. Marburg: Rade.

390. *Peschke, Rudolf*, Die deutschen Minderheiten des Ostens. in: Das Echo. Jg. 38. 1919. Nr 1902 [7]. Berlin: Deutsche Ueberseedienst-Verlagsgesellschaft m. b. H.

391. *Peschke, Rudolf*, Die Zukunft d. deutschen Rückwanderung. in: Grenz-Warte. Jg. 2. 1918/19. H. 14. Berlin: Bundes-Verlag G. m. b. H.

392. *Redlich, Alexander*, Deutsche u. Tschechen. in: Europäische Staats- u. Wirtschafts-Ztg. Jg. 4. 1918/19. Nr 7. Berlin: Verlag d. Europ. Staats- u. Wirtschafts-Ztg.

393. *Regensburger, E. H.*, Beiträge zur Entwicklung Elsaß-Lothringens. in: Jahrbücher f. Nationalökonomie u. Statistik. 3. Folge. Bd 57. 1918. H. 1. Jena: Fischer.

394. *Rohmeder, Wilh.*, Aus Südtirol. in: Grenz-Warte. Jg. 2. 1918/19. H. 15. Berlin: Bundes-Verlag G. m. b. H.

395. *Rühlmann, P.*, Deutsche Kulturpropaganda i. Auslande. in: Illustr. Zeitung. Bd 152. 1919. Nr 3943. Leipzig: J. J. Weber.

396. *Schmidt, Walther E.*, Masaryks Botschaft. in: Die Christliche Welt. Jg. 33. 1919. Nr 7. Marburg: Rade.

397. *Schneider, J.*, Der Dienst der Kirche an den Auslandsdeutschen. in: Der Geisteskampf d. Gegenwart. Jg. 54. 1918. H. 12. Gütersloh: Bertelsmann.

398. *Schott, E.*, Auslandsstudium u. Auslandsdeutschtum im erneuerten Deutschland. in: Deutschlands Erneuerung. Jg. 2. 1918. H. 12. München: Lehmann.

399. *Schwabach, Alexander*, Die Einwirkungen des Weltkrieges auf d. deutsch-schweizer. Handelsbeziehungen. in: Weltwirtschaftl. Archiv. Chronik u. Archivalien. Bd 14. H. 2. Jena: Fischer.

400. *Szana, Alexander*, Die Verteilung d. ungarischen Industrie auf d. einzelnen Nationalitäten. in: Das Handelsmuseum. Bd 34. 1919. Nr 3. Wien. Für Deutschl. München (Expositur des Handelsmuseums).

401. Aus den letzten deutschen *Tagen* d. Elsaß. in: Daheim. Jg. 55. 1919. Nr 17/18. Leipzig: Velhagen & Klasing.

402. *Trittelvitz, W.*, Die evangelische Mission in Deutsch-Ostafrika am Ende d. Krieges. in: Evangelisches Missions-Magazin. N. F. Jg. 63. 1919. H. 2. Basel: Verlag der Basler Missionsbuchhandlung.

403. *Ullmann, Hermann*, Deutschböhmens Selbstbestimmungsrecht. in: Grenz-Warte. Jg. 2. 1918/19. H. 13. Berlin: Bundes-Verlag G. m. b. H.

404. *Wehberg, Hans*, Aufenthaltsbeschränkungen f. Deutsche in d. Vereinigten Staaten von Amerika. in: Weltwirtschaftl. Archiv. Chronik u. Archivalien. Bd 14. H. 2. Jena: Fischer.

405. *Witte, von*, An die Arbeit. in: Baltische Blätter. Jg. 2. 1919. H. 1/2. Berlin-Steglitz: Würtz.

406. *Woermann, Paul*, Deutsche Kolonialwirtschaft. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 4. 1919. Nr 10. Hamburg: Meißner i. Komm.

Digitized by Google

407. Ein *Wort* für die deutschen Auslandsgehilfen. in: Börsenblatt f. d. deutschen Buchhandel. Jg. 86. 1919. Nr 40. Leipzig: Börsenverein d. deutschen Buchh.

408. Die *Zukunft* d. Baltenlandes. Von einem Ostdeutschen. in: Deutschlands Erneuerung. Jg. 3. 1919. H. 3. München: Lehmann.

IV. Karten.

409. *Deutschland.* Deutsches Reich einschließl. Deutsch-Oesterreich u. Schweiz. M. 1:2 000 000. Berlin: Flemming Verl. A.-G. [1919]. (Flemmings Generalkarten. Nr 10.)

410. *G. Freytags* Völker- u. Sprachenkarte v. Mitteleuropa nebst Italien u. d. Balkanhalbinsel. Nach d. neuesten statist. Veröff. bearb. M. 1:3 000 000. Farbendr. Wien: Kartogr. Anst. G. Freytag & Berndt G. m. b. H. [1918].

411. *Karte* von Deutschösterreich. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 12.)

412. *Posen.* M. 1:500 000. Berlin: Flemming Verl. A.-G. [1919]. (Flemmings Generalkarten. Nr 29.)

BUCHBESPRECHUNGEN

Der papierne Feind. Die Weltpresse als Schürer des Deutschhasses von Moritz Loeb, Augsburg 1918. Verlag Haas & Grabherr.

Der Verfasser gibt eine Schilderung der führenden Presse unserer Feinde und des uns feindlich gesinnten Zeitungswesens. In eingehenden Aufsätzen werden hier die großen französischen, englischen, amerikanischen, russischen und italienischen Zeitungen in ihrem Werdegang gekennzeichnet; der Verfasser zieht auch die wichtigsten holländischen und welschschweizerischen Zeitungen heran. Wenn auch der Inhalt auf Originalität keinen Anspruch machen kann, so ist doch das Büchlein für weitere Kreise als volkstümliche Orientierungsschrift ganz nützlich. Dr. M. B.

Meine Erlebnisse während der Kriegszeit in Deutsch-Ost-Afrika von Ada Schnee. Verlag von Quelle & Meyer, Leipzig, 1918, mit 10 Tafeln in Autotypie und 2 Kartenskizzen. Preis geb. 3.20 Mark.

Als eine der größten Heldentaten des Weltkriegs wird stets der Kampf um die Erhaltung unserer blühenden Kolonie Ost-Afrika in der Geschichte genannt werden. Schwer war das Schicksal der von der Heimat abgeschnittenen Helden und Heldinnen und großartig die Tatkraft, mit der sich die ganz auf sich selbst gestellten Deutschen gegen die überlegenen Feinde zu halten verstanden.

In ihrem packend geschriebenen Buch schildert uns die Frau des Gouverneurs Schnee das Schicksal der Ostafrika-Deutschen, die in treuem Zusammenhalten auch in der schwersten Zeit das Wirtschaftsleben in der Kolonie aufrecht zu erhalten suchten. Erstaunliches haben sie geleistet. Nicht nur den Mangel der gewohnten europäischen Nahrungsmittel wußten sie durch reichlichen Anbau tropischer Ersatzmittel zu bekämpfen, auch notwendige Arzneimittel konnten in den Laboratorien der Kolonie in reichlichen Mengen hergestellt werden. Auch die Techniker waren der schwierigen Lage gewachsen. Das zeigte der Ausbau des völlig unvollständig angekommenen Dampfers „Graf Götzen". Mehr und mehr zurückgedrängt, mußten sich die Familien der Kolonisten nach dem Innern des Landes flüchten. Hier erreichte sie ihr Schicksal. Tabora, in das sich die Deutschen mit ihren Frauen und Kindern geflüchtet hatten, mußte übergeben werden und fiel den Belgiern in die Hände. Nun begann eine Zeit der Leiden und Entbehrungen für die armen Familien. Man kann der Verfasserin die Entrüstung nachfühlen, wenn sie die unwürdige Behandlung der Zivilinternierten, besonders auch auf dem Transport quer durch die wegen seiner schweren Malaria- und Schlafkrankheitgefahr gefürchteten Gebiete Zentralafrikas bis zur Verschiffung an der Westküste schildert. Nach erträglichem Aufenthalt in England mußten die Armen den Belgiern ausgeliefert werden, wo sie bis zu ihrer endlichen Befreiung der unwürdigsten Behandlung ausgesetzt waren.

H. Fischer-Stuttgart.

Th. Bechler, Missionsinspektor, Zur Kriegszeit in Deutsch-Ostafrika, im Kongo und in Frankreich. Kriegserlebnisse und Gefangenschaft der Ungamwesi-Missionare der Brüdergemeinde in den Jahren 1914—17. Zweite vermehrte Auflage. 88 S. mit Bildern, Karten und einem Grundriß einer Missionsstation. Herrnhut 1918, Missionsbuchhdlg. 1 Mark.

Das kleine anspruchslose Buch ist eine Sammlung von Berichten der Missionare, die auf den Stationen der Brüdergemeinde im deutsch-ostafrikanischen Hochlande tätig waren. Von der Taboragegend bis zum Njassagebiet erstreckte sich ihr erfolgreiches Arbeitsfeld, aus dem sie so grund- und zwecklos herausgerissen wurden. Die völlig unabhängige Haltung der verschiedenen deutschen Missionsgesellschaften gegenüber der deutschen Regierung ist in Friedenszeiten unbestritten gewesen, von diesem gelobt, von jenem beanstandet. Es lag für den Kenner der Verhältnisse daher kein Grund vor, die Missionen wie ein Stück deutscher Regierung zu behandeln. Die völkerrechtswidrige Austreibung brachte Briten und Belgiern keinen Nutzen weiter als den, daß die Erfolge Jahrzehnte langer, von Deutschen geleisteter Kulturarbeit größtenteils zugrundegerichtet wurden.

Die Berichte sind sehr sachlich und machen den Eindruck peinlichster Wahrhaftigkeit. Alles Gute, was in Ostafrika und auf der langen Reise von Feindes Seite kam, wird reichlich anerkannt, das viele Böse fast zu ruhig geschildert, so der empörende Vorfall vom November 1916, wo ein farbiger britischer Gefreiter drei kranke und völlig wehrlose deutsche Gefangene, dazu vier ihrer farbigen Begleiter abschoß, als sie reiseunfähig geworden waren. Und dieser Held wurde von den Engländern auch weiterhin auf seine Mitmenschen losgelassen. Dies wenigstens wäre unter deutscher Herrschaft nicht denkbar gewesen. Prof. Dr. C. Uhlig-Tübingen.

Ausländische Einflüsse in der Schweiz von C. A. Loosli. Art. Institut Orell Füssli, Zürich 1917, 98 S. Preis 1 Mark.

Die Aufgabe, die sich der Verfasser gestellt hat, ist an sich sehr dankbar, nur müßte sie etwas gründlicher durchgeführt werden. Der Verfasser wendet sich in den Abteilungen: Presse, Unterrichtswesen, Neutralität, Wirtschaftliches den wichtigsten Problemen des ausländischen Einflusses in der Schweiz zu. Hier wären zunächst einmal statistische Untersuchungen zu erwarten und Schlüsse, die man aus diesen zu ziehen vermag. Der Verfasser hat sich jedoch im wesentlichen auf eine langatmige Polemik gegen Deutschland beschränkt. Leider müssen wir ihm recht geben, wenn er die plumpe Art der Stimmungsmache der von Deutschland aus beeinflußten deutsch-schweizerischen Agenturen und Zeitungen geißelt. Besonders schmerzlich ist es, daß eine ganze Reihe von deutsch-schweizerischen Zeitungen von Deutschen oder von Deutsch-Schweizern mit unrichtigen Berichten über die Kriegslage, wirtschaftliche Verhältnisse usw. gespeist wurden, und daß dann diese Berichte von der deutschen Presse zur Beruhigung unserer Oeffentlichkeit als „neutrale Stimmen" zitiert wurden. Sehr recht hat auch Loosli da, wo er gegen die nach deutschem Muster in der Schweiz unternommene Pressekampagne gegen Wilson Stellung nimmt. Er hätte sich aber auch um die französische Propaganda in der Westschweiz mehr kümmern müssen. Von rein wirtschaftlichen Motiven geführt, läßt sich Loosli zu einer

Digitized by Google

einseitigen Stellungnahme gegen Deutschland verleiten. Wenn wir wiederholen, daß sein Buch dennoch lesenswert ist, so geschieht es in der Hoffnung, daß die Lektüre des Buches einen ernsthafteren Forscher zu einer gründlicheren Untersuchung des Gegenstandes anspornen wird. B.

In Deutsch-Südwestafrika 1913—1915. Blätter aus dem Nachlaß von Rüdiger Weck, Hauptmann im Generalstabe beim Kommando der Schutztruppe. Herausgegeben nebst einem Schlußkapitel „Der Krieg in der Kolonie" vom Vater des Verfassers [Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. G. Weck]. 168 S. mit einem Porträt, 14 Vollb. nach Originalaufn. und einer Kartensk. Berlin 1919, K. Siegismund. 5.50, geb. 7.50 Mark.

R. Weck, ein junger Offizier von besonderer Befähigung, war zum einzigen Generalstabsposten in den Kolonien kommandiert, im September 1913 nach Deutsch-Südwestafrika ausgereist. Er schildert in frischen, anregenden Briefen die Zeit von da bis zum Juni 1914. Es sind anschauliche Bilder vom Leben und Treiben in der Schutztruppe und in der ganzen Kolonie. Auf zwei längeren Dienstreisen, nach dem Norden und dem Süden, lernte Weck einen guten Teil des Landes kennen. Er liebte es mit dem ganzen Feuer seiner Seele. Gleichwohl ist sein Urteil ruhig und gesund, berührt manchen Mißstand in der Kolonie mit ungeschminkter Offenheit. Bemerkenswert ist auch das, was er über den leider schon im November 1914 durch einen schweren Unglücksfall umgekommenen, ungewöhnlich tüchtigen Kommandeur der Schutztruppe, Oberstleutnant v. Heydebreck, sagt. Weck selbst fiel einem Unfall im März 1915 zum Opfer. Damit war die Truppe zweier ihrer allerbesten Führer beraubt.

Das ausführliche Schlußkapitel von der Hand G. Wecks gibt einen willkommenen Ueberblick über die Kriegsereignisse in Deutsch-Südwest von 1914/15 und eine Anzahl wertvoller politischer Betrachtungen. Das Buch kann jedermann, übrigens auch der reiferen Jugend dringend empfohlen werden.

Professor C. Uhlig-Tübingen.

Warum ich aus Deutschland ging. Offener Brief an denjenigen Unbekannten, der die Macht hat in Deutschland, von Nicolai, Prof. Georg O., Bümplitz-Bern, 1918, Benteli A.-G., 47 Seiten.

Der Mann, der diese Anklage schrieb, ist während des Krieges freiwillig „Auslanddeutscher" geworden. Er hatte als Mediziner einen geachteten Namen, und seine „Biologie des Krieges" ist inzwischen auch bekannt und berühmt geworden. Er klagt weniger einzelne Persönlichkeiten als ein ganzes System an, und seine Anklage mündet in die Forderung nach dem Völkerbund und internationaler Ueberordnung einer Instanz über die national geschiedenen Einzelvölker. Diese „Organisation der Welt" ist ein wichtiges Kapitel auch für unsere Auslanddeutschen. Ihr Wohl und Wehe wird von der Regelung dieser Frage in hohem Maße abhängen. Man wird im Auslande dieses kleine Schriftchen des Professor Nicolai lesen und viel darüber sprechen. So ist es hier anzuzeigen, nicht als ein Werk, das mit dem Auslanddeutschtum unmittelbar in Zusammenhang steht, dessen Gedankengänge aber für die geistige Stellung der Auslanddeutschen in der Welt bedeutsam werden können. W.

Siebenbürgisch-sächsische Leinenstickereien, 18 Tafeln in Farbendruck, Zweite Serie, Herausgeg. von Emil Sigerus, Hermannstadt 1914, Kunstverlag Josef Drotleff.

Noch zu Beginn des Krieges ist diese wertvolle Arbeit herausgekommen, die Muster enthält, welche nach alten Originalstickereien gezeichnet wurden und vordem nicht publiziert worden sind. Die Arbeitsschule soll sich dieser Muster bedienen, um den Deutschen wieder Freude an alter Volkskunst beizubringen. Das Fremdartige, Geschmacklose soll dem alten schönen Volksechten weichen. Schon das Erscheinen der ersten Serie hat Erfolg in dieser Richtung gehabt. Der Sebastian-Hann-Verein hat sich durch Unterstützung der Herausgabe neben dem Verfasser sehr verdient um diese Schulung des Geschmackes gemacht. Beigegeben ist den Mustern eine kleine Arbeit über die Leinenstickereien und ihre Entwicklung bei den Deutschen, die einen knappen, aber guten Ueberblick gewährt.

Sonderausgabe der Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande und Belgien. Zur Erinnerung an die Internierung der deutschen Gefangenen in Niederland. Amsterdam 1918, Verlag der Deutschen Wochenzeitung, 68 Seiten mit zahlreichen Bildern.

Dieses stattliche Heft, neben dessen Titelseite die Bilder der Königin Wilhelmine und des Prinzgemahls stehen, erscheint zurzeit des Niederbruchs Deutschlands. „Die Gegner können Deutschland alles nehmen", heißt es in einem Nachwort, „nicht aber ihre Schaffenskraft, ihre Energie, die Hoffnung auf die Wiederaufrichtung." Der Herausgeber und verdienstvolle Leiter der „Wochenschrift", A. Prell, schildert diese Energie und diese Schaffenskraft unserer Deutschen, die in den Niederlanden interniert waren. Er gibt einen historischen Ueberblick über die Entwicklung der Internierungsverhandlungen, den er durch die Bilder der beteiligten Deutschen und holländischen Unterhändler und Offiziere bereichern kann, schildert die geistige Versorgung der Gefangenen, das Schulwesen, den Sport, die Musikpflege, die orthopädischen Werkstätten, die kunstgewerbliche und landwirtschaftliche Betätigung. Er beschreibt die Einrichtungen der verschiedenen Lager nach ihren Besonderheiten und widmet seine besondere Aufmerksamkeit den deutschen Studenten in Holland, denen dieses gastliche Land besonders entgegenkam. Alles in allem ein Heft, das dem Verfasser ebensoviel Ehre macht, wie der Energie und Lebenskraft der Internierten und der gastlichen Aufmerksamkeit der Niederlande selbst. W.

Blätter aus Kriegstagen der Basler Missionsstation Sakbayeme in Kamerun von Missionar J. Stutz, mit einem Vorwort von Oberhofprediger Prälat D. v. Kolb Missionsagentur Stuttgart, dritte Auflage, 25.—30. Tausend, 40 Seiten, 40 Pfg.

Das kleine Heftchen schildert die „Stadt auf dem Berge", den Kriegsausbruch und die Schwierigkeiten, die er für die Mission im Gefolge hatte; wir bekommen einen Einblick in die Leiden und Entbehrungen, die unsere Landsleute draußen zu erdulden hatten, und die auch kein Ende nahmen, als die Engländer die Station besetzten. Aber mit frohem Optimismus klingt die lebhafte und lebendig einfache Schilderung dahin aus, daß aus den Ruinen der Arbeit doch wieder neues und schöneres Leben aufblühen werde. W.

Paris 1914—18, Wahrnehmungen eines Augenzeugen, von Hans Wram. Gotha 1918, Verlag F. A. Perthes. 123 S.

Eine Reihe von packenden Bildern und Stimmungen in Paris während des Krieges. Kaleidoskopartig ziehen an uns Persönlichkeiten und Geschehnisse vorüber, die wir aus den unpersönlichen Berichten der Depeschenagenturen aus jahrelanger Zeitungserfahrung kennen. Diesmal hat aber alles Farbe und persönlichen Anstrich. Man fühlt aus jeder Zeile, die diese Auslanddeutsche (wenn wir richtig vermuten, handelt es sich um eine Dame, die im Dienste einer hochgestellten politischen Persönlichkeit stand, und die diese Stellung auch während der ersten vier Kriegsjahre zu halten vermochte) in ihren Aufzeichnungen uns vorlegt, den Hauch des Erlebnisses. Besonders wertvoll sind die Ausführungen über die Behandlung der Ausländer und unserer Kriegsgefangenen. Wenn auch die politische Prognose der Verfasserin leider nicht recht behalten hat und somit die politischen Folgerungen des Buches durch den Kriegsausgang hinfällig geworden sind, so wird dieses Werkchen doch seinen dokumentarischen Wert behalten. B.

Digitized by Google

ZEITUNGSSCHAU

Im Märzheft des „Türmer" druckt der Herausgeber, Freiherr von Grotthuß, Ausführungen ab, die zur Frage der Errichtung eines Reichsamtes für Grenz- und Auslanddeutschtum, Hadubert in der sozialistischen Wochenschrift „Die Glocke" gemacht hat. Er scheint den Kern dieser Ausführungen durchaus zu billigen. Hadubert geht von der Not der Elsässer und der Balten aus und betont, es gelte rechtzeitig auf die große und schwere Nationalaufgabe aufmerksam zu machen, die aus der Versorgung des zurückflutenden Deutschtums aus West und Ost dem Reiche und den einzelnen Staaten erwachse. Das Programm der Unterbringung der Grenzdeutschen wachse mit dem Problem des Auslanddeutschtums zu einer nationalen Kernfrage ersten Ranges zusammen. Zunächst werde der Ausgang des Krieges dem Deutschtum keine weitere Ausdehnung, sondern eine weitere Zusammendrängung bringen. Wie soll nun das peripherische Deutschtum im verengten und verkümmerten Kernlande untergebracht werden? Es muß untergebracht werden. Der Nationalstolz und Zukunftsmut muß aus dem großen Scherbenhaufen gerettet werden, sonst sind wir verloren und sinken zur Rolle von Kulturlakaien und Lohnsklaven des Angelsachsentums zurück. Die zahlreichen Auslanddeutschen überall in der Welt tragen keine Schuld, so sagt Hadubert, an den ehrgeizigen Plänen und Zettelungen der Umgebung Wilhelms II. Auch wir werden, wie einst die Bolschewisten, den Frieden mit geschlossenen Augen unterschreiben müssen im Bewußtsein, daß er nichts Endgültiges darstellen wird. Je fester unsere Feinde die Fesseln schnüren, desto schneller wird der Haß aufflammen. Die Entente zieht das gesamte Deutschtum zur Verantwortung. Nur noch durch Stolz und Würde, mit der wir das Unglück tragen, können wir Achtung in der Welt erwerben und dadurch, daß wir auch in der Erniedrigung uns als Hort und Anwalt des gesamten Deutschtums in der Welt bekennen. Die Nationalversammlung muß diese geschlossene Einheit zum Ausdruck bringen. Die Mitentscheidung, die die Nationalversammlung dem Grenz- und Auslanddeutschtum bei der Neuordnung der deutschen Verhältnisse zubilligen wird, wird einen Präzedenzfall für eine spätere staatliche Organisierung der nicht auf dem Reichsboden wohnhaften Deutschen bieten. Denn eine Aussendung des Deutschtums wird ja über kurz oder lang später doch wieder erfolgen. Die Aufgabe ist, die Beziehungen des reinen Deutschtums zum Grenz- und Auslanddeutschtum auf eine völlig neue Basis zu stellen, sie staatsrechtlich zu unterbauen. Der Ernst dieser organisatorischen Aufgabe könne gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, heißt es weiter. Mit der Schaffung des Deutschen Ausland Instituts sei der Anfang des kulturellen Zusammenschlusses des Weltdeutschtums gemacht worden. Die erste Aufgabe, die sich die Neugründung stellte, sei es gewesen, das Interesse für die Deutschbalten in der reichsdeutschen Oeffentlichkeit zu wecken. Die Fülle kränkender Mißachtung, die das Baltikum zu Kriegsanfang in Deutschland erfahren habe, wäre wohl bei keiner anderen Nation möglich gewesen. Wenn Balten und Flamen ihre Hoffnungen begraben mußten, so reifte wenigstens die Treue der Deutsch-Oesterreicher, die als bewährte deutsche Pioniere im Kampf gegen vordrängendes Slawen- und Rumänentum, als völkisch zähe und bewährte Kämpfer in Zukunft auf schwierigen Außenposten weiterhin sich zu betätigen Gelegenheit haben müßten. Für die zahlreichen Rückwanderer wäre eine Zentrale von Reichs wegen zu schaffen, ein Reichsamt für Grenz- und Auslanddeutschtum müßte unter Fühlungnahme mit der neu begründeten Zentralstelle für Elsaß-Lothringer im Reiche und mit den bestehenden Verbänden, wie dem Deutschen Ausland Institut, der deutsch-baltischen, der deutsch-flämischen Gesellschaft, dem Ostmarkenverein, dem V. D. A., wie auch der elsaß-lothringischen Gesellschaft die Vorarbeiten schleunigst in Angriff nehmen und das Ergebnis der Nationalversammlung vorlegen. Soweit wir unterrichtet sind, sind Vorbereitungen zu einem Reichsamte, das die von Hadubert geforderten Arbeiten übernehmen soll, im Gange. Was das Deutsche Ausland Institut angeht, so hat es ja gleich mit seiner ersten Ausstellungsbetätigung, der Kurlandausstellung, seinen Willen zu positiv schaffender Tätigkeit in dieser Richtung bekundet und hat diesem Willen in der nachfolgenden Zeit wiederholt tatkräftigen Ausdruck verliehen. Die mühevollen, aber doch nicht erfolglosen Bemühungen unserer Auskunfts- und Stellenvermittlung für Auslanddeutsche stehen augenblicklich im Mittelpunkt dieser unserer Arbeit, deren Notwendigkeit von reichs- und bundesstaatlichen Regierungsstellen auch anerkannt und die von überallher gefördert wird. Ueber die materielle Hilfe hinaus ist die geistige Fürsorge für das Auslanddeutschtum jetzt Hauptaufgabe, die geistige Stärkung der Auslanddeutschen, die wieder hinausgehen durch das Bewußtsein, daß nicht nur die Regierung, sondern auch das ganze Volk in ganz anderem Maße als bisher hinter ihnen stehen. — Es ist ein gutes Zeichen für die Zukunft, wenn zwei so extreme Richtungen, wie sie „Glocke" und „Türmer" verkörpern, in dieser Frage einig sind. Unser Deutsches Ausland Institut hat sich ja stets zur Aufgabe gesetzt, in der Frage des Auslanddeutschtums über den inneren Streit der Parteien hinaus das ganze Volk zu geschlossener Einheit zu bringen. So begrüßen wir die Stellungnahme der beiden Zeitschriften zu dem schweren und ernsten Problem ganz besonders.

Ueber den deutschen Buchhandel in Rußland nach dem Kriege schreibt im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" Erich Haake. Er verweist auf die große Rolle, die in Rußland stets das deutsche Buch gespielt hat, auf den guten Absatz namentlich in teueren und guten Büchern in den Kreisen der russischen Intelligenz. Er schreibt dann weiter: „Die letzte, recht bedeutende Gruppe Käufer deutscher Bücher sind die russischen Staatsbürger deutscher Nationalität. Wie diese Kreise am Deutschtum festzuhalten bemüht sind und welche Rolle das deutsche Buch in ihrem Leben spielt, habe ich von neuem während meiner Tätigkeit als Redakteur der „St. Petersburger Nachrichten" vom Januar bis Juli 1918 feststellen können. Ich glaube, wir haben das Deutschtum in Rußland immer unterschätzt: es blüht nicht nur in den beiden Residenzen und in den größeren Städten der Provinz, nein, in fast jeder kleinen Provinzstadt findet man einen deutschen Kreis, der deutsche Literatur pflegt und schätzt, ganz abgesehen von den nach Millionen zählenden Angehörigen deutscher Kolonien, die als Bücherkäufer in Betracht kommen."

Als Mittel zur Hebung des deutschen Bücherabsatzes verlangt Haake zollfreie Einfuhr von Büchern aller Art und aller Sprachen in Rußland, gemeinsame und vornehme Werbearbeit des deutschen Buchhandels, an der auch das deutsche Antiquariat beteiligt werden sollte. Zur Verbreitung einer Werbeschrift kämen die Verbände der deutschen Kolonisten und der allrussische Verband russischer Staatsangehöriger deutscher Nationalität in Betracht, wie man sich auch des guten russischen Buchhandels bedienen solle. Gute deutsche Werke sollten in Deutschland ins Russische übersetzt, gedruckt und gebunden werden, um dann durch eine Bücherzentralvertriebsstelle in Moskau oder Petersburg vertrieben zu werden.

Die *„Baltischen Blätter für Theater und Kunst"*, deren Neuerscheinen wir an dieser Stelle angezeigt haben, sind durch die Ereignisse im Baltikum heimatlos geworden. Sie sind

Digitized by Google

nun nach Berlin-Steglitz übersiedelt und werden dort von dem Verlag Fritz Würtz, dessen Eifer und geschickte Tätigkeit für die Interessen des Baltenlandes alle Anerkennung verdienen, unter dem Titel „Baltische Blätter" weiter herausgegeben. Das Doppelheft 1/2 des 2. Jahrganges 1919 ist in stattlichem Format soeben erschienen. „Jeder soll in der Zeitschrift zu Worte kommen, der sich die Pflege der deutsch-baltischen und damit der deutsch-russischen Beziehungen angelegen sein läßt und der etwas Vernünftiges dazu zu sagen hat." Wirtschaftliche Arbeit und Kulturpolitik scheinen in der neuen Nummer glücklich gemischt. G. von Blaese schreibt über Kurlands wirtschaftliche Möglichkeiten, und Professor Löhlein-Greifswald über das letzte Semester der Universität Dorpat. Es folgen der erste Teil eines Artikels über den Zusammenbruch der russischen Industrie und eine Arbeit von Adolphi über das baltische Privatrecht; ziemlich viel Raum ist der Bekämpfung des Bolschewismus gewidmet, und es wird hier eine Uebersicht über die antibolschewistische Propagandaliteratur gegeben, die den Baltikumsdeutschen, die die Gefahr aus nächster Nähe gesehen und erlebt haben, natürlich besonders am Herzen liegt. Baltische politische und militärische Fragen der Gegenwart werden erörtert, Buchbesprechungen schließen sich an. Beigegeben ist der Zeitschrift die erste Nummer der „Blätter zur Kunst fürs Baltenland", die Wolfgang Wieckberg herausgibt.

In den Mitteilungen der *„Deutschen Handelskammer in der Schweiz"* nimmt ein Einsender gegen die Bestellung von Beiräten für die deutschen Auslandsvertretungen Stellung. Den Beiräten könne der Diplomat doch nicht alles sagen, das Wichtigste müsse er ihnen vielleicht verschweigen, schon dadurch würden sie ein Dekorationsstück. Das Eintreten in den Beirat werde das Mißtrauen des fremden Landes gegen den deutschen Kaufmann nur vermehren. Der betreffende Kaufmann könne nie eine leitende Stellung im Auslande erringen. Die Beiratsfrage müsse also gründlich geprüft werden. Was das Vorschlagsrecht oder Mitspracherecht bei der Ernennung von Gesandten oder Konsuln angehe, so sei der Diplomat doch nicht Vertreter der Auslanddeutschen allein, sondern in erster Linie seiner Regierung, die völlig freie Wahl haben müsse. Wolle man es etwa zu einem Wahlkampf unter den Auslanddeutschen um einen solchen Posten kommen lassen? Eher könne man teilen: Gesandte und Generalkonsuls solle das Reich und seine Regierung auswählen, dagegen könnten wohl die Auslands-Handelskammern die wirtschaftlichen Sachverständigen und Beiräte benennen, die deutschen Journalisten könnten die Pressebeiräte bestimmen, die Wohltätigkeitsvereine die Sachverständigen im Unterstützungswesen. Ein von der Kolonie zu wählender Generalsekretär könne dem Generalkonsul beigegeben werden, der vornehmlich die Fragen der Auslanddeutschen zu bearbeiten hätte. Auf diese Weise wären wertvolle Reformideen zu verwirklichen. Dieser Generalsekretär müsse aber abberufbar sein, damit er nicht nach seiner Wahl in bürokratische Geistesrichtung versinken könne.

Ueber „Minderheits-Schutzgesetze?" schreibt im Januar-Februarheft 1919 des „Getreuen Eckart" Gustav Willscher: Wir werden damit rechnen müssen, daß überall in den neuen Staatenbildungen deutsche Minderheiten zurückbleiben. Es entsteht die Doppelaufgabe: Deutscherhaltung der Heimat und Schutz der staatlich abgetrennten Minderheiten. Die Tschechen und Südslawen können in Deutsch-Oesterreich sofort die Staatsbürgerschaft erwerben und werden es auch tun, um sofort im neuen Staat als geschlossene Minderheit auftreten zu können. Ihr Ausdehnungsdrang wird noch nicht beendet sein, ihre Auswanderung wird sie in erster Linie auf deutsches Gebiet führen. Zweifellos wollen die Gegner Deutsch-Oesterreich auch nach dem Krieg durch friedliche Durchdringung nach berühmten Mustern langsam weiter erobern. Sie werden versuchen, bei den Wahlen Vertretung zu erlangen und den Nationalrat zum Nationalitätenrat, die Volksvertretung zur Völkervertretung werden zu lassen. Sie werden ihre Muttersprache als Verhandlungssprache durchsetzen wollen, eigene Schulen anstreben, sich zu den Aemtern drängen. Politischer Druck von seiten der Außen- und Nachbarstaaten zur Unterstützung dieses Vorgehens sei zu erwarten, Zersetzung von innen heraus wäre die unvermeidliche Form. Deshalb müsse in das Staatsgrundgesetz Deutsch-Oesterreichs die Bestimmung aufgenommen werden, daß die Staats- und Verhandlungssprache deutsch sei. Nur bei den Konsularämtern werde für Ausländer eine fremde Sprache zugelassen. Ferner sollten alle Staatsbürger ihre Kinder nur in Staatsschulen erziehen lassen dürfen. Die Errichtung von Privatschulen mit fremder Unterrichtssprache solle nur für Ausländer gestattet werden, deutsch müsse in solchen Schulen Pflichtgegenstand sein. Staatliche Aufsicht sei für diese Schulen nötig. Für derartige Schulen hätten die Begründer aus eigenen Mitteln aufzukommen, staatliche Unterstützungen dazu dürfe es nicht geben. Auf keinen Fall dürfe ein Deutsch-Oesterreich mit 7 Verwaltungssprachen wieder erstehen. Es dürfe also keine Minderheitsschutzgesetze geben, der Staat müsse einheitlich sein, sonst zerfalle er wie das ganze Habsburger Reich. Der Verfasser des Aufsatzes fragt dann, ob Deutsch-Oesterreich einen Vorteil davon haben werde, wenn Deutsche Bürger eines anderen Staates sind, wenn also sich deutsche Minderheiten in anderen Staaten bildeten? Er verneint diese Frage. Deutsche Minderheiten würden in fremden Staaten nur störend empfunden, wenn sie sich am Staatsleben beteiligen wollten. Wenn Deutsch-Böhmen, das Sudetenland und andere vorläufig besetzten Gebiete bei Deutsch-Oesterreich blieben, was er allerdings voraussetzt, dann gäbe es nur deutsche Kaufleute und Gewerbetreibende im „Auslande", für die dasselbe gelten müßte, was er Ausländern in Deutsch-Oesterreich auferlegen will. Deutsche hätten kein Interesse daran, Deutsche zu fremden Staatsbürgern werden zu lassen. Die Vereinbarung über staatliche Minderheiten müßte auf Gegenseitigkeit der Völker beruhen. Die Deutschen im Ausland müßten also auf ihre Kosten Privatschulen erhalten dürfen. Die deutschen Schutzvereine würden da ein lohnendes Feld ihrer Tätigkeit finden. Reinliche Scheidung sei aber nötig. „Keine Minderheiten und kein Minderheitsschutzgesetz im Inland, sondern im deutsch-österreichischen Freistaate gleichberechtigte, gleichdenkende und gleichhandelnde Staatsbürger neben gastfreundlich aufgenommenen Ausländern; in der Fremde wohl staatlich abgetrennte Volksgenossen, denen aber unser Herz und unsere Hand immer offen stehen, nicht um durch sie Erwerbungen auf Kosten fremder Reiche durchzuführen, sondern um sie als wertvolle Bestandteile unseres Volksgutes auch in den spätesten Geschlechtern dem Deutschtum zu erhalten."

In den „Grenzboten" Heft 7 und 8 machen die ordentlichen Professoren der Rechtsgeschichte und Geschichte an der Universität Wien, Dr. Hans v. Voltelini, Dr. Emil von Ottenthal und Dr. Oswald Redlich, als gebürtige Tiroler darauf aufmerksam, daß der italienischen Forderung auf Abtretung Südtirols nachfolgende politischen Tatsachen entgegenstehe:

1. Die Nordgrenze Italiens erreichte niemals den Kamm der Zentralalpen, sondern lief auch zur Zeit der größten Ausdehnung Italiens in der römischen Kaiserzeit nur am Fuße derselben.

2. Durch die Einwanderung der Bayern im sechsten Jahrhundert wurde auch das Gebiet südlich bis zur Salurnerklause geschlossen von Deutschen besiedelt. Bozen ist seit fast vierzehn Jahrhunderten deutsch.

Digitized by Google

3. Im Jahre 952 wurde das Bistum Trient an das deutsche Reich angegliedert. Als deutsche Reichsfürsten wurden die Bischöfe von Trient von den deutschen Kaisern mit der weltlichen Gewalt in den Grafschaften Bozen und Vintschgau belehnt, deren Ausübung sie an die Grafen von Tirol überlassen mußten.

4. Die Grafen von Tirol erwarben dann auch die weltliche Gewalt über den Besitz der Bischöfe von Brixen und damit die wichtigsten Hoheitsrechte über das ganze, heute gefährdete, Gebiet Tirols. Ihre Nachfolger sind seit 1363 die Habsburger. Durch den Reichsdeputations-Hauptschluß von 1803 wurden beide Bistümer vollends säkularisiert.

5. Seit dem Aufkommen der Landtage, das ist seit dem vierzehnten Jahrhundert, nahmen jederzeit die Vertreter des ganzen deutschen Südtirol, das ist der jetzigen Bezirkshauptmannschaften Bozen, Meran, Schlanders, Brixen, Bruneck an den Landtagen der Grafen von Tirol teil.

6. Diese Landeseinheit blieb ununterbrochen bis in die Gegenwart, ausgenommen die Jahre 1809—13, wo sie durch die Gewalt Napoleons zerschlagen wurde, aber die damals gezogene Grenze erwies sich als unhaltbar in Verwaltung und Wirtschaft.

7. Das deutsche Südtirol ist geschlossen von Deutschen bewohnt, die sich durch Sprache und Kultur scharf von den Italienern abheben. In den in Punkt 5 genannten Bezirkshauptmannschaften wohnen 215 353 Deutsche, 9431 Ladiner und nur 7047, also 3 Prozent Italiener, meist Arbeiter und Handwerker. Auch in Bozen befinden sich nur 6 Prozent Italiener, während in Trient über 10 Prozent Deutsche leben.

8. Das deutsche Südtirol würde durch die Abtretung an Italien wirtschaftlich ruiniert werden (Wein, Obstbau und Fremdenverkehr).

9. Ein dauernder Friede würde durch die Abtretung einer so großen Anzahl überzeugter Deutscher unmöglich werden (Kämpfe 1809).

Im Februarheft der Hamburger Zeitschrift „Deutsches Volkstum" bespricht Georg Kleibömer-Lübeck „Forderungen der Auslanddeutschen an die Nationalversammlung". Er bedauert, daß die Auslanddeutschen keine Organisation hätten, was übrigens insofern nicht mehr ganz richtig ist, als der Berliner Rat der Reichsdeutschen im Ausland weite Kreise der Auslanddeutschen bereits vertritt, und verlangt grundsätzlich gleiche Reichsbürgerrechte auch für die außerhalb der Reichsgrenzen Wohnenden. Kulturpolitik und Kulturwirtschaft sind die beiden Forderungen, die das Ziel der kommenden Entwicklungen darstellen. Zu beidem ist das Auslanddeutschtum nötig. Dieses Auslanddeutschtum braucht aber aus mancherlei Gründen das Reichstagswahlrecht, und die Gewährung dieses Rechts wird auch die Auslandgemeinden von Grund aus umformen, was kein Schaden wäre, denn es war um ihre planmäßige und zielbewußte Arbeit bisher schon recht schlecht bestellt. Der Klassengeist in den Gemeinden muß verschwinden, die Verzettelung muß aufhören. Führende Köpfe müssen die Leitung übernehmen und der Staat muß für ein solches Gemeindehaupt sorgen. Der Konsul sollte es sein, aber er ist Beamter, abhängig von Berlin und unselbständig in seinen Entschließungen. Also braucht man neben dem Handelsbeirat der Kolonie künftig einen Bildungsbeirat oder Kulturbeirat. Schließlich empfiehlt Kleibömer den von Schmied-Kowarzik (Wien) ausgearbeiteten Gedanken einer regelmäßigen jährlichen Tagung aller Auslanddeutschen. Es werde mit dem Auslanddeutschtum besser werden, wenn auch die Konsuln selbständige anstatt bisher nur ausführende Stellungen hätten.

Die „Heimkehr" erscheint vom 1. April 1919 ab im vierten Jahrgang, nachdem sie infolge der ungeklärten Verhältnisse im ersten Vierteljahr l. J. ihr Erscheinen ausgesetzt hatte. Sie wurde s. Zt. als Kriegszeitschrift des Fürsorgevereins für deutsche Rückwandrer für die deutschen Rückwandrer aus dem Osten und die russischen Kriegsgefangenen deutschen Stammes begründet. Die „Heimkehr" schuf sich unter diesen in die alte Heimat gelangten Auslanddeutschen einen festen, durch Interessengemeinschaft verbundenen Leserkreis; sie wurde ihm zur Eingewöhnung in die neuen Verhältnisse, zur Kenntnis der Vorgänge in den deutschen Kolonien Rußlands und zur Aufsuchung vermißter Personen unentbehrlich. In Zukunft wird die „Heimkehr" besonders die Ansiedlungsmöglichkeiten, die sich durch die neue Agrargesetzgebung ergeben, für die rückwandernden Deutschen aus allen Ländern behandeln.

Die „Heimkehr" erscheint im Verlage der Deutschen Landbuchhandlung G. m. b. H., Berlin SW 11, Dessauerstraße 7. Preis vierteljährig 6 Hefte. 2 Mark.

VON UNSERER ARBEIT

Seit 1. Januar gibt das Deutsche Ausland Institut in Gemeinschaft mit der „Deutschen wirtschaftlichen Gesellschaft" die jetzt im IX. Jahrgang erscheinende Zeitschrift „Weltwirtschaft" heraus, die im Verlage von Carl Heymann-Berlin erscheint. Der Umfang der wissenschaftlichen Zeitschrift ist noch durch die Knappheit des Papiers und durch die empfindliche Höhe der Herstellungskosten bedingt, soll aber, sobald es angeht, beträchtlich erweitert werden. Immerhin steht dem Deutschen Ausland Institut zur wissenschaftlichen Behandlung von Fragen des Auslanddeutschtums ansehnlicher Raum zur Verfügung. Für die „Weltwirtschaft" zeichnet verantwortlich der Geschäftsführer der Deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft, Herr Hauptmann a. D. Dr. Paul Leutwein, die „Auslandkunde" behandelt der bekannte Verkehrspolitiker Dr. R. Hennig, das „Auslanddeutschtum" in der Zeitschrift wird von dem Generalsekretär des D. A. I. bearbeitet. Die Zeitschrift wird Mitgliedern des D. A. I., die sie durch unsere Geschäftsstelle beziehen, zu einem ermäßigten Abonnementspreise zur Verfügung gestellt, zu 20 Mk. anstatt 25 Mk. Die „Weltwirtschaft" erscheint monatlich. Die über das Auslanddeutschtum und die Auslandkunde erscheinenden Aufsätze finden unsere Leser in der Bibliographie der „Mitteilungen" verarbeitet. Da die Fragen des Auslanddeutschtums von denen der Weltwirtschaft und des künftigen Aufbaues unserer Volkswirtschaft im allgemeinen Rahmen der Weltwirtschaft nicht zu trennen sind, möchten wir alle unsere an wirtschaftlichen Fragen interessierten Mitglieder und Leser ausdrücklich auf die neue Zeitschrift verweisen.

Wir bitten nebenstehende Anzeigen des D. A. I. besonders beachten zu wollen!

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 20. März 1919
Einsendungen für die „Mitteilungen" werden erbeten an das Deutsche Ausland Institut Stuttgart, Königstraße 15, Schriftleitung der „Mitteilungen".

Mitglieder des Deutschen Ausland Instituts Stuttgart, soweit sie einen Jahresbeitrag von mindestens M. 20.— leisten, erhalten die „Mitteilungen" kostenlos.
Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. — Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.
Druck der Tagblatt-Buchdruckerei Stuttgart.

Digitized by Google

UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK

MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS

MUSEUM UND INSTITUT ZUR KUNDE DES AUSLANDDEUTSCHTUMS UND ZUR FÖRDERUNG DEUTSCHER INTERESSEN IM AUSLAND

Jahrg. II. – Nr. 5 STUTTGART Mai 1919

Das Deutsche Ausland Institut Stuttgart hat eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes eines Staatsvertrages eingesetzt zur Vermeidung von Härten, die sich aus doppelter Staatsangehörigkeit und Staatenlosigkeit ergeben. Die nachfolgenden Herren haben sich freundlichst bereit erklärt, in die Kommission einzutreten: Geheimrat Prof. Dr. jur. Robert Piloty-Würzburg als Vorsitzender, Universitätsprof. Dr. Delaquis-Frankfurt a. M., Universitätsprof. Dr. Hatschek-Göttingen, Geh. Legationsrat von Keller-Berlin, Auswärtiges Amt, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Kohler-Berlin, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Mendelssohn-Bartholdy-Würzburg, Universitätsprofessor Dr. Karl Neumeyer-München, Universitätsprofessor Dr. Partsch-Freiburg i. Br., Dr. Karl Strupp-Frankfurt a. M., Oberbürgermeister Dr. Trautmann-Frankfurt a. O. Die Kommission wird es als ihre Aufgabe ansehen, die aus der Staatenlosigkeit und aus doppelter Staatsangehörigkeit sich ergebenden Unzuträglichkeiten durch ein völkerrechtliches Abkommen zu beseitigen. Das Deutsche Ausland Institut wendet sich an alle Personen, die infolge doppelter Staatsangehörigkeit oder Staatenlosigkeit in diesem Kriege Schwierigkeiten irgendwelcher Art gehabt haben, und wäre ihnen im Interesse der Erfüllung der Aufgaben der Kommission für weitestgehende Ueberlassung einschlägigen Tatsachen- und rechtlichen Materials sehr verbunden.

Preisaufgabe

Das Deutsche Ausland Institut ist überzeugt von der Notwendigkeit, daß die noch im Besitze eines deutschen Staatsangehörigkeitsrechtes befindlichen Auslanddeutschen stärker als bisher an den Geschicken des Reiches interessiert und beteiligt werden müssen, und zwar wenn möglich durch Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechtes.

Die Frage einer solchen Beteiligung ist bisher in Literatur und Praxis noch wenig geklärt.

Wir möchten diese Klärung herbeiführen und erlassen dazu das folgende

Preisausschreiben:

I. Es soll die Frage der Wahlfähigkeit von Auslanddeutschen, die im Besitze einer deutschen Staatsangehörigkeit sind, und zwar auch solcher, die vielleicht auch noch eine zweite Staatsangehörigkeit besitzen, sowohl

nach ihrer völkerrechtlichen wie auch nach ihrer staatsrechtlichen Seite

untersucht werden. Dabei werden positive Vorschläge über die praktische Durchführung, insbesondere die Aufstellung von Kandidatenlisten und das Wahlverfahren, sowie eine rechtsvergleichende Darstellung erwartet.

II. Für die beste Bearbeitung wird ein Preis von M. 1000.—, für die zweitbeste ein Preis von M. 500.— ausgesetzt. Die beiden Arbeiten werden auf Kosten des Ausland Instituts, das an ihnen Eigentumsrecht erwirbt, veröffentlicht. Wird keine Arbeit des ersten Preises für wert befunden, so ist das Preisrichterkollegium befugt, die Preise unter mehrere Bewerber nach seinem Ermessen zu verteilen. Das Ausland Institut ist berechtigt, nicht preisgekrönte Arbeiten zu dem für Aufsätze in seinen Zeitschriften üblichen Honorarsatz zu erwerben und sie in der ihm geeignet erscheinenden Weise zu veröffentlichen.

III. Die Arbeiten sind bis zum 1. Juli 1919 in einem mit Motto versehenen Umschlage der Geschäftsstelle des Deutschen Ausland Instituts Stuttgart, Königstraße 15, einzureichen. Beizuliegen hat ein zweiter verschlossener Umschlag mit gleichem Motto, der Name und Adresse des Verfassers der Preisarbeit enthält.

Digitized by Google

IV. Das Preisrichterkollegium besteht aus den Herren: Universitätsprofessor Dr. v. Blume, Tübingen (Mitglied des Vorstandes des Deutschen Ausland Instituts), Geheimrat Universitätsprofessor v. Anschütz, Heidelberg, Universitätsprofessor Mendelssohn-Bartholdy, Würzburg, Universitätsprofessor Dr. Josef Partsch, Freiburg i. Br., Dr. Karl Strupp, Frankfurt a. M.

V. Die Veröffentlichung der Preisprüfung erfolgt in den „Mitteilungen" des Deutschen Ausland Instituts, sowie in der gemeinsam mit der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft vom Deutschen Ausland Institut herausgegebenen „Weltwirtschaft", außerdem in der Frankfurter Zeitung, der Kölnischen Zeitung, dem Hamburger Fremdenblatt, der Deutschen Allgemeinen Zeitung, dem Bayerischen Staatsanzeiger und sämtlichen Stuttgarter Blättern.

Stuttgart, Januar 1919.

DEUTSCHES AUSLAND INSTITUT
Theodor G. Wanner, Vorsitzender des Vorstandes.

Deutschtum in Sofia

Von MAX ROSENBAUM (Sofia), BERLIN

Die Ansiedlung der Deutschen in Bulgarien geht etwa auf die Zeit des Fürsten Alexander von Battenberg zurück. Mit seinem Hofstaat kam eine Anzahl deutscher Beamter, später fanden sich Kaufleute, Ingenieure und Handwerker in den größeren Städten Bulgariens zusammen, die dort kleine Gemeinden und Kolonien bildeten.

In Sofia waren die Deutschen Ende der achtziger Jahre zu einer deutsch-evangelischen Gemeinde zusammengeschlossen, der nach der Abdankung des Fürsten von Battenberg die Hofkapelle als Gotteshaus überwiesen wurde, das bis auf den heutigen Tag benutzt wird. Im November 1898 wurde vom damaligen deutschen Generalkonsul in Sofia, dem Gesandten von Reichenau, jetzigen Vorsitzenden des Vereins für das Deutschtum im Auslande, die Deutsche Kolonie Sofia mit etwa 40 Mitgliedern gegründet. Sie hat sich seither zu einer geachteten Körperschaft entwickelt, deren Mitglieder in Industrie, Handel und Finanzwesen Bulgariens eine Rolle spielen. Zu ihr zählen die Mitglieder der Gesandtschaft und des Konsulats, die Direktoren, Vertreter und Beamten deutscher Banken, Industriegesellschaften, Versicherungs- und Speditionsfirmen, deutsche Ingenieure, Architekten und Handwerker, die in Bulgarien wirken, die Lehrer der deutschen Schule und schließlich eine Anzahl von Kaufleuten, die seit 20—30 Jahren eigene Geschäftsbetriebe in Bulgarien unterhalten und sich allezeit bemüht haben, ihr Deutschtum treu zu bewahren. Präsident der Deutschen Kolonie ist fast seit ihrer Gründung der frühere Vertreter der Friedrich Krupp A.-G., Herr Paul Kaufmann, Ehrenbürger der Stadt Sofia.

Die Deutsche Kolonie ist zu dem Zwecke gegründet worden, einen engen Zusammenschluß der deutschen Reichsangehörigen und Schutzgenossen zur Pflege vaterländischer Gesinnung herbeizuführen. Sie sucht diesen Zweck durch gesellige Zusammenkünfte, durch Unterhaltung eines Lesezimmers und einer Bibliothek und durch Unterstützung hilfsbedürftiger Landsleute aus ihren Kassen zu erreichen. Weit über diesen engen Rahmen hinaus hat sie sich im Laufe der Jahre zu einer Körperschaft entwickelt, die in allen Fragen, die die Stellung der Deutschen in Bulgarien betreffen, gehört wird und deren Mitglieder überall dort, wo es gemeinsame deutsch-bulgarische Interessen zu vertreten galt, mitarbeiteten. Die Deutsche Kolonie in Sofia war ein Faktor von eigenartigem Gepräge; sie wurde bei jeder Gelegenheit von den bulgarischen Behörden ausgezeichnet und hat es verstanden, sich in der bulgarischen Hauptstadt einen besonderen Platz zu erringen.

Um die Deutsche Kolonie gruppierten sich die deutschen Institutionen, die in kultureller Beziehung dem Deutschtum den Weg bahnten. Vor allem die deutsche Schule, eine Gründung der deutsch-evangelischen Kirchengemeinde, deren Leitung seit Jahrzehnten in den bewährten Händen des Herrn Otto Dörken liegt. Die Schule, 1886 mit 7 Kindern gegründet, hat sich seither zu einer hochansehnlichen Lehranstalt entwickelt, die zuletzt 600 Schüler zählte und im Begriff stand, sich zu einer Realschule nach deutschem Muster umzuwandeln. Zwei Drittel ihrer Zöglinge waren bulgarische Staatsangehörige. Mehrere tausend Bulgaren haben ihre Bildung in dieser deutschen Schule genossen und sich größtenteils trotz aller späteren politischen Ereignisse die Sympathien für das Deutschtum treu bewahrt. Gleichermaßen muß hier der deutschen Schulen in Rustschuk und Philippopel gedacht werden, die in unermüdlicher Arbeit der eingesessenen Deutschen, unterstützt durch pflichttreue Lehrerkollegien, zu bedeutsamen Anstalten ausgebaut werden konnten. Die Fortführung des Schulwerkes wird aber von tatkräftiger Beihilfe der Heimat abhängig sein.

Der vor mehr als 30 Jahren gegründete Sofianer Turnverein war der Pflege des Turn- und Kegelsports bestimmt. Er zählte Deutsche und Bulgaren zu Mitgliedern, aber die Vereinssprache war deutsch. Auf eigenem Grundstück besitzt er eine kleine Turnhalle, die der regelmäßige Treffpunkt der Mitglieder ist. Im Balkankrieg wurde die Turnhalle dem bulgarischen Feld-Sanitätswesen zu Lazarettzwecken zur Verfügung gestellt.

Während des Weltkrieges wurde der Deutsch-bulgarische Kulturverein gegründet zu dem Zwecke, eine engere Fühlungnahme zwischen den in Bulgarien lebenden Deutschen und denjenigen Bulgaren, die ihre Ausbildung in Deutschland genossen hatten, insbesondere also den Akademikern, herbeizuführen. In seinem eigenen Heim war Raum für eine große Bibliothek. Vorträge und künstlerische Darbietungen wurden veranstaltet und gemeinsam sportliche Betätigung getrieben.

Endlich entstand im Jahre 1917 als jüngster der deutschen Vereine in Sofia der Deutsche Frauenverein zu dem Zweck, dem durch den Weltkrieg herbeigeführten engen Zusammenschluß deutscher und an Bulgaren verheirateter deutscher Frauen Dauer zu verleihen und ihn weiter auszugestalten. Diese Ziele sollten erreicht werden durch Zusammenkünfte, durch Hilfsleistung jeder Art für Kriegs- und Wohlfahrtszwecke und endlich durch Gründung eines Mädchenheims, für das die vorbereitenden Arbeiten bereits in Angriff genommen waren.

Die Beziehungen der eingesessenen Deutschen zu den Bulgaren waren stets recht gut. Wenn man den Deutschen jetzt den sicherlich nicht unberechtigten Vorwurf macht, daß sie die Psyche des Auslands nicht richtig einschätzten, so gilt das ja im allgemeinen nicht von den im Auslande ansässigen Deutschen, die viele Dinge viel klarer gesehen haben, als dies in der Heimat der Fall war. So auch in Bulgarien. Als der Weltkrieg kam, als Bulgarien sich auf die Seite Deutschlands stellte, da waren natürlich auch den Deutschen in Bulgarien neue verheißungsvolle Aufgaben gestellt. Handelte es sich doch nicht nur um die Vertiefung der wirtschaft-

Digitized by Google

lichen Beziehungen, zu deren Mitarbeit die im Lande ansässigen Deutschen in erster Reihe berufen waren, sondern vielmehr noch darum, ein dauerndes geistiges Band zwischen Bulgarien und seinen Verbündeten herzustellen. Die Deutschen in Bulgarien brauchen nicht zu bereuen, daß sie daran mit aller Kraft mitgearbeitet haben, daß sie im Rahmen der Möglichkeit nicht nur bestrebt waren in Bulgarien an der Ausgestaltung der Beziehungen mitzuwirken, sondern vor allem immer und immer wieder in der Heimat, soweit sie Gehör fanden, auf das hingewiesen haben, was nottue. Die Arbeit ist vergebens gewesen. Nicht zum wenigsten deshalb, weil man sich in die bulgarische Art, die Dinge zu sehen, in Deutschland nicht genügend hineinfinden konnte und weil es nicht gelang, in den Seelen der Bulgaren das Bewußtsein zu verankern, daß sie im Bunde mit Deutschland ihre nationalen Ziele erreichen würden. Als die bulgarische Armee in Auflösung begriffen war, die Engländer und Franzosen vor den Toren Sofias standen, da schloß die Regierung Waffenstillstand, der zum Ende des Krieges und damit des Vierbundes führte. Nicht die Bulgaren waren es, sondern der siegreiche Feind, der die Entfernung aller Deutschen aus Bulgarien verlangte. Die bulgarische Regierung setzte sich bis zur letzten Stunde dafür ein, diese Maßnahme rückgängig zu machen, aber ohne Erfolg. Die Entente wußte genau, was deutscher Einfluß in Bulgarien bedeutet hatte. Sie wußte auch, daß die ansässigen Deutschen die Träger der guten Beziehungen zwischen den Verbündeten waren.

Anfang Oktober 1918 verließen alle in Bulgarien ansässigen Deutschen das Land, das vielen von ihnen zur zweiten Heimat geworden und in dem manche ein Menschenalter hindurch in unermüdlicher Tatkraft gearbeitet und in vorbildlichem Wirken zum Ansehen des deutschen Namens beigetragen hatten. „Die Tage folgen einander, aber sie gleichen sich nicht", sagte nach dem zweiten Balkankrieg der Präsident der deutschen Kolonie zu König Ferdinand. Die deutsche Arbeit, die in Jahrzehnten aufgebaut war, ist nicht verloren. Mehr als alles andere zeichnet den Bulgaren ein starker Drang nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit aus. In der Zeit des Bündnisses wurde gegen Deutschland oft der Vorwurf erhoben, daß es sich zum Herrn Bulgariens machen wolle. Der Bulgare will keinen Herrn haben, keinen deutschen, aber auch keinen englischen und keinen französischen. Mehr noch als bisher wird das Ziel Bulgariens darauf gerichtet sein, als kleines aber unabhängiges Land allen Völkern der Welt gegenüber gleichberechtigt dazustehen und mit allen gute wirtschaftliche und politische Beziehungen zu unterhalten, so wie es die Verhältnisse ermöglichen. Deshalb wird aber Bulgarien auch bestrebt sein, die Rechte anderer unterschiedslos zu achten und wird den Angehörigen aller Nationen die Möglichkeit geben, in Bulgarien nützliche Arbeit zu leisten, sofern sie die Gesetze des Landes anerkennen und sich ihnen unterordnen. Die Zeit wird kommen, wo auch die Deutschen die unterbrochene Tätigkeit wieder aufnehmen können, und sie werden sich auch durch die Enttäuschungen der Vergangenheit nicht entmutigen lassen, durch eisernen Fleiß und in Pflichttreue sich wieder den Weg zu bahnen, der unterbrochen wurde, aber nicht dauernd gesperrt werden kann.

Die Lage der Deutschen in den besetzten Gebieten Deutschösterreichs

Von Prof. Dr. BENNO IMENDÖRFFER (WIEN)

Als am 7. Oktober vorigen Jahres das naive Manifest des seither entthronten Kaisers, Karls des Letzten, den längst tatsächlich vollzogenen Auseinanderbruch der Habsburgermonarchie sozusagen von Amts wegen anerkannte, standen schon tags darauf die slawischen Nationalstaaten im Norden und Süden fertig da. Die von Deutschen bewohnten Gebiete waren damit gezwungen, auch ihrerseits die Folgerungen aus den gegebenen Tatsachen zu ziehen und sich als Staat „Deutschösterreich" zu konstituieren. Während aber die Tschechoslowaken, Polen und Südslawen schon längst förmlich unter den Augen der k. k. Behörden ihre staatliche Selbständigkeit vorbereitet hatten, war man in Deutschösterreich von den Ereignissen überrascht worden. Daraus ergab sich gegenüber den anderen auf dem Boden der ehemaligen Monarchie entstandenen Nationalstaaten ein verhängnisvoller Nachteil. Die Polen gingen einfach mit fliegenden Fahnen zum neuen polnischen Freistaate, der aus dem russischen Staatskörper herausgeschnitten worden war, über. Tschechoslowaken und Jugoslawen nahmen alle Landschaften und vormaligen österreichischen Kronländer in Besitz, in denen sie die Mehrzahl der Bevölkerung ausmachten. Deutschösterreichs Grenzen dagegen standen zum nicht geringen Teile nur auf dem Papiere oder hingen eigentlich in der Luft. Allerdings ging man sofort daran, alle jene Territorien des zertrümmerten Kaiserstaates, die von geschlossenen Massen Deutscher bewohnt waren, für Teile Deutschösterreichs zu erklären, allein damit war deren tatsächlicher Besitz keineswegs gesichert. Die Slawen im Norden und Süden beriefen sich ihrerseits auf die vorgeblichen „historischen Grenzen" der ehemaligen Kronländer und ihres Volksgebietes und waren dank ihrer zahlenmäßigen Ueberlegenheit gegenüber den deutschen Minderheiten in den Ländern der heiligen Wenzelskrone, Böhmen, Mähren und Schlesien, und in den südlichen Alpenländern, nicht minder dank ihrer militärischen Vorbereitungen in der Lage, ihren allerdings vielfach nichts weniger als historisch begründeten Ansprüchen allen nur wünschenswerten Nachdruck zu verleihen. Die Folge dieser für das deutsche Volk höchst unerfreulichen Tatsache war, daß im Norden mehr als drei und eine halbe, im Süden gegen eine halbe, im ganzen also an die vier Millionen Deutscher unter slawische Oberherrschaft gerieten. In Deutschösterreich hielt man demgegenüber an der Auffassung fest, daß sämtliche geschlossenen Sprachgebiete der Deutschen integrierende Bestandteile Deutschösterreichs seien und brachte dies seither bei jeder Gelegenheit feierlich zum Ausdrucke. Die Besetzung der durch den Zusammenbruch der kaiserlichen Heere völlig wehrlos gewordenen deutschen Gebiete wurde und wird mit Recht nur als ein tatsächlicher, aber nicht als ein rechtlicher Zustand angesehen. Unter Berufung auf das von Wilson und der Entente verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde Einsprache erhoben gegen die Vergewaltigung der Deutschen in den besetzten ehemaligen Landesteilen Oesterreichs. Dieser Auffassung entsprechend, die sich auf unverjährbare Rechte der Deutschen und auf den neuen Grundsatz der nationalen Selbstbestimmung stützt, umfaßt somit, einstweilen allerdings nur theoretisch, Deutschösterreich sämtliche von Deutschen in geschlossener Masse bewohnten Landschaften der Sudeten- und der Alpenländer. Es wird Sache der endgültigen Entscheidung durch die Friedenskonferenz sein, ob diese Auffassung zwischenstaatliche Anerkennung findet oder nicht.

Digitized by Google

Unter den neuentstandenen Slawenstaaten beherbergt Tschechien oder die tschechoslowakische Republik weitaus die größte Anzahl deutscher Einwohner, insgesamt, wie oben gestreift, rund dreieinhalb Millionen, die bei einer Gesamtbevölkerung von etwas mehr als 10 Millionen, wenn wir von den besetzten Teilen Ungarns absehen, etwa 35 Prozent ausmachen. Aus diesem Zahlenverhältnisse ergibt sich, daß man auf tschechischer Seite nicht hoffen kann in friedlicher Kulturarbeit die Deutschen zu entnationalisieren. Darum verkündete denn auch bereits am 14. November 1918 der erste tschechische Ministerpräsident Dr. Karl Kramar, daß das tschechische Volk fest und unverbrüchlich an der Unverletzlichkeit des Verbandes der Länder der böhmischen Krone festhalte, daß aber die Deutschen in ihren Rechten nicht verkürzt werden sollten, wenn sie sich loyal auf den Boden des tschechischen Staates stellten. Seither haben die Deutschen in den Sudetenländern reichlich Gelegenheit gehabt, am eigenen Leibe zu erfahren, was von tschechischen Versprechungen zu halten ist. Fassen wir zunächst die tatsächlichen Verhältnisse ins Auge. Das Rückgrat des tschechoslowakischen Staates bildet das vormalige Königreich Böhmen mit 6 769 378 Einwohnern, von denen 2 467 554 Deutsche sind, somit entfallen 62,60 Prozent auf die Tschechen, 36,45 auf die Deutschen. Kaum minder günstig ist das Verhältnis für die Deutschen, wenn man den Grundbesitz ins Auge faßt. Denn von 51 947 qkm sind 33 562 in tschechischen, 18 385 in deutschen Händen, was 35,4 Prozent des gesamten Flächenausmaßes ausmacht. Weit unvorteilhafter erscheint nun aber die Lage des deutschböhmischen Volkes, wenn man die Verteilung seiner Wohnsitze in Betracht zieht. Geschlossene deutsche Sprachgebiete besitzt Böhmen im Südwesten, Westen, Nordwesten und Nordosten. Schon diese Aufzählung läßt erkennen, daß die deutschen Siedlungen gleich einem Kranze das Land an drei Seiten umrahmen, während das Innere fast einheitlich tschechische Bevölkerung aufweist. Nur einige wenige und räumlich sehr beschränkte deutsche Sprachinseln ragen aus diesem tschechischen Meere empor. Aus dieser Sachlage erklärt es sich denn auch, daß die für den längst vorausgesehenen, weil von den Tschechen vorbereiteten Zusammenbruch des alten Oesterreichs bereitgestellten tschechischen Truppen in strahlenförmigem Aufmarsche sogleich die von jeder Wehrmacht entblößten deutschen Landesteile besetzen konnten, deren Söhne draußen an der Front standen und verhindert waren, in die Heimat zurückzukehren, die sie erst, meist entwaffnet und in kleine Gruppen aufgelöst, erreichen konnten, als es längst zu spät war. Dazu kommt, daß nur das längs des Böhmerwaldes dahinziehende schmale deutsche Sprachgebiet Südböhmens in unmittelbarem geographischen Zusammenhange mit den Kernlanden Deutschösterreichs, Ober- und Niederösterreich, steht, alle anderen deutschböhmischen Landschaften, so das den westlichsten Winkel des Landes ausmachende Egerländchen, das Gebiet des Erzgebirges und endlich das eigentliche Sudetengebiet Nachbarn des Deutschen Reiches sind. Der Gedanke durch unmittelbaren Anschluß an das Deutsche Reich die nationale Lebensmöglichkeit zu retten, war denn auch naheliegend genug, allein der auch jenseits der bisherigen Staatsgrenzen erfolgte Umsturz, der die militärische Lähmung Deutschlands bewirkte, ließ einen derartigen Plan nicht durchführen, zumal das rasche Zugreifen der Tschechen und die eigene Wehrlosigkeit den Gedanken an Widerstand von vornherein ausschlossen. Die augenblickliche Unmöglichkeit, sich der fremdstämmigen Eindringlinge zu erwehren, war um so schmerzlicher, als man sich bewußt war, in einem fast völlig geschlossenen deutschen Gebiete zu leben, in dem die Tschechen eine relativ sehr geringe und dazu keineswegs bodenständige Minderheit ausmachen. Wohnen doch im gesamten Deutschböhmen unter zweieinhalb Millionen Deutschen nicht mehr als 140 000 Tschechen, also wenig mehr als 5. v. H. Stärker ist der tschechische Einschlag lediglich im nordwestböhmischen Braunkohlengebiete, wo namentlich die Bezirke Dux und Brüx 24—26 Prozent Tschechen aufweisen, die erst in den letzten Jahrzehnten zugewandert und fast ausschließlich Bergarbeiter sind. Auch im Nordosten hat die starke Entwicklung der Industrie in den Städten Aussig, Gablonz, Reichenberg usw. starke tschechische Zuwanderung bewirkt, dennoch aber das Bild der überwältigenden deutschen Mehrheit nicht zu stören vermocht. Die beliebte tschechische Doktrin, wonach die Deutschen in Böhmen lediglich vom Auslande eingewanderte Fremdlinge, ungerufene Gäste und Eindringlinge seien, die schon im 15. Jahrhundert von Johann Hus vertreten wurde, der weit mehr noch denn kirchlicher Reformator der Vater des tschechischen Deutschenhasses ist, entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage. Die Deutschen strömten ins Land und setzten sich an dessen Rändern fest, weil diese damals von Urwäldern und Morasten bedeckten Landstriche von den Tschechen selbst nicht besetzt wurden. Deutscher Fleiß und deutsche Arbeit haben hier wahre Paradiese und Hochburgen des Gewerbefleißes geschaffen. Später folgten dann viele Tausende deutscher Handwerker und Bauern, eingeladen von den Beherrschern Böhmens, die die vorbildlichen Eigenschaften der Deutschen zu schätzen wußten und sich zumeist auch selbst als deutsche Reichsfürsten, die sie rechtlich waren, fühlten und daher in den Deutschen keine Fremden sahen. Daß man somit sowohl historische wie nationale, nicht minder politische und wirtschaftliche Gründe genug hatte, um auf deutschösterreichischer Seite auf Deutschböhmen nicht zu verzichten, liegt auf der Hand. Das nördliche und westliche, von Deutschen bewohnte Böhmen erklärte sich daher auch der tschechischen Gewaltherrschaft zum Trotze zum autonomen Gebiete „Deutschböhmen", und das deutschösterreichische Gesetz vom 22. November 1918 anerkannte dieses als einen integrierenden Bestandteil Deutschösterreichs. Daß es sich dabei füglich nur um die Wahrung des Grundsatzes und der staatsrechtlichen Ansprüche, nicht um tatsächlichen Zusammenschluß handeln konnte, nimmt der Sache nichts an innerer Bedeutung, denn in diesen beiden Tatsachen findet der entschlossene Wille des deutschösterreichischen Volkes, auf die deutschböhmischen Gebiete nicht zu verzichten, seinen Ausdruck.

Das mährische Deutschtum befindet sich in einer minder günstigen Lage als das böhmische. Nicht nur ist es zahlenmäßig, sowohl absolut wie relativ, minder kräftig, sondern die von Deutschen bewohnten Teile Mährens bilden zum guten Teile nur größere Sprachinseln. Das Land Mähren zählt insgesamt 2 622 297 Einwohner, darunter 719 439 Deutsche, die 27,44 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Dem entspricht auch die Verteilung des Bodens auf die beiden Volksstämme, denn von den 22 222 qkm des ganzen Landes sind 5100 oder nicht ganz 23 Prozent in deutschem Besitze. Die deutsche Bevölkerung verteilt sich der Hauptmasse nach auf folgende Gebiete: In Südmähren längs der niederösterreichischen Grenze zieht sich eine im Osten breitere im Westen schmälere Zone deutschen Landes dahin, die mit einer Zunge nach Böhmen übergreift. Eine deutsche Sprachinsel bildet die den neuesten tschechischen Volkszählungskünsten zum Trotze noch überwiegend deutsche Landeshauptstadt Brünn mit einigen Vororten. Im Westen liegt die Iglauer Sprachinsel, die von der böhmisch-mährischen Grenze fast in der Mitte gequert wird. Nordöstlich von dieser sehen wir die ebenso gelegene Trübauer Sprachinsel. Ein umfangreicheres deutsches Gebiet findet sich im Nordosten, wo längs der schlesischen Grenze das deutsche Nordmährerland dahinzieht, mit dem das gleichfalls rein deutsche sog. Kuhländchen um die betriebsame Stadt Neutitschein durch eine schmale Brücke verbunden ist. Der Zusammen-

Digitized by Google

hang mit dem westlichen Teile Oesterreichisch-Schlesiens ist hier so enge, daß sich dieses mit den genannten mährischen Landesteilen zum autonomen „Sudetenlande" zusammengeschlossen hat, was freilich von tschechischer Seite ebensowenig Anerkennung fand wie die Konstituierung „Deutschböhmens".

Oesterreichisch-Schlesien zerfällt in zwei auch räumlich getrennte Teile, deren Bevölkerung verschieden zusammengesetzt ist. Während in West-Schlesien, von der Landeshauptstadt Troppau, die an seinem südwestlichen Ende gelegen ist, gegen Nordwesten rein deutsches Gebiet gelegen ist, wohnen in der nächsten Umgebung Troppaus das selbst deutsch ist, Tschechen. In Ost-Schlesien, das ganz dem Gebiete der Karpathen angehört, bilden dagegen die Deutschen eine verhältnismäßig kleine Minderheit, die sich in den drei Sprachinseln um Teschen und Bielitz und an der mährischen Grenze in Friedek zusammendrängen. Dennoch ist die Gesamtzahl der Deutschen in Schlesien relativ weit bedeutender als in den beiden anderen Sudetenländern. Das ganze Land zählt 756 949 Einwohner. Von diesen sind 325 530 oder 43,01 Prozent Deutsche, 235 224 oder 31,08 Proz. Polen, 180 341 oder 23,93 Prozent Tschechen. Im Hundertsatze sind in Schlesien somit die Deutschen stärker vertreten als die Tschechen und die Polen, die beide zusammen wenig mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Abgesehen von dem kleinen tschechischen Gebiete bei Troppau ist West-Schlesien aber geschlossenes deutsches Sprachgebiet, das einerseits mit dem deutschen Nordmähren, andererseits mit Preußisch-Schlesien auf das engste zusammenhängt. In Ost-Schlesien ist die Lage der Deutschen nicht so ungünstig wie ihre geringe Zahl vermuten läßt, weil hier Polen und Tschechen, zwischen denen sich noch vor kurzem ernsthafte Kämpfe abgespielt haben, in erbittertem Streite liegen. Dennoch wird Ost-Schlesiens Deutschtum politisch nicht zu retten sein, und es muß mit dem endgültigen Anschlusse dieses Ländchens an Polen gerechnet werden, da die tschechischen Ansprüche, die sich lediglich auf alte historische Erinnerungen stützen, angesichts der geringen Zahl der Tschechen keine Aussicht auf Verwirklichung haben dürften. Anders liegen die Dinge in West-Schlesien. Hier bilden die Deutschen mit den angrenzenden Teilen Mährens, wie bereits ausgeführt wurde, eine kompakte Masse, und ihr Anspruch, mit diesen zusammen zum mindesten ein autonomes deutsches Territorium (Sudetenland) zu bilden, ist nach jeder Hinsicht vollauf begründet. —

Ein völlig anderes Bild als in den Sudetenländern bieten die nationalen Verhältnisse in den südlichen Alpenländern. Hier verläuft die Sprachgrenze von der schweizerisch-tirolerischen Grenze im wesentlichen in west-östlicher Richtung, wenngleich mit mehrfachen nördlichen und südlichen Ausbuchtungen, bis an die Grenze Ungarns. Lassen wir einstweilen Tirol noch beiseite, so zeigt der Verlauf der Sprachgrenze in Kärnten und Südsteiermark eine gewisse Parallelität zum Flußlaufe der Drau, nur daß der Fluß selbst bald südlich, bald nördlich von der Sprachgrenze gelegen ist, ohne jemals auf eine größere Strecke die Sprachgrenze zu bilden, ein neuer Beweis dafür, wie wenig Bedeutung den Flüssen als sogenannten natürlichen Grenzen zukommt. Verhältnismäßig am einfachsten ließen sich die nationalen Grenzen in Steiermark abstecken. Hier bezeichnet eine, allerdings mehrfach gebrochene, Linie von der kärntnerisch-steierischen Grenze nördlich der Drau bis zu dem Städtchen Radkersburg an der Mur die südliche Grenze des reindeutschen Gebietes. Freilich sind südlich hievon sehr viele deutsche Sprachinseln gelegen, denn fast alle größeren Gemeinwesen, insbesondere die Städte Untersteiermarks sind durchweg deutsch, so vor allem die beiden Hochburgen des Deutschtums im slowenischen Meere Marburg an der Drau und Cilli an der Sann, einem linken Nebenflusse der Save: beide sind derzeit von den Jugoslawen besetzt. Immerhin wäre die Annahme der eben erwähnten Grenze für beide Teile erträglich, denn in dem Steiermark verbleibenden Gebiete wären 99,4 Proz. Deutsche und nur 0,42 Prozent Slowenen, in dem an Jugoslawien fallenden Teile Steiermarks dagegen wären 14 Prozent Deutsche gegenüber von 85,9 Prozent Slowenen. Damit würden nun allerdings bei einer solchen Teilung unverhältnismäßig viele Deutsche unter slawische Herrschaft geraten, allein dies wird sich schwer vermeiden lassen, wenn man bedenkt, daß die erwähnten deutschen Sprachinseln auf das ganze slowenische Gebiet weithin verstreut sind und räumlich mit der deutschen Steiermark gar nicht zusammenhängen. Wären im slawischen Anteile die Deutschen in einer geschlossenen Masse beisammen, so ließe sich vielleicht eine Brücke zum deutschen Gebiete schlagen, so aber bliebe nur der auch in Erwägung gezogene Ausweg übrig, die isolierten deutschen Siedlungen für national autonom zu erklären oder endlich sie als Enklaven im südslawischen Reiche, die politisch zu Deutschösterreich gehören, einzurichten. Die Gewährung der Autonomie seitens des jugoslawischen Staates bietet nur leider keinerlei Bürgschaft dafür, daß dies auf die Dauer auch eingehalten wird, und die Einrichtung deutsch-österreichischer Enklaven würde die Quelle steter Reibungen bilden. Unter solchen Umständen und da es sich nun einmal um eine deutsche Minderheit im slowenischen Gebiete handelt, wird nichts anderes übrig bleiben, als sich auf die nationale Widerstandskraft der Deutschen in Jugoslawien zu verlassen und ihnen alle nur denkbare materielle und moralische Unterstützung zu leihen, wozu in erster Linie die großen Schutzvereine, der Deutsche Schulverein in Wien, das Deutsche Ausland Institut in Stuttgart und der Verein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande in Berlin berufen sein werden. Ganz ähnlich wie in Steiermark liegen die Dinge in Kärnten. Auch hier verläuft die Sprachgrenze im ganzen in west-östlicher Richtung, nur daß sie hier parallel zur Längsachse des Landes gelegen ist, während sie in Steiermark diese quert. Da die Sprachgrenze sich aber auf ihrem ganzen Verlaufe der politischen Südgrenze des Landes (nach der bisherigen Einteilung) sehr stark nähert und nur an zwei Stellen stärker über das linke Drauufer hinübergreift, kommt für den Anfall an Jugoslawien ein verhältnismäßig kleines Stück in Betracht. Bezüglich der Verteilung der beiden Volksstämme, der Deutschen und der Slowenen, oder, wie der Kärtner sagt, der Windischen, ergibt sich folgendes Zahlenverhältnis: Deutschkärnten hätte 326 313 Einwohner, von denen 288 364 oder 88,4 Prozent Deutsche und 37 781 oder 11,6 Prozent Slowenen wären. Der dem Südslawenreiche zuzuweisende Teil des Landes dagegen wäre von 55 631 Einwohnern bevölkert, von denen 12 698 oder 22,8 Proz. Deutsche und 42 904 oder 77,2 Prozent Slowenen wären. Dieselben Gründe, die bei Untersteiermark angeführt wurden, sprechen auch hier für die beiderseitige Annahme dieser Einteilung, die allerdings wieder eine größere Anzahl Deutscher unter slawische Herrschaft beugt als dies umgekehrt der Fall ist. Dieses Verhältnis bekommt aber ein wesentlich besseres Gesicht, wenn man in Betracht zieht, daß von den Deutschen im bisherigen Kärnten nur 4,2 Prozent ausscheiden, dagegen von den bisherigen Kärntnerischen Slowenen nahezu die Hälfte unter deutschösterreichischer Verwaltung verbliebe. Dieses Verhältnis würde allerdings nur dann erzielt werden, wenn, wie es von deutschkärtnerischer Seite gefordert wird, nicht die vorhin erwähnte Sprachgrenze strenge eingehalten würde, sondern die Gebirgsmauer der Karawanken, die seit altersher die Südgrenze des Landes bildeten, beibehalten würde. Die kärntnerischen Slowenen lebten bis in allerjüngste Zeit, soweit nicht nationale Verhetzung, wie sie namentlich von Seite der slowenischen Geistlichkeit systematisch betrieben worden ist, eingriff, mit den Deutschen in

Digitized by Google

bestem Einvernehmen und sind durch mannigfache wirtschaftliche Interessen an Kärnten gebunden. Bei den früheren Reichsratswahlen haben hier die Slowenen zumeist geschlossen für deutsche Wahlwerber gestimmt. Deutsch lernen sie gerne, um so mehr, da die Masse der Bevölkerung das Hochslowenische kaum kennt, sich vielmehr einer stark mit deutschen Wörtern und Wendungen durchsetzten Mundart bedient. Hier könnte also von einer Vergewaltigung der kärntnerischen Slowenen kaum die Rede sein, andererseits aber würde eine Anzahl von deutschen Sprachinseln gerettet werden, denen unter jugoslawischer Herrschaft sicherlich keine glückliche Zukunft winkt.

Das ehemalige Herzogtum Krain bildet nunmehr einen Teil des südslawischen Reiches, wogegen auch von deutscher Seite keinerlei Einwendung erhoben wird, da das Land nahezu einheitlich slowenische Bevölkerung besitzt. Von den früher weit zahlreicheren deutschen Sprachinseln kommt heute nur mehr die des Gottscheerländchens in Betracht, denn in dem voreinst deutschen Laibach sind die Deutschen längst zu einer, wenngleich nicht geringen, Minderheit herabgesunken. Zwischen slowenischem und kroatischem Sprachgebiete, an der Südseite von der Kulpa, einem Nebenflusse der Save berührt, liegt das kleine nur 860 qkm umfassende fast kreisrunde Gottscheerländchen, das seit dem Jahre 1339 von Deutschen besiedelt wurde. Heute sind in „der Gottschee" eine Stadt, Gottschee, und 171 kleine reindeutsche Gemeinden gelegen. Nicht eine einzige slowenische Gemeinde ist hier entstanden. Es handelt sich also in der Tat um eine reindeutsche Sprachinsel mit 16 843 Einwohnern. Da es unmöglich erscheint, diese von der deutschösterreichischen Grenze nahezu 120 km entfernte Siedelung als eine Enklave an den deutschösterreichischen Freistaat anzugliedern, da aber andererseits die Gottscheer selbst Deutsche bleiben wollen und auch verdient haben, daß ihnen ihr Volkstum erhalten bleibt, erscheint der in der Gottschee selbst aufgetretene Wunsch, ein selbständiges neutrales Staatswesen zu bilden, der Ueberlegung wert. Die hier ansässigen Deutschen wünschen nichts anderes als daß ihr kleines Ländchen, etwa nach dem Vorbilde Andorras oder Monacos, eine neutrale kleine Republik unter dem Schutze einer der mächtigsten Großstaaten der Erde werde. Daß man dabei gerade an die Vereinigten Staaten von Amerika denkt, erklärt sich einmal daraus, daß unter den Machthabern der Entente immer noch Wilson das meiste Vertrauen genießt, und andererseits daraus, daß man es vorzieht, einer Großmacht unterstellt zu sein, die in Europa nicht unmittelbare territoriale und machtpolitische Belange zu vertreten hat. Wie die Dinge liegen, hat dieser auf den ersten Blick einigermaßen abenteuerlich anmutende, aber an sich sehr verständige Plan auch wirklich Aussicht auf Erfüllung. Er ist bereits durch die amerikanische Vertretung in Wien zur Kenntnis der amerikanischen Friedenskommission gebracht und auch dem Präsidenten Wilson bekannt. Nimmt er es, wie man wohl erwarten darf, mit seiner Lehre vom Selbstbestimmungsrechte der Völker genau, so steht der Annahme nichts im Wege, daß er sich der Bestrebungen der wackeren Gottscheer annehmen wird.

Die weder geschichtlich noch von völkischem Standpunkte zu rechtfertigenden Ansprüche Italiens auf reindeutsches Gebiet Tirols lassen sich mit wenigen Worten abtun. Ob sie befriedigt werden, hängt lediglich von der Zustimmung seiner Verbündeten ab, denn, wie nun einmal leider die Dinge liegen, vermag weder Tirol noch auch das gesamte Deutschösterreich mit gewaltsamen Mitteln die Besetzung Tirols bis zum Brenner zu verhindern. Werden die Pläne des ohne innere Berechtigung siegestrunkenen Italien Wirklichkeit, so ergäben sie eine beispiellose Vergewaltigung von 221 170 Deutschen, die nahezu die Hälfte der deutschen Bevölkerung ganz Tirols überhaupt ausmachen, das insgesamt 508 458 deutsche Einwohner zählt. Daß damit nichts Dauerndes geschaffen werden kann, liegt auf der Hand. Aller Voraussicht nach würde nur an die Stelle der bisherigen italienischen Irredenta in Oesterreich eine deutsche in Italien treten. Ob damit der Sicherung des künftigen Friedens gedient wäre, beantwortet sich wohl von selbst. Daß es aber dem ganzen deutschen Volke nicht gleichgültig sein kann, wenn das herrliche, urdeutsche Meran, wenn das Eisack- und das Rienztal, wenn Bozen, die Stadt Walters von der Vogelweide, welsch werden, liegt gleichfalls auf der Hand.

Werfen wir zum Schlusse noch einen Blick auf die Schicksale, die das in den von fremden Nachbarstaaten derzeit besetzten Gebieten ansässige Deutschtum in den letzten Monaten zu erdulden hatte, so bietet sich uns ein nichts weniger als tröstliches Bild. Im tschechoslowakischen Staate hat man, trotz der gegenteiligen wiederholten und feierlichen Versicherungen des Präsidenten der Republik, Dr. Masaryk, und des Ministerpräsidenten, Dr. Kramar, bisher nicht im geringsten Miene gemacht, die staatsbürgerlichen Rechte der mit Gewalt einverleibten deutschen Gebiete zu achten. Nackte Gewalt und unerträgliche Bedrückung waren vielmehr bisher schon das Teil der dreieinhalb Millionen Deutschen, die im tschechoslowakischen Staate leben. Es ist nicht möglich, die unzähligen Einzelheiten, die täglich in allen deutschösterreichischen Zeitungen über das rechtswidrige Vorgehen der tschechischen Gewalthaber zu lesen sind, hier aufzuführen. Es sei nur auf den Höhepunkt der Vergewaltigung, denen das brave Volk der Sudetendeutschen ausgesetzt ist, hingewiesen. Als am 4. März in Wien die neue konstituierende Nationalversammlung eröffnet wurde, fanden in sämtlichen deutschen Gemeinden Tschechiens Trauerkundgebungen statt, die dem Schmerze darüber Ausdruck verliehen, daß man von der Teilnahme an der deutschösterreichischen demokratischen Volksvertretung ausgeschlossen war. Obgleich die Deutschen nirgends die öffentliche Ruhe in tumultuöser Weise störten und musterhafte Ordnung hielten, schritt doch überall das tschechische Militär mit Waffengewalt ein. Mehr als dreißig Tote und eine große Anzahl Verwundeter auf deutscher Seite, während kein einziges tschechisches Todesopfer zu beklagen war, sind der traurige Beweis für das barbarische Vorgehen der tschechischen Soldateska. In dem kleinen deutschböhmischen Städtchen Kaaden gab es schon am ersten Tage 20 Tote und mehr als 50 Schwerverwundete, von denen später noch einige ihren Verletzungen erlagen. An diese offene Gewalttat reihen sich seither in schier endloser Zahl die Rechtsverletzungen und Drangsalierungen der Deutschen, auch dort, wo sie seit Jahrhunderten auf eigenem Boden hausen. Daß es in tschechischen Ortschaften nahezu lebensgefährlich ist, öffentlich deutsch zu sprechen, ist nachgerade selbstverständlich. Was aber deutsche Beamte und Geschäftsleute zu leiden haben, ist unaussprechlich. Nicht besser steht es um die Deutschen im jugoslawischen Staate. Das Blutbad, das vor einem Vierteljahre der slowenische, von reichsdeutschen Eltern abstammende General Majstr (ursprünglich Meister) anrichtete, war ein würdiges Seitenstück zu den Deutschenmorden in Böhmen und Mähren. Auch in Jugoslawien werden wie in Tschechien deutsche Schulen gesperrt und deutsche Beamte vertrieben. Nun ist der Zweck dieses gewaltsamen Vorgehens gegen die Deutschen ja völlig klar. Man will sie durch Schrecken einschüchtern, sie mundtot machen und dann bei der Friedenskonferenz im geeigneten Augenblicke damit aufwarten, daß man ein ganz zufriedenes, d. h. in seinem Leiden stummes Deutschtum habe. Einstweilen besitzt das deutsche Volk keine Mittel, gegen diese Dinge anders als in Worten Einsprache zu erheben. Und man kann mit Genugtuung feststellen, daß es bisher nicht gelungen ist, es verstummen zu machen. Laut und vernehmlich erhebt es seine Stimme, um aller Welt das Unrecht

Digitized by Google

kundzutun, das es leidet. Wenn dereinst Ruhe und Ordnung in irgend einer Form in unserem gequälten Erdteile zurückgekehrt sein werden, wird es die Aufgabe aller Deutschen sein, sich ihrer Brüder in fremden Landen anzunehmen. Soll aber nicht eine große europäische Irredenta des Deutschtums entstehen, so wird man gut tun, beim Friedensschlusse billige Forderungen des deutschen Volkes zu berücksichtigen. Uns aber bleibt auf jeden Fall reichlich Arbeit auf dem Gebiete des Wiederaufbaues deutscher Kultur überall dort, wo sie einmal Wurzel geschlagen hat.

Die Entwicklung in der Baltenmark

Von Dr. KURT STAVENHAGEN (Goldingen)

Die Monate November und Dezember 1918 waren sicher die traurigsten Zeiten, die das deutsche Baltentum erlebt hat. In Lettland und Estenland (Estland und Nordlivland) hatten sich die neuen Regierungen mit fast vollständiger Ausscheidung der deutschen Elemente gebildet. Mit Worten traten sie für die Gleichberechtigung aller Nationen ein, aber wenn es an die Praxis ging, war plötzlich nur für deutsche Volksschulen, aber nicht mehr für höhere Schulen Geld da. Von linksher gedrängt, sahen sich die bürgerlich-mehrheitssozialistischen Regierungen veranlaßt, als ersten Programmpunkt die Aufteilung des deutschen Großgrundbesitzes aufzustellen. Da von diesem die überwiegende Steuerlast für das deutsche Schulwesen getragen wird, hätte solch eine Maßregel die Vernichtung des Deutschtums überhaupt bedeutet.

Dazu kam der Schmerz um die Vernichtung Deutschlands und um, was noch schlimmer war, den moralischen Zusammenbruch: deutsche Soldaten rissen zu einem Teil feige aus, sobald sich russische Bolschewiki in der Ferne zeigten, sie fraternisierten mit den einheimisch-baltischen Bolschewisten, verkauften und schenkten ihnen Waffen und entwaffneten deutsch-baltische Herren (bei Autz). Selbst die „eiserne Division" gab sich Verbrüderungsfeste mit bolschewistischen Letten, und manche hohe Herren aus dem Offiziers- und Beamtenstand verbogen ihr Rückgrat vor den kommenden Machthabern. Es war ein Maß von Würdelosigkeit, an das man nur mit Grauen zurückdenken kann. Von außen fiel die Sovjetarmee, von ehemaligen lettischen Schützenregimentern, russischen Abteilungen und starken reichsdeutschen Detachements (70 Prozent des Bolschewistenheeres im Saratowschen und Samaraschen bestehen aus deutschen Kriegsgefangenen) in Livland sengend, mordend und plündernd ein. Im Innern erhoben sich die Räte der einheimischen Bolschewisten: die Gemeindearbeiter- und Stadtarbeiterräte wählten die Kreisvollzugsräte, aus denen dann der republikanische Gesamtrat Lettlands hervorgehen sollte. Die lettische Regierung duldete sie, und in einem und demselben Amtslokal saßen häufig die beiden konkurrierenden Machthaber, und derselbe Telephondraht leitete den Befehl des von der lettischen Regierung eingesetzten „Kreischefs" (Landrats) und den Gegenbefehl des usurpierten Kreisvollzugsrats hinaus. Die Gemeinderäte sperrten den Städten die Zufuhr, die lettische Regierung fing an, Truppen auszuheben, die zu 30 Prozent aus Bolschewisten bestanden. Hunger, Bürgerkrieg, Mord und Chaos standen bevor.

Die städtischen Arbeiterräte geberdeten sich, ehe sie ans Ruder kamen, ganz international und konnten nicht genug betonen, daß, wie vor Gott, so vor ihnen die Nationen gleich seien. Kamen sie in den Stadtverwaltungen ans Ruder, so machten sie zunächst den deutschen Schulen den Garaus und verjagten die deutschen Lehrer. Bekamen sie Waffen, so fielen sie über die Deutschen ohne Unterschied der sozialen Stellung her: der ermordete Schuhmacher Thiem, die 11 deutschen Kleinbauern bei Goldingen, der Propst Bernewitz usw. waren wirklich keine Rentner, sondern lebten von ihrer Hände Arbeit wie die lettischen „Strahdneeki" (Arbeiter), aber sie hatten das Pech, mal in den Vorstand des deutschen Volksbundes oder deutschen Vereins gewählt zu sein, oder einem deutschen Offizier, wie das ermordete Fräulein Kupffer, einen Blumenstrauß überreicht zu haben. Bolschewismus hat an sich mit Internationalität nichts zu tun; er ist psychologisch seinem Wesen nach ein Selbstvergiftungsprozeß, den die Psychologen Ressentiment nennen, und der seinen Haß gegen das richtet, was ihm als höherstehend auch dann noch irgendwie gegeben ist, wenn er es nicht nur mit dem Munde, sondern seiner innersten Ueberzeugung nach als das Minderwertige bezeichnet. In Gebieten, wo niederes und höheres Menschentum, Russen und Letten einerseits, Deutsche andrerseits zusammentreffen, muß Bolschewismus mit Notwendigkeit Chauvinismus werden. Fallen die russischen Bolschewisten einmal in Ostpreußen ein, so wird man davon ärgere Proben als 1914 erleben.

Wenn das Deutschtum wenigstens Lettlands jetzt wieder mutiger in die Zukunft sehen darf, so ist der rettende Engel der russische Bolschewist gewesen. Zwar hat die Sovjetarmee das Deutschtum wie mit einem Besen glatt aus dem Lande gekehrt und die wenigen Zurückgebliebenen unter noch größern Greueln als sie dem Einfalle des Zaren Iwans des Grausamen im Jahre 1577 nachgesagt werden, vernichtet: aber mit dem Deutschtum fegten sie die lettländische Regierung hinaus. Im Dezember fiel ganz Livland, am 2. Januar Riga, am 8. Mitau in die Hände der Bolschewisten, und Ende Januar hielt sich nur ein kleiner Streifen um Libau. Und das wurde die Rettung.

Infolge des Bolschewisteneinfalls ist das baltische Deutschtum über Nacht wieder zu einer Macht im Lande geworden: das wichtige Ereignis ist die Begründung der baltischen Landeswehr. Noch im November streckte das Deutsche Reich dem lettländischen Staate drei Millionen Mark zur Organisierung einer eigenen Militärmacht vor. Es sollten aufgestellt werden: 18 lettische Kompagnien (zu je 200 Mann), eine russische und 7 deutsch-baltische und außerdem ein sog. „Stoßtrupp", bestehend aus etwa 250 deutschen Balten, die als Freiwillige im deutschen Heer gedient hatten. Die deutschen Abteilungen mit deutscher Kommandosprache und meist unter Offizieren aus dem deutschen Heer sind tatsächlich zustande gekommen. Vom 50jährigen Mann bis zum Tertianer, Adel, Bürgertum und die deutschen Kolonisten — bis zum letzten Mann hat alles zu den Waffen gegriffen. Von den lettischen Abteilungen kamen drei zustande, zwei von ihnen meuterten noch in den letzten Dezembertagen, die auf Bitten der lettländischen Regierung vom deutsch-baltischen Stoßtrupp entwaffnet wurden. So verfügt die lettische Regierung über die eine lettische Abteilung — es sind 200 lettische Studenten — und die deutsch-baltischen Abteilungen. Mehr Schützen hat sie nicht. Denn bei der bolschewistischen Durchseuchung des Lettentums verbieten sich weitere Aushebungen von selbst.

Diese jetzt sehr verstärkte und umorganisierte deutsche Landeswehr, die jetzt mit den neuen reichsdeutschen Formationen zusammen den größten Teil Kurlands wiedererobert hat, hat ihr Blut natürlich nicht vergossen, um den 1,4 Millionen Letten, die 200 Mann aufgebracht haben, eine ruhige Zukunft zu sichern, das Deutschtum aber auf friedlich-gesetzgeberischem Wege vernichten zu lassen. Angesichts der

Digitized by Google

Tatsachen, daß die baltischen Deutschen das kulturell wichtigste Element sind, daß auf ihren Schultern über die Hälfte der Steuerlast ruht, daß sie jetzt mit ihrem Blut die lettische Republik säubern, verlangen sie eine diesen Umständen angemessene Stellung: z. B. Garantie des deutschen Besitzes, Gleichberechtigung der deutschen Sprache als Landessprache, eine dem Gewicht des Deutschtums entsprechende Besetzung der hohen Beamtenposten usw. Die Verhandlungen darüber sind jetzt im Gange und werden, da, wie gesagt, die baltische Landeswehr die einzige nennenswerte Stütze der lettischen Regierung ist, sicher zu einem Resultat führen. Damit hätten die baltischen Deutschen wieder eine Existenzmöglichkeit im eigenen Lande.

Verdient haben sie es wahrlich. Um den 20. Januar herum schien Libau nicht mehr zu halten zu sein. Aber die Landeswehr wollte sich bis zum letzten gegen die aussichtslose Uebermacht schlagen, um wenigstens die Ehre deutschen Namens zu retten, die durch die Feigheit und Gesinnungslosigkeit der Reste der 8. Armee in den Schmutz getreten war. Am 15. Januar lieferte die Landeswehr bei Alt-Autz den Bolschewisten ein glückliches Gefecht. Ueber 1100 eiserne Divisionäre (im Baltikum „blecherne" genannt) liefen bei Murajewo, 40 Kilometer weiter hinten, schon auf das Gerücht über diese Tatsache hin weg. Diesen Januarkämpfen um Libau wird man trotz der relativ geringen Kräfte, mit denen sie zum Austrag gebracht wurden, einmal eine weltgeschichtliche Bedeutung zuschreiben: Die Sovjetarmee drang damals gleichzeitig über Schaulen und Libau nach Ostpreußen vor, um in das spartakistisch durchseuchte Ostpreußen einzufallen. Man vergegenwärtige sich, was das bedeutet hätte: Der Spartakusbund des ganzen Reiches hätte sich erhoben, mit russischer Hilfe die vorhandenen Regierungen gestürzt, die bolschewistische Bewegung mit allen ihren Segnungen: Hunger, Raub, Mord, Plünderung bis an den Rhein vorgetragen — und wer weiß, ob sie da, ja ob sie am Kanal stehen geblieben wäre. Libau war das letzte Hindernis. Während sogar zum Teil deutsche Soldaten den Bolschewisten die Wege ebneten, während das deutsche Bürger- und Arbeitertum tanzte, oder arbeitete, wählte oder streikte, in dem Augenblick, als die Geschicke auf des Messers Schneide standen, hat die deutschbaltische Landeswehr, ohne es zu wissen, Deutschland, vielleicht die Welt gerettet.

Unterdessen ist Hilfe eingetroffen. Allerdings nicht von seiten der Entente, an die die lettländische Regierung im Dezember und Januar flehentliche Bitten um Hilfe sandte, auch nicht von den schwedischen Freiwilligen, mit denen sie im Januar verhandelte, sondern von Deutschland aus. Wenn das deutsche Arbeiter- und Bürgertum als Ganzes ja hoffnungsloser Lethargie verfallen zu sein scheint und sich zu keiner Tat, ja nicht einmal zu Verständnis und Interesse für die weltgeschichtlichen Ereignisse im Osten aufraffen kann, so haben sich in Deutschland doch Männer gefunden, die die Gefahr übersahen und darüber hinaus den Sprung ins Ungewisse wagten, um sich und allem Deutschtum im Osten, nicht dem baltischen allein, neue Zukunftsmöglichkeiten zu erschließen. Es wird für immer ein Verdienst des Generalbevollmächtigten für die baltischen Lande, Herrn Winnig, bleiben, der ungeheuern Gefahr entgegengesehen und Maßregeln dagegen ergriffen zu haben.

Winnig schloß noch im Dezember in Riga mit der lettländischen Regierung einen Vertrag, nach dem alle Reichsdeutschen, die dort in irgend einer Formation gegen die Bolschewiki kämpfen, in Lettland Heimat- und Bürgerrecht haben sollen. Dieser Vertrag ist nun die zweite große Hoffnung des baltischen Deutschtums geworden. Denn er ermöglicht die Ansiedelung von Reichsdeutschen und damit die Stärkung des Baltentums. Gleichzeitig schuf Winnig in Berlin die Anwerbungsstelle Baltenland (Am Karlsbad 29, I), deren Zweigstellen im Reiche Truppen für das Baltikum anwerben. Diese sind Truppen des Deutschen Reiches, erhalten von diesem mobile Löhnung, 5 Mark Zulage, Bewaffnung, Verpflegung usw. und gelten als zeitweilig zum aktiven Dienst herangezogen. Die lettländische Regierung zahlt, sobald sie die Grenze überschritten haben, eine Zulage von 4 Mark. Weniger durch den hohen Sold, als durch die Aussicht, eben Land erwerben zu können und sich damit eine in Deutschland erschwerte, ja vielfach unmögliche Existenzbegründung zu schaffen, ist es gelungen, eine Truppenmacht aufzustellen — wirkliche Soldaten, die kämpfen und Disziplin halten —, die einen großen Teil Kurlands gesäubert hat. Ehe die Wege durch die Schneeschmelze erweichten, stieß die Landeswehr über Goldingen, Zabeln, Kandern und Tuckum auf Mitau vor, während die 1. Garde-Reserve-Division mit dazugehörigem Freikorps mit demselben Ziel längs der Bahnlinie Libau—Murawjewo—Mitau vorging. Mitau ist jetzt von zwei Seiten umklammert und entweder schon gefallen oder der Fall steht demnächst bevor. Man soll aber nur ja nicht glauben, daß damit der Kampf schon entschieden wäre. Nach allem, was man hört, zieht das Sovjetrußland Verstärkungen heran. Die Hauptkämpfe stehen noch bevor, und die Gefahr für Deutschland ist noch immer ungeheuer.

Auch innerpolitisch haben sich die Dinge weiterentwickelt. Der Großgrundbesitz ist nach wie vor bereit, ½ seines Landes der gemeinnützigen Siedelungsgesellschaft Kurland (Berlin, Am Karlsbad 29) zu Siedelungszwecken zur Verfügung zu stellen. Die Formen müssen freilich andere sein als die der bekannten lex Hindenburg. Jetzt können alle Bolschewikikämpfer angesiedelt werden. Zugute kommen wird die Siedelung vorwiegend Reichsdeutschen. Für die praktische Arbeit hat sich vor etwa einem Monat in Libau ein Landlieferungsausschuß gebildet, demgegenüber sich alle Großgrundbesitzer rechtsverbindlich zur Lieferung des auf sie entfallenden Gebietes zu den Friedenspreisen von 1914 verpflichten. Von diesem Ausschuß, in dem die Interessen der reichsdeutschen Truppen durch ihre Kommandeure vertreten werden, übernimmt das Land die Landgesellschaft Kurland und hofft noch in diesem Jahre gleich nach Abschluß der Operationen bei einer Anzahlung von 5—10 Prozent Kaufpreis mit dem Ansiedeln beginnen zu können. Ein Teil der deutschen Landeskinder, die Deutschland jetzt abgeben muß, findet dort im Anschluß an das baltische Deutschtum und seine Organisationen und zu seiner Stärkung in geschlossenen Kolonien angesiedelt seine Zukunft und hat es nicht nötig, sich zum Schaden deutschen Volkstums in Amerika oder Japan als Kulturdünger verbrauchen zu lassen. Man kann nur hoffen, daß sich die deutschen Regierungen und offiziellen Institiutionen mehr als es bisher geschehen, dieser für Letten und Deutsche gleich heilsamen Bewegung annehmen werden.

Das Schicksal der Deutschen in Polen

Von Diplom-Ing. HEINRICH GESELL, bisher Hauptschriftleiter der Lodzer Freien Presse, z. Zt. in BERLIN

Daß es den einheimischen Deutschen in Polen nach dem Abzug der deutschen Truppen aus dem Land nicht eben besonders gut gehen würde, mußte jeder erwarten, der die Verhältnisse dort einigermaßen zu überblicken vermochte. War es doch schon während des größten Teiles der Besetzung klar für jeden, der sehen wollte, daß die Dinge einen wenig erfreulichen Verlauf nehmen müßten.

Und was man befürchtete, ist auch eingetroffen. Nicht wenig dazu beigetragen hat natürlich das wenig rühmliche Ende der deutschen Besetzung und der nach weiteren vier

Digitized by Google

Wochen erfolgte Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, aber auch ohne diese Ereignisse wäre es wohl nicht viel anders gekommen, als es gekommen ist. Es zeigte sich, daß trotz der vielen aufbauenden Arbeit, die der polnische Staat zu leisten hat, immer noch genügend Kräfte aller Art frei sind, um die negative Arbeit der Zerstörung zu betreiben, wobei diese Kräfte sich selbst und andern einreden, daß sie zum Wohl des polnischen Staates handelten. Vor allem ist es ein Teil der rasch wieder aufgeschossenen Presse, die sich ausgiebig in Deutschenhetze ergeht, an ihrer Spitze marschiert das radikal nationalistische Blatt „Rozwoj" in Lodz und das in deutscher Sprache erscheinende Nationaldemokratenblatt, die „Neue Lodzer Zeitung". Beide treiben es mit der Verhetzung sehr stark, die „Neue Lodzer Zeitung" erging sich namentlich in den ersten Tagen der Befreiung in den allergemeinsten Ausdrücken und Beschuldigungen, als sie das bisherige deutsche Amtsblatt, die „Deutsche Lodzer Zeitung", glücklich um die Ecke gebracht hatte. Seit von einigen Redakteuren dieses Blattes dann ein neues Organ, die „Lodzer Freie Presse", herausgegeben wurde, mäßigte sich die „Neue Lodzer" wieder, offenbar hatte die Hetze nicht den erwarteten finanziellen Erfolg gehabt.

Neben der Zeitung war es vor allem Schulwesen, Vereinswesen und Genossenschaftswesen, auf das sich die deutsche Minderheit stützen konnte. Von allem hat sich bis jetzt das Genossenschaftswesen am besten gehalten. Die Deutsche Genossenschaftsbank mit ihren zwei Millionen Aktienkapital steht unverrückt fest und sicher da, hinter ihr stehen etwa 170 deutsche Genossenschaften. Zumeist sind es ländliche Spar- und Darlehenskassen, doch fehlen auch städtische Selbsthilfen (Konsumvereine), Gesellschaften gegenseitigen Kredits usw. nicht. Ihren Rückhalt hatte die Bank bei ihrer Gründung bei den deutschen Genossenschaften in Posen, die Verbindung mit den dortigen Unternehmungen konnte trotz vieler Fährlichkeiten aufrechterhalten werden.

Schon weniger gut geht es dem deutschen Vereinsleben. Zwar sind deutsche Vereine noch nicht geschlossen worden und sicherlich geht alles seinen Gang weiter. Die neutralen Vereine, namentlich die Kirchgesangvereine usw., sind natürlich vollkommen unbehelligt geblieben, aber auch der große völkische Verein, der „Deutsche Verein Hauptsitz Lodz" besteht noch unverändert fort. Er zählt nach mächtigem Aufschwung im letzten Jahr der Okkupation heute fast 30 000 Mitglieder und ist eine das ganze Land umfassende Organisation. Er wie alle andern aber hat heute vor seiner Tür nur ein polnisches Schild, deutsche Aufschriften sind verboten oder zum mindesten so verpönt, daß sie außer auf den Zeitungen unmöglich sind. Weggefallen ist natürlich das deutsche Pfadfinderkorps, dagegen besteht die rege Jugendabteilung in Lodz mit über 800 Mitgliedern weiter und unterhält nach wie vor ihre deutschen Jugendheime. An Stelle des bisherigen Vereinsorgans, der „Deutschen Post", erscheint seit 1. Januar ein dem Verein nahestehender „Volksfreund" in kleinem Format, um der Bewegung nicht jeden Halt zu nehmen. Viel Angst hat Ende Februar die Verhaftung des ersten und des zweiten Vorsitzenden des Vereins, der Herren Eichler und Flierl, unter alle Deutschen gebracht, sie erfolgte im Zusammenhang mit von Warschau unternommenen Untersuchungen über die Beziehungen der deutschen Organisationen zu der verflossenen deutschen Besatzungsbehörde. Doch melden die neuesten Zeitungen aus Lodz, daß erfreulicherweise alle Verhaftungen wieder rückgängig gemacht wurden, so daß auch die beiden außerdem verhafteten Herren v. Eltz und Günther vom deutschen Gymnasium wieder auf freiem Fuße sind.

Trotzdem darf man sich nicht darüber täuschen, daß es dem Schulwesen ganz besonders schlecht geht. Schon im Dezember begann es in verschiedenen Landesschulen zu kriseln, die Hetzarbeit der evangelischen Pastoren — von ihr soll nachher noch die Rede sein — ließ manche Lehrer und Bauern ängstlich werden, sodaß der deutsch-evangelische Landesschulverband mit seinen über 500 Schulen sich entschloß, im Januar eine außerordentliche Hauptversammlung nach Lodz zu berufen. Sie war wohl auf lange hinaus die letzte machtvolle Kundgebung des polnischen Deutschtums, sie endete — gestützt auf eine vorläufige Zusage der Warschauer Regierung — mit dem fast einmütigen Beschluß, den Landesschulverband weiterbestehen zu lassen. Es sollte nicht sein. Am 1. März wurde er durch Dekret der polnischen Regierung geschlossen, die erste amtliche Maßnahme gegen die deutsche Arbeit war damit ergangen. Die Volksschulen und das Lehrerseminar werden verstaatlicht; mit dem neuen Schuljahr soll überall dort die polnische Unterrichtssprache eingeführt werden, wo dies von der Mehrheit der Gemeinde verlangt wird — eine recht dehnbare Bestimmung, denn die Pastoren werden schon alles aufwenden, um derartige Beschlüsse herbeizuführen. Für die verbleibende Minderheit soll ebenso wie in den weiterhin deutsch unterrichtenden Schulen Polnisch als Fach vom zweiten Schuljahr ab eingeführt werden.

Schlimmer noch fast als den Volksschulen scheint es den höheren Schulen zu gehen. Wurde doch in den ersten Märztagen das gesamte reichsdeutsche Lehrpersonal des deutschen Luisenlyzeums ausgewiesen, der Weiterbestand dieser schönen deutschen Auslandschule erscheint damit auf das äußerste gefährdet, wenn die Schule zurzeit auch provisorisch mit den ganz wenigen einheimischen Lehrkräften weiterbetrieben wird. Es mag sein, daß zu dieser Ausweisung das wenig glückliche Auftreten des Leiters der Schule viel beigetragen hat. Um der Sache willen muß man es um so mehr bedauern, daß man von deutscher Seite auf diesen gefährlichen Außenposten nicht eine ganz sichere sachliche Persönlichkeit stellte. Das schon vor dem Krieg gegründete deutsche Gymnasium mit seinem schönen eigenen Haus besteht vorerst noch in vollem Umfang, doch erleiden alle Schulen durch private Verhetzung viel Schaden. So wurde den Schülern aller deutschen Schulen von der Vorortbahngesellschaft das Recht der Schülerkarten entzogen, dem deutschen Gymnasium droht außerdem, daß ihm ein großer Teil der Schüler der obersten Klassen zum Heeresdienst einberufen wird, während die polnischen Gymnasien weitgehende Dispense erhalten haben. Ueber die kleineren höheren Schulen in den Nachbarstädten und draußen im Land hört man gar nichts. Es ist anzunehmen, daß sie vorerst noch bestehen.

Dies das Schicksal der deutschen Bewegung in den ersten vier Monaten eines selbständigen Polen. Mancher wird sagen es könnte nach dem deutschen Zusammenbruch wesentlich schlimmer sein als es ist und man sollte froh sein, daß es so ist. Aber man darf sich über die wahre Lage nicht täuschen. Soweit das städtische Deutschtum in Frage kommt, ist die persönliche Not sehr groß. Wohlhabende Fabrikanten leiden sehr unter dem Terror der arbeitslosen Massen, die von ihnen andauernd Geldsummen erpressen. Der größere Teil dieser Herren lebt deshalb zurzeit in Deutschland, und die schlechten Aussichten für die Zukunft bedrücken sie alle sehr. Der Mittelstand und noch mehr die aus Deutschland heimgekehrte Arbeiterschaft leiden bei dem noch immer andauernden Darniederliegen der polnischen Textilindustrie sehr, und gerade unter den treuen Deutschen herrscht oft unmittelbarstes Elend. Dazu kommt, daß es an einheimischen Führern so gut wie ganz fehlt, und was an Herren aus der alten Heimat im Kriege zur Führung hinkam, ist mit der verschwindenden Ausnahme der beiden Genossenschaftsbankdirektoren freiwillig oder auch gezwungen wieder nach Deutschland zurückgekehrt.

Digitized by Google

Trotzdem haben die Deutschen sich aufgeschwungen, und in den Wahlen zur polnischen Nationalversammlung lebhafte Agitation entfaltet. Trotz der starken Anfeindung durch die polenfreundlichen Scheindeutschen vom Schlag der „Neuen Lodzer Zeitung" ist es gelungen, vom Stadt- und Landkreis Lodz je einen Deutschen in den Landtag zu entsenden, bei den Wahlen zur Stadtverwaltung wurden sechs Deutsche und ein Deutsch-Pole (Assimilant) gewählt. Die Partei heißt „Deutsche Volkspartei in Polen" und steht innerpolitisch auf linksliberalem, arbeiterfreundlichem Boden.

Weitaus am meisten wird dem ganzen Deutschtum durch die evangelischen Pastoren des Landes geschadet, die offene Polonisierung betreiben. Einem Pastor war es vorbehalten, die erste Schließung einer deutschen Schule zu veranlassen (Pastor Loth in Zyrardow), der Generalsuperintendent selbst, Pastor Bursche in Warschau, ist nach Paris gefahren, um dort für die Annektierung der evangelischen Schlesier in Oesterreich, in Mittelschlesien (!!!) und der 320 000 evangelischen Masuren in Ostpreußen zu plädieren. In der von ihm nach seiner Rückkehr herausgegebenen Mitteilung kommen diese Bevölkerungen mehrfach unter dem immerhin beachtenswerten Sammelnamen „polnisch-evangelische Bevölkerung" vor, es wird von der Pariser Konferenz die Einverleibung all dieser Gebiete in das polnische Reich verlangt.

Ueberall führen die Geistlichen polnische Gottesdienste ein; in Warschau ist deutscher Gottesdienst trotz starken Besuchs nur noch zweimal im Monat. Vor allem aber werden bei Pfarrwahlen alle deutsch-gesinnten Pastoren ausgeschaltet, die Lodzer Johannisgemeinde ist dafür aus den letzten Tagen ein schlagender Beweis. Es meldeten sich auf eine vakante Stelle zwei Pastoren, ein polenfreundlicher Herr, namens Falzmann, und ein deutscher, namens Gerhardt. Der leitende Pastor der Gemeinde, Superintendent Angerstein, unterschlug die zweite Meldung und ließ den ersten zur Probepredigt zu. Erst scharfer Protest half, jedoch nicht weit, denn nun stellte das Konsistorium ohne Angabe von Gründen doch nur den ersten Herrn zur Wahl. Erst ein erneuter flammender Protest von seiten sehr vieler Gemeindemitglieder führte zur Vertagung der überstürzt angesetzten Wahl, von der zudem alle die ausgeschaltet sein sollten, die — wie die meisten Arbeiter, weil sie im Reich arbeiteten — keine Kirchensteuer bezahlt hatten.

Gegen dieses schwere Uebel wird wahrscheinlich nur eine Loslösung der deutschen Elemente aus der Landeskirche helfen, schon vielfach ist der Gedanke an eine deutsche freie Volkskirche aus einem Zusammenschluß der einzelnen freien Gemeinden aufgetaucht, wie sie auch anderwärts teilweise entstanden sind. Die zum Teil wohl aus der alten Heimat hinüberkommenden Pastoren dieser Gemeinden — im Krieg hat eine Reihe reichsdeutscher Pastoren in Stadt und Land überaus segensreich gewirkt — würden dann auch außerhalb der reinen Kirchenfragen das gegebene deutsche Führerelement im Lande sein, so recht geeignet, die politisch und wirtschaftlich wenig aufgeklärten deutschen Landleute und Arbeiter zu fördern und zu schützen. Dabei soll keineswegs in irgend einer Form Kolonisation oder gar Germanisierung getrieben werden, wir wollen heute nur erhalten, was vorhanden ist und wollen vor allem dafür sorgen, daß unsere Stammesangehörigen ihre jahrhundertelang bewahrte Stammeszugehörigkeit nicht jetzt einbüßen, weil sie sie verleugnen müssen.

Darum gilt es auch heute schon Mittel und Wege zu suchen, daß bei Wiederaufnahme der Beziehungen zur polnischen Regierung von deutscher Seite alles getan wird, um den deutschen Stammesgenossen ihr Recht auf ihre Sprache, vor allem in der Schule, aber auch in der Verwaltung, zu wahren, man darf hoffen und wünschen, daß das möglich ist, wenn man den im Deutschen Reich verbleibenden polnischen Minderheiten — z. B. im Rheinland und in Westfalen — dieselben Rechte gewährt, sodaß auf dem Wege gegenseitiger Duldung den deutschen Agrar- und Industriepionieren in Polen ein erträgliches Dasein gesichert wird. Der deutschen Vertretung in Polen wird es vorbehalten sein, hier dauernd aufklärend zu wirken, das Deutschtum in Polen hat trotz seiner größtenteils fremden Staatsangehörigkeit ein Recht darauf, von der alten Heimat geachtet und geschützt zu werden. Der Krieg hat da viel verschuldet — wieviel Elend hat die deutsche Verwaltung zum Beispiel allein der großenteils deutschen Industrie in Lodz gebracht — möchte der neue Geist in Deutschland hier so viel als möglich wieder gut machen.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutschböhmen.

Ueber das Blutbad von Kaaden am 4. März veröffentlichen das Bürgermeisteramt und der Stadtrat einen Bericht, aus dem klar hervorgeht, wie sinnlos die tschechische Besatzung in die Menge schoß. Die sozialdemokratische Partei hatte zu einer Massenversammlung eingeladen, sie war von Mitgliedern aller Parteien außerordentlich besucht. Darnach zog man durch die Stadt, nachdem der Bürgermeister zu völliger Ruhe und Ordnung ermahnt hatte. Am Rathausturm wehte nach einer Vereinbarung die schwarz-rot-goldene neben der tschechischen Flagge. Als ein Unberufener die tschechische Flagge einzog, wurde sie wieder von der tschechischen Besatzung gehißt, dafür aber die deutsche Fahne entfernt. Der Bürgermeister ließ darauf durch eine Dachluke des Rathauses die schwarz-rot-goldene Flagge wieder hissen, worauf die Menge die „Wacht am Rhein" sang. Währenddessen entstand ein Streit unten. Ein halbwüchsiger Junge schleuderte einen Mörtelbrocken gegen einen tschechoslowakischen Soldaten, worauf ein Mann der Wache schoß. Jetzt eröffneten die von der tschechischen Besatzung im Norden und Süden des Ringplatzes versteckt postierten Maschinengewehre nebst sämtlichen tschechischen Militärposten ihr Feuer auf die Menge, die entsetzt auseinanderstob. Als Schwerverwundete sich erheben wollten, wurden sie abermals niedergeknallt. Mehr als 20 Tote waren zu beklagen, schwer- und leichtverwundet sind über 80 Personen. Die Verwendung von Dum-Dum-Geschossen ist einwandfrei festgestellt.

Unter dem Namen „deutsch-böhmische Volkspartei" bildet sich eine neue Partei, die die bisherigen Parteien in Deutschböhmen zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen will. Gefordert wird auf Grund des Selbstbestimmungsrechts die freie Entscheidung über die Staatszugehörigkeit als unveräußerliches Recht, Verwahrung wird eingelegt gegen eine Einverleibung deutschen Volkes in fremdnationale Staaten. Ziel ist die staatsrechtliche Vereinigung des Volkes als Gesamtheit in einem Reiche. Die republikanische Staatsform wird anerkannt.

Tirol.

In Berlin fand am 4. April eine eindrucksvolle Kundgebung für Deutsch-Südtirol statt, die der Präsident des Zen-

Digitized by Google

tralausschusses des deutsch-österreichischen Alpenvereins, Staatsminister Sydow, eröffnete und leitete. Er verwies darauf, daß zu gleicher Stunde zum gleichen Zweck auch in Wien eine Versammlung einberufen sei. Er ging auf die Geschichte Tirols ein und warnte vor einer künftigen Irredenta, die nicht ausbleiben werde, wenn neues Unrecht nach diesem Kriege geschehen werde. Legationsrat Possi sprach für den österreichischen Gesandten Dr. Hartmann, ihm folgten mit kernigen Worten der Innsbrucker Bürgermeister, Dr. Rappoldi, Professor Brandl und Dr. Ludwig Fulda. Mehr als 1000 Personen begleiteten alle Reden mit lebhaftem Beifall.

Ungarn.

Das Schicksal des ungarländischen Deutschtums beginnt nun deutlichere Formen anzunehmen. Der jüngst erfolgte neuerliche Umsturz hat den Rücktritt des bisherigen Präsidenten der ungarischen „Volksrepublik", des Grafen Michael Karolyi, bewirkt, der sich ins Ausland begeben hat. An die Stelle des republikanischen Ministeriums ist eine Räteregierung nach russischem Vorbilde getreten. Uns interessiert hierbei nur, welche Wirkung sich hieraus für die künftige Lage der Deutschen ergeben werden. Die neuen Machthaber verkünden den internationalen Charakter der neuen politischen Ordnung und erklären, daß alle Volksstämme Ungarns in sprachlicher Hinsicht die gleichen Rechte genießen sollen. Dies ändert freilich nichts an der Tatsache, daß ein großer Teil des Landes nach wie vor unter fremder Herrschaft steht, die voraussichtlich eine dauernde werden wird, denn weder Rumänen noch Südslawen, am wenigsten aber die Tschechoslowaken denken daran, die von ihnen besetzten Gebiete zu räumen. Die erwähnten Grundsätze der Räteregierung werden also nur für einen verhältnismäßig kleinen Teil des ehemaligen Königreiches in Kraft treten können. Was die Lage der Siebenbürger Sachsen betrifft, so scheint sich diese nicht ungünstig gestalten zu wollen. In Hermannstadt hat die neue rumänische Regierung für Siebenbürgen ihren Sitz unter der Leitung des Staatssekretärs Maniu, der soeben den bis vor kurzem in Lodz als Leiter des deutschen Schulwesens in Polen tätigen Siebenbürger Sachsen Lutz Korodi berufen hat, der bereits in Hermannstadt eingetroffen ist und seine Amtstätigkeit als Unterstaatssekretär für das siebenbürgische deutsche Schulwesen übernommen hat. Seine Berufung spricht dafür, daß die rumänische Regierung den Sachsen wohlwollend gegenübersteht, zumal sich diese für Rumänien erklärt haben. Für die südungarischen Schwaben, insbesondere im Banate, wäre es unter solchen Umständen vorteilhaft, wenn sie gleichfalls an Rumänien angeschlossen würden, da sie Hoffnung hätten, einer gleichen Behandlung teilhaftig zu werden und durch ihren Anschluß die Zahl der Deutschen in Rumänien wesentlich verstärkt würde. Jedenfalls darf man annehmen, daß sie hier einer besseren Zukunft entgegengingen als unter serbischer oder magyarischer Herrschaft. Die Deutschen im südlichen Zwischenstromlande der Donau und der Theiß, der sog. Bacska, haben sich allerdings kürzlich für das Verbleiben bei Ungarn erklärt, indessen stehen die Aussichten dafür nicht sehr günstig, und sie werden aller Voraussicht nach Serbien, bzw. dem jugoslawischen Staate, zugesprochen werden. Ob sie dabei einen guten Tausch machen, muß die Zukunft lehren. Ganz anders gestalten sich die Dinge in Westungarn. Hier hat der Umsturz die deutsche Autonomie, die die Ungarn der „Volksrepublik" verkündet hatte, einstweilen beseitigt. Die Durchführung der kommunistischen Grundsätze der neuen Räterepublik findet aber nicht den Beifall der dortigen deutschen Bauern und Kleinbürger. Ueberall macht sich die Neigung geltend, sich äußersten Falles auch mit Gewalt zur Wehr zu setzen. So kam es am 4. April in Oedenburg zu einem blutigen Zusammenstoße zwischen deutschen Bauern und Kleinbürgern, sog. „Ponzikern" (verderbt aus dem deutschen „Bienenzüchter") und Roter Garde, wobei die letztere Feuer gab und 3 Deutsche tot auf dem Platze blieben, mehrere schwer verwundet wurden. Gegen das immer allgemeiner auftretende Bestreben der Deutschen, sich von Ungarn loszusagen und sich an Deutschösterreich anzuschließen, tritt die ungarische Räteregierung mit Gewaltanwendung auf. Die Aussichten für eine friedliche und den deutschen Interessen entsprechende Lösung der deutsch-westungarischen Frage sind also zunächst nicht die besten. B. I.

Schweiz.

Für die geistigen Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland spricht eine Bücherstatistik, die man der „Frankfurter Zeitung" übermittelt. Im Jahre 1917 sind aus Deutschland nach der Schweiz eingeführt worden 17 252 q. netto, aus Frankreich 7925, aus den übrigen Ländern 1415, zusammen 26 591 q. im Werte von 10,5 Millionen Franken. Die Ausfuhr betrug nach Deutschland 4379 q., nach Frankreich 7858, nach Oesterreich-Ungarn 598, nach den übrigen Ländern 555 q., zusammen 13 399 q. im Werte von 4,8 Millionen Franken. Von 1720 im Jahr 1917 in der Schweiz gedruckten Büchern sind 1081 deutsch, 549 französisch, der Rest anders- oder gemischtsprachig.

Wir berichteten in der letzten Nummer von den Versuchen der Italiener, Kriegsbeschädigten zur Anstellung und zur Arbeit in der Schweiz zu verhelfen. Die „Zürcher Post" meldet nun einen ähnlichen Fall. Die englischen Konsulate wendeten sich, so schreibt sie, an einzelne Schweizer Firmen, die englische Regierung wolle entlassenen Offizieren geeignete Stellen im Auslande nachweisen, die Firmen sollten freie Stellen und die Erfordernisse angeben, die sie an Bewerber stellten. Den deutschen Wehrleuten, Kaufleuten und Gewerbetreibenden aber macht die Schweiz die allergrößten Schwierigkeiten, obgleich sie bereits früher in der Schweiz ansässig waren und dort Arbeit, Brot, Häuser und Familien haben!

Polen.

Seit Abfassung des an anderer Stelle dieser Nummer erscheinenden Aufsatzes hat sich die Lage für die Deutschen in Polen in mancher Hinsicht etwas geklärt, wenn auch keineswegs zum Guten. Die aufsehenerregenden Verhaftungen wurden zwar rückgängig gemacht, doch wurde Herr Direktor v. Eltz vom deutschen Gymnasium kurz nach seiner Freilassung ausgewiesen und konnte nur mit großer Mühe an die deutsche Grenze kommen, da er als geborener Balte zu den Bolschewisten geschickt werden sollte. Dem Leiter der beiden deutschen Landesschulverbände, Herrn Flierl, ließ man noch einige Wochen Zeit, nach vollständiger Auflösung der beiden Schulverbände wird auch er das Land verlassen müssen, auch Herr Eichler, der erste Vorsitzende des Deutschen Vereins, befindet sich auf deutschem Boden, da seines Bleibens nach seiner Freilassung in Polen nicht war. Die Leitung des deutschen Gymnasiums in Lodz hat der bisherige Leiter des deutschen Gymnasiums in Zgierz, Herr Wolff, übernommen, das Lyzeum steht unter Leitung von Frl. Ehlert, ihr helfen die noch vollzählig vorhandenen Lehrkräfte des deutschen Gymnasiums im Unterricht nach Kräften aus.

Auch das Vereinsleben hat neuerdings sehr gelitten. Nach Haussuchungen in den Räumen des „Deutschen Vereins" mußte dieser geschlossen werden, und man fürchtet die Beschlagnahme des Vereinsvermögens; auch die beiden Jugendheime können vorerst in der bisherigen Form nicht weiterbestehen, einzig und allein die Fortbildungsunterrichtstätigkeit der Jugendgruppe kann weiterbetrieben werden. Von der so weit verzweigten Tätigkeit des Deutschen Vereins auf dem Land in den vielen deutschen Bauernkolonien ist in Lodz

Digitized by Google

nur sehr wenig mehr zu hören; seit der Kopf fehlt, sind die oft kleinmütigen Bauern allzu sehr auf sich selbst angewiesen.

Besonders kummervoll ist für sie natürlich, daß sie bei der in Aussicht stehenden Agrarreform fast sicher leer ausgehen werden. Schon jetzt werden aus den bisherigen Donationsgütern — ob mit oder ohne Einwilligung der Warschauer Regierung, weiß man oft nicht — Parzellen zu sehr billigem Preis an die Bauern abgegeben — zum Teil zum Preis von nur 300 Mark für den polnischen Morgen! — deutsche Bauern werden aber natürlich zum Kauf nicht zugelassen. Aehnlich wird es vermutlich auch bei der Güterzerteilung des Großgrundbesitzes sein, auf die die beiden linksstehenden Volksparteien mit aller Kraft hinarbeiten, auch da werden die deutschen Kolonisten in den allermeisten Fällen zu kurz kommen. Ihre Stellung zum polnischen Bauer hat sich eben durch den Krieg und die deutsche Okkupation überaus verschlechtert. Waren sie schon vorher als „Schwoben" nicht gern gesehen, jetzt sind sie verhaßt und zum Teil schon verfolgt. Daran hat die deutsche Verwaltung nicht wenig Schuld. Lange, allzulange hatte sie in ihrem übertriebenen Gerechtigkeitsgefühl gezögert, dem deutschen Kolonisten irgendwie besonders zu helfen, und der deutsche Bauer hatte bei seiner angeborenen Gewissenhaftigkeit weit mehr abgeliefert, als je irgend ein Pole. Aber als dann die Beselersche Polenfreundlichkeit jahrelang ohne Wirkung blieb, da war man dem deutschen Kolonisten und auch dem deutschen Städter etwas wohlgesinnter geworden — die verschiedenen Besuche bei deutschen Vereinen in Lodz hatten Beseler sehr viel Freude gemacht — und man hatte sich dann allmählich vor allem der deutschen Rückwanderer angenommen. Das war an sich auch nicht mehr als recht und billig, denn diese bejammernswerten Flüchtlinge waren ja seinerzeit nur um ihrer Sprache willen von den Russen — zumeist auf polnische Angebereien hin — von Haus und Hof gejagt und nach Rußland verschleppt worden. Nun sie zurückkamen, waren sie arm wie die Kirchenmäuse und ihr Hof verbrannt und ihr Land von den Polen „annektiert". Daß man für sie sorgte, war menschlich durchaus gerechtfertigt; daß man es aber tat, indem man polnischen Bauern Vieh wegnahm, um es den Deutschen zu geben, so unklug wie nur möglich und der Keim zu einer Flut von Haß, die heute schon zu steigen beginnt. Auch sonst wurden die Mittel oft auf falschem Wege aufgebracht, und die Tatsache, daß man auch den polnischen Rückwanderern half, konnte dem leicht erregbaren Polenvolk nicht genügen, die oft kleinen aber eben ungeschickten Verfehlungen bei der deutschen Rückwandererhilfe sind im Gedächtnis der Polen zu deutlich haften geblieben.

Der Streit in der Johannisgemeinde ist noch immer nicht entschieden, doch ist leider auch hier damit zu rechnen, daß der wenig deutschfreundliche Pastor Falzmann das Amt antreten wird. Generalsuperintendent Bursche besuchte vor kurzem überraschenderweise verschiedene deutsche Kirchengesangvereine in Lodz, der Schluß liegt nahe, daß dort der Kompromiß zugunsten des polenfreundlichen Herrn vorbereitet wurde.

Aus der Politik ist zu berichten, daß der deutsche Abgeordnete Spickermann im polnischen Reichstag eine längere Erklärung abgab, die in den einzelnen Worten ziemlich verunglückt war, die aber insofern doch einen gewissen Gewinn darstellt, als sie ein starkes Bekenntnis zur deutschen Schule enthielt. Weitere derartige Kundgebungen finden sich dauernd, wenn auch immer in gemäßigter Form in der „Lodzer Freien Presse", während die „Neue Lodzer Zeitung" sich in der Zertrümmerung deutschen Wesens nicht genug tun kann.

Zum Schluß noch ein Wort vom Deutschen Theater. Man kann der Direktion Walter Wassermann und Adele Hartwig-Wassermann nicht genug Dank dafür zollen, daß sie auf dem schweren Außenposten trotz aller Schwierigkeiten so treu aushält. Keine Schauspielernot, keine Besucherkrise — die ersten Monate der neuen polnischen Regierung war das Theater von vielen gemieden — nichts kann das tapfere Theater abhalten, immer wieder weiter zu spielen und auf neue Auswege zu sinnen. Daß dabei ausgezeichnete Vorstellungen, z. B. von Goethes „Egmont" mit der vollständigen Musik von Beethoven herauskommen, muß als Kulturtat ersten Ranges gewertet werden, daß dabei auch leichte Ware unterläuft, ist der Leitung nicht zu verdenken, und sicher hat sich auch der Anhänger ernstester Kunst im Stillen gefreut, daß Wassermann mit einem eigenen Sketsch — „die Reise um die Welt in vierzig Tagen" — einen für ganz Polen unerhörten Massenerfolg erzielte, indem er das Stück mehr als fünfzig mal aufführen und es dann mitsamt den Dekorationen noch an eine Warschauer polnische Bühne verkaufen konnte. Auch in Polen erweist sich das Theater als die beste und wirksamste Kulturstätte, und jeder Deutsche darf sich freuen, daß in Lodz, einer Stadt von vielleicht 80 000 Deutschen und weit über 300 000 Andersstämmigen die deutsche Bühne die anerkannt beste ist. hg.

Baltikum.

Ueber die Zustände im Baltikum unterrichtet ein Aufsatz unseres eifrigen Mitarbeiters an der Kurland-Ausstellung, Dr. Kurt Stavenhagen-Goldingen, in dieser Nummer. Wir fügen ihm einzelne Tatsachen hinzu, die wir der baltischen Presse entnehmen. Nach neueren Meldungen ist Mitau den Bolschewisten entrissen worden, die sich nun in den alten, viel umkämpften, gerade in der jetzigen Jahreszeit aber durch die Versumpfung der Gegend leicht zu verteidigenden Stellungen um Olai verschanzt halten. Die Bolschewisten haben fürchterlich in Mitau gehaust, sie haben vor ihrem Abzug noch die Gefängnisse geöffnet, ihre Opfer mitgeschleppt und zum Teil auf der Abzugsstraße nach Riga erschossen. 15 Leichen sind bereits von der Straße unter heftigem Feuer der Bolschewisten geborgen. Unter den Toten befindet sich der Direktor des Kreditvereins, Baron Max von der Ropp, dessen Bruder sich dadurch rettete, daß er sich tot stellte. Die Bolschewisten zogen ihm die Stiefel aus und ließen ihn liegen, er kehrte dann in Strümpfen nach Mitau zurück. In den schönen, alten Häusern der Bachstraße ist fast alles ausgeplündert. Von einzelnen Persönlichkeiten weiß man, daß sie gerettet sind, so von dem allen Kurländern bekannten Oberlehrer Stavenhagen, einem der besten Kenner des Baltikums, und von seinem Bruder, dem Archivdirektor. Viele andere aber, Hunderte, sind verschwunden, und erst die Oeffnung der Massengräber wird zeigen, ob sie tot oder verschleppt sind. Die Truppen haben in Mitau große Beute an Gefangenen, darunter namhafte Führer der Bolschewisten, gemacht und große Vorräte durch ihr überraschend schnelles Eintreffen von Tuckum her gerettet. Von Riga stellt die „Libauer Zeitung", zum Teil nach Veröffentlichungen der dortigen „Roten Fahne" 93 Todesurteile fest, die meist an „Gegenrevolutionären, Verrätern, Geheimpolizisten, Provokateuren" vollstreckt wurden. Es sind namentlich viele Letten unter den Erschossenen. Kein Wunder, daß der geistige Widerstand der Letten gegen die Bolschewisten im Wachsen begriffen ist. In der „Libauer Zeitung" verlangt ein Herr Auer einen „deutsch-lettischen Verständigungsausschuß". Die Zeitung bemerkt dazu, daß am guten Willen der Deutschen nicht zu zweifeln sei. Die deutsche Partei in Estland, die stark ihren Verteidigungscharakter betont, hat eine Wahlliste aufgestellt, an deren Spitze der bisherige deutsche Volksminister, Advokat Koch, steht, der die deutschen Interessen in der temporären Regierung vertritt. Gefallen ist übrigens in einem Gefechte bei Tuckum auch Ernst Seraphim, der Sohn des bekannten Rigenser Re-

Digitized by Google

dakteurs, dem das Baltikum manche aufklärende Tätigkeit verdankt. Der Vater war zu Anfang des Krieges von den Russen nach Sibirien verbannt und hat nach seiner Rückkehr seine Redaktionstätigkeit in Riga wieder aufgenommen, auch über seine sibirischen Erfahrungen Interessantes berichtet. Mit der Familie Seraphim trauern um den jungen Toten auch die vielen Freunde, deren sich die Brüder Seraphim im Baltikum und in Deutschland erfreuen.

Nach den neuesten Mitteilungen aus dem Baltikum haben die Wahlen für den baltischen Nationalausschuß in einer Generalversammlung der deutschen Bürger und Bürgerinnen Libaus das Ergebnis gehabt, daß sechs Herren gewählt wurden, an ihrer Spitze der Redakteur v. d. Decken, der bei Kriegsausbruch nach Sibirien verbannt worden war und dem Libau ja die Gründung seines neuen Theaters verdankt. Die Berichte, die aus Mitau einlaufen, geben die Zahl der Verschleppten, von denen man nicht weiß, wieviele noch am Leben sind, mit 300 bis 400 an. Ueber die Grausamkeiten der Bolschewisten werden erschütternde Einzelheiten mitgeteilt. Leichen fand man in Sümpfen, ausgeraubt. Unter den Toten sind hervorragende Vertreter des Deutschtums im Baltikum. Die Bolschewisten haben ihre Opfer aufs grausamste behandelt. In Riga sollen täglich 80 bis 100 Menschen erschossen werden. Mitau und Riga sollen fast ausgestorben sein. Mitau ist vollständig ausgeplündert. Der Bahnhof ist durch einen Volltreffer der bolschewistischen Truppen zerstört worden.

Nach einem neuen uns von Herrn Silvio Broederich zugegangenen Privatbericht hält die Baltische Landeswehr heute die Linie vom Rigaischen Meerbusen über Bauske nach Litauen hinein, hat somit fast ganz Kurland befreit. Die Landeswehr hat alle Kinder der Deutschen von einem halben Jahre aufwärts, die von den Bolschewisten nach dem Norden Kurlands zusammengeschleppt worden waren und dort in bolschewistische Zwangserziehung genommen werden sollten, durch einen überraschenden Vorstoß befreit. 20 km vor Tuckum sind 200 Leute, die nach Riga verschleppt werden sollten, von der Landeswehr befreit worden. In Windau sind 100 deutsche Soldaten, die gegen die Zusicherung freien Abzugs ihre Waffen abgegeben hatten, von den Bolschewisten grausam ermordet und verstümmelt worden, Riga, die einst so stolze deutsche Hansestadt mit ihrem gewaltigen Handel und ihrer großen werktägigen Bevölkerung, die bei Kriegsausbruch eine halbe Million betrug, ist heute völlig verödet, eine Stätte des Todes und Elends.

Rußland.

In Saratow, an der Wolga, sollen von der allrussischen außerordentlichen Kommission in Moskau eine große Zahl namhafter deutscher Kolonisten verhaftet worden sein, die man als Geiseln für die in Deutschland verhafteten Bolschewistenagenten Radek und Gefährten festhalten wolle. Um den kleinen Unterschied, daß die Russen in Deutschland wegen Verfehlungen gegen die bestehenden Gesetze verhaftet wurden, die Deutschen in Rußland, die zudem russische Staatsbürger sind, aber ohne jeden Rechtsgrund, kümmert sich die gegenwärtige russische Regierung wenig.

Bulgarien.

Der Deutsche Hilfsausschuß für das Rote Kreuz in Bulgarien versendet unter dem 15. Febr. 1919 einen Bericht über seine Tätigkeit. Bis zum 1. Februar waren ihm über 3 Millionen Mark an Spenden zugeflossen, abgesehen von den Sammlungen, die von Deutschland direkt an das Rote Kreuz in Sofia gelangt sind. Mit den Zinsen des Vermögens hat der Hilfsausschuß ungefähr 3½ Millionen Mark zusammengebracht. Der Hilfsausschuß diente hauptsächlich zur Errichtung von Entlausungsanstalten und zur Errichtung eines orthopädischen Lazarettes in Bulgarien. Er hat beide Pläne durchgeführt. Die sechs errichteten Entlausungsanstalten sind in den Besitz des Bulgarischen Kriegsministeriums übergegangen und werden im Frieden als Bade- und Desinfektionsanstalten ihre hygienische Aufgabe erfüllen. 220 000 Mark sind dafür ausgegeben worden. — Die deutsche Sanitätsmission unterhielt in Sofia und den Provinzstädten 14 Lazarette, in denen 50 Sanitätsoffiziere mit der entsprechenden Zahl von Sanitätsmannschaften und Schwestern wirkten. Die orthopädische Anstalt des Hilfsausschusses umfaßte 150 Betten, sie vergrößerte sich bald auf 450 Betten und benutzte außer einer Volksschule 21 Baracken. Die Ueberführung der Kriegsverletzten in neue Berufe war Hauptabsicht der Anstalt. Die Erfolge der Anstalt haben in Bulgarien großen Eindruck gemacht. Die Schnelligkeit der Belieferung der Amputierten mit Kunstgliedern hat die deutsche Wissenschaft in den Augen der Bulgaren sehr gehoben. Behörden und Presse haben die Tätigkeit warm anerkannt. Bis zum 20. September 1918 sind 12 000 Patienten, darunter 3500 Zivilisten, behandelt worden. 1500 große Operationen sind ausgeführt, ebensoviele große orthopädische Gipsverbände ohne operativen Eingriff angelegt worden. 3000 Röntgenaufnahmen sind gemacht worden, und es wurden 4325 orthopädische Erzeugnisse in eigenen Werkstätten angefertigt, abgesehen von den zahlreichen Reparaturen der Prothesen der Invaliden aus früheren Kriegen. 2420 Paar orthopädische Stiefel für Invaliden sind angefertigt worden. 500 Handwerker wurden in den Lehrwerkstätten ausgebildet, eine große Zahl hat eine staatliche Prüfung bestanden. Auch die Hilfe für Kriegsblinde hat außerordentlichen Umfang angenommen; der Präsident der deutschen Kolonie in Sofia, Herr Paul Kaufmann, hat diese Unternehmung durch die volle Mitarbeit des Ortsausschusses wesentlich gefördert. Für die orthopädischen Anstalten sind 600 000 Mark ausgegeben worden. Dem Roten Kreuz in Bulgarien wurde das wertvolle Material der orthopädischen Anstalten jetzt überlassen. 40 000 Mark sind der bulgarischen Darlehenskasse jetzt zur Verfügung gestellt worden, die in Deutschland befindliche Bulgaren und deutsche Flüchtlinge aus Bulgarien unterstützen soll. Das übrigbleibende Vermögen soll voraussichtlich zu einer Stiftung verwendet werden.

Türkei.

Das neueste Vierteljahrsheft des V. D. A. enthält einiges aus den Ergebnissen einer eigenartigen Auslanddeutschen-Statistik. Unter den Fahrgästen des Dampfers „Corcovado", der im Dezember und Januar die deutsche Botschaft, die Konsuln, die im türkischen Dienst stehenden Deutschen usw. nach ihrer Ausweisung zufolge den Waffenstillstandsbedingungen von Konstantinopel nach Venedig brachte, hat ein Mitreisender eine kleine Volkszählung veranstaltet, die sich außer auf Geschlecht und Alter, Familienstand und Beruf auch auf Punkte bezog, über die statistische Nachrichten für Auslanddeutsche noch nicht vorliegen; insbesondere sind es solche, die die Wahl der Ehefrau betreffen. Den Angaben können wir auf Grund einer Mitteilung des Urhebers der Statistik folgendes hinzufügen.

Unter 195 Ehepaaren (diejenigen eingerechnet, von denen nur der eine Gatte auf dem Schiffe war) waren 30 sprachliche Mischehen, d. h. die Frau hatte eine nichtdeutsche Muttersprache. Bedenkt man, daß es sich um eine Auslese von Auslanddeutschen handelt, die, größtenteils Beamte, besonders dauernde Fühlung mit der Heimat hatten, so läßt jene an sich recht hohe Ziffer auf noch größere bei anderen Klassen von Auslanddeutschen schließen. Von den 30 fremden Frauen hatten vor der Eheschließung 17 in der Türkei gewohnt, 1 in Deutschland, 12 anderswo. In den letztgenannten Fällen hat man an die Deutschen zu denken, die, von ihrem Beruf in

Digitized by Google

verschiedene Länder geführt, in einem derselben vor ihrem Aufenthalt in der Türkei eine Gattin genommen haben. Natürlich wächst die Wahrscheinlichkeit der Wahl einer Fremden mit der Dauer des Aufenthalts; so waren unter den 101 Männern, die sich weniger als 5 Jahre in der Türkei aufgehalten hatten, 14, unter den 56, die längere Zeit dort gewesen sind, aber 16, also verhältnismäßig doppelt so viele, deren Gattinnen keine Deutsche waren.

Spanien.

Der „Temps" berichtet freudestrahlend, daß in Barcelona die Verhaftung von Deutschen andauere. Allein am 4. April seien 50 Deutsche verhaftet worden, als sie auf dem deutschen Konsulat sich Unterstützungsgelder abheben wollten. Die Meldung kommt aus Bern, und es ist kein Grund angegeben, aus dem einige Klarheit über die Verhaftungen zu gewinnen wäre.

England.

Der Londoner „Daily Graphic" unternimmt am 8. April einen temperamentvollen Angriff gegen den Lordkanzler, der aus Anlaß der Aufrechterhaltung des Rechtes des Komitees der Londoner Börse, die Wiederwahl eines deutschgeborenen Mitgliedes abzulehnen, gefordert habe, daß „in einer ruhigeren Atmosphäre" und bei „Friedensbedingungen" das Komitee wohl willens sein werde, diesen seinen Beschluß wieder aufzuheben. Das Blatt sieht in dieser Aeußerung eine große Gefahr, einen Vorboten künftiger Regierungshandlungen, die bezweckten, England wieder die Segnungen der Hunnen zuzuführen, nachdem man es jetzt mit Mühe von dieser Pest gereinigt habe. Das Blatt fragt boshaft, ob man nicht eine Flottenparade zum Empfang des Herrn v. Tirpitz veranstalten wolle? Colonel Burns Anfrage im Unterhaus vom 7. April zeige, wie groß die Gefahr sei. 138 deutsche Missionare lebten noch in den überseeischen Dominions. Wenn man den Geist aufrecht erhalten wolle, den die Dominions während des Krieges bewiesen hätten, müßten diese Missionare sobald als möglich in ihr Heimatland zurückgesandt werden. Seien etwa die „Hunnenmissionare" von Indien weggeschafft? Die European Association erkläre, daß jeglicher Unterricht des Christentums durch Deutsche diese Religion in Verruf bringe und es bestehe die Gefahr, daß die deutschen Missionare skrupellos genug seien, ihre Stellung zur Unterminierung der britischen Autorität zu benutzen.

Die „Yorkshire Post" vom 8. März enthält ein Eingesandt eines Herrn C. Fowler mit einem auch in Deutschland gewiß interessierenden Briefwechsel. Ein „Council of Loyal British Subjects of German, Austrian or Hungarian Birth" hatte an den Einsender auf einen Artikel in der Zeitung hin geschrieben und zwei von dem Rat herausgegebene Druckschriften übersandt, die beweisen sollten, daß eine große Zahl naturalisierter Engländer von deutscher, österreichischer oder ungarischer Geburt bereits im Mai 1915 die „vom Feinde gewählten Kriegsmethoden verurteilten" und dem Lande ihrer Wahl ihre Ergebenheit beteuerten. Herr Fowler antwortete darauf mit der Frage, wie viele Personen deutscher, österreichischer, ungarischer oder türkischer Geburt, die in Bradford geschäftlich sich betätigten, Mitglieder der Gesellschaft seien und welches ihre Namen vor dem Krieg gewesen seien. Darauf antwortete der Sekretär der Gesellschaft, er sei nicht in der Lage, die gewünschte Aufklärung geben zu können. Herr Fowler bemerkte zu diesem Briefwechsel ganz richtig, ein Kommentar sei wohl unnötig!

Australien.

Auf die Gerüchte hin, der deutsche Klub in Sydney sei wieder eröffnet worden, rotteten sich Soldaten zusammen, um seine Schließung zu erzwingen. In Wirklichkeit war der Klub natürlich gar nicht eröffnet worden, und die Behörden gaben bekannt, daß ihnen auch von einer solchen Absicht nicht das mindeste bekannt sei.

Südafrika.

Die „Times" berichten aus Kapstadt unter dem 15. März, daß ein Gesetzentwurf über feindliche Staatsangehörige die erste Lesung passiert habe. Der Gesetzentwurf bestimme, daß jeder feindliche Ausländer nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes als ein unerwünschter Bewohner der Union anzusehen sei, wenn er nach diesem Zeitpunkte schriftlich den Wunsch ausgedrückt habe, in seine Heimat zurückzukehren, oder wenn er nicht in der Union wohnhaft sei, oder schließlich wenn ein besonders dafür eingesetzter Gerichtshof erkläre, daß er den Frieden und die Wohlfahrt des Staates gefährde. Derartige Persönlichkeiten sollten in ihren Heimatstaat zurückgesandt und künftig von der Einwanderung ausgeschlossen werden. Eine weitere Gesetzesbestimmung ermächtige die Regierung, eine irgendwelchen Personen, namentlich Angehörigen feindlicher Staaten erteilte Naturalisationserlaubnis zurückzuziehen, falls derartige Personen den schriftlichen Wunsch auf Aufgabe ihrer Naturalisierung ausgesprochen hätten oder vom erwähnten Gerichtshof für staatsgefährlich erklärt worden seien. Die Entnationalisierung eines Mannes werde die Frau nur mitentnationalisieren, wenn sie das besonders wünsche. Entnationalisierte Personen seien zurückzuschaffen, künftig als unerwünschte Einwanderer zu betrachten und somit von der Einwanderung auszuschließen. Der Generalgouverneur könne den Gerichtshof aus drei oder mehr Personen zusammensetzen, die Verhandlungen sollten öffentlich sein. Wenn ein feindlicher Staatsbürger oder ein naturalisierter Brite mit einer Frau britischer Nationalität verheiratet sei, könne der Gerichtshof sein Urteil auf Heimschaffung suspendieren, in solchen Fällen werde der betreffende Mann, vorausgesetzt er verhalte sich ruhig und friedlich, nicht deportiert werden. Der Berichterstatter fügt als eigene Meinung seiner telegraphischen Meldung dieser Bestimmungen zu, die Nationalisten hätten Petitionen gegen das Gesetz eingebracht und seien überzeugt, seiner Verabschiedung schärfste Opposition machen zu können. Andererseits betrachte ein Teil der öffentlichen Meinung, vornehmlich in Natal und in den Ostdistrikten der Capprovinz, die Vorschläge als zu mild. Der Minister des Innern, Sir Thomas Watt, gab bei Einbringung des Gesetzentwurfes an, am Tage des Waffenstillstandes seien 2358 Deutsche oder feindliche Staatsangehörige interniert gewesen, die meisten in Pietermaritzburg. Dazu kämen 17 „britische Untertanen feindlichen Ursprungs", die sich gleichfalls in den Internierungslagern befunden hätten; 1660 feindliche Untertanen hielten sich auf Ehrenwort in verschiedenen Teilen des Landes auf. Die Internierten seien zum Teil feindliche Agenten oder Spione, andere hätten versucht, dem Feinde Beistand zu leisten, wieder andere, Unruhen im Lande zu erregen. Einige Leute seien von einem fremden Schiff gelandet, zur Zeit als Schiffe an der Küste der Union versenkt worden seien, und zwar an einer verlassenen Stelle nahe der Südspitze, wo sie sich in der kurzen Zeit, da sie an Land waren, verdächtig benommen hätten. Der Korrespondent sieht in dieser Angabe die erste Erwähnung einer Landung von Leuten des deutschen Minenlegers und Kaperschiffs „Wolf". Der Minister erklärte, daraufhin hätte man alle feindlichen Staatsbürger in sicherer Entfernung von der Küste halten müssen. Das Verlangen vieler Leute auf Heimschaffung aller feindlichen Untertanen sei aber eine Ungerechtigkeit. Die Söhne vieler deutscher Einwanderer hätten im Felde gegen den preußischen Militarismus gefochten. Der Gesetzentwurf halte die Mitte zwischen den Wünschen der Extremen von rechts und links. In der Besprechung erregte ein Herr Merriman besondere Heiterkeit, der die Beschwerden der Nationalisten

Digitized by Google

über die schlechte Behandlung der Internierten in den Lagern lächerlich machte, indem er sagte, die Beschwerden bezögen sich alle auf Magenfragen. Die meisten guten Köche der Union seien interniert, der Erfolg ihrer Kunst bei ihren eigenen Landsleuten sei aber beklagenswert. Auf sonderlicher Höhe scheint die Debatte nach dieser Probe nicht gestanden zu haben.

Einer weiteren Meldung vom 5. April zufolge fand am Tage zuvor die zweite Lesung, die drei Tage lang dauerte, ihren Abschluß in einer Sitzung, die die ganze Nacht währte. Der Minister, Mr. Malan, deutete an, die Entscheidung sollte gefaßt werden, ehe das Haus seine Sitzung beendete, die Nationalisten setzten dem aber eine heftige und entschlossene Opposition entgegen und redeten offen und freimütig davon, die Debatte von Freitag bis Samstag Mitternacht zu führen, bis schließlich der Premierminister den Schluß der Debatte beantragte und gegen 6½ Uhr morgens auch mit 62 gegen 20 Stimmen durchsetzte. Der Gesetzentwurf wurde an eine Kommission überwiesen. Der „Times"-Korrespondent berichtet wiederholt, daß man in Natal das Gesetz für völlig ungenügend halte. Mr. Henderson erklärte, es seien in Südafrika 15 000 Menschen deutscher Geburt, von denen nur 1300 sich naturalisieren lassen und ungefähr ebenso viele heimgeschafft werden wollten. Die 1560 auf Ehrenwort Freigelassenen fielen nicht unter das Gesetz, obgleich viele von ihnen eben so gefährlich seien, wie die Internierten. Natal wolle nicht zusehen, wie man ringsum die Saat der Rebellion säe. Freilich muß der „Times„-Referent selbst zugestehen, daß im übrigen Teil der Union eine mildere Stimmung herrsche, die alle Bestrebungen auf vollkommene Heimsendung der Deutschen für unpolitisch halte, um so mehr als doch viele Deutsche an der Front gegen Deutschland gekämpft hätten und als man ja einen Teil der Deutschen durch die eine Tür heimsende, während man einen anderen durch die Einbeziehung Deutsch-Südwestafrikas in die Union aufnehme.

Kanada.

Der kanadische Minister für Einwanderung und Kolonisation hat, dem „Seedienst" zufolge, das neue Einwanderungsgesetz im Unterhause nun eingebracht. Es sehe weitgehende Beschränkungen und Ausschließungsmöglichkeiten vor für unerwünschte Einwanderer, insbesondere für Alkoholiker, geistig Minderwertige und politisch Verdächtige. Feindliche Ausländer, die während des Krieges in Kanada interniert gewesen seien oder aus Kanada ausgewiesen sind, dürften nicht wieder einwandern.

Amerika.

Die „Kreuzzeitung" entnimmt den „New York Times" die bedauerliche Tatsache, daß seit Kriegsbeginn in den Vereinigten Staaten 800 Zeitungen eingegangen seien, 250 täglich erscheinende Zeitungen hätten zusammengelegt werden müssen. Bei diesen Blättern handle es sich zum größten Teil um deutsche Zeitungen, von früher 600 Zeitungen existierten kaum mehr 10. Dazu ist zu bemerken, daß weitaus die größte Zahl der deutschen Zeitungen in Amerika schon vor dem Kriege nur mühsam sich aufrechterhalten konnte. Vielfach wurden die Matrizen für Dutzende dieser Zeitungen gemeinsam hergestellt, und nur für den lokalen Teil blieb den kleinen Blättchen eine Spalte offen, die sie in ihrer kleinen Akzidenzdruckerei mit eigenem Material füllten. Nur durch diese Verbilligung der Arbeit, die eine Gleichartigkeit des Stoffes und dadurch allerdings auch eine gewisse Qualität sicherte, war es möglich, an Dutzenden von Plätzen überhaupt noch deutsche Zeitungen zu erhalten. Die Amerikaner haben aber alles getan, um auch den wenigen Blättern, die noch selbständig existieren konnten, das Wasser abzugraben, sie haben, wie wir jüngst an dieser Stelle berichteten, auch zu dem brutalen Mittel des Annoncenabfangens gegriffen, haben Gesetze geändert und Verordnungen geschaffen, um deutschen Zeitungen die Existenzmöglichkeit abzuschneiden. Die „Kreuzzeitung" berichtet weiter, es seien nur wenige kapitalkräftige deutsche Zeitungen erhalten geblieben, sie hätten aber ihre Farbe gewechselt und die Flagge des Deutschtums eingeholt. Die New Yorker „Staatszeitung", die zu diesen Blättern gehöre, habe anläßlich des „Umfalls" geschrieben, die Deutsch-Amerikaner seien stolz auf ihre Söhne, die unter dem Sternenbanner für sie kämpften und weiter kämpfen würden, bis eine Last beseitigt sei, unter deren Zentnerschwere die ganze Welt geseufzt habe. Die „New York Times" bemerkt dazu, es sei doch erfreulich, daß gerade ein deutsches Blatt dieses harte Verdammungsurteil über den kaiserlichen Uebeltäter fällte.

In der „Halleschen Zeitung" vom 20. März bespricht Kurt von Strantz, temperamentvoll wie immer, die „Schmach des amerikanischen Deutschtums". Er erzählt vom deutschen Nationalbund, wendet sich unter scharfen Ausfällen gegen einzelne Persönlichkeiten gegen die deutsche Kriegsaufklärungstätigkeit in Amerika und berichtet: „Während die gedachten tapferen Deutsch-Amerikaner durchaus gesetzlich für die erforderliche Aufklärung sorgten, wiegelte das Deutsche Reich amtlich ab. Es lehnte den angebotenen Einfall von deutschen und irischen Freiwilligen in Kanada ab, obwohl sie keine Unterstützung des Deutschen Reiches haben wollten, sondern als Privatleute Waffen und Munition zu kaufen wünschten. Der harmlose Botschafter hatte nämlich Waffen- und Schießbedarfbestellungen gemacht, um diese Lieferungen unseren Feinden zu entziehen, die bei Kriegsbeginn die Amerikaner natürlich beschlagnahmten, so daß wir die 6 Millionen Dollar auch noch verloren haben. Ich wurde in Berlin dahin beschieden, daß man beim Durchmarsch der Japaner auf dieses fürchterliche Wagnis eingehen könnte, aber sonst niemals." Aber diese Tatsache entlaste nicht die Deutsch-Amerikaner von der Schuld, sie hätten völlig versagt. Jetzt sollten sie wenigstens den flämischen und baltischen Brüdern ihr Selbstbestimmungsrecht sichern und einen Druck auf den Präsidenten dahingehend ausüben.

In welchem Maße die wüste Deutschenhetze, die während des Krieges unterhalten und zum Teil auch auf die deutschfreundlichen Deutschamerikaner übertragen wurde, trotz des Waffenstillstandes immer noch ungeschwächt weitertobt, zeigt die Nachricht, daß die Sozialisten in Milwaukee bei den Wahlen für die Schul- und Gerichtsbehörden vollständig unterlagen. Als Grund für diese Niederlage wird angegeben, daß die Sozialisten vorgeschlagen hatten, in Milwaukee, dem „Berlin von Amerika", die Deutschen wieder in die Schulen aufzunehmen. Die englische Presse stellt mit Befriedigung fest, daß das Wahlergebnis ein klarer Beweis für die loyale Ergebenheit der Milwaukeer Bürger zu der Sache des Amerikanismus sei. Die wählenden Frauen gaben dabei den Ausschlag und organisierten die Wahlkampagne unter der Devise „Rettet die Schulen vom Sozialismus".

Es ist bezeichnend, daß die englische Presse dieses Wahlergebnis für ihre deutschhetzerischen Zwecke ausschlachtet. Schon die Devise der Wahlkampagne zeigt, daß die Mehrheit der Wähler sich nicht gegen eine Wiederzulassung der Deutschen zu den Schulen wandte, sondern in erster Linie gegen den Einfluß des Sozialismus auf das Schulwesen aus religiösen Motiven.

Die Tatsache, daß in Chicago der deutschfreundliche erste Bürgermeister Thompson. und ein Deutschschweizer, namens Robert Schweitzer, als zweiter Bürgermeister mit großer Majorität wiedergewählt wurden, gibt den englischen Blättern Gelegenheit zu erneuten Ausfällen gegen das Deutschtum in Amerika. Es wird darauf verwiesen, daß Mr. Thompson dadurch in Amerika aufgefallen sei, daß er

Digitized by Google

sich geweigert habe, Marschall Joffre bei seinem Besuch in Chicago (April 1917) als Stadtoberhaupt zu empfangen. Er habe, als notorischer Deutschenfreund bekannt, die Amerikaner besonders schwer dadurch beleidigt, daß er Chicago die sechstgrößte deutsche Stadt der Welt nannte. Chicago zählt bekanntlich 500 000 eingewanderte Deutsche und ist in der Tat eine der größten deutschen Städte. Eine derartige Tatsache mit Freimut festzustellen, ist allerdings in den Augen der englischen Presse ein schweres Vergehen gegen „Freiheit und Gerechtigkeit der Welt". —

Aus New York läßt sich der Londoner „Globe" unter dem 12. März funkentelegraphisch folgende bezeichnende Geschichte telegraphieren: Bürgermeister Hylan zog gestern unwiderruflich die dem Theaterunternehmen Rudolf Christians & Co. gegebene Lizenz zur Eröffnung einer Deutschen Oper zurück. Die Eröffnung war auf den Abend zuvor mit dem „Vogelhändler" angekündigt. Der Widerruf erfolgte infolge von Protesten von Soldaten und Seeleuten, die sich in den letzten Tagen entwickelten und die ihren Höhepunkt gestern erreichten, als dem Bürgermeister eine Petition von über 2000 zurückgekehrten amerikanischen Soldaten und Seeleuten übergeben wurde, die ihn ersuchten, seinen Einfluß geltend zu machen, um die Eröffnung der Deutschen Oper zu verhindern. Obgleich bekanntgegeben worden war, daß die Oper verboten worden sei, sammelten sich am Abend mehrere hundert Menschen in Uniform an, marschierten in geschlossenem Zuge zum Opernhaus, wo ihnen bürgerliche und Militärpolizei eröffneten, daß die Erlaubnis aufgehoben worden sei. Die Polizei bewachte das Theater, das den ganzen Abend über dunkel blieb.

Der „Manchester Guardian" läßt sich am 14. März telegraphieren, daß ein amerikanisches Monopol deutscher chemischer Patente durch die „Verwaltung des fremden Eigentums" unter dem Schutze der amerikanischen Regierung gebildet worden sei. Diese Einrichtung, „chemical foundation" benannt, werde Mr. Francis P. Garvan als Präsidenten und einen Stab amerikanischer Finanzleute im Verwaltungsausschuß haben. 4599 Patente würden durch die amerikanische Industrie gestohlen, Verzeihung — verwertet werden.

Argentinien.

Der „Action Latine" in Toulouse ist zu entnehmen, daß seit Januar in Argentinien, „dem für ihre Propaganda günstigen Lande", eine neue deutsche illustrierte halbwöchentlich herauskommende Zeitung, „Die neue Welt", erscheint. Das französische Blatt weiß sogar zu melden, daß sie 60 Franken kosten soll. Ein Zirkular, das diese Neuerscheinung anzeige, erkläre ohne Umschweife, daß das Blatt sich aller gegenwärtigen wie zukünftigen Interessen der Deutschen in Südamerika annehmen und daß es für den Schutz und die Entwicklung der deutschen Kultur und des Handels in Mittelamerika kämpfen werde. Das neue Blatt werde sich keiner politischen Partei anschließen. Es wolle die Interessen aller Deutschen vertreten, die geborene Deutsche, Oesterreicher, Schweizer oder Deutschrussen seien. Sie wollten Deutsche im weitesten Sinne des Wortes sein, sie wollten nicht zerstören, sondern aufbauen. — Trotzdem bemerkt das französische Blatt, dem wir diese Meldung entnehmen, bissig, man habe da den Beweis, daß mit dieser Propaganda die umstürzlerischen Bewegungen in Südamerika zusammenhängen.

Brasilien.

Der „Ueberseedienst" entnimmt der „Information", daß die brasilianische Regierung die Schließung der Deutschen Ueberseeischen Bank und der Deutsch-Südamerikanischen Bank verfügt habe. Bisher war diesen Banken die Ermächtigung zur Weiterführung ihrer Geschäfte gegeben worden. Die Liquidation habe innerhalb von 6 Monaten stattzufinden. Gleiches gelte für die Brasilianische Bank für Deutschland.

Urugay.

Der Handelskammer Hamburg liegen amtliche Berichte vor, wonach die Deutschen bis zum November 1918 sich durchaus wohl fühlten und keinen Belästigungen oder Schädigungen ausgesetzt waren.

China.

Die „Times" melden aus China, daß am 13. März morgens die Dampfer mit 993 Männern, 402 Frauen und 400 Kindern an Bord abgegangen seien. Etwa tausend Personen sollten nach dem 1. April mit dem Dampfer „Antilochus" nachfolgen. Es werde in der Fremden-Niederlassung von Schanghai bitter empfunden, daß ein halbes Dutzend hervorragender Männer englisch-amerikanischer Staatsangehörigkeit beim chinesischen Militärgouverneur eine Bitte eingereicht habe, die Heimsendung der Schanghaier deutschen Aerzte zu verschieben, die zu ärztlichen Begleitern der Schiffstransporte ernannt worden waren. Diese Aerzte seien verschwunden und man glaube, sie hätten im Woosung Medical College unter dem Schutz chinesischer Behörden Zuflucht gefunden.

Acht Banken (Hongkong Shanghai Banking Corporation, Chartered Bank of India Australia and China, Jokohama Specie Bank etc.) schlossen mit der chinesischen Regierung eine Anleihe ab über 500 000 Dollar, um die Kosten für die Rückschaffung der feindlichen Untertanen zu bestreiten. Die Anleihe (zu 8%) soll in der zweiten Hälfte des Jahres aus den Einkünften des Salzzolles zurückerstattet werden. Wahrscheinlich wird noch eine zweite Anleihe nötig sein, um die Kosten zu decken. („Jap. Gaz." 30. 1.)

Nach Meldung der Asiatic News Agency soll der erste Transport nur solche Personen umfassen, die politische Propaganda getrieben haben oder sonst als gefährlich für die Interessen der Entente erkannt worden sind; ferner die im Lager von Fangshan Internierten. Man hofft, daß nach dem Juni kein feindlicher Untertan mehr in China sein wird.

Die „Japan Gazette" vom 18. Dezember entnimmt der „North China Daily News" vom 11. Dezember eine längere Ausführung über die Wirkungen, die eine Deportation der Deutschen in China auf die Chinesen haben würde. Dabei wird erklärt, daß unter den Angehörigen von Nationen der Entente, nicht aber unter Chinesen und Japanern ein allgemeiner Wunsch für die Ausweisung der Deutschen bestände, und es wird die Frage aufgeworfen, warum sich Japan der Bewegung nicht anschließe. Wir geben diese Meldung wieder, obgleich sie älteren Datums ist, weil sie für Vergangenheit wie für Zukunft der ostasiatischen Politik und der deutschen Aussichten dabei bezeichnend ist.

Chinesische Geschäftsleute erheben gegen die Deportation der Deutschen lauten Protest. Diese Maßregel werde den chinesischen Interessen nur schaden; während der letzten 20 Jahre hätten sie nur Vorteil von ihrer Zusammenarbeit mit den Deutschen gehabt, warum solle ferner China die Deutschen vertreiben, wenn es Japan nicht tue. („Jap. Gaz." vom 1. 2.)

In einer Schanghaier Meldung der „Morning Post" vom 18. März heißt es, die Deutschen hätten sich über die Unterbringung an Bord der Dampfer und gleichfalls über die Zustände in den Lagern, wo sie ihre Einschiffung erwarten, beklagt, der Bericht einer Kommission von Aerzten und Sachverständigen zeige aber, daß ihre Beschwerden unbegründet seien.

Digitized by Google

Rotterdamer Blätter bringen, der „Deutschen Wochenschrift für die Niederlande" zufolge, einen englischen Zeitungsbericht, demzufolge die prodeutsche Haltung der Niederländer in China anhalte. Die chinesische Regierung habe (natürlich unter dem Druck der Entente) eine Revision der Liste der Konsulatsbeamten in Schanghai befohlen, was den niederländischen Konsul zu der folgenden scharfen Antwort veranlaßt habe: „Die Frage der Heimkehr der Deutschen steht im offenbaren Widerspruch mit dem internationalen Recht. Alle unangenehmen Folgen einer solchen Verletzung hat China sich natürlich selbst zuzuschreiben." Die chinesiche Regierung sei über diese Antwort sehr verschnupft.

Aus Schanghai wird der Londoner „Morning Post" gemeldet, daß im Gebäude des Deutschen Klubs in Schanghai, einem der imposantesten Gebäude am Bund innerhalb der Europäer-Niederlassung, die Friedenskonferenz zwischen Norden und Süden eröffnet worden sei. Die Eröffnung der Konferenz war rein sachlich und wenig feierlich. Beide Parteien seien durch 9 Delegierte vertreten, Chu Ch'ichien führe die Delegation des Nordens, Tang Shao-yi diejenige des Südens. Nach Schluß der Konferenz sollten die Gebäude des Klubs und der Deutschen Bank verkauft werden.

Nach einem Vortrage des Generalsekretärs des Deutsch-Chinesischen Verbandes, Dr. Linde, über die zukünftige Gestaltung der deutsch-chinesischen Beziehungen wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die zum 18. März in das Künstlerhaus zu Berlin einberufene Versammlung lenkt aller für einen gerechten Frieden eintretenden Menschen Aufmerksamkeit auf das brutale Vorgehen der Entente, namentlich Englands, in China hin. Lediglich aus rücksichtslosem Egoismus und aus Furcht vor einem zukünftigen Wiederaufleben des deutschen Wettbewerbs im fernen Osten werden von dort vier Monate nach dem Waffenstillstand und kurz vor Abschluß des Präliminarfriedens 2500 deutsche Männer, Frauen und Kinder deportiert und damit dem halb verhungerten und zur Verzweiflung getriebenen deutschen Volke die Möglichkeit geraubt, die wichtigen Handelsbeziehungen zu China wieder aufzunehmen und sich durch Arbeit und Fleiß in Ostasien wieder emporzuarbeiten.

Wir wissen, daß das deutsche Volk rechtlos in der Welt geworden ist und die Entente wieder und wieder abgelehnt hat, ihre Versprechungen und Zusicherungen hinsichtlich eines gerechten Friedens zu erfüllen. Aber wir weisen alle, die ein Verständnis für Deutschlands heutige und zukünftige Not haben, auf den feindlichen Vernichtungswillen und die auf bloßer Gier nach Geld und Gewinn beruhende neue Schmach hin, die man dem deutschen Volke antut."

Japan.

Dem „London and China Telegraph" zufolge wird der deutsche Handel in Japan nun auch immer mehr von den Japanern bekämpft. Allerdings sind deutsche Kaufleute noch, wenn auch unter Regierungsaufsicht, in ihren Geschäftsräumen tätig. Andere aber wollten unter dem Drucke der öffentlichen Meinung ihre Geschäfte gänzlich aufgeben. Viele Deutsche aus führenden Firmen seien bereits ausgewiesen worden, die Deutsch-asiatische Bank liege völlig brach. Ein Wiederaufleben des Handels sei nach dem Kriege völlig ausgeschlossen. Die Zahl der Deutschen in Japan beträgt 764 (es ist nicht ganz klar ersichtlich, ob das eine Statistik unmittelbar vor Kriegsausbruch oder jetzt am Ende des Krieges betrifft, jedenfalls sind die deutschen Kriegsgefangenen nicht einbegriffen), 64 deutsche Firmen seien in Japan nach der letzten Aufnahme tätig, 24 in Kobe, 22 in Jokohama, 7 in Tokio, 3 in Osaka, die übrigen in der Provinz.

Der „Ueberseedienst" entnimmt dem „London and China Telegraph" vom 10. März die Nachricht, daß einige hundert deutsche Gefangene aus Tsingtau, die zurzeit in einem Gefangenenlager in Japan untergebracht seien, beabsichtigten, sich nach ihrer Freilassung auf dem Hokkaido anzusiedeln. Die japanische Regierung habe dazu die Genehmigung erteilt.

KLEINE NACHRICHTEN

Der in Hermannstadt in Siebenbürgen erscheinenden „Tagespost" (Deutsche Bürger-Zeitung) zufolge, ist der auch in Deutschland sehr bekannt gewordene Herr Lutz Korodi zum Staatssekretär im Ministerium für Kultus und Unterricht in Siebenbürgen ernannt worden. Lutz Korodi ist in Kronstadt geboren und steht jetzt im 52. Lebenjahr. Er studierte in Bonn, Bern, Ofenpest und München Theologie und klassische Philologie, war 1893/96 Schriftleiter der Kronstädter Zeitung und Elementarlehrer in Kronstadt, dessen Abgeordneter er 1900 wurde. Er trat sofort politisch stark hervor und wurde von der ungarischen Regierung auch entsprechend verfolgt. Die Uebersetzung und Veröffentlichung eines Artikels in der Kronstädter Zeitung trug ihm einen Prozeß und zwei Jahre Gefängnis ein. Darnach wanderte er nach Deutschland aus, wo er Oberlehrer an einem Realgymnasium und später Direktor des Mädchenlyzeums in Berlin-Schöneberg wurde. Kurze Zeit arbeitete er dann als Direktor der „Deutschen Zeitung" in Berlin, um zuletzt als Direktor des Deutsch-evangelischen Schulverbandes in Polen zu wirken.

Rotterdam. Die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande" schildert in einem packend geschriebenen Artikel die Ankunft des Generals v. Lettow-Vorbeck und seiner Heldenschar. Trotz des Regens harrte eine ungeheure Menschenmenge des ankommenden Dampfers, an ihrer Spitze Prinz Heinrich der Niederlande, der Stab der deutschen Gesandtschaft und auch die deutsche Kolonie. Holländische hohe Beamte hatten sich zahlreich eingefunden und eine Ehrenwache des Jägerregiment im Haag hatte auf dem Landungssteg Aufstellung genommen. Als der Dampfer anlegte, schwoll brausend der Ruf an: Wo ist v. Lettow? Es wurde mäuschenstille, als er an die Schiffsbrüstung trat und in die Menge herabrief: „Unser deutsches Vaterland, wie es auch sei, es lebe hoch!" Prinz Heinrich begab sich zuerst zur Begrüßung an Bord, dann traten die Gefeierten über die Landungsbrücke. Eine junge Dame der deutschen Kolonie, die der General umarmte und küßte, bot den ersten Blumengruß. In der festlich geschmückten Halle eines Güterschuppens fand der Empfang statt, der deutsche Gesandte, v. Rosen, feierte den General und den Gouverneur v. Schnee, die niederländische Gastfreundschaft und Hilfe und endete mit einem Hoch auf die Königin der Niederlande. Der General antwortete mit einem Dank und abermals mit dem Ruf: „Das deutsche Vaterland, wie es auch sei, es lebe hoch!" Dann sangen alle Anwesenden gemeinsam das Lied: Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten. Während des zweitägigen Aufenthaltes in Rotterdam wurden Offiziere und Mannschaften nebst ihren Angehörigen von der deutschen Kolonie bewirtet und gefeiert.

Amsterdam. Die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande" veröffentlicht einen Nachruf für die im 82. Lebensjahr verstorbene Gattin des großen deutschen Philanthropen P. W. Janssen, die, selbst eine geborene Holländerin, keine politischen Grenzen für ihr Wohltun kannte und in unzähligen Stiftungen, die aber zumeist nicht ihren Namen trugen, da sie im stillen wirkte, ihr gutes Herz bewies.

Digitized by Google

Georg Mathey, der ausgezeichnete Berliner Graphiker, ein gebürtiger Siebenbürger (aus Hermannstadt), erhielt beim Wettbewerb für die neue Reichspostmarke vom Reichspostministerium einen ersten Preis von 2000 Mark.

Christiania. Am 6. März verstarb dem „Gemeindeboten" zufolge einer der ältesten Deutschen in Christiania, der Maler Carl Theodor Richter, der seit 1897 in Norwegen wohnte. Er war regelmäßiger Teilnehmer an den Veranstaltungen der Gemeinde.

Christiania. Im Alter von 37 Jahren verstarb Hans Andreas Dahl, der Sohn des bekannten über 70 Jahre alten deutsch-norwegischen Malers Professor Hans Dahl, der in Deutschland seine Ausbildung genoß und längere Zeit in London ansässig war.

Bergen. Ein Kirchenkonzert von Professor Straube und Fräulein Emmi Leisner fand im bis auf den letzten Platz gefüllten Raum der Domkirche statt. Ueber 1500 Personen waren anwesend. Die Zeitungen hatten warme Begrüßungsartikel für die deutschen Gäste gebracht. Die Konzertgeber erzielten mit ihren Darbietungen tiefen Eindruck.

Libau. Seit dem 15. März finden in dem neuen Theater wieder regelmäßig deutsche Vorstellungen statt. Als Eröffnungsvorstellung gelangte, wie wir dem Heft 3 der „Baltischen Blätter" entnehmen, Gerhard Hauptmanns Märchendrama „Die versunkene Glocke" zur Aufführung, dem als Prolog ein für den Abend besonders geschriebenes „Spiel vor dem Vorhang" von Fred. M. Balte vorausging. Als Oberspielleiter und künstlerischer Leiter arbeitet Dr. Ernst Pründter vom ehemaligen Hoftheater in Neu-Strelitz, dem als Dramaturg Joseph Velz und als Geschäftsführer Karl Rumberg zur Seite stehen. Dem Ensemble gehören zum Teil Kräfte an, die schon unter der bekannten und bewährten Spielleitung des Herrn Joseph Dischner tätig waren, zum Teil sind auch neue Kräfte herangezogen worden.

Lugano. Ueber die neue Orgel, die die drei protestantischen Kirchengemeinden in Lugano bekommen haben, berichtet das „Evangelische Gemeindeblatt" der schweizerischen Diasporagemeinden, daß sie am 19. Januar 1919 eingeweiht wurde, nachdem sie dank der Opferwilligkeit einiger Musikfreunde mit einem Kostenaufwand von 11 000 Franken in reicher dekorativer Ausstattung in die Kirche eingebaut worden war. Professor Hindermann vom Großmünster in Zürich führte die Orgel in meisterhaftem Spiele vor. Ansprachen und Gesangsvorträge folgten, und am Abend konnte ein größeres Publikum in einem Orgelkonzert das Werk bewundern.

Deutsche wissenschaftliche Arbeit in Rumänien. Die von der Landeskundlichen Abteilung beim Oberkommando Mackensen angeordneten wissenschaftlichen Arbeiten konnten nur zum Teil gefördert und zum Teil auch beim Rückzug für Deutschland gerettet werden, so die Aufzeichnungen und viele Bilder. Ueber 800 Platten geographischer Gegenstände, 1600 ethnologische Aufnahmen, eine botanische und zoologische Sammlung sind nach Deutschland gebracht worden. Von einer kostbaren Sammlung ethnologischer Gegenstände ist ein Teil dem Völkermuseum in Leipzig überwiesen worden. Der Rest, die Karten und Büchersammlung, mußte in Rumänien verbleiben. Die Veröffentlichung eines ethnologischen Bilderatlas ist geplant.

Denkschrift der Schweizer Kolonie in Deutschland an den Schweizer Bundesrat. Das Deutschtum und die Auslanddeutschen, die namentlich in der Schweiz so zahlreich sitzen und sich dort Freunde erworben haben, wird es interessieren, von dieser Denkschrift zu hören, die von dem Elend spricht, das über Deutschland durch die Hungerblockade hereingebrochen ist und das auch die Schweizer in Deutschland mitbetroffen hat. Der Münchner Vollzugsausschuß der Schweizer Kolonie hat diese Denkschrift veranlaßt, Dr. v. Salvisberg, der bekannte Vorkämpfer für die deutsche Hochschulbewegung, hat sie verfaßt. Sie ist im März abgegangen. Die Denkschrift geißelt in scharfen Worten die „moralische Infamie", mit der Deutschland in ein einziges Konzentrationslager verwandelt worden ist (so nannte es die englische „Nation"). Die Denkschrift stellt die menschenfreundliche Tätigkeit der Deutschen nach der Einnahme der blockierten und ausgehungerten Stadt Paris dem heutigen Verhalten der Entente gegenüber, sie trägt in geschickt wirkungsvoller Weise die ärztlichen Berichte über den Gesundheitszustand in Deutschland zusammen. Mehr als dreißig Schweizer Kolonien mit vielen Tausenden von Mitgliedern haben sich der Kundgebung der Schweizer Kolonie von München angeschlossen, die unter Hervorhebung der Tatsache, daß die Schweizer in Deutschland mitleiden, die Not des hungernden und sterbenden Deutschland laut verkündet. Es wird in der Denkschrift zu praktischer Hilfe aufgerufen: Paket- und Lebensmittelsendungen von Verwandten und Bekannten aus der Schweiz werden gefordert, für deren Inhalt und Kosten bestimmte Vorschläge gemacht werden, während die bisherigen Schweizer Pakete nur für die Reichen käuflich und erschwinglich waren. Ausgiebige Zufuhren in ganzen Waggons für die Schweizer in Deutschland werden verlangt, Wohlfahrtslotterien und öffentliche Sammlungen sollen die Mittel liefern. Ein deutsch-schweizerischer Konsumverein soll den ganzen Vertrieb in die Hand bekommen, Hilfsausschüsse in der Schweiz sollen mit der Arbeit sofort einsetzen.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND DEUTSCHES SCHULWESEN

Auf Anregung des Herrn Oberlehrers Otto Schwarz aus Tiflis, der als Sohn eines Württembergers in Tiflis geboren wurde und dort sein ganzes Leben verbrachte mit Ausnahme seines Studiums, dem er in Württemberg oblag, hat das württembergische Kultministerium nach einem Entscheid vom 15. März auf Vortrag der höheren Schulbehörde zugestimmt, daß 20 Zöglinge aus den schwäbischen Kolonien Rußlands in württembergischen Lehrerseminaren aufgenommen würden und ihnen alle diejenige Unterstützung zuteil werden soll, die auch einheimische Zöglinge erhalten. Die Schüler sollen auf verschiedene Klassen verteilt werden und es sollen ihnen neben freiem Unterricht, freier Wohnung im Seminar und Teilnahme an der billigen Verköstigung zum Selbstkostenpreis auch noch Staatsunterstützungen bewilligt werden. Da der heimische Schuldienst in Württemberg infolge Andrangs von Lehrkräften zurzeit überbesetzt ist, kann es sich nur um eine Ausbildung der jungen Leute, nicht um ihre Verwendung im württembergischen Schuldienst handeln. Man wird es aber in den Kreisen der Auslanddeutschen freudig begrüßen, daß das württembergische Kultministerium in einem von dem neuen Minister Heymann gezeichneten Erlasse sich als erstes deutsches Kultministerium der Kulturinteressen der Auslanddeutschen annimmt und daß es mit einer praktischen Maßnahme in dieser Richtung vorgeht. Hoffentlich können die jungen Leute nun bald nach Friedensschluß ihre ungestörte Reise nach Württemberg antreten.

Leipzig. Lehrauftrag über Auslanddeutschtum. Herrn Privatdozenten Dr. Ernst Schultze ist im Auftrage des Instituts für Kultur und Universalgeschichte an der Universität Leipzig (begründet von

Digitized by Google

Prof. Lamprecht, jetzt geleitet von Geheimrat Prof. Dr. Goetz) für das Sommersemester ein Lehrauftrag verbunden mit einem Seminar für eine Vorlesung über Geschichte des Auslanddeutschtums mit besonderer Berücksichtigung der Vereinigten Staaten übertragen worden.

Professor Dr. Werner Richter, bisher Professor für deutsche Sprache und Literatur an der Universität Konstantinopel und Leiter des Seminars für Germanistik an dieser Hochschule, ist an die Universität Greifswald berufen worden, wo er besonders nordische Sprache und Literatur pflegen soll und ständiger Sekretär des nordischen Instiuts der Universität wurde.

Dr. Woldemar Leonardi, ein Auslanddeutscher, geborener Moskauer, hat das neu begründete Lektorat für russische Sprache an der Technischen Hochschule in Dresden übernommen.

In Hamburg ist man vom Ausland und vom Auslandgeschäft abhängiger als sonst irgendwo in Deutschland. Deshalb faßte auch dort der Gedanke rasch Boden, Kenntnisse über Ausland und Auslanddeutschtum im Inland zu verbreiten, und zwar dort anzufangen, wo es am nötigsten ist, in der Schule. Auf Veranlassung der Ortsgruppe des V. D. A. hat Pastor Bühler aus Joinville in Santa Katharina (Südbrasilien), der vom Ausbruch des Krieges auf einer Heimatreise überrascht worden ist, in 24 Schulen Vorträge gehalten und hat über die deutschen Siedelungen in Santa Katharina und Espirito Santo zu den Schülern gesprochen. Der Erfolg war nach Zeitungsberichten groß.

Ein verdienter Auslanddeutscher.

Am 31. Mai vollendet Artur Böhtlingh in Karlsruhe sein 70. Lebensjahr und tritt aus diesem Anlaß von seiner Lehrtätigkeit zurück. Aus diesem Anlaß werden gewiß aus allen Teilen Deutschlands, nicht nur aus dem Südwesten, Gedanken und Wünsche von Freunden und Schülern hinfliegen zu diesem deutschen Sohn des Auslandes, der ihrer Liebe zum Vaterland und zu deutschem Wesen so oft Ziel und Richtung gab.

In Artur B. bestätigt sich, was in vielen Fällen festzustellen ist: wie viel reiner und mutiger der Begriff von deutschem Wesen und deutscher Aufgabe bei den besten Auslanddeutschen ist als bei berufenen Führern, welche die Heimat hervorgebracht hat.

Artur B., in Petersburg aus deutschrussischer Familie geboren, studierte in Jena, Heidelberg und Berlin Geschichte und Philosophie, war zuerst Professor in Jena und ist seit 1886 als Professor für Geschichte und Literatur an der Technischen Hochschule in Karlsruhe tätig, wo er sich 1887 mit einer Tochter aus altelsässischem Geschlecht verheiratete.

In seiner ersten Epoche fand von geschichtlichen Arbeiten vor allem sein frisches Werk über Bonopartes Jugend und Entwicklung Beachtung.

Das Interesse des gereiften Mannes wandte sich von 1890 ab immer mehr den brennenden Fragen der deutschen Gegenwart und Kultur zu. Von einem tiefen Verständnis großer Geister, Goethes und Shakespeares getragen, wußte er ihren Zusammenhang mit den treibenden Kräften der Geschichte und Politik aufzudecken und so Freunde und Schüler für eine Durchgeistigung des so stark materialistischen politischen Lebens zu begeistern. Literarisch trat dieser Gedanke in Schriften wie „Bismarck und Shakespeare", „Luther und Loyola", „Goethe und das kirchliche Rom" in Erscheinung.

Darüber hinaus ist A. B., der Fünfzigjährige, in heißem Streben nach einer kulturell gerichteten Politik in Baden zum Kampf angetreten für politische Freiheit. In hinreißender Rede, vor Volksversammlungen und vor Gericht hat er mutig und rein seinen hohen Begriff von der Freiheit deutschen Geistesleben und deutscher Religiosität verteidigt gegen alle auf Bindung dieser Freiheit mit politischen Mitteln hinarbeitenden Bestrebungen.

So reich an Mißverständnis und undankbar dieser Kampf für A. B. gewesen sein mag, er hat doch gezeigt, wie eine von einer mutigen Persönlichkeit getragene kulturelle Behandlung der Politik in allen Volksschichten Widerhall findet.

Unvergeßlich ist seinen Freunden und Schülern wie A. B., mitten in den lauten Wogen des Kampfes, in seinen Vorlesungen und in engerem Kreise mit vollendeter geistiger Ruhe Goethes Faust und Shakespeares Dramen ihrem Blicke öffnete.

Mit demselben Mute wie in den politischen Kampf hat A. B. in andern Fragen der Gegenwart, z. B. der Frage der deutschen Eisenbahnen und in der religiösen Frage über den Christusmythus eingegriffen.

B. sieht nun an der Schwelle seines Lebens das täglich wachsende Unglück, den drohenden Untergang seines Volkes. Möchte er über dieser Zerstörung mancher nationalen Hoffnung nicht vergessen, daß viele Freunde und Schüler in Gedanken an ihn sich der höheren Güter des deutschen Volkes bewußt werden.

Professor Paul Schmitthenner-Stuttgart.

Hohenheim. Vereinigung der an der Landw. Hochschule immatrikulierten auslanddeutschen Studierenden (V. Ad. St.). Am 31. März fand eine Versammlung der auslanddeutschen Studierenden statt, in der auf Anregung des Deutschen Ausland Institutes die Begründung der Vereinigung beschlossen wurde. Zum Vorsitzenden wurden Herr Nill, zum Schriftführenden Herr Wieder und zum Beisitzenden Herr Klein gewählt. Die Studierenden Nill und Krause betonten in ihren Ansprachen die Notwendigkeit der Begründung einer Vereinigung, wie sie auch in Leipzig, Berlin und anderen Orten ins Leben gerufen worden ist. Die Satzungen der Leipziger Vereinigung wurden mit einigen Aenderungen auch für die Hohenheimer Vereinigung akzeptiert. Nach diesen Satzungen kann Mitglied jeder an der Landw. Hochschule immatrikulierte auslanddeutsche Studierende werden, der deutscher Abstammung ist, dessen Muttersprache die deutsche ist und der sich zum deutschen Volkstum bekennt. Mitglieder der Vereinigung sind 15 auslanddeutsche Studierende, zumeist stammen sie aus der Ukraine.

Berlin. Vereinigung auslanddeutscher Studierender. Die Vereinigung zählt gegenwärtig 20 Mitglieder, die aus Deutsch-Balten, Deutsch-Russen, Deutsch-Polen und Siebenbürgern bestehen. Sie ist am 21. November 1918 gegründet. Sie umfaßt Studierende der Universität und der Technischen Hochschule. Den Anlaß zur Gründung gab ein von der am 16. November 1918 stattgehabten „Ersten allgemeinen Studentenversammlung" gefaßter Beschluß, laut welchem man „feindlichen Ausländern", also auch denen deutscher Nationalität, das Recht entzog, an den Studentenversammlungen aktiv und passiv teilzunehmen. Durch Aufrufe und Resolutionen machten die Auslanddeutschen auf die Berechtigung ihrer Ansprüche aufmerksam. Gesuche an die Technische Hochschule und Universität um Bestätigung der neu begründeten Vereinigung, um offizielle Anerkennung aller „Auslanddeutschen" und um Gleichberechtigung mit den reichsdeutschen Studenten wurden genehmigt. Daraufhin sagte der Studentenrat der Technischen Hochschule den Auslanddeutschen eine beratende Stimme zu, während mit dem Studentenrat der Universität noch Verhandlungen schweben. Als Auslanddeutscher wird anerkannt, wer deutscher Abstammung ist und einem nichtdeutschen Staate angehört. Da die praktische Durchführung auf Schwierigkeiten stößt, soll nach dem Wunsche der Vereini-

Digitized by Google

gung die Rechte eines Auslanddeutschen an den Berliner Hochschulen nur der genießen, der die Mitgliedschaft der Vereinigung erwirbt. Mit der Vereinigung in Leipzig ist Fühlung genommen. In Halle ist die Begründung einer Vereinigung der auslanddeutschen Studierenden angeregt. Es sind fünf Referate im Innern der Vereinigung geschaffen, die fünf bestellten Referenten wählen die beiden Vorsitzenden, von denen einer der Technischen Hochschule und einer der Universität anzugehören hat. Die Aemter der Referenten sind folgende:

1. Vertretung der Vereinigung bei den akademischen Behörden und der Studentenschaft. (Berliner Referent.)
2. Fühlungnahme mit den Vereinigungen auslanddeutscher Studierender an den anderen deutschen Hochschulen. (Auswärtiger Hochschulreferent.)
3. Sammlung von Material über das Auslanddeutschtum. (Heimatsreferent.)
4. Ausgestaltung der Vereinsabende. (Vereinsreferent.)
5. Schriftführer und Kassenwart.

Offiziell ist die Vereinigung bisher nicht hervorgetreten. Sie hofft im Sommersemester ihre Tätigkeit voll aufnehmen zu können. Die Vereinigung stellt den Beitritt als ordentliches Mitglied jedem an Berliner Hochschulen studierenden Auslanddeutschen frei, außerordentliche Mitglieder können Gönner und Gönnerinnen der Vereinigung werden. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 3 Mark für das Semester. Die Aufnahme geschieht nach Anmeldung beim Vorstand durch eigenhändige Eintragung in die Mitgliedsliste.

Leipzig. Vereinigung der an der Universität immatrikulierten auslanddeutschen Studierenden. Die Satzungen der Vereinigung sind der Universitätsbehörde vorgelegt worden und haben ihre Billigung gefunden. In § 2 heißt es: Grundlage der Vereinigung ist das deutsche Volkstum. Als Ziele der Vereinigung werden benannt: Vertretung der Interessen der auslanddeutschen Studierenden nach außen und kulturelle Förderung des Auslanddeutschtums. Die Vereinigung verfolgt keine politischen Ziele und ist interkorporativ und interkonfessionell. Als Auslanddeutscher wird bezeichnet derjenige, der 1. deutsch-arischer Abstammung ist, 2. dessen Muttersprache die deutsche ist, 3. der sich ehrenwörtlich zum deutschen Volkstum bekennt. Stimmt das Verhalten eines Mitglieds damit nicht überein, so kann auf Antrag aus der Mitte der Vereinigung, der akademischen Behörde oder der Vertretung der Studentenschaft über seine Ausschließung von zwei Drittel Mehrheit der Vereinigungsmitglieder beschlossen werden. Organe der Vereinigung sind die Mitgliederversammlung, bestehend aus allen Mitgliedern, und der Ausschuß, bestehend aus dem Vorsitzenden, dem Schriftführer und Kassenwart und dem Beisitzer. Es ist ein Semesterbeitrag von 3 Mark festgesetzt.

An den sächsischen Hochschulen (Universität Leipzig, Technische Hochschule und Tierärztliche Hochschule Dresden, Bergakademie Freiberg und Forstakademie Tharandt) werden Ausländer nur zum Studium zugelassen, wenn dadurch die Interessen der inlanddeutschen Studierenden nicht beeinträchtigt werden. Deutschösterreicher gelten nicht als Ausländer. Ausländer bezahlen doppelte Kolleggebühren. Hoffentlich ist es überall, wie in Leipzig durch die Vereinigung der auslanddeutschen Studierenden, erreicht worden, daß auch Auslanddeutsche nicht als Ausländer gelten.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Walk. Hier ist wieder eine deutsche Schule eingerichtet worden, die von der estnischen Regierung, der ja Walk zugesprochen wurde, erlaubt worden ist. Die Schule wurde am 1. März eröffnet. Der Unterricht findet in 6 Klassen statt. Er ist gemeinsam für Mädchen und Knaben, von denen 60 als Schüler eingeschrieben sind.

Brunnen (Schweiz). Lehranstalt für Kolonial- und Auslandkunde. Die Lehranstalt besteht seit 1. Oktober 1918. Sie wurde von der Deutschen Gesandtschaft in Bern, Abteilung für Gefangenenfragen, für die in der Schweiz internierten Deutschen gegründet. Die Lehranstalt will bei ihren Hörern die Kenntnisse über Ausland und Kolonien erweitern, das weltpolitische und weltwirtschaftliche Denken anregen und das Verständnis für Kultur und Denkungsart anderer Völker fördern. Weiter will sie ihren Angehörigen, insbesondere den Kolonial- und Auslanddeutschen, Gelegenheit geben, auf ihren Sondergebieten weiterzuarbeiten. Erstrebt werden diese Ziele durch Vorlesungen, durch seminaristischen Unterricht und durch Einrichtung einer Bücherei und eines Lesezimmers, in dem eine große Zahl deutscher und ausländischer Zeitschriften ausliegt.

Venlo. Deutscher Schulverein. Der erste Vorsitzende, Dötsch, erstattet in der „Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande" den Jahresbericht über das 9. Geschäftsjahr, das 6. Schuljahr der Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule. Die Mitgliederzahl blieb auf 106 stehen. Vier stiftende Mitglieder sind erstmals zu verzeichnen. Am 9. September 1918, dem Gründungstag der Schule, sind drei Ehrenmitglieder ernannt worden: der Bürgermeister von Venlo, Herr H. B. J. van Rijn, „in dankbarer Anerkennung seiner wohlwollenden und edelmütigen Förderung der Bestrebungen des Deutschen Schulvereins zur Gründung und Entwicklung der Deutschen Schule", Herr Pater Ansgar Simigen, Dominikaner in Venlo, und Pfarrer Heesen aus Niederdorf, „in dankbarer Anerkennung ihrer seit Gründung unserer Lehranstalt an dieser ausgeübten selbstlosen und aufopferungsvollen Tätigkeit als Religionslehrer". Die Ausgaben der Schule betrugen 21 700 Mark, die seit 6 Jahren aufgesparte Rücklage mußte in Anbetracht der Teuerung vollkommen aufgebraucht werden. An Beiträgen gingen 1918 ein: Vereinsbeitrag 516 Mark, deutscher Reichszuschuß 7000 Mark, niederländischer Reichszuschuß 5830 Mark, Beihilfe der preußischen Eisenbahnverwaltung 3500 Mark, der Reichspostverwaltung 500 Mark, Schulgeld 1940 Mark. Der Ehrenvorsitzende, Rittergutsbesitzer Mauritz, stiftete 500 Mark für besondere Zwecke, der Baufond ist von 280 auf 3100 Mark angewachsen, der Weihnachtsfond beträgt 247 Mark, das 3079 qm große Baugrundstück ist schuldenfrei. Die 162 Schüler werden von 5 Lehrkräften und zwei Religionslehrern erzogen.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLAND

Raiffeisentag in Teplitz. Am 30. März fand ein Raiffeisentag statt, zu dem sich über 400 Besucher eingefunden hatten. Der Zentralverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften Böhmens hatte also einen großen Erfolg zu verzeichnen. Der Verbandsanwalt Dr. Weden sprach über genossenschaftliche Fragen. Direktionssekretär Dr. Nagel behandelte die besonderen Fragen der Raiffeisenkassen und ihrer Finanzpraxis.

Zürich. Die Jahresmitgliederversammlung der Deutschen Handelskammer in der Schweiz vereinte am 25. März trotz der mißlichen Zugverhältnisse 70 Mitglieder, 3 Vertreter der deutschen Gesandtschaft und der deutschen Konsulate waren anwesend. Die Zahl der Mitglieder in Deutschland hat sich um 20, die der Mitglieder in der Schweiz um 30 Prozent vermehrt. Der Jahresbericht beschäftigte sich mit der Tätigkeit des Vorstandes und des

Digitized by Google

Syndikus, erörterte die Preispolitik der Reichsbank und der Preisprüfungsstelle, sowie die Frage des Ausbaues der Handelsabteilungen der Konsulate und Gesandtschaften. Wegen der Leipziger Messe findet die außerordentliche Mitgliederversammlung in Basel erst am 6. Mai statt.

Zürich. Deutscher Männergesangverein. Dem Verein gehören 120 aktive und 350 passive Mitglieder an. In der letzten Hauptversammlung wurde der seitherige Vorstand in seinem Amte bestätigt. Die wegen der Grippe ausgesetzten gesanglichen Vorführungen sollen jetzt wieder aufgenommen werden.

Hilfsbund für deutsche Kriegerfürsorge in der Schweiz und Vereinigung entlassener deutscher Wehrleute. Unter den Mitgliedern der Vereinigung bestand starke Mißstimmung gegen die Tätigkeit des Hilfsbundes. Es wurden verschiedene Wünsche an den Hilfsbund formuliert, der in einer außerordentlichen Sitzung vom 15. Februar beschloß, zu den einzelnen Ortsgruppen Kriegsbeschädigte und entlassene Wehrleute zuzuziehen und in den Ortsgruppen Berufungsausschüsse zu bilden von je 2—3 Vorstandsmitgliedern und 2—3 entlassenen Wehrleuten, um vermeintlich unrichtig behandelte Unterstützungsgesuche nachprüfen zu können. In Basel fand dann zwischen Hilfsbund und Vereinigung eine neuerliche Aussprache statt, in der nach stundenlangen Verhandlungen Herr Christ als Vertreter des Ausschusses deutscher Wehrleute aus der Schweiz in Singen einem Zusammengehen das Wort redete. Es ist also zu hoffen, daß die bestehenden Mißverständnisse nun beseitigt sind.

Christiania. Deutscher Verein (Vereinigte Germania und Loreley). Das Stiftungsfest am 15. Febr. verlief außerordentlich ansprechend und erfolgreich. Einem gemeinschaftlichen Essen mit Tafelreden und Ansprachen folgte ein vergnügtes Beisammensein. „Deutschland, Deutschland über alles" erklang mit Kraft und Würde, so berichtet der „Gemeindebote".

Christiania. Deutsche Gemeinde. Auf dem Familienabend am 6. März begrüßte Herr Minister v. Mutius die aus dem Kriege heimgekehrten Landsleute. Pfarrer Günther hielt einen Vortrag über die politischen und sozialen Anschauungen Goethes. Die Kammersängerin Frau Artôt de Padilla erfreute durch ihre Lieder die Anwesenden.

Christiania. Deutsch-evangelische Gemeinde. Der Jahresbericht 1918 verweist auf eine erfreuliche Steigerung der Mitgliederzahl. Von den 143 Mitgliedern des Jahres 1917 sind 25 durch Tod, Wegzug oder aus sonstigen Gründen weggefallen, aber es sind 83 neue hinzugekommen, sodaß jetzt 201 Mitglieder 6201 Kr. Beitrag bezahlen. Allerdings reichte diese Summe, die durch Kollekten und sonstige Einnahmen auf 6700 Kr. gebracht wurde, zur Deckung der Kosten nicht aus, es mußten rund 1000 Kr. aus Reserven gedeckt werden. Beklagt wird in dem Bericht der Rückgang der Zahl der Gottesdienstbesucher. Es wurden 51 Gottesdienste abgehalten, die zum Teil durch Einzelgesang und Geigenspiel feierlicher gestaltet wurden. Der deutsche Kindergarten der Gemeinde darf auch auf eine erfreuliche Entwicklung zurücksehen. Fünf religiöse Leseabende wurden abgehalten, acht interkonfessionelle Familienabende fanden statt, die durchschnittlich von je etwa 180 Personen besucht waren. Die Zusammenkünfte junger Mädchen in der Pfarrerwohnung wurden im Herbst zu Gesangsproben des Kirchenchors ausgestaltet. An der Universität hielt der Pfarrer öffentlich deutsche Vorlesungen über Luther und Goethe, die durchschnittlich von 35 und 150 Hörern besucht wurden. Leider ist der Plan einer eigenen Kirche in weite Ferne gerückt worden dadurch, daß Magistrat und Stadtverordnete von Christiania ein Gesuch um Ueberlassung eines Grundstückes vorläufig abgelehnt haben. Im Berichtsjahr fanden 6 Pastorationsreisen statt.

KIRCHLICHES

Die Berliner Missionsberichte bringen Mitteilungen über den Stand der Mission in China. Darnach hatte die Mission keinen Mangel an Mitteln zu beklagen. Die chinesischen Behörden und auch die japanischen in Tsingtau hätten zur Mission eine freundliche Stellung eingenommen, nur die Bereisung der Außenplätze wurde versagt. Besonders interessieren wird es zu hören, daß in Tsingtau eine deutsche Schule von Professor Turczek weitergeführt wurde. Die Missionsschulen in Schantung seien gut besucht, in Tsingtau und Tai dung dschen von 200 Knaben und Mädchen.

Die illustrierte Monatsschrift: „Die katholischen Missionen" berichtet, daß nach einer Mitteilung aus Yentschoufu in der Schantung-Provinz auch die dortige Missionsniederlassung der Steyler Missionare ausgewiesen worden sei. Es handelt sich um einen Bischof, 65 Priester, 11 Brüder und 27 Schwestern. Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa habe in ihrer Sitzung vom 23. Februar gebeten, von dieser Ausweisung abzusehen. (Der Schriftleiter der „Mitteilungen" war auf einer Chinareise Anfang Mai 1912 in Yentschoufu und besuchte mit dem damals dort wohnenden deutschen Arzte Dr. Kreyenberg, dessen Gast er war, auch die Steyler Mission, wo ihn, in Abwesenheit des Bischofs, Pater Volpert empfing und durch die weiten und großangelegten Räume der Mission führte. Der gelehrte Pater selbst arbeitete damals an einem chinesisch-deutschen Wörterbuch, das in der eigenen Druckerei hergestellt werden sollte. Des Abends saßen wir, der Arzt, der Pater und ein deutscher Eisenbahningenieur, noch lange bei einem Glase Bier, und der Pater erzählte viel von der Missionsarbeit und von der Entstehung der großen „Sühne-Kirche", die in Yentschoufu nach der Ermordung der deutschen Priester erbaut worden ist. Wenn sich die Nachricht von der Vertreibung der Steyler Missionare bewahrheiten sollte, so würde ein deutsches Kulturwerk im Herzen Schantungs vernichtet, das auch bei den Chinesen sich wärmster Anerkennung erfreute.)

In Havre (Mont) starb den „Katholischen Missionen" zufolge der aus dem Rheinland stammende deutsche Missionar Eberschweiler, der zur Zeit des deutschen Kulturkampfes ausgewandert war und unter den Sioux und Algonkins seine Tätigkeit ausübte, dem auch manche Kirche im westlichen Montana ihre Entstehung verdankt. Er war bei den Weißen wie bei den Indianern gleich geachtet.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Augsburg. Vereinigung ehem. reichsdeutscher Zivilgefangener. Am 3. April hat sich diese Vereinigung gebildet, die ihren Sitz im „Burgfelder Hof", Rugendastraße 8, hat und die bis jetzt 67 Mitglieder zählt. Herr Aechter begründete die Forderungen der ehemaligen reichsdeutschen Zivilgefangenen. Man berief einen Ausschuß von 4 Herren, der einstweilen die Vorarbeiten machen soll und der die nötigen Informationen von bestehenden gleichgesinnten Vereinigungen einholen soll. Die Vereinigung soll eine Art Zweigverein eines großen deutschen Verbandes darstellen. Es geht aus den uns vorliegenden Mitteilungen nicht ganz klar hervor, um welche Ziele und

Digitized by Google

Zwecke im einzelnen es sich handelt, da aber die deutschen Zivilgefangenen im feindlichen Ausland wohl zumeist Auslanddeutsche sind und waren, nehmen wir an, daß es sich bei der Vereinigung um Förderung der Ziele von Auslanddeutschen handeln wird.

Berlin. Vereinigung der Deutschen aus Italien. Die Versammlung am 10. April leitete Herr Prof. Fitzner. Es wurden zunächst Aufklärungen über neuere italienische gesetzgeberische Schritte gegen das Eigentum der feindlichen Ausländer gegeben. Herr Josephy berichtete, daß Gesuche für die Einreise nach Italien nur in nachweisbar unaufschiebbaren Fällen Aussicht auf Genehmigung haben. Prof. Amelung hielt sodann einen beifällig aufgenommenen Lichtbildervortrag über „Rinascimento".

Berlin. Im großen Saal des Lehrervereinshauses fand am 23. März eine Versammlung der deutschen Flüchtlinge aus Belgien statt, der auch viele Hunderte von Flüchtlingen aus den anderen feindlichen Ländern beiwohnten. In einer Resolution sprach man lebhaftes Bedauern darüber aus, daß zu der Friedensdelegation, deren Zusammensetzung jetzt veröffentlicht worden ist, keine Auslanddeutschen hinzugezogen sind.

Die bei den Friedensverhandlungen zu erörternden wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Fragen seien für die Zukunft der Auslanddeutschen von so erheblicher Bedeutung, daß es unbedingt nötig gewesen wäre, mehrere Auslanddeutsche, die Jahrzehnte Erfahrungen im Ausland gesammelt haben, in die Friedensdelegation zu berufen.

Die Auslanddeutschen erhöben daher einstimmig schärfsten Protest gegen das Verhalten der Reichsregierung und erwarteten, daß der Herr Reichsminister des Auswärtigen, einem übrigens gegebenen Versprechen gemäß, sich mit dem Rat der Reichsdeutschen im Ausland schleunigst in Verbindung setze, um das Versäumnis nachzuholen.

Breslau. Vereinigung zur Wahrung der Interessen im feindlichen Ausland geschädigter Ausland-Reichsdeutscher für Breslau und die Provinz Schlesien. Die Vereinigung hat an den Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten einen lebhaften Protest gesandt dagegen, daß kein einziger Auslanddeutscher in der Friedensdelegation sitze, obgleich gerade unter den Auslanddeutschen eine Summe reichster Erfahrung und bester Kenntnisse vorhanden sei.

Darmstadt. Am 27. Februar fand eine Versammlung statt, die durch Herrn A. Schafft einberufen worden war. Sie war von 90 Personen besucht. Die Begründung einer Zweigstelle Darmstadt der Frankfurter Vereinigung zum Schutze der Interessen der Reichsdeutschen aus Feindesland wurde beschlossen. 20 Mitglieder traten ihr sofort bei. Der um die Organisation verdiente Herr Schafft wurde zum Vorsitzenden gewählt. Als Vertreter war von Frankfurt Herr Bernays erschienen, der dem Begründer und Vorsitzenden der neuen Vereinigung den Dank der Auslandflüchtlinge für sein energisches Arbeiten aussprach.

Frankfurt. Vereinigung deutscher Flüchtlinge aus Belgien. Eine von der Vereinigung in die Römerhalle einberufene Versammlung war von mehreren hundert Auslanddeutschen besucht. Ueber die wirtschaftliche Lage und die Stellung der Auslanddeutschen zum Mutterlande berichteten Direktor Alexander, Berlin, der Vorsitzende des Deutschen Hilfsdienstvereins für die aus Belgien vertriebenen Reichsdeutschen, Redakteur Julius Wertheimer, Berlin, der Vertreter der Frankfurter Vereinigung beim „Rat" in Berlin, Dr. Göbel, Frankfurt a. M., und Dr. Abel, Musgrave. Zwei Entschließungen wurden angenommen. In der einen werden Reichsregierung und Nationalversammlung ersucht, sofort amtlich festzustellen, welche deutschen Vermögenswerte in Belgien zerstört, beschlagnahmt oder verkauft worden sind. Die Betroffenen sollen Vorschüsse aus Reichsmitteln erhalten. Die Regierung soll sich gegen eine Verschleuderung der sequestrierten Güter in Belgien einsetzen und einen ungehinderten schriftlichen Verkehr der Betroffenen mit dem Zwangsverwalter ihres Vermögens schaffen helfen. Die zweite Entschließung protestiert dagegen, daß bei der Friedensdelegation kein einziger Auslanddeutscher sich befinde. Eine schleunige Zuwahl wird gefordert.

Hamburg. Vereinigung zur Wahrnehmung der Interessen der aus Belgien und Frankreich und deren Kolonien geflüchteten Deutschen Nach einer vorbereitenden Zeitungsnotiz versammelten sich am 23. März zahlreiche aus Belgien und Nordfrankreich geflüchtete Deutsche, die eine Vereinigung zu gründen beschlossen. Rechtsanwalt Dr. Halben wurde zum Vorsitzenden gewählt, bei ihm (Börsenbrücke 8) befindet sich vorläufig die Geschäftsstelle der Vereinigung, die Herren Wierschen und Griebenow wurden in den Vorstand entsandt. Es wurde in der ersten Versammlung eine Resolution angenommen, die die Aufmerksamkeit der Nationalversammlung und der Reichsregierung auf die Not der belgischen Flüchtlinge lenken soll.

Hamburg. Geschäftsführender Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen. In der 42. Zusammenkunft am 4. Januar wurden die Neuwahlen vorgenommen. Herr Pohl wurde als erster Vorsitzender, Herr Rehtmeyer als zweiter Vorsitzender, Herr Klemm als Schriftführer einstimmig gewählt. Herr Pohl besprach den Plan, ein Heim für die aus Rußland vertriebenen Reichsdeutschen zu begründen. Es wurde eine Kommission eingesetzt, der auch der Vater des Gedankens, Herr Steinmeyer, angehört, die die Vorarbeiten leisten und dann darüber Bericht erstatten soll. Dann wurde die Neugründung der Darlehenskasse in Berlin besprochen, aus der mittellose Flüchtlinge auf ihre Schadenersatzanmeldung hin Darlehen bis zu 1000 Mark ziehen können. Es wurde mitgeteilt, daß der Staatskommissar für deutsche Depots und Guthaben bei russischen Banken seine Tätigkeit habe einstellen müssen und daß die Antragsteller ihre Unterlagen, vor allen Dingen Schlüssel zu Safes usf., zurückverlangen sollten. Eine Tellersammlung für die ziemlich erschöpfte Kasse des Ausschusses ergab das erfreuliche Resultat von 112.80 Mark.

Leipzig. Verband selbständiger deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender im Auslande. Der Verband hat sich zur Aufgabe gemacht, in erster Linie mit konkreten, durchführbaren Vorschlägen an die Reichsregierung heranzutreten, und es ist ihm gelungen, an manchen Stellen Gehör zu finden. Er besteht zuerst darauf, daß vor allen Dingen der Schaden, den völkerrechtswidrige Maßnahmen unserer Feinde dem deutschen Außenhandel und dem Uebersee-Deutschtum bereitet haben, festgestellt wird. Er ist überzeugt, daß, wenn dieser Schaden richtig berechnet wird, er sich größer herausstellen wird, als jener, welchen die Schlachten in Frankreich angerichtet haben. Um ein Vielfaches größer als der materielle Schaden ist der Verlust an „good will" (ideeller Wert — Ergänzungswert). Vorschläge und Handhaben über die Berechnung dieses „good will" hat der Verband gegeben. Weiter macht der Verband Vorschläge, wie der deutsche Auslandhandel und das Auslanddeutschtum wieder in einen arbeitsfähigen Zustand versetzt werden könnte, wenn von einer vollen Entschädigung nicht die Rede sein werde. Nützlich-

Digitized by Google

keit und Bedürftigkeit der geschädigten Firmen sollten dann der Hilfshandlung zugrunde gelegt werden. Auch hierüber sind handliche Berechnungsformeln gegeben. Der Verband scheidet alles Sentimentale aus den Erörterungen aus und stellt sich auf den Boden sachlicher und ökonomisch-politischer Erwägungen. Die Adresse des Verbandes ist: in Leipzig: Querstraße 4, III, Vorsitzender G. K. Altmann, in Berlin: R. van Hazebrouck, Kaiserin-Augusta-Str. 80.

Lindau. Deutsche Wehrleute aus der Schweiz. Die Wehrleute haben in einer Versammlung am 14. März eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Die Wehrleute, die bis Kriegsausbruch jahrzehntelang großenteils als Handwerker und Kaufleute in der Schweiz ansässig waren, vielfach dort Familie besitzen und nun bald 5 Jahre von ihrem Wirkungskreis bzw. Familienherd durch die Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht verbannt sind, empfinden es naturgemäß als große Härte, daß der Bewilligung zur Rückkehr in ihre zweite Heimat immer wieder neue Schwierigkeiten in den Weg treten. Verfolgt man neuerdings die Pressestimmen in der Schweiz, so ist der Unmut unverkennbar, der dort darüber herrscht, daß bei uns im Lande geduldet wird, jahrzehntelang in Deutschland arbeitende Schweizer einfach auf die Straße zu setzen, teils mit, teils ohne Mitwirkung der Regierungen. So hat beispielsweise eine Korporation im bayrischen Allgäu beschlossen, darauf zu dringen, daß alle Schweizer zu entlassen sind. Angesichts solchen Handelns ist es nach dem Grundsatz: „was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein, nicht zu verwundern, wenn die Schweiz die Arme zu gastlicher Aufnahme nur sehr zögernd ausstreckt."

Wir deutschen Wehrleute aus der Schweiz aber, die wir unser Vaterland zu keiner Zeit im Stiche ließen und nach jahrelanger Pflichterfüllung und Abwesenheit von Hof und Herd nun schon monatelang darauf warten, daß wir zurückkehren können, müssen von der Regierung und allen in Betracht kommenden Stellen verlangen, daß wir in unserem berechtigten Verlangen unterstützt und nicht durch Maßnahmen, wie die erwähnten, lahmgelegt werden.

Stuttgart. Vereinigung der in Württemberg ansässigen Auslanddeutschen in Verbindung mit dem Deutschen Ausland Institut. Die Vereinigung hat unter der rührigen Leitung des Vorsitzenden, Herrn Eugen L. H. Illg, des Obmanns der Italiengruppe, dem Herr Löwengart von der Gruppe Frankreich zur Seite steht, einen außerordentlichen Aufschwung genommen. Es haben sich ihr schon mehrere hundert Mitglieder angeschlossen, und ihre Zahl ist in stetem Wachsen. Namentlich beginnt es sich auf dem Lande zu regen. In Heilbronn ist unter der Leitung des Herrn Ingenieurs Kolb eine Ortsgruppe mit über 120 Mitgliedern ins Leben getreten, in Tuttlingen hat Herr Oscar Koßmann die Leitung einer stattlichen Ortsgruppe in der Hand, in Aalen beginnen sich die Auslanddeutschen unter dem Vorsitz des Herrn Bäuerle zusammenzuschließen, und auch aus anderen Städten wird gemeldet, daß Ortsgruppen geplant oder im Entstehen sind. Die Auslanddeutschen haben überall erkannt, daß sie sich zusammenschließen müssen, um etwas zu erreichen. Es ist bereits durchgesetzt, daß der Vereinigung im „Prinzenbau" in Stuttgart, in dem das Arbeitsministerium seinen Sitz hat, ein eigenes Zimmer zur Verfügung gestellt wird und daß Auslanddeutsche als Berater und sachverständige Helfer zur württembergischen Hilfsstelle für Auslanddeutsche in Verbindung mit dem D. A. I. herangezogen werden. An den Finanzminister ist eine Eingabe gerichtet worden, die den württembergischen Auslanddeutschen in steuerlicher Beziehung zum mindesten die gleichen Rechte gesichert wissen will, wie sie auch in Preußen den Auslanddeutschen zustehen. Obmännersitzungen der einzelnen Gruppenvorsitzenden finden alle vierzehn Tage zur Besprechung der dringendsten Fragen statt, an jedem zweiten Sonnabend im Monat versammeln sich alle Mitglieder in dem vom württembergischen Verein für Handelsgeographie freundlichst zur Verfügung gestellten Saal des „Lindenmuseums". In der März-Sitzung hielt Herr August Christ vom Soldatenausschuß der deutschen Wehrmänner aus der Schweiz einen höchst beifällig aufgenommenen Lichtbildervortrag über das Leben und die Arbeit der Singener Auslanddeutschen, als weitere Referenten berichteten über die Tätigkeit des württembergischen Arbeitsministeriums und der württembergischen Hilfsstelle für Auslanddeutsche die Herren Schmidt und Pfarrer Ettwein. In der Aprilsitzung fand dann nach einem Arbeitsbericht des Vorsitzenden eine freie Aussprache statt, die sehr rege Teilnahme fand. Auch die einzelnen Gruppen tagen allwöchentlich oder alle vierzehn Tage. Die Vereinigung hat sich dem Rat in Berlin angeschlossen, um auch Fühlung mit den anderen Korporationen im Reiche zu halten, und sie hat auch mit dem Staatsministerium in Württemberg und den einzelnen Ministern persönliche Beziehungen angeknüpft.

Auslanddeutsche und Bankbeamtenstreik. Der Berliner Beamtenstreik hat auch die Unterstützungskassen für Flüchtlinge lahmgelegt. Der Rat der Reichsdeutschen im Ausland hat deshalb an den Ministerpräsidenten Scheidemann ein dringendes Telegramm gesandt, er möge die arbeitswilligen Bankbeamten tatkräftig schützen, um das Funktionieren der Flüchtlingskassen zu gewährleisten, damit die notleidenden Auslanddeutschen und schwergeprüften Landsleute in Gefangenschaft die zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts dringend notwendigen Geldmittel erhalten könnten.

Der Ausschuß vertriebener Elsaß-Lothringer ist am 20. Dezember 1918 von einer kleinen Anzahl Personen in Freiburg i. Br. begründet worden. Geheimer Justizrat Ruland war sein erster Leiter, ihn löste nach seiner Uebersiedlung nach Heidelberg Geheimer Justizrat Dr. Vogt ab, und dessen Nachfolger wurde, als er nach Berlin zum Reichsdienst berufen wurde, Lehrer Bongartz. Die ganze Organisation in Baden ist rasch gewachsen, Ortsgruppen sind begründet worden. Die Landesgruppe Baden zählt schon zehn Ortsgruppen, weitere sind in der Bildung begriffen. Der Ausschuß in Freiburg hat die Leitung der Landesgruppe. Zum Schriftführer wurde Redakteur Bartosch bestellt, der auch die „Mitteilungen" des Ausschusses herausgibt. Im Ausschuß sind neben zwei Gewerkschaftssekretären ein Bankdirektor, ein Landrichter und ein Handwerker, ferner ein Baumeister als Beirat für die Siedlungsabteilung tätig.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Der Nationalversammlung sind, dem dritten Verzeichnis der eingegangenen Petitionen zufolge, wiederum verschiedene Petitionen zugegangen, die das Deutschtum im Ausland und seine Träger betreffen. Die Frauenortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Auslande in Nürnberg bittet, sich mit aller Energie für die Vereinigung Deutschlands und Deutschösterreichs einzusetzen. Der Deutsch-Oesterreichische Völkerbund und die Großdeutsche Vereinigung in Dresden versuchen, den österreichischen Volksgenossen bei den Friedensverhandlungen das Selbstbestimmungsrecht zu erwirken. Eine Petition des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in Hamburg bittet um Sicherung der Möglichkeit für die im Ausland

Digitized by Google

tätig gewesenen Handlungsgehilfen durch Rückkehr ins Ausland ihre ausländischen Rechtsansprüche persönlich geltend machen zu können und verlangt eine Entschädigung für die Auslanddeutschen durch die feindlichen Staaten. Eine Unmasse von Petitionen protestieren gegen die geplante Lostrennung echt deutscher Gebiete durch Polen und Dänen. Eine große Anzahl von Petitionen wünscht die Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Flagge. Endlich wird auch eine Petition des Deutschen Ausland Instituts in Gemeinschaft mit dem Rat der Reichsdeutschen im Auslande und dem V. D. A. erwähnt, über die wir noch berichten werden.

In der württembergischen Landesversammlung, der als erstem deutschen Parlamente auch ein Antrag zugunsten der Auslanddeutschen vorliegt, ist am 15. April auch die Frage der Einreise von Kriegsteilnehmern in die Schweiz besprochen worden. Es lag dazu ein Antrag der Deutschen demokratischen Partei sowie ein Antrag des Finanzausschusses vor. Beide Anträge ersuchten die Staatsregierung, sich mit aller Entschiedenheit der berechtigten Interessen der württ. Kriegsteilnehmer anzunehmen, die in den Grenzlagern auf die Einreise nach der Schweiz warten, sich mit der Reichsregierung wie mit den Landesregierungen zwecks nachdrücklicher Vertretung der Einreiseerlaubnisgesuche ins Benehmen zu setzen, sowie auch wirtschaftliche Unterstützung namentlich durch Arbeitsvermittlung innerhalb Württembergs zu gewähren. Die Sozialdemokratin Frau Hiller begründete den Antrag des Ausschusses, der Abgeordnete Linkenheil den Antrag der demokratischen Partei. Der letztere verlangte auch die Eröffnung von Krediten für die Wehrleute bei den Banken, damit sie nicht mittellos in die Schweiz zurückkehren müßten. Vertreter der Zentrums-, der sozialdemokratischen und der Bürgerpartei sprachen sich für die Anträge aus. Der Arbeitsminister Schlicke versprach, die Regierung werde alles tun, was in ihrer Macht stehe. Auf die Anfrage bei der Reichsregierung und den anderen süddeutschen Regierungen hin habe sich bisher nur die hessische zur Zusammenarbeit bereit erklärt. Vom Auswärtigen Amt sei noch keine Antwort da, aber das Reich müsse die nötigen Verhandlungen mit der Schweiz unbedingt selbst führen. Man werde in Württemberg nicht ruhen, bis alle Wünsche erfüllt seien. Der Antrag fand ohne Abstimmung die einmütige Zustimmung der Landesversammlung.

Das Eigentum der Deutsch-Belgier.

Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission hat der belgischen Kommission in Spaa am 26. März folgende Note übersandt:

„Verschiedene belgische Zwangsverwalter verkaufen Privateigentum deutscher Reichsangehöriger in Belgien. Es ist ein Grund zu solchem Vorgehen nicht ersichtlich, es sei denn, daß die belgische Regierung beabsichtigt, jetzt nach Schluß des Waffenstillstandes und kurz vor Abschluß des Präliminarfriedens die deutschen seit langen Jahren in Belgien bestehenden kaufmännischen und industriellen Unternehmungen zu liquidieren.

Gegen eine solche Vergewaltigung des deutschen Privateigentums lege ich energisch Protest ein. Ich erhebe ferner Protest dagegen, daß jetzt Prozesse und sonstige gerichtliche Verfahren gegen abwesende Deutsche zur Entscheidung gelangen, ohne daß die davon Betroffenen die Möglichkeit haben, sich durch einen frei gewählten belgischen Anwalt vertreten zu lassen, oder einen Vertreter mit dem nötigen Prozeßmaterial versehen zu können.

Die deutsche Regierung verlangt, die Berufungsfrist für gegen deutsche Staatsangehörige ergangene und eventuell ergehende Urteile bis nach Friedensschluß zu verlängern und kein Urteil zu vollstrecken, bevor den abwesenden Deutschen Gelegenheit gegeben ist, sich unbehindert der Vertretung ihrer Interessen in Belgien widmen zu können."

Die Auslanddeutschen und die Friedensverhandlungen. Anfang April fand in der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen unter Zuziehung eines kleinen Kreises von Sachverständigen eine Besprechung über eine Reihe von Fragen rechtspolitischer Art statt, wobei namentlich über die Behandlung der deutschen Auslandforderungen, über die vor dem Kriege abgeschlossenen Verträge mit Angehörigen der gegnerischen Länder, sowie über die beiderseitigen Sequestrationen und Liquidationen gesprochen wurde. Wir lesen in der Vossischen Zeitung über eine Sitzung, die dann einige Zeit später stattfand, am 11. April:

Die Forderungen der Auslanddeutschen. Die in der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen am Freitag morgen abgehaltene Sitzung beschäftigte sich mit den von den deutschen Unterhändlern bei dem Friedensschlusse zu vertretenden Interessen der durch feindliche Maßnahmen geschädigten Auslanddeutschen. Es wurden zunächst die Forderungen formuliert, die hinsichtlich der allgemeinen Behandlung der Deutschen im bisher feindlichen Auslande vorliegen, ferner wurden die Forderungen erörtert, die hinsichtlich der Vermögensinteressen der Auslanddeutschen zu stellen sind. Schließlich wurde die Behandlung der beiderseitigen vorkriegerischen Vermögensansprüche und Verpflichtungen aus Privatverträgen besprochen. An der von dem Botschafter Grafen Bernstorff geleiteten Sitzung nahmen über hundert Personen teil.

Zu dieser Sitzung hatte auch das Deutsche Ausland Institut eine Einladung erhalten.

Zur Steuerfrage.

Ueber den letzthin veröffentlichten Entwurf einer Kapitalertragssteuer und seine Bestimmungen, die die Auslanddeutschen betreffen, schreibt uns Herr Rechtsanwalt Dr. Hirschland-Berlin, der selbst als Auslanddeutscher auch tätiges Mitglied des „Rates der Reichsdeutschen im Auslande" ist, das folgende:

Das Gesetz bestimmt, daß

1. von Dividenden, Ausbeuten und sonstigen Gewinnen, welche auf Aktien, Kuxe etc. entfallen,
2. von Zinsen von Anleihen, welche in öffentlichen Schuldbüchern eingetragen sind,
3. von Zinsen von Hypotheken etc.,
4. von vererblichen Rentenbezügen etc.,
5. von Zinsen aus Darlehen einschließlich Bankguthaben,
6. Diskontbeträgen von Wechseln, einschließlich der Schatzwechsel,
7. aus ausländischen Kapitalanlagen

zehn Prozent als Steuer dem Reiche zu entrichten sind.

Zu Gunsten der Auslanddeutschen macht nun das Gesetz bestimmte Ausnahmen:

Während die Steuer von Dividenden und Ausbeuten aus Aktien und Kuxen etc. auch von den Auslanddeutschen, welche Eigentümer solcher Wertpapiere sind, zu tragen sind, ist der Auslanddeutsche nicht verpflichtet, auch die Zinsen von Anleihen, die in öffentlichen Schuldbüchern eingetragen sind, zu tragen.

Hierbei ist der Begriff, wer als Auslanddeutscher anzusehen ist, genau festgelegt, und zwar nimmt das Gesetz auf § 20 Abs. 1, Nr. 3 des Gesetzes gegen die Steuerpflicht vom 26. Juli 1918 Bezug. Hiernach gelten als Auslanddeutsche Personen, die vor dem Kriege ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Auslande hatten und sich entweder bei

Digitized by Google

Ausbruch des Krieges vorübergehend im Inland aufhielten oder während des Krieges ins Inland gekommen sind und spätestens ein Jahr nach Beendigung des Krieges mit allen Großmächten ins Ausland zurückkehren; für Personen, welche vor dem Kriege in einem feindlichen Lande ihren Wohnsitz hatten, läuft diese Frist nicht früher ab als ein Jahr nach Beendigung des Krieges mit diesem Lande.

Die anderen Kapitalerträge unterliegen der Steuer nur, wenn der Gläubiger (der Berechtigte) die Voraussetzungen der persönlichen Steuerpflicht erfüllt. Was hierunter gemeint ist, ist im Gesetz genau ausgeführt.

„Persönlich steuerpflichtig sind die Angehörigen des Deutschen Reiches, mit Ausnahme derer, die sich seit länger als 2 Jahren dauernd im Ausland aufhalten, ohne einen Wohnsitz in einem deutschen Bundesstaate zu haben. Die Ausnahme findet keine Anwendung auf Reichs- und Staatsbeamte, die im Auslande ihren dienstlichen Wohnsitz haben. Wahlkonsule gelten nicht als Beamte im Sinne dieser Vorschrift."

Hiernach ist es eine Tatfrage in jedem Falle, ob ein Auslanddeutscher von der Steuer bezügl. dieser Kapitalerträge befreit ist. Die Frage hängt eng zusammen mit der Frage der persönlichen Staatssteuerpflicht in den einzelnen Bundesstaaten.

Es ist unverständlich, warum nicht auch bezüglich der letztgenannten Kapitalerträge einfach der Begriff, wer Auslanddeutscher ist, im Sinne des § 20 Abs. 1, Nr. 3 des Steuerfluchtgesetzes angewandt wird.

AUSWANDERUNG

Langsam beginnen auch die bisher sehr unbestimmten Nachrichten über fremde Anwerbung von Arbeitern und Siedlern in Deutschland sich zu verdichten. Zwar ist durch wiederholte Auskunftseinholung von verschiedenen Seiten festgestellt worden, daß die namentlich in Süddeutschland stark verbreiteten Gerüchte von einer Anwerbung von Soldaten und Offizieren durch japanische Werber als Ausbildungsmannschaften für die japanische Armee wohl Schwindel sind, den zumeist unkontrollierbare deutsche Persönlichkeiten sich zu Nutzen machten, um von den Auswanderungslustigen sich Geld bezahlen zu lassen und damit zu verschwinden. Daß aber andere Staaten deutsche Siedler zu gewinnen trachten, dafür spricht eine Anzeige, die wir in der „Vossischen Zeitung" finden und in der das Generalkonsulat für Paraguay gegen Voreinsendung von 4 Mark eine illustrierte Broschüre über das Land verspricht. Es wird in dieser Anzeige gesagt, daß das Land fruchtbare und billige Bodenverhältnisse für Viehzucht und Ackerbau, Holzschläge des Urwalds, alle Erwerbsmöglichkeiten für Handwerker besitze, daß vorzügliches Klima und daß eine gerechte Regierung billiges Leben in einem politisch ruhigen Lande ermöglichten. Kurz, es handelt sich um eine Anreizung in der besten Form.

Die Regierung in Washington erließ einer indirekten Mitteilung des „Seedienstes" aus Washington zufolge eine Warnung vor Einwanderung. Arbeitskräfte aller Art und aller Nationen sollten nicht einwandern, bis die amerikanischen Soldaten zurück- und untergebracht seien. Auch Angehörige der nicht „arbeitenden Klassen", also die aus freien Berufen Stammenden, sollten vorsichtig sein, ihre Einwanderung müsse, abgesehen von außergewöhnlichen Fällen, bis Ende 1919 zurückgestellt werden, bis der Schiffsraum wieder frei werde, der jetzt für den Rücktransport der amerikanischen Soldaten benötigt werde.

Von der „Liga zum Schutze der deutschen Kultur, Abteilung Auswandererfürsorge" wird eine neue Zeitschrift herausgegeben, die eine „Wochenzeitschrift für die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der deutschen Auswanderer und des Deutschtums im Auslande", das „Organ der deutschen Auswandererzentrale Breslau, Berlin, Hamburg", sowie das „Organ zahlreicher gemeinnütziger Siedlungsgesellschaften für Ostafrika und Südamerika" sein will. Die Zeitschrift heißt „Deutsche Auswandererzeitung" und wird von Hanskarl Stein herausgegeben. Die uns vorliegende Nummer 2 teilt unter anderem mit, daß die Auswandererzentrale sofort nach Friedensschluß in New York, Rio de Janeiro und Buenos Aires Arbeitsnachweise für deutsche Auswanderer einrichten wolle, die die genauen Bedürfnisse der Länder an deutschen Einwanderern feststellen und das Material schnellstens der deutschen Auswandererzentrale mitteilen sollten. Die Arbeitsnachweise würden sich natürich in erster Linie der Mitglieder der Auswandererzentrale annehmen, für die Mitglieder zu werben das Blatt geschaffen worden zu sein scheint. Die neue Zeitschrift teilt mit, wie sie hört, käme für ackerbautreibende Ansiedler in „erster Linie auch Rußland in Betracht, das heißt, sobald sich die dortigen Verhältnisse geklärt haben. Weitere Ansiedelungsmöglichkeiten sind in Anatolien und Libanon vorhanden. In Südamerika sind die Unterkommensmöglichkeiten für intelligente und geschickte Kaufleute, Handwerker, Techniker und Kellner günstig". Das österreichische Staatsamt für Heereswesen habe „die Zustimmung zu einer Sammlung erteilt, aus deren Ertrag den zur Auswanderung nach Argentinien entschlossenen existenzlosen österreichischen Offizieren, die das erforderliche Kapital von 5000 Kronen nicht aufzubringen vermögen, diese Summe zur Verfügung gestellt werden wird. Mit der Einleitung und Durchführung dieser Sammlung für die vermögenslosen Auswanderer hat das Staatsamt für Heereswesen die Gesellschaft vom österreichischen silbernen Kreuz betraut. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die Auswanderung nach Uebersee von der Aufbringung einer Existenz-Mindestsumme abhängig ist. Diese Existenz-Mindestsumme steht zurzeit noch nicht fest, sie dürfte aber für die deutschen Auswanderer etwa 3000 Mark betragen, die sich in der Regel wohl durch Erlös aus dem Verkauf der nichttransportfähigen Habseligkeiten der Auswanderer aufbringen lassen". Auch in dem Briefkasten der neuen Zeitschrift wird eine intensive Werbetätigkeit für die Zeitschrift und die Auswandererzentrale betätigt. Zur Vervollständigung des Bildes heben wir vom Inseratenteil eine Anzeige hervor, deutsche Wirtschaftskreise, die Anschluß nach Japan suchten, sollten ihre Wünsche bei der neuen Zeitschrift niederlegen. In nächster Zeit treffe eine japanische Wirtschaftskommission in Deutschland ein, die sich über die Möglichkeiten der deutsch-japanischen Beziehungen informieren wolle, und ihr sollten die Wünsche dann unterbreitet werden. Wir glauben, auch dieses neue Unternehmen sollte die Reichsbehörde veranlassen, nun dringlich rasch mit ihren Plänen und Entscheidungen zur Organisation der Auswanderertätigkeit hervorzutreten.

Ein Mitarbeiter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" hat den Großkaufmann Karl Schlosser, zurzeit in Hattingen, einen hervorragenden Kenner der amerikanischen Verhältnisse, über die künftige Auswanderung nach Rio de Janeiro ausgefragt, wo Herr Schlosser jahrelang Direktor der Deutschen Handelsvereinigung war. Herr Schlosser hat kurz und lakonisch geantwortet: Er warne vor Auswanderung nach Brasilien, wo man bei teuerem Pflaster arbeitslos sein werde, weil das Ueberangebot an billig arbeitenden Spaniern und Italienern zu groß sei. Ausdauer und Geld, namentlich zur Rückreise nach Deutschland, sei nötig. Es sei ein Verbrechen, Leute zum Auswandern veranlassen zu wollen. Er jedenfalls nehme niemanden mit heraus, wenn er im Mai wieder zurückreise.

Digitized by Google

Einem Mitarbeiter der „Weserzeitung" hat ein Mitglied der Regierungskommission in den Kommissionsberatungen zur Abänderung des Reichsgesetzes für die Auswanderung über die Grundzüge des neuen Auswanderungsgesetzes gesagt, man werde die Auswanderung in Anbetracht der jetzigen Wirtschaftslage nicht erschweren können, nur gegen die Entfernung erheblicher Vermögenswerte aus Deutschland müsse man Vorsorge treffen. Dieser Gesichtspunkt werde der einzige sein, von dem aus die Auswanderung erschwert werden solle. Möglichst dauernde gute und menschenwürdige Arbeitsbedingungen müßten für die Auswanderer erzielt werden. Deshalb sei gründliche und sachgemäße Auskunftserteilung die Hauptsache. Sie werde sich gliedern in eine gewerbsmäßige und eine geschäftliche Auskunftserteilung. Die erste werde ausschließlich vom Reichsauswanderungsamt abhängen, die letztere werde konzessioniert werden müssen, was den Bedenken der deutschen Industrie entgegenkomme. Ausländische Wirtschaftsverbände, Transport-Gesellschaften und Siedlungsvereine sollten nur konzessioniert werden, wenn deutsche Interessen nicht berührt würden. Darüber hinaus sollten keine Erschwerungen geschaffen werden. Der Zusammenhang der Auswanderer mit dem Mutterlande sollte eng gewahrt werden, das solle nach den vorbildlichen Leistungen der italienischen Regierung auf diesem Gebiete geschehen. Der Zusammenhang werde vorwiegend kulturell sein müssen. Es sollten deshalb Einwanderungs-Kommissariate begründet werden, die den Auswanderern in den Bestimmungsländern mit Rat und Tat zur Seite ständen. Die deutsche Industrie werde mit den Einwanderungs-Kommissariaten in Fühlung bleiben können, um Arbeitern, die wieder zurückwandern wollten, sobald in der Heimat wieder bessere Arbeitsbedingungen sich eröffneten, das zu erleichtern.

Unter den im Druck hervorgehobenen Spitzmarken „Mittelamerika, Auswanderung, Ansiedlung, Export, Import" war eine Annonce in den Blättern zu lesen, in der Auskünfte wirtschaftlicher und kultureller Art angeboten wurden, wenn man sich unter einer Chiffre an ein Annoncenbüro wenden wollte. Auf eine Anfrage meldete sich „Almeco", eine deutsch-mexikanische Wirtschaftsgesellschaft m. b. H. in Reutlingen, die den Anfragern zwei Fragebogen, den einen für geistige Arbeiter, den zweiten für körperliche Arbeiter übersendet. Beide Fragebogen sind aber in den Fragen und im Texte fast vollkommen gleich, nur daß bei den geistigen Arbeitern wörtlich die etwas seltsamen Fragen stehen:

Hochschulbildung..... in Kaufmannschaft..... wo.....;
Landwirtschaft..... wo.....;
Ingenieurwesen.....wo.....; Bergbau.....wo.....;
Kolonialwesen..... wo.....

Nach Einsendung der Fragebogen wird weitere Auskunft zugesagt und zwar, soweit eine Ansiedlung für Mexiko in Frage kommt, kostenlos. Weiter wird mitgeteilt, daß in Bälde die Gründung einer Auswanderer- und Ansiedlervereinigung in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung für Mexiko geplant sei. Die näheren Unterlagen dafür würden eingesandt werden. Beigelegt ist ein Zettel mit empfehlenswerter Literatur über Mexiko. Obenan steht das 1907 erschienene Werk Professor Sappers: Wirtschaftsgeographie von Mexiko. Dann aber folgen nur noch vier Werke von Dr. Krumm-Heller. Nr. 3 und 4 sollen wohl besonders anziehend wirken: „Hertha, Deutsch-mexikanischer Roman aus dem Leben einer Gefallenen und Alfredi, sittliche Verirrungen eines jungen Deutsch-Mexikaners." Darunter steht: „und dergleichen mehr". Diese Literatur ist zu Ladenpreisen bei einer Lieferungszeit von 8 Tagen Zahlung netto Kasse im voraus, Packung und Porto zum Selbstkostenpreis, vom Empfänger zahlbar, von der Almeco zu erhalten.

Auch diese Angaben genügen wohl, um zu zeigen, wie notwendig eine baldige reichsgesetzliche Regelung der Auskunftserteilung für Auswanderer ist.

Verschiedene Blätter melden aus Berlin, daß die Reichsregierung eine Kommission eingesetzt habe, die die Auswanderungsfragen beraten solle und Abänderungsvorschläge für das Reichsgesetz über das Auswanderungswesen unterbreiten werde. Darnach werde ein Reichsauswandereramt geschaffen werden, dem die Auskunftserteilung allein obliegen werde. Diese letztere Meldung ist unserer Kenntnis der Dinge nach falsch. Die Auskunftserteilung wird wohl nicht in dieser Weise amtlich zentralisiert werden können. Ueber die Einsetzung und Zusammensetzung einer Kommission ist uns gleichfalls bisher nichts bekannt geworden.

Im „Export", dem Organ des Zentralvereins für Handelsgeographie, Berlin, veröffentlicht Professor Dr. Jannasch eine Eingabe des Vereins an das Auswärtige Amt, die sich mit der zu erwartenden starken Auswanderung befaßt und in der betont wird, daß das Ziel der Auswanderer und Siedler überwiegend die südamerikanischen Länder, insbesondere Argentinien, Paraguay, Chile, Peru und Bolivien, weniger Brasilien, seien. In diesem Sinne habe sich auch eine in der Begründung befindliche Siedlungsgesellschaft geäußert, welche am 8. Januar im Institut für Meereskunde eine Sitzung abgehalten habe. Die Eingabe befaßt sich mit dem, was das Reich und was die einzelnen im Hinblick auf diese künftige Auswanderung zu tun hätten. Es ist eine ausführliche Anlage beigefügt, in der die Gesichtspunkte für Auswanderung in erster Linie angeführt werden. Dieser „Entwurf zur Organisation der deutschen Auswanderung" verlangt als Organ ein Reichs-Auswanderungsamt zur Behandlung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben, fordert dessen Angliederung an das Auswärtige Amt, unter dessen Aufsicht es direkten Verkehr mit den Regierungen der deutschen Staaten zu pflegen hätte. Die reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Auswanderung sollten der Genehmigung der Nationalversammlung unterliegen, die auch für einzelne Staaten und Provinzen als notwendig erkannte Abänderungen zu beschließen hätte. Die Reichsregierung solle auf dem Verordnungswege, nötigenfalls in Gemeinschaft mit einer ständigen Auswanderungskommission der Nationalversammlung die Ausführungsvorschriften treffen. Der Verkehr des Amtes mit den offiziellen Vertretern des Reiches im Auslande soll der Oberaufsicht und Zustimmung des Auswärtigen Amtes unterstehen. Die Organisation des Amtes denkt sich Professor Jannasch so, daß es einen geregelten Verkehr mit allen Behörden, Gesellschaften, Vereinen und Einzelpersonen unterhalten soll, die sich mit der Auswanderung befassen. Der bisherige „Beirat für Auswanderungswesen", der kaum alle drei Jahre tagte, sei durchaus ungenügend gewesen. Die von der Reichsregierung subventionierte „Zentralauskunftsstelle" wird von Professor Jannasch scharf kritisiert, weil es ihr an geeigneten Beziehungen zur Schaffung von Aufklärung gefehlt habe. Die alljährlichen Konferenzen seien unzulänglich gewesen, nur die Kolonialauskünfte hätten genügt, alles andere sei schablonenhaft und ungenügend behandelt worden. Das Reichsauswanderungsamt sollte in allen Städten Auswanderungsausschüsse berufen, deren Mitglieder die für Auswanderung in Betracht kommenden Siedlungsgebiete aus eigener Erfahrung kennen müßten. Im Notfalle könnten diese Ausschüsse durch einzelne oder mehrere Vertrauensmänner ersetzt werden. Zu Bürokosten und Barauslagen sollten Reichsmittel bereitgestellt werden. Die Ausschüsse sollten mit dem Amt in enger Fühlung stehen und eine gewisse Selbständigkeit in der Auskunftserteilung, wie auch in der Wahl der dazu

Digitized by Google

nötigen Mittel besitzen. Die bisherigen privaten Auskunftsstellen sollten erhalten und gestärkt werden, aber offizielle Versammlungen zur Behandlung der wichtigsten gemeinsamen Fragen sollten sie halbjährlich oder jährlich vereinigen.

Das Reichsauswanderungsamt solle als organisierende Zentralstelle über den einzelnen Auskunftsstellen stehen. Aus dem Auslande solle sich das Amt durch offizielle Vertreter Berichte verschaffen und auch die in Archiven vorhandenen Berichte auswerten. Aber auch die Berichte von Zeitschriften, Zeitungen usw. sollten zur Auskunftserteilung mit herangezogen werden, da sie eine wertvolle Ergänzung und Korrekturmöglichkeit böten. Im dritten Teil der Denkschrift geht Professor Jannasch auf die Gesellschafts- und Einzelsiedlungen des näheren ein und behandelt die einzelnen südamerikanischen Gebiete, die für eine Auswanderung in Betracht kommen. Im vierten Teile bespricht er die Verhandlungen, die mit den Auswanderern nötig werden, und behandelt die berufliche und gesellschaftliche Schichtung der Auswanderer, deren phänomenale Unwissenheit über die Gebiete, in die sie auswandern wollten, sie im allgemeinen zu außerordentlich mißtrauischer Zurückhaltung veranlasse. Er behandelt einzelne ihm bekannte Fälle, in denen die Auswanderer jämmerliches Fiasko erlitten, und führt die Gründe an, die zum Mißlingen ihrer Ansiedelung im Auslande führten. Voraussetzung zur Behandlung der ganzen Auswandererfrage ist Professor Jannasch die Vorlage einer großzügigen Kleinsiedelungspolitik in Deutschland selber, die alle diejenigen im Heimatlande festhalte, die überhaupt zur Arbeit Liebe und Lust haben. Er schließt seinen Bericht mit den Worten seines verstorbenen Freundes Karl von Koseritz in Porto Allegre: „Deshalb soll die Mehrzahl der einfachen und schlichten Auswanderer erst überlegen, ob sie im Mutterlande nicht günstigere Gelegenheit zur Entfaltung ihrer Arbeitskraft hat."

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Einer Zuschrift, die sich mit der Entschädigungsfrage beschäftigt, entnehmen wir folgende Bemerkungen: Welche Summe den geschädigten Zivilpersonen der Mittelmächte zustehen soll, darüber hat man bis heute irgend welche Anhaltspunkte vergeblich in der Presse gesucht. Und doch sind auch diese Schäden ohne Zweifel ganz enorm. Die Ententestaaten haben selbstverständlich kein Interesse daran, von Deutschland die Bekanntgabe seiner diesbezüglichen Ansprüche zu fordern. Es unterliegt ja keinem Zweifel, daß die Schäden, welche die Zivilbevölkerung der Ententestaaten erlitten hat, ungleich höher sind als die der Mittelmächte, weil eben der Krieg in der Hauptsache auf Grund und Boden der Ententestaaten zum Austrag gekommen ist. Infolge der von beiden Parteien auf das höchste gesteigerten Kampf- und Vernichtungsmittel waren die im eigentlichen Kriegsgebiete entstandenen Schäden in gewissem Sinne unvermeidlich, während umgekehrt die Schäden, die der deutschen Zivilbevölkerung zugefügt wurden, in der Hauptsache sehr wohl hätten vermieden werden können. Dabei sei insbesondere an die Schäden gedacht, welche friedlichen Angehörigen der Mittelmächte im Feindesland weit hinter der Front und in allen Erdteilen verursacht wurden, also in erster Linie den zahlreichen Auslanddeutschen. Die Hauptschuld daran ist ohne Zweifel auf das Vorgehen der englischen Regierung zurückzuführen, welche als erste entgegen den bisherigen Völkerrechtsbestimmungen den Krieg auch auf die Zivilbevölkerung ausgedehnt hat. Englands Verbündete sind seinem Beispiel sehr rasch gefolgt. Das Eigentum der Auslanddeutschen wurde teils mit Beschlag belegt, teils eingezogen und zum Verkauf gebracht; Plünderungen von Häusern und Wohnungen der Auslanddeutschen waren schon zu Beginn des Krieges an der Tagesordnung. Soweit es sich nur um Beschlagnahme handelt, besteht die Hoffnung, daß diese bei Friedensschluß wieder aufgehoben wird, so daß ein Teil des Privateigentums den rechtmäßigen Besitzern wieder zufallen wird. Wo letzteres nicht mehr möglich ist, ist es Pflicht der deutschen Friedensunterhändler, auf Ersatz der den Auslanddeutschen zugefügten Schäden zu drängen. Wie die Liquidierung praktisch durchzuführen wäre, ist wieder eine Frage für sich. Nach dem bisherigen Verhalten der feindlichen Regierungen darf wohl kaum damit gerechnet werden, daß diese die genannten Schäden den Interessierten unmittelbar ersetzen werden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der Betrag, den Deutschland zahlen soll, den den feindlichen Staaten zur Last fallenden weit übersteigt. Die Regelung könnte jedoch in der Weise erfolgen, daß die den Auslanddeutschen verursachten Schäden an der durch Deutschland zu leistenden Zahlung in Abzug gebracht werden. Nehmen wir einmal an, Deutschland habe für diese Zivilschäden 20 Milliarden (es sei hier absichtlich keine Währung genannt) zu bezahlen und für seine Gegenrechnung zwei Milliarden zu beanspruchen, so daß es noch 18 Milliarden den Gegnern zu vergüten hat, so liegt es im Interesse der Geschädigten, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß bei der Abwicklung dieses Punktes der Friedensbedingungen die Gegenrechnung klar zum Ausdruck kommt, denn es liegt die Vermutung nahe, daß Deutschlands Feinde sich darüber hinwegzusetzen suchen werden, indem sie eben unter Berücksichtigung aller Umstände dem deutschen Reiche die Zahlung einer runden Abfindungssumme auferlegen werden.

Kaufmännisch ausgedrückt käme in das Haben der feindlichen Staaten ein Betrag von 18 Milliarden, in das Haben der Auslanddeutschen ein solcher von 2 Milliarden und in das Soll der deutschen Regierung ein solcher von 20 Milliarden. Die Auslanddeutschen werden damit Kreditoren der deutschen Regierung und haben ein Anrecht auf Bezahlung ihres Guthabens, denn sie haben in Wirklichkeit ja auch nichts anderes getan, als der deutschen Regierung durch Hingabe ihres Eigentums einen Vorschuß geleistet, der ihnen wieder zu ersetzen ist.

In einer Versammlung von Auslanddeutschen, die durch das Deutsche Ausland Institut in Stuttgart unlängst einberufen wurde, ist die Frage aufgeworfen worden, ob die geschädigten Auslanddeutschen zur Steuerzahlung heranzuziehen seien. Es ist klar, daß Deutschland seine Schuld nur nach und nach tilgen kann, also durch Ratenzahlung, und es ist naheliegend, dies bei den deutschen Kreditoren u. a. durch Erlaß der Steuer zu tun. Aber selbstverständlich ist es, daß eine einfache Streichung der geschädigten Auslanddeutschen von der Liste der Steuerzahler für eine Reihe von Jahren keinen Sinn hätte, da ja jeder Steuerzahler dem Staate einen anderen Betrag zu entrichten hat, wohl aber kann anstatt des Einzugs des Steuerbetrages eine buchmäßige Belastung desselben stattfinden.

Es ist jedoch höchste Zeit, daß endlich bezüglich der den Auslanddeutschen zustehenden Entschädigung Klarheit geschaffen wird.

Aber auch die deutsche Regierung hat das größte Interesse daran, daß die Pioniere des deutschen Außenhandels zu ihrem vollen Rechte kommen, denn so kann sie dieselben überzeugen, daß sie an ihrem Vaterlande einen Rückhalt haben, und sie ermutigen, für den Wiederaufbau des deutschen Welthandels mit neuer Energie wieder hinauszuziehen.

Stuttgart, im April 1919. H. Winkelmann.

Einem uns zugehenden Aufrufe an die Auslanddeutschen entnehmen wir das folgende:

Mitwirken an dem Wiederaufbau der Heimat muß heute die größte und wichtigste Aufgabe von allen uns Auslanddeutschen sein. Das ist nicht nur eine Pflicht unserem Vaterlande gegenüber, sondern auch gegen uns selbst.

Digitized by Google

Denn nur eine einige, starke, ihrer sittlichen und physischen Kräfte bewußte, von berechtigtem Selbstvertrauen getragene deutsche Heimat kann uns den Schutz, den Rückhalt und das Ansehen geben, deren wir im Auslande zur Erfüllung unserer Aufgaben bedürfen. Vor allem müssen wir dem Auslanddeutschtum mehr als bisher politische Geltung in der Heimat verschaffen und dadurch auch mit Einfluß auf die Reichspolitik gewinnen. Dieses kann und muß dadurch erreicht werden, daß von der verfassunggebenden Nationalversammlung uns Auslanddeutschen Sitz und Stimme in der gesetzgebenden Körperschaft des Reiches eingeräumt wird.

Da die auswärtige und die Handelspolitik des Reiches unserer auf eingehender Kenntnis der Charaktere fremder Völker sowie ihrer handelspolitischen Lage beruhenden Erfahrungen keinesfalls entbehren kann, so muß uns ausschlaggebender Einfluß auf das Konsulatswesen gesichert werden.

Wir Deutschen im Auslande werden uns nach Rückkehr an unsere Arbeitsstätte ungeheuren und schweren Aufgaben gegenübergestellt sehen. Namentlich in den ersten Jahren werden der mangelnde moralische, wirtschaftliche und politische Rückhalt seitens der Heimat, sowie die uns sicher erwartende Mißachtung und Schadenfreude, Anfeindung und Mißtrauen der fremden Völker, ja systematische Schwierigkeiten ihrer Regierungen unserer Arbeit schier unüberwindlich erscheinende Schwierigkeiten bereiten. Unsere Arbeitskraft und unsere moralischen Kräfte sowie unser nationales Empfinden werden oft genug auf die härteste Probe gestellt werden.

Aber Grund zum Verzweifeln ist nicht vorhanden. Wir wissen, was unser deutsches Volk, was jeder einzelne Deutsche, was auch wir Auslanddeutsche zu leisten imstande sind. Das Vertrauen in unsere deutsche Heimat und das Vertrauen in uns selbst wird, wenn auch unter ungeheuren Mühen und Opfern, mit der Zeit alle Schwierigkeiten überwinden helfen.

Dieses Bewußtsein muß jeder von uns in sich tragen und mitnehmen aus der Heimat in die Fremde. Dem deutschen Ansehen und unserem guten deutschen Recht muß wieder der ihnen gebührende Platz in der Welt werden. Jeder Deutsche im Auslande muß sich als Deutscher fühlen; durch sein Auftreten, seine Lebensweise, der Kaufmann insbesondere durch sein Geschäftsgebaren, muß sich jeder für seine Person die Achtung verschaffen, die einem Deutschen zukommt — wohlverstanden immer unter taktvoller Berücksichtigung des Volksempfindens desjenigen Landes, dessen Gastrecht er genießt. Jeder sei sich bei allen seinen Handlungen seiner Pflicht dem Vaterland und sich selbst als Deutschen gegenüber mehr denn je bewußt. Das unser ganzes Volk auszeichnende Pflichtbewußtsein soll und wird uns helfen, bei dem Wiederaufbau der Heimat und somit auch unserer eigenen Existenz entscheidend mitzuwirken.

„Das Wissen vom Wesen der öffentlichen Meinung ist zugleich das Wissen der Grundlage aller Politik!" So schrieb kürzlich ein deutscher Universitätsprofessor. Dieses Wissen vom Wesen der öffentlichen Meinung ist uns spät zur Erkenntnis gekommen. Einfluß auf die öffentliche Meinung des Auslandes, in erster Linie durch die Auslandpresse, die Weltpresse, ferner durch Ausbau unserer Auslandschulen zu gewinnen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft!

Was bisher in dieser Richtung getan wurde, geschah in vielen Fällen von Seiten und Personen, denen jegliche Sach- und Fachkenntnis, insbesondere jegliches Empfinden für die betreffende Volksseele, auf die sie wirken sollten, fehlten, so daß in diesen Fällen stets mehr Schaden als Nutzen angerichtet wurde.

Große und schwere Aufgaben harren unser. Sie zu lösen wird uns nur möglich sein mit Unterstützung und unter dem Schutz der Heimat und in gemeinsamer, wechselseitiger Arbeit mit ihr. Deshalb muß zuförderst unser aller wichtigste Aufgabe sein:

Mitwirken an dem Wiederaufbau der Heimat.

Von der Heimat aber verlangen wir, daß sie uns hierzu die Möglichkeit gibt und unserem Kämpfen und Wirken und Schaffen das notwendige Verständnis entgegenbringt. Dann wird der Wiederaufbau der Heimat unter dem Mitwirken des Auslanddeutschtums und damit nebenhergehend der Wiederaufbau des Auslanddeutschtums unter dem Schutz und der Förderung der Heimat auch gelingen!

G. Tramsen-Sofia.

Von der Notlage, in der sich die Auslanddeutschen befinden, macht man sich in der deutschen Oeffentlichkeit noch immer nicht die richtigen Vorstellungen. Trotz aller Eingaben um Unterstützung und Begründung von Darlehenskassen für diese am schwersten mitgenommenen Volksgenossen schweigt sich die Regierung aus. Unzählige Briefe gehen uns zu, die herzzerreißende Klage führen. Hinter würdigen und zurückhaltenden Worten verbirgt sich das Elend der Leute, die alles verloren haben und die nur voll bangster Sorge in die Zukunft sehen können. Wir lassen hier einen Auszug aus einem Brief folgen. Dutzende von ähnlichen Klagen ruhen in unseren Mappen: „Mit Gegenwärtigem gestatte ich mir die ergebene Anfrage, ob seitens des Reiches keine Schritte getan würden, um den Auslanddeutschen, den Trägern der deutschen Kultur im Ausland, mit Barmitteln aus einer Lage zu helfen, in die sie unverschuldet, lediglich infolge des unglücklichen Krieges durch treue Pflichterfüllung gekommen sind. Alle Staatsbeamte, sowie die Beamten und Offiziere des Heeres haben schon zu wiederholten Malen sogenannte einmalige Teuerungszulagen von ziemlich beträchtlicher Höhe bekommen, ohne die erheblichen Gehaltsaufbesserungen in Betracht zu ziehen. Die Beamten der Privatindustrie sind wieder in ihre früheren Stellungen zurückgekehrt und haben zum größten Teil außer Teuerungszulagen noch ziemlich bedeutendes Anschaffungsgeld erhalten. Niemand hat daran gedacht, in welch trostloser Lage die Auslanddeutschen sind, die. nicht in ihre frühere Stellung zurückkehren können. und die der Krieg pekuniär doch noch bedeutend mehr mitgenommen hat wie die Heimatdeutschen. Meine Hoffnungen, in meine frühere Stellung zurückkehren zu können, sind zunichte und alle meine Bemühungen, im Inland eine passende Stellung zu finden, scheiterten ebenfalls, da die deutschen Firmen zunächst alle ihre früheren Beamten, die aus dem Felde zurückkehren, wieder einstellen müssen, auch wenn sie effektiv keine Arbeit für dieselben haben. Meine geringen Ersparnissen sind in den 4½ Jahren vollständig aufgezehrt worden und sah ich mich schon genötigt, ein Darlehen aufzunehmen, um den dringenden Bedürfnissen zu genügen. An Neuanschaffung von Garderobe, die dringend notwendig wäre, darf ich gar nicht denken. Ich glaube bestimmt, daß ich nicht das einzige Opfer dieser Art bin und daß wohl noch mancher Auslanddeutscher in gleicher Lage ist!"

VERSCHIEDENES

In seiner „Denkschrift über eine Neugestaltung der Auslandmissionen und Konsulate" macht der Konsulatssekretär Dr. Ernst Puchstein Vorschläge, die inzwischen auch von breiteren Kreisen allgemein erhoben worden sind. Er beklagt den einseitigen und bürokratischen Betrieb der Konsulate, an dem der enge Kreis für die Auswahl der Konsulatsanwärter und die ungenügende kaufmännische Ausbildung der Konsulatsanwärter Schuld seien. Sachverständige Beratung der heimischen Wirtschaft durch die Konsulate dürfe sich nicht auf fremde Auskunfterteilung stützen, sondern müsse durch dem Konsul beigegebene konsularische Beiräte erfolgen; aller-

Digitized by Google

dings hat der von dem Verfasser erwähnte Konsul Vivenot in Wien eine Ernennung dieser Beiräte durch die Konsulate selbst vorgeschlagen, während Puchstein selbst in seinem Vorschlage Wünschen der Auslanddeutschen nach einer regelrechten Wahl der Beiräte Rechnung trägt, denen das Recht der eigenen Berichterstattung an das Auswärtige Amt zuzuerkennen wäre. Die Konsularbeiräte böten dem Konsulate die besten Sachverständigen und, was bei der erzwungenen Sparsamkeit unserer Wirtschaft nach dem Kriege sehr ins Gewicht fällt, die ganze Verbesserung des auswärtigen Dienstes könne durch ehrenamtliche Heranziehung der Beiräte ohne wesentliche Geldopfer erfolgen.

WIRTSCHAFTSFRAGEN

In den „Mitteilungen der deutschen Handelskammer in der Schweiz" wird über das Thema „Preispolitik und Uebergangswirtschaft" gesprochen. Aus zahlreichen Zuschriften stellt die Schriftleitung den gesamten Eindruck dahin fest, daß die nur teilweise vorgenommene Aufhebung der den Handel einzwängenden Preisvorschriften zu einer großen Unsicherheit geführt und Mißstimmung nicht etwa nur in der Schweiz, sondern auch in den Kreisen der deutschen Lieferanten hervorgerufen habe. Eine möglichst baldige Aufhebung aller Preis-, Umrechnungs- und Berechnungsvorschriften sei ein zwingendes Gebot, das der deutsche Außenhandel mit Entschiedenheit vertreten sollte. Der langsame Abbau der übersetzten Preise sei Sache einer Verständigung von Kaufmann zu Kaufmann, von Verband zu Verband. Aus einer Zuschrift einer bedeutenden Firma der Eisen- und Stahlbranche an das erwähnte Blatt entnehmen wir folgende Stelle: „Es ist ein Unfug sondergleichen, daß uns von der Zentralstelle Preise vorgeschrieben werden, die jeder Beschreibung spotten. Ich habe jetzt wieder mal die ganze Kundschaft in Holland besuchen lassen und mußte feststellen, daß sich inzwischen schon die Schweden, Engländer und Norweger festgesetzt haben, die Amerikaner sind augenblicklich stark am Werke." Andere Zuschriften besagten, daß die Schweizer Firmen überhaupt nicht in Franken-, sondern nur in Markwährung bezahlen möchten. Eine weitere Zuschrift endlich empfiehlt deutschen Exporteuren und Händlern dringend, 1. sich bei Auslandverkäufen nicht um den Kurs der auslanddeutschen Währung zu kümmern, sondern stets die deutschen Markverkaufspreise anzugeben, 2. nicht über zu geringen Gewinn bei Verkäufen zu klagen, denn es sei eigene Schuld des Verkäufers, wenn er nichts verdiene, 3. nicht nach dem Verdienst des auslanddeutschen Käufers und Kunden zu fragen, denn er gehe den Verkäufer nichts an.

Wiederaufnahme der Geschäftsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten. Die amerikanische Handelskammer in Berlin, Friedrichstraße 59, richtet an die deutsche Geschäftswelt die Aufforderung, sich mit ihr in Verbindung zu setzen, ehe von seiten deutscher Importeure oder Exporteure Geschäftsbeziehungen mit Agenten oder Vermittlern angeknüpft werden, die sich erbieten, das Amerikageschäft in die Wege zu leiten. Ebenso ist es erwünscht, daß Vermittler oder Agenten, die sich dem Amerikageschäft in genannter Eigenschaft widmen, mit der amerikanischen Handelskammer Rücksprache nehmen.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Mit Rücksicht auf die Ausdehnung der Zuständigkeit des Reichskommissars auf die besetzten deutschen Gebiete und auf alle ehemals verbündeten Länder erklärt sich das Reichsministerium des Innern durch Erlaß vom 11. 4. 1919 damit einverstanden, die Amtsbezeichnung des Reichskommissars unter Weglassung des Zusatzes „in Feindesland" in

„Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen"

umzuändern.

Die „Schiffahrtszeitung" versucht die bestehenden großen Unklarheiten über die Zuständigkeit der „Reichsentschädigungskommission" Berlin, Viktoriastraße 34, und des „Reichskommissars zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland" Berlin W 35, Potsdamerstraße 38, zu beseitigen. Sie schreibt:

„Es bestehen große Unklarheiten über die Zuständigkeit der Reichsentschädigungskommission und des Reichskommissars. Die Erledigung vieler Zuschriften und Anträge wird durch Anrufung der falschen Stelle verzögert.

Die Zuständigkeit ist folgendermaßen geregelt: Der Reichskommissar bearbeitet die Forderungen von Privatleuten, die aus Reichtsverletzungen herrühren, die ihnen persönlich oder ihrem Vermögen in den feindlichen Staaten zugefügt sind. Hierzu rechnen auch die früher besetzten Gebiete des Auslandes, insbesondere also Belgien und Polen. Beispielsweise hat eine deutsche Kiesbaggerei, die für eine Militärverwaltung oder die vormalige deutsche Bergverwaltung in Belgien Arbeiten ausführte und bei dem überstürzten Rückzuge ihre Maschinen zurücklassen mußte, sich wegen des Schadenersatzanspruches an den Reichskommissar zu wenden. Hat jedoch das Deutsche Reich vertraglich die Verpflichtung übernommen, für derartige Schäden aufzukommen, ist die Anmeldung beim Reichskommissar überflüssig. Die geschädigte Firma kann sich wegen ihrer Schadenersatzansprüche unmittelbar an den Fiskus halten.

In allen übrigen Fällen ist die Reichsentschädigungskommission zuständig, insbesondere also für alle vor dem Kriege entstandenen vertraglichen Forderungen deutscher Firmen gegen ausländische Firmen oder gegen fremde Staaten. Ferner sind bei ihr anzumelden Forderungen deutscher Privatfirmen gegen einen fremden Staat, die sich auf Beschlagnahmungen oder Requisitionen stützen. So hat die belgische Regierung zu Beginn des Krieges in zahlreichen Fällen deutsches Privateigentum beschlagnahmt. Dasselbe geschieht jetzt in Polen und Belgien; deutsche Fabriken werden unter Zwangsverwaltung gestellt und deutsches Privateigentum, insbesondere auch Schiffe, werden beschlagnahmt."

Der deutsch-österreichische-ungarische Wirtschaftsverband hat in Berlin eine Schutzstelle für deutsche Guthaben in Ungarn errichtet, die namentlich die Interessen der deutschen Industrie und des deutschen Handels wahrnehmen soll. Die Schutzstelle will die Ansprüche geltend machen und durchsetzen. Sie befindet sich: Berlin W 35, Am Karlsbad 16.

Nach einer Mitteilung des Auswärtigen Amts an das Deutsche Ausland Institut, datiert vom 16. April 1919, ist die Behandlung von Schäden, die deutsche Zivilpersonen in der Türkei durch Kriegsmaßnahmen der Feinde erlitten haben, neuerdings dem Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen, Berlin W 35, Potsdamer Straße 38, übertragen worden. Schäden sind also unter Benützung der bekannten Formulare dort anzumelden. Das D. A. I. ist bereit, nähere Auskunft zu erteilen.

Mit dem Sitz in Berlin ist ein Konsumverein der Auslanddeutschen e. G. m. b. H. begründet worden, dessen Aufsichtsrat als Vorsitzender Baron Ed. v. Stackelberg angehört und in dessen Vorstand die Herren V. v. Schlippe,

Digitized by Google

P. Staertzel, W. F. Schmidt und A. Stempel sitzen. Der Konsumverein will seinen Mitgliedern wirtschaftliche Vorteile sichern durch Wareneinkauf im großen und Verkauf im kleinen, durch Verwertung der Arbeitskräfte der Heimgekehrten zur Warenherstellung und Verkauf der Waren auch an Nichtmitglieder, sowie durch Errichtung einer Küche, durch Organisation von Wohlfahrtseinrichtungen, durch Abschluß von Vergünstigungsverträgen mit einzelnen Geschäften, um den Bezug einzelner Waren zu verbilligen. Als Abteilungen sind vorgesehen: Abteilungen für Nahrungsmittel, Tabakerzeugnisse und Wein, Bekleidung, Drogen, Bücher und Schreibwaren. Alle volljährigen Auslanddeutschen, Männer und Frauen, können beitreten, das Eintritsgeld beträgt 3 Mk., der Geschäftsanteil jedes Mitgliedes 50 Mk., von denen 35 Mk. ratenweise eingezahlt werden können. Jedes Mitglied kann 10 Anteile erwerben. Die Mitglieder erhalten monatlich eine Rückvergütung für entnommene Waren und sind am Gewinn beteiligt. Die Betriebsmittel bestehen aus Genossenschaftsvermögen, Eintrittsgeldern, Einzahlung der Geschäftsanteile und Strafgeldern, aus geliehenen fremden Geldern und aus Spenden von Ehrenmitgliedern. Der Vorstand ist geschäftsführendes Organ und partizipiert am Nutzen des Geschäftes, ohne festes Gehalt zu beziehen. Der Aufsichtsrat hat die ehrenamtliche Ueberwachung; Sitzungsgelder aus einem etwa vorhandenen Reingewinn sind zulässig.

Anmeldung deutscher Auslandforderungen. Berlin. (Amtlich.) Die Anmeldung der Auslandforderungen war seinerzeit angeordnet worden, um eine Uebersicht über die deutschen Außenstände im feindlichen Ausland zu gewinnen. Zur statistischen Bearbeitung des Anmeldestoffes war die Geschäftsstelle für Auslandforderungen ins Leben gerufen worden. Nachdem sie inzwischen die ihr gestellten Aufgaben in der Hauptsache erfüllt hat, wird sie zum 1. April aufgelöst werden. Ihre Geschäfte werden nunmehr von dem Deutschen Gläubigerschutzverein für das feindliche Ausland übernommen werden, der seinerzeit auf Veranlassung der Reichsleitung von führenden Körperschaften aus Handel und Industrie gegründet worden ist, um deutschen Gläubigern bei der Einziehung ihrer Außenstände im feindlichen Ausland mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Zu diesem Zwecke wird dem Gläubiger-Schutzverein das gesamte Anmeldematerial zur Verfügung gestellt werden. In Zukunft sind daher etwaige Anfragen nicht mehr an die Geschäftsstelle für Auslandforderungen, sondern an den Deutschen Gläubiger-Schutzverein für das feindliche Ausland, Berlin W 15. Kaiser-Allee 205, zu richten.

Warnung!

Die aus Italien vertriebenen Deutschen werden dringend davor gewarnt, den jetzt schon geschaffenen freien Postverkehr mit Italien dazu zu benutzen, Erkundigungen nach ihrem Besitz und nach ihrem Vermögen einzuziehen. Es besteht der dringende Verdacht, daß die Brieffreiheit nur zugelassen wurde, um auf diesem Wege zur Kenntnis bestimmter Tatsachen zu gelangen.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

Neuerscheinungen ⟨Fortsetzung⟩

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART.

I. Einzelschriften.

413. *Adressenbuch* d. Landeshauptstadt Graz u. der angrenzenden Gemeinden: Andritz, Eggenberg, Fölling, Gösting, Kainbach, Liebenau, Ruckerlberg, St. Peter, St. Veit, Waltendorf u. Wetzelsdorf u. sämtl. handelsgerichtl. eingetr. Firmen d. Steiermark u. mit e. farb. Plane von Graz u. Umgebung 1919. ⟨Jg. 43⟩ Graz: Verlagsbuchhandl. „Styria" 1919.

414. *Blanckenhorn,* Max, Der Boden Palästinas, seine Entstehung, Beschaffenheit, Bearbeitung u. Ertragfähigkeit. Berlin: Hobbing 1918. (Pro Palästina. Schriften d. deutschen Komitees z. Förderung d. jüdischen Palästinasiedlung. H. 5.)

415. *Bosc,* Pierre, Les Allemands à Lille. Emouvante relation de l' occupation allemande. Paris: Foi et Vie [1918].

416. *Bruck,* W. F., Türkische Baumwollwirtschaft. Eine kolonialwirtschaftl. u. polit. Untersuchung. Mit e. farb. Verbreitungskarte. Jena: Fischer 1919. (Probleme d. Weltwirtschaft. H. 29.)

417. *Calvert,* Albert F[rederick], Togoland. With 146 plates. London: Laurie 1918.

418. *Denkschrift* des deutschen Mittelmährens. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 14.)

419. *Deutschböhmen.* Erschienen als Sonderheft von „Deutsche Arbeit in Oesterreich". Jg. 18. 1918/19. H. 4/5. München: Callwey.

420. *Deutschböhmen.* Eine Skizze von Land und Volkstum, Geistesart und Wirtschaft im Spiegel des Kriegs- u. polit. Kampfjahres 1918. Erschienen als Sonderheft von „Deutsche Kultur in d. Welt". Leipzig: K. F. Koehler [1919].

421. *Dreyer,* Joh., Moore Kurlands nach ihrer geogr. Bedingtheit, ihrer Beschaffenheit, ihrem Umfange u. ihrer Ausnutzungsmöglichkeit. Hamburg: Friederichsen & Co 1919.

422. *Fuchs,* Friedrich, Telegraphische Nachrichtenbüros. Eine Untersuchung über d. Probleme d. internationalen Nachrichtenwesens. Berlin: Dietrich Reimer 1919.

423. *Glehn,* Nicolai von, Kriegszeitliche Aufzeichnungen aus dem Baltikum u. mein Schwanengesang (Gedichte). Leipzig: Volger 1919.

424. *Grube,* Ernst, Deutsche Ausfuhr u. Reklame. Zölle, Steuern u. andere Belastungen deutscher Werbearbeit i. Auslande. Lebensfragen f. d. Wiederaufnahme unserer Beziehungen z. Auslande. Berlin: Kribe-Verlag [1919].

425. *Halecki,* O. R. von, Geschichte der Union Litauens. Wien: Perles 1919. (Polens Grenzprobleme. Nr 3.)

426. *Hauser,* Henri, Frankreichs Handel u. Industrie u. die Konkurrenz d. Auslandes. Generalbericht über d. Handels- u. Industrie-Enquête d. Association nationale d'expansion économique. Uebers. u. bearb. im Institut f. Seeverkehr u. Weltwirtschaft. Jena: Fischer 1919 (Kriegswirtschaftl. Untersuchungen aus d. Institut f. Seeverkehr u. Weltwirtschaft. . . . H. 16.)

427. *Heiderich,* Franz, Die Wirtschaftskräfte Deutschösterreichs. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 17.)

428. *Jászi,* Oskar, Der Zusammenbruch d. Dualismus u. d. Zukunft d. Donaustaaten. Nach d. 2. Aufl. d. ungar. Orig. übers. von Stefan von Hartenstein. 2. Aufl., unver. Abdr. d. 1. Aufl. Wien: Manz 1918.

Digitized by Google

429. *Kamniker,* Franz, Das deutsche Murtal von Spielfeld bis Radkersburg u. die Slovenen. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 20.)

430. *Kaplun*-Kogan, Wlad. W., Russisches Wirtschaftsleben seit der Herrschaft d. Bolschewiki. Nach russischen Zeitungen mit Einl. hrsg. Leipzig: Teubner 1919. (Osteuropa-Institut i. Breslau. Quellen u. Studien. Abt. 1, H. 1.)

431. *Kaufmann,* Josef, Das Verhältnis der Deutschen, Polen u. Kaschuben in Westpreußen u. Danzig. Danzig: Kafemann 1919.

432. *Keyser,* Erich, Die Bedeutung d. Deutschen u. Slowenen f. Westpreußen. Danzig: Kafemann 1919.

433. *Keyser,* Erich, Westpreußen und das deutsche Volk. Danzig: Kafemann 1919.

434. *Krehbiel,* August Rob., Gottfried Keller's attitude toward litterary criticism and theory. Jowa City: University of Jowa [1918]. (Humanistic studies.)

435. Das *Kuhländchen.* Denkschrift zur Wahrung d. deutschen Kuhländchens in Nordmähren. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 15.)

436. *Meißner,* Walther, Argentiniens Handelsbeziehungen zu d. Vereinigten Staaten v. Amerika. Köthen: Schulze 1919. (Bibliothek d. „Cultura latino-americana". (Veröffentl. d. ibero-amerikan. Instituts.) Nr 3.)

437. *Munier*-Wroblewska, Mia, Der graue Baron. Lettische Geschichten. Stuttgart: Cotta 1919.

438. *Munier*-Wroblewska, Mia, Und doch! Ein Roman aus Kurlands Leidenstagen. Stuttgart & Berlin: Cotta [1919].

439. *Oehquist,* Joh., Finnland. Teubner: Leipzig & Berlin 1918. Aus Natur u. Geisteswelt. Bdch. 700.)

440. *Pascha,* Emin, Die Tagebücher von Emin Pascha über seine Tätigkeit in Inner-Afrika von 1875—1892. Hrsg. mit Unterst. d. hamburg. Staates u. d. hamburg. wissenschaftl. Stiftung von Dr. Franz Stuhlmann. Bd 2. Baunschweig: Westermann 1919.

441. *Pirchegger,* Hans, Das steirische Draugebiet — ein Teil Deutschösterreichs. Mit 1 Kärtchen. Graz: Deutsche Mittelstelle [1919].

442. *Rudolff,* Ernst, Die deutsche Not in Ungarn. E. Denkschrift f. d. deutsche Volk. Berlin: Deutsch-Oesterr. Mittelstelle 1919.

443. *Rühlmann,* Der Völkerbundgedanke. Materialiensammlung zus.-gest. i. Auftr. d. Vereins „Auslandkunde" (E. V.) Berlin: Engelmann 1919.

444. *Sapper,* Karl, Die Bodenreform in Oesterreich. Graz: Heimatverlag 1918.

445. *Schmied*-Kowarzik, Walter, Die Gesamtwissenschaft vom Deutschtum u. ihre Organisation, ein Sehnsuchtsruf dreier Jahrhunderte! Hamburg & Leipzig: Deutschnat. Verlags-Anstalt 1918.

446. *Solf,* W. H., Kolonialpolitik. Mein politisches Vermächtnis. Berlin: Hobbing 1919.

447. *Spitzmüller,* Alexander Frhr. von, Der politische Zusammenbruch u. die Anschlußfrage. Wien: Manz 1919.

448. Die Olmützer *Sprachinsel.* Mit 1 Kt. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutsch-Oesterreichs Recht. Nr 20.)

449. Die protestantische *Staatsidee.* Der Nordgeist Germaniens i. Dienste d. deutsch-niederländischen u. skandinavisch-baltischen Wissenschaft. Unter Mitarb. . . . hrsg. von Walter van der Bleek. Leipzig: Grunow 1919.

450. *Strzygowski,* Josef, Die Baukunst d. Armenier u. Europa. Ergebn. einer v. kunsthistor. Institute d. Univers. Wien 1913 durchgef. Forschungsreise. . . Bd 1. 2. Wien: Schroll & Co 1918. (Arbeiten d. kunsthistor. Instituts d. Univers. Wien. Bd 9. 10.)

451. Görzer *Studien.* Beiträge zur Geschichte d. österr. Geisteslebens an d. Adria. Hrsg. von Prof. Franz Xaver Zimmermann. Bd 1. Klagenfurt: Leon senior 1918.

452. *Tertsch,* H., Kartographische Uebersicht der Erzbergbaue Oesterreich-Ungarns. Wien-Berlin: Verlag f. Fachliteratur 1918. (Kriegswirtschaftl. Schriften.)

453. *Uxkull,* Baron Wold., Imam Gamsat. Hist. Drama i. 4 Akten. Berlin-Lichterfelde: Runge 1918.

454. *Verzeichnis* der Knockaloe-Bücherei. Den zivilgefangenen Deutschen in Knockaloe (Engl.) gewidmet. Großborstel: Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung 1918.

455. *Vogel,* Eman Hugo, Die agrarstatistischen Grundlagen e. Innenkolonisation u. Erhöhung d. landwirtschaftl. Produktivität im Ländergebiete Oesterreichs nach dem Kriege. Gutachten dem Staatsamte in Wien erstattet. Wien: Frick 1919. S.-A. aus: Statistische Monatsschrift. Jg. 22.

456. *Vorst,* Hans, Baltische Bilder. Leipzig: Der Neue Geist-Verlag [1919].

457. *Vorst,* Hans, Das bolschewistische Rußland. Leipzig: Der Neue Geist-Verlag 1919.

458. *Ward,* Adolphus William, Germany 1850—1890. Vol. 3: 1871—1890. With 2 suppl. chapters. Cambridge: University Press [1918].

459. *Wellisch,* Emmerich, Wollzölle und Wollindustrie in d. Vereinigten Staaten von Amerika. Stuttgart: Cotta 1919. (Münchener volkswirtschaftl. Studien. Stück 142.)

460. *Winkler,* Wilhelm, Die Totenverluste d. österr.-ungarischen Monarchie nach Nationalitäten. Die Altersgliederung d. Toten. Ausblicke in die Zukunft. (Hrsg. vom statist. Dienst d. österr. Staatsamtes f. Heereswesen.) Wien: Seidel & Sohn 1919.

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

461. *Blätter* zur Kunst fürs Vaterland. Monatl. Beil. zu d. Balt. Blättern. Hrsg.: Wolfg. Wieckborg. Jg. 2. 1919. Berlin-Steglitz: Würtz 1919. jährl. M 8.—.

462. *Gerechtigkeit.* Monatshefte f. auswärtige Politik. Hrsg.: Dr. Walther Schotte. Jg. 1. 1919. Berlin: Engelmann 1919. viertelj. M 7.—.

463. Das deutsche *Kuhländchen* [Deutsch-Sudetenland]. Geschichts- u. Kulturbilder aus alter u. neuer Zeit. Jg. 1. 1919. 12 Hefte. Neutitschein, Wien & Leipzig: Endersche K.-A., Hosch & Schleif. jährl. M 5.—.

464. *Mitteilungen* der deutschen Volksräte Posens u. Westpreußens. [Beilage zu „Die Grenzboten".] Verantwortl. Dr. Max Hildebert Boehm. [Jg. 1.] 1919. Berlin: Verl. d. Grenzboten.

465. *Monatshefte* d. Gustav Adolf-Vereins. Zeitschrift für d. Kenntnis u. Pflege d. evang. Diaspora insbes. d. Auslanddeutschtums, namens d. Zentralvorstandes d. Vereins unter Mitw. von Bruno Geißler u. Max Brunau hrsg. von D. Franz Rendtorff. Jg. 1. 1919/20. Leipzig: Hinrichs'sche Buchhandlung 1919. halbj. M 3,75.

466. Der *Pfad.* Belletrist. Monatsschrift. Hrsg.: G. K. Veranneman. Red.: R. A. Spitaler. Jg. 1. April 1919 — März 1920. 12 Hefte. Prag-Smichow: Verlag „Der Pfad". halbj. M 8.—.

467. The *Pioneer* for the skipping, industry and trade of „The Netherlands" and her colonies. Jg. 1. 1918/19. Amsterdam: Kapteyn. 12 Nrn. jährl. Fl. 30.—.

468. Jährliche *Rundschau* des deutschschweizerischen Sprachvereins 1918. Basel: Finckh [1919]. M 1,60.

Digitized by Google

469. Der deutsche *Siedler*. Mitteilungen über Auswanderung u. Uebersee-Siedlung. Organ d. Vereinigung f. koloniale Siedlung. Hrsg.: Ernst Kienitz. Schriftl. M. E. Pfitzmann. Jg. 2. 1919. (12 Nrn). Berlin: Deutscher Siedlerverlag 1919. jährl. M 6.—.

III. Zeitschriftenaufsätze.

470. *Arns*, Karl, Zur Kenntnis des deutschen Einflusses im geistigen Leben Englands. in: Nord u. Süd. Jg. 43. 1919. Aprilheft. Breslau: Schottländer.

471. [*Behncke*, Paul], Schwarz-weiß-rot. [Die Bedeutung der Flagge f. d. Auslandsdeutschen.] in: Echo. Jg. 38. 1919. Nr 12. Berlin: Ueberseedienst-Verlags-Gesellschaft.

472. *Boehm*, Max Hildebert, Frankreich und die Deutschpolen. in: Die Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 11/12. Berlin: Verlag d. Grenzboten.

473. *Clemen*, Otto, Erinnerungen an Goethe u. Friedrich den Großen im Mitauer Museum. in: Baltische Blätter. Jg. 2. 1919. H. 4/5. Berlin-Steglitz: Würtz.

474. *Daniels*, Emil, Zur serbischen und jugoslavischen Geschichte. in: Preuß. Jahrbücher. Bd 176. 1919. H. 1. Berlin: Stilke.

475. *Deißmann*, Adolf, Herolde des Wiederaufbaus [der christlichen Gemeinschaft] in Amerika. in: Deutsche Politik. Jg. 4. 1919. H. 15. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlagsanstalt.

476. Zu *Deutschland* oder zum tschecho-slowakischen Staat? Von einem deutsch-böhmischen Großindustriellen. in: Deutsche Arbeit. Jg. 18. 1918/19. H. 4/5. München: Callwey.

477. *Falkenhausen*, Walter Frhr. von, Aufgaben der neuen deutschen Auslandsvertretungen. in: Südd. Monatshefte. Jg. 16. 1918/19. H. 5. München: Verl. der Südd. Monatshefte.

478. *Fehlinger*, H., Deutsche in Ungarn. in: Südost. Balkan-Revue. Jg. 5. 1918/19. H. 11/12. Berlin: Friedenau: Balkan-Verlag G. m. b. H.

479. *Grube*, Karl, Deutschwestungarn. in: Alldeutsche Blätter. Jg. 29. 1919. Nr 14. Berlin: Geschäftsstelle d. Alldeutschen Verbandes.

480. *Harnisch*, W. H., Die letzte Spielzeit des Rigaer Stadttheaters. in: Neue Theater-Zeitschr. Jg. 5. 1919. H. 5/6. Berlin: Nauck.

481. Die *Herkunft* der deutschen Kolonisten in Rußland. in: Aus dem Ostlande. Jg. 14. 1919. H. 2. Posen: Ostdeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A.-G.

482. *Jacques*, Norbert, Die Deutschen in China. in: Das Echo. Jg. 38. 1919. Nr 13. Berlin: Deutsche Ueberseedienst-Verlags-Gesellschaft m. b. H.

483. *Jacques*, Norbert, Die Luxemburger u. das Deutschtum. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 3. Berlin: Heymann.

484. *Jannasch*, R., An das Auswärtige Amt. Entwurf zur Organisation der deutschen Auswanderung 1919. in: Export. Jg. 41. 1919. Nr 14—17. Leipzig: Herbig in Komm.

485. *Jenny*, E., Die Deutschen im Wirtschaftsleben Rußlands. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. H. 2. 3. Berlin: Heymann.

486. *Junge*, Reinhard, Studien zum Problem der Europäisierung orientalischer Wirtschaft. Dargest. an den Verhältnissen d. Sozialwirtschaft von Russisch-Turkestan. in: Archiv f. Wirtschaftsforschung im Orient. Jg. 3. 1918/19. H. 1/2. [Forts.]

487. *Kaindl*, R. F., Warum unterjochen die Tschechen die Sudetendeutschen? in: Deutsche Arbeit in Oesterreich. Jg. 18. 1918/19. H. 3. München: Callwey.

488. Im *Kampf* um Tirol. in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 7/8. Berlin: Verl. der Grenzboten.

489. *Kaurimsky*, E. Fryda von, Jugoslawien in wirtschaftlicher Beleuchtung. in: Südost. Balkan-Revue. Jg. 5. 1918/19. H. 11/12. Berlin-Friedenau: Balkan-Verlag G. m. b. H.

490. *Kayser*, G., Bringt uns die Ausbildung türkischer Schüler u. Lehrlinge in Deutschland wirtschaftlichen Schaden? in: Wirtschaftsinstitut f. d. Orient [Beil. zu] Deutsch-türkische Vereinigung. Jg. 2. 1919. Nr 7. Berlin: Haasenstein & Vogler.

491. *Kolbe*, Franz, Die Interessen der Eingeborenen u. die deutsche Kolonialpolitik. Unser Recht auf Kolonialbesitz. in: Preuß. Jahrbücher. Bd 176. 1919. H. 1. Berlin: Stilke.

492. *Krüger*, E., Der deutsche Buchhandel in den baltischen Landen u. in Rußland während d. Krieges. in: Börsenblatt f. d. deutschen Buchhandel. Jg. 86. 1919. Nr 65. Leipzig: Börsenverein d. deutsch. Buchhändler.

493. *Noack*, F., Deutsche Güter u. Schöpfungen in Rom. in: Deutsche Revue. Jg. 44. 1919. Febr.-H. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.

494. *Pauli*, Der Uebergang der höheren Schulen in Colmar i. Elsaß in französische Hände. in: Deutsches Philologen-Blatt. Jg. 27. 1919. Nr 10. Leipzig: Quelle & Meyer.

495. *Pernitzsch*, G., Die Kiautschoufrage in chinesischer Beleuchtung. in: Archiv f. d. fernen Osten. Jg. 4. 1919. H. 1/2. Berlin: Curtius.

496. *Röttgers*, Hans, Neubegründung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen. in: Preuß. Jahrb. Bd 175. 1919. H. 1. Berlin: Stilke.

497. *Schumacher*, Fritz, Unser künstlerisches Verhältnis zum Auslande. in: Deutsche Rundschau. Jg. 45. 1918/19. H. 7. Berlin: Paetel.

498. *Schutz* den Auslandsdeutschen des Buchhandels! Bahn dem deutschen Buche im Auslande! in: Buchhändlergilde-Blatt. Jg. 3. 1919. Nr 3. Berlin: Deutsche Buchhändlergilde.

499. *Statistisches* zur Nationalitätenfrage der Slowakei. in: Deutsche Arbeit in Oesterreich. Jg. 18. 1918/19. H. 4/5. München: Callwey.

500. *Triepel*, Heinrich, Der Zusammenschluß des deutschen Reiches u. des Staates Deutschösterreich. in: Deutsche Arbeit in Oesterreich. Jg. 18. 1918/19. H. 3. München: Callwey.

502. *Väth*, Alfons, Die Missionsweltlage nach dem Weltkrieg. in: Die katholischen Missionen. Jg. 47. 1918/19. Nr 7. Freiburg i. Br.: Herder.

503. *Weck*, Hermann, Die Reichsverfassung u. die Auslandsdeutschen. in: Echo. Jg. 38. 1919. Nr 14. Berlin: Ueberseedienst-Verlags-Gesellsch.

504. *Weiß*, Moritz, Unzweifelhaft deutsches Land! in: Die Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 14. Berlin: Verlag d. Grenzboten.

505. *Ziehen*, Julius, Strickers „Germania", die erste Zeitschrift für d. Erforschung des Auslanddeutschtums. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 3. Berlin: Heymann.

IV. Karten.

506. *Alpenländer*. Hrsg. von d. deutsch-österr. Mittelstelle. 1:900 000. Berlin: D. Reimer [1919.] (Grenzgebiete d. deutschen Republik. 2.) M 1.—.

Digitized by Google

507. G. *Freytags* Karte von Deutschösterreich mit Angabe d. Wahlkreiseinteilung. M. 1 : 1 500 000. Wien: Kartogr. Anstalt G. Freytag & Berndt [1918]. 37×49,5 cm. Farbendr. M 0,80.

508. G. *Freytags* Völker- u. Sprachenkarte von Mitteleuropa nebst Italien u. d. Balkan-Halbinsel. Nach d. neuesten statist. Veröff. bearb. M. 1 : 3 000 000. Wien: Kartogr. Anstalt G. Freytag & Berndt [1918]. 98×74 cm. Farbendr. M 3,50.

509. *Karte* von Ostdeutschland. 1 : 800 000. Berlin: Gea-Verlag [1919]. 92×75 cm. M 2.—.

510. *Kettler,* Völkerkarte des ehemaligen Oesterreich-Ungarn. M. 1:1 500 000. Berlin: Flemming 1919. 95×75 cm. M 2,50.

511. *Lange,* Friedrich, Militärisch-politische Uebersichtskarte von Mitteleuropa. (Dietr. Reimers militärisch-politische Uebersichtskarte von Mitteleuropa.) M. 1 : 4 000 000. Berlin: Dietrich Reimer 1919. 85×59 cm. M 1,50.

512. *Peucker,* K., Politische u. Sprachen-Karte von Steiermark. Nach Bezirkshauptmannschaften, m. Angabe d. Bezirksgerichtsgrenzen u. neuen Bevölkerungstabellen. [Neue Ausg.] M. 1:400 000. Wien: Artaria & Co 1919. 57×74 cm. (Artarias General-Karten d. österr. u. ungar. Länder.) M 4.—.

513. *Pohle,* Richard u. Herb. Heyde, Völkerkarte von Osteuropa. Unter Zugrundelegung d. Gea-Umrißkarte v. Europa nach amtl. Quellen entw. u. bearb. M. 1:6 000 000. Berlin: Gea-Verlag [1919]. 63×50 cm. M 2,50.

514. A. *Steinhausers* politische u. Sprachenkarte v. Mähren u. Schlesien. Nach Bezirkshauptmannschaften, m. Ang. d. Bezirksgerichtsgrenzen u. neuen Bevölkerungstabellen. Rev. v. Dr. K. Peucker. [Neue Ausg.] 1:432 000. Wien: Artaria & Co 1918. 51×70,5 cm. (Artarias Generalkarten d. österr. u. ungar. Länder.) M 3.—.

515. A. *Steinhausers* politische u. Sprachenkarte v. Tirol nebst Vorarlberg. Nach Bezirkshauptmannschaften, m. Ang. d. Bezirksgrenzen u. neuen Bevölkerungstabellen. Rev. v. Dr. K. Peucker. [Neue Ausg.] 1 : 430 000. Wien: Artaria & Co. 1919. 56,5×65 cm. (Artaria's Generalkarten d. österr. u. ungar. Länder.) M 3.—.

516. *Völkerkarte* d. nördl. Karpathenländer. 1 : 1 000 000. Berlin: D. Reimer [1919]. M 1.—.

501. *Ullmann,* Hermann, Deutschböhmen u. der tschechische Staat. in: Deutsche Politik. Jg. 4. 1919. H. 15. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlags-Anstalt.

BUCHBESPRECHUNGEN

Deutsch-Oesterreich — auf ewig deutsch!

(Neuere Literatur aus Deutsch-Oesterreich)

Von Diplom-Ingenieur HEINZ KAISER, LÖRRACH

Immer klingt mir im Ohr das Neujahrsgeläute, dem ich einst in schneeglitzernder Winternacht auf der Tüllinger Höhe, an der Südwestgrenze des Deutschen Reiches, gelauscht! Wie da nah und fern die Glockenstimmen von Turm zu Turm sich erhoben: aus dem Markgräflerland, aus dem deutschen Elsaß, aus der Schweiz und sich zu einem vollen Chor vereinten, zu einem feierlichen Schwingen und Klingen der Lüfte, ein neues „Jahr des Herrn" verkündend. Aber ob all diesen Rufern schwebte tief und dröhnend, anschwellend und im Winde nachgebend, kaum im pochenden Einzelschlag hörbar, durchdringend und das Tönemeer überflutend, ein mächtiger Grundton, die große Münsterglocke der altehrwürdigen Baselstadt. Alles, was die Einzelstimmen sagen wollten, faßte er in äußerster Steigerung zusammen zu einem Hymnus auf die Ewigkeit.

Solch einen Grundton höre ich heraus aus den vielen Stimmen, die zu uns im Reich aus den mannigfachen deutschen Ländern jenseits der hoffentlich bald niedergelegten Grenzpfähle Deutsch-Oesterreichs herüberdringen. Deutsche Brüder sind's, die nun, wo die Schicksalsstunde des Deutschtums zu schlagen anhebt, ihren Ruf nach Vereinigung mit dem Mutterland ausgehen lassen, und vieltausendstimmig klingt er zusammen in den einen tiefen Herzenston: Deutsch-Oesterreich — deutsch auf ewig!

Noch hören wir, das deutsche Volk im Reich, wie gelähmt über unserem unsagbar zerschmetternden Niederbruch, zerrissen in inneren Wirren, betäubt von dem mißtönenden Lärm des Tages, nicht genug auf diesen Ruf, dem ebenso machtvoll der unsere entgegenschallen müßte: „Das ganze Deutschland soll es sein!"

Der einzige Lichtpunkt ist es ja für uns inmitten dieses Wirrwarrs, daß nun endlich die Schranken fallen sollen, die 10 Millionen unserer treuesten Stammesgenossen von uns getrennt und mit fremden Nationen zusammengekettet hatten. Wohl fehlt es bei uns nicht an Verständnis dafür in weiten Kreisen des Volkes, wohl haben Regierung und Nationalversammlung, Parteien und Körperschaften aller Art sich für diesen Zusammenschluß ausgesprochen, aber noch wissen wir — zu unserer Schande sei's gesagt — viel zu wenig von den schweren Hindernissen und Vergewaltigungen, die sich der Verwirklichung der jetzt erst zur Tat werdenden deutschen Einheit entgegenstellen. Hierüber muß noch ungeheuer viel Aufklärung geleistet und vor allem die Gleichgültigkeit aus dem Weg geräumt werden, die noch immer nicht sehen will, daß unser ureigenstes Schicksal dabei auf dem Spiel steht.

Alle Nationen und Natiönchen des zertrümmerten Oesterreich-Ungarn und des Zarenreiches sehen die Zeit herbeigekommen, ihre völkische Vereinigung zu vollziehen, auf Grund des Prinzips, das allein ermöglicht, aus dem großen Trümmerhaufen Mitteleuropas etwas Bleibendes aufzubauen, nämlich des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Und da sollte das große Volk der Mitte, dessen Siedelungsgebiete mit fast allen Volksstämmen Europas irgendwie Berührung und Durchdringung zeigen, die einzigartige — man möchte sagen: nie wiederkehrende — Gelegenheit unbenutzt vorüberstreichen lassen, all seine Außenlande für sich zu fordern und auf immer mit dem Stammland zu vereinen, auf die wir ein klares und unbestrittenes Recht erheben können?

Bezeichnend, ja beschämend für uns Reichsdeutsche ist es, daß die Schriften, die mir hier zu einer zusammenfassenden Besprechung vorliegen, mit wenigen Ausnahmen von Deutschösterreich aus das Mutterland erst für diesen so naheliegenden Gedanken überzeugen müssen, statt daß wir jedes Fleckchen deutscher Erde ganz selbstverständlich als unser rechtmäßiges Eigentum ansehen und fordern würden. Aber fragen wir nicht weiter, woher diese Forderungen ertönen, sondern freuen wir uns vielmehr, daß sie so zahlreich und so gut begründet wie keines anderen mitbeteiligten Volkes Recht dargelegt werden!

Haben wir bisher vielleicht allzu sehr auf die Macht des Schwertes gebaut, hier steht so unangreifbar ein Recht, daß es durchdringen und siegen muß, wenn anders wir uns nicht selbst aufgeben und tatenlos und unmannhaft uns dem Unrecht beugen! Denn von seiner möglichst restlosen Verwirklichung wird es abhängen, ob Europa einem dauernden Frieden entgegengeht oder ob der nationale Brandherd des Balkans von den Toren Europas in sein Herz verlegt wird.

Digitized by Google

Nachdem wir nun den Grundton festgestellt haben, der uns aus dem vielstimmigen Geläut des größeren Deutschland entgegenschwillt, erübrigt es sich, die einzelnen Glockenstimmen, die wacker im Chor mitschwingen, herauszuhören und zu würdigen: Münsterglocken und Dorfkirchenglocken bis zum kleinsten Glöcklein, dessen wundersamer Ton aus abgeschiedenem Winkel an deutschen Urbodens Grenze zu uns herüberhallt.

Den Gesamttitel meiner Besprechung habe ich einer Schrift von Anton Ohorn entnommen: Deutsch-Oesterreich — auf ewig deutsch! (Vaterländischer Verlag Dr. Wilhelm Striem, Chemnitz 1919, 37 Seiten.) Der Verfasser, als Deutschböhme seit langen Jahren in Deutschland lebend, erscheint als berufener Kämpe für den Zusammenschluß auf dem Plan und gibt in kraftvollen und warmherzigen Ausführungen alle Gründe wieder, die dafür sprechen. Zunächst die Blutsgemeinschaft, auch in dem Sinne des in jahrhundertelanger Verteidigung des Reichs gegen Osten gemeinsam vergossenen Blutes, des treuen Zusammenstehens im Weltkrieg nicht zu vergessen. Dann die Geistesgemeinschaft, den Gemeinbesitz des Gesamtdeutschtums an Oesterreichs Geistesbesitz und Musik, endlich wirtschaftliche Gemeinschaft als Zusammenwirken der beiderseits vorhandenen Naturschätze, Industrieanlagen und Landwirtschaftsgebiete. Er verweist zum Schlusse auf die politische Gemeinschaft, da das geeinte Großdeutschland als 80-Millionenstaat in Fragen der Weltpolitik und Weltwirtschaft niemals ausgeschaltet werden könnte.

Scharfe Worte findet der Verfasser gegen die Elemente in Deutschösterreich, denen ihr Volkstum um den Preis von Nahrungsmitteln feil ist und die ihre engen materiellen Belange (übrigens sicherlich nicht unbeeinflußt von der Entente) in den Vordergrund schieben, aber auch gegen die Lauheit der Reichsdeutschen, die verhältnismäßig allzu wenig die Tatsache würdigten, daß die Deutschen Oesterreichs den Ansturm der Fremdnationen von unseren Grenzen abwehrten.

Im einzelnen führt Ohorn dann einen besonderen Feldzug für das von tschechischer Großmannssucht begehrte und durch schmähliche Kampfmittel, wie Aushungerung und Terror, vergewaltigte Deutschböhmen, das, von Deutschen in vorbildlicher Kulturarbeit hochgearbeitet, uns nie und nimmer verlorengehen darf, und für die ebenfalls das Selbstbestimmungsrecht anrufenden Deutschen der Alpenländer und Westungarns.

Ein großes Fragezeichen trägt das Heft: Sollen wir uns Deutschland anschließen? von Dr. A. Schwoner (Wien 1919, Verlag von Leopold Heidrich, 31 Seiten) auf seinem Umschlag, enthält aber ein ebensogroßes Ausrufezeichen, indem es in klaren Darlegungen die Frage durchaus bejaht. Von den drei zur Verfügung stehenden Wegen weist der Verfasser zwei als ungangbar nach, nämlich die Bildung eines selbständigen Staatswesens und den politischen oder wirtschaftlichen Anschluß an eine „Donaukonföderation", der einer Neubelebung des endgültig zusammengebrochenen Oesterreich unter slawischer Vorherrschaft gleichkäme. So bleibt für ihn, damit Deutschösterreich nicht von dem umringenden Slawenwall erdrückt werde, nur der Anschluß an Deutschland übrig.

Nur durch enge Berührung mit dem Mutterboden können die den Deutschen Oesterreichs durch ihr Zusammenleben mit den anderen Nationen abgeschliffenen und verlorengegangenen Kräfte wiedererlangt werden, nämlich „Selbstzucht, Voraussicht, Spannkraft, Organisationsfähigkeit". Aber auch wirtschaftlich sprechen alle Gründe für den Anschluß. Eine gänzliche Umstellung aller Beziehungen und Einrichtungen im Wirtschaftsverkehr müßte auch beim Beitritt zur Donaukonföderation eintreten. Beim Anschluß an Deutschland dagegen würde ein viel größeres und reicheres Absatzgebiet gewonnen, frei von nationaler Abneigung und Boykott-Tendenzen, aber allerdings mit einer Konkurrenz, die gewisse Kreise Deutsch-Oesterreichs fürchten. Den neuentstehenden Nationalstaaten bleibt dann die wirtschaftliche Anlehnung an Deutschland im Sinne eines „Mitteleuropa" unbenommen. Die Einwände der Gegner des Anschlusses, hauptsächlich in den eigenen Reihen, mögen sie nun Aristokraten, oder Industrielle und Kaufleute sein, entkräftet der Verfasser in schlagender Abrechnung.

In ähnlichem Sinn wie dieses Heft ist ein anderes aus demselben Verlag gehalten: Deutsch-Oesterreichs Zukunft. Politische und wirtschaftliche Ausblicke von Karl Franke (23 Seiten). • Eine Reihe von Einzelaufsätzen beleuchtet eindringlich die Notwendigkeit des Anschlusses. So wird z. B. gezeigt, wie alle Parteien allein hierin ihre volle Rechnung finden können: die Sozialdemokratie muß zwingend den Anschluß an das wirtschaftlich höher entwickelte, bereits im Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus begriffene Deutschland suchen, die Deutschliberalen als vorwiegende Vertreter der freien Berufe würden dann ein reiches Tätigkeitsfeld für ihren Ueberschuß an geistigen Arbeitskräften finden, die christlich-soziale Partei als Vertretung des Kleinbürgertums von Wien und den Alpenländern könnte durch den Eintritt in die „stärkste katholisch-politische Organisation der Welt", das Zentrum, nur gewinnen und aus allen Volksschichten Zuwachs um ihren kleinbürgerlichen Kern sammeln.

Des weiteren wird die Förderung der deutschösterreichischen Wirtschaft im einzelnen nachgewiesen. Durch Verbindung der Donau mit dem großen deutschen Strom- und Wasserstraßennetz könnte Wien zur bedeutenden Industriestadt und zum beherrschenden Donauhafen werden. Die Eisenindustrie der Alpenländer wird sich, angegliedert an die großen deutschen Verbände, weiter spezialisieren und besser und billiger fabrizieren können. Die Ausnützung der Wasserkräfte und Bodenschätze, die Elektrisierung der Alpenbahnen und vieler industrieller Betriebe werden weitere Fortschritte in Verkehr und Industrie der Alpenländer bringen. Auch die Landwirtschaft Innerösterreichs könnte nach dem Vorbild Bayerns sehr gehoben werden, wenn namentlich auch die Agrarpolitik vom Einfluß der Großgrundbesitzer in den weizenerzeugenden nichtdeutschen Agrarländern befreit sein wird. Noch klarer liegen die Verhältnisse für Deutschböhmen und Sudetenland, die außer nach Volkszugehörigkeit und geographischer Lage auch wirtschaftlich nach Deutschland gravitieren. Nicht mehr „Fortfretten" soll für Deutschösterreich die Losung sein, sondern ein Aufraffen zu der Tüchtigkeit, welche die Volkswirtschaft Deutschlands zur Blüte gebracht hat.

Aus der Reihe der Flugblätter für Deutschösterreichs Recht, herausgegeben von Dr. A. R. v. Wotawa (Wien 1919 bei Alfred Hölder, Universitätsbuchhändler) behandelt Nr. 18 von Universitätsprofessor Dr. Karl Gottfried Hugelmann ebenfalls den „Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland" in überzeugender Form. Eine gute Abfertigung erfährt der Wolf im Schafskleide, die Entente, die Deutschösterreich aus wirtschaftlichen Gründen vom Anschluß abraten möchte: „Wenn wir Deutschösterreicher lieber mit Deutschland sterben als von Deutschland getrennt leben wollen, so geht dies außerhalb des deutschen Volkes keinen Menschen etwas an." Der Verfasser sieht im Beitritt Deutschösterreichs die Schaffung eines natürlichen Gleichgewichtes zwischen nord- und süddeutschen Stämmen und dadurch auch eine Milderung der Hochspannung in den seelischen Beziehungen Deutschlands zu den westlichen Ländern.

Digitized by Google

Den Flugblättern für Deutschösterreichs Recht wünschen wir überhaupt die weitestmögliche Verbreitung namentlich in Deutschland. Knapp und übersichtlich abgefaßt entrollen sie die ganze Frage von Deutschösterreichs Zukunft und Grenzen für die einzelnen Siedelungsgebiete und Sprachinseln. Schweres und leichteres Geschütz wird aufgefahren zur Verteidigung der deutschen Lebensinteressen, besonders immer wieder das Selbstbestimmungsrecht, diese Waffe, mit der uns unsere Feinde zu erlegen gedachten, und die nun vor allen Völkern am wirksamsten dem unsrigen dienen muß. Kulturelle und geschichtliche, wirtschaftliche und geographische Momente werden zur Erläuterung der eingehend begründeten Grenzführungen auf Grund der Bevölkerungsstatistiken herangezogen. Immer wird ein gerechter Ausgleich in den verwickelten Mischgebieten und Sprachinseln erstrebt unter Würdigung der wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten der beiden beteiligten Völker. In ihrer großen Sachlichkeit und in ihrer bei aller nationalen Wärme von Gehässigkeit freien Haltung sind diese Flugblätter ein unschätzbares Material für jeden Deutschen, der sich rasch und sicher über die Fragen unterrichten will. Ein kleines Sprachenkärtchen ist jedem Heft beigegeben, außerdem ist als Sondernummer (Nr. 12) eine Karte von Deutschösterreich und den Nationen in den Grenzlandschaften erschienen (bearbeitet im geogr. Institut der Exportakademie) mit statistischen Angaben über Flächengröße Deutschösterreichs und Umgangssprache der Bevölkerung, sowie einem Verzeichnis der deutschen Bezirke nach der Vollzugsordnung des deutschösterreichischen Staatsrates.

Alle diese interessanten Schriften im einzelnen zu besprechen, fehlt es uns an Raum; es seien nur mit kurzen Anmerkungen die Titel der bisher erschienenen Nummern aufgezählt. Von Dr. Rich. v. Pfaundler: Nr. 1 „Die Ansprüche Italiens auf Deutschsüdtirol"; Nr. 2 „Die Staatsgrenze Deutschösterreichs in der Steiermark" und Nr. 3 „Die Staatsgrenze Deutschösterreichs auf Kärtner Gebiet"; sowie Nr. 8 „Die Zukunft der Deutschen in Westungarn". Nr. 10 ist der „Bericht eines Schweizers über Kärnten" von dem Pazifisten Fred du Bois, der interessante Belege dafür erbringt, daß, wie schon Nr. 3 behauptet, der größte Teil der etwa 80 000 Slowenen des Landes bei dem ungeteilten Kärnten unter deutscher Führung bleiben will. Es würde sich empfehlen, überhaupt in die strittigen Gebiete an Stelle der amerikanischen Schlichtungskommissionen so unabhängige und ehrliche Schiedsrichter zu entsenden wie diesen französischen Schweizer. In Nr. 13 „Das Gottscheerland" empfiehlt Prof. Dr. Hans Gröbl die Schaffung eines unter amerikanischem Schutz stehenden, übrigens lebensfähigen Freistaates für diese eine deutsche Stadt und 171 deutsche Ortschaften umfassende Sprachinsel an der krainischen Grenze gegen Kroatien.

Die weitaus größte Zahl von Nummern nimmt die so brennende Frage Deutschböhmens und Sudetenlands ein. So Nr. 7 „Für die Selbstbestimmung Deutschböhmens" von Landeshauptmann Dr. Rudolf Lodgmann von Ruen; Nr. 16 „Die historische Stellung der Deutschen in Böhmen" von Dr. Alfons Dopsch und Nr. 4 „Die tschechoslowakischen Ansprüche auf deutsches Land" von Prof. Dr. Rudolf Laun: 26 000 qkm alten deutschen Bodens mit mehr als 3 Millionen Deutschen ohne die zahlreichen deutschen Sprachinseln und deutschen Minderheiten auf tschechischem Boden sind gefährdet! Nr. 9 behandelt „Die Ansprüche der Tschechen auf das Sudetenland" von Dr. Erwin Barta und Nr. 15 einen Teil desselben „Das Kuhländchen". Nr. 14 ist eine „Denkschrift der Deutschen Mittelmährens, unterbreitet der Friedenstagung in Paris", die „ein Bild ihrer Leiden, ein Bild der traurigsten Zustände, unter denen sie seit den Tagen der tschechischen Herrschaft leben", wiedergibt. Nr. 20 schildert „Die Olmützer Sprachinsel", Nr. 5 heißt „Die Iglauer Sprachinsel — deutsch" von Dr. Emanuel Schwab; Nr. 11 „Der deutsche Böhmerwaldgau" und Nr. 16 „Die tschechischen Minderheiten im nordwestböhmischen Kohlenrevier".

Alles in allem, meine ich, ein schöner Strauß, gebunden aus „Blüten" des Selbstbestimmungsrechtes und Herrn Wilson überreicht zur besonderen Freude an seiner Lieblingsschöpfung. Dornen genug sind drin, daß er ihn vorsichtig anfassen muß! Und dabei sind die Selbstbestimmungsrechte der Deutschen in Polen, Galizien, Bukowina, Ungarn und Slawonien usf. noch nicht einmal zu diesem Strauß gebunden!

Zusammenfassend über alle deutschösterreichischen Fragen gibt die Monatsschrift „Deutsche Arbeit in Oesterreich" guten Aufschluß (Herausgegeben von Dr. Hermann Ullmann, Verlag Callwey, München, und Verlag deutsche Arbeit, Prag). Speziell Deutschböhmen ist hier eingehend behandelt. In dem uns vorliegenden 4./5. Heft ist ein Artikel des deutschösterreichischen Gesandten in Berlin Ludo M. Hartmann: „Der großdeutsche Gedanke" bemerkenswert, eine österreichische Abrechnung mit der Bismarckschen kleindeutschen Politik und eine eindringliche Warnung an die Gewaltpolitiker des Vielverbands, die durch Verrücken der ethnographischen Grenzen „Die Fackel in den Tempel der Völkerverbrüderung" schleudern wollen. Denn gegen die Irredenta, die in Deutschböhmen und Deutschsüdtirol entstehen würde, müßten die früheren Irredenten als Kinderspiel erscheinen. Es handelt sich „um 3½ Millionen Deutsche in den Sudetenländern, einige Hunderttausend in Südtirol, Männer, die sich ihrer völkischen Aufgabe bewußt sind, die erprobt sind im Kampfe um die Nationalität, nicht zu vergleichen mit denen des Elsaß mit einer Million".

Wer sich eingehender über die einzelnen deutschösterreichischen Grenzfragen unterrichten will, greife zu folgenden Veröffentlichungen:

„Die Südgrenze der deutschen Steiermark, Denkschrift des akademischen Senats der Universität Graz" (1919, Verlag der Buchhandlung Leuschner und Lubensky, Graz; 58 Seiten). Von hervorragenden Vorkämpfern des Deutschtums nach dem Plan und unter der Redaktion von Professor Robert Sieger verfaßt, mit einer Sprachenkarte im Maßstab 1:200 000 ausgestattet, hebt diese Schrift besonders auf die wirtschaftsgeographisch einwandfreie Führung der Grenzlinie ab und macht hierfür eine Reihe von Vorschlägen. Mit gründlichem wissenschaftlichen Rüstzeug unterrichtet sie über die sprachlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Deutschen und Slowenen in der Untersteiermark und über Ursprung und Alter des untersteirischen Deutschtums. In ihrer Art schon ein Denkmal dessen, was die deutsche Kultur ihren Nachbarn zu bieten hatte und auch weiterhin bieten wird!

Alles, was wir an dieser Denkschrift rühmlich hervorheben konnten, gilt auch für das von einem ihrer Mitarbeiter, Professor Dr. Hans Pirchegger geschriebene Heft: „Das steirische Draugebiet ein Teil Deutschösterreichs" (31 Seiten), das in seiner gedrängten und knappen Fassung zwischen der mehr rein wissenschaftlich gehaltenen Denkschrift und den volkstümlicheren Flugblättern eine Mittelstellung einnimmt.

Der Geschichtsverein für Kärnten hat im Selbstverlag (Klagenfurt 1918) eine Broschüre über „Deutsche und Slowenen in Kärnten" aus der Feder des Gymnasial-Professors Dr. Martin Wutte (19 Seiten) herausgegeben, das Gegenstück zu den Abhandlungen über die Steiermark. Eine gute geschichtliche Einführung und Schilderung der engverflochtenen kulturellen und politischen Einheit der Deutschen und Slowenen Kärntens zeichnen das mit einer Sprachenkarte 1:400 000 versehene Werkchen aus.

Digitized by Google

Von dem Prager Sprachenforscher Professor Primus Lessiak stammt das im Januar 1919 (ohne Verlagsangabe) erschienene Flugblatt „Die Einheit Kärntens im Licht der Namenkunde". Gegenüber den mit viel Lärm und Lügen ausposaunten Behauptungen der südslawischen Vorkämpfer, daß Kärnten „eine alte jugoslawische Provinz" sei, hat hier die gediegene und schlichte, aber um so überzeugendere Arbeit eines deutschen Gelehrten Klarheit geschaffen: Orts- und Siedelungsnamen, Haus- und Familiennamen sowie die sonstigen sprachlichen Einflüsse lassen nirgends etwas von gewaltsamer Eindeutschung verspüren, können aber die Tatsache nicht verschleiern, daß Deutschkärnten zu zwei Drittel rein deutsch benannt ist.

„Die nationale Entwicklung Tirols in den letzten Jahrzehnten. — Deutschtum im Kampf gegen italienische Ausbreitungsbestrebungen", so nennt sich eine von Montanus im Verlag Tyrolia, Innsbruck 1918 herausgegebene Broschüre. 69 Seiten mit Karte 1 : 750 000. Noch vor dem Zusammenbruch Oesterreichs geschrieben, behandelt sie in überaus gründlicher, wissenschaftlicher Weise das Kräfteverhältnis zwischen Deutschen und Italienern in Tirol und belegt es an Hand von wertvollen Tabellen. Interessant ist die Gegenüberstellung der sprachlichen Verhältnisse in dem von der italienischen Regierung April 1915 geforderten und in dem das Kriegsziel Italiens bildenden Gebiet. Wären mit den ersteren, noch „bescheiden" zu nennenden Forderungen allein schon rund 85 000 Deutsche an Italien verlorengegangen, so greift die zweite Forderung — im wesentlichen nach der heutigen Demarkationslinie zu entnehmen — so maßlos weit auf urdeutsches Siedelungsgebiet über, daß in runder Zahl 230 000 Deutsche vom Mutterland losgelöst würden. Das nennt der Italiener Südtirol „erlösen"! Dabei sind die auf etwa 30 000 geschätzten Ladiner noch nicht einmal gefragt, die in überwiegender Zahl nichts von einer „Verwelschung", d. h. einem Aufgehen ins Italienertum wissen wollen. Hoffen wir — auch im Interesse eines dauerhaften Friedens, daß diese Gewalttat nicht zustande kommt!

Ueber Tirol, Kärnten und die Steiermark unterrichtet zusammenfassend das Buch von Max Pirker „Die Zukunft der deutschösterreichischen Alpenländer" (Amalthea-Verlag, Zürich, Leipzig, Wien 1919; 106 Seiten). Neben die Behandlung der politischen und wirtschaftlichen Fragen im Sinn der anderen Abwehrschriften tritt in diesem wertvollen Buch diejenige des geistigen und künstlerischen Lebens als aufbauender Elemente der kommenden Einheit mit Deutschland. Sicher ein nicht zu unterschätzendes Moment, diese Macht des Geistes, „von der man im alten Oesterreich recht wenig verspürte"! Ausgezeichnet versteht es der Verfasser, von diesen Ländern ein farbenleuchtendes Bild zu entwerfen, in dem Geschichte, Kultur und Landschaft in eins verwoben sind. Was Dichtung und Geisteswissenschaft dortzulande hervorgebracht, wird eingehend gewürdigt und das Bild einiger hervorragender Vertreter des alpenländischen Geistes im Schattenriß heraufbeschworen, so des edlen hilfsbereiten kärntischen Freiherrn von Herbert, der mit Schiller in naher Beziehung stand, des „zornig gegen die vormärzliche Bureaukratie wetternden" Tiroler Freiherrn Viktor von Andrian-Werburg und endlich „der teuren Gestalt Peter Roseggers, dessen politisches Testament, ganz in seiner versöhnlich-milden und doch festen Art, in seinen Briefen an den kärntischen Abgeordneten J. W. Dobernig niedergelegt erscheint". Einiges aus diesem Briefwechsel ist hier veröffentlicht, Faksimiledrucke eines Roseggerbriefes und eines Schillerbriefes, sowie gute Abbildungen nach alten Stichen zieren das lesenswerte Buch.

Daß die hier besprochenen Bücher einen recht großen Leserkreis bei uns finden möchten, ist mein Wunsch zum Schluß dieses Streifzugs durch die reiche Literatur für Deutschösterreichs Angliederung! Schärfen wir unser Ohr für den vollen, tiefen Glockenton, der uns in Zeiten schwerer Not des Deutschtums aus allen deutschen Außenlanden entgegenhallt. Nicht von einer „verlorenen Kirche" in der Waldwildnis, die ihre bangrufende, notklagende Stimme aussendet, ob die Einsamkeit der Wipfel sie nicht verschlinge, nein, Glockenton der „heimgefundenen Kirche", der eine glücklichere Zukunft des großen einigen Deutschlands einläuten möge!

Auswanderung und Auswanderungspolitik von Dr. A. Schulte im Hofe, Berlin 1918. Verlag von Dietrich Reimer (Ernst Vohsen) mit einer geographisch-statistischen Karte der Ueberseewanderung.

Kein Buch wäre heute gerade interessanter und eines lebhaften Studiums sicherer als ein wirklich wissenschaftlich erschöpfendes Werk über Auswanderung und Auswanderungspolitik. Das vorliegende Werk genügt leider den hohen Anforderungen, die man an die Behandlung einer derart für das deutsche Volkstum und die deutsche Volkswirtschaft lebenswichtigen Frage zu stellen verpflichtet ist, nur recht wenig. Nicht nur fehlen große und wichtige Kapitel ganz: so ist z. B. über die japanische Auswanderung und namentlich die vielfach verästelte japanische Auswanderungspolitik kaum ein Wort in dem ganzen Buch zu lesen. Keine Auswanderungspolitik der letzten Jahrzehnte aber war mehr „Politik" als gerade die japanische, keine rührte derart an große weltpolitische Fragen, keine war so bewußt und zähe von Staats wegen in geschicktem Einvernehmen mit privaten und namentlich mit Schiffs-Unternehmungen gelenkt und insgeheim geleitet wie die japanische, keine stand einem so zähen Gegner gegenüber wie die japanische Auswanderung dem amerikanischen Gesetzgeber. Es wäre um so reizvoller gewesen, dieser Frage nach der wirtschaftlichen wie nach der politischen Seite hin, nach der volkswirtschaftlichen wie nach der weltwirtschaftlichen Richtung nachzugehen, als in der Grünfeldschen Studie schon ausgezeichnete Vorarbeit geleistet worden ist. Der Verfasser geht in seiner Studie von der Gründung der Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer aus und stellt namentlich „der Zahl der sich an die Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer gewandten (wörtlich sol) Auswanderungslustigen" die der Auswanderer nach Heimat, Beruf usf. gegenüber. Er beschreibt ausführlich auf Grund der ihm ja zur Verfügung stehenden Statistiken die Arbeiten der Zentral-Auskunftsstelle, bespricht Deutschlands Ein- und Rückwanderung, den Verlust an Nationalvermögen, den die Auswanderung verursacht, die europäische Uebersee-Auswanderung, die europäische Einwanderung in die Ueberseeländer (wobei er auch zum Teil an Stelle der oft ungenügenden deutschen Statistik diejenige, zumeist allerdings nicht viel bessere, der Einwanderungsländer heranzieht), um schließlich zum Schluß bei der Behandlung der Auswanderungsfrage nach dem Kriege gewisse Forderungen für Deutschland nach dem Kriege aufzustellen. Zum Teil sind die Berechnungen, die der Verfasser in Statistiken wiedergibt, recht willkürlich auf Annahmen begründet und halten nicht immer wissenschaftlichen Prüfungen stand. Zum Teil stimmen aber auch die Statistiken den Zahlen nach gar nicht. So z. B. ist die große Statistik Seite 46/47 höchst flüchtig gemacht. Für Amerika werden im Jahre 1907 nur 4466 Deutsche Auswanderer gezählt, im vorangehenden Jahre 44 458, im nachfolgenden wiederum 40 803. Natürlich handelt es sich um einen Fehler, es sollte 44 662 heißen. Aber auch in der Endsumme der Auswanderer für 1907 kehrt der Fehler wieder, es werden 6965 statt 69 605 gezählt. Außerdem ist in dieser Statistik die Zahl von 843 936 Auswanderern in den Jahren 1902/13 bestimmt falsch, denn nimmt man die Zahlen dieser einzelnen Jahre zusammen, die der Verfasser

Digitized by Google

selbst in seinen Schlußzahlen dieser Tabelle zusammenrechnet, so ergeben sich 836 185. Stellt man dagegen die Zahl der nach Amerika in diesen Jahren Ausgewanderten nach seinen eigenen Angaben richtig und rechnet nicht 538 817, wie er angibt, sondern 530 488, wie es seinen Zahlen nach auskäme, so kommt wiederum eine andere Zahl zustande. Da stecken also Fehlerquellen, und der Ausfall einer solchen Stichprobe auf die Richtigkeit der Statistiken macht natürlich gegen alle übrigen mißtrauisch. Ganz besondere Bedenken aber habe ich gegen das Kapitel IV, in dem der Verlust an Nationalvermögen besprochen wird. Der Verfasser berechnet es aus folgenden Beträgen: Ueberfahrtskosten, Ausgaben auf dem Schiff, erste Ausgaben für Unterhaltskosten im Ausland, nachgesandte Vermögen und Verlust der Arbeitsleistung, die die Auswanderer dem Vaterland entziehen. Er berechnet da die jährliche produktive Arbeitsleistung mit mindestens 400 Mark und kapitalisiert sie zu 800 Mark, was natürlich einer der vielen Druckfehler des Buches ist und 8000 Mark heißen muß. Deutschland hat ja auch im Jahre 1907 nicht 8000 sondern 800 000 ausländische Arbeitskräfte beschäftigen müssen! Den 224 Millionen Mark, die der Verfasser etwa als jährlichen Verlust der deutschen Volkswirtschaft bucht, will er aber dann den Betrag zurechnen, den die an Stelle der Auswandernden benötigten ausländischen Arbeitskräfte an Löhnen nicht etwa in Deutschland verzehren, sondern ersparen und heimsenden. Er dürfte also an die Stelle der ungefähr jährlich 80 000 auswandernden Arbeiter auch etwa nur von 80 000 herangeholten ausländischen Arbeitskräften die Heimsendungen in Anrechnung bringen, oder, wenn man ganz schlau rechnen will, die tatsächliche Arbeitskraft vergleicht und die der Deutschen doppelt so hoch stellt als die der fremdländischen Arbeiter, höchstens noch von der doppelten Zahl. Den 80 000 Auswanderern aber gleich die Hälfte der ausländischen Arbeiter gegenüberzustellen und den Verlust an Nationalvermögen durch diese Auswanderung gleich 120 Millionen Mark zuzurechnen, die 400 000 ausländische Arbeiter (jeder 300 Mark) jährlich nach Hause senden, ist zweifellos falsch, denn selbst wenn die 80 000 Auswanderer im Lande geblieben wären, hätten wir eine beträchtliche Einwanderung fremdländischer Arbeitskräfte nicht entbehren und ihre Geldheimsendungen nicht verhindern können. Also auch hier reichliche Willkür in der Berechnung. Und gänzlich außer Ansatz bleibt beim Verfasser die Tatsache, daß zahlreiche Auswanderer, namentlich also die Kaufleute, deren volkswirtschaftliche Unentbehrlichkeit für die heimische Wirtschaft er zum Schlusse selbst hervorhebt, auch aus dem Auslande dem Nationalvermögen wieder Werte zuführen, daß auch sie Erspartes heimsenden, daß sie beträchtliche Kapitalien im Auslande ansammeln und sie für die heimische Wirtschaft werben lassen, daß sie auch Werte in der Heimat anlegen (wie gerade das Kriegsschicksal der Auslanddeutschen in vielen Fällen zu deren Heil bewiesen hat). Das Nationalvermögen wird also durch die Auswanderung doch auch in gewissem Sinne wieder befruchtet, und ein großer Teil der Steigerung des Nationalvermögens ging doch auf die Tätigkeit der ausgewanderten Auslanddeutschen zurück, auf deren Schultern die ganze deutsche Ausfuhr mit allen ihren welt- und volkswirtschaftlichen Vorteilen ruhte. Das Buch ist anscheinend zu einer Zeit geschrieben, da die Weltlage noch für uns günstiger stand. So erklären sich Urteile, wie das, daß Deutschland nach dem Kriege über keine überschüssigen Arbeitskräfte verfügen würde, weil die Schwerindustrie ihre Arbeiter voll werde beschäftigen können, die Arbeiterschaft der auf Rohstoffbezug von Uebersee angewiesenen Industrie, also namentlich der Textilindustrie, aber dezentralisiert und so mit dem Boden verwachsen sei, daß sie geneigt sein würde, Landarbeit anzunehmen und sich vorläufig mit bescheideneren Löhnen zu begnügen. Alle diese Ansichten sind durch die Ereignisse gründlich überholt. Am kürzesten kommt in dem Buch die Frage weg, über die am gründlichsten und ausführlichsten hätte gesprochen werden sollen: die Frage der Auswanderung nach dem Kriege. Woher will der Verfasser wissen, daß Amerika schon während des Krieges besonders Deutsch-Russen habe für die Einwanderung gewinnen wollen? Der Verfasser bringt für Deutschland in Vorschlag, es solle die Auswanderung nur gestatten, wenn vorher der Nachweis erbracht worden sei, daß der Auswanderungslustige eine Auskunft bei einer natürlich gesetzlich festzulegenden Auskunftsstelle eingeholt habe. Er will die Auswanderung in Länder dadurch verhindert wissen, deren Klima und Arbeitsbedingungen so schädlich sind, daß der Ausgewanderte kurz über lang an Gesundheit und Arbeitskraft geschwächt wieder der Heimat zur Last fällt. Er will dadurch auch die Einwanderung in bestimmte Gebiete lenken und den Unterhalt eines staatlichen Auswanderungsamtes, ähnlich wie das beim amerikanischen Einwanderungsamt geschieht, durch eine Abgabe von etwa 15 Mark von jedem um einen Auswanderungspaß Nachsuchenden decken. Es wird wohl unter den Fachleuten wenige geben, die sich von solchen Maßnahmen etwas Gutes versprechen. So wünschenswert eine gründliche Beratung der Auswanderer ist, so untauglich ist das Mittel der obligatorischen Auskunftseinholung. Was will man machen, wenn der Auswanderer sich um die erteilte Auskunft nicht kümmert? Sollen da Auswanderungsverbote helfen? Wie, wenn er dann pro forma in ein anderes Land wandert und von diesem aus oder schon von unterwegs aus seine Absicht ändert und doch in das „verbotene Land" fährt? Zu welch politischen Verwicklungen könnte und müßte nicht ein derartiger staatlicher Apparat führen! Wenn wir tatsächlich, wie die Fachleute annehmen, in den nächsten Jahren mit 5 bis 10 Mill. deutscher Auswanderer zu rechnen haben sollten, dann müssen die deutschen Organisationen schon etwas gründlicher zu Werke gehen, als es der Verfasser vorschlägt. Es wäre allerdings höchst wünschenswert, daß sich die berufenen Reichsstellen und daß auch die Volkswirtschaftler unserer deutschen Hochschulen sich einmal eingehend zu dem Problem der Auswanderung äußern, das jetzt in der Oeffentlichkeit fast nur von wilden Auswandererbüros, die wie Pilze aus der Erde emporschießen, in recht „privat-wirtschaftlichem" Sinne behandelt wird. Dr. Fritz Wertheimer.

Teubners Lesebuch für die baltischen Lande. T. 1. Unter- und Mittelstufe. Leipzig und Berlin: B. G. Teubner, 1918. Geb. 2.50 Mk.

Das Lesebuch, das etwa dem deutschen Unterricht des zweiten Elementarschuljahres dienen soll, schließt sich an den im Reiche bewährten Typus an. Da finden wir nach den Leseübungen die alten guten Märchen und Sagen, die Sprichwörter, Fabeln und moralischen Erzählungen, die viele Geschlechter vor uns erbaut haben; aber auch moderne Pädagogen, wie Berthold Otto und Scharrelmann, kommen zu Wort. Und wer vermöchte so anschaulich und zugleich so lustig das tägliche Leben dem Kinderauge zu schildern wie Else Frapan? — Der Eigenart des Baltenlandes entsprechend kommen Land- und Forstwirtschaft, Strandleben und Fischfang zu ihrem Recht. Doch Holzschnitte mit dem Zeppelin in der Luft, mit der Straßenbahn, mit der Leipziger Universität und Paulinerkirche lassen den jungen Balten ahnen, daß es eine hohe geistige und technische Kultur gibt, die für ihn nur im Westen liegen kann. Neben den köstlichen Märchenzeichnungen Ludwig Richters sind baltische Stadt- und Landschaftsbilder in moderner Schwarzweißmanier ein einfacher, wirksamer Schmuck. Dr. H. M.

Teubners Lesebuch für die baltischen Lande. T. 2. Oberstufe. Ausg. A für evang. Schulen, Ausg. B für kathol. Schulen. Geb. je 3.50 Mark.

Dem reiferen geschichtlichen Verständnis der älteren Schüler trägt der zweite Teil des Lesebuches Rechnung, indem

Digitized by Google

er den Stoff aus Natur und Menschenleben dem Baltenland und weiterhin der größeren Heimat, dem Deutschen Reiche, entnimmt. Baltische Erzähler und Forscher, wie W. v. Kügelgen, Pantenius, Bienemann und E. Seraphim, bringen dem Balten, der sich in seiner Abgeschlossenheit ein ausgeprägtes Heimatsgefühl bewahren konnte, Geschichte und Sage seines Landes nahe. Wenige Lieder und Sprüche erinnern ihn an die lettische und estnische Urbevölkerung seiner Heimat. Der Kultur- und Staatsgeschichte des Deutschen Reiches ist ein umfangreicher Teil gewidmet. Hier ist der geistig-schöpferische Gehalt des neudeutschen Lebens gegenüber dem technisch-arbeitsamen vielleicht zu kurz gekommen. Aber auch abgesehen von dieser Einseitigkeit erscheint die kulturell deutsche Orientierung der Balten heute, wo das Land seinen politischen Schwerpunkt weder im Osten noch im Westen hat, mehr denn je als tragisches Problem. Denn die Kultur der eingesessenen Stämme, die heute das Baltentum an seinen Wurzeln bedrohen, scheint zu jung, zu eng begrenzt und zu unselbständig, um jemals das unglückliche Land in sich selbst ruhen zu lassen.

Vom Bilderschmuck des Buches gilt dasselbe wie vom ersten Teil. Die politischen Voraussetzungen sind inzwischen zusammengebrochen. Dr. H. M.

Die Zukunft des Auslanddeutschtums von Emil Engelhardt, Feldgeistlicher aus Hamburg. Hamburg 33, 1918, Verlag F. W. Vogel, 72 S., Preis 2 Mark.

Das Büchlein gibt den Inhalt von 5 Vorträgen wieder, die der Verfasser, selbst ein Auslanddeutscher, der als Pfarrer lange in Hawai gelebt hat, in Wilna im Vorlesungsgebäude des Armee-Oberkommandos der 10. Armee gehalten hat. Es will keinen ausführlichen Geschichtsabriß des Auslanddeutschtums geben, dazu fehlten noch die Unterlagen. Das Deutsche Ausland Institut in Stuttgart habe ja erst eine umfangreiche Stoffsammlung begonnen, die noch vielen jungen Gelehrten Arbeitsmöglichkeit, Anregung und Stoff zu Doktorarbeiten bieten werde. Der Verfasser bespricht zuerst die Verteilung des Auslanddeutschtums nach den 4 Gesichtspunkten: geschlossene Bauernsiedlungen, Stadtsiedlungen, Deutsch-Amerikanertum und endlich Deutschtum in der Diaspora. Er bedauert dabei, daß wir, die wir doch so viel in Statistik arbeiten, noch keine Berufsstatistik der Auslanddeutschen besitzen. Er spricht sich gegen die Ansicht von Weck aus, daß die deutsche Auswanderung „zunächst und vor allem aus religiösen Gründen in Bewegung gekommen" sei, und sieht den Kern dieser Auswanderung in politischer Freiheitssehnsucht und wirtschaftlichem Ausdehnungsdrang. Zwar ist heute das Auslanddeutschtum wirtschaftlich vernichtet, aber letzten Endes ist sein Wiedererstehen keine Geldfrage, sondern eine Frage des Willens und des Geistes. Und freilich müßten wir hier von der Defensive („zur Erhaltung des Deutschtums") zur planmäßigen, kraftbewußten Offensive übergehen. Das Auslanddeutschtum versagte im Kriege, weil die Heimat versagte. Wir haben nie eine systematische Auswanderungspolitik betrieben, wie z. B. die Japaner. Wir haben unser unglaubliches Staatsangehörigkeitsgesetz bis unmittelbar vor dem Kriege ohne Murren und ohne Widerstand des ganzen Volkes ertragen. Unser Konsulatswesen war verknöchert und schlecht, wie die gesamte Auslanddiplomatie. Engelhardt erzählt aus seiner Praxis frisch und mit erfreulicher Deutlichkeit eine Anzahl von Fällen, die typisch für das Auslanddeutschtum vor dem Kriege waren. Dazwischen streut er gescheidte Gedanken über den Rechts- und Pflichtbegriff beim Deutschen ein, er spricht von der Pflege der deutschen Sprache, von der Notwendigkeit, dem Deutschen im Auslande eine deutsche Frau und ein deutsches Heim zu schaffen, ihm die deutsche Auffassung von dem Begriff der Arbeit zu erhalten. Ein besonderes Kapitel ist der Frage der Auslandschule gewidmet, der Frage der Lehrerbeschaffung und -besoldung, der planmäßigen Lehrervorbildung. Lehrer und Pfarrer sind draußen Führer, und zum Führer muß man spezielle Vorbildung haben. Die Auslandschulbücher müssen besser werden, und für das alles hat ein „Auslandschulamt" zu sorgen. Die deutsche Volkshochschule müsse auch im Auslande das Ziel werden und bleiben, auf das hinzuarbeiten sei. Die Schule will Engelhardt zum kulturellen Zentrum der Deutschen im Auslande machen, er will da Lesesäle, Wanderausstellungen, Büchermärkte schaffen, und er will die Schule zum Zentrum werden lassen, von dem aus deutsche Kultur auch Andersvölkischen und gerade den Angehörigen des Wirtsvolkes, unter dem die Deutschen leben, zuteil wird. Also eine Kulturoffensive im besten Sinne des Wortes. Ein wichtiges Kapitel ist endlich der Frage der Erziehung des Heimatdeutschen zum Auslanddeutschen gewidmet. Dazu zählt Engelhardt zunächst einmal Verdeutschung jeglicher Art im Innern, in Sprache, Presse, Theater und Kunst, in gutem, nicht in chauvinistischem Sinne. Dann aber tritt er für Verbreitung von Kenntnissen über das Auslanddeutschtum ein, er nennt hier den V. D. A. und das Deutsche Ausland Institut als berufene Körperschaften, er fordert Berufsberatung für die hinausziehenden Kaufleute, weltpolitische Erziehung des Deutschen überhaupt, Beteiligung der Auslanddeutschen am Geschick der Heimat durch Gewährung des Wahlrechtes an sie, aber auch dauernde Beteiligung der Auslanddeutschen an der Steuerlast der Heimat durch eine, wenn auch noch so geringe, Reichssteuer. Eine kleine Betrachtung über Händlergeist oder Heldengeist im Sombartschen Stile schließt die gedankenreichen Ausführungen des Verfassers ab, der in knappem Raum eine Fülle von Problemen vornehm und sachlich, ohne parteimäßige Behandlung des Stoffes, ohne Kleinlichkeit und ohne persönliche Angriffe bespricht. Daß solche Vorträge vor Frontsoldaten gehalten werden konnten, ist ein gutes Zeichen, aber sie sollten im ganzen Reiche erst recht vor den Heimatkämpfern gehalten werden! Dr. F. W.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Die „Grenzwarte", die von der Deutsch-Baltischen Gesellschaft und vom Verein für das Deutschtum im Auslande herausgegeben wird, bringt an der Spitze ihrer Aprilnummer eine Mitteilung des Herrn Legationsrats von Schwerin, des stellvertretenden Vorsitzenden der ersteren Gesellschaft. Es wird darin gesagt, daß die Zeitschrift seit dem Jahre 1919 nur mehr monatlich erscheine. Es werde nun versucht, sie lesbar zu machen, „da sie vorher so langweilig wurde, daß unsere Freunde sie kaum noch ansahen". Die neue Einrichtung habe viel Zustimmung, aber auch manche ablehnende Kritik gefunden. Man bitte aber nicht nur ablehnende, sondern auch zustimmende Urteile über die Zeitschrift der Schriftleitung mitzuteilen. In der vorliegenden Nummer schreibt Graf v. Bothmer eine Monatsschau, Dr. Hermann Uhlmann berichtet in einem Artikel: Deutsch-böhmisches Blutzeugnis über die Ereignisse des 4. März, Theodor Schiemann bespricht die Ereignisse im Osten, Pastor Schleuning behandelt die Lage der deutschen Kolonisten in Wolhynien.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" fordert am 30. März ein Einsender dringend einen Ausbau des wirtschaftlichen Nachrichtendienstes. England sei im Begriff, eine behördliche Zentralstelle für den Wirtschaftsnachrichtendienst zu schaffen. Die im Reichswirtschaftsministerium zusammengestellten „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft" beschränkten sich in der Hauptsache auf die Wiedergabe fremder Presseberichte, die meist zu spät kämen. Ein unabhängiger Wirtschaftsnachrichtendienst sei aber nötig, der auch das Gebiet der Sozialpolitik umfassen müsse und der in englischer und französischer Aus-

Digitized by Google

gabe gleichfalls zur Belehrung der fremden Arbeiter erscheinen müsse. Die Zeitung bemerkt dazu, das entspreche ungefähr auch den Wünschen der Reichsregierung, die sich eben für das Auswärtige Amt 250 000 Mark zu diesem Zwecke habe bewilligen lassen. Diese Bewilligung ist übrigens, den stenographischen Berichten der Nationalversammlung nach zu urteilen, in zweiter und dritter Lesung recht rasch gegangen. Nur der Berichterstatter, Abgeordneter Dr. Becker (Hessen), nahm das Wort. Das Auswärtige Amt bedürfe für die praktische Sammlung des wirtschaftlichen Tatsachenmaterials eines Organs, das auch die schnelle Verarbeitung und Weitergabe an die Interessenten zu übernehmen habe und in welchem nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten und Methoden gearbeitet werden müsse. Auch die Veröffentlichung der wirtschaftlichen Berichte der Auslandbehörden, die bisher von dem Reichswirtschaftsamt wahrgenommen wurde, solle zur Ersparung von Zeitverlust unmittelbar von dieser Stelle des Auswärtigen Amts aus erfolgen. Die geforderte Summe sei ein bescheidener Anfang in der Hoffnung, daß die ganze Angelegenheit nicht stecken bleibe, der Ausschuß hoffe aber auch, daß die jetzt zu schaffende Einrichtung nicht auf bestimmte Personen zugeschnitten werden würde. Die Nationalversammlung genehmigte darauf die Ausgabe einstimmig.

In der ersten Nummer einer neuen Zeitschrift: „Der Boschzünder", die für alle Angehörigen der Robert-Bosch-A.-G. und der Bosch-Metallwerke-A.-G. Stuttgart und Feuerbach herausgegeben wird, ist eine Anzeige photographisch wiedergegeben, die am 26. Januar 1919 in den „New York Times" erschien. Ein Adler mit ausgespannten Schwingen, über dem das Wort: ‚Americamus sum' steht, umkrallt den „Boschzünder", das berühmte Fabrikat der Boschwerke, die auch in Amerika eine Niederlassung hatten. Darunter steht, daß am 7. Dezember 1918 der Verwalter der Auslandvermögen in Amerika den gesamten Besitz der Bosch Magneto Company an eine amerikanische Gesellschaft verkauft habe. Weiter liest man da, es habe nie irgend ein Erzeugnis gegeben, dessen Ruf befriedigender Leistung besser als der des „Bosch" gewesen sei. Nur die Besitzverhältnisse hätten sich geändert, die Leiter seien geblieben. Und endlich liest man: „Amerikas hervorragendstes Zündungssystem". Das ganze ist echt amerikanisch. Der Kaufpreis betrug 4,15 Milionen Dollars, Mrs. Griffiths hat ein gutes Geschäft gemacht, denn allein in den letzten 5 bis 6 Jahren hat die Fabrik ein Viertel dieser Summe als Ueberschuss eingebracht. Den Gesamtwert des Unternehmens bezifferten die „New York Times" selbst auf 6,7 Millionen Dollars. Die von uns erwähnte Zeitschrift „Der Boschzünder" bemerkt dazu, den Namen habe man wohl kaufen können, aber nicht den Geist. Der deutsche „Bosch" werde dem amerikanischen „Bosch" zeigen, was „Boschmäßige" Arbeit heiße.

In der Nr. 7 der „Mitteilungen des Ausschusses vertriebener Elsässer", dem Organ des Hilfsbundes für die Elsaß-Lothringer im Reich, wird ein Sammelruf veröffentlicht, der die Elsaß-Lothringer zum Zwecke der Gründung einer neuen Heimstätte im Deutschen Reich vereinigen will. Da hier ein Gedanke zugrunde liegt, der nicht nur für die Elsässer und Lothringer, sondern weiterhin auch für alle Auslanddeutschen eine gewisse Bedeutung gewinnen kann, geben wir hier von dem Plan Kenntnis. Ländliche Siedlungen sollen den Vertriebenen neue Heimstätten und neue Wirkungskreise bieten. „Lieber ein gesundes Eigenheim auf eigener Scholle als in die Mietskasernen der Großstadt" lautet der Ruf. Der Gedanke der Vertriebenen-Siedlung habe in den Kreisen der bereits pensionierten oder der Pensionierung nahestehenden Beamten schon feste Wurzeln gefaßt, aber auch Handwerker und Arbeiter hätten ihre lebhafte Zustimmung bekundet. Der Zeitschrift liegt ein Fragebogen bei, der die Elsaß-Lothringer nach ihren persönlichen Verhältnissen, soweit sie für die Beteiligung an dem Siedlungsgedanken in Frage kommen, befragt, also nach landwirtschaftlicher Vorbildung, Größe des Haushaltes, Vermögensverhältnissen, etwa zur Verfügung stehender Anzahlung, gewünschter Größe des Besitzes. Ferner wird gleich zu erkunden versucht, welches Material an Lehrern, Aerzten, Apothekern, Hebammen, Rednern, Handwerkern, Musikern usf. für die kommende Siedlung zur Verfügung stehen würde. Die Zeitschrift glaubt auf Grund fachmännischer Urteile bei genügender Beteiligung schon bis zum Winter vielen Familien ihr Eigenheim sichern zu können. Elsaß-lothringische Architekten, Handwerker und Arbeiter sollen die Siedlung selbst erbauen.

In den „Münch. N. Nachr." schreibt am 20. März Dr. Hans Landsberg über „Geistige Arbeit". Er spricht vom Mißtrauen des Proletariers gegenüber der geistigschaffenden Arbeit, dem auch eine wenig verständnisvolle Haltung des Bürgertums zur Geistesarbeit entspreche. Aufgabe des geistigen Arbeiters sei es dem gegenüber, aus der Abseitigkeit herauszutreten und sich in der Tiefe des Volksbewußtseins wieder zu verankern. Dazu müsse der Geistesmensch sich aber Schlichtheit und Einfachheit wieder erwerben. Ueber die Auslanddeutschen heißt es dann in dem Artikel in Worten, deren Härte wir uns nicht zu eigen machen möchten: „Was die Stellung des Deutschen im Auslande so sehr erschwert hat und seine Unbeliebtheit in hohem Maße mitverschuldete, ist die — ich finde kein anderes Wort — geschmacklose Hervorkehrung und Betonung des Deutschtums. Wir müssen unser Deutschtum weniger im Munde und mehr im Herzen tragen, und die durchaus notwendige Anpassung des Auslanddeutschen an seine Umgebung bedeutet noch lange kein Renegatentum, sondern ist Bildung im höheren Sinn. Erst wenn der Deutsche sich diese Fähigkeit erwirbt, wird er zur Lösung weltpolitischer Aufgaben berufen sein."

Die geistige Arbeit brauche Interessenvertretungen, die mehr tun als nur die materiellen Interessen zu schützen und zu fördern.

In den Kampf der Geister um die künftige Flagge des deutschen Bundesstaats griff auch Vizeadmiral Behncke mit einem Brief an den Rechtslehrer und Abgeordneten Kahl ein, indem er gegen die Farbe schwarz-rotgold und für das alte Schwarz-Weiß-Rot eintritt. Er spricht dabei auch von den Auslanddeutschen:

„Dabei denke ich an unsere deutschen Landsleute im Auslande. Sie haben sich nach 1870 unter der schwarz-weißroten Flagge zusammengefunden und ihren machtvollen Schutz schätzen gelernt, sie hingen an ihr als dem Symbol ihres Deutschtums und als dem Zeichen ihrer Zusammengehörigkeit mit ihrem alten Vaterlande oder Stammland, auch wenn sie schon drüben gute Staatsbürger ihrer neuen Heimat geworden waren. Ich habe während schöner Jahre voll reicher, erhebender Erinnerungen im Uebersee-Ausland selbst erlebt, mit welchem Stolz sie die schwarz-weiß-rote Flagge in den entlegensten Gegenden wehen ließen, wie sie warmen Herzens an ihr als Zeichen der Einigung Deutschlands hingen und mit welcher Begeisterung sie unsere deutschen Lieder, auch gerade das bekannte Flaggenlied „Stolz weht die Flagge schwarzweiß-rot" sangen. Wer diese Flagge in einsamen Urwalddörfern, wie zum Beispiel in Brasilien und Chile, oder in großen Welthäfen neben den Flaggen aller Länder stolz und achtunggebietend hat wehen sehen, sie auch anders denn als festlichen Straßenschmuck kennt, der gewinnt, glaube ich, ein tieferes Verständnis für die in ihren Farben liegenden Werte und wird nie überwinden, wenn wir diese Flagge sinken lassen. So wird es erst recht unseren Auslanddeutschen gehen. Sie werden es noch weniger als wir verstehen und leider nur mit Recht entnehmen, daß wir uns aufgeben, daß

Digitized by Google

wir uns schämen, nach dem großen Zusammenbruch unsere einst so stolzen Farben weiter in der Welt zu zeigen. Nichts wäre falscher als dies: nichts ist jetzt so gebieterisch notwendig, als Selbstbehauptung, wenn wir uns in der Welt behaupten wollen.

Die neue Flagge ist unseren Landsleuten im Auslande noch fremder als uns; sie wird ihnen auch fremd bleiben, ihnen nichts sagen und bedeuten, keine Erinnerungs- und Gefühlswerte für sie besitzen. Sie werden sie an Stelle der alten aufhissen und dabei fühlen, daß ein starkes Band abgestorben ist, das sie mit ihrem warm geliebten Vaterlande vereinigte; sie werden sich im Geist und Gemüt uns entfremden. Für uns Deutsche haben immer die Beziehungen geistiger und kultureller Art vieles ersetzen müssen, was uns an machtpolitischen Beziehungen fehlte, wie sie z. B. der Brite fast auf der ganzen Erdkugel vorfand und als Rückhalt ausnutzte. Wir sollten daher jetzt nach unserer Niederlage noch mehr Wert darauf legen als früher, jegliches Mittel zur Pflege unserer Beziehungen mit unseren Auslanddeutschen zu erhalten. Wir sollten es schon aus praktischen Gründen tun, um unsere abgerissenen wirtschaftlichen Beziehungen leichter wieder anknüpfen zu können; wir sollten es auch wegen der Millionen Deutscher tun, die ihrem alten Vaterlande enttäuscht den Rücken kehren werden. Auch für sie wird die schwarz-rot-goldene Flagge keine Gefühle der Anhänglichkeit und keine Erinnerungen an unsere großen Zeiten wecken."

So warmherzig diese Zeilen geschrieben sind, so werden doch Anhänger des Schwarz-Rot-Gold einwenden können, daß unter den Amerika-Deutschen, namentlich unter den Abkömmlingen der in den vierziger und fünfziger Jahre Hinausgewanderten doch auch die schwarz-rot-goldene Flagge Erinnerungswerte auslösen wird. Die Hunderttausende der deutschen Bauern im Osten, die doch auch zu den Auslanddeutschen gehören, kennen weder die eine noch die andere Flagge und werden sich an jede gewöhnen, hinter der Kraft, Entschlossenheit, Wille und Arbeit steckt. Und ausschlaggebend in der Farbenwahl wird wohl die Angliederung Deutsch-Oesterreichs gewesen sein, ein Gewinn von Millionen von Volksgenossen, der sich unter der Farbe schwarz-rot-gold vielleicht leichter innerlich vollzieht und der viel von dem wettmacht, was uns zugegebenermaßen das Aufgeben der alten Reichsflagge an Ansehen kosten mag. Nicht in welcher Farbe sie weht, welchen Geist sie kündet, das wird ausschlaggebend für die Geltung der Flagge sein!

Zu der Flaggenfrage nimmt auch Admiral v. Lans in einem von mehreren Zeitungen veröffentlichten Artikel Stellung. Er tritt aus politischen, technischen, optischen und wirtschaftlichen Gründen für die Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Flagge ein, erinnert an das Wort Lord Palmerstons: England würde Schiffe unter der schwarz-rot-goldenen Flagge als Piraten behandeln, verweist auf das Beispiel Frankreichs, das wiederholt sein Regierungssystem, niemals aber seine Trikolore gewechselt habe und betont zum Schluß, daß die alte Reichsflagge auf See sehr leicht erkennbar, die schwarz-rot-goldene Farbe dagegen optisch sehr ungeeignet sei.

Auch in der „Weserzeitung" nimmt in einem Artikel vom 21. März Herr Kapitän Bartling vom „Norddeutschen Lloyd" zu der Flaggenfrage Stellung. Der Autor tritt vom seemännischen Standpunkt aus energisch für die Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Farben ein und betont, er habe bei einer kürzlichen Anwesenheit in Skandinavien feststellen können, daß bei den neutralen Staaten jedes Verständnis für die Absicht einer Flaggenänderung fehle. Die Flagge sei das stärkste Symbol der deutschen Einheit, die Auslanddeutschen würden am wenigsten eine derartige Flaggenänderung verstehen können.

Endlich nimmt in der „Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande" Professor Adolf Groth Stellung zur Flaggenfrage und macht einen Vermittlungsvorschlag. Er will die schwarz-gold-rote Flagge einführen, die alte deutsche und neue deutsche Wünsche einander nähere. Die Farben wirkten dann nicht mehr dunkel, sondern hoben sich gut voneinander ab, wenn nach alter heraldischer Regel das „Metall" in der Mitte stehe. Dafür könnte man wohl auch die Mehrheit in Weimar gewinnen, was doch ausschlaggebend sei.

VON UNSERER ARBEIT

MITTEILUNG

In der Vorstandssitzung vom 9. April wurde beschlossen, eine Sitzung des Verwaltungsrates und des Ausschusses, wenn es die Verhältnisse irgendwie gestatten, am 31. Mai in Stuttgart abzuhalten. Wir machen die Mitglieder des Verwaltungsrats und des Ausschusses schon heute darauf aufmerksam. Eine besondere Einladung mit genauerer Bekanntgabe der Tagesordnung wird noch ergehen.

Professor Robert Jannasch †

Stuttgart, den 29. April 1919.

Soeben geht uns die betrübende Nachricht zu, daß am 25. April in Berlin der verdienstvolle Leiter und Förderer des Zentralvereins für Handelsgeographie, Professor Dr. Robert Jannasch sanft verschieden ist. Vor 3—4 Wochen stellte der Arzt neben schweren Herzstörungen eine bedenkliche Unterernährung bei dem Dreiundsiebzigjährigen fest. Obgleich man sofort veranlaßte, daß die Ernährung verbessert wurde, war es doch zu spät, um Herrn Professor Dr. Jannasch noch retten zu können.

Ein Leben, das mit Arbeit und mit Kämpfen ausgefüllt war, ist dahingegangen. Einer der Vorkämpfer für Deutschlands Ueberseegeltung, einer der Pioniere für die Verbreitung von Kenntnissen über das Ausland, einer der besten Kenner Südamerikas und einer der erfolgreichsten Forscher ist mit Professor Jannasch ins Grab gesunken. Seiner Leitung verdankt der Berliner Zentralverein für Handelsgeographie Unendliches, seiner Förderung und Anregung erfreuten sich auch die übrigen Vereine für Handelsgeographie im Deutschen Reiche im höchsten Maße. Vor wenigen Wochen erst hat das Deutsche Ausland Institut, dem er seit seiner Gründung angehörte und dessen tätiges Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats und Verwaltungsrats er gewesen ist, von ihm seine berühmte und reichhaltige Bibliothek erworben. Er hat damals in Briefen an uns ausgedrückt, wie sehr er es begrüße, daß diese Bibliothek nicht verzettelt, sondern daß sie nun geschlossen erhalten und künftiger Benutzung zugänglich gemacht würde. Unsere Bibliothek ist durch die Uebernahme dieser namentlich an südamerikanischen Werken reichhaltigen Sammlung wesentlich bereichert worden. Mit allen seinen Freunden trauert auch das Deutsche Ausland Institut um diesen verdienstvollen Vorkämpfer, der als Redner und Debatter, als Forscher und als Wissenschaftler ein gleich anregender und fördernder Geist gewesen ist.

Notiz der Schriftleitung.

Trotz abermaliger Vergrösserung des Umfangs dieser Nummer auf nunmehr 40 Seiten mussten eine Reihe von Aufsätzen und Einsendungen, namentlich auch Berichte über Vereine der Auslanddeutschen im Reich und ihre Tätigkeit, für die nächste Nummer (Juni) zurückgestellt werden.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 23. April 1919.
Einsendungen für die „Mitteilungen" werden erbeten an das Deutsche Ausland Institut Stuttgart, Königstraße 15, Schriftleitung der „Mitteilungen".

Mitglieder des Deutschen Ausland Instituts Stuttgart, soweit sie einen Jahresbeitrag von mindestens M. 20.— leisten, erhalten die „Mitteilungen" kostenlos.
Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. — Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.
Druck der Tagblatt-Buchdruckerei Stuttgart

Digitized by Google

MITTEILUNGEN
DES
DEUTSCHEN AUSLAND
INSTITUTS

MUSEUM UND INSTITUT ZUR KUNDE DES AUSLANDDEUTSCHTUMS
UND ZUR FÖRDERUNG DEUTSCHER INTERESSEN IM AUSLAND

Jahrg. II. – Nr. 6 STUTTGART Juni 1919

Die Auslanddeutschen und der kommende Friede!

Von W. BAENSCH, HAMBURG

Die Herzen aller Auslanddeutschen sind voller Erwartung über den kommenden Frieden, welcher ihnen das Recht auf Entschädigung für ihr von den Feinden zerstörtes oder geraubtes Hab und Gut bringen soll.

Jahrelang sind sie wie auf eine Folter gespannt gewesen durch die Ungewissheit, was aus ihrem in Feindesland zurückgelassenen Eigentum geworden, und auch heute noch kann ihnen keine Stelle, selbst die Reichsregierung nicht, Auskunft darüber geben.

Viele hat aus Gram über das Verlorene, über das in der Gefangenschaft Erlittene der Tod ereilt, viele sind über die Unsicherheit ihrer weiteren Existenz seelisch zusammengebrochen, daß ihnen jeglicher Mut und die Kraft fehlt, etwas Neues zu schaffen, zu unternehmen.

Und jetzt, jetzt ist der Tag nicht mehr fern, wo sie aus der Ungewissheit in die nackte Wahrheit übergeführt werden sollen, was aus all dem geworden ist, was sie sich nach jahrelanger, mühevoller Arbeit aufgebaut hatten. Beschleicht nicht viele eine Angst vor der bitteren Enttäuschung, welche sie erleben könnten, bei dem Gedanken, all ihr Hoffen auf Wiedererlangung ihres Eigentums, die Wiederaufnahme ihres Geschäftes sei zunichte geworden? Diese Enttäuschung werden viele von ihnen erleben und für sie wird der Tag des Friedens der Tag sein, an welchem sie ihre letzte Hoffnung zu Grabe tragen und in Jammer und Kummer zugrunde gehen.

Wird das deutsche Volk, die Reichsregierung es zugeben, daß so viele ihrer Volksgenossen und Staatsbürger in Not und Elend verzweifeln, gerade sie, die einst für das Deutschtum im Auslande so tapfer gestritten, die den deutschen Handel gefördert, die um ihrer deutschen Nationalität willen, weil sie fest und treu zu ihrem deutschen Vaterlande hielten, haben so vieles erleiden müssen?

Vieles ist ihnen von maßgebenden Staatsmännern der deutschen Regierung versprochen worden, aber wird die Regierung zur Tat ansetzen? Eines schmachvollen Wortbruches würde sie sich schuldig machen, wenn sie sich nicht mit ganzer Kraft bei der Friedensverhandlung für die Auslanddeutschen einsetzt, wenn sie nicht ihre Schäden, als vom Reich ersatzpflichtig, anerkennt.

Die Auslanddeutschen verkennen nicht die finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich das deutsche Reich befindet, zumal sie aus eigenster Erfahrung durch ihre schwierige Lage, in welcher sie sich im Auslande befanden, vieles haben verstehen lernen. Doch die Wiedergutmachung der Schäden der Auslanddeutschen heißt Stärkung der Auslanddeutschen und mit ihr die sichere Gewähr, eine Brücke zu schaffen, über welche sich der verlorengegangene Außenhandel wieder anknüpfen ließe.

Die Ziffern des deutschen Außenhandels betrugen bei Kriegsausbruch — Ein- und Ausfuhr zusammengerechnet — jährlich mehr als 20 Milliarden Mark. Diese Entwicklung unseres Außenhandels beruht zum großen Teil auf der Arbeit der Auslanddeutschen. Gehören doch zu ihnen nicht nur die dauernd im Ausland ansässigen Reichsdeutschen, sondern auch die nur eine Reihe von Jahren dort Arbeitenden, denen die Rückkehr nach der Heimat ein Lebensziel blieb.

Je stärker und einflußreicher das Auslanddeutschtum wird, um so mehr Zuwachs an Macht und Bedeutung erlangt das deutsche Volk selbst. Kann das deutsche Volk, die Reichsregierung, der deutsche

Digitized by Google

Kaufmann wollen, daß der deutsche Außenhandel verkümmern soll? Nein, sicherlich nicht! Ein starker Außenhandel hat nicht nur eine wichtige Bedeutung für uns Auslanddeutsche, sondern er ist Lebensfrage für unser deutsches Vaterland! Nur durch ihn können wir das wieder schaffen, was verloren, nur durch ihn können wir unser neues deutsches Volk, unser Vaterland, unser Ansehen im Auslande wieder auf die frühere Höhe bringen.

Dies alles wieder zu schaffen, stellt der Auslanddeutsche seinen Mann, doch nur dann, wenn man ihm jetzt hilft, wenn man ihm durch Ersatz seiner Schäden eine feste Grundlage schafft, auf welcher er sein Werk wieder aufbauen kann, wenn man ihm durch die Zusage, seine Schäden aus Reichsmitteln zu ersetzen, die alte Schaffensfreude wiedergibt.

Wird ihm all dieses versagt, werden seine ganzen Hoffnungen zerstört, so wird das Auslanddeutschtum aufhören, als solches zu existieren, es wird zusammenbrechen und wie die Spreu im Winde zerstieben. Zwar wird mancher wieder hinausziehen, doch nicht wie einst mit dem Vorsatz, auch für sein Vaterland draußen zu wirken, sondern mit Groll im Herzen gegen seine frühere Heimat, die ihm die Hilfe versagte ihm viel versprochen und nichts gehalten hat.

Das darf nicht kommen, darum hilf, du deutsche Heimat, deinen Brüdern und Schwestern, welche einst für dich da draußen gewirkt und geschaffen haben, hilf, deutsche Volksregierung, jenen, die wieder helfen wollen, daß du stark und fest wirst, daß dein Name zu Ansehen und Achtung da draußen in der Welt kommt.

Helft den Auslanddeutschen, wie sie Euch geholfen haben, und schafft Ersatz für ihre Schäden!

Das Deutsche Ausland Institut Stuttgart hat eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes eines Staatsvertrages eingesetzt zur Vermeidung von Härten, die sich aus doppelter Staatsangehörigkeit und Staatenlosigkeit ergeben. Die nachfolgenden Herren haben sich freundlichst bereit erklärt, in die Kommission einzutreten: Geheimrat Prof. Dr. jur. Robert Piloty-Würzburg als Vorsitzender, Universitätsprofessor Dr. Delaquis-Frankfurt a. M., Universitätsprofessor Dr. Hatschek-Göttingen, Geh. Legationsrat von Keller-Berlin, Auswärtiges Amt, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Kohler-Berlin, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Mendelssohn-Bartholdy-Würzburg, Universitätsprofessor Dr. Karl Neumeyer-München, Universitätsprofessor Dr. Partsch-Freiburg i. Br., Dr. Karl Strupp-Frankfurt a. M., Oberbürgermeister Dr. Trautmann-Frankfurt a. O. Die Kommission wird es als ihre Aufgabe ansehen, die aus der Staatenlosigkeit und aus doppelter Staatsangehörigkeit sich ergebenden Unzuträglichkeiten durch ein völkerrechtliches Abkommen zu beseitigen. Das Deutsche Ausland Institut wendet sich an alle Personen, die infolge doppelter Staatsangehörigkeit oder Staatenlosigkeit in diesem Kriege Schwierigkeiten irgendwelcher Art gehabt haben, und wäre ihnen im Interesse der Erfüllung der Aufgaben der Kommission für weitestgehende Ueberlassung einschlägigen Tatsachen- und rechtlichen Materials sehr verbunden.

Preisaufgabe

Das Deutsche Ausland Institut ist überzeugt von der Notwendigkeit, daß die noch im Besitze eines deutschen Staatsangehörigkeitsrechtes befindlichen Auslanddeutschen stärker als bisher an den Geschicken des Reiches interessiert und beteiligt werden müssen, und zwar wenn möglich durch Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechtes.

Die Frage einer solchen Beteiligung ist bisher in Literatur und Praxis noch wenig geklärt.

Wir möchten diese Klärung herbeiführen und erlassen dazu das folgende

Preisausschreiben:

I. Es soll die Frage der Wahlfähigkeit von Auslanddeutschen, die im Besitze einer deutschen Staatsangehörigkeit sind, und zwar auch solcher, die vielleicht auch noch eine zweite Staatsangehörigkeit besitzen, sowohl

nach ihrer völkerrechtlichen wie auch nach ihrer staatsrechtlichen Seite

untersucht werden. Dabei werden positive Vorschläge über die praktische Durchführung, insbesondere die Aufstellung von Kandidatenlisten und das Wahlverfahren, sowie eine rechtsvergleichende Darstellung erwartet.

II. Für die beste Bearbeitung wird ein Preis von M. 1000.—, für die zweitbeste ein Preis von M. 500.— ausgesetzt. Die beiden Arbeiten werden auf Kosten des Ausland Instituts, das an ihnen Eigentums-

Digitized by Google

recht erwirbt, veröffentlicht. Wird keine Arbeit des ersten Preises für wert befunden, so ist das Preisrichterkollegium befugt, die Preise unter mehrere Bewerber nach seinem Ermessen zu verteilen. Das Ausland Institut ist berechtigt, nicht preisgekrönte Arbeiten zu dem für Aufsätze in seinen Zeitschriften üblichen Honorarsatz zu erwerben und sie in der ihm geeignet erscheinenden Weise zu veröffentlichen.

III. Die Arbeiten sind bis zum 1. Juli 1919 in einem mit Motto versehenen Umschlage der Geschäftsstelle des Deutschen Ausland Instituts Stuttgart, Königstraße 15, einzureichen. Beizuliegen hat ein zweiter verschlossener Umschlag mit gleichem Motto, der Name und Adresse des Verfassers der Preisarbeit enthält.

IV. Das Preisrichterkollegium besteht aus den Herren: Universitätsprofessor Dr. v. Blume, Tübingen (Mitglied des Vorstandes des Deutschen Ausland Instituts), Geheimrat Universitätsprofessor v. Anschütz, Heidelberg, Universitätsprofessor Mendelssohn-Bartholdy, Würzburg, Universitätsprofessor Dr. Josef Partsch, Freiburg i. Br., Dr. Karl Strupp, Frankfurt a. M.

V. Die Veröffentlichung der Preisprüfung erfolgt in den „Mitteilungen" des Deutschen Ausland Instituts, sowie in der gemeinsam mit der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft vom Deutschen Ausland Institut herausgegebenen „Weltwirtschaft", außerdem in der Frankfurter Zeitung, der Kölnischen Zeitung, dem Hamburger Fremdenblatt, der Deutschen Allgemeinen Zeitung, dem Bayerischen Staatsanzeiger und sämtlichen Stuttgarter Blättern.

Stuttgart, Januar 1919.

DEUTSCHES AUSLAND INSTITUT
Theodor G. Wanner, Vorsitzender des Vorstandes.

Die Jungtürken und die Deutschen in Konstantinopel

Von Prof. Dr. ECKHARD UNGER, bisher Kustos an den Kaiserlich Osmanischen Museen, BAD LAUSIGK

Als die Türkei in den Jahren 1908 und 1909 durch die Revolution die Monarchie Abdul Hamids II. beseitigte, erhoffte man eine Neugestaltung und Besserung der Verhältnisse im Innern und im Aeußern. Aber, wie es bei den meisten Revolutionen der Fall ist, wechselte auch hier nur die Behörde. Neue, fortschrittlich gesinnte Elemente kamen zwar ans Ruder, das System änderte sich aber nicht wesentlich. Dazu trat als störendes Hindernis hinzu, daß die Türkei kaum zwei Jahre nach der Revolution in Kriege verwickelt wurde, die fast ununterbrochen sieben Jahre lang dauerten und eine Reform der inneren Angelegenheiten erschwerten. Dem italienischen Kriege um Tripolis 1911 folgte der Balkankrieg 1912 und diesem der Weltkrieg. Der Fortschritt zeigte sich also fast nur in äußeren Dingen.

Abdul Hamid war aus Furcht vor Attentaten ein Feind aller Errungenschaften der modernen Technik und hatte deren Einführung in Konstantinopel verboten. Jetzt änderte sich das. Es gab Automobile, man konnte telephonieren, ein Elektrizitätswerk beleuchtete die Stadt, die Pferdebahn wurde ausgebaut und elektrisiert, neue Doppelschraubenschnelldampfer wurden für den Lokalverkehr beschafft, namentlich für die Schiffahrtsgesellschaft „Schirket-i-Hairie", auf deutsch „Wohlfahrtsgesellschaft", die den Bosporus befuhr. Endlich wurde der Schiffsverkehr, welcher früher um Sonnenuntergang enden mußte, bis etwa drei Stunden nach Sonnenuntergang ausgedehnt.

Ein besonders wichtiges Kapitel war die Hygiene der Stadt. Als erstes schaffte man die wilden Hunde fort und brachte sie nach der wüsten Prinzeninsel Oxya, später nach dem Ereignis die Hundeinsel genannt, wo sie verhungern sollten. Die Pflasterung der Straßen war in der älteren Zeit sehr schlecht weggekommen. Nur die größten Verkehrsstraßen besaßen ein gutes Pflaster und hatten dieses mitunter auch nur einem fürstlichen Besuche zu verdanken. So wurde die Straße auf der europäischen Seite des Bosporus bis Bebek nur gelegentlich des Besuches Kaiser Wilhelms II. im Jahre 1898 gepflastert, und zwar aus dem Grunde, weil der Kaiser, der im Oktober, wenn meistens Südsturm wehte, kam, dann mit seinem Schiffe nicht vor dem Schlosse Dolma Bagtsche hätte landen können, sondern in den Bosporus nach Bebek gefahren wäre, um von dort zu Wagen nach Dolma Bagtsche zu gelangen. Aus diesen Erwägungen des Sultans heraus wurde also die gute Straße gebaut. Der Südwind blieb aus, die Straße wurde damals nicht benötigt, aber sie war fortan ein Segen für die Anwohner. Erst im Jahre 1912, als man einen Arzt, den Dr. Dschemil Pascha, zum Stadtpräfekten in Konstantinopel ernannte, begann man die Straßen regelmäßig zu sprengen, zu reinigen und sie großzügig zu verbreitern. Dieser Mann hat sich überhaupt um die Stadt viel verdient gemacht; er schuf aus dem alten kaiserlichen Schloßpark an der Seraispitze von Stambul einen schönen, öffentlichen „Park", wie er auch genannt wird, wo zuweilen die Militärkapellen Konzerte gaben. Bei der Umarbeitung des Gartens kamen auch byzantinische und türkische Baureste zum Vorschein, nebst vielen Fragmenten von türkischem Fayenceschmuck des 16. Jahrhunderts, Ueberbleibsel von Palästen; alles wurde nach dem Geschmacke des Präfekten sofort ausgebessert und wiederhergestellt zur Schau für das Publikum. Endlich wurde auch die alte mit durchlöchertem Bohlenbelag versehene Pontonbrücke, welche über das Goldene Horn hinweg vom alten Stambul zum europäischen Galata führt, durch eine moderne, breite, mit Steinen gepflasterte Brücke ersetzt. Bildet sie doch mit ihrem riesigen Durchgangsverkehr, wo auch alle Lokaldampfer anlegen, einen einzigartigen Mittelpunkt, eine Sehenswürdigkeit der ganzen Stadt. Das zweite, wohl in der ganzen Welt nicht wiederkehrende Verkehrszentrum bildet die unterirdische Drahtseilbahn, der „Tunnel", welcher Galata mit dem obenliegenden Pera verbindet, wo die Europäer wohnen. Auch dieser wurde mit modernen Bahnhöfen und Wagen ausgestattet.

Diese Anpassung Konstantinopels an die europäischen Verhältnisse, welche die Türkei, wie die Jungtürken erstrebten, machen mußte, um den Wettbewerb mit den Staaten Europas auszuhalten, vollzog sich in Konstantinopel binnen weniger Jahre, wozu man in Europa selbst wohl ein halbes Jahrhundert gebraucht hatte. Mit dieser schnellen Umwälzung im Aeußern konnte natürlich die innere Umwandlung nicht Schritt halten. Sie mußte naturgemäß langsamer vor sich gehen und zurückbleiben. Nur in wenigen Betrieben machte sie sich geltend, namentlich bei der Post, die unter der Leitung des umsichtigen Armeniers Osgan Effendi stand und die, da der Minister sich, wie einst Harun-al-Raschid persönlich um Aufrechterhaltung

Digitized by Google

der Ordnung bekümmerte, auf eine Höhe gebracht wurde, daß die Brief- und Geldsendungen in der Türkei und im Verkehr mit Europa schnell und pünktlich besorgt wurden. Die Postbeamten waren z. B. verpflichtet, die Briefe in Gegenwart des Aufgebenden sofort abzustempeln, wodurch ein eventuelles Entwenden der Freimarken unmöglich gemacht wurde; über jedes Telegramm wurde eine Quittung ausgefertigt, u. a. m.

Wie in jedem Betriebe im allgemeinen alles vom Chef abhängt, so stand und fiel die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Institutionen in Konstantinopel mit dem tüchtigen Minister. Mit dem Falle eines Ministers wechselten gewöhnlich auch die höheren, maßgebenden Beamten, und ein ganz anderer Wind wehte dann von oben. So gab es ein unaufhörliches Schwanken.

Das einzige Institut, welches diesem Wechsel nicht unterworfen war, sind die Kaiserlich Osmanischen Museen. Seit Beginn der achtziger Jahre wird es nur von einer Familie geleitet, die es als ihren Stolz ansieht, dieses Institut, welches sie gleichsam als Erbgut betrachten kann, zu fördern und auf der Höhe zu halten. Und das ist nur gut so. Die Beamten sind dort oft seit 30 Jahren tätig, gut eingearbeitet und mit vollstem Eifer und Interesse bei der Sache. Angebahnt wurde der Aufschwung durch Hamdy Bej, vollendet durch seinen Bruder und Nachfolger Halil Edhem Bej, der einen dreibändigen wissenschaftlichen Katalog der griechisch-römisch-byzantinischen Sammlung herausbrachte, mustergültig, wie er nur sein kann, den man z. B. für die Weltmuseen des Louvre und des Britischen Museums noch jetzt vergeblich sucht. Daneben ist die Sammlung in einem modernen, einfachen aber künstlerisch wertvollen Gebäude nach einem großzügigen Plane vortrefflich aufgestellt worden.

In diesem Reformwerk wurden die Türken meist unterstützt durch die Erfahrungen, welche sie namentlich in Frankreich gesammelt hatten, oder auch durch französische Kräfte. Französisch war ja die Umgangssprache mit den Europäern, oft auch im Verkehr unter sich selbst. Den Deutschen war nur ein geringer Einfluß eingeräumt, sehr stark war er nur im Militär- und Medizinalwesen.

Die deutsche Kolonie war nie besonders stark. Noch im Oktober 1918 wurde die Anzahl der Kolonisten mit 1300 offiziell bekanntgegeben. Die Türken konnten auch zunächst keine Meinung von den Deutschen hegen, weil sie sie gar nicht richtig kannten. Das lag einerseits an den Deutschen selbst, wie wir sehen werden, andrerseits aber gab es nur wenige Türken, welche sich in Deutschland gebildet hatten, die deutsche Sprache und deutsches Wesen verstanden. Die deutsche Kolonie zerfällt in 10 Vereinigungen, welche von sich aus wohl dazu hätten beitragen können, das Deutschtum in Konstantinopel zu heben.

Der „vornehmste" Verein ist die „Teutonia", von Leuten gebildet, welche etwas gelten wollten; die Spitzen der Behörden, Kaufleute und Lehrer waren seine Mitglieder. Die „Teutonia" besitzt ein eigenes Haus, wo Tanzvergnügen, Theateraufführungen, Konzerte, seltener wenig besuchte Vorträge für die Mitglieder stattfanden. Eine Leihbibliothek versorgte die Romanleser mit Lesestoff. Mit Schulden beladen, verlangte die „Teutonia" in den letzten Jahren 5 Pfund = 100 Mark Jahresbeitrag von ihren Mitgliedern. Es war also ein reiner Gesellschaftsverein, ohne irgendwelche tiefere bildende oder etwa das Deutschtum fördernde Tendenzen.

Ebenso für sich lebt der „Deutsche Handwerkerverein", später „Alemania" genannt, mit eigenem Gebäude, welcher die kleineren kaufmännischen Elemente umfaßt. Der Verein „Fidelitas", dessen Name die Tendenz vollauf charakterisiert, vereinigt speziell die deutschen Bewohner von Schischli, dem nördlichen Vorort von Pera. Andere Gesellschaften hatten sportlichen Charakter, so der Jagdverein „Hubertus", der „Turnverein", der „Gesangverein Konstantinopel", der „Gesangverein Haider Pascha", einem Vororte Konstantinopels in Asien; auch gab es eine Loge der Freimaurer, „Leuchte am goldenen Horn".

Ein sehr nützlicher Verein ist der „Ausflugsverein Gottfried Albert", nach dem Gründer genannt, welcher alle 14 Tage einen Ausflug seiner Mitglieder veranstaltet, sei es in die Umgegend der Stadt, sei es um die Altertümer derselben zu besichtigen. Wenn auch die Erklärung der antiken Denkmäler manches zu wünschen übrig ließ, da es dem Verein an den geeigneten Personen dazu fehlte, so konnte man doch immer wieder unbekannte oder wenig besuchte Stätten kennen lernen. Auch eingeführten Gästen wurde ein Mitgenuß der Spaziergänge gestattet. Dieser Verein vermittelte so wertvolle Kenntnisse über Land und Leute. Für Wißbegierige stand auch eine kleine gediegene wissenschaftliche Bibliothek zur Verfügung, mehrere Jahre hindurch erschienen „Mitteilungen", in denen halbwissenschaftlich aus der Vergangenheit von Byzanz erzählt oder Denkmäler erklärt wurden. Im allgemeinen aber sorgten diese Vereinigungen nur für sich, für ihre deutschen Angehörigen. Diejenigen, welche keine Mitglieder waren, wurden nur in beschränktem Maße beteiligt, und eine Tendenz zur Aufrechterhaltung des Deutschtums, zur Aufklärung über die modernen Bestrebungen auf dem Gebiete von Kunst und Poesie war bei keinem der neun Vereine zu beobachten. Ebensowenig versuchte man, die Einheimischen über deutsches Wesen und Leben zu orientieren.

Diesen Mängeln abzuhelfen, bildete sich im Mai 1914 der „Deutsche Dürerbund in Konstantinopel", der im Sinne des Dürerbundes in Deutschland, aber mit erweitertem Programm in Stambul wirken wollte. Er knüpfte Verhandlungen an wegen eines deutschen Wandertheaters mit guten klassischen und modernen Aufführungen, die sich leider durch den Weltkrieg zerschlagen mußten. Seine Hauptwirksamkeit legte er auf gute bildende Vorträge über Literatur und Kunst, die mit musikalischen Unterhaltungen alle vierzehn Tage abwechselten. Zum Teil waren es Lichtbildervorträge, manchmal eine Folge von solchen, nach Art der Volkshochschulkurse ausgestaltet. Daneben wurden Ausstellungen veranstaltet von künstlerischem Wandschmuck, Steindrucken, Bilderrahmen, von guter Lektüre, insbesondere für die Jugend. Für diese war durch Märchennachmittage und andere Unterhaltungen gesorgt. Und alles das wurde von freiwilligen Kräften ausgeführt und stand jedermann bei freiem Eintritt offen. Die Vorträge fanden so großen Anklang bei der Kolonie, daß sich die erste Gesellschaft, die „Teutonia", bewogen fühlte, ihrerseits „Kriegsabende" zu arrangieren, doch nur für ihre Mitglieder, auf denen Gelehrte und Militärs aus allen möglichen Gebieten Vorträge hielten. Der „Deutsche Dürerbund" ging aber in seinen Bestrebungen noch weiter; er gab zwei Winter hindurch Kammermusikabende zu mäßigen Abonnementspreisen, wo ziemlich gute einheimische Quartette, darunter auch ein aus Türken bestehendes (das Seki-Quartett), eine vortreffliche Musik darboten, unterstützt von Pianisten. Leider mußten diese beliebten Musikabende im Winter 1917/18 aufgegeben werden, weil der als Konzertlokal allein in Frage kommende Saal der „Teutonia" nur zu einem hohen Preise zu haben war, der die Billigkeit der Konzerte, der wesentlichste Punkt, sie jedermann zugänglich zu machen, ausschloß. Die Haupterrungenschaft des Dürerbundes war jedoch die Schaffung einer Leihbibliothek mit gutem, teilweise auch wissenschaftlichem Lesestoff, und vor allem die Eröffnung eines Lesesaales mit gegen 48 Zeitungen und Bilderzeitschriften, der jedem, auch Nichtmitgliedern zugänglich war und eifrig benutzt wurde. So hatten auch die Einheimischen Gelegenheit, falls sie wollten, sich über deutsche Verhältnisse zu orien-

Digitized by Google

tieren. Der „Deutsche Dürerbund" hatte überhaupt die Tendenz, gemeinnützig zu sein; was er bot, gab er allen Interessenten, ohne daß sie Mitglied zu werden brauchten. Der Jahresbeitrag, dem übrigens nach oben keine Schranken gesetzt war, betrug zum mindesten 20 Piaster = 4 Mark, also äußerst wenig. Die Bedeutung dieses Vereins für das Deutschtum erhellt daraus, daß er 1918 der stärkste deutsche Verein Konstantinopels war und auch, allerdings erst ganz zuletzt, die Unterstützung der Botschaft fand. Er hatte noch weitgehendere Pläne, nämlich einerseits türkische Literatur ins Deutsche zu übertragen, noch mehr aber den Türken, Griechen und Armeniern die deutschen geistigen Erzeugnisse durch geeignete Uebersetzungen zu vermitteln, auch in ihren Zeitungen über deutsche Kultur zu schreiben, um so unmittelbar für das Deutschtum wirken zu können. Dazu kam es aber nicht mehr. In dieser Hinsicht ist auch in Konstantinopel alles versäumt worden. Aus der Kolonie heraus ist nichts dafür getan worden oder konnte, wie es zuletzt erstrebt wurde, nichts mehr geschehen.

Die deutsche Zeitung, der „Osmanische Lloyd" war im allgemeinen ein von Handels- und Industrieinstituten unterstütztes Unternehmen und hat für deren Interessen aufklärend und propagierend gewirkt. Die eigentliche deutsche Kultur, Belehrung über deutsche Zustände, über Kunst und Literatur wurde wenig genügend berücksichtigt, obgleich die Zeitung auch in französischer Ausgabe erschien und von vielen Einheimischen gelesen wurde und sie darum ein gutes Wirkungsgebiet gehabt hätte. Dahingegen hatte sie in ihrem Mitarbeiter Dr. Friedrich Schrader, einen Mann, der die Türken, ihre Sitten und Geschichte, ebenso wie das alte Byzanz, aus eigner Anschauung und literarischem Studium vortrefflich kannte. Er wußte seinen Lesern von seinen reichen Kenntnissen anschaulich und häufig im „Osmanischen Lloyd" zu erzählen und hat so seine besonderen Verdienste, die einheimischen Kulturen den Deutschen und Türken nähergebracht zu haben. Außerdem war er bei den Türken außerordentlich angesehen und beliebt und wäre infolgedessen der geeignete Redakteur der Zeitung gewesen.

Sonst war die Mitarbeit der Deutschen an dem türkischen Reformwerke, soweit sie sozusagen privatim von den Türken erbeten war, nur gelegentlich. Der in Konstantinopel ansässige Sanitätsrat Dr. Mordtmann, der sich für die Archäologie seiner neuen Heimat lebhaft interessierte, war mehrere Jahre als Professor der Archäologie an der Universität wirksam, ein Augenarzt, aber nur für kurze Zeit bei der medizinischen Fakultät. Für dauernd arbeitete im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, speziell für Straßenbauten, ein Dr.-Ing., einer deutschen Familie Smyrnas entstammend. Zur Verwaltung der Abteilung für altorientalische Altertümer der Kaiserlich Osmanischen Museen wurde ich 1911 aus Deutschland berufen. Es geschah auf besonderen Wunsch des Generaldirektors Halil Edhem Bejs, der in Deutschland geschult war und überhaupt zu den gebildetsten Türken zählt. Als Gelehrter auf dem Gebiete der türkischen (kufischen) Inschriften- und Münzkunde genießt er in der wissenschaftlichen Welt einen guten Ruf. Er zeigte dementsprechend für die Forschung und für Reformen weitgehendes Verständnis und Entgegenkommen und begründete noch während des Krieges 1916 eine in zwangloser Folge gedachte Reihe von in den verschiedenen wissenschaftlichen Sprachen verfaßten „Publikationen der Kaiserlich Osmanischen Museen", von denen bisher fünf Hefte in deutscher Sprache erschienen.

Die Kaiserlich Osmanischen Museen waren es, welche dauernd mit deutschen Behörden enge Fühlungnahme gehabt haben. Besonders die preußischen Museen in Berlin haben seit über 30 Jahren Ausgrabungen auf dem ergiebigen Boden des vorderen Kleinasien unternommen, deutsche Gelehrte und Architekten verstanden es, durch ihre wissenschaftlichen Leistungen und durch Liebenswürdigkeit im persönlichen Verkehr stets die besten Beziehungen zu den türkischen Museen zu pflegen. So wurde es auch der Deutschen Orientgesellschaft ermöglicht, auf dem ältesten Vorderasien, in Mesopotamien und Palästina, wertvolle Ausgrabungen durchzuführen.

Dies mag ein kurzer Ueberblick sein, welche Beziehungen und welche Wirksamkeit deutsche Elemente in der Türkei hatten, soweit sie privater Anregung entsprangen, wobei das Reich als solches sich nur in geringem Maße beteiligt hat.

Das Schicksal der deutschen Kolonien in der Ukraine

Wir wissen zurzeit wenig über die deutschen Kolonisten in der Ukraine. Aber das Wenige, was zu uns dringt, ist erschütternd. Wir sind in der Lage, aus einem russischen Brief, der von Johannestal aus am 20. März an das Zentralkomitee der deutschen Kolonisten im Schwarzmeergebiet in Odessa gerichtet wurde, einiges über das Ende von Rastatt, einer blühenden deutschen Kolonie, berichten zu können. Der Briefschreiber erzählt u. a.:

„Im Anfang des Winters hat Rastatt einen Ueberfall der Räuberbande des früheren Lidiewer Dorfschreibers Ssegida abgeschlagen. Dies Ereignis hat alle Freunde des Umsturzes aufgebracht, weil solche Banden überall als die ersten Träger des Umsturzes angesehen werden und die ganze Bauernschaft mit ihnen sympathisiert. Von dem Moment an war das Schicksal Rastatts entschieden: überall konnte man hören, daß Rastatt über kurz oder lang zerstört werde. Deshalb haben die Führer Rastatts sich aus allen Kräften bemüht, einen Selbstschutz für das Dorf zu organisieren und zu demselben Zweck auch die übrigen Kolonien der Beresane zusammenzuschließen, wozu mehrere Male die Delegierten aller Kolonien in Waterloo versammelt worden sind. Es wurde viel versprochen, und als Hauptleiter des Selbstschutzes wurde der Offizier Poljansky aus dem Dorfe Karlsruhe gewählt. Leider wurde die Organisation des Selbstschutzes nur in Rastatt auf die nötige Höhe gebracht, in den übrigen Kolonien ist wenig erreicht worden, weil es an energischen Führern fehlte.

Ungefähr 10 Tage standen in Rastatt die Freiwilligen (das sind russische antibolschewistische Organisationen. Die Schriftltg.) und machten von dort aus ihre Ausfälle auf die umliegenden russischen Dörfer, um die Bandenführer abzufangen. Bedauerlicherweise haben 2—3 junge Männer — Söhne von Gutsbesitzern, die von Ueberfällen gelitten hatten — ohne Vorwissen der Rastatter Organisation an den Ueberfällen der Freiwilligen teilgenommen. Ungeachtet der starken Werbung der Freiwilligen in Rastatt, haben sich nur zwei Mann bei ihnen einschreiben lassen, und das waren Arme — halbe Bolschewiken. Die Franzosen standen auf der Station Weselinowo und haben die Freiwilligen aus Rastatt zu sich genommen. Dort haben sie Banden aus Wosnesensk überfallen, wurden aber vermittelst der Tanks zurückgeschlagen; dieses war um den 8.—10. März n. St.

Am 12. März machten die Franzosen dem Dorfe Rastatt bekannt, daß sie die Kolonien verpflichten, ihren linken Flügel zu schützen, d. h. die Strecke zwischen Rastatt und dem Dörfchen Swenigorodka (3 Werst von Rastatt) wogegen sie sich verpflichten, Rastatt im Falle eines Ueberfalls zu Hilfe zu kommen. Ehe Rastatt noch antworten konnte, waren die Franzosen in der Nacht vom 12. auf den 13. nach Beresowka zurückgewichen, ohne daß sie Rastatt benachrichtigt hätten. Mit ihnen waren auch die Freiwilligen gegangen. Am 14. März

Digitized by Google

erschienen 12 Mann der Wosnesensker Bande in Waselinowo, trieben aus den umliegenden deutschen Gutshöfen das Vieh weg, und anderes Gut in diesen Höfen vernichteten sie. In der Morgendämmerung des 15. März hörte man Kanonenschüsse in Waselinowo (8 Werst von Rastatt). Gegen 6 Uhr morgens fing die Beschießung Rastatts aus Kanonen an (3zöllige, ihre Beute von den Anhängern Petljuras). Unser Selbstschutz hat sich der Gefahr am östlichen Ende des Dorfes entgegengeworfen. Es erwies sich, daß die Banden nächtlicherweile in Swenigorodka Kanonen aufgestellt hatten, auch hatten sie den Gutshof des Peter Baumann, der dicht bei Rastatt liegt, eingenommen. Die ganze Familie des Baumann haben sie umgebracht. Der Kampf fing sofort an und dauerte bis 7 Uhr abends. Sie gingen wiederholt vor und fingen an, das Dorf von der Südseite zu umgehen, wurden aber immer wieder zurückgeworfen. Morgens schon wurde um Hilfe gebeten in Worms, Rohrbach, Beresowka und bei den Franzosen und Freiwilligen. Unsere drei Maschinengewehre haben ausgezeichnet gearbeitet und ließen die Bande nicht in das Dorf eindringen, obgleich jene in betrunkenem Zustande mit Gewalt vorgingen. Schließlich gelang es jenen doch, in den Gemeindegarten am Ende des Dorfes einzudringen, und von dort konnten sie nicht mehr vertrieben werden. Bis 5 Uhr abends war die Schlacht für uns günstig abgelaufen, dann verließen viele die Position, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß keine Hilfe geleistet werde. Eine Handvoll setzte den Kampf fort. Gegen 6 Uhr erhielten die Ueberfallenden Verstärkung, drangen von der Ostseite in das Dorf ein und zündeten es sofort an. Die Unsrigen gingen zurück, das Feuer unterhaltend, jene rückten nach und brannten die eingenommenen Gebäude nieder. So ging es fast bis an das andere Ende des Dorfes. Als es dunkel wurde, setzte die Flucht ein: zu Fuß und mit Pferden. Im Dorfe blieben viele Frauen und Kinder, die sich den Tag über in Kellern aufgehalten hatten. Das Dorf wurde den ganzen Tag mit Kanonen beschossen, anfangs aus Swenigorodka mit zweien, dann von Herzfeldowo (2 Werst) mit 4 Kanonen. Das Geschützfeuer hat nicht viel Schaden angerichtet. Das ganze Vieh war in Ställen angebunden und ist zum Teil verbrannt. Ich selber bin aus dem Dorfe gegangen, als es schon fast ganz brannte, man konnte aber nicht unterscheiden, ob alle Häuser oder nur einzelne brennen. In München (daneben) sind drei Häuser abgebrannt. Nach den eingegangenen Nachrichten wurde am Tage nach der Schlacht alles ganz gebliebene Gut durch die Bande und die russischen Bauern der Nachbardörfer weggeführt. Jetzt haust in Rastatt ein bolschewistischer Kommissar. Worms, Rohrbach, Waterloo, Speier und Karlsruhe haben die Waffen abgegeben. In Worms waren drei Delegierte dieser Bande, die sich bolschewistisch nennt, auf meine Frage, warum sie Rastatt vernichtet haben, antworteten sie, dafür, weil wir ihre mit der roten Fahne zu uns gesandte Delegation umgebracht hätten. Als wir ihnen sagten, daß man eine Delegation nicht mit der roten Fahne ausschicke, antworteten sie: „Dieses ist unser Fehler." In Wirklichkeit haben sie gar keine Delegation zu uns geschickt, sondern die Beschießung plötzlich und ohne jede Benachrichtigung begonnen. Rohrbach hat zu ihnen drei Delegierte geschickt, und auf die Frage dieser Delegierten, warum Rastatt ein solches Los getroffen hat, antworteten sie: „Es war von Moskau aus befohlen, weil allein das grindige Rastatt die Sowjetgewalt nicht anerkennen will." In Worms hat einer der Bolschewiken sich geäußert, daß sie jeden Rastatter, den sie fangen, in Stücke zerschneiden werden. Viele Chutoraner in der Richtung nach Wosnesensk zu haben sie abgeschlachtet. Dieses ist Rache für unsere Heldenhaftigkeit, mit der wir die Bande des Ssegida zurückgeschlagen haben. Wir wußten genau, daß die Banden, die in letzter Zeit in Wosnesensk gestanden haben, aus dem Abschaum der Umgegend, hauptsächlich aber aus Resten der Bande des Ssegida bestehen, und daß wir von ihnen keine Schonung zu erwarten haben. Ob sie in ihre Sache wirkliche Bolschewiken hereingezogen haben, konnten wir nicht erfahren. Später erfuhren wir, daß dieses zusammengelaufene Gesindel aus dem Elisabetgradschen Kreise ist. Jedenfalls hatten sie anfangs wenig Macht, jedoch gegen Abend erschien eine große Menge.

Der Ursachen, warum wir die Schlacht verloren haben, gibt es mehrere:

1. Der Hauptschuldige ist Poljansky. Er war in Worms und anstatt, gemäß den Bitten unserer Abgesandten, nach Rastatt mit Hilfe zu eilen, fuhr er nach Nikolajew und Cherson, um Grigorjew zu suchen. Nach meiner Meinung mußte er mit den vorhandenen Kräften uns zu Hilfe kommen, die vordersten Räuberbanden zurückschlagen und dann mit den nachfolgenden Kräften der Bolschewiken in Verhandlung treten.

2. Die Gebrüder N. und G. Ochsner, Führer der Wormser und Rohrbacher Organisationen. Sie willigten nicht nur nicht ein, mit den Kräften dieser Organisationen zu Hilfe zu kommen, sondern flohen nach Odessa, indem sie sagten, man würde sie als frühere Offiziere abschlachten. Zwei Tage vor der Schlacht hatte mich der Kommandeur der 2. Eskadron der Freiwilligen, Oberst Glawtsche zu sich rufen lassen und sagte mir, daß Ochsner bei ihm war mit der Meldung, in den Beresaner Kolonien gäbe es eine Menge junger Männer, die darum bitten, aus ihnen eine besondere Abteilung zu bilden zur Teilnahme an den Kämpfen gegen die Bolschewiken. Ich antwortete, daß ich ihm nicht helfen könne und daß die einzige kompetente Behörde, mit der er in dieser Frage Verhandlungen anknüpfen kann, das Zentralkomitee in Odessa ist.

3. Oberst Glawtsche. Die ihm unterstellten Freiwilligen baten ihn sehr, sie nach Rastatt zur Hilfe zu schicken. Ein Teil der Eskadron wollte bis zur Rückkehr der Kameraden den Tagesdienst übernehmen. Glawtsche blieb bei der Behauptung: „Die Franzosen erlauben es nicht." Glawtsche handelte genau so wie früher die Oktobristen-Gutsbesitzer.

4. Die Franzosen. Der Briefschreiber zählt dann eine Reihe von Gründen auf, warum dieses Unglück über Rastatt kam. Er sagt dabei: „Schuld sind vor allem auch die Franzosen.

Diese Herren haben sich über unsere Abgesandten einfach lustig gemacht. „German schieß", antwortete der Oberst hohnlachend. „Ihr habt mit den Germanen Wein getrunken und könnt zu ihnen gehen", sagte er. Als unsere Flüchtlinge mit Frauen und Kindern in Beresowka an ihnen vorbeifuhren, machten sie sich über jene lustig, während ein Teil der russischen Bevölkerung Mitleid zeigte.

Worms eilte endlich zu Hilfe, es war jedoch zu spät. Sie hätten über die Bahnlinie fahren müssen, dort schob sich aber ein gepanzerter Wagen vor, der sie mit Geschütz- und Maschinengewehrfeuer beschoß und sie nicht durchließ. Daran sind die Ochsner schuld, weil wegen ihrer Feigheit die Wormser zu spät ausgefahren waren. Wenn uns nur 50 Mann zu Hilfe gekommen wären, so hätten wir alle zurückgeschlagen, weil dann die Unsrigen wieder vereint vorgegangen wären, den Mut nicht verloren und die Position nicht verlassen hätten. Einige junge Männer von Rastatt haben nicht geholfen, die Ueberfallenden zurückzuschlagen. Diese gehören zu der ärmeren Klasse, für die wir alles getan haben, um sie durch den Winter hindurchzubringen. Zu diesem Zweck haben wir von den mehr bemittelten Einwohnern zwangsweise 35 000 Rubel bezogen. Schlecht, sogar sehr schlecht hat sich München benommen. Nur ein sehr geringer Teil der Bevölkerung Münchens ist uns zur Hilfe gekommen. Der ärmere Teil nahm gar keinen Anteil daran. Uebrigens hat man nirgends bemerkt, daß jemand von den Unseren gegen uns gegangen wäre. Es sind schon einige Tage vergangen, wir haben aber bis jetzt keine genaue Nachricht darüber, was

Digitized by Google

in Rastatt vorgeht. Von Rohrbach aus haben die Rastatter eine Abordnung zu den Bolschewiken gesandt, wir wissen aber noch nicht, welches Resultat sie erzielt haben. Ein großer Teil der Flüchtlinge ist aus Rastatt ohne jegliche Mittel weggegangen, weil niemand daran gedacht hatte, daß sich solche Folgen ergeben und daß wir die Schlacht verlieren könnten. Viele Flüchtlinge sind ohne eine Kopeke geblieben, manche sind barfuß. Zum Glück haben sie in deutschen Kolonien Unterkunft gefunden. Die Bewohner von Worms haben sich in der Gastfreundschaft ganz besonders ausgezeichnet. Mit einer einzigen Ausnahme können alle die Gastfreundschaft der Wormser nicht genug rühmen. Viele wollten auch für Körnerfutter für die Pferde kein Geld nehmen. In anderen Kolonien, z. B. in Rohrbach, hat man die Flüchtlinge ebenfalls sehr gut aufgenommen, immerhin haben sich Reiche gefunden, die nicht umhin konnten, die Lage der Flüchtlinge auszunützen oder wenigstens keinen Unterschied machten zwischen den Flüchtlingen aus Rastatt und durchfahrenden Händlern und anderen. Die Rastatter Flüchtlinge sind überall zerstreut: in Johannestal, Rohrbach, Speier, Worms, Beresowka, Lichtenfeld, Ljachowo (Mostowoe) und anderen Plätzen. Manche sind in schrecklicher Lage. Ein großer Teil ist gänzlich ruiniert. Das Herz bricht mir, wenn ich ihre Lage sehe und daran denke, daß ich es war, der ihnen den Glauben an unseren Selbstschutz und an die gegenseitige Hilfe aller Kolonien beigebracht hat. Sogleich, nachdem der Ueberfall der Bande des Ssegida abgeschlagen worden war, hat die Rastatter Gemeinde folgenden Gemeindespruch gemacht: „Wir machen der umliegenden Bevölkerung und den Vertretern der Gewalt bekannt, daß die Gemeinde Rastatt jede augenblickliche Gewalt anerkennen, ihre Verordnungen erfüllen, sich in keinerlei politischen Kampf einlassen, gegen Banden und Ueberfälle aber mit allen ihren Mitteln kämpfen wird. Zu diesem Zwecke haben wir beschlossen, uns mit anderen Kolonien wegen gegenseitiger Hilfe zusammenzuschließen, ebenso auch der russischen Nachbarbevölkerung vorzuschlagen, hinsichtlich des Selbstschutzes gegen Bandenüberfälle mit uns in Verbindung zu treten.“ Er wurde den russischen Dorfältesten der umliegenden Dörfer zugesandt, aber nicht von einem derselben hat man eine Antwort erhalten. Heute, den 18. März, sind 150 Mann Bolschewiken (aus Nikolajew, wie man sagt) nach Johannestal gekommen und haben die Waffen abgenommen. Zehn Gewehre hat man dem Dorf gelassen. Nachher stellte es sich heraus, daß dies Gesindel aus Tusly und Umgebung war.

Nachschrift: Die Rastatter Delegierten sind zurückgekehrt. Der Kommandeur der Bande hat zu ihnen gesagt: „Ihr seid tüchtige Kämpfer. 400 Mann der Unsrigen habt ihr niedergestreckt und 600 verwundet.“ Anfänglich schickte ich 100 Mann, augenblicklich waren sie niedergemacht, dann 500, das gleiche geschah, ich schickte 1000, wieder wichen sie zurück, endlich verlangte ich 3000 aus Wosnesensk, aber auch diese hätte ich müssen zurückrufen, wenn ihr euch noch ungefähr zwei Stunden gehalten hättet.“ Er hat erlaubt, zurückzukehren. Die Hauptstraße ist ganz abgebrannt. Die Kirche ist innen zerschlagen und ausgeraubt.

Das neue englische Fremdengesetz

Von Dr. K. SCHNÜRLE ⟨London⟩ BÖNNIGHEIM

„England hat aufgehört, ein Fremdenparadies zu sein“ — mit diesen Worten begrüßte ein leitendes unionistisches Organ das Fremdengesetz vom Jahre 1904 (Aliens Bill), wobei es jedoch sofort seine Unzufriedenheit mit den halben Maßregeln dieses Gesetzes scharf betonte und der Hoffnung auf weitere Verschärfungen Ausdruck verlieh. — Das Gesetz von 1904 erteilte der Regierung (Home-Secretary) die Vollmacht, Ausländer irgend welcher Nationalität, die sich in den Augen der Polizei mißliebig gemacht, als lästig (undesirable) des Landes zu verweisen, wobei noch ein Unterschied gemacht wurde zwischen einfachem Ausweisungsbefehl (expulsion), der dem Betreffenden nur die Pflicht auferlegte, binnen einer gewissen Frist das Land zu verlassen, und polizeilichem Abschub (deportation). — Es zeigte sich indes bald, daß bei dem Fehlen jeglicher polizeilicher Registrierung die Maßregel ein totgeborenes Kind sei.

Als es sich beim Ausbruch des Krieges 1914 um die massenhafte Unschädlichmachung zunächst aller „friedlichen Ausländer“ handelte, wurde zum polizeilichen Anmeldezwang geschritten (7. August 14), dem dann die Masseninternierungen August bis Oktober 14 und Mai bis Juli 15 folgten. Unmittelbar im Anschluß daran wurde ein Gesetz erlassen, das „sämtliche Ausländer“ (neutrale und verbündete Nationen inbegriffen) zur polizeilichen Meldung verpflichtete. Man benützte eben die Gelegenheit, um für das längst Geplante den Boden möglichst gut zuzubereiten.

Der Ausländerhaß ist ja in England nichts neues, und das „bl . . . . foreigner“ ist seit Jahrhunderten auf aller Lippen gewesen. Man hat das — nach meiner Ansicht zu Unrecht — auf Kosten eines exaltierten Nationalgefühls gesetzt; ich glaube vielmehr, daß sich in diesem blinden Haß instinktiv das Gefühl der Inferiorität geltend macht. Seit dem Burenkrieg richtete sich die Spitze hauptsächlich gegen Deutschland, und wenn auch der „foreigner“ als solcher immer noch unbeliebt war, so wurde doch das „bl . . . . German“ der Ausdruck des unauslöschlichsten Hasses und der tiefsten Verachtung. — Der unerhörte Aufschwung Deutschlands in Handel und Industrie, sein erfolgreicher Wettbewerb nicht bloß auf dem Weltmarkt, sondern besonders im eigenen Lande, seine wachsende Seemacht waren es, worauf das weitblickende England sein Augenmerk richten mußte, um der drohenden Gefahr Einhalt zu tun. Das führte zur Einkreisungspolitik und folgerichtig zum Weltkrieg. — Hand in Hand mit dieser deutschfeindlichen äußeren Politik Englands gingen seine inneren Maßnahmen. Man suchte überall die Deutschen, soweit man konnte, wenigstens aus leitenden Stellungen herauszudrängen, zu welchem Zweck seit Jahren ein geheimer Ring von Arbeitgebern (employers) existierte. Aber das genügte nicht; man mußte zu drastischeren und vor allem umfassenderen Mitteln greifen, um den Endzweck „die Vernichtung Deutschlands“ zu erreichen. — In dem bereits erwähnten instinktiven Fremdenhaß fand man die beste Grundlage; es galt nur, diesem Haß die gewünschte Richtung zu geben, wozu ein bedauerlich großer Teil der englischen Presse nur allzu bereit war, voran natürlich Lord Northcliffe mit seiner Meute. Was in dieser Beziehung geleistet wurde, hat nur der erfahren, der in England ansässig war; leider wurden alle Versuche, die deutsche Regierung auf die Gefahr aufmerksam zu machen und zeitig zu Abwehrmaßregeln zu veranlassen, durch deren absolute Teilnahmlosigkeit zum Scheitern gebracht. Die Parole, unter der das englische Volk zum Krieg begeistert wurde, war „down with Germany“, „Germany must be wiped out“ etc. — Als die englische Regierung nach dem militärischen Zusammenbruch Rußlands im Herbst 1915 sich zu der gefürchteten Einführung der allgemeinen Wehrpflicht genötigt sah und dabei auf die Stimmen der Arbeiterpartei rechnen mußte, gab sie drei feierliche Versprechen ab: 1. es sollten nach dem Krieg alle Ausländer des Landes verwiesen und nicht mehr zugelassen werden, 2. es sollte durch unerhört hohe Tarife auf fertige Waren (manufactured goods) der deutsche Wettbewerb dauernd unmöglich gemacht, 3. es sollte durch Ausschluß Deutschlands vom Rohstoffmarkt der Welt

Digitized by Google

auf eine Reihe von Jahren die deutsche Industrie vernichtet werden. — Das zog.

Heute verlangt das englische Volk die Einlösung dieser Versprechungen. Was den zweiten und dritten Punkt betrifft, so hängt es schließlich nicht von der englischen Regierung allein ab, ja nicht einmal von ihren Verbündeten, ob das Versprechen voll zur Ausführung gelangen kann; um so mehr mußte die englische Regierung bestrebt sein, das Interesse der Massen auf den ersten Punkt zu konzentrieren! Das ist ihr auch vollkommen gelungen. —

Die neuen Wahlen wurden hauptsächlich unter der Parole: „the German must go" geführt und gewonnen. Wer darüber im Zweifel sein sollte, der lese den Bericht über die Debatten im Oberhaus vom 4. April und im Unterhaus vom 15. April, als das neue Fremdengesetz auf der Tagesordnung stand. — Die gemäßigten Kreise hielten sich in bedauerlicher Weise völlig fern oder beschränkten sich auf einige unbedeutende Mahnungen und Warnungen; die Deutschenfresser ließen sich um so lauter und deutlicher vernehmen, und so mußte man es erleben, daß ein Gesetzentwurf, dem sicherlich der bessere und einsichtigere Teil ablehnend gegenübersteht, ohne Abstimmung in zweiter Lesung angenommen wurde. Wäre diese Hasseskundgebung auf Leute wie Bottomley, den Pemberton Billing oder den Ben Tillet beschränkt geblieben, so könnte man sich darüber leicht beruhigen; bedeutend ernster gestaltet sich der Aspekt, wenn man die Vorgänge im Oberhaus in Betracht zieht. — Dort haben der Earl of Jersey als Vertreter der Regierung, Lord Wittenham, Viscount Cave, der frühere Home-Secretary, Viscount Galway und dann vor allem der Lordkanzler selbst in schärfster und gehässigster Weise sich gegen Deutschland und die Deutschen ausgesprochen und übereinstimmend darauf hingewiesen, daß das Volk ein Recht habe, die Einlösung des Wahlversprechens: „the German must go" zu verlangen, ja daß gar kein Grund vorliege, dieses Versprechen rückgängig zu machen oder auch nur abzuschwächen! — Wenn dem gegenüber humanere Elemente, wie Lord Lambourne, Lord Bryce, Lord Phillimore und der Marquis von Lincolnshire zur Mäßigung rieten und vor den Folgen warnten, so gingen doch diese einzelnen Stimmen im Konzert des Hasses völig unter, wie das Resultat zeigt. Ebenso verhält es sich mit den ernsten und vernünftigen Kommentaren der liberalen Blätter, wie „Daily News" und „Manchester Guardian" gegenüber der papierenen Sintflut der unionistischen und besonders der Northcliffepresse.

Befassen wir uns mit dem neuen Fremdengesetz selbst etwas näher, so fällt uns sofort auf, daß es den Kriegszustand den Fremden gegenüber zunächst auf 1—2 Jahre provisorisch verlängert, mithin der Regierung für diese Zeit nicht nur das Recht verleiht, jeden Ausländer, der sich irgendwie mißliebig macht (ja sogar selbst ohne diese Vorbedingung!) einfach aus dem Lande zu weisen und selbst längst Naturalisierten ihre Rechte wieder zu entziehen, wie bereits vielfach geschehen, sondern auch jeden Fremden, der ins Land kommen will, durch einfaches Veto daran zu verhindern.

Was das bei dem wahnsinnigen, wohlorganisierten Deutschenhaß für uns speziell zu bedeuten hat, liegt auf der Hand. Für uns Deutsche hat aber das neue englische Fremdengesetz noch einen andern Aspekt.

Es verlangt die sofortige zwangsweise Deportation aller in England befindlichen Deutschen, und wie ernst es damit gemeint ist, beweist der Umstand, daß die Deportation bereits ausgeführt wurde, ehe der Entwurf Gesetz geworden ist! — weiterhin verbietet er die Rückkehr der während des Krieges ausgetauschten Zivilgefangenen, von denen ein sehr großer Teil noch gewichtige Interessen in England zu wahren hat.

Wohl verbleiben noch nach wie vor etwa 4000 deutsche Internierte in England; es sind Leute, die selbst den Wunsch dazu geäußert haben, und deren Gesuche nun einer Kommission unter dem Vorsitz des Richters Younger zur Genehmigung oder Verwerfung unterliegen. — Der Umstand, daß diese Leute auch nach Beendigung des Krieges als Gefangene hinter Stacheldraht gehalten werden, wiewohl sie fast durchgängig ältere Leute mit jahrzehntelangem Aufenthalt in England und mit englischen Frauen und meist schon erwachsenen englischen Familien sind — läßt die schließliche Absicht der britischen Regierung erraten.

Daß man sich auch in englischen Kreisen dessen bewußt ist, beweisen die zahlreichen Anfragen in beiden Häusern des Parlaments: 1. ob die in Rede stehenden Internierten auch davon in Kenntnis gesetzt werden, daß ihnen vor der Deportation das Recht eines Appells zustehe, und 2. ob die Regierung auch die Zusicherung geben könne, daß alle Fälle einzeln gehört und unparteiisch „according to their merits" behandelt werden würden? — Die Wahl des Richters Younger als Vorsitzenden des Tribunals verheißt für die Deutschen jedenfalls wenig Gutes, wie jeder zugeben wird, der sich seines Auftretens während des Krieges erinnert.

Das ganze neue Fremdengesetz verdient weniger den Namen einer „Anti-Alien" als einer „Anti-German Bill". Mit demselben ist ein Hauptpunkt in der englischen Verfassung, der ein Hauptstolz Albions war, gefallen, das freie Asylrecht für Angehörige jeder Nation, solange sich dieselben nicht gegen die Landesgestze vergehen.

Von den uns vorliegenden Pressestimmen heben wir die folgenden hervor.

Der „Manchester Guardian", der scharfe Gegner Northcliffes, läßt sich am 16. April aus Westminster schreiben:

„Opposition zu dem Gesetzentwurf gegen die Ausländer" im Unterhaus erhob sich heute abend von zwei Seiten — von denen, die wie Sir Donald Macleen fürchten, daß unter diesem Gesetz die englisch geborenen Frauen und Kinder feindlicher Ausländer „wie Ratten oder Ungeziefer" ins Ausland verschifft werden könnten — und auf der andern Seite von denen, die — in Mr. Bottomleys Worten: „die Regierung im Verdacht zu großer Zartheit haben in einem Geschäft, das vor allem rücksichtsloser und scharfer Handlungsweise benötigt".

Ein intensives, jedoch eher fraktionelles als allgemeines Interesse schien in der Debatte zu walten. Diesmal war die unionistische Majorität, deren Mitgliederzahl im gegenwärtigen Parlament so stark hervorragt, ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprechend auf den Bänken vertreten, während die andern Parteien, ob liberal oder Arbeiterpartei, sich kaum die Mühe nahmen zu erscheinen, und, was die Debatte anbelangt, sich mit ein oder zwei Ausnahmen begnügten, eine stumme Rolle zu spielen. Möglicherweise war die tiefere Ursache für diese anscheinende Gleichgültigkeit einer Anspielung von Oberst Wedgwood zufolge in dem herdenmäßigen Verfolgungsinstinkt zu suchen, den er in zornigen Worten der unionistischen Majorität vorwarf — eine Erscheinung, die, wie dieser hervorragende Mitkämpfer vermutete, bei jedem Mann, der für dieses Land im Feld gestanden hatte, ein Gefühl der Scham erwecken müsse über die Sorte von Krieg, die nun weitergeführt werden sollte.

Obgleich Mr. Tillet und Mr. Stenton, die verschiedene Schattierungen der Ansichten der Arbeiterpartei vertraten, etwas Wärme in die Debatte brachten, so hielt sich doch im allgemeinen die Arbeiterpartei so offenkundig fern, daß sich dieselbe darüber einen speziellen Tadel von Mr. Bottomley zuzog. „Willkommen zurück, kleiner Fremdling, komm herein und nimm dir die Arbeitsplätze des britischen Arbeiters weg" — das war nach seiner Kritik das Verhalten der Regierung der ausländischen Einwanderung gegenüber. Und doch hatte die Arbeiterpartei aus schwer verständlichem Versehen es Mr. Bottomley überlassen, den Antrag auf Abweisung des Entwurfs zu stellen.

Digitized by Google

In Verlegenheit gesetzt durch den doppelten Vorwurf, „zu weit" und „nicht weit genug" zu gehen, stellte der Minister des Innern, indem er die zweite Lesung des Entwurfs beantragte, denselben teilweise als eine notwendige Uebergangsmaßregel, teilweise als eine dauernde Maßregel dar. In der überwiegenden Hauptsache führt der Entwurf Strafen von außergewöhnlicher Härte ein für Ausländer, die in dieses Land kommen könnten mit dem planmäßigen Vorsatz „Unzufriedenheiten" hervorzurufen, während er in seinen mehr allgemeinen Verordnungen darauf abzielt, die der Regierung während des Kriegs erteilte Vollmacht auf zwei Jahre zu verlängern, die es ihr ermöglicht, durch periodischen Erlaß von Kabinettsorders die ausländische Einwanderung zu regeln und die bereits ansässigen Ausländer zu behandeln.

In ihrer Ablehnung des so gezeichneten Verfahrens stützten sich die Gegner des Entwurfs zum Teil auf konstitutionelle Gründe, zum Teil jedoch in sehr heftiger Art auf den unfreundlichen Hinweis, daß man erfahrungsgemäß den verschiedenen sich ablösenden Ministern sehr wenig Zutrauen schenken könne, daß dieselben ihrer eigenen Initiative überlassen, das Problem richtig erfassen würden. Nach Mr. Shortt's Ansicht würden die „hart- und scharf"-Methoden in ihrer Anwendung auf Ausländer aller Kategorien, ob Neutrale, Verbündete oder Feinde, unmöglich anwendbar sein, — worauf Mr. Bottomleys und seine Anhänger erwiderten, daß diese spezielle Schwierigkeit durch Einsetzung eines neuen „beratenden Komitees" für die Handhabung des Gesetzes leicht zu überwinden wäre.

Sehr betonte der Minister des Innern — zu sehr nach Ansicht seiner Gegner — die persönliche Freiheit des Urteils, die ihm der Entwurf geben würde in Hinsicht auf Milderung „unnötiger und deshalb ungerechter Härten" und andererseits auf Versteifung und Verschärfung von Kabinettsorders nach Maßgabe der in verschiedener Richtung gemachten Erfahrungen. Dies war ein so offenkundiger Hinweis auf den provisorischen Charakter des Entwurfs, dies war wahrscheinlich der Grund, weshalb Sir Donald Maclean in seiner charaktervollen Verurteilung des Entwurfs im ganzen, es anderen überließ, die konstitutionelle Frage zu erheben.

Aus verschiedenen Zwischenfällen im Lauf der Debatte und auch aus seinem eigenen Zugeständnis erhielt man den Anschein, daß der Führer der liberalen Partei, als Mitglied des „Beirats über Ausländer", durch die Gründlichkeit, mit welcher er seine Pflichten erfüllte, sich das Vertrauen von Sir John Butcher erworben habe — eine Leistung, die beiläufig die spätere Betrachtung Sir Ernest Wild's über die „Ausländervorliebe" der „Frei-Liberalen" in hohem Grade lächerlich zu machen geeignet war.

Der Hauptgrund für Sir Donalds Gegnerschaft ist jedoch augenblicklich die Möglichkeit des Skandals einer Massendeportation britisch geborener Frauen und Kinder infolge der zwangsweisen Heimsendung der im Ausland geborenen Ehegatten und Väter. Weiterhin befürchtet er noch, daß der Entwurf kraft seiner weiteren Einschränkungen des Asylsrechts in diesem Lande die Wirkung einer Erniedrigung und Entartung der hohen nationalen Traditionen Englands haben dürfte. „Eine feststehende und weitblickende Anschauung", so plädierte er — „sollte in diesen Dingen unser Ideal sein" — ein Appell, der wohlgemerkt von den Bänken der Unionisten mit ungeduldigem Lärmen begrüßt wurde.

Mit wenigen Ausnahmen ging die Debatte, die nun einmal in der Hauptsache den Extremisten überlassen war, scharf gegen den Entwurf, als dem „Schatten eines Simulakrums", wie er von einem seiner Gegner bezeichnet wurde. Nichtsdestoweniger wurde der Entwurf, wie es heutzutage meistens mit Entwürfen, die fast jedermann verdammt, der Fall ist, in der zweiten Lesung ohne Abstimmung angenommen, und zwar auf Grund eines Versprechens, das sich der Minister des Innern abringen ließ (und das in der Komitee-Beratung in Wirkung treten soll) den vorgeschlagenen Zeitraum von zwei Jahren auf ein Jahr herabzusetzen.

Der Londoner „Daily Graphic" schreibt dagegen, und wir geben es als eine Probe des noch halbwegs anständigen Teils der Northcliff-Presse wieder:

„Wenn es keine Hunnen gäbe, so wäre eine Maßregel wie diejenige, welche gestern im Unterhaus vom Minister des Innern zur zweiten Lesung eingebracht wurde, unnötig gewesen. In keinem früheren Kriege waren wir genötigt, zu solch drastischer Gesetzgebung zu schreiten wie das Ausländergesetz (Aliens Restriction Bill), weil niemals früher Deutsche in Betracht kamen. Dies ist eine Tatsache, die Mr. Shortt bei seiner Darlegung ignoriert hat. Er begründete seine Auseinandersetzung auf die alte Auslegung des Wortes „Ausländer" (alien), uneingedenk der Tatsache, daß die Meinung dieses Wortes rapid der Vergessenheit anheimfällt. Heute ist es der „Hunne", an den jedermann zunächst denkt, wenn von „Ausländer" die Rede ist; und jeder anständige Mensch, der vom Krieg in Wirklichkeit etwas verspürt hat, ist sich völlig klar darüber, daß der Hunne dauernd von unseren Küsten ferngehalten werden muß. Der Fehler des Entwurfs ist jedoch der, daß seine Strenge gelindert ist durch seine Anwendung auf Personen ausländischer Geburt, die wir nicht mehr als Ausländer betrachten, wie sie ja selbst sich daran gewöhnt haben, während des Krieges dieses Wort, auf irgend eine andere Rasse angewendet, beinahe als eine Beleidigung aufzufassen. Was wir sehr notwendig brauchen ist ein „Hunnengesetz, nicht ein „Ausländergesetz". Wir haben nicht das Verlangen, Großbritannien sollte aufhören ein Asyl für die Unterdrückten zu sein; aber es darf nicht wieder der Nothafen für eine Rasse werden, die unsere Gastfreundschaft auf unzählbaren Wegen und Weisen mißbraucht hat. Soweit die Maßregel Unterstützung fand, geschah es nach dem Grundsatz: „Besser etwas als gar nichts", aber daß ihre Ablehnung beantragt wurde auf Grund ihrer schlotterigen Fassung, beweist zur Genüge, daß wenigstens einige Parlamentsmitglieder eine klare Auffassung von dem haben, was die Umstände gebieterisch verlangen. Dieser Geist erweckt gute Gründe für die Erwartung, daß der Entwurf bei der Komiteeberatung verschärft wird."

Die „Daily News" dagegen haben ein Gefühl dafür, wie tief sich England selbst durch dieses Gesetz erniedrigt:

„Selbst unser gegenwärtiges Unterhaus hat noch nie eine solch unnoble Aufführung gegeben als gestern. Der Entwurf, den Mr. Shortt in einer verhältnismäßig vernünftigen Rede einführt, ist ein schlechter Entwurf, weil er dem Ministerium des Innern Vollmachten verleiht, die - Kriegszeiten ausgenommen - kein Regierungsdepartement besitzen sollte, die praktisch unmöglich gehandhabt werden können ohne grausame Härten und Ungerechtigkeiten gegen einzelne Individuen und deren Ausübung über dieses Land einen Schaden bringen wird, dessen Schwere zu dem allsfallsigen Nutzen in gar keinem Verhältnis steht. Wahrhaftig: „Der Appetit kommt beim Essen". Die Hetzjagd auf unglückliche deutsche Kellner als „feindliche Ausländer" und „eine Gefahr für das Land" (der Himmel helfe dem Lande, dem die gefährlich werden könnten), die Massenverhaftungen unter dem „Verdacht des Bolschewismus" von armseligen russischen Juden, denen die bloße Bedeutung, nicht zu sprechen vom Wesen dieses Wortes wahrscheinlich ein tiefes Rätsel ist, sind jetzt abgedroschene Zeitvertreibe. Der Vorschlag, englischen Frauen, die zufällig an Deutsche verheiratet sind, die Erlaubnis zum Verbleib in ihrem Heimatlande zu geben, wurde von der Ritterlichkeit Englands mit dem Gebrüll: „Nein, nein!" begrüßt. Einige Abgeordnete scheinen sich kühn zu der Stellungnahme durchgerungen zu haben, daß überhaupt keine Ausländer in diesem Land geduldet werden sollten. Augenscheinlich ist es nutzlos, sich

Digitized by Google

mit dem blinden Haß auseinanderzusetzen, der diesen Menschenfresser-Wahnsinn beseelt. Aus Deutschland selbst ist — was den Geist der Aktion betrifft — gewiß nichts schlimmeres je gekommen und Herr Lessauer selbst könnte einige dieser Reden gehalten haben. Mr. Bottomleys niedrige Habgier wird sich eher zur Vernunft bekehren lassen und sich schließlich unter sie beugen. Unglücklicherweise wird es dann zu spät sein, das getane Unheil wieder gutzumachen. Wenn einmal der Kontinent widerhallt von Geschichten über unsere Tyrannei und Grausamkeit, die diese Deportierten verbreiten werden, wenn einmal andere Länder beginnen, dem dort schmarotzenden Engländer die Qualen und Strafen heimzuzahlen, die wir mutwillig dem Fremdling in unsern Toren aufgeladen haben, dann wird der Abgeordnete für Hackney und seine ergebenen Freunde zu zweifeln anfangen, ob diese Verfolgungssucht sich bezahlt macht, und ob unsere verlorene Reputation als Zufluchtsort der Bedrückten aller Länder, sogar von ihrem Standpunkt aus beurteilt, etwas wert war. — Aber — wie Mr. Bottomley zweifelsohne sehr wohl aus Erfahrung weiß — ist es kein leichtes, das Kleinod des guten Namens wieder zu erringen, nachdem man es einmal und entschieden verloren hat."

Schließlich sei aus einer feinen Satire des „Manchester Guardian", die der Feder ihres Autors alle Ehre macht, das Schlußstück wiedergegeben:

„Der gestrige Gesetzentwurf war hauptsächlich eingebracht, um alle die geängstigten Spekulanten in Aktien, deren Wert seit der Niederlage Deutschlands gesunken war, etwas fallen zu lassen. Das wirkliche Risiko, nach diesem Kriege von einer Invasion von plündernden Horden feindlicher Ausländer heimgesucht zu werden, ist ungefähr ebenso groß wie das Risiko Mr. Keatings (der größte Insektenpulverfabrikant der Welt), seine Geschäftsräume von Flöhen überfallen zu sehen. Immerhin, man mußte das Gesicht wahren, und Mr. Shortt drückte sich nicht um seine Aufgabe. Der Entwurf verlängert die kriegsmäßige Behandlung feindlicher Ausländer für eine genügende Periode, um den Tagesblättern Zeit für eine neue „Hetze" und den politischen Kandidaten für ein weiteres Versprechen zu geben. Zum mindesten ein Jahr ist vorgesehen, um diese Grabarbeiten zu vollenden. Während dieser Frist können feindliche Ausländer ex officio durch Kabinettsorder in jedem Grade belästigt werden, der den schnüffelnden Journalisten und Politikern zur Erhaltung ihres Seelenfriedens notwendig erscheint. Auf diese Weise bleibt es voraussichtlich einem andern Ministerium vorbehalten, in 1 bis 2 Jahren die Tatsache festzustellen, daß der Krieg vorüber ist. Der Entwurf veranlaßt aber auch gleichzeitig zwei Aenderungen im Gesetz, die mehr dauerhafter Natur sind. Eine davon ist eine Strafklausel gegen jeden Ausländer — nicht allein feindlichen Ausländer, sondern auch Neutralen oder Alliierten — der darauf berechnet oder „dazu angetan" ist, „Aufruhr" zu erregen (von Mr. Shortt weitergehend als „Unruhe" ausgedeutet) unter der Zivilbevölkerung Britanniens. Dies würde zum Beispiel bedeuten, daß, falls Mr. Gompers, der berühmte Führer der amerikanischen Arbeiterpartei, bei einer Arbeiterversammlung in England eine Rede halten würde, welche ein guter konservativer Minister des Innern als zu „Unruhen" verleitend auffaßte, er ihm eine Spezialration von 10 Jahren Zuchthaus verordnen könnte im Gegensatz zu der geringen Quantität, die das gemeine Gesetz einem eingeborenen britischen Störer des kapitalistischen Friedens zuteilen würde. Oder falls Mr. Clemenceau in London eine der aufregenden Erklärungen abgeben würde, auf denen in Paris vor dem Krieg sein ganzes Renommee beruhte, so könnte er hiefür summarisch zu drei Monaten verdonnert werden. Wenn das antike Rom und Griechenland eine Vorahnung vom Geiste dieser pfiffigen Verordnung gehabt hätten, eine beträchtliche störende Beeinflussung der Kirchengeschichte wäre sicherlich die Folge gewesen bei Anwendung derselben auf St. Petrus und St. Paulus, die, wiewohl sie formell Bürger des Reiches waren, zweifellos von den Bottomleys und Pemberton Billings von Athen und Rom als äußerst verabscheuungswürdige Ausländer betrachtet worden wären. Eine weitere Klausel bezieht sich auf den Fall, daß ein Ausländer „gewerbliche Unruhen" hervorruft in einem Betrieb, in welchem er angestellt ist, nicht aber in einem, in welchem er nicht angestellt ist. Z. B. falls er ein Eisenbahnbediensteter und Mitglied seines Verbandes ist, darf er zu einem Eisenbahnstreik raten, wenn er dagegen zu einem Streik der „Trippel-Alliance" aufforderte, könnte man ihn für drei Monate ins Gefängnis schicken. Ein Mann, der ein so feines Haar spalten kann, dürfte es weit bringen. Diese kleinen Stiche gegen den freundlichen Neutralen und den Verbündeten atmen wieder den genialen Geist, in welchem ein Franzose, der im 17. Jahrhundert in England landete, durch die Straßen von Dover verfolgt wurde unter dem Geschrei: „Französischer Hund!"

Die deutsche Auswanderungsfrage und ihre Lösung

Zu den neueren Versuchen einer gesellschaftlichen deutschen Auswanderung

Von M. GRISEBACH, WITZENHAUSEN, Pfarrer und Dozent an der deutschen Kolonialschule und Geschäftsführer des Evangelischen Hauptvereins für deutsche Ansiedler und Auswanderer

I. Das gegenwärtige Auswanderungsproblem.

Nichts charakterisiert den ganzen wirtschaftlichen und moralischen Zusammenbruch unseres deutschen Volkes und Vaterlandes so sehr, wie das einsetzende Auswanderungsfieber und die zahlreichen Versuche, eine gesellschaftliche Auswanderung in überseeische Länder zu leiten, wodurch dies Fieber nur gesteigert wird. Die Größe derartiger Unternehmungen und der feste Glaube ihres Anhangs, daß man von ihnen allein sich Heil für die Zukunft versprechen darf, läßt erkennen, wie verbreitet schon die Not, wie viele schon der Verzweiflung nahe und wie groß die politische Verärgerung und Europasattigkeit ist. Daß der Auswanderungslustigen draußen voraussichtlich bald eine noch viel größere Not wartet bei der planmäßigen Verhetzung alles Deutschen durch die Entente, das bedenken die wenigsten. Ein Glück für sie, daß zunächst noch keine Ausreisemöglichkeit besteht und ihnen Zeit gelassen ist, den Auswanderungsschritt vorher gründlichst zu erwägen und sich über das erwählte Ziel eingehend zu unterrichten.

Daß sich heute so zahlreiche Vereinigungen einer gesellschaftlichen Auswanderung bilden, zeigt aber andererseits, daß wir doch etwas aus der Geschichte deutscher Auswanderung gelernt haben, daß wir nicht gewillt sind, unsere augenblickliche Notlage wieder, wie in früheren Jahrhunderten so oft schon, einfach durch die feindlichen Mächte, wenn auch nur in dem Sinne ausschlachten zu lassen, daß unsere Auswanderungslustigen auf ihren Ruf und Wink warten, um sich dann als Völkerdünger wie Sklavenvieh in Gegenden führen zu lassen, die ihnen gnädigst angewiesen werden, um dort dann dienstbare Knechte zu sein.

Daß zur Ausschlachtung in diesem Sinne wieder die in der Geschichte deutscher Auswanderung schon rühmlichst bekannten Gebiete von Elsaß-Lothringen, der Pfalz und dem ganzen westlichen Rheinufer dienen müssen, werden wir leider

Digitized by Google

nicht hindern können; sie sind von den Feinden besetzt, und der von den Franzosen bereits eingerichtete Schiffahrtsdienst von Straßburg nach Rotterdam wird voraussichtlich nicht nur Kali und Kohlen und Eisen, sondern vor allem auch „lebendige deutsche Ware" auszuführen haben.

Was die große Zahl der Auswanderungslustigen aus dem übrigen deutschen Reichsgebiet angeht, so sorgt schon der geradezu fanatische Vernichtungskrieg, welchen die Entente gegen alles Deutsche in überseeischen Ländern immer noch führt, von selbst dafür, daß die Vereinigungen einer gesellschaftlichen Auswanderung sich nur solche Länder als Auswanderungsziel auswählen werden, in denen ein Entgegenkommen der Staatsregierungen zu erwarten ist und gesichert erscheint. Aber auch hier ist die größte Vorsicht geboten. Die Macht der Entente reicht weiter als gewisse Staatsregierungen selbst zugeben werden, und die besonders in Südamerika zusammengewürfelte Bevölkerung ist, soweit sie nicht aus deutschfeindlichen Nationen stammt, durch die feindliche Presse fünf Jahre hindurch planmäßig gegen alles Deutsche aufgehetzt und kann nicht von heute auf morgen sich plötzlich deutschfreundlich zeigen. Verspricht auch die Regierung größtes Entgegenkommen, die Bevölkerung ihres Landes hat sie, und in Südamerika am allerwenigsten, niemals so fest in der Hand, daß sie für ihre Deutschfreundlichkeit oder auch nur für ihre wirkliche „Neutralität" einstehen könnte. Die früheren Friedenserlebnisse deutscher Siedler in Südamerika zeigen auch zur Genüge, ein wie weiter Weg zwischen Versprechungen überseeischer Regierungen und ihrer Erfüllung liegt.

Ein wie großes Verständnis man zurzeit auch für die überseeische Auswanderungslust von Millionen Deutscher haben muß, so kann doch die Auffassung nicht scharf genug bekämpft werden, als ob drüben in Mittel- und Südamerika der Deutschen ein Paradies warte, in das sie sich nur zurückzuziehen brauchten, um in Ruhe und Frieden von ihrer Hände Arbeit oder gar von ihren Zinsen leben zu können. Diese Hoffnung klingt heute aus zahlreichen Anfragen, welche bei der Geschäftsstelle des Evangelischen Hauptvereins für deutsche Ansiedler und Auswanderer und bei der Deutschen Kolonialschule in Witzenhausen einlaufen. Demgegenüber muß scharf betont werden, daß ihrer aller ein ungeahnt hartes Leben und manche schwere Enttäuschung zunächst auch drüben warte; die Zahl derer wird klein bleiben, welche sich durch die schwierigen Anfangszeiten glücklich werden hindurch retten können. Wirtschaftliche Notlage ist aber im fernen überseeischen Lande stets weit schwerer zu ertragen als in der Heimat, weil die Unkenntnis der Landessprache und Landesverhältnisse, das veränderte Klima, das Fehlen irgendwelcher sozialen Fürsorge, die Unfreundlichkeit oder gar der Haß der umgebenden Bevölkerung und dergleichen mehr den einzelnen viel hilfloser machen als er hier in der Heimat werden kann, wo dem wirklich Arbeitswilligen sich doch schließlich immer eine Arbeit bietet, wo er vor allem als Deutscher unter Deutschen leben kann und seinen Kindern stets deutscher Unterricht und der Glaube seiner Väter weit eher gesichert ist, als in irgend einem fernen überseeischen Lande.

Doch die Vereinigungen gesellschaftlicher Auswanderung werden ja selbst an Ort und Stelle die Verhältnisse durch vorausgesandte Kundschafter und Vertrauensleute eingehend prüfen, ehe sie die Verantwortung für die Hinausbeförderung hunderter tatkräftiger deutscher Familien übernehmen. Sie werden es in dem Bewußtsein tun müssen, daß es sich bei ihren Schutzbefohlenen um die wertvollsten Elemente unseres Vaterlandes handelt. Denn Tatenlust, Unternehmungsgeist, Arbeitsfreudigkeit und Wagemut haben noch von jeher deutsche Auswanderer vor den Zurückbleibenden ausgezeichnet. Möchte die Prüfung der jenseitigen Verhältnisse Gründlichkeit, Weitblick und vor allem auch ein recht starkes geschichtliches Verständnis zeigen, Eigenschaften, welche die Entwürfe einiger der Auswanderungs- und Siedlungsunternehmen leider noch nicht genügend sicher erkennen lassen, möchten alle Unternehmungen aber vornehmlich mit allen denen, die sie hinausführen wollen, ihren vaterländischen Sinn sich bewahren, der trotz des gegenwärtigen traurigen Erlebens dennoch in jedem deutschen Herzen lebt.

II. Die gesündeste Lösung des Auswanderungsproblems.

Es ist wohl keine Frage, daß es für unser schwer geprüftes deutsches Vaterland und unser gesamtes deutsches Volkstum besser wäre, wenn es gelänge, die Millionen Auswanderungslustiger durch eine großzügige Innenkolonisation dem Vaterlande zu erhalten. Der gute Wille dazu scheint bei allen in Frage kommenden Stellen vorhanden zu sein, aber die gegenwärtigen Verhältnisse im deutschen Vaterlande erschweren die Ausführung. Sie wird nach dem Urteil der Sachverständigen vielleicht noch 10 Jahre auf sich warten lassen. Zum Kolonisieren gehört vor allem Baumaterial. Dies ist zurzeit schwer zu beschaffen, und die hohen Arbeitslöhne haben die Kosten bedeutend (um das vier- und mehrfache!) gesteigert. Dem Reiche fehlen die Mittel, um auch nur das Land zu ähnlich billigem Preise abgeben zu können, wie dies überseeische Kolonialländer vermögen. Immerhin ist bei dem Vergleich zu bedenken, daß zurzeit auch die Ueberfahrtspreise infolge des niedrigen Valutastandes des deutschen Geldes etwa acht- bis zehnmal so hoch sind als zu Friedenszeiten, und daß die Beförderung größerer Scharen von Auswanderern, wenn sie bei dem mangelnden Schiffsraum überhaupt in absehbarer Zeit durchführbar sein sollte, heute Summen kostet, die entschieden nutzbringender und auch sicherer in heimischen Siedlungen angelegt werden können.

In zweiter Linie gilt es heute mehr denn je, den deutschen Wall gegen die herandrängende Slawenflut zu festigen und womöglich weiter gen Osten vorzuschieben. Uebt auch der brodelnde Hexenkessel im Osten zurzeit wenig Anziehungskraft auf solche aus, die sich nach ruhiger und friedlicher, aufbauender Arbeit sehnen — die Schrecken des gegenwärtigen Chaos werden vorüberziehen, und die verwüsteten und der der Menschen entleerten Gefilde werden wieder bevölkert werden müssen, besonders werden neu sich bildende Staaten des Deutschen nie entraten können, der von jeher als staatsbildendes und staatserhaltendes Element sich bewährt hat. Auch die Polen werden es erfahren, daß sie ohne das wertvolle deutsche Element ihren Staat nicht aufbauen und erhalten können, mögen sie sich zurzeit unter dem Einfluß der Entente noch so ungebärdig und übermütig gegen die Deutschen benehmen! Es ist in dieser Hinsicht interessant, festzustellen, daß schon jetzt die 600 000 Banater Schwaben nach Tausenden von deutschen Führern rufen, die ihnen zur Erhaltung ihres Deutschtums, zum Anschluß an Deutsch-Oesterreich helfen sollen. Auch die alte deutsche Straße nach Triest wird im Zeichen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker nur durch planmäßige Deutschenbesiedlung in südöstlicher Richtung freigehalten werden können. Sogar aus Siebenbürgen klingen schon Stimmen herüber, daß den dortigen Sachsen eine lichtere Zukunft bevorstehe denn je, trotz oder gerade wegen des Wechsels der herrschenden Macht. (Vgl. Monatshefte des Gustav-Adolf-Vereins I 1/2, S. 31.) Auch aus der Ukraine hören wir mit Freude, daß der Deutschenhaß sich zu legen beginnt, und kriegsgefangene Deutsche streben zurück, um sich dort anzusiedeln. Transkaukasien wird schon jetzt als günstiges deutsches Ansiedlungsgebiet gepriesen. So wird sich ein Anziehungspunkt nach dem andern

Digitized by Google

für auswanderungslustige Deutsche im Osten aus dem Chaos herausschälen. Vielleicht werden die genannten Gegenden noch eher günstige Siedlungsgebiete für Deutsche werden, als alle die heute so vielgepriesenen Siedlungsländer in Mittel- und Südamerika. Und diejenigen, welche Geduld und den Mut hatten, auszuharren, werden sich belohnt sehen, indem sie von einer kraftvollen deutschen Führung planmäßig nach dem Osten und Südosten geleitet werden. Hier werden sie nach Beruhigung der zurzeit noch so aufgeregten Gemüter wirtschaftlich vielleicht schneller vorwärts kommen, als in überseeischen Ländern und vor allem stets den hoffentlich recht bald wieder erstarkenden Rückhalt des nahen Heimatlandes behalten.

Doch wo sind zurzeit die großen Führer des Reiches, die zu solch großem Werk berufen sind: ein Großer Karl, ein Albrecht der Bär, ein Heinrich der Löwe, ein Heinrich I., die mit weitem Blick und Machtfülle begabt, die Grenzen ihres Reiches ostwärts vorschoben durch kriegerische Unternehmungen in Verbindung mit planmäßiger Siedlungsarbeit?! Wir wollen nicht vergessen, daß unser Volk schon mehrfach ähnliche Zeiten erlebt hat wie die heutige. Von „der Zeit der Zersplitterung und Zerrissenheit, wie sie dem Verfall der Kaisergewalt folgte", berichtet Einharts Deutsche Geschichte: „In dieser Zeit gelingt dem deutschen Volke die größte Tat seiner mittelalterlichen Geschichte: Eroberung und Besiedlung des Ostens. So groß war der Reichtum, der Ueberschuß an Volkskraft, daß trotz der unsäglichen Opfer der Kreuzzüge und der steten Kriegsfahrten nach Italien Massen wanderfroher Männer sich bereit fanden, gen Osten zu fahren. In kürzester Zeit entstehen Städte, die sich zu einer im alten Reiche nicht vorhandenen Macht entwickeln, ja, es entstehen neue Stätten, die für die Zukunft des Vaterlandes entscheidend werden sollten."

Die Hauptträger solcher planmäßigen Siedlungsarbeit waren weniger Fürsten und Könige, als die Ritterorden. Der kriegerische Sinn hat dem Deutschen schon oft in früheren Jahrhunderten den richtigen Weg gezeigt; warum sollte er es nicht auch heute wieder tun? Die Bedrohung unserer Ostgrenzen kann unserem Volk und Vaterland zum Segen werden, wenn unser „Grenzschutz-Ost" diese große Aufgabe der mittelalterlichen Ritterorden übernehmen würde. In klarer Erkenntnis dieser Lage wirbt eine „Baltische Landeswehr" nicht nur zuverlässige Kämpfer, sondern zugleich geeignete künftige Siedler für das Baltenland. (Vgl. „Siedlungsmöglichkeiten im Osten", Deutscher Auswanderer Nr. 1/2, 1919, S. 18, zu beziehen durch den Evang. Hauptverein für Deutsche Ansiedler und Auswanderer Witzenhausen). Die die Heimat verteidigenden Kämpfer sind die gewiesenen Siedler dieser neuen „Militärgrenze", über die auf dem Friedenskongreß noch nicht das letzte Wort gesprochen werden kann. Sie kennen am besten das Land und werden es lieb gewinnen, nachdem sie es verteidigt haben, wenn ihnen als Lohn für ihren vaterländischen Dienst ein Stück verlassenen Landes zur Besiedlung freigegeben wird. Hier ist dann auch der engste Zusammenhang mit dem Mutterlande von selbst gegeben, und eine derartige Massenbesiedlung durch moderne „Ritterorden" alias „Freikorps" stellt die beste und günstigst organisierte Auswanderung dar. Eine solche Besiedlung im Baltenland wird sich auch schon bald nach Beilegung der östlichen Schwierigkeiten leicht durchführen lassen, denn die für eine Innenkolonisation sonst bestehenden Hemmnisse in bezug auf Bauten werden zum Teil dadurch beseitigt werden können, daß man dort auf die wesentlich billigeren Lehm- oder Holzbauten zurückgreift. Um Herr auf eigener Scholle zu werden, nehmen die nicht verwöhnten Schützengrabensoldaten zunächst auch noch einige Härten des Lebens auf sich.

Sollte nun die deutsche Innenkolonisation, sowie der Osten und Südosten unseres Vaterlandes dem einzelnen Auswanderungslustigen keine Möglichkeit einer befriedigenden Unterkunft bieten — auf den romantischen Sinn des deutschen Michels üben ja stets die überseeischen Länder einen stärkeren Reiz aus als die nähergelegenen —, so gilt es in dritter Linie zunächst diejenigen überseeischen Länder zu prüfen, welche bis zu diesem Kriege wenigstens unter deutscher Oberhoheit standen und über die das zurzeit so laut gepriesene Selbstbestimmungsrecht der Völker vielleicht doch noch einmal eine andere Entscheidung trifft, als die gegenwärtigen Friedensverhandlungen erkennen lassen. Gerade unsere wertvollen Kolonien Südwestafrika und Deutschostafrika haben sich in den letzten 10 Jahren vor dem Kriege siedlungspolitisch außerordentlich entwickelt, sodaß ihre Aufnahmefähigkeit an deutschen Elementen von Jahr zu Jahr wuchs und man mehr und mehr wenigstens bis zu einem gewissen Grade von einer „Ablenkung des Auswandererstromes in die deutschen Kolonien" reden konnte. Die Zahl der weißen Bewohner Deutsch-Südwestafrikas war schon auf 15 000, die von Deutsch-Ostafrika auf etwa 5000 angewachsen. Was diese so verhältnismäßig kleine Zahl für eine gewaltige Bedeutung für unser Kolonialland haben kann, hat der Heldenkampf eines Lettow-Vorbeck nicht nur uns, sondern einer Welt vor Augen geführt. Es wäre ein Unrecht, welches mit den vielgenannten 14 Sätzen Wilsons in schreienden Widerspruch treten würde, wenn uns auch diese wertvolle Kolonie genommen würde, welche in einem mehr als vierjährigen Ringen von unseren Feinden nicht restlos erobert werden konnte.

Aber selbst, wenn Englands Ländergier anders nicht gesättigt werden, wenn sowohl Deutsch-Südwestafrika als auch Deutsch-Ostafrika an die Engländer verloren gehen sollte, haben wir die Pflicht, für eine Stärkung des dort vorhandenen deutschen Elementes Sorge zu tragen; denn wenn einmal das englische Weltimperium auseinanderfällt, dann werden diese Länder ihr zukünftiges Schicksal selbst bestimmen und den schon jetzt sehnlichst gewünschten föderativen Zusammenschluß unter deutscher Führung vollziehen können.

Ueber die günstigen Siedlungsmöglichkeiten in den beiden genannten Kolonien ist so viel geredet und geschrieben worden, daß wir hier nicht weiter darauf einzugehen brauchen. Eine deutsche Kolonialgesellschaft in Berlin mit ihrem Frauenbund und nicht zum wenigsten die deutsche Kolonialschule in Witzenhausen, welche sich zurzeit auf heimische und überseeische Landwirtschaft im allgemeinen eingestellt hat, haben hier ein Hauptverdienst sich erworben, indem sie zahlreiche deutsche Männer wie Frauen als Siedler in diese Siedlungsgebiete gelenkt haben, welch letztere diesen Schritt in den seltensten Fällen zu bereuen hatten; im Gegenteil, die meisten, die gezwungen oder ungezwungen das sonnige Afrika haben verlassen müssen, streben dorthin zurück, ob sie nun deutsche Untertanen bleiben oder englische Untertanen werden müssen. Gerade aber dieser dort vorhandene rein deutsche Stamm bietet neuen Einwanderern einen wertvollen Rückhalt, den sie in den übrigen überseeischen Ländern bei dem bekannten Deutschenhaß in dem gleichen Maße nicht so leicht finden werden.

III. Die Aussichten in fremdstaatlichen überseeischen Gebieten.

Lange nicht so günstig liegen heute die Aussichten für die Versuche einer gesellschaftlichen Auswanderung nach den andern überseeischen Ländern. Von den Gründern derartiger Gesellschaften sollte nie vergessen werden, daß die Zeiten der Kolonialeroberungen auf süd- und mittelamerikanischem wie australischem Erdteil vorüber sind. Das verfügbare Land ist im festen Besitz von einzelnen Gesellschaften oder Persönlichkeiten, oder doch wenigstens von Staaten, die sich von Jahr zu Jahr mehr festigen, und welche Scharen germanischer Einwanderer nur deswegen willkommen

Digitized by Google

heißen, weil sie ihrer zur Bevölkerung der Steppen und Urwälder oder zur Auffrischung ihres Mestizenblutes, zur besseren Ausnutzung des Bodens oder zur Herstellung geordneter Verhältnisse im Lande bedürfen. Zunächst ist von der Entente in allen überseeischen Ländern alles Deutsche derartig in Verruf erklärt, daß es mehrerer Jahre bedürfen wird, bis wir uns überhaupt wieder in überseeischen Ländern unangefochten sehen lassen können. (Vgl. „Verruf Deutscher in feindlichen Ländern", D. Auswanderer Nr. 1919 1/2, S. 14.) Doch sehen wir einmal ganz ab von dieser leidigen Verrufserklärung, die ja vielleicht schneller überwunden sein kann, als wir zurzeit meinen: In den Vereinigten Staaten von Nordamerika wird kostenlos Land heute nicht mehr abgegeben, und wo der Deutsche sich zu geringem Preise Land erwerben könnte, da ist dafür gesorgt, daß er politisch nichts zu sagen hat. In Kanada liegen die Verhältnisse bereits ganz ähnlich. In Gegenden mit günstigen Anbau- und Absatzverhältnissen ist billiges Land nicht mehr zu haben. Auch hier ist dafür gesorgt, daß derjenige deutsche Ansiedler, der sich Land erwirbt, politisch einfach ausgeschaltet wird. Dazu kommt, daß die klimatischen Verhältnisse im Inneren für Europäer wenig günstig sind. Sie ähneln dem des inneren Rußland und haben ein ausgesprochenes Kontinentalklima mit häufig überraschenden schroffen Gegensätzen, namentlich mit langem hartem Winter, der länger als sechs Monate andauert, und kurzer heißer Sommerzeit. Ich habe mit eigenen Augen bei einem früheren Kolonialschüler im Staate Alberta Ende Juni 1911 gesehen, daß die Gurkenpflanzen im Garten einzeln mit Wollstrümpfen überzogen waren, um sie vor dem Frost zu schützen. Bei dem wiederholten Schneefall im Juli und August weiß man niemals, ob es eigentlich noch schneit oder schon wieder schneit. Der kurze warme Sommer tritt ohne mildernden Uebergang ein, für Lungenschwache daher ein besonders gefährliches Klima. Die Ernten weisen oft große Schwankungen auf, Waldarbeit aber gibt es in den Prärigebieten nicht; das besiedlungsfähige und dem Verkehr erschlossene Land liegt meist in den Händen von kapitalistischen Gesellschaften. Nur Leute mit größerer Kapitalkraft werden hier Land erwerben können. Der wenig Besitzende, auf die intensivste Verwertung seiner Arbeitskraft angewiesene Einwanderer und Kolonist kommt nur sehr schwer voran und wird in pekuniäre Notlage gar zu leicht in den in Nordamerika und Kanada besonders gefährlichen Spekulationsgeist hineingezogen.

Nicht viel günstiger liegen die Verhältnisse in den weniger wärmeren, subtropischen Gebieten von Mexiko und Argentinien. Die Kulturpioniere, welche in diesen Ländern tätig waren, berichten einstimmig, wie schwer es für einen Deutschen ist, sich in diesen Ländern Land zum Eigentum zu erwerben. Seinem Klima nach ist zwar das südlich an Brasilien grenzende Argentinien nicht ungünstig für die Besiedlung durch die germanische Rasse, auch befindet sich die Besiedlung des Landes noch im Anfangsstadium. Aber dem Staat gegenüber werden die Einwanderer in einer Art feudaler Abhängigkeit gehalten, denn das ganze Land ist fast ausschließlich im Besitze von Großgrundbesitzern. Diese verpachten wohl kleine Stücke an die Siedler, lassen sie jedoch nicht zur Selbständigkeit kommen. Der Standpunkt des Mexikaners wie des Argentiniers den Fremden gegenüber ist von Waetge in seiner kleinen Schrift „Argentinien und seine Stellung in der Weltwirtschaft", Heft 145 der „Meereskunde", Seite 30, trefflich dahin charakterisiert: Der Argentinier sagt: „Ich lasse dir jegliche Freiheit und gewähre dir vollen Schutz für irgend ein Unternehmen, das du in meinem Lande betreiben willst, du magst dabei so reich werden wie du kannst, — — aber das Land selbst bleibt mein Besitz."

Die Großgrundbesitzer sahen lange Zeit und sehen wohl auch zum Teil heute noch als den Hauptproduktionszweig extensiv betriebene Vieh-, vor allem Schafzucht an und setzen daher auch jeder staatlichen und privaten Kolonisation und Ausnutzung von Ackerwirtschaft Widerstand entgegen, der um so wirksamer ist, da auch die politische Macht vorwiegend bei den Großgrundbesitzern liegt. Darunter haben die Einwanderer natürlich besonders zu leiden. Auch hier werden bei der Ansiedlung die verschiedenen Nationalitäten durch schachbrettartige Einteilung der Kolonielose möglichst durcheinandergemengt und jede geschlossene Ansiedlung von Landsleuten wird zu verhindern gesucht.

Und ist der Deutsche nun gar evangelisch, so ist er unter der geradezu fanatisch katholischen Bevölkerung dieser Länder seines Lebens nicht sicher, wenn er nicht an Feiertagen am katholischen Gottesdienst teilnimmt. Dies gilt mehr oder weniger von fast allen mittel- und südamerikanischen Ländern mit Ausnahme der Südstaaten von Brasilien, wo aber die Kriegserklärung gegen Deutschland ein Verbot der deutschen Sprache in Wort, Schrift und Druck, ferner ein Einwanderungsverbot gegen Deutschland und die Liquidierung zahlreicher, auch idealer deutscher Gesellschaftsunternehmungen, wie z. B. der Hanseatischen Kolonisationsgesellschaften, bereits zur Folge hatte oder haben soll.

Es kommen für den einzelnen Auswanderer an Schwierigkeiten hinzu die gewaltigen Klimaunterschiede, welche fast jedem Deutschen die sogenannte „Akklimatisationskrankheit" einbringen, die ihn oft wochenlang gerade in einer Zeit, wo er alle seine Kräfte einsetzen muß, arbeitsunfähig macht, und die nur der Gesundeste ohne Schaden übersteht. Weiter die Unkenntnis der Landessprache und Landesverhältnisse, die unsicheren Rechtsverhältnisse, die schwierige Besitztitelfrage, die auch in dem deutschfreundlichen Chile schon manchen Einwanderer wieder um das kaum erworbene und teuer bezahlte Grundstück gebracht haben, ohne daß er sein Geld dafür zurück erhielt. Alle diese Schwierigkeiten sollten über den romantischen Schilderungen von der paradiesischen Schönheit jener überseeischen Länder, der reichen Ertragsfähigkeit ihres Bodens und dem sonnigen Klima nicht übersehen werden. Man beachte, wie schon vor dem Kriege die Einwanderungsgesetze der südamerikanischen Staaten bestrebt waren, die Niederlassungen größerer Gruppen von Einwanderern einer Nation planmäßig zu verhüten. Es ist viel zu wenig bekannt, daß das brasilianische Einwanderungsgesetz vom Jahre 1907 die geschlossene Ansiedlung nur von 300 Familien einer und derselben Nation gestattete, daß die Bundesregierung freies Land und ein freies Haus mit Ackergeräten, Sämereien (wofür der Preis binnen 10 Jahren zurückgezahlt werden muß), nur demjenigen unter den Einwanderern in Aussicht stellt, welcher sich bereit erklärte, eine Brasilianerin zu heiraten. Die Erwähnung dieser Tatsachen soll kein Vorwurf sein. Wäre Deutschland ein Einwanderungsland wie es die südamerikanischen Staaten sind, so würde es vielleicht im eigenen Interesse ähnlich handeln. Besonders gefährlich ist aber für den Einzelsiedler das in Brasilien besonders beliebte Halbpacht- oder Parceriasystem, welches in der nächsten Zeit wieder in größerem Umfange angewandt werden wird, zumal mit einem baldigen Auseinanderlaufen auch der Teilnehmer an gesellschaftlichen Auswanderungsunternehmungen zu rechnen ist und gerechnet wird. Nach diesem System werden die Kolonisten auf Kosten der Großgrundbesitzer herübergeschafft, bekommen ein Stück Land zur Bewirtschaftung angewiesen und müssen sich dafür verpflichten, die Hälfte ihrer Ernte alljährlich dem Besitzer zu überlassen und aus dem Ertrage der anderen Hälfte die gemachten Vorschüsse zurückzuzahlen oder entsprechend Lohnarbeit zu verrichten. Für die Kolonisten bedeutet diese Halbpacht unter den dort herrschenden Verhältnissen vollkommene Abhängigkeit von

Digitized by Google

dem Großgrundbesitzer, aus der herauszukommen für einen großen Teil von ihnen bald unmöglich wird, so daß sie bald nichts besseres als weiße Sklaven sind, jedenfalls Sklavenarbeit verrichten müssen und bald auch wie Sklaven von ihren Herren behandelt werden. Es klingt für den auswanderungslustigen Deutschen dies Halbpachtsystem zunächst sehr verlockend, so daß sich immer noch eine Anzahl findet, die unter den genannten Bedingungen darauf eingeht. Es muß aber immer wieder daran erinnert werden, daß gerade dies System im Jahre 1859 zu dem von der Heydtschen Reskript der preußischen Regierung geführt hat, welches für Jahrzehnte jegliche deutsche Auswanderung nach Brasilien verbot. Dies Verbot entsprang der Erkenntnis, daß dies Halbpachtsystem die der Landesverhältnisse unkundigen Einwanderer sehr schnell zu Sklaven ihrer Pachtherren machte.

IV. Beurteilung der vorliegenden Entwürfe einer gesellschaftlichen Auswanderung.

Doch angenommen, es fänden sich trotz allem geeignete Gebiete, welche als Einwanderungsziel für Deutsche wohl in Frage kämen — worauf haben die Vereinigungen einer gesellschaftlichen Auswanderung besonders zu achten, wenn sie mit ihrem ganzen Unternehmen nicht sehr bald völlig Schiffbruch leiden wollen? Einmal müssen sie sich vor Illusionen jeglicher Art hüten. Es würde zu weit führen, die vorliegenden Pläne einer gesellschaftlichen Auswanderung im einzelnen zu besprechen. Soweit uns bekannt ist, sind bisher folgende Organisationen in die Erscheinung getreten: „Zentralverband der Auswanderung Intellektueller in Wien", welcher es besonders auf auswanderungslustige österreichische Offiziere abgesehen hat und diese für eine Auswanderung nach Argentinien, Brasilien, Kanada und Mexiko zu gewinnen sucht.

Der schon vor dem Krieg bestehende Deutsch-Argentinische Zentralverband in Berlin und Hamburg hat ebenfalls sein Augenmerk vorwiegend auf Offiziere gerichtet und plant die Einrichtung einer größeren Lehr-Estancia in Argentinien.

Der auf demokratischer (kommunistischer?) Grundlage aufgebaute Verein für koloniale Siedlung in Essen, an dessen Spitze ein Polizeiwachtmeister stehen soll, wirbt für Südbrasilien und Argentinien.

Auf soliderer Grundlage steht die „Vereinigung für koloniale Siedlung" in Berlin, welche ihre Schützlinge nach Mexiko leiten will.

Ferner sind zwei Münchener Gesellschaften zu nennen, von denen die eine der „Deutsche Bund südamerikanischer Auswanderer" ist, die andere „Vereinigung zum Schutze deutscher Auswanderer" heißt. Während im ersteren alle deutschen und österreichischen Auswanderer zur Wahrung hauptsächlich ihrer persönlichen, wirtschaftlichen Interessen zusammengefaßt werden, soll die letztere in ein staatliches Auswanderungsamt umgewandelt werden.

Auch in Leipzig ist ein kommunistisches Unternehmen bekannt geworden, welches das bolschewistische Rußland als Auswanderungsziel erwählt hat.

Das „Ibero-Amerikanische Institut" zu Hamburg läßt Aufrufe verbreiten zum Zusammenschluß der Auswanderer und Gründung eines „Bundes zur Ansiedelung in Latein-Amerika" und scheint seine Werbearbeit hauptsächlich von der Schweiz aus zu betreiben. Als Ansiedelungsgebiet ist zunächst Mexiko in Aussicht genommen.

Eine „Liga zum Schutze der deutschen Kultur, Abteilung Auswanderer-Fürsorge" gibt eine neue Wochenzeitschrift für die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der deutschen Auswanderer und des Deutschtums im Ausland", das „Organ der deutschen Auswandererzentrale Breslau—Berlin—Hamburg", sowie das „Organ zahlreicher gemeinnütziger Siedlungsgesellschaften für Ostafrika und Südamerika", heraus. Diese „Deutsche Auswandererzeitung" (herausgegeben von Hanskarl Stein) teilt unter anderem mit, daß die Auswandererzentrale sofort nach Friedensschluß in New York, Rio de Janeiro und Buenos-Aires Arbeitsnachweise für deutsche Auswanderer einrichten wolle. Auch Rußland, Anatolien und Libanon sollen als deutsche Ansiedelungsgebiete gefördert werden. Auch hier scheint es sich um ein großzügiges Unternehmen gesellschaftlicher Auswanderung zu handeln.

Ferner wirbt die „Almeco", eine deutsch-mexikanische Wirtschaftsgesellschaft m. b. H. in Reutlingen durch eigenartige Anzeigen und Fragebogen für eine Ansiedelung in Mexiko. Diese teilt mit, daß „in Bälde die Gründung einer Auswanderer- und Siedelungsvereinigung in Form einer Gesellschaft m. b. H." für Mexiko geplant sei.

„Ratschläge für Auswanderer" und gemeinsame Siedlungsunternehmungen gibt neuerdings der Volksverlag für Politik und Verkehr in Stuttgart heraus.

Außerdem arbeitet mehr oder weniger heimlich eine größere Zahl von früheren Auslanddeutschen, um für die ihnen persönlich bekannten Siedlungsgebiete in überseeischen Ländern aus mehr oder weniger spekulativen Gründen zu werben. Man begegnet ihren Spuren in unverblümten Zeitungsanzeigen, welch letztere auch eine rege Werbetätigkeit der Konsulate überseeischer Länder erkennen lassen. Einen ausführlichen Entwurf zur Organisation der deutschen Auswanderung 1919 hat kürzlich Dr. R. Jannasch in Nr. 14 bis 17 des 41. Jahrgangs der Zeitschrift „Export" (vom 1. 4. 19) erscheinen lassen, welcher unter Nr. III „Gesellschaftliche und Einzelsiedlungen" bespricht und welcher der Beachtung wert ist. Bis zum Erscheinen dieses unseres Artikels werden voraussichtlich noch weitere Pläne in die Erscheinung getreten sein.

Bei der großen Zahl der Entwürfe kann hier natürlich nur eine allgemeine Kritik geübt werden. Nicht zu bezweifeln ist die gewaltige wirtschaftliche Not von Hunderttausenden in Deutschland geistig wie körperlich Arbeitenden. Jeder neue Streik zerstört noch mehr und erschwert den wirtschaftlichen Wiederaufbau. So ist es kein Wunder, wenn jeder, der lohnende Arbeit und reichliches Brot, vor allem auch ruhige und friedliche Verhältnisse in günstigem Klima in Aussicht stellen zu können meint, williges Gehör findet. Eine genaue Nachprüfung der tatsächlichen Verhältnisse ist ja in der Regel dem einzelnen nicht möglich, und jede Warnung wird nicht gern gehört, da sie Luftschlösser zerstört, mag sie noch so berechtigt sein und auf Tatsachen sich gründen. Unter solchen Verhältnissen ist es daher auch nur verständlich, wenn sämtliche genannten Vereinigungen als Einleitung ihrer gedruckten Entwürfe eine kräftige Warnung vor leichtfertiger und unbesonnener Auswanderung voranschicken. Es liegt ja im eigenen Interesse, sich vor ungeeigneten Elementen zu schützen, die das ganze Geschäft nur in Mißkredit bringen müssen. Solche Warnungen erhöhen auch nur das Vertrauen einflußreicher Persönlichkeiten zu derartigen Unternehmungen, denn die Unkenntnis der überseeischen Verhältnisse ist heute in Deutschland nicht mehr so groß wie vor 100 Jahren, wenn auch noch immer erschreckend groß. Es ist daher heute durchaus billig, zu sagen: „Wer irgend eine Aussicht hat, sein Brot, wenn es auch nur spärlich und trocken ist, in der Heimat zu finden, der bleibe unserem Unternehmen fern"; „harte Lehrjahre stehen bevor, von denen die Europäer sich meist keine Vorstellung machen, nur zielbewußte und energische Menschen können auch im Rahmen einer großen Vereinigung wirkliche Erfolge erzielen". (Vgl. Vortrag Gamilschegg, S. 1.)

Digitized by Google

Es ist ferner nicht zu bezweifeln, daß Vereinigungen von Auswanderern durchaus nötig und jedenfalls sehr viel vorteilhafter sind, als die ungeregelte Auswanderung und Einzelsiedlung. In den studierten Berufen, in den Handelszweigen wie in den Arbeiterklassen ist mit großem Arbeitsmangel zu rechnen. Es können sehr schnell Zeiten kommen, da der Staat für die Arbeitslosen nicht mehr ausreichend sorgen kann. Soll dieses wertvolle Material zugrunde gehen? „Dann doch besser Auswandererkolonist als Fremdenlegionär, Kolonialsoldat, Hafenarbeiter und Handlanger", und statt sich von den Ereignissen überrumpeln zu lassen, ist es besser, rechtzeitig die geeigneten Auswege zu erkunden; so lange noch Ersparnisse vorhanden sind, sich gründlich und gewissenhaft zu organisieren und rechtzeitig Verbindungen anzuknüpfen und Informationen einzuholen. Wenn nur nicht der stets wanderungslustige Deutsche dadurch in seinen reichlich romantischen Vorstellungen immer wieder bestärkt und auch ohne zwingende Not einem solchen Unternehmen sich anschließen würde! Wie mancher unglückliche Auswanderer hat es in fernen Landen schon ausrufen müssen: „Lieber niedrigste Arbeit leisten im Heimatland, statt darbender Sklave eines Fremden in einem undeutschen Volke und Staate zu sein!" Vergessen wir es doch nicht, die Wurzel der gegenwärtigen Not unseres Vaterlandes liegt nicht in der Niederlage oder dem Zusammenbruch unseres Heeres, sondern in dem Mangel an Arbeitsfreudigkeit in unserem Volk! Arbeit gibt es genug, aber das Streiken gilt heute als einträglicher. Sollte da nicht auch hier in der Heimat mancher der Gebildeten mit gutem Beispiel vorangehen können, indem er lieber hier einfachste Handarbeit ergreift, statt diese erzwungenermaßen im fernen Lande zu suchen?! Es gilt nicht mehr und nicht weniger als die Rettung des Vaterlandes vor dem völligen Untergang!

V. Die statistisch berechneten wirtschaftlichen Erträgnisse.

Ein sehr gefährliches Ding ist es bei diesen Entwürfen auch um die statistischen Berechnungen der wirtschaftlichen Erträgnisse einer Ansiedlung. Mit Recht sagt Jannasch in dem vorstehend genannten Artikel, Seite 42: „Preisangaben sind gerade so untunlich wie etwa über Bodenpreise in der Mark Brandenburg oder Sachsen. Grenzt das Land an die Spree oder Havel oder Elbe, wie viel Stunden ist es von Berlin, von der nächsten Eisenbahnstation entfernt? Hat es tiefgründigen schweren oder Sandboden und dergleichen mehr?" Die Grund- und Bodenpreise in den fremden Siedlungsgebieten sind naturgemäß von ähnlichen Einflüssen abhängig. — Die weiteren Ertragsberechnungen werden meist einigen Musterkolonien entnommen, welche besonders günstige Entwickelungsverhältnisse aufweisen konnten. Daß von 10 neuangelegten Kolonien in der Regel nur eine Erfolg zu haben pflegt, wird verschwiegen. Aber auch diese entsprechenden Berichte sind erfahrungsgemäß meist einseitig gefärbt, indem sie die günstigen Tatsachen, die nicht weggeleugnet werden sollen, hervorheben, die ungünstigen aber verschweigen. Daß aber selbst das auf diese Weise gewonnene Ergebnis oft noch recht dürftig ausfällt, übersieht der Auswanderungslustige leicht, da er die Zahlen nach heimatlichem Maßstabe zu lesen pflegt und nicht die teureren Lebensverhältnisse drüben mit in Rechnung stellt. Er liest solche Dinge meist mehr mit seinem hungernden Magen, als mit nüchtern erwägendem Verstande. Wenn z. B. aus dem bekannten Buche von Preuße-Sperber „Süd- und Mittelamerika" oder der Bücherei von Hermann Paetel immer wieder das Beispiel von Campos Salles im Staate St. Paulo erwähnt wird, so sollte der Leser wissen, daß es sich hier um eine Musterkolonie ersten Ranges handelt, die wohlweislich dem Fremden, der Brasilien bereist, stets in erster Linie gezeigt wird. Auch ich habe sie selbst besucht und die Gastfreundschaft dortiger wohlhabender deutscher Bauern genossen. Aber man vergesse dabei doch nie, daß es selbst auf einer solchen Kolonie, die verhältnismäßig schnell günstigste Verkehrsverhältnisse erlangt hat, nur ganz wenige sind, die von den Hunderten übrig geblieben sind, welche diese Kolonie einst gegründet haben. 40—50 Jahre sind für sie nötig gewesen, um auf die heutige Höhe zu kommen. 80—90 von hundert der ersten Siedler sind unter die Räder gekommen, liegen unter dem Rasen oder fielen den deutschen Hilfsvereinen in den brasilianischen Städten bald zur Last.

Martinez gibt in seinem Buche „Argentinien im 20. Jahrhundert", Seite 106, eine Aufstellung der Unkosten und Erträgnisse einer Muster-Ackerbauwirtschaft (Viscaina im Bezirk Bolivar) im Werte von 8000 Fr. Eine sorgfältige, wenn auch sicherlich niemals zu schwarz gefärbte Berechnung nennt als Ausgabe bei 100 Hektar 12 122 Fr., als Einnahme 18 480 Fr. für 120 000 Kilo verkauftes Korn. Es bleibt ein Reingewinn von 6358 Fr.

Angenommen, diese Angaben stimmten auf Heller und Pfennig, so sind sie doch nur bei einer 5—7köpfigen Familie erreichbar, und für eine solche sind 6000 Fr. = 2664 argent. Pesos Reingewinn zum Leben zu wenig und zum Verhungern zu viel. Dabei wird natürlich nicht erwähnt, daß der Ackerbauer in Argentinien erfahrungsgemäß nur alle 4 Jahre eine gute Ernte erlebt und daß die Heuschrecken und anderes Ungeziefer ihm oft den größten Schaden anrichten. Wie aber die Ergebnisse für den sich stellen, der nicht Berufslandwirt von Haus aus ist, und der nur ein weniger gutes Stück Land erwischt, mag sich jeder selbst ausmalen.

[Schluß folgt.]

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Böhmen

Der „Bund der Landwirte" demonstrierte am 1. Mai als politische Partei des deutschen Landvolkes für Deutsch-Böhmen und das Sudetenland gemeinsam mit den Volksgenossen im Reich durch Begehung eines Nationalfeiertages gegen nationalpolitische und wirtschaftliche Vergewaltigung des deutschen Volkes in Böhmen und dem Sudetenland.

Vorarlberg

Vorarlberg zählte im Jahre 1910 unter seinen 145 000 Einwohnern 127 000 Deutsche und 6000 Italiener. Es ist ein Industrieland, das unmittelbar vor dem Kriege 241 Fabriken und über 10 000 gewerbsmäßige Betriebe zählte. Es hatte eine reiche Baumwollindustrie, eine hochentwickelte Maschinenstickerei, namentlich im Illtal und dem Rheintal von Feldkirch bis Bregenz, Eisengießereien, Emailleöfen, Maschinenfabriken, Uhren- und Orgelfabriken, Webereien und textilindustrielle Anlagen, Strick- und Webwarenindustrie usw. waren hauptsächlichste Betriebszweige. Vorarlberg hat sich im März 1919 eine Verfassung gegeben und seine Selbständigkeit festgelegt. Die Vorarlberger Landesversammlung hatte nun eine Volksabstimmung über die Frage des Anschlusses an die Schweiz angeordnet, die am 11. Mai stattfand und die die Frage mit ungefähr 80 Prozent der abgegebenen Stimmen bejahte. Die Abstimmung soll nur grundsätzlicher Natur sein. Es soll eine

Digitized by Google

neue Volksabstimmung folgen, wenn die Bedingungen in Verhandlungen mit der Schweiz festgelegt sein werden. Im Lande war von dem sogenannten Schwabenkapitel eine große Propagandatätigkeit für den Anschluß an Württemberg entfaltet worden. Von Deutsch-Oesterreich war in der Agitation kaum mehr die Rede. Der Anschluß an die Schweiz wurde hauptsächlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten der Ernährung und der Furcht vor einer zu großen Steuerbelastung im verarmten Deutschland propagiert. Unter den Deutschen in Oesterreich löst der Beschluß Vorarlbergs wehmütige Empfindungen aus, weil rein wirtschaftliche Gesichtspunkte das völkische Zusammengehörigkeitsgefühl überwucherten und weil man von der Wirkung dieses Beispiels wenig erfreuliche Folgen befürchtet.

Ungarn

Die jüngsten politischen Ereignisse haben für das ungarländische Deutschtum eine völlig neue Lage ergeben. Rumänen, Serben, Franzosen und Tschechen sind in konzentrischem Anmarsche auf Budapest. Die ungarische Räteregierung hat sich daher genötigt gesehen, an die beteiligten feindlichen Regierungen eine Erklärung abzugeben, daß sie keineswegs auf dem Boden der territorialen Integrität des Landes stehe, daß sie aber fordere, die genannten Mächte sollten sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Sowjet-Ungarns enthalten. Diese Forderung wurde abgelehnt, und nun rief die Budapester Regierung zum letzten Kampfe gegen den äußeren Feind auf. Da aber die rote Armee des bolschewistischen Ungarns im Felde nirgends standhält, sondern sich überall in größter Unordnung zurückzieht, ergibt sich für das westungarische Deutschtum aus dieser Tatsache eine schwere Gefahr. Von Osten, Süden und Norden bedroht, wird das geschlagene ungarische Heer immer mehr in den westlichen Raum des Landes zurückgedrängt. Die zügellosen Massen, die auf diese Weise nach Westungarn strömen, beginnen nun in entsetzlicher Weise ihr Mütchen an den unglücklichen deutschen Bauern und Bürgern der westungarischen Grenzkomitate zu kühlen. In Ödenburg herrscht mit schrankenloser Machtvollkommenheit Herr Kellner, ein Mann von 23 Jahren, als Direktor der bolschewistischen Regierung. In den wenigen Wochen, seit er am Ruder ist, jagt eine Verordnung die andere, nehmen die Gewalttaten gegen die friedliche Bevölkerung kein Ende. Eine seiner neuesten Maßnahmen besteht in dem Befehle, die Weingärten zu vernichten. Da nun aber der Weinbau den wichtigsten Erwerbszweig der deutschen Bauern Westungarns, insbesondere in der Ödenburger Gegend und um den Neusiedlersee, ausmacht, hat diese Anordnung begreiflicherweise die Bevölkerung auf das äußerste erbittert. Mit Dreschflegeln und Sensen bewaffnet, versucht sie es da und dort, den bewaffneten Abteilungen der roten Armee Widerstand zu leisten. Begreiflicherweise hat dieses Beginnen den mit Gewehren und Maschinengewehren ausgestatteten roten Gardisten gegenüber keinen anderen Erfolg, als daß diese unter den Bauern entsetzliche Blutbäder anrichten. Je mehr von den geschlagenen ungarischen Truppen nach Westungarn flüchten, desto schlimmer gestaltet sich das Los der dortigen deutschen Bevölkerung, und der Ruf nach Losreißung von Ungarn und Anschluß an Deutschösterreich wird immer lauter. Bisher freilich blieben alle Hilfsgesuche der unglücklichen deutschen Einwohner Westungarns jenseits der Grenze ungehört; die deutschösterreichische Regierung sucht lediglich durch Verstärkung des Grenzschutzes den Uebertritt der ungarischen Banden nach Cisleithanien zu verhindern. Die letzte Hoffnung der westungarischen Deutschen ist daher, daß die feindlichen Heere so rasch als möglich auch in Westungarn ihren Einzug halten möchten, wo sie, wie in den bisher von ihnen besetzten Teilen des Landes, als Befreier vom Joche der Budapester Räteregierung begrüßt würden. Die siebenbürgischen und südungarischen Deutschen sind unter diesen Umständen natürlich keineswegs gesonnen, sich wiederum an Ungarn anzuschließen und ziehen der magyarischen Herrschaft die der Rumänen und Südslawen unbedingt vor. B. I.

Schweiz

In den „Mitteilungen" der Deutsch-Schweizerischen Gesellschaft" wendet sich Dr. B. in einem offenen Brief an die Mitglieder der Gesellschaft. Wir lesen da: „Wollen wir also unsere deutsch-schweizerische Art bewahren und weiterentwickeln, so müssen wir sehr auf der Hut sein und uns gegen die Romanisierungsbestrebungen wehren. Aus diesem Grunde ist es jetzt notwendiger als je, daß wir als Deutsch-Schweizerische Gesellschaft zusammenbleiben und unsere Reihen zu mehren suchen. Dazu kommt, daß wir, die wir seit vielen Jahrhunderten mit Ehren an Sprache, Dichtung, Kunst und Wissenschaft, an der deutschen Kultur mitarbeiteten, im Augenblick die einzigen sind, die nicht in den politischen Zusammenbruch hineingezogen wurden. Es liegt also an uns, dieses Kulturerbe, in welchem so viel treue Arbeit unserer Vorfahren steckt, nach bestem Können zu wahren und zu hüten." Es wird weiter ausgeführt, daß manche politischen Hindernisse jetzt gefallen seien, die früher Sympathien für Deutschland im Wege standen. Das neue Deutschland wende sich wieder der alten germanischen Demokratie zu. Die Deutsch-Schweizerische Gesellschaft müsse sich demnach erweitern und ausbauen. Das Deutschtum sei an vielen Orten gefährdet, die Gesellschaft werde Gelegenheit genug finden, es zu stützen und zu stärken.

Welche Schwierigkeiten der Krieg für die Deutsch-Schweizer, und namentlich für die Deutsch-Schweizer im Auslande mit sich brachte, das erkennt man aus einer Schilderung, die Ernst Maier im „Evangelischen Gemeindeblatt für schweizerische Diasporagemeinden" über eine „Schweizer Kolonie in Frankreich" veröffentlicht. Er führt seine Leser in das Savoyerland nach dem idyllisch in den Bergen gelegenen Städtchen Faverges, wo eine Seidenweberei und eine Maschinenfabrik für die Textilbranche sich befinden, beides Schweizer Firmen. Vor dem Kriege bestand schon ein enger Zusammenhalt unter Direktoren, Angestellten und Arbeitern. Es gab einen Schweizerverein, einen Sängerverein, einen Schwimmverein, gemütliche Schweizer Zusammenkünfte. Zu Beginn des Krieges nahmen die Franzosen an der Muttersprache der Schweizer Anstoß, man mußte den Schweizerverein aufheben und „für lange Zeit verstummten die schönen Heimatmelodieen". Nur in der Einsamkeit der Berge durften die Schweizer noch deutsch singen. Nach und nach bekam aber die Kolonie mehr Zuwachs. Die Schweizer leisteten tatsächliche Kriegshilfe in Werken der Nächstenliebe und gewannen so in der Bevölkerung Sympathien. Nach der Erlaubnis des schweizerischen Konsuls von Lyon durfte wieder ein „Schweizerverein" gegründet werden. Alter Brauch war dabei, daß dem am längsten im Städtchen lebenden ledigen Schweizer die Fahne des Vereins anvertraut wurde. Ein Lesezimmer wurde eingerichtet und Lesemappen wurden in Umlauf gesetzt. Französische und deutsche Zeitungen gab es, die deutsche Kultur konnte wieder etwas aufatmen.

Zur Kündigung des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages heißt es im „Journal de Genève", die Kündigung werde erst nach einem Jahre ihre Früchte zeigen. Bis dorthin werde das provisorische Regime aufrecht erhalten. In dieser Zwischenzeit müsse aber die Neuregelung ausgearbeitet werden, die der Schweiz Garantien gegen Mißbräuche geben solle. Die Schweiz wolle keinem Fremdenhaß verfallen, müsse aber eine viel strengere Kontrolle aller Fremden aus-

Digitized by Google

üben, müsse Meister im eigenen Lande bleiben und dürfe sich nicht durch Fremde Gesetze vorschreiben lassen. Das Schweizer Volk habe die Gefahr der fremden Ueberflutung zu sehr gespürt, als daß es sich jetzt schwach zeigen wolle.

Polen

Der in der letzten Nummer gemeldeten Schließung des Deutschen Vereins ist in den Tagen vor Ostern die amtliche Bestätigung der Schließung und die Beschlagnahme des Vermögens des Vereins durch Dekret des polnischen Innenministers Wojciechewski gefolgt. Damit ist die ursprüngliche Rahmenorganisation der ganzen, während des Kriegs erwachten deutschen Bewegung dem vorläufigen Untergang geweiht worden und man muß sehen, was sich ohne dieses Haupt der Bewegung durch die Glieder noch tun läßt. Der Hoffnungen sind da noch manche, und es wird nur tüchtiger und zielbewußter Arbeit bedürfen, wenn etwas gelingen soll. Viel Nutzen wird man davon haben, daß schon in der letzten Zeit der deutschen Besetzung des Landes, noch mehr aber unmittelbar nach deren Abzug von vernunftvoller Seite darauf hingearbeitet wurde, die verschiedenen Tochtergründungen des Vereins vom Hauptverein völlig unabhängig zu machen. Vielfach war ja der Zusammenhang sowieso nur lose, und man konnte somit rasch Bande lösen, die oft nur auf Wunsch und Willen des ersten Vorsitzenden, Eichler, des Deutschen Vereins besonders eng geknüpft worden waren, um ihm gemeinsame Leitung, Finanzen und leichte Uebersicht zu ermöglichen.

Zum Haupt deutscher Arbeit ist durch die Auflösung des Deutschen Vereins ohne weiteres der Verband Deutscher Genossenschaften in Polen geworden, der in der Deutschen Genossenschaftsbank in Polen A.-G. in Lodz sein Haupt hat. Ihm ist die Arbeit bisher in keiner Weise gestört worden; vielmehr scheint man auf polnischer Seite die genossenschaftliche Arbeit eher zuzulassen als jede andere, weil auch in der polenhetzerischsten Zeit in Preußen wenig gegen die entsprechenden polnischen Organisationen in Posen geschehen ist. Von dem Weiterbestehen der Bank und des Verbands wird das Schicksal der deutschen Bauern, dieser Stütze und diesem ewig neuen Nährboden deutschen Wesens in Polen, ziemlich stark abhängen. Ohne die genossenschaftliche Organisation wäre dem noch immer elend und halb verhungert auf den Trümmern seines Besitzes hockenden deutschen Rückwanderer sicher kaum zu helfen. Zurzeit bestehen im Land über 80 deutsche Rückwanderergenossenschaften, denen durch Kredit der Wiederaufbau der Wirtschaften ermöglicht werden soll; die Rückwandererfürsorge Beselers hatte für diese Kredite fünf Millionen Mark bewilligt, heute geht die Berliner Abwicklungsstelle des Verwaltungschefs Warschau geflissentlich daran vorbei, die zugesagten und zum großen Teil von den Vermittlungsstellen schon verausgabten Gelder auch tatsächlich anzuweisen. Man hat also trotz aller Mißerfolge noch nicht gelernt, treudeutschen Brüdern im Ausland von behördlicher Seite das Mindestmaß von Unterstützung zukommen zu lassen, das sie allein schon aus politischen Gründen als Träger einer deutsch-polnischen Annäherungsmöglichkeit verdienen würden, wenn man von der volks- und gesinnungsmäßigen Pflicht ganz absehen wollte.

Mit der Agrarreform ist es in Polen noch nicht vorwärts gegangen, die Wirkung auf den deutschen Bauern abzusehen ist also noch nicht möglich. Vorerst ist der deutsche Bauer mit dem polnischen in der Forderung der Agrarreform einig, die Verhältnisse drängen mit unüberwindlicher Gewalt zu einer Lösung dieser Frage. Die Zwangswirtschaft der deutschen Verwaltung, die so außerordentlich viel böses Blut gemacht hat, ist von polnischer Seite voll aufrecht erhalten worden, an die Stelle der meist einwandfreien deutschen Gendarmerie ist dagegen eine rüde polnische Soldateska getreten, den Unterschied in der Behandlung des deutschen Bauern kann man sich denken. Hinzu kommt, daß das polnische Militär durchaus nicht in der Lage ist, dem Räuberunwesen auch nur einigermaßen zu steuern, tagtäglich finden selbst in allernächster Nähe von stark mit Militär belegten Städten Banditenüberfälle schlimmster und rohester Art statt, bei denen zumeist alle Bewohner einer Wirtschaft das Leben lassen müssen.

Das Schulwesen hat seit dem letzten Bericht wenig Veränderungen erfahren. Die Auflösung der beiden deutschen Landesschulverbände (d.-evangelisch und d.-katholisch) geht unter Herrn Flierls Leitung ruhig und sachlich vonstatten. Die polnische Behörde zeigt sich insofern recht loyal, als sie selbst die nötigen Formulare für den von den Eltern auszusprechenden Wunsch auf weiteren Unterricht in deutscher Unterrichtssprache liefert. Zum Teil hatte dies zur Folge, daß die Eltern sich zweimal bemühen mußten, da man von deutscher Seite sofort mit peinlich genauer Unterschriftensammlung begonnen hatte, um ja formal keinen Hebelpunkt für die Unterdrückung zu gewähren. Wird das Schulgesetz in der von polnischer Seite im März kundgegebenen Form (der Wunsch der Elternmehrheit ist für die Deutscherhaltung der Schule maßgebend) wirklich loyal durchgeführt, wie es bisher den Anschein hat, so kann mit dem Weiterbestehen der deutschen Landschulen in ziemlich bedeutendem Umfang gerechnet werden. Natürlich werden kleinere Außenposten verlorengehen, namentlich wo Deutsche und Polen wirklich gemischt sitzen, oder einzelnen deutschen Bauern von hetzerisch polonisierenden evangelischen Geistlichen eingeredet wird, sie seien Polen; aber damit war auch unter den Schulverbänden zu rechnen, weil es hier schließlich immer eine Geldfrage war, und die ist ja bei den Bauern immer recht wichtig.

Die höheren deutschen Schulen (Gymnasium und Lyzeum in Lodz, gemischte Schulen in Pabianice, Zgirz, Gompolus und Alexandrow) sind vorerst bis zu den Sommerferien gesichert. Darüber hinaus bedarf es nach dem noch immer wirksamen russischen Schulgesetz der Bestätigung aller Lehrkräfte, es ist abzuwarten, ob sie erfolgt. Vorerst wird tüchtig weiterunterrichtet, die Ausweisung der Lehrkräfte des Lyzeums — das unter dem Namen Mädchen-Realgymnasium weiterbesteht — stellt sich immer mehr nur als eine Folge wenig geschickten Auftretens mancher deutschen Kreise heraus.

Aus dem besonders unerfreulichen Kapitel der Pastoren ist diesmal als zwar nicht ganz zur Sache gehörig, aber außerordentlich bezeichnend ein Aufruf des Warschauer evangelisch-augsburgischen Konsistoriums — unterzeichnet Glaß und Bursche — zu erwähnen, der sich an die evangelischen Masuren Ostpreußens wendet, um sie für den Anschluß an Polen zu begeistern. Er ist so unerfreulich, daß man schon aus einem gewissen Reinlichkeitsgefühl heraus dieses Pamphlet eines Mannes mit gutem deutschem Namen, des Hauptes einer deutschen Kirche im Ausland, nicht wörtlich veröffentlichen mag. Die wahre Gewissensfreiheit des Herrn Bursche besteht darin, daß er den deutschen Evangelischen Warschaus nur noch jeden dritten Sonntag eine deutsche Predigt hält! Hoffentlich verhallt dieser Aufruf zur Untreue, zu der unter Hervorhebung materieller Vorteile aufgehetzt wird, ungehört.

Die städtischen Wahlen in Lodz brachten den Gegensatz zwischen der von den Geistlichen geführten polonisierenden Gruppe und der überzeugt deutschen Gruppe der deutschen Volkspartei deutlich ans Tageslicht. Die „deutsch-polnischen Demokraten", die außer-

Digitized by Google

halb ihres Organs, der „Neuen Lodzer Zeitung", bezeichnenderweise immer in polnischer Sprache auftraten, errangen einen Sitz, die von der deutschen Volkspartei geführten vereinigten deutschen körperlichen und geistigen Arbeiter errangen fünf Sitze, die Verteilung der Stimmung selbst in dem auf dem Land als besonders weit assimiliert verrufenen Lodz ist also deutlich hervorgetreten. In den kleineren Städten haben die Wahlen zwar allgemein eine polnische Mehrheit gebracht, doch bilden überall Deutsche zusammen mit überzeugten Juden (Nationalisten und Zionisten) und linksstehenden Polen eine Mehrheit gegen das hetzerische Nationalistenelement von rechts, das heute im Landtag herrscht. Der starken Opposition auf dem Land, unter der die zögernde Regierung schon lange leidet, ist damit die Opposition auch in vielen Städten gefolgt, eine Tatsache, die man in Deutschland um so mehr beachten sollte, als die Hetze gegen Deutschland ausschließlich von rechts betrieben wird, während liberale und sozialistische Elemente — an ihrer Spitze der Präsident des polnischen Staates, Pilsudski — der Annäherung an Deutschland großes Interesse entgegenbringen, weil sie erkennen, daß Polen wirtschaftlich in großen Teilen von Deutschland abhängt.

hg.

Baltikum

Die politischen Verhältnisse im Baltikum sind reichlich unklar. Der Sturz der lettischen Regierung durch die Truppen der baltischen Landeswehr ist in der fremden und der deutschen Presse heftig umstritten. Wir möchten uns, bevor eingehendere und klarere Nachrichten vorliegen, im Urteil zurückhalten. Eine Aufklärung der Vorfälle durch die deutsche Regierung wird nach der Rückberufung des deutschen Oberbefehlshabers, des Generals von der Goltz, ja sowieso erfolgen. Die deutsche Regierung scheint ihre noch im Baltikum befindlichen Formationen, also organisierte Reichstruppen, zurückgezogen zu haben, wodurch natürlich die Organisation der Landeswehr und ihrer reichsdeutschen Freiwilligen nicht berührt würde. Allerdings scheint der Reichsminister Erzberger in der Waffenstillstandskommission zugesagt zu haben, daß amtlicherseits keine Werbung für die baltische Landeswehr mehr zugestanden werden würde. Die Verantwortung für das Schicksal des Baltenlandes wird also unter diesen Umständen nun völlig auf den Schultern der Entente ruhen, sofern sich das Land nicht selbst helfen kann. Diese Schultern allerdings ertragen viel. Wenn spätere Geschichtsschreiber an die Rolle der Entente im Baltikum kommen werden, so wird das Urteil hart und ohne Mitleid ausfallen müssen. Entsetzliches hören wir namentlich über die Lage in Riga, wo wilde Horden tierisch hausen. Der Pöbel benimmt sich dort so, daß selbst die neutralen Vertretungen von Riga abwandern mußten, weil sie geplündert wurden. Die deutsche Regierung lenkte in einer Note vom 7. Mai die Aufmerksamkeit der Alliierten erneut auf die entsetzliche Lage in Riga und auf die Not der auf einer Insel im Dünastrom zusammengetriebenen 15 000 Flüchtlinge, die Unmenschliches zu erdulden haben, gegen dessen Wiedergabe sich die Feder sträube. Falls die Alliierten Bedenken hätten zu helfen, möchten die Neutralen einspringen. Die französische Kommission in Spaa teilte auf eine frühere Anfrage der Deutschen mit, die französische Regierung werde sich einer eventuellen Operation deutscher Truppen gegen Riga fernhalten, sie weder genehmigen noch begünstigen. Aus Menschlichkeitsgründen werde sie die Lebensmittelversorgung der Stadt nach ihrer Befreiung und nach Wiederherstellung der Ordnung nicht ablehnen. Und nach langen vergeblichen Bitten und wiederholten Vorstellungen genehmigten die Alliierten endlich am 9. Mai die Entsendung des Dampfers „Ostsee" nach Riga, der die Deutschen zurückholen solle. Der Dampfer „Hannover" soll nach Libau und Reval fahren, um die zurückgebliebenen Reichsdeutschen und Deutschbalten abzuholen.

Norwegen

Der vor einiger Zeit in Christiania gebildete norwegische Ausschuß zur Unterbringung von unterernährten deutschen Kindern aller Stände während des Sommers in norwegischen Familien hat dank größter Opferwilligkeit bereits gegen 500 deutschen Kindern einen Platz in norwegischen Heimen geschaffen und außerdem rund 100 000 Kronen freiwillige Beiträge zu weiterer Hilfe einsammeln können. — Auch außerhalb Christianias haben sich jetzt in mehreren norwegischen Städten Zweigausschüsse zum gleichen Zweck gebildet. Unter anderen hat sich hierbei namentlich die kleine Stadt Aalesund hervorgetan. Der frühere Bürgermeister der Stadt, Anton Rönneberg, hat in einem flammenden Aufruf seine Mitbürger an die durch den damaligen Kaiser Wilhelm in Gang gesetzte großartige deutsche Hilfsaktion beim Brand von Aalesund im Jahre 1914 erinnert und sie aufgefordert, jetzt in der Stunde der höchsten Not „dem deutschen Bruder" wenigstens teilweise die Dankesschuld abzustatten und möglichst viele der Hunger leidenden deutschen Kinder bei sich aufzunehmen.

Schweden

Das „Sydsvenska Dagbladet" berichtet über die herzliche Aufnahme, die deutsche Ferienkinder in Schweden gefunden haben. Auf den Straßen von Malmö habe man eine Herzlichkeit beobachten können, die sonst bei den zurückhaltenden Nordländern selten sei. Das Urteil der Wirte über die allen Gesellschaftsklassen angehörigen Kinder sei ausgezeichnet, sie seien durchweg wohlerzogen und lieb. Das schlechte und ausgehungerte Aussehen der Kinder habe überall Mitleid erweckt. Die Kinder wurden von allen Seiten mit Schokolade und Apfelsinen reichlich beschenkt.

Belgien

Nach einer Mitteilung der „Täglichen Rundschau" soll glaubwürdigen Nachrichten zufolge der Kampf Belgiens gegen deutsches Wesen bereits fanatische Formen annehmen. In der belgischen Besatzungszone, und demnach sicherlich auch in ganz Belgien, sollen Bücher und Broschüren politischen und deutsch-patriotischen Inhalts nicht nur in Buchhandlungen und Druckereien, sondern auch im Privatbesitze der deutschen Bevölkerung verboten sein. Nach einem Befehl der belgischen Besatzungsbehörde mußten auch Private derartige Bücher, die sie schon seit Jahren besitzen, bei der Kommandantur abgeben. Die Nichtbefolgung dieser Maßregel führe zu Haussuchungen und hohen Geldstrafen. Der deutsche Vertreter in Spaa habe die belgische Kommission am 7. Mai um Mitteilungen der diesen Nachrichten zugrunde liegenden Tatsachen gebeten.

Holland

Der „Manchester Guardian" erteilt am 17. April Sir F. E. Smith eine gründliche Abfuhr. Der ehrenwerte Herr hatte in seinen Wahlreden behauptet, in Rotterdam warteten schon 20 000 „unerwünschte Fremde", die ihr Billett schon in der Tasche hätten, um alsbald nach Unterzeichnung des Friedens nach England zurückzukehren. Das war natürlich eine glatte Wahllüge, aber Sir Edward Nicholl wiederholte sie wenige Monate später doch in der Kammer. Demgegenüber stellt das Blatt fest: Der Chef der Rotterdamer Polizei, also einer, der es wissen muß, und zwar um allen Irrtümer vorzubeugen, der Chef desjenigen Betriebes, der die Ausländer unter sich hat, erklärte, daß während des ganzen Krieges weniger als 20 000 Fremde in Rotterdam wohnten einschließlich der 10 000 Belgier, die längst wieder nach ihrer Heimat zurückgekehrt sind. Und diese 10 000 Belgier, die doch Verbündete und keine unerwünschten Fremde seien, könnten doch nicht gemeint sein. Gegenwärtig seien höchstens 2500 Russen in Rotterdam, und die würden in Bälde nach ihrer Heimat abtransportiert.

Digitized by Google

Deutsche und Oesterreicher seien nie mehr als 1500 da gewesen und von ihnen seien die meisten schon nach Hause gefahren. Zudem könnten die 20 000 angeblichen „unerwünschten Fremden" ihre Fahrkarten gar nicht haben, denn die holländischen Schiffsgesellschaften verausgabten Fahrkarten nur, wenn der britische Konsul in Rotterdam den Paß visiert habe. Hätten also die angeblichen 20 000 Leute tatsächlich ihre Fahrkarten, so müßten sie sie doch mit Zustimmung der britischen Behörde bekommen haben!

Palästina

Das Aprilheft des „Boten aus Zion", der „mit Erlaubnis der britischen Behörden" in Münster i. W. gedruckt wird, weiß von den Zuständen in Palästina unter der aufbauenden Herrschaft der Engländer manch Erfreuliches zu melden und berichtet auch Interessantes über die Juden- und Zionistenfrage im Heiligen Land. Die eigenen Anstalten des syrischen Waisenhauses stehen nach wie vor unter der Verwaltung des amerikanischen Roten Kreuzes, sie dienen auch ihrer alten Bestimmung unter einem neuen Direktor weiter. Direktor Schneller durfte in seinem alten Hause verbleiben, ihm ist das Pfarramt an der deutschen Erlöserkirche übertragen, wo er für die kleine Gemeinde der von den Engländern nicht deportierten Deutschen zu sorgen hat. Es sind ganz wenige Familien, die sich nun zu einer einzigen großen Familie brüderlich zusammengeschlossen haben. Auch die landwirtschaftlichen Arbeiten in Bir Salem, wo die berühmten süßesten und größten Apfelsinen wachsen, sind fortgeführt worden, die Apfelsinenernte konnte „im Interesse der Anstalt" verkauft werden. Auch in Nazareth durfte eine Deutsche, Frau Pastor Müller, zurückbleiben, um die Verwaltung des Hauses fortzuführen, das Haus ist aber durch die Beschießung schwer beschädigt und vor der Einnahme durch die Engländer von Arabern ausgeplündert worden. Am 15. Juli will das amerikanische Rote Kreuz die Anstalten räumen und sie anscheinend den Besitzern wieder zurückstellen. Die Gefangenen aus Aegypten werden in Palästina baldigst zurückerwartet. Es sind ungefähr 750 Deutsche, die aus Palästina nach Heluaan, südlich von Kairo, verschleppt worden sind, sie befinden sich leidlich wohl. Frauen und Kinder sind von ihren Männern und Vätern gesondert untergebracht und dürfen sich alle 14 Tage kurze Briefe schreiben. Schule und Kinderhorte sind für 280 Kinder eingerichtet, der Probst der Erlöserkirche von Jerusalem, Dr. Jeremias, hält regelmäßige Gottesdienste. In gesundheitlicher Beziehung bietet das den Frauen und Kindern zugewiesene Sanatorium El chajaat alle nur wünschenswerten Bequemlichkeiten. Eine englische Dame aus Kairo ist Kommandeurin des Lagers.

Spanien

Von ententistischer Seite werden die lebhaftesten Versuche unternommen, weiterhin in Spanien Wirtschaft und Wissenschaft gegen Deutschland mobil zu machen. Ein spanischer Arzt, Professor Garcia del Real in Valladolid, wirbt besonders für eine engere Verbindung der spanischen und der französischen Aerzteschaft. Die deutsche Wissenschaft stände der französischen erheblich nach, für sie träten nur diejenigen Aerzte ein, die nie in Deutschland gewesen seien, die aber in Deutschland gewesen seien, stimmten unbedingt für Anschluß an die französische Wissenschaft. Eine „Liga antigermanofila espanola" wolle lebhafte Propaganda entfalten, um diesen Gedanken weiter auszubreiten.

Der „Matin" vom 23. April hetzt in alter Weise weiter gegen das Deutschtum in Spanien. Die deutsche Propaganda sei nur reorganisiert worden. Die Abreise des Prinzen Ratibor habe dazu gedient, daß man sich einiger kompromittierter Persönlichkeiten entledigte und neue Methoden annahm. Spanien werde mit deutschfreundlicher Propaganda-Literatur überschüttet, die Deutschen hätten Menschen und Geld zur Propaganda in Hülle und Fülle. Die deutschen Kaufleute steuerten große Summen bei, und von deutschen Banken seien beträchtliche Gelder nach Spanien geworfen worden. Im Jahre 1913 habe es ungefähr 20 000 Deutsche in Spanien gegeben, im Jahre 1918 dagegen 100 000, deren größter Teil aus allen Gegenden der Welt hier zusammengeströmt sei. Alle seien sie beschäftigt, entweder in spanischen Häusern oder in der deutschen Propaganda. Die meisten wollten Spanien nicht wieder verlassen und bildeten den Keim künftiger internationaler Konflikte für dieses Land. Frankreich habe nicht etwa eine Menge, sondern eine Armee von Deutschen im Rücken auf der anderen Seite der Pyrenäen. Prinz Ratibor sei verschwunden, aber eine nicht unwillkommene Grippenerkrankung habe einen seiner besten Agenten in Spanien festgehalten. Jeden Tag kämen nach Spanien Funkentelegramme, die sich nicht etwa auf die Ereignisse in Deutschland und Oesterreich beschränkten, sondern auch über Frankreich, England, Italien, Amerika berichteten. Die Deutschen schnitten selbst die Presse der Allierten aus, täuschten, fälschten sie und diese Ereignisse gelangten nun in die spanische Presse aller Richtungen. In Spanien glaubten manche Leute sogar noch an einen deutschen Erfolg des Krieges. Als besonders schrecklich empfand der Korrespondent des französischen Blattes die Tatsache, daß sogar eine „Deutsche Zeitung für Spanien" bestehe.

Aus dem ganzen Artikel spürt man jedenfalls die Angst der Franzosen vor einer deutschen Aufklärung der Neutralen deutlich heraus. Es wäre sicherlich bequemer, wenn man den Deutschen im Frieden überhaupt die Nachrichtenvermittlung verbieten und die Welt nur noch durch die Alliiertenbrille sehen lassen könnte. Würdig reiht sich diesem Hetzartikel eine Nachricht der „Indépendance Belge" in Brüssel an, die dem „Journal" eine Madrider Meldung entnimmt, wonach alle Unruhen der letzten Zeit auf bolschewistische Agitation der Deutschen zurückzuführen seien. Die früheren Agenten des Prinzen von Ratibor hätten sämtlich den Auftrag erhalten, bolschewistisch zu agitieren. Beim früheren deutschen Konsul von Barcelona, Herrn von Carlowitz, habe man belastende Dokumente gefunden und die meisten Anarchisten und Syndikalisten, die verhaftet worden seien, ständen mit Deutschland in Beziehungen. Der „Christian Science Monitor", der in Boston erscheint, stellt ähnliche Behauptungen auf. Dieses Blatt erzählt die Schauermär von einem spanischen Fischerboot, das an der Küste fischte, aber im Sturm an der Küste zerschellte. Ein deutsches Unterseeboot habe einen Teil der Mannschaft gerettet. Der Kapitän habe ein rotes Gesicht gehabt, blaue Augen und einen dummen Gesichtsausdruck, und habe die Leute gefangen genommen, anstatt sie an Land zu bringen. Er habe guten kastilianischen Dialekt gesprochen. Das sei im Dezember 1916 gewesen, erst jetzt habe die Frau eines der Fischersleute einen Brief aus Deutschland von ihrem Mann erhalten. Nun glaube man in Spanien, daß noch sehr viele Spanier so in Deutschland gefangen seien!!

Amerika

Die „New York Tribune" eifert gegen die „Kultur" in Nebraska. Die Kultur sterbe nur langsam. Das deutsche Element in Nebraska sei eifrigst tätig, um den Gebrauch der englischen Sprache zu verhindern. Ueberall habe die Smithbank-Lead-Bill, die Unterricht in der englischen Sprache für alle vorsehe, die Analphabeten seien oder die englische Sprache noch nicht sprechen oder schreiben könnten, Begeisterung hervorgerufen, nur in Nebraska nicht. Eine Stadt, die sieben Kirchen mit deutschem Gottesdienst vor dem Krieg gehabt habe, habe den Gottesdienst in englischer Sprache eingeführt; sobald aber das betreffende Staatsverteidigungsgesetz wieder aufgehoben worden sei, hätten sechs von den Kirchen

Digitized by Google

den deutschen Gottesdienst wieder aufgenommen. Im ganzen Staat gehe das so. Die Pastoren nähmen überall ihre Unterhaltung in deutscher Sprache trotz aller Proteste der Vereine, namentlich der jüngeren Mitglieder, wieder auf. Ein Schullehrer berichtet, daß deutsch in 9/10 der Haushaltungen seines Bezirks gesprochen werde. Das Resultat sei, daß diese Schulkinder kein Wort englisch verständen. In den Nachbarstaaten von Missouri und Kansas sei jede fremde Sprache verboten worden, aber Nebraska „trödle" mit der Amerikanisierung.

Der „Manchester Guardian" läßt sich aus New York melden, daß eine alle Alliierten umfassende antideutsche Liga gebildet worden sei, die Soldaten und Seeleute aller Nationen, die gegen Deutschland gefochten haben, umfasse und der auch Tausende von Zivilisten angehörten. Der Zweck sei, den Bestrebungen einen Halt zu gebieten, die Amerikas Herzen gegen Deutschland durch Vorführung deutscher Musik und deutscher Opern milder stimmen wollten. Die neue Liga sei eine unmittelbare Folge des Erfolges der Soldaten und Seeleute bei der Verhinderung der deutschen Oper, über den wir an dieser Stelle berichtet haben.

Brasilien

Der „Deutsche Auswanderer" entnimmt einem ihm zur Verfügung gestellten Privatbrief aus Blumenau, der vom 24. November 1918 stammt, daß Blumenau bisher von Tumultszenen verschont geblieben sei. Bis zur Kriegserklärung Brasiliens habe vollkommene Ruhe geherrscht. Die Spannung der Kriegserklärung sei nach einigen Wochen überwunden gewesen. Die Schließung aller deutschen Schulen, das Verbot deutscher Predigten, die Unterdrückung deutscher Schriftwerke habe allerdings die Bevölkerung schwer erregt. Dieser Zustand sei geblieben, und die der Kenntnis der Landessprache völlig bare Bevölkerung habe Schweres erlitten. Die Nachfolgerin des „Deutschen Urwaldboten", die „Commercie de Blumenau", erscheine als bloßes Nachrichtenblatt. Die deutsche Meinung sei dabei völlig ausgeschaltet. Gerüchten seien Tür und Tor geöffnet. Die Hanseatische Kolonisationsgesellschaft habe bis dorthin ungefährdet arbeiten können, die St.-Katharina-Eisenbahngesellschaft habe der Bund übernommen. Die Deutschen hofften aber, daß diese Arbeiten wieder aufgenommen werden könnten. In den Kolonien Neu-Württemberg, Rio Grande do Sul sind anderen Nachrichten zufolge ähnliche Gesetze erlassen, aber nicht so sehr streng gehandhabt worden. Die Lage scheint dort nicht allzu schlecht zu sein.

China

Die „Morning Post" vom 1. April enthält einige Meldungen, die das bisher über die Deportation der Chinadeutschen Bekannte ergänzen. Danach sind am 27. März 450 Deutsche an Bord des „Antilochus" abgefahren, der angeblich zur Beförderung von 800 Menschen eingerichtet ist. Da sehr viele zeitweilige Befreiungen von der Deportation ausgesprochen worden seien, werde wohl die britische Regierung noch einen neuen Dampfer stellen müssen. Dauernde Befreiung von der Deportation sei nur einer Anzahl von Missionaren durch eine Petition amerikanischer, neutraler und, was sehr bemerkenswert ist, auch britischer Missionare gewährt worden. In Hongkong freilich wandte sich bei der Jahresversammlung der Handelskammer der Vorsitzende in scharfen Ausdrücken gegen diese Befreiung. Zunächst sprach er die Hoffnung aus, daß Japan ähnliche Maßnahmen gegen die Fremden ergreifen möge, wie China es getan habe. Dann aber sagte er, die Erfahrung habe gelehrt, daß selbst Priester und Missionare ihren heiligen Beruf zur Verbreitung von Schmähungen gegen England benutzt hätten. Die Handelskammer habe Beweise, daß die Deutsch-Asiatische Bank der Berliner und Basler Mission große Summen ausbezahlt habe, die für ihr verderbliches Propagandawerk benutzt worden seien. — Es handelt sich hier offensichtlich um eine Verdrehung der Tatsachen. Sicher werden die beiden Missionsgesellschaften die Deutsch-Asiatische Bank zur Vermittlung bei ihren Geldgeschäften benutzt haben, aber ebenso sicher ist es, daß sich die Missionare ganz im Gegensatz zu ihren amerikanischen und auch englischen Kollegen nie und nimmer in den Dienst irgendwelcher Propaganda gestellt haben.

Die Engländer beginnen bereits langsam einzusehen, daß die Heimschaffung der Chinadeutschen ihre politische und wirtschaftliche Stellung nicht etwa gekräftigt hat. Der Korrespondent der „Times" (v. 1. 5.) berichtet aus Schanghai unter dem 26. 4. über die Befürchtungen der dortigen britischen Geschäftskreise anläßlich des Verlangens der britischen Fabrikanten, ihre Lieferungsverträge für Maschinen unter Erhöhung der Preise um 25 und 100 Prozent zu revidieren. Der Korrespondent befürchtet, daß dadurch das Ansehen des britischen Handels in China leiden wird, und daß die Amerikaner, die ihre Verträge zu den alten Preisen halten, daraus Nutzen ziehen werden. Er erzählt, daß die Deutschfreunde unter den Chinesen daraus Kapital schlagen, auch habe die Tatsache, daß die Heimschaffung der Deutschen von China nicht aus freien Stücken unternommen wurde, eine Reaktion zugunsten der Deutschen bewirkt. Einflußreiche Chinesen sorgten für eine antibritische Stimmung, und man höre oft in chinesischen Kreisen, daß die Deutschen bei ihrer baldigen Rückkehr mit Pauken und Trompeten willkommen geheißen würden. In diesem Zusammenhang macht er besorgt darauf aufmerksam, daß die in China gebliebenen Deutschen, da sie ihre Exterritorialität verloren haben, jetzt im Inland Geschäfte machen können.

In der „Tägl. Rundschau" erzählt Fritz Secker der selbst auf hervorragendem journalistischem Posten in China sich während des Krieges betätigte, in „Erinnerungen eines China-Deutschen" von den entsetzlichen geistigen Martern, die die Entente den Deutschen auf den verlorenen Posten im Osten auferlegte. Der zynischsten Leistungen dürfe sich der Reuterdienst rühmen, der namentlich mit der angeblichen Oel- und Fettgewinnung aus den Leichen Gefallener auf die Psyche des Chinesen einwirkte, dem bekanntlich die Totenverehrung so sehr heilig ist. Ein belgischer Generalleutnant erklärte: „Ein britischer Arzt, der einen Deutschen behandelte, könnte leicht in Versuchung kommen, ihm eine stärkere Dosis zu geben!" Secker erzählt dann: „Bis Mitte August 1917, wo China in den Krieg eintrat, wies ein Häuflein Journalisten im aufreibenden Kampfe die Angriffe der Feinde in vornehmem und sachlichem Ton zurück. Zu dem „Ostasiatischen Lloyd", dem alten deutschen Wochenblatt in Schanghai, gesellte sich im September 1914 die „Deutsche Zeitung für China" als Tageszeitung, der ein weiteres deutsches Interessenorgan, „The War", in englischer Sprache folgte. Gegen das Trommelfeuer der angelsächsischen Pressegeschütze war aber wenig auszurichten". Von der Stimmung der chinesischen Behörden gegen die Deutschen, wie sie in Wirklichkeit war, weiß Secker zu berichten: „In Schanghai, wo sich die chinesischen Behörden eine ständige Ueberwachung durch die Briten gefallen lassen mußten, und wo letztere eine unmittelbare Aufsicht über die Deutschen ausüben konnten, war die Lage für uns bedeutend schwieriger als im Innern, wo China unumschränkte Hoheitsrechte ausübte. Wer sich in Schanghai nicht in vorgeschriebener Weise zweimal wöchentlich und später einmal täglich bei der Polizeistation seines Bezirks meldete, mußte vor dem gemischten Gerichtshof der Internationalen Niederlassung erscheinen. In diesem Gericht, das eine chinesische Einrichtung sein soll, urteilte dann meistens ein britischer

Digitized by Google

Richter über deutsche Fälle, und der neben ihm sitzende chinesische Magistrat (der eigentliche Richter) ordnete sich stets den Ansichten seines britischen Kollegen unter. In den Inlandplätzen wurde das Versäumnis der polizeilichen Meldung nicht zu einer Rechtsverletzung erhoben. In einer Stadt, wo ein besonders menschenfreundlicher Polizeipräsident amtierte, bewirtete dieser am Meldetag die Deutschen seines Bezirks mit einem ausgezeichneten Frühstück, an dem es an der nötigen Feuchtigkeit nicht fehlte; bei Regenwetter brauchten sich seine Schutzbefohlenen nicht nach der Polizeistation zu bemühen, sondern er ließ schriftlich anfragen, ob man noch da sei, die Namensunterschrift genügte dann als Antwort. Der Polizeivorsteher eines kleineren Ortes versandte an die Deutschen, die sich bei ihm zu melden hatten, eine mit Todesstrafe und anderen Strafen gar abschreckende Bekanntmachung, die höflich unterzeichnet war: Mit herzlichem Gruß, die Polizei." Secker erzählt dann weiter, wie die Ereignisse sich folgten und wie der Siegestaumel der Alliierten schließlich zur Beschädigung und Entfernung des alten Iltisdenkmals am Bund in Schanghai führte. Aber wiederum waren die Chinesen innerlich die Vornehmeren: „Auf die Chinesen wirkte die Bubentat anders, als die Rohlinge erwartet hatten. Sie wurde allgemein verurteilt. Mir sagte ein hoher Chinese der alten Schule: „Die Engländer und Franzosen sind Barbaren. Das beweist die Schändung des Gedenksteins tapferer deutscher Seeleute. Wer bei uns einen Grabstein schädigt, verfällt dem Tode".

KLEINE NACHRICHTEN

Amsterdam. Herr Dr. Janssen hat dem Deutschen Hilfsverein mitgeteilt, daß seine Mutter, über deren Ableben wir berichtet haben, dem Verein ein Legat von 10 000 Fl. letztwillig vermacht habe. Der Verein hat beschlossen, diese Zuwendung mit herzlichem Dank anzunehmen.

Libau. Die Libauer Zeitung widmet einen warmen Nachruf dem vor dem Feinde gefallenen Reiteroffizier Freiherrn Manfred von Wolff-Dickeln, einem derjenigen Baltenführer, der nicht nur gegen die Bolschewiki seinen Mann stand, sondern der vor allem im Jahre 1917/18 einer der treuesten Helfer der deutschen Kriegsgefangenen gewesen ist, die damals in Dorpat zu Hunderten vereinigt waren und die er durch die feindlichen Linien durch, gar oft in Nacht und Nebel sie selbst durch Sumpf und Wald leitend, der Heimat zuführen konnte.

Professor Dr. Robert Jannasch †.

Wir haben unseren Lesern in der Mainummer der „Mitteilungen" kurz von dem Hinscheiden des Mitglieds unseres wissenschaftlichen Beirats und unseres Verwaltungsrats Professor Dr. Jannasch Kenntnis gegeben. Dem „Export", der Zeitschrift des Zentralvereins für Handelsgeographie, Berlin, die er vor 41 Jahren begründete, entnehmen wir nun ein Abschiedswort, das der Verstorbene vor seinem Tode noch selbst angeordnet hat: „Tiefgebeugt über den Zusammenbruch des Vaterlandes, aber fest überzeugt von der Wiedererstehung kräftigen nationalen Geistes, sage ich allen meinen lieben Freunden, Mitkämpfern und Bekannten ein letztes herzliches Lebewohl. post molestam senectutem. Professor Robert Jannasch, Dr. jur. et. phil. Geboren zu Köthen. am 30. April 1845, gestorben zu Berlin am 25. April 1919." Der neue Vorsitzende des Zentralvereins, Konsul Braß, widmet dem toten Freunde einen längeren Nachruf, dem wir auch einige Daten über Jannaschs Leben entnehmen, Daten, die in keinem Handbuch oder Nachschlagewerk zu finden sind, weil der einfache, bescheidene Sinn Jannaschs das nicht liebte. Jannasch ist der Sohn des späteren Köthener Oberbürgermeisters, er studierte in Berlin und Leipzig Nationalökonomie und Naturwissenschaften, lehrte einige Zeit in Basel, von 1871/74 an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Proskau, dann leitete er das statistische Büro in Dresden, 1877 wurde er Mitglied des statistischen Büros in Berlin. 1878 gründete er mit einigen Freunden den Zentralverein, dessen erste Zeitschrift, „Geographische Nachrichten für Volkswirtschaft und Welthandel", er herausgab. Schon im Jahre 1879 folgte ihr der „Export". Der neue Verein zählte bald 5000 Mitglieder und schuf sich zahlreiche Zweigvereine in Leipzig, Stuttgart, Köln, London, namentlich aber in Südbrasilien. Besonders die Ablenkung der deutschen Auswanderung von Nordamerika und ihre Hinlenkung nach deutschen Kolonien und nach Südamerika war Jannaschs Ziel. Für den kolonialen Gedanken war Jannasch unermüdlich tätig. Der erste Kolonialkongreß von 1886 war von ihm einberufen. Als die Reichsregierung es ablehnte, sich an den Weltausstellungen Sydney und Melbourne in den Jahren 1879 und 1880 zu beteiligen, brachte Jannasch 800 deutsche Aussteller zusammen und veranlaßte so die Reichsregierung doch noch zur Teilnahme. 1880 begründete Jannasch, der den Verzweiflungskampf der Siebenbürger Sachsen von zahlreichen Besuchen in den Karpathen her kennen gelernt hatte, den deutschen Schulverein, dessen Vorsitzenden der Zentralverein für Handelsgeographie mehrere Jahre hindurch stellte. 1881 schuf Jannasch die deutsche Ausstellung in Porto Alegre zur Förderung der deutsch-brasilianischen Beziehungen, 1883 die erste brasilianische Ausstellung in Berlin, der dann die mexikanische folgte. Im Jahre 1884 begründete Jannasch die deutsche Exportbank, deren Leiter er bis zu seinem Tode war. 1886 folgten die große südamerikanische Ausstellung in Berlin, 1887 die portugiesische Weinausstellung in Berlin. 1886 führte Jannasch selbst die deutsche Handelsexpedition auf dem eigens dazu gescharterten Dampfer Gottorp nach Marokko. Zuerst errichtete er eine Maschinenausstellung in Lissabon, dann lief er die atlantischen Häfen an und zeigte die Ausstellung mit großem Erfolg. Mehrmals war Jannasch in der Folgezeit auf Einladung der betreffenden Regierungen in Brasilien und Argentinien, wo er glänzende Beziehungen unterhielt. Georg Stamper würdigt im „Export" seine wissenschaftliche Betätigung. Schon in Basel veröffentlichte er statistische Studien über Arbeitsteilung, über die Statistik als wissenschaftliche Methode, über die Sozialgesetzgebung in England. Er arbeitete über Fragen des Muster- und Markenschutzes, zusammen mit Roscher studierte er Fragen der Kolonien und der Auswanderung. 1868 schrieb er über Streiks, Cooperation, Industrial Partnership und über Trade Unions, 1872 begründete er den Vorschlag der Einführung einer Krankenversicherung für ländliche Arbeiter. 1882 erschien sein Werk über die europäische Baumwollindustrie, 1895 ein Buch über den deutschen Maschinenexport und die Erschließung Chinas. Berichte über die deutsche Marokko-Expedition und über Argentinien, ein Werk über „Wege und Entfernung im Weltverkehr zur See" folgten. Ein Versuch: „Zur Weltwirtschaft hinauf", den er im „Export" zu veröffentlichen angefangen hatte, ist leider unvollendet geblieben.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND DEUTSCHES SCHULWESEN

Königsberg. Institut für ostdeutsche Wirtschaft. Das Institut versendet einen kurzen Jahresbericht, aus dem hervorgeht, daß eine Untersuchung von v. Gernet über den Handel von Riga zunächst als einzige von mehreren Untersuchungen über die baltischen Provinzen noch hat beendet werden können. Eine Ortsgruppe Riga für das

Digitized by Google

Institut war in Bildung begriffen, ist aber jetzt natürlich zersprengt. Das Institut hat ein Zeitungsarchiv angelegt, sein Bildarchiv und die Bibliothek sind wesentlich ausgestaltet worden. Außer dem Direktor waren vier Abteilungsleiter, ein erster Assistent, drei wissenschaftliche Assistenten, eine Bibliothekarin, eine Sekretärin, zwei Uebersetzerinnen und fünf Hilfskräfte am Institut tätig, das eine Einschränkung des Personals und des Drucks der Veröffentlichungen infolge der stark wachsenden Kosten leider vornehmen mußte. Immerhin sieht es vertrauensvoll in die Zukunft: „Wäre es nicht begründet, so müßte es jetzt geschaffen werden."

Marburg. Das Institut für Deutschtum im Ausland an der Universität Marburg veröffentlicht seinen Vorlesungsplan für das Sommersemester 1919. Es sprechen jeweils an Freitagen von 6—7 Uhr im Hörsaal 20 der Universität folgende Redner:

16. Mai, Geh. Rat Prof. André: Aufgaben und Ziele des Instituts für Deutschtum im Ausland. 23. Mai, Prof. Chr. F. Weiser (Berlin): Der Auslanddeutsche und sein Erlebnis. 30. Mai und 31. Mai, Prof. Kaindl (Graz): Kulturarbeit und Kulturbedeutung der Deutschen in den Donauländern und dem benachbarten Osten. 6. Juni, Geh. Rat Prof. Vogt: Ausbreitung und Aufgabe der deutschen Sprache in Mitteleuropa. 20. Juni, Dr. Bauer (Konstantinopel): Die Anpassung des Auswanderers an die veränderte physiologische Lage. 27. Juni, Prof. Wechßler: Der germanisch-deutsche Anteil an der französischen Kultur. 4. Juli, Dr. Fritzler (Frankfurt): Die Deutschen in Rußland als Kulturträger und Kulturdünger. 11. Juli, Prof. Justi (Marburg): Deutsche Aerzte in Ostasien. 18. Juli, Prof. v. Premerstein: Politische und kulturelle Stellung des Deutschtums in den österreichisch süd-slawischen Grenzgebieten. 25. Juli, Prof. Wrede: Deutsche Mundarten und Mundartenforschung im Ausland. 1. August, Prof. Bornhäuser: Auslanddeutschtum und Heimatkirche.

Die Belegung der Vorlesung erfolgt durch Studierende und Hörer nach den allgemeinen Vorschriften. Die An- und Abmeldung vollzieht Prof. André. Der Besuch der Vorträge auswärtiger Redner ist auch Nichtstudierenden gegen Zahlung von je 1 Mark zugänglich. Für Universitätsangehörige hält Dr. Mannhardt zweistündige Uebungen zur Kunde des Auslanddeutschtums im Institut ab.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Markt Türnau. Die Sperre über die deutsche Schulvereinsschule, die widerrechtlich verhängt worden war, ist vorübergehend aufgehoben worden. Die Schule ist am Samstag, den 29. März wieder eröffnet worden. Zwar versuchten die tschechischen Gegner noch einmal die Sperrung der Schule, dadurch daß sie sie durch eine Baukommission als ungeeignet zum Schulunterricht erklären lassen wollten, doch mißlang dieser erste Versuch. Die Schule hatte in dem harten Kampf nur 3 Schüler, davon 2 ortszutsändige, verloren. Nach neuesten Nachrichten, die der „Getreue Eckart" wiedergibt, hatte aber dann ein neuer Sperrversuch der Tschechen besseren Erfolg, und seit dem Bestande der Schule ist nun die 11. Sperre über sie ausgesprochen worden.

Die deutschen Schulen Libaus. Libau hat im ganzen sechs deutsche Schulen, die von ca. 1700 Knaben und Mädchen besucht werden. 1. Reformschule (Realgymnasium und Oberrealschule), Anzahl der Schüler: 360, davon 80 Deutsche, 240 Juden, 37 Letten und 3 Litauer. 2. Reimersches Mädchen-Lyzeum, Anzahl der Schülerinnen 299, davon die meisten Deutsche. Die Zahl der jüdischen Schülerinnen beträgt 61. 3. Knaben-Mittelschule am Waisenhause, Anzahl der Schüler: 138, davon 20 Waisenzöglinge. Nach Nationalitäten verteilt: 112 Deutsche, 14 Letten, 2 Finnen, 1 Russe, 9 Juden. 4. Mädchen-Mittelschule mit 595 Schülerinnen, davon 126 Deutsche, 396 Jüdinnen, 58 Lettinnen, 5 Polinnen usw. 5. Knaben-Volksschule mit 192 Schülern, davon 134 Deutsche, 26 Letten, 19 Russen, 3 Polen, und 6. Mädchen-Volksschule mit 180 Schülerinnen, darunter 130 Deutsche.

Mit Ausnahme der beiden letztgenannten Schulen, deren Unterhaltungskosten aus städtischen Mitteln bestritten wurden, sind die übrigen Schulen der „Libauischen Zeitung" zufolge zur Deckung ihrer Unterhaltskosten ausschließlich auf die Einnahmen aus den Schulgeldern und nur in einigen Fällen noch auf verhältnismäßig geringfügige städtische Subvention angewiesen. Trotz starker Erhöhung des Schulgeldes sehen sämtliche Voranschläge mit einer Ausnahme, der Mädchen-Mittelschule, für das Schuljahr 1919/20, selbst bei einer recht dürftigen Gagierung der Lehrkräfte, beträchtliche Fehlbeträge vor.

Rotterdam. Die Schlußprüfungen, die unter Vorsitz des Konsuls Dr. Roh abgehalten wurden, ergaben, daß von 22 Prüflingen 20 das Abgangszeugnis der Realschule erteilt werden konnte. Neun von diesen beabsichtigen, ihre Ausbildung an der dem Deutschen Institut in Haag angegliederten Obersekunda fortzusetzen.

Die Mitteilungen des Vereins früherer Schüler und Schülerinnen der deutschen Schule in Antwerpen sind wieder erschienen. Das Doppelheft 28/29 enthält einen Bericht über das „Schulleben", eine Würdigung des verdienstvollen Schulvorstandes und Ehrenmitglieds des Vereins Richard Böcking, Familiennachrichten aus dem Mitgliederkreise und ein wertvolles Adressenmaterial der aus Antwerpen vertriebenen Auslanddeutschen.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Deutscher Schulverein in Oesterreich.

Die Hauptversammlung des „Deutschen Schulvereins in Oesterreich" findet zu Pfingsten im Donaustädtchen Krems statt. Es ist die erste Versammlung nach dem Ende des Weltkrieges, zu der ein der Zeit entsprechendes größeres ernstes Programm aufgestellt werden soll. Sehr viele Ortsgruppen des Schulvereins berichten, daß unter dem Druck der politischen Verhältnisse eine erfreuliche Aufwärtsbewegung in der Mitgliedschaft eingetreten sei und daß das ganze Leben in den Vereinen einen neuen Aufschwung nehme. Die einzelnen Ortsgruppen haben bei ihren Sammlungen, die sie in letzter Zeit zugunsten des Schulvereins durchführten, größere Summen vereinnahmt, so daß dem Verein dadurch starke Mittel zugeführt worden sind.

Wien. Bund der Reichsdeutschen in Deutschösterreich. Der Bund wurde in den Novembertagen 1918 begründet. In der Volksratsitzung vom 17. März sind neue Leitsätze angenommen worden, die die Arbeit des Bundes umgrenzen. Darnach hat jeder Reichsdeutsche das aktive Stimmrecht in den Vollversammlungen, das passive Stimmrecht haben nur die als Mitglieder dem Bunde angehörigen Reichsdeutschen. Die Reichsdeutschen wählen einen Bundesausschuß, der aus seiner Mitte einen zehnköpfigen Volksrat als Bundesleitung bestellt. Der Volksrat stellt dann die Vertretung der Reichsdeutschen gegenüber Heimatbehörden, Behörden des Aufenthaltlandes und den deutschen Auslandsvertretungen dar. Der Volksrat entsendet Vertreter in Botschaft und Konsulate, die in allen

Digitized by Google

Lebensfragen der Reichsdeutschen in Deutschösterreich der Reichsvertretung in Wien informatorische und beratende Beihilfe leisten sollen. Der Bund will daneben Informationsorgan der Reichsregierung sein, ein Vetorecht in Personalfragen bei der Besetzung der Reichsvertretungen in Deutschösterreich haben (Botschaft und Konsulate), er erstrebt Aenderung der Staatsgrundgesetze zur Verleihung des Selbstverwaltungsrechts an die Reichsdeutschen im Auslande für ihre öffentlichen Rechtsangelegenheiten gegenüber dem Deutschen Reiche. Der Bund will ferner von der österreichischen Regierung als offizielle Vertretung der Reichsdeutschen innerhalb des Staates anerkannt werden. Er will bei der Regelung von Valuta- und Zollfragen, bei der Beschaffung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen für seine Mitglieder mitwirken, will die Interessen der reichsdeutschen Industrie und des Handels bei Forderungen nach Deutschösterreich wahren und die Beziehungen für die einsetzende Ausfuhr der Industrie über Wien mitregeln. Er will ferner sich der sozialen Interessen annehmen, mit Hilfsvereinen und der Kriegerfürsorge zusammenarbeiten, einreisende Reichsdeutsche in allen rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen beraten, will Stellen vermitteln, Arbeitern und Angestellten, sowie Unternehmern zur Erreichung gleichmäßiger Löhne verhelfen, um Erzeugung und Wettbewerbsmöglichkeiten auf einheitliche Grundlage gegenüber dem Reiche zu stellen, er will Darlehnskassen für wirtschaftsschwache Reichsdeutsche schaffen, wozu die Reichsregierung einen gesetzlichen Grundstock geben soll. Ferner will der Bund den Reichsdeutschen ihre im Reiche erworbenen Ansprüche aus der Sozialversicherung auch während ihres Aufenthaltes in Oesterreich sichern helfen und den Auslanddeutschen die Teilnahme an der deutschen Sozialversicherung überhaupt gewahrt wissen. Militärrenten sollen sichergestellt, ihre Auszahlung soll vereinfacht werden. Vor allem erstrebt der Bund für alle reichsdeutschen Kolonien des Auslandes die Gründung einer entsprechenden Körperschaft und den Zusammenschluß dieser verschiedenen Verbände zu einem Verband der Auslanddeutschen, der mit bereits bestehenden Körperschaften Hand in Hand arbeiten soll. Zum Schlusse verlangt der Bund in allen Anschlußfragen in den von den Regierungen eingesetzten Kommissionen gehört zu werden. Die Bundeskanzlei befindet sich in Wien, Johannesgasse 3. Ein kleines Heftchen über die Aufgaben der Reichsdeutschen im Auslande ist vom Bunde herausgegeben worden. Jeder Reichsdeutsche habe die Pflicht, so heißt es da, alles, was in seinen Kräften steht, freudig zu leisten, um seinen Teil zum Wiederaufbau des Vaterlandes beizutragen. Dann stellt das Schriftchen Forderungen auf, die am allgemeinen dem oben skizzierten Arbeitsplan des Bundes entsprechen. Parteipolitik und Staatspolitik sollen ausgeschaltet bleiben. Wenn der Anschluß Deutschösterreichs an das Reich erfolge, so solle der Bund sich an der inneren wirtschaftlichen wie geistigen Vertiefung des Anschlusses arbeitend beteiligen.

Der „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn", Wien VII, Schottenfeldgasse 41/43, erläßt einen Aufruf an die deutschen Volksgenossen ohne Unterschied ihres politischen Bekenntnisses und ihrer Gesinnung, der sich für die völkische Sammlung einsetzt. Die Deutschen Ungarns seien verlassen, die Siebenbürger Sachsen, die Schwaben und die Deutschen in Nordungarn, die deutschen Heanzen und Heidebauern Westungarns bedürften dringend der Teilnahme und der Hilfe. Sie brauchten deutsche Lehrer, deutsche Gemeindesekretäre, deutsche Richter. Sie seien aufnahmefähig für Industrieprodukte und könnten Lebensmittel dafür liefern. Sie brauchten zur Durchführung der Selbstverwaltung deutsche Kräfte und Mittel, deutsche Schulen, deutsche Verwaltung und deutsche Gerichte. Der Verein wendet sich an alle deutschen öffentlichen und privaten Körperschaften, Anstalten oder wohlhabenden Volksgenossen mit der Bitte um Zeichnung von Geldmitteln, die eine solche Hilfeleistung erfordert. „Es ist die Zeit der Saat, die nicht versäumt werden darf, wenn die Zukunft unserm Volk die Ernte bringen soll. Jeder Deutsche bringe sein Samenkorn". Der Aufruf ist unterzeichnet von den Führern des Deutschtums in Oesterreich. Unter den Persönlichkeiten aus dem Deutschen Reiche, die ihn unterzeichnet haben, befinden sich: Universitätsprofessor Dr. Max v. Gruber-München, Professor Paul Langhans-Gotha, der Obmann des Bundes der Deutsch-Oesterreicher in Deutschland, Josef Ritschel-Chemnitz, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins, Dr. ing. et phil. Sarrazin, der Vorsitzende des Vorstandes des Deutschen Ausland Institut, Theodor G. Wanner, der Vorsitzende des Caritas-Verbandes, Prälat D. Werthmann und Universitätsprofessor Dr. v. Zumbusch-München.

Budweis. Deutscher Böhmerwald-Bund. Die „Mitteilungen des Deutschen Böhmerwald-Bundes" veröffentlichen den 34. Tätigkeitsbericht. Der Bund umfaßt 440 Bundesgruppen mit 35 900 Mitgliedern, er konnte über 53 000 Kronen als Einnahmen verbuchen und so mit einem Ueberschuß von 11 000 Kronen abschließen. Die Sammlungen für Kriegerheimstätten, für die Kriegspatenschaft und für Weihnachtssammlungen nahmen regen Fortgang, wie sich überhaupt die Ortsgruppen rege an der Kriegsfürsorge beteiligten. Namentlich übernahm der Bund Ausbildung und Bestellung von Gemeindepflegeschwestern. Beträchtliche Mittel wurden verausgabt für Schulunterstützungszwecke, für Weihnachtsunterstützungen und Studienunterstützungen. Die Vorträge des Bundes und seiner Gruppen wurden beibehalten, reges Interesse wandte sich namentlich der Pilzkunde zu. Für Förderung landwirtschaftlicher Zwecke, namentlich des Obst- und Beerenbaues, für Gewerbeförderung und schließlich auch für den Fremdenverkehr wurden Mittel bereitgestellt. Leider waren, wie der Bericht meldet, alle Bemühungen der Bundesleitung nicht imstande, den ziemlich beträchtlichen Uebergang deutschen Besitzes in tschechische Hände zu vermeiden. Namentlich die zahlreichen tschechischen Kriegsgewinner legten ihr Geld in deutschem Besitz an. Auf dem Gebiete des Schulwesens verzeichnet der Bericht einen Verlust: Die Umwandlung der bisher zweiklassigen deutschen Volksschule in Julienheim in eine einklassige, dagegen auch einen Gewinn, die Eröffnung einer höheren deutschen Handelsschule (Akademie) in Budweis selbst.

Prag. Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen. Dem Bericht über das 56. Vereinsjahr 1917/18 ist zu entnehmen, daß dem Verein jetzt 861 Mitglieder angehören. Zum neuen Geschäftsleiter ist Staatsarchivskonzipist Dr. Gustav Pirchan bestellt worden. Der Bestand der Bibliothek wurde auf über 32 000 Bände erhöht. Die Vereinszeitschrift wird von Professor Dr. O. Weber geleitet und wird im alten wissenschaftlichen Geiste fortgesetzt, wenn auch ihr Umfang durch die Papierknappheit verringert werden mußte. Der Verein gedenkt dankbar zahlreicher Stifter, die ihm ermöglichten, seine Arbeiten auch in schwerer Kriegszeit weiter auszugestalten. Der Jahresbericht schließt mit den Worten:

„Eingedenk des Heldenmutes, mit dem Deutschböhmens Söhne jederzeit freudig das Höchste opfern, eingedenk der altehrwürdigen Losung unseres Vereins, dürfen denn auch wir nicht säumen, alles, was uns an ideellen Kräften zur Verfügung steht, zum Heile unseres Volkes einzusetzen; wir dürfen keine Mühe scheuen, die Schätze heimats- und volksgeschichtlicher Erkenntnis, die deutsche Forscherarbeit in unserem engeren Kreise emsig sammelt, in diesen bedeutungsschweren Tagen dem Volke lebendig zu erhalten, sie immer mehr zum

Digitized by Google

einigenden geistigen Gemeingute Deutschböhmens, zum Urquell seines unbeugsamen Selbstbewußtseins werden zu lassen.

Also nicht nur schlichte Erhaltung des Vereins und sorgsame Pflege seiner wertvollen, inneren Arbeit, sondern auch wirksamste Ausgestaltung seiner äußeren Betätigung im Dienste deutschböhmischer Kulturarbeit heißt unser nächstes Ziel.

Regste persönliche und schriftliche Fühlungnahme mit unserer verehrten Mitgliedschaft soll allen diesen unseren Bestrebungen den Weg ins Land hinaus bahnen und werktätige, verständnisvoll und eifrig werbende Hilfe unserer Mitglieder muß uns dabei allezeit zur Seite stehen.

Denn erst die ideelle und wirtschaftliche Anteilnahme weitester Kreise Deutschböhmens, um die demnächst noch besonders geworben werden soll, vermag unser ehrliches Wollen zu dem nachhaltigen Erfolge zu führen, dem wir beharrlich zustreben müssen: fruchtbringend zu wahren und rastlos zu mehren, was an unerschöpflichen volkserziehlichen und nationalen Werten in unserer deutschböhmischen Geschichts- und Heimatskunde lebendig ist."

Die Deutschen in Basel und in der übrigen Schweiz haben sich schon während des Krieges mehr denn je zusammengeschlossen, ganz besonders um den bedürftigen Angehörigen der Kriegsteilnehmer möglichst weitgehende Hilfe und Unterstützung zuteil werden zu lassen. So wurde im Dezember 1915 der Deutsche Hilfsbund in der Schweiz mit dem Hauptsitz in Zürich gegründet, der eine halbamtliche Fürsorgestelle für Angehörige der Kriegsteilnehmer und entlassenen Wehrmänner bildet. Es wurden überall Opfertage veranstaltet, die auch von schönen Erfolgen gekrönt waren. Nachdem nun nach der Demobilisierung die deutsch-schweizer Wehrleute zum großen Teile wieder zu ihren Familien zurückkehrten, machte sich eine erneute, größere Bedürftigkeit in den Familien bemerkbar, da auch in der Schweiz große Arbeitslosigkeit infolge des Mangels an Kohlen und Rohstoffen herrscht. Die geldlichen Mittel, die vom Auswärtigen Amt zur Verfügung gestellt wurden, sind schon durch den hohen Kursverlust derart geschwächt, daß die Hilfe nur sehr beschränkt ist. Demzufolge wäre jedem Deutschen in der Heimat, der nicht ganz feste Anstellung in der Schweiz vorher hat, d r i n g e n d a b z u r a t e n, dorthin jetzt auszuwandern. Die Lebens- und Wohnungsverhältnisse sind auch in der Schweiz zurzeit denkbar teuer, und erst nach Friedensschluß und Oeffnung der Grenze ist darin eine Besserung zu erwarten. Es wird also jedem, der beabsichtigt, in die Schweiz auszuwandern, sehr zu empfehlen sein, wenn er sich vorher an zuständiger Stelle eine diesbezügliche Auskunft erbittet.

Einen schönen Zusammenschluß haben die vielen deutschen Vereine in B a s e l gefunden in der Gründung der „D e u t s c h e n K o l o n i e B a s e l", die es sich zur Aufgabe gemacht hat, durch Vorträge belehrenden und unterhaltenden Inhalts, ebenso durch gesellige Veranstaltungen die deutsch-schweizer Geschäftsleute, Techniker und Familien einander näherzubringen. So fand letzthin ein öffentlicher Vortrag über „Menschenerkenntnis—Menschenverständnis" statt, gehalten von Herrn Dr. Hinrichsen, bei welchem Anlaß der große Vortragssaal des Bernoullianums bis auf den letzten Platz gefüllt war.

Alle diese Bemühungen, einen besseren Zusammenschluß der Deutschen in Basel hervorzurufen, sind von gutem demokratischen Geist getragen, und so darf die Deutsche Kolonie Basel mit Recht hoffen, daß wir Auslanddeutschen auch von unserm Heimatlande nicht vergessen werden, denn der feste Wille, den deutschen Namen im Auslande wieder zu Ehre und Ansehen zu verhelfen, ist nicht gebrochen. Die Namen derjenigen Herren zu nennen, die sich besonders um das Auslanddeutschtum in Basel verdient gemacht haben, erübrigt sich wohl, denn durch die Zufriedenheit über ihre errungenen Erfolge und den bewußten Dank ihrer Landsleute werden sie gewiß reichlichen Lohn finden. Unser Heimatland, das jetzt so schwer leidet, darf von uns die Versicherung entgegennehmen, daß unsere Gedanken hundertfach täglich in alle Gaue des deutschen Landes schweifen und daß wir alle intensiv daran mitarbeiten, den Aufbau einer bessern Welt zu gestalten und das Los der an Körper und Seele ringenden Menschheit zu erleichtern.

H u g o S ü ß m a n n, Basel.

St. Gallen. D e u t s c h e r H i l f s v e r e i n. In der Hauptversammlung vom 31. März wurde der Bericht über das Vereinsjahr 1918 erstattet, der in seiner Einleitung über die politische und wirtschaftliche Lage des Vaterlandes berichtet und betonte, die Selbstachtung und sittliche Pflicht der Selbsterhaltung gebieten, mit dem traurigen selbstmörderischen Spiel der Selbstbezichtigung ein Ende zu machen und aufzuhören, aus der Mitschuld Deutschlands eine Alleinschuld zu konstruieren. Es gelte zu sammeln, was zerstreut und zerstückelt am Boden liegt. In der Unterstützungstätigkeit stand die reichsgesetzliche Kriegsunterstützung obenan. An 1197 Familien mit 1291 Kindern und 336 sonstigen Angehörigen wurden im Bezirk Groß-St.-Gallen ordentliche und außerordentliche Unterstützungen in der Höhe von Fr. 994 002 ausgezahlt. Dazu kamen die Familien der sogenannten „Werkleute" mit einer Unterstützung von Fr. 58 932. Nur wenige dieser Leute waren trotz des bisweilen recht hohen Verdienstes imstande, genügend für den Unterhalt ihrer Familien zu sorgen, zumal sich der Kursverlust bei Herübersendung von Geld immer größer stellte. Als Wochenbetthilfe wurden an 27 Frauen Fr. 5154 bezahlt. Die Gesamtauszahlung der Abteilung Kriegsunterstützung beliefen sich somit auf Fr. 1 004 089. Für Deutsche, die durch den Krieg in Not geraten waren, ohne Anspruch auf Kriegsunterstützung zu haben, stellte die Reichsnothilfe Fr. 29 399 zur Verfügung, die sich auf 79 Einzelpersonen, 82 Familien und 97 Witwen mit zusammen 388 Kindern unter 17 Jahren verteilten. An 331 Personen wurden einmalige Beiträge gegeben. Außer Bargeld (Mietzins) wurden Gutscheine für Lebensmittel, Kleider und Brennmaterial und Schuhwerk gegeben und auch große Quantitäten an Kohlen und Lebensmitteln verteilt. Infolge der Grippe sind die Ausgaben für ärztliche Behandlung, Medikamente und Kurkosten außerordentlich gestiegen, während das Arbeitsfeld der Abteilung Internierten-Fürsorge wesentlich eingeschränkt werden konnte, weil alle vor dem 1. Mai 1918 in der Schweiz internierten deutschen Mannschaften und Unteroffiziere in die Heimat abreisen durften. An einzelne Internierte wurden im ganzen noch Fr. 1900 ausgezahlt. An bedürftige Angehörige von Internierten, die zum Besuche in die Schweiz kommen durften, wurden Fr. 3911 an Verpflegungskosten vorgeschossen, die das „Rote Kreuz" in Frankfurt später zurückbezahlte. Der Hilfsverein hat von sich aus zu diesen Summen noch einige Beiträge gewährt. Der Hilfsverein übernahm die Pflege der Gräber verstorbener Internierter, er hat im Berichtsjahr an 79 Personen Fr. 10 225 an sogenannten „Fremdengeldern" ausgezahlt, d. h. durch seine Vermittlung diesen Heimat- und Armenunterstützung beschafft. Die großen Kursverluste für die Empfänger gaben Anlaß, bei einer Bank in Konstanz vorübergehend ein Markkonto einzurichten und auf Grund der dort eingezahlten Gelder aus Vereinsmitteln die Unterstützung zum Kurse von 70 auszubezahlen. Mehrere Stellen in der Heimat erhöhten auf Aufforderung des Vereins ihre Unterstützungsgelder durch Aufzahlungen in Anbetracht des Kursverlustes bis zu 50 Prozent. Aus Vereinsmitteln hat der Hilfsverein Fr. 32 795 zu Unterstützungszwecken verausgabt, wodurch die Summe der Gesamtauszahlungen auf Fr. 1 082 353 stieg. Rechtzeitige Einkäufe größerer Mengen

Digitized by Google

von Stoffen für Wäsche und Kleider und vorsorgliche Sicherung von Schuhen setzten den Verein in den Stand, reichliche Weihnachtsgaben an bedürftige Kinder auszurichten. Die Damen und Herren des Vereins stellten sich hierbei dem Verein gern zur Verfügung. Die Gesamteinnahmen des Vereins beliefen sich einschließlich außerordentlicher Beiträge und Spenden auf Fr. 41 395, die Gesamtausgaben auf Fr. 35 173, wozu noch wertvolle Gaben an Naturalien kamen. Das nach der Rückkehr in die Heimat verstorbene Vereinsmitglied Direktor Seyffarth vermachte dem Verein Fr. 1000, die als Grundstock für ein später zu erbauendes eigenes Heim des Vereins niedergelegt werden sollen.

Der Bericht begrüßt die Begründung eines deutschen Konsulats in St. Gallen, wodurch das Deutschtum erheblich verstärkt und der Verein wesentlich entlastet worden sei. Er wünscht die Ausdehnung des Konsularbezirkes auf das ganze Gebiet der Stickerei-Industrie und somit eine ganze Zusammenfassung der in dieser bisher größten Exportindustrie der Schweiz zutage liegenden persönlichen und sachlichen deutschen Interessen.

Der Verein unterstützte die zurückkehrenden Wehrmänner in ausgiebiger Weise. Er belehnt, um die Wehrmänner vor Kursverlusten zu schützen, die mitgebrachten Markbeträge bis zu bestimmter Höhe zinsfrei, vorausgesetzt, daß es sich um nachweisbar aus Deutschland mitgebrachte Ersparnisse handelt, und zwar zum Kurse von 60 aus Vereinsmitteln. Er sucht auch die Einreisebewilligung für die Wehrmänner und Kriegsbeschädigten möglichst zu erleichtern.

Nach langer Pause fand am 12. Januar 1918 wieder ein Deutscher Abend statt, der einen vollen Erfolg erzielte. Deutsche Mitglieder, Internierte, Kriegsbeschädigte und Schweizer Gäste fanden sich zahlreich ein. Monatlich fanden die Vorstandssitzungen und wöchentlich Sitzungen des Arbeitsausschusses statt, der sich aus den beiden Vorsitzenden, dem Kassier und den Abteilungsleitern zusammensetzt. Direktor Liebeherr übernahm ehrenamtlich die Funktionen des Geschäftsführers. Der Verein hat neben seiner Unterstützungstätigkeit in außerordentlich vielen Fällen persönlich Rat und Belehrung erteilt, und zwar nicht nur in Rechtsfällen, sondern auch bei Umzügen, Nachlaßordnungen, Möbeltransporten, Unterbringung von Kindern und in allen möglichen sonstigen Fragen. Der Deutsche Hilfsverein St. Gallen hat während seines 40jährigen Bestehens im ganzen aus der Vereinskasse 161 269 Fr., aus fremden Geldern 240 669 Fr., zusammen 401 938 Fr. Unterstützungen ausbezahlt.

Die Deutsche Handelskammer in der Schweiz versendet ihren Jahresbericht für das Jahr 1918. Er gibt zunächst über die Organisation der seit 1912 bestehenden Kammer Auskunft, die durch Begründung von Ortsgruppen in der Schweiz, durch Neuherausgabe von monatlichen Mitteilungen, sowie durch Anstellung eines fest besoldeten Syndikus außerordentlich an Kraft und Stärke gewonnen hat. Es bestehen zurzeit Ortsgruppen in Basel, Davos, Genf, Lausanne, Lugano und Zürich. Jede Ortsgruppe ist im Hauptvorstand mindestens durch ein Mitglied vertreten, der Hauptvorstand zählt 12 Mitglieder. Der Sitz des Syndikus ist von Genf nach Zürich verlegt worden. Drei Geschäftsstellen in Zürich, Genf und Basel dienen der Erledigung des Geschäftsverkehrs. Die Grundlage für die Behandlung von Handelsfragen bilden die mit Fachleuten besetzten Fachausschüsse. Die Mitgliederzahl ist im Berichtsjahr von 490 in Deutschland lebenden Mitgliedern auf 569, von 166 Schweizer Mitgliedern auf 221 gewachsen. Die Auskunftstätigkeit war außerordentlich rege. Gegenüber den steten Versuchen, die Handelskammer zur Förderung des Strohmännertums zu gewinnen, wurde konsequent der Standpunkt vertreten, daß die geschäftliche Mimikry als dem deutschen Handel auf die Dauer schädlich nicht unterstützt werden sollte, daß aber eine Vertretung deutscher Häuser durch in der Schweiz ansässige Handelsvertreter und Agenten während der Uebergangszeit für nützlich erachtet werde. Die Handelskammer empfiehlt dabei allen deutschen Firmen, sich deutscher Handelsvertreter zu bedienen, um so mehr, als Schweizer Zeitungen auch die Losung ausgeben: Vertretung von Schweizer Interessen im Ausland durch Schweizer Firmen. Eine Warenkartothek ist in Bearbeitung. Besonderer Wert wird auf die Pflege der Beziehungen zur deutschen Gesandtschaft und zu den deutschen Konsulaten gelegt. Die Erfahrung lehrt, so sagt der Bericht, daß persönliche Beziehungen in dieser Richtung ungleich wertvoller sind als jeder schriftliche Verkehr. So haben sich persönliche Besprechungen des Syndikus mit dem Handelsattaché der Gesandtschaft, Herrn Löwengard, als äußerst fruchtbar erwiesen. Es wurden die deutsch-schweizerischen Abkommen über Ein- und Durchfuhr und über Handelsbeziehungen überhaupt ausgiebig besprochen. Der Bericht führt im einzelnen die wirtschaftlichen Verhandlungen über die Beziehungen Deutschlands zur Schweiz an. Er betont hier besonders stark den Kampf gegen die Preispolitik der Reichsbank und der Preisprüfungsstelle und bekämpft scharf die Devisenpolitik der Reichsbank. Man müsse unbedingt der Schweizer Stimmung Rechnung tragen: „Man wird niemals dem Schweizer begreiflich machen, daß der Basler dieselbe Ware, die in Lörrach drei Mark kostet, billigerweise mit Francs 3,75 bezahlen soll, während man 3 Mark in Basel mit Francs 1,50 kaufen kann und der deutsche Lieferant für Francs 3,75 etwa das doppelte in Mark bezieht." Politisch denkende Menschen müßten eben mit Tatsachen rechnen und nicht mit momentanen Vorteilen. „Wir hegen die stärksten Befürchtungen für die Zukunft und die Beliebtheit des deutschen Ausfuhrhandels auf den neutralen Märkten, wenn Deutschland nicht der hier dargelegten Stimmung Rechnung trägt." Damit solle nicht der Verschleuderung der deutschen Ware das Wort geredet werden, und der Abbau der Preise müsse auch etappenweise vorgehen. Der deutsche Ausfuhrhandel müsse den Anreiz, den der Tiefstand der deutschen Valuta auf die Kauflust des Auslandes ausübe, verwerten, und es sei kurzsichtig, ihn zu ersticken, nur um einen Tageserfolg zu erzielen. Es klinge grotesk, sei aber Wirklichkeit, daß das deutsch-schweizerische Wirtschaftsabkommen im Mai, die späteren Durchfuhrabkommen, die Valutaanleihen, das Kohlenabkommen mit seinen exorbitanten Preisen Tatsache wurden, ohne daß die Deutsche Handelskammer in der Schweiz überhaupt gutachtlich gehört wurde. Deshalb werde energisch die staatliche Anerkennung der Handelskammer gefordert und diese Forderung stehe in engem Zusammenhang mit der Neugestaltung der Handelsabteilungen der Gesandtschaften und Konsulate. Man dürfe nicht alles Heil nach wie vor von der Tätigkeit der Beamten erwarten. Schematismus, Schablonenhaftigkeit und schleppender Geschäftsgang des Beamtenapparates seien auch heute noch nicht überwunden. Die Ueberleitung vom Beamtenstaat zum Volksstaat sei auch in den auswärtigen Vertretungen die Hauptaufgabe. Eine Denkschrift über diese Frage ist in den letzten Wochen an die deutschen Handelskammern versandt worden.

An den Bericht schließt sich ein Aufsatz von Eduard Derksen-Basel über „Außenhandelskammern und Handelssachverständige" an, der die These: erst Handelssachverständige und in zweiter Linie Außenhandelskammern bekämpft und eine Ablehnung des Instituts der Handelssachverständigen als Hauptvertretung der ausländischen Handelsinteressen ausspricht. Staatlich auch finanziell unterstützte Außenhandelskammern seien erstes Erfordernis. Endlich gibt dann der Bericht eine Uebersicht über den Güteraustausch zwischen der Schweiz und Deutschland während des Krieges. Wie vielen Boden die deutsche Industrie in der Schweiz schon

Digitized by Google

verloren hat, das zeigen wenige Zahlen. Von 1913 bis 1916 und 1917 ging der deutsche Anteil an der Belieferung der Schweiz mit Einfuhrfabrikaten von 55,64 auf 39,30 und 29,69 Prozent zurück. Großbritannien steigerte seinen Anteil von 11,89 auf 28,74, Amerika den seinen von 2,73 auf 10,02 Prozent.

Die Tätigkeit der Handelskammer im April wies eine Zunahme der Auskunftserteilung infolge der Zunahme des internationalen Verkehrs auf. Der geschäftsführende Ausschuß hatte am 14. April in Bern eine Sitzung mit der Gesandtschaft zur Besprechung der Fragen der Neugestaltung des wirtschaftlichen Dienstes bei diplomatischen und konsularischen Vertretungen des Reichs im Ausland. Bei der Mitgliederversammlung in Basel am 15. April hielt Herr Ludwig Scholz, das Mitglied des Verwaltungsrats des D. A. I., einen hochinteressanten Vortrag über „Deutsche Kolonialverwaltung im Lichte der Kritik von Entente-Schriftstellern", den er durch vorzügliche Lichtbilder erläuterte. Die Zahl der Mitglieder in der Schweiz und in Deutschland ist in raschem Steigen.

Rotterdam. Deutscher Hilfsverein. Der Deutsche Hilfsverein, der frühere Deutsche Hilfsausschuß (Kriegshilfe) gibt einen Jahresbericht heraus, dem wir entnehmen, daß die Zahl der unterstützten Familien bis Ende Juni auf 160 stieg. An Reichsunterstützungen und Beihilfe wurden in dieser Zeit ausgegeben Fl. 915.44. Der Frauenausschuß schoß aus eigener Sammlung Fl. 4382 dazu. Für Heimarbeit und in den Nähstuben wurden an Arbeitslöhnen bezahlt Fl. 11 561, für Weihnachtsgeschenke wurden Fl. 4242 verausgabt, die aus Extrasammlungen einkamen. Für etwa Fl. 12 000 wurden Liebesgaben an die Front, an deutsche Lazarette und an deutsche Kriegsgefangene gegeben. An die Front wurden ferner Zigaretten, Zigarren und Tabak im Werte von Fl. 4000 gesandt, Fl. 550 wurden für Liebesgaben und Erfrischungen für invalid ankommende Austauschgefangene verwendet. Die unterstützten Familien wohnten in Rotterdam, Dortrecht, Schiedam, Vlaardingen, Maaßlouis, Brielle und Scheveningen. Die in Scheveningen wohnenden Familien werden jetzt durch die deutsche Gesandtschaft im Haag unterstützt. Der Hilfsverein griff auch unterstützend ein, wo die Geldmittel des in Deutschland beschäftigten Mannes nicht ausreichten, die in Holland wohnende Familie zu ernähren und unterstützten auch Kriegswitwen, deren Witwenrente bei dem schlechten Kurse in Holland nicht zur Fortführung der Wirtschaft ausreichte. Der Hilfsverein ist sich voll bewußt, daß nach Friedensschluß noch viele Anforderungen seiner harren. Er baut auch für die Zukunft auf das Wohlwollen aller Landsleute, weil er überzeugt ist, daß die Mittel, die ihm zur Verfügung stehen werden, für die großen Aufgaben kaum ausreichen können.

Für die am 26. April in Rotterdam eintreffenden 720 Verbannten aus China hatte der Deutsche Hilfsverein unter Führung des Herrn Ruoff einen Empfang vorbereitet. Zahlreiche Damen der deutschen Kolonie halfen bei der Herrichtung der Speisen und Getränke für die Ankommenden, die allen Ständen angehörten und nach dem Urteil der „Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande" erheblich besser als die aus den englischen Gefangenenlagern zurückkehrenden Landsleute aussahen. Namentlich den nach Oesterreich und Ungarn Zurückkehrenden wurde reiche Wegzehrung mit auf den Weg gegeben.

Rotterdam. Deutscher Verein. Dem Empfang der Deutschostafrikaner in Rotterdam haben wir noch nachzutragen, daß der Deutsche Verein einen Bierabend für die Ankommenden veranstaltete, bei dem der Vorsitzende, sowie General von Lettow-Vorbeck Ansprachen hielten. Das Bekenntnis zum Neuen Deutschland war der Grundton der Reden, von denen ein holländisches Blatt zu Unrecht berichtet, daß sie im imperialistischen Sinne gehalten worden seien. General von Lettow-Vorbeck und General Schnee besuchten auch die Deutsche Schule in Rotterdam und wurden dort von den Schülern mit einem Marsch für Geige und Klavier begrüßt. Sie ermahnten in Ansprachen an die Schüler die Jugend zur eifrigen Pflege des vaterländischen Gedankens.

Amsterdam. Deutscher Männergesangverein „Liederkranz". Das Konzert des Vereins am 4. Mai erfreute sich eines solchen Zuspruchs, daß die gewaltigen Räume des Festgebäudes Bellevue vollkommen besetzt waren. Die Führer der deutschen Gemeinde waren vollzählig anwesend. Die Aufführungen standen auf künstlerischer Höhe, und die Solisten, die sich dem Vereine zur Verfügung gestellt hatten, wurden sehr gefeiert. In den Konzertpausen verkauften Damen der deutschen Gesellschaft Gebrauchsgegenstände zugunsten der deutschen Kriegsblinden und Verwundeten.

KIRCHLICHES

Ueber die Kulturarbeit eines deutschen Klosters in Bosnien berichtet die „Caritas" nach Mitteilungen eines Franzosen: Am 29. Januar feierte der aus Württemberg stammende Abt des Trappistenklosters Mariastern bei Banja Luka sein 25jähriges Amtsjubiläum. Ihm verdankt man die Errichtung eines Waisenhauses, einer Handwerker-Lehranstalt, einer Tuchfabrik, einer Holzmühle, eines Wasser- und Elektrizitätswerkes. Kaum ein einziges Werk der Kultur oder Wohltätigkeit in Bosnien ist ohne den Abt errichtet worden. Während des Krieges wandte er seine Fürsorge hauptsächlich den Invaliden, Waisen und Armen zu. „Die deutschen Katholiken Bosniens", so heißt es in den Mitteilungen des Franzosen, „dürfen auf ihren Landsmann und seine bosnischen Werke stolz sein. Gerade diese Werke der Nächstenliebe, welche ihr Landsmann mit deutschem Gelde gestiftet hat und unterhält, werden dem deutschen Volke noch zum Segen gereichen". Der intelligente Bosnier, der im allgemeinen gegen Fremde, die seinen Boden ausnutzen und sich dort bereicherten, mißtrauisch sei, sei kein Feind der Deutschen und ihrer Kultur. Er lerne deutsche Sprache, lese deutsche Zeitungen. „Man darf bestimmt annehmen, daß die in Bosnien eingeimpfte deutsche Kultur eine feste Basis dauernder freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Völkern bilden wird. Dem Abt Dominikus und seinen Mönchen wird es zum ewigen Ruhm gereichen, Bahnbrecher auf diesem Gebiete gewesen zu sein."

Das Missionsblatt des Allgemeinen Evangelisch-protestantischen Missionsvereins „Christenhilfe für die Welt" berichtet in seinem März/April-Heft von dem erfreulichen Fortgang der Missionsarbeiten. Auf den Mittelschulen Japans sei bisher nur Englisch als fremde Sprache getrieben worden, jetzt dürften die Schüler zwischen Englisch, Französisch und Deutsch wählen. Diese Entscheidung würde auch der Mission zugute kommen, die sich wie stets der Verbreitung des deutschen Wesens und der deutschen Kultur annehmen werde. Das Missionsblatt ruft aber zu Sammlungen und Stiftungen zur Unterstützung dieser Arbeiten auf.

Der Jahresbericht der „Frauenhilfe fürs Ausland", den Pastor Gielen bei der 10. Mitgliederversammlung am 4. Februar erstattete, betont, daß die Nachrichten aus Brasilien nur spärlich flössen. Die Schularbeit scheint ganz stillgelegt worden zu sein, während die Krankenhaus-

Digitized by Google

und Pflegetätigkeit ihren ungehinderten Fortgang nehmen könne. Von den 13 Schwestern, die im Jahre 1913 nach Brasilien entsandt wurden, gehören noch 6 zur Schwesternschaft, eine siebente ist aus der Kolonie Blumenau dazugekommen. In Blumenau sind drei Schwestern tätig, in Florianopolis zwei, in Porto Allegre und in Rio de Janeiro je eine. Die Arbeit in Brasilien wird nicht aufrecht erhalten werden können, ohne daß zuvor das Diakonissenmutterhaus in Porto Allegre fertiggestellt wird. Der Neubau ist während des Krieges unzerstört geblieben, aber die schon angefahrenen Materialien zur Vollendung sind zum Teil gestohlen worden. Während des Krieges waren in Brasilien deutsche Zeitungen und Gottesdienste ja verboten, von Anfang dieses Jahres ab wurden aber wieder deutsche Gottesdienste gehalten. Die Schwesternschaft zählt gegenwärtig 76 Schwestern, der Verein zählte 1828 Mitglieder.

Die St. Petrus Claver-Sodalität hat in verschiedenen größeren Städten Deutschlands und Oesterreichs Afrikamuseen eingerichtet (in Salzburg, Wien, München, Breslau, Köln), die die Produkte der afrikanischen Länder, die Möglichkeit ihrer mannigfachen Bearbeitung und Ausnutzung zeigen, mit den Lebensbedingungen der Länder bekannt machen und zu Handelsbeziehungen anregen. Die Museen wollen also über das reine Missionsinteresse hinaus dem allgemeinen Interesse und dem Ueberseehandel dienen.

Die deutsch-evangelische Missionshilfe hielt in Berlin ihre jährliche Tagung des Verwaltungsrats ab. Der Vorsitzende des Vorstandes, Oberpräsident Dr. von Hegel, widmete dem verstorbenen Grafen von Schwerin-Löwitz einen warmen Nachruf. Als sein Nachfolger im Vorsitz des Verwaltungsrats wurde Staatssekretär v. Lindequist gewählt. Direktor Schreiber erstattete den Jahresbericht und verwies auf die segensreiche Auskunfts- und Aufklärungstätigkeit der Missionshilfe. Professor D. Richter sprach über „Die deutsch-evangelische Mission im Jahre 1918", indem er hauptsächlich die Leidensgeschichte der Basler Mission schilderte. Er gab auch einen Ueberblick über die großartige Entwicklung des katholischen Missionswesens und verglich damit das protestantische Missionswerk. An der darauf folgenden öffentlichen Versammlung nahmen zahlreiche Vertreter von öffentlichen Körperschaften und Aemtern teil, unter ihnen auch einige Katholiken unter Führung von Prälat Baumgarten. Missionsdirektor D. Axenfeld sprach über „Deutschlands Kampf für die Freiheit der Missionen". Deutschland müsse im Friedensvertrag für die Supranationalität des christlichen Missionswerkes eintreten, weil nur dadurch schwere Vergewaltigung deutschen Wesens in der Zukunft vermieden werden könne. Eine von Direktor Schreiber eingebrachte Kundgebung wurde einstimmig angenommen, sie fordert die schrankenlose Rückgabe aller deutschen Missionsfelder als gutes Recht. Alle Glaubensgenossen im Inland und neutralen Ausland sollten gegen die Vergewaltigung des Glaubens auftreten und Freiheit der Missionen in aller Welt einmütig fordern.

Die evangelisch-lutherische Kirche in der Ukraine.

Einem Bericht des Oberpfarrers H. Junger an die Reichswanderungsstelle, der am 15. Januar 1919 in Kiew geschrieben und uns gütigst zur Verfügung gestellt wurde, entnehmen wir die folgenden Angaben: In der Ukraine gibt es 40 evangelisch-lutherische Kirchspiele mit einer Seelenzahl von schätzungsweise 600 bis 750 000 Seelen. Diese Kirchspiele gehörten bisher zum größeren Teil zum St. Petersburger, zum kleineren Teil zum Moskauer Konsistorialbezirk und wurden nach dem Konsistorialsystem auf Grund des Kirchengesetzes für die evangelisch-lutherische Kirche Rußlands verwaltet. Durch die Loslösung der Ukraine von Rußland wurde dieses Band zerrissen. Es gibt also heute keine Obrigkeit für diese Kirchengemeinden mehr, was zu einem erheblichen Notstand führte, da die Pastoren gesetzlich Standesbeamte waren, und das Konsistorium einzige ehescheidende Instanz war. Ueber die durch den Krieg verschuldete materielle und geistige Notlage der Kirchenbezirke und ihrer Schutzbefohlenen haben wir bereits berichtet (siehe Mitteilungen, Jahrgang II, Heft 1, Rundschau, Wolhynien). Im Herbst 1918 regte das ukrainische Kultusministerium eine neue Organisation an und wollte, bevor es eigene Entschlüsse faßte, die Wünsche der Lutheraner hören. Es bat um Vorschläge eines Kongresses. Das Verhalten des Ministeriums wird als entgegenkommend bezeichnet, es zerstreute die Befürchtungen, die man hegte, als die Hetmansregierung die orthodoxe Kirche zur alleinigen Staatskirche erklärt hatte. Die Vorarbeiten zu dem verlangten Kongreß stützten sich auf einen Entwurf zu einer Kirchengemeinden- und Synodalordnung, den eine bereits seit 1917 eingesetzte Kommission geschaffen hatte, und auf den Vorschlag des (inzwischen verstorbenen) deutschen Feldoberpfarrers Dr. Strauß auf Anschluß der Ukrainer Lutheraner an den evangelischen Kirchenausschuß Deutschlands. Dieser Vorschlag fand Beifall, da aus der einzigen russischen Universität Dorpat doch nicht genug Geistliche in Zukunft für die Ukraine zu erwarten und da die politischen Verhältnisse äußerst unsicher wären, da ferner die Löhnung der Geistlichen ausschließlich durch Gemeindeumlagen und ihre Altersversorgung überhaupt nicht geregelt sei und vor allem die Kapitalien der evangelisch-lutherischen Unterstützungskasse, der Prediger-Witwen- und Waisen-Kasse und der Emeritalkasse sich in Petersburg befänden. So ward ein Vorschlag ausgearbeitet, der bei möglichster kirchlicher Annäherung und engerem Anschluß die gegenseitige Anerkennung aller Evangelischen deutscher Zunge als Gemeindemitglieder aussprach. Die vorhandenen Geistlichen sollten anerkannt werden, für künftige Geistliche sollte der deutsche Ausschuß sorgen und auch Ukrainer Geistliche nach einem Kolloquium (Unterredung, nicht Prüfung) in deutschen Dienst übernehmen. Vorbildung der Theologen durch eine deutschlehrende Fakultät bei 6 Semestern Studium und zwei Prüfungen. Die ukrainische Gemeinde sollte mit Geld unterstützt und die Geistlichen an die deutsche Dienstalterszulagekasse angeschlossen werden.

Der vom 2. bis 4. November in Prischib unter Vorsitz des Herrn S. Schad tagende Kongreß war in Anbetracht der schwierigen politischen Verhältnisse nur von 20 Geistlichen und 50 Laien besucht. Er wollte also keine bindenden Beschlüsse fassen, sondern der ukrainischen Regierung nur Wünsche vortragen. Er hielt den Anschluß an die deutsche Mutterkirche für ein erstrebenswertes Ziel und stimmte mit der ukrainischen Regierung in dem Wunsche nach einer kirchlichen Oberbehörde überein. So kam man zur Schaffung einer vorläufigen Oberbehörde, die nach den früher russischen Bestimmungen, soweit sie nicht durch die ukrainische Regierung außer Kraft gesetzt waren, einstweilen die Kirchen verwalten sollte. Die Befugnisse des Generalkonsistoriums gehen an diese Oberbehörde in Kiew über, die aus einem weltlichen Vorsitzenden, einem geistlichen Stellvertreter und je zwei weltlichen und geistlichen Beisitzern besteht. Die Beisitzer werden von der Konferenz vorgeschlagen und von der Regierung ernannt. Weltlicher Vorsitzender wurde Professor Dr. Lindemann-Kiew, Stellvertreter Oberpfarrer Junger, Beisitzer Rechtsanwalt Lösch und Ministergehilfe Professor Eichelmann-Kiew, sowie Pastor Hesse-Jekaterinoslaw. Im Dezember 1918 arbeitete eine Kommission aus Vertretern der ukrainischen Regierung und des Kirchenkollegiums zeitweilige Bestimmungen aus, die jetzt den Instanzenweg durchlaufen.

Digitized by Google

Die Arbeit der neuen Behörde wird schwer sein. Seit März 1917 gab es in der Ukraine 7 Regierungswechsel, und das Kultusministerium ist im letzten halben Jahr von nicht weniger als 5 Ministern geleitet worden. Der Berichterstatter schätzt, daß in einem bis zwei Jahren eine endgültige Verfassung geschaffen werden könne. Die evangelisch-lutherische Kirche der Krim und des Dongebietes würden wohl den Anschluß an die ukrainische Kirche suchen.

Die „Katholischen Missionen" berichten in ihrem Hefte Nr. 7, April, über die Missionsweltlage nach dem Kriege. Fast allen deutschen Missionen sind tiefe Wunden geschlagen. Die tiefste war die Internierung oder zwangsweise Abführung der Missionsmitarbeiter. Eine möglichst eingehende Berechnung hat ergeben, daß 318 Priester, 296 Kleriker und Brüder und 320 Schwestern insgesamt ihrem Berufe entzogen worden sind. Völlig ihrer deutschen Mitarbeiter beraubt sind die Missionen in Kamerun, Togo und Mosambik; im letzten Augenblick, so scheint es, wurden die deutschen Missionare aus den Philippinen verbannt. Nur wenige weilen noch in Deutsch-Südostafrika und im Sudan. Aus Indien und Ceylon ist das gesamte männliche Personal entfernt, während die Schwestern streng überwacht und mannigfach gehemmt, noch ihrem Berufe leben können. Fast die Hälfte ihrer Glaubensstreiter haben die Karolinen und Mariannen verloren; die anderen deutschen Missionen der Südsee haben nur vereinzelte in die Verbannung ziehen sehen. Weniger gestört wurde die Arbeit in Deutsch-Südwest, in Belgisch-Kongo, in der südafrikanischen Union. Fast ungestört blieben die Missionare unter den heidnischen Regierungen in Japan und China und in den Heidenmissionen in Amerika. Eine unbestimmte Anzahl deutscher Glaubensbrüder, die vereinzelt oder in Gruppen unter ausländischer Missionsleitung in anderen Teilen des französischen oder englischen Kolonialgebietes wirkten, hat gleichfalls das Los der Verbannung getroffen. Der für die Vertriebenen gebotene Ersatz in Togo, Kamerun und Ostafrika ist völlig unzureichend. Auch sonst sind die Missionen überaus schwach besetzt. Ueberall herrscht Armut und Not, Hunger und Seuchen haben die Christengemeinden gelichtet, das erschlaffende Südseeklima hat auch unter den Missionaren viele Opfer gefordert. Aber nirgendwo ist die Arbeit völlig vernichtet. Die „Katholischen Missionen" geben einen Ueberblick über die politischen Veränderungen in den Hauptmissionsgebieten. Nur das Verschwinden des Zarismus öffnet für Rußland Arbeitsmöglichkeiten. Von China ist Gutes zu berichten, bis auf die jetzt zuletzt erfolgten Ausweisungen in Japan haben die beiden deutschen Jesuitenpatres in Tokio sogar ehrenvolle Lehraufträge erhalten. Sollen die deutschen Missionare an der Zukunft verzweifeln? „Wir wissen noch nicht, wo unser Wirkungskreis liegen wird . . . aber des sind wir sicher: wir werden uns wieder einen ehrenvollen Platz im Weltmissionswerk sichern . . . so wird der deutsche Missionar und die deutsche Missionsschwester auch in Zukunft den Beweis liefern, daß wir so gut wie jeder andere für die höchsten Ziele zu leben und zu sterben bereit sind."

Die Mission in Ostasien. Die Nachrichten über das Schicksal der deutschen Missionen in China lauten nach wie vor widerspruchsvoll. Die „Berliner Missionsberichte" wissen in ihrem Maiheft darüber zu melden, die Waffenstillstandskommision habe auf ihren Protest gegen die Ausweisung der deutschen Missionare aus China hin die Antwort erhalten, eine Ausnahme mit den deutschen Missionaren werde nicht gemacht werden, es werde aber nur ihre Heimsendung, nicht ihre Ausweisung verfügt. Wenn Worte einen Sinn haben, sollte das eigentlich heißen, daß die deutschen Missionare später wieder auf ihre Posten würden zurückkehren können. Doppelt unbegreiflich bleibt aber dann, warum man sie jetzt ihrer Arbeit entzieht und zuerst ausweist. Weiter hieß es in der Antwort, der französische Gesandte in Peking sei ermächtigt, solche Missionare, die zwar deutscher Staatsangehörigkeit seien, aber nach Gesinnung und Verhalten unzweifelhaft auf der Seite der Alliierten ständen, auszunehmen. Später meldete Reuter, alle katholischen deutschen Missionare dürften bleiben, und wiederum später erklärte die englische Regierung im Parlament, sie werde sich dafür einsetzen, daß alle Missionare, die sich nachweislich während des Krieges nicht einwandfrei benommen hätten, zurückbefördert würden. In Tsingtau soll die japanische Regierung inzwischen alles Missionseigentum beschlagnahmt, seine Benutzung bis zum Friedensschluß aber gestattet haben.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Der Empfang der Heimkehrenden.

Bald werden die letzten Tausende der über Kriegsdauer interniert gewesenen Zivilgefangenen zu uns zurückkehren. Es wird viel davon abhängen, wie wir sie verstehen, wie und in welchem Geiste wir sie empfangen werden. Die treuesten Pioniere deutscher Kultur und deutschen Wirtschaftsgeistes sind darunter. Wir geben darum aus einer Ansprache, die Herr Max Hähnle, Stuttgart, der selbst über vier Jahre in Frankreich interniert war, jüngst zugunsten einer Sammlung für die Zivilgefangenen hielt, einige Gedanken wieder.

Herr Hähnle schilderte die Stimmung, die nach dem Bekanntwerden des Berner Abkommens vom Mai 1918 in den Interniertenlagern herrschte, als das Wort: Sämtliche Zivilgefangene müssen spätestens bis zum 15. August 1918 gegenseitig ausgetauscht sein, zu aller Ohren klang: „Es war ein Freudenrausch, von dem elementar jung und alt gepackt wurde. Wie toll ging es zu. Man schrie, jubelte, weinte, gestikulierte. Heim, nur heim, tönte es aus aller Mund. Dann kam die dumpfe Verzweiflung, wie alle Hoffnung wiederum vergebens war, und jetzt ist die Stimmung in allen Lagern gedrückt und hoffnungslos. Die Aermsten sind längst am Ende ihrer Kraft." Es sei ein Hohn und eine Schmach, wenn ein Mann wie der Schweizer Bundespräsident Ador, der als früherer Präsident vom Roten Kreuz stets die hohen Töne sang, wenn es galt, die Interessen der Entente zu vertreten, bis heute kein Wort des Tadels fand dafür, daß der Berner Vertrag, an dessen Zustandekommen er selbst mitgearbeitet habe, von Frankreich mit Füßen getreten werde. Und wo bleibe heute der flammende Protest vom Schweizer Roten Kreuz und wo der von den Neutralen angesichts der vollendeten Versklavung unserer Gefangenen? Der Redner tadelte dann, daß auch die Unterstützung der Zivilgefangenen von der Heimat aus ungenügend war. Bethmann-Hollwegs Ausspruch, daß ihnen kein Haar gekrümmt werden dürfte und daß sie ihre pekuniären Verluste auf Heller und Pfennig wieder ersetzt bekommen müßten, blieb eine platonische Kundgebung. Wirklich getan habe die alte Regierung nur wenig. Die Heimat habe eben keine rechten Begriffe von dem gehabt, was „Auslanddeutscher" heißt. Der Redner schilderte die ungeheuer verzweigte Tätigkeit des deutschen Kaufmannes in der Welt, der deutsche Ware, deutsche Bücher, Kenntnisse über Deutschland und seine Kultur verbreite. Alle Berufe und meist ehemals wohlhabende Leute befänden sich in den Konzentrationslagern vereinigt. „Und da empfanden wir alle es als eine Schande, daß der deutsche Staat solchen Leuten drei Jahr lang ein monatliches Almosen hinwarf in Gestalt von ganzen 5 Franken. Dabei mußte noch der Nachweis erbracht werden, daß ja kein Centime Unterstützung von anderer Seite kam, denn sonst

Digitized by Google

mußten diese, wenn jemand z. B. ein paar Franken Unterstützung von einer mitleidigen Seele erhielt, sofort wieder von der staatlichen deutschen Unterstützung abgezogen werden. Also eigentlich hätte ein Mann, der, was ja Gott sei Dank auch ab und zu vorkam, vom Roten Kreuz in einem Monat 10 Franken Unterstützung erhielt, die staatliche Unterstützung nicht bekommen dürfen. Ueber diese Vorschrift setzten wir vom deutschen Ausschuß uns mit der Zeit allerdings ganz hinweg. Erst vom Jahre 1918 ab erhöhte Deutschland die Unterstützung zuerst auf 10 und zum Schluß auf 15 Franken im Monat, während Oesterreich gleich anfangs wenigstens 10 und später 20 Franken ausgeworfen hatte für diesen Zweck. (Zum weiteren Vergleich möchte ich anführen, daß die englischen Zivilgefangenen in Deutschland vom ersten Tag ihrer Internierung an wenigstens einen Schilling Unterstützung pro Tag und pro Kopf erhielten.) Recht spärlich flossen auch die Spenden und Gaben vom Roten Kreuz im Verhältnis zur Kopfzahl der gänzlich Mittellosen. In dem Lager, in dem ich war, standen von 520 Internierten 450 als gänzlich mittellos auf den Listen, und noch spärlicher waren die privaten Spenden aus Deutschland. Oesterreich und speziell Ungarn sorgten weit besser für ihre Zivilgefangenen, das war unser Neid." Der Redner sprach sodann über manche praktischen Fragen der Hilfe für die Zivilgefangenen und schloß mit den Worten: „Unsere Auslanddeutschen sind wichtiger als je nach diesem verlorenen Krieg. Sie sind geradezu unentbehrlich zur künftigen Neublüte unseres Wirtschaftslebens. Ein eiserner Mut, ein eiserner Wille wird dazu gehören, um als Deutscher wieder festen Fuß zu fassen draußen im feindlichen Ausland. „Boche" zu sein ist eine fürchterliche Hypothek. Ich appelliere ganz speziell an Handel und Industrie, daß von dieser Seite aus in großzügiger Weise die Mittel bereitgestellt werden, um eine alte Dankesschuld abzutragen, um das alles wett zu machen, was versäumt wurde in den letzten Jahren. Speziell die industriellen Kreise müssen jetzt einspringen für die Auslanddeutschen. Das ist kein hinausgeworfenes Kapital. Wir brauchen die Hilfe dieser deutschen Männer künftig wieder so notwendig, wie das tägliche Brot. Es ist geradezu eine Lebensfrage für die deutsche Industrie, daß der Auslanddeutsche wieder hoch kommt nach diesem Kriege. Also tun auch wir unsere Pflicht: „Säen wir jetzt, wenn wir später wieder ernten wollen!"

Die Auslanddeutschen zum Friedensvertrags-Entwurf von Versailles.

Mit voller Wucht und kalter Berechnung trifft der in Versailles übergebene Friedensvertrag gerade unsere Auslanddeutschen. Er bedeutet die Vernichtung des Auslanddeutschtums, ihre Beraubung, das Auslöschen ihrer Existenz aus dem Leben der fremden Völker. Zwar legt er dem Deutschen Reiche die Verpflichtung auf, die Auslanddeutschen zu entschädigen, aber das ist nur ein geringer Trost für die Auslanddeutschen, wie für das Reich. Alle Versammlungen der Auslanddeutschen, die daher in den letzten Tagen stattgefunden haben, sind zu scharfen Anklagen gegen unsere Bedrücker und Feinde geworden. In zahlreichen Telegrammen haben die Auslanddeutschen das Friedensamt und die Leitung des Reichs gebeten, diesen Siegfrieden abzulehnen und für einen gerechten Frieden einzutreten. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Friedensvertrags hat der Rat der Reichsdeutschen im Auslande ein Telegramm an die Friedensstelle gerichtet, das folgenden Wortlaut hat:

„Das in den feindlichen Ländern vorhandene Privateigentum der Auslanddeutschen, ihre sonstigen Rechte und Interessen sollen nach den Friedensbedingungen von der Entente liquidiert und beschlagnahmt werden. Wir erheben gegen diesen Raubzug an unserem Privateigentum den allerschärfsten Protest. Die Auslanddeutschen, die durch den Krieg so schwer gelitten haben, würden zu Bettlern werden, wenn es der deutschen Regierung nicht gelingt, die Durchführung dieser Bedingungen zu verhindern. Vor aller Welt muß die Entente der Unsittlichkeit und der Schamlosigkeit angeklagt werden, daß sie es in ihrem geradezu lächerlichen Haß fertiggebracht hat, einem 70-Millionenvolk so entehrende und unerfüllbare Bedingungen zu stellen. Dieser Frieden, sollte er Wirklichkeit werden, führt nicht zum Völkerbunde, sondern zu neuem Blutvergießen."

Der „Reichsverband der Auslanddeutschen" hat an die Friedensdelegierten, Professor Schücking und Professor Dr. Melchior, telegraphiert, „sie möchten dafür sorgen, daß Eigentum und besonders Privatguthaben der Auslanddeutschen von den feindlichen Regierungen restlos den Eigentümern zurückgegeben würden."

Auch der Verband selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibender im Auslande hat sich mit einem Telegramm an das Friedensamt gewandt, er bitte den Grafen Brockdorff-Rantzau, klare Rechtsansprüche der Auslanddeutschen nicht dem Augenblick zu opfern. Eine Legalisierung von zweierlei Handelsrecht hieße falsche Gewichte anerkennen. „Man kann uns bestehlen, aber zu keinem Verzicht zwingen."

Von den uns zugegangenen Protestkundgebungen erwähnen wir noch die des „Centralvereins für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande" zu Berlin an den Reichsministerpräsidenten Scheidemann, die folgenden Wortlaut hat: „Unterzeichneter Verein, der seit 42 Jahren für Deutschlands Interessen in Uebersee und Förderung des deutschen Außenhandels tätig ist, bittet, einen Frieden abzulehnen, der uns unsere Kolonien rauben will, unseren Außenhandel erdrosselt und zahlreiche Deutsche zur Auswanderung zwingen würde, weil sie sonst in der Heimat keine Existenzmöglichkeiten mehr hätten."

Das Deutsche Ausland Institut hat sofort, nachdem die Friedensbedingungen unserer Gegner bekannt wurden, in Uebereinstimmung mit dem Rat der Reichsdeutschen im Ausland an die Friedensstelle des Auswärtigen Amtes und an den Friedensausschuß der Nationalversammlung in Berlin Telegramme gerichtet, in denen gesagt wird, unsere Feinde wollten nach den in den Zeitungen bekannt gegebenen Friedensbedingungen alles Eigentum, Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger in ihren Gebieten zurückbehalten. Gegen dieses geplante Vorgehen müßten die Auslanddeutschen, die dadurch bis zur Vernichtung getroffen würden, schärfsten Einspruch erheben. Wir baten, bei den Verhandlungen die Interessen der Auslanddeutschen kräftigst zu vertreten.

Die China-Deutschen zurückgekehrt.

Unsere Landsleute aus China sind zurückgekehrt. Bis zuletzt hat der Engländer sein Mütchen an den wehrlosen Landsleuten gekühlt. Die Unterbringung auf den Schiffen war zum Teil jammervoll, die Kost war wenig gut, das Leben in den im Sonnenbrand glühenden Eisenkästen, denen alle Schutzmaßnahmen der Sonnensegel, alle Bequemlichkeiten für eine Tropenreise fehlten, unerträglich. Viele Todesfälle infolge Hitzschlag, Unterernährung und unhygienischen Zusammenpressens auf den Schiffen waren zu verzeichnen. Hervorragende Auslanddeutsche sind so noch vor Erreichen der Heimat dem Hasse der Engländer geopfert worden. Wir legen das alles nicht China zu Last. China ist in ähnlicher Lage wie Deutschland, es ist rettungslos dem Willen der Entente ausgeliefert, es hätte besten Willen, es kann ihn aber nicht äußern. Auch diese Stimmung wird einst wieder ans Tageslicht kommen, wenn die Wahrheit wieder offen und frei in der Welt gesagt werden darf. Daß die Unterbringung der Deutschen zuletzt in den Internierungslagern in Schanghai

Digitized by Google

nicht besser war, dafür konnten wiederum die Chinesen nicht viel, denn den die Aufsicht führenden Engländern, den Urhebern des ganzen Planes, schien sie ja europäisch hygienisch und gut genug. Noch zuletzt, als die Deutschen von den Schiffen gingen, im neutralen Hafen von Rotterdam, wußten sich die Engländer vor Haß nicht zu halten. Wichtige Geschäftspapiere wurden den Deutschen noch abgenommen. Die holländische Presse veröffentlicht Einzelheiten, die schmählich sind. So z. B. benahm sich der englische Kommandant Grosman einem deutschen Ingenieur gegenüber besonders übel, der von geologischen Untersuchungen aus dem Innern Chinas zurückgekehrt war, viele Notizen und Erzproben mitgebracht hatte und dem nun alles abgenommen wurde. Seine Notizen wurden zerrissen und ihm vor die Füße geworfen, der Inhalt seiner Koffer wurde vor seinen Augen zerstreut und herausgeworfen. Die britischen Soldaten brachen überhaupt recht oft die Koffer der Deutschen auf und stahlen wie die Raben.

In Rotterdam wurden die Deutschen in entgegenkommender Weise durch das deutsche und das deutsch-holländische Konsulat empfangen und bewirtet, in Deutschland hatte ein besonders gebildetes Komitee ihren Empfang organisiert, namentlich in Bremen wurden sie von Herrn Korff von der Firma Melchers & Co. freundlichst begrüßt und bewillkommt. Nun zerstreuen sie sich nach allen Enden des Reiches. Das deutsche Volk ist in den vier Jahren des Krieges durch die zahlreichen zurückströmenden Auslanddeutschen aufgeklärt worden. Möge es die neuen Brüder mit Herzlichkeit und Freundlichkeit aufnehmen. Materiell kann ihnen nicht viel geboten werden, möge der Empfang ideell um so liebevoller sein. Viele gerade von den Ostasiaten sind entfremdet, sie bedürfen rücksichtsvollster Teilnahme und Förderung. Möge man überall bei uns daran denken, daß alle diese Leute in fremdem Klima auf schwerem Boden ihr Bestes für die Heimat und für deutschen Handel, wie deutsche Kultur geleistet haben.

Die Elsaß-Lothringer.

Auch die Elsaß-Lothringer gehören ja de facto, wenn auch noch nicht de jure zu den „Auslanddeutschen". Sie haben sich im „Hilfsbund" zusammengeschlossen und unter geschickter Führung rasch organisiert. Die „Mitteilungen" ihres Ausschusses, deren Nummer 8 soeben erschienen ist, bringen außerordentlich reichhaltiges und interessantes Material. Eine dort veröffentlichte wirtschaftliche Denkschrift des Zivilingenieurs Ernst Zander ermittelt den Wert der deutschen Wirtschaftswerte im elsaß-lothringischen Gebiete ohne den Reichsbesitz auf 1—3 Milliarden Mark. Der Verfasser erörtert die Wege, wie das Reich den Elsaß-Lothringern helfen könnte. Er macht Vorschläge, die auch für die übrigen Auslanddeutschen von Bedeutung sind, und die wir deshalb hier kurz skizzieren: Er fordert Freibleiben der Vermögen unter 200 000 Mark von der kommenden Vermögensabgabe und von besonderen Kriegslasten, da die Ausgewiesenen und Vertriebenen genug für das Reich gelitten hätten. Er fordert ferner Steuerfreiheit der Einkommen bis zu 15 000 Mark auf die Dauer von fünf Jahren (die Gemeindesteuer ausgenommen) für Industrielle, Gewerbetreibende und die besonders schwer betroffenen Angehörigen der freien Berufe (Rechtsanwälte, Aerzte, Ingenieure, Arbeiter, Apotheker usf.), endlich verlangt der Verfasser Steuerfreiheit von jeder Reichs-, Land- und Gemeindeumsatzsteuer beim Kaufübergang für den Ankauf von Häusern und landwirtschaftlichen Betrieben zur Schaffung neuer Heimstätten für die Vertriebenen. Die Zuwachssteuern habe der Verkäufer zu tragen. Bei der landwirtschaftlichen Ansiedlungspolitik sollten diese zurückflutenden Deutschen bevorzugt werden. Eine besondere Kommission und besondere Darlehen sollten die Neueinrichtung und Ergänzung des Haushaltes, sowie die Beschaffung von Möbeln erleichtern helfen. Besonders wichtig sei die Frage des Abtransportes von Möbeln. 30 000 Deutsche seien schätzungsweise bis jetzt ausgewandert, wahrscheinlich würden es hunderttausend werden, die Zahl könne auch ums Doppelte und Dreifache steigen. Bei mindestens 10 000 zurückzuschaffenden Wohnungseinrichtungen handle es sich beim heutigen Wert um ein Objekt von 50 Millionen Mark, wahrscheinlich um noch viel größere Summen. Voraussichtlich würden für mehrere hundert Millionen Mark Möbel zurückgeschafft werden müssen. Dieses mächtige Transportunternehmen, das auch bei mäßigen Preisen zwischen 10 und 50 Millionen Mark verschlingen werde, müßte einer wohldurchdachten Zwangsorganisation unter sachverständiger Mitwirkung der deutschen Möbeltransporteure übergeben werden. Schon jetzt koste ein gewöhnlicher Umzug von Straßburg nach Berlin für eine mittlere Wohnung 3000 Mark, die Anfuhr einer 4- bis 5-Zimmerwohnung in Straßburg von der Wohnung bis zum Bahnhof und das Verpacken in den Güterwagen koste 6—800 Franken, also 1200 bis 1600 Mark. Ein mittlerer Möbelwagen, der vor dem Krieg 2—4000 Mark kostete, werde auf 7—12 000 Mark geschätzt. In Straßburg würden für Möbelwagen zur Anfuhr bis zu 15 000 Franken Hinterlegungsgebühr verlangt. Der Valuta halber kämen also französische oder elsässiche Transporteure nicht in Frage. Der Gewinn der deutschen Transporteure solle beschränkt werden, die Löhne der Packer sollten dadurch, daß man ihnen in Straßburg oder Kehl Wohnung und Verpflegung frei in Kasernen liefert, geregelt werden, vor allem sollten die Arbeiter vor Ausbeutung durch die Frankenwährung geschützt werden. Die Elsässer Umzüge sollten außerhalb der deutschen Umzugstermine vorgenommen werden, bei der teueren Miete zur Abstellung der Möbel müßten aber inzwischen Möbel-Zwischenlager eingerichtet werden, mit Geleisanschluß für die Lagerhallen. Die Kosten für die bis zum Abtransport zu zahlende Miete, sowie für den Transport habe das Reich zu zahlen, es müsse auch für alle Besitzer von Vermögen unterhalb 200 000 Mark die bisherigen Kosten ersetzen. Eine besondere Wirtschaftsabteilung bei der für Elsaß-Lothringen neu gebildeten Regierungsbehörde in Berlin solle begründet und nach Offenburg verlegt werden. Sie solle mit einem Vorstand, zwei bis drei Abteilungsleitern und 5—15 Hilfskräften besetzt sein und eine vor den Franzosen in Straßburg offen zu führende Auskunftsstelle besitzen.

Die Umzüge elsässischer Flüchtlinge sind übrigens nach einer inzwischen ergangenen Entscheidung des Ministers der öffentlichen Arbeiten auf den preußischen Staatsbahnen frachtfrei zu befördern.

Der elsaß-lothringische Beirat hielt in Freiburg seine erste Sitzung ab. Er besteht aus 15 Mitgliedern, die als Beirat für die beim Reichsministerium des Innern in Berlin begründete besondere Abteilung für Elsaß-Lothringen gelten. Die Tagung dauerte volle 7 Tage und erledigte in anstrengendster Arbeit eine Fülle von Fragen. Der Beirat faßte eine Reihe von Beschlüssen, von denen wir die wichtigsten hier folgen lassen. Der Beirat bezeichnet Elsaß-Lothringen als das wichtigste Bindeglied zwischen Deutschland und Frankreich, eine wirkliche Lösung der elsaß-lothringischen Frage als die Grundlage des ganzen Friedens. Er verlangt unbedingt eine klare Mehrheitsentscheidung des elsaß-lothringischen Volkes, die von allen Seiten als endgültig anerkannt werden müsse. Der Beirat ersucht die Reichsregierung, keinem Frieden zuzustimmen, der die Angliederung des Elsaß an Frankreich ohne freie unbeeinflußte Willenserklärung des Volkes ausspräche. Auf wirtschaftlichem Gebiete fordert der Beirat Regelung des Abtransportes der Möbel der Vertriebenen, Gewährung von Vorschüssen auf die Transportkosten, Zahlung von Vorschüssen und Vorentschädigungen an die kriegsgeschädigten Elsaß-Lothringer. Der

Digitized by Google

Beirat protestiert gegen die im Widerspruch zu den Waffenstillstandsbedingungen stehende Entwertung der in Elsaß-Lothringen vorhandenen deutschen Werte in Handel und Gewerbe und Industrie und freien Berufen durch Maßnahmen der französischen Regierung und fordert Schadenersatz durch Frankreich. Der Beirat verlangt rasche Auszahlung von Forderungen Vertriebener an das Reich, freien Post-, Telegramm- und Zahlungsverkehr mit dem Elsaß, Fürsorge-Maßnahmen für die im Lande zurückgebliebenen Angehörigen der Vertriebenen, Erhöhung der Mittel der Darlehenskassen, Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der Darlehensnehmer. In der persönlichen und sozialen Fürsorge für die Elsaß-Lothringer wird freies Niederlassungsrecht im ganzen Reiche verlangt, Aufhebung aller geltenden Niederlassungsbeschränkungen für Elsaß-Lothringer, Regelung der gesamten Fürsorge durch das Reich, Anerkennung der Fürsorgeleistungen als Pflichtleistungen, nicht als Unterstützung oder Wohltätigkeitsgaben, volle Erwerbslosenfürsorge. Darüber hinausgehende Fürsorge solle dem Roten Kreuz übertragen werden, wobei die Bedürfnisse der Angehörigen von Handel und Gewerbe, die mit dem Wiederaufbau der Existenz zusammenhängen, besonders zu berücksichtigen seien. Möglichst baldige Wiederverwendung der Landesbeamten, Lehrer, Geistlichen, Bezirks- und Gemeindebeamten, sowie der Beamten anderer öffentlich-rechtlicher Anstalten, der Arbeiter und Angestellten, Sicherstellung der Bezüge der Ruhegehaltsempfänger, Gleichstellung der Flüchtlinge mit den Ortseingesessenen bei Aufnahme in die Stellenlisten, Unterbringung der Kriegsbeschädigten, Beschaffung und Zuweisung von Wohnungen und Wohnräumen, sowie Bereitstellung von Kasernen dazu, doppelte Zuweisung von Lebensmitteln für die Vertriebenen in den ersten 4 Wochen, sind weitere Forderungen des Beirats. Vom Unterstützungsfonds für Wohnungsbau sollen die erforderlichen Mittel für die Unterbringung von Elsaß-Lothringen im Reich bereitgestellt werden.

Die „Mitteilungen des Ausschusses vertriebener Elsaß-Lothringer" berichten, daß vertriebenen mittellosen Elsaß-Lothringern bis Ende September einmal freie Fahrt in der dritten Klasse der Personenzüge zum Eintritt einer neuen Stellung zugesichert worden sei. Die Reisenden müssen sich durch Bescheinigung des Hilfsbundes oder seiner Ortsgruppe ausweisen. Die Vergünstigung ist von allen deutschen Staatsbahnverwaltungen zugestanden und auch den Privatbahnen ist ähnliche Regelung empfohlen worden.

Wir geben diese Dinge so ausführlich wieder, um mit aller Energie hier darauf hinzuweisen, daß den aus dem Auslande vertriebenen Reichsdeutschen nicht mindere Rechte zustehen sollen, wie sie unseren elsaß-lothringischen Landsleuten hier zu unserer Freude gewährt werden.

Die Begründung einer amtlichen Stelle im Reichsamt des Innern für das Auslanddeutschtum, die Berufung eines dem Beirat der Elsaß-Lothringer entsprechenden Beirats der Auslanddeutschen sind Maßnahmen, zu denen sich die Reichsregierung schleunigst entschließen sollte. Die Mißstimmung unter den Auslanddeutschen ist im Wachsen. Ihr kann nur wirksam entgegengetreten werden, wenn die Auslanddeutschen die Ueberzeugung gewinnen, daß alles Menschenmögliche für sie in der Heimat, für die sie gestritten und gelitten haben, getan wird. Diese Ueberzeugung haben sie heute noch nicht oder nicht mehr. Es ist ein Gebot der Staatsräson, sie ihnen zu geben.

Die Hilfskassen für die Elsaß-Lothringer.

In der „Frankfurter Zeitung" vom 10. Mai finden wir unter der Ueberschrift „Die unsterbliche Bürokratie" eine Auslassung über das zugunsten der Elsaß-Lothringer begründete Hilfskassenwesen, die uns nicht nur auf die für die Elsaß-Lothringer begründeten Kassen zu passen scheint. Es heißt da:

Das Reichsschatzamt gründet im Verein mit einigen Banken eine Darlehenskasse für aus Elsaß-Lothringen vertriebene Deutsche. Die Kasse besteht aus Abteilung A für diejenigen, die ein bestimmtes Vermögen nachweisen können, dessen Inangriffnahme augenblicklich nicht möglich ist. Hierfür ist ein Betrag von 300 000 Mark vorgesehen. In der Abteilung U sind 1 000 000 Mark für Unbemittelte bereitgestellt. Aus der A-Kasse können monatlich maximal 500 Mark für die Familie zur Verfügung gestellt werden, aus der U-Kasse 250 Mark. In Ausnahmefällen können zur Begründung einer Existenz 5000 Mark als Darlehen gewährt werden, doch ist vorher die Zustimmung des Reichsschatzamts und der Deutschen Bank einzuholen. Das ist die Hilfsaktion der Reichsregierung (Fonds 1 300 000 Mark), zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der durch feindliche Maßnahmen vernichteten deutschen Existenzen! Die Ortsgruppe Frankfurt a. M. des Hilfsbunds für die aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Deutschen beantragte, eine Filiale am Ort der Uebernahmestelle zu gründen; das wurde abgelehnt mit der Begründung, daß die Verwaltung der Kasse eine zentrale sein müsse. Nach fünf Monaten schickte man aber wenigstens die Statuten der Kasse. Zu den Statuten bemerkt die hiesige Ortsgruppe in einer Eingabe an die Reichsregierung folgendes:

1. Zu Abteilung A: Die Bereitstellung der 300 000 Mark wäre besser unterblieben. Die Summe, die für laufende monatliche Darlehen bis zu höchstens 500 Mark oder für einmalige Darlehen bis höchstens 1000 Mark für Flüchtlinge, die ein bestimmtes Vermögen nachweisen können, bestimmt ist, kann nicht im entferntesten den zu erwartenden Anforderungen standhalten, ganz abgesehen davon, daß den vermögenden Flüchtlingen mit den genannten Darlehenssummen in den meisten Fällen nicht gedient sein wird. Ein monatliches Darlehen von 500 Mark oder ein einmaliges Darlehen von 1000 Mark an eine vielköpfige Familie, die unter den denkbar schlechtesten Lebensverhältnissen sich durchzuschlagen gezwungen ist, kann nicht als wirksame Beihilfe betrachtet werden, wenn die Darlehensnehmer sich dabei mit der in kurzer Frist zurückzuzahlenden Schuld und den reichlich bemessenen Zinsen in Höhe von 5 Prozent belasten müssen. Zu Abteilung U: Die in dieser Kasse vorgesehenen Darlehen können nur dann eine wirksame Unterstützung sein, wenn sie sofort an Ort und Stelle auszahlbar und von bürokratischen Voruntersuchungen möglichst befreit sind. Die Bereitstellung der Summe von einer Million ist eine bedauerliche Verkennung der Not, die unter den Flüchtlingen herrscht. Dieser für das ganze Reich vorgesehene Betrag würde möglicherweise für eine Ortsgruppe, z. B. Frankfurt, ausreichen. Zu der Gewährung von Darlehen von über 1000 Mark bis zu 5000 Mark, die zur Begründung einer Existenz verhelfen sollen: Die Voraussetzung für die Gewährung der Darlehen in dieser Höhe, nämlich das Nachweisen ausreichender Sicherheit, Begutachtung durch das Reichsschatzamt und die Deutsche Bank und Beschnüffelung der Charaktereigenschaften, Vertrauenswürdigkeit und der Vermögensverhältnisse seitens der mannigfach vorgesehenen Instanzen, sind nicht dazu angetan, bei den Darlehensuchenden das Gefühl der besonderen Hilfsbereitschaft seitens der Darlehenskasse zu erwecken, denn zu diesen Bedingungen bekommen sie Darlehen bei jeder Bank, ohne dabei an die Begrenzung der Summe bis zur Höhe von 5000 Mark gebunden zu sein.

Hierzu ist noch zu bemerken, daß die Begründer der Darlehenskasse offenbar auf dem Standpunkt zu stehen scheinen, daß nur Menschen, die ausreichende Sicherheit zu bieten vermögen, ein Anrecht auf Beihilfe zur Begründung

Digitized by Google

einer Existenz haben. In der Wirklichkeit ist meistens gerade das Gegenteil der Fall.

Die „Frankfurter Zeitung" bemerkt dazu sehr treffend:

Man kann sich den Beanstandungen der hiesigen Ortsgruppe fast Wort für Wort anschließen. Glaubte man nicht an eine grenzenlose Verständnislosigkeit für die Dinge, so müßte man die Hilfsaktion der Reichsregierung schändlich nennen. Es ist möglich, daß mit solchen Angelegenheiten nicht verantwortliche Leute betraut werden. Aber sie sind nicht von untergeordneter Bedeutung. Ob es einmal Auslanddeutsche oder Elsaß-Lothringer sind oder demnächst unsere zurückkehrenden Kriegsgefangenen, nimmt man sich von Reichs wegen ihrer auf diese Art an, so wird man die Saat ernten, die man sät.

Berlin. Rat der Reichsdeutschen im Ausland. Der Rat hatte zum 18. Mai zu einer machtvollen Kundgebung der Auslanddeutschen unter freiem Himmel aufgerufen, die einen imposanten Verlauf nahm. Viele Tausende hatten sich im Lustgarten eingefunden, wo die Abgeordneten Laverenz (Deutsch-national), Dr. Pfeifer (Zentrum), Friedrich Naumann (Demokrat) und Dr. Stresemann (deutsche Volkspartei) Ansprachen hielten. Die Redner würdigten die Bedeutung der Auslanddeutschen als der Vertreter deutscher Kultur und deutschen Handels, wie als Bindeglied zwischen Heimat und Ausland. Eine Entschließung gelangte zur Annahme, in der schärfster Protest gegen die Friedensbedingungen erhoben wird, namentlich soweit sie das Auslanddeutschtum betreffen und nicht nur die Vernichtung der materiellen Werte, sondern auch die Zerstörung deutscher Schul- und Hospital- wie wissenschaftlicher Arbeit bedeuten. Nach Schluß der Versammlung zog man zur Reichskanzlei, wo Reichspräsident Ebert vom Balkon aus versicherte, daß die Reichsregierung die Forderungen der Auslanddeutschen bei dem Friedensvertrag besonders berücksichtigen werde. Sie wolle für Gleichberechtigung der Deutschen im Ausland eintreten. Sie werde die Friedensvorschläge der Entente nicht ohne wesentliche Aenderungen annehmen. Der Zug ging dann zum Auswärtigen Amt, wo im Namen des verhinderten Reichsministerpräsidenten Unterstaatssekretär Albert eine ähnliche Erklärung abgab.

Berlin. Der „Reichsverband der Auslanddeutschen" hielt am 14. Mai im Festsaale der Berliner Handelskammer eine Mitgliederversammlung ab, auf deren Tagesordnung der Bericht über die bisherige Tätigkeit des Verbandes und die Bekanntgabe der Verbandssatzungen stand. Ein interessantes Referat hatte das Verbandsmitglied Herr Wunderlich übernommen, der über die Schadenersatzfrage unter besonderer Berücksichtigung der Reichsdeutschen aus Rußland sprach. Der Versammlung wohnten bei: Der Leiter des neu errichteten Reichswanderungsamtes, Geheimrat Dr. Jung, sowie als Vertreter des Reichskommissars zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen Herr Kommissionsrat Zander. Beide Herren nahmen im Laufe der Versammlung das Wort.

Aus der Ansprache des Herrn Geheimrat Jung seien besonders folgende Punkte hervorgehoben:

Die deutsche Regierung bringe der Frage der Rückwanderung der Auslanddeutschen reges Interesse entgegen. Die große Bedeutung deutscher Kultur-Pionierarbeit und der Erkenntnis der Notwendigkeit der Fürsorge für alle Deutschen, die im Auslande sind oder waren, habe das Reichwanderungsamt entstehen lassen, eine Behörde, die echt völkische Arbeit leisten solle. Die Hauptaufgabe dieses Amtes sei es, die Pflege der Interessen der Auslanddeutschen sich mehr als es früher geschehen, angelegen sein zu lassen und besonders dafür zu sorgen, daß das geistige Band erhalten bleibe, das die Auslanddeutschen, auch wenn sie in der Fremde eine bleibende Stätte gefunden haben, stets und ständig mit der alten Heimat innig verbunden hält. Es muß dafür gesorgt werden, daß das Vaterland auch die nach langem Aufenthalt im Auslande zurückkehrenden Söhne mit offenen Armen empfange, daß sie sich wieder wohl und heimisch fühlen könnten. Dann würde — wie es in England seit langem der Brauch ist — auch manches wertvolle Glied unseres Volkes, das früher schwerlich an die Rückkehr gedacht haben würde, selbst nach langer Trennung den Weg zurückfinden. Das neu gegründete Amt werde jedenfalls unter seiner Leitung bestrebt sein, für diese Ziele und in der Sorge um die Auslanddeutschen sein Bestes zu tun. Den Auslanddeutschen solle Gelegenheit gegeben werden, bei der amtlichen Stelle, die er leite, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen: „Ich werde dafür Sorge tragen, daß in dem Sachverständigenbeirat, der dem Reichswanderungsamt beigegeben wird, auch die Herren Vorsitzenden Ihres Verbandes Sitz und Stimme haben, so daß dafür gesorgt ist, daß Ihr Verband schon das Schwergewicht der Anschauungen dort mit in die Wagschale werfen kann. Durch Ihren Vorsitzenden werden Sie auf diese Weise immer die Möglichkeit haben, hier mitzuhelfen."

Die Ansprache, die von feinem Verständnis und warmem Gefühl für die Sache der Auslanddeutschen zeugte, ganz besonders aber die zuletzt wiedergegebenen Worte, fanden den stürmischen Beifall der zahlreich erschienenen Auslanddeutschen.

Kommissionsrat Zander sprach besonders in Verbindung mit der durch die unerhört harten Friedensbedingungen der Entente geschaffenen Sachlage über die Schadenersatzanforderungen der Auslanddeutschen. Seine Mitteilung stand noch ganz unter dem Eindruck der gemeinen Art, in der unsere Feinde die Friedensbedingungen aufgestellt haben. Jeder Paragraph und jeder Absatz in diesem Vertrage, dessen amtliche Fassung ihm gerade vor dieser Versammlung bekannt gegeben worden sei, verlange, daß wir uns ausziehen bis aufs Hemd, jetzt und für die Zukunft, und daß, wenn wir uns nackend ausgezogen haben, uns auch noch das Blut ausgesogen werden soll, bis kein Tropfen bleibe. Es liege auf der Hand, daß die Auslanddeutschen besonders schwer durch die Annahme solcher Bedingungen getroffen werden würden. Seine Behörde betrachte es als ihre Pflicht, in dieser Beziehung für die Auslanddeutschen einzutreten. Sie habe sowohl hier in der Friedenskommission als auch in Versailles Vertreter, die die Interessen der Auslanddeutschen wahrnehmen. Das Reichskommissariat sei von der Regierung aufgefordert worden, Gegenvorschläge in der Schadenersatzfrage auszuarbeiten, die durch die deutsche Friedensdelegation in Versailles den Vertretern der gegnerischen Mächte überreicht werden sollen.

Der Redner gab im Laufe seiner Ausführungen noch Erklärungen mit Bezug auf die Schadenersatzanmeldungen und beantwortete nach seiner Ansprache verschiedene aus dem Kreise der Anwesenden an ihn gerichtete Anfragen.

Von der Versammlung wurde beschlossen, Protesttelegramme gegen den Gewaltfrieden an die Nationalversammlung, an den Ministerpräsidenten Scheidemann und den Minister des Auswärtigen Amtes, Herrn Graf Brockdorff-Rantzau, abzusenden.

Berlin. Geschäftsführender Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen. Die 103. Versammlung fand am 31. März im überfüllten großen Saal des Lehrervereinshauses statt, Hunderte mußten sich mit Stehplätzen begnügen. Der Vorsitzende, Herr Lenz, widmete den verstorbenen Landsleuten einen warmen Nachruf, besonders Herrn Emil Pilling, dem früheren Vorsitzenden des reichsdeutschen Vereins in Petersburg, der einer der sieben Mitbegründer des „Ausschusses" war. Der Vorsitzende gab Namen und Adressen von früher in Ruß-

Digitized by Google

land ansässigen Reichsdeutschen bekannt, die sich jetzt in Berlin in den verschiedensten Berufen selbständig gemacht haben, und forderte zur Unterstützung dieser jungen Unternehmen auf. Er empfahl weiter den neubegründeten Konsumverein der Auslanddeutschen. Die Arbeit des Ausschusses steigt in raschem Maße, täglich sind bis zu 300 Briefeingänge zu erledigen. 6 Herren arbeiten ehrenamtlich, 8 weibliche Hilfskräfte sind beschäftigt. Den aus der Kassenverwaltung wegen Wegzugs aus Berlin ausscheidenden Herren Direktor Klein und Gustav Schneider wurden herzliche Dankesworte gewidmet. Aus den Berichten jüngst aus Moskau zurückgekehrter Reichsdeutscher wurden interessante Einzelheiten über die politische und wirtschaftliche Lage der Sowjetregierung mitgeteilt: Der „revolutionäre deutsche A.- u. S.-Rat" vertritt, ohne von der deutschen Regierung dazu ermächtigt zu sein, die deutschen Interessen. Die russische Regierung hatte ihm schon früher 1 Million Rubel vorgestreckt und hat ihm jetzt weitere 3 Millionen gegeben, wofür sie weitere 6 Millionen reichsdeutscher Werte als Sicherheit der Nationalbank einverleibte. Die erhaltenen Millionen soll dieser Rat zur Unterstützung bedürftiger Reichsdeutscher in Rußland verwenden. Herr Lenz berichtete ferner über die Arbeiten des Ausschusses und des Berliner Rates, über die Vernachlässigung der Interessen der Auslanddeutschen durch die Regierung, insbesondere das Auswärtige Amt und die Nationalversammlung, und führte scharfe Beschwerde gegen die Nichtzuziehung von Auslanddeutschen zu der Friedensdelegation. Herr Wildschütz gab als Leiter eines größeren Rücktransportes seine erschütternden Erfahrungen auf diesem Leidenszuge bekannt. Einstimmig nahm die 1500 Köpfe zählende Versammlung zwei Protestresolutionen an, die dem Ministerpräsidenten übermittelt wurden und in denen namentlich Freigabe der etwa 150 Millionen Mark verlangt wird, die aus den Teilzahlungen der russischen Regierung noch vorhanden sind, und deren Auszahlung der allerschwersten Not der aus Rußland vertriebenen Reichsdeutschen steuern würde. Nach Berichten von aus Riga zurückgekehrten Herren sind sämtliche Wohnungseinrichtungen der geflüchteten Reichsdeutschen von den Bolschewiki nach dem Innern Rußlands transportiert worden, um im Austausch gegen Lebensmittel Verwendung zu finden. Während die österreichische Regierung ihre Staatsangehörigen dadurch schützte, daß der holländische Konsul ihre Interessen wahrte, habe die deutsche Regierung die Bestellung eines derartigen Vertreters versäumt und dadurch den Reichsdeutschen unermeßlichen Schaden zugefügt. Abhilfe wird dringlich gefordert.

Berlin. Deutsch-rumänischer Flüchtlingsausschuß. Die „Deutsch-rumänischen Blätter" berichten über zwei Versammlungen der rumänischen Flüchtlinge in Berlin. Die erste Versammlung vom 28. Februar leitete Herr Handelsrichter Behrendt, der Vorsitzende des deutsch-rumänischen Wirtschaftsverbandes. Dieser Wirtschaftsverband nahm schon bisher die Interessen der deutsch-rumänischen Flüchtlinge wahr. Eine Versammlung der Flüchtlinge vom 4. Februar hatte nun einen besonderen Ausschuß gewählt, bestehend aus den Herren Landesrat Springer, Klatt und Siebrecht, Auf den in der ersten Versammlung von einer Seite geäußerten Wunsch, es sollten nur solche Herren in den Ausschuß eintreten, die sich in Rumänien nicht unbeliebt gemacht hätten, antwortete Herr Behrendt, daß dann wohl keiner der Herren, die überhaupt in Rumänien gewesen sind, im Ausschuß tätig sein können. Der Vorsitzende gab einen Ueberblick über das Flüchtlingskassenwesen. Auf die Aufforderung hin, es sollten sich Flüchtlinge aus Rumänien melden, sind zunächst nur 50 Anmeldungen gekommen. Herr Behrendt teilte weiter Einzelheiten über die Steuererleichterung für Auslanddeutsche mit und betonte, daß er schon Vertreter der Deutsch-Rumänen im Rat der Reichsdeutschen im Auslande sei. Zu seinem Stellvertreter wurde Herr Springer bestimmt, neben dem auch noch die Herren Klatt und Reiz endgültig in den Flüchtlingsausschuß gewählt wurden. Die Kosten der Vertretung des Flüchtlingsausschusses beim Rat trägt der deutsch-rumänische Wirtschaftsverband, dessen juristischer Beirat auch den Flüchtlingen zu Auskünften zur Verfügung steht. In der zweiten Versammlung vom 12. April wurde mitgeteilt, daß sich in der Zwischenzeit die Zahl der gemeldeten Flüchtlinge auf 134 erhöht habe. Von 44 Unterstützungs- und Darlehensgesuchen wurden 21 in ungefährer Höhe von 22 000 Mark genehmigt, 4 Gesuche wurden abgelehnt, da es sich nicht um Flüchtlinge aus Rumänien handelte, 19 Gesuche sind noch in Behandlung und werden jedenfalls genehmigt werden.

Berlin. Ein „Bund deutscher Schutzgebiets- und Auslandtierärzte" hat sich gebildet, der angesichts der künftig erweiterten Beziehungen der Tierwirtschaft des Auslandes zu Industrie, Handel und Gewerbe der Heimat die im Auslande gewonnenen Erfahrungen seiner Mitglieder zur Verfügung stellt, sowie die Arbeiten der im Kolonial- und Auslandsdienst sich betätigenden Kollegen fördern will. Die Leitung liegt bei Herrn Dr. Sommerfeld.

Eisenach. Vereinigung entlassener chinesischer Seezollbeamter. In der chinesischen Seezollverwaltung waren etwa 140 Deutsche, in der Postverwaltung und der Zollverwaltung etwa 20 Deutsche beschäftigt. Seezollbeamte haben sich nun zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, um ihre Interessen zu vertreten, soweit das die Umstände erlauben. Die Liste der angeschlossenen Mitglieder ist vorläufig noch klein. Alle Interessenten werden ersucht, ihre Adresse bei Herrn F. W. K. Otte, Eisenach, Uferstrasse 40, anzugeben.

Frankfurt am Main. Vereinigung zum Schutze der Interessen der Reichsdeutschen aus Feindesland. Die Versammlung am 4. März war außerordentlich zahlreich besucht. Es wurde ausführlich über die Arbeit des Berliner „Rats der Reichsdeutschen" gesprochen, namentlich über die Anmeldung der erlittenen Schäden und über die Ersatzansprüche. Im Anschlusse daran wurden die Forderungen begründet, die die Vereinigung dem Rate als Unterlagen für künftige Behandlung dieser Fragen unterbreitet hat. Zur Frage des Steuerfluchtgesetzes wurde mitgeteilt, daß die Wünsche der Auslanddeutschen, von der Verpflichtung, bei der Rückkehr ins Ausland noch während zweier Jahre Steuern bezahlen zu müssen, befreit zu sein, nach Ansicht des Reichsschatzamtes durch die Vorschrift des § 20, Absatz 1, Ziffer 3 des Gesetzes gegen die Steuerflucht vom 26. Juli 1918 bereits erfüllt seien. Es wurde auf eine im „Temps" veröffentlichte Verordnung aufmerksam gemacht, wonach überall da, wo die Geschäftsleute der Alliierten der Franzosen mit den Angehörigen feindlicher Staaten jetzt wieder Handel treiben dürfen, das auch den Franzosen erlaubt wird.

Frankfurt am Main. Kundgebung der Auslanddeutschen. Die Vereinigung zum Schutze der Interessen der Reichsdeutschen aus Feindesland in Frankfurt a. M., der Frankfurter Verein deutscher Flüchtlinge aus Belgien, der Rat der Reichsdeutschen im Auslande, Berlin, der Verein für das Deutschtum im Ausland, Berlin, und das Deutsche Ausland Institut, Stuttgart, hatten gemeinsam zu einer großen Kundgebung über „die Auslanddeutschen, ihre Leistungen in der Vergangenheit und ihre Bedeutung für die Zukunft Neudeutschlands" in den Saal des Kaufmännischen Vereins zum 18. Mai geladen. Die Versammlung war stark besucht, Herr Bessels leitete sie mit gewohnter Umsicht. Der Vorsitzende des Vor-

Digitized by Google

standes des Deutschen Ausland Instituts, Theodor G. Wanner, sprach als erster über die Auslanddeutschen und den Frieden. Er faßte die Forderungen der Auslanddeutschen und die Stellung des Ausland Instituts dazu kurz zusammen und verlangte Berücksichtigung der Forderungen und der Mitwirkung der Auslanddeutschen namentlich bei der Neugestaltung des auswärtigen diplomatischen und konsularischen Dienstes. An die Stelle der Selbstherrlichkeit müsse mehr Selbstverwaltung treten. Stadtverordneter und Syndikus der Handelskammer, Professor Trumpler, Frankfurt, Dr. Abel-Musgrave und Rechtsanwalt Weck vom V. D. A., Berlin, waren mit ihm einig in der Ablehnung dieses Friedensvertrages, der das Ende unseres so blühenden Auslanddeutschtums bedeuten müsse. Der letzte Redner verwies namentlich auf die Hilfe, die das Bewußtsein des Rechts, die Neutralen, die Arbeiterbewegung und schließlich auch die gelbe Rasse dem jetzt so verlassenen Deutschland noch gewähren könnten. Eine kurze Besprechung schloß sich an die Referate an. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die Anerkennung Deutschlands als Mitglied des Völkerbundes und seines Rates verlangt, Gleichberechtigung der Deutschen im Auslande mit den Ausländern im Reich, auf Gegenseitigkeit beruhende Niederlassungsverträge und Schutzbestimmungen für Privatrechte, Einstellung der Liquidationen deutschen Besitzes in Feindesland und Schadloshaltung der Auslanddeutschen durch das Reich für die bisherigen Maßnahmen der Feinde und für die etwaigen Schäden, die der Frieden bringen werde. Die Versammlung fand in der Oeffentlichkeit und Presse Frankfurts starken Widerhall.

Frankfurt am Main. Verein deutscher Flüchtlinge aus Belgien. Der Verein übersendet an seine Mitglieder und Freunde einen Tätigkeitsbericht, der die in der großen, so erfolgreichen Versammlung in Frankfurt gefaßten Resolutionen wiedergibt. Der Bericht konstatiert mit Befriedigung die Begründung zahlreicher neuer Flüchtlingsorganisationen, die im „Rat der Reichsdeutschen im Auslande" in Berlin ihre Spitze finden und erwähnt, mit welchen Aufgaben und Beratungen sich der Rat in der letzten Zeit befaßt hat. Er empfiehlt unter anderem den Auslanddeutschen zur Orientierung über alle Fragen des Auslanddeutschtums unsere „Mitteilungen".

Hamburg. Geschäftsführender Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen. Der Ausschuß hat am 6. Mai an den Senat der Stadt Hamburg eine Eingabe gerichtet, in der er auf die unablässigen Bemühungen des Berliner Hauptausschusses verweist, die Reichsregierung zur bestimmungsgemäßen Verwendung derjenigen Gelder im Betrage von 150 Millionen Mark zu bewegen, die aus der Ausführung des Brest-Litowsker Vertrages ihr noch verblieben sind. Auf den letzten Brief vom 29. Januar 1919 sei der Berliner Ausschuß jedoch ohne jede Antwort geblieben. Der Ausschuß verweist deshalb den Senat darauf, daß durch Verwendung der 150 Millionen Mark als Vorentschädigung an die geschädigten Rußland-Reichsdeutschen so manche Not gemildert und manche Träne getrocknet werden könnte. Er ersucht den Senat, er möge sich bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck verwenden, damit das Stadium der „Erwägungen" verlassen und endlich etwas getan werde. Bedeutende hanseatische Interessen ständen auf dem Spiel.

Hamburg. Der Verein der Hamburger Flüchtlingsausschüsse hielt am 1. April eine Tagung ab, der der hamburgische Kommissar für die Kriegsschäden, Landgerichtsdirektor Dr. Hinrichsen, und ein Vertreter der Abteilung Hamburg des V.D.A. als Gäste beiwohnten. Vom russischen, französischen und englischen Ausschuß waren je fünf Herren, vom portugiesischen Ausschuß ein Herr anwesend. Herr Pohl vom russischen Ausschuß leitete die Verhandlungen, Herr Wier vom französischen Ausschuß war Schriftführer. Herr Dr. Hinrichsen erklärte sich bereit, die Flüchtlinge zu unterstützen, obgleich sein Amtsbereich die Schäden der Flüchtlinge aus Feindesland nicht einbegreife. Der Kommissar sprach sich dahin aus, daß er nicht den Standpunkt des Berliner Reichskommissars teile, wonach im Falle der Verrechnung der Besitztümer der Auslanddeutschen auf die von der deutschen Regierung zu leistende Kriegsentschädigung den Flüchtlingen kein rechtlicher, sondern nur ein moralischer Anspruch auf Entschädigung zustehe. Die Ansicht sei juristisch nicht stichhaltig. Es fand im Anschluß daran über die Entschädigungsfrage, die Angabe der Werte in Markwährung und über die Umrechnung eine längere Aussprache statt. Der Vertreter der Abteilung Hamburg des V.D.A. sagte zu, auf der nächsten Hauptversammlung des Vereins dahin wirken zu wollen, daß der Verein den Auslanddeutschen hilfreich zur Seite steht. Ein Vertreter wurde gewählt, der nach Berlin fahren soll, um dort zu erkunden, was geschehen könne, um die Forderungen der Auslanddeutschen durchzusetzen, die trotz der Organisation des „Rates" und trotz aller Eingaben bisher unberücksichtigt geblieben seien.

Karlsruhe. Ortsgruppe des Rats der Reichsdeutschen im Ausland. Eine sehr stark besuchte Versammlung von Auslanddeutschen beschloß am 8. Mai eine Ortsgruppe zu bilden. Der Geschäftsführer der Landeshilfsstelle für heimkehrende Auslanddeutsche, Sprachlehrer Heitmann, legte die Notlage der Auslanddeutschen dar und dankte der badischen Regierung für ihre finanzielle Beihilfe. Er faßte die Forderungen der Auslanddeutschen auf Reichsunterstützung und Schutz ihrer Interessen zusammen. Stadtrechnungsrat Denninger berichtete über die Tätigkeit der Karlsruher Hilfsorganisation und des Arbeitsamtes, Herr Schmieder kritisierte unsere bisherigen Auslandsvertretungen und forderte Aufnahme von Auslanddeutschen in die auswärtige Diplomatie. Durch Zuruf wurden einstimmig in den Vorstand der Ortsgruppe gewählt Herr Heitmann als Vorsitzender, Herr Weihmüller als Schriftführer und Herr Muser zum Kassenwart.

Königsberg. Vereinigung der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen. Die letzte Versammlung am 30. April wurde von dem ersten Vorsitzenden, Herrn Mrongovius, eröffnet. Sie war von 200 Damen und Herren besucht. Vertreter des Roten Kreuzes und der Presse wohnten der Versammlung bei. Ein Bericht über die Tätigkeit des Berliner Ausschusses der aus Rußland vertriebenen Reichsdeutschen wurde verlesen; die Tätigkeit des Ausschusses fand allgemeine Anerkennung, während betont wurde, daß die Regierung den Nöten der Auslanddeutschen sehr lau gegenüberstehe. Herr Struwe machte Mitteilung von der Stellenvermittlung des Deutschen Ausland Instituts. Der Vorsitzende betonte, daß der Vereinigung leider keine Mittel zur Verfügung ständen, um auch pekuniär Mittellosen unter die Arme greifen zu können, daß die Vereinigung aber durch Berufsberatung und Ratschläge unter ihren Mitgliedern aufklärend und unterstützend wirke. Die Satzungen wurden angenommen. Lebhaft protestiert wurde dagegen, daß man Auslanddeutschen, die sich schon lange Zeit in Königsberg aufhielten, den Aufenthalt nun verbieten wolle. Für einen alten 79jährigen deutsch-russischen Veteranen, der drei Feldzüge mitgemacht hat und sich jetzt in großer Not befindet, wurde in der Versammlung eine Kollekte veranstaltet, die Mark 200.— ergab. Als ein Beispiel, wie schlecht die Auslanddeutschen vom Reiche behandelt wurden, wurde in der Versammlung berichtet, daß bei der Belagerung Narvas durch die Bolschewisten bei der allgemeinen Flucht die wieder aus

Digitized by Google

der Verbannung zurückgekehrten Reichsdeutschen die Heeresverwaltung gebeten hätten, ihnen einen Waggon zur Verfügung zu stellen, damit sie ihre nötigsten Sachen retten können. Die Bitte wurde rundweg abgeschlagen, während die in der Tuchfabrik Narva angestellten Balten einen Waggon und ein Rittergutsbesitzer sogar für sich zwei Waggons anstandslos erhalten hätten.

Leipzig. Vereinigung der Reichsdeutschen aus Feindesland für Sachsen und Thüringen. Die zahlreichen aus Sachsen und Thüringen stammenden Auslanddeutschen haben sich nach ihrer Rückkehr aus den feindlichen Ländern zum größten Teil in Leipzig, Dresden und anderen größeren sächsischen und thüringischen Städten niedergelassen, besonders in Leipzig ist ihre Zahl sehr groß. Bestrebungen, sich behufs Wahrnehmung gemeinsamer Interessen zusammenzuschließen, setzten schon im Herbst 1914 ein. Es bildeten sich zunächst lose Vereinigungen der Flüchtlinge aus einzelnen Ländern, die alsbald Anschluß an die in Berlin begründeten Hilfsausschüsse fanden. Später erfolgte ein Zusammenschluß dieser Einzelgruppen zu einem Geschäftsführenden Ausschuß der aus den feindlichen Ländern vertriebenen Reichsdeutschen, und im Laufe der Jahre 1915 und 1916 entwickelte sich eine ziemlich rege Vereinstätigkeit. Aber nach und nach ließ das Interesse immer mehr nach, teils weil die erstrebten Ziele infolge der langen Dauer des Krieges immer weiter hinausgerückt wurden, teils auch infolge persönlicher Differenzen. Der größere Teil der russischen Flüchtlinge trennte sich von der allgemeinen Vereinigung und bildete einen selbständigen Ausschuß. Diese Zweiteilung führte zu manchen Unzuträglichkeiten, namentlich im Verkehr mit den Behörden. Als Anfang 1918 der bisherige Vorsitzende, Herr Engel, starb, erreichte der Verein, der immer mehr zurückgegangen war, seinen Tiefstand. Man stand vor der Frage, ob der Verein aufgelöst oder fortgeführt werden solle. Es wurde ein neuer Ausschuß von 10 Personen gebildet, der nun die Führung der Geschäfte übernahm. Unter diesem neuen Ausschuß und seinem energischen Vorsitzenden, Herrn A. Lotze, hat die Vereinigung einen ungeahnten Aufschwung genommen. Die Zahl der Mitglieder wuchs von Monat zu Monat, und die alle 14 Tage stattfindenden Versammlungen wurden immer zahlreicher besucht, bis der große Saal des „Burgkeller" die Mitglieder kaum noch zu fassen vermochte, besonders seit im November v. J. der Zusammenschluß mit dem bisher abseits stehenden russischen Ausschuß gelang.

Die Vereinigung ist durch ihren Vorsitzenden im Berliner „Rat der Reichsdeutschen im Ausland" vertreten und steht auf diese Weise in Beziehungen zu den maßgebenden Instanzen. Durch Anträge, Resolutionen und Denkschriften hat sie wiederholt zu den die Auslanddeutschen interessierenden Fragen Stellung genommen und der Reichsregierung gegenüber ihre Wünsche zum Ausdruck gebracht. Auch bei den Landes- und städtischen Behörden ist sie wiederholt im Interesse ihrer Mitglieder vorstellig geworden. In der städtischen Unterstützungskommission ist sie jetzt vertreten und hat daher Einfluß auf die Unterstützung der hilfsbedürftigen Flüchtlinge. In Steuerfragen hat sie ihren Mitgliedern wiederholt Erleichterungen erwirken können.

Um den Mitgliedern und besonders auch den neuankommenden Flüchtlingen jederzeit Rat und Auskunft erteilen zu können, ist Windmühlenstraße 18 eine Geschäftsstelle eröffnet worden, welche stark in Anspruch genommen wird. Die Vereinigung steht in Verbindung und arbeitet vielfach Hand in Hand mit dem Verein für das Deutschtum im Ausland und dem Deutschen Ausland Institut, sowie anderen vaterländischen und wohltätigen Körperschaften.

Die tatkräftige Wahrnehmung der Interessen der Auslanddeutschen durch die Leipziger Vereinigung hat zur Folge gehabt, daß sich ihr auch zahlreiche auswärtige Mitglieder angeschlossen haben. In Dresden hat sich eine Vereinigung von Auslanddeutschen gebildet, die sich als Abteilung Dresden der Leipziger Vereinigung angeschlossen hat. In anderen sächsischen und thüringischen Städten sind weitere Ortsgruppen gebildet und in der Bildung begriffen.

Mannheim. Rat der Auslanddeutschen. Der Vorsitzende des Rates, Herr Pfarrer Wettstein, hat in rühriger Organisationstätigkeit am 26. April in Pforzheim eine Ortsgruppe des Rates gebildet, der sofort 60 Mitglieder beitraten. Auch in Heidelberg ist eine Ortsgruppe im Entstehen. Es ist anzunehmen, daß der Rat der Auslanddeutschen sich über das badische Land als Landesorganisation bald wird ausdehnen können.

Mannheim. Rat der Auslanddeutschen. Am 4. April veranstaltete der Rat gemeinsam mit der Ortsgruppe V. D. A. eine Versammlung, die von über 400 Personen besucht war. Pfarrer Wettstein begrüßte die Anwesenden und wies auf die Bedeutung der Vereine hin, die im In- und Ausland die Freunde des Deutschtums sammeln sollen. Der Protest dagegen, daß zu den Friedensverhandlungen keine Vertreter der Auslanddeutschen zugezogen worden seien, fand starken Widerhall in der Versammlung. Darnach hielt Pfarrer Kaufmann-Weinheim einen Vortrag über seine Erlebnisse im Kriege. Er war früher auslanddeutscher Pfarrer in Alexandrien und im Kriege Divisionspfarrer in Palästina. Er schilderte das Heilige Land und seine Völker im Frieden und Kriege, erzählte vom deutschen Rückzug, über die schwäbischen Kolonien, wo sich treue Helfer den deutschen Soldaten zur Verfügung stellten, besprach die Ausweisung der Deutschen aus Konstantinopel, ihre Reise nach Südrußland, wo sie wiederum bei deutschen Kolonisten Unterstützung fanden. Trotz aller traurigen Dinge, die der Redner zu schildern hatte, ließ er seinen beifällig aufgenommenen Vortrag hoffnungsfroh ausklingen. Er fand starken Beifall.

Nürnberg. Ortsgruppe Nürnberg der Auslanddeutschen. Die neu begründete Ortsgruppe faßte in einer Versammlung den Beschluß, energisch gegen den Frieden von Versailles zu protestieren. Es heißt in dem Proteste: „Unsere Feinde, indem sie uns bei sich aufnahmen, haben uns ein Gastrecht gewährt. Das Gastrecht in der Geschichte ist so alt, wenn nicht älter als alles Völkerrecht. Daß man uns bei Kriegsbeginn ausgewiesen und interniert hat, mag vielleicht durch die Kriegsnotwendigkeit entschuldigt werden, aber daß man das Eigentum eines Gastes zurückbehalten will, entspricht dies dem hochentwickelten englischen Rechtsbegriff, dem englischen fair play oder dem ritterlichen hochzivilisierten Charakter des französischen Volkes, welches als erstes „les droits de l'homme" proklamierte?

Das persönliche Eigentum ist heilig. Die Beschlagnahme von persönlichem Eigentum ist und bleibt ein rechtswidriger Raub, ganz gleich von welchem Staate oder unter welchem Deckmantel sie ausgeführt wird. Es ist ein rechtlicher Grundsatz, daß ein erlittenes rechtliches Unrecht dem Betroffenen nicht das Recht gibt, nun seinerseits ein rechtliches Unrecht gesetzmäßig zu begehen. § 17 der „droits de l'homme" sagt:

Da das Eigentum ein unantastbares und geheiligtes Recht ist, kann niemand dessen beraubt werden, wenn es nicht eine öffentliche, gesetzlich festgestellte Notwendigkeit absolut erfordert und auch dann nur unter der Bedingung einer gerechten vorherigen Entschädigung. (Aus Poincaré 1913.)

Nachdem die Feinde verlangen, daß das in Deutschland sequestrierte Eigentum ihren Staatsangehörigen zurückgegeben wird, ist es nur recht und billig, daß sie auch ihrerseits alle Kriegsmaßnahmen uns gegenüber sistieren, sodaß wir sofort

Digitized by Google

über unser Eigentum oder liquidierten Erlös unter Vorbehalt der Entschädigung verfügen können.

Swinemünde. Eine beschämende Bekanntmachung erschien am 6. April in der Swinemünder Zeitung: „Die Kommission der Demonstrationszüge hat heute die Ausweisung der hier wohnenden Deutsch-Balten gefordert. Ich gebe diesen Beschluß allen hier wohnhaften Deutsch-Balten zur Kenntnis und ersuche dieselben in ihrem eigenen Interesse, sich spätestens 18. dieses Monats ein Unterkommen außerhalb der Stadt zu verschaffen. Swinemünde, 4. April 1919, Gezeichnet von Graetzel, Bürgermeister." Der gewundene Stil dieser Bekanntmachung zeigt, wie schwer dem Bürgermeister diese Bekanntmachung geworden sein mag. Die Art, wie die Forderung erhoben und sang- und klanglos bewilligt worden ist (und auch die Tatsache, daß sie in der deutschen Presse fast vollkommen verschwiegen worden ist! Die Schriftleitung.), ist voll des Bitteren und Beschämenden. Mußte das sein? Und wenn die Notwendigkeit vorgelegen hätte, mußte ihr in dieser verletzenden und für uns beschämenden Form stattgegeben werden?" Ein Einsender fragt so in der Swinemünder Zeitung. Man braucht den Worten nichts hinzuzufügen als die Bemerkung, daß natürlich die Deutsch-Balten nicht die Vorräte der Swinemünder Bevölkerung aufgegessen haben, sondern von Reichs wegen für sie besondere Zufuhren für die Stadt geleistet wurden. Die Flüchtlingsfürsorge-Organisation hat sofort die Unterbringung der Ausgewiesenen an anderen Orten in die Wege geleitet.

Nachträglich fanden zwischen dem Bürgermeister und den Balten Verhandlungen statt, die zu der Einigung führten, daß die Balten in Swinemünde bis auf weiteres verbleiben dürfen und, soweit die notwendige Entlastung der Stadt jedoch geboten sei, Zeit genug erhalten sollen, um sich nach anderer Unterkunft umzusehen.

Im Börsenblatt vom 19. April 1919 kündigt der Börsenverein der deutschen Buchhändler in Leipzig an, daß er für sein Archiv ein Adressenverzeichnis aller jetzt oder vor dem Kriege im Ausland tätigen Buchhändler zusammenstellen will und bittet um die Angabe der dafür in Betracht kommenden Adressen. Besonderes Gewicht würde er neben der gegenwärtigen genauen postalischen Adresse auf die Angabe legen, wo und wie lange der Betreffende im Ausland tätig gewesen ist und ob er nach dem Kriege wieder ins Ausland gehen wolle. Die Liste hat nur den Zweck, einen Ueberblick über den Personenkreis zu gewinnen, der über buchhändlerische Erfahrungen im Auslande verfügt.

Alle Deutschen, die früher in Algerien ansässig waren, werden gebeten, ihre Heimadressen unter genauer Angabe ihres früheren Wohnorts anzumelden bei Herrn Paul Siemers, Kiel-Ellerbek, Prinzenstraße 45. Kosten erwachsen dadurch nicht.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Eine deutsche Note über die Auslanddeutschen.

Graf Brockdorff-Rantzau hat, wie amtlich berichtet wird, in Versailles eine Note übergeben, die sich mit den Verhältnissen der Auslanddeutschen befaßt. Der Wortlaut ist leider bis jetzt nicht veröffentlicht worden, aber es ist anzunehmen, daß die in den wiederholten Besprechungen von den Auslanddeutschen geäußerten Wünsche in dieser Note berücksichtigt worden sind.

Eingabe an die Nationalversammlung.

Der Rat der Reichsdeutschen im Auslande, der Verein für das Deutschtum im Auslande und das Deutsche Ausland Institut Stuttgart haben gemeinsam einen Antrag an die Nationalversammlung gerichtet:

Die Nationalversammlung wolle die Reichsregierung ersuchen:

1. bei den Friedensverhandlungen dahin zu wirken, daß den bei Ausbruch des Krieges in Feindesland ansässig gewesenen Reichsdeutschen
   a) ihre durch feindliche Völkerrechtsbrüche entstandenen Kriegsschäden ersetzt werden, und
   b) ihnen für die Zukunft die gleichen Rechte ausbedungen werden, die Deutschland den Angehörigen seiner Gegner gewährt;
2. den zuvor genannten Auslanddeutschen die Wiederaufrichtung ihres wirtschaftlichen Daseins im Auslande zu ermöglichen
   a) durch Erleichterung der Rückkehr an die früheren Wohnsitze und
   b) durch die Gewährung von Krediten.

Dem Antrag ist eine Begründung beigefügt, die folgendermaßen lautet:

Die bei Kriegsausbruch in Feindesland ansässig gewesenen Reichsdeutschen haben infolge der völkerrechtswidrigen Art, wie der Krieg auch gegen Zivilpersonen geführt worden ist, ganz besonders schweren Schaden erlitten. Die meisten haben alles Hab und Gut in Feindesland zurücklassen müssen, ihre in jahre-, oft jahrzehntelanger Arbeit errungene Lebensstellung eingebüßt und in der Mehrzahl der Fälle durch Internierung auch an Leben und Gesundheit schwer gelitten.

Diese Schäden werden noch schwerer dadurch, daß, während die Deutschen im Inlande durch verwandtschaftliche und geschäftliche Beziehungen sich wieder leichter ein neues Dasein gründen können, die im Auslande alleinstehenden Deutschen dieser Möglichkeit beraubt sind.

Die Auslanddeutschen bei diesen für sie überaus ungünstig liegenden Verhältnissen besonders zu fördern, ist nicht nur eine Ehrenpflicht des Reiches, sondern auch eine Aufgabe, deren Erfüllung im eigensten Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegt.

Bei der Wiederanknüpfung friedlicher Beziehungen zu dem feindlichen Ausland werden die früher dort wohnhaft gewesenen Deutschen mit ihren Erfahrungen und ihren persönlichen und geschäftlichen Beziehungen die durch den Krieg herbeigeführte Entfremdung leichter überwinden helfen.

Das Reich muß deshalb bei den Friedensverhandlungen für die Auslanddeutschen besonders eintreten.

Die beiden großen Grundsätze, die der Antrag aufstellt: Schadenersatz für Völkerrechtsbrüche und gleiche Behandlung der Deutschen im Ausland wie die der Ausländer in Deutschland, diese beiden Grundsätze entsprechen den Forderungen, die sich aus einem gerechten friedlichen Bund aller Völker von selbst ergeben.

Schadenersatz für Völkerrechtsbrüche — das bedeutet für die Reichsdeutschen aus Feindesland viel, denn ihr Kriegsschade ist zum größten Teil durch Völkerrechtsbrüche unserer Feinde verursacht. Ausweisung mit zu kurzer Frist, Internierung, Einziehung von Patenten, Liquidierung des Privatvermögens — das alles war gegen das Völkerrecht!

Gleiches Recht für alle Ausländer — das heißt nicht nur Wiederherstellung der durch den Krieg verletzten Privatrechte, sondern auch künftig gleiche Behandlung bezüglich Niederlassung, Handel, Gewerbebetrieb und aller persönlichen Angelegenheiten.

Wenn aber auch den Reichsdeutschen aus Feindesland durch solche Vereinbarungen im Friedensvertrag die Möglichkeit eines Wiederaufbaues ihres wirtschaftlichen Daseins geschaffen wird — um diese Möglichkeit auszunutzen, wird es nicht nur erforderlich sein, ihnen die Rückkehr an ihre

Digitized by Google

früheren Wohnsitze zu erleichtern, sondern auch vor allen Dingen für sie eine besondere Kreditorganisation zu schaffen. Im Auslande selbst werden diese Auslanddeutschen zunächst ebenso schwierig Kredit erlangen können wie im Inland. Darum ist es Sache des Reiches, hier einzutreten und durch eine weitblickende und großzügige Kreditgewährung die Arbeitskraft seiner Auslanddeutschen für den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft nutzbar zu machen. Dadurch würde zugleich das friedliche Band zwischen den bisher feindlichen Staaten eine Stärkung erfahren, an der allen Völkern der Welt gelegen sein muß.

Der Antrag entspringt einer Anregung des Deutschen Ausland Institutes, es möchten künftig die drei für die Auslanddeutschen besonders eintretenden Verbände bei derartiger Gelegenheit gemeinsam vorgehen. Er ist, da dieser Gedanke bereitwillige Aufnahme fand, somit auch über seinen eigentlichen Inhalt hinaus von einer gewissen Bedeutung.

Eine weitere Eingabe.

Auch der Deutsch-Nationale Handlungsgehilfen-Verband hat sich in einer Eingabe an die Nationalversammlung in Weimar gewandt, um zu erreichen, daß den im Ausland tätig gewesenen Kaufleuten die Rückkehr zu ihren früheren Wohnsitzen ermöglicht werde, damit sie dort persönlich ihre Rechtsansprüche geltend machen und für die Wiedererlangung ihres Eigentums sorgen könnten.

Petitionen.

Der deutschen Nationalversammlung sind, wie wir der Vollständigkeit halber nachtragen, dem ersten Verzeichnis der eingegangenen Petitionen zufolge, bis zum 19. Februar 1919 unter den zahlreichen Petitionen auch vier zugegangen, die sich mit der Frage des Auslanddeutschtums befassen: Es ist eine Petition des „Reichsverbandes der Auslanddeutschen", der darum bittet, die Lebensinteressen der Auslanddeutschen nach Friedensschluß nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Gegenseitigkeit zu wahren; eine Petition der „Vereinigung der Reichsdeutschen aus Feindesland für Sachsen und Thüringen" in Leipzig, die bittet, dem Abschluß eines Abkommens die Zustimmung zu versagen, wonach die in Deutschland beschlagnahmten feindlichen Vermögenswerte vor Eintritt in die Friedensverhandlungen ausgezahlt werden sollen, ohne daß die in Feindesland beschlagnahmten Vermögenswerte zurückgegeben werden; ferner eine Petition des „Geschäftsführenden Ausschusses der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen" in Berlin, der darum ersucht, der aus den zwei russischen Teilzahlungen in deutscher Hand befindliche Restbetrag möchte sofort zur Auszahlung für Vorentschädigungen an die durch den Krieg in schwerste Not geratenen reichsdeutschen Flüchtlinge aus Rußland freigegeben werden; endlich eine Petition des Vorsitzenden des „Ausschusses deutscher Wehrmänner aus der Schweiz", A. Christ in Singen, der um Aenderung der gegenüber der Schweiz befolgten Politik (Erfüllung der finanziellen Verbindlichkeiten, schnellste Ausführung der vertraglichen Kohlenlieferungen, Maßnahmen gegen unbegründete Kündigungen an Schweizer in Deutschland und gegen die Behinderung des Transitverkehrs in Kohle und Erzen durch nachgeordnete Behörden und Dienststellen) und Einwirkung auf die Schweizer Regierung zur beschleunigten Rückreise der in der Schweiz beheimateten deutschen Soldaten bittet.

Das der verfassunggebenden Nationalversammlung soeben zugegangene am 14. April abgeschlossene 4. Verzeichnis der eingereichten Petitionen gibt Kunde von einer Eingabe des Komitees hilfsbedürftiger Deutscher in Barcelona, die um Erleichterung der Wiedereinbürgerung von Deutschen bitten, welche ihre Staatsangehörigkeit verloren haben. Ferner wird eine Petition der Vereinigung der Reichsdeutschen aus Feindesland für Sachsen und Thüringen in Leipzig erwähnt, die gegen die Zusammensetzung der Friedensdelegation protestiert und die Zuziehung von Auslanddeutschen verlangt.

Die Abgabe der ausländischen Wertpapiere.

Das Gesetz über die Abgabe der ausländischen Wertpapiere, die zur Zahlung der Lebensmittellieferungen an Deutschland Verwendung finden sollen, bestimmt, zur Abgabe seien diejenigen Personen verpflichtet, „welche im Inlande ansässig sind". Eine Unterscheidung zwischen Inland- und Auslanddeutschen ist demnach nicht getroffen. Die Frage, ob die Auslanddeutschen unter diesen Umständen zur Abgabe ihrer ausländischen Wertpapiere verpflichtet sind, ist strittig. Nach der einen juristischen Ansicht haben die Auslanddeutschen nicht als solche Personen zu gelten, die im Inlande „ansässig" sind, sie fallen also nicht unter die Abgabeverpflichtung des Gesetzes. Diese Ansicht teilt auch die juristische Abteilung einer Berliner Großbank. Die andere Ansicht geht dahin, es sei nicht zu bestreiten, daß die Auslanddeutschen auch ihrer ganzen Steuerveranlagung nach im Inlande ansässig seien, daß sie also zur Abgabe verpflichtet seien. Soweit uns bekannt geworden ist, haben die verschiedenen Behörden die Bestimmungen ganz verschieden ausgelegt. Die Frage ist für die Auslanddeutschen besonders deshalb wichtig, weil ihnen der zu gewährende Ersatz ihrer Papiere in Mark und zum Markkurse nur insofern eine Entschädigung gewährt, als sie aus dem Erlös, wie bisher aus dem Dividendenerlös der Papiere, ihr Leben in Deutschland fristen können. Sobald sie aber nach Oeffnung der Grenzen wieder ins Ausland zu gehen beabsichtigen und im Auslande Kredite beanspruchen müssen, nützt bei dem heutigen Valutastand der Besitz von Markwerten nicht sehr viel, die dann für den Auslanddeutschen nötig werdende Umwechslung des jetzt erhaltenen Markwertes in fremde Währung würde nach dem heutigen Stand der Valuta die Auslanddeutschen um einen großen Teil ihres Vermögens bringen und würde dadurch die Wiederanknüpfung unserer geschäftlichen Beziehungen zum Ausland, die sich gerade auf möglichst günstigen Kapitalbesitz der Auslanddeutschen stützen sollten, aufs empfindlichste lahmlegen.

Da das Gesetz über die Abgabe der ausländischen Wertpapiere die Nichtanmeldung der Papiere mit Strafe bedroht, aber dabei von vornherein nicht klar war, ob nicht manche der unteren Behörden eine Nichtanmeldung ausländischer Wertpapiere seitens der Auslanddeutschen als „schuldhaft" bezeichnen würde, hat das Deutsche Ausland Institut auf Wunsch zahlreicher Interessenten eine Eingabe an das Reichsfinanzministerium gerichtet und um Klarlegung gebeten. Das Reichsfinanzministerium hatte in einem anderen uns bekannten Fall geantwortet, daß ein Unterschied zwischen Inland- und Auslanddeutschen nicht gemacht werden könne, daß aber die Behörden angewiesen seien, im Einzelfall möglichst weitherzig zu prüfen. Eine ähnliche, wenn auch nicht in der Sache, so doch im Tone vielleicht noch etwas mehr entgegenkommendere Antwort erteilt uns das Reichsfinanzministerium am 2. Mai telegraphisch: „Ob Auslanddeutsche als zurzeit im Auslande ansässig anzusehen sind, ist eine Tatfrage, die nur im Einzelfalle entschieden werden kann, wohlwollende Prüfung von Befreiungsanträgen gemäß § 10 der Bekanntmachung vom 26. März findet, soweit mit dem Zweck des Aufrufs der ausländischen Wertpapiere vereint, statt." Danach sind die Auslanddeutschen zur Anmeldung verpflichtet, wenn die Behörde entscheidet, daß sie als im Inlande ansässig anzusehen sind. Eine Entscheidung soll von Fall zu Fall getroffen werden und steht im engen Zusammenhang mit den unseren Lesern ja bekannten Fragen der steuerlichen Behandlung der Auslanddeutschen und der

Digitized by Google

Frage ihres Wohnsitzes. Auf keinen Fall wird man aber nach dieser Entscheidung des Reichsfinanzministeriums einem Auslanddeutschen, der seine ausländischen Wertpapiere nicht anmeldet, ein schuldhaftes Unterlassen vorwerfen können, wenn er nur rechtzeitig der Behörde mitteilt, daß er sich als nicht im Inlande ansässig betrachtet und demgemäß von der Anmeldung absieht.

Zur Frage der ausländischen Wertpapiere.

In den deutsch-rumänischen Blättern finden wir eine Auskunft des „Reichsfinanzministeriums, Stelle für ausländische Wertpapiere" von der allerdings nicht gesagt ist, an wen sie ergangen ist und ob sie mündlich und schriftlich gegeben wurde. Sie steht in starkem Widerspruch, allerdings in einem erfreulichen, zu der bisher bekanntgewordenen Stellungnahme dieses Amtes. Wir geben sie hier wieder: „Auslanddeutsche, die sich lediglich als Kriegsflüchtlinge vorübergehend in Deutschland aufhalten, mit der Absicht, nach Kriegsende unverzüglich in das Ausland zurückzukehren, erscheinen nicht als im Inland ansässige Personen im Sinne von § 1 Absatz 1 der Bekanntmachung des Reichsministers der Finanzen vom 26. März 1919 und werden daher durch diese Bekanntmachung nicht betroffen."

Wenn nach diesem Grundsatze gehandelt würde, so würde sich rasch auch in der Steuerfrage völlige Klarheit in den verschiedensten Bundesstaaten schaffen lassen.

Währung und Zwangskurs.

Ein Auslanddeutscher macht uns Mitteilung von einem interessanten Rechtsstreit, den er mit seiner Bank führt. Er besaß in Brüssel ein Guthaben bei einer deutschen Bank in Franken. Die Bank teilte ihm während der Besetzungszeit, als der Zwangskurs eingeführt wurde, mit, sie wandle das Guthaben in ein Markguthaben um. Der Kunde erhob damals keinen Widerspruch, weil er glaubte, kein Recht dazu zu haben. Er verlangt aber jetzt von der Bank nach Wegfall des Zwangskurses die Wiedererrichtung seines Frankenkontos zum alten Kurse, denn er habe Franken einbezahlt und wolle auch Franken wieder haben. Die Bank weigert sich. Die Frage wird schwer zu entscheiden sein. Banksachverständige erklärten einem Gewährsmann von uns, die betreffenden deutsch-belgischen Banken müßten, sobald sie die Verfügung über ihre belgischen Etablissements wieder erhalten, ihren Kunden und Konteninhabern die Markguthaben wieder zum Kurse von 100 : 80 in Franken ausbezahlen, wie sie es ja auch ihren belgischen Kunden gegenüber verpflichtet seien zu tun. Anfangs führten ja zur Besetzungszeit die Banken in Brüssel zwei Konten, eines in Mark und eines in Franken. Erst als die Frankenscheine aus dem Verkehr verschwanden, teilten sie ihren Kunden mit, daß sie die wenigen noch bestehenden Frankenkonten in Markkonten umwandelten. Die Kunden erhoben damals keinen Widerspruch, weil es ja zur Zeit der Besetzung tatsächlich gleichgültig war. Die Sache änderte sich mit der Aufgabe Belgiens. Diejenigen Deutschen, die noch Geld abheben und nach Deutschland überweisen lassen konnten, bekamen für 100 000 Franken 80 000 Mark. Solange sie in Deutschland leben, ist das schön und gut. Müssen sie wieder ins Ausland und brauchen sie dann wieder fremde Währungskredite, so sind die 100 000 Mark erheblich weniger wert als die früheren 80 000 Franken, zurzeit nicht einmal die Hälfte. Es treten dann empfindliche Verluste ein. Umgekehrt haben diejenigen deutschen Versicherungsgesellschaften, die in Belgien früher und während der Besetzungszeit ihre Prämien in Franken einnahmen, jetzt vielleicht Entschädigungen in Franken zu leisten und verlieren dabei unter dem jetzigen Kurse enorme Summen. Es wird uns außerdem aber berichtet, daß in der letzten Zeit aus Belgien Ausgewiesene vor ihrer Abreise noch ihre Konten in Mark abhoben, sich dafür in Brüssel Franken kauften und diese Franken jetzt mit außerordentlichem Kursgewinn in Deutschland verkauften.

Zur Steuerfrage. Die aus Elsaß-Lothringen ausgewiesenen Reichsdeutschen haben beim badischen Finanzministerium ihre Befreiung von der Steuerpflicht bis Friedensschluß beantragt. Hierauf hat das badische Finanzministerium auf Grund von Artikel 6, Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes und von § 4, Absatz 2 V. St. G. angeordnet, daß die elsaß-lothringischen Flüchtlinge für die Zeit bis zum 1. April 1919, für welche sie in Elsaß-Lothringen zu den direkten Steuern herangezogen werden, mit ihrem Einkommen aus Kapitalvermögen und aus in Elsaß-Lothringen entfalteter auf Gewinn gerichteter Tätigkeit, sowie mit ihrem Kapitalvermögen nicht zur Einkommen- und Vermögenssteuer veranlagt werden. Der Standpunkt der übrigen Regierungen zu der Frage ist noch nicht bekannt.

AUSWANDERUNG

Im Maiheft der „Preußischen Jahrbücher" bespricht der bekannte frühere Landrat von Dewitz die Frage: „Soll Deutschland die Auswanderung begünstigen?" Er sieht darin die Frage, ob es wirklich so bedenkungslos sei, einen nennenswerten Teil des deutschen Volkes „über Bord" zu werfen, um den Rest der Bemannung zu retten. Unter den 12 bis 15 Millionen der durch bitterste Not über die Grenzen gepreßten Menschen würden sich nur wenige Angehörige, dagegen 10 Millionen voll tüchtiger Arbeiter und unternehmungslustiger, hoch qualifizierter Berufsträger befinden. Wenn man den ausgebildeten Arbeiter zu 8000 Mark Aufzuchtkosten für die heimische Volkswirtschaft einstelle, so ergebe das einen Verlust von 80 Milliarden an Nationalvermögen, bedeute es eine Ausfuhr, der keinerlei Gegenleistung gegenüberstände. Im Gegenteil, diese Summe bedeute einen Aktivposten für die fremden Volkswirtschaften, somit eine Schwächung Deutschlands ums Doppelte. [Derartige Berechnungen sind natürlich immer hypothetischer Natur, man kann diese Zahlen ebensowenig wissenschaftlich begründen, wie kritisieren. Immerhin wäre es denkbar, daß ein großer Teil dieser neuen Auslanddeutschen sich zu achtunggebietender wirtschaftlicher Stellung aufschwingen könnte und damit auch Träger des heimisch-deutschen Ausfuhrgeschäftes und Wirtschaftslebens werden könnte. So könnten auch aus dieser Auswanderung wenigstens einige, zu Anfang allerdings sehr bescheidene, Gegenwerte erwachsen. Die Schriftleitung.] — Von Dewitz spitzt die Frage so zu: „Vermeidung der Abwanderung auf die Gefahr äußerster Verelendung, sozialistischer Zerfleischung und bolschewistischer Verwüstung hin oder, zur Abwendung dieser Fährnisse, Oeffnung der Abwanderungsventile unter „Preisgabe der Volkskraft und Verzicht auf die Rolle als Großvolk." Der Verfasser verweist auf den unwiederbringlichen Kräfteentzug einer großen Auswanderung, dem eine Kapitalabwanderung folgen werde. Er verweist auf die Gefahr, daß der Auswanderer als Lohndrücker die feindliche Konkurrenzfähigkeit und die Profithöhe des feindlichen Kapitals stärke, somit zum kapitalistischen Übergewicht des Auslandes über Deutschland führe. Die Gefahr drohe doppelt einem Deutschland, in dem der Sozialismus den Verzehr steigere, aber durch die Sozialisierung den Sparsinn schwäche und die notwendigen Betriebssummen dem Kapitalisten vorenthalte. Nur im alleräußersten Notfall sei also eine Begünstigung der Abwanderung angebracht, wenn es nur noch die Rettung der einzelnen Volksgenossen gälte und jeder Gedanke an Wiedererstehung eines Kulturvolkstums und Wiederaufnahme einer eigenen Politik aufgegeben werden müßte. Von Dewitz

Digitized by Google

empfiehlt zunächst für den allerschlimmsten Fall vorzubauen und die unbehinderte Bewegungsfreiheit für die Auswanderung vertraglich sicherzustellen. Ob wir das Ventil wirklich einschalteten, sollè uns überlassen werden. Ein wirksames Vorbeugungsmittel gegen die Arbeitslosigkeit und Abwanderung sei der gerechte Friede und garantierte ebenbürtige Rohstoffbezug in Verbindung mit gleichberechtigtem Absatz. Eine große amerikanische Anleihe von einem Dutzend Milliarden und mehr werde die deutsche Volkswirtschaft günstig befruchten können. Drei Wege bleiben im Innern: einmal Zusammenrücken auf dem gegebenen Nahrungsspielraum in der Heimat. Siedlung, intensive Bodenausnutzung, Urbarmachung von Oedland und der Moore könnten drei Millionen Menschen unmittelbar bodenständig machen. Deutschland würde überwiegend Agrarstaat, wenn der Außenhandel unterbunden werde, es könne drei bis dreieinhalb Millionen Menschen seßhaft machen, es müßte dann also 10 bis 11 Millionen Seelen der Auswanderung überliefern. Gelänge es, die Industrie wenigstens bis zu einem Teil zu stützen und dabei doch die kräftigere Durchsiedlung der Heimat zu fördern, so würden immerhin 5—6 Millionen zur Auswanderung reifen. Einzig und allein die Offenhaltung des Weltmarktes für Einfuhr könne die ganze Bevölkerung ernähren. Allerdings werde man sich klar sein müssen, daß an eine Zurückgewinnung der deutschen Volkswirtschaft, wie sie bis zum Jahre 1914 bestand, eine stärkere Markierung sozialistischer Ideen anschließen würde, die im anderen Fall hinter dem Nationalwillen zur Wiedergeburt zurücktreten dürfte. Das dürfe aber kein Hindernis sein: auch der Sozialismus sei an den Nationalismus gebunden. Der Verfasser sucht dann gegen die Idee des Sozialismus und der Sozialisierung die Idee der stärkeren Beteiligung des Arbeitertums am Arbeitsertrage, also die Gewinnbeteiligung, ins Feld zu führen, wodurch stärkere Arbeitslust und Solidarität der Klassen gefördert würde. Gerade vom konservativen Standpunkt aus, den er ja immer vertreten hat, glaubt Herr von Dewitz, dessen Ideen wir hier wiedergeben, weil sie diejenigen starker und einst einflußreicher konservativer Kreise sind und immerhin gegen frühere Zeiten einen gewaltigen Umschwung bedeuten, den Zielen des Kommunismus entgegenwirken zu können, wenn man den Arbeitern eine sie seelisch ergreifende Idee gebe. Das weitere werde sich schon finden. Ein neuer sozial-politischer Hebel müsse angesetzt werden, um Deutschland seine Arbeitskräfte zu erhalten.

In der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung" behandelt Dr. ing. Georg Sinners das Problem der Auswanderung vom Standpunkte der Technik aus. Es müsse gefordert werden, daß die Auswanderung möglichst nur in großen Gruppen vor sich gehe oder nach Gegenden geleitet werde, in denen schon deutsche Ansiedler wohnen. In erster Linie komme Südamerika dafür in Frage, wo namentlich der Bauer, aber auch der Techniker bei der Urbarmachung des Bodens eine Rolle spielen werde und wo er in der Ausbeutung der Bodenschätze und der industriellen Verarbeitung der Rohstoffe Ersprießliches leisten könnte. In Brasilien, Argentinien könnten die deutschen Ingenieure wie auch in Chile und Mexiko gewaltige Kulturarbeit leisten. Keine deutsche Regierung werde die Auswanderung ihren Volksgenossen empfehlen wollen. Sie müsse aber die Auswanderer durch Sachverständige beraten und sich ihrer Pflichten den Ausgewanderten gegenüber nicht für ledig erachten, wenn diese den heimischen Boden verlassen haben. Das tiefere Band der Kulturzusammengehörigkeit mit der alten Heimat müsse bleiben.

In dem Heft 1—2 des „Deutschen Auswanderer", der von Pfarrer Grisebach herausgegeben wird, findet sich ein Aufsatz des Herausgebers über die Auswanderungslust der Offiziere. Das deutsche Volk dürfe den Stand, dem es so unendlich viel verdanke, nicht mit Undank lohnen. Die augenblickliche Notlage des Offiziersstandes müsse gehoben werden. Müßten aber die Offiziere wirklich auswandern, so sollten sie in der Auskunftseinholung vorsichtig sein!

In einem weiteren Artikel wird über Auswanderung und Schiffsraum gesprochen, 5 bis 6 Millionen Deutscher wollten wohl auswandern, aber 10 Millionen Menschen, die Kriegsdienste geleistet haben, wollten zuvor aus Frankreich und England nach Haus in ihre Heimat befördert werden, 4 bis 5 Millionen unter ihnen auf weite Fahrt. Zwar habe der deutsche Dampfer „Vaterland", der im Frieden 6000 Menschen beförderte, durch Einteilung des Tages in drei Nachtschichten und dreifache Belegung der Kabinen 16 000 Menschen befördert. Die Alliierten schauten aber doch nach deutschen Passagierdampfern zur Bewältigung des Verkehrs aus. Die gesamte Welttonnage werde 1½ bis 2 Jahre benötigt werden, um diese Kriegsmassen nach Hause zu befördern. Inzwischen baue man mit Hochdruck neue Schiffe.

In der Ortsgruppe **Königsberg** des deutschen Offiziersbundes sprach Hauptmann von Carnap-Quernheimb über die Auswanderung. Er faßte die wirtschaftlichen und politischen Gründe zusammen, die die Auswanderung begünstigen werden, und betonte, daß namentlich auch viele aktive Offiziere, wie auch Offiziere des Beurlaubtenstandes zu den Auswanderern gehören würden. Der deutsche Offiziersbund wolle ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Der Vortragende untersuchte die Frage, welche Gebiete für die Auswanderung in Betracht kämen, und betonte, daß namentlich die mexikanische Regierung der Einwanderung Deutscher sehr sympathisch gegenüberstehe. Die in Berlin begründete Vereinigung für koloniale Siedlung in Mexiko beabsichtige große Siedlungen nach deutschem Muster anzulegen und finde dabei vollste Unterstützung der maßgebenden Kreise. Die Vorbereitungen für den ersten Abtransport seien in vollem Gange, sodaß es möglich sein werde, noch in diesem Jahr die ersten Siedler hinüber zu schicken. Die erste Kolonistengruppe solle höchstens 500 Familien oder Einzelpersonen umfassen, als Anteil müsse sich jeder verpflichten, 9000 Mark einzulegen. Der Vortragende schloß, wer in Deutschland einen festen Beruf habe, Besitz oder eine gute Anstellung, der solle die Finger von der Auswanderung lassen, sie sei ein Experiment, von dem man nie wisse, wie es auslaufen werde.

Bei einer Versammlung des Evangelischen Vereins in Hannover sprach der Leiter der Hamburger Auswandererermission, Pastor Hardeland, über die zu erwartende Massenauswanderung und warnte energisch vor Agenten, die schon jetzt zur Auswanderung aufforderten, da eine Auswanderung über deutsche Häfen und auf deutschen Schiffen noch gar nicht möglich sei. Die Auswanderung müsse so gelenkt werden, daß sie unserem Volkstum seine Kräfte erhalte. Deutsche Schulen und Kirchen seien für die Auswanderer erste Forderung. Die Bildung kleiner deutscher Gemeinden im Auslande sei erwünscht. In der von Pastor Bode geleiteten sehr lebhaften Aussprache warnten die meisten Redner vor unüberlegter Auswanderung.

Wie man der „Voss. Ztg." aus Breslau meldet, ist dort ein „Schutzverband deutscher Auswanderer", der bereits mehrere tausend Mitglieder zählt, begründet worden; er bezweckt den einheitlichen Zusammenschluß der deutschen Auswanderungswilligen in einer großen Zentral-Organisation und ihre Vertretung gegenüber Regierung und Behörden, namentiich bei der zu erwartenden Neuregelung der gesetzlichen Auswanderungsbestimmungen.

Digitized by Google

Die Chilenische Regierung hat der Kammer der Deputierten einen Gesetzentwurf unterbreitet, der auch Annahme fand und der den Aufenthalt landfremder Staatsangehöriger in Chile regeln soll. Die „Hamburger Nachrichten" lassen sich darüber aus Santiago melden, der Eintritt in das chilenische Staatsgebiet sei Einwanderern verboten, die von einer der in den Ausführungsbestimmungen des Gesetzes aufgeführten Krankheiten befallen sind, oder in den letzten zwanzig Jahren wegen eines Vergehens auf das in Chile eine Freiheitsstrafe steht, verurteilt worden sind, oder aus einem anderen Lande auf Grund der dort bestehenden Aufenthalts- und Einwanderungsgesetze ausgewiesen worden sind, oder Geschäfte zu begründen beabsichtigen, die gegen die guten Sitten verstoßen oder im allgemeinen gegen die soziale Ordnung und die staatlichen Institutionen agitieren.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Aus der Schweiz schreibt uns ein viel erfahrener Auslanddeutscher, der die Verhältnisse in Deutschland mit Aufmerksamkeit verfolgt:

„Dieser Tage las ich in den Zeitungen wieder von der Gründung eines neuen Verbandes, der den Wiederaufbau deutscher Interessen im Ausland erstreben will. Man kommt ja vor lauter Verbänden „zum Schutz der deutschen Interessen im Ausland" und zu deren „Wiederaufbau" um, und dabei ist einstweilen noch gar nichts da, sondern hängt doch alles davon ab, ob unsere Friedensunterhändler etwas für uns erreichen, denn nach dem bis jetzt vorliegenden Friedensangebot soll uns Auslanddeutschen von unserem Besitz im feindlichen Ausland gar nichts mehr verbleiben, resp. derselbe von den feindlichen Regierungen annektiert und uns dafür von der deutschen Regierung Entschädigung geleistet werden.

Auch diese Unmenge von Schutzverbänden und Vereinigungen ist ein Zeichen der Zerfahrenheit, die draußen herrscht; soll denn das alte, leider wahre Sprichwort: „Wo drei Deutsche sind, gründen sie vier Vereine" sich immer wieder bewahrheiten? Ich verstehe überhaupt nichts mehr: Reichskommissar, Auslandsräte, Deutsches Ausland Institut sollten doch genügen, um unsere Interessen zu schützen, wenn es überhaupt noch etwas zu schützen gibt: zu was denn die nahezu 100 Schutzverbände und Schutzvereinigungen, die nur die Konfusion vergrößern und in der ohnedies so papierarmen Zeit zu weiterer Papierverschwendung, Schreiberei und Spesen beitragen.

Schließt euch doch um Gotteswillen endlich zusammen und laßt die Vereinsmeierei, lernt aus der Vergangenheit und laßt die verfluchte Nörgelei und Eigenbrödelei und querelles allemandes, die uns so viel geschadet haben und uns noch zu Grunde richten werden. Wir sind kein großes Volk, denn nicht einmal in der Not finden wir uns so eng zusammen, wie es jetzt nötig wäre, und das Beispiel, was wir im kleinen, wie im großen, auch jetzt wieder der Welt bieten, kann uns weiß Gott keine Achtung schaffen, sondern das Gegenteil.

Entschuldigen Sie den Notschrei einer bedrängten Seele, die mit blutendem Herzen zusehen muß, wie ihre Landsleute immer noch nicht den richtigen Weg finden und in lauter Kleinigkeiten sich zersplittern, statt den wahren Schillerschen Spruch zu beherzigen:

„Immer strebe zum Ganzen, und kannst du selbst ein Ganzes nicht werden,
Dann als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an."

Man schreibt uns:

„Es ist dankend anzuerkennen, daß das Ausland Institut den Auslanddeutschen Gelegenheit gegeben hat, in öffentlicher Versammlung zu Wort zu kommen und daß das Institut sich bereit erklärt hat, unsere berechtigten brennenden Interessen bei der Regierung tatkräftig zu vertreten.

Meines Erachtens ist jedoch bei den Aussprachen der völkerrechtliche Grundsatz, daß Krieg nicht gegen Privatpersonen geführt werden darf, nicht genügend betont worden. Deutschland hatte in dieser Erkenntnis feindliches Eigentum erst im Wiedervergeltungswege beschlagnahmt, als die Feinde längst sich an deutschem Besitz vergriffen hatten, was, wenn es überhaupt noch zu einem Rechtsfrieden kommen sollte, zu unseren Gunsten in die Wagschale geworfen werden muß.

Ich vermisse auch Erwähnung der Tatsache, daß Italien in dieser Beziehung doppelt gesündigt hat. Der Deutsche in Italien mußte, auf das Bündnis bauend, dort mit Recht sich geschützt fühlen. Der Treubruch der italienischen Regierung verlangt deshalb Wiedergutmachung, mindestens in demselben Maße wie es unsere Feinde in Belgien zu verlangen im Rechte zu sein glauben. Aber außerdem hat Italien noch im Mai 1915 ein Abkommen mit Deutschland getroffen, in welchem es wörtlich heißt:

Art. 2, Les sujets allemands en Italie et les sujets italiens en Allemagne auront le droit d'emporter leurs biens et meubles personnels, sauf ceux dont l'exportation est défendue par des dispositions générales.

Art. 3. Les allemands en Italie et les italiens en Allemagne continueront a y jouir de leurs droits privés et de la faculté de défendre leurs intérêts en justice, sans autres restrictions que celles admises pour les neutres établis dans le pays. Leur fortune personnelle ne pourra, par conséquent, être l'objet d'aucune mesure de séquestre ou de liquidation, en dehors des cas prévus par les lois en vigueur et ils ne pourront être forcés d'aliéner leurs biens immeubles.

Weiter heißt es auch noch in dem Abkommen:

Les brevets et autres droits ne pourront pas être déclarés nuls, aucune entrave ne pourra être apportée a leur exercice etc.

Diesen Vertrag hat Deutschland legal gehalten, Italien dagegen hat ihn glattweg in allen seinen Details gebrochen.

Ist es da nicht unbegreiflich, wenn gewisse Behörden in Berlin auf den Begriff des mittelbaren und unmittelbaren Kriegsschadens Melodien suchen? Der mittelbare Schaden ist bei der langen Kriegsdauer längst gleichwertig mit dem unmittelbaren geworden.

Es ist wohl richtig, daß für entgangenen Gewinn nicht aufzukommen ist, wohl aber für den Schaden, wenn das Geschäft, die Quelle des Gewinnes, zerstört worden ist. Wenn diese Quelle nicht mehr zum Ertrag gebracht werden kann, um Gewinn zu erzeugen, weil sie überhaupt nicht mehr vorhanden ist, weil die Personen, die sie zum Ertrag während des Krieges und nach dem Kriege wieder bringen konnten, gewaltsam entfernt worden sind. Nach meiner Auffassung handelt es sich nicht um entgangenen Gewinn, als vielmehr um die Zerstörung des Mittels zum Gewinn, und für diesen Schaden hat der Feind namentlich in der Basis des vorerwähnten Abkommens aufzukommen.

In einem Kommissions- oder Agenturgeschäft hauptsächlich sind die Geschäftsinhaber die arbeitenden Maschinen, die aus der Fabrik herausgerissen worden sind. Das ist als Kriegsschaden zu betrachten, ebensogut wie wenn Maschinen aus Metall von den Feinden aus einer Fabrik herausgerissen werden.

Unsere Feinde können wohl ihre Fabriken in Belgien verhältnismäßig schnell wieder in Gang bringen. Die Handelsgeschäfte der Auslanddeutschen, die in Jahrzehnten langsam aufgebaut wurden, können aber nach langen fünf Kriegsjahren nicht mehr in Gang gebracht werden. Es wird sich eher um

Digitized by Google

die Gründung eines ganz neuen Geschäfts handeln, zu dessen Wiederaufbau man wieder ein Menschenleben braucht.

In dieses Kapitel gehört auch der Schaden, welcher einer sehr großen Zahl von Deutschen durch gezwungene Bezahlung ihrer Wohnungsmieten im Ausland seit 4½ Jahren entstand, um ihre Mobilien nicht unter den Hammer kommen zu lassen.

Und dann ist auch eine andere Seite zu beleuchten. Warum soll denn der Auslanddeutsche der Verlierer sein von all seinem Hab und Gut, während der Inländer wohl auch teilweise viel verloren hat, aber immerhin von seinem Besitz vor dem Kriege, im schlimmsten Fall noch das Fundament behält, auf das er wieder aufbauen kann. Der Auslanddeutsche hat in Friedenszeiten von seinem Vaterland nichts gefordert und nichts erhalten, in Kriegszeiten hat er aber alle Verpflichtungen gleich wie die Inländer erfüllt. Fahnenflüchtige würden sich schön ins Fäustchen lachen, daß sie schließlich die Gewinnenden geblieben sind; wo bleibt da die Moral?

Ein Auslanddeutscher schreibt uns:

„Außer den Rückwanderern und Flüchtlingen deutscher Nationalität gibt es noch eine Kategorie von Menschen, denen unser liebes Deutschland nicht weniger an das Herz gewachsen ist als uns. Es sind dies frühere Reichsdeutsche, die unter dem Zwang der Verhältnisse und häufig gegen den eigenen Willen ihre Zugehörigkeit zum Reiche verloren haben. Ich bemerke, daß ich weder zu den einen noch zu den anderen gehöre, also nicht für meine Person spreche. Zu den erstgenannten gehören meistens Kaufleute, die im Interesse der glatteren Weiterentwicklung ihrer Unternehmungen fremde Untertanschaft angenommen haben. Es wird wohl niemand einfallen, diese Leute darum als der Rücksicht weniger würdig bezeichnen zu wollen, denn dieser Wechsel kam, wenn die gehegten Erwartungen den beabsichtigten Erfolg hatten, wiederum auch dem Deutschtum zugute, u. a. in Form von Gewinnung größeren Einflusses. Zu den Personen, die gegen ihren Willen die Reichszugehörigkeit verloren haben, gehören in der Hauptsache Frauen und Kinder, Frauen, die durch Verheiratung formell Angehörige anderer Nationalitäten geworden sind, die aber darum nicht weniger deutsch geblieben sind, deutsch denken, deutsch empfinden und deutsch handeln, Kinder, die solchen Heiraten entsprossen sind. Es entzieht sich meinen Beobachtungen, wie groß die Zahl solcher Rückwanderer ist. Ich kann Ihnen aber Aufklärung geben, wie diese Leute aufgenommen werden. Vor mir liegt folgender Fall: Eine Deutsche, durch Heirat mit einem Esten Russin geworden, kehrte unlängst in ihre frühere Heimat, d. h. nach Deutschland zurück. Ihr Mann tat Dolmetscher- und andere Dienste in der in Kurland befindlichen deutschen Armee. Seit den Novemberereignissen und dem Rückzug der deutschen Truppen aus dem Osten ist er verschollen und angesichts der Zustände in dem von den Bolschewiki so furchtbar heimgesuchten Estland muß er heute als tot betrachtet werden. Die Frau kommt mit ihrem Kinde, nur mit dem Notdürftigsten versehen, hier an, um sich hier so gut als eben möglich durchs Leben zu schlagen. Die geringen Mittel gehen zur Neige. Sie wendet sich hierher und dorthin und findet überall Schwerhörige. Nach vieler Mühe wird ihr endlich eine Unterstützung gezahlt, sie beträgt volle 27 Mark. Dabei wird ihr erklärt, daß sie nur noch einmal auf eine Auszahlung rechnen dürfe, welche 55 Mark betrage, die sie nach Monatsfrist abholen könne. Also ganze 27 Mark plus 55 Mark sind verfügbar, für eine frühere Deutsche und für zwei Personen fürwahr recht billig bewertet. Von der Art der persönlichen Behandlung will ich schweigen. Sie wissen, daß Sankt Bürokratius anscheinend nicht totzukriegen ist, wie sehr seine Vertreter von Höflichkeit und Gemüt überfließen, und können sich ein zutreffendes Bild ohne Mühe machen. Empörend dabei ist aber, daß die zu ihrer Mutter Germania zurückkehrenden Kinder eine sie von sich stoßende Stiefmutter vorfinden, die erst aus ihrer Lethargie aufgeweckt werden muß, um halbwegs zu begreifen, wen sie vor sich hat. Ich meine, nicht nur Gerechtigkeitssinn und Mitempfinden sollten hier eine Hilfeleistung veranlassen, sondern schon der bloße Anstand allein. Solche Leute, die immer Deutsche waren, es sind und es auch bleiben wollen, dürfen zum mindesten Anspruch darauf machen, die gleichen Vergünstigungen wie Erwerbslose zu genießen und den für diese ausgeworfenen Unterstützungssatz auch für sich fordern. Und da die Erfahrung zeigt, daß man anscheinend alt und grau werden kann, bis die Regierung auf die nötigen Einfälle kommt, so sei ihr hiermit ein weiterer Wink gegeben. Das Deutsche Ausland Institut aber bitte ich, sich dieser Sache anzunehmen und an gehöriger Stelle vorstellig zu werden."

VERSCHIEDENES

Die „Mitteilungen der Deutschen Handelskammer in der Schweiz" machen in ihrer Nummer 4 darauf aufmerksam, daß, wenn man jetzt so viel von Neugestaltung des diplomatischen und kosularischen Dienstes spreche, man doch endlich an vielen Stellen praktisch anfangen solle. Der Kommissar für Ausfuhr- und Einfuhrbewilligung habe, so viel aus dem Briefkopfe zu ersehen sei, bis heute keine Telegrammkurzadresse, weder er noch die Gesandtschaft und die Konsulate in der Schweiz besäßen solche Kurzadressen oder gäben ihre Postscheckkonten auf den Briefbogen an. Als Vordruck für deutsche Pässe sei eine Gebühr von 5 Mark, umgerechnet in Franken 6,25 notiert. Bei einem Tageskurs von 40 Rappen wirke das seltsam. Warum sei auf dem Paßformular nicht einfach die Gebühr in Frankenwährung notiert? Warum lasse man nicht auch Markwährung zu. Man möchte einwenden, das seien Kleinigkeiten. Das stimme, aber es verstimme auch!

Deutsch als Weltsprache. Von der Berner Konferenz berichtet in der „Frankf. Ztg." Carl Weichardt in einem Artikel: „Erster Friede". Er spricht hier auch von der deutschen Sprache als Welt- und Verständigungssprache in folgenden Worten: „Die strenge Tischordnung lockerte sich allmählich, die feindlichen Nationen mischten sich, die Verständigung schritt vorwärts, auch ohne Esperanto. Als die wahre Weltsprache erwies sich auch jetzt noch das Deutsche. Engländer und Franzosen sprachen natürlich und verstanden wohl auch meist nur ihre eigene Sprache, sonst aber mußte man erstaunt sein und konnte es nicht ohne Rührung feststellen, wer alles Deutsch redete. Der Tscheche Nemec focht auf Deutsch gegen die Deutschen, erlitt übrigens vom Wiener Ellenbogen, in der schlagfertigsten Rede der Tagung, eine scharfe Abfuhr; alle russischen Randstaaten und selbst das ferne Georgien kämpfte mit der Waffe des deutschen Wortes für ihre Freiheit, die russischen Menschewiki, der allverehrte Axelrod an der Spitze, entluden auf deutsch ihre zitternde Empörung über die Bolschewiki, Troelstra, der Holländer, lieh seinem tiefen Gefühl für internationale Gerechtigkeit in kraftvollen deutschen Reden Ausdruck, der Däne Borgbjerg wie der junge Schwede Engberg brachten ihre klugen Bemerkungen deutsch vor, Huysman spricht unsere Sprache so vollendet wie Englisch und Französisch, und auch Branting, der ebenso vielsprachige Präsident schlug sich wacker durchs Deutsche durch; wenn er manchmal die Geschlechter verwechselte und immer zu wiederholen genötigt war: „Bitte ums Ruhe!", so machte das seine Amtsführung nur um so liebenswürdiger. Auch als ein Ungar sich über die Besetzung einer Prothesenfabrik durch Ententetruppen beklagte und in diesem Zusammenhang beharrlich von den den armen ungarischen Verwundeten fehlenden „künst-

Digitized by Google

lichen Mitgliedern" sprach, konnte sich die Konferenz trotz des Ernstes des Gegenstandes eines Lächelns nicht erwehren. Die Verständigung schritt vor."

Unter Mitwirkung des Deutschen Ausland Instituts sind, wie wir hier berichtet haben, etwa 40 deutsche Kolonistensöhne aus der Ukraine nach Deutschland gebracht worden, um sich hier zum Teil an den Hochschulen Stuttgart, Tübingen und Hohenheim in praktischer wie in theoretischer Arbeit weiterzubilden. Einer dieser Studenten hat einen Brief nach Hause geschrieben, den wir in der „Deutschen Zeitung für die Krim und Taurien" abgedruckt fanden; er lautet folgendermaßen:

„Liebe Mama!

Die Nachricht, daß ich in Deutschland bin und auf welche Weise ich dahin kam, soll Sie nicht überraschen. Hoffentlich hat es Ihnen schon jemand mitgeteilt. Ja, Mama, ich habe mich, als ich in Prischib ankam, plötzlich entschlossen, als Freiwilliger nach Deutschland zu fahren. So fuhr ich am nächsten Tag nach Odessa, wo sich schon etwa 40 Studenten als Freiwillige angesammelt hatten. Von Odessa fuhren wir direkt nach Berlin, wo wir uns drei Tage aufhielten; und schließlich sind wir von da in den von uns gewählten Ort gefahren. Etliche fuhren nach Stuttgart. Ich und einige andere Studenten fuhren weiter nach Tübingen. Tübingen ist ein herrliches Städtchen. Es gibt hier in Württemberg keinen solchen hübschen Ort, wie es Tübingen ist. Auch die Menschen sind außerordentlich freundlich. Ach, wie hat man uns hier empfangen! Man wußte es, daß wir kommen. Es wurde in den Zeitungen gebracht. Ein Mittagstisch war für uns bereitet, und wir gingen vom Bahnhof direkt zum Mittag. Gleich nachdem führten uns drei Professoren und der Bürgermeister, die uns auf dem Bahnhof offiziell empfingen, in der Stadt herum und zeigten uns alle ihre Merkwürdigkeiten. Man freute sich sehr, daß wir aus Rußland wieder in das Mutterland zurückkehren und daß wir unser Deutschtum noch so gut erhalten haben. Jeder fragt, wo wir das gute Deutsch gelernt haben, und wenn wir zur Antwort sagen, daß bei uns zu Hause nichts anderes als Deutsch gesprochen wird, können sie es kaum glauben. Wir wurden an der Universität auf gute Bedingungen angenommen. Ich verliere nicht ein Semester. Jetzt bin ich im siebenten Semester und besuche mit Freude und Lust die Kliniken, denn rein theoretische Fächer habe ich nicht mehr zu belegen. Es ist sehr interessant, hier zu studieren, kein Vergleich mit der russischen Universität. Interessant ist's, daß manche Professoren fast rein schwäbisch sprechen, so daß ich sie anfangs kaum verstehen konnte; aber jetzt habe ich mich an die Sprache schon gewöhnt und wer weiß, ob ich nicht schwäbisch sprechen werde, wenn ich nach Hause komme. Ueberall, wo man hinkommt, wird man mit folgenden Worten begrüßt: „Grüß Gott", und das wird rein schwäbisch ausgedrückt: „Grüsch Gott". Die Umgegend von Tübingen kenne ich auch schon sehr gut. In Rottenburg, Reutlingen und Stuttgart war ich. Auch auf dem Lande verweilte ich, da sind dieselben „Schwoba" wie in Rußland, sie sprechen denselben Dialekt wie in den deutschen Kolonien Rußlands."

WIRTSCHAFTSFRAGEN

Die von der Reichsregierung im November 1916 errichtete, erst dem Reichsamt des Innern, später dem Reichswirtschaftsamt unterstellte Handelsstelle im Haag, die als Unterstützung der Gesandtschaft bei der Behandlung von Wirtschaftsfragen und als Hauptvertretung der deutschen Einfuhrgesellschaften gedacht war, sollte in eine Deutsche Auslands-Handelskammer umgewandelt werden, in deren Besitz die Archive und Kartotheken der Handelsstelle übergingen, die aber selbständig keine Handelsgeschäfte machen sollte. Ein Musterlager deutscher Ausfuhrwaren sollte ihr angegliedert werden. Da aber das Auswärtige Amt der Ansicht war und das Reichswirtschaftsamt zustimmte, daß man am besten bis zum endgültigen Abschluß des Friedens mit der Errichtung deutscher Auslandshandelskammern abwarte, wurde einstweilen die Handelsstelle der Gesandtschaft angegliedert, die auch ihre Bestände übernahm und in die zum Teil auch die leitenden Persönlichkeiten übertraten. Der Gesandtschaft steht auch ein Beirat aus deutschen Kaufleuten und Industriellen zur Seite, die die Bedürfnisse des Ueberseehandels aus eigener Erfahrung kennen. Ein ausgezeichneter wirtschaftlicher Tagesbericht über die holländische Presse wird von der Gesandtschaft bearbeitet und versandt.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Das Reichswanderungsamt.

Die im Mai 1918 errichtete Reichsstelle für deutsche Rückwanderung und Auswanderung (Reichswanderungsstelle) ist zu einem Reichsamt für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung (Reichswanderungsamt) ausgestaltet worden, das dem Reichsministerium des Innern und dem Auswärtigen Amt unterstellt ist und von dem Geh. Oberregierungsrat Dr. Jung, Berlin, Wilhelmstraße 71) geleitet wird.

Da das Reichswanderungsamt von erheblicher Bedeutung in der nächsten Zeit werden wird, bringen wir hier die Bekanntmachungen über seine Zuständigkeit, wie sie das „Nachrichtenblatt" des Amtes selbst wiedergibt:

Bekanntmachung betr. die Errichtung einer Reichsstelle für deutsche Rückwanderung und Auswanderung (D. R. A. vom 30. Mai 1918):

„Zur Regelung der Rückwanderung und der Auswanderung Deutscher und deutschstämmiger Ausländer wird unter dem Reichsamt des Innern eine Reichsstelle mit dem Namen „Reichsstelle für deutsche Rückwanderung und Auswanderung (Reichswanderungsstelle)" eingerichtet.

Die Reichswanderungsstelle hat folgende Aufgaben:

1. die Sammlung, Sichtung und Verarbeitung der von inländischen Stellen, den Vertretungen des Reichs im Ausland und den Verwaltungen der Schutzgebiete eingehenden Unterlagen über solche Angelegenheiten, die für die Rückwanderung und Auswanderung von Bedeutung sind;

2. die Erteilung von Auskunft an deutsche und deutschstämmige Rückwanderungs- und Auswanderungslustige;

3. die Förderung sonstiger der Fürsorge für Rück- und Auswanderer dienenden Bestrebungen;

4. die Regelung der Rückwanderung im Ausland, insbesondere die Regelung der Werbetätigkeit und der Zuführung Rückwandernder bis zur Grenze des Reichs oder der Schutzgebiete, die Vereinbarungen mit Beförderungsunternehmungen und die Fürsorge für die Flüssigmachung des Vermögens der Rückwanderer;

5. die Sicherstellung der Aufnahme, Versorgung, Entseuchung und vorläufigen Unterbringung der Rückwanderer, soweit eine solche außerhalb des Reichsgebiets erforderlich ist;

6. die Fürsorge für den lückenlosen Ausbau und die reibungslose Betätigung der Einrichtungen im Reiche und in den Schutzgebieten, die sich mit der Abnahme und Unterbringung von Rückwanderern befassen.

Berlin, den 29. Mai 1918.

Der Reichskanzler
in Vertretung: Wallraf.

Digitized by Google

Verordnung über die Zuständigkeit des Reichswanderungsamts vom 7. Mai 1919.

Die Zuständigkeit der zur Regelung der Rückwanderung und Auswanderung von Reichsdeutschen und von deutschstämmigen Ausländern durch Erlaß vom 30. Mai 1918 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 125) errichteten Reichsstelle für deutsche Rückwanderung und Auswanderung (Reichswanderungsstelle) wird auf die Regelung der Einwanderung Reichsdeutscher, sowie von deutschstämmigen und deutschsprachlichen Ausländern unter Aenderung des Namens in Reichsamt für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung (Reichswanderungsamt) ausgedehnt.

Die Zuständigkeit des Reichskommissars zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland hinsichtlich der Regelung der Kriegsschäden und der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene hinsichtlich der Regelung der Fürsorge für heimkehrende Deutsche aus Kriegsgefangenschaft oder Zivilinternierung bleibt unberührt.

Die Reichsminister des Innern und des Auswärtigen werden ermächtigt, die Satzungen des Reichswanderungsamts entsprechend abzuändern.

Berlin den 7. Mai 1919.

Die Verordnung ist vom Reichspräsidenten Ebert, vom Ministerpräsidenten Scheidemann, vom Reichsminister des Innern Preuß, und vom Reichsminister des Auswärtigen i. V. Frhr. Langwerth v. Simmern, unterzeichnet.

Der Deutsche Gläubiger-Schutz-Verein für das feindliche Ausland hat auf Grund eines in der Mitgliederversammlung des Vereins vom 14. April 1919 gefaßten Beschlusses den Namen „Schutzverband für deutsche Auslandsforderungen“ (rechtsfähiger Verein auf Grund staatlicher Verleihung) angenommen. Die Geschäftsräume befinden sich in Berlin W 35, Lützowstraße 43.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

Neuerscheinungen (Fortsetzung)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART.

I. Einzelschriften.

517. ***Althausen,*** Ernst, Die Deutschen in Wolhynien. Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausland 1919. (Schriften z. Selbstbestimmungsrecht d. Deutschen außerhalb d. Reiches. H. 6.)

518. Die ***Anfänge*** d. afrikanischen Mission im 19. Jahrh. Zu ihrem 75jähr. Jubiläum von e. Priester d. Kongregation vom Hl. Geist. Knechtsteden: Missionshaus 1918. M 0.30.

519. ***Barthelme,*** Georg, Aus meinem amerikanischen Skizzenbuch. Köln: Schmitz'sche Buchhandl. in Komm. 1918. M 1.50.

520. ***Berg,*** Egon, Kanada, d. Land d. 20. Jahrhunderts. Ein polit. u. wirtschaftl. Ausblick. Unter Zuhilfenahme statist. Materials aus einer kurz vor Kriegsausbruch von d. kanadischen Regierung veröff. Schrift. Dresden: „Globus" Wissenschaftl. Verlagsanstalt. 1918. M 1.—. (Bibliothek f. Volks- und Weltwirtschaft. H. 59.)

521. ***Bürger,*** Otto, Reisen eines Naturforschers im trop. Südamerika. <Fahrten in Columbien und Venezuela>. Mit 33 Abb. u. 4 Tab. 2. wesentl. umgearb. u. erg. Aufl. Leipzig: Dietrich'sche Verlagsbuchhandl. 1919. M 24.—.

522. ***Daenell,*** E., Das Ringen der Weltmächte um Mittel- und Südamerika. Berlin: Mittler & Sohn 1919. M 1.—. (Meereskunde. Samml. volkst. Vortr. Jg. 13. H. 2.)

523. ***Dawson,*** William Harbutt, The German Empire 1867—1914 and the unity movement. Vol. 1. London: Allen & Unwin [1919]. sh 16.—.

524. ***Deutschland*** und der Orient. Ihre Beziehungen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. (In türkischer Sprache.) Berlin: „Der Neue Orient" 1918. M 2.—. (Tatarische Bücherei. Bd 1.)

525. Deutsche ***Dichter*** aus Prag. Hrsg. u. eingel. von Oskar Wiener. Mit Umschlagzeichn. u. 10 Portr. und Initial von Friedr. Feigl in Wien. Wien & Leipzig: Strache 1919. M 13.—.

526. ***Eichler,*** Adolf, Die Deutschen in Kongreßpolen. Mit 1 Kt. Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausland 1919. (Schriften z. Selbstbestimmungsrecht der Deutschen außerhalb d. Reiches. H. 2.)

527. Reichskolonialministerium. Deutsche u. französische ***Eingeborenen-Behandlung.*** Eine Erwiderung auf d. im „Journal Officiel de la République Française" vom 8. Nov. 1918 u. 5. Jan. 1919 veröff. Berichte. Amtliche Denkschrift. Berlin: D. Reimer 1919. M 2.50.

528. ***Fritz,*** Georg, Die Vervielfältigungsindustrie. M. e. gr. Kt. Wien: Hölzel 1919. M 12.—. (Wirtschaftsgeogr. Karten u. Abhandl. z. Wirtschaftskunde d. Länder d. ehemaligen österr.-ungar. Monarchie. Hrsg. vom Handelsmuseum i. Wien unter Red. von Prof. Dr. Franz Heiderich. H. 9. B.)

529. ***Fuchs,*** Friedrich, Telegraphische Nachrichtenbüros. Eine Untersuchung über d. Probleme des internationalen Nachrichtenwesens. Berlin: Dietrich Reimer <Ernst Vohsen> 1919. M 10.—.

530. ***Führer*** durch Bukarest. Hrsg. v. d. Druck- u. Büchereistelle d. Militärverwaltung in Rumänien. Mit e. (farb.) Plan d. Stadt Bukarest. 2. Aufl. Bukarest 1918. Leipzig: König Carol Verlag. M 0.80.

531. ***Grothe,*** Hugo, Oesterreichs Stellung u. Arbeiten zur Kunde d. näheren Orients. Berlin: „Der Neue Orient" 1918. M 0.30. S.-A. aus: Der Neue Orient. Bd 3.

532. ***Hartmann,*** Martin, Dichter der neuen Türkei. Berlin: „Der Neue Orient" 1919. M 4.—. (Urkunden u. Untersuchungen z. Geistesentwicklung des heutigen Orients hrsg. v. Prof. G. Kampffmeyer. H. 3.)

533. ***Kaindl,*** R. F., Die Deutschen in der Bukowina. Mit e. Kt. Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausland 1919. (Schriften zum Selbstbestimmungsrecht d. Deutschen außerhalb d. Reiches. H. 4.)

534. ***Kautsky,*** Karl, Die Deutschen in Oesterreich. in: Habsburgs Glück und Ende. Berlin: Cassirer 1918. M 3.—.

535. ***Köhrer,*** Erich, Das wahre Gesicht des Bolschewismus! Tatsachen — Berichte — Bilder aus d. baltischen Provinzen Nov. 1918 bis Febr. 1919. Berlin: Verl. f. Sozialwissenschaft G. m. b. H. i. Komm. 1919. M 0.50.

536. ***Krawany,*** Franz, Die Papierindustrie. Wien: Hölzel 1919. M. 12.—. (Wirtschaftsgeogr. Karten u. Abhandl. z. Wirtschaftskunde d. Länder d. ehemaligen österr.-ungar. Monarchie. Hrsg. vom Handelsmuseum i. Wien unter Red. von Prof. Dr. Franz Heiderich. H. 9. A.)

537. ***Kühn,*** Joachim, Die Kriegsziele der französischen Bourgeoisie in Mitteleuropa. Berlin: Engelmann 1918. M 2.20.

Digitized by Google

538. *Lieven,* Wilh., Rußlands Zerfall u. die Erneuerung d. Baltikums. Berlin: Curtius [1919]. M 1.80.

539. *Litten,* Wilhelm, Einführung in die persische Diplomatensprache. Abt. 1: Vorwort, Umschreibung u. Uebersetzung. Abt. 2: Wortlaut in persischer Schikäszta-Schrift. Berlin: Georg Reimer 1919. M 15.—. (Lehrbücher d. Seminars f. orientalische Sprachen zu Berlin. Bd 31.)

540. *Münz,* Sigmund, An den Präsidenten der tschechslowakischen Republik! Offenes Schreiben an Thomas G. Masaryk. Wien-Leipzig: Strache 1919. M 2.—.

541. *Niemeyer,* Ernesto, Das Heim im neuen Land und andere Novellen aus Brasilien. Stuttgart: Rüdenauer & Gerstmayer 1918. M 2.—. (Rug-Bücher Nr 1.)

542. *Otto,* Ernst, Hundert Jahre Missionsarbeit. Der sächsische Hauptmissionsverein 1819—1919. Im Auftr. d. Vorstandes bearb. Dresden-A.: Ungelenk 1919. M 2.70.

543. *Pirchegger,* Hans, Das steirische Draugebiet. Mit e. Kt. Wien: Hölder 1919. M 0.30. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 25.)

544. *Pribram,* Ewald, Die wirtschaftliche Lage d. Sudetenlandes. Anschluß an das Deutsche Reich oder den tschechoslowakischen Staat? Mit 1 Kt. Wien: Hölder 1919. M 0,30. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 26.)

545. *Rohmeder,* Wilhelm, Das Deutschtum in Südtirol. Mit 2 Kt. Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausland 1919. (Schriften z. Selbstbestimmungsrecht d. Deutschen außerhalb d. Reiches. H. 1.)

546. *Salzmann,* W., Der freie Transit durch Rußland als Vorbedingung für d. deutsch-persischen Handel. Berlin: „Der Neue Orient" 1918. M 0,30. S.-A. aus: D. Neue Orient. Bd 2.

547. *Sarauw,* Chr., Goethes Augen. (Det kgl. danske videnskabernes selskab. Historisk-filologiska meddelelser. II, 3.) Kopenhagen: Fred. Host u. Son 1919. Kr. 4,50.

548. *Schmid,* Edmund, Die deutschen Kolonien im Schwarzmeergebiet Südrußlands. Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausland 1919. (Schriften z. Selbstbestimmungsrecht d. Deutschen außerhalb d. Reiches. H. 3.)

549. *Schrader,* Friedrich, E. Flüchtlingsreise durch d. Ukraine. Tagebuchblätter v. meiner Flucht aus Konstantinopel. Tübingen: Mohr 1919. M 3.—.

550. *Schweer,* Walter, Die türkisch-persischen Erdölvorkommen. Mit 4 Kt., 14 Textfig. u. 1 Taf. Hamburg: Friederichsen & Co 1919. M 12.—. (Abhandl. d. hamburg. Kolonialinstituts. Bd 40. Reihe A. Bd 7.)

551. *Stichel,* B., Argentinien. Mit e. farb. Kt. Hamburg: Friederichsen & Co 1919. M 3.50. (Auslandswegweiser. Hrsg. vom „Wirtschaftsdienst" d. Zentralstelle d. Hamb. Kolonialinstituts. H. 1.)

552. *Straganz,* Max, Mitteltirol, deutsches Gebiet. Innsbruck: Tyrolia 1919. M 2.40.

553. *Tietze,* Hans, Die Entführung von Wiener Kunstwerken nach Italien. Eine Darlegung unseres Rechtsstandpunktes. Mit e. offenen Brief an d. italien. Fachgenossen von Dr. Max Dvorák u. 16 Abb. Wien: Schroll & Co 1919.

554. *Treub,* M. W. F., Wirtschaftliche Zukunft insbesondere d. Niederlande. Mit e. Geleitwort von Prof. Dr. E. Großmann. (Autor. Uebers. aus d. Holländ. besorgt durch J. Levy.) Zürich: Rascher & Cie 1919. M 10.50.

555. *Treuenfels,* Bernhard, Das russische staatliche Kohlenhandelsmonopol. Berlin-Friedenau: Verl. Freie Wirtschaft 1919. M 1.50. (Flugschriften d. Zeitschr. Freie Wirtschaft. H. 1.)

556. *Waetge,* H., Argentinien und seine Stellung in der Weltwirtschaft. Berlin: Mittler & Sohn 1919. M 1.—. (Meereskunde. Samml. volkst. Vortr. Jg. 13. H. 1.)

557. *Weber,* Arthur, Die Zipser Deutschen. Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausl. 1919. (Schriften z. Selbstbestimmungsrecht d. Deutschen außerhalb d. Reiches. H. 5.)

558. *Wellisch,* Emmerich, Wollzölle u. Wollindustrie in d. Vereinigten Staaten von Amerika. Stuttgart: J. G. Cottasche Buchhandl. 1919. M 4.—. (Münchener volkswirtschaftl. Studien. Hrsg. v. Lujo Brentano u. Walther Lotz. Stück 142.)

559. *Wiegand,* Theodor, Alte Denkmäler aus Syrien, Palästina u. Westarabien. 100 Taf. mit beschr. Text, deutsch u. türkisch. Veröff. auf Befehl von Ahmed Djemal Pascha. Berlin: Georg Reimer 1919. M 100.—.

560. *Wieser,* Max, Deutsche u. romanische Religiosität. Fénelon, seine Quellen u. s. Wirkungen. Berlin: Furche-Verlag. M 6.50.

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

561. Deutsche *Auswanderer-Zeitung.* Wochenzeitschrift f. d. wirtschaftl. u. kulturellen Interessen der deutschen Auswanderer u. d. Deutschtums im Auslande. Hrsg.: Hanskarl Stein. Jg. 1. 1919. Breslau: Auswanderer-Zeitung. viertelj. M 3.—.

562. *Exportwarte.* Organ f. d. gesamte Exportindustrie. (In deutscher u. französ. Sprache.) Chefred.: Jos. Schurkart. Verantw. f. d. frz. Tl.: Prof. Dr. Bluhm. Jg. 1. 1919/20. 24 Nrn. Chemnitz: Vogler & Seiler. viertelj. M 9.—.

563. *Mitteilungen* des Ausschusses vertriebener Elsaß-Lothringer. Organ d. Hilfsbundes f. d. Elsaß-Lothringer im Reich. Wochenschrift f. d. politischen, geistigen u. wirtschaftl. Interessen der Elsaß-Lothringer im Reich. Jg. 1. 1919. Freiburg i. B. viertelj. M 3.—.

564. *Spanien.* Zeitschrift für Auslandskunde. Organ des Verbandes Deutschland-Spanien, hrsg. vom iberoamerikan. Institut Hamburg. Schriftleitung: Prof. Dr. B. Schädel. Jg. 1. 1919. Hamburg: Bangert 1919. jährl. 4 Hefte M 7,50.

III. Zeitschriftenaufsätze.

565. Internationale *Arbeiterfragen.* 1. 2. in: Wirtschaftl. Nachr.-dienst hrsg. v. d. deutschen Ueberseedienst, G. m. b. H. Jg. 5. 1919. Nr 682. 684. Berlin: Deutscher Schriftenverlag.

566. *Australien-Neuseeland.* in: Wirtschaftl. Nachr.-dienst hrsg. v. d. deutschen Ueberseedienst, G. m. b. H. Jg. 5. 1919. Nr 672. Berlin: Dts. Schriftenverl.

567. *Banke,* Waldemar, Angelsächsische u. deutsche Knabenerzählungen. in: Türmer. Jg. 21. 1919. H. 11. Stuttgart: Greiner & Pfeiffer.

568. Ausländische *Banken* 1—3. in: Wirtschaftl. Nachr.-dienst hrsg. v. d. deutschen Ueberseedienst G. m. b. H. Jg. 5. 1919. Nr 666. 668/69. Berlin: Dts. Schriftenverl.

569. *Brasilien,* in: Wirtschaftl. Nachr.-dienst hrsg. v. d. deutsch. Ueberseedienst. Jg. 5. 1919. Nr 670. Berlin: Dts. Schriftenverl.

570. Die deutsche *Diplomatie.* Von e. Angehörigen d. deutschen Auslandsdienstes. in: Südd. Monatshefte. („Zur Wahrheit über d. Krieg".) Jg. 16. 1918/19. Märzheft. München u. Leipzig: Südd. Monatshefte.

571. Das *Ende* der Reichsuniversität in Straßburg. Von M. H. in: Mitteilungen d. Ausschusses vertriebener Elsaß-Lothringer. Jg. 1. 1919. Nr 7. Freiburg i. Br.: Universitätsdruckerei Poppen & Ortmann.

Digitized by Google

572. *Federn,* Karl, Einheitliche Regelg. d. vermögensrechtl. Behandlg. feindlicher Ausländer in Italien. in: D. Juristen-Ztg. Jg. 24. 1919. H. 3/4. Berlin: Liebmann.

573. *Fehlinger,* Hans, Die Deutschen in den russischen Ostseeländern und in Litauen. in: Deutsches Volkstum. Jg. 1. 1919. H. 4. Hamburg: Deutsches Volkstum.

574. *Fick,* F., Uebersicht über d. schweizerische Gesetzgebg. u. d. gebräuchlichsten Hilfsmittel zu deren Erkenntnis. (Arbeiten aus d. Kommission f. Auslandgesetzgebung am Kolonialinstitut Hamburg. 3.) in: Hanseat. Rechts-Zeitschrift. Jg. 2. 1919. Beih. 1. Leipzig: Veit.

575. *Grothe,* Hugo, Die deutschen Volksinseln in Böhmen. in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 15. Berlin: Verlag d. Grenzboten.

576. *Grube,* Karl, Die deutschböhmische Einheitspartei. in: Alldeutsche Blätter. Jg. 29. 1919. Nr 15. Berlin: Verlag d. „Alld. Blätter".

577. *Günther,* V. H., Volksbildung u. Auslandskunde. in: Volksbildungsarchiv. Zentralbl. f. Volksbildungswesen. Jg. 6. 1918/19. H. 3. Berlin: Heymann.

578. Das argentinische *Heimstätten-Gesetz.* in: Der deutsche Auswanderer. Jg. 17. 1918/19. Nr 1/2. Witzenhausen a. d. Werra: Ev. Hauptverein f. deutsche Ansiedler u. Auswanderer.

579. Das argentinische *Heimstätten-Gesetz.* in: Mitteil. d. deutsch-argentin. Centralverbandes z. Förderg. wirtschaftl. Interessen. 1919. Nr A 40/42. Berlin: Dreyer's Buchdruckerei.

580. *Hempel,* Leo, Forderungen der Auslanddeutschen. in: Deutsche Politik. Jg. 4. 1919. H. 18. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlags-Anstalt.

581. *Hepner,* Adolf, Deutschlands Amerikakenntnis. in: Sozialist. Monatshefte. Jg. 25. 1919. H. 8/9. Berlin: Verlag d. Soz. Monatshefte.

582. *Hochschild,* Das Ende des Colmarer Oberlandesgerichts. in: Jurist. Wochenschrift. Jg. 48. 1919. Nr 4. Berlin: Moeser.

583. *Imendörffer,* Benno, Die nationale Autonomie des westungarischen Deutschtums. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 4. Berlin: Heymann.

584. *Imendörffer,* Benno, Der Zusammenbruch der magyarischen Herrschaft in Ungarn u. s. Folgen f. d. Deutschtum. in: Deutschlands Erneuerung. Jg. 3. 1919/20. H. 2. München: Lehmann.

585. Die chemische *Industrie* des Auslandes. 1—3. in: Wirtschaftl. Nachr.-dienst hrsg. v. d. deutschen Ueberseedienst G. m. b. H. Jg. 5. 1919. Nr 677. 679/80. Berlin: Dts. Schriftenverl.

586. *Jung,* Auswanderungsfreiheit? in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 5. Berlin: Heymann.

587. Ein deutsches *Juristensemester* an d. Universität Dorpat. in: Deutsche Juristen-Zeitung. Jg. 24. 1919. H. 5/6. Berlin: Liebmann.

588. *Kleiböhmer,* Georg, Konstantinopel und wir. in: Deutsches Volkstum. Jg. 1. 1919. H. 4. Hamburg: „Deutsches Volkstum".

589. *Kloessel,* M. H., Einwanderungsbestimmungen i. Südamerika. in: Der deutsche Auswanderer. Jg. 17. 1918/19. Nr 1/2. Witzenhausen a. d. Werra: Ev. Hauptverein f. deutsche Ansiedler u. Auswanderer.

590. *Krüger,* Emil, Das deutsche Buch u. d. deutsche Buchhändler i. Baltenland. in: Baltische Blätter. Jg. 2. 1919. H. 6. Berlin-Steglitz-Riga: Würtz.

591. *Linde,* Max, Der Deutsch-Chinesische Verband. 1914—19. in: Der Neue Orient. Jg. 2. 1918/19. Nr 11/12. Berlin: „Der Neue Orient".

592. *Littmann,* E., Syriens Bedeutung für die deutsche Wissenschaft. in: Der Neue Orient. Jg. 2. 1918/19. Nr 9/10. Berlin: „Der Neue Orient".

593. *Loewenfeld,* Kurt, Kanada vor u. nach d. Kriege. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 4. 1919. Nr 14. Hamburg: Meißner i. Komm.

594. *Meleschka,* Johann von, Die weißruthenische Frage. in: Deutsche Politik. Jg. 4. 1919. H. 16. Stuttgart-Berlin: Deutsche Verlagsanstalt.

595. *Metzelthin,* Th., Vernichtung des Deutschtums in China. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 5. Berlin: Heymann.

596. *Ney,* C., Gedanken über das Deutschtum im Schwarzmeergebiet. in: Das Deutschtum im Ausland. 1919. H. 39. Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausland.

597. Der *Orient* in der Presse. in: Der Neue Orient. Jg. 2. 1918/19. Nr 11/12. Berlin: „Der Neue Orient".

598. *Penck,* Albrecht, Deutsche u. Polen in Westpreußen u. Posen. in: Aus d. Ostlande. Jg. 14. 1919. H. 3. Posen: Ostdeutsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt.

599. *Pernitzsch,* G., Die Kiautschoufrage in chinesischer Beleuchtung. 2. in: Archiv f. d. fernen Osten. Jg. 4. 1919. H. 3/4. Berlin: Curtius.

600. *Peycke,* R., Der Auslanddeutsche. Südafrikanische Erinnerungen. in: Das Echo. Jg. 38. 1919. Nr 17. Berlin: Deutsche Ueberseedienst-Verl.-Ges.

601. *Quelle,* Otto, Nordamerikanische Zeitschriften, die der Propaganda in Lateinamerika dienen. in: Mitteilungen d. deutsch-argentinischen Centralverbandes z. Förderung wirtschaftl. Interessen. 1919. Nr A 40/42. Berlin: Dreyer's Buchdruckerei.

602. *Riebke,* D., Die Organisationstätigkeit deutscher Arbeiter im Auslande. <Auskunftsstelle d. deutschen sozialdemokrat. Arbeitervereine i. Auslande>. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr. 4. Berlin: Heymann.

603. *Rosenbaum,* Max, Entwicklung u. Aussichten d. bulgarischen Wirtschaft. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 4. 1919. Nr 18/19. Hamburg: Meißner i. Komm.

604. *Schnee,* [Heinrich], Unsere Kolonialpolitik in Deutsch-Ostafrika. in: Gerechtigkeit. Jg. 1. 1919. H. 3. Berlin: Engelmann.

605. *Sieger,* Robert, Grenzdeutsche oder Auslanddeutsche? in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 5. Berlin: Heymann.

606. *Sieveking,* Alfred, Die Entwicklung d. engl. Handelskriegsrechts. T. II. Rechtsprechung. (Arbeiten aus d. Kommission f. Auslandsgesetzgebung am Kolonialinstitut Hamburg. 1.) in: Hanseat. Rechts-Zeitschr. Jg. 2. 1919. Beih. 1. Leipzig: Veit.

607. *Strantz,* Kurd, von, Nordschleswigs rassenhaft deutsche Bevölkerung. in: Deutschlands Erneuerung. Jg. 3. 1919/20. H. 2. München: Lehmann.

608. *Thron,* Josef, Die Pläne des französischen Exportbuchhandels. in: Börsenbl. f. d. deutsch. Buchhandel. Jg. 86. 1919. Nr 80. Leipzig: Börsenverein d. dtsch. Buchhändler.

609. *Vogt,* Zur Rechtslage der aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Beamten. in: D. Juristenztg. Jg. 24. 1919. H. 5/6. Berlin: Liebmann.

610. *Walzel,* Oskar, Die deutsche Dichtung und das Ausland. 1. 2. in: Kunstwart u. Kulturwart. Jg. 32. 1918/19. H. 13. 14. München: Callwey.

Digitized by Google

611. *Zander,* Ernst, Die Liquidation von Elsaß-Lothringen. Wirtschaftl. Denkschrift. in: Mitteilungen d. Ausschusses vertriebener Elsaß-Lothringer. Jg. 1. 1919. Nr 8. Freiburg i. Br.

IV. Karten.

612. *Dedijer,* Jevto, Map of the Jugoslav countries. M. 1 : 1,000,000. Farbendr. Bern: Geogr. Karten-Verl. Kümmerly & Frey [1919]. 90 × 74 cm. M 5.—.

613. *Fischer,* Hans, Die Fremdvölker in Deutschland u. was d. Feinde uns wegnehmen wollen. Farb. Darst. d. prozentualen Verteilung d. Franzosen, Wallonen, Holländer, Dänen, Litauer, Polen, Wenden, Tschechen u. Italiener auf deutscher Erde nebst Angabe d. Gebiete, d. von unseren Feinden beansprucht werden. Leipzig: Wagner & Debes [1919]. 38 × 50 cm. M 2.50.

614. *Generalkarte* v. Bosnien u. d. Hercegovina, Kroatien u. Dalmatien. Mit Tab. d. bisher. polit. u. gerichtl. Einteilung. Bevölkerungsdaten nach d. Volkszählung v. 1910. Revision, polit. Einteilung u. Verkehrsnetz v. Dr. K. Peucker. 1 : 864,000. 62 × 59 cm. Farbendr. Wien: Artaria & Co 1918/19. M 3.60. (aus Jos. v. Scheda's Balkankarte. 2. Ausg.)

615. *Peucker,* K., General-Karte v. Oesterreich unt. d. Enns [Umschlagt.] (Niederösterreich). Nach Bezirkshauptmannschaften, m. Angabe d. Bezirksgerichtsgrenzen u. neuen Bevölkerungstab. Ausg. 1919. 1 : 320,000. 56,5 × 70 cm. Wien: Artaria & Co 1919. M 3.60. (Artaria's General-Karten d. österr. u. ungar. Länder.)

Berichtigung.

Jg. II. Nr 5.

421. *Dreyer,* Joh., Moore Kurlands usw. Hrsg. mit Unterstützung d. Verwaltung des Oberbefehlshabers Ost. Hamburg: Friederichsen 1919. (Veröffentlichungen des Geograph. Instituts der Albertus-Universität zu Königsberg. H. 1.)

BUCHBESPRECHUNGEN

Wege ins neue Deutschland von Dr. Adolf Grabowsky. 3. Heft von Perthes Schriften zum Weltkrieg: „Das neue Reich". Gotha 1918. Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Preis M 6.—.

Der Verfasser hat eine Anzahl der Leitartikel gesammelt, die er in seiner bekannten Zeitschrift „Das neue Deutschland" im Laufe der Kriegsmonate geschrieben hat. Man kennt Grabowskys Grundanschauung der Politik, die keine Scheidung zwischen innerer und äußerer Politik duldet, sondern die die Politik als Einheit, als Gestaltung des Lebendigen aus dem Lebenden begreift. Er führt eine der besten Federn unter den heutigen Publizisten, und er führt sie vornehm, kenntnisreich, kritisch, aber nie verletzend. Er hat im Kriege, ohne seine Grundanschauungen dabei zu wechseln, mit der Veränderung der Tatsachen auch seine politische Zwecksetzung manchmal verändert, aber das ist mehr ein Lob denn ein Tadel. Und sehr oft haben die Ereignisse ihm Recht gegeben, wenn er Krankheiten erkannte und den operativen Schnitt befürwortete, als es noch Zeit war. Es sind eine große Anzahl von Fragen in diesem Bande besprochen, die das Auslanddeutschtum aufs engste berühren, ohne daß dieses Problem selbst geschlossene Behandlung erführe. Aber in dem Weltpolitiker Grabowsky lebt das Bewußtsein von der Notwendigkeit deutscher Weltgeltung und deutscher Weltbetätigung in allen seinen Arbeiten, das Bewußtsein von dem Nutzen deutscher Auslandarbeit, wohlverstanden ohne Alldeutschtum und ohne Säbelrasseln. Diese Aufsätze sind allen zu empfehlen, die sich mit Politik und Wirtschaft im Innern und Aeußern beschäftigen. W.

Die Basler Mission am Scheidewege von Friedrich Würz. Basel 1918. Verlag der Basler Missionsbuchhandung.

Das kleine Schriftchen gibt mehr als sein Titel andeutet. In klaren, überzeugenden Worten schildert es die Eingriffe der britischen Regierung in das Missionswerk der Basler Mission, das Verlangen der Ausmerzung aller deutschen Missionare, der Aufnahme schottischer Missionare als Kontrolleure in das Schweizer Missionswerk, der Beschränkung der politischen Freiheit dieser doch „neutralen" Gesellschaft, den nackten britischen Wunsch, nicht nur reichsdeutsche, sondern jegliche kulturdeutsche Arbeit aus der Mission auszuschalten, sie in ententistisches Fahrwasser zu leiten. Anfangs wollte die Mission, um ihr Werk zu retten, nachgeben, man wollte sich in einen schweizerischen und in einen deutschen Verein trennen. Die Unduldsamkeit der Engländer verhinderte auch diesen Plan. Das kleine Schriftchen ist eine wichtige Materialsammlung zur Geschichte der englischen Kriegsführung, es gibt wertvolle Kulturdokumente in den Briefen der Engländer an die Basler Mission wieder. W.

Oehquist, Johannes: Finnland. (Aus Natur und Geisteswelt, 700. Bändchen). B. G. Teubner, Leipzig, 1919. M. 1.90.

Nicht 191 Seiten, wie die Zahl auf der letzten Seite angibt, aber doch immerhin 119 Seiten bekommt man über Finnland zu lesen. Johannes Oehquist, früher Lektor der deutschen Sprache an der Universität in Helsingfors, jetzt an der finnischen Gesandtschaft in Berlin, ist der Berufene, zwischen beiden Ländern aufklärend zu vermitteln. Sein Büchlein ergänzt und setzt das größere Werk „Finnland im 19. Jahrhundert" fort. Der Verfasser behandelt seinen Stoff in fünf Abschnitten: 1. Land und Volk, wo er auch über den Kampf zwischen der schwedischen und finnischen Sprache, die Frauenfrage und die Mäßigkeitsbewegung berichtet; 2. Geschichte, die er bis zur Befreiung des Landes durch die Deutschen fortführt; 3. Gegenwärtiger Bau des Staates; 4. Wirtschaftsleben; 5. Geistige Kultur.

Obwohl ja Finnland leider augenblicklich wieder dem Gesichtskreis Deutschlands entrückt ist, so bleibt sein Name doch in vielen Heimen und Herzen eingeprägt durch die Hilfesendung unter Graf Rüdiger von der Goltz und Admiral Meurer. Viele, die an allen Fronten mitgekämpft und viele Länder kennen gelernt haben, halten doch Finnland in teuerster Erinnerung, den einzigen wahren Freund, der Deutschland auch im Unglück die Treue hält.

Deswegen wäre auch eine Bemerkung über das Deutschtum in Finnland angebracht gewesen, über die deutschen Gemeinden in Helsingfors und Wiborg, die deutschen Vereine und die junge deutsch-finnische Gesellschaft.

F. Israel-Helsingfors.

Die deutsche Flagge von J. F. Meuß, Kapitän z. See z. D., Oberbibliothekar des Reichsmarineamts. Berlin: Mittler 1918. M. 1.—. (Meereskunde. Sammlung volkstüml. Vorträge. Jahrg. 12. H. 12.)

Der Vortrag eines Fachmanns schildert noch 1917, also ehe die deutsche Flagge zu einer „Frage" wurde, völlig objektiv und mit eingehender heraldischer und geschichtlicher Belesenheit das Werden unserer Nationalfarben. So dunkel der Ursprung und so traurig das kurze Dasein der schwarz-rot-goldenen Bundesflagge ist — man denke nur an Palmerstons berüchtigte Erklärung und die jammervolle Auflösung der damaligen Reichsflotte — so klar geht der Werdegang und die stolze Vergangenheit der schwarz-weiß-roten National- und Kriegsflagge in den ersten 50 Jahren ihrer Geschichte aus diesen sachkundigen Darlegungen hervor. Man versuche nur, sich diese Farben aus unserem Leben wegzudenken, und man wird merken, wie wahrhaft einigend sie unser Volk durchdrungen haben, vom Luxusdampfer bis zur Laubenkolonie. Für die Auslanddeutschen vollends ist die überlieferte Flagge

Digitized by Google

das Wahrzeichen, unter dem sich Treue, Gemeinsinn und Stolz auf die alte Heimat gesellig zusammenfanden, mochte es sie als Handelsflagge grüßen oder als Hoheitszeichen auf Schiffen und Gebäuden an Größe und Würde des geeinten Vaterlandes erinnern. Dr. H. M.

Eva Gaethgens: Alt-Livland, heitere Bilder aus dem Baltikum, Agentur des Rauhen Hauses, Hamburg 1918, gebunden M 4.80.

Die Balten haben die Gabe des Erzählens, und die Verfasserin besitzt einen guten Teil von dem Erbe ihrer Volksgenossen. Die Bilder aus dem Baltikum sind einfach und anspruchslos liebenswürdig geschrieben. Es weht Heimatsgefühl aus ihnen, die Luft und der Zauber der kleinen livländischen Stadt. Der Hang der Deutschbalten zu gutmütigem, nicht verletzendem Spott, die Liebe zu gutem Essen und Trinken treten hervor, man findet auch Schilderungen manch alter Sitten und Gebräuche geschickt und unauffällig verstreut. Das Alltagsleben mit seinen kleinen und kleinlichen Geschehnissen wird hier in der Erinnerung einer fest im Boden der Heimat wurzelnden Frau verschönt und veredelt. W.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Als Organ der „Deutschen Wacht" in Singen erscheint im Verlag von Stähle & Friedel, Stuttgart, die Monatsschrift „Deutsche Wacht", deren erste Nummer in Stärke von 13 Textseiten uns vorliegt. Der Generalsekretär Christ schreibt einen Einführungsartikel „Zum Geleit", der Reichspräsident Ebert, der bayerische Gesandte in Bern, Professor Förster, der Reichsminister Erzberger und Professor Brentano sind mit kurzen Auslassungen über den Wiederaufbau der deutschen Interesen im Auslande beteiligt, Geheimrat Schrameier äußert Wünsche über die deutsche Auslandsvertretung, die einen kurzen Auszug aus seiner von uns besprochenen Schrift darstellen, Justus Judex steuert einen Artikel über „Parteiregiment und Cliquenwesen" bei, schließlich berichtet August Christ über die deutschen Wehrmänner in der Schweiz und auch über die Vereinigung der mittleren Auslandbeamten.

In der „Zeitschrift für Bücherfreunde" bespricht Dr. Otto Grautoff die Versuche unserer Feinde, einen wissenschaftlichen Ring gegen uns zustande zu bringen. Der aus Straßburg stammende Ingenieur Alfred Maurice Picard habe bei der Pariser Akademie eine Entschließung durchgesetzt, daß auch alle neutralen wissenschaftlichen Akademien boykottiert werden sollten, die mit deutschen wissenschaftlichen Kreisen in Schriftenaustausch treten wollten. Offen und versteckt werde der Kampf gegen die deutschen Institute in Neapel, Florenz, Rom und Athen geführt. Die Franzosen wollten, daß diese Institute eingezogen und die Begründung neuer den Deutschen verboten würde. Man müsse bei der Friedenskonferenz alle Materialien darüber rechtzeitig bei der Hand haben.

Es mehren sich in der deutschen Presse, ein gutes Zeichen für das Erstarken des Interesses am Auslanddeutschtum und auch dafür, daß auch die Auslanddeutschen selbst erwachen und ihre Sache energischer zu führen beginnen, Artikel und Notizen über das Auslanddeutschtum. Namentlich die Rückkehr der Chinadeutschen wird in der gesamten Presse eingehend besprochen. Besonders warm nimmt sich ihrer in der „Täglichen Rundschau" vom 22. April der Generalsekretär des Deutsch-Chinesischen Verbandes, Herr Dr. Max Linde an, der selbst an der Schaffung der Fürsorgeorganisation für die China-Deutschen leitenden Anteil genommen hat. In seinem Aufsatz „Ostern der Vertriebenen" gedenkt er der Rückkehrenden und geißelt scharf das Verfahren unserer Gegner, nach Abschluß des Waffenstillstandes friedlicher Handelskonkurrenten sich auf diese unmoralische Weise zu entledigen. Hoffentlich hat der Aufruf zugunsten einer Geldsammlung für die China-Deutschen viel Erfolg, und die Deutsch-Asiatische Bank in Hamburg, Rathausstraße 27, kann als Verteilungsstelle aus reichlich fließenden Mitteln die erste Not der heimkehrenden Ostasiaten lindern.

Die Frage des Minderheitenschutzes behandelt ausführlich das Maiheft der „Deutschen Arbeit in Oesterreich". Prof. Dr. Rudolf Laun gibt aus persönlicher Mitarbeit an internationalen Konferenzen eine Darlegung über die nationale Frage im künftigen Völkerrecht, Prof. Dr. v. Pfaundler, der Direktor der Exportakademie, Schmid, Dr. Schmied-Kowarzik, Dr. Walheim, Dr. Pribram schreiben über den Schutz der Minderheiten, ihre Bedeutung für den deutsch-österreichischen Außenhandel, über die Minderheiten in den Sudetenländern, in Jugoslawien, über West-Ungarn, über die Schutzvereine. In der Rundschau werden Einzelfragen des Minderheitenschutzes im Gebiete des ehemaligen Habsburger Reiches ausführlich erörtert und ergänzt durch eine Zusammenstellung des Schrifttums über die Frage.

Ein **„Nachrichtenblatt"** des Reichsamts für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung (Reichswanderungsamt) erscheint seit dem 15. Mai 14tägig. Die erste Nummer, die uns vorliegt, betont in einem Vorwort, daß das Reichswanderungsamt die Aufgabe habe, die Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung im Sinne zielsicherer Lenkung der Wanderungsbewegung mit zuverlässigen Auskünften über die Aussichten in Deutschland oder im Auslande zu versorgen. Da die Auskunftserteilung nur in beschränktem Umfange durch die Behörde selbst erfolgen könne, müsse Vorsorge dafür getroffen werden, daß die in den Verkehrsmittelpunkten einzurichtenden Zweigstellen des Reichswanderungsamtes, sowie alle sonstigen Personen und Personen-Vereinigungen, die in irgend einer Form zur Mitwirkung an der Auskunftstätigkeit berufen würden, die Auskunftserteilung allenthalben nach einheitlichen Gesichtspunkten vornehmen und dadurch die Beeinflussung der Wanderungsbewegung in einer den einzelnen Gliedern wie der Gesamtheit unseres Volkstums gleichmäßig dienlichen Weise gewährleisteten. Sachgemäße Unterlagen wolle das Blatt liefern. Es wolle die einschlägigen amtlichen Bekanntmachungen, Einwanderungsvorschriften des Auslands, Vorschriften über Staatsangehörigkeit, Meldewesen, Steuersachen usw. bringen, dann aber auch Berichte und Meldungen über Wanderungsfragen, die dem Amt von amtlichen und anderen zuverlässigen Seiten zugehen, Berichte über in- und ausländische Arbeitsmärkte, über in- und ausländisches Arbeiterrecht, sowie Auszüge aus den Zeitungen. Eine besondere Stelle beim Reichswanderungsamt werde alle entsprechenden Nachrichten sammeln, sichten und prüfen. Entsprechend diesem Programm bringt das Nachrichtenblatt eine Reihe von Bekanntmachungen und Nachrichten, einen kurzen Aufsatz über die Entstehung und die Aufgaben des Reichswanderungsamtes, über die Lage des Arbeitsmarktes und der Landwirtschaft und Nachrichten über das Ein- und Auswanderungswesen in der ganzen Welt. Eine ausführliche Zeitungsschau bringt wesentliches Material über die Frage der Aus- und Einwanderung und ihre Behandlung in den Zeitungen und Zeitschriften der Welt.

Die Presseabteilung des „Reichsverbandes der Auslanddeutschen" Berlin 68, Zimmerstraße 48 a, gibt ein neues „Mitteilungsblatt für Auslanddeutsche" heraus, das als Sonderbeilage eines in Christiania erscheinenden Weltwirtschaftsblattes „Die fünf Erdteile" erscheinen soll. Es

Digitized by Google

wird Interessenten kostenlos übermittelt. Herausgeber ist der Redakteur Keilermann, der auch „Die fünf Erdteile“ herausgibt.

Eine neue Zeitschrift beginnt mit einem Doppelheft April/Mai zu erscheinen, die „Monatshefte des Gustav Adolf-Vereins, Zeitschrift für die Kenntnis und Pflege der evangelischen Dispora, insbesondere des Auslanddeutschtums“. Geh. Kirchenrat D. Franz Rendtdorff gibt sie namens des Zentralvorstandes des Vereins unter Mitwirkung von Bruno Geißler und Max Brunau im Verlage der Heinrichsschen Buchhandlung in Leipzig heraus. Die Blätter wollen den Wiederaufbau fördern helfen und in der großen Aus- und Umwanderungsbewegung mitarbeiten. Warmherziges Verständnis für die Bedeutsamkeit der kirchlichen Pflege der evangelischen Auslanddeutschen müsse Gemeingut des deutschen Protestantismus werden. Die im Jahre 1916 nach 14jährigem Bestehen eingegangene Zeitschrift: „Deutsch-evangelisch im Auslande“ soll durch das neue Blatt fortgesetzt werden, das das Nachfolgerecht und den Bestand an alten Exemplaren übernommen hat. In der vorliegenden Nummer schreibt der Herausgeber über die Arbeitsziele des Blattes und über die gegenwärtige Lage der deutschen Auslanddiaspora. Bruno Geißler steuert eine Arbeit bei „Zu unserem Abschied aus Polen“, die sich mit der Tätigkeit der reichsdeutschen evangelischen Zivilpfarrer und Feldgeistlichen befaßt. Der ehemalige Botschaftsprediger in Konstantinopel, Graf von Lüttichau, bespricht den Abzug der Deutschen aus der Türkei, der auch den Lesern unseres Blattes bekannte Pfarrer Günther von Christiania legt ein „Bekenntnis zur Internationalität des Protestantismus“ ab, Max Brunau berichtet über die Lage in der Ukraine und über die Not der Exulanten aus Elsaß-Lothringen. Eine Reihe interessanter Notizen beschließen den Inhalt.

VON UNSERER ARBEIT

Das Deutsche Ausland Institut hat eine Kartothek sämtlicher Auslanddeutscher angelegt, die für den künftigen Wiederaufbau deutscher Interessen im Auslande von hohem Werte werden kann. Die Kartothek enthält nach Ländern und Namen geordnet die früheren und die jetzigen Adressen der Auslanddeutschen. Sie kann schon jetzt von den Auslanddeutschen selbst benutzt werden, die Adressen von Bekannten zu erfahren wünschen. Die Kartothek muß aber fortlaufend ausgebaut werden. Wir bitten deshalb die uns befreundeten Vereinigungen der Auslanddeutschen, Fragebogen von unserer Geschäftsstelle einzufordern, soweit ihnen solche nicht zugegangen sind, oder soweit ihre Zahl nicht ausreichte, und in ihren Sitzungen zur Ausfüllung der Bogen aufzufordern.

Von den verschiedensten Seiten wird uns aus dem Kreise unserer Mitglieder mitgeteilt, daß sie Prospekte der „Deutschen Wacht, Verband zum Wiederaufbau deutscher Interessen im Ausland” bekommen hätten, in denen angegeben war, daß die Geschäftsstelle des Verbandes in Stuttgart liege, wodurch sie zu der Annahme gekommen seien, es handle sich hier um irgend ein neues vom Deutschen Ausland Institut ins Leben gerufene Unternehmen. Wir stellen deshalb fest, daß, was wir auch schon in Nr. 4 dieser „Mitteilungen” in der Rubrik „Die Auslanddeutschen im Reiche” bekanntgegeben haben, die „Deutsche Wacht” aus dem Kreise der deutschen Wehrleute aus der Schweiz hervorgegangen und in Singen am Hohentwiel begründet worden ist; der Vorsitzende des Ausschusses der Wehrmänner ist auch der Generalsekretär der „Deutschen Wacht”. Das Deutsche Ausland Institut, das die Bestrebungen der deutschen Wehrleute wiederholt in der energischsten Weise unterstützt hat und auch durch Veranstaltung von Vorträgen in ihren Kreisen ihnen zu dienen bestrebt war, hat die Begründung der „Deutschen Wacht” begrüßt, die eine vom Deutschen Ausland Institut unabhängige, in ihrer Wirkung und Betätigung hauptsächlich auf die Teilnahme der Deutschen im Ausland berechnete Gründung ist. Die „Deutsche Wacht” hat dem Deutschen Ausland Institut schon bei ihrer Gründung mitgeteilt, daß sie das Deutsche Ausland Institut für die gegebene Hauptorganisation ansehe und daß sie es durch ihre eigene Organisation unterstützen und fördern wolle. Sie hat uns auch jetzt mitgeteilt, daß sie bei dieser ihrer Absicht bleibe und in keinerlei Konkurrenz zum Deutschen Ausland Institut zu treten beabsichtige; aus diesem Grunde auch wolle sie die in ihrem Prospekt genannte Arbeit der Anlage einer Auslandskartothek, die vom Deutschen Ausland Institut längst in Angriff genommen und ausgestaltet worden ist, zunächst unterlassen, um eine Doppelarbeit und Gegenarbeit zu vermeiden. Zu dem von einer großen Anzahl unserer Mitglieder beanstandeten Punkt 6 des Prospektes der „Deutschen Wacht”, in dem gesagt wird, daß sie im freundschaftlichen Verhältnis zum Deutschen Ausland Institut „diesem das wissenschaftliche Material für die Auslandkunde liefern und die Gründung einer Auslandhochschule anstreben wolle”, bemerken wir, daß wir die Gründung einer Auslandhochschule in dieser Form weder wünschen noch anstreben und daß wir in der Beschaffung unseres wissenschaftlichen Materials für die Auslandkunde natürlich selbständig und unabhängig sind.

Mitte Mai ist das Deutsche Ausland Institut, dessen einzelne Abteilungen der Auskunfts- und Stellenvermittlung, der Bibliothek, Archive, Verwaltung usf. bisher in verschiedenen Gebäuden untergebracht waren, und dessen Arbeit unter dieser räumlichen Trennung außerordentlich gelitten hat, in den Nordflügel des neuen Residenzschlosses umgezogen, wo ihm durch das verständnisvolle Entgegenkommen des württembergischen Finanzministeriums große und zweckentsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt wurden, die eine sachgemäße Arbeit und die nötige Entwicklung des Instituts ermöglichen. In den Räumen des ersten Stocks sind die Bibliothek, das Vereins-, Lichtbild-, Bild- und Wirtschaftsarchiv untergebracht, und es sind auch Räume für einen Lesesaal und zur Benutzung der Bibliothek vorgesehen. Im Erdgeschoß befinden sich neben der Auskunfts- und Stellenvermittlungsabteilung die übrigen Geschäftsräume des Instituts. Wir bitten, in Zukunft alle Anschriften an das Institut unter

Stuttgart, Neues Schloß,

richten zu wollen. Soweit durch den Umzug, der in der jetzigen Zeit nicht ganz leicht war, Störungen in der Erledigung des Postverkehrs eingetreten sind, bitten wir das gütigst entschuldigen zu wollen.

Notiz der Schriftleitung.

Trotz abermaliger Vergrösserung des Umfangs dieser Nummer auf nunmehr 48 Seiten mussten eine Reihe von Aufsätzen und Einsendungen für die nächste Nummer (Juli) zurückgestellt werden.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 20. Mai 1919
Einsendungen für die „Mitteilungen” werden erbeten an das Deutsche Ausland Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der „Mitteilungen”.

Mitglieder des Deutschen Ausland Instituts Stuttgart, soweit sie einen Jahresbeitrag von mindestens M. 20.— leisten, erhalten die „Mitteilungen” kostenlos. Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. — Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart. Druck der Tagblatt-Buchdruckerei Stuttgart

Digitized by Google

MITTEILUNGEN
DES
DEUTSCHEN AUSLAND
INSTITUTS

MUSEUM UND INSTITUT ZUR KUNDE DES AUSLANDDEUTSCHTUMS
UND ZUR FÖRDERUNG DEUTSCHER INTERESSEN IM AUSLAND

Jahrg. II. – Nr. 7 STUTTGART Juli 1919

Zeugen

Von HANS HEINRICH EHRLER, STUTTGART

Die traurigsten der traurigen Gedanken, mit welchen der Krieg uns belud, gingen wieder und wieder zu unseren deutschen Brüdern draußen in der Welt. Man sah die Hunderttausende über die Kontinente hinstehen, abgeschnitten vom Vaterland, dem sie nicht helfen konnten, ihrer Habe beraubt, in ihren Werken gelähmt, verfemt, in Hürden zusammengetrieben. Die Welt wurde ihnen Gefängnis, die Fremde „Elend".

Keine Sehnsucht trug heim. Im September 1914 fand man in den hohen Cordilleren Südamerikas drei erfrorene junge Schwaben. Sie hatten sich von jenseits über das arge Gebirge aufgemacht nach einem brasilianischen Hafen. Und in Java starb Max Dauthendey, ein edler deutscher Dichter, vor Heimweh. Er schrieb Reime nieder, Rufe des verirrten Kindes nach der Mutter.

Die Heimat, ach, o Wanderstab,
Die Heimat ich verloren hab,
— Die Fremde ist ein Grab.

Die Verbannten hatten einen Stern: Deutschland werde nicht besiegt werden. Nach über vier Jahren aus Trübsal hochgehobener Hoffnung brach auch der Stern herunter.

Und wenn wir sehen wollen, wie wir besiegt sind, wie ganz geschlagen, dann müssen sich unsere Augen aufmachen um die Opfer, die, unerhört, dort in der Diaspora gebracht wurden.

Prozessionen der Heimkehrenden, jetzt aus den Ländern der Sieger gleich Aussätzigen, Verstossenen, reden zu uns. Bettler, Geplünderte kommen ins verarmte Vaterland zurück. Was sie draußen schufen, ist zusammengestürzt.

Wie war das damals? Ein Netzwerk deutschen Fleißes lief um die Erde, Kanäle freudigen Handels und der Wohlfahrt kreuzten sich von überall her im neuen Reich, wie Adern im Herzen.

Nun sind die Fäden zerrissen, die Rinnsale zugeschüttet. Der Sinn des Krieges ist für England erfüllt. Es hat uns aus der Welt seiner Geschäfte geworfen und keinen Wettbewerb mehr zu fürchten. Noch jetzt spürt man die grausame, zielbewußte Lust an der Methode, durch welche im Friedensvertrag die Reste unseres Bestandes und Besitztums jenseits der eingedrückten Grenzen ausgeätzt werden sollen.

Mit leeren Händen kommen die Zeugen der Katastrophe. Vielleicht bekümmern sie mehr als verlorenes Gut die lieben Dinge der Erinnerung, womit ihr Leben sich umstellt hatte, mit denen ihr Wesen als Ersatz der Heimat verwachsen war. Der Hausrat, die Bilder, die Wiege der Kinder, der Tisch des Mahles. Nicht einmal diese haben die Verwiesenen gerettet.

Wir sehen an Märtyrern das Trauerspiel, das an uns sich abgespielt hat. Und dennoch, wieder müssen die Deutschen hinaus. Eine zweite, andere Welle, nicht mit den Segeln der Kraft und Zuversicht belebt, wird vom Strand gehen. Keine friedlichen Eroberer trägt sie, Arbeiter, denen die Heimat das nackte Leben nimmer fristen kann, Menschen im dunklen Zwischendeck von Schiffen verpackt, die einmal unsere Flagge führten.

Auswanderer . . . das Wort mit dem trüben Mal dürftiger Vorväterzeit behaftet, wird über Familien, Städte, Landstriche gesprochen werden und ein Hauptkapitel unserer nationalen Sorge benennen. Fleisch und Blut müssen wir ausführen, es vor dem Hunger zu bewahren. Unwillkommen ist es draußen, gekennzeichnet; es muß dennoch fort. Ein neues Heldentum, neue Dulderschaft.

Aber keiner sei verlassen! Denn, die mit zerrüttetem Mut und zerbrochener Aufgabe gelandet, gestrandet sind, und denen, die morgen das Bündel schnüren, stehen wir Blick in Blick. Alle Liebe der Heimat leuchte ihnen darin brüderlich stärkend entgegen.

Digitized by Google

Württembergische Minister über das Auslanddeutschtum

Viele der schweren und verhängnisvollen Irrtümer, denen die deutsche Politik in den letzten Jahrzehnten erlag, sind auf unsere mangelhaften Kenntnisse des Auslands und seiner Stellungnahme zum Deutschtum zurückzuführen. Die Katastrophe, die wir erlitten, die Vereinsamung, in der wir uns nun in aller Welt befinden, hat zahlreiche Illusionen aufs grausamste zerstört. Aber es ist nicht deutsche Art und darf es nie werden, Schicksalsschläge mit fatalistischem Gleichmut hinzunehmen. Abgebrochene Beziehungen müssen wieder angeknüpft, das zerstörte Vertrauensverhältnis muß wieder hergestellt werden. Wenn unter dem Druck der Zeit Deutsche in den nächsten Jahren das Vaterland verlassen müssen, so sollen und müssen sie uns durch Leistung dieser Arbeit bei dem Wiederaufbau unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens tatkräftig behilflich sein. Darum dürfen die Fäden zwischen ihnen und der Heimat nie abreißen. Die Aufrechterhaltung regen Austausches zwischen ihnen und uns ist beiden ein Lebensbedürfnis. Sie sollen uns, wir wollen sie beraten und unterstützen. Für die Durchführung dieser Aufgabe wünsche ich dem Deutschen Ausland Institut den besten Erfolg.

Stuttgart, den 24. Mai 1919.

Heymann, Minister des Kirchen- und Schulwesens.

Soll deutscher Sinn und deutsche Tatkraft unsern Volksgenossen im Auslande erhalten bleiben, so bedarf es innigster Gestaltung ihrer Beziehungen zur Heimat. Die Zugehörigkeit zu einem heimatlichen Wirtschaftsunternehmen oder einer deutschen Familie genügt nicht. Gewährleistung erworbener Rechte und Erhaltung geistig-kultureller Bande sind die notwendige Ergänzung, die sich jede Volksregierung angelegen sein lassen muß.

Stuttgart, den 25. Mai 1919.

Schlicke, Arbeitsminister.

Es ist ein Irrtum unserer Feinde, wenn sie glauben, deutsche Arbeit und deutschen Unternehmungsgeist für die Zukunft in der Weltwirtschaft ausschalten zu können. Die Deutschen werden sicherlich bald wieder den Weg hinaus in die Welt finden, und unsere Volksgenossen, die bisher das Deutschtum draußen vertreten haben, werden ihnen als Wegweiser hiebei vorangehen.

Stuttgart, den 27. Mai 1919.

Baumann, Minister des Ernährungswesens.

Das Auslanddeutschtum darf nicht untergehen! Darum helfe jeder der Regierung bei ihrem Streben nach einem wirklichen Verständigungsfrieden. Nur mit ihm kann die mühevolle Arbeit des Deutschen Ausland Instituts von Erfolg gekrönt sein.

Stuttgart, den 24. Mai 1919.

Herrmann, Kriegsminister.

Die Auslanddeutschen haben die Ehre des deutschen Namens in alle Weltgegenden getragen. Dafür danken wir ihnen alle.

Jetzt, wo die Ehre des deutschen Namens niedergetreten ist, erwächst ihnen die neue und unendlich schwerere Aufgabe, im Zusammenhang mit uns im Inland dafür zu sorgen, daß der Ehrenschild Deutschlands wieder blank werde und der Deutsche erhobenen Hauptes wieder im Ausland auftreten kann. Wenn der Auslanddeutsche diese Aufgabe erfüllt, wird er sich unendliche Verdienste um sein armes Vaterland erwerben.

Th. Liesching, Finanzminister.

Die weitgreifende Bedeutung des Auslanddeutschtums, das die Pioniere deutschen Geistes, deutscher Arbeit, deutscher Organisation und Kultur für alle Erdteile zu stellen berufen ist, wurde vor dem Weltkrieg in der Heimat viel zu wenig erkannt und gefördert. Diese Bedeutung ist im Weltkrieg für Deutschland recht sicht- und fühlbar in die Erscheinung getreten und der Versailler Friedensentwurf bezweckt die förmliche Vernichtung des Auslanddeutschtums. Dies zu verhindern ist eine Hauptaufgabe unserer Diplomatie und muß eine Sorge jedes Deutschen sein. Deshalb verdient die Arbeit des Deutschen Ausland Instituts in Stuttgart gerade jetzt die wärmste Unterstützung.

Stuttgart, den 23. Mai 1919.

von Kiene, Justizminister.

Je größer die Schmach und der Schmerz unseres Volkes, desto zuversichtlicher der Glaube an unser Deutschtum.

Was wir schon vor dem Kriege wußten, haben die Augusttage 1914 machtvoll bewiesen: Die festeste Stütze hat das Deutschtum in den Auslanddeutschen, Hab und Gut haben sie freudig von sich geworfen, um die deutschen Reihen im Kampf gegen die Welt zu schließen. Sie haben am meisten geopfert, das Vaterland schuldet ihnen höchsten Dank.

Die Mitarbeit der Auslanddeutschen ist einer der Grundpfeiler, auf die wir unsere Zukunft stützen müssen. Wenn unsere Brüder wieder hinausziehen in die Ferne, muß ihnen aller Schutz und alles Recht gesichert sein. Deutsches Fühlen, Denken, Wissen und Erleben muß ihnen immerfort zufließen, das Leben verschönen und die Liebe zur Heimat erhalten.

Unsere Auslanddeutschen zu fördern und zu stützen, ihnen Mut und den sicheren Glauben an die deutsche Heimat mit auf den Weg zu geben, ihnen zu helfen in der Not, ist erstes Gebot jedes Deutschen.

Stuttgart, den 23. Mai 1919.

Krais, Unterstaatssekretär im Kriegsministerium.

In letzter Stunde sandten anläßlich einer Sitzung, die in Berlin stattfand, der Rat der Reichsdeutschen im Ausland, der Reichsverband der Auslanddeutschen und das Deutsche Ausland Institut ein Telegramm an den Friedensausschuß der Nationalversammlung, an den Grafen Brockdorff-Rantzau und an den Ministerpräsidenten Scheidemann, das folgenden Wortlaut hatte:

„Die Auslanddeutschen, vertreten durch den Rat der Reichsdeutschen im Ausland, den Reichsverband der Auslanddeutschen und das Deutsche Ausland Institut in Stuttgart, erheben nachdrücklichst Einspruch dagegen, dass die von den Feinden aufgestellten, fast unveränderten Friedensbedingungen zur Durchführung kommen. Die Existenz der Auslanddeutschen würde dadurch völlig vernichtet werden. Sie fordern daher einmütig die Ablehnung der Deutschland vernichtenden Bedingungen."

Digitized by Google

Auslanddeutschtum und Friedensvertrag

Inwieweit werden in der Antwort der deutschen Friedensdelegation auf die Friedensvorschläge der Entente die Interessen der Auslanddeutschen berücksichtigt?

Von Dr. jur. KARL HIRSCHLAND, ⟨Paris⟩ BERLIN.

In welch weitgehender Weise die Lebensinteressen der Auslanddeutschen durch die Friedensbedingungen der Feinde betroffen wurden, ist schon des öfteren dargelegt worden.

Es ist daher von großer Wichtigkeit, zu untersuchen, inwieweit in den Antwortnoten der deutschen Friedensdelegation die Interessen der Auslanddeutschen berücksichtigt worden sind.

Ich bemerke, daß es sich an dieser Stelle nur um wenige kurze Ausführungen handelt, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Grundlegend ist die Note vom 22. Mai 1919, das Privateigentum betreffend. Dieselbe erklärt, daß die deutsche Friedensdelegation sich nicht mit dem Bestreben der Alliierten einverstanden erklären kann, das gesamte in ihrem Machtbereich befindliche deutsche Privatvermögen als eine einheitliche Teilungsmasse zu behandeln, aus der in einem konkursähnlichen Verfahren sowohl die Privatforderungen ihrer Staatsangehörigen als auch die staatlichen Ansprüche auf Kriegsentschädigung befriedigt werden sollen.

Vor allem erscheint der Friedensdelegation die vorgenommene Liquidation des deutschen Privateigentums nach Abschluß des Waffenstillstandes und die geplante Liquidation nach Friedensschluß als eine unannehmbare Bedingung.

Hervorzuheben ist dabei, daß die Entente den überschießenden Liquidationserlös deutschen Eigentums nicht an die deutsche Regierung abführen, sondern auf die Entschädigungsforderung in Anrechnung bringen will.

Zwar erklärt die deutsche Friedensdelegation, daß sie sich dessen bewußt ist, daß der Druck, den die aus dem Friedensvertrag hervorgehenden Lasten in Zukunft auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben ausüben werden, es nicht gestattet, den deutschen Auslandbesitz in dem bisherigen Umfange aufrecht zu erhalten.

Um seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können, wird Deutschland seinen Auslandbesitz in weitem Maße opfern müssen; jedoch muß die Verfügung über den Auslandbesitz in einer Weise geregelt werden, die dem Gedanken eines Rechtsfriedens nach jeder Richtung hin Rechnung trägt.

Meiner Auffassung nach haben die Auslanddeutschen keinen Grund, über diesen Punkt der Note der deutschen Friedensdelegation beunruhigt zu sein, weil sich hieraus nicht ergibt, daß die deutsche Regierung mit einem Eingriff in das Privateigentum einverstanden ist oder denselben selbst in weitgehender Weise vorzunehmen gedenkt.

Die deutsche Friedensdelegation gibt vielmehr nur zu erkennen, daß die wirtschaftliche Schwächung Deutschlands eine ausgedehnte Weltwirtschaft nicht mehr zuläßt und daß Deutschland einen großen Teil seiner im Ausland angelegten Kapitalien benötigt, um seine innere Wirtschaft zu stärken.

Außer der aufgeführten Note hat die deutsche Friedensdelegation neben einer Anzahl anderer Einzelnoten den Alliierten noch eine Sammelnote überreicht, welche folgenden Titel trägt:

Bemerkungen der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen und Nachtrag ⅛ besonderer Rechtsfragen.

Die deutsche Friedensdelegation hat sich bei Beantwortung der Bedingungen der Entente auf den Standpunkt der 14 Punkte Wilsons gestellt und ist vor allen Dingen davon ausgegangen, daß kein Gewalt-, sondern ein Rechtsfrieden geschlossen werden sollte.

Sie hat dann im einzelnen dargetan, wo gegen die Grundsätze des Rechtsfriedens verstoßen worden ist.

Dazu wird ausgeführt, daß, wenn es sich um einen Rechtsfrieden handelt, die feindlichen Regierungen das Privateigentum überhaupt nicht verletzen dürfen, daß es vor allen Dingen nach Friedensschluß keinen Kriegsmaßnahmen unterworfen sein darf. Es darf den Auslanddeutschen nicht die Möglichkeit genommen werden, die alten Verbindungen im Auslande fortzusetzen und Deutschland seinen Anteil an der Weltwirtschaft wieder zu sichern, indem ihr bisher eingezogener Besitz für die Wiedergutmachung verwandt wird, statt ihnen ersetzt zu werden.

Nach Artikel 118 der Friedensbedingungen der Entente soll Deutschland außerhalb seiner Grenze an Europa keinerlei Recht haben. Es soll sich von vornherein verpflichten, allen Maßnahmen zuzustimmen, mit denen von den Alliierten über diese Rechte verfügt wird.

Der deutsche Außenhandel soll von jeder Betätigung ausgeschlossen werden. Alle Vorrechte und Vorteile sowie alle Konzessionen, die Deutschland in China, Siam, Liberia, Marokko und Aegypten besessen hat, sollen beseitigt werden.

Die seit dem 1. August 1914 in Rußland erworbenen Konzessionen und Privilegien sollen hinfällig werden. Der Kommission zur Wiedergutmachung wird die Befugnis gegeben, deutschen Reichsangehörigen ihre Rechte und Interessen an allen öffentlichen Unternehmen oder an allen Konzessionen in Rußland, China, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, der Türkei, den Besitzungen und Nebenländern dieser Staaten oder in einem Gebiet, das früher Deutschland oder seinen Verbündeten gehörte, wegzunehmen. (Artikel 266.) Die Alliierten dürfen alle property rights and interests deutscher Staatsangehöriger, soweit sie sich im feindlichen Auslande und in den Deutschland abzutretenden Gebieten seiner Bundesgenossen befinden, zurückbehalten und liquidieren.

Es wird auch der Deutsche in seinem persönlichen Aufenthalt in Ueberseeländern und selbst in den deutschen Kolonien unter eine unerträgliche Kontrolle und Ungewißheit gestellt.

Alle gegen die deutschen Rechte und Interessen im Ausland vorgesehenen Maßnahmen lassen sich, so führt die deutsche Friedensdelegation aus, nach dem Gesichtspunkte der Wiedergutmachung nicht rechtfertigen, denn sie bringen wohl dem gegnerischen Kaufmann, der mit dem deutschen Kaufmann draußen im Wettbewerb stand, große Vorteile, heilen aber an den Schäden, die Deutschland zu ersetzen sich verpflichtet hat, nichts.

Die deutsche Delegation legt daher das entscheidende Gewicht darauf, daß die einseitige Benachteiligung des deutschen Außenhandels unterbleibt und ihm im Rahmen der von den Alliierten für ihren eigenen Handel aufgestellten Forderungen volle Gegenseitigkeit und Bewegungsfreiheit gewährt wird.

Es wird weiterhin dargestellt, daß Deutschland nur dann die von ihm übernommenen Lasten tragen kann, wenn ihm für die Zukunft eine annähernd gleiche Stellung gewährt wird, die die übrigen Nationen einnehmen, wenn ihm auf handelspolitischem Gebiet die Freiheit gewährt wird, die es vor dem Kriege hatte.

Die deutsche Friedensdelegation wehrt sich ferner dagegen, daß das deutsche Reich sich im voraus allen Verträgen und Verabredungen seiner Feinde mit denjenigen Staa-

Digitized by Google

ten unterwerfen soll, die auf einem Teil des altrussischen Reiches errichtet sind oder errichtet werden.

In einem besonderen Abschnitt wird seitens der deutschen Friedensdelegation die Frage der Strafurteile gegen deutsche Zivilpersonen und Kriegsgefangene behandelt. In erster Linie wird eine weitgehende Amnestie verlangt. Des weiteren erscheint Wiederaufnahme der im Versäumniswege erlassenen Strafurteile erforderlich. Die deutsche Friedensdelegation wendet sich gegen das unzuverlässige Verfahren der Besatzungsbehörden, welche Personen strafrechtlich und zivilrechtlich zur Verantwortung gezogen haben, obwohl die beanstandeten Handlungen nach den maßgebenden deutschen Gesetzen pflichtgemäß waren. Es wird meines Erachtens dieser Grundsatz auch auf diejenigen Maßnahmen der gegnerischen Behörden gegen diejenigen deutschen Staatsangehörigen angewandt werden müssen, welche Gegenstände von deutschen Zwangsverwaltern und Liquidatoren in den besetzten Gebieten erworben haben.

Schließlich hat sich die deutsche Delegation mit der Frage der Auslieferung der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten beschäftigt. Sie verlangt, daß vor allen Dingen den Heimkehrenden eine freie Willensbestimmung bezüglich des Ortes ihres künftigen Aufenthaltes gewährt wird.

Was die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten angeht, so hält die deutsche Friedensdelegation für eine selbstverständliche Folge des Friedensschlusses, daß sofort die amtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den feindlichen Staaten wieder aufgenommen werden. Sie verlangt auch in diesem Falle vollständige Gegenseitigkeit.

Wie aus Vorstehendem hervorgeht, hat die deutsche Friedensdelegation sich in besonders warmherziger Weise der Interessen der Auslanddeutschen angenommen und es gebührt ihr vor allem in der Person ihres Chefs, des Grafen Brockdorff-Rantzau, der Dank der Auslanddeutschen.

Die bedrohten Interessen Deutschlands in Marokko

Von Dr. B. STICHEL, HAMBURG

Wenn der Friedensentwurf unserer Gegner in seiner ursprünglichen Form zur Wahrheit werden wird, so wird auch das stolze Gebäude, das Deutschland über See aufgeführt hat, in Trümmer gelegt werden.

Das Ergebnis jahrzehntelanger Arbeit, die der Deutsche in allen Weltteilen geleistet hat, wird mit einem Federstrich vernichtet und die Existenz hunderttausender deutscher Pioniere bedroht.

Besonders tragisch würde sich das Schicksal der deutschen Interessen in Marokko und damit der Marokko-Deutschen gestalten.

Man hat heute in Deutschland fast vergessen, wie groß unser Anteil an der Durchdringung des Scherifenreiches gewesen ist, das bis vor wenigen Jahrzehnten noch als die Hochburg des Islams in Afrika allen Versuchungen, dort einzudringen, widerstanden hat, und doch sind es deutsche Forscher gewesen, die der Welt die erste Kunde aus dem maghrebinischen Westen gebracht und einen hervorragenden Anteil an der Erschließung Marokkos gehabt haben. Deutsche Namen, wie die der Rohlfs, Lenz, Fritsch, Maltzahn, Klein, Jannasch, Quedenfeld, Schnell, Fischer, Graf Pfeil und nicht zuletzt Kampffmeyer sind untrennbar mit der Geschichte der Entdeckung und Erforschung Marokkos verknüpft.

Deutsche Kaufleute und Unternehmer faßten an jener Nordwestecke Afrikas schon lange vor der Reichsgründung Fuß, als die Franzosen noch gar nicht daran dachten, sich dort niederzulassen. Bald nach der Gründung des Reiches nahm die Zahl der deutschen Häuser, die sich zuerst auf die beiden wichtigsten Hafenplätze des Landes, Tanger und Casablanca, beschränkt hatten, derart zu, daß es Ende der 80er Jahre keinen marokkanischen Hafenplatz mehr ohne deutsche Kaufleute gab. Niederlassungen in Fes und Marrakesch, den beiden Hauptstädten des Scherifenreiches, die vorher kaum je einen Fremden in ihren Mauern gesehen hatten, folgten bald. Aus den verschiedensten Teilen der Heimat erhielten die Deutschen Zufluß. Sie befestigten ihre wirtschaftliche Stellung dauernd, überwanden die Schwierigkeiten, die sich der Anknüpfung von Beziehungen zu der konservativ an jahrtausendalten Sitten und Vorurteilen festhaltenden Bevölkerung entgegenstellten, schafften sich Garantien gegen Rechtlosigkeit und Vergewaltigung, jene typischen Kennzeichen des alten Marokko, und schafften sich auch, ohne daß die Errichtung der französischen Schutzherrschaft sie dauernd in ihrer Tätigkeit zu behindern vermocht hätte, eine gesicherte Position.

Man sollte wohl meinen, diese Leistungen, die noch kurz vor dem Kriege Deschanel in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der französischen Parlamentskommission für Auswärtige Angelegenheiten im französischen Parlament mit den Worten: „Können wir die Anstrengungen ignorieren, die Deutschland in Marokko ein halbes Jahrhundert hindurch gemacht hat, die Reisen seiner Forscher, die Tätigkeit seiner Kolonisten, seine landwirtschaftlichen und Bergbauinteressen, seine Schiffahrtslinien und das Interesse in den Kreisen aller Intellektueller und der Elite des deutschen Volkes?“ anerkannt hat, berechtigten zu der Forderung, den 5. Punkt des Wilsonschen Programms, der eine offenherzige und unparteiische Regelung aller kolonialen Ansprüche verspricht, erfüllt zu sehen. Statt dessen verlangt der Friedensentwurf, daß Deutschland auf alle Rechte der Algecirasakte sowie aus den französisch-deutschen Abmachungen vom 9. Februar 1909 und 4. November 1911 verzichtet, alle deutschen Verträge mit der scherifischen Regierung, als von dem 3. August 1914 ab hinfällig anerkennt, in keiner Weise an den Verhandlungen Frankreichs oder anderer Mächte bezüglich Marokkos teilnimmt, das französische Protektorat anerkennt und auf die Kapitulationen verzichtet. Ja, der scherifischen Regierung wird sogar völlige Handlungsfreiheit hinsichtlich des Status der deutschen Staatsangehörigen und der Bedingungen für ihre Niederlassung gegeben, so daß die Möglichkeit eines Verbotes zur Rückkehr geschaffen ist. Weiter soll alles deutsche Staatsgut ohne Entschädigung an den Machsen fallen, und das Privateigentum deutscher Staatsangehöriger in Marokko soll den Finanzklauseln entsprechend liquidiert und zurückbehalten werden.

Diese Bedingungen kann kein deutscher Staatsmann unterschreiben. Es ist bekannt, daß die Marokko-Deutschen während des Krieges seitens der französischen Regierung einer besonders harten Behandlung an Leib und Gut ausgesetzt gewesen sind. Sie wurden um so härter von der Vernichtung und wahrhaft systematischen Zerstörung ihres Werkes in Marokko getroffen, als sie sich auf Grund völkerrechtlicher Verträge, wie der Algecirasakte und des Novemberabkommens von 1911, durch die sie der französischen Herrschaft entrückt wurden, und durch den Vertrag von 1856, der gerade für den Kriegsfall die Möglichkeit einer Sicherstellung ihres Privatbesitzes vorsah, sozusagen auf neutralem Boden und vor allen Eventualitäten gesichert glaubten. Nun soll ihnen nicht nur nicht Genugtuung und Ersatz geleistet werden, sondern auch noch ihr altes Arbeitsfeld genommen und der

Digitized by Google

Privatbesitz geraubt werden. Dieses schreiende Unrecht muß verhindert werden. Deutschland muß und wird auf dem Programm Wilsons bestehen und darf auch in Marokko nicht seine guten Rechte opfern und sich dadurch einer überaus wichtigen und vor allen Dingen zukunftsreichen weltwirtschaftlichen Position berauben lassen. Ebensowenig wie der Besitz der übrigen Auslanddeutschen darf das Privateigentum der Marokkodeutschen angetastet werden. Ebensowenig wie in irgendeinem anderen Lande dürfen den Deutschen in Marokko möglicherweise Schranken auferlegt werden, die sie an einer rein wirtschaftlichen Betätigung hindern. Sie dürfen nicht dadurch, daß ihr Besitz ihnen genommen wird, aller Existenzmittel beraubt, der Allgemeinheit in Deutschland zur Last fallen, sondern müssen die Möglichkeit haben, nach Marokko zurückzukehren, in den vollen Genuß ihres Besitzes zu gelangen, um dort, wo sie ihre vollen Kräfte entfalten können, bei dem Wiederaufbau der weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands ihre überaus wichtige Aufgabe, die Heimat mit Rohstoffen zu versorgen und unseren Industrieerzeugnissen Absatzmöglichkeiten zu verschaffen, zu erfüllen.

Die deutschen Kolonisten in Sibirien

Herr Ottmar Kümmel-Lüdenscheid, der in seiner Kriegsgefangenenzeit vielfach Gelegenheit fand, in Westsibirien unter den deutschen Kolonisten tätig zu sein, schreibt uns:

In Westsibirien sind etwa 70 000 Deutsche angesiedelt. Die Kolonien sind noch sehr jung, zeigen aber jetzt schon ein bestimmtes Gepräge. Die vertriebenen Wolhynier lasse ich hier unberücksichtigt. Wie im europäischen Rußland, haben auch die Deutschen Sibiriens unter der systematischen Hetze der Russen gelitten, bis vielleicht auf die 13 000 Mennoniten, die unter der alten russischen Regierung russenfreundlich, unter den Bolschewiki deutschfreundlich waren. Ich habe ergraute Männer gesprochen, die monatelang bei Wasser und Brot hatten darben müssen, weil sie nicht zugeben wollten, daß die Deutschen Hunnen seien. Der erste deutsche Bauer, den ich auf meinen Omsker Reisen April-Juni 1918 habe kennen gelernt, war ein Lutheraner. Als ich in die saubere Stube eintrat, saß er hinterm blanken Tannentisch und blitzte mich mit treublauen Augen hart und doch freundlich an. Nachdem er seine erste Neugier über meine Person und mein Vorhaben befriedigt und erfahren, daß ich für die Deutschen Sibiriens arbeiten wollte, schlug er mit der Faust auf den Tisch, daß Bestecke und Geschirre klirrten: „Ja, die Welt muß deutsch werden, nicht englisch. Da liegt ein Buch von Rohrbach. Das ist ein Mann, der hat recht. Raus mit den Engländern, Kaiser Wilhelm und die deutsche Faust müssen drein schlagen (hier schlug er zum Nachdruck seiner Worte ganz gefährlich auf die Tischplatte) und in der verlumpten Welt Ordnung schaffen." Als ich ihm erwiderte, Deutschland müsse nicht die Welt beherrschen, sondern das deutsche Volk müsse deutsch bleiben, stimmte er mir wieder mit einem erneuten Faustschlag bei. Nur am Kaiser hielt er fest — es ist typisch für die Auffassung der deutschen Kolonisten in Westsibirien überhaupt, wonach der Kaiser das ganze Deutschland, das deutsche Volk personifiziert. Man sprach selten von Deutschland, fast immer vom Kaiser. Ich habe um der deutschen Propaganda willen den Kaiser stets in Schutz genommen und die gute Meinung über ihn nach allen Richtungen hin ausgenützt, was ich vor einem Jahre aus Ueberzeugung und reinen Gewissens tun durfte. Wie die Lutheraner denken auch die Katholiken und Baptisten. Die deutschen Kriegsgefangenen haben sich am liebsten bei den obigen Deutschen aufgehalten und verdingt — ihr Urteil über die Mennoniten ist vernichtend, von ihrem Gesichtsfeld aus berechtigt, von einer höheren Warte aus betrachtet jedoch hinfällig. Sicher gab es auch unter diesen viele, die mit aufrichtiger Begeisterung für Rußland gegen Deutschland in den Krieg zogen. Doch die russische Intelligenz sorgte dafür, daß sie sich durch ihre unbesonnene Deutschenhetze Feinde im Lande schuf. Ich habe nur zwei deutsche Bauern kennen gelernt, die Deutschland verachteten, und diese konnten mir nicht einmal erklären, weshalb. Die politsch-patriotisch Gleichgültigen waren natürlich in der Mehrheit, und dies ist begreiflich, wenn man bedenkt, welche Unbill unsere deutschen Brüder jenseits des Urals haben ertragen müssen. Unter den Bolschewiki kam die wahre Gesinnung wieder zum Ausbruch. Hätte es die deutsche Regierung damals verstanden, genügend zweckmäßige Kommissionen rechtzeitig hinüber zu schicken, dann hätten wir den größten Teil der Deutschen Westsibiriens heute in den Ostseeprovinzen untergebracht.

Von den drei Möglichkeiten, die Deutsch-Russen für den deutschen Staat wiederzugewinnen, sind heute nur geblieben: 1. Uebersiedelung der Deutsch-Russen aus allen Teilen Rußlands und Sibiriens möglichst nahe an die deutsche Grenze; 2. wenn dies nicht möglich, die Deutschen am Wohnort zu Volksdeutschen erziehen.

Die letzte Forderung ist den Deutschen drüben die bequemste, die sympathischste. Sie lieben heute Deutschland nicht, haben aber doch warme, aufrichtige Teilnahme am Schicksal unseres Volkes. Deutsche Zeitungen, deutsche Vereine, Schulen und Büchereien müssen gegründet werden. Ich hatte mich bald bei den deutschen Bauern eingelebt und genoß ihr volles Vertrauen. Ich durfte überall dreinreden, meine Vorschläge waren ihnen oft bestimmend. Sollten wir sie fallen lassen? Das wäre kurzsichtig, wir brauchen sie für die große politische Orientierung Deutschland-Rußland-Japan-China!

Der Deutschenhaß hat sich tief in das russische Volk eingefressen. Wenn irgend möglich, müssen wir versuchen, die deutschen Kolonisten doch aus Rußland und Sibirien herauszuholen, denn dadurch nehmen wir dem Russen den Stein des Anstoßes — er wird bald einsehen, daß er die geistigen wie körperlichen deutschen Wirtschaftsmuster vermißt, er wird zu sich sagen müssen: Wie töricht hast du gehandelt, dir diese vortrefflichen Deutschen zu entfremden. Erreichen wir, was höchst wahrscheinlich ist, dieses nicht, dann müssen wir dafür Sorge tragen, daß Rußland stark und einig wird; denn ein schwaches Rußland ist uns schädlich, wir brauchen einen aufrichtigen Freund, ein großes Rußland.

Die Deutschen in Rußland sind gute Deutsche geblieben bis auf ihren politischen Charakter, und selbst diesen schätze ich heute unerschrocken weit höher ein als denjenigen hier in Deutschland selbst. Deutsche Sprache, deutsche Sitte, deutsche Lieder durchglühen den Geist unserer Brüder, wie ihn die Eltern und Großeltern aus Südrußland, den Ostseeprovinzen und dem Osten Deutschlands auf die Kinder und Enkel vererbt haben. Der Kolonist trinkt seinen Kaffee, nicht Tee wie der Russe. Er kocht seine Wurst nach deutscher Art — kurz, kommt der Leser einmal in deutsche Dörfer Sibiriens, wird er sich heimisch fühlen wie in seiner Heimat. Selbstredend gibt's auch schlechte Elemente unter ihnen. Leute, die irgend ein Gelegenheitshandwerk betrieben, gingen nach Sibirien und vermeinten, Bauer sein sei eine Kleinigkeit. Sie fielen den arbeitsamen, gelernten Landleuten zur Last, wurden beiseite gedrängt und bilden heute eine Art Landproletariat übelster Sorte. So sind unter denen, die vor 10 bis 17 Jahren von Saratow und Samara nach Sibirien aus-

Digitized by Google

wanderten, sehr viele minderwertige Menschen, denen man aber bei Ausdauer und Fleiß doch noch sehr gute Seiten abgewinnen kann. Einem Saratower, der, wie die meisten seiner Herkunft, in den schlechtesten Zeiten seinen Schnaps brannte und die Wirtschaft verkommen ließ, machte ich derbe Vorwürfe. Nachdem es ihm mißglückt war, mich an die Luft zu setzen, drehte er den Spieß um, bat mich um Verzeihung und gelobte Besserung. Nach zwei Monaten traf ich ihn zufällig wieder. Er erzählte mir von seiner Wirtschaft, die wieder Volldampf vorausginge (ich hatte mich inzwischen über diesen meinen Spezialfreund erkundigt, seine Landwirtschaft blühte wieder etwas auf, wenn sie auch nicht gleich Volldampf vorausging). Während wir noch über dieses und jenes sprachen, hörte ich ein deutliches „Gluck, gluck!" Was haben Sie da unterm Heu in Ihrem Wagen, fragte ich ihn. Er bekam einen roten Kopf, lächelte unbeholfen und verlegen und sagte schließlich: Ja, wissen Sie, Herr K., so streng dürfen Sie mit unsereinem nicht sein. Wir sind einfache Bauern, brave deutsche Landleute, und die dürfen einen Schluck nicht verachten. Damit schlug er mit seiner Birkengerte das Heu beiseite und klopfte schmunzelnd auf eine Flasche Ssamagonka. Ich war es denn auch zufrieden, und wir sind gute Freunde geblieben. Eins vor allem tut not: Schule. Werden sich selbstlose, begeisterte Lehrer finden für diese große Aufgabe?! Dann fehlen Bücher — werden sich ebenso begeisterte Deutsche finden, die für ihre Brüder dort weit im Osten Bücher sammeln und sie einer oder mehreren Sammelstellen in Deutschland zusenden? Vom Lager Omsk aus hatten wir uns zu einem kleinen Kreise zusammengeschlossen, um nach Beendigung des Krieges in dieser Weise tätig zu sein — jetzt sind wir alle zerstreut, und ich weiß nicht, wo meine Mithelfer stecken.

Auslanddeutschtum und Mission

Von Maria Theresia GRAFIN LEDÓCHOWSKA, Generalleiterin der St.-Petrus-Claver-Sodalität, SALZBURG

In dem Programm des künftigen Staatswesens wird die Frage des Auslanddeutschtums wohl einen eigenen, wichtigen Punkt bilden und bereits ist so manches darüber geschrieben und verhandelt worden. Die Entstehung des „Deutschen Auslandinstituts" in Württemberg, dessen Zweck die Förderung der deutschen Interessen im Ausland ist, beweist, welche Wichtigkeit dieser Angelegenheit bereits in weitschauenden Kreisen beigemessen wird. Von um so größerer Wichtigkeit ist die Beteiligung an der Lösung dieser für das wirtschaftliche Volkswohl so bedeutenden Frage für Deutschösterreich, als ja gerade auch von hier aus stets ein starker Auswandererstrom seinen Ausgang genommen hat. Bisher wandten sich seine Fluten in fremde Kulturstaaten, z. B. nach Amerika, was vom bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus einen unersetzlichen Verlust für die Wehrmacht und das Volksvermögen bedeutete. Ja, noch mehr, diese der Heimat verloren gegangenen Kräfte und Mittel speisten sogar die Wehrkraft und Wirtschaftsmacht fremder Staaten, wie wir es während dieses Krieges leider erfahren mußten. Der Auslanddeutsche selbst wurde bisher seinem Mutterland mehr oder weniger entfremdet und in diesem Kriege in politischer und militärischer Beziehung mißbraucht. Wie kann diesem himmelschreienden Uebelstande wenigstens für die Zukunft abgeholfen, vorgebeugt werden? Nur durch innigen Zusammenschluß des Auslanddeutschtums mit dem Mutterland kann der Menschenüberfluß für die Heimat erhalten und so lebensvolle Kräfte ihm bewahrt werden.

Nun fragt es sich aber, wie diese Theorie am geeignetsten in die Praxis umzusetzen sei. Wir möchten da auf einen Gedanken hinweisen, den Regierungsrat F. Hey in einem bemerkenswerten Aufsatz „Brauchen wir Kolonien" („Das Forum", Nr. 9, 1918) ausspricht, und der zugleich in der Frage des Kolonialbesitzes einen nicht zu unterschätzenden Fingerzeig gibt. Er schlägt nämlich die Errichtung von privaten Wirtschaftskolonien in volksarmen Ländern vor. So könnte z. B. eine der ehemaligen deutschen Kolonien nicht ganz tropischen Charakters, etwa Deutsch-Ost oder Deutsch-Südwest für Deutschösterreich zur Besiedelung überlassen werden. Natürlich müßte der wirtschaftliche Verkehr zwischen diesem Afrikanisch-Oesterreich und dem Mutterstaat Deutsch-Oestererich ganz frei sein. Die „Finanz-Presse" (Nr. 25, 1919) nennt ein Afrikanisch-Oestererich als Siedelungs- und Produktenkolonie geradezu die ideale Lösung unserer sozialen und wirtschaftlichen Frage, denn natürlich würde auch dem Wirtschaftsleben dadurch aufgeholfen werden. Der Auswandererstrom würde auf diese Weise in ein gesundes Bett geleitet und durch nationalen Zusammenschluß in der neuen Heimat und durch Anschluß an das Mutterland würden die überschüssigen Kräfte dem Mutterland nicht verloren gehen, sondern im Gegenteil ihm neue Kraft zuführen. Deutschösterreich würde dadurch auch zu kolonialen Rohprodukten kommen, deren es dringend bedarf!

Nun taucht vielleicht das Bedenken auf: wie kann Deutschöstereich an die Lösung dieser heiklen Frage herantreten, jetzt, wo ihm eher denn je die Hände gebunden sind? Allein seien wir uns dessen bewußt. Deutschösterreich hat ein Anrecht, bei der Neuordnung der Kolonialverhältnisse in Afrika berücksichtigt zu werden — und zwar ein Anrecht nicht nur auf „die Brosamen, die von der Reichen Tische fallen". Deutschösterreich hat auch während des Krieges in großherziger Weise die Missionsbestrebungen der Petrus-Claver-Sodalität in Afrika gefördert; diese Sodalität aber unterstützt die Missionäre Afrikas ohne Unterschied der Nation und der Interessensphären der Missionsgebiete und hat während des Weltkrieges die Werke und Einrichtungen in vielen Missionen durch kraftvolle materielle Hilfe über Wasser gehalten und so vielleicht manche Kolonie aus wirtschaftlicher und gewiß auch sozialer Krisis errettet, also für ihren Fortbestand vorgearbeitet. (Man verarge ihr dies nicht, da sie ja auf dem Boden der katholischen Weltanschauung also der Weltkirche steht!) Sollte nun Oesterreich nach dieser apostolischen Pionierarbeit aus der Ferne und der darin liegenden sozialen und wirtschaftlichen Hilfeleistung den Kolonien gegenüber, sollte es da nicht auch das Recht haben, durch Hinlenkung seines Auswandererstromes und Erwerb von Privatbesitz für die Einzelnen, auch die kulturelle und ökonomische Pionierarbeit am Platze selber in Angriff zu nehmen? Dieses Anrecht sollte Deutschösterreich denn doch nicht verfallen lassen! Aber die Claver-Sodalität begründet nicht nur das Anrecht auf überseeischen Besitz, sondern kann auch der Wegweiser dazu sein: ihre schriftliche und mündliche Werbetätigkeit macht ja das Volk mit diesem Erdteil, der noch so viele ungehobene Schätze birgt, bekannt, kann also auch Einfluß auf die Auswanderung ausüben. Freilich ist es — im Interesse der Missionen selbst — ihr Wunsch, daß nur gesunde Kräfte dort ein Siedelungsland suchen, aber auch nur solche bieten ja eine sichere Bürgschaft, daß wahre, christliche Kulturarbeit geleistet werde, während andernfalls dem Heimatland aus dieser Produktenkolonie kein Nutzen, sondern nur Schaden erwachsen würde.

Doch gehen wir in unseren Folgerungen noch einen Schritt weiter. Frankreich, das verblutete Frankreich, kann die ungeheuren Ländermassen seines Kolonialgebietes in Afrika nicht zweckmäßig bewirtschaften. Sollen diese Länder

Digitized by Google

nun zum Schaden der gesamten Völkerwirtschaft brachliegen — oder darf nicht ein Volk in die Bresche treten (durch Erwerb solcher Kolonien), das bereits durch Unterstützung der Missionäre und somit durch Hebung des Wirtschaftslebens in den Kolonien für eine nutzbringende Zukunft vorgearbeitet und sich so als leistungsfähig erwiesen hat? Diese Frage wäre doch bei der Friedenskonferenz zu erörtern, umsomehr als ihre befriedigende Lösung ja nicht nur zum Wohle Deutschösterreichs, sondern der gesamten Völkerwirtschaft beiträgt. Oder sollten unsere Gegner so kleinlichem Egoismus fröhnen, daß sie einen Staat, der höchste Kulturarbeit zu leisten imstande ist, nur aus Nationalhaß zur Untätigkeit auf dem Gebiet des Kolonialwesens verdammen — auf Kosten der Weltwirtschaft und des ganzen Welthandels?

Aus der Tatsache, daß diese gerechten Forderungen Deutschösterreichs sich auf die Missionstätigkeit der Claver-Sodalität stützen, geht folgerichtig hervor, daß es für unseren Staat nur von Vorteil sein kann, die Missionsbestrebungen zu unterstützen.

Um nochmals kurz auf den eingangs erwähnten Punkt, die Beziehungen des Auslanddeutschtums zum Mutterland, zurückzukommen, sei darauf hingewiesen, daß die Claver-Sodalität auch diese wechselseitigen Beziehungen fördert. Die Missionen nehmen ja innerhalb des Auslanddeutschtums einen hervorragenden Platz ein und die Missionäre zählen ja zu den verdienstvollsten Pionieren deutscher Gesittung und Wirtschaftsmacht. Indem die Petrus-Claver-Sodalität diesen Missionen ihre Sorge zuwendet, wird sie zum Bindeglied zwischen ihnen und der Heimat und trägt dazu bei, daß deutsche Kultur und deutsche Interessen in den Missionsgebieten gefördert werden.

Die Personalsteuerpflicht der aus Anlaß des Krieges zurückgekehrten Auslanddeutschen

Von Dr. jur. G. STRUTZ, Senatspräsident des Reichsfinanzhofs, Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat.*)

Bei Ausbruch des Krieges waren die im feindlichen Auslande wohnhaften Reichsdeutschen, wollten sie der Internierung entgehen, genötigt, zu flüchten, wobei sie in den meisten Fällen höchstens Bruchteile ihres Vermögens mitnehmen konnten. Natürlich wandte sich die Mehrzahl der Flüchtlinge der Heimat zu. Andere kehrten später, nach Entlassung aus den Interniertenlagern, aus dem Auslande nach Deutschland zurück. Wieder andere konnten, weil wir das betreffende Land, wie Belgien, besetzt hatten, dort bis zu unserem Zusammenbruch im Herbst 1918 ihren Geschäften nachgehen, mußten dann aber mit unserem Rückzug flüchten. Noch andere wurden aus den Ländern unserer bisherigen Bundesgenossen nach deren Zusammenbruch und Besetzung ihrer Länder durch die Entente vertrieben. So hat sich seit Kriegsausbruch eine ungeheure Zahl von Auslanddeutschen zusammengefunden, die ihren ausländischen Wohnsitz zu verlassen und im Inland Wohnsitz oder Aufenthalt zu nehmen gezwungen wurden. Wie mir mitgeteilt ist, bestehen unter diesen Auslanddeutschen viele Zweifel und Unklarheiten über ihre inländische Steuerpflicht. Sie beklagen sich darüber, daß sie in den einzelnen Bundesstaaten, ja auch innerhalb desselben Staates verschieden behandelt würden. Auch sehen sie vielfach in ihrer Heranziehung zu den inländischen Steuern oder doch in dem Umfange dieser Heranziehung Härten, die nach ihrer Ansicht ihrer durch die unfreiwillige Rückkehr geschaffenen Lage nicht gerecht würden. Wenn sie sich über Ungleichmäßigkeiten zwischen den einzelnen Staaten oder zwischen Staats- und Gemeindebesteuerung beklagen, so müssen sie sich gegenwärtig halten, daß eben die Staats- und Gemeindesteuergesetze in den einzelnen Staaten von einander abweichen und innerhalb desselben Staates die Staats- und die Gemeindesteuerpflicht verschieden geordnet sein kann. Dagegen kann eine verschiedene Behandlung wirklich gleich gelagerter Fälle, unter denselben Steuergesetzen nur auf von einander abweichenden Ansichten der Steuerbehörden beruhen, die die Steuerpflichtigen durch Anrufung der höheren Instanzen, bis zur höchsten, zum Austrag bringen können.

Von Einfluß auf die Steuerpflicht können die besonderen persönlichen Verhältnisse, unter denen jene Auslanddeutschen ins Inland gekommen sind und sich hier aufhalten, im allgemeinen nur bei den Personalsteuern sein. Es handelt sich also auf dem Gebiete der Staatssteuern in allen größeren Bundesstaaten um die Einkommen- und die Vermögens- (Ergänzungs-), in Bayern und Württemberg auch um die Kapitalrentensteuer, die zwar eine Realsteuer ist, aber doch gewisse personalsteuerartige Züge aufweist, auf dem Gebiete der Gemeindebesteuerung um die Gemeindeeinkommensteuer und auf dem der Reichssteuern um die Besitz- und die Kriegssteuern.

Hängt bei diesen Personalsteuern die subjektive sog. „unbeschränkte" Steuerpflicht von den persönlichen Beziehungen zu dem steuerberechtigten Gemeinwesen, Staat, Gemeinde oder Reich, ab, so besteht daneben allerdings auch noch eine auf objektive Beziehungen begründete Steuerpflicht, die bei den Staats- und Reichssteuern als „beschränkte Steuerpflicht", bei der Gemeindebesteuerung als „Forensalsteuerpflicht" bezeichnet wird und in der Regel begründet wird ohne Rücksicht auf das persönliche Band der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder Aufenthalts lediglich durch den Besitz von Grundeigentum oder Betrieb von Gewerben im Gebiete des Reiches, Staates oder einer Gemeinde. Auf diese vom Wohnsitz oder Aufenthalt unabhängige Steuerpflicht einzugehen, erübrigt sich hier, wo es nur darauf ankommt, inwieweit eine solche für die aus dem Ausland heimgekehrten Deutschen durch diese Heimkehr, das Verweilen im Inlande, erwächst.

Reichs- und Landessteuergesetze stimmen grundsätzlich darin überein, daß die Personalsteuerpflicht der Inländer an sich schon dem Reiche gegenüber aus der Reichs-, dem Staate gegenüber aus der Staatszugehörigkeit folgt. Dem Wohnsitz und Aufenthalt kommt bei Reichssteuern dem Reichs-, bei Landessteuern dem eigenen Staatsangehörigen gegenüber nur eine gewissermaßen negative Bedeutung zu. Die aus der Reichs- bzw. Staatsangehörigkeit folgende Steuerpflicht ruht nämlich unter gewissen Voraussetzungen während Fehlens eines Wohnsitzes oder Aufenthalts im Gebiet des steuerfordernden Reiches bzw. Staates. Der Reichsbesitzsteuer und den außerordentlichen Kriegsabgaben unterliegen nicht Reichsangehörige, die sich seit länger als 2 Jahren dauernd im Ausland aufhalten, ohne einen Wohnsitz in einem deutschen Bundesstaat zu haben, ebenso regelmäßig der Landeseinkommen-, vermögens- und kapitalrentensteuer nicht eigene Staatsangehörige, die ohne Wohnsitz im Heimatstaat sich seit

*) Anmerkung der Schriftleitung. Von allen Fragen, die die Auslanddeutschen betreffen, ist vielleicht keine so umstritten, wie gerade diejenige der Steuerpflicht, die in fast allen Gliedstaaten nach guter alter deutscher partikularistischer Art verschieden gelöst und beantwortet wird. Wir haben, um das Problem zu klären, einen unserer hervorragendsten Steuerfachmänner gebeten, uns ein Gutachten zu der Frage zu geben, das wir hier der Öffentlichkeit übermitteln. Die Auslanddeutschen werden nicht vergessen dürfen, daß das Gutachten vom steuertechnischen Standpunkte aus geschrieben ist — worauf es eben ankam. Der Standpunkt der Auslanddeutschen selbst ist ja in diesen Spalten wiederholt mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen.

Digitized by Google

länger als 2 Jahren, oder nach einzelnen Gesetzen ohne Rücksicht auf die Dauer überhaupt, dauernd im Reichsausland aufhalten. Das Reichsdoppelsteuergesetz aber untersagt dem Heimatstaate die Heranziehung derjenigen Staatsangehörigen zu den direkten Staatssteurn, die nur in andern Bundesstaaten einen Wohnsitz haben. Gibt der Reichs- bzw. Staatsangehörige den Aufenthalt im Auslande bzw. den Wohnsitz im andern Bundesstaat auf, dann lebt damit die Reichs- bzw. Staatssteuerpflicht im Heimatstaat wieder auf, auch wenn er im Reichsgebiet bzw. Heimatland keinen Wohnsitz nimmt. Auf einem etwas andern Standpunkt als andere Bundesstaaten steht von den größeren Baden, indem es nur diejenigen Staatsangehörigen der unbeschränkten Einkommensteuerpflicht unterwirft, die in Baden Wohnsitz oder Aufenthalt haben. Die die Staatssteuerpflicht begründende positive Bedeutung wird dagegen allgemein dem Wohnsitz und Aufenthalt beigelegt gegenüber den Angehörigen anderer Bundesstaaten und den hier nicht interessierenden Reichsausländern. Ebenso hängt überall, abgesehen von der erwähnten Forensalsteuerpflicht, die Gemeindeeinkommensteuerpflicht vom Wohnsitz oder Aufenthalt in der Gemeinde ab. Der Wohnsitzbegriff ist überall derselbe, nämlich der des Reichsdoppelsteuergesetzes v. 22. März 1909, wo es § 1 Abs. 2 heißt: „Einen Wohnsitz im Sinne dieses Gesetzes hat ein Deutscher an dem Orte, an welchem er eine Wohnung unter Umständen inne hat, welche auf die Absicht der dauernden Beibehaltung einer solchen schließen lassen." Aber alle drei Merkmale dieses Wohnsitzbegriffs, nämlich das „Innehaben", die „Wohnung" und die „Absicht dauernder Beibehaltung", sind flüssig und haben eine umfangreiche Rechtsprechung hervorgerufen. Was das Merkmal des „Innehabens" einer Wohnung angeht, so ist besonders hervorzuheben, daß bloße Ueberlassung zur Mitbenutzung nach der Rechtsprechung des preußischen Oberverwaltungsgerichts nicht zur Annahme des Innehabens einer Wohnung genügt, weil es an dem notwendigen Merkmal der tatsächlichen Herrschaft über die Wohnung mit dem ausschließlichen Verfügungsrecht fehle. Nur derjenige habe an einem Orte einen Wohnsitz, der dort über Wohnräume rechtlich verfügen könne, dem in solchen Räumen das Hausrecht zustehe, sei es auf Grund seines Eigentums, eines dinglichen Rechtes oder eines nur persönlichen Rechtsverhältnisses (E. in St (= Staatssteuersachen) 7 114, *12* 6 und viele andere Urteile). So klar und eindeutig der Begriff der „Wohnung" klingt, als so zweifelhaft im einzelnen Fall hat er sich in der Praxis erwiesen, und auch die Verwaltungsrechtsprechung hat in dieser Hinsicht für den Laien ohne weiteres verständliche eindeutige Grundsätze noch nicht festgestellt und unbedingt konsequent festgehalten. Darin ist sie sich freilich einig, daß nicht jeder beliebige, an und für sich zur Unterbringung von Menschen geeignete Raum, der einer bestimmten Person zur Verfügung steht, als deren Wohnung angesehen werden kann. Dagegen wird die Praxis die Aussprüche der preußischen O.V.G. darüber, ob der Begriff der Wohnung erfordere, daß sie dem Inhaber und seiner Familie jederzeit und unter allen Umständen seinen Bedürfnissen entsprechende Unterkunft gewähre, schwer miteinander in Einklang bringen. In einer Entscheidung v. 12. Okt. 1904 (E. in St *17* 7 ff.) wird ausdrücklich ausgesprochen, die Eigenschaft von zu Wohnzwecken benutzten Räumen als Wohnung gehe nicht schon deshalb verloren, weil sie nicht unter allen Umständen für die Bedürfnisse des Besitzers ausreichen. In einem Urteil v. 12. Februar 1914 (Fuisting-Strutz, Einkst.G., großer Kommentar Anm. 17 c zu § 1 *β*) heißt es dagegen: „Eine Wohnung ist nur dann geeignet, den Wohnsitzbegriff zu erfüllen, wenn sie jederzeit ihrem Inhaber als ‚Wohnung' zu dienen vermag, ohne daß wesentliche Aenderungen mit ihr vorgenommen werden", in einem solchen v. 2. März 1914 (a. a. O. Anm. 17 c *δ* zu § 1) hinwiederum „Es ist nicht nötig, daß eine Wohnung, die zu gewissen Zeiten (im Sommer) nach ihrer objektiven Beschaffenheit der Lebenshaltung ihres Inhabers entspricht, dessen Wohnbedürfnisse zu jeder Jahreszeit in allen Lebensbeziehungen genügt", während ein Urteil v. 29. Januar 1916 (a. a. O. S. 1144) den Satz enthält: „Nach der ständigen neueren Rechtsprechung des O.V.G. kommt es für die Frage, ob eine Wohnung geeignet ist, die Voraussetzungen für das Vorliegen eines Wohnsitzes zu erfüllen, darauf an, ob die Wohnung so eingerichtet und von solcher baulichen Beschaffenheit ist, daß sie jederzeit von ihrem Inhaber ohne wesentliche Veränderung benutzt werden kann." Prüft man die gesamten Ausführungen des O.V.G. in jenen Urteilen und die ihnen zugrunde liegenden Tatbestände, so wird man jene Aussprüche in folgender Weise zusammenfassen können: Die Annahme einer „Wohnung" im Sinne des Doppelsteuergesetzes erfordert zwar nicht, daß sie zu jeder Jahreszeit in allen Lebensbeziehungen den standesgemäßen Wohnungsbedürfnissen genügt, wohl aber, daß ihr nicht nach ihrer baulichen Beschaffenheit Mängel anhaften, die ihre Bewohnbarkeit gänzlich oder zu gewissen Jahreszeiten ausschließen, und denen auch nicht jederzeit ohne wesentliche Veränderungen und in kurzer Zeit abzuhelfen ist, und daß sie nicht als ein bloßes Absteigequartier für vorübergehenden Aufenthalt benutzbar ist, sondern dem Erfordernis einer standesgemäßen Unterkunft unter den jeweiligen äußeren Verhältnissen und Zeitumständen genügt. In letzterer Beziehung kommt es einmal auf die örtlichen Verhältnisse an; wer z. B. in München Wohnung nehmen will, muß sehr viel geringere Ansprüche an deren Einrichtung und Größe stellen als z. B. in Berlin. Insbesondere ist es richtig, wenn der württembergische Verwaltungsgerichtshof in einem Urteil v. 19. März 1919 ausführt, daß unter dem Drucke der durch die Kriegszeit verursachten Wohnungsnot und infolge der durch die allgemeine Teuerung und die sonstige wirtschaftliche Notlage bedingten Einschränkung der Lebenshaltung einerseits, der Erhöhung der Wohnungspreise andererseits an die Eigenschaft einer Wohnung als standesgemäße Unterkunft von weiten Kreisen, die, wie die meisten geistigen Arbeiter, eine der Geldentwertung entsprechende Erhöhung ihres Einkommens nicht erfahren haben, wesentlich geringere Anforderungen als in normalen Friedenszeiten gestellt werden können. Räume, die vor dem Kriege als eine standesgemäße Unterkunft nicht gewährend anzusehen waren, können daher heutzutage dem Wohnungsbegriff genügen. Ob dies im einzelnen Falle zutrifft, läßt sich allerdings nur nach den konkreten, persönlichen wie örtlichen Verhältnissen beurteilen. Allzu große Bedeutung in der Richtung einer Einschränkung des Begriffes des „standesgemäßen" Unterkommens wird man freilich der derzeitigen Wohnungsnot nicht einräumen dürfen, während allerdings für den, der heute nur dasselbe Einkommen wie vor dem Kriege bezieht, eine erheblich bescheidenere Wohnung als damals heute noch als „standesgemäß" anzusehen ist. Wenn aber in einer Stadt eine solche Wohnungsnot herrscht, daß zur sog. Zivileinquartierung geschritten ist, so werden die im Wege dieser erlangten Unterkommen, wenigstens wenn sie in unter dem behördlichen Drucke von Wohnungsinhabern, denen es fern liegt, freiwillig abzuvermieten, abgetretenen Teilen bewohnter Wohnungen bestehen, fast nie, wenn es sich nicht um Personen aus den völlig unbemittelten Klassen handelt, als „Wohnung" anzuerkennen sein. Denn solche vom Inhaber widerwillig abgetretene einzelne Räume einer nach Anlage und Einrichtung auf die Benutzung durch einen Haushalt zugeschnittenen Wohnungen entsprechen regelmäßig nicht nur nicht allen Lebensbedürfnissen des Einquartierten, sondern widersprechen den elementarsten Bedürfnissen der weitaus meisten Kreise nach einem Heim.

Digitized by Google

Das dritte Erfordernis des Wohnsitzbegriffs ist das Vorliegen von Umständen, welche auf die Absicht der Beibehaltung einer Wohnung schließen lassen. Dabei ist zunächst nicht erforderlich die Absicht der Beibehaltung gerade der derzeitigen Wohnung. Auch wenn feststeht, daß diese dem Inhaber in keiner Weise zusagt und er beabsichtigt, sie so bald wie irgend möglich aufzugeben, kann sich aus andern Umständen die Absicht ergeben, doch „eine" Wohnung am Ort beizubehalten, d. h. die derzeitige mit einer andern zu vertauschen, am Orte aber in einer andern Wohnung wohnen zu bleiben. Als Umstände, aus denen die Absicht der dauernden Beibehaltung einer Wohnung geschlossen werden kann, kommen insbesondere geschäftliche Stellung und Tätigkeit in Betracht. Andererseits ist der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit für den steuerlichen Wohnsitzbegriff nicht entscheidend. Die Absicht der dauernden Beibehaltung einer Wohnung setzt auch nicht unter allen Umständen die Absicht des dauernden Aufenthalts voraus: es können Umstände vorliegen, aus denen zu entnehmen ist, daß jemand zwar eine Wohnung beibehalten, sich selbst aber dauernd außerhalb des Wohnorts aufhalten will. Natürlich werden das seltene Ausnahmefälle sein. Gerade bei den zurückgekehrten Auslanddeutschen ist die Absicht dauernder Beibehaltung einer Wohnung häufig besonders schwer festzustellen, weil die Frage insbesondere davon abhängt, ob der Auslanddeutsche nicht die Absicht hat, sobald es die Verhältnisse gestatten, wieder ins Ausland zurückzugehen. Ist dies der Fall, so hat der Auslanddeutsche nicht nur keinen Wohnsitz im Inlande, sondern nach der Rechtsprechung des preußischen O.V.G., wenn er vor der Rückkehr seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland hatte, sogar noch dort trotz körperlicher Entfernung und trotz der langen Dauer der letzten weiter seinen dauernden Aufenthalt. Das O.V.G. führt in dieser Hinsicht in zwei Urteilen vom 12. und 26. Februar 1916 (Fuisting-Strutz a. a. O. S. 1145) folgendes aus:

„Bei den preußischen Staatsangehörigen, die infolge des Krieges aus dem Auslande nach Preußen zurückgekehrt sind, kommt es darauf an, ob sie mit der Rückkehr die Absicht verbinden, in Preußen einen Wohnsitz zu begründen, oder ob sie beabsichtigen, in das Ausland zurückzugehen, sobald die Kriegslage oder die Beendigung des Krieges es gestatten werden. Auf die Länge des durch die Kriegsereignisse bedingten Aufenthalts allein kann es ebensowenig ankommen wie darauf, ob der Geflüchtete in Preußen Gelegenheit zum Erwerb findet und wahrnimmt oder nicht. Allerdings unterwirft § 1 Nr. 3 Einkst.G. der Einkommensteuerpflicht diejenigen Ausländer, welche in Preußen einen Wohnsitz haben oder sich daselbst des Erwerbes wegen oder länger als ein Jahr aufhalten; indessen kann daraus, daß in dieser nur für Ausländer gegebenen Vorschrift die Bedeutung des Wohnsitzes und des Aufenthalts des Erwerbes wegen in ihrer Wirkung für das Entstehen der Steuerpflicht einander gleichgestellt sind, nicht gefolgert werden, daß auch bei dem preußischen Staatsangehörigen die Steuerpflicht immer — also auch bei vorübergehendem Aufenthalt in Preußen — wieder auflebe, sobald er den Aufenthalt des Erwerbes wegen nimmt, d. i. eine auf laufenden Erwerb gerichtete Tätigkeit hat. Vielmehr reicht die Feststellung einer solchen Erwerbstätigkeit in Preußen bei einem aus dem Auslande zurückgekehrten preußischen Staatsangehörigen nur dann für die Begründung der Steuerpflichtigkeit aus, wenn sie mit der Aufgabe des Aufenthalts im Ausland oder mit der Begründung eines Wohnsitzes in Preußen verbunden ist."

Entscheidend ist hienach also nicht die Länge des inländischen Aufenthalts der Zurückgekehrten, soweit die Länge dieses Aufenthalts durch die Kriegsereignisse bedingt ist, sondern die mit der Rückkehr verbundene Absicht. Das ist freilich als ein innerer Vorgang im Menschen ein reichlich unsicheres und schwer feststellbares Merkmal, ein noch viel unsicheres und schwerer feststellbares, als es im allgemeinen die Absicht dauernder Beibehaltung einer Wohnung als ein Merkmal des die Einkommensteuerpflicht begründenden Wohnsitzes ist. Denn regelmäßig werden eher Umstände erkennbar sein, die die mit dem Innehaben einer Wohnung verbundene Absicht der dauernden Beibehaltung einer solchen dartun, als solche, aus denen Rückschlüsse darauf zu ziehen sind, ob ein Flüchtling oder Ausgewiesener beabsichtigt, baldmöglichst wieder in das Ausland zurückzukehren. Im allgemeinen wird man annehmen dürfen, daß, wer gezwungen wird, seinen Wohnort unter Zurücklassung nicht bloß seiner Wohnung und Wohnungseinrichtung, sondern auch seines Vermögens oder doch des größten Teiles hiervon zu verlassen, ohne daß andere Gründe hierfür erkennbar sind, als eben die durch den Krieg geschaffenen Umstände, die das weitere Verbleiben im feindlichen Ausland unmöglich machen oder doch als mit erheblichen Gefahren und Nachteilen verbunden erscheinen lassen, auch die Absicht hat, an seinen ausländischen Wohnsitz zurückzukehren. Selbst wenn aber mit der Rückkehr ins Inland unverkennbar die Absicht verbunden war, sobald die Umstände es erlauben würden, ins Ausland zurückzugehen, kann während des insofern unfreiwilligen Aufenthalts im Inlande diese Absicht wieder aufgegeben werden. Dann entsteht die Einkommensteuerpflicht mit der Aufgabe jener Absicht der Rückkehr ins Ausland; denn mit dieser Absicht wird eben der dauernde Aufenthalt im Auslande, der trotz der unfreiwilligen Entfernung fortdauert, aufgegeben, die unfreiwillige Entfernung zu einer freiwilligen. Solche Fälle sind z. B. denkbar dadurch, daß der Flüchtling Gelegenheit hat, sein im Auslande zurückgelassenes Hab und Gut zu veräußern, oder daß es ihm verloren geht, er also keinen Anlaß mehr hat, um es zu retten, ins Ausland zurückzugehen. In andern Fällen, namentlich in solchen, wo die im Auslande zurückgelassenen Vermögensstücke im Verhältnisse zu seinem sonstigen Vermögen nicht so erheblich, daß durch ihren Verlust ihm ein seine wirtschaftliche Existenz bedrohender Schaden entsteht, sind und der Zurückgekehrte im Inland einen neuen lohnenden Erwerb gefunden hat, kann hieraus in Verbindung mit dem Umstande, daß auf lange Zeit hinaus das Leben im feindlichen wie im neutralen Auslande für einen Deutschen wegen des Hasses, den wir uns während des Krieges, und der Verachtung, die wir uns bei und nach unserem Zusammenbruche zugezogen haben, ein äußerst unbehagliches sein wird, auf die Aufgabe der Absicht der Rückkehr dorthin geschlossen werden. Andererseits darf freilich nicht außer acht bleiben, daß die schon während des Krieges vorauszusehende künftige Steuerlast in Deutschland ein Moment bilden kann, aus dem ein Flüchtling trotz der unerfreulichen Lebensbedingungen im Ausland an der Absicht, dorthin zurückzukehren festhält. Immerhin wird heute ein Fortbestehen der Absicht, ins Ausland zurückzugehen, weit mehr zu bezweifeln sein, als in den Kriegsjahren, wo viele noch mit einem für uns siegreichen Ausgange des Krieges rechneten und auch nicht so optimistisch Urteilende doch annehmen konnten, daß sich nach dem Kriege bald wieder normale Verhältnisse mit dem Auslande einstellen, die Deutschen dort nicht so verfehmt und verachtet sein würden, wie es nun der Fall sein wird. Heute würde ich schon recht starke Anhaltspunkte verlangen, um anzunehmen, der Auslanddeutsche habe noch die Absicht der Rückkehr ins Ausland. Fraglich kann es sein, ob nach Ansicht des preußischen Oberverwaltungsgerichts eine die Steuerpflicht in Preußen ausschließende Absicht, „in das Ausland zurückzugehen", nur dann anzuerkennen ist, wenn die Absicht auf Rückkehr an den

Digitized by Google

früheren Aufenthaltsort gerichtet ist, oder auch schon, wenn sie nur überhaupt darauf gerichtet ist wieder irgendwo im Ausland Aufenthalt zu nehmen. Die Begründung zum Steuerfluchtgesetze, wonach im § 20 Auslanddeutsche von den Verpflichtungen des § 1 befreit werden, wenn sie spätestens ein Jahr nach Beendigung des Krieges „ins Ausland zurückkehren", steht auf dem Standpunkte, daß „Rückkehr ins Ausland" nur vorliege, wenn der Auslanddeutsche entweder in das gleiche Land zurückkehrt oder der Zweck, zu dem er vor dem Kriege im Ausland gewohnt hat, der gleiche bleibt". Es ist das also ein zwischen jenen beiden Extremen in der Mitte liegender Standpunkt. Wenn man nun schon so weit gehen will, wie das Oberverwaltungsgericht, anzunehmen, daß sich jemand im Sinn des § 1 Ziff. 1 c Eink.St.G. „dauernd im Ausland aufhalten" kann, obwohl er lange Zeit im Inland anwesend ist und hier vielleicht sogar eine Erwerbstätigkeit ausübt, so ist das höchstens angängig, wenn während der Anwesenheit im Inlande mindestens die Absicht fortbesteht, die früheren Beziehungen zum Ausland wieder aufzunehmen. Das ist aber nicht der Fall, wenn der Auslanddeutsche nur die Absicht hat, sobald die Umstände es gestatten, wieder überhaupt irgend wohin ins Ausland, wo ihm die Verhältnisse für seine Zwecke geeignet erscheinen, zu gehen. Dann setzt er während der Anwesenheit im Inland nicht seinen bisherigen Aufenthalt im Auslande, der zum Erlöschen seiner inländischen Steuerpflicht geführt hatte, fort, sondern er beabsichtigt, einen neuen dauernden Aufenthalt im Auslande zu nehmen. Seine aus seiner Staatsangehörigkeit sich ergebende, aber durch länger als zweijährigen Aufenthalt im Ausland erloschene Steuerpflicht ist durch Aufgabe des früheren Aufenthalts im Auslande wieder aufgelebt und kann nur durch neuen mehr als zweijährigen bzw. die im Steuerfluchtgesetze bestimmte Dauer überschreitenden Aufenthalt im Auslande wiederum erlöschen. Deshalb genügt m. E. zur Annahme einer die inländische Steuerpflicht ausschließenden Fortdauer des dauernden Aufenthalts im Ausland auch nicht die Absicht, wenn die Umstände es gestatten, denselben Beruf, den der Auslanddeutsche früher im Ausland ausübte, wiederum im Ausland, aber an einem noch völlig unbestimmten Orte aufzunehmen. Zwischen § 20 des Steuerfluchtgesetzes und § 1 Ziff. 1 c des Einkommensteuergesetzes besteht der Unterschied, daß ersterer für die Nichtfortdauer der Steuerpflicht die Rückkehr ins Ausland verlangt, letzterer für die Fortdauer der durch den Aufenthalt im Ausland erworbenen Steuerfreiheit die Fortdauer dieses Aufenthalts im Ausland.

Besteht der dauernde Aufenthalt im Auslande fort, und ist auch kein Wohnsitz im Inlande vorhanden, dann kann eine inländische Steuerpflicht auch nicht durch Aufenthalt im Inlande begründet sein. Allerdings sprechen die Gesetze zum Teil nicht von einem „dauernden", sondern nur überhaupt von einem „Aufenthalt" im Inland. Aber die Rechtsprechung sowohl Preußens wie anderer Bundesstaaten hat daran festgehalten, daß nicht schon jeder ganz vorübergehende Aufenthalt die Steuerpflicht begründe, vielmehr nur eine gewisse Stetigkeit und Dauer des Aufenthalts an demselben Ort oder wenigstens in dem Gebiet desselben Bundesstaats, und daß nicht die Absicht des Aufenthaltnehmens von vornherein ersichtlich und erweislich auf ein nur vorübergehendes — wenn auch dem Zeitmaße nach nicht genau abgrenzbares — Verweilen gerichtet sein darf (vgl. Fuisting-Strutz, a. a. O. Anm. 23 a zu § 1, Taschenausgabe Anm. 9 zu § 1). Es ist auch weiter anerkannt, daß weder bloße körperliche Anwesenheit genügt, um den Aufenthalt zu begründen oder zu erhalten, noch bloße zeitweilige Abwesenheit, um ihn aufzugeben, daß vielmehr der Aufenthalt während seiner ganzen Dauer auf dem Willen der Person beruhen muß. Aber andererseits ist ausgesprochen, daß der Wille einer Person nicht schon deswegen aufhört, der Grund für den Beginn oder die Fortsetzung ihres Aufenthatls an einem Orte zu sein, weil äußere Verhältnisse seine Entwicklung nach einer bestimmten Richtung bedingen; es genügt „der freie Wille, zu bleiben" (a. a. O.), und dieser ist für den nach Deutschland gekommenen Auslanddeutschen trotz des Zwangs, das Ausland zu verlassen, gegeben; der letztere Zwang geht eben nicht weiter als auf das Verlassen des Auslands, nicht darauf, gerade in einem bestimmten Bundesstaat oder überhaupt in Deutschland Aufenthalt zu nehmen. Der „Zwang" ist nur ein negativer, zu einem Unterlassen, die Verhinderung, im Auslande zu bleiben.

Steht also der Zwang, das Ausland zu verlassen, der Annahme nicht entgegen, der Aufenthalt im Inlande beruhe auf dem freien Willen des Auslanddeutschen, so ist doch die Annahme der Fortdauer des dauernden Aufenthalts im Auslande trotz Anwesenheit im Inlande mit derjenigen eines zur Begründung der inländischen Steuerpflicht ausreichenden inländischen Aufenthalts unvereinbar. Denn der dauernde Aufenthalt im Auslande kann trotz Abwesenheit nur fortdauern, wenn die Absicht auf ein nur vorübergehendes, wenn auch seiner Zeitdauer nach unbestimmtes Verweilen im Inlande gerichtet ist, und eine solche Absicht reicht wieder nicht aus für die Annahme eines die inländische Steuerpflicht begründenden Aufenthalts im Inland. Da der „dauernde Aufenthalt" nur durch vorübergehende Abwesenheit unterbrochen werden darf, der steuerbegründende Aufenthalt im Inland aber eine gewisse Stetigkeit und Dauer voraussetzt, die das Gegenteil des nur vorübergehenden ist, schließen für denselben Zeitraum dauernder Aufenthalt im Ausland und inländischer „Aufenthalt" im Sinne des Doppelsteuergesetzes und der ihm folgenden Staatssteuergesetze einander aus; während desselben Zeitraums sind wohl mehrfacher Wohnsitz, aber nicht mehrfacher Aufenthalt, von denen keiner nur den Charakter eines vorübergehenden hat, möglich. Es fragt sich indes, ob der Auffassung des preußischen Oberverwaltungsgerichts von der Fortdauer des dauernden Aufenthatls im Auslande bei bloßer Absicht der Rückkehr dorthin zu folgen ist. Der württembergische Verwaltungsgerichtshof hat in dem schon erwähnten Urteil vom 19. März 1919 ausgeführt:

„Was aber den Einwand des Beschwerdeführers betrifft, sein Aufenthalt in Württemberg habe nur einen ganz vorübergehenden Charakter und er habe seinen Wohnsitz in Italien nicht aufgegeben, so ist doch zunächst darauf hinzuweisen, daß es in dem für die Veranlagung maßgebenden Zeitpunkt keineswegs sicher war und auch jetzt noch nicht ist, ob der Beschwerdeführer selbst nach Beendigung des Krieges seine frühere Stellung jemals wieder wird einnehmen, überhaupt im Auslande einem seinem Berufe entsprechenden Erwerb wird nachgehen können, da dies von dem Verhalten der dortigen maßgebenden Behörden nach Friedensschluß, unter Umständen auch von den Friedensbedingungen abhängt. Dabei kommt in Betracht, daß die Handels- und sonstigen wirtschaftlichen Beziehungen zum feindlichen Ausland vollständig aufgehört haben und ein bedingungsloses Wiederaufleben in der früheren Gestaltung angesichts der politischen Verhältnisse und bei der Lage des Weltmarkts nicht unterstellt werden kann und höchst unwahrscheinlich ist . . . . . Das die Beendigung der Tätigkeit des Beschwerdeführers in Stuttgart und damit der Beibehaltung der dortigen Wohnung bedingende Ereignis, ob es nun in der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen den feindlichen Mächten oder in einer etwa schon vorher eintretenden Beendigung seiner beruflichen Verwendung in Württemberg bestehen wird, war, wenn auch sein Eintritt nach menschlichem Ermessen einmal mit Sicherheit anzunehmen ist, doch hinsichtlich des Zeitpunktes desselben bei der Uebersiedlung des Beschwerdeführers nach Stuttgart und zu

Digitized by Google

den für die Veranlagung maßgebenden Grund in keiner Weise voraussehbar und bestimmbar."

Bei Vergleichung dieser Ausführungen des württembergischen Verwaltungsgerichtshofes und der oben mitgeteilten des preußischen Oberverwaltungsgerichts ist in Betracht zu ziehen, daß jene aus dem März 1919, diese aus dem Februar 1916 stammen, jene sich auf das Steuerjahr 1917, diese auf dasjenige 1915 beziehen. Im ersten Kriegsjahr konnte man mit einem Verlaufe dieses Krieges, wie er der früherer gewesen ist, und mit seiner Beendigung in absehbarer Zeit rechnen, dergestalt, daß Deutsche, die bei seinem Ausbruch aus dem feindlichen Ausland geflüchtet waren, vielleicht in Jahr und Tag oder doch nach Verlauf ganz weniger Jahre dorthin würden zurückkehren und wieder ihren Geschäften würden nachgehen und unbehelligt würden leben können. Damals war also die Verwirklichung der Rückkehrabsicht durchaus wahrscheinlich. Später haben sich die Dinge ganz anders gestaltet. Der wirtschaftliche Boykott gegen Deutschland, die Verfehmung und infolge unseres Verhaltens bei und nach unserm Zusammenbruch die Verachtung der Deutschen im Ausland, der berechtigte Wunsch aller noch nicht dem Bolschewismus verfallenen Staaten, sich von diesem nach Deutschland eingeschleppten Gifte frei und zu diesem Zwecke deutschen Zuzug fernzuhalten, all das läßt die Ausführbarkeit der Absicht von Auslanddeutschen, in dem oben bezeichneten Sinne der „Rückkehr" wieder in das Ausland zurückzugehen, in den allermeisten Fällen äußerst unwahrscheinlich erscheinen. Gewicht kann aber einer Absicht nur beigelegt werden, wenn sie nicht auf etwas gerichtet ist, dessen Ausführbarkeit unmöglich oder doch nach menschlichem Ermessen in höchstem Grade unwahrscheinlich ist. Von Absichten, die hinsichtlich einer Erreichbarkeit auf derart Unwahrscheinliches gerichtet sind, läßt sich im Ernste der normal denkende Mensch in seinem wirtschaftlichen Gebaren nicht leiten, und solchen Absichten kann ich daher auch steuerlich kein Gewicht beilegen. Auch das preußische O.V.G. hat in einer späteren Entscheidung vom 21. Oktober 1916 (Steuer-Archiv 1917, S. 208) bereits anerkannt, daß der bloße Wille des Auslandflüchtlings, ins Ausland zurückzukehren, gegenüber dem durch die Kriegsverhältnisse geschaffenen Zwange von Tatsachen, die die Möglichkeit der Rückkehr als ausgeschlossen erscheinen lassen, nicht ausschlaggebend sei, und in einem Urteil vom 20. Dez. 1918, der Wille, ins Ausland zurückzukehren, komme nur insoweit in Frage, als seine Aufgabe den Aufenthalt im Ausland jedenfalls beendigt, seine Beibehaltung aber komme nicht in Betracht, wenn nach den Verhältnissen bei Beginn des Steuerjahrs die Verhinderung der Rückkehr in das Ausland ihrer Natur nach nicht als nur vorübergehend angesehen werden könne. Nach Lage der Dinge, wie sie sich in den letzten Kriegsjahren und namentlich heute gestaltet haben, würde ich, sofern nicht ganz bestimmte Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß der Auslanddeutsche die von ihm behauptete Absicht, ins Ausland zurückzukehren, auch wirklich ausführen kann, ohne sich Nachteilen auszusetzen, die so groß wären, daß man nicht annehmen kann, er würde im entscheidenden Augenblick wirklich bereit sein, sie in den Kauf zu nehmen, regelmäßig annehmen, daß der Auslanddeutsche die Absicht der Rückkehr ins Ausland, wenn er sie wirklich bei dessen Verlassen gehabt hat, inzwischen aufgegeben hat, und daher seine inländische Steuerpflicht bejahen. Die Annahme der Fortdauer eines dauernden Aufenthalts trotz jahrelanger ununterbrochener Abwesenheit von dem Orte dieses Aufenthalts widerstrebt dem Begriff des Aufenthalts als eines tatsächlichen Zustandes, und der mit der tatsächlichen Gestaltung der Dinge im Widerspruch stehenden, als unausführbar erwiesenen, überdies einwandfrei kaum feststellbaren „Absicht" wird gegenüber dem wirklichen Zustand eine zu überwiegende Bedeutung beigemessen. Und wenn auch der Rechtsgrund der Steuerpflicht nicht der Genuß der Veranstaltungen von Reich, Staat und Gemeinde ist, so widerspricht es doch dem natürlichen Rechtsempfinden, jemand, der jahrelang diese Einrichtungen mitgenießt, gleichwohl von den Lasten freizulassen, weil seine Absicht darauf gerichtet sei, später, wenn auch so bald wie möglich, durch Rückkehr ins Ausland auf diesen Mitgenuß zu verzichten. Gerade die Befreiung preußischer Staatsangehöriger von der preußischen Staatseinkommensteuer durch länger als zweijährigen dauernden Aufenthalt im Auslande wurde seinerzeit (Begründung zum Einkommensteuergesetz) außer mit praktischen Rücksichten damit begründet, daß solche Staatsangehörige „wegen ihres dauernden Aufenthalts im Ausland von den preußischen Staatseinrichtungen einen der Besteuerung entsprechenden Vorteil überhaupt nicht genießen, vielmehr ihr Einkommen in ausländischen Staaten erwerben und verzehren, auch der Regel nach von diesen besteuert sind". Diese Motivierung führt e contrario dazu, daß die inländische Steuerpflicht einsetzen muß, sobald die betreffenden Inländer von den inländischen Staatseinrichtungen wieder einen entsprechenden Vorteil genießen, Einkommen im Inland erwerben und verzehren. Nur insoweit könnte man in der inländischen Besteuerung eine Unbilligkeit sehen, als das Einkommen und Vermögen nach wie vor im Ausland besteuert werden. Sie wäre aber nur genau dieselbe, wie wenn im Ausland erworbenes Einkommen oder befindliches Vermögen von Inländern, die ihren Wohnsitz oder Aufenthalt nicht im Ausland, sondern stets im Inlande gehabt haben, der inländischen Einkommen- und Vermögenssteuer unterworfen sind, wie dies nach dem preußischen Einkommensteuergesetz allerdings gegenüber preußischen Staatsangehörigen der Fall ist, während Einkünfte aus dem ausländischen Grundvermögen und Gewerbebetrieb nach dem bayerischen Einkommensteuergesetz, soweit sie nicht zur Bestreitung des Aufwandes nach Bayern bezogen werden, nach dem sächsischen, württembergischen und badischen überhaupt einkommensteuerfrei sind. Daß die geflüchteten oder ausgewiesenen Auslanddeutschen das Einkommen aus ihren im Machtbereiche feindlicher Staaten befindlichen Vermögen nicht beziehen können, dieses Schicksal teilen sie ebenfalls mit allen andern Deutschen, die Vermögen im feindlichen Aulsand haben. Dafür endlich, daß sie durch den Krieg wirtschaftlich besonders schwer geschädigt sind, können den Auslanddeutschen durch Steuerprivilegien füglich keine Ausgleiche gewährt werden, schon weil diese Schädigung von Fall zu Fall ganz verschieden ist, übrigens, soweit sie sich in der Höhe des Einkommens oder Vermögens ausprägt, ohnehin bei der Veranlagung Berücksichtigung findet. Die Auslanddeutschen dürfen auch nicht vergessen, daß die überwiegende Mehrzahl von ihnen doch — Hand aufs Herz — nicht aus vaterländischen Gründen, sondern um ihrer Privatinteressen willen sich im Ausland aufgehalten hat. Insoweit besteht keine auch nur moralische Pflicht für Reich oder Staat zu einer Schadloshaltung, nachdem sich ihre Rechnung auf wirtschaftliche oder persönliche Vorteile oder Annehmlichkeiten aus dem Aufenthalt im Ausland infolge des Krieges als falsch erwiesen hat, ebensowenig wie für durch den Krieg geschädigte Inlanddeutsche.

Eine ganz andere Frage ist die, ob und inwieweit ausländisches Einkommen und Vermögen bei der Veranlagung als noch vorhanden in Ansatz zu bringen oder als bereits verloren außer Ansatz zu lassen ist. Auch in dieser Hinsicht stehen eben die Auslanddeutschen nicht anders da wie Inlanddeutsche, die solches Einkommen oder Vermögen besaßen. Ehe wir uns durch die Revolution und ihre Folgeerscheinungen völlig wehrlos gemacht hatten, durfte damit gerechnet

Digitized by Google

werden, daß derartige Beschlagnahmen ausländischer Vermögen und Einkommen von Reichsangehörigen seitens der Feinde nur eben den Charakter die einstweilige Verfügung des Berechtigten ausschließender Maßnahmen trugen. Anders liegt die Sache jetzt: was unsere Feinde von dem Eigentum unserer Reichsangehörigen herauszugeben für gut befinden werden, steht dahin und völlig im Belieben jener. Heute würde ich daher alle Einkommens- und Vermögensteile, die von feindlichen Mächten beschlagnahmt sind, für die inländische Einkommen- und Vermögensbesteuerung außer Ansatz lassen, wenn kein bestimmter Anhalt für die Annahme ihrer Rückgewähr vorliegt. Gewiß bieten hierfür weder die preußischen noch die Steuergesetze der andern Bundesstaaten noch auch die bisherige Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe einen positiven Anhalt. Aber sie alle rechnen eben nicht mit Verhältnissen, wie denen, in denen wir uns infolge der Revolution mit ihren Folgeerscheinungen befinden, und in denen sich noch nie ein Staat seinen Feinden gegenüber befunden hat, und soweit die Steuerverwaltung diesen Umständen nicht Rechnung tragen kann, müßte eben die Klinke der Gesetzgebung in die Hand genommen werden.

Wie der württembergische Verwaltungsgerichtshof, so dürften übrigens auch die Steuergerichtshöfe anderer Bundesstaaten vielleicht kaum geneigt sein, einer Auslegung des Begriffes dauernder Aufenthalt, die in solchem Maße zur Anerkennung der Steuerfreiheit der Auslanddeutschen führt, wie die Rechtsprechung des preußischen O.V.G., beizutreten. Daß aber auch die neueste Reichsgesetzgebung nicht auf dem Standpunkt des preußischen O.V.G., wie er wenigstens der Entscheidung vom Februar 1916 entnommen werden kann, steht, ergibt sich aus § 20 Ziff. 7 des Steuerfluchtgesetzes. Dort heißt es, daß die Vorschrift über die Fortdauer der inländischen Personalsteuerpflicht trotz Aufgabe des dauernden Aufenthalts im Inlande nicht gelte für Auslanddeutsche, die „vor dem Kriege ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hatten und sich entweder bei Ausbruch des Krieges vorübergehend im Inland aufhielten oder während des Krieges ins Inland gekommen sind und spätestens ein Jahr nach Beendigung des Krieges . . . . ins Ausland zurückkehren". Unter Rückkehr ins Ausland aber soll, wie schon erwähnt, nach der Begründung nur die in dasselbe Land oder zu demselben Zwecke, zu dem der Auslanddeutsche vor dem Kriege im Auslande gewohnt hat, zu verstehen sein. Nach der Auslegung des preußischen O.V.G. würde in den Fällen, die diese Bestimmung im Auge hat, regelmäßig der dauernde Aufenthalt im Ausland überhaupt nicht aufgegeben, eine inländische Steuerpflicht also überhaupt nicht entstanden sein, eine Aufgabe des dauernden Aufenthalts im Inlande nicht eintreten, da ein gleichzeitiger dauernder Aufenthalt im Inland und im Ausland unmöglich ist.

Unter Anwendung vorstehender allgemeiner Gesichtspunkte stellt sich nun allerdings die Staats- und Gemeindesteuerpflicht der Auslanddeutschen in den einzelnen Bundesstaaten infolge Verschiedenheit der Landesgesetze verschieden.

Was zunächst Preußen anlangt, so ist zuvörderst zu unterscheiden, ob der Auslanddeutsche preußischer Staatsangehöriger oder Angehöriger eines anderen deutschen Bundesstaates ist. Kehrt der Preuße nach länger als zweijährigem Aufenthalt im Auslande nach Preußen zurück, dann wird er steuerpflichtig, sofern er einen Wohnsitz in Preußen begründet oder doch den Aufenthalt im Auslande wirklich aufgegeben und nicht etwa in einem andern Bundesstaat einen Wohnsitz begründet hat. Eine Aufgabe des Aufenthalts im Ausland ist aber nicht schon in dem bloßen Verlassen des letztern und Zurückkommen nach Preußen enthalten. Beabsichtigte der aus Anlaß des Krieges aus dem Ausland Geflüchtete bei dem Verlassen des Auslands dorthin zurückzugehen, sobald die Kriegslage oder die Beendigung des Krieges es gestatten würde, und erscheint die Möglichkeit nicht durch den Zwang der Tatsachen ausgeschlossen, dann liegt nach der erörterten Rechtsprechung des O.V.G. in dem Verlassen des Auslands keine Aufgabe des dortigen Aufenthalts und ist die nicht mit einer Wohnsitznahme verbundene Rückkehr nach Preußen nur als eine vorübergehende anzusehen, die das Wiederaufleben der durch längeren als zweijährigen Aufenthalt im Ausland erloschenen Steuerpflicht nicht zur Folge hat. Trifft dies nicht zu, ist vielmehr die subjektive Staatssteuerpflicht des zurückgekehrten preußischen Staatsangehörigen gegeben, dann erfaßt die objektive das gesamte in- und ausländische Einkommen mit Ausnahme desjenigen aus Grundbesitz und Gewerbebetrieb in andern deutschen Bundesstaaten oder Oesterreich, dagegen das Vermögen nur, soweit es nicht in außerpreußischem Grundbesitz und Betriebsvermögen besteht. Dagegen kommt eine Staatseinkommensteuerpflicht eines nach Preußen gekommenen Angehörigen eines andern Bundesstaates, abgesehen von der beschränkten wegen Einkommens aus preußischem Grundbesitz oder Gewerbebetrieb, nur in Betracht, wenn er nicht in seinem Heimatstaat einen Wohnsitz oder in einem andern Bundesstaat einen Wohnsitz hat, in Preußen sich nur aufhält, da bei mehrfachem Wohnsitz derjenige im Heimatstaat und gegenüber bloßem Aufenthalte stets der Wohnsitz den Vorrang hat. Die objektive Steuerpflicht des nichtpreußischen Auslanddeutschen in Preußen geht aber ebensoweit wie die der preußischen Staatsangehörigen. Die subjektive Ergänzungssteuerpflicht folgt der subjektiven Einkommensteuerpflicht, während die objektive Ergänzungssteuerpflicht bei subjektiv steuerpflichtigen preußischen wie nichtpreußischen Auslanddeutschen das nichtpreußische Grund- und Betriebsvermögen nicht ergreift.

In Bayern folgt die von Wohnsitz oder Aufenthalt abhängige subjektive Einkommen-, Vermögens- und Kapitalrentensteuerpflicht sowohl bayerischer wie nichtbayerischer Reichsangehöriger nach den Gesetzen gleichen Grundsätzen wie in Preußen. Die von Staatsangehörigkeit, Wohnsitz und Aufenthalt unabhängige sog. beschränkte Einkommen- und Vermögenssteuerpflicht wird jedoch dann außer durch bayerischen Grundbesitz und Gewerbebetrieb auch durch in Bayern dinglich versichertes, also als Hypothek oder Grundschuld eingetragenes Kapitalvermögen begründet; letzteres gilt auch von der Kapitalrentensteuerpflicht. Die Konsequenz hieraus hinsichtlich der objektiven Steuerpflicht, nämlich nicht bloß außerbayerisches Grund- und Betriebs-, sondern auch außerhalb Bayerns dinglich versichertes Kapitalvermögen und deren Erträge steuerfrei zu lassen, zieht die Gesetzgebung hinsichtlich dieses Kapitalvermögens und seiner Erträge dagegen nicht. Aber auch die beschränkte Kapitalrentensteuerpflicht hinsichtlich des in Bayern versicherten Kapitalvermögens greift deutschen Reichsangehörigen gegenüber nicht Platz, wenn diese in einem anderen deutschen Bundesstaat wegen Wohnsitzes oder Aufenthalts subjektiv steuerpflichtig sind; denn eine Steuerpflicht ohne Rücksicht auf Wohnsitz und Aufenthalt läßt das Doppelsteuergesetz nur für das Einkommen aus Grundbesitz und Gewerbebetrieb zu. Die sächsische und die württembergische Gesetzgebung stehen auf dem gleichen Standpunkte wie die preußische; nur verlangt Württemberg für das Ruhen der Staatssteuerpflicht seiner Staatsangehörigen nicht zweijährige Dauer des Aufenthalts im Ausland und stellt den Wohnsitz oder Aufenthalt im Ausland einem jeden außerhalb Württembergs gleich. Baden unterwirft sowohl die eigenen Staatsangehörigen als auch diejenigen anderer Bundesstaaten der unbeschränkten Einkommensteuerpflicht nur bei Wohnsitz oder Aufenthalt innerhalb Badens — natürlich, soweit das Doppelsteuergesetz nicht entgegensteht —, läßt also die Steuerpflicht auch bei kürzerem als zweijährigem Aufenthalt im Reichsauslande nicht fortbestehen. Hinsichtlich der Vermögenssteuer folgt Baden in

Digitized by Google

der subjektiven Steuerpflicht Preußen, befreit aber objektiv alles außerbadische Grund- und Betriebsvermögen. Letzteres tut auch Hessen. Dies beschränkt auch die Einkommensteuerpflicht der eigenen Staatsangehörigen nur auf solche, die ihren Wohnsitz in Hessen haben; bei Wohnsitz oder Aufenthalt in andern Bundesstaaten beschränkt sich die Steuerpflicht auf das mindestens 500 Mk. betragende Einkommen aus hessischem Grundbesitz und Gewerbebetrieb.

Während, wie eingangs erwähnt, die persönliche Staatssteuerpflicht an sich eine Folge der Staatsangehörigkeit ist und es daher folgerichtig ist, daß sie trotz Abwesenheit außerhalb des Staatsgebiets fortdauert, soweit das Gesetz nicht ihr Erlöschen bzw. bei im Auslande geborenen Staatsangehörigen ihr Nichtentstehen vorschreibt, hängt, wie auch schon berührt, die Gemeindeeinkommensteuerpflicht — abgesehen von der der sog. beschränkten Staatseinkommen- und Ergänzungssteuerpflicht entsprechenden, durch Grundbesitz oder Gewerbebetrieb begründeten sog. Forensaleinkommensteuerpflicht, bei der es sich in Wahrheit gar nicht um eine Personal-, sondern um eine mit Personalsteuermerkmalen vermengte Realsteuerpflicht handelt — von dem Wohnsitz oder Aufenthalt in der Gemeinde ab: Wohnsitz oder Aufenthalt im Gebiete des steuerlichen Gemeinwesens sind bei der Gemeinde notwendige Voraussetzung der Personalsteuerpflicht, bei den staatlichen Personalsteuern nur ihr Fehlen in beschränktem Maße Voraussetzung des Erlöschens der Steuerpflicht; richtiger spricht man hier überhaupt nicht von Erlöschen, sondern von Ruhen der Steuerpflicht, deren Rechtsgrund eben die Staatsangehörigkeit, nicht, wie der Gemeinde gegenüber, Wohnsitz oder Aufenthalt ist. Die Aufenthaltnahme in der Gemeinde ohne Wohnsitz begründet aber nach § 33 des preußischen Kommunalabgabengesetzes nicht ohne weiteres und sofort die Gemeindeeinkommensteuerpflicht, sondern nur, wenn der Aufenthalt die Dauer von drei Monaten übersteigt und die Gemeinde ausdrücklich beschlossen hat, ihr Steuerrecht auf die länger als drei Monate nur Aufhältigen anzuwenden. Der Ausschluß der Gemeindeeinkommensteuerpflicht bei nicht längerem als dreimonatigem Aufenthalt beruht auf Reichsrecht, nämlich auf § 8 des Freizügigkeitsgesetzes vom 1. November 1867, wo es heißt: „Die Gemeinde ist nicht befugt, von Neuanziehenden wegen des Anzugs eine Abgabe zu erheben. Sie kann dieselben gleich den übrigen Gemeindeeinwohnern zu den Gemeindelasten heranziehen. Uebersteigt die Dauer des Aufenthalts nicht den Zeitraum von drei Monaten, so sind die Anziehenden diesen Lasten nicht unterworfen."

Diese Beschränkung des Steuerrechts der Gemeinden gilt daher wie in Preußen so auch in anderen Bundesstaaten, in Bayern und Württemberg auch nicht nur für die Zuschläge zur Einkommensteuer, sondern auch für diejenigen zur Kapitalrentensteuer, obwohl diese ihrem Wesen nach, wie erwähnt, eine Real- und keine Personalsteuer ist, was in Bayern auch darin in die Erscheinung tritt, daß die Gemeindeumlagepflicht nach dem Maßstabe der Kapitalrentensteuer hinsichtlich in der Gemeinde „dinglich versicherter" Kapitalien in der Gemeinde, wo dies der Fall ist, begründet ist und insoweit nicht von Wohnsitz oder Aufenthalt in der Gemeinde abhängt. Sachsen gestattet seinen Gemeinden neben der Einkommensteuer auch selbständige Vermögens- und Kapitalrentensteuern. Für die Einkommensteuer regelt es die durch Wohnsitz und Aufenthalt bedingte subjektive Steuerpflicht wie Preußen, während sein Gemeindesteuergesetz für Vermögens- und Kapitalrentensteuer die Steuerpflicht nur an den Wohnsitz, nicht auch an den Aufenthalt knüpft. In Baden folgt die Gemeinde- der Staatseinkommensteuerpflicht dergestalt, daß die erstere dort begründet ist, wo der Pflichtige zur Staatseinkommensteuer zu veranlagen ist; hinsichtlich des Einkommens aus Grundbesitz und Gewerbebetrieb ist die Belegenheits- oder Betriebsgemeinde umlageberechtigt. Analoges wie von den Umlagen auf das Einkommen gilt von denen auf das Vermögen.

Eine besondere Kategorie deutscher Flüchtlinge ist seit dem Waffenstillstand zu den vom Feinde aus dem Reichsland ausgewiesenen deutschen Reichsangehörigen hinzugekommen. Sie hatten bisher ihren Wohnsitz nicht im Auslande, sondern im Reichsgebiet. An ihrer persönlichen Besitz- und Kriegssteuerpflicht hat sich also durch die Ausweisung nichts geändert. Und was die Staats- und Gemeindesteuerpflicht anlangt, so ist diese nach den obigen Ausführungen danach zu entscheiden, ob sie durch die Ausweisung ihren Wohnsitz im Reichslande verloren haben, eine Frage, die sich ohne Kenntnis der näheren Umstände und Art der Ausweisung nicht sicher entscheiden läßt. Im allgemeinen möchte ich annehmen, daß diese Ausgewiesenen weder die Absicht noch nach dem von den Franzosen verfolgten Zwecke der Ausweisung die Aussicht der Rückkehr haben. Dann unterliegen sie also der Staatssteuerpflicht in dem Staate, in dem sie ihren Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes in einem andern Bundesstaat ihren dauernden Aufenthatl nehmen.

Nach dieser Darlegung der allgemeinen Grundsätze bleibt mir noch übrig, auf einige mir bekanntgewordene Sonderfälle einzugehen. Ich behalte mir vor, das in einem späteren Hefte dieser Mitteilungen zu tun.

Die deutsche Auswanderungsfrage und ihre Lösung

Zu den neueren Versuchen einer gesellschaftlichen deutschen Auswanderung

Von M. GRISEBACH, WITZENHAUSEN, Pfarrer und Dozent an der deutschen Kolonialschule und Geschäftsführer des Evangelischen Hauptvereins für deutsche Ansiedler und Auswanderer

(Schluß)

VI. Die Vor- und Nachteile einer Auswanderungsgenossenschaft an der Hand geschichtlicher Erfahrungen.

Die Vor- und Nachteile einer Auswanderungsgenossenschaft im Unterschied von der Einzelauswanderung sind nicht zu verkennen. Die Betriebskosten werden verringert, landwirtschaftliche Maschinen können beschafft werden, mangelnde Fachkenntnisse können durch Heranziehung geeigneter Persönlichkeiten ausgeglichen werden, ein Zwischenhandel kann durch Errichtung von Handelshäusern der Genossenschaft vermieden werden, auch ist ein umfassender Warenkredit möglich. Die Verbindung mit dem Mutterlande wird sich dadurch leichter gestalten, der Auswanderer kann ohne Zeitverlust gleich mit der ganzen Familie übersiedeln und mit der Siedlung beginnen. Kirchen und Schulen und Vereinsleben können schnell gepflegt und von der Heimat aus unterstützt werden.

Dabei ist aber besonders zu beachten, daß gerade Auswanderergenossenschaften ein gegenseitiges Sichverstehen und eine Hilfsbereitschaft erfordern, wie sie dem Deutschen von Natur nicht gegeben sind. Selbstsucht und Uneinigkeit zeigen sich in der Regel sehr bald nach der Gründung eines solchen Gemeinwesens und treiben die Auswanderer auseinander, wenn nicht Gegengewichte gleich mitgeschaffen werden. Nur geschlossene religiöse Gemeinschaften haben erfahrungsgemäß diese deutschen Untugenden zu überwinden vermocht. Auch bei dem vielgerühmten Campos Salles ver-

Digitized by Google

ließen bald nach seiner Gründung einige der Auswanderer die Kolonie, so daß man bald von dem Prinzip, nur Schweizer anzusiedeln, absehen mußte. So berichtet Gamillscheg selbst. Die Folge ist, daß bald die verschiedenen Nationalitäten durcheinandergewürfelt werden und damit der deutsche Charakter der neuen Kolonie verloren geht. Dem leitenden Staat kann solches Auseinanderlaufen natürlich nur willkommen sein, um so leichter werden die Einwanderer in dem neuen Volke aufgehen und die zweite und dritte Generation wird schon wenig deutsches Gepräge mehr zeigen.

Es wird nützlich sein, einige geschichtliche Erfahrungen, die man mit derartigen Auswanderergenossenschaften gemacht hat, an unserem Auge vorüberziehen zu lassen:

Eines der ältesten deutschen organisierten Auswanderer-Unternehmen ist das der Welser in Augsburg. 1528—1530 rüsteten sie mehrere Expeditionen aus, deren Führer alle aus einer Stadt, aus Ulm, stammten und die tief ins Innere von Venezuela vordrangen. Warum hatten sie mit ihren Siedlungsversuchen keinen Erfolg? „Die Welser gerieten mit den Spaniern wegen ihrer Rechte auf Venezuela in Streit, der schließlich 1555 in einem Prozeß zu Madrid zu Ungunsten der Welser entschieden wurde, und dadurch waren dann die Deutschen von jedem weiteren Anteil in Südamerika ausgeschlossen." (Vgl. Mönckmeyer, Deutsche überseeische Auswanderung, Jena 1912, Seite 6.)

John Law, der Finanzminister des mit der Regentschaft betrauten Herzogs von Orleans verstand es, in den zwanziger Jahren des 18. Jahrhunderts Deutsche aus der Rheinprovinz und aus Elsaß-Lothringen in das neugegründete Kolonialreich Lousiana zu bringen. Zu diesem Zweck gründete er die westliche oder indianische Compagnie und stattete sie mit außerordentlichen Privilegien aus, indem jedem Teilhaber große Strecken Landes zuerteilt wurden unter der Bedingung, dieselben mit Ackerbauern und Bergleuten zu besiedeln. Die schlechten Erfahrungen, die er mit französischen Ansiedlern gemacht hatte, ließen ihn in südwestlichen deutschen Landen die Werbetrommel eifrig rühren. Das war von großartigem Erfolg. Unsere Landsleute zogen in solcher Anzahl in die französischen Häfen, von wo aus die Verschiffung erfolgen sollte, daß die vorhandenen Schiffe nicht ausreichten, um alle zu transportieren. So mußten viele in den Hafenorten zurückbleiben und Hunderte gingen auf der Reise zugrunde. Trotzdem sollen noch wenigstens 3000 Deutsche nach Louisiana gelangt sein, wo ihrer nach Zusammenbruch der Lawschen Spekulation das schrecklichste Ende harrte. (Vgl. Mönckmeyer a. a. O.)

Wir werden es nicht hindern können, daß die Bewohner unserer besetzten Gebiete vielleicht in den nächsten Jahren Aehnliches erleben.

1833 wurde von dem Pfarrer Fr. Münch und dem Rechtsanwalt Paul Follenius die Gießener Auswanderer-Gesellschaft gegründet, der zahlreiche gebildete und vermögende Leute beitraten. Angeregt durch einen Reisebericht Dudens nahm man Missouri als zukünftige deutsche Kolonie in Aussicht. Der zu errichtende Staat sollte zwar ein Glied der amerikanischen Union bilden, aber eine Staatsform erhalten, welche den Fortbestand deutscher Sprache und Sitte verbürgte. Münch zog selbst mit mehreren Familien im Jahre 1833 dorthin, „aber der Versuch mißlang, die Teilnehmer waren nicht zusammenzuhalten". (Mönckmeyer a. a. O., S. 243.) „Auch in Amerika bildeten sich in jener Zeit einige deutsche Ansiedlungsgesellschaften, so 1836 die Ansiedlung in Philadelphia, die ebenfalls Missouri für ihre Tätigkeit wählte, dort 12000 Acker Land kaufte und 1836 den Grund zu der noch heute von Deutschen bewohnten Stadt „Hermann" legte, weitere Erfolge vermochte man jedoch nicht zu erzielen."

„Noch weniger Erfolg hatte die 1839 in New York gegründete Gesellschaft „Germania", die in Texas Deutsche in geschlossenen Gemeinschaften ansiedeln wollte. Der erste Zug von 130 deutschen Ansiedlern ging 1839 nach Galveston und zerstreute sich ebenfalls." [Mönckmeyer a. a. O., S. 243.]

Ganz ähnliche Erfahrungen machte der 1844 gegründete „Verein zum Schutze der deutschen Auswanderer in Texas", der unter dem Namen „Mainzer Adelsverein" bekannt geworden ist. Ihm gehörten zahlreiche deutsche Fürsten und Mitglieder fürstlicher und gräflicher Häuser an, was in jener Zeit wahrlich doch noch ein fester Rückhalt war. „Der Verein hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die deutsche Auswanderung zu organisieren und sie nach Texas zu leiten. Hier wollte man durch Gründung von Ackerbau-, Industrie- und Handelsniederlassungen, An- und Verkauf von Ländereien und deren Anbau und Besiedlung allmählich so viele Deutsche hinbringen, daß sie im Laufe der Zeit das wirtschaftliche und politische Uebergewicht bekämen und die Geschicke der Republik bestimmen könnten. Das Unternehmen aber scheiterte vollständig an der Geschäftsunkundigkeit und Leichtgläubigkeit der Gesellschafter, die gewissenlosen Landspekulanten in die Hände fielen und viel Geld dabei verloren. Tausende von Deutschen wurden nach Texas geführt und waren dort bald bei ungenügend zufließenden Geldmitteln dem größten Elend ausgesetzt, so daß viele von ihnen an Entbehrungen, Fieber und Seuchen zugrunde gingen. Es gelang zwar, einige deutsche Kolonien in geschlossenen Gemeinschaften zu gründen, aber bald schon löste sich der Verein infolge der vielen Schwierigkeiten auf, und Texas trat 1845 dem nordamerikanischen Bunde bei." So berichtet der wegen seiner auswanderungsfreundlichen Gesinnung heute vielfach angefochtene verstorbene Wilhelm Mönckmeyer in seinem vorstehend genannten Buche Seite 243/44.

Woran sind diese Unternehmungen stets gescheitert? Die deutschen Auswanderer waren meist einfach nicht zusammenzuhalten. Wenn sie nicht bald den gefährlichen Spekulationsgeist der Unternehmer ihrer gesellschaftlichen Auswanderung erkannten, so verfielen sie selbst in Uneinigkeit, oder es zogen sie vermeintlich günstigere Siedlungsmöglichkeiten in benachbarte Gebiete, die einen hierhin, die andern dorthin, je nachdem die Werber unter ihnen Eingang fanden, verwandtschaftliche Beziehungen mitsprachen, oder es gingen bald die Geldmittel aus wegen Geschäftsunkunde der Leiter und Unternehmer. Bei allem Eifer und der anfänglichen Begeisterung sind derartige Unternehmungen leider nur zu abhängig von den politischen Ereignissen der Heimat wie des Einwanderungslandes. Eine derartige gesellschaftliche Ansiedlung bedarf nicht nur des starken Schutzes des Staates, dessen Gastfreundschaft sie genießt, sondern auch des Heimatstaates. E. von Philippowich, einer der besten Kenner der Auswanderungsfragen, sagt daher in seinem Buche „Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland", Seite XVI, mit Recht „Schutz und Fürsorge der Auswanderer außerhalb der Grenzen Deutschlands, Leitungs- und Organisationsversuche sind nur in Anlehnung an eine starke politische Macht möglich", fehlt diese politische Macht des Heimatstaates, so tritt erfahrungsgemäß sehr bald eine politische Ausnutzung durch die Gastgeber ein. Der Krieg hat dafür ja ein neues lehrreiches Beispiel gezeigt, wohin schließlich die feindliche Haltung der Landesregierung führen kann: Die deutschen Einwanderer wurden in den meisten überseeischen Ländern einfach enteignet und interniert, vogelfrei erklärt, oder gewaltsam in die Heimat abbefördert.

Selbst da, wo noch eine feste staatliche Autorität im Einwanderungslande fehlt, sind geschlossene deutsche Ansied-

Digitized by Google

lungen selten gut vorwärtsgekommen. Denn es treten sofort die schlechten Eigenschaften des Deutschen in solchen Gemeinschaften zutage; namentlich die deutsche Neigung zu Nörgelsucht und Sonderbündelei und der Mangel an Fügsamkeit gegen Volksgenossen bei gleichzeitiger Hinneigung und Unterwürfigkeit unter fremde Art hindert deutsche Gemeinschaftsbestrebungen. Wie wenig der Deutsche befähigt ist, losgelöst von einer gewissen Tradition, Geschichte und Heimatsitte, ohne eine feste staatliche Gewalt über sich zu verspüren, sich selbst zu regieren und im Zaum zu halten, das zeigt er in diesen Tagen der Umwälzung. Wie leicht fällt er in die leidige Uneinigkeit und Selbstsucht, wie gern hört er auf allerlei Versprechungen, ohne zu merken, daß sie seinem Volk als Ganzem nicht nur, sondern ihm als Einzelnen verderblich sind.

Noch im Sommer 1914 erhielt ich einen Einblick in eine solche deutsche Kolonie, wo die staatliche Autorität fehlte; es war in Annitapolis in Santa Katharina. Auch dort spielte die selbstsüchtige Ausnutzung des lieben Nächsten eine große Rolle und führte, infolge des Fehlens eines festen Gemeindelebens, sowie einer staatlichen Autorität, zu heller Revolution, in die persönlich einzugreifen mir damals die Gelegenheit geboten wurde.

VII. Der Nutzen für das Heimatland.

Jedes gesellschaftliche Auswanderungsunternehmen sollte sich aber vor allem hüten, den direkten oder indirekten Nutzen eines solchen Unternehmens für das Heimatland zu überschätzen. Aehnlich wie in den dreißiger bis fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts werden heute immer wieder die Vorteile hervorgehoben, welche eine organisierte Auswanderung dem Auswanderungsstaate bringt: Eine große Zahl von Stellenlosen kann so versorgt werden, denen zugleich größere Ellbogenfreiheit für ihre Tätigkeit gegeben wird; die Zahl der Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen wird durch die Auswanderung schnell und wirksam verringert; ein neues Absatzgebiet für Heimatprodukte wird geschaffen und überseeische Artikel können dadurch billiger beschafft werden; durch solchen Zusammenschluß wird das nationale Bewußtsein bei den Auswanderern rege erhalten und die Möglichkeit einer Erweiterung durch neuen Zuzug von Auswanderern gegeben.

Alles recht schön und gut, aber doch mit einigen starken „Wenns" und „Abers" zu versehen! Solche Unternehmungen können den erwarteten Nutzen für die Heimat nur dann bringen, wenn die Auswanderer wirklich zusammengehalten werden, wenn die Einheitlichkeit der Nationalität und Konfession gewährleistet ist, wenn Kirche und Schule bald nach Gründung der Kolonie eingerichtet und gepflegt werden können. Hier liegt ein tieferer Grund, weshalb die „Hansa" in Santa Katharina und die Kolonie „Neu Württemberg" in Rio Grande do Sul eine solche Blüte erlebt haben. Diese Kolonisationsunternehmungen waren aber in letzter Zeit ganz davon abgekommen, an Neu-Einwandernde Kolonielose abzugeben, weil sie mit diesen schlechtere Erfahrungen gemacht hatten, als mit den Landesansässigen. Es kauften sich nur noch solche an, die schon im Lande selbst reiche Erfahrungen zu sammeln Gelegenheit hatten. Durch neue Zuzügler aus der Heimat wird eine solche Kolonie sich auch nur erweitern können, wenn die Landesregierung, wie z. B. von ihren in dem Einwanderungsgesetz festgelegten Grundsätzen abgeht, daß nicht mehr als 300 Familien einer Nation zusammen sich ansiedeln dürfen.

Von einer großen Unkenntnis der Sachlage zeugt die Erwartung, daß eine solche neue Gründung bald die Heimat durch Uebersendung von Geldmitteln würde unterstützen können. Man hat dabei wohl das italienische Beispiel vor Augen; doch zwischen italienischer und deutscher Auswanderung ist ein großer Unterschied. Die Italiener pflegen sich zu Hunderttausenden jährlich als Zeitarbeiter nach Argentinien oder Südamerika im allgemeinen zu begeben und kehren nach eingebrachter Ernte wieder in die Heimat zurück. Sie bringen dann ihre oft in der Tat recht erheblichen Ersparnisse mit, falls sie sie nicht schon vorher heimgesandt haben, und bereichern so ihr Heimatland. Der deutsche Auswanderer dagegen neigt mehr zur Seßhaftigkeit und sein Sehnen geht vor allem dahin, sich eigenen Grund und Boden zu erwerben. Solche Auswanderer, die zugleich Kolonisten werden wollen, erübrigen erfahrungsgemäß in den ersten 10 bis 20 Jahren sicherlich kein Geld, sind vielmehr auf Kredite, wenn nicht gar auf Zuschuß aus der Heimat angewiesen. Nirgends ist Kapital nötiger als in neugegründeten Kolonien. Wohl jeder Kolonie, die noch auf Jahre hinaus vom Heimatlande mit Kapital und dem Nötigsten versorgt werden kann! Ob Deutschland oder Deutsch-Oesterreich nach diesem Zusammenbruch dazu noch in der Lage sein werden, ist zum mindesten wohl sehr die Frage.

Aber selbst in unseren guten Jahren sind die finanziellen Ergebnisse z. B. der „Hanseatischen Kolonisationsgesellschaft" und „Neu-Württembergs" doch recht bescheiden zu nennen. Gamillscheg geht in seinem Vortrag an der Hand von Paetels Bücherei, Seite 37/39, selbst darauf ein. Die Anfänge dieser Kolonisationsgesellschaft stammen aus dem Jahre 1849. Der gesamte Landkomplex umfaßte 657 255 Hektar. Das Landstück des Ansiedlers ist durchschnittlich 25 Hektar gleich 100 Morgen groß. „Der Preis wird nach Größe und Bodenbeschaffenheit berechnet, derart, daß drei Qualitäten zugrunde gelegt werden. Hienach verkauft die Gesellschaft an die Ansiedler das Grundstück

I. Qualität zu 11 Mark den Morgen,
II. Qualität zu 9 Mark den Morgen,
III. Qualität zu 7 Mark den Morgen.

Die Bezahlung wird den Kolonisten von der Gesellschaft gestundet, und zwar für die ersten zwei Jahre zinsfrei, dann gegen 6 Prozent Zinsen, nach weiteren 5 Jahren, also innerhalb 7 Jahren, muß die Kaufsumme völlig bezahlt sein. Auch hinsichtlich der Seereise der Auswanderer von Bremen und Hamburg nach San Franzisko hat die Hanseatische Kolonisationsgesellschaft alle nur möglichen Erleichterungen getroffen. „Fast alle, die vor Jahren als arme Leute ohne einen Pfennig Geld hierher gekommen sind: heute sind sie freie Besitzer, wohlhabende, oft reiche und recht zufriedene Menschen."

Im Jahre 1897 wurde die „Hanseatische Kolonisationsgesellschaft" m. b. H. mit 1,1 Millionen Mark Kapital neu gegründet und dies Kapital im Laufe der Jahre um 53 000 Mark erhöht. Hierzu kam eine Anleihe im Betrage von 1 Million Mark, so daß das ganze Kapital 2,153 Millionen Mark betrug. Mit diesen Mitteln hat die Hanseatische K.-G. von dem ihr zur Verfügung stehenden Regierungsland 167,619 Hektar vermessen und dafür 166 544 Dollar an die Regierung bezahlt. Die Gesellschaft selbst hat im ganzen 3217 Menschen mit einem Kostenaufwand von 103 386 Dollar eingeführt. Die Gesamtausgaben belaufen sich allein in Brasilien auf 2 176 675 Dollar, denen nur 350 807 Dollar Einnahmen gegenüberstehen, derart, daß die Mittel der Hansa leider ihrem Ende entgegengehen. Gamillscheg schließt mit dem Appell: „Wäre es da nicht Pflicht der weitesten Kreise in Deutschland, Mittel und Wege zu finden, die kräftige Weiterentwicklung dieses nationalen Unternehmens zu sichern? Neben der Regierung wären an erster Stelle die großen nationalen Vereinigungen, die über reiche Geldmittel verfügen, zur ausgiebigen Hilfeleistung verpflichtet." Das ist das finanzielle Ergebnis einer 70-, bzw. 20jährigen Siedlungsgesellschaft, die in jeder Beziehung als ein geradezu ideales Unternehmen bezeichnet werden muß.

Digitized by Google

Etwas günstiger liegen vielleicht die Verhältnisse in Neu-Württemberg. Dies Ansiedlungsunternehmen des Herrn Dr. Hermann Meyer in Leipzig war vor dem Kriege so weit gediehen, daß es unabhängig von der Heimat sich selbständig weiter entwickeln konnte. Aber auch hier war man notgedrungen bereits von dem Grundsatz abgekommen, Land lediglich an Deutsche abzugeben.

Man hüte sich, die wirtschaftliche Entwicklung einer solchen Kolonie zu schnell zu veranschlagen. Daß drüben „nach 2 Jahren dem einzelnen eine gesicherte Existenz in Aussicht stehe", ist eine gefährliche Behauptung, die nur in seltenen Fällen bei besonders tüchtigen und widerstandsfähigen Elementen in günstigen Verhältnissen zutrifft. Die Lage zur Bahn, zur nächsten Stadt usw., die Verkehrs- und die Absatzverhältnisse spielen dabei natürlich eine große Rolle. Wie schwer die Kolonisten auf einen grünen Zweig kommen, dafür bezeichnend ist, daß die Regierung nur gar zu häufig bezüglich rechtzeitiger Abzahlung der Schulden Nachsicht üben muß. Damit steigert sich aber zugleich stets die Abhängigkeit des einzelnen von den vorgesetzten Behörden. Umso stärker wird er dann zu den Wegebauten mit herangezogen und damit seiner eigenen Wirtschaft entzogen. Da auch die Wegebau-Arbeiten in den seltensten Fällen mit barem Geld, sondern meist nur mit Lebensmittelbons bezahlt werden, so ist ein Herauskommen aus der Schuldenwirtschaft außerordentlich schwer.

VIII. Vorbedingungen und Hemmnisse eines idealen Nutzens für die Heimat.

Damit sollen die Vorteile einer solchen überseeischen Siedlung für die Heimat überhaupt nicht geleugnet werden, aber diese sind mehr idealer Natur. Das finanzielle Ergebnis wird im besten Falle unbedeutend sein, wenn es nicht im Gegenteil recht unerfreulich ausfallen sollte.

Aber auch den idealen Nutzen für die Heimat werden sie nur bringen können, wenn sowohl die Einheitlichkeit der Nationalität wie womöglich auch die der Konfession gewährleistet und somit jede Quelle zum Bruderzwist von vornherein verstopft wird. Eine solche ist aber neben den oben schon gekennzeichneten Neigungen vieler Deutschen gerade auch durch die Scheidung der Konfession leicht gegeben. Jede innere Zersplitterung pflegt eine Quelle der Uneinigkeit zu sein und bedeutet zugleich eine Steigerung der Schwäche gegenüber der Landesregierung. Der konfessionelle Bruderzwist, welcher in unserm deutschen Vaterland schon so viel Unheil angerichtet hat, muß natürlich bei derartigen Gemeinwesen in einem fremden Staatskörper doppelt schädlich wirken. Er erleichtert es jedenfalls dem regierenden Staate außerordentlich, den Aufsaugungsvorgang zu vollziehen.

Für die Katholiken besteht eine besondere nationale Gefahr in dem Anschluß an die römischen Kirchen des Einwanderungslandes, während den evangelischen Deutschen andererseits ein Anschluß an die meist englisch-protestantischen Kirchengemeinschaften schwerer möglich ist. Wie schon die Zusammenwürfelung von Deutschen aus verschiedenen deutschen Gegenden und Stämmen bei unserer Sonderbündelei den Zusammenschluß erschweren kann, zeigen die Deutschen im Staate Espirito Santo in Brasilien. Zwischen den dortigen Rheinländern und Pommern, die vor etwa 80 Jahren in den Bergen von E. S. sich ansiedelten, besteht eine tiefe Kluft, obgleich beide Gruppen evangelisch sind und zusammenwohnen. Fast will es scheinen, als ob der leichtbewegliche Rheinländer sich dem Brasilianer innerlich in mancher Beziehung verwandter fühlt, als der weit schwerfälligere Pommer; die 3. und 4. Generation ist infolgedessen in nationaler Hinsicht schon stark gefährdet.

Diese Tatsache muß beachtet werden, wenn man die Anlehnung neuer Ansiedlungen an bestehende alte ins Auge faßt, um so mehr, als erfahrungsgemäß die Neulinge sich bei den Landsleuten, welche schon langjährige Erfahrungen im Lande gesammelt haben, keiner großen Beliebtheit zu erfreuen pflegen. Der „greenhorn" ist in Nordamerika ebenso wie in Afrika, wie auch in Südamerika eine gern verspottete, nicht sehr beliebte Erscheinung und wird gar zu gern von den Alteingesessenen, auch von Landsleuten, ausgenützt. Das wird um so stärker der Fall sein, je mehr zu den bereits genannten Unterschieden noch die der Bildung und des Standes hinzutreten. Die sogenannte „lateinische Wirtschaft" spielt in der Geschichte der Kolonisation eine besondere Rolle, und Unternehmungen, welche lediglich auf „Intellektuelle" reflektieren um ihres größeren Besitzes willen, das echt bäuerliche Element dabei aber mehr oder weniger ausschalten, mögen sich hüten, daß sie nicht gewaltige Enttäuschungen erleben. Das von der Heimat mitgebrachte Geld hat den jungen Kolonisten in den seltensten Fällen vorwärts gebracht. „green money is not good" sagt der Amerikaner. Im Gegenteil, wenn die ererbten Groschen bis auf den letzten Heller verbraucht sind, dann fängt in der Regel der Kolonist erst an, vorwärts zu kommen.

„Intellektuelle" sind auch den Regierungen der Einwanderungsländer als Kolonisten meist viel weniger erwünscht, als die einfachen Landarbeiter. Man fürchtet, daß diese nicht seßhaft bleiben und gar zu bald politisch Einfluß zu gewinnen suchen werden. Man will aber im Gegenteil vor der Konkurrenz in den Städten gesichert sein. Der Deutsche ist gut genug, die härtere Arbeit auf dem Lande zu tun; von den Stätten, da er politischen Einfluß gewinnen könnte, wird man ihn nach Kräften fernzuhalten suchen. Warum nun aber gar die feindlichen Regierungen gegen deutsche Offiziere mehr Entgegenkommen zeigen sollten, als gegen deutsche Landarbeiter, wie Herr Gamillscheg meint, ist nicht recht ersichtlich; doch höchstens um diese Offiziere möglichst schnell für ihre Armee anzuwerben. Damit würde aber von vornherein der Keim zur Sprengung des ganzen Siedlungsunternehmens gelegt sein.

Daß die Landesregierung sehr häufig gar nicht in der Lage ist, die in Heimstättengesetzen und Auswandererwerbungen gemachten Versprechungen zu halten, wird auch viel zu wenig beachtet. Die versprochenen Wege müssen meist erst von den frischen Einwanderern selbst angelegt werden. Straßenbau in tropischer oder subtropischer Sonne wird man aber nicht gerade als eine dem Deutschen besonders liegende Arbeit bezeichnen können. Bei der oben genannten Revolution in Annitapolis spielte auch ein von der Regierung versprochener, aber von Jahr zu Jahr hinausgeschobener Straßenbau eine große Rolle. Kolonisten, die sich bei der Regierung unliebsam bemerkbar machen, werden kurzerhand durch Verweigerung versprochener Dinge gestraft. Bahnbauten pflegen sich in dem kapitalschwachen Südamerika endlos hinzuziehen. Kommen sie endlich zustande, so sind sie sicherlich mit großen Landkonzessionen einer englischen, französischen oder amerikanischen Firma in Auftrag gegeben. Sprichwörtlich sind schon die Launen der Koloniedirektoren geworden, die natürlich stets mehr Vertrauensleute der Regierung, als der Kolonisten sind. Ihr häufiger Wechsel ist den Siedlungen natürlich nicht zuträglich. Diese Posten werden, ebenso wie die meisten Beamtenstellen in Südamerika, als willkommene Sinekuren für unterzubringende verdiente Beamte des alten Systems angesehen und in Ländern, wo das Staatshaupt alle 4 Jahre neu gewählt werden muß, findet ein Wechsel des Systems naturgemäß sehr häufig statt.

Diese Abhängigkeit der Kolonisten von der Landesregierung zeigt sich natürlich auch bald in der Schulfrage. Je stärker der Chauvinismus im Lande, desto stärker wird auch

Digitized by Google

der Zwang zum Besuch der Staatsschule mit Zwang der Landessprache sein. —

Ein weiterer Nachteil derartiger Auswanderungsorganisationen sollte ferner nicht außer acht gelassen werden: Durch Zugehörigkeit zu einer solchen Organisation werden die Aus- bzw. Einwanderer selbst erfahrungsgemäß leicht anspruchsvoll, um so mehr, je stärker sie mit eigenem Kapital beteiligt sind. Das ist ja eine nur zu verständliche Erscheinung. Durch Einzahlung von Kapital glaubt man sich Rechte zu erkaufen und die übernommenen Pflichten werden gern hintangestellt. Alle die Luftschlösser, welche sich der einzelne bei dem Anschluß an ein derartiges Unternehmen baut, wird aber eine Auswanderungsgesellschaft in den seltensten Fällen wirklich zur Ausführung bringen können. Damit ist neuer Anlaß zu Streitigkeiten zwischen Siedlern und Leitern gegeben, welche schon oft die Beteiligten schnell wieder auseinandergesprengt hat.

Auch die persönliche Zuverlässigkeit der Leiter spielt bei derartigen überseeischen Unternehmungen eine weit größere Rolle, als hier in der Heimat, wo die noch immer herrschende Rechtspflege, Heimatsitte und Umgebung eine gewisse Gewähr geben, daß unlautere Elemente schnell entlarvt werden. Anders drüben, wo man „weit vom Schuß" bzw. weit entfernt ist von der aufsichtsführenden Behörde. Ueberseeische Siedlungsunternehmungen ziehen den erfahrungsgemäß leicht zweifelhafte Charaktere besonders an, und sorgfältigste Auswahl bei Besetzung der verantwortlichen Stellen ist dringend geboten. Zeiten starker Auswanderung sind den meist zugleich Zeiten, da durch Kriege, Revolutionen und dergl. die herrschenden Begriffe von Treu und Glauben eine gewisse Knochenerweichung erlitten haben. In dieser Hinsicht wird leicht erkennbar, von wie großer Bedeutung die baldige Einrichtung von Kirche und Schule in der neuen Kolonie ist. —

IX. Auswege bei etwaigem Mißlingen.

Ein sehr gefährlicher Trost ist es nun gar, wenn den Gesellschaftern eines solchen Auswanderungsunternehmens gesagt wird: „Bei Mißlingen infolge Unfähigkeit und Faulheit wird der einzelne als landwirtschaftlicher Arbeiter in Südamerika leicht eine gutbezahlte Lebensstellung finden (vgl. Vortrag Gamillscheg am Schluß). Dem gegenüber muß einmal gesagt werden, daß nach amtlichen Berichten die allgemeine Arbeitslage zurzeit auch in dem vielgepriesenen Argentinien derartig schlecht ist, daß zahlreiche Arbeiter zur Auswanderung aus diesem Lande sich entschließen. Und nach dem Buche des österreichischen Sozialdemokraten Kolisch „Das Land der Zukunft" findet eine starke Ausbeutung der eingewanderten Arbeiter seitens der Argentinier statt. Sodann wird vergessen, daß der Deutsche als einfacher Arbeiter im allgemeinen, und der Unfähige, Faule am allerwenigsten, niemals konkurrieren kann mit dem einheimischen (soweit der überhaupt vorhanden) oder mit dem italienischen und spanischen Arbeiter. Auch ist dieser Beruf wahrlich für einen gebildeten Deutschen wenig verlockend. Derartig „gescheiterte Existenzen" sind es ja gerade, welche dem deutschen Namen im Ausland so unendlich geschadet haben. Durch sie würde der deutsche Name in Zukunft noch mehr gefährdet werden. Unfähige und faule Elemente müssen unbedingt von jedem gesellschaftlichen Auswanderungsunternehmen von vornherein ausgeschlossen werden. Das ist ja auch der Hauptzweck auch unserer Deutschen Kolonialschule in Witzenhausen, daß in der drei- bzw. zweijährigen Lehrzeit die künftigen Kulturpioniere neben einer vielseitigen praktischen und theoretischen Ausbildung in allen Zweigen der Landwirtschaft und Gärtnerei, Forstwirtschaft, Handelswissenschaft usw. zugleich auf Herz und Nieren, auf ihre Tüchtigkeit und Geeignetheit eingehend geprüft werden. Vor allem werden zweifelhafte und träge Elemente, sobald sie als solche erkannt werden, rechtzeitig wieder ausgeschieden und ihnen dringend geraten, den schwierigen überseeischen Beruf zu meiden. Zum besseren Sklaven sollte sich doch wahrlich jeder gebildete Deutsche für zu schade halten, und wenn er nicht als Bettelnder den deutschen Hilfsvereinen in den großen Städten zur Last fallen will, ist er solchem Sklavenberuf drüben in Südamerika dann rettungslos verfallen.

Daß aber gerade die südamerikanischen Regierungen solche verkrachte Elemente besonders gern zu Bahnbauten in Gegenden mit ungesundem Klima anwerben und verwenden, und daß diese sich durch die scheinbar hohen Löhne verlocken lassen, welche zu den teuren Lebensverhältnissen in der Regel in keinem Verhältnis stehen, ist nach den Ereignissen beim Madeira-Mamoré-Bahnbau wohl zur Genüge bekannt geworden. (Vgl. dazu den „Deutschen Auswanderer 1910, S. 24 ff.)

Unter der Roheit der aufsichtsführenden Beamten, welche den Arbeitern einfach die Löhne vorenthalten, unter dem Ueberfall durch wilde Indianerstämme und unter den furchtbaren Unbilden des tropischen Klimas sind dort schon Hunderte und Tausende Deutscher bis auf einen kleinen Rest einfach hingemordet worden oder hingestorben. Gegen eine derartige Verschleppung in ungesunde Fiebergegenden hat aber das zurzeit völlig machtlose Deutsche Reich mitsamt Deutsch-Oesterreich nicht mehr die Möglichkeit, wirksamen Einspruch zu erheben, ganz abgesehen davon, daß solcher Einspruch auch schon vor dem Kriege meist zu spät kam.

X. Schluß.

Zusammenfassend muß ich also auf Grund jahrzehntelanger Erfahrung in der Auswandererfürsorge zu den neueren Entwürfen einer gesellschaftlichen Auswanderung sagen.

1. Das deutsche Auswanderungsproblem ist zurzeit besonders schwierig dadurch, daß Deutschland etwa 10—20 Millionen Auswanderungslustige birgt, für die aber die Möglichkeit einer freiwilligen Auswanderung in überseeische Länder durch die aus Haß geborenen Verordnungen der Feinde nicht besteht. Der Verruf alles Deutschen in überseeischen Ländern und der mangelnde Schiffsraum ermöglichen gründlichste Erwägung aller Auswanderungsfragen und verhindern einstweilen auch die Ausnutzung dieser Lage durch die Feinde in den nichtbesetzten Gebieten Deutschlands.

2. Die gesundeste Lösung des Auswanderungsproblems wäre zweifellos: a) Eine möglichst schnelle Durchführung einer großzügigen Innenkolonisation, b) planmäßige Werbung ausgesuchter Kräfte für die Grenzkorps auch durch die Auskunftsstellen für Auswanderer und darauffolgende deutsche Besiedlung der neugewonnenen „Militärgrenze" gegen die herandrängende Slawenflut durch moderne „Ritterorden", c) Stärkung der östlichen deutschen Siedlungsgebiete außerhalb Deutschlands nach Ueberwindung des gegenwärtigen Chaos, d) Weitere Förderung der deutschen Besiedlung der bisherigen deutschen Kolonien.

3. Die Aussichten für Deutsche in den meisten fremdstaatlichen überseeischen Gebieten sind für die nächsten Jahre wirtschaftlich nicht viel günstiger und national sehr viel ungünstiger als in Deutschland, den östlichen Gebieten und den Kolonien nach Klärung der Gesamtlage.

4. Die gesellschaftliche Auswanderung verdient vor der Einzelauswanderung den Vorzug.

5. Die geschichtlichen Erfahrungen gesellschaftlicher Auswanderungsunternehmungen mahnen zu größter Vorsicht.

6. Mit besonderer Vorsicht sind die statistischen Berechnungen wirtschaftlicher Erträgnisse einer Kolonie aufzunehmen.

7. Der rein wirtschaftliche Nutzen der gesellschaftlichen Auswanderungsunternehmungen für das Heimatland darf nicht überschätzt werden. Heimsendung von Geldmitteln durch die deutschen Auswanderer ist für absehbare Zeit ausgeschlossen.

Digitized by Google

8. Sollen derartige Unternehmungen einen idealen Nutzen für die Heimat haben, so ist Einheit der Nationalität und womöglich auch der Konfession bei der einzelnen Siedlung zu erstreben. Die Neulinge müssen auch vor jeder Ausnutzung durch die Landesregierung sowie durch die erfahrenen alten Ansiedler geschützt werden. Andererseits sind ihre übernommenen Pflichten stärker zu betonen als ihre Rechte. Grundvoraussetzung ist unbedingte Zuverlässigkeit der verantwortlichen Persönlichkeiten.

9. Für unfähige und faule Elemente darf in gesellschaftlichen Auswanderungsunternehmungen kein Platz sein. Sie gehen drüben rettungslos zugrunde und schädigen das deutsche Ansehen im Ausland.

10. Es liegt im Interesse jedes einzelnen Auswanderers, vor seiner Auswanderung eingehende Erkundigungen bei objektiven Beratungsstellen einzuholen. Zuverlässige Auskunft in allen Auswanderungsfragen erteilt jederzeit kostenlos einmal allgemein das Reichsauswanderungsamt Berlin (Reichsamt des Innern) und die entsprechenden amtlichen Auskunftsstellen in Dresden, Hamburg usw. und das Deutsche Ausland Institut in Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, sodann im Sinne persönlicher Auswandererfürsorge der Evangelische Hauptverein für Deutsche Ansiedler und Auswanderer E. V. in Witzenhausen a. d. Werra und der Katholische St. Raphaelsverein in Freiburg in Br., Belfortstr. 20, oder Berlin, Inselstr. 13. In allen die Beförderung, Geldverkehr u. dgl. betreffenden Fragen geben auch die evangelischen bzw. katholischen Auswanderermissionen in Hamburg, Bremen, Rotterdam, Amsterdam, Antwerpen, Stettin usw. Auskunft.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Die ehemaligen österreichischen Länder.

Der Rumpf der ehemaligen österreichischen Erbländer, der heute als „Deutschösterreich" ein keineswegs noch gesichertes staatliches Sonderleben führt, soll bekanntlich durch die in Versailles, bzw. St. Germain en Laye, festgesetzten Friedensbedingungen noch enger begrenzt werden als er ohnehin schon ist. Was nach dem endgültigen Verluste der derzeit von Tschechoslowaken, Jugoslawen und Italienern besetzten Gebieten noch übrig bliebe, wäre, zumal wenn sich auch noch Vorarlberg lossagt, ein fast ringsum von deutschen Gebieten, die aber unter Fremdherrschaft stehen, umschlossener Kleinstaat mit kaum 6 Millionen deutschen Einwohnern, wehrlos preisgegeben an raubgierige Nachbarn. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß allüberall Kundgebungen gegen den geplanten Vernichtungsfrieden und gegen die Losreißung großer und von bodenständigem Deutschtume bewohnter Gebiete stattfinden, die meist in leidenschaftlichen Tönen Einsprache gegen die unerhörte Vergewaltigung erheben.

Sehen wir näher zu, so ist es in der Tat nicht möglich, dem so oft feierlich kundgegebenen Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gründlicher Hohn zu sprechen als es bisher geschieht. Mit der Belassung der deutschen Teile Böhmens, Mährens und Schlesiens und dem Verluste sehr bedeutender Sprachinseln an die Jugoslawen hat man sich tant bien que mal in Deutschösterreich bereits einigermaßen abgefunden, in der sicheren Hoffnung, daß das dortige Deutschtum sich allen Bedrängnissen zum Trotze auch fernerhin erhalten wird, wie es ja bereits in der Zeit der Habsburgischen Regierung seit Jahrzehnten in zäher Verteidigung sich erhalten hat. Nun aber sollen urdeutsche Teile der alten Alpenländer, die niemals Eigentum der Krone Böhmens gewesen sind, losgerissen werden. Das nördlichste Gebiet Niederösterreichs, dieses Herzlandes Altösterreichs, ebenso sein nordwestlichster Teil, der zum sog. „Waldviertel" gehört, sollen aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen den Tschechen zugesprochen werden. Damit würden nicht nur die ohnehin schon schlechten Grenzen Deutschösterreichs gegen Norden noch weiter verschlechtert, sondern auch das wirtschaftlich schwache Land unheilbar verwundet werden. Die einzige Zuckerfabrik Deutschösterreichs, die in Hohenau, nahe der mährischen Grenze, ihren Stand hat, fiele dem ohnehin auf dem Gebiete der Zuckerindustrie eine herrschende Stellung einnehmenden tschechoslowaksichen Staate zu. Im Waldviertel käme die deutsche Stadt Gmünd, einer der wichtigsten Knotenpunkte des deutschösterreichischen Eisenbahnnetzes, mit seinen neuen großartigen Bahnhofsanlagen, die aus deutschen Steuergeldern errichtet, Millionen verschlungen haben, an Böhmen. Abgesehen von diesen politischen und wirtschaftlichen Verlusten kommt aber auch der völkische Verlust von Tausenden deutscher Einwohner in Betracht, die unter Fremdherrschaft gebeugt werden sollen. Dies ist um so unerträglicher, als die Behandlung der Deutschen im tschechoslowakischen Staate täglich härtere Formen annimmt. Nicht nur, daß viele deutsche Staatsbeamte aus nichtigen Gründen entlassen werden, erzwingt man auch die Entlassung der deutschen Angestellten und Ingenieure in den großen industriellen Betrieben Böhmens, die bisher weit überwiegend in deutschen Händen waren. So mußte die große Eisengießerei der Skoda-Werke in Pilsen eine Reihe ihrer tüchtigsten technischen Beamten, nur weil sie Deutsche sind, entlassen. Die letzten Mißerfolge der Tschechen in Ungarn haben den Anlaß gegeben dazu, daß man angesichts der Kampfesmüdigkeit und Unzuverlässigkeit der tschechischen Truppen in den deutschen Gebieten zu rekrutieren beginnt, wobei man freilich vergißt, daß die Deutschen eben von den Tschechen gelernt haben dürften, wie man sich benimmt, wenn man für einen Staat kämpfen soll, der einem gleichgültig geworden oder gar verhaßt ist.

Nicht besser als im Norden steht es im Süden. Die territorialen Bedingungen, die hier Deutschösterreich erfüllen soll, wurden, so wie die bezüglich der böhmisch-mährischen Grenze der Entente von Herrn Kramarsch eingegeben sind, von den slowenischen Ministern Jugoslawiens, Trumbitsch und Zolger diktiert. Blinder Haß und unersättliche Raubgier sind hier wie dort die Kennzeichen dieses „Versöhnungsfriedens". Bereits haben südslawische Truppen Kärntens die urdeutsche Hauptstadt Klagenfurt besetzt und schon fordert man auch das nicht minder deutsche Villach und sogar das weiter nördlich gelegene St. Veit an der Glan. Auch hier werden wichtigste wirtschaftliche Belange Deutschösterreichs auf das schwerste verletzt, denn alle drei Städte sind Eisenbahnknotenpunkte von entscheidender Bedeutung und an allen drei Orten sind viele Millionen deutschen Geldes investiert. Auch hier sollen viele Tausende deutscher Einwohner drückendster Fremdherrschaft ausgeliefert werden.

Daß die Forderung Italiens nach der Brennergrenze eine Viertelmillion deutscher Tiroler dem eigenen Volke entfremden und Deutschösterreich eine unmögliche Grenze geben würde, sei nur beiläufig erwähnt. Tirols Schicksal ist ja in allen deutschen Gauen bekannter und hat weit mehr Teilnahme erweckt als das nicht minder harte der anderen deutschösterreichischen Gebiete.

Welcher schweren Zukunft die an die verschiedenen Nachbarstaaten ausgelieferten Deutschen entgegengehen, ergibt sich daraus, daß der Deutsche Schulverein, der größte Schutzverein deutscher Art, täglich neue Hiobsbotschaften

Digitized by Google

aus seinen verschiedensten Arbeitsgebieten erhält. Namentlich im Bereiche des südslawischen Staates wird eine Schulvereinsschule nach der anderen, ein deutscher Kindergarten nach dem anderen gesperrt, die Lehrer vertrieben, die Kinder in slawische Schulen gezwungen, die Schul- und Kindergartengebäude beschlagnahmt. Die Zahl der Lehrer und Lehrerinnen, der Kindergärtnerinnen, denen der Schulverein Pension zahlen muß, wächst lawinenartig und bürdet dem Vereine eine bald unerträgliche Last auf. Dazu kommt, daß er genötigt ist, seinen Angestellten in der tschechoslowakischen Republik, wo wenigstens ein Teil seiner Anstalten noch arbeiten kann, die Gehälter in tschechoslowakischer Währung auszuzahlen, was abermals, infolge des starken Disagios der deutschösterreichischen Krone gewaltige Mehrausgaben bedingt.

Nicht ganz so schlimm wie in den von Tschechen und Südslawen besetzten Gebieten steht es in den Teilen der einstigen österreichischen Monarchie, die unter polnische Botmäßigkeit geraten sind. In Ostschlesien, dessen östlicher Teil polnisch geworden ist, hat bisher das meist auf die Städte und größeren Gemeinden beschränkte Deutschtum verhältnismäßig wenig Grund zur Klage. Ob dies freilich von Dauer sein wird, bleibt eine Frage. Bisher unterstanden diese Landstriche der Kontrolle einer Ententekommission, deren amerikanische und italienische Mitglieder einiges Wohlwollen für die Deutschen an den Tag legten. Mit deren Abgang dürften sich aber leider die Verhältnisse bald zum Schlimmeren wenden. Erträglich ist einstweilen auch noch das Schicksal der Deutschen in der Bukowina, wo die Rumänen regieren. Der erste rumänische Minister (entspricht etwa dem Statthalter) Herr von Flondor, ein gebürtiger Bukowiner Rumäne, war ausgesprochen deutschfreundlich, allein sein Nachfolger, Nistor, bisher Professor an der vor kurzem noch deutschen Universität in Czernowitz, erwies sich nicht ganz so wohlwollend. Da es an rumänisch geschulten Beamten fehlt, wird einstweilen größtenteils noch deutsch amtiert, aber es liegt auf der Hand, daß dies nicht von Dauer sein wird. Der „Deutsche Volksrat für die Bukowina" hat sich, nicht ganz freiwillig allerdings, mehr der Not gehorchend, für den Anschluß an Rumänien erklärt. In der Tat ist die Lage des Bukowiner Deutschtums, das, völlig in kleine Gruppen aufgelöst, kein größeres geschlossenes Sprachgebiet besitzt, sehr schwierig. Einstweilen besitzt es noch 104 Volksschulen und 7 Mittelschulen. Was sich von diesem Bestande wird behaupten lassen, ist noch nicht feststellbar. Die Rumänisierung der Universität hat inzwischen bereits begonnen und die Deutschen werden froh sein müssen, wenn sie ihre Volks- und teilweise ihre Mittelschulen zu behaupten vermögen. B. J.

Tschecho-slowakische Republik

Die von der jungen Republik geübte Preßzensur richtet sich mit besonderer Schärfe gegen deutsche Zeitungen. So beklagt sich die „Freudentaler Zeitung" in ihrer Nummer vom 21. Mai bitter über diese Zensur, die sinnloser und schwieriger sei, als je unter dem alten Regime. Binnen vier Wochen wurde die zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung in sechs Folgen an 20 Stellen beschlagnahmt, darunter mehrere Aufsätze ganz. Die Handhabung der Zensur sei ein wahrer Hohn. Der Zeitung wurden Stellen gestrichen, die einer am selben Orte zur selben Zeit erscheinenden anderen Zeitung erlaubt blieben. Der Freistaat mißbrauche seine Macht in der übelsten Weise.

Tirol

Der „Tiroler Ständerat" in Innsbruck erläßt einen Aufruf an Männer und Frauen aller Stände Tirols, ohne Vorurteil am Wiederaufbau des Staates und am Aufstieg der Stände mitzuarbeiten. Eine Gliederung nach großen Ständegruppen sei erwünscht, und zwar sollten sich Arbeiter, Bauern, Beamte, sowie Gewerbe und freie Berufe zusammenschließen. In Gemeinde, Bezirk und Land gebildete Arbeiter-, Bauern-, Beamten- und Gewerberäte sollten im Tiroler Ständerat zusammengefaßt werden. Der Ständerat bekennt sich rückhaltlos zur Kulturgemeinschaft des deutschen Volkes, welche zur Einigkeit und Einheit, zu nationaler Solidarität aller Volksgenossen ohne Unterschied des Standes ausgebaut werden soll. Soziale und politische Solidarität sei nötig. Demokratie unter Verwerfung des Klassenkampfes wird erstrebt. Auf der Grundlage des Privateigentums, das durch die Rücksicht auf das allgemeine Wohl beschränkt werde, soll jener Kapitalismus verworfen werden, der die Volkswirtschaft durch das ungehemmte Gewinnstreben des Kapitalbesitzes beherrschte. Ein politisch-wirtschaftliches und sozialpolitisches Programm ist dem Aufruf des Ständerates beigefügt.

Ungarn

Im deutschen Westungarn sind die Verhältnisse noch immer zu keiner Klärung gediehen. Die gegenwärtige ungarische Regierung hat sich allerdings, um dem immer lauter werdenden Verlangen nach Anschluß an Deutschösterreich die Spitze abzubrechen, dazu bequemt, den nationalen Unterschieden Rechnung zu tragen, aber es frägt sich doch noch sehr, wie weit sie es damit ernst meint. Da das ungarische Volksgesetz VI. von 1919 des Grafen Károlyi infolge des letzten Umsturzes nicht zur Durchführung gekommen ist, hat nun die Räteregierung Béla Kúns auf ihre Weise der nationalen Autonomie freie Bahn gewährt. Am 20. Mai wurde nach Oedenburg ein „Deutscher Gautag" berufen, dessen Zusammensetzung freilich der Struktur des deutschen Volkes in Westungarn ganz und gar nicht entspricht, denn gerade Bauern und Kleinbürger, die nun einmal die Masse bilden, sind kaum darin vertreten. Den Vorsitz führte der Arbeiterführer Beck, dessen erste, angeblich mit Jubel begrüßte Erklärung dahin ging, daß die Deutschen Westungarns nicht daran dächten, sich von Ungarn loszusagen. In dem zum „Deutschen Hause" erklärten vormals gräflich Széchényischen Palaste war schon vorher das „Deutsche Volksamt" als Erbe des von Károlyi errichteten „Deutschen Gouvernements" eingerichtet worden als oberste Regierungsbehörde des „Deutschen Gaues" in Westungarn. Auch mit der Einführung deutschen Volksschulunterrichtes ist bereits der Anfang gemacht worden. An und für sich sieht das ja alles sehr verheißungsvoll und versöhnlich aus, allein die Stimmung in den breiten Schichten des westungarischen Deutschtums hat sich damit wenig gebessert. In der Tat lassen es die wenig erfreulichen Erfahrungen, die man mit ähnlichen Schritten der vorhergehenden Regierung gemacht hat, begreiflich erscheinen, daß man auch der Regierung Kúns mit starkem Mißtrauen begegnet. Entscheidend sind aber heute überhaupt nicht mehr die nationalen, sondern die sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Das Bauernvolk Westungarns kann sich nun einmal mit den sehr tief einschneidenden Maßnahmen der ungarischen Bolschewisten nicht befreunden und die völkischen Zugeständnisse kommen zu spät. Man geht dabei wohl auch nicht fehl, wenn man in ihnen nur ein augenblickliches Auskunftsmittel erblickt, das die Gemüter beruhigen soll. Die einander jagenden kommunistischen Verordnungen haben nun in Westungarn, nicht nur unter den Deutschen, sondern auch unter den kroatischen und magyarischen Bauern derartige Erregung gezeitigt, daß heute das ganze Gebiet in hellem Aufstande steht. An vielen Orten kam es zu förmlichen Schlachten, in denen die roten Garden der Regierung, trotz der gegenteiligen Versicherungen der der Regierung zugänglichen Blätter — es sind dies heute alle in Ungarn erscheinenden — keineswegs immer Sieger geblieben sind, wie Augenzeugen versichern. Die leidenschaftliche Forderung der Deutschen Westungarns, an Deutschösterreich angeschlossen zu werden, ist heute Gemeingut des größten Teiles der Bevölkerung und

Digitized by Google

könnte sofort zur Wirklichkeit werden, wenn nur auf deutsch-österreichischer Seite die geringste Hilfe zu erwarten wäre. Wie dort aber derzeit die Dinge liegen, ist darauf nicht zu rechnen.

Während so in Westungarn alles noch ungeklärt und in voller Gärung ist, verlaufen die Dinge dagegen im Süden und Südosten des Landes in ziemlich ruhigen Bahnen. Die Jugoslawen beherrschen derzeit einen großen Teil der Bácska (zwischen Donau und Theiß) den Süden des Komitates Torontál (südlicher Banat, zwischen Theiß und Siebenbürgischem Berglande), so daß, eingerechnet die deutschen Siedelungen in Syrmien (östliches Kroatien—Slawonien), rund 200 000 ehemals „ungarische" Deutsche unter ihrer Botmäßigkeit stehen. Im Banate kommen die Serben aus Eifersucht gegen die Rumänen den Deutschen außerordentlich freundlich entgegen. So haben sie z. B. die bisher magyarische Realschule in Werschetz, einer allerdings ganz deutschen Stadt, sofort in eine deutsche umgewandelt und versprochen, dies auch bei allen anderen Schulen des Banates, soweit sie ihn besetzt halten, zu tun. Tatsächlich sind bereits alle Volksschulen deutsch, eine Wohltat, die den dortigen Deutschen von den Magyaren seit fünf Jahrzehnten vorenthalten worden war. Die Deutschen haben es bisher auch in sehr glücklicher Weise verstanden, sich den Gegensatz zwischen Serben und Rumänen zunutze zu machen.

Auch über das Verhalten der Rumänen, die das nördliche Terontál, das Temeser Komitat (nördl. Banat) und Siebenbürgen in der Hand haben, haben sich die dortigen Deutschen nicht zu beklagen. Die Siebenbürger Sachsen erklärten sofort nach dem Umsturze, bereits am 12. Januar d. J. auf der sächsischen Nationalversammlung in Mediasch ihren Anschluß an Rumänien. Dies ist ihnen von vielen Seiten, nicht nur von magyarischer, zum Vorwurfe gemacht worden, indessen mit Unrecht; sie haben sich nur wieder einmal als „prudentes et circumspecti", wie sie schon in alten Urkunden genannt werden, erwiesen. Hätten sie es nämlich nicht getan, so wären sie von Seiten der Rumänen ohne Zweifel schwerer Gewalt ausgesetzt gewesen und alle ihre Beamten wären sofort durch rumänische ersetzt woren; namentlich die vielen sächsischen Berufssoldaten wären brotlos geworden. Man darf auch nicht vergessen, daß sie wahrlich keinen Anlaß haben, der Magyaren mit liebevollen Gefühlen zu gedenken. Einstweilen sind sie unendlich viel besser gestellt, als jemals zur Zeit der magyarischen Herrschaft. Sie haben nicht nur ihre sämtlichen Schulen behalten, sondern auch ihre Beamten blieben in Amt und Brot. Heute haben sie drei sächsische Schulinspektoren, während sie unter magyarischer Herrschaft keinen einzigen besaßen, sondern sich die wenig wohlwollende Schulaufsicht der magyarischen Behörden gefallen lassen mußten. Ueberdies hat die rumänische „Nationalversammlung für Siebenbürgen" schon am 1. Dezember 1918 erklärt, daß sie allen nichtrumänischen Völkern volle Selbstverwaltung in Schule, Gericht, Administration und Kirche verbürge und hat sich auch in diesem Sinne in Bukarest ausgesprochen. Heute untersteht Siebenbürgen einer Provinzialregierung in Hermannstadt, die der Zentralregierung in Bukarest unterstellt ist. Die Forderungen der Siebenbürger Sachsen hat der König entgegengenommen und wohlwollende Prüfung zugesagt. Wie einflußreiche sächsische Politiker versichern, hat man auch keinen Grund zu irgendwelchem Mißtrauen. Das letzte Wort soll seinerzeit die nach Bukarest einzuberufende „Constituante" sprechen, die die schwere Aufgabe haben wird, den bisher völlig einheitlichen rumänischen Nationalstaat zu einem Völkerstaate auf gerechten Grundlagen umzuwandeln. Wie die Dinge heute liegen, darf man die begründete Hoffnung hegen, daß dabei die Deutschen Großrumäniens, die insgesamt, mit denen in der Bukowina und in Bessarabien auf 1 Million Köpfe zählen, nicht schlecht fahren werden.

B. I.

Galizien.

Dem Briefblatt Nr. 33 des „Evangelischen Hilfsbundes für innere Mission in der Diaspora", das Herr Pastor A. Wiegand in Plau herausgibt und an Freunde der Sache kostenfrei versendet, entnehmen wir über die Zustände in Galizien interessante Mitteilungen. Im „Deutschen Volksrat" für die Westukraine arbeiten darnach Katholiken und Protestanten herzlich und einträchtig zusammen. Er tagte zum erstenmal am 18. Dezember 1918 und hielt seine zweite Vollversammlung am 14. und 15. Januar in der evangelischen Schule in Stanislau ab. Die auswärtigen Siedelungen waren durch über 90 Abgeordnete vertreten. Es wurde über Bildung von Orts-Volksräten in den geschlossenen deutschen Siedelungen und über monatliche Sitzungen des zu bildenden Arbeitsausschusses beraten. Die sofortige Durchführung einer allgemeinen deutschen Volkszählung wurde beschlossen, um die Unterlagen zu schaffen, auf Grund derer die Deutschen ihre Rechte durchsetzen können. Ueber die „entnationalisierten" Volksgenossen wolle man nicht lieblos aburteilen. Jeder der deutsch fühle und deutsch denke, soll willkommen sein. Man entschied sich auch für Beibehaltung und Ausbau des deutschen Privatvolksschulwesens. Die Begründung eines deutschen Realgymnasiums wurde allseits als notwendig begrüßt und anerkannt. Der eifrige Pfarrer Zöckler hat inzwischen, wie hier mitgeteilt worden ist, die Anstalt Anfang Februar mit drei Klassen und 120 Schülern eröffnet. Ungeheures haben die früher österreichischen Slavenvölker mit ihrem höheren Schulwesen erreicht: sie haben sich gebildete Führer geschaffen und sie in die einflußreichen Beamtenstellen hineingebracht — den guten deutschen Volksschulen fehlte aber bis jetzt der bessere Oberbau, nachdem die alten Staatsgymnasien ihren einst deutschen Charakter immer mehr und mehr verloren. So mußte die strebsame deutsche Jugend die fremdsprachigen Gymnasien besuchen und wurde dadurch national erweicht. Selbst das „deutsche" Gymnasium in Lemberg wirkte trotz seines Namens und der deutschen Unterrichtssprache polonisierend. Auch die Arbeit der deutschen Schülerheime war bisher nur ein Notbehelf. Dabei wächst die Stanislauer Gemeinde noch dauernd und die beiden polnischen Gymnasien sind geschlossen worden, weil die Lehrer sich weigerten, der ukrainischen Regierung einen Eid zu leisten; das deutsche Realgymnasium kam also zur rechten Zeit. — Auch das kirchliche Leben blüht wieder auf. Die am 13. bis 15. Januar tagende Versammlung von 8 Pfarrern, 22 Lehrern und 50 Mitgliedern der Presbyterien beschloß, daß man sich bis zur endgültigen Regelung der Verhältnisse noch als zur evangelischen Landeskirche in Oesterreich gehörig betrachten wolle und deren Ordnungen als bindend anerkennen, soweit sie nicht offenkundig undurchführbar seien. Da aber die Verbindungen unterbrochen sind, wurde einstweilen die Selbstständigkeit Stanislaus ausgesprochen. Pfarrer Zöckler hat das Amt des zeitweiligen Superintendenten für die Westukraine übernommen. Und inzwischen ist nun freilich der Bolschewismus auch über das Land gekommen und hat die Person des vorläufigen Staatsleiters der Westukraine weggefegt; Herr Kolybowicz, der Vorsitzende des ukrainischen Volksrates, der für die deutschen Verhältnisse recht viel Verständnis und Interesse besaß, ist gefangen genommen. Die Verbindungen sind unterbrochen, die Nachrichten fließen spärlich. Ueber einen Hilferuf zur finanziellen Unterstützung der Werke Pfarrer Zöcklers haben wir ja in diesen Blättern schon berichtet. Hauptmitarbeiter Zöcklers in Stanislau ist der Württemberger Wilfried Lempp, der als sein Personalvikar gewählt wurde und wohl bald als zweiter Pfarrer an der Stanislauer Gemeinde angestellt werden wird. —

Nachtrag: Soeben melden die Zeitungen aus polnischer Quelle, daß die vierte polnische Division Ende Mai Halicz, Kalusz und Stanislau besetzt und die dortigen ukrainischen

Digitized by Google

Abteilungen entwaffnet habe. Direkte Nachrichten aus Stanislau sind seit Ende März nicht mehr eingelaufen. Die polnische Besetzung bedeutet für die Deutschen, die in dieser Gegend viele Siedlungen haben, einen schweren Schlag. Hoffentlich bleibt sie vorübergehend.

Schweiz

Die Nationalvereinigung der Schweizer Hoteliers hielt in Genf am 9. Mai eine öffentliche Versammlung ab, um ihre Propaganda: „Die Schweizer Hotelindustrie den Schweizern" den Genfern vorzutragen. Der Direktor des Hotels Viktoria in Lausanne, Métrailler, beklagte zuerst das große Unrecht, das der Schweiz durch die Ueberschwemmung mit deutschem und österreichischem Personal zugefügt werde. Die Schweizer müßten helfen, eine Industrie wieder auf die Höhe zu bringen, die von 3 Milliarden Wert vor dem Kriege jetzt auf höchstens 1½ Milliarden Wert gefallen sei. Dann sprach M. Paillet, ein Gründungsmitglied der Vereinigung, bezeichnenderweise ein Franzose, der während des Krieges in der Schweiz interniert war, davon, daß die Alliierten mit Begeisterung die Versuche der romanischen Schweiz beobachteten, sich von der „deutschen Ueberschwemmung" zu befreien. Namentlich vor der Genfer Presse machte dieser gewandte Redner eine Reihe von höflichen Verbeugungen. Der Direktor des Lausanner Palast-Hotels, M. Steiner, Präsident der Vereinigung erklärte, man wolle aus der Schweizer Hotelindustrie eine wahrhaft nationale Industrie machen. Ein weiterer Redner machte den Vorschlag, es sollten alle Vereinsmitglieder am Hotel-Eingang einen Anschlag anbringen, daß das Kapital, die Direktion und das Personal rein schweizerisch seien, unter welchen drei Bedingungen dann die Alliierten in diesen Hotels absteigen würden. Soweit die Pläne der Herren. Wir lesen allerdings in manchen Schweizer Blättern, daß gerade die größten und wichtigsten Hotelinhaber und Direktoren der Vereinigung fernblieben.

Der Besitzer des Schlosses Wolfsberg oberhalb Ermatingens hat seinen Besitz für 50—60 schwergeschädigte Kriegswaisen aus badischen Städten im Alter von 6—15 Jahren zur Verfügung gestellt. Eine Rote Kreuz-Schwester leitet die Kinderschar. Das Werk ist durch den Singener Bürgermeister Thorbecke angeregt und gefördert worden. Nachdem in Baden gesammelte Mittel aufgebracht waren, wandte er sich auch an edeldenkende Spender in der Schweiz, und es gelang ihm, die Mittel zur völligen Durchführung des Planes durch freiwillige Spenden aufzubringen.

Gegenüber manigfachen Agitationen in der Schweiz hat die Württembergische Regierung die „Vereinigung deutscher Wehrmänner aus der Schweiz in Württemberg" ermächtigt mitzuteilen, daß nur in wenigen Fällen Schweizer wegen ihrer ausländischen Staatsangehörigkeit entlassen worden seien. Entlassungen nur aus dem Grunde, weil es sich um Schweizer handele, dürften nicht vorgenommen werden. Im Widerspruch mit dieser Bestimmung erfolgte Entlassungen seien rückgängig zu machen. Entlassene Schweizer sollten grundsätzlich nicht ausgewiesen werden. Im Zusammenhang damit darf darauf hingewiesen werden, daß arbeitslose Schweizer in Deutschland dieselben Anrechte auf Arbeitslosenunterstützung haben, wie die Inländer. Das ist namentlich gegenüber Versuchen der Schweiz hervorzuheben, Deutschland zu veranlassen, für die in der Schweiz arbeitslos werdenden Deutschschweizer die Kosten der Arbeitslosen-Entschädigung selbst zu tragen.

Es ist viel über die Ueberfremdungsfrage in der Schweiz geschrieben und gesprochen worden. In der „Neuen Zürcher Zeitung" finden sich abermals statistische Angaben darüber. Von 565 im Jahre 1918 neubegründeten Firmen in Zürich waren 278, also rund 50 Prozent statistisch einwandfrei feststellbare Ausländer-Gründungen. Dabei sind nicht mitgerechnet die zahlreichen „wilden" Ausländer-Gründungen, die eine Eintragung ins Handelsregister vermeiden, sich also der Kontrolle der Statistik entziehen. Auch erschwert das Strohmännertum namentlich in den Aktiengesellschaften die Zuverlässigkeit der Statistik. St. Gallen, Davos, Arosa und Lugano haben ähnliche Verhältnisse. In St. Gallen hängt das mit der Stickereiindustrie eng zusammen. Unter insgesamt 142 Neugründungen gehören dort von 49 Neuen Gründungen ausländischer Firmen im Jahre 1918 32 der Stickerei- und Textilbranche an, 20 von ihnen beschäftigen sich mit Import und Export, während die 12 anderen als Hauptzweck allgemein Handel in Stickereien und Textilien nennen. Von den 49 fremden Firmen gehören dieser Statistik nach 31 Deutschen und Oesterreichern, 8 Galiziern, 5 Rumänen und Russen und nur drei Angehörigen der Ententestaaten.

Polen

Wichtigste Fragen für die Deutschen in Polen sind immer noch Erhaltung der deutschen Schule und Schicksal der polnischen Agrarreform. In bezug auf die deutsche Schule hat sich seit Mai manches erheblich verschlechtert. Wir berichten darüber an anderer Stelle dieser Nummer. Die Auswirkung der Tätigkeit der polonisierten evangelischen Geistlichkeit macht sich zum Teil schon bemerkbar. Unter Bursches Führung hat sie jetzt sogar den Versuch eingeleitet, durch Majorisierung der deutschen Evangelischen in Kongreßpolen Herr zu werden. Der „Evangelik" des Herrn Bursche bringt in seiner ersten Juninummer eine Statistik der polnischen Evangelischen, die zu beweisen sucht, daß es nach Abrundung und Vergrößerung des polnischen Staates mehr polnische als deutsche Evangelische geben wird. Nach dieser Statistik soll es in Kongreßpolen 105 000, in Litauen, Weißrußland und Kleinrußland 40 000, in Galizien 10 000, in österr. Schlesien 90 000, in Preuß.-Masuren 380 000, in Westpreußen 5000, in Posen 12 000, in preuß. Schlesien 60 000, in Pommern 10 000, im übrigen Deutschland verstreut 120 000, im ganzen also 832 000 polnisch sprechende Evangelische geben. Ganz abgesehen davon, daß die Mehrzahl dieser Ziffern weit übertrieben ist, — selbst wenn man alle halb assimilierten Deutschen in Kongreßpolen als Polen rechnet, sind es dort höchstens 40—45 000, — auch wenn sie richtig wären, könnte von einer Majorisierung nicht die Rede sein, denn wenn Polen tatsächlich all die genannten Gebiete umfassen wird, werden zugleich auch alle evangelischen Deutschen dieser Gebiete unter polnisches Joch kommen, und dann wird es mindestens 1½ Millionen evangelische Deutsche in Großpolen geben.

Die Agrarreform hat durch den Hinzutritt der Abgeordneten aus dem Posener Gebiet ein neues Gesicht bekommen. Die der Reform abgeneigten reaktionären Kreise haben in den Posener Großgrundbesitzern eine neue Stütze gefunden, man versucht mit ihrer Hilfe, das Ziel der Agrarreform möglichst zurückzustecken. Unter diesem Gesichtspunkt hat allerdings auch der größte deutsche Besitzer nichts mehr zu fürchten, umso weniger aber natürlich der kleine deutsche Besitzer auch zu hoffen. Bleibt die Reform so, wie es die Mehrheit der Rechten wünscht, unerledigt oder in den Kinderschuhen stecken, dann wird sie nur dem habgierigen polnischen Kleinbauern etwas bringen, und dieser wird dadurch seinem deutschen Wettbewerber gegenüber wirtschaftlich erheblich gestärkt. Von deutscher genossenschaftlicher Seite wird heute schon alles versucht, den wirtschaftlichen Kampf des deutschen Bauern nachdrücklich durch landwirtschaftliche Winterschulen, Gerätebeschaffung, Saat- und Düngerlieferung hoffnungsvoller zu gestalten; wir wollen die

Digitized by Google

Hoffnung, daß dies trotz der Absperrung des Landes von der deutschen Kultur den wenigen im Lande verbliebenen tapferen deutschen Kulturpionieren gelingen möge, nicht aufgeben.

Wie alle polnischen Zeitungen, sind auch die beiden Lodzer deutschen Zeitungen, „Lodzer Freie Presse" und „Neue Lodzer Zeitung", im Laufe des Monats Mai beide 14 Tage lang nicht erschienen; ein Streik der Setzer hat ihre Kulturarbeit sehr gehemmt. Schließlich begannen die Redakteure und das kaufmännische Personal die Zeitung ohne Setzer, mit vielen Druckfehlern und Mängeln, herauszugeben. Jetzt arbeiten die Setzer unter teilweiser Einbehaltung der Löhne und Gewinnbeteiligung des Personals im Akkord. Die wirtschaftliche Lage des übrigen städtischen Deutschtums ist infolge der immer noch nicht wieder in Gang komenden Wiederaufnahme der Textilindustrie in Polen nach wie vor ungeklärt, ob die mit großtönenden Worten seit langem zugesagte englische, amerikanische und französische Hilfe in Gestalt von Krediten, Rohmaterial und Maschinen hier bald Wandel schafft, bleibt abzuwarten. hg.

Baltikum

Die Befreiung Rigas durch den überraschenden Vorstoß der baltischen Landeswehr hat nicht nur im Baltikum, sondern auch weithin in Deutschland und in den neutralen Ländern Freude erregt. Freilich ist das, was wir nach der Einnahme an authentischen Nachrichten über das Wüten der Bolschewisten und noch mehr des lettischen Gesindels der Hauptstadt zu hören bekommen haben, entsetzlich genug. Mit politischem Anstand und mit Menschlichkeit haben diese Schandtaten, die nur tierischer Verrohung entspringen können, nichts mehr zu tun. Die Listen der Ermordeten, Erschossenen, Erhängten, zu Tode Gehetzten und Verschleppten sind endlos. Immerhin hat der plötzliche Vorstoß noch Hunderten das Leben gerettet, deren Todesurteil schon bestätigt war. Nach der Einnahme der lettländischen Hauptstadt ist nun auch die lettische Regierung und mit ihr die amerikanische Militärmission von Libau dorthin übergesiedelt, die Engländer haben inzwischen den lettischen Nationalrat als unabhängige Körperschaft anerkannt. Freilich ist in Riga noch nicht so rasch die Zivilverwaltung wieder eingerichtet worden, vorläufig herrscht dort noch die baltische Landeswehr und ihr Oberkommandierender Major Fletscher, der sich bei seinen Truppen einer geradezu abgöttischen Verehrung zu erfreuen scheint. Der Ministerpräsident Needra, der von 3 Offizieren, Letten, aus Libau verschleppt worden war, dem es aber gelang zu fliehen, hat noch die Leitung des Kabinetts. Es wird aber eine Verständigung mit seinem Widersacher Ulmanis erstrebt. Die Amerikaner wollen die Rolle von beobachtenden Zuschauern spielen, sie haben inzwischen allerdings auch mit einer umfangreichen Hilfsaktion der Zuführung von Lebensmitteln eingesetzt. Interessant ist übrigens, daß der Führer der amerikanischen Mission, Oberst Green, der sich im übrigen politisch recht zurückhaltend äußerte, einem Ausfrager sagte: „Das Abrücken der deutschen Truppen aus Lettland würde den sicheren und endgültigen Untergang Lettlands bedeuten". Inwieweit die Zurückziehung deutscher Truppen in Lettland tatsächlich erfolgt ist, d. h. ob die zurückgezogenen Truppen so stark sind, daß ihre Entfernung eine ungünstige Veränderung der militärischen Lage den Bolschewiki gegenüber bedeutet, ist immer noch unklar, ebenso wie man auf Grund der höchst verworrenen Nachrichten der deutschen Presse immer noch im dunkeln tappt, wie nun eigentlich das Verhältnis der Landeswehr zur lettischen Regierung und wie das Verhältnis der Mehrheit der Deutsch-Balten zur augenblicklich herrschenden politischen Partei der Letten sich gestaltet hat. Daß das Deutschtum im Baltikum sich doch noch erfreulich regt und auch politisch betätigt, das beweisen die Wahlen im estnischen Dorpat, wo die Deutschen von 17 500 abgegebenen Stimmen 2100 auf ihre Listen vereinigten und somit von 60 Mandaten immerhin 7 erobern konnten, während sie bisher nur 6 besaßen. Sie sind nach der Volkspartei mit ihren 21 Sitzen und den Sozialdemokraten mit ihren 9 Sitzen die drittstärkste Fraktion. Die Stadtverordnetenwahl in Hapsal haben ein Zurückgehen der Wahlziffern der äußersten Linken gebracht. Die mit den Deutschen vereinigte Gruppe der Hausbesitzer hat dort über ein Drittel aller Stimmen auf sich vereinigt. Die politische Lage in der Republik Eesti hat sich aber anscheinend beträchtlich verschlechtert. Der äußerst radikale Sozialist Rei ist dort zum Präsidenten der Nationalversammlung in Reval gewählt worden, der deutsche Selbstschutz soll aufgelöst worden sein, der Großgrundbesitz soll ohne Entschädigung aufgeteilt werden, ja man soll sogar den Deutschen das Reisen mit der Eisenbahn verboten haben. Da auch mit der alten Regierung der deutsch-baltische Volksminister aus dem Amte geschieden ist, scheinen die Deutschen gegenwärtig ziemlich machtlos zu sein. Die Zeitungsnachricht, daß die Regierung die Ueberlassung der Oesel-Inselgruppe als militärischen und wirtschaftlichen Stützpunkt verlangen, läßt auf Engländer als Entgelt für ihre Unterstützung der estnischen weitreichende englische Pläne in der Ostsee schließen. Dem gegenüber ist es nicht uninteressant festzustellen, daß bei den Stadtverordnetenwahlen in der Hauptstadt Arensburg die Deutschen 332, die Sozialdemokraten 291, die Arbeitsgruppe 240, die unabhängigen Bürger 194 und die fortschrittlichen 137 Stimmen erhielten!

Das Ministerium Ulmanis hatte einen Gehilfenposten im Volksaufklärungsministerium den Deutschbalten zuerkannt und diese hatten den Oberpastor Keller-Riga zur Uebernahme des Amtspostens bewogen. Als dann die Front zusammenbrach und das bolschewistenfreie Lettland sich hauptsächlich auf die Stadt und den Kreis Libau beschränkte, fielen naturgemäß die Gehilfenposten weg, da keine Betätigungsmöglichkeit für die Gehilfen vorlag. Nach der Eroberung Mitaus hat das Ministerium Ulmanis aber den Oberpastor Keller wieder um die Aufnahme seines Postens ersucht, dieser hat sich auch unter Zustimmung der deutschen Kreise dazu bereit erklärt und arbeitet nun im Ministerium in Riga. In Riga haben sich übrigens über 2000 Deutschbalten zur Landeswehr gemeldet. Kaum einer aus den Kreisen des Adels und der Literaten, der in Betracht käme, ist ausgeblieben.

Norwegen

Der Krieg ist zu Ende, die Besinnung kehrt auch in neutralen Ländern wieder langsam zurück, vor allem, da den Neutralen das Schicksal Deutschlands doch mehr und mehr zu Herzen geht und sie sehen und fühlen, was die Ententemacht für einen Einfluß nicht nur auf Deutschlands Weltstellung, sondern auch auf Deutschlands Gesundheitszustand ausgeübt hat. Die Entsendung deutscher Kinder nach Norwegen hat das jetzt wieder bewiesen. Man war allgemein erschreckt über das Aussehen der ausgehungerten Kinder. Das Hilfswerk erfreute sich in Norwegen eines außerordentlichen Erfolges. Die Gaben zugunsten der „Barbarenkinder" strömten reichlich, man riß sich, wie der Berichterstatter der „Voss. Zeitg." meldet, förmlich darum, deutsche Kinder ins Haus zu nehmen. Aus allen Kreisen kamen Gesuche und es meldeten sich viele, die nicht nur des Berufs wegen deutsch sprechen. Kleine Beamte, Fischer, Bauern, alle beteiligten sich mit Freuden und Hingebung an dem milden Werke. Ein einziger Fischer wollte 4 Kinder zu sich nehmen, auf einer Bahnstation zeichneten sämtliche Beamte Gaben in die Listen, in einer Landkirche wurden bei einer Kollektion 2100 Kronen gesammelt. Die 60 ersten Kinder sind nun angekommen und feierlich empfangen worden. Ein Spalier von Zuschauern

Digitized by Google

erwartete sie und ein Hurrarufen brauste durch die Reihe der Norweger, als die Kinder kamen.

Schweden

Wir haben hier schon von der herzlichen Aufnahme deutscher Ferienkinder in Schweden berichtet. Zwei schwedische Aerzte, Professor Johansson und Dr. Sjorgren, haben anläßlich des Studiums der Wirkungen der Hungerblockade namentlich die Unterernährung der Kinder festgestellt und später mit drei anderen neutralen Aerzten ihren scharfen Protest gegen die Blockade und gegen die geplante Ablieferung von Milchkühen an die Entente erlassen. Zu Beginn des Jahrs 1919 wandten sich dann deutsche Mütter an den schwedischen Erzbischof Söderblom in Upsala, ob sie nicht ihre Kinder im Sommer zur Erholung nach dem Norden senden könnten. Die Anfrage ging an das Rote Kreuz weiter, das am 4. März einen Arbeitsausschuß einsetzte, dessen Leiter, Leutnant Egnell, das schwere Werk vorbereitete. Der Plan war, eine gleiche Anzahl Kinder aus den Mittelmächte-Ländern, wie aus den Ententeländern nach Schweden zu nehmen. Die Ententestaaten lehnten jedoch ab, und so kamen hauptsächlich deutsche, österreichische, baltische und tschechische Kinder, zusammen ungefähr 3000, für die man in Geldsammlungen über 400 000 Kronen aufbrachte. 5500 Familien meldeten sich zur Aufnahme von Kindern. Für Ernährung und ärztliche Ueberwachung der Kinder ist Sorge getragen, die Hilfeleistung ist ganz ausgezeichnet organisiert.

Finnland

Auch in Finnland hat sich ein Ausschuß zur Unterbringung deutscher Ferienkinder im Lande gebildet. Im Aufrufe, der zu Geldspenden auffordert, heißt es: „Wir, die wir selbst die Schrecken des Hungers durchlebt haben, fühlen uns mehr als andere verpflichtet, unseren geringen Teil zur Linderung der Leiden beizutragen. Das Gefühl der Dankbarkeit für Deutschlands Hilfe wird nicht verblassen."

Belgien

Unsere Gegner sind unermüdlich im Erfinden von Mitteln und Wegen, wie sie den deutschen Handel und die deutsche Betätigungslust nach dem Kriege schädigen können, auch ohne den Handelskrieg offiziell als Waffe zu benutzen. Der Brüsseler Soir vom 27. Mai erwähnt eine Verordnung, die die Industriellen und die Handelsfirmen auffordert, auf ihre Prospekte, Kataloge und an den Kopf der Briefbögen die Namen ihrer Direktoren, Verwalter usf. unter Erwähnung der Nationalität zu setzen, sodaß man gleich sehen könne, ob der Inhaber oder Teilhaber Belgier, Franzose, Engländer oder gar Deutscher sei. Das System solle in Frankreich und Belgien durchgeführt werden, eine staatliche Einführung sei gar nicht nötig, wenn erst ein paar Firmen die Sache begönnen, könnten sich die anderen, die nicht verdächtig erscheinen wollten, dem gar nicht mehr entziehen. Eine andere Neuerung sei, so meldet das Blatt, jetzt in Frankreich eingeführt worden. Bei einer Strafe von 100 bis 2000 Franken oder auch Gefängnisstrafe im Falle der Nichtbefolgung müßten Händler und Fabrikanten eine Erklärung abgeben über die Erfindungspatente und Handelsmarken, die sie benutzten. Das sei ein ausgezeichnetes Mittel, um feindliche Handelsmanöver zu hintertreiben, fremde Produkte unter fremder Flagge nach Frankreich einzuführen.

Die „Königliche Gesellschaft für medizinische und Naturwissenschaften in Brüssel" hat, wie die „Köln. Ztg." berichtet, in ihrer letzten Sitzung beschlossen, 4 Ehrenmitglieder und 7 korrespondierende Mitglieder aus ihren Listen zu streichen. Es sind natürlich verhaßte Deutsche und Deutschösterreicher. Die also Gemaßregelten können ihren Namen ruhig in der Wissenschaft sehen lassen. Es sind: Prof. Ehrlich-Frankfurt, Häckel-Jena, Oswald-Groß-Oden, Waldmeyer-Berlin, Abderhalden-Halle, v. Behring-Marburg, Ernlenmeyer-Bendorf, Eckner-Wien, Hochenegg-Wien, Ullmann-Wien und Unna-Hamburg.

Holland

Die Zeitung „De Telegraaf" hatte gemeldet, daß deutsche Firmen und niederländische Vertreter deutscher Firmen von der „Ersten Luftverkehrsausstellung" in Amsterdam ausgeschlossen bleiben sollten. Die „Deutsche Wochenschrift für die Niederlande" hat sich daraufhin an maßgebender Stelle erkundigt und hat erfahren, daß ein endgültiger Beschluß darüber nicht gefaßt worden sei. Immerhin werde namentlich von britischer Seite ein ungewöhnlich starker Druck ausgeübt, dem die Ausstellungsleitung wahrscheinlich nachgeben müsse, sollte nicht das ganze Unternehmen in Frage gestellt werden, was einen Verlust von einer halben Million Gulden bedeuten würde. Holland stehe eben völlig unter ententistischem Drucke. Immerhin könnten sich deutsche Firmen auch durch holländische Firmen vertreten lassen. Diese Firmen müßten dann allerdings auch die Flugzeug-Führer stellen, die während der Ausstellung die Flugzeuge vorfliegen sollten. Eine Gefahr für die deutsche Industrie bestehe also auf jeden Fall in hohem Maße.

Italien

Die baldige Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Deutschland und Italien liegt im Interesse beider Länder. Für Deutschland ist es erfreulich, feststellen zu können, daß die italienischen Behörden schon jetzt die Berechtigung dieser Forderung anerkennen und Schritte tun, zu ihrer Verwirklichung mit allen Kräften beizutragen. Man darf wohl sagen, daß die Voraussetzungen hierfür gegeben sind, da gerade in Italien die Deutschenhetze der Entente nur in beschränktem Maße Wiederhall gefunden hat. Das geht auch daraus hervor, daß zwar dort nach Kriegsausbruch das feindliche Eigentum beschlagnahmt und Zwangsverwaltung angeordnet, jedoch im Gegensatz zu den übrigen mit den Mittelmächten im Kriege befindlichen Staaten weder Konfiskation noch Zwangsliquidation herbeigeführt wurde. Das feindliche Vermögen wurde vielmehr unter Wahrung der Interessen der Eigentümer mit vielfach günstigem Ergebnis verwaltet. Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang die Aeußerungen eines Kommissars der italienischen Regierung, der der „Neuen freien Presse" in Wien bedeutsame Mitteilungen über die künftige Behandlung der deutschen und deutsch-österreichischen Vermögenswerte in Italien machte. Nach den feindlichen Bedingungen werde zwar der Wert der fremden Güter als Deckungsmittel für die Kriegsentschädigung in Anspruch genommen werden, Italien stehe aber auf dem Standpunkt, daß die Durchführung dieser Vorschrift hinsichtlich des Privateigentums von Angehörigen der bisher feindlichen Staaten im Belieben des gegnerischen Staates stehe, sodaß dieser freie Hand habe, die gedachte Vorschrift anzuwenden oder außer Betracht zu lassen.

Es bedarf kaum einer besonderen Betonung, daß die Verwirklichung solcher Absichten — vorausgesetzt, daß die Mitteilungen des italienischen Kommissars die Pläne der italienischen Regierung richtig wiedergegeben haben — nichts weniger bedeuten würde, als einen Verzicht Italiens auf den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland nach erfolgtem Friedensschluß. Sollte die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines solchen Verzichts Gemeingut des italienischen Volkes sein, so hätten wir allen Anlaß, der künftigen Entwicklung der deutsch-italienischen Handelsbeziehungen zuversichtlich entgegenzusehen.

Uebrigens wird aus Mailand von einem großen Erfolg deutscher Musik berichtet. Das Mailänder Konservatorium führte unter Toscaninis Leitung Beethovens neunte Symphonie auf und erzielte damit derartigen Erfolg, daß schon mehrfach Wiederholungen angesagt sind, unter anderem auch vor der

Digitized by Google

Mailänder Arbeiterschaft. Die Beifallsstürme müssen nach den Besprechungen der Mailänder Blätter zu urteilen ganz gewaltig gewesen sein.

Frankreich

Namentlich in der französischen, aber auch in der Presse der übrigen Ententeländer spiegelt sich die Angst vor der deutschen Propaganda im Auslande wieder. Alle Gegenbewegungen in den neutralen Ländern gegen den Gewaltfrieden von Versailles werden in dieser Presse mit der Handbewegung: deutsche Propaganda! abgetan. Manches ist aber so töricht, daß man fast lachen könnte, wenn die Verhetzung nicht so traurig wäre. Das „Echo de Paris" läßt sich am 23. Mai aus London telegraphieren, die deutsche Propaganda habe es verstanden, in den neutralen Ländern Mitleid über die Wirkungen der Blockade zu erregen, zahlreiche Neutrale hätten sich davon rühren lassen und hätten Subskriptionen zur Unterbringung deutscher Ferienkinder eröffnet. Diese Kinder aber ständen alle im Alter von 14—15 Jahren, gehörten wohlhabenden Familien an und seien genügend „abgerichtet" und gedrillt, sehr stark den Zwecken der deutschen Propaganda bei den freundlichen aber zu leichtgläubigen Gastgebern zu dienen, die sich zu ihrem Empfang und ihrer Aufnahme bereit erklärt hätten!

England

Der Kampf gegen alles Deutsche hat manchmal in den Ententeländern geradezu komische Formen angenommen. Auch gegen die deutsche Musik ist dieser Feldzug geführt worden. Richard Wagner durfte in Paris nicht mehr gespielt werden und selbst jetzt, nach dem Waffenstillstand, wird in England eine heftige Zeitungsfehde gegen die deutsche Musik fortgesponnen. Die „Times" sehen in einem tschechischen Musikfest, das in London stattfand, den Beginn der Erlösung vom „deutsch-musikalischen Alpdruck". Der Musikkritiker der „Daily News" geht dieser Art von Kulturkampf, wie wir der „Deutschen Zeitung" entnehmen, sehr energisch zu Leibe. Er betont, daß während des Krieges Beethoven und Wagner die einzigen waren, die Queens Hall gefüllt hätten. Vor 1919 habe niemand etwas davon geahnt, daß die deutsche Musik nur der Ausfluß alldeutscher Propaganda sei. Die ganze Zumutung dieses Kampfes sei eine Beleidigung der englischen Intelligenz. Die ganze Behauptung stehe auf der gleichen Stufe, wie die, daß der deutsche Handel seine Weltstellung nur unlauterem Wettbewerb verdanke, während der deutsche Kaufmann im Gegenteil nur durch die Güte und Billigkeit seiner Ware gesiegt habe. So sehr sich auch englische Musikkritiker für englische Musik eingesetzt hätten, Brahms habe doch 70 Prozent des englischen Konzertprogramms beherrscht. Wenn man deutsche Musik boykottieren wolle, müsse man auch das russische Ballet meiden, weil einem die Regierungsmethoden Trotzkis und Lenins nicht behagten, und auch die italienische Musik, weil man mit Orlando in der Fiumefrage nicht übereinstimme. Von den Musikern verlangen, daß sie Bach, Beethoven und Wagner über Bord werfen sollen, heiße dasselbe, als den Studenten der englischen Sprache verbieten, sich mit Shakespeare und Shelley zu beschäftigen.

Palästina

Bereits am 12. Mai hat die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa den Alliierten eine Note überreicht, die die Interessen der Deutschen in Palästina verficht. Die englische Kommission wird darin um Aufklärung ersucht über die Nachricht der Ausweisung der deutschen Templer-Kolonie in Haifa, sowie über den geplanten Verkauf des dortigen deutschen Grundbesitzes. Eine Antwort auf diese Note ist, soweit uns bekannt, bis jetzt nicht erfolgt.

Liberia

Einem Korrespondenten des „Algemeen Handelsblad" in Amsterdam sagte der neue Präsident der Republik Liberia, der deutsche Handel dort sei ausgezeichnet organisiert gewesen und habe gute Waren geliefert. Liberia habe durch seine Ausschaltung 80 Prozent seines Handels verloren. In Zukunft sei Liberia von der Politik der Alliierten abhängig, ob also der deutsche Handel wieder in Gang komme, sei fraglich. Man sieht daraus, wie die kleinen Nationen von der Entente zu ihrem eigenen Nachteil behandelt worden sind, und wie sie das jetzt selbst bekennen müssen.

Kanada

Die „Times" lassen sich aus Toronto brieflich berichten, daß die Stimmung des Landes dahin gehe, Herrn Calders Gesetzentwurf zur Ergänzung des Einwanderungsgesetzes sei noch nicht streng genug. Ein Teil des Westens verlange die absolute Ausschließung aller Einwanderer, die dem Militärdienst abgeneigt seien und die nicht ohne alle Einschränkung das Bürgerrecht erwerben wollten. Im Widerstand gegen Pazifisten, Feinde und Verschwörer seien der Canadian Club in Winnipeg und die „Vereinigung der Veteranen des großen Krieges" sehr tätig. Calders Entwurf ermächtige die Regierung, die Landung in Kanada, und zwar in irgend einem der Häfen, für eine bestimmte Zeit oder dauernd zu verhindern oder in der Zahl einzuschränken. Und zwar sollten Einwanderer ausgeschlossen werden von einer bestimmten Klasse oder Beschäftigung, wenn die wirtschaftliche, industrielle oder sonstige Lage Kanadas es gebiete oder wenn die Einwanderer aus klimatischen, industriellen, sozialen oder Erziehungsgründen untauglich schienen. Man sieht, diese Begriffe sind schon dehnbar genug. Aber trotzdem genügen sie manchen Leuten noch nicht, die absolute Ausschließung verlangen und der Regierung auch nicht das geringste Recht der Auswahl geben wollen. Hauptsächlich scheint die Frage der Mennoniten eine Rolle zu spielen, die während des Krieges nach Kanada kamen, keinen Militärdienst leisteten, hohe Löhne bezogen und noch höhere Preise für ihre Farmprodukte erzielten. Die Stimmung der Soldaten gegen diese „feindlichen Elemente" ist sehr erregt. Der Regina Leader, eines der verbreitetsten Blätter im Westen, sagt, die Stimmung sei sehr im Wachsen, alle Nichtengländer und Nichtenglischsprechenden von der Einwanderung auszuschließen. Bestimmte Arbeiten aber, die zur Erschließung des Landes nötig seien, wollten Kanadier, Engländer und Amerikaner nicht verrichten, so den Bau von Eisenbahnen, Kanalisationen usf. Die zurückkehrenden Soldaten seien jedenfalls dafür nicht zu haben. Die schwierigsten Arbeiten in Kohlenminen und Stahlwerken würden durch Fremde vollbracht, ebenso die Arbeiten der Wäscherinnen und Tagelöhnerinnen. Amerikaner und Engländer kämen nach Kanada, um dort in gehobener Stellung und in völliger Freiheit tätig zu sein. Hätten Fremde nicht die Arbeit getan, so wäre Westkanada nicht das, was es heute sei. Es hätte nicht soviel Eisenbahnen, Städtekanalisationen und andere Annehmlichkeiten. Sei die angelsächsische Rasse künftig bereit, solche Arbeiten zu verrichten, so sei es gut, wenn nicht, so dürfe man sich auch der Einwanderung nicht verschließen, nur dürften die Einwandernden nicht besser gestellt sein als die Kanadier. Soweit das kanadische Blatt, das recht offen durchblicken läßt, zu welchen Arbeiten man Fremde in Kanada haben will. Die Regierung hat mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung ein Gesetz gegen die Einwanderung von Deutschen, Oesterreichern, Bulgaren und anderen Feinden vorbereitet. Neue strenge Bedingungen sollen hinzugefügt werden, besonders gegen anarchistisch und politisch Verdächtige, Tuberkulöse, Alkoholiker, körperlich oder geistig Schwache. Außerdem sollen Einwanderer im Alter von über 15 Jahren, die nicht die englische oder französische Sprache sprechen oder einen ihrer Dialekte verstehen, zurückgewiesen werden können. Gegen dieses „literary test" erheben sich allerdings gewichtige Stimmen, die „Montreal Gazette" tritt aber dafür ein. In Winnepeg gebe es 40 verschiedene Sprachen

Digitized by Google

und Dialekte. Die Sucht fremder Elemente, in eigenen geschlossenen Kolonien mit eigener Sprache und Gebräuchen zusammenzuwohnen, führe nur zu nationaler Schwäche. Die Schaffung einer einheitlichen kanadischen Bürgerrasse sei dringend notwendig. Das Zusammenwohnen in geschlossenen fremden Kolonien schwäche dieses Bestreben. Das neue Einwanderungsgesetz sieht schließlich die Musterung der Einwanderungslustigen in ihrem Geburtsland, an Bord der Schiffe, ferner auch bei ihrer Ankunft in Kanada vor und bestimmt schwere Strafen für Einwanderungsgesellschaften, die „verbotene Klassen" nach Kanada einschmuggeln wollten. Die meisten der Bestimmungen richten sich offen oder versteckt natürlich gegen Deutschland und gegen deutsche Einwanderer.

Vereinigte Staaten von Nordamerika

Der deutsche Professor und Lehrer an der Universität Vermont, A. H. Apelmann, soll einem Bericht der „New-York Tribune" zufolge, in Coblenz erschienen sein und eine Verbrüderung zwischen deutschen und amerikanischen Offizieren und Soldaten versucht haben, die den amerikanischen General Dickmann zu einer scharfen Verwahrung veranlaßt habe. Die Universität beschloß darauf in ihrer Jahresversammlung zu erklären, daß besagten Herrn Apelmanns Verbindung mit der Universität noch 7 Monate nach der Kriegserklärung dem guten Ruf des Instituts sehr einträglich gewesen sei, daß jede Verbindung des Namens dieses Herrn mit der Universität fernerhin äußerst verderblich sei. Die Interessen der Universität erforderten eine vollständige und scharfe Zurückweisung des Herrn Apelmann. Dieser Beschluß wurde sämtlichen Universitäten und befreundeten Instituten, sowie auch der Presse zugestellt!

Der Wert des beschlagnahmten fremden, feindlichen Eigentums in Amerika beträgt nach dem Berichte des Verwalters Mitchel Palmer 700 Millionen Dollar. Diese Werte sind entweder schon verkauft oder zum Verkauf bereitgestellt worden. In der Zeit bis zum Februar 1919 sind 34 500 Fälle behandelt worden, in denen fremdes Eigentum erfaßt wurde, und zwar im Werte von 503 Millionen. Seit Abschluß des Waffenstillstandes wehren sich allerdings die Deutschen und Deutschamerikaner etwas mehr ihrer Haut und finden dabei auch die Unterstützung von Rechtsanwälten, was der Bericht des Verwalters sehr bitter beklagt. 31 Firmen sind mit einem Erlös von nahezu 24 Millionen Dollar bereits liquidiert worden, bei 54 Firmen ist die Liquidation vorbereitet. Inzwischen ist eine Gerichtsentscheidung ergangen, wonach feindliche Vermögen, die bei Banken deponiert sind, nicht dem Verwalter übergeben werden müssen, sondern daß darüber die Gerichte zu verfügen hätten.

Der Social Scientific Club hatte ein deutsches Konzert im Monat März angesagt, das aber durch die Verwaltung des Hotels, in dem es stattfinden sollte, wieder abgesagt wurde. Vor Kriegsausbruch hieß dieser Club „Deutscher gesellig-wissenschaftlicher Verein". Es heißt, so sagt die „New York Tribune", daß der Zweck des 1870 begründeten Vereins war und noch ist: „die Verbreitung von deutscher Kultur, deutscher Kunst und Wissenschaft". Dr. Otto Glogau, der Präsident des Clubs erklärte, Gründer der Gesellschaft seien unter anderem Karl Schurz, Dr. Abraham Jacobi und andere hervorragende Deutsche gewesen, die nach der Revolution 1848 nach Amerika gekommen seien. Der Name „geselligwissenschaftlicher Verein" unter Weglassung des Wortes „deutscher", werde noch von den Mitgliedern gebraucht, wann der Name Social Scientific Club aufgenommen worden sei, könne er nicht sagen. Der Club habe aber immer internationale Programme aufgestellt, seine Mitglieder seien durchaus nicht nur Deutsche, sondern es befänden sich etwa 10 Prozent in Amerika geborene unter den 170 Mitgliedern. Der Zweck der Vereinigung sei: Die Fremdgeborenen mit amerikanischen Ideen und Idealen zu erfüllen und eine wirklich amerikanische Kultur schaffen zu helfen, die das Beste der Kultur aller Nationen in sich schließt. Wie lange dieses Ziel schon vom Vereine aufgestellt sei, könne er nicht sagen. Schurz und Jacobi würden wohl über diese Verleugnung der Ziele ihrer Gründung nicht sonderlich erbaut gewesen sein.

Im übrigen hat der Plan dieses Konzerts in der Presse große Aufregung verursacht. Es sollte „streng privat" stattfinden. Nur geladene Gäste sollten außer den Mitgliedern und ihren Freunden Zutritt haben; Karten zu 5 und 3 Dollar waren für die Geladenen ausgegeben. Frühere Größen der Metropolitan Oper, Margarete Ober, Johannes Sembach, Hermann Weil, Carl Braun und Otto Goritz sollten mitwirken. Auf eine telephonische Denunziation bei der Hotelleitung hin wurde das Konzert unterdrückt, das man 6 Wochen lang vorbereitet hatte.

Zum Ueberfluß hat übrigens eine Frau William Jay eine antideutsche Musikliga begründet, die sich über ganz Amerika erstrecken soll. Natürlich soll sie sich nicht gegen die deutsche Musik, sondern gegen die darin liegende deutsche Propaganda richten, welch feinen Unterschied zweifellos die Amerikaner ausgezeichnet verstehen werden. In einem Konservatorium waren nämlich Frau Jays Kinder gezwungen, auch deutsche Musik zu lernen, unter anderem Schuberts Ave Maria, Beethovens Andante aus der fünften Symphonie, Schumanns Träumerei, Wagners Pilgerchor und das Lied an den Abendstern und Liszts ungarische Rhapsodie. Der Konservatoriumsdirektor entschuldigte sich sogar: Beethoven sei auch in Paris während des Krieges gespielt worden und Schuberts Lieder habe man beibehalten, weil sie durch englische Poesie beeinflußt seien, aber das half ihm alles nichts gegen die wilde Erregung der Frau Jay.

Mittelamerika

Eine amtliche Veröffentlichung besagt, daß Berichte über die Behandlung der deutschen Staatsangehörigen in Mittelamerika eingegangen seien, wonach bisher keine Klagen deutscher Staatsangehöriger oder Unternehmungen über Konfiskation deutschen Eigentums vorlägen. Nur in Guatemala scheine die Elektrizitätsgesellschaft der Hauptstadt von der Regierung bechlagnahmt worden zu sein. Die Deutschen dürften das Land nicht verlassen, seien aber im übrigen in ihrer Bewegungsfreiheit unbeschränkt. In Honduras sind zwar die deutschen Schiffe beschlagnahmt, die Deutschen im übrigen aber nicht belästigt worden. In Nicaragua sind entgegen verschiedenen Gerüchten Eigentum und Besitz der Deutschen und Oesterreicher bis jetzt nicht beschlagnahmt. In Costarica sind die Deutschen überhaupt nicht belästigt worden.

Mexiko

In der „New York Tribune" vom 10. April erzählt ein Herr Bekker allerhand finanzielle Schauergeschichten über den ehemaligen deutschen Gesandten in Mexiko, Herrn v. Eckhardt. Darnach berichtet er aber auch einiges, was als Stimmungsmoment, wenn es wahr ist, nicht ganz wertlos ist: Vor einem Monat sei eine Deputation angesehener Deutscher beim amerikanischen Gesandten gewesen und habe ihn gebeten, jetzt nach Kriegsschluß die Aufhebung der schwarzen Listen erwirken zu wollen, damit sie wieder Agenturen für amerikanische Waren übernehmen könnten. Die amerikanische Kolonie sei über diese Unklugheit bestürzt gewesen, habe aber keine Schritte unternommen; sogar nicht, als man hörte, daß nach dieser Audienz die Deutschen in ihren Klub gezogen seien und dort Trinksprüche auf den Kaiser ausgebracht und ihre Lieder von „Mutterlieb" und „Vaterland" gesungen hätten. In der letzten Zeit hätten nun die Deutschen, in der Voraussicht, daß der amerikanische Gesandte einen guten Eindruck gewonnen habe und daß Washington wohl nachgeben werde, ihre mexi-

Digitized by Google

kanischen Geschäftsfreunde benachrichtigt, daß sie bald frische amerikanische Waren haben würden und daß sie ihnen bessere Zahlungsbedingungen gewähren könnten als selbst die Amerikaner. Tatsächlich hätten auch die meisten deutschen Häuser gefüllte Lager mit amerikanischen Waren bald gehabt und hätten lange Kredite und günstige Preise gestellt. Bei der letzten Tagung der amerikanischen Handelskammer in der Stadt Mexiko habe ein Mitglied beantragt, einen Brief unter den Mitgliedern zirkulieren zu lassen, der an die amerikanischen Fabrikanten gehen solle, um sie aufzufordern, ihre Agenturen keinen Deutschen zu geben, und zwar für eine ganze Reihe von Jahren, ebenso wie es unmöglich sei, Agenturen feindlicher Häuser zu übernehmen. Eine andere Gruppe in der amerikanischen Handelskammer aber sei der Ansicht gewesen, wenn die Deutschen amerikanische Waren zu besseren Preisen kaufen könnten als die Amerikaner, so sollten sie es ruhig tun, es sei dann nur zum Vorteil der Vereinigten Staaten. Dieser „Sorte von Gentlemen" sei es nicht klar gewesen, daß im Moment, wo deutsche Waren wieder ins Land kommen könnten, die Deutschen diese Waren anstelle der amerikanischen unterschieben würden. Der angeregte Brief sei zur weiteren Vorbereitung einem Komitee übergeben worden, das darüber berichten sollte. Gegenwärtig, so fügt der Verfasser des Artikels hinzu, brauchten die Amerikaner ja keine Angst zu haben vor der deutschen Konkurrenz, für ein bis zwei Jahre könnten sie ihre Position aufrechterhalten, selbst wenn sie mit Erfolg das englische und französische System der Kreditgewährung sich nicht aneigneten. Aber darnach? Darnach werde der amerikanische Kaufmann sein System der Rechnungsbezahlung bei Rechnungsempfang aufgeben müssen, wenn er konkurrenzfähig bleiben wolle.

Es wird interessant sein, zu erfahren, wie das Komitee der amerikanischen Handelskammer in Mexiko die Frage der Vertretung amerikanischer Fabrikate durch deutsche Häuser entschieden hat. Diese Entscheidung wird auch für die Zukunft des deutschen Handels von einiger Wichtigkeit sein.

Argentinien

Der Hamb. Corresp. hat eine Januarnummer der „Deutschen Zeitung für Chile" erhalten, der er bemerkenswerte Mitteilungen über die Lage und Stimmung des Deutschtums in Argentinien entnimmt. Der Italiener, die den größten Teil der Einwanderer in Argentinien stellen, habe sich bei Bekanntwerden der deutschen Revolution ein wahrer Freudentaumel bemächtigt. Die Argentinier selbst aber ließen sich nicht anstecken und beobachteten kühle Zurückhaltung, nirgendwo ließen sich Ausbrüche des Hasses gegen die Zentralmächte vernehmen, nur ganz selten brachen Sympathien für die Alliierten durch. Tief erschüttert wurden natürlich die Deutschen des Landes, namentlich durch die Kunde von dem so völligen Zusammenbruch der einst von ihnen vergötterten Flotte. Das Deutschtum in der Landeshauptstadt fließe in zwei getrennten Strömen dahin, der eine sei der „Rat der Fünf", der die organisierten Vereine vertrete und der andere sei der „Rat der Fünfzehn", durch den sich die Vereinslosen vertreten lassen. Also auch im Ausland betrübliche Spaltung!

China

Die Rückkehr der Chinadeutschen hat bekanntlich infolge des schlechten Zustandes der Schiffe verschiedene Todesopfer während der Fahrt gefordert. Die Times haben sich anläßlich der beweglichen Klagen in der deutschen Presse an zuständiger Stelle erkundigt und man hat die Tatsache nicht leugnen können: Auf der Nore werden drei Todesfälle zugegeben, angeblich infolge der Nachwirkungen der Influenza; auf der Nowara starben eine Frau am Hitzschlag, eine an Herzschwäche, vom Antilochus wurden 4 Leute in Singapore wegen Geisteskrankheit an Land gesetzt, auf dem Atreus starben 4 Leute an Tuberkulose und Influenza, an Herzschwäche, an Hitzschlag. Ein Fünfter sprang ins Meer. Im ganzen starben also 9 Deutsche auf dem Transport, weil die Unterbringung auf den Schiffen für eine Tropenfahrt durchaus ungenügend und alle Fürsorge von seiten der Engländer menschenunwürdig schlecht war.

Dem „Wochenbericht" für Chinadeutsche, den Herr Heidorn in Hamburg herausgibt, entnehmen wir, daß die Deutsch-Asiatische Bank in Schanghai, Gerüchten zufolge, von der Bank of Communication für 800 000 Taëls gekauft worden sein soll. Um das Gebäude des ehemaligen Deutschen Klubs in Schanghai sollen sich besonders die Japaner beworben haben. Die Sumitomo Bank soll 620 000 Taëls geboten haben. Der Klub soll aber trotzdem der Bank of China, einem chinesischen Unternehmen zu 600 000 Taëls zugeschlagen worden sein. Auf einem der zurückkehrenden China-Deutschen Dampfer, der „Nore" haben die Deutschen zur Verfechtung ihrer Interessen einen Fünfer-Ausschuß gewählt. Der Auschuß soll aber nicht erst in Aktion treten, sondern in einen erweiterten Ausschuß übertreten. Ein Protest, den die „Nore"-Insassen an das Auswärtige Amt gerichtet haben, ist inzwischen gedruckt diesem Amte übermittelt worden.

Die an Bord des Dampfers „Nore" zurückbeförderten Deutschen haben einen Protest verfaßt, der zunächst feststellt, daß die chinesische Regierung an den ganzen Ereignissen gegen die Deutschen weniger schuld sei, als die englische, und die Einzelheiten für die Tätigkeit der Engländer in China und ihres Generalkonsuls anführt, freilich auch dem holländischen Generalkonsul in Schanghai den Vorwurf macht, daß er die Transportschiffe vor ihrem Abgang nicht geprüft habe und so keine Kenntnis von der unmenschlichen Art der Unterbringung und der absoluten Unzulänglichkeit der sanitären Einrichtungen, wie von der elenden Kost gehabt habe. Es heißt in dem Proteste:

„Die einförmige kraftlose Massenbeköstigung durch einen chinesischen Unternehmer, die unverschämte und unsaubere chinesische Bedienung, sowie das unappetitliche emaillierte Eßgeschirr, in dessen Benutzung wir uns mit den Chinesen teilen mußten, zeigten die Gemeinheit und den Grad der Verachtung, mit der man uns zu behandeln sich vorbereitet hatte.

Die unsanitären Schlaf- und Eßräume des Zwischendecks ohne Tageslicht und ohne genügende Ventilation, sowie die dazugehörigen Wasch-, Bade- und Abortanlagen, für deren allernotwendigste Reinigung wir noch obendrein selbst bezahlen mußten, bestätigen die obige Auffassung vollauf. Die sogenannte Hospitalanlage reihte sich dem Ganzen würdig an.

Die Rattenplage bei Tag und Nacht war derartig, daß viele Männer, Frauen und Kinder im Schlafe gebissen wurden. Wenn man nun noch die Reisedauer selbst, rund 8 Wochen, und den unnötig erscheinenden langen Aufenthalt in den einzelnen Häfen, z. B. im äußerst heißen Singapore volle 5 Tage, unter den erwähnten Umständen berücksichtigt, so kann man unsere Entrüstung voll verstehen."

KLEINE NACHRICHTEN

Amsterdam. Eines der bekannten Mitglieder der deutschen Kolonie in Amsterdam Johann Gottfried Meyer ist gestorben. Die „Deutsche Wochenschrift für die Niederlande" zählt ihn in ihrem Nachrufe zu dem „glänzenden Dreigestirn, das viele Jahrzehnte über die Armen der deutschen Gemeinde in Amsterdam leuchtete". P. B. Janssen und A. Rehbock gingen ihm im Tode voraus, nun ist auch Meyer, 82 Jahre alt, gestorben. Seine körperliche Widerstandskraft wurde zuletzt durch den Zusammenbruch der Heimat rasch gebrochen.

Digitized by Google

Baron Hans Manteuffel-Szoege ist an der Spitze seines Stoßtrupps der baltischen Landeswehr beim Eindringen in Riga gefallen. Die Kugel eines aus dem Hinterhalt schießenden Feindes endete ein junges, heißes, für das Wohl Kurlands stets lebhaft sich einsetzendes Leben.

Berlin. Der erste Direktor der Mergenthaler Setzmaschinenfabrik Jacques Meyer ist gestorben. Er war der Sohn eines Deutschamerikaners, aber selbst amerikanischer Staatsangehöriger, der aus seinem Interesse für Deutschland kein Hehl machte. Er besaß in New York den deutsch geschriebenen „New York Herald", dessen deutsche Leitartikel und englische Randglossen sich außerordentlicher Beliebtheit bei den Deutsch-Amerikanern in Amerika erfreuten. Mit Meyer ist ein Deutsch-Amerikaner dahin gegangen, von dem für die Verständigung zwischen Deutschland und Amerika viel erwartet und erhofft wurde.

Landrat Eduard von Oettingen, der fünfte von sechs Brüdern des Wissustschen Hauses von Oettingen ist gestorben; er war einer der hervorragendsten Vertreter der livländischen Ritterschaft, deren Landesdienst er vom Kassendeputierten bis zum Kreisdeputierten und Landrat durchlaufen hat. Er war Vorsteher der Landeskirchen- und Landesschulbehörde, Präsident der livländischen gemeinnützigen und ökonomischen Sozialität und spielte dank seines lauteren Charakters im öffentlichen Leben Livlands eine führende Rolle. Er entstammte dem Kreis des bekannten Agrarreformers Hamilkar von Fölkersahm, dessen Ideen er mit durchführen half. Er war ein warmer Freund der Beteiligung der Bauern an der Selbstverwaltung, für die er sich als glänzender Redner oft einsetzte.

Königsberg. Der deutschbaltische Professor und Abteilungsleiter am anatomischen Institut der Universität, Dr. Adolphi, hat aus Gram über den Zusammenbruch seiner Heimat und des Deutschen Reiches seinem Leben ein Ende gemacht. Er war früher Vorsteher des anatomischen Instituts in Dorpat und floh vor den Bolschewisten erst nach Riga und dann nach Königsberg.

London. August Siegle †. Erst jetzt dringt, dem „Schwäb. Merkur" zufolge, die Nachricht nach Deutschland, daß in London am 19. Februar ein hervorragender Auslanddeutscher verstorben ist, der Buchhändler August Siegle. Er war 1838 in Stuttgart geboren, kam schon mit 14 Jahren zum Verleger Cotta, bei dem er in München und Stuttgart tätig war und lernte in Paris den englischen Buchhändler Nutt kennen, der ihn im Jahre 1863 mit nach London nahm. Im Jahre 1869 eröffnete er mit geringen eigenen Mitteln eine Buchhandlung in der City zur Verbreitung deutscher Literatur. Eifer und Gründlichkeit ließen ihn bald in die Höhe kommen. Später gliederte er der Buchhandlung auch eine Druckerei an, deren Ausbau sich seine Söhne widmeten. Siegle war stets ein eifriger Förderer des Deutschtums im Auslande und ein großer Verehrer des deutschen Liedes. Seiner Hingabe verdankte der Londoner „Liederkranz" sehr viel. Sein Heim war ein Treffpunkt für alle Deutschen, namentlich für die Schwaben, die er rege förderte. An seiner Heimat hing er überhaupt sehr, er besuchte sie noch kurz vor Kriegsausbruch.

Hilfe für Riga. Nach der Befreiung Rigas erläßt auch ein Königsberger Hilfskomitee für Riga einen Aufruf. Das Königsberger Komitee will im Anschluß an ein Berliner Komitee Geld und andere Gaben sammeln, um den Bewohnern Rigas, die so Schweres gelitten haben, ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubens Hilfe leisten zu können. Geld und andere Sendungen nimmt der Zentralausschuß für den ostdeutschen Heimatdienst, Landesverband Ostpreußen, Königsberg i. Pr., Schloß, entgegen.

Die Spenden und Liebesgabensammlung für die baltische Landeswehr. die der baltische Vertrauensrat in Berlin (Postschek-Konto Nr. 23622 von Veh) leitet, hat nach einem Ausweis, der in den „Baltischen Blättern" veröffentlicht wird, bis jetzt die Höhe von 73 000 Mark erreicht. Der baltische Vertrauensrat bittet um weitere Zuwendungen. Die in Stockholm wohnenden Balten haben allein nahezu 4500 Mark beigesteuert. Für das estländische Baltenregiment stiftete Dr. v. Ritter 1000 Mark. Für notleidende Balten sind 8600 Mark eingegangen.

Die Landeswehrkommission in Libau, die die Geschäfte der Aushebung der Deutsch-Balten besorgt, veröffentlicht nach der Mitteilung der Stettiner Werbesektion der baltischen Vertrauensstelle in Stettin die Namen von 11 Balten, die sich zurzeit in Deutschland aufhalten und zur Landeswehr nicht gestellt haben. Eine entsprechende Brandmarkung solcher Balten, die sich zur Verteidigung ihrer Heimat nicht melden, soll auch fernerhin durch die Presse erfolgen.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND DEUTSCHES SCHULWESEN

Ein erfreulicher Bescheid.

Auf unsere Eingabe an das württ. Kultusministerium in der Angelegenheit der Gleichstellung der auslanddeutschen Studierenden mit den Inlanddeutschen ist uns unter dem 30. Mai eine Antwort des württ. Kultministers Heymann zugegangen, in der es heißt:

„Wie dem Deutschen Ausland Institut schon aus dem Schreiben des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens vom 2. Oktober 1918 Nr. 6448 bekannt ist, wurde von der württembergischen Unterrichtsverwaltung schon bisher den deutschen Kolonistensöhnen bei der Zulassung an den württembergischen Hochschulen soweit als irgend möglich, und so auch im laufenden Sommersemester trotz der Ueberfüllung der drei Hochschulen entgegengekommen. Das Ministerium, das den Wert des Auslanddeutschtums und die schwierige Lage der auslanddeutschen Studenten voll zu würdigen weiß, wird auf diesem Wege auch in Zukunft fortschreiten. Dabei muß jedoch auch darauf hingewiesen werden, daß für die württembergische Unterrichtsverwaltung betreffs der Aufnahme von Studierenden an den Hochschulen bindende Schranken bestehen, die teils auf den von Reichs wegen geregelten Prüfungsordnungen, teils auf Vereinbarungen mit den anderen deutschen Unterrichtsverwaltungen beruhen und die den deutschen Kolonistensöhnen ebenso wie den reichsdeutschen Studierenden gegenüber beachtet werden müssen."

Es wird dann weiter in dem Schreiben ausgeführt, daß sich bezüglich der Befreiung von dem Unterrichtsgeldzuschlag das Ministerium die Entscheidung für jeden einzelnen Fall vorbehalten müsse. Bei den nicht von Reichsdeutschen abstammenden Ausländern, wie bei Schweizern und Luxemburgern müsse natürlich Gegenseitigkeit in der Behandlung der Reichsdeutschen in diesen Staaten gefordert werden. Zum Schlusse heißt es:

„Auch in der Frage des Unterrichtsgeldes wird aber das Ministerium deutschen Kolonistensöhnen, bei denen nicht nur die Sprache, sondern auch die Gesinnung deutsch ist, das tunlichste Entgegenkommen zeigen."

Auch diese Entcheidung des württ. Kultministeriums beweist, ein wie großes Verständnis unsere zur Unterstützung der auslanddeutschen Studierenden unternommenen Schritte bei der württ. Regierung finden.

Von Tübingen aus wird uns übrigens mitgeteilt, daß dort die Auslanddeutschen hinsichtlich der Bezahlung von Kolleggeldern den Inländern gleichgestellt sind, d. h. daß sie dieselben Sätze zu bezahlen haben. Auf der Universitätskasse liegt ein Formular auf, das von der Regierung bestätigt

Digitized by Google

worden sei, in dem es u. a. heißt: Von den zurzeit anwesenden Studierenden sind als Auslanddeutsche den Reichsdeutschen gleichgestellt: Die Deutschösterreicher, Baltendeutsche, Ukrainer, Siebenbürger, Deutschschweizer. Maßgebend für die Anerkennung als „Auslanddeutsch" sind die in den „Vorbemerkungen" zur Gebührenordnung aufgestellten Gesichtspunkte, d. h. 1. Abstammung, 2. deutsche Muttersprache, 3. Zugehörigkeit zum deutschen Volksstamm in Zukunft.

Leipzig. Vereinigung immatrikulierter auslanddeutscher Studierender. Die konstituierende Sitzung für das Sommersemester fand am 11. Mai statt. 21 Damen und Herren waren zu ihr erschienen, von denen nur 12 alte Mitglieder waren. Die übrigen alten Mitglieder konnten der politischen Verhältnisse wegen entweder nicht zurückkehren oder sie blieben aus anderen Gründen Leipzig fern. Es fanden bisher 4 Vereinsabende statt, die der Pflege der Geselligkeit dienten, bei denen aber auch über die laufenden Ereignisse im Auslanddeutschtum Mitteilung gemacht wurde. Der Mangel eines geeigneten Vereinslokales machte sich störend bemerkbar, auch wird der Mangel von Mitteln zur Begründung einer Bibliothek empfunden. Es ist im Einvernehmen mit dem Berliner Verein beschlossen worden, einen Aufruf an alle deutschen Hochschulen zu richten, um einen Zusammenschluß aller deutschen Studierenden aus den bedrohten Gebieten zu erreichen, da die Lostrennung deutscher Gebiete die Arbeit der Vereine auslanddeutscher Studierender wohl sehr vermehren wird. Um die reichsdeutsche Studentenschaft über die Ziele des Vereins zu unterrichten, veranstaltet der Verein im Zusammenhang mit der Leipziger kulturpolitischen Gesellschaft drei Vorträge über das Deutschtum an der Wolga, in der Ukraine, sowie in Kärnten und Steiermark. Die Mitgliederzahl ist unterdessen auf 29 gestiegen. Je ein Mitglied stammt aus Brasilien und aus der Schweiz, sowie aus englischen Kolonien und aus Deutsch-Oesterreich, 7 Mitglieder stammen aus Polen, 9 aus Deutsch-Böhmen, je 4 Mitglieder aus Ungarn und aus Rußland.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Haag. Deutsche Schule, Bleyenburg 5. Die Schüler haben zugunsten der notleidenden Kinder und Mütter in Deutschland bei Eltern und Freunden der Schule eine Sammlung veranstaltet, die 1100 Gulden einbrachte; der Leiter der Schule, W. Heggen, dankt öffentlich für diese Gaben.

Lodz. Vom deutschen Schulwesen. Zwar finden sich in den nur noch ganz spärlich über die polnische Grenze kommenden Nummern der „Lodzer Freien Presse" erfreuliche Anzeigen über die Schüler-Aufnahme in die höheren deutschen Schulen für das kommende Jahr, aber das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß man schwerster Schicksalsstunde entgegengeht. Trotz mehrmaliger Mahnungen ist die Bestätigung der reichsdeutschen Lehrkräfte für Gymnasium in Lodz und Realgymnasium in Pabianice noch nicht eingetroffen, das Kultusministerium scheint auf Drängen nationalistischer Kreise in Lodz noch immer mit der Entscheidung zu zögern. Von diesen reichsdeutschen Lehrkräften hängt aber die Güte der Schulen und damit indirekt auch das vorläufige Schicksal derselben unmittelbar zusammen. Heute noch sind diese Schulen allen anderen deutschen und anderssprachigen Schulen in Lodz in bezug auf Qualität des Unterrichts in jeder Beziehung überlegen, obgleich die Lehrkräfte durch ihre Aushilfstätigkeit am früheren Lyzeum und jetzigen Mädchen-Realgymnasium sehr stark mit Arbeit überhäuft sind. Wie es jedoch ohne diese Lehrkräfte gehen soll, ist vorerst nicht abzusehen, und man muß immer noch hoffen, daß die Bestätigung noch eintrifft. Inzwischen ist auch äußerlich eine Vereinigung von Gymnasium und Lyzeum in Lodz erfolgt. Die beiden Vereinsvorstände, die in der letzten Zeit sowieso durch verschiedene Austritte und Neuwahlen sich fast ganz gedeckt hatten, haben sich vereint; vom 1. Juli ab werden beide Schulen auch im selben Gebäude untergebracht sein, da dem Lyzeum sein stattliches Heim vom polnischen Staat gekündigt wurde. So findet die überaus erfreuliche Großzügigkeit des Lodzer Fabrikantentums, das in den Jahren 1909 bis 1912 ein so stattliches deutsches Gymnasium erbaute, heute nach zehn Jahren ihren verdienten Lohn, indem in dem modernen Schulgebäude neben dem Knabengymnasium auch das Mädchengymnasium ohne Schwierigkeit untergebracht werden kann. Finanziell sind die beiden Schulen bis Jahresschluß noch gesichert, darüber hinaus wird es neuer Mittel bedürfen, wenn nicht eine wesentliche Verschlechterung der Schulqualität Platz greifen soll.

Die Liquidation der beiden Landes-Schulverbände ist beendet. Herr Flierl, ihr letzter Leiter, befindet sich in Deutschland. Nach seiner Abreise wurden er und seine Gattin ausgewiesen, ebenso verschiedene Herren vom Vorstand des reichsdeutschen Hilfsvereins (Wehr und Wahlmann), die Ausweisungen jedoch vorläufig nicht in Kraft gesetzt. Zum Teil haben die unteren Organe der polnischen Schulbehörden schon begonnen, die verstaatlichten Schulen unter allen möglichen Schikanen, trotz der entgegenstehenden Gesetzgebung, zu polonisieren. Könnte man nicht dem deutschen Charakter der deutschen Bauernschaft in Kongreßpolen so ganz vertrauen, weil man weiß, daß auch zehnjährige Russifizierung spurlos an ihrem deutschen Charakter vorbeigegangen ist, so müßte man an dem Schicksal des bodenständigen deutschen Bauerntums fast verzweifeln.

Prag. Die deutschen Hochschulen. Die Rektoren der beiden deutschen Hochschulen in Prag waren in diesen Tagen gezwungen, vor dem tschechischen Unterrichtsminister ein Gelöbnis der Treue für den tschechoslowakischen Staat abzulegen. Das geschah mit einer vorbehaltenden Erklärung, die lautet: „Der akademische Senat der Prager deutschen Universität beklagt es, daß seinem Ansuchen, von der Ablegung des Gelöbnisses der Universitätsangehörigen bis zur Regelung der deutsch-böhmischen Verhältnisse abzusehen, von der Regierung nicht gewillfahrt wurde. Indem die deutsche Universität nunmehr im Hinblick auf die gegebenen Verhältnisse das Gelöbnis ablegt, sieht sich der akademische Senat verpflichtet zu erklären, daß er an dem deutschen Charakter der Hochschule und an dem Verlangen festhält, daß sie in das deutsch-böhmische Siedlungsgebiet verlegt werde. Die deutsche Universität muß das Schicksal des deutschen Volkes in Böhmen teilen." Eine entsprechende Erklärung gab der Rektor der Prager Technischen Hochschule ab.

Schanghai. Deutsche Medizinschule und deutsche Ingenieurschule für Chinesen. Der Deutsch-chinesische Verband hat in seiner Eigenschaft als jetziger Besitzer der beiden Schulen eine Eingabe an das deutsche Friedensamt gerichtet, in der er auf den privaten Charakter der beiden Schulen verweist. Die erstere ist im Anschluß an das Paulun-Hospital von der deutschen Aerzte-Firma in Schanghai vor 10 Jahren begründet worden. Die Absolventen beider Schulen sind von der chinesischen Regierung anerkannt und haben in fühlbarer Weise dem Mangel an chinesischen Aerzten und Ingenieuren abgeholfen. Die Mittel sind von privaten Kreisen aufgebracht worden, die Verwaltung war von privaten Konsortien gesichert. Würde Deutschland entsprechend dem Artikel 134 des Ententefriedensentwurfs auf diese wichtige kulturelle Arbeit verzichten müssen, so würde

Digitized by Google

der Verlust allein für die beiden Anstalten auf 350 000 Taels, nach dem Friedens-Markkurse also weit über 1 Million Mark ausmachen. Die beiden Schulen liegen zwar jetzt in der französischen Konzession, doch hat der französische Generalkonsul sich seinerzeit verpflichtet, daß den Schulen dadurch kein Nachteil erwachsen sollte, daß sie auf einem Terrain liegen, das erst vor 5 Jahren der französischen Konzession zur Erweiterung zugeschlagen wurde. Es wird also Erhaltung dieser Schularbeit oder zum mindesten volle Entschädigung verlangt.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Prag. Universität. Ein Erlaß des Ministeriums für Landesverteidigung verbiete studentischen Vereinigungen, die provokatorische Absichten haben, das Tragen von Farben. Gemeint und getroffen sind dadurch natürlich die deutschen Verbindungen. Man erkennt immer mehr, wie es mit der Freiheit und dem Rechte der Minderheiten im tschechoslowakischen Staate aussehen soll.

Wien. Bund der Reichsdeutschen in Deutsch-Oesterreich. Der Bund hat in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits erfreuliche Fortschritte zur inneren Festigung und äußeren Anerkennung gemacht. Vorverhandlungen haben auch mit der Reichsregierung in Berlin stattgefunden und eine Kommission soll demnächst nach Berlin reisen, um über die amtliche Anerkennung des Bundes in Berlin zu verhandeln. Der deutsche Botschafter in Wien hat bereits zugestimmt, wöchentlich einmal mit den Vertretern des Bundes über alle Reichsdeutsche betreffenden Fragen zu beraten, und diese Beratungen werden schon seit April mit Erfolg durchgeführt. Nach außen tritt das Zusammenarbeiten namentlich in der Ausstellung der Ausweispapiere zutage, die der Volksrat mit unterzeichnet. Auch beim deutschen Konsulat ist ein ähnlicher Weg des Zusammenarbeitens bereits gefunden worden, wie auch die deutsche Paßstelle in Wien bereits eng mit dem Bund in Fühlung steht und sich der Bundesstellenvermittlung bei der Besetzung neuer Stellen bedient. Eine ganze Reihe von Ortsgruppen sind in Wien begründet worden. Gegen die Friedensbedingungen hat die Bundesleitung der Reichsregierung ein Protesttelegramm übermittelt. Ferner wurde an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, damit die Reichsdeutschen gleich den übrigen Ausländern in Wien besonders mit Lebensmitteln, namentlich mit Kartoffeln, bedacht würden, was bei der in Wien herrschenden Lebensmittelknappheit notwendig sei. Die Möglichkeit der Uebersendung von 5 Kilo-Lebensmittelpaketen aus Deutschland nach Oesterreich wird gewünscht. Die Einrichtungen des Bundes sollten zu solchem Lebensmittelaustausch zur Verfügung gestellt werden, die Reichsregierung sollte dem Bund die Berechtigung erteilen, entsprechend eingerichtete amtliche Formulare, die später den Sendungen beizulegen seien, innerhalb des Bundes an die Empfangsberechtigten gegen Ausweis und Quittungsleistung auszugeben. Da auf die am 14. April dem deutschen Botschafter übergebene Eingabe noch keine Antwort erteilt worden ist, wurde ein dringliches Ersuchen nach Berlin gerichtet, zur Eingabe Stellung zu nehmen. Die Bundesleitung will die aus Serbien und Rumänien zurückreisenden Internierten und Kriegsgefangenen in Wien besonders begrüßen und festlich bewirten. Ein besonderer Ausschuß soll sich dieser Aufgabe unterziehen.

Wien. Deutscher Schulverein. Der Rechnungsabschluß des Vereins ergibt für 1918 einen Vermögensbestand von 6 344 970 Kr. (im Vorjahre 6 615 426 Kr.), an Jahresbeiträgen gingen ein 332 956 (im Vorjahre 301 603) Kr., an Spenden 521 178 (im Vorjahre 422 005) Kr., an Spenden mit besonderer Widmung 55 077 (im Vorjahre 77 850) Kr., an Erbschaften und Vermächtnissen 184 618 (im Vorjahre 166 255) Kr., an Verwaltungsbeiträgen 107 730 (im Vorjahre 166 255) Kr., an Rosegger-Gedächtnisspenden 130 124 Kr., zusammen mit Zinsen, Vermietungen, Gewinn aus verschiedenen Unternehmungen 1 711 560 Kr. gegen 1 319 067 Kr. im Vorjahre. Demgegenüber wurden ausgegeben an Schulunterstützungen für eigene Anstalten 941 141 (im Vorjahre 697 526) Kr., für unterstützte Anstalten 162 551 (im Vorjahre 152 979) Kr., dazu kamen Ausgaben verschiedenster Art, wie für Büchereien, Wanderlehrer (nahezu 56 000 Kr.), Ruhegenüssezuschuß (61 000 Kr.), Schulgebäudeerhaltungskosten (16 175 Kr.) usf. Eine ungeheuer segensreiche und weitverzweigte Tätigkeit spiegelt sich in diesen Zahlen des Vereins wieder, der am 13. Mai 1880 begründet worden ist und sich stets als fester Hort des Deutschtums in Oesterreich erwies. Wie nötig allerdings diese Arbeit ist, das geht aus einigen Notizen hervor, die der „Getreue Eckart" in seiner Mai/Juni-Nummer bringt. In Laibach wurden 200 deutschen Familien die Wohnungen gekündigt, und zwar auch Witwen und Pensionisten, die Zeit ihres Lebens dort wohnten. Die deutsche Schule wurde geschlossen oder der Hälfte ihrer Räume beraubt. Leute, die auf der Straße deutsch sprachen, wurden beschimpft und verprügelt. Die deutsche Schulvereinsschule in Taktar bei Troppau wurde, nachdem die Tschechen wiederholt versucht hatten, ihr das Wasser abzugraben, aus „Gesundheits- und Sicherheitsgründen" von der Behörde gesperrt, was natürlich ein offenbarer Scheingrund war. Vorher hatte man einen Beschluß durchdrücken wollen, wonach Kinder, deren Unterrichtssprache nicht die ihrer Nationalität ist, auch während des Schuljahres an eine Schule mit der Unterrichtssprache ihrer Nationalität übertreten könnten. Die Nationalität aber bestimme ohne weiteres der Ortsvorstand! Nach der Sperrung der Schule wurden nun sämtliche Eltern vorgeladen, und es wurde im Beisein des deutschen wie des tschechischen Schulinspektors ein Protokoll aufgenommen. Die Eltern aber bekannten sich außerordentlich deutlich und stramm zu ihrem Deutschtum. Nun wird wohl die Schule bald wieder eröffnet werden müssen. Das eigene Gebäude des Kindergartens des Deutschen Schulvereins in Schröfelsdorf wurde vom Regierungskommissariat einfach den Tschechen überwiesen und ein Abliefern der Wohnungs- und Benutzungsmiete an die Regierung verlangt. Die deutsche Privatschule in Oppahof wurde von Leuten, die gar kein Recht dazu hatten, einfach kurzerhand geschlossen, die Eltern in Mährisch-Kromau wurden durch starken Druck gezwungen, ihre Kinder aus dem deutschen Kindergarten in den tschechischen zu überführen. Ein Sparkassenbeamter, der dem Drucke nicht nachgab, wurde einfach entlassen; derartige Beispiele der „Freiheit" des „Rechts der Minderheiten" könnten noch mehrere aufgeführt werden.

Basel. Ortsgruppe des Hilfsbundes. In der letzten ordentlichen Mitgliederversammlung erstattete der Vorsitzende, Professor Ruck, den Bericht über die Tätigkeit im abgelaufenen Jahr. 340 Männer, unter ihnen 208 verheiratete mit 408 Kindern wurden unterstützt. 206 von ihnen waren ohne Rente entlassen. 152 Kriegsteilnehmern wurden einmalige und fortlaufende Unterstützungen gewährt, 43 Familien Kriegsbeschädigter erhielten Mietsunterstützungen. Eine große Anzahl von Aerzten stellte ihre Hilfe unentgeltlich zur Verfügung. Der Erwerb des Sanatoriums Valbella, das nun unter dem Namen „Deutsches Kriegerkurhaus in Davos" weiter betrieben wird, gestattete dem Hilfsbund, dem 50 Betten dort zur Verfügung stehen, eine weitreichende Hilfstätigkeit. 365 Familien Gefallener standen in Fürsorge, wovon 256 Witwen mit 434 Kindern. Mietsbeihilfen, Ferienaufenthalte, Heilkuren wurden gewährt, Hilfsschwestern übten durch Hausbesuche wohltätigen Einfluß in Rat und Tat. Am

Digitized by Google

1. November übernahm die Ortsgruppe die Erledigung der Rentensache an Stelle des Konsulats. Vom 1. April 1918 konnte die Auszahlung in Franken anstatt wie früher in Mark erfolgen. Die Vergütung des Kursverlustes ist allerdings nur eine freiwillige Leistung für Bedürftige. Es wurden von April 1918 bis März 1919 245 000 Franken für Renten und 155 000 Franken an Kursausgleich, zusammen also 400 000 Franken ausbezahlt. Zu dieser großen Arbeit kam die gewaltige Arbeit der Vorbereitung vieler Rentenanträge. Die Wehrmannshilfe der Ortsgruppe war außerordentlich beschäftigt. Von den 600 bis Ende 1918 nach Basel heimgekehrten Wehrleuten haben 90 Prozent beim Hilfsbund vorgesprochen, von denen etwa 70 Prozent hilfsbedürftig waren. Kleider und Wäsche, sowie Geldhilfe wurde gegeben, von letzterer bis Ende 1918 über 13 000 Franken. Größte Schwierigkeiten bereitete die Arbeitsbeschaffung. Die Mitgliederzahl der Ortsgruppe beträgt jetzt 1400. Erfolgreiche Konzerte des deutschen Liederkranzes und der allgemeinen Musikgesellschaft vermehrten die Mittel. Die Jahresrechnung schließt mit 115 000 Franken Einnahmen und Ausgaben bei einem Kassenstand von 1800 Franken ab.

Basel. Deutscher Liederkranz. Am 5. April veranstaltete der Liederkranz einen Familienabend zu Ehren der heimgekehrten Wehrmänner. 92 Mitglieder des Vereins waren zum Heeresdienst eingezogen gewesen! Ansprachen und Musikvorträge folgten in angenehmer Abwechslung, der erste Vorsitzende, Herr Th. Kuhn, richtete herzliche Willkommworte an die Heimgekehrten und gedachte der 6 Vereinsmitglieder, die auf dem Felde der Ehre gefallen sind. Herr Traupel antwortete für die Zurückgekehrten mit Dankesworten. Die Sängerschar des Vereins wird binnen kurzem wieder 70 bis 100 Sänger umfassen.

Basel. Vereinigung entlassener deutscher Wehrmänner. Die Vereinigung hielt eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich eines großen Besuches erfreute und in der der Vorstand Bericht über seine Tätigkeit erstattete. Politisch ist die Vereinigung neutral, sie verfolgt einzig den Zweck, den deutschen Wehrmännern bei deren Heimatbehörden zur Erlangung ihrer Rechte und Ansprüche zu helfen. Wie aus dem Bericht des Geschäftsführers hervorgeht, konnten in fast allen Fällen zufriedenstellende Ergebnisse erzielt werden. Von den bis jetzt nach Basel zugereisten deutschen Wehrmännern gehören mehr als 1000 dem Vereine an. Die Tätigkeit des Vorstandes, des Präsidenten Alfr. Däschler und des Geschäftsführers A. Waldkuhn, fand ungeteilte Anerkennung. Begeisterten Beifall fand auch eine Resolution, in welcher der schweizerischen Kriegsfürsorge der Dank der Vereinigung wie der deutschen Wehrmänner und ihrer Familien überhaupt ausgesprochen wird. Die Resolution soll den zuständigen Organen in Form einer Adresse zugestellt werden. Dem Vorstand der Vereinigung wurde eine achtgliederige Beschwerdekommission beigeordnet, die sich ebenfalls mit der Vertretung der Ansprüche entlassener Wehrmänner gegenüber den heimatlichen Behörden zu befassen haben wird. Kp.

Bern. Deutscher Hilfsverein. In der ordentlichen Hauptversammlung vom 16. Juni wurde der 57. Jahresbericht des Deutschen Hilfsvereins durch den ersten Vorsitzenden, Herrn Dachselt, erstattet. Er leitete ihn mit einer Uebersicht über die Lage der Heimat ein, die schwer und trübe sei. Man müsse aber nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft blicken und sich für kommende Aufgaben rüsten. Die Auslanddeutschen, namentlich in der Schweiz, müßten für ihre Landsleute auch weiterhin reiche Opfer zu bringen imstande sein. 1424 Personen haben im Berichtsjahr in der Beratungsstelle des Berner deutschen Hilfsvereins vorgesprochen und wurden ausführlich beraten. Von dem Geschäftsumfange gibt die Statistik von über 5500 eingegangenen und 4700 ausgegangenen Schreiben einen Begriff. Zahllose Drucksachen sind nicht eingerechnet. 15 348 Anweisungen von Kriegsunterstützungsgeldern wurden ausgestellt. Im Jahre 1918 wurden 705 389 Franken Unterstützungsgelder ausbezahlt, und zwar an rund 630 Familien mit rund 1700 Personen. 41 Wehrmannsfrauen wurden an Reisebeihilfe 3386 Franken gewährt; der Verein zählte 301 Mitglieder, die 2850 Franken Mitgliedsbeiträge bezahlten. Dazu kommen 2800 Franken Geschenke und 2000 Franken an Zinsen. Die Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 80 000 Franken. Der Jahresbericht gedenkt der treuen Zusammenarbeit mit der Organisation des Deutschen Hilfsbundes. Der Bericht spricht auch von der erfolgreichen Arbeit der sämtlichen 25 Deutschen Hilfsvereine in der Schweiz, die insgesamt 4901 Mitglieder zählten und Beiträge von 54 000 Franken vereinnahmten. 524 500 Franken Totaleinnahmen standen 445 600 Franken Totalausgaben der vereinigten Vereine gegenüber. Eine Verstärkung der Geldmittel der Deutschen Darlehensgenossenschaft in Zürich wird auch im Berichte des Berner Deutschen Hilfsvereins dringend gewünscht. Die Schneiderstube des Berner Vereins hat an 15 Wehrmannsfrauen 12 000 Franken Erwerbsbeihilfe bezahlt, die Nähstube 24 600 Franken, die Schneider- und die Nähstube haben Wehrmannsfrauen recht erfreulich oft mit Kleidung aushelfen können. An 513 Familien wurden über 200 000 Kg. Kohlen, Briketts und Koks verteilt, was eine außerordentlich große Mühe verursachte. Auch der Wohnungswechsel vieler Wehrmannsfrauen brachte dem Büro reiche Arbeit. Bemerkenswert aus den Satzungen des Vereins ist, daß nur 3 Prozent der eingehenden Mitgliedsbeiträge zu Werbezwecken und zur Veranstaltung von vaterländischen Feiern vom Vorstande verwendet werden dürfen, alle übrigen Einnahmen sind ungeschmälert zu Unterstützungszwecken zu verwenden.

Chur. Deutsche Kolonie. Die deutsche Kolonie versammelte sich am 23. Mai zu einer machtvollen Kundgebung gegen den Gewaltfrieden der Entente. Der Präsident des Deutschen Hilfsvereins, Hornauer, und Pfarrer Fischer besprachen in wirkungsvollen Ausführungen den Versailler Entwurf und seine völkerbundsfeindlichen und unversöhnlichen Bestimmungen. Darnach stimmte man durch Unterschrift einer Kundgebung an den Reichspräsidenten zu, die gelobt, daß man in feierlicher Eintracht hinter der Regierung stehen wolle, die die Schmach der jetzigen Bedingungen nicht auf sich nehmen dürfe.

Chur. Deutscher Hilfsverein. In der Jahresversammlung vom 5. Mai wurde der vom Geschäftsführer der Internierten- und Kriegsfürsorge, Herrn Oskar Speidel, verfaßte Jahresbericht vorgetragen. Die Mitgliederzahl des Vereins ist zwar von 240 auf 235 gesunken, aber das Vereinsvermögen konnte auf der Höhe von 6300 Franken erhalten werden. Der Verein benötigt aber dringend weiterer Beihilfe, um seinen Aufgaben genügen zu können. Die Fürsorge für die Aufnahme von Ferienkindern wurde neu in die Tätigkeit aufgenommen. Die gesamte deutsche Hilfstätigkeit in Chur ist nunmehr in einem Büro vereinigt und dadurch ist eine glückliche Zentralisation geschaffen worden, die sich bewährt hat. Im Jahre 1918 wurden insgesamt 7473 Personen mit 232 500 Franken unterstützt, sodaß der Verein jetzt insgesamt seit seinem Bestehen 26 577 Personen mit 700 500 Franken beistehen konnte. Der Präsident Hornauer wurde von der Versammlung einstimmig wiedergewählt.

Graubünden. Deutsche Kolonie. Am 1. Juni hielt der Deutsche Kriegerhilfsbund im Hotel Margna in St. Moritz seine 3. Bezirksgruppensitzung unter dem Vorsitze des Herrn Architekt Wiederanders aus Davos ab. Letzterer referierte in eingehender Weise über die bisherige ausgiebige Fürsorgetätigkeit für die Hinterbliebenen und Beschädigten dieses Krieges unter Zugrundelegung des letztjährigen Jahresberichtes der Bezirksgruppe Graubünden.

Digitized by Google

Die Sitzung wurde verschönert durch einen von Herrn Pfarrer Fischer aus Chur in prächtig vaterländischem Sinne gehaltenen Vortrag „Die koloniale Frage und der Friede". Wie vorher in Chur, Ragaz und Arosa, so hat er auch hier in rednerischer Vollkommenheit die Zuhörer an die auf seine kolonialen Erfahrungen aufgebauten Ausführungen zu fesseln gewusst, so dass die Versammlung einmütig ihrem Gefühle der Entrüstung gegen die beispiellose Vergewaltigung des deutschen Volkes durch seine Feinde Ausdruck verlieh und ein in diesem Sinne gehaltenes Protesttelegramm an unsere Regierung abgehen ließ. O. S.

Zürich. Deutsche Darlehensgenossenschaft. Die deutsche Darlehensgenossenschaft wurde ins Leben gerufen, um in erster Linie wirtschaftlich geschädigten Deutschen in der Schweiz durch gemeinnütziges Wirken eine billige Befriedigung ihrer Kreditbedürfnisse unter Wahrung kaufmännischer Grundsätze zu erwirken. Besonders sollte den zurückkehrenden deutschen Kriegern geholfen werden. Die Mittel werden aus einem Gründungskapital, aus Schenkungen und durch rückzahlbare Einlagegelder aufgebracht. Bei den zahlreichen geldlichen Anforderungen an die Deutschen in der Schweiz hat das Unternehmen aber natürlich lange nicht so viel Gelder bekommen, als es hätte gebrauchen können. Bis heute sind etwa 300 000 Franken ausgeliehen worden, gerade jetzt aber stellen die zurückkehrenden Wehrleute Anforderungen an die Kasse, die leider nicht mehr befriedigt werden können. Eine große Reihe der Darlehenssuchenden kann die gewünschte Sicherheit für die Darlehen nicht stellen. Die Darlehensgenossenschaft ist aber eine Genossenschaft auf Gegenseitigkeit, welche die ihr anvertrauten Gelder nicht leichtsinnig verwalten darf. Der Vorstand, der, in Zusammenhang mit dem Hilfsbund, aufs peinlichste alle Gesuche prüft und sachlich seines Amtes waltet, steht den Verhältnissen selbst machtlos gegenüber. Wiederholt ist vorgeschlagen worden, die Kasse dadurch zu stärken, daß das Reich ihr größere Mittel zur Verfügung stellt. Der Vorstand des „Hilfsbundes für deutsche Kriegerfürsorge in der Schweiz" hat in Würdigung all dieser Dinge selbst dem Auswärtigen Amt in Berlin diesen Wunsch unterbreitet. Nur so könnten mehr Gelder ausgeliehen und die Darlehensgewährung selbst erleichtert werden.

Zürich. Verband der Deutschen in der Schweiz. Der hier schon öfters erwähnte „Verband der Deutschen in der Schweiz" hatte am 16. Mai die Deutschen Zürichs in den größten Saal der Stadt, die Stadthalle, zu einer Kundgebung eingeladen, Seit der Siegesfeier 1870 in der Tonhalle, die einst zu Unruhen führte, war dies wohl die machtvollste Kundgebung der Deutschen in der Schweiz und verlief in würdigem Ernste entsprechend dem Wunsche des Vorsitzenden, Herrn Barth, der eine Trauerfeier zu veranstalten wünschte. Als erster Redner erklärte Professor Wiesinger von der eidg. technischen Hochschule, daß der Vorstand anfängliche Bedenken gegen eine solche Versammlung im neutralen Ausland deshalb zurückgewiesen habe, weil das Verbrechen in Versailles nicht nur eine Angelegenheit der Deutschen, sondern der ganzen Kulturmenschheit sei. Sodann zerpflückte Wiesinger den Friedensvertrag an Hand von Wilsons Vorschlägen und forderte eine Ablehnung der schandbaren Zumutungen. Als zweiter Redner würdigte Dr. Weichardt, Redakteur der „Frankfürter Zeitung", in außerordentlich geistvollem Vortrag den wahren Kulturstand und das Kulturschaffen des deutschen Volkes, dem seine Feinde, z. T. auf kulturellem Gebiet nicht das Wasser zu reichen vermögen. Dabei fand Weichardt treffende Worte der Ablehnung für die Blüten des Potsdamer Geistes mit einer militärisch ausgerichteten Siegesallee. Dann sprach in ergreifender, zu Herzen gehender Weise der bekannte Pfarrer Wegener von der Schmach, die dem deutschen Volke zugedacht werden soll. Nicht „geschwächt" soll unser Volk werden, sondern vernichtet. Als Gäste sprachen zwei Vertreterinnen des zurzeit in Zürich tagenden Frauenkongresses, Frau Kirchhoff und Frau Perlen aus Stuttgart. Herr Erich Stoboy, Vorstandsmitglied des Verbandes, würdigte das Problem als Vertreter der Arbeiterschaft und als letzter und bester sprach endlich noch Pfarrer Strütt, der schon seit 40 Jahren hier ansässig ist. In sprühendem Sarkasmus und als Historiker vom Fach beleuchtete er kritisch die ganze Phraseologie unserer Gegner. Er fand scharfe Worte gegen die Franzosen und Italiener und gestand den Engländern eine gewisse Dosis von Idealismus zu, doch fehlen ihnen zum Engel die Flügel. Auch aus dieses Landsmannes Worten zitterte der Schmerz, der ihm in Sorge um die Heimat das Herz zerriß. Auch ein Sprosse einer seit 300 Jahren im Elsaß wohnenden Familie erbat sich das Wort, um gegen die Unterdrückung der „Befreier" seines Landes zu protestieren und für dasselbe Volksabstimmung und Autonomie zu fordern.

Erst kurz vor Mitternacht gelangte eine Resolution zur Verlesung und einstimmigen Annahme, die der deutschen Nationalversammlung oder der Reichsregierung telegraphisch übermittelt werden soll. In ihr erklären die Teilnehmer der Versammlung, in Uebereinstimmung mit den machtvollen Kundgebungen in der alten Heimat, in Uebereinstimmung auch mit den Kundgebungen besonnener Kreise der neutralen und selbst der feindlichen Welt, daß der Friede, der dem deutschen Volk jetzt aufgezwungen werden soll, das Gegenteil des feierlichst versprochenen Verständigungsfriedens ist und daß er mit den 14 Punkten Wilsons, auf Grund deren das deutsche Volk die Waffen aus den Händen gelegt hat, in Widerspruch steht. Ein Gewaltfriede, auf Bruch feierlicher Versprechungen gebaut, muß zum Verhängnis nicht nur der Besiegten, sondern auch der Sieger, ja schließlich zum Verhängnis der ganzen Welt werden. Die Teilnehmer der Tagung wenden sich deshalb an das Gewissen aller Menschen für die die Worte: Gerechtigkeit und Menschlichkeit kein leerer Schall sind, und rufen sie auf, ehe es zu spät ist, das deutsche Volk zu unterstützen in der Auflehnung gegen einen Frieden, der 70 Millionen Menschen dem Hunger und der Versklavung preisgeben würde. Das deutsche Volk wird den Mut und die Kraft finden, daß der ihm zugedachte Gewaltfriede nicht Gesetz werde, ihm muß auch fernerhin die Möglichkeit bleiben, als großes Kulturvolk seine Aufgaben sich selbst und der Menschheit gegenüber erfüllen zu können.

Diese Versammlung, an der über 2000 Landsleute teilnahmen (während noch etwa 1000 keinen Platz fanden), bewies, wie sehr wir im Ausland die Sorge um die Heimat teilen. In vielen, die dem Deutschtum bereits entfremdet waren, erwachte neue Liebe zum Vaterland und an allen Tischen sah man, wie sich die Anmeldelisten zum Beitritt in den Verband füllten. Das Verbrechen von Versailles hat trotz allem schon heute zwei ungewollte, aber um so erfreulichere Folgen: einmal die Entlarvung unserer Gegner und damit verbunden eine freundlichere Beurteilung unseres auch im neutralen Ausland so verhaßten und verleumdeten Volkes und als zweite erfreuliche Folge, ein Wiedererwachen des Heimatsgefühls der oft so mißachteten und geringgeschätzten Auslanddeutschen, die heute zum Zusammenschluß zwecks Durchführung eines positiven Kulturprogrammes aufrufen. Möge der Ruf bei den Millionen Deutschen im Auslande ein lautes Echo und bei der Reichsregierung und den auswärtigen Vertretungen endlich das bisher völlig fehlende Verständnis finden. Es geht um eines der höchsten Güter unseres Volkes!

Dr. med. Alfred Knapp-Zürich.

Am 23. Mai fand eine zweite Protestversammlung statt, zu der der große Saal der Stadthalle bis auf den letzten Platz wiederum besetzt war. Unter den Referenten sprachen auch

Digitized by Google

zwei Schweizer Bürger, Frau Boos-Jegher und Pfarrer Blocher. Eine Gruppe von Jungburschen versuchte, die Versammlung zu stören, indem sie in den Saal eindrang und die Internationale sang, um gegen den „nationalistischen" Charakter der Versammlung zu protestieren. Sie wurden aber entfernt und sangen dann vor dem Eingang zur Stadthalle weiter. Es sprachen noch die Professoren Wreschner und Wiesinger, der Pfarrer Strütt und der Oesterreicher Dr. Wlassak. Alle Redner wendeten sich scharf gegen die Friedensbedingungen der Entente.

Von der Deutschen Handelskammer in der Schweiz. Die Deutsche Handelskammer in der Schweiz hielt in Basel zu Anfang Mai eine Tagung ab. Der Hauptvorstand hatte eine gründliche Aussprache über die Neubelebung des deutsch-schweizerischen Güteraustausches und die damit zusammenhängenden Valutaprobleme, insbesondere über die Möglichkeit einer Konsolidierung des Markkurses durch Schaffung von Clearinghäusern unter Förderung des reinen Austauschverkehrs. Man war einstimmig der Ansicht, daß derartige Einrichtungen zwar für die Uebergangszeit möglich seien und für einzelne Warengattungen in Betracht kämen, daß aber das Ziel die Wiederanbahnung normaler Geschäftsverhältnisse bleiben müsse, während künstliche Maßnahmen zur Hebung des Markkurses auf die Dauer doch nichts nützen würden. Der Vorstand empfahl Maßnahmen gegen die Ausfuhr von sogenannten Konsignationsgütern, die nach den neutralen Ländern ausgeführt werden, ohne daß der deutschen Volkswirtschaft ein Gegenwert erwächst, indem die Ware im neutralen Ausland hintennach verkauft wird und der Erlös im Ausland verbleibt. Des weiteren unterhielt man sich über den deutschen Außenhandelsdienst und die Stellung der deutschen Handelskammer zu den wirtschaftlichen Beiräten bei den Konsulaten. Man will die zuständigen Behörden ersuchen, Anfragen an die Geschäftsstellen und Ortsgruppenvorstände der Handelskammer, nicht an einzelne Mitglieder zu richten, um die nötige Uebersicht zu bekommen. Mit Rücksicht auf den Tiefstand der Markkurse soll den deutschen Mitgliedern eine Erhöhung ihrer Beiträge nahegelegt werden. Auch soll ein Plan für die Kapitalisierung von Beiträgen ausgearbeitet werden. Der geschäftsführende Ausschuß wurde ferner beauftragt, die Frage einer besonderen Abteilung für Patente und Warenzeichen zu prüfen. Die Tätigkeit der Kommission über die Frage der Revision des Gotthard-Vertrages wurde für beendet erklärt, nachdem man sich im bejahenden Sinn entschieden hat. 16 neue Mitglieder aus Deutschland wurden aufgenommen. Am 21. Mai hielt der Syndikus in der Züricher Ortsgruppe einen Vortrag über die Baseler Mustermesse, der Direktor des Leipziger Meßamtes, Dr. Köhler, einen solchen über die Leipziger Messe. Die Hauptversammlung der Handelskammer am 6. Mai in Basel war so zahlreich besucht, wie keine zuvor. Dr. Hessing, der Leiter des auswärtigen Dienstes der Baseler Mustermesse, begrüßte die Erschienenen und hielt einen Vortrag über die Baseler Messe. Es wurde der Wunsch geäußert, es möchten auch die zahlreich vor dem Kriege in der Schweiz ansässigen auslanddeutschen Firmen, auch soweit sie nicht überwiegend mit schweizerischem Kapital arbeiten, in Zukunft in Basel ausstellungsberechtigt sein. Der Syndikus der Handelskammer, Rechtsanwalt Wirth, sprach über „Deutsche Preispolitik und Währungsfrage". Kommerzienrat Garnier von der Handelskammer Schopfheim sprach den Dank der fremden Gäste aus.

Haag. Deutscher Verein. Ein Wohltätigkeitsfest zum Besten tuberkulöser, unterernährter kranker Kinder und Wöchnerinnen in Deutschland hatte am 14. Mai durch die Mitwirkung des Herrn Dr. Ludwig Wüllner und des Dresdener Trios einen ebenso großen künstlerischen wie finanziellen Erfolg. Die Mitglieder der deutschen Gemeinschaft und der Haager Gesellschaft füllten den Saal bis zum letzten Platz. 5000 Gulden wurden eingenommen, dazu kommt noch eine Menge von Lebensmitteln, die in natura gestiftet wurden. Der Reinertrag wird zum Ankauf von Lebensmitteln verwandt, die an die Verpflegungsstätten der kranken Kinder und Wöchnerinnen nach Deutschland gesandt werden.

Bergen. Deutscher Verein. Anläßlich seiner Reise nach Bergen hielt Pfarrer Günther einen öffentlichen Vortrag über „Die Erschütterung der christlichen Weltanschauung durch den Weltkrieg" und sprach am 5. April im Deutschen Verein über die Aufgaben des Deutschtums und den in Christiania geplanten Zusammenschluß der dortigen Körperschaften, Vereine und Einzelpersonen zur einheitlichen Vertretung gemeinnütziger Ziele der Deutschen. Der Deutsche Verein hatte seinerseits den Verein „Vorwärts" und andere Gäste geladen. In der Besprechung des Vortrags kamen politische Meinungsverschiedenheiten wohl zum Ausdruck, aber der Gedanke des Zusammenschlusses der Auslanddeutschen wurde von allen Rednern sympatisch begrüßt. Pastor Günther sprach schließlich noch in der Deutschen Gesellschaft über „Goethes politische und soziale Anschauungen".

Christiania. Ein Zentralausschuß der Deutschen Christianias. Am 26. März fand ein Besprechungsabend der Deutschen in Christiania statt, zu dem 175 Personen erschienen waren, darunter die Vertreter der Gesandtschaft, der Konsulate, der deutschen Vereine. Pfarrer Günther, der rührige Vertreter des Deutschtums in Norwegen, sprach im Auftrage eines vorbereitenden Ausschusses über die Zukunftsaufgaben des Auslanddeutschtums und über verschiedene Pläne und Vorschläge zur Zusammenfassung des Deutschtums in Christiania. Er verwies auf drei wesentliche Punkte, auf die erhöhte Selbständigkeit, auf die erhöhte Bedeutung und die erhöhte Verpflichtung. Was die Auslanddeutschen von der Heimat als Rückhalt erwarteten, fällt in Zukunft weg. Die Kraft der Heimat, die Macht nach außen, sind erschöpft. Der Friedensvertrag knechtet ein starkes Volk. Die Auslanddeutschen werden auf sich selbst gestellt sein. Aber die Auslanddeutschen in den neutralen Ländern haben doch weniger gelitten als die Heimat, sie werden die größere Selbstständigkeit auch durchführen können. Eine Vertretung des deutschen Volkes im Auslande und zwar eine würdige und taktvolle Vertretung ist nötiger denn je, die Unkenntnis über Deutschland muß in harter Arbeit beseitigt werden; nicht zuletzt wird es vom Auslanddeutschtum abhängen, ob der deutsch Name wieder zu Ehren kommt. Das Auslanddeutschtum kann ein internationaler Faktor von hoher Bedeutung für die Völkerversöhnung werden. Die zu erwartende deutsche Auswanderung wird das Auslanddeutschtum rein zahlenmäßig verstärken. Das legt den Auslanddeutschen auch Pflichten auf, nicht nur in geldlicher Hinsicht, obgleich gerade hier die Anforderungen hoch sein werden, sondern vor allem moralische Pflichten. Nur muß der Auslanddeutsche seine Zeit verstehen und seine Pflichten begreifen, und diese Pflicht gebietet Zusammenhalt in den einzelnen Kolonien. Der alte Erbfehler der Deutschen, die Eigenbrödelei, muß verschwinden. Die Deutschen in Christiania wollen mit praktischer Arbeit beginnen. Zu diesem Zwecke, so schloß Pfarrer Günther, soll ein „Rat oder Zentralausschuß der Deutschen in Christiania" begründet werden. Jeder deutsche Verein, Gesandtschaft und Generalkonsulate einbegriffen, sollte einen Vertreter entsenden. Die zu einer Vollversammlung einberufene deutsche Kolonie sollte noch etwa die gleiche Zahl der so zusammenkommenden Vertreter in den Ausschuß wählen und zwar ohne Rücksicht auf Vereinszugehörigkeit. Die Vollversammlung sollte auch den Ausschuß-Vorsitzenden wählen, der Ausschuß selbst dann zwei

Digitized by Google

Stellvertreter, den Schriftführer und den Kassenwart. Diese fünf Herren sollten den geschäftsführenden Ausschuß bilden. Der Zentralausschuß selbst sollte sich die Förderung aller gemeinsamen Angelegenheiten der Deutschen in Christiania angelegen sein lassen, die Pflege und Verbindung mit dem heimatlichen Kultur- und Geistesleben, die Sorge für die Einigkeit und den Zusammenhalt unter den Landsleuten und die Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Norwegern und Deutschen. Später wird an die Errichtung eines deutschen Hauses mit Lesezimmern, Bücherei, an geistig anregende Veranstaltungen usf. gedacht. Die einzelnen Vereine und ihr Sonderleben sollten also nicht berührt werden, ebenso wie der Ausschuß parteipolitisch und konfessionell neutral bleiben sollte. Als stimmberechtigt sollte jeder Deutsche und von Deutschen Abstammende beiderlei Geschlechts gelten, der jährlich mindestens 1 Krone Beitrag bezahlt.

An das klare und übersichtliche Referat des Herrn Pfarrer Günther schloß sich eine Besprechung, die Buchdruckereibesitzer Kirste leitete. Minister v. Mutius begrüßte den Plan, der allerdings nur Wert habe, wenn er aus freier Zustimmung und innerer Ueberzeugung der Auslanddeutschen selbst hervorwachse. Generalkonsul Dr. Voretzsch sprach sich aus seinen Erfahrungen in China heraus gleichfalls für den Plan aus. Für den deutschen Verein sprach zustimmend Herr Müssigbrodt unter Hervorhebung aller Einzelheiten, die für den Gedanken sich anführen lassen. In der Diskussion sprachen auch Mitglieder des deutschen „sozialistischen Klubs Vorwärts", der jetzt seinen Namen in: „Kommunistenklub Karl Liebknecht" umgewandelt hat. Zum Teil äußerten sich seine Mitglieder für den Plan, zum Teil sprachen sie allerdings auch scharf dagegen, weil sie die Beteiligung an bürgerlichen Vereinen auch im Auslande ablehnten und als rein international-politische Vereinigung auch gegen jede Beteiligung an national-kulturellen Dingen seien. Zahlreiche Redner wandten sich gegen diese Stellungnahme und traten für die Betonung des Zusammenführenden unter Zurückstellung des Trennenden ein. Zum Schlusse stimmten mit Ausnahme der meisten Mitglieder des sozialistischen Klubs alle Anwesenden der Begründung des Rates oder Ausschusses grundsätzlich zu. Ein vorläufiger Ausschuß von 14 Mitgliedern soll den Satzungsentwurf noch einmal durchberaten und weitere Vorbereitungen zum Zusammenschluß treffen.

Christiania. Deutsche Gemeinde. Eine auf den 30. März einberufene Jahresversammlung war infolge zu geringer Beteiligung nicht beschlußfähig. Eine zweite Versammlung fand am 27. April unter Leitung des Kirchenvorstands-Vorsitzenden, Minister von Mutius, statt. Geschäftliche Angelegenheiten wurden erledigt. Dem Kassierer, Herrn Fritz Aigeltinger, wurde Entlastung erteilt und für seine siebenjährigen aufopfernden Dienste der Dank ausgesprochen. Der Pfarrer gedachte in seinen Erläuterungen zum Jahresbericht besonders dankbar der unermüdlichen selbstlosen Tätigkeit des Herrn Höhnke bei allen gemeinnützigen Unternehmungen der Gemeinde und der Kolonie. Am zweiten Sonntag nach Ostern erlebte die Gemeinde ihren bestbesuchtesten Gottesdienst seit ihrer Gründung. Ueber 350 Deutsche aus Norwegen hörten die Predigt des Pfarrers Dr. Rittelmeyer-Berlin. Eine Kollekte für die unterernährten Kinder, die nach Norwegen eingeladen worden sind, ergab 690 Kronen. Am 1. Mai hielt Pfarrer Rittelmeyer einen Vortrag im Christlichen Studentenverein über „Die Arbeit der Christen an der Gegenwart". Am 2. Mai sprach er in einem öffentlichen Vortrag über „Die Krisis des Christentums in der Gegenwartskultur". Am 3. Mai folgte ein Vortrag vor den Studenten über „Deutschlands Zukunft" und am 5. Mai beschloß ein öffentlicher Vortrag über „Christentum und Theosophie" die Reihe, die sich einer ungewöhnlich zahlreichen Zuhörerschaft erfreute.

Stockholm. Deutscher Hilfsverein. Der Jahresbericht des Vereins, der seit Kriegsbeginn insgesamt 127 000 Kronen an Kriegerfamilien zur Auszahlung gebracht hat, berichtet, daß im Jahre 1918 nahezu 35 000 Kronen Unterstützungsgelder an Familien gezahlt wurden. Kriegerfamilien, deren Angehörige gefallen oder noch nicht zurückgekehrt sind, werden vorläufig weiter unterstützt. Zurückgekehrten Wehrleuten, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind, wird durch zinsfreies Darlehen oder durch Unterstützung geholfen. Eine besondere Abteilung des Vereins widmete sich dem Hilfsdienst für die deutschen Zivil- und Kriegsgefangenen. Sie hat über 168 000 Briefe, Postkarten und Kreuzbandsendungen und nahezu 16 000 Geldsendungen vermittelt. Der Verein zählt 283 Mitglieder, sein Vorsitzender ist Herr H. Isselhorst.

Lodz. Gesangverein Aeol. Einem Bericht der „Lodzer Freien Presse" entnehmen wir, daß der sehr rührige Verein nach langer Zeit wieder mit einem Familienabend an die Oeffentlichkeit trat, den der gemischte Chor durch ausgezeichnete Darbietungen auf dem Gebiete des Kirchengesangs verschönte. Pastor Dietrich betonte in seiner Festansprache die großen Aufgaben des Vereins: der Popularisierung der klassischen Kirchenmusik und hob auch die Notwendigkeit des Zusammenhaltens aller Gesangvereine der lutherischen Kirche in Polen hervor. Eine Spendensammlung zugunsten der Einkleidung armer Konfirmanden ergab 190 Mark.

Dorpat. Deutscher Baltenbund. Am 2. April fand der „Dorpater Zeitung" zufolge die Generalversammlung statt, die Dr. J. Meyer leitete. Der Bund ging sofort nach der Befreiung Dorpats von den Bolschewisten wieder an die Arbeit, die neuausgearbeiteten Statuten wurden von der Regierung am 19. März bestätigt. Der Verein will Sammelpunkt aller wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des Deutschtums sein. Der Mitgliedsbeitrag ist nach dem Einkommen abgestuft, er beträgt bei 1000 Mark Einkommen 2 Mark, bei 2000 schon 5 Mark und wächst bei einem Einkommen von 15 000 Mark auf 200 Mark an. Die Bildung eines Konsumvereins ist in Aussicht genommen, ein Gemüsegarten ist gepachtet worden und soll für die Angehörigen des Bundes bewirtschaftet werden, eine Leih- und Sparkasse soll begründet werden. Eine deutsche Volksschule besteht noch nicht, die Schulfrage soll daher in den Vordergrund aller Arbeit gestellt werden.

Reval. Die Liebestätigkeit der deutschen Gemeinde 1918. Den „Baltischen Blättern" zufolge haben die einzelnen Gemeinden im Jahre 1918 trotz der Schwierigkeit der Zeitverhältnisse Beträchtliches geleistet. Die Domgemeinde hat 12 800, die Sankt Nikolaigemeinde nahezu 15 000, die Sankt Olaigemeinde 14 000 Rubel aufgebracht, zusammen sind nahezu 42 000 Rubel gespendet worden.

KIRCHLICHES

Für die deutschen Missionen.

Graf Brockdorff-Rantzau hat am 17. Mai den Alliierten in Versailles eine Note überreicht, die über die Missionsfrage handelt. Seit über 200 Jahren hätten die deutschen Missionare selbstlos am wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Bevölkerung aller Erdteile gearbeitet, niemals auf Politik, sondern nur auf die Erziehung ihrer Schutzbefohlenen bedacht. Nun wolle der Artikel 438 der Friedensbedingungen dieser Tätigkeit jäh ein Ende setzen. Man entziehe den Missionen ihr Eigentum, das ihnen die heimatliche Christenheit durch ihre Freigiebigkeit geschaffen, man stoße sie aus. Mehr als 1½ Millionen Taufbewerber und Schüler aller Rassen sollten ihre geistigen Führer verlieren und in die Gefahr des

Digitized by Google

Verfalls geraten. Der Ausschuß der deutschen Missionare trage einen besonders gehässigen Charakter. Man verschlechtere das Vertrauen in die Missionen überhaupt, wenn man aus politischen Gründen ihren supra-nationalen Charakter angreife. Die Folgen müßten depravierend sein. Die deutsche Regierung finde die Zumutung den Artikel anzunehmen, mit ihrer Würde nicht vereinbar. Der Artikel 438 gehört zu den Bestimmungen des Friedensvertragsentwurfes, der die Wiederaussöhnung der Völker nur verhindern könne. Die deutsche Delegation empfehle die Einsetzung eines gemischten Ausschusses von Sachverständigen zur mündlichen Erörterung der Frage, wie die Einwirkungen des Weltkrieges auf die christlichen Missionen am zweckmäßigsten geregelt werden könnten.

Für die Erhaltung der deutschen Missionen, wenigstens der katholischen, scheint einem Leitartikel des „Osservatore Romano" zufolge, der Papst eintreten zu wollen. Er hat Ceretti nach Paris entsandt, um darauf hinzuweisen, daß durch die Artikel 122 und 438 des Friedensvertrages, die die Ausweisung der deutschen Missionare und die Verwaltung ihrer Güter durch einen von der örtlichen Regierung zu bestellenden Ausschuß vorsehen, die Rechte des Heiligen Stuhles verletzt würden. Soweit es sich um deutsche katholische Missionare handele, dürfe, so sagt das Blatt, nicht vergessen werden, daß jeder Mißbrauch des Amtes zu politischer Agitation durch die Vermittlung der Kongregation bestraft werden könne.

Die Mission der Weißen Väter in Afrika. Dem „Afrikaboten" entnehmen wir eine Statistik über die Tätigkeit der Weißen-Väter-Mission in Gesamtafrika. Darnach waren im Zeitraum vom 1. Juli 1917 bis 1. Juli 1918 auf 133 Hauptstationen 465 Missionare und 245 Schwestern, sowie 2847 Katecheten tätig, die 273 000 Christen betreuten. In 2482 Schulen wurden 61 000 Knaben und 34 000 Mädchen unterrichtet, in 311 Spitälern 1 221 000 Kranke behandelt.

Die deutsche Mission in Ostasien. In letzter Stunde scheint, vorläufig wenigstens, die Zerstörung der deutschen Missionsarbeit in China verhindert worden zu sein. Die „Berliner Missionsberichte" melden darüber, daß die Stimmung der fremden Missionare gegenüber den Deutschen in China selbst verschieden gewesen sei. Das China Continuation Comittee habe unter dem Vorwande, es handle sich um eine politische Angelegenheit, ein Eintreten für die deutschen Missionare abgelehnt, der Evangelist Eddy und die Hintermänner der Educational Review, der christlichen Zeitschrift für Erziehungsfragen, schienen die geplante Verbannung der Deutschen aus China sogar nicht ungern zu sehen. Aber viele andere hätten auch tatkräftig widersprochen. Es sei ein wahrer Sturm in China entstanden, der das diplomatische Korps zum Einschreiten veranlaßt habe. Die Ausweisung der deutschen Missionare sei zurückgenommen worden. Viele seien schon in Kanton zur Abreise versammelt gewesen, da sei die Erlaubnis gekommen, bleiben zu dürfen. Nur einige wenige aus Tschekiang erreichte die Nachricht nicht mehr, sie kamen nach Schanghai und wurden nun von den Engländern nicht mehr zurückgelassen. Unter den Chinesen selbst erfreuen sich die deutschen Missionare starker Beliebtheit. Die Chinesen versteckten ja auch deutsche Aerzte von der Medizinalschule, als die chinesisch-englischen Behörden sie suchten, um sie zu deportieren und sie gründeten, als die deutsche Medizinschule in Schanghai geschlossen wurde, sofort selbst an anderem Orte eine deutsch-chinesische Schule. Die Früchte unserer Kulturarbeit in China werden also nicht untergehen!

Die **„Christenhilfe für die Welt"** erinnert in ihrem Mai Juniheft daran, daß am 1. April 10 Jahre verflossen waren, seitdem Missionsdirektor Pfarrer Lic. D. Dr. Witte in den Dienst des allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins trat. Er habe durch Fähigkeiten und Gaben, Eifer und Organisationstalent wie durch glänzende wissenschaftliche Leistungen in erster Linie dazu beigetragen, das Missionswerk zu fördern. Auch das Auslanddeutschtum verdankt Herrn Missionsdirektor Witte außerordentlich viele Förderung. Das Blatt erwähnt noch einen zweiten Gedenktag. Im Mai sind 60 Jahre verflossen, seit die ersten protestantischen Missionare Japans Boden betraten. Ausführlich wird in der erwähnten Nummer die Geschichte dieser Missionstätigkeit geschildert. Heute gibt es 43 evangelische Missionsgesellschaften in Japan mit 1037 fremden Missionaren, die katholische Mission arbeitet mit 352 fremden Kräften neben den japanischen, die russisch-orthodoxe bedient sich unter der Leitung eines Russen nur japanischer Helfer. Auch der allgemeine evangelisch-protestantische Missionsverein arbeitet in Japan. Er zählt an 600 Christen. In 12 Sonntagsschulen wurden im Jahre 1917 476 Kinder unterrichtet, der Kindergarten in Tokio hatte 30 Kinder, das Studentenheim 30 Studenten, die deutsche Abendschule in Kyoto zählte 120 Schüler, auch die Abendschule in Tokio war gut besucht. Professor Dr. med. Tsutsin sagte über die deutsche Mission: „Die anderen Missionen haben Ruderarbeit getan, am Steuer aber saß die deutsche Mission und gab dem Lauf des Schiffes die rechte Richtung. Die deutschen Missionare haben stets selbstlos gearbeitet."

Ueber **die evangelische Kirche in Spanien** berichten die von Pastor Theodor Fliedner in Eisenach herausgegebenen „Blätter aus Spanien", daß im Jahre 1918 rund 16 000 Freunde der evangelischen Arbeit für Spanien Beiträge für das Evangelisationswerk sandten. Der Bruder des Herausgebers, Pastor Georg Fliedner, wurde von den Engländern wegen seines mannhaften Eintretens für das Deutschtum auf die schwarze Liste gesetzt. Die Einweihung der neben der Universität gelegenen, neuen protestantischen Kirche im März 1915 brachte trotz der Kriegsverhetzung das friedliche Zusammentreffen des Deutschen mit einem Amerikaner deutschen Ursprungs und einem Engländer zu gemeinsamer Predigt.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Mitteilung des Rats der Reichsdeutschen im Ausland.

Am 17. Juni 1919 fand im Reichsministerium des Innern zu Berlin eine sehr zahlreich auch von auswärts besuchte Sitzung des Rats der Reichsdeutschen im Ausland statt.

Von den zahlreichen Punkten der Tagesordnung sollen hier nur einige hervorgehoben werden.

Es wurde beschlossen, daß die Verhandlungen zu einem allgemeinen Zusammenschluß aller Auslanddeutschen, die bis dahin günstig verlaufen waren, in kürzester Zeit zu einem Abschlusse gebracht werden sollen. Ein Ausschuß wurde eingesetzt, der über die Verteilung der für diesen Zusammenschluß erforderlichen größeren Kosten Bericht erstatten soll. Man kann jetzt schon sagen, daß auch die finanzielle Seite dem geplanten Zusammenschluß keine Schwierigkeiten bieten wird.

Ferner wurde beschlossen, dass die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Ausland Institut in Stuttgart noch dadurch gefördert werden soll, dass die Mitteilungen dieses Instituts von jetzt ab als Organ des Rats der Reichsdeutschen im Ausland behandelt werden sollen.

Digitized by Google

Ueber eine Spende des Roten Kreuzes zugunsten zurückkehrender deutscher Zivilgefangener wurde berichtet.

Der Deutsch-chinesische Verband, E. V., Berlin W 35, Potsdamerstraße 28, schloß sich dem Rate an; Herr Dr. Linde wurde als dessen Vertreter in dem Rat aufgenommen.

Zu den in den nächsten Tagen wieder stattfindenden Sitzungen der Sachverständigen-Ausschüsse der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amts für die Friedensverhandlungen hatten viele der anwesenden Ratsmitglieder telegraphisch Einladungen erhalten. Da an nicht weniger als 19 Stellen solche Sitzungen gleichzeitig in Berlin stattfinden sollen, werden die eingeladenen Herren bzw. deren Vertreter am Schlusse der Ratsitzung auf die verschiedenen Sitzungen verteilt, so daß man annehmen kann, daß in allen Sachverständigen-Sitzungen, in denen Auslanddeutschenfragen zur Sprache kommen können, ein oder mehrere Vertreter des Rats anwesend sein werden.

Barmen. Die **„Vereinigung der Auslanddeutschen im rhein.-westf. Industriegebiet** hielt am 16. Mai eine Versammlung ab, welche von Teilnehmern aus allen größeren Städten des Industriegebietes sehr stark besucht war. In seiner Ansprache brachte der Vorsitzende Schreiben der Reichsregierung, Provinzialbehörden und des deutschen Ausland Institutes zur Verlesung, in denen von diesen Stellen der Vereinigung tatkräftigste Unterstützung zugesichert wird. Hieran anschließend hielt der 2. Vorsitzende, Herr Otto Frowein aus Moskau, einen Vortrag über das Thema: „Rußland und der Bolschewismus". Der Redner, der erst kürzlich aus Rußland zurückgekehrt ist, brachte interessante Schilderungen aus eigenen Erlebnissen und vertrat die Ansicht, daß alsbald nach Friedensschluß auch in diesem Lande die Vernunft siegen würde und Rußland vermöge seiner reichen Bodenschätze bald wieder zu Ansehen und Geltung kommen werde. Die Ausführungen fanden die ungeteilte Aufmerksamkeit der Zuhörerschaft. Daraufhin machte der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Herr Jak. Mann, Mitteilungen über Unterstützungs-Angelegenheiten, insbesondere darüber, daß für Flüchtlinge aus Belgien eine größere Summe zur Verfügung stände, sowie über Auswanderungen nach den feindlichen Ländern nach Friedensschluß. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung erfolgte die Wahl eines Pressedelegierten, sowie eine allgemeine Aussprache, welche sich bis in die späten Abendstunden ausdehnte.

Berlin. Deutsche Auskunftstelle für Bulgarien. Die Auskunftstelle ist eine Vereinigung der aus Bulgarien vertriebenen Deutschen, welche sich die Wahrung ihrer Interessen und die Unterstützung ihrer Mitglieder mit Rat und Tat zum Ziele gesetzt hat. Eine Darlehenskasse dient dazu, in dringenden Fällen den Mitgliedern die nötigen Existenzmittel zur Verfügung zu stellen. Die Auskunftstelle sammelt alles Material, was gegenwärtig aus Bulgarien erhältlich ist, und macht es ihren Mitgliedern zugängig; sie bemüht sich insbesondere, Nachrichten über den in Bulgarien zurückgelassenen Besitz ihrer Landsleute zu beschaffen. — Die Deutsche Kolonie Sofia, die im Rahmen der Auskunftstelle ihre Tätigkeit fortsetzt, veranstaltet regelmäßig Zusammenkünfte, die jeden zweiten Donnerstag in Berlin, Restaurant Heidelberger am Bahnhof Friedrichstraße, stattfinden und zu denen alle Landsleute aus Bulgarien willkommen sind. In der letzten Versammlung wurde ein Vortrag über den Entwurf des Friedensvertrages unter Berücksichtigung der für die Auslanddeutschen geltenden Bestimmungen gehalten. Es wurde darauf hingewiesen, daß Deutschland sich darin verpflichten solle, allen Vereinbarungen über die deutschen Interessen in Bulgarien, die mit der bulgarischen Regierung direkt getroffen würden, im voraus zuzustimmen, so daß also über das Schicksal der Bulgaren-Deutschen entschieden würde, ohne daß auch nur die Möglichkeit bestände, dazu vorher Stellung zu nehmen.

Bisher war es nicht möglich, eine vollständige Liste aller deutschen Flüchtlinge aus Bulgarien zusammen zu stellen. Es ergeht daher die Aufforderung an alle diejenigen, die die regelmäßig erscheinenden Mitteilungen der Auskunftstelle zu erhalten wünschen, Namen und Wohnort sowie sonstige Einzelheiten der Deutschen Auskunftstelle für Bulgarien, Berlin, Behrenstr. 31, mitzuteilen.

Berlin. Vereinigung der Auslanddeutschen aus Italien. Professor Fitzner begrüßte die zur Versammlung am 5. Mai Erschienenen, Herr Josephy warnte davor, den jetzt wieder eröffneten Briefverkehr nach Italien zu Mitteilungen über deutsche Werte zu benutzen, da die Italiener hier nur eine Falle stellen wollten. Auch soll nichts über Werte gesagt werden, die zu Anfang des Krieges aus Italien nach Deutschland gebracht wurden. Eine Einreise nach Italien sei vorläufig noch nicht möglich. Es wurde bekannt gegeben, daß die Vermögenssteuer die Auslanddeutschen nichts angehe. Der Vorsitzende bat um Unterstützung der Sammlung „Rückwandererhilfe", die demnächst einsetze und einen bestimmten Teil des einkommenden Geldes für Reichsdeutsche aus dem Auslande reservieren werde. Freiwillige Helfer beim Werke seien willkommen. Professor Haseloff berichtete über die Entführung bedeutender Kunstwerke durch die Italiener aus Oesterreich. Es wurde schließlich noch berichtet, daß die italienischen Aktiengesellschaften sich in einer Versammlung in Rom mit einem Kapital von 14 Milliarden Lire zusammengeschlossen hätten.

Berlin. Geschäftsführender Ausschuß der aus Rußland vertriebenen Reichsdeutschen. Die 104. Versammlung im Lehrervereinshaus war wiederum überfüllt, es mögen gegen 2000 Personen anwesend gewesen sein. Herr Lenz leitete die Versammlung; er gedachte der Toten und gab die Liste der neuangekommenen Flüchtlinge bekannt. Vor allem verwies er auf die Anfang Juni im ganzen Reiche beginnende Sammlung der „Rückwandererhilfe", die von 15 Verbänden, darunter auch dem Deutschen Ausland Institut begründet worden ist, und die eine großzügige Werbung zur Spendensammlung für die Rückwanderer und Flüchtlinge einleiten wird. Die Bitte um Mithilfe ergeht an alle Auslanddeutschen. Dann gab Herr Lenz unter anderm einen ausführlichen Ueberblick über die Ziele und Arbeiten des Deutschen Ausland Instituts und erwähnte vor allem die „Mitteilungen" als ein Organ, in dem die Interessen der Auslanddeutschen behandelt werden und in dem über die einzelnen Vereinigungen der Auslanddeutschen im Reiche berichtet wird. Er empfahl den Auslanddeutschen warm, den Beitritt zum Institut. Der Vorsitzende gab auch von den Bestrebungen des deutsch-russischen Vereins zum Wiederaufbau der deutschen Interessen in Rußland Kenntnis, er berichtete über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen im bolschewistischen Rußland, wo die Delegierten des schwedischen Roten Kreuzes ihre Arbeit wieder aufgenommen haben. Die deutsche Regierung hat neurdings die Rückführung dieser Gefangenen über Japan und Amerika in Vorschlag gebracht. Sollten sie bald zurückkommen, so müßten sie freilich würdiger und feierlicher empfangen werden, als es bisher der Fall war. Beim Empfang wird sich auch der Rat der Reichsdeutschen im Auslande in Zukunft betätigen. Der Ausschuß hat zugunsten der Rigenser Reichsdeutschen eine Eingabe an die Regierung gerichtet und für diese 4—5000 Personen rasche Hilfe erbeten. Der Ausschuß war an den Beratungen am 11. April im Friedensamte durch einen Herrn vertreten und hat seine Ansichten zu den verschiedensten Beratungspunkten zur Geltung bringen können. Ueber die Zustände in Riga sprach sodann Herr v. Eckart, über die Zustände im Orenburgschen und in

Digitized by Google

Moskau sprach der eben von dort zurückgekehrte Herr Dr. Wildt, der dringend vor vorzeitiger Rückkehr nach Rußland warnte. Die 105. Versammlung am Montag, den 26. Mai, wies wieder einen äußerst regen Besuch auf. Der Vorsitzende, Herr Lenz, besprach den vorliegenden Friedensvertragsentwurf und den dagegen im Namen der Auslanddeutschen eingelegten Protest. Er verwies auf die Versammlung der Auslanddeutschen am Sonntag, den 18. Mai im Lustgarten, an der 6—7000 Auslanddeutsche teilnahmen und die einen wirklich imposanten Eindruck machte. Rechtsanwalt Dr. Hirschland hielt ein Referat über die das Auslanddeutschtum betreffenden Paragraphen der Friedensbedingungen. Es wurde mitgeteilt, daß Reichsdeutsche, die aus Kurland ihre Möbel zurückschaffen lassen wollten, sich an die Abteilung XI des Roten Kreuzes, Berlin W 9, Bellevuestr. 8, mit einem Antrag zu wenden hätten. Um den Abtransport der in Riga befindlichen Reichsdeutschen und ihres Hab und Guts in die Wege zu leiten, begiebt sich der Vorsitzende des Ausschusses selbst nach Riga. Es wurde gebeten, die in Berlin begründete „Rigahilfe" aufs wärmste zu unterstützen. Ferner wurde mitgeteilt, daß zur Abgabe einer Vermögenserklärung Personen nicht verpflichtet sind, welche sich länger als zwei Jahre dauernd im Auslande aufgehalten haben, ohne gleichzeitig in einem der deutschen Bundesstaaten einen festen Wohnsitz zu haben (§ 11 des Besitzsteuergesetzes). Diese Bestimmung bilde die Grundlage zur Besteuerung derjenigen Personen, welche eine Kriegsabgabe zu entrichten haben. Es sei daher im Einzelfalle, ehe eine Vermögensangabe gemacht wird, zu prüfen, ob der Auslanddeutsche nicht mehr ins Ausland zurückzukehren gedenke, seinen festen Wohnsitz also in Deutschland genommen habe. Will der Auslanddeutsche bis spätestens ein Jahr nach dem allgemeinen Friedensschluß wieder ins Ausland zurückkehren, so braucht er eine Vermögensaufstellung nicht zu machen.

Berlin. Verein der Deutschen aus dem Kaukasus. Hier hat sich aus Kreisen der ehemaligen deutschen Kolonisten, sowie der kaufmännischen Vertreter verschiedener deutscher Firmen, die namentlich in Tiflis tätig waren, im April ein Verein gebildet, der seine Mitglieder in dem Bestreben, die alten Beziehungen zum Kaukasus wieder aufzunehmen, aufs lebhafteste unterstützen will. Monatlich findet eine Mitgliederzusammenkunft statt. Ein deutscher Verein hat ja auch in Tiflis, wo auch eine deutsche Zeitschrift „Die kaukasische Post" existierte, wie die Pressemitteilungen des V. D. A. berichten, schon seit 60 Jahren bestanden. Vorstand des Vereins ist Pastor J. Schleunig, Berlin, Kurfürstenstraße 105.

Berlin. Ein **„Verband der Kolonisten und anderen Deutschen Nord-Rußlands mit dem Sitz in Berlin"** ist am 19. April 1919 begründet worden. Er hat den Zweck, die kulturellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der deutschen Kolonisten und anderen Deutschen, die in den nördlichen Gebieten Rußlands ansässig waren, sind oder werden wollen, zu fördern und zu wahren, diese Personen zu vertreten und ihnen jegliche Unterstützung bei Ein- und Auswanderung zu gewähren.

Mitglieder können werden Deutsche und Ausländer deutscher Abstammung beiderlei Geschlechts, auch andere Personen deren Ziele mit den Zielen des Verbandes nicht in Widerspruch stehen. Jedes Mitglied zahlt einen Beitrag von mindestens 10 Mark.

Der Vorstand besteht aus den Herren: Bankdirektor Ferdinand Niedermeyer, Vorsitzender, Bankdirektor Ernst Hahn, Kassierer, Fabrikbesitzer Michael Hoffmann, Fabrikbesitzer Reinhold Rosentreter, Kaufmann Ferdinand Kannegießer.

Berlin. Vereinigung ehemaliger Südafrikaner. Am 30. April verstarb der Vorsitzende der Vereinigung ehemaliger Südafrikaner, Herr Direktor Richard M. Flatow. Seiner rastlosen Tätigkeit im „Hilfsausschuß für die notleidenden Kriegsgefangenen in den Lagern bei Pietermaritzburg" ist es größtenteils zu danken, daß das Los der Gefangenen gemildert und von ihren Frauen und Kindern die äußerste Not abgehalten wurde. Sein gütiges, anspruchsloses und vornehmes Wesen, seine sich stets gleich bleibende Liebenswürdigkeit, seine unermüdliche Hilfsbereitschaft sichern ihm ein bleibendes Andenken und den unauslöschlichen Dank aller Deutschen Südafrikas. Den Vorsitz im Verein, der jeden zweiten Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, in den Wilhelmshallen am Bahnhof Zoologischer Garten tagt, hat Herr Rektor Gädeke, Spandau, 39 Brüderstraße, übernommen. Die Vereinigung, eine Ortsgruppe des V. D. A. bezweckt, die teilweise abgebrochenen Verbindungen mit Südafrika wieder herzustellen, den Zurückkehrenden mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und alte Freundschaft zu pflegen.

Bonn. Vereinigung deutsch-belgischer Flüchtlinge. Am 18. Mai fand eine Sitzung statt, in der Herr Hugo Wendt aus Köln über die Tätigkeit der Vereinigung berichtete. Er bedauerte, daß in der Friedensdelegation in Versailles für Auslanddeutsche kein Platz mehr gewesen sei. Der belgische Minister Vandervelde sei gebeten worden, vom Verkauf des sequestrierten Eigentums abzusehen. Ueber die Frage, wie die seinerzeit in Belgien zum damaligen Zwangskurse an die deutschen Bankniederlassungen eingezahlten Beträge zurückzuzahlen seien, werde zurzeit von einer Bankengruppe mit der belgischen und der deutschen Regierung verhandelt. Herr Wendt ist als Vertreter der Deutsch-Belgier in den Rat der Reichsdeutschen im Ausland gewählt worden. Der Gesamtvereinigung sind vom Roten Kreuz 7000 Mark, von der früheren Brüsseler Spitzenzentrale 5000 Mark, vom Kölner Männergesangverein aus dem Ertrag eines Konzertes 500 Mark, vom früheren Zivilkommissar in Charleroi, Regierungsrat Heinichen, 5000 Mark als Spenden überwiesen worden.

Frankfurt a. M. Verein deutscher Flüchtlinge aus Belgien. Die außerordentlich rührige Vereinigung versendet zu Ende Mai wieder einen Bericht, der einen Einblick in die vielseitige Tätigkeit des Vorstandes gibt. Der Verein ist bemüht, mit Rat und Tat den Deutsch-Belgiern beizustehen. Der Vertreter des Vereins beim Rat in Berlin, Redakteur Wertheimer-Brüssel, ist zu den Friedensverhandlungen nach Versailles abgereist, die Herren Dr. Nettsträter und von Mallinckrodt sind zu den Beratungen des Friedensamtes in Berlin zugezogen worden. Inzwischen ist in Berlin ein deutsch-belgischer Wirtschaftsausschuß begründet worden, der sich der deutsch-belgischen Klagen und Beschwerden annimmt. Für Uebersendung von Frankenbeträgen nach Belgien, wie z. B. an zurückgelassene Familienmitglieder, kann beim Treuhänder für das feindliche Vermögen, Berlin W 8, Kronenstr. 42, die nötige Ermächtigung eingeholt werden. Der Verein teilt mit, daß nach ihm gewordenen Auskünften die Anmeldung ausländischer Wertpapiere und eine Aufforderung zur Vermögensaufstellung die Auslanddeutschen solange nicht betreffe, als sie ihren Wohnsitz nicht endgültig in Deutschland genommen haben. Der Mindestmitgliedsbeitrag der Vereinigung beträgt 5 Mark, doch werden Bemittelte gebeten, diesen Beitrag in Anbetracht der hohen Kosten der Arbeit freiwillig zu erhöhen.

Frankfurt a. M. Vereinigung zum Schutze der Interessen der Reichsdeutschen aus Feindesland. Die in Frankfurt a. M. lebenden, in den betreffenden Ländern geborenen Frauen aller Flüchtlinge aus Feindesland haben beschlossen, sich mit einer wirkungsvollen Kundgebung an den Präsidenten der Friedenskonferenz in Versailles zu wenden, in der sie

Digitized by Google

gegen die Liquidierung ihres in ihrem Heimatstaate zurückgelassenen Eigentums protestieren. Eine große Anzahl von in Feindesland geborenen Frauen hat ihre Unterschrift zu dem Briefe gegeben.

Freiburg i. B. Ortsgruppe des geschäftsführenden Ausschusses der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen. Der ersten am 12. April veranstalteten Versammlung wohnten 15 Personen bei, die die Begründung der Ortsgruppe beschlossen, Herrn Karl Schnorr zum ersten, Herrn Gustav Rühling zum zweiten Vorsitzenden und Herrn Heinrich Dürr zum ersten Schriftführer wählten. Der Verein will alle in Freiburg und in Südbaden wohnenden Reichsdeutschen aus Rußland zusammenschließen, um ein einheitliches Vorgehen aller aus Rußland Vertriebenen im ganzen Reiche zu gewährleisten. Der Verein hat eine Geschäftsstelle und eine Auskunftsstelle eingerichtet. An der zweiten Versammlung am 26. April beteiligten sich schon 25 Personen. Die Versammlung beschloß, den Verein beim D. A. I. als Mitglied anzumelden. Es fand eine lebhafte Diskussion namentlich über Steuerfragen statt. Die dritte Versammlung am 10. Mai war von 28 Teilnehmern besucht. Nach eingehender Besprechung wurde beschlossen, anzustreben, die Auslanddeutschen von sämtlichen Steuern befreien zu lassen. Der Mitgliedsbeitrag wurde, um allen Leidensgenossen die Teilnahme zu ermöglichen, auf eine Mark festgesetzt. Es wird aber auf eine höhere Unterstützung derer gerechnet, die dazu in der Lage sind.

Freiburg. Vereinigung der vertriebenen Gemeindebeamten aus Elsaß-Lothringen. Die Vereinigung hat sich bereits Ende März in Freiburg gebildet, um die besonderen Interessen ihrer Beamtenkategorie der Reichsregierung gegenüber zu vertreten. Schriftführer und Kassierer ist Herr W. Hartmann, zurzeit beim Eichamt in Donaueschingen. Alle Gemeindebeamten werden um ihren Anschluß gebeten, da demnächst der Vorstand neu gewählt und ergänzt werden soll.

Hamburg. Vereinigte Hamburger Flüchtlingsausschüsse. Dem Rat der Reichsdeutschen im Auslande ist zwar von der Regierung die Zusicherung gegeben worden, daß zunächst zwei Vertreter der Auslanddeutschen zu den Friedensverhandlungen zugezogen werden sollten, die vereinigten Ausschüsse halten das aber für durchaus ungenügend und stehen auf dem Standpunkt, daß aus jedem Feindesland zwei bis drei durchaus mit den Verhältnissen betraute Herren zugezogen werden sollten. Zwei Mitglieder der vereinigten Ausschüsse sprachen deshalb am 31. Mai beim Senat in Hamburg vor und überreichten eine entsprechende kurze Denkschrift. Der Senat hat daraufhin mitgeteilt, daß er die Wünsche als berechtigt anerkenne und die Eingabe an den Bevollmächtigten Hamburgs bei der Reichsregierung zur Vertretung weitergeleitet habe. Die vereinigten Ausschüsse wenden sich an die auslanddeutschen Vereinigungen in allen Gliedstaaten, entsprechende Vorstellungen bei ihren Regierungen zu erheben.

Hamburg. Kundgebung der Auslanddeutschen. Eine machtvolle Kundgebung der Auslanddeutschen fand am 22. Mai in der Börse statt. Alle Hamburger Flüchtlingsausschüsse hatten sich mit dem V. D. A., mit dem Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen zu einer Massenkundgebung vereinigt, die gegen die Friedensbestimmungen Protest erhob. Es heißt in der Resolution: „Die Versammlung erhebt Protest gegen den Raub des sauer erarbeiteten Privateigentums der Deutschen in Feindesland und fordert Garantien, daß die Auslanddeutschen wieder zurückkehren können an die Stätten ihrer früheren Tätigkeit, um ihre zerstörten Existenzen wieder aufzubauen." Die Versammlung protestierte aufs energischste gegen einen Schmachfrieden, der unannehmbar sei. Lieber untergehen in Ehren, als ehrlos und wie Sklaven weiterarbeiten!

Hamburg. Deutsch-belgischer Hilfs- und Wirtschaftsbund. Am 23. Mai tagte der Bund zum ersten Mal in Anwesenheit zahlreicher Deutsch-Belgier. Die Geschäftsstelle hat dem Bericht nach bereits Hunderten von Auskunftssuchenden Beistand leisten können. Es soll dahin gearbeitet werden, Bevollmächtigte nach Belgien entsenden zu können, die über die zurückgebliebenen Deutschen und über das zurückgelassene Vermögen eine schützende Hand halten können. Der Statutenentwurf wurde angenommen, Dr. Halben wurde zum Vorsitzenden gewählt. In der Aussprache wurden namentlich Gehässigkeiten der Belgier gegen Deutsche zur Kenntnis der Versammelten gebracht; so werden Deutsche, die ihre Grundstücke einige Zeit vor dem Rückzug der deutschen Armee verkauft haben, jetzt strafrechtlich verfolgt und die Verkäufe werden für ungültig erklärt. Die Lage der Flüchtlinge ist sehr traurig. Durch einen hochstehenden Verwaltungsbeamten, der während der Besatzungszeit in Belgien war, sind 200 000 Mark zur Verfügung gestellt worden, aus denen Unterstützungen bewilligt werden können. Zum Schlusse wurde eine scharfe Protestresolution gegen den Gewaltfrieden beschlossen.

Hamburg. Die Reichsdeutschen aus Frankreich zu Hamburg E. V. Die Versammlung am 5. Juni im „Börsenhof" wurde von dem Vorsitzenden, Herrn Metz, geleitet, der einen Ueberblick über die Tätigkeit des Vereins und über den Friedensentwurf der Gegner gab. Der Schriftführer, Herr Wier, berichtet über seine Reise nach Berlin und die Teilnahme an der Sitzung des Rats der Reichsdeutschen im Auslande. Zur Frage der Aufstellung der Vermögenserklärung seitens der Flüchtlinge wurde betont, daß diese Frage noch nicht endgültig zu beantworten sei. Es ergebe sich der Eindruck, daß Auslanddeutsche zur Vermögensaufstellung und Abgabe verpflichtet sein dürften, wenn sie an ihrem inländischen Wohnsitz einkommensteuerpflichtig sind. Die in Hamburg den Flüchtlingen gewährte und neuerdings bis Ende des dem Friedensschluß folgenden Jahres ausgedehnte Einkommensteuerfreiheit wird nach Mitteilungen aus der Versammlugn von der Steuerdeputation nicht einheitlich anerkannt. Es wurde den Betroffenen geraten, weitere Beschwerden bei nicht völliger Steuerbefreiung einzureichen. Es wurde ferner mitgeteilt, daß die Erfahrungen in der Behandlung der in Frankreich zurückgelassenen Möbel seitens der französischen Verwalter nicht einheitlich seien. Einzelne Flüchtlinge wissen, daß ihre Möbel erhalten sind, andere haben mit der Willkür und der Verschleuderung ihres Besitzes traurige Erfahrungen machen müssen. Der Ausschuß bestrebt sich, ein gleiches Uebereinkommen mit Frankreich anzubahnen, wie es mit England hinsichtlich der Versendung von Lebensmittelpaketen an mit Deutschen verheiratete Frauen ehemaliger englischer Nationalität getroffen worden ist. Ein Erfolg liegt indessen noch nicht vor.

Es wurde auf die Karthotek des Deutschen Ausland Instituts aufmerksam gemacht und die Ausfüllung der Bogen den Angehörigen des Ausschusses angelegentlichst empfohlen.

Vom Hamburgischen Senat ist eine Heimkehrstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, Trostbrücke 1, neu eingerichtet worden, deren Geschäftsführer Rechtsanwalt Dr. Arenthal und Beirat für Zivilinternierte Konsul Ahlers sind. Mit dieser Heimkehrstelle wird auch die Vereinigung der Flüchtlinge zusammenarbeiten.

Hamburg. Geschäftsführender Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen. An der 45. Zusammenkunft am 8. April beteiligten sich 116 Personen, die die verlesenen Satzungen nach kurzer Aussprache annahmen. Der Arbeitsausschuß in seiner heutigen Zusammensetzung, die Herren Pohl, Rehtmeyer, Rud. Klemm, C. Homann, Jul. Neupert, W. Baensch, G. Elert und Fräulein Pfaff wurden ein-

Digitized by Google

stimmig im Amte bestätigt. Herr Pohl wurde zum Vorsitzenden des Arbeitsausschusses gewählt. Herr Baensch berichtete über die bisherige Tätigkeit des Ausschusses, namentlich über die Sitzung der vereinigten Flüchtlingsausschüsse in Hamburg (von der wir bereits gesprochen haben) und kritisierte sehr scharf das Verhalten und die Ansichten des Reichskommissars, den man nicht mit Unrecht den „Greuelkommissar" nenne. Es sei unmöglich, daß man die Schadensersatzforderungen für Verluste in Möbeln und Kleidern in Friedenspreisen benennen solle, während man jetzt für die Ersatzanschaffungen unerhörte Kriegspreise bezahlen müsse. Von der Hamburger Einrichtung der Steuererleichterung für Auslanddeutsche soll weitgehendst Gebrauch gemacht werden, gegen die Wohnungspreiserhöhungen müßten auch die Auslanddeutschen scharf Front machen. Zur Beschaffung billiger Wohnungen wolle der Ausschuß behilflich sein. Eine lebhafte Debatte schloß sich an die Ausführungen an. Eine Kommission wurde gewählt, die die Summe der Hamburger Schadensersatzforderungen unabhängig vom Reichskommissar einwandfrei feststellen solle. Es wurde noch mitgeteilt, daß seit April 1918 an aus Rußland Geflüchtete, auch an Frauen, eine Reisevergütung bezahlt werde. Scharf kritisiert wurde auch die Tätigkeit der Darlehenskassen der Berliner Ausschüsse, Herr Pohl bezeichnete jedoch die Kassen als eine große Hilfe für sehr viele Flüchtlinge.

Karlsruhe. Ortsgruppe des Rats der Reichsdeutschen im Ausland. Seit ihrer Gründung am 8. Mai hat die Ortsgruppe schon rund 400 Mitglieder gewonnen. Der einzige Saal, der für ihre Zwecke erhältlich ist, der große Saal in der Moninger Brauerei, ist bei den Sitzungen alle 14 Tage stets überfüllt. Der Verein steht in enger Verbindung mit der Badischen Landeshilfsstelle für heimkehrende Auslanddeutsche, die mit ihren Nebenstellen in Mannheim, Heidelberg, Freiburg dem Ministerium des Innern unterstellt worden ist, das auch die Geldmittel zur Hilfe für Auslanddeutsche für die erste Not zur Verfügung stellt. Die Auslanddeutschen-Ortsgruppe hat schon erreicht, daß heimkehrende Auslanddeutsche in den ersten 14 Tagen ihrer Anwesenheit in Baden doppelte Lebensmittelrationen bekommen. An Orten, wo Hilfsstellen bestehen, erfolgt die Ausstellung derartiger Berechtigungsscheine durch die Hilfsstellen, an allen anderen Plätzen durch die Bezirksämter. Ein Zusammenschluß der in Baden bestehenden Auslanddeutschen-Organisationen zu einem Landesverband ist geplant.

Leipzig. Vereinigung der Reichsdeutschen aus Feindesland. In der Versammlung vom 12. April gedachte der Vorsitzende, Herr Lotze, des durch Mörderhand aus dem Leben geschiedenen früheren Vorsitzenden der Vereinigung der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen, des Herrn Adolf Böhme, der sich um die Sache der Auslanddeutschen sehr verdient gemacht hat. Mit dem Bund der Kriegs- und Zivilgefangenen ist eine Arbeitsgemeinschaft verabredet worden. Die Vorbereitungen für die sächsische Landessammlung zu Gunsten der Auslanddeutschen wurden besprochen. Alle in Sachsen gesammelten Beträge sollen auch in Sachsen verbleiben. Ein Familienabend der Vereinigung, der am 5. April veranstaltet worden ist, erbrachte 125 Mark zu Gunsten der Sammlung und 500 Mark für die Unterstützungskasse. Wäsche- und Kleidungsstücke hat der Ausschuß an bedürftige Flüchtlinge abgegeben. Er hat Sprachkurse für solche Auslanddeutsche eingerichtet, die der deutschen Sprache nicht vollkommen mächtig sind. Ferner haben sich englische und französische Sprachabteilungen gebildet. In der Sitzung vom 26. April, an der über 300 Personen teilnahmen, wurde eine Eingabe an die Handelskammer mitgeteilt, in der verlangt wird, daß die Firmen, die mit dem Ausland vor dem Kriege in Verbindung standen, auch jetzt Auslanddeutsche in ihren Betrieben anstellen sollten. Aus Dresden, Plauen und Chemnitz waren Vertreter der Ortsgruppen zu dieser Versammlung erschienen. Die Versammlung am 10. Mai konnte die erfreuliche Mitteilung entgegennehmen, daß die Landessammlung zu Gunsten der Auslanddeutschen 30 000 Mark erbracht habe und daß weitere Beträge zu erwarten seien. Eine Verwendung der Gelder soll eine besondere Fürsorgekommission überwachen. Nach eingehender Besprechung wurde ein Protest gegen die Friedensbedingungen der Gegner angenommen, der die Regierung ersucht, die Forderungen der Auslanddeutschen zu erfüllen. Die Regierung hat auf die Forderung besonderer sächsischer Beiräte für Handel und Gewerbe bei den deutschen Konsulaten und Gesandtschaften im Auslande zustimmend geantwortet. Der Vorsitzende, Herr Lotze, stellte sein Amt wegen Arbeitsüberlastung der Versammlung zur Verfügung und beantragte die Anstellung eines bezahlten Geschäftsführers. Schließlich willigte er ein, den Vorsitz und die Leitung der Vereinigung auch nach Anstellung eines Geschäftsführers beizubehalten. Auch in der Versammlung vom 31. Mai wurde eingehend über die Friedensverhandlungen gesprochen. Es wurde mitgeteilt, daß aus der Sammlung zu Gunsten der Auslanddeutschen etwa 41 größere Unterstützungen schon ausbezahlt worden seien. Diese Unterstützungen sollen nur als Ergänzung der städtischen und staatlichen Unterstützungen gegeben werden. Auch an der neuen Sammlung der Rückwandererhilfe beteiligt sich die Vereinigung. An der Sitzung nahmen über 400 Personen teil.

Ludwigsburg. Ortsgruppe der Vereinigung der in Württemberg ansässigen Auslanddeutschen in Verbindung mit dem D.A.I. Die Vereinigung hat nun auch hier eine feste Ortsgruppe begründet, die am 19. Mai unter der Leitung des Herrn Liebrecht ins Leben trat. Der erste Abend der Aussprache verlief recht angeregt. Beifall und Zustimmung fand die Mitteilung, daß zu der württembergischen Hilfsstelle für Auslanddeutsche in Verbindung mit dem D. A. I. Auslanddeutsche sowohl in der Beamtenschaft als namentlich zur Beurteilung der einzelnen Gesuche zugezogen werden.

München. Die **„Vereinigung aus der Türkei ausgewiesener Deutscher"** richtet einen scharfen Protest gegen die die Auslanddeutschen betreffenden Friedensbestimmungen, namentlich gegen die Wegnahme der in jahrzehntelanger mühsamer Arbeit in der Türkei geschaffenen deutschen Wohlfahrtseinrichtungen, an die deutsche Oeffentlichkeit. Sie wendet sich vor allem gegen jede Beschränkung der Freizügigkeit nach ihren bisherigen Wirkungsstätten und gegen die Aufhebung des Niederlassungsrechts daselbst. Sie erwartet von der deutschen Regierung eine Unterzeichnung des Friedensvertrages nur dann, wenn er den Wilsonschen Bedingungen entspricht.

Offenburg. Vereinigung der aus Elsaß-Lothringen vertriebenen akademisch gebildeten Lehrer. Am 28. Mai fand eine Zusammenkunft statt, an der 19 Amtsgenossen teilnahmen. Es wurde beschlossen zur energischen Vertretung der Standesinteressen eine Vereinigung zu bilden. Ein Fragebogen soll versandt werden, um das Material der zu leistenden Arbeit zusammenzubekommen. Geheimer Studienrat Wirz in Darmstadt ist Vorsitzender der neuen Vereinigung, Oberlehrer Dr. Otto in Breisach ist der Schriftführer.

Singen. Die deutschen Wehrleute aus der Schweiz. Die Rücksichtslosigkeit der Schweizer Behörden in der Behandlung der Einreisegesuche der deutschen Wehrleute aus der Schweiz in ihre zweite Heimat und die völlig ungenügende geschäftliche Behandlung, die auch die Rekursgesuche der einmal Zurückgewiesenen erfahren, hat zu einer gereizten

Digitized by Google

Stimmung unter den Wehrleuten geführt, die nun seit Monaten auf die Wiedereinreise in die Schweiz, auf regelmäßige Beschäftigung und auf ihre Rückkehr zu ihren oft notleidenden Familien warten, die sie zum Teil seit Jahren nicht gesehen haben. Dieser Unmut ist verständlich, um so mehr, als die Wehrleute Grund zur Klage auch über die deutschen Behörden zu haben glaubten, die sich ihrer Sache nicht immer mit der nötigen Energie angenommen hätten. In den letzten Wochen ist es zu vielfachen Krisen in Singen gekommen. Der bisher so rührige Vorsitzende des Ausschusses, Herr Christ, hat sein Amt niedergelegt, der ganze Ausschuß, dessen Arbeiten einige Zeit durch einen Streik der gesamten Büroangestellten gestört waren, hat demissioniert. Die Wehrleute hatten eine Reihe von Forderungen aufgestellt, über die Vertreter der Reichs- und gliedstaatlichen Regierungen mit den Schweizer Vertretern in Verhandlungen treten sollten. Zu diesen Verhandlungen ist es bisher nicht gekommen, weil die Schweiz die Angelegenheit hinhaltend behandelte. Am 2. Juni tagte nun eine Konferenz in Singen, der Vertreter des Reichswanderungsamtes, des Reichsschatzamtes, des Reichsministeriums des Innern, des preußischen Innenministeriums, wie auch der zunächst beteiligten Gliedstaaten Baden, Bayern, Hessen und Württemberg, und ein Vertreter des Deutschen Ausland Instituts teilnahmen. Von den einzelnen Lagern der Wehrleute an der Schweizer Grenze waren gewählte Vertreter erschienen und auch die Schweizer Deutsche Gesandtschaft, wie der Deutsche Hilfsbund in der Schweiz hatten Vertreter entsandt. Der Kreis von etwa 60 Herren tagte in Singen von morgens 10 Uhr mit kurzer Unterbrechung bis abends 8¼ Uhr, und hat eine Klärung aller Fragen wenigstens insofern gebracht, als die Reichs- und Gliedstaatenvertreter nun genau über die Wünsche der Wehrleute unterrichtet worden sind, so daß sie in einer noch im Juni in der Schweiz hoffentlich stattfindenden Aussprache mit den Schweizer Staatsbehörden wenigstens die Wünsche der Wehrleute richtig vertreten können. Alle Forderungen der Wehrleute in bezug auf geldliche und Nahrungsmittel-Versorgung wurden namentlich auch unter lebhafter Anteilnahme des Singener Bürgermeisters, des Herrn Thorbecke, dem die Wehrleute außerordentlich viel verdanken, durchgesprochen. Es wurde von den Reichsvertretern als wichtigstes sofort zugesagt, daß die Familienunterstützungen an die Familien der Wehrleute in der Schweiz solange grundsätzlich weiterbezahlt werden sollen, bis der Ernährer der Familie wieder zu ihnen und an seine Arbeit zurückgekehrt ist. Damit sind alle gegenteiligen Gerüchte und auch gegenteilige Handlungen verschiedener Behörden, die auf anderer Auslegung der betreffenden Bestimmungen sich beriefen, erledigt und diese Klarstellung wird große Befriedigung bei allen Wehrleuten hervorrufen. Des weiteren wurde darüber beraten, wie man die Schweiz durch Entgegenkommen in einzelnen Punkten zu einer milderen Handhabung der Einreisebewilligung veranlassen könnte, wie man aber auch andererseits trotz der politischen Lage unseres besiegten Vaterlandes Mittel an der Hand habe, auch den deutschen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Ein wertvolles Ergebnis der Beratungen war auch der Beschluß, eine Reichsfürsorgestelle für die dauernd Abgewiesenen zu schaffen, die ein unter der Oberleitung des Reichswanderungsamtes stehender Reichskommissar, nötigenfalls unter Zuziehung von Vertretern der Gliedstaaten und vor allem unter Beteiligung eines von den Wehrleuten selbst gewählten Beirates, leiten solle. Satzungen für dieses neue Amt wurden mit den Wehrleuten beraten und einstimmig angenommen, die nun nur noch der definitiven formellen Zustimmung der Reichsstellen bedürfen. Zum Reichskommissar wird voraussichtlich Konsul Schabinger bestellt werden, der schon bisher die Rekursabteilung der Wehrleute als Zivilkommissar leitete und der das Vertrauen der Wehrleute besitzt. Die Fürsorgestelle soll sich im Benehmen mit den gliedstaatlichen Regierungen und auch mit den privaten Organisationen um die Unterbringung der dauernd von der Schweiz Abgewiesenen in der deutschen Heimat, um ihre Versorgung mit Kleidung usf. bekümmern. Die Sitzung über diese Fürsorgestelle am 3. Juni leitete der Vorsitzende des Reichswanderungsamtes, Geheimrat Dr. Jung, die allgemeine Sitzung am 2. Juni Herr Geheimrat von Jacobi vom Reichsministerium des Innern mit großer Umsicht und Geschicklichkeit. Die Wehrleute und besonders ihr neuer Vorsitzender, Herr Staude, kamen ausführlich zu Wort und hatten Gelegenheit, alle ihre Klagen und Beschwerden ausführlich zu begründen.

Stuttgart. Vereinigung der in Württemberg ansässigen Auslanddeutschen in Verbindung mit dem D. A. I. Die Vereinigung hat in den letzten Wochen das Netz ihrer Organisation weiter ausgebaut. Es bestehen jetzt Ortsgruppen in Aalen (Vors. H. Andreas Bäuerle, Parkstr. 7); Gechingen, OA. Calw (Schwarzwaldgruppe, Vors.: H. Architekt Otto Lutz); Gmünd (Vors.: H. Artur Germann, Körnerstr. 3); Göppingen (H. Karl Ehmann, Lessingstr. 40); Hall (H. Heinrich Bauernfeind, Unterlimpurgerstr. 4); Heidenheim (H. Wilhelm Bosch, Mangoldstr. 30); Heilbronn (H. August Kolb, Pfühlstraße 10); Ludwigsburg (H. Hugo Liebrecht, Stuttgarter Straße 83); Tuttlingen (H. Oskar Koßmann, Rathausstr. 10). — Die letzte Vollversammlung im Mai galt insbesondere der Stellungnahme zu den uns angesonnenen Friedensbedingungen. Nach einem Vortrag des Vorsitzenden, Herrn E. Illg, gelangte eine Entschließung zur einstimmigen Annahme, die die Erwartung ausspricht, daß die deutsche Regierung alles aufbieten werde, um eine Aenderung dieser unmöglichen, das Auslanddeutschtum vernichtenden Bedingungen zu erreichen. — Am 1. Juni fand im Anschluß an die Tagungen des D. A. I. eine Festvorstellung im Landestheater zugunsten der Auslanddeutschen statt, die einen Reinertrag von über 3300 Mark erbrachte. Die Vereinigung ist bemüht, überall Interesse für das Auslanddeutschtum und Verständnis für die leidenvolle Lage der Auslanddeutschen zu erwecken. Bei der Erteilung der Zuzugserlaubnis an Flüchtlinge ist seitens der Stuttgarter Behörden besonderes Entgegenkommen zugesagt worden, auch ist in einigen Schwarzwaldorten Gelegenheit zur Unterbringung von Flüchtlingen geschaffen worden. Die Vereinigung stellt mit ihren über 1000 Mitgliedern eine der stärksten Auslanddeutschenorganisationen im Reich dar.

Tuttlingen. Ortsgruppe der in Württemberg ansässigen Auslanddeutschen in Verbindung mit dem D. A. I. In der Versammlung vom 27. Mai wurde unter allseitigem Beifall die Interessengemeinschaft der Auslanddeutschen und der Elsaß-Lothringer vollzogen durch die Wahl eines erweiterten Vorstandes. Herr Koßmann legte sein Amt nieder, wurde aber einstimmig wiederum zum Vorsitzenden berufen, da seiner Mitarbeit die junge Ortsgruppe ihr Blühen und Gedeihen wesentlich verdanke. Als zweiter Vorsitzender wurde ihm ein Elsaß-Lothringer, Herr Regierungspraktikant Hils beigegeben, Fräulein Manz und Herr Mattes werden das Schriftführer- und das Kassenamt verwalten. Am Bahnhof soll ein großes Plakat angebracht werden, das alle Auslanddeutschen auf die Vereinigung verweist.

Die Sorgen der geflüchteten Elsaß-Lothringer.

Die „Mitteilungen des Ausschusses vertriebener Elsaß-Lothringer" berichten, daß die Möbelausfuhr aus dem besetzten Gebiet auf unbestimmte Zeit, angeblich bis zum Friedensschluß, gesperrt worden sei. Der Grund liege im öfters versuchten und auch gelungenen Goldschmuggel aus dem Elsaß heraus. Trotz aller gegenteiligen Gerüchte sei aber bisher kein Fall bekannt geworden, daß die Möbel im

Digitized by Google

Elsaß tatsächlich versteigert worden seien. Die Bitten der Waffenstillstandskommission in Spaa um Erleichterungen im Möbeltransport seien abgelehnt worden, da die bisherigen Gesuche in so eingehender und toleranter Weise geprüft worden seien, daß weitere Erleichterungen untunlich seien. Die französische Regierung dagegen habe für „ihre" Elsaß-Lothringer die Herausgabe von Möbeln und anderen Gegenständen aus Deutschland gefordert. Die deutsche Regierung habe das, volle Gegenseitigkeit vorausgesetzt, in einer Note vom 17. Mai auch zugestanden. Solange aber der Erlaß des französischen Generalkommandos vom 23. April jede Wegschaffung von Möbeln aus dem Elsaß verbiete, könne auch die deutsche Regierung dem französischen Ersuchen nicht stattgeben.

Die Ortsgruppe Münster der elsaß-lothringischen Flüchtlinge hat den preußischen Eisenbahnminister um Erleichterung in der Gewährung von Freifahrtscheinen gebeten, so z. B. wenn der Flüchtling vom ersten Aufenthaltsort nach einem weiteren reisen müsse, wenn er zur Grenze zurückfahren wolle, um Angehörige dort in Empfang zu nehmen, wenn er infolge von auf der Flucht zugezogenen Krankheiten ein weitentferntes Bad zur Heilung aufsuchen müsse usf.

Am 21. Mai ist die von uns hier schon besprochene Siedlungsgenossenschaft in Freiburg i. Br. begründet worden. Bankdirektor Meyer leitete die Verhandlungen. 255 Fragebogen sind dem Ausschuß ausgefüllt zurückgesandt worden. Für die Siedler ist ein schön gelegenes Gelände bei Freiburg in der Nähe des Waldsees, in Haslach und in Günterstal zur Verfügung gestellt worden. Ferner hat der Oberbürgermeister von Lahr Gelände in der Nähe dieser Stadt angeboten. Es steht den Baulustigen frei, das Gelände zu erwerben oder zu pachten und Gebäude in Erbpacht zu errichten. Besonders erwünscht ist für Lahr die Ansiedlung von Fabrikarbeitern. Verhandlungen zur Schaffung von Gelände für bäuerliche Ansiedlungen schweben noch. Die badische Regierung hat Unterstützung zugesagt. In Betracht kommen Exerzierplätze, standesherrliche Güter, Oedland und Waldungen. Ein Antrag auf Gewährung von Baukostenzuschüssen ist ans Reich gestellt worden. Es wurden Satzungen von der Versammlung angenommen, in denen der Geschäftsanteil auf 500 Mark angesetzt wird, von denen 100 Mark sofort einzuzahlen, weitere je 50 Mark vierteljährlich zu leisten sind. Die Einzahlung des ganzen Anteils ist jedoch erwünscht. Die Haftsumme wurde auf 1000 Mark festgesetzt. Die Geschäftsstelle in Freiburg, Kaiserstraße 63, erteilt weitere Auskunft.

Die Fürsorge für die in Elsaß-Lothringen zurückgebliebenen Familien ist nach einer Mitteilung des Reichsministeriums des Innern zurzeit wegen des stockenden Zahlungsverkehrs nach dem Elsaß unmöglich. Alle Bemühungen, die Lage der Familien zu verbessern, scheitern an dem schlechten Willen der Franzosen. Das Rote Kreuz kann für die Familien erst sorgen, wenn sie das Elsaß verlassen haben. Geldüberweisungen an Angehörige im Elsaß sind nur durch Uebersendung französischer Banknoten oder durch Ueberweisung an reichsdeutsche Banken über neutrale Länder möglich.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Eine „Anfrage" in der Nationalversammlung.

Der Abgeordnete Dr. Mittelmann erkundigt sich in der Anfrage Nr. 140, ob der Reichsregierung bekannt sei, daß das Lehrpersonal der deutschen Schule in Warschau bei der Novemberrevolution 1918 unter Zurücklassung seines gesamten Privateigentums flüchten mußte und noch dazu auf der Heimreise beraubt worden sei, daß der „Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten an Zivilpersonen" den Geschädigten, die Antrag auf Entschädigung stellten, erklärt habe, die Entschädigungen könnten erst nach Festsetzung der Höhe des Betrages bezahlt werden und daß eine Möglichkeit zu Abschlagszahlungen nicht bestehe. Wie sei es hiermit in Einklang zu bringen, daß anderen Beamten ein Teil der Kriegsschäden bereits erstattet worden sei? Der Abgeordnete fragt weiter, ob die Regierung bereit sei, dafür Sorge zu tragen, daß die geschädigten Lehrpersonen, die sich in einer dringenden Notlage befinden, unverzüglich eine Abschlagszahlung auf ihre Entschädigung erhielten.

Die Vertretung der Auslanddeutschen in Versailles.

Einer anscheinend halbamtlichen Meldung aus Versailles vom 2. Juni entnehmen wir, daß die Note der deutschen Delegation über das Privateigentum im Auslande sich in eingehender Weise mit den Interessen der Auslanddeutschen befasse und gegen die von der Entente geplante widerrechtliche Wegnahme ihres Eigentums protestiere. Es sei in klarer Weise dargetan, daß die von den Gegnern in Aussicht genommene Erfassung des Eigentums der Auslanddeutschen den elementarsten Grundsätzen des Rechts widerspreche. Des weiteren sei bewiesen worden, daß ohne einen auf den Schultern der Auslanddeutschen ruhenden kräftigen Außenhandel Deutschland die Möglichkeit genommen werde, seine übernommenen Verpflichtungen der Entente gegenüber zu erfüllen. In den letzten Tagen seien die einzelnen Fragen noch einmal eingehend mit dem nach Versailles einberufenen Vertreter der Auslanddeutschen, Herrn Rechtsanwalt Dr. Hirschland, besprochen worden. Dieser habe mitgeteilt, die Besprechungen hätten ihn davon überzeugt, daß die Interessen der Auslanddeutschen von der Delegation, insbesondere auch von ihrem Leiter, dem Grafen Brockdorff-Rantzau, voll gewürdigt und im Rahmen des Möglichen den Gegnern gegenüber vertreten würden. Sobald sich ergebe, daß über die die Auslanddeutschen betreffenden Fragen in weitere Erörterungen mit den Gegnern eingetreten werden könne, sollten noch verschiedene Sachverständige aus den Kreisen der Auslanddeutschen nach Versailles berufen werden, um die Delegation durch ihre Kenntnis der Verhältnisse der einzelnen gegnerischen Länder zu unterstützen.

Die Steuerfrage in Baden.

Die Ortsgruppe Karlsruhe des Rats der Reichsdeutschen im Auslande hatte in einem Schreiben vom 24. v. Mts. an das badische Finanzministerium angeregt, Steuererleichterungen für Auslanddeutsche zu gewähren. Darauf hat das Ministerium in einem Schreiben vom 10. Juni folgendes geantwortet:

Die badische Steuerverwaltung ist, wie bisher auch fernerhin bereit, auf Ansuchen denjenigen, welche unter dem Zwang des Krieges in Baden ihren Aufenthalt genommen haben, insbesondere den Auslanddeutschen mit Rücksicht auf die schwierigen Erwerbs- und Vermögensverhältnisse weitgehende steuerliche Erleichterungen zu gewähren. Eine allgemeine Befreiung von den direkten Steuern oder eine allgemeine Ermäßigung derselben kann bei der Verschiedenheit der in Betracht kommenden Verhältnisse nach den bestehenden Vorschriften nicht zugesagt werden; eine solche Vergünstigung wird den Auslanddeutschen wohl auch in Preußen nicht zugesichert worden sein. Uns ist jedenfalls von einer solchen Zusicherung nichts bekannt geworden. Aus den Bestimmungen des § 1 Ziff. 1 c des Preuß. Einkommensteuergesetzes und des § 2 1 des Ergänzungssteuergesetzes, welche im wesentlichen auch den in Baden geltenden Vorschriften entsprechen, kann die Steuerfreiheit nicht wohl abgeleitet werden; vergl. Entschl. Pr.

Digitized by Google

O. V. G. vom 21. Oktober 1916 Steuerarchiv XX. Jahrgang Seite 288. Der Ministerialdirektor. Moser.

Zur Steuerfrage in Hamburg.

Der Antrag des geschäftsführenden Ausschusses der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen, Abteilung Hamburg E. V., auf Verlängerung des am 21. Februar 1917 vom Senat der Stadt Hamburg erlassenen Gesetzes betreffend „Vermeidung von Härten bei der Besteuerung von Auslanddeutschen" ist in der Sitzung der Bürgerschaft am 21. Mai 1919 zur Beratung gelangt und angenommen worden. Der Beschluß der Bürgerschaft lautet:

„Das Gesetz betreffend Vermeidung von Härten bei der Besteuerung von Auslanddeutschen vom 21. Februar 1917 erhält folgende Fassung:

Die Steuerdeputation wird ermächtigt, Deutsche, die ihren Wohnsitz im Auslande haben, aber während des Krieges durch einen Aufenthalt von mehr als sechsmonatiger Dauer in Hamburg steuerpflichtig geworden und durch die Kriegsverhältnisse oder deren Folgen an der Rückkehr nach dem Orte ihres Wohnsitzes verhindert sind, auf Antrag von der Verpflichtung zur Zahlung direkter Staatssteuern bis zum Ablauf des auf das Kriegsende folgenden Jahres ganz oder teilweise zu befreien.

Der Gesetzentwurf wird in der vorliegenden Fassung angenommen."

Damit ist die Steuerpflicht der Auslanddeutschen zwar theoretisch bejaht, aber praktisch den Bedürfnissen der Auslanddeutschen Rechnung getragen worden. Die „Ermächtigung" bedeutet kein „muß", sondern ein „kann", das aber billigen Forderungen der Auslanddeutschen wenigstens entgegenzukommen gestattet. Gegenüber dem steuerlichen Verhalten anderer Bundesstaatsbehörden den Auslanddeutschen gegenüber ist das schon ein bemerkenswerter Fortschritt!

Die Elsaß-Lothringer und die Steuerveranlagung.

Auf eine Anfrage der Zentralstelle der Universität Straßburg an das Reichsministerium des Innern, die die Frage der steuerlichen Veranlagung der im Notstand befindlichen Universitätsangehörigen betraf, antwortete das Ministerium wie folgt:

Auf das gefällige Schreiben vom 1. 4. 19 teile ich ergebenst mit, daß mit den Einzelstaaten bereits Verhandlungen bezüglich einer entgegenkommenden Behandlung der elsaß-lothringischen Flüchtlinge bei der Veranlagung der direkten Staats- und Kommunalsteuern im Gange sind. Ich nehme an, daß in Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Flüchtlinge, die fast durchweg der Annahme eines steuerlichen Wohnsitzes oder Aufenthalts am einstweiligen Zufluchtsort in Altdeutschland entgegenstehen und außerdem eine genaue Feststellung des steuerpflichtigen Vermögens und Einkommens nicht zulassen, von den Einzelstaaten an die Veranlagungsbehörden Weisung erteilt wird, allgemein eine Veranlagung der Flüchtlinge vorläufig nicht vorzunehmen.

Sobald die Einzelstaaten eine bestimmte Stellung zu der von mir angeregten Frage eingenommen haben werden, wird diesseits für Bekanntgabe der Stellungnahme der Einzelstaaten Sorge getragen werden. I. A.: gez. Goetz.

Währung und Zwangskurs.

Zu dem von uns in der Juninummer schon behandelten Tatbestande werden der „Frankfurter Zeitung" (Nummer 356 vom 15. Mai, Handelsteil) von bankjuristischer Seite bemerkenswerte Ausführungen eingesandt, die die Deutsch-Belgier wohl sehr lebhaft interessieren werden. Es heißt da:

„Eine große Anzahl in Belgien ansässig gewesener Deutscher, die ihre Gelder den belgischen Filialen deutscher Großbanken anvertraut haben, erhielten in diesen Tagen die Mitteilung, daß die Guthaben ihnen in Reichsmark im Inland zur Verfügung ständen. Sie erfolgte, nachdem die deutschen Banken zunächst vergeblich einen Konvertierungsantrag bei der belgischen Regierung gestellt haben, die ihrerseits zunächst die Namen der deutschen Deponenten zu wissen wünschte, um gegebenenfalls deren Forderungen gegen die noch registerlich in Belgien eingetragenen deutschen Banken unter Zwangsverwaltung zu stellen oder deren Beschlagnahme herbeizuführen. Die deutschen Banken haben ihren Kunden nunmehr anheimgestellt, ihre Namen der belgischen Regierung zu nennen und sich gleichzeitig erboten, als Bevollmächtigte einen erneuten Konvertierungsantrag einzureichen. Jene Deutschen haben also zu erwägen, ob sie ihr Geld im Inland nehmen oder ihre Namen bzw. ihre Guthaben der belgischen Regierung bekanntgeben wollen. Hierbei ergibt sich aber die weitere Frage, ob nicht die ausländischen Filialen der deutschen Großbanken jenen Kunden ohne weiteres für die Konvertierungsdifferenz haften. Die Entscheidung dieser Frage geht über den Rahmen privatrechtlicher Rechtsbeziehungen hinaus und schneidet tief in das bei dem alsbald zu betätigenden Friedensvertrage zu lösende Währungsproblem ein, das aller Voraussicht nach dem Deutschen Reich eine gewaltige Verbindlichkeit aufbürden wird. Deutsche, Belgier und Staatenlose haben unter dem Drucke der in Belgien seinerzeit eingeführten Markwährung ihre Francsguthaben bei belgischen und deutschen Banken in Mark gutgeschrieben erhalten. Sie haben auch sämtliche auf Francs lautende Dokumente in Mark einlösen lassen. Ueberhaupt hat sich seit Einführung der Markwährung der Geschäftsverkehr in Belgien in Mark abgewickelt. Die in Belgien ansässigen Personen und Firmen gingen hierbei naturgemäß von der Voraussetzung aus, daß bei Einführung einer anderen Währung — daß die Markwährung bleiben würde, ist wohl nur von dem kleinsten Teil der in Belgien ansässigen Bevölkerung angenommen worden — die entsprechende Rückkonvertierung nach der Zwangsrelation von Frs. 1.25 zu Mk. 1.— erfolgen würde. Aus diesen Erwägungen heraus sind den deutschen Banken von Belgiern bedeutende Beträge zugeflossen, die auf Grund der neuerlichen belgischen Gesetzgebung inzwischen rekonstruiert worden sind, während die aus Belgien geflüchteten Deutschen und Staatenlosen noch einer befriedigenden Lösung entgegensehen. Sie sagen sich, daß sie auf Grund ihres Rechnungsverhältnisses Auszahlungen in Mark, jedoch nicht in Reichsmark, sondern in belgischer Mark zu verlangen haben und genau so wie die noch in Belgien ansässigen Personen und Firmen, gleichgültig, ob es sich hierbei um belgische oder andere Staatsangehörige handelt, behandelt werden müssen, zumal sie zur selben Zeit gearbeitet und ihre flüssigen Mittel und Ersparnisse den deutschen Banken anvertraut haben; sie betonen ferner, daß Schuldner in erster Linie die noch in Belgien eingetragenen deutschen Banken sind, und daß der Erfüllungsort der Sitz dieser Banken ist, unabhängig davon, ob infolge der politischen Ereignisse der Geschäftsbetrieb jener Banken nach Deutschland verlegt worden ist. Sie heben hervor, daß die deutschen Banken Deutsche veranlaßt haben, ihre Francsguthaben bei belgischen Banken abzuheben und sie ihnen anzuvertrauen. Sie glauben auch, daß die Markschulden der deutschen Banken in Belgien sich durch die kürzlich ergangene belgische Gesetzgebung ohne weiteres in Francsguthaben nach der früheren Relation verwandelt haben. Es ist nicht zu verkennen, daß diese Ausführungen von erheblicher Bedeutung sind und sehr wohl von den deutschen Banken erwogen werden müssen. Es liegt daher der Gedanke nahe, daß es Sache der deutschen Großbanken ist, diejenigen Konvertierungsansprüche bei der belgischen Regierung und bei dem Deutschen Reiche geltend zu machen, die an sie von ihren Kunden gestellt werden. Nach dem Vorhergesagten haben jene Kunden der in Belgien ansässigen deutschen Banken entweder einen vertraglichen Anspruch auf Erfüllung in

Digitized by Google

Francs nach der von der belgischen Regierung vorgenommenen Rückkonvertierung, oder sie haben einen Schadenersatzanspruch gegen das Deutsche Reich. Würde ein Rechtsstreit dieserhalb vor einem deutschen Prozeßgericht ausgetragen, wäre wohl ausschließlich das für Belgien während und nach der Besetzung maßgebende Recht zur Anwendung zu bringen, da es sich um die Erfüllung von in Belgien begründeten Verbindlichkeiten handelt, für die deutsches Recht zu keinem Zeitpunkt maßgebend gewesen ist."

AUSWANDERUNG

Warnung des Reichswanderungsamtes.

Das Nachrichtenblatt des Reichswanderungsamtes enthält in seiner Nr. 2 vom 1. Juni eine Bekanntmachung, die folgendermaßen lautet:

„Die öffentlichen und gemeinnützigen Auskunftstellen werden ersucht, bei der Beratung Auswanderungslustiger diesen dringend anzuempfehlen, vor der Entschließung für ein bestimmtes Auswanderungsland insbesondere vor der Beteiligung an Besiedlungsunternehmungen, sich eingehend über die gesundheitlichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Verhältnisse ihres Ziellandes zu unterrichten. Es ist ihnen klar zu machen, daß es sich um ihr und ihrer Angehörigen Lebensschicksal handelt.

Solange der Friede noch nicht abgeschlossen ist, solange nicht durch zuverlässige Berichte bekannt ist, wie sich die einzelnen Länder zur deutschen Einwanderung stellen, solange nicht die Verkehrsmöglichkeiten gesichert sind, müssen alle Auswanderungslustigen vor übereilter Entschließung gewarnt werden."

Das Deutsche Ausland Institut hat die in letzter Zeit sich stark mehrenden Anfragen der Auswanderungslustigen stets in diesem Sinne beantwortet. Es kann in der Tat vor nichts mehr gewarnt werden als vor leichtsinnigem Hereinfallen auf die vielfach auftauchenden Auswanderungsunternehmungen, die zum Teil durch sehr geschickte Aufmachung den Schwindel verdecken wollen, der ihnen zugrunde liegt.

Zuwiderhandlungen gegen Passvorschriften.

Das „Nachrichtenblatt" des Reichswanderungsamtes veröffentlicht eine Verordnung vom 21. Mai, wonach mit Geldstrafen bis zu 1500 Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu einem Jahr gestraft wird, wer die Reichsgrenze unbefugt überschreitet, entweder an anderen als dafür vorgesehenen Stellen oder außerhalb der Dienststunden, wer sich der amtlichen Prüfung bei der Grenzüberschreitung entzieht, wer einen Ausweis oder Paß fälscht oder wissentlich von einer gefälschten Urkunde Gebrauch macht, wer eine solche Urkunde einem anderen zum Gebrauch überläßt usf.

Freie Ausfahrt.

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus dem Haag, die holländischen Dampfschiffahrtsgesellschaften hätten aus England die Nachricht erhalten, daß der Verband künftig keinerlei Einwände mehr gegen die Beförderung von Deutschen zwischen 17 und 50 Jahren an Bord holländischer Schiffe machen werde. Es sei jedoch nicht gestattet, daß Deutsche nach England reisten. Die Möglichkeit zur Fahrt nach Uebersee scheint damit wieder gegeben zu sein. Aehnliche Nachrichten haben die holländischen Schiffahrtsgesellschaften, soviel uns bekannt ist, auch an ihre Vertreter nach Deutschland gegeben.

Vorsicht!

Von der **Auswanderung nach Amerika** wird in der „Schiffahrtszeitung" energisch abgeraten. Nicht nur Arbeiter würden nicht zugelassen, bevor die amerikanischen Soldaten zurückgekehrt und in ihren alten Stellungen untergebracht sind, auch Ausländer anderer Berufe würden vor dem 1. September, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, nur unter Erschwerungen zugelassen, um den zur Verfügung stehenden Schiffsraum voll zur Zurückschaffung von Soldaten benutzen zu können. Es liegen in Amerika verschiedene Gesetzentwürfe zur Hemmung der Einwanderung vor, die die Einwanderung von 2 bis zu 4 Jahren beschränken wollen. Am meisten Aussicht soll eine vierjährige Beschränkung haben. Wir haben in der Märznummer (Seite 50 unter „Amerika") darüber bereits berichtet. Der Kongreß ist allerdings inzwischen zu Ende gegangen, ohne einen Gesetzentwurf verabschiedet zu haben. Uebrigens ist in Amerika nach einer Mitteilung des „War Trade Board" die Versendung von Geld nach Deutschland wieder zugelassen worden.

Aussichten für Deutsche in Niederländisch-Indien.

Das „Nachrichtenblatt" des Reichswanderungsamtes enthält ein Gutachten von besonders fachkundiger holländischer Seite, das zum Schlusse kommt: Es sind zunächst keine Aussichten vorhanden. Wer aber trotzdem nach Holländisch Indien gehen will, muß in Holland Verbindungen anknüpfen und sich vorbereiten. Allerdings enthält das Gutachten einen Irrtum, indem es ausführt, es bestehe vor Friedensschluß keine Möglichkeit, nach Holländisch Indien zu reisen. Inzwischen ist aber, wie auch in der gleichen Nummer des Nachrichtenblattes zu lesen ist, die Fahrt auf neutralen Schiffen nach neutralen Ländern freigegeben worden. Aber der Druck der Entente wird auch nach dem Kriege mächtig bleiben und die Arbeitslosigkeit ist zurzeit groß, wenn auch in Zukunft Kaufleute und Techniker gesucht werden mögen.

Nach der Schweiz und nach Schweden ist es zurzeit für deutsche Stellensuchende äußerst schwer zu gelangen. Wir teilen hier auf viele Anfragen mit, daß in beiden Ländern zurzeit nur solche Auswanderungslustige ankommen können, die nachweisen, daß sie eine feste Stellung haben, wobei es sich nicht um eine Scheinstellung handeln darf. Die Schweiz namentlich ist äußerst rücksichtslos und hat selbst eine Einreiseerlaubnis abgelehnt in Fällen, in denen einwandfrei nachgewiesen werden konnte, daß die Einwanderungslustigen früher jahrelang in der Schweiz wohnten und auch Arbeitsbescheinigung nachweisen konnten.

Auswanderungsschwindler.

In Stuttgart warb ein Herr Hofmann für eine Koloniegründung in Argentinien, für die er etwa 120 zahlungsfähige Mitglieder suchte. Er hatte als Wohnung Holzstraße 14 angegeben. Auf eine freundliche Mitteilung des Sekretariats des Caritas-Verbandes in Stuttgart hin hatten wir uns bemüht, näheres über diese Sache zu erfahren. Inzwischen stellte sich aber heraus, daß Hofmann nicht etwa in der Holzstraße 14 wohnte, sondern nur seine Briefe sich dorthin senden ließ, daß er auch garnicht Hofmann hieß, sondern Böckeler. Die Polizei hat ihn alsbald dingfest gemacht und seine Koloniegründung stellte sich als eine der vielen Schwindeleien heraus, die jetzt auf dem Gebiete des Auswanderungswesens begangen werden.

Ergänzend sei hinzugefügt, daß Böckeler ein zwanzigjähriger Bierbrauer ist, der Interessenten ein völlig wertloses gedrucktes Zirkular übersandte, aber sich ein Haftgeld von 10 Mark bezahlen ließ, das zum Eintritt in einen Bund von 100 jungen Männern zur Begründung einer Musterfarm berechtigen sollte. Ueber 100 Leute sind auf den Schwindel hereingefallen, weitere sicher viele Hunderte behütete die Polizei vor dem Verluste.

Neugründung von Auswandererorganisationen.

In Berlin ist eine argentinische Siedlungsgesellschaft mit Lehrbetrieb (Sitz Buenos Aires) begründet worden, die unter Betätigung deutschen Kapitals deutschen Auswanderern Gelegenheit geben soll, nach Einführung

Digitized by Google

in die besondere Betriebsweise der argentinischen Landwirtschaft Grundbesitz zu erwerben. Sie steht im Zusammenhang mit dem Deutsch-Argentinischen Zentralverband. Ihr Leiter ist Herr Robert Scheibler, der binnen kurzem die Ausreise nach Argentinien antreten will.

In Berlin ist ein Auswandererbund begründet worden, der seinen Hauptzweck in der Aufklärung und gegenseitigen Unterstützung seiner Mitglieder bei der Auswanderung sucht, Sprachkurse einleiten und die Regierung um ihre Unterstützung bitten will. Leiter sind Kaufmann Löschler, Karlshorst und Ingenieur Böttcher, Berlin-Schöneberg.

Bremen. Ein Bremer Verein für Auswanderer-Beratung ist unter dem Vorsitz des Konsuls Otto Flohr gebildet worden. Stellvertretender Vorsitzender ist Prof. Dr. Schilling. Dem Vorstande gehören Kaufleute, sowie leitende Persönlichkeiten aus konfessionellen Organisationen an, die sich bisher der Fürsorge für Auswandererwesen widmeten. Ein Aufruf spricht aus, daß der Verein die Pläne des Reichswanderungsamtes, das in Bremen und Hamburg mit Reichsbeamten besetzte Zweigstellen errichten wolle, durch seine freiwillige Mitarbeit stützen wolle. Bremen, das in guten Tagen der Friedenszeit der deutschen Industrie und ihrer Arbeiterschaft viel von seiner Blüte zu verdanken hatte, habe jetzt auch die Pflicht, den bedrängten Volksgenossen nach Möglichkeit Rat und Auskunft über überseeische Länder zu erteilen und sie namentlich vor unüberlegter Auswanderung zu warnen.

Ein österreichisches Projekt.

Das „Neue Wiener Journal" bespricht am 30. Mai in einem Artikel neue Projekte zur Auswanderung. Es erwähnt den Plan, den am 5. Januar Rittmeister Gamillscheg für österreichische Offiziere entworfen habe und der zahlreiche begeisterte Anhänger gefunden habe. Es sind Auswandererkurse errichtet worden, es ist ein „Kolonisationsverein zur Gründung neuer Existenzen" geschaffen worden, der die Auswanderungslustigen organisiert. Als Organ der Bewegung erschien am 28. Mai in Wien die erste Nummer einer neuen Zeitung „Der Auswanderer". Inzwischen sind auch weitere Projekte aufgetaucht, von denen eines die Errichtung eines deutsch-österreichischen Handelshauses und einer Industrieanlage in Sao Paulo in Brasilien bezweckt. An der Spitze der Aktion steht der gewesene Bürochef des österreichischen Bankhauses Mac in Sao Paulo, Herr Entner. 500 Personen sollten sich auf drei Jahre für das Unternehmen verpflichten, von denen 450 in Fabriken und 50 in Kontoren untergebracht werden sollten. Dafür kämen gewesene Offiziere, Unteroffiziere, Staats- und Privatbeamte, Hochschüler und Intellektuelle in Betracht, die eine Bareinlage oder Sicherstellung von 8 bis 15 000 Kronen leisten, die durch Anteilscheine des Unternehmens in gleicher Höhe gedeckt und im Falle des Austrittes vor Ablauf des Vertrages ungekürzt zurückerstattet wird. Das Unternehmen will alle Transport- und Fahrtspesen und Verköstigung nach Ankunft usw. leisten und will die persönliche Arbeit seiner Angestellten nach „der Art ihres produktiven Wertes" entlohnen Jede Krone Anlagekapital berechtigt zum entsprechenden Anteil am Reingewinn. Das neue Handelshaus will sich mit dem Vertrieb brasilianischer Rohprodukte und deren Export nach Europa, mit Vertretung überseeischer Fabriken und Exportfirmen, sowie mit der Verarbeitung brasilianischer Rohprodukte zu Speiseölen, Fetten usw. beschäftigen. Die Zeitung, der wir diese Angaben entnehmen, teilt mit, für die Dampfer des holländischen Lloyd seien bereits über 22 000 Passagiere aus Oesterreich vorgemerkt. Im Juni und Juli sollten die ersten Gruppen der Auswandererorganisation des Rittmeisters Gamillscheg nach Südamerika abgehen. Viele Offiziere besuchten bereits die Export-Akademie, um sich für den kaufmännischen Beruf vorzubereiten, den sie in Argentinien und Brasilien zu ergreifen gedächten.

Die **„Deutsche Auswanderer-Zeitung"**, die in Breslau erscheint und über die wir hier schon berichtet haben, ist in der letzten Zeit beträchtlich erweitert worden, auch der Leserkreis der Zeitung, die wöchentlich erscheint, nimmt, wenn wir recht unterrichtet sind, außerordentlich zu. Sie dient der Propagierung eines „Schutzbundes deutscher Auswanderer", der vom 1. Mai an 5 Mark Jahresbeitrag erhebt. Der Preis der Zeitung für Mitglieder ist auf 1,50 Mark vierteljährlich ermäßigt worden. Den Mitgliedern des Schutzbundes soll später eine Ueberseezeitung gleichfalls zur Hälfte des eigentlichen Bezugspreises geliefert werden. Den Mitgliedern des Bundes wird ferner ein Rabatt von 50 Prozent auf Inserate in der Zeitung gewährt, ferner soll ein sich an den Bund anschließendes Verlagsunternehmen den Mitgliedern Auswandererliteratur zu ermäßigten Preisen liefern, sowie teurere Werke zu mäßigen Gebühren verleihen. Der Schutzbund betont dabei, daß er nicht zur Auswanderung raten wolle, sondern dem Vaterland Kräfte zu erhalten sich bestrebe. Der Bund vermittelt auch Fahrkarten auf den holländischen Dampfern und macht eine recht geschickte und anscheinend auch sehr erfolgreiche Propaganda. Namentlich werden in allen Städten Zweigbüros errichtet. In einer neueren Nummer der Zeitung hat der Schutzbund seine Ziele bereits weiter gesteckt. Er will da auch die Ausgewanderten im Auslande zusammenhalten, mit den auf diesem Gebiete bereits bewährten Korporationen zusammenarbeiten, die Verbindung der Auslanddeutschen mit dem Mutterlande aufrechterhalten und fördern und ähnliches mehr. Der Schutzbund besteht aus einem geschäftsführenden Ausschuß und einem sachverständigen Beirat, der sich aus „ersten Persönlichkeiten aus den Kreisen des deutschen Kolonial- und Siedlungswesens und der Auslanddeutschen" zusammensetzt und bald zusammentreten soll. Der Schutzbund gibt bekannt, daß allein in einer Woche 8000 neue Anmeldungen erfolgt seien. Der Bund hat in Berlin eine Rechtsauskunftstelle errichtet, der ein Syndikus, Dr. Henning, vorsteht und die gegen Einsendung von 1 Mark Schreibgebühren juristische Fragen sorgfältig beantworten will. Mitglieder sollen auf kurze Anfragen kostenlos Bescheid bekommen.

Ein **Erörterungsabend über die Auswanderungsfrage** fand in der Berliner „Deutsch-südamerikanischen Gesellschaft" statt. Als erster Redner beleuchtete Dr. Paul Traeger die Probleme der Auswanderung und warnte vor übereilter Ueberseewanderung, da wirklich genauere Nachrichten über diese Staaten fehlten. Er verwies hauptsächlich auf die Siedlungsmöglichkeiten in Europa im Anschluß an die schon bestehenden deutschen Siedlungen. Darnach sprach Geheimrat Prof. Dr. Backhaus über die Auswanderung nach Südamerika und zeigte, daß die Arbeitserträge der Auslanddeutschen wieder der Heimat zugute kämen. Gebildete Großlandwirte würden am ehesten in Südamerika fortkommen, aber nur Kaufleute, die auch praktisch sich betätigen könnten, hätten einige Aussicht, bei dem Ueberangebot von Kräften fortzukommen. Unter den Forderungen, die der Redner aufstellte und die auch Regelung der Auskunftserteilung umfassen, befindet sich eine besonders wichtige: Rege Beziehungen zu denjenigen südamerikanischen Staaten zu pflegen, die Auswanderer aufnehmen und zwar durch Zulassung von Studierenden aller Berufe aus den betreffenden Staaten.

Betrachtungen zur Auswanderungsfrage.

Professor Nicolai, der bekannte Pazifist und medizinische Professor, dessen Flugzeugflucht aus Deutschland während des Krieges so viel Aufsehen erregte, betonte in einem

Digitized by Google

Vortrage in der internationalistischen Gruppe der Berliner Studentenschaft, daß allein aus Berlin in der Schweiz 183 000 Naturalisationsgesuche vorlägen. Die „Deutsche Tageszeitung", der wir diese Angabe entnehmen, knüpft daran die Bemerkung, daß es sich bei diesen „Auswanderern" wohl wesentlich um Elemente handele, die der Schweiz nicht gerade willkommen sein würden, es seien wohl hauptsächlich Kriegsgewinnler, die bereits ihr Kapital nach der Schweiz gerettet hätten. Abwehrmaßnahmen gegen diese Auswanderung seien nicht nötig, da die Schweiz wohl die Einwanderung nicht gestatten werde.

Auswanderungsgedanken betitelt Dr. J. Straubinger einen Artikel im „Deutschen Volksblatt", Stuttgart, in dem er unter Zusammenfassung aller Gründe vor privaten Auswanderungsagenturen energisch warnt und dringend eine öffentliche Fürsorge verlangt, freilich eine bessere, als sie der bisherige Beirat für Auswanderungswesen, der kaum alle drei Jahre tagte, und die bisher vom Reich unterstützte Zentralauskunftsstelle, die aus Mangel an Beziehungen nur geringe Auskunft habe geben können, hätten leisten können. Das Reichswanderungsamt solle baldigst ein neues Auswanderungsgesetz schaffen, das die Auswanderung erleichtere, aber den kulturellen Zusammenhang der Auswanderung mit der Heimat sichere. Schließlich empfiehlt der Verfasser, der sich auch verschiedentlich auf unsere „Mitteilungen" bezieht, als ernsthaften Vermittler von Auskünften den Reichsverband für die katholischen Auslanddeutschen und seine Freiburger Geschäftsselle im Caritasstift.

Wirtschaftssorgen, Klassenkämpfe, Auswanderung. Ueber dieses Thema hat im „Bund technischer Berufsstände", Landesgruppe Brandenburg, Stadtbaumeister Jentsch einen Vortrag gehalten, der in außerordentlich interessanter Weise auf die Arbeiten der Techniker im modernen Berufsleben hinweist. Er macht namentlich auf die Gefahr für das Vaterland aufmerksam, die in der Auswanderung technisch gebildeter Menschen liege. Das feindliche Ausland öffne der Intelligenz aus Deutschland nur zu gerne seine Pforten. Die Auslandvertretung müsse dann aber vor allem Gewicht auf die wirtschaftliche Hebung der Deutschen im Auslande legen. Zu diesem Zwecke müßten allerdings die Auslandvertreter selbst auch mehr aus praktischen Berufen stammen. Der Redner verlangte eine Reichsauswandererleitstelle, die dem Auswärtigen Amte anzugliedern wäre und die sachverständig und zweckmäßig berate und verlangte eine vernünftige und zweckmäßige Auswanderungspolitik, die das Auslanddeutschtum vor allem in wirtschaftlichen Beziehungen zur Heimat erhalte.

In der **„Neuen Woche"** richtet der Hauptschriftleiter Goerlich einen warmen Appell an alle jene, die jetzt ihr Vaterland verlassen und auswandern wollen. Er erinnert an das Wort des bayerischen Präsidenten Hoffmann: „Ein Lump, der jetzt sein Volk und sein Vaterland verläßt" und charakterisiert die Auswanderungslust als grenzenlose Feigheit, die gerade in den Kreisen des Kapitals und der Intelligenz vorherrsche. Eine wirtschaftlich schwache Bevölkerung werde zurückbleiben, wenn die Besten und Reichsten auswandern wollten. Wenn diese „Ratten" das sinkende Schiff verlassen wollten, so sei das krasse Selbstsucht. Er bittet, ihm „alle Namen von solchen Leuten, namentlich aus dem Stande der Kapitalisten und Gebildeten aller Berufe zu übermitteln, die in dieser schwersten Not sich durch Auswanderung ihren Pflichten gegenüber dem Vaterland entziehen" wollten. Diese Vaterlandsverräter sollten öffentlich gebrandmarkt werden.

Wir fürchten, das ist nicht die rechte Art, die Auswanderungslust einzudämmen, und die „Neue Woche" würde auch garnicht Raum genug aufbringen können, um nur alle Adressen derer zu drucken, die wirtschaftliche und geistige Not, politische und soziale Ursachen jetzt und in naher Zukunft außer Landes treiben werden. Es heißt auch auf diesem Gebiete nicht ungerecht sein und die wahren Ursachen ganz erfassen.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Steuerpartikularismus und Auslanddeutschtum.

Von den bitteren Klagen über die steuerliche Behandlung der Auslanddeutschen im Reiche veröffentlichen wir heute die Zuschrift eines Württembergers, der in Preußen ein Flüchtlingsunterkommen gefunden hat. Er hat dort kein Einkommen aus Arbeit, sondern lebt mit seiner Familie von dem Wenigen, was ihm an Kapital bei seiner Flucht aus dem Auslande verblieben ist. Wir schließen uns den rechtlichen Deduktionen des Einsenders keineswegs an. Leider wird man zugeben müssen, daß die Behörden, rein juristisch genommen, im Rechte sind. Um so deutlicher aber wird hier, wie rechtliche Gerechtigkeit zur moralischen Ungerechtigkeit wird. Warum soll der Württemberger in Preußen dafür steuerlich gestraft werden, daß er kein Preuße ist? Warum wird der Auslanddeutsche nicht als Deutscher gewertet, der er ist, sondern als Preuße, Badener, Bayer oder Württemberger, er, der diesen Partikularismus in jahrzehntelanger Abwesenheit fast abstreifte. Man vergesse doch auch bei den Behörden nicht: Die Auslanddeutschen sollen ins Ausland zurückkehren und dort deutsches Ansehen und deutsche Arbeit wieder aufrichten und mehren. Wenn man sie hier derartig verbittert, wie das in unserem Falle geschah, so wird das Resultat diesen Taten entsprechen. Dann dürfen wir uns aber auch nicht wundern, wenn das Auslanddeutschtum nicht halten kann, was wir von ihm erwarten. Der Fall des Einsenders sollte allen denen zu denken geben, die, weit über das steuerpolitische Gebiet hinaus, sich überhaupt mit der Frage des Auslanddeutschtums befassen.

Wir lassen hier die Zuschrift folgen:

„Als Mitglied Ihres Vereins möchte ich Ihnen hier auch Erlebnisse eines Auslanddeutschen erzählen; allerdings handelt es sich nicht um Erlebnisse im feindlichen Ausland, sondern um solche in Deutschland selbst, die aber nicht weniger lehrreich sind.

Seit 1887 bis zum Ausbruch des Krieges lebte ich in Le Havre. Als gegen Ende Juli 1914 der politische Himmel sich verfinsterte, beschloß ich zu aller Vorsicht, meine Frau und Kinder nach . . . . . zum Besuch meiner dort lebenden Schwiegermutter zu senden. Ich selbst flüchtete am 1. August nach London, wurde auch im Mai 1915 in ein englisches Internierungslager gebracht, jedoch schon im Mai 1916 nach Deutschland zurückgesandt.

Meine Frau hatte inzwischen hier in . . . . . eine möblierte Wohnung gemietet für die Dauer des Krieges und unsere Kinder in eine hiesige Schule gebracht. Unter diesen Umständen war es, als ich von England kam, das Gegebene für uns, zunächst hier zu bleiben.

In der Folge wurde ich zur Steuerzahlung herangezogen, kam anfänglich auch ohne Einwand nach, bis mir zu Ohren kam, daß nach einer Entscheidung des Preuß. Oberverwaltungsgerichts diejenigen Flüchtlinge aus dem feindlichen Ausland als steuerfrei anzusehen sind, welche die Absicht haben, nach Kriegsende an ihren Wohnsitz zurückzukehren. Da dies bei mir zutrifft, so legte ich gegen eine neue Veranlagung Berufung ein. Der Fall kam vor das Preuß. Oberverwaltungsgericht, wurde aber von diesem zu meinen Ungunsten entschieden, und zwar weil diese Steuerbefreiung nur preußischen Staatsangehörigen zukomme, während ich selbst Württemberger bin.

Digitized by Google

Diese Entscheidung steht in direktem Gegensatz zu Art. 3 der Reichsverfassung, nach welchem der Angehörige eines jeden Bundesstaats in jedem anderen Bundesstaat gleich wie der eigene Staatsangehörige zu behandeln ist.

Ich füge bei, daß ich eine gewinnbringende Tätigkeit hier nicht ausübe und mein Einkommen nur aus dem in Deutschland befindlichen Teil meines in Frankreich erworbenen Vermögens herrührt.

Nachdem ich damit alle mir zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel erschöpft hatte, blieb mir nichts anders übrig, als die Hilfe der württembergischen Regierung anzurufen. Ich legte meinen Fall daher dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten in Stuttgart vor. Dieses verwies die Sache an das Finanzministerium und letzteres seinerseits an das Steuerkollegium, Abteilung für direkte Steuern, in Stuttgart. Nachdem es sich nicht um württembergische Steuern handelt, ist mir nicht klar, in welcher Weise diese Sache das Steuerkollegium berühren soll.

Das Steuerkollegium arbeitete eine Abhandlung aus, in der zunächst ein Vergleich zwischen der verschiedenartigen Behandlung der Kriegsflüchtlinge in Betreff Steuersachen in Württemberg und Preußen gemacht wird (was zu meinem Fall keine Beziehung hat), kommt dann selbst zu der Aeußerung, die Entscheidung wäre wohl anders ausgefallen, wenn ich geltend gemacht hätte, daß ich mich in Preußen nur infolge der Zwangslage des Krieges und mit der Absicht, später nach Frankreich zurückzukehren, aufhalte — was selbstverständlich mit allem Nachdruck geschehen ist — und schließt wörtlich:

„Eine Verletzung des Art. 3 der Reichsverfassung könnte nur dann in Betracht kommen, wenn nach dem preuß. Einkommensteuergesetz bei gleicher Sach- und Rechtslage nichtpreußische Staatsangehörige ungünstiger behandelt würden, als preußische. Dies ist aber nicht der Fall. Die Beschwerde erscheint hiemach nicht begründet".

Diesem Schluß fehlt jegliche Folgerichtigkeit; denn daß eine ungünstigere Behandlung eines nichtpreußischen Staatsangehörigen bei gleicher Sachlage vorliegt, wird mir niemand abstreiten wollen, und wenn das Preuß. Oberverwaltungsgericht eine Stütze für seine Entscheidung in den preußischen Steuergesetzen findet, so wäre damit nur der Beweis erbracht, daß die Steuergesetzgebung in Preußen nicht im Einklang mit der Reichsverfassung steht.

Das württembergische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten aber benützt diesen Ausspruch des Steuerkollegiums, um die Verfolgung meiner Beschwerde einfach abzulehnen.

Mein Fall ergibt zwei, allerdings recht traurige Lehren:

1. welche Bedeutung in Deutschland Verträgen selbst im innerstaatlichen Verkehr beigemessen wird.
2. welchen Schutz ein Deutscher findet, wenn er genötigt ist, die Hilfe seiner Regierung anzurufen.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß entweder man in Stuttgart nicht den Mut hat, bei Preußen mit einer auch noch so berechtigten Beschwerde vorstellig zu werden, oder aber, daß auch die württembergischen Beamten, wie man dies allerdings beim deutschen Beamtentum leider vielfach antrifft, finden, daß die Interessen des einzelnen Staatsangehörigen es nicht verdienen, daß man sich ihretwegen Mühe macht.

Wir Auslanddeutsche haben in dieser Beziehung in Frankreich und namentlich in England anderes gesehen".

Zu der Frage der **Unterbringung der Kinder von Auslanddeutschen an deutschen Schulen**, die gerade in den nächsten Jahren eine außerordentlich große Rolle spielen wird, schreibt uns aus der Schweiz ein Auslanddeutscher:

„Es ist sicher anzunehmen, daß jetzt auch die Schulverhältnisse in Deutschland umorganisiert werden. Ich möchte nun bei Ihrem Verein den Antrag stellen, daß die nötigen Schritte unternommen werden, daß bei einer Neuorganisierung der Schulverhältnisse der Kinder und besonders der Söhne der Auslanddeutschen gedacht wird. Bei dem alten System war es überaus schwierig für einen im Ausland erzogenen deutschen Jungen, in Deutschland seine Studien zu vollenden, da die entsprechenden Mittelschulen des Auslandes von seiten der deutschen Schulbehörde nicht als vollwertig angesehen wurden. Ich selbst kenne zu wenig die Verhältnisse, um Ihnen bestimmte Vorschläge machen zu können, aber ich glaube, es müßte unbedingt vorgesehen werden, daß es den Kindern der Auslanddeutschen ohne Zeitverlust möglich wäre, ihre Studien in Deutschland zu vollenden mit Berechtigung für Staatsdiplom usf., wenn sie einen entsprechenden Nachweis von dem erfolgreichen Besuch einer für das Universitätsstudium in dem betreffenden Land vorbereitenden Schule beibringen können. Früher wurden sicherlich viele im Ausland geborene Deutsche ihrem Vaterland entfremdet. Infolge der heute überaus traurigen Verhältnisse der Deutschen im Auslande ist vorauszusehen, daß den Kindern der Auslanddeutschen der Besuch der Hochschule im Auslande sehr erschwert wird. Durch Zulassung zu dem Universitätsstudium in Deutschland nach erfolgreichem Besuch einer Auslandsmittelschule ohne besondere Prüfungen und Schwierigkeiten würde sicherlich viel deutsche Jugend dem deutschen Vaterlande, das sie so bitter nötig braucht, erhalten werden.

Es sollte mich freuen, wenn mein Vorschlag, der gewiß dem Wunsch vieler Auslanddeutscher entspricht, Anklang und eventuell bei der Neuorganisation der Schulverhältnisse Berücksichtigung finden würde."

VERSCHIEDENES

Lodz. Deutsches Theater. Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Requisiten des Deutschen Thaters aufzukaufen und das Theater selbst in ein polnisches Stadttheater umzuwandeln. Dagegen erhebt sich in den Lodzer deutschen Kreisen ein lebhafter Widerspruch. Ueber 30 Jahre gab es ein deutsches Theater in Lodz, das sogar zeitweise eine große künstlerische Bedeutung besaß. Das Theater erfreute sich einer außerordentlichen Beliebtheit beim Lodzer Deutschtum, und es machen sich Bestrebungen geltend, durch freiwillige Sammlung doch noch zu erreichen, daß das Theater dem Deutschtum erhalten werden kann.

Eine deutsche Bühne in Budapest? Zum Kulturprogramm der ungarischen Räteregierung soll, Pressestimmen zufolge, auch die Errichtung einer deutschen literarischen Bühne in der ungarischen Hauptstadt gehören, auf der Schnitzler, Halbe und andere deutsche Dramatiker gespielt werden sollen. Vorläufig sei ein Aufführungszyklus von 6 Wochen geplant, im Herbst solle ein ständiges deutsches Theater errichtet werden. Man weiß, daß vor dem Weltkrieg gerade in Budapest dem deutschen Theater keine Rosen auf den Weg gestreut waren.

WIRTSCHAFTSFRAGEN

Deutsche Auslandhandelskammern. In der Frage der Gründung deutscher Handelskammern im Ausland hat sich der Handelsvertragsverein in einer Denkschrift vom 20. Februar 1919 an den Reichskanzler gewandt. Er fordert darin nachdrücklichst — im Gegensatz zu den Stimmen, die eine Interessenvertretung durch Sachverständigenbeiräte bei den Konsulaten für genügend erachten — die Schaffung unabhängiger Korporationen zur Wahrung der Interessen von Handel und Industrie, in denen jede offizielle

Digitized by Google

Stellung der Konsuln vermieden werden soll. Das Ausland sei in der Schaffung derartiger Handelskammern bereits vorangegangen, ein Zusammenschluß der Interessenten trete auch notwendigerweise im Ausland ein und es liege nur im eigenen Interesse der Regierung, hier die Initiative zu ergreifen, und sich dadurch von vornherein maßgebenden Einfluß zu sichern. Die Handelskammern sollen nach Ansicht der Denkschrift keine Zwangsorganisation sein, sie sollen deutsche und einheimische Firmen des betreffenden Landes umfassen. Den gegebenen Weg zur Schaffung dieser Handelskammern, die im übrigen mit dem Begriff, den der deutsche Sprachgebrauch mit dem Wort „Handelskammer" im allgemeinen verbindet, wenig gemein haben, sieht die Denkschrift in dem Ausbau der doppelstaatlichen Verbände; die Handelskammern sollen als ausländische Zweigvereine oder Ortsgruppen der doppelstaatlichen Verbände organisiert werden, womit dann auch die Gewähr gegeben wäre, daß jene Auslandorganisationen wirklich deutsche, nicht ausländische Interessen vertreten. Das Auswärtige Amt stimmt in seiner unter dem 26. März 1919 dem Handelsvertragsverein zugegangenen Antwort mit diesem Ergebnis überein und sieht gleichfalls den gegebenen Weg für die weitere Entwickelung in dem „Ausbau der doppelstaatlichen Vereine, bei denen auch Angehörige des betreffenden fremden Auslands Mitglieder sein werden".

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Ein Beirat des Reichswanderungsamtes. Dem Reichswanderungsamt ist ein Beirat von 60 Sachverständigen beigegeben worden, der das Amt in grundsätzlichen Angelegenheiten seines Arbeitsbereiches gutachtlich unterstützen soll. Der Beirat soll selbständige Anträge an die Reichsregierung stellen können, er hat seinen Sitz in Berlin, wird durch den Vorsitzenden des Amts nach eingeholter Genehmigung durch die Reichsminister des Innern und des Auswärtigen mit einer von beiden Ministern genehmigten Tagesordnung einberufen. Beide Minister berufen die Sachverständigen auf zwei Jahre. Reisekosten und Tagegelder für Auswärtswohnende werden nach den Sätzen der vortragenden Räte der Reichsministerien gewährt, im übrigen ist die Tätigkeit ehrenamtlich. Es sind Vollversammlungen, Ausschüsse und Unterausschüsse vorgesehen, der Vorsitzende beruft die Mitglieder der Ausschüsse auf Vorschlag der Vollversammlung, die Mitglieder der Unterausschüsse auf Vorschlag der Ausschüsse. Er führt den Vorsitz, verteilt den Arbeitsstoff, ernennt die Schriftführer, beruft Berichterstatter. Zu den Sitzungen können Mitglieder des Reichswanderungsamtes und andere Sachverständige zugezogen werden. Die beteiligten Reichs- und Gliedstaatsbehörden können Vertreter entsenden. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich und sind vertraulich zu behandeln, soweit das beschlossen wird. Die Vollversammlung ist beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden die Hälfte der geladenen Mitglieder anwesend ist, Ausschüsse und Unterausschüsse sind beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden 4 Mitglieder anwesend sind. Beschlüsse werden mit Stimmenmehrzahl gefaßt, bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Der Beirat gibt sich seine Geschäftsordnung selbst.

In diesen Beirat ist auch der Vorsitzende des Deutschen Ausland Instituts, Konsul Kommerzienrat Theodor G. Wanner, berufen worden.

Die erste Sitzung ist auf Sonnabend, den 14. Juni, anberaumt gewesen; in ihr wurden Ausschüsse und Unterausschüsse gebildet und es wurden Richtlinien für die Auskunftserteilung und Beratung der Auswanderungslustigen, wie Maßnahmen zur Bekämpfung ungeregelter Werbetätigkeit durch Auskünfte, Stellenvermittler, Siedlungsgesellschaften und Auswanderungs-Zeitschriften besprochen.

Berlin. Schutzverband für deutsche Auslandsforderungen. Der Verband, der, wie wir bereits berichtet haben, seine Geschäftsräume nach Berlin W 35, Lützowstr. 43, verlegt hat, versendet einen Tätigkeitsbericht, dem wir folgendes entnehmen: Zunächst wurden die belgischen Angelegenheiten bearbeitet und die Organisation der Beitreibung der Forderungen in Belgien ausgebaut. Dann wurde die Einziehung deutscher Forderungen in Nordfrankreich und Norditalien in die Wege geleitet. Durch Vereinbarung mit dem deutsch-russischen Wirtschaftsausschuß und dem deutsch-rumänischen Wirtschaftsverband wurden den beiden Verbänden die Bearbeitung der russischen und rumänischen Angelegenheiten übertragen, wobei sich beide Vereine mit der Einziehung deutscher Forderungen im Auslande, wie mit der Verwertung des im Inlande befindlichen russischen oder rumänischen Vermögens befaßten. Das Verhältnis zum deutsch-russischen Wirtschaftsausschuß wurde aber später wieder in friedlicher Weise gelöst. Die politische und militärische Lage hat dann Ende 1918 die Arbeiten ungünstig beeinflußt. Verhandlungen über die Beleihung von Auslandsforderungen sind gescheitert. Nur die Kriegskreditbank für Lübeck in Lübeck hat sich zu einer Beleihung bereit erklärt. Das Auswärtige Amt hat den Verband zu den Vorbesprechungen über die Friedensverhandlungen herangezogen, wobei der Verband selbständige Vorschläge machen konnte. Es wird erwartet, daß der Verband im künftigen Friedensvertrage als bevollmächtigte Vertretung der deutschen Gläubigerschaft im Auslande angesehen werde und insbesondere zur Mitwirkung bei internationalen Schiedsgerichten berufen wird. Das Reichsfinanzministerium hat dem Verband dank dem Eingreifen des Reichswirtschaftsministeriums für das Jahr 1919 einen Kredit von 300 000 Mark eingeräumt mit der Maßgabe, daß bei günstiger Vermögenslage die für Rechnung dieses Kredites erhobenen Beträge nebst 5 Prozent Zinsen zurückzuerstatten sind. Anstelle des wegen Krankheit ausgeschiedenen Geschäftsführers Dr. Rudolf Meyer trat Geheimer Regierungsrat Dr. Jungmann, dem als zweiter Direktor Rechtsanwalt Dr. Hirschland zur Seite steht.

Deutsche Guthaben im Auslande. In neuerer Zeit haben sich wiederholt Firmen mit der Frage an die Reichsbank gewandt, ob sie nicht ihre Guthaben im feindlichen Auslande verwerten könnte. Die Reichsbank hat darauf erwidert, eine glatte Verwertung solcher Forderungen sei zurzeit noch nicht möglich, weshalb den Firmen einstweilen nur empfohlen werden könne, ihre Forderungen in eine bankmäßige Form (Wechsel, Scheck, Anweisung, Quittung) zu bringen und bei ihr zu hinterlegen. Die Reichsbank werde diese Forderungen einziehen oder verwerten, sobald sich die Gelegenheit dazu biete. Sie beabsichtige insbesondere, sich meldende Käufer für derartige Forderungen mit den Forderungsberechtigten in Verbindung zu bringen.

Beleihung baltischer Wertpapiere.

Berlin. Durch die Bemühungen der Finanzsektion des Flüchtlingsausschusses beim baltischen Vertrauensrat und des Direktoriums der zweiten gegenseitigen Gesellschaft Riga, zurzeit in Rostock, ist es gelungen, den baltischen Flüchtlingen ihre baltischen Wertpapiere zu beleihen und zwar liv-, est- und kurländische Pfandbriefe, Rigaische Stadtanleihen und Hypotheken des Rigaer Hypothekenvereins wie auch des Kreditvereins der Hausbesitzer.

Die **ungarische Räteregierung** hat die Beschlagnahme jeglichen Privatvermögens einschließlich der einen Betrag von 5000 Kronen übersteigenden Bankguthaben angeordnet.

Digitized by Google

jedoch eine Entschädigung der durch diese Maßregel betroffenen Reichsdeutschen in Aussicht gestellt. Die Reichsdeutschen werden also aufgefordert schon jetzt zwecks Sicherstellung ihrer Entschädigungsforderungen ihre Ansprüche beim zuständigen Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen, Berlin W 35, Potsdamerstraße 38, anzumelden.

Die **amerikanische Regierung** hat am 25. April gebeten, einen amerikanischen Spezialkommissar nebst Begleitung zur Auskunftseinholung über das amerikanische Eigentum in Deutschland entsenden zu dürfen. Die deutsche Regierung erklärte am 18. Mai ihr Einverständnis damit, wenn ein deutscher Kommissar mit entsprechender Bewegungsfreiheit zu gleichen Zwecken des Studiums des deutschen Besitzes in Amerika nach den Vereinigten Staaten entsandt werden könne.

Reisebeihilfe für entlassene Militärangehörige zur Rückreise ins Ausland.

Wir haben in Nummer 4, Jahrgang II der „Mitteilungen" eine Bestimmung aus dem Militärverordnungsblatt zitiert, wonach entlassenen Militärangehörigen, die sich vor dem Kriege dauernd im Ausland aufgehalten haben und die, ohne zur Rückkehr in die Heimat nach ausgesprochener Mobilmachung verpflichtet zu sein, aus freiem Antrieb zurückgekehrt sind, vom Generalkommando eine angemessene Beihilfe in den Grenzen der voraussichtlich anzuwendenden Reisekosten bewilligt werden könne, wenn sie den Nachweis führten, daß die Rückreise ins Ausland in ihrem persönlichen Interesse oder dem ihrer Angehörigen dringend auszuführen sei. Erst jetzt wird uns eine Verordnung des württembergischen Kriegsministeriums bekannt, die, Nr. 179 vom 13. Februar, zur selben Sache erlassen worden ist. Wir bringen sie wegen der Wichtigkeit der Angelegenheit für Auslanddeutsche hier wörtlich.

„Die Bestimmungen des Erlasses vom 31. Dezember 18 (M.-V.-Bl. 1919 S. 10), über Beihilfen für die Rückreise Heeresangehöriger ins Ausland werden auf solche wehrpflichtigen Deutschen ausgedehnt, die sich vom Auslande zum Dienst im Heer gestellt haben, mit Ausnahme der Wehrpflichtigen, die aus kontinentalen europäischen Ländern, einschließlich England, sowie aus Kleinasien und den Mittelmeerländern zurückgekehrt sind.

Von dem Generalkommando kann demzufolge auf Antrag und nach Prüfung der Notwendigkeit den nach Vorstehendem in Betracht kommenden Wehrpflichtigen eine Beihilfe in den Grenzen der voraussichtlich aufzuwendenden Reisekosten gewährt werden, wenn sie

1. ihren dauernden Wohnsitz im Auslande gehabt haben und noch haben,
2. zur Verteidigung des Vaterlandes hierher zurückgekehrt sind und im Heere Dienste geleistet haben, sowie ferner
3. die Herreise unter besonders schwierigen Verhältnissen ausgeführt hatten, die die Annahme der Freiwilligkeit der Reise nach Deutschland zu begründen geeignet sind.

In dieser Richtung kommen namentlich Verhältnisse in Betracht, wie sie sich im Uebersee-Verkehr schon in den ersten Kriegstagen durch Einstellung und Einschränkung der planmäßigen Schiffsverbindungen, sowie durch die Kontrolle des Schiffsverkehrs seitens der neutralen und der feindlichen Mächte entwickelt hatten. — In derartigen Fällen konnte der Wehrpflichtige sich wohl als von der gesetzlichen Gestellungspflicht entbunden und die Nichtgestellung als straffrei halten. Wer in solcher Lage trotzdem in's Vaterland zurückgekehrt ist, kann wie der nicht wehrpflichtige Auslanddeutsche behandelt und abgefunden werden.

Der Kriegsminister: (gez.) Herrmann. — I. A. des S.-K. Württ.: (gez.) Salzer.

Eine weitere Verordnung Nr. 178 vom 12. Februar, die für Auslanddeutsche wichtig ist, besagt:

„In das besetzte Gebiet und nach dem Ausland Entlassene sind künftig unter allen Umständen von den entlassenden Dienststellen vollständig abzufinden, weil einerseits die Nachsendung mit der Post entweder undurchführbar oder wegen des Kursverlustes unangebracht, andererseits die Regelung durch die nächstgelegenen Bezirkskommandos mit Weiterungen verknüpft ist.

Die Abfindung der ins besetzte Gebiet und ins Ausland Entlassenen für die Vergangenheit ist Sache der zuständigen bezw. nächstgelegenen Bezirkskommandos.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

Neuerscheinungen (Fortsetzung)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART.

Uebersicht

Allgemeines.

Auslanddeutschtum i. allg.: 665. 668. 678. 684. 689. 697. 703. 709. 711. 728. 742.

Grenzdeutschtum: 616. 619. 623. 626. 628. 632. 641. 642. 646. 648. 649. 650. 651. 656. 657. 661. 663. 666. 675. 676. 680. 681. 682. 683. 686. 687. 688. 691. 693. 694. 695. 699. 701. 702. 704. 705. 706. 710. 713. 714. 720. 721. 722. 724. 730. 731. 732. 735. 739. 740. 743. 747. 751. 752.

Auslandskunde i. allg.: 672.

Auswanderung: 643. 651. 655. 658. 664. 741.

Außenhandel: 617. 647. 652. 662. 668. 670. 674. 692. 711. 722. 723. 727. 736. 738.

Mission: 707. 708. 725. 726.

Geographische Einteilung.

Westeuropa: 621. 625. 631. 653. 654. 670. 674. 705. 718. 738.

Nord- u. Osteuropa: 636. 638. 647. 673. 676. 685. 696. 702. 712. 714. 717. 734.

Süd- u. Südosteuropa: 633. 642. 660. 667. 677. 679. 681. 690. 700. 709. 720. 727. 739. 750. 752.

Vorderasien: 629. 635. 637. 644. 659. 672. 715. 719. 725.

Mittelasien: 627.

Ost- u. Australasien: 630. 669. 692. 698. 733. 745. 746. 749.

Afrika: 622. 639. 698. 716. 736. 745.

Nordamerika: 618. 624. 634. 640. 646. 653. 744.

Mittel- u. Südamerika: 620. 621. 622. 643. 671. 723. 741.

I. Einzelschriften.

616. *Baß,* Alfred, Deutsche Ortsnamen in Südtirol u. Oberitalien vornehmlich im Gebiete d. deutschen Sprachinseln d. Sieben u. Dreizehn Gemeinden. Hrsg. i. A. d. Bundes d. Sprachinselfreunde. Leipzig: Fischer 1919. M 2.—. (Veröffentl. d. Bundes d. Sprachinselfreunde. H. 4.)

Digitized by Google

617. *Bericht* über d. Gründungsversammlung d. deutschen Gesellschaft f. Auslandsbuchhandel i. deutschen Buchgewerbehause zu Leipzig, d. 10. Mai 1919. Leipzig 1919.

618. *Böhler,* Eugen u. Wehberg, Hans, Vereinigte Staaten von Amerika. Jena: G. Fischer 1919. M 30.—. (Der Wirtschaftskrieg. Abt. 5.)

619. *Broda,* Ernst, Benötigt die tschechoslowakische Republik zu ihrer wirtschaftl. Lebensfähigkeit den Anschluß fremdnationaler Gebiete? Wien: Manz 1919. M 1,80.

620. *Bürger,* Otto, Reisen eines Naturforschers im trop. Südamerika. <Fahrten in Columbien u. Venezuela.> Mit 33 Abb. u. 4 Tab. 2. wesentl. umgearb. u. erg. Aufl. Leipzig. Dieterich 1919. M 24.—.

621. *Eilers,* Georg, Lições Portuguezas. Kurze prakt. Anleitung z. raschen Erlernen d. portug. Sprache. Mit e. Kt. von Brasilien. Leipzig: B. G. Teubner 1919. M 4,20. (Teubners kleine Sprachbücher. 7.)

622. *Geusau,* Günther Frhr von, Mein sechsjähriges Wanderleben durch Afrika u. Amerika. Salzburg: Pustet [1919]. M 3.—.

623. *Gierach,* E., Aus Böhmens deutscher Geschichte. Reichenberg: P. Sollor [1919]. M 0,50. aus: Reichenberger Ztg.

624. *Griffin,* Grace Gardner, Writings on American history, 1916. A bibliography of books and articles on United States and Canadian history. New Haven: Yale Univ. [1919]. 2 $ 50 c.

625. *Hallays,* André, L'Opinion allemande pendant la Guerre 1914—1918. Paris: Perrin 1919.

626. *Huth,* Walter, Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschösterreichs u. sein Anschluß an das Deutsche Reich. Berlin: Siemenroth 1919. M 5.—.

627. *Kassianow,* N., La Sibérie et la poussée allemande vers l'orient. Bern: Haupt 1918. M 4.—.

628. *Knesek,* Artur, Die neuen Schulgesetze der tschechoslowakischen Republik. <Gesetz vom 3. IV. 1919. G.-Sammlg Nr 189 u. Gesetz v. 10. IV. 1919. G.-Sammlg Nr 205.> Uebers. u. einl. Bemerkungen. Iglau: Netoliczka [1919]. M 1,25.

629. *Kraelitz*-Greifenhorst, Friedrich von, Die Verfassungsgesetze d. osmanischen Reiches übers. u. mit e. Einl. vers. Mit e. genealog. Tab. d. kaiserl. Hauses Osman. Wien I: Forschungsinstitut f. Osten u. Orient. 1919. M 7.—. (Osten u. Orient, hrsg. v. R. Geyer u. H. Uebersberger. Reihe 4, Abt. 1. H. 1.)

630. *Loesner,* Th., Prodromus florae Tsingtauensis. Die Pflanzenwelt d. Kiautschou-Gebietes. Mit Unterst. d. deutsch-chines. Verbandes veröff. Mit Taf. 1—10. Dresden: Heinrich [1919]. M 9.—.

631. *Mamy,* Martin, Quatre ans avec les barbares. Lille pendant l'occupation allemande. Avec nombr. ill. et docum. Paris: Renaiss. du livre. [um 1919]. fr. 5.—.

632. Wirtschaftsstatistische *Materialien* über Deutschösterreich. Zsgest. auf Grund amtl. Quellen vom Bureau d niederösterr. Handels- u. Gewerbekammer. 2. Aufl. Mit e. mehrfarb. Sprachenkarte. Wien: Niederösterr. Handels- u. Gewerbekammer. 1919. M 4,50.

633. *Mazedonien.* Ein Erinnerungswerk für d. Mitkämpfer auf d. mazed. Kriegsschauplatz. Hrsg. von e. Armee-Ober-Kommando. Mit 5 Textbildern u. 1 Taf. Berlin D. Reimer 1918. M 4.—.

634. *Michaelis,* Karl, Praktisches Handbuch d. amerikanischer Patentrechts. Berlin: Siemenroth 1919. M 25.—.

635. *Mohr,* Anton, Der Kampf um Türkisch-Asien. Die Bagdadbahn. Aus d. Norwegischen ins Deutsche übertr von Margret Platzbecker. Mit e. Kt. in Zweifarbendr. Bildschm. <nach photograph. Abzügen> von Gertrud Brandt. Meißen: Klinckicht & Sohn [1919]. M 4,50.

636. *Mohr,* Martin, Warschauer Tafeln zur Gegenwartsgeschichte d. Königreichs Polen. Mappe 1: Vom Kriegsbeginn bis Einsetzung d. Regentschaftsrates 1914—17. Leipzig: Felix Meiner [1919]. Taf. A—E, 1—12. M 10.—.

637. *Müller*-Kolshorn, Otto, Azmi Efendis Gesandtschaftsreise an d. preuß. Hof. Ein Beitr. zur Geschichte d. diplomat. Beziehungen Preußens z. Hohen Pforte unter Friedrich Wilhelm II. Berlin: Mayer & Müller 1918. M 10.—. (Türkische Bibliothek. Hrsg. von Proff. Drs. Gg. Jakob u. Rud. Tschudi. Bd 19.)

638. *Paquet,* Alfons, Der Geist der russischen Revolution. Leipzig: Kurt Wolff 1919. geb. M 4.—.

639. *Poeschel,* Hans, Die Stimme Deutsch-Ostafrikas. Die Engländer im Urteil unserer ostafrikan. Neger. Mit Geleitworten von Gouv. Dr. Schnee u. Gen-Maj. v. Lettow-Vorbeck. Berlin: Scherl G. m. b. H. [1919].

640. *Price,* Lawrence Marsden, English-German literary influences. Bibliography and survey. P. 1. Bibliography. Berkeley Cal.: Univ. Preß [um 1919]. 1 $ 25 c. (Publ. in modern philology. Vol. 9. Nr 1.)

641. *Rienoessl,* Heinrich, Das heilige Erbe. Roman aus Deutsch-Oesterreich. Hannover: Hübner 1919. M 5.—.

642. *Rudolff,* Ernst, Die deutsche Not in Ungarn. Eine Denkschr. f. d. deutsche Volk. Hamburg [1918]: Meissel. M 0,50.

643. *Runge,* E., Wie wandere ich nach Südamerika aus? Teil 1: Brasilien. Neu-Aufl. Berlin: Süsserott 1919. M 3.—. Teil 2: Argentinien, Bolivia, Chile, Ecuador Kolumbien, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela 2. veränd. Aufl. Berlin: Süsserott [1919]. M 3.—.

644. *Sartiaux,* Félix, L'archéologie française en Asie mineur et l'expansion allemande. Paris: Hachette [1918].

645. *Schaffer,* Aaron, Georg Rudolf Weckherlin. The embodiment of a transitional stage in German metrics. Baltimore: John Hopkins Press [um 1919]. 1 $ 50 c (Hesperia studies in Germanic philology. 10.)

646. *Schirren,* Karl Chr. Gerh., Livländische Antwort an Herrn Juri Samarin. 4. Aufl. München & Leipzig Duncker & Humblot 1919. M 8.—.

647. *Schnutenhaus,* Otto, Die deutsch-schwed. Handelsbeziehungen seit Gründung d. Reiches bis z. Gegenwar im Rahmen d. schwed. Wirtschaftsentwicklung. Berlin Ebering 1919. M 8,25.

648. *Sering,* M., Die Grenzen des neuen Deutschland. Mi 4 Kt.: 1. Ostmark, 2. Sudetenländer, 3. Elsaß-Lothringen 4. Schleswig. Hrsg. von d. Arbeitsgemeinschaft f. staatsbürgerl. u. wirtschaftl. Bildung, Berlin. Berlin: Moeser [1919]. M 3.—.

649. *Siegl,* Karl, Die staatsrechtliche Stellung d. Egerlandes Nach Urkunden d. Egerer Stadtarchivs. Eger: Sieg [1919]. M 1,50.

650. Eine tschechische *Sprachenkarte* Böhmens, Mährens u Schlesiens. Wien: Hölder 1919. (Flugbl. f. Deutsch österreichs Recht. Nr 24.) M 0,45.

651. *Stavenhagen,* Kurt, Die eigene Scholle in der Baltenmark Neue Existenzmöglichkeiten für Landwirte, Offiziere Handwerker, Techniker, Ingenieure usw. Stuttgart Greiner & Pfeiffer 1919. M 1,20.

652. *Tarlé,* Antoine de, La préparation de la lutte économique par l'Allemagne. Paris: Payot 1919.

653. *Wackernagel,* William, The Lutheran church in Paris An historical and descriptive sketch. With a presen

Digitized by Google

tation of American and French Lutheran cooperation. Philadelphia Pa: General Council Publ. House. 25 c.

654. *Wendt,* G., England, Seine Geschichte, Verfassung u. staatl. Einrichtungen. 5. verb. Aufl. Leipzig: Reisland 1919. M 15.—.

655. *Werthmann,* Fünfzig Jahre Raphaelsverein z. Schutze kathol. deutscher Auswanderer u. d. drohende Auswandererflut im neuen Deutschland. Freiburg i. Br.: Geschäftsstelle d. Caritasverb. f. d. kathol. Deutschland 1919. M 1.—. (Das Auswandererproblem. H. 7.)

656. *Wiener,* Oskar, Böhmische Sagen. Aus alten Quellen geschöpft. Warnsdorf: Strache 1919. M 9,50.

657. *Zimmeter,* Kunibert, Unser Tirol. Ein Heimatschutzbuch. Mit 107 Abb. i. Text u. 17 Taf. (Umschlagzeichn. von Reg.-rat Tony Grubhofer.) Innsbruck: Grabner 1919. M. 6.—.

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

658. Der *Auswanderer.* Offizielles Organ d. Kolonisationsvereins z. Gründung neuer Existenzen, sowie d. kommerziellen u. industr. Aktion Entner f. Brasilien. Jg. 1. 1919/20. Wien: Herm. Goldschmidt. Jährl. 104 Hefte. viertelj. M 15.—.

659. *Beiträge* zur Kenntnis des Orients. Jahrbuch d. Deutschen Vorderasiengesellschaft. Bd 15. 1918. Hrsg. von Dr. jur. et phil. Hugo Grothe. Halle a. S.: Gebauer-Schwetschke 1918. M 8.—.

660. Deutsch-Rumänische *Blätter.* Zeitschrift des Deutsch-Rumänischen Wirtschaftsverbandes E. V. (Verband z. Wahrung deutscher Interessen in Rumänien. E. V.) [In zwangloser Folge.] Jg. 1. 1919. jährl. M 12,30.

661. Der *Erker.* Zeitschrift für Unterhaltung u. Wissen. Hrsg. Georg Oswald Bayer. Verantw. Red. Hans Regina Nack. Jg. 1. 1919/20. Prag-Smichow. jährl. 12 Hefte. K 10.—.

662. *Messe* u. Qualität. Handelszeitung z. Förderung v. Geschmack u. Qualität dtscher Ware. (In- u. Auslandhandel.) Schriftl. Dr. Georg Jahn unter Mitw. namh. Vertreter v. Industrie u. Handel. Jg. 1. 1919/20. Leipzig: R. Schick 1919. jährl. 8 Nrn. M 6.—.

663. *Nachrichten* vom Bund d. Reichsdeutschen in Deutschösterreich. Hrsg. Bund d. Reichsdeutschen i. Deutsch-Oesterreich. Verantw. Schriftl.: Rud. Wielinger. Jg. 1. 1919/20. Wien: Verlag d. Bundes d. Reichsdeutschen i. Deutsch-Oesterr.

664. *Nachrichtenblatt* d. Reichsamtes f. deutsche Einwanderung, Rückwanderung u. Auswanderung. <Reichswanderungsamt.> Jg. 1. 1919. Berlin W 8: Reichswanderungsamt. Jährl. 26 Nrn. M 6.—.

665. *Nachrichtenblatt* des Reichsverbandes d. Auslanddeutschen. Jg. 1. 1919/20. Für d. Schriftl. verantwortl. Max König. Berlin 1919: Eppenheim.

666. *Oberschlesien.* Monatsschrift z. Pflege d. Kenntnis u. z. Vertretung d. Interessen Oberschlesiens, zugleich Organ d. oberschles. Museums i. Gleiwitz u. d. Gust. Freytag-Gesellschaft z. Kreuzburg. Hrsg. u. Schriftl.: Dr. Paul Knötel. Jg. 18. 1919/20. Jährl. 12 H. viertelj. M 3.—.

667. *Vierburgenland.* Ill. Halbmonatsschrift f. Literatur, Kunst, Kritik u. Humor. Offizielles Organ d. Kulturbundes f. Deutschwestungarn. Hrsg. i. A. d. Gauamts Deutschwestungarn. Schriftl. u. Hrsg.: Odo Röttig. Jg. 1. 1919/20. Oedenburg: Verw. d. Vierburgenland. Jährl. 24 Hefte. viertelj. K 12.—.

668. Deutsche *Wacht.* Organ zum Wiederaufbau deutscher Interessen i. Ausland. Hrsg.: Generalsekr. Aug. Christ. Jg. 1. 1919/20. Stuttgart: Verl. d. Dtsch. Wacht. Jährl. 12 Hefte. Halbj. M 3.—.

669. *Wochenbericht* für d. aus China ausgewiesenen Deutschen von R. W. Heidorn. [Jg. 1. 1919/20.] Hamburg: Selbstverlag. Monatl. M 1,50.

670. *Zeitschrift* des Wirtschaftsverbandes f. d. deutsch-niederländ. Handelsverkehr <Niederländ. Kaufmannsgilde>. Jg. 6. 1919/20. Berlin: Mosse. [Niederländ. u. dtsch. Text.]

III. Zeitschriftenaufsätze.

671. Deutsche *Ansiedler* in Mittelamerika. [Nach d. Vortrag von Dr. Lutz in d. Gesellsch. f. Erdk.] in: D. dtsche. Siedler. Jg. 2. 1919. Nr 4. Berlin: Dtsch. Siedlerverlag.

672. *Arndt,* Paul, Zur Eröffnung des „Wissenschaftlichen Instituts für d. Kultur u. Wirtschaft d. modernen Orients" in Frankfurt a. M. am 23. Sept. 1918. Anspr. des Vors. d. Vorstandes d. Instituts. in: Frankf. Universität-Ztg. Jg. 1918. H. 11. Frankfurt a. M.: Blazek & Bergmann.

673. Die *Ausbreitung* d. Bolschewismus. in: Südd. Monatshefte. Jg. 16. 1918/19. H. 7. München: Südd. Monatshefte.

674. Die *Aussichten* für deutsche Seeversicherungsgesellschaften in England. in: Die Versicherungspraxis. Jg. 16. 1919. Nr 13. Berlin: Dt. Versicherungs-Schutzverband.

675. *Baas,* K., Gesundheitspflege in Elsaß-Lothringen bis zum Ausgang d. Mittelalters. in: Zeitschrift f. d. Geschichte des Oberrheins. N. F. Bd 35. 1919. H. 1. Heidelberg: Winter.

676. *Barges,* W., Die Polonisierung d. höheren Schulen in d. Provinz Posen. in: Philologen-Blatt. Jg. 27. 1919. Nr 15/16. Leipzig: Quelle & Meyer.

677. *Behrmann,* W., Die Landschaften Rumäniens. in: Zeitschr. d. Gesellsch. f. Erdkunde zu Berlin: Jg. 1919. H. 1. 2. Berlin: Mittler.

678. *Bernath,* M[orton], Hans Goldschmidt u. Max Jordan, Die wirtschaftl. u. kulturelle Bedeutg. d. Deutschtums im Auslande. in: Frankfurter Univ.-Ztg Jg. 5. 1919/20. H. 2. 3. Frankfurt a. M.: Blazek & Bergmann.

679. *Boelitz* [Otto], Das Deutschtum in Spanien. in: Spanien, Zeitschr. f. Auslandskunde. Jg. 1. 1919. H. 1. Hamburg: Bangert.

680. Posener *Brief.* in: Aus d. Ostlande. Jg. 14. 1919. H. 4. Posen: Ostdeutsche Buchdruckerei u. Verl.-Anst. A.-G.

681. *Chroust,* Anton, Die österreichische Frage. T. 1. in: Hochland. Jg. 16. 1918/19. H. 7. Kempten: Kösel.

682. *Deetjen,* W., Franz Liszt in Dorpat. in: Weimarer Blätter. Jg. [1.] 1919. H. 10. Weimar: Wollbrück.

683. Das *Deutschtum* in Posen u. s. geschichtl. Grundlagen. in: Die Woche. Jg. 21. 1919. Nr 18. Berlin: Scherl.

684. *Dix,* Arthur, Flagge u. Kolonien. in: Deutsche Wochenzeitung f. d. Niederlande. Jg. 27. 1919. Nr 16. Amsterdam: Dt. Wochenztg.

685. *Ebert,* M., Die älteste germanische Kolonisation in Südrußland. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 6. Berlin: Heymann.

686. *Fabrizius,* Viktor, Der nationale Kampf um Schleswig. in: Deutsche Politik. Jg. 4. 1919. H. 22. Stuttg.-Berlin: Dt. Verlags-Anstalt.

687. *Frauscher,* G., Die Auflösung Oesterreichs u. d. deutschen höheren Schulen in d. gemischtsprachigen Ländern. in: Deutsch. Philologen-Blatt. Jg. 27. 1919. Nr 9. Leipzig: Quelle & Meyer.

688. *Garber,* J., Deutsche Kunst in Südtirol. in: Illustr. Ztg. Bd 152. 1919. Nr 3958. Leipzig: J. J. Weber.

Digitized by Google

689. *[Gollnick,* C.], Zum Problem des Auslandsdeutschtums. in: Wirtschaftl. Zeitfragen. Jg. 2. Nr 30. Berlin-Steglitz: Wirtschaftl. Zeitfragen.

690. *Grothe,* Hugo, Das bulgarische Bildungswesen u. s. Entwicklung. in: Akadem. Rundschau. Jg. 7. 1919. H. 7. Leipzig: K. F. Koehler.

691. *Häberle,* D., Der Anteil d. Deutschen u. Polen an d. Bevölkerung von West-Preußen u. Posen (nach A. Penck). Mit 1 Kt. in: Geograph. Zeitschrift. Jg. 25. 1919. H. 4. Leipzig: Teubner.

692. *Heber,* Arthur, Philippinen. Die Ausrottung d. deutschen Handels. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 4. 1919. Nr 21. Hamburg: Meissner.

693. *Hensel,* Masuren unzweifelhaft nicht polnisch. in: Europ. Staats- u. Wirtschafts-Zeitung. Jg. 4. 1919. Nr 19/21. Berlin: Europ. Staats- u. Wirtschafts-Ztg.

694. *Herrmann,* Der Friedensentwurf u. die Provinz Posen. in: Europ. Staats- u. Wirtschafts-Ztg. Jg. 4. 1919. Nr 19/21. Berlin: Europ. Staats- u. Wirtschafts-Ztg.

695. *Herrmann,* Alfred, Das Schicksal der Provinz Posen. in: Hilfe. 1919. Nr 23. Berlin: Verl. Fortschritt.

696. *Hollmann,* Anton Heinrich, Die neue Verfassung u. d. Entwicklung des Parlamentarismus in Dänemark. in: Schmollers Jahrbuch f. Gesetzgebg. usw. Jg. 43. 1919. H. 1. München: Duncker & Humblot.

697. *Horn,* Die deutsche Schule u. d. Auslanddeutschtum. in: Die höheren Mädchenschulen. Jg. 32. 1919. H. 7. Bonn: Marcus & Weber.

698. *Hupfeld,* Franz, Die kolonialen Bestimmungen der Friedensbedingungen. in: Der Tropenpflanzer. Jg. 22. 1919. Nr 5. Berlin: Kolonialwirtschaftl. Komitee.

699. *Janovsky,* Karl, Die nationale Gliederung der Baumwollindustrie Oesterreich-Ungarns. in: Das Handelsmuseum. Bd 34. 1919. Nr 6. Wien: Handelsmuseum.

700. *Jordan,* Max A., Der Deutsche in Italien während des Krieges und der Uebergangswirtschaft. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 6. Berlin: Heymann.

701. *Jungfer,* Viktor, Eine deutsche Biedermeierstadt [Mitau]. in: Balt. Blätter. Jg. 2. 1919. H. 15. Berlin-Steglitz: Würtz.

702. *Kaindl,* Raimund Friedrich, Deutsche nach dem Osten. in: Oesterr. Rundschau. Bd 59. 1919. H. 5. Berlin: Stilke.

703. *Kapler,* H., Warum muß unsere Auslandsarbeit auch unter d. neuen Zeitverhältnissen weitergehen? in: Monatshefte d. Gust. Adolf-Vereins. Jg. 1. 1919/20. H. 3/4. Leipzig: Hinrichs.

704. *Kende,* Oskar, Die volkswirtschaftl. Grundlagen v. Deutsch-Donauland u. seine Abhängigkeit vom Weltmarkte. in: Wirtschaftl. Archiv, Chronik u. Archivalien. Bd 14. 1919. H. 4. Jena: Fischer.

705. *Koenig,* Fr., Die Zertrümmerung d. elsaß-lothring. Staates. in: Europ. Staats- und Wirtschafts-Ztg. Jg. 4. 1919. Nr 22/23. Berlin: Europ. Staats- u. Wirtschafts-Zeitung.

706. *Krebs,* Norbert, Deutsch-Oesterreich. [1. 2.]. in: Geograph. Zeitschrift. Jg. 25. 1919. H. 2/3. 4. Leipzig: Teubner.

707. *Krelle,* H., Unsere Mission in Usaramo während des Krieges. [1. 2.]. in: Berliner Missionsberichte. 1919. Nr 5. 6. Berlin: Berliner Missionsgesellschaft.

708. *Kriele,* E., Das Missionsaufgebot des Katholizismus. in: Evang. Missions-Magazin. N. F. Jg. 63. 1919. H. 4. 5. Basel: Basler Missionsbuchhandl.

709. Südslavische *Länder.* Beschlagnahme u. Liquidierung d. deutschen Eigentums. in: Nachr.-blatt des Reichsamts f. deutsche Einwanderg., Rückwanderg. und Auswanderg. Jg. 1. 1919/20. Nr 3. Berlin: Reichswanderungsamt.

710. Die *Landwirtschaft* in Livland. in: Balt. Blätter. Jg. 2. 1919. H. 7—13. Berlin-Steglitz: Würtz.

711. *Liquidationen* u. Sequestrationen deutscher Firmen in Feindesland. in: Deutscher Außenhandel. Jg. 19. 1919. Nr 3. Berlin: Handelsvertragsverein.

712. *Löfgren,* P. A., Das Archiv der Arbeiterbewegung Schwedens. in: Die neue Zeit. Jg. 37. 1918/19. Bd 1. Nr 20. Stuttgart: Die neue Zeit.

713. *Loesener,* Das Schicksal der Posenschen Ansiedler. in: Alldeutsche Blätter. Jg. 29. 1919. Nr 24. Berlin: Alldt. Verband.

714. *Massow,* W. v., Zur Lage in Polen. in: Deutsche Politik. Jg. 4. 1919. H. 20. Stuttg.-Berlin: Dt. Verl.-Anstalt.

715. *Meckelein,* Richard, Die georgische grammatische u. lexikalische Literatur. in: Der Neue Orient. Jg. 3. Bd 5. 1919. H. 1—4. Berlin: „D. Neue Orient".

716. *Melville,* Lewis, The Germans in South-West Africa. in: The Fortnightly Review. January 1919.

717. *Mendel,* Joseph, Die wirtschaftl. Grundlagen d. neuen Polens. in: Südost. Balkan-Revue. Jg. 6. 1919. H. 1/2. Berlin-Friedenau: Balkan-Verlag.

718. *Mennicke,* Die Haltung d. franz. Protestantismus. in: Die christl. Welt. Jg. 33. 1919. Nr 12. Marburg: Verlag d. christl. Welt.

719. *Nachrichten* von den Anstalten u. Stationen d. Syrischen Waisenhauses in Jerusalem, Bir Sâlem u. Nazareth. in: Der Bote aus Zion. Jg. 35. 1919/20. Nr 1/2. Münster i. W.: Bredt.

720. *Pfaundler,* Richard von, Das Deutschtum in Jugoslawien. in: Dtsche Arbeit in Oesterreich. Jg. 18. 1918/19. H. 7/8. München: Callwey.

721. *Poelchau,* P. H., Um Volkstum u. Glauben. Bilder aus d. Erleben d. dtsch-evangel. Balten. in: Monatshefte d. Gust. Adolf-Vereins. Jg. 1. 1919/20. H. 3/4. Leipzig: Hinrichs.

722. *Pollak,* Rudolf, Rückwirkung des Anschlusses Deutschösterreichs an d. Deutsche Reich auf d. handelsrechtl. Verhältnisse. in: Das Handelsmuseum. Bd 34. 1919. Nr 7. Wien: Handelsmuseum.

723. *Preuße*-Sperber, Otto, Zur Handelsgeographie d. lateinischen Amerika. in: Mitteilungen d. ibero-amerikan. Gesellschaft. Jg. 2. 1919. H. 5. 6. Hamburg: Ibero-Amerikan. Gesellschaft.

724. *Pribram,* Ewald, Das deutschösterreichische Staatsgebiet u. die westungarischen Komitate. in: Dtsche Arbeit in Oesterreich. Jg. 18. 1918/19. H. 7/8. München: Callwey.

725. *Richter,* Julius, Die deutschen evangel. Missionskreise u. d. armenische Volk. in: Allg. Missionszeitschrift Jg. 46. 1919. H. 2. Berlin: Warneck.

726. *Richter,* Julius, Zur Missionslage. in: Allg. Missions-Zeitschrift. Jg. 46. 1919. H. 1—3. Berlin: Warneck.

727. *Rogge,* Marcello, Ueber d. Aussichten d. zukünftigen deutsch-bulgar. Wirtschaftsverkehrs. in: Südost. Balkan-Revue. Jg. 6. 1919. H. 1/2. Berlin-Friedenau: Balkan-Verlag.

728. *Schallehn,* Hellmut, Heimat u. Auslanddeutscher. I—III. in: Dtsche Auswanderer-Ztg. Jg. 1. 1919. Nr 4—6. Breslau: Dtsche Auswanderer-Ztg.

729. *Schern,* Kurt, Ueber die Notwendigkeit u. den Nutzen eines deutschen tierärztlichen Auslandsdienstes. Berlin 1919: Paß & Garleb. in: Mitteilungen d. dtsch. Landwirtschaftsgesllschaft. Jg. 1919.

Digitized by Google

730. *Schmidkunz,* H., Deutsch-österr. Hochschulen. in: Akad. Rundschau. Jg. 7. 1919. H. 5. Leipzig: K. F. Koehler.

731. *Schmied-*Kowarzik, Walther, Minderheitenschutz, in: Dtsche Arbeit in Oesterreich. Jg. 18. 1918/19. H. 7/8. München: Callwey.

732. *Schmied-*Kowarzik, Walther, Das deutschösterreichische Schutzvereinswesen u. seine Zukunft. in: Dtsche Arbeit i. Oesterreich. Jg. 18. 1918/19. H. 7/8. München: Callwey.

733. *Secker,* Fritz, Der Verein für chinesische Sprache u. Landeskunde in Schanghai. in: Archiv f. d. fernen Osten. Jg. 4. 1919. H. 5. Berlin: Curtius.

734. *Simowytsch,* Wasyl, Kurze Uebersicht über die ukrainische Literatur. I. II. in: Die Ukraine. Jg. 1. 1918/19. H. 4. 5. Hamburg: Dorendorf & Dresel.

735. *Soll* die Provinz Posen dem polnischen Staate einverleibt werden? in: Die Grenzboten. Jg. 78. 1919. H. 24. Berlin: Verlag d. Grenzboten.

736. *Stichel,* Bernhard, Marokko im Friedensentwurf von Versailles. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 4. 1919. Nr 21. Hamburg: Meißner.

737. *Stier,* Ewald, Deutschland u. Armenien. in: Die christl. Welt. Jg. 33. 1919. Nr 12. Marburg: Rade.

738. *Thron,* Josef, Ein- u. Ausfuhrsorgen des französischen Buchgewerbes. in: Börsenbl. f. d. dtsch. Buchhandel. Jg. 86. 1919. Nr 121. Leipzig: Börsenverein d. dtsch. Buchhändler.

739. *Walheim,* A., Betrachtungen über d. ungar. Autonomiegesetz. in: Dtsche Arbeit i. Oesterreich. Jg. 18. 1918/19. H. 7/8. München: Callwey.

740. *Weck,* Die Entschädigung d. aus Elsaß-Lothringen verdrängten Gewerbetreibenden u. Angehörigen der freien Berufe. in: Mitteilungen d. Ausschusses vertriebener Elsaß-Lothringer. Jg. 1. 1919. Nr 13. Freiburg i. Br.: Verl. d. Mitteilungen.

741. *Wer* kann nach Argentinien auswandern? I – III. in: Dtsche Auswanderer-Ztg. Jg. 1. 1919. Nr 4—6. Breslau: Dtsche Auswanderer-Ztg.

742. *Witte,* L. von, Die Auslandsdeutschen. in: Balt. Blätter. Jg. 2. 1919. H. 7—10. Berlin-Steglitz: Würtz.

743. *Woedke,* Paul von, Die Bedeutung d. baltischen Landwirtschaft f. Deutschland. in: Die Grenzboten. Jg. 78. 1919. H. 24. Berlin: Verlag d. Grenzboten.

744. *Woringer,* A., Erinnerungen an d. hessischen Truppen in Nordamerika. in: Hessenland. Jg. 33. 1919. Nr 5/6. Kassel: Scheel.

745. *Zache,* Hans, Die Kolonien im Friedensentwurf. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 4. 1919. Nr 24. Hamburg: Meißner.

746. [Müller, Herbert], *Zeitungen* u. Zeitschriften in u. über Niederländisch-Indien. in: Der Neue Orient. Jg. 3. Bd 5. 1919. H. 1/2. Berlin: „Der Neue Orient".

747. Die *Zukunft* des Baltenlandes. in: Deutschlands Erneuerung. Jg. 3. 1919. H. 3. München: Lehmann.

IV. Karten.

748. *Fischer,* Hans u. *Guthe,* H.; Karte von Palästina. Neue Ausg. Unter Mitw. von Prof. Dr. G. Dalmann. Mit 3 Nebenkt. M. 1 : 700,000. Leipzig: Wagner & Debes 1919. 49,5 : 39,5 cm. M 2,50. (E. Debes' neuer Handatlas. Nr 41.)

749. *Groll,* M., Wandkarte von Ostasien. In flächentreuer Kegelprojektion bearb. u. gezeichn. Durchges. v. Prof. Dr. W. Schmidt. M. 1 : 3,000,000. 4 Blätter in farb. Steindr., gefalzt in einer Mappe. Berlin: Dietrich Reimer 1919. 164 : 244 cm. M 40.—.

750. *Handkarte* des jugoslawischen Reiches. Red. Mitw.: Deutsche Mittelstelle Zweig Graz. M. 1 : 1,500,000. Wien: Hölzel [1919]. 70 : 76 cm. M 4.—. (Hölzel's Hand- u. Reisekarten. Nr 20.)

751. *Peucker,* Karl, Deutsch-Oesterreich nach d. Forderungen d. Friedensentwurfs d. Entente. Bearb. auf Grundl. von Schedas Kt. d. Monarchie. M. 1 : 1,000,000. Wien: Artaria & Co 1919. M 2.—.

752. *Völkerkarte* der nördl. Karpathenländer. M. 1 : 1,000,000. Farbendr. Berlin: Dietrich Reimer [1919]. 34,5 : 62,5 cm. M 1.—.

BUCHBESPRECHUNGEN

Gustave Flaubert, Aegypten. Einzige autorisierte Ausgabe von E. W. Fischer besorgt. Mit 16 Abbildungen nach Aufnahmen von Maxime du Camp, dem Reisebegleiter Flauberts. Einbandentwurf von Emil Orlik. Gustav Kiepenheuer Verlag Potsdam-Berlin, o. J.).

Mit der zu besserer Einführung bei den amtlichen Vertretern Frankreichs im Orient ihm erteilten „mission", in den Häfen und Kreuzungspunkten der Karawanen alles zu sammeln, was ihm der Mitteilung an die Handelskammern wert erschien, bereiste Flaubert mit seinem damaligen Freunde du Camp, der photographische, in dieser Zeit noch sehr schwierig auszuführende Aufnahmen von Denkmälern machte, in den Jahren 1849—51 Aegypten und Nordnubien bis nach Wadi Halfa. Auch die vor der Eröffnung des Suezkanals noch häufiger begangene Wüstenstraße von Qene nach Qossêr am Roten Meere zog er zu Kamel hin und zurück. Kurze, teils nur Stichworte gebende Tagebuchaufzeichnungen von dieser Reise hat er später einmal umgeschrieben, aber nie der Veröffentlichung für wert gehalten. Erst lange nach seinem Tode wurden sie bekannt gegeben. Jetzt sind sie auch ins Deutsche übertragen worden.

„Die ägyptischen Tempel langweilen mich fürchterlich", erklärt Flaubert (S. 164). Gegen dieses ehrliche Bekenntnis ist gar nichts einzuwenden. Aegypten bietet ja auch sonst übergenug; Landschaft und Volk muß auf jeden, der nicht ganz stumpf ist, wirken. Der für die Denkmäler interessierte Leser wird also bei den stellenweise dennoch langen Beschreibungen der Altertümer nicht auf seine Rechnung kommen. Dafür sind aber die Naturschilderungen treffend: schnell hingeworfene Farbenskizzen, Unterstützungen des Gedächtnisses für spätere Verwendung. Dem, der das Geschilderte kennt, rufen sie die Wirklichkeit in allen Farben wieder hervor, den andern können sie aber nur Worte bieten. Selbst die prachtvolle Wortskizze des Rittes im Sandsturm (S. 237) kann bei einem durch Sachkenntnis nicht beeinflußten Leser nur ein falsches Bild hervorrufen. Einen breiten Raum nehmen Erlebnisse auf dem Gebiet käuflicher Erotik ein. In fast keinem größeren Ort werden die „Tänzerinnen" unberücksichtigt gelassen. Jede Art ihrer Tänze wird genau und mit Sachkenntnis studiert.

Für den Literarhistoriker ist es wegen der Entstehungsgeschichte des „Salambo" wichtig, in diesen Tagebüchern den Niederschlag der ersten, später in Tunis verstärkten Eindrücke des Orients auf Flaubert vor sich zu haben. Aber der Literarhistoriker braucht keine Uebersetzung ins Deutsche. Für die übrigen hätte es wohl genügt, besonders lebendig geschriebene Ausschnitte zu geben, und auch da hätte, selbst bei guter Uebersetzung, das Beste gefehlt: die Sprache Flauberts. Jedenfalls lag bei der jetzigen Papiernot kein Bedürfnis vor — selbst trotz der sich jetzt im Uebermaß geltend machenden Vorliebe gewisser Kreise für Flaubert und besonders für „Salambo", diese Tagebuchblätter, die Flaubert selbst nicht veröffentlicht hat, nun vor einen breiteren deutschen Leserkreis

Digitized by Google

bringen zu wollen.*) Zu dem eigenartigen Lichnowskischen Aegyptenbuch mit seinen noch eigenartigeren Illustrationen, zu dem anschaulichen Guthmannschen mit den Aquarellskizzen Slevogts war diese Ausgrabung im Flaubert mit alten du Campschen Photographien wohl kein dringendes Bedürfnis.

Geheimrat Prof. Dr. L. Borchardt, (Cairo)-Berlin.

Max Scheler, Die Ursachen des Deutschenhasses. Eine nationalpädagogische Erörterung. Leipzig. Der Neue Geist-Verlag 1917. Zweite durchgesehene u. vermehrte Auflage. 158 Seiten.

Das Buch klärt darüber auf, warum solche Wellen von Haß gegen ein hochstehendes Kulturvolk wie das deutsche sich erheben konnten. In erster Linie wird der moralische Niedergang der ganzen Kulturwelt infolge der modernen Erwerbsgier der Völker dafür verantwortlich gemacht. Im übrigen ist der Haß gegen uns weder allein national noch rein politisch, sondern viel eher in der Verschiedenheit ethischer Auffassungen begründet. Diese Unterschiede, bedingt durch Rasseneigentümlichkeiten, müssen unvermeidbare Mißverständnisse hervorrufen. Hierher gehören die Verkennung unseres Militarismus als eines Zweckmilitarismus, das Märchen von unseren Welteroberungsplänen. Mit einer gewissen Naturnotwendigkeit muß sich der aus der Verschiedenheit des Ethos erzeugte Haß gegen das verhältnismäßig am höchsten stehende Volk kehren.

Eine wichtige Ursache des Hasses ist wohl auch in dem zu suchen, was Scheler die Vertreibung aus dem Paradies nennt. Das alte christliche Ethos mit seinem Gefühl der Gegenseitigkeit und der Verantwortung für die eigene Schuld war immer mehr verfallen. Die Angst der Völker der alten Kulturstaaten Europas vor einem jungen, die Arbeit als ein Teil seines Wesens liebenden Volk, trieb sie dazu, diesem den Platz zum Atmen möglichst einzuengen. Scheler nennt den Haß der Franzosen heiß und heftig, aber nicht so grundtief wie den der Engländer gegen uns. Er ist der Meinung, daß in diesen Ländern, ebenso wie in Italien, die Hauptträger des Hasses die besitzenden Mittelklassen sind, nicht die Sozialdemokraten, sowie die feudalen und klerikalen Kreise; auch diese letzteren waren entschiedene Gegner des Krieges.

Neben den angedeuteten unvermeidbaren Mißverständnissen kennt das Buch freilich auch vermeidbare, ja gewollte. Es ist zweifellos, daß ein gut Teil böser Wille bei unseren Feinden herrschte; sonst hätte sich vielleicht dieser allgemeine Zusammenbruch der europäischen Völkerfamilie vermeiden lassen. Aber englische Habgier, französische Revanchelust, russische Eroberungsgelüste waren innerhalb der führenden Mittelklassen dieser Völker allzu emsig am Werke.

Besonders wertvoll ist es an dem ausgezeichneten Buch, daß es uns wieder und wieder mit großem psychologischen Verständnis über unsere eigne Art und ihre Mängel aufklärt, aber nicht um uns zu demütigen, sondern um uns aufwärtsführende Wege zu weisen. Das gilt besonders auch von dem Abschnitt über den deutschen Auslandkaufmann und von dem Schlußkapitel: Unser Verhalten zum Hasse der Welt.

Schelers Ausführungen über die fremden Völker sind von vornehmem und versöhnlichem Geiste getragen, halten sich gleichwohl frei von aller Ueberschätzung des Fremden. Sie halten das Deutschtum hoch als etwas höchst Zukunftsvolles. So bedeuten sie eine Linderung, vielleicht ein Heilmittel in den schweren Nöten unserer Zeit.

Prof. Dr. C. Uhlig-Tübingen.

R. Kaundynia, Erinnerungen aus meinen Pflanzerjahren in Deutsch-Ostafrika. Haberland, Leipzig, 1918. 8°. 156 Seiten und 31 Abbildungen in Autotypie. Preis geb. M 5.—.

Nachdem die ersten schweren Jahre der jungen Kolonie Deutsch-Ostafrika überwunden waren, begannen einzelne Unternehmer mit der Anlage größerer Pflanzungen. So entstand auch die Kolonie Kilossa, über deren günstige Entwicklung uns der Verfasser ein reizvolles Bild gibt.

Aus Indien, wo er in jahrelanger Pflanzerarbeit, besonders im Anbau von Baumwolle Erfahrung gesammelt hatte, wurde der Verfasser von Kommerzienrat Heinrich Otto in die junge Kolonie gerufen, um auf dem noch ganz jungfräulichen Boden eine Pflanzung großen Stiles besonders zum Anbau von Baumwolle anzulegen und zu leiten. Kaundynia hat es von Anfang an verstanden, die schwierige Arbeiterfrage in der für eine gedeihliche Entwicklung der Plantage günstigen Weise zu lösen, und seine Worte über die Behandlung der Eingeborenen möge jeder junge Kolonialbeamte und Pflanzer beherzigen. Als besonders vorteilhaft hat sich die Schaffung von Eingeborenenansiedlungen in der Nähe der Pflanzung erwiesen, durch welche dauernd geübte Arbeiter für die wichtigen Arbeiten gewonnen werden konnten. Schwierig war anfangs die Zufuhr der maschinellen Einrichtungen, und besonders interessant schildert der Verfasser den Transport der Dampfzüge und der Lokomobile, die in dem sumpfigen Boden trotz der vorgenommenen Unterbauten bis über die Räder im Schlamm versanken. Auch der Tier- und Pflanzenwelt hat der Verfasser seine Aufmerksamkeit geschenkt, und angenehm berühren seine Worte über die Schonung des reichen Wildbestands der ostafrikanischen Steppen. So gibt uns der Verfasser ein anziehendes Bild von der Entwicklung einer groß angelegten Pflanzung; wir möchten deshalb das Buch besonders auch jungen Kolonialpionieren warm empfehlen.

H. Fischer-Stuttgart.

Fritz Stüber-Gunther, Illustrierter Deutsch-österreichischer Kriegs- und Friedens-Kalender. Jg. 3. 1919. Wien: Perles 1919. K 4,50.

Rudolf Holzer, Illustrierter deutsch-österreichischer Volks-Kalender. Jg. 75. 1919. Wien: Perles 1919. K 4.—.

Beide Kalender bringen neben dem, was jeder rechtschaffene Hauskalender enthalten muß, eine Reihe harmlos plaudernder Erzählungen aus Wien, aus dem Böhmerwald und den Alpenländern. Unter dem oft mundartlich lustigen Gewande dieser Zeitgeschichten spürt man die schweren inneren Kriegsnöte, die den Körper Deutsch-Oesterreichs mehr als irgend ein anderes kriegführendes Land verwüstet haben. Das anekdotische, belehrende und erheiternde Beiwerk wird manchen ergötzen, dem der Kalender, wie vielfach in ländlicher Abgeschiedenheit, einziger Lesestoff ist. Der Nationalitätenfrage und den sozialen Kämpfen Oesterreichs halten sich beide aufs friedsam Bürgerliche abgestimmte Kalender fern.

Dr. H. M.

Magdalene von Blaese-Hoerner. Unter Kurlands Föhren. Verlag von G. Köster-Heidelberg. 1919.

Das kleine Büchlein bringt allerhand Gedichte, von denen aber nur die ersten besonders kurländisches Gepräge tragen. Diese allerdings atmen den Geist treuer deutscher Gesinnung, träumen den alten baltischen Traum der Zugehörigkeit zu Deutschland, der Gewinnung eines Vaterlandes. So besonders in den Versen, die am Schlusse eines Gedichtes „An die Russen 1915" stehen: Wie sich das Schicksal immer mag gestalten, wir halten fest an Ehre, Recht und Pflicht, den Deutsche bleiben wir! Wir bleiben Balten! Ihr beugt uns nicht

Magda Gieß. Maljada. Dichtungen in Prosa, Band 30 der Baltischen Bücherei, Berlin-Leipzig-Riga 1918, Verlag von Fr. Würtz. 1.60 Mark

Man dankt es dem jungen Verlag, daß er uns mit der baltischen Geistesleben auch unserer Tage bekannt macht, und daß er in seine baltische Bücherei nicht nur historisches und wissenschaftliches Material in allgemein verständlicher For

*) Einige Ausschnitte aus diesem Tagebuch haben bereits in besserer Übersetzung im ersten Jahrgang des „Pan" (1911) gestanden.

Digitized by Google

aufnimmt, sondern hie und da auch Literaten der neueren baltischen Schule zu Worte kommen läßt. Eine besonders starke Gestalterin scheint freilich gerade Magda Gieß nicht zu sein. Ihre kleinen Skizzen sind Feuilleton-Arbeit, sind mehr der Feder als dem Herzen entsprungen. Irgend eine besondere Note der baltischen Heimat tragen sie kaum.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschriften.

Vierburgenland nennt sich eine neue Zeitschrift, die als Halbmonatsschrift und als offizielles Organ des Kulturbundes für Deutsch-Westungarn in Oedenburg erscheint und von Otto Röttig im Auftrage des deutschen Volksamtes herausgegeben wird. Sie will Literatur, Kunst, Kritik und Humor pflegen. Die Zeitschrift will nicht politisch irgendwelcher Parteirichtung dienen, sondern nur das Schöne, Gute, Wahre künden und verbreiten, deutsche Kultur mit stützen und heben helfen. Wir finden in der ersten Nummer einen Aufsatz von Steinacker, zur älteren Geschichte in Westungarn, eine Abhandlung von Gruber über die Kulturromane Adam Müller-Guttenbrunns, einen Aufsatz über die Bäder und Kurorte Westungarns, eine kleine Abhandlung: Garten und Deutschtum und eine große Zahl von Skizzen und Gedichten. Auch unseres Deutschen Ausland Instituts wird in der Zeitschrift anerkennend und fördernd gedacht, und es werden aus dem Material unserer „Rundschau" in den „Mitteilungen" kleinere Absätze regelmäßig wiedergegeben werden. Das Titelbild der vielseitigen Nummer stellt die Heilige Geistkirche in Oedenburg in farbigem Druck dar und ist vom Maler Ernst Agoston gefertigt.

„Nachrichten vom Bunde der Reichsdeutschen in Deutsch-Oesterreich". Unter diesem Titel beginnt eine neue Monatsschrift des Bundes, über den wir in der Juninummer (Seite 158) berichtet haben, zu erscheinen, die ein Bindeglied zwischen der Bundesleitung und den Mitgliedern darstellen soll. Die erste Nummer umfaßt 8 Seiten im Format unserer Zeitschrift. Die Nummer enthält in einem Artikel: „Was wir wollen!" eine kurze Zusammenfassung des Arbeitsplanes des Bundes und dann die Verhandlungsniederschrift über die Bundesvollversammlung am 30. März, die die Wahl der neuen Bundesleitung vorzunehmen hatte. In einem Artikel „Kinder aufs Land" wird eine Entschließung des Jugendamtes der Stadt Wien bekanntgegeben, daß Kinder von Reichsdeutschen genau so wie diejenigen der Einheimischen zu behandeln seien, wobei die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß in Berlin in ähnlicher Weise verfahren werde. Der Bund veranstaltet, um dem Wiener Grundstock Mittel zu sichern, ein eigenes Wohltätigkeitskonzert unter Mitwirkung namhafter reichsdeutscher Künstler. Das Blatt enthält ferner Mitteilungen der Bundesleitung.

Das bisher von Dr. Richard Bahr und Dr. August von Löwis of Menar herausgegebene **„Nachrichtenblatt für Balten"** geht vom Mai dieses Jahres ab in den von Fritz Würtz, dem bekannten rührigen Verleger von Baltikumsliteratur, herausgegebenen **„Baltischen Blättern"** auf. Der baltische Vertrauensrat wird in Zukunft also in den „Baltischen Blättern" seine Mitteilungen aus der Organisation erscheinen lassen, die beiden früheren Redakteure des „Nachrichtenblattes für Balten" treten in die Redaktion der „Baltischen Blätter" über, deren Redaktion in Zukunft außer von den beiden Genannten von Wolfgang Wieckberg und Fritz Würtz geführt werden wird. Die „Baltischen Blätter" erscheinen in Zukunft wöchentlich. Ihr Bezugspreis von jährlich 22 Mk., vierteljährlich 6 Mk. bleibt unverändert.

Eine neue Zeitschrift für Auslandkunde erscheint in vornehmem Gewande: **„Spanien"** das Organ des Verbandes „Deutschland-Spanien", herausgegeben vom Ibero-amerikanischen Institut in Hamburg unter der Schriftleitung von Professor Dr. B. Schädel im Verlage von Walter Bangert in Hamburg. Es sind vier Hefte für den ersten Jahrgang vorgesehen, das erste Heft umfaßt 88 Seiten. Die neue Zeitschrift setzt die alten „Mitteilungen aus Spanien" des Verbandes, die nahezu zwei Jahre erschienen sind, fort. Im ersten Heft wird ein Vortrag von Gymnasialdirektor Dr. Boelitz (Soest) abgedruckt: „Das Deutschtum in Spanien", der in gleicher Weise der kulturellen wie der kommerziellen Leistung deutscher Pioniere gedenkt und namentlich auch das Leben der deutschen Klubs und die Tätigkeit der deutschen Schulen schildert, deutsche Fehler und Versäumnisse aufdeckt und Richtlinien für künftige deutsche Arbeit in Spanien gibt. Aufsätze über Rassenprobleme in Spanien, die Araber in Spanien, das älteste spanische Don Juan-Drama und Spanien in den Episodios Nacionales von Pérez Galdós folgen, Mitteilungen aus dem Wirtschaftsleben und dem kulturellen Leben Spaniens, Literaturanzeigen und Mitteilungen des Verbandes beschließen das reichhaltige Heft.

„Mitteilungen für China-Deutsche" gibt in Verbindung mit dem Deutsch-Chinesischen Verband in Berlin Fritz Secker heraus, der in Ostasien durch seine journalistische und Forschungstätigkeit sich einen Namen gemacht hat. Die erste Nummer der kleinen Monatsschrift ist in gefälliger Aufmachung zum 1. Juni erschienen. Sie will die China-Deutschen, die über ganz Deutschland zerstreut sind, über deutsch-chinesische Dinge orientieren und will auch für Fragen des Wiederaufbaues eine Stätte sein. Die Einrichtung eines Auskunfts-Briefkastens, Adressennachweise usf. sollen auch den Interessen der Einzelnen dienen. Das Blatt kann übrigens die erfreuliche Mitteilung machen, daß sich in Berlin je ein Arzt und ein Rechtsanwalt bereit erklärt haben, bedürftige China-Deutsche kostenlos zu behandeln und zu beraten. Die Mitteilungen des Deutsch-Chinesischen Verbandes werden in der neuen Zeitschrift gleichfalls veröffentlicht.

Hat das Auslanddeutschtum versagt?

In den „Hamburger Nachrichten" nimmt ein Auslanddeutscher zu dem Vorwurf Stellung, das Auslanddeutschtum habe „versagt". Er fragt, was das Auslanddeutschtum eigentlich habe leisten sollen, wo doch die fremde Abschnürungspolitik sofort nach Kriegsausbruch eingesetzt habe, mahnt zur Zurückhaltung im Urteil, kommt auf die allenthalben beklagte Rückständigkeit der deutschen auswärtigen Vertretungen zu sprechen und betont, auch die Heimat, die mit dem „Wall der Wilhelmstraße" umgeben gewesen sei, habe zumeist den Auslanddeutschen gegenüber versagt. Er führt zum Beweis das Staatsangehörigkeitsgesetz an, dessen Abänderung im Jahre 1913 nur ein neuer Schlag ins Gesicht der Auslanddeutschen gewesen sei. „Schreiber dieser Zeilen", heißt es dann weiter, „ist zum Beispiel bei Ausbruch des Krieges von seinen kleinstaatlichen Heimatsbehörden, d. h. bis zum Staatsministerium hinauf, in geradezu beleidigender Weise traktiert worden, als er um eine Bestätigung seiner Staatsangehörigkeit nachsuchte, und hat sie auch dort nicht erhalten, sondern dort, wo er — ein guter Steuerzahler war. Daß trotzdem seine im Ausland geborenen Söhne den ganzen Krieg als Freiwillige mitmachten, läßt doch wohl auf die niemals aufgegebene deutsche Staatsangehörigkeit des Vaters schließen und kann auch kaum als Versagen des Auslanddeutschtums angesehen werden." Wenn man unter dem neuen Regime in Deutschland die Auslanddeutschen wieder ebenso kaltstellen wolle, wie unter dem alten, so dürfe man sich nicht

Digitized by Google

wundern, wenn auch die Auswanderung nicht deutsch erhalten werden könne und wenn die Auswandernden dem Reiche und der Kultur verloren gingen.

Gegen den Artikel über die Frage, warum das Auslanddeutschtum versagt habe, wendet sich in den „Hamburger Nachrichten" am 26. April eine weitere Stimme der Auslanddeutschen. Sie bestreitet, daß die Auslanddeutschen versagt hätten. Seien sie nicht dem Rufe des Kaisers wie ein Mann gefolgt? Hätten sie nicht, obgleich die Entente ihnen das zumeist unmöglich machte, tapfer und furchtlos allen Blockaden zum Trotz, zu Tausenden die Heimat erreicht? Hätten sie nicht im Auslande beträchtliche Mittel für die Heimat gesammelt? Der Verfasser schildert die Tätigkeit zur Abwehr des feindlichen Lügenfeldzuges, der das Auslanddeutschtum vor die allerschwersten Aufgaben stellte. Er hebt die Zeitung „La Union" in Buenos Aires als besonders tapfere Streiterin im Kampfe hervor, die der glühende Patriot und Landsmann Tjarks ins Leben gerufen habe, und die bis zu seinem tiefschmerzlichen Tode größten Erfolg zeigte. Auch an innerer Treue und zuverlässiger Haltung hätten es die Auslanddeutschen nicht fehlen lassen. Die deutschfeindliche Haltung verschiedener ausländischer Staaten habe sich nicht gegen seine Auslanddeutschen, sondern gegen die Heimat allein gerichtet. Man könne also den Auslanddeutschen nur Mangel an politischem Einfluß draußen zuschreiben. Es gebe aber nur zwei Wege: Entweder den einen, sich zu entnationalisieren, Ausländer auch der Staatsangehörigkeit nach zu werden und dann im neuen Vaterland politischen Einfluß zu gewinnen, oder den andern, deutsch zu bleiben, zu fühlen und zu denken, dann aber wenig politischen Einfluß zu haben. Mit der Forderung nationaler Treue schiebe man aber dem Gewinn von Einfluß einen Riegel vor. Wie zwischen diesen beiden Standpunkten ein Mittelweg zu finden sei, das sei Aufgabe der Zukunft. Für den Deutschen im Auslande sei es sehr wesentlich, führt der Verfasser zum Schlusse an, daß seine Frau Deutsche sei. Die Verheiratung mit einer Inlanddeutschen müsse also dem Auslanddeutschen leichter gemacht werden als bisher. Der Verfasser verlangt dazu die Einführung des bei den Holländern bereits seit Jahrzehnten bestehenden Systems der Verheiratung in der Heimat durch Stellvertretung, also ohne das Erfordernis der Anwesenheit beider Eheschließenden. Eine entsprechende Anregung sollte von Hamburg ausgehen.

In der **„Frankfurter Zeitung"** befaßt sich ein Leitartikel vom 19. Mai mit dem Schicksal der Auslanddeutschen, das namentlich infolge der Friedensbedingungen besonders traurig geworden sei. Die fleißige, ausdauernde Arbeit der Auslanddeutschen habe erst den Geschäftsneid des Auslandes rege gemacht. Es sei wünschenswert, daß die Forderungen der Auslanddeutschen, die nicht unbillig und in der in Versailles übergebenen Note bekannt gegeben seien, auch der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht würden. Den Gegnern sei es darum zu tun, den Auslanddeutschen die Rückkehr so zu erschweren, daß ein ihnen zugestandenes Recht der freien Niederlassung nur platonische Bedeutung haben würde. Die Vernichtung des deutschen Eigentums im Auslande richte sich hauptsächlich wider die Auslanddeutschen. Pflicht der Regierung sei es, alles zu versuchen, um die Liquidationen aufzuhalten, die noch nicht vollzogen sind. Schlimmstenfalls sei es Pflicht der Regierung, die Entschädigung der Auslanddeutschen zu übernehmen.

„Die Not der Auslanddeutschen" bespricht in der „Täglichen Rundschau" vom 23. April Hans Roose-Essor in allgemeineren Ausführungen, ohne neue Gesichtspunkte zur Frage selbst zu finden, am gleichen Tage nimmt der „Hamburger Korrespondent" eine Zuschrift des Herrn Hugo Meyer an, die in ausgezeichneter Weise auf die wirtschaftliche Rolle des Auslanddeutschtums als Warenvermittler und somit als Brotschaffer für die deutsche Industrie und für die deutsche Arbeiterschaft verweist. Der Handelskrieg wie auch der moralische Krieg gegen das Deutschtum werden besprochen. Den Hamburger Großkaufleuten, Reedereien, Werften, Banken wird vorgeworfen, sie hätten trotz ihres sonst so großen Scharfblickes in bezug auf die zeitweilige Unterbringung der Auslanddeutschen vollkommen versagt. Es seien auf alle Eingaben gar keine Zugeständnisse gemacht worden, nur leere Worte wären auf Anregungen über zukünftige Projekte oder auf vorläufige Indienststellung von Auslanddeutschen in Hamburger Büros als Antwort gekommen. Der „Hamburger Korrespondent" betont, er vermöge nicht allen Ausführungen zuzustimmen, halte aber dafür, daß in großzügiger Weise den Pionieren deutschen Handels und deutschen Wesens geholfen werden müsse.

Den **„Verlassenen Auslanddeutschen"** widmet die „Magdeburger Zeitung" am 23. April einen großen Leitartikel, der den Aufruf der Reichsregierung vom Dezember 1918 als ein bloßes Wahlmanöver zur Gewinnung der Stimmen der Auslanddeutschen brandmarkt und ihre Nichtberücksichtigung bei der Auswahl der Friedensunterhändler scharf geißelt. Es sei einfache Anstandspflicht des Reichs, für die Schwergeschädigten einzutreten. Für die neue Regierung gebe es keine Entschuldigungsgründe, während die alte immerhin habe sagen können, daß der Krieg noch nicht zu Ende sei. Eine Entscheidung des Reichsministeriums des Innern vom 8. April 1919: „Zur Gewährung eines Vorschusses auf die in der Eingabe geltend gemachten Entschädigungsansprüche stehen auch mir Mittel leider nicht zur Verfügung. Ob eine spätere gesetzliche Regelung helfend eingreifen wird, läßt sich noch nicht übersehen", lasse wenig Hoffnung für die Zukunft. Lasse man jetzt die Auslanddeutschen im Stich, dann würden die Auslanddeutschen künftig lieber den Schutz von Haiti oder Venezuela anrufen, als Reichsdeutsche bleiben wollen. Wenn die Heimat den Auslanddeutschen einen Gnadenknochen hinwerfen wolle, wie einem alten räudigen Hund, so dürfe sie sich nicht wundern, wenn die Auslanddeutschen sich rasch im Auslande entnationalisierten.

„Forderungen der Auslanddeutschen" stellt Leo Hempel-Chuchul im ersten Maiheft der „Deutschen Politik" auf. Er verlangt da zunächst eine Reform des konsularischen und diplomatischen Dienstes, wobei an die Stelle weltfremder Theoretiker erfahrene Praktiker zu treten hätten, ferner Verbesserung der Stellung der Handelssachverständigen, die auch ehrenamtlich tätig sein könnten. Den Auslanddeutschen müsse die Möglichkeit der Meinungsäußerung und des Einspruchs in allen Fällen gegeben werden, wo Fragen zur Entscheidung stehen, die sie betreffen. In erster Linie seien die Auslanddeutschen zu den Friedensverhandlungen heranzuziehen, Konsularbeiräte seien zu schaffen, die aus den landeskundigsten Männern zu bestehen hätten, und schließlich müsse die Forderung des Wahlrechts der Auslanddeutschen für die Nationalversammlung vertreten werden; das Wahlrecht sei eine Gegenleistung für die Wehrpflicht, erst dadurch würden die Auslanddeutschen zu Vollbürgern des Reichs.

Einen Zusammenschluß der Auslanddeutschen fordert im „Hamb. Corr." Hans Roose-Berlin. Er begrüßt zwar die einzelnen Verbände und Interessenvereinigungen, verspricht sich aber von deren zersplittertem Vorgehen nur wenig Erfolg. Ein Zusammenschluß sämtlicher Organisationen der Auslanddeutschen sei nötig, er werde kraftmehrend und kostensparend wirken.

Digitized by Google

VON UNSERER ARBEIT

Das Deutsche Ausland Institut Stuttgart hat eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes eines Staatsvertrages eingesetzt zur Vermeidung von Härten, die sich aus doppelter Staatsangehörigkeit und Staatenlosigkeit ergeben. Die nachfolgenden Herren haben sich freundlichst bereit erklärt, in die Kommission einzutreten: Geheimrat Prof. Dr. jur. Robert Piloty-Würzburg als Vorsitzender, Universitätsprofessor Dr. Delaquis-Frankfurt a. M., Universitätsprofessor Dr. Hatschek-Göttingen, Geh. Legationsrat von Keller-Berlin, Auswärtiges Amt, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Kohler-Berlin, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Mendelssohn-Bartholdy-Würzburg, Universitätsprofessor Dr. Karl Neumeyer-München, Universitätsprofessor Dr. Partsch-Freiburg i. Br., Dr. Karl Strupp-Frankfurt a. M., Oberbürgermeister Dr. Trautmann-Frankfurt a. O. Die Kommission wird es als ihre Aufgabe ansehen, die aus der Staatenlosigkeit und aus doppelter Staatsangehörigkeit sich ergebenden Unzuträglichkeiten durch ein völkerrechtliches Abkommen zu beseitigen. Das Deutsche Ausland Institut wendet sich an alle Personen, die infolge doppelter Staatsangehörigkeit oder Staatenlosigkeit in diesem Kriege Schwierigkeiten irgendwelcher Art gehabt haben, und wäre ihnen im Interesse der Erfüllung der Aufgaben der Kommission für weitestgehende Ueberlassung einschlägigen Tatsachen- und rechtlichen Materials sehr verbunden.

Tagungen des D.A.I. in Stuttgart.

Am 30. und 31. Mai fanden in Stuttgart die Sitzungen unseres Verwaltungsrats, Ausschusses und Wissenschaftlichen Beirates statt, die sich eines guten Besuchs und reger Teilnahme zu erfreuen hatten und einen guten Verlauf nahmen.

Am 30. Mai nachmittags tagte der Wissenschaftliche Beirat im Sitzungssaal des Institutes im Neuen Schloß. Er wählte zu seinem Vorsitzenden Herrn Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Götz-Leipzig, zu seinem Stellvertreter Herrn Professor Dr. Sauer-Stuttgart, zum Schriftführer Herrn Professor Dr. Sapper-Würzburg und zu seinem Stellvertreter Herrn Professor Dr. Maas-Berlin-Nikolassee. Sodann besprach er alle laufenden und künftigen Arbeiten des Instituts auf wissenschaftlichem Gebiete, namentlich Fragen der künftigen Ausgestaltung der Bibliothek und der Archive, der Bibliographie, des Zeitschriftenwesens und unserer Buchveröffentlichungen. Eingehende Beratung fand namentlich die Frage der Ausgestaltung des Vortragswesens und der Veranstaltung regelmäßiger Kurse über Auslandkunde und über Auslanddeutschtum, sowie die Frage künftiger Kulturpropaganda im Arbeitsbereich des Auslanddeutschtums. Der Wissenschaftliche Beirat beschloß einstimmig, die Herren Stadtrat Professor Dr. Ziehen-Frankfurt, Professor Dr. Minde-Pouet, Direktor der Deutschen Bücherei Leipzig, Dr. Karl Strupp-Frankfurt a. M., Professor Dr. Mendelssohn-Bartholdy-Würzburg und Professor Dr. Matschoß-Berlin dem Verwaltungsrat zur Zuwahl in den Wissenschaftlichen Beirat zu empfehlen, welchem Ersuchen der Verwaltungsrat in seiner Sitzung vom 31. Mai ebenso einstimmig nachkam.

Im Anschluß an diese Tagung verbreiteten sich abends vor geladenen Gästen, die namentlich aus Vertretern der württembergischen Industrie und des Handels bestanden, im Kuppelsaal des Kunstgebäudes die Herren Geh. Legationsrat Professor Dr. Wiedenfeld und Geh. Legationsrat Schüler vom Reichsministerium des Auswärtigen in eingehenden Ausführungen über die Maßnahmen zur künftigen Förderung des Außenhandels und zur Verbesserung des Nachrichtendienstes und fanden mit ihren über zweistündigen vertraulichen Ausführungen viel Interesse bei der Versammlung, das sich auch noch in einer zwanglosen mündlichen Aussprache bei einem gemütlichen Zusammensein in den Räumen des Instituts im Schlosse kundgab und vertiefte. Dem Vortragsabend wohnte eine Reihe früherer und jetziger Minister des Volksstaates Württemberg bei.

Die Sitzung des Verwaltungsrats wurde am 31. Mai morgens 10½ Uhr vom Vorsitzenden, Sr. Durchlaucht Herzog Wilhelm von Urach, eröffnet und geleitet. In ihr erstattete der Vorsitzende des Vorstandes, Kommerzienrat Konsul Theodor G. Wanner den Bericht über die bisherigen Arbeiten des Instituts, dessen eingehende dreiviertelstündige Darlegungen über die allgemeine Lage des Auslanddeutschtums, sowie über die Arbeiten der einzelnen Abteilungen des Instituts von der Versammlung beifällig begrüßt wurden. An der anschließenden Aussprache beteiligten sich namentlich Herr Prälat Werthmann-Freiburg, der über die Lage der deutschen Kolonisten in Südrußland und über die Siedlungsmöglichkeit im Baltikum Auskünfte erbat, die der Vorsitzende und Generalsekretär Dr. Wertheimer in eingehenden Darlegungen erteilte. Der Verwaltungsrat genehmigte sodann den Kassenbericht und den Abschluß für das Jahr 1918, sowie den Voranschlag für das Jahr 1919 und wählte auf Vorschlag des Vorstandes einstimmig an Stelle des ausgeschiedenen 1. stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Geh. Legationsrat Prof. Dr. Wiedenfeld-Berlin, der die Wahl dankend anzunehmen erklärte. Eine eingehende Aussprache fand sodann über die Frage einer Arbeitsgemeinschaft mit der Gesellschaft zur Erforschung des Deutschtums im Auslande statt, zu der man sich einmütig und gerne bereit erklärte, um zwecklose und unnötige Doppelarbeit künftig zu vermeiden. Nach der Sitzung des Verwaltungsrats vereinte ein gemeinsames Mittagessen etwa 60 Teilnehmer in den Restaurationsräumen des Kunstgebäudes.

Um 3½ Uhr fand dann die Tagung des Ausschusses statt, die wiederum vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Sr. Durchlaucht dem Herzog von Urach, geleitet wurde. Der Vorsitzende des Vorstandes erstattete einen längeren Bericht über die Arbeiten des Instituts und über seine zukünftigen Pläne. Der Kassenbericht und der Voranschlag fanden einmütige Billigung. Der Ausschuß genehmigte einstimmig die Zuwahlen zum Verwaltungsrat, in den Herr Rittmeister Borchardt, der Vorsitzende des Fürsorgevereins für deutsche Rückwanderer, Herr Direktor Hellmann von der Kolonialbank-Berlin, Herr Direktor A. von Holtzendorff von der Hamburg-Amerika-Linie-Berlin, Herr Geheimer Oberregierungsrat Dr. Jung, Vorsitzender des Reichswanderungsamtes-Berlin und Herr Geheimer Kommerzienrat Sachs-Schweinfurt berufen wurden. Außerdem wurde beschlossen, dem Rat der Reichsdeutschen im Ausland in Berlin eine Vertretung im Verwaltungsrat zu gewähren. Verwaltungsrat und Ausschuß beschlossen einstimmig, das nachfolgende Telegramm an den Reichspräsidenten Ebert und an den Staatspräsidenten Blos zu richten:

„Der zur Tagung versammelte Verwaltungsrat und Ausschuß des Deutschen Ausland-Instituts übermittelt Ihnen,

Digitized by Google

Herr Präsident, den einmütigen Willen der Versammelten, trotz aller Nöte und Gefahren, die das Vaterland bedrohen, einig zusammenzuhalten in dieser schweren Schicksalsstunde, um alles zu tun, das Vaterland von innen heraus neu aufzubauen und zu kräftigen. Das Auslanddeutschtum wird bei dieser schwierigen Arbeit, wie es bisher stets Pionier im Auslande gewesen ist, wertvolle Dienste zu leisten haben. Es bedarf dazu dringendster Förderung von Seiten des Reichs wie der Gliedstaaten in seiner augenblicklichen materiellen Notlage, es bedarf darüber hinaus der steten Fürsorge auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete in künftigen Zeiten des Welthandels. Das Deutsche Ausland Institut ist wie bisher bereit, mit aller Kraft an den künftigen Arbeiten mitzuwirken, in unserem Volke das Bewußtsein vom Werte und Wirken des Auslanddeutschtums zu stärken und zu kräftigen und der Völkerversöhnung dienende Kenntnisse über das Ausland zu verbreiten. Das Deutsche Ausland Institut vertraut darauf, daß ihm wie schon bisher die Förderung des Reiches und der Gliedstaaten in hohem Maße zuteil werde".

Auf diese Telegramme sind die nachfolgenden Antworten eingegangen:

„Für den mir übermittelten Ausdruck des einmütigen Willens zur Einigkeit danke ich herzlich. Förderung und Fürsorge werden den Auslanddeutschen umso sicherer sein, je mehr in unserem Volke das Bewußtsein von dem Werte der Auslanddeutschen auch in den Kreisen der Inlanddeutschen zum Durchbruch kommt. Die darauf gerichtete Aufklärungsarbeit des Ausland Instituts wird diese Vorbedingung schaffen". Ebert.

„Für das mir von dem Verwaltungsrat und Ausschuß des Deutschen Ausland Instituts übermittelte Bekenntnis zum einigen Zusammenhalten und zur tätigen Mitarbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes spreche ich meinen verbindlichsten Dank aus. Die Staatsregierung wird stets bestrebt sein, dem Auslanddeutschtum und den Arbeiten Ihres Instituts ihr Interesse und ihre tatkräftige Förderung angedeihen zu lassen." Blos.

Im Anschluß an die Tagung des Ausschusses gab sodann Herr Geheimer Oberegierungsrat Jung, der Vorsitzende des Reichswanderungsamtes, in zweistündigen, überaus fesselnden und anregenden Ausführungen der gespannt folgenden Zuhörerschaft, die noch durch geladene Gäste verstärkt war, einen Ueberblick über die Auswanderungsfrage in ihrer historischen Entwicklung und in ihrer künftigen Gestaltung, indem er namentlich auch auf die künftigen gesetzgeberischen Maßnahmen andeutungsweise hinwies und die Ziele der Auswanderungspolitik eingehend und gründlich beleuchtete. Der württembergische Kultminister, Herr Heymann, dankte als Vertreter der Regierung für die reichen Anregungen und bemerkte, unser Ziel müsse sein, niemand zu verlieren, der hier bleiben könnte, nicht Kulturdünger zu werden, ohne selbst etwas zurückgewinnen zu können. Die Abwanderung müsse auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Siedlungswesen, Bildungswesen, Hebung unserer eigenen Produktivität durch Förderung der Qualitätsarbeit und Entwicklung des Heimatsgefühls seien nötig, einseitiger Klassenstandpunkt sei zu bekämpfen, der Uebergang von einem Beruf in den andern, der doch im Auslande möglich sei, müsse auch im Inlande möglich gemacht werden. An der weiteren Aussprache beteiligten sich ferner namentlich Herr Prälat Werthmann-Freiburg, der auf die Möglichkeit der Ueberlandwanderung hinwies und die Gefahr stark betonte, daß die Auswanderung sich in englisch beeinflußte Gebiete ergießen könnte, sowie Herr Universitätsprofessor Dr. Fuchs, der es bezweifelte, ob wirklich nur Beratungen und gutes Zureden ohne jeden Zwang in der Auswanderungsfrage helfen könnte und der auf jeden Fall die Notwendigkeit einer stark wirkenden Aufklärung besonders unterstrich. Eingehende Würdigung fand in der Aussprache auch die Tätigkeit der Auswanderungsagenten und der Auswandererzeitschriften, auf deren Schaden und Mängel eingehend hingewiesen wurde.

Am Abend beschloß ein öffentlicher Vortrag im Kuppelsaal des Kunstgebäudes die Tagung. Leider war Herr Professor Dr. Mendelssohn-Bartholdy-Würzburg, der über „Auslanddeutschtum und Völkerbund" sprechen sollte, durch seine Teilnahme an den Versailler Beratungen verhindert. An seiner Stelle behandelte diesen Zusammenhang in knapp und scharf umrissenen Sätzen Herr Professor Dr. von Blume-Tübingen, indem er die Stellung der Auslanddeutschen im neuen Völkerbunde skizzierte; Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Götz-Leipzig sprach über die Zusammenhänge zwischen Kultur und Auslanddeutschtum, namentlich von dem Zeitpunkte an, wo die Auslanddeutschen nicht nur wieder Träger unseres neuen Wirtschaftslebens, sondern Träger unseres Kulturwillens in aller Welt werden müßten, und zum Schluß richtete Generalsekretär Dr. Wertheimer einen Appell an die Heimat, diese Arbeiten zu unterstützen dadurch, daß man dem Auslanddeutschtum Verständnis entgegenbringe und sein wirtschaftliches und psychologisches Leben ganz zu erfassen sich bemühen wolle.

Nach dem Vortrag vereinte wiederum ein zwangloses Beisammensein zahlreiche Teilnehmer der Tagung in den Räumen des Instituts und im Schloßgarten.

Im Zusammenhang mit unserer Tagung fand schließlich am 1. Juni eine Vorstellung zugunsten der Auslanddeutschen im Landestheater statt, wozu das Kultministerium liebenswürdigerweise seine Zustimmung erteilt hatte. Sie erfreute sich einer außerordentlichen Anteilnahme der Bevölkerung Stuttgarts und ergab einen Reinertrag von über 3300 Mark zugunsten des Unterstützungswesens für Auslanddeutsche.

Eingeleitet wurde die Vorstellung des „Troubadour" durch einen Prolog, den Frau Hofrat Kaulla, Degerloch, zugunsten der Auslanddeutschen verfaßt hatte. In den Pausen verkauften junge Damen aus den Familien der Auslanddeutschen von gütigen Spendern zur Verfügung gestellte Blumen und Zigaretten.

Das Interesse an unserm Institut und seinen Bestrebungen war nicht nur in Stuttgart und Württemberg rege. Die deutsche Presse hat zum großen Teil in ausführlichen Berichten über die Tagungen unserer Arbeit gedacht. Das „Stuttgarter Neue Tagblatt" widmete der Tagung eine Sonderausgabe „Auslanddeutschtum und Ausland Institut", in der neben ausgezeichneten Artikeln der Schriftleitung zur Frage auch der von uns an der Spitze dieser Nummer der „Mitteilungen" gebrachte Aufsatz des schwäbischen Dichters Hans Heinrich Ehrler und die Aeußerungen der württembergischen Minister zu finden waren.

Notiz der Schriftleitung.

Trotz abermaliger Vergrösserung des Umfangs dieser Nummer auf nunmehr 56 Seiten mussten eine Reihe von Aufsätzen und Einsendungen für die nächste Nummer (August) zurückgestellt werden.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 23. Juni 1919.
Einsendungen für die „Mitteilungen" werden erbeten an das Deutsche Ausland Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der „Mitteilungen".

Mitglieder des Deutschen Ausland Instituts Stuttgart, soweit sie einen Jahresbeitrag von mindestens M. 20.— leisten, erhalten die „Mitteilungen" kostenlos.
Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. — Druck der Tagblatt-Buchdruckerei Stuttgart.

Digitized by Google

MITTEILUNGEN
DES
DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS

MUSEUM UND INSTITUT ZUR KUNDE DES AUSLANDDEUTSCHTUMS UND ZUR FÖRDERUNG DEUTSCHER INTERESSEN IM AUSLAND

Jahrg. II. – Nr. 8 **STUTTGART** **August 1919**

Die Behandlung unseres Privateigentums nach den Friedensbedingungen

Von Dr. KURT LOEWENFELD, (Manchester) HAMBURG

„Falls ein Krieg zwischen den vertragschließenden Teilen ausbricht, wird den Kaufleuten des einen Staates, die in dem anderen Staate ansässig sind, gestattet werden, dort noch neun Monate zu verbleiben, um ihre Außenstände einzutreiben und ihre Geschäfte zu erledigen; alsdann können sie ungehindert abreisen und ihre gesamte Habe mitnehmen, ohne belästigt oder gehindert zu werden. Frauen und Kinder, Gelehrte aller Fakultäten, Bauern, Künstler, Handwerker und Fischer, die unbewaffnet sind und unbefestigte Städte, Dörfer und Plätze bewohnen, sowie im allgemeinen alle diejenigen, deren Beruf dem Unterhalt und dem Gemeinwohl des Menschengeschlechts dient, dürfen ihrem Berufe weiter nachgehen . . . . wenn es aber erforderlich ist, etwas von ihrem Eigentum für den Gebrauch des feindlichen Heeres zu nehmen, so soll für dessen Wert ein angemessener Preis gezahlt werden."

Ist das ein Phantasiegespinst? Ein Zukunftstraum aus einer Idealwelt oder ein Märchen aus der guten, alten Zeit, das heute nur noch die kleinen Kinder glauben? Nun, aus der alten Zeit stammt dieser Paragraph in der Tat, denn er ist der dreiundzwanzigste Artikel des Vertrages aus dem Jahre 1799 zwischen Preußen und den Vereinigten Staaten. Es ist aber, trotzdem der Vertrag über ein Jahrhundert alt ist, weit mehr als bloßes historisches Interesse, das uns zu ihm treibt. Dieser Vertrag — mit Ergänzungen vom Jahre 1828 — regulierte noch zu Zeiten des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen uns und den Vereinigten Staaten (am 4. 2. 1917) die rechtlichen Verhältnisse zwischen den beiden Ländern, so daß damals die deutsche Regierung der amerikanischen vorgeschlagen hat, ihn zwar den modernen Verhältnissen entsprechend zu erweitern, immerhin aber auch noch dann als den festen Boden der Rechtsgrundlage anzusehen. Leider sind wir abgrundtief von diesem Niveau gesunken. Ich sage, so schmerzlich es mir auch ist, wir, denn auch die Behandlung feindlichen Privateigentums in Deutschland ist keineswegs ein Ruhmesblatt in der arg zerzausten Lorbeerkrone des alten Regime. Doch wie es müßig ist, heute der Frage nachzugehen, welche der Nationen mit dem Gebrauch der giftigen Gase angefangen hat, denn vorbereitet war diese wie jede andere schließlich zur Verwendung gekommene Waffe in jedem der Staaten, so ist es auch überflüssig abzuwägen, ob hüben, ob drüben der Geist bestehender Verträge mehr verletzt worden ist. Alles das muß durch die sinnenlösende Wut des Krieges wo nicht entschuldigt so doch wenigstens erklärt werden. Heute handelt es sich darum, daß wir Atem schöpfend uns umsehen, auf welch neuer Basis wir angelangt sind, nachdem die Kriegsfurie getobt hat und Phrasen von einem Völkerbunde und ewigem Frieden in der Luft umherschwirren. Vergessen wir also die Zeit des Sturzes und sehen wir zu, ob unsere ehemaligen Feinde uns weiter und tiefer in den Abgrund drängen, oder ob sie uns hilfreich starke Hand zum gemeinsamen Aufstieg bieten.

An keinem Zeichen können wir das besser erkennen, als an der Behandlung unseres Privateigentumes, das in ihren Händen ist. Mit vollstem Rechte wird in der Note vom 22. Mai gesagt:

„Es sollte gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Aufgabe der Staaten sein, im internationalen Verkehr den Grundsatz der Unantastbarkeit des Privateigentums, der im Verlauf des Krieges so zahlreichen Einschränkungen ausgesetzt gewesen ist, wieder voll zur Geltung zu bringen. Deutscherseits ist bisher angenommen worden, daß diese Auffassung von den alliierten und assoziierten Regierungen mit derselben Folgerichtigkeit vertreten werden würde, wie sie ein Urteil des höchsten englischen Gerichtshofes, des House of Lords, vom 25. Januar 1918 in dem Rechtsstreit einer deutschen und einer englischen Firma zum Ausdruck gebracht hat. In diesem Urteil wurde ausgesprochen: Es sei nicht englisches Gesetz, daß das Eigentum feindlicher Staatsangehöriger konfisziert werde. Selbstverständlich könne der Feind bis zur Wiederherstellung des Friedens keine Ansprüche auf Herausgabe seines Eigentums erheben; aber nach Friedensschluß müsse er wieder in den Besitz seines Eigentums gelangen, und zwar mit allen Früchten, die das Eigentum in der Zwischenzeit getragen habe."

Dieses Zitat aus der deutschen Note wollen wir durch eine Anführung aus dem für Frankreich grundlegenden Werke von Reulos „Manuel des Séquestres" ergänzen; dort heißt es: „Die Zwangsverwalter haben von den vorgesetzten Behörden einen Auftrag zur Erhaltung der Güter bekommen, deren Verwalter sie geworden sind und die in den Händen der Gerichtsverwaltung festgelegt werden sollen. Sie sollen ihre rechtmäßigen Vertreter sein zur Zeit des Friedensvertrages, der entweder ihre Rückgabe oder ihren Heimfall (dévolution) entscheiden wird." Ein auffälliger Unterschied zwischen der englischen und französischen Auffassung wird sichtbar. Nach englischer Auffassung wird das Eigentum der Feinde während des Krieges verwaltet und nach Friedensschluß — soll es wenigstens — bedingungslos herausgegeben werden. Die Franzosen verwalten während des Krieges und warten den Erfolg des Krieges, resp. des Friedensvertrages ab. Daß sie in der Tat nicht etwa rücksichtsvoller als eine der anderen Nationen vorgegangen sind, sondern lediglich den Erfolg des Krieges abgewartet haben, beweist die Tatsache, daß am 6. März 1919 im Senat ein Gesetzentwurf eingebracht

Digitized by Google

wurde, worin die Liquidierung des beschlagnahmten deutschen Eigentums vorgesehen ist. Allerdings darf man die Bedeutung dieses Gesetzes nicht überschätzen, denn schon die früheren Kriegsgesetze boten vielfache Handhaben, unter Zwangsverwaltung stehende Güter sei es freihändig, sei es im Wege der Versteigerung zu verkaufen. Schon im ersten Rundschreiben (vom 14. November 1914) waren die Zwangsverwalter ermächtigt worden, Güter, die sich in ihrer Verwaltung befanden zu veräußern, und zwar im Falle absoluter Notwendigkeit bei Ware, die dem Verderben ausgesetzt ist, oder bei Sperrware (marchandises périssables ou encombrantes), ferner auch in Fällen, wo Forderungen gegen den feindlichen Geschäftsinhaber bestanden, zu deren Befriedigung weder bares Geld noch eintreibbare Außenstände zur Verfügung standen. Diese an und für sich schon sehr dehnbaren Begriffe wurden noch prinzipiell sehr erweitert durch die Rundschreiben vom 28. Februar und 30. Oktober 1915. Sie geben besondere Instruktionen zur Zahlung der Mietzinse von Lokalitäten (Privatwohnungen und Geschäftslagern), die an Deutsche oder Österreicher vermietet waren. Bekanntlich hat der Vermieter eine privilegierte Forderung. Bestand nun die Gefahr, daß diese privilegierte Forderung im Laufe der Zeit derartig wuchs, daß entweder das vorhandene Mobiliar etc. nur knapp zu ihrer Deckung ausreichte oder daß gewöhnliche anderweitige Forderungen gegen die Masse in bedrohliche Stellung kamen, so konnte der Sequester vom Gerichtspräsidenten ermächtigt werden, das Mobiliar öffentlich zu versteigern. Es darf wohl angenommen werden, daß die meisten Wohnungseinrichtungen während des Krieges auf Antrag der Hausbesitzer wegen Nichtzahlung der Miete versteigert worden sind. Allerdings war es, wenn auch auf schwierigem und langwierigem Wege, möglich, den Sequestern das zur Deckung der Miete nötige Geld einzusenden. Aber auch diejenigen, die sich dieses Mittels zur Erhaltung ihres Eigentums bedienen durften, werden wohl durch das neue Gesetz ihrer Habe verlustig gehen. Das Gesetz sah vor, daß das Ergebnis der Liquidation gesperrt ist, bis entschieden werden wird, welche Verwendung die sich ergebenden Summen finden sollen. Von diesen Summen wird in dem Gesetz, wie auch vordem in anderen Bestimmungen, als ökonomisches oder öffentliches Pfand „otage économique" gesprochen. Hier haben wir es aber nur mit einer blendenden Phrase zu tun. Denn jedes Kind weiß wohl, daß man ein Pfand doch nur bis bestimmte Leistung erfolgt ist, zurückbehalten darf, falls aber diese Leistung zur festgelegten Zeit erfolgt, es unverschmälert seinem Besitzer zurückzuerstatten hat. Freigegeben ist von den Franzosen „pour des raisons d'humanité" überhaupt nur sogenannte Fahrhabe geworden, d. h. Kleider, Wäsche und sonstiger persönlicher Besitz. Aber selbst über derartige Kleinigkeiten gibt es langatmige Vorschriften. Der Bittsteller — denn derartige Gegenstände wurden nur auf ein Gesuch hin herausgegeben — muß sich in Not befinden, die geforderten Dinge notwendig gebrauchen, es darf kein öffentliches oder privates Interesse durch die Herausgabe Schaden leiden usw. Also etwas verklausulierte „raisons d'humanité". Als für unsere folgenden Betrachtungen besonders wichtig sei noch erwähnt, daß die Verwalter (Administrateurs-séquestres) nur zum Teil besonders vom Gericht eingesetze Persönlichkeiten, zum Teil und vielleicht sogar zum größeren, die bisherigen Hüter und Verwalter von Vermögensteilen, wie Bankinstitute, bei denen „feindliche" Papiere lagern, oder die Hauseigentümer, deren Wohnungen Deutsche oder Österreicher gemietet hatten, waren.

Das Gesetz, nach dem die Liquidation erfolgt, kann in die folgenden vier Hauptsätze zusammengezogen werden. 1. Die Liquidation wird autorisiert durch eine Verfügung des Präsidenten des Gerichtshofes, der für den Ort der Sequestration zuständig ist. 2. Diese Verfügung wird die Befugnisse des Liquidators festsetzen und wird die Bedingungen bestimmen, unter denen die Liquidation zu erfolgen hat. 3. Sobald die Schätzung einen Rohaktivbetrag von über 100 000 Frs. ergibt, ist das Gutachten einer besonderen Kommission, bestehend aus Mitgliedern der Handelskammern einzuholen, die vom Justizminister eingesetzt werden wird. 4. In Erwartung der endgültigen Festlegung durch den Friedensvertrag oder durch internationale Übereinkünfte betreffend die Ergebnisse der Liquidationen, wird der Erlös bei der Depositenkasse hinterlegt werden und den Verwaltern und Liquidatoren wird Generalquittung erteilt werden.

Die Verfügungen in den Vereinigten Staaten sind denen von Frankreich recht ähnlich. In der Ausführung ist aber der große Unterschied, daß die ganze Angelegenheit in den Händen des vom Präsidenten laut Gesetz vom 6. Oktober 1917 ernannten Alien Property Custodian (Verwalter von feindlichem Eigentum) zentralisiert war. Während also das ganze französische System einer dauernden gerichtlichen Kontrolle auf die — geben wir zu oft etwas zweifelhaften — Einzelpersonen unterworfen war, schaltete und waltete der amerikanische Custodian recht unabhängig. Er konnte geeignete Personen mit besonderen Vollmachten ernennen, ihre Dienstpflichten, Gehälter etc. bestimmen. Welches ist das bessere, oder richtiger, weniger schlimme System? Das hängt sehr von der Persönlichkeit des Custodian ab, mit der wir uns deshalb für einen Augenblick beschäftigen wollen, wenigstens wie er sich in einer Rede im Metropolitanklub am 7. Nov. 1918 (abgedruckt in „Der Wirtschaftskrieg. Fünfte Abteilung Vereinigte Staaten von Amerika." E. Böhler und H. Wehberg. Jena 1919) gezeigt hat. Dort sagte er: „Was immer für eine Abrechnung, wenn der Krieg vorüber ist, für das hier während des Krieges beschlagnahmte feindliche Eigentum erfolgt, sofern sie überhaupt Kapitalanlagen in amerikanischen Industrien berührt, wird es sich lediglich um den Geldeswert handeln, nicht aber um die Sachen selbst. Ohne prophezeien zu wollen, was mit den erlangten Geldern geschehen wird, ... kann man ruhig sagen, daß die Geschäfte, welche die Deutschen in Amerika aufgebaut haben, ihnen für immer verloren sein werden." Ist es nötig, noch eine einzige Zeile weiter zu geben? Nein, schon wissen wir, mit welchem Geiste wir es hier zu tun haben, mit dem Geiste absoluter Zerstörung, weit über den Krieg hinauseifernd und geifernd, dessen Äußerungen schließlich darin gipfeln, daß er an den Patriotismus der amerikanischen Banken appelliert, für dessen Entfaltung er eine besondere Gelegenheit versprach, wenn für 200 Millionen Dollar früher den Deutschen gehörige Unternehmungen in Amerika versteigert wurden. Patriotismus dieser Sorte, gekuppelt mit Geschäftsgewinn ist stets ein würdiges Paar gewesen.

Jedenfalls gibt das System der Zentralisierung eine Gelegenheit, die enormen Summen zu studieren, um die es sich handelt. Nach der „New York Times" vom 7. 11. 1918 betrug das dem Verwalter feindlichen Eigentums übergebene Eigentum am Ende des Jahres 1917 rund 135 Millionen Dollar und war Anfang November 1918 auf 700 Millionen Dollar gestiegen. Das sind Zahlen, die noch zu einer Zeit wie der unseren respektabel bleiben, wo man sich daran gewöhnt hat, mit Millionen wie mit Rechenpfennigen umzuspringen. Auf die einzelnen, für die Verwaltung, resp. Einziehung und schließlich Liquidation des Privateigentums sehr umfangreichen Verfügungen hier im einzelnen einzugehen, ist hier nicht möglich. Es genüge festzustellen, daß wir denselben Gang der Ereignisse finden, wie in Frankreich. Die ersten Maßnahmen sind, wenigstens angeblich, rein erhaltender Natur. Allmählich sieht die Löwentatze mehr und mehr unter der Eselshaut hervor. Schließlich wird zur allgemeinen Liquidation geschritten, allerdings noch mit der Erklärung, daß es sich nicht darum handelt, die Privatunternehmen

Digitized by Google

deutscher Kaufleute zu vernichten, sondern nur dort einzuschreiten, wo es sich nicht um die Anlagen Einzelner, sondern ganzer Konzerne, insbesondere der „Junkerklasse", des „Deutschen Kaisers" oder großer Unternehmungen, wie der Deutschen Bank handle. Allmählich wird aber die Grundrichtung des ganzen Verfahrens — alles deutsche Eigentum zu liquidieren — mehr und mehr unverkennbar, bis sie schließlich zur Zeit des deutschen Zusammenbruches in offiziellen und offiziösen Kundgebungen, wie der oben zitierten Rede, ihren offenen Ausdruck findet.

England ist verhältnismäßig am offensten, alles in allem genommen, auch am rücksichtslosesten vorgegangen. Seit dem „Trading with the Enemy, Amendment Act" (Januar 1916) konnte alles, und wurde fast alles, feindliche Eigentum liquidiert. Eine Ähnlichkeit des amerikanischen Verfahrens sehen wir darin, daß das erste Gesetz schon einen „Custodian of Enemy Property" vorsah, der allerdings nicht neu berufen wurde. Die Funktion wurde vielmehr dem öffentlichen Treuhänder („Public Trustee") übertragen. Man muß zugeben, daß dieser Beamte, dessen Tätigkeit im Frieden etwa der des ebenso genannten deutschen Beamten entsprach, öffentlich weit weniger in die Erscheinung getreten ist, als sein direkt aggressiver amerikanischer Kollege. Das will aber durchaus nicht sagen, daß etwa in England weniger in Zwangsverwaltung genommen wurde, als in den anderen Ländern. Nein auch dort wurde, wie die schöne Phrase heißt, alles Eigentum der Feinde „restlos erfaßt". Wie viel es ist, läßt sich nicht genau sagen. Zuständige englische Behörden schätzen die Werte auf 200 Millionen Pfund Sterling. In mancher Beziehung haben sich die Engländer allerdings humaner gezeigt, als ihre französischen Bundesbrüder. So war es z. B. für die in den Stacheldrahtlagern Internierten möglich, sich ihre persönliche Habe, auch Arbeitszeug, ins Lager kommen zu lassen und zu benutzen. Die „raisons d'humanité", von denen Frankreich so schön sprach, wurden in England etwas weiter gefaßt, als im Heimatland der Phrase. Etwas übermenschlich Gutes liegt wohl auch kaum darin, daß man den oft auf über vier Jahre von Familie und Außenwelt Abgeschnittenen und gleich wilden Tieren hinterm Gitter Gehaltenen Gelegenheit zum Geldverdienen im bescheidenen Maße durch Ausübung ihrer gelernten Professionen gab. Allerdings durften die nach der Heimat Entlassenen nicht mehr als 100 Pfund persönliches Gepäck mitnehmen. Zwar darf man hoffen, daß der Rest von der englischen Regierung freigegeben wird. Mit allem, was nicht persönliche Fahrhabe ist, sieht es allerdings schlimm aus.

In den Friedensbedingungen heißt es: Unter dem Vorbehalt entgegenstehender Bestimmungen, die sich aus dem gegenwärtigen Vertrage ergeben könnten, behalten sich die alliierten und assoziierten Mächte das Recht vor, alles Eigentum, alle Rechte und Interessen der deutschen Staatsangehörigen . . . die auf ihrem Gebiet sich befinden, zurückzubehalten und zu liquidieren. Die Liquidation findet nach den Gesetzen des betreffenden alliierten oder assoziierten Staates statt." (Artikel 297 Absatz b.) Bevor wir das Weittragende, uns bis ins Herz Treffende dieses Paragraphen kurz diskutieren, wollen wir noch folgende Bestimmung des § 2 zum Anhang des obigen Paragraphen dem Sinne nach angeben: Es ist unmöglich für einen Deutschen, eine Klage oder einen Ersatzanspruch zu stellen gegen irgend einen der Zwangsverwalter, Liquidator oder irgend eine Person, die unter den Kriegsgesetzen unser Eigentum verwaltet, resp. liquidiert hat. Schließlich sei noch erwähnt (nach § 9): „Bis zur Durchführung der durch Artikel 297 Absatz b vorgesehenen Liquidation sollen Eigentum, Rechte und Interessen der deutschen Staatsangehörigen weiterhin außerordentlichen Kriegsmaßnahmen unterworfen sein, welche bereits dagegen eingeleitet sind oder noch eingeleitet werden."

Sollte also in irgend einem Staat bisher die Gesetzgebung noch nicht ausreichen, um unser Eigentum zu liquidieren, so können ohne Zeitgrenze weitere Gesetze beliebig geschaffen werden. Es kann also auch nicht der allergeringste Zweifel bleiben, daß unser ganzes Privateigentum im Auslande — mit den erwähnten winzigen Ausnahmen — liquidiert werden wird. Braucht es nun eines besonderen Hinweises, da wir doch in vielen Fällen wissen und in noch mehreren annehmen müssen, daß bei den bisherigen Verwaltungen und Liquidationen grobe und gröbste Fahrlässigkeiten vorgekommen sind, daß die sogenannten Liquidationen auf absolute Konfiskation herauslaufen. Der einzige Hoffnungsschimmer, der uns hier leuchtet, kommt von den Worten des „Ultimatums", wo es heißt (Deutsche Ausgabe bei Engelmann S. 62): „Die deutsche Delegation deutet an, daß von seiten der in den alliierten und assoziierten Staaten mit der Liquidation feindlichen Eigentums betrauten Personen eigennützige oder betrügerische Machenschaften vorgenommen worden wären. Die alliierten und assoziierten Staaten sind bereit, die förmliche Versicherung abzugeben, daß Personen, die bei der Liquidation deutschen Eigentums rechtswidrige Handlungen begangen haben, strafrechtlich verfolgt werden sollten (NB. schlecht übersetzt; muß heißen: „werden strafrechtlich verfolgt werden"), und werden die Angaben und Nachweise, die die deutsche Regierung diesbezüglich liefern kann, entgegennehmen." Nur darf man nicht allzu viel aus diesen Angaben herauslesen. Was uns versprochen wird, ist strafrechtliche Verfolgung eventueller Delinquenten, kein Schadenersatz für ihre Verschuldungen. Zwar sollte billig eines mit dem anderen Hand in Hand gehen, aber auf dem Papiere steht es nicht! Der deutschen Regierung fällt hier auf jeden Fall eine Riesenaufgabe zu. Es liegt auf der Hand, daß die Mehrheit der Geschädigten Ansprüche stellen wird, die über jedes vernünftige Ziel hinausschießen. Diese Ansprüche müssen erst auf ein richtiges Maß reduziert werden, um dann aber würdig und gewichtig vorgetragen zu werden. Nach meiner Meinung müßte in jedes der in Frage kommenden Länder baldmöglichst eine spezielle von der Regierung geführte Delegation abgehen, in deren Gefolge sich Juristen und Kaufleute befinden, die an Hand des in Deutschland gesammelten Aktenmaterials die einzelnen Fälle erforschen und sofort, falls sie würdig befunden sind, bei den betreffenden Regierungen anhängig machen. Schnelligkeit im Handeln ist vor allem geboten, denn die schon an und für sich in den meisten Fällen sehr unklaren Spuren über den Weg, den unser Eigentum genommen hat, verwischen sich mehr und mehr von Tag zu Tag.

Nun ist ja unsere Regierung die Stelle, an die wir uns schließlich für Rückerstattung des Liquidationswertes zu wenden haben. Über die Berechtigung dieses Verfahrens zu diskutieren ist eitel, und wer es von gegnerischer Seite begründet zu sehen wünscht, muß die Worte des Herrn Clémenceau im „Ultimatum" nachlesen und sich mit ihnen, so gut oder schlecht es geht, abfinden. Wichtig ist, daß sich am 11. Juli eine Gruppe maßgebender Vertreter des Außenhandels mit dem Reichsfinanzminister besprochen hat. Nach den vorliegenden knappen Berichten hat diese Besprechung rein informatorischen Charakter getragen. Der Bericht sagt u. a.: „Es handelte sich dabei einmal um die Frage, welche Quote gleich zu zahlen ist und in welcher Form die weiteren Raten vom Reich geleistet werden sollen. Dann aber vor allem darum, nach welchem Maßstabe die Werte selber zu berechnen sind und wie die Valutadifferenz zu behandeln ist. Reichsminister Erzberger steht auf dem Standpunkt, daß dem Reiche unmöglich zugemutet werden kann, die Entschädigung zum gegenwärtigen Auslandskurse der deutschen Mark zu leisten,

Digitized by Google

weil dadurch indirekt ein enormer Kriegsgewinn für große Kategorien der zu Entschädigenden geschaffen werden würde, dessen Übernahme auf die Gesamtheit niemand zugemutet werden könne."

Der Standpunkt des Finanzministers ist zu verstehen, und, wenn von nichts anderem, von seinem Amte diktiert. Nur liegt ein grimmer Humor darin, wenn man das „arme Häuflein Vertriebener" gesehen hat und dann einem von . . . Kriegsgewinnen gesprochen wird. Doch von welchem Standpunkte aus auch man die Frage betrachtet, für die Mehrzahl der Fälle muß doch folgende Überlegung leitend sein. Nehmen wir an, einem Kaufmann ist sein Warenlager im üblichen Wege erst sequestriert und schließlich zwangsweise verkauft worden. Nehmen wir ferner sogar an, daß der Preis, den er für seine Waren bekommen hat, durchaus den Umständen entsprechend gewesen ist, da er das Glück hatte, für sein Geschäft nicht nur einen grundehrlichen, sondern auch tüchtigen und branchekundigen Verwalter zu bekommen, der so viel es irgend ging aus dem Lager herausgeschlagen hat. Machen wir alle diese günstigen Annahmen, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß das Geschäft des betreffenden Kaufmanns vernichtet ist. Es ist doch eine Binsenwahrheit, daß es ein Unterschied ist, ob ich heute 100 000 Mark in bar bekomme oder vor dem Kriege ein Warenlager in einem blühenden Geschäft habe, das 100 000 Mark wert ist. Und der Posten, den der Engländer „goodwill" nennt, den wir etwa mit „Firma" bezeichnen, der in der Bilanz jedes gutgehenden Geschäfts eine Rolle spielt, sei er nun extra eingetragen oder zeige er sich nur als Idealzusatz zu den Aktiven, deren jährliche Nutznießung er stark vergrößert, dieser Posten ist rettungslos dahin. Auch wo die Geschäfte als solche (als „going concerns") verkauft worden sind, hat doch oft die Tatsache, daß ein Deutscher der Besitzer gewesen ist, den Wert des Geschäftes bei Beginn des Krieges dank der überall durchgeführten skrupellosen Propaganda derart vermindert, daß an einen besonderen positiven Wert der Firma nicht zu denken war. Und dann hat der Besitzer vielleicht jahrelang erwerbslos im Gefangenlager gesessen. Jetzt kommt er in physisch geminderter Qualität — denn an wem geht ein jahrelanges Leben im Lager vorbei, ohne seine Arbeitskraft zu mindern? — ins Leben zurück und muß sich eine neue Existenz gründen. Ach, und da spricht man ihm von Kriegsgewinnen.

Der Bund der Reichsdeutschen in Deutschösterreich.

Von LUCK-LOTZMANN, WIEN. Präsident des Volksrates vom Bund der Reichsdeutschen in Deutschösterreich.

Im November 1918 entstand in Wien unter den Nachwirkungen der staatlichen Umwälzungen eine Bewegung, die den Zusammenschluß aller Reichsdeutschen innerhalb Deutschösterreichs forderte. Wenige Wochen vorbereitender Arbeit genügten, den „Bund der Reichsdeutschen in Deutschösterreich" als Interessenvertretung der Reichsdeutschen zu gründen. Schnell entwickelte er sich zu einer großen Organisation. Bei der Gründung mußte gesetzlicher Vorschriften halber die Form eines Vereins gewählt werden, obwohl der „Bund" in seiner ganzen Anlage und Form weit entfernt von jeder Vereinstätigkeit ist, wie man sie gewöhnlich darunter versteht; der Bund strebt die Erreichung größerer Ziele an und hofft damit der Sache unseres Volkes genau so wie jedes einzelnen dienen zu können. In der jetzt mehr als halbjährigen Tätigkeit des „Bundes" konnten wir jeden Tag feststellen, wie notwendig die Gründung war. Die erzielten Erfolge haben zum Besten aller Reichsdeutschen in Deutschösterreich gedient.

Die Aufgaben und der Zweck des „Bundes der Reichsdeutschen in Deutschösterreich" liegen in der allgemeinen Interessenvertretung der Reichsdeutschen in Deutschösterreich, wie sie früher gar oft vermißt worden ist. In unserer Zeit ist ein solcher Zusammenschluß zu gemeinsamer Arbeit zum Wohle aller noch dringend notwendig.

Die Interessenvertretung ist allgemeiner, wirtschaftlicher oder sozialer Richtung, je nachdem, was der einzelne im Augenblick braucht. Es ist nicht mehr durchführbar, jeden darin auf sich selbst gestellt zu lassen, sondern notwendig in jedem Reichsdeutschen allen Ereignissen gegenüber das Gefühl zu festigen, daß er nicht allein dasteht, sondern daß er den Schutz seiner Organisation genießt.

Die vielfältigen wirtschaftlichen Fragen jedes einzelnen werden zwar nicht immer gelöst werden können, der „Bund" wird manchmal nur helfend oder fördernd zu wirken vermögen, dagegen greift er alle Bedürfnisse und berechtigten Wünsche auf, um sie erforderlichenfalls einer Lösung zuzuführen. Gerade wirtschaftlicher Schutz wird wohl in Zukunft von vielen gebraucht werden. Alle besonderen Interessen oder Ansprüche Reichsdeutscher wird der „Bund" hier energisch vertreten.

Zur Vertretung sozialer Interessen soll die Beratungsstelle über rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse, die Stellenvermittlung sollen Darlehenskassen, Vertretung von Rechten an die heimatliche Sozialversicherung usw. dienen.

Bisher waren vom Reich zur Vertretung im Ausland nur Botschaft und Konsulat berufen, die sowohl die Vertretung der heimatlichen Interessen, wie auch die Interessen der Reichsdeutschen innerhalb des Staates wahrzunehmen hatten. Nun sollte endlich eine alte Forderung auf Mitwirkung aller an diesen Fragen erfüllt werden. Der „Bund" hat diese alten Wünsche sofort aufgenommen und fordert darüber hinaus noch weiter das Selbstverwaltungsrecht der Reichsdeutschen in allen Angelegenheiten, die mit der Heimat und deren Verwaltungsbehörden zu regeln sind. Die amtlichen Vertretungen des Reiches sollen ja in erster Linie die Interessen des Reiches vertreten und können erst dann an die Landsleute innerhalb ihres Tätigkeitsgebietes denken. Oft sind auch deren Interessen nicht gleichlaufend mit denen des Reiches, so daß darin dem Schutzbedürftigen nicht voll und ganz entsprochen werden konnte. Hier hat nunmehr der „Bund" helfend eingegriffen und auch schon mancherlei erreichen können. Die Selbstverwaltung kann aber auch dazu beitragen, den diplomatischen und konsularischen Dienst zum Wohle des Ganzen der schon lange erstrebten Erneuerung und Verbesserung zuzuführen. Gerade die Erfahrungen jedes Reichsdeutschen im praktischen Leben dürften eine wertvolle Ergänzung für die Arbeit der Verwaltungsbeamten bedeuten. Die geforderte Mitwirkung an der Berichterstattung soll daran die Einseitigkeit beseitigen und zu weit umfassenderen Berichten führen, die von allen Richtungen und Bedürfnissen sprechen werden, da jede Einflußnahme besonders interessierter Kreise durch die Mitarbeit der Allgemeinheit ausgeschlossen wird. Auf diesem Gebiete ist die Arbeit bereits begonnen, die ständige Fühlung mit Botschaft und Konsulat ist dazu schon vorhanden. Die Umsetzung unserer Forderung in die Praxis wird deren Berechtigung und Zweckmäßigkeit erweisen.

Die großen Gebiete sind unsere Bundesarbeit! *) In alle die angeführten Begriffe fällt auch jede besondere Frage. Dieses Programm ist die Grundlage, die Wurzel der Tätig-

*) Siehe auch die Veröffentlichung der Richtlinien in den „Mitteilungen" Heft 6, Seite 158.

Digitized by Google

keit, aus der nach allen Seiten hin die Aeste der Einzelarbeit sich ausbreiten sollen. Die ganze Bundesarbeit fällt also zusammen mit dem Begriff Interessenvertretung, oder sie ist mit einem anderen Wort Schutz aller Reichsdeutschen durch die Gesamtheit!

Der „Bund" wird geleitet durch einen Volksrat, der aus 30 Köpfen besteht; ein engerer Ausschuß stellt die Bundesleitung, ein erweiterter Ausschuß das Ueberwachungsorgan dar. Der Volksrat setzt sich aus Vertretern aller Berufsklassen zusammen, der körperlich Arbeitende ist darin ebenso vertreten wie der geistige Arbeiter, der Unternehmer wie der Angestellte, Mann wie Frau, und dadurch ist die Sicherheit geschaffen worden, daß in den Beratungen und Beschlüssen jedem besonderen Standpunkt Rechnung getragen wird. Jede Parteipolitik ist von vornherein bei allen Arbeiten des Bundes ausgeschlossen, es darf nur im Allgemeininteresse gehandelt werden.

Außer der Hilfe und Unterstützung in 5867 Einzelfällen bis Ende Mai 1919 ist allerlei vom „Bund" verfolgt und erreicht worden. Als erstes wurde vom Reich die Gewährung der Arbeitslosen-Unterstützung auch für die nach Oesterreich zurückgekehrten Kriegsteilnehmer gefordert, worauf dann durch Gegenseitigkeits-Abmachungen der beiden Staaten die Angelegenheit geregelt wurde. In einer anderen Eingabe Ende Dezember 1918, wurde die Gewährung des Wahlrechtes zur Nationalversammlung für die Reichsdeutschen im Auslande gefordert und Vorschläge zur Wahldurchführung unterbreitet. Nachdem das Reich und Deutschösterreich ihren Staatsangehörigen wechselseitig das aktive Wahlrecht zugestanden, erfolgte von Bundes wegen die Beratung der Reichsdeutschen über die Sicherung des Wahlrechtes. Im Februar 1919 erreichte der Bund ferner die Gewährung des aktiven Wahlrechtes an die Reichsdeutschen für die Gemeinderats- und Landtagswahlen. Später konnte eine Bundesvertretung bei der Botschaft und dem Konsulat in Wien erzielt werden in der Form, daß allwöchentlich eingehende Besprechungen zwischen den Behörden und Vertretern des „Bundes" stattfinden. In Gemeinschaft mit diesen Behörden wurde dann auch ein besonderes Ausweispapier, als Wohnungsschutzpapier gegenüber unberechtigten Eingriffen, ausgegeben. Derzeit sind noch Verhandlungen mit der Reichsregierung im Gang über Lebensmittel-Zubußen, nachdem in Deutschösterreich die Ernährungsfrage ganz besonders kritisch ist. Ebenso ist der Schutz der Reichsdeutschen bei der Auszahlung der Zinsen aus der österreichischen Kriegsanleihe, die noch nicht sichergestellt sind, übernommen worden. Auf dem Gebiete der Fürsorge ist noch eine Unterbringung von Kindern auf dem Land, und zwar in den Ueberschußgebieten des Reiches, vorgesehen. Nachdem die Mitnahme von reichsdeutschen Kindern aus Deutschösterreich in die Schweiz sichergestellt werden konnte, sollen die Übriggebliebenen ins Reich gesandt werden, um gleichzeitig die Heimatliebe zu pflegen. Manches Kind, das sein eigentliches Vaterland bisher nur aus den Erzählungen der Eltern und der Geographiestunde kannte, wird auf diese Weise die Heimat sehen und damit dann auch hoffentlich lieben lernen.

Noch vieles andere ist unternommen und angebahnt worden. Zur Verbindung zwischen der Arbeit der Bundesmitglieder und den einzelnen Mitgliedern werden die „Nachrichten vom Bund der Reichsdeutschen in Deutschösterreich" herausgegeben, die von Nichtmitgliedern zum Preis von Kr. 6.— jährlich bezogen werden können. Zur Beratung der Mitglieder steht auch noch die Bundeskanzlei, Wien I, Johannesgasse 3, zur Verfügung und wird rege in Anspruch genommen.

Jedenfalls ist das, was als Programm aufgestellt wurde, sofort auch in die praktische Arbeit umgesetzt worden. Hauptsache ist dabei, daß im „Bund" eine große Organisation aller Reichsdeutschen geschaffen ist und jedem einzelnen dienstbar gemacht wird.

Ueber diese Tätigkeit hinaus erstrebt der „Bund" die Gründung ähnlicher Verbände in allen Ländern, in denen Reichsdeutsche sich niedergelassen haben. Alle diese Verbände sollen sich schließlich im Reich eine Zentralstelle schaffen, durch die dann auch mit den Reichsbehörden die unmittelbare Fühlung erreicht wird, um auch die Vertretung der einzelnen Verbände dort durchzuführen und Vertreter in das Auswärtige Amt zu entsenden.

Nachdem auch in anderen Ländern ähnliche Bestrebungen, wie die unsrigen, ganz unabhängig von uns, von den dortigen Volksgenossen aufgenommen worden sind, kann wohl die Überzeugung ausgesprochen werden, daß in diesen Bestrebungen die Zukunft unserer reichsdeutschen Allgemeinarbeit im Auslande liegt und daß wir damit einen Fortschritt zum Wohl und Nutzen des einzelnen, wie der Allgemeinheit, draußen und im Reich erreichen werden. Bei uns ist der Anfang damit gemacht worden, möge er überall gleich schnell und gleich erfolgreich sich umsetzen lassen.

Die Sprachgrenze in Kärnten und Steiermark.

Von Prof. Dr. ROBERT SIEGER, GRAZ.

Erst Anfang Juli bekam ich die Mainummer der „Mitteilungen" zu Gesicht. Zu meinem Erstaunen lese ich darin auf Seite 101 — und zwar aus der Feder eines verdienten nationalen Vorkämpfers in Deutschösterreich — daß die nationalen Grenzen in Steiermark sich einfach abstecken ließen und daß der Verfolg der südlichen Grenze des r e i n deutschen Gebiets eine für beide Teile e r t r ä g l i c h e Abgrenzung ergäbe. Sie werde sich schwer vermeiden lassen, da die deutschen Sprachinseln (unter denen ausdrücklich Marburg genannt wird) auf das ganze slowenische Gebiet weithin verstreut sind und räumlich mit der deutschen Steiermark gar nicht zusammenhängen. Auch für Kärnten ist von einer Sprachgrenze die Rede, für deren beiderseitige Annahme dieselben Gründe sprechen, die bei der Steiermark angeführt wurden. Hier wird allerdings empfohlen, sie „nicht streng einzuhalten", sondern an die Gebirgsmauer der Karawanken zu greifen, so daß leicht die Vorstellung entstehen kann, als weiche diese von der Grenze des geschlossenen deutschen Sprachgebiets nur wenig ab. Für Kärnten wird auch die deutschfreundliche und landestreue Gesinnung seiner Slowenen betont, von der für die Steiermark nicht die Rede ist, obwohl sie nicht nur im Marburger Bezirk und im Bereich von Pettau, sondern auch noch in dem einen oder anderen Teile des übrigen Unterlandes durch Kundgebungen und Wahlen außer Zweifel gestellt ist.

Derlei Ausführungen, ebenso wie Richard von Pfaundlers unglücklicher Ausdruck „Hauptsprachgrenze" für die Grenze des geschlossenen, so gut wie u n g e m i s c h t deutschen Sprachgebiets sind geeignet, bei Fernerstehenden die irrige Vorstellung zu erwecken, als grenze an dieses geschlossene Siedlungsgebiet unmittelbar ein e b e n s o geschlossenes slowenisches mit versprengten, rein städtischen deutschen Sprachinseln. Die Wirkung dieser Vorstellung können wir darin erkennen, daß die deutschen Steirer in ihrem Kampf um eine gute Grenze fast nirgends Unterstützung finden, daß man ihre Sache als eine verlorene ansieht, ja

Digitized by Google

daß man selbst die wahnwitzigen slowenischen Forderungen, die über die Mur und über Radkersburg hinausgreifen, also ins geschlossene deutsche Gebiet hereinreichen, als unwesentliche Abweichungen von der Grenze ihres eigenen Siedlungsgebiets betrachtet und leicht nimmt. Für Kärnten zieht man nicht dieselbe Folgerung, weil der Gebirgszug der Karawanken zu sehr in die Augen springt. Man übersieht, daß ihre Fortsetzung in Steiermark, der Weitensteiner Zug, obwohl viel niedriger, doch eine sehr erhebliche trennende Kraft besitzt und daß hinter diesem Grenzwall, auf den die Deutschen wegen der sprachlichen Verhältnisse zumeist verzichten, eine zweite ausgesprochene menschenleere Grenzzone durch das waldige Gebirgsmassiv des Bachern und die Sümpfe im Südwesten des Pettauer oder Drau-Feldes dargeboten wird. Die Wasserscheide des Posruck, der die „Hauptsprachgrenze" Pfaundlers in ihrem westlichen Teil im allgemeinen folgt, besitzt eine solche nicht und würde in slowenischer Hand zudem die rein deutsche Mittelsteiermark ständiger Bedrohung, ja selbst Graz der Gefährdung durch Ferngeschütze aussetzen. Doch nicht davon soll hier die Rede sein, sondern nur von der Sprachgrenze.

Ein Blick auf die Sprachenkarte der Steiermark von Pfaundler (aufgenommen in die Denkschrift des Grazer akademischen Senates „Die Südgrenze der deutschen Steiermark") und auf jene Kärntens von Wutte (in seiner Schrift „Deutsche und Slowenen in Kärnten", auch in der Carinthia I, 109. Jahrgang) zeigt, daß wir es nicht mit einem rein deutschen und einem fast rein slowenischen Gebiet zu tun haben, sondern mit einer Mischzone zwischen beiden. In Kärnten kann nur der Südosten des Landes als rein slowenisch gelten. Im geschlossenen deutschen Gebiet sind 3 Prozent Slowenen, im gemischtsprachigen, überwiegend slowenischen Teil des Landes aber 25 Prozent Deutsche, und nach Ausscheidung der eigentlichen „deutschen Sprachinselgemeinden" noch nahezu 18 Prozent Deutsche. Die Slowenen beanspruchen nach dem Entwurf von St. Germain, da die Italiener sie genötigt haben, auf ihre Sprachinseln im Gail- und Kanaltal zu verzichten, um so mehr im Draugebiet das, was sie die „ethnographische Grenze" nennen, d. h. die Verbindungslinie zwischen ihren äußersten Vorposten (Sprachinseln und Sprachhalbinseln) quer durch rein deutsches Gebiet. Nach einer vorläufigen Berechnung W. Winklers fielen 76 000 kärntnerische Deutsche an den Südslawenstaat, während Kärnten nur 70 000 Slowenen an Jugoslawien und Italien abzutreten hätte und 13 000 Slowenen behielte. Auch aus diesen Zahlen geht die Tatsache einer starken Mischung und einer unscharfen Sprachgrenze hervor. Ueberdies zeigen sie in Verbindung mit der Karte die Naturwidrigkeit der Grenze, die uns hier aufgezwungen werden soll, und die Berechtigung der Karawankengrenze ergibt sich auch daraus.

In der Steiermark ist das Mischgebiet im Westen des Landes breit und deutlich, während es sich im Osten sehr verschmälert. Dort umfaßt es vor allem die einheitliche Landschaft des Draudurchbruchs durch das Bachern-Posruck-Gebirge, die vom Haupterhebungszug des Bachern im Süden abgeschlossen wird und sich nach Marburg öffnet, und greift im Osten dieses Gebirges, im Draufeld, bis Kötsch im Süden von Marburg. Die Sprachinseln von Marburg und Umgebung und von Mahrenberg und Hohenmauthen, die wichtigsten, die es umschließt, liegen in unmittelbarer Nähe des geschlossenen reindeutschen Sprachgebiets. Zwischen dieses und das Mahrenberger Sprachinselgebiet schiebt sich nur eine dünnbesiedelte Gegend mit slowenischer Mehrheit (387 Slowenen neben 194 Deutschen), die zwei Ortschaften einnehmen. Sie gehören zu einer deutschen Gemeinde, so daß die Mahrenberger Sprachinsel auf einer Karte, der Gemeinden zugrunde gelegt werden, als Teil des geschlossenen deutschen Gebiets erscheint. Die weitaus wichtigere Marburger Sprachinsel mit der zweitgrößten Stadt der Steiermark kommt dem geschlossenen deutschen Gebiet auf 7 Kilometer nahe, und auch in dieser Zwischenstrecke sind starke deutsche Minderheiten und ein fast geschlossener Streifen deutschen Besitzes. Hätten die Marburger und andere deutschen Eigentümer deutsche Winzer statt slowenischer verwendet, so wäre die Verbindung längst hergestellt und dieses Weingelände deutsch. Kenner des Landes versichern, daß eine Zählung um 1915 eine deutsche Mehrheit ergeben hätte, und wir werden immer wieder von untersteirischen Politikern angegriffen, weil wir die Daten der Volkszählung von 1910 unserer Abwehrliteratur zugrunde legen. Diese Zählung, die nach slowenischer Behauptung Germanisierungszwecken gedient haben soll, stellt nach Ansicht vieler die sprachlichen Verhältnisse ungünstiger für die Deutschen dar, als der Wahrheit entspricht, und bei der „nationalen Arbeit" slowenischer Pfarrer mag diese Ansicht begründet sein. Aber sei dem, wie ihm sei, die allgemeine Wendung, daß die Sprachinseln räumlich mit der deutschen Steiermark gar nicht zusammenhängen, muß hier — wenn auch buchstäblich richtig — doch eine falsche Vorstellung begünstigen. Auch Richard v. Pfaundler in seiner sehr maßvollen Darstellung in den Flugblättern für Deutschösterreichs Recht Nr. 2 hat daher als Minimum die Einbeziehung der Mahrenberger und Marburger Sprachinsel in Deutschösterreich bezeichnet, wodurch die deutsche Steiermark gegenüber dem „geschlossen rein deutschen Gebiet" einen Zuwachs von 35 000 Deutschen und gegen 10 000 Slowenen erhielte. Sie würde dann nur 14 000 Slowenen zählen, aber eine unmögliche Grenzlinie erhalten. Mit Recht sagte daher Pfaundler, daß diese Art der Abgrenzung vom deutschen Standpunkt aus noch nicht befriedigen könne. Er schlug vielmehr vor, das gesamte geschlossene Mischgebiet mit deutscher Mehrheit — von der schmäleren Mischungszone im Osten soll hier nicht die Rede sein — zu Deutschösterreich zu ziehen; ein Gebiet, das 40 000 Deutsche (52 Prozent) und 36 000 Slowenen umfaßt. Von den geographischen und wirtschaftlichen Gründen, die hiefür, aber auch noch für eine weiter hinausgeschobene Grenze sprechen und die oben angedeutet wurden, soll hier nicht die Rede sein.[1]) Man kann die ganze Untersteiermark als ein Mischgebiet im weiteren Sinne des Wortes bezeichnen, in dem der deutsche Einschlag gegen die Ost- und gegen die Südwestgrenze des Landes hin immer dünner wird und damit der steirische „Landespatriotismus" der Slowenen immer schwächere politische Wirksamkeit erlangt.

Einige Ziffern mögen das Gesagte anschaulicher machen. Im geschlossenen deutschen Sprachgebiet der Steiermark gibt es nur 0,5 Prozent Slowenen, in der als engeres Mischgebiet besprochenen Landschaft an der Drau 47,5, im übrigen, überwiegend slowenischen Unterlande 93,5 Prozent Slowenen. Schlagen wir das Mischgebiet im engeren Sinne zum deutschen Anteil, so erhält dieser dadurch 4,1 Prozent Slowenen; verbinden wir es dem slowenischen, so hat dieser 85,9 Prozent Slowenen und 14 Prozent Deutsche. Die Grenze nach dem deutschösterreichischen Gesetz vom 22. November 1918 weist dem deutschen Landesanteil 10,9 Prozent Slowenen, dem slowenischen 6,2 Prozent Deutsche zu. Die Slowenen aber verlangen im Friedensvorschlag von St. Germain auch noch einen Teil des geschlossenen reindeut-

[1]) Es genügt hier, auf die oben erwähnte Grazer Denkschrift und ihre vorzügliche Ergänzung in Hans Pircheggers Schrift: „Das steirische Draugebiet ein Teil Deutschösterreichs" zu verweisen. Die Grenzzone des Bachern und der Sümpfe um die Pulsgau entspricht auch ungefähr der im Gebietsgesetz vom 22. November 1918 nach Bezirksgrenzen aufgestellten Staatsgrenze und ist als eine Modifikation dieser etwas verwickelten Linie von dem Vertreter der steirischen Ansprüche in St. Germain geltend gemacht worden, während rein geographisch betrachtet, der Weitensteiner Zug die bestmögliche Südgrenze der deutschen Steiermark wäre.

Digitized by Google

schen Gebiets mit der Stadt Radkersburg, so daß über 76 000 steirische Deutsche an den Südslawenstaat kämen. Sie würden im steirischen Teile dieses Staats 15,9 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Nicht weniger als 10 000 von ihnen würden dem geschlossenen reindeutschen Gebiet angehören, andere 40 000 mit ihm in engster Verbindung stehen, so daß sie einen starken Rückhalt an ihren bei Deutschösterreich verbliebenen Stammesgenossen fänden. Die Angst davor erklärt die Grausamkeit und Beharrlichkeit, mit der die gebietshungerigen Laibacher Gewalthaber in den von ihnen besetzten Gebieten dieser Grenzdeutschen, aber auch im übrigen Untersteier, in Kärnten und Krain die Deutschen und die deutschfreundlichen Slowenen verfolgen. Man fürchtet eine Volksabstimmung und will sie verhindern; für den Fall, daß sie aber doch bestimmt würde, will man sie „vorbereiten", indem man möglichst viele Deutsche vertreibt, wegekelt oder wenigstens äußerlich entdeutscht. Demgegenüber hat Deutschösterreich und unser Volk die Forderung einer unbeeinflußten freien Volksabstimmung, auch in den Mischgebieten, nach Abzug der südslawischen Besetzungstruppen und unter Einbeziehung der Verdrängten in die Stimmliste, unter unbefangener, womöglich neutraler Aufsicht, erhoben und hält an ihr fest.

Wenn diese Zeilen gedruckt werden, ist vermutlich über diese Fragen schon eine „Entscheidung" gefallen. Aber die vorgeführten Tatsachen zeigen, daß das Deutschtum nicht jede Entscheidung als endgültige hinnehmen kann. Daß wir die Kärntner und Untersteirer Deutschen des geschlossenen und des Mischgebiets national nicht verloren geben müssen, auch wenn wir sie territorial verlieren, zeigen die vorgeführten geographischen und statistischen Daten. Mit geringerer Zuversicht blicken wir in die nationale Zukunft der Sprachinseln, die weiter hinaus im südslawischen Gebiet liegen. Aber auch sie brauchen dem Deutschtum nicht verloren zu gehen, wenn das Gesamtvolk ihrer nicht vergißt.[2]) Und es darf ihrer nicht vergessen.

Heimkehr der Deutschen aus Frankreich.

Von B. BUETZ, DESSAU.

Wenn die westlichen Fragen hinsichtlich der zu erwartenden Wanderbewegung erörtert werden, wird im allgemeinen regelmäßig immer von dem Schicksal der in Elsaß-Lothringen lebenden Deutschen gesprochen: Vergessen werden ganz die in den verschiedenen französischen Departements vor dem Kriege ansässigen deutschen Staatsangehörigen. Man glaubt im allgemeinen dieser Frage aus dem Grunde keine Bedeutung beilegen zu sollen, weil ja „nur so wenig Deutsche in Frankreich lebten". Diese Annahme ist nun völlig irrig! Der Anteil der deutschen Bevölkerung in Frankreich ist durchaus nicht von der geringen Zahl, wie geglaubt wird. Nach der letzten französischen Volkszählung vom Jahre 1911 lebten innerhalb Frankreichs 1 159 835 fremde Staatsangehörige, und die deutschen haben hieran einen wesentlichen Anteil. Es gab nicht weniger als 97 594. Die Ziffer wird noch vermehrt durch die neutralisierten Deutschen. Der Haß Frankreichs will auch ihnen ein erworbenes Heimatsrecht streitig machen. An neutralisierten Deutschen sollen schätzungsweise rund 100 000 Personen in Frankreich leben.

Innerhalb der einzelnen Departements lebten an Deutschen im Seine-Departement die meisten Personen. Die Anzahl der Deutschen wurde im Jahre 1911 hier auf 38 054 Personen angegeben. Die Nähe des deutschen Gebietes brachte dann ein Zusammendrängen der Deutschen zu 22 671 Personen in dem Departement Meurthe et Moselle. In den Departements Alpes Maritimes, Vosges und Belfort waren die Deutschen in jedem der Departements zu über 6000 Personen vertreten. Es kann leider nicht angenommen werden, daß die in Frankreich zuvor lebenden Deutschen ihrem Berufe und ihrer Verdienstmöglichkeit werden weiter nachgehen können. Sie werden gezwungen sein, nach Deutschland zurückzukehren, und da erhebt sich nun die Frage, wie in dem übervölkerten, in seiner Leistungskraft hundertfach geschwächten Deutschland diese unfreiwilligen und freiwilligen Rückwanderer wohl am geeignetsten zu einer neuen Lebensstellung wie Verdienstmöglichkeit kommen.

Um hier praktische Arbeit zu leisten, muß zunächst festgestellt werden, aus welchen Berufskreisen die Heimkehrenden kommen. Es kann hier nun gesagt werden, daß sie in dem Departement Belfort, in dem die Deutschen der Gesamteinwohnerschaft nach berechnet 6 Prozent ausmachen, wie in dem Departement Meurthe et Moselle hauptsächlich in der Ausübung eines Gewerbes ansässig sind. Die Deutschen in den Departements Seine et Oise, Nord, Meuse und Marne waren vorwiegend im Ackerbau, die im Rhône-Departement im Weinbau tätig. In dem Departement Vosges haben sich Handwerker und Bauern die Wagschale gehalten. Im Seine-Departement aber haben wir den Kaufmann wie den Angestellten ehemaliger deutscher Zweigniederlassungen, der Ladenbesitzer und der Agent fanden hier ihren Verdienst. Die Gewerbe- und Handeltreibenden, den Ladenbesitzer und Geschäftsvermittler finden wir weiter im Departement Havre, Saône und Boûches du Rhône.

Die Lage der aus Frankreich heimkehrenden Deutschen ist ganz besonders drückend. Die Deutschen sind nahezu fünf Jahre interniert gewesen. Das heißt, sie haben fünf Jahre lang keinen Verdienst gehabt, sie haben, soweit sie Haus, Hof und Geschäft besaßen, ihr Anwesen mit unendlichen Verlusten verkaufen, oft verschleudern müssen. In den arbeitsuntätigen Jahren ist das vorhandene Kapital aufgebraucht worden. Die Internierten haben zu ihrer Lebenshaltung selbst erhebliche Mittel verbrauchen müssen, dazu galt es die vorhandenen Familien zu erhalten, die im Heimatlande keine Mittel und Wege fanden, sich zu ernähren. Zuvor wirtschaftlich kräftige Existenzen kehren heute verarmt, verbittert und teilweise gesundheitlich geschädigt zurück. Hilfe tut Not. Wie kann sie erreicht werden?

In erster Linie muß darauf gedrungen werden — die Mittel hierzu sind vorhanden — daß all jene Großfirmen, welche sich in Frankreich den deutschen Vertreter hielten, die deutsches Personal in ihren Niederlassungen beschäftigten, die Zurückkehrenden nun wieder anstellen und in dem Bereiche des Tätigkeitsvermögens des Heimgekehrten beschäftigen. Es muß weiter dafür gesorgt werden, daß die Handels- und Gewerbekammern den heimkehrenden Gewerbetreibenden und Kleinkaufleuten durch Hilfen, wie man sie den Kriegern gewährte, entgegenkommen. Einzugreifen hätte zunächst die Zentralstelle der gewerblichen Arbeitsvermittlung, um die Einwandernden festzustellen und sie den einzelnen Provinzen, denen sie zuwandern wollen, zuzuweisen, damit der Rückwanderer kenntlich wird. Da eine gemeinsame Rückwanderung in Aussicht steht, wäre es höchst angebracht, bereits in den Unterkunftsstätten an der deutschen Grenze das Material auf die einzelnen Arbeitsvermittlungsstellen zu verteilen und vor allem die Adressen der einzelnen großen Vermittlungsstellen kenntlich zu machen. Wir können von einem Manne, der vielleicht zwanzig Jahre in Frankreich gelebt hat, nicht verlangen, daß er den Verband der Hand-

2) Vgl. meine Darlegungen in der „Weltwirtschaft", Maiheft 1919 und der „Deutschen Arbeit in Oesterreich" Juniheft 1919 (mit dem Zusatz im Juliheft).

Digitized by Google

lungsgehilfen, die Angestelltenverbände, die Gewerkschaftsorganisationen kennt.

Für die ländlichen Rückwanderer sollte man vorsorgend durch unsere Siedlungsgesellschaften und ländlichen Wohlfahrtsgesellschaften wie durch die ländliche Arbeitsvermittlung eingreifen. Wir brauchen auf dem Lande Kräfte! Wir schaffen sie durch unser Siedlungswesen, das die Revolution in neue großzügige Bahnen lenkt. Es wird bei einer genügenden organisatorischen Erfassung möglich sein, den Rückwandernden ein neues Wirkungsgebiet zu geben, dem Land die benötigten Kräfte zuzuführen! Für den Gartenbau, Obstbau und Weinbau können die Zurückgekehrten häufig vorbildliche Arbeit leisten. Unsere Gartenbaugenossenschaften sollten sich hier geeignetes Material sichern.

Die Zahl der zurückkehrenden rein industriellen Arbeiter wird gering sein. Es kann sich im allgemeinen für uns um Qualitätsarbeiter handeln, zumeist um Werkmeister und Monteure. Für jene hat unsere Industrie genügend Bedarf. Hier wird kaum einmal Arbeitslosigkeit und Existenzlosigkeit zu erwarten sein. Anders steht es mit den Vertretern des Gastwirtsgewerbes und des Hotelbetriebes. An Kellnern, Hausdienern, Zimmermädchen und Pensionsinhaberinnen haben wir eine erhebliche Anzahl von Personen, zumal in Paris, an Deutschen gehabt. Hier wird es nicht leicht sein, die Nachfrage nach Stellungen zu befriedigen. Es wird auch hier die Stellenvermittlung und die Hilfe zur Berufsumstellung in geeigneter Weise einzugreifen haben, zumal die deutschen großen Hotelbetriebe weit weniger als vor dem Kriege Wert darauf legen werden, einen perfekt französisch sprechenden Kellner angestellt zu wissen. Da die Hotels die vielen gutzahlenden russischen Gäste auf lange Zeit hinaus verloren haben, besteht fürs erste kein Bedarf nach einem derartigen Personal. Das Gastwirtsgewerbe ist aber mit Personal überfüllt, da der Krieg in so großem Umfange in Deutschland die weibliche Kellnerin hat entstehen lassen.

Geeignet scheint es, die Stellen für Sprachlehrer kenntlich zu machen. Hier liegt ein Bedarf vor, denn die Franzosen, die zuvor jene Stellungen einnahmen, haben es zunächst vorgezogen, sich nach Frankreich zurückzubegeben. Manch brotlos gewordene Existenz könnte hier neuen Verdienst erlangen.

Kriegsschicksale der Deutschen im Nordkaukasus

Von einem deutschen Kolonisten geht uns der nachfolgende Bericht zu, den wir nur in der Rechtschreibung abgeändert haben:

Während des Krieges wurden die Deutschen im Nordkaukasus bedrückt; man drängte ihnen in ihren Kolonien russische Beamte und Polizei auf, die Muttersprache wurde ihnen verboten, den Reichsdeutschen der Unterricht ihrer Kinder versagt, später die ganzen Familien in verschiedenen Gouvernements Nordrußlands interniert. Nicht nur Reichsdeutsche wurden interniert, sondern auch viele russische Untertanen, denen es unmöglich war, ihre deutsche Gesinnung zu verbergen und die vielleicht hie und da einige deutschfreundliche Worte gesagt hatten.

Die Internierung der Frauen und Kinder wurde ausgangs November und anfangs Dezember 1914 vollzogen. Die Frauen waren gezwungen, ihre Hausgeräte zu einem Spottpreis zu verkaufen. Sie mußten bei einer Kälte von 30 Grad Reaumur und mehr mit ihren kleinen Brustkindern 90 Kilometer und mehr auf Schlitten fahren bei oft mangelhafter Bekleidung.

Ueber die zurückgebliebenen Deutschen wurde das Liquidationsgesetz verhängt. Mit dem Sturze des Zarentums änderte sich die Lage anscheinend. Die Deutschen atmeten erleichtert auf. Sie fingen an, sich am politischen Leben zu beteiligen. Sie gründeten einen Verband aller russischen Bürger deutscher Nationalität im Nordkaukasus mit dem Zentralkomitee in der Kolonie Welikokujaschesk im Kuban-Gebiet zum Schutze des Deutschtums und ihrer Interessen. Obwohl in den ersten Tagen der Revolution den Deutschen gleiche Rechte und gleicher Schutz versprochen waren, wurde ihre Lage von Tag zu Tag bedenklicher. Die Landfrage erregte auch in verschiedenen Kolonien große, nicht unbegründete Besorgnisse. Die vielen russischen sowie von den Wolgakolonien hergekommenen Arbeiter verlangten Land. Besonders brennend wurde die Frage in den Kolonien Alexandrodar und Welikokujaschesk, wo außer den Landarbeitern annähernd 150 Mann Fabrikarbeiter nach Land schrieen. Die Landbesitzer suchten nach Möglichkeit den Arbeitern entgegenzukommen, man gab ihnen zu sehr günstigen Pachtbedingungen mit teilweiser Bearbeitung Land.

Am verhängnisvollsten wurde die Lage der Terekkolonien des Kreises Chasaw-—Jourt im Terek-Gebiet. Sie wurden von den Gebirgsvölkern bedrängt. Die Kolonisten sandten zwei Delegierte an die Regierung nach Petersburg, es wurde Regelung versprochen, aber statt der Regulierung erfolgten Raubüberfälle. Die Gebirgsvölker überfielen die Kolonisten, raubten ihre Herden, ihr Vermögen wurde angetastet und eine Reihe von Morden fanden statt. Nach wiederholten Vorstellungen bei der Regierung wurden einige Gewehre und auch etwas russische Kavallerie zur Verfügung gestellt, aber bei weitem nicht genug zur Verteidigung der Kolonien. Die Ueberfälle wurden immer häufiger, täglich mußte über neue Morde berichtet werden. Die Kolonisten mußten in verschiedenen Kolonien ihr Land unbearbeitet liegen lassen. [Ein Opfer der Ueberfälle wurde der Reichsdeutsche Edgar Veyl. Er hatte eine Fahrt zur nächsten Stadt unternommen mit noch zwei Kolonisten, und da sie nicht zurückkehrten, wurden sie gesucht. Nach einigen Tagen fand man alle drei ermordet. Veyl hatte 17 Dolchstiche erhalten, seine Leidensgefährten waren weniger verstümmelt.] Die Gebirgsvölker blieben nicht beim Rauben und Morden, sondern griffen geschlossene Kolonien an. Die Einwohner der Kolonie Romanowka mußten als erste unter Deckung von Maschinengewehren die rechtmäßig erworbene Scholle verlassen, und zwar im Herbst 1917. Bis zum Frühling 1918 waren auf ähnliche Weise weitere 41 Kolonien zerstört. Die Einwohner, die lange Jahre harter Arbeit, schwerer Mühsalen gebraucht hatten, eine Menge Entbehrungen erlitten, bis sie das unfruchtbare Land durch kunstvolle Bewässerungskanäle in fruchtbares Land umgewandelt hatten, waren obdachlos, sozusagen nackt. Die Kolonisten zogen nach dem Norden, um Obdach zu suchen, das sie auch in anderen Kolonien fanden, und zwar im Kuban- und Don-Gebiet, Stawrozol-Gouvernement; einzelnen Personen gelang es, nach der Ukraine zu gelangen.

Eine genaue Aufnahme des durch die Gebirgsvölker verursachten Schadens und eine genaue Feststellung aller vorgekommenen Ueberfälle und Morde ist gemacht worden und könnte nach dem Kriege zur Verfügung gestellt werden.

Mit dem Frühling 1918 gewann der Bolschewismus in verschiedenen deutschen Kolonien vollkommen die Herrschaft. In der größten Not sammelte sich eine Gruppe Reichsdeutscher und russischdeutscher Kolonisten der Kolonien Welikokujaschesk und Alexandrodar, die einen Notschrei verfaßten und an den deutschen Kaiser richteten. Es gelang aber nicht, das

Digitized by Google

Schriftstück über die damals besonders unsicheren Grenzen zu bringen. Es blieb den Kolonien nichts anderes übrig, wenn sie nicht zerstört werden wollten, als die Bolschewistenverwaltung anzunehmen, die ihnen von landlosen Wolgadeutschen und russischen Arbeitern aufgezwungen wurde. Die Bolschewisten mobilisierten zum Kampfe gegen die Konterrevolution Mannschaften, Pferde und Wagen. In verschiedenen Kolonien wurden Kriegslazarette eingerichtet, wozu die Schulen benutzt wurden. Der Unterricht in den Schulen mußte eingestellt werden. Waren die Kolonien schon von den Bolschewisten sehr bedrückt worden, so litten sie noch mehr durch den Vormarsch der Freiwilligen-Armee. Sie wurden nicht nur bedrückt, sondern auch geplündert. [Z. B. gleich nach der Besetzung der Kolonien Alexandrodar und Welikokujaschesk wurde der Terekerflüchtling Johann Reimchen, der auf dem Felde arbeitete, von einem Vorposten-Offizier bis auf die Unterkleider entkleidet. Dem Kolonisten Johann Wiebe wurde auf der Straße sein Pferd ausgespannt. Außerdem drangen die Kosaken, die zur Freiwilligen-Armee gehörten, in die Wohnungen und verlangten unter Drohungen Kleider.] Die Kolonisten wurden mit Lieferungsforderungen überlastet, trotzdem es klar auf der Hand lag, daß sie nichts haben konnten, denn im Laufe der letzten 3 Monate hatten die Bolschewisten in besagten Kolonien ihren Stab, 20 000 Mannschaften und eine Menge sich mit den Bolschewisten zurückziehender Flüchtlinge untergebracht. Die Kolonisten der Kolonie Eigenfeld hatten ihre Wohnungen infolge der Plünderungen und der damit verbundenen Lebensgefahr verlassen müssen. Den Kolonisten der Kolonie Johannesdorf bei Stawropol, die sich nur mit Milchwirtschaft und Viehzucht beschäftigen, deren ganze Ernte nur in Heu besteht, wurde das Heu gewaltsam genommen von den Truppen der Freiwilligen-Armee. Außerdem mußten sie täglich 40 bis 50 Wagen mit Mannschaften und Pferden liefern; ihre jungen Männer wurden zum Teil von den Bolschewisten mobilisiert, der Rest dann zudem von der Freiwilligen-Armee. In einigen Kolonien ward von der Freiwilligen-Armee eine Behörde eingesetzt, das Leben ging dann etwas geregelter. Man rechnete darauf, nach Weihnachten den Schulunterricht zu beginnen. In den Kolonien Rosenfeld, Alexanderfeld hatte der Unterricht begonnen. In dem Orte Romanowskiej Chulor, wo schon eine einigermaßen organisierte Parteiregierung der Kubaner Kosaken bestand, wurde die Privatschule des Lehrers Johann Heimann, der sie gegründet hatte, um den deutschen Kindern am Orte die Möglichkeit zu geben, Unterricht zu genießen, von der Behörde erworben, da Herr Heimann sie seines hohen Alters wegen schließen wollte, und mit dem Namen „Die Heimannesschule" benannt.

Obiger Herr hat dem Deutschtum in seiner Umgebung großes Ansehen verschafft. Auch haben bei Herrn Heimann Hunderte von deutschen Flüchtlingen Schutz und Unterstützung erhalten. Herr Heimann hat sich sehr verdient gemacht in der Unterstützung und Erziehung von unterstützungsbedürftigen Waisen. Trotz der schwierigen Verhältnisse werden jetzt noch zwei Waisen von ihm erzogen. Die Privatschule sollte ursprünglich ein Waisenhaus werden. Da Herr Heimann selbst zu arm war und die dortigen deutschen Kolonisten nicht genügend dafür interessieren konnte, beschränkte er sich auf die Einrichtung einer Privatschule und auf die Unterstützung von Waisen. Es wäre wünschenswert, wenn die Erziehung der letzten zwei Waisen ihm erleichtert würde in seinem hohen Alter, und wenn wirklich ein Waisenheim im Kaukasus eingerichtet würde. In den letzten Tagen meines Aufenthaltes im Nordkaukasus, dem 14. November 1918, war an ein Zusammenwirken der deutschen Kolonien noch nicht zu denken. Viele befanden sich in den Händen der Bolschewisten, andere lagen in der Frontlinie, andere wurden hart bedrückt, von verschiedenen wußte man gar nicht, wo die Kolonisten geblieben waren, z. B. von der Kolonie Romanowka b. Prochladnaja. Die Bolschewisten meldeten, daß die Kolonie von der Freiwilligen-Armee zerstört sei, die Freiwilligen-Armee meldete, sie sei von den Bolschewisten zerstört, das Schicksal der Kolonisten sei unbekannt. Tatsache ist, soweit es sich feststellen ließ, daß die Kolonie von Marodeuren zerstört worden ist und daß die Einwohner in verschiedenen Kosaken- und Russendörfern sich aufhielten.

Die Kolonisten hatten stets ihren Blick auf Deutschland gerichtet. Ihr Vertrauen zu der alten Heimat wurde zwar in den Novembertagen sehr erschüttert, aber eine richtige und klare Vorstellung von den Vorgängen in Deutschland haben sie nicht.

Sehr viele bereiteten sich vor, nach der alten Heimat zurückzukehren. Es wäre deshalb dringend notwendig, diesen Deutschen genügende Aufklärung über die Zulassung und Nichtzulassung einer Rückwanderung zu geben.

Besonders traurig ist die Lage der Reichsdeutschen. Durch die Internierung verarmt, jetzt infolge der Parteikämpfe arbeitslos, gingen sie ohne genügende Bekleidung, ohne genügend Lebensmittel und Geld dem herannahenden Winter entgegen. Erfreulich wäre es, wenn Mittel und Wege gefunden würden, ihre Lage durch Entsendung von Vertrauensmännern nach Kräften zu erleichtern.

Die deutsche Presse in Taurien

Von Rechtsanwalt Dr. WILLY BERTHOLD, GROSSENHAIN bei Dresden

Das Gouvernement Taurien des ukrainischen Staates ist für uns Deutsche dadurch besonders bemerkenswert, daß in seinem Gebiet gegen 200 000 Deutschstämmige sitzen. Geschlossen wohnen diese vornehmlich in den Bezirken (Wolosten) von Halbstadt mit etwa 30 Dörfern, Gnadenfeld mit 26, Rosenfeld mit 3 (Kreis Berdiansk), Prischib mit 35 und Eugenfeld mit 15 (Kreis Melitopol). Außer in diesen Bezirken sind noch innerhalb der russischen, ukrainischen und bulgarischen Bevölkerung deutsche Dörfer anzutreffen, endlich sind im ganzen Lande verteilt einzelne deutsche Güter, im Süden zumal die gewaltigen Besitzungen Fals-Fein's. In den Städten befinden sich zahlreiche deutsche Industrielle, vornehmlich Mühlenbesitzer, sowie Aerzte. Fast durchweg sind sie aber auch Landwirte im Besitze größerer und mittlerer Höfe.

Das Hauptbindemittel war lange unbestritten die 1866 gegründete, jetzt von Pastor W i n k l e r, dem Vorsitzenden des Vertrauensrats der Kolonisten in Berlin, herausgegebene „O d e s s a e r Z e i t u n g". Sie wurde fast in allen deutschen Häusern Südrußlands gelesen und unterrichtete, zuletzt täglich, über die Ereignisse in der gesamten Welt, zumal im deutschen Mutterlande. Nach der Mobilmachung mußte sie ihr Erscheinen einstellen, lebte aber nach der deutschen Besetzung des Landes im Frühjahr 1918 wieder auf.

Die in Halbstadt herausgegebene „F r i e d e n s s t i m m e" wurde 1903 gegründet; sie wurde zunächst in Berlin gedruckt und erschien zweimal im Monat, 1905 wurde der Druck nach Halbstadt verlegt, zunächst erschien sie einmal wöchentlich, seit 1908 zweimal. 1914 mußte sie, wie die übrigen deutschen Zeitungen, eingehen. Ihr Ziel war Verbreitung eines Gemeinschaftschristentums etwas süßlicher Art; Leser waren in der Hauptsache Mennoniten. Der „B e o b a c h t e r", von D. Epp 1904 in Jekaterinoslaw gegründet, wollte ein mennonitisches Gemeinde- und deutsches Kolonistenblatt sein. Er erschien zuerst nur einmal, zuletzt sechsmal in der Woche. 1903

Digitized by Google

siedelte die Druckerei nach Berdiansk über, im nächsten Jahre auch der Schriftleiter. Der „Beobachter" wuchs allmählich zu einem deutschen Familienblatt für alle Bekenntnisse unter besonderer Betonung des örtlichen Teils. Gedruckt wurde er in eigener Druckerei und hatte 1914, wo er ebenfalls geschlossen wurde, gegen 3000 Bezieher, größtenteils aus dem Berdiansker Kreise.

Nach der Revolution von 1917 wagte sich erst das Halbstädter Organ hervor, anfangs in einzelnen Flugblättern unter verschiedenen Namen, dann als „Volksfreund" einmal wöchentlich und schließlich seit Juli 1918 wieder unter der alten Bezeichnung „Friedensstimme". Die Ziele sind wesentlich dieselben geblieben, doch tritt das Blatt jetzt entschiedener für deutsches Wesen und deutsche Art ein. Es brachte fortwährend den Heeresbericht und unterrichtete über die militärische, politische und wirtschaftliche Lage. Es erscheint in einer Auflage von 3000 Stück. 90 Prozent der Bezieher sind Mennoniten und etwa 10 Prozent „Lutheraner". Politisch ist der Einfluß nicht bedeutend. Der Bezugspreis beträgt 10,50 Rubel auf das Vierteljahr, 3,50 Rubel für den Monat und 50 Kopeken für die Einzelnummer.

Neues Leben im wahrsten Sinne erblühte, als die deutschen Truppen in der zweiten Hälfte des April 1918 das Land von den bolschewistischen und anarchistischen Banden befreit und gereinigt hatten. Wie stets im Laufe des Weltkrieges, schuf sich der deutsche Soldat seine „Zeitung". Zuerst geschah das in Taurien in der Gouvernementshauptstadt Melitopol. Dort hatte die deutsche Ortskommandantur sofort, als die Funkenstation eingerichtet war, von Ende Mai an mit den wenigen im Orte vorhandenen lateinischen und deutschen Lettern den Heeresbericht und einen Teil des sogenannten Pressedienstes auf Flugblättern in deutscher Sprache drucken und auf der Straße verkaufen lassen. Der gute Absatz regte an, und als ein größerer Drucksatz beschafft war, erschien am 10. Juni 1918 die „Deutsche Zeitung für Osttaurien" zum ersten Male, und seitdem täglich. Ziel der Zeitung war, deutscher Art auch in Taurien Ausdruck zu geben, die deutschen Soldaten über ihr derzeitiges Aufenthaltsland und die deutschen Kolonisten, sowie die anderen Landeseinwohner über die deutsche Arbeit, das deutsche Heer und den Zweck seines Einrückens und seiner Absichten in der Ukraine aufzuklären. Ferner sollten die Bestrebungen und der Aufbau des neuen ukrainischen Staates unterstützt werden. Herausgeberin des Blattes war die deutsche Ortskommandantur, Schriftleiter waren ein deutscher Offizier und zwei Unteroffiziere. Gelegentliche Mitarbeiter aus militärischen und zivilistischen Kreisen schufen lebhaft mit, und viele Einsendungen von Kolonisten gaben der Zeitung ein eigentümliches Gepräge. Abgedruckt wurden die amtlichen Bekanntmachungen der deutschen Militärbehörden und in deutscher Uebersetzung die wichtigsten ukrainischen Gesetze und Verordnungen, sowie die Befehle des Gouvernements. Im allgemeinen schloß sich die Stoffeinteilung heimatlichen Vorbildern an. Den Satz erledigten deutsche Soldaten. Da außer Lokalmiete, Papier und Druckerschwärze keine besonderen großen Unkosten erwuchsen, konnte die Zeitung gut bestehen. Der Bezugspreis betrug 3 Rubel monatlich [die einzelne Nummer 15 Kopeken], durch die ukrainische Post bezogen 4,50 Rubel. Hergestellt wurde eine Auflage von 1500, ab und zu auch 2000 Stück. 900 Bezieher waren deutsche Kolonisten aus dem Prischiber und Eugenfelder Bezirke, über 100 waren deutsche Soldaten; gegen 400 Stück wurden in Melitopol auf der Straße, zumeist an Militärpersonen, verkauft. Der Anzeigenteil war wenig ausgebildet.

Fast gleichzeitig mit dem Melitopoler Organ kamen in Berdiansk die „Neuen Nachrichten" heraus. Hier beschritt man einen anderen Weg. Bereits Mitte Mai fanden — veranlaßt durch den damaligen Stadtkommandanten — Vorbesprechungen zwischen deutschen Offizieren und am Orte wohnenden wohlhabenden Deutschen statt. In der Aussprache wurde vorwiegend die Frage erörtert, ob eine zweisprachige Zeitung (deutsch und russisch) oder lediglich eine in deutscher Sprache gegründet werden sollte. Man entschied sich für ein rein deutsches Blatt und wählte den Namen „Neue Nachrichten". Herausgeber war der „Deutsche Verlag", eine Genossenschaft mit einem vorläufig eingezahlten Kapital von 25 000 Rubel. Genossen, über 350, waren Deutschstämmige aus der Stadt und ihrer Umgegend. Vorsitzender des Aufsichtsrats war der Presseoffizier der deutschen Distriktskommandantur, der zugleich auch militärisches Mitglied des erst vier-, später dreiköpfigen Redaktionskollegiums war; die drei bzw. zwei anderen Mitglieder waren deutsche Herren, die vom Aufsichtsrat in ihre Posten gewählt waren und besoldet wurden. Rege war auch die Mitwirkung gelegentlicher Mitarbeiter. Im allgemeinen galt hier dasselbe wie von der osttaurischen Schwester, mit dem Unterschiede — schon infolge der Zusammensetzung der Schriftleitung — daß größerer Wert auf die Lokalangelegenheiten und die Erbauung gelegt wurde. So kam jede Woche eine religiöse Sonntagsbetrachtung. Insoweit wollten die „Neuen Nachrichten" die Fortsetzung des „Beobachters" sein, dessen früherer Herausgeber auch Redaktionsmitglied war. Die Schriftleitung befand sich im Gebäude der Stadtkommandantur. Die Nachrichtenvermittlung erfolgte durch die militärische Funkenstation, die den Heeresbericht, den Nauener 3000-Wortedienst, den Konstantinopeler Dienst und für ukrainische Angelegenheiten den Kiewer Dienst brachte. Die Pressetelegramme kamen auf dem deutschen Militärtelegraph, ebenso die WTB.-Telegramme. Die schriftlichen Presseanzeigen trafen täglich ein. Die UTA.-Telegramme wurden von der russischen Zeitung am Platze geliefert; mit verschiedenen großen deutschen Zeitungen wurden Nachrichten ausgetauscht.

Der Druck wurde durch eine einheimische Presse ausgeführt, der das alte Letternmaterial des „Beobachters" übergeben worden war. Eine eigene Druckerei war geplant, die zugleich die Akzidenzarbeiten für die am Orte befindlichen Militärbehörden übernehmen sollte. In der Setzerei arbeiteten 4 Zivilsetzer und 4 Soldaten, in der Kanzlei 4 Angestellte und 2 Soldaten. Die Auflage betrug 2300 Stück; die 2000 festen Bezieher waren zumeist die Deutschen aus dem Kreise. Die Zeitung erschien bis Ende Juli wöchentlich dreimal vierseitig, dann den August hindurch viermal, davon einmal zweiseitig, endlich seit Anfang September täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Der Bezugspreis betrug 5 Rubel monatlich, für die einzelne Nummer 35 Kopeken.

Seit dem 1. September trat ein neues Organ hinzu, die „Deutsche Zeitung für die Krim und Taurien". Sie wurde herausgegeben von der deutschen Zeitungsgesellschaft für die Krim und Taurien G. m. b. H. in Simferopol, war Organ des deutschen Verbands und Amtsblatt der deutschen Militärbehörden in der Krim und in Taurien. Ihr Ziel war, ein Band zu schlingen zwischen den Deutschen des Landes und den zu Gast Weilenden; für beide nach dem Mutterlande eine Brücke zu schlagen, auf der starkes verjüngendes deutsches Wesen hinüberströmt. Der nichtdeutschen Bevölkerung sollte eine gute und zuverlässige Berichterstattung zuteil werden über Werden und Geschehen in Deutschland und den ihm verbündeten Ländern, und nach der einseitigen Haltung der heimischen Presse in früheren Kriegsjahren die Möglichkeit eines gerechten Urteils über Kriegserlebnisse und Kriegsursachen geboten werden. Die deutsche Zeitungsgesellschaft war eine ähnliche Einrichtung wie der deutsche Verlag in Berdiansk, jedoch mit militärischer Beteiligung. Die Schriftleitung führte ein heimischer Deutscher. Das Blatt kam sofort als Tageszeitung heraus im Umfange von 4 Seiten. Von der Auflage, zunächst 5000 Stück, in eigener Druckerei her-

Digitized by Google

gestellt, war ein erheblicher Teil Werbenummern. Die Zeitung wurde in der Hauptsache auf der Krim gelesen, trotzdem das für die Krim und Taurien zugleich zuständige Generalkommando lebhaft für eine möglichst weite Verbreitung auch in diesem Gouvernement eintrat.

Als nach Annahme der Waffenstillstandsbedingungen und Ausbruch der Revolution die deutschen Truppen das Land verlassen mußten, brach auch die ganze von ihnen im Interesse des Deutschtums geleistete Pressearbeit zusammen. Allein die Halbstädter „Friedensstimme" konnte sich halten, weil sie das einzige Organ gewesen war, das ohne deutsche militärische Hilfe betrieben wurde. Die Berdiansker „Neuen Nachrichten" ließen ihre letzte Nummer am 15. November 1918 erscheinen. Hier hätte das Blatt weiter bestehen können, wenn genügend geeignete Zivilsetzer gefunden worden wären, doch hofft die Schriftleitung den Mangel in nicht zu ferner Zeit wieder zu heben. Die Leser werden sofort wieder zur Stelle sein. Die „Deutsche Zeitung für Osttaurien" hörte am 30. November 1918 auf. Sie jemals wieder zum Leben zu erwecken, wird wohl kaum wieder glücken, denn es fehlt ihr an dafür interessierten einheimischen Persönlichkeiten, auch war der Leserkreis nicht groß genug. Anders verhält es sich mit der „Deutschen Zeitung für die Krim und Taurien"; unter dem Drucke der Verhältnisse mußte auch sie Ende November wieder eingehen, doch gedenkt die Gesellschaft, ihr Organ bald wieder flott machen zu können.

Es wäre zu wünschen, daß die von den deutschen Soldaten während ihres Aufenthalts in Taurien geleistete Kulturarbeit nicht vergeblich gewesen wäre, sondern noch einmal ihre Früchte tragen möge.

Aus China abgeschoben

Von FRITZ SECKER, (Schanghai) BERLIN

Viereinhalb Jahre lang wütete die britische diplomatische Axt gegen den starken Baum des Deutschtums in China. Je schlechter es England auf den Kriegsschauplätzen erging, desto größer waren seine Versprechungen China gegenüber, wenn es mit Deutschland, das sich seit Jahrzehnten als der uneigennützigste Freund Chinas gezeigt hatte, bräche und die deutsche Arbeit mit Stumpf und Stiel ausrotte. Ein im Spätherbst 1915 unternommener Versuch Englands, China in den Krieg zu hetzen, schlug fehl. Die britische Diplomatie ließ sich aber nicht entmutigen und erreichte schließlich durch Drohungen, Versprechungen, gegenseitiges Ausspielen chinesischer Parteien, sowie durch metallische Beeinflussung, daß die Pekinger Regierung in der ersten Hälfte des Jahres 1917 die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn abbrach und in der zweiten Hälfte, Mitte August, den Krieg gegen die beiden Länder erklärte. Mit Ausnahme einiger, internationalen Gepflogenheiten im Kriegsfall entsprechender Maßnahmen, blieben wir Deutsche von seiten der chinesischen Behörden ziemlich unbelästigt. Die Briten sorgten aber durch ständigen Druck auf die maßgebenden Amtsstellen in Peking dafür, daß wir allmählich in unserer Bewegungsfreiheit immer mehr und mehr eingeschränkt wurden. Wo britischer Einfluß vorherrschte, wie in Schanghai, mußte man sich wöchentlich zweimal und später täglich bei der „internationalen", d. h. britischen Polizei melden. Wir nahmen aber die Plackereien gern in Kauf, denn sie waren nichts im Vergleich zu den Opfern, die in der Heimat verlangt wurden. Anfang des Jahres 1918 holte die britische Diplomatie zu einem großen Schlag gegen das Deutschtum in China aus; die Deutschen sollten von den Chinesen interniert und dann nach Australien deportiert werden. Alles war schon fein gesponnen — da zerriß die deutsche Regierung unter Androhung schärfster Vergeltungsmaßregeln das Gewebe. Die Niederlage hatte einen offenkundigen Prestige-Verlust Englands in Ostasien zur Folge und sie wurde der Ausgangspunkt der Politik, die schließlich zu unserer gewaltsamen Heimbeförderung, verbunden mit einer vorläufigen Zertrümmerung unserer wirtschaftlichen Stellung in Ostasien, führte.

Durch Beschluß des chinesischen Ministerrats, dem keine verfassungsmäßige Bestätigung durch das Parlament folgte — wurde Anfang Februar verfügt, daß die Deutschen, Oesterreicher und Ungarn an einem noch festzusetzenden Zeitpunkt „repatriiert" würden. Ueber den Zeitpunkt waren alle möglichen Gerüchte im Umlauf; daß eine gewisse Nervosität herrschte, weil von Tag zu Tag die Einschiffung erfolgen konnte, ist begreiflich. Nun konnten aber „feindliche Einwanderer" (didjao), wie wir in den amtlichen Bekanntmachungen genannt wurden, unter gewissen Bedingungen von der Heimreise befreit werden, und zwar erstens solche, die krank und nicht transportfähig oder die über sechzig Jahre alt waren, zweitens solche, die von chinesischen Schulen und technischen Betrieben gebraucht wurden, drittens solche, deren Dienste von den holländischen Konsularbehörden beansprucht waren (dazu gehörte auch der Schreiber, der trotzdem in drei Stunden zu packen und sich einzuschiffen hatte), viertens solche, die mehr als zwanzig Jahre im chinesischen Staatsdienst standen und fünftens die deutschen Aerzte. Diese Bestimmungen wurden nicht eingehalten; anfangs gewährte Befreiungen wurden in letzter Stunde umgestoßen; es herrschte ein furchtbares Durcheinander in den Amtsstellen, die von der chinesischen Regierung in Verbindung mit der Heimsendung der Deutschen und der Verwaltung ihres Eigentums eingerichtet worden waren.

Mitte Februar waren die Vorbereitungen zur Heimbeförderung von seiten der chinesischen Regierung soweit gediehen, daß die in den deutschen Gemeinden und im Lande zerstreut lebenden Deutschen den Befehl erhielten, sich zur Abreise bereit zu halten. Ende Februar 1919 und Anfangs März wurden die in allen Teilen des weiten Landes lebenden Deutschen und Oesterreicher auf Schiff oder Eisenbahn nach Schanghai verladen und dort in „Einschiffungsdepots" gesteckt, um sich von dort auf den britischen Transportdampfern „Nore", „Novara" und „Atreus" einzuschiffen. Am 19. März fuhren die drei Dampfer von Schanghai ab, und kurz darauf folgte ein vierter Transport, der dieser Tage in Rotterdam eingetroffen ist.

Während auf der „Nore" und „Novara" hauptsächlich Familien waren, hatte die britische Admiralität (unter deren Leitung der Heimtransport erfolgte) die Junggesellen und Strohwitwer auf dem Frachtdampfer „Atreus" untergebracht, der während des Krieges zur Truppenbeförderung benutzt wurde. Die „Tommies" und „Sammies", die in wenigen Tagen über den Ozean befördert wurden, mögen sich wohlgefühlt haben. Für uns vierhundert Mann war die sechswöchentliche Fahrt, von der vier Wochen auf die Tropen entfallen, schlimmer als Viehtransport. Beim Vieh haben die Verlader ein Interesse, daß es gesund, wohlbehalten und gut genährt an seinen Bestimmungsort anlangt. Uns verlud man auf das Schiff, gongte täglich dreimal zu den Mahlzeiten und überließ uns im übrigen unserem Schicksal. Die sanitären Verhältnisse, die den Ansprüchen von 700 eng zusammengepferchten Menschen gerecht werden sollten, erwiesen sich als völlig unzureichend, erst durch eigenes Eintreten und Organisieren gelang es, bessere Zustände zu schaffen. Dasselbe gilt auch für Maßnahmen in Verbindung mit der Aufrechterhaltung des

Digitized by Google

allgemeinen Gesundheitszustandes. Der englische Schiffsarzt — zu dem selbst Angehörige der britischen Bedeckungsmannschaft wenig Vertrauen zu haben schienen, denn sie zogen den deutschen ärztlichen Rat vor — blieb glücklicherweise von Anfang an ausgeschaltet; zwei deutsche Aerzte, von denen früher der eine in Nanking, der andere in Tientsin praktizierte, übten, unterstützt von einem freiwilligen Pflegepersonal, die gesundheitliche Aufsicht aus. Im allgemeinen war der Gesundheitszustand gut, wenn auch wohl jeder einige Tage mit Unwohlsein, besonders während der aufreibenden Tropenfahrt, zu tun hatte. Die Gefahr einer Influenza-Epidemie wurde durch ärztliches Eingreifen sowie den mildernden Einfluß der Tropensonne beseitigt. Leider hatten wir zwei Todesfälle an Influenza, verbunden mit Lungenentzündung, zu verzeichnen; ein dritter Passagier starb an den Folgen eines Hitzschlages und ein vierter suchte einen freiwilligen Tod im weiten Ozean.

Die niedergedrückte Stimmung, die an manchen Tagen — hauptsächlich während der achttägigen Liege- und Ladezeit in Singapore, wo der Dampfer ohne Sonnensegel auf offener Reede in der Tropenhitze lag —, herrschte, wurde von einer selbstgebildeten Musikkapelle und einem Männerchor häufig mit Erfolg verscheucht; auch Skat und Schachspiel sorgte für Ablenkung. Freilich in den Tropen, wo das völlig aus Eisen gebaute Schiff einem Backofen glich, vermied man nach Möglichkeit jede Anstrengung und versuchte sich, in drangvoll fürchterlicher Enge zu „aalen". Die in den obersten, unmittelbar unter dem Eisendeck Liegenden hatten allerdings das Vergnügen, eine Hitze bis zu 43 Grad Celsius auszuhalten.

Wenn das Schiff in Fahrt war, herrschte meistens eine kühle Brise, selbst das als heiß verschrieene Rote Meer ersparte uns den als Hitzausschlag bekannten „Roten Hund". Der Suezkanal mit seinen Truppenlagern und Drahtverhauen, seiner Wüste und kleinen Oasen gewährte uns auch gnädige Brise, und was uns vor dem Hitzloch Singapore ermangelte, gab uns das Mittelländische Meer in Fülle: Wind und Sturm. Der Atlantik, in den wir nach Passieren der in wunderbarem Sonnenschein gelegenen Feste Gibraltar einliefen, gab uns noch mehr: die Kostprobe zu einem Orkan. Ein Glück, daß die Mehrzahl der Passagiere seefest war, denn eine allgemeine Seekrankheit, in den eng an- und übereinanderliegenden Kojen hätte zu einer komischen Katastrophe führen können. Eine ernstere Lage hätte im Aermelkanal entstehen können, wo nach einer Ankündigung der Schiffsleitung die Gefahr treibender Minen groß war. Für Rettungsmöglichkeiten hatte die britische Admiralität in unverantwortlicher Nachlässigkeit gesorgt. Außer sechs Rettungsbooten, in die sich im Notfalle die englische Schiffsbesatzung geschwungen haben würde, gab es für uns Passagiere nur Rettungsgürtel und einige Holzplanken, an die wohl der fromme Wunsch geknüpft wurde, daß wir langsam absaufen, hatte doch eine englische Tageszeitung in Schanghai den humanen Vorschlag gemacht, uns an Stelle der Heimbeförderung gleich zu ersäufen oder zu erschießen.

Nun, wir sind doch glücklich trotz aller Fährnisse in der Heimat angelangt auf dem Heimatboden. Ein großer Teil von uns ist länger als ein Jahrzehnt „draußen" gewesen, und, wenn nicht schon früher, so hat er gewiß in den letzten fünf Jahren die Fühlung mit dem inneren Gang der Dinge im Vaterland verloren. Mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten waren wir über alle Vorgänge in der Heimat auf Reuter und andere englische Quellen angewiesen. Das tägliche Lesen der britischen Morgenpresse, die uns stets den gemeinsten Pöbeleien aussetzte, war kein Vergnügen, aber wir haben's ertragen, immer in der Hoffnung, daß der Tag nahe, wo im feindlichen Lager das jähe Erwachen erfolgen werde. Das Schicksal hat es anders gewollt. Wenn wir auch vorläufig von den Stätten unserer Wirksamkeit vertrieben sind, so hat dies nichts an den allgemeinen Richtlinien unserer Arbeit geändert. Die Werkzeuge ruhen, aber der Geist arbeitet weiter und sinnt auf neue Methoden, mit denen wir die verlorengegangene Vorpostenstellung im fernen Osten zurückerobern können.

Im Krieg in Nordchina

Von RUDOLF KÜHNE ⟨Tientsin⟩ CHARLOTTENBURG

Im Juli 1914 nach Tsingtau zurückgekehrt, wo ich bereits während der Jahre 1910/1912 geweilt, fand ich unser liebes Schutzgebiet in der kurzen Zeit meiner Abwesenheit in vielem vergrößert und verschönert vor. Während der ca. zweimonatigen japanischen Belagerung war ich beim Roten Kreuz tätig und hatte nach dem Fall Tsingtaus am 7. November nachher die Gelegenheit, mit diesem via Nordamerika in die Heimat zurückzukehren, blieb jedoch am Ort, da man damals ja allgemein glaubte, daß der Krieg in nicht allzu langer Zeit beendet sei. Auf Grund meines Dienstuntauglichkeitsscheines ließen die Japaner mich in Tsingtau, wo ich mich während meines 3½jährigen Aufenthalts unter nunmehr japanischer Oberhoheit mit der Verwaltung von Häusern und Grundstücken beschäftigte, deren Besitzer in japanischer Gefangenschaft waren, bzw. Tsingtau noch rechtzeitig nach dessen Fall verlassen hatten. Im allgemeinen ließen die Japaner uns Deutsche unbehelligt und konnten wir uns frei in unserem früheren Schutzgebiet bewegen. Ich persönlich kann nur sagen und immer wieder betonen, daß die Japaner sich uns gegenüber stets freundlich und entgegenkommend benahmen; ich hatte sehr viel mit Japanern aller Klassen zu tun, da in den von mir verwalteten Häusern nur japanische Mieter wohnten. Kamen hin und wieder auch mal Schikanierereien von der japanischen Verwaltung vor, so sagten wir Deutsche uns oft, da sitzt wohl wieder der englische Konsul dahinter, oder die Japaner wollen zeigen, daß sie nunmehr die Herren und Gebieter sind. Leider mußte ich unser liebes Tsingtau im März 1918 verlassen, da ich mit einem andern Herrn ausgewiesen wurde. Bei unserer Verurteilung sagte man uns den Grund zwar nicht, doch kannten wir ihn, denn bei einer Haussuchung, die plötzlich bei dem Leiter der Berliner Mission, dem mit mir ausgewiesenen Landsmann und mir stattgefunden, waren bei uns beiden letzteren Briefe vorgefunden worden, die wir durch Boten von Tsinanfu erhalten bzw. nach dort befördert hatten, was verboten war. Am Karfreitag 1918 verließen wir beiden mit dem 8-Uhr-Morgenzuge Tsingtau nach Tsinanfu, wo mein Mitgenosse blieb, während ich am nächsten Morgen über Peking nach Tientsin fuhr, wo ich dann nach einigen Tagen den Aufenthaltspaß erhielt. Als Deutscher mußte man sich ja in Peking wie auch in Tientsin wöchentlich einmal bei der Polizei vorstellen, doch ließen uns die Chinesen sonst im großen und ganzen unbehelligt. Ich wohnte in der russischen Konzession auf dem linken Peiho-Ufer bei einem deutschen Ehepaar sehr angenehm, umsomehr, als die russische Konzession noch nicht so zugebaut ist, wie die anderen, und der schöne Russenpark ganz in der Nähe lag. Wollte man mal in unsere jetzt von den Chinesen verwaltete Konzession, so brauchte man ja nur über den Peiho mit den Booten überzusetzen, die die Russen als Verbindung mit den anderen Konzessionen eingerichtet hatten. So vergingen meine ersten Monate in Tientsin ruhig und friedlich in angenehmem Verkehr mit sympathischen Deutschen. Da nahte

Digitized by Google

der unglückliche November, und der 13. November vor allem brachte das Telegramm mit der Nachricht über das Einstellen der Feindseligkeiten. Man hatte in den alliierten Konzessionen beschlossen dies durch Läuten der großen Kruppglocke in der englischen Konzession bekannt zu geben. Beim Abendbrot in meiner Familie in der russischen Konzession begann gegen halb neun Uhr das Läuten, auf das wir mit Spannung jeden Augenblick gewartet hatten. Sofort setzte ich über den Peiho, um mich in das Deutsche Hotel Kreier zu begeben, als mir, aus einer Nebenstraße in die Wilhelmstraße, unsere Hauptstraße, biegend, ein großer Strom männlicher und weiblicher Engländer, Franzosen und Amerikaner entgegen strömte, der unter lautem Gejohl und Gekeife in unsere frühere Konzession einzog. Glücklicherweise erkannte man mich nicht als Deutschen und ich begab mich schleunigst durch eine Nebenstraße wieder zurück in meine Wohnung jenseits des Peiho. Diese so zivilisierten und kultivierten Rassen zertrümmerten verschiedene Fensterscheiben, schlugen die Schaufenster unserer Läden ein, u. a. die großen Fenster der Deutschen Konditorei Kiesling, die nicht nur in Tientsin, sondern fast überall in China wegen ihrer vorzüglichen Waren und seines angenehmen Aufenthaltes bekannt, daher auch früher viel von den Alliierten besucht war. Auf diesem Sieges- und Ruhmeszuge gelangten dann diese damals sich wie Hunnen gebärdenden weißen Kulturvölker vor unser früheres Konsulat, in das man eindrang und verschiedenes zerstörte, wobei man Herrn Siebert, der als holländischer Delegierter fungierte, die eine Gesichtsseite blutig schlug. Es folgten eine große Zahl von uns hier schon verschiedentlich geschilderter Roheiten, wie die Zerstörung des Rolanddenkmals. Einige amerikanische Soldaten hielten es für nötig noch am andern Vormittag ein Schaufenster unserer deutschen Apotheke zu zertrümmern. Doch sollen diese Täter bestraft worden sein, als der Besitzer der Apotheke dies sofort der chinesischen Polizei mitteilte, und diese dann weitere Schritte unternahm. Jedenfalls merkte man von diesem Zeitpunkt ein Zurückhalten der Amerikaner. Am ungebärdigsten und wildesten benahmen sich nun ständig die Franzosen, für die man während des Kriegs immer noch insofern ein gewisses Beileid empfunden hatte, als man sich sagte, sie sind ja nur die Opfer ihres Ententefreundes. Die französische Konzession, Straßen wie Häuser, war bis zuletzt festlich geschmückt, während man in der englischen nur noch vereinzelt Fahnenschmuck sah. Bei dem nach einigen Wochen veranstalteten großen Fackelzuge, der aber nur sehr kurz war und vor allem auch durch unsere Haupt-, die Wilhelmstraße ging, beteiligten sich in erster Linie Franzosen, auch Engländer; aber kein Amerikaner soll teilgenommen haben.

Die in den alliierten Konzessionen, ausgeschlossen der russischen, wohnenden Deutschen hatten diese längst verlassen müssen und sich in unserer früheren deutschen konzentriert. Auf Treiben der Franzosen und Engländer mußten auch wir in der russischen Konzession wohnenden Deutschen diese Ende Januar 1919 verlassen, um die kurze Zeit bis zu unserer Abreise am 28. Februar auch noch in unserer früheren Niederlassung zu verbringen. Am 28. Februar reisten wir in zwei Extrazügen von Tientsin ab, um am 2. März abends via Tsinanfu-Nanking in Schanghai einzutreffen und in den im chinesischen Stadtteil Nantao hergerichteten Lagern untergebracht zu werden. Die dort bis zu unserer Einschiffung verbrachten Tage benutzten wir, um täglich nach Schanghai zu fahren und uns dort für unsere Reise zu verproviantieren. Zu diesem Zwecke mußten wir, um in die Stadt zu kommen, stets den Wasserweg benutzen und den Umweg um die französische Konzession machen, da die Franzosen in ihrer Courtoisie ja den Deutschen schon seit langer Zeit das Betreten ihrer Konzession verboten hatten. Am 9. März wurde ich dann zur Einschiffung befohlen. So nahm mein fast fünfjähriger zweiter Aufenthalt in China ein unfreiwilliges Ende.

Auswanderung nach Argentinien?

Von KARL HUBER, REGENSBURG.

Es wird jetzt von Berufenen und Unberufenen viel in „Auslands-Informationen" gemacht, und der Urgrund dieser Erscheinung deutet nicht immer auf reinliche Absichten hin, viel eher ist das Gegenteil der Fall. Bei dem Umstande aber, daß heute schon Hunderttausende ihre Blicke in die Ferne richten, und dabei fast konzentrisch nach Argentinien ausschauen, dürfte es nicht nur zeitgemäß, sondern auch verdienstlich sein, das Bild dieses Zukunftszieles, resp. die Verhältnisse, die dort herrschen, möglichst eingehend zu beleuchten, und von je mehr Seiten dies geschieht, desto leichter wird sich der Fremdling, der diesem Lande sein Geschick anzuvertrauen gewillt ist, orientieren.

Ich habe gelegentlich eines längeren Aufenthaltes in der Urwaldzone des Nordens, im sogenannten Gran Chaco manch wertvolle Beobachtungen gemacht, die ich meinen Landsleuten nicht vorenthalten möchte. Es liegt mir ferne, diese Beobachtungen als unfehlbar hinstellen zu wollen, aber beim Vergleiche mit den Beobachtungen, die andere gemacht und veröffentlicht haben, wird es nicht schwer sein, eine verläßliche Mittellinie zu finden, und darauf kommt es vor allem an.

Und so sei es mir gestattet, in nachfolgendem die Hauptumrisse derselben niederzulegen.

Argentinien dürfte neben Chile als das in politischer Beziehung wohl konsolidierteste Land in Südamerika gelten, und politische Wirren, wie sie periodisch immer wieder in den anderen Staaten in Erscheinung treten, sind dort eine Seltenheit. Dies ist ein für Einwanderer nicht zu unterschätzendes Moment. Soweit größere Niederlassungen, wie Städte, in Frage kommen, ist es mit der persönlichen und Eigentumssicherheit nicht schlechter bestellt als in mancher Stadt Zentraleuropas. Anders liegt die Sache dort, wo Ansiedler familienweise, oft weit voneinander entfernt, im Kamp oder im Urwalde in selbstgebauten Ranchos (Hütten) hausen. Dort müssen sie täglich und stündlich mit allen möglichen Eventualitäten rechnen und sind den schlimmsten Gefahren ausgesetzt.

Größere, geschlossene Gemeinwesen gibt es nur in den seltensten Fällen, demgemäß auch keine Verkehrsstraßen in dem Sinne wie bei uns, und daß bei solcher Sachlage auch die Regierung nicht imstande ist, einen geordneten und verläßlich arbeitenden Sicherheitsdienst einzurichten, wird jeder begreifen, der sich die enorm großen zu bewachenden Flächen vor Augen hält. Unter solchen Umständen ist also der Selbstschutz der einzig übrig bleibende Ausweg, und diese Tatsache weist darauf hin, daß der elementarste Grundsatz für das Gedeihen der Kolonisten der Zusammenschluß mehrerer zu einem Ganzen ist, was die dort lebenden Schweizer auch schon längst erkannt haben.

Von einer Arbeitsgelegenheit im Dienste anderer ist, soweit das Innere, das von den Städten Getrennte, in Betracht kommt, nur in ganz beschränkter Weise zu reden. Die Hauptarbeitsgelegenheit beschränkt sich auf die Zeit der Ernte, und zwar als gewöhnlicher Erntearbeiter, wobei es aber von größter Wichtigkeit ist, daß ein jeder, der solche Arbeit sucht, die Sprache des Landes beherrscht. Das Hauptkontingent zu diesen Wanderarbeitern stellen neben den

Digitized by Google

Eingeborenen die Spanier und Italiener. Ich habe mich überzeugt, daß die dabei beschäftigten europäischen Arbeiter von den einheimischen vielfach mit scheelen Augen angesehen werden, und daß man sie vielfach mit dem Worte „Cringo", d. h. Eindringling, beschimpft, so wie man das auch zuweilen in Rumänien mit dem Worte „strain", d. h. Fremder, in feindlicher Weise zu tun pflegt.

An Arbeitsgelegenheit in Industrie- und Gewerbe-Etablissements ist ebenfalls keine reiche Auswahl; sie ist zumeist auf die wenigen größeren Städte beschränkt, und einem sehr großen Angebot steht oft genug nur eine geringe Nachfrage gegenüber. Ganz besonders schwer tun dabei alle jene, welche die Landessprache noch nicht beherrschen.

Da Argentinien auch sehr häufig der letzte Zufluchtsort havarierter Existenzen ist, denen der Boden in Europa zu heiß wurde, so empfiehlt es sich, jede Vertrauensseligkeit unterwegs zu vermeiden und in jeder Beziehung größte Vorsicht walten zu lassen, also immer auf der Hut zu sein.

Wer nach Argentinien reist, soll auch bedenken, daß das Leben dort im allgemeinen, besonders aber in den Städten sehr teuer ist und daß schon ein erheblicher Spargroschen dazu gehört, um sich dort beschäftigungslos ein paar Monate über Wasser zu halten.

Soweit ich die Verhältnisse kenne, haben Kaufleute mit Sprachkenntnissen, Bauunternehmer, Bauhandwerker, Elektriker, Maschinenschlosser, Kupferschmiede und vielleicht auch Schlächter und Gerber die besten Chancen; auch die graphischen Künste bieten bis zu einem gewissen Grade günstige Aussichten, während Techniker oft große Schwierigkeiten haben, lohnende Stellen zu finden. Die Eisenbahnen bieten Technikern fast gar keine Chancen, was teils in den Terrainverhältnissen, teils in der Art, wie man dort Eisenbahnen zu bauen und zu erhalten pflegt, begründet ist. Zudem sind die Eisenbahnen fast ausnahmslos in englischen und französischen Händen.

So viel über allgemeine Zustände.

Allen jenen aber, denen man ein Blendwerk über die günstigen Aussichten in bezug auf die Landwirtschaft und billige umfangreiche Terrains vormacht und die auf diesen Leim hereinzufallen drohen, möchte ich folgendes zu bedenken geben:

Die in der Hauptsache englischen Bahngesellschaften treiben mit ihren Tarifen oftmals nur Raubbau, wodurch die Agrikulturprodukte, je nach der Lage der Ansiedlung, zeitweise so schwer belastet werden, daß dem Pflanzer von seinem eventuellen Segen nicht mehr viel übrig bleibt. Terrains in der Nähe großer Flußläufe sind demnach schon mit Rücksicht auf obengenannten Umstand wertvoller. Im allgemeinen kann man aber auch von Argentinien sagen, daß die Ländereien mit gutem, etwas versprechendem Ackerboden, oder die an einem günstigen Verkehrswege liegen, schon alle in festen Händen sind. Neben diesen gibt es ja immer große Landstrecken, die aber entweder schlechte Bodenverhältnisse haben, an Wassermangel leiden, schlecht gelegen sind oder aber auf welchen kein Süßwasser erbohrt werden kann, weil das Grundwasser in hohem Grade salzig oder natronhaltig ist, worauf z. B. der Name Rio salado hindeutet. Ein für alle Kolonisten, welche nicht ein geschlossenes Gemeinwesen bilden, sehr schwer empfundener Uebelstand ist z. B. die Schwierigkeit der Beschaffung ärztlicher Hilfe bei Krankheits- und Unglücksfällen und die damit in Verbindung stehenden außerordentlich hohen Auslagen und Zeitverluste, desgleichen der Mangel einer Gelegenheit, die Kinder in die Schule schicken zu können.

Zu den bereits angeführten mißlichen Momenten treten aber leider noch einige viel einschneidendere und zwar: die eigenartigen klimatischen Verhältnisse und die furchtbare Geisel der Heuschreckenplage.

In Argentinien pflegen sehr trockene Sommer häufig mit sehr nassen abzuwechseln, was der Landwirtschaft weder in dem einen, noch im anderen Sinne zum Vorteil gereicht, sich aber am schlimmsten der Viehzucht gegenüber bemerkbar macht. Im Jahre 1910 folgte beispielsweise auf ein vorhergegangenes sehr trockenes Jahr ein derart nasses, daß man eine Strecke von 30 km Länge, die man gewöhnlich per Waldbahn zurücklegte, flott mit dem Segelboot durchfahren konnte. Ueber die Verfassung in der sich in solchen Fällen ein Kolonist befindet, schweigen sich dann jene Animier-Zeitungen beharrlich aus, die die Immigrationspropaganda zu ihrem Handwerk erhoben haben. Was aber die sich jedes Jahr fühlbar machende Heuschreckenplage betrifft, so kann sich ein Mensch, der sie nicht selbst schon gesehen, keine Vorstellung von dieser Gottesgeißel machen. Wehe dem Kolonisten, wo sich ein solcher Schwarm — nein, eine solche Wolke niederläßt, die oft 50—60 km und darüber lang, viele Kilometer breit und schätzungsweise ein paar hundert Meter mächtig ist. Daß ein Eisenbahnzug, in einem Brei von zermalmten Heuschrecken fahrend, zum Stehen gebracht wird, ist keine Uebertreibung, und so kann sich jeder ausmalen, wie eine Vegetation beiläufig aussieht, die von so einer Masse heimgesucht wird.

Aus vorstehendem geht also zur Genüge hervor, daß das Los eines Ackerbauers in Argentinien ein sehr schwankendes, unsicheres und keineswegs beneidenswertes ist, und wer irgendwie auf deutscher Scholle noch halbwegs erträgliche Existenzbedingungen findet, der wird gut tun, im Lande zu bleiben und zu versuchen, sich redlich zu nähren. Die auf Seite 121 (Jahrgang II, Nr. 5 der „Mitteilungen des Deutschen Ausland Instituts") vermerkte Notiz über die Aeußerung des Großkaufmanns Karl Schlosser hinsichtlich der Verhältnisse in Brasilien ist gleichzeitig eine indirekte Bestätigung dessen, was ich bisher über Argentinien gesagt habe.

Ohne selbst etwas von Viehzucht zu verstehen, möchte ich annehmen, daß der Viehzüchter (also der Estanzienbetrieb) noch das geringste Risiko hat und am ehesten auf seine Rechnung kommt. Hierzu gehören aber große Kapitalien. Für Kolonisten, d. h. das Gros der Auswanderer, kommt diese Art Erwerb nicht in Betracht, weshalb ich eine nähere Erörterung unterlasse.

Wie es einem Europäer in Argentinien ergehen kann, will ich hier zum allgemeinen Besten an einem Beispiel kundtun. Solche Beispiele wirken oft viel intensiver, als die längste gelehrte Abhandlung.

Mein Freund, Dr. L., zurzeit Bahnarzt in C., machte mit mir seinerzeit die Ueberfahrt nach Bueons-Aires, die Brust geschwellt mit großen Hoffnungen und Projekten. Er hatte damals bereits 3 oder 4 Semester Medizin, resp. Chirurgie hinter sich und wollte in Buenos-Aires seine Studien beendigen und den Doktor machen, da er sonst die ärztliche Praxis in Argentinien nicht ausüben durfte.

Seine Barmittel waren äußerst beschränkt, und so hatte er die Absicht, vorerst eine kleine Stellung anzunehmen, sich Geld zu sparen und dabei intensiv spanisch zu lernen. Er fand eine Hauslehrerstelle in einer russisch-jüdischen Kolonie des Südens. Die Verhältnisse, Unterkunft, Verpflegung etc. waren derart primitiv, daß er es nicht länger als 4 Monate dort aushielt. Mit etlichen Pesos, die er sich sauer erspart hatte, begann er seine Wanderung per pedes. Bald war das bißchen Geld aufgezehrt und es hieß jetzt anpacken, was sich bot. Als Peon (Taglöhner) fand er auf einer Estanzia Beschäftigung, aber was für eine! Da er nur gelernt hatte, ein wenig mit dem Seziermesser zu hantieren, mußte er täglich 6 Hammel schlachten und zerwirken. Diese Arbeit mußte bei Tagesanbruch begonnen werden und sehr fix gehen, so daß er kaum zu Atem kam. Zwischen dem Ende

Digitized by Google

dieser Arbeit und dem Einbruch der Dunkelheit hatte er dann eine Erholungspause, die er nützlich dazu verwenden mußte, um einer in den Pferch getriebenen Herde Schafe allabendlich die reichlich am After jedes einzelnen haftenden Schmarotzerwürmer herunterzuklauben.

Fünf Monate lang ertrug er geduldig diese Schinderei, bis es ihm endlich gelang, in einer Drogerie in Buenos-Aires als Laborant unterzukommen und damit sein elendes Dasein zu verbessern.

Später fand er eine noch bessere Anstellung, die ihm erlaubte, größere Ersparnisse zu machen und nach Deutschland zurückzukehren, seine Studien fortzusetzen und zu vollenden.

Es wäre nun falsch, auf Grund des vorher Gesagten etwa zu glauben, daß Argentinien nichts anderes sei, als etwa ein Haufen tauben Gesteines; nein, gewiß nicht, es gibt genügend andere Möglichkeiten, sich dort seßhaft zu machen und lohnenden Erwerb zu finden.

Geschlossene Gemeinwesen mit genügend Kapital ausgerüsteten Unternehmern oder Gesellschaften bietet sich noch reiche Gelegenheit zu lohnendem, oft sogar glänzend lohnendem Erwerbe.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Tschecho-slowakische Republik

Die Gemeindewahlen in der Republik sind vorüber. Sie haben in Böhmen 33,09 Prozent deutscher Stimmen, in der ganzen Republik 31,33 Prozent erbracht. Es sind in Böhmen abgegeben worden: Tschechische Stimmen 2 185 588, deutsche Stimmen 1 087 371, jüdische Stimmen 13 175. In Mähren zählte man für die Tschechen 862 765, für die Deutschen 237 140 und für die Juden 7730 Stimmen. In Schlesien war das Ergebnis: Deutsche Stimmen 97 527, tschechische Stimmen 8038, jüdische Stimmen 171 und polnische Stimmen 47.

Innerhalb der deutschen Stimmen ergab sich, daß die Sozialdemokraten 43,82 der Stimmen, die vereinigten bürgerlichen Parteien 14,59 Prozent, der Bund der Landwirte 12,06, die deutsche Einheitspartei 2,79 Prozent, die deutsch-nationaldemokratische Partei 2,09 Prozent, die deutschnationale Arbeiterpartei 3,12, die deutsch-christlich-soziale 4,76, die deutsche Volkspartei 3,27, die deutsche Mittelstandspartei 0,57, die vereinigten deutschen Parteien im tschechischen Gebiet 12,56, verschiedene Parteien 9,29, die deutschen Sozialisten 1,12, die deutsche Fortschrittspartei (in Mähren) 0,79 und die Bürger- und Arbeiterpartei in Schlesien 0,85 Prozent erreichten. 3 096 391 tschechischen Stimmen in der ganzen Republik stehen 1 422 038 deutsche Stimmen, 21 076 jüdische und 47 polnische gegenüber. Das politisch bedeutsamste Ergebnis ist: im deutschen Gebiete Böhmens vereinigen die Tschechen nur 8 Prozent aller Stimmen auf sich, sie erhielten 64 286 Stimmen gegenüber 887 513 deutschen. Nach der tschechischen Propaganda soll es doch kein geschlossenes deutsches Sprachgebiet in Böhmen geben? Und dabei stehen die Wahlen in einigen wenigen zum Teil rein deutschen Gebieten noch aus."

Ein recht bezeichnendes Licht auf den Schutz der Rechte der Minderheiten in der jungen Republik und auf die Art, wie der Geist der Zentrale auf die auswärtigen Vertretungen abfärbt, wirft eine Mitteilung, die wir in der von Professor Broda herausgegebenen Halb-Wochenschrift „Die Menschheit" (Bern) finden. Stefan Zweig, der bekannte Dichter, hatte die Frage der schwierigen Entscheidung über die Staatsbürgerschaft angeschnitten, vor die sich jetzt zahlreiche Angehörige der Minderheiten in den neugebildeten Staaten gestellt sehen. Namentlich die österreichischen Deutschen haben es darin schwer. Eine Gruppe Niedergelassener aus Oesterreich-Ungarn schreibt nun dem Blatte:

„Es ist nicht nur moralisch ein Problem für uns, die Staatsbürgerschaft zu wählen; wir stehen auch praktisch vor den größten Schwierigkeiten. Die neugegründeten Legationen der jungen Staaten sind an einen geregelten Geschäftsgang noch nicht gewohnt und machen den Bewerbern für Pässe große Schwierigkeiten. Der streng nationale Standpunkt scheint scharf hervorgehoben zu werden, und fremdsprachige Staatszugehörige können durchaus nicht auf eine landsmannschaftliche Behandlung rechnen, die ihnen bisher bei den Vertretungen der alten Staaten zuteil geworden ist. Wir heben nur eine Tatsache hervor: Das tschecho-slowakische Konsulat in Genf hat die tschechische und französische Geschäftssprache eingeführt. Deutsch wurde nicht korrespondiert, trotzdem ein Drittel der Einwohner von Böhmen, Mähren und Schlesien bloß deutsch sprechen und auch jeder gebildete Tscheche deutsch versteht. Die meisten in der Schweiz ansässigen Bürger stammen aus den deutschen Landesteilen. Die deutsche Sprache ist also verpönt, tschechisch können die allerwenigsten, aber auch jene, die französisch geschrieben haben, bekamen zumeist keine Antwort und noch weniger bekamen sie die verlangten Pässe ausgefolgt. Vielleicht, daß jene, die tschechisch sprechen, besser abschneiden. Es wird praktisch für uns also unmöglich sein, Pässe zu bekommen, wenn der alte abgelaufen ist, und dann stehen wir hier in der Schweiz plötzlich als Ausweislose, als eine Art Refraktäre außerhalb des Gesetzes, mit der sicheren Aussicht, die Aufenthaltsbewilligung zu verlieren. Auch diese Angst treibt viele frühzeitig zur Entscheidung über die Staatsangehörigkeit."

Die Einsender regen deshalb die Ausstellung von Schweizer Interimspässen für solche Fremde an, die sich korrekt und anständig führen und nach Möglichkeit der Schweiz zu nützen versuchen.

Ganz bezeichnend ist übrigens auch, was Karin Michaelis, die dänische Schriftstellerin, über einen Besuch beim Präsidenten der tschecho-slowakischen Republik, Masaryk, in der „Voss. Ztg." erzählt. Sie plauderte sehr nett mit dem Präsidenten, und es hörte sich auch gut an, als er sagte, die deutschsprechende Bevölkerung werde in jeder Hinsicht volle Freiheit erhalten und in keiner Richtung auch nur im geringsten unterdrückt werden. Aber auf den Vorschlag, in den tschechischen Schulen Deutsch als eine neben dem Französischen und Englischen gleichberechtigte Sprache einzuführen und in den deutschen Schulen ebenso Tschechisch, erfolgt die stolze Antwort: „Es steht den deutschen Schulen frei, auch im Tschechischen zu unterrichten, aber in den tschechischen Schulen wird nicht im Deutschen unterrichtet." Als die Besucherin einwandte, das Deutsch ebenso wie Französisch und Englisch nun einmal die Pforte wäre, die in die große Welt hinausführt, zuckte der Präsident die Schultern: „Die tschechischen Kinder, die Verwendung für die deutsche Sprache haben, werden sie sich immer noch zeitig genug aneignen können." Resigniert schließt die Dichterin ihren Bericht: „Ich hatte Lust, dem Präsidenten Masaryk das Buch zu senden, das der Professor Masaryk einst über Recht und Freiheit geschrieben hat, dachte aber, daß er jetzt sicher zu viel zu tun habe, um Bücher zu lesen."

Ungarn

Wenn auch der von der derzeitigen ungarischen Räteregierung eingesetzte „Gaurat für Deutsch-Westungarn", wie

Digitized by Google

berichtet worden ist, in seiner ersten Sitzung Stellung gegen den Anschluß an Deutschösterreich genommen hat, so soll dennoch nicht verkannt werden, daß er einen bedeutenden Fortschritt gegenüber der im Januar d. J. von der Regierung des Grafen Michael Károlyi dem westungarischen Deutschtume erteilten Autonomie (Volksgesetz VI.) bedeutet. Mit Verordnung 77 der revolutionären Räteregierung, die ergänzt wurde durch entsprechende Verordnungen (1—649) des Deutschen Volksrates für Ungarn, wurde nicht nur der Gau Deutsch-Westungarn eingesetzt, sondern auch dessen Selbstverwaltung im einzelnen geregelt. Da der ungarischen Räteregierung daran gelegen sein muß, womöglich alle nationalen Widerstände auszuschalten, suchen diese Verfügungen den wichtigsten Forderungen des westungarischen Deutschtums gerecht zu werden, um insbesondere dem Drang nach dem Anschlusse an Deutschösterreich den Boden zu entziehen. Ob dies gelingen wird, bleibt dennoch fraglich, weil hier, wie seinerzeit an dieser Stelle ausgeführt wurde, auch einschneidende wirtschaftliche Belange mitsprechen. Immerhin soll anerkannt werden, daß die von der Räteregierung in Angriff genommenen Maßregeln den nationalen Wünschen der Deutschen weitgehend entgegenkommen. Darnach bildet fortan Deutsch-Westungarn einen Gau, der in 12 Bezirke zerfällt. Diese Bezirke entsprechen im wesentlichen den bisherigen Verwaltungsbezirken (Stuhlrichterbezirken) der drei Gespanschaften Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg und greifen auch noch in die Preßburger Gespanschaft ein. Sie verteilen sich auf die genannten Komitate folgendermaßen: In Wieselburg die Bezirke Wieselburg, Ragendorf und Neusiedl; in Ödenburg die Bezirke Ödenburg, Mattersdorf, Eisenstadt und Ober-Pullendorf; in Eisenstadt die Bezirke Güns, Oberwarth, Güssing und St. Gotthardt; endlich der Bezirk Preßburg, der freilich einstweilen nur theoretische Bedeutung hat, da er von Tschechoslowaken besetzt ist. Zu den genannten Landbezirken kommen als weitere Verwaltungseinheiten die Städte Wieselburg, Ungarisch-Altenburg, Ödenburg, Eisenstadt, Rust, Güns und St. Gotthardt. Wenn man weiß, mit welcher Hartnäckigkeit und wie erfolgreich sich das nicht bodenständige Magyarentum in den meisten dieser Städte zur Zeit des Grafen Károlyi gegen die Einbeziehung in die deutsche Autonomie gewehrt hat, so liegt hier allerdings ein großer Erfolg der deutschen Sache vor. Die Städte und Bezirke wählen nun 90 Vertreter in den zu Ödenburg tagenden Gaurat, der am 20. Mai d. J. zum erstenmale zusammentrat. Laut Verordnung der Räteregierung hat er sofort die gesamte Verwaltung wie auch die „Brachialgewalt" für das ihm unterstellte Gebiet in die Hand genommen, so daß man füglich von einer deutschen Regierung in Deutsch-Westungarn sprechen darf. Auch das Schulwesen und sonstige Kultureinrichtungen, wie z. B. das Theater, sollen in kürzester Zeit den deutschen Forderungen entsprechend umgestaltet werden. Die in den letzten Tagen aufgetauchte Aussicht, daß der Viererrat in Paris den größten Teil Deutsch-Westungarns Deutschösterreich zusprechen könnte, hat natürlich zu eifriger Gegenagitation seitens der ungarischen Räteregierung geführt. Es bleibt somit abzuwarten, ob das deutsche Volk dieses Gebietes bei einer etwaigen Volksabstimmung sich für oder gegen den Anschluß erklären wird. Wenn diese völlig unbeeinflußt vonstatten geht, darf man hoffen, daß die bäuerliche Mehrheit, sich allem scheinbaren Entgegenkommen der ungarischen Machthaber zum Trotze, für Deutschösterreich aussprechen wird. B. I.

Galizien.

Herr Pfarrer Wiegand in Plau, der treue Freund Pfarrer Zöcklers und sein bester Helfer in Deutschland, übermittelt uns neuere Nachrichten, die eine um Mitte Juni aus Stanislau abgereiste Dame überbrachte. Darnach waren die letzten Wochen sehr bewegt und aufreibend. Vom 17. Mai an erwartete man täglich das Erscheinen der Polen. Die Ukrainer zogen mit Truppen und Trains ab und überließen die Stadt freiwillig den Polen. Man fürchtete namentlich die Zeit, die zwischen dem Abzug der ukrainischen und dem Einzug der polnischen Truppen lag, weil sie leicht eine zügellose Pöbelherrschaft hätte bringen können. Aber eine rasch gebildete polnische Bürgerwehr hielt die Ordnung aufrecht. Am 15. Mai hielt Pfarrer Zöckler noch selbst den Vormittagsgottesdienst ab, verbarg sich aber nachmittags auf Bitten seiner Kinder und Freunde hin bei zuverlässigen Leuten. Erst als alles ruhig blieb und die Polen ein geordnetes Regiment führten, kam er am 29. Mai, dem Himmelfahrtstage, wieder zum Vorschein und predigte. Am nächsten Tage stellte er sich dem neuen polnischen Bezirkshauptmann vor und wurde sehr liebenswürdig und zuvorkommend aufgenommen, wie überhaupt die führenden Polen den Pfarrer durchaus achteten. Einzelne Gehässigkeiten gegen die an ihren Hauben leicht als Deutsche erkennbaren Schwestern des Diakonissenhauses gingen nur von einfachen Leuten aus. Die deutschen Anstalten litten sehr unter Einquartierung und Requisition. Die zu den Feldarbeiten so nötigen Pferde wurden weggenommen, das junge unreife Korn wurde als Pferdefutter abgemäht, die Kornkammer wurde erbrochen und ein jüngst der Anstalt zugewiesenes Geschenk von 6 Zentnern Saatgut wurde gestohlen. Bei der Heranschaffung von Lebensmitteln für die zahlreiche Kinderschar war Gefahr, daß Pferde und Wagen einfach weggenommen wurden. Aber immer gelang es in letzter Stunde noch, die Anstalten zu versorgen. Nur wurde die Teuerung enorm, die vorhandenen Geldvorräte an ukrainischem Geld waren so gut wie wertlos. Mitte Juni näherten sich die Ukrainer wieder der Stadt, die Polen wurden sehr unsicher, die wildesten Gerüchte verbreiteten sich. Zur Zeit, als die Briefschreiberin Stanislau verließ, um über Lemberg nach Deutschland zu reisen, war die politische Lage durchaus ungeklärt. Gesundheitlich aber ging es den Deutschen gut und von gröberen Ausschreitungen und Belästigungen war nichts zu hören.

Schweiz

In der Schweiz setzt eine fein ausgedachte französische Propaganda ein, von der wir vermuten, daß sie auch in den vom Feinde besetzten Gebieten Deutschlands sich breit macht. Es werden an einzelne Adressaten drei in deutscher Sprache gedruckte Prospekte versandt, die von einer Vereinigung: „les amis de la France", section France-Suisse, ausgehen. Der erste Zettel verweist auf das Hilfswerk der Schweiz, dem sich würdig die französischen Taten an der Marne und vor Verdun anreihten, wo Frankreich durch seine eigene Rettung auch eine Schutzwehr der Nachbarvölker geworden sei. Unter den Ehrenpräsidenten, deren Namen zum Teil im Faksimiledruck angefügt sind, figurieren unter anderem Clemenceau, Joffre, Deschanel, Painlevé, Bourgois, Thomas, Viviani, Freycinet, Barthou, Briand, Doumer, Barrès, Bergson und schließlich die drei Präsidenten des katholischen, protestantischen und jüdischen Komitees zur Propaganda im Auslande. Als membres du conseil zeichnen eine weitere Reihe glänzender Namen unter Führung zahlreicher Damen des Hochadels. Ein zweites Druckschreiben gibt die Ziele der Gesellschaft an. Alle Schweizer Mitglieder und von einer amtlichen oder halbamtlichen Dienststelle Empfohlenen sollen im Hauptbüro in Paris, Nr. 117 der Avenue des Champs-Elysées freundlichst empfangen werden. Zum Empfang angesehener Persönlichkeiten hielten mehrere Familien ihre Salons bereit, französische Persönlichkeiten sollten mit bestimmten Aufträgen, zum Beispiel zur Veranstaltung von Kunstausstellungen, Vorträgen usw. in die Schweiz entsandt werden. Meisterwerke der französischen Literatur sollten in Sammelsendungen an die Schweizer Universitäten, Bibliotheken und Lesesäle übersandt werden, und

Digitized by Google

es sollen auch persönliche Zuwendungen erfolgen, in denen das übersandte Buch mit der Widmung des Verfassers versehen wird. Auch soll Schweizer Literatur in Frankreich verbreitet werden. Eine illustrierte Halbmonatsschrift soll die besten Erzeugnisse und die schönsten Stiche vereinigen, die in den Ländern der Entente und in den Frankreich befreundeten Ländern hervorgebracht würden. Als Ehrenvorsitzende auf Lebenszeit werden Personen mit einer Gabe von 50 000 Franken und darüber aufgenommen, für Vereinswohltäter ist ein Beitrag von 200 Franken festgesetzt, aktive Mitglieder zahlen 100 Franken. Das dritte Anschreiben endlich stellt die Beitrittserklärung dar. Man sieht, es handelt sich also nicht um Massenfang, sondern um eine feine Auswahl der Intelligenz und der besitzenden Klassen. Ein Freund unseres Blattes übersendet uns das ganze Material, das recht deutlich zeigt, mit welcher Kulturpropaganda Frankreich seinen Sieg auszunutzen versuchen will.

In Nr. 25 der „Schweizer Hotel Revue" wendet sich der Schweizer Hotelier-Verein gegen eine falsche Meldung, er habe den Beschluß gefaßt, kein deutsches oder österreichisches Personal mehr zu beschäftigen. Er stehe allerdings auf dem Standpunkt, keine zuwandernden Ausländer anzustellen, solange so zahlreiche gut geeignete Schweizer für derartige Stellungen zur Verfügung ständen. Daran werde niemand etwas aussetzen können. Aber in Stellungen befindliche Ausländer zu entlassen, liege dem Verein fern. Es sei im Verein wiederholt vor solcher Politik gewarnt worden.

Gegenüber der Weigerung der Schweizer Behörden, deutschen Wehrleuten die Einreiseerlaubnis zu geben und Erleichterungen der bisher so rücksichtslosen Maßnahmen zu gewähren, ist es interessant, in Schweizer Blättern zu lesen, daß der Regierungsstatthalter Borella, der von der schweizerischen Behörde mit der Visierung der Pässe der in Como auf die Einreisebewilligung wartenden entlassenen italienischen Soldaten beauftragt wurde, seine Mission zur vollen Befriedigung der italienischen Regierung erfüllt habe. Die Quarantänestation Chiasso passierten seit 10. April über 1100 italienische Soldaten. Weitere 500 haben in Como bereits eine Einreisebewilligung bekommen und nur 29 Personen sind seit Bestehen der Quarantänestation wegen Krankheit oder wegen Beleidigung Schweizer Wachposten zurückgewiesen worden. Daß diese unterschiedliche Behandlung zu einer starken Erbitterung unter den deutschen Wehrleuten geführt hat, ist verständlich.

Polen

Harte Tage sind über das Deutschtum in Lodz hereingebrochen. Die Schließung der höheren deutschen Schulen und des deutschen Theaters, über die wir an anderer Stelle dieser Nummer berichten, drücken schwer auf die Stimmung der Deutschen. Auf der anderen Seite läßt sich das Erwachen deutschen Selbstbewußtseins doch immer wieder von neuem mit Freuden begrüßen. So hat die jetzt nach monatelangem Zögern des Konsistoriums die bei der Lodzer Johannesgemeinde ausgeschriebene Pastorenwahl mit einer ganz offenkundigen Niederlage des deutschfeindlichen Konsistoriums und seines famosen Generalsuperintendenten Bursche geführt. Zur Wahl standen, wie schon früher an dieser Stelle berichtet, ursprünglich zwei Pastoren, der polenfreundliche Pastor Falzmann und der bewußt deutsche Pastor Gerhardt, in Lodz. Das Konsistorium stellte jedoch nur Falzmann zur Wahl auf, diese ergab aber in den letzten Junitagen, daß Falzmann von den abgegebenen 200 Stimmen nur etwa 70 bekam; der einzige aufgestellte Kandidat fiel also glänzend durch, ein Beweis dafür, daß sich das Lodzer Deutschtum nicht jeden Zwang vom Warschauer Konsistorium aus gefallen läßt.

Seit langem zum erstenmal hat ein Deutscher auch im polnischen Reichstag das Wort ergriffen. Fabrikant Spickermann, Vertreter der deutschen Volkspartei in Polen, äußerte sich folgendermaßen zur Agrarreform: „Einer der polnischen Abgeordneten aus Posen hat erklärt, daß die durch die sogenannten deutschen Ansiedler bewohnten Kolonien für die polnische Republik gefährlich seien. Dieser Vorwurf ist unbegründet. In Kongreßpolen gibt es über 1000 derartiger Kolonien, und doch leben ihre Bewohner in der schönsten Harmonie mit der polnischen Bevölkerung. Kein deutscher Ansiedler ist polenfeindlich gesinnt. Die Bürger tragen alle Lasten für den polnischen Staat, unsere Söhne und Brüder vergießen ebenso wie die anderen ihr Blut bei der Verteidigung des Landes." Zum Schluß erklärte der Abgeordnete, daß die beiden deutschen Vertreter mit der Mehrheit, d. h. also gegen die zielbewußte Agrarreform stimmen würden, und hat damit neuerdings eine Erfahrung bestätigt, die man so häufig mit Auslanddeutschen machen muß, die die Heimat schon lange verließen. Haben sie sich erst dem Gesamtwirtschaftskörper des Gastlandes eingewöhnt, so ist ihre dortige politische Stellungnahme leider fast immer unter zwei Gesichtspunkte zusammenzufassen. Was die innere Politik des Gastlandes anbelangt, stehen sie weit rechts. Was ihr eigenes Bewußtsein von Pflicht gegenüber dem deutschen Volkstum anbelangt, sind sie so liberal, daß daraus eine fast vollkommene Negierung völkischer Eigenart resultiert. Man kann nur wünschen, daß die Zukunft in dieser Richtung recht viel ändert. Auch die Zeit nach dem Kriege wird viele Deutsche aus dem Vaterlande abwandern lassen, möchten sie draußen bewußte Träger demokratischer Gedanken sein, möchten sie aber bei allem Liberalismus gegenüber dem Gastland, das sie wirtschaftlich und politisch aufgenommen hat, sich ihrer Pflichten gegenüber ihrem Volkstum bewußt bleiben. In dieser Richtung sollen und müssen auch alle Bestrebungen gehen, die darauf hinzielen, den deutschen Minderheiten im Auslande Schutz ihrer deutschen Kultur zu verschaffen. Vor allem in den Gebieten, die jetzt neuerdings durch den Friedensvertrag an Polen fallen, muß deutsche Art und deutsche Sprache und vor allem deutsche Kultur in Schule, Kirche und Haus voll geschützt werden, es muß Aufgabe aller beteiligten Kreise sein, den Schutz des deutschen Volkstums in diesen Gebieten von vornherein mit aller Energie zu betreiben. Ohne auf Einzelheiten heute schon einzugehen, ist hier vor allem darauf hinzuweisen, daß die abgetrennten preußischen Landesteile, was ihre kirchliche Zugehörigkeit anbelangt, auf jeden Fall auch weiterhin der preußischen Landeskirche angehören müssen, ihre Unterstellung unter das unzweifelhaft deutschfeindliche Warschauer evangelisch-lutherische Konsistorium würde für die evangelisch-unierte Kirche in Posen, Westpreußen und in den nach der Abstimmung entfallenden Teile Oberschlesiens und Ostpreußens einer Katastrophe gleichkommen. hg.

Baltikum

Einigermaßen verworren war in den letzten Wochen die politische Lage durch eine Aktion des gestürzten lettischen Ministerpräsidenten Ulmanis, der sich mit den Esten verbunden hatte, um sich selbst wieder zur Herrschaft zu bringen. Man scheute nicht vor offener Aufforderung an die „roten Soldaten" zurück, sich mit der Waffe in der Hand auf der lettischen Kommandantur zu melden. In den von den Regierungstruppen unbesetzten lettländischen Gebieten wurden alle Männer zwischen 23 und 40 Jahren von den Leuten des Ulmanis in fieberhafter Eile mobilisiert, die Bevölkerung wurde gegen die „baltischen Barone" wieder einmal aufgehetzt, die die Bolschewisten ins Land gelassen hätten, nur um Ulmanis stürzen zu können.

Zu dem Konflikt zwischen Esten und Letten teilt demgegenüber die lettische Regierung Needra mit, daß die

Digitized by Google

Einigungsverhandlungen im besten Zug gewesen seien, bis die Vertreter Englands eingriffen und den Esten Unterstützungen brachten. Eine Waffenruhe, die man einschob, um Zeit zu gewinnen, wurde von den Esten nur dazu benutzt, in Nordlettland eine Zwangsmobilisation durchzuführen. Welche Rolle die Engländer in diesem ganzen Konflikte gespielt haben und welche politischen und namentlich wirtschaftlichen Gründe sie dabei geleitet haben, das bedarf erst noch einer gründlichen Aufklärung. Jedenfalls sind sie nach außen höchst geschickt aufgetreten. So hat die französische Militärmission aus Anlaß des Friedensschlusses dem Stadthaupt von Libau 2000 Mark für die Armen der Stadt Libau übermittelt. Sofort nach Bekanntwerden des Friedensschlusses sind die fremden Missionen, die zuvor auf Befehl ihrer Regierungen Lettland verlassen hatten, wieder zurückgekehrt. Sie haben nun alsbald das Mäntelchen, mit dem sie ihre Politik verschleierten, fallen lassen. Kaum war der Frieden geschlossen, so proklamierte ein englischer Befehl den früheren Ministerpräsidenten Ulmanis wieder zum Chef der Regierung. Die Kämpfe zwischen Letten und Esten östlich Riga kamen nun auch zum Abschluß, ein Waffenstillstand wurde geschlossen, wonach die reichsdeutschen Truppen der Landeswehr die Stadt räumen und nur lettische Truppen in ihr verbleiben sollen. Die Esten verpflichteten sich dagegen, in ihrer heutigen Stellung an der Seenkette unmittelbar östlich von Riga stehen zu bleiben und Riga nicht zu besetzen. Damit ist Riga wenigstens zunächst vor dem Schicksal eines zweiten Bolschewisteneinfalls gesichert, denn jetzt, nachdem sie ihren Willen durchgesetzt und die Deutschen lahmgelegt haben, werden die Ententemissionen Herrn Ulmanis zu einer etwas schärferen Stellungnahme gegen den äußersten Radikalismus veranlassen. Da er nur ein gefügiges Werkzeug in ihrer Hand ist und da England nunmehr seine Pläne einer aktiven Politik in der Ostsee reifen sieht, werden die Dinge wohl in ruhigeren Fluß kommen. Ulmanis ist mit seinem Kabinett in Libau feierlich eingezogen und empfangen worden. Er kam mit dem Dampfer Saratow, hielt eine Parade über die Truppen und aufgestellten lettischen Vereine ab und versprach nach einer Ansprache des Stadthaupts, er kehre zurück nicht um Rache, sondern um Gerechtigkeit zu üben. Der britische, französische und amerikanische Vertreter hielten sodann von der mit den Fahnen Lettlands und der Alliierten geschmückten Tribüne herab Reden an das begeisterte Volk. Es sprachen Vertreter der lettischen Vereine und des Roten Kreuzes, in deutscher Sprache auch der Vertreter der Deutsch-Baltischen Fortschrittlichen Partei, Dr. Bürger, der der Regierung eine lange und segensreiche Tätigkeit auch zugunsten der in zivilisatorischer und kultureller Beziehung um das Land so wohl verdienten deutschen Minderheit wünschte. Vertreter der Schulen und der Juden folgten mit Reden. Eine endlose Kette von Ovationen schloß sich an.

In besonders feierlicher Weise hat man am 26. Juni in Libau den Gedenkstein entfernt, den die deutschen Truppen am Jahrestage der Besetzung Libaus errichtet hatten. Lettische Truppen waren in Parade dabei aufgestellt, die Mitglieder der Ententekommission schritten die Front der Truppen ab. An Stelle des deutschen Adlers wurde eine lettische Fahne gehißt, die lettische Hymne und die Hymnen der Alliierten wurden dabei gesungen. Abgesehen von dem politischen Charakter der Entfernung des Denkmals ist das Verschwinden dieses deutschen „Zeichens" nicht gerade zu bedauern. Das Denkmal war künstlerisch so mißraten, daß es eher eine deutsche Schande, als eine deutsche Erinnerung bedeutete.

Der Deutsch-baltische Nationalausschuß, über dessen Wirksamkeit man jetzt wohl allerdings skeptisch denken muß, hat seinen Sitz von Libau nach Riga verlegt, er besteht nunmehr aus 53 Mitgliedern, von denen 21 aus Riga stammen, 16 auf Kurland, 10 auf Livland außer Riga, 6 auf die Fronttruppen entfallen. Von den kurländischen Vertretern werden je 5 vom Großgrundbesitz und von Libau, 3 von Mitau und die übrigen von den kleineren Städten Kurlands gewählt. 10 Mitglieder bilden das Präsidium. Das Stimmrecht kann von Abwesenden auch durch schriftliche Uebertragung auf einen Vertreter, der Mitglied des Nationalausschusses ist, ausgeübt werden. Für Riga ist übrigens zu den Stadtverordnetenwahlen ein Kompromiß zustande gekommen, wonach die bürgerlichen Parteien 60, die Arbeiter 30 Sitze erhalten sollen. Die Bürgerlichen verteilen ihre Sitze auf je 25 Letten und Deutsche und je 5 Juden und Russen.

Die Nachrichten über das Schicksal deutscher Arbeit im Baltikum lauten aber immer trüber. Zwar hat der Protest der deutschen Vertretung gegen die vorgesehene Ausweisung aller Reichsdeutschen in Libau doch wenigstens etwas gewirkt insofern, als alle bereits vor dem Kriege dort ansässigen Reichsdeutsche bleiben konnten, soweit sie „politisch einwandfrei" seien, und als auch für andere Reichsdeutsche Ausnahmen zulässig seien; aber die übrige Arbeit ist doch schwer behindert worden. In den Besprechungen über die Zukunft der Landeswehr hat der englische General Gough Weisungen überreicht, nach denen reichsdeutsche Mitglieder aus der baltischen Landeswehr auszuscheiden haben, die Landeswehr selbst aber weiterbestehen bleiben soll und weiter den Bolschewismus zu bekämpfen hat, wie auch für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern zu verwenden ist. Die Wehr soll umuniformiert werden. Ein neutraler Befehlshaber soll einem rein baltischen Stabe vorstehen. Die deutsche Ausrüstung soll evtl. übernommen werden, die deutschen Stellen sollen über alle Verhandlungen fortlaufend unterrichtet werden. Auf den Hinweis baltischer Vertreter aber, daß die reichsdeutschen Mitglieder der Landeswehr sich verschiedene Rechte erworben hätten (gemeint sind die Siedlungsrechte und das Recht lettischer Staatsbürgerschaft), antworteten die Vertreter der Alliierten, daß durch den Frieden von Versailles alle Verträge und Abmachungen auch im Osten hinfällig geworden seien. Eine schwache Hoffnung bleibt noch, daß die lettländische Regierung, die doch, um Reichsdeutsche zum Kampfe gegen den Bolschewismus zu bekommen, diese Rechte vertraglich zugesichert hat, diesen ihren Standpunkt auch durchsetzen, aber es ist, wie gesagt, nur eine schwache Hoffnung.

Das mit so schönen Hoffnungen begonnene deutsche Siedlungswerk scheint in seinen Grundlagen erschüttert und vorläufig sieht die Lage eher zu seinen Ungunsten als zu seinen Gunsten aus.

In Estland haben bekanntlich die deutschen Vertreter die Selbständigkeitserklärung des Landes nicht unterzeichnet, weil sie zu den Vorarbeiten für den Entschluß nicht herangezogen worden waren, weil ihnen der Schutz von Person und Eigentum nicht genügend garantiert schien und weil die Frage endlich ihnen insofern verfrüht schien, als die Friedenskonferenz sich noch nicht mit der ganzen Sache befaßt habe. Daraufhin haben die Dorpater Stadtverordneten bei ihrer Wahl zu den Ausschüssen keine Deutsche in die Ausschüsse gewählt, und der Vorstand des Dorpater estnischen Beamtenvereins hat die Entfernung sämtlicher deutschstämmigen Beamten verlangt. Viel böses Blut haben auch die Kämpfe zwischen estnischen und lettländischen Truppen gemacht, weil man in den Deutschen die Anstifter dazu erblicken wollte. Demgegenüber verweisen die Deutschen darauf, daß sie als erste die Kriegsmacht gegen die Bolschewisten organisiert hätten. Das deutsche Baltenregiment in Estland, das 800 Mann zählt, kämpft zurzeit im Verband des russischen Nordkorps außerhalb der Grenzen

Digitized by Google

Estlands gegen Petersburg. Oberst von Weiß befehligt es. Das estnische Volk aber nennt es die „Baronsbande". Das Regiment ist nicht einheitlich uniformiert und wird zwar offiziell, aber nicht in Wirklichkeit von der estnischen Regierung besoldet, so daß es ihm an Geld fehlt. Die ganze männliche Jugend des Landes gehört dem Regiment an. Bei der Säuberung Estlands von den Bolschewisten hat das Regiment seine Tapferkeit besonders glänzend erwiesen.

Das Kabinett Ulmanis ist von dem lettländischen Volksrat, der am 11. Juli wieder in Riga zusammengetreten ist, von neuem bestätigt worden. Eine Reihe von Ministern aus dem früheren Kabinett sind übernommen worden. Unter den neu hinzugetretenen Mitgliedern befinden sich die Deutschbalten Dr. Erhardt für Finanzwesen und Dr. Magnus für Justizwesen, sowie ein Jude, Chouf, der die Kontrolle übernehmen wird.

Finnland

Der erste Transport deutscher Ferienkinder nach Finnland fuhr am 8. Juni auf dem Dampfer „Baltik" mit 116 Kindern von Lübeck nach Helsingfors. Ein finnischer Arzt und zwei Schwestern geleiteten die Kinderschar. Was Milchreis war, so berichten finnische Blätter, wußte ein großer Teil der Kinder überhaupt nicht. Im Ankunftshafen hatten sämtliche Schiffe zur Begrüßung die deutsche Flagge gehißt, eine dicht gedrängte Menschenmenge empfing die Kinder. In Autos wurden die kleinen Gäste in ein Schulhaus gebracht, auf ihren schön weiß bezogenen Bettchen lagen eine Tafel Schokolade und Bonbons. Am nächsten Tage wurden die Sehenswürdigkeiten von Helsingfors besichtigt, die Gräber der deutschen Gefallenen wurden mit Blumen geschmückt, dann begann die Verteilung der Kinder auf die einzelnen Familien, die sich zu ihrer Unterbringung gemeldet hatten.

Dänemark

Die Deutschen in Dänemark sammeln Unterschriften zu einem Protest gegen die Änderung der deutschen Flagge, den sie der Nationalversammlung überreichen wollen. Die in Skandinavien lebenden Deutschen werden aufgefordert, ihre Unterschriften gleichfalls zu geben. „Um der Vergangenheit, um unserer Zukunft und um unserer Ehre willen", so heißt es in dem Protest, „müssen wir durch diese Zeit der Not die deutsche Fahne retten. Für uns Auslanddeutsche bedeutet ein solcher Wechsel wohl noch mehr und anderes als für unsere Landsleute daheim. Es ist als ob man von uns verlangte, öffentlich zu bekennen, daß wir uns unseres alten Vaterlandes schämen müssen." Durch den in der Nationalversammlung gewählten Mittelweg, die alte Reichsflagge wenigstens auf See beizubehalten, werden wohl die Auslanddeutschen einen Teil ihrer Wünsche erfüllt sehen. Denn die Flagge auf See wird wohl auch die Flagge der Auslanddeutschen bleiben.

Belgien

Der allzu feste Zusammenhalt der Entente-Staaten beginnt sich etwas zu lockern, auch was die Führung des künftigen Handelskrieges angeht, ohne daß man in dieser Beziehung sich allzu rosigen Vorstellungen hinzugeben brauchte. Es war zu erwarten, daß die reine Negation, die in der Führung des Handelskrieges nach Friedensschluß gelegen hätte, sich nicht durchsetzen würde. Ebenso wie politisch dieser Friede nicht alle unsere Gegner befriedigen kann, die einen nicht, weil er nicht weit genug geht, die andern nicht, weil er ihnen zu weit geht, ebensowenig können auf die Dauer die auseinanderstrebenden Handelsinteressen der Gegner unter einer Zwangsfaust schematisch reguliert werden. Es ist recht bezeichnend, daß diese Ansicht sich auch in Belgien durchsetzt, wo man alles, was deutsch ist, mit fanatischem Haß verfolgt. Das Amsterdamer Wochenblatt „Neptun", das, dem „Debig-Bericht" zufolge, Handels- und Schiffahrtskreise vertritt und während des Krieges in London erschien, wo es ausgesprochen nationalistisch-belgische Politik vertrat, veröffentlicht unter dem Titel „sollen wir mit den Boches Handel treiben?" einen scharfen Artikel, der voll Sorge und Furcht die Tatsache konstatiert, daß Engländer, Amerikaner und Franzosen, geschäftsgewandter und weitsichtiger als die Belgier, bereits begonnen hätten mit den Deutschen wieder Handelsbeziehungen anzuknüpfen, um den deutschen Handel nach ihren Ländern hinzuleiten. Die belgischen Geschäftsleute aber, die wohl an die Phrasen geglaubt haben, die die andern nur aussprachen, seien perplex. Man dürfe nicht zögern ihnen zuzurufen: Nehmt Eure Handelsbeziehungen zu Deutschland wieder auf! Wohl wäre es eine Gefahr, wenn die früher in Belgien ansässigen Deutschen mit Hilfe schlechter belgischer Patrioten wieder als Agenten zwischen Belgien und Deutschland dienten, eine schwerere Gefahr aber liegt darin, daß die „gierigen" Verbündeten die Geschäfte an sich reißen und daß Rotterdam Antwerpen den Rang ablaufe. Man müsse also alles Bedenken beiseite setzen und mit Deutschland wieder Handelsbeziehungen anknüpfen. Auf die Vorwürfe der Verbündeten müsse man erwidern: Kehrt vor eurer eignen Tür, wir werden uns schon selber helfen.

Wir können zu derartigen Äußerungen einstweilen stillschweigen. Es wird sich herausstellen, wo Deutschlands Vorteile am besten gewahrt werden können. Wünschenswert wäre freilich, daß nicht nur der einzelne Handeltreibende, sondern daß auch die Allgemeinheit aus diesem Wunsche, Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen, Vorteile ziehen kann, und daß unsere allgemeine Handelspolitik so geleitet wird, daß sie aus der Tatsache, daß man Deutschland und seinen Handel braucht und haben will, auch Nutzen zu ziehen versteht. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß Deutschland als Volk und Land nicht zugemutet werden kann, in freundschaftlicher Weise seine Handelswege gerade dorthin schleunigst zu öffnen, wo man seine Vermögen und Bestände der Auslanddeutschen noch nach Abschluß des Waffenstillstandes in schamlosester Weise liquidierte, sequestrierte und verschleuderte, und daß es verlangen kann, daß diejenigen Länder, die auf seinen Handel und auf Beziehungen mit ihm Wert legen, auch ihrerseits sich im Punkte der Rückgabe wenigstens der Privatgüter der Auslanddeutschen, die für die Gegner gar keine, für die betroffenen Auslanddeutschen aber einen großen Liebhaberwert besitzen, Entgegenkommen zeigen und daß sie auch im übrigen versuchen, Kriegsgeschehnisse und volksrechtwidrige Behandlung der Auslanddeutschen vergessen zu machen.

Hoffentlich besitzen wir nicht die große Morallosigkeit, daß wir uns andern an den Hals werfen und doch uns bei jeder Begegnung daran erinnern lassen müssen, wie schlecht und völkerrechtswidrig man uns auch jetzt nach Friedensschluß noch behandeln darf.

Belgien, der Staat des größten Deutschenhasses, hat übrigens bereits eine Erklärung durch seinen Ministerpräsidenten abgeben lassen, die bei den Auslanddeutschen wenigstens ein Fünkchen Freude auslösen wird: Besitztümer von geringem Werte sollen an ihre Eigentümer zurückgehen. Darunter werden wohl alle persönlichen Effekten zu verstehen sein, persönliche Erinnerungs- und Familienstücke, deren Verlust für die davon Betroffenen besonders schmerzlich gewesen wäre. Man darf nun wohl hoffen, daß diese menschliche Regung sich auch bei den Staatsmännern der übrigen feindlichen Staaten durchringen wird und daß dieser Entschluß des belgischen Ministers entsprechende Folgen in den übrigen Entente-Staaten haben wird. Der belgische Minister hat sich ferner dahin ausgesprochen, daß größere deutsche Besitze in Belgien in das Eigentum des Staates übergehen, Fabriken und Werkstätten

Digitized by Google

von dem Ministerium für ökonomische Angelegenheiten verwaltet werden sollen. Eine Kommission soll die Frage des ferneren Aufenthalts von Deutschen im Lande regeln. Die Pässe werden abgeschafft. Der Deutsche, der in Belgien ankommt, muß seine Verhältnisse und Personalien genau angeben und die zuständige Behörde wird sie prüfen. Dann erhält der Einwanderer die Erlaubnis zu bleiben, oder sie wird ihm verweigert. Die Verweigerung bedeutet den Zwang zu sofortiger Abreise. Diese Mitteilungen machte der Ministerpräsident einem Vertreter des „Soir".

Italien

Es ist kein Zweifel, daß von allen Staaten der Entente Italien am ehesten seine Deutschfeindlichkeit abzubauen sich bestrebt. Es hängt das vielleicht damit zusammen, daß der Krieg gegen Deutschland von jeher weniger populär war als nur der Krieg gegen Österreich, gegen das Italien alte Rechnungen begleichen zu müssen glaubte. Sicherlich spielen auch wirtschaftliche Momente eine gewichtige Rolle. Italien hat schon zu Dreibundszeiten aus der Reihe getanzt und damit nicht schlechte Geschäfte gemacht, es glaubt vielleicht auch jetzt, mit ähnlicher Politik nach zwei Seiten hin nicht gerade übel zu fahren. Sehr böse vermerken das aber die Korrespondenten der Ententepresse in Rom, die zu ihrem Unmut bemerken, daß die ewige Lobhudelei auf alles was ententistisch ist, nicht mehr so unbedingt vorherrscht wie früher. Im Gegenteil, manche Kritik an den Bundesgenossen von heute schleicht sich ein, und man entdeckt umgekehrt manches Gute auch schon wieder an den Bundesgenossen von ehedem. Der Korrespondent der Morning Post in London schreibt seinem Blatte einen verärgerten Artikel, dem er den Titel gibt „ehemalige Feinde willkommen!" Er weist darauf hin, wie in der großen und verbreiteten Presse des Landes sich jetzt Deutschfreundlichkeit breit mache, wie bedeutende Blätter Artikel mit Interviews hervoragender deutscher Persönlichkeiten brächten, wie man nur darauf wartete, daß Fürst Bülow wieder in seine römische Villa zurückkehre, wie man Bulgarien und die Türkei vorsichtig lobend erwähne und mit einer gewissen Schadenfreude auf die Schwierigkeiten Englands in Indien, Ägypten und Malta verweise. Die Enttäuschung über die Pariser Friedenskonferenz spiegelt sich eben deutlich wieder. Das Wort Schadenfreude habe bisher in englischen wie italienischen Wörterbüchern nicht bestanden, jetzt werde man es aber in Italien einführen müssen. Da diese deutschfreundlichen Artikel in der größten und verbreitetsten Presse Italiens zweifellos die Zensur passiert hätten, dürfte dem italienischen Minister des Äußern diese Sprache nicht unbekannt oder auch vielleicht nicht unwillkommen sein.

Rumänien

Im Februar d. J. begann die Bukarester Staatsanwaltschaft das bei Kriegsausbruch begonnene Werk der Beschlagnahme feindlichen Privatgutes, das durch die Zeit der Besetzung unterbrochen war, wieder aufzunehmen. Die Petroleumgesellschaften waren früher schon das erste Ausbeutungsziel, die deutschen Beamten wurden von ihren Posten entfernt, interniert, acht Monate lang in einem Bukarester Hotel dritter Güte sich selbst überlassen. Nur wenige der Bohrmeister konnten in ihrer Stellung verbleiben. Dann kam die Banca Generala Romana (Rumänische Generalbank) an die Reihe, die das ihren Namen tragende Zwangsgeld ausgab, und zum Schluß die Banca de Credit Român (Rumänische Kreditbank), die seit jeher der Bratianu-Partei mißliebig war.

Nach einigen Wochen dauernder Maßnahmen zu Deklarationen über Wertpapiere, Vermögen, Gründungszeit usw. kamen die übrigen Handelsbetriebe oder sonstigen Vermögen von Angehörigen der Mittelmächte vor das Forum, das Justizministerium, Industrieministerium und Staatsanwaltschaft bildeten, und in schnellem Tempo wurden die Sequestrierungen weiter ausgedehnt. So auch auf das blühende deutsche Schul- und Kirchenvermögen, Bukarester Deutsche Liedertafel, Turnverein, Vereinigung der Reichsdeutschen, Verein der Siebenbürger Sachsen, „Transsylvania" usw.

Gegen die erste Entscheidung des Gerichtes konnte der Rekurs ergriffen werden, und dies geschah durch die Vereine nach reiflichen Beratungen von seiten der noch in Bukarest verbliebenen, dort ansässigen, zum Teil naturalisierten Deutschen. Es galt vor allem die Sequestrierung hintanzuhalten, weil diese als Vorläufer der späteren sicheren Enteignung anzusehen war, und so entschloß man sich unter Führung von Dr. med. A. Frank, dem Vorsitzenden der „Transsylvania", zu einem zwar schmerzlichen, aber dem einzigen Ausweg, um die von wackeren deutschen und siebenbürgisch-sächsischen Männern gegründeten Kulturstätten deutschen Geistes vor der Enteignung zu retten. Die Bukarester evang. Kirchengemeinde, die bisher ganz selbständig war, schloß sich der siebenbürgisch-sächsischen Landeskirche als Mitglied an, weil durch das königliche Vereinigungsdekret und infolge der Anschlußerklärung der Siebenbürger Sachsen an Großrumänien die bisherigen Grenzschranken gefallen waren. Eine außerordentlich stark besuchte Hauptversammlung sächsischer, reichsdeutscher, wie auch neutraler Teilnehmer bestätigte diesen Vorschlag des Vorstandes und wählte neue Mitglieder (Sachsen, die jetzt rumänische Staatsbürger wurden, und altnaturalisierte Rumänen) in den Vorstand, welcher dann bei den Staatsbehörden, unter warmer Förderung des siebenbürgisch-rumänischen Verbindungsministers den gesicherten Weiterbestand von Kirche und Schule durchsetzte. Auch die bis dahin gesperrten Schulen wurden neu eröffnet, nur mußten die reichsdeutschen Lehrer und Lehrmittel solchen aus den Reihen der Siebenbürger Sachsen Platz machen.

Die Bukarester Vereine Liedertafel, Turnverein usw. wurden ebenfalls aus der Kategorie der beschlagnahmten Güter gezogen, weil man zum vorübergehenden Zwangsmittel greifen mußte, alle deutschen und deutschösterreichischen Mitglieder auszuscheiden und für die zurückbleibenden Rumänen, Siebenbürger Sachsen, Tschecho-Slowaken (Deutschböhmen), Schweizer usw. konsularisch oder gerichtlich beglaubigte Nachweise zu erbringen, daß darunter keine feindlichen Staatsangehörige mehr sind, also eine Beschlagnahme ganz zwecklos wäre.

Diese Taten, die ein Gebot der Not waren, haben der deutschen Sache in Großrumänien Güter im Werte von vielen Millionen Mark gerettet; die an die Spitze gestellten Männer bürgen dafür, daß der deutschen Sache kein weiterer Schaden geschehe.

Über ein neues, das Deutschtum im Lande wesentlich berührendes rumänisches Vereinsgesetz wird uns ferner geschrieben:

Schon gegen Ende April hörte man Gerüchte, daß von der liberalen Partei (Gebr. Bratianu) schon zur Regierungszeit Marghilomans Gesetzesprojekte ausgearbeitet wurden, die bei Wiederergreifung der Macht — damit rechneten die von den übrigen Parteien als Phantasten oder Desperados verhöhnten Herren schon ziemlich sicher — zur Verwirklichung gelangen sollten. Dazu gehörte auch ein Vereinsgesetz, das bisher in Rumänien ganz fehlte. Es sollen darnach zwei Hauptarten von Vereinen zulässig sein: Rumänische und fremde. In erstere dürften Nichtrumänen nur als außerordentliche, nicht stimmberechtigte und nicht zur Leitung wählbare Mitglieder aufgenommen werden. Diese Vereine sollen die Rechte einer juristischen Person erhalten, was den fremden — als landsmännische Vereinigung fremder Staatsbürger gedachten — Gruppen nicht zustehen sollte. Also würden in Zukunft die Reichsdeutschen in der Bukarester

Digitized by Google

Liedertafel, im Turnverein, Volksbildungsverein und so fort nur als passive Mitglieder sich betätigen können, was sehr zu bedauern wäre, denn gerade diese Elemente waren es, die für Auffrischung der Ideen, Tatkraft zur Förderung der Vereinszwecke das Beste geleistet haben, während das dort einheimische Deutschtum zum Teil schon kosmopolitisch dachte, zum Teil mehr österreichisch-fatalistisch die Dinge kommen ließ, wie es Zeitgeist und Zufall will, während nur eine kleine Gruppe Intellektueller wirklich deutsches Empfinden hatte und Betätigung nach dieser Richtung leistete.

Bulgarien

Von vertrauenswürdiger Seite erhalten die „Mitteilungen" der Deutsch-bulgarischen Gesellschaft zuverlässige Nachrichten über Bulgarien, die das Vorgehen der Entente gegen die Mittelmächte als schroff und rücksichtslos schildern. Die Beschlagnahme zahlreicher Tabaklager in Philippopel schädigt deutsche Interessen schwer. Aber die französische Herrschaft des Oberkommandos erfreut sich nur geringer Beliebtheit, das schroffe Auftreten der Offiziere hat zu mancherlei Zusammenstößen selbst mit amerikanischen Bürgern geführt. Die Italiener, die das Gros der Besatzungstruppen stellen, werden nicht sehr geachtet, der deutsche Soldat und Offizier und ihre vorzügliche Manneszucht sind in aller Bulgaren Herzen noch in bester Erinnerung. Auch die Intelligenzschichten empfinden schwer die Abschließung von Deutschland, mit dem sie allezeit in gutem literarischem, wissenschaftlichem und künstlerischem Verkehr gestanden haben. Man sagt dem Deutschtum in Bulgarien keine schlechte Zukunft voraus.

Frankreich

Ein neuer Regierungsentwurf sieht die Regelung des Aufenthalts- und Niederlassungsrechts für Fremde in Frankreich vor. Für Reisende will man darnach nur einen einfachen Ausweis verlangen, der in Hotels und Pensionen vorgezeigt werden soll, für Wohnsitznehmer ist aber die Verpflichtung eines Passes vorgeschrieben, der von der Verwaltungsbehörde ausgestellt oder auch verweigert werden kann. Handeltreibende oder Berufstätige müssen zu Führung einer bestimmten Statistik eine Erklärung über ihren Beruf beim Bürgermeister ihrer Wohngemeinde abgeben. Auch ausländische Gesellschaften unterliegen diesen Beschränkungen, wogegen für ausländische Arbeiter besondere Erleichterungen vorgesehen sein sollen. Innerhalb Frankreichs besitzen die Ausländer das Recht der Freizügigkeit, doch kann an bestimmten Orten diese Freiheit eingeschränkt werden. Dagegen können Ausländer in den Departements an der Landesgrenze keinen Grundbesitz mehr erwerben oder besitzen und auch keinen Pachtvertrag von mehr als 18 Jahren ohne vorherige Genehmigung abschließen.

England

In der Presse wurde kürzlich die Nachricht verbreitet, die englische Regierung habe gestattet, daß die in England befindlichen Filialen deutscher Firmen wieder eröffnet werden und daß der Privattelegramm- und Handelsverkehr zwischen den deutschen Handelshäusern und ihren englischen Filialen ungehindert vor sich gehen sollen. Von zuständiger Seite wird der „Voss. Ztg." hierzu mitgeteilt: Das Board of Trade hat die Generallizenz wegen Post- und Telegrammverkehr mit dem unbesetzten Deutschland für erlaubte Geschäfte zugestanden; da aber direkte Postverbindung noch nicht besteht, müssen sich die Interessenten der Vermittlung eines neutralen Landes bedienen. Die Generallizenz deckt anscheinend auch den Post- und Telegrammverkehr zwischen deutschen Firmen und ihren englischen Filialen oder Vertretern. Derselbe unterliegt natürlich noch der englischen Zensur.

Bei der Beratung der Aliens Restriction Bill kam es im Ausschuß wiederholt zu interessanten Debatten. Sir Herbert Nield schlug vor, daß vor Ablauf von sieben Jahren keinen ehemals feindlichen Ausländern das Betreten englischen Bodens gestattet werden sollte. Nur zeitweilige Lizenzen von einem Monat sollten vorgesehen werden. Der Staatssekretär des Innern widersprach aber. Wohl wolle er einen Unterschied zwischen Verbündeten und feindlichen Ausländern machen, aber die Frage habe doch ihre Bedenken. Denn Amerika und Japan strengten sich gewaltig an, den deutschen Handel zu sich heranzuziehen, obgleich Amerika nach außen hin Maßnahmen zur Fernhaltung von Ausländern treffe. Deshalb sei die vorgeschlagene Maßnahme falsch und gefährlich, weil sie den deutschen Handel Amerika und Japan in die Hände treibe. Auch ein Redner aus dem Ausschuß betonte, im Interesse einer gesunden Wirtschaftspolitik sei es wohl ratsam, den Deutschen die Rückkehr nach England zu gestatten, doch seien 7 Jahre Ausschluß nicht zu viel. Der Staatssekretär wollte die Ausschlußzeit von sieben auf ein Jahr herabgesetzt haben. Schließlich fiel der Antrag in der Abstimmung mit 14 gegen 11 Stimmen. Ein weiterer Vorschlag ging dahin, Ausländern feindlicher Nationalität den Erwerb oder Besitz von Land und den Besitz von Aktien britischer Geschäftsunternehmungen zu verbieten. Auch hier wünschte die Regierung die Maßnahme auf ein Jahr beschränkt zu haben. Der Vorschlag wurde einstweilen zurückgezogen, um später behandelt zu werden; dagegen gelangte ein Zusatz zur Annahme, der verbietet, feindliche Ausländer auf britischen Schiffen als Offiziere, Kapitäne oder Mitglieder der Besatzung zu beschäftigen. Eine Klausel, Namensänderungen feindlicher Ausländer zu verbieten, wurde zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Ausschuß des Unterhauses, der die Gesetzesvorlage über die den Ausländern aufzuerlegenden Beschränkungen behandelte, beschloß mit 14 gegen 12 Stimmen trotz des Widerstands der Regierung eine Klausel in das Fremdengesetz einzufügen, die bestimmt, daß jeder frühere feindliche Ausländer, der sich jetzt in den vereinigten Königreichen aufhält, sofort deportiert werden solle, wenn er nicht innerhalb eines Monats nach Annahme der Vorlage vom Staatssekretär des Innern die Erlaubnis erhalte, zu bleiben.

Palästina

Nach neueren uns vorliegenden Nachrichten sind weitere Ausweisungen aus dem Bereich der deutschen Templerkolonien nicht mehr erfolgt, es scheinen im Gegenteil gewisse Erleichterungen eingetreten zu sein. Von den noch in Konstantinopel befindlichen Deutschen, die mit dem letzten Transport hier hätten eintreffen sollen, hat ein kleiner Rest der palästinenser Templerkolonisten doch die Erlaubnis erhalten, dort zu bleiben und abzuwarten, und von einem Kolonisten ist bekannt, daß ihm die Rückkehr nach Hause bereits gestattet worden ist.

Ceylon

Aus Colombo berichtet Kellys Monthly Trade Review, daß die Handelskammer einstimmig beschlossen habe, keinem feindlichen Untertan solle die Wiederaufnahme des Handels in der Kolonie erlaubt werden. Import und Export mit feindlichen Ländern soll nur durch die Bürger Englands oder der ihnen verbündeten Staaten betrieben werden.

Sumatra

Unmittelbar nachdem die Aufhebung der schwarzen Listen bekannt gemacht worden war, teilten, einer Meldung der „Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande" zufolge, die Leiter der englischen Firmen in Deli den bisher boykottierten deutschen Firmen telephonisch mit, daß sie die Wiederaufnahme der Beziehungen sehr zu schätzen wüßten. Nehmen wir es als gutes Omen für die Stellung des deutschen Handels in der Welt!

Digitized by Google

Süd-Afrika

Die „Times" melden aus Kapstadt, daß bisher 1480 Deutsche aus der Südafrikanischen Union nach Deutschland zurückgesandt worden seien, weitere 100 Deutsche sollten folgen. Es handelt sich dabei um „Verdächtige" und um solche, die ihre Heimsendung selbst gewünscht haben. Aus dem südwestafrikanischen Schutzgebiet seien 3250 Deutsche, zumeist Offiziere, Soldaten und Beamte zurückgesandt worden, während 2250 Deutsche noch auf die Heimreise warteten, die erst erfolgen könne, wenn die nötigen Schiffe dafür zur Verfügung gestellt werden könnten.

Amerika

Verschiedenen Meldungen zufolge hat der Generalstaatsanwalt sämtlichen Anwälten der amerikanischen Staaten den Befehl übermittelt, die scharfen Bestimmungen hinsichtlich der feindlichen Staatsangehörigen nicht mehr in Anwendung zu bringen. Die in Internierungslagern befindlichen feindlichen Staatsangehörigen sollten auf Ehrenwort freigelassen werden, mit Ausnahme derjenigen, deren weitere Festhaltung durch das allgemeine Interesse geboten sei. Mehrere tausend Internierte werden von diesem Entschlusse betroffen.

Brasilien

Die „Mitteilungen der Ibero-Amerikanischen Gesellschaft" veröffentlichen Einzelheiten über eine Publikation des Vorsitzenden der Brasilianischen Banküberwachungs-Kommission, die in einer maßgebenden Rio-Wirtschaftszeitschrift erschien und über die Maßnahmen gegen die in Brasilien arbeitenden deutschen Banken berichtet. Wir entnehmen diesen Notizen in Ergänzung früherer von uns gebrachter Mitteilungen das folgende: Wenige Tage nach der Kriegserklärung Brasiliens an Deutschland verfügte ein Dekret der Brasilianischen Regierung die Aufsicht über die deutschen Bankinstitute, deren Kontrolle von Aufsichtsbeamten des Finanzministeriums übernommen wurde. In Brasilien arbeiten drei deutsche Bankinstitute: die „Brasilianische Bank für Deutschland", bekannt als „Banco Allemao da rua da Quitanda", die „Deutsch-Südamerikanische Bank" (Banco Germanico da America do Sul) und die „Deutsche Ueberseeische Bank" (Banco Allemáo Transatlantico). Von den genannten drei Instituten ist das älteste in Brasilien die „Brasilianische Bank", die laut Dekret Nr. 10030 vom 7. 9. 1888 ermächtigt wurde, für eine Dauer von 20 Jahren ihre Tätigkeit zu beginnen; dieser Termin wurde im Jahre 1904 um weitere zehn Jahre verlängert.

Hinsichtlich Brasiliens stellt die genannte Bank eine Sonderheit dar: ihr Sitz ist in Hamburg; sie wurde von einer Aktiengesellschaft gegründet, deren einziger Zweck das Betreiben von Bankgeschäften in Brasilien ist, ohne daß sie in irgendeinem anderen Lande Zweigniederlassungen unterhielt. Dagegen sind die beiden anderen Banken, die in Brasilien Geschäfte betreiben, Niederlassungen von großen deutschen Bankunternehmungen, die in fast allen Weltteilen Filialen besitzen.

Danach könnte eigentlich die „Brasilianische Bank" als spezifisch brasilianisch angesprochen werden, die in ganz Brasilien, mit wichtigen Filialen in Bahia, Sao Paulo, Santos und Rio Grande do Sul arbeitet.

Die „Deutsch-Ueberseeische" und die „Deutsch-Südamerikanische" erhielten Erlaubnis, ihre Geschäfte zu betreiben laut Dekret Nr. 8847 vom 26. 7. 1911 bzw. Nr. 8741 vom 25. 5. 1911 auf je zwanzig Jahre.

Da die „Deutsch-Ueberseeische" nach der brasilianischen Kriegserklärung ihre Filialen in Santos und Sao Paulo liquidiert hat, unterhält sie jetzt nur noch ihre Niederlassung in der Bundeshauptstadt. Die „Deutsch-Südamerikanische" unterhielt keine Filialen an anderen Plätzen Brasiliens, außer der Niederlassung in der Hauptstadt.

Laut Verordnung vom 28. 7. 1918 beschloß der Finanzminister die Einstellung der Transaktionen der deutschen Banken und verbot in Zukunft neue Geschäfte; es wurde nur die Abwicklung früher abgeschlossener Transaktionen gestattet. Es wird sodann in der Veröffentlichung darauf hingewiesen, daß die Aufsicht in großzügiger Weise gehandhabt werde und daß die Aufsichtsbeamten keineswegs die Leitung der Banken übernommen hätten, sondern nur die Banken überwachten, damit nichts zum Nachteil des Landes geschehe. Später, laut Dekret Nr. 13235 vom 11. 10. 1918, das im „Diario Official" vom 6. 11. 1918 veröffentlicht wurde, erweiterte man die Regierungsbefugnisse und hob die gegebene Ermächtigung für die deutschen Banken auf, in Brasilien Geschäfte zu betreiben; es wurde ein Termin von sechs Monaten für die Liquidation gestellt. Nur mit Bezug auf die „Brasilianische Bank" war es unnötig, die Aufhebung der Geschäftserlaubnis anzuwenden, da die genannte Bank mit dem 7. 9. 1918 ihre Konzession geendet hatte und ihr vom Ministerium eine Verlängerung derselben verweigert worden war. Nach Abschluß des Friedensvertrages wird die Regierung natürlich über den Betrieb jener Banken zu beschließen haben; die Bedingungen solcher neuen Konzessionen hängen von den Beschlüssen des Versailler Kongresses ab. Die Meinungen über diese Angelegenheit gehen auseinander. Einige sind der Ansicht, daß den Deutschen in Zukunft keine Beschränkungen auferlegt werden; denn die Verbündeten müßten Deutschland wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeit geben, damit es die ihm auferlegten außerordentlich hohen Entschädigungen zu zahlen imstande wäre. Andere hingegen meinen, daß den deutschen Geldern die Tore der Welt verschlossen sein werden als Verteidigung gegen seine Expansionsgelüste, und im letzteren Falle würden deutsche Bankbetriebe nicht gestattet werden.

In England sollten, gemäß einem im Unterhaus erlassenen Gesetze, erst fünf Jahre, vom Tage der Kriegsbeendigung an, deutsche Banken die Erlaubnis zur Etablierung erhalten. Die brasilianischen Bedingungen und Interessen glichen indessen in diesem Punkte nicht den englischen. Wenn keine besonderen Verfügungen hierüber im Friedensvertrag vorgesehen seien, werde diese Frage gemäß den besonderen brasilianischen Verhältnissen und in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Verfassung zu entscheiden sein.

Argentinien

Das „Nachrichtenblatt" des Reichswanderungsamtes hat von einer zuverlässigen Privatnachricht aus Argentinien Kenntnis erhalten, wonach in Argentinien geborene Söhne ausländischer Eltern von ihrer Dienstpflicht im argentinischen Heere entbunden werden, wenn sie den Krieg mitgemacht haben. Man wußte bisher nur von einem Entwurf zu einem derartigen Gesetze, nicht aber von seiner Annahme im Kongreß. An amtlichen Stellen ist hier auch näheres noch nicht bekannt. Die Nachricht ist aber für sehr viele Deutschargentinier von außerordentlich großem Interesse. Uns ist eine Reihe von Fällen bekannt, in denen in Argentinien geborene Söhne deutscher Reichsangehöriger, die also die doppelte Staatsangehörigkeit besitzen, während sie im deutschen Heere dienten, eine Einberufung zur argentinischen Wehrmacht bekamen, oder auch schon nach ihrer Entlassung aus dem deutschen Heere eine Neueinberufung für die argentinische Wehrmacht erhielten.

Nach einer Meldung des W. T. B. haben in Argentinien auf Veranlassung des deutschen Volksbundes in allen Städten und Ortschaften, wo Deutsche in großer Zahl beisammen wohnen, Versammlungen von Deutschen und Deutschfreunden stattgefunden, die starken Protest gegen die ungeheuerlichen Friedensbedingungen der Gegner erhoben und ein treues Bekenntnis zum Deutschtum ablegten.

Digitized by Google

China

Ein Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" hatte in Dresden eine Unterredung mit dem Leiter der bekannten Inner-China-Expedition, Dr. Stötzner und seinen Mitarbeitern, Dr. Weigold und Dr. Israel. Alle drei sprachen sich übereinstimmend dahin aus, daß Deutschland bei Chinesen und Japanern trotz aller Ereignisse sich weitgehender Sympathien erfreue. Die ernsthaften chinesischen Politiker seien alle deutschfreundlich, nur Zwang habe ihre Politik ändern können. Obgleich die Amerikaner zahlenmäßig im Gründen von Schulen für Chinesen den unbestrittenen Vorrang haben, waren die deutschen Schulen der Güte nach die hervorragendsten. Als die deutsche Medizin- und Ingenieurschule in Schanghai geschlossen werden mußte, brachten chinesische Großkaufleute große Summen auf und stellten die deutschen Lehrer wieder an, nur pro forma trat ein chinesischer Leiter an die Spitze. Als sie dem Zwang der Entente nachgebend, die deutschen Lehrer entlassen mußten, stellten sie nur solche chinesische Lehrer an, die von Deutschen ausgebildet waren und deutsche Schulen besucht hatten. Die deutschen Waren werden schmerzlich vermißt, vor allem Indigoblau, da 400 Millionen Chinesen indigoblaue Werktagskleidung tragen. Als die deutschen Vorräte zu Ende gingen, mußten die Kaufleute der Verbündeten in ihren Läden Schilder anbringen mit der Inschrift: Für die Haltbarkeit der Farbe kann nicht garantiert werden! Die deutschen Kaufleute werden wieder nach China zurückkehren können und werden dort ein zwar nicht leichtes aber gutes Feld ihrer Tätigkeit wieder vorfinden. Die kluge Politik des Gouverneurs von Tsingtau, nicht die Besatzung einem nutzlosen Ende zu opfern, sondern die wertvollen Menschenkräfte zu schonen, hat Deutschland seine wertvollsten Kenner der chinesischen Verhältnisse erhalten. Das wird sich lohnen.

Die Chinesen haben, dem „Wochenbericht für die aus China ausgewiesenen Reichsdeutschen" zufolge, nach einer Nachricht von Mitte April alle deutschen Grundstücke übernommen, mit Ausnahme derer in der französischen Niederlassung. Ueber diese wollen sich China und Frankreich erst noch verständigen. Die chinesischen Kaufleute und Untertanen sind von ihrer Regierung angewiesen worden, etwaigen deutschen Gläubigern nichts mehr zu bezahlen, sondern alle Gelder an die Regierung abzuführen. Die aus China ausgewiesenen Firmenchefs haben auf Anregung des Hamburger Ostasiatischen Vereins einen Ausschuß von 5 Herren gebildet, der die Welt durch kurze, präzise Veröffentlichungen über die schamlose Behandlung der Chinadeutschen durch die Alliierten, namentlich durch die Engländer, aufklären soll.

KLEINE NACHRICHTEN

Jonas Dahl, der Dichter und Pfarrer, ist nach einer Mitteilung des „Gemeindeboten Christiania" nach schwerem Leiden im Mai in Bestum verstorben. Er hat sich um die deutsche Sache sehr verdient gemacht, indem er der deutschen Gemeinde vor Anstellung ihres eigenen deutschen Pfarrers einigemal Gottesdienst in deutscher Sprache hielt.

Ehrung eines deutschen Gelehrten durch Island. Dem sächsischen Professor und Islandforscher Carl Küchler wurde durch die Vermittlung der deutschen Gesandschaft in Kopenhagen „in ehrenvoller Anerkennung seiner Verdienste um Island" eine Ehrengabe des isländischen Volkes von mehreren tausend Kronen überwiesen. Er beabsichtigt, den „Leipz. N. Nachr." zufolge, die Summe für eine milde Stiftung für arme isländische Studenten an der isländischen Landesuniversität zu Reykjavik zu verwenden.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND DEUTSCHES SCHULWESEN

Das Auslanddeutschtum an den deutschen Schulen. Die Ortsgruppe Hamburg des V. D. A. hat, wie wir berichtet haben, im letzten Winterhalbjahr durch Herrn Pastor Bühler, Santa Catharina, mit Erfolg Vorträge in Staatsschulen und Seminaren über das Auslanddeutschtum halten lassen. Auch für die Schüler und Schülerinnen der Volksschule fanden jetzt im Sommer ähnliche Vorträge statt, die der frühere Leiter der deutschen Schule in Rio de Grande do Sul, Köhling, hielt. Die Ortsgruppe hat den Bibliotheken der 88 Anstalten, an denen Vorträge gehalten wurden, eine Anzahl der anerkannt besten Werke über das Auslanddeutschtum zur Vertiefung der Kenntnisse in den Schulen überweisen lassen.

Von den württembergischen Hochschulen. Die württembergischen Hochschulen sind schon im Sommersemester außerordentlich überfüllt gewesen und namentlich die Wohnungsverhältnisse in Tübingen und in Stuttgart sind derartig schwierig, daß sie unbedingt ein Einschränken des Zuzugs als erforderlich erscheinen ließen. Es wurden deshalb zunächst nur für die Universität Tübingen, späterhin aber auch für die Technische Hochschule in Stuttgart, für das Wintersemester 1919/20 Einschränkungen vorgenommen, wonach alle im Sommersemester Studierenden die Absicht, auch im Wintersemester an württembergischen Hochschulen zu studieren bis zum 25. Juli beim Rektorat schriftlich mitteilen sollten und wonach im Wintersemester außer den bis jetzt zugelassenen Studenten und Hörern nur noch Kriegsteilnehmer und Württemberger zugelassen werden sollten. Als Reichsdeutsche sollten hierbei auch alle Studierenden mit deutscher Muttersprache, die in den jetzt vom Reiche abgetrennten Gebieten beheimatet sind, angesehen werden, als Württemberger auch alle Studierenden, deren Eltern Reichsdeutsche sind und die, ohne die württembergische Staatsangehörigkeit zu besitzen, ihren Wohnsitz vor dem 1. Juli in Württemberg genommen haben. Andere reichsdeutsche Studierende können nur angenommen werden, soweit der Platz reicht und nach vorheriger Anmeldung bis zum 10. September (beim Rektorat), Reichsausländer werden nicht neu zugelassen. Die jetzt an den Hochschulen studierenden Reichsausländer können mit besonderer Ermächtigung des Ministeriums zum Studium im Wintersemester zugelassen werden, sofern der Platz reicht und unter gleicher Voraussetzung können Söhne von Kulturdeutschen, Ukrainer, Balten und andere Ausländer mit deutscher Muttersprache, in deren Heimatstaat keine Hochschule mit deutscher Lehrsprache besteht, auf Zulassungsgenehmigung rechnen. Von seiten des Ministeriums und der Hochschulen wurde auf Eingaben des Deutschen Ausland Instituts hin wiederholt erklärt, daß man den Auslanddeutschen in jeder Weise entgegenkommen wolle und daß man ihre schwierige Lage auf jeden Fall zu würdigen verstehen werde.

Mittweida. Technikum. Die Schulgebühren für Inlanddeutsche sind von 200 auf 250 Mark erhöht worden. Die Direktion hat bekanntgegeben, daß Ausländer die doppelten Schulgebühren zu bezahlen hätten, hat aber auf eine Eingabe des Deutschen Ausland Instituts hin genehmigt, daß Auslanddeutsche in Zukunft den Inländern in Beziehung auf die Kolleggelder gleichgestellt werden; sie hat diesem Entschluß auch erfreulicherweise rückwirkende Kraft verliehen und den in Betracht kommenden Auslanddeutschen die für das Sommersemester zu viel gezahlten Kolleggelder zurückerstattet. Das Vorgehen des Technikums zeugt von einem erfreulichen Verständnis für die Notwendigkeit der Unterstützung der auslanddeutschen Bestrebungen.

Digitized by Google

Tübingen. Verein studierender deutscher Kolonisten. Die hier studierenden Ukrainer haben sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, die Pflege der Freundschaft, Geselligkeit und Sittlichkeit, sowie Pflege deutscher Eigenart und deutschen Wesens unter den Stammesgenossen ihrer Heimat erstrebt. Einmal wöchentlich finden wissenschaftliche, gesellige oder Beratungsabende statt. Vorsitzender des Vereins ist der Studierende Jakob Fuchs.

Zusammenschluß aller deutschen Studierenden aus dem Auslande. Seit November 1918 besteht an der Universität Leipzig die „Vereinigung immatrikulierter auslanddeutscher Studierender". Aus der Not der Zeit geboren, bezweckt sie den völkischen Zusammenschluß aller Deutschen, ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, denen die geistige und wirtschatliche Hebung des Deutschtums im Auslande am Herzen liegt. Durch Erörterungen verschiedener Probleme des deutschen Lebens im Auslande, Vorträge allgemeiner wissenschaftlicher Art und Pflege der Geselligkeit will die Vereinigung ihrer Aufgabe gerecht werden.

Insbesondere will sie durch aufklärende Tätigkeit das Interesse des Akademikers für die kulturpolitische und wirtschaftliche Bedeutung des Deutschtums im Auslande wachrufen und den Akademischen Behörden sowie dem Allgemeinen Studenten-Ausschuß gegenüber die Interessen ihrer Mitglieder vertreten.

Zusammenkünfte finden Sonnabends 8 Uhr im „Sieben-Männer-Haus", Bayerische Straße 1 (beim Bayer. Bahnhof) statt.

Nähere Auskunft erteilt der Vereinigungsausschuß. Auch liegen die Statuten in der Akademischen Auskunftstelle zur Einsichtnahme aus.

Zurzeit bestehen Vereinigungen mit ähnlichen Bestrebungen an den Hochschulen Berlin, Tübingen, Hohenheim und Stuttgart. Beabsichtigt ist ein Aufruf mit Aufforderung zu Gründungen derartiger Vereinigungen an allen deutschen Hochschulen.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Antwerpen. Deutsche Schule. Den Mitteilungen des über 600 Mitglieder zählenden Vereins früherer Schüler und Schülerinen der Schule entnehmen wir, daß das Reichsministerium des Innern dem früheren Direktor Dr. Gaster für seine in 17 Jahren der Schule geleisteten Dienste und für seine Tatkraft, mit der er die Schule nach Kriegsbeginn hochhielt, einen besonders warmen Dank durch eine Verfügung aussprach. Leider ist inzwischen die Schule durch die Belgier geschlossen, sogar das Inventar und die wertvolle Bibliothek ist versteigert und verschleudert worden. Drei frühere Primaner haben noch nachträglich in Deutschland das Reifezeugnis ausgestellt bekommen. Die Schule wurde ja schon am 28. Oktober 1918 geschlossen und zum deutschen Lazarett umgewandelt, zeitweise waren über 400 Betten in dem Gebäude. Die deutsche Schule in Brüssel wurde zum Jugendgerichtshof umgewandelt.

Budapest. Märchennachmittag der deutschen Schule. Einer uns zugekommenen Nummer des „Pester Lloyd" entnehmen wir, daß ein deutscher Märchennachmittag im Raume der Deutschen Volksbühne einen großen Erfolg hatte. Von den Zöglingen der reichsdeutschen Schule wurden Kinderlieder vorgetragen und plastische und rhythmische Tänze vorgeführt.

Christiania. Deutscher Kindergarten. Der deutsche Kindergarten hat durch zahlreichen Besuch deutscher und auch norwegischer Kinder in dem jetzt abgeschlossenen ersten Schuljahre seine Daseinsberechtigung voll erwiesen. Er wendet sich mit einem Aufruf an alle Deutsche, gerade jetzt, wo es mehr denn je gelte, das Deutschtum zu bewahren, schon die deutsche Erziehung auch der kleinen Kinder zu unterstützen. Jede deutsche Mutter solle ihr Kind dem Kindergarten anvertrauen. Der neue Kurs beginnt zum 1. September in der Wohnung der Leiterin, Frau Else Rönnow. Kinder aller Konfessionen, auch Kinder norwegischer Nationalität werden aufgenommen. Nach Abschluß der ersten Sammelliste vom vorigen Herbst sind noch gegen 1750 Kronen als Spende eingegangen.

Libau. Reformschule. In der Libauschen Zeitung wurde zu einem Schülerabend zum Besten unbemittelter Schüler der Anstalt eingeladen. Durch Ausfallen des Schulgeldes der unbemittelten Schüler sei ein Defizit von 3500 Rubeln entstanden, das zu einer Kürzung der Lehrergehälter werde führen müssen, die ohnehin schon seit dem 12. April nicht unwesentlich gekürzt werden mußten, seit die Stadt den Unterhalt der Schule einstellte. Im Juli dürften die Lehrer nur auf ein halbes Gehalt, im August überhaupt nicht mehr auf Gehalt rechnen, die Ferien würden ihnen also nicht bezahlt werden. Es sei Ehrenpflicht der deutschsprechenden Gesellschaft, ihre soziale und völkische Verpflichtung gegenüber dem ärmeren Teil der Bevölkerung nicht auf die Schultern der Lehrer abzuwälzen, nachdem die Stadt ihrer Kulturpflicht gegen die deutsche und deutschsprechende jüdische Bevölkerung, die beide zusammen etwa die Hälfte der Einwohnerschaft Libaus ausmachen, nicht mehr genüge.

Lodz. Deutsches Schulwesen. Die Dinge in Polen gehen für die dortigen Deutschen ihren, durch politische Bedingtheiten vorgezeichneten Gang. Der Schließung der beiden deutschen Schulverbände, die mehr als 500 deutsche Volksschulen der deutschen Kolonisten umfaßt hatte, ist nunmehr die (allerdings nicht prinzipielle sondern nur tatsächliche) Schließung der beiden schönen höheren deutschen Schulen in Lodz gefolgt.

Unbedingt zuverlässige Nachrichten aus den ersten Julitagen aus Lodz besagen, daß sich im Lodzer deutschen Gymnasium folgendes ereignet hat: Unmittelbar nach Schluß des Schuljahres, das dem deutschen Gymnasium nach 6 Jahren die 1. Oberprima, dem neuen deutschen Luisen-Lyzeum (das jetzt deutsches Mädchengymnasium heißt), den erstmaligen Abgang einer 1. Klasse brachte, siedelte das Mädchengymnasium in einen Teil des schönen Baues des Lodzer deutschen Gymnasiums über. Der Umzug war notwendig geworden, weil der von der deutschen Besatzungsbehörde dem Lyzeum gewährte Mietvertrag in dem früheren russischen staatlichen Knaben-Lyzeum von der polnischen Regierung als ungültig erklärt worden war. Kaum war der Umzug in das deutsche Gymnasium erfolgt, verordnete die lokale Lodzer polnische Militärbehörde, daß das gesamte Gebäude des Gymnasiums für polnische Lazarettzwecke in Anspruch genommen werden müsse; alle Versuche einer verantwortungsfreudigen und entschlußfesten Deputation beim Warschauer polnischen Kultusministerium konnte die offenbar von deutschfeindlicher Seite beeinflußte Lodzer Militärbehörde an ihrem Entschluß nicht irre machen. Zwar heißt es, das schöne, in neuzeitlich deutschem Stil erbaute Gebäude werde nur für zwei Monate beansprucht werden (so lange dauern die Ferien), doch kann man heute schon als sicher befürchten, daß aus den zwei Monaten ein halbes Jahr werden wird, und ob die beiden Schulen bis dahin anderswo Unterkunft finden, erscheint sehr fraglich. Hinzu kommt noch ein zweiter Umstand, der eine Schülerabwanderung befürchten läßt: die Hauptträger des Unterrichtes an den beiden Schulen, die sechs reichsdeutschen Lehrkräfte, sind für das kommende Schuljahr

Digitized by Google

durch den polnischen Kultusminister nicht bestätigt worden. Daß die Bestätigung nachträglich noch erwirkt werden kann, kann allerhöchstens für zwei Lehrkräfte erhofft werden, von denen der eine aus Bromberg stammt und der andere schon vor dem Krieg am Lodzer deutschen Gymnasium tätig war. Nicht ohne Einfluß auf die ganze Situation der beiden Schulen wird sein, daß ihr Kuratorium bei der herrschenden Deutschfeindlichkeit der polnischen Regierung kaum zielbewußte Schritte wird erwirken können.

Schanghai. Deutsche Schule. Einer Mitteilung des „Wochenberichts für die aus China ausgewiesenen Reichsdeutschen" zufolge ist die Deutsche Schule in Schanghai zuerst von Chinesen ausgeraubt und dann der chinesischen Behörde übergeben worden. Schließlich hat das chinesische Unterrichtsministerium das Gebäude beschlagnahmt, um in ihm eine chinesische Schule einzurichten. Auf einen scharfen Protest hin ist bis jetzt nicht geantwortet worden. Die neue deutsche Schule ist später wieder in einem anderen Hause eröffnet worden und zählt noch immer über 100 Schüler. Unter dem Vorsitz des Missionars Schulz hat sich ein Lehrkörper neu gebildet.

Werschetz. Deutsche Kommunalschulen. Der „Deutsch-österreichische Volksfreund" berichtet, daß der in Werschetz gewählte Nationalrat beschlossen habe, die Schulen vollkommen deutsch zu gestalten. Die Unterrichtssprache soll deutsch sein, nur bis zum Ende d. J. soll in den oberen Klassen das Magyarische als Lehrsprache unterrichtet werden, die Schüler sollen diese Sprache lesen und schreiben lernen; vom September 1919 an soll Ungarisch überhaupt nicht mehr in den Schulen gelehrt werden. Der Führer der Deutschen, Dr. Rittinger, erklärte dabei, daß alsbald nach Herstellung der Verbindungen deutsche Schul- und Unterrichtsmittel zur Genüge zur Verfügung ständen.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Wien. Bund der Reichsdeutschen in Deutschösterreich Auf die Verfügung des deutschösterreichischen Staatsamtes der Finanzen über die Behandlung der österreichischen Staatspapiere hin hat der Bund auf dem Wege über die Botschaft sofort wegen einer Entschädigung der Reichsdeutschen Stellung genommen. Das Staatsamt für Aeußeres hat daraufhin sofort der deutschen Botschaft mitgeteilt, daß die Direktion der Staatsschuld ermächtigt sei, die Auszahlung der Aprilzinsen den in Deutschösterreich ansässigen Reichsdeutschen über ein stempelfreies schriftliches Ansuchen in deutschösterreichischen gestempelten Noten zu bewirken, und zwar gegen einen entsprechenden Nachweis der deutschen Reichsangehörigkeit und Vorlage einer Erklärung, aus der hervorgeht, daß die Obligationen ihnen gehören und bereits seit 1. März 1919 in ihrem Besitz sind, sowie daß sie ihren dauernden Wohnsitz in dem nichtbesetzten Deutschösterreich haben, sowie, daß sie weder in dem Gebiete eines andern, auf dem Boden des ehemaligen Oesterreich bestehenden Nationalstaates noch in dem von anderen Staaten besetzten Gebiete Deutschösterreichs eine Betriebsunternehmung, Niederlassung oder unbewegliches Vermögen besitzen. Wenn bei den Eigentümern der Schuldverschreibungen die letztangeführte Voraussetzung nicht zutrifft, so wird nur derjenige Teil des Gegenwertes der am 1. April fälligen Zinsscheine bzw. Schuldverschreibungen in deutschösterreichischen gestempelten Noten ausbezahlt, welcher dem im nichtbesetzten Gebiete Deutschösterreichs gelegenen Teile ihres Gesamtvermögens entspricht; der Rest des Gegenwertes wird in ungestempelten Noten der österreich-ungarischen Bank ausgefolgt.

Durch diese Verfügungen sind deutsche Reichsangehörige in dieser Angelegenheit den im Inlande wohnhaften Staatsangehörigen völlig gleichgestellt. Die Mai- und Junizinsen sind in derselben Weise sichergestellt worden.

Der Bund hat eine Zählung veranlaßt, wie viele Reichsdeutsche ihm bereits angeschlossen sind, die bis zum 30. Juni zu Ende geführt sein sollte. Er hat sich mit einer Eingabe an die Reichsregierung gewandt, daß diejenigen Reichsdeutschen, die aus abzutretenden Gebieten stammten, ihre Staatsangehörigkeit behalten könnten und eventuell einer anderen Behörde zur Führung heimatlicher Matrikel zugewiesen werden würden.

Prag. Deutscher landwirtschaftlicher Zentralverband für Böhmen. Die 32. Hauptversammlung erfreute sich eines starken Besuches. Sie wurde von Ausschußmitglied Dr. Schreiner geleitet, der einen warmen Appell zur Einigkeit an die Versammelten richtete. Der Verband zählt 682 Vereine; er hat im vergangenen Jahre eine außerordentliche Steigerung der Umsatzwerte seiner genossenschaftlich eingekauften Waren erzielt. Der Rechnungsabschluß und der Voranschlag für 1919 wurden einstimmig genehmigt. Auch der Erhöhung der Mitgliedsbeiträge wurde zugestimmt. Es fanden sodann Vorträge über die Kreisorganisationen der landwirtschaftlichen Bezirksverbände, sowie über die Selbsteinschätzung des Landwirts und die Vermögensabgabe statt.

Luzern. Deutscher Hilfsverein. Einweihung des Denkmals für die verstorbenen deutschen Internierten in Luzern.

Im idyllischen Friedental wurde am Samstag, den 12. Juli, eine schlicht-ernste Feier abgehalten. Es galt den Denkstein einzuweihen, der zu Ehren der hier in geweihter Erde ruhenden deutschen Krieger errichtet wurde. Das Denkmal besteht aus einem schwer gehauenen Block in Schweizer Granit, den in übernatürlicher Größe ein Sturmhelm ziert. In seiner Einfachheit macht der Stein, der die Worte trägt: „Den Kämpfern, die fern der Heimat für Deutschland starben", einen imponierenden Eindruck. Fünfundzwanzig kleine Granitblöcke, die die Gräber der einzelnen Krieger bezeichnen, sind um den Block gruppiert. Das Ganze ist mit einer grünen Anlage eingefaßt. Das Denkmal wurde in Zürich von Bildhauer Wethli nach dem Entwurf von Professor Gaul in Berlin hergestellt.

Um ½11 Uhr vormittags sammelten sich um das Denkmal neben den internierten Offizieren und Mannschaften die Vertretungen von Kanton und Stadt Luzern (Herren Regierungsrat Walther und Stadtrat Dr. Fischer); anwesend waren auch Herr Oberstleutnant Dr. v. Deschwanden, dirigierender Sanitätsoffizier der Internierten der Zentralschweiz, sowie zwei weitere schweizerische Offiziere, ferner der Vorstand des deutschen Hilfsvereins und des Kriegerhilfsbundes, Ortsgruppe Luzern.

In ergreifenden Worten gedachte Herr Pfarrer Wegener aus Zürich des Auszugs und der Heimkehr der deutschen Krieger, die einer Übermacht von Feinden weichen mußten. Viele der braven Krieger, die für ihr Vaterland gestritten und gelitten, ruhen in feindlicher Erde, andere haben hier ihre letzte Ruhestätte gefunden. Major Wobeser benutzte diesen feierlichen Anlaß, um im Namen der Internierten der gastfreundlichen Schweiz für die liebevolle Aufnahme den allerherzlichsten Dank auszusprechen. Er versicherte, daß jeder ehrbare Interniert dankbar stets der Wohltaten gedenken werde, die ihm in der Schweiz erwiesen wurden. Bewegten Herzens nahm er auch im Namen sämtlicher Internierten Abschied von den hier in Schweizer Erde ruhenden Kameraden.

Namens der Regierung legte Regierungsrat Walther einen prachtvollen Kranz mit blau-weißer Schleife mit In-

Digitized by Google

schrift nieder, dabei in warmen Worten der Helden gedenkend, die für ihr Vaterland gefallen. In symbolisch schönen Worten hofft der Sprechende, daß, wie nach der Sage einst auf den blutgetränkten Feldern ob Sempach die Wunderblume sproß, auch aus dem geflossenen deutschen Blute Wunderblumen sprießen werden.

Damit schloß die schlichte Feier. Über dem Grabe leuchtete die Friedenssonne, als die Internierten die Todesstätte verließen, sie, die nächstens das Glück haben, ihre Heimat und ihre Lieben wieder zu sehen.

Schriftführer: Weiland.

Zürich. Deutscher Ruderverein. Der Jahresbericht des Vereins erwähnt, daß von 45 Züricher deutschen Ruderern, die in Deutschland eingezogen worden sind, 9 gefallen sind. Dem Verein gehören 74 aktive und 130 passive Mitglieder, sowie 2 Ehrenmitglieder an. Der gut ausgestattete Jahresbericht bringt im Bilde zahlreiche Ansichten von der Tätigkeit der Züricher deutschen Ruderer. Auf 742 Fahrten wurden 9796 Bootskilometer zurückgelegt. Das Vereinshaus bietet jetzt Platz für 18 Boote. Seit einer Reihe von Kriegsjahren war der Verein zum ersten Mal wieder im Komitee der Züricher Regatta vertreten und stellte den Starter, Schiedsrichter und den Streckenwart. Sehr eifrig beteiligten sich die Mitglieder an dem deutschen Hilfswerk in der Schweiz, wie sie auch führend bei der Begründung des Verbandes der Deutschen in der Schweiz beteiligt sind. Der Verein hat auch eine Ski-Abteilung begründet. Er hat 7950 Franken und 1436 Mark eingenommen und 4906 Franken und 461 Mark (darunter 1200 Franken für Wohltätigkeit) ausgegeben, so daß ihm ein Ueberschuß von über 3000 Franken und 975 Mark verblieb. Das Vermögen beziffert sich auf 9800 Franken und 11 330 Mark. Der Verein will noch im Jahre 1920 einen Bootshausneubau aufführen, der auf 100 000 Franken veranschlagt ist. Der Verein hofft, unter der tätigen Leitung seines Vorsitzenden, Herrn Munzinger, die Geldmittel dazu flüssig machen zu können.

Zürich. Hilfsbund für deutsche Kriegerfürsorge in der Schweiz. Der Hilfsbund plant eine große Verlosung, für die 33 000 Lose zu je 3 Franken ausgegeben werden. Bis heute stehen 1497 Gewinne im Werte von über 780 000 Franken zur Verfügung. Die Gewinne sind zum Teil sehr wertvoll. Der Verkauf der Lose soll im August stattfinden.

Zürich. Ortsgruppe des Verbandes der Deutschen in der Schweiz. In der Versammlung vom 14. Juni berichtete Prof. Dr. Wreschner über den Erfolg der beiden großen Kundgebungen in der Stadthalle, die mit ihren über 5000 Besuchern mächtigen Eindruck machten. Die dabei gehaltenen Referate werden gedruckt und veröffentlicht werden. Die Ortsgruppe zählt schon 450 Mitglieder. Herr Barth sprach über die Leipziger Mustermesse und über seinen allgemeinen Eindruck in Deutschland in längerer Rede, die ein getreues Abbild der seltsam chaotischen Zustände unserer Tage gab.

Helsingfors. Die finnländisch-deutsche Gesellschaft veranstaltete, einem Bericht der „Deutschen Allg. Ztg." zufolge, kürzlich eine Zusammenkunft, die einen glänzenden Verlauf nahm. Der deutsche Gesandte, Freiherr v. Brück, konnte unter den zahlreichen Gästen auch den früheren finnländischen Gesandten, Staatsrat Hjelt, begrüßen, dessen große Verdienste um die deutsch-finnische Freundschaft er hervorhob. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Universitätsprofessor Ruin, sprach über die zukünftigen Aufgaben der Gesellschaft, Pastor Israel verlas in seiner Ansprache einen Brief des Generals von der Goltz, der von seiner alten Anhänglichkeit an Finnland berichtete. Für die deutschen Ferienkinder wurde an dem Abend ein Garantiefonds von über 20 000 Mark gezeichnet.

Christiania. Deutscher Verein (Germania und Loreley). In der Generalversammlung vom 2. April wurde ein neuer Vorstand gewählt, dem als Vorsitzender Herr Hermann Crusen, als Schriftführer Herr Julius Link, als Kassierer Herr Müssigbrodt, als Bibliothekar Herr Hellwig und als Notenwart Herr Hamburg angehören. Der bisherige Vorsitzende, Herr Jordan, wurde einstimmig in Anerkennung seiner Verdienste, die er sich in 30jähriger Leitung des deutschen Vereins um die deutsche Sache in Norwegen erworben habe, zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Auch soll der Kassenwart Heuer, der über 20 Jahre seines Amts gewaltet hat, nach einstimmigem Beschluß bei einer feierlichen Veranstaltung ein Ehrengeschenk erhalten. Der Verein zählt jetzt 60 Mitglieder. Er bietet allen nach Norwegen kommenden Deutschen Anschluß und hält seine regelmäßigen Mittwoch-Abende im Vegetar-Salon, Lille Gränsen 5, eine Treppe hoch, ab. Für den Aufenthalt deutscher Ferienkinder in Norwegen spendete der Verein 500 Kronen.

Riga. Deutsch-Baltischer National-Ausschuß. Der Deutsch-Baltische National-Ausschuß wurde am 21. Juni in der Johannisgilde in Riga eröffnet. Rechtsanwalt Reußner hielt eine kurze Ansprache. Von 53 Vertretern waren 44 anwesend. Ueber die Stimmung in der Deutsch-Baltischen Gesellschaft berichtet die „Libauische Zeitung": Die einen hielten die Position des Baltentums für absolut unhaltbar und rüsteten zum Abzug, andere glaubten, daß man über ausreichende Machtmittel verfüge, um die frühere Rolle weiterspielen zu können, wieder andere glaubten, man müsse unbedingt mit der Mehrheit der lettischen Mitbürger zu einem Ausgleich kommen. Im ganzen sei die Stimmung so, daß man politischen Hochmut und schneidiges Draufgängertum vermeiden müsse, die nationale Kluft dürfe nicht verbreitert, sondern müsse überbrückt werden. — Auch die „Rigaische Zeitung" betont, daß die Rückkehr zur mittelalterlichen Baronspolitik nur ein Schreckmittel für lettische Patrioten, wie der schwarze Mann für kleine Kinder sei. Für die überwiegende Mehrheit sei es völlig klar, daß ohne verständige Agrar- und Sozialreformen, und daß ohne gemeinsame friedliche Arbeit mit den nichtbolschewistischen Letten eine gedeihliche Entwicklung des Deutschtums nicht möglich sei.

Budapest. Deutscher Kulturbund. Der Bund hat einen Männerchor ins Leben gerufen, zu dem die Anmeldungen in so reicher Zahl erfolgt sind, daß bereits die Singproben beginnen konnten. Die literarische Sektion hat beschlossen, unter dem Titel „Deutsche Kultur in Ungarn" vom Monat Juni an eine Halbmonatsschrift herauszugeben, deren Schriftleiter Syndikus Schmidt sein soll und die schöne Literatur, Volkskunde, Landwirtschaft usw. behandeln soll.

Budapest. Deutscher Landesrat. Im Delegationssaal des früheren Parlaments tagte am 13. Juni der Deutsche Landesrat. Von 70 Vertretern des deutschen Proletariats aus dem unbesetzten Gebiete Ungarns waren, einem Berichte des „Pester Lloyd" zufolge, 50 erschienen. Der ungarische Volksbeauftragte für Heerwesen und der russische Volksbeauftragte wohnten als Gäste der Tagung bei, die der deutsche Volkskommissar Kalmár leitete und eröffnete. Er verlangte an Stelle der Komitatseinteilung eine Gliederung nach spracheinheitlichen Gauen und Föderalismus. Die Behörden müßten die Sprache der Leute sprechen, die sie um Rat angehen. Es gelte, die in diesem Lande ausgerottete deutsche Kultur wieder zu beleben, in deutschen Schulen deutsche Kinder in deutschem Geiste zu erziehen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen sei zu beleben und zu stärken. Dann würden deutsche Wissenschaft, Kunst, Literatur und gesellschaftliches deutsches Leben wieder erblühen. Der Alterspräsident verwies darauf, daß die Deut-

Digitized by Google

schen in diesem Hause zum ersten Male frei erschienen, in dem so oft drückende Gesetze gegen sie geschaffen worden seien. Man sprach die Hoffnung aus, daß die Intelligenz, die früher dem Kapitalismus gegen ihr eigenes Wohl gedient habe, nun auch dem Proletariat treue Hilfsarbeit leisten werde. Es wurde darüber Klage geführt, daß auch die deutschen Direktorien den deutschen Dörfern die Bekanntmachungen nur in ungarischer Sprache übersenden wollten und so erst die Hilfe eines Notars zur Uebersetzung nötig sei. Die Behauptung, daß die Deutschen Westungarns nach Deutschösterreich gravitierten, wurde von einem Delegierten bestritten. Eine Fülle einzelner wirtschaftlicher Fragen und Klagen wurden von den Vertretern der Kreise vorgebracht. Die Aufstellung deutscher roter Wachen in den von Deutschen bewohnten Kreisen wurden verlangt. Der Volkskommissar Kalmár erwiderte auf verschiedene Anfragen, die Deutschen Ungarns dächten nicht im entferntesten daran, eine gewaltsame Verdeutschung in den zumeist von Deutschen bewohnten Gebieten Ungarns durchzuführen, sie räumten allen Völkern völlige Freiheit ein, jede Germanisierungsabsicht läge ihnen fern. Lebhafte Beschwerden wurden auch darüber geführt, daß das Volksgesetz für die Deutschen Ungarns im ungarischen Staatsblatt nicht veröffentlicht und deshalb unberücksichtigt geblieben sei. Dem Volksbeauftragten wurde in scharfer Weise gesagt, daß die Deutschen die Verbreitung deutscher Plakate in den deutschsprechenden Landesteilen forderten. Wenn man den Deutschen nicht gebe, was man ihnen versprochen habe, würden sie sich ihr Recht nehmen. Dem deutschen Sowjet wurde schließlich ein Verfassungsentwurf unterbreitet, dessen erster Paragraph lautet: „Im Rahmen der auf föderativer Grundlage stehenden ungarischen Räterepublik, die auf dem Boden verschiedensprachiger aber gleichberechtigter Völker beruht und weder wirtschaftliche Ausbeutung noch völkische Unterdrückung kennt, haben die Deutschen in Ungarn als einheitliche und gleichberechtigte Nation volles Bestimmungsrecht, eigene Gesetzgebung und Vollzugsgewalt." Ferner wird bestimmt, daß die oberste Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt für die Gesamtheit des deutschen Volkes in Ungarn vom durch die lokalen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte entsandten deutschen Landesrat ausgeübt wird, der vom Volksbeauftragten mindestens zweimal jährlich einzuberufen ist und auf Antrag von mindesten 20 Mitgliedern innerhalb 14 Tagen berufen werden muß. Der Landesrat soll aus seiner Mitte einen leitenden Regierungsausschuß wählen, der die Verordnungs- und Verfügungsgewalt haben soll und Fachausschüsse einsetzen kann. Präsident ist der gewählte und dem Landesrat verantwortliche Volksbeauftragte. Oberstes Vollzugsorgan ist das den Volksbeauftragten unterstehende deutsche Landesamt, dessen Gruppen- und Sektionsleiter in den Ausschüssen und im Plenum des Regierungsausschusses des Landesrates beratende Stimme haben sollten. Die lokale Verwaltung soll in den Händen der Gemeinde-, Stadt-, Bezirks- und Gauräte liegen, deren Wahl ein besonderes Gesetz regeln wird. Wo die Gemeinden mit deutscher Mehrheit mehrere Bezirke umfassende Siedlungsbezirke bilden, sollen deutsche Gaue errichtet werden, an deren Spitze ein vom Volksbeauftragten ernannter und vom leitenden Regierungsausschuß bestätigter Gaukommissar stehen soll; die deutschen Gaue sollen als selbständige Verwaltungs- und Wirtschaftseinheiten unmittelbar dem Volksamt unterstellt sein. Gebietlich zusammenhängende Gemeinden mit deutscher Mehrheit, die nicht mehrere Bezirke umfassen und isolierte Städte mit deutscher Mehrheit, die durch Volksabstimmung ihren Anschluß verlangen, sollen dem nächsten deutschen Gau angegliedert oder als selbständige Einheiten unmittelbar dem Volksamt unterstellt werden. In strittigen Fragen und wo Minderheiten bestehen, sollen nationale Kataster hergestellt werden und soll das Recht der Minderheiten durch ein föderatives Grundgesetz gewährleistet werden. Der Verfassungsentwurf wurde nach längerer Debatte angenommen. Ein Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe wurde nach einer Aussprache dem Volksamte zur weiteren Ausarbeitung überwiesen.

Budapest. Landeskonferenz der deutschen sozialistischen Parteiorganisationen. An den beiden Pfingsttagen fand eine Landeskonferenz statt, die von 270 rein deutschen und 30 gemischt-sprachigen Organisationen beschickt war. Dem deutschen Volksbeauftragten Heinrich Kalmár und dem Parteisekretär Knaller wurde Dank und Anerkennung für ihre Tätigkeit ausgesprochen. Es wurde in einer Resolution die Wahrung der Einheitlichkeit der auf föderativer Grundlage neu aufzubauenden ungarländischen sozialistischen Partei betont und die Billigung aller Einrichtungen ausgesprochen, mit deren Hilfe die Räteregierung den kommunistischen, auf föderativer Grundlage stehenden Staat schaffen will, an dessen Bestand und Unversehrtheit das deutschsprechende Proletariat Ungarns ein hohes Interesse habe, da er ihm vollkommene Gleichberechtigung gewähre. Am zweiten Tage der Beratungen ergriff auch der Volksbeauftragte Béla Kun das Wort. Am Pfingstsonntag eröffnete der Altofner deutsche Männerchor die Tagung mit dem deutschen Gesang der Arbeiter-Marseillaise und des Bundesliedes von Mozart. Der Vorsitzende, Richard Schwarz, sprach unter begeistertem Beifall die Hoffnung aus, daß die Rote Armee auch die Deutschen in der Zips, im Banat und in Siebenbürgen befreien werde. Die deutschen Sozialisten könnten nur dann arbeiten, wenn sie in ihrer Muttersprache agitieren könnten. Im Namen der ungarischen sozialistischen Partei beglückwünschte Ernst Pór den Kongreß und betonte, die Deutschen hätten in kurzer Zeit der neuen politischen Herrschaft mehr erreicht als früher. Deutsche Schulen und deutsches Theater, deutsche Arbeiter- und Bauernräte seien jetzt erst möglich geworden. Vertreter der Schweizer, Münchener, bulgarischen, russischen, rumänischen und deutschösterreichischen Kommunisten begrüßten den Kongreß. Aus dem Bericht des Sekretärs Knaller geht hervor, daß es 100 000 organisierte deutsche Proletarier gebe, von denen in der Landeskonferenz aus dem unbesetzten Ungarn allerdings 53 000 vertreten waren. Seit Ausbruch der Revolution hätten 650 deutsche Volksversammlungen und in den Ortsgruppen 224 Vortragsveranstaltungen stattgefunden, das Landeskomitee hielt 24 Sitzungen ab. In der Besprechung wurde Klage geführt, daß in einzelnen deutschen Gemeinden die Arbeit durch ungarische Agitatoren behindert werde. Mehrere Redner geißelten, daß die ungarischen Sozialisten in erster Linie Ungarn und dann erst Sozialisten sein wollten, während die Deutschen doch in erster Linie internationale Sozialisten seien. Es wurde auch bemängelt, daß die deutsche Autonomie nur in Worten, aber nicht in der Tat verwirklicht sei und verlangt, daß die Verwaltung in den deutschen Bezirken auch tatsächlich deutsch sein sollte. Béla Kun sprach in seiner Rede ungarisch und entschuldigte sich, er verstehe zwar deutsch sehr gut, spreche es aber nur schlecht. Er sagte völlige kulturelle Autonomie zu. Er sprach sich für Internationalismus aus und betonte, die deutschen Proletarier stehen den ungarischen näher als der ungarische Bourgeois.

KIRCHLICHES

Gustav-Adolf-Verein und Auslanddeutschtum. In den „Monatsheften des Gustav-Adolf-Vereins" (April-Maiheft) schreibt der Herausgeber, Geheimrat Rendtorff, Hilfe für die Auslanddeutschen sei eine vaterländische

Digitized by Google

Pflicht, der sich der Gustav-Adolf-Verein seit langem unterziehe. Dafür böten namentlich seine Verhandlungen in der Hauptversammlung 1903 einen Beweis. Auch die Zeitschrift wolle sich daher diesen Aufgaben widmen. Doppelte Treue gegen die nun nach diesem Friedensschlusse doppelt der Fürsorge bedürftigen Genossen müsse gewahrt werden. Die Zeitschrift soll allen deutschen Auslandspfarrern zugestellt werden, um sie in Zusammenhang mit der Arbeit der Heimat zu halten. Freilich kann der Herausgeber in seinem Überblick über die gegenwärtige Lage der deutschen Auslandsdiaspora nur wenig Tröstliches berichten, aber er läßt doch die Zuversicht nicht fallen, daß auch einstens wieder bessere Tage für das Auslanddeutschtum kommen werden.

Deutsche Schwestern aus China. Die deutschen Findelhaus- und Blindenheim-Schwestern aus Hongkong sind in letzter Stunde nun doch noch ausgewiesen worden. Während der vier Kriegsjahre haben die Engländer sie in der Stadt belassen. Englische Freunde haben sich bis zuletzt für sie eingesetzt, haben vergebens versprochen, für die drei Häuser alle Auslagen auf zwei Jahre hinaus zu decken. Schließlich wollte man die Schwestern mit ihren 200 Pflegekindern nach Kanton überführen, aber „das hätte einen zu schlechten Eindruck gemacht", gestanden die englischen Organe, wie wir der „Südd. Ztg." entnehmen, selbst ein. So mußten die acht Schwestern zurückkehren. 70 Jahre lang haben deutsche Schwestern in Hongkong vorbildlich an den Heimen gearbeitet.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Berlin. Rat der Reichsdeutschen im Ausland. In der am 1. Juli 1919 im Reichsministerium des Innern stattgehabten Sitzung des Rates der Reichsdeutschen im Ausland waren zum ersten Male auch Vertreter des Reichsverbandes der Auslanddeutschen anwesend. Es fand daher eine eingehende Besprechung über die Begründung des „Bundes der Auslanddeutschen", zu dem sich der Rat der Reichsdeutschen im Ausland und der Reichsverband der Auslanddeutschen zusammenschließen, statt. Die Vorverhandlungen haben bereits eine weitgehende Übereinstimmung ergeben und aus vielen Orten des Reiches, aus Bayern, Baden, Württemberg, Sachsen sind bereits zustimmende Äußerungen der dort zurzeit sich aufhaltenden Auslanddeutschen eingegangen. Es wurde beschlossen, einen engeren Ausschuß mit der Durchsicht der vom Rate für den Bund bereits ausgearbeiteten Satzungen zu betrauen. Die so durchgesehenen Satzungen sollen nach spätestens 8 Tagen sämtlichen dem Rate angeschlossenen Vereinigungen zugänglich gemacht werden. Die Versammlung nahm dann von einem Telegramm des Geheimrat Simon vom Auswärtigen Amte Kenntnis, in dem gesagt wird, daß wo immer sich Gelegenheit bieten werde, die Interessen der Auslanddeutschen gegenüber den gegnerischen Mächten vertreten würden.

Berlin. Reichsverband der Auslanddeutschen. Der Reichsverband lädt seine Mitglieder zum 5. August in den Festsaal der Handelskammer nach Berlin zu einem Verbandstage ein, an dem er seinen Geschäftsbericht erstatten und die Wahl einer Revisions-Kommission vollziehen will. Es soll ein Bericht über die Einigungsverhandlungen mit anderen Organisationen, die ähnliche Ziele verfolgen wie der Reichsverband, erstattet werden und über die etwaige Gründung eines alle bestehenden Organisationen umfassenden „Bundes der Auslanddeutschen" Beschluß gefaßt werden, mit dem der Reichsverband verschmolzen werden solle. Das Stimmrecht kann durch schriftliche Vollmacht auf ein der Versammlung beiwohnendes Verbandsmitglied übertragen werden.

Baden-Baden. Ortsgruppe des Bundes der Auslanddeutschen in Baden. In einer Versammlung der Auslanddeutschen, die zahlreich besucht war, legte der Vorsitzende der Karlsruher Ortsgruppe, Herr Heitmann, die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Auslanddeutschen dar, die nötig sei, obgleich gerade die badische Regierung besonderes Verständnis für die Nöte des Auslanddeutschtums beweise. Den mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte eine rege Aussprache, die schließlich zur Begründung der Ortsgruppe führte. Herr Robert Levinger wurde zum ersten Vorsitzenden, Herr Adolf Hoffmann zu seinem Stellvertreter gewählt.

Barmen. Vereinigung der Auslanddeutschen im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet. Die erste monatliche Vollversammlung am 3. Juli war sehr stark besucht. Sie wurde von dem Bruder des nach der Schweiz verzogenen früheren ersten Vorsitzenden, Herrn Arthur Wenzel, geleitet, der einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde. Die Vereinigung zählt schon über 250 Mitglieder. Eine rege Aussprache über alle Probleme des Auslanddeutschtums fand statt. Es wurde allgemein darauf hingewiesen, daß es nunmehr höchste Zeit sei, daß die notleidenden Auslanddeutschen wirksamer als bisher von den Behörden unterstützt würden. Die Zeit des vergeblichen Bittens und Flehens müsse vorbei sein. Das Deutsche Reich müsse sich an seine Pflicht erinnern und an die sofortige Auszahlung der Schäden herangehen.

Berlin. Eine Baltentagung. Im Schubertsaal fanden sich am 2. und 3. Juni über 270 Balten aus Berlin und aus dem Reiche zu gemeinschaftlichen Beratungen zusammen. Geheimer Studienrat Leopold Krüger aus Potsdam eröffnete die Tagung mit einem Dank an Gott für die Befreiung Rigas und mit einem von Herzen kommenden und zu Herzen gehenden Bekenntnis zum „Festhalten, Ausharren und Vonvorn-Anfangen". In tiefer Ergriffenheit sang die Versammlung „Ein' feste Burg ist unser Gott". Der Vorsitzende, Freiherr v. Stackelberg, gedachte sodann der tapferen Leistungen der baltischen Landeswehr, deren Führer man ein Begrüßungstelegramm sandte. Zu Ehren der gefallenen Brüder erhob sich die Versammlung von den Sitzen. Herr Dr. v. Löwis of Menar erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Baltischen Vertrauensrats seit Januar 1919. Der Baltische Vertrauensrat besitzt zurzeit in Deutschland 38 Zweigorganisationen, außerdem hat er Vertretungen in Stockholm, Kopenhagen, Leyden, Bern und Wien. Die stärkere Benutzung dieser Beratungsstellen wird empfohlen. Die Zweigstellen sollen Geldmittel zur Befriedigung der lokalen Bedürfnisse sammeln, sollen Sprechstunden einrichten und baltische Adressen sammeln, die den Zentralen zu übermitteln sind. Der Geschäftsverkehr war außerordentlich groß und konnte von den beiden ehrenamtlichen Vorsitzenden und 12 Hilfskräften nur mit Mühe bewältigt werden. Die Flüchtlinge sind zumeist auf dem Lande unentgeltlich untergebracht worden. Es handelt sich heute um ungefähr 10 000 Seelen, weitere 1000 Menschen werden demnächst aus Riga erwartet, auch für die Unterbringung der aus Estland zu erwartenden Flüchtlinge wird Vorsorge getroffen. Die waffenfähigen Männer sind inzwischen zur Verteidigung der Heimat wieder nach dem Baltikum abgereist. Von der Reichsregierung sind zur Bewältigung der großen Aufgaben Mittel erbeten worden. Der baltische Vertrauensrat ist den Flüchtlingen auch behilflich, mitgebrachte Werte in die Heimat zurückzuschaffen, wo er auch hilft, baltische Vermögen, die der Verwaltung des Treuhänders für das

Digitized by Google

feindliche Vermögen im Inlande unterstehen, freizubekommen. Die Arbeitsaussichten für baltische Frauen wurden als gut, diejenigen für Männer als schlecht bezeichnet. Neue Betätigungsmöglichkeiten sollen ausfindig gemacht werden. Wehrfähigen Männern gibt der Vertrauensrat Vorschüsse für die Ausstattung und Rückreise zur Meldung in die Landeswehr. Ein Vorschlag zu einer Kollektivversicherung für die Angehörigen der Landeswehr ist von der Landeswehrkommission einstimmig angenommen worden. S. Bröderich berichtete auf Grund seiner neueren Erlebnisse über die Lage in Kurland und Riga, sodann wurden Mitteilungen über die Begründung eines Vereins vom Baltischen Roten Kreuz gemacht. Die Versammlung legte nach längerer Aussprache als Hauptziel fest: Wiedergewinnung des in der Heimat verlorenen Bodens und Einsetzung aller verfügbaren Kräfte zum Wiederaufbau des Vaterlandes. Die Lage in Estland wird zunächst eine Abwanderung der Deutsch-Balten bedingen, für die Fürsorge zu treffen ist unter gleichzeitiger Rücksichtnahme auf einen späteren Wiederaufbau im Lande. Die Ausarbeitung einer Selbstbesteuerung zur Aufbringung der Mittel, die nötig werden, wurde im Einvernehmen mit dem baltischen Nationalrat empfohlen. Die Tagung der gewählten Vertreter, die 928 Stimmen vertraten, beschloß entsprechend. Ein baltischer Ausschuß mit dem Sitz in Berlin wurde gewählt, bestehend aus Vertretern des Vertrauensrats, des Flüchtlingsausschusses und mindestens einem Vertreter der Baltengruppen in den größeren Städten Deutschlands. Zum Vorsitzenden wurde Freiherr Ed. v. Stackelberg, zu seinem Stellvertreter Baron W. Fircks und Justizrat von Veh bestellt. Sonderausschüsse wurden zur Behandlung von einzelnen Fragen gewählt. Die Tagung verlief in voller Harmonie und gab von dem ernsten und festen Willen der Balten zur Bewahrung des von den Vorvätern vor 750 Jahren gewählten und bestellten Bodens Kunde.

Berlin. Vereinigung der Deutschen aus Frankreich. Der frühere Hilfsausschuß der Reichsdeutschen aus Frankreich hat sich in diese neue Vereinigung umgewandelt. Mitglied des Vereins kann jeder Reichsdeutsche werden, der Jahresbeitrag beträgt mindestens 5 Mark für eine Person, mindestens 100 Mark für eine Personengemeinschaft. Der Vorstand von 6 Mitgliedern wird von der Mitgliederversammlung gewählt und hat das Recht, sich auf 12 Mitglieder zu ergänzen, er verteilt die Ämter unter sich. Dem Vorstand zur Seite steht ein von der Mitgliederversammlung gewählter Hauptausschuß, der die größeren Arbeiten des Vereins vorbereiten soll und dessen Mitgliederzahl unbeschränkt ist. Die Mitgliederversammlung tagt jährlich mindestens einmal, muß aber auf Verlangen von einem Zehntel der Mitglieder außer der Reihe zusammenberufen werden. Einfache Stimmenmehrheit entscheidet. Bei einer Auflösung fällt das vorhandene Vermögen an das Rote Kreuz. Die Änderung des Namens und der Satzungen erfolgte in einer Sitzung vom 13. Juni unter dem Gesichtspunkt, daß jetzt ein Zusammenschluß sämtlicher Reichsdeutscher aus Frankreich nötig sei, wenn noch etwas erreicht werden sollte. Es bestehe die Absicht, einen großen „Bund der Auslanddeutschen" zu begründen, in dem der Verein die Abteilung Frankreich bilden solle.

Berlin. Vereinigung der Deutschen aus Italien. Die Versammlung am 2. Juni im Berliner Logenhause leitete Herr Josephy, der bekannt gab, daß sich die Anfragen bei der Geschäftsstelle wegen der Einreiseerlaubnis nach Italien häuften. Es seien allerdings noch keine Ausnahmen im allgemeinen zugelassen. Vor Uebereilung sei zu warnen. Rechtsanwalt Bittelmann sprach sodann über die Steuerfrage, die von den Behörden in immer weniger entgegenkommender Weise behandelt werde, mit der Begründung, daß die Auslanddeutschen während der langen Dauer des Krieges hier wieder zum Teil Einkünfte regelmäßiger Natur hätten, die teilweise sogar recht stattlich seien, sodaß es nach Ansicht der Behörden nur recht und billig sei, daß die Betreffenden auch mit zu den Lasten herangezogen würden. Da die wirtschaftliche Lage der Auslanddeutschen ganz verschieden sei, so wollten die Behörden auch jeden Fall besonders behandeln. Eine lebhafte Debatte erhob sich namentlich über die Frage, ob der Bestimmung des Steuergesetzes Genüge getan sei, wenn der Auslanddeutsche nach dem Kriege wieder an seinen früheren Wohnsitz zurückkehre, oder ob er an einen anderen Wohnsitz gehen könne.

Die Versammlung vom 30. Juni stand ganz unter dem Eindruck des furchtbaren Friedensdokuments, über das Herr Prof. Fitzner Mitteilungen machte. Die Geschäftsstelle der Vereinigung befindet sich jetzt Mittelstraße 58, Ecke der Friedrichstraße. Herr Josephy teilte mit, daß Vorbereitungen getroffen würden, die Vereinigung auch nach dem Kriege weiterbestehen zu lassen. Er sprach ferner über die Bestrebungen, einen Bund aller Auslanddeutschen ins Leben zu rufen, und warnte vor voreiligen Einreisegelüsten nach Italien. Erfreulicherweise habe die italienische Regierung vor kurzem weitere Zwangsverkäufe deutschen Eigentums verboten. Die Versammlung hörte dann mit Interesse einen Vortrag des Herrn Dr. Ohlemüller über die deutsch-italienischen Beziehungen. Der Redner warnte gleichfalls vor übergroßem Optimismus bezüglich der Einreise nach Italien, sprach allerdings die Hoffnung aus, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien sich bald wieder bessern würden.

Berlin. Geschäftsführender Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen. In der Vollversammlung vom 23. Juni im Lehrer-Vereinshaus erstattete der Vorsitzende, Herr Lenz, Bericht über seine Reise nach Riga. Es gelang nach vielen Mühen noch kurz vor der Abreise Herrn Lenz und dem mit ihm reisenden Herrn Spilcker, die Bereitstellung von 10 000 Mk. aus den Resten der seinerzeit von Auslanddeutschen dem Kaiser zur Verfügung gestellten Millionenspende für die notleidenden Landsleute bei der Reichskanzlei zu erwirken. Die Fahrt ging glatt vonstatten. Die Teuerung in Riga ist immer noch entsetzlich. Eier kosten 2.50 Rubel, immerhin sind sie von 8 Rubel zur Zeit der Bolschewistenherrschaft wenigstens etwas gefallen. Butter kostet noch 20 Ostrubel das russische Pfund gegenüber früher 60 bis 80 Rubel. Man schätzt die Zahl der Todesopfer in der Zeit der fünfmonatigen Bolschewistenherrschaft auf 5000. Viele von ihnen starben Hungers. Grauenhaftes berichtete Herr Lenz über die Taten der „Flintenweiber" in Riga. Bei einzelnen fand man bei ihrer Aburteilung bis zu 70 000 Rubel Bargeld. Ein anschauliches Bild gab der Berichterstatter von dem Zustand der „Läger", in die man alle Besitztümer der Reichsdeutschen und der Deutschbalten zusammenschaffte, um sie demnächst nach Rußland abzutransportieren. Tausende von Regenschirmen und Stöcken, Bettzeug, Küchengeschirr, Gardinen, Portieren, Matratzen, Lampen lagern wild durcheinander. Von seiner ganzen Wohnungseinrichtung fand Herr Lenz in vielen dieser Läger nur fünf Kochgeschirre, zwei Schreibtische und drei Stühle wieder. Am Pfingstsonntag hatten die Herren die Reichsdeutschen versammelt, um ihnen über die Heimat Bericht zu erstatten. Die Friedensbedingungen wurden mit tiefer Erschütterung aufgenommen. Es bildete sich sofort ein „Geschäftsführender Ausschuß der Reichsdeutschen Rigas". Nur mit Grauen ist aber daran zu denken, was aus Riga werden wird, wenn die reichsdeutschen Truppen zurückgezogen werden. Allerdings sind ganze deutsche Detachements in den lettischen Staatsverband übergetreten, sodaß vielleicht das Schlimmste verhütet werden kann. Dem

Digitized by Google

Beauftragten der deutschen Regierung sind für die hilfsbedürftigen Reichsdeutschen 200 000 Mk. zur Verfügung gestellt worden. Da aber 80 Prozent aller Reichsdeutschen hilfsbedürftig sind, wird die Summe nicht lange reichen. Mit besonderer Wärme gedachte Herr Lenz der heldenhaften Haltung der Balten, deren unverwüstlicher Optimismus und deren felsenfestes Vertrauen auf die Zukunft des Baltikums bewunderungswürdig seien. Ratschläge für Reichsdeutsche aus Riga, die Herr Lenz gab, veröffentlichen wir an anderer Stelle dieser Nummer.

Darmstadt. Ortsgruppe der Frankfurter Vereinigung zum Schutze der Interessen der Reichsdeutschen aus Feindesland. Die Sitzung am 23. Juni war von 150 Personen besucht. Eine Reihe von geschäftlichen Angelegenheiten wurde unter dem Vorsitz des Herrn Schafft erledigt, die Teilnahme an dem Empfang der zu erwartenden Kriegs- und Zivilgefangenen besprochen. Herr Strauß berichtete über den Friedensvertrag. Vom Mobiliar und beschlagnahmten privaten Gegenständen der Auslanddeutschen sei darin nicht ausdrücklich die Rede, der Wert dieser Dinge für die Auslanddeutschen sei groß, für die Gegner äußerst gering, man müsse also versuchen, diese Dinge doch noch zurückzuerhalten. Der französische Senat habe die Liquidierungsvorlage noch nicht angenommen. Das Gesetz sehe vor, daß die Liquidierung von Beschlagnahmungen im Schätzungswerte von unter 100 000 Franken ins Belieben des Sequesters gestellt werde, während bei Beschlagnahmungen im Werte von über 100 000 Franken ein aus drei Personen bestehender conseil judiciaire entscheiden solle. Dem Mißbrauch sei dabei Tür und Tor geöffnet. Die Sequester würden sich kaum irgendwelche Mühe geben, ordentliche Preise zu erzielen. Der Referent legte einen Antrag vor, der einstimmig angenommen wurde; die Ortsgruppe bitte die Frankfurter Vereinigung, sich mit den übrigen Auslanddeutschen-Vereinigungen und dem Deutschen Ausland Institut in Verbindung zu setzen, damit sie bei der Reichsregierung Schritte unternähmen, um bei den Gegnern die Herausgabe und freie Ueberführung aller Gegenstände zu erreichen, die bei Kriegsausbruch in den Wohnungen der Auslanddeutschen vohanden waren.

Die Versammlung vom 14. Juli nahm die Berichte über die Friedensverhandlungen und die Lage der Auslanddeutschen mit großem Interesse entgegen. Eine Werbung bei den ortsansässigen Firmen hat nur geringe Beiträge für die Arbeiten der Vereinigung ergeben. Zum zweiten Schriftführer wurde Herr Heinrich Schmidt einstimmig gewählt. An die heimkehrenden Zivilgefangenen sollen in den Durchgangslagern Karten verteilt werden, die sie auf die Vereinigung und ihre Arbeit für die Auslanddeutschen aufmerksam machen. Zur Bestreitung der Unkosten wurde sofort eine freiwillige Sammlung veranstaltet, die eine Deckung der Kosten erbrachte.

Doberan. Baltisches Flüchtlingsheim. Einer Meldung der Lübeckschen Anzeigen zufolge wird das in Doberan im Kamp belegene großherzogliche Palais vom Finanzministerium dem Verein für baltische Flüchtlinge ohne Inventar zur Verfügung gestellt werden. Der Verein will das Palais zu einem Flüchtlingsheim für die vertriebenen Deutsch-Balten ausgestalten.

Düsseldorf. Hilfsbund für Auslanddeutsche. Die Düsseldorfer Ortsgruppen der Vereine, die sich mit der Pflege des Deutschtums im Auslande und mit der Flüchtlingsfürsorge befassen, haben sich unter Zuziehung von Vertretern von Behörden und der bereits bestehenden Vereinigungen der Auslanddeutschen zu einem Hilfsbund für Auslanddeutsche zusammengeschlossen, der in den Räumen des Rheinischen Frauenklubs eine ungezwungene Unterhaltung veranstaltete, die dem Austausch der Erlebnisse diente. Geh. Regierungsrat Krüger begrüßte die Erschienenen. Auslanddeutsche schilderten ihre Erlebnisse in Riga und den englischen Internierungslagern.

Eisenach. Vereinigung der Auslanddeutschen. Am 12. Juli fand unter dem Vorsitz des Herrn Adolf Schütte eine von etwa 40 Damen und Herren besuchte Zusammenkunft statt, die die Gründung einer Ortsgruppe beschloß. Es soll Anschluß an die bestehenden Verbände und Interessenvertretung der Auslanddeutschen erstrebt werden. Hilfe für Auslanddeutsche bei der Durchsetzung ihrer Schadenersatz-Ansprüche ist oberstes Ziel. Zu seiner Durchführung sollen Schritte bei der Nationalversammlung ergriffen werden.

Eßlingen. Ortsgruppe der Vereinigung der in Württemberg ansässigen Auslanddeutschen in Verbindung mit dem D. A. I. Anfang Juli wurde auch in Eßlingen durch die Bemühungen des Herrn Häußler eine Ortsgruppe gebildet, nachdem eine Aufforderung in der Zeitung die Auslanddeutschen zum Zusammenschluß ermahnt hatte. 22 Personen fanden sich ein, denen der Einberufer die Gründe darlegte, die den Zusammenschluß der Auslanddeutschen als wünschenswert erscheinen ließen. Die Versammlung nahm die Darlegungen des Berichterstatters mit großem Beifall auf und beschloß einstimmig die Begründung einer Ortsgruppe, zu deren Vorsitzenden Herr Eugen Eckert gewählt wurde, der 35 Jahre in Amerika gelebt hat, und als deren Schriftführer und Kassenwart Herr Paul Häußler bestimmt wurde. Alle 14 Tage soll eine Zusammenkunft abgehalten werden, zu der möglichst alle Auslanddeutschen herangezogen werden sollen. An alle Auslanddeutschen soll unentgeltlich Rat und Auskunft erteilt werden.

Frankfurt a. M. Vereinigung zum Schutze der Interessen der Reichsdeutschen aus Feindesland. Die Versammlung am 3. Juni war wiederum ausgezeichnet besucht. Der Schriftführer machte Mitteilungen über Steuerangelegenheiten, über die Lage der Deutschen in Sibirien und in Riga, über die große Kundgebung in Berlin und über verschiedene vertrauliche Angelegenheiten. Auch die Ortsgruppe Darmstadt hat die Absendung eines Briefes der in Feindesland geborenen Frauen von Auslanddeutschen an den Präsidenten der Friedenskonferenz in Versailles beschlossen.

Freiburg. Ortsgruppe des Ausschusses der Reichsdeutschen aus Rußland. Die Versammlung am 10. Juni hörte mit Interesse einem Bericht des Vorsitzenden, Herrn Schnorr, über die Organisation der Auslanddeutschen in Baden, namentlich über die Karlsruher und Mannheimer Gruppenbildung, die schon Ausgezeichnetes zum Wohl der Auslanddeutschen geleistet hätten. Ursprünglich war man in Freiburg der Ansicht, man wolle keine Ortsgruppe bilden, weil die einzelnen Herren schon andern Vereinen angehörten, nun aber drang die Ansicht durch, daß es doch am besten sei, eine eigene Ortsgruppe der gesamten Auslanddeutschen in Freiburg zusammenzubringen, die mit den übrigen Gruppen im Lande Hand in Hand arbeiten sollte. Es wurde also beschlossen, sich der Karlsruher Organisation, die durch ihre Fühlung mit der Regierung schon manches erreicht habe, anzuschließen, dabei aber dem Hauptausschuß in Berlin treu zu bleiben.

Die sechste Versammlung der Reichsdeutschen aus Rußland am 27. Juni leitete wiederum der Vorsitzende, Herr Schnorr. Ausführlich wurde die Frage der Steuerverhältnisse der Auslanddeutschen behandelt und auch der uns aufgezwungene Gewaltfriede wurde ausgiebig besprochen. Man war allgemein der Ansicht, daß er unmöglich von Dauer sein könne. Herr Hedwig gab auf Grund der Mitteilungen seines Sohnes einen ausführlichen Bericht über die Befreiung Rigas von den Bolschewisten.

Digitized by Google

Hamburg. Geschäftsführender Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen. An der 46. Zusammenkunft vom 27. Mai nahmen 123 Personen teil. Herr Pohl besprach den Friedensvertrag und seine ungünstigen Aussichten, sowie namentlich die politische Lage in Rußland. Der „Bund zur Wahrung der Interessen aus russischer Gefangenschaft Heimgekehrter" löst sich auf, und seine 550 Mitglieder gehen ohne Beitragsverpflichtung für das Jahr 1919 in den Ausschuß über. Dieser übernimmt das aktive Vermögen von 10 000 Mk. und die Passiven für die Heime Rothenbaumchaussee bis Vertragsschluß Ende August 1919 mit 2000 Mk. Die „Kriegsgefangenen"-Mitglieder des Bundes werden nicht mit übernommen. Auf die politischen Ziele des ehemaligen Bundes legt sich der Ausschuß aber nicht fest. Ueber die Ausgestaltung der Heime zur billigen Wohngelegenheit für Unbemittelte wurde lebhaft gesprochen, wie auch wiederholte Beschwerden über die Handhabung der Entschädigungsfrage durch den Reichskommissar laut wurden. Herr Klemm wurde zum Kassenwart, Herr Seydel zum Schriftführer neu gewählt.

Hamburg. Eine Vereinigung der Auslanddeutschen im Kaufmännischen Verein von 1858 Hamburg hat der Kaufmännische Verein von 1858 begründet. Er zählte vor dem Kriege über 12 000 überseeische Mitglieder, deren Interesse er wahren will. Sie sind zum größten Teil infolge feindlicher Maßnahmen nunmehr in die Heimat zurückgekehrt.

Heidenheim. Ortsgruppe der Vereinigung der in Württemberg ansässigen Auslanddeutschen in Verbindung mit dem D. A. I. Die Sitzung am 7. Juli war rege besucht und erfreute sich einer außerordentlichen Teilnahme aller Anwesenden in der Aussprache. Das geplante Zustandekommen des großen Bundes der Auslanddeutschen wurde freudigst begrüßt und der Hoffnung und dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Auslanddeutschen, die in die Reichsentschädigungskommission gewählt werden sollen, nicht etwa durch Berliner Stellen bestimmt oder vorgeschlagen, sondern auf demokratischer Grundlage durch ein Wahlverfahren gewählt würden. Womöglich solle jede Ortsgruppe Vertreter benennen und diese Vertreter sollten zur Feststellung aller Wünsche zu einer Art Auslanddeutschen-Parlament zusammentreten, um dann wiederum ihre Vertreter in die vom Reich einzusetzende Entschädigungskommission zu wählen. Eine Vorauszahlung auf die Reichsentschädigung wurde als besonders dringlich bezeichnet. Gerade jetzt wäre, für die Auslanddeutschen wertvoll, etwas Geld in die Hand zu bekommen. Eine besondere Aufmerksamkeit sollte der Wiederauswanderung der Auslanddeutschen geschenkt werden.

Köln. Vereinigung deutsch-belgischer Flüchtlinge. Die gutbesetzte Versammlung vom 28. Mai leitete der Vorsitzende, Herr Wendt, der auch einen Vertreter des Brückenkopf-Offiziers und einen Vertreter des Oberbürgermeisters begrüßen konnte. Er erstattete Bericht über die Arbeiten des Vorstandes, sowie über seine Berliner Reise. An den belgischen Ministerpräsidenten Vandervelde ist die Vereinigung mit einer Bitte um Einschreiten gegenüber den rücksichtslosen Verkäufen deutschen Eigentums herangetreten. Die Begründung der Rückwandererhilfe in Berlin wurde allseitig als ein Zeichen beginnender Erkenntnis vom Werte der Auslanddeutschen begrüßt. Schäden, die den Deutsch-Belgiern durch Requisitionen und durch Beschädigungen von Seiten deutscher Truppenteile entstanden sind, sollen sofort voll gedeckt werden. Die vom Reich unterhaltene Unterstützungskasse hat schon namhafte Summen auszahlen können. Die Vereinigung deutsch-belgischer Flüchtlinge Köln-Elberfeld-Bonn zählt jetzt 1600 Mitglieder. Der Leiter der Fürsorgestelle der Stadt Köln, Rechtsanwalt Dr. Ochs, übermittelte der Versammlung ein Bild von der Tätigkeit seines Amts. Darnach sind 4500 Ausgewiesene in Köln untergebracht. Zwischen 70 und 80 Familien brachte allein der letzte Monat. Im Mai sind rund 35 000 Mark von der Stadt an Flüchtlinge bezahlt worden, und dazu kamen aus besonderen Fonds 45 000 Mark. Dem unermüdlichen Vorsitzenden, Herrn Wendt, wurde schriftlich der Dank der Vereinigung für seine außerordentlich erfolgreiche Tätigkeit ausgesprochen.

Konstanz. Ortsgruppe Konstanz des Bundes der Auslanddeutschen. Am Freitag, den 4. Juli, hatten sich zahlreiche Auslanddeutsche aus fast allen feindlichen Ländern zusammengefunden, die nach einer lebhaften und anregenden Besprechung beschlossen, energisch die Führung ihrer Sache durch den Zusammenschluß in die Hand zu nehmen, eine Ortsgruppe zu begründen, und sich dem großen Deutschen Bund der Auslanddeutschen anzuschließen, der einzig und allein in seiner Geschlossenheit eine wirksame Vertretung der Interessen der Auslanddeutschen erzielen könne. Zum Vorsitzenden wurde Herr August Hageney-Konstanz gewählt.

Leipzig. Vereinigung der Reichsdeutschen aus Feindesland. In einer stark besuchten öffentlichen Versammlung, die gemeinsam mit dem Verein Rückwandererhilfe im Zoologischen Garten veranstaltet wurde, sprach Generalsekretär Geisler unter lebhaftem Beifall über „die Bedeutung des Auslanddeutschtums für uns und für die anderen", und Herr A. Lotze-Riga über die Pflichten des deutschen Volkes gegenüber den Auslanddeutschen. Er verlangte einen einheitlichen Bund der Auslanddeutschen im ganzen Reiche und führte lebhafte Klage über die mangelhafte Fürsorge der deutschen Regierung. Die Auslanddeutschen müßten nun endlich einmal ihre Rechte verlangen und Entschädigung in voller Höhe der erlittenen Schäden bekommen. Die deutsche Bevölkerung könnte durch eine Volksspende mithelfen, den Wiederaufbau der Existenzen der Auslanddeutschen herbeizuführen. In der Aussprache klagten verschiedene Auslanddeutsche darüber, daß man in der Heimat kein Verständnis für ihre Lage habe und daß man sich zum Teil weigere, sie in Stellungen anzunehmen, gerade weil sie Auslanddeutsche seien. Eine Entschließung wurde angenommen, die eine Entschädigung der Auslanddeutschen und Zivilgefangenen in voller Schadenshöhe fordert, die eine Hinterbliebenenfürsorge der in der Internierung und an deren Folgen verstorbenen und invalide gewordenen Auslanddeutschen in der gleichen Weise wie für ehemalige Heeresangehörige verlangt und die die Auszahlung des Restes von 150 Millionen Rubel anregt, die die russische Regierung als Vorentschädigung bezahlt hatte. Die Resolution wurde an maßgebenden Stellen durch Delegierte persönlich überreicht. Herr Oberbürgermeister Dr. Rothe sagte namens des Rates volle Unterstützung zu.

Mannheim. Badischer Landesverband des Reichsbundes. Am Sonntag, den 29. Juni, fand in Mannheim eine aus allen Teilen Badens gut beschickte Vertreter-Versammlung der Auslanddeutschen statt, die der um die Sache der Auslanddeutschen verdiente Herr Pfarrer Wettstein-Mannheim namens des dortigen Rats der Auslanddeutschen begrüßte. Er übergab den Vorsitz an den Vorsitzenden des Deutschen Ausland Instituts, Herrn Konsul Theodor G. Wanner, Stuttgart, der in eindringlichen Worten darauf hinwies, wie notwendig ein fester und einheitlicher Zusammenschluß der Auslanddeutschen gerade in der heutigen Zeit sei. Alles Trennende müsse zurückgestellt werden, alles Einigende müsse die Vorderhand haben. Ein Reichsbund der Auslanddeutschen, der in Berlin vorbereitet werde, müsse sich stützen können auf fest organisierte Landesverbände, die wiederum in ihren Ortsgruppen den nötigen Rückhalt fänden. Die Aussprache ergab bald völlige Einmütigkeit über das zu erstrebende Ziel. Es waren vertreten die Ortsgruppen Karlsruhe mit 350 Mitgliedern, Freiburg mit 170, Pforzheim

Digitized by Google

mit 150, Baden-Baden mit 115, Mannheim mit 80, Offenburg mit 40, Konstanz, Rastatt, Lörrach, Dürrheim, Heidelberg mit je weniger als 30 Mitgliedern. Man beschloß einen Landesausschuß zu begründen, in den jede Ortsgruppe bis zu 100 Mitgliedern einen Delegierten und für je weitere 100 Mitglieder einen weiteren Delegierten zu entsenden hätte. Eine Ortsgruppe solle als Vorort die Geschäftsangelegenheiten führen. Für das erste Jahr wurde Karlsruhe dazu bestimmt. Ein engerer Arbeitsausschuß des Landesausschusses wurde gewählt mit Herrn Konsul Aselmeyer-Karlsruhe an der Spitze, dem der rührige Vorsitzende der Karlsruher Ortsgruppe, Herr Heitmann, und ferner Herr Muser-Karlsruhe, Pfarrer Wettstein-Mannheim und Herr Bilabel-Pforzheim zur Seite stehen. Ein Mitgliedsbeitrag von mindestens einer Mark soll von jedem Mitglied erhoben werden. Die Verhandlungen führten zu regster Aussprache, verliefen aber im Geiste besten Zusammenhaltens und einigender Entschlossenheit, zum Wohle der Gesamtheit einzelne Wünsche zurückzustellen.

Nürnberg. Ortsgruppe der Auslanddeutschen. Die Versammlung am 1. Juni wurde durch Herrn Rogner geleitet, der zu Beginn einen Ueberblick über die Friedensbedingungen gab und namentlich die die Auslanddeutschen betreffenden Teile einer scharfen, beifällig aufgenommenen Kritik unterzog. Einigkeit tue dem deutschen Volke not, das sich jetzt erst recht nicht vom Pessimismus unterkriegen lassen dürfe. Der Vertrauensmann der aus Rußland geflüchteten Deutschen, Dietrich, gab einen Ueberblick über die bestehenden Organisationen der Auslanddeutschen, der ein allerdings recht buntes Bild bot. Er geißelte namentlich scharf die Interesselosigkeit der Heimat ihren verdienten Volksgenossen gegenüber. Die Aussprache war lebhaft und unterstrich die Ausführungen der beiden Hauptredner.

Singen. Die deutschen Wehrleute aus der Schweiz. Das „Nachrichtenblatt" des Reichswanderungsamtes veröffentlicht die Satzungen der „Reichsfürsorgestelle für deutsche Wehrmänner aus der Schweiz", über deren Begründung wir bereits in der letzten Nummer berichtet haben. Zu deren Leiter ist Konsul z. D. Schabinger und zu dessen Stellvertreter Herr Bürgermeister Thorbecke von Singen ernannt worden. Als Aufgaben der Fürsorgestelle werden bezeichnet, Regelung der Arbeitsvermittlung für die Wehrmänner und Wahrnehmung ihrer Fürsorgeinteressen bei Behörden und privaten Stellen. Die Reichsfürsorgestelle besteht aus einem Beauftragten der Regierung und seinem Stellvertreter, sowie einem von den Wehrmännern gewählten Beirat, der bei Anwesenheit von drei Mitgliedern beschlußfähig sein soll und in dem bei Stimmengleichheit die Stimme des Reichsbeauftragten entscheiden soll. Den Landesregierungen soll die Errichtung von Landesfürsorgestellen oder die Uebertragung der Aufgaben solcher Stellen an bestehende Fürsorgestellen oder Behörden überlassen bleiben.

Stuttgart. Vereinigung der in Württemberg ansässigen Auslanddeutschen in Verbindung mit dem D. A. I. Für die in diesem Monat ausfallende allgemeine Mitgliederversammlung veranstaltete die Vereinigung in Gemeinschaft mit der Vereinigung der aus Elsaß-Lothringen Vertriebenen einen Unterhaltungsabend im Stadtgarten, der sich bei gutem Wetter eines außerordentlich starken Besuchs erfreute. Da auch der Elsaß-Lothringische Beirat und der Hilfsbund in diesen Tagen in Stuttgart ihre Sitzungen abhielten, war der Stadtgartenabend ein richtiger Treffpunkt für Auslanddeutsche und Elsaß-Lothringer. Das Konzert einer Militärkapelle und ein schwäbisches Männersextett trugen zur Unterhaltung bei. Aus Eintrittsgeldern und durch den namentlich von Herrn von Gaisberg organisierten Verkauf von Blumen wurde ein ansehnlicher Überschuß erzielt, der den Unterstützungszwecken der veranstaltenden Vereinigungen dient.

Eine Obmännerversammlung befaßte sich nach einem eingehenden Referat des Vorsitzenden des Vorstandes des D. A. I., Konsul Theodor G. Wanner, mit der Frage des Zusammenschlusses aller Auslanddeutschen. Der geplante „Bund der Auslanddeutschen" wurde allseitig freudigst begrüßt und es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß unter Zurückstellung der trennenden Momente endlich eine Einigung aller Auslanddeutschen erzielt werden möchte. Da die Vereinigung in Württemberg schon so organisiert ist, wie es der künftige Reichsbund plant, wurde einstimmig beschlossen, die Vereinigung als Landesverband in den künftigen Bund zu überführen. Herr Konsul Wanner und der Vertreter der Vereinigung beim Rat in Berlin wurden beauftragt, die Verhandlungen in diesem Sinne weiter zu führen.

Würzburg. Ortsgruppe der Auslanddeutschen. Die Auslanddeutschen haben sich zu einer Ortsgruppe zusammengeschlossen, die ihren Anschluß an München nehmen will und Herrn Johann R. Loewe zum Vorsitzenden und Herrn Alfred Sahlender zum Schriftführer wählte.

Von den Elsaß-Lothringern.

Nach einer neueren Nachricht muß das Blatt der Elsaß-Lothringer nun doch berichten, daß nach den Friedensbedingungen sich die Franzosen auch die Liquidation des deutschen Privateigentums in Elsaß-Lothringen vorbehalten. Es wird deshalb Interessenten dringend geraten, ihr Mobiliar in Elsaß-Lothringen nicht zu verlassen, da das gleichbedeutend wäre mit dem Verluste desselben. Möbeleinrichtungen, die von den Eigentümern verlassen würden, verfallen regelmäßig der Beschlagnahme, auch sind die Zwangsverwalter bereits angewiesen worden, mit der Veräußerung zu beginnen. Freilich hören wir, daß die Mißstimmung gegen das französische Regiment im Elsaß in außerordentlich raschem Tempo wächst und daß namentlich in altelsässischen Kreisen schon von einer bedenklichen Krise des Franzosentums im Elsaß gesprochen werde. Die „Erpresser-Taktik", wie das Blatt der Elsaß-Lothringer die Verkäufe des Mobiliars benennt, wird dazu wohl auch ein gut Teil beitragen. Nur die Beamten, die die französische Regierung zur Aufrechterhaltung der Betriebe noch anfangs übernommen hatte, dürfen ihre Möbel ausführen.

Neue Freifahrt-Vergünstigungen für Elsaß-Lothringer. Auf die von uns schon erwähnten Eingaben aus Münster hin hat der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten geantwortet, er wolle, um den vertriebenen Elsaß-Lothringern die Abholung ihrer Möbel und ihrer Familien zu erleichtern, für die preußisch-hessischen Eisenbahnen die gewährte Freifahrt-Vergünstigung ausdehnen auf eine einmalige Reise des Haushaltungs-Vorstandes von dem Aufenthaltsort des Flüchtlings nach dem Unterstellungsort des Hausrates und von dort nach dem gewählten Wohnort. Von dem Nachweis der Mittellosigkeit soll dabei abgesehen werden Der Hilfsbund oder eine seiner Zweigstellen soll Bescheinigungen zum Bezug der Freifahrtscheine ausstellen können. Bayern, Sachsen und Oldenburg haben sich diesem Vorgehen angeschlossen.

Die Elsaß-Lothringer-Tagungen in Stuttgart.

In den Tagen vom 1. bis zum 8. Juli versammelte sich der Elsaß-Lothringische Beirat zum zweitenmal, um mit den Vertretern der E.-L. Abteilung im Reichsministerium des Innern die Sorgen der Vertriebenen zu beraten. Exzellenz Schwander eröffnet die Beratung. Es wurde über die Friedensverhandlungen, über die Satzungen des Hilfsbundes, über die Richtlinien des Roten Kreuzes, über die Zuständigkeit der Darlehenskasse, die Frage des Möbeltransports, die Frage der Kriegsschäden, die Steuerfrage, Beamtenfragen usw. eingehend verhandelt. Der Beirat nahm Kenntnis davon, daß auf Kriegsschäden im Sinne des Ge-

Digitized by Google

setzes vom 3. Juli 1916 folgende Anweisungen demnächst erfolgen: Vorschüsse und Vorentschädigungen, für die bereits eine Anweisung von der Landeskasse von Elsaß-Lothringen erteilt worden ist; Vorentschädigung, die in Zukunft im Rahmen des Artikels 13 der E.-L. Ministerialverfügung vom 22. Februar 1917 auf Grund einer bereits festgestellten Kriegsschadenforderung bewilligt ist; Vorschüsse, die zur Abwendung dringender Not in besonders gelagerten Ausnahmefällen im Rahmen des Artikels 14 der genannten Ministerialverfügung zur Verrechnung auf die spätere Vorentschädigung bewilligt wurde. „Kriegsschädenfestsetzungsausschüsse" zur Fortsetzung der bereits in E.-L. anhängigen Feststellungsverfahren sollen gebildet werden, ein Gesetz über die Ausführung der Friedensbestimmungen hinsichtlich der Entschädigung der von Frankreich liquidierten E.-L. soll alsbald herauskommen. Das Reich wird ersucht, eine Entschädigungspflicht anzuerkennen, die für die Vertriebenen durch unberechtigte Freiheitsentziehung seitens der Franzosen entstanden ist, durch die Vertreibung von Zivilpersonen, durch die Zurückhaltung des Eigentums bei der Ausweisung, durch Einführung der französischen Währung und durch die Handhabung des Umrechnungskurses, durch Sequestration, durch unter ihrem Druck veranlaßte freiwillige Veräußerungen unter dem Werte des Besitzes. Alle diese Schäden sollen von den Feststellungsausschüssen baldigst festgelegt werden. Auf die zu gewährenden Darlehen soll das in der Heimat zurückgelassene Vermögen als Sicherheit angerechnet werden, die einzelnen Darlehen sollen beträchtlich erhöht, der Zinsfuß aber herabgesetzt werden, dann sollen keine Wechsel und eidesstattlichen Versicherungen, sondern Schuldurkunden verlangt werden, auch wird die Verlängerung der Rückzahlungsfrist gefordert. Auch das E.-L. Siedlungsunternehmen soll Unterstützung finden.

Vom 4. bis 6. Juli fanden Sitzungen der ersten Vertreterversammlung des Hilfsbundes für die Elsaß-Lothringer im Reiche statt. 60 Ortsgruppen von den 80 bestehenden waren vertreten. Bei den Sitzungen trat überall das Trennende zurück, das Einigende dagegen in den Vordergrund. Eine große öffentliche Versammlung brachte auch der Bevölkerung der Stadt Stuttgart die Wünsche der Elsaß-Lothringer näher. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Schwander, zu seinem Vertreter Dr. Donnevert, zu Geschäftsführern wurden die Herren Gilg, Nußbaum und Dr. Diffort gewählt. An die Reichsregierung, die Nationalversammlung und ihre Fraktionen wurden Telegramme gesandt und gefordert, daß auf die Reichsvermögensabgabe und auf andere direkte Reichssteuern die Schadenersatzansprüche an das Reich für Vermögensschäden, die durch die Besetzung Elsaß-Lothringens vertriebenen Deutschen entstehen, angerechnet werden.

Ferner lag eine Antwort des Reichsministers des Innern vor, nach der ehemalige Zivilinternierte bei Reife- und Schlußprüfungen wie Kriegsteilnehmer zu behandeln sind.

Endlich wurde ausführlich besprochen, welche Schritte demnächst bei der Ausführung der uns von den Feinden auferlegten Friedensbedingungen, soweit sie die Auslanddeutschen angehen, zu tun sind.

Gleich nach der Sitzung wurden Telegramme an die zuständigen Reichsbehörden abgesandt, in denen die hierauf bezüglichen Forderungen und Wünsche der Auslanddeutschen ausgesprochen werden.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Die Auslanddeutschen in Weimar.

Eine Abordnung von 12 Vertretern des Rats der Reichsdeutschen im Ausland, des Reichsverbandes der Auslanddeutschen und der diesen angeschlossenen Landesgruppen, Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hamburg usw. weilten am Freitag, den 18. Juli in Weimar, wo sie Gelegenheit hatten, mit zuständigen Ministern und Abgeordneten aller Parteien die schwebenden Fragen des Auslanddeutschtums zu erörtern und ihre Forderungen vorzubringen. Die Auslanddeutschen konnten feststellen, daß man ihren berechtigten Wünschen und Beschwerden Verständnis entgegenbrachte und Abhilfe zusagte. Besonders erfreulich ist es, daß eine besondere Kommission der Nationalversammlung gebildet werden soll, die sich nur mit den Fragen des Auslanddeutschtums zu befassen haben wird. Die Kommission soll voraussichtlich 28 Mitglieder zählen und aus allen Parteien zusammengesetzt sein, sodaß gewährleistet ist, daß die Auslanddeutschen in Zukunft bei der Nationalversammlung eine Stelle haben, die sich ihrer ganz besonders annehmen wird. Die Auslanddeutschen verlangten besonders energisch Schaffung eines Reichskommissariats für Auslanddeutschtum, dem unter anderem auch die Entschädigungsfragen unterstellt werden sollen. Es ist zu hoffen, daß die in dieser Richtung gemachten Versprechungen raschestens verwirklicht werden.

Minister Erzberger und die „Auslanddeutschen".

Einer Drahtmeldung des „Hamb. Fremdenblattes" zufolge waren Vertreter des Außenhandels, vor allem aus Hamburg, in Weimar, um mit Herrn Erzberger Rücksprache zu nehmen. Minister Erzberger hatte sich schon vor Empfang der Delegation Pressevertretern gegenüber dahin ausgesprochen, es werde sich um eine informatorische Besprechung handeln. Er wolle hören, wie die Auslanddeutschen sich die Entschädigung auf Grund des Friedensvertrages denken, welche Quote gleich zu zahlen sei und in welcher Form die weiteren Raten vom Reiche zu leisten sein würden, vor allem aber nach welchem Maßstabe die Schäden selbst zu berechnen und wie die Valutadifferenz zu behandeln sei. Er selbst, der Minister, stehe auf dem Standpunkte, daß dem Reich unmöglich zugemutet werden könne, die Entschädigung zum gegenwärtigen Auslandskurs der deutschen Mark zu zahlen, weil dadurch indirekt ein enormer Kriegsgewinn für große Kategorien der zu Entschädigenden geschaffen würde, dessen Übernahme auf die Gesamtheit niemand zugemutet werden könne. Sehr wichtig sei auch die Frage, wie die Entschädigung zu behandeln sei im Zusammenhange mit dem Problem der bevorstehenden großen Vermögensabgabe. Es gehe nicht an, das Auslanddeutschtum von dieser Vermögensabgabe zu befreien, die Vermögensabgabe müsse vielmehr auf die Entschädigung angerechnet werden, wobei aber Rücksicht zu nehmen sei auf diejenigen Geschädigten, die durch den Friedensvertrag ihr Arbeitseinkommen im Auslande verlieren, im Gegensatz zu denjenigen, die lediglich als Rentner ihrer im Auslande befindlichen Besitzungen und Besitztitel gelebt hätten.

Die Auslanddeutschen und die Vermögensabgabe.

In dem noch vom Reichsfinanzministerium Dernburg der Nationalversammlung am 16. Juni übermittelten Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs wird im § 2, der den Kreis der Abgabepflichtigen bestimmt, unter I, 1 festgesetzt, daß abgabepflichtig die Angehörigen des Deutschen Reiches sind „mit Ausnahme derer, die sich mindestens seit 1. Januar 1914 ununterbrochen im Auslande aufhalten, ohne einen Wohnsitz im Deutschen Reich zu haben. Die Ausnahme findet keine Anwendung auf Reichs- und Staatsbeamte, die im Auslande ihren dienstlichen Wohnsitz haben. Wahlkonsuln gelten nicht als Beamte im Sinne dieser Vorschrift." Abgabepflichtig sind ferner auch Ausländer, wenn sie im Deutschen Reiche einen Wohnsitz

Digitized by Google

oder in Ermangelung eines Wohnsitzes einen dauernden Aufenthalt haben. In der Begründung wird gesagt, daß die persönliche Abgabepflicht darnach im wesentlichen im gleichen Umfang geregelt sei, wie sie sich aus §§ 1 und 12 des Kriegssteuergesetzes ergebe.

In dem gleichzeitig der Nationalversammlung zugegangenen Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 wird bestimmt, daß diejenigen Personen steuerpflichtig sind, die im § 11 des Wohnsitz-Steuergesetzes vom 3. Juli 1913 bezeichnet wurden. „Bei Inländern und bei solchen Personen, die ihre inländische Staatsangehörigkeit nach dem 1. August 1914 verloren haben, entfällt die Abgabepflicht nicht dadurch, daß sie nach dem 13. Dezember 1913 ihren inländischen Wohnsitz oder Aufenthalt aufgegeben haben."

Vom Reichsnotopfer.

Der Gesetzentwurf über das Reichsnotopfer enthält folgenden § 49, der für die Auslanddeutschen von Interesse ist:

§ 49.

Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, denjenigen Angehörigen, die sich mindestens seit dem 1. August 1914 ununterbrochen im Ausland des Erwerbes wegen aufhalten, ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben, die Abgabe ganz oder teilweise zu erlassen. Diesen Personen werden gleichgestellt diejenigen, die vor dem Kriege ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Auslande des Erwerbes wegen hatten, ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben, und sich entweder bei Ausbruch des Krieges vorübergehend im Inland aufhielten oder während des Krieges ins Inland gekommen sind und spätestens bis zum 31. Dezember 1919 nachweislich des Erwerbes wegen in den ausländischen Staat zurückkehren, in dem sie vor ihrer Rückkehr ins Inland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hatten.

Es handelt sich hierbei allerdings erst um eine Arbeit des Reichsfinanzministeriums, die noch nicht beim Staatenausschuß eingebracht worden ist, dessen Zustimmung noch nicht erhalten hat und deshalb auch noch Abänderungen unterworfen werden kann.

Zur Steuerfrage in Baden.

Die Reichsdeutschen aus Rußland hatten ein Gesuch an das badische Staatsministerium um Befreiung von sämtlichen Steuern in Baden gerichtet, auf das die Zoll- und Steuerdirektion mitteilte, die Angelegenheit werde zurzeit geprüft. Bis zum endgültigen Bescheid dürfte es sich empfehlen, daß die aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen, die bereits zur Steuer veranlagt seien, nach Lage der Verhältnisse aber bei ihrer Steuererklärung eine besondere Berücksichtigung verdienten, bei der Zoll- und Steuerdirektion selbst um einen besonderen Steuernachlaß nachsuchten.

Das Auslanddeutschtum im württembergischen Etat. Für außerordentliche Bedürfnisse, die nicht aus der laufenden Verwaltung von 1919 bestritten werden können, sind in Artikel 10 des dem Landtage jetzt vorliegenden Finanzgesetz-Entwurfs zur Übernahme auf Anleihen 6 Millionen Mark für das Arbeitsministerium vorgesehen. Sie sollen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger, zur sozialen Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, sowie für die Auslanddeutschen-Flüchtlingsfürsorge verwendet werden. Einer genaueren Aufstellung ist zu entnehmen, daß für die aus Elsaß-Lothringen Vertriebenen 350 000 Mark, für die Auslanddeutschen-Fürsorge 150 000 Mark angefordert werden.

Eine Anfrage in der Nationalversammlung über das Baltikum.

Der demokratische Abgeordnete Prof. Herrmann-Posen hat in einer kleinen Anfrage die Regierung um eine klare Stellungnahme zu den jetzt schwebenden Fragen im Baltikum ersucht. Er verweist darauf, daß nach allen Nachrichten, die sich im einzelnen widersprächen, doch die Anwesenheit der deutschen Truppen eine Konsolidierung der Verhältnisse im Baltikum zu erschweren scheine, namentlich da sie sich immer noch innerpolitisch betätigten. Eine beschleunigte Räumung in geschlossenen Formationen sei wünschenswert. Jeder unter Aufwendung staatlicher Mittel staatlich geförderte Zuzug deutscher Freiwilliger nach den baltischen Provinzen müsse aufhören. Eine förmliche Anerkennung der Baltikums-Regierungen müsse herbeigeführt und ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis zu ihnen solle angebahnt werden. So werde auch dem Schutze der deutschen Minderheit in den Baltikumsprovinzen am besten gedient. Der Anfrager ersuche darum, diese seine Anfrage in der bevorstehenden Programmrede des Reichsministers des Äußern zu beantworten.

Petitionen an die Nationalversammlung.

Dem am 16. Mai abgeschlossenen 6. Verzeichnis der bei der Nationalversammlung eingelaufenen Petitionen entnehmen wir, daß wiederum eine ganze Reihe von Gesuchen sich mit den Angelegenheiten der Auslanddeutschen befaßten. Der Rat der Reichsdeutschen im Auslande, Berlin, der Hilfsauschuß der Reichsdeutschen aus Frankreich, Berlin, die Vereinigung der Deutsch-Ägypter, Berlin, der Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen, Berlin, der Auslanddeutschen aus Italien Paul Bitter, Berlin, die Vereinigung der in Württemberg ansässigen Auslanddeutschen, Stuttgart, die Vereinigungen der Auslanddeutschen in Leipzig und Frankfurt, in Mannheim, Hamburg und München haben in 11 Eingaben ersucht, im Friedensvertrage die Rechte der Auslanddeutschen zu wahren und weitere Liquidationen und Beschlagnahmungen von Privateigentum und Guthaben der Auslanddeutschen zu verhindern. Die Vereinigung der Deutsch-Belgier in Frankfurt bat um Stellungnahme zu der Frage, wie diejenigen Deutsch-Belgier entschädigt werden sollten, deren Eigentum noch nach dem Waffenstillstand von den Gegnern verschleudert wurde, die Kölner Vereinigung der Belgier ersuchte Schritte zur sofortigen Einstellung der Zwangsverkäufe zu tun, eine Eingabe Diederichs und Genossen in Köln bat, daß die im vom Feinde besetzten Gebiet mit schweren Strafen belegten Personen sofort bei Abschluß des Vorfriedens begnadigt und in Freiheit gesetzt würden. Eine weitere große Anzahl von Petitionen beschäftigte sich mit der Lage der Missionen nach dem gegnerischen Friedensentwurf, ersuchen um Schutz der Deutschen in den abzutretenden Gebieten und beschäftigen sich mit den auch die Auslanddeutschen betreffenden wirtschaftlichen Paragraphen des Friedensentwurfs. Im Namen der Berliner Ägyptologen erhob Geheimrat Borchardt-Berlin Einspruch gegen Artikel 153 der Friedensbedingungen betreffend Übergang des gesamten, dem Deutschen Reiche in Ägypten gehörigen Besitzes an die ägyptische Regierung.

Deutschnationale Volkspartei. Auf dem Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin besprach Graf Westarp in einer großen Rede die politische Lage. Er sprach dabei auch über das Auslanddeutschtum, das nunmehr vogelfrei geworden sei, das sich aber nach wie vor im Auslande werde betätigen müssen. Die Partei müsse mehr als zuvor darauf sehen, mit den Auslanddeutschen in Verbindung zu bleiben. Hierfür gründe die Partei eine Zentrale für Auslanddeutschtum. Von der Regierung sei ja in dieser Beziehung nichts zu erwarten.

AUSWANDERUNG

Vom Reichswanderungsamt.

Das Reichswanderungsamt weist in der Nr. 5 seines „Nachrichenblattes" darauf hin, daß es am 1. Juli verschiedene

Digitized by Google

Zweigstellen eröffnet hat. Diese Zweigstellen befinden sich in Hamburg, Holzbrücke 9 (Katharinenhof), Frankfurt a. M., Kaiserstr. 79, 2, Dresden-A 1, Friesengasse 6, Leipzig, Friedrich-Karlstr. 22, Bielefeld, Zastrowstraße 29, Kiel, Prüne 37. **Für Württemberg hat nach einer Vereinbarung mit dem Reichswanderungsamt das Deutsche Ausland Institut die Arbeiten einer Zweigstelle übernommen.** Die Errichtung weiterer Zweigstellen des Amtes steht bevor. Die Zweigstellen sollen mündlich und schriftlich Rat und Auskunft über die Aussichten der deutschen Ein-, Rück- und Auswanderung nach allgemeinen Grundsätzen des Amtes erteilen, sowie die Führung mit den interessierten Ortskreisen und Persönlichkeiten herstellen, um diese Kreise in zwangloser Form zur Mitarbeit heranzuziehen. Sie sollen an der Ermittlung und Bekämpfung unzuverlässiger privater Auskunfts-, Anwerbe- und Siedlungstätigkeit für auslanddeutsche Gebiete mitarbeiten, die Zentralstelle mit Material versehen und über wichtige Vorkommnisse in ihren Bezirken berichten.

Das Reichswanderungsamt weist gleichzeitig darauf hin, daß es mit einem „Internationalen Verband der Reisebüros, Sitz Berlin" nichts zu tun habe und dessen Bestrebungen fernstehe. Der genannte Verband hatte verschiedene Unternehmungen aufgefordert daran mitzuwirken, daß sich eine Zentrale als „Deutsche Auswanderer-Verbands-Auskunftsstelle" bilde, die sich das verbriefte Recht zur Auswandererberatung sichern solle, falls bei einer gesetzlichen Regelung das Gewerbe der Reisebüros lahmgelegt zu werden versucht würde. Diese Reisebüros sollten eine finanzielle Einnahmequelle für diesbezügliche Auskunftserteilung vorweg garantiert erhalten und durch die Übernahme der Auskunftserteilung eine kostenlose Reklame in allen Auswandererkreisen gemacht erhalten, sich ferner das Prae im Auswanderungsgeschäft am Platze sichern.

Die drohende Auswandererflut und die Pflichten der Katholiken. Über diese beiden Fragen schreibt in sehr interessanten Ausführungen Prälat Dr. Werthmann im April-Mai-Juniheft der „Caritas". Er schildert den Wandel der Zeiten: Von der Hoffnung auf eine große Rückwanderung von einer Million und mehr Seelen kommen wir zur Auswanderung von vielen Millionen! Die wirtschaftliche Notlage treibt Handarbeiter und geistige Arbeiter ins Ausland. In ebenso knappen wie klaren Darlegungen skizziert der Verfasser diese Gründe und Ursachen. Er gibt einen Überblick über die Auswanderungsmöglichkeiten, die er namentlich in Südamerika und Argentinien sieht, dessen Regierung schon für deutsche Auswanderer 100 000 Plätze in Zwischendeck der Ozeandampfer gemietet haben soll. Prälat Dr. Werthmann warnt dringend, die Fehler der Auswanderungspolitik früherer Jahrhunderte zu wiederholen. Er verlangt eingehendes Studium der in Betracht kommenden Auswanderungsgebiete, Abschluß staatlich geprüfter Ansiedlungsverträge, gründliche Beratung der Auswanderungslustigen unter Ausschaltung der „gewissenlosen eigennützigen oder einseitig interessierten Auswanderungsagenten", sodann weitgehenden Schutz der Auswanderungslustigen, Pflege der deutschen Sprache, Sitte und Kultur, sowie der angestammten Religion und Erhaltung der Beziehungen zwischen Auswanderern und Heimat durch Aufrechterhaltung der staatlichen Zugehörigkeit zum Deutschen Reich. Konfessionelle und interkonfesionelle Vereine müßten ihre Tätigkeit erweitern und ausbauen. Alle Hindernisse, die der Schaffung einer großzügig geleiteten Reichsstelle für diese Fragen gegenüberständen, müßten beseitigt werden. Besonders spezialisiert Prälat Dr. Werthmann die Aufgabe der katholischen Fürsorge in den Hafenstädten, auf der Reise, bei der Ankunft drüben und in den künftigen Siedlungsgebieten. Der Raphaels-Verein müsse neu belebt werden, der Reichsverband für die katholischen Auslanddeutschen müsse ausgebaut werden und eine Zentrale in Berlin bekommen, für die in der Person des Divisionspfarrers Kreutz, zurzeit Pfarrer in Untergrombach (Baden) ein tüchtiger Leiter gewonnen sei. Am Sitze des Caritasverbandes müsse eine zweite Zentrale errichtet werden, die katholische Presse, die Geistlichkeit und die Vereine müßten weitgehend aufgeklärt werden, draußen seien Vertrauensmänner-Organisationen zu schaffen. Die Mittel seien durch kirchliche Kollekten zu beschaffen, insbesondere dürfe das katholische Landvolk, das vom Problem weniger berührt werde und während des Krieges seine Vermögensverhältnisse wesentlich verbessert habe, hierbei nicht zurückstehen.

Die Caritas-Verbands-Vertretung in Berlin ist am 15. Juni wieder eröffnet worden. Sie ist mit der Geschäftsstelle des Raphaels-Vereins und des Reichsverbandes für die katholischen Auslanddeutschen verbunden.

Die Gewerkschaften und die Auswanderungsfrage. Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" beschäftigt sich in seiner Nummer vom 21. Juni in bemerkenswerten Ausführungen mit der Auswanderungsfrage. Der Friede mache die Auswanderung von Tausenden von Arbeitern notwendig. Nicht genug zu warnen aber sei vor gewissenlosen Auswanderungsagenten, die jetzt schon das Land durchzögen. Die gewerkschaftlichen Organisationen müßten in erster Linie um Rat befragt werden. Der Aufsatz gibt einen kurzen statistischen Ueberblick über die deutsche Auswanderung der letzten Jahrzehnte. Es sei ein Unterschied zwischen dem notwendigen Abfluß überschüssiger und beschäftigungsloser Bevölkerung und der Aufreizung zur Auswanderung durch gewissenlose Agenten. Zur Auswanderung landwirtschaftlicher Kreise liege nicht der geringste Grund vor, sie müsse als grober Unfug zurückgewiesen werden. Für Leute, die 5000—20 000 Mark sich von gewissenlosen Schwindlern aus der Tasche ziehen liessen, stände auch in Deutschland Grund und Boden genug zur Verfügung. Niemand dürfe ohne Not aus dem Land gehen. Die Gewerkschaften sollten sorgfältig untersuchen, inwieweit die aus dem Lande Gehenden auch die Fähigkeit zu landwirtschaftlicher Betätigung draußen hätten. Haß und Mißgunst warten draußen und die Arbeit sei um vieles schwerer als in der Heimat. Anders stehe die Frage der Industriearbeiter-Auswanderung. Die Gewerkschaften hätten hier durch freundschaftliche Beziehungen mit den fremden Gewerkschaften die Möglichkeit der Aufklärung und Auskunfterteilung. Nur in Amerika und in den alten englischen Trade Unions suche man deutschen Arbeitern den Eintritt zu erschweren, sonst aber käme es darauf an, daß der deutsche Arbeiter nicht als Lohndrücker verwendet werde und daß er gleich in die Landesgewerkschaften eintrete. Die Verabredung der Gegenseitigkeit auch in der Unterstützung werde nach dem Kriege wohl wieder mit den meisten ausländischen Gewerkschaften eintreten. Eine Reihe von Wünschen bestände aber an die deutsche Gesetzgebung: Die Tätigkeit der Schwindelagenten müsse schleunigst unterbunden werden. Gewerbliche oder gewerbsmäßige Stellenvermittlung und Auskunftserteilung nach dem Inlande sei zu verbieten und unter Strafe zu stellen, ebenso wie jede Anreizung zur Auswanderung. Nur bekannte gemeinnützige Organisationen dürften konzessioniert werden. Neben den bekannten und guten bestehenden Organisationen, zu denen auch die Gewerkschaften zählten, dürften neue nur in Ausnahmefällen zugelassen werden. Das ganze Netz der öffentlichen Arbeitsvermittlung müsse in den Dienst der Sache gestellt werden, auch die Mitarbeit der Unternehmer-Organisationen sei nicht zu entbehren. Bessere

Digitized by Google

Beratung und Fürsorge für die Auswandernden sei wichtiges Erfordernis. Soziale Attachés für Konsulate und Gesandtschaften werden verlangt, die aber nicht vom Auswärtigen Amt, sondern vom Reichsamt des Innern zu benennen seien.

Einwanderungsgesetze.

Die Presse der feindlichen und die der neutralen Staaten spricht in zahlreichen Artikeln von der zu erwartenden deutschen Einwanderung in fremde Siedlungsgebiete, und von den dagegen zu ergreifenden Maßnahmen. So berichtet die „Köln. Ztg.", dem „Matin" zufolge habe in Argentinien die Regierung eine Verfügung erlassen, welche die Einwanderungsmöglichkeit bedeutend einschränke und Frauen überhaupt von der Einwanderung ausschließe. Die italienische Regierung habe schon Schritte ergriffen, um für ihre Staatsangehörigen Ausnahmen durchzusetzen. In Brasilien werde das Einwanderungsproblem in der gesamten Presse behandelt, die darin einig sei, daß die bisherigen deutschen Einwanderer fleißig und ordnungsliebend waren und dem jungen Land Nutzen gebracht hätten. Von einer deutschen Gefahr könne nach dem Ausgang des Krieges nicht mehr die Rede sein; die Einwanderung müsse aber namentlich aus Rußland streng überwacht werden, um politisch unerwünschte Elemente fernzuhalten. Die französischen „Annales coloniales" endlich erwarten eine starke Einwanderung Deutscher in die französischen Kolonien und verlangen, daß jeder deutsche Auswanderer an der Tilgung der deutschen Kriegsschulden beteiligt bleibe. Wahrscheinlich werde ein Zusatzartikel zum Völkerbundsvertrage jeder an dieser Liga beteiligten Macht vorschreiben, die Deutschen mit einer Steuer zu belasten, die den Steuerverpflichtungen der in der Heimat gebliebenen deutschen Reichsangehörigen gleich komme. Am besten sei es für bestimmte Länder, eine Einwanderung eines gewissen Prozentsatzes von Deutschen zuzulassen und Maßnahmen zu treffen, daß diese Einwanderer dann in der Masse der Bevölkerung verschwinden.

Die Einwanderung nach Amerika. Nach einer nach Amsterdam gelangten drahtlosen Meldung hat der Arbeiterführer Samuel Gompers erklärt, wenn die Arbeiter anderer Länder ebenso organisiert wären wie die amerikanischen und wenn auch ihre Lebenshaltung ebenso hoch wäre, habe er keine Bedenken gegen eine unbegrenzte Einwanderung. Er würde, wenn es auf ihn ankäme, alle Arbeiter mit einer Gewerkschafts-Mitgliedskarte zulassen, die versprächen, für die Aufrechterhaltung der Lebenshaltung einzutreten, die die Arbeiter erreicht hätten.

Zu gleicher Zeit wird von einer starken Rückwanderungsbewegung aus den Vereinigten Staaten berichtet. Seit Abschluß des Waffenstillstandes wachse die Zahl der Auswanderer, während die Zahl der Einwanderer ständig abnehme. In den vier Monaten November bis Februar seien 40 000 Fremde eingewandert gegenüber 50 000 im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Tausende von Italienern, Griechen, Deutschen, Oesterreichern und Ungarn wollten aber aus dem Lande abwandern und drohten, ihre Sparkassenguthaben im Lande abzuheben.

Rußland als deutsches Auswanderungsziel?

Die Frage wurde am 7. Juli in einem von der Deutschen Kulturpolitischen Gesellschaft in Leipzig in Verbindung mit der Zweigstelle des Reichswanderungsamtes veranstalteten Vortrag behandelt, den der frühere Presseoffizier der Heeresgruppe Kiew, Hans Weichert, hielt und in dem er auf Grund eigener Anschauungen über das Deutschtum in der Ukraine sprach. Er berichtete über die landwirtschaftlichen Verhältnisse in den Wirtschaften der deutschen Kolonisten in Südwestrußland. Eine Auswanderung nach Südrußland sei empfehlenswert, aber es könnten noch Wochen und Monate vergehen, bis die Zustände sich so gefestigt hätten, daß man an die praktische Inangriffnahme der Arbeit denken könne. Der Vorsitzende des Reichswanderungsamtes, Geheimrat Dr. Jung, besprach die Frage gleichfalls aus eigener Anschauung heraus. Das Reich werde allen Auswanderungslustigen tatkräftig zur Seite stehen.

Freiwillige für die holländisch-indische Armee werden nach einer Ankündigung der Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande jetzt und auch noch längere Zeit nach Friedensschluß nicht angenommen. Das Blatt warnt also diejenigen, in denen die alte deutsche Landsknechtnatur jetzt wieder erwacht sei, vor Werbern und kann seine Warnung auf eine Auskunft des holländischen Kolonialministeriums stützen. Nur die französische Fremdenlegion nimmt deutsche Söldner an und was das bedeutet, darüber herrscht wohl heute in Deutschland kein Zweifel mehr.

Argentinische Siedlungsgesellschaft mit Lehrbetrieb.

Anfang Mai ist auf Anregung des Deutsch-Argentinischen Zentralverbands eine „Argentinische Siedlngsgesellschaft mit Lehrbetrieb" gegründet worden, die in Argentinien Land kaufen soll, damit deutsche Auswanderer, ehe sie selbst zur Siedlung schreiten, sich mit Land und Leuten, mit der Landwirtschaft und ihren Methoden vertraut machen können. Die Leiter des Betriebs haben ausnahmslos große praktische Erfahrngen im Lande sammeln können. Grundbesitz von 20 000 Hektar Größe soll erworben werden, der zu Viehzucht und Ackerbau geeignet ist. Ein Hauptverwalter, der dauernd auf der Estanzia wohnt, soll bestellt werden, der wiederum von dem in Buenos Aires sitzenden Direktor abhängig sein wird. Für eine Lehr-Chacra, eine Bauernwirtschaft, sollen 10 Parzellen zu je 100 Hektar bestimmt sein, jede Parzelle wird vier Einwanderern zugewiesen, die unter erfahrener Leitung hier in allen Arbeiten unterwiesen werden. Sie arbeiten zwei Jahre gegen Lieferung des Unterhalts, sonst unentgeltlich, und erhalten nach Ablauf dieser Lehrzeit Land zu günstigen Bedingungen, wobei auch Unbemittelte entsprechend berücksichtigt werden sollen. Die Lehr-Chacra soll ihren Standort alle zwei bis drei Jahre wechseln. Für die Kolonie sind 7500 Hektar bestimmt, die in 75 Lose zu 100 Hektar eingeteilt werden. Ein Los wird im Zentrum der Kolonie das zukünftige Dorf tragen, dort werden ein Kaufhaus, eine Molkerei und künftig eine Schule errichtet. Auf Baustellen von ½ bis 1 Hektar sollen Handwerker, Händler und so fort angesiedelt werden. Die Kolonielose werden verkauft oder verpachtet. Je nach dem Eingang der Kaufspreise wird neues Land für die Kolonie zugekauft. Endlich ist die Errichtung einer Lehr-Estanzia für Vieh-, Mast- und Ackerwirtschaft geplant, die auf 10 000 Hektar errichtet werden soll. Sie soll in engster Gemeinschaft mit der Lehr-Chacra stehen, sodaß den dort arbeitenden Eleven in ihrer freien Zeit Gelegenheit geboten ist, auch diesen Betrieb kennen zu lernen.

Das Syndikat rechnet nicht mit einem großen Reingewinn, jedoch mit einer beträchtlichen Wertsteigerung des Besitzes. Die Gründung der Aktien-Gesellschaft soll in Buenos Aires erfolgen. Der Vorsitzende des Deutsch-Argentinischen Zentralverbandes, Herr Konsul Waetge, soll einem Berichte des „Deutschen Siedlers" zufolge bereits unterwegs sein, um in Buenos Aires die Arbeit einzuleiten. Ein Teil des Kapitals steht bereits in Argentinischen Pesos zur Verfügung, man hofft das Kapital durch Zeichnungen in Argentinien zu vergrößern: eine Million Gold Pesos ist dazu in Aussicht genommen. Der Wert des Gold Pesos beträgt gegenwärtig 12 Mark. Die Aktien lauten auf 100 Gold Pesos. Die Zeichner haben 105 Prozent bei der Banco Germanico de la America del Sud (Filiale der Deutsch-Südamerikanischen Bank, Aktiengesellschaft in Berlin) zu hinterlegen, wobei die

Digitized by Google

Umwandlung der Mark in Pesos bis zum 1. Juli 1920 hinausgeschoben werden kann. Zeichnungsschluß ist am 1. September 1919. Siedler müssen einwandfreie Vergangenheit und Tropendienstfähigkeit nachweisen, müssen auf ihre Kosten Überfahrt und Transport bis zum Grundstück der Gesellschaft übernehmen, erhalten bei der Ankunft in Buenos Aires weitere Nachrichten über Reiseziel und Reiseweg, müssen sich auf der Besitzung der Gesellschaft provisorisch zunächst selbst einrichten und im Verein mit anderen Siedlern ihre Wohnung herstellen und sollen nach Beendigung des Hausbaues, also nach 4—6 Wochen, mit der Arbeit beginnen. Im zweiten Lehrjahr sollen die Eleven Land bekommen, das ihnen nach Ablauf der Lehrzeit endgültig gehören wird. Man wird unterscheiden: Pächter, die mit eigenem lebenden und toten Inventar ein Landlos pachten und zwar gegen Abgabe von 20 bis 25 Prozent der Ernte, Halbpächter, die kein Inventar haben und schließlich Vollbesitzer, die sich ankaufen. Verheirateten Bewerbern wird empfohlen, zunächst allein zu reisen und die Familien erst nachkommen zu lassen, wenn deren Unterbringung und Ernährung gesichert erscheint.

München, Vereinigung zum Schutze deutscher Auswanderer. Die Vereinigung ist anfangs dieses Jahres nach Vereinbarung mit der Bayrischen Regierung begründet worden. Veranlassung dazu gaben wöchentliche Vorträge, welche Auslanddeutsche unter der Leitung des Herrn Dr. Reidick veranstalteten, um Auswanderungslustige über die wirklichen Verhältnisse in den verschiedensten Ländern aufzuklären und um sie vor späteren Enttäuschungen zu bewahren. Die Vereinigung arbeitete in uneigennütziger Weise und mit pekuniären Opfern. Es entstand aber bald, so entnehmen wir einer Mitteilung der Vereinigung, eine Reihe wilder Spekulanten-Unternehmungen in München, begründet von Leuten, die nie das Ausland gesehen hatten, die in mehr oder minder unverschämter und raffinierter Weise die Auswanderungslustigen ausbeuteten. Zu diesen gehörte auch der „Bund südamerikanischer Auswanderer", vor dem wir hier in den Mitteilungen No. 3, Seite 57, als erste gründlich gewarnt haben. Dieser Bund hat sich damals und später dritten Personen gegenüber ziemlich ungehalten über unsere Warnung geäußert, ohne aber Veranlassung zu nehmen, unsere Behauptungen irgendwie entkräften zu wollen. Jetzt ist der Gründer, ein Herr Karpff, in Haft genommen worden. Er hat sogar schriftlich der Vereinigung das Anerbieten gemacht, daß der Bund in die Vereinigung aufgehen sollte, er würde dann seine Arbeiten gegen eine Abfindungssumme von 5000 Mark einstellen, außerdem aber verlangte er eine Stelle in der Leitung der Vereinigung mit einem Anfangsgehalt von 500 Mark monatlich. Natürlich wurde dieses Ansinnen rundweg abgeschlagen. Es zeigt aber, wie auf dem Gebiete des Auswanderungswesens „geschäftlich" gearbeitet wird.

Oldenburg. Vortrag Pastor Hardeland. In der Seminaraula wurde ein zahlreich besuchter Vortragsabend veranstaltet, in dem Pastor Hardeland aus Hamburg über dieses volkswirtschaftlich so wichtige Thema sprach. Er führte die Gründe an, die eine Massenauswanderung veranlassen werden, betonte aber auch die Schwierigkeit der Auswanderung und untersuchte die Möglichkeiten einer Leitung und Beeinflussung des Auswandererstromes. Wünschenswert sei, draußen gleich ganze Gemeinden mit Kirche und Schulen zu begründen, denn in der Zusammenfassung würden die Deutschen ihrem Deutschtum nicht so leicht entfremdet werden. Dem gewissenlosen Treiben der Agenten müsse scharf entgegengetreten werden. Wer in der Heimat Arbeit finde, auch wenn sie in Berufen liege, die man früher nicht als standesgemäß bezeichnet habe, dürfe sich ihr nicht entziehen und nicht auswandern. Eine Förderung der deutschen Kleinsiedlung sei dringend vonnöten. Es soll ein religiöser Zusammenschluß der interessierten Kreise erfolgen, wobei zur Finanzierung eine Bewilligung von Kollekten in den einzelnen Landeskirchen sehr erwünscht sei. In Bayern habe eine solche Kolekte den schönen Betrag von 6600 Mk. erbracht.

Eine neue „Auswanderungs-Aktion" sei Österreich.

Die Zeitschrift „Der Auswanderer", die schon Organ für die „Aktion Gamillscheg" und für die „Aktion Entner" ist, ist nun auch offizielles Organ für eine neue am 30. Juni zu Linz in Oberösterreich gegründete „Aktion des Alpenländischen Auswanderer-Vereins" geworden. Sie berichtet darüber in ihrer Nr. 13, daß die neue Aktion aus dem Bestande der alten Aktion Gamillscheg hervorgegangen sei und in Linz, Salzburg und Wien ihre Tätigkeit begonnen habe. Die Trennung sei wegen Meinungsverschiedenheiten über die Wege zur Erreichung des Zieles entsprungen, ändere jedoch am Gleichbleiben des Zieles nichts. Ein Exposé erklärt, daß die Aktion sich Süd-Amerika als Ziel aussuche. Über 200 Mitglieder hätten sich bereits gemeldet. Weitere Ortsgruppen seien in der Bildung begriffen. „Zur Unterstützung ehemaliger bedürftiger Offiziere, Unteroffiziere und Staatsangestellter, welche die Auswanderung beabsichtigen, wurde unter der Kontrolle des Staatsamtes für Heereswesen ein Verein „Neue Heimat" ins Leben gerufen, und von demselben auch bereits eine fruchtbringende Sammeltätigkeit als einziger Zweck desselben begonnen." Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Staatsamt für Heereswesen, welches sich die Zuweisung der Gelder vorbehalten habe, dieselben gerecht verteilen werde. Den Spendern wird geraten, bei ihren Spenden zu bemerken, daß sie Mitgliedern eines bestimmten Vereins zukommen sollten, oder aber, daß die Beteiligung aus den Spenden nicht von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Verein abhängig gemacht werden solle. Im ersteren Falle sei es besser, die Spende direkt an den gewünschten Verein abzuführen. Gleichzeitig wird ein Beitritt zum Alpenländischen Auswanderer-Verein, für Auswanderungslustige mit einem gewissen minimalen Vermögen empfohlen.

Es läßt sich schwer überblicken, was hinter dieser neuen „Aktion" steckt und inwieweit sie ein ernsthaftes Unternehmen darstellt. Daß das Exposé in seinen Wendungen über die Spendensammlung und -Verteilung gerade allzugroßer Klarheit sich befleißige, wird man nicht behaupten können, und hier liegen auch gewisse Keime zu einem Mißtrauen, das an sich schon Auswanderungs-Unternehmungen gegenüber nicht unberechtigt ist.

Siedlungs-Verein Neue Heimat.

Der „Kolonisationsverein zur Gründung neuer Existenzen", wie die Aktion Gamillscheg ursprünglich benannt war, hat sich in einen „Siedlungsverein Neue Heimat" umgewandelt. Allen bisherigen Mitgliedern soll der Beitrag von 10 Kr. zurückerstattet werden, falls sie nicht bis zum 20. Juli ihre neue Anmeldung bestätigt haben. Die Mitglieder des neuen Vereins sollen in drei Gruppen geschieden werden, und zwar solche, die mindestens einen Landanteil nehmen und 15 Kr. Mitgliedsbeitrag zeichnen, ferner ihre Familienmitglieder, sowie auf ihre Kosten mitgenommene Arbeitskräfte, die 2 Kr. bezahlen, aber keinen Sitz und Stimme im Verein haben und endlich Arbeiter mit 2000 Kr., welche von der Genossenschaft mitgenommen und bis zur ersten Ernte verpflegt werden, um dann in der Wirtschaftsgruppe angestellt zu werden oder sich selbständig machen zu können.

Über den Siedlungsverein „Neue Heimat" wird weiter berichtet, daß eine Expedition nach Sao Paulo ins Leben gerufen wurde mit dem Ziel, einer Anzahl von Mitgliedern, die schon früher nach Süd-Amerika auswandern wollten, als die „Hauptaktion", dort geregelte Unterkunft, Verpflegung, Tätigkeit und Verdienst zu schaffen, bis sie sich der eigenen Kolonie anschließen könnten. Am 6. August sollten 50 Mit-

Digitized by Google

glieder nach Sao Paulo abfahren. Die Vorbereitungen wurden durchgeführt von der schon entsandten und am 23. Juli angekommenen Vorkommission, die unter Führung des Projektbegründers, Rittmeister Gamillscheg, steht. Unterdessen geht die Arbeit der Hauptaktion in Wien weiter für diejenigen, die noch in diesem Jahre auswandern und für solche, die später nachkommen wollen. Eine Zeitung soll herausgegeben werden, Vorträge über Land und Leute, Ausrüstung usf. sollen gedruckt, Beziehungen mit Behörden sollen gepflegt, namentlich aber die Finanzierung sichergestellt werden. Die Arbeiten in der zu gründenden Kolonie sind so gedacht, daß zuerst ein Stadtplatz gewählt wird; für einige Monate soll gemeinschaftlich gelebt und gearbeitet werden. Vorläufige gemeinsame Unterkünfte werden geschaffen, eine Musterfarm wird angelegt, Tier- und Kleintierzucht vorbereitet, die hauptsächlich der Sicherung der Ernährung der Kolonie dienen sollen. Alle für das spätere Vorwärtskommen der Kolonie wesentlichen Arbeiten werden schon zuvor vorbereitet, ehe die Hauptmasse der Auswanderer ankommt und nach der Vermessung des Territoriums die einzelnen Kolonielose bezieht. Für die Auswandernden sollen alle Fragen der Kapitalisierung und Auszahlung ihrer Renten, der Beschaffung der Pässe, der Durchfuhr und Durchreise-Bewilligung durch Deutschland usf. gemeinschaftlich geregelt werden.

Die ganze Aktion ist in erster Linie für Offiziere und Unteroffiziere deutscher Nationalität gedacht.

Die „Aktion Entner" in Wien.

Die Aktion Entner gibt folgende Aufnahmebedingungen in dem Verein bekannt: Entschlossener Wille und ernster Charakter für redliche Arbeit, befriedigender Gesundheitszustand, sparsame und bescheidene Lebensführung, Beteiligung mit mindestens 15 000 Kr., von denen je nach der Vermögenslage des Einzelnen mindestens 8—10 000 Kr. bar einzubezahlen sind, der Rest innerhalb dreier Jahre eingerufen werden kann, individuelle und körperliche Eignung für den Beruf, dreijährige Vertragsdauer, welche nur aus triftigen Gründen gelöst werden kann, Anfangsgehalt von 750 bis 1000 Kr. monatlich (für Fachpersonal entsprechend höher), und Gewinnanteil je nach der Höhe der Einlage, Kost und Unterkunft seitens der Gesellschaft in eigener Regie, wofür eine Vergütung von 250 Kr. zu entrichten ist. Die Anteilscheine werden für drei Jahre gesperrt, um zu verhindern, daß ein Teilnehmer, nachdem er im ersten Jahre Erfahrung gesammelt hat, austritt und sich einer Konkurrenz anschließt. Nur aus triftigen Gründen ist der Austritt und die sofortige Rückzahlung möglich, wenn der Austretende sich verpflichtet, in der Karenzzeit nicht in irgend welcher Konkurrenz tätig zu sein.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Auslanddeutsche und Valuta.

Man schreibt uns:

„Auf eine äußerst zeitgemäße Aufgabe möchte ich Sie aufmerksam machen. Es läßt sich leicht der Beweis erbringen, wie übervölkert Deutschland nach den wirtschaftlichen und politischen Folgen des Friedens ist. Streicht man nur die Hälfte des Exportes, bringt man demgemäß die weniger im Verkehr, Schiffahrt Beschäftigten in Abzug, dazu noch diejenigen, die von diesen weniger Beschäftigten lebten, sei es im Handel, Bekleidungswesen, Bauwesen usw., so kommen wir mit den Familiengliedern auf 7—8 Millionen Auswanderer, eine Summe, die von manchen gar auf 15 Millionen berechnet wird.

Mögen diese Ziffern lauten wie sie wollen, Tatsache ist: Es müssen viele Millionen aus Deutschland auswandern.

Nun liegt die Sache nicht so, daß nur Arbeiter auswandern müssen, sondern mit der allgemeinen Verarmung Deutschlands verfällt vor allem der zahlreiche Stand derjenigen, die sich vom regelmäßigen Geschäft, der regelmäßigen Berufsarbeit zurückgezogen hatten und ihr Leben nur halb der Arbeit widmeten und halb kulturellen oder staatlichen Aufgaben, die aber heute gezwungen sind, von neuem zu beginnen. Unter ihnen befinden sich zahlreiche deutsche Bürger, die sich von ihrer Auslandstätigkeit zurückgezogen haben und jetzt hier überhaupt keine entsprechende Arbeit finden. Diesen Leuten ist zum Teil der Rückweg nach dem Auslande vermauert.

Ich will das an einem eigenen anekdotischen Erlebnis verbildlichen.

A. zieht sich vor 15 Jahren nach Deutschland zurück. Während des Krieges verliert er, da er sich mit Geschäften nicht abgeben will, sondern ehrenamtlich ausschließlich für das Ganze arbeitet, über die Hälfte seines Vermögens. Infolge Ueberarbeitung bricht er August 1918 sogar vollständig zusammen. Jetzt möchte er ins Ausland. Es ist ihm wohl gestattet, auf 1 bis 2 Monate hinauszufahren. Er darf aber kein Geld mit hinausnehmen, d. h. die Reise ist praktisch vollkommen unmöglich und fruchtlos.

Nun sitzt A. hier und verzehrt sein Vermögen weiter bis es alle ist.

A. hat noch etwa 350 000 Mk. Vermögen. Davon etwa 180 000 Mk. als Hausbesitz. Wenn man A. sagen würde: Zwei Drittel deines Vermögens mußt du hier lassen und ein Drittel darfst du mitnehmen, so könnte A. irgend etwas im Auslande beginnen. In diesem Fall wäre ja jede Steuerflucht ausgeschlossen, da ja zwei Drittel seines Vermögens hier bleiben. Man könnte nun einwenden: Das eine Drittel drückt unsere Valuta im Ausland. Das ist lächerlich; denn schätzt man das in Deutschland befindliche Vermögen unserer Auslanddeutschen auf selbst 10 Milliarden Mark (es werden keine 1½ Milliarden sein, soweit ich Stichproben während des Krieges machte), so beträgt der zur Auswanderung bestimmte und erlaubte Teil höchstens drei Milliarden. Selbst diese drei Milliarden (die in Wirklichkeit keine Viertelmilliarde sein werden) vermögen den Markkurs schon deswegen nicht zu drücken, weil sie sich 1. auf alle Länder der Welt verteilen, 2. im Verhältnis zu unserem Markabströmen nach dem Auslande keine Rolle spielen. Würde aber selbst die Mark dadurch noch etwas weiter gedrückt, so muß man nicht vergessen, daß man doch vor allem die Möglichkeit schaffen muß: Die Mark wieder zu heben. Unter anderem kann dies nur auf dem Wege geschehen, daß ausländische Valuta nach Deutschland kommt, und dies kann in der Kleinarbeit wieder nur durch die Pioniere des Deutschtums im Auslande geschehen, die deutsche Ware nach sich ziehen, in Deutschland ihre Ferien verbringen und am Ende ihrer Tage doch wieder nach Deutschland zurückkehren. Die Aufgabe ist eilig und dringend."

Schadenersatz.

Aus der Fülle der Klagen, Beschwerden, der Darstellung einzelner besonders schwer liegender Fälle von Schädigung Auslanddeutscher und deren Ruf um Recht und um Entschädigung heben wir den Fall eines Auslanddeutschen heraus, der über 40 Jahre im Auslande als hervorragender deutscher Kulturpionier tätig gewesen ist. Er schreibt uns unter anderem:

„Kurz nach meiner Rückkehr im Juli 1916 habe ich meinen Schadenanspruch bei dem Reichskommissar angemeldet, und zwar habe ich ohne eine Kursberechnung das Pfund Sterling mit 20 Mark in Anschlag gebracht, da nun aber die Mark seitdem ganz bedeutend an Wert verloren hat, so dürfte mein Schadenanspruch ebenso an Wert verloren haben. 1. Angenommen ich habe den Wert meiner Möbel mit

Digitized by Google

Pfund 700 oder rund 14 000 Mark angegeben und man würde mir 14 000 Mark auszahlen, so wäre ich heute nicht imstande für diesen Betrag auch nur halb so viele Möbel zu kaufen, wie ich vorher besaß. 2. Angenommen mein Wunsch, wieder ins Ausland zurückkehren zu können, würde sich erfüllen, was kann ich dafür kaufen? Wohl habe ich 14 000 Mark, aber keine 700 Pfund, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach höchstens 300 Pfund, die Mobilien im Auslande aber sind inzwischen um 50 Prozent höher und haben einen Wert von etwa 1000 Pfund.

Wahrscheinlicher noch werden die 14 000 Mark nicht hinreichen, um mich und meine Familie zurückzubringen. Es ist dies ein besonders krasser Fall, der nur bei Auslanddeutschen, die in überseeischen Ländern waren, in Anwendung kommt, denn die in europäischen Ländern wohnenden Deutschen werden nicht ganz so schwer betroffen. Aehnlich steht es mit den Lebensversicherungen.

Das Auswärtige Amt teilte mir mit, daß diese Angelegenheit vorgemerkt und bei den Friedensverhandlungen erörtert werden würde. Im eigenen, sowohl wie im Interesse aller Landsleute, die bei feindlichen Gesellschaften versichert waren, wollen wir hoffen, daß es gelingt, die als verfallen erklärten Polizen wieder ins Leben zu rufen.

Wie aber steht es mit dem Bezahlen der Prämien und Zinsen und Zinseszinsen für die letzten 5 Jahre. Es sind dies Schulden, die manch einer nicht imstande sein wird, zu zahlen und auch etwaige Abzahlungen würden ihn drücken, muß er doch die laufenden Prämien außerdem bezahlen.

Auch in diesem Fall ist der Versicherte ein Verlusttragender, muß er doch die Prämien in fremder Münze zahlen.

Was aber vor allen Dingen vermieden werden muß, ist, daß die Regierung nicht etwa jeden einzelnen Fall in Verbindung mit den fremden Regierungen prüfen und behandeln will. Was dabei herauskommt, haben wir nach dem Burenkrieg gesehen, wo viele Deutsche geschädigt wurden und unter denen manche nie das geringste erhalten haben."

DEUTSCHE KUNST IM AUSLAND

Florenz. Kunsthistorisches Institut. Das Institut versendet seinen Jahresbericht 1918/19. Zwar haben sich die Hoffnungen, es schon jetzt wieder eröffnen zu können, nicht erfüllt, man rechnet aber mit der Wiedereröffnung nun alsbald nach Friedensschluß, wenn auch große Schwierigkeiten auftreten werden. „Darin mitzuwirken, der deutschen Wissenschaft auf fremdem Boden eine Heimstätte zu bereiten, die uralten Beziehungen zwischen Deutschland und dem Süden wieder anzuknüpfen und zu befestigen, das ist die Aufgabe, die auch dem kunsthistorischen Institut in Florenz gestellt ist, die es allen Widerständen zum Trotz zu erfüllen gilt." Auch im vergangenen Jahre ist ein Doppelheft der „Mitteilungen" erschienen, mit dem der dritte Band eröffnet wurde. Dem Institut sind für 1918/19 3655 Mark als Mitgliedsbeiträge zugegangen, für das Jahr 1919/20 sind 200 Mk. Beiträge bezahlt. Der Direktor des Instituts, Dr. phil. Hans von der Gabelenz-Linsingen wohnt jetzt in Lemnis, Post Triptis in Thüringen.

Lodz. Deutsches Theater. Eine deutsche Kulturstätte in Lodz hat in diesen Tagen ihre Pforten für lange geschlossen. Das Gebäude des bisherigen deutschen Theaters ist von seinem Besitzer Vogel an einen jüdischen Hausbesitzer verkauft worden. Unter diesen Umständen hatte der zielbewußte und verdienstvolle deutsche Theaterdirektor Wassermann nichts anderes tun können, als den Fundus des deutschen Theaters und seine Konzession ebenfalls zu verkaufen. Man nimmt an, daß die Stadt Lodz in den Räumen ein städtisches (natürlich polnisches) Theater einrichten wird. Ob anderswo eine deutsche Bühne in Lodz noch ein Unterkommen finden wird, muß vorerst bezweifelt werden. Herr Wassermann gedenkt demnächst in die Heimat zurückzukehren.

Budapest. Deutsche Volksbühne. Aus Anlaß der Tagung der deutschen Sozialisten veranstaltete das Theater eine Festaufführung von drei Einaktern: Hermann Heijermanns „Brandstifter", Sudermanns „Der letzte Besuch" und Nestroys Scherzspiel „Hinüber-Herüber" wurden gegeben. Der Regisseur begrüßte zu Beginn der Vorstellung die Gäste mit einer Ansprache und rezitierte unter starkem Beifall ein sozialistisches Gedicht.

VERSCHIEDENES

Hilfe für die Deutschen Nord-Mährens. Eine furchtbare Hochwasser-Katastrophe hat am 28. Juni den Bezirk Mähren-Altstadt heimgesucht. Die Gemeinden Stubenseifen, Heinzendorf-Gold, Kratzdorf und Teile von Mähren-Altstadt, das vor wenigen Jahren durch eine Feuersbrunst verheert wurde, bieten ein Bild furchtbarer Verwüstung. Dorfwege sind weggerissen, Wiesen und Gärten verheert, zentnerschwere Steine und Klötze liegen überall herum, Futter und Gemüse, Saatfrucht und Kartoffeln sind vernichtet und verschwunden. Die Bewohner sehen einem schrecklichen Winter entgegen. Der Bund der Deutschen in Nord-Mähren leitet eine weitgehende Hilfs-Aktion ein. Spenden für die betroffenen Deutschen sollen unter dem Vermerk „Notstand Bezirk Altstadt" an den Bund der Deutschen Nord-Mährens, Olmütz, Ferdinand-d'Este-Straße 3, eingesandt werden.

Hilfe für deutsche Kinder in der Tschecho-slowakischen Republik.

Ein erschütternder Notschrei erklingt aus dem deutschen Erzgebirge, das die Tschechen annektiert haben, zum deutschen Volke. Professor Herkner, Gerhart Hauptmann, Stefan Großmann und Hermann Kienzl rufen das deutsche Volk zur Hilfe auf. „Tausende von deutschen Kindern," so heißt es in dem Aufruf, „verhungern im Erzgebirge. Kinder mit rhachitischen Köpfen, krummen, verquollenen Beinen, mit gedunsenen Spitzbäuchen der Hungerwassersucht.

Neutrale Reisende, die durchs Erzgebirge gefahren sind, stellen fest, daß die meisten Kinder der Erzgebirgler nicht von Brot, sondern von Kräutern leben, oder von halb oder ganz verfaulten Rüben und wurmigem Sauerkraut. Es handelt sich um die Kinder arbeitsloser Perlmutterdrechsler, Spitzenklöppler, Instrumentenmacher und Spielzeugverfertiger. Die meisten Kinder besitzen nicht ein einziges Hemd, viele liegen tagsüber nackt im Stroh. Hautkrankheiten und Ungeziefer zehren an den geschwächten Kinderkörpern.

Es sind deutsche Kinder, die in der tschecho-slowakischen Republik den furchtbarsten Hungertod sterben. Es sind Kinder von Menschen, die, wie jammervoll ihr Schicksal auch sei, zähe an der Scholle haften.

Wer dieses entsetzliche Leid lindern will, sende seinen Beitrag an den österreichisch-deutschen Arbeitsausschuß, Postscheckkonto Berlin 19148, Kommerzienrat Böhm."

Hoffentlich verhallt der Aufruf nicht ungehört. Das wertvollste, was wir nach dem Kriegs- und Friedenselend noch haben, sind unsere Menschenkräfte. Aus unserer Arbeit muß das neue deutsche Volk erstehen. Unsere Arbeit aber erfordert gesunde Menschen. Erst die Zukunft wird die Barbarei des Aushungerungskrieges gegen das Deutschtum gehörig brandmarken, an uns Trägern der Gegenwart ist es, zu helfen und zu lindern, ein arbeitsfähiges, deutsches Geschlecht heranzuziehen.

Digitized by Google

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Reichsdeutsches Eigentum in Riga. Der Vorsitzende des Ausschusses der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen, Herr Lenz, übermittelt uns einige Winke und Ratschläge für Reichsdeutsche, die ihr Eigentum in Riga haben. Wir teilen hier das Wichtigste mit:

Auch die meisten Wohnungen der Reichsdeutschen in Riga sind von den Bolschewisten heimgesucht. Das Mobiliar ist in Läger verschleppt worden. Wer aus diesen Lägern etwas retten will, muß selbst nach Riga fahren. Freunde und Bekannte können ihm nicht helfen. Zweckmäßig ist zunächst eine briefliche Anfrage bei dem von Herrn Lenz ins Leben gerufenen „Geschäftsführenden Ausschuß der Reichsdeutschen Rigas" in Riga, Wallstr. 3/5, Wohnung 13, ob die dortige Wohnung (Straße, Hausnummer und Wohnung angeben!) unversehrt oder beschädigt worden ist. Ist die Wohnung beschädigt, so wird eine Reise nicht zu umgehen sein. Die Grenze ist zwar gesperrt, nur im Interesse des Staats Reisende können fahren, aber für Flüchtlinge soll eine Ausnahme gemacht werden. Kurz begründete Anträge sind bei der örtlichen Polizeibehörde einzureichen, die sie an die Paßabteilung des Auswärtigen Amts, Berlin, Wilhelmstr. 48, leitet. Die örtlichen Polizeibehörden haben die Dringlichkeit der Reise zu bescheinigen. Bei Mittellosigkeit ist freie Fahrt durch die örtliche Behörde oder durch das Rote Kreuz, Abteilung XI, Berlin W 9, Bellevuestraße 8, nachzusuchen. Fracht- und zollfreie Beförderung von Gütern kann nur durch den Rigaer Ausschuß beantragt werden. Eine Entscheidung über den kostenlosen Transport durch das Reich ist noch nicht getroffen, zurzeit stundet die deutsche Eisenbahnverwaltung auf Grund einer Bescheinigung des deutschen Beauftragten in Riga, Rittmeister Wendt, die Beträge. Kosten, die in Riga entstehen, sind beträchtlich. Für Pferd und Wagen werden pro Tag 120 Rubel verlangt. Dienstleute verlangen 4 Ostrubel oder 6 Zarenrubel pro Stunde. Geschäftlich ist in Riga noch nichts zu erreichen, die Banken haben geschlossen, Handel und Verkehr stocken.

Briefverkehr mit Italien. Wir haben schon einmal an dieser Stelle davor gewarnt, die Wiedereröffnung des Briefverkehrs mit Italien zu irgendwelchen geschäftlichen Mitteilungen zu benutzen, aus denen über das Vermögen und über etwaige Beschlagnahmung deutscher Vermögen in Italien irgend etwas hervorgeht, weil der Verdacht besteht, daß die Italiener derartige Mitteilungen nur benutzen, um Material für sich daraus zu schöpfen. Der „Corriere della Sera" vom 16. Juni bringt denn auch eine Meldung, nach der der Briefwechsel zwar nur in geschäftlichen Angelegenheiten zugelassen sei, die Briefsachen aber über eine besondere Zensurstelle in Mailand geleitet würden.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

Neuerscheinungen (Fortsetzung)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART.

Uebersicht

Allgemeines.

Auslanddeutschtum i. allg.: 783. 795. 814. 820. 850. 853. 864. 874.

Grenzdeutschtum: 754. 758. 760. 763. 768. 769. 770. 772. 773. 778. 779. 780. 781. 786. 788. 794. 797. 798. 800. 802. 806. 807. 818. 819. 823. 825. 826. 827. 828. 830. 831. 834. 836. 837. 842. 843. 846. 854. 857. 860. 861. 865. 867. 871. 873. 874. 875. 877. 878. 882. 883.

Auslandkunde i. allg.: 771. 804. 809. 839. 863.

Auswanderung: 782. 817. 853.

Außenhandel: 756. 765. 790. 820. 824. 829. 852. 868.

Mission: 759. 785. 848.

Geographische Einteilung.

Westeuropa: 756. 757. 765. 791. 792. 803. 806. 834. 850. 852. 854. 858. 869.

Nord- u. Osteuropa: 764. 768. 769. 774. 780. 786. 787. 811. 827. 838. 841. 842. 851. 859. 871. 877.

Süd- u. Südosteuropa: 761. 778. 781. 788. 794. 812. 816. 825. 826. 837. 847. 872 880. 882.

Vorderasien: 759. 766. 771. 776. 777. 810. 813. 832. 833. 845. 862. 870. 876. 881.

Südasien: 799.

Ost- u. Australasien: 755. 767. 793. 805. 808. 835. 844. 855. 866.

Afrika: 762. 775. 835. 849. 879.

Nordamerika: 753. 784. 796. 801. 822. 829.

Mittel- u. Südamerika: 782. 789. 815. 821. 840. 856. 868. 869.

I. Einzelschriften.

753. *Böhler,* Eugen und Hans Wehberg, Vereinigte Staaten von Amerika. Jena: G. Fischer in Komm. M 30.—. (Der Wirtschaftskrieg. Maßnahmen u. Bestrebungen d. feindl. Auslandes z. Bekämpfung d. deutschen Handels u. z. Förderung d. eigenen Wirtschaftslebens. Abt. 5.)

754. *Brandes,* Georg, Sonderjylland under projsisk. tryk. Kopenhagen: Gyldendal [um 1919]. Kr. 8,25.

755. *Brown,* Arthur Judson, The mastery of the Far East. The story of Korea's transformation and Japan's rise to supremacy in the Orient. New York: Scribner [um 1919]. 6 $

756. *Civray,* Jacques, L' avant-guerre comparée en Allemagne et en France. Paris, Perrin. fr. 3.—

757. *Curtius,* Ernst Robert, Die literarischen Wegbereiter d. neuen Frankreich. Potsdam: Kiepenheuer [1919]. M 15.—

758. *Curtius,* Friedr., Deutschland und d. Elsaß. Stuttgart: Dt. Verl.-Anst. 1919. M 2,40.

759. *Deutschland* und Armenien 1914—1918. Sammlung diplom. Aktenstücke. Hrsg. u. eingel. von Dr. Johannes Lepsius. Potsdam: Tempelverlag. M 15.—

760. Deutsche *Dichter* aus Prag. Ein Sammelbuch hrsg. u. eingel. von Oskar Wiener. Mit Bildn. u. Zeichn. von Friedr. Feigl. Warnsdorf: Strache 1919. M 15.—.

761. *Dix,* Arthur, Der neue Balkan. Hamburg: Dorendorf & Dresel 1919. M 3,50. (Politisch-wirtschaftl. Schriftenfolge z. Friedenskonferenz. H. 4.)

762. *Downes,* W. D., With the Nigerians in German East Africa. London: Methuen [um 1919]. sh. 15.

763. *Du Bois,* Fred, Warum Pettau u. Umgebung zu Deutschösterreich gehören müssen. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 30.)

764. *Ehret,* Joseph, Litauen in Vergangenheit, Gegenwart u. Zukunft. Bern: Francke in Komm. 1919. M 12.—

Digitized by Google

765. *Engerand,* Fernand, Le fer sur une frontière. La politique métallurgique de l'Etat allemand. Paris: Bossard [um 1919]. fr. 7,50.

766. *Fischer,* Hans, Wirtschaftsgeographie von Syrien. Berlin: Jüdischer Verlag 1919. M 6.—

767. *Foth,* Werner, Der politische Kampf im fernen Osten u. Chinas finanzielle Schwäche. Gotha: Perthes 1919. M 6.—

768. *Gaillard,* Gaston, L'Allemagne et le Baltikum. Paris: Chapelot 1919.

769. *Gernet,* Bruno von, Die Entwicklung des Rigaer Handels u. Verkehrs im Laufe d. letzten 50 Jahre bis z. Ausbruch d. Weltkrieges. Jena: G. Fischer 1919. M 9,60. (Schriften d. Instituts f. ostdeutsche Wirtschaft an d. Universität Königsberg. H. 6.)

770. Deutsche u. slowenische *Grenzforderungen.* Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 27.)

771. *Grothe,* Hugo, Oesterreichs Stellung u. Arbeiten zur Kunde d. näheren Orients. Berlin: „Der neue Orient" 1918. M 0,30. S.-A. aus: Der Neue Orient. Bd 3.

772. *Huth,* Walter, Die wirtschaftl. Kräfte Deutschösterreichs u. sein Anschluß an d. Deutsche Reich. Berlin: Siemenroth 1919. M 5.—.

773. *Jesser,* Franz, Nationale u. wirtschaftl. Verhältnisse im Schönhengstgau. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 32.)

774. *Kassianow,* N., La Sibérie et la poussée allemande vers l'orient. Bern: Haupt 1918. M 4.—

775. *Kircheisen,* Friedr. M., Napoleon im Lande der Pyramyden u. seine Nachfolger 1798—1801. Mit 100 Abb., Faks., Ktn u. Plänen. München: Müller 1918. M 18.—

776. *Kleibömer,* Georg, Das Konstantinopel von heute, seine Zukunft u. seine Beziehungen z. Abendlande. Eisleben: Iso Verlag 1919. M 9.—

777. *Kraelitz*-Greifenhorst, Friedr. von, Die Verfassungsgesetze d. osman. Reiches. Übers. u. m. e. Einl. vers. Mit 1 genealog. Tab. d. kais. Hauses Osman. Wien: Forschungsinstitut f. Osten u. Orient 1919. M 7.—. (Osten u. Orient. Reihe 4, Abt. 1, H. 1.)

778. *Lang,* Wilhelm, Das Deutschtum in der Bukowina. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 28.)

779. *Laun,* Rud., Zum Neuaufbau Deutschösterreichs u. des neuen Deutschland. Wien: Strache 1919. M 1,50. (Flugschriften z. Neuaufbau Deutschösterreichs. H. 1. N. F. H. 37.)

780. *Lieven,* Wilh., Rußlands Zerfall u. die Erneuerung d. Baltikums. Berlin: Curtius [1919]. M 1,80.

781. *Marenzi,* Friedr. Graf, Das Nationalitäten-Prinzip u. d. sonst. Ursachen d. Zerfalles Österreichs. Eine sozialpolitische Studie. Lfg 2. 3. Graz: Leuschner & Lubensky 1918. 1919. je M 3,20.

782. *Martin,* Kurt, Die Aussichten des dtsch. Auswanderers in Argentinien. Berlin: D. Reimer 1919. M 1,50.

783. *Müller,* E., Unsere Auslandschweizer. Zeitgem. Betrachtungen u. Anregungen. Zürich: Rascher 1919. M 3.— (Schriften f. Schweizer Art u. Kunst. 113/114.)

784. *Nagler,* Arthur Wilford, Pietism and methodism. Or, the significance of German pietism in the origin and early development of methodism. Nashville, Tenn.: Meth. E. C. So Publish House [um 1919]. 1 $

785. *Otto,* Ernst, Hundert Jahre Missionsarbeit. Der sächsische Hauptmissionsverein 1819—1919. Im Auftr. d. Vorstandes bearb. Dresden-A.: Ungelenk 1919. M 2,70.

786. *Poelchau,* P. H., Um Volkstum u. Glauben. Bilder aus d. Erleben d. deutsch-evangel. Balten. Leipzig: Hinrichssche Buchhandlung 1919. M 0,90. aus: Monatshefte d. Gustav Adolf-Vereins. Jg. 1. 1919/20. H. 3/4.

787. *Polen.* Entwicklung u. gegenwärtiger Zustand. Mit 6 farb. Kt. u. 1 Diagr. Wien: Gerold 1918. M 40.—

788. *Pribram,* Ewald, Die wirtschaftliche Lage des Sudetenlandes. Anschluß an das Deutsche Reich oder den tschecho-solwakischen Staat? Mit e. Kt. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 26.)

789. *Priebsch,* J., Las repúblicas hispano-americanas. Trozos selectos relativos a las condiciones geográficas, económicas y comerciales de los paises de idioma español, arreglados. Wien: Exportakademie 1919. M 6.— (Publikationen d. Exportakademie.)

790. La *protection* internationale de la propriété intellectuelle et la guerre mondiale <1914—1918>. Travaux préparatoires en vue de la paix. Publication documentaire éd. par les bureaux internationaux de l'union pour la protection de la propriété industrielle et de l'union pour la protection des oeuvres littéraires et artistiques. Leipzig: Hedeler 1919. M 25.—

791. *Provence,* Marcel, Les Allemands en Provence. Hist. de l'invasion économique et de l'espionnage allemand dans le midi de la France de 1911 à 1918. Paris: Nouv. librairie nat. [um 1919]. fr. 4,50.

792. *Rivière,* Jacques, L'Allemand. Souvenirs et réflexions d'un prisonnier de guerre. Paris: Nouv. Revue franç. [um 1919]. fr. 3,50.

793. *Rosthorn,* Arthur von, Unser Verhältnis zu China vor u. nach dem Kriege. Leipzig: Der Neue Geist Verlag [1919]. M 1,50. (Der Neue Geist. H. 18.)

794. Das *Schicksal* der Deutschen in Krain. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 29.)

795. *Scholz,* Franz, Privateigentum im besetzten u. unbesetzten Feindesland, unter bes. Berücksicht. d. Praxis d. Weltkrieges. Berlin: Liebmann 1919. M 22.—

796. *Schürch,* Ernst, Aus d. Neuen Welt. Mit d. schweiz. Pressemission i. Amerika. Bern: Francke 1919. M 12.—

797. *(Schütt,* Oskar), Flensburger Akten- u. Urkundensprache im 14., 15. u. 16. Jahrh. Ausstellung d. Dokumente im Kunstgewerbemuseum. Flensburg 1919: Christian Wolff. M 1.—

798. *Siegl,* Karl, Die staatsrechtliche Stellung d. Egerlandes. Nach Urkunden d. Egerer Stadtarchives. Eger: (Selbstverlag, Opitzstr. 6) [1919]. M 1,50.

799. *Wetzel,* Friedr., Islamische Grabbauten in Indien aus d. Zeit d. Soldatenkaiser 1320—1540. Mit e. Kt.-skizze v. Alt-Delhi u. 350 Abb. Leipzig: Hinrichs 1918 (Umschl. 1919). M 112 — (33. wissenschaftl. Veröffentl. d. dtsch. Orient-Gesellschaft.)

800. *Wiener,* Oskar, Böhmische Sagen. Aus alten Quellen geschöpft. Warnsdorf: Strache 1919. M 9,50.

801. *Willoughby,* Westel Woodbury, Prussian political philosophy; its principles and implications. New York: Appleton 1919. $ 1,50.

802. *Winkler,* Wilhelm, Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung Deutschösterreichs u. der Anschluß an Deutschland. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 31.)

803. *Whitlock,* Brand, Belgium under the German occupation. A personal narrative. 2 vols. London: Heinemann [um 1919]. sh. 25—.

Digitized by Google

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

804. *Auslandspost.* Unabhängige Berichterstattung über d. Politik d. Auslands. Wochenschrift. Jg. 1. 1919/20. München: Der Neue Merkur 1919. Jährl. 52 Nrn; viertelj. M 3,50.

805. The New *China Review.* Ed. by Samuel Couling. Vol. 1. 1919/20. Hong-Kong: Kelly & Walsh 1919. jährl. sh. 30.—

806. *Heimat-Blätter.* Organ d. Elsaß-Lothringer im Reich, d. Hilfsbundes vertriebener Elsaß-Lothringer i. Mitteldeutschland, d. Übernahmestelle f. Norddeutschland i. Frankfurt a. M. Für d. Red. verantw. Joh. Rebholz. Jg. 1. 1919/20. Frankfurt a. M.: Verlag d. „Heimatblätter".

807. *Klarheit.* Wochenschrift z. Klärung der polit. u. wirtschaftl. Gefahren u. Aufgaben im Osten. [Jg. 1.] 1919. Königsberg: Wirtschaftspolit. Aufklärungsdienst f. d. Osten.

808. *Mitteilungen* f. China-Deutsche. Hauptorgan f. d. Interessen d. China-Deutschtums. In Verb. mit d. dtsch-chines. Verband hrsg. von Fritz Secker. Jg. 1. 1919/20. Berlin: Dtsch-chines. Verband 1919. Jährl. 26 Nrn; viertelj. M 6.—

809. Die deutsche *Nation.* Eine Zeitschrift f. Politik. Schriftleitung: Mark Neven Du Mont. Jg. 1. 1919. Berlin-Charlottenburg: Dtsche Verl.-Gesellschaft f. Politik u. Geschichte 1919. Jährl. 12 Hefte; viertelj. M 2,50.

810. Der *Orient.* Monatsschrift für die Wiedergeburt d. Länder d. Ostens. Hrsg.: Dr. Johannes Lepsius. Jg. [1.] 1919. Potsdam: Tempelverlag. jährl. 12 Nrn; M 10.—

III. Zeitschriftenaufsätze.

811. Deutsche *Arbeit* in Rußland. in: Überseedienst: Jg. 5. 1919. Nr 32. Berlin: Dt. Überseedienst G. m. b. H.

812. *Balassa,* Josef, Deutsche Elemente in d. ungarischen Soldatensprache. in: Die neueren Sprachen. Jg. 26. 1918/19. Nr 7/8. Marburg: Elwert.

813. *Banse,* Ewald, Letzte Türkenbücher. in: Deutsche Rundschau. Jg. 45. 1918/19. H. 10. Berlin: Paetel.

814. *Becker,* Wilhelm Martin: Ziele u. Wege der deutschkundl. Forschung. in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 21. Berlin: Verl. der Grenzboten.

815. *Bencke,* Albert, Süd- u. Mittelamerika im Weltkriege [u. seine Beziehungen zu Deutschland]. in: Gerechtigkeit. Jg. 1. 1919. H. 4. Berlin: Engelmann.

816. *Berndl,* R., Zum „Deutschtum im ungarländischen Schulwesen". in: Monatshefte f. pädagogische Reform. Jg. 69. 1919. H. 3/4. Wien: Pichler.

817. *Berthold,* Willy, Reichsauswanderungspolitik. in: Nord u. Süd. Jg. 43. 1919. Juliheft. Breslau: Schottländer.

818. *Charmatz,* Richard, Deutsch-Oesterreichs Vernichtung. in: Hilfe. 1919. Nr 25. Berlin: Verlag d. Hilfe.

819. *Chroust,* Anton, Die österreichische Frage. in: Hochland. Jg. 16. 1918/19. H. 7. 8. München u. Kempten: Kösel.

820. *Derksen,* Ed., Neugestaltung des deutschen Auslandsdienstes. in: Revue diplomatique et consulaire. Diplomat. Rundschau. Nr 2. Juni 1919. Bern-Transit. Zürich: Druck von Rüegg.

821. Das *Deutschtum* in Brasilien während des Krieges. in: Südamerika. Jg. 12. Nr 3. Freiburg i. Br.: Verlag der „Südamerika".

822. Das deutsche *Element* in der Union. in: Weltwirtschafts-Ztg. Jg. 4. 1919. Nr 22. Berlin: Eckart Verl.-Ges.

823. *Elsaß-Lothringen* im Friedensvertragsentwurf. Sonderbeil. d. „Mitteilungen d. Ausschusses vertriebener Elsaß-Lothringer". Jg. 1. 1919. Nr 23. Freiburg i. Br.: Verlag d. Mitteilungen.

824. *Elster,* Hanns Martin, Eine Zukunftsaufgabe d. deutschen Buches. Gedanken u. Anregungen f. eine deutsche Kulturpropaganda. in: Reclams Universum. Jg. 35. 1918/19. H. 37. Leipzig: Reclam.

825. *Emerling,* Hans, Italianismus u. Deutschösterreichertum in Triest. in: Nord u. Süd. Jg. 43. 1919. Juliheft. Breslau: Schottländer.

826. *Federn,* Walther, Die Liquidation eines Großstaates [Österreich-Ungarn]. in: Die neue Rundschau. Jg. 30. 1919. H. 7. Berlin: S. Fischer.

827. *Fehlinger,* H., Die deutsche Kolonialgeschichte Kurlands. in: Zeitschr. f. Sozialwissenschaft. N. F. Jg. 10. 1919. H. 3/4. Leipzig: Deichert.

828. *Feydt,* Die deutsche Ostmark in Vergangenheit und Zukunft. in: Die neue Zeit. Jg. 37. 1918/19. Bd 2. Nr 12. Stuttgart: Die neue Zeit.

829. *Fuld,* Deutsch-amerikanischer Urheberrechtsschutz nach dem Friedensschluß. in: Börsenblatt f. d. dtsch. Buchhandel. Jg. 86. 1919. Nr 137. Leipzig: Börsenverein d. dtsch. Buchhändler.

830. *Gerland,* Heinrich, Die vertriebenen Elsaß-Lothringer u. d. Reich. in: Hilfe. 1919. Nr 28. Berlin: Verlag d. Hilfe.

831. *Heywang,* E., Zur elsässischen Frage. in: Deutsche Politik. Jg. 4. 1919. H. 14. Stuttgart-Berlin: Dtsch. Verl.-Anst.

832. *Hoff,* H. von, Die tieferen Ursachen des Zusammenbruchs d. Türkei. in: Dtsche Revue. Jg. 44. 1919. Juniheft. Stuttgart: Dtsche Verl.-Anst.

833. *Hoppe,* Fr., Palästina u. der Weltkrieg. in: Neueste Nachrichten aus dem Morgenlande. Jg. 62. 1919/20. Nr 1. Berlin: Jerusalemverein.

834. *Hübner,* Die deutsch-flämische Legende von der Nonne Beatrix. in: Die Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 26. Berlin: Verl. d. Grenzboten.

835. *Hupfeld,* Fr., Der Friedensentwurf und d. Kolonien. in: Dt. Kolonial-Ztg. Jg. 36. 1919. Nr 6. Berlin: Dt. Kolonialgesellsch.

836. Fünfzig *Jahre* deutscher u. österr. Alpenverein. in: Illustr. Zeitung. Bd 152. 1919. Nr 3961. Leipzig: J. J. Weber.

837. *Janovsky,* Karl, Die nationale Gliederung der Seiden-, Konfektions- u. Papiergarnindustrie Oesterreich-Ungarns. in: Das Handelsmuseum. Bd 34. 1919. Nr 10. 11. Wien: Handelsmuseum.

838. *Jenny,* E., Die künftigen Beziehungen d. deutschen Kolonisten in Rußland zu ihrem Stammlande. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 7. Berlin: Heymann.

839. Die keramische *Industrie* des Auslandes. I. II. in: Wirtschaftl. Nachrichtendienst. Jg. 5. 1919. Nr 691. 692. Berlin: Überseedienst.

840. *Kaemmerer,* W., Columbien. in: Der dt. Siedler. Jg. 2. 1919. Nr 6. Berlin: Dt. Siedler-Verl.

841. *Kaindl,* R. F., Deutsche nach dem Osten! in: Österreich. Rundschau. Bd 59. 1919. H. 5. Wien: Fromme.

842. Von ausländischen protestantischen *Kirchen* (Polen). in: Volkskirche. Jg. 1. 1919. Nr 5. Berlin: Verlag d. Ev. Bundes.

843. *Koenig,* Fr., Die elsaß-lothringischen Parteien u. die Autonomiefrage. in: Deutsche Politik. Jg. 4. 1919. Nr 26. Stuttgart-Berlin: Dt. Verl.-Anst.

844. *Kolbe,* Franz, Australiens Anspruch auf die deutschen Südseekolonien. in: Dt. Kolonialzeitung. Jg. 36. 1919. Nr 6. Berlin: Dt. Kolonialgesellschaft.

845. Die deutsche *Kolonie* in Konstantinopel. in: Allgem. Ztg. Jg. 122. 1919. Nr 21. München: Allg. Ztg.

Digitized by Google

846. *Krabbo,* Hermann, Danzig u. die askanischen Markgrafen von Brandenburg. in: Preuß. Jahrb. Bd 177. 1919. H. 1. Berlin: Stilke.

847. *Kruenes,* Erik, Das Königreich der S. H. S in: Öster-Rundschau. Bd 59. 1919. H. 4. Wien: Fromme.

848. Die *Lage* der Rheinischen Mission am Ende des Weltkrieges. I—IV. in: Missionsblatt Barmen. Jg. 94. 1919. April-Juli. Barmen: Westdtsche Druckerei.

849. *Lettow*-Vorbeck, von, Um Vaterland u. Kolonie. Ein Weckruf an d. dt. Nation. *Ruckteschel,* von, Der Feldzug in Ostafrika. Mit e. Kt. von Ostafrika. Berlin-Lichterfelde: Bermühler 1919. M 4.50.

850. *Liebermann,* F[elix], Die deutsche Volksschule in britischem Urteil. in: Archiv f. d. Studium der neueren Sprachen und Literaturen. Bd 137. 1919. H. 3/4. Braunschweig: Westermann.

851. *Ljungdorff,* V., E. T. A. Hoffmann och Sverige. in: Edda. Bd 10. H. 3. Kristiania.

852. *Loewenfeld,* Kurt, Die Behandlung deutschen Privateigentums in England nach den Friedensbedingungen. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 4. 1919. Nr 27. Hamburg: Meissner i. Komm.

853. *Lutz,* Otto, Auslanddeutsche und Auswanderung. in: Welt-Echo. Jg. 1. 1919. Nr 27. Berlin: Ullstein.

854. *Maaß,* Wilhelm, Der Saarkohlenbergbau u. s. Beziehungen zu Frankreich. in: Weltwirtschaftl. Archiv. Bd 15. 1919. H. 1. Jena: Fischer.

855. *Manes,* Alfred, Das Deutschtum in Australien und Neuseeland. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 7. Berlin: Heymann.

856. *Mayer,* P., Das Deutschtum in den Urwaldkolonien Südamerikas. in: Dt. Auswanderer-Ztg. Jg. 1. 1919. Nr 13. Breslau: Dt. Auswanderer-Ztg.

857. *Mont,* Peter, Deutschösterreichs Südgrenze. in: Dt. Rundschau. Jg. 45. 1918/19. H. 9. Berlin: Paetel.

858. *Olyff,* François, Die deutschen Bahnbauten in Belgien. in: Das Echo. Jg. 38. 1919. Nr 26. Berlin: Auslands-Verlag G. m. b. H.

859. *Peschke,* Rudolf, Die deutschen Siedlungen im ehemaligen Zarenreiche. in: Der dt. Siedler. Jg. 2. 1919. Nr 6. Berlin: Der dt. Siedler-Verl.

860. *Prem,* S. M., Das literarische Deutschsüdtirol. in: Oesterr. Rundschau. Bd 59. 1919. H. 5. Wien: Fromme.

861. *Prem,* S. M., Das Deutschtiroler Schrifttum der Gegenwart. in: Die Woche. Jg. 21. 1919. Nr 21. Berlin: Scherl.

862. *Puttkammer,* Thea von, Deutschland u. Armenien. in: Die Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 26. Berlin: Verlag d. Grenzboten.

863. *Quessel,* Ludwig, Nationale Bewegung. (Tschechen. Polen. Südslawen. Irland.) in: Sozialist. Monatshefte. Jg. 25. Bd 52. 1919. H. 13/14.

864. *Schirmer,* Felix, Organisation der Deutschen im Auslande. in: Industrie- u. Handels-Echo. Jg. 38. 1919. Nr 25. Berlin: Auslands-Verl.

865. *Schullern,* H. Ritter von, Ein einiges Tirol. in: Die Woche. Jg. 21. 1919. Nr 22. Berlin: Scherl.

866. *Secker,* Fritz, Englands Chinapolitik während d. Weltkrieges. in: Dt. Politik. Jg. 4. 1919. Nr 27. Stuttgart-Berlin: Dt. Verl.-Anst.

867. *Sieger,* Robert, Deutsche Abwehr an der Südgrenze Deutschösterreichs. in: Deutsche Arbeit in Oesterreich. Jg. 18. 1918/19. H. 9. München: Callwey.

868. *Stichel,* Bernhard, Argentinien. Außenhandel — Deutschlands Aussichten — Argentinien als Auswanderungsziel. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 4. 1919. Nr 25. Hamburg: Meißner i. Komm.

869. Stichel, Bernhard, Die Liga der lateinischen Nationen, der panhispanische Gedanke u. wir. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 4. 1919. Nr 28. Hamburg: Meißner i. Komm.

870. *Stier,* Ewald, Deutsche Diplomaten über Armenien. in: Die christliche Welt. Jg. 33. 1919. Nr 23. Marburg: Christl. Welt.

871. [*Stryk,* Gustav von], Die Landwirtschaft in Livland. in: Balt. Blätter. Jg. 2. 1919. H. 2. 7/8. 9/10. 11/12. 13/14. Berlin-Steglitz: Würtz.

872. *Treumund,* E., Die deutsche Bewegung in Ungarn. in: Oesterr. Rundschau. Bd 59. H. 3. Wien: Fromme.

873. *Ueberblickner,* Volk in Not — eine Studienfahrt an der Ostfront. in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 27. Berlin: Verl. d. Grenzboten.

874. *Ullmann,* Hermann, Ausland- u. Grenzlanddeutschtum. in: Kunstwart. Jg. 32. 1918/19. H. 18. München: Callwey.

875. *Ullmann,* Hermann, Deutschböhmen u. d. tschechische Gewaltherrschaft. in: Dt. Volkstum. Jg. [1.] 1919. H. 5. Hamburg: Verl. d. dt. Volkstums.

876. *Wohlwill,* A., Deutschland, der Islam u. die Türkei. in: Euphorion. Jg. 22. 1919. H. 1. 2. Wien: Fromme.

877. *Würtz,* Fritz, Baltische Zukunftsgedanken. 1. 2. in: Baltische Blätter. Jg. 2. 1919. H. 4/5. 20/21. Berlin-Steglitz: Würtz.

878. *Zangerle,* Carl, Mein sonniges Etschland. in: Die Woche. Jg. 21. 1919. Nr 22. Berlin: Scherl.

879. *Zastrow,* von, Die Deutschen in Südwestafrika. in: Dt. Politik. Jg. 4. 1919. H. 28. Stuttgart-Berlin: Dt. Verl.-Anst.

880. *Zeissel,* J., Deutsche Bauernarbeit in Mazedonien. (Türkisch-mazedonische Verhältnisse nach d. russ.-türk. Kriege 1877.) in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 7. Berlin: Heymann.

IV. Karten.

881. *Carte* ethnographique du Caucase. M. 1 : 2,600 000. Bern: Kümmerly & Frey [1919]. M 2.—

882. Die *Grenzen* des tschecho-slowakischen Staates. (In dt. u. engl. Sprache.) 1 Bl. mit e. farb. Kt.-skizze. Neututschein: Enders [1919]. M 0.20.

883. *Schaefer,* Sprachenkarte d. dt. Ostmarken. Berlin: Curtius 1919. M 2.—

BUCHBESPRECHUNGEN

Dorpat und Rostock. Ansprache beim Antritt des Rektorats von Geheimen Hofrat Prof. Dr. Otto Staude, Rostock 1918. Verlag von Warkentiens Buchhandlung.

In dem kleinen Heftchen werden die Zusammenhänge zwischen den beiden Universitäten untersucht, die geistig regsamen Beziehungen in früheren Jahrhunderten besprochen. Die Darstellung entwickelt sich zu einem knappen Ueberblick über die Geschichte des Deutschtums in den Ostprovinzen und namentlich der Tätigkeit eines Rostockers, Georg Dragendorffs, in Dorpat wird gedacht.

Krumm-Heller, Alfredo. Deutsch-mexikanischer Roman. Maennel 1918. Mk. 3.30 geh.

Der Verfasser läßt seinen „Helden", einen jungen Deutsch-Mexikaner, in Deutschland studieren. Dort verlumpt „Alfredo" in Berliner akademischen und anderen Kreisen so schnell und gründlich, daß er nur durch sehr wunderbare Fügungen einem gesitteten Leben in seinem Heimatlande wiedergegeben werden kann. Dr. Krumm-Heller

Digitized by Google

wollte, wie das Vorwort sagt, mit seiner Erzählung sexualpädagogisch wirken; es ist schade, daß er sich auf dieses Gebiet verirrte, da er doch als Kenner berufen war, uns über das neue Mexiko aufzuklären, das wie Lateinamerika überhaupt der weiteren deutschen Oeffentlichkeit vorläufig noch ein Buch mit sieben Siegeln ist. Dr. H. M.

Ausnahmegesetze gegen deutsche Privatrechte in den feindlichen Ländern (Weißbuch), (herausgegeben vom Auswärtigen Amt). Heft 1: Italien. Berlin: Carl Heymanns Verlag in Komm. 1918. Preis 3 Mark.

Seitdem im Dezember 1915 das Auswärtige Amt sein erstes Weißbuch über „Ausnahmegesetze gegen deutsche Privatrechte in England, Frankreich und Rußland" herausgegeben hat, sind mehrere neue Kriegsteilnehmer mit neuen Ausnahmegesetzen auf den Plan getreten, und die alten Feinde haben neuerdings Mittel zur Beschränkung der deutschen Rechte ersonnen. In Deutschland ist das Interesse für dieses Unrecht gewachsen. Das alte Weißbuch wird immer noch stark begehrt, und so ergab sich der Wunsch nach einer Ergänzung und Erweiterung der Zusammenstellung. Die neue Bearbeitung wird in einzelnen Heften nach Ländern geordnet herausgebracht, so daß die Hefte später unschwer in einem Bande vereinigt werden können. Neben der Uebersetzung ist in diesem ersten Hefte und soll in den folgenden auch der Urtext wiedergegeben werden, was für Rechtsfälle die Benutzbarkeit erhöht. Auch sind die Bestimmungen aufgenommen, die sich auf das Seeprisenrecht und das Requisitionswesen erstrecken. Auch die Maßnahmen der Gegner gegen „feindliche Staatsangehörige", die sich auf persönliche Behandlung erstrecken, sind mit abgedruckt, weil sie teilweise in engem Zusammenhang mit den Vermögensrechtsbestimmungen stehen. Ferner haben Moratorien-Bestimmungen Aufnahme gefunden, wenn sie sich in ihrer Wirkung nicht auf Deutsche allein erstreckten. Dem Abdruck der Bestimmungen selbst ist eine kurze orientierende Denkschrift vorangestellt.

Walter Flex. Gedächtnisfeier zu Arensburg auf Oesel am 16. Oktober 1918. Gedächtnisrede von Dr. Beinert, Baltische Bücherei, Band 34, Verlag von Fritz Würtz, Berlin-Riga-Leipzig.

Als eines der wenigen, aber auch der schmerzlichsten Opfer ist in den naßkalten Oktobertagen 1917 auf Oesel Walter Flex gefallen, ein Dichter des jungen Deutschland, der mit heißem Herzen den Krieg erlebte, und dessen Gestaltungskraft ihn zu einem der wenigen großen Dichter des Krieges werden ließ. Die Gedächtnisrede von Dr. Beinert gibt einen schönen Nachruf für den Dichter wieder, dessen Grab bei der alten Ordenskirche von Peude eine wertvolle Erinnerungsstätte des jungen Deutschland auf dem uralten baltischen Boden sein wird.

NEUE KARTEN ZUR GEGENWÄRTIGEN POLITISCHEN LAGE

Fast jeder Tag bringt neue Karten, die dazu dienen sollen, die für uns so erschütternde territoriale Seite der Friedensbedingungen in ihren der Verbreitung des Deutschtums hohnsprechenden Zügen zu erläutern. Andere veranschaulichen die Entwicklungsmöglichkeiten der neuen Staaten im Osten Europas. Vom kartographischen Standpunkt sind sie zum Teil ziemlich minderwertige Erezugnisse. Aber an dieser Stelle hier kommt es im allgemeinen darauf an, zu zeigen, welchen praktischen Bedürfnissen die Karten nützen können. Diejenigen unter ihnen, die auch weitgehendere Ansprüche befriedigen, sollen gebührend hervorgehoben werden.

1. *G. Freytags* **Völkerkarte von Europa.** 1:7 500 000. Bearbeitet von Dr. *Arthur Haberlandt,* Privatdozent für Ethnographie. 78×62 cm. Mit einem erläuternden Text. 2. Aufl. Wien (o. J.). G. Freytag & Berndt. M 3.50 (5 Kr.).

Die Farben für die einzelnen Völker sind so kräftig und glücklich gewählt eingetragen, daß die Karte auch auf einige Entfernung wirkt. Neben der Farbenerklärung sind Zahlen für die Völker und Stämme eingedruckt, die augenscheinlich (nichtamtliche) Schätzungen für die Zeit unmittelbar vor Kriegsausbruch darstellen. Ich glaube, daß die Zahl der Franzosen versehentlich um 2 bis 3 Millionen zu hoch angegeben ist; denn man wird daran festhalten dürfen, daß sie sich seit 1910 nicht wesentlich vermehrt hat. Den vierseitigen Text: Zur Sprachen- und Völkergruppierung von Europa hat *Haberlandt* [der Jüngere] verfaßt, ebenso einen Merkzettel: Zur Beachtung beim Lesen ethnographischer Karten. Dieser Text ist recht brauchbar. Nur möchte ich mich nicht damit einverstanden erklären, daß die Zweisprachigkeit von Teilen einzelner Völker ein besonders wertvolles Gut, ein Mittel zur Erreichung höherer Kultur ist. In den letzten Jahrzehnten ist meines Erachtens die Zweisprachigkeit, da wo das Deutsche an ihr beteiligt war, der deutschen Art und schließlich auch der Sprache, meist ziemlich verhängnisvoll gewesen.

2. *G. Freytags* **Völker- und Sprachenkarte von Mitteleuropa nebst Italien und der Balkanhalbinsel. Maßstab** 1:3 000 000. 72×97 cm. Wien (o. J.). G. Freytag & Berndt. M 3.50 (5 Kr.).

Die topographische Grundlage ist gut lesbar. Auch bei dieser *Freytag*schen Karte wirken die Farben fast wandkartenartig. Daß die Gewässer blau eingetragen sind, trägt wesentlich zur Uebersichtlichkeit des ganzen Bildes bei. Besonders bemerkenswert und unparteilich erscheint mir die Abgrenzung des polnischen Volkstums gegen das ukrainische. Auch die völkisch stark gemischten Gebiete sind auf der Karte jeweils einem Volk zugeteilt. Dafür ist der Maßstab eigentlich zu klein; das gilt noch mehr für die vorige Karte.

3. Prof. Dr. *Dietrich Schäfer,* **Sprachenkarte der Deutschen Ostmarken.** 1:1 000 000. 60×72 cm. Berlin (o. J.). Karl Curtius. M 2.—.

Die Karte des bekannten Vorkämpfers für das so sehr bedrohte Deutschtum im Osten gibt in den Grenzen des Reiches nach Kreisen aufgestellt zunächst alle Gebiete, in denen die deutsche Bevölkerung über 50 Prozent beträgt, in leuchtendem Rot an, weiter solche Verwaltungseinheiten, in denen es mit 40—50, 30—40, 20—30 und 10—20 Prozent beteiligt ist, in abnehmenden Tönen. Die Litauer innerhalb der Reichsgrenze sind angedeutet, ebenso die Deutschen in Kongreßpolen, da wo sie über 10 Prozent der Bevölkerung ausmachen; schließlich sind Bemerkungen über Kassuben und Masuren schriftlich eingetragen. Ich will dahingestellt sein lassen, ob man die Karte tatsächlich als Sprachenkarte bezeichnen kann. Aber jedenfalls stellt sie die Verbreitung der deutschen Minderheiten ebenso eindrucksvoll wie zuverlässig dar. Beigefügt ist eine Tabelle der ortsanwesenden Bevölkerung der Kreise vom 1. Dezembr 1910, aufgestellt nach Deutschen, Polen, Zweisprachigen, Kassuben und Masuren.

4. Prof. Dr. W. *Vogel,* **Karte zur Darstellung der Sprachverteilung, Bevölkerungsdichte und Bodenschätze von Elsaß-Lothringen.** Auf Grund von H. Kieperts Spezialkarte 1:250 000 dargestellt. Die Bodenschätze sind nach Angaben von Professor Dr. Spackeler eingetragen. Mit der Note des Staatssekretärs des Ausw. Amts v. Brockdorff-Rantzau vom 13. Jan. 1919. 81×98 cm. Berlin 1919. D. Reimer. (E. Vohsen). M 3.— M. —.30.

Digitized by Google

Das große Blatt gibt in recht wertvoller und auch nach ihrem Verfahren anregender Weise zugleich die Sprachverteilung und die Bevölkerungsdichte. Erstere ist in drei Stufen gegeben: über 70 Prozent deutsch, über 70 Prozent französisch, keiner der beiden Teile über 70 Prozent; die Dichte zeigt sechs Stufen von unter 50 bis über 300. Hinter diesen beiden sich ergänzenden Darstellungen tritt die der Bodenschätze Kohle, Eisen, Kali und Petroleum, stark zurück. Immerhin bleiben ihre Signaturen gut lesbar. Das Saarkohlenbecken ist ganz dargestellt. Auch sein Lothringer Teil erstreckt sich bekanntlich ganz durch sprachlich weit überwiegend deutsches Gebiet!

5. *G. Freytags* **Völker- und Sprachenkarte von Österreich-Ungarn.** 1:1 500 000. Nach den neuesten statistischen Veröffentlichungen bearbeitet. 83×63 cm. Wien (o. J.). G. Freytag & Berndt. M 3.50 (5 Kr.).

Die Karte bedeutet im Vergleich zu der unter 2. genannten eine etwas mehr ins einzelne gehende Darstellung. Die wenig schön gedruckte Schrift und Situation mindern ein wenig die Uebersichtlichkeit der sonst recht brauchbaren Karte. Besondere Zeichen deuten sprachliche Minoritäten einzelner Städte an. Diagramme in den unteren Ecken geben die Nationalitäten in Österreich, in Ungarn, in Bosnien und Herzegowina, sowie im ganzen Staat, ferner die in neun großen Städten, alles nach der Zählung Ende 1910.

6. Grenzgebiete der Deutschen Republik: 2. **Alpenländer** Herausgegeben von der *Deutschösterreichischen Mittelstelle.* Maßstab 1: 900 000. 59×36 cm. Berlin (o. J.). D. Reimer (E. Vohsen). M 1.—.

Dr. *F. Lange* hat die Karte für die genannte Aufklärungsstelle herausgegeben. Sie gibt in kräftigen Farben die Nationalitäten an und schlägt solche Abgrenzungen vor, wie sie etwa bei Abstimmungen sich ergeben würden, die von keiner Seite beeinflußt werden. Die schamlosen Ansprüche der Nachbarn Deutschösterreichs, der Tschechen, Magyaren, Slowenen und Italiener, sind in einem markig und kurz gehaltenen Text der Karte aufgedruckt, nicht als Grenzlinien eingetragen.

7. **Die Südgrenze von Deutsch-Tirol.** Richtlinien für die Friedens-Verhandlungen. 14 S. Mit einer Karte in 1: 750 000. 35×29 cm. Innsbruck 1918. Verlags-Anstalt Tyrolia. M —.50.

Die sehr klar und eindringlich gehaltenen Richtlinien sind vom ehrwürdigen Innsbrucker Geographen, von *F. v. Wiesner,* unterzeichnet. Beigefügt ist ein sehr bemerkenswerter Aufruf der Ostladiner, die durchaus nicht italienisch werden wollen. Ein kleines Literaturverzeichnis gibt eine treffliche Auswahl. Die beigegebene übersichtliche Völkerkarte zeigt die Südgrenze Deutsch-Tirols, ebenso wie die italienische Forderung: Italien bis zum Brenner.

8. **Sprachenkarte Tirols.** 1: 500 000. 39×36 cm. Innsbruck-Wien-München (o. J.). Verlags-Anstalt Tyrolia.

Die Karte leidet darunter, daß sie die photomechanische Reproduktion einer 2½ mal größeren ist. Die meisten Namen sind unlesbar. Aber das sonst bei Sprachenkarten nicht übliche, gerade hier nützliche Geländebild tritt wirkungsvoll hervor.

9. **Politische und Sprachenkarte von Tirol nebst Vorarlberg.** 1: 430 000. Revidiert von Dr. *Peucker.* 62×54 cm. Wien, 1919, Artaria & Co. 4.— Kr.

Diese Karte gehört wie die beiden folgenden in die Sammlung Artarias General-Karten der österreichischen und ungarischen Länder. Die Grundlagen der drei Karten sind nicht gerade neu und lassen zum Teil manches zu wünschen übrig. Die Bezirkshauptmannschaften sind in verschiedenen Flächenfarben angelegt und die Bezirksgerichtsgrenzen als rote Linien eingetragen. Diesen farbigen Karten sind die Grenzen der sogenannten geschlossenen Sprachgebiete mehrfarbig aufgedruckt. Darunter hat die Übersichtlichkeit der Karten entschieden gelitten. Der Name *K. Peukers* auf allen dreien bürgt für die Zuverlässigkeit des Gebotenen, auch für die der jeweils beigefügten neuen Bevölkerungstabellen.

Das Blatt Tirol nebst Vorarlberg hat den eigenartigen Maßstab 1: 430 000, der noch dazu, nach der Schrift zu urteilen, durch beträchtliche Verkleinerung entstanden ist. Den Angaben der Einwohnerzahlen der Bezirke sind hier und auf den zwei folgenden Karten solche über den prozentischen Anteil sprachlicher Minderheiten beigefügt.

10. **Politische und Sprachenkarte von Steiermark.** 1: 400 000. Revidiert von Dr. *Peucker.* 68×51 cm. Wien, 1919, Artaria & Co. 4.— Kr.

Das Blatt hat Geländedarstellung in ziemlich vorweltlichen Schraffen. Beigegeben sind ein Plan von Graz in 1: 30 000 und eine Umgebungskarte von Maria-Zell in 1: 64 000.

11. **Politische und Sprachenkarte von Mähren und Schlesien.** 1: 432 000. Revidiert von Dr. *Peucker.* 69×49 cm. Wien, 1919, Artaria & Co. 4.— Kr.

Der Maßstab ist reichlich ungewöhnlich; aber die Zeichnung von Situation und Schrift dieses Blattes ist anscheinend neuer als bei den vorgenannten beiden. Sie wirkt gefälliger; die Farben müssen auch hier erst entwirrt werden.

12. Grenzgebiete der Deutschen Republik: 1. **Sudetenländer.** Herausgegeben von der *Deutschen Mittelstelle für Oesterreich.* Maßstab 1: 900 000. 59×36 cm. Berlin (o. J.). D. Reimer (E. Vohsen). M 1.— + —.10.

Die Karte ist gleichen Ursprungs wie Nr. 6. Auch hier ist ein kurzer, klarer Text beigefügt, der die eine Ecke des Blattes einnimmt. Beide Karten haben etwas entschieden Volkstümliches im besten Sinne.

13. **Völkerkarte der nördlichen Karpathenländer.** 1: 1 000 000. 59×31cm. Berlin (o. J.). D. Reimer (E. Vohsen). M 1.—.

Das Blatt wirkt ähnlich wie das vorige und Nr. 6, auch durch Farbenwahl und Text. Die Städtezeichen sind drolligerweise ebenso blau gedruckt wie die Flüsse. Alle drei Karten werden bei Aufklärungsarbeiten treffliche Dienste tun.

14. Dr. *R. Pohle* und *Herbert Heyde,* **Völkerkarte von Osteuropa.** Unter Zugrundelegung der Gea-Umrißkarte von Europa in 1: 6 000 000. 48×61 cm. Berlin (o. J.). Gea-Verlag. M 2.50.

Die Karte zeigt an vielen Stellen gegenüber den bisherigen Darstellungen wesentliche Änderungen, wie sich bei der Bearbeitung durch einen so guten Kenner Rußlands, wie *Pohle* es ist, nicht anders erwarten läßt. Die recht gefällige und übersichtliche Zeichnung und Anordnung der Farbenplatten ist zweifellos auf das kartographische Können *Heydes* zurückzuführen. Neu ist auch der Versuch, die nicht zusammenhängend besiedelten Flächen Nord- und Südost-Rußlands durch eine besondere Signatur hervorzuheben. Doch wären hier statt schwarzer Schraffen weiße, ausgesparte oder aufgedruckte noch wirkungsvoller gewesen. Die Karte ist nach Inhalt und Ausführung angelegentlich zu empfehlen.

15. Dr. *K. Peucker,* **Rußlands Umgestaltung.** Politische Übersicht und Haupteisenbahnen. 1: 600 000. Mit Tabellen der Bevölkerung der russischen Städte und der ehemaligen Gouvernements. 52×69 cm. Mit Textbeilage. Wien, 1918/19, Artaria & Co.

Die interessante Karte leidet unter dem Allzuviel an Farben und auch etwas unter der altertümlichen topographi-

Digitized by Google

schen Grundlage. Die alten Gouvernementsgrenzen sind dicke grüne Linien, die Schnellverkehrslinien ebensolche aufdringlich roten. An manchen Stellen ist der Sinn der Darstellung nicht schnell zu erfassen. *K. Peucker* hat eine sehr nützliche Textbeilage geschrieben: Größe der Haupt- und Randstaaten des ehemaligen russischen Reiches, Einwohnerzahlen, Bevölkerungsdichte, Volksstämme und Religionsbekenntnisse. Diese vier Seiten bedeuten einen wertvollen Versuch, eine nur lückenhaft bekannte und sehr veränderliche Tatsachenreihe darzustellen.

16. **Baltenland.** Maßstab 1:725 000. *Flemmings* Generalkarten, Nr. 55. 63×80 cm. Berlin u. Glogau (o. J.). Carl Flemming. M 2.—.

Die unter der trefflichen Redaktion Prof. Dr. *Kettlers* entstandene, eindrucksvolle Karte gibt Estland, Kurland, Livland sowie den größten Teil von Litauen. Das Meer zeigt die Tiefenlinien 10, 20, 50, 100, 200 m und drei verschiedene blaue Töne für die Schichten. Nur der Maßstab scheint mir etwas unglücklich gewählt. Warum nicht 1:750 000?

C. Uhlig, Professor der Geographie, Tübingen.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Der Krieg der Wissenschaft gegen Deutschland.

Im Maiheft der „Süddeutschen Monatshefte" ruft Professor Dr. Karo, Erster Sekretär des Deutschen Archäologischen Instituts in Athen, in seinem Aufsatz „Der Krieg der Wissenschaft gegen Deutschland" uns die Maßnahmen ins Gedächtnis, die die Kriegführung der Entente geistig gestützt haben und — täuschen wir uns nicht darüber — weiter stützen werden: zunächst die lückenlose Schlachtreihe der einzelnen Gelehrten, die mit dem untrüglichen Selbsterhaltungsinstinkt ihrer Nationen begabt, deren Propaganda schon im Frieden wissenschaftlich begründeten und speisten; dann das Verfahren der großen gelehrten Körperschaften, die unter Führung der Académie des Sciences in Paris die deutschen Gelehrten in dauernden Verruf erklärten und, nicht ohne Druck auf die Neutralen, von jedem internationalen Verkehr ausschließen wollten. Die erste Konferenz interalliierter Akademien im Oktober 1918 (in London) habe diesen Beschluß gutgeheißen. Neugeschaffene interalliierte Organisationen sollen die wissenschaftliche Kampffront geschlossen erhalten und ihren Mitgliedern die Ausbeutung deutscher Erfindungen, besonders in den exakten Wissenschaften, ähnlich wie beim Raub unserer Patente, ohne Gegenleistung vorbehalten. Diesen ernst zu nehmenden Plänen gegenüber empfiehlt Professor Karo innigsten Zusammenschluß der gesamten deutschsprechenden Gelehrtenwelt, engste Zusammenarbeit aller öffentlichen und privaten Stellen, äußerste Ausnutzung unseres wissenschaftlichen Besitzes. Den Neutralen müsse einheitliche und taktvolle Haltung auf unserer Seite die schwere Lage erleichtern. Dem Feinde werde nur kühle Zurückhaltung Achtung und Entgegenkommen abnötigen. Im übrigen werde die deutsche Wissenschaft ihre höchste Tugend, die vollkommene Sachlichkeit in der Verarbeitung des eigenen wie des fremden Gutes, zu bewahren wissen, auch ohne internationale Vereinigungen und Kongresse.

Unter dem Titel **„Die Deutsche Presse ins Ausland"** beleuchtet Georg Paul Neumann in der „Vossischen Zeitung" vom 12. Juli die Wichtigkeit der Frage, deutsche Zeitungen wenigstens in unsere Nachbarstaaten möglichst rasch einzuführen, um die öffentliche Meinung beeinflussen zu können. Den feindlichen Presseeinfluß unvermindert und ungehindert weiterarbeiten zu lassen, sei ein Verbrechen an unserem Volke. Nach Holland gelange die englisch-französische Presse auf dem Flugwege in wenigen Stunden, die deutsche aber nur mit Verzögerung von vielen Tagen. Ehe deutsche Aufklärung komme, habe tagelang feindliche Verhetzung gewirkt. Die feindlichen Länder entlasteten ihren Telegraphendienst nach Möglichkeit, wir belasteten ihn immer mehr. Kurzsichtigkeit und Sparsamkeit am falschen Ort müßten sich schwer rächen. Der Verfasser verlangt, nachdem private Kreise unter Opfern die Möglichkeit des Zeitungs-Flugdienstes erwiesen hätten, eine Schaffung von staatlichen Flugverbindungen mit wesentlicher Ermäßigung des Tarifs für die Zeitungsbeförderung, die nur auf dem Subventionswege möglich sei. Eine Nebenwirkung davon werde die Wiedererstarkung der deutschen Flugzeug-Industrie sein. Vielleicht könnten die noch vorhandenen Mittel der Nationalflugspende dazu herangezogen werden.

Ueber **„Deutschtum im Ausland"** berichtet W. Stein aus Lugano der „Schles. Ztg." und gibt in seinen Mitteilungen interessante Ergänzungen zu dem, was wir kürzlich über die begeisterte Aufnahme Beethovenscher Musik in Mailand meldeten. Er schreibt: „Als man 1916 im römischen Corea gegen die deutsche Musik rumorte, warf Toscanini verächtlich den Taktstock ins Parterre und verließ das Theater. Jetzt aber schlägt Toscaninis Stunde. Zuerst in Turin, was nichts besonderes wäre, dann aber in dem leidenschaftdurchtobten Mailand veranstaltete Italiens berühmtester Dirigent eine Reihe von Aufführungen der Neunten Symphonie. Mitten in den außerpolitischen und wirtschatlichen Sorgen widmen die Blätter diesem Ereignis täglich mehrere Spalten. Das Lebensbild des „Meisters aller Meister" wie der „Corriere della Sera" Beethoven nennt, wird vor die Leser hingestellt in all seinen tragischen Zügen. In Mailand fanden Straßenaufläufe und Kämpfe um die Eintrittskarten statt, und Tausende mußten auch vor der vierten und letzten Aufführung an den Pforten umkehren. Die Blätter regen an, in Mailand ein Konzerthaus hauptsächlich für Beethoven, Bach und Händel zu bauen, auch die Arbeiterverbände nehmen an dieser Agitation teil, die unseren geistigen Sieg nach der materiellen Niederlage bedeutet. Blutenden Herzens weidet sich der Deutsche an diesem Sieg. Welche Apotheose des deutschen Genius nach jahrelangem Wüten der Barbarenlegende! Die Blätter versuchen vor dem erhabenen Werk Beethovens keine Kritik. Ein Blatt schreibt, die Nona sei der höchste Gipfel, welchen den menschlichen Schöpfergeist überhaupt im Laufe der Zeiten erklommen habe. Das Göttliche sei hier menschlich geworden. Obwohl sich im Anblick dieses ungeheuren Werkes auch der größte Künstler noch klein vorkommen müsse, empfinde doch gleichzeitig auch der einfachste Mensch, daß in der Nona seine eigene Sehnsucht, sein eigener Schmerz, seine Hoffnung auf Seligkeit Ausdruck finde, daß darin sein eigener Blutschlag zucke. Und was ich in Rom vor Jahren einmal erlebt habe, ereignete sich auch in Mailand: als der letzte Akkord verrauscht war, erhob sich zunächst kein Applaus. In tiefer Ergriffenheit blieb das Publikum minutenlang still sitzen."

In der **„Süddeutschen demokratischen Korrespondenz"** klagt ein Auslanddeutscher lebhaft über die Vernachlässigung, die die Regierung den Auslanddeutschen in der Heimat angedeihen lasse. Früher vermögende Kaufleute würden jetzt als unbequeme Bittsteller behandelt, Leute, denen es gerade gelungen sei, eine Stellung zu bekommen, würden von der Steuerbehörde drangsaliert. Es fehle jede Großzügigkeit in der materiellen wie in der geistigen Behandlung der Auslanddeutschen, während es doch gelte, die Kraft der Auslanddeutschen für die Heimat nutzbar zu machen.

Die Organisation der Deutschen im Auslande. Im „Echo" schreibt Felix Schirmer über diese wichtige Frage. Er bespricht die Frage der Auswanderung und des wirtschaftlichen Wertes eines starken und den Zusammenhang

Digitized by Google

mit der Heimat wahrenden Auslanddeutschtums. Es gelte nur zu erreichen, daß der ausgewanderte Deutsche nach Erwerb von Vermögen wieder in die Heimat zurückkehre, daß er Nationalstolz zeige und nicht Kulturdünger für fremde Erde werde. Schaffung von Organisationen sei nötig. Die bisher bestehenden deutschen Vereine hätten den Fehler, daß sie alle „private Unternehmungen" gewesen seien, denen die breite Grundlage gefehlt habe, weil ihnen nur die oberen Hunderttausend angehörten, nicht aber die Arbeitnehmer. Sie hätten dem alten monarchischen Deutschland entsprochen. Das neue Deutschland müsse die Vereinsbildung von Regierungsseite aus veranlassen. Die Konsulate seien die gegebenen Errichter solcher Organisationen, die in der Heimat dem Kultusministerium zu unterstellen seien. Alle Deutschen im Auslande müßten den Vereinen angehören. Der Ausreisende müsse gleich bei der Ausreise die Mitgliedschaft des Vereins in seinem künftigen Bestimmungslande erwerben und der Mitgliedsbeitrag für ein Jahr könnte gleich den Paßgebühren zugeschlagen werden. Auslandsschulwesen und Auslandsbibliotheken, auch eine besondere Zeitung oder Wochenschrift, böten für die neue Organisation geeignetes Arbeitsfeld.

Der Vorschlag scheint uns zu ungeheuerlich, um wirklich ernst genommen zu werden. Diese Zwangsorganisation auslanddeutscher Regierungsvereine ist eine Ausgeburt einer Organisationsphantasie, die über den Rahmen des Erträglichen hinausgeht. Im übrigen gibt es kein deutsches „Kultusministerium", dem diese Organisationen zu unterstellen wären. Aber es gibt sehr wohl einen Verband, dem alle Herausziehenden ja schon angehören, nämlich das Deutsche Reich. Wollen sie diesen Verband verlassen, so wird sie auch keine staatliche Zwangsorganisation halten, wollen sie darüber hinaus private Vereine gründen, so muß das freier Betätigung überlassen bleiben. Gerade eine Republik darf darin keinen Zwang ausüben. Im übrigen sind Bewegungen zum Zusammenschluß der Auslanddeutschen in den verschiedenen Ländern schon im Gange, und auch die von Schirmer gewünschte Zeitschrift ist in unseren „Mitteilungen" bereits vorhanden, die ja, wie unsere Leser wissen, zum amtlichen Organ des Rats der Auslanddeutschen gewählt worden ist, und deren Ausbau zum wirklichen Zentralblatt aller Auslanddeutschen gesichert ist.

In verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften findet sich eine große Annonce: **„Aufruf des Nationalbundes"**, der eine besondere Stelle über das Auslanddeutschtum enthält. Der am 21. Dezember 1918 begründete Nationalbund will den Nationalgedanken erneuern und vom Machtgedanken befreien, er will gegen Antinationalisten und Uebernationalisten kämpfen für die Wiedererstarkung des Nationalgefühles, für die staatliche Einigung aller Deutschen und Deutsch-Oesterreicher, für die Erhaltung der Grenz- und Auslanddeutschen. Weder Abstammung noch Sprache können für die Zugehörigkeit zum deutschen Volke entscheidend sein, sondern nur der Wille zum deutschen Staate, das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Der dem Aufruf beigegebene Auszug aus den Satzungen nennt unter den Arbeitsgebieten: Tätige und moralische Unterstützung bedrückter Aus- und Grenzlandsdeutscher durch Schaffung einer umfassenden Organisation derselben.

Für die **deutsche Schrift** setzt sich in der „Deutschen Wochenschrift für die Niederlande" ein Beitrag ein, der darauf hinweist, daß gerade in Holland die deutsche Schrift zum mindesten ebenso leicht gelesen werde wie die Antiqua und daß die deutsche Druckschrift für den Ausländer kein Hindernis zum Erlernen der deutschen Sprache sei.

VON UNSERER ARBEIT

Staatsrechtliche Kommission des D. A. I.

Das Deutsche Ausland Institut Stuttgart hat eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes eines Staatsvertrages eingesetzt zur Vermeidung von Härten, die sich aus doppelter Staatsangehörigkeit und Staatenlosigkeit ergeben. Die nachfolgenden Herren haben sich freundlichst bereit erklärt, in die Kommission einzutreten: Geheimrat Prof. Dr. jur. Robert Piloty-Würzburg als Vorsitzender, Universitätsprofessor Dr. Delaquis-Frankfurt a. M., Universitätsprofessor Dr. Hatschek-Göttingen, Geh. Legationsrat von Keller-Berlin, Auswärtiges Amt, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Kohler-Berlin, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Mendelssohn-Bartholdy-Würzburg, Universitätsprofessor Dr. Karl Neumeyer-München, Universitätsprofessor Dr. Partsch-Freiburg i. Br., Dr. Karl Strupp-Frankfurt a. M., Oberbürgermeister Dr. Trautmann-Frankfurt a. O. Die Kommission wird es als ihre Aufgabe ansehen, die aus der Staatenlosigkeit und aus doppelter Staatsangehörigkeit sich ergebenden Unzuträglichkeiten durch ein völkerrechtliches Abkommen zu beseitigen. Das Deutsche Ausland Institut wendet sich an alle Personen, die infolge doppelter Staatsangehörigkeit oder Staatenlosigkeit in diesem Kriege Schwierigkeiten irgendwelcher Art gehabt haben, und wäre ihnen im Interesse der Erfüllung der Aufgaben der Kommission für weitestgehende Ueberlassung einschlägigen Tatsachen- und rechtlichen Materials sehr verbunden.

Das Preisausschreiben des D. A. I.

Auf das Preisausschreiben des Instituts (über die Wahlfähigkeit der Auslanddeutschen, die im Besitze einer deutschen Staatsangehörigkeit sind, und zwar auch solcher, die vielleicht auch noch eine zweite Staatsangehörigkeit besitzen, sollten Untersuchungen völkerrechtlicher, wie auch staatsrechtlicher Natur angestellt und auch Vorschläge über die praktische Durchführung, insbesondere über die Aufstellung von Kandidatenlisten und über das Wahlverfahren gemacht werden) sind bis zum Schlußtermin, dem 1. Juli,

15 Arbeiten

eingeliefert worden. Dieses erfreuliche Resultat zeugt von dem großen Interesse, das die gestellte Frage fand. Die Prüfung der Arbeiten ist im Gange. Über ihr Ergebnis wird hier berichtet werden.

Digitized by Google

Klärung des Begriffs „Auslanddeutscher".

Das Deutsche Ausland Institut hat beschlossen, die in Literatur und Praxis sehr umstrittene oder wenig geklärte Frage einer Begriffsbestimmung des Wortes „Auslanddeutscher" eingehender wissenschaftlicher Behandlung zuzuführen. Es hat deshalb an eine Anzahl von Gelehrten, Auslanddeutschen und Vereinigungen, die sich mit den Interessen und dem Schutz der Auslanddeutschen befassen, folgenden Brief gesandt:

Über den Begriff „Auslanddeutscher" herrscht, obschon die Auslanddeutschen gerade durch den Krieg und dessen unglücklichen Ausgang ein bedeutendes Problem unserer inneren wie unserer äußeren Politik geworden sind, noch immer große Unklarheit. Zwar hat sich die Literatur mit der Auslegung des Begriffs wiederholt befaßt, gelegentlich auch die Gesetzgebung, zu Zwecken und im Sinne eines bestimmten Gesetzes ihn festgelegt, aber damit hat er nur noch vielseitigere Gestalt angenommen, und zu einer Klärung ist es nicht gekommen.

Wir möchten diese Klärung herbeiführen helfen und gedenken deshalb im Institute eine Bearbeitung der Frage vornehmen zu lassen, die sich mit der Auslegung des Begriffs „Auslanddeutscher" gründlich befaßt und auch die besondere Stellung und rechtliche Behandlung der verschiedenen Personenkreise, die unter dem Begriff „Auslanddeutsche" fallen, berücksichtigt.

Um Unterlagen für diese Arbeit zu sammeln, wenden wir uns mit der gegenwärtigen Rundfrage an einen engeren Kreis von Sachverständigen und ersuchen auch Sie ergebenst, im Interesse der Sache zu den nachstehenden Fragen gütigst Stellung zu nehmen:

1. Wie ist der Begriff „Auslanddeutscher" in umfassender Weise zu definieren.

2. Welche verschiedenen Kategorien von „Auslanddeutschen" sind gegenwärtig zu unterscheiden und wie weit lassen sich dieselben mit einem treffenden Ausdruck bezeichnen? Läßt sich der Begriff des „Kulturdeutschen" einheitlich umschreiben?

3. Unter welchen Voraussetzungen wird ein im Reich sich aufhaltender deutscher Staatsangehöriger als „Auslanddeutscher" bezeichnet, und wie lange behält er diese Qualität?

4. Inwiefern wird durch die auf Grund des Friedensvertrags erfolgende Abtrennung deutschen Gebiets vom Reich der Kreis der Auslanddeutschen erweitert, und welche neuen Kategorien lassen sich hier unterscheiden?

5. Inwieweit kommt dem Begriff „Auslanddeutscher" juristische Bedeutung zu?

6. Welche Konflikte können sich, gerade mit Rücksicht auf die zahlreichen im Reich befindlichen Auslanddeutschen, aus der Tatsache ergeben, daß der Begriff „Auslanddeutscher" nach heutigem Sprachgebrauch sowohl deutsche Staatsangehörige wie Ausländer umfaßt? (Erwünscht ist die Schilderung praktischer Fälle.)

Wir bitten auch alle unsere Leser, die sich für die Frage interessieren, an der Klärung der Frage mitzuarbeiten und uns ihre Stellungnahme und ihre Erfahrungen mitzuteilen, auch wenn sie keine besondere Aufforderung erhalten haben.

DIE AUSKUNFT UND VERMITTLUNG DES DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS STUTTGART

will in allen praktischen und wissenschaftlichen Fragen des Zusammenhangs zwischen Auslanddeutschen und dem Mutterlande den Volksgenossen draußen und denen in der Heimat, welche Beziehungen zum Auslande unterhalten oder anzuknüpfen suchen, mit Rat und Tat zur Seite stehen. Überaus dringlich ist die Fürsorge für die zahlreichen aus dem Heeres- oder Hilfsdienste entlassenen, aus den Internierungs- wie aus den Gefangenenlagern zurückgekehrten Auslanddeutschen, deren wertvolle Kräfte für einen raschen Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und des Außenhandels nutzbar gemacht werden müssen. Unsere Bemühungen sind darum vornehmlich auf den planmäßigen Ausbau der

Stellenvermittlung

gerichtet. Behörden, Institute, Industrielle, Fabrikanten und Gewerbetreibende, die tüchtige, über langjährige Erfahrungen verfügende **kaufmännisch, technisch oder wissenschaftlich vorgebildete Kräfte** suchen, sei es für ihre Betriebe selbst oder als **Vertreter im Auslande**, sollten die Dienste der Vermittlungsstelle vorzugsweise in Anspruch nehmen. Stellungsuchenden Auslanddeutschen wollen wir nach Kräften nützlich sein. So können Beziehungen zwischen deutschen Firmen in der Heimat und deutschen Kaufleuten im Auslande angebahnt werden, die beiden Teilen zum Vorteil gereichen.

Die Auskunfts- und Vermittlungstätigkeit geschieht völlig kostenlos.

Das Deutsche Ausland Institut erteilt **kostenlose Auskunft** in allen Fragen der

Auswanderung

und zwar über alle Vorschriften im In- und Auslande, die für Auswanderer wichtig sind, Reise- und Paßverhältnisse, Bedingungen für die Einwanderung in fremde Länder, Wirtschafts- und klimatische Verhältnisse im Auslande usf.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle sind aus dem Kreise unserer Mitglieder Angebote auf:

1. Milchpulver,

2. Kobalt, Wolfram, Reinnickel, verschiedenprozentige Ferro-Chromate, Ferro-Mangan, Ferro-Silicium, Silico-Mangan und Ferro-Wolfram,

3. Vollgummireifen, Decken und Schläuche

zugegangen.

Zahlungsbedingungen für sämtliche angebotene Waren, sowie die Adressen der in Frage stehenden Firmen können durch uns bekanntgegeben werden.

Dieser Nummer der „Mitteilungen" liegt eine Probenummer des Wochenblattes bei, das unter dem Titel „Das Ausland" Dr. D. Aravandinos seit mehreren Monaten als unabhängiges und parteiloses Wochenblatt für internationale Politik veröffentlicht. Es bringt in Ergänzung der Tagespresse Originalbeiträge bekannter Schriftsteller und Journalisten des Auslandes, darunter weltbekannter Persönlichkeiten aller Parteien, wie z. B. Paul Birukoff, dem bekannten Biographen L. Tolstois, Jean Debrit, dem Herausgeber von „La Feuille" u. a. m. Außerdem spiegelt „Das Ausland" wöchentlich die Auslandspresse aller Parteien in interessantester Weise wieder.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 21. Juli 1919.
Einsendungen für die „Mitteilungen" werden erbeten an das Deutsche Ausland Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der „Mitteilungen".

Mitglieder des Deutschen Ausland Instituts Stuttgart, soweit sie einen Jahresbeitrag von mindestens M. 20.— leisten, erhalten die „Mitteilungen" kostenlos.
Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. — Druck der Tagblatt-Buchdruckerei Stuttgart.

Digitized by Google

MITTEILUNGEN
DES
DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS

MUSEUM UND INSTITUT ZUR KUNDE DES AUSLANDDEUTSCHTUMS UND ZUR FÖRDERUNG DEUTSCHER INTERESSEN IM AUSLAND

ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN

Jahrg. II. – Nr. 9 STUTTGART September 1919

Der Bund der Auslanddeutschen.

Was jüngst in Berlin verheißungsvoll begonnen wurde, ward am 18. August in der ersten Wandersitzung in München tatkräftig durchgeführt: Der Bund der Auslanddeutschen ist fest begründet und hat sich seine Satzungen gegeben. Wir brauchen es kaum zu betonen, wie sehr wir diese Einigung, an der mitzuarbeiten den Vertretern des Deutschen Ausland Instituts ein Bedürfnis und eine Freude war, begrüßen. Nun ist die unselig deutsche Zersplitterung der Auslanddeutschen in Ausschüsse und Vereinigungen, Verbände und Räte, Vereine und Klubs beseitigt, nun steht vor der deutschen Öffentlichkeit geschlossen und imponierend durch die Zahl seiner Anhänger der neue Bund, der in sich alles vereinigen will, was an Reichsdeutschen aus dem Auslande in die Heimat zusammenströmte, was in den neutralen Ländern sich aufhält und was wieder hinausstrebt zur Betätigung in weltwirtschaftliche Wirkungskreise.

Die für Leben und Wirken der Auslanddeutschen schwerste Frage steht zur Entscheidung: Die Entschädigungsfrage. In ihr verkörpern sich die gemeinsamen Forderungen aller Vertriebenen, in ihr beruhen die Hoffnungen ungezählter Tausender, die jetzt in der alten Heimat darben, während sie einst wohlhabend und reich in der Fremde für Deutschlands Weltgeltung arbeiteten. Der Reichsfinanzminister erfüllt nicht nur eine Rechtsbestimmung des Friedensvertrags, wenn er in diesen Tagen der Nationalversammlung das Entschädigungsgesetz übergibt, er erfüllt auch eine der wichtigsten moralischen Aufgaben der jungen Republik, die an ihren Auslandsöhnen doch wieder tüchtige Kultur- und Wirtschaftsvertreter in naher Zukunft zu bekommen hofft. Die Entschädigungsfrage aber wirft alle Probleme des Auslanddeutschtum auf, die nur durch die lebendige und tatenfrohe Mitarbeit der Auslanddeutschen selbst gelöst werden sollen und können. Und hier mußten alle die vielen Zehntausende zu einem Willen sich zusammenfinden, der auch den Regierungen gegenüber sich durchzusetzen in der Lage war, das Trennende mußte verschwinden, das einigende Ziel mußte allen vor Augen schweben.

So kam der neue Bund zustande und seine Organisationsform, die auf Ortsgruppen und Landesverbänden aufbaut und durch die Einführung von Fachabteilungen auch Gewähr bietet, daß wirklich die Interessen aller Ländergruppen gebührende Beachtung finden, sichert ihm hoffentlich ein langes und erfolgreiches Leben. Das Deutsche Ausland Institut will ihm alle seine Einrichtungen zur Verfügung stellen und will ihm in ehrlicher, gemeinsamer Arbeit helfen am gemeinsamen Ziele: Dem Wiederaufbau des Reiches und seiner Wirtschaft, der Arbeit und ihres Erfolges.

Zum ersten Male tragen unsere „Mitteilungen" den Untertitel „Organ des Bundes der Auslanddeutschen". Bald jährt sich der Tag, da sie zum ersten Male erschienen sind, und mit Stolz und Freude dürfen wir sagen, daß sie sich rasch entwickelten und sich einen treuen Leser- und Freundeskreis schufen. Sie wollen auch in ihrer neuen Eigenschaft als Organ des Bundes so eifrig weiterwirken wie bisher und wollen, wenn Sie nun immer mehr auch hinauskommen in alle Kreise der Deutschen, die außerhalb der Reichsgrenzen wohnen, darauf hinarbeiten, das Band zur alten Heimat fester und immer fester zu schlingen. Wir rufen alle zur Mitarbeit auf, die willens sind, sich in den Dienst der schönen und großen Aufgabe zu stellen.

Auch die Stellenvermittlung des Deutschen Ausland Instituts tritt in den Dienst des neuen Bundes. Dadurch wächst die Zahl derer, für die wir sorgen sollen und müssen, gewaltig an und da wenden wir uns an alle unsere Freunde in Handel und Industrie, in Deutschland und in der Welt mit der Bitte: Schafft die Möglichkeit zur Unterbringung unserer Auslanddeutschen, macht Plätze für sie frei, richtet neue Posten für sie ein! Nützt euch und ihnen damit! Sorget dafür, daß uns jeder freie Platz gemeldet wird, damit wir Auslanddeutsche dort unterbringen, Männer und Frauen, die in der Welt ihren Blick geschärft haben, die wertvolle Mitarbeiter im heimischen Wirtschaftsleben und

Digitized by Google

draußen als Vertreter sind, die arbeitsfroh und arbeitswillig sind und die nur darauf brennen, sich betätigen zu dürfen.

So begrüßen wir den „Bund der Auslanddeutschen" an dieser Stelle und wünschen ihm ein schnelles Wachstum zur weltumspannenden Organisation des Deutschtums, wünschen ihm Tatkraft und Erfolg in der Arbeit.

Rückwandererhilfe

Anders als wir es uns erträumt und erhofft, ist dieser Krieg zu Ende gegangen. Er hat uns keine Stärkung des Bestandes unseres deutschen Volkes in- und außerhalb der Reichsgrenzen gebracht, sondern nur Schwächung unserer Volkskraft im Innern und Vernichtung unserer hoffnungsvoll emporgeblühten Außenposten.

Viele Zehntausende unserer Auslanddeutschen sind nach der Heimat zurückgekehrt, die sie zum Teil seit Jahren, zum Teil auch seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen haben. Die Wirklichkeit, die sie fanden, stach oft traurig ab von dem Idealbilde des Vaterlandes, das sie im Herzen getragen hatten. Politisch und wirtschaftlich ist fast alles von Grund auf verändert. Man soll diese Auslandsbrüder nicht rasch verdammen, wenn sie sich nur schwer in das Neue finden und fügen wollen. Geben wir ihnen Zeit sich anzupassen, geben wir ihnen Gelegenheit, die alte Heimat von neuem kennen zu lernen, öffnen wir ihnen unsere Herzen, weil sie unter dem gleichen Leide seufzen wie wir alle, daß sie nämlich Deutsche waren und geblieben sind auch in fremdem Lande.

Der Auslanddeutschen Hab und Gut ist verloren, Geschäfte und Handelsniederlassungen sind zerstört, Lebens- und Existenzmöglichkeit ist vernichtet. Das Deutsche Reich ist im Friedensvertrag verpflichtet worden, die Auslanddeutschen dafür zu entschädigen, daß unsere Gegner ihr Vermögen als Teil der Kriegsentschädigung zurückbehalten. Sind oder werden wir uns klar darüber, daß über dieser rechtsverbindlichen Pflicht eine moralische Verpflichtung des deutschen Volkes besteht, den Auslanddeutschen zu helfen. Unser Volk ist arm geworden, noch aber besitzen wir so viel, daß wir die allerärmsten unter uns vor dem Elend bewahren können, sie, die einst für uns und unsern Auslandhandel kämpften und Erfolge erzielten. Staat, Reich und Behörden haben den Auslanddeutschen hinsichtlich der Entschädigung, der steuerlichen Behandlung und in vielen anderen Dingen entgegenzukommen. Aber was öffentliche Mittel nicht zu leisten vermögen, das muß private Fürsorge ergänzen. Wo der Buchstabe des Gesetzes Härte vorschreibt, kann die Sprache des Herzens Milderungen und Hilfe gewähren. Die „Rückwandererhilfe" soll zur Aeußerung dieser Gefühle und dieser Herzenssprache werden.

Auch von den Auslanddeutschen, deren Väter und Großväter einst auf den Ruf fremder Fürsten ins Ausland zogen, um fremden Boden zu beackern und fruchtbar zu machen, von den deutschen Kolonisten in aller Welt werden viele zu uns und zur Muttererde zurückkehren, weil Haß und Neid, Kriegszerstörung und Friedensfeindlichkeit sie zurücktreiben. Auch sie werden sich nur schwer wieder an die heimatliche Scholle gewöhnen, die sie nie gesehen und die sie nur aus den Erzählungen der Alten kannten. Fleißige Familien gilt es anzusiedeln und wieder einzuwurzeln, ihnen gilt es zu helfen, daß sie an Leib und Seele sich wohl fühlen und wieder fest verankert werden in der alten Heimat.

Während eine Millionenauswanderung uns bedroht, haben wir für das Wohl und Wehe vieler Tausender von Rückwanderern zu sorgen, deren Wissen und deren Erfahrung, deren Kenntnisse fremder Völker und fremder Länder zu einer Quelle der inneren Bereicherung für unser Volk werden kann, wenn wir sie auszunutzen verstehen werden.

Möge die große Aufgabe allenthalben auf Verständnis stoßen. Möge man allüberall erkennen, was uns die Auslanddeutschen und die Rückwanderer bedeuten, möge der „Rückwandererhilfe", die in diesen Tagen ihre Sammlungen in ganz Deutschland eröffnet, ein Erfolg beschieden sein, der uns im Glauben bestärkt, daß unser Volk aus den Tagen der Erniedrigung gereinigt, geeinigt und gefestigt hervorgehen wird, weil uns die Not zusammengeschweißt hat zu gemeinsamem Schaffen am Wiederaufbau unseres Volkes drinnen und draußen.

Wir haben in guten Zeiten für den Auslanddeutschen so gut wie nichts getan; wir müssen in diesen schlimmen Zeiten für ihn alles tun, was wir vermögen. Er soll dafür nur eines beweisen, etwas, was dem Deutschen leider Gottes schwer fällt: unbeugsamen Stolz, wo er es mit übermütigen Feinden zu tun hat. Das wird ihm wie uns von Nutzen sein.

Otto Ernst, Großflottbeck.

Digitized by Google

Die Auslanddeutschen sind unsere besten Vorkämpfer, die ersten Träger unserer Kultur. Ich kenne viele prachtvolle Leute, deren Kraft uns zur Verfügung stände, wenn wir — im Gegensatz zu früher — heute einsichtig genug wären, sie zu nutzen. Kühn, treu, auf vorgeschobenem Posten tausendfach bewährt im Leben, oft nur auf sich selbst gestellt, verdienen sie eine Ehrung vor allen anderen, und eine Stellung als Sachverständige, als Berater in jedem Wirtschaftszweig wie in der Politik. Sie sollen die rechte Hand unserer Diplomaten sein, unsere Vorbilder und Abgesandten! Schaffet ihnen den Platz in Deutschland, an den sie gehören!

Dr. Ludwig Finckh, Gaienhofen.

Alle starke Liebe ist werktätig. Die Liebe zum Vaterland verpflichtet uns, den Deutschen zu helfen, die im Ausland für ihr Vaterland viel gewirkt und mehr noch gelitten haben. Wer, wie ich, öfters Gelegenheit gehabt hat, mit den deutschen Kolonisten in Kurland, Polen, Rumänien, Wolhynien, Taurien und der Krim zusammenzukommen, wird bezeugen müssen, wie rein sie ihre deutsche Art bewahrt und wie segensreich sie für den Ruhm der deutschen Arbeit gewirkt haben. Vergelten wir ihnen Gleiches mit Gleichem. Wir helfen uns selbst, indem wir ihnen helfen. Was sie an persönlichem Besitz verloren haben, können wir ihnen nicht vollwertig ersetzen; aber sie werden es leichter verschmerzen, wenn das Vaterland ihnen mit ganzer Kraft hilft das aufzubauen, was es ihnen zerstört hat.

Hans Kyser, Weimar.

Ihr daheim hört: Sie haben draußen das Beste für uns getan und das Schwerste getragen, sind verarmt, verfemt aus der Welt in die Heimat zurückgestoßen. Es gibt keine ernstere Pflicht als ihnen zu helfen. Nicht nur um des Dankes willen, sondern weil Deutschland gerade diese Söhne wieder braucht. Sie müssen unter neuen Mühen, unter Spott und Widerstand die verschlossene Welt wieder aufbrechen. Den Mut zu dieser ungeheuren Arbeit gebe ihnen unsere Treue.

Hans Heinrich Ehrler, Stuttgart.

Wünsche der Auslanddeutschen bei der Erfüllung des Friedensvertrags

Von Chefredakteur M. A. ISAAC, BERLIN.
Vorsitzender der Entschädigungskommission im ehemaligen Reichsverband der Auslanddeutschen.

Der Niedergang Deutschlands trifft uns Auslanddeutsche doppelt hart. Hatten wir schon im Frieden unser Deutschtum in gesellschaftlicher Hinsicht und, soweit wir im kaufmännischen Leben standen, im Kampf gegen den Mitbewerb aller Industriestaaten zu verteidigen, so hat schon der Ausbruch des Krieges uns als erste schwer im Besitz und zum großen Teil in der Gesundheit geschädigt. Der Versailler Friede hat unseren Untergang besiegelt. Ein eingehendes Studium zeigt diese Tatsache nur zu klar, kommt uns nicht die Hilfe vom Deutschen Reich, die uns not tut. Es muß mit Freuden festgestellt werden, daß hervorragende Mitglieder des Kabinetts Bauer, auch der Ministerpräsident selbst, am 25. Juli in der Nationalversammlung diese Sachlage der deutschen Öffentlichkeit wiederholt bekanntgegeben hat, und wenn auch die Auslanddeutschen bei dem tieftraurigen Stand der deutschen Wirtschaft keine Sonderstellung beanspruchen, so glauben sie immerhin ein Anrecht darauf erheben zu können, daß man ihnen das nötige Verständnis entgegenbringt und ihnen wenigstens das ersetzt, was ihnen der Krieg genommen hat und sie zu Nomaden gestempelt hat.

Hierbei spielt der Hausrat die erste Rolle. Fehlt er, so kann niemals eine Seßhaftigkeit eintreten. Ein Gesetzentwurf, der der Nationalversammlung zuging, fordert den Ersatz durch das Reich. Zahlreichen Auslanddeutschen ist die Wiedergabe der früheren Auslandseinrichtung sympathischer. Nach dem Friedensvertrag ist der Rest des zurzeit bestehenden deutschen Besitzes im Ausland auch noch zu liquidieren. Was wird, wenn um ihn zu erhalten, jahrelang das Opfer der Mietzahlung ins Ausland gebracht wurde? Ist dann alles verloren, nachdem die frühere deutsche Regierung durch Zahlungserlaubnis an die fremdländischen Vermieter diese Erhaltung selbst förderte? Liegt es im Interesse der fremdländischen Händler und Industriellen, diesen Hausrat etwa zum Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens zu benutzen und so das inländische Gewerbeleben zu schädigen? Ich glaube, daß eine Fürsprache einer unabhängigen Instanz, etwa des internationalen Roten Kreuzes, bei den alliierten Mächten Erfolg hätte. Hier handelt es sich nicht um Betriebsstätten, die dem Ausland Konkurrenz machten, sondern um das Heim tausender Arbeiter, Künstler, Gelehrten! Nicht ein Almosen soll gefordert werden, auch nicht deutsche Werte, die zur Schadloshaltung dienen können, entzogen werden, sondern eine Handlung angestrebt werden, die rein menschlichen Gefühlen entspringt. Die ersten Worte, die unseren früheren Feinden gewiß zu Herzen gehen, fielen in der vorerwähnten Sitzung vom 25. Juli. Werde der Auslandsbesitz die Brücke bilden, die erstmalig eine Verständigung ermöglicht, nachdem früher wir Auslanddeutsche das Verständigungsglied zwischen Heimat und Fremde bildeten?

Soweit der nicht liquidierte Besitz. Die Aktion eilt, sonst ist es zu spät und weitere Millionen Werte werden verschleudert. Beim liquidierten Besitz liegt die Sache anders. Hier erhält, bei interstaatlicher Verrechnung, das Reich die Verpflichtung durch den Friedensvertrag auferlegt, uns zu

Digitized by Google

entschädigen. Die Abrechnung mit den Staaten, die besonders diesen Weg wählen, erfolgt durch Clearingshöfe. Diese Verpflichtung des Staates schafft uns einen Rechtstitel gegen den Staat. Wie aber, wenn unser Besitz unter Wert verschleudert wurde und manche Werte nicht berücksichtigt wurden? Oder aber, wenn der Erlös nicht ausreichte, um die Verbindlichkeiten zu erfüllen, die Sequesterkosten, die Miete und Steuern den Ertrag aufzehrten? Hier muß die Aktion des Staates dann einsetzen. Handelt es sich um Hausrat, so ist er im vollen Wert zur Zeit des Kriegsausbruches zu ersetzen, und nicht etwa zum Erlös der Liquidation. Zu diesem Vorkriegswert werden wir jetzt, bei den ungeheuerlich gesteigerten Preisen, nur wesentlich bescheidenere Einrichtungen, aber dieses ziehen wir zehnfach den jetzigen unerträglichen Verhältnissen vor. Schlagender kann unser Bestreben, nichts Unbilliges zu verlangen, nicht bewiesen werden, als durch die Bescheidenheit dieser Forderung. Vielleicht könnte auch, ähnlich wie für Kriegsteilnehmer, die Seßhaftmachung derart betrieben werden, daß völlig eingerichtete Einfamilienhäuser den Auslanddeutschen zur Verfügung gestellt würden. Ich möchte gerade dieses Problem den maßgebenden Instanzen zur Prüfung empfehlen, da hier eine Wiedergutmachung erfüllt würde, die wir den Feinden zugestehen mußten und die bei unseren seelischen Martern im schweren Existenzkampf neue Linderung für die erduldeten Qualen bedeuten würde. Es muß hierbei immer wieder betont werden, daß unsere Existenzbedingungen besonders erschwert sind, da wir in möblierten Wohnungen und Zimmern schonungslos ausgebeutet werden und die Bekleidungsfrage darum besonders schwieriger für uns ist, da unsere Bestände, aus denen wir Ersatz schöpfen könnten, im Ausland zurückblieben. Wir müssen also alle Folgen der furchtbaren deutschen Wirtschaftslage in besonders harter Weise ertragen.

Anders liegen die Dinge bei unseren Auslandsunternehmungen. Ein Ersatz in natura fällt hier fort. Hier wäre als gerechte Forderung zu betrachten, daß der Vorkriegswert vom Reich verrechnet wird. Allen Verhältnissen im Krieg wurde die Lage im Jahre 1913/14 zugrunde gelegt. Ich erinnere nur an die vielen Verordnungen, denen Bezüge, Zuteilungen, Produktion usw. des Jahres 1913/14 zugrunde gelegt wurde. Ein Ersatz der fremden Verwaltungskosten durch das Reich sollte ebenfalls erfolgen, kurz, wir sollten den Besitz mit den damaligen Verpflichtungen belastet ersetzt erhalten. Besonders die Vorschrift des Friedensvertrags, daß ein Einspruch gegen die Liquidationen nicht durch die Alliierten angenommen wird, gibt zu diesem Verlangen die Grundlage. Ich bemerke absichtlich, daß diese Forderung nicht belastet wird mit Ansprüchen für Schadenersatz, wie sie die in Deutschland ansässigen Ausländer erheben können, die auch das Ergebnis der Liquidation ihres Besitzes anfechten können. Auch hier zeigt der Antrag an die Nationalversammlung eine Mäßigung, die klar beweist, daß die Auslanddeutschen nur Ansprüche erheben, die gerecht und billig sind.

Und nun ein letztes Wort. Fünf Jahre haben wir unseren Besitz entbehren müssen. Der Mangel an Kapitalien hat uns gehindert, uns in der Heimat während des Krieges selbständig zu betätigen. Ähnliche Forderungen an das Reich wie wir erhebt der deutsche Außenhandel für seine Außenstände und seinen Auslandsbesitz infolge des Abrechnungsverkehrs mit den Alliierten. Ich möchte im Namen der Auslanddeutschen den Wunsch äußern, daß mit uns als den Bedürftigeren *zuerst* abgerechnet wird. Wir alle sehnen uns, in geregelte Verhältnisse zu kommen, um auch unsere Pflichten als Staatsbürger in diesen schweren Zeiten erfüllen zu können.

Vom alten und vom neuen Auslanddeutschtum

Von Dr. FRITZ WERTHEIMER, STUTTGART.*)

Daß fast ein Drittel des deutschen Volkstums, welches an die Hundert Millionen Menschen umfaßt, außerhalb unserer Reichsgrenzen wohnte, rührt daher, daß vom alten schwachen Deutschen Reiche durch überlegene Feinde Teile der deutschsprechenden Grenzmarken losgelöst wurden oder daß andere Teile sich selbst absplitterten. Es war die Zeit, die ungefähr mit unserer heutigen Lage verglichen werden kann, da uns übermütige Sieger unter allerhand nichtigen Vorwänden uraltdeutschen Boden vom Mutterlande losrissen, um den einstmals mächtigen Großstaat Deutschland zu schwächen und dadurch eine angeblich drohende Gefahr zu vermindern. So verloren wir die Niederlande, das Flamland, Österreich und die Schweiz. Dann aber ergoß sich ein Millionenstrom deutscher Bürger auch aus dem uns gebliebenen Territorium nach aller Herren Länder und ging kämpfend und ringend, arbeitend und siedelnd in fremden Rassen unter oder bewahrte sich wenigstens kulturelle Eigenart und vorbildliche Arbeitsmethode.

Die *alte Auswanderung*, die die Wurzel des Auslanddeutschtums wurde, hatte innere und äußere Ursachen. Fremde Fürsten riefen deutsche Bauern, Handwerker, Kaufleute und Arbeiter nach ihren Landen, um Fabriken zu begründen, um das Handwerk mit neuen Ideen und Arbeitsweisen zu befruchten, um weite Öden und Steppenländer urbar zu machen. Die Siebenbürgischen und die Dobrudscha-Siedelungen, die Ukraine und Wolgakolonien sind so entstanden. Überall bewährte sich das Deutschtum und erfüllte, was man von ihm verlangte, bescheiden, fleißig, sparsam und zäh an alten übernommenen Gebräuchen der Vorväter festhaltend. Dieses Auswanderertum ging dem Reiche verloren, war auch wirtschaftlich kaum mehr ohne Erfolg zu nennen, denn die Hunderttausende verschwanden auch aus dem Gedächtnis der Zurückbleibenden, die lebendige Fühlung, der Menschenaustausch, der Warenaustausch unterblieben, die Deutschen im Baltikum, an der Wolga wie in Südrußland lebten ihr eigenes Leben, zwar kulturell und in den Wirtschaftsmethoden den Menschen ihres Wirtsvolkes überlegen, aber ohne Zusammenhang mit den stets sich entwickelnden Fortschritten der heimatlichen Berufsstände. Alle diese deutschen Menschen sind von einem Hauch seltsamer Tragik umwoben: Kulturträger zu sein, ohne daß ihre Umgebung großenteils etwas von ihnen gelernt hätte, und Kulturunterlegene zu sein, ohne daß die Heimat etwas zu ihrer Hebung hätte tun können.

Als dieser Auswandererstrom der Jahre 1780 bis 1805 versiegte, kam bald eine zweite *geistige* Welle, die das deutsche Volkstum schwächte. War der erste Strom von der Fremde aus gerufen worden, so ging diese Welle aus inneren Antrieben heraus über die Gestade der Heimat weg. Die Zeit nach den Freiheitskriegen bis zu den Jahren der Reichsgründung brachte die stockige Luft Metternichscher Atmosphäre in Deutschland. Religiöser Zwang und kirchliche Unduldsamkeit, politische Unfreiheit und Verfolgung trieben Tausende in die Fremde, die zu den besten und willensstärksten Köpfen der Heimat zählen durften, deren weiten Blick man aber nicht erkannte und deren Freiheitssehnen man nicht verstand oder nicht verstehen wollte. In fremdem Boden schlugen sie Wurzel, waren sie Anreger und Neuschaffer, Verkünder ihrer Ideen, Träger ihres Willens. Mehrer deutschen Ansehens, treue Söhne der Heimat, die auch draussen für ihr Ansehen und ihren Ruf wirkten, ob-

*) Dieser Artikel ist gleichzeitig in der Sondernummer „Auswandern?" der Zeitschrift „Das gelbe Blatt", 1. Jahrg. Nr. 23, erschienen, die von Willy Berberich und Dr. Adolf Reitz in Stuttgart herausgegeben wird.

Digitized by Google

gleich sie in vielen Dingen Feinde und Hasser des Systems bleiben mußten, das sie vertrieben hatte. Es waren nicht die schlechtesten Auslanddeutschen, diese Schurz, Marx, Heine und wie sie alle heißen.

Aus wirtschaftlicher Enge strebte eine dritte Welle heraus, für die die Heimat keine Arbeit und kein Brot hatte. Es war die Zeit, da das deutsche Volk wuchs und da es auf eng begrenztem Boden keine Möglichkeiten zur Ausdehnung fand. Noch war die Zeit geistig nicht reif für eine Zerschlagung der Latifundien, für eine Aufteilung der Riesenbesitze, für eine Kleinsiedelung von Bauernschaften. Noch steckte Deutschland zu sehr im Agrarstaatswesen, als daß es seine Menschen auf andere Weise hätte fesseln und halten können. Da gingen Massen außer Landes, die im brasilianischen Urwald und in amerikanischer Steppe zähe Arbeit leisteten und die trotz aller Widerwärtigkeiten und aller Verluste an Gut und an Menschenkraft durchhielten und sich durchsetzten.

Das wachsende Deutschland schuf seinen sich mehrenden Menschenkräften Arbeits- und Verdienstmöglichkeit. Die Umwandlung des Agrarstaats in den Industriestaat drückte die Auswandererziffer auf ein Minimum herab. Industrien, die für das Ausland Waren herstellten, Schiffahrtslinien, die für die Welt den Verkehr vermittelten, brachten Hunderttausenden und Millionen das Brot, das die Heimat auf ihrem Boden nicht erzeugen konnte. Abermals aber entstand eine Welle, die herausstrebte: Der deutsche Kaufmann zog in die Weite, das dünne Bächlein der früheren Hanse wurde zum gewaltsamen Strom auslanddeutscher Kaufmannschaft, der in die entferntesten Ecken der Welt wanderte, um die wachsende deutsche Weltwirtschaft überallhin ausstrahlen zu lassen, wo Menschen wohnten und Waren brauchten. Es waren Männer, die schon das geeinte deutsche Reich erlebt hatten, die nicht mehr hinauszogen, um ihre Staatsbürgerschaft aus politischer oder religiöser Enttäuschung aufzugeben, sondern die Reichsbürger blieben (wenn es ihnen ein schandbar schlechtes Staatsangehörigkeitsgesetz nicht verbot, zu bleiben), um als Mittler von Handel und Verkehr die heimische Wirtschaft zu stärken, um der Industrie neue Absatzgebiete zu erschließen, um deutscher Ware Freunde und Abnehmer in aller Welt zu sichern und um so immer mehr die heimische Industrie zu kräftigen und neu aufwachsenden Menschen, Millionen deutscher Arbeiter Verdienst und Brot zu schaffen.

So entstand das Auslanddeutschtum, jenes „Kulturdeutschtum," wie wir es nennen, das nicht mehr deutscher Staatsbürgerschaft sich erfreute, aber deutsch im Fühlen und Denken, in Sprache und Gebräuchen, in Sitte und Kultur blieb und sich noch weniger assimilierte als das „Pionierdeutschtum", als es Kaufleute und Handeltreibende tun möchten, die teils aus geschäftlichen Rücksichten, teils weil sie als Einzelne in fremder Umgebung nicht den nötigen Halt und Rückhalt fanden, fremde Staatsangehörigkeit erwerben wollten oder mußten.

So aber entstand auch die Mißgunst und der Haß gegen das Deutschtum in der Welt. Der deutsche Kolonist im Baltikum und an der Wolga wie in der Ukraine war nicht beliebt, weil er Lehrer des Fortschritts für ihre Umgebung war und weil man Lehrer, zumal Lehrer von der schulmeisterlichen Art äußerlich aufdringlicher Diktatur der Deutschen nicht zu lieben pflegt. Der deutsche Kaufmann aber drang in geheiligte Absatzgebiete fremder Nationen ein und schuf sich einen Platz durch die Eindringlichkeit seiner Arbeit und durch die Güte der von ihm abgesetzten Ware. Es fiel weder den russischen Popen und Großgrundbesitzern schwer, den gutmütig dummen russischen Bauern davon zu überzeugen, daß der immer neuen Boden kaufende Kolonist ein Schädling sei, noch war es schwer, den englischen Kaufmann zu überzeugen, daß der immer mehr Boden gewinnende Deutsche, der unbequem war, weil er Besseres leistete, Englands Machtstellung bedrohte. Das hängt einfach mit der Trägheit der menschlichen Natur zusammen, daß man nur sieht, wenn es einem selbst schlechter geht, nicht aber sehen will, warum es dem anderen besser geht, um davon zu lernen!

Der Weltkrieg brachte uns die Vernichtung des Auslanddeutschtums. Wenn auch Hunderttausende von Kolonisten noch auf altem Grund und Boden sitzen, eben weil sie oder ihre Großväter fremde Staatsbürger geworden sind und man sie nicht ohne weiteres los werden konnte, so haben doch andere Hunderttausende Haus und Hof, Familie und Vermögen verloren und sind gestorben und verdorben oder irren wanderungsmüde im weiten russischen Reiche umher. Die Pioniere des deutschen Handels aber, die Zehntausende von reichsdeutschen Kaufleuten, wurden rücksichtslos vertrieben, wurden schamlos ausgebeutet. Was an Sequestrationen und Liquidationen während des Krieges geleistet wurde und was an deutschem sauer erworbenem Hab und Gut verschleudert wurde, das geht in die Hunderte von Millionen, was durch den Friedensschluß als Teilzahlung auf die deutsche Kriegsentschädigung nach dem § 297 des Friedensvertrags einfach in fremden Besitz überführt wird, das geht in die Milliarden. Der Auslanddeutsche ist rechtlos geworden in der Welt. Jahrzehntelang aufgespeicherter Haß und Konkurrenzneid entluden sich in schonungslosem, von keinen inneren Regungen des Anstands oder des Rechtsgefühls gehemmtem Vernichtungswillen. Und diese Vertilgungswut geht sogar noch über das hinaus, was einst war, sie erstreckt sich, auf dem Papier wenigstens, auch auf das, was in den nächsten Monaten noch sein könnte, auf das, was noch an nicht zerstörtem deutschen Eigentum ans Tageslicht kommt oder auf das, was neu in der Welt von Deutschen verdient werden könnte. Das Schwert der Feinde schwebt auch noch über unserem Haupte, nachdem der Krieg als solcher längst geendet hat!

Ein neues Auslanddeutschtum wächst heran! Wenigstens im Vorbeigehen muß man auch des trüben Wässerleins jener „Deutschen" gedenken, die sich während des Krieges ins neutrale Land gerettet haben. Zu den Deutschen in der Schweiz und sonst in der Welt, die tapfer am Deutschtum festhielten, die unter den größten Erschwerungen und Hemmungen der schwarzen Listen und sonstiger Kriegserfindungen auch ihre wirtschaftliche Existenz und ihre politische Stellung aufrecht erhielten, kamen Deserteure und Refraktäre, die den deutschen Namen schändeten, und kamen Kämpfer für ihren Geldsack, die ihre Vermögen vor deutschem Steuerzugriff ins Ausland retteten. Zum Verlust des militärischen und des Machtprestiges gesellte sich so der Verlust an Ehre und Ansehen im neutralen Lande. Wenden wir uns rasch ab von solcher Sorte Deutscher und sehen wir einem der ernstesten Probleme unserer Volkswirtschaft klar ins Gesicht, das uns bedrückt: Die Auswanderung aus Deutschland wird für Millionen nötig werden. Nicht natürliche Entwickelung, sondern brutale Gewalt, der Raub von Land und Bodenschätzen, von Schiffen und anderen Verkehrsmitteln nimmt unserer Industrie den Lebensnerv. Wir werden zwangsweise vom Industriestaate wieder zum überwiegenden Agrarstaat herabbefördert. Was in der natürlichen Entwickelung ein Segen für ein Volk sein konnte, weil es Bodenkraft und Bodenständigkeit wiedergegeben hätte, wird in dem künstlichen Zwange die ungeheuerlichste Gefahr. Hunderttausende finden kein Brot mehr und müssen auswandern. Wohl kommen auch viele Tausende dazu, denen es abermals politisch im Vaterlande nicht gefällt, die aus innerem Abscheu vor den neuen Zuständen, die aus ererbtem Anhänglichkeits-

Digitized by Google

gefühl für das monarchische System und aus instinktivem Erleben, daß sie nie dem Neuen von Herzen werden angehören können, dem Vaterlande den Rücken kehren. Es sind nicht die schlechtesten Geistesarbeiter, die so denken, und wir wollen, wenn wir diese ungeheure Geisteskraft, diese Summe in wirtschaftlich werbende Kräfte umwertbarer Produkte einer kostspieligen und durchdachten deutschen Erziehung abgeben müssen, keinen Stein auf diejenigen werfen, die sich unserm demokratischen und sozialen Regierungssystem nicht glauben fügen zu können. Aber auch die Massen streben aus dem engen und verengten Heimatlande hinaus in die Freiheit, und die Härte der Wirklichkeit läßt sie von Ländern träumen, wo Milch und Honig fließt, das Vertrauen auf ihre Arbeitslust und Arbeitskraft lassen sie an die Möglichkeit eines Aufstieges denken, den sie im Schulden überladenen, dem Kapitalismus der gegnerischen Ausbeutung überantworteten Deutschland nie erreichen zu können vermeinen. Ein Fieber hat unsere Massen gepackt und schüttelt ihre Körper. Ob es nur drei, oder ob es fünfzehn Millionen sein werden, die auswandern müssen, mag dahingestellt bleiben, Millionen werden es immerhin sein.

Das alte kapitalkräftige, für Deutschlands Ansehen und Wirtschaftskraft werbende Auslanddeutschtum ist vernichtet, ein neues Auslanddeutschtum wächst heran, ein Auslanddeutschtum von Auswanderern, die mit ein paar Groschen hinausgehen und die erst anfangen müssen, sich in der Welt einen Platz zu erobern. Es wird Jahre und Jahrzehnte dauern, bis sie draußen Wurzel schlagen, und es wird noch länger dauern, bis sie wirtschaftlich soweit herangewachsen sind, daß sie als besitzliche und kaufkräftige Abnehmer für heimatliche Waren oder als Arbeitgeber für Neuauswandernde, oder auch als Handelsvermittler für deutsche Industrieerzeugnisse wirtschaftlich großen Wert für uns bekommen. Wohl werden auch unsere Kaufleute wiederum hinausdrängen, um für uns zu arbeiten, aber wir dürfen dabei die Veränderungen des Weltmarktes, die Verteuerung unserer Produktion, die Verschlechterung unserer Valuta und andere Verschiebungen des Wirtschaftprozesses nicht unterschätzen.

Eine ungeheure Pflicht erwächst der Gesamtheit des Volkes in der Fürsorge für die Auswanderer. Mögen sie auch wirtschaftlich für uns zunächst nicht soviel zu bedeuten haben durch das, was sie uns von draußen hereinbringen, kulturell sind sie für uns ungeheuer wichtig als ein neuer Millionensplitter unseres Volkstums, der sich von uns trennt. Von der Möglichkeit oder Unmöglichkeit, sie trotz aller Loyalität für ihr neues Vaterland deutsch im Fühlen und Handeln zu erhalten, hängt es ab, ob wir durch sie verlieren oder gewinnen, ob wir sie jetzt und später, wenn sie erst wirtschaftlich gekräftigt sind, als Vorteil oder als Verlust werden verbuchen müssen. Erste Pflicht aber ist es für das deutsche Volk, für diejenigen zu sorgen, die sich nicht mehr in der Heimat ernähren können. Die Fürsorge ist schwer, wir wissen es, denn die Mittel dazu fehlen. Wir haben keine Schiffe mehr, für die wir hygienische Maßnahmen zur Auswandererbeförderung vorschreiben könnten, wir haben keine Gelder mehr, um Auswandererhäuser so zu bauen, daß sie unseren Friedensanforderungen entsprächen. Wenigstens aber haben wir die Möglichkeit aufzuklären. Es darf nicht sein, daß deutsche Volksgenossen unsauberen Elementen in die Hände fallen, die aus der Not Kapital schlagen und die aus den mühsam erarbeiteten Spargroschen der Auswanderer ihren Beutel füllen, nur weil sie wortgewandt und weil die Auswanderer vertrauensselig sind und weil die Regierung es an raschem Zupacken fehlen läßt. Allem Agentenunwesen, allen Schwindlergründungen von Siedelungsvereinen und Auswanderergenossenschaften muß raschestens das Handwerk gelegt werden. Die gemeinnnützigen Organisationen müssen vom Reich und von den Gliedstaaten in jeder Weise gestärkt werden, damit sie in ihrer Auskunftserteilung an Auswanderer sich auf das beste und zuverlässigste Material stützen können. Es müssen Vertrauenspersonen von Kenntnissen und Erfahrungen hinaus (und es ist rücksichtslos jedes Strebertum auszuschließen und das Brauchbarste an Material dafür zu gewinnen!), die uns aus persönlichem Studium über die Verhältnisse in den wichtigsten Einwanderungsgebieten aufklären. Es sind Vertrauenspersonen in den Einwanderungsländern zu belassen, die über das Wohl und Wehe der Abgewanderten wachen und die auch die zu erwartenden Ströme der enttäuschten Rückwanderer wieder in die Arme des Mutterlandes zurücklenken.

Die Wanderungsbewegung des armen neuen Deutschland wird eine der schrecklichsten Völkerwanderungen werden, die die Weltgeschichte gesehen hat. Was jetzt versäumt wird, das wird uns unendliche Opfer der Gegenwart, wird uns unerhörte Werte der Zukunft kosten. Wir haben mit Millionen und mit Milliarden an Geld rechnen lernen, wir werden mit Millionen von Menschen erst noch rechnen lernen müssen. Menschen aber haben Seele und sind nicht hart und glatt wie das Metall oder so leicht zerreißbar und ersetzbar wie das Papier. In die Seele unserer Volksgenossen müssen wir uns versetzen, um ihnen zu helfen. Wir müssen die Aufklärung in die kleinste Hütte tragen, weil sie gerade dort auf den fruchtbarsten Boden fällt. Es ist nicht mit der Gründung von Ämtern, von Gesellschaften, von Arbeitsgemeinschaften und von Verbänden getan, es muß gearbeitet werden. Möchten wir doch die Energie haben, daß wir uns wenigstens auf diesem einen Gebiet vom Schiebertum aller Art freihalten und daß wir in dieser ernsten Stunde unseres Volkes uns der Macht der Aufgabe gewachsen zeigen!

Neue's Ausland und alte Heimat

Von Privatdozent Dr. ERNST GRÜNFELD, HALLE.

Ein neues „Ausland" ist im Entstehen begriffen: Nicht nur das Reichsland, auch andere alte deutsche Länder werden vom Reiche abgetrennt, und wieder andere stehen in Gefahr, ein gleiches Schicksal zu erdulden. Den Deutschen, die diese Landesteile bewohnen, gilt in diesen Tagen mancher Gruß, von denen der tröstlichste „Auf Wiedersehen!" lautet.

Dasselbe gilt für die deutschen Gebiete, die nach dem Zerfall der Habsburger Monarchie aus der Verbindung mit dem Rest Deutschösterreichs losgerissen und aus irgend einem Vorwand in uns fremde, wenn nicht feindliche Staaten eingefügt werden.

Schließlich müssen wir uns daran gewöhnen, die deutschen Schutzgebiete, die bisher deutscher Boden waren, als Ausland anzusehen.

Aber dieses neue Ausland soll für uns kein fremdes Land sein. In Treue wollen wir der Landsleute gedenken, die samt ihrer Heimat gewaltsam vom Verband mit uns getrennt worden sind, in einer Zeit, wo selbst kulturlose Völker mit oder gegen ihren Willen zu nationaler Einigung gelangen.

Zu den ersten Aufgaben, die uns im Reiche erwachsen, gehört es, den Abgesprengten zu beweisen, daß wir sie nicht vergessen haben und ihren Gedanken an das Vaterland dadurch Vorbild und Richtung zu geben, daß wir, die es dürfen, die Erinnerung an die Tage deutschen Aufstiegs pflegen.

Digitized by Google

In diesen Tagen politischen Umschwungs wird manch ein Straßenname geändert werden, der an dynastischer Gesinnung mehr zeigt, als heute erwünscht ist. Solche und andere Straßen und Plätze, Anlagen weihe man jetzt dem Gedenken an die Landsleute, die unser gemeinsames Unglück fremdem Willen unterworfen hat. Die Städte und Gaue des abgetrennten Ostens: Danzig, Memel, Posen, dann Schleswigs, des Saarkreises, der beiden belgisch gewordenen Kreise, die Orte Deutschböhmens, Sudetenland, des deutschen Südböhmen, Südmährens, die verlorenen Vorposten der Sprachinseln Brünn, Olmütz, die Städte Südsteiermarks und Kärntens, vor allem Südtirols, Bozen und Meran zuvorderst, sie sollen bei uns lebendig bleiben, indem sie deutschen Straßen Namen geben. Dasselbe schlage ich für unsere Kolonien vor, deren Städte vor allem so leuchtende Beispiele deutscher Kulturtätigkeit abgegeben haben.

Zur Durchführung dieses Vorschlags empfehle ich, daß sich womöglich Provinzen, Gliedstaaten und Städte gewissermaßen in die Arbeit teilen, indem sie die Patenschaft der ihnen nächstgelegenen oder sie besonders angehenden Örtlichkeiten übernehmen, etwa die bayerischen Städte der deutschböhmischen und Südtiroler, Ostpreußen, Pommern, Brandenburg der östlichen usw. Die Erinnerung an die Kolonien wäre von allen Orten im Reich gleichmäßig zu pflegen. Die Städte und Märkte Deutschösterreichs werden sich hoffentlich diesem Brauch anschließen und in erster Linie die Erinnerung an die ehemals österreichischen und ungarischen deutschen Siedelungen pflegen.

So können wir uns im Unglück an der Erinnerung und der Hoffnung kräftigen und gleichzeitig die Deutschen trösten, die am schwersten zu leiden haben.

Vom Ungarländischen Deutschtum

Der ehemalige deutsche Volksrat für Ungarn, jetzige „Deutsche Kulturbund für Ungarn“ gibt einen Halbjahresbericht über seine Tätigkeit vom 1. November 1918 bis zum 1. Mai 1919 heraus, der ein wertvolles Kulturdokument darstellt. Wir geben im folgenden eine gedrängte Uebersicht aus diesem Hefte, das Vorgänge enthüllt, die in Deutschland ziemlich unbekannt geblieben sind, die aber gerade jetzt ein hervorragendes Interesse beanspruchen dürfen:

Das Ende des Weltkrieges brachte die Vernichtung des alten Österreich-Ungarn, aber ein völkisches Aufleben der unterdrückten Stämme und so auch ein Aufflammen und Ausbreiten des deutschen Volksbewußtseins des ungarländischen Deutschtums. Mit einer Rede des deutsch-ungarischen Abgeordneten Rudolf Brandsch im ungarischen Reichstag am 23. Oktober 1918 setzte die Bewegung ein. Die Siebenbürger Sachsen, so sagte er, besäßen, da sie bis 1876 eine besondere politische Nation gebildet hatten, gewisse nationale Autonomie ihrer Kirchen und Kultur, die sie natürlich festhalten und erweitern müßten. Das starke übrige Deutschtum aber sei im Reichstag nicht vertreten. Das Deutschtum befinde sich in fürchterlicher Lage. 280 000 deutsche Kinder erhielten kein Sterbenswort deutschen Unterrichts in der Schule und nur 45 000, darunter die weitaus meisten in Siebenbürgen, würden in deutscher Sprache unterrichtet. Außerhalb Siebenbürgens gäbe es nur 191 Volksschulen, und auch von ihnen ständen die meisten nur auf dem Papier. Die meisten der magyarischen Schulen seien einoder zweiklassig, in den einklassigen nehme von 30 Schulstunden der magyarische Unterricht 14 Schulstunden ein, in den zweiklassigen beanspruche er von 60 Schulstunden 21½. In anderen Fächern sei also kein halbwegs befriedigendes Resultat zu erzielen. Graf Stephan Tisza habe anerkannt, daß diese Zustände das staatstreue Deutschtum ins Lager der Feinde treiben müßten. Niemals sei bisher die Anerkennung deutscher Vereine zu erhalten gewesen, kein einziges deutsches Theater war erlaubt, das letzte deutsche Preßburger Theater wurde während des Krieges magyarisiert. Im Schlusse seiner eindrucksvollen Rede, die allerdings keine Antwort im Hause fand (in früheren Zeiten hätte sie indessen einen Sturm chauvinistischer Entrüstung erregt!), verlas der Abgeordnete eine gemeinsame Erklärung der Ungarländischen deutschen Volkspartei, des Deutschen Bauernbundes und des Deutsch-Ungarländischen Kulturrates, die für die staatstreuen Deutschen in Ungarn ganz energisch weitgehende Rechte und Anerkennung forderte und freie Entwickelung nationaler Kultur, ungehemmten Gebrauch der Muttersprache und gesetzliche Sicherung dieser Errungenschaften forderte.

Es regnete begeisterte Zustimmungs-Erklärungen aus allen deutschen Teilen des Landes, nur ein kleiner Teil in Budapest wohnender ungarischer Beamter deutscher Abstammung griff unter Führung des Professors für deutsche Sprache an der Budapester Universität, Dr. Bleyer, Brandsch und seine Erklärung an und erklärte die unterzeichneten Parteien für „Alldeutsche“. Diese überwiegend aus Budapest sich rekrutierenden Kreise gründeten am 6. November den „Deutsch-Ungarischen Volksrat“, der die vom klerikalen Preßverein begründete Budapester Tageszeitung „Die Post“ als Organ wählte. In der Begründungssitzung durfte auch ungarisch gesprochen werden, weil die Anwesenden zum großen Teil nicht einwandfrei deutsch zu sprechen vermochten! Am 10. November wurde von den deutschen Massen zur Gegenwehr gegriffen und der „Deutsche Volksrat für Ungarn“ begründet. Über 150 Vertreter der Volkspartei, des Bauernbundes, der organisierten deutschen Arbeiterschaft, der Siebenbürgisch-Sächsischen Volkspartei, der Landsmannschaft der schwäbischen Hochschüler und des Bundes Siebenbürgisch-Sächsischer Hochschüler aus dem ganzen Lande waren anwesend. Man verlangte ein unversehrtes, demokratisches Ungarn, Recht der Selbstbestimmung, kulturelle Autonomie namentlich auf dem Gebiete des Unterrichtswesens, völkisch-einheitliche Verwaltungsgebiete, ungehinderte Benutzung der deutschen Muttersprache, gesetzliche Sicherung dieser Errungenschaften. Auch die Mehrheit der bisher sich fernhaltenden Siebenbürgisch-Sächsischen Reichsrats-Abgeordneten schloß sich der Bewegung an und, was noch wichtiger war, auch die deutschsprechenden ungarischen Sozialdemokraten, 70 000 bis 80 000 organisierte Arbeiter, erklärten durch ihren Führer, den „Volksstimmen“-Redakteur Heinrich Kalmár, ihren Anschluß. Sie verfügten, was von besonderem Werte war, über zwanzig deutsche Zeitungen und Zeitschriften im Lande. Parteigrundsätze sollten zurückgestellt werden, wenn es die Erhaltung des Volkstums gelte. Ein leitender Ausschuß von vierzig Mitgliedern wurde gewählt, und man war auch bereit, der Bleyergruppe 10 Mandate anzubieten, wenn sie geneigt wäre sie anzunehmen. Dr. Kremling von der Deutsch-Ungarischen Volkspartei, Dr. Brandsch und Kalmár wurden zu Vorsitzenden gewählt.

Die Führer stellten sich sofort dem Nationalitäten-Minister Jászi und dem Ungarischen Nationalrat vor, man sicherte ihnen volle Sympathie zu. Zahlreiche Anschlüsse aus dem Lande fanden statt. Einer der ersten Provinzvolksräte, der sich unterstellte, war der von Westungarn, der unter der Führung des späteren Gouverneurs von Westungarn, Géza Zsombor, stand. Zweieinhalb Millionen Seelen Deutscher gibt es in Ungarn, 300 000 davon leben im westlichen

Digitized by Google

„Vierburgenland", 200 000 im Mittelgau der Umgebung von Budapest, dem Veszprimer Komitat, dem Stuhlweißenburger Komitat, dem Bakonyer Wald, 150 000 in den unbesetzten Teilen des Komitats Baranya und in Tolna (schwäbische Türkei), 50 000 im Araader Komitat, 15 000 bei Nazy Károly (Szatmarer Komitat), 10 000 in der Hauptstadt. Selbst wenn also Deutsch-Westungarn nicht bei Ungarn bleiben sollte, würde eine Zahl von mindestens ½ Millionen Deutscher im eigentlichen Ungarn zurückbleiben!

260 Gemeinden des unbesetzten Ungarn bildeten Volksräte, die sich der Zentrale unterstellten. Auch die anfangs schwankenden Volksräte für Nordungarn und Käsmark, der sich zuerst Bleyer anschloß und für Schwaben in Temesvar, gliederten sich an. Verbindungen bestanden auch mit dem Deutschen Volksrat für die Westukraine in Stanislau. In zahlreichen Versammlungen warb der Volksrat und warben seine Redner für die gemeinsame deutsche Sache. Sechzehn Redner bereisten in wochenlangen Touren das ganze Land, zweiwöchentliche Rundschreiben gingen aufrüttelnd an alle Gemeinden, stets die deutsche Unterrichtssprache und Selbstverwaltung fordernd. Der Unterrichtsminister der Regierung Károlyi ordnete zwar an, daß in staatlichen Kindergärten und Volksschulen, in denen die Mehrzahl der Schüler nicht magyarischen Ursprungs sind, in der Muttersprache der Schülermehrheit unterrichtet werden sollte, und später auch, daß in den ersten beiden Klassen solcher Schulen die magyarische Sprache überhaupt nicht gelernt werden sollte, doch blieb die Vorschrift zu oft nur auf dem Papier stehen. Die Nationalitätenminister gaben zumeist schöne Versprechungen, von denen indessen nur wenige auch eingelöst wurden.

Das neue Jahr 1919 brachte wichtige Veränderungen. Brandsch reiste nach Hermannstadt zu dauerndem Aufenthalt und konnte infolge des Anschlusses der Sachsen an Rumänien nicht mehr zurückkehren. Die Organe des Volksrats, das „Deutsche Bauernblatt für Ungarn" und vom Februar ab das „Deutsche Tagblatt" erfreuten sich steigender Beliebtheit. Die von der Gefolgschaft des Dr. Bleyer und seines „Banater Deutsch-Ungarischen Volksrats" geschürten Gegensätze verzettelten indessen ein gut Teil der Arbeitskraft. Erst nach wiederholtem Drängen des ungarischen Nationalitätenministers erfolgte der Zusammenschluß der beiden Volksräte im „Zentralausschuß der Deutschen in Ungarn", der, als im Februar das deutsche Autonomiegesetz herauskam, im „Deutschen Regierungsausschuß" aufging. Das Autonomiegesetz, an dem die Deutschen tätig mitgearbeitet hatten, sicherte Selbstbestimmungsrechte und Selbstverwaltung zu, und zwar für innere Verwaltung, Justiz, Kirchenwesen, Unterricht, während auswärtige Angelegenheiten, Kriegswesen, Finanzen, Staatsbürgerschaft, privatrechtliche und strafrechtliche Gesetzgebung, Volkswirtschaft, Volkswohlfahrt und Sozialpolitik sowie Verkehrswesen gemeinsame Angelegenheiten sein sollten. Eine deutsche Nationalversammlung sollte gebildet werden, ferner ein deutsches Ministerium und deutsche Gauverwaltungen, an deren Spitze ein aus Fachreferenten gebildeter Gaurat und ein Gaupräsident (Gouverneur) stehen sollten. Bis zum Zusammentreten der Nationalversammlung wurde ein deutscher Landesregierungs-Ausschuß gebildet, in den je vier Mitglieder des Deutschen Volksrats für Ungarn und des Deutsch-Ungarischen Volksrats, sowie je zwei Vertreter der von Deutschen bewohnten Gegenden Ungarns traten. In Westungarn namentlich war man zwar mit dem Erreichten nicht zufrieden und betrachtete es nur als Grundlage künftiger weiterer Autonomiegesetzgebung, doch kam dort ein eigentlicher Gesamtwille infolge starker Parteizersplitterung der in geschlossenem Volkskörper zusammenwohnenden Deutschen nicht zur Geltung, namentlich auch deshalb, weil die deutsche Intelligenz zum großen Teile in diesen Gebieten stark magyarisiert war.

Im Regierungsausschuß verfügte der Deutsche Volksrat für Ungarn über die starke Mehrheit, da von den Provinzvertretern nur wenige für die Bleyersche Richtung eintraten. Der Szegediner Tafelrichter Johann Junker, ein Banater Schwabe, wurde erster deutscher Minister, sein Stellvertreter wurde Kalmár als Staatssekretär, zweiter Staatssekretär wurde Ministerialrat Dr. Jekel. Der Deutsche Volksrat zog sich mehr und mehr auf eine anregende und kontrollierende Tätigkeit zurück, je nachdem sich die Verwaltungskörper innerlich festigten. Am Tage der Feier des Autonomiegesetzes, am 9. Februar, erschien die erste Nummer des „Deutschen Tagblattes", dem Otto Alscher, Xaver Kappus und Dr. Otto Herzog vorzügliche Schriftleiter waren. Leider war die Zeitung eine der ersten, die die Räteregierung verbot. Die sozialistische „Volksstimme" ersetzte sie zum Teil, außerdem erschien in Budapest noch die von den deutschen Sozialdemokraten redigierte „Weltfreiheit" als Wochenblatt der deutschsprechenden Landarbeiter und das „Volksblatt" als amtliches Organ des „Deutschen Volksamtes", des früheren deutschen Ministeriums.

Der Streit um die territoriale Integrität Ungarns ergriff auch die deutsche Bewegung. Bleyer trat von der Leitung seines Volksrats zurück, weil er die deutsche Autonomie als eine Kränkung des Magyarentums verwarf, Dr. Steuer ersetzte ihn, der Deutsche Volksrat vertrat gegenüber der amerikanischen Mission den Standpunkt der Notwendigkeit vollkommen freier Volksabstimmungen und des Schutzes der Minderheiten durch internationale Kontrolle.

Inzwischen wurde die Wahl zur gemeinsamen ungarländischen Nationalversammlung ausgeschrieben, zu der man trotz der ungerechten Wahlkreiseinteilung (die ohne Rücksicht auf die deutschen Siedlungsgebiete vollzogen war) Vorbereitungen treffen mußte. Trotz des Protestes, der ausführte, daß das den Deutschen zugesagte Recht auf Vertretung entsprechend ihrer Bevölkerungszahl durch die Wahlkreiseinteilung vollkommen illusorisch gemacht werde, blieb das Wahlgesetz unverändert. Die deutschen Sozialdemokraten wurden von den ungarischen in eine gemeinsame Liste aufgenommen, und so mußte der Deutsche Volksrat, da eine Einigung mit den entsprechenden ungarischen Parteien nicht gelang, eine eigene Liste aufstellen. Es erschien der Wahlruf der „Deutschen Partei". Doch kaum hatte die Agitation begonnen, da stürzte die Regierung Károlyi, und am 21. März wurde die Räterepublik proklamiert. An Stelle Junkers trat Kalmár als deutscher Volksbeauftragter. Diese Persönlichkeit genoß das Vertrauen des Deutschen Volksrats in hohem Maße. Eine Entschließung sprach das aus und forderte für alle Stuhlrichterbezirke mit ein Fünftel deutscher Bevölkerung die deutsche Sprache als zweite Amtssprache, in allen Ortsgemeinden mit deutscher Mehrheit aber deutsche Unterrichts- und Gemeindeamtssprache und ferner Zulassung der deutschen Sprache als Verhandlungssprache in den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten überall dort, wo die Deutschen 20 Prozent der Bevölkerung ausmachten.

Der Deutsch-Ungarische Volksrat wurde alsbald von der Räteregierung aufgelöst, der Deutsche Volksrat wurde in den „Deutschen Kulturbund für Ungarn" umgewandelt. Politische Tätigkeit war durch das Prinzip der Diktatur des Proletariats ausgeschlossen, und so blieb es auch bei der rein kulturellen Betätigung des neuen Rates: Verbreitung von Volksbüchereien, Abhaltung deutschwissenschaftlicher und literarischer Vorträge, Veranstaltung deutscher Konzerte und Kulturabende, Volksversammlungen konnten in der Diktaturzeit nicht abgehalten werden, aber die Aufklärung von Haus zu Haus und von Gemeinde zu Gemeinde wurde doch energisch betrieben. Das Prinzip des Kommunismus erwies sich als der deutschen Nationalfreiheit durchaus günstig. Erster Vorsitzender des Kulturbundes

Digitized by Google

wurde wiederum Kalmár, der als Vorsteher des deutschen Volksamtes auch Weisungen über die Wahl deutscher Arbeiter- und Bauernräte und eines Gaurates für Deutsch-Westungarn für den Mittelgau und für die schwäbische Türkei herausgab. Immerhin widersprach die Praxis der Räterepublik insofern der Theorie, als überall nur ungarisch sprechende Proletarier die Macht an sich rissen, die die deutsche Sprache nicht beherrschten und so wenig Verständnis für deutsche Belange aufbrachten. Gegen chauvinistische und reaktionäre Gewaltpolitik nahm der Kulturrat verschiedentlich Stellung, aber selbst der Energie eines Kalmár und eines Knaller gelang es nicht, den hochgespannten Nationalismus und Chauvinismus der ungarischen Proletarier genügend zurückzudämmen. In Budapest sollten der Bevölkerungszahl nach zum mindesten vierzig deutsche Volksschulen sein — bis zum Abschluß des Berichtes bestand noch keine einzige! Wo der Deutsche Kulturbund dagegen aufzutreten wagte, wurde seine Arbeit als gegenrevolutionäre verschrieen. Immerhin konnte Kalmár Mitte April im „Pester Lloyd" mitteilen, daß in ganz kurzer Zeit 400 westungarische Schulen aufs neue verdeutscht worden seien. Der Aufbau des Verwaltungsapparats in den deutschen Gegenden war so gedacht, daß deutsche Räte sich zu einem Landesrat vereinigen sollten, der sich hauptsächlich mit kulturellen Dingen zu befassen hätte, die Mitglieder des Landesrats sollten zugleich Mitglieder des großen ungarischen Kongresses sein. Magyarische Schulen im deutschen Sprachgebiet sollten dem magyarischen Schulamt, deutsche Schulen im magyarischen Schulgebiet dem deutschen Schulamt unterstehen. In den deutschen Volksschulen sollte auch magyarisch unterrichtet werden, Hauptaufgabe aber sei eben die Errichtung und Verdeutschung von Volksschulen und Kindergärten. Intensive Bildung bis ins kleinste Dorf zu tragen sei erstes Ziel, das beste an Literatur solle dem Volke geboten werden, der deutschen Schauspielkunst solle vor allem wieder der Weg zum Herzen des deutschen Volkes geöffnet werden. Die Ortsgruppen des Kulturbundes sollten helfen, all diese Aufgaben zu erfüllen.

Inzwischen tagte Mitte Juni ja in Budapest der Deutsche Landesrat, und die Landeskonferenz der deutsch-sozialistischen Parteiorganisationen und Béla Kun sagte Förderung der deutschen autonomistischen Kulturbestrebung zu. Die „Deutsche Volksbühne" veranstaltete eine Festaufführung zu Ehren des Kongresses und eine illustrierte Halbmonatsschrift des Deutschen Kulturbundes ist im Entstehen. Dr. F. W.

Aufruf.

Der „Deutsche Kulturbund für Ungarn" (Budapest, VI. Podmaniczkygasse 10, und IV. Museumsring 41) fordert alle deutschen Volksgenossen des In- und Auslandes ohne Unterschied des Standes und der Partei zum Beitritt auf, um in gemeinsamer Arbeit an der Entwicklung der deutschen Kultur in Ungarn sich zu beteiligen. Der Deutsche Kulturbund für Ungarn, hervorgegangen aus dem ehemaligen Deutschen Volksrat für Ungarn, umschließt etwa 400 Ortsgruppen, die sich um die praktische Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen in Ungarn bemühen und die restlose Einführung der deutschen Verwaltung und der deutschen Schule auf den von Deutschen bewohnten Gebieten anstreben. Ein gut Stück Arbeit ist bereits geleistet und die Durchführung der übrigen Forderungen vorläufig wenigstens auf dem Papier gewährleistet. Der magyarische Chauvinismus, durch Staatsmittel jahrzehntelang großgezogen, unterdrückte das deutsche Volkstum in schamloser Weise und ist auch zur Stunde noch so mächtig, daß es noch jahrelanger mühevoller Aufklärung bedarf, um dem Deutschtum in Ungarn, das auf dem unbesetzten Gebiete noch immer fast 1 000 000 Seelen zählt, jenes Plätzchen an der Sonne zu sichern, das ihm als Kulturträger zukommt. Daher ergeht unser Ruf an alle Volksgenossen des In- und Auslandes.

Volksgenossen außerhalb Ungarns können unterstützende Mitglieder unseres Bundes werden, wobei es uns nicht so sehr auf den Mitgliedsbeitrag, sondern auf die moralische Unterstützung ankommt. Anmeldungen von Einzelpersonen oder Vereinen aus dem Deutschen Reiche bitten wir an das Deutsche Ausland Institut in Stuttgart (Neues Schloß), aus Deutschösterreich und dem übrigen Ausland an den Altmeister der deutschen Bewegung in Ungarn, Herrn Edmund Steinacker in Klosterneuburg bei Wien (Agnesstraße 70) zu richten. Diese Sammelstellen werden für die Weiterbeförderung der Anmeldung sorgen. Der Beitrittserklärung von Einzelpersonen bitten wir den Jahresbeitrag von 25 Kronen, von Vereinen aber von 100 Kronen beischließen zu wollen. Vereinigungen werden ersucht, ihre Veröffentlichungen mit uns auszutauschen.

Budapest, Mitte Juli 1919.

Dr. G. Gündisch m. p., stellv. Vorsitzender. — W. Machytka m. p., Bundessekretär.

Die deutsche Kolonie in Neapel

Von einem alten Neapolitaner.

Wenn auch die Protokolle der Deutschen Gemeinde in Neapel nur spärlichen Aufschluß geben, so muß man doch annehmen, daß die Anfänge der Deutschen Kolonie bis in die ersten Anfänge des vorigen Jahrhunderts zurückreichen. Und wenn die Deutschen dort ihre Nationalität Generationen hindurch bewahrten, so ist das nur der Gründung einer deutschen Schule, einer deutschen Kirche und sonstiger Anstalten zuzuschreiben. Gehen die Kinder in italienische Schulen, so werden sie unwillkürlich im italienischen Geiste großgezogen, nehmen fremdes Wesen und Denken an und gehen dem Deutschtum verloren. Man konnte das an den Ausnahmen sehen: an jenen Familien, in denen die Mütter Italienerinnen waren, die ihre Kinder in italienische Schulen sandten, wodurch deren Umgangssprache in der Familie das Italienische wurde.

Bis zum Jahre 1860 hatten die Deutschen in Neapel weitgehende Unterstützung durch die Preußische Gesandtschaft und dem bei derselben amtierenden Prediger, Pfarrer Remy. Eine kleine, ungefähr 50 Kinder umfassende Schule war der Gesandtschaft angegliedert, mit einem Internate für die Kinder der auf dem Lande lebenden Landsleute. Ein Saal der Gesandtschaft diente als Kirche, und in einem Flügel waren einige Zimmer als Deutsches Krankenhaus in Benutzung, in welchem Herr Dr. Eduard Obenaus aus Leipzig ehrenamtlich die Leitung führte.

Als dann im Jahre 1860 die Gesandtschaft zurückgezogen wurde, standen die Kolonisten vor der Aufgabe, die bestehenden Anstalten aus eigenen Mitteln zu unterhalten. Zu klein und nicht kapitalkräftig genug, verbanden sie sich mit den Schweizern deutscher Zunge, und vereint haben sie Großes geleistet. Peinlich wurde darauf geachtet, daß die Vorstände der verschiedenen Anstalten stets zur Hälfte aus Deutschen und zur Hälfte aus Schweizern bestanden; war der 1. Vorsitzende ein Deutscher, so war der zweite Vorsitzende ein

Digitized by Google

Schweizer usw. Dieses Einvernehmen der beiden Nationen hat bis zum Weltkriege gewährt.

Kirche:

Beim Einzuge der Norditaliener in das Königreich beider Sizilien im Jahre 1860 und der Vereinigung ganz Italiens unter Viktor Emanuel gelang es den Fremden in Neapel, von Garibaldi die Erlaubnis zu erwirken, eine eigene kleine evangelische Kirche erbauen zu dürfen. Die Kosten für das Gelände und für den Bau wurden je zur Hälfte von der Deutschen Gemeinde und von der Französisch-Schweizerischen Gemeinde aufgebracht, durch Ausgabe von Schuldscheinen zu je 100 Lire, welche je nach der finanziellen Lage der beiden Gemeinden durch jährliche Auslosungen zurückgezahlt wurden. Im Jahre 1866 konnte die nach den Plänen des Schweizer Architekten und Kolonisten Adolf Mauke erbaute Kirche eingeweiht werden. Die beiden Gemeinden teilten sich in die Benutzung in der Weise, daß jeden Sonntag abwechselnd die eine Gemeinde um 10 Uhr, die andere um 12 Uhr den Gottesdienst abhielt.

Im Jahre 1904 war die Bauschuld der Deutschen Gemeinde getilgt. Die Prediger der Deutschen Gemeinde wurden aus Deutschland berufen und nach abgehaltenen Probepredigten gewählt: zuerst Pfarrer Motz, dann Pfarrer Trede, Pfarrer Ellger und zuletzt Pfarrer Stäglich. Der letztere erhielt bei Ausbruch des Weltkrieges sofort den erbetenen Urlaub, um als Divisionspfarrer bei der Feldarmee dem Vaterlande zu dienen. Von August 1914 bis zum Mai 1915 war der bei der Deutschen Botschaft in Rom amtierende Pfarrer Schubert so freundlich, einmal im Monate nach Neapel zu kommen, um Gottesdienst abzuhalten und Amtshandlungen vorzunehmen. Noch vor dem Kriege, im Jahre 1913, hatte die Kirche auf Anregung des Deutschen Generalkonsuls, Herrn Dr. Wever, schöne gemalte, von den alteingesessenen Familien gestiftete bunte Kirchenfenster erhalten. Die Kosten für den Unterhalt der Kirche, für den Gehalt des Pfarrers, des Küsters, mit ca. 10 000 Lire jährlich wurden durch freiwillige Gaben der Kolonie aufgebracht, wie ferner durch eine kleine Abgabe für Taufen, Hochzeiten oder Beerdigungen, endlich auch durch die Zinsen des durch Legate sich ansammelnden Vermögens, welches im Jahre 1914 ungefähr 40 000 Lire betrug. Die Deutsche Gemeinde zählte ungefähr 200 zahlende Mitglieder, zur Hälfte Deutsch-Schweizer. Der Pfarrer hatte gleichzeitig auch die kleinen Gemeinden in der Umgegend, wie Fratte di Salerno, Nocera, Scafati und Piedimonte zu versorgen und reiste abwechselnd einen Sonntag im Monat nach jenen Ortschaften hin; ferner leitete er die Seemannsmission. Im Jahre 1916 sollte das 50jährige Jubiläum der Kirche gefeiert werden. Pfarrer Stäglich hatte es übernommen, in einer Festschrift den Werdegang der Deutschen Gemeinde zu schildern. Der Weltkrieg hat alle Pläne zuschanden werden lassen, und was in der Zwischenzeit aus unserer Kirche geworden ist, wissen wir nicht.

Die Beerdigungen fanden auf dem Englischen protestantischen Friedhofe statt, da nicht Mittel genügend vorhanden waren, einen eigenen Friedhof zu kaufen.

Aus freiwilligen Gaben und Legaten wurde dann noch eine Prediger-Witwen-Kasse gesammelt, deren Betrag im Jahre 1914 die Summe von etwa 10 000 Lire erreicht hatte. Ferner bestand eine Armenkasse mit einem Kapital von ungefähr 12 000 Lire, deren Zinsen zur Unterstützung von Armen aus der Kolonie verwandt wurden.

Schule:

Die kleine in der Preußischen Gesandtschaft bestehende Schule wurde in einen gemieteten Stock des Gebäudes in der Strada Egiziaca a Pizzofalcone verlegt; die eine Seite des Stockwerks wurde für die Knabenabteilung, die andere für die Mädchenabteilung benutzt. Die Schule wurde nach und nach in eine 10klassige Knaben- und 10klassige Mädchenschule ausgebaut; deutsche Lehrer wurden berufen und leiteten sie nach deutschem Lehrplane, während der Unterricht in den fremden Sprachen, wie Italienisch, Französisch, Englisch, durch Damen oder Herren jener Nationalitäten gegeben wurde. Die Schulzeit dauerte von 9—12 Uhr und nachmittags von 1—3 Uhr, in der Pause von 1—2 Uhr verzehrten die Kinder ihr mitgebrachtes Frühstück oder gingen in den gegenüberliegenden Deutsch-Schweizerischen Club „Museum", woselbst sie ein warmes Frühstück für geringes Entgelt erhalten konnten. Die Anzahl der Schüler betrug im letzten Jahre ungefähr 170. Im Sommer wurden unter Führung der Lehrer Ausflüge in die Umgegend unternommen. Für die Güte der Schule spricht es, daß auch Italiener sich zu ihr drängten; da aber der Unterricht in deutscher Sprache erfolgte, konnten die italienischen Kinder nur in der untersten Klasse Aufnahme finden, und es war bis zu den letzten Jahren Vorschrift, daß die Zahl der Italiener ein Drittel nicht übersteigen durfte. Doch mußte schließlich aus finanziellen Gründen dieses Gebot überschritten werden. Dem letzten Direktor, welcher über 25 Jahre die Schule leitete, Herrn Kleber, gebührt das Verdienst, die Schule zur höchsten Blüte gebracht zu haben. Sie reichte für die Knaben bis zum 14. Lebensjahre aus, während den Mädchen die Möglichkeit gegeben war, ihre Schulbildung in einer Selecta zu vollenden. Kamen unsere Knaben mit 14 Jahren zur weiteren Ausbildung nach Deutschland oder in die Schweiz, so waren sie ihren Altersgenossen nicht nur gleich an Wissen und Können, sondern meistens weit voraus, so daß sie oft eine Klasse überspringen konnten. Einer Unterstützung seitens der deutschen Regierung erfreute sich die Schule in Neapel nicht, sie war ja nicht nur „Reichsdeutsch" und wurde somit nicht für voll gehalten; hätten wir uns aber auf die Reichsdeutschen beschränkt, es wäre nicht möglich gewesen, eine 10klassige Schule zu unterhalten. Ferner waren wir Kolonisten der Ansicht, daß es viel richtiger wäre, die Knaben mit erreichtem 14. Lebensjahre in das Vaterland zu senden und sie dem verweichlichenden italienischen Klima und dem italienischen Einflusse zu entziehen. Kehrten unsere Knaben nach Beendigung ihrer Schulzeit, nach Absolvierung ihrer Militärjahre, der Handelslehrzeit oder des Universitätsstudiums aus Deutschland zurück, so kamen sie wieder als Fremde nach Italien, vollkommen Deutsch fühlend und denkend.

Sehr bedauerlich war für uns Kolonisten, daß unseren aus Deutschland berufenen Lehrern die Auslandzeit nicht als pensionszählende Jahre angerechnet wurden, daher war es selten möglich, die Herren mehr als drei Jahre in Neapel zu halten, sehr zum Schaden des Unterrichtes in der Anstalt. Man hätte wohl annehmen dürfen, daß diese Jahre für die Lehrer als fortbildend und den Blick erweiternd vom Vaterlande hätten anerkannt werden sollen.

Von Herrn Julius Aselmeyer (gest. 1903) wurden größere Summen gestiftet, und durch Eröffnung eines langjährigen Kredites bei seinem Geschäftshause die Möglichkeit gegeben, das gemietete Stockwerk zu kaufen.

Die jährlichen Kosten für Gehälter des Lehrerkollegiums, der Steuern usw. von durchschnittlich 50 000 Lire wurden zu drei Fünftel durch Schulgelder aufgebracht; der Rest durch die Zinsen aus dem durch Legate und Geschenke gesammelten Vermögen von ca. 50 000 Lire und durch freiwillige Gaben der Kolonie im Betrage von 9000 Lire jährlich.

Daß die italienische Regierung der Schule mit Wohlwollen gegenüberstand, kann man nicht gerade behaupten, es gab jedes Jahr lange und schwierige Verhandlungen mit den Behörden, welche durchaus durchsetzen wollten, daß der Lehrplan dem italienischen angepaßt würde, und namentlich die Leitung in italienische Hände überginge. Durch halbe

Digitized by Google

Maßregeln konnten wir jedes Jahr wieder Zeit gewinnen und unser Ziel weiter verfolgen.

Außer der Deutschen Schule war in Neapel noch eine internationale Knabenschule unter der Direktion des deutschen Studienrates Herrn M. Voigt begründet worden, die aber nach italienischem Lehrplane lehrte. Sie wurde nur von wenigen deutschen Kindern besucht, aber von sonstigen Fremden, wie Dänen, Engländern und vielen Italienern. Ferner war von englischem Gelde, von einer Lady Mackean, eine internationale Mädchenschule gegründet worden, die, erst unter deutscher, dann schweizer Direktion stand; manche deutsche Familien, denen die Deutsche Schule infolge der Aufnahme jedes deutschen Kindes ohne Unterschied des Standes nicht fein genug war, sandten ihre Töchter in diese Schule. Der deutsche Unterricht reichte aber bei weitem nicht an jenen der Deutschen Schule heran. Durch die Vielsprachigkeit des Unterrichts (die einzelnen Fächer wurden in verschiedenen Sprachen und nach italienischem Lehrplan erteilt) konnte derselbe auch nicht so einheitlich sein wie jener der Deutschen Schule.

Krankenhaus:

Das kleine, in der Preußischen Gesandtschaft bestehende Krankenhaus, von der Deutschen Kolonie mit Hilfe der Schweizer deutscher Zunge unterhalten und von Herrn Dr. med. Eduard Obenaus 30 Jahre ehrenamtlich geleitet, wurde bis in die 80er Jahre in jenen Räumen unterhalten. Dann schenkte Herr Julius Aselmeyer der Kolonie eine kleine Villa mit Gärtchen. Mochte das auch nicht allen modernen Anforderungen an ein Krankenhaus entsprechen, so war es dennoch ein großer Schritt vorwärts und genügte den einstweiligen Ansprüchen. Unter der Leitung des Herrn Prof. Dr. Graeser (Schweizer von Geburt, welcher aber in Deutschland seine Studien vollendete) stieg das Krankenhaus zu großer Blüte empor und hatte Weltruf. Es war in erster Linie zur Pflege der Kolonie bestimmt, diente unseren Deutsch-Afrikanern als Übergangsort und Erholungsheim, wenn sie in den Tropen sich Krankheiten zugezogen hatten. Ferner wurden viele Angehörige der deutschen Kriegs- und Handelsmarine verpflegt, so solche vom Norddeutschen Lloyd, der Hamburg-Amerika-Linie, der Sloman, Horn-Ost-Afrika-, Argo- und Levante-Linie. Wenn auch in den letzten Jahren der Fremdenstrom im Winter mehr und mehr südliche Regionen aufsuchte, und man in Ägypten und Ceylon überwinterte, während in früheren Jahren Neapel von Fremden überfüllt war, so mußten dennoch viele Durchreisende Heilung im Krankenhause suchen. Stammgäste waren ferner die deutschen Handwerksburschen, doch nahmen diese in den letzten Jahren ab, da die italienische Regierung ihnen das Leben etwas sauer machte und nicht mehr so leicht freie Rückreise und Unterstützung gewährte, als ehedem.

Von den durchschnittlich 5000 Pflegetagen jährlich wurden 3000 von Deutschen beansprucht, darunter 40 Prozent von der Handelsmarine, 1000 von Schweizern und der Rest von Russen, Belgiern, Amerikanern, Dänen, Skandinaviern, Franzosen, Griechen, Türken, auch chinesische Heizer der Dampfer fehlten nicht. Nach Klassen geordnet wurden ungefähr 5 Prozent in der 1. Klasse, 20 in der 2., 55 in der 3. und 20 Prozent gratis von vier Riehener Schwestern, denen auch die Leitung des Haushaltes oblag, in aufopfernder Weise verpflegt.

Die jährlichen Kosten von ca. 40 000 Lire wurden zur Hälfte aus den Krankengeldern bestritten, ferner trug die Kolonie durch jährliche freiwillige Gaben etwa 8000 Lire bei, fernere 9000 Lire gingen durch die Zinsen des durch Geschenke und Legate angesammelten Vermögens von rund 170 000 Lire ein.

Das Deutsche Reich trug 2000 Mark jährlich bei zur Verpflegung der armen und mittellosen Kranken, die Schweizer Eidgenossenschaft weitere 600 Lire, der Norddeutsche Lloyd 2500 Lire und viele im Krankenhaus Genesene dankten der Anstalt durch jährliche Beiträge und Geschenke.

Zum Bau eines Isolierhauses für ansteckende Krankheiten waren bis zum Ausbruch des Krieges etwa 10 000 Lire gesammelt worden. Während des Krieges wurde der leitende Arzt, Herr Prof. Dr. Graeser, obgleich er Schweizer war, entlassen und mußte Italien verlassen, da er zu offenkundig seine Sympathien für Deutschland zeigte. Der Name der alten deutschen Anstalt „Deutsches Krankenhaus" mußte ebenfalls fallen und einem italienischen Platz machen.

Außer dem Deutschen Krankenhause bestand in Neapel auch noch ein von englischem Gelde gegründetes internationales Hospital, welches aber auch unter der Leitung von deutschen Ärzten stand, zuerst des Herrn Prof. Dr. Malbranc, dann des Herrn Prof. Dr. Scotti. Auch diese beiden deutschen Ärzte mußten Italien beim Ausbruch des Krieges verlassen.

Deutscher Hilfsverein:

Der deutsche Hilfsverein wurde seinerzeit von Herrn Julius Aselmeyer gegründet, um armen deutschen Kolonisten und Reisenden Unterstützung zu gewähren; später wurde er unter dem Ehrenvorsitz des Berufskonsuls zu einer ganz reichsdeutschen Institution umgewandelt, wodurch die früheren, österreichischen und anderen Nationalitäten angehörende Mitglieder austreten mußten. Vielen armen Leuten hat der Verein in den langen Jahren seines Bestehens helfen können.

(Schluß folgt.)

Der Bericht des Verwalters des fremden Eigentums in Amerika

Von A. MORGNER, STUTTGART

Unsere Kenntnisse über das Vorgehen des nach „Gesetz betreffend den Handel mit dem Feind" vom 6. Oktober 1917 in den Vereinigten Staaten amtierenden Alien Property Custodian (Verwalter des fremden Eigentums) gegen das Eigentum Deutscher und der Angehörigen mit ihm verbündeter Staaten sowie aller übrigen im Bereiche der Mittelmächte oder in den von ihnen besetzten Gebieten wohnenden oder Handel treibenden Personen — gleichgültig welcher Nationalität — beruhte bisher auf den Mitteilungen der amerikanischen, zum Teil auch der übrigen feindlichen und der neutralen Presse, ferner auf gelegentlichen privaten Informationen, die über das neutrale Ausland den Weg zu uns fanden. Der Alien Property Custodian gab zwar monatlich einmal summarisch Bericht über den Wert des ihm zugeflossenen fremden Eigentums und nannte dabei die Gesamtsumme, die bis zu diesem Zeitpunkte unter seine Kontrolle gekommen war. Außerdem erschienen in den wichtigsten Zeitungen (Journal of Commerce, New York Times) die Ankündigungen der öffentlichen Versteigerungen, die Firmen und Waren betrafen. Auch über die einschlägigen gesetzlichen und verordnungsmäßigen Unterlagen konnte man sich aus dem United States Official Bulletin laufend unterrichten. Dagegen traten, um nur ein Beispiel zu nennen, exakte Nachrichten über beschlagnahmte Vermögenswerte, soweit sie nicht in liquidierten Unternehmungen steckten, nur sehr sporadisch auf. Jedenfalls konnte man auch durch mühevolle

Digitized by Google

Arbeit aus diesen Einzelsteinen nur ein unvollständiges, gleichsam mosaikartiges Bild gewinnen.

Dagegen liegt jetzt eine zusammenfassende Darstellung der Gesamttätigkeit des Alien Property Custodian aus A. Mitchell Palmers eigener Feder vor. Unterm 22. 2. 19 berichtet dieser dem Präsidenten der Vereinigten Staaten eingehend über seine und seines Amtes Tätigkeit. Die Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amtes hat diesen Alien Property Custodian Report als Band 1 ihrer Sammlung „Auslandswirtschaft in Einzeldarstellungen" unter dem Titel „Bericht des Verwalters des fremden Eigentums in Amerika"*) soeben in Übersetzung herausgebracht. Dabei wurde im wohlerwogenen Interesse aller Betroffenen auf größtmögliche Beschleunigung der Drucklegung entscheidendes Gewicht gelegt. Dies ist wohl neben der im Vorwort gegebenen Begründung, daß eine Übersetzung der Tabellen des zweiten Teils zu unentwirrbaren Mißverständnissen geführt haben würde, eine weitere, sehr verständliche Erklärung dafür, daß eben diese Tabellen ausschließlich im Originaltext wiedergegeben sind. Bei einer zu erwartenden Neuauflage der unendlich verdienstvollen Arbeit empfiehlt sich jedoch, die Übertragung neben dem Original zu geben, damit auch weniger speziell orientierte Gebraucher, denen die amerikanische Terminologie der einzelnen Branchen nicht so geläufig ist, wie dem einschlägigen Referenten der Außenhandelsstelle, das Buch ohne sprachliche Hemmnisse benutzen können. Ich denke dabei an die der Übersetzung relativ am wenigsten bedürftigen Anlagen 1 und 2 sowie 7, die ohne jede Gefahr verdeutscht werden können (was in der allerdings bequemsten letzten Spalte der letztgenannten Anlage inkonsequenterweise auch schon geschehen ist), vor allem aber an die knuffliche Spalte „Beschreibung" in Anlage 6 (Liste der Patente; bis S. 373). —

Das außerordentlich interessante erste Kapitel des allgemeinen, beschreibenden Teils nennt als Hauptmotiv des Verkaufs des deutschen Eigentums „die Absicht, daß die deutsche Industriearmee auf amerikanischem Boden gefangen genommen und zerstört werden soll". Demgegenüber sind alle Maßnahmen gegen sonstige, nach dem Gesetz vom 6. 10. 17 unter den Begriff „Feind" — für den der Aufenthalt, nicht die Nationalität entscheidend ist — Rechnende von völlig sekundärer Bedeutung. Verfiel doch beispielsweise dem Custodian fast zweieinhalbmal mehr Eigentum amerikanischer (!) als österreichischer Untertanen. Türken und Bulgaren fungieren in der zusammenfassenden Übersicht überhaupt nicht, da bei diesen aus wohlerwogenem Eigennutz, außer in wenigen Fällen, die bulgarischen Besitz betrafen, von der Beschlagnahme ganz abgesehen wurde. Etwa 70 Prozent des 700 Millionen werten feindlichen Eigentums in den Händen des Verwalters gehen auf Deutschlands Verlustkonto. Dieser Prozentsatz verschiebt sich in praxi noch wesentlich zu unseren Ungunsten, denn „das Eigentum amerikanischer Bürger, das beschlagnahmt wurde, weil sie auf feindlichem oder vom Feinde besetztem Gebiete wohnten, und das Eigentum verbündeter Bürger und Untertanen, das beschlagnahmt wurde, weil dieselben im besetzten Gebiet wohnten oder Geschäfte betrieben, ist aufbewahrt und verwaltet worden, ohne den Gedanken und ohne Absicht an Verkauf oder anderweitige Verfügung darüber."

In erster Linie wollte die amerikanische Handelskriegsgesetzgebung „die Anlagen des assoziierten Kapitals in Deutschland, das enge Beziehungen mit den großen politischen und Finanzmächten des Reiches hat", treffen, denn „diese Anlagen strebten nach Herrschaft und erlangten oft die Kontrolle der großen Industrie- und Handelsetablissements in den Vereinigten Staaten". Dagegen sollten „die privaten Anlagen einzelner Personen unter den deutschen Untertanen, welche, angezogen von den Möglichkeiten in Amerika, kleine Anlagen in diesem Lande in Grundbesitz, Hypotheken und Wertpapieren, in der Hauptsache in Industrie und Transportgesellschaften machten," vom Custodian als Treuhänder „bewahrt und bewacht" werden, „bis der Friedensvertrag oder der Kongreß endgültig Verfügung trifft".

Für die Entdeckung deutschen Eigentums, verschleierter Teilhaberschaften usw. war trotzdem jedes Mittel Recht. „Unterhaltungen, die vor Jahren in den Berliner Biergärten oder in Fifth Avenue Restaurants stattfanden, als der deutsche Besitzer und sein amerikanischer Freund gelegentlich über ihre amerikanischen Geschäfte sprachen, erhielten plötzlich Leben und dienten als Grundlage und Rechtfertigung für die erstaunlichsten (!) Übertragungen und den Verkauf von feindlichem Eigentum in Amerika."

Diese spürsinnige Art der Ausschnüffelei rechnet sich Palmer offenbar als besonderes Verdienst an. Überhaupt ist das Bestreben bemerkenswert, seine und seiner Gehilfen Wirksamkeit mit möglichst leuchtenden Farben zu zeichnen. Obwohl bei der Bearbeitung des Berichtes durch die Außenhandelsstelle nach dieser Richtung schon gebührend gekürzt worden ist, bleibt widerlich viel Eigenlob übrig. Stellenweise mutet das Kapitel 1 wie eine als notwendig vorausgeahnte Rechtfertigung an. Tatsächlich hat ja auch der amerikanische Senat ein Verfahren gegen den inzwischen zurückgetretenen Palmer eingeleitet, da er beschuldigt worden ist, seine Amtstätigkeit zur Förderung persönlicher Interessen mißbraucht zu haben. Manche seiner Verkäufe unter Wert lassen allerdings vermuten, daß er mit diesen zum mindesten ihm Nahestehende begünstigt hat. So wurden — um nur ein Beispiel herauszugreifen — aus dem Verkauf der Bosch Magneto Co., deren tatsächlicher Wert schon auf 15 Millionen Dollar geschätzt worden ist, ohne einleuchtenden Grund laut Übersicht in Kap. XIII, S. 145, nur 4 150 000 Dollar erlöst.

Diesem Großunternehmen widmet Palmer übrigens ein eigenes Kapital („Magnetzünder"), ebenso verschiedenen anderen Wirtschaftszweigen, wie der chemischen Industrie, dem Metallgeschäft, der Textilindustrie und der Pelzindustrie, um zu zeigen, „wie der deutsche Einfluß auf vielen Gebieten der Industrie mächtig geworden ist, wie er Amerikas Anstrengungen auf ähnlichen Gebieten erdrosselte und wie die Amerikanisierung dieser Industrien den Weg weit öffnen wird für schnelles Wachstum und Entwickelung in amerikanischen Händen zum Wohl des amerikanischen Volkes."

Die meisten übrigen Kapitel befassen sich mit der inneren und äußeren Organisation des ganzen, vom Custodian geschaffenen Apparates.

Acht Anlagen, die durch ihre Einzelheiten an praktischem Gegenwartswert den allgemeinen Teil übertreffen, bringen ein „Verzeichnis der feindlichen Anteile in den beschlagnahmten Gesellschaften und der vom Verwalter ernannten Direktoren", „Zum Verkauf gelangte oder bis zum Verkauf unter Verwaltung gestellte Firmen", „Die Depotstellen am 15. Februar 1919", „Die beschlagnahmten Wertpapiere", ferner eine besondere tabellarische Übersicht über die gegen die Versicherungsgesellschaften getroffenen Maßnahmen, Listen über „Beschlagnahmte, an die Regierung übertragene Patente", „Forderungen von nicht feindlicher Seite an das beschlagnahmte feindliche Eigentum" und schließlich „Internierte Feinde, und Schätzung des Werts ihres Eigentums". Den Übergang vom allgemeinen Teil zu diesen Anlagen bildet eine „Liste der als Feinde erklärten Deutschen".

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß neben überall eingestreuten Verleumdungen der „deutschen Methoden" in der

*) Zu beziehen vom Auswärtigen Amt (A.H.), Berlin, Wilhelmstraße 67a. XII und 411 Seiten, brosch. M. 10.—.

Digitized by Google

wirtschaftlichen Konkurrenz und neben tendenziösen Übertreibungen ihrer „erdrosselnden" Wirkung auf das amerikanische Wirtschaftsleben im XVII. Kapitel („Deutschlands Verfahren mit amerikanischem Eigentum") mit gewohnter anglo-amerikanischer Scheinheiligkeit und Unverfrorenheit versucht wird, die amerikanischen Zwangsmaßnahmen gegen das deutsche Eigentum als Erwiderung (Repressalie) auf deutsche Maßnahmen hinzustellen. Da die Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amtes diese Bemühung bereits von sich aus in der Presse durch unwiderlegliche Daten, die die zeitliche Priorität der amerikanischen Verordnungen an zwei Beispielen, dem Zahlungsverbot und dem Liquidationserlaß, beweisen, zu nichte gemacht hat, braucht darauf hier nicht weiter eingegangen zu werden. Die brutale Gehässigkeit der amerikanischen Theorie und Praxis vermögen derartige Verdrehungsversuche nicht mehr zu bemänteln.

Winke für Auswanderer

Vom Handelssachverständigen RENNER, BERLIN

Ein ausgezeichneter Kenner des Auslands, der als Handelssachverständiger am Auswärtigen Amte tätig ist und in 25 Jahren Arbeit in Südafrika und andern Ländern Erfahrungen gesammelt hat, stellt uns die nachfolgenden Ausführungen zur Verfügung:

Da die Auswanderung aus Deutschland aller Voraussicht nach in nächster Zukunft wieder größeren Umfang annehmen wird, als vor dem Weltkrieg, so ist es vielleicht angemessen, einige Worte über die Vorbildung der Auswanderungslustigen zu sagen.

Viele von den Auswanderern bereiten sich auf das Land ihrer künftigen Tätigkeit in geeigneter Weise vor, indem sie die Landessprachen lernen und die wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse, die sie antreffen werden, schon im voraus möglichst kennen zu lernen suchen. Sie gehen auch nicht rein auf gut Glück hinaus, sondern versuchen zuvor eine feste Anstellung zu erlangen, oder sie versehen sich wenigstens mit hinreichenden Mitteln, um es eine Weile aushalten zu können, wenn ihre Bemühungen, eine lohnende Tätigkeit zu finden, nicht gleich Erfolg haben. Neben diesen „methodischen" Auswanderern aber hat es schon immer eine Anzahl von Leuten gegeben, die den Wagemut so weit treiben, gänzlich unvorbereitet ins Ausland zu gehen, und die dann nicht selten in bitterste Not geraten. Jeder deutsche Verein im Ausland und jedes Konsulat weiß von solchen Fällen ein Lied zu singen.

Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß bei den Auswanderern vielfach die Kenntnis der Landessprache um so mehr fehlt, je weiter sie sich von der Heimat entfernen. In den nahegelegenen Ländern, wie Italien, Frankreich usw. findet man selten Leute, die lediglich mit der Kenntnis der deutschen Sprache auszukommen suchen, über See aber, in Amerika, Südafrika, Australien usw. ist ihre Zahl so groß, daß man beinahe sagen kann, sie seien unter den Auswanderern die Regel statt die Ausnahme. Die Erklärung dafür mag darin liegen, daß die Ansicht so vielfach vorherrscht, es sei über See viel leichter, sein Auskommen zu finden, als in Europa. Diese Meinung ist in vielen Fällen durchaus falsch, oft trifft das gerade Gegenteil zu. In den Gold- und Diamantfeldern Südafrikas zum Beispiel ist der Zustrom von auswärts schon seit längerer Zeit so groß, daß auf dem Arbeitsmarkt das Angebot die Nachfrage ganz erheblich übersteigt.

Obwohl es eigentlich kaum nötig sein sollte, muß hier daher zunächst dringend auf die Wichtigkeit der Kenntnis der Landessprache hingewiesen werden. Die Auswanderer sind ja immer willig und erbötig, sich die ihnen fehlenden Kenntnisse noch anzueignen, aber zum Lernen ist eben in den wenigsten Fällen noch Zeit und Gelegenheit, wenn die Not das sofortige Geldverdienen erfordert.

Es ist natürlich unmöglich, Allgemeingültiges über die Aussichten zu sagen, die sich den verschiedenen Berufen bei der Auswanderung bieten. Nur so viel kann gesagt werden, daß nämlich Handwerker, sowie überhaupt Leute mit viel praktischer Begabung, bei dem Auswandern auf gut Glück meist leichter ihr Fortkommen finden, als Leute mit den gründlichsten theoretischen Kenntnissen. Überhaupt dürfen die Auswanderer der gebildeten Stände, besonders wenn sie nach Übersee gehen, sich nicht fest an ihren eigentlichen Beruf klammern, sondern müssen bereit sein, im Notfall zu irgend einer anderen, noch so bescheidenen Tätigkeit, sei es auch der eines Kutschers, Maurers, Handlangers usw. zu greifen. Der Grundsatz, daß Arbeit nicht schändet, gilt in Übersee viel mehr als in Europa, und der gebildete Mann, der vorübergehend eine Beschäftigung dieser Art annimmt, wird finden, daß er dadurch nicht etwa an „Kaste" verliert und sich die spätere Erlangung einer besseren Stellung erschwert; ganz im Gegenteil, es wird wohlgefällig vermerkt, daß er lieber eine untergeordnete Art von Arbeit annimmt, als etwa der Wohltätigkeit anheimzufallen oder dem Lande seiner Wahl rasch entmutigt den Rücken zu kehren.

Hieraus ergibt sich aber auch ohne weiteres, wie nützlich es für Auswanderer der gebildeten Kreise ist, wenn sie außer ihrem eigentlichen Beruf auch noch eine Handfertigkeit oder eine wenn auch nicht sehr gründliche Kenntnis eines Handwerks besitzen; diese Seite der Ausbildung des Auswanderungslustigen ist so wichtig, daß sie nicht dringend genug empfohlen werden kann. Die Möglichkeiten in dieser Hinsicht sind sehr vielseitig; einige davon sollen nachstehend erwähnt werden.

Sehr nützlich erweist sich oft die Kenntnis der Behandlung und Pflege von Pferden, des Fahrens und Reitens. Einige Kenntnisse der Kochkunst kann leicht von großem Vorteil sein. Sehr empfehlenswert ist es, sich etwas mit Mechanik vertraut zu machen, besonders mit der Maschinerie der Motorwagen, der einfacheren Dampfmaschinen, der landwirtschaftlichen Maschinen usw. Schlosserei, Schmiedearbeit, Tischlerei, Buchbinderei bietet häufig Gelegenheit zur Erlangung von Arbeit. Maurer, Bauhandwerker, Klempner, Anstreicher werden über See oft gesucht und meist gut bezahlt. Die Kenntnis des Schlachtens, Wurstmachens und Räucherns kommt oft sehr zustatten. Kenntnisse in der Schneiderei und Schuhmacherei sind vielfach sehr gut zu gebrauchen. Einige Vertrautheit mit Landwirtschaft, Gärtnerei, Baumkultur ist ebenfalls sehr empfehlenswert.

Diese Beispiele mögen genügen. Die frühere gute Sitte mancher Familien, daß die Söhne außer der allgemeinen guten Bildung sich auch die Kenntnis eines Handwerks anzueignen hatten, ist leider fast ganz abhanden gekommen. Es wird den wenigsten Auswanderungslustigen möglich sein, ein Handwerk gründlich zu erlernen; dies ist auch weniger wichtig, als daß sie Handgeschick und praktischen Sinn erwerben. Es ist eine über See oft beobachtete Tatsache, daß z. B. Seeleute, die ja anerkanntermaßen vielseitig praktisch tätig sein müssen, an Land fast immer ein gutes Auskommen finden.

Digitized by Google

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Tschecho-slowakische Republik

Im „Korrespondenzblatt der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands" vom 2. August 1919 beschreibt Anton Schäfer, Reichenberg, anschaulich die Unterdrückungs-Politik, die die politischen und gewerkschaftlichen Vertretungen der tschechischen Arbeiterklasse gegenüber den deutschen Gewerkschaftsbestrebungen betrieben. Nach dem Umsturz strömten allüberall die Arbeiter den Gewerkschaften zu. In Deutsch-Böhmen und im Sudetenland erreichten die Organisationen Ziffern, wie nie zuvor. Ganze Betriebe traten unaufgefordert den Gewerkschaften bei. Die Geschäftsstellen der österreichischen Zentralverbände und der örtlichen Gewerkschaftskommissionen waren überaus in Anspruch genommen. Da rückten im Dezember 1918 die tschechisch-slowakischen Truppen ein und bereiteten den errungenen Freiheiten ein jähes Ende. Den Ortsgruppen wurde der Verkehr mit den Wiener Verbandsleitungen immer mehr erschwert oder ganz unterbunden, der Geldverkehr mit der Zentrale wurde so gut wie völlig gesperrt, die Prager Regierung tut alles, um Deutschböhmen und das Sudetenland von Deutschösterreich abzuschneiden und erschwerte so die Lage der Gewerkschaften immer mehr. Schließlich wurde angedeutet, daß man Zweigvereine „ausländischer Verbände" im Bereich des neuen Staates überhaupt nicht dulden werde. Daraufhin traten dann Mitte April und Mitte Mai die Vertrauensmänner der Gewerkschaften zusammen und wandten sich gegen die Gewaltpolitik der tschechischen Machthaber, um für sich energisch das Recht der Selbstbestimmung zu beanspruchen. Aber, so beklagt der Autor, Vertreter der sozialdemokratischen tschechischen Arbeiter sitzen in der Regierung und in den Aemtern und decken die bürgerliche Gewaltpolitik! So wurde also beschlossen, die den österreichischen Zentralgewerkschaften angehörigen Ortsvereine zu eigenen Verbänden zusammenzufassen und dabei deren Zahl auf 19 zu verringern. Eine deutsch-böhmische Landesgewerkschaftskommission wurde anstelle der Reichsgewerkschaftskommission begründet, ausdrücklich jedoch betont, daß das nur unter dem Druck der Verhältnisse, nicht freiwillig, geschehe und nur ein Notbehelf bis zur endgültigen Regelung der Frage sei. In Wien hat man sich mit den Beschlüssen einverstanden erklärt. Aber, so heißt es weiter, „wenn nicht der tschechisch-slowakische Staat die polizeilichen Einrichtungen Alt-Österreichs übernommen hätte, wäre die Arbeit des Neuaufbaues schon viel weiter gediehen". Der Ausnahmezustand sei jedoch zur ständigen Einrichtung geworden. Trotzdem betrage die Zahl der Organisierten bereits an die 150 000 Männer und noch immer halte der Zustrom an!

Deutschösterreich

Der Vernichtungsfriede von St. Germain legt Deutschösterreich nicht nur erdrückende wirtschaftliche Lasten auf die ohnehin schwachen Schultern, sondern schmälert auch sein Gebiet und die Zahl seiner Einwohner in einer Weise, die die schlimmsten Erwartungen übertrifft. Die Friedensbedingungen sind inzwischen durch die Tagespresse allgemein bekannt geworden und erfordern hier keine eingehende Betrachtung. Dagegen dürfte ein kurzer Hinweis auf die territorialen und völkischen Schäden, die Deutschösterreich erleidet, am Platze sein. Noch steht die Zahl der dem jungen Freistaate verbleibenden Einwohner nicht fest, da ja an verschiedenen Teilen seiner Grenze Volksabstimmungen stattfinden sollen, deren Ergebnis abzuwarten ist. Die größte Zahl deutscher Einwohner verliert Deutschösterreich, wie bekannt, in Tirol, wo eine Viertelmillion Deutscher unter italienische Herrschaft gelangen. Sehr gefährdet sind aber auch Kärnten und die Steiermark. In Kärnten ist das sogen. Klagenfurter Becken besonders bedroht. Hier soll nach den Friedensbedingungen die Volksabstimmung in zwei Zonen, A und B, stattfinden. Zone A umfaßt den Bezirk Völkermarkt, Rosental und das Gebiet südöstlich von Klagenfurt, Zone B die Stadt Klagenfurt selbst mit dem nördlich anschließenden Gebiete. Zone A wird bis zur Abstimmung von den Südslawen verwaltet und besetzt gehalten, Zone B wurde, nachdem die südslawischen Truppen sie nach langem Sträuben auf Geheiß der Entente geräumt haben, einstweilen deutschösterreichischer Verwaltung unterstellt. Die nunmehr beendete südslawische Besetzung hat aber auch hier ausgereicht, in vielen Orten die deutschen oder doch deutschfreundlichen Gemeindevertretungen durch slawische zu ersetzen und die Bevölkerung derart einzuschüchtern, daß von einer wirklich freien Abstimmung nur hie und da wird die Rede sein können. In Zone A liegen die Dinge noch weit schlimmer, da hier die südslawische Verwaltung fortbesteht und durch dauernden Terrorismus sowie durch unerhörte Kniffe und Schliche ein für Jugoslawien günstiges Ergebnis vorbereitet. Jeder deutsche Zuzug, selbst von dort Heimatberechtigten, wird ferngehalten, slawische Zuwanderung dagegen gefördert. Die Geistlichkeit arbeitet mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, um die Bevölkerung für die slawische Sache zu gewinnen. Auf diese Weise wird es leider immer weniger zweifelhaft, wie die Volksabstimmung ausfallen wird, und man wird es schon als Erfolg begrüßen müssen, wenn Zone B für Deutschösterreich gerettet wird. Von der entsetzlichen Bedrückung der deutschen Bevölkerung seitens der Südslawen geben unzählige Berichte von Augenzeugen eine Vorstellung. Beamte wurden entsetzt und interniert, Ärzte, Apotheker, Geistliche, Rechtsanwälte, selbst Frauen und Mädchen als politisch anrüchig verschleppt, deutsche Schulen teils gesperrt, teils gewaltsam slowenisiert. Schwer betroffen ist der deutsche Schulverein in Wien, der fast alle seine Schulen und Kindergärten verliert, teils ohne Entgelt, teils im Wege des Zwangsverkaufes. Hunderte seiner Lehrer und Kindergärtnerinnen wurden brot- und heimatslos. In Wagna in der südlichen Steiermark befinden sich viele deutsche Lehrer der ehemaligen Staatsanstalten in Triest in einem Internierungslager, dem bittersten Elende preisgegeben. Angesichts des Vorgehens der Südslawen muß das der Tschechen noch als wohlwollend bezeichnet werden. Freilich lastet es schwer auf Deutschösterreich, daß uraltdeutsche Gebietsteile, wie Felsburg und die Bahnhofanlage bei Gmund in Niederösterreich, an Tschechowina fallen, und die Protestkundgebungen wollen dort kein Ende nehmen. Durch die letzten Abtretungen an den Tschechenstaat sowohl von Deutschösterreich, wie dem Deutschen Reiche und Ungarn erhöht sich die Zahl der Deutschen dort auf volle 4 Millionen. Bedenkt man, daß daneben fast 1 Million Magyaren, eine halbe Million Ukrainer, eine Drittel Million Polen, endlich 2 Millionen Slowaken, die doch auch nicht schlechtweg Tschechen sind, dort wohnen werden, so bietet die Tschecho-Slowakei das verjüngte Bild der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie und trägt den Keim des Zerfalles in sich. Darin liegt aber eine Hoffnung für Deutschösterreich.

B. J.

Eine Kundgebung von tieferschütterndem Wortlaut ist in über 200 Gemeinden des Steierischen Deutschtums angenommen worden, sie lautet:

„Erschüttert haben wir vernommen, daß ein beispielloser Gewaltfriede Hunderttausende unserer deutschen Brüder und Schwestern unter slawische und welsche Gewaltherr-

Digitized by Google

schaft bringen, daß auch das steirische Unterland mit Radkersburg, dem Abstaller Becken, Pottau, Marburg und bis gegen Spielfeld herauf von unserem Lande losgerissen und für uns verloren sein soll. Unsere unterjochten deutschsteirischen Brüder und Schwestern können unter dem Drucke der slowenischen Fremdherrschaft ihre Stimme nicht überall gegen die ihnen angetane Schmach und Gewalt so erheben, wie sie möchten. So rufen nun wir in ihrem und in unserem Namen in die Welt hinaus, daß wir die Knechtung so vieler unserer Stammesgenossen und den Verlust so großer deutscher Gebiete nicht dulden wollen, daß wir alle einen solchen Friedensvertrag niemals und unter gar keinen Umständen anerkennen werden. Sollten solche himmelschreiende Bedingungen unserer Regierung irgendwie abgezwungen werden, so werden wir uns nie danach halten. Wir fordern von unserer Regierung, wir bitten und beschwören sie, einen solchen Schmachvertrag, der auch wirtschaftlich eine Unmöglichkeit ist, nicht zu unterzeichnen. Ein solcher Vertrag wäre nur der Anlaß zu blutigster Feindschaft für alle Zukunft. Eine Regierung, die solche Bedingungen annehmen würde, wäre nicht mehr unsere Regierung!

Wir schwören feierlichst vor Gott und den Menschen, daß kein Vertrag der Welt deutsches Blut und deutschen Boden dauernd von uns trennen soll; wir schwören, daß wir nicht ruhen und nicht rasten werden, bis deutsches Blut und deutsches Land ungehindert vereinigt bleiben kann. Mit diesem unserem heiligen Schwur wissen wir uns eins mit allen unseren Stammesgenossen in Süd und Nord. Wir reichen ihnen für alle Zukunft unsere Hände zu treuer Bruderschaft auf Leben und Tod."

Ungarn

Kaum hatte der im übrigen für Deutschösterreich so überaus drückende Friede von St. Germain diesem Staate Deutsch-Westungarn zugesprochen, als der neuerliche Umsturz in Ungarn die Lage der ungarländischen Deutschen abermals völlig umgestaltete. Konnte im letzten Berichte darauf hingewiesen werden, daß die ungarische Räteregierung in Westungarn eine weitgehende Selbstverwaltung des Deutschtums begründet hatte, die, ganz abgesehen von den dabei wirksamen Beweggründen, jedenfalls der Erhaltung des deutschen Charakters dieses Gebietes zugute kommen mußte, so hat der jüngste Regierungswechsel nach dieser Hinsicht eine völlig neue Lage geschaffen, die keineswegs Anlaß zu optimistischer Auffassung gibt. Allerdings hat auch noch zwei Tage vor ihrem Zusammenbruche die Regierung Béla Kuns erklären lassen, daß sie unter keinen Umständen auf Deutsch-Westungarn verzichten werde, allein es war doch fraglich, ob sie angesichts des Machtaufgebotes der Entente in der Lage gewesen wäre, dieses stolze Wort wahr zu machen. Nun aber ist der neuerlich zum Erzherzog-Feldmarschall von Ententegnaden aufgerückte Joseph Habsburg allmächtiger Diktator in dem Reste Ungarns, der noch selbständige Staatlichkeit besitzt. Die von ihm ernannte Regierung besteht größtenteils aus Männern, die schon vor der Zeit der Räteregierung eine politische Rolle gespielt haben und die all' ihren demokratischen Phrasen zum Trotze, wie jeder Kenner Ungarns weiß, nichts anderes sind als die Stützen des alten chauvinistisch-magyarischen Systems. Dies muß auch der Entente bekannt sein, und wenn sie gestattet, daß diese Männer die Macht übernehmen, so darf daraus gefolgert werden, daß sie mit deren politischen Absichten stillschweigend einverstanden ist. Dies um so mehr, als es immer deutlicher wird, daß man in Paris der über alle Voraussicht gewachsenen Machtstellung Rumäniens in einem neuen Ungarn ein Gegengewicht schaffen will. Da nun leider die deutschösterreichische Regierung aus doktrinären Gründen unterlassen hat, sofort die Hand auf das ihr zugesprochene Deutsch-Westungarn zu legen, solange dort die Räteregierung herrschte und den Anschluß dieses Gebietes vom Ergebnisse einer Volksabstimmung abhängig machte, haben sich die Dinge sehr zum Nachteile des westungarischen Deutschtums verschoben. Bot eine Volksabstimmung unter der Aufsicht der roten Garden Kuns wenig Aussicht für Deutschösterreich, so durfte sie nunmehr völlig aussichtslos geworden sein. Eine der ersten Taten des neuen Regenten, Erzherzog Josephs, war es, daß er die Szegediner weißen Garden nach Westungarn verlegte, wo nun der rote Schrecken durch den weißen abgelöst wird. War ersterer international-kommunistisch, so ist letzterer magyarisch-chauvinistisch, und eine Volksabstimmung, die unter dem Schutze seiner Bajonette vor sich geht, bietet von vornherein die Gewißheit, daß sie die wahre Stimmung der deutschen Bevölkerung nicht zum Ausdrucke bringt. Die Entente aber wird, wie die Dinge liegen, wenig Wert darauf legen, die Bestimmung des Friedens von St. Germain, wonach Deutsch-Westungarn an Deutschösterreich fällt, um jeden Preis durchzusetzen, da doch die Regierung dieses Staates selbst die Volksabstimmung forderte. Das neue, unter Ententeschutz stehende Ungarn ist auch mit Deutsch-Westungarn ungefährlich genug. In der Tat ist somit die Lage der Deutschen, die unter magyarischer Herrschaft verbleiben, zunächst, wenn nicht unvorhersehbare Dinge eintreten, verzweifelter denn je. Daß mit der Wiederherstellung der alten Regierung früher oder später eine neue Welle des magyarischen Chauvinismus über das Land hinweggehen wird, ist kaum zweifelhaft, denn das räumlich so sehr eingeengte und an Kopfzahl geschmälerte Magyarentum wird erst recht bestrebt sein, innerhalb seiner derzeitigen Grenzen den magyarischen Einheitsstaat, der bei dem Wegfallen der meisten nichtmagyarischen Völker ohnehin bessere Aussichten bietet, durchzusetzen. Das Opfer dieser Bestrebungen aber müssen notwendig die 600 000 in Ungarn verbleibenden Deutschen werden, die einer zehnfachen Zahl von Magyaren gegenüberstehen. Ob es gelingen wird, wenigstens bescheidene Zugeständnisse auf kulturellem Gebiete für sie zu erhalten, wird die nächste Zukunft lehren. B. J.

Die neuesten Nachrichten, die aus Ungarn kommen, künden ernste, ja blutige Kämpfe an. Die kommunistische Regierung hatte, wenigstens auf dem Papier, geistige und politische Freiheiten dem Deutschtum zugestanden. Die Regierung des Erzherzogs Josef setzte den Prof. Dr. Jakob Bleyer zum Nationalitätenminister ein ⟨siehe auch den Artikel „Vom ungarländischen Deutschtum" in dieser Nummer⟩, den die Deutschen als einen Feind ihrer Bestrebungen ansehen müssen. Bleyer regiert und Kalmar, der ehemalige Volksbeauftragte, ist verhaftet, weil er, der Sozialdemokrat, energisch für die deutschen Rechte eintrat. Deutsch-Westungarn hat sich erhoben, um den Anschluß an Deutschösterreich, den die Entente in den Friedensbedingungen vorsieht, zu vollziehen. Deutschösterreich beantragt bei der Entente, Truppen zur Besetzung Westungarns entsenden zu dürfen, die Regierung des Erzherzogs aber schickt eigene Truppen, um Westungarn in der Hand zu behalten und von neuem zu magyarisieren. Zahlreiche Verhaftungen, Haussuchungen, Grenzsperrungen und willkürliche Maßnahmen werden gemeldet. Hoffentlich kann in letzter Stunde der Ausbruch blutiger Kämpfe vermieden werden, hoffentlich findet das Deutschtum sein Recht und Gerechtigkeit.

Schweiz

In welcher Weise die Schweiz die Notlage der deutschen Wehrmänner ausnutzt, die doch nichts anderes taten als das, was in der Schweiz stets als die höchste der Bürgertugenden galt, nämlich ihr Vaterland verteidigten, zeigt ein Schreiben,

Digitized by Google

das der Gemeinderat Neuhausen an die Familie eines Wehrmanns richtete, dem noch nicht wieder die Rückkehrerlaubnis nach der Schweiz erteilt worden ist. Er bezieht sich auf einen Bundesratsbeschluß vom 29. Oktober 1918 über die Bekämpfung der Wohnungsnot durch Beschränkung der Freizügigkeit und auf den Vollzugsbeschluß des Regierungsrats des Kantons Schaffhausen vom 26. November gleichen Jahres und gibt Kenntnis von einer Verfügung: Der Gemeinderat Neuhausen sei von der kantonalen Polizeidirektion ermächtigt worden, die Niederlassung für die Familien von deutschen Wehrmännern, denen zurzeit eine Einreisebewilligung nicht erteilt werden könne, aufzuheben unter Einräumung einer angemessenen Frist zwecks Ordnung ihrer Verhältnisse. Der Gemeinderat mache von der Erlaubnis nur ungern und erst nach langem Widerstreben Gebrauch. Er eröffne der betreffenden Familie diesen unerfreulichen Beschluß mit dem Ausdruck des Bedauerns, teile aber mit, daß die Frist bis 1. September (vom 31. Juli) gestellt sei und hoffe, daß die Familie sich freiwillig der Maßnahme unterziehen werde.

Maßvoll in der Form, hart in der Sache! Die Schweiz behebt ihre eigene Wohnungsnot, indem sie auch die Familien derjenigen Deutschen herauswirft, die sie — wohl mit unter diesem Gesichtspunkt — nicht wieder in ihr Land hereinläßt. Dabei klagen die Auslandschweizer gerade jetzt wieder in zahlreichen Fällen in der Schweizer Presse, daß ihnen in Deutschland ihre Stellung gekündigt worden sei, daß sie als lästige Ausländer behandelt worden seien und so fort. Die Tatsachen derartiger Kündigungen sei nicht bestritten. Es ist tatsächlich vorgekommen, daß rücksichtslose Geschäftsinhaber sie vorgenommen haben. Wo aber die Tatsache zur Kenntnis der Behörden kam, ist sofort, wie z. B. in Württemberg, eingeschritten worden und es ist verfügt worden, daß niemand des Landes verwiesen werden dürfe, nur weil er Schweizer sei. Ja, Deutschland hat entgegenkommenderweise sogar allen Schweizern wie seinen eigenen Landsleuten das Recht auf Bezug der Arbeitslosenunterstützung zugesprochen! Ein solches Recht besteht, wie wir hinzufügen wollen, in der Schweiz nicht, denn dort gibt es nur eine Arbeitslosenfürsorge für solche, die infolge des Krieges brotlos wurden, und dazu gehören ja kaum Deutsche, weil sie ja zu den Waffen nach Deutschland während des Krieges eingezogen waren. Deutschland aber hat bei Verhandlungen in Bern sogar angeboten, es wolle den Abweisungsgrund der Arbeitslosigkeit für die Rückkehr deutscher Wehrleute in die Schweiz dadurch beseitigen, daß es sich bereit erkläre, ohne das Recht der Gegenseitigkeit der Schweiz die Geldmittel zur Unterstützung zurückgekehrter und arbeitslos werdender deutscher Wehrleute zu bezahlen! Die Schweiz lehnte das ab, weil sie ein derartiges finanzielles Geschenk nicht annehmen könne und — blieb bei ihrem hartherzigen Standpunkte der Ablehnung der Wiedereinreiseerlaubnis, der nur in ganz besonders gearteten Fällen gemildert werden solle. Auf welcher Seite hier das moralische Recht liegt, das ist unschwer zu erkennen. Die Schweiz hat von ihrem guten Namen in Deutschland recht viel eingebüßt und wird das auch wohl kurz über lang wirtschaftlich spüren.

Polen

Um die Stimmung innerhalb der deutschen Minderheit in Kongreß-Polen in den letzten Wochen zu kennzeichnen, sind vielleicht zwei an sich kleine Tatsachen am besten geeignet. Wie man immer wieder von neuem feststellen muß, ist das Vertrauen zu der von polnischer Seite stets versprochenen Gleichberechtigung nach wie vor so gering, daß sich das Gerücht hartnäckig zu erhalten vermag, daß zum 1. Oktober alle evangelischen und alle deutschen Staatsbeamten und Angestellten entlassen, bzw. ihnen gekündigt werden solle. Woher die für Lodz, aber auch für andere Städte sehr beunruhigende Nachricht stammt, kann nicht festgesetellt werden, kaum sind einige Tage vergangen, ohne daß man von ihr etwas gehört hätte, taucht sie unter neuer Form und mit bestimmterer Sicherheit wieder auf. Hierdurch hört die sowieso wenig beruhigte Stimmung der deutschen Polen nie auf, jenen Charakter als Ruhe vor dem Sturm zu verlieren, der vielfach mehr auf die Nerven geht, als besonders zerrüttende Einzeltatsachen. Daß die Stimmung aber trotzdem immer noch recht kampfbereit und gebefreudig geblieben ist, zeigt eine kleine Erfahrung, die der eben sich auflösende Deutsche Lyzeal-Verein machen durfte. Als es sich darum handelte, die wirtschaftliche Fusion des Lodzer Deutschen Luisen-Lyzeums, einer Kriegsgründung, mit dem schon lange bestehenden Deutschen Gymnasium vorzunehmen, glaubte der Gymnasialverein die Übernahme der Mädchenschule ohne starke finanzielle Stütze nicht verantworten zu können und bat um eine einmalige Gabe von 50 000 M. Gelang es auch nicht, diese Summe ganz aufzutreiben, so konnte der sehr rührige Schatzmeister des Lyzealvereins immerhin in wenigen Tagen die sehr stattliche Summe von über 35 000 M. aus einer Sammlung zusammenbringen und damit der berechtigten Forderung des Brudervereins zum größten Teil Genüge leisten.

Immer neue Unruhe schafft die evangelische Pastorenschaft. Von der Wahlniederlage des polenfreundlichen Pastors Falzmann bei der Lodzer St. Johannesgemeinde war hier schon die Rede, nachzutragen bleibt noch, daß Generalsuperintendent Bursche auf einer großen Gemeindeversammlung in Lodz auf die Frage, weshalb das Konsistorium den deutschfreundlichen Pastor Gerhardt nicht zur Wahl zugelassen habe, geantwortet hat, dieser könne nur schlecht polnisch, eine Anschuldigung, die keineswegs den Tatsachen entspricht, da Pastor Gerhardt jahrelang als Stadtverordneter sogar polnischer Sprecher der deutschen Fraktion war. Auf dieser Versammlung wurde übrigens Herr Bursche mehrfach mit dem Ruf „Masurenkönig" begrüßt, ein Ehrentitel, zu dem man ihn nach seiner antideutschen Masurenpropaganda in Ostpreußen nur beglückwünschen kann. Übrigens hat Herr Bursche mit seiner Polenfreundlichkeit jetzt auch schon die katholischen Herren vom Obersten Polnischen Volksrat in Posen eingeseift, denn nur auf ihn ist das Dekret dieser Diktatoren zurückzuführen, das die Posener evangelisch-unierten Gemeinden zwangsweise dem in kirchlichen Fragen scharf orthodoxen evangelisch-augsburgischen (lutherischen) Konsistorium in Warschau unterstellt. Die Posener und ebenso die westpreußischen Gemeinden, die in Zukunft zu Polen kommen werden, haben im Gegensatz hierzu auf das allerdeutlichste erklärt, daß sie auch nach ihrem Ausscheiden aus dem deutschen Staatsverband bei der preußischen Landeskirche verbleiben wollen.

Im polnischen Reichstag haben die beiden deutschen Abgeordneten Wolf und Spickermann bei der entscheidenden Abstimmung zur Agrarreform erfreulicherweise für die zahlenmäßige Beschränkung des Großgrundbesitzes gestimmt und damit den Kompromißantrag der Regierung, die Entscheidung hierüber der Zukunft zu überlassen, zu Fall gebracht. Die Abstimmung ergab das bemerkenswerte Resultat von 183 : 182 Stimmen, der Regierung war somit das Mißtrauen ausgesprochen worden. Die Folge hiervon ist eine noch jetzt ungelöste polnische Ministerkrise, innerhalb welcher vorerst der Finanzminister Karpinski durch den bekannten früheren österreichischen Finanzpolitiker Bilinski ersetzt wurde. Bilinski gilt als wenig ententefreundlich, eine Tatsache, die zwar noch nicht auf große Deutschfreundlichkeit schließen läßt, die aber immerhin nicht ohne Bedeutung sein wird.

Inzwischen ist der Friedensvertrag von Polen nach einer großen Reichstagsrede von Paderewski mit großer Mehrheit

Digitized by Google

von der verfassunggebenden Nationalversammlung in Warschau ratifiziert worden. Alle Redner waren sich über die für Polen „sehr drückenden Bestimmungen wegen der Internationalisierung der Weichsel und des unter dem Schutz des Völkerbunds stehenden Minderheitsschutzes" einig. Als Vertreter der Deutschen sprach der Abgeordnete Wolf und erklärte, daß die Deutschen Kongreßpolens an der Aufnahme dieser Bestimmungen vollkommen unschuldig seien. Sachlich ist hier übrigens leider hinzuzufügen, daß diese Minderheitsbestimmungen dem Wortlaut der abgeschlossenen Verträge nach für die deutsche Minderheit in Kongreßpolen nicht gelten werden, vielmehr nur auf die abzutretenden bisher preußischen Gebiete Anwendung finden sollen. Die Mitte August in Berlin eingeleiteten polnisch-deutschen Verhandlungen werden hier hoffentlich Besserung bringen, man hat von interessierter Seite den sehr zweckmäßigen Vorschlag gemacht, durch Vereinbarung die Bestimmungen über den Minderheitsschutz gleichzeitig auf die Deutschen in Kongreßpolen und die auch nach der Abtretung bei Deutschland verbleibenden Polen auszudehnen. hg.

Einem uns zur Verfügung gestellten Privatbriefe aus Polen entnehmen wir, daß Ende Mai eine politische Versammlung der Deutschen in Lodz stattfand, bei der die beiden deutschen Abgeordneten Spickermann und Wolff Bericht erstatteten. Allzu viel Günstiges konnten sie nicht mitteilen. „Der Bericht der beiden Abgeordneten hat uns keine Herzenserleichterung gebracht, zeugte er doch von unserer Schwäche". Die besondere Stellung der beiden deutschen Abgeordneten 307 polnischen Abgeordneten gegenüber brachte es mit sich, daß sie bei den Verhandlungen selbst wenig auftreten konnten, dagegen wurden sie, ihren Mitteilungen zufolge, bei der Behandlung von Einzelfällen in den Ministerien stets zuvorkommend behandelt. Freilich bestehe gegen die Deutschen ein tief eingewurzeltes Mißtrauen, das nur die Zeit beseitigen könne. Die Regierung nehme es aber ernst mit ihrer Absicht des Schutzes der Minderheiten. Wo Entgleisungen vorgekommen seien, seien Beamte daran schuld, die Mißgriffe begangen hätten und ihre Obliegenheiten falsch auffaßten. Aus der Versammlung heraus wurde vorgeschlagen, ein Reklamationsbüro für die beiden Abgeordneten einzurichten, und der Vorschlag einer solchen Beratungs- und Beschwerdestelle fand auch viel Beifall, so daß an seine Verwirklichung gedacht werden wird.

Baltikum

Unklar und verworren ist noch immer die politische Lage im Baltikum. Sicher ist, daß der Ministerpräsident Ulmanis vollkommen unter der Führung der Militärmission der Alliierten steht. Die Baltische Landeswehr, aus der alle reichsdeutschen Mitglieder ausscheiden mußten, ist unter den Befehl eines englischen Obersten gestellt worden, der einen baltisch-deutschen Stabschef hat. Ob sie unter diesem Oberbefehl schon besonders in Tätigkeit getreten ist, läßt sich zurzeit nicht feststellen. Es ist auch unklar, wie stark die Truppe ist und was für Elemente ihr noch angehören. Gerade das aber spielt eine große Rolle, denn die Engländer, Franzosen und Amerikaner haben zurzeit keinerlei Truppen im Baltikum, und die lettischen Truppen selbst, die der Regierung Ulmanis zur Verfügung stehen, sind wohl wenig zuverlässig. So verlautet, daß der englische Kommandeur von Libau die Baltische Landeswehr gebeten habe, ihm Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Libau zur Verfügung zu stellen, daß dieses Gesuch aber abgelehnt worden sei. Der ehemalige Befehlshaber der Landeswehr, der von seinen Leuten vergötterte deutsche Major Fletcher, ist am 24. Juli einer Mitteilung der (aus Papiermangel übrigens jetzt auf dickem braunen Packpapier gedruckten) „Mitauschen Zeitung" zufolge von Tuckum, dem jetzigen Standort der Baltischen Landeswehr, abgefahren. Sein Nachfolger ist Baron Georg Taube geworden.

Vor Libau liegen noch immer nichtabtransportierte deutsche Truppen und in Mitau scheinen sich noch recht beträchtliche Gruppen deutscher Truppen aufzuhalten, die inzwischen allerdings großenteils in das Detachement Graf Keller eingetreten sind. Man sieht jetzt in Deutschland sogar Urlauber, die auf ihrer feldgrauen Mütze das Zeichen dieses Detachements, das griechische Kreuz mit dem schiefen Doppelbalken, tragen. Diese Truppe des Detachements Graf Keller soll anscheinend von der Entente zum Kampf gegen die Bolschewisten verwendet werden.

Nachdem die Entente die Rechte der deutschen Soldaten auf den Erwerb der Siedlungsmöglichkeit zum Entgelt für die Bekämpfung des Bolschewismus als ungültig erklärt hat, haben sich im Mitauischen Klub am 27. Juli Vertreter von 10 000 derartiger Siedlungssoldaten versammelt und haben an die deutsche Gesandtschaft die dringende Bitte gerichtet, ihre wohlerworbenen Rechte auf die lettländische Staatsangehörigkeit, auf Lebens- und Erwerbsmöglichkeit und auf die Überweisung des von den Großgrundbesitzern zugesagten Siedlungslandes auf das energischste bei der lettländischen Regierung zu unterstützen. Die Soldaten hätten mit ihrem Blute Kurland der lettländischen Regierung erst zurückerobert und hätten das nur im Vertrauen auf das feierliche Versprechen der lettländischen Regierung getan. Sie forderten nun Treue um Treue und hofften auf eine Klärung, die die gefährliche Erregung in ihren Reihen beende. Die Gesandtschaft überreichte die Resolution dem Ministerpräsidenten Ulmanis und schlug ihm vor, eine Deputation der deutschen Soldaten zu empfangen.

Dieser Bitte zu entsprechen lehnte der Minister des Äußern, Meyerowitz, ab, weil kein Vertrag über die Einbürgerung deutscher Kämpfer vorliege. Auch ein moralischer Anspruch sei nicht vorhanden, denn die deutschen Truppen hätten weder Lettland Hilfe gewährt, noch die Lettische Regierung unterstützt. Die deutschen Großgrundbesitzer aber hätten gar kein Recht gehabt, ein Drittel ihres Landes den Deutschen zu versprechen, und mit einem solchen Versprechen, das ohne Ermächtigung der lettischen Regierung erfolgt sei, nur „strafbaren Betrug" verübt.

Der lettische Minister des Äußern ist kühn und scheint seine Archive nicht zu kennen, sonst müßte er darin einen Vertrag vom 29. Dezember 1918 finden, in dem für die deutschen Soldaten, die mindestens vier Wochen im Kampf gegen die Bolschewisten stehen würden, das lettische Staatsbürgerrecht ausdrücklich zugesagt worden ist. Die einzelnen Soldaten haben als Privatpersonen den Vertrag mit der lettischen Regierung abgeschlossen, sodaß also auch die Berufung auf den Friedensvertrag und seinen § 292 recht unwirksam erscheint. Immerhin ist zu befürchten, daß die deutschen Soldaten sich mit diesem Bescheid des lettischen Ministers des Äußern nicht zufrieden geben werden und daß es vielleicht in Lettland über diesen Rechtsbruch zu recht unangenehmen Folgeerscheinungen kommen wird.

Daß im übrigen die lettische Regierung inzwischen mit strengen Verboten gegen die deutschen Zeitungen vorgeht, beweist wie wenig sie gewillt ist, unparteiisch ihres Amtes zu walten. Die Rigasche und die Mitausche Zeitung sind eben so wie eine russische Zeitung, die in Riga erschienen und den Anschluß an ein Groß-Rußland verfocht, untersagt worden, ferner ist die Verbreitung der in Berlin herauskommenden „Baltischen Blätter" und der Soldaten-Zeitung des 6. Armee-Korps, „Die Trommel", verboten worden. Ja der deutsche Buchhändler in Riga, Gustav Loeffler, einer der bekanntesten Verleger des Baltikums, wurde

Digitized by Google

auf administrativem Wege mit 14 Tagen Gefängnis bestraft, weil er die letzteren Zeitungen in seinem Laden verkaufte, noch ehe sie verboten worden waren. Diese Tatsachen eröffnen wenig günstige Aussichten auf eine friedliche Zusammenarbeit der Nationalitäten in Lettland.

Eine Pressemitteilung, wonach der frühere Führer der deutschen Truppen im Baltikum, Graf von der Goltz, dem Admiral Koltschak seine Dienste angeboten habe, wird von dem erwähnten Führer selbst gründlich dementiert. Unter diesen Umständen erübrigt sich auch, auf die Mitteilung im englischen Unterhause einzugehen, wonach Graf von der Goltz den Posten als Stabschef des bisher dem Grafen unterstellten Fürsten Lieven bekleide. Fürst Lieven hatte bisher die russische Abteilung in der lettischen Landeswehr. Der Graf erklärt, er werde nach Erfüllung seiner Aufgaben mit seinem Korpsstabe nach Deutschland zurückkehren.

Auf die Anfrage des demokratischen Abgeordneten Prof. Herrmann (Posen) über das Baltikum (vergl. „Mitteilungen" Nr. 8, S. 274) antwortete der Reichsminister des Auswärtigen Müller in der Sitzung der Nationalversammlung vom 23. Juli 1919 folgendes:

„Ein Beschluß, das Baltikum von deutschen Truppen zu räumen, wurde bereits von dem früheren Kabinett gefaßt. Wenn die Räumung tatsächlich bisher nur teilweise erfolgt ist, so war daran nicht allein die Schwierigkeit des Abtransportes schuld, sondern auch die ungeklärte politische und militärische Lage und, damit zusammenhängend, die Sorge um Leben und Eigentum der deutschen Bevölkerung jener Gegenden. Jetzt ist dort eine neue provisorische lettische Regierung gebildet, der von den alliierten Regierungen Waffen und Munition geliefert wurden. Englische Generale und Gouverneure haben in militärischen Fragen bestimmenden Einfluß. In einer Note vom 6. Juli haben wir, damit sich der Abtransport der Truppen in Ordnung in geschlossenen Verbänden vollziehen kann, wegen der Räumung um eine Verständigung über örtliche Vereinbarungen zwischen der deutschen Heeresleitung, der lettischen Regierung und der alliierten Kommission ersucht. Die Verhandlungen über die völlige Räumung sind also im Gange. Die Regierung hat ganz unzweideutig erklärt, daß sich die Räumung Lettlands so schnell als möglich zu vollziehen hat.

Im Baltikum steht neben reichsdeutschen Truppen die baltische Landeswehr. Von den Freiwilligen, die in jenen Gegenden kämpften, hatten sich viele in der Hoffnung auf Ansiedlung anwerben lassen. Die frühere lettische Regierung, die übrigens noch am 23. Mai gebeten hatte, die reichsdeutschen Truppen noch für einige Zeit in Lettland zu lassen, hatte fremdstaatlichen Heeresangehörigen, die mindestens vier Wochen für die Befreiung des Gebiets des lettischen Staates tätig waren, durch Vertrag vom 29. Dezember 1918 das volle Staatsbürgerrecht zu gewähren versprochen. Dadurch sollte diesen Freiwilligen die Ansiedlung ermöglicht werden. Die derzeitige lettische Regierung erkennt diese Rechte nicht an, sie stützt sich dabei auf den Friedensvertrag, nach welchem alle Verträge und Abmachungen zwischen Deutschland und den Staaten, die früher zum russischen Reiche gehört haben, hinfällig geworden sind. Das ist für viele Freiwillige eine schmerzliche Enttäuschung. Wir haben aber keine Möglichkeit, diese Mitglieder der baltischen Landeswehr in ihren Forderungen nach dem versprochenen Siedlungsland mit Erfolg zu unterstützen. Leider sind bis vor kurzem noch von Werbebureaus Freiwillige mit Aussicht auf Ansiedlung in Deutschland geworben worden, obwohl das Kabinett bereits am 5. Mai beschlossen hat, daß Inserate zwecks Aufforderung zum Beitritt in die baltische Landeswehr nicht mehr geduldet werden sollen.

In die inneren politischen Verhältnisse Lettlands wird sich die Regierung, wie das ganz selbstverständlich ist, in keiner Weise einmischen. Sie ist der Auffassung, daß dadurch die Basis für ein freundschaftliches und friedliches Verhältnis zum lettischen Volke geschaffen und damit auch den in jenen Gegenden wohnenden schutzbedürftigen deutschen Minderheiten auf die Dauer am besten gedient sein wird.

Wir hoffen, daß sich zu dem entsprechenden litauischen Staatswesen, dessen Bildung von uns gefördert wurde, gute Beziehungen erhalten lassen. Übergriffe deutscher Truppenteile, die nicht mehr in der Hand der Führer waren, werden von uns aufrichtig bedauert. Auch das litauische Gebiet wird schleunigst von uns völlig geräumt werden."

Finnland

In der finnischen Zeitschrift „Suomi-Finnland" veröffentlicht der Finne Jarl Hemmer ein Gedicht auf Deutschland, das der Pfarrer der deutschen Gemeinde in Helsingfors, Pastor Israel, ins Deutsche übersetzt hat. Wir übernehmen diese Uebersetzung der ausgezeichneten Zeitschrift „Aus dem Ostlande":

„Die Ehrenpforte"

(Zur Heimfahrt der deutschen Truppen.)

Vergiftet von züngelnder Schlangen Stich
Und krank und müde zum Tod,
Verdammt er trostlos sein eigenes Ich,
Zerfleischt sich in wilder Not. —
So schwach ist er nun, unser starker Freund,
Des Herzblut die Erde trank.
Doch einen gibt's, ist die Welt auch feind,
Der faßt seine Hand zum Dank.

Jetzt sausen die Pfeile hageldicht
Auf den geplünderten Mann.
Und Dornen zum Totenkranze flicht
Ihm eisiger Haß und Bann. —
Doch schau in den fernen Norden hinaus:
Was immer der Flucht sonst lügt;
Dort tut eine Ehrenpforte sich auf,
Aus Finnlands Föhren gefügt.

Die Pforte ist zwar eng und gebückt,
Und spricht ihre Sprache doch
Von Sang umrauscht, von Blumen geschmückt,
Zieh'n durch das niedrige Joch
Verschmähte Krieger, die manchem Land
Gehoben der Knechtschaft Stein.
Wer war's, der den Wert ihrer Taten verstand?
Unser kleines Volk allein!

Wir dachten an unsre Dankespflicht
Und wie die Rettung geschehn,
Den Krämerseelen glichen wir nicht,
Die in dem Winde sich drehn.
So sei es vor aller Welt bekannt:
Hier steht im Norden ein Mann,
Der dankt dem zermarterten deutschen Land
Und anders nicht will und nicht kann.

Dänemark

Ein dänischer Sportsverein hatte ein internationales Sportsfest ausgeschrieben und auch den Charlottenburger Sportklub dazu eingeladen. Die Deutschen kamen auch, aber die englische Sportsbehörde erließ ein Startverbot für die deutschen Wettbewerber, obgleich englische Teilnehmer gar nicht gemeldet waren. Zwar traten die Finnen und Schweden für die Deutschen ein und wollten bei Aufrechterhaltung des Boykotts gleichfalls vom Wettbewerb zurücktreten, aber die Dänen blieben bei ihrer Weigerung, und so mußten die Kämpfer unverrichteter Dinge wieder nach Charlottenburg zurückkehren. Auch dieses Beispiel eröffnet tiefere Einblicke in die Lage des Deutschtums im Auslande als hundert politische Vorlesungen und Zeitungsartikel.

Digitized by Google

Holland

Merkwürdige Nachrichten verbreiten deutsche Sportszeitungen aus Holland. Darnach soll der Niederländische Fußballbund, der schon kürzlich eine ähnliche Strafe ausgesprochen habe, neuerdings einen Trainer bestraft haben, weil er sportliche Beziehungen mit einer deutschen Fußballmannschaft habe anknüpfen wollen. Ein Jahr Disqualifikation soll ausgesprochen worden sein, und eine Reihe von Spielern, die in Deutschland auf Gastspielreisen weilten, soll mit kürzeren Strafen belegt worden sein. Es klingt kaum glaublich. Wir leben doch im Frieden mit Holland und es ist doch ein sozusagen neutrales Land. Man sollte diesen sportlichen Dingen in Deutschland keine zu geringe Bedeutung beimessen, denn sie spielen eine besonders wichtige Rolle in der Stimmung breiter Kreise.

Belgien

Der belgische Kriegsminister hat der deutschen Waffenstillstandskommission mitteilen lassen, daß in Erwartung der Aufhebung der Zensur Anweisungen erteilt worden sind, damit die deutschen Staatsangehörigen, deren Eigentum unter Zwangsverwaltung gestellt wurde, ermächtigt werden, mit ihren Zwangsverwaltern zu korrespondieren. Damit wird die Gelegenheit geschaffen werden, wenigstens Klarheit über die Angelegenheiten der Deutschen in Belgien zu bekommen, die bis jetzt in so wichtigen finanziellen Angelegenheiten nicht zu schaffen waren.

Den belgischen Aeußerungen über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland fügen wir noch die folgende hinzu, die in der Zeitschrift: „Anglo-Belgian Export" zu finden ist:

„Rechnen die Alliierten vielleicht auf die Sentimentalität der Belgier und erwarten sie von uns, daß wir von den Mordbrennern von Löwen, Dinant, usw. nichts kaufen? Vor einigen Wochen noch rechneten auch wir darauf, wie so ziemlich jedermann.

Aber seit der Besprechung des Friedensvertrags und dem Eintreffen deutscher Waren unter englischer Marke haben wir diese Illusion fahren lassen. Denn, gute englische Freunde, prägt's Euch gut ins Gedächtnis: uns Belgiern ist nichts mehr zuwider als für Simpel gehalten zu werden. Und unsere Entrüstung darüber, daß wir zum Narren gehalten werden, wird unsern Abscheu vor den „boches" besiegen, um so mehr, wenn wir uns die folgende Berechnung vor Augen halten: Für Waren, die wir mit einem Pfund Sterling bezahlen — 20 Schilling gleichwertig mit 20 Mark berechnet — müssen wir in England 30 Franks bezahlen, in Deutschland aber nur 15 Fr. In Deutschland bekommen wir also für dasselbe Geld zweimal so viel Waren. Ihr begreift also doch wohl, daß wir lieber direkt bei den „boches" einkaufen.

Fügt man zu diesen Vorteilen noch die Erbitterung der belgischen Händler darüber, daß unsere Nachbarn und Bundesgenossen die Handelsbeziehungen mit Deutschland wieder angeknüpft haben und . . . . Ihr werdet den Rest begreifen."

Spanien

Dafür, daß trotz aller Feindseligkeit der Welt rings um uns herum das Interesse für die deutsche Literatur in Spanien nicht erloschen ist, bringt die Zeitschrift „Spanien" einen Beweis. Sie berichtet, daß um die Jahreswende eine wortgetreue Übersetzung von Hebbels Judith aus der Feder von Ramón Maria Tenreiro erschienen sei, die eine überaus wohlwollende Besprechung in der Presse fand. Auch in den literarischen Beilagen der Tageszeitungen fänden sich des öftern Hinweise auf die deutsche Literatur. Als Beispiel für spanische Übersetzungskunst gibt die Zeitschrift vier Gedichte von Flaischlen und Dauthendey wieder, die Francisco A. de Icaza in dem politisch uns wirklich nicht freundlich gesinnten „Sol" veröffentlichte, und die er mit ein paar feinsinnigen Bemerkungen über die schlichte Musik des Rhythmus, die gemütstiefe Deutschheit des Inhalts und die wohltuende Knappheit der Worte einleitete.

Frankreich

Es wurde sogar eine amtliche Wolff-Mitteilung für würdig befunden und in der gesamten deutschen Presse wiedergegeben, daß im Tuilerienpark zum ersten Male wieder Wagner gespielt worden sei. Eine ungeheure Menschenmenge habe die Meistersinger-Ouvertüre sich angehört und großen Beifall gespendet. Ja, es geschehen Zeichen und Wunder! In Deutschland hat man auch während des Krieges nie aufgehört, Carmen und selbst französische Schwänke zu spielen!

England

Auch in England beginnt man die Kriegspsychose etwas abzubauen. Bonar Law hat im Unterhause erklärt, die Regierung habe beschlossen, ihre Kontrakte mit Staatsbeamten feindlicher Abstammung, die eine dauernde Stellung einnehmen und an deren Loyalität keine Zweifel bestehen, nicht zu brechen.

Am 2. Juli hat der Ausschuß zur Behandlung des Fremdengesetzentwurfs sich gegen die Regierung, die diese Materie im Wege der Verordnung regeln wollte, mit nur 14 gegen 12 Stimmen für folgende Fassung entschlossen:

„Alle sich zurzeit noch im Vereinigten Königreich aufhaltenden Angehörigen bisher feindlicher Staaten sind unverzüglich auszuweisen, falls sie nicht binnen eines Monats nach Annahme dieses Gesetzentwurfs beim Staatssekretär in vorgeschriebener Form Sondererlaubnis beantragt und nach entsprechender Prüfung erhalten haben."

Die geringe Mehrheit, die nach längerer Debatte für diese rigorose Maßnahme zu haben war, zeigt deutlich, daß gewichtige Gründe gegen sie vorgebracht wurden. Insbesondere betonte Kenworthy, daß mit Unterzeichnung des Friedens die allgemeine Situation verändert sei und sich der Wunsch rege, alle Ursachen für künftigen Völkerhaß zu vermeiden. Sir John Butcher, einem besonderen Verfechter des Antrages, dem die Regierung in der Frage der Internierung während des Krieges noch zu lau war, und Sir Herbert Nield, der auf „das gefährliche deutsche Element in London-Ost" hinwies, wurde entgegengehalten, daß dieses gefährliche Element in Wirklichkeit weit mehr aus russischen und polnischen Juden als aus Deutschen bestünde. Überhaupt hätte die Regierung alle Ursache, England in erster Linie gegen russische Staatsangehörige abzusperren, da erwiesenermaßen von bolschewistischen Agenten mit reichlichen Geldmitteln englische Sozialisten bestochen und aufgereizt würden.

Am 16. Juli wurde die Beratung der Aliens Bill fortgesetzt. Ein Antrag Lowther: „Kein Angehöriger bisher feindlicher Staaten soll für die Zeit eines Jahres nach Annahme dieses Gesetzentwurfs auf dem See- oder Luftwege im Vereinigten Königreiche landen oder ohne Erlaubnis des Staatssekretärs in ihm verbleiben dürfen", wurde im Wege des Kompromisses mit dem wiederum zur Verschärfung hetzenden und eine Ausschließungsfrist von 3 Jahren verlangenden Nield unter Abänderung auf 2 Jahre mit 11 zu 7 Stimmen angenommen. Es ist nicht zu verkennen, daß der Entwurf in dieser Form immerhin schon eine wesentliche Konzession an den gesunden Menschenverstand bedeutet, von dem die früheren Anträge (vergleiche „Mitteilungen" Jahrgang II Nr. 8, Seite 261!) noch rein gar nichts enthielten.

Weitere Anträge vom 16. Juli verlangen, Angehörigen bisher feindlicher Staaten künftighin keinerlei öffentliche Ämter (in Staatsrat, Parlament, Regierungs-, Kommunal-, Zivil- und Gerichtsdienst) mehr zu übertragen, ferner weitgehende Einschränkung der Möglichkeit der Namens- und Firmenänderung. Ausnahmen können von allen diesen am 2. und

Digitized by Google

16. 7. geforderten Bestimmungen zugestanden werden. Sie unterliegen der Veröffentlichung in der „London Gazette".

Sehr sympathisch berührte während des ganzen Verlaufs der Verhandlungen die bemerkenswert gemäßigte und versöhnende Haltung des bereits oben erwähnten Commanders Kenworthy. Er beantragte, daß Staatsfremde, die mit britischen Untertanen verheiratet sind, in keinem Falle lediglich wegen ihrer Nationalität ausgewiesen werden sollen und brach eine Lanze für das politische Asylrecht. Wenn es ihm auch nicht gelang, eine darauf bezügliche Klausel durchzubringen, zwang er dem Minister des Inneren doch die Zusicherung ab, daß „respectable" politische Flüchtlinge auch ohne gesetzliche Garantie in Zukunft des Schutzes der Regierung gewiß sein könnten. Eine grundsätzliche Bindung wurde abgewiesen, um gegen unerwünschte Personen, besonders Bolschewisten, freie Hand zu behalten.

Die geringe Mehrheit, die an beiden Verhandlungstagen für den Gesetzentwurf aufgebracht werden konnte, läßt hoffen, daß in absehbarer Zeit nüchterne Erwägung auch in London sich mehr und mehr durchsetzen wird, wenn auch vorläufig ein Teil der Presse die beabsichtigten deutschfeindlichen Maßnahmen noch zu lahm findet. In ironischem Tone zieht zum Beispiel „The Globe" vom 2. August gegen die Möglichkeit, von der Ausweisung und dem Einwanderungsverbot in besonders begründeten Fällen Dispens erhalten zu können, zu Felde. Er schreibt: „Offenbar soll hierzulande unseren feindlichen Freunden alles so gut wie nur möglich vorbereitet werden. Selbstverständlich werden sie angehalten, vor Rückkehr zu ihrer friedlichen Tätigkeit des Wettbewerbs mit der heimischen Industrie ein Formular zu unterschreiben, durch das sie natürlich in ihrer ganzen künftigen Laufbahn streng gebunden sind. Da sie sich bisher ihrer Wahlheimat als so ausnehmend loyale Bürger gezeigt haben, kann eine vernünftige Regierung ja kaum mehr von ihnen verlangen. Die braven Deutschen und Österreicher werden also zurückwandern zu den Stätten, von denen unsanfte Hände sie während des Krieges früher oder später, meist später, weggeschleppt hatten, oder aber neue Wälder und Weiden aufsuchen. Auf alle Fälle wird ihnen unser freundliches Ministerium ein weites Feld wirtschaftlicher Tätigkeit schaffen und in dieser besten aller Welten das allerbeste tun für — den braven Deutschen."

Vorstehende Ausführung wurde offenbar veranlaßt durch die um die Monatswende Juli—August vom englischen Minister des Innern gegebene Mitteilung, daß bis jetzt 11 750 deutsche Staatsangehörige die Erlaubnis erhalten hätten, dauernd in England zu bleiben.

In diesem Zusammenhange sei noch kurz erwähnt, daß im Laufe der Debatte vom 2. Juli auch die uns sehr interessierende Frage nach der Zahl der noch auf freiem Fuße in England lebenden Deutschen gestellt wurde. Zur Zeit der Waffenstillstandsverhandlungen im November 1918 sollen es deren 21 000 gewesen sein, von denen laut Auskunft des Staatssekretärs des Innern „eine ganze Anzahl" nach Hause geschickt wurden. Da nach „Times" vom 1. August zurzeit noch 5785 deutsche Männer und 5965 deutsche Frauen uninterniert in England leben, ergibt sich, daß diese „ganze Anzahl" der seither Vertriebenen etwa 10 000 beträgt. In Internierungslagern befinden sich nach gleicher Quelle noch 3256 Deutsche.

A. M.

Eine deutschfeindliche Kundgebung, die sich gegen die deutsche Beteiligung an englischen Rennen richtet, fand laut „The Yorkshire Post" vom 16. Mai d. J. anläßlich der Tagung des englischen Jockey-Klubs am 7. Mai d. J. statt.

Lord Jersey brachte eine Resolution ein des Inhalts, daß das Registry Office bis auf weiteres für Rennen nach den Bestimmungen des Jockey-Klubs keine Anmeldungen von Pferden annehmen dürfe, die sich im Besitze deutscher, österreichischer, ungarischer, bulgarischer oder türkischer Eigentümer befinden oder an denen solche Staatsangehörige mit irgendwelchen Interessen beteiligt sind.

Bei Anmeldung in das Zuchtbuch soll bei Pferden aus dem Eigentum der genannten Staatsangehörigen, seien die Pferde nun in den betreffenden Ländern gezüchtet oder von dort importiert, dem Diebstahl, der an belgischen Pferden begangen worden sei, besondere Beachtung zugewendet werden und sollen alle aus Deutschland kommenden Zertifikate hinsichtlich ihrer Richtigkeit mit großem Mißtrauen behandelt werden.

Lord Jersey beruft sich nämlich zur Begründung seines Antrags auf einen Bericht des belgischen Jockey-Klubs über die Konfiskation belgischer Rennpferde von seiten der deutschen Okkupationsbehörden. Die Deutschen hätten Pferde nicht nur für Militärzwecke weggenommen, sondern auch zu Zucht- und Rennzwecken und hätten sie nach Deutschland geschickt. Bei diesen Pferden jedoch fehlten ihnen die Papiere, und es sei nun vergebens, insbesondere auf Veranlassung des Union-Klubs in Berlin, nach diesen Papieren geforscht worden. Als auch ein Durchsuchen der Räume des belgischen Jockey-Klubs ergebnislos verlief und der belgische Jockey-Klub auf der Verweigerung der Herausgabe der Papiere beharrte, habe man den Starter des Klubs, einen Engländer über 50 Jahre, nach Deutschland gebracht, um so einen Druck auf die belgischen maßgebenden Stellen auszuüben. Auf ein Gesuch an den Berliner Unionklub, die Freilassung des Starters zu erwirken, habe der belgische Jockey-Klub von dort die Mitteilung erhalten, dies habe zur Voraussetzung, daß die Papiere einer wertvollen Stute, die ein Prinz in seinen Privatrennstall übernommen habe, herausgegeben würden. Da der belgische Klub darauf nicht einging, sei der Starter auch nicht freigelassen worden.

Durch dieses Verhalten habe sich der Unionklub in Berlin, so führt Lord Jersey aus, mit der Politik des Raubens und Stehlens ausdrücklich einverstanden gezeigt und er habe sich damit in den Augen aller anständigen Leute unmöglich gemacht. Mit derartigen Organisationen und den Angehörigen eines Landes überhaupt, in dem solche Vereine den maßgebenden Einfluß auf den Rennsport haben, sei ein Zusammenarbeiten für den Klub ausgeschlossen, dessen Hauptaufgabe es sei „turf morality", Sitte und Anstand im Rennsport, hochzuhalten.

Die Resolution hatte früher bereits der belgische Jockey-Klub gefaßt; sie wurde in der Versammlung des englischen Klubs nach der Rede Lord Jerseys auch von Hedworth Meux begründet und von den Anwesenden angenommen. Einen gleichen Beschluß soll das „National Hunt Comittee" in seiner Versammlung vom 12. Mai gefaßt haben.

Wie uns der Union-Klub in Berlin dazu mitteilt, hat er sofort die hier gegen ihn ausgesprochenen Anschuldigungen als nicht der Wahrheit entsprechend in einem Schreiben an den englischen Jockey-Klub unter Richtigstellung des Sachverhalts zurückgewiesen.

Es haben hiernach Eintragungen belgischer Pferde in das Zuchtbuch des Klubs während des Krieges nur auf Grund ordnungsgemäß vom belgischen Jockey-Klub ausgestellter, gestempelter und signierter Papiere stattgefunden; eine Eintragung von requirierten belgischen Pferden, deren Papiere nicht vorhanden waren, ist in keinem Fall vorgekommen. Zur Erlangung fehlender Papiere hat der Klub auch nie irgend einen Druck auf den belgischen Jockey-Klub ausgeübt. Was die Sache des zivilinternierten englischen Starters des Klubs angehe, so handele es sich lediglich um einen privaten Briefwechsel zwischen dem Sekretär des belgischen Jockey-Klubs und einem Angestellten des Union-Klubs. Dieser letztere habe sich auf Ersuchen des Sekretärs des belgischen Jockey-Klubs aus persönlicher Liebenswürdigkeit bemüht, durch pri-

Digitized by Google

vate Beziehungen die Freilassung des Starters zu erreichen, die Schaffung der fehlenden Papiere zweier requirierter Pferde habe er dabei dem Sekretär — rein privatim und nicht für Zwecke des Klubs — nahegelegt, weil er hoffte, damit zugunsten des Starters etwas erreichen zu können.

Nach Darlegung des Sachverhalts durch den Union-Klub dürfte Lord Jersey seine Behauptungen wohl richtigzustellen und seine Anklage zurückzunehmen haben, daß der deutsche Klub eine Politik des Raubens und Stehlens mitgemacht habe und keine Gewähr dafür biete, „turf morality", Sitte und Anstand im Rennsport, hochzuhalten.

Den „Daily News" entnimmt die „Deutsche Zeitung" eine bemerkenswerte Aeußerung über den deutschen Gesang: „Deutschland, Deutschland über alles". „Kein Zweifel", sagt das englische Blatt, „daß dies Lied während des Krieges von deutschen Soldaten mit Jingogedanken gesungen wurde, aber das raubt dem Gedicht nicht seinen echten Ausdruck einer stillen und gemütstiefen Vaterlandsliebe. Nach Ansicht des Einsenders der Uebersetzung haben wir kein vaterländisches Gedicht, das sich mit diesem vergleichen ließe". Die Daily News bringt auch die Uebersetzung eines Oxforder Gelehrten, „um die Vielen zu belehren, die nicht glauben wollen, daß „Deutschland über Alles" kein angriffslustiger und bombastischer Gesang ist. Die erste Strophe des Gedichtes lautet in der englischen Uebersetzung:

„Germany our dearest object, dearest in the world shall be,
If for hearth and home we Germans hold together brotherly;
From Yemen east to western Meuse, from southern Alp to
northern sea,
Germany our dearest object, dearest in the world shall be".

Vereinigte Staaten von Nordamerika

Der Krieg ist zu Ende, das Deutsch-Amerikanertum kann sich wieder etwas freier regen und es machen sich schon Bestrebungen geltend, die davon Kenntnis geben, daß das Gefühl deutschen Ursprungs und deutscher Zusammengehörigkeit in den Deutschen Amerikas nicht völlig erstorben ist. Die „Frankf. Ztg." meldet aus New York, daß die Deutsch-Amerikaner dort und in anderen Städten, wie in Chicago, Cincinnati und Cleveland, Massenversammlungen abhalten, um Geld zur Durchführung einer Hilfsaktion für Deutschland und Österreich aufzubringen. Der Finanzmann Speyer erklärte, man müsse mindestens 40 Millionen Dollar zusammenbringen. Ein Hauptausschuß für das Unternehmen ist bereits gebildet worden, und örtliche Organisationen sind überall im Entstehen begriffen. Die „Basler Nachrichten" melden dazu, 700 Mitglieder der deutschen Gesellschaft „Liederkranz" hätten sich am 25. Juli zum ersten Male seit Kriegsausbruch in New York wieder versammelt und hätten die Organisation der Kampagne beschlossen. Der frühere Vertreter von St. Louis, Barthold, der Bankier Speyer, Viktor Ritter von der New Yorker Staatszeitung und Karl Schultz werden als führende Köpfe genannt.

Nach einer Mitteilung des „Journal of Commerce" vom 13. Juli dürfen wieder deutsche wissenschaftliche Werke und Zeitschriften in Amerika eingeführt werden, doch wird die Einfuhrerlaubnis erst erteilt, wenn der Käufer nachweist, daß die betreffende Kaufsumme für den Ankauf von Nahrungsmitteln für Deutschland durch Hinterlegung verfügbar gemacht wird.

Die „Times" melden aus New York, daß seit dem 1. Juli 32 Verleger der Vereinigten Staaten auf Grund des noch bestehenden Kriegszustandes um Genehmigung zur Wiederherausgabe von Zeitungen in deutscher Sprache nachgesucht hätten. Es scheint also doch, daß das deutsche Leben in den Vereinigten Staaten unter den Zwangsmaßnahmen der Amerikaner nicht ganz zu Grunde gerichtet worden ist und daß das deutsche Gefühl wieder erwacht.

Im Staate Texas, so berichten die amerikanischen Blätter, strich die Staatslegislatur aus der Bewilligungsvorlage für das Erziehungswesen den Abschnitt, der den deutschen Unterricht an der Universität von Texas verbieten sollte. 2000 Dollar für einen Lehrer der deutschen Sprache wurden bewilligt.

Argentinien

Das „Berliner Tageblatt" brachte einen Artikel über „Argentinien nach dem Kriege", der allerdings vor Kenntnis der endgültigen Friedensbedingungen geschrieben ist und der berichtet, daß trotz der Überschwemmung des Landes mit feindlichen Lügennachrichten kein Auslanddeutscher in Argentinien an der Heimat irre geworden sei. Man solle aber auch Argentinien in der Heimat richtig einschätzen, das kein „exotisches Land", sondern eine wirtschaftliche Großmacht ersten Ranges sei. Die Deutschen seien zwar von der gekauften und bestochenen Presse des Landes hie und da beleidigt und angegriffen worden, aber der staatsmännische Scharfblick des Präsidenten Irigoyen habe doch die Neutralitätspolitik aufrechterhalten, wenn er auch den Forderungen der Entente manchmal nachzugeben gezwungen war. Auch die Deutschen im Lande hätten manches versäumt. Ein neuer deutscher zuverlässiger und schnellarbeitender Nachrichtendienst und eine neu organisierte, der Neuzeit entsprechende diplomatische und konsularische Vertretung Deutschlands, das seien die Haupterfordernisse. Inwieweit Deutschland auf kulturelle Faktoren in Zukunft Wert legen könne, das hänge von den Mitteln ab. Der kommerzielle Impuls könne durch Neuanknüpfung der geistigen Beziehungen zum argentinischen Element unterstützt werden. Die deutsche Kultur stehe augenblicklich nicht sehr hoch im Kurs, dafür hätten die Alliierten und habe die Eigenart der deutschen Kriegsführung gesorgt. Der Argentinier gehe von nüchternen Nützlichkeitserwägungen aus. Hätten wir gesiegt, so hätten wir viel Sympathien gewonnen, nun sei die tief eingewurzelte Vorliebe für Frankreich nur gestärkt worden. Kulturelle Bestrebungen könnten also nur Erfolg haben, wenn sie sich auf materielle Interessen stützten. England wie Amerika seien nicht sehr beliebt im Lande, sie herrschten aber durch ihre Macht und durch ihre Pressehandhabung auch geistig vor. Deutschland müsse sich bei seiner künftigen Tätigkeit auf das deutsche Element und auf den im Kriege begründeten „Deutschen Volksbund für Argentinien" stützen.

China

In der „Ostdeutschen Rundschau" in Wien veröffentlicht Georg Kapeller einen Bericht über die gute Behandlung, die die chinesischen Behörden den deutschen Kriegsgefangenen in den mandschurischen Lagern zukommen ließen. Er verweist namentlich auf das Lager von Tsitsikar, dem die übrigen nicht unähnlich gewesen seien. Solange es Deutsche in China gab, seien Liebesgaben und Sendungen des Roten Kreuzes, Bücher, Zeitschriften, Kleider, Schuhe, Stoffe, Wäsche dort in Mengen angekommen. Die Chinesen hätten die Deutschen nicht als Feinde behandelt, sondern Behörden, Offiziere und Soldaten seien ihnen freundlich und liebenswürdig entgegengekommen. Man könne sehr wohl von einer Freundschaft des chinesischen Volkes zum deutschen sprechen. Und dabei will der „London and China Telegraph" seinen Lesern das Märchen auftischen, die Eingeborenen in dem deutschen Schutzgebiet Kiautschou seien schlecht, seien „preußisch" behandelt worden und würden das den Deutschen nie vergessen. Die Unwahrheit derartiger Verdächtigungen liegt auf der Hand. Gerade an der China-Küste wußte jedermann, auch jeder Engländer, wie mustergültig die deutsche Kolonie verwaltet war.

Nach einer Mitteilung des Wochenberichts für die aus China ausgewiesenen Deutschen sind die Bibliothek des Deutschen Klubs Concordia in Tientsin und die Einrichtung

Digitized by Google

eines Lesezimmers in das Lager überführt worden und stehen dort den Deutschen zur Verfügung. Das Betreten der britischen Niederlassung werde den Deutschen nur mit einem Passe gestattet, der in den allerwenigsten Fällen bewilligt und ausgestellt werde. Die Deutschen haben sich bei den chinesischen Behörden wöchentlich einmal zu melden.

Japan

Nach verschiedenen japanischen Zeitungsmeldungen bereitet Japan die Enteignung des deutschen Eigentums nach dem Friedensvertrage vor. Die „Hocki Shimbun" berichtet, daß von ursprünglich 500 Deutschen im Verwaltungsbezirk Yokohama jetzt nur noch 275 vorhanden seien, denen 25 Wohnhäuser und 21 Geschäftshäuser gehörten. Etwa 70 000 tsubo, rund 230 000 qm, befanden sich in ihren Händen im Werte von 2,8 Millionen Yen, ihr übriges Eigentum belief sich auf 3,6 Millionen Yen. Das gesamte deutsche Eigentum in Japan belaufe sich auf 30 Millionen Yen.

KLEINE NACHRICHTEN

Das Eiserne Kreuz für Auslanddeutsche. Zwei hervorragenden Vertretern des Deutschtums in China, dem Bankdirektor Figge und dem Vertreter der Hamburg-Amerika-Linie, Herrn Boolsen, ist für ihre Kriegsverdienste das Eiserne Kreuz verliehen worden.

Ein merkwürdig gutes Abgangszeugnis erteilt das Journal de Genève in einer Zuschrift aus Bern dem ehemaligen bayrischen Gesandten in der Schweiz, Ritter v. Böhm. Er verlasse, so heißt es da, die Schweiz, wo er über 20 Jahre geweilt habe. Er sei ein Diplomat von vollendeter Höflichkeit und großem Takt gewesen und sei einer der wenigen deutschen Vertreter, die man mit Bedauern aus der Schweiz scheiden sehe, wo er sich zahlreiche Verbindungen geschaffen habe.

Oskar Hammerstein †. In New York starb der bekannte Operndirektor im Alter von 70 Jahren. Er war in Berlin geboren, kam mit 16 Jahren nach Amerika, baute dort bald, nachdem er auf anderen Gebieten sich betätigt hatte, Theater und brachte deutsche Theatergrößen nach der Union. Die Manhattan Oper war seine größte Tat, die eine Konkurrenz der Metropolitan Oper sein sollte, aber die Konkurrenz zu ihr doch nicht durchzuhalten vermochte. Hammerstein mußte Amerika verlassen. Seine nächste Schöpfung, das London Opera House, mußte bald nach seiner Eröffnung wieder schließen, und als er 1913 wieder nach Amerika kam, mißglückte auch ein neues Theaterunternehmen. Er geriet dann bald in Vergessenheit, war aber doch einer der ersten großen Vermittler deutscher Theaterkultur in Amerika und hat als solcher seine großen Verdienste.

Wilhelm Kenngott †. In Stuttgart starb im Alter von 55 Jahren ein bekannter Auslanddeutscher, der in Reutlingen geborene Pariser Großhändler in optischen und photographischen Apparaten, Wilhelm Kenngott. Er begründete sein Geschäft vor 25 Jahren und brachte es zum Weltruf. Bei Kriegsausbruch vermochte er in letzter Stunde unter Zurücklassung aller Habe zu fliehen und kam nach seiner schwäbischen Heimat. Seine Geschäftsräume und seine Villa in Paris wurden vom Pöbel bis zum letzten ausgeplündert. Seine Kinder sind in Deutschland erzogen worden. Kenngott hat sich um die Gründung des „Deutschen Altersheims", einer Zufluchtsstätte und eines Erhohlungsortes für deutsche kaufmännische Angestellte in Paris, sehr verdient gemacht.

Professor **Hermann Hilprecht** in München feierte dieser Tage seinen 60. Geburtstag. Er ist ein besonders verdienter Auslanddeutscher, der namentlich durch die von ihm geleiteten Ausgrabungen der Alt-Babylonischen Ruinenstätte von Nippur die Wissenschaft bereichert hat. Die Leipziger Universität verlieh ihm, ihrem einstigen Lehrer, deshalb die theologische Ehrendoktorwürde. Von 1893 bis 1907 reorganisierte er die babylonische Abteilung des kaiserlich ottomanischen Museums in Konstantinopel.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND DEUTSCHES SCHULWESEN

Tübingen. Vereinigung der in Tübingen studierenden Auslanddeutschen. Auf Anregung der auslanddeutschen Studierenden in Tübingen hatte Professor Uhlig eine Versammlung am 25. Juli im geographischen Seminar einberufen. An Dr. Wertheimer, den Generalsekretär des Deutschen Ausland Instituts Stuttgart war die Bitte ergangen, die Versammlung mit einem Vortrag über die Arbeitsmöglichkeiten und -Ziele einer Vereinigung auslanddeutscher Studierender einzuleiten. Er entwickelte in längeren Ausführungen hauptsächlich die zweite Seite der Frage und schloß mit einer Solidaritätserklärung des D. A. I. Stuttgart mit der zu gründenden Vereinigung. In der darauffolgenden Aussprache wurde mehr die andere Seite und mit ihr Einzelheiten der Verfassung besprochen. Gegenüber dem hervortretenden Verlangen nach einer straffen Organisation, sei es in Art einer studentischen „Verbindung", sei es eines Geschäftsvereins mit geselligen Zusammenkünften, wünschten andere möglichste Entäußerlichung und Beschränkung auf den Umfang einer reinen Interessengemeinschaft. Dr. Wertheimer sprach sich für eine „lose Vereinigung" aus und stellte die Leipziger Vereinigung auslanddeutscher Studierender als Muster hin. Auf dieser Mittellinie erfolgt die Einigung. — Im einzelnen wurde beschlossen: als ordentliche Mitglieder Reichsausländer, als außerordentliche Mitglieder Reichsdeutsche, wie reichsfremde Auslanddeutsche aufzunehmen. Gestreift wurde die Frage einer umfassenden Organisation der Auswanderung aus Deutschland durch Auslanddeutsche. Die Versammlung wählte zum Präsidium einen Vorsitzenden, Schriftführer und Kassenführer und beauftragte sie, die Statuten der Vereinigung für die nächste Vollversammlung auszuarbeiten.

Gewählt wurden zum Vorsitzenden stud. theol. Härter, zum Schriftführer und stellvertretenden Vorsitzenden stud. phil. Walcker, zum Kassenwart stud. phil. Fuchs. Der Vereinigung traten sofort 14 gründende Mitglieder bei, 2 weitere sind bereits aufgenommen worden, weitere zahlreiche Aufnahmen stehen bevor.

Walcker, Schriftführer.

Leipzig. Vereinigung der auslanddeutschen Studierenden in Leipzig. Die „Vereinigung der an der Universität immatrikulierten auslanddeutschen Studierenden" kann auf eine arbeits- und erfolgreiche Wirksamkeit in dem bereits verflossenen Sommersemester zurückblicken.

Aus kleinen Anfängen, unter äußerst ungünstigen Verhältnissen, die die harte Wirklichkeit diktiert hatte, entstanden, gewann sie mehr und mehr das Interesse der auslanddeutschen Akademiker und wurde schließlich zum völkischen Mittelpunkt der Leipziger auslanddeutschen Studentenschaft. Gemeinsame Liebe zum deutschen Volke, gemeinsames Leid und gemeinsame Sorge um die Erhaltung des Deutschtums im Auslande haben die Bande, die sie umschlossen, inniger und fester gestaltet. Betrug die Zahl der Mitglieder im ersten Semester ihres Bestehens 19, so ist sie im Sommersemester 1919 auf 31 gestiegen, und es ist zu hoffen, daß die Zahl derselben, sobald einigermaßen geregelte Verhältnisse eintreten, durch Zuzug von Deutschbalten, -böhmen, -polen, -russen u. a. sich bedeutend verstärken wird.

Digitized by Google

Die Arbeit, die im vergangenen Semester geleistet wurde, war vor allen Dingen auf den Ausbau der Vereinigung eingestellt. An Stelle der im Wintersemester 1918/19 ausgearbeiteten und von den akademischen Behörden seinerzeit bestätigenden Satzungen, deren allgemeine und kurze Fassung sich als unzulänglich und unzeitgemäß erwiesen hatte, sind neue, die in ausführlicher, klarer und gemeinverständlicher Weise formuliert sind, entworfen und den Universitätsbehörden zur Bestätigung vorgelegt worden.

Gemäß dem von der Vereinigung angenommenen Grundsatze, der die Fühlungnahme mit den schon bestehenden größeren Vereinen, die sich mit der Pflege des Deutschtums befassen, betrifft, ist der Anschluß der „V. Ad. St. in Leipzig" an die Ortsgruppe Leipzig des „V. D. A." zur Tatsache geworden.

Auch eine enge Verbindung mit dem „Deutschen Ausland Institut Stuttgart", dessen segensreiche Wirksamkeit für das Gesamtdeutschtum von großer Bedeutung ist, wurde erzielt.

Um die Gründung neuer Vereinigungen auslanddeutscher Studierender Wirklichkeit werden zu lassen, ist ein diesbezüglicher Aufruf an alle Hochschulen Deutschlands verschickt worden. Die darauf eingegangenen Schreiben berechtigen zu der Annahme, daß die Gründung neuer Vereinigungen im nächsten Semester erfolgen wird.

Mit den bereits bestehenden Vereinigungen auslanddeutscher Studierender in Berlin, Tübingen, Hohenheim und Stuttgart stand die „V. Ad. St. in Leipzig" in regem Verkehr und hat denselben Vorschläge, die den Zusammenschluß aller Vereinigungen auslanddeutscher Studierender zu einem Verbande bezwecken, unterbreitet.

Einmalige wöchentliche Zusammenkünfte, auf denen die inneren Angelegenheiten der Vereinigung wie auch die Fragen der Gründung neuer Vereinigungen des Verbandes usw. besprochen und dementsprechende Beschlüsse gefaßt wurden, fanden jeden Sonnabend statt.

Vorträge, wie z. B. „Mehrsprachigkeit und Erhaltung des Deutschtums im Auslande", „Das Verhältnis von Reichs- und Auslanddeutschen" u. a., an die sich stets sehr lebhafte Debatten, bei denen eine Fülle von Problemen angeschnitten wurde, anschlossen, sind gehalten worden.

Gesellige Abende, Ausflüge und Ruderpartien, die die Pflege der Geselligkeit bezweckten, wurden wiederholt von der Vereinigung veranstaltet.

Trotz der Schwere der Zeit und der damit verbundenen ungünstigen Bedingungen, unter denen die Arbeit der Vereinigung vielfach zu leiden hat, sieht sie dennoch der zukünftigen zu bewältigenden Semesterarbeit mit Vertrauen entgegen. Sie hegt die feste Überzeugung, daß ihre Wirksamkeit, die wohl im nächsten Semester vielseitiger und auch anspruchsvoller sein wird, der auslanddeutschen Studentenschaft wie auch dem Auslanddeutschtum, dessen lebendes Glied sie ist, zum Segen gereichen wird.

Die Worte, die bei der Gründung der Vereinigung ausgesprochen wurden:

„Deutsch sein, das heißt die deutsche Sache über alles lieben und ihr über alles vertrauen",

werden auch weiterhin ihre völkische Arbeit umrahmen und ihr Ansporn geben, mitzuarbeiten am Aufbau des durch den unglücklichen Krieg arg betroffenen Auslanddeutschtums.

E. Kneifel, stud. theol., Schriftführer.

Marburg. Am **Institut für Deutschtum im Ausland** an der Universität Marburg findet im Zwischensemester eine von Dr. Mannhardt geleitete Arbeitsgemeinschaft statt. In jedem Monat soll ein öffentlicher Vortrag gehalten werden. Als erster wird im Oktober Professor Bernhard Harms vom Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel über „Die Zukunft der Weltwirtschaft" sprechen. Im anschließenden Winter-Semester wird wieder ein Sammelkolleg abgehalten, dessen Dozenten und Themata später veröffentlicht werden. Dr. Mannhardt spricht einstündig über „Auswanderung" und hält die übliche Arbeitsgemeinschaft ab.

Fichte-Hochschule, Hamburg.

Im letzten Winter hat an der Fichte-Hochschule in Hamburg Pfarrer Engelhardt, der ihr Geschäftsführer ist und dessen Büchlein „Auf deutschem Vorposten, aus den Kampfjahren eines Auslandpfarrers" wir hier besprochen haben, mit Unterstützung der Hamburger Ortsgruppe des V.D.A. eine Reihe von 5 Vorträgen über das Schicksal des Auslanddeutschtums gehalten, deren einzelne Gegenstände waren: Die Lage des Auslanddeutschtums. Warum „versagte" das Auslanddeutschtum? Die Kulturarbeit der Auslandschulen. Die Erziehung der Heimatdeutschen für das Auslanddeutschtum. Eine Arbeitsgemeinschaft hat sich außerdem an 12 Abenden an Hand des erwähnten Büchleins mit starkem Erfolge in die Frage des Auslanddeutschtums eingearbeitet. Pfarrer Engelhardt fordert auf Grund dieser Erfahrung in der Vierteljahrszeitschrift „Das Deutschtum im Ausland" des V.D.A. auf, das Auslanddeutschtum-Thema auch an allen übrigen Volkshochschulen zu behandeln und verspricht sich davon ein tieferes Verständnis auch der Heimatdeutschen für die so wichtigen Fragen der Kultur und des wirtschaftlichen Erlebens ihrer Volksgenossen im Ausland.

Zulassungsbeschränkungen an den Münchener Hochschulen.

Die Kriegsverhältnisse haben auch in München eine Beschränkung der Zulassung von Ausländern mit sich gebracht. Zum Studium ist in München eine Erlaubnis des Stadtrates bzw. der Polizei nötig, Ausländer müssen sich außerdem einen Monat vor Beginn der Immatrikulationsfrist anmelden. Von dieser Vorschrift sind aber Ausländer deutscher Stämme, wie Deutsch-Österreicher, Balten, Siebenbürgersachsen, also die Auslanddeutschen, entbunden und werden wie die Inländer behandelt. Damit beweisen auch die Münchener Hochschulen ein erfreuliches Verständnis für das Auslanddeutschtum. Übrigens dürfen auch die in München weilenden Bulgaren in entgegenkommender Weise ihr Studium fortsetzen.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Goldingen. Wiedereröffnung der deutschen Schulen. Die bolschewistische Herrschaft hat in dem kleinen Städtchen an der Windau nur 3—4 Wochen gedauert. Sofort nach der Befreiung wurden, wie wir der „Libauer Zeitung" entnehmen, die Schulen wieder eröffnet, und zwar das von Direktor Hollmann geleitete Landesgymnasium, das vorläufig nur die Klassen Sexta bis Untersekunda führt, da die Schüler der oberen Klassen ausnahmslos in die Landeswehr eingetreten sind, das städtische Lyceum und die städtischen deutschen Mittelschulen. Zwar waren Lehrer und Schüler größtenteils geflüchtet, man fand aber an Ort und Stelle Hilfskräfte für die Lehrer, so daß der Schulbetrieb bald voll arbeiten konnte.

Lodz. Deutsches Schulwesen. Auf und ab geht die Schicksalslinie für das deutsche Schulwesen in Kongreßpolen. Von den Lodzer deutschen städtischen Volksschulen, bisher 31, werden nach neuester Entscheidung 28 bestehen bleiben „dürfen", eine Tatsache, die man nur mit lebhafter Freude begrüßen kann, nachdem es noch vor kurzem schien, als ob ihnen allen der Garaus gemacht werden solle. Die polnische Schulverwaltung hat nachträglich die zuerst für ungültig erklärten Willensäußerungen der Eltern, ihre Kinder deutsch unterrichten zu lassen, anerkannt. Hoffen wir, daß dasselbe für die 500 Landesschulen der Fall ist, die

Digitized by Google

bisher dem Landesschulverband unterstanden, und dann so überstürzt verstaatlicht wurden. Überall gehen die vorgeschriebenen Erklärungen der Eltern in großer Zahl ein, nur in einigen wenigen, von den Pastoren allzusehr bedrängten Gemeinden, wie Ozorkow usw., sind wenig Erklärungen eingegangen.

Das Gebäude des deutschen Gymnasiums in Lodz wird nun vielleicht doch bis zum Herbst wieder freigegeben werden. Die beiden deutschen Reichstagsabgeordneten waren zusammen mit Vertretern des Schulvorstandes und der Elternschaft bei den Ministerien in Warschau und erhielten vom Kriegsminister den Bescheid, daß er Befehl habe ergehen lassen, daß für das im Gebäude unterzubringende Militärlazarett umgehend ein anderes Gebäude gesucht werde. Der Unterrichtsminister wollte das eingereichte Gesuch ebenfalls befürworten. Im Lauf der Audienzen erfuhr man übrigens, daß auch hinter dieser Sache der famose Generalsuperintendent Bursche steht; der Adjutant des Kriegsministers betonte nämlich ausdrücklich, daß die Beschlagnahme des Gebäudes mit Wissen des Generalsuperintendenten erfolgt sei! Herr Bursche scheint sich demnach sozusagen zum „Schutzherrn" bzw. zur „Geißel des Deutschtums" auswachsen zu wollen, je nachdem man seinen Standpunkt einnimmt. — Auch der polnische Reichstag beschäftigte sich mit der Frage des deutschen Gymnasiums und nahm einen Dringlichkeitsantrag an, wonach Schulgebäude ohne dringende Notwendigkeit für Heereszwecke nicht in Anspruch genommen werden dürfen. Vorerst werden Anmeldungen für Gymnasium und Lyzeum im evangelischen Lehrerseminar angenommen, dieses heißt übrigens seit seiner Verstaatlichung: Staatliches Lehrerseminar mit deutscher Unterrichtssprache.

Hamburger Lehrer für deutsche Auslandschulen. Der Hamburger Senat baut, einer Meldung des „Hamburgischen Correspondenten" zufolge, für die Zukunft vor. Er hat, um den deutschen Auslandschulen, an deren Förderung ein erhebliches Interesse besteht, die Gewinnung tüchtiger Lehrkräfte (akademisch gebildeter Lehrer, Mittel- und Volksschullehrer, Lehrerinnen) zu erleichtern, und die Lehrer und Lehrerinnen, die sich dem Dienste solcher Schulen widmen, für den Fall ihrer Rückkehr tunlichst vor Benachteiligung zu schützen, besondere Bestimmungen erlassen und der Oberschulbehörde mitgeteilt. Darnach sind als deutsche Auslandschulen anzusehen die Regierungsschulen in den deutschen Schutzgebieten, die von deutschen Schul- oder Kirchengemeinden oder diesen gleich zu achtenden Verbänden (Schulvereinen) im Auslande im fremden Sprachgebiet unterhaltenen Schulen, sofern die Unterrichtssprache deutsch ist; insbesondere gehören dahin auch die Schulanstalten, denen von dem Reichskanzler die sogenannte Militärberechtigung verliehen worden ist; ausnahmsweise auch deutsche Schulen, die im Auslande im fremden Sprachgebiet von Privatpersonen unterhalten werden, sofern die Unterrichtssprache deutsch ist. Gesuche, die den Uebertritt an deutsche Auslandschulen bezwecken, sind wohlwollend aufzunehmen und zu fördern. Es ist indes darauf Bedacht zu nehmen, daß zur Erhaltung des Ansehens, welches das deutsche Unterrichtswesen im Auslande genießt, nur tüchtigen und zuverlässigen Lehrkräften die Wege geebnet werden. Die festangestellten Lehrer und Lehrerinnen werden auf angemessene Zeit ohne Gehaltszahlung beurlaubt. Die Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen, die die Befähigung für die feste Anstellung erlangt haben, müssen ihre Entlassung aus dem Lehramte beantragen; ihnen wird aber zugesichert, daß sie in den Hamburger Schuldienst wieder aufgenommen werden, falls sie bei ihrer Rückkehr noch dienstfähig sind. Soweit es angebracht erscheint, wird ihnen die im hiesigen Schuldienst und in den genannten deutschen Auslandschulen zugebrachte Dienstzeit nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen angerechnet. Soweit es einer Auskunft über die Verhältnisse einer Auslandschule bedarf, ist an den Senat zu berichten, damit dieser nähere Auskunft über diese Schule einziehen kann.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Krems. Deutscher Schulverein. In der schönen alten Donaustadt fanden sich zahlreiche Ortsgruppenvertreter (317 Vertreter mit 1054 Stimmen von 290 Ortsgruppen) und Schulfreunde zur 38. Hauptversammlung zusammen. Dem Begrüßungsabend folgte am Sonntag, den 8. Juni die Haupttagung. Der Obmann, Professor Dr. Groß, eröffnete sie mit einer Kritik des dem deutschen Volke auferlegten Friedensvertrages und mit einem stürmisch aufgenommenen „Heil dem gesamten unabhängigen freien deutschen Volke!". Dem Rechenschaftsbericht ist zu entnehmen, daß der alte Vorkämpfer des Vereins, Dr. Reisch, im Berichtsjahre verstorben ist und daß Prof. Übersberger wegen anderweitiger Inanspruchnahme sein Amt niederlegte. Neu gewählt wurden der Landtagsabgeordnete Dr. Riehl und zum ersten Male eine Frau, Marie Emmer, die Vorsteherin des Verbandes Deutscher Hausfrauen. Den Vorsitz im Aufsichtsrat legte der Veteran des Vereins, Adolf Wiesenburg, wegen seines hohen Alters nieder. Für ihn, einen der wenigen noch lebenden Teilnehmer an der Gründungsversammlung vom 13. Mai 1880, und für Hermann Braß wurden Dr. Maresch, Robert Primavesi und Raphael Pacher, Staatssekretär a. D., gewählt.

Der Vorsitzende gedachte der Störung der Schularbeiten durch die angeblich minderheitsfreundlichen slawischen neuen Staaten, er gedachte der Lehrkräfte, die durch dieses Vorgehen brotlos wurden, gedachte der Teuerung, die die Gehälter der Angestellten des Vereins, dem keine ewig laufenden Notenpressen zur Verfügung stehen, immer geringwertiger erscheinen lasse, konnte aber auch auf das erfreuliche Wirken der zu Beginn dieses Jahres begründeten Deutschen Bodenbank verweisen. Über den Stand der Kassenangelegenheiten des Vereins haben wir bereits früher berichtet. Der Schulbericht des Professor Dr. Barth ließ erkennen, daß am fürchterlichsten die Slowaken gehaust haben, deren rücksichtsloser Pöbel auch über die eigene Intelligenzschicht des Volkes und ihre Deutschfreundlichkeit sich hinwegsetzte und in Krain und Südsteiermark das blühende deutsche Schulwesen vernichtete. Dagegen sind die deutschen Kindergärten in Südtirol unter der italienischen Besatzung im Betrieb, aber auch im Norden sperrt der tschechisch-slowakische Staat mit allerhand juristischen Kniffen und Ausreden die deutschen Schulen, und die Staatsbehörden sind ohnmächtig gegen die Übergriffe der Lokalbehörden. Die Sprachgrenzschulen kommen bei alledem erheblich schlechter weg als die Schulen im geschlossenen tschechischen Sprachgebiet. An einer langen Kette von Beispielen belegte der Referent seine Behauptungen. In den von Polen besetzten Teilen gingen die Dinge etwas besser, die polnischen Behörden zeigten sich entgegenkommend. Auch die ukrainischen Behörden in Galizien achteten, ja förderten zum Teil die deutschen Schulen, von denen einige neu begründet werden konnten. Auch der rumänische Staat wollte die deutschen Schulen des Buchenlandes schonen, doch lauten die Nachrichten der letzten Zeit nicht mehr so vertrauensvoll.

An den Schulbericht schloß sich der Bericht des Aufsichtsrats, der dazu führte, daß dem Vorstand Entlastung erteilt wurde. Universitätsdozent Dr. Schmied-Kowarzik erinnerte daran, daß der Abgeordnete von Krems, Drinkwälder, einst in der Paulskirche beantragte, dem greisen Ernst

Digitized by Google

Moritz Arndt, der das Wort sprach: „Ich glaube an die Ewigkeit des deutschen Volkes" für sein Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland?" den Dank des deutschen Volkes auszusprechen. Er erinnerte an die Arbeiten des „Dürerbundes" und an die Pflichten der neuen Bewegung der Volkshochschulen gegenüber. Der deutsche Schulverein müsse eine große Bewegung des ganzen deutschen Volkes werden. Auch für die deutschen Postbeamten und den deutschen Gewerkschaftsrat sprach noch ein Vertreter, dann wurde eine Entschließung angenommen, die sich dagegen wendet, daß tschechische Schulen in Wien errichtet würden und die verlangt, daß die bestehenden in der deutschen Stadt geschlossen würden.

Wien. Deutscher Schulverein. Der deutsche Schulverein erläßt einen Aufruf an das deutsche Volk, der auf die Leiden der deutschen Minderheiten in den auf dem Boden des alten Oesterreich entstandenen Nationalstaaten verweist. Gewaltmaßnahmen aller Art richteten sich gegen deutsche Bildungsstätten, namentlich gegen die Schulen des Vereins. Der Minderheitsschutz scheine nur gegenüber den Deutschen nicht zu bestehen. Mehr denn je hätten die deutschen Schutzvereine hier helfend und schützend einzuspringen. Der deutsche Schulverein stehe vor gewaltigen Aufgaben, die Anforderungen seien im Wachsen, die Ortsgruppen aber seien zum Teil aufgelöst worden und so flössen die Mittel spärlicher. So gehe die dringende Bitte an alle Volksgenossen ohne Unterschied des Standes und der Partei, Mittel zu spenden, um die Arbeit des Vereins weiterhin sicherzustellen. Vier Jahrzehnte habe der Verein seine Aufgabe treu erfüllt, er wolle nun alle Kräfte zusammenfassen, um an dem schweren Werk der nationalen Wiedergeburt zu arbeiten.

Mährisch Schönberg. Bund der Landwirte. Deutsche Bauern-Partei in Mähren. Der am 10. Mai gegründete Bund hielt am 6. Juni in Brünn eine Sitzung der Parteileitung ab, die der Obmann der Partei, Franz Röttel, leitete. Der Entwurf zum Parteiprogramm wurde angenommen, das Programm sieht eine nationale und landwirtschaftliche Vertretung der deutschen Bauernschaft Mährens vor und will namentlich den genossenschaftlich zusammengefügten Kleinbetrieb geschützt wissen. Auch den Arbeitern solle der Erwerb von Grund und Boden ermöglicht, das Privateigentum daran solle geschützt werden. Mitglied kann jede deutsch-mährische Person werden. Die Partei baut sich auf Lokal-, Bezirks- und Kreisverbänden auf, an deren Spitze die Landesparteileitung steht. Als Parteibeitrag zahlen selbständige Landwirte 1 Krone pro Hektar bewirtschafteter Ackerfläche für sich und 1 Krone für jedes Mitglied des Haushalts einschließlich des Gesindes. Nicht-Landwirte zahlen 2 Kronen Jahresbeitrag. Mit dem Bund der Landwirte in Böhmen soll enge Verbindung aufrecht erhalten werden.

Prag. Eine akademische Auskunftstelle und Stellenvermittlung der deutschvölkischen Studentenschaft Prags ist von verschiedenen Korporationen und nichtkorporierten Studentenvereinigungen ins Leben gerufen worden. Sie erteilt Auskünfte an alle Studenten und Abiturienten in Hochschulangelegenheiten und Fragen des künftigen Fachstudiums und unterstützt Akademiker bei der Erlangung einer Stelle. Ihre Amtsstelle ist Prag II, Krakauer-Gasse 16. Bei schriftlichen Anfragen ist die Beilage von Rückporto erwünscht.

Basel. Hilfsbund für deutsche Kriegsfürsorge in der Schweiz. Der Hilfsbund hielt in Basel seine ordentliche Delegiertenversammlung ab, die von Vertretern nahezu aller Ortsgruppen in der Schweiz besucht war. Professor Ruck von der Baseler Ortsgruppe begrüßte die Delegierten, deren Sitzung Direktor Derksen an Stelle des verhinderten Vorsitzenden leitete. Der Jahresbericht wirft zunächst die bange Frage auf, ob auch in Zukunft genug Mittel vorhanden sein werden, um alle Nöte zu beseitigen, dem Hilfsbund bleibt nur übrig, den guten Willen zu beweisen. Der Ausbau und die Einheitlichkeit der Organisation haben im Berichtsjahr 1918 gute Fortschritte gemacht. 70 Angestellte hat der Hilfsbund jetzt in der ganzen Schweiz. In Zug und Thun sind neue Ortsgruppen entstanden, die Ortsgruppe in Vouvry mußte ihre Tätigkeit aufgeben, die in Einsiedeln sie teilweise einschränken. Eine Verminderung der Arbeit des Hilfsbundes ist trotz des Kriegsendes nicht abzusehen, da die Kriegsunterstützungen für die Familien der nichtzurückgekehrten Wehrmänner weiter ausgezahlt werden müssen. Vertreter der Wehrmänner und Kriegsbeschädigten sind in den meisten Ortsgruppen in die Vorstände gewählt worden, sodaß anfängliche Reibungen und Mißverständnisse rasch beseitigt werden konnten. Die Hauptstelle in Zürich bezog am 1. November 1918 das neue Heim, die deutsche Hilfsstelle, wo sie mit der Ortsgruppe Zürich, dem deutschen Hilfsverein, der deutschen Darlehensgenossenschaft, der Frauenaktion, sowie der Internierten- und Gefangenenfürsorge vereinigt ist. Auch in Sankt Gallen und Basel sind die Ortsgruppen des Hilfsbundes mit den dortigen Hilfsvereinen zusammen untergebracht, was die gemeinsame Arbeit erleichtert. Immer mehr Wert wurde auf die Unterstützungsleistungen des Bundes in Naturalien gelegt, und eine gewaltige Rolle spielte die Berufsberatung der Schützlinge überhaupt. Mitgliederzahl und Beiträge sind im Berichtsjahre gestiegen. Am Jahresschluß gab es 5306 Mitglieder (4312 im Vorjahre) und 1498 Spenden (gegen 764 im Vorjahre). Die Gesamteinnahmen betrugen etwa 461 000 Fr. gegen 289 000 im Vorjahre. Feste und Konzerte brachten bedeutende Spenden. Der Hilfsbund weist nun einen Vermögensstand von 610 500 Franken auf, das Kapital steht allen 40 Ortsgruppen zur Verfügung. Das Kapital ist allerdings zurzeit nicht flüssig, da verschiedenen Fürsorgeorganisationen wegen der Valutaschwierigkeiten ein größerer Kredit gewährt werden mußte. Unter den Verwaltungskosten von 255 500 Fr. sind ungefähr 200 000 der amtlichen Tätigkeit der Auszahlung der amtlichen Gelder zuzuschreiben. Mit 186 500 Fr. sind die amtlichen Berliner Stellen, mit 69 000 Fr. der Hilfsbund davon belastet. Eine große Lotterie zur Vermehrung der Einnahmen des Jahres 1919 ist geplant. Der Bericht weist dann im einzelnen aus, was in der Kriegsbeschädigten-Fürsorge und Wehrmannshilfe, in der Hinterbliebenenfürsorge und Heilfürsorge, sowie seitens der deutschen amtlichen Fürsorgestelle geschehen und geleistet wurde.

Als Ort der nächsten Tagung wurde Davos bestimmt, um das dortige deutsche Kriegerhaus besichtigen zu können. Über die künftige Gestaltung der deutschen amtlichen Fürsorge in der Schweiz referierte Professor Wesen-Zürich, der unter dem Einverständnis der Versammlung die Loslösung dieser Tätigkeit vom Hilfsbund und die Schaffung einer eigenen Einrichtung dafür bei der Gesandtschaft vorschlug. Über den von Direktor Derksen begründeten Antrag der Verschmelzung des Hilfsbundes mit den Hilfsvereinen, entspann sich eine längere Aussprache. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, der die Hauptstelle des Hilfsbundes mit Untersuchungen über die Möglichkeiten des Zusammenschlusses beauftragt.

Luzern. Deutscher Hilfsverein. In der Versammlung vom 12. April wurde der Bericht über das Jahr 1918 vorgelegt, dem wir nachfolgende Zahlen entnehmen: Im vergangenen Jahre wurden 345 000 Franken Kriegsunterstützung ausgezahlt, gegenüber 240 000 im Vorjahre. Seit Kriegsbeginn hat der Verein 950 000 Franken für 350 Wehrmannsfamilien zur Auszahlung gebracht. Von der Zusatz-Kriegsunterstützung konnte in besonderen Fällen Gebrauch gemacht werden, und es wurden hier noch über 15 500 Franken verteilt.

Digitized by Google

An Wochenbeihilfe wurden über 3400 Fr. in 32 Fällen verausgabt, aus dem Reisefonds 1765 Fr., die Werkleute-Unterstützung zahlte 3000 Fr. aus. Von der Reichsnothilfe für arbeitslose und kranke Familienmitglieder, alte und kranke Personen, sowie verwahrloste Kinder kamen 10 200 Fr. zur Ausschüttung. Aus der Volksspende wurden für Angehörige von Internierten, die zum Besuche in der Schweiz weilten, 17 500 Fr. gegeben. Die Weihnachtsfeier konnte dank der gespendeten Gaben über 15 000 Fr. in Form von Geschenken zur Verteilung bringen. Die Frauen-Hilfsaktion war wiederum unermüdlich tätig: 5800 Hemden, 5000 Paar Hosen, 5600 Paar Socken wurden angefertigt und dafür an Näh- und Stricklöhnen über 16 000 Fr. an die arbeitenden Frauen ausbezahlt. Der Verein zählte 173 Mitglieder. Eine ungeheure Korrespondenz, eine außerordentliche Menge von persönlichen Auskünften mußten bewältigt werden.

Olten. Deutscher Hilfsverein. Dem in der Generalversammlung am 1. Juli durch Herrn Pfarrer Neuhaus erstatteten Bericht über das Jahr 1918 entnehmen wir, daß im Jahre 1918 durch die Kasse des Vereins aus Reichsmitteln 120 442 Franken gingen. An reiner Kriegsunterstützung wurden ausgezahlt 111 683, dazu kamen bis 30. September besondere Zusätze für außerordentliche Fälle im Betrag von 2886, Wöchnerinnenbeihilfe wurde ausgezahlt im Betrage von 583 Franken, Reichsbeihilfe an Wehrmännerfrauen zum Besuch ihrer Männer in Deutschland 2013 Franken. Die Familien der zur Arbeit abkommandierten Wehrmänner erhielten aus der Werkleute-Beihilfe 1710, aus der Reichsnothilfe wurden 1565 Franken ausgezahlt. In der Geschäftsstelle wurden mehr als 1500 Besuche abgefertigt, mehr als 2200 Briefe wurden expediert, ohne die Drucksachen und Zirkulare, 45 Tonnen Kohle wurden verteilt, 180 Kilo kartenfreier Reis wurden an Bedürftige kostenlos ausgegeben, bei der Weihnachtsfeier in der christkatholischen Kirche zu Trimbach konnten Gaben im Werte von 2647 Franken ausgegeben werden. Einigen lungenleidenden Landsleuten wurde durch mehrmonatliche Sanatoriumsbehandlung geholfen. Auch schweizerische Freunde und Wohltäter spendeten dazu reichliche Gaben, und sie flossen besonders reichlich, „als Deutschlands Stern im Erblassen war". Die Zahl der Mitglieder hat sich erheblich vermehrt.

Olten. Ortsgruppe des Hilfsbundes. Der Hilfsbund ist die amtliche Fürsorgestelle für die Kriegsinvaliden und die Hinterbliebenen der gefallenen Wehrmänner. Aus dem Arbeitsgebiete der Ortsgruppe sind 18 Familienväter gefallen, darunter vier Witwer. Sie hinterließen 14 Witwen mit 40 Kindern unter 16 Jahren. Außerdem starben den Heldentod 10 unverheiratete Soldaten, die größtenteils Ernährer ihrer verwitweten Mütter waren. 8 Wehrmänner kehrten als Invaliden zurück, von den Witwen siedelten 2 nach Deutschland über. An Renten wurden ausgezahlt an die Kriegsbeschädigten 1992 Franken, an die Witwen 8475 Franken, aus Vereinsmitteln und aus der Nationalstiftung außerdem 6236 Franken. Der Hilfsbund hat in dieser Ortsgruppe nur 25 Mitglieder, weshalb er einen dringenden Appel zum Beitritt an die im Bezirk wohnenden Deutschen richtet.

Amsterdam. Deutscher Männer-Gesangverein „Liederkranz". Am 5. Juli fand eine Feier des Sieges statt, der im friedlichen Sängerwettstreit zu Scheveningen am 23. Mai errungen wurde. Die Mitteilung, daß der Ehrenvorsitzende, Herr Holtz, der Fahnenkasse eine namhafte Spende überwiesen hatte, erhöhte die Freude des Abends. Der Präsident des Vereins, Meißner, begrüßte die Erschienenen und erwähnte, daß der Verein durch mehrere Wohltätigkeitsveranstaltungen zugunsten der kämpfenden Brüder 70 000 Mark für die deutschen Wohlfahrtsauschüsse habe zusammenbringen können. Die Sängerschar fand mit der Darbietung ihres Preisliedes großen Beifall. Ein Vertreter des Generalkonsuls überbrachte dessen Grüße und beste Wünsche. Gesangsvorträge und Tänze wechselten dann ab und hielten die Teilnehmer des Abends lange zusammen.

Rotterdam. Christlicher Verein junger Männer der deutsch-evangelischen Gemeinde. Nach dreijähriger Ruhepause ist der Verein zu neuem Leben erwacht und hält, vorläufig in kleinem Kreise, seine Versammlungen am letzten Sonntag jeden Monats im neuen Seemannsheim, Haringvliet 54, ab. Er will die deutschen jungen Männer zu gemeinsamer Arbeit zusammenführen, Vorträge über deutsche Geschichte und deutsches Geistesleben fördern und heißt auch holländische Gäste willkommen.

Konstantynow bei Lodz. Der deutsch-evangelische Kirchengesangverein Harmonie feierte Sonntag, den 3. August, sein 40jähriges Stiftungsfest, das trotz des Vorortbahnstreiks auch von Lodz aus sehr rege besucht war. Besondere Weihe erhielt das Fest durch die Tatsache, daß man wenige Tage vor dem Fest die seit Jahren verlorene alte wertvolle Vereinsfahne wiederfand, zu der von vielen befreundeten Vereinen neue Bänder usw. gestiftet wurden.

Geschäftsführender Ausschuss der Rigaer Reichsdeutschen. Die Geschäftsstelle des Ausschusses ist jetzt dem Büro des Beauftragten des deutschen Gesandten bei den Regierungen Lettlands und Estlands angegliedert und hat ihre Büroräume ebenda, Wallstr. 1. Die Rückreise Reichsdeutscher nach Riga ist nur mit Erlaubnis der lettländischen Regierung möglich. Das Einreisevisum kann auch telegraphisch in Riga eingeholt werden, falls das Gesuch von einer deutschen Behörde befürwortet ist. Es muß nämlich für die politische Zuverlässigkeit des Einreisenden jede Garantie übernommen werden. In der Frage der Mitnahme von Hab und Gut durch die mit dem Dampfer „Hannover" aus Riga abzubefördernden Reichsdeutschen zeigte sich der Ministerpräsident Ulmanis sehr zurückhaltend, ein genaues Verzeichnis muß jedem Gesuche beigelegt werden. Mittel zur Rückbeförderung von Hab und Gut stehen dem Rigaer Ausschuß nicht zur Verfügung, und da Transport- und Frachtkosten ganz außerordentlich hoch sind, kann der Ausschuß für Reichsangehörige die Zurückbeförderung nicht übernehmen. Sobald die deutschen Truppen das Land verlassen haben werden und sobald eine Entspannug der politischen Lage eingetreten sein wird, werden diese Fragen auch leichter geregelt werden können.

Befürwortungsanträge zur Erwirkung der Einreiseerlaubnis können unter Darlegung der Gründe beim Reichswanderungsamt und seinen Zweigstellen (also auch beim Deutschen Ausland Institut in Stuttgart) eingereicht werden.

Schanghai. Verein für chinesische Sprache und Landeskunde. Ueber diesen wenig in Deutschland bekannt gewordenen Verein berichtet Fritz Secker im „Archiv für den fernen Osten". Er spricht davon, daß die Deutschen wiederholt den Versuch machten, die britische Tradition Schanghais, „Geschäfte mit den Eingeborenen zu machen, aber den Herrenstandpunkt aufrechtzuerhalten" zu durchbrechen. Die nationale Sammlung der Deutschen trat nach 1900 stärker hervor. Allein ein Verein für Ostasienforschung hatte mit seinen mehr wissenschaftlich gerichteten Versuchen wenig Glück. Erst im Herbst 1915 bildete eine Anzahl junger begeisterungsfähiger Deutscher den neuen Verein, der vom Grundsatz ausging, daß China nach dem Weltkriege das begehrte Objekt des Welthandels werden würde. Man dürfe also nicht warten, bis der chinesische Kompradore dem Ausländer das Geschäft zutrage, sondern müsse Land und Leute selbst kennen lernen und erforschen, um das Land zu entwickeln und um es zu ver-

Digitized by Google

stehen. Sprachkurse in der nordchinesischen Umgangssprache sollten eingerichtet werden, Vortrags- und Unterhaltungsabende sollten stattfinden, der Verkehr mit den Chinesen selbst sollte gefördert werden. Die beiden ersten Programmpunkte wurden erfüllt, die politischen Verhältnisse ließen es jedoch nicht dazu kommen, daß auch chinesische Mitglieder aufgenommen werden konnten. Sprachklassen für Anfänger und Vorgeschrittene wurden eingerichtet, es folgte dann eine Klasse für Schriftsprache und ein Gesprächsabend. Im Oktober 1918 waren sechs Sprachklassen im Gang und hatten insgesamt 40 Teilnehmer. Die Herren Dr. Michelsen, Dozent an der deutsch-chinesischen Hochschule in Tsingtau, Dr. Pernitzsch, vom deutschen Generalkonsulat, Fr. Otte, von der chinesischen Seezollverwaltung, Missionar Th. Scholz und der Schriftführer des Vereins, W. Rüdenberg, arbeiteten besonders rührig mit. Der Verein zählte bald über 100 Mitglieder. Es genügt, die Themen der Vorträge anzuführen, um zu zeigen, wie vielseitig der Verein sich betätigte: Ein chinesisches Gedicht, Einiges über die chinesische Etikette, Chinesisch-Turkestan, Zwischen China und Tibet, Geographische Ergebnisse der Stötznerschen Szetschuan-Expedition, Gemeinverständliche Anleitung zur Aufnahme des Reiseweges unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in China (4 Abende), Die chinesische Dorfschule, Chinesische Malerei bis zur Ming-Zeit, Chinesische Stickereien, ihre Art und Herstellung. Die Jahresvorträge wurden, teilweise reich illustriert, in Jahrbüchern veröffentlicht, von denen das letzte kurz vor der Heimsendung der Deutschen in einer chinesischen Kunstdruckerei fertiggestellt wurde. Zweigvereine in Hankau, Canton, Tientsin und Peking waren vorgesehen. Die Vereinsarbeit ist durch die Kriegsereignisse unterbrochen, die geistigen Leiter des Vereins denken aber an eine baldige Wiederaufnahme sofort nach der Rückkehr der Deutschen an ihre Arbeitsstätte.

KIRCHLICHES

Für die deutschen Missionen.

Das von Friedrich Würz herausgegebene „Evangelische Missions-Magazin" stellt im Augustheft eine Anzahl Kundgebungen zusammen, die gegen den Friedensvertrag von Versailles und für die Fortsetzung des Liebeswerkes der deutschen Missionen von nichtdeutscher Seite ausgegangen sind. Wir finden hier erwähnt eine ausgezeichnete Denkschrift der englischen Quäker, eine Entschließung vom 9. Mai des Missions-Ausschusses des britischen Zweigs der Brüdergemeinde, eine Eingabe von dänischen, schwedischen und holländischen Missionsleuten und Missionsfreunden, zu der auch namhafte Schweizer ihren Namen zur Verfügung gestellt haben. An die Missionsgesellschaften in den neutralen Ländern wandte sich schon am 29. März eine Eingabe des Züricher Missions Komitees im Namen der kantonalen Missionsvereine der deutschen Schweiz, an die angelsächsischen Missionskreise wandte sich der holländische Missionsausschuß mit einem kurzen kräftigen Aufruf, an die Freikirche von England und Wales richtete die freikirchliche Liga dringliche Mahnworte, 44 britische Männer und Frauen sandten im Juli eine Botschaft an die deutschen Missionsleiter, die beginnt: „Da es nun wieder möglich ist, mit unseren Mitchristen in Deutschland zu verkehren, verlangt es uns, Euch unsere Hände wieder entgegenzustrecken in christliche Gemeinschaft." Die Botschaft hebt hervor, was trenne, Verletzungen des Rechtsgefühls, schiefe Auffassungen über Kriegsursachen und so fort, sie unterstreicht aber, was jetzt einige: „Wir müssen versuchen gegenseitig an die Lauterkeit unserer Beweggründe zu glauben. Die Welt kann nur durch Liebe gerettet werden, der Geist des Hasses muß hinaus. Wir erhoffen für die Zukunft volle und freie Zusammenarbeit an diesem Werk." Die namhaftesten geistlichen und kirchlichen Führer Englands haben unterzeichnet. Das Schreiben ist entstanden, nachdem der Wunsch einer Minderheit bei der jährlichen britischen Missionskonferenz, zugunsten der deutschen Missionsbestrebungen bei der Friedenskonferenz zu intervenieren, abgelehnt worden war.

Lodz. Katholischer Gottesdienst in deutscher Sprache. Den von dem deutschen Gouvernementspfarrer Brettle während des Kriegs eingeleiteten Bemühungen des Vereins deutschsprechender Katholiken ist es jetzt ganz im stillen gelungen, einen langersehnten Wunsch erfüllt zu bekommen. Während vor dem Krieg nur ausnahmsweise deutscher lithurgischer Gottesdienst ohne Predigt in den Lodzer katholischen Kirchen abgehalten wurde, der meist von Geistlichen abgehalten wurde, die deutsch nur radebrechten, hat jetzt der Warschauer Erzbischof angeordnet, daß regelmäßig deutscher Gottesdienst abgehalten wird. Zu diesem Zweck ist ein deutschsprechender Geistlicher nach Lodz entsandt worden.

Lodz. Polnisch-evangelischer Gottesdienst. Unmittelbar nach Abzug der deutschen Behörden wurde in den Lodzer evangelischen Kirchen von den polenfreundlichen Geistlichen die Gottesdienstordnung neu geregelt und hierbei bestimmt, daß jeden Sonntag neben dem deutschen auch polnischer Gottesdienst abgehalten wird. Wie man nach halbjähriger Dauer dieser Neueinrichtung feststellen kann, ist der Besuch des polnischen Gottesdienstes äußerst gering. An manchen Tagen ist der amtierende Pastor mit seiner auch zu Hause polnisch sprechenden Familie vollkommen allein in der Kirche. In der Warschauer evangelischen Gemeinde wurden gleichzeitig die deutschen Gottesdienste auf zwei mal im Monat beschränkt, die sind seitdem dauernd überfüllt, ohne daß leider Aussicht besteht, daß sie vermehrt werden.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Vom ehemaligen „Rat".

Die Sitzung des Rats der Reichsdeutschen im Ausland am 15. Juli im Reichsministerium des Innern war wieder von einer großen Anzahl von Vertretern aus dem ganzen Reiche besucht. Zum ersten Mal nahmen daran Herr Konsul Aselmeyer, der Vorsitzende des neuen Landesverbandes Baden, teil. Vom Reichsverband für Auslanddeutsche waren vier Vertreter erschienen. Als Gäste waren anwesend: Herr Kommerzienrat Wanner vom D. A. I., Herr Admiralitätsrat Schrameier von der Deutschen Wacht und Freiherr von Finck vom Roten Kreuz.

Die wesentlichste Frage, welche besprochen wurde, betraf die Schritte, welche bei den Ausführungen der Friedensbedingungen im Interesse der Auslanddeutschen zu tun sind. Es wurde sofort eine Reihe von Eingaben über Entschädigungsfragen, Bewilligung der Auslanddeutschen bei den evtl. mündlichen Regierungsverhandlungen usw. an die verschiedenen Reichsämter und an die Nationalversammlung abgesandt und außerdem zwei Ausschüsse gewählt, von denen der kleinere sich in Berlin mit den zuständigen Stellen ins Benehmen setzen soll, während der größere in Weimar die nötigen Schritte bei den Reichsministern und den Abgeordneten der verschiedenen Parteien zu tun hat.

Ferner wurde ein Entwurf für die Satzung des sich neu bildenden „Bundes der Auslanddeutschen" besprochen. Dieser Entwurf war von einem aus Vertretern des Rates und des Reichsverbandes zusammengesetzten Ausschuß vorbereitet worden. Da die in der Sitzung anwesenden

Digitized by Google

Mitglieder des Reichsverbandes noch Forderungen zu stellen hatten, wurde der Entwurf an den Ausschuß zurückverwiesen.

Nach Erledigung einiger unwesentlicher Punkte wurde beschlossen, daß die übernächste Sitzung als Wandersitzung in München stattfinden sollte.

Die Gründung des „Bundes".

Am 6. August hat im Bundesratssaal des Reichsministeriums des Innern eine gemeinsame Sitzung des „Rates der Reichsdeutschen im Auslande" und des „Reichsverbandes der Auslanddeutschen" stattgefunden, in welcher beschlossen worden ist, den

„Bund der Auslanddeutschen"

zu gründen. Derselbe umfaßt sämtliche bestehenden Vereinigungen einschließlich der Reichsvereinigung ehemaliger Zivilgefangener und der Vereinigung ehemaliger Zivilgefangener aus Großbritannien, Irland und den Kolonien in Hamburg, die sich vorher mit dem Reichsverbande zusammengeschlossen haben. Die Geschäftsstelle des Bundes der Auslanddeutschen befindet sich vorläufig

Berlin SW 61, Gitschinerstr. 97.

Durch den Zusammenschluß wird hoffentlich die Förderung der Ziele der Auslanddeutschen in weitgehendem Maße erreicht werden. Es finden schon heute Verhandlungen mit der Regierung statt, welche die Entschädigung der Auslanddeutschen zum Ziele haben. Es ist zu hoffen, daß es gelingen wird, bald erfreuliche Tatsachen über das Ergebnis der Verhandlungen zu veröffentlichen.

In der Versammlung wurde auch über eine Reise der Deputation nach Weimar berichtet. Die Deputation ist von den Ministern Müller und David und von einer großen Anzahl von Abgeordneten auf das beste empfangen und des wärmsten Interesses für die Sache der Auslanddeutschen versichert worden.

Die nächste Vertreterversammlung des Bundes findet am 19. August in München statt.

Die Münchener Tagung.

München, den 18. August. Erste Wandersitzung der Vertreter des Bundes. Gemäß dem Beschlusse der Gründungsversammlung tagte die erste Wanderversammlung am 18. August im Spiegelsaal des „Bayrischen Hofes" in München. Konsul Schlagintweit hatte sie hierher eingeladen und hatte die Vorbereitungen dazu geleitet. Dank und Anerkennung für seine mühevollen Arbeiten ward ihm dafür zuteil.

Der eigentlichen Vertretersitzung ging eine Veranstaltung voraus, der eine Reihe von Gästen beiwohnte. Baron von Kleinschrod begrüßte nach den einleitenden Worten des Vorsitzenden, Herrn Konsul Schlagintweit, die Gäste im Auftrage der bayrischen Regierung und wünschte den Verhandlungen, welche die Regierung mit Verständnis und mit inniger Anteilnahme für das Geschick der Auslanddeutschen verfolge, besten Verlauf. Für das Rote Kreuz war dessen Leiter in Bayern, der frühere Ministerpräsident Exz. Dr. v. Dandl, erschienen und sprach seine Bereitwilligkeit zu eifriger und treuer Mitarbeit aus. Besonderen Beifall fand der Vertreter der Stadt München, Stadtrat Ecker, der offen und ungeschminkt über die schwierigen Probleme der Fürsorge für die Auslanddeutschen sprach und die Gesetzmacherei der Regierung scharf kritisierte, die sehr schöne Gesetze herausbringe, aber alle Aufgaben auf die Gemeinden abwälze. Die großen Gemeinden würden dadurch ungeheuerlich belastet, während die mittleren und kleineren sich höchst wenig um alle Vorschriften kümmerten. Eine bessere Verteilung der Lasten auf alle Gemeinden und auf breitere Kreise sei unbedingt vonnöten. Dr. Hopfen-München, früher Italien, rief in seiner Rede den Leidensgenossen zu: Helft Euch selbst! Wartet nicht nur, bis die Fürsorge von oben kommt, organisiert Euch und verlangt Euer Recht, nur wenn Ihr selbst handelt, werdet Ihr Erfolg haben!

In einem groß angelegten und übersichtlichen, eindrucksvollen Referate besprach der bisherige Vorsitzende des „Rates der Reichsdeutschen im Ausland", Konsul Peter, die Lage der Auslanddeutschen und das, was bisher zur Fürsorge und zur Organisation geschehen ist, indem er namentlich der Tätigkeit der Darlehenskassen und der Flüchtlingsausschüsse gedachte und darauf verwies, wieviel doch bisher in all' den einzelnen Organisationen und Vereinen geleistet worden sei, die sich jetzt zur gemeinsamen Arbeit zusammengefunden haben.

Eine längere Besprechung schloß sich an. Rechtsanwalt Dr. Hirschland betonte, daß er bei aller Anerkennung der schönen kulturellen Ziele, die Herr Dr. Hopfen für den Bund der Auslanddeutschen aufgestellt habe, doch der Meinung sei, daß jetzt die materielle Grundlage für die Existenz der vielen Tausende zuerst gelegt werden müßte. Von vielen Seiten wurde gewichtige Klage über unsere Vertreter im Ausland geführt und es wurde mit zahlreichen Beispielen belegt, in wie wenig zweckentsprechender und oft leichtfertiger Weise sie früher in völliger Verkennung ihrer Aufgabe die Auslanddeutschen über die Schulter ansehen zu dürfen glaubten. Die Forderung nach energischer Mitarbeit an der Reform des Auswärtigen Amtes und des Auswärtigen Dienstes fand allseitige Zustimmung.

Die eigentliche Vertretersitzung folgte nach einem gemeinsamen Mittagsmahl, bei dem der Rektor der Münchener Handelshochschule, Professor Dr. Bonn, warmherzige und tiefempfundene Worte der Anerkennung für die Arbeit der Auslanddeutschen gefunden hatte. Konsul Peter leitete diesen Teil der Verhandlungen. In erster Linie wurde ein Garantiefonds von den anwesenden Vertretern der Organisationen gezeichnet, der den „Bund" in den Stand setzen soll, bald eine ordentliche Geschäftsstelle in Berlin einzurichten und sich ein handlungsfähiges und tatbereites Büro zu schaffen. Dann wurden in emsiger, stundenlanger Arbeit die Satzungen durchberaten, die ein Redaktionskomitee schon vorbereitet hatte. Außer den Vertretern aus Berlin: Peter, Hirschland, Schallert, Schaeffer, Gebhard, griffen namentlich die Vertreter von Baden: Bilabel-Pforzheim, von Sachsen: Lotze-Leipzig, von Hamburg: Lobusch-Hamburg, von Württemberg: Illg-Stuttgart und von Bayern: Ackermann und Dinkelsbühler-München und noch andere mehr in die Besprechung ein, und wo auch einmal starke Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren, gelang es immer der vermittelnden Tätigkeit des Herrn Handelsrichter Behrend-Berlin, Einigkeit herzustellen. In später Abendstunde war die Satzungsberatung beendet, das Gründungsprotokoll, das dem Registerrichter in Berlin überreicht werden soll, wurde von den Anwesenden unterzeichnet. Ein engerer Vorstand, bestehend aus den Herren Peter, Schallert, Gebhard, Hirschland, Schaeffer, wurde gewählt, um die Eintragung und die Rechtsformalitäten zu erledigen, und es wurde ein weiterer Vorstand von 25 Mitgliedern bestellt, der aber sein Amt nur führen soll, bis längstens am 1. Januar 1920 die Organisation der Ortsgruppen und der Landesverbände soweit durchgeführt sein wird, daß die Landesverbände ihre Vertreter zum Reichs- und Bundesvorstand selbst benennen können. Einstweilen wurden von fast allen größeren Vereinen und Verbänden im Reich Vertreter in München gewählt, deren Namen wir zusammen mit den endgültig redigierten Satzungen in der nächsten Nummer veröffentlichen werden.

Digitized by Google

Die Vertreter des ehemaligen Rates der Reichsdeutschen im Auslande, des Reichsverbandes der Auslanddeutschen und der Reichsvereinigung ehemaliger Zivilgefangener als Unterabteilung des Volksbundes für Kriegs- und Zivilgefangene (Spieker-Berlin) erklärten noch einmal offiziell, daß ihre einzelnen Verbände vom Moment der Begründung des Bundes an aufgehört hätten zu existieren und mit all ihren Mitgliedern in die neue Einheitsorganisation überführt seien.

Auf Vorschlag von Schaeffer-Berlin wurde unter lebhaftem Beifall zum Organ des neuen Bundes die „Mitteilungen" des Deutschen Ausland Instituts einstimmig gewählt, denen warme Worte der Anerkennung für ihre Arbeit und für ihre Leistungen gespendet wurden. Der bisherige Reichsverband der Auslanddeutschen läßt sein Organ zugunsten der „Mitteilungen" eingehen und führt auch seine Stellenvermittlung in diejenige des Deutschen Ausland Instituts über, die gleichfalls nach einem Beschlusse auf Antrag des Herrn Schaeffer in Zukunft die Stellenvermittlung des Bundes sein soll.

Mit besonderer Freude wurde die Mitteilung begrüßt, die Herr Dr. Hirschland namens einer kleinen Kommission machen konnte. Sie hat, bestehend aus Herrn Wallmichrath, Gebhard und ihm selbst, in Weimar lange Zeit mit Herrn Finanzminister Erzberger verhandelt. In allerkürzester Zeit wird der Nationalversammlung darnach ein Gesetzentwurf zugehen, der namhafte Summen zur Vorentschädigung für die Auslanddeutschen bereitstellt. Die Auslanddeutschen selbst werden an der Festsetzung der einzelnen Entschädigungsansprüche beteiligt werden, und es wird auch unter ihrer Mitwirkung eine Oberkommission arbeiten, an die etwaige Beschwerden gerichtet werden können. Die Darlehenskassen werden weiterarbeiten und die erste Not lindern, bis die Auszahlung der Vorschüsse beginnen kann. Milderung und Erleichterung für die Auslanddeutschen sind auch für das Reichsnotopfergesetz zugesagt.

Eine ganze Reihe von Arbeiten minderwichtiger Art wurde noch erledigt und erst in sehr später Stunde kam ein Antrag des Vertreters des Landesverbands Württemberg, Herrn Jllg, und des Vorsitzenden des Vorstandes des Deutschen Ausland Instituts, Kommerzienrat Wanner, zur Beratung, der die nächste Wandersitzung nach Stuttgart in die Räume des Deutschen Ausland Instituts einlud. Zwar lag schon eine frühere Einladung aus Leipzig vor, aber Herr Lotze, der Vertreter des sächsischen Landesverbandes stimmte in schöner Selbstlosigkeit dafür, zunächst nach Stuttgart zu gehen, und so fand der Antrag einstimmig freudige Annahme.

Nach Schluß der Vertreterversammlung traten noch die gewählten Vorstandsmitglieder zu einer Sitzung zusammen und wählten unter sich einen Arbeitsausschuß, der einstweilen die Geschäfte führen soll. Ein gemütliches Beisammensein schloß den Tag nach fast zehnstündigen Beratungen ab.

Von den Landesverbänden.

Mannheim. Bund der Auslanddeutschen, Landesverband Baden. Bei der Versammlung in Mannheim fand eine Anregung des Herrn Pfarrer Wettstein warme Anerkennung und Aufnahme bei allen Versammlungsteilnehmern, die dahin geht, es möchte eine der zur Schließung kommenden Kadettenanstalten, tunlichst die Karlsruher, für Söhne von Auslanddeutschen nutzbar gemacht werden. Der „Rat der Reichsdeutschen im Ausland" wurde von dem Beschluß benachrichtigt und gebeten, es als Aufgabe des neubegründeten „Bundes der Auslanddeutschen" zu betrachten, etwas derartiges durchzusetzen. Bei der großen Anzahl von Auslanddeutschen werde es schon jetzt nicht an Bewerbungen für die Aufnahme von Kindern fehlen, wenn eine Bekanntmachung herauskäme. Die Zahl der Bewerbungen werde sich aber noch vermehren, wenn erst die Auslanddeutschen wieder in die Fremde ziehen könnten, in die sie zunächst doch ihre Familien nicht würden mitnehmen können. Durch den Verlust der deutschen Schulen im Auslande sei auch eine Heranziehung der auslanddeutschen Kinder in heimische Erziehungsanstalten mit besonderer Vorbildung für ihre künftige Stellung als Auslanddeutsche wünschenswert. Wenn ein Mann, wie Direktor Gaster, Antwerpen, eine solche Anstalt übernehmen könnte, würde sie zweifellos Hervorragendes leisten. Eine Kommission von Auslanddeutschen solle die einleitenden Arbeiten baldigst in die Hand nehmen, da alle Einrichtungsgegenstände vorhanden sind, handelt es sich wohl nur noch um die Aufbringung der Erziehungsgelder, für welche, wenn die Eltern nicht die Mittel haben, staatliche und gemeindliche Mittel herangezogen werden sollten.

Von den Ortsgruppen.

Berlin. Vereinigung der Deutsch-Aegypter. Unter diesem Namen ist am 21. Juli in Berlin ein Verein gegründet worden, der die persönlichen und wirtschaftlichen Interessen der Deutschen aus Ägypten wahrnehmen will und der in der Zusammenarbeit mit den übrigen Auslanddeutschen sein Ziel zu erreichen sucht. Die Höhe des Mitgliedsbeitrags bleibt den Mitgliedern überlassen, auf Antrag kann der Arbeitsausschuß Beitragsfreiheit für ein Mitglied beschließen. Der Arbeitsausschuß besteht aus fünf Mitgliedern. In die neue Vereinigung geht der bisherige Ausschuß der Deutschägypter, der sich bald nach Kriegsausbruch gebildet hatte, über. Die Vereinigung will sich dem Bund der Auslanddeutschen anschließen und in ihm für die gemeinsamen Ziele der Auslanddeutschen wirken. Dem Arbeitsausschuß gehören die Herren Borchardt, David, Herold, Löwenstein und Stobbe an.

Berlin. Berliner Hilfsvereinigung für die aus Belgien vertriebenen Deutschen. Die Vereinigung hielt am 24. Juli im Lehrervereinshause unter dem Vorsitz des Herrn Alexander und in Anwesenheit von Vertretern des Belgischen Hilfsvereins Düsseldorf eine gutbesuchte Sitzung ab, in der der Vorsitzende über die Tätigkeit in den letzten Monaten und namentlich über seine Reise nach Holland und Köln berichtete. In Holland leben nicht allzu viele Flüchtlinge aus Belgien, da die meisten ihre Zuflucht nach Deutschland genommen haben. Die deutsche Gesandtschaft im Haag will Schritte unternehmen, damit die Liquidation des deutschen Eigentums in Belgien nicht mehr fortgesetzt werde. Die Zahl der belgischen Flüchtlinge in Köln und im Rheinland beträgt ungefähr 9200. Auf Anregung von verschiedenen Kreisen hat sich in Berlin ein Zusammenschluß der sämtlichen im Reich bestehenden Hilfsvereinigungen der belgischen Flüchtlinge vollzogen unter dem Titel: Zentralausschuß der Deutschen in Belgien. Zum Syndikus wurde Dr. jur. E. Barckhausen gewählt, der früher Syndikus der Handelskammer Antwerpen war und sein Büro „In den Zelten 19" in Berlin hat. Der Zentralausschuß soll in erster Linie Verhandlungen mit den Behörden über die Rückkehr der Deutsch-Belgier nach Belgien und über die Entschädigungsfrage führen. Die in Berlin ansässigen Flüchtlinge aus Belgien haben sich zu einem „Verein Deutscher aus Belgien" zusammengeschlossen, zu deren Vorsitzenden einstimmig Herr Max Alexander gewählt worden ist. Zweck des Vereins ist die Wahrung der geschäftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und persönlichen Interessen der in Berlin und Umgebung wohnenden belgischen Flüchtlinge. In ihm geht die bisherige Hilfsvereinigung auf. Mitglied kann jeder Mann oder jede Frau werden, die vor dem 1. August 1914 in Belgien ansässig war und Belgien während des Krieges verlassen hat. Der Jahresbeitrag beträgt mindestens 5 Mark und kann auf Antrag erlassen werden. Einzelne Personen oder Firmen, die Interesse an Belgien haben, können mit einem Mindestbeitrag von 50 Mark als unterstützende Mitglieder beitreten.

Digitized by Google

Berlin. Flüchtlingsausschuss für Rumänien. In einer Sitzung vom 16. Mai wurden hauptsächlich neuere Nachrichten zur Verlesung gebracht, die aus nach Deutschland mit einem Lazarettzug gekommenen Zeitungen entnommen waren. In der Sitzung vom 13. Juni konnte der Vorsitzende, Handelsrichter Behrendt, außerordentlich viel Teilnehmer begrüßen. Bisher haben sich 208 Rumänien-Flüchtlinge an den Ausschuß gewandt, ungefähr ein Drittel der wirklichen Zahl der Flüchtlinge. Von 63 Darlehensgesuchen wurden 44 im Gesamtbetrag von 41 350 Mark bewilligt, 7 wurden abschlägig beschieden, 12 werden noch bearbeitet. Der Vorsitzende berichtete über die Vorarbeiten zur Begründung eines Bundes der Auslanddeutschen. Alle Anwesenden erklärten ihre Zustimmung zu dieser Gründung und erklärten sich bereit zu einem Zusammenschluß unter dem Namen „Bund der Auslanddeutschen, Abteilung Rumänien" mit einem Beitrag von 6 Mark für das laufende Jahr, unter Leitung des Herrn Behrendt. Diese Abteilung soll sich dann später zur Landesgruppe Rumänien umwandeln.

Berlin. Geschäftsführender Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen. Der Ausschuß hielt am 28. Juli die seit seinem Bestehen am stärksten besuchte Versammlung ab. 2500 Personen waren anwesend, Hunderte fanden keinen Platz mehr und mußten umkehren, die Saaltüren mußten geschlossen werden. Herr Lenz machte zunächst geschäftliche Mitteilungen. Der Heimtransport von Möbeln aus Riga könne nicht bewerkstelligt werden, da der Bahnverkehr unterbrochen sei und keine Transportmittel zur Verfügung ständen. Mit dem Dampfer Hannover seien am 23. Juli 436 Personen, darunter 250 Reichsdeutsche, in Lübeck angekommen, etwa 3000 Reichsdeutsche seien in Riga geblieben. Die Pressenachricht, daß Vertreter deutscher Großkonzerne nach Rußland gereist seien, um wirtschaftliche Verhandlungen wieder anzuknüpfen, hätten sich als unwahr herausgestellt. Herr Lenz machte sodann Mitteilungen über die politische und geschäftliche Lage in Rußland, über die Preise der Waren und der Lebensmittel. Eine nochmalige Prüfung der Frage der Auszahlung von Vorentschädigungen aus den Restbeträgen der dem Fiskus verbliebenen Ratenzahlungen der russischen Regierung habe ergeben, daß an eine Auszahlung nicht gedacht werden könne, da die Aufhebung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk durch die Entente es als unsicher erscheinen lasse, ob die Beträge dem Reich endgültig verbleiben würden. Das Reich verwies die Notleidenden auf die Unterstützungskasse. Der Ausschuß machte aber in seiner Antwort darauf aufmerksam, daß diese Kassen Darlehnkassen seien und daß die erhaltenen Beträge doch zurückgezahlt werden müßten. Daß die deutsche Regierung geschädigte ausländische Großkapitalisten vor den Auslanddeutschen durch Zahlungen aus den russischen Summen bevorzugte, rief, wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, starke Erregung in der Versammlung hervor. Der Bericht über die vom Ausschuß verwalteten 4 Darlehnskassen ergab, daß seit Bestehen der Kassen über 21 000 Darlehnsgesuche bewilligt und 7 Millionen Mark verausgabt worden sind. Weitere Tausende von Gesuchen mußten geprüft und abgelehnt werden, weil die Voraussetzungen zur Darlehnsgewährung nicht erfüllt waren. Das Darlehnskassenwesen muß aber jetzt auf Wunsch des Reiches abgebaut werden, wogegen sich der Ausschuß vergeblich gewehrt hat. Anstatt 2 Millionen Mark neuer Gelder sind am 14. Mai nur 500 000 Mark gewährt worden, die schon so gut wie verausgabt sind. Die meisten der Flüchtlinge haben zwar Stellung, doch sind die Gehälter nicht so hoch, als daß sie sich auch davon die notwendigsten Anschaffungen an Stelle der zurückgelassenen Möbel und Kleider leisten könnten. Der Ausschuß steht auf dem Standpunkt, daß so lange mit der Darlehnsgewährung fortgefahren werden muß, als nicht die volle Entschädigung der Auslanddeutschen durchgeführt.

Herr Lenz gab sodann einen Bericht über die Verhandlungen der Kommission der Auslanddeutschen in Weimar. Er wandte sich dabei hauptsächlich gegen den Finanzminister Herrn Erzberger, der kurz zuvor für Vertreter der Hamburger Großkaufmannschaft drei Stunden Zeit gehabt habe, für die Auslanddeutschen aber nur auf fünf Minuten seinen Geheimrat zur Verfügung gestellt habe. Die Minister Müller und Dr. David, sowie Abgeordnete aller Parteien hätten dagegen viel Verständnis für die Forderungen der Auslanddeutschen bezeugt. Die Auslanddeutschen verlangten energisch einen Reichskommissar, und zwar einen Parlamentarier, für die Auslanddeutschen, Beteiligung der Auslanddeutschen bei den für die Entschädigungsfrage zu bildenden Aemtern, vollen Ersatz der Schäden, Mittel für die Vorentschädigung, Kredite zum Wiederaufbau der Wirtschaft im Ausland, Erleichterung der Rückkehr ins Ausland durch Erteilung von Freifahrtkarten, Ausnahmebestimmungen für die Auslanddeutschen beim Gesetz über das Reichsnotopfer, Beteiligung der Auslanddeutschen an den diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Ausland, keinen Abbau der Darlehnskassen vor Auszahlung der Entschädigung und ferner, daß Darlehnsnehmern, die nur kleine Beträge für Entschädigungen ausbezahlt bekommen, die Darlehen nicht sofort in Abzug gebracht werden dürften.

Zum Schluß seines groß angelegten und beifällig aufgenommenen Berichts verwies Herr Lenz auf den in der Gründung begriffenen großen „Bund der Auslanddeutschen", den zu unterstützen Pflicht jedes Auslanddeutschen sei. Der Ausschuß wird seine Geschäfte niederlegen, wenn die Darlehnskassen liquidiert sind und die Entschädigungsfrage gelöst sein wird. Er wirkt aber für Zusammenschluß der Reichsdeutschen aus Rußland zu einer „Vereinigung der Reichsdeutschen aus Rußland", die als Sektion des Bundes „Der Reichsdeutschen im Ausland" ins Leben treten soll. Er gibt zur Förderung dieser Bestrebungen in Zukunft gedruckte vertrauliche „Mitteilungen" heraus, deren Einzelnummern mit 30 Pfennig berechnet werden und allen Reichsdeutschen aus Rußland zugestellt werden können.

Frankfurt. Vereinigung zum Schutze der Interessen der Reichsdeutschen in Feindesland. Die Versammlung am 1. Juli eröffnete der verdienstvolle Vorsitzende, Herr Bessels, mit Worten des Bedauerns über die Unterzeichnung des Friedens, der die Auslanddeutschen aufs schwerste treffe. Der Schriftführer Bernays berichtete über verschiedene Fragen, so über die Zusammenstellung von Sammeltransporten von Möbeln aus England nach Deutschland. Der Brief der mit Deutschen verheirateten, in Frankreich geborenen Frauen, der an den Vorsitzenden der Friedenskommission, wie wir berichtet haben, abgegangen ist, hat 33 Unterschriften gefunden. Der Rat in Berlin wurde ersucht festzustellen, ob man sequestrierte Möbel eventuell vom Sequester zurückkaufen könne oder an wen man sich damit wenden müsse, welche Schritte zur Rückkehr ins Ausland unternommen werden könnten. Ein von einem Mitglied gestellter Antrag, da es nicht möglich sein werde, innerhalb von zwei Jahren nach Friedensschluß ins Ausland zurückzukehren, die steuerliche Schutzfrist auf 5 Jahre zu verlängern, wurde einstimmig angenommen und dem Rat zur weiteren politischen Behandlung überwiesen. Ein weiterer Antrag fand Annahme, wonach Auslanddeutsche unter 12 000 Mark Einkommen, die interniert waren oder mindestens 6 Monate im Felde standen, von allen Reichs-, Gemeinde- und Gewerbesteuern auf die Dauer von 5 Jahren befreit bleiben sollten.

Frankfurt a. Main. Verein deutscher Flüchtlinge aus Belgien. Der Verein konnte in seinen beiden letzten Monatsversammlungen eine stattliche Schar von Zuhörern begrüßen. Da die Herren Dr. Nettsträter als Vorsitzender und der Berliner Vertreter, Redakteur Wertheimer, durch monate-

Digitized by Google

lange Abwesenheit verhindert sind, ihr Amt auszuüben, so wurden an ihre Stelle die Herren Kugler und Piroth gewählt. Die Herren Thiele-Berlin und Dr. Wertheimer-Stuttgart, welche dem Vorstande in aufopfernder Weise ihre freiwillige Mitarbeit widmeten, wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt. Die wichtigsten Fragen der Organisation und der Steuergesetzgebung (letztere an Hand der Mitteilungen des D. A. I.) wurden verlesen und besprochen. Besonders lebhaft begrüßt wurde der Zusammenschluß aller Auslanddeutschen zu dem „Bunde" und der Zusammenschluß der besonders aus Belgien stammenden Flüchtlinge zu dem „Zentralausschuß der Deutschen aus Belgien". Es soll in der nächsten Sitzung des Zentralausschusses besprochen werden, daß die deutsche Regierung möglichst rasch auf eine Rechnungslegung des Sequesters besteht, daß die alten Requisitionsforderungen schleunigst erledigt werden, daß der Erlös aus den liquidierten Gütern sofort ausbezahlt werde und daß endlich eine Befreiung der Auslanddeutschen vom Reichsnotopfer erfolge. Eine Zusatznote zu der allgemeinen Note über die Rückgabe der persönlichen Effekten der Auslanddeutschen, die für Belgien besonders zugeschnitten sei, wurde dringend verlangt. In Berlin hat Herr Thiele die Vertretung des Vereins übernommen.

Hamburg. Vereinigung der Auslanddeutschen im Kaufmännischen Verein von 1858 (Büschstr. 4). Ueber die Notlage der Auslanddeutschen und über die Mittel und Wege zu ihrer Beseitigung sprach Herr P. Herrmann am 7. August. Redner führte aus, daß die Heimat den Auslanddeutschen lange nicht das Maß von Verständnis entgegenbringe, wie sie es verdienen. Die Pioniere des Deutschtums im Auslande, die ihr Alles verloren und Unsägliches erduldet hätten, nur weil sie Deutsche sind, hätten berechtigten Anspruch darauf, daß die Regierung sich ihrer annehme und es ihnen ermögliche, wieder nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft zu werden. Ohne die Auslanddeutschen sei kein Außenhandel und ohne diesen keine Gesundung der erschöpften deutschen Wirtschaft möglich. Redner verlangte vor allen Dingen unverzüglich Ersatz für die im Auslande erlittenen Verluste, und zwar nicht zum Friedenskurse, sondern zum Tageskurse, und nicht Ersatz des Liquidationserlöses, sondern des wirklichen Wertes der beschlagnahmten Gegenstände. Ferner forderte er eine Entschädigung für die Zeit der Internierung, genau wie die feindlichen Staaten dieses von Deutschland für ihre Staatsangehörigen verlangen; freizügige Rückwanderung nach dem Auslande und völlige Gleichberechtigung mit den Angehörigen der feindlichen Staaten; Sitz und Stimme in den Auslandsvertretungen des Reiches und des Auswärtigen Amtes und damit eine Verbesserung des Konsulatsdienstes. Die Regierung müsse gezwungen werden, unverzüglich an die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Auslanddeutschen heranzugehen und bei den feindlichen Regierungen darauf zu dringen, daß die unseren Stammesgenossen im Auslande auferlegten oder geplanten Beschränkungen rückgängig gemacht würden. Um den notwendigen Druck auf die Regierung auszuüben, sei es unbedingt erforderlich, sich zusammenzuschließen; nur dadurch könne etwas erreicht werden. Der Redner begrüßte die Bestrebungen, die vielen allerorts entstehenden Vereinigungen von Auslanddeutschen in einer mächtigen, ganz Deutschland umfassenden Zentralorganisation zusammenzufassen.

Hamburg. Empfang von Auslanddeutschen. Auf dem Hamburger Hauptbahnhof kamen am 25. Juli neue Auslanddeutsche aus der Verbannung an, und der „Hamb. Corr." schildert anschaulich, wie festlich sie empfangen wurden. Eine dichte Menschenmenge erwartete sie und füllte, da die Bahnhofssperre aufgehoben war, Räume und Bahnsteige. Als der Zug einfuhr, spielte eine Militärkapelle des Freikorps Schleswig-Holstein, die für diesen Zweck unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden war. Ein Meer von weißen Tüchern wogte den Ankommenden entgegen, als sie dem Zuge entstiegen: Deutsch-Australier und Deutsch-Amerikaner wurden stürmisch begrüßt. In den Wartesälen fand zunächst eine Mittagstafel statt, die durch das Konzert der Schleswig-Holsteiner gewürzt wurde, und bei der die Beauftragten der Heimkehrstelle alle gewünschte Auskunft erteilten.

Wir freuen uns besonders, über diesen wohlgelungenen Empfang berichten zu können, um so mehr, als uns von den verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, daß der Empfang der aus Rußland Flüchtenden im Osten recht freudlos und in hygienischer wie in allgemeiner Beziehung völlig ungenügend sei. Unter den in Hamburg angekommenen Deutschen befanden sich 80 Mann vom ehemaligen Kreuzer Emden und achtzig Tsingtau-Deutsche. Auf dem recht verschmutzten Dampfer Kursk, auf dem sie befördert wurden, wütete die Influenza und die Lungenpest. 380 Kranke, darunter 100 Frauen, lagen darnieder, die Besatzung war unfähig, Abhilfe zu schaffen. Da bewährte sich das deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl und deutsche Selbsthilfe. Trotzdem starben 19 Mann. Keine Flagge auf Halbmast kündete ihren Tod, kein Geistlicher sprach ein Wort, der Kapitän ließ nicht einmal, wie das sonst üblich, das Schiff stoppen. 26 Schwerkranke mußten in Durban ausgeschifft werden, über deren Schicksal nichts mehr zu erfahren war. Die Beköstigung an Bord war herzlich schlecht, Fischkonserven und Keks waren nur für teures Geld zu haben. Selbst für das Einpacken der Leichen in grobes Sacktuch-Material mußten je 15 Schilling bezahlt werden. Man muß sagen, unsere Gegner verstehen das Geschäftemachen recht gut!

Heilbronn. Ortsgruppe der Vereinigung der Auslanddeutschen in Verbindung mit dem D.A.I Die Versammlung am 19. Juli erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Der Vorsitzende, Herr Kolb, wies auf die Einigungsbestrebungen hin, die durch Vermittlung des D. A. I. und seines Vorsitzenden, zwischen Rat der Reichsdeutschen im Ausland und Reichsverband der Auslanddeutschen schwebten und betonte, daß nur Geschlossenheit heute die Auslanddeutschen noch zum erstrebten Ziele führen könne. Die Ausbezahlung von Vorentschädigungen sei wesentlichstes Erfordernis für alle Aulanddeutschen. Einstimmig nahm die Versammlung eine Resolution an, die verlangt, daß an den Verhandlungen über die Vorentschädigungen und über die Entschädigungen nicht nur in Berlin ansässige Auslanddeutsche beteiligt werden dürften, sondern Delegierte aus dem ganzen Reiche dazu berufen werden müßten. Der neue „Bund der Auslanddeutschen" müsse auf demokratischer Basis aufgebaut werden, bei Beratungen müßten Delegierte von Landes- oder Ortsgruppen mit mindestens 25 Mitgliedern eine Stimme haben. Die Ortsgruppen sollen ihre Delegierten selbst wählen. Ein weiterer Antrag wurde angenommen, den Auslanddeutschen möchten doch einstweilen wenigstens die Steuern, wenn sie nicht ganz davon befreit werden könnten, gestundet und auf die künftige Entschädigung angerechnet werden, damit sie nicht ganz mittellos blieben.

Königsberg. Vereinigung der Reichsdeutschen aus Feindesland. Die letzte Versammlung fand wieder unter dem Vorsitz des Herrn Mrongowius statt, der mitteilen konnte, daß der Flüchtlings-Ausschuß der Reichsdeutschen aus Rußland solchen Zuwachs aus den Kreisen der übrigen Auslanddeutschen erhalten habe, daß sich die jetzige „Vereinigung der Reichsdeutschen aus Feindesland" aus ihm heraus bilden konnte. Aus jedem Lande sollen nun ein bis zwei Vertreter in den Vorstand entsandt werden, um allen Interessen gerecht werden zu können. Es wurde lebhaft über die Frage gesprochen, ob auch die Elsaß-Lothringer und die Deutschen

Digitized by Google

in den besetzten Gebieten Posens als Auslanddeutsche anzusehen seien, man fand aber, daß die Frage noch nicht zur Entscheidung reif sei. Es wurde beschlossen die private, von der Entschädigungspflicht des Staates unabhängige Arbeit der „Rückwandererhilfe" zu unterstützen. An die holländische Regierung wurde ein Telegramm abzusenden einstimmig beschlossen, das sich gegen die Auslieferung des Kaisers wendet.

Vereinigung der Reichsdeutschen aus Feindesland für Sachsen und Thüringen. Die Versammlung am 14. Juni wurde von dem Vorsitzenden, Herrn Lotze, geleitet, der über seine Anwesenheit in Berlin und über die Vertretung der Interessen der Auslanddeutschen durch den Rat beim Friedensamt und in Versailles berichtete. Des weiteren wurden Steuerfragen behandelt und es wurde beschlossen, eine gleiche Eingabe der als Französinnen geborenen Frauen deutscher Flüchtlinge, wie sie von Frankfurt aus an Clemenceau abging, auch von Leipzig aus abzuschicken. Aus der Juli-Nummer der „Mitteilungen des Deutschen Ausland Instituts" wurde über das Deutschtum in der Welt ein Überblick gegeben. Am 18. Juni fand eine Versammlung der ehemaligen Zivilinternierten statt, in der Herr Lotze über die bestehenden Vereinigungen der Auslanddeutschen im Reiche berichtete und in der er darauf hinwies, daß die Lage der Auslanddeutschen viel ernsthafter sei, als die der Kriegsgefangenen. Die Begründung des „Volksbundes zum Schutze deutscher Kriegsgefangener", der nun auch den Zusatz „und Zivilgefangener" angenommen habe und die Zivilgefangenen auffordere, sich zu organisieren, bedeute eine Zersplitterung, die für die Auslanddeutschen unheilvoll sei. Ein Vertreter des Volksbundes beteiligte sich an der Aussprache, konnte die Versammlung aber nicht von der Notwendigkeit dieser neuen Gründung überzeugen. Es wurde festgestellt, daß der Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener in Leipzig ohne ihr Wissen und Wollen vom Vorstand der Ortsgruppe Leipzig des Volksbundes der Zusatz „und Zivilgefangener" angehängt wurde. Die ehemaligen Zivilgefangenen sprachen der Organisation der Auslanddeutschen ihr volles Vertrauen aus und betonten, daß man in einzelnen Fragen mit dem Volksbund gerne zusammengehen wolle.

Die Versammlung der Vereinigung am 28. Juni war wiederum zahlreich besucht. Herr Lotze gab einen Bericht über das Ergebnis der Landesversammlung, das sich auf 73 477 Mark beläuft. Unkosten seien im ganzen 12 957 Mark entstanden, sodaß also zur Verteilung die schöne Summe von 60 519 Mark verbleibe. Seit Abschluß der Sammlung sind 111 Gesuche auf Unterstützung eingegangen und 7400 Mark an Unterstützungen ausbezahlt worden. Die Sammlung gilt nur für Sachsen und es werden nur in Sachsen wohnende Flüchtlinge aus ihr unterstützt. Herr Lotze empfahl der Versammlung dringend, den Erwerb der Mitgliedschaft beim D. A. I. und den Bezug seiner Zeitschrift, die das Material für die Auslanddeutschen in übersichtlicher und vollständiger Form bringe.

In der Versammlung vom 12. Juli waren die Ortsgruppen Dresden, Plauen, Chemnitz, Amberg und Apolda vertreten. Herr Lotze berichtete den 600 Zuhörern über die öffentliche Protestversammlung am 7. Juli im Zoologischen Garten, deren Beschlüsse dem Oberbürgermeister unterbreitet und von diesem dem Ratskollegium übermittelt worden seien, das seinerseits Vorstellungen bei der sächsischen Regierung zu erheben beschlossen habe. Verlangt und gegeben wurde Aufschluß über den Stand der Frage der Ausbezahlung der restlichen 150 Millionen von der russischen Kriegszahlung an Auslanddeutsche. Auf eine Eingabe an das Ministerium über die Flüchtlingsfürsorge hat das Ministerium am 28. Juni geantwortet, daß es für weitherzige Unterstützung der Flüchtlinge durch die Gemeinden eintrete. Klagen darüber, daß die Gemeinden versagt hätten, seien dem Ministerium nicht zugekommen, es wolle aber die Bestimmung über die Flüchtlingsfürsorge den Gemeinden in Erinnerung bringen. Engherzig solle nicht verfahren werden, und sei das auch nur in ganz vereinzelten Fällen geschehen, hier sei Abhilfe geschaffen worden. Zur Anschaffung von Einrichtungsgegenständen würden den Flüchtlingen Unterstützungen gewährt, die in Einzelfällen bis zu 1000 Mark betrügen und tunlichst als Darlehen gegeben würden. Die Finanzlage zwinge allerdings hier zur Zurückhaltung. Auf eine Eingabe über Verleihung von Kriegsauszeichnungen an Auslanddeutsche, die unter besonders schwierigen Umständen ihre Flucht bewerkstelligten, antwortete das Ministerium, daß sächsische Kriegsauszeichnungen seit 16. November 1918 nicht mehr verliehen würden, daß dagegen die betreffenden Auslanddeutschen zum Eisernen Kreuz eingereicht werden könnten und sollten. Auf eine weitere Eingabe hat das Ministerium mitgeteilt, daß den Kindern von Auslanddeutschen dieselben Erleichterungen wie den Kriegsfreiwilligen hinsichtlich der Notprüfung zugebilligt werden sollten.

In der Sitzung vom 26. Juli berichtete Herr Lotze über die Sitzung des Rates in Berlin und über den Empfang der Abordnung der Auslanddeutschen in Weimar, wo man den Ministern und Vertretern der Parteien die Wünsche der Auslanddeutschen, namentlich hinsichtlich der Entschädigungs- und der Steuerfrage, übermittelte. Auf der Rückreise von Weimar erreichte Herr Lotze in Dresden, daß allen Auslanddeutschen Pässe zur Rückreise in ihr Land ausgestellt werden und daß das nicht von der Zahlung der Steuern abhängig gemacht werden solle.

Mannheim. Ortsgruppe des Bundes der Auslanddeutschen. Noch ehe der große Bund der Auslanddeutschen aus der Vereinigung des „Rats" und des „Reichsverbandes" ins Leben trat, haben sich schon die in der Organisation als Träger des Gebäudes gedachten Ortsgruppen vielfach gebildet, ein Zeichen, wie sehr man den Zusammenschluß überall im Auslanddeutschtum erstrebt. Auch hier fand am 23. Juli eine Mitgliederversammlung des ehemals mehr wirtschaftlich-fürsorgliche Zwecke verfolgenden „Rats der Auslanddeutschen in Mannheim" statt, die von 75 Personen besucht war und der der Vorsitzende, Herr Pfarrer Wettstein, in einstündiger Rede über die bisherige Entwickelung der Sache der Auslanddeutschen Rechenschaft ablegte. Einstimmig erklärte man sich mit Befriedigung mit der geplanten Gründung des Bundes der Auslanddeutschen einverstanden und begrüßte namentlich die Bildung des Landesverbands Baden. Der „Rat" in Mannheim will zwar den Namen nicht ändern und seine Statuten nicht aufgeben, will aber der neuen Ortsgruppe des Landesverbandes als Körperschaft geschlossen beitreten, sodaß auch hier Einheitlichkeit erzielt wurde. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig Herr Wettstein, zu seinem Stellvertreter Herr Schmittel gewählt, beigeordnet wurden die Herren Leitner, Kohrt, Naujoks und Voßler. Dem Arbeitsausschuß gehören beratende Mitglieder für die einzelnen Länder an, aus denen die Flüchtlinge stammen. Die Ortsgruppe wird auch ein Lesezimmer haben, in dem auslanddeutsche Literatur und Zeitschriften ausliegen sollen, der Vorsitzende erbot sich, in seiner im Schloß gelegenen Wohnung ein Zimmer dafür zur Verfügung zu stellen. Ein Mitglied stellte für dieses Lesezimmer sofort das Abonnement auf fünf Zeitungen zur Verfügung.

Am Mittwoch, den 6. August, fand unter dem Vorsitz des Herrn Pfarrer Wettstein eine Versammlung der Ortsgruppe statt, bei welcher nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten und der Berichte über schwebende politische und wirtschaftliche die Auslanddeutschen interessierende Fragen der eben aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrte Kaufmann Rentzel einen Vortrag über die Republik Panama und den Kanal hielt. Eine Entschließung

Digitized by Google

wurde angenommen, die dem Unmut der Auslanddeutschen über die zögernde Haltung der Regierung gegenüber der Auszahlung von Vorentschädigungen Ausdruck gibt.

Stuttgart. Deutsch-Spanische Vereinigung. Hier weilende Spanier und in Spanien ansässige Auslanddeutsche, die sich zurzeit hier aufhalten, sind eingeladen, sich an der am Sonntag, den 21. September im Handelshof in Stuttgart stattfindenden Generalversammlung der Deutsch-Spanischen Vereinigung, sowie an den jeden ersten Dienstag des Monats im Hotel Bertrand, Calwerstraße 7, abends 8 Uhr stattfindenden zwanglosen Zusammenkünften zu beteiligen.

Weingarten. Vereinigung der württembergischen Wehrleute aus der Schweiz. Im Beisein von Vertretern des Arbeitsministeriums, des Kriegsministeriums, der Intendantur und des Deutschen Ausland Instituts, fanden hier am 8. August Besprechungen mit den Vertretern der Wehrleute aus allen Lagern statt, in denen die Vertreter über die amtlichen Verhandlungen mit der Schweiz aufgeklärt wurden. Es wurden im wesentlichen zwei Fragen besprochen und geklärt, einmal die Frage der Deutschland-Urlaube für die Familien derjenigen Wehrleute, denen die Einreisebewilligung noch nicht erteilt ist. Hier wurde beschlossen, in Weingarten ein Urlauberheim zu errichten, für das in der ehemaligen Kaserne auf dem Klosterberg ausreichende und schöne Räume zur Verfügung stehen. Ferner wurde über die Unterbringung der Wehrleute in Zivilstellen verhandelt und es wurde beschlossen für die Wehrleute, soweit sie Arbeit aber bei der Wohnungsnot kein Unterkommen finden, oder soweit sie im Winter bei dem herrschenden Kohlenmangel wieder arbeitslos werden sollten, „Schweizerheime" in Orten zu errichten, die den Hauptarbeitsstätten nahe liegen, um den Wehrleuten dort eine gemeinsame Wohnung und Ernährung gegen billiges Entgelt oder auch bei Arbeitslosigkeit unentgeltlich zu sichern. Die Verhandlungen mit der Regierung, die unter Leitung des Ministerialrats Schmukker stattfanden, vollzogen sich in bestem Einvernehmen zur Zufriedenheit aller.

Die Elsaß-Lothringer.

55000 aus dem Reichslande Vertriebene befinden sich zurzeit in Deutschland, darunter 17900 Ausgewiesene und 37600 unter dem Druck der Verhältnisse freiwillig Ausgewanderte. Es sind 18800 Männer, 17000 Frauen und 19200 Kinder.

Die Darlehenskasse für die Elsass-Lothringer. Nach einer außerordentlich ausgedehnten und lebhaften Aussprache, die bei der Beratung in Stuttgart stattfand, und die eine sehr scharfe Kritik der Darlehenskassen und des Mitbestimmungsrechts der Deutschen Bank dabei brachte, wurde eine Erklärung der Abteilung für Elsaß-Lothringen im Reichsministerium des Innern über den Stand der Angelegenheit abgegeben, wonach die Abteilung bereit sei, sofort mit dem Verwaltungsrat der Kasse in Verhandlungen einzutreten. Die Verhandlungen haben nun das Ergebnis gehabt, daß der Höchstbetrag für Darlehen aus der U-Kasse von 5000 auf 10000 Mark heraufgesetzt wurde. In besonders gelagerten Fällen sollen sogar ausnahmsweise 15000 Mark bewilligt werden. Der Höchstbetrag für monatliche Darlehen aus der U-Kasse wird von 250 auf 400 Mark erhöht. Der Ausschuß der Darlehenskasse ist berechtigt, statt wie bisher über 1000 in Zukunft über bis zu 2000 Mark im Einzelfalle ohne besondere Zustimmung des Reichsfinanzministeriums zu verfügen. Darlehen von 10000 Mark und darüber sollen in Zukunft auch in solchen Fällen gegeben werden dürfen, wo es sich nicht um die Errichtung einer neuen Existenz handelt, vorausgesetzt, daß nachweisbar entsprechender Besitz oder Guthaben in Elsaß-Lothringen ihnen gegenüberstehen. Darlehen für den Möbeltransport von bis zu 2000 Mark können gewährt werden. Eine raschere und pünktlichere Erledigung sämtlicher Eingänge und Anträge wurde zugesagt.

Die Balten.

Berlin. Baltischer Vertrauensrat. Der Baltische Vertrauensrat sieht sich infolge des Anwachsens seiner Auskunftstätigkeit künftig gezwungen, Gebühren zu erheben, die für Vermittelung einer Reiseerlaubnis 3 Mark betragen, für Vermögensverfügungen und Aufhebung einer Zwangsverwaltung von 10 Mark an je nach der Höhe des Objektes steigend festgesetzt werden und für Übersetzungen mit Beglaubigung pro Seite 4 Mark hoch sind. Abschriften werden pro Bogen mit 2 Mark und Kopien pro Bogen mit 50 Pfennig berechnet. Schriftlichen Anfragen ist Rückporto beizulegen.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Von Weimar aus wird der nachfolgende Telegrammwechsel amtlich veröffentlicht:

Der Bund der Auslanddeutschen hat während seiner Münchener Tagung folgendes Telegramm an den Reichsfinanzminister Erzberger gerichtet:

„Die aus allen Gauen Deutschlands versammelten Vertreter des Bundes der Auslanddeutschen hat mit Dankbarkeit Kenntnis davon genommen, daß Ew. Exzellenz noch in diesen Tagen in der Nationalversammlung einen größeren Vorschuß zur Linderung der Not der Auslanddeutschen gefordert haben und nehmen bestimmt an, daß die Nationalversammlung sich der dringenden Notwendigkeit sofortiger Hilfe nicht verschließen wird."

Die Antwort des Reichsfinanzministers lautet: „Tagung Bundes Auslanddeutschen München. Ich erblicke in der Drahtung des Bundes der Auslanddeutschen den Beweis von Vertrauen zur Regierung und Volksvertretung. In vollem Bewußtsein dessen, was Auslanddeutsche als unermüdliche zähe Pioniere deutscher Arbeit geleistet, betrachte ich es als meine Pflicht, die beiden von der Nationalversammlung soeben verabschiedeten Gesetze, welche Entschädigungsbestimmungen zugunsten Auslanddeutscher enthalten, im Geiste selbstverständlicher treuester Dankbarkeit durchzuführen, welche Heimat treuen Söhnen in Fremde schuldet".

Das Privateigentum der Auslanddeutschen.

Die deutsche Regierung hat am 24. Juli in Versailles eine Note folgenden Inhalts überreichen lassen:

Unter zahlreichen Deutschen, die sich vor dem Kriege in Ländern der alliierten und assoziierten Mächte aufhielten und durch den Krieg nach Deutschland zurückgekehrt sind, ist eine besonders starke Beunruhigung durch diejenige Bestimmung des Friedensvertrages hervorgerufen worden, die sich auf das deutsche Privateigentum bezieht. Die Deutschen haben ihre gesamte bewegliche Habe an ihren früheren Aufenthaltsorten zurücklassen müssen und hegen nun die Besorgnis, daß auf Grund des Artikels 297 des Friedensvertrages auch diese bewegliche Habe der Zwangsliquidation verfallen wird. Sie befürchten damit nicht nur ihr Geschäftseigentum, sondern auch ihren Hausrat, sowie ihre persönlichen Effekten zu verlieren.

Diese Befürchtung scheint an sich verständlich, da die Befugnis zur Liquidation, die sich die alliierten und assoziierten Regierungen in Artikel 297 vorbehalten haben, dem Wortlaut der Bestimmung nach jeder Art jeden Eigentums umfaßt. Gleichwohl glaubt die deutsche Regierung annehmen zu sollen, daß der Bestimmung des Artikels 297 nicht die Absicht zugrunde liegt, ausnahmslos jede Art deutschen Besitzes zum Verkauf zu bringen. In dem der deutschen Friedenskom-

Digitized by Google

mission in Versailles übergebenen Memorandum vom 16. Juni wird als einziger Zweck der Liquidation der Wunsch bezeichnet, aus dem Erlös einen Teil der Schadenersatzforderungen gegen das Deutsche Reich zu decken. Es bedarf keines Beweises, daß ein Verkauf von gebrauchten Hauseinrichtungsgegenständen, Familienandenken, Kleidungs- und Wäschestücken keinen nennenswerten Betrag ergeben würde. Jedenfalls würde der von den alliierten und assoziierten Regierungen durch den Verkauf solcher Gegenstände erzielte Vorteil in keinem Verhältnis zu dem Nachteil stehen, den die betroffenen Auslanddeutschen dadurch zu erleiden hätten, denn dieser Schaden ist nicht nur ein materieller, da es sich im wesentlichen um Gegenstände handelt, für die unter den gegenwärtigen Verhältnissen oft nur schwer ein Ersatz zu finden sein wird, oder an denen die Eigentümer begreiflicherweise nicht nur wegen des Vermögenswertes hängen. Durch eine vom Deutschen Reich gezahlte Geldabfindung würde den Eigentümern deshalb eine ausreichende Entschädigung gewährt werden müssen, es kommt hinzu, daß die beteiligten Deutschen während des Krieges alle Mittel aufgeboten haben, um sich den in Rede stehenden Besitz zu erhalten. Sie haben insbesondere Mieten und Steuern bezahlt, was für viele, die unter dem Verlust der wirtschaftlichen Existenz in eine äußerst gedrängte Lage geraten sind, kein unerhebliches Opfer bedeutete. Da diese Zahlungen mit ausdrücklicher Genehmigung der beteiligten fremden Regierungen erfolgt sind, mußten die Eigentümer mit Recht darauf rechnen, daß ihnen ihr Besitz nicht nach Beendigung des Krieges genommen werden würde.

Die deutsche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß sich die alliierten und assoziierten Regierungen diesen Erwägungen nicht verschließen werden und daß sie, was die Liquidation des deutschen Privateigentums anbetrifft, schon jetzt bereit sind, hinsichtlich der Gegenstände die Verschonung mit Liquidationswegnahme zuzusichern. Eine solche Zusicherung würde zahlreichen Personen aus minderbemittelten Kreisen die beruhigende Aussicht erstatten, daß sie zum mindesten diejenigen Gegenstände, deren sie besonders dringend bedürfen, oder an denen sie besonders hängen, in naher Zeit zurückerhalten.

Die Entschädigungsfrage.

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 29. Juli ist die folgende Erklärung der Reichsregierung abgegeben worden:

„Die Reichsregierung hat durch die Waffenstillstandskommission erst kürzlich wieder beim Feindbund die Einleitung mündlicher Verhandlungen beantragt zwecks Regelung der Ausfuhr des deutschen Mobiliars aus Elsaß-Lothringen. Ferner hat das Auswärtige Amt ganz allgemein in einer Note an die interalliierte Friedenskommission in Paris die Freilassung jedes Mobiliars von der Liquidation des deutschen Besitzes im Auslande einschließlich der abgetretenen Gebiete verlangt. Es ist auch in Aussicht genommen, bei den Verhandlungen zur Ausführung des Friedensvertrages dahin zu wirken, daß außer dem Mobiliar Guthaben und Wertpapiere in gewissem Umfange von der Liquidation freigelassen werden. Es ist beabsichtigt, die Entschädigungsfrage der elsaß-lothringischen Vertriebenen im Zusammenhang mit der Entschädigung für die anderen Deutschen durch den Krieg entstandenen Schäden durch ein Gesetz, welches auch die Vorentschädigung zu behandeln haben wird, zu regeln."

Die Entschädigung der Auslanddeutschen.

Reichsminister Erzberger hielt am 12. August seine große Finanzrede in der Nationalversammlung. Er gab in der Einleitung eine Darstellung der Finanzlage und nannte unter den Aufgaben, die das Reich finanziell in der nächsten Zeit belasten würden, in erster Linie die Entschädigung der Auslanddeutschen. Das Reich müsse den Auslanddeutschen mit Vorschüssen auf die später zu gewährende Entschädigung zu Hilfe kommen. Schon die nächste Woche werde eine entsprechende Vorlage an die Nationalversammlung bringen. Nach den uns bis jetzt erst vorliegenden Zeitungsberichten fand diese Stelle der Ministerrede lebhaften Beifall in der Versammlung. Nach unseren Informationen soll ein Betrag von **einer Milliarde Mark** zur Vorentschädigung ausgeworfen werden. Auslanddeutsche selbst sollen an der Prüfung und Festsetzung der Höhe der Entschädigungen beteiligt werden.

Enteignungen und Entschädigungen.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes zugegangen, der zur Ausführung der Friedensbestimmungen einschneidende Maßnahmen der Reichsregierung vorsieht, die in ihrer Wirkung einer außerordentlichen Beschränkung der Rechte am Privateigentum gleichkommen. Der Gesetzentwurf gibt im § 1 der Regierung das Recht, Gegenstände, die auf Grund des Friedensvertrags oder ergänzender Abkommen mit den verbündeten Gegnern diesen zu übertragen sind, für das Reich zu enteignen, jeder Reichsminister oder die durch ihn bezeichnete Behörde soll dieses Recht ausüben können, und zwar ohne besonderes Verfahren durch Bescheid an den Eigentümer oder Besitzer mit Mitteilung in eingeschriebenem Brief gegen Rückschein oder durch öffentliche Bekanntmachung. Das Recht Dritter ist an den Gegenständen erloschen, der Eigentümer hat sie pfleglich zu behandeln, das Reich erwirbt sie mit dem Augenblick des Zustellungsbescheides. Die Besitzer sind zur Herausgabe verpflichtet, jedermann ist verpflichtet, Auskünfte zu erteilen, das Reich kann Geschäftsbücher einsehen und Räume besichtigen (wobei die Beauftragten zur Verschwiegenheit verpflichtet sein sollen). Die Enteignung erfolgt gegen Entschädigung in Geld oder Wertpapieren oder in gleichwertigen Gegenständen. Ein Vorschuß auf die Entschädigung kann bewilligt werden, gegen die Festsetzung des Betrags kann beim Reichswirtschaftsgericht um Entscheidung nachgesucht werden.

Für die Auslanddeutschen wichtig sind in dem Gesetz die §§ 6, 7 und 8. Der grundlegende § 8 lautet folgendermaßen:

„Die Vorschriften der §§ 6 und 7 finden entsprechende Anwendung, sobald die Einziehung und Verteilung von Gegenständen zugunsten der alliierten und assoziierten Regierungen oder einer von ihnen oder zugunsten eines Angehörigen der alliierten und assoziierten Mächte in dem Friedensvertrag selbst ausgesprochen oder gar als wirksam anerkannt ist oder auf Grund des Friedensvertrages durch die alliierten und assoziierten Regierungen oder eine von ihnen erfolgt."

Der § 6, auf den hier Bezug genommen ist, lautet:

„Die Enteignung erfolgt gegen Entschädigung in Geld oder Wertpapieren oder in gleichwertigen Gegenständen.

Im einzelnen stellt, falls nicht im besonderen Falle ein besonderes Gesetz ergeht, der zuständige Reichsminister im Einvernehmen mit dem Reichsministerium der Finanzen und der Justiz über Art und Umfang der Entschädigung Richtlinien auf, die dem Reichsrat und einem von der Nationalversammlung zu wählenden Ausschuß von 15 Mitgliedern zur Genehmigung vorzulegen sind."

In § 7 wird dann bestimmt:

„Die Entschädigung wird von der Enteignungsbehörde oder einer anderen von dem zuständigen Reichsminister zu bezeichnenden Stelle festgesetzt. Kann die Leistung oder die Auszahlung nicht sofort erfolgen, so kann im Falle drin-

Digitized by Google

gender wirtschaftlicher Notwendigkeit in Anrechnung auf die Entschädigung ein Vorschuß bewilligt werden.

Gegen die Festsetzung der Entschädigung kann die Entscheidung des Reichswirtschaftsgerichts nachgesucht werden, das endgültig über die Art und den Umfang der Entschädigung befindet. Sind Rechte Dritter gemäß § 2 Abs. 2 erloschen, so gelten für die Ansprüche an der Entschädigung die Vorschriften der Artikel 52 und 53 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch."

Die Steuerpflicht der Auswanderer.

Das amtliche Telegraphenbüro verbreitete dieser Tage die folgende Notiz:

Auf Grund des § 1 des Gesetzes gegen die Steuerflucht vom 26. Juli 1918 bleiben Angehörige des Deutschen Reichs der inländischen Steuerpflicht in Beziehung auf die Personalsteuern unterworfen, auch wenn sie ihren dauernden Aufenthalt im Inland aufgeben. Nach § 20 Ziffer 4 des Gesetzes gilt diese Vorschrift nicht für Personen, die ihren dauernden Aufenthalt in ein deutsches Schutzgebiet verlegen. Mit dem Verlust unserer Kolonien entfällt die praktische Bedeutung dieser Ziffer. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, werden jedoch diejenigen Personen von der Vorschrift des § 1 befreit werden, welche aus Anlaß des Krieges aus den deutschen Schutzgebieten nach Deutschland zurückgekehrt sind und sich nunmehr wieder an ihren früheren Wohnsitz oder Aufenthaltsort begeben wollen. Soweit solche Personen nicht an ihren früheren Wohnsitz oder Aufenthaltsort zurückkehren, sondern sich sonst im Auslande einen neuen Wirkungskreis gründen wollen, kann von Fall zu Fall auf Grund des § 21 Absatz 1 auf Antrag Freistellung von der nach § 1 begründeten Verpflichtung gewährt werden, wenn die Auswanderung im deutschen Interesse liegt oder wenn die Ablehnung des Antrags eine außergewöhnliche Härte darstellen würde.

Die Auslanddeutschen und die Vermögensabgabe.

Dem deutsch-chinesischen Verbande ist auf eine Eingabe, den Auslanddeutschen wegen ihrer schweren Vermögensverluste Freiheit von der Vermögensabgabe zu gewähren, unter dem 10. Juli folgender ablehnender Bescheid zugegangen:

„Auf das Schreiben vom 20. Mai 1919.

Da nicht nur die Auslanddeutschen, sondern auch zahlreiche andere Angehörige des Deutschen Reiches sehr erhebliche Vermögensverluste während des Krieges gehabt haben, erscheint es bedenklich, in dem Gesetzentwurf über die einmalige Vermögensabgabe eine Sonderbestimmung zugunsten der Auslanddeutschen aufzunehmen. Es ist aber in Erwägung gezogen, ob nicht Steuerpflichtigen mit einem mittleren Vermögen und einem Einkommen von gegen 6000 Mark, falls die Erhebung der Abgabe eine besondere Härte sein würde, Erleichterungen gewährt werden können."

Im Auftrage: (Unterschrift).

Ein Reichsamt für Auslanddeutsche?

Der frühere „Reichsverband der Auslanddeutschen" veröffentlicht in der zweiten Nummer seines „Nachrichtenblattes" den Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Reichsamtes für Auslanddeutsche und zu deren Entschädigung und Schutz. Der Gesetzentwurf sieht im § 1 die Begründung einer Reichsstelle für Auslanddeutsche vor, die alle Fragen der Schäden, Rückwanderung, des Abrechnungsverkehrs (Clearingverkehrs) mit dem Feinde regelt. Eine Kommission aus Auslanddeutschen solle einen Beirat bilden, die Mitglieder seien von den interessierten Verbänden vorzuschlagen. Der § 2 bestimmt, daß von den Ersatzansprüchen sofort zu vergüten sei einmal die gesamte zurückgelassene Hauswirtschaft auf Grund der Aufstellungen des Reichskommissars, dann die Kosten der Flucht, ferner die Kosten des Unterhalts der Zivilinternierten sowie ihrer Angehörigen und der Rückreise. Der § 3 bestimmt, daß den Auslanddeutschen Darlehen aus Reichsmitteln zu gewähren seien. Der § 4 enthält die Bestimmung der Entschädigung des Auslandbesitzes zum vollen Kriegswert durch das Reich, dort, wo das Reich die Verrechnung mit dem Feinde nach den Friedensbedingungen vornehmen muß. Bei der Verrechnung werde der vom Ausland bezahlte Wert berücksichtigt. Der § 5 endlich setzt fest, daß vor und während des Krieges entstandene Forderungen in- und ausländischer Gläubiger an Auslanddeutsche von deutschen Gerichten nur anhängig gemacht werden könnten, nachdem die Auslanddeutschen entschädigt worden seien, während die Vergütung für Hauswirtschaft, für Fluchtkosten, für Internierung und Rückreise, sowie Darlehen für Wiederaufbau der Existenz nicht als „Ersatz" anzusehen sei.

Dem Gesetzentwurf ist eine Begründung beigegeben, die energisch eine Zentralstelle mit ausführender Gewalt verlangt und die in überzeugenden Worten die Notwendigkeit der Hilfe für die Auslanddeutschen noch einmal zusammenfaßt. Namentlich wird darauf verwiesen, daß die Darlehen der bisherigen Darlehenskassen durchaus ungenügend seien und daß die aus Reichsmitteln zu gewährenden Darlehen erst nach Ausbezahlung der Entschädigung zurückbezahlt zu werden brauchten. Der volle Vorkriegswert ihres Besitzes müsse den Auslanddeutschen ausbezahlt werden, unbeschadet, was davon durch die ungenügende Tätigkeit der Sequester verlorengegangen sei. Ein Schutz der zurückgekehrten Auslanddeutschen gegen ihre Gläubiger sei dringend nötig, da ohne ihn der Wiederaufbau seiner Existenz bei der Unmöglichkeit, die ausländischen Schuldner zu belangen, unmöglich sei.

Die Auslanddeutschen und die Deutsch-Demokratische Partei.

Der deutsch-demokratische Parteitag hat am Ende seiner Tagung einen Antrag des bekannten Historikers, Professor Dr. Bergsträßer, angenommen, der eine mit reichlichen Mitteln ausgestattete Reichsstelle fordert, um das Deutschtum im Auslande kulturell zu sichern. Der Antragsteller verweist nun zur Begründung dieses seines Antrags in der demokratischen Presse auf die beschämende Tatsache, wie wenig der deutsche Staat früher für solche Zwecke übrig hatte gegenüber den beträchtlichen Aufwendungen, die selbst kleine Nationen für ihr Volkstum im Auslande machten. Zu den Deutschen im neutralen Ausland kommen jetzt die vielen von neuem vom Vaterlande abgesplitterten Volksteile und die neuen Auswanderer. Sie alle muß die Heimat bewahren und schützen. Ihr Recht auf eigene Kultur und Schulen muß in der Heimat verankert werden, ihre Zeitungen und Büchereien müssen von hier aus Nahrung und Unterstützung finden. Die ganze Heimat muß hinter den Volksgenossen stehen. Die Deutschen aus den Diaspora-Bezirken, die Deutschen aus Westpreußen und Posen dürfen auch nicht etwa zurückwandern. Sie müssen dort bleiben als eine wichtige und sichere Hypothek für die Zukunft. Bei der Revision des Friedens von Versailles werden wir sie einst brauchen. Aber politisch in ihrer Haltung gegenüber ihrem neuen Vaterlande dürfen wir die Auslanddeutschen nicht beeinflussen. Deshalb dürfe die neue Reichsstelle auch nicht mit dem Auswärtigen Amt verbunden werden, sondern müsse rein kulturelle Mittelstelle werden.

Petitionen.

Dem 7. Verzeichnis der bei der Nationalversammlung eingelaufenen Petitionen entnehmen wir, daß der Deutsche Klub in Kopenhagen, der Deutsche Verein und der Verein deutscher Reichsangehöriger in Kopenhagen, Herr Cladius für die deutsche Kaufmannschaft in Kopenhagen und Herr Gersdorf nochmals im Namen des Deutschen Klubs in Kopenhagen Bittschriften einreichten, die deutsche Flagge Schwarz-Weiß-Rot beizubehalten. Der Hilfsverein

Digitized by Google

für Deutsch-Böhmen und das Sudetenland in Graz entbietet seinen Volksgenossen im Reiche brüderliche Grüße, gelobt mit unwandelbarer Treue am großdeutschen Gedanken festzuhalten und bittet um jede Unterstützung zur Befreiung seiner deutschen Heimat Böhmen und Sudetenland. Gegen den geplanten Gewaltfrieden wandten sich noch in zahlreichen Petitionen Vereine und Gesellschaften der Auslands- und der Grenzdeutschen. So verlangte die Vereinigung zum Schutze der Interessen der Reichsdeutschen aus Feindesland und der Verein deutscher Flüchtlinge aus Belgien, der Ausschuß der aus Portugal vertriebenen Reichsdeutschen in Hamburg, die Vereinigung deutsch-belgischer Flüchtlinge in Köln, der Rat der Reichsdeutschen im Ausland, der Reichsverband der Auslanddeutschen und der Verein für das Deutschtum im Ausland, der Hilfsausschuß der Reichsdeutschen aus Frankreich in Berlin Wahrung der Rechte der Auslanddeutschen im Friedensvertrag, Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, Schadloshaltung der Geschädigten durch das Reich usw. Auch der Schutzbund für das bedrohte Ausland- und Grenzlandsdeutschtum in Charlottenburg forderte Aufrechterhaltung des Selbstbestimmungsrechtes für die bedrohten weiten Schichten des deutschen Volkes und die Vereinigung der Deutschen Marokko-Interessenten in Hamburg bat um Wahrung der Rechte ihrer Mitglieder. Das Verzeichnis der Eingaben schließt mit dem 24. Juni 1919 ab.

Im 9. Verzeichnis der der Nationalversammlung zugegangenen Bittschriften, das am 25. Juli abgeschlossen ist, finden wir unter den Petitionen, die sich mit Fragen des Auslanddeutschtums befassen, eine Bitte des Rats der Reichsdeutschen im Ausland, der um vorzugsweise Befriedigung der Auslanddeutschen aus Reichsmitteln für ihr im Feindesland beschlagnahmtes Eigentum und um Heranziehung seiner Vertreter als aktive Organe bei einzurichtenden Regelungsstellen nachsucht und der in einer zweiten Eingabe um Zuziehung seiner Vertreter zu den allgemeinen Beratungen über den Aufbau der der Commisson des réparations gegenüberstehenden deutschen Kommission bittet. Um Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Reichsflagge ersucht der deutsche Verein in Helsingfors.

AUSWANDERUNG

Gegen die Auswanderung.

In der „Deutschen Warte" wendet sich Justizrat Bamberger-Aschersleben, der bekannte Vorkämpfer für die Auswanderungssteuer, gegen die Auswanderungsfreiheit. Er bespricht zunächst die zu geringen Schutzbestimmungen des Steuerfluchtgesetzes, das nur einen Ansporn zur Auswanderung darstelle. Die Auswanderung aber sei unsere größte Gefahr, denn nur Arbeitslustige wanderten ab und schädigten unsere Volkskraft, die nur an angestrengter nachhaltiger Arbeit gesunden könne. Bamberger stellt an Beispielen zusammen, wie wenig die Menge unserer Feinde ein Wiederauftauchen großer deutschen Massen in der Welt begrüßen und dulden werde. Er erwähnt, daß Jannasch früher, vor 30 Jahren, von einem Jahreseinkommen von 400 Mark ausgehend, den Auswanderer seinem Kapitalwert nach mit 8000 Mark kapitalisiert habe. Heute müsse man 2000 Mark und 40 000 Mark berechnen. Bei 200 000 Auswanderern jährlich bedeute das einen Abfluß von 8 Milliarden Mark jährlich!! Dabei sei der ideelle Schaden noch nicht mitberechnet. Einschränkende Maßnahmen seien vonnöten: vor allem zur Auswanderung eine Genehmigung, die erst nach sechsmonatiger Wartefrist zu erteilen sei, während derer die Behörde über eine eventuelle Unterbringung des Auswanderungslustigen in der deutschen Volkswirtschaft mit den Arbeitsnachweisen zu verhandeln habe.

Ganz im Gegensatz zu diesen Ausführungen steht das, was Professor Kaulla-Stuttgart im roten „Tag" vom 29. Juli unter dem Titel „Deutschland und der Wiederaufbau Rußlands" schreibt. Er sagt da: „Es sind eben 20 Millionen zu viel, lautete die kühle Antwort von der Feindesseite. Unzulänglichkeit der Bedarfsdeckung heißt aber: Hunger und Elend. Unterernährung und Krankheit, Bürgerkrieg und Verbrechen werden das Volk solange dezimieren, als sich die Menschenzahl nicht wieder im rechten Verhältnis zu der tatsächlichen Möglichkeit der Bedarfsdeckung befinden wird." Planmäßige energische Förderung der Auswanderung sei der einzige Rettungsweg. Freilich sei es hart, selbst die Hand bieten zu müssen, um einen Teil des kostbarsten Volksbesitzes, Menschen, abzuschieben, zumal sich diese Deutschen erfahrungsgemäß draußen leicht assimilieren, wenn auch unsere Feinde gerade dagegen hohe Schranken errichteten. Aber der Menschenverlust durch Auswanderung sei das kleinere Übel gegenüber Hunger und Elend. Rechtzeitige Massenauswanderung aber gleiche dem Verfahren des Gärtners, der die überzähligen Schößlinge des Baumes entfernt, damit dessen Triebkraft sich nicht auf mehr Äste und Zweige ausdehne, als auf diejenigen, für die sie ausreiche. Südamerika werde bei seiner wirtschaftlichen Verfassung kaum einen so plötzlichen Massenzustrom aufnehmen können, wie er bei uns frei werde. Es bliebe also Rußland, das bei geordneten Verhältnissen einen wahren Menschenhunger haben werde, und das in Landwirtschaft und in Industrie, was ja für uns besonders wesentlich sei, ungezählte Tausende unterbringen könne. Die schwarze Erde könnte dann in kurzer Zeit der Nahrungsmittelnot Europas ein Ende machen, wobei ausschlaggebend sei, daß dabei ein verhältnismäßig geringer Teil des jetzt so kostbaren Schiffsraumes beansprucht werde. Initiative und Organisation aber seien vonnöten.

Im Juliheft von **„Nord und Süd"** bespricht Dr. Willy Berthold die Frage der Reichswanderungspolitik. Er bringt einen knappen historischen Ueberblick über die Entwicklung der Auswanderungspolitik, namentlich der deutschen Vorschriften und verlangt staatliche Regelung des Auswanderungswesens. Die schon jetzt zu bemerkende Auswanderung des Kapitals und der Intelligenz bedrohe das deutsche Reich mit schweren Gefahren. Die Deutschen draußen nicht wieder Kulturdünger werden zu lassen, sei Aufgabe des Reichs. Im Baltikum, in Rußland und in der Ukraine sieht Berthold „erwünschte" Auswanderungsgebiete. Er verweist auf die Tätigkeit der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland, die sich überall Achtung geschaffen und sich beliebt gemacht hätten, ferner auf die Anwesenheit der Hunderttausende von russischen Kriegsgefangenen bei uns, die Deutschland achten und schätzen gelernt hätten, auf das Zusammenkommen der deutsch-ukrainischen Kolonisten mit den Brüdern aus der Heimat während des Krieges. Die Überlandwanderung erscheint ihm also aussichtsreich. Das von Berthold verlangte Reichswanderungsamt ist inzwischen schon geschaffen worden. Zum Schlusse streift Berthold die Frage und Wichtigkeit des Wahlrechts der Auslanddeutschen, um ihren Zusammenhang mit der Heimat aufrechtzuerhalten. Er verweist da auf das Preisausschreiben des D. A. I., das hoffentlich wertvolle Anregungen bringen werde. Die zweite große Abwanderung nach dem Osten möge eine ebenso große Kulturtat werden, wie die erste, die der verstorbene Geschichtsprofessor Lamprecht die größte Kulturtat der Deutschen überhaupt genannt habe.

Im Echo vom 12. Juni bespricht Prof. Jastrow in gehaltvollen Ausführungen das Auswanderungsproblem namentlich vom Standpunkt der Schiffsraumnot aus. Bei einer Zahl von 10—15 Millionen Auswanderern käme man infolge des beschränkten Schiffsraumes auf eine Auswanderungsperiode von 15—30 Jahren. Die bisherige Aus-

Digitized by Google

wanderung habe noch immer die entvölkerten Gebiete weiter entvölkert, die Gebiete mit Menschenzusammenballungen aber unberührt gelassen. Der Ueberschuß an Frauen werde sich durch die Auswanderung nur vergrößern, gerade die tüchtigsten Männer und die aus den meistbegehrten Berufen würden auswandern, und zwar solche aus den arbeits- und zeugungsfähigen Altersstufen. Volkswirtschaftlich gesprochen würde der Aderlaß der Auswanderung uns gar nichts helfen, sondern unser Volk nur in neue Nöte stürzen. Der Mensch als solcher müsse in seinem wahren Werte geschätzt werden, das werde der Anfang zu einer neuen Selbstachtung in jeder Beziehung sein.

Kulturdünger.

Unter dieser Ueberschrift bespricht Erhardt Breitner in der „Neuen Berliner Zeitung" vom 19. Juli die Frage der Auswanderung. Deutschland, das arme, innerlich zerrissene, schicke sich an mit Menschen zu bezahlen, wie früher Polen, Italien, Ungarn, Irland. Man denke daran, die Auswanderung zu organisieren. Nicht um Reichtümer zu verdienen wollten die Leute fort, sondern um bitterster Armut zu entgehen. Aber die Verzweiflungsstimmung dürfe nicht genährt werden. Es sei nicht wahr, daß Deutschland angesichts seiner 1,6 Millionen Kriegsopfer einen Ueberschuß an Arbeitskräften besitzt, der es nötig mache, Ventile zu öffnen. Der gegenwärtige Krisenzustand sei vergänglich. Die Lasten- und Schuldentilgungskosten werden sich nicht verkleinern, sondern im Falle einer großen Auswanderung nur auf weniger Schultern verteilen, deshalb müsse nicht nur die Kapitalflucht, sondern die Arbeitsflucht unterbunden werden.

Bessere Organisation.

Ein Leitartikel in der Nr. 17 der Berliner „Deutschen Auswanderer-Zeitung" befaßt sich mit der Zersplitterung und Zerfahrenheit in der deutschen Auswanderer-Bewegung. Das Reichswanderungsamt habe der Fülle der auftauchenden Probleme gegenüber völlig versagt und scheint sich nicht über Mittel und Wege im klaren zu sein, die Zustände zu bessern. Klarheit zu gewinnen sei die Hauptsache. Der Artikel will diese Klarheit schaffen, indem er einmal die Gruppen der Interessenten an der Auswanderer-Bewegung zusammenfaßt. Er unterscheidet 1. die eigentlichen Auswanderervereine, 2. die ideell und moralisch an der Auswanderung interessierten Fürsorgevereine, 3. die materiell an der Auswanderer-Bewegung interessierten Reisebüros und Schiffahrtsgesellschaften und 4. die deutschen Industrie- und Handelsverbände, sowie sonstige wirtschaftliche Korporationen, soweit sie ein mittelbares Interesse an der Auswandererbewegung haben. Jede dieser Gruppen sollte nun Delegierte bestimmen, die einen Gesamtausschuss für das Auswanderungswesen auf demokratischer Basis zu bilden hätten. Selbstverständlich wären auch geeignete Persönlichkeiten aus dem „Beirat" des Reichswanderungsamtes in diesen Ausschuß zu wählen, dieser selbst aber müsse wieder eingehen, da er keinerlei Einfluß gehabt habe und bisher nicht positiv in Erscheinung getreten sei. Der neue Ausschuß solle vor allen Dingen Neugründungen überwachen und Auswanderer- wie Siedlervereine scharf unter die Lupe nehmen. Er solle die Wünsche der Auswanderer bei der Schaffung einer Auswanderungs-Gesetzgebung zur Geltung bringen, auf die Tarife der Eisenbahn- und Schiffahrtsgesellschaften zu Gunsten der Auswanderer einwirken, sowie die Auswanderer-Transporte selbst überwachen, er solle geeignete Persönlichkeiten mit Hilfe der finanziellen Mittel der Gesamtorganisation aller Gruppen ins Ausland und nach Übersee entsenden, um die Ansiedlungsmöglichkeiten an Ort und Stelle zu prüfen und mit den überseeischen Länder-Verkaufssyndikaten in Fühlung zu treten. Der Zentral-Ausschuß, dessen Aufgabe damit noch keineswegs erschöpfend dargestellt sein solle, würde so zu einer Art „Auswanderungs-Parlament", durch das die kraftvergeudende Rivalität einzelner Organisationen vermieden werden könnte und das für das Reichswanderungsamt eine kraftvolle Rückenstärkung bedeuten würde. Das Reichswanderungsamt müsse also selbst die Gründung in die Hand nehmen, indem es an die einzelnen Gruppen herantrete. Wo ein Wille sei, da sei auch ein Weg. Man wolle endlich Taten sehen.

Werbung für Mexiko und Paraguay.

Ein Vertreter der „Deutschen Auswanderer-Zeitung" hat Unterredungen mit der Gesandtschaft und dem Konsul von Mexiko, sowie mit dem Generalkonsul von Paraguay in Berlin gehabt. Beide Stellen haben sich höchst optimistisch über die deutsche Auswanderung nach ihren Ländern geäußert. Die mexikanischen Herren verwiesen auf die Deutschfreundlichkeit ihres Landes, auf die Aussichten für landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter, für Ingenieure, Ärzte, Chemiker, auf das günstige Klima, der Vertreter Paraguays betonte die Aussichten der Obstkultur, der Landwirtschaft, der Viehzucht und der Waldwirtschaft. Er erklärte, daß das Land sich für Landwirte, Taglöhner, Handwerker besonders eigne, die über ein kleines Kapital verfügten. Die Regierung nehme sich der Einwanderer an, wenn sie auch keine Garantie für Unterkunft und für die Gewährung freien Unterhalts für Monate leisten könne. Die Bevölkerung sei deutschfreundlich. Jeder deutsche Einwanderer, der eine vom paraguayischen Konsul beglaubigtes Attest seiner heimatlichen Polizeibehörde beibringe, in dem seine gute Lebensführung und seine berufliche Tüchtigkeit beglaubigt werde, bekomme, wenn er mindestens 50 Goldpesos und für jeden erwachsenen Sohn 30 Goldpesos habe, zollfreie Einfuhr für alle persönlichen Gebrauchsgegenstände, Geräte und Maschinen, freie Ausschiffung auf Kosten der Einwanderungsbehörden, freie Wohnung und Beköstigung für 8 Tage, freie Beförderung nach seinem Niederlassungsort, wenn bis dorthin „leichte Transportmöglichkeit' gegeben sei.

Trotz aller dieser verlockenden Aussichten glauben wir Auswanderungslustige wiederholt warnen zu sollen, allzu leichtsinnig sich Illusionen hinzugeben. Gründliche Information nicht nur bei interessierten Konsuln ist vonnöten, wenn Enttäuschungen vermieden werden sollen.

Ein neues Auswanderungsprojekt für Argentinien. In Stuttgart warb in neuerer Zeit ein Herr Miguel Mattern für ein neues Projekt „Suevia-Badenia". Eine maschinenschriftliche Ausarbeitung schildert das Land in lockenden Farben. Die Regierung gebe in der Pampa Land zu günstigen Bedingungen in Verkauf oder Pacht, bei 5—10jähriger Abzahlung, sie helfe mit Saat und Geräten bei Rückzahlung nach der Ernte aus. „Das Haus zimmert man sich selbst nach Gauchoart, primitiv aber mit wenig Kosten, und die paar Groschen, die man aus Deutschland mitbringt verwendet man zum Ankauf einiger Pferde für die Arbeit (Stück etwa 100 Mark), Geschirre und einiger Pflüge, Dreschmaschine mit Koppelwerk, eine Windmühle für Wasser. Es bleibt dann vielleicht noch was übrig für einige Kühe und Schafe, dann noch für Unterhalt bis zur Ernte, Zwieback und Fett, Thee und anderes. Sonst lebt man von der Jagd, Feldhühner, Hasen und anderes, welche in Mengen vorhanden sind." Die gute Ernte werde dann die Mittel zum Weiterkommen liefern. „Der Ansiedler kommt schon im ersten Jahre in sorgenfreie Lage. Natürlich muß gearbeitet werden und die Witterung muß auch was beihelfen". Eine ausgezeichnet aussehende Rechnungsaufmachung wird beigefügt. Es folgt ein „Prospekt zum Großbetrieb". 80 bis 100 Landwirte sollten sich vereinigen, jeder mit 5000 Mark Einlage, ein Drittel der Estanzia von 3000 ha, 500 km südlich von Buenos Aires solle eingezahlt werden, das übrige solle in Hypotheken stehen bleiben. Die Wohnräume, Schuppen,

Digitized by Google

Windmühlen und Drahtumzäunungen seien beim Kauf inbegriffen, im übrigen könne man Wellblechhäuser bauen, die man zerlegt aus Deutschland mitbringen und später als Lagerschuppen verwenden könne. Die Hälfte der Summe, die man zurückhalten werde, diene dann zum Reisen, zum Unterhalt bis zur Ernte, zur Anschaffung der Wohnungsgebäude, von 150 Pferden, 100 Kühen und 500 Mutterschafen. Auch hier wird eine sehr lockende Rechnung mit beträchtlichem Ueberschuß aufgemacht. Die Jagd wird in den leuchtendsten Farben geschildert; sie sei so reich, daß man sogar eine Konservenfabrik zum Export nach Europa aufmachen könne, die Bodenverhältnisse werden als günstig bezeichnet, gedüngt werde nicht. Komme die Estanzia erst in Betrieb, so werde die Bahnlinie bestimmt bis dorthin verlängert und die Estanzia bekomme eine Station. Wenn die Sache erst in Betrieb sei, gründe man mit einem Stock von 500 Kühen und 3000 bis 5000 Mutterschafen eine große Viehzucht. „Ueberall ist Geld zu verdienen, wenn eine tatkräftige Organisation vorhanden ist und die sich den Verhältnissen anzupassen versteht". Herr Mattern selbst, der Estanziaverwalter in Argentinien gewesen ist, will als Sachverständiger mitreisen und mit einem Ausschuß von Interessenten das Land auswählen und kaufen, sodaß die Nachkommenden gleich mit der Arbeit beginnen könnten. „Es wäre dadurch ein längerer Aufenthalt im Lande zwecks Orientierung vermieden". .

So und ähnlich schildert der 6 Seiten lange Prospekt die Dinge. Ein Sachverständiger, den wir darüber um Rat gefragt haben, schreibt uns dazu: „ Es ist mir nicht bekannt, daß die argentinische Regierung Land in Kauf oder Pacht gibt, das für den deutschen Landwirt zwecks Ackerbau geeignet wäre, ebenso wenig, daß sie Saatgut und Geräte vorschießt. Die argentinische Nationalregierung hat kein solches Land mehr verfügbar, mit Ausnahme vielleicht einiger Striche in den südlichen Territorien entlang der Cordilleren, die aber keine Bahnverbindung haben und vom Verkehr ganz abgeschnitten sind. Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat noch einiges Land von ca. 500 000 ha in der Nähe der Stadt Patagones am Rio Negro, das vermietet wird, bis jetzt aber nur an Schafzüchter. In der Nähe dieser Ländereien existiert eine Kolonie, von der Kolonisationsgesellschaft Ströder etwa 1911 ins Leben gerufen, auf der auch deutsche Kolonisten sitzen, die aber häufig unter Regenmangel leidet, weil die Niederschläge in diesen Gegenden sehr unregelmäßig sind und man nicht alle Jahre sicher auf eine Ernte rechnen darf. Dort wäre vielleicht noch Land zu haben, aber von einem Preis von 36 Mark das Hektar könnte da keine Rede sein. Ich hörte seinerzeit von P. 80 und mehr pro Hektar, dies wären ca. 150 Mark bis zu 200 Mark (in der Nähe der Stadt Bahia Blanca dürfte das Land noch viel teurer sein), wenn man die Mark zu ihrem früheren Wert annimmt. Dies ist überhaupt ein wunder Punkt in den Aufstellungen des Prospektes, daß die Mark immer zu ihrem früheren Wert angenommen wird, auch bei den sofort zu bezahlenden Sachen, wie Tieren, Geräte, Lastgut, Ausreise, Anzahlung auf das Land etc., was alles früher vielleicht zu diesem Preise zu haben war, aber jetzt müßte man den dreifachen Preis in Mark rechnen, was den Anfang viel teurer macht und demgemäß erschwert. Die Mark wird im Prospekte allerdings auch bei den Einnahmen zum alten Werte gerechnet, aber wenn nun die Ernte im ersten Jahre mißrät, was man ja so oft erlebt, was dann?

In Argentinien kann man nicht, wie hier in Deutschland, immer mit einer sicheren Ernte, einmal ein bißchen mehr, die anderen Male ein bißchen weniger rechnen. Es kommt häufig vor, daß man wegen ungünstigen oder zu wenigen Niederschlägen fast nichts erntet, besonders z. B. in den südlichen Teilen der Provinz Buenos Aires, dann kann allerdings auch einmal ein Jahr kommen, das alle Erwartungen übertrifft. Dieser Umstand schadet vielleicht einem alten erfahrenen Kolonisten, der schon ziemlich eigenes Kapital und besonders auch Kredit hat, nicht so sehr viel, aber einem neuen Unternehmen oder kleinen Anfänger mit wenig Kapital, das alles im ersten Jahr verwendet wird, kann es die Existenz in Frage stellen. Ich möchte es geradezu für ausgeschlossen halten, daß ein deutscher Landwirt, der sich sofort seßhaft macht und ankauft, vorwärts kommt. Erst müßte er ein Jahr irgendwo arbeiten, um den dortigen Betrieb aus Erfahrung, die Landessprache etc. einigermaßen kennen zu lernen, was am Schlusse des Prospektes auch zugegeben wird, aber im Gegensatz steht zu dem auf der ersten Seite angeratenen Ankauf einzelner Landwirte auf Regierungsland.

Bei der Viehzucht, besonders Schafzucht, macht der zeitweilige Regenmangel einen weniger schlimmen Effekt, obwohl es dabei auch Katastrophen geben kann, weshalb man auch noch so sehr viel unbebautes, darunter bestes Land in Argentinien findet, das nur als Viehweide benutzt wird.

Es ist richtig, wenn im Prospekt Weizen und Hafer als die am sichersten inbezug auf eine zu erwartende Ernte angeführt werden, denn dieses Getreide kommt bei unregelmäßigen Niederschlägen noch am besten fort, aber wenn dann mit einem Ertrag von 300 000 Mark auf 200 Hektar für Kartoffeln und Mais gerechnet wird, halte ich dies für sehr gewagt. Was spielen da nicht Bodenverhältnisse, Saatgut, Niederschläge etc. für eine Rolle! Ich habe Jahre erlebt, in denen die Pflanzer die Kartoffeln im Boden ließen, weil sich nicht die Ernte bezahlt hätte, andererseits auch Jahre, in denen 50 Mark (alter Kurs) und mehr für 100 kg dafür bezahlt wurde, also Kartoffelbau sehr unsicher! Aber auch die Angaben über den Ertrag von Weizen scheinen mir problematisch.

Zu einem der schwierigsten Kapitel in Argentinien gehört der Landkauf, weil viel auf Spekulation gekauft wird, auch von Leuten, die keine Landwirte sind, sondern nur mit dem Wertzuwachs rechnen, vielleicht inzwischen das Land vermieten. Es gibt dabei manchmal auch große Rückschläge, doch setzt die Spekulation dann bald wieder ein, und so kommt es oft, daß Grund und Boden teurer bezahlt werden als man nach dem Ertrag rechnen dürfte. Ich möchte daher einer deutschen Kolonisationsgesellschaft raten, sich erst ein Stück Land zu sichern, bevor man Kolonisten zur Uebersiedlung einladet.

Es ist richtig, daß vor dem Kriege das Deutschtum in Argentinien in großem Ansehen stand, besonders in Handel und Industrie, Schiffahrt, Lehrfach, Militär, wie es jetzt damit aussieht, nachdem in den letzten 5 Jahren so unsäglich viel über uns gelogen wurde, nachdem wir selbst einen so schmählichen Zusammenbruch erlebt haben, weiß ich nicht".

Soviel uns bekannt ist, haben schon viele Einzeichnungen von Geldern für das Projekt des Herrn Mattern stattgefunden. Es ergibt sich aber aus den Darlegungen unseres Sachverständigen, zu wie großer Vorsicht man bei all diesen Projekten, die jetzt zu Dutzenden auftauchen, anraten muß.

Zudem ist aber besagter Mattern spanischer Staatsangehöriger und hatte, ehe er die lukrative Tätigkeit in Stuttgart begann, 4 Wochen Gefängnis in Karlsruhe wegen Vergehens gegen das Auswanderungsgesetz abzubüßen. Als man ihm dann hier unter unserer lebhaften Mitwirkung etwas auf die Finger sah, verschwand er spurlos!!

Erste Ausreise von Oesterreich.

Von der Aktion Gamillscheg sind die ersten 50 Mitglieder am 30. Juli aus Wien über Leipzig und Hannover nach Amsterdam abgereist, um von dort sich nach Brasilien einzuschiffen. Sie sind die Vorarbeiter und Pioniere für die geplante große Aktion. Die Abreise wurde anscheinend wir-

Digitized by Google

kungsvoll vorbereitet und auch mehrfach gefilmt. Der Film soll, wie die Wiener Zeitung „Der Auswanderer" berichtet, schon demnächst in den Wiener Kinos gezeigt werden. Daß darin eine bedenkliche Anreizung zur Auswanderung liegt, ist wohl klar, denn die meisten derer, die den Film sehen werden, werden kaum bedenken, daß das, was 50 Männern möglich war, noch nicht für die Zehntausende und Hunderttausende der Auswanderungslustigen möglich sein wird. Es werden sich Hoffnungen bilden, und sie werden grausam enttäuscht werden.

Aktion Entner in Wien.

Bei der Generalversammlung der Gesellschaft am 22. Juli teilte Herr Entner mit, daß allein aus Oesterreich dem holländischen Lloyd bereits 30 000 Anmeldungen auf die Fahrt nach Uebersee in den letzten Wochen zugegangen seien. Wenn man das Kapital, das jeder mitnehme, auf nur 5000 Kronen beziffere, so würden dem österreichischen Staate also 150 Millionen Kronen entgehen, die bei guter Organisation aber dadurch wieder eingebracht werden könnten, daß man die in Übersee entstehenden Organisationen der Landwirtschaft und der Industrie für die heimische Volkswirtschaft nutzbar mache. Der Vizepräsident, Generalmajor Ingenieur Hueber, sprach über den Verein selbst, der ein Drittel seiner Einnahmen für Unterkunft und Lebenshaltung drüben ausgeben, von dem zweiten Drittel alle übrigen Bedürfnisse decken und das letzte Drittel sparen und zur Vermehrung des Anlagekapitals verwenden wolle. Herr Entner orientierte über den Verein selbst, es ist eine G. m. b. H. des Vereins in Wien und eine in Sao Paolo geplant, die erstere mit einem Kapital von 1 Million Kronen, von denen der Verein die Hälfte übernimmt, die letztere mit einem Kapital von 14 Millionen Kronen, von denen auch der Verein 7 Millionen investiert. Die endgültige Gründung solle erst nach Sicherstellung der Gelder und der Zusage von Regierungsunterstützung erfolgen.

Eine neue „Aktion" in Vorarlberg.

Eine Ansiedlungsgesellschaft m. b. H. ist, wie wir einem Artikel von A. Piritsch in der österreichischen Zeitschrift „Der Auswanderer" entnehmen, in Feldkirch ins Leben gerufen worden. Sie bezwecke, aus Mitgliedereinlagen, Subventionen und Bankkrediten ein Kapital von 2 Millionen Kronen zusammenzubringen, um im Territorium Misiones der argentinischen Republik ein Gebiet von 400 Hektar pro Mitglied um den Durchschnittspreis von 2 Pesos = 15,60 Kronen pro Hektar anzukaufen und vorerst bei der Urbarmachung Holzhandel zu treiben, um später zum Ackerbau und zur Plantagenwirtschaft in Kaffee, Baumwolle und Yerba zu gelangen. Alles lebende und tote Inventar soll Gemeineigentum bleiben, die jährlichen Reingewinne sollen immer wieder investiert werden, um möglichst rasch eine moderne Kolonie erstehen zu lassen. Die Mitgliedseinlage beträgt 3000 Kronen und kann für ganz besonders brauchbare Personen ganz oder teilweise erlassen werden. Die Mitglieder sollen für ihre Arbeit abgestuften Geld- und Naturallohn erhalten, jeder Familie soll ein hübsches Familienhaus mit Garten erstellt werden, in 6 oder 7 Jahren soll mit der Gewinnausschüttung begonnen werden, „die dann schon eine respektable Höhe erreichen dürftel". Gründer der Gesellschaft ist der erwähnte Schreiber des Artikels, der auch für 2 Kronen eine Broschüre mit der Darstellung seines Projektes vertreibt.

Surinam.

Der „Nieuwe Courant" schlägt der „Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande" zufolge vor, diese holländische Kolonie, die sich bisher aus Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern nicht habe entwickeln können, zum Ziel deutscher Auswanderung zu machen. Dort würden keine geschulten Landarbeiter verlangt, wie sie Deutschland nicht gern entbehren wolle, ungeschulte könnten sich in kurzer Zeit einarbeiten.

Ein Reichssiedlerbund.

Wie wir der „Deutschen Auswandererzeitung" entnehmen, fand im „Klub der Landwirte" in Berlin eine gutbesuchte Versammlung pommerscher Gutsbesitzer statt, die die Gründung eines Reichs-Siedlungs-Bundes, insbesondere auch für Auswanderungslustige, beschloß, um Siedlungslehrer auszubilden und Siedlungsschulen zu gründen. Auch der Syndikus des Schutzbundes deutscher Auswanderer, Rechtsanwalt Franz Henning in Berlin, hielt eine Ansprache und wurde in den Arbeitsausschuß gewählt, der die Satzungen vorbereiten soll. Der Siedlungsbund soll sich dem Schutzbund anschließen, was insofern von Bedeutung sein soll, als durch die Möglichkeit der Betätigung auf Kleinsiedlungen manche Auswanderungslustige es vorziehen würden, im Inland zu bleiben und so der heimischen Landwirtschaft erhalten werden könnten.

Rückwanderung aus Amerika. Ueber die zu erwartende Rückwanderung berichtet die „Frankfurter Zeitung" aus dem Haag: Die „New Yorker World" bringt folgende Auslassung des Einwanderungskommissärs Howel im Hafen von New York: Es ist eine Rückwanderung der verschiedenen Volksschichten im Gange. Die Fremden kehren nach Europa zurück, so schnell sie nur Fahrgelegenheit finden können. Die Schiffe nach Südeuropa sind übervoll. Tausende warten auf ihre Pässe. Bis jetzt bestehen die Rückwanderer hauptsächlich aus Italienern und anderen südeuropäischen Rassen. Die allgemeine Abwanderung beträgt 1½ Millionen. Im ganzen könne man in den nächsten 3 Jahren auf 5 Millionen Abwanderer rechnen. Der Hauptgrund ist die Sehnsucht nach den Geburtsländern. Die Rückwanderer haben in Amerika so viel Ersparnisse gemacht, daß sie unter den jetzigen Valutaverhältnissen von den Zinsen in Europa leben können. Die amerikanische Bankenvereinigung schätzt die Kapitalabwanderung auf vier Milliarden Dollar. Nach Zentraleuropa wird die Rückwanderung nicht geringer sein. Howel glaubt, daß die amerikanische Industrie diese Bewegung stark spüren wird, weil die Einwanderung keinen Ausgleich bietet. Er weist in dieser Beziehung auf den Beschluß des amerikanischen Arbeiterverbandes hin, die amerikanischen Einwanderungshäfen auf zwei Jahre zu sperren, dem die Regierung sich angeschlossen habe.

Gegenüber einer vielverbreiteten Meldung des Berliner Berichterstatters der „New York Sun" weist das Reichswanderungsamt in der Nr. 6 seines „Nachrichtenblattes" darauf hin, daß dem Reichswanderungsamt von einer angeblichen Bereitwilligkeit Argentiniens, einen Teil der Reisekosten für deutsche Auswanderer dorthin zu tragen, nichts bekannt sei und daß es unzutreffend sei, wenn behauptet war, die Regierung unterstütze die deutsche Auswanderung nach Amerika. Nach den Grundsätzen der deutschen Auswanderungspolitik komme eine Förderung der deutschen Auswanderung, gleichgültig nach welchem Lande, überhaupt nicht in Frage.

Kleine Notizen.

Bei der schwedischen Gesandtschaft in Berlin sind in letzter Zeit 60 000 Einreisegesuche für Schweden eingereicht worden. Täglich treffen 300 weitere Gesuche ein. Die Gesandtschaft ist angewiesen, schärfstens zu prüfen, ehe sie Gesuche zur Genehmigung nach Stockholm weitergibt. Nur wenn ein Gesuchsteller nahe Verwandte oder besondere geschäftliche Verbindungen in Schweden hat, soll die Einreise genehmigt werden. Eine Verschärfung der Auswanderungs- und Fremdengesetzgebung soll auch in Schweden eintreten.

Digitized by Google

Bauernfang.

In Stuttgart, Ulm und Heilbronn luden große Plakate der Münchener Zeitung „Der Auswanderer" zu einem Lichtbildervortrag über Argentinien ein. Der Name des Vortragenden war nicht genannt, doch war kostenlose Auskunft zugesichert. In allen drei Städten waren die Veranstaltungen, für die ein Eintrittsgeld von 1,20 Mark verlangt wurde, überfüllt. In allen drei Vorträgen sprach eine völlig unbekannte Dame, die ein wohlvorbereitetes Manuskript gut ablas und dann herzlich schlechte, aber farbige Lichtbilder zeigte, von denen sie selbst sagte, sie habe keine besseren bekommen können, in 14 Tagen aber werde sie einen guten Film zur Verfügung haben (was darauf schließen läßt, daß die Veranstaltung derartiger Vorträge auch weiterhin in großem Umfange geplant war). In Stuttgart trat in der Diskussion der Generalsekretär des Deutschen Ausland Instituts der Dame entgegen, zunächst unter einiger Gegnerschaft der Erschienenen, die dem Vortrag großen Beifall gespendet hatten, und stellte durch unablässige Kreuz- und Querfragen fest, daß sie selbst nie in Argentinien war, daß sie sich erst seit einigen Wochen mit der ganzen Frage der Auswanderung beschäftigte, daß sie schon früher Vortragsreisende im Dienste verschiedener Unternehmungen war, daß sie nicht wußte, von wem der Vortrag verfaßt ist und ob der Verfasser selbst in Argentinien gewesen ist, daß sie nur für einen Herrn Kuhnert als Vortragende „eingesprungen" sei, weil dieser Herr, von dem man übrigens auch nicht erfuhr, ob er nun der Vortragsverfasser sei, sich nicht habe freimachen können. Selbstverständlich wußte die Dame über Argentinien kaum Bescheid, so daß sie für ernsthafte Auskunftserteilung gar nicht in Frage kommen konnte. Vortragsbesucher, die selbst in Argentinien gewesen sind, betonten, daß die Verhältnisse viel zu rosig dargestellt worden waren, daß trotz geschickter Einstreuungen der Vortrag als Ganzes zweifellos zur Auswanderung anreizen sollte und daß vor der ganzen Sache nur zu warnen sei. Des Publikums bemächtigte sich bei diesem Zwischenspiel, dem die Rednerin ziemlich hilflos gegenüberstand, eine beträchtliche Aufregung, es verlangte unter stürmischen Zurufen sein Geld wieder zurück, und es bedurfte der regen Einwirkung besonnener Kreise, um die Rednerin und ihre gutgefüllte Kasse zu schützen. Das Ganze war natürlich eine geschickt inszenierte Reklame für die Auswanderer-Zeitung, deren Inhaltlosigkeit in den Entgegnungen auf den Vortrag besonders unterstrichen wurde.

Auswandererschwindel.

Nach verschiedenen Mitteilungen der Provinzpresse treiben gegenwärtig Auswanderungsagenten in Berlin ihr besonderes Unwesen. Sie treten als Vertreter der mexikanischen Regierung auf und wollen namentlich Offizieren Pässe und Stellungen beim mexikanischen Generalstabe verschaffen, wofür sie nach einem Trick, der früher genau so in bezug auf japanische Anwerbungen gehandhabt wurde, im voraus eine Vermittlungsgebühr verlangen, die sie auch tatsächlich in vielen Fällen bekommen zu haben scheinen. Selbstverständlich verschwinden sie dann und lassen nie mehr etwas von sich hören. Die Nachfragen bei der mexikanischen Gesandtschaft lassen erkennen, wieviele Dumme es in Deutschland gibt.

Auswanderungsschwindel in Wien.

Eine Aktien-Gesellschaft „Eola" hat, noch ehe sie behördlich genehmigt war, ihr rasches Ende gefunden, dadurch, daß die beiden Gesellschafts-Direktoren und ihr Generalsekretär verhaftet wurden. Die Pläne der Aktiengesellschaft waren zu Anfang Juli von einem Kaufmann Löw eingereicht worden, sie bezweckten die Organisation einer Auswanderung nach Süd-Amerika. Eine rege Propagandatätigkeit auch des zweiten Generalsekretärs Rudolf Ritter von Bosett-Trautenberg und des Generalsekretärs Dr. Otto Weiner setzte durch Annoncen ein. Den Bewerbern wurden gegen Zahlung von 5000 Kronen gute Posten in Süd-Amerika versprochen. Das Geschäft ging glänzend. Bis zum 1. Juli hatten 69 Personen zusammen 731 000 Kronen gezeichnet, die Gesellschaft zählte schon 10 Direktoren, und 12 Angestellte hatten ein großes Büro und einen mächtigen Betrieb, den die beiden Generaldirektoren nur mit Hilfe eines Monatsgehalts von 7000 Kronen bewältigen konnten, selbst der Generalsekretär brauchte 5000 Kronen monatlich. So war noch vor Beginn der eigentlichen Tätigkeit das eingezahlte Kapital von 130 000 Kronen erschöpft. Die Herrschaften wurden verhaftet, und der zweite Generalsekretär entpuppte sich dabei als kein Ritter, sondern als ein Herr Wilhelm Rudloff aus Jüsterholz in Preußen, der im Jahre 1913 nach Unterschlagung von 2000 Mark, die er als Gemeindebeamter in Delitsch veruntreut hatte, aus Deutschland geflüchtet war. Die falschen Papiere hatte er in Neapel gekauft, war dann nach Brasilien ausgewandert und von da zurückgekehrt. Auch ein ausgiebiger Heiratsschwindel ist mit dem nun zusammengebrochenen Geschäfte verbunden gewesen.

Wieder etwas für Dumme!

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt: Seit Monaten hört man immer wieder von Leuten, die es ganz genau wissen wollen, daß diesem oder jenem ehemaligen Offizier feste Stellungsangebote von der japanischen Regierung zugegangen seien, ja sogar, daß man den Kontrakt schon unterzeichnet habe und nun nächstens an die Ausreise nach Japan gedacht werden könne. Natürlich ist das alles grober Schwindel, die japanische Regierung denkt gar nicht daran, deutsche Offiziere anzuwerben, denn erstens ist der japanische Frontoffizier selbst sehr tüchtig und zweitens würde sie, falls nötig, Fachoffiziere technischer Waffengattungen sicherlich nicht in Deutschland suchen. Ein Zufall ermöglicht uns, den Schwindel aufzudecken. Eine Agentur S. van der Burg, Amsterdam, Falkstraat 20, versendet Werbebriefe an ehemalige deutsche Kriegsteilnehmer, in denen ihnen verlockende Angebote für eine Anstellung durch die japanische Regierung gemacht werden: Ingenieuren, Verwaltungsbeamten und ehemaligen Offizieren werden ein Monatsgehalt von 2000 Mark und überdies ein Handgeld von 5000 Mark, Handwerkern, Industriearbeitern und Kaufleuten ein Monatsgehalt von 1200 Mark und ein Handgeld von 3500 Mark — nach Kurs 1914 zahlbar! — in Aussicht gestellt. Die Überreise ist frei, ja man darf sogar Angehörige kostenfrei mitnehmen. Aber jetzt kommt der Haken: Bei Einsendung eines auszufüllenden Fragebogens sind 20 Mark für Annoncen, Schreibgebühren, Porto und auch als Garantie für das ernstliche Interesse des Bewerbers mitzuschicken. — Wir möchten nicht wissen, wie viel deutsche Kriegsteilnehmer schon auf diese Weise um 20 Mark ärmer und um eine recht enttäuschende Erfahrung reicher geworden sind. Es ist höchste Zeit, daß diesen Betrügereien ein Ende gemacht und die famose „Agentur für Auslandsverkehr S. van der Burg, Amsterdam, Falkstraat 20" auf dem zuständigen Wege zur Rechenschaft gezogen werde. Unter dem Werbeschreiben finden wir den Vermerk: Dies Schreiben erhalten durch Frau Berta Dumke, Charlottenburg, Sophie Charlottenstr. 105. Vielleicht wendet sich die deutsche Regierung mal sogleich an die Adresse dieser Frau..

Die Frau Dumke teilte darauf der Zeitung mit, daß sie selbst lediglich die eingehenden Postsachen für einen Holländer van der Burg in ihrer Wohnung entgegengenommen und daß dieser sie dort abgeholt habe. Schwindel bleibt natürlich diese ganze Sache.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Sollen wir hassen?

„Als Deutscher, der im Ausland aufgewachsen und nun nach 4½jährigem Dienst unter deutscher Fahne ins

Digitized by Google

Ausland zurückgekehrt ist, verfolge ich mit großem Interesse jede Bewegung, horche auf jede Einzelstimme meiner Landsleute, und da fühle ich manchesmal einen jungen, aber jetzt schon glühenden Haß heraus gegen alles, was sich auf die Völker bezieht, deren momentane Machthaber dem geschlagenen Deutschen Reiche den Gewaltfrieden von Versailles diktiert haben. Schwer, hart, unerträglich fast sind die Bedingungen, die unser einst so blühendes Reich zu einem förmlichen Vasallenstaate machen, und es ist nur allzu begreiflich, wenn hie und da der Haß gegen alles „Allierte und Assozierte" wild auflodert. Aber schon heute ist es gut, wenn wir uns fragen: Sollen wir hassen? Oder: Was bringt, was nützt uns der Haß? Wird uns ein solcher Haß in später Zukunft nicht nur neue Streite, neue Feindseligkeiten, neue Kriege bringen?

Wenn mancher Kriegsteilnehmer zurückdenkt an die Tage, Monate und Jahre, da wir Deutsche feindliche Gebiete besetzt hatten, an Verordnungen der oberen Behörden, Verfügungen, die jedes Blickes in die Zukunft entbehrten, so muß er sich sagen: Das war falsch, das war ungerecht! Ich erinnere nur an ein Beispiel: Es wurden den Zivilbewohnern im besetzten Gebiete die Wollmatratzen weggenommen, um Stoffe für uns daraus zu verfertigen. Selbst alte, greise Leute mußten auf der glatten Stahlfedermatratze zur Ruhe gehen! — Man kann erwidern; daß dies eben Fehler unseres alten Systems gewesen seien, aber haben wir da nicht auch den Haß gegen uns geschürt? Gewiß, unsere Not war groß, aber viel kleiner konnte sie durch derartig krasses Vorgehen auch nicht werden.

Nun stehen wir heute verlassen da, als geschlagenes, von Revolution, Streik und Unruhen heimgesuchtes Volk, und in vielen regt sich der Haß gegen alle Angehörigen der Entente! Und das ist nicht recht! Der einzelne Franzose oder Engländer hat so wenig Schuld an der Vergewaltigung Deutschlands, wie es der einzelne deutsche Soldat verursacht hat, daß man jenen Zivilisten die Wollmatratzen nahm. Wenn ein neutraler Berichterstatter in Paris erklärt, das französische Volk sei politisch eines der reifsten, so ist dies grundfalsch. Welches Volk läßt sich wohl mehr von seinen Advokaten und Konfessionsobrigkeiten führen und einhüllen mit Phrasen, wie das französische? Aber was soll ein Berichterstatter in Paris auch anderes schreiben? Ist ihm nicht sein gutes Einkommen und Renommé auch lieber als durch eine offene Wahrheit, die er einem verblendeten Volke sagt, seine Stellung zu verlieren?

Im Westen taumelt alles im Jubel über den „Grande victoire". Alles hofft, nun von Deutschland seine Riesenschulden bezahlt zu bekommen und einem Schlaraffenleben entgegenzugehen! So groß ist dort der Jubel und Glaube an das viele deutsche Geld — wie bei uns die Trauer über unseren Ruin! Aber dieser Glaube der „Grande Nation" ist irrig und furchtbar wird das Erwachen aus dem Taumel sein! Und kommt dieses Erwachen nicht bald, so kommt es doch später! Darum also wollen wir nicht hassen und neue Glut zu vernichtendem Feuer schüren, sondern in Würde und festem Mut unser Los tragen, bis uns die ausgleichende Gerechtigkeit der Weltgeschichte, die sich bisher noch immer bewiesen hat, zu neuen, glücklichen Tagen bringt. Wer allzu viel Gram gegen unsere Besieger hegt, der kann ja jene Diktatoren von Versailles verachten, wenn sie das noch wert wären, aber nicht hassen! Haß ist in dem Falle eine Begleiterscheinung von Dummheit und politischer Unerfahrenheit. Rückkehr zu friedlicher Arbeit, ruhiges Ertragen der schweren, teils ungerechten Beschuldigungen, das wird uns viel eher wieder im Auslande zu Ehre und Ansehen bringen und verhelfen als — blinder Haß!"

Basel, Juli 1919. Hugo Süßmann.

Das kurze Gedächtnis.

Man schreibt uns:

Im Westen Turins, in einem stillen Winkel, bis zu dem die kühlende Bergluft der Grajschen Alpen gerade noch vorzudringen vermag, liegt eingebettet in saftiges Grün, in blumenreichem Garten ein Landhaus, einfach und schlicht. Eine Reihe gradgewachsener alter Linden schützt gen Süden Haus und Garten gegen neugierige Blicke, mächtige Kastanienbäume gewähren gegen die von Norden kommenden Unwetter Schutz und erfrischende Kühle in heißen Sommertagen, dagegen ist der Ausblick frei nach der Alpenkette im Westen, und nach Osten schweift der Blick unbehindert über die Stadt nach der das Hügelland jenseits des Po krönenden Superga.

Dieses Besitztum war nach fünfunddreißigjähriger Arbeit mein eigen geworden, und der Bürgermeister von Turin hatte mich mit feierlicher Rede als Bürger der Stadt begrüßt. Zwanzig Jahre hatte ich meinem Vaterland ehrenamtlich gedient und es immer als erste Aufgabe angesehen, gegenseitiges Verständnis bei beiden Nationen zu wecken und zu fördern. Ja, es war mir sogar vergönnt gewesen, eine Abordnung von Gemeinderats- und Handelskammermitgliedern und Großindustriellen durch Deutschlands Industriezentren zu begleiten. Auch hatte ich meine ganze Kraft dafür eingesetzt, daß Deutschlands Industrie auf der großen Turiner Industrie- und Gewerbeausstellung im Jahre 1911 würdig und erfolgreich vertreten war. Nur Freunde hatte ich in Turin, und die deutsche Kolonie war die geachtetste der Stadt!

Da kam der Krieg und zwei Tage nach Italiens Kriegserklärung an Oesterreich führte die Polizei meine Familie und mich fort aus unserem Haus und begleitete uns über die Grenze. Seitdem hörten wir nur wenig von unserem zurückgebliebenen Hab und Gut; wir wußten, daß alles von der italienischen Regierung beschlagnahmt worden war, aber die Maßnahme sollte nur zur Sicherung dienen, von Verkauf und Liquidierung würde nie die Rede sein.

Am letzten Himmelfahrtstag versammelte sich die Turiner elegante Welt im rosendurchdufteten Garten der Villa del Sole zu einem Wohltätigkeitsfest, bei dem Kavaliere und Damen der Stadt Näschereien, Wermut, Champagner und allerhand niedliche Erzeugnisse ihrer Hände den herbeigeströmten Wohltätern verkauften. Ein Büfett wurde von 24 Signorine bedient, 5 Damen luden zu einem Glücksversuch mit ihrer Lotterie ein, die junge Gemahlin des bekannten Karikaturisten Golia und Ninetta Artom zogen die Wohltäter zu ihrem Stand, in dem sie „oggettini du suprème chic" feil hielten, und die Inhaberinnen noch vieler anderer schön geschmückter Verkaufsstände bemühten sich mit Grazie und Geschick, den Börsen der Besucher ihren Inhalt zu entlocken.

Unter ihren Wohltätern und Wohltäterinnen tummelten sich die kleinen Bewohnerinnen der Villa del Sole, deren es wohl achtzig gewesen sein mögen, Kinder tuberkulöser Eltern, die in dem schönen Heim Schutz vor der entsetzlichen Krankheit finden sollen. Das Asyl war von dem amerikanischen Roten Kreuz eingerichtet und hilfsbereiten Sinnes zur Verfügung gestellt worden, wofür die Turiner Bevölkerung dem großherzigen Amerika ewig dankbar sein wird.

Es war ein herrliches Fest, bei dem Teilnehmer und Caritas auf ihre Kosten gekommen sind.

An den Hausherrn hat dabei natürlich niemand gedacht, der Barbar ist ja vor vier Jahren fortgebracht worden, und der Viererrat hat beschlossen, daß alles deutsche Eigentum dem Land zufalle, in dem es sich befindet. Der mag mit seiner Familie und seinen paar Koffern, die ihm geblieben sind, in der Tedescheria bleiben und nachgrübeln über Völkerrecht, Dreibundvertrag und das Abkommen, das Italien und

Digitized by Google

Deutschland noch im Monat Mai des Jahres 1915 zum Schutz des Eigentums ihrer Staatsangehörigen getroffen haben! — —

Reichsnotopfer und Auslanddeutsche.

Zu dem Entwurf des Reichsfinanzministeriums über ein Reichsnotopfer schreibt uns ein Auslanddeutscher:

1. finde ich den für die Rückkehr ins Ausland auf den 31. Dezember 1919 festgesetzten Termin zu früh gewählt. In manchen der in Betracht kommenden Länder wird die Beruhigung der Bevölkerung bis zum Jahresschluß noch nicht soweit vorgeschritten sein, daß Deutsche bereits bis dahin ihren dauernden Aufenthalt in dem betr. Lande wieder werden aufnehmen können. Da schon im Steuerfluchtgesetz der Termin für die Rückkehr ins Ausland mit „1 Jahr nach Beendigung des Krieges" festgesetzt wurde, so sollte es auch möglich sein, den gleichen Termin für das neue Gesetz bei dessen Beratung in der Nationalversammlung noch durchzusetzen.

2. ist mir nicht verständlich, warum ein Auslanddeutscher nur dann abgabefrei werden soll, wenn er wieder in das Land zurückkehrt, in dem er vor dem Krieg gewohnt hat. Es werden sicher sehr zahlreiche Fälle eintreten, in denen Auslanddeutsche in das vor dem Krieg bewohnte Land aus irgend welchen Gründen nicht zurückkehren können, aber in einem diesem benachbarten Lande zu demselben Zwecke, zu dem sie vor dem Krieg im Ausland gewohnt haben, ihren Wohnsitz aufschlagen können. Um nur einen Fall herauszugreifen, wird mancher, der früher in Belgien ansässig war, für die Folge dieselben Geschäfte wie in Belgien jetzt in Holland machen können, warum sollte er nun bei der Festsetzung in Rotterdam nicht ebenso steuerfrei bleiben, wie wenn er wieder nach Belgien zurückginge?

Der weiteren zu der Frage des Reichsnotopfers schreibt uns ein Auslanddeutscher die folgenden beachtenswerten Zeilen, die hoffentlich dazu beitragen werden, die für die Auslanddeutschen so wichtige Frage in günstigem Sinne zu lösen:

„Ich gehöre zu den Auslanddeutschen, die ihre gesamte Wohnungs- und Büroeinrichtung, welche für mich nach heutigem Preise einen Wert von ca. 30 000 Mark darstellt, in Italien zurücklassen mußten.

Nach dem Friedensvertrag können die feindlichen Staaten dieses Privateigentum liquidieren, ohne mir etwas dafür zu vergüten, indem sie es dem Deutschen Reiche überlassen, seine Auslanddeutschen entsprechend zu entschädigen. Darüber, wie diese Entschädigung ausfallen und wie lange sie dauern wird, sind wir uns wohl bei der heutigen Finanzlage des Reiches nicht im Zweifel. Wir werden sehr wahrscheinlich, wenn auch nicht ganz, so doch ziemlich leer ausgehen.

Es folgt daraus, daß bei manchen Auslanddeutschen die ganzen nach Deutschland geretteten Sparpfennige für die Wiedereinrichtung einer Wohnung usw. notwendig sein dürften, und es geht daher meines Erachtens nicht an, daß dies bei der Feststellung des Reichsnotopfers außer Berücksichtigung bleibt.

Bekanntlich sollen Wohnungseinrichtungen nicht als Vermögen zählen. Wenn also ein Auslanddeutscher heute ein Barvermögen von 20 bis 30 000 Mark besitz, wovon die Hälfte für seinen häuslichen Wiederaufbau, infolge des oben geschilderten Verlustes, vorgesehen werden muß, so muß eben dieser Betrag von seiten des Notopfergesetzes als Schulden angesehen und nur der Rest der Abgabepflicht unterworfen werden."

Über die Frage der Entschädigung, die jetzt die Auslanddeutschen am meisten beschäftigt, schreibt man uns:

„Hinsichtlich der Entschädigungs-Frage soll das Reich infolge der Bestimmungen über Haftpflicht gegenüber den geschädigten Reichsdeutschen eine etwaige Entschädigungspflicht in Höhe des Liquidations-Erlöses des deutschen Privateigentums im feindlichen Auslande anerkennen. Das dürfte wohl in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle eine durchaus unzureichende Entschädigung sein, denn das deutsche Eigentum im Auslande wurde oder wird verschleudert, also zu Preisen liquidiert, die oft unter dem wirklichen Wert liegen. Die Beschlagnahmungen und Enteignungen deutschen Privateigentums sind seitens der feindlichen Regierungen als Maßregelung gegen das deutsche Volk getroffen worden wegen Kriegshandlungen, die nach Ansicht des Auslandes völkerrechtswidrig waren. Also sind auch die uns treffenden Schäden die Folge von Handlungen der hierfür verantwortlichen deutschen Regierung, die demnach für den vollen Schaden zu haften hat und sich nicht durch Anerkennung einer Teil-Entschädigung von ihrer Verpflichtung zum Ersatz des ganzen Schadens befreien kann.

Es ist bei der Auszahlung der Entschädigungssumme auch mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß zunächst sofort oder sehr bald Abschlags-Zahlungen vom Reiche an die Geschädigten gewährt werden und daß die Reichs-Vermögensabgabe, wo sie etwa von einem der Geschädigten zu leisten ist, bei der Saldierung abgezogen wird. Mir erscheint diese Forderung recht und billig.

Es ist notwendig, daß zur Förderung der Entscheidung dieser Fragen eine scharfe und entschiedene Agitation aller Kreise der Auslanddeutschen einsetzt. Mit geruhigem Abwarten und gelegentlichen zahmen Zeitungsartikeln und internen Vereins-Aussprachen kommen wir bei dieser Regierung unter heutigen Verhältnissen nicht weiter."

Entschädigung aller Auslanddeutschen.

Aus der Schweiz erhalten wir nachfolgende Zeilen:

„Seit meiner Rückkehr in die Schweiz habe ich die „Mitteilungen" des D. A. I. mit eifrigstem Interesse verfolgt und nahmen insbesondere die Ausführungen über Verlust und Ersatz der von den Deutschen im Ausland zurückgelassenen Güter und Werte meine Aufmerksamkeit in Anspruch.

So eifrig ich die betreffenden Stellen verfolgte, so vermißte ich doch die Erwähnung derjenigen Auslanddeutschen, für die die Zukunft nicht minder rosig ist als die der Auslanddeutschen aus Feindesland, die nämlich vor dem Kriege ein eigenes Geschäft im neutralen Gebiet hatten und durch jahrelange Abwesenheit um alles gekommen sind.

Darf ich Ihnen meinen Fall schildern, deren gleiche wohl noch hundert andere zu finden wären?

Seit dem dritten Mobilmachungstage eingezogen, hinterließ ich ein blühendes Geschäft. Deutschenhaß, Lug, Diebstahl und Betrug legten es nach langer Mühe lahm. Bei meiner Rückkehr nach 58 Monaten stehe ich vor einem Nichts. Was nach jahrelanger, harter Arbeit erworben war, ist verloren.

Ist das Reich, dem ich meine Existenz opferte, nicht verpflichtet, auch mich zu entschädigen oder nur ein Guthaben vorzustrecken, damit ich von neuem aufbauen könnte?

Die hiesigen Stellen haben nur ausweichende Auskünfte und Antworten bereit und dringen mit allen Mitteln darauf, um uns mit Kind und Kegel nach Deutschland abzuschieben.

Ist die Uneigennützigkeit eines derartigen Ratschlages nicht anzuzweifeln, da doch in Deutschland gerade die Auswanderungsbestrebungen immer mehr und mehr befürwortet und berücksichtigt werden? Ist ein Verbleiben hier, wenn sich die Möglichkeit bietet (und da soll uns gerade unser Heimatstaat dazu verhelfen, ein Fortkommen zu finden) nicht ratsamer, anstatt Deutschland mit einem Existenzlosen mehr zu belasten.

Alles Fragen, die in ihrer wuchtigen Schwere das Gemüt bedrücken."

Digitized by Google

Ein alter Überseer schreibt uns:

„Ihre August-Nummer habe ich erhalten und habe von deren reichhaltigem und interessantem Inhalte Kenntnis genommen. Mit Gegenwärtigem möchte ich eine Frage anschneiden, die ohne Zweifel sehr viele auslanddeutsche Überseer interessieren wird. Das ist die Frage, wie man sich mit dem nötigen Reisegeld zu versehen hat, sofern die Reise durch verschiedene überseeische Länder zu gehen hat, wie zum Beispiel in meinem Falle, der ich, um nach meinem früheren Wohnorte, Guatemala zu kommen, wahrscheinlich über Holland, oder Italien oder Dänemark zunächst und hernach über die Vereinigten Staaten reisen muß. Mit deutschem Gelde in solchen Ländern Fahrscheine zu kaufen, geht zurzeit und wohl auch später nicht gut an. Die Mitnahme von ausländischen Geldern ist auf der anderen Seite verboten, soviel mir bekannt ist. Ein Freund, der nach Guatemala zu reisen versuchte, schrieb mir, daß nur die Mitnahme von rumänischen Coupons erlaubt sei. Mit solchen Zahlungsmitteln, wie rumänischen Coupons, ist aber doch nur in ganz gewissen Fällen etwas anzufangen, abgesehen davon, daß sie nicht leicht zu bekommen sein, oder, wenn die Nachfrage nach ihnen groß ist, sehr hoch im Kurse stehen werden. Was tun?“

Italien und das beschlagnahmte Vermögen der Auslanddeutschen.

Von wohlunterrichteter Seite gehen uns die nachstehenden, sehr beachtenswerten Zeilen zu:

Es ist im Friedensvertrage in das Belieben der fremden Regierungen gestellt worden, das Hab und Gut der Auslanddeutschen zu liquidieren und für sich zu behalten. Schon die Tatsache, daß hier kein „muß“ sondern ein „kann“ ausgesprochen ist, läßt die Vermutung zu, daß sich im Verband unserer Gegner Widerspruch gegen allzu große Rücksichtslosigkeit in dieser Beziehung erhoben hat. Viel von dem, was geschehen wird oder nicht geschehen wird, wird von der Klugheit der fremden Regierungen und von der Klugheit der früher in ihrem Gebiete lebenden Auslanddeutschen abhängen.

So gibt es wohl kaum ein Land, das den deutschen Handel und Verkehr so nötig braucht, wie Italien. Italien, das bestreitet wohl kaum einer der Wirtschaftskenner und der Volkswirte des Landes, lebte in den angenehmsten Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland. Deutschland war ihm in vielen Fällen selbstloser Freund und Stütze seiner riesenschnellen Entwicklung. Deutschland lieferte ihm billige Waren, die es brauchte, und war gutzahlender Abnehmer seiner Agrarprodukte, die nirgendwo, weder in Frankreich noch in England den guten Markt fanden, wie in Deutschland. Für Italiens Aufschwung nach dem Kriege wird ein gutes oder schlechtes Verhältnis zu Deutschland ausschlaggebend sein. Italien weiß, daß sein schnödes Verlassen des Dreibundes ihm reiche Sympathien in Deutschland genommen hat. Man ist irre geworden an seiner Treue, und Politik wirkt auch auf Handel und Wirtschaft zurück. Italien hat alle Ursache, sich nicht aufs hohe Roß zu setzen und zu triumphieren, denn es kommt damit nicht weiter. Italien sieht, daß England, Amerika und Belgien schon riesenhafte Anstrengungen machen, den deutschen Handel an sich heranzuziehen und sich in Deutschland Absatzgebiete für ihre Waren zu sichern. Italien weiß, daß seine Freunde und Verbündete in ihren Geschäftshandlungen keine allzu große Rücksicht auf einstige Freunde und Alliierte nehmen, daß es auf sich selbst gestellt sein wird, daß es von ihm abhängt, ob es sich in Deutschland wieder Freunde und Handelsgenossen schaffen wird oder nicht. Italien weiß, daß die früher jahre- und jahrzehntelang in Italien lebenden Auslanddeutschen nicht nur die Vermittler von Waren, sondern auch die Mittler von Stimmungen und Gefühlen sein können. Italien hat es in der Hand, sich dieser Vermittlung geschickt zu bedienen, und einer der Wege, die am leichtesten zum Ziele führen, wird die Frage der Behandlung des besprochenen Friedensparagraphen sein. Wird Italien weitherzigen Gebrauch davon machen, wird es die Auslanddeutschen edelmütig behandeln und ihnen ihr Hab und Gut lassen, so kann das eine Geschäftsanlage von unermeßlichem Zukunftswerte sein. Wenn Italien so vernünftig sein wird, die kleine Habe, die persönlichen Habseligkeiten an Kleidern und Wäsche, an Möbeln und Gebrauchsgegenständen, die doch im ganzen genommen keine nennenswerten Kapitalien ausmachen, den Auslanddeutschen ohne irgendwelche einschränkende Bestimmung zurückzugeben, so wird es seinen alten Ruf der Großmütigkeit wieder befestigen. Wenn es so klug sein wird, auch die großen Kapitalien der Auslanddeutschen zurückzugeben, so kann es zugleich sie als geschäftliche Anlage und werbendes Kapital handhaben, denn die beschlagnahmten Summen können beispielsweise als Pfand dafür dienen, Bezahlungen für Einkäufe zu bilden, die Deutschland für agrare und industrielle Rohstoffe in Italien betätigen würde. Italien könnte unmittelbar ein glänzendes Geschäft mit Deutschland machen und könnte Verbindungen knüpfen, die von reichem Wirtschaftssegen in naher Zukunft begleitet sein würden. Und wenn gar das Vorgehen Italiens auch seine mit ihm verbündeten Genossen veranlassen würde, ein Gleiches zu tun, so hätte Italien den Ruhm, an der Spitze der Völkerversöhnung und der Wiederaufrichtung menschlicher Gesinnungen zu stehen und zugleich mit dem Verfechten der Ideale ein gutes Geschäft gemacht zu haben. Italien wird sich klar sein, daß ein Versagen in dieser für die Auslanddeutschen so wichtigen Frage von schweren Folgen für das Land begleitet sein könnte. Deutschland war stets das Land der Italien-Sehnsucht. Sie schläft nur, sie ist nicht erstorben, aber sie kann vollends getötet werden, wenn jetzt nicht die Vernunft und das Herz in Italien über die Stimmen der Kriegsverhetzung siegen werden. Deutschland braucht ja seine Töchter und Söhne nicht nach Italien zu lassen, es braucht ja seine Südfrüchte und seine Blumen nicht aus Italien zu beziehen. Es hat vier Kriegsjahre ohne diese Dinge leben lernen, und es wird auch weiter ohne sie leben können. Deutschland ist trotz seiner Niederlage ein begehrtes Land für den internationalen Markt. Es braucht nicht zu kaufen wo es muß, sondern es kann kaufen wo es will und sich gegen Länder sperren, die es vor den Kopf stoßen. Italien steht hier vor einer Wahl, die ihm nicht schwer fallen sollte. Es wird von der Klugheit seiner Staatsmänner und seiner Geschäftsleute abhängen, wie es sich entscheidet!

DEUTSCHE KUNST IM AUSLAND

Das deutsche Theater in Amerika im Kriege. Harry Bissing, der Bevollmächtigte einer großen amerikanischen Theatergesellschaft, hat einem Mitarbeiter der Nationalzeitung über das Theater in Amerika während der Kriegszeit berichtet. Freilich durften von Kriegsbeginn an die Opernhäuser keine deutschen Opern mehr spielen und die deutschen Sänger nicht mehr auftreten, doch bereitet die Metropolitanoper jetzt schon eine Aufführung des Parsifal vor, die allerdings in englischer Sprache gegeben werden wird, und die Bodanzky dirigieren soll. Die deutsche Oper wird sich sehr bald ihren Platz wieder erobern, die deutsche Operette, Wiener oder Berliner Herkunft, hatte ihn nie verloren und brachte stets ausverkaufte Häuser. Ausgesprochene Kriegsstücke gab es in Amerika weniger, nur ein Stück, Friendly Enemies, die befreundeten Feinde, eine teils lustige, teils sentimentale Geschichte von zwei Deutsch-Amerikanern, deren einer für, der andere gegen Deutschland ist, die sich aber beide dann im

Digitized by Google

gemeinsamen Ziele für Amerika finden, hatte vollen Erfolg. Die deutschen Schauspieler mußten zwar viel feiern, aber in deutschen Privatgesellschaften, deren es ungezählte gab, wurde allsonntäglich und noch öfter von deutschen Berufsschauspielern gespielt.

Das deutsche Theater in Riga während der Bolschewikenzeit. Längst hatten das lettische, russische und jüdische Theater trotz aller Bolschewistenherrschaft ihre Pforten wieder geöffnet, und noch immer wagte sich das ehemals stolze Deutsche Theater nicht wieder ans Tageslicht. Da fanden sich, so berichtet Alfons Schultz in der „Baltischen Heimat", in der Wohnung des Herrn Viktor Zelm einige Kunstfreunde zusammen und beschlossen, das deutsche Theater wieder zu eröffnen. Nach langen Verhandlungen mit der Räteregierung konnte die „Freie Deutsche Volksbühne" begründet werden, die am 22. Februar mit dem Drama von S. Michaelis „Die Revolutionshochzeit" ihre Tätigkeit eröffnete. Der Saal des Gewerbevereins war mit Bewilligung der Obrigkeit für einige Tage in der Woche zu Theatervorstellungen freigegeben worden. Doch schon vor der Eröffnungsvorstellung wurde dem Komitee mitgeteilt, daß außer dieser ersten Vorstellung keine andere mehr stattfinden könne, da die lettische Kommunistenpartei des Bezirks den Saal für ihre „höheren kulturellen Zwecke" selbst brauche. Endlich wurde dem Theaterverein vom Bildungskommissar ein Theatersaal zugewiesen, aus dem zuvor rücksichtslos von den Bolschewisten ein Kino entfernt worden war. Für das Theaterbüro und die Proben stellte in dankenswerter Weise der Vertreter der Anzeigenexpedition Petzhold, Herr Vidrik Ivask, sein Geschäftslokal zur Verfügung. Das Theater war aber beständiger Anfeindung ausgesetzt, weil es namentlich der deutschen Sektion der Kommunistenpartei als selbständige Organisation ein Dorn im Auge war und als „anarchistisch" verschrieen wurde. Schließlich mußte sich das deutsche Theater dem von der Sektion begründeten Arbeiterklub „Spartakus" anschließen, wodurch alle Mitglieder ohne weiteres Mitglieder des Arbeiterklubs wurden, ohne daß sie auch nur im entferntesten dessen Gesinnung teilten. Mit dem Unternehmen ging es nun aber stetig bergab, die Einnahmen gingen rapid zurück, die Disziplin lockerte sich bedenklich. Der innere und äußere Bankerott schien unausbleiblich, als Jakob Simon an die Spitze des Unternehmens trat. Seiner energischen technischen und kaufmännischen Leitung gelang es durch Veranstaltung von Kammermusik-Abenden, Zusammenstellung eines Symphonieorchesters und durch Begründung der Kleinkunstbühne „Marabu" künstlerisch und finanziell gute Erfolge zu erzielen. Für die Kleinkunstbühne requirierte das Bildungskommissariat das bekannte Rigaer Kaffeelokal „A. T.", die künstlerische Leitung Manfred Kybers, eines jungen baltischen Literaten, leistete Vorzügliches. So konnte sich infolge der glänzenden Einnahmen die Volksbühne besser ihrer künstlerischen Aufgabe widmen. Simon wußte gute Beziehungen zur Räterepublik zu erhalten, die ihm jetzt nach der Eroberung Rigas viele Anfeindungen eintrugen, ja sogar zu seiner vorübergehenden Verhaftung führten. Simon hat die Mitglieder und Mitarbeiter der deutschen Volksbühne, deren Zahl allmählich in die Hunderte ging, durch Schutzscheine vor der Zwangsarbeit bewahrt und der allgemeinen Mobilisation entzogen, vor der Aussiedelung beschützt, ja sogar sie aus Kerkerhaft befreit. Der Berichterstatter betont, inwieweit sich Simon schon früher mit der Räteregierung kompromitiert habe und wie weit seine Handlungen immer altruistischen Motiven entsprangen, entziehe sich seiner Kenntnis, aber seit März habe er jedenfalls seinen Einfluß stets voll zugunsten der deutschen Volksbühne verwandt und Kommunist sei er nie gewesen. Das Theater habe zu seiner Zeit unter der Leitung von Hans Holden und Otto Gary wertvolle künstlerische Arbeit geleistet. Es wurden gegeben „Moral" von Ludwig Thoma, Schillers „Kabale und Liebe", „Der grüne Kakadu" von Schnitzler, Ibsens „Gespenster", „Flachsmann als Erzieher" von Otto Ernst und eine dekorativ wie schauspielerisch sehr gelungene Aufführung von Goethes „Faust".

Ausstellung in Holland. Im Haag fanden der bayerische Maler Hiasl Maier-Erding mit einer Ausstellung seiner Porträts und der Bremer Maler Dietz Edzard bei Presse und Publikum beifällige Aufnahme. Die Presse berichtete, wie wir den „M. N. N." entnehmen, ausführlich über ihre Bilder und über die Art ihrer Malerei.

VERSCHIEDENES

Von der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Das eigentliche Arbeitsgebiet der Kolonialgesellschaft, die Vertiefung des Verständnisses für die deutschen Kolonien, ist ihr durch den Frieden genommen. Ein im Juli herausgegebenes Flugblatt besagt nun, daß die Gesellschaft nach wie vor die Erinnerung für unsere Kolonialarbeit bei dem lebenden und bei den kommenden Geschlechtern wachhalten wolle. Sowohl die Tätigkeit der Bauern und Pflanzer, der Kaufleute und Beamten, als auch namentlich die Heldentaten unseres kleinen Kolonialheeres gelte es dem Gedächtnis des deutschen Volkes tief einzupflanzen, damit die Forderung nicht aussterbe, daß dem deutschen Volke ein seiner Befähigung und Leistung entsprechender Teil des Welt-Kolonialbesitzes zufalle. Zugleich aber wird die Kolonialgesellschaft sich mehr der Pflege der überseeischen Interessen überhaupt zuwenden und will so den Auslanddeutschen in ihrer schweren Lage Hilfe bringen, insbesondere sich auch den Pflichten und Aufgaben der zu erwartenden deutschen Überseewanderung widmen. Sie will dem deutschen Volke die Augen öffnen und das Verständnis schärfen für das Begreifen der weltpolitischen Vorgänge.

Einen deutschen, amtlichen tierärztlichen Auslanddienst fordert in den „Mitteilungen der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft" Dr. Kurt Schern, ordentlicher Professor für experimentelle Tierseuchenforschung, Pathologie und Therapie am State College zu Ames-Jowa (Nordamerika). Landwirtschaftliche Sachverständige hätten wir bei allen Auslandvertretungen wichtiger Art gehabt, aber niemals einen tierärztlichen Sachverständigen. Dabei aber könnten wir gerade auf diesem Gebiete vom Auslande sehr viel lernen. So seien uns jahrelang die Amerikaner in der Erforschung der Schweinepest voran gewesen, obgleich das Wüten dieser Pest die deutsche Landwirtschaft um ungezählte Millionen gebracht habe. In Amerika würden etwa 80 Millionen Mark, welche früher dort durch die Schweinepest verloren gingen, durch die sachverständige Anwendung des Serums in der Praxis heute erspart, in Deutschland aber stehe man dem Serum skeptisch gegenüber, weil man es nicht kenne und seine Anwendung nicht verstehe, etwa 4 Millionen Mark gingen auch heute noch dadurch jährlich verloren. Aehnliche Beispiele ließen sich noch mehrere anführen. Auch unsere Handelsbeziehungen könnten durch die Auslandtierärzte nur verbessert werden. Das Beispiel der Türkei beweise, daß der Tierarzt dem Kaufmann für den Absatz von Maschinen für Kühlhäuser, Schlachthöfe, Abdeckereien, ausgezeichnete Vorarbeiten leiste. Wir müßten für eine Wiedererstarkung unseres Nationalvermögens arbeiten, bei der einsetzenden starken Einfuhr von Vieh und Fleisch aus dem Auslande ständen große Interessen der Volksgesundheit auf dem Spiel. Drohenden Gefahren könne man nur durch die Sachverständigen-Beobachtungen der Tierärzte draußen im Auslande begegnen. Unsere wissenschaftliche Lehre müsse auch auf diesem Gebiete im Einklang mit der der Weltvölker stehen. Das verhältnis-

Digitized by Google

mäßig kleine, für den Auslanddienst der Tierärzte anzulegende Kapital werde dem deutschen Nationalvermögen Zinsen in Höhe von vielen Millionen bringen.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Sonderzuweisung von Lebensmitteln an Auslanddeutsche.

Die Vereinigung der in Württemberg ansässigen Auslanddeutschen in Verbindung mit dem D. A. I. hatte sich an das württembergische Ernährungsministerium gewandt, um in ähnlicher Weise, wie es in Baden geschehen ist, für neu eintreffende Auslanddeutsche besondere Zuweisung von Lebensmitteln zu erlangen. Sie erhielt darauf unter dem 30. Juli folgenden Bescheid:

„Nach einer telegraphischen Mitteilung des Reichsernährungsministeriums vom 25. d. M. können Auslanddeutschen Sonderzuweisungen an Lebensmitteln gewährt werden, wenn sie unmittelbar aus feindlicher Zivilgefangenschaft überwiesen werden und von der ihnen zustehenden Erlaubnis, Lebensmittel zum Verbrauch im eigenen Haushalt frei von Einfuhrverbot und Beschlagnahme einzuführen, keinen Gebrauch gemacht haben.

Die Sonderzuweisung wird auf 6 Wochen gewährt und beträgt für jede Woche und Person 1 Pfund Brot, 50 Gramm Fett, 125 Gramm Auslandsspeck oder Konservenfleisch und 250 Gramm Hülsenfrüchte, und zwar zu dem festgesetzten verbilligten Preis.

Zuständig zur Gewährung der Sonderzuweisung ist derjenige Kommunalverband, von welchem der Heimgekehrte zum erstenmale in die ordentliche Lebensmittelversorgung aufgenommen wird.

Die Gewährung dieser Sonderzuweisungen wird auf dem Entlassungsschein (Überweisungsschein, sonstiger Gefangenenausweis) unter Stempel und Unterschrift von den Kartenabgabestellen für jede Woche eingetragen".

Wohnungserlaubnis für Flüchtlinge.

Eine Angelegenheit, die die Auslanddeutschen mit Recht mehr erbittert hat, als vieles, was sie von seiten unvernünftiger Behörden oder Zivilpersonen zu erdulden hatten, war die Behandlung in der Wohnungsfrage, war das ungeschriebene Plakat „Zuzug verboten", das schon aus den streng abwehrenden Mienen der Städtischen Wohnungskommissare sprach, ehe der Auslanddeutsche auch nur noch den Mund aufmachte, um Wünsche oder Anliegen vorzubringen. Wir haben selbst in Dutzenden von Fällen hier eingegriffen und haben harte Herzen mit erweichen helfen und wir wissen, wie schwer es oft war, Erfolge zu erringen. Nun hat sich auch die Reichsregierung entschlossen, eine Maßregel zu treffen, die, wenn sie ein paar Monate oder Jahre früher erfolgt wäre, geeignet gewesen wäre, ihr freudige Zustimmung zu sichern, während sie statt dessen Erbitterung und Ärger sich aufspeichern ließ. Wir lesen folgende amtliche Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros in den Tageszeitungen:

„Der Zuzug von Flüchtlingen aus den Ostgebieten und den besetzten Teilen Deutschlands hat in letzter Zeit in steigendem Maße zugenommen. Dazu kommen noch Tausende von Deutschen, die aus dem Ausland vertrieben sind, sowie die zurückkehrenden Kriegs- und Zivilgefangenen. Für diese Personen bietet es infolge der jetzt herrschenden Wohnungsnot die größte Schwierigkeit, ein Unterkommen zu finden. Erschwert wird ihre Lage noch dadurch, daß vielfach Gemeinden, ohne auf die Not dieser deutschen Volksgenossen Rücksicht zu nehmen, ihnen den Zuzug in ihren Gemeindebezirk verbieten.

Die Reichsregierung hat sich hier zu einem Eingreifen zum Schutze der Flüchtlinge entschlossen. Eine Anordnung des Reichsarbeitsministers und des Reichsernährungsministers bestimmt, daß Gemeinden grundsätzlich verpflichtet sind, Deutschen, die unter den Einwirkungen des Krieges aus dem Ausland oder aus einem vom Feinde besetzten oder infolge des Friedensschlusses aus dem Reichsgebiet ausscheidenden oder einer anderen Verwaltung unterstehenden Landesteile geflüchtet oder vertrieben worden sind, sowie den zurückkehrenden Kriegs- und Zivilgefangenen den Zuzug zu gestatten.

Damit es den Gemeinden möglich ist, diesen Verpflichtungen nachzukommen, können sie von der Landeszentralbehörde zur zwangsweisen Beschaffung von Naturalquartier für solche geflüchtete oder vertriebene Personen ermächtigt werden, die ihnen von den zuständigen amtlichen oder amtlich beauftragten Fürsorgestellen zugewiesen werden, oder die ohne die Vermittlung einer Fürsorgestelle mit Rücksicht auf am Orte wohnende nahe Verwandte oder aus dringenden Gründen ihrer Berufsstellung zuziehen. Den als Quartiergeber in Anspruch Genommenen hat die Gemeinde die auf ihr Verlangen gemachten Aufwendungen zu ersetzen sowie eine billige Vergütung zu gewähren. Schließlich ist noch angeordnet, daß zum Erlasse von Bestimmungen, durch die der Aufenthalt, die Beherbergung und der Zuzug ortsfremder Personen in der Zeitdauer oder in anderer Weise beschränkt wird, in jedem Einzelfalle die Zustimmung des Reichsarbeitsministers und des Reichsernährungsministers erforderlich ist."

Wenn es mit der Herausgabe eines schönen Gesetzes getan wäre, wäre damit der Flüchtlings-Wohnungsnot abgeholfen. Die Gemeinden sind einfach reichsgesetzlich verpflichtet, und damit deckt sich das Reich den Rücken gegen alle Angriffe von seiten der Auslanddeutschen und der Flüchtlinge aus den besetzten Gebieten. Aber wo sollen die Gemeinden die Wohnungen denn hernehmen? Daß das Gesetz in seiner ganzen Fassung zu völlig unhaltbaren Zuständen führt, erkennt man auf den ersten Blick. Es schafft theoretische Möglichkeiten, für die einfach die praktischen Unterlagen fehlen, und es ladet somit die ganze Verärgerung der Auslanddeutschen und der Flüchtlinge aus den besetzten Gebieten auf die Gemeinden ab, in die die Flüchtlinge ziehen wollen, die ihnen aber Wohnungen gar nicht bieten können, weil es einfach keine gibt. „Die Gemeinden haben zu gestatten" — Wie einfach das klingt! Theoretisch hätte also z. B. die Stadt Stuttgart sämtlichen Auslanddeutschen des Landes Württemberg, wenn sie es verlangten, den Zuzug nach Stuttgart zu gestatten, dazu womöglich auch noch den zurückkehrenden Kriegsgefangenen. Wo aber soll sie die Wohnungen hernehmen, die sie nicht hat und nicht bauen kann, weil es an Baumaterial und an Kohlen, um sie zu schaffen, fehlt? Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn auch dieses Gesetz nur neue Verärgerungen und neue Schwierigkeiten schafft, anstatt alte zu bannen und zu verhüten. Mit schönen Gesetzen beseitigt man nicht die Not der Auslanddeutschen, wenn diese Gesetze notgedrungen auf dem Papier stehen bleiben müssen.

Durch ein Dekret vom 2. August ist der Postverkehr zwischen Deutschland und Italien wieder zugelassen, da jedoch die Zensur völlig bestehen bleibt, ist den Italien-Deutschen auch weiterhin zu empfehlen, im brieflichen Verkehr Vorsicht zu üben. Eine in der „Gazetta Ufficiale" am 3. Juli veröffentlichte Verordnung hebt die Aufenthaltsbeschränkung für die in Italien ansässigen Angehörigen der im Kriege in Italien Gewesenen auf.

Ausreise nach Italien.

Wir haben hier bereits wiederholt vor allzugroßem Optimismus in der Benutzung der brieflichen Korrespondenz mit Italien ge-

Digitized by Google

warnt. Von vertrauenswürdiger Seite erhalten wir nun Mitteilungen, die es angezeigt erscheinen lassen, abermals zu warnen. Man sagt uns, daß es unvorsichtig sei, schon jetzt nach Italien überstürzt zurückzukehren, da die Liga „Antitedesca" viele Denunziationen veranlaßt habe und gegen viele Haftbefehle erlassen sein sollen. Um nicht Gefahr zu laufen, in unangenehme Lage zu kommen, empfehle es sich, genaue Erkundigungen einzuziehen, ehe man die Einreise wage!

Institute intermédiaire internationale. Unter diesem Namen ist im Jahre 1918 mit dem Sitz im Haag ein Institut gegründet worden, dessen Ehrenpräsident der ehemalige Minister des Auswärtigen, Jonkheer Dr. Landan ist, und das Auskünfte in jeder Angelegenheit von internationalem Interesse liefern will, sei es auf dem Gebiete des Völkerrechts, des nationalen oder internationalen Rechts und seiner Anwendung, oder über wirtschaftlich-politische und handelspolitische Fragen. Es will eine Art Clearing house für internationale Auskünfte sein, ein Zentralnervensystem, mit dessen Hilfe

Der **Deutsche Stenotachygraphenverband Halle,** Hafenstraße 42, bietet Auslanddeutschen und Rückwanderern, die sich beruflich vervollkommnen wollen, kostenlosen Unterricht und Lehrmittel an.

Die Allgemeine Transportgesellschaft, vormals Gondrand & Mangili, hat sich bereit erklärt für Berlin und ihre sämtlichen Filialen die Expedition der den bedürftigen Rückwanderern gehörigen Reiseeffekten zum reinen Selbstkostenpreis durchzuführen und auf die ortsüblichen Rollgeldsätze einen Nachlaß von 50 Prozent zu gewähren.

Aus dem Erträgnis der Sammlungen des „Deutschen Hilfswerks für die Kriegs- und Zivilgefangenen" sind an die Empfangsausschüsse der verschiedenen Durchgangslager Vorschüsse von 145 000 Mark überwiesen worden. Die „Rückwandererhilfe" erhielt 200 000 Mark, der „Rat der Reichsdeutschen im Auslande" zur Verteilung an die verschiedenen Darlehenskassen 90 000 Mark.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

Neuerscheinungen (Fortsetzung)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART.

Uebersicht

Allgemeines:

Auslanddeutschtum i. allg.: 912. 927. 932. 937. 944. 946. 947. 955. 958. 967. 972. 975. 997. 1000.

Grenzdeutschtum: 889. 896. 897. 899. 901. 906. 907. 908. 918. 924. 925. 929. 931. 935. 940. 943. 954. 956. 959. 965. 971. 974. 975. 987. 988. 994. 1003. 1004. 1007. 1008. 1009. 1010. 1011.

Auslandkunde i. allg.: 902. 938. 939. 941. 969. 976.

Auswanderung: 939. 947. 949. 951. 958. 970. 978. 979. 982.

Außenhandel: 890. 919. 928. 950.

Mission: 930. 960. 977. 981. 991.

Geographische Einteilung.

Westeuropa: 884. 885. 886. 892. 905. 907. 909. 916. 919. 920. 921. 923. 929. 966. 999.

Nord- u. Osteuropa: 894. 900. 906. 922. 944. 952. 957. 962. 989. 990. 995. 997. 1005. 1006.

Süd- u. Südosteuropa: 887. 893. 897. 904. 908. 912. 914. 917. 918. 931. 932. 936. 965. 974. 987. 992. 998. 1007. 1008.

Vorderasien: 895. 903. 926. 945. 963. 968. 986.

Ost- u. Australasien: 933. 961. 963. 980. 981. 983.

Afrika: 915. 934. 963. 973. 993. 1002.

Nordamerika: 888. 890. 891. 913. 928. 953. 984. 985.

Mittel- u. Südamerika: 892. 910. 911. 927. 942. 948. 949. 964. 985. 996.

I. Einzelschriften.

884. *Bac,* Ferdinand, Souvenirs d'exil. La fin de la vieille Allemagne <1812—1871>. Avec 1 portr. de Jérôme Bonaparte. (4. éd.) Paris: Plon (1919).

885. *Barrès,* Maurice, L'appell du Rhin. La France dans les pays rhénans. < Une tâche nouvelle. > Paris: Soc. lit. de France 1919. fr. 3.—

886. *Basdevant,* J., Traités et conventions en vigueur entre la France et les puissances étrangères. T. 1: Allemagne-Equateur. Paris: Rousseau [1919]. fr. 30.— (Public. off. du min. des affaires étrangères.)

887. *Basilesco,* Nicolas, La Roumanie dans la guerre et dans la paix. 2 vols. Paris: Alcan. fr. 15.—

888. *Bauslin,* David H., The lutheran movement of the sixteenth century. An interpretation. Philadelphia: United Lutheran Publ. House [um 1919]. £ 2,50.

889. *Berger,* Martin, Die Ursache d. Zusammenbruchs d. Deutschtums in Elsaß-Lothringen. Freiburg i. Br.: Bielefeld 1919. M 1.—

890. *Bericht* des Verwalters des fremden Eigentums in Amerika (Alien Property Custodian Report). Berlin: Auswärtiges Amt 1919. M 10.—. (Auslandswirtschaft in Einzeldarstellungen. Hrsg. v. Ausw. Amt. Bd 1.)

891. *Brissenden,* Paul Frederik, The i (industrial) w(orkers of the) w(orld). A study of American syndicalism. New York: Columbia Univ. Press. $ 3,50. (Columbia Univ. Studies in history, economics and public law. Vol. 83).

892. *Contreras,* Francisco, Pour l'élargissement de l'influence française dans l'Amérique du Sud. Le Chili et la France. Paris: Bossard [1919]. fr. 3,60

893. *Croce,* Benedetto, Goethe. Con una scelta delle liriche nuovamente trad. Bari: Laterza. l. 12.—. (Scritti di storia letteraria e politica. 12.)

894. *Ehret,* Joseph, Litauen in Vergangenheit, Gegenwart u. Zukunft. Mit 49 Abb. u. 8 Kt. Bern: Francke 1919. M 12.—

895. *Fischer,* Hans, Wirtschaftsgeographie von Syrien. Berlin: Jüdischer Verlag 1919. S.-A. aus: Zeitschrift d. Dt. Palästina-Vereins. Bd 42. M 6.—

896. Unser *Friede* I—III. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 33. 34. 37.)
1. Die Kundgebung d. deutschösterr. Nationalversamml. i. d. Sitzung v. 7. Juni 1919.
2. Die Antwort d. Vertreter d. dt. Sudetengebiete auf d. Friedensbedingungen von St. Germain.
3. Schenk, Jos., Der wirtschaftl. Vernichtungsfriede von St. Germain.

897. Die *Friedensbedingungen* von St. Germain. Wien: Deutschösterr. Staatsdr. [1919]. M 3.—

Digitized by Google

898. *Friedjung,* Heinrich, Was die Deutschböhmen für die dt. Nation bedeuten. in: Friedjung, Histor. Aufsätze. Stuttgart: Cotta 1919. M 17.—

899. *Friedjung,* Heinrich, Das österreichische Sprachenrecht. in: Friedjung, Histor. Aufsätze. Stuttgart: Cotta 1919. M 17.—

900. Zum *Gedächtnis* an Prof. D. Traugott Hahn, Universitätsprediger in Dorpat, als Märtyrer gefallen am 14. 1. 1919. Reval: Kluge 1919. M 1,50.

901. Alphabetisches *Gemeindeverzeichnis* Deutschösterreichs. Im Auftr. d. deutschösterr. Staatsamtes d. I. zsgest. v. d. Statist. Zentralkommission. Wien: Deutschösterr. Staatsdr. 1919. M 2.—

902. Das Auslandsstudienwesen auf deutschen Hochschulen u. praktische Kulturarbeit im Ausland. *Halbjahrsbericht* f. d. Wintersemester 1918/19. Hrsg. unter Mitw. zahlr. Hochschulinstitute u. prakt. Interessengemeinschaften v. d. Nachrichten- u. Auskunftsstelle f. akadem. u. prakt. Auslandsarbeit in München. (München: Akadem. Verlag [1919].)

903. *Hedin,* Sven, Eine Routenaufnahme durch Ostpersien. Bd 1. Stockholm: Generalstabens Litografiska Anstalt [1919]. Kr 40.—

904. *Heisenberg,* August, Neugriechenland. Leipzig: Teubner 1919. M 1.75. (Aus Natur u. Geisteswelt. Bd 613.)

905. *Henning,* René, Les déportations de civils belges en Allemagne et dans le nord de la France. Paris: Bruxelles: Vromant [um 1919]. fr. 4,50.

906. *Hoetzsch,* Reinhard u. Schirmacher, Ostmarkenschutz. Reden in d. preuß. Landesversamml. am 25. 3. 1919 u. in d. dt. Nationalversamml. i. Weimar am 5. 3. 1919. Berlin: Deutschnat. Schriftenvertriebsstelle 1919. M 0,50. (Deutschnat. Parlamentsreden. H. 2.)

907. *Houllevigue,* L., Les présents de l'Alsace-Lorraine. Paris: Berger-Levrault. fr. 0,90. (Collection France.)

908. Der tschechische *Imperialismus* u. Deutschösterreichs Schicksal. Mit e. tschechischen Karte Europas. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 35.)

909. Deutsche *Kriegsgefangene* in Feindesland. Amtl. Material. Frankreich. Berlin: Vereinig. wissenschaftl. Verl. [1919]. M 1.—

910. *Koebel,* W. H., South America. An industrial and commercial field. With 23 ill. London: Fisher Unwin (1919). (The South American Series. [15.].)

911. *Krumm*-Heller, [Alfred], Mexiko mein Heimatland! Ges. Abh. üb. d. Land d. Azteken. 2. verb. Aufl. von „Carranzas Mexiko" Halle a. S.: Krumm-Heller 1919. M 6.—

912. *Kurz,* Isolde, Deutsche u. Italiener. Ein Vortr. Stuttgart: Dt. Verl.-Anst. 1919. M. 1,20.

913. *Le Rond,* L. et Bouscaren, Les travaux publics de l'Amérique du Nord. T. 1: Ponts et viaducs. Texte et Atlas. Paris: Béranger [1919]. fr. 150.—

914. *La Rovine,* Eugène de, La Nouvelle Roumanie. Dacia felix. Carte ethnographique des pays roumains d'après l'histoire < 106—1600—1919 >. Genève: Atar [1919]. fr. 2,50.

915. *Louwers,* G., Le Congo belge et le pangermanisme colonial. Paris: Larose [1919]. fr. 2,50.

916. *Mouw,* G. H., Oriënteerend handboek over de staatsinrichting van Nederland. Groningen, Den Haag: Wolters [1919]. fl. 1,90.

917. *Pannwitz,* Rudolf, Der Geist der Tschechen. Wien: Der Friede 1919. M 6,80. (Zeit- u. Streitschriften d. „Friede")

918. *Pirchegger,* Hans, Die slowenischen Ansprüche in Untersteiermark. Mit 1 Kt. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 36.)

919. *Provence,* Marcel, Les Allemands en Provence. Histoire de l'invasion économique et de l'espionnage allemand dans le midi de la France < 1911—1918 >. Préf. de Léon Daudet. Paris: Nouv. Librairie nat. 1919. fr. 4.50.

920. *Raphaël,* Gaston, Walther Rathenau, ses idées et ses projets d'organisation économique. Paris: Payot [um 1919]. fr. 4,50.

921. *Rijndocumenten.* Verzameling van internationale gemeenschappelijke regelingen . . . betreffende de Rijnvaart sedert 1803, bijeengebracht door de Centrale commissie voor de Rijnvaart met toestemming der regeeringen van Baden, Beieren, Elzas-Lotharingen, Hessen, Nederland en Pruisen. 2 Dln. Haag: Nijhoff [1919]. fl. 35.—

922. *Roth,* Paul, Die politische Entwicklung in Kongreßpolen während d. dt. Okkupation. Unter Mitarb. v. Wilh. Stein. M 10.— (Aus d. Zeit d. Weltkrieges) Leipzig: K. F. Koehler 1919. M 10.—

923. *Rovère,* Julien; La rive gauche du Rhin de 1792 à 1814. Paris: Soc. du Recueil Sirey. fr. 3,50.

924. *Schmied*-Kowarzik, Walter, Deutschösterreich. Das Siedlungsgebiet d. Deutschen u. ihre Minderheiten. München: Callwey 1919. M 0,30. (Deutschösterr. Flugschriften. Nr 1.)

925. Das *Selbstbestimmungsrecht* der Deutschen in Böhmen, Mähren u. Schlesien. München: Callwey 1919. M 0,50. (Deutschösterr. Flugschr. Nr 2.)

926. *Simon*-Eberhard, [Max], Mit d. Asienkorps z. Palästinafront. Berlin: Allg. Verl.- u. Druckerei-Gesellsch. 1919. M 5.—

927. *Spencer*-Cooper, H., The battle of the Falkland Islands. Before and after. London: Cassell [um 1919]. sh. 6.—

928. *Statistics* of German trade 1909 to 1913. Washington, D. C.: Gov. Print. Office. (Miscellaneous Ser. of the U. S. Bureau of foreign and domestic commerce. 75.)

929. *Tourneur*-Aumont, J. M., L'Alsace et l'Alemanie. Origine et place de la tradition germanique dans la civilisation alsacienne. Paris: Berger-Levrault [1919]. fr. 10.—

930. *Vaeth,* Alfons, S. J., Um die Zukunft der deutschen Missionen. Freiburg i. Br.: Herder 1919. (Flugschr. d. „Stimmen der Zeit" H. 8.)

931. *Waagen,* Lukas, Bergbau u. Bergwirtschaft. Wien: Hölzel 1919. M. 2 farb. Kt. M 42,50. (Wirtschaftsgeograph. Karten u. Abhandl. z. Wirtschaftskunde d. Länder d. ehem. österr. ung. Monarchie. Hrsg. v. Handelsmuseum Wien und Red. v. Franz Heiderich. H. 10.)

932. *Wantoch*-Rekowski, Franz von, Aus d. Leben e. Generalkonsuls 1874—1905. Stuttgart: Dt. Verl.-Anst. 1919. M 12.—

933. *Werner,* E. T. C., China of the Chinese. London: Pitmann [1919.] sh. 9.—

934. *Westermarck,* Edvard, Sex ar i Marocko. Reseskildringar. Stockholm: Bonnier [1919]. Kr 16.—

935. *Winckler,* Wilhelm, Die Gemeindewahlen in Deutschböhmen <Juni 1919> — eine Volksabstimmung. Wien:

Digitized by Google

Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreich Recht. Nr 38.)

936. *Winterstetten,* R., Heinzenland. Deutsches Neuland im Osten. Wien: Braumüller 1919. M. 1 Kt. M 1,60.

937. *Ziehen,* Julius, Das Deutschtum im Auslande. E. Quellen- u. Lesebuch zur Einführung in das Verständnis d. Auslanddeutschtums. Dresden: Ehlermann 1919. M 1,40. (Deutsche Schulausgaben. Hrsg. v. Dr. J. Ziehen. Nr 120.)

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

938. Das *Ausland.* Wochenblatt f. internationale Politik. Hrsg. v. Dr. jur. D. Aravandinos. Jg. 1. 1919. Berlin: Das Ausland. jährl. 52 Nrn; viertelj. M 2,80.

939. *Ausland* u. Heimat <früher Kolonie u. Heimat>. Unabhäng. Zeitschrift f. Auslandskunde, Auswanderung, Auslanddeutschtum u. Kolonialpolitik. Organ d. Frauenbundes d. dt. Kolonialgesellschaft. Jg. 12. 1918/19. Berlin: Kolonie u. Heimat Verl.-Gesellsch. m. b. H. jährl. 52 Nrn; viertelj. M 2,60.

940. *Böhmerwald.* Blätter f. Volk u. Heimat. Zsgest. u. hrsg. v. J. Stauda. Jg. 1919. Eger: Stauda. Die Reihe von 10 Bl. M 2.—

941. *Bulletin* de l'Institut intermédiaire international. Publ. trimestrielle. Année 1. 1919. Harlem: Tjeenk Willink. jährl. fl. 17,50.

942. *Gids,* De West-indische . . . Jg. 1. Nr 1 (Mai 1919). Amsterdam: Ad usum mundi. jährl. (12 Nrn) fl. 15.—

943. Deutsche *Jugendblätter.* Mitteilungen des Arbeitsausschusses d. dt. Jugend Deutsch-Österreichs. (Schriftl. R. E. Watzlick) Jg. 1. 1919. Wien: Arbeitsausschuß der deutsch. Jugend. jährl. M 1,20.

944. *Mitteilungen* des Geschäftsführenden Ausschusses der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen. Jg. 1. Nr 1. Juli 1919. Berlin. SW 11: Hallesche Str. 1. Einzelnr M 0,30.

945. *Mitteilungen* der Deutsch-Persischen Gesellschaft. Zur vertraul. Kenntnis ihrer Mitglieder. Jg. 1. 1919. Nr 1 (August). Berlin: Dt.-Pers. Gesellsch. E. V.

946. *Nachrichtenblatt* der Rückwandererhilfe E. V., Berlin W 50, Tauentzienstr. 6. Jg. 1. 1919. Nr 1. Berlin: Rückwandererhilfe.

947. *Raphaels-Blatt.* Zeitschrift f. dt. Wanderg u. Siedlg u. f. d. kathol. Auslanddeutschtum. Organ d. St. Raphaelsvereins z. Schutze kath. dt. Auswanderer u. des Reichsverbandes f. d. kath. Auslanddeutschen. Der N. F. Jg. 1, der ganzen Reihe Jg. 30. 1919. H. 1. 2. Freiburg i. Br.: Caritas-Verl. jährl. M 6.—

948. Deutsch-mexikanische *Rundschau.* Hrsg. Dt.-mexikan. Gesellsch. E. V. Sitz München. Schriftl.: Dr. Richard Escales. Jg. 1. 1919. Nr 1. Pfullingen: Knapp. monatl. 1 Nr. F. Nichtmitglieder viertelj. M 3,50.

949. *Süd-Amerika.* Gegr. 1903 von José M. Gregor. Organ f. dt. Auswanderung u. Ansiedlg. i. Südamerika. Publik.-Organ d. Schutzverb. f. d. Deutschen i. Ausl. <Berlin e. V.> u. d. Vereins z. Schutze german. Einwanderer in Buenos Aires. Hrsg. u. Red.: Gustav Stezenbach. Jg. 12. 1919/20. Berlin: Süsserott 1919. Jährl. etwa 20 Nrn. halbj. M 5.—

950. Die deutsche *Uebersee-Post* u. Konsulatsnachrichten. Organ f. Export u. Import, Industrie, Schiffahrt u. Finanzwesen. Hauptschriftl.: Otto Keßler. Jg. 1. 1919. Leipzig: Arnd 1919. jährl. 52 H. viertelj. M 12.—

III. Zeitschriftenaufsätze.

951. *Aly,* Wolf, Die deutsche Auswanderer-Gesetzgebung. in: Das Deutschtum im Auslande. Jg. 1919. H. 40. Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausl.

952. *Althaus,* Paul, Abschied von Polen. in: Deutsch-evangelisch. Jg. 10. 1919. H. 6. Leipzig: Hinrichs.

953. *Bernstoff,* Johann Heinrich, Das zukünftige Verhältnis Deutschlands zu den Vereinigten Staaten von Amerika. in: Das demokratische Deutschland. Jg. 1. 1919. Nr 31. Berlin: Boll & Pickardt.

954. Eine neue Elsaß-lothringische *Bibliothek* in Deutschland. in: Mitteilungen des Ausschusses vertriebener Elsaß-Lothringer. Jg. 1. 1919. Nr 26. Freiburg i. Br.: Druck von Poppen & Ortmann.

955. *Bodisco,* Theophile von, Lebendiges Deutschtum. in: Deutsche Rundschau. Jg. 45. 1919. H. 11. Berlin: Paetel.

956. *Boehm,* Max Hildebert, Parteipolitik u. Grenzdeutschtum. in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 30. Berlin: Verlag d. Grenzboten.

957. *Boje,* Walter, Von den deutschen Siedlungen an der Wolga. in: Das Deutschtum im Ausland. Jg. 1919. H. 40. Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausl.

958. *Borchardt,* Alfred, Zehn Jahre [Fürsorgeverein f. dt. Rückwanderer]. in: Heimkehr. Jg. 4. 1919. Nr 8. Berlin: Dt. Landbuchhandlg.

959. *Brandl,* A., Andreas Hofers Heimatsgau. in: Dt. Arbeit i. Oesterreich. Jg. 18. 1918/19. H. 10. München: Callwey.

960. *Büttner,* F., Eine Indianermission in Südamerika im 18. Jahrh. in: Evang. Missions-Magazin. N. F. Jg. 63. 1919. H. 7. 8. Basel: Missionsbuchh.

961. *China* auf der Friedenskonferenz. in: Archiv f. d. fernen Osten. Jg. 4. 1919. H. 6. Berlin: Curtius.

962. *Deißmann,* Adolf, Die deutsche Theologie u. die Einheit der Kirche. Olaus-Petri-Vorlesungen in Uppsala. in: Internationale Monatsschrift. Jg. 13. 1919. H. 4. Leipzig-Berlin: Teubner.

963. *Deutschland* u. der Orient im Entwurf d. Friedensvertrages. Türkei — Ägypten — Marokko — Ostasien — Rußland. in: Der Neue Orient. Jg. 3. Bd 5. 1919. Nr 5/6. Berlin: „Der Neue Orient".

964. Das *Deutschtum* in Chile. in: Ausland u. Heimat. Jg. 12. 1919. Nr 40. Berlin: Kolonie u. Heimat.

965. Vom südöstlichen *Deutschtum.* in: Alldt. Blätter. Jg. 29. 1919. Nr 30. Berlin: Alld. Verband.

966. *Brahn,* Ernst, Bibliographie der Frontpropagandaschriften dt. Sprache im Weltkrieg <Entente>. in: Mitteilungen d. Verbd. dt. Kriegssammlungen e. V. 1919. Nr 2. Leipzig: Dt. Kulturmuseum.

967. *Engelhardt,* Emil, Die deutsche Volkshochschule u. das Auslandsdeutschtum. in: Das Deutschtum im Ausland. Jg. 1919. H. 40. Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausl.

968. *Fast,* A., Die deutschen Kolonien in Ciskaukasien. in: Heimkehr. Jg. 4. 1919. Nr 8. Berlin: Dt. Landbuchhdlg.

969. *Felger,* Friedrich, Ueber verschiedene Kriegssammlungen im feindl. u. neutralen Auslande. in: Mitteilungen d. Verbandes dt. Kriegssammlungen e. V. 1919. Nr 2. Leipzig: Dt. Kulturmuseum.

Digitized by Google

970. *Fittbogen,* Gottfried, Auswanderungspolitik. in: Die Hilfe. Jg. 1919. Nr 32. Berlin: Verlag „Fortschritt".

971. *Fournier,* August, Die Friedensbedingungen von St. Germain. in: Österreich. Rundschau. Bd 59. H. 6. Wien: Fromme.

972. *Franz*-Treutler, C., Volkstum u. Wertgeltung. in: Klarheit. Jg. 1919. H. 21. Königsberg: Wirtschaftspol. Aufklärungsdienst f. d. Osten.

973. *Hammerstein,* H. L., Die Landwirtschaft d. Eingeborenen Afrikas. Berlin: Mittler & Sohn 1919. (Beihefte z. Tropenpflanzer. Bd 19. 1919. Nr 2/3.)

974. *Hassinger,* H., Bemerkungen über d. Südostgrenze des dt. Siedlungsgebietes. in: Geogr. Zeitschrift. Jg. 25. H. 7. Leipzig: Teubner.

975. 38. *Hauptversammlung* des Deutschen Schulvereins. in: Der getreue Eckart. Jg. 17. 1919. Wien: Dt. Schulverein.

976. *Hoffmann,* Willy, Der Friedensvertrag u. das internationale Urheberrecht. in: Börsenbl. f. d. dt. Buchh. Jg. 86. 1919. Nr 170. Leipzig: Börsenverein d. dt. Buchhändler.

977. Die *Jahresfeier* der Leipziger Mission. I. in: Allg. Evang.-Luth. Kirchenzeitung. Jg. 52. 1919. Nr 28. Leipzig: Dörffling & Franke.

978. *Kiesling,* Hans von, Auswandererfürsorge. in: Die Glocke. Jg. 5. Bd 1. 1919. Nr 12. Berlin: Verlag f. Sozialwissenschaft G. m. b. H.

979. *Kleibömer,* Georg, An die neuen Auswanderer. in: Deutsches Volkstum. Jg. 1. (1919). H. 7. Hamburg: Dt. Volkstum.

980. *Knodt,* Dankbare Anerkennung unserer Arbeit in China. in: Christenhilfe f. d. Welt. Jg. 35. 1919. Nr 7/8. Berlin: Hutten Verlag.

981. *Lehmacher,* Gustav, Der deutsche Glaubensbote in der Südsee. in: Die katholischen Missionen. Jg. 47. 1918/19. H. 11/12. Freiburg i. Br.: Herder.

982. *Lutz,* Otto, Winke f. dt. Auswanderer. 1. Der dt. Ansiedler im tropischen Amerika. in: Weltecho. Jg. 1. 1919. Nr 32. Berlin: Ullstein.

983. *Manes,* [Alfred], Australische Demokratie. in: Gerechtigkeit. Jg. 1. 1919. H. 6. Berlin: Engelmann.

984. *Michaelis,* P[aul], Ein Amerikaner über Deutschland. in: Nord u. Süd. Jg. 43. 1919. H. 539. Breslau: Schottländer.

985. Die *Offensive* der nordamerikanischen Depeschenbüros gegen Südamerika. in: Nachrichtendienst d. Dt. Wirtschaftsverb. f. Süd- u. Mittelamerika. E. V. in Berlin. Jg. 1919. Nr W 43/46. Berlin: Wirtschaftsverband.

986. Der *Orient* u. die Presse. Orientfragen auf d. Friedenskonferenz. in: Der Neue Orient. Jg. 3. Bd 5. 1919. Nr 5/6. Berlin: „Der Neue Orient".

987. *Piech,* Alfred, Das enttäuschte Trentino. in: Österr. Rundschau. Bd 60. H. 1. Wien: Fromme.

988. *Pirker,* Max, Die Kärntische Frage. in: Österreich. Rundschau. Bd 60. H. 1. Wien: Fromme.

989. *Praesent,* H., Deutsches u. polnisches Sprachgebiet. in: Geogr. Zeitschrift. Jg. 25. H. 7. Leipzig: Teubner.

990. *Rosen,* Hermann v., Das heutige Rußland. in: Dt. Rundschau. Jg. 45. 1919. H. 11. Berlin: Paetel.

991. *Schmidlin,* Dt. Kathol. Missionswissenschaft. in: Internat. Monatsschrift. Jg. 13. 1919. H. 3. Leipzig-Berlin: Teubner.

992. *Slawitschek,* Rudolf, Die tschechische Volkshochschulbewegung. in: Dt. Arbeit in Österreich. Jg. 18. 1918/19. H. 11. München: Callwey.

993. *Soskin,* S., Der französische Sudan, seine Zugänge u. die Schibutter-Industrie. in: Der Tropenpflanzer. Jg. 22. 1919. Nr 7. Berlin: Mittler.

994. *Ssymank,* Paul, Die Königl. Akademie zu Posen 1903—1919. in: Aus dem Ostlande. Jg. 14. 1919. Nr 6. Posen: Ostdt. Buchdr. u. Verl.-Anst.

995. *Stein,* Walther, Über Leopold Karl Götz „Deutsch-russische Handelsverträge des Mittelalters". Hamburg 1916. in: Hansische Geschichtsblätter. Bd 24. H. 1/2. München: Dunker & Humblot.

996. *Stichel,* B., Argentinien. Die Botschaft des Präsidenten an den Kongreß. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 4. 1919. Nr 32. Hamburg: Meissner i. Komm.

997. *Treuenfels,* Bernhard, Rußland u. wir — Auslanddeutsche. in: Die Glocke. Jg. 5. Bd 1. 1919. Nr 13. Berlin: Verlag f. Sozialwissenschaft.

998. Spanische *Uebersetzungen* deutscher Literatur. in: Spanien. Zeitschrift f. Auslandskunde. Jg. 1. 1919. H. 2. Hamburg: Bangert.

999. *Wechssler,* Eduard, Das moderne Frankreich. Marburger Auslandsvorträge im Sommerhalbjahr 1918. in: Intern. Monatsschrift. Jg. 13. 1919. H. 5. Berlin-Leipzig: Teubner.

1000. *Wertheimer,* Fritz, Vom alten u. vom neuen Auslanddeutschtum, in: Das gelbe Blatt. Jg. 1. Nr. 23. Stuttgart: „Das gelbe Blatt".

1001. *Witte,* Hans, Deutsche Sprachenpolitik im besetzten Belgien. in: Die Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 32. Berlin: Verl. d. Grenzboten.

1002. *Zache,* Hans, Ein Franzose über Lettow-Vorbeck. in: Dt. Kolonial-Zeitung. Jg. 56. 1919. Nr 7. Berlin: Dt. Kolonialgesellsch.

1003. *Zum Ende* des deutschen Stadttheaters in Posen. in: Aus d. Ostlande. Jg. 14. 1919. Nr 6. Posen: Ostdt. Buchdr. u. Verl.-Anst.

IV. Karten.

1004. *Freytag*'s Karte von Deutschösterreich nach d. Entwurf d. Friedensbedingungen von St Germain. 1 : 1,500 000 Wien: Freytag [1919]. 37,5 : 49,5 cm. Farbendr. M. 1,70

1005. *Generalkarte* des Baltenlandes (Estland, Kurland, Livland. Red. von Prof. Dr. J. J. Kettler. 1 : 725 000. Berlin: Flemming [1919]. 82 : 66,5 cm. Farbendr. M 2.— (Flemmings Generalkarten. Nr 55.)

1006. *Kettler,* J. J., Karte von Nordrußland mit Murmanbahn u. Eismeer-Republik. [Neue Ausg.] M. 1 : 3 000 000. Berlin: Flemming [1919]. M 2.— (Flemmings Generalkarten. Nr 56.)

1007. *Kettler,* J. J., Völkerkarte der österr.-ungar. Länder. Mit statist. geogr. Begleittext. M. 1 : 500 000. Berlin: Flemming [1919]. 69,5 : 88 cm. M 2,50. (Flemmings Friedenskarten. <Polit.-geogr. Grundlagen f. Friedensbetrachtungen>. Nr 4.)

1008. *Maschek* [sen.], Rud., Touristenkarte d. Herzogt. Kärnten samt Nord-Krain, West-Steiermark usw. Gezeichn.

Digitized by Google

i. Institut d. Verlagsanst. <Dr. K[arl] Peucker>. 1 : 150 000. II. u. III. Wien: Artaria [1919]. je M 2,40.

1009. *Peucker,* Karl, Deutsch-Österreich nach den Forderungen d. Friedensentwurfs d. Entente. Auf Grundlage von Jos. v. Scheda's „Monarchie" <Bl. 1 u. 3>. (Mit Bezeichn. d. Grenzen d. geschl. dt. Sprachgebietes d. ehemaligen Monarchie.) M. 1 : 1 000 000. Wien: Artaria & Co [1919]. M 2.—

1010. Das deutsch-österr. *Staatsgebiet* (Umschlagt. Karte d. dt.-österr. Staatsgebietes) nach d. auf Grund d. § 3 d. Gesetzes vom 22. 11. 1918, Staatsgesetzbl. Nr 40, erlassenen Vollzugsanweisungen d. dt.-österr. Staatsrates vom 3. 1. 1919, Staatsgesetzbl. Nr 4. Bearb. u. dargest. v. lithogr. Institute d. Grundsteuerkatasters. Ausgef. im militär.-geogr. Institute in Wien. M. 1 : 900 000. Wien [1919]. Dt.-österr. Staatsdruckerei. 72 : 83 cm. M 5.—

1011. *Vogel,* W., Karte der Sprachverteilung, Bevölkerungsdichte u. Bodenschätze von Elsaß-Lothringen auf Grund v. Heinrich Kieperts Spezialkarte. Die Bodenschätze nach Angaben v. Prof. Dr. Spackeler. (Mit d. Note d. Staatssekr. d. Ausw. Amts v. Brockdorf-Rantzau v. 13. 1. 1919.) M. 1 : 250 000. Berlin: Dietrich Reimer [1919]. 101,5 : 84,5 cm. M 3.—

BUCHBESPRECHUNGEN

Dr. W. Schrameier, Geheimer Admiralitätsrat, **Auswärtiges Amt und Auslandsvertretung.** Vorschläge zur Reform. Berlin 1918. Verlag von Karl Curtius. 32 Seiten. Preis M 1.80.

Das Verdienst dieses kleinen Schriftchens liegt zunächst in der Kritik der Kritik. Von all den Hunderten von Vorschlägen Berufener und Unberufener zur Reform unseres auswärtigen Dienstes hat wohl keiner so viel Kopfschütteln hervorgerufen als gerade der aus Hamburg kommende. Wer hätte es für möglich gehalten, daß gerade hanseatische Kaufleute zur Verbesserung des auswärtigen Dienstes im großen und ganzen nur vermehrte Büffelei, vermehrte Examen, vermehrte Bürokratie vorschlagen! Schrameier geißelt das mit bitterer Ironie, und wer, wie der Verfasser dieser Zeilen, der Ansicht ist, daß unsere konsularische wie diplomatische Vertretung im Auslande zwar stark verbesserungsbedürftig ist, daß sie aber durchaus nicht ganz so schlecht war, wie sie heute gemacht wird, und daß das in ihr beschäftigte Personal an Durchschnittsbildung, Durchschnittswissen und Durchschnittsbefähigung dem entsprechenden kaufmännischen Material, das Deutschland im Ausland vertritt, zum mindesten ebenbürtig ist, der wird ihm darin zustimmen. Man sollte nicht nur nach Sündenböcken suchen im heutigen Deutschland, sondern mehr den Ursachen der Dinge nachgehen. Schrameier, der studierte Geheime Admiralitätsrat, der erfahrene Auslandsbeamte, tritt gegenüber den Hamburgern zwar für Wissen und Können, aber nicht für examensmäßig, sondern für durch Erleben und durch Erfahrung erworbenes Wissen ein, erinnert da an berühmte Engländer, wie Taylor in Indien, Sir Robert Hart in China, empfiehlt gründliche Universitätsbildung, aber dann ein sofortiges Hinaussenden des möglichst jungen Anwärters in das praktische Leben des Auslandes, später Examina in der Landessprache, rücksichtsloses Ausscheiden der Untüchtigen, Gelegenheit zur weiteren Ausbildung in der Heimat nach ein paar Jahren, Zulassung der Bewährten zu einer Schlußprüfung nach 10jähriger Diensttätigkeit. Das sind Schrameiers Hauptforderungen, die zwar auch den Gegenstand noch nicht erschöpfen — man denke daran, daß heute ein gelernter Arzt, bewährter Journalist und befähigter Politiker deutscher Gesandter in Bern ist und niemals ein Auslandexamen gemacht hat! — denen man aber zustimmen kann. Schrameier fordert Beseitigung des Dualismus zwischen diplomatischem und konsularischem Dienst, und da darf der Schreiber dieser Zeilen vielleicht daran erinnern, daß er zu Beginn des Jahres 1913 in seiner Schrift: „Deutsche Leistungen und Aufgaben in China" für den chinesischen Diplomatie- und Konsulardienst, einen der größten und wichtigsten, die wir haben, bereits diese Forderung aufstellte, die damals recht viele Gegner und wenig Freunde fand. „Erst wenn die ganze Konsulatsorganisation geändert wird", so hieß es da, „wenn der beste und kenntnisreichste Mann aus seinem Dienste den Gesandtenposten und damit die Oberleitung über den ganzen großen Chinadienst bekommt, werden wir diplomatisch-bürokratisch zu neuen Aufgaben im neuen China gerüstet sein." Schrameier befürwortet eine andere Einteilung des Auswärtigen Amtes nach regionalen Gesichtspunkten, schreibt zuerst gegen das geheimrätlich geheimnisvolle Getue, gegen den „mysteriösen Dunst", der die ganze Arbeit umnebele, empfiehlt für die Auswärtigenamts-Beamten regelmäßigen „Frontdienst" im Ausland, bevor sie zu neuen Stellungen aufrücken und findet glückliche Worte gegen Schablone und gegen Schematismus. Er kommt tatsächlich, wie er das auch selbst empfindet, dem hanseatischen Geist näher, als die Hamburger Denkschrift es tat. Man kann ihm auch dort zustimmen, wo er dagegen schreibt, daß der junge Konsulatsanwärter in seiner Karriere abhängig sein soll von einer Begutachtung und einem Urteil seiner Landsleute in der Kolonie. Es waren nicht immer die Untüchtigsten, die in der Kolonie nicht gerne gesehen waren, weil sie gegen partikularistische Privatinteressen und von einer hohen Warte aus für das gesamte Wirtschaftsinteresse der Heimat arbeiteten. Damit will aber Schrameier das Beschwerderecht der Kolonie gegen den Konsul oder diplomatischen Vertreter nicht ausgeschaltet haben. Er wendet sich gegen die von Hamburg aus geforderte Mitwirkung des Reichshaushaltsausschusses bei der Auswahl der Beamten. Der Staatssekretär selbst muß, wenn er die volle Verantwortung hat, auch die Rechte der Auswahl haben, und zur ganzen Reform des diplomatischen Dienstes sei nichts weiter nötig als ein verantwortungsvoller, überlegener Staatssekretär mit energischem Willen. Eine Beamtenverminderung, keine neue Geldausgabe für das Auswärtige Amt werde die Folge sein, und die beste Reform sei schließlich die Beschäftigung des deutschen Volkes mit auswärtiger Politik. Wenn, ja wenn es erst in Deutschland eine politische öffentliche Meinung gäbe!

Dr. F. W.

H. v. R. Das Deutschtum in Rußland und seine Zukunft. Berlin, 1915. Verlag von Carl Curtius. 77 Seiten. Preis 1 Mark.

Niemals hat die östliche Orientierung für Politik und Wirtschaft eine derartige Rolle gespielt als jetzt, da der fanatische Haß der Engländer und Franzosen uns geradezu den Ostvölkern in die Arme treibt. Deshalb kann heute mehr denn je allen gebildeten Deutschen empfohlen werden, die Ostprobleme zu studieren. Das vorliegende Schriftchen genügt denen, die an einem guten, zuverlässigen im wesentlichen historischen Ueberblick genug zu haben glauben. Der Verfasser ist anscheinend Balte, er würdigt aber auch die Verhältnisse in den deutschen Kolonien der Wolga, der Ukraine und des Kaukasus, von denen er viele aus eigener Anschauung kennt und gibt auch einen Abriß über das Deutschtum in den russischen Städten, das so unlöslich mit der Geschichte der russischen Industrie und des Handels verknüpft ist. Dabei wird das Deutschtum in Polen nur recht knapp gestreift. Das letzte Kapitel behandelt die gegen Deutsche und Deutschtum erlassenen Kriegsgesetze, wobei der Verfasser hinsichtlich der Kolonien, wie sich ja später herausstellte, etwas zu trübe sah, er bespricht das Kolonistenproblem noch wesentlich vom

Digitized by Google

Standpunkt der Rückwanderung aus und urteilt über die Zukunft des Deutschtums mit einer für das Jahr 1915, in dem das Heftchen erschien, immerhin bemerkenswerten Zurückhaltung. W.

Theodor Schiemann, Wie die Presse unserer Feinde den Krieg vorbereitet und erzwungen hat. Berlin 1919. Druck und Verlag von Georg Reimer. 25 S. Preis 1 Mark.

Kaum konnte jemand in so knapper übersichtlicher Form ein so reiches Tatsachenmaterial zusammenstellen und planmäßig wie auch beweiskräftig gruppieren, wie Theodor Schiemann, der Altmeister unserer „auslanddeutschen" Wissenschaftler. Sein historisches Wissen und seine Kenntnisse des politischen Tagesschriftstellers haben ihm dabei glänzend geholfen. In unseren Tagen, da wir, wie Professor Weiser es jüngst nannte, eine fast perverse Lust bezeugen, unsere Feinde von jeder Kriegsschuld reinzuwaschen und uns als die einzig Schuldigen zu geißeln, mag man diese Schiemannsche Beweisführung von der Schuld unserer Gegner mit Nutzen lesen. Kürzer läßt sich die Entwicklung zum Kriege, die gegnerische Politiker und Zeitungen vorwärts trieben, nicht schildern. Es ist die tragische Schuld unseres Volkes, sagt der Verfasser, daß es die feindliche Macht nicht eher erkannte und sich vor dem Kriege und während des Krieges täuschen ließ. Es ist leider nur zu bezweifeln, ob wir an Verständnis für auswärtige Politik durch den Krieg gewonnen haben.

H. Kassebaum, Kurland, Livland, Estland. Bilder aus Stätten alter deutscher Kultur. Mit 2 farbigen Tafeln, 17 Abbildungen und 2 Karten. Verlag von E. Rose, Berlin-Neurode. 6 Mark.

Es ist ein braves, mit warmem Herzen für die Sache geschriebenes Buch, das das übliche Material an wirtschaftlichen, kulturellen und historischen Daten fast vollständig vorlegt und durch sie und die guten Abbildungen eine Vorstellung von der Baltenmark hervorzurufen vermag. Eine selbständige Anschauung scheint nicht dahinter zu stehen. So kommt es zu Unklarheiten und Irrtümern. Die Verfassungsverhältnisse scheinen dem Verfasser selbst nicht klar gewesen zu sein (besonders S. 84 f.). Die Zahlen über das Domänengut sind falsch: Kurland hat etwa 530 000 Dess. (1 Dess. = 1,1 ha), Livland (an unverkauftem) Domänenland etwa 170 000 Dess. und Estland hat überhaupt keine. Denn die von Schweden übervölkerte Insel Worms kommt in dem Zusammenhange nicht in Frage. Und von dem Domänenbesitz Kurlands sind nur etwa 60 000 Dess. Kulturland, alles übrige ist Wald. Wie groß das livländische Kulturland auf dem Domanium ist, wissen wir nicht. ½ Mill. ha kommen aber nie und nimmer heraus. Auf der Eisenbahnkarte fehlen die neuen von den Deutschen gebauten Bahnen. Aber das sind Kleinigkeiten. Wer einen schnellen Gesamteindruck von dem Lande haben will, kann nach dem Buche greifen.

Dr. Kurt Stavenhagen-Goldingen.

Hauffen, Adolf, Geschichte des deutschen Michel. Herausgegeben vom Deutschen Verein zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse in Prag. Verlag des Vereines. Prag 1918. K. 1.50 geh.

Wie in der Gestalt des deutschen Michel die Züge des Erzengels Michael mit der volkstümlichen Bauerngestalt verschmolzen werden, wie diese vom vereinzelten Auftreten um die Mitte des 16. Jahrhunderts an allmählich zum Gattungsbegriff wird, die unter dem Einfluß erst der Humanisten, dann der Sprachreiniger beständig ihre Bedeutung verändert, das erzählt der Prager Germanist und belegt es mit einer Fülle von Beispielen aus Volkskunde und Literaturgeschichte. Von ihrer ersten Spur an, die nach St. Michel in Frankreich weist, wird die vielseitige Volksgestalt in der Geschichtsschreibung und Kunstdichtung wie im mundartlichen Lied und Spruch, Erzählung und Schauspiel verfolgt bis in die jüngste Zeit des großen Kriegs, in der das heldenhafte Schwertmotiv der Heiligengestalt für eine Weile das einfältig-niedrige der Schlafmütze übertönt. Das Auf und Ab in der Einschätzung des deutschen Michel geht aus seiner Verkörperung in der neueren Literatur bis hinab zu Dehmels Michel Michael anschaulich hervor. Verwandte Erscheinungen aus dem Schrifttum des Auslandes, wie Marianne, John Bull und Bruder Jonathan geben einen Maßstab ab. So läßt die literargeschichtliche quellenmäßige Untersuchung ungewollt ein deutsches Charakterbid entstehen. Dr. H. M.

Wilhelm Wiesebach S. J., Wildes Land und deutsche Hand. Eine Erzählung aus den deutschen Kolonien Südbrasiliens. 117 S. mit 6 Bildern. Dritte und vierte Auflage. Freiburg im Breisgau 1919. Aus der Sammlung: Aus fernen Landen. Erzählungen für die Jugend. Dreißigstes Bändchen. Herdersche Verlagshandlung.

Die Erzählung spielt in den Jahren zwischen 1834 und 1844, in der Zeit der erbitterten Kämpfe zwischen Monarchisten und Republikanern, als ganz Südbrasilien von Räuberbanden verheert wurde. Sie schildert die Erlebnisse einer deutschen Auswandererfamilie im brasilianischen Urwald, Ueberfälle durch Indianer und Kämpfe mit schlimmerem Raubgesindel weißer Farbe, dem die Mutter und kleineren Geschwister des jungen Helden in grausamer Weise zum Opfer fallen. Die Kolonisten nehmen blutige Rache und vernichten die Bande. Durch das ganze Büchlein zieht sich die Sehnsucht der Ansiedler nach deutschem Gottesdienst, die schließlich auch durch die Ankunft eines deutschen Priesters erfüllt wird. Die Bilder sind flotte Strichzeichnungen. Bei Bild 5 hätte sich der Zeichner mehr nach dem Text richten sollen. Das kühne Roß sollte eigentlich ein Maultier (mula) sein. S. 36 findet sich ein Anachronismus. Der von den Indianern geraubte und in ihren Stamm aufgenommene Kolonistenjunge gibt als seine Heimat die Kolonie Blumenau an, die aber (gegründet 1850) zu der Zeit, in der unsere Geschichte spielt, noch gar nicht existierte. Sonst zeigt sich der Verfasser als einen guten Kenner südbrasilianischer Verhältnisse und gibt eine treffende Schilderung des schweren, von mannigfachen Gefahren umgebenen Lebens unserer biederen Landsleute, dieser Pioniere deutscher Kultur im Urwald, die trotz der fremden, wilden Umgebung ihr Deutschtum bewahrt haben. Prof. Theodor Koch-Grünberg, Stuttgart.

Fritz Glaser, Feldgeistlicher, **Bei deutschen Kolonisten in der Ukraine.** Heft 142 der Volksschriften zum Großen Krieg. Verlag des Evangelischen Bundes. Berlin W. 35. 40 Seiten. 20 Pfennige.

Der Verfasser erzählt im Plauderton eine Reise in deutsche Kolonistendörfer, ohne genau zu sagen, in welchem Teil der Ukraine sie liegen. Er flicht in die verschiedenen kleinen Schilderungen auch Notizen über wirtschaftlichen Wohlstand, Sitten und Gebräuche der Kolonisten ein, ohne dabei aber tiefer schürfen oder die Dinge von Grund aus behandeln zu wollen. Das Ganze ist ein anspruchsloses Erinnerungsheftchen, das seine Leser hoffentlich anregt, zu ausführlicheren Darstellungen vom deutschen Kolonistenleben in Südrußland zu greifen. W.

Schwester **Magdalene v. Walsleben** (Freifrau v. Steinäcker), **Die deutsche Schwester in Sibirien.** Aufzeichnungen von einer Reise durch die sibirischen Gefangenenlager vom Ural bis Wladiwostok. Berlin 1919. Furche-Verlag.

Die „Aufzeichnungen" sind ein Kulturdokument. Die Schwester hat furchtlos und beharrlich durchgesetzt, was sie wollte: nämlich mit offenen Augen selbst sehen und sich nicht auf Schilderungen verlassen, wie der amerikanische Sekretär das tat, der alle Gefangenenlager „besuchte", indem er im Salonwagen durch Sibirien reiste und sich russische Offiziere zum Berichterstatten an den Zug bestellte. Da war natürlich

Digitized by Google

alles in Ordnung. Die Schwester aber hat die Wirklichkeit gesehen, eine furchtbare Wirklichkeit. In diesem Buche steckt eine einzige große Anklage, wenn auch rühmliche Ausnahmen in der Gefangenenbehandlung vorkamen. Aber für die gewaltigen Anstrengungen der Reise ist die Verfasserin gewiß vielfältig belohnt worden durch die Freude, die ihr Erscheinen bei den Kriegsgefangenen erweckte. Es stecken viele kluge und gute Bemerkungen in dem kleinen Büchlein auch über Land und Leute, über Landschaft und Volkscharakter der Russen und über Wesen und Art dieser Deutschen, die zwangsmäßig Auslanddeutsche wurden und von denen ein hoher Prozentsatz der unwürdigen und unmenschlichen Behandlung durch die Russen zum Opfer fiel. W.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschrift.

Die erste Nummer einer „Deutsch-Mexikanischen Rundschau" ist im Verlage von G. Knapp & Co. in Pfullingen (Württ.) erschienen. Sie ist Organ der „Deutsch-Mexikanischen Gesellschaft mit dem Sitz in München" und wird von Dr. Richard Escales in München herausgegeben. Aus der ersten Nummer erwähnen wir ein Geleitwort vom Geheimen Hofrat Professor Dr. S. Günther, von dem auch ein Vortrag über die wirtschaftlichen Hilfsquellen Mexikos in Gegenwart und Zukunft abgedruckt wird, ferner einen Aufsatz von Oberst Dr. Krumm-Heller: Mexiko — mein Heimatland, eine Arbeit von Geheimrat Professor Dr. Seler: Das Tal von Mexiko, einen Artikel von Dr. Lehmann vom Deutschen Forschungs-Institut für Völkerkunde in München über die Bedeutung Mexikos für die Völkerkunde und schließlich eine Reihe wirtschaftlicher Notizen und Mitteilungen.

Das Raphaelsblatt.

Die Doppelnummer 1/2 des Blattes, das eine „Zeitschrift für deutsche Wanderung und Siedelung und für das katholische Auslanddeutschtum" und Organ des Raphaelsvereins und des Reichsverbandes für die katholischen Auslanddeutschen ist, ist jetzt erschienen und leitet den 1. Jahrgang der neuen Folge, den 30. Jahrgang der ganzen Reihe, ein. Prälat Werthmann, der verdienstvolle Herausgeber, schreibt darin über neue Zeiten und neue Pflichten, Caritas-Sekretär Dr. Straubinger veröffentlicht vier „Briefe an einen deutschen Auswanderer", die in ihrer Einfachheit und Herzlichkeit sicherlich von eindringlicher Wirkung gerade auf einfachere Schichten der Auswanderer sein werden. Direktor Kreutz schreibt über das deutsche Auswanderungsproblem und über das Reichswanderungsamt. Weiter finden wir in dem inhaltsreichen Hefte Berichte über die Jubelversammlung des Raphaelsvereins vom 6. Oktober 1918, Bemerkungen zur Geschichte des Vereins, Nachrufe für den Geheimen Kommerzienrat Haffner und für Professor Dr. Jannasch, Berichte über die Organisation des Raphaelsvereins und des Reichsverbandes für die katholischen Auslanddeutschen und kleinere Nachrichten über verschiedene Auswanderungsgebiete.

10 Jahre „Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer".

In der „Heimkehr" gedenkt der Herausgeber, Alfred Borchardt, des Tages, da vor zehn Jahren, am 12. Juli 1909, der Fürsorgeverein begründet wurde. Er ist mittelbar ein Kind der ersten russischen Revolution, der die ersten Anfänge einer Rückwanderung deutscher Bauern aus Rußland brachte. Aus verschiedenen Vereinigungen, die sich bis 1908 mit der Frage dieser Rückwanderung befaßten, entwickelte sich eine Rückwandererstelle, die unter amtlicher Förderung zunächst in Witzenhausen arbeitete, im Sommer des Jahres 1908 aber nach Berlin verlegt wurde. Im Jahre 1909 wurde dann als Zentralorganisation der Fürsorgeverein begründet, zu dessen Leitung Borchardt berufen wurde, der die Vorarbeiten im Auftrage des preußischen Landwirtschaftsministeriums geleitet hatte und vorher während eines Jahrzehntes Rußland und auch die deutschen Kolonien daselbst im Auftrag des Reichs als landwirtschaftlicher Sachverständiger bereist hatte. In der ersten Zeit war die Lage für den neuen Verein wenig erfreulich. Der bisherigen Rückwanderer hatte sich infolge der ungünstigen Arbeitsverhältnisse und der mangelnden Fürsorge eine große Mißstimmung bemächtigt. Die für die deutschen Kolonisten in Rußland so nötige Aufklärung konnte der Hindernisse des zarischen Sytems halber nicht offen und vollkommen erfolgen, sondern mußte heimlich durch Lehrer und Geistliche betrieben werden. Zuerst drängte man in Wolhynien die Gedanken an eine Auswanderung nach Brasilien zurück, doch litt auch in der Arbeit an der Wolga der Verein unter dem Mißtrauen der Kolonisten, daß man durch den Verein nur die Interessen der ostelbischen Großgrundbesitzer fördern wolle. In den Jahren bis zum Ausbruch des Krieges hat der Verein immerhin 30 000 Seelen aus Wolhynien zumeist in der Heimat untergebracht und sie in Waldarbeiterstellen, sowie in Staatsforsten eingesetzt oder auch als Siedler und Handwerker untergebracht. Der Krieg brachte ganz neue Aufgaben für den Verein, der sich dauernd nicht nur dieser Rückwanderer annahm und ihren Familien beistand, sondern der auch Verständnis für die Art der Rückwanderer bei den deutschen Gutsbesitzern und Bauern zu wecken suchte. Jetzt wurde dem Verein die Fürsorge für die deutschstämmigen Familien übertragen, die man aus allen Gegenden, auch aus bundesgenössischen Lagern zusammenholte und in eigenen Lagern unterbrachte. Ihre Zahl wuchs auf über 20 000 an, ein Drittel von ihnen war in den deutschen Kolonien in Rußland beheimatet, kam nun zu deutschen Bauern aufs Land und wurde hier beschäftigt, erhielt die Erlaubnis, bürgerliche Kleidung zu tragen und wurde so bevorzugt, daß die Leute sich wohl fühlen konnten. Die Einrichtung der Kriegsfürsorgestellen hat hier manche Härte der bestehenden Vorschriften zu mildern verstanden. Die deutschstämmigen Kriegsgefangenen haben sich in der Landwirtschaft aufs beste bewährt, sie haben hier auch deutsches Wesen kennen gelernt, haben Fühlung zum Mutterlande gewonnen. Während des Krieges hat der Fürsorgeverein ferner über 50 000 Seelen aus Wolhynien und Polen nach der Heimat zurückgeführt und hier unter den größten Schwierigkeiten untergebracht. Deutsche Bauern, die früher große Besitzungen hatten, mußten nun als Knechte sich verdingen, mit kargem Lohn arbeiten, ohne daß die Hoffnung auf Rückerwerbung ihrer einstigen Höfe in ihnen erstorben wäre. Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich schon, mit welchen Schwierigkeiten auch der Verein in seiner Arbeit zu kämpfen hatte. Viele der Fürsorgezöglinge gingen dann auch unbefriedigt wieder in ihre russische Heimat zurück, viele Tausende aber wurden so vor Verschleppung und vor völliger Verelendung bewahrt. Heute besitzt der Verein in allen preußischen Provinzen Zweigstellen. Die neue Zeit stellt ihn vor neue Aufgaben, denen er voll Hoffnung und auch erfüllt von neuen Plänen und Zielen sich widmen will.

Ueber **Kulturautonomie und Auslandschule** schreibt im roten „Tag" Geheimrat Professor Dr. **Franz** Schmidt. Er erinnert an Erzbergers Wort: einer der wichtigsten Programmpunkte der Regierung zum Friedensschluß sei der Schutz der nationalen Minderheiten, die Aufrechterhaltung der deutschen Kultur, Sprache und Religion. Bei diesem Programm habe die Regierung wohl alle Parteien, selbst die unabhängigen Sozialisten hinter sich, deren Sprecher in der Reichstagssitzung vom 24. Oktober verlangt habe, „daß in allen zivilisierten Ländern der Grundsatz zur Geltung

Digitized by Google

kommen müßte, daß jeder Bestandteil eines Volkes, welche Sprache er auch sprechen mag, das Recht hat, seine Sprache im öffentlichen Leben zu betätigen und sich in Kirche und Schule in seiner Muttersprache unterrichten zu lassen." Die meisten Staaten mit großen völkischen Minderheiten hätten hier dieselben Interessen. Schmidt erinnert an die Deutschen in der ganzen Welt, in Westungarn und Polen, in Rußland und in Brasilien. Vor dem Kriege habe es annähernd 900 deutsche Auslandschulen gegeben, die über die ganze Welt zerstreut waren und die sowohl älteste Schulsysteme vormärzlicher Zeit, wie auch modernst ausgestattete Anstalten aufwiesen. Ueberall stand der Zeiger der Entwicklung auf vorwärts. Fünf Sechstel aller Schulen besaßen eigene Gebäude auf eigenem Grund, Prachtbauten waren darunter. Auch die kleinsten Schulen besaßen reichlich Lehrmittel. Seitdem das Auswärtige Amt die Berufung der Lehrkräfte in die Hand genommen hatte (1906) wurden die Lehrkräfte aus den besten Kräften des ganzen Reiches ausgewählt, unter den Direktoren waren hervorragende Fachmänner. Schul- oder Kirchengemeinden brachten größte Opfer zur Unterhaltung dieses Schulwesens, so z. B. kam in Buenos Aires jährlich die Summe von einer Million Mark für Schule und Wohlfahrtseinrichtungen zusammen. Dazu kam die Hilfe aus der Heimat. Der Reichsschulfonds wurde von 150 000 Mark (1898) auf 1 500 000 Mark (1915) erhöht. Der Krieg hat dem auslanddeutschen Schulwesen schwere Wunden geschlagen. Die Schulen sind geschlossen, beschlagnahmt, verwüstet. Rund 30 000 Jungen und Mädchen, die sie früher besuchten, wurden darin dem Deutschtum erhalten, daneben wurden ebensovielen nichtdeutschen Kindern deutsche Bildung und deutscher Unterricht zuteil. „Wenn wir auf so segensreiche Wirkung unserer Auslandschulen nicht verzichten wollen — und das können und dürfen wir nicht aus all den Gründen, die uns die Preisgabe des Auslanddeutschtums noch dringlicher als bisher verbieten — so muß deutscherseits der Frage des weiteren Schicksals unserer Auslandschulen in den Friedensverhandlungen großes Gewicht beigelegt werden." Der Bestand der Schulen müsse rechtlich gesichert werden, fordert Schmidt zum Schlusse, die Kulturfreiheit der Minderheiten dürfe nicht Phrase bleiben, sondern müsse Wirklichkeit werden.

Ein Aufsatz **„Der Deutsche im Ausland, einst, jetzt und künftig"**, den wir in verschiedenen Tageszeitungen finden und der Herrn Hans Kolibri zum Verfasser hat, beschäftigt sich mit der Frage des Zusammenhaltens unter den Deutschen im Auslande, die allzu lange Kastengeist und unselige Einteilung nach Religionen und nach Parteizugehörigkeit getrennt habe. Das Mißtrauen der Deutschen unter sich sei auch fremden Nationen aufgefallen und habe Mißtrauen gegen die Deutschen überhaupt erzeugt. Diese Mängel deutschen Geistes würden hoffentlich durch das Fegefeuer deutschnationalen Unglücks ausgeglüht. An vielen Orten des Auslands hätten aber Orte gefehlt, an denen sich alle Deutsche hätten treffen können. Die Unerreichbarkeit der deutschen Vertreter für die meisten Deutschen der Kolonie habe das ihrige dazu beigetragen, zu schaden. Auch habe das Übermaß an Vereinen sehr wenig Nutzen gebracht, denn die Vereine hätten zuweilen das Trennende durch örtliche Eifersüchteleien vertieft. Jetzt müsse der Auslanddeutsche sich selbst eine bessere Stellung in der Welt schaffen, und das Ziel könne nur erreicht werden, wenn er sich den eigenen Landsleuten gegenüber besser, freier und offener gegenüberstelle als ehedem. Ein fester Zusammenschluß aller Auslanddeutschen müsse geschaffen werden. Überall, wo Deutsche in größerer Zahl beisammen sind, müßten deutsche Häuser und deutsche Hilfsvereine geschaffen werden. Die deutschen Vereine könnten in diesen deutschen Häusern, die gemeinsam zu verwalten seien, ein Heim finden, das deutsche Baumeister in einem einheitlichen, unauffälligen Stil schaffen sollten, der sich von der Protzerei vergangener Zeiten abheben sollte. Die Baukosten sollten durch das Reich und durch freiwillige Sammlungen gedeckt werden.

Der Vorschlag mag gut gemeint sein und mit den grundlegenden Ausführungen sind wir auch durchaus einverstanden, uns scheint nur, daß schon jetzt ein gewisses Streben nach Organisation einsetzt, das über das Ziel hinausschießt. Vom Auslanddeutschtum darf nicht gelten, was von unserer Kriegswirtschaft zu sagen war: je weniger man hat, desto mehr organisiert man. Es ist sehr schön und gut, an gewissen Orten die Deutschen zusammenzuschließen, nur lasse man das organisch aus den Notwendigkeiten der einzelnen Plätze herauswachsen und komme nicht mit einheitlichen Satzungen und Plänen, sogar Bauplänen in „einheitlichem, unauffälligem Stil". Das Deutschtum im Ausland wird aus sich selbst heraus wachsen und gesunden, wenn man ihm von außen her und namentlich von der Heimat her wirklich verstehend unter die Arme greift, aber es nicht in das Prokrustesbett am grünen Tisch ausgeklügelter Gleichmacherei pressen will. Der Wunsch nach dem Ende des Kastengeistes und des Mißtrauens ist schön, begrüßenswert und verdient Unterstützung, ebenso wie die Mahnung, frühere Bauprotzereien jetzt sein zu lassen. Aber im übrigen lasse man die „Planwirtschaft" auf dem Gebiete der kulturellen Betätigung und lasse die Geister frei sich entwickeln und frei sich regen.

Über den **rigaischen Buchhandel während der Bolschewistenherrschaft** berichtet der Buchhändler Löffler im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel", das am 6. Februar als erste von allen Geschäften sämtliche Buchhandlungen „nationalisiert" wurden, womit um so weniger zu rechnen war, als sie in Petersburg und Moskau fast zuletzt und nur zum ganz geringen Teil nationalisiert worden waren. Dort hatte man auch die bisherigen Chefs als Leiter belassen. In Riga war man jedoch radikaler. Die Kassenbestände wurden abgenommen, die Bankguthaben beschlagnahmt, jedoch die Ablösung der Angestellten den Chefs als Privatsache übertragen und schärfstens durchgeführt. Die Chefs und Prokuristen durften sich nicht in ihren Läden zeigen, wo unter Aufsicht von Registratoren, meist jungen Studenten, alsbald die Ausplünderung durch Verkauf zum Besten der Räteregierung begann. Dabei stahlen natürlich die Aufsichtsbeamten selbst kräftig mit. Die größten Buchhandlungen haben am stärksten gelitten. Unersetzliche Bestände sind vernichtet. Wohl sollte das Kommissionsgut ausländischer Verleger geschützt werden und es sollte von den Aufsichtsbeamten auch ausgesondert werden, in Wirklichkeit aber fanden so viel Ausnahmen von dieser Regel statt, daß die Bestimmung höchst theoretisch blieb, denn es wurden sogenannte „Bezugsberechtigte" geschaffen, die auch aus dem Kommissionsgut Waren beziehen konnten, und deren Zahl war Legion. Sogar ein deutscher Buchhändler aus Petersburg war darunter. Überall sollten Volksbibliotheken geschaffen werden, und so wurden aus den Buchhandlungen Tausende von Bänden entfernt. In erster Linie wurden die wissenschaftlichen Disziplinen und das ganze russische Lager davon getroffen. Der offizielle Sechsstundentag wurde in einen Drei- und Vierstundentag verwandelt und diese Faulheit der Aufsichtsbeamten brachte bis zu einem gewissen Grade noch Schutz. Als die Landeswehr einrückte, fanden die Buchhändler in ihren Läden ein Chaos vor, namentlich die größeren Verlage und Läger waren systematisch ausgeraubt und zerstört. Die Verfolgung der Spuren der geraubten Bücher wird nun eine schwere Aufgabe sein. Die nach dem Innern Rußlands verschleppten Bücher sind unwiederbringlich verloren. Die Regulierung der Rechnung von 1918 ist den Buchhändlern Rigas unmöglich, aus Mangel an Transportmitteln kann auch die Rücksendung von Kommissionsgut nicht erfolgen.

Digitized by Google

Ein Aufsatz „Das deutsche Element in der Union“ im Heft 22 der „Wirtschaftszeitung“ untersucht die Ursachen der politischen Einflußlosigkeit der Deutschamerikaner, die unsere Presse im Kriege meist in vorwurfsvollem Tone festgestellt hat. Im Verhältnis zur britischen Einwanderung konnten es die Deutschen weder zahlenmäßig, noch nach der wirtschaftlichen Kraft, die sie darstellten, mit den Angelsachsen aufnehmen. Der kapitalschwache deutsche Siedler der Frühzeit übte meist einen ländlichen Beruf aus und isolierte sich leicht in einem Lande, dessen Sprache er nicht verstand. Dazu kam, von den politischen Erbfehlern ganz abgesehen, als schwerste Hemmung, die auch das Ansehen der deutschen Einwanderer schädigte, der Mangel jeglichen Schutzes durch das machtlose und politisch zerrissene Vaterland. So war der Auswanderer deutscher Herkunft der wirtschaftlichen wie der politischen Ausbeutung durch die länger eingesessene Rasse hilflos preisgegeben; es war viel, wenn sich die zweite Generation die Selbständigkeit errang. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die deutsche seit den siebziger Jahren stark proletarische Einwanderung meist in den Industriezentren aufging und nicht geeignet war, moralische Eroberungen für das Deutschtum zu machen. Diese geschichtlichen Tatsachen erklären hinreichend die passive Rolle, die das Deutschamerikanertum in einem Kriege der Angelsachsen gegen Deutschland spielen mußte.

„An die neuen Auswanderer“ richtet in der Zeitschrift „Deutsches Volkstum“ Georg Kleibömer beherzigenswerte Worte. Jedem Auswanderer sollte beim Verlassen Deutschlands ein Büchlein in die Hand gedrückt werden „Erinnerungen an die deutsche Heimat“, darin stehen sollte, was er am nötigsten als Kämpfer für Deutschland brauchte. Keiner dürfe die Antwort auf die vielen hämischen Fragen schuldig bleiben, die man ihm draußen vorlegen werde. Eine gute Übersicht über die Ereignisse des Weltkriegs sei darin nötig, in der von uns begangenes Unrecht unbeschönigt zugegeben werden solle, in der aber auch alles von unseren Gegnern Erlogene richtiggestellt werden sollte. Die beste Abwehr sei der Hieb: Bei jedem zugegebenen deutschen Rechtsbruch sollten 10 Völkerrechtsverletzungen der Gegner stehen! Die Weltrevolution dürfte dem Auswanderer weniger Schwierigkeiten machen, als man glaubt: Bei uns haben sich eben Ideen und Gedanken für einen neuen Aufbau der Welt geregt, wir werden auch die Welt davon überzeugen müssen, daß die Revolution der Träger von Gedanken war, die auch bei allen anderen Staaten einst kommen werden. Der Deutsche, der hinaus geht, müsse auf die Pflicht der Aufklärung, nicht der Aufhetzung draußen vorbereitet werden. In jeder deutschen Gemeinde draußen müsse es einen deutschen Verein geben, in einem „deutschen Hause“ müsse nicht nur für die Deutschen, sondern auch für die fremden Landesangehörigen ein Aufklärungs-Mittelpunkt über Deutschland geschaffen werden. Für die deutschen Zeitungen draußen zu sorgen sei Hauptpflicht. Wenn sie zweisprachig seien, könnten sie vielleicht auch fremde Kreise für Deutschland interessieren und aufnahmefähig machen. Deutsch oder die fremde Landessprache sei die Losung, alle Vermittlungs- und Zwischensprachen sollten ausgeschlossen werden.

Lodzer „Deutsche“. Zur Kennzeichnung einer bestimmten, erfreulicherweise recht seltenen Klasse von Deutschen im Ausland entnehmen wir der „Lodzer Freien Presse“ folgendes Zitat aus einer polnischen Zeitung, das über eine Feier zu Ehren des französischen Nationalfestes berichtet: „Eingeladen hatte der Festausschuß mit unvergleichlichem Verdienst meistens Damen und Herren der deutschen Gesellschaft und zur Verzierung einige mehr oder weniger gewichtige polnische Persönlichkeiten. Die verheirateten und unverheirateten Damen der Gesellschaft, unter ihnen Frauen und Bräute preußischer Offiziere, früher von Leutnants umtanzt, die heute noch zu Hause deutsch sprechen, huldigten ihren größten Feinden und waren gezwungen, französisch zu parlieren und den Franzosen zuzulächeln, während ihre Herzchen sich sehr nach den „Schätzen“ in Preußen sehnten . . . Es ist nicht schön, jeden Monat seine Sympathien zu ändern, noch häßlicher, es jeden zweiten Tag zu tun. Angebracht aber, ja sogar notwendig ist der halbjährliche Gesinnungswechsel, besonders, wenn man die gegenwärtigen schwierigen Zeiten berücksichtigt. Vielleicht tanzen die Herrschaften in einem halben Jahr mit den Herren Bolschewisten.“

Ueber die **fremdenfeindliche Bewegung in Amerika** berichtet Ludwig Kapeller im Ullsteinschen „Weltecho“, indem er namentlich näheres über die Pläne zur Amerikanisierung der Einwanderer mitteilt, die eine innerpolitisch ausgelegte Monroe-Doktrin darstellten. Die Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen werde nicht ausreichen, und so mache man die Einbürgerung von einem Naturalisationsexamen abhängig, zu dem die Vorbedingungen in staatsrechtlichen und staatsbürgerlichen Lehrgängen gegeben werden sollten. Jeder Naturalisations-Bewerber sei verpflichtet, einen solchen Lehrgang von 4 bis 6 Wochen mitzumachen. Zugelassen werde jeder, der eine amerikanische Zeitung fließend lesen könne. Wer das nicht könne, habe Gelegenheit, in besonderen Ausländerschulen amerikanisch zu lernen. Das beste Geschenk, das Amerika den Einwanderern verleihen könne, so sagt das Einwanderungsamt in einem Aufruf, sei die Einbürgerung. Die Lehrgänge umfassen amerikanische Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Einwanderungsgeschichte, Methodik, Formen der Naturalisierung, Staatskunde und Stadt-, Staat- und Landes-Regierungskunde. Mit besonderem Nachdruck sollen die Pflichten und die Verantwortlichkeit des amerikanischen Staatsbürgers gelehrt werden.

VON UNSERER ARBEIT

Staatsrechtliche Kommission des D. A. I.

Das Deutsche Ausland Institut Stuttgart hat eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes eines Staatsvertrages eingesetzt zur Vermeidung von Härten, die sich aus doppelter Staatsangehörigkeit und Staatenlosigkeit ergeben. Die nachfolgenden Herren haben sich freundlichst bereit erklärt, in die Kommission einzutreten: Geheimrat Prof. Dr. jur. Robert Piloty-Würzburg als Vorsitzender, Universitätsprofessor Dr. Delaquis-Frankfurt a. M., Universitätsprofessor Dr. Hatschek-Göttingen, Geh. Legationsrat von Keller-Berlin, Auswärtiges Amt, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Kohler-Berlin, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Mendelssohn-Bartholdy-Würzburg, Universitätsprofessor Dr. Karl Neumeyer-München, Universitätsprofessor Dr. Partsch-Freiburg i. Br.,

Digitized by Google

Dr. Karl Strupp-Frankfurt a. M., Oberbürgermeister Dr. Trautmann-Frankfurt a. O. Die Kommission wird es als ihre Aufgabe ansehen, die aus der Staatenlosigkeit und aus doppelter Staatsangehörigkeit sich ergebenden Unzuträglichkeiten durch ein völkerrechtliches Abkommen zu beseitigen. Das Deutsche Ausland Institut wendet sich an alle Personen, die infolge doppelter Staatsangehörigkeit oder Staatenlosigkeit in diesem Kriege Schwierigkeiten irgendwelcher Art gehabt haben, und wäre ihnen im Interesse der Erfüllung der Aufgaben der Kommission für weitestgehende Ueberlassung einschlägigen Tatsachen- und rechtlichen Materials sehr verbunden.

DIE AUSKUNFT- UND VERMITTLUNGSSTELLE DES DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS

will in allen praktischen und wissenschaftlichen Fragen des Zusammenhangs zwischen Auslanddeutschen und dem Mutterlande den Volksgenossen draußen und denen in der Heimat, welche Beziehungen zum Auslande unterhalten oder anzuknüpfen suchen, mit Rat und Tat zur Seite stehen. Überaus dringlich ist die Fürsorge für die zahlreichen aus dem Heeres- oder Hilfsdienste entlassenen, aus den Internierungs- wie aus den Gefangenenlagern zurückgekehrten Auslanddeutschen, deren wertvolle Kräfte für einen raschen Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und des Außenhandels nutzbar gemacht werden müssen. Unsere Bemühungen sind darum vornehmlich auf den planmäßigen Ausbau der

Stellenvermittlung

gerichtet. Behörden, Institute, Industrielle, Fabrikanten und Gewerbetreibende, die tüchtige, über langjährige Erfahrungen verfügende **kaufmännisch, technisch oder wissenschaftlich vorgebildete Kräfte suchen, sei es für ihre Betriebe selbst** oder als **Vertreter im Auslande**, sollten die Dienste der Vermittlungsstelle vorzugsweise in Anspruch nehmen. Stellungsuchenden Auslanddeutschen wollen wir nach Kräften nützlich sein. So können Beziehungen zwischen deutschen Firmen in der Heimat und deutschen Kaufleuten im Auslande angebahnt werden, die beiden Teilen zum Vorteil gereichen.

Die Auskunfts- und Vermittlungstätigkeit geschieht völlig kostenlos.

Das Deutsche Ausland Institut erteilt **kostenlose Auskunft** in allen Fragen der

Auswanderung

und zwar über alle Vorschriften im In- und Auslande, die für Auswanderer wichtig sind, Reise- und Paßverhältnisse, Bedingungen für die Einwanderung in fremde Länder, Wirtschafts- und klimatische Verhältnisse im Auslande usf.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslanddeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

Ein Mitglied des Instituts in Ulm bietet landwirtschaftliche Geschirre für Auswanderer-Konsortien an, und zwar sowohl komplette Pferdegeschirre, als Kummetgeschirre und einzelne Geschirrteile.

Ein Mitglied des Instituts in Lausanne bietet Dynamo- und Transformatorenplatten schwedischer Herkunft an. Die Vermittlung von Offerten übernimmt die Geschäftsstelle.

Ein Mitglied des Instituts in Zürich erbietet sich zur Lieferung von französischem Olivenöl, kalifornischem Vollreis, Ölkuchen, Rohbaumwolle, Schafwolle und Bruchreis (Futtermittel).

Ein Mitglied des Instituts erbietet sich zur Übernahme der Vermittlung von Aufträgen auf Lieferung von Lebensmitteln, Baumwollgarne, Stoffen aus Italien und auf Lieferung von Holzschwellen, Normal-Geleisen, Bauholz aller Art, Tür- und Fensterbeschlägen, Grabmälern und Gittern von Deutschland nach Italien.

Auslanddeutscher, der sich Ende September nach Tiflis begibt, ist bereit, Vertretungen für landwirtschaftliche Maschinen, insbesondere Reismühlen und Klein-Eisenwaren, zu übernehmen. Die Adresse ist bei der Geschäftsstelle zu erfahren.

Ein Mitglied des Instituts in Amsterdam wünscht Verbindung mit deutschen Importeuren in den von Java und Celebes kommenden ätherischen Ölen. Der Betreffende begibt sich im Laufe des November selbst nach Soerabaya.

Ein Mitglied des Instituts in Konstantinopel sucht mit Firmen der Kurz-, Bonneterie-, Manufaktur- und Spielwarenbranche in Verbindung zu treten, um deren Artikel in der Türkei einzuführen, und zwar sowohl für fremde als auch für eigene Rechnung.

Ein Mitglied des Instituts im Rheinland gibt uns Kenntnis von einem Angebot einer Florentiner Firma, die Offerten in allen denjenigen Artikeln wünscht, deren sofortigen Vertrieb sie für Italien übernehmen könnte, sei es für eigene Rechnung oder in Kommission. In Betracht kommen vor allem Fertig-Waren, deren Ausfuhr nach Italien zugelassen ist. Besonders erwünscht wären Angebote von Thomas-Schlacke und Papierwäsche. Die betr. italienische Firma erbietet sich, ihrerseits zur Lieferung von Alabaster (weißer Marmor), Schwefel, Erzeugnissen aus Stroh einschließlich Strohhüten, Lorbeerblättern, Bildhauerarbeiten für den Handel geeignet, u. a. Nachahmungen von Statuen, Glocken für elektrisches Licht etc.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 21. August 1919.
Einsendungen für die „Mitteilungen" werden erbeten an das Deutsche Ausland Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der „Mitteilungen".

Mitglieder des Deutschen Ausland Instituts Stuttgart, soweit sie einen Jahresbeitrag von mindestens M. 20.— leisten, erhalten die „Mitteilungen" kostenlos.
Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. — Druck der Tagblatt-Buchdruckerei Stuttgart.

Digitized by Google

KOLONIALBANK AKTIEN-GESELLSCHAFT

BERLIN W 8
BEHRENSTRASSE 31
Telephon: Zentrum 8035, 8629, 8630

Telegramm-Adresse:
·· Kolonialbank ··
Für Übersee: Kolonibank

Filiale HAMBURG
SCHLÜTERHAUS
Telephon: Gruppe Alster, 3831 u. 3877

An- und Verkauf von Kolonialwerten
Auskunftserteilung über alle kolonialen Wertpapiere
Bearbeitung und Finanzierung kolonialer Projekte

DIE DEUTSCHE RUNDSCHAU

HERAUSGEGEBEN VON RUDOLF PECHEL
IST DIE FÜHRENDE ZEITSCHRIFT DER GEBILDETEN STÄNDE

INHALT SEPTEMBER 1919

Hans Voltelini. Tirol 321
Rudolf Lodgman-Auen. Deutschböhmen — ein Stück deutschen Volkstums . . . 328
Robert Freißler. Sudetenland 335
Benno Imendörffer. Deutsch-Westungarn 340
Stefan Hock. Gibt es eine deutschösterreichische Literatur? 347
Gustav Stolper-Wien. Ist Deutschösterreich lebensfähig? 358
Anton Bettelheim. Literarische Zukunftsfragen Deutschösterreichs 370
August Fournier. Bildungswertung . . 380
Ernst B. Schwitzky. Vom Deutsch-Österreicher 386
Marie von Bunsen. Frau von Bernekows Ewald 393
Freih. von Freytag-Loringhoven. Blücher 405
Fritz Schumacher. Probleme der Großstadt 416
Eduard Reut-Nicolussi. Tirols Kampf um sein Leben 430
Theodor Birt. Julian, der Abtrünnige . 435
Karl Gjellerup. Karl Eugen Neumann . . 450
Marie von Bunsen. Die Verjüngung der Nationalgalerie 462
Ludo M. Hartmann. Deutschland und Deutschösterreich 463
Literarische Notizen 464
Literarische Neuigkeiten 479

DEUTSCHE RUNDSCHAU
VERLAG VON GEBR. PAETEL (DR. GEORG PAETEL)
BERLIN W. 35, LÜTZOWSTR. 7

Warum
hält der Ausland-Deutsche die
Deutsche Rundschau?

Weil die **Deutsche Rundschau** vor allen anderen Zeitschriften ein getreues Abbild deutschen Geistes und deutscher Kultur gibt, gestützt auf die berufenen geistigen Führer, die sich in ihrem Mitarbeiterkreise vereinigen.

Weil die **Deutsche Rundschau** die Interessen der Auslanddeutschen mit Nachdruck vertritt und ihren nur allzu berechtigten Gefühlen von Bitterkeit im Hinblick auf manches Versagen der Heimat gerecht wird.

Weil der Blick der **Deutschen Rundschau** nicht durch Parteiinteressen beengt ist, sondern sich stets auf Deutschlands Weltgeltung richtet.

Weil die **Deutsche Rundschau** in größter Mannigfaltigkeit gute Erzählungen auch unserer Jüngsten neben gehaltvollen Aufsätzen aus allen Gebieten der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kunst bringt.

Weil die **Deutsche Rundschau** durch historische Dokumente die Quellen zeigt, die unzerstörbar den deutschen Geist speisen.

Weil die **Deutsche Rundschau** vorurteilslos jedem, der wirklich Neues und Produktives zu sagen hat, Raum gewährt und so die Wege zum Aufbau des zertretenen Deutschtums weist.

Industrie und Gewerbe

bevorzugen für die Anfertigung ihrer sämtlichen Druck-Arbeiten die mit den neuesten Errungenschaften der Technik ausgestattete

Tagblatt-Buchdruckerei
Torstr. 27-29
Telephon 8320-8325

Die Deutsche Briefgesellschaft

ist für die Mitglieder des „Deutschen Ausland Instituts" von besondere Interesse und in vieler Hinsicht eine Ergänzung desselben. Seit 15 Jahr im stillen wirkend, bildet sie eine **intime Vereinigung** von **Deutschen** i **In- und Auslande** und dient **idealen wie praktischen Zwecken.** Sie ve mittelt anregenden **Briefwechsel,** (Unterhaltung, Politik, Studien, Lie habereien, Sammelwesen usw.), Verkehr mit **interessanten Menschen,** Anschl auf **Reisen,** auch **geschäftliche Verbindungen,** Informationen bei **Berufs änderung, Siedelung, Auslandinteressen,** sie führt **Gleichgesinnte u vaterländisch Denkende** zusammen, sie ist vor allem auch ein geistiges A für **Vereinsamte im Auslande.** Die Verbandszeitung, fast ausschließli von den Mitgliedern selbst geschrieben und ganz individuell gehalten, gilt al **„das intimste Blatt der deutschen Presse".** — Vierteljahrsbeitrag M. 2.- Lesenswerte Verbandsdrucksachen kostenlos durch die **Geschäftsstelle: Rau hof 12 b. Leipzig.**

Digitized by Google

UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT
FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE
MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS
ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN

„Der Auslanddeutsche" erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. * Für Mitglieder des Deutschen Ausland Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich. * Preis des Einzelheftes 1 Mark, des Jahresabonnements 22 Mark. * „Der Auslanddeutsche" kann durch jedes Postamt abonniert werden. * Alleinige Anzeigenannahme durch die Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Stuttgart und ihre Zweigbüros
Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. II. – Nr. 10 | STUTTGART | Erstes Oktober-Heft 1919

ZUR EINFÜHRUNG

Längst waren unsere „Mitteilungen des Deutschen Ausland Instituts" über den Charakter einfacher „Mitteilungen" herausgewachsen. Von der heutigen Nummer ab tragen wir dieser Tatsache Rechnung: Die alten „Mitteilungen", die in dem Jahre ihres Bestehens sich so rasch einen treuen Stamm von Freunden und Lesern geschaffen haben, nennen sich von diesem 1. Oktoberheft 1919 an „Der Auslanddeutsche", Halbmonatsschrift für Auslanddeutschtum und Auslandkunde. Aber nur der Titel und die Erscheinungsform ändert sich, an der Art der Zeitschrift und an dem, was sie erstrebt und erreichen will, soll nicht gerüttelt werden.

Als das Deutsche Ausland Institut sich vor einem Jahre entschloß, trotz der Ungunst der Zeiten mit der Herausgabe der Zeitschrift zu beginnen, war man sich von vornherein darüber klar, daß diese Blätter äußerlich wie innerlich bescheiden auftreten sollten und daß ihre Entwickelung von innen heraus sich zu vollziehen hätte. Es galt ja nicht ein vornehm ausgestattetes Blatt unter großen Kosten ins Leben zu rufen, denn das ist keine Schwierigkeit, sondern es galt sachlich zu arbeiten und in der Zeitschrift dem ernsten Arbeitswillen des Instituts äußeren Ausdruck zu verleihen. Das, was wir wollen und die Art, wie wir es wollen, sollte auch in der Einteilung der „Mitteilungen" zum Ausdruck kommen, und es sollte keinerlei Hoffnung erweckt werden, die wir nicht zu halten imstande gewesen wären. Diesem Grundsatz sind die Mitteilungen treu geblieben. Sie traten mit einer Doppelnummer Oktober/November in einer Stärke von 16 Seiten vor einem Jahre ins Leben, aber wir mußten bald sehen, daß der ursprüngliche Plan, sie monatlich nur mit 8 Seiten Text auszustatten, nicht durchzuhalten war, sie wuchsen rasch, zuletzt auf 56 Seiten Umfang an. Nun werden wir sie abermals vergrössern und werden sie 64 Seiten im Monat stark machen, wir werden aber den Stoff auf zwei Monatshefte verteilen, weil sonst seine Fülle den Leser erdrücken möchte, und weil es nicht unsere Absicht ist, möglichst stattlich und umfangreich aufzutreten, sondern gelesen zu werden. Aktuelle Fragen werden so rascher ihren Leserkreis erreichen, und das wird den Wert der Zeitschrift für unsere Freunde steigern.

Unser Arbeitsplan für die Zeitschrift bleibt der gleiche: Wir wollen über alles, was praktisch und wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich im Auslanddeutschtum in aller Welt vorgeht, hier berichten und wollen so eine enge Gemeinschaft der Auslanddeutschen unter sich und der Auslanddeutschen mit der Heimat schaffen. Wenn jetzt die Grenzen wieder aufgehen, wenn aus den Ruinen neues deutsches Leben erblüht, wenn es sich überall wieder regt, wo deutsches Leben unter der Kriegspsychose, unter dem Hass- und Verleumdungsfeldzug zu bitterem Schweigen verurteilt war, so wollen diese Blätter mit der Entwickelung fortschreiten und sich weiter ausbauen. Sie dürfen heute, wo sie auf ein einjähriges Bestehen zurückblicken, vielen Lesern und Mitarbeitern für treue Hilfe und Unterstützung und für zahllose freundliche Urteile Dank sagen und bekennen, daß es ohne diese Hilfe nicht so rasch gelungen wäre, die Mitteilungen so rasch zu dem Blatt der Auslanddeutschen auszugestalten. Wir wollen weiterhin unseren Stolz dareinsetzen, auch als Organ des neuen „Bundes der Auslanddeutschen" wirklich das umfassendste und beste Blatt für die Interessen des Auslanddeutschtums zu sein und zu bleiben, ohne daß der zweite Teil der Aufgabe des Deutschen Ausland Instituts, die Pflege der Auslandkunde, dabei zurückstehen darf. Aber zu den vielen alten Freunden wollen wir uns zahlreiche neue erwerben. Deshalb ergeht unsere Bitte an alle Leser, uns neue Bezieher zu werben und dafür zu sorgen, daß „Der Auslanddeutsche" im Inland und im Ausland immer mehr der Mittelpunkt aller Bestrebungen zur engen Verbindung zwischen Auslanddeutschtum und Heimat wird.

Digitized by Google

Auslanddeutschtum und Nationalversammlung

Die Nationalversammlung hat sich zusammenhängend mit dem Auslanddeutschtum noch nicht befaßt. In verschiedenen Sitzungen sind zwar verschiedene Fragen gestreift worden, aber es handelte sich dabei fast ausschließlich um das neue Auslanddeutschtum, das durch die Gebietsabtretungen auf Grund des Friedensvertrages geschaffen wird und um die Würdigung der kulturellen Verdienste der Deutschbalten. Das Interesse für die aus dem feindlichen Auslande Vertriebenen äußerte sich bisher nur ganz gelegentlich in der Entschädigungsfrage. Dazu sagte der Abgeordnete Witthoefft am 24. Juli [1]) unter anderem:

„Gestatten Sie mir, noch ein Wort zu sagen über die Auslanddeutschen; denn die Planwirtschaft muß sich auch erstrecken auf die Auslanddeutschen. Die Auslanddeutschen sind es gewesen, die hinausgegangen sind als Pioniere für das ganze Deutschtum. Die Auslanddeutschen sind es gewesen, die in erster Linie den Grund gelegt haben für die Blüte Deutschlands vor dem Kriege. Sie haben durch den Handel dazu beigetragen, daß unsere Industrie emporblühte, daß unsere Schiffahrt zu einer so großartigen wurde, daß unsere Landwirtschaft sich entwickelte. Ich möchte bitten, daß die Regierung darauf bedacht ist, daß die Auslanddeutschen, die jetzt vor dem Trümmerfeld stehen, für das, was sie verloren haben, so entschädigt werden, wie sie es verdienen. Die Zwangsliquidationen haben den meisten genommen, was sie besaßen, was sie in den langen Jahren mit rastlosem Fleiße aufbauten, und deshalb ist es nur ein Werk der Gerechtigkeit, wenn man die Auslanddeutschen auch entsprechend entschädigt."

Da diese Forderung im Rahmen einer Debatte über die Planwirtschaft vorgebracht wurde, unterbrach der Präsident, der zur Sache zurückzukommen bat.

Minister Erzberger führte dann am 12. August [2]) bei Erörterung der Finanzlage des Reiches folgendes aus:

„Eine zweite Frage muß ebenfalls noch, ehe die Nationalversammlung auseinandergeht, im Prinzip gelöst werden. Alle Forderungen, welche die Auslanddeutschen und der deutsche Kaufmann im Ausland vor dem Kriege besessen haben, sind dem Feinde verfallen. Es ist ein dringendes volkswirtschaftliches Interesse, die Beziehungen der deutschen Wirtschaft mit den übrigen Weltteilen wieder anzuknüpfen. Wir müssen die Schritte überlegen, wie wir mit größter Beschleunigung die Privatguthaben unserer Auslanddeutschen in der Weise wieder zur Verfügung stellen können, daß das Deutsche Reich Vorschüsse für die liquidierten Werte im Ausland den Auslanddeutschen gibt. Die Kreditvorlage, die Ihnen im Laufe der nächsten Woche zugehen wird, wird die notwendigen Mittel bereits dafür anfordern. Wenn wir unsere Auslandbeziehungen wieder in Gang setzen und die Anfänge für eine eigene Handelsflotte noch im Laufe dieses Jahres gelegt werden können, so sind das die beiden wichtigsten Bahnbrecher für die Wiederaufnahme der deutschen Weltwirtschaft."

Zur Frage einer „Zentralstelle für Auslanddeutsche" führte der Abgeordnete Wels am 26. Juli [3]) polemisch aus:

„Auf dem Parteitag der Deutschnationalen ist mit viel Stimmaufwand die Gründung einer Zentralstelle angekündigt worden, welche die Beziehungen mit den Deutschen außerhalb der Republik aufrecht erhalten soll. Herr Graf Westarp wünscht, daß diese Zentralstelle ihre Tätigkeit auf sämtliche Auslanddeutschen ausdehnen soll. Meine Damen und Herren! Hier heißt es für uns und vor allen Dingen auch für den Herrn Außenminister, scharf auf der Hut zu sein; denn den Deutschnationalen als den Sachverwaltern unsere Landsleute jenseits der Grenze auszuliefern, das hieße sie alle zu Werkzeugen eines hetzerischen Chauvinismus machen, das hieße ihr Schicksal ein für allemal besiegeln und ihnen jede Hoffnung nehmen, auf friedliche Weise einmal das nationale Selbstbestimmungsrecht zu erringen. Deshalb rufen wir unseren deutschen Brüdern im Auslande und in den Gebietsteilen, die von uns abgetrennt werden sollen, zu: Denkt an die Weltvergiftung durch die Alldeutschen, durch deren schrankenlose Begehrlichkeit allein die ganze Welt gegen uns vereint wurde, und hütet euch vor allen neuen chauvinistischen Aufpeitschungen.

Keiner von uns vergißt seine Brüder, aber eben weil wir an sie denken und weil wir ihnen helfen wollen, darum kämpfen wir gegen diese nationalistische Anmaßung einer Partei, die nur eines erreichen kann, nämlich die Völker, in deren Mitte unsere Landsleute leben sollen und leben müssen, mit äußerstem Mißtrauen gegen sie zu erfüllen und sie dadurch im ganzen und im einzelnen zu schädigen."

Die Deutschen im Baltikum stellte in der Beratung eines Reichssiedelungsgesetzes am 1. Juli [4]) der Abgeordnete Dr. Roesicke als Muster kolonisatorischer Arbeit hin, die aus bescheidensten Anfängen Gediegenes zu schaffen vermochten. Und am 26. Juli [5]) wies der Abgeordnete Langwost darauf hin, daß die Deutschen im Baltenlande, deren „Barone" vorher von Haase angegriffen worden waren, doch die Träger des Deutschtums seien, „daß sie stets den deutschen Gedanken dort hochgehalten haben, und daß sie schon aus diesem Gesichtspunkt heraus, soweit es in unserer Möglichkeit liegt, unseren Schutz verdienen." Bei gleicher Gelegenheit betonte Langwost die dringende Notwendigkeit, für die Deutschen in Rußland, besonders gegen die Unterdrückung deutscher Industrieller in Lodz, einzutreten und verlangte darüber hinaus ganz allgemein, daß trotz unserer Schwäche und Ohnmacht der Versuch gemacht werden müsse, alle Auslanddeutschen nach Möglichkeit zu schützen.

Die künftige Stellung zu den neuen Auslanddeutschen skizzierte Ministerpräsident Bauer am 22. Juni [6]), nachdem er die Erklärung abgegeben hatte, daß die Regierung alles tun werde, den Schutz der in den Ostprovinzen Abzutretenden sicherzustellen, mit den Worten:

„Auf Grund der Verhandlungen, die mit der Entente stattgefunden haben, ist ja erreicht worden, daß wenigstens der Schutz der nationalen Minderheiten festgelegt ist. Wir fühlen uns eins mit unseren Landsleuten auch wenn sie in eine fremde Staatszugehörigkeit gezwungen werden; das Gefühl der Zusammengehörigkeit und das Bestreben, den von uns Gerissenen Hilfe zu leisten, wird, glaube ich, im ganzen deutschen Volke vorhanden sein."

Wie die Regierung ihnen wenigstens in völkischer Hinsicht vielleicht helfen zu können glaubt, deutete der Reichsminister des Auswärtigen Müller am 23. Juli [7]) mit den Worten an:

„Den neuen Geist des Rechtes zu pflegen, sind wir aber auch den Millionen Deutschen schuldig, die infolge dieses Krieges unter fremde Herrschaft kommen, und deren Verlangen nach kultureller Autonomie und nach Schutz für die deutschen Minderheiten um so sicherer erfüllt werden wird, je mehr die Welt sich davon überzeugt, daß das deutsche Volk ein friedliches Volk ist, das gemeinsam mit seinen Nachbarn die zertrümmerte europäische Kultur wieder aufbauen will, und in dessen Reihen nur einflußlose Minderheiten nach militärischer Rache schreien. Je mehr wir zeigen, daß es dem deutschen Volke mit dem Gedanken des ewigen Friedens, für den sich bereits vor mehr als hundert Jahren Kant ein-

[1]) Sitzungsberichte, Seite 1866; [2]) desgl. S. 2364; [3]) desgl. S. 1986; [4]) desgl. S. 1179; [5]) desgl. S. 1890; [6]) desgl. S. 1125; [7]) desgl S. 1852/53.

Digitized by Google

gesetzt hat, heiliger Ernst ist, desto leichter machen wir es den von unserem Volkskörper losgerissenen Deutschen, ihr Deutschtum auch unter fremder Flagge rein zu bewahren."

Ganz im gleichen Sinne sprach er später in derselben Rede davon, daß die deutsche Regierung geeignete Bestimmungen erwirken wolle, „damit der kulturelle Zusammenhang jener Deutschen mit der alten Heimat auch dann gewahrt wird, wenn sie loyale Bürger des neuen Staatswesens geworden sind." [8]) Diese Zusicherung war an die Adresse der unter polnische Staatshoheit Fallenden gerichtet. Ebenso die Forderung des Abgeordneten Aßmann [9]), daß diesen im Falle der Rückkehr ins Vaterland die Einbürgerung ohne die sonst üblichen bürokratischen Schwierigkeiten gewährt werden möge.

Damit ferner denjenigen Landwirten, die bei Abtretung der Gebiete im Osten etwa durch die Verhältnisse gezwungen werden, Haus und Hof zu verlassen, die Möglichkeit der Ansiedelung im Inlande erleichtert werde, ist die Reichsregierung, wie der Referent im Reichsarbeitsministerium, Dr. Tiburtius, am 29. Juli [10]) auf eine Anfrage Dr. Beckers erklärte, bereit, „den in erster Linie in Frage kommenden Ländern, insbesondere Preußen, Mecklenburg und Baden, nahezulegen, durch Geltendmachung ihres Einflusses auf die betreffenden gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen dafür Sorge zu tragen, daß Personen, die in abzutretenden Gebieten ihre Scholle verlassen müssen, soweit es die Verhältnisse irgend zulassen, bei der Zuteilung von Siedlungsstellen besondere Berücksichtigung finden."

Ebenfalls der Sorge um das Los der aus dem Osten, insbesondere der Provinz Posen, abgewanderten Zehntausende von Deutschen entsprang eine Anfrage des Abg. Herrmann-Posen [11]), der von der Regierung wissen wollte, welche Fürsorgemaßnahmen in Ergänzung der bisherigen, völlig unzureichenden, für diese Flüchtlinge beabsichtigt seien. Der Regierungsvertreter vermochte lediglich zu erwidern, daß die Reichsregierung in dieser Angelegenheit zunächst mit Preußen Fühlung genommen habe, das seinerzeit die Fürsorge für die deutschen Flüchtlinge aus den nach dem Friedensvertrag abzutretenden oder der Abstimmung unterworfenen Gebieten übernommen hätte und sich dabei der Vermittelung des Roten Kreuzes bediene. Der Zeitpunkt einer endgültigen Beantwortung der Frage ließe sich indeß noch nicht genau vorhersagen.

Mit den Elsaß-Lothringern schließlich befaßte sich eine ausführlichere Anfrage des Abgeordneten Biener, die in der Sitzung vom 25. Juli [12]) aufgerufen wurde und in der die rücksichtslosen Ausweisungen, sowie die Beschäftigung und Unterbringung der Ausgewiesenen, insbesondere die Fürsorge für die im freien Wirtschaftsleben stehenden Kaufleute, Handwerker und Gewerbetreibenden behandelt wurde. Errichtung einer Hilfskasse für Darlehen auf das zurückgelassene Eigentum und durch Zuweisung von Rohstoffen, Betriebsmitteln und Waren, um den vertriebenen Kaufleuten, Handwerkern und Gewerbetreibenden die Errichtung eines eigenen Betriebes oder Geschäftes zu ermöglichen, wurde gefordert.

Geheimrat Freiherr v. Welser beantwortete die Anfrage als Kommissar der Reichsregierung wie folgt:

„Der Reichsregierung sind die in der Anfrage geschilderten Verhältnisse bekannt. Sie ist dauernd bemüht, das Los der Vertriebenen zu lindern und ihnen bei der Wiedererrichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz behilflich zu sein.

Für die Bearbeitung der Angelegenheiten der Vertriebenen ist eine besondere Abteilung bei dem Reichsministerium des Innern errichtet, deren Personal fast ausschließlich den Kreisen der Vertriebenen angehört. Der Abteilung ist ein Beirat von Vertriebenen beigegeben, dessen Aufgabe es ist, die Abteilung durch Anregungen und positive Vorschläge zu unterstützen.

Alle nicht beamteten Vertriebenen sind zum Bezuge der Erwerbslosenunterstützung bezw. einer in gleicher Höhe vom Roten Kreuz zu gewährenden Unterstützung berechtigt. Über den Rahmen der Erwerbslosenunterstützung hinaus erhalten die Vertriebenen im Hinblick auf ihre besondere Lage eine den Verhältnissen des Einzelfalles angepaßte Zusatzunterstützung aus den vom Reiche dem Roten Kreuz zur Verfügung gestellten Geldmitteln.

Auf Arbeitsvermittelung durch die Fürsorgestellen wird das allergrößte Gewicht gelegt. In hunderten von Fällen ist speziell Arbeitern feste Arbeit verschafft worden.

Zwecks Versorgung der vertriebenen Gewerbetreibenden mit Rohstoffen und Waren ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung der Vertriebenen in Bildung begriffen, deren Bestrebungen seitens der Reichsbehörden nachdrücklichst gefördert werden.

Eine im Februar dieses Jahres begründete und im ständigen Ausbau begriffene Darlehenskasse soll Geldmittel zur Verfügung stellen zur Begründung einer neuen Existenz und zur Überwindung der Schwierigkeiten des Übergangs zu einer neuen Lebensstellung.

Die Reichsregierung ist bemüht, im Bereiche des Möglichen jede Hilfe zu gewähren."

Unter Hinweis auf diesen Bescheid wurde auch eine Anfrage, die der Abgeordnete Kaas in der gleichen Sitzung unter Darlegung besonderer Schwierigkeiten, die den elsaßlothringischen Flüchtlingen durch das badische Bezirksamt in Freiburg gemacht wurden, im wesentlichen miterledigt [13]).

Bei Beantwortung einer weiteren Anfrage gleicher Art, die der Abgeordnete Seger am 19. August [14]) vorbrachte, legte der Regierungskommissar die vorstehend skizzierte Organisation der Fürsorge fast wörtlich nochmals dar. Ergänzend führte er jedoch aus, daß die Beamten des Landes, der Bezirke und der Gemeinden bis auf weiteres ihr Gehalt seitens des Reiches weitergezahlt erhalten und daß für ihre anderweitige Unterbringung Sorge getragen wird. Die Zahl der Vertriebenen wurde bei dieser Gelegenheit von ihm auf nunmehr 60 000 angegeben.

Die vorstehende kurze Zusammenstellung sei beschlossen mit einer auszugsweisen Wiedergabe der warmherzigen Worte, die Professor Schücking, der bewährte Vorkämpfer für Völkerversöhnung, unseren künftigen neuen Auslanddeutschen widmete. Bei der Debatte über die Ratifikation des Friedensvertrages sagte er [15]):

„Wenn der Friede nunmehr trotz des Widerstandes unserer Fraktion zustande kommt, so wissen wir uns doch einig mit dem ganzen Hause in seiner moralischen Verurteilung. Wir wollen ihn getreulich erfüllen, soweit er sich erfüllen läßt; aber unerfüllbar bleibt für uns der innere Verzicht auf den staatlichen Zusammenhang mit Millionen unserer Volksgenossen, die gegen ihren Willen von uns losgerissen oder am Zusammenschlusse mit uns gewaltsam verhindert werden . . .

Die Treue, die wir für unsere Volksgenossen aus den abgetrennten und bedrohten Gebieten im tiefsten Herzen tragen, werden wir erhärten durch hingebende Arbeit an dem Wiederaufbau des Vaterlandes, das ihnen und uns für alle Zeiten gleich teuer bleiben wird. Ihr deutschen Brüder und Schwestern im Norden, im Westen und im Osten, wir deutschen Demokraten rufen euch zu: Bleibt Deutschland treu!"

A. M.

[8]) Sitzungsberichte, S. 1856; [9]) desgl. S. 1571; [10]) desgl. S. 2038; [11]) desgl. S. 2264; [12]) desgl. S. 1885; [13]) desgl. S. 1888/89; [14]) desgl. S. 2587/88; [15]) desgl. S. 1410

Digitized by Google

Die Entschädigungsfrage in der Nationalversammlung

Unterm 15. August gingen der Nationalversammlung gleichzeitig 2 Gesetzentwürfe zu, der Entwurf eines Gesetzes betreffend einen Anleihekredit für das Rechnungsjahr 1919 und der Entwurf eines Gesetzes über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrags zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten.

Von dem letzteren Entwurf haben wir die für die Auslanddeutschen wichtigen §§ 6—8 bereits in Nr. 9 unserer „Mitteilungen" (Seite 322) gebracht. Ihr Inhalt ist, daß Enteignungen, die deutsche Reichsanghörige an ihrem Eigentum im Ausland durch Maßnahmen der gegnerischen Mächte erfahren haben und die das Reich durch den Friedensvertrag sanktioniert hat, ebenso angemessen vergütet werden sollen, wie Enteignungen, die das Reich selbst zur Erfüllung des Friedensvertrags vornimmt. Die Begründung führt dazu aus:

„Die Enteignung durch den Friedensvertrag selbst kann naturgemäß nicht anders behandelt werden, als die Enteignung, welche auf Grund des Friedensvertrags nach dessen Inkrafttreten erfolgt. Deutschland hat auch in § 5 Abs. 3 der Anlage zu Art. 50 die Entschädigung seiner Angehörigen übernommen. Dasselbe gilt für Entschädigungen und Beeinträchtigungen, welche die alliierten und assoziierten Mächte während des Krieges vorgenommen haben, und die im Friedensvertrag als wirksam anerkannt sind. (Vergl. z. B. Artikel 297 d, i, 121), es trifft aber auch zu für die Fälle einer Enteignung, welche auf Grund eines Vorbehalts im Friedensvertrag etwa später noch durch die gegnerischen Mächte erfolgen sollte (z. B. Art. 297, 297 b, i, 121, 74)."

Kann die Festsetzung oder die Auszahlung der Entschädigung nicht sofort erfolgen, so kann zufolge § 7 des Entwurfs in Anrechnung auf die Entschädigung ein Vorschuß bewilligt werden. Für Art und Umfang der Entschädigung im einzelnen soll, falls nicht im Sonderfall ein besonderes Gesetz ergeht, der zuständige Reichsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und der Justiz Richtlinien aufstellen, welche dem Reichsrat und einem von der Nationalversammlung zu wählenden Ausschuß von 15 Mitgliedern zur Genehmigung vorzulegen sind. Die Festsetzung der Entschädigung selbst soll durch die Enteignungsbehörde oder eine andere, von dem zuständigen Reichsminister zu bezeichnende Stelle erfolgen. Instanz für die Nachprüfung der Entschädigungsfestsetzung ist das Reichswirtschaftsgericht (RGBl. 1919, 469), das, wie die Begründung ausführt, sowohl durch seine Zusammensetzung aus Juristen und fachkundigen Beisitzern und seine große Erfahrung und Übung in der Beurteilung wirtschaftlicher Vorgänge und Verhältnisse, wie auch durch ein den neuzeitlichen Anschauungen entsprechendes Verfahren die volle Gewähr für eine unparteiische und rasche Erledigung der Streitfälle biete.

In dem Gesetzentwurf über einen Anleihekredit fordert der Reichsminister der Finanzen die Bewilligung von 9 Milliarden Mark, darunter 2 Milliarden „für Leistungen aus dem Friedensvertrag". Dieser Betrag ist nach der Begründung als Pauschsumme vorgesehen, da sich der Bedarf, für den die Summe angefordert wird, zurzeit nicht genau schätzen lasse.

Dieser Gesetzentwurf stand am 18. August in der Nationalversammlung zur ersten und zweiten Beratung, wurde jedoch auf Antrag des Finanzministers ohne Debatte zunächst an den Haushaltsausschuß überwiesen. Finanzminister Erzberger erklärte, dem Ausschuß eingehend Aufklärung über die Notwendigkeit der schnellen Verabschiedung der Vorlage, wie über die Verwendung der 2 Milliarden des angeforderten Kredits für Leistungen aus dem Friedensvertrage geben zu wollen.

Der Gesetzentwurf über Enteignung und Entschädigung kam am 19. August zur ersten Beratung gemeinsam mit dem Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag. Reichsminister des Auswärtigen Müller, als erster Redner, hob hervor, daß in dem Gesetzentwurf zwar eine „angemessene Entschädigung" vorgesehen sei, daß aber Art und Umfang der Entschädigung im einzelnen zu bestimmen im Rahmen dieses Entwurfs nicht möglich sei. Der Gesetzentwurf gewinne dadurch besondere Bedeutung, daß er Entschädigung auch aller derjenigen gewährleiste, die nicht durch eine Enteignung seitens der deutschen Regierung, sondern durch Kriegsmaßnahmen der bisher feindlichen Mächte in ihren Rechten Einbuße erlitten hätten. Das gelte namentlich für die große Zahl der hart betroffenen Auslanddeutschen, welchen im allgemeinen Interesse des Reichs beschleunigte Hilfe besonders zuteil werden müsse. Auch dieser Gesetzentwurf wurde auf Antrag des Ministers ohne weitere Debatte an den Reichshaushaltausschuß überwiesen.

Bereits am 20. August, also am folgenden Tage, fand die 2. Beratung des Entwurfs, und zwar verbunden mit der zweiten Beratung des Anleihegesetzentwurfs und des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag statt. Der Reichshaushaltausschuß hatte einige Änderungen zu den Gesetzentwürfen vorgeschlagen, von denen vor allem die zu § 6 des Entschädigungsgesetzes von Bedeutung ist. Die Bestimmung des Gegenwerts für die enteigneten Gegenstände — daß derselbe in Geld oder in Wertpapieren, in gleichartigen Gegenständen oder in Übernahme von Schuldverbindlichkeiten der Entschädigungsberechtigten bestehen soll — ist in Wegfall gekommen. Satz 1 des § 6 lautet nunmehr:

„Die Enteignung erfolgt gegen angemessene Entschädigung." Als Satz 2 kam dagegen hinzu, daß auch Vermögensnachteile, die eine Beschlagnahme zur Folge haben, wenn sie nicht zur Enteignung führen, angemessen entschädigt werden können. Ferner soll für die Aufstellung der Richtlinien für Art und Umfang der Entschädigung der Reichsrat und der 15gliedrige Ausschuß der Nationalversammlung nicht lediglich das nachträgliche Genehmigungsrecht, sondern vielmehr das Recht der vorherigen Zustimmung haben.

Der Berichterstatter über die Arbeit des Reichshaushaltausschusses — Abgeordneter Grünewald — (Deutsch-Dem.) erhielt bei der zweiten Beratung zuerst das Wort, und aus seinen Ausführungen geht hervor, daß die Regierung im Ausschuß über die Notwendigkeit und die Verwendung der im Anleihekreditgesetz geforderten 2 Milliarden für Leistungen aus dem Friedensvertag genau Aufklärung gegeben hat.

„Die 2 Milliarden..... sind dafür bestimmt," so führt Abgeordneter Grünewald aus, „die Rhedereien für die weggenommenen Handelsschiffe teilweise vorschußweise zu entschädigen und dadurch den Wiederaufbau unserer Handelsflotte in die Wege zu leiten. Es ist ferner vorgesehen, diese Summe zum Teil für die den Auslanddeutschen durch den Krieg widerfahrenen Nachteile zu verwenden und in dieser Hinsicht Vorschüsse zu erteilen. Endlich ist die Entschädigung der aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Reichsdeutschen ins Auge gefaßt. Weiterhin ist zu bemerken, daß allgemein diese Gelder zur Bewirkung von Leistungen, die auf Grund der Friedensbedingungen aufzubringen sind, bestimmt erscheinen."

Unter den folgenden Rednern beantragte Dr. Hugenberg (Deutsch-Nat.) die Herabsetzung des Kredits auf 8 Milliarden, hob aber hervor, daß seine Fraktion die in Aussicht genommene Entschädigung für die Rhedereien und die

Digitized by Google

Auslanddeutschen mit Befriedigung begrüße. Unter anderen Abänderungen beantragte er im Namen seiner Fraktion die Schaffung eines Rechsmittelwegs für ungerechtfertigte und unbillige Beschlagnahmungen, insbesondere auch die Einführung des ordentlichen Rechtsweges bezügl. der Höhe der Entschädigung. Es solle gesetzlich festgelegt werden, daß mangels anderer Vereinbarungen die Entschädigung in Geld bezahlt werde. Im übrigen wurde von Hugenberg verlangt, daß das gegenwärtige Gesetz am 31. Dezember ds. Js. wieder außer Kraft treten solle, wenn inzwischen ein anderes, die Materie ordnendes Gesetz in Ruhe und mit sorgfältiger Prüfung zustande gekommen sein sollte. Finanzminister Erzberger wies die Abänderungsvorschläge der Deutsch-Nationalen zurück und sagte zum Schluß seiner Rede in Beziehung auf die Auslanddeutschen und im Anschluß an seine Ausführungen über die Notwendigkeit der Schaffung einer kleinen deutschen Handelsflotte:

„Das Zweite, was ich für dringlich ansehe. ist eine Bevorschussung der Guthaben, welche unsere Auslanddeutschen und die Deutschen, die im Auslande Interessen haben, während des Krieges an den Feind verloren haben und welche uns dort für die Wiedergutmachung gutgeschrieben werden. Wir müssen hier jetzt Vorschüsse auf diese Guthaben geben, damit die Auslanddeutschen, diese tüchtigen Pioniere deutscher Arbeit, möglichst schnell wieder an die Arbeit gehen können, nicht nur um ihre persönlichen Wünsche zu befriedigen, sondern damit auch dem Allgemeinen besser zu dienen."

Die folgenden Redner Haas (Deutsch-Dem.) und Wurm (Unabhängig) taten beide der Auslanddeutschen besondere Erwähnung.

Haas führte aus, daß seine Fraktion es mit Freuden begrüße, daß jetzt endlich einmal damit begonnen werden solle, die geschädigten Auslanddeutschen, die vertriebenen Elsaß-Lothringer, die geschädigten Firmen, alle die Leute, die große und kleine Vermögen im feindlichen Ausland verloren haben, zu entschädigen. Durch den § 8 des Gesetzes über die Enteignungen werde jetzt die Möglichkeit eröffnet. daß endlich einmal das wirkliche Entschädigungsverfahren eingeleitet und durchgeführt werde. Der Redner verlangte vollen Ersatz des erlittenen Schadens und für die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsgerichts eine Beteiligung von Auslanddeutschen und von ausgewiesenen Elsaß-Lothringern. Er meinte, dadurch werde ein Gericht zustande kommen, das die höchste Sachkenntnis besitze, eine einheitliche Praxis erhalte und durch sein Verfahren die Möglichkeit schneller Entscheidungen verbürge. Darauf lege er den allergrößten Wert, denn die Leute hätten lange genug gewartet, sie müßten endlich in den Besitz des Geldes kommen.

Abgeordneter Wurm wünschte, daß bei der Verpflichtung des Reichs den Auslanddeutschen und Elsaß-Lothringern gegenüber in rascher und gerechter, aber auch in vorsichtiger Weise vorgegangen werden müsse,

„denn, wenn man gar zu sehr die Kontrolle über die Notwendigkeit und Berechtigung der Auslanddeutschen und vertriebenen Elsaß-Lothringern den Interessenten selbst überläßt, so könnte dieser Bund auf Gegenseitigkeit viel Schaden anrichten. Es bedarf starker und gewissenhafter staatlicher Kontrolle, daß sich nicht gegenseitig die Geschädigten größere Summen zubewilligen, als sie zu fordern berechtigt sind. In allen Ehren, mit aller guten Meinung würde dann zu viel ausgegeben werden, wenn hier nicht eine starke staatliche Kontrolle stattfände."

In der weiteren Diskussion zu den Gesetzentwürfen wurde der Auslanddeutschen keine weitere Erwähnung getan. Die Gesetzentwürfe wurden ohne wesentliche Abänderungen nach den Anträgen des Reichshaushalts-Ausschusses noch am selben Tage in der zweiten und dritten Lesung angenommen.

Die Nationalversammlung hat damit in der unglaublich kurzen Zeit vom 15. August (Einbringung der Regierungsentwürfe) bis zum 20. August die beiden wichtigen Gesetze erledigt. Die beiden Gesetze sind am 1. bezw. 10. September im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden als „Gesetz betreffend einen Anleihekredit für das Rechnungsjahr 1919 sowie die Ausgabe von Inhaberpapieren mit Prämien vom 29. August 1919" (RGBl. Seite 1491) und „Gesetz über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrags zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 31. August 1919" (RGBl. Seite 1527).

Die beiden Gesetze bilden die Grundlage für die Entschädigung der Auslanddeutschen, wie für die vorschußweise Befriedigung ihrer Ansprüche. Über die Höhe des Betrags, der aus dem Anleihekredit für die Vorentschädigung der Auslanddeutschen zur Verfügung gestellt werden soll, ist weder aus den Gesetzen, noch aus den Materialien der Nationalversammlung Näheres zu entnehmen, doch hat Finanzminister Erzberger Vertretern der Auslanddeutschen gegenüber erklärt, er wolle ungefähr den Betrag einer Milliarde zu Vorschüssen für die Auslanddeutschen zur Verfügung stellen. Art und Umfang der Entschädigung im einzelnen solle nicht durch staatliche Behörden, sondern durch die Organisation der Auslanddeutschen selbst unter staatlicher Aufsicht geregelt werden. Die näheren Bestimmungen über Art und Weise dieses Vorentschädigungsverfahrens werden wohl demnächst ergehen. Ob die endgültige Regelung der Entschädigung nach § 6 des Enteignungsgesetzes durch besonderes Gesetz oder nach den vom Reichsrat und dem Nationalversammlungsausschuß genehmigten Richtlinien erfolgt, ist noch unbestimmt. H. K.

*

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 17. August behandelt Professor E. Heilfron unter dem Titel „Die Ansprüche der Auslanddeutschen" die Frage der Ersatzpflicht des Deutschen Reichs für Kriegsschäden unter besonderer Berücksichtigung der Auslanddeutschen. Er führt aus, daß es, abgesehen von dem im Kriegsschädenfeststellungsgesetz vom 3. Juli 1916 mittelbar anerkannten Grundsatz der Entschädigungspflicht des Staates für inländische Sachschäden eine rechtliche Grundlage für den Ersatz von Kriegsschäden, welcher Art und welchen Umfangs sie auch seien, nicht gibt. Es sei auch praktisch für das Reich vollkommen ausgeschlossen, alle Kriegsschäden zu ersetzen, es wird immer eine Auswahl treffen müssen. Hinsichtlich der Auslanddeutschen führt Heilfron weiter aus, daß auch sie einen Rechtsanspruch nicht hätten und wohl auch nicht erheben wollten. Nach dem zu Bismarcks Zeiten den Auslanddeutschen gegenüber eingenommenen Standpunkt, wer ins Ausland geht, tut es auf eigene Gefahr und kann nicht verlangen, daß das Reich für ihn sich Ungelegenheiten macht, vertritt Heilfron die Zurücksetzung der auslanddeutschen Ansprüche gegenüber denen der Inlanddeutschen und auch der Kolonialdeutschen. Außerdem seien auch für die Entschädigung der Auslanddeutschen die zwei für Ersatz der Kriegsschäden überhaupt maßgebenden Gesichtspunkte, lautend: Entschädigt soll werden, wer wirklich Opfer für den Bestand des Reichs gebracht hat und wer durch Kriegsschäden in seiner Existenz vernichtet ist, so daß er ohne fremde Hilfe nicht weiter ein nützliches Glied der Staatsgemeinschaft sein kann.

Wir möchten hierzu bemerken, daß durch Art. 297 i des Friedensvertrags das Reich die Verpflichtung übernommen hat, die durch Liquidationsmaßnahmen benachteiligten Staatsangehörigen zu entschädigen. Nach dem Gesetzentwurf über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrags zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten, § 6, verpflichtet sich die Regierung sogar

Digitized by Google

zu einer angemessenen Entschädigung, in Übereinstimmung mit Art. 153 der neuen Verfassung vom 11. August. Insoweit besteht also für die Auslanddeutschen ein rechtlich begründeter Anspruch auf Ersatz ihrer Schäden durch das Reich; für anderweitige Schäden allerdings, wie für die Höhe der Entschädigung im einzelnen, ist die Ersatzpflicht des Reichs bis zu einem gewissen Grade nur eine moralische. Allein man wird den Standpunkt zu Bismarcks Zeiten, der sich in seiner Engherzigkeit den Auslanddeutschen gegenüber nur zu deutlich auch in der damaligen Staatsangehörigkeitsgesetzgebung widerspiegelt, nicht auf heutige Verhältnisse anwenden dürfen. Gewiß ist der Grundsatz zu akzeptieren, die am meisten Betroffenen und diejenigen, die wirklich Opfer dem Reich gebracht haben, vorzugsweise zu berücksichtigen. Aber die Entschädigungsmaßnahmen des Reichs den Auslanddeutschen gegenüber müssen nach großzügigeren politischen und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten erfolgen, das Reich muß, wie ja Heilfron selbst ausführt, sich leiten lassen von dem Gesichtspunkt des Wiederaufbaues des deutschen Anteils im Welthandel und von der Erkenntnis der wichtigen Rolle, die die Auslanddeutschen dabei zu spielen berufen sein werden.

Zur Entschädigung der Auslanddeutschen

Von einem Auslanddeutschen, der in hervorragender Stellung in Ostasien tätig war, gehen uns diese Zeilen zu. Wir geben sie wieder, obschon die Tatsachen z. T. überholt sind, weil sie die Stimmung der Auslanddeutschen treffend kennzeichnen.

Nach einer Mitteilung des „Hamburger Fremdenblatts" hat sich der Reichsfinanzminister Erzberger mit Vertretern des Außenhandels schon vor vielen Wochen über die Entschädigung besprochen, die den Auslanddeutschen auf Grund des Friedensvertrags zu zahlen ist, und dabei besonders Wünsche über einen sofort zu zahlenden Teil und die spätere Zahlung des Rests in Raten entgegengenommen. Über den weiteren Verlauf dieser Unterredung und die Schritte, die darauf von der Reichsregierung getan worden sind, ist bisher in der Öffentlichkeit nichts bekannt geworden. Es ist durchaus verständlich, daß die deutschen Kaufleute darauf dringen, baldmöglichst in den Besitz ihres beschlagnahmten oder durch Maßnahmen der feindlichen Mächte verlorenen Vermögens oder wenigstens eines wesentlichen Teils davon zu gelangen; können sie doch nur daran denken, ihre Geschäftstätigkeit wieder aufzunehmen und damit für ihren Teil am Wiederaufbau des Reichs mitzuwirken, wenn sie wieder in den Besitz ihres Betriebskapitals gelangen. Mag volkswirtschaftlich auch der vom Reich an die Kaufmannschaft zu leistende Ersatz der wichtigste Teil der im Friedensvertrag übernommenen Entschädigung sein, so ist aber auch der Ersatz von nicht geringer Bedeutung, der für die beschlagnahmten oder durch Maßnahmen der feindlichen Mächte verlorenen Werte in Frage kommt, die nicht in kaufmännischen Unternehmungen (im weiteren Sinn) im feindlichen Ausland von Deutschen angelegt waren, sondern in der Form von Grundstücken, Möbeln, Kleidungsstücken usw. einen Teil des Privatvermögens der dort lebenden Deutschen gebildet haben. Über den Ersatz dieser letzten Werte ist bisher in der Öffentlichkeit so gut wir gar nicht gesprochen worden, und doch ist es von der allergrößten Notwendigkeit, daß nicht nur darüber gesprochen, sondern daß tatsächlich Ersatz geleistet wird. Es kann nicht länger angehen, daß dem einen oder andern, der seine Notlage nachweist, Vorschüsse geleistet werden oder etwa eine Unterstützung gezahlt wird. Die Sache selbst muß schnellstens und endgültig geregelt werden.

Bei der Reichsfinanzverwaltung scheint sich ein starkes Bestreben zu zeigen, bei der Entschädigung das Reich nicht zu kurz kommen zu lassen. Soweit es sich um die Abweisung unberechtigter Forderungen handelt, ist das durchaus in Ordnung, ja selbstverständlich. Wenn dabei aber vom Reichsfinanzminister die Frage der Vermögensabgabe (Reichsnotopfer) — wenigstens sieht es nach den Presseauslassungen darüber so aus, als sei das geschehen — und der Valutadifferenz in den Vordergrund geschoben wird, so darf damit der Kern der Sache, die Entschädigungspflicht, nicht in den Hintergrund gerückt werden. Kein Auslanddeutscher wird sich um das, was das Reich berechtigterweise von ihm fordern kann, drücken wollen. Auf der anderen Seite aber hat jeder von ihnen auch das Recht, zu fordern, daß das Reich sich um seine Pflichten nicht herumdrückt.

Herr Erzberger erklärt, „dem Reich könne nicht zugemutet werden, die Entschädigung zum gegenwärtigen Auslandkurs der deutschen Mark zu zahlen, weil dadurch indirekt ein enormer Kriegsgewinn für große Kategorien der zu Entschädigenden geschaffen würde, dessen Übernahme auf die Gesamtheit niemand zugemutet werden könne". Unberechtigte Kriegsgewinne will und soll kein Auslanddeutscher machen. Aber man kann doch auch keinem Auslanddeutschen zumuten, daß er ohne weiteres drei Viertel oder vier Fünftel seiner Ansprüche einfach an das Reich abtritt oder schenkt. Wie soll denn ein Auslandkaufmann, der, sagen wir, 20 000 Pfd. Sterl. zu fordern hat, wenn ihm nur der Vorkriegskurs bewilligt wird, er also dafür nur rund 400 000 Mark erhält, mit diesen weiterarbeiten? Will er mit diesen 400 000 Papiermark Rohstoffe im Ausland kaufen, so erhält er heute nur den Gegenwert von rund 4000 Pfd. Sterl. Ihm sind aber seinerzeit nicht 4000 Pfd. Sterl., sondern 20 000 Pfd. Sterl. beschlagnahmt worden, und diese stellen jedenfalls nur einen geringen Teil Geldbeträge dar, die er bei Beginn seiner Tätigkeit aus Deutschland mitgenommen hat, sondern vorwiegend Beträge, die er im Ausland verdient hatte. Genau so geht es dem Deutschen, der sich im Ausland ein Heim gegründet und ausgestattet und das nun auch nach dem Krieg verloren hat. Nehmen wir an, er habe sich im Ausland Möbel, Wäsche, Kleidungsstücke usw. im Wert von 1000 Pfd. Sterl. angeschafft, und ihm würde selbst der volle Betrag vom Reich zugebilligt, so würde er dafür 20 000 Papiermark erhalten. Glaubt irgend jemand ernsthaft, daß er imstande ist, sich für 20 000 Papiermark auch nur annähernd dem, was er früher besessen hatte, ähnliches wieder zu beschaffen, ganz gleichgültig, ob er das in Deutschland oder wieder im Ausland (wohin er in diesem Fall ja nur 400 Pfd. Sterl. mitnimmt) versucht? Von Kriegsgewinn kann daher, wenn die Entschädigung zum gegenwärtigen Auslandkurs bezahlt wird, keine Rede sein. Daß in einzelnen, besonderen Fällen die Dinge anders liegen können und werden, soll zugegeben werden; in diesen Fällen, die immer nur die Ausnahme bilden, aber würde eine anderweitige Regelung unschwer durchzuführen sein.

Es kommt, wie schon gesagt, darauf an, daß baldmöglichst die sonst durch Kriegsmaßnahmen verlorenen Beträge dem Entschädigungsberechtigten wieder zufließen, vor allem damit verhindert wird, daß diese — nicht im Besitze ihrer Habe — wirtschaftlich weiter geschädigt werden, sich nicht frei bewegen können und infolgedessen allmählich in der einen oder anderen Form ihr Kapital aufzehren. Da vielfach die Unterlagen zum Beweis des beanspruchten Schadenersatzes zurzeit aber überhaupt nicht zu erbringen sind, wird sich das Reich entschließen müssen, von einem starren Festhalten an Förmlichkeiten abzusehen und auf Treu und Glauben Angaben hinzunehmen, die ihm in der einen oder anderen Weise beglaubigt oder als wahrscheinlich nachgewiesen werden,

Digitized by Google

und sich zur Zahlung einer Entschädigung bereit erklären. Auf diese dabei festgelegten Beträge müßte sofort eine Teilzahlung erfolgen, und zwar in der Höhe von zwei Drittel bis drei Viertel des Gesamtbetrages. Das Reich kann sich Wiedergutmachungsansprüche vorbehalten, wenn sich nachträglich ergibt, es habe zu viel gezahlt. Wer das Auslanddeutschtum kennt, weiß, daß — vorausgesetzt, man einigt sich über gewisse grundlegende Vorbedingungen — solche Überforderungen nur verschwindende Ausnahmen bleiben.

Ist das Reich zu diesem Entgegenkommen bereit, wird es bei den Entschädigungsberechtigten auch auf Entgegenkommen in anderer Hinsicht rechnen dürfen. Unberechtigte Kriegsgewinne sollten, wie gesagt, nicht gemacht werden. In einer Fachzeitschrift wurde kürzlich der Kurs des mexikanischen Peso (Silberdollar) mit 14,75 Mk. angegeben, während er vor dem Krieg auf 1,80 bis 1,90 Mk. stand. Es wird sich in einem solchen Fall, gestützt auf den tatsächlichen heutigen Wert der Papiermark zur Goldmark vor dem Krieg, ein Ausweg finden lassen. Der zu Entschädigende darf aber nicht so geschädigt werden, daß er wesentlich schlechter als vor dem Krieg dasteht. Gesteht ihm das Reich das zu, wird er seinerseits nicht mit der Wimper zucken, wenn ihm zugemutet wird, das Reichsnotopfer auf sich zu nehmen, wie es seine Landsleute in der Heimat tun müssen.

Zur Frage des Reichsnotopfers noch ein Wort. Von ihm soll die bewegliche Habe (Möbel usw.) befreit sein. Das wird das Reich dem Auslanddeutschen grundsätzlich auch zugestehen müssen. Wenn aber der Auslanddeutsche bisher keine neuen Möbel usw. angeschafft hat (sei es, weil ihm dazu die nötigen Mittel fehlen, bis er Ersatz für Beschlagnahmtes oder Verlorenes vom Reich erhält, sei es, weil er beabsichtigt, wieder ins Ausland zu gehen und sich dort erst wieder auszurüsten), muß ihm gestattet werden, den dafür nötigen Betrag abgabenfrei zurückzulegen. Er wird damit erst seinen Landsleuten in der Heimat gleichgestellt.

Der Schreiber ist keineswegs der Ansicht, daß der von ihm vorgeschlagene Weg allein zum Ziel führt, aber er ist der Auffassung, daß er einer von vielleicht vielen ist, die zum Ziel führen. Deshalb stellt er ihn zur Erörterung. Worauf es ihm vor allem anzukommen scheint, ist, kurz zusammengefaßt, daß

1. das Reich in entgegenkommender, der schwierigen Lage entsprechender Weise Grundsätze aufstellt, nach denen es auch nicht dokumentarisch belegte Ansprüche von Auslanddeutschen auf Ersatz für beschlagnahmtes oder durch Maßnahmen der Feinde verlorenes Eigentum anzuerkennen bereit ist;

2. das Reich sich bereit erklärt, einen großen Teil der grundsätzlich anerkannten Schäden den Betroffenen sofort zu ersetzen, während es sich die endgültige Regelung des Restbetrages für später vorbehält;

3. das Reich sich bereit erklärt, bei der Umrechnung in die Markvaluta eine neue große Schädigung der von der Beschlagnahme oder dem Verlust ihres Vermögens infolge feindlicher Maßnahmen betroffenen Auslanddeutschen zu verhüten;

4. die Entschädigungsberechtigten keine Ansprüche stellen, die als enorme „Kriegsgewinne" angesprochen werden können, sich vielmehr mit einem Umrechnungskurs zufrieden geben, der den tatsächlichen Verhältnissen der Kaufkraft der Papiermark Rechnung trägt;

5. die Auslanddeutschen in Fragen der Befreiung vom Reichsnotopfer für bewegliche Habe unter Berücksichtigung ihrer besonderen Umstände nicht schlechter gestellt werden, als ihre Landsleute daheim.

*

Seit die vorstehenden Zeilen geschrieben worden sind, sind — endlich! — die ersten deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich in der Heimat eingetroffen. Im Lager in Meschede ist ihnen der Frank, den sie mitgebracht haben, mit 2.25 Mk. eingelöst worden. Das ist für die Regelung der Valutafrage nicht ohne Bedeutung. Grundsätzlich hat das Reich damit anerkannt, daß es seinen Angehörigen für Werte in fremder Valuta nicht den Vorkriegskurs anbieten darf. 2.25 Mk. für den Franken ist beinahe dreimal so viel wie der Wert des Franken vor dem Krieg (rund 1 Frank = Mk. —.80). In der Zugrundelegung dieses Kurses bei den Auszahlungen in Meschede kommt mithin zum Ausdruck, daß die Regierung die Kaufkraft der heutigen Papiermark auf annähernd ein Drittel der Goldmark vor dem Krieg bemißt. Das wird, soweit die Verwendung des Geldes innerhalb des Deutschen Reichs in Frage kommt, im Durchschnitt ungefähr den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Haben wir damit auch einen Fingerzeig für das bekommen, was das Reich den Auslanddeutschen, die Ansprüche in fremder Valuta haben, zu bewilligen bereit wäre? Nach der Auffassung des Schreibers würde ein Kurs von rund 1 Pfd. Sterl. gleich 60 Mk. (statt 20 Mk. vor dem Krieg) eine annehmbare Grundlage für die Auseinandersetzung bieten, vorausgesetzt, daß das Reich auf die oben angedeuteten Forderungen einzugehen bereit ist. Die Hauptsache ist und bleibt aber, daß die Angelegenheit nicht weiter verschleppt, sondern schleunigst zu einem Abschluß gebracht wird.

Die deutsche Kolonie in Neapel

Von einem alten Neapolitaner.

(Schluß)

Emmaheim:

Eine mehr private Wohltätigkeitsanstalt war das Emmaheim, das von Herrn Julius und Frau Emma Aselmeyer gestiftet war; es diente zur Aufnahme von alten, nicht mehr erwerbsfähigen Damen, Erzieherinnen und Dienstmädchen. Es wurde unterhalten durch die Zinsen des Grundkapitals, die Kinder der Stifter deckten das kleine sich ergebende jährliche Defizit. Ob die Aufzunehmenden Reichsdeutsche oder Schweizer waren wurde nicht gefragt, es galt ein Liebeswerk den alten Frauen gegenüber zu erfüllen.

Größe und Zusammensetzung der Kolonie:

Aus dem Vorhergehenden ergibt sich, in welcher Weise die Kolonie zusammenhielt und welche Opfer sie für ihre Anstalten brachte. Wie groß war nun die Kolonie? Auf diese oft gestellte Frage war es schwer eine Antwort zu geben, die Schätzungen schwankten zwischen 600 und 1000 Seelen. Außer den bekannten und zu den Anstalten beitragenden Mitgliedern gab es noch manche, von deren Dasein wir alten Kolonisten keine Ahnung hatten, die oft jahrelang in Neapel lebten, sich von ihren Landsleuten fern hielten, und deren Namen erst auftauchten, wenn sie der Hilfe des Konsulates oder anderer Kolonisten bedurften. Dann kamen die oft wechselnden Angestellten des Hotelgewerbes hinzu und die vielen in italienischen Familien beschäftigten Erzieherinnen und Dienstmädchen.

Zählt man ferner die in der Umgegend, wie in Capri, Salerno, Nocera, Piedimonte usw. lebenden Deutschen hinzu, so ist die höhere Zahl wohl als sicher anzunehmen.

Eine Kolonie in der Kolonie bildete die von Prof. Dr. Anton Dohrn gegründete und vom Deutschen Reiche mit jährlich 40 000 Mark unterstützte weltberühmte Zoolo-

Digitized by Google

gische Station. Die Herren der Anstalt, wie die zahlreichen zum Studium hingekommenen Gelehrten hielten sich abseits vom Vereinsleben und blieben unter sich. Dennoch hätten wir anderen es gerne gesehen, wenn auch sie sich mehr zu uns gesellt hätten, um mehr Abwechslung in die sonstige Fachsimpelei zu bringen.

Außer den Herren des deutschen Generalkonsulates, den bereits genannten Ärzten, denen noch Herr Prof. v. Schrön von der Universität hinzugerechnet werden muß, dem Pfarrer, den Lehrern der Schulen, den Herren der Zoologischen Station, zu denen als Privatgelehrter noch der Vulkanologe Herr Friedländer sich gesellte, waren neun Zehntel aller Kolonisten Kaufleute, Ladenbesitzer und deren Angestellte. Dazu kam das Personal des Norddeutschen Lloyd, der Hamburg-Amerika-Linie und des deutschen Kohlendepots, sowie deutsche Angestellte italienischer Banken und Unternehmungen und schließlich einige wenige Handwerker.

Da sämtliche Anstalten und auch der Verein, auf welchen ich nachher zu sprechen komme, deutsch-schweizerisch zusammengesetzt waren, mit Ausnahme des Hilfsvereins, dieser aber nicht gut als Vertretung der Deutschen Kolonie auftreten konnte, wurde auf Anregung des Generalkonsuls, Herrn Wantoch von Rekowski, im Jahre 1891 ein Ausschuss aus 8 Herren der Kolonie gebildet, welchem die Vertretung nach aussen und die Veranstaltung von vaterländischen Festlichkeiten oblag. Selten wohl hat eine Kolonie ihre deutsche Reichstreue mehr betätigt und höher gehalten, als die unsrige, trotz des engen und langjährigen Zusammenschlusses mit den Deutsch-Schweizern.

Das gesellschaftliche Leben:

Ein Verkehr mit Italienern fand nur wenig statt, so blieben die Deutschen fast ganz unter sich. Sogenannte Offene Abende bei den begüterten Familien, zu denen ein jeder nach einmaliger Aufforderung kommen konnte, bildeten einen Hauptteil der Geselligkeit; ferner die Vereinigungen im Deutschen Casino. Aber auch hier bewahrheitete sich der alte Spruch, daß 4 Deutsche in der Wüste 4 Gesangvereine gründen; kleine Streitigkeiten verursachten das Bilden von feindlichen Parteien, und so traten im Jahre 1878 einige Herren aus dem Deutschen Casino aus und gründeten zusammen mit den Resten des Schweizer Vereines das „Museum", eine deutsche und schweizerische Gesellschaft, welche in wenigen Jahren emporblühte, und um die sich das gesellschaftliche Leben kristallisierte. In den 90er Jahren gelang es, die noch murrend beiseite stehenden Casinomitglieder zu einer Verschmelzung zu bewegen, sie traten ohne Ballottage in das „Museum" ein. Die Mitgliederzahl wuchs auf ungefähr 200 an und bestand zur Hälfte aus Deutschen. Angehörige fremder Nationen konnten nur Mitglieder werden, wenn sie die deutsche Sprache vollkommen beherrschten, sonst durften sie nur als hospitierende Mitglieder eintreten, welche, wie die Italiener, wohl den höchsten Beitrag zahlen mußten, aber kein Stimmrecht hatten, und deren Anzahl auf ein Drittel der Stammitglieder beschränkt war. So war die deutsche Umgangssprache gewährleistet. Das Lokal des Vereins war zwar gemietet, aber für den Verein gebaut worden und bot mit seinem großen Tanzsaale, dem Theatersaale mit Ankleidezimmern für die Schauspieler, Eß-, Lese- und Billardzimmer, Kegelbahn usw., alles, was man von einem Klub verlangen konnte. Ein täglicher Mittagstisch ersetzte den Junggesellen die Häuslichkeit. Im Sommer boten Preiskegeln, gemeinsame Ausflüge usw. Abwechslung für das tägliche Einerlei; im Winter fanden dagegen alle 14 Tage gesellige Zusammenkünfte statt mit Theateraufführungen (es wurden nicht nur Einakter, sondern auch bis vieraktige Lustspiele aufgeführt), Konzerten, Vorträgen deutscher Gelehrter oder Humoristiker, Kostümfeste im Karneval. So wurden deutsche Kunst, deutscher Geist und deutsches Wesen wachgehalten und genährt. Die Jugend, die schon durch den Frühstückstisch während der Schulzeit und als dankbares Publikum bei den Generalproben im „Museum" heimisch geworden, konnte den Augenblick kaum erwarten, wenn sie selbst mit zur Unterhaltung der anderen als Schauspieler oder Musiker beitragen durfte.

Die Räume des Klubs standen ferner zur Verfügung bei Abhaltung von Generalversammlungen der evangelischen Gemeinde und ihrer Anstalten, den Versammlungen der Reichsdeutschen, ihres Kolonie-Ausschusses und des Hilfsvereins. Kaisers Geburtstag und andere patriotische Feste wurden von Deutschen auch im Museum gefeiert. Auch die Schweizer Eidgenossenschaft hielt ihre Versammlungen und Nationalfeste im Klub ab.

Ein Glanzpunkt im Kolonie-Leben war das Eintreffen deutscher Kriegsschiffe. Die Schiffswoche wurde von der Jugend, und besonders den jungen und älteren Damen ausgenutzt zu Landpartien mit Picknicks, zu Tennisturnieren mit den Herren der Marine, und vor allem zu größeren Klubfesten. Ich glaube, daß viele der Marineoffiziere sich gerne der Tage in Neapel erinnern werden.

Nicht nur zu Lust und Fröhlichkeit, auch ernsten Aufgaben diente der Verein. Beim Erdbeben in Sizilien 1908 wurden die Räume sofort in ein Lazarett verwandelt, Betten aufgeschlagen und Flüchtlinge aus Messina und Calabrien aufgenommen und von den Damen der Kolonie gepflegt. Im Theatersaal nähten andere Damen und im Eßsaal wurden die aus Deutschland gesandten, überaus reichhaltigen Kisten mit Kleidern und allen sonstigen Bekleidungsstücken sortiert und dann unter die Hilfsbedürftigen verteilt.

Als der letzte Vorsitzende des Klubs im Jahre 1915 aus Neapel flüchten mußte, konnte er nach 25jähriger Tätigkeit als Vorsitzender, wie auch Theaterregisseur mit dem Bewußtsein Neapel verlassen, durch seine 35jährige Tätigkeit in den Vorständen der Kolonie und den evangelischen Gemeindeanstalten zum Wachstum und Ausbau des Deutschtums im Ausland beigetragen zu haben.

Beim Ausbruche des Krieges reisten unsere Wehrpflichtigen am 3. August von Neapel ab, sie wurden von der gesamten Kolonie zum Bahnhofe begleitet. Mit demselben Zuge reisten auch die Franzosen. So brauste der Zug unter dem gleichzeitigen „Hurra für das deutsche Vaterland" und dem „Vive la France" zur Halle heraus. Wie viele von ihnen haben wir dem Vaterlande hingeben müssen, die nicht zurückkehrten! Kaum eine Familie gibt es, die nicht einen teuren Toten beweint.

Einige Deutsche verließen dann Neapel bereits im Winter 1914/15, die meisten aber erst, als im Mai 1915 der italienisch-österreichische Krieg ausbrach. Wohl keiner unter uns glaubte, daß der Krieg so lange dauern würde, und im Vertrauen auf die Verträge mit der italienischen Regierung ließen wir unser Hab und Gut, unsere eingerichteten Wohnungen zurück, und ein Handköfferchen barg die wenige Habe, die wir mitnahmen. Seitdem hat die italienische Regierung alles, was wir dort gelassen hatten, beschlagnahmt, die Firmen aufgelöst und die Kapitalien bei der Banca Depositi Prestiti in Neapel hinterlegt, wo sie wohl zum üblichen Zinsfuße jener Bank mit 1½% verzinst worden sind. Die wenigen in Neapel gebliebenen alten Herren und Damen wurden dann später gezwungen, Neapel zu verlassen und im Innern, in Benevento, Avellino, Cosenza usw. Zwangsaufenthalt zu nehmen, sind aber sonst frei, in jenen Landstädtchen nach ihrem Dafürhalten zu leben.

Ob wir von unserem Hab und Gut etwas wiedersehen werden, und in welchem Zustande? Ob die deutsche Regierung uns einen Schadenersatz leisten wird, falls die Feinde nichts herausgeben? Das sind die bangen Fragen, welche uns Auslanddeutsche seit diesen 4 Jahren nieder-

Digitized by Google

drücken. Notdürftig haben wir uns diese Zeit über durchgeschlagen, selten gelang es, eine Stellung zu finden, und wenn es gelang, so war es größtenteils nur eine vorübergehende, als Ersatz für Eingezogene. Seit dem Waffenstillstande wurde vielen aber gekündigt, und wie die aus dem Felde heimgekehrten jungen Kolonisten, suchen wir fast alle umsonst nach Stellung und Einkommen. Gewiß sehnen wir uns zurück, nach dem Felde unserer früheren Tätigkeit, aber wird eine Rückkehr möglich sein? Und was soll sonst aus uns werden? Ohne Mittel, zum Teil nicht mehr jung genug, wie sollen wir unser Leben fristen? Die oft gehörte Äußerung, das Reich betrachte uns Auslanddeutsche als eine Last, unterschreibe ich nicht mit. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß das Vaterland uns nicht im Stiche lassen wird und uns helfen wird, eine Stellung, eine neue Tätigkeit zu finden.

Der Verband der Deutschen in der Schweiz

Von P. SCHLESINGER, BERN.

Am 11. Januar 1919 versammelten sich in Olten 84 deutsche Männer und Frauen aus allen Teilen der Schweiz und legten dort den Grund für eine Vereinigung aller im Gebiet der Eidgenossenschaft lebenden deutschen Reichsangehörigen. Diese Vereinigung, die unter dem Namen „Verband der Deutschen in der Schweiz" ins Leben trat, sieht nunmehr auf das erste Halbjahr ihres Bestehens zurück, und es erscheint angebracht, die bisherige, an inneren und äußeren Schwierigkeiten heute noch krankende Entwicklungsgeschichte des Verbandes in weiteren Kreisen bekannt zu machen.

Das schwere Unglück, das unser Vaterland betroffen hat, ließ wohl in allen im Ausland lebenden Deutschen den Wunsch aufleben, sich mit Landsleuten aller gesellschaftlichen Schichten und aller Berufskreise enger zusammenzuschließen. Wir Deutsche in der Schweiz mußten dieses Bedürfnis aus einem ganz bestimmten Grunde besonders stark empfinden: wir ahnten, welch schwere Lasten unserem Vaterlande auferlegt würden, und wir ahnten auch, daß durch gewaltsame Abtrennungen unsere Volkskraft um Millionen von Köpfen veringert werden würde. Nirgends wie in der Schweiz war (und ist noch heute) die Gefahr so groß, daß ein großer Teil der hier ansässigen Deutschen sich in dem gastfreien Lande einbürgern würde, was für uns abermals den Verlust von vielen Tausenden bedeuten würde. In diesem schmerzlichen Augenblick kam es also darauf an, ein neues Mittel zu finden, um die Gedanken an das Vaterland bei allen gleich lebendig und stark zu erhalten, und so war es nur natürlich, daß ein in den Schweizer Zeitungen erschienener, an alle Deutschen gerichteter Aufruf, gezeichnet von der „Deutschen Staatsbürgerlichen Vereinigung in der Schweiz" die lebhafteste Aufmerksamkeit erregte. Diese „Staatsbürgerliche Vereinigung" war allerdings noch nicht im eigentlichen Sinne konstituiert; sie bildete den Versuch einiger in Basel und Zürich lebenden Deutschen, einen Mittelpunkt zu schaffen, um den sich das in der Schweiz lebende Deutschtum kristallisieren könnte. Die geschäftsführende Gruppe forderte in erster Linie für alle im Ausland lebenden Deutschen das Recht, an der Wahl für die Nationalversammlung teilzunehmen, und sie forderte zweitens für die Schweizer Auslanddeutschen das Recht, aus ihren Kreisen Beiräte für die deutsche Gesandtschaft und die deutschen Konsulate zu stellen.

Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, auf die Gründe hinzuweisen, die gerade der zweiten Forderung eine so große Zugkraft verliehen. Es genügt zu sagen, daß in der Schweiz wie in andern Ländern das Verhältnis der deutschen Kolonie zu den diplomatischen und konsularischen Vertretungen zumeist sehr schlecht war. Kolonie und Beamtenschaft standen sich vielerorts fremd, wenn nicht feindlich gegenüber. Die deutsche Kaufmannschaft klagte über ein zu geringes Verständnis der deutschen Amtspersonen gegenüber den praktischen Erfordernissen, das rein gesellschaftliche Verhältnis aber war — aus bestimmten Gründen — noch viel schlechter.

Der Umsturz in Deutschland wurde naturgemäß von den hier lebenden Deutschen mit sehr unterschiedlichen Empfindungen begleitet; aber das Bedürfnis nach einer Erneuerung der diplomatischen und konsularischen Vertretungen wurde allgemein geteilt, so daß auf jene ersten Aufrufe nicht weniger als 10 000 zustimmende Erklärungen eingingen. Die erstgenannte Forderung an der Teilnahme der Wahl zur Nationalversammlung wurde durch den raschen Gang der Ereignisse aus dem Bereich der Möglichkeit entfernt. Dennoch blieb das Interesse an der geplanten Gründung sehr lebendig. Einberufene Versammlungen in Zürich, Bern und Basel waren gut besucht, und als die Einladung zur konstituierenden Versammlung nach Olten erging, kamen aus allen Teilen der Schweiz, entweder aus eigenem Antrieb, oder als Beauftragte weiterer Kreise, deutsche Männer und Frauen, die das große Werk der Vereinigung aller hier lebenden Landsleute in Angriff nehmen wollten.

Es kann nicht verschwiegen werden, daß schon auf dieser Versammlung vom 11. Januar sich die Anzeichen jener Krankheiten meldeten, die für deutsche Vereinigungen leider so bezeichnend sind. Allerhand persönliche Mißstimmungen wurden bemerkbar, vor allem aber mußte es jedem weitschauenden Teilnehmer der Versammlung geradezu verhängnisvoll erscheinen, daß der eigentliche Urheber und tatkräftigste Förderer des ganzen Gedankens, Herr Eduard Derksen in Basel, plötzlich seinen Rücktritt von der Leitung der Geschäftsführung erklärte. Herr Derksen hat als Grund hierfür seine Überlastung mit anderen ehrenamtlichen und beruflichen Arbeiten angegeben, und wer die dankenswerte Tätigkeit dieses Herrn als Vorstandsmitglied des „Deutschen Hilfsbund für Kriegsfürsorge" kennt, der wird seinen Entschluß durchaus verstehen. Für den eben gegründeten „Verband der Deutschen" (man hatte den Namen „Staatsbürgerliche Vereinigung" nach reiflicher Überlegung aufgegeben) bedeutete der Rücktritt Derksens ein fast sicheres Scheitern. Zunächst ist durch sein Ausscheiden die Gründung einer Ortsgruppe in Basel, die unter seiner energischen Führung bereits im Entstehen war, bis auf den heutigen Tag unmöglich geworden. Dann aber hat mit ihm auch die ihm nahestehende Deutsche Handelskammer in Zürich, die vornehmste Vereinigung der deutschen Kaufmannschaft in der Schweiz, ihr Interesse an der Neugründung aufgegeben. Gewisse äußere Schwierigkeiten machten sich bemerkbar, die vielleicht schon damals Herrn Derksen und seinen Freunden bekannt waren. Die Schweiz selbst betrachtete die neue Vereinigung mit einigem Mißtrauen, und auch die deutschen Behörden sahen aus allerhand Gründen den Zeitpunkt der Begründung für ungünstig an. So sah sich der Verband am Tag seiner Begründung seines tatkräftigsten Schöpfers und seiner zahlungsfähigsten Förderer beraubt, und es gehörte viel guter Wille dazu, die Idee fortzuführen.

Am 3. März bildete sich die Ortsgruppe Bern, die von der Oltener Versammlung den Auftrag erhalten hatte, die Satzungen des Verbandes auszuarbeiten. Der § 2, der die Zwecke des Verbandes festlegt, sei hier im Wortlaut wiedergegeben:

„Der V. d. D. will alle in der Schweiz lebenden Deutschen, ohne Unterschied des Standes und der Partei, zusammenschließen.

Digitized by Google

Er setzt sich zum Ziel:

das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Auslanddeutschen mit der Heimat und untereinander zu erhalten und zu stärken;

sie über ihre staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten aufzuklären;

ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch Unterstützung der deutschen amtlichen Vertretungen in der Schweiz, sowie der Behörden in der Heimat, in stetiger Mitarbeit zu fördern;

das Verständnis für die deutschen Kulturwerte zu vertiefen;

und insbesondere die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland zu pflegen."

Der Beitrag für Verband und Ortsgruppen ist sehr gering gehalten, um jedem hier lebenden Deutschen den Eintritt zu ermöglichen. Insbesondere will der Verband den zahlreichen gemeinnützigen und gesellschaftlichen Vereinen keinen Wettbewerb bereiten, sondern sucht auch in diesen Kreisen seine Mitarbeiter und Freunde. Der Verband gliedert sich in Ortsgruppen, deren Delegierte jedes zweite Jahr zu einer Verbandsversammlung zusammentreten. Die Verbandsversammlung bestimmt den Vorort, aus dessen Mitte der Verbandsvorsitzende und die weiteren Mitglieder des Verbandsvorstandes gewählt werden.

Bis jetzt sind nur zwei Ortsgruppen zusammengetreten, in Bern und in Zürich. Die Berner Ortsgruppe zählt 125 Mitglieder, die Züricher 400.

Das Verbandsleben hat sich bisher auf folgende Weise betätigt: In Bern wie in Zürich fanden mehrfach Mitgliederversammlungen statt, in denen über die politische Lage des Reiches Bericht erstattet wurde. Die Züricher Ortsgruppe hat in zwei großen Versammlungen zu den Friedensbedingungen Stellung genommen, jede der Versammlungen war von mehr als 3000 Personen besucht. Neben einer Anzahl deutscher Redner fanden sich auch Deutschschweizer, die das Wort ergriffen, um gegen den Gewaltfrieden Verwahrung einzulegen. In Bern hat man außer politischen Darbietungen auch mit Erfolg versucht, künstlerische und kulturelle Fragen in den Mitgliederversammlungen zur Sprache zu bringen. Auf diesem Gebiete wird sich der Verband im kommenden Winter ganz besonders betätigen. Unter den Mitgliedern sind alle Berufsschichten vertreten, und zwar besonders stark die Arbeiterschaft. Es soll der Versuch gemacht werden, durch Vorträge auf literarischem und künstlerischem Gebiet die inneren Beziehungen der Schweizer Auslanddeutschen zur Heimat aufrecht zu erhalten. Die politischen Verhältnisse haben es bisher nicht erlaubt, einen der Hauptpunkte des Programms zur Erfüllung zu bringen: die Stellung von Beiräten zu Gesandtschaft und Konsulaten. Doch wird man sich gerade in dieser Beziehung in nächster Zeit bemühen, ein Resultat zu erzielen. Leider fehlt es dem Verband vorläufig an Förderern, die Geldmittel zur Verfügung stellen. Da der Beitrag nur ein geringer ist, so wird es dem Verband schwer fallen, sich aus eigenen Mitteln zu erhalten. Andererseits muß er darauf sehen, seine Unabhängigkeit gegenüber den Behörden zu wahren. Man würde es deshalb auf das lebhafteste begrüßen, wenn sich in Deutschland Förderer fänden, die durch kleinere oder größere Gaben die Aufgabe des Verbandes unterstützen würden.

An Stelle des Verbandsvorstandes ist bis jetzt ein Geschäftsführender Ausschuß gebildet. Briefe und Anfragen sind zu richten an den „Verband der Deutschen in der Schweiz", Postfach Transit, Bern.

Neun Tage im Rückwandererzug Lodz=Berlin

Von Dr. HANS SCHNAPPERELLE, BERLIN, bisher Oberlehrer am Deutschen Realgymnasium in Lodz.

Die Lage der Deutschen, besonders der Reichsdeutschen in Polen, gestaltete sich in den letzten Monaten infolge des Hasses der Polen immer ungünstiger. Die Erwerbsmöglichkeiten schwanden für viele. Mit Freude wurde daher die Nachricht begrüßt, daß die polnische Regierung dank den unablässigen Bemühungen des Schweizer Konsulats in Lodz, das die Interessen der Reichsdeutschen drüben vertritt, einen Zug für reichsdeutsche Rückwanderer einstellen wolle. Nach wochenlangen Verhandlungen wurde endlich Sonnabend, der 23. August, als Abfahrtstag bestimmt. Alles war vorbereitet. Da brach aus Anlaß der oberschlesischen Vorgänge ein Proteststreik der Arbeiter des Elektrizitätswerkes mit deutschfeindlichen Straßenkundgebungen aus. Das nationalistische Hetzblatt „Rozwoj" verlangte die Internierung von 1000 Reichsdeutschen. Um Angriffen vorzubeugen, verbot die polnische Behörde die Abfahrt des Zuges. Nachdem sich die Gemüter in den nächsten Tagen etwas beruhigt hatten, gelang es dem Vertreter des Schweizer Konsuls, die Abreiseerlaubnis für Donnerstag, den 28. August, zu erwirken. Zwei Herren und ich sollten als Delegierte des Konsulats den Transport nach Berlin führen. Wir erhielten Ausweise, einen Brief an das Auswärtige Amt und den Betrag von 1000 Mk. für unvorhergesehene Ausgaben und Unterstützungen während der Reise, die bis Berlin drei Tage dauern sollte. In aller Stille, geschützt durch ein Massenaufgebot bewaffneter Polizisten, ging die Verladung der etwa 660 Personen in schmutzigen Güterwagen vor sich. In der Grenzstation Mlawa wurde unser umfangreiches Gepäck einer achtstündigen, äußerst scharfen Durchsicht unterzogen, wobei den Rückwanderern alle im Gepäck mitgeführten Silber- und Goldsachen, Bestecke, Löffel, Andenken, neue Wäsche, sogar Plätteisen und Mörser abgenommen wurden. Proteste halfen nichts. Eine Leibesvisitation folgte. Erlöst atmeten wir nach diesem Abschied von Polen auf, als wir in Illowo deutsches Gebiet erreichten. Leider war man hier auf unseren Transport nicht vorbereitet, und wir mußten den ganzen Sonntag bei strömendem Regen in den teilweise völlig durchnäßten Güterwagen zubringen, bis der deutsche Zug, der uns weiterführen sollte, zusammengestellt war. Mit sehr gemischten Gefühlen sahen wir hier einen polnischen Rückwandererzug mit sauberen Wagen dritter Klasse vorbeikommen, der ohne Revision nach kurzem Aufenthalt nach Polen weiterfuhr. Leider ging unsere Fahrt nicht, wie uns in Lodz versichert worden war, direkt nach Berlin, sondern erst nach Eydtkuhnen (man vergleiche die Landkarte) zur Quarantäne. Diese unerwartete und unnötige Verzögerung unserer Reise erregte unter unseren Leuten, die sich aus dem mittleren Bürgerstand und etlichen Arbeiterfamilien zusammensetzten, aus ihren gesunden Wohnungen kamen und in Lodz ärztlich untersucht worden waren, viel Erbitterung, zumal jüdische Kaufleute aus Warschau ohne Entlausung in einem angehängten Wagen zweiter Klasse zur Leipziger Messe mit uns fahren durften. Es gelang jedoch uns Transportführern, den sehr entgegenkommenden Lagerkommandanten in Eydtkuhnen zu bewegen, uns nach erfolgter Entlausung schon am dritten Tag weiterreisen zu lassen. Von nun an ging die Fahrt ohne Hindernisse über Königsberg, Elbing, Dirschau, Schneidemühl nach Berlin weiter, wo wir endlich am neunten Tag, Freitag, den 5. September, mittags, anlangten. Die Verpflegung hätte auf deutschem Boden besser klappen können, in der vierzigstündigen Fahrt von Eydtkuhnen gab es nur zweimal Kaffee. Dafür bereitete uns jedoch der sehr hilfsbereite Kommissar des Roten Kreuzes, der uns in Berlin empfing und

Digitized by Google

allen mit Rat und Tat und Auskunft half, einen „warmen" Empfang. Eine schwierige Frage, die bei den in Aussicht gestellten nachfolgenden Transporten vorher genau geregelt werden müßte, war die Umwechselung des von den Rückwanderern mitgeführten polnischen Geldes. Im Schweizer Konsulat hatte man den Leuten versichert, daß sie ihr Geld, den Erlös ihrer drüben verkauften Möbel und Sachen, in Berlin sogleich Mark für Mark umgewechselt erhielten. Dabei hatte das Schweizer Konsulat, dessen Arbeiten um das Zustandekommen des Transportes sonst durchaus anerkannt werden müssen, doch mehr versprochen, als es durfte. Denn es waren eindringliche Vorstellungen bei den Berliner Behörden und der Hinweis auf den mitgeschickten Begleitbrief an das Auswärtige Amt notwendig, um die Auswechselung des Geldes in der Reichsbank zu ermöglichen. Ferner wäre es unbedingt nötig, daß künftige Rückwanderer noch vor Antritt der Reise eindringlich auf die Gefahren und Schwierigkeiten hingewiesen würden, die ihnen entstehen, wenn sie ohne sicheres Reiseziel und ohne bestimmte Arbeitsstelle ins Vaterland zurückkehren. Wußten doch viele, die in dem Drang, nach Berlin zu kommen, die Warnungen des Delegierten des Rückwandereramtes in Eydtkuhnen unbeachtet gelassen hatten, nun am Ziel der Reise nicht, wohin sie sich begeben sollten und fielen dem überbürdeten Roten Kreuz in Berlin zur Last. Hier gilt es noch viel aufklärende Arbeit unter den zurückkehrenden Auslanddeutschen zu leisten.

Nochmals die Sprachgrenze in Kärnten und Steiermark

Von Prof. Dr. BENNO IMENDÖRFFER, WIEN.

In Nr. 8 der „Mitteilungen" macht mir Herr Professor Dr. Sieger in Graz, ohne mich namentlich zu nennen, den Vorwurf, daß ich in meinem Aufsatze „Die Lage der Deutschen in den besetzten Gebieten Deutschösterreichs" (Nr. 5 der „Mitteilungen") die geplante Abgrenzung zwischen deutschösterreichischem und südslawischem Gebiete in Untersteiermark als erträglich bezeichnete. Es liegt mir nun nicht nur völlig ferne, gegen die Ausführungen Siegers in dem angezogenen Aufsatze zu polemisieren, sondern ich gestehe gerne, daß sie meine restlose Zustimmung haben. Was hier ausgeführt wird, ist so schlagend, daß ich nur bedauere, durch meine oben angeführte Wendung Grund zu der Annahme gegeben zu haben, als wollte ich mich leichten Herzens mit der Abgrenzung in Südsteiermark abfinden. Wenn ich diese „erträglich" nannte, so liegt darin lediglich der Ausdruck jener Resignation, die nur zu leicht jeden Deutschösterreicher in diesen schweren Zeiten beschleicht. Ich nannte erträglich, was sich noch weit schlimmer hätte gestalten können, und dachte dabei an die Möglichkeit, daß das geknechtete untersteirische Deutschtum sich in Zukunft als ein mächtiges Bollwerk künftiger deutscher Irredenta erweisen könnte. Dabei schwebte mir noch vor, daß gerade eine stärkere Anzahl Deutscher ihr Volkstum leichter werde bewahren können, als eine allzu geringe. An sich freilich ist die Abtretung uralter deutscher Siedlungen sicherlich nicht erträglich in dem Sinne, daß wir sie einfach ihrem Schicksale überlassen dürfen. Ich begrüße daher den Aufsatz Siegers als treffliche Ergänzung meiner früheren Ausführungen und als willkommenen Anlaß, diese nachträglich genauer auszulegen, um nicht falsche Auffassungen über meinen nationalen Standpunkt aufkommen zu lassen, zu denen allerdings meine allzu resignierte Ausdrucksweise Anlaß geben könnte. Ich bekenne ausdrücklich, daß wir im wahren Sinn des Wortes erträglich überhaupt keinerlei Verlust an treuen Volksgenossen erscheint. In diesem Sinne bin ich Herrn Professor Sieger für seine Richtigstellung zu aufrichtigem Danke verpflichtet.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutschösterreich

Der am 10. September unterzeichnete und von der deutschösterreichischen Nationalversammlung notgedrungen genehmigte Friede von St. Germain hat die politische und wirtschaftliche Isolierung und die Ohnmacht Deutschösterreichs zunächst für unbestimmte Zeiten besiegelt. Die Grenzen des unglücklichen und lebensunfähigen Gebildes stehen indessen noch keineswegs ganz fest, da die Volksabstimmung, die darüber entscheiden soll, wie viel von Kärnten bei Deutschösterreich verbleibt, noch nicht erfolgt ist. Einstweilen geben sich dort die Südslawen alle Mühe, durch Bestechung und offene Gewalt für sich Stimmung zu machen. So zum Beispiel erhalten alle Bauern, die sich jetzt schon schriftlich verpflichten, für Südslawien zu stimmen, Land zugewiesen, das aus der Konfiskation adeligen Grundbesitzes gewonnen wurde. Die Grenze Südsteiermarks hat eine kleine Verbesserung erfahren, da der Friedensvertrag das deutsche Städtchen Radkersburg an der Drau bei Deutschösterreich beläßt. Dagegen wehren sich nun die Slowenen mit den für sie charakteristischen Mitteln, indem sie der Stadt die gesamte Zufuhr sperren, um sie auf diese Weise zu zwingen, für Südslawien zu optieren. Bei der zähen Ausdauer der seit Jahrzehnten im nationalen Kampfe der Sprachgrenze geschulten Deutschen Radkersburgs dürfte dies allerdings seinen Zweck verfehlen.

In Südtirol beginnt die italienische Regierung nun auch die Zivilverwaltung gänzlich auf italienischen Maßstab einzurichten und hat bereits auch die Besatzungen auf den Friedensstand herabgesetzt. Man fühlt sich eben schon ganz als Herr im Hause. Ganz wohl ist es dabei aber der italienischen Regierung doch nicht ums Herz, und offenbar ahnt sie, daß sich hier eine deutsche Irredenta entwickeln könnte, die der seinerzeitigen italienischen nichts nachgeben dürfte, mit dem Unterschiede freilich, daß sie wahrlich geschichtlich besser begründet wäre. Man sucht daher nun die deutsche Bevölkerung durch weitgehendes Entgegenkommen, namentlich im Schulwesen zu gewinnen. Ob die Deutschen Südtirols sich wirklich, wie man jenseits der Alpen hofft, in Bälde mit der Zugehörigkeit zu dem bisher so sehr verhaßten Königreiche versöhnen wird, muß die Zukunft lehren. Immerhin läßt sich hoffen, daß ihr Schicksal ein besseres sein wird als das der von Deutschösterreich losgerissenen und dem jugoslawischen Reiche zugesprochenen Deutschen Kärntens und der Untersteiermark. Hier ist namentlich der Verlust der zweitgrößten Stadt des Landes, des kerndeutschen Marburg, unerträglich, und Marburg wird zweifellos eine ewig schwärende Wunde bleiben.

Während so Deutschösterreich, an allen Ecken und Enden verstümmelt, wirtschaftlich geknebelt und auf die Gnade der Entente und seiner wenig freundlichen Nachbarn angewiesen, schwere Einbuße an deutschen Stammesbrüdern erleidet, ziehen die Tschechen freiwillig Tausende ihrer Konnationalen aus Deutschösterreich zurück. Offenbar wollen die Ratten das sinkende Schiff verlassen, und überdies soll die relativ viel zu geringe Zahl der Tschechen in der Tschechoslowakei auf diese Weise gestärkt werden. Die Tschechische Repatriierungskommission will, ihren eigenen Veröffentlichungen nach, allein aus Wien in den letzten Wochen nicht weniger als 52 000 tschechische Familen nach Böhmen und Mähren verpflanzt

Digitized by Google

haben. Mag diese Zahl auch etwas zu hoch gegriffen sein, sicher ist, daß sehr viele Tschechen Wien, wo die Verdienstmöglichkeit mit jedem Tage abnimmt, verlassen. Von nationalem, mehr noch von wirtschaftlichem Standpunkte aus wäre dies ja nur zu begrüßen, und Wien hat allen Anlaß, den einschlägigen tschechischen Bestrebungen besten Fortgang zu wünschen. Daß in der Tat in den weitesten Wiener Kreisen, einschließlich der Arbeiterschaft, die Stimmung sich immer schärfer gegen die Tschechen wendet, bewiesen die Krawalle, die anläßlich der Turnfahrt der Wiener Sokoln nach Znaim kürzlich beim Wiener Nortwestbahnhofe stattfanden. B. I.

Ungarn

Wie vorauszusehen war, erweist sich immer deutlicher der neuerliche Umsturz in Ungarn für das dortige Deutschtum keineswegs als vorteilhaft, soweit rein nationale Belange in Betracht kommen. Der ungarische Bolschewismus war seiner Natur nach und grundsätzlich international, da er seine Herrschaft auf die Niederhaltung der vormals herrschenden magyarisch-chauvinistischen Adels- und Beamtenkreise gründete. Gerade diese aber sind es, die nun dank dem siegreichen Vordringen der Rumänen wiederum zur Macht gelangt sind. Der neue Ministerpräsident Friedrich, der stark klerikale Färbung zeigt und vermutlich mit den vertriebenen Habsburgern in Fühlung steht, denkt nicht daran, auch nur die seinerzeit vom Grafen Michael Károlyi unter dem Drucke der Verhältnisse den Deutschen gemachten Zugeständnisse aufrechtzuerhalten. Allerdings zählt sein Kabinett zu seinen Mitgliedern auch einen Minister für die nationalen Minderheiten in der Person des Budapester Universitätsprofessors Dr. Jakob Bleyer, aber dieser faßt seine Aufgabe in ganz anderem Sinne auf, als sein Titel vermuten ließe. Bleyer ist Banater Schwabe und durchaus deutsch gebildet, wie er denn auch an der Budapester Hochschule den Lehrstuhl für Germanistik bekleidet. Nach außen gibt er sich das Ansehen eines überzeugten Deutschen und ist das eigentliche Haupt der jungen deutschen christlichsozialen, d. h. klerikalen, Partei. Allein diese Stellung dient ihm nur als Folie zur Betreibung seiner magyarenfreundlichen Politik, wie er denn auch einer der eifrigsten Bekämpfer des Anschlusses Deutsch-Westungarns an Österreich war und ist. An der Spitze des noch vor der Ära der Räteregierung eingerichteten „Deutschen Volksrates für Ungarn" und als Leiter eines ziemlich weit verbreiteten Tageblattes hat es Bleyer sehr wohl verstanden, starken Einfluß auf jene deutschen Kreise zu üben, die nur in der Anlehnung an das Magyarentum und in der Unterstützung der jeweiligen Regierung ihr Heil sehen. (Siehe auch den Artikel über den Deutsch-Ungarischen Kulturbund und Bleyers Rolle in der letzten Nummer unserer Zeitschrift. Die Schriftltg.) Allerdings beginnt sein Einfluß auch hier in jüngster Zeit rasch zu schwinden, seit ihm in der „Deutschen Bürger- und Bauernpartei für Ungarn" und im „Deutschen Kulturrate", die sowohl in der Hauptstadt wie auf dem flachen Lande immer mehr Anhänger gewinnen, ein starker Gegner erstanden ist. Diese Partei, in deren Händen auch der „Kulturrat" ist, besitzt bereits in einer seit mehr als 40 Jahren bestehenden, nunmehr in ihre Dienste getretenen und sehr verbreiteten Budapester Tageszeitung, dem „Neuen politischen Volksblatte", ein wirksames Organ. Die Lage der derzeit in Ungarn noch verbleibenden 700 000 Deutschen ist also keineswegs verzweifelt, und es macht sich bei ihnen auch ein erfreulicher Optimismus geltend. Weniger günstig liegen die Dinge bezüglich des Anschlusses Deutsch-Westungarns an Deutschösterreich. Die Unterlassungssünden der Wiener Regierung machen sich hier nachteilig geltend. Hätte man zur Zeit der ärgsten militärischen Bedrängnis der verflossenen Räteregierung zugegriffen, so wäre die Frage längst zugunsten des Anschlusses erledigt. Nun hat zwar der Friede von St. Germain Deutsch-Westungarn, leider mit Ausschluß der besten Teile der Gespanschaft Wieselburg, dem österreichischen Freistaate zugesprochen, allein die derzeitigen Machthaber Ungarns denken einstweilen nicht daran, sich dieser Bestimmung zu fügen, und die völlige militärische Ohnmacht Deutschösterreichs macht eine gewaltsame Besitzergreifung unmöglich. Allerdings ist die Bevölkerung Westungarns, soweit sie Deutsche umfaßt, also zum allergrößten Teile, für den Anschluß, und Minister Bleyer hat bisher mit seinen dort einberufenen Versammlungen, in denen er gegen den Anschluß sprechen wollte, kläglich Fiasko gemacht, denn er blieb in der Regel allein. Immerhin darf nicht vergessen werden, daß auf die Dauer die Deutschen Westungarns den terroristischen Mitteln des magyarischen weißen Schreckens kaum werden Widerstand leisten können. Das letzte Wort wird daher die Entente zu sprechen haben. Ist es ihr ernst mit der Erfüllung der von ihr selbst diktierten Friedensbedingungen, so wird sie auch dafür sorgen müssen, daß Westungarn tatsächlich an Deutschösterreich kommt.

B. I.

Schweiz

Westschweizer Zeitungen wollen wissen, nach einer „offiziellen deutschen Mitteilung" belaufe sich die Zahl der deutschen Deserteure im Ausland auf 45 000 Mann, die sich größtenteils in der Schweiz aufhielten. Dazu schreibt die „Züricher Neue Zeitung": „Ob solche Mitteilungen von deutscher Seite erfolgten, können wir nicht kontrollieren. Nach der vom eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement auf Ende Dezember 1917 aufgenommenen Statistik entfallen in runden Ziffern auf Deutschland 1300 Deserteure und 3000 Refraktäre, zusammen 4300."

Eine Umfrage bei allen Konsulaten der Schweiz innerhalb des Deutschen Reiches hat ergeben, daß bis zum 29. Juni rund 11 800 Einreisegesuche in Behandlung waren; in Stuttgart allein lägen 5160 Gesuche dieser Art vor.

Baltikum

Die militärische und politische Lage in den baltischen Provinzen hat sich rasch weiterentwickelt, ohne daß es gelungen wäre, die wünschenswerte Klarheit in das teilweise recht trübe Gewölk am östlichen politischen Himmel zu bekommen. Die Bolschewisten, die bei Pleskau einen Durchbruch erzwungen haben, scheinen durch eine Schlappe, die sie von seiten der Litauer und Polen bei Dünaburg zu verzeichnen hatten, etwas gehemmt worden zu sein, ziehen aber jedenfalls Reserven heran, um ihren Pleskauer Erfolg auszuwerten, wenn auch neuere Nachrichten von angeblichen Waffenstillstandsverhandlungen sprechen. An Truppen haben die Letten wenig entgegenzustellen. Ihr eigenes Heer ist wenig diszipliniert, und man hat schon die baltische Landeswehr von Tuckum, wo sie bisher stand, herunter in die Gegend von Jakobstadt gezogen, wo man sie vor der Hand allerdings noch hinter der Front bereit hält. Die deutschen Truppen aber stehen noch um Mitau herum, und es haben sich tief bedauerliche Vorfälle ereignet, die der deutschen Sache und dem deutschen Ansehen nicht dienlich zu sein scheinen. Der ehemalige Bevollmächtigte für das Baltikum, der mit einem warmen Herzen für baltisches Deutschtum ausgestattete Herr Winnig, veröffentlichte dieser Tage im „Vorwärts" eine geschichtliche Darstellung der ganzen Entstehung dieser deutschen Ostfronttruppen. Winnig begründete die „Anwerbestelle Baltenland", um eine neue Ostfront gegen die drohende Gefahr des Boischewismus zu schaffen. Diese Anwerbung hatte Erfolg, weil gleichzeitig die deutschen Großgrundbesitzer den Soldaten, die ihren Boden gegen den östlichen Feind verteidigten, Grund und Boden zu Siedelungszwecken versprachen, und weil die Regierung Ulmanis in ihrer höchsten Not diesen Frontkämpfern nach vierwöchentlichem Dienste auch das

Digitized by Google

lettische Staatsbürgerrecht versprach. Aber die Politik, die im Osten manchmal dunkle Wege geht, scheint diese Sachlage etwas getrübt zu haben. Ulmanis wurde zweifellos von den Deutsch-Balten unter Mitwirkung deutscher Truppen gestürzt und seine ganze Wut entlud sich nun auf die Deutschen. Als deshalb die Engländer nach Abschluß des Friedensvertrags auch das Regiment im Baltikum übernahmen (und so zielsicher vorgingen, daß jetzt bereits unter ihrer Führung eine Konferenz der baltischen Staaten sich auftat und gemeinsames Vorgehen natürlich im englischen Sinne beschloß!) und Ulmanis ihr Minsterpräsident wurde, erfolgte alsbald die Absage an die reichsdeutschen Truppen und die Mitteilung, daß keinerlei Rechte ihrerseits beständen. Es erscheint nach den neuesten Nachrichten zweifelhaft, ob Ulmanis in dem Vertrag vom 29. Dezember den deutschen Soldaten, die das lettische Staatsbürgerrecht bekommen sollten, juristisch auch die Ansiedlung versprochen hat. Winnig hat seinerzeit mit ihm vergeblich über diese Frage ins reine zu kommen versucht. Allein das lettische Staatsbürgerrecht hatte für die deutschen Soldaten doch nur einen Sinn, wenn sie sich auch ansiedeln könnten, und Ulmanis wußte zweifellos von den Zusagen des baltischen Großgrundbesitzes an die deutschen Soldaten, ihnen Land zu geben. Die ganze Geschichte ist also ein wenn auch nicht rechtlicher, so doch zum mindesten moralischer Betrug an den deutschen Kämpfern. Schuldig an ihm sind in erster Linie die Alliierten. Ob sie nicht doch in den allernächsten Wochen die deutschen Truppen zum Kampfe gegen die Bolschewisten brauchen werden, steht noch dahin, denn sie selbst haben keine Soldaten hier im Osten stehen, und Letten wie Esten sind höchst unzuverlässig. Die deutschen Truppen aber haben zum Teil dem Befehl in die Heimat zurückzukehren, sich widersetzt, sie sind zum Teil in ein russisches Detachement Graf Keller übergetreten, um weiter zu kämpfen und sich auf diese Weise vielleicht Ansiedelungsrechte zu erwerben, es haben in Mitau auch Plünderungen und Überfälle gegen lettische Soldaten stattgefunden, der Kommandeur Graf von der Goltz ist seiner Soldaten nicht mehr recht sicher, und nach neueren, allerdings noch unbestätigten Nachrichten, sollen diese Soldaten sich sogar zur Begründung einer freien Republik zusammengetan haben, die nicht so lächerlich zu nehmen wäre, wie sie auf den ersten Blick aussieht, weil hinter den Soldaten die einzig wirkliche Macht zurzeit im Baltikum stände. Die nächsten Wochen müssen hier die Entscheidung bringen, wie die Dinge militärisch und politisch laufen sollen.

Neuere Nachrichten wollen übrigens wissen, daß deutsche Offiziere mit der lettischen Regierung wegen Übertritts in die lettische Armee verhandelten. Sie beanspruchen keine besonderen Privilegien, wollten nur gegen den Bolschewismus kämpfen und wollten auch gewöhnliche Soldaten nach sich ziehen. Verhandlungen sollen, wie die „Baltischen Blätter" einer lettischen Zeitung entnehmen, demnächst in Riga stattfinden. Dort befindet sich jetzt auch der neue deutsche Gesandte, der in Wilna in schwieriger Mission bestens bewährte, früher in Ostasien erfolgreich tätig gewesene Baron Maltzahn, der Nachfolger Winnigs im Amt. Auch ein deutsches Konsulat befindet sich in Riga, Zweigstellen der Gesandtschaft amtieren in Mitau und Libau. In Mitau erscheint auch wieder eine deutsche Zeitung, als Nachfolgerin der ehemals Mitauschen Zeitung das „Mitausche Tageblatt". Hoffentlich wird nun nicht wieder jeder Buchhändler gleich eingesperrt, der es verkauft. In der Angelegenheit des Buchhändlers Löffler, über die wir berichteten, hat übrigens Herr Dr. Schiemann im lettischen Volksrat eine Interpellation eingebracht, die allerdings Herrn Löffler nicht vor dem Absitzen seiner 14 Tage Gefängnis bewahrt, die aber die Unsinnigkeit und Ungerechtigkeit jenes politischen Urteils scharf geißelt.

Italien

Die von der „Agenzia Stefani" in den italienischen Zeitungen bereits Ende Juli angekündigten Dekrete über die Wiederaufnahme geregelter Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Italien sind in der „Gazetta Ufficiale" vom 31. 7. beziehungsweise 1. 8. erschienen. Es sind die Königl. Dekrete Nr. 1296 vom 24. 7. 19 und Nr. 1303 vom gleichen Datum, in Kraft getreten am 1. 8. 19. Ihr wesentlicher Inhalt ist durch die Wiedergabe der Stefani-Meldung in den deutschen Nachrichtenblättern den Interessenten bereits bekannt.

In den „Mitteilungen der Deutschen Handelskammer in der Schweiz" Nr. 8, S. 156, wird hierzu bemerkt:

„Wenngleich nun die angekündigte Handelsfreiheit sofort durch zwei als Anhängsel zu obigem Dekret erschienene Verordnungen geradezu illusorisch geworden ist, da die beiden sogenannten Sperrlisten von Waren, welche von Privatleuten nur mit Genehmigung des Finanzministers, und von solchen, die nur vom Staat eingeführt werden dürfen, zusammen fast zwei Drittel des gesamten italienischen Zolltarifs umfassen, kommt als erschwerender Umstand noch hinzu — und dies geht nicht aus dem Wortlaut des Dekretes hervor, sondern ist in Form einer dienstlichen Weisung an die italienischen Zollämter geschehen —, daß der italienische Käufer eine Einfuhrbewilligung beizubringen hat. Die jüngsten Erleichterungen bzw. Aufhebungen der italienischen Einfuhrbewilligungen gelten für alle Länder mit Ausnahme von Deutschland, Ungarn und Rußland.

Es bestätigt sich demnach die schon vor einiger Zeit von Mailänder Zeitungen in Aussicht gestellte Absicht der italienischen Regierung, daß die Einfuhr deutscher Fertigfabrikate, um eine Konkurrenz nicht aufkommen zu lassen, scharf eingeschränkt werden soll."

Nach den Mitteilungen der Deutschen Handelskammer ist dagegen zufolge eines amtlichen Telegramms, das am 16. August dem italienischen Zollamt Chiasso zuging, die Einfuhr von Gütern mit Ausnahme von Edelsteinen, Schmucksachen aus Edelsteinen, Edelmetallen usw. gestattet, sofern es sich um Postpakete handelt.

Das Kgl. Dekret Nr. 1303 vom 24. 7. trifft noch eine wichtige Bestimmung hinsichtlich der rechtlichen Stellung der Deutschen in Italien. Artikel 3 der Verordnung bedeutet die Wiederherstellung der vollen Prozeßfähigkeit für die deutschen (übrigens auch die bulgarischen, ottomanischen und deutsch-österreichischen) Untertanen, deren sie seit der Verordnung des Reichsverwesers (decreto Luogotenenciale) Nr. 36 vom 28. Januar 1918 (faktisch allerdings schon viel früher) entbehrten. Durch den genannten Artikel 3 (in Verbindung mit dem Artikel 7) ist den Angehörigen, juristischen Personen oder Handelsgesellschaften des Deutschen Reichs und denjenigen, die dort ihren Wohnsitz oder Sitz haben, wieder das Recht verliehen, in Italien und dessen Kolonien Anträge, Klagen in Zivil-, Handels- oder Verwaltungssachen zu stellen, Verfahren oder Rechtshandlungen einzuleiten, vorzunehmen oder durchzuführen, sowie hypothekarische Eintragungen und Übertragungen vornehmen zu lassen. Da mit der Rechtskraft der Verordnung, also vom 1. 8. 19 ab, die Rechtsmittelfristen, die seit dem 18. 1. 18 unterbrochen waren, wieder zu laufen beginnen, ist es Sache der deutschen Interessenten, bei Wiederaufnahme unterbrochener Verfahren, bei Geltendmachung von Rechtsmitteln und bei Vornahme sonstiger Rechtshandlungen die bisher unterbrochenen Fristen einzuhalten.

Rumänien

In Wien sind, wie der Berl. „Lok.-Anz." meldet, 22 deutsche Professoren aus Czernowitz in Güterwagen eingetroffen. Die rumänische Regierung hat sie entlassen,

Digitized by Google

weil sie sich weigerten, den Unterricht in rumänischer Sprache zu erteilen.

Palästina

Dem Restbestande der Palästinadeutschen ist leider von seiten des französischen Kommandos ein Weiterverbleiben in Haidar Pascha nicht gestattet worden; der französische Befehlshaber hat den Abtransport nach Deutschland verfügt, und so sind seit Mitte August auch die letzten Deutschen in der Heimat angekommen. Von den in Ägypten Internierten haben auch nur einige wenige Kranke bisher die Erlaubnis zur Rückkehr nach Palästina bekommen, doch wird erhofft, daß alsbald nach Friedensschluß eine größere Anzahl von Templern ihnen folgen darf.

Vereinigte Staaten von Nordamerika

Zu der in der letzten Nummer unserer Zeitschrift in einem Aufsatz ausführlich behandelten Frage des feindlichen Eigentums in den Vereinigten Staaten wird der „Frankf. Ztg." geschrieben: Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, daß den ursprünglichen Eigentümern der vom Verwalter feindlichen Eigentums beschlagnahmten Objekte der Erlös aus deren Verkauf überwiesen werden wird, wenngleich wohl der Friedensvertrag alle diesbezüglichen schon getroffenen oder noch zu treffenden Maßnahmen legalisiert. Im Kongreß besteht jedenfalls aus zwei Gründen eine starke Strömung für eine liberale Handhabung. Einmal hat sich das Oberste Gericht stets auf den Standpunkt der Unantastbarkeit des Privateigentums gestellt, und dann möchte man keinen Präzedenzfall schaffen, der einmal gegen die Vereinigten Staaten ausgenützt werden könnte. Die schon verkauften Anlagen werden freilich keinesfalls zurückgegeben werden, sondern nur die unverhältnismäßig kleinen Versteigerungserlöse daraus. „Das übrige Eigentum mag", so berichtet der Korrespondent, „den deutschen Eigentümern in derselben Gestalt zurückgegeben werden, wie es von der Regierung übernommen worden ist. Sicher ist dies aber nicht." Die Docks der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd in Hoboken sind zweifellos dauernd in den Besitz der amerikanischen Regierung übergegangen. Auf Anfrage teilte der Verwalter des feindlichen Eigentums mit, daß das Gebäude der Hamburg-Amerika-Linie nicht verkauft worden sei.

Brasilien

Das Eigentumsrecht der brasilianischen Regierung auf die in ihren Häfen beschlagnahmten deutschen Dampfer ist gerichtlich anerkannt worden, und die französische Regierung hat dem Präsidenten Pessoa anläßlich seines Pariser Aufenthalts den Vorschlag unterbreitet, die bisher von Brasilien gepachteten früheren deutschen Dampfer zu kaufen. Dieser Vorschlag ist unter gewissen Bedingungen angenommen worden, und nach einer Notiz des W. N. D.-Übersee befinden sich die Verkaufsverhandlungen darüber in der Schwebe.

Argentinien

In einer Korrespondenz der „Frankf. Ztg." aus Buenos-Aires vom 10. Juli heißt es:

„Der deutsche Handel und namentlich die großen Häuser haben während der Kriegszeit ihre Geschäfte, wenn auch in eingeschränktem Maße, weiterführen können. Sie haben sich den Verhältnissen anzupassen gewußt und zum Teil recht gut gearbeitet. Die deutsche Kolonie bemühte sich nach Kräften, die schwierige wirtschaftliche Lage der vielen Angestellten, die infolge der Verhältnisse brotlos wurden, zu verbessern. Gleichwohl haben die deutschen Angestellten und Arbeiter sehr schwere Zeiten zu überwinden gehabt. Das Fehlen Deutschlands auf dem Markte hat in erster Linie den nordamerikanischen Handel begünstigt."

Ecuador

Unter so vielen unangenehmen Nachrichten auch einmal eine erfreuliche! Es berührt seltsam, jetzt am Ende von fünf Kriegsjahren, in denen die Ententestaaten mit jedem Mittel den Haß der ganzen Welt auf uns entfachten, auf einmal von Freunden zu hören, die fest und treu auf unserer Seite standen, und von denen weitere Kreise gar nichts wußten; doppelt merkwürdig, daß wir nun von ihnen Kunde erhalten aus — einer englischen Zeitung. Unter der Überschrift „German influence unbroken" schreibt ein Sonderberichterstatter der „Times": „Auf diesem entlegenen und wenig bekannten Fleck Erde, hoch in einem Tal der Anden, weit weg von dem Donner der Geschütze, die Europa erzittern machten, verfolgte eine kleine englische Gemeinde ängstlich während der vier Kriegsjahre den Fortgang des Kampfes mit Deutschland. Einige wenige Bürger von Ecuador hielten es mit der Sache der Alliierten, die erdrückende Mehrheit war fanatisch deutschfreundlich." Der englische Korrespondent gibt dann in erster Linie die engen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Ecuador als Grund an. So ziemlich die ganze Einfuhr und ein beträchtlicher Teil der Ausfuhr sei in deutschen Händen gewesen oder für deutsche Rechnung gegangen. Und der Grund hiefür? Die Anpassungsfähigkeit der deutschen Industrie und des Handels an die Wünsche des kaufenden Landes, antwortet der Korrespondent.

Dann aber habe die Kirche all ihren Einfluß zur Parteinahme für die Deutschen geltend gemacht, und da sei es in dem Land, in dem vorher französischer Einfluß schwer gewogen habe, die politische Haltung des amtlichen Frankreich der Kirche gegenüber gewesen, die der katholische Klerus hier habe rächen wollen. Ganz ausgesprochen deutsch sei der Einfluß der chilenischen, durch deutsche Schule gegangenen Militärinstruktoren im Lande und der deutschen Instruktionsoffiziere in Ecuador gewesen. Und dann hatte die Regierung endlich vor dem Krieg deutsche Lehrer für Volksschulen angestellt, während des Krieges die Kontrakte mit ihnen erneuert, hatte deutsche Ingenieure und deutsches technisches Lehrpersonal kommen lassen. Die meisten dieser Männer seien heute noch auf ihrem Posten, und ihr Einfluß könne gar nicht unterschätzt werden.

Unter allen diesen Umständen hätten die englischen amtlichen Vertreter im Lande keinen leichten Stand gehabt. Trotz mancherlei Beschränkungen während des Krieges blühte die deutsche Kolonie in Ecuador und blühe noch nach Abschluß des Friedens, und alle Anstrengungen von alliierter Seite, diesen Einfluß zu brechen, seien bisher umsonst gewesen.

China

Nach dem „Japan Chronicle" hat der holländische Gesandte in Peking im Juli mit dem Hinweis, daß der Krieg tatsächlich beendet sei, vergeblich Erleichterungen (in der polizeilichen Aufsicht usw.) für die wenigen noch in China befindlichen Deutschen und Österreicher zu erlangen gesucht; die chinesiche Regierung verharre auf dem Standpunkt, daß der Kriegszustand noch nicht beendet sei.

Inzwischen wurde durch Zeitungsmeldungen bekannt, daß China den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt hat. Damit fallen wohl auch die polizeilichen Einschränkungen, denen unsere Landsleute unterworfen waren, wenn freilich von Ententeseite auch weiterhin versucht werden wird, die Deutschen in China nach wie vor lästigen Kontrollmaßregeln zu unterwerfen.

Japan

Die Vereinigung der Auslanddeutschen im Kaufmännischen Verein von 1858, Hamburg, erhielt von ihrem Bezirksverein in Yokohama folgenden Bericht: „Die Gesinnung gegen Deutschland ist im allgemeinen gut. Hier liegt das Geschäft sehr günstig, weil viel Geld im Lande ist. Nach deutscher Ware ist rege Nachfrage."

Digitized by Google

Südseeinseln

Der japanische Gouverneur der ehemals deutschen Südseeinseln erließ laut „Japan Chronicle" den Befehl an die 77 feindlichen Untertanen, in der überwiegenden Mehrzahl natürlich Deutsche, die Inseln zu verlassen. Nur 7 durften aus Krankheitsgründen zurückbleiben, alle anderen sind Ende Juli in Yokohama angekommen und wurden in dem ehemaligen Deutschen Marine-Lazarett auf dem Bluff untergebracht.

KLEINE NACHRICHTEN

Louis Rösch †. Das Stuttgarter „Neue Tagblatt" bekam in diesen Tagen einen Brief aus Amerika, der seit Juni 1916 unterwegs war und in dem mitgeteilt wird, daß in San Franzisko einer der besten Vertreter des Deutschtums, Louis Rösch, gestorben sei. Er wurde 1856 in Stuttgart geboren und kam im Jahre 1872 nach Nordamerika, wo er in San Franzisko eine lithographische Anstalt gründete, die zu großer Bedeutung emporstieg. Er hat sich Zeit seines Lebens für das Deutschtum mit Energie und Erfolg eingesetzt.

Arnim Fritze †. In Lodz, seinem ihm zur zweiten Heimat gewordenen Wohnsitz, verstarb am 17. August im Alter von 55 Jahren Herr Arnim Fritze, Generaldirektor der großen deutschen Wollmanufaktur Leonhardt, Woelker und Girbardt. Zusammen mit Manufakturrat Leonhardt, dem eigentlichen Träger des Gedankens einer höheren deutschen Schule in Lodz, hat er sich hervorragend um die Gründung und den Ausbau des Deutschen Gymnasiums in Lodz verdient gemacht. Noch bis vor kurzem saß er im Kuratorium des Gymnasiums und Lyzeums, auch sonst stand er der deutschen Jugendbewegung in Polen nahe. Unter anderem schenkte er der jetzt leider aufgelösten Jugendgruppe des Deutschen Vereins Bilder und andere Sachen für die Jugendheime. Auch auf dem Gebiete der Wohltätigkeit der Lodzer deutschen Gesellschaft spielte er eine große Rolle. Dem Reichsdeutschen Hilfsverein gehörte er seit Gründung an und war lange im Vorstand.

Seminarlehrer Eduard Hesse †. Mitten in den schweren Zeiten, die die Deutschen in Polen durchmachen, hält auch noch der grausame Tod unter den wenigen führenden Persönlichkeiten reiche Ernte. Nach Arnim Fritze, dem Mitbegründer des Deutschen Gymnasiums, ist nun auch Seminarlehrer Hesse im Alter von nur 51 Jahren nach langem Leiden in den Tod gegangen, nach einem Leben, in dem er ungezählte Arbeit für die deutsche Sache und vor allem die deutsche Schule in Lodz geleistet hatte. Einfach, schlicht, zurückhaltend war sein Wesen, umso freundlicher konnten seine Augen leuchten, wenn er wieder eine stille Arbeit im Sinne seines deutschen Wesens getan hatte. In Lodz trauern ihm viele nach.

Teplitz. Brand des Deutschen Theaters. Das Stadttheater in Teplitz ist in der Nacht zum 1. September infolge Kurzschlusses in der elektrischen Leitung bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Von der Einrichtung konnte nur ein kleiner Teil gerettet werden. Das Haus war 1874 erbaut und war das größte und bekannteste deutsche Provinztheater in Böhmen.

Marburg. Wegnahme des Deutschen Theaters. Der Marburger Theater- und Kasinoverein, in dessen Eigentum sich die Marburger Bühne befindet, ist behördlicherseits aufgelöst worden. Damit hat das hundertjährige Marburger Theater und zugleich mit ihm das Lichtspieltheater des Vereins zu bestehen aufgehört.

Probst D. Braunschweig in Porto Alegre ist im Mai dieses Jahres von seinem Amt an der deutsch-evangelischen Kirche Brasiliens aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten. Acht Jahre hat der von allen Deutschen in Brasilien gekannte und hochgeschätzte Mann auf diesem Posten in Kirche und Schule gewirkt.

Rotterdam. Abschied des deutschen Konsuls Dr. Gneist. Die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande" widmet dem scheidenden Konsul, der ins Auswärtige Amt nach Berlin berufen wurde, warme Worte der Anerkennung. Wenn es je ein Konsul verstanden habe, sich in allen Kreisen beliebt zu machen, so sei er es gewesen. Seit er im Jahre 1909 nach Rotterdam gekommen sei, habe er den Mittelpunkt der deutschen Gesellschaft gebildet, ohne das nach außen hervorzukehren. Auch nachdem er vortragender Rat und Leiter der Handelsstelle im Haag geworden war, habe sein Interesse für die deutsche Schule in Rotterdam unbehindert fortbestanden. Die Niederländer selbst schätzten ihn ungemein. Ein Ausschuß aus Rotterdamer Herren, zumeist Niederländern, hatte zu einer Abschiedsfeier eingeladen, zu der aus dem ganzen Lande zahlreiche Freunde gekommen waren. Bankdirektor Bruns gab dem Schmerze der Freunde über das Scheiden des liebenswürdigen und tüchtigen Menschen und Beamten Ausdruck und überreichte als Erinnerungsgabe ein Waldstück des bekannten niederländischen Malers Th. de Bock.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Lodz. Das deutsche Gymnasium in Lodz — für Knaben Reform-Realgymnasium, für Mädchen wenig abgeändertes deutsches Lyzeum — kann am 15. September wieder seinem Betrieb übergeben werden! Diese Nachricht erfreute alle Deutschen von Lodz in den ersten Septembertagen an einem Morgen, als in der „Lodzer Freien Presse" nach langem Warten endlich zu lesen stand, daß die Räumung des schönen Gebäudes von der polnischen Militärlazarettverwaltung nach zahllosen Bittgängen endlich vollzogen worden sei, und daß das Gebäude nur noch der Herrichtung bedürfe, um wieder benützt werden zu können. Im oberen Teil des Gebäudes werden zurzeit die wenigen notwendigen Bauarbeiten durchgeführt, die die Übersiedlung des bisherigen Luisenlyzeums in die Knabenschule mit sich brachte, sind diese vollzogen, so sind die beiden Schulen äußerlich unter Dach, und das ist immerhin schon recht viel. Wie es ihnen allerdings im inneren Betrieb gehen wird, das kann niemand voraussagen, weil eben die dringend notwendigen reichsdeutschen Lehrkräfte gar so sehr fehlen werden. In diesen Tagen ist eine der verdienstvollsten Lehrkräfte, Herr Dr. Hans Schnapperelle, mit Frau und Kind im ersten Rückwandererzug nach 9tägiger Fahrt in die Heimat zurückgekehrt, er weiß bei aller Anerkenntnis für die Tapferkeit unserer deutschen Landsleute nicht eben sehr viel Gutes zu berichten. Vor allem fehlt es den beiden Schulen, die nach dem Willen der polnischen Schulbehörden beide getrennte männliche Direktoren polnischer Staatsangehörigkeit haben müssen, an den richtigen leitenden Kräften. Wohl gibt sich Direktor Wolff, der in höchster Not aus der Nachbarstadt Zgierz herbeigeholt wurde, als Direktor v. Eltz das Land verlassen mußte, sich alle erdenkliche Mühe, aber schon die Tatsache allein, daß er reiner Naturwissenschaftler ist, hemmt sehr und schädigt vor allem die so besonders wichtigen Oberklassen, für die wirklich gute Lehrkräfte nun vorerst ganz fehlen werden. Man hofft immer wieder auf Gewinnung von Lehrkräften aus den bisher preußischen Gebieten, die ja die Voraussetzung der pol-

Digitized by Google

nischen Staatsangehörigkeit erfüllen werden, doch wird wohl in Kürze neben der Staatsangehörigkeit auch der polnische Sprachnachweis verlangt werden, wenigstens befürchtet man dies sehr. Am Lyzeum hatte nach Ausweisung der reichsdeutschen Lehrkräfte — März 1919 — Fräulein Ehlert in selbstloser Weise die Leitung des Lyzeums übernommen und zur allgemeinen Zufriedenheit durchgeführt; nunmehr wurde ein Herr von Ingersleben, bisher beim polonisierten Braunschen Knabengymnasium, für die Leitung in Aussicht genommen, ohne daß damit die schwierige Frage auch nur einigermaßen befriedigend gelöst wäre.

Antwerpen. Deutsche Schule. Die Augustnummer der Mitteilungen des Vereins früherer Schüler und Schülerinnen der Deutschen Schule bringt das Ergebnis der öffentlichen Versteigerung des Gesamtinventars der Schule am 23. April. Erlöst wurden ganze 23 693 Franken. Dabei war der Wert der Lehrerbibliothek allein 50 000 Franken. Daneben bestanden 7 Schülerbüchereien, waren Unterrichtsmittel für Physik und Chemie, für Erdkunde, Geschichte und Kunst, für Musik (drei Flügel!), eine wertvolle Ausstattung an Bänken und Pulten, Schränken und Tischen, eine Bühnenausstattung in der Aula und noch manches andere im Gesamtschätzungswert von 200 000 Franken vorhanden. Seit 1840 hatte die Schule bestanden, und auch mancher angesehene Belgier hat sich auf ihr die Grundlage seines Wissens erworben. — Ein weiterer Oberprimaner der Anstalt hat in Stuttgart das Abiturientenexamen bestanden; er schreibt: „Es wird mir traurig zu Mut, wenn ich an unsere schönen Abiturientenabschiedsfeiern in Antwerpen denke, wo einem der Abschied von der Schule eigentlich schwer fiel und wo Sie, verehrter Herr Direktor, einem jeden dann bei der Überreichung des Zeugnisses noch ein Goethewort auf den Weg gaben, das einem als Richtschnur für das fernere Leben gelten konnte. Und die ergreifenden Chöre der jüngeren Kameraden!" Auch zwei Schüler der ehemaligen Unterprima haben an einer süddeutschen Schule das Reifezeugnis erhalten. Der Studienstiftung gingen verschiedene Schenkungen zu. Die Kasse der Stiftung benötigt auch dringend solch freiwilliger Beiträge, da zurzeit bei 2000 Mark jährlichem Zinsenerträgnis an fünf Studenten jährliche Stipendien in Höhe von zusammen 5000 Mark gewährt werden.

KIRCHLICHES

Ein Generalvikar für Eger. Die deutsche katholische Geistlichkeit des westlichen Böhmen sprach sich in einer vor kurzem in Eger abgehaltenen Versammlung, die von 110 Priestern besucht war, dahin aus, daß für den deutschen Anteil an der Prager Erzdiözese ein eigener Generalvikar bestellt werde, der womöglich in Eger seinen Sitz haben soll. — Der Wunsch nach einem eigenen Bistum Eger ist früher schon wiederholt ausgesprochen worden.

Hongkong. Die Regierung von Hongkong hat eine Verfügung erlassen, durch die alles bewegliche und unbewegliche Eigentum der folgenden Missionen oder Missionsgesellschaften auf den öffentlichen Treuhänder übertragen wird: Berliner Frauenmission für China, Basler evangelische Missionsgesellschaft, Rheinische und Hildesheimer Mission.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Wien. Bund der Reichsdeutschen in Deutschösterreich. Nachdem der Bund in Verfolgung seiner Aktion „Kinder aufs Land" bei verschiedenen Regierungen in Deutschland vergeblich angeklopft hatte, gelang es dem Volksratsmitglied Ingenieur Voegelin, in Ballenstedt am Harz die Erlaubnis zur Unterbringung von 20 Kindern zu erhalten, die unter gemeinsamer Führung am 8. August in Marsch gesetzt wurden und nach 36stündiger Fahrt glücklich an ihrem Ziel anlangten. Die Kinder sind zu mehreren bei einzelnen Familien untergebracht und herzlich aufgenommen worden. „Es hat sich ergeben," schreiben dazu die „Nachrichten" des Bundes, „daß unser Gedanke, die Kinder von uns aus nicht nach der Schweiz oder nach Dänemark oder Schweden zu schicken, sondern sie innerhalb des deutschen Gebietes unterzubringen, eine große Berechtigung hatte. Verschiedene Kinder fahren das erstemal durch deutsche Länder und sehen damit ihre eigentliche Heimat. Dieser Gedanke muß darum wohl weiter ausgebaut werden und für das nächste Jahr schon rechtzeitig wieder etwas vorbereitet werden."

Um der Aktion Geldmittel zuzuführen, hatte der Bund zu Beginn des Sommers im großen Konzerthaussaal ein Konzert veranstaltet, zu dem neben einer Reihe von Künstlerinnen und Künstlern von Ruf auch das große Tonkünstlerorchester gewonnen war. Es war die erste Veranstaltung, mit der der Bund vor die Öffentlichkeit trat, und man sah dem Abend daher mit einigem Bangen entgegen. Das Fest verlief glänzend, in wechselnder Fülle an ernster und heiterer Kunst konnten den zahlreichen Besuchern, meist Reichsdeutschen, mit dem Botschafter Grafen Wedel an der Spitze, genußreiche Stunden bereitet werden.

Die Bundeskanzlei konnte auf das erste halbe Jahr ihrer Tätigkeit zurückblicken. Besonders in den letzten Wochen des ersten Halbjahres wuchs die Arbeit bedeutend an, so daß die Einstellung eines zweiten Sekretärs und weiterer Hilfskräfte nötig wurde.

Wieselburg und Ungar. Altenburg. Deutscher Kulturbund für Ungarn. In einer sehr gut besuchten Volksversammlung wurde die Gründung einer Ortsgruppe des deutschen Kulturbundes für Ungarn für die beiden Gemeinden Wieselburg und Ung. Altenburg beschlossen. Nach Musik und Vorträgen des neugegründeten deutschen Gesangvereins hielt Rudolf Balabene nach dem Bericht des „Vierburgenland" eine zündende Begrüßungsansprache, nach der Adolf Pohl in längerer Rede den Zweck des Kulturbundes auseinandersetzte.

Basel. Der Verein deutscher Kameraden Basel (früher: „Deutscher Militärverein Basel") veranstaltete im August zum ersten Male wieder seit 5 Jahren einen Sommerausflug und damit verbunden eine kleine Feier zur Begrüßung der aus dem Felde heimgekehrten Mitglieder. Nahezu 400 Teilnehmer zogen von Birsfelden aus unter flotter Marschmusik der badischen Eisenbahner durch den Hardtwald nach Muttenz. Dort begrüßte der 2. Vorsitzende, Herr Kozold, die Mitglieder und in erster Linie die aus dem Felde heimgekehrten. Vier Kameraden sind gefallen, zwei werden noch vermißt, und zehn warten noch auf die Einreiseerlaubnis nach der Schweiz. Nach einigen künstlerischen Darbietungen dankte im Namen der Kriegsteilnehmer der 1. Vorsitzende, Herr Rinderspacher, in herzlichen Worten und pries die Frauen wegen ihres tapferen Aushaltens in der Heimat. Besondere Worte des Dankes fand der Redner für die freiwilligen Arbeitsleistungen und die Opfer des Deutschen Hilfsvereines Basel, des Hilfsfonds für die Wehrmännerfamilien, des Deutschen Hilfsbundes Basel, dem Deutschen Liederkranz und der badischen Beamtenschaft. Herzliche Worte galten der Schweiz für die Hilfetätigkeit zu Gunsten der Gefangenen und das Entgegenkommen in der Zulassung von Feldpostsendungen, dann auch der Regierung von Baselstadt, bei der die Krieger ihre Familien sicher geborgen wußten. An alle Mitglieder richtete der 1. Vorsitzende den Appell, alle die Wohltaten damit zu vergelten,

Digitized by Google

daß sie als erprobte Soldaten ihrerseits für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sorgen und sich durch eisernen Arbeitswillen bemerkbar machen.

Freiburg in der Schweiz. Deutscher Hilfsverein Der Jahresbericht für das Jahr 1918 weist aus, daß ungefähr die gleiche Zahl von Familien wie im Vorjahre unterstützt wurde, nämlich 70; von 46 Familien waren die Männer und Söhne im Feld. Im ganzen wurden aus der Reichsnothilfe 52 000 Franken verausgabt, gegenüber 44 000 Franken im Vorjahre. 3 Waggon Kohlen wurden verteilt, und zwar zu herabgesetzten Preisen, und außerdem 65 kg Reis. Der Bayernverein übernahm es, an durchreisende Internierte kleine Gaben auszugeben. Im Jahre 1918 konstituierte sich auch ein „Österreichisch-Ungarischer Hilfsverein", dessen Präsidentenschaft der frühere Schriftführer des deutschen Hilfsvereins, Professor Piccardt, übernahm. Eine besondere Vereinigung trat unter dem Namen „Deutsche Frauenfürsorge" ins Leben, die ganz Außerordentliches in der Fürsorge leistete. Der Verein zählt jetzt 59 Mitglieder. Die „Deutsche Frauenfürsorge" konnte 464 Franken und auch verschiedene sehr willkommene getragene und neue Kleidungsstücke sammeln, die dann an Bedürftige zur Verteilung kamen.

St. Gallen. Badenser-Verein. Die zurückgekehrten Wehrleute fanden sich zu einem Familienabend zusammen. Der Vorsitzende, Herr Ferber, gedachte in schlichten Worten der Toten des Vereins, und der Entbehrungen und Leiden, die von Männern und Frauen tapfer überstanden worden seien, und erinnerte auch an die Mitglieder, die noch der Einreiseerlaubnis in die Schweiz harrten. Jeder Wehrmannsfrau, deren Mann noch nicht zurück war, machte der Verein ein kleines Geldgeschenk. Generalkonsul Freiherr von Schauenburg widmete den Schweizer, besonders den St. Galler, Behörden für ihr stets bewiesenes Entgegenkommen Worte des Dankes; er feierte die Badener als „besonders zähe Rasse" und brachte ein Hoch aus auf die badische Heimat und das deutsche Vaterland. Musikalische Darbietungen und ein gemeinsames Essen schlossen den Abend.

Winterthur. Deutsche Versammlung. Herr Pfarrer Wegener aus Zürich sprach vor einer von 200 Deutschen besuchten Versammlung über die Deutschland auferlegten Friedensbedingungen. Ausgehend von den Ursachen des Krieges und den Kriegszielen beider Parteien ging der Redner, der sich in historischen Studien einen sicheren Blick für geschichtliches Werden erworben und vor dem Krieg bei Reisen in den Ententeländern persönliche Eindrücke in sich aufgenommen hat, zu den Hauptpunkten des Friedensinstrumentes über und wies überzeugend nach, wie vernichtend und entehrend dieser Vertrag für das deutsche Volk ist.

Zürich. Deutscher Reichsverein und Deutscher Ruderverein veranstalteten im Saale der Pestalozzischule gemeinsam eine Gedenkfeier für ihre im Kriege gefallenen Mitglieder, an der auch Generalkonsul Plehn und eine Anzahl internierter Offiziere teilnahmen. Nach ernsten musikalischen Darbietungen hielt Pfarrer Wegener die Gedächtnisrede, die ausklang in die Mahnung: Arbeiten und kämpfen, bis Wahrheit, Freiheit und Friede unserem Volke beschieden sind. Als die Namen der für das Vaterland gefallenen 14 Mitglieder feierlich verlesen wurden, erhob sich die Versammlung von ihren Sitzen. Herr Tilgenkamp sprach im Namen der heimgekehrten Krieger. Die Liebe zum Vaterland, die bei vielen Auslanddeutschen erst im Krieg erwacht ist, das war der leitende Gedanke seiner Worte, soll den Zusammenbruch überdauern und das Fundament der Arbeit am neuen Deutschland sein.

Zürich. Deutscher Militärverein. Der Vorsitzende, Herr Rommel, hat fünfzehn Jahre lang dem Verein als Kassier und Vorsitzender gewidmet und Besonderes in seiner großen Fürsorgetätigkeit für die Frauen und Kinder der im Felde stehenden Kameraden geleistet; aus Gesundheitsrücksichten mußte er sein Amt niederlegen. Im Namen aller Mitglieder sprach ihm in der Generalversammlung Herr Picard den Dank des Vereins aus und überreichte ihm einen mit Blumen geschmückten silbernen Korb. — Die Einführung einer obligatorischen Lebensversicherung wurde allgemein begrüßt. Die Erniedrigung des Tagegeldes bei Krankheiten wurde beschlossen.

New York. Deutscher Liederkranz. Der Liederkranz gründete, einer Mitteilung des „Lokalanzeigers" zufolge, einen Deutsch-Amerikanischen Verein, der auch in Cincinnati, Chicago, Saint Louis und anderen Hauptstädten Zweigstellen zur umfassenden Unterstützung der deutschen Stammesgenossen organisiert. Der Redakteur der New Yorker Staatszeitung, Ridder, Barthold aus Saint Louis, und andere sollen an der Spitze stehen. Die Organisation will auch Handels- und Industrieinteressen vertreten und so der im Interesse von England, Frankreich und Italien begründeten Vereinigung von mehreren hundert amerikanischen Handelskammern entgegenwirken.

New York. Deutscher Bezirksverein des Kaufm. Vereins von 1858. Die Vereinigung der Auslanddeutschen im Kaufmännischen Verein von 1858 erhielt die Nachricht, daß der New Yorker Bezirksverein seine Tätigkeit wieder aufgenommen hat. Die deutschen Volksgenossen scheinen sich drüben ihrer gewohnten persönlichen Freiheit zu erfreuen, da der Verein im Monat Juli einige mehrtägige Ausflüge in die Umgebung veranstalten konnte. Allerdings wird die Monatsschrift des Bezirks noch nicht wieder wie früher in deutscher Sprache gedruckt, sondern in englischer.

Buenos Aires. Der Deutsche Volksbund für Argentinien hielt in den Tagen vom 8.—10. Juli seine diesjährige Bundestagung in der Hauptstadt des Landes ab. „Sammeln, einigen, schützen, aufbauen" nennt die „Deutsche La-Plata-Zeitung" in ihrem Begrüßungsartikel zur Tagung das eigentliche Ziel des Volksbundes. Am Abend des ersten Tages fand für die Abgeordneten aus den Provinzen ein Begrüßungsabend im Deutschen Vereinshause statt, wo Herr Flick, der stellvertretende erste Vorsitzende, die Herren im Namen der Bundesleitung willkommen hieß. Bei den Tagungen am nächsten Morgen waren 32 auswärtige Ortsgruppen mit 58 Stimmen vertreten. Dr. Franck gab als Schriftführer eine Übersicht über die Tätigkeit der Bundesleitung im abgelaufenen Geschäftsjahr. Schriftverkehr und Inanspruchnahme der Rechtsauskunftstelle (der die Rechtsanwälte Dr. Dungelmann, Linck und Dr. Schüler unentgeltlich ihre Kräfte leihen) haben zugenommen. Übersetzungen ins Spanische wurden für eine Reihe von Mitgliedern ausgeführt. Dann leistete die Bundesleitung der Zweigstelle Buenos Aires der Gefangenenhilfe in Barcelona durch Aufbringung von rund 4700 Pesos eine nennenswerte Unterstützung. Eine andere Sammeltätigkeit, die in Zukunft noch mehr betrieben werden soll, betrifft den Kriegerdank der Auslanddeutschen. Die Mitwirkung der Bundesleitung erstreckte sich dann noch auf folgende Gebiete: Versammlungen der Vereinsvorstände, Protestversammlungen gegen die barbarischen Friedensbedingungen, ferner die Wanderbücherei, von der jetzt drei Kisten im Umlauf sind. Wenn im Berichtsjahre auch 4 Ortsgruppen — z. T. nur vorübergehend — eingegangen sind, so zeigt doch die Gesamtzahl der Mitglieder in noch 43 Ortsgruppen ein Anwachsen von 3350 auf rund 4330. Eine besondere Stärkung hatte die

Digitized by Google

Ortsgruppe Concordia unter Leitung des Konsuls Hügel zu verzeichnen. Auch die Finanzen des Bundes sind gut; es gelang, die deutsche Schule in Bariloche zu unterstützen und aus Überschüssen der Ortsgruppe Winifreda eine Beihilfe zur Hauseinrichtung zu gewähren, sowie auch die Besuchsreisen des Herrn Dr. Keiper bei den einzelnen Ortsgruppen teilweise auf die Bundeskasse zu übernehmen. Gescheitert, und zwar durch Englands Machtspruch, ist der Plan, ein Lebensmittelschiff nach Deutschland zu schicken.

Die Tagung befaßte sich sodann, nachdem unter den eingelaufenen Begrüßungstelegrammen auch eines des chilenischen Volksbundes verlesen worden war, mit Organisationsfragen, aus denen hervorzuheben ist, daß sich die Versammlung unter bestimmten Voraussetzungen mit der Gründung von neuen Ortsgruppen auf der Basis bestehender deutscher Vereine einverstanden erklärt. Die Frage der Erhöhung der Beiträge wurde dahingehend gelöst, daß neben einem nicht zu hohen Mindestbeitrag, jedem überlassen bleibt, sich selbst einzuschätzen; daneben soll aber ein besonderer Ausschuß die Beschaffung von Geldmitteln energisch betreiben.

Herr Lindemann berichtete über die Bundeszeitung und die von der Bundesleitung durchgeführten literarischen Arbeiten. Infolge der Kriegszeit läge nur das Buch „Deutschland und Amerika" von Professor Kühnemann, sowie der Bundeskalender für 1919 vor. Herr Lindemann, der jetzige Leiter der Bundeszeitung „Der Bund", hofft, daß die Einrichtung des Kapitels dieser Zeitung „Deutsch-Argentinisches" zu lebhafter Mitarbeit der Volksbundmitglieder in ganz Argentinien Veranlassung geben werde, daß Berichte über das Leben und Treiben der Deutschen aus allen Teilen einlaufen werden, daß dadurch unklaren Vorstellungen der kommenden Einwanderer vorgebeugt werden würde, daß man sich gegenseitig kennen und schätzen lernen würde. Auf bessere Ausstattung sollte künftig mehr Wert gelegt und die Unkosten durch Geschäftsanzeigen aufgebracht werden. Zum Schluß berichtete er über die künftigen Ziele, die die literarische Abteilung im Auge habe, und die im engen Anschluß mit den deutschen literarischen Verbänden durchgeführt werden könnten.

Zweimal ergriff Herr Mayntzhusen, als Vertreter des deutsch-argentinischen Zentralverbandes, das Wort zu längeren Darlegungen; die Einwanderung würde aus Deutschland durchweg das beste Menschenmaterial bringen, Offiziere und Leute, die im Felde Strapazen gewohnt geworden sind, Handwerker und andere brauchbare und rührige Elemente. Ueber die zu gründende Beratungsstelle für Einwanderer erstattete er einen eingehenden Bericht, dem die Versammlung mit größter Spannung folgte.

Herr Flick sprach über die durch geeigneten Zusammenschluß der einschlägigen Stellen in Buenos-Aires gegründete zentrale Arbeitsnachweisstelle und richtete die dringende Bitte an alle Vertreter, sich an diesem Werke zu beteiligen. Der Konsumvereins- und Genossenschaftsgedanke dagegen mußte nach dem Berichte des Dr. Franck zunächst nach allerhand Mißerfolgen vorerst fallen gelassen werden, doch soll die Bundesleitung diese Angelegenheit im Auge behalten.

Aus der Reihe der Anregungen sei der Wunsch hervorgehoben, die Bundesleitung möge ihr Interesse dem deutschen Sprachunterricht im ganzen Lande schenken und eine Statistik der Deutschen in Form eines Stammbuches anlegen.

Auch gesellige Veranstaltungen waren vorgesehen. Am Abend des zweiten Verhandlungstages vereinigte in den festlich geschmückten Räumen des Deutschen Klubs ein gemeinschaftliches Abendessen gegen 100 Damen und Herren. Als Erster ergriff der deutsche Geschäftsträger, Graf Dönhoff das Wort, die Festrede hielt Herr Flick. Den Ausklang des Bundestages bildete eine allgemeine Mitgliederversammlung in der „Germania", eine wohlbesuchte, schöne Familienfeier. Der Saal war mit Pflanzen hübsch geschmückt, die Bühne war mit einer breiten schwarz-weiß-roten Flagge ausgeschlagen und rechts und links von ihr waren die österreichisch-ungarische und die schweizerische Fahne angebracht. Professor Dr. Keiper hielt die Festrede.

Die Bundesleitung im kommenden Geschäftsjahr werden führen die Herren: Direktor Hayn als Präsident, Mühlenkamp und Flick als stellvertretende Vorsitzende, Guericke, Lindemann, J. Maier, Dr. Hiller, Bruno Schmidt und Boquoi als Beisitzer.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Vom Bund.

Die nächste Vertreter-Versammlung des Bundes findet auf Beschluß der Münchener Versammlung in Stuttgart statt. Das Deutsche Ausland Institut hat die Vorbereitungen übernommen. Für die Tagung ist vom Bunde im Einvernehmen mit den Stuttgarter Instanzen die Zeit vom 11. bis 13. Oktober festgesetzt worden. Die Tagung wird am Sonnabend mit einer großen allgemeinen Mitgliederversammlung des Landesverbandes Württemberg eingeleitet, für die vom Bund die Herren Konsul Peter und Dr. Hirschland Referate übernommen haben und in der hauptsächlich eine allgemeine Aussprache stattfinden soll. Abends ist ein gemeinsamer Theaterbesuch vorgesehen. Am Sonntag vormittag findet in Anwesenheit von Vertretern von Behörden und Ministerien, von Handel, Landwirtschaft, Industrie und Handwerk in den Räumen des Schlosses eine Versammlung statt, bei der drei kurze Referate über die Auslanddeutschen im deutschen Wirtschaftsleben, über die Auslanddeutschen und die Steuerfrage und über die Auslanddeutschen und die Wohnungsfrage Gelegenheit geben werden, den versammelten Vertretern die Wünsche der Auslanddeutschen vorzutragen. Offizielle Begrüßungen und Ansprachen werden sich anschließen. Ein gemeinsames Mittagessen wird folgen, dann ein Spaziergang durch Stuttgart und abends ein Begrüßungsabend in den Räumen des Schlosses, den das Deutsche Ausland Institut geben wird. Am nächsten Tage, Montag, den 13. Oktober, findet die eigentliche Vertreterversammlung von morgens 9½ Uhr an statt. Sie wird nur durch ein einfaches Frühstück unterbrochen werden.

Die einzelnen Ortsgruppen und Verbände haben durch das D. A. I. Einladungen erhalten. Die Tagesordnung zur Vertreterversammlung wird vom Bunde selbst versandt. Anmeldungen zur Tagung sind beim Deutschen Ausland Institut, Stuttgart, Neues Schloß, zu betätigen, das die Bestellung der Hotels und Vormerkung für alle Veranstaltungen übernommen hat.

Bund der Auslanddeutschen.

Zweite Vertreterversammlung in Berlin am 9. September. Die zweite Vertreterversammlung war von Vertretern aus Berlin und aus dem Reiche außerordentlich zahlreich besucht. Herr Schallert eröffnete sie mit Dankesworten für die Münchener Gruppe über den Empfang in München und übergab den Vorsitz an Herrn Handelsrichter Behrendt, der neue Vertreter der Gruppen Königsberg, Magdeburg, Barmen, Elberfeld-Barmen, Hamburg, Marokko-Berlin und Breslau begrüßen konnte.

Das Protokoll der letzten Sitzung wurde angenommen. Bei der Vorlage der Satzungen des neuen Bundes wurde der Wunsch protokollarisch festgelegt, bei einer späteren Änderung der Satzungen auch die Höhe der an den Bund abzuführenden Anteile aus den Einnahmen der einzelnen Gruppen zu ändern.

Digitized by Google

Die Gruppe Hamburg hat sich in einen „Verband für Nordwestdeutschland" umgewandelt und umfaßt die Hansastädte, Mecklenburg, Oldenburg und Schleswig-Holstein.

Auf Anregung von Lotze-Leipzig wurde beschlossen, den Vorstand über die Zulassung eines Landesverbandes, sowie dessen Abgrenzung nach Anhörung der Beteiligten bestimmen zu lassen.

Die Namen der in München gewählten Vorstandsmitglieder wurden verlesen. Zum ersten Vorsitzenden wurde auf Anregung des Herrn Behrendt Konsul Peter unter wärmster Anerkennung seiner allgemeinen Verdienste um das Flüchtlingswesen einstimmig gewählt. Konsul Peter übernahm mit Dank für das ihm entgegengebrachte Vertrauen das Amt.

Die Frage weiterer Zuwahlen wurde vertagt, bis am 1. Januar 1920 eine Neuwahl überhaupt stattfinden soll.

Herr Dr. Hirschland berichtete sodann über die Verhandlungen hinsichtlich der Vorentschädigung und gab die Richtlinien bekannt, die für die Entschädigung maßgebend sind. Bei der Vorentschädigung seien zu unterscheiden:

1. Personen, die Aktiven im feindlichen Auslande zurückgelassen haben;
2. Personen, deren Eigentum durch Kriegsmaßnahmen geschädigt worden ist;
3. Personen, die nichts zurückgelassen haben und denen eine Unterstützung gezahlt werden soll.

Die Einzelheiten über das Entschädigungsverfahren liegen gegenwärtig beim Kabinett zur Unterzeichnung, ihre Veröffentlichung ist in 8—10 Tagen zu erwarten. Für die kleinen Leute, welche nichts zurückgelassen haben, hat die Regierung eine einmalige Summe von 1500.— Mark pro Person vorgesehen, der Bund hat erreicht, daß diese Summe auf 3000.— Mark erhöht worden ist. Die Verteilung der Gelder wird vom Bund geschehen, und zwar auf Grund von Neuanmeldungen. An der Spitze des Entschädigungsinstituts steht ein Reichskommissar als Bindeglied zwischen Bund und der Regierung. Die Anmeldekommission zur Prüfung der Anmeldungen wird aus Auslanddeutschen bestehen. Das von ihnen verarbeitete Material geht alsdann an eine Spruchkommission, die mit Stimmenmehrheit entscheidet und aus einem Beamten und 2 Auslanddeutschen zusammengesetzt sein wird. Wird der Beamte überstimmt, so hat der Reichskommissar ein Vetorecht, der Fall muß dann einer zweiten Spruchkommission vorgelegt werden. Wird vom Reichskommissar festgestellt, daß Reichsinteressen verletzt werden, so hat er das Recht, Beschwerde beim Reichsschiedsgericht für Kriegswirtschaft und beim Reichswirtschaftsministerium einzulegen.

Die Entschädigungskommission erfordert ein Personal von mehreren hundert Angestellten, wozu große Ausgaben nötig sein werden, und es ist beabsichtigt, von der Vorentschädigung und von den Unterstützungen für diese Kosten 1½ bis 2% abzuziehen, kleinere Beträge unter 2 bis 3000 Mark aber davon freizulassen.

Die Regierung beabsichtigt eine Gesamtentschädigung bis zu 50 Prozent, in besonderen Fällen auch mehr, zu gewähren.

Konsul Peter wies auf die Notwendigkeit hin, auch die Staatenlosen zu unterstützen. Die Regierung habe sich in ihren Richtlinien nur das Recht vorbehalten, ausnahmsweise und nur mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums und Finanzministeriums an Staatenlose Vorschüsse zu gewähren. Es müßten Unterschiede gemacht werden zwischen Deutschen, die unfreiwillig und solchen, die freiwillig ihre Staatsangehörigkeit aufgegeben hätten. Herr Pohl-Hamburg regte an, daß auch eine Entschädigung für diejenigen zu fordern sei, die infolge Kontraktbruchs Schaden erlitten hätten. Dr. Hirschland betonte, der Bund werde die Forderungen unterstützen, die bei den Neuanmeldungen berücksichtigt werden können.

Auf Wunsch von Geheimrat Borchardt erklärte Dr. Hirschland, die Valutafrage werde erst in nächster Zeit bei der Regierung angeschnitten werden können. Der Bund werde für die volle Entschädigung für die zurückgelassene Habe eintreten.

Herr Levinger-Karlsruhe berichtete über seine Unterredung mit dem Reichspräsidenten Ebert. Weißleider-Rußland erwähnte, daß nach Ansicht des Reichswirtschaftsministeriums den Auslanddeutschen nicht der Liquidationserlös, sondern der Wert ihres Besitztums vor Kriegsausbruch anzurechnen sei. Dagegen wurde allerseits protestiert und beschlossen, an das Reichswirtschaftsministerium zu schreiben, daß auf keinen Fall die Valutafrage ohne den Bund gelöst werden darf, und daß der Bund verlange, entweder den „jetzigen Anschaffungspreis" oder die „jetzige Valuta" zu erhalten.

Es wurde sodann mit allen gegen eine Stimme die Einstellung des Herrn Gerichtsassessors Dr. Kaufmann-Hamburg als Geschäftsführer des Bundes beschlossen.

Dr. Hirschland berichtete über die Antwort der Entente auf die Note über die Freigabe der persönlichen Habe, weitere Schritte seien im Gange, um mehr zu retten als nur „effets personnels" und „souvenirs de famille".

Ein Antrag Karlsruhe, die preußischen Kadettenanstalten zu Schulen für Kinder von Auslanddeutschen nutzbar zu machen, wurde zur Kenntnis genommen.

Die Frage der Außenhandelsstelle wurde einer Kommission, bestehend aus den Herren Behrendt-Rumänien, Dr. König-Stuttgart, Dr. Linde-China, Schallert-Rußland, Dr. Barckhausen-Belgien und Dr. Hirschland-Paris, zur Bearbeitung übergeben.

Für den Antrag der Ortsgruppe Konstanz über Paßwesen wurde eine Kommission, bestehend aus den Herren Dr. Linde-China und Dr. Juttke-England eingesetzt.

Gegen den Wunsch der Barmer Vereinigung, daß sämtliche Landes-, Bezirks- und Ortsgruppen des Bundes einheitliche Bezeichnung annehmen, und daß die Satzungen des Bundes für die einzelnen Gruppen maßgebend sein sollen, erhob sich kein Widerspruch.

Ein Antrag der Vereinigung ehemaliger Zivilgefangener aus Großbritannien, Irland und den britischen Kolonien, das Reich müsse die Kosten der Rückbeförderung des kleinen Privatbesitzes, sowie etwaige Lasten, die darauf ruhen, übernehmen, wird an die Behörde weitergeleitet.

An das Demobilmachungsamt wurde zu schreiben beschlossen, daß Auslanddeutsche nicht aus einzelnen Wohnorten abgeschoben werden dürfen.

In einer Vorstandssitzung wurden die Wahlen des Vorstandes vorgenommen und die Ämter folgendermaßen verteilt:

1. Vorsitzender: Peter (England); 1. stellv. Vorsitzender: Schallert (Rußland); 2. stellv. Vorsitzender: Schaeffer (Frankreich); Schriftführer: Hirschland, Gebhard; Schatzmeister: Wallmichrath.

Dann wurden die Arbeitsausschüsse gewählt und folgende Kommissionen bestimmt:

1. Finanzkommission: Herr Behrendt, Vorsitzender, Hirschland, Peter, Wallmichrath; 2. Pressekommission: Gebhard, Vorsitzender, Borchardt, Lenz, Spiecker, Ackermann, Mauch; 3. Propagandakommission: Lenz, Vorsitzender, Borchardt, Juttke, Schaeffer, Gebhard, Ackermann, Mauch, Spiecker; 4. Steuerkommission: Hirschland, Vorsitzender, Alexander, Barckhausen, Juttke, Lenz, Koch; 5. Entschädigungskommission: Konsul Peter, Vorsitzender, Alexander (Barckhausen), Behrendt, Gebhard, Hirschland, Linde, Lobusch, Lotze, Schallert, Spieker, Wallmichrath;

Digitized by Google

6. Kommission für Rechts- und Wirtschaftsfragen (politische Kommission und Kommission zur Verhandlung mit Behörden): Peter, Vorsitzender, Hirschland, Gebhard, Schaeffer, Wallmichrath; 7. Organisationskommission: Dr. Juttke, Vorsitzender, Schaeffer, Ackermann, Borchardt, Gebhard, Lobusch, Lotze, Mauch, Spiecker.

Verzeichnis der dem Bunde der Auslanddeutschen angeschlossenen Organisationen.

1. Vereinigung d. Deutschen aus Frankreich, Berlin SW 61, Gitschinerstr. 97.

2. Ausschuss für vertriebene Reichsdeutsche aus Großbritannien und Irland und den britischen Kolonien, Berlin SW 61, Gitschinerstr. 97.

3. Vereinigung der Deutschen aus Italien, Berlin, Mittelstraße 58.

4. Bund der Auslanddeutschen, Abteilung Rumänien, Berlin, Burgstr. 26.

5. Deutsche Auskunftsstelle für Bulgarien, Berlin, Behrenstr. 31.

6. Die Reichsdeutschen aus Frankreich zu Hamburg, Hamburg 8, Gröningerstr. 11.

7. Geschäftsführender Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen, Hamburg 8, Afrikahaus, Gr. Reichenstr. 25/27.

8. Ausschuß für Reichsdeutsche aus Großbritannien und Irland und den britischen Kolonien, Hamburg, Gr. Reichenstraße 17/19.

9. Ausschuß der aus Portugal und den portugiesischen Kolonien vertriebenen Reichsdeutschen, Hamburg 1, Mönckebergstr. 27.

10. Ausschuß der aus Feindesland vertriebenen Reichsdeutschen, Abt. Bayern, München, Weinstr. 13.

11. Vereinigung zum Schutze der Interessen der Reichsdeutschen aus Feindesland, Frankfurt a. M., Zeil 114.

12. Vereinigung der Reichsdeutschen aus Feindesland für Sachsen und Thüringen, Leipzig, Windmühlenstr. 18.

13. Zentralausschuß der Deutschen aus Belgien, Berlin NW 40, In den Zelten 19 (Dr. jur. Barckhausen).

14. Vereinigung zur Wahrung der Interessen im feindlichen Ausland geschädigter Auslands-Reichsdeutscher für Breslau und Schlesien, Breslau, Ring Nr. 1, 2. Stock.

15. Landesverband Württemberg, Stuttgart, Urbanstr. 38.

16. Rat der Auslanddeutschen Mannheim, U 5, 12, Postschließfach 249.

17. Bund der Auslanddeutschen, Abtlg. Ägypten, (Geh. Reg.Rat Prof. Dr. Borchardt) Berlin W 62, Keithstr. 3.

18. Auskunftsstelle für Deutsche aus der Türkei, Berlin, Markgrafenstr. 46, Deutsche Orientbank.

19. Vereinigung Deutsch-Belgischer Flüchtlinge zu Köln, Köln, Streitzeugstr. 65/67.

20. Berliner Hilfskomitee für China-Deutsche, z. H. des Herrn Dr. Linde, Berlin W 35, Potsdamerstr. 28.

21. Geschäftsführender Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen, Berlin SW. 11, Halleschestr. 1.

22. Die Vereinigten Hamburger Flüchtlingsausschüsse, Hamburg, Gröningerstr. 23, Zimm. 202.

23. Bund der Auslanddeutschen, Landesverband Baden, Karlsruhe, Moltkestr. 8, Neue Artillerie-Kaserne 50 II, 4. St.

a) Ortsgruppe Lahr, Bertholdstr. 18
b) „ Rastatt, Kommunalverband
c) „ Freiburg, Bertholdstr. 14
d) „ Baden-Baden, Sophienstr. 25
e) „ Pforzheim, Postfach 65
f) „ Kostanz, Katzgaße 15,
g) „ Mannheim, Schloß, Zimmer 30
h) „ Offenburg, Bez.-Amt, Zimmer 11
i) „ Heidelberg, Geisbergstr. 39
k) Ortsgruppe Karlsruhe, Zähringerstr. 100
l) „ Villingen, Marbacherstr. 2,
m) „ Donaueschingen, Lehenstr. 1
n) „ Singen, Hotel Ekkehard.

24. Reichsvereinigung ehemaliger Kriegs- und Zivilgefangener, Berlin SW 8, Zimmerstr. 72—74.

25. Vereinigung ehemaliger Zivilgefangener aus Großbritannien, Irland und den britischen Kolonien, Hamburg, Gr. Reichenstr. 25/27.

26. Vereinigung Deutsch-Belgischer Flüchtlinge, Elberfeld, Berlinerstr. 108.

27. Vereinigung deutscher Flüchtlinge aus Belgien, Düsseldorf, Sternbergstr. 72, 1. Vors. Herr Albert Imhoff.

28. Vereinigung ehemaliger Zivilgefangener, Ausgewiesener und Flüchtlinge für Stadt und Provinz Hannover, Hannover, Thielenplatz 3.

29. Vereinigung der deutschen Marokko-Interessenten, Hamburg 9, Reimersbrücke 5 (Herr Edm. Nehrkorn).

30. Bund der Auslanddeutschen, Ortsgruppe Danzig, Hundegasse 90.

31. Vereinigung der Auslanddeutschen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk E. V., Barmen, Unterdörnerstraße 68 (Herr Wentzel).

32. Vereinigung deutscher Flüchtlinge aus Belgien, Frankfurt a. M., Mittelweg 10.

33. Vereinigung der Reichsdeutschen aus Feindesland, Königsberg i. Pr., Junkerstr. 8, 2. Torweg, Zimmer 15.

34. Berliner Hilfsvereinigung für die aus Belgien ausgewiesenen Deutschen, Berlin, Burgstr. 27.

35. Ausschuß zur Wahrung deutscher Interessen in Belgien, Bremen, Stephanikirchhof 27.

36. Bund der Auslanddeutschen, Provinzialgruppe Sachsen-Anhalt, (Herr O. de Lobert), Magdeburg, Große Diesdorferstr. 11.

37. Ortsgruppe der Auslanddeutschen, Nürnberg, Bauhof 7.

38. Vereinigung der deutschen Flüchtlinge aus Feindesland für Köln und Umgegend, Salierring 65.

Von den Landesverbänden.

Karlsruhe. Landesverband Baden. Eine Abordnung des Landesverbandes, bestehend aus dem Herrn Vorsitzenden, Konsul Aselmeyer, dem Schriftführer, Sprachlehrer Heitmann, und dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Baden-Baden, Herrn Levinger, wurde im Staatsministerium durch den an diesem Tage anwesenden Reichspräsidenten Ebert empfangen und brachte die Wünsche der Auslanddeutschen vor. Der Vorsitzende des Landesverbandes sprach wie folgt:

„Herr Reichspräsident! Im Namen der in Baden sich aufhaltenden und aller anderen Auslanddeutschen bitten wir, daß die vom Reich in Aussicht gestellten Entschädigungsgelder möglichst bald uns zur Verfügung gestellt werden, um wenigstens denjenigen unter uns, welche es am nötigsten haben, den kleinen Leuten und Handwerkern, den vollen Verlust ersetzen zu können. Den Ostmärkern wurden alle Schäden voll bezahlt, während wir Auslanddeutsche, die bisher bescheiden beiseite standen und sich recht und schlecht die langen Jahre durchschlugen, nur schöne Worte hörten, aber keine Tatsachen. Mittellos sind wir ja alle, aber jetzt sind die wenigen Mittel aufgezehrt, die erhaltenen Hilfsstellen sind uns gekündigt worden und sind wieder eingenommen von den früheren Inhabern, und vergebens klopfen wir an alle Türen um Arbeit und Brot. Wieviele Deutsche sehen in uns Auslanddeutschen immer noch Zweiter-Klasse-Bürger, Abenteurer, welche auf ihr eigenes Risiko in die Fremde gingen und nun auch ihren Schaden selber tragen müssen und übersehen, daß wir nicht auf eigenen Wunsch, nicht durch das Fehlschlagen unserer Unternehmungen in das Vaterland heim-

Digitized by Google

kehrten, sie übersehen, daß wir ebenso litten und bluteten wie sie, sie vergessen, daß der deutsche Handwerker, der Angestellte, der Kaufmann im Auslande das meiste dazu beitrugen, daß die deutsche Industrie, der deutsche Handel blühen konnten und daß sie es auch wieder sein werden, die am besten zum Wiederaufbau beitragen können. Wir Auslanddeutsche bitten, herangezogen zu werden zu allen Fragen, die das Ausland und uns Auslanddeutsche angehen, wir bitten gehört und beachtet zu werden bei der Besetzung der Konsulate, wir stellen unsere Erfahrungen, unsere Kenntnisse von Land und Leuten, unsere Sprachkenntnisse, unsere alten Verbindungen gerne zur Verfügung und bitten um Hilfe, um bald wieder hinausgehen zu können, um unsere Tätigkeit wieder aufzunehmen, zu arbeiten und zu wirken für Deutschlands Wehr, zu Deutschlands Ehr, und hoffen wir, daß Sie, Herr Reichspräsident, uns helfen werden, soviel es möglich ist."

Der Herr Reichspräsident stellte in seiner Antwort fest, daß die Ansicht, daß die Reichsregierung nicht die Bedeutsamkeit der Auslanddeutschen als Pioniere des deutschen Handels anerkenne, irrig sei. Die Reichsregierung würde alles aufbieten, um die Auslanddeutschen zu unterstützen. Es wäre doch wohl bekannt, daß der Antrag zu einem Gesetz bei der Nationalversammlung eingereicht worden sei, welches bis zu 80 v. H. Entschädigung vorsehe. Die bekannten 30 v. H. bilden nur die Vorentschädigung. In besonders bedürftigen Fällen sollte darüber schon jetzt hinausgegangen werden. Die Auszahlungen sollen raschestens erfolgen. Noch nie wäre ein Gesetzantrag so schnell ausgearbeitet worden, wie dieser; allen und jeden Verlust zu decken wäre das Reich bei der augenblicklichen traurigen finanziellen Lage leider nicht möglich. Aber die Reichsregierung nehme bestimmt an, daß den Auslanddeutschen auch mit dieser Entschädigung wohl gedient sei. Der Reichspräsident versprach, nach seiner Rückkehr in Berlin die Angelegenheit der Auslanddeutschen nochmals mit dem Reichsfinanzminister, mit dem er schon vorher darüber eingehende Besprechungen gehabt habe, nach Möglichkeit zu fördern.

Die Abordnung war sehr erfreut zu hören, wie genau der Herr Reichspräsident über die wichtigsten Fragen unterrichtet war, und hat die feste Überzeugung gewonnen, daß er in voller Würdigung der Lage der Auslanddeutschen halten wird, was er versprochen hat.

Weimar. Landesgruppe Sachsen-Weimar-Eisenach. Herr Kummer in Weimar, Lisztstr. 16, II, hat die Geschäfte der Landesgruppe übernommen und bittet um die Adressen aller Ausland- und Kolonialdeutschen im Lande, ferner aller Firmen, die im Auslande ansässig waren und nach dem Gesetz als Auslanddeutsche gelten. Die Geschäftsstelle nimmt auch Mitgliedsbeiträge und Spenden entgegen. Auskunft wird gerne erteilt.

Von den Ortsgruppen.

Berlin. Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Der Volksbund erläßt ein Rundschreiben, das sich mit der Begründung des neuen „Bundes der Auslanddeutschen" beschäftigt. Auf der letzten Vertreterversammlung sei eine Resolution gefaßt worden, in welcher der Leitung des Volksbundes aufgegeben wurde, umgehend mit den abseits stehenden Organisationen der Auslanddeutschen Fühlung zu nehmen, um ein Zusammengehen herbeizuführen. Der Zweck war die Schaffung einer kraftvollen Organisation, die die Interessen der Zivilgefangenen und der Auslanddeutschen vertreten sollte. Der „Bund der Auslanddeutschen" vermeidet nun alle die Mängel der Organisation, die den bisherigen Vereinigungen der Auslanddeutschen anhafteten. Da er die Forderungen der ehemaligen Zivilgefangenen restlos vertreten wolle und vor allem in seinen Satzungen die Gleichberechtigung der ehemaligen Zivilgefangenen in allen für sie in Betracht kommenden Fragen, so namentlich hinsichtlich der Entschädigungsansprüche vertrete, so erübrige sich die Bildung eines neuen Verbandes und es werde allen Mitgliedern des Volksbundes der Beitritt zum neuen „Bund der Auslanddeutschen" warm empfohlen. Die Bildung von Ortsgruppen dieses Bundes soll überall energisch in die Hand genommen werden.

Berlin. Vereinigung der Deutschen aus Italien. Professor Fitzner gab zu Beginn der Versammlung vom 17. August bekannt, daß Herr Josephy sein Amt wegen geschäftlicher Angelegenheiten und Vorbereitung der für Oktober geplanten Rückreise nach Italien niederlegen müsse. Er dankte Herrn Josephy herzlichst für seine während der ganzen Jahre für die italienischen Flüchtlinge geleistete aufopfernde Tätigkeit und gab seiner Befürchtung Ausdruck, daß sich nur schwer ein Nachfolger finden werde, der in gleich vorteilhafter Weise über seine Zeit verfüge und sie in so uneigennütziger Weise der Vereinigung zur Verfügung stellen könne. Nach einigen Worten des Dankes machte Herr Josephy Mitteilung von der Gründung des Bundes der Auslanddeutschen und von dem Ergebnis der Abordnung der Auslanddeutschen bei den verschiedensten Stellen der Reichsregierung in Weimar. Sodann gab er bekannt, daß die Herren Professor Fitzner, Josephy und Wingen den Unterstaatssekretär von Haniel ersucht haben, dafür zu wirken, daß die Möbel der Italiendeutschen, die nicht wieder nach Italien zurückkehren wollen, fracht- und zollfrei zurücktransportiert werden.

Darmstadt. Ortsgruppe der Vereinigung zum Schutze der Reichsdeutschen aus Feindesland in Frankfurt a. Main. Am 25. August fand eine außerordentliche Versammlung statt, die Herr Schafft leitete und die zahlreich besucht war. Der Vorsitzende besprach die äußerst kritische Lage der Auslanddeutschen hinsichtlich der Entschädigungs- wie auch der Steuerfragen. Der Schriftführer, Herr Silberzahn, verlas einige Schriftstücke des Rates und des neuen Bundes und pflichtete den Darlegungen des Vorsitzenden vollauf bei. Auch Herr Hattensaur, der die Frankfurter Vereinigung vertrat, unterstützte diese Ausführungen. Die Bildung des Bundes der Auslanddeutschen wurde einstimmig und freudigst begrüßt. Es wurde einstimmig eine Resolution beschlossen, die an die Nationalversammlung, die Parteien und an die Regierungen gehen soll und die folgenden Wortlaut hat:

„Die heute in Darmstadt zahlreich versammelten vertriebenen Reichsdeutschen aus Feindesland erheben flammenden Protest gegen die Absicht der Regierung, unser in Feindesland verlorenes Hab und Gut, zu dessen Vergütung sich die deutsche Regierung im Friedensvertrag verpflichtet hat, nicht voll und dies nur zum Friedenskurse zu vergüten. Wir fordern, fußend auf unser heiliges und unleugbares Recht volle Vergütung unserer erlittenen Schäden in Natura oder zum gegenwärtigen Tageskurs, falls man nicht den Auslanddeutschen, deren Mithilfe zum Wiederaufbau des zerrütteten Wirtschaftslebens dringend bedarf, den wirtschaftlichen Todesstoß versetzen will. Wir erheben ferner einstimmigen Protest, daß man uns ohnedies unsäglich Geschädigten zur Vermögenssteuer und Vermögensabgabe heranziehen will, was ebenfalls unseren Zusammenbruch beschleunigen würde."

Eine Deputation, bestehend aus den Herren Schafft, Dr. Gruschwitz und Straus, wurde auf Antrag des letzteren Herrn gewählt, um den hessischen Ministerpräsidenten Ulrich persönlich über die Interessen der Auslanddeutschen zu unterrichten. Die Deputation fand auch bald darauf Gelegenheit, den Herrn Ministerpräsidenten zu sprechen. Er bekundete für die bedrängte Lage der Auslanddeutschen volles Verständnis und sagte den Herren zu, die Lage der Auslanddeutschen bei der Reichsregierung energisch zur Sprache bringen zu wollen. Der Wortlaut der vorgetragenen Wünsche und Beschwerden

Digitized by Google

wurde dem Ministerpräsidenten zudem auch noch schriftlich überreicht, damit er die Reichsregierung richtig informieren könne.

In der Sitzung sprach sodann noch das Mitglied Herr Straus in temperamentvollen Ausführungen über die Not der Auslanddeutschen und über die Behandlung, die man ihnen hinsichtlich der Wertpapiere und des Vermögens angedeihen läßt, und machte Vorschläge zur Linderung der augenblicklichen Notlage.

Am 8. September fanden sich wiederum gegen 30 Mitglieder zu einer außerordentlichen Versammlung unter dem Vorsitz des Herrn Schafft zusammen. Herr Schmidt erstattete Bericht über die letzte Frankfurter Versammlung, Herr Straus über die Audienz beim Ministerpräsidenten Ulrich. Man besprach sodann den pessimistisch stimmenden Artikel des „Journal Offiziell" vom 5. August, betreffend Liquidation des feindlichen Eigentums. Der in der Sitzung anwesende Herr Fießmann, Vorsitzender des Vereins der Zivilgefangenen, wurde gebeten, unter den Mitgliedern seines Vereins doch für den Verein zum Schutze der Reichsdeutschen aus Feindesland zu werben. Herr Fießmann sagte nach lebhafter Aussprache über diesen Punkt seine Mitarbeit dahin zu. Herr Schafft versprach seinerseits alles, was in den Kräften der Vereinigung stehe, auch für die Zivilgefangenen wie für die Mitglieder zu tun. — Die nächste Sitzung soll am Montag, den 13. Oktober, stattfinden.

Essen. Vereinigung ehemaliger Zivilgefangener und Auslanddeutscher. Die ehemaligen Zivilgefangenen und Auslanddeutschen in Essen haben sich nun auch organisiert, um die berechtigten Forderungen ihrer Mitglieder tatkräftig vertreten zu können. Der Vorstand besteht aus den Herren Breuer, Schneider und v. Ende, sämtliche in Essen. Die Geschäftsstelle befindet sich Brandstraße 30.

Frankfurt a. Main. Vereinigung zum Schutze der Interessen der Reichsdeutschen aus Feindesland. Die Versammlung vom 11. August war außerordentlich zahlreich besucht. Der Vorsitzende, Herr Bessels, mußte leider davon Kenntnis geben, daß die Herren Gayard und Bernays (Schriftführer) zu ihrem Bedauern wegen geschäftlicher Verhinderung ihr Amt nicht weiter versehen können. Die Herren Hattensaur und Goebel treten an ihre Stelle. Herr Goebel gab Aufschluß über verschiedene Neueingänge, namentlich über Steuerfragen. Herr Hattensaur berichtete über die Besprechungen, die Herr Bessels und er in Berlin zur Gründung des Bundes der Auslanddeutschen hatte. Die Begründung des Bundes wurde allseitig begrüßt und betont, daß es seine erste und vornehmste Aufgabe sein müsse, auf eine befriedigende Lösung der Schadenersatzfrage hinzuwirken.

Eine weitere Versammlung fand am 2. September unter Leitung des Vorsitzenden, Herrn Bessels, statt. Der Schriftführer, Herr Goebel, berichtete über die Gründung des „Bundes der Auslanddeutschen" und machte Mitteilung von der Bereitstellung von Geldmitteln für die Vorentschädigung an Auslanddeutsche in Höhe von etwa 30 v. H. ihrer Forderungen. In der Sitzung wurde sodann noch weiter Kenntnis von verschiedenen Mitteilungen des Bundes und regionaler Vereinigungen von Auslanddeutschen gegeben.

Frankfurt a. M. Verein deutscher Flüchtlinge aus Belgien. (Ortsgruppe des Bundes der Auslanddeutschen). Die nächste Mitgliederversammlung findet am Samstag, den 4. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Restaurant Stadtgarten in Frankfurt statt.

Hamburg. Vereinigung ehemaliger Zivilgefangener aus Großbritannien, Irland und den Kolonien, E.V. Am 24. August fand im Lessingtheater eine über 1200 Personen besuchte Vollversammlung statt, die von Herrn Kühl mit warmen Worten der Begrüßung eröffnet wurde. Aus dem Tätigkeitsbericht geht hervor, daß die Vereinigung seit der letzten Vollversammlung am 15. Juni 800 neue Mitglieder aufgenommen hat, so daß die Gesamtmitgliederzahl sich auf 3000 beläuft. Neue Ortsgruppen sind in Lübeck und Magdeburg ins Leben gerufen worden. Nachdem die soziale Fürsorge nunmehr auf die Heimkehrstelle für Kriegs- und Zivilgefangene übergegangen ist, wende die Vereinigung ihre Aufmerksamkeit der nachdrücklichsten Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder zu. Vor allem trete sie mit allem Nachdruck dafür ein, daß nicht nur ein vollständiger Ersatz zum gegenwärtigen Kurse für die im Ausland erlittenen Verluste geleistet wird, sondern auch den Tausenden von Auslanddeutschen und Zivilgefangenen, die durch den Krieg Vermögen und Existenz verloren haben, die erforderlichen Mittel zum Wiederaufbau der letzteren gewährt werden. Nach einem Bericht über die Finanzlage der Vereinigung behandelte Herr Lobusch eingehend die durch Gründung des Bundes der Auslanddeutschen am 6. August schon erfolgreichen Bestrebungen, sämtliche Organisationen der Auslanddeutschen und Zivilgefangenen zusammenzuschließen. Durch die aktive Beteiligung der Vereinigung der ehemaligen Zivilgefangenen an den Satzungsberatungen sei eine nachdrückliche Vertretung der ehemaligen Zivilgefangenen in vollstem Maße gewährleistet. In der Entschädigungsfrage sei man einen Schritt weitergekommen durch die nunmehr von der Nationalversammlung verabschiedeten Gesetze über die Reichsvorschüsse für Auslanddeutsche. Man müsse aber von der Regierung erwarten, daß nicht nur diejenigen berücksichtigt werden, die Liquidationswerte im Ausland besitzen, sondern auch die vielen Tausenden von Auslanddeutschen und Zivilgefangenen, die um Gehalt und Heuer gekommen sind, die ihr Hab und Gut im Ausland verloren haben, sowie diejenigen, die durch jahrelange Internierung körperlich und seelisch zusammengebrochen sind. Der Redner schloß seine Ausführungen mit einem Aufruf an die Behörden und die Geschäftswelt, den ehemaligen Zivilgefangenen bei der Rückführung in das wirtschaftliche Leben durch Zuweisung von Arbeitsgelegenheit behilflich zu sein. Unter Punkt Verschiedenes empfiehlt Herr Lobusch den Mitgliedern, sich des Deutschen Ausland Instituts Stuttgart zu bedienen, Aufnahmeformulare und Mitteilungen wären in der Geschäftsstelle der Vereinigung erhältlich. An Stelle des aus dem Vorstand ausgeschiedenen 1. Vorsitzenden wurde Herr Lobusch und als stellv. 1. Vorsitzender Herr Herrmann gewählt. Außerdem wurden in den Vorstand neu gewählt die Herren Grothe, Mösing, Schnell, Thiele.

Heidelberg. Die **Ortsgruppe Heidelberg** trat am 4. September zu einer Besprechung zusammen, um einen Vortrag des Vorsitzenden über die bisherigen Arbeiten und Erfolge des Bundes entgegenzunehmen. Zur Sprache kamen alle zurzeit stark interessierenden Fragen, wie Entschädigung, Steuer- und Schulfrage, Rückwanderung usw. Viele, die das alles anginge, ständen leider noch beiseite und versäumten es bis jetzt, durch ihren Beitritt zum Bunde die Reihen der Kämpfenden zu stärken. Auskunft wird von der Ortsgruppe in der Beratungsstelle, Bahnhofkommandantur, Rohrbacherstraße 8, erteilt.

Karlsruhe. Ortsgruppe des Landesverbands Baden. Mitte August fand eine stark besuchte Mitgliederversammlung statt, in der man mit Bedauern hörte, daß Frau Geheimrat Klein von der Geschäftsführung der Landesstelle für heimkehrende Auslanddeutsche zurücktrete. Die mit ministerialer Zustimmung erfolgte Ernennung des Herrn Georg Heitmann, des rührigen Vorsitzenden der Ortsgruppe, zum selbständigen Leiter der Landeshilfsstelle Badens wurde freudigst begrüßt.

Digitized by Google

Mannheim. Ortsgruppe des Bundes der Auslanddeutschen. In der Halbmonatsversammlung am 3. September konnte der Vorsitzende, Herr Pfarrer Wettstein, die freudige Mitteilung von der Zusage der Vorentschädigung der Auslanddeutschen in Höhe von etwa 30 v. H. machen. Die Obmänner der verschiedenen geographischen Bezirke erstatteten Bericht; besonderes Interesse wurde der Haltung Italiens entgegengebracht, und aus der Versammlung wurde der Wunsch laut, die Regierung möge diesem, jetzt Abnehmer für seine Produkte suchenden Staat nicht zu sehr entgegenkommen, bevor unsere Ansprüche berücksichtigt werden. Der Vorsitzende gab sodann Auskunft über den Stand der Verhandlungen wegen der Möglichkeit der Einrichtung einer der frei werdenden Kadettenanstalten zur Erziehungsanstalt für Kinder von Auslanddeutschen und über die etwas schleichenden Verhandlungen wegen Ansiedelung heimgekehrter Auslanddeutscher in den schon vor Monaten von der badischen Regierung dafür angebotenen Bezirken. Zum Schluß hielt Herr Kaufmann Schnell einen Vortrag mit selbstaufgenommenen Reisebildern. — Die Zahl der Mitglieder der Ortsgruppe ist auf über 250 gestiegen.

Stuttgart. Deutsch-Spanische Vereinigung. Die geplante Zusammenkunft der hier weilenden Spanier und der in Spanien ansässigen, zurzeit in Stuttgart weilenden Deutschen ist auf Dienstag, den 7. Oktober verschoben worden.

Tuttlingen. Die **Ortsgruppe des Bundes der Auslanddeutschen** hielt am 14. September eine von Herrn Koßmann geleitete Versammlung ab. Der Vorstand berichtete einleitend über die Gründung des Bundes und die Zusicherung der Vorentschädigung für die Auslanddeutschen; anschließend verlas er die Satzungen des Bundes und machte darauf aufmerksam, daß die schwierige Frage der Prüfung der Entschädigungsforderungen durch Bund und Ortsgruppen bevorstände, daß beide selbstredend aber nur die Interessen der eingeschriebenen Mitglieder wahren könnten. In der Aussprache befaßte man sich mit der Entschädigungsfrage und den vorliegenden Anträgen betreffend Bezirkseinteilung des Landesverbandes, Besserung der Fühlungnahme von Hilfsstelle und Orts- bzw. Ländergruppen, Bestellung eines bezahlten Geschäftsführers beim Bund und der Ortsgruppenzugehörigkeit solcher Auslanddeutscher, die in der Nähe einer Ortsgruppe jenseits einer Landesgrenze wohnen. In geheimer Wahl wurden als Abgeordnete zur bevorstehenden Landesversammlung die Herren Koßmann und Paul Mueller bestellt. Mit allseitigem Bedauern nahm die Versammlung die Mitteilung entgegen, daß Herr Koßmann wegen seiner bevorstehenden Einreise nach der Schweiz seinen Posten als Vorsitzender niederlegen müsse. Die Geschäfte wird der kürzlich zum 2. Vorsitzenden gewählte Herr Paul Mueller weiterführen, der als erste Amtshandlung Herrn Koßmann mit den besten Wünschen für seine Zukunft den Dank der Ortsgruppe für seine Tätigkeit aussprach.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Privateigentum der Auslanddeutschen.

Wir haben auf Seite 321 der vorhergehenden Nummer unserer Zeitschrift den Inhalt der Note mitgeteilt, die die deutsche Regierung am 24. Juli in Versailles hatte überreichen lassen, in der sie die alliierten und assoziierten Mächte um Nichtliquidierung und Freilassung von persönlichen Effekten, des Hausrats, der Einrichtungsgegenstände und Familienandenken der Deutschen ersuchte. Die langerwartete Antwort der gegnerischen Regierungen ist eingetroffen. Auf telegraphische Anfrage teilte uns das Auswärtige Amt unterm 8. September mit, daß die für die deutschen Beteiligten in Betracht kommende Stelle der Note folgenden Wortlaut habe:

„Les Puissances alliées et associées tiennent à déclarer que, tout en réservant l'exercice du droit de liquidation des biens allemands sur leur territoire, selon les cirsonstances, elles n'ont point l'intention de liquider des effets personnels ou des souvenirs de peu de valeur."

In Übersetzung lautet die Stelle: „Die alliierten und assoziierten Mächte erklären, daß sie, bei ausdrücklicher Wahrung ihres Liquidationsrechts hinsichtlich des deutschen Eigentums in ihrem Gebiete, unter den gegebenen Verhältnissen keineswegs die Absicht haben, persönliche Effekten oder Andenken von geringem Werte zu liquidieren." Es wird nun darauf ankommen, welche Auslegung der Begriff „persönliche Effekten" von seiten der feindlichen Regierungen erfahren wird, und bis zu welchem Wert deutsches Privateigentum tatsächlich von der Liquidation freibleiben wird. Es ist immerhin eine gewisse Beruhigung für die Auslanddeutschen, daß die Ententemächte prinzipiell auf den Vorschlag der deutschen Regierung eingegangen sind. Freilich kommt diese Erklärung reichlich spät, denn in vielen Fällen sind persönliche Effekten und wertvolle Andenken von Deutschen im Ausland tatsächlich bereits nicht nur beschlagnahmt, sondern auch versteigert worden.

AUSWANDERUNG

Fortsetzung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung bei Auswanderung.

Nach der RVO. vom 19. Juli 1911 (§ 1244) wie nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. Dezember 1911 (§ 15 Abs. 1) ist bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung eine freiwillige Fortsetzung der Versicherung beim Ausscheiden aus einem versicherungspflichtigen Verhältnis möglich. Insbesondere kann die Versicherung nach RVO. § 1440 Abs. 2 beziehungsweise Ang.Vers.G. § 15 Abs. 2 „im Auslande fortgesetzt" oder „während des Aufenthalts des Versicherten im Auslande freiwillig fortgesetzt" werden.

Auf diese, weiten Kreisen von Ausländern wohl unbekannten Bestimmungen möchten wir nachdrücklichst hinweisen. Durch die freiwillige Fortsetzung der Versicherung auch im Auslande, wozu das Gesetz die Möglichkeit bietet, sichert sich der Auswandernde den Erfolg seiner bisherigen Beitragsleistung und die Aussicht auf Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenrente (RVO. § 1250, Ang.-Vers.-G. § 20) im Heimatlande. Diese Vorsorge ist bei den Auswanderern um so mehr angebracht, als gar mancher in kürzerer oder längerer Zeit wieder in die Heimat zurückkehren wird und außerdem die ausländischen Staaten ihre soziale Gesetzgebung nicht in der großzügigen Weise ausgebaut haben wie in Deutschland.

Ukraine.

Einem Schreiben des Reichswanderungsamtes an den Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsverband, München, entnehmen wir folgende Sätze:

„In der Bewertung der Südukraine als Zielland für deutsche Auswanderung stimmt das Reichswanderungsamt völlig mit Ihnen überein. Wenn auch dort die Frage der Zuwanderung neuer Kolonisten in das Schwarzmeergebiet in Anlehnung an die noch bestehende Stammeszugehörigkeit studiert wird, so werde ich diese sachkundige Mitarbeit an den Aufgaben des Reichswanderungsamtes dankbar begrüßen. Ich bitte ergebenst, mich über die Ergebnisse Ihrer Arbeiten auf dem laufenden zu halten.

Die dortige Anregung, daß die deutsche Regierung zu gegebener Zeit bei den maßgebenden ukrainischen Behörden selbst Landankäufe macht oder vermittelt, hängt mit der grund-

Digitized by Google

sätzliche Frage zusammen, ob und inwieweit die Reichsregierung selbst eine aktive Siedlungspolitik im Ausland treiben soll. Vorläufig stehen der Bejahung dieser Frage noch erhebliche politische und finanzielle Bedenken entgegen. Im übrigen wird sie laufend Gegenstand der Prüfung des Beirates des Reichswanderungsamtes sein."

Gemeinsame Einwanderungsgesetze in Südamerika?

Die „Times" behauptet, daß Paraguay den Vorschlag angenommen habe, die Einwanderung aus Europa gemeinsam mit Uruguay, Brasilien und Argentinien gesetzlich zu regeln.

Paraguay und die deutsche Einwanderung.

Wie die argentinische Regierung bemüht ist, durch ihre konsularischen Vertreter in Deutschland auf die Vorzüge einer Ansiedlung in Argentinien hinzuweisen, so tritt jetzt auch Paraguay auf den Plan. Dem Senat in Asuncion liegt, wie die „Deutsche La Plata Zeitung" meldet, ein Gesetzentwurf vor, laut welchem in Hamburg ein Propagandabüro eröffnet werden soll zu dem Zwecke, eine laufende Einwanderung ins Leben zu rufen.

Wann kommt das neue Auswanderungsgesetz?

Rechtsanwalt Henning, der Syndikus des Schutzbundes deutscher Auswanderer, veröffentlicht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" bemerkenswerte Ausführungen und Wünsche zum neuen Auswanderergesetz. Ihm ist nicht die Frage der Erhaltung des Deutschtums unter den Auswanderern die primäre, sondern die des Schutzes der Auswanderer gegen Schiebertum und Gründerunwesen. Das neue Gesetz wird zwar „entworfen", aber es ist noch nicht da. Die Öffentlichkeit muß aber Gelegenheit haben, es kennen zu lernen um sich in Ruhe ihr Urteil zu bilden. Die einzige Tätigkeit, die gesetzlich zu erfassen sein wird, ist die Auskunfterteilung. Das Reichsauswanderungsamt kann sie mit seinen Zweigstellen aus praktischen Gründen nicht allein bewerkstelligen, private bewährte Stellen müssen herangezogen werden. Eine Auskunfterteilung gegen Entgelt wird schlechthin zu untersagen sein, dagegen eine Konzessionierung der gemeinnützigen Stellen erfolgen müssen. „Die Prüfung der Gemeinnützigkeit hätte den Zweck des Verbandes oder der Privatperson, die Bildung und Erfahrung der Auskunftserteilenden und bei Vereinen die Angemessenheit der Mitgliedsbeiträge zu berücksichtigen. Wenn ein Verein ein Vereinsorgan hat, in dem er zum Teil die Auskunft gibt, so kann das natürlich nur dann als verschleierte entgeltliche Auskunfterteilung angesehen werden, wenn der Verein selbst Herausgeber der Zeitung ist und den Unternehmergewinn daraus zieht. Eine Ausnahme von dem Verbot der Entgeltlichkeit der Auskünfte wäre für die konzessionierten Unternehmer und Agenten zu machen." Ferner wünscht Henning eine Erweiterung der Gesetzesbestimmungen über die Siedlungsgesellschaften. Eine Konzessionierung derselben wäre davon abhängig zu machen, ob sie ihre Gelder durch einen Treuhänder verwalten lassen und ob zum Vorstand oder zu der auszusendenden Kommission mindestens eine Person gehört, die genaue eigene Kenntnis des Bestimmungslandes besitzt.

Eine neue Auswanderungsaktion in Österreich.

Wir haben in der vorigen Nummer unter dieser Überschrift über die Aktion des alpenländischen Auswanderervereins berichtet und haben betont, wie undurchsichtig die verschiedenen „Aktionen" in Österreich sind und wie schwer es einem Außenstehenden ist, sich durch die zahlreichen Widersprüche in den Prospekten hindurchzufinden, die anscheinend auch aus inneren Streitigkeiten heraus entstanden sind. Der „Alpenländische Auswandererverein" sieht nun darin ein „ungünstiges Urteil" über seine Bestrebungen und bittet uns, festzustellen, daß es sich bei ihm um ein durchaus ernstzunehmendes Unternehmen handle. Seine Mitglieder seien durchweg ernsthafte Männer (was wir nie bestritten oder wovon wir nie das Gegenteil behauptet haben), Offiziere und Unteroffiziere, Kaufleute und Landwirte, Intellektuelle verschiedenster Geistesrichtung. Sie hätten ursprünglich der „Aktion Gamillscheg" angehört, hätten sich aber aus sachlichen Gründen von ihr getrennt, weil die bloße Vereinigung von nur Offizieren von ihnen nicht als genügend tragfähig zur Begründung von Kolonien angesehen werden könne. In den Alpenländern herrsche das bäuerliche Element vor, und aus diesem wolle die Aktion des alpenländischen Auswanderervereins ihre Hauptanhänger gewinnen. Mit Intellektuellen zusammen ergäbe das wohl die richtige Mischung. Die Polemik hinsichtlich der Spendengelder in der Zeitschrift „Der Auswanderer", auf die wir uns auch bezogen hatten, und die tatsächlich an Undurchsichtigkeit nichts zu wünschen übrig ließ, wird in der Zeitschrift des Alpenländischen Auswanderervereins an uns folgendermaßen charakterisiert: „Nur um die Interessen der Auswanderer nicht im ganzen zu berühren, haben wir dies in so umschriebener Form berührt und begreifen die Möglichkeit, daß dies von Uneingeweihten leicht mißverstanden werden kann." Der Verein teilt uns gleichzeitig mit, daß er vom Staatsamt für Heerwesen eine Subvention von 60 000 Kronen erhalten habe und diesen Betrag restlos einer viergliedrigen Studienkommission zur Verfügung gestellt habe, von der zwei Mitglieder am 27. August von Amsterdam nach Buenos-Aires abgereist seien, zwei weitere Mitglieder wollten am 17. September abfahren. Ein Mitglied dieser Kommission ist Berufsingenieur und hat vom Staatsamt für die Reise einen dreimonatigen Urlaub erhalten.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Die neuen Reichsfarben und die Deutschen in Österreich.

Uns wird geschrieben: Gegen die Wahl der Farben Schwarz-Rot-Gold zu den Staatsfarben des Deutschen Reiches machen neben den Deutschen in Dänemark und Chile, die rein gefühlsmäßig dagegen Stellung nehmen, auch die Deutschösterreicher mit schwerwiegend sachlichen Bedenken Stellung. Schwarz-Rot-Gold ist die alte, von Jugend auf angewöhnte und heilig gehaltene Schutz- und Trutzfarbe, das altehrwürdige völkische Wahrzeichen der 10 Millionen Deutschen des ehemaligen Österreich-Ungarn, hat aber auch vielfach in deutschen Auslandkreisen in Nord- und Südamerika die gleiche Bedeutung erlangt. Durch die Wahl dieser Farben zu den Staatsfarben des Reiches sind nun die Deutschen der besetzten Gebiete, insbesondere in Deutschböhmen und Sudetenland, mit einem Schlage ihres alten Trutzzeichens beraubt, da nunmehr Tschechen und Südslawen jeden, der schwarz-rot-goldene Bänder trägt, ohne reichsdeutscher Staatsbürger zu sein, mit Recht als Hochverräter bezeichnen können und es auch schon getan haben. Es wird dort auch als betrüblich empfunden, daß mehr und mehr die Anschauung im Reiche sich verbreitet, daß nur um der politischen Entwickelung halber die Farbenwahl erfolgt sei, da ja Schwarz-Rot-Gold Parteifarbe der Demokraten wäre. Ebenso wenig wie Schwarz-Weiß-Rot Parteifarbe der Deutschnationalen werden darf, darf nie Schwarz-Rot-Gold Parteifarbe der Demokraten werden. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn Schwarz-Weiß-Rot als Staatsflagge des Deutschen Reiches, Schwarz-Rot-Gold als Volksfarben des deutschen Volkes, d. h. als gemeinsames Wahrzeichen aller Deutschen auf der Erde Anerkennung und gesetzlichen Schutz fänden. H. D.

DEUTSCHE KUNST IM AUSLAND

Das Ende des Deutschen Theaters in Laibach. Die slowenischen Behörden haben das Deutsche Theater in Laibach kurzerhand geschlossen. „Die Deutschen mögen in das

Digitized by Google

„Slowenische Nationaltheater" gehen, wenn sie Theaterbedürfnisse haben". Die deutsche Bühne in der Landeshauptstadt von Krain konnte auf eine Geschichte von 154 Jahren zurückblicken. Schon 24 Jahre nach seiner Gründung nahm das Deutsche Theater die junge slowenische Kunst brüderlich auf und bewährte sich in dieser Doppelrolle bestens, bis das Gebäude im Jahre 1887 den Flammen zum Opfer fiel. Auch in dem neuerbauten „Landestheater" wurden abwechselnd deutsche und slowenische Vorstellungen gegeben, Schauspiel, Oper und Operette wurden gepflegt. Slowenische Ausbreitungsgelüste arbeiteten mit immer mehr Erfolg, und zuletzt blieben nur noch Montag und Freitag für deutsche Vorstellungen. Nun errichteten die Deutschen, finanziell von der krainischen „Sparkassa" unterstützt, eine neue eigene Bühne, die 1911 unter dem Namen „Kaiser-Franz-Joseph-Jubiläumstheater" eröffnet wurde. Während des Krieges mußte das slowenische Theater aus Mangel an Schauspielern, an Publikum und an Stücken schließen, erst 1918 konnte es mit Hilfe reichlichster Subvention unter dem Titel „Slowenisches Nationaltheater" wieder aufgemacht werden. Das Jubiläumstheater dagegen konnte, besonders infolge der Anwesenheit deutschösterreichischer und reichsdeutscher Truppen, erfolgreich weiterarbeiten. Auch 1918 noch blieb das Publikum dem deutschen Unternehmen treu, trotzdem Personal und Spielplan künstlerisch nicht ganz einwandfrei waren. Ein neues Emporsteigen hat nun die slowenische Regierung mit roher Faust unmöglich gemacht.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Auskunftsvermittlung.

Das Grenzübernahmelager „Wesel" des Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz ist erbötig, Auskunft zu vermitteln über Deutsche, die aus dem überseeischen Auslande erwartet werden, von da heimgekehrt oder dortselbst verblieben sind. Falls drahtliche Auskunftgabe gewünscht wird, müssen die vollen Kosten für Drahtung vorher eingezahlt werden.

Drahtanschrift: Rotkreuzlager Wesel.

Einreiseerlaubnis für deutsche Kaufleute nach Brasilien.

Nach einer Meldung der „Hamburger Nachrichten" aus Amsterdam erteilt das dortige brasilianische Vizekonsulat ohne weiteres Einreisevermerke an geschäftlich reisende deutsche Kaufleute, die vor dem Kriege ihren Wohnsitz in Brasilien hatten.

Einreise nach Italien.

Die italienischen Auslandsbehörden sind neuerdings ermächtigt worden, die Erlaubnisbescheinigungen zur Einreise nach Italien ohne vorherige Anfrage beim italienischen Ministerium des Äußern auf Grund der Auskünfte zu erteilen, die sie sich selbst über die Personen, die sich nach Italien zu begeben wünschen, zu beschaffen haben. In Zukunft werden daher Einreiseanträge von den in der Schweiz wohnhaften deutschen Reichsangehörigen direkt an die italienische Gesandtschaft oder das zuständige Konsulat, von den in Deutschland wohnenden an den italienischen politischen Kommissar in Berlin zu richten sein.

Um Enttäuschungen vorzubeugen, muß aber gleichzeitig darauf hingewiesen werden, daß, wie bisher, vor Ratifizierung des Friedensvertrags durch Italien deutschen Reichsangehörigen ohne Vorliegen von triftigen Gründen (einfache Besuche oder der Wunsch, nach dem Eigentum in Italien zu sehen, zählt nicht darunter) schwerlich die Einreiseerlaubnis erteilt werden wird.

Von privater Seite ist uns noch mitgeteilt worden, daß es sich sehr empfehle, vor der Abreise von seinem Wohnort telegraphisch oder brieflich bei der italienischen Gesandtschaft in Bern anzufragen, ob dorthin die von anderer Stelle verfügten Bewilligungen gemeldet sind. Es ist schon vorgekommen, daß Reisende, die darüber nicht unterrichtet waren, tagelang in dem teueren Bern warten mußten.

Für Italiendeutsche. Die Prozeßfähigkeit der Deutschen in Italien ist wiederhergestellt. Die in Italien abgeschlossenen Lebensversicherungen behalten ihre Gültigkeit, wenn die rückständigen Prämien spätestens drei Monate nach Ratifizierung des Friedensvertrages nachgezahlt werden. Der Telegrammverkehr zwischen Deutschland und Italien ist laut „Voss. Ztg." vom 17. 8. 19 wieder eröffnet worden. Die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern sind in beschränktem Maße wieder aufgenommen; in München ist die „Itala" gegründet worden für Vermittelung des Güteraustausches zwischen Deutschland und Italien.

Post nach Sibirien.

Das Schwedische Rote Kreuz in Stockholm teilt mit, daß Postsachen in Sibirien durch sein in Omsk befindliches Büro verteilt werden können. Briefe sind in einem zweiten Umschlag an das obengenannte Rote Kreuz zu richten. Daneben bleibt die bestehende Postverbindung über „Nordkors", Schloß Christiansberg, Kopenhagen, aufrechterhalten. Telgramme sind zulässig, werden jedoch nur auf Kosten des Absenders befördert. Geldsendungen bis zu 1000 Rubel über Deutsche Bank, Berlin, W, Mauerstr.

Rückkehr nach Ungarn.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Personen, die Vermögen in Ungarn, besonders in Budapest besitzen, ist die Rückkehr dorthin dringend anzuraten. Eine Gefahr besteht für die Rückkehrenden nicht. Die ungarische Vertretungsbehörde in Berlin, Keithstraße 5, stellt Sichtvermerke nach Anhörung einer Zentralstelle in Budapest zur Reise nach Ungarn aus. Reisen in das von Rumänien besetzte Gebiet sind erschwert. Die Einholung des Sichtvermerks der rumänischen Mission in Wien ist schwierig. Es ist möglich, daß die Waffenstillstandskommission in Berlin die Erlaubnis zur Einreise durch Inanspruchnahme der Berliner rumänischen Militärmission erwirkt.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

Neuerscheinungen (Fortsetzung)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART.

Uebersicht:

Allgemeines:

Auslanddeutschtum i. allg.: 11. 45. 49. 50. 71. 73. 75. 76. 77. 100. 106. 110. 114.

Grenzdeutschtum: 4. 5. 6. 8. 10. 12. 13. 16. 19. 20. 21. 22. 27. 29. 31. 36. 42. 43. 44. 47. 55a. 57. 59. 61. 63. 64. 66. 68. 69. 72. 86. 87. 88. 90. 93. 94. 99. 104. 108. 109. 119. 120. 123. 124. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132.

Auslandkunde i. allg.: 3. 18. 51. 102. 111. 112. 115. 116.

Auswanderung: 23. 25. 32. 83. 85. 97.

Außenhandel: 40. 71. 75. 89. 98.

Mission: 74. 76. 101.

Digitized by Google

Geographische Einteilung:

Westeuropa: 3. 13. 14. 20. 28. 35. 46.

Nord- u. Osteuropa: 9. 14. 17. 18. 27. 30. 31. 33. 41. 44. 49. 50. 89. 104.

Süd- u. Südosteuropa: 22. 67. 78. 81. 107. 109. 122. 128.

Vorderasien: 2. 39. 77. 80. 83. 91. 103.

Ost- u. Australasien: 7. 37. 51. 60. 84. 105. 121.

Afrika: 11. 24. 48. 56. 65. 117.

Nordamerika: 14. 26. 38. 62. 70. 79. 95. 113.

Mittel- u. Südamerika: 1. 34. 92. 96. 98. 118. 125.

I. Einzelschriften.

1. D'*Alzamora,* Miguel, Le Pérou économique et financier. Marseille: Mercure des Balkans [um 1919]. fr. 3.—
2. *Armenien.* Beiträge zur armenischen Landes- u. Volkskunde. Hrsg. auf Veranlassung d. deutsch-armenischen Gesellschaft v. Paul Rohrbach. Stuttgart: Engelhorn 1919. M 6,60.
3. *Aubéry,* Gaétan, France et Allemagne. Le droit et la prééminence juridique. Paris: Libr. gén. de droit [1919]. fr. 10.—
4. *Baudesson* de Chanville, La Lorraine inconnue. Etude géographique, historique, économique sur le pays désannexé. Préface de Maurice Barrès. Paris: Berger-Levrault [1919]. fr. 3.—
5. *Bordeaux,* Henry, Sur le Rhin: Le Rhin romantique. Les fêtes de la libération à Metz et à Strasbourg. Les Français sur le Rhin. Paris: Plon-Nourrit [1919]. fr. 3,50.
6. *Brunialti,* Attilio, Le nuove provincie italiane. I. Il Trentino nella natura, nella storia, nell'arte e nella vita degli abitanti. Con 3 tav. e carta. Torino: Unione Tipografico-Editrice Torinese. l. 15.—
7. *Catalogus* der Koloniale Bibliotheek van het Kon. Instituut voor de taal-, land- en volkenkunde van Ned.-Indië en het Indisch Genootschap. Opgave van aanwinsten over de jaren 1916—1918. Haag: Nijhoff [1919]. fl. 1.—
8. *Chollet,* Marcel et Georges *Hamon,* Le problème des assurances sociales en Alsace-Lorraine. Paris: Giard [1919]. fr. 3.—
9. *Clemen,* Otto, Beiträge zur deutschen Kulturgeschichte aus Riga, Reval u. Mitau. Berlin-Riga-Leipzig: Würtz 1919. M 11.—
10. *Colin,* E., L'Alsace et la Lorraine à travers l'histoire de France. Avec une carte de l'Alsace et de la Lorraine. Paris: Delagrave [1919]. fr. 3,60.
11. Les *colonies* allemandes. Le passé. L'avenir économique. Ce qu'elles doivent devenir pour les colons français. Paris: Cadet 1919. fr. 1,50.
12. *Courau,* R., Législation des mines en Alsace et Lorraine 1871—1918. <Lois sur les mines. Législation fiscale. Code de l'industrie. Assurances ouvrières.> Paris: Dunod et Pinat 1919. fr. 7,50.
13. *Darsy,* Eugène, Les droits historiques de la France sur la rive gauche du Rhin. Préface de Maurice Barrès. Avec une carte. Paris: Recueil Sirey [1919]. fr. 3,50. (Petite bibliothèque de la Ligue des patriotes. 8.)
14. Die *Demokratien* d. Auslandes. (Eine Vortragsreihe, veranst. vom Verein „Auslandkunde". [H. 1—5]. Oldenburg: Stalling 1919. je M 1,70.
    [1.] Bergsträsser, Ludw., Die Demokratie in Frankreich. 1919.
    [2.] Hoetzsch, Otto, Die Versuche d. Demokratisierung im alten Rußland. 1919.
    [3.] Lensch, Paul, Die Demokratie in England. 1919.
    [4.] Rühlmann, Paul, Die demokrat. Rechte u. Pflichten in d. Schweiz. 1919.
    [5.] Schultze, Ernst, Der demokratische Gedanke in Amerika. 1919.
15. *Domelier,* Henri, Au G[rand] Q[uartier] G[énéral] allemand. Paris: Renaissance du livre. [1919.] fr. 6.—
16. *Eccard* (Frédéric), L'Alsace sous la domination allemande. Paris: Armand Colin [1919]. fr. 4.—
17. *Encyclopédie* polonaise. Publiée par le comité des publications encyclopédiques sur la Pologne à Fribourg, en Suisse. Vol. 3: Vie économique de la Pologne. Lausanne, Paris: Payot 1919. fr. 20.—
18. *Fenner,* Heinz, Deutschland u. Rußland. Eine Antwort an Prof. Eltzbacher. Berlin: Verl. d. Kulturliga 1919. M 1,20. (Revolutions-Streitfragen. H. 7.)
19. *Freund,* Fritz, Die konstituierende deutsch-österreichische Nationalversammlung. Ein biogr.-statist. Handbuch 1919—21. I. Legislaturperiode. Wien: Harbauer [1919]. M 2.—
20. *Funck*-Brentano, Frantz, La France sur le Rhin. Avec une carte des pays rhénans sous la révolution et l'empire. Préface de Maurice Barrès. Paris: Recueil Sirey [1919]. fr. 7,50. Petite bibliothèque de la Ligue des patriotes. 7.)
21. *Gierach,* Erich, Katechismus für das deutsche Volk i. Böhmen, zsgest. nach d. Beschlagnahme. 2. Aufl. Eger: Böhmerland-Verl. 1919. M 0,20. (Böhmerland-Flugschrift f. Volk u. Heimat. 3.)
22. *Grabmayr,* K. von, Süd-Tirol. Land u. Leute vom Brenner bis zur Salurner Klause. Hrsg. unter Mitw. hervorr. tiroler Gelehrter u. Schriftsteller. Berlin: Ullstein 1919. M 3.— (Männer u. Völker.)
23. *Grisebach,* M., Die deutsche Auswanderungsfrage und ihre Lösung. Zu den neueren Versuchen einer gesellsch. dt. Auswanderung. Witzenhausen: Verl. d. Ev. Hauptvereins 1919. (Der Auswandererfreund. H. 3.)
24. *Harris,* Walter, and W. *Cozenz-Hardy,* Modern Morocco. A report on trade prospects with some geographical and historical notes. London: Bank of British West Africa [1919].
25. *Hoeniger,* Franz, Auslandsreisen, Auswanderung, Steuerflucht. Paß-, Geldverkehr-, Steuer-Vorschriften. Berlin: Concordia 1919. M 4,40.
26. *Holitscher,* Arthur, Amerika heute und morgen. Berlin: Fischer 1919. M 8.—
27. *Hollack,* Emil, Haben die Polen u. Litauer ein histor. Recht auf Altpreußen? Beantw. v. einem Altpreußen durch Geburt u. Abstammung. Blätter z. Heimatskunde. Königsberg i. Pr.: Ostdt. Heimatdienst 1919. M 2.—
28. *Hudson,* W. H., France. The Nation and its development from earliest times to the establishment of the third republic. London: Harrap [1919]. 10 sh. 6 d.
29. *Hutter,* Theodor, Sturmlieder oder deutschböhm. Melodien. 2. Aufl. Eger: Böhmerland-Verl. 1919. M 0,40 Böhmerland-Flugschrift d. Volk u. Heimat. 2.)
30. *Kalnin,* Georg, Kurzer lettischer Sprachführer mit lettisch-deutschem u. deutsch-lett. Wörterverzeichn., Gesprächen u. kurzer Grammatik. 3. verm. Aufl. Riga: Bruhns [1919]. M 6.—
31. *Kaufmann,* Erich, Die Rechtsverhältnisse der an Polen abgetretenen Ostmark. Berlin: Verl. d. Grenzboten 1919. M 2,50.
32. *Klingspor,* Hans, Sollen wir auswandern u. wohin? 2. Aufl. München: Wieske 1919. M 3,30.

Digitized by Google

33. *Kozubsky,* Wladimir u. *Lubosaw Wyszatycki,* Deutsch-polnisches u. poln.-deutsches Handwörterbuch. Durchges. u. erg. v. Dr. Julian Morelowski u. Dr. Rich. Lezánski. T. 1: Deutsch-polnisch. Wien: Perles [1919.] M 20.—

34. *Krause,* Otto A., Argentiniens Wirtschaft während d. Weltkrieges. Ihre Bedeutung für d. dtsche Volkswirtschaft u. Auswanderung. Berlin: D. Reimer 1919. M 6.—

35. Deutsche *Kriegsgefangene* in Feindesland. Amtl. Material. England. Berlin: Vereinigung wissensch. Verleger [1919]. M 0,75.

36. *Lamla,* Der Aufstand in Posen. 1. u. 2. Aufl. Berlin: Heymann 1919. M 1.— (Auch in engl. u. franz. Ausg.)

37. *Lange,* Rudolf, Thesaurus japonicus. Japanisch-dtsch. Wörterbüch. Lexikon der in d. japan. Sprache übl. chinesischen Zeichen u. ihrer Zusammensetzungen samt d. verschied. Arten d. Aussprache u. d. Bedeutungen. Bd 2. Berlin: Vereinigg wissensch. Verleger 1919. M 64.—

38. *Laureys,* H., Essai géographique économique du Canada. Paris: Challamel [1919]. fr. 7,50.

39. *Lepsius,* Johannes, Deutschland u. Armenien 1914—1918. Samml. diplom. Aktenstücke. Potsdam: Der Tempelverl. 1919. M 15.—

40. *Lusensky,* F., Der deutsche Außenhandel auf d. Grundlage d. Friedensvertrages. Berlin: Liebheit & Thiessen 1919. (Handelspolit. Flugschriften. H. 20.)

41. *Martna,* M., Estland, d. Esten u. die estnische Frage. Olten: Troesch [1919]. M 4.—

42. *Mayer,* Adrian, Das Elsaß. Volks- u. Kulturfragen. Die natürl. Einheit u. d. kulturelle Zusammenhang d. oberrhein. u. südd. Lande. Oldenburg: Stalling 1919. M 4.—

43. *Neuhaus,* Johannes, Die Frage von Nordschleswig im Lichte d. neuesten vorgeschichtl. Untersuchungen. Jena: Diederichs 1919. M 2.—

44. *Nieborowski,* Paul, Oberschlesien, Polen u. d. Katholizismus. Eine zeitgem. Untersuchung. Berlin: Engelmann 1919. M 4.—

45. *Opet,* Otto, Der Schutz der nationalen Minderheiten. Berlin: Engelmann 1919. (Monographien z. Völkerbund. H. 4.)

46. *Quiroga,* F., Les Allemands en Belgique. <1914—1918>. Témoignage d'un neutre. Paris: Belin Frères [1919]. fr. 5.—

47. *Raif,* Th., Die Wahrheit über die politischen Zustände in Elsaß-Lothringen. Leipzig: Lüthke 1919. M 2,50.

48. *Rein,* G. K., Abessinien. Eine Landeskunde nach Reisen u. Studien in d. Jahren 1907—13. Bd 2: Handel—Landwirtschaft. Berlin: D. Reimer [1919]. M 30.—

49. *Schleuning,* J., Die deutschen Kolonien im Wolgagebiet. Berlin: Verein f. d. Deutschtum i. Ausland. 1919. (Schriften z. Selbstbestimmungsrecht d. Deutschen außerhalb d. Reiches. H. 9.)

50. *Schmid,* E., Die deutschen Kolonien in Sibirien u. Mittelasien. Berlin: Verein f. d. Deutscht. i. Ausl. 1919. (Schriften z. Selbstbestimmungsrecht d. Deutsch. außerh. d. Reiches. H. 7.) M 1,20.

51. *Schwarzenegg,* Otto v., Japan und wir. (Eine Denkschrift). München: Bruckmann 1919. M 2.—

52. *Signorel,* Jean, La pensée allemande dans l'ordre juridique. Paris: Berger-Levrault [1919]. fr. 3,50.

53. *Spenlé,* Jean-Edouard, L'Allemagne des Hohenzollern, 1415—1918. Paris: Berger-Levrault [1919]. fr. 3.—

54. *Spezialortsrepertorium* d. österr. Länder. Bearb. auf Grund d. Ergebn. d. Volkszählung v. 31. 12. 1910. Hrsg. v. d. statist. Zentralkommission. Wien 1919: Deutsch-österr. Staatsdruckerei. M 9.—

55. *Spieß,* Camille, Nietzsche contre la barbarie allemande. Paris-Genève: Atar 1919. fr. 2.—

55a *Strasbourg* et sa cathédrale, avec 21 illustrations et un plan au 10 000e avec les dénominations françaises. Nancy-Paris-Strasbourg: Berger-Levrault 1919. (Guides Berger-Levrault).

56. *Thorbecke,* Franz u. Marie Pauline *Thorbecke,* Im Hochland v. Mittel-Kamerun. T. 3: Beiträge z. Völkerkunde d. Ost-Mbamlandes. Unter Mitarb. v. Thdr. Mollison u. Wilh. Heinitz. Mit zahlr. Abb., 2 Tab., 23 Transskr. u. 1 Taf. Tonleitern. Hamburg: Friedrichsen 1919. M 15.— (Abhandlungen d. Hamburg. Kolonialinstituts. Bd 41, Reihe C, Bd 7.)

57. *Ullmann,* Herm., Was jeder Deutsche über Deutschböhmen wissen muß! München: Callwey [1919]. M 0,75.

58. *Varenne,* G., Deutschland im Weltkriege. Eine Samml. von dt. Zeugnissen. Paris: Vuibert [1919]. fr. 3,50.

59. *Vidal* de la Blache, P., La France de l'Est <Lorraine-Alsace>. Paris: Armand Colin [1919]. fr. 10.—

60. *Wade,* Charles G., Australia. Problems and prospects. Oxford: Clarendon Press. [1919]. sh. 5.—

61. *Watzlik,* Hans, Zu neuen Sternen. Zeitgedichte. Eger: Böhmerland-Verlag 1919. M 0,50. (Böhmerland-Flugschrift f. Volk u. Heimat. 4.)

62. *Weill,* Georges, Histoire des Etats-Unis de 1787 à 1917. Paris: Alcan 1919. fr. 5,50. (Bibliothèque France-Amérique.)

63. *Wilde,* E., Deutschböhmen. Berlin: Verein f. d. Deutscht. i. Ausl. 1919. (Schriften z. Selbstbestimmungsrecht d. Deutschen außerh. d. Reiches. H. 8.)

64. *Winkler,* Wilhelm, Die Tschechen in Wien. Wien: Hölder 1919. (Flugblätter f. Deutschösterreichs Recht. Nr 39.)

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

65. *Annuaire* économique et financier du Maroc. 1918—1919. Paris: Challamel 1919. fr. 12.—

66. *Böhmerland.* Blätter f. Volk u. Heimat. Zsgest. u. hrsg. v. J. Stauda. Jg. 1919. Eger: Böhmerland-Verl. 1919. Jährl. gg. 26 Nrn. Die Reihe von 10 Bl. M 2.—

67. La vraie *Italie.* Organe de liaison intellectuelle entre l'Italie et les autres pays dirigé par Giovanni Papini. Jg. 1. 1919/20. Bologna: Società generale delle messaggerie italiane. Jährl. 12 Nrn. Fr. 6.—

68. Deutsche *Nachrichten.* Gegr. von den Vereinigten Dt. Volksräten f. Posen u. Westpreußen. Hrsg. von d. Vereinigung d. dt. Volkstums in Polen. Jg. 1. 1919. Bromberg: Vereinigung d. dt. Volkstums i. Polen. Jährl. 52 Nrn. viertelj. M 1,50.

69. Deutschösterreichische *Nachrichten.* Organ d. Deutschösterreicher im Deutschen Reiche. Jg. 1. 1919/20. Berlin: Verlag d. Ausschusses d. Deutschösterreicher. Jährl. 52 Nrn. M 10.—

70. *Overzee,* van, Maandblad ter verspreiding van kennis over Noord-Amerika in Nederland. Jg. 1. 1919/20. Rotterdam: Nijgh & van Ditmar. jährl. 12 Nrn. Fl. 4.—

71. *Ueberseebote.* Halbmonatsschrift f. Ansiedlung u. Handel i. Uebersee. Nachrichtenblatt d. Mexiko-Siedlungs-Genossenschaft. Jg. 1. 1919/20. Charlottenburg: H. Hupfer. jährl. 24 H.; viertelj. M 3.—

III. Zeitschriftenaufsätze.

72. Unsere *Ansiedler* in Posen u. Westpreußen. in: Ostmark. Jg. 24. 1919. Nr 8. Berlin: Dtsch. Ostmarkenverein.

Digitized by Google

73. *Aufgaben* u. Ziele der Deutschen im nationalfremden Staat. Die Grundsätze d. Deutschen unter Dänemark. in: Dt. Nachrichten. Jg. 1. 1919. Nr 48. Bromberg: Vereinigung d. deutschen Volkstums i. Polen.

74. *Axenfeld,* K., Die Lage der deutschen Mission nach dem Friedensschluß u. die Christen d. Auslandes. in: Berliner Missionsberichte. 1919. Nr 8/9. Berlin: Berliner Missionsgesellschaft.

75. Die *Behandlung* deutschen Privateigentums in England nach d. Friedensbedingungen. in: Die chemische Industrie. Jg. 42. 1919. Nr 13/14. Berlin: Weidmann.

76. *Brunau,* Max, Neues Diasporaland. in: Monatshefte d. Gustav Adolf-Vereins. Jg. 1. 1919/20. H. 5/6. Leipzig: Hinrichs.

77. *Brunau,* Max, Das Ende deutscher Diakonissenarbeit im Orient. in: Monatshefte d. Gustav Adolf-Vereins. Jg. 1. 1919/20. H. 5/6. Leipzig: Hinrichs.

78. *Brussot,* M., Deutscher Geist im spanischen Schrifttum. in: Das literarische Echo. Jg. 21. 1918/19. H. 21. Berlin: Fleischel.

79. *Dedekind,* M., Die deutschevangelischen Freikirchen in Amerika u. unsere Landeskirchen. in: Monatshefte d. Gustav Adolf-Vereins. Jg. 1. 1919/20. H. 5/6. Leipzig: Hinrichs.

80. *Dittel,* Leopold, Deutsch-Österreich im Orient. in: Südost—Balkan-Revue. Jg. 1919/20. H. 4/5. Berlin-Friedenau: Balkan-Verlag.

81. *Fehlinger,* H., Die deutsch-slowenische Sprachgrenze. in: Südost—Balkan-Revue. Jg. 1919/20. H. 4/5. Berlin-Friedenau: Balkan-Verl.

82. *Frankreich* u. die deutsche Musik. in: Musikhandel u. Musikpflege. Jg. 21. 1919. Nr 22. Leipzig: Verein d. dt. Musikalienhändler.

83. *Franz-Treutler,* C., Siedelungsmöglichkeiten im westl. Orient. in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 33/34. Berlin: Verl. d. Grenzboten.

84. Deutsche *Frauenmission* in Hongkong. in: Ev. Missionsmagazin. 1919. H. 9. Basel: Basler Missionsbuchhandlg.

85. *Geißler,* Bruno, Auswanderungsfragen. in: Monatshefte d. Gustav Adolf-Vereins. Jg. 1. 1919. H. 5/6. Leipzig: Hinrichs.

86. *Graf,* Samuel, Deutschwestungarns Land u. Leute. in: Vierburgenland. Jg. 1. 1919. H. 2. Ödenburg: Verl. d. Vierburgenlandes.

87. *Haertlein,* Albert, Tatsachen und Wahrheiten [über den deutschen Osten]. in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 35. Berlin: Verl. d. Grenzboten.

88. *Hahn,* Johannes, Die Bergstadt Schlaggenwald im deutschen Schrifttum. in: Mitteilungen d. Vereins f. Geschichte d. Deutschen i. Böhmen. Jg. 57. 1919. H. 3/4. Prag: Selbstverlag d. Vereins.

89. Ueber deutsch-polnische *Handelsbeziehungen.* in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. H. 37. Berlin: Verlag d. Grenzboten.

90. *Hoeber,* Fritz, Die Versöhnung durch das Elsaß. in: Mitteilungen d. Aussch. vertrieb. Elsaß-Lothringer. Jg. 1. 1919/20. Freiburg i. Br.: Verl. d. Mitteilungen.

91. *Hoppe,* Friedrich, Palästina u. der Weltkrieg. in: Neueste Nachrichten aus dem Morgenlande. Jg. 63. 1919. Nr 2. Berlin: Jerusalemverein.

92. 25 *Jahre* deutsche Schule in Mexiko. in: Das Echo. Jg. 38. 1919. Nr 36. Berlin: Auslandsverl.-Gesellsch.

93. *Koenig,* Fr., Zur Psychologie d. Elsässertums. in: Europ. Staats- u. Wirtschaftszeitung. Jg. 4. 1919. Nr 33. Berlin: Hofrichter.

94. *Koenig,* Fr., Die elsaß-lothring. Sozialisten gegen den Versailler Frieden u. das Gewaltregime in Elsaß-Lothringen. in: Deutsche Politik. Jg. 4. 1919. H. 34. Stuttgart-Berlin: Dt. Verl.-Anst.

95. *Kraus,* Wolfgang, Die Brücke über d. Ozean. Was erhoffen wir vom Deutschtum in Amerika? in: Hilfe. Jg. 1919. Nr 35. Berlin: Buchverl. d. Hilfe.

96. *Lateinamerika.* Nordamerikan. Propaganda in Lateinamerika. <Kinematograph - Propaganda - Telegraphendienst>. in: Mitteilungen d. ibero-amerikan. Gesellschaft. Jg. 2. 1919. H. 7/8. Hamburg: Ibero-Amerikan. Institut.

97. *Lederbogen,* Friedrich Karl, Deutschland u. seine Auswanderer. in: Deutsche Politik. Jg. 4. 1919. H. 35. Stuttgart-Berlin: Dt. Verl.-Anst.

98. *Meißner,* Walter, Deutschlands Stellung im Wettbewerb um Südamerika nach d. Kriege. in: Mitteilungen d. ibero-amerikan. Gesellsch. Jg. 2. 1919. H. 7/8. Hamburg: Ibero-Amerikan. Gesellschaft.

99. *Menenius,* Frankreich u. Elsaß-Lothringen. in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. H. 37. Berlin: Verl. d. Grenzboten.

100. *Merrem,* Gerhard, Eine Reichsstelle f. Auslandsdeutschtum. in: Klarheit. Jg. 1. 1919. H. 26. Königsberg i. Pr.: Wirtschaftl. Aufklärungsdienst.

101. *Meyer,* Erich, Die Vorbildung d. Auslandspfarrer in d. Heimat. in: Monatshefte d. Gustav Adolf-Vereins. Jg. 1. 1919/20. H. 5/6. Leipzig: Hinrichs.

102. *Micheli,* Horace, Die politischen Anschauungen d. welschen Schweiz. in: Südd. Monatshefte. Jg. 16. 1918/19. Nr 11. München: Südd. Monatshefte.

103. *Moderow,* Hans, Die deutsch-evangelischen Gemeinden in Palästina. in: Monatshefte d. Gustav Adolf-Vereins. Jg. 1. 1919/20. H. 5/6. Leipzig: Hinrichs.

104. Deutsche *Möglichkeiten* u. Wahrscheinlichkeiten im künftigen Polen. in: Ostmark. Jg. 24. 1919. Nr 8. Berlin: Dt. Ostmarkenverein.

105. *Mueller,* Herbert, Die Übersetzungsliteratur in chinesischer Sprache. in: Archiv f. d. fernen Osten. Jg. 4. 1919. H. 7/8. Berlin: Curtius.

106. *Mueller,* Wilhelm, Die Bedeutung d. Rückwanderer für unsere Zukunft. in: Hilfe. Jg. 1919. Nr 34. Berlin: Buchverl. d. Hilfe.

107. Die *Notlage* d. Siebenbürgisch-deutschen Buchhandels. in: Börsenbl. f. d. dt. Buchhandel. Jg. 86. 1919. Nr 188. Leipzig: Börsenverein d. dt. Buchhändler.

108. *Oehme,* G., Kriegsnöte u. Friedensaussichten d. Lothringer Diaspora. in: Monatshefte d. Gustav Adolf-Vereins. Jg. 1. 1919/20. H. 5/6. Leipzig: Hinrichs.

109. Zur *Organisation* d. deutschen Buchhandels in den Sudetenländern u. d. Slowakei. in: Buchhändler-Correspondenz. Jg. 60. 1919. Nr 36. Wien: Verein d. österr.-ungar. Buchhändler.

110. *Peschke,* Rudolf, Deutschstämmige Kriegsgefangene in Deutschland. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 8/9. Berlin: Heymann.

111. Fremde *Propaganda* in d. Schweiz. in: Südd. Monatshefte. Jg. 16. 1918/19. Nr 11. München: Südd. Monatshefte.

112. *Ragaz,* Leonhard, Deutschland u. wir. Zum geistigen Friedensschluß. in: Südd. Monatsh. Jg. 16. 1918/19. Nr 11. München: Südd. Monatsshefte.

113. *Ritter,* Theodor J., Als deutscher Buchhändler im feindl. Amerika. in: Börsenbl. Jg. 86. 1919. Nr 174. Leipzig: Börsenverein d. dt. Buchhändler.

Digitized by Google

114. *Scholz,* Die Hilfstätigkeit d. Reichswanderungsstelle f. d. deutschstämmigen Kolonisten Wolhyniens u. d. Cholmer Bezirks. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 8/9. Berlin: Heymann.

115. Die *Schweiz* spricht zu uns. Sonderheft d. Südd. Monatshefte. Jg. 16. 1918/19. Nr 11. München: Südd. Monatshefte.

116. Internationale *Statistik* d. geistigen Produktion i. Jahre 1917. (Uebers. aus „Le Droit d'Auteur [Bern] v. 15. Dez. 1918). in: Börsenbl. f. d. dt. Buchhandel. Jg. 86. 1919. Nr 168. 170. 172. 174. Leipzig: Börsenverein d. dt. Buchhändler.

117. *Steudel,* Die Bedeutung d. dt. Tropenärzte f. d. Eingeborenen u. f. d. Wissenschaft. in: Deutsche medizin. Wochenschrift. Jg. 45. 1919. Nr 15. Leipzig: Thieme.

118. *Stichel,* Bernhard, Argentinien. Zur Wiederaufnahme d. dt.-argent. Wirtschaftsbeziehungen. Die dt. Auswanderung nach Argentinien. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 4. 1919. Nr 35. Hamburg: Meißner.

119. *Stumpf,* Gustav, Die Schankhäuser in Neutitschein. in: Das dt. Kuhländchen. Bd 1. 1919. F. 5. Neutitschein: Hosch & Schleif.

120. *Ullrich,* Josef, Zur Geschichte der Schulen im Botenwald. in: Das dt. Kuhländchen. Bd 1. 1919. Folge 6. Neutitschein: Hosch & Schleif.

121. Zur *Vertreibung* der Deutschen aus China [Urteil eines Neutralen]. in: Allgem. Zeitung. Jg. 122. 1919. Nr 31. München: Allg. Ztg.

122. *Wallisch,* Friedrich, Das Ende eines dtsch. Kulturinstitutes [Dt. Theater in Laibach]. in: Vierburgenland. Jg. 1. 1919. H. 2. Ödenburg: Verlag d. Vierburgenlandes.

123. *Weilemann,* Hermann, Die Wandlung des nationalen Empfindens in der dt. Schweiz. in: Südd. Monatshefte. Jg. 16. 1918/19. Nr 11. München: Südd. Monatshefte.

124. *Weizsäcker,* Wilhelm, Neue Literatur zur böhm. Agrargeschichte (abgeschloss. Jan. 1919). in: Mitteilungen d. Vereins f. Geschichte d. Deutschen i. Böhmen. Jg. 57. 1919. H. 3/4. Prag: Selbstverl. d. Vereins.

125. *Wolff,* Paul, Ein Brief aus Kolumbien. in: Weltecho. [Jg. 1.] 1919. Nr 36. Berlin: Ullstein.

126. *Zimmermann,* Georg, Das Deutschtum in d. Kunst Tirols. in: Kunstchronik. N. F. Jg. 30. 1919. Nr 40. Leipzig: E. A. Seemann.

IV. Karten.

127. *Lange,* Friedrich, Deutsch-Österreich u. d. Tschecho-Slowakei. M. 1 : 1,000,000. Berlin: Dietrich Reimer 1919. 70 : 100 cm. M 2,60. (Dietr. Reimer's Handkarte.)

128. *Nationalitätenkarte* von Galizien. In 3 Blättern. Bl. 1: Krakau. Nach d. Ergebn. d. Volkszählung v. 31. Dez. 1910 entw. von Paul Langhans [Umgangssprache d. einheim. Bevölkerung i. d. Ortsgemeinden zuzügl. d. zugehörigen Gutsgebieter: Polen, Ukrainer (Ruthenen) u. Deutsche (u. deutschsprechende Juden)]. M. 1 : 400,000. (Dazu Text v. Paul Langhans.) in: Petermanns Mitteilungen. Jg. 65. 1919. März/Apr.-H. Gotha: Perthes.

129. *Ostpreußen* mit genauer Kennzeichn. der Deutschld bestimmt verbleibenden Teile, d. Abstimmungsgebiete u. des Memeler Landes. M. 1 : 300,000. Leipzig: Mittelbach 1919. M 2,50.

130. *Schleswig-Holstein,* (mit Hamburg u. Lübeck) mit deutl. Kennzeichn. d. Volksabstimmungs-Geb. M. 1 : 300,000. Leipzig: Mittelbach 1919. M 2,50.

131. *Verkehrskarte* von Süddeutschland u. Deutsch-Österreich. M. 1 : 600,000. Ulm: Bartz 1919. 125 : 80 cm. M 4.—.

132. *Westpreußen* mit genauer Kennzeichn. der Deutschld bestimmt verbleibenden u. der an Polen fallenden Teile, der Abstimmungsgebiete u. des Freistaates Danzig. M. 1 : 300,000. Leipzig: Mittelbach 1919. M 2,50.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschriften.

In Berlin erscheint vom 1. September ab der **„Überseeboten"**, eine Halbmonatsschrift für Ansiedlung und Handel in Übersee, Nachrichtenblatt der Mexiko-Siedlungsgesellschaft. Als Herausgeber zeichnen Karl Hagelberg & Co., als verantwortlicher Schriftleiter Fritz Hupfer. In den Einführungsworten wird gesagt, daß mit dem Blatte „der jetzt in Deutschland so stark einsetzenden Auswandererbewegung ein zuverlässiges Nachrichtenblatt in die Hand gegeben werden soll, das über alle den Auswanderer interessierenden Neuigkeiten aus deren Heimat und dem Auslande schnell und sicher Auskunft erteilt." Diese recht allgemeine Fassung wird aber eingeschränkt durch den weiteren Satz, daß insbesondere nur Mexiko als aussichtsreiches Zukunftsland in der Zeitschrift verfolgt werden soll. Die im Format unserer eigenen Zeitschrift 8 Seiten starke Nummer enthält in der Hauptsache einen Aufsatz des bekannten Obersten Dr. Krumm-Heller: „Mexiko — mein Heimatland", in dessen ersten Teil er hauptsächlich gegen die Koloniegründung des Dr. Blumenau in Brasilien polemisiert und vor der Einwanderung nach Brasilien überhaupt warnt. Es folgen Notizen aus der Heimat und dem Auslande, die zumeist Zeitungsnachrichten entnommen sind und endlich als Wichtigstes die Mitteilung, daß der frühere mexikanische Geschäftsträger in Berlin der Regierung Carranzas die Eingabe der Mexiko-Siedlungsgesellschaft unterbreitet habe, und daß die Regierung ihren Gesandten in Berlin beauftragt habe, die Arbeit der Mexiko-Siedlungsgesellschaft willkommen zu heißen und sich bereit erklärt habe, die Bestrebungen der Genossenschaft in jeder Weise zu fördern.

Unter dem Titel **„Das Auslanddeutschtum,** Wochenzeitung für den Zusammenschluß aller Deutschen in der Heimat und im Ausland", erscheint im Verlage von Paul Zimmermann in Berlin ein neues Organ, das in enger Fühlung mit einem „Reichsbunde" für den Zusammenschluß aller Auslanddeutschen wirken will und ein Sprachrohr für die Auslanddeutschen sein soll. Der die Selbstkosten überschießende Reinertrag soll, einem Begleitschreiben zufolge, für den Ausbau einer „Auslanddeutschen-Kolonie" bei Berlin verwendet werden. In einem diesen Plan erörternden Aufsatz der Nummer wird übrigens verlangt, daß die Genehmigung zur Auswanderung an den Nachweis erfolgreicher (!?) Belehrung geknüpft werden solle. Bei der Kolonie wird an die Stadt Frohnau gedacht und an das Grundstück, daß der Fürst Henckel von Donnersmark einst Kaiser Wilhelm für ein Alters- und Genesungsheim für Offiziere zur Verfügung stellte. „Dem Kriegsministerium wäre sicherem Vernehmen nach eine solche Lösung gegenüber einer nicht unwahrscheinlichen anderen nicht unerwünscht." Es scheint bei dem Plan auch um eine Art Auslandschule sich zu handeln, denn es heißt in dem Aufsatz: „Durch planmäßige Schulung und Vorbereitung auf die Aufgabe deutschen Bekennertums und praktischer Welterfolge, auf Rechte und Pflichten eines jeden, der sich draußen deutsch nennt, würde unendlich viel Gutes gestiftet werden, würde das Samenkorn gelegt zur wirklichen Völkerverständigung und zur neuen deutschen Weltgeltung." Die Nummer enthält eine Anzahl von Aufsätzen, die meist von Auslanddeutschen geschrieben sind und zum Teil Auswanderungs- und Siedlungsmöglichkeiten behandeln.

Digitized by Google

Unter dem Titel **„Deutsch-Österreichische Nachrichten"** erscheint ein neues Wochenblatt in Berlin, dessen erste Nummer am 15. August herauskam. Eine zweite Nummer für September soll folgen, das regelmäßige, wöchentliche Erscheinen soll ab 1. Oktober aufgenommen werden. Die Zeitschrift ist das Organ der Deutschösterreicher im Reiche. Sie ist die erste Deutschösterreichische Zeitung im Ausland, wenigstens im europäischen Ausland, und will der halben Million Deutsch-Österreicher im Reiche ein Führer und Ratgeber sein, der ihm das wirkliche Verstehen der Politik der Heimat übermittelt. Die Zeitschrift will rücksichtslos und offen alle Zusammenhänge besprechen, deren Kenntnis zum Verständnis der Entwickelung nötig ist. Die erste Nummer enthält einen Leitaufsatz: „Was wird aus Deutschösterreich werden?" und eine große Anzahl von Artikeln und Notizen, die die deutsch-österreichische Politik betreffen.

Ein Aufsatz **„Das Deutschtum in Spanien"** von Gymnasialdirektor Dr. Boelitz, dem verdienstvollen Leiter der deutschen Schule in Barcelona bis zum Kriegsausbruch, eröffnet das erste Heft der neuen Zeitschrift „Spanien" (s. Mitteil. Nr. 7). Nach einem kurzen Rückblick auf die begrenzte Kolonisation bayrischer Siedler an der Sierra Morena im 18. Jahrhundert entwirft Dr. Boelitz ein Bild der blühenden Tätigkeit der Deutschen und ihrer Erfolge im spanischen Wirtschaftsleben, wie sie erst nach der Reichsgründung möglich war. Voran die Kaufleute, dann Ingenieure und Kleingewerbetreibende, schließlich in steigendem Grade die technische Industrie und die Vermittlertätigkeit auf allen Gebieten. Ein gesund entwickeltes Kirchen-, Schul- und Vereinswesen sorgte dafür, daß den großen deutschen Kolonien in den Städten Überlieferung und Zusammenhang nicht verloren ging. Wie fast in allen deutschen Auslandkolonien entsprach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung leider nicht die kulturelle inmitten des fremden Volkes. Es fehlte das Bedürfnis, mit den führenden spanischen Gesellschaftsschichten den geistigen Kulturaustausch zu pflegen, es fehlte der politische Instinkt für die werbende Kraft kultureller Darbietungen, der schönen Künste und Wissenschaften, wie sie die Franzosen mit überlieferter Theaterkunst von jeher in den Dienst ihrer Bestrebungen gestellt haben. So ging im Kriege viel Gelände kampflos verloren, bis erst einmal der Wert geistiger Rüstung erkannt wurde. Der im Herbst 1918 gehaltene Vortrag schließt mit der Hoffnung, daß die gebildeten deutschen Kreise auf der endlich betretenen Bahn fortschreiten und in den geplanten deutschen Instituten in Barcelona und Madrid die Stätte finden mögen, von der aus sich tiefgehende kulturelle Beziehungen zu dem ritterlichen und uns wohlgesinnten spanischen Volke begründen lassen.

Über die **Vorbildung der Auslandpfarrer in der Heimat** schreibt Pfarrer E. Meyer-Frankfurt a. M. in den Monatsheften des Gustav-Adolf-Vereins einen beachtenswerten Aufsatz. Führende und leitende Persönlichkeiten seien ein unbedingtes Erfordernis zum Neuaufbau des Auslanddeutschtums, und solch eine leitende Stelle sei durch sein Amt der Auslandpfarrer. Für ihn genügt es nicht nur, alle die Eigenschaften und Kenntnisse zu besitzen, die ihn in der Heimat zu einem tüchtigen Vertreter seines Berufes machen, und nach denen allein er bisher für Auslandsposten ausgewählt worden sei. Zu verwundern sei dieser Mangel einer besonderen Ausbildung, wo doch schon lange eine in mancher Hinsicht vorzügliche Vorbildung für Missionare bestanden habe. Der Verfasser bezeichnet als unbedingt notwendig für den zukünftigen Auslandpfarrer: Verständnis für fremde Kulturkreise, das zum mindesten durch das vollständige Einleben in einen derselben erworben werden könne, ferner Sprachenkenntnis, Vertrautheit mit Wesen und Geschichte des Auslanddeutschtums, mit Religions- und Kirchenkunde; auch starke pädagogische Erfahrung und Kenntnisse sollte er aufzuweisen haben. Über den zu beschreitenden Weg schreibt Pfarrer Meyer: Die Entscheidung, ob ein Mann als Pfarrer im Ausland tätig sein will, ist grundsätzlich — aber ohne beiderseitige Bindung für später — durch Meldung der Kandidaten nach dem ersten oder zweiten Examen herbeizuführen. Die Vorbildung könnten sie als Vikare oder in Seminarien erhalten, beides natürlich mannigfach ergänzt durch Auslandkurse, Universitätsvorlesungen, Sprachkurse usw. Die Vorbildung als Vikare habe vieles für sich, besonders wenn man dazu die beträchtliche Zahl früherer Auslandpfarrer heranziehe, die zur Belehrung ihren Schatz an persönlichen und Berufserfahrungen übermitteln könnten. Natürlich müßte der Vikar an einem großen Orte wohnen, wo keine Gelegenheit fehlt zur Weiterbildung des inneren und äußeren Menschen. In einem arbeitsreichen Jahr könne auf diese Weise in Verbindung mit Universität, Auslandkursen, Vereinen (in Stuttgart z. B. mit dem Deutschen Ausland Institut) die Grundlage für die Sonderkenntnisse gelegt werden. Wo die einjährige Vorbereitung als Vikar nicht möglich sei, da greife man zu (etwa dreimonatlichen) vielseitigen Kursen im Anschluß an irgend ein Institut und erweitert durch Lehrer möglichst aller in Betracht kommenden Fächer.

VON UNSERER ARBEIT

Staatsrechtliche Kommission des D. A. I.

Das Deutsche Ausland Institut Stuttgart hat eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes eines Staatsvertrages eingesetzt zur Vermeidung von Härten, die sich aus doppelter Staatsangehörigkeit und Staatenlosigkeit ergeben. Die nachfolgenden Herren haben sich freundlichst bereit erklärt, in die Kommission einzutreten: Geheimrat Prof. Dr. jur. Robert Piloty-Würzburg als Vorsitzender, Universitätsprofessor Dr. Delaquis-Frankfurt a. M., Universitätsprofessor Dr. Hatschek-Göttingen, Geh. Legationsrat von Keller-Berlin, Auswärtiges Amt, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Kohler-Berlin, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Mendelssohn-Bartholdy-Würzburg, Universitätsprofessor Dr. Karl Neumeyer-München, Universitätsprofessor Dr. Partsch-Freiburg i. Br., Dr. Karl Strupp-Frankfurt a. M., Oberbürgermeister Dr. Trautmann-Frankfurt a. O. Die Kommission wird es als ihre Aufgabe ansehen, die aus der Staatenlosigkeit und aus doppelter Staatsangehörigkeit sich ergebenden Unzuträglichkeiten durch ein völkerrechtliches Abkommen zu beseitigen. Das Deutsche Ausland Institut wendet sich an alle Personen, die infolge doppelter Staatsangehörigkeit oder Staatenlosigkeit in diesem Kriege Schwierigkeiten irgendwelcher Art gehabt haben, und wäre ihnen im Interesse der Erfüllung der Aufgaben der Kommission für weitgehende Ueberlassung einschlägigen Tatsachen- und rechtlichen Materials sehr verbunden.

Digitized by Google

Versand unserer Zeitschrift.

Die Zeitschrift wird von dieser Nummer ab durch die Post versandt. Sie wird pünktlich am 1. und 15. jeden Monats erscheinen, soweit Stromsperre, Streiks und andere Störungen keinen Strich durch die Rechnung machen. Wir bitten unsere Mitglieder und Bezieher darauf zu achten, daß sie die Zeitschrift pünktlich erhalten und bitten bei Unregelmäßigkeiten in der Zustellung sofort das einschlägige Postamt zu benachrichtigen. Mitglieder und Bezieher, die die Zustellung der Zeitschrift ausdrücklich unter Kreuzband wünschen, machen wir darauf aufmerksam, daß wir für diese Zusendungsart in Anbetracht der beträchtlich gestiegenen Versand- und Portokosten einen Zuschlag von 3 Mark pro Jahr einzufordern gezwungen sind.

1. Vortragsreihe: Auswanderungswesen.

Das Deutsche Ausland Institut wird in diesem Herbst und Winter seine Vortragstätigkeit erheblich ausbauen und wird neben seinen regelmäßig alle 14 Tage stattfindenden Vorträgen in Stuttgart auch im ganzen Reiche Vorträge veranstalten, wenn die Reise- und Eisenbahnverhältnisse keinen Strich durch die Rechnung machen. In Stuttgart selbst sollen aber neben diesen Vorträgen auch geschlossene Vortragsreihen veranstaltet werden, in denen berufene Männer der Wissenschaft und der Praxis vor kleinerem, zur Arbeit entschlossenem Kreise, tiefgründiger über einzelne Fragen der Auslandkunde und des Auslanddeutschtums sprechen werden.

Der erste Vortragszyklus war der Frage der Auswanderung gewidmet, die ja jetzt im Mittelpunkte unserer volkswirtschaftlichen und kulturellen Betrachtungen steht. Er umfaßte sechs Vorträge und fand im stets gefüllten, großenteils gewaltig überfüllten Saal des Lindenmuseums statt, den der Württembergische Verein für Handelsgeographie uns in dankenswerter Weise wieder zur Verfügung stellte. Es sprachen:

Am 21. August: Caritassekretär Dr. Straubinger-Stuttgart: „Sollen wir auswandern?"

Am 23. August: Pfarrer Grisebach-Witzenhausen: „Einzelsiedelung oder Massensiedelung".

Am 25. August: Pfarrer Grisebach-Witzenhausen: „Wie es auf einer südamerikanischen Regierungskolonie aussieht".

Am 27. August: Dr. K. Martin-Berlin: „Argentinien als Siedelungsland".

Am 3. September: Herr C. Schwantes-Ulm: Die La-Plata-Staaten als Auswanderungsziel".

Am 4. September: Dr. Fritz Wertheimer-Stuttgart: „Ostasien, Rußland und seine Randstaaten als Auswanderungsziel".

An einzelne Vorträge schloß sich eine sehr rege und lebhafte Aussprache an, in der die Vortragenden bereitwilligst auf die ihnen gestellten Fragen Rede und Antwort standen. Eine große Anzahl von Fragen wurde dann auch im Anschluß an die Vorträge in unserer Auskunftsabteilung für Auswanderer weiter behandelt. Diese Vortragsreihe soll im Laufe des Winters in teilweise veränderter Form wiederholt werden.

Von sonstigen Vorträgen, die im Laufe des Sommers gehalten wurden, erwähnen wir zwei Vorträge, die Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer am 24. Juni in Tuttlingen auf Einladung der dortigen Ortsgruppe des Württembergischen Landesverbandes des Bundes der Auslanddeutschen über „Altes und neues Auslanddeutschtum" und am 25. Juli in Tübingen auf Einladung einer Anzahl von Professoren der Universität über „Auslanddeutschtum und Volkswirtschaft" hielt.

Am 15. August sprach im großen Vortragssaale des Deutschen Ausland Instituts in Stuttgart der bisherige deutsche Gesandte in Mexiko, Herr H. v. Eckardt, vor einem geladenen Kreise von Vertretern der württembergischen Behörden, der Handelskammern und der am Handel mit Mexiko interessierten Industriellen in dreistündigen, fesselnden, vertraulichen Ausführungen über seine Erlebnisse und Erfahrungen in Mexiko. Er stellte sich der Auskunftsabteilung während seiner Anwesenheit in dankenswerter Weise zur Beratung für Mexiko-Interessenten zur Verfügung, zur gleichen Liebenswürdigkeit hatte sich auch Herr Dr. Martin, der Generalsekretär des Deutsch-Argentinischen Zentralverbandes am Tage nach seinem Vortrage bereit erklärt.

UNSERE STELLENVERMITTLUNG

Das Deutsche Ausland Institut hat eine Stellenvermittlung eingerichtet, die späterhin in erster Linie dafür arbeiten soll, Stellen ins Ausland zu vermitteln und auch rückwanderungslustigen Auslanddeutschen beim Wiedergewinnen einer Stellung in der Heimat dienstbar zu sein. Zurzeit ist aber erste Aufgabe, die in der Heimat beschäftigungslos weilenden Auslanddeutschen unterzubringen und ihnen Brot und Arbeit zu verschaffen. Denn gern nimmt kaum einer unter ihnen die Erwerbslosenunterstützung an, weit mehr vielleicht als andere beseelt unsere Auslanddeutschen, die in harter Arbeitsleistung groß geworden sind, Arbeitslust und Arbeitswille. Gar oft sperren sich Industrie und Handel noch gegen die Einstellung von Auslanddeutschen, aber dank unserer Arbeit ist schon manches besser geworden. Wir bitten die Auslanddeutschen, unsere Vermittlungsstelle, die für alle Teile völlig kostenlos arbeitet, in Anspruch zu nehmen. Die Vereine und Ortsgruppen erhalten auf ihren Wunsch jede beliebige Anzahl von Fragebogen. Aber auch jeder einzelne Auslanddeutsche kann sich die Bogen zur Ausfüllung senden lassen. Je mehr Bewerber wir in unserer Kartothek haben, desto bessere Auswahl können wir denen, die Stellen zu vergeben haben, bieten, desto mehr wird sich unsere Einrichtung einbürgern. Das Deutsche Ausland Institut hat die Stellenvermittlung des früheren Reichsverbandes der Auslanddeutschen übernommen und übt seine Stellenvermittlung auch im Auftrage des „Bundes der Auslanddeutschen" aus. Es rechnet dabei auf allseitige Unterstützung und auf recht rege Benutzung dieser Einrichtung.

Anfrage.

Neuguinea-Rabaul. Wer kann Auskunft geben über den Verbleib des Kapitäns Hugo Hanner, Motor-Schoner „Irene" (Hamburg-Südsee A.-G.)? Seit Kriegsausbruch wurde nichts mehr von ihm gehört. Laut Privatnachricht lag die „Irene" bei Kriegsausbruch im Hafen von Rabaul. Herr Hanner soll nachher auf einer Plantage in Neuguinea als Arbeiter beschäftigt gewesen sein.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslanddeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

Ein Mitglied des Instituts, Fachmann im Kaffee-Anbau und -Aufbereitung, mit zwanzigjähriger, erfolgreicher Tätigkeit in Guatemala, gelernter Großkaufmann mit ausgedehnten Sprachkenntnissen, sucht Betätigung im lateinischen Amerika. Erste Kraft, vertrauenswürdig und vermöglich. Gute Allgemeinbildung. Erfahrung auch in Zuckerrohr und Vieh. Kann größten Betrieb leiten, würde aber auch kleineren Betrieb übernehmen, beides aber nur in leitender Stellung. Ansprüche mäßig; bezahlt Ausreise selbst.

Digitized by Google

Eine erstklassige sizilianische Exportfirma wünscht Vertretungen erster deutscher Firmen in: Farben und Lacken, Glaswaren, medizinischen Spezialitäten, Tinten, Modeartikeln, Pianos. Die betreffende Firma wäre bereit, auf eigene Kosten Lager in Sizilien zu errichten und würde alles, was in Italien zur Ausfuhr freigegeben ist, liefern.

Deutschen aus Italien, die sich nach ihrem Vermögen und Eigentum erkundigen, kann eine zuverlässige Adresse zur Verfügung gestellt werden. Der Herr ist dem Institute durch ein in Italien wohnendes Mitglied aufs beste empfohlen. Die Adresse wird auf Wunsch von der Geschäftsstelle übermittelt.

Deutsches Haus in Kopenhagen sucht Vertretung von leistungsfähigen Werken der Eisenbranche. (Rund-, Flach-, Winkel- etc.-Eisen, Eisenbleche, galvan. Bleche, Bandeisen, Stahlwellen etc.)

Ein Mitglied des Instituts, das bis vor kurzem in Rußland tätig war und über gute politische Verbindungen verfügt, erbietet sich zur Auskunftserteilung über wirtschaftliche Fragen in Rußland.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 24. September 1919.
Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. — Druck der Tagblatt-Buchdruckerei Stuttgart.

ANZEIGENTEIL

Anzeigengebühren bei gleichzeitiger Veröffentlichung im „Nachrichtenblatt des Bundes der Auslanddeutschen" für die 4gespaltene Nonpareille-Zeile (Rudolf Mosse's Normal-Zeilenmesser Nr. 4) M. 1.50.

Alleinige Anzeigen-Annahme durch die Annoncen-Expedition **Rudolf Mosse**, Stuttgart, Berlin, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Prag, Wien, Basel, Zürich.

DIE AUSKUNFT- UND VERMITTLUNGSSTELLE DES DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS

will in allen praktischen und wissenschaftlichen Fragen des Zusammenhangs zwischen Auslanddeutschen und dem Mutterlande den Volksgenossen draußen und denen in der Heimat, welche Beziehungen zum Auslande unterhalten oder anzuknüpfen suchen, mit Rat und Tat zur Seite stehen. Überaus dringlich ist die Fürsorge für die zahlreichen aus dem Heeres- oder Hilfsdienste entlassenen, aus den Internierungs- wie aus den Gefangenenlagern zurückgekehrten Auslanddeutschen, deren wertvolle Kräfte für einen raschen Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und des Außenhandels nutzbar gemacht werden müssen. Unsere Bemühungen sind darum vornehmlich auf den planmäßigen Ausbau der

Stellenvermittlung

gerichtet. Behörden, Institute, Industrielle, Fabrikanten und Gewerbetreibende, die tüchtige, über langjährige Erfahrungen verfügende **kaufmännisch, technisch oder wissenschaftlich vorgebildete Kräfte** suchen, sei es für ihre Betriebe selbst oder als **Vertreter im Auslande**, sollten die Dienste der Vermittlungsstelle vorzugsweise in Anspruch nehmen. Stellungsuchenden Auslanddeutschen wollen wir nach Kräften nützlich sein. So können Beziehungen zwischen deutschen Firmen in der Heimat und deutschen Kaufleuten im Auslande angebahnt werden, die beiden Teilen zum Vorteil gereichen.

RAG. AUGUSTO CASTELFRANCHI
MILANO - Corso Romana 76 - **MILANO**
gerichtlich eingetragener Bücher-Revisor
übernimmt Nachforschungen nach deutschem Eigentum in Italien, private und gerichtliche Maßnahmen zur Wiedererlangung. Befasst sich auch mit gerichtlichen und aussergerichtlichen Abwicklungen alter Geschäfte, Liquidationen.
Wiederanknüpfung und Neuanbahnung geschäftlicher Beziehungen zwischen Deutschen und Italienern.

GEGRÜNDET 1870

Commerz- und Disconto-Bank
HAMBURG-BERLIN
Eingezahltes Kapital einschl. Reserven 102 500 000 Mk.
Eröffnung der Filiale Stuttgart am 1. Oktober
Tel.-Adr.: Hanseatic **Königstraße 21** Fernsprecher 10 680/83

Pflege aller Zweige des Bankgeschäftes

Eröffnung laufender Rechnungen
mit Kreditgewährung
Errichtung von Scheck-Konten
zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs
Annahme von Bareinlagen
auf Sparbuch
An- und Verkauf von Wertpapieren
Einlösung von Kupons
und verlosten Effekten
Vermögensverwaltung
Beratung
in allen Steuer-Angelegenheiten
Ausarbeitung von Steuererklärungen
Anlage und Beschaffung von Geldern auf Hypotheken und Zieler.

Digitized by Google

UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT
FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE
MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS
ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN

„Der Auslanddeutsche" erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich. • Preis des Einzelheftes 1 Mark, des Jahresabonnements 22 Mark. • „Der Auslanddeutsche" kann durch jedes Postamt abonniert werden. • Alleinige Anzeigenannahme durch die Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Stuttgart und ihre Zweigbüros
Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. II. – Nr. 11 | STUTTGART | Zweites Oktober-Heft 1919

Das Ergebnis unseres Preisausschreibens

Im Januar 1919 hatte das Deutsche Ausland Institut folgendes Preisausschreiben erlassen:

I. Es soll die Frage der Wahlfähigkeit von Auslanddeutschen, die im Besitze einer deutschen Staatsangehörigkeit sind, und zwar auch solcher, die vielleicht auch noch eine zweite Staatsangehörigkeit besitzen, sowohl

nach ihrer völkerrechtlichen wie auch nach ihrer staatsrechtlichen Seite

untersucht werden. Dabei werden positive Vorschläge über die praktische Durchführung, insbesondere die Aufstellung von Kandidatenlisten und das Wahlverfahren, sowie eine rechtsvergleichende Darstellung erwartet.

II. Für die beste Bearbeitung wird ein Preis von M. 1000.—, für die zweitbeste ein Preis von M. 500.– ausgesetzt. Die beiden Arbeiten werden auf Kosten des Ausland Instituts, das an ihnen Eigentumsrecht erwirbt, veröffentlicht. Wird keine Arbeit des ersten Preises für wert befunden, so ist das Preisrichterkollegium befugt, die Preise unter mehrere Bewerber nach seinem Ermessen zu verteilen. Das Ausland Institut ist berechtigt, nicht preisgekrönte Arbeiten zu dem für Aufsätze in seinen Zeitschriften üblichen Honorarsatz zu erwerben und sie in der ihm geeignet erscheinenden Weise zu veröffentlichen.

III. Die Arbeiten sind bis zum 1. Juli 1919 in einem mit Motto versehenen Umschlage der Geschäftsstelle des Deutschen Ausland Instituts Stuttgart, Königstraße 15, einzureichen. Beizuliegen hat ein zweiter verschlossener Umschlag mit gleichem Motto, der Name und Adresse des Verfassers der Preisarbeit enthält.

IV. Das Preisrichterkollegium besteht aus den Herren: Universitätsprofessor Dr. v. Blume, Tübingen (Mitglied des Vorstandes des Deutschen Ausland Instituts), Geheimrat Universitätsprofessor v. Anschütz, Heidelberg, Universitätsprofessor Mendelssohn-Bartholdy, Würzburg, Universitätsprofessor Dr. Josef Partsch, Freiburg i. Br., Dr. Karl Strupp, Frankfurt a. M.

V. Die Veröffentlichung der Preisprüfung erfolgt in den „Mitteilungen" des Deutschen Ausland Instituts, sowie in der gemeinsam mit der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft vom Deutschen Ausland Institut herausgegebenen „Weltwirtschaft", außerdem in der Frankfurter Zeitung, der Kölnischen Zeitung, dem Hamburger Fremdenblatt, der Deutschen Allgemeinen Zeitung, dem Bayerischen Staatsanzeiger und sämtlichen Stuttgarter Blättern.

Stuttgart, Januar 1919.] [DEUTSCHES AUSLAND INSTITUT
Theodor G. Wanner, Vorsitzender des Vorstandes

Auf dieses Ausschreiben sind fünfzehn Arbeiten rechtzeitig eingegangen. Von ihnen haben die Preisrichter zwei Arbeiten als gleich würdig des Preises erklärt. Die erste trägt das Kennwort: „Das ganze Deutschland muß es sein", die andere hat das Kennwort: „Den lieb' ich, der Unmögliches begehrt". Das Preisrichterkollegium hat dahin entschieden, daß der erste und der zweite Preis auf diese beiden Arbeiten gleichmäßig zu verteilen sei. Die Verfasser der preisgekrönten Arbeiten sind:

Dr. jur. Hermann Wilms-Bonn, Gerichtsassessor, Berlin-Friedenau, Blankenbergstr. 2.

Dr. jur. Heinrich Brode, Halle a. S., Händelstr. 28.

Ausser diesen beiden Arbeiten wurden zum Ankauf und zur Veröffentlichung empfohlen die Arbeit mit dem Kennwort: „Rechtswissenschaft" (Verfasser: Dr. jur. Paul Kurtzig, Magistratsrat, Berlin W, Bendlerstr. 17), und die Arbeit mit dem Kennwort: „An's Vaterland, an's teure, schliess dich an" (Verfasser Dr. jur. Bruno Wohl, Kammergerichtsreferendar, z. Zt. beim Gericht der 6. Division, Brandenburg-Havel, Hauptstr. 68).

Im Namen des Preisrichterkollegiums: Prof. Dr. W. v. Blume.

Digitized by Google

Zum Preisausschreiben des D. A. I.

Von Professor Dr. W. v. BLUME, TÜBINGEN

Als das Deutsche Ausland Institut im Januar d. J. sein Preisausschreiben erließ, wünschte es dadurch die Frage zu klären, ob es möglich sei, die Auslanddeutschen, die deutsche Staatsbürger sind, stärker als bisher an der Lenkung der Geschicke des Deutschen Reiches zu beteiligen. Ganz besonders aber wurde Wert darauf gelegt, eine Untersuchung der Frage des Wahlrechts der im Ausland lebenden deutschen Staatsbürger zu erhalten. Denn die damals bevorstehenden Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung hatten in vielen Auslanddeutschen den Wunsch entstehen lassen, daran teilnehmen zu können und den verschiedensten Seiten weitere Vorschläge gemacht, wie dieser Wunsch befriedigt werden könnte.

Die Frage des Wahlrechts der Auslanddeutschen weist zwei Seiten auf, die beide einer sorgfältigen Behandlung bedürfen: Eine völkerrechtliche, die nur auf der Grundlage der Außenpolitik, und eine staatsrechtliche, die nur auf der Grundlage der Innenpolitik von deutschem Standpunkte aus behandelt werden kann. Denn der Auslanddeutsche deutscher Staatsangehörigkeit steht notwendig zu zwei Staaten in rechtlichen und politischen Beziehungen: seinem Gaststaate und seinem Heimatstaat. Nach beiden Seiten hin also muß die Frage geklärt werden, was ohne eindringendes Studium nicht möglich war.

Über alles Erwarten groß war die Beteiligung am Wettbewerb. Fünfzehn Arbeiten gingen ein. Ist es schon erfreulich, daß das Recht der Auslanddeutschen so viel Anteilnahme gefunden hat, so darf mit ganz besonderer Befriedigung festgestellt werden, daß die gestellte Aufgabe durch den Wettbewerb wirklich gelöst worden ist. Zwei der eingereichten Arbeiten können als vorzügliche Leistungen bezeichnet werden, die allen zu stellenden Anforderungen genügen, in der Art und Weise der Stoffbehandlung sehr von einander verschieden, aber dennoch so gleichartig, daß das Preisrichterkollegium beschlossen hat, den ersten und den zweiten Preis unter sie zu verteilen. Beide begnügen sich nicht mit theoretischen Erörterungen, sondern machen praktische Vorschläge zur künftigen Gestaltung des Wahlrechts der Auslanddeutschen. Denn, daß es möglich und wünschenswert sei, die Reichsdeutschen im Auslande an den Wahlen zum deutschen Reichstag zu beteiligen, darin sind beide Arbeiten einig.

Auch unter den anderen eingelieferten Abhandlungen war manche gute Leistung; die beiden besten der nicht preisgekrönten Arbeiten sind dem Ausland Institut zum Ankauf und zur Veröffentlichung empfohlen worden.

Der künftige Gesetzgeber des Reichswahlgesetzes wird an dem Ergebnis dieses Preisausschreibens nicht vorübergehen können. Möge er die sorgfältig durchdachten Vorschläge so verwerten, wie sie es verdienen!

Freizügigkeit für Auslandflüchtlinge?

Von Dr. jur. et rer. pol. H. KASTNER, STUTTGART*)

Die nach dem Freizügigkeitsgesetz vom 1. November 1867 und neuerdings nach Art. 111 der Verfassung vom 11. August 1919 auch verfassungsmäßig allen deutschen Reichsangehörigen verbürgte Freizügigkeit, als das Recht, an jedem beliebigen Ort des Reichs sich aufzuhalten und niederzulassen, ist längst auf Grund einer Unmenge von reichs- und landesrechtlichen Verordnungen und Verfügungen, sowie kommunalen Maßnahmen illusorisch gemacht. Der steigende Wohnungsmangel, die allgemeine Lebensmittelknappheit haben die Notwendigkeit mit sich gebracht, die Bevölkerungsverteilung und -Bewegung bis zu einem gewissen Grade zu regeln und die Gemeinden gegen übermäßigen Zuzug zu schützen. So erfolgten seit dem vergangenen Jahre jene gesetzgeberischen Maßnahmen „zur Beschränkung des Fremdenverkehrs", gegen den Wohnungsmangel, über die „Fernhaltung des Zuzugs" usw. in gehäuftem Maße. Wenn diese Bestimmungen auch zweifellos für den Inlandverkehr erschwerend und belästigend wirken, so haben doch die wenigsten Inlanddeutschen darunter direkt zu leiden, sie sind in der Mehrzahl seßhaft an Ort und Stelle, für sie bietet im Gegenteil das Verbot des Zuzugs in der Hauptsache eine Schutzbestimmung. Anders mit den deutschen Flüchtlingen aus dem Ausland, aus dem besetzten Gebiet, aus den vom Deutschen Reich abgetrennten Ländern, die, von Haus und Hof vertrieben, nach dem Reich hereinkommen und Unterkommen suchen. Sie laufen Gefahr, statt von der Heimat gastlich aufgenommen zu werden, vor jeder Gemeinde die Schranke des Zuzugsverbots zu finden und nun von einer Gemeinde zur anderen abgeschoben zu werden.

Da bestimmt nun eine vom Reichsarbeits- und vom Reichsernährungsminister unterzeichnete „Verordnung, betreffend den Zuzug von ortsfremden Personen und von Flüchtlingen" vom 23. Juli 1919 (R.-G.-Bl. S. 1353) in § 2 Abs. 1, daß Gemeinden und Gemeindeverbände ohne Rücksicht auf anderweitige Bestimmungen Deutschen, die unter den Einwirkungen des Krieges aus dem Ausland oder aus einem vom Feinde besetzten oder infolge des Friedensschlusses aus dem Reichsgebiet ausscheidenden oder einer anderen Verwaltung unterstehenden Landesteile geflüchtet oder vertrieben worden sind, den Zuzug zu gestatten haben. Zur Erläuterung der leitenden Absicht des Gesetzgebers bei Erlaß dieser Bestimmung sei hier der Text einer amtlichen Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros wiedergegeben, durch die die Verordnung seinerzeit in der Tagespresse angekündigt wurde. Er lautet: „Der Zuzug von Flüchtlingen aus den Ostgebieten und den besetzten Teilen Deutschlands hat in letzter Zeit in steigendem Maße zugenommen. Dazu kommen noch Tausende von Deutschen, die aus dem Ausland vertrieben sind, sowie die zurückkehrenden Kriegs- und Zivilgefangenen. Für diese Personen bietet es infolge der jetzt herrschenden Wohnungsnot die größte Schwierigkeit, ein Unterkommen zu finden. Erschwert wird ihre Lage noch dadurch, daß vielfach Gemeinden, ohne auf die Not dieser deutschen Volksgenossen Rücksicht zu nehmen, ihnen den Zuzug in ihren Gemeindebezirk verbieten.

*) Der Aufsatz beleuchtet den württembergischen Standpunkt. Wir haben uns auch an die Ministerien der andern deutschen Länder mit der Bitte um Auskunft über ihre Stellungnahme gewandt und werden hier fortlaufend darüber berichten.

Digitized by Google

Die Reichsregierung hat sich hier zu einem Eingreifen zum Schutze der Flüchtlinge entschlossen."

In den Kreisen der Auslanddeutschen wurde die Verordnung mit großer Genugtuung aufgenommen als die Zusicherung der Freizügigkeit für die Vertriebenen und Flüchtlinge (vgl. u. a. den Artikel von Rechtsanwalt Dr. Bruno Fürst, „Die Fürsorge für die elsaß-lothringischen Flüchtlinge" im Abendblatt der „Frankfurter Zeitung" vom 3. Sept.). Allein, der Auslandflüchtling der z. B. nach Stuttgart kommt und sich frohen Muts auf dem Wohnungsamt im Vertrauen auf die reichsrechtliche Bestimmung die Zuzugserlaubnis holen will, wird bittere Enttäuschung erleben.

Das württembergische Landesrecht hat sich nämlich über die reichsgesetzliche Regelung hinweggesetzt und die so schön auf dem Papier stehende Bestimmung über den freien Zuzug gegenstandslos gemacht.

Auf Grund eines erst im August dem Polizeistrafgesetzbuch neu eingefügten § 50 a, der dem Staatsministerium und mit seiner besonderen Ermächtigung dem Ministerium des Innern in außerordentlichen Fällen die Erlassung vorübergehender Anordnungen zur Verhütung schwerer Gefahren für Leben und Gesundheit der Bevölkerung, sowie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung vorbehält, ist unterm 29. August eine Verfügung des Ministeriums des Innern über die Bekämpfung der Wohnungsnot ergangen, in der zwar das Wort Zuzug ängstlich vermieden wird, die aber in § 10 jede Überlassung und Ingebrauchnahme (im weitesten Sinne) von Wohnräumen von der vorherigen Genehmigung der Gemeindebehörden abhängig macht. Die Genehmigung der Gemeindebehörde bildet aber nach § 11 der Verfügung die Bedingung für die Erteilung der vorgeschriebenen polizeilichen Anmeldebescheinigung für den Einzug in eine Wohnung und diese Bescheinigung wieder die Voraussetzung für den Bezug von Lebensmittelkarten.

Zunächst scheint uns die Zuständigkeit der württembergischen Regierung zum selbstherrlichen Erlaß dieser Verfügung nicht gegeben. Nach § 8 der Anordnung vom 23. Juli dürfen von ihrem Inkrafttreten, also vom 23. Juli an, Maßnahmen zur Beseitigung des Wohnungsmangels nur noch von den zuständigen Reichsministerien erlassen werden. Zweifellos stellt sich auch die Verfügung „Zur Bekämpfung der Wohnungsnot" als eine solche Maßnahme dar, und die württembergische Regierung kann die Berechtigung zum Erlaß der Verfügung nicht auf Landesrecht gründen, wenn eine solche Maßnahme nach Reichsrecht verboten ist. Zum mindesten wäre es unseres Erachtens nötig gewesen, die Zustimmung des Reichsernährungs- und des Reichsarbeitsministers einzuholen gemäß § 1 der Anordnung vom 23. Juli, demzufolge die Landeszentralbehörden in gewissem Maße mit der Zustimmung der genannten Reichsstellen Bestimmungen erlassen können, durch die der Aufenthalt, die Beherbergung und der Zuzug ortsfremder Personen in der Zeitdauer oder in anderer Weise beschränkt werden.

Diese Zustimmung wäre aber wohl schwerlich erfolgt, denn die Anordnungen der Verfügung bedeuten die praktische Außerkraftsetzung des für die Auslandflüchtlinge so wichtigen § 2 der Anordnung vom 23. Juli. Die Zuzugsgenehmigung spielt nach dem gegenwärtigen Rechtszustand in Württemberg überhaupt keine Rolle mehr, sondern entscheidend ist die Genehmigung zur Ingebrauchnahme einer Wohnung. In der Erteilung dieser Genehmigung aber hat die Gemeindebehörde freie Hand, die Zulassung des Auslandflüchtlings steht wie die jedes anderen zuziehenden Deutschen im reinen Ermessen der Verwaltungsbehörde. Allerdings, der „Zuzug" an sich kann ihm auf Grund Reichsrechts nicht verwehrt werden, aber welchen Wert hat für ihn noch die „Zuzugs"-freiheit? Jede „Ingebrauchnahme" von Wohnräumen, auch bei Freunden oder Verwandten, ohne Beanspruchung eines neuen Raumes ist ihm verwehrt, Lebensmittelkarten kann er nicht erhalten.

Dieser Rechtszustand zeigt wieder deutlich, daß es mit einem schön aussehenden, schnell hingeworfenen Gesetz nicht getan ist. Die Reichsregierung wollte sich mit der Anordnung die Klagen der Auslanddeutschen vom Halse schaffen, hat aber nur Hoffnung erweckt, die sie unseres Erachtens nicht erfüllen kann. Die württembergischen landesrechtlichen Bestimmungen sind — obwohl man sich ihrer Befolgung nach dem in der neuen Verfassung Art. 13 übrigens ausdrücklich hervorgehobenen Grundsatz unseres Staatsrechts „Reichsrecht bricht Landesrecht" zufolge widersetzen könnte — ein Akt der Notwehr und berechtigter Selbsthilfe. Juristisch ist es tatsächlich nach der Verordnung jedem deutschen Auslandflüchtling, ungeachtet seiner bundesstaatlichen Zugehörigkeit, freigestellt, sich beispielsweise in Stuttgart niederzulassen. (Stuttgart würde zweifellos als besonders zuzugsbegehrte Stadt mit am meisten zu leiden haben.) Daß dies eine gerade auch im Interesse der Auslandflüchtlinge durchaus nicht wünschenswerte Konsequenz ist, bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung. Aber auch bei einer beschränkenden Auslegung des Gesetzes dahin, daß Freiheit des Zuzugs nur den Flüchtlingen gewährt wird, die direkt aus dem Ausland usw. kommen und sich erstmals im Inland niederlassen, wäre noch eine große Gefahr der Überflutung für einzelne Gemeinden vorhanden, die wieder nicht im Interesse der Auslandflüchtlinge liegen kann. Andererseits ist es gewiß erstrebenswert, die Entscheidung über den Zuzug von Auslandflüchtlingen nach Möglichkeit von dem willkürlichen Ermessen einer untergeordneten Gemeindebehörde unabhängig zu machen. Allein dies ist auf dem einfachen Weg, den das Reich einschlagen zu können glaubte, nicht möglich. Das Reich hätte eingehendere Bestimmung zu treffen, welche Gemeinde nach bestimmteren Gesichtspunkten in erster Linie für die Flüchtlinge zur Niederlassung zuständig ist und unter welchen bestimmteren Voraussetzungen sie sich auch in anderen Gemeinden niederlassen können. Durch solche und ähnliche Vorschriften wäre es möglich, die Verwaltungswillkür den Auslandflüchtlingen gegenüber zu beschränken und gleichzeitig übermäßigen Zustrom zu einzelnen Gemeinden zu vermeiden. Es ist zu hoffen, daß der Widerstreit der reichs- und landesrechtlichen Bestimmungen (wie in Württemberg dürfte die Rechslage wohl in den meisten anderen Bundesstaaten auch sein) die einschlägigen Reichsstellen veranlaßt, sich nochmals und dann eingehender mit dem zur Lösung stehenden Problem zu befassen, das zur Lösung zu bringen im Interesse der Auslandflüchtlinge allmählich an der Zeit wäre.

Deutsche Vereine an amerikanischen Universitäten

Von L. VIERECK (New York) BERLIN

Der 16. November 1908 ist einer der bemerkenswertesten Tage für meine amerikanischen Erinnerungen. Er brachte mir ein unvergeßliches Erlebnis, nämlich die deutsche Aufführung von Meyer-Försters bekanntem Lustspiel „Alt Heidelberg" durch amerikanische Studenten auf einer zu dem Zweck eigens gemieteten New Yorker Bühne und daran anschließend einen echt deutschen Kommers aller Mitwirkenden wie zahlreicher Zuhörer, der besonders stimmungsvoll verlief. Ich habe das Stück auf verschiedenen guten Theatern Deutschlands aufführen sehen, aber niemals hat es einen so packenden Eindruck auf mich gemacht wie an jenem Abend, wo ausschließlich Studenten und Studentinnen

Digitized by Google

der Cornell-Universität mitwirkten und auch echtes deutsches Studentenleben zu verkörpern wußten. Das war aber noch lange nicht die Höchstleistung der Musensöhne von Ithaka. Zwei Jahre später brachten sie eins der großen Schillerschen Dramen auf die Bühne, was offenbar nur um deswillen weniger beachtet wurde, weil keine Wiederholung der Aufführung in New York stattfand. Sie gaben „Wilhelm Tell" in einer Ausstattung, um die so manche deutsche Bühne das unbekannte Lyzeum-Theater in dem Städtchen am Cayugasee beneiden dürfte. Die ganze Studentenschaft der „Cornell" beteiligte sich an der Aufführung mit einer Bereitwilligkeit und Opferfreudigkeit, die wirklich die größte Anerkennung verdienen. Selbst solche, die wenig oder gar kein Deutsch verstanden, nahmen ein warmes Interesse an der Sache und halfen durch ihre Anwesenheit am Spielabend dem Unternehmen zu einem glänzenden Erfolge. Wie groß der Eifer der Studentenschaft war, läßt sich aus der Tatsache ermessen, daß sich nicht weniger als 90 Studenten und Studentinnen meldeten, als es die Besetzung der Rollen galt, wovon aber nur 56 im ganzen Verwendung finden konnten, 40 zu Sprech- und 16 zu stummen Rollen. Dazu lieh auch noch das studentische Orchester in Stärke von 60 Mann seine Mitwirkung, so daß annähernd 120 Personen aus der akademischen Stammrolle bei dieser Aufführung tätig waren.

Wie konnten aber so ungeahnte Dinge auf dem Boden des so weltabgelegenen kleinen Ithaka erwachsen und volle Erfolge bringen, nicht nur einen künstlerischen, da die durchschnittlichen Leistungen weit über die von gewöhnlichen Dilettantenaufführungen hinausgingen, sondern auch einen finanziellen, insofern die nicht unerheblichen Kosten in beiden Fällen aus dem Verkauf der Eintrittskarten gedeckt wurden? Die Antwort ergibt sich aus der noch wenig bekannten Tatsache, daß seit etwa einem Vierteljahrhundert an den meisten Universitäten und sonstigen höheren Lehranstalten der Ver. Staaten von Amerika deutsche Vereine entstanden sind, deren Aufgabe es sein soll, die akademische Jugend mit deutscher Sprache und Literatur bekannt zu machen, vor allem aber in die deutsche Denkweise einzuführen und sie in den Geist unserer hervorragendsten Schriftsteller einzuweihen. Es ist keine Uebertreibung, wenn man sagt, daß hier die wichtigsten Pflanzstätten der deutschen Kultur in Amerika gegeben sind, die in den Personen der Professoren, die ihrer Zeit selbst als Schüler deutscher Hochschulen sich echte deutsche Bildung aneigneten, die berufensten Hüter haben. Von diesen Vereinen ergoß sich denn auch, bis sich die Pandorabüchse des Weltkriegs öffnete, ein ziemlich ansehnlicher Strom von wissensdurstigen Jünglingen nach Deutschland, um in Berlin, Leipzig, München und andern Hochschulen ihre Studien fortzusetzen und zu vertiefen.

„Der „Deutsche Verein der Cornell-Universität" — so berichtete gegen Ende 1908 Professor A. B. Faust, der Leiter der deutschen Abteilung und Spielleiter der Aufführungen dieser Hochschule an den von mir damals herausgegebenen „Deutschen Vorkämpfer" — „entstand vor 7 Jahren, also schon 1901. Anfangs war er nur der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiete der germanistischen Philologie bestimmt, sehr bald entfernte er sich aber von diesem streng gemessenen wissenschaftlichen Bestreben, das in den literarischen und philologischen Seminarien der „Deutschen Abteilung" der Universität nun eine geeignete Stätte fand. Mehr und mehr ging darauf der Verein in die Hände der „Undergraduates" (d. h. derer, die noch nicht das Schlußexamen vom Kollegium bestanden haben, also der jüngeren Semester) über, allerdings unter beständiger Anregung der Fakultätsmitglieder, deren viele, und nicht allein die der deutschen Abteilung Angehörigen, lebhaft witwirkten. Zweimal monatlich kommt der Verein zusammen. Ein um das andere mal hört man einen gediegenen Vortrag über deutsche Literatur, Wissenschaft, Volksleben, Universitäts-, Militärwesen usw., der von einem Professor oder auswärtigen Redner gehalten wird. Die anderen Abende werden ausschließlich den Studenten überlassen, die selbständig ein literarisches und musikalisches Programm ausführen. Ein Dichterabend ist eine beliebte Unterhaltung. Man wählt beispielsweise den Dichter Uhland zum Gegenstand: verschiedene Mitglieder tragen aus Uhlands Werken vor, ein anderer gibt eine Charakteristik oder schildert den Lebenslauf des Dichters. Der Verein singt: „Ich hatt' einen Kameraden" oder sonst ein patriotisches Lied. Den schönsten Dichterabend erlebten wir vor einigen Jahren zur Schillerfeier, wobei das „Eleusische Fest" mit musikalischer Begleitung rezitiert und der dritte Akt von „Maria Stuart" aufgeführt wurde. Humoristisch wirkte der — mehrmals wiederholte — Busch-Abend, wobei die bekannten Max-und-Moritz-Bilder, nach den Originalen koloriert, von der Laterna magica auf die weiße Wand geworfen wurden, während ein dazu befähigter Student die entsprechenden Verse vortrug. Der gemütlichste Abend im Jahre bleibt aber die Weihnachtsfeier, die in echt deutscher Weise mit Weihnachtsbaum, Weihnachtsliedern und verkleidetem Santa Klaus begangen wird. Letzterer verteilt kleine Geschenke und gereimte Scherze, die auf Begebenheiten und Persönlichkeiten im Universitäts- und Vereinsleben bezug haben. Die besuchtesten Abende sind aber doch die, an denen kleine Lustspiele aufgeführt werden, wie: Wilbrandts „Jugendliebe", Elz' „Ein Knopf", Wilhelms „Einer muß heiraten", Mosers „Der Schimmel", Benedix' „Eigensinn" oder der klassische Einakter Fuldas „Unter vier Augen". Wenigstens alle zwei Jahre schwingt sich der Verein aber auf die Höhe einer größeren dramatischen Leistung, die im städtischen Theater vor einem großen Publikum, der Elite von Ithaka, gegeben wird. So sind in den letzten 4 Jahren Freytags „Journalisten", von Mosers „Der Bibliothekar" und Meyer-Försters „Alt-Heidelberg" mit vielem Erfolg aufgeführt worden. Letzteres wurde in diesem Jahre hier in Ithaka und in New York wiederholt."

Man merkt wohl schon durch die Bezugnahme auf „Santa Klaus", den amerikanisierten Knecht Rupprecht oder den Weihnachtsmann der westlichen Hemisphäre, daß der Berichterstatter kein geborener Deutscher, sondern ein Deutsch-Amerikaner ist, der — beiläufig bemerkt — selbst nicht einmal an einer deutschen, sondern an der John Hopkins Universität in Baltimore seine Studien absolvierte. Aber gerade sein gedrängter Bericht ist äußerst lehrreich für das Wesen der deutschen Vereine in Nordamerika und geradezu ein klassischer Beleg für die gewaltige Wirkung, die mit Ernst und Liebe betriebene deutsche Studien auf die überaus aufnahmefähige amerikanische Jugend ausüben.

Ich lernte die ersten Ansätze zu den anfänglich so herrlich aufblühenden deutschen Vereinen auf einer längeren Vortragsreise kennen, die ich im Jahre 1897 durch einen großen Teil des Vereinigten-Staatengebietes unternahm. Zunächst fand ich da in Philadelphia eine Gruppe von ehemaligen deutschen Akademikern, meist Lehrern an der Universität von Pennsylvanien, und älteren Studenten, die sich in einem Klublokal gelegentlich, namentlich wenn deutsche Besucher kamen, versammelten und dann durch einen zwanglosen Kommers deutsche Studentenerinnerungen auffrischten. Aus diesem Kreise, dessen geistigen Mittelpunkt der auch in Deutschland wohlbekannte Professor Dr. Marion Dexter Learned, ein Stockamerikaner aus Delaware, bildete, kristallisierte sich später eine Ortsgruppe der über das ganze Landesgebiet verbreiteten „Vereinigung alter deutscher Studenten", aber auch ein studentischer Verein, der sich ähnlichen Aufgaben widmet, wie der von Ithaka. Freilich ist Learned zu sehr Gelehrter und zu wenig „alter Bursche", als daß hier auch ähnliche Früchte wie dort zu erwarten wären. Meines Wissens hat man sich in Philadelphia nie daran gewagt, selbst deutsche

Digitized by Google

Stücke zu spielen, sondern sich darauf beschränkt, deutsche Theatertruppen bei ihren dortigen Aufführungen nach Kräften zu unterstützen.

Ganz besonders blühten aber schon damals an der „North Western", einer Methodisten-Universität zu Evanston bei Chicago, zwei ganz eigenartige deutsche Vereine, genannt die „Deutsche Gesellschaft" und der „Deutsche Literaturverein". Beide wurden etwa im Jahre 1893 von dem — seinem ausgezeichneten Wirken viel zu früh durch den Tod entrissenen — Professor Dr. Henry Cohn ins Leben gerufen. Cohn war 1844 in Breslau geboren, aber schon in früher Jugend mit seinen Eltern nach Amerika ausgewandert. Anfang der siebziger Jahre hatte er in Berlin geschichtliche, neuphilologische und philosophische Studien betrieben, auf Grund deren man ihm schon 1876 eine Professur verlieh. Idealist vom reinsten Wasser, schwärmte er leidenschaftlich für den Gedanken, die amerikanische Jugend mit deutscher Kultur zu erheben, und wirkte in diesem Sinne bis zu seinem 1900 erfolgten Ableben. Er war es, der es zuerst durchsetzte, daß die an einer streng konfessionellen Anstalt bestehenden Vorurteile gegen Theateraufführungen der Studenten durchbrochen wurden, indem er der Oberleitung begreiflich machte, daß es für das lebendige Verständnis einer fremden Sprache überaus förderlich sei, daß diejenigen, die sie meistern wollten, ganze Rollen eines Stücks auswendig lernten, aber auch die betreffenden Charaktere auf der Bühne persönlich verkörperten.

Das erste Stück, das aufgeführt wurde, war nichts weniger als ein klassisches, sondern merkwürdigerweise das von einem jetzt schon ziemlich vergessenen Autor, nämlich A. Mels, herrührende Lustspiel „Heines junge Leiden". Der unglückliche Mels hatte in Deutschland den Boden unter den Füßen verloren, aber auch in Amerika keinen finden können. So geriet er in schwere Bedrängnis, die ihn aufs Krankenlager warf. Da griff Professor Cohn ein und veranstaltete mit seinen Studenten zu seinen Gunsten eine Theatervorstellung, die ihm immerhin 500 Mark einbrachte — ein kleiner Trost auf seinem einsamen Schmerzens- und Sterbelager in einem Hospital von Chicago. Aber für die „North Western" bedeutete das Ereignis, daß von da ab deutsche Theateraufführungen Bürgerrecht bekamen.

Ein glücklicher Zufall wollte es, daß für den wackeren Henry Cohn sich in dem Vollblutamerikaner Professor James T. Hatfield, ein äußerst berufener Ersatzmann fand, der das Cohnsche Werk mit einem bewundernswerten Eifer aufnahm. Er führte sich 1898 mit einem bemerkenswerten Vortrag im „Literaturverein" über das Thema „Die Schuld der amerikanischen Jugend gegen Franz Lieber" ein. Die Wahl dieses Gegenstandes ist bezeichnend für den Hatfieldschen Standpunkt, daß es eine Ehrenpflicht seiner Landsleute ist, den deutschen Anteil an der gesamten, namentlich aber an der kulturellen Entwicklung Amerikas zur allgemeinen Anerkennung zu bringen. Er trug auch dafür Sorge, daß es an der „North Western" Sitte geworden ist, daß alljährlich bei den Schlußfeiern der „Deutschen Abteilung" ein deutsches Theaterstück aufgeführt, deutsche Gedichte vorgetragen und deutsche Lieder gesungen werden. Bei diesen Universitätsfesten pflegt sich das gebildete Deutschtum von Chicago und Umgegend lebhaft zu beteiligen, namentlich werden aus diesen Kreisen gelegentlich auch Solokräfte für einzelne Aufführungen gewonnen. Die Bedeutung solcher Veranstaltungen für die Erhaltung des Deutschtums in Amerika liegt auf der Hand.

Bald nach meiner Rückkehr von meiner großen westlichen Reise nach New York wurde ich von Professor Wm. H. Carpenter zu einigen öffentlichen deutschen Vorträgen an der dortigen Columbia-Universität eingeladen. Ich gab dort u. a. „Erinnerungen an den deutschen Reichstag" und an „Deutschlands große Zeit, 1870 und 1871" zum besten. Es entstand daraus später die Einrichtung, daß in jedem Wintersemester eine Reihe deutscher Vorlesungen öffentlich in einem großen Hörsaale der Universität gehalten wurden. Vor allem aber kam bald danach — im Herbst 1898 — der hochangesehene „Deutsche Verein der Columbia" in Gang, bei dessen Entstehen mir mitzuwirken vergönnt war. Der Zweck dieser Gesellschaft ist satzungsgemäß das Studium und die Würdigung der deutschen Sprache und Literatur in Wort wie in der Schrift, die Erörterung aller zeitgeschichtlichen Ereignisse auf deutschem Gebiete, die Förderung der öffentlichen deutschen Vorlesungen an der Columbia und die soziale Annäherung derer, die sich für das Deutsche interessieren.

Man hatte mich zum Ehrenmitglied dieses Vereins ernannt, um mir die aktive Mitwirkung zu ermöglichen, die sonst nur den Lehrern und Studierenden der Universität freisteht, aber auf 50 Teilnehmer im Semester beschränkt ist. Der Grund für diese Einschränkung liegt in den ungenügenden Räumlichkeiten, die dem Verein im Universitätsgebäude zur Verfügung stehen, einem Klubzimmer, das nur 50 Personen zu fassen vermag. Dafür ist dieser Platz aber für jeden deutschen Besucher um so interessanter. Eine ganze Wand bedeckt eine prächtige schwarz-weiß-rote Flagge, welche die „Vereinsschwestern" gestiftet haben. Eine andere Wand wird von der deutschen Bibliothek des Vereins eingenommen, während ein kleiner Schrank daneben die Deckelkrüge und Leipziger Kommersbücher enthält, die dem Verein eigentümlich gehören. Es ist nämlich das Privileg des „Deutschen Vereins", auf dem Grund und Boden der Universität regelmäßig seine Bierkommerse feiern zu dürfen, während sonst alle alkoholischen Getränke in diesen heiligen Hallen auf das strengste verpönt sind. Es wäre mir eine besondere angenehme Aufgabe, die verschiedenen Kommerse schildern zu dürfen, die dieser Verein im Laufe der Jahre den deutschen Botschaftern v. Holleben und Speck v. Sternburg, deutschen Gelehrten wie Delitzsch und Lamprecht, deutschen Dichtern wie Karl Hauptmann und Ludwig Fulda gegeben hat. Leider gestattet das aber der verfügbare Raum nicht. Anführen muß ich aber doch, daß bei einem solchen in echt deutschem Stile gehaltenen Abend von Professor Dr. Calvin Thomas, einem der ersten Gelehrten der Columbia, ein prächtiges Wort geprägt wurde, nämlich daß es auch „Deutsch-Amerikaner aus Wahlverwandtschaft" gäbe unter solchen Amerikanern, die, wie er, keinen Tropfen deutschen Bluts in ihren Adern hätten!

Wo viel Licht, da ist auch Schatten. Es verläuft nicht alles bei den deutschen Vereinen so, wie es deren wärmste Freunde wünschen mögen. Namentlich werden die Studenten nach deutscher Auffassung meist viel zu schülermäßig behandelt. Eine Universitätsbehörde im Westen untersagte die Aufführung von „Alt-Heidelberg", weil das Verhältnis von Käthi und Karl Heinz unmoralisch wäre, gestattete aber Goethes „Egmont" darzustellen! Ein anderes Kuriosum erwähne ich noch aus dem „Deutschen Liederbuch für amerikanische Studenten", das 1906 bei D. C. Heath u. Co. in Boston erschien. Darin findet sich neben vielen anderen schönen deutschen Liedern auch die „Wacht am Rhein" mit folgendem seltsamen Vermerk:

„Das Lied wurde 1840 geschrieben, als Thiers, der Präsident von Frankreich, erklärte, daß der Rhein die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich sein müsse." Thiers als „Präsident von Frankreich" zur Zeit des Bürgerkönigtums — das ist keine üble geschichtliche Entgleisung. Doch das sind Kleinigkeiten, die nur einem rechten Pedanten die reine Freude an dem Bestehen der prächtigen deutschen Ver... eine an amerikanischen Universitäten zu trüben vermögen. Denn diese Vereine begannen innerhalb des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts einen mächtigen Aufschwung zu nehmen. Allmählich machte sich im Anschluß an den internationalen

Digitized by Google

Professorenaustausch das Bedürfnis geltend, die vorhandenen Vortragskräfte unter den Vereinen auszutauschen und zu dem Behufe einen Verband der verschiedenen akademischen Vereine ins Leben zu rufen, der sich alsbald über das ganze Vereinigte-Staatengebiet von New York bis San Franzisko ausbreitete. Das gab natürlich der ganzen Bewegung neue, vielversprechende Antriebe, die aber leider durch den Weltkrieg und dessen wahnsinnige Deutschenhetze arg ins Stocken gerieten. Es mag noch viel Wasser durch den Mississippi ins Meer fließen, ehe wieder das deutsche Vereinswesen an den amerikanischen Universitäten die hohe Blüte zurückgewinnen mag, die es schon in den Jahren 1914 und 15 erreicht hattel Aber ich zweifle nicht, daß trotz alledem die deutschen Kultureinflüsse sich schließlich gerade durch Vermittlung dieser hervorragenden Pflanzstätten mit durchschlagendem Erfolg wieder geltend machen müssen.

Die deutsche Presse in Taurien

Zu dem an dieser Stelle (Nr. 8, Seite 249) erschienenen Aufsatze schreibt uns ein gründlicher Kenner der Ukraine, Herr Gottlieb Schad aus Prischib, z. Zt. in Stuttgart:

Unter dem Titel „Die deutsche Presse in Taurien" erschien in Nr. 8 der Mitteilungen des D. A. I. von Dr. Willy Berthold eine Abhandlung über den Stand der deutschen Presse in der Ukraine und im Gouvernement Taurien. Als genauem Kenner der dortigen Verhältnisse sei es mir gestattet, einige Berichtigungen und Ergänzungen zur Vervollständigung zu bringen. Es geschieht dies in der Annahme, daß einige Einzelheiten dem Herrn Verfasser nicht bekannt waren und daß ihm wie auch den Lesern des „Auslanddeutschen" diese Ergänzungen willkommen sind.

Die Schätzung der im Gouvernement Taurien, einschließlich der Halbinsel Krim, lebenden Deutschstämmigen ist zu hoch gegriffen. Die Zahl von 200 000 dürfte annähernd erreicht werden mit Einschluß der im Gouvernement Jekaterinoslaw lebenden Deutschstämmigen. Nebenbei sei hier auch richtiggestellt, daß die Rosenfelder Wolost, Kreis Berdjansk, 4 Dörfer, die Prischiber 27 und die Eugenfelder 7 Dörfer (beide Kreis Melitopol) umfassen. Die Gesamtzahl der deutschen Bewohner der 56 mennonitischen Dörfer des Berdjansker Kreises und der 29 lutherischen und 8 katholischen Dörfer des Berdjansker und Melitopoler Kreises beträgt annähernd 60 000 Seelen, einschließlich auch der in den Kreisstädten und auch Einzelgehöften wohnenden Deutschstämmigen.

Das unbestritten bedeutendste Blatt für die deutschen Kolonisten aller Bekenntnisse war bis zur Jahrhundertwende die in Odessa erscheinende „Odessaer Zeitung". Sie war lange Zeit nicht nur das einzige in deutscher Sprache im Süden Rußlands erscheinende politische Blatt, sondern sie war auch im ureigentlichen Sinne die Zeitung, die sich die deutschen Kolonisten selbst schrieben, was der Zeitung naturgemäß einen eigenartigen Charakter verlieh. Der Vollständigkeit halber muß hier jedoch erwähnt werden, daß die „Odessaer Zeitung" einen Vorgänger hatte in dem gleichfalls in Odessa erschienenen „Unterhaltungsblatt", das wöchentlich erschien und vom Fürsorgekomitee der deutschen Kolonien herausgegeben wurde. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die deutschen Kolonisten war auch der von evangelischen Pastoren herausgegebene und wöchentlich erscheinende „Volksbote". Namentlich die trefflich geschriebene politische Wochenschau hat neben anderem gutem Lesestoff diesem Blatt in evangelischen Kreisen weiteste Verbreitung verschafft, leider ist es im ersten Dezennium dieses Jahrhunderts eingegangen. Für den Kulturhistoriker und dereinstigen Geschichtsschreiber einer Geschichte der deutschen Kolonien in Südrußland dürften die Jahrgänge der „Odessaer Zeitung", des „Unterhaltungsblatts" und des „Volksboten" eine wahre Fundgrube sein.

Um die Jahrhundertwende regte es sich aber auch in katholischen Kreisen, und es erschien zunächst das religiös gehaltene Wochenblatt „Klemens", herausgegeben vom Klemensverein zu Odessa. Das Blatt fand jedoch nur einen ganz beschränkten Leserkreis, was wohl auch zur Folge hatte, daß im Jahre 1905, wo in ganz Rußland ein reges geistiges Erwachen stattfand, eine von einem katholischen Schriftleiter herausgegebene Zeitung unter dem Namen „Deutsches Leben" in Odessa zu erscheinen begann. Diese Zeitung, die geschickt redigiert wurde, gewann bald einen größeren Leserkreis, namentlich in nichtklerikalen Schichten der katholischen Bevölkerung, es erstand in ihr sowohl dem „Klemens" als auch der „Odessaer Zeitung" eine recht fühlbare Konkurrentin. Den Existenzkampf nach zwei Fronten konnte das Blatt jedoch nicht lange führen und mußte nach einiger Zeit aus wirtschaftlichen Gründen eingehen. Die katholische Geistlichkeit, die dem Blatt abhold war, hatte es verstanden, ihm den Lebensnerv abzuschneiden, um dann, von sich aus, ein politisches Tagesblatt unter dem Titel „Odessaer Rundschau" erscheinen zu lassen, in welchem auch das Klemensorgan aufgegangen ist. Diese Zeitung konnte sich, da wirtschaftlich sichergestellt, bis zum Kriegsausbruch halten, mußte dann aber ihr Erscheinen, wie alle anderen deutschen Blätter, einstellen. Im Sommer 1918 begann sie wieder zu erscheinen.

Als erstes deutsches Blatt erschien nach der großen russischen Revolution, als Organ des Verbands der deutschen Kolonisten im Schwarzmeergebiet, der „Vereinsbote", der wohl auch gegenwärtig noch als Wochenblatt erscheinen dürfte. Mehr wie jedes andere bisher in deutscher Sprache in Südrußland erschienene Blatt war der „Vereinsbote" ein Vorkämpfer für das Deutschtum und den Zusammenschluß aller Deutschstämmigen im weiten russischen Reiche. Verbreitung fand er jedoch nur unter seinen Mitgliedern, was sehr zu bedauern ist. Nicht unerwähnt soll hier bleiben, daß für kurze Zeit auch ein „Schulblatt für die deutschen Kolonien Südrußlands" im Dorfe Prischib an der Molotschna, erschienen ist. Das vorzüglich redigierte und technisch tadellos hergestellte Blatt, das zunächst monatlich erschien, hernach aber halbmonatlich erscheinen sollte, mußte nach kaum halbjährigem Bestehen sein Erscheinen auf Befehl der russischen Behörden im Jahre 1913 einstellen. Dies Schulblatt hatte in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits zirka 800 Abonnenten, vornehmlich unter der Lehrerschaft, und seine Rolle als Kulturträger für die deutschen Kolonien in Rußland hätte eine recht bedeutende werden können, wenn sein Erscheinen nicht gewaltmäßig unterdrückt worden wäre.

Schließlich mag noch berichtigt werden, daß das, zuerst in Jekaterinoslaw und später in Berdjansk erschienene, von D. Epp redigierte Blatt nicht „Beobachter", sondern „Der Botschafter" hieß. Der „Botschafter" konnte als das ausgesprochene Organ des Altmennonitentums gelten, außerhalb mennonitischer Kreise hatte das Blatt wohl nur wenige Leser. Nicht zu Unrecht darf wohl verzeichnet werden, daß die während der Besetzung der Ukraine durch die deutschen Truppen in Berdjansk unter dem Titel „Neue Nachrichten" erschienene Zeitung eine Fortsetzung des „Botschafters" bildete und ihr Erscheinen vornehmlich dem Betreiben des früheren Schriftleiters und seiner Mitarbeiter zuzuschreiben ist. Trotz des neuen Titels und des genossenschaftlichen Verlags hat das Blatt doch nur Eingang in den Kreisen ge-

Digitized by Google

funden, die seinerzeit Leser des „Botschafter" waren, für eine größere Verbreitung fehlte ihm die geeignete Veranlagung.

Weit größere Verbreitung hatte vor dem Kriege das andere mennonitische Blatt die „Friedensstimme", jedoch auch nur unter einem ganz bestimmten Leserkreis der mennonitischen Baptisten oder Brüdergemeinde. Vor dem Kriege waren es wohl kaum einige Prozent der Leser, die Lutheraner waren, die ihrerseits aber auch separatistischen Brüdergemeinden angehörten. Eine weitere Verbreitung über diese Kreise hinaus war, dank der geschmacklosen Einseitigkeit und der literarisch außerordentlichen Minderwertigkeit, insonderheit der vom Schriftleiter selbst gebrachten Mitteilungen, ausgeschlossen. Sein Bestehen und seine Verbreitung verdankte dies Blatt also nicht etwa seinem inneren Wert, sondern lediglich dem buchhändlerischen Unternehmen der Verlagsgesellschaft „Raduga", die es geschickt für ihre Reklame auszunützen und auszubauen verstand. Während des Weltkrieges hat die „Friedensstimme" durch ihre deutschfeindliche Tendenz und Gesinnungslosigkeit vollends die Achtung wirklich deutschfühlender Kreise verloren. Darin geschah auch keine Änderung, als 1918 nach Besetzung der Ukraine durch die deutschen Truppen das Blatt wieder erschien und es dann „dem Zwang, nicht dem inneren Triebe gehorchend" sich mehr deutsch gab. Die „Gesinnungstüchtigkeit" seines Schriftleiters und der ihn bestimmenden Kreise wurde damit nur noch deutlicher beleuchtet.

Von den drei während der Besetzung der Ukraine durch die deutschen Truppen ins Leben gerufenen Zeitungen hatte unstreitig die „Deutsche Zeitung für Krim und Taurien" die meisten Aussichten auf allgemeinere Verbreitung auch über ihren eigenen Bezirk hinaus, da sie nicht einseitigen Interessen, sondern der Gesamtheit der deutschen Kolonisten, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, zu dienen gewillt und von gesundem deutschem Geist geleitet und geführt war. Ihr Wiedererscheinen nach Eintritt geordneter Verhältnisse wäre im Interesse aller Deutschstämmigen der östlichen Ukraine durchaus erstrebenswert und würde in weiten Kreisen mit lebhafter Freude begrüßt werden, da die „Odessaer Zeitung" als politisches Nachrichtenblatt, der großen Entfernung halber, nicht rechtzeitig genug eintrifft und viele Deutsche, um rechtzeitig informiert zu sein, sich deshalb russische politische Tageszeitungen halten müssen.

Das bosnische Deutschtum nach dem Umsturz

Von Direktor W. J. OEHLER

Weniger als seine Freunde und als wir selbst erwarteten, hat das bosnische Deutschtum durch den Umsturz gelitten. Gewiß flammte der Fremdenhaß neu auf, ihm fielen die deutschen katholischen Schwesternschulen, sowie die deutschen Fabrikschulen zum Opfer, ihm wichen auch weitaus die meisten alten österreichischen Beamten bis zu dem Tage, da man plötzlich erkannte, daß sie zum guten Teil unersetzlich waren und die erst Ausgewiesenen zurückzuhalten bemüht war. Ihm erlagen endlich eine Reihe deutscher Industrieunternehmungen, sei es, daß man sie zur Liquidation zwang, sei es, daß man ihre Direktoren und Angestellten zum Abtreten zwang. Diesem Haß sich beugend, verschwanden auch sämtliche deutsche Aufschriften ebenso prompt wie seinerzeit die nun wiedererstehenden cyrillischen, und der Gebrauch der deutschen Sprache auf der Straße oder in öffentlichen Lokalen konnte einem Zurechtweisungen, ja sogar Ohrfeigen einbringen, wenn auch gesagt werden muß, daß es immer Gemäßigte gab, die in wohltuender Weise den prinzipiell zugestandenen Schutz der Minderheiten auch in der Tat zuerkannten. Aber an den deutschen Kolonien machte der Haß halt. Vermutlich erinnerte man sich doch noch zu lebendig der geradezu entscheidenden Bedeutung, die ihnen in der Volksernährung zukam, waren doch die Gebirgsbewohner ganzer Bezirke hungernd nach den deutschen Kolonien gewallfahrtet und mit bepackten Saumtieren heimgekehrt. Dazu kam, daß die Ernteaussichten des Jahres 1919 recht ungünstig waren, und es somit sehr darauf ankam, die größten Produzenten, in deren Hände die Ernährung des Landes mit Getreide zum Teil, mit Kartoffeln fast ganz lag, nicht zu entmutigen.

So genügte es, daß in der raschestens einberufenen außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes deutscher bäuerlicher Kredit- und Wirtschaftsgenossenschaften in Banja Luka mit der Abnahme des deutschen Firmenschildes, der Streichung des Wörtchens „deutsch" und der Aufnahme auch des kroatischen Wortlautes in die Firma dem Chauvinismus vorderhand Genüge getan war.

Schwerer wurde der Verband durch den Umsturz insofern getroffen, als der unerwartete und unerhörte Preissturz sein Warenlager im Wert von zirka ¾ Millionen Kronen stark in Mitleidenschaft zog. Nur der größten Kaltblütigkeit war es zu danken, daß er das Rechnungsjahr 1918 doch noch mit einem Reingewinn von nahezu 20 000 Kronen abschloß und bei einem Umsatz von zirka 24 Millionen den Verlust von etwa 200 000 Kronen durch Warensturz dank der vorher erzielten Gewinne verschmerzen konnte.

Zweifellos ist das Durchhalten der Kolonien während der Revolution in hohem Maße der Festigkeit der Genossenschaftsorganisation und ihrer Zentrale, des Verbandes, zu danken, der Vertrauensversammlungen einberief, die zu den sich überstürzenden Ereignissen Stellung nahmen und der den Kolonisten eine einheitliche Führung bot. Natürlich galt es, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Wieviel Einsicht einzelne Kolonien an den Tag legten, beweist die Tatsache, daß unsere größte deutsche Kolonie, Windthorst, auf die neuaufgelegte SHS = Serbisch-Kroatisch-Slowenische Staatsanleihe nicht weniger als 320 000 Kronen zeichnete und damit über 50 Prozent der Gesamtzeichnung des betreffenden Bezirkes, eines der fruchtbarsten und reichsten, aufbrachte, obwohl Windthorst im besten Fall 5 Prozent der Bevölkerung ausmacht!

Nunmehr ist der Verband wieder im normalen Geleise und arbeitet ziemlich unbehindert und recht großzügig trotz der sich von Zeit zu Zeit in Zeitungsartikeln Luft machenden Mißgunst der Chauvinisten, mit denen sich glücklicherweise die offizielle Regierung in Belgrad nicht zu decken scheint.

Daß wir trotzdem nicht auf Rosen gebettet sind, zeigt die absolut überraschend einsetzende Ausweisungspolitik in den Städten. Ihnen fielen besonders österreichische und ungarische Juden, aber auch zahlreiche andere „feindliche Ausländer" zum Opfer. Sie durften so gut wie kein Gepäck mitnehmen, nur ein paar hundert Kronen Bargeld, und hatten zum Teil einen Termin von nur 24 Stunden.

Viel Vermögen wurde damals verschleudert und viele Tränen wurden geweint. Wenn es damals nach den Extremen weitergegangen wäre, so wären viele Tausende des Landes verwiesen worden. Glücklicherweise kam aber von Belgrad bald Gegenorder, so daß bei vielen der Ausweisungsbefehl nicht vollstreckt wurde. Mir selbst gelang es, mehrere meiner Freunde auszubitten, obwohl man mich selbst am liebsten an der Spitze der Flüchtlinge gesehen hätte. Vielleicht fürchtete man den Rückschlag auf die Kolonien und Gemeinden, und dies mit Recht.

Digitized by Google

Seither haben wir Ruhe, wenn auch das beschlagnahmte Vermögen der feindlichen Ausländer noch immer nicht freigegeben worden ist.

Um die für die Deutschen gewiß recht schmerzlichen Erfahrungen richtig zu beurteilen, muß man sich das grauenhafte Elend vorstellen, das die Heere der Monarchie und auch die Deutschlands besonders in Serbien verursacht haben. Wenn man die Photographien der Hekatomben von Gehenkten sieht, wie sie heute in den Buchhandlungen prangen, wenn man erfährt, was die Tausende von Verdächtigen oder Schuldigen in Arads Kasematten gelitten, wo etwa 50 Prozent zugrunde gingen, und die Verwüstungen in Serbien sieht an Menschen und Material, dann kann man sich nur wundern, daß der Haß noch soweit in den Grenzen blieb, wiewohl er wohl fast durchwegs sich an Unschuldigen kühlte.

Mehr als durch die Behörden litten besonders die kleineren Kolonien und Einzelhöfe unter den Räuberbanden. Manches verlor da sein ganzes, oft bedeutendes Barvermögen. Die Kolonie Vrbaska verließ ihr Dorf und flüchtete in den Wald in der Kälte des Spätherbst. Auch hier konnte der Verband Hilfe vermitteln und fand unbedingt guten Willen bei der Regierung, zu helfen. Mir selbst wurde militärische Bedeckung mitgegeben, um die betroffene Kolonie besuchen zu können.

Zusammenfassend ist zu sagen: Die bosnischen Kolonien haben sich erhalten. Sie haben nicht allzu große Aussicht, sich zu vergrößern, doch ist Zuzug aus andern Siedelungsgebieten von Jugoslawien deshalb nicht ausgeschlossen, weil der bosnische Boden bedeutend billiger ist als der in Slawonien und Südungarn. Auch wird Platz frei durch Abwanderung der polnischen und ukrainischen Kolonisten in ihre neue Heimat. Zusiedelung aus dem Reich ist zurzeit unmöglich und unratsam. Der Bestand der Kolonien ist wesentlich davon abhängig, ob es gelingt, den Anschluß an die großen deutschen Belange in Slawonien und Südungarn zu finden und die Interessen gemeinsam zu vertreten. Ansätze hierzu sind da, doch hindern die Verkehrsnöte ein Zusammenarbeiten. Auch an einem Zusammenschluß der Protestanten von SHS wird gearbeitet. Ferner plant man in Südungarn Genossenschaftsgründung nach bosnischem Muster. Dort sollen auch die deutschen Schulen aus den magyarisierten wieder entstanden sein. Aber es ist nicht möglich, ganz Verläßliches zu hören.

Daß die bosnischen Deutschen den Mut nicht verloren haben, beweist die in den letzten Wochen erfolgte Gründung einer landwirtschaftlichen Fortbildungsschule in Windthorst, als deren Grundstock ich die mir vor dem Krieg anvertraute deutsche Frauenspende von 8000 Mark, die mittlerweile durch erfolgreiche Anlage auf 30 000 Kronen sich gemehrt hatte, anbieten konnte. Ich hoffe, daß so in der wichtigsten deutschen Kolonie ein geistiges Zentrum geschaffen ist, das es den Kolonisten des ganzen Landes ermöglicht, ihre aus der alten Heimat geretteten Kulturgüter sich und dem Lande, das sie trägt, zu erhalten.

Einzel- oder Genossenschaftssiedlung?

Eine Auswandererfrage.*)

Von M. GRISEBACH, WITZENHAUSEN, Pfarrer und Dozent an der deutschen Kolonialschule und Geschäftsführer des Evangelischen Hauptvereins für deutsche Ansiedler und Auswanderer.

I. Das Problem.

Eine theoretisch wissenschaftliche Frage, die aber nur aus der Praxis heraus beantwortet werden kann, ist die Frage, ob durch Einzel- oder Genossenschaftssiedlung kolonisiert werden soll. Es ist ein Unterschied, ob sie kolonialpolitisch oder vom Standpunkte der Auswanderungspolitik aus angefaßt wird; ob der Auswanderungsstaat, das Auswanderungsvolk irgend welche Machtmittel über das Siedlungsgebiet in der Hand hat oder nicht; ob es sich um Apochien oder Kleruchien handelt, d. h. um Siedlungen, welche durch Privatmittel ohne alle Teilnahme des Staates, oder um solche, welche mittelbar oder unmittelbar unter Leitung des Auswanderungsstaates stehen; ob die Landesregierung dem auswandernden Volke befreundet oder sein Konkurrent und Gegner ist; ob die Siedlung nahe der Heimat liegt, deren starker Schutz stets zur Verfügung steht und aus der dauernd leicht Nachschub erhältlich ist, oder fern der Heimat ohne Möglichkeit des Machtschutzes und Nachschubes.

Es ist ein Unterschied, ob schon Siedlungsansätze drüben vorhanden sind, oder ob es sich um jungfräuliche Siedlungsgebiete handelt, um schwach- oder unbevölkerte, oder um Gebiete mit starker Eingeborenenbevölkerung; ob schon eine ausgeprägte Kultur vorhanden oder noch eine rohe Entwicklungsstufe vorliegt; ob es sich um klimatisch günstige oder um ungesunde Gegenden handelt; ob um von Natur fruchtbares Gebiet oder um solches, welches künstliche Bewässerung erfordert.

Es ist ein Unterschied, ob es sich um Eroberungskolonien oder Handelskolonien handelt; ob um Ackerbau- oder Pflanzungskolonien; ob um Kulturberufungs- oder Kultivations-Kolonien.

Die ganze Frage ist zurzeit nicht abzutrennen von der politischen Gesamtlage unseres Volkes. Einmal sind jedenfalls Eroberungskolonien in weiter Entfernung vom Vaterlande und Kleruchien so gut wie ausgeschlossen, wahrscheinlich auch neuere Ackerbaukolonien größeren Stils; dazu sind die in Frage kommenden Staatsgebilde, in deren Grenzen gesiedelt werden soll, schon zu fest gefügt. Es ist mit einem starken Selbstbewußtsein und ausgeprägtem Chauvinismus der Bevölkerung zu rechnen. Der Verruf alles Deutschen durch die Entente gibt sich in scharfen Einwanderungsgesetzen kund. Es äußert sich darin eine gewaltige Angst vor dem deutschen Volk, die um so größer wird, je stärker wir vom Bolschewismus angefressen werden. Als ein ungeheures Gespenst steht fremden Völkern, die den Deutschen brauchen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker vor Augen, welches Wilson an die Wand gemalt hat, um das deutsche Volk zu betören, und welches nur im Augenblick zurückgestellt wird, um das deutsche Volk zu vernichten.

Bei dieser Lage treten zurzeit die wirtschafts- und kulturpolitischen Gesichtspunkte in den Vordergrund, und soweit nicht vorhandene Ansätze gestärkt werden können, kommen in erster Linie Handels-, Pflanzungs- und Kultivations-Kolonien in Frage, ob auch Kulturberufungs- und Ackerbaukolonien, hängt ab von der Frage, ob das deutsche Volk als solches wieder arbeiten lernt, und ob der Vernichtungsfeldzug der Entente bis zu Ende durchgeführt werden kann. Die ganze Frage ist zurzeit also nur zu fassen vom Standpunkte der Auswanderungspolitik, nicht von dem der Kolonialpolitik aus. Darum muß jeder Vergleich mit englischer oder japanischer Siedlungspolitik hinkend oder irreführend sein.

Klar und scharf haben wir der rauhen Wirklichkeit ins Auge zu sehen, jede Weisheit vom grünen Tisch her ist zur-

*) Über dieses Thema sprach der Verfasser in dem vom Deutschen Ausland Institut veranstalteten Vortragszyklus über das Auswanderungswesen. Die nachfolgenden Ausführungen geben den Kern seines Vortrags wieder.

Digitized by Google

zeit unbrauchbar, weil praktisch nicht realisierbar. Wir haben keine Kriegsflotte mehr, keine Handelsflotte und genießen keine unbedingte Achtung mehr in der weiten Welt als deutsches Volk. Es stehen uns wahrscheinlich keine großen Geldmittel zur Siedlung zur Verfügung; denn jedes dafür in überseeische Länder ausgeführte Kapital schmilzt durch den tiefen Stand der deutschen Währung sofort auf ein Viertel seines Wertes zusammen.

Was wir dagegen als positive Werte in die Wagschale zu werfen haben, sind: reiche kolonialpolitische Erfahrung, deutsche Tüchtigkeit und Arbeitsfreudigkeit, wenn wir wollen und müssen; deutsche Gründlichkeit, Zuverlässigkeit und Pflichttreue sind Gott sei Dank noch nicht im deutschen Volke erstorben, trotz Revolution und Terror allerorten; ein hoher Grad von Bildung ist unserm Volk bis in die untersten Schichten eigen; hinzu kommt die politische Ungefährlichkeit für die nächsten fünfzig Jahre.

Das ist das Kapital, mit dem wir wuchern gehen wollen, ob es draußen Zinsen bringen wird, hängt ab von der Frage, ob es gelingt, den Kredit des ganzen Heimatvolkes wieder zu heben, ob wir vor der Auswanderung wieder das Arbeiten lernen, ob wir durch planmäßige, großzügige innerdeutsche Siedlung allmählich wieder zu Macht und Ansehen kommen werden. Alle Siedlungsfragen draußen bleiben auf's engste mit dem Wohl und Wehe der Heimat verknüpft, sie sind darum niemals loszulösen von der innerpolitischen Frage. Ihre allmähliche glückliche Fassung liegt nicht weniger im Interesse der Daheimbleibenden, wie vor allem auch in dem der Auswandernden selbst. Jede deutsche Siedlung draußen, ob Einzel- oder Genossenschaftssiedlung, ist künftig staatspolitsch, wirtschaftspolitisch, kulturpolitisch gerichtet, wenn nicht das Wohl des deutschen Stamm- und Heimatvolkes uns allen stets in erster Linie am Herzen liegt, denn im Vaterlande ruhen nun einmal die starken Wurzeln auch jeder deutschen Siedlungskraft.

Wir werden uns also zunächst daran gewöhnen müssen, daß wir unsere guten Anlagen und Erfahrungen für die nächste Zeit in den Dienst anderer Nationen zu stellen haben. Es ist eine große Aufgabe der Auswanderer und Siedler, durch ihre Tätigkeit draußen das Ansehen des deutschen Volkes allmählich wieder zu heben. Sie können es nur, wenn sie an Plätze kommen, wo sie wirklich siedeln können; das heißt aber nicht nur ein bescheidenes Arbeitsplätzchen finden, sondern eigenen Grund und Boden sich erwerben können. Nach Lage der Dinge ist letzteres nur möglich auf dem Wege durch das Arbeitsuchen. Es gilt in der Arbeit, kraft angeborener deutscher Tüchtigkeit, sich draußen führende Stellen zu erringen. Es gilt geistige und praktische Überlegenheit vor Gliedern anderer Nationen in aller Stille zu bewähren, dadurch allmählich zu Ansehen und Reichtum und womöglich auch politisch zu Sitz und Stimme zu kommen. Es gilt, den letzten Rest von Achtung vor unserem deutschen Volke zu retten. Trotz der Hetze der Entente haben unsere Leistungen im Weltkriege dafür gesorgt, daß sie nicht ganz erstorben ist. Ernstlich gefährdet wurde sie erst durch den würdelosen Abschluß dieses Weltkrieges. Sie würde weiter gefährdet, wo unerfahrene deutsche Massen ohne die nötige Vorbildung gar zu ungestüm zu Siedlungszwecken hinausströmen würden, ehe das Siedlungsgelände sorgfältig sondiert und vorbereitet würde; wo deutsche Scharen wie Herdenvieh hilflos ohne Mittel dem fremden Staate preisgegeben würden; wo großartig Siedlungswerke begonnen würden, die auf die Dauer nicht durchgeführt werden können; wo man frevelhaften Spekulantentum weiter Tür und Tor geöffnet ließe.

Es ist genug, daß wir unsere Ehre und Würde weggeworfen haben beim Abschluß dieses Krieges; es liegt an uns, ob wir auch den letzten Rest von Achtung noch verscherzen wollen draußen in der Welt. Wir können es durch falsche Wege deutscher Siedlungspolitik.

II. Einzel- oder Massensiedelungen.

Aus dieser Erkenntnis heraus ist zuerst der Einzelsiedlung das Wort zu reden. In erster Linie haben wir heute zu Führern berufene Elemente nach entsprechender Ausbildung hinauszusenden, welche die führerlosen deutschen Massen, die sich als Siedler schon draußen finden, einheitlich zusammen zu fassen und zu engerer Verbindung mit der alten Heimat zu bringen. Die Gebiete, wo deutsche Tatkraft und Tüchtigkeit bereits erprobt wurde, sind dabei zu bevorzugen. Anknüpfung an verwandtschaftliche oder sonst persönliche Beziehungen wird beiden Teilen zum Vorteil dienen. Dem Einzelnen wird es leichter sein, durch stillen Fleiß und Tüchtigkeit, den durch fünf Jahre hindurch eingewurzelten Haß und alle Vorurteile gegen das deutsche Volk zu überwinden, als einer Masse. Jede Masse trägt leicht pöbelhaften Herdengeist zur Schau; man fühlt sich sicher und stellt ungebührlicher seine Forderungen; man betont in der Masse stets die Rechte stärker als die Pflichten; in Massen weckt der Deutsche ganz besonders immer wieder diese Angst, weil wir gezeigt haben, was schon eine kleine deutsche Masse, wenn sie nur straff organisiert ist, gegen eine Zahl weit überlegener Feindesmassen zu leisten vermag. In der Masse kommt soviel Einzeltüchtigkeit nicht zur Entfaltung, da fehlt dem einzelnen gebildeten Deutschen die Ellbogenfreiheit, es spielt die Selbstsucht und Parteistreitigkeit, auch der Klassenunterschied eine weit größere Rolle; in der Masse nimmt der Einzelne sich nicht so zusammen, erstirbt oft der Ehrgeiz und die Arbeitsfreudigkeit.

Der Einzelne, soweit er tüchtig ist und frischen deutschen Heimatgeist mit sich bringt, zumal, wenn er als Lernender ohne alle Vorurteile kommt, nicht gleich als einer, der alle Welt zu seiner Weisheit bekehren will, der jede schulmeisterliche Art, die uns Deutschen eigen ist und die uns den Haß der Feinde in ganz besonderem Maße eingetragen hat, zunächst einmal zu verbergen versteht — dieses Einzelnen werden sich Verwandte und Stammesgenossen draußen viel eher annehmen, als einer großen Masse, der gegenüber man sich machtlos fühlt, weil einfach die Mittel nicht vorhanden sind, um in so großem Umfange helfen zu können. Daher ist die Bitte verständlich, die aus deutschen Siedlerkreisen Südamerikas herüberklingt: Nur nicht Massen auf einmal herübersenden, sondern Einzelne!

III. Die Gefahren der Einzelsiedlung.

Dabei dürfen die Gefahren der Einzelsiedlung nicht außer Acht gelassen werden. Wir lassen sie nicht an Hand der Einwände an unserem Auge vorüberziehen, mit welchen Genossenschafts-Siedlungsunternehmen heute ihre Arbeit als die einzig richtige zu begründen suchen.

Bei der Einzel-Auswanderung und -Siedelung gehen zahlreiche Menschen zu Grunde, falls nicht gerade starke Nachfrage nach Arbeitern vorhanden ist. Ein toter Punkt der wirtschaftlichen Entwickelung kann Hunderttausenden das Leben kosten. Der Einzelne hat nur geringe Chancen, selbst wenn er über einiges Kapital verfügt; beim Einzelnen rächt sich Unkenntnis und Mangel an Erfahrung eher als bei einer Masse, wo die Einzelnen sich ergänzen können. Schon in der heimischen Landwirtschaft hat Unkenntnis der zu erwartenden Schwierigkeiten schwere Folgen, wieviel mehr noch draußen. Der Einzelne wird länger nach passender Arbeits-

Digitized by Google

gelegenheit suchen müssen und dabei sein Kapital verzehren. So beginnt dann oft die Laufbahn mit Säckeschleppen, Droschkenfahren, Schuhputzen usw.; dadurch entsteht ein großer Zeitverlust. Sieht er sich in seinen Erwartungen getäuscht, so wird das in Schweiß und Mühe Geschaffene plötzlich für einen Schleuderpreis weggegeben, nur um das Geld für den nächsten Ozeandampfer zu erhalten; er fällt dadurch leichter schlechten Elementen zum Opfer und muß Verstöße gegen Sitten, Gebräuche und Gesetze viel teurer bezahlen. Dies fällt umso mehr ins Gewicht, als es sich hier meist um romanische Länder handelt, deren Gebräuche so abweichend von den unsrigen sind. Hinzu kommt die geistige Einsamkeit des Einzelnen, der Mangel an Verkehr und Unterhaltung durch das Fehlen geistig gleichstehender Menschen. Die Bedürfnisse des zivilisierten Menschen lassen sich nicht so einfach austreiben, die meisten gehen darüber zu Grunde, der Starke wird Cowboy und Sonderling. Wenn er nach Jahren zurückkehrt, kann er im alten Leben nicht mehr Fuß fassen; das Ende ist Verbitterung. Die meisten Einzelnen verlieren dann die Verbindung mit der Heimat, gehen unter im fremden Lande.

Schon die Vorbereitungen zur Reise sind für den Einzelnen schwieriger, umständlicher und teurer. Bei der Ausreise und Landung sind oft größere Schwierigkeiten zu überwinden infolge der Unkenntnis der fremden Sprache und Sitten, und ratlos steht er in der neuen Heimat da, weil unbekannt mit den örtlichen Verhältnissen, angeblich wegen des Fehlens jeglicher vertrauenswürdiger Stellen, die sachlich und uneigennützig Auskunft erteilen und Hilfe leisten könnten. Der Einzelne läuft Gefahr der Übervorteilung beim Kauf und Abschluß von Pachtverträgen; bei Anschaffung der ersten Einrichtungen wird er teurer einkaufen; bei der Bewirtschaftung wird er mehr Lehrgeld aus eigener Tasche bezahlen müssen, den Verkauf der Erzeugnisse unvorteilhafter bewerkstelligen können.

Alle diese Einwände scheinen sehr überzeugend, und doch sind sie gar nicht alle stichhaltig: Gründliche Vorbereitung ist von jedem einzelnen Auswanderer und Siedler zu fordern, ob er einzeln oder in der Genossenschaft auswandert. Diese Vorbereitung darf auch nicht nur die Sprache des Landes, sondern muß auch Sitten und Gewohnheiten umfassen. Einwanderungskommissare, Einwandererheime der nationalen und kirchlichen Gemeinschaften, die zahlreichen gemeinnützigen Stellenvermittlungsbüros, vor allem die weitverzweigte nationale und kirchliche Auswandererfürsorge, ist doch auch für den Einzelnen da. Säckeschleppen, Droschkenfahren und Schuhputzen sind für Deutsche im Ausland noch niemals lediglich Zeitverlust gewesen, sondern die beste Gelegenheit, allen Stolz des Grünhorns zu verlieren und die Landesverhältnisse gründlich kennen zu lernen. Die genossenschaftliche Auswanderung hat bisher an Zahl weit größere Verluste gekostet als die Einzelauswanderung. (Vergleiche die deutschen Siedlungsunternehmungen in Louisanna, Texas und Missouri.)

Es ist bezeichnend, daß der Führer eines österreichischen Genossenschafts-Siedlungsunternehmens bei einem etwaigen Mißlingen schließlich noch die Einzelsiedlung als das letzte Rettungsmittel bezeichnet.

Und die meisten der Einwände gegen die Einzelsiedelung, wie z. B., daß ein toter Punkt in der wirtschaftlichen Entwickelung die größten Gefahren mit sich bringe, enttäuschte Erwartungen und Hoffnungen, daß man leicht schlechten Elementen zum Opfer fallen kann, daß Verstöße gegen Landessitten und -Gebräuche sich schwer rächen werden, daß der Verzicht auf die Errungenschaften der Zivilisation schwerer zu ertragen ist u. a. m., alle diese Einwände treffen die Einzelsiedelung nicht stärker als die genossenschaftliche.

Dabei sind direkte Vorteile der Einzelauswanderung und -Siedlung gerade heute nicht zu verkennen. Sie fallen jetzt infolge der politischen Gesamtlage unseres Volkes besonders stark ins Gewicht. Die günstigste Form der Auswanderung und Siedelung wird stets die bleiben, wo Verwandte und wirklich wohlwollende Freunde den Einzelnen ins fremde Land nachziehen, ihm Gelegenheit geben, sich ohne große Kosten gründlich einzuleben in die fremden Verhältnisse; und wo dieser Einzelne zugleich guten frischen Heimatgeist hinausträgt und zur Auffrischung des deutschen Blutes beiträgt. Denn jede deutsche Auslandskolonie ist mehr oder weniger in Gefahr durch Inzucht zu verkommen oder sich mit ihrer Umgebung zu vermischen. Dies ist aber so gut wie gleichbedeutend, staatspolitisch nicht nur, sondern auch kulturpolitisch, mit dem Verlust des deutschen Siedlers; wo er aber feste deutsche Sitte und Gemeindeleben draußen vorfindet, da findet er stets zugleich den besten Rückhalt für die Erhaltung seines Deutschtums.

(Schluß folgt.)

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutschösterreich

Im Laufe des Sommers tauchten zu verschiedenen Malen Nachrichten auf über eine bevorstehende Ausweisung aller Personen, die nach dem 1. August 1914 infolge der kriegerischen Ereignisse ihren Wohnsitz verlassen und sich nach Niederösterreich geflüchtet haben, sofern sie nicht die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Da in den Kreisen der Reichsdeutschen lebhafte Beunruhigung über diese Gerüchte entstand, sprachen die Vorsitzenden des Bundes der Reichsdeutschen in Deutschösterreich bei der Wiener Regierung in dieser Sache vor. Der Landeshauptmann teilte ihnen mit, daß die Verordnung noch kurz vor der Veröffentlichung zurückgezogen worden sei, daß die Landesregierung im übrigen nicht daran denke, auch nur einen Reichsdeutschen auszuweisen.

Bei einer Wahlversammlung in Wien führte ein christlichsozialer Redner unter anderm aus: Wien sei durch die harten Friedensbedingungen, die hauptsächlich die Folgen der Auflösung des alten Staatswesens sind, seines nationalen Charakters durchaus entkleidet. Dem Schutze der sprachlichen Minoritäten müsse durch diese Bedingungen in einem weit über die Grenzen der Billigkeit hinausgehenden Maße Rechnung getragen werden. Diese Zurückdrängung des Deutschtums werde noch wesentlich durch die von der Nationalversammlung beschlossene Wahlordnung für die Republik Österreich verschärft, da die Forderung, zur Wahl nur nach Deutschösterreich Heimatberechtigte zuzulassen, abgelehnt worden sei, und zur Wahlberechtigung nunmehr die einfache, ganz formlose Staatsbürgerschaftserklärung genüge. Infolge der Liberalität bei ihrer Erlangung hätten Hunderttausende das Wahlrecht erhalten und ausgeübt, die im Innern nie Deutschösterreicher waren, sodaß auch in den Landtag und die Gemeindestuben Tschechoslowaken in großer Zahl eingezogen seien, die nunmehr die Forderung nach Errichtung zahlreicher tschechischer Schulen in Wien (eine bis zwei für jeden Bezirk) erheben. Ob die Stadt Wien finanziell in der Lage sei, diese Belastung zu ertragen, werde sich erst später zeigen müssen.

Digitized by Google

Ungarn

An die deutsche Bevölkerung in Ungarn, sowohl in Budapest, als auch in den Siedelungsgebieten des nicht besetzten Ungarns, ist Ende August ein Aufruf ergangen, der alle Deutschsprachigen des künftig bei Ungarn verbleibenden Gebietes zum Zusammenschluß in einer deutschen Bauern- und Bürgerpartei auffordert. Für die (ohne Westungarn) halbe Million Deutscher soll damit eine politische Parteiorganisation geschaffen werden, die für Autonomie und nationale Rechte im allgemeinen eintritt. Ein vorbereitender, aus dem deutschen Volksrat hervorgegangener Parteiausschuß hat seine Geschäftsräume in Budapest, 4. Bezirk, Donaugasse 3.

Tirol

Die Italiener sind eifrigst dabei, Tirol, wenigstens äußerlich, italienisch zu machen. Der Reisende, der im Schnellzug Tirol durcheilt, wird keine Spur einer deutschen Inschrift mehr an den Bahnhöfen finden. Für die urdeutschen Namen der Orte sind italienische fabriziert worden, die grenzenlose Verwirrung und Mißverständnisse verursachen. Brenner ist umgetauft in Brennero, Meran in Merano, Brennerbad in Terme-Brennero, Siebeneich in Sette Querce, Mittewald in Mezza Selva, Welsberg in Monguelfo. Noch vollständiger sind Umbenennungen wie Vipiteno für Sterzing, Rio für Mühlbach, Coll-Isarco für Gossensass, Pieve di Marebbe für Enneberg und Dobbiacco für Toblach. Wer aber ein wenig über die Bahnhofsanlage hinaussieht und an einem deutschen Tiroler Haus in gotischen Buchstaben eine deutsche Inschrift findet, der weiß, daß der Brenner keine Völkergrenze ist.

Tschecho-slowakische Republik

Das neue tschecho-slowakische Staatswesen ist, wie bereits des öfteren mit Recht hervorgehoben wurde, ein Abbild der ehemaligen österreich-ungarischen Monarchie im kleinen, was die bunt zusammengewürfelte Bevölkerung und die unorganische Entstehung betrifft. Es wohnen hier nunmehr rund 6½ Millionen Tschechen, 2 Millionen Slowaken, die keineswegs Tschechen sind, 700 000 Magyaren, 100 000 Polen, ½ Million Ukrainer, last not least, nahezu 4 Millionen Deutsche. Die Tschechen sind somit, was ihre Zahl anbelangt, etwa in derselben Lage wie seinerzeit die Magyaren in Ungarn; politisch und kulturell aber dürften sie eher in minder günstiger Stellung sein. Unter den „Minoritätsvölkern" sind die Deutschen ihnen wirtschaftlich und kulturell noch immer ganz bedeutend überlegen, und auch die anderen Völker stehen ihnen keineswegs so weit nach, daß sich daraus eine Berechtigung für ihre Unterdrückung ableiten ließe, wenn man dies überhaupt als einen zulässigen Grund gelten lassen wollte.

Die Stellung der Deutschen in der Tschecho-Slowakei ist denn auch allen Unterdrückungs- und Verhüllungsversuchen der Tschechen zum Trotz weit stärker als man auf deutscher Seite fürchtete. Einige aktuelle Beispiele mögen dies erweisen. Als im Juni d. J. in Prag ernste Teuerungsunruhen ausbrachen, weigerten sich die tschechischen Regimenter, einzuschreiten, und man war genötigt, deutsche Truppen, die sich vornehmlich aus dem Egerlande rekrutierten, zu verwenden, die aber erst zu haben waren, nachdem man ihnen deutsches Kommando zugestanden hatte. Dann allerdings waren sie gerne bereit, gegen den tschechischen Mob kräftig vorzugehen. Auch die Burgwache auf dem Hradschin ist seit damals stets deutschen Truppen anvertraut, die deutsch kommandiert werden. Fast tragikomisch mutet es an, wenn man nun erfährt, daß man genötigt war, im Prager Ministerium des Äußeren zum großen Teile wieder „übergangsweise" zur deutschen Amtssprache zu greifen, weil es sich zeigte, daß alle Voraussetzungen für rein tschechische Amtierung fehlen. Noch kennzeichnender zeigt sich die Bedeutung des Deutschtums auf wirtschaftlichem Gebiete. Kürzlich bemühte sich die tschechische Regierung, in den Ententestaaten einen größeren Kredit zur Beschaffung des Rohstoffes für die große Baumwollindustrie zu erlangen. Alle Bemühungen waren umsonst, der Kredit des jungen Staates war völlig erschöpft. Nun wandten sich die deutschen Baumwollfabrikanten, die ihre gewaltigen Werke nicht dauernd feiern lassen können, an den Finanzminister mit dem Ansuchen, ihnen zu gestatten, sich privaten Kredit im Auslande zu verschaffen. Dies wurde ihnen, offensichtlich in der Erwartung des Fehlschlagens, gewährt, und siehe da, die deutsche Baumwollindustrie in Tchechowien erhielt in kurzem derartige Mengen Baumwolle aus Übersee, daß sie heute überreich mit Rohstoff versehen ist und in vollem Betriebe steht. Minder entgegenkommend erwies sich merkwürdiger- und unsinnigerweise das tschechische Finanzministerium in einem zweiten Falle. Die größte Seifen- und Pflanzenfettfabrik Böhmens in Aussig an der Elbe wandte sich mit der Bitte um Gewährung einer Einfuhrbewilligung für Kopra, die im Werte von 23 Millionen tschechischen Kronen in Hamburg lagert, an das Ministerium. Dies wurde trotz der Versicherung, daß die veredelte Ware 150 Millionen Wert haben und dem ganzen Lande zugute kommen werde, mit dem Hinweise auf die schädigende Wirkung für die tschechische Valuta abgelehnt. Ob wirklich rein finanzwirtschaftliche oder nicht, vielmehr allerdings recht kurzsichtige, nationale Gründe hiebei maßgebend waren, steht dahin. So viel ist gewiß, daß bei dieser Gelegenheit Tausende tschechischer Arbeiter schwer geschädigt wurden. Es ist denn auch kein Wunder, daß die tschechischen Sozialdemokraten sich den deutschen immer mehr nähern, was man in Regierungskreisen nicht ohne Beklemmung sieht. B. I.

Die „Bohemia" meldet, daß der Plan bestehe, beim tschechischen Landesverteidigungsministerium eine deutsche Sektion einzurichten und die Stelle des Vorstandes mit einem höheren tschechisch-slowakischen Stabsoffizier deutscher Herkunft zu besetzen. Gleichzeitig mit der Errichtung dieser Sektion wird eine Verordnung erlassen werden, wonach die Dienstsprache für die in Deutsch-Böhmen, Mähren und Schlesien zu errichtenden deutschen Truppenabteilungen bis zum Bataillonskommando deutsch sein soll.

Ein Gegenstück zu diesen Verfügungen, mit denen die tschechische Regierung wohl für eine Übergangszeit wider ihre innere Überzeugung die deutsche Sprache begünstigen muß, bildet ein neuerer Erlaß des Präsidiums des Landesschulrates in Böhmen an die Direktionen der deutschen Mittelschulen. Nach ihm ist, nachdem sich in der letzten Zeit eine Ungewißheit darüber gezeigt hätte, in welcher Sprache der schriftliche Verkehr zwischen Schulbehörden und andern Ämtern zu erfolgen habe, festgesetzt, daß ausschließlich die tschechische Sprache zu gebrauchen sei.

In den Räumen der Deutschen Bank in Prag wurde am 20. September ein Verband der deutschen Großgrundbesitzer gegründet. Der vorher unternommene Versuch der Anbahnung einer gemeinsamen Vertretung der deutschen und tschechischen Großgrundbesitzer ist gescheitert. Der vorbereitende Ausschuß hat die Gründung der Regierung angezeigt, und diese hat die selbständige Organisierung des deutschen Großgrundbesitzes begrüßt. Der Verband bezweckt die Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder und ihre Beratung in allen fachlichen Fragen, politische Ziele sollen ausgeschlossen sein.

Die Tschechisierung von Znaim wird eifrig betrieben. Das Wohnungsgesetz wird so gehandhabt, daß deutsche Mieter ohne tatsächlichen Grund auf die Straße gesetzt werden. Im Monat August wurden nach einer Meldung des Budweiser „Handwerker" ungefähr 600 bis 700 Deutsche aus der Stadt entfernt, während etwa 1800 Tschechen hineingebracht wurden, von denen die größere Hälfte arbeitslos ist und aus öffentlichen Mitteln erhalten wird. Aus den

Digitized by Google

staatlichen Ämtern sind fast alle deutschen Beamten entfernt worden; auch deutsche beamtete Ärzte sollen vertrieben werden. Schließlich beabsichtigen, wie verlautet, die Tschechen, das deutsche Mädchenlyzeum als „Luxusschule" zu schließen und in dem Gebäude ein tschechisches Realgymnasium einzurichten.

Die in Aussig vereinte Landesparteileitung der deutschnational-sozialistischen Arbeiterpartei der Sudetenländer teilt ihre Stellungnahme zu den nächsten politischen Aufgaben der Sudetendeutschen in drei Kundgebungen mit. In der ersten, grundlegenden, wird ausgesprochen, daß sich die vier Millionen Deutscher, die unter Mißachtung des feierlich verkündeten Selbstbestimmungsrechtes von der Entente dem tschechischen Imperialismus geopfert wurden, sich unter den obwaltenden Verhältnissen nach der Selbstentwaffnung des deutschen Volkes diesem auf militärischem Machtwillen fußenden Schiedsspruch heute fügen sollten. Es machten sich nun Stimmen bemerkbar, die zu Verhandlungen mit den Tschechen rieten, da und dort tauchten angebliche Forderungen der Deutschen auf. „Die Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei", heißt es dann weiter in der Kundgebung, „erklärt demgegenüber, daß unser Volk, da seine einzige aus dem Selbstbestimmungsrecht fließende Forderung unerfüllbar ist, nichts weiter zu fordern hat. Es ist nicht seine, sondern vielmehr Sache des tschecho-slowakischen Staates, das Los der Vergewaltigung erträglich zu gestalten. Sie mögen geben, wir haben nur zu nehmen. Vom Ausmaße des Gegebenen wird es abhängen, ob der tschechische Staat zu einer von nationalen Kämpfen einigermaßen freien Entwicklung gelangen wird. Das Mindeste dessen, was uns Deutschen das Leben in diesem Staate noch erträglich machen kann, besteht in der Gewährung der vollständigen Selbstverwaltung auf Grund national abgegrenzter Gebiete. Das deutsche Volk in den Sudetenländern aber fordern wir auf, nicht zu verzagen. Ein Volk von unserer Stärke, von unserer Kulturhöhe, läßt sich wohl in einem unglücklichen Augenblick überrennen, aber nicht dauernd unterjochen. Die geistige und sittliche Läuterung, die wirtschaftliche Kräftigung, der Zusammenschluß zu Organisationen auf Grund nationaler und sozialer Selbsthilfe werden einer völkischen Erneuerung den Weg ebnen."

Eine zweite Entschließung wendet sich gegen eine Verstaatlichungspolitik, während die dritte die Zusammenfassung aller völkischen und kulturellen Arbeit fordert.

Polen

Wer etwa aus den wenigen nach der alten Heimat dringenden Nummern der im Mittelpunkt des deutschen Lebens in Polen stehenden „Lodzer Freien Presse" auf die Stimmung unter der bedrängten deutschen Minderheit in Kongreßpolen schließen wollte, der müßte annehmen, daß es dort in den letzten Monaten um die Deutschen recht gut stehen müßte, denn ein nicht geringer Aufschwung des jungen Blattes läßt sich da ohne Mühe mit viel Freude feststellen. Nicht nur der so notwendigen Anzeigen sind mehr geworden, so daß das Blatt auch an Werktagen größere Nummern wagen kann, auch die Haltung im Text zeigt erfreuliches Selbstbewußtsein und in manchen Fällen sogar einen gewissen Wagemut, der um so mehr erfreuen muß, wenn man die allgemeine Mutlosigkeit des schmalen deutschen Schrifttums in Polen in den ersten Wochen nach dem Abzug der Deutschen in Rechnung stellt.

Aber dieser erfreuliche Aufschwung darf über die schwerbedrängte Lage des ganzen Deutschtums in Polen nicht hinwegtäuschen, von dem in der Presse nur deshalb so wenig erscheint, weil man wahrscheinlich aus psychologischen Gründen vermeidet, viel von den Verfolgungen zu reden, denen alles Deutsche ausgesetzt ist. Noch ist es zwar noch nicht zu schweren Ausschreitungen großen Stils gegen die Deutschen gekommen, aber es gab in den letzten Wochen in Lodz doch viele Abende, wo sich kaum ein Deutscher auf die wegen Kohlennot fast dunklen Straßen wagte, weil man Deutschen-Pogrome befürchtete. Typisch für die Stimmung der Gegenseite waren Vorgänge bei einem harmlosen, von dem deutschen Pastor Dietrich von der Johannisgemeinde veranstalteten Kinderfest. Tausende von Kindern sammelten sich vor der Kirche an der Evangelischen Straße, um unter Begleitung eines Posaunenchors des Jünglingsvereins gemeinsam zum Festplatz zu ziehen. Man sang zuerst einen Choral, und dann ordneten sich die Kinder zum Zug. Mehrere Straßen weit ging alles gut, als aber die Kinder Wanderlieder zu singen anfingen, wurden aus der zuschauenden Polenmenge Rufe laut: „Geht nach Berlin, marschiert doch gleich nach Preußen, usw.", und damit nicht genug, bald gab es auch Würfe mit Steinen, Kot und Eisenstücken. Hätte es sich etwa um eine wohldisziplinierte Schar von Pfadfindern gehandelt, wie man sie manchmal während des Krieges sah — die Organisation ist natürlich längst aufgelöst — wäre die Sache noch zu verstehen gewesen, aber man bedenke, daß es sich zum Teil um Kinder im Kinderschulalter von 3—6 Jahren handelte, die fröhlich singend dahinzogen.

Ein anderes kleines Ereignis ist nicht minder charakteristisch. Seit längerer Zeit werden von dem die deutschen Interessen wahrenden Schweizer Konsulat Anmeldungen für Heimbeförderung in Rückwandererzügen angenommen. Sie laufen in erschreckend hoher Zahl — über 3000 — ein und müssen genau geprüft werden, weil auch einheimische Deutsche polnischer Staatsangehörigkeit gar zu gerne mitfahren würden. Man sieht, viele haben die Hoffnung aufgegeben, daß in dem früher fast ganz deutschen Lodz, in dem man noch zu Anfang dieses Jahrzehnts kaum ohne deutsche Sprachkenntnisse durchkam, noch des Bleibens und Lebens für Deutsche ist. Aber darüber hinaus sei noch folgendes erwähnt: Wenige Tage vor Abgang des ersten Zugs mit 650 Deutschen stand eine Notiz in den deutschen Blättern, die den Abfahrtstermin ansagte. Die Abfahrt mußte verschoben werden und erfolgte dann zu einem nicht genauer bekanntgegebenen Termin, weil man auch hier Deutschen-Pogrome — und zwar leider offenbar begründeterweise — fürchtete.

Da wundert es einem dann kaum weiter, daß das Deutschtum in vielen Stücken endlich aus seinem allzulangen Schlaf erwacht und versucht, durch Zusammenhalten manches zu erreichen. Zur Gründung eines neuen Vereins fehlt zwar noch der Mut, man versteht dies, aber man wehrt sich doch noch seiner Haut. Das zeigt die neu eingerichtete Geschäftsstelle der deutschen Sejm-(Reichstags-)Abgeordneten Wolff und Spickermann. Sie wird zu Beratung, zu Beschwerden, für Bittschriften an Warschauer Behörden so viel benützt, und die beiden Abgeordneten haben in so vielen Einzelfällen durch Rücksprache in Warschau auch helfen können, daß die Geschäftsstelle wesentlich vergrößert werden muß und sich zurzeit einen Sekretär sucht, der die laufenden Arbeiten leitet. Überhaupt scheint man mit dieser Einrichtung das Richtige getroffen zu haben, sie ist auf einer Volksversammlung von Herrn Friese angeregt worden, nachdem die beiden Abgeordneten über ihre Tätigkeit im Sejm Bericht erstattet hatten. Leider versagt sie zurzeit noch in Schulangelegenheiten, soweit diese von kommunalen Selbstverwaltungskörpern geregelt werden, weil hiergegen ein brauchbares Regreßrecht nicht vorhanden oder anwendbar ist. So ist vor kurzem eine vierklassige — für dortige Verhältnisse also schon auf recht hoher Bildungsstufe stehende — deutsche Mittelschule von der Lodzer Stadtverordneten-Versammlung kurzerhand in eine polnische umgewandelt worden, ein Vorgang, der um so

Digitized by Google

bedauerlicher erscheint, als es die Schule war, die einer der besten Schulmänner der Lodzer Deutschen, der feine Heinrich Zirkler, seinerzeit gegründet und jahrzehntelange geführt und geleitet hatte. hg.

Schweiz

In der außerordentlichen Sitzung des Großen Rats in Basel richtete der sozialdemokratische Rat Weber eine Anfrage an den Regierungsrat, ob ihm bekannt sei, daß seit einigen Wochen in Basel deutsche Arbeiter, die teilweise schon lange in Basel oder in übrigen Teilen der Schweiz niedergelassen seien, aufgefordert würden, in wenigen Wochen das Kantongebiet zu verlassen, ohne daß sie sich irgend etwas hätten zuschulden kommen lassen, was eine Ausweisung rechtfertigen würde. Er fragte, ob der Regierungsrat dieses Vorgehen der Polizei billige oder was er dagegen zu tun gedenke. Regierungsrat Dr. Niederhauser wies darauf hin, daß es sich um eine Ausführung der Weisungen des Bundesrats handle, die sich auf die allgemeinen Vorschriften gegen die Deserteure und Refraktäre — und nur um solche handle es sich — beziehen. Die deutsche Regierung habe zugesagt, daß diese Leute bei ihrer Rückkehr keine Bestrafung zu gewärtigen hätten. Der Bundesrat gehe von dem Standpunkt aus, daß ein Deserteur nicht besser behandelt werden solle als ein entlassener Wehrmann oder andere Leute, die mit dem Kriege in keinerlei Beziehung standen, und für die eine Einreisebewilligung nur schwer erhältlich sei. Der Vorsteher des Polizeidepartements schilderte die von den Behörden geübte Praxis und wies nach, daß die Einreisebewilligung immer von der Lage des Arbeitsmarktes für den Beruf des Betreffenden abhängig gemacht werde. Begründeten Gesuchen der Deserteure und Refraktäre um Erteilung der Niederlassungsbewilligung werde entsprochen. Der Regierungsrat billige die Praxis des Polizeidepartements angesichts der Lokalverhältnisse in bezug auf die Wohnungs- und Arbeitslage und in bezug auf das Verhalten deutscher Behörden gegenüber dort niedergelassenen Schweizern, die oft auf militärischen Befehl hin ausgewiesen worden seien. Der Anfragende, Herr Weber, brachte zum Ausdruck, daß er genaue Weisungen in bezug auf die geübte Praxis vermisse und ersuchte um milde Behandlung der betroffenen Leute.

Rußland

Die Wolgadeutschen in ihren Kolonien längs der Wolga sind nach einer funkentelegraphischen Meldung von der russischen Sovjetregierung zu einem Gemeinwesen mit der Hauptstadt Jekaterinenstadt zusammengeschlossen worden.

Finnland

Die ersten 21 der 210 deutschen Ferienkinder in Finnland sind, zum Abschied in Helsingfors noch reich beschenkt, erfrischt an Leib und Seele und voll Dankbarkeit gegen ihre Gastgeber, in Lübeck wieder eingetroffen. Der Aufenthalt im nordischen Land war während der ganzen Dauer vom schönsten Wetter begünstigt, sodaß die Kinder bleibende Eindrücke von der Schönheit des Landes empfangen haben. Viele hundert finnische Familien hatten sich zur Aufnahme von deutschen Kindern gemeldet und fühlten sich enttäuscht, weil es wegen des Mangels an Schiffsraum nicht möglich war, alle mit „Einquartierung" zu beglücken.

Norwegen

Unter Schiffsraum- und Kohlenmangel leidet auch die Einfuhr deutscher Bücher, für die der norwegische Markt ein nicht unbeträchtliches Absatzgebiet bildet. Regelmäßige Dampfer verkehren nicht, und für Postbeförderung sind die Sendungen viel zu umfangreich. So kommen die deutschen Bücher zurzeit nur stoßweise ins Land, wenn eben gerade mal ein Schiff die zu Bergen aufgelaufenen Ladungen mitbringt. Trotz allem bilden auch jetzt deutsche Bücher im Vergleich mit französischen und anderssprachigen die Mehrheit.

Belgien

Der Senat hat der „Indépendance Belge" zufolge den von der Kammer schon genehmigten Gesetzentwurf über die Liquidierung deutscher Aktiengesellschaften angenommen. Nach ihm kann eine Aktiengesellschaft auch dann unter Zwangsverwaltung gestellt werden, wenn nur ein Teil des Kapitals in deutschem Besitz ist.

Frankreich

Kürzlich wurde in Paris ein bereits angekündigtes Wagnerkonzert wieder abgesagt. Die französischen Liebhaber deutscher Musik haben sich nun, um ähnliche Ausbrüche des französischen Nationalismus und seine Folgen für immer zu umgehen, zu einem Klub zusammengetan, der sich zur Aufgabe stellt, private Aufführungen von Werken Wagners, Mozarts und Beethovens zu veranstalten.

Italien

Das während des Krieges bestehende Verbot der Einfuhr deutscher Bücher nach Italien ist noch nicht aufgehoben worden. Wie hoch aber die italienische Regierung, die doch das Verbot erlassen hat, den Wert der deutschen Bücher einschätzt, geht aus einer Mitteilung des Deutschen Verlegervereins hervor, derzufolge durch Vermittelung eines schweizerischen Buchhändlers alle während des Krieges in Deutschland erschienenen wissenschaftlichen Werke für die italienischen Bibliotheken und anderen staatlichen Institute bestellt worden sind.

Südafrikanische Union

Laut „Telegraaf" meldet die „Times" aus Kapstadt, daß der Justizminister Dewet wichtige Erklärungen darüber abgegeben hat, wie die Regierung über das feindliche Eigentum, das sich augenblicklich in den Händen des Kurators der Union befindet, verfügen werde. Der gesamte Wert dieses Eigentums beträgt ungefähr 12½ Millionen Pfund Sterling. Die Regierung habe die Absicht, den Deutschen, die beim Ausbruch des Krieges in der Union ansässig waren, ihren Besitz so bald als möglich zurückzugeben. Der Wert dieses Eigentums beträgt ungefähr 1¼ Millionen Pfund Sterling. Abzüglich der Forderungen, die alliierte Untertanen in der Union an deutsche Untertanen stellen und die höchstens 1 Million Pfund Sterling betragen, werden noch Besitztümer im Werte von 10 Millionen Pfund Sterling übrig bleiben, die Deutschen, die in Deutschland ansässig sind, gehören. Das Parlament muß noch beschließen, wie über dieses Eigentum zu verfügen ist. Dewet erklärte, die Friedensbedingungen seien in diesem Punkte nicht so klar, wie es wünschenswert sei.

Vereinigte Staaten von Nordamerika

Das neue Einwanderungsgesetz scheint einen Zwang zur Naturalisierung ausüben zu sollen. Es enthält nämlich, wie der „Deutschen Tageszeitung" aus Holland geschrieben wird, folgende Punkte: Jeder Einwanderer kann, nachdem er ein Jahr in den Vereinigten Staaten gelebt hat, ausgewiesen werden, wenn er nicht die Absicht bekannt gibt, amerikanischer Bürger zu werden. Alle fremden Auswanderer müssen sich alle sechs Monate beim Arbeitskommissariat melden. Mit Ausnahme der Angestellten fremder Regierungen müssen alle Einwanderer Pässe haben, die von den amerikanischen Konsuln in den betreffenden Ländern visiert sind. Das Visum wird nur erteilt, wenn der Paßinhaber die Absicht ausspricht, amerikanischer Bürger zu werden. Jeder, der diese Erklärung abgibt, muß sofort englisch lernen. Einwanderer, die Amerika wieder verlassen, ehe sie amerikanische Bürger geworden sind, werden ein zweites Mal nicht mehr zugelassen, es sei denn, daß sie Amerika nur mit einem von der Regierung genehmigten Urlaub verlassen haben.

Im Januar 1917 hat das schwäbische Wochenblatt in New York (Herausgeber M. V. Heß) eine Sondersammlung für eine Reihe württembergischer Gemein-

Digitized by Google

den veranstaltet und als Ergebnis den Betrag von 9000 Mark an die Königin Charlotte gesandt. Da über den Zweck der Sammlung eine Sonderbestimmung nicht getroffen wurde, ist damals die Summe bei einer Stuttgarter Bank niedergelegt worden. Nachdem nunmehr briefliche Verständigung wieder möglich ist, wird der Betrag in der nächsten Zeit zur Verteilung gelangen. Es handelt sich dabei um 53 Gemeinden, an deren Schultheißenämter die Teilsummen gehen werden.

Kanada

Die deutschen Mennoniten, die in Saskatchewan südlich der kanadischen Nationalbahn wohnen, wollen auswandern, hauptsächlich aus dem Grund, weil sie sich dem neuen, die fremdsprachigen Schulen verbietenden Gesetz nicht unterwerfen wollen; sie weigern sich rundweg, ihre Kinder in englische Schulen zu schicken. Nach der New Yorker „Evening Post" haben die Mennoniten schon vor einem halben Jahre Kundschafter nach Argentinien geschickt, die nun mit günstigem Bescheid zurückkamen. Nach dem Verkauf ihres Landbesitzes — sie sollen ihr Land zu 35 Dollar den Hektar der kanadischen Regierung angeboten haben — würden sie ausnahmslos ihre Auswanderung nach Südamerika ins Werk setzen.

Haiti

Die „Weltw. Nachr." melden aus Hamburg, daß die deutschen Firmen bis auf den Grundbesitz und die Ausstände liquidiert worden sind. An diese beiden Posten scheint man sich vorläufig nicht heranzuwagen, wahrscheinlich, weil die Liquidation derselben mit viel Arbeit verknüpft ist.

Ecuador

Der Madrider „Imparcial" meldet aus Quito, daß während der letzten 3 Monate zahlreiche deutsche Familien nach Ecuador eingewandert sind. Die dortige Kolonie soll infolgedessen bereits 8000 Köpfe zählen. Die Mehrzahl der Eingewanderten sind in der Industrie beschäftigt, auch sollen von Deutschen mehrere Fabriken gegründet worden sein. Zu dieser Meldung bemerkt die „B. Z. am Mittag", daß es sich hier zweifellos um Einwanderung von Deutschen handelt, die aus den Vereinigten Staaten kommen.

Birma

Die Reismüller in Rangoon haben eine Eingabe an die Regierung gemacht, in der sie vorstellig werden, daß es wünschenswert ist, feindliche Untertanen und Ausländer vom Reishandel Birmas auszuschließen; die Regierung möge erklären, welche Schritte sie zu unternehmen beabsichtige, um dies zu erreichen.

Hongkong

Reuter meldet, daß die Regierung von Hongkong beim Staatssekretär für die Kolonien beantragt habe, bei der Gesetzgebenden Versammlung ein Gesetz einzubringen, das die Befugnisse zur Ausschließung unerwünschter Ausländer erweitert. Es müsse verhindert werden, daß die Kolonie ein Versammlungsort der Untertanen der Mittelmächte oder ein Mittelpunkt für fremde Intriguen und Propaganda werde.

Die gesetzgebende Körperschaft hat nach der „Times" ein Gesetz genehmigt, nach dem ehemals feindlichen Fremden verboten wird, sich ohne Erlaubnisschein in der Kolonie aufzuhalten. Übertretungen werden mit Ausweisung, Gefängnis oder Geldstrafe geahndet.

Japan

Zu unserem letzten Bericht nach einer Notiz der „Hocki Shimbun" über die bevorstehende Enteignung des deutschen Eigentums in Japan weiß nun der „Japan Weekly Chronicle" ausführlicher, z. T. auch berichtigend zu melden: Am 23. Juni ist eine kaiserliche Notverordnung über die Kontrolle des in Japans Machtbereich befindlichen feindlichen Eigentums ergangen. Nach Artikel 1 kann die Regierung das Eigentum Deutschlands (Österreich-Ungarns und der Türkei) sowie dasjenige der Staatsangehörigen und juristischen Personen dieser Länder unter Aufsicht stellen („take control of" nach der englischen Übersetzung des genannten Blattes). Nach Artikel 2 kann die Regierung die Eigentümer sowie diejenigen Personen, die dieses Eigentum in Gewahrsam haben, oder endlich andere beteiligte Personen anhalten, Aufschluß zu geben über die Lage dieses Eigentums, über seine Art, seinen Umfang, Wert oder über Ansprüche, die daran bestehen, sowie über andere Punkte, die für die Kontrolle notwendig sind. Artikel 4 bestimmt, daß die Kontrolle mit ihrer Anordnung durch die zuständige Staatsbehörde beginnt. Sehr wichtig ist endlich Art. 7, dem zufolge die zuständige Staatsbehörde anordnen kann, daß das betreffende Eigentum in amtliche Verwaltung übergeben wird. Die Verordnung enthält auch Strafbestimmungen für Personen, die Unterschlagungen von dem gedachten Eigentum oder seinen Teilen vornehmen, versuchen oder solchem Tun zustimmen (500 Yen Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren) und für Personen, welche die in Artikel 2 verlangten Aufschlüsse verweigern, fälschen oder verhindern oder die Herausgabe gemäß Artikel 7 verweigern (Geldstrafe bis zu 100 Yen oder Freiheitsstrafe bis zu drei Monaten). Die Eigentümer und Inhaber des in Frage kommenden Eigentums sind, wie der „Chronicle" weiter berichten kann, aufgefordert worden, nach ihnen behändigten Formularen den Lokalgouverneuren innerhalb zehn Tagen nach Erlaß der Verordnung einen Bericht einzureichen. Kleider, Hausrat, Bücher und andere für das tägliche Leben erforderliche Gebrauchsgegenstände sind von der amtlichen Kontrolle ausgenommen. Feindliche Staatsangehörige haben die Kosten ihres Lebensunterhaltes den Behörden anzugeben. Diese werden ihnen auf Grund gehöriger Prüfung die zum Unterhalt erforderlichen Summen aus dem unter Kontrolle gestellten Vermögen für eine festgesetzte Zeit anweisen. Solche feindliche Staatsangehörige, die bisher aus einem von ihren Freunden aufgebrachten Unterstützungsfonds unterhalten wurden, werden ihre bisherigen Bezüge behalten; letztere werden aus den unter Kontrolle gestellten Vermögen bestritten werden. Die Zahl der Deutschen in Japan betrug nach amtlicher Feststellung 641 (388 männliche und 253 weibliche). Bezüglich der Frage, ob auch das Vermögen der feindlichen Staatsangehörigen, die künftig in Japan ankommen, der Kontrolle unterworfen werden soll, sowie über das dabei zu beachtende Verfahren scheinen, schreibt der „Chronicle", endgültige Bestimmungen nicht getroffen zu sein.

Die Beschlagnahme deutschen Eigentums in Japan ließ die Frage entstehen, ob auch die wertvolle Bibliothek, welche die „Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens" seit einem halben Jahrhundert in Tokio aufgesammelt hat, unter die Verordnungen betreffend das feindliche Vermögen fällt. Nach dem „Japan Chronicle" vom 31. 7. 19 scheint die Bibliothek nicht gefährdet, da die Gesellschaft auch zahlreiche japanische Mitglieder hat und in Japan als juristische Person eingetragen ist.

Australien und Neuseeland

Nach den neuesten Nachrichten wird die Ausweisung der Australien- und Neuseeland-deutschen nun mit aller Strenge durchgeführt werden. Es wird sogar keinem von ihnen die Möglichkeit gegeben, sich anderwärts in Übersee niederzulassen, z. B. das Land mit einem Schiffe nach Südamerika zu verlassen. Deutsche, die aus Neuseeland nach Südamerika auswandern wollen, müssen also zuerst die berüchtigte Reise nach Deutschland

Digitized by Google

machen. Die Behörden stehen nämlich auf dem Standpunkt, daß auf Grund des Ausweisungsgesetzes die Ausweisung nur nach Deutschland erfolgen kann.

KLEINE NACHRICHTEN

Jenny Schnackenburg †. Nach mehr als vierzigjähriger Tätigkeit im Berufe starb im wohlverdienten Ruhestand in Schwerin Fräulein Schnakenburg, die frühere Oberlehrerin an der deutschen Schule in Brüssel, um die sie sich die höchsten Verdienste erwarb. Fast die ganze Arbeit ihres Lebens galt dem Deutschtum im Auslande, 25 Jahre allein wirkte sie an den deutschen Schulen in Florenz und Brüssel.

Sanitätsrat Einsler †. Sanitätsrat Dr. Einsler, der fast 40 Jahre lang vielen Kranken in Jerusalem ein treuer Arzt war, ist dort im Alter von 72 Jahren gestorben.

G. Trebitz †. In Sao Paulo starb im Alter von 75 Jahren der Buchdruckereibesitzer und Schriftleiter Trebitz. Er war in Thüringen geboren, lernte erst die Korbmacherei, wurde später Schriftsetzer und wanderte 1876 nach Brasilien aus, wo er vier Jahre später die Zeitung „Germania" übernahm, die er zu einer angesehenen Tageszeitung auszubauen verstand.

Der Tschechenfeind Rosegger. Die Bezirkshauptmannschaft Krummau hat die Stadtgemeinde beauftragt, die Straßentafeln mit der Bezeichnung „Roseggergasse" zu entfernen. Im Falle der Weigerung würde die Beseitigung durch die Staatsgewalt auf Kosten der Stadtgemeinde geschehen. Begründet wird dieser Befehl damit, daß Rosegger ein tschechenfeindlicher Schriftsteller gewesen sei.

Deutsche Ärzte in Schanghai. Die deutschen Ärzte sind beim Abtransport der Deutschen aus China zum Teil im Lande zurückgeblieben, ja von den Chinesen selbst gegenüber den englischen Aufpassern versteckt worden. Aus einem von dem Wochenbericht für die aus China ausgewiesenen Deutschen veröffentlichten Telegramm geht nun hervor, daß einer der Herren, Dr. Birt, noch heute in seinem Versteck weilt, während Dr. Gerngroß wieder in sein Haus in der internationalen Niederlassung zurückgekehrt ist.

Die deutsche Sprache an den nordamerikanischen Schulen. Die „Monatshefte für deutsche Sprache und Pädagogik", die der deutsche Lehrerbund in Milwaukee erscheinen ließ, haben 19 Jahre lang ehrenvoll den Interessen des deutschen Sprach-Unterrichts an den amerikanischen Schulen gedient. Mit dem Dezember-Heft 1918 sind sie eingegangen, nachdem der Lehrerbund selbst zu einer kleinen Gesellschaft von nur mehr wenig über 100 Mitglieder zusammengeschmolzen ist. In der letzten Nummer entwirft H. M. Ferren ein trauriges Bild über den Niedergang der deutschen Sprache und ihres Unterrichts an den amerikanischen Schulen in den letzten Kriegsjahren. Wir entnehmen einer Wiedergabe in deutschen Zeitungen darüber folgendes: Die „Gesellschaft zur Verteidigung Amerikas" stellt 14 Staaten auf die „Ehrenliste" derer, die den deutschen Unterricht abgeschafft haben; 16 andere Staaten beratschlagen über ein gleiches Tun. Ein halbes Jahr (Herbst 1917/18) vor Amerikas Eintritt in den Krieg hatten 21 Anstalten in den deutschen Klassen 7026 Schüler, im letzten Herbst noch 2810; in der gleichen Zeit ging die Zahl der Lehrer des Deutschen an diesen Schulen von 140 auf 48 zurück. Aehnlich sank die Zahl der deutschen akademischen Lehrkräfte. Die Harvard-Universität dagegen verlangt noch immer von jedem, der sich für einen Grad prüfen läßt, ein zweijähriges Sprachstudium in Deutsch und Französisch. Die Berichte aus den großen Städten und Staaten lauten fast durchweg auf Abschaffung der deutschen Klassen, wenigstens bis zum Friedensschluß. Manche Lehrkraft verliert dabei Stelle und Brot, wenn sie nicht rechtzeitig den Bürgerbrief erworben hat. In Baltimore wollten die Leiter von 19 größeren Schulen das Deutsche als Wahlfach beibehalten; allein die öffentliche Meinung verlangte gänzliche Abschaffung, die denn auch mit dem laufenden Schuljahr eintrat.

Mit dieser Strömung ging u. a. die Johns Hopkins-Universität; ja ein Professor der Psychologie (Dr. Dunlop) erklärte geradezu, es sei unmöglich im Deutschen richtig zu denken, Deutschland habe keine des Namens würdige Literatur ..... In Buffalo sind die deutschen Elementarklassen eingegangen; in Chicago retteten sich die deutschen Lehrkräfte ihre Stellen, da sie Klassenlehrer waren. Cincinnati feierte 1916 das 75jährige Bestehen des deutschen Unterrichts in seinen Schulen; schon ein Jahr nachher stürzte das Gebäude zusammen, und vorher hatte etwa die Hälfte aller Schüler am Deutschunterricht teilgenommen. Ueber zwei Dutzend Lehrer wurden auf die Straße gesetzt. In den Hochschulen tritt Spanisch oder Französisch an die Stelle des verpönten Deutschen. Wie eine Sturzwelle traf die deutschfeindliche Strömung Milwaukee, die Hochburg deutsch-amerikanischer Bestrebungen; das deutsche Theater schloß seine Tore; in den Elementarschulen wurde der Deutschunterricht abgeschafft, in den Mittelschulen ging er nahezu ein. In Philadelphia, der deutschesten Stadt von Pensylvanien, ist seit September der deutsche Unterricht mit Stumpf und Stiel ausgerottet. In einer Mittelschule von Pittsburg trieben früher über 700 Schüler Deutsch, jetzt noch 34. Anfängerklassen für Deutsch gibt es keine mehr. Einzig in den Hochschulen werden die Deutschkurse da und dort noch fortgesetzt, so am Carnegie-Polytechnikum und der Universität Pittsburg. Der Staat Kalifornien rühmte sich, einer der ersten gewesen zu sein, der das Deutsche aus seinen Volksschulen verbannte.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Prag. Der **Kampf gegen die deutschen Schulen** wird mit großer Heftigkeit von Behörden und Privaten geführt. Der Unterrichtsminister verfügte ohne Angabe von Gründen, daß von den zehn deutschen Mittelschulen Prags acht zusammengelegt werden. Nun veröffentlichen die tschechischen Zeitungen eine Kundgebung des Wiener Komensky-Vereins, des Vereines „Tschechisches Herz" in Wien und eines vorbereitenden Ausschusses zur Begründung eines tschechoslowakischen Donauvereines eine Kundgebung, in der festgestellt wird, daß von 53 000 aus Wien nach Prag übergesiedelten Personen 48 Kinder und Studenten die deutschen Schulen in Prag besuchten. Die Eltern dieser Kinder seien den Unterzeichneten bekannt; sie würden dringend aufgefordert, ihre Kinder unbedingt in tschechische Schulen zu schicken, da es im kommenden Schuljahr kein einziges tschechisches Kind in einer deutschen Schule geben dürfe. Man sei fest entschlossen, gegen jeden einzelnen vorzugehen, der dieser warnenden Stimme nicht Gehör schenken würde.

Neueren Nachrichten zufolge werden die ersten Klassen der deutschen Gymnasien in Arnau, Budweis, Iglau, Landskron und Weidenau geschlossen. Die deutsche Lehrerbildungs-Anstalt in Olmütz wurde aufgelöst und an ihrer Stelle eine tschechische Anstalt errichtet. Der „Bohemia" zufolge herrscht unter der Budweiser deutschen Bevölkerung ungeheure Aufregung, weil für alle acht Schulen mit 45 Klassen ein einziges Schulgebäude mit zehn kleinen Klassenzimmern bestimmt ist. Auf deutsche Geschäftsleute und durch ihre Anstellung abhängige Deutsche wird ein Druck ausgeübt, damit sie ihre Kinder in die tschechischen Schulen schicken. Trotzdem verblieben 1300 Kinder für die deutschen Volks- und Bürgerschulen.

Digitized by Google

Freudental. Der **Freudentaler Mittelschulverein** hielt seine 15. ordentliche Hauptversammlung ab. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Zahl der in acht Klassen unterrichteten Schüler auf 192 gestiegen ist. Die auswärtigen 109 Schüler fanden in dem städtischen Schülerheim, im St. Josefsheim und bei 41 Familien Unterkunft. 30 Familien gaben 53 Freitische in der Woche. An Unterstützungen und Stipendien kamen 4500 Kr. zur Verteilung, vom Schulgeld waren 90 Schüler befreit. Die Zahl der Mitglieder des Vereins vermehrte sich von 219 auf 265.

Saaz. Errichtung einer deutschen Brauerschule. In Saaz, einem Haupthopfenort der tschecho-slowakischen Republik und dem Sitz zweier großer moderner Brauereien, ist der Verein deutscher Hausbesitzer an die Verwaltungskommission der Stadt mit dem Ersuchen herangetreten, die Gründung einer Brauerschule mit deutscher Unterrichtssprache in die Wege leiten zu wollen.

Arosa. Die **Deutsche Schule** gibt den 1. Jahresbericht heraus. Die Anstalt hat sich über Erwarten gut entwickelt und wurde von 66 Schülern und Schülerinnen besucht; auch in das neue Schuljahr trat sie mit normaler Schülerzahl ein. Der Unterricht wurde in allen Abteilungen mit gutem Erfolg durchgeführt.

Warschau. Das deutsche Volksschulwesen in Polen ist noch immer im Umbau begriffen, dessen Resultat noch nicht abzusehen ist. Vielfach muß man mit Bedauern vermerken, daß Schulen und einzelne Schulklassen, die jahrzehntelang deutsch waren, trotz zahlreicher Willenserklärungen von Eltern eines Tages in polnischer Unterrichtssprache unterrichten, u. a. ist dies in den letzten Wochen bei den evangelischen Volksschulen in Ozorkow und Konstantinow und bei den beiden Oberklassen der Schule in Aleksandrow bei Lodz der Fall. In vielen Fällen scheinen pastorliche Einflüsse am Werk, namentlich das deutsche Ozorkow ist nur durch die langjährige Bearbeitung durch den fanatisch polonisierenden Pastor Ronthaler zum Umfall getrieben worden. Pastor Ronthaler hat inzwischen die reiche Warschauer zweite Pfarrstelle übernommen und „wirkt" dort zusammen mit Generalsuperintendent Bursche.

Dem städtischen Volksschulwesen in Lodz wird es vermutlich in nächster Zeit auch nicht besonders gut gehen, da verschiedene Schulgebäude durch die Einführung des teilweisen Schulzwangs — für 9- bis 11jährige Kinder — gefährdet sind. Sie sollen nämlich für polnische Volksschulen freigemacht werden. Aus diesem Anlaß wurde eine Statistik des Lodzer städtischen statistischen Amts bekannt, die festgehalten zu werden verdient. Danach waren am Ende des vergangenen Schuljahrs an Kindern von 9 bis 11 Jahren

	vorhanden Anzahl	davon freiw. zur Schule geschickt Anzahl	in %
Katholische (überwiegend Polen)	15 731	9494	60,35
Evangelische (überwiegend Deutsche)	3 506	2683	76,52
Juden	11 510	8117	70,52
Andere (Russen und Mariawiten)	257	217	84,43
	31 004	20 511	66,15

Von den fast nur aus Gebildeten bestehenden Russen und Mariawiten abgesehen war also der Schulbesuch bei den deutschen Kindern weitaus am stärksten, und selbst die wirtschaftlich überaus bedrängte jüdische Masse übertraf die „unerreichbar hochstehende polnische Kultur" noch um mehr als 10 Prozent, ein Zeichen dafür, wie viel den Polen hier noch zu tun übrig bleibt, und wie weit Kongreßpolen hinter den bisher preußischen Provinzen zurücksteht.

Mexiko. Deutsche Schule. Über das „Colegio Aleman" gab der Direktor M. Dobroschke für das Jahr 1918 einen Bericht heraus. Die seit 24 Jahren bestehende Anstalt hält sich im allgemeinen an den Lehrplan einer Oberrealschule. Mittel- und Vorschule, läßt sich aber dabei ganz besonders die Pflege deutscher Kultur angelegen sein. Die Schule zählte im Berichtsjahre 983 Schüler und Schülerinnen. Aus den Schülern setzt sich eine besondere Abteilung „Exploradores" — [Pfadfinder] zusammen, deren Umgangssprache spanisch ist.

DEUTSCHE KUNST IM AUSLAND

Die Deutsche Oper in Amerika.

In einer im Manhattan-Opernhaus abgehaltenen Versammlung der amerikanischen Legion wurde laut „New York Herald" der Beschluß gefaßt, mit allen friedlichen Mitteln die deutschen Opernaufführungen, die im Lexington-Theater stattfinden sollen, zu verhindern. Dabei wurde hervorgehoben, daß solche Opern in jeder Weise mit amerikanischer Gesinnung unvereinbar seien. Eine Sängerin, die die Werke Richard Wagners verteidigte, wurde unter stürmischen Ausbrüchen der Mißbilligung gezwungen, den Saal zu verlassen.

Ehrung eines deutschen Künstlers durch England. Nach einer Meldung, deren Bestätigung als eines der wenigen erfreulichen Symptome dafür zu betrachten wäre, daß es selbst in England schon wieder Kreise gibt, die nicht alles Deutsche grundsätzlich ablehnen, soll Siegfried Karge Elert, ein bedeutender Leipziger Komponist, dessen Schöpfungen für Orgel und Harmonium von Freunden moderner Musik besonders hoch gewertet werden, vom Londoner Royal College of Music (Königliches Musik-Konservatorium) wegen seiner internationalen Verdienste um die Orgelmusik zum Dr. mus. h. c. ernannt worden sein.

Die erste Hebbelaufführung in Italien fand unter lebhaftem Beifall des anfangs zögernden Publikums, wie die „Deutsche Bühne" meldet, in dem Waldtheater des toskanischen Seebads Viareggio statt. Es war das erste deutsche Drama, das seit der Zeit vor dem Krieg in Italien aufgeführt wurde. Man gab die „Judith".

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Zeitungsverbot der lettischen Regierung.

Die in Königsberg i. Pr. erscheinende Wochenschrift „Die Klarheit" (Pionier des Ostens) ist für das lettische Gebiet von der dortigen Regierung verboten worden.

Nach einer Meldung der „Königsberger Hart. Ztg." ist auf Verfügung des estnischen Ministeriums des Innern die einzige deutsche Zeitung Estlands, die „Revaler Zeitung" für immer verboten worden. Das Verbot beruhe auf der regierungsfeindlichen Politik des Blattes und Verbreitung falscher Nachrichten.

Dagegen scheint ein neues deutsches Blatt Nachfolgerin werden zu können. Der halbamtliche „Latr. Sargs" teilt nämlich mit, daß vom Innenministerium die Herausgabe einer deutschen Zeitung, der „Rigaischen Nachrichten" genehmigt worden ist. Als verantwortlicher Schriftleiter der Zeitung ist Herr M. v. Vegesack und als Herausgeber Herr Siecke bestätigt.

Vereinigte Staaten von Nordamerika

In Senatskreisen besteht lt. „Berliner Tageblatt" nach Washingtoner Blättern eine starke Strömung, die fremdsprachige, d. i. also in erster Linie die deutsche Presse, ganz zu unterdrücken oder doch wenigstens stark zu beschneiden. Senator Myers brachte schon im Juni einen Gesetzentwurf ein, nach dem die Einfuhr deutscher Druck-

Digitized by Google

sachen jeglicher Art verboten werden solle, und erweiterte ihn gleich darauf dahin, daß der Vertrieb jeder fremdsprachigen, periodisch erscheinenden Zeitschrift strafbar machen soll. Senator King will die Leitartikel der als „bösartig" bekannten Zeitungen unter Vorzensur gestellt wissen; alle politischen Artikel sollen in englischer Übersetzung der zuständigen Postanstalt zur Prüfung vorgelegt werden. Der Hintergedanke ist dabei, daß schon durch die Kosten der Übersetzungsherstellung viele kleinere Zeitungen zu vollständiger Amerikanisierung gezwungen werden. Ein dritter Antrag macht den Vorschlag, jeder fremdsprachigen Zeitung, die nach dem 1. Oktober ihrer Übersetzungspflicht nicht peinlichst genau nachkomme, die Benützung der Post zu entziehen, außerdem sollen aber alle fremdsprachigen Zeitungen bis 1. Januar 1925 geschlossen werden. Die Gründe zu diesem Vorgehen gerade jetzt bei Friedensschluß sollen in der hartnäckigen Weigerung der deutschen Presse bestehen, gesunde „amerikanische" Politik zu treiben. Die unmittelbare Ursache soll jedoch der beängstigende Übertritt der fremdsprachigen sozialistischen Zeitungen zum Bolschewismus sein.

Die maßgebenden deutschen Zeitungen scheinen zu vertrauen, daß der Kongreß keine Schritte gegen ihr Bestehen unternehmen und darüber hinaus sogar die während des Krieges entstandenen einschränkenden Bestimmungen aufheben wird. Die führenden Persönlichkeiten zweifeln daran, daß ein die fremdsprachige Presse erdrosselndes Gesetz durchgehen wird; auf ein beschränkendes Gesetz mit dauernder Wirkung hoffen nach den angeführten Quellen ihre Gegner sehr stark.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Zusammenschluss der völkischen Turnverbände im Gebiet des ehemaligen Österreich. Am 7. September 1919 hat der endgültige Zusammenschluß des Turnkreises Deutschösterreich, des deutschen Turnerbundes, des Arndtverbandes und des Wiener akademischen Turnvereins zum Deutschen Turnerbund von 1919 stattgefunden.

Bärn (Mähren). Bauerntag und Volksfest. Die Bezirksvertretung der organisierten Landwirte für den Bezirk Bärn hatte zusammen mit der Organisation der deutschen Landwirte Mährens, Böhmens und Schlesiens einen Bauerntag nach Bärn einberufen. Aus diesem Anlaß veranstalteten die deutschen Vereine von Bärn und Umgebung ein großes deutsches Volksfest, das durch Wetturnen auf der Festwiese eingeleitet wurde. Der Bauerntag wurde in dem Garten einer Gastwirtschaft abgehalten. Die Redner besprachen berufs- und genossenschaftliche Angelegenheiten. Zum Schluß der Versammlung wurde eine Entschließung dahingehend angenommen, in der sich die Anwesenden gegen die von der Pariser Friedenskonferenz geschaffene politische Gestaltung, die den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechts widerspräche, verwahren. Sie verlangen zur Herstellung einer rechtmäßigen Vertretung aller Volksschichten die Ausschreibung von Wahlen, die Einsetzung deutscher Beamten in allen deutschen Siedlungsgebieten, die Sicherung des deutschen Schulwesens und nationale Autonomie auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens. Am Nachmittag zogen die mehr als 900 Vertreter der Tagung mit den deutschen Vereinen in stattlichem Festzug auf die Wiese, wo die Turnvereine von Bärn und Umgebung und von den Olmützer Sprachinseln ein Schauturnen veranstalteten. Dem Zug waren eine Reihe von Wagen mit Gruppen zur Versinnbildlichung deutschen Lebens und Gewerbes eingereiht. Der Festplatz war unter anderem mit vier großen schwarz-rot-goldenen Fahnen geschmückt, die am Abend auf Verlangen des Kommandanten der Bärner tschechischen Besatzung, nachdem die ganze tschechische Besatzung Bärns kriegsmäßig ausgerüstet auf dem Platz erschienen war und bereits einigen Festgästen die deutschen Abzeichen heruntergerissen hatte, als reichsdeutsche Farben eingeholt werden mußten.

Teplitz. Deutscher Gastwirte-Reichsverband. Die Gastwirteverbände Aussig, Karlsbad, Reichenberg, Troppau und Brünn sind auf einer Vertreterversammlung in Teplitz zu einem „Reichsverband der deutschen Gastwirtorganisationen in der tschecho-slowakischen Republik" zusammengetreten. Die deutschen Gastwirte im Preßburger Gebiet, in der Slowakei und in den Sprachinseln sollen dem Verbande ebenfalls angegliedert werden. Die in Reichenberg, Aussig und Karlsbad erscheinenden Gastwirtezeitungen werden aufgelassen und dafür, wie das Prager „Deutsche Agrarblatt" zu melden weiß, ein großes, wöchentlich einmal erscheinendes Fachblatt als Verbandsorgan herausgegeben.

Basel. Hilfsbund für deutsche Kriegsfürsorge in der Schweiz. Geh. Rat Professor Dr. Ruck begrüßte im Namen der Bezirksgruppe Basel die Vertreter des Bundes, die sich zur von Direktor Derksen geleiteten Hauptversammlung am 27. Juli eingefunden hatten. Assessor Benzler übermittelte die Grüße des deutschen Gesandten. Die Hauptaufgabe des Bundes, den Hinterbliebenen und Kriegsbeschädigten beratend zur Seite zu stehen, für Neugründung einer Existenz durch Aufbau eines Geschäfts, Vermittelung eines juristischen Beistandes, Arbeitsvermittelung, Versorgung mit Kohlen und Lebensmitteln, Umzüge zu sorgen, machten einen sehr ausgedehnten Mitarbeiterstab und damit hohe Unkosten notwendig. Sodann wurde die Entlastung der Hauptstelle einstimmig gutgeheißen und ihr, besonders den Herren Langensiepen und Derksen, der Dank des Bundes durch Herrn Geh. Rat Ruck ausgesprochen. Als Ort der nächsten Hauptversammlung wurde Davos bestimmt. Eine Anregung des Herrn Dr. Schlegel, die Hauptversammlung des Hilfsbundes mit der der deutschen Hilfsvereine gleichzeitig abzuhalten, soll der Hauptstelle zur Weitergabe übermittelt werden. Herr v. Mumm vom Werbeausschuß der Hauptstelle berichtete über die Vorarbeiten und technischen Einzelheiten der Verlosung, für die der 15. und 16. Dezember ins Auge gefaßt wurden. Nach einer Mitteilung des Herrn Professor Weese aus Bern über die zu gründende deutsche amtliche Fürsorgestelle in der Schweiz und die damit bevorstehende Trennung der bürgerlichen und der amtlichen sozialen Arbeit soll die Bildung der neuen Stelle mit reichsamtlichem Chrakter am 1. Oktober vorgenommen werden, und der Hilfsbund kann dann wieder seine alte Tätgkeit als rein bürgerliche Fürsorge aufnehmen. Neben der erwähnten amtlichen Stelle wird noch eine Spruchstelle eingerichtet werden, die ihren Sitz, da sie nicht in die Schweiz verlegt werden kann, unbedingt an der Landesgrenze haben wird. Die Frage der Zusammenfassung aller deutschen Hilfsorganisationen in der Schweiz wurde dem Hauptvorstand zur Prüfung und Weitergabe an alle anderen Fürsorgeverbände überwiesen.

Einer Hauptstellensitzung am 29. August in Zürich wohnten drei Regierungsvertreter, die Herren Geh. Kriegsrat Dr. v. Olshausen vom Reichsarbeitsministerium, Geheimrat Koch und Herr Kratzsch vom Auswärtigen Amt, sowie Vertreter der deutschen Konsulate in der Schweiz, der deutschen Hilsvereine und der Wehrmänner- und Kriegsbeschädigtenvereinigungen Zürichs und Basels bei. Es handelte sich um die Abtrennung der bisher vom Hilfsbund und von den deutschen Hilfsvereinen ausgeübten amtlichen Tätigkeit. Vom 1. Oktober ab wird die Behandlung sämtlicher

Digitized by Google

Rentenfragen nach der Schweiz verlegt, und ebenso werden die vom Auswärtigen Amt dem Hilfsbund und den Hilfsvereinen übertragenen Amtshandlungen einer Abteilung der Gesandschaft unterstellt.

Davos. Deutsches Krieger-Kurhaus. Der Züricher „Hilfsbund" bringt einen ärztlichen Bericht des Deutschen Krieger-Kurhauses Davos-Dorf aus der Feder des Chefarztes, Herrn Dr. Burkhardt. Mit Schaffung dieses Werkes, schreibt der Verfasser, ist nach Gutachten aller Sachverständigen ein Unternehmen ins Leben gerufen, wie es besser nicht gedacht werden kann. Das Haus ist trotz der großen Umbaukosten als sehr bilig anzusprechen. Nach Lage und Einrichtung konnte keine bessere Wahl getroffen werden. Das Urteil der Kenner der Davoser Verhältnisse läuft darauf hinaus, daß der Erwerb bei der jetzigen gesamten Lage ungemein günstig ist.

Schon vor der Berufung zur Leitung hatte der jetzige Chefarzt durch Vergleich der verschiedenen Hochgebirgssanatorien die Überzeugung gewonnen, daß sich keines in allen Anforderungen so für eine Heilstätte lungenkranker Kriegsbeschädigter eignen würde, wie das ehemalige Sanatorium Valbella bei Davos-Dorf. Umbau und Einrichtung sind unter sehr schwierigen Verhältnissen nach einem halben Jahre Bauzeit nun vollendet. Ein vollständiger Neubau hätte in der Anlage manches zweckmäßiger gestalten lassen, hätte aber eine viel länger Bauzeit und viel mehr Kosten gebraucht, ein idealerer Platz, nicht zu weit und nicht zu nahe beim Kurort, mit längster Sonnenscheindauer in Davos und windgeschützter Lage, hätte sich wohl nicht gefunden. Ein weiterer Vorteil des ehemaligen Sanatoriums ist der, daß die Mehrzahl der 100 Schlafzimmer eine doppelte Belegung gestattet, ohne die Gäste zu sehr zusammen zu drängen. Weiterer Raum wurde durch Hinzunahme der 17zimmerigen früheren Chefarztwohnung gewonnen, und der zu kleine Speisesaal konnte durch Hinzunahme der Büroräume vergrößert werden. So ist es nun möglich, auf eine Belegfähigkeit von 160 bis 200 Betten zu kommen. Bei der ersteren Zahl will man aber vorerst stehen bleiben, weil alle Nordzimmer als Einzelbettzimmer für Nervöse eingerichtet und auch ein kleinerer Teil der Südzimmer mit Schwerkranken einzeln belegt werden sollen. Bis jetzt waren Einzelzimmer nur bei zwei Gästen nötig, es ist aber bei den sehr strengen Einreisevorschriften nach der Schweiz wahrscheinlich, daß für die nächste Zeit vorwiegend mit schweren Fällen zu rechnen ist. Neuerdings ist es freilich gelungen, zu erwirken, daß unter bedeutender Erleichterung der Einreiseerlaubnis die Schweizer Gesandtschaft in Berlin selbständig auf Grund eines Fragebogens des Roten Kreuzes handeln kann.

Zürich. Deutsche Handelskammer in der Schweiz. Der bisherige Vorsitzende, Freiherr v. Kleist, legte den Vorsitz zum großen Bedauern des Hauptvorstandes in der Sitzung vom 6. August nieder. Herr Derksen gab der Versicherung Ausdruck, daß Herrn Kleists wertvolle Verdienste um die Kammer nicht vergessen werden würden. — Die Ämter im Vorstand sind nun nach Zuwahl des Herrn Zarges (Zürich) unter die Herren des Hauptvorstandes so verteilt worden: 1. Vorsitzender Schneider (Zürich), 2. Vorsitzender Derksen (Basel), Schriftführer Zarges (Zürich) und Schatzmeister Gossen Genf). Syndikus Dr. Dessauer (Stuttgart) wurde zum Vertrauensmann der Kammer ernannt. Anläßlich der Aussprache über einen in Zürich von Geheimrat Dr. Norden aus dem Finanzministerium gehaltenen Vortrag: „Das wiedererwachende Deutschland" konnte der Syndikus der Kammer, Rechtsanwalt Wirth, eine Reihe von Wünschen und Beschwerden der Mitglieder in Fragen der Ein- und Ausfuhr, sowie der Preisbemessung der deutschen Waren zum Ausdruck bringen. — Eine Anzahl von Mitgliedern wurde in die Kammer neu aufgenommen.

Zürich. Deutscher Hilfsverein. Der 62. Jahresbericht für 1918 gibt ein umfassendes Bild der äußerst emsigen Tätigkeit des Vereins, die beinahe die Grenze zwischen Vereinstätigkeit und Aufgabe der Behörde überschreitet. Zunächst gelang es, bei den zuständigen Reichsbehörden eine weitere Erhöhung der Kriegsunterstützungssätze zu erreichen; unter Einrechnung der Zusatzunterstützung belief sich die Summe bei etwa 8500 Wehrmannsfamilien auf 7,99 Millionen Franken. Die Reichswochenhilfe belief sich für den Konsularbezirk Zürich auf 28 600 Franken, die Reichsnothilfe (aus Reichsmitteln, bestimmt für Familien, deren Ernährer nicht im Felde stehen, aber durch den Krieg in Not geraten sind) auf 93 400 Franken, und die Reichsnothilfe für Werkleute (für Familien der zum Arbeitsdienst in Deutschland entlassenen oder beurlaubten Werkleute, sowie der in Deutschland im Zivildienst Beschäftigten, die aus militärischen Gründen nicht in die Schweiz entlassen werden konnten) für den Züricher Bezirk 382 000 Franken. Handelte es sich bei allen diesen Kassen um Reichsgelder, die durch den Verein zur Verausgabung kamen, so bestanden daneben noch eine ganze Reihe von Unterstützungsfonds, die zu einem gut Teil aus privaten Mitteln gespeist wurden. Da war einmal die Wehrfrauenreisebeihilfe, die für die ganze Schweiz 23 650 Franken ausgab, dann die aus freiwilligen Gaben zur Hilfe untereinander geschaffene Wehrfrauenspende, die mit Ablauf des Berichtsjahres mit der Heilfürsorge (in der Hauptsache Tuberkulosebekämpfung) für deutsche Wehrmannsfamilien vereinigt wurde. Mit dem Hilfsbund für deutsche Kriegerfürsorge wurde wiederum Hand in Hand gearbeitet. Viel Arbeit brachte der Empfang und die Verpflegung der in Zürich durchkommenden Internierten, Austauschgefangenen und Evakuierten. Die Fürsorge für die internierten deutschen Gefangenen der Region Zürich und die Unterstützung der Zivilinternierten in der ganzen Schweiz lag allein dem Züricher Hilfsverein ob. Fortgesetzt wurde die Versendung von Büchern des verschiedensten Inhalts an die kriegs- und zivilgefangenen Landsleute in Feindesland. Das Paßbüro für Wehrmannsfamilien erledigte gleichsam als Teil des Paßbüros des deutschen Generalkonsulates Zürich die Arbeit, die sich durch die Ausreise der Wehrmannsangehörigen ergab. Der Kreis der Kriegsversicherungsnehmer erweiterte sich auf 5000, die versicherte Summe auf 50 000 Mk., und 70 Anträge auf Kriegsanleiheversicherung über eine Summe von 130 000 Mk. wurden an die Nürnberger Lebensversicherungs-Bank vermittelnd weiter gegeben. — In enger Arbeitsgemeinschaft waren dem Verein das Hilfswerk deutscher Frauen in Zürich, die Zentralstelle zur Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder (Ferienkinder) und die deutsche Darlehensgenossenschaft in der Schweiz verbunden. Eine besondere — infolge des allgemeinen Mangels nicht immer erfreuliche — Tätigkeit des Hilfsvereins war endlich auf die Versorgung der Pflegebefohlenen mit Kohlen gerichtet.

Die Mitgliederzahl des Vereins stieg auf 884, die Beiträge und Spenden beliefen sich auf 184 000 Franken, die Ausgaben für Unterstützungen auf 198 000 Franken. Auf die neue Rechnung wurden 65 000 Franken übertragen. Der Verein hat sein altes Haus günstig verkaufen können und fand mit allen anderen deutschen Hilfsstellen ein neues Heim in der Stampfenbachstraße 69.

Helsingfors. Deutscher Wohltätigkeitsverein in Finnland Der 35. Jahresbericht gibt zusammenhängend über die Zeit 1914—18 Aufschluß. Bei Kriegsausbruch wurden die beiden Hauptlehrerinnen der Schule und von den 88 Schulkindern 44 als feindliche Ausländer ausgewiesen. November 1914 wurde die Schule geschlossen und der Verein aufgehoben; seine Tätigkeit übernahm die durch baltische Flüchtlinge verstärkte deutsche Gemeinde, während das unter Aufsicht eines russischen Polizeikommissars gestellte Schulhaus zuerst als Lagerraum für die russische Flotte und später als

Digitized by Google

„Matrosenuniversität" gebraucht wurde. Mitte September 1918 wurde die Schule mit 3 Abteilungen wieder eröffnet; das Gebäude war stark abgenutzt und verwahrlost, die Einrichtung fand sich aber ziemlich vollständig wieder. Der Saal wurde während des Aufenthaltes der deutschen Truppen einige Abende der Woche als Soldatenheim benutzt. Verein und Schule konnten sich einer Reihe von großen Stiftungen erfreuen; die Rechnung für die 4 Kriegsjahre schließt mit 109 647 Fmk ab, das Vermögen beläuft sich auf 110 222 Fmk. 105 im Kriege nach dem Innern Finnlands verbannte deutsche Reichsangehörige sind regelmäßig mit Geld und Kleidern unterstützt worden.

Die Tätigkeit des Lokalausschusses in Wiborg hat sich auf Auszahlung von Unterstützungen in Höhe von 6400 Fmk beschränkt, die von einem Vereinsmitglied vorgeschossen wurden, da Mitgliederbeiträge seit 1914 nicht mehr erhoben worden waren. Das Vermögen belief sich am 1. Januar auf 6645 Fmk.

Der Lokalausschuß in Abo berichtet, daß er bei Kriegsausbruch rund 3000 Fmk an Reiseunterstützungen an ausgewiesene Landsleute und ihre Familien verausgabt hat. Im vergangenen Winter hat der Verein seine Tätigkeit mit regelmäßigen Unterstützungen wieder aufgenommen. Das Gesamtvermögen betrug am 1. Januar 17 300 Fmk.

Jerusalem. Syrisches Waisenhaus. Dem „Boten aus Zion" ist zu entnehmen, daß endgültige Beschlüsse über das spätere Schicksal der Anstalt noch nicht bekannt gegeben wurden; sehr groß ist die Hoffnung nicht, daß sie wieder in deutschen Besitz kommen wird. Der Betrieb geht mit zurzeit 300 Zöglingen unter einer amerikanischen Gesellschaft weiter, der die Verwaltung vom amerikanischen Roten Kreuz übergeben wurde. Die eingeborenen Lehrer und Meister behielten ihre Stelle, während die Deutschen fast vollzählig noch immer in Gefangenschaft in Heluaan in Ägypten sind. Direktor Schneller wurde vom englischen Gouverneur zum Pfarrer der sehr zusammengeschmolzenen evangelischen deutschen Gemeinde in Jerusalem ernannt und wohnt dort in einem Nebenbau des Waisenhauses. Die wenigen Kaiserswerther Schwestern, die nach Übernahme von Talitha Kumi und des Hospitals durch die Engländer in Jerusalem geblieben sind, darunter Schwester Backhausen, die frühere Oberin des Ölbergstiftes, haben dauernden Aufenthalt im Aussätzigenhause genommen. Sonntags kamen öfters gefangene deutsche Soldaten zu Direktor Schneller, die nahe bei Jerusalem beschäftigt werden und über Sonntag Urlaub zur Besichtigung der Stadt erhielten. — Von der Außenstation Bir Salem liegen nur spärliche Nachrichten vor; das „Philistäische Waisenhaus" soll mit 40 Zöglingen an Ostern wieder eröffnet worden sein. In der Außenstation Nazareth weilt Frau Pastor Müller auf einsamem Posten; trotzdem sie krank darniederliegt, wurde sie von den Engländern gezwungen, ihr Haus binnen 6 Stunden zu räumen; in dem durch kriegerische Einwirkungen übel zugerichteten und von Arabern ausgeplünderten „Galiläischen Waisenhaus" fand sie notdürftige Unterkunft. Den Gefangenen in Heluan geht es äußerlich gut

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Von den Landesverbänden.

München. Landesverband Bayern des Bundes der Auslanddeutschen. Unter Vorsitz des Herrn Major Schlagintweit fand eine gut besuchte, vom Ausschuß der aus Feindesland vertriebenen Reichsdeutschen einberufene Versammlung statt, in der die Gründung des Landesverbands Bayern beschlossen wurde. Als provisorischer Vorstand wurden einstimmig die Mitglieder des bisherigen Ausschusses gewählt. Der Reichsbeauftragte für Auswandererberatung beim Reichsauswanderungsamt, Major Thewald, besprach sodann verschiedene Probleme der deutschen Auswanderung. Er wies auf die enorme Zahl der Auswanderungsgesuche hin — bei der deutschen Gesandtschaft in Bern liegen gegen 200 000, in Skandinavien und Holland laufen in der Woche rund 90 000 Gesuche ein — und auf die Schwierigkeiten, die sich der Auswanderung entgegenstellen, und warnte eindringlich vor dem Schieber- und Ausbeuterwesen, das sich auf die Auswanderungslustigen wirft.

Magdeburg. Der **Landesverband Provinz Sachsen, Anhalt und Braunschweig** des Bundes der Auslanddeutschen fordert durch die Presse alle in seinem Bezirk wohnenden Auslanddeutschen und ehemaligen Internierten im eigenen Interesse auf, sich so schnell wie möglich in Ortsgruppen zusammenzuschließen. Seine Geschäftsstelle befindet sich: Große Diesdorferstr. 11.

Landesverband Württemberg des Bundes der Auslanddeutschen. Die „Vereinigung der in Württemberg ansässigen Auslanddeutschen in Verbindung mit dem D. A. I." ist alsbald nach Begründung des Bundes als Landesorganisation dem Bunde beigetreten und hat ihren Namen entsprechend geändert. Sie hat die Satzungen des Bundes für sich als verbindlich angenommen und hat eine kleine Zusatzsatzung geschaffen, die eine besondere Vertretung der in Württemberg ansässigen Auslanddeutschen in Gestalt einer Landesvertreterversammlung schafft. Zu dieser Landesvertreterversammlung entsendet jede Ortsgruppe im Lande mindestens einen Vertreter, und es ist zwischen Stuttgart und den Landesortsgruppen ein gewisser Ausgleich dadurch geschaffen, daß ein Staffelungssystem für die Zahl dieser Vertreter eingeführt worden ist, das den Landesortsgruppen 18, der Stuttgarter Ortsgruppe 13 Vertreter sichert. Die Landesversammlung tagte am Sonntag, den 21. September in Stuttgart und wählte den Landesvorstand, der aus 7 Herren besteht, von denen zwei aus der Stuttgarter Ortsgruppe, 5 aus den Ortsgruppen des Landes entnommen sind. Zum Vorsitzenden wurde Herr Kausler, zum Schriftführer Herr Levi, beide aus Stuttgart, gewählt, zum Kassier Herr Häußler-Eßlingen, zu Beisitzern die Herren Illg-Stuttgart, Kolb und Dr. Dobbelmann-Heilbronn. Es wurde beschlossen, zur Tagung der Vertreterversammlung des Bundes in Stuttgart eine allgemeine Mitgliederversammlung einzuberufen und Herr Levi als Referent in der Entschädigungsfrage bestimmt. Gegen die aus einem Protokoll der Vertreterversammlung des Bundes in Berlin hervorgehende Absicht des Reiches, eine Entschädigung nur in Höhe von 50 Prozent der angemeldeten Forderungen zu bezahlen, wurde schärfste Verwahrung eingelegt, ebenso wie gegen den geplanten Abzug von 1½ bis 2 Prozent von den auszuzahlenden Vorentschädigungen protestiert wurde; es sei nicht Sache der Auslanddeutschen, die Kosten der Auszahlung der Entschädigung zu tragen, sondern Sache des Reiches. Verschiedene Anträge der Ortsgruppe Tuttlingen, so auf Anstellung eines eigenen bezahlten Sekretärs des Landesverbands, wurden erörtert und bis zur Regelung der Angelegenheiten des Bundes vertagt. Der Landesverband hat bis jetzt folgende Ortsgruppen:

Ortsgruppe Stuttgart, Adresse: Urbanstraße 38.
„ Aalen, Adresse: Bahnhofstraße 7.
„ Eßlingen a. N., Adresse: Wehrneckarstraße 4.
„ Gechingen, OA. Calw.
„ Göppingen, Adresse: Lessingstraße 40.
„ Schwäb. Hall, Adresse: Unterlimpurgerstraße 4.
„ Heidenheim, Adresse: Meepoldstraße 30.
„ Heilbronn, Adresse: Lerchenstraße 79.
„ Lorch, Adresse: Gasthaus zur Harmonie.
„ Ludwigsburg, Adresse: Stuttgarterstraße 83.
„ Tuttlingen, Adresse: Rathausstraße 10.

Digitized by Google

Von den Ortsgruppen.

Baden-Baden. Die **Ortsgruppe des Bundes der Auslanddeutschen** hielt am 29. August eine Versammlung ab. Herr Levinger, der 1. Vorsitzende, erstattete Bericht über den Empfang dreier Herrn des Landesverbandes beim Reichspräsidenten in Karlsruhe. Dann kamen Entschädigungs-, Steuer- und Unterstützungsfragen zur Erörterung. Überall wurden Beratungstellen errichtet, zu denen die Ortsgruppe die Anregung gegeben habe. Jedes Mitglied kann sich nun unter vorheriger schriftlicher Anmeldung beim Vorstand in allen Angelegenheiten Rat holen. Herr Hoffmann legte der Versammlung ans Herz, jeder, der in Not ist, möge sich ohne falsche Scham um Unterstützung an die Ortsgruppe wenden. Die Landeshilfstelle habe bisher jedes Gesuch in wohlwollendster Weise berücksichtigt. Allzu häufigen Sitzungen der Gruppe sei der Vorstand abgeneigt, ja sie könnten hemmend auf die Tätigkeit des Arbeitsausschusses wirken. Die Mitglieder mögen Vertrauen haben zu den von ihnen gewählten Bundesbeamten; es sind die Besten, die in Karsruhe, Berlin und Weimar tätig sind. Bei besonderen Wünschen stehe jedem Mitglied der schriftliche Weg offen, gewichtigere Sachen werden zwischen den Versammlungen auf dem Wege des Rundschreibens bekanntgegeben. Herr Seibel erstattete den Kassenbericht. Herr Levinger machte noch die Mitteilung, daß der Kultusminister auf den Antrag auf Schulgeldbefreiung für Kinder von Flüchtlingen eingegangen sei. In der allgemeinen Aussprache gab der Vorstand Auskunft über eine Reihe an ihn gerichteter Fragen.

Berlin. Eine Versammlung der deutschen Flüchtlinge aus Belgien in Groß-Berlin fand am 11. September in Charlottenburg statt. Herr Direktor Alexander, der Vorsitzende der Abteilung Belgien des Bundes der Auslanddeutschen, gab Kenntnis von der Gründung des Bundes und dem Stand der Entschädigungsfrage. Durch einstimmige Wahl wurde der Vorstand ergänzt. Es wurden gewählt: Herr Adolf Fehrmann zum 2. Vorsitzenden, Pastor Echler und Herr Groh zu Schriftführern; die Herren Thiele und Schüler zu Schatzmeistern. Aus der Darlehenskasse sind bisher 300 000 Mark Darlehen an belgische Flüchtlinge bewilligt worden. Verschiedene Mitglieder berichteten über ihre Erlebnisse während der Internierung und im besetzten Gebiet. Jeden ersten Donnerstag im Monat soll von nun an eine Versammlung stattfinden.

Berlin. Flüchtlingsversammlung der Vereinigung der Deutschen aus Italien am 15. September. Professor Fitzner gab bekannt, daß in letzter Zeit schon einige Einreisen nach Italien stattgefunden haben, daß er aber immer noch vor überstürzter Einreise warnen zu müssen glaube. Die Rücktransporte der Möbel aus Italien nach Deutschland gingen glatt vonstatten. Der Preis stelle sich für einen 4—5-Zimmer-Waggon auf ungefähr 1500 Mark. — Des weiteren wurden Mitteilungen über die letzte Sitzung des Bundes der Auslanddeutschen und den Stand der Entschädigungsfrage gemacht. In einer außerordentlichen Sitzung soll darüber entschieden werden, ob die Vereinigung sich dem Bund der Auslanddeutschen anschließen will, oder ob sie als „Vereinigung der Deutschen aus Italien" bestehen bleiben soll. Einer der hervorragendsten Anwälte Italiens, der auch mit dem deutschen Recht vertraut ist, werde in nächster Zeit nach Berlin kommen; auf der Geschäftsstelle der Vereinigung liege für die, welche ihn zu sprechen wünschen, eine Einzeichnungsliste auf.

Berlin. Flüchtlingsausschuß für Rumänien. In der Sitzung am 8. September begrüßte der Vorsitzende, Herr Handelsrichter Behrendt, die außerordentlich zahlreich Erschienenen und gab sodann einen Tätigkeitsbericht des bisherigen Rats der Reichsdeutschen im Auslande und des Flüchtlingsausschusses im besonderen. Die Leitung des Flüchtlingsausschusses hält nach wie vor an jedem Freitag ihre Sitzung ab, in der über die Arbeiten des Rats der Reichsdeutschen im Auslande und ihren Erfolg berichtet wird und in der die Angelegenheiten der rumänischen Flüchtlinge beraten werden. Der Ausschuß hat seine Tätigkeit weiter entfaltet. 122 Darlehen- und Unterstützungsgesuche wurden eingereicht, von denen nur 14 abschlägig beschieden werden brauchten, während 17 noch der Erledigung harren. 91 Gesuche sind möglichst im Sinne der Antragsteller erledigt und rund 96 000 Mk. daraufhin ausgezahlt. Durch diese Hilfe ist es gelungen, die größte Not zu lindern. Anfragen aus Flüchtlingskreisen sind nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet, ebenso ist auch nach wie vor durch den Syndikus des Deutsch-Rumänischen Wirtschaftsverbandes juristischer Rat erteilt worden.

Der Vorsitzende besprach in eingehenden, klaren und beifällig aufgenommenen Ausführungen die Tätigkeit des bisherigen Rates der Auslanddeutschen und die bisherigen Verhandlungen mit der Nationalversammlung und der Regierung, an denen er persönlich starken Anteil genommen hat, und die dabei erzielten Erfolge.

Auf Anregung des Vorsitzenden wurde nach Zustimmung der Versammlung folgendes Telegramm an die Reichsregierung abgesandt:

„Die heute versammelten Auslanddeutschen aus Rumänien sprechen der Reichsregierung ihren aufrichtigen und ergebenen Dank für die ihnen bewilligte Hilfe aus. Insbesondere danken sie auch dafür, daß der Herr Reichsfinanzminister Exzellenz Erzberger in Anerkennung und richtiger Würdigung ihrer Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben für die Bereitstellung von Mitteln eingetreten ist, um ihnen den Wiederaufbau ihrer wirtschaftlichen Existenz auch im Ausland zu erleichtern. Dahin zurückgekehrt, werden sie stets eingedenk sein, daß das Vaterland ihnen in der Stunde der Not beigestanden hat. Bund der Auslanddeutschen, Abteilung Rumänien. Behrendt."

In der vorhergehenden Sitzung des Flüchtlingsausschusses für Rumänien am 13. Juni war bereits die Gründung der Abteilung Rumänien des Bundes der Auslanddeutschen beschlossen worden. Mit der konstituierenden Versammlung wurde jedoch gewartet, bis in München am 18. August durch Zusammenschluß der bisherigen Organisationen von Auslanddeutschen der „Bund der Auslanddeutschen" gegründet worden war.

In Ausführung des Beschlusses vom 13. Juni konstituiert sich die Abteilung Rumänien auf Grund der vorliegenden Satzung des Bundes der Auslanddeutschen. —

Nach der Satzung beträgt der jährliche Mitgliedsbeitrag wenigstens Mk. 5.—, es wird aber, wie dies im § 5 zum Ausdruck gelangt, erwartet, daß die Mitglieder ihren Einkommensverhältnissen entsprechend höhere Beiträge zahlen, nicht allein damit der Bund seinen großen Aufgaben gerecht werden, sondern auch bedürftigen Mitgliedern der Jahresbeitrag ermäßigt werden kann.

Bisher hat der Deutsch-Rumänische Wirtschaftsverband die Aufwendungen für den Flüchtlingsausschuß für Rumänien getragen. Er ist auch weiter bereit, der Abteilung Rumänien mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, aber nach der Gründung wird es nunmehr an der Zeit, daß die Abteilung Rumänien des Bundes sich möglichst selbständig mache.

Die Flüchtlinge aus Rumänien haben bisher die Deutsch-Rumänischen Blätter, in denen alle sie interessierenden Nachrichten veröffentlicht wurden, kostenlos zugesandt erhalten. In Zukunft gibt das Deutsche Ausland Institut Stuttgart ein „Nachrichtenblatt" für alle Mitglieder des Bundes heraus, dessen Bezugspreis ungefähr Mk. 2.50 jährlich beträgt, so daß jeder in der Lage ist, diese Sonderbeilage zu beziehen. Selbstverständlich steht es frei, auch weiter auf die Deutsch-Rumänischen Blätter zu abonnieren.

Digitized by Google

Die Abteilung Rumänien in Berlin ist nur als Provisorium gedacht, denn es ist zu hoffen, daß alle Deutschen aus Rumänien, soweit bei ihnen der Wunsch vorhanden ist, nach Rumänien zurückzukehren, dort die Ziele des Bundes verfolgen, Ortsgruppen gründen, die sich wieder zu Landesgruppen zusammenschließen.

Für die Vertretung der Abteilung Rumänien für die Zwischenzeit werden die bisherigen Leiter des Flüchtlingsausschusses, Herr Handelsrichter Behrendt als Vorsitzender, Herr Landesrat Springer als stellvertretender Vorsitzender, Herr Reiz als Schriftführer wiedergewählt, während Herr Bargiel als Schatzmeister und die Herren Dr. Scheller, Thüringer und Leddin als Kassenrevisoren hinzugewählt werden.

Dem Dank der Versammlung an den Rat der Reichsdeutschen im Auslande wird auf Vorschlag des Vorsitzenden dadurch Ausdruck gegeben, daß an den bisherigen Rat folgendes Telegramm abgesandt wird:

„Die Auslanddeutschen aus Rumänien gedenken heute, wo sie im Bund der Auslanddeutschen aufgehen, gern ihrer früheren Zugehörigkeit zum Rat der Reichsdeutschen im Ausland und sprechen dessen bewährten Leitern ihren aufrichtigen Dank für die ebenso unablässigen wie erfolgreichen Bemühungen für das Wohl der Auslanddeutschen aus."

Ein großer Teil der Anwesenden ließ sich sofort in die Mitgliederliste eintragen, und es wurde den Eingetragenen gegen Zahlung des Beitrags die Mitgliedskarte ausgehändigt. Die Geschäftsstelle des „Bund der Auslanddeutschen, Abteilung Rumänien" befindet sich in Berlin C 2, Burgstraße 26.

Berlin. Der geschäftsführende Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen hielt am 10. August im Lehrervereinshaus zu Berlin seine 108. Versammlung ab. Herr Lenz wies zunächst auf die zum ersten Male im Druck erschienenen Mitteilungen des Ausschusses hin und bat aus den Reihen der berufenen Landsleute um Mitarbeit daran und um Werbung bei allen Reichsdeutschen aus Rußland. Die zwanglos erscheinenden Mitteilungen sollen jeweils eine Übersicht über die Arbeiten des Ausschusses, einschlägige Verordnungen und persönliche Nachrichten bringen; auch sollen kurze Aufsätze und Anregungen, sowie wichtige und verläßliche Mitteilungen aus Rußland zum Abdruck kommen. Der Redner gab sodann einen ausführlichen Bericht über die Begründung des „Bundes der Auslanddeutschen" und über seine Ziele und Aufgaben. Der geschäftsführende Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen hat die Organisationsarbeit für den Zusammenschluß der Landsleute aus Rußland übernommen und fordert dringend zum Beitritt auf. Weiter teilte Herr Lenz mit, daß eine von 14 Landsleuten im Auftrage des Ausschusses eingeleitete Sammlung an ungefähr 300 Freunde und Firmen, die vor dem Kriege mit Riga in engster Fühlung standen, für die durch die fünfmonatige Bolschewistenherrschaft in Not geratenen Reichsdeutschen in Riga bis jetzt den Betrag von 26 000 Mk. ergeben hat. Weiterhin ist dem Ausschuß durch die „Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene" aus der Sammlung des „Deutschen Hilfswerks für Kriegs- und Zivilgefangene" ein Betrag von 30 000 Mk. für Unterstützungszwecke an bedürftige ehemalige Zivilgefangene, die von den Darlehenskassen nicht berücksichtigt werden können, zur Verfügung gestellt worden. Aus den seinerzeit dem Kaiser von Auslanddeutschen zugeflossenen Mitteln hat der Ausschuß aus der Reichskanzlei 12 500 Mk. Kriegsanleihe erhalten. — Die Bestimmungen über das Überschreiten der Ostgrenze sind kürzlich geändert worden. Die Genehmigung des Auswärtigen Amts zur Ausreise oder zur Aus- und Wiedereinreise fällt grundsätzlich weg und besteht in der Hauptsache nur noch für Ausländer. Zur Erteilung von Pässen nach Riga und dem Baltikum kommen von jetzt ab nur die Polizeiorgane und Landratsämter in Frage. Die Visa sind bei der „Lettländischen Mission", Charlottenburg, Kaiserdamm 115, I, und in der Litauischen Gesandtschaft, Berlin W, Kurfürstendamm 242, einzuholen. Freifahrtvergünstigungen nach den Ostseeprovinzen können vom Reichswanderungsamt, Berlin W, Wilhelmstraße 71, empfohlen werden. Herr Lenz sprach ferner über die Erwerbslosenfürsorge, die Auslanddeutschen nach gleichen Grundsätzen wie Inlanddeutschen zu gewähren ist, über die Freizügigkeit für Zivilgefangene und legte sodann den Bericht eines kürzlich aus Sovjet-Rußland zurückgekehrten Deutschen vor, aus dem hervorgeht, daß alle in Rußland zurückgebliebenen Reichsdeutschen sehnlichst die Heimkehr wünschen, daß aber die dortige Regierung die Abwanderung auf Grund eines kürzlich erlassenen Auswanderungsgesetzes für Ausländer unter allen möglichen Schikanen, insbesondere der Entziehung der Lebensmittelkarten, zu verhindern suche. In Moskau seien noch die gleichen Lebensverhältnisse wie vor Monaten; dort verpflichte man Ausländer zum Verbleiben in Rußland und erwerbe gleichzeitig nur durch Unterschrift einer Erklärung die russische Staatsangehörigkeit. Im Lauf der Aussprache wurde noch festgestellt, daß die deutsche Regierung sich bereit erklärt hat, aus Billigkeitsgründen eine Beihilfe zu den Heimreisekosten an solche bedürftige und mittellose Zivilgefangene zu zahlen, die im Laufe des Jahres 1918 zurückgekehrt sind, sich Sammeltransporten nicht anschließen konnten und auf eigene Kosten reisen mußten.

Hamburg. Geschäftsführender Ausschuß der aus Rußland ausgewiesenen Reichsdeutschen. Abteilung Hamburg. Die 47. Zusammenkunft fand am 22. Juli im Gewerkschaftshaus statt. Einleitend besprach der Vorsitzende, Herr Pohl, die Lage in Rußland und im Baltikum, wo England Fuß zu fassen suche, und gab der Befürchtung Ausdruck, daß die deutsche Regierung die Gelegenheit zur Schaffung eines Arbeitsfeldes in Rußland verpassen werde. Nach Bericht über die Reise der Herren Lenz und Spilcker nach Riga wurde der Kassenbericht verlesen, aus dem hervorgeht, daß das Vereinsvermögen zurzeit 13 000 Mk. beträgt. Das vom Bund übernommene Haus Rothenbaumchaussee 93 und 99 ist auf Ende August gekündigt worden. Der Ausschuß setzt seine Bemühungen fort, eine leere 9-Zimmerwohnung als Heim für die Reichsdeutschen aus Rußland zu mieten und Möbel hierfür von der Heimkehrstelle für Kriegs- und Zivilgefangene zu erhalten. Herr Pohl gab bekannt, daß es gelungen ist, eine Geschäftsstelle in der Großen Reichenstraße, Afrikahaus, Hofgebäude, zu mieten, die an allen Wochentagen von 4 Uhr bis 6½ Uhr geöffnet sein wird, und in der Dienstags und Freitags 5½ bis 6½ Uhr die Vorstandsmitglieder zu sprechen sein werden.

Die Zusammenkunft am 4. September eröffnete Herr Pohl mit einem kurzen Bericht über die allgemeine politische Lage, die er als wenig erfreulich schilderte. Herr Rehtmeyer begründete sodann eine Sammlung zur Linderung der Not unter den Deutschen in Riga, die in der Versammlung sogleich mit einem erfreulichen Ergebnis ins Werk gesetzt wurde. Herr Baensch erstattete Bericht über die Gründung des Bundes der Auslanddeutschen, und die Versammlung beschloß hierauf auf Antrag des Herrn Pohl einstimmig, den Verein nunmehr: „Bund der Auslanddeutschen, Ortsgruppe Hamburg, Abteilung Rußland" zu nennen. An den Bund wurde ein Begrüßungstelegramm geschickt, in dem man besonders zum Ausdruck brachte, daß die Versammlung vom Bunde bei der Regierung die energischste Vertretung der Interessen der aus Rußland zurückgekehrten reichsdeutschen Flüchtlinge in der Entschädigungsfrage erwarte. Herr Pohl berichtete über den Stand der Entschädigungsfrage und machte auf die „Mitteilungen" des Ausland Instituts in Stuttgart aufmerksam, die vom Bund der Auslanddeutschen als offizielles Organ benutzt werden sollen, und die wegen ihres vielseitigen und gediegenen Inhalts jedem Interessenten zum Bezug empfohlen werden können.

Digitized by Google

Kiel. Ortsgruppe des Bundes der Auslanddeutschen. Die Kieler Auslanddeutschen beschlossen, sich dem Bunde anzuschließen. Vorsitzender der Ortsgruppe ist Herr Siemers, Kl.-Ellerbeck bei Kiel.

Singen. Ortsgruppe des Landesverbands Baden. Die Auslanddeutschen haben noch nicht alle begriffen, daß jetzt Einigkeit not tut. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Karlsruhe hatte nach Singen eine Versammlung zur Begründung einer Ortsgruppe einberufen. Der Saal gähnte, wie wir dem wenig freundlichen Berichte der „Singener Ztg." entnehmen (er ist allerdings wohl von interessierter Seite geschrieben worden) vor Leere. Der Einladende habe recht wenig Glück mit seinem „Begründungsabend" gehabt. Dem Gedankengang des wegen seiner Verdienste um das Auslanddeutschtum und um die Badische Landeshilfsstelle in ganz Baden bekannten Herrn Heitmann, daß der Bund der Auslanddeutschen zuerst den Plan einer weltumfassenden Organisation aller Auslanddeutschen gefaßt habe, trat der Syndikus der „Deutschen Wacht" und Herausgeber der „Fünf Erdteile", Kellermann, wie es in dem Berichte heißt, scharf entgegen. Er „legte Verwahrung dagegen ein", und begründete seine Stellungnahme, in der „Welthandelsschrift Antiqua gesetzt" hätten schon 1914 die Deutschen in Paraguay den Gedanken in alle Welt verbreitet. Uns dünkt, es gäbe Wichtigeres zu tun, als derartige Streitfragen zu erörtern, und es wäre wichtiger gewesen, wenn Herr Kellermann Herrn Heitmann mit aller Kraft seiner anscheinend großen Beredsamkeit unterstützt hätte.

Stuttgart. Die **Ortsgruppe Stuttgart** hielt am Samstag, den 13., und Samstag, den 20. Sept. Versammlungen ab, um die in den Zusatzsatzungen des Landesverbands Württemberg vorgesehene Wahl der Vertreter zur Landesversammlung vorzunehmen. Es wurde beschlossen, das System der Obmänner der einzelnen Ländergruppen für die Ortsgruppe Stuttgart beizubehalten und die Obmänner der einzelnen Ländergruppen in ihrer Gesamtheit als Vorstand der Ortsgruppe Stuttgart zu betrachten, der aus sich heraus selbst sich seinen Vorsitzenden, Schriftführer und Kassenwart wählen sollte. Die Neuwahl der Obmänner in den einzelnen Ländergruppen ergab überall die Wiederwahl der bisher bewährten und verdienten Herren. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig wiederum Herr Illg gewählt.

Villingen. Ortsgruppe des Bundes der Auslanddeutschen. Die in Villingen wohnenden Auslanddeutschen schlossen sich zu einer Ortsgruppe zusammen. In der Gründungsversammlung berichtete der Geschäftsführer der Badischen Landeshilfe, Herr Heitmann-Karlsruhe, über das bisher vom Bund Erreichte. Rund 60 Mitglieder schlossen sich nach der Versammlung der Ortsgruppe an. Zum Vorsitzenden wurde Techniker Eduard Faller, zum Schriftführer Herr Paul Jordan und zum Kassenwart Herr Jos. Heitzmann gewählt.

Von den Elsaß-Lothringern.

Die Zahl der Elsaß-Lothringer, die sich rechts des Rheines aufhalten, dürfte in nächster Zeit wohl eine ziemliche Erhöhung erfahren. Das französische Generalkommissariat hat nämlich folgende Bekanntmachung erlassen: „Die Staatsverwaltung hat bisher stellenlosen Arbeitern ohne Unterschied, ob Deutscher oder Elsässer, Arbeit und Lohn gegeben. Dieser Zustand kann nicht unbestimmte Zeit dauern; auch ist es nicht zulässig, fernerhin die Staatsfinanzen mit Deutschen zu belasten, die in staatlichen Betrieben Arbeiten tun, welche nach Recht und Gerechtigkeit für die feiernden elsässischen Arbeiter vorbehalten bleiben müßten. Daher werden die deutschen Arbeiter, soweit sie bis zum 15. September nicht für Anstellung in Privatbetrieben gesorgt haben oder um Verbringung nach Deutschland eingekommen sind, mit ihren Familien ausgewiesen werden. In Rücksicht auf ihre bedürftige Lage wird ihnen in jedem Fall die Mitnahme ihrer Möbel gestattet sein; es bedarf nur der Einreichung eines Verzeichnisses davon zur Prüfung."

Von den Deutschösterreichern im Reiche.

Berlin. Der Ausschuß der Deutschösterreicher im Deutschen Reiche veröffentlicht soeben eine Schrift, die einen Tätigkeitsbericht der Zentralleitung und des Kolonieausschusses Berlin, sowie Richtlinien für die Organisation der deutschösterreichischen Kolonien im Deutschen Reiche enthält. In der Einladung wird ausgeführt, daß aus einer österreichisch-ungarischen Kolonie von fast 670 000 Seelen eine etwa 400 000 Personen umfassende deutsch-österreichische Kolonie in den Grenzen des Deutschen Reiches entstanden sei. Die neue Zeit verlange auch von dem Ausländer, der bisher im Grunde nur Objekt der Gesetzgebung seines Heimatlandes gewesen ist, daß er im Zusammenschluß mit seinen Landsleuten kämpfend zum allermindesten das Selbstbestimmungsrecht aller dieser „Kolonien" für alle eigenen Angelegenheiten erringe. Zentralleitung und Berliner Ausschuß haben seit ihrer Gründung in der ersten Hälfte dieses Jahres eine gewaltige Arbeit, zum Teil in enger Verbindung mit dem Berliner österreichischen Konsulat geleistet. In den Anfang ihrer Tätigkeit, als die staatsrechtlichen Begriffe noch in vollem Fluß waren, fällt die Ausstellung von 10 000 Wahllegitimationen für die Deutsche Nationalversammlung, die in zwei Wochen bewältigt wurde. Daneben hatten die Vermittlungsstelle beim Generalkonsulat und die Hauptgeschäftsstelle zusammen einen Verkehr von über 12 000 Personen, die in den verschiedensten Angelegenheiten, vermögensrechtlichen Auskünften, Staatszugehörigkeitsfragen, Handels- und Briefverkehr, Militär-, Unterhaltungs- und Unterstützungsangelegenheiten, Hilfeleistung für Flüchtlinge usw., um Rat fragten. Bis 15. Juli waren 5300 „Optionsgesuche" (Gesuche um Aufnahme in den deutsch-österreichischen Staatsverband) hauptsächlich von solchen deutschen Österreichern eingereicht, die ihren ständigen Wohnsitz vor Kriegsbeginn in einem nichtdeutschen Ort der österreichisch-ungarischen Monarchie hatten. Für die innerhalb des Deutschen Reiches wohnenden Schicksalsgefährten mußte bei nicht zureichenden gesetzlichen Bestimmungen der Ausschuß sogar einen besonderen Gesetzentwurf bei der Wiener Regierung einreichen. Gegenwärtig ist die Ausgabe von Ausweisen für Deutschösterreicher in Vorbereitung; die Wiener Staatsdruckerei hat dafür 300 000 Formulare geliefert. Bei dem bunten Völkergemisch im früheren Staat und den sehr zahlreichen Paßfälschungen ist gerade dies eine dringende Aufgabe. Die deutschösterreichische Regierung hat den Ausschuß mit der Ausstellung von Ausweisen betraut, die nach Beglaubigung durch die zuständigen Konsulate amtliche Eigenschaft behalten. Dann galt es, Geldmittel und Arbeit für die aus Deutschböhmen und den Sudetenländern vor den Tschechen abströmenden deutschen Brüder zu schaffen. Im Einvernehmen mit dem Bunde der Deutschen in Böhmen und mit behördlicher Unterstützung wurde im Rahmen des Deutschen Schutzbundes für das Grenz- und Auslanddeutschtum ein deutschösterreichischer Hilfsausschuß ins Leben gerufen. Auch andere reichsdeutsche Verbände stellten bedeutende Geldmittel für das Hilfswerk zur Verfügung, sodaß nach wenigen Tagen schon mit der Auszahlung von Unterstützungen begonnen werden konnte.

In dem zweiten Teile der Schrift werden die Richtlinien für die Organisation der deutschösterreichischen Kolonien im Deutschen Reiche gegeben. Zunächst ein „Aktionsprogramm", das allgemeine Ziele aufzeichnet, von denen das eine oder andere

Digitized by Google

leider heute nach den abgeschlossenen Friedensverträgen schon erledigt sein dürfte. Als grundlegender Begriff wird „Kolonie" in dem hier gebrauchten Sinne so erläutert: „Unter Kolonie ist hier die Gesamtheit aller Deutschösterreicher eines Konsulatsbezirkes zu verstehen." Neben dem „Programm" sind die vorläufigen Organisationssatzungen für die im Reich, Kolonie und Unterbezirk zu wählenden Ausschüsse und eine vorläufige Geschäftsordnung für diese in das Heft aufgenommen. Wahlvorschriften für die Ausschüsse sollen dagegen erst später der Bildung von vorbereitenden Ausschüssen in den Kolonien veröffentlicht werden. Ein fünfter Abschnitt macht mit der Abgrenzung der österreichischen fünf Generalkonsulats- und elf Konsulatsbezirke im Deutschen Reich bekannt.

In einem Anhang der Druckschrift heißt es über einen alle deutschösterreichischen Vereine im Deutschen Reich umfassenden „Reichsschutzverband der deutschösterreichischen Vereine im Deutschen Reiche" die Hauptgeschäftsstelle, die dann Hunderttausende von Landsleuten hinter sich habe, werde ganz anders in der Lage sein, Forderungen der ihr angeschlossenen Vereine durchzusetzen, als es den Einzelvereinen mit vielleicht nur einigen hundert Mitgliedern möglich sei.

In Weimar fand nach der „Dt. Allg. Ztg." am 13. September eine Tagung der Vereine und Verbände der Deutschösterreicher im Deutschen Reiche statt, auf der die Gründung eines Reichsverbandes der Vereine der Deutschösterreicher beschlossen wurde. Beschickt war die Tagung von den Verbänden in Berlin, München, Dresden, Hamburg, Essen, Breslau und Elberfeld.

Von den Balten.

In den „Baltischen Blättern" fordert Baron Stackelberg zur Bildung von Gauverbänden des Baltenverbandes auf. Vertreter zu einem Vertretertag sollten bald gewählt werden. Die Eintrittszahlung beträgt 50 Mark, der Jahresbeitrag 10 Mark. Ermäßigungen, Erlasse und Stundungen können gewährt werden.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Vom Reichsnotopfer.

Über die endgültige Fassung des Reichsnotopfers ist eine Einigung noch immer nicht erzielt. Die letzte amtliche Veröffentlichung ist der Regierungsentwurf vom 26. Juli 1919 (Nr. 677 der Drucksachen der Nationalversammlung). Der für die Auslanddeutschen wichtige frühere § 49, jetzige § 50, lautet in der neuen Fassung Abs. 1):

„Der Reichsminister der Finanzen ist ermächtigt, denjenigen Angehörigen des Deutschen Reichs, die sich mindestens seit dem 1. August 1914 ununterbrochen im Ausland des Erwerbes wegen aufhalten, ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben, die Abgabe ganz oder teilweise zu erlassen. Diesen Personen werden gleichgestellt diejenigen, die vor dem Kriege ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Auslande des Erwerbes wegen hatten, ohne einen Wohnsitz im Inlande zu haben, und sich entweder bei Ausbruch des Krieges vorübergehend im Inland aufhielten oder während des Krieges ins Inland gekommen und spätestens bis 31. Dezember 1920 nachweislich des Erwerbes wegen in den ausländischen Staat zurückkehren, in dem sie vor ihrer Rückkehr ins Inland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hatten."

Dem Wunsche der Auslanddeutschen auf Verlängerung des Termins vom 31. Dezember 1919 auf 31. Dezember 1920 ist also Rechnung getragen; unerfüllt sind aber im übrigen die Forderungen der Auslanddeutschen, wie sie in der Eingabe des Rates der Reichsdeutschen (nunmehr Bundes der Auslanddeutschen) an die Deutsche Nationalversammlung in Weimar vom 22. Juli festgelegt wurden. Während die Begründung zum Regierungsentwurf in höchst formal-juristischer Weise ausführt: „Mit Recht ist die Rückkehr in den gleichen Staat verlangt, da im andern Falle eine neue Auswanderung vorliegt", verlangt die Eingabe, daß nicht die Rückkehr in dasselbe Land maßgebend sein soll, sondern die Rückkehr nachweislich desselben Erwerbs wegen, gleichviel in welchen ausländischen Staat. — Des weiteren führt die Eingabe aus, daß den Auslanddeutschen daran liegt, von vornherein zu wissen, welche Summe sie für das Reichsnotopfer aufzubringen haben, als daß sie über die Höhe der Abgabe im ungewissen und eventuell der willkürlichen Behandlung einer unteren Steuerinstanz ausgesetzt sind. Es wird daher vorgeschlagen, $^{2}/_{30}$ der als Notopfer zu entrichtenden Abgabe von den Auslanddeutschen, welche wieder in das Ausland gehen, vor ihrer Abreise einzuziehen. Hierbei sei zu berücksichtigen, daß die Auslanddeutschen auch im Ausland erhebliche Kriegsabgaben zu zahlen haben werden. Des weiteren wird verlangt mit Rücksicht darauf, daß die Auslanddeutschen ihr ganzes Vermögen im Ausland zurücklassen mußten, durch die Liquidation große Verluste erlitten und daher nicht im Stande seien, bei rentenweiser Zahlung der Abgabe für die noch nicht getilgte Abgabe Sicherheit zu leisten, folgenden Zusatz zu § 30 zu machen: „Die Auslanddeutschen, welche vor dem Krieg ihren Wohnsitz im feindlichen Ausland hatten, bleiben von der Stellung einer Sicherheit frei."

Endlich wird hervorgehoben, daß der Teil des Vermögens steuerfrei bleiben muß, der zur Wiederanschaffung von im Ausland zurückgelassenem Mobiliar, persönlichen Effekten usw. notwendig ist, da ja andererseits dem steuerpflichtigen Vermögen der Inlanddeutschen der Wert von Möbeln, Hausrat und ähnlichen Gegenständen bei der Berechnung der Abgabe nicht zugezählt wird. Zu § 11 soll daher folgender Zusatz kommen:

„Für die Auslanddeutschen, welche bei Kriegsausbruch im feindlichen Ausland ihren Wohnsitz gehabt haben, bleibt eine Summe, welche 20 Prozent ihres steuerbaren Vermögens entspricht, zwecks Anschaffung von Mobiliar, Hausrat, persönlichen Effekten etc. steuerfrei."

Nach der kürzlich ergangenen Antwortnote der gegnerischen Mächte auf die Note der deutschen Regierung bezüglich Freilassung deutschen Vermögens von der Liquidation ist ja zu hoffen, daß die hier angeschnittene Frage ihre beste Lösung dadurch finden wird, daß die Liquidation solcher Vermögensstücke überhaupt unterbleibt und die Auslanddeutschen im allgemeinen — wieweit die Entente hierin gehen wird, ist allerdings nach dem Wortlaut der Antwortnote zweifelhaft — wieder in den Besitz ihrer Fahrnishabe kommen werden.

Erwerbslosenfürsorge für Auslanddeutsche.

Die Reichs-Verordnung über Erwerbslosenfürsorge in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 1919 (RGBl. S. 416) bezieht sich an sich in der gleichen Weise auf Inland- wie auf Auslanddeutsche. Immerhin verlangen die besonderen Verhältnisse der Auslanddeutschen eine besondere gesetzliche Regelung. Das Gesetz selbst spricht nur einmal in § 5 Abs. 1 von „Auslanddeutschen", ohne den Begriff selbst näher zu definieren. Während nämlich im allgemeinen für die Unterstützung des Arbeitslosen die Gemeinde seines Wohnortes zuständig ist, sind Auslanddeutsche, die einen inländischen Wohnort nicht haben, nach der ausdrücklichen Bestimmung des Gesetzes von der Gemeinde zu unterstützen, in der sie sich bei Eintritt der Erwerbslosigkeit aufhalten. Allein der Zweifelsfragen, die sich aus dem Gesetz für Auslanddeutsche ergeben und hinsichtlich derer zu befürchten ist, daß sie von den Verwaltungsbehörden je nach Willkür zu Ungunsten der Auslanddeutschen gelöst werden, gibt es noch verschiedene. Äußerst dankenswert ist daher

Digitized by Google

der Runderlaß des Preuß. Ministers des Innern vom 20. Juli ds. Js., der folgende Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge für Auslanddeutsche trifft:

„Deutschen, die früher im Auslande gewohnt haben und infolge des Krieges gezwungen oder freiwillig nach Deutschland zurückgekehrt sind (Auslanddeutsche), ist bei Erwerbslosigkeit die Erwerbslosenfürsorge nach gleichen Grundsätzen zu gewähren, wie Inlanddeutschen. Die Unterstützung darf den Auslanddeutschen nicht mit der Begründung versagt werden, daß die Hilfsbedürftigkeit eine Folge der Flucht und nicht durch Erwerbslosigkeit hervorgerufen sei.

Auslanddeutsche sind nach § 5 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge, wenn sie einen inländischen Wohnort nicht haben, von der Gemeinde zu unterstützen, in der sie sich bei Eintritt der Erwerbslosigkeit aufhalten. Wenn sie dagegen einen Wohnort im Inlande haben, sind sie von der Wohnortgemeinde zu unterstützen. Die Rückkehr in den früheren Wohnort im Auslande kann nicht verlangt werden; es ist deshalb auch nicht zulässig, solchen Personen lediglich wegen Verweigerung der Rückkehr in das Ausland die Erwerbslosenunterstützung zu entziehen.

Der § 5 Abs. 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge ist für Auslanddeutsche nur insoweit anwendbar, als sie seit ihrer Heimkehr ins Inland von ihrem ersten deutschen Wohnort in einen anderen Ort zur Arbeitaufnahme verzogen sind."

Der Erlaß bringt nicht mehr, als sich bei einer richtigen Interpretation der Reichsverordnung für die Auslanddeutschen von selbst ergibt, ist aber, wie die Verwaltungspraxis der unteren Behörden in vielen Fällen gezeigt hat, durchaus nicht überflüssig. Er dürfte, wenn er sich auch nur als Ausführungsbestimmung eines Bundesstaates darstellt, dennoch eine allgemeine Bedeutung in Hinsicht auf eine den Interessen der Auslanddeutschen entsprechende billige Auslegung des Reichsgesetzes beanspruchen. Der in dem Erlaß zitierte § 5 Absatz 2 verlangt, daß Personen, die seit dem 1. August 1914 zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Wohnort gezogen sind, möglichst an den früheren Wohnort zurückkehren und daß sie nach ihrer Rückkehr an dem früheren Wohnort zu unterstützen sind. Personen, die seit dem 1. August 1914 zur Aufnahme von Arbeit an einen anderen Wohnort gezogen sind, darf in diesem Ort eine Unterstützung nicht länger als insgesamt 4 Wochen gewährt werden, auch wenn ihnen eine geeignete Arbeit nicht hat nachgewiesen werden können. Nach dem preußischen Erlaß ist diese Bestimmung für Auslanddeutsche insoweit nicht anwendbar, als von ihnen nicht die Rückkehr an ihren früheren ausländischen Wohnsitz verlangt werden kann. Bis zu einem gewissen Grade sind die Auslanddeutschen ja auch durch die Reichsverordnung selbst gedeckt, die in § 5 Abs. 2 selbst bestimmt, daß die Unterstützung solange nicht zu entziehen sei, als die Rückkehr in den früheren Wohnort tatsächlich unausführbar ist. Gegenwärtig dürfte diese tatsächliche Unmöglichkeit der Rückkehr ja in den allermeisten Fällen bei den Auslanddeutschen gegeben sein. Dr. K.

Eine Anfrage über Zivilinternierte.

In der Deutschen Nationalversammlung ist folgende, von den Abgeordneten Deglerk und Schiele unterzeichnete Anfrage eingereicht worden: „Die in englischen Kolonien beschäftigten Deutschen hat die englische Regierung bei Ausbruch des Krieges in Konzentrationslager eingesperrt und hält sie dort noch heute gefangen. So sollen sich nach privaten Mitteilungen allein in dem Lager von Ahmednagar (Indien) etwa 400 deutsche Männer befinden, deren Gesundheit unter der Ungunst des Klimas und der mangelhaften Pflege stark gelitten hat. Hat die Regierung bereits Schritte zur Befreiung dieser Zivilinternierten unternommen? Wenn nein, was gedenkt die Regierung zu tun, um die bedauernswerten Landsleute aus ihrer traurigen und unwürdigen Lage alsbald zu befreien?"

Reisekostenentschädigung.

Die deutschen Zivilgefangenen aus Rußland sollten nach dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk aus den den Fürsorgeorganisationen erreichbaren russischen Gouvernements in Sammeltransporten auf Reichskosten zurückbefördert werden. Das gelang aber nicht vollständig, weil politische und sachliche Schwierigkeiten sich in den Weg stellten, und so gewährte das Reich denjenigen in russischer Zivilgefangenschaft schmachtenden Staatsangehörigen, die auf eigene Gefahr und eigene Kosten zurückreisten, weil sie den Anschluß an die Sammeltransporte nicht fanden (aus Billigkeitsgründen), falls sie mittellos sind, auf Antrag eine Beihilfe zu den Reisekosten. Falls sie Quittungen oder Belege nicht beibringen konnten, genügte eine eidesstattliche Erklärung über die aufgewendeten Beträge. Man sollte denken, daß analog diesem Verfahren auch alle übrigen Auslanddeutschen einen Anspruch auf Ersatz ihrer Reisekosten aus Billigkeitsgründen hätten, die auf eigene Gefahr aus dem Auslande zurückgekehrt sind. Das Deutsche Ausland Institut hatte sich in einem besonderen Falle an amtliche Stellen gewandt, um zu hören, wie man dort darüber denke. Auf eine Anfrage vom 19. August erging eine Antwort des Auswärtigen Amtes vom 26. September, in der es heißt: „Die Erwägungen wegen der Gewährung einer Reisebeihilfe an die Rückwanderer aus der Türkei sind noch nicht abgeschlossen. Eine weitere Mitteilung hierüber bleibt vorbehalten." Wir sollten denken, daß in einer für die Auslanddeutschen derart wichtigen Frage das Stadium der Erwägungen doch möglichst rasch abgeschlossen werden sollte, und daß man die Auslanddeutschen nicht auf Erwägungen vertröstet, sondern ihnen schleunigst klare und feste Entscheidungen übermittelt.

Hamburg. Bund der im Ausland geschädigten Hamburger Firmen. Eine von Herrn Gumprecht — ein Mitglied der Hamburger Handelskammer — geleitete Versammlung besprach das bisherige Ergebnis der Verhandlungen in Berlin. Das Reichswirtschaftsministerium habe den Wunsch ausgesprochen, daß sich die Interessenten zu Verbänden zusammenschließen, mit denen das Reich dann verhandeln könne. In Berlin sei ein derartiger Verband in der Bildung begriffen. Die Hamburger Handelskammer habe aber bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß ein besonderer Verband nicht nötig sei, daß es vielmehr genüge, wenn eine Anlehnung an bestehende Abrechnungsstellen (wie z. B. der Schutzverband für Nothafenlandungen) erfolge, die die Entscheidung über die Höhe der Entschädigungen und die Auszahlung vornehmen soll. Die versammelten Firmen müssen sich darüber schlüssig sein, ob sie diesen Weg einschlagen wollten, ob sie sich dem Berliner Verband anschließen oder für Hamburg einen besonderen Verband gründen wollten. Der anwesende Syndikus des Bundes der Auslanddeutschen, Herr Dr. Kaufmann, gab einen Überblick über die Gründung und Ziele des Bundes, er hielt es für dringend erwünscht, daß die geschädigten Firmen gemeinsam mit dem Bund der Auslanddeutschen vorgingen, damit nicht durch Bürokratismus die Zahlung der Geschädigten verzögert würde. Nach eingehender Besprechung schlossen sich die beteiligten Firmen als Bund der im Ausland geschädigten Hamburger Firmen zusammen. Ein Ausschuß wird die Verhandlungen mit der Reichsregierung führen und insbesondere mit dem Berliner gleichartigen Bund in Verbindung treten. In den Ausschuß wurden u. a. gewählt Adolf Gumprecht, Direktor Hübbe, Dr. Albrecht, Geheimrat Cuno und Alfred O'Swald.

Digitized by Google

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Über die wichtige Frage Verständnis und inneres Gefühl für das Auslanddeutschtum schon unter unseren Schulkindern zu erzeugen, schreibt uns eine Deutsche, die selbst lange im Auslande tätig gewesen ist, das Folgende:

„Es ist bis jetzt im Schulunterricht eigentlich nie der Auslanddeutschen gedacht worden, und das Interesse für sie sollte doch schon in den Kindern geweckt werden. Damit diese nun einen wirklich persönlichen, unmittelbaren Anteil nehmen, wäre es vielleicht zweckdienlich, in den höheren Klassen unserer Schulen einen Briefwechsel anzuregen zwischen unseren Kindern und den Schülern und Schülerinnen der Auslandschulen. Es wurde vor dem Kriege von den Lehrern oft ein Briefwechsel zwischen deutschen und französischen Kindern vermittelt zum Zwecke der Sprachübung; in ähnlicher Weise könnte es auch hier gehandhabt werden. Es würden sich sicher viele Kinder finden, denen das Freude macht, sie würden dadurch die gegenseitigen Verhältnisse kennen lernen und das Interesse für das deutsche Vaterland würde dadurch auch mit geweckt werden. Sollen die kleinen Auslanddeutschen dann ihre Studien bei uns fortsetzen, so haben sie schon Beziehungen, die ihnen vielleicht manchmal nützen können."

In einem uns zugegangenen längeren Schreiben über die Verhältnisse in der Schweiz finden wir einige beachtenswerte Punkte, die auch in der deutschen Presse nicht übersehen werden dürfen:

„. . . . Zu den in der Schweiz unter den Deutschen selbst bestehenden Mißverhältnissen übergehend, zu deren Beseitigung etwas getan werden sollte, erwähne ich in erster Linie die Schiebungen, die mit Internierten vorgekommen sind. Wie ist es möglich, daß die in der Schweiz interniert gewesenen ehemaligen deutschen Soldaten, heute hier, nachdem beinahe alle deutschen Internierten repatriiert sind, eine Niederlassungsbewilligung erhalten konnten? Liegt dieser Tatsache nicht unzweifelhaft eine Schiebung zugrunde, die von Deutschen im Auslande selbst vorgenommen worden ist? Dadurch sind die deutschen Interessen aufs schlimmste gefährdet und in ein schiefes Licht geraten. Tausende von Wehrmännern können lediglich wegen der wirtschaftlichen Notlage der Schweiz nicht in ihre zweite Heimat zurückkehren. Sie sind bei Kriegsausbruch freudig hinausgezogen, um ihr oft nur dem Namen nach gekanntes Vaterland zu schützen, und heute, da rein wirtschaftliche Verhältnisse ihre Heimreise unmöglich machen und diese armen Menschen gezwungen sind, in Deutschland zu bleiben, bis die Verhältnisse sich gebessert haben werden, gerade heute erhalten ehemalige Internierte in der Schweiz die Niederlassungsbewilligung. Die Schweiz trifft deshalb kein Vorwurf, denn sie hat in entgegenkommender Weise den Wünschen einiger Deutschen nachgegeben. Müßten nach einigermaßen gerechter Auffassung nicht zuerst diese „Auslanddeutsche" in ihre Heimat zurückbefördert werden, um ihren Landsleuten, die früher schon in der Schweiz niedergelassen gewesen sind, den wohlverdienten Platz zu sichern? Sie nehmen jenen armen Wehrmännern, die Leben, Gut und Blut für Deutschland geopfert haben, rücksichtslos alles weg, indem sie durch beispiellosen Egoismus jene verdrängen. Müssen derartige Fälle nicht dazu beitragen, das deutsche Ansehen im Auslande wesentlich zu schädigen? — Ich will auf die Art der Beschäftigung dieser ehemaligen Internierten nicht näher eintreten, sondern begnüge mich damit, zu erwähnen, daß unter den in der Schweiz nicht zurückgekehrten Wehrmännern mancher sein wird, der diese Stellungen ebenso gut oder noch besser ausfüllen könnte. Weiter möchte ich noch anführen, daß die ehemaligen Internierten soweit gehen dürfen, in der Schweiz neue Geschäfte zu gründen. Es mag dies vielleicht im Interesse Deutschlands liegen, wenn man diese Sache betrachtet, und doch ist es nur scheinbar, denn das moralische Moment überwiegt doch. Der Schweizer haßt die Gründung neuer Firmen von Ausländern, denn es hat deren schon zu viele in der Schweiz, insbesondere jetzt, und wie oft betont die Presse gerade dieses Moment immer und immer wieder. Aber die Herren ehemaligen Internierten, jetzigen Auslanddeutschen, können es sich auf Kosten der übrigen Deutschen und des deutschen Heimatlandes ja leisten. Was hieraus resultieren wird, bleibt noch abzuwarten. —

Es befinden sich in der Schweiz noch einige, seit Jahren bei deutschen amtlichen Dienststellen in der Schweiz beschäftigt gewesene, nunmehr pensionierte Beamte oder Witwen von solchen, die heute noch ihr Ruhegehalt in Mark beziehen. Mögen es nun welche von badischen oder andern Amtsstellen sein, oder welche, die gar bei elsaß-lothringischen Stellen beamtet waren, das bleibt sich gleich, denn es sind ehemalige deutsche Beamte, die ihr ganzes Leben lang für Deutschland gearbeitet haben, oft unter den schwierigsten Verhältnissen, deren Söhne im Kriege gefallen, verstümmelt oder sonst umgekommen sind. Sie erhalten heute, nachdem sie seit langen Jahren ihren Wohnsitz in der Schweiz haben, ihre Pension in Mark ausbezahlt. Wie sollen diese Menschen beim Stand der deutschen Valuta von dem wenigen Gelde leben? — Witwen, Kriegsinvaliden usw. erhalten ihre Renten zum Kurse von Franken 123.— für 100 Mark ausbezahlt und haben somit ein einigermaßen gesichertes Auskommen. Warum werden nun nicht alle deutschen Staatsangehörigen von Rechtes wegen im Auslande gleich behandelt? — Es liegt eine ungleiche Härte in der Art dieser Behandlung, und man dürfte wohl die Regierung einmal daran erinnern, daß es außer Kriegsinvaliden und Kriegerwitwen auch noch andere Deutsche gibt, die auch Staatsgelder beziehen und die mitgeholfen haben seit langen Jahren an dem glänzenden Aufschwung des Deutschen Reiches, die ihr ganzes Leben daran gegeben haben, im Dienst für ihr Vaterland. Und heute will man diese alten, treuen Auslandsdiener des Reiches vergessen, will sie gegenüber den Forderungen der Kriegsbeschädigten zurücksetzen? — Wie viele dieser Beamten leben in sehr kümmerlichen Verhältnissen und oft, leider nur zu oft, sind sie gezwungen in ihren alten Tagen, nur um leben zu können, da die in Mark bezahlte Pension dazu nicht ausreicht, noch eine Arbeit anzunehmen. So sorgt Deutschland für seine Bürger, die alle gleichen Grades sein sollen, im Ausland. Ist das gerecht? — Was aber wird das Ausland dazu sagen? —

Durch den Amnestieerlaß ist allen Refraktären und Deserteuren das gleiche Recht eingeräumt worden, wie jenen, die ihr Leben geopfert haben für Deutschlands Existenzkampf. Es ist schon so weit gekommen dadurch, daß heute, insbesondere in der Schweiz, die ehemaligen Refraktäre und Deserteure über die ehemaligen Kriegsteilnehmer lachen und sich lustig machen, sogar teilweise in Stellungen sich befinden, die ihnen erlauben, ehemalige Kriegsteilnehmer zu beurteilen auf Gesinnung und Zuverlässigkeit. Noch ein ganzes Kapitel könnte hierüber erzählt werden, aber man mag die in die Schweiz zurückgekehrten Kriegsteilnehmer selber befragen und ihre Stimme hören. Dann wird Deutschland unzweifelhaft zu der Einsicht kommen müssen, daß es auf keinen Fall den Amnestieerlaß in dem Umfange, wie er erschienen ist, aufrecht erhalten kann. Er muß geändert werden, und zwar so bald als möglich und schonungslos, ob reich oder arm, alles, was der allgemeinen Wehrpflicht nicht genügt hat während des Krieges, muß wenigstens so gestellt werden im Ausland, daß die Leute hinter den Kriegsteilnehmern zurückbleiben. Diese Menschen müssen daran denken, daß sie für Deutschland auch heute noch keine Ehre sind. Man muß das Ausland sprechen hören über diesen Fall, insbesondere was die Refraktäre und Deserteure anbelangt. Wo bleibt denn der deutsche Stolz? Wo die deutsche Gerechtigkeit? —"

Digitized by Google

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Forderungen und Schulden nach dem bisher feindlichen Ausland.

Durch § 1 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag vom 31. August 1919, R.-G.-Bl. S. 1530, ist die Regelung aller Geldverbindlichkeiten nach dem bisher feindlichen Ausland besonderen Prüfungs- und Ausgleichsämtern übertragen. Jede Zahlung, Zahlungsannahme, sowie jeder anderer auf die Schuldenregelung bezügl. Verkehr ist in Ansehung feindlicher Forderungen und Schulden verboten und nach § 2 unter schwere Strafe gestellt. Diese Anordnung dient zur Ausführung des Teils 10 Abschnitt 3 des Friedensvertrags, der zur Abwicklung der Geldverbindlichkeiten der beiderseitigen Staatsangehörigen die Errichtung von Prüfungs- und Ausgleichsämtern vorsieht und verlangt, daß die vertragsschließenden Teile jeden anderen auf die Regelung der Verbindlichkeiten bezüglichen Verkehr verbieten. Nach Art. 296 e finden diese Bestimmungen allerdings nur der alliierten und assoziierten Macht gegenüber Anwendung, die eine entsprechende Mitteilung, daß sie den Abrechnungsverkehr durch Vermittlung der genannten Ämter wünsche, binnen eines Monats nach der Hinterlegung der Ratifikation des Friedensvertrags an Deutschland gelangen läßt. Wie die Begründung zu dem Ausführungsgesetz ausführt, ist die Bestimmung in § 1 notwendig, da sonst die Gefahr bestünde, daß in der Zwischenzeit von der Aufhebung der bisherigen Zahlungsverbote (diese Aufhebung ist nach Art. 297 a des Friedensvertrags geboten, und in § 27 des Ausführungsgesetzes vorgesehen) bis zu dem Zeitpunkt, an dem feststeht, welche feindlichen Mächte sich dem Ausgleichsverfahren anschließen, die bestehenden Verbindlichkeiten unter den Parteien selbst geregelt werden. Diese Regelung würde aber gegenüber denjenigen Mächten, die dem Ausgleichsverfahren beitreten, nichtig sein und unerwünschte Folgen nach sich ziehen können.

Das Ausgleichsverfahren sieht eine Regelung in der Hinsicht vor, daß Schulden und Forderungen von Land zu Land verrechnet werden. Die den Staatsangehörigen einer der vertragschließenden Mächte von den Staatsangehörigen einer gegnerischen Macht geschuldeten Summe wird dem Prüfungs- und Ausgleichsamt des Landes des Schuldners zur Last geschrieben und dem Gläubiger durch das Amt seines Landes ausbezahlt. Die Schulden sollen in der Währung der jeweils beteiligten alliierten oder assoziierten Macht bezahlt oder gutgeschrieben werden. Lauten sie auf irgend eine andere Währung, so soll die Umwandlung in die Währung der beteiligten alliierten oder assoziierten Macht zu dem vor dem Kriege geltenden Umrechnungskurs erfolgen. Durch diese Bestimmung des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag ist die Befriedigung der deutschen Gläubiger auf unbestimmte Zeit vertagt. Es sollen ihnen nach § 9 der Anlage zu Abschnitt 3 die für sie gutgeschriebenen Summen aus den durch die Regierung ihres Landes zur Verfügung gestellten Mitteln und den durch die Regierung festgesetzten Bedingungen ausbezahlt werden, insbesondere mit einem entsprechenden Abzug für Ausfälle, Kosten und Vermittlungsgebühren. Es ist für die deutschen Gläubiger also noch sehr ungewiß, ob und in welcher Höhe sie Befriedigung erhalten. Der Schutzverband für deutsche Auslandsforderungen in Berlin W 35, Lützowstr. 43, ist bei den gesetzgebenden Faktoren des Reichs vorstellig geworden, ein Gesetz zu erlassen, wonach den deutschen Auslandsgläubigern volle Entschädigung für ihre Forderungen geleistet und außerdem die Möglichkeit geschaffen werden soll, ihnen alsbald Vorschüsse auf ihre Forderungen aus Reichsmitteln zu gewähren.

Durchreise durch Italien.

Das Italienische politische Kommissariat in Berlin, Viktoriastraße 36, teilt mit, daß es ermächtigt wurde, mit Einreisevisum des Bestimmungslandes versehene Pässe für die Durchreise über Italien zu visieren.

Einreise nach Belgien.

In einer Versammlung der deutschen Flüchtlinge aus Belgien in Groß-Berlin teilte der Vorsitzende mit, daß er Schritte bei der belgischen Mission, Jägerstraße 53, in Berlin unternommen habe, um die Einreiseerlaubnis nach Belgien zu erwirken. Es wurde ihm die Antwort zuteil, daß eine Einreise nach Belgien im allgemeinen noch nicht statthaft sei, daß sie jedoch in dringenden Fällen erteilt wird. Gesuche sollen direkt an den Minister de la Justica in Brüssel gerichtet werden.

Beibehaltung der Staatsangehörigkeit.

Wie der Bund der Reichsdeutschen in Deutschösterreich in der letzten August-Nummer seiner „Nachrichten" mitteilt, ist er bei dem Auswärtigen Amt in Berlin dahin vorstellig geworden, daß die Behandlung der Gesuche um Genehmigung der Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit bei Erwerbung einer anderen Staatsbürgerschaft im Interesse der Antragsteller in möglichst beschleunigtem Verfahren (entgegen der bisherigen Praxis) erfolgt. Durch das Konsulat in Wien erhielt der Bund die Antwort, daß derartige Anträge künftig mit großem Wohlwollen und in besonderem Eilverfahren behandelt würden. Der Bund der Reichsdeutschen bittet, wenn noch Fälle vorkommen sollten, in denen Reichsdeutsche in Deutschösterreich unter einer Verzögerung ihrer Gesuche leiden, ihm entsprechend Mitteilung zukommen zu lassen.

Wir möchten in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß beim Deutschen Ausland Institut die Staatsangehörigkeitsfragen eine besondere Bearbeitung erfahren und das Institut auf Anfragen jederzeit Rat und Auskunft erteilt.

Mitteilung der amerikanischen Handelskammer in Berlin.

Der frühere Reichsverband der Auslanddeutschen hatte sich an die amerikanische Handelskammer in Berlin gewandt, um Informationen zu erhalten, die für die Mitglieder wertvoll wären. Die Kammer hat darauf geantwortet, daß zurzeit nichts von Interesse zu melden sei, außer daß den Privatpersonen in Amerika nunmehr wieder gestattet sei, Lebensmittel und Geld an Personen in Deutschland zu senden. Einwanderungs- und Einreisefragen aber könnten erst später entschieden werden, wenn der Friede ratifiziert sei.

Ein Dampfer nach Riga.

Der Dampfer Aamot von 1500 Tonnen wird demnächst von Stettin nach Riga zur Abholung von Flüchtlingen abgesandt. Er wird nur kurze Zeit in Riga liegen. Rigaflüchtlinge haben Gelegenheit, durch Benachrichtigung ihrer Verwandten und Bekannten in Riga vielleicht Möbel zurücktransportieren lassen zu können. Die Deutsche Gesandtschaft in Riga wird nähere Nachrichten vermitteln.

AUSWANDERUNG

Mexiko.

Das deutsche Generalkonsulat in Mexiko hat durch ein Telegramm von Ende August darauf hingewiesen, daß es bei der Überfüllung des Landes mit stellungs- und arbeitslosen Deutschen unmöglich ist, weiteren mittellosen oder wenig bemittelten Einwanderern Niederlassungsmöglichkeiten in Mexiko zu beschaffen; die Geldmittel der deutschen Kolonie (Hilfsvereine und sonstige deutsche Vereine) seien vollständig erschöpft, weitere Zuwanderung Bedürftiger sei unheilvoll.

Digitized by Google

Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß die mexikanische Regierung neuerdings die Einwanderung abhängig macht von dem Nachweise, daß der Einwandernde in Mexiko bereits eine feste Anstellung in Aussicht hat oder nicht mittellos ist. Die Entscheidung hierüber steht den in Deutschland beglaubigten konsularischen oder diplomatischen Vertretungen Mexikos zu.

Warnung vor Mexiko.

Ein deutscher Kaufmann in Mexiko schreibt in einem Briefe, dem er weiteste Verbreitung wünscht: „Vorläufig sollte man niemanden anraten, nach Mexiko auszuwandern, der nicht vorher genau weiß, daß er sein sicheres Brot finden wird. Es sollten in dieser Beziehung in allen dortigen Zeitungen Warnungen erlassen werden. Ich habe gehört, das Privatunternehmer drüben dabei sind, für die Auswanderung Propaganda zu machen, und daß sie dabei goldene Berge versprechen. Man sollte bei Gesandtschaft und Konsulat genaue Auskunft verlangen. Weshalb schickt man nicht eine amtliche Kommission hierher, die sich an Ort und Stelle genau unterrichten kann, wie man es anscheinend mit Argentinien gemacht hat. Sich aus einer Hölle zu flüchten, um vielleicht in eine andere, noch schlimmere hineinzugeraten, wäre doch Unsinn. Ich weiß, daß diese meine Ansicht von den übrigen gewissenhaften und anständigen deutschen Kreisen hierzulande völlig geteilt wird."

Argentinien.

Ein Mitarbeiter des „Deutschen Volksblattes" in Wien hat den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Argentiniens in Wien, Dr. Fernando Perez über die Auswanderungsfrage gesprochen. Er erklärte, es gebe in Argentinien kein Hindernis für die Einwanderung, in der Landwirtschaft finde jeder Strebsame, der über ein gewisses Kapital verfügt, Arbeit und Brot. Freilich warnte der Minister vor der Auswanderung Kapitalloser und Arbeitsunlustiger und betonte, mit Angehörigen der Klasse der Intelligenz sei Argentinien derartig überfüllt, daß die Aussichten die denkbar schlechtesten seien und daß er vor weiteren Einwanderungen nur entschieden abraten könne.

Zur Auswanderung nach Argentinien.

Der argentinische Geschäftsträger in Brasilien hat in den Blättern jenes Landes die Bedingungen veröffentlicht, unter denen Argentinien die Einwanderung gestattet. Dazu gehören Ausweispapiere über die betreffende Person, die von den argentinischen Konsularbehörden in Brasilien zu visieren sind. Das brasilianische Generalkonsulat in Buenos-Aires muß von dieser Visierung benachrichtigt werden.

Ferner müssen die brasilianischen Bürger einen von der dortigen Polizei ausgestellten Paß bei der Landung in Argentinien vorzeigen, in dem ein Führungsattest enthalten ist. Ein solcher Paß ist neben den übrigen Papieren erforderlich. Es ist also in jedem Falle nötig, daß der Brasilianer, der auswandern will, sich einer argentinischen Konsulatsbehörde im Lande vorgestellt habe. Ist der betreffende Auswanderer gesund, arbeitsfähig, kann er lesen und schreiben, besitzt er ein kleines Kapital, so wird die Konsulatsbehörde ihm die Visierung nicht verweigern.

Zweifellos, so meint die „Deutsche La Plata Zeitung", hat die argentinische Regierung ihre Vertreter in allen Ländern, auch in Deutschland, beauftragt, die Voraussetzungen für die Einwanderung nach Argentinien in derselben Weise bekannt zu machen, wie es soeben ihr Geschäftsträger in Brasilien tat. Diese Nachricht aus Brasilien beweist, daß die Regierung hier jede Einwanderung, woher sie auch kommen mag, völlig gleichmäßig behandelt und daß sie durch die strengen Einwanderungsvorschriften nicht beabsichtigt, die Bewohner eines Landes vor denen eines anderen zu bevorzugen.

Auswanderung nach Finnland.

Zur Ansiedlung in Finnland ist eine Deutsch-finnische Erwerbsgenossenschaft mit dem Sitz in Breslau gegründet worden. Sie bezweckt den Zusammenschluß deutscher Handwerker, Gewerbetreibender, Ingenieure und Landwirte, die nach Finnland auswandern wollen. Die Ausreise der ersten Trupps soll nach den „Hamb. Nachr." schon im Frühjahr 1920 stattfinden. Die Genossenschaft, die mit dem Schutzverbande deutscher Auswanderer im Kartellverhältnis steht, soll bereits die ersten Vorbereitungen durchgeführt haben und in nächster Zeit in Helsingfors eine eigene Geschäftsstelle eröffnen.

Balten nach Paraguay.

Die Balten sind heimatlos geworden. Ins Baltikum zurückzukehren ist für sie zurzeit unmöglich. So mehren sich die Bestrebungen vieler, in der alten Heimat wieder ein Unterkommen zu finden. Deutsche Kreise und baltische Flüchtlinge haben sich in Berlin zusammengefunden, um einen Bund für Baltensiedelung zu begründen. Es soll auf breiter Grundlage eine landwirtschaftliche Siedelung begründet werden, die auf genossenschaftlicher Basis ruhen soll. Generalleutnant Dr. Neven-Du Mont und Hermann Hassel in Berlin sind zu Vorständen des Unternehmens bestellt worden. Man denkt an eine Auswanderung nach Paraguay.

Stimmen und Ansichten.

Gegen eine Auswanderungs-Fürsorge im fremden Lande spricht sich im „Wagenlenker", der Münchener Zeitschrift, Dr. Reubel aus. Gehe es dem Auswanderer draußen gut, so pfeife er aufs Reich und führe das nur auf seine eigene Arbeit zurück, gehe es ihm schlecht, so mache er die alte Heimat verantwortlich. In beiden Fällen sei er nicht gut auf die alte Heimat und ihren etwaigen Vertreter zu sprechen. Geschlossene Siedlungsgebiete würden die fremden Staaten gar nicht zulassen wollen. Landwirtschaftliche Arbeiter, die dazu nötig seien, brauchten wir selbst, an ihrer Auswanderung hätten wir gar kein Interesse. Für die Unterbringung von Industrie-Arbeitern und Handwerkern müsse in erster Linie gesorgt werden. Die Zusammenfassung der bestehenden Organisation unter eine feste Hand sei wohl Aufgabe des Reichs, das wesentlich sich auch darum kümmern könne, die ausgewanderten Deutschen im Bewußtsein ihres Deutschtums zu erhalten.

Deutsche nach dem Osten. So ruft Prof. Dr. R. F. Kaindl im Juniheft der Oesterreichischen Rundschau. Der verdienstvolle Gelehrte und Erforscher des Deutschtums im Osten verweist auf die Schwierigkeiten der Ueberseewanderung und betont, deutsches Kolonialland im besten Sinne des Wortes sei alles Land östlich des Inn. Er beschreibt in kurzen Umrissen die ein Jahrtausend alten Wanderungen und Siedlungsbestrebungen der Deutschen nach Osten zu, die gleichzeitig ein Kulturwerk ersten Ranges gewesen seien, und führt dafür Urteile von namhaften nichtdeutschen Gelehrten an. Jetzt sei zwar vieles zerstört, aber der Zeit des Niederganges durch den Krieg müsse wieder eine Zeit des Aufbaus folgen. Bei dieser Gelegenheit sei uns gestattet, auf eine Schrift von Prof. Kipper über Kaindl hinzuweisen, die im Verlage des Bundes der christlichen Deutschen in Galizien in Lemberg erschienen ist. Darin werden namentlich die Verdienste des Gelehrten um das Karpathen-Deutschtum gewürdigt und die unendliche Reihe von Werken und Einzelabhandlungen wird besprochen und aufgezählt, die aus der Feder des Forschers stammen. Wir verweisen hier nur auf die größeren Werke, die gerade jetzt anläßlich der Friedensverhandlungen erhöhtes Interesse verdienen: „Die Deutschen in Osteuropa" (Leipzig), „Die Deutschen in Galizien und der Bukowina" (Frankfurt), „Geschichte der Deutschen in Ungarn" (Gotha), „Geschichte der Deutschen in den Kar-

Digitized by Google

pathenländern", 3 Bde. (Gotha), „Deutsche Siedlung im Osten" (Stuttgart), „Die Ansiedlung der Deutschen in den Karpathenländern" (Prag), „Polen und die polnisch-ruthenische Frage" (Leipzig), „Böhmen. Zur Einführung in die böhmische Frage" (Leipzig), „Die Deutschen in der Bukowina" (Berlin 1919), „Die Tochter des Erbvogts". Roman aus Krakaus deutscher Zeit (Stuttgart).

In der Nr. 10 der „Eisernen Blätter" behandelt Regierungsrat Zeller die Auswanderungsfrage. Die vom Vorsitzenden des Reichswanderungsamtes als Gegenmaßregel empfohlene Beratung der einzelnen Auswanderer und die Stärkung ihres Deutschtums genügt nicht. Die Binnenwanderung müsse planmäßig gefördert werden unter eifrigster Werbung für die Landkleinsiedelung. Möglichst sei auf die landwirtschaftliche Nebenbetätigung industriell oder handwerklich tätiger Arbeiter hinzuwirken. Bei entsprechender Förderung der Kultur könne Deutschland die doppelte der heute vorhandenen Volkszahl im Innern ernähren. Allerdings dürfe die Rücksiedelungstätigkeit nicht wie bisher in hundert Behörden zersplittert behandelt, sondern müsse in der Hand einer einzigen Behörde vereinigt werden. Die trotz allem nötig werdende Auswanderung müsse als Zeitwanderung behandelt werden. Ingenieure, Chemiker usf. sollten ihre Familie im Inland belassen und nach 1 bis 2 Jahren wieder hierher zurückkehren. Auf diese Weise werde auch die Valuta gehoben. Der zu erwartende Aufschwung des jetzt darniederliegenden Wirtschaftslebens könne dann allmählich zur Wiederverwendung solcher im Ausland geschulten Arbeitskräfte führen. Planmäßige Förderung durch eine Zweigstelle des Reichswanderungsamtes sei auch für diese Art der Arbeit nötig. Hinzukommen müsse aber eine großzügige Aufklärung und Ermahnung, daß der Schutz der Deutschen im Auslande in Zukunft mangelhaft sein und bleiben werde, daß die Arbeitslosigkeit im Ausland groß sei, daß der steuerliche Druck im Ausland genau so groß wie im Inland sein werde. Für die trotzdem Auswandernden sei geschlossene Siedelung das einzig richtige, nur sollten sie möglichst in der Nähe des Mutterlandes liegen. Argentinien, Mexiko, Brasilien seien der deutschen Auswanderung nicht günstig.

Im Heft 35 der „Deutschen Politik" schreibt Dr. Lederbogen über „Deutschland und seine Auswanderer" in einem aufs Zukünftige gerichteten weit ausschauenden Geiste. Die Auswanderung kommt, sie ist nicht hintanzuhalten. Die Massen aber müssen, das ist das Ziel, für das Deutschtum erhalten werden. Das alte Auslanddeutschtum ist innerlich und in seinem äußeren Bestande geschwächt. Es wiederzugewinnen, die letzten Spuren gegnerischer Verhetzung in diesem gebliebenen Auslanddeutschtum zu beseitigen, ist erste Pflicht. Die Auslanddeutschen müssen in engster, geistiger Verbindung mit der Heimat gehalten werden, dieses Vorgehen Deutschlands, als eines gleichberechtigten Gliedes der Völkerfamilie, kann keinerlei Mißtrauen begegnen. Es handelt sich hier nur um eine Selbsterhaltung. Mit der Schaffung eines Auswanderungsamtes ist wenig oder nichts getan, die Pflicht der Aufklärung ist dringlicher als die Notwendigkeit der äußeren Organisation, Fehler der vergangenen Zeiten müssen vermieden werden.

Auch eine Auswandereragentur.

Der 21 Jahre alte Bierbrauer Böckeler, von dessen Stuttgarter Auswanderertätigkeit wir berichtet haben, hatte sich vor der Ferienstrafkammer in Stuttgart zu verantworten. Die Anklage lautete auf Urkundenfälschung und Betrug. Der Angeklagte war in jungen Jahren in Amerika, diente während des Kriegs bei der Marine, betrieb dann ein mit einem Auto verbundenes Wanderkino, das er später wiederum verkaufte. Im April und Mai erließ er in den Tageszeitungen Aufforderungen, auswanderungslustige Schwaben sollten sich melden. Hunderte von Zuschriften kamen. Böckeler antwortete darauf in einem mit Faber oder Hoffmann unterzeichneten gedruckten Zettel mit allerhand Versprechungen. Es sollte darnach in Argentinien eine auf kommunistischer Grundlage beruhende Musterfarm begründet werden. Die Überfahrt sollte 300 Mark kosten, vor der Hand sollten die Anhänger des Gedankens 10 Mark zur Deckung der Unkosten einsenden. Der Überschuß sollte bedürftigen Kameraden zufließen. Insgesamt gingen dem Angeklagten 450 Mark zu, eine weit größere Summe wurde aber von der Behörde rechtzeitig beschlagnahmt. Es handelte sich natürlich bei der ganzen Sache um ein Versprechen, dessen Erfüllung in keiner Weise sichergestellt war. Der Angeklagte bestritt aber energisch, daß es ihm nur um die Gewinnung der 10 Mark von jedem Auswanderungslustigen zu tun gewesen sei. Das Gericht konnte ihm hier auch nichts Gegenteiliges beweisen und sprach ihn frei, verurteilte ihn aber wegen gewinnsüchtiger Privaturkundenfälschung zu zwei Monaten Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Oehler, W. J., Pfarrer, Deutsche Kolonien und evangelische Gemeinden in Bosnien. Arbeitsbericht über das Jahr 1917/18. 39 Seiten. Banja Luka.

Wirklich ein „Arbeitsbericht". Es ist staunenswert, was mit bescheidenen Mitteln und zum Teil unzureichenden Hilfskräften da unter den deutschen Gemeinden geleistet worden ist. Der Bericht spricht zuerst von der Pfarrtätigkeit, dann aber auch beherzigenswerte Worte über die „völkische Arbeit", die in erster Linie aus wirtschaftlicher gemeinsamer Arbeit besteht. Die seinerzeit an den Kaiser Karl gerichtete, von 13 Kolonievertretern und Bürgermeistern unterzeichnete Eingabe ist ja jetzt durch die Ereignisse überholt, aber ihre mannhafte Sprache verdient auch heute noch Erwähnung. Die Kolonien heben mit Stolz hervor, daß sie ein eigenartiges Bevölkerungselement in Bosnien und Herzegowina seien, daß sie einzigdastehende kriegswirtschaftliche Leistungen aufzuweisen hätten, die dem Lande unbestritten zum Heil und Segen gereichten, dafür verlangen sie aber auch Vertretung ihrer Interessen im Landtage durch einen eigenen Abgeordneten, der nicht nach konfessionellen, sondern nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gewählt werden solle. Daß der wirtschaftliche Verband der Kolonisten gerade durch seine gute Arbeit Gegenstand vieler Anfeindungen war und ist, verwundert nicht. Auch Kämpfe mit katholisch-deutschen Patres des Trappistenklosters Mariastern bei Banja Luka blieben nicht aus. Aber sie wurden, was wenigstens den Abt und seinen Vertreter angeht, doch in ritterlicher Form und vornehm ausgetragen. Freilich kommt auch Pfarrer Oehler in seinem Berichte zu dem resignierten Schluß, daß für die deutsch-evangelischen Gemeinden die Absiedelung „in ein geordnetes, straffes Verwaltungsgebiet" sittlich und völkisch selbst unter Opfern anzustreben wäre, solange das aber nicht geht, soll die Arbeit mutig und entschlossen fortgesetzt werden: „Wir werden auf alle Fälle das jeweils Beste zu tun bemüht sein und brauchen

Digitized by Google

darum nach wie vor euer Vertrauen und eure Hilfe." Der wirtschaftliche Verband arbeitet so selbstlos, daß er bei sieben Millionen Kronen Umsatz nur 50 000 Kronen Gewinn brachte. Die Kolonien haben im ganzen für über eineinhalb Millionen Kriegsanleihe gezeichnet. Die tapferen Streiter in Bosnien, das jetzt einen Teil des neuen Staates Jugoslawien bildet, werden jetzt unsere moralische und unsere werktätige Hilfe ganz besonders nötig brauchen.

Frey, Dr. Theodor, P. Provinzial der deutschen Provinz, **Die Gesellschaft der Missionare von Afrika „Weisse Väter" in ihrem 50jährigen Bestehen.** Trier: Missionshaus der Weissen Väter 1918.

Der stattliche Jubiläumsbericht von 168 Seiten schildert die Entstehung und Entwicklung, Wesen und besonderen Geist sowie die Grundzüge des Missionsverfahrens der Genossenschaft und ihre Missionsgehilfen. Dann wird über die verschiedenen Arbeitsfelder berichtet und schließlich auch die Grundlage der Genossenschaft in der Heimat eingehend geschildert. Die Genossenschaft darf auf eine stattliche Anzahl aufopferungsfähiger Mitglieder und auf eine nicht minder stattliche Zahl wissenschaftlicher Werke und Leistungen mit Stolz zurückblicken. Neben ihrer eigentlichen Missionsleistung sind völkerkundliche und sprachwissenschaftliche, historische und geographische Studien von ihr wesentlich gefördert worden. 28 gute Abbildungen schmücken den lesenswerten Bericht.

Alte Denkmäler aus Syrien, Palästina und Westarabien. 100 Tafeln mit beschreibendem Text. Veröffentlicht auf Befehl von Ahmed Djemal Pascha, Führer der vierten türkischen Armee, Minister der Marine. Berlin 1918. Georg Reimer. Geb. 105 Mk.

Unsere Landsleute haben sich vor dem Kriege fast überall in der Welt nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in eifrigster wissenschaftlicher Arbeit betätigt, zumal im Orient. Viele unserer Gelehrten haben die besten Jahre ihres Lebens solcher Tätigkeit gewidmet, sich mit der Landessprache und Landesnatur so vertraut gemacht wie die Eingeborenen. Ein ehrendes Denkmal dieser Arbeit, die einstweilen für viele Gebiete der Vergangenheit angehören dürfte, ist auch das vorliegende Werk.

Unter Geheimrat Th. Wiegands Leitung hat das deutsche Denkmalschutzkommando beim Stabe Djemal Paschas unter deren eigener, reger Anteilnahme auf großen Teilen des orientalischen Kriegsschauplatzes echte Kulturarbeit geleistet, ebenso gut wie dies ähnliche deutsche Organisationen trotz aller Verleumdungen der Ententepresse im Westen und Osten Mitteleuropas getan haben. Unter Wiegands wissenschaftlichen Mitarbeitern seien vor allem Professor C. Watzinger und Dr. K. Wulzinger genannt. Dem vorliegenden, gemeinverständlichen Werk werden bald weitere, streng wissenschaftliche Veröffentlichungen als Früchte ihrer Arbeit folgen.

Die im Titel genannten Länder sind trotz des blühenden Anbaus vieler ihrer Teile, der sich nicht zum wenigsten dank deutscher, insbesondere schwäbischer Ansiedler in den letzten Jahrzehnten stark gehoben hatte, gewaltige Ruinenstätten, die überall Zeugnis für eine reiche Vergangenheit ablegen. Hier lebten Völker mit hochentwickelter Kunst und Technik, politischer Macht und gewaltigem Handel, der sie mit der ganzen Welt im Zusammenhang hielt. Alles das vierfiel fast mehr als daß es zerstört wurde, mit dem Verlust der selbständigen Staatsgewalt. Das Volk verarmte, das einst ziemlich dicht besiedelte Land verödete mehr und mehr. Solch Geschehen gibt uns ein Bild von dem, was nach dem zielbewußten Willen unserer Feinde aus einem armen und zu Grunde gerichteten Deutschland werden soll. Auch dort im Orient hat Genußsucht, Eigenbrödelei, Mangel an Unterordnung und Faulheit ebensoviel verdorben, wie die Feindschaft übermächtiger Nachbarn. Nur einheitlich gerichtetes, nationales Wollen, Aufopferung des Einzelnen für die Lebensbedürfnisse der Gesamtheit vermag den Gefahren solch schwieriger politisch-geographischer Durchgangslage zu begegnen.

Die Bilder des Werkes stellen durchweg Bau- und Kunstdenkmäler der großen Vergangenheit dieser Länder, zumal aus der altklassischen und der islamischen Blütezeit dar. Die sehr anregenden und eingehenden Erläuterungen sind türkisch und deutsch geschrieben. Die Auswahl der Bilder nach sachlichen und künstlerischen Gesichtspunkten und die Wiedergabe der Photographien ist hervorragend gelungen. Das Werk wird für viele, die auf dem orientalischen Kriegsschauplatz kämpften, wertvolle und ernste Erinnerungen bieten, wird aber auch in dem weiteren Kreis der Orientalisten, Archäologen und Kunstfreunde aller Art warme Aufnahme finden.

Tübingen. Prof. Dr. C. Uhlig.

Zeitung der 10. Armee im Urteile ihrer Leser. Wilna: Druck und Verlag der Zeitung der 10. Armee. 1918.

Die Zeitung der 10. Armee, die bis Ende Dezember vorigen Jahres aushielt und den Soldaten ein treuer Helfer in schwerer Zeit bis zuletzt war, darf mit Stolz auf eine verdienstvolle Tätigkeit zurückblicken. Das gut ausgestattete Werk berichtet über die innere Einrichtung der Zeitung und bringt in reicher Fülle durchweg freundliche und warme Beurteilungen, die die Zeitung im Felde durch Mannschaften und Offiziere, wie in der Heimat bei Behörden und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens fand. Zuschriften über die zahlreichen und ausgezeichneten Buchveröffentlichungen, die die Zeitung der 10. Armee im Laufe der Jahre herausbrachte, folgen. Ist es auch nur mehr ein Erinnerungsbüchlein, es gibt doch für alle Zeiten Kunde von einer tüchtigen, selbstlosen und wirkungsvollen Lehr- und Kulturarbeit der deutschen Soldaten, die man „Hunnen" und „Barbaren" genannt hat.

W.

Rogge, Marcello, Unsere Bundesgenossen, Land, Leute und Wirtschaft in Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei. 126 Seiten, 22 Bilder, 1 Karte. Berlin: Verlag von Dietrich Raimer (Ernst Vohsen) 1918.

Das Buch ist erschienen, als es wirklich noch unsere Bundesgenossen waren. Die politischen Voraussetzungen stimmen heute nicht mehr, und auch der Blick auf die Karte, der überzeugen soll, daß der neue Bund viel organischer sei als der alte Dreibund, wird heute durch ein gar buntes Gemisch von kleinen Völkern und Völkchen an der Stelle des alten Oesterreich-Ungarn an dieser Erkenntnis getrübt. Das Buch wollte die Völkerfreundschaft mehren. Das kann es heute noch. Es hätte für seine Zwecke in der Darstellung von Handel, Landwirtschaft, Industrie und Verkehr etwas straffer und knapper gehalten sein können. und so seinem Charakter als ein wirtschaftliches Nachschlagebuch, oder ein statistisches Handbuch der Verbündeten vielleicht noch mehr entsprochen. Aber es enthält auch heute noch bequem zusammengetragen eine Fülle wichtiger Tatsachen und Daten, die für eine allgemeine Orientierung — der Fachmann wird doch immer zu der Spezialliteratur greifen — ausreichend sind.

W.

Kaupisch, Hugo, Major im Grossen Generalstab, **Die Befreiung von Livland und Estland** (18. Februar bis 5. März 1918). Heft 39 der Sammlung: Der grosse Krieg in Einzeldarstellungen. 88 Seiten mit 3 Kartenskizzen. Oldenburg: Verlag Gerhard Stalling 1918. Preis M. 1.50.

Der militärischen Darstellung vorausgeschickt ist eine Einleitung des Gefreiten des Landsturms Professor Dr. Steinbacher über die Baltenlande und ihre Geschichte, die im wesentlichen eine knappe und übersichtliche Zusammenstellung bekannten Materials bietet. Major Kaupisch, der selbst als erster Generalstabsoffizier leitenden Anteil an jenen Operationen hatte, schildert dann den Winterfeldzug von Riga bis

Digitized by Google

Narwa, der zwar militärisch ein Spaziergang, aber körperlich für alle Beteiligten doch eine gewaltige Anstrengung war, in klaren Umrissen. Er schickt seinen eigenen Ausführungen eine im wesentlichen auf amtlich zusammengestelltem Pressematerial beruhende Darstellung der Lage des russischen Heeres und der Not der Baltenlande vor unserem Einmarsch voraus. Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, an dem Vormarsch von Riga bis Narwa teilnahm, wer Dorpats Befreiung, Revals Einnahme und schließlich den Einzug in Narwa an jenem frostklaren Sonnentag erlebte, der wird die Schilderungen von Major Kaupisch mit Freude lesen, zumal in alles Militärische immer wieder die Freude der befreiten Menschen, das so rasch wieder geschwundene Glück unserer Auslandbrüder in bewegten Worten hereinklingt. Dr. F. W.

Baltisches deutsch-evangelisches Notstandskomitee, Kriegsnotstand im baltischen Lande. Bilder aus deutschem Erleben im Baltenlande vor und nach der Befreiung. 76 Seiten. Riga: Verlag Gustav Loeffler 1918.

Man erlebt noch einmal die ganzen Nöte des baltischen Deutschtums unmittelbar vor dem Kriege und während der Kampfjahre, wenn man diese eindringlich und klar geschriebenen Seiten liest. Ewige Treue der deutschen Idee, das soll der Dank der befreiten Balten sein, so klingen sie aus. Hoffentlich hält auch das Mutterland jetzt den Balten die geistige Treue, nachdem der politische Lauf anders gegangen ist, als wir es erhofften. Gerade jetzt darf das baltische Deutschtum nicht vergessen werden. In einem Anhang wird über die Arbeiten des Notstandskomitees Rechenschaft abgelegt, das in seinen einzelnen Sektionen so segensreich gewirkt hat. W.

Hassel, Hermann, Riga, **Wirtschaftliche Aufgaben im Baltikum.** 35 Seiten. Hamburg: Verlag von L. Friedrichsen & Co. 1918.

Das Heftchen ist nach einem Vortrage entstanden, den der Verfasser im September vorigen Jahres in der deutschbaltischen Gesellschaft in Hamburg hielt. Er behandelt darin mit der Uebersicht des wirtschaftlichen Kenners die Fragen der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und des Verkehrs und tritt namentlich für den Ausbau des Riga-Cherson-Kanals ein, für die Schaffung eines Freihafens Riga, für den wirtschaftlichen Anschluß des Baltikums an Deutschland, ohne daß dadurch russische Interessen allzu sehr verletzt würden. Schließlich will Hassel die zum Hafen Riga führenden Bahnen neben der russischen auch in der deutschen Spurweite ausbauen, also ein viergleisiges Bahnsystem schaffen, das seiner Ansicht nach trotz der Kosten sich rentieren würde. Die eigene wirtschaftliche Kraft des Baltikums werde sich trotz der Not der Zeit allmählich durchsetzen. W.

Livland und Elsaß. Vortrag in der Straßburger Gesellschaft für Deutsche Kultur von Professor G. G. Dehio. Verlag von Julius Springer, Berlin 1918. 19 Seiten, 80 Pfg.

Ein wehmütiges Gefühl beschleicht uns heute beim Lesen dieses Vortrags. Nicht nur die neugewonnen geglaubte östliche Grenzmark ist uns wieder verloren, auch die Westmark, die für uns so fest mit dem Reiche verbunden schien, daß wir an das Bestehen einer elsässischen Frage gar nicht glauben wollten, ist so gut wie abgetrennt von unserer Volksgemeinschaft. Die Zahl der „Auslanddeutschen" hat sich sehr gegen unsern Willen gewaltig vermehrt. Es gilt die klaren Folgerungen aus der Lage zu ziehen. Manch feines Wort steckt in Professor Dehios Ausführungen. Einer, der selbst in der Grenzmark geboren ist, hat den Instinkt dafür, warum die Westmärker Heimatgefühl, Volksgefühl und Staatsgefühl nicht so deutsch empfanden, wie es uns wünschenswert erschien. Er weist überzeugend nach, warum es bei den Ostmärkern so und bei den Elsäßern so ganz anders war, und es ist auch heute noch lehrreich, zu lesen, was man im Jahre 1814 Ernst Moritz Arndt bei seinem Besuche im Elsaß erzählte: wir würden ganz gern wieder zu Deutschland zurückkommen, aber nur in Verbindung mit einem Großstaat. Das Wort kann in Zukunft wieder einmal aktuell werden. Wie richtig die Dehiosche Bemerkung ist, daß die elsässische Bourgoisie in Wirklichkeit nur eine reine Kopie der französischen sei, das hat sich in unsern Tagen ja gezeigt. Eine eindringliche Warnung vor Englands Absichten auf die Ostsee-Vorherrschaft beschließt das Schriftchen, dessen Grundtendenz — der Vortrag ist vor langer Zeit gehalten worden — der Wille zur Annektion des Baltikums ist.

Kraze, Friede H., Die von Brock. Ein Baltenroman. Leipzig: Amelangs Verlag.

Das Buch spielt nicht in der Baltenmark, sondern im Innern Rußlands und behandelt das Schicksal einer dorthin verschlagenen baltischen Familie. Die Zeit der Handlung liegt weit zurück, es ist — von kleinen Anachronismen abgesehen — zur Zeit des polnischen Aufstands von 1863, der aber im übrigen keine organische Verbindung mit dem Thema des Buches hat. Dessen Grundlage ist richtig gesehen: Der Haß des Russen gegen den Deutschen, der hier die baltische Familie zugrunde richtet, ist etwas Naturwüchsiges, Notwendiges. Es ist der Haß des „Kriechenden gegen den Schreitenden". Künstlerisch hat das Buch Mängel: Wir bekommen da allerhand zu sehen: russische Schlittenfahrt und Geselligkeit, Ostertisch und Osternacht, auch einen Pogrom, aber es entwickelt sich nichts daraus und alles bleibt Zustandsschilderung. Die deutschen Figuren sind Konventionen, der starke Germane „mit dem Brocklachen" und seine marienartige Frau, angefüllt mit viel unechtem Pathos und einer dazwischen unangenehmen Sentimentalität (Maria und Wanja!). Viel Echtes, wenn auch nicht anschaulich Durchgeführtes, wie der Seelenkonflikt Kruschewans, steckt in den russischen Figuren, besonders je weiter es sozial nach unten geht. Die Sprache der alten Matrjona ist wirklich dem Volke abgelauscht, das die Verfasserin gut kennen muß. Letzte Tiefen sind aber auch hier nicht aufgetan.

Dr. Stavenhagen-Goldingen.

Endres, Franz Karl, Bosporuswellen, ein Roman aus Konstantinopel. Stuttgart: Franckh'sche Verlagshandlung, 1918. Preis M. 3.20.

Franz Karl Endres ist, nachdem er als Soldat, als Major und Stabschef in der Türkei, einem engeren Kreis von Fachgenossen schon bekannt war, krank aus der Türkei zurückgekehrt. Er hat aber wohl dann später seinem Vaterlande durch seine Feder mehr genützt, als er ihm in der Soldateneigenschaft je hätte dienlich sein können. Er ist in rastloser Tätigkeit zu einem lebendigen Element der Aufklärung geworden und hat dank ausgezeichneter Fähigkeiten auch wirkliche Erfolge erzielt. Die Periode seiner Tätigkeit als Militärkritiker verschiedener Zeitungen machte ihn weiten Kreisen erst bekannt und schuf ihm die Grundlage seiner späteren Arbeiten. Mit das Beste, was über die Unterschiede der Erziehung des Soldaten und des Diplomaten gesagt worden ist, was somit über Militarismus und Diplomatie, die zurzeit umstrittensten Schlagworte unserer Zeit, zu sagen war, entstammt seiner Feder. Novellen, Skizzen und Aufklärungsbücher über die Türkei und über Palästina folgten. Und nun liegt in dem Roman eine Probe neuen Könnens, Bewandertseins auch im Stile dieser Kunstgattung vor, die erstaunen muß. Man lernt aus diesem Buch mehr Auslandkunde, als aus dickleibigen Folianten, mehr von der Politik des Orients und ihrem Intrigenspiel, von den Geheimnissen und dem Zauber orientalischen Lebens als aus Dutzenden von „Beschreibungen". Endres ist ein guter Beobachter. Er hat eine Fülle eigenen politischen Erlebens und eigener psychologischer Erkenntnis vom Wesen des Orients in sein Buch verwoben, ohne doch

Digitized by Google

den Faden der psychologisch gut durchgearbeiteten Handlung je aus den Augen zu lassen. In kurzen Seitenbemerkungen und Seitenhieben steht auch über die Auslanddeutschen in Konstantinopel, über das kastenmäßige Leben und Treiben der Kolonie, über gute und schlechte Eigenschaften der Kolonisten manch treffliches Wort. Dr. F. W.

Müller, Dr., Georg Hermann: Deutsche und Tschechen. Ein Überblick über Vergangenheit und Gegenwart. Mit 1 Karte. 48 S. Dresden: v. Baensch-Stiftung 1918. M 1,35.

Die im Mai 1918 abgeschlossene Abhandlung untersucht das innere Kräfteverhältnis der Deutschen und Tschechen Böhmens, Mährens und Schlesiens auf Grund aller bedeutenderen kartographischen und statistischen Vorarbeiten und der amtlichen Zählungen bis 1910 einschließlich. Abschnitt 1 gibt die geschichtlich-ethnographischen Grundlagen des jetzigen Zustandes seit der ersten deutschen Besiedelung an. Er läßt die entscheidenden Ereignisse, die hussitische Nationalbewegung, die im wesentlichen den Grund für die jetzige Bevölkerungsverteilung gelegt hat, und den dreißigjährigen Krieg, in dessen Folge die Gegenreformation den deutschen wie den tschechischen Protestantismus verdrängte, den Abschluß von den deutschen Nachbarstaaten verschärfte und damit dem tschechischen Einheitsstaat vorarbeitete, klar hervortreten. Der zweite Abschnitt erörtert an der Hand der zuverlässigsten Quellen die ethnographische Zusammensetzung und das Verhältnis von reinem Volkstum, Mutter- und Umgangssprache in den einzelnen Bezirken, der dritte den politischen Aufschwung des Tschechentums seit 1885 und seine Rückwirkung auf die Verwaltung, auf Schule und Kirche, seine Vormachtstellung dank planmäßiger Tschechisierung des Beamtentums und der Geistlichkeit, die entsprechende Abwehr auf deutscher Seite. Kapitel 4 entwickelt die wirtschaftlichen Bedingungen, die in erster Linie alle wesentlichen Bevölkerungsbewegungen der letzten 40 Jahre veranlaßt haben: die rasche Industrialisierung der deutschen Randgebiete und als Folge Expansion des Geburtenüberschusses des tschechischen landwirtschaftlichen Kernlandes in jene Gebiete, der Zuzug in die Städte, besonders nach Prag. Der Schlußabschnitt deckt die natürlichen Grenzen auf, die auch der tschechischen Volkskraft gesteckt sind und die gerade in der zunehmenden Industrialisierung des ganzen Staates liegen; er läßt die Aussichten des Deutschtums in Böhmen, Mähren und Schlesien nicht ungünstig erscheinen, wenn auch die Hoffnung des Verfassers, die Deutschen könnten die kulturelle und wirtschaftliche Autonomie erlangen, von dem jetzigen tschechoslowakischen Staat gewiß nicht erfüllt werden wird. Es ist im Gegenteil zu erwarten, daß der tschechoslowakische Nationalismus genau wie der polnische gegenüber den deutschen Gebietsteilen die Einkünfte der blühenden, wirtschaftlich überlegenen deutschen Landesteile benutzen wird, um die zurückgebliebenen reintschechischen zu heben. Nach den sehr sachlichen, zahlenmäßigen Feststellungen G. H. Müllers ist trotzdem kein Anlaß, die Sache Deutschböhmens als verzweifelt anzusehen. Dr. H. M.

Woltereck, Professor (Universität Leipzig), unter Mitarbeit mehrerer Kriegsgefangener, **Denkschrift über die geistige Beschäftigung der deutschen Gefangenen in Frankreich.** Mannschafts- und Unteroffiziers-, Offiziers- und Zivillager. Bern: Verlag Karl Siegismund-Berlin 1918.

Der deutschen Kriegsgefangenenfürsorge in Bern verdankt man hier ein außerordentlich interessantes Werk über das, was, wie das Vorwort sagt, sich die Kriegsgefangenen mit zäher Energie erkämpft haben. Die Lichtseiten der Gefangenschaft sind spärlich genug. Die Denkschrift wollte einer bestimmten Zentralisierung der geistigen Fürsorge für die Gefangenen zustreben, so daß in bestimmten Lagern bestimmte Arbeit geleistet werden und dort die dazu fähigen Gefangenen vereinigt werden sollten. Sie wollte sich dazu der Hilfe des schweizerischen Hochschul-Hilfswerkes bedienen. Alles das ist jetzt überholt, und die Grausamkeit unserer Gegner, die deutschen Kriegsgefangenen zum Wiederaufbau Belgiens zurückzuhalten, stört wohl auch empfindlich das Werk der D. K. F. G. Aber als Leistung bleibt das Buch trotzdem interessant. Es will nur das Kapitel der geistigen Arbeit in den Gefangenenlagern schildern. Es ist gut, daß einmal über das Traurige hinweg auch die Lichtseiten hervortreten, an die Schattenseiten werden wir ja durch mündliche Berichte und auch durch Erlebnisbücher immer wieder erinnert. Besonders eindringlich tut es ein Werk.

Brausewetter, Dr. Max, Stabsarzt a. D., **J'accuse, Zwei Jahre französischer Gefangenschaft.** Berlin: Verlag von Bruno Cassierer 1918.

Die Witwe eines deutschen Arztes, der in der Gefangenschaft starb, gibt seine Tagebuchblätter heraus, deren Einzelheiten die deutsche Regierung prüfte und als einwandfrei durch zahlreiche Zeugenaussagen feststellen ließ. Ein erschütterndes Dokument des Leidens, der körperlichen und der geistigen Martern, der tausendfältigen Qualen, unter denen unsere deutschen Gefangenen zu leiden hatten. Diese Anklagen werden ihre Wiederauferstehung feiern, wenn einst der Dunst von Lüge und Verleumdung, den unsere Feinde über die Welt verbreiten, der Klarheit der Erkenntnis weichen wird. Dann werden andere den Titel der „Barbaren" vom Weltgerichte des Herzens und der Vernunft zuerteilt bekommen! W.

Deutsche Kriegsgefangene in Großbritannien, Verlag Bentel A.-G., Bümplitz-Bern. 1917.

Eine glänzend ausgestattete Photographien-Sammlung, deren Einzelbilder auf Wunsch der Berliner amerikanischen Botschaft in Berlin aufgenommen worden sind. Den Gefangenen stand es frei, sich photographieren zu lassen. Zwang wurde keiner ausgeübt. Aber der Beweis, den der Verleger als gegeben erachtet, wie gut namentlich die Behandlung sei, die den Gefangenen in England zuteil werde, scheint nicht erbracht. Diejenigen, die nicht wollten, haben sich nicht photographieren lassen, und die Erzählungen der meisten, die zurückgekommen sind, lauten anders als es nach diesen ausgezeichneten Bildern scheinen sollte. Es handelt sich bei dem Buch offensichtlich, das geht auch aus dem Texte hervor, um eine geschickte englische Propaganda. Wie weit man aber selbst amerikanischen Zeugen trauen darf, das haben zur Genüge die Berichte des Herrn von der amerikanischen Botschaft in Petersburg gezeigt, der die deutschen Gefangenenlager in Sibirien visitierte, indem er im Salonwagen durchs Land fuhr und sich zur Berichterstattung die russischen Lageroffiziere in den Wagen bestellte. W.

„Videant Consules": Das Äußere des Deutschen im Auslande. Augsburg, 1919. Auslieferung durch Gebrüder Reichel. 16 Seiten.

Über diese Schrift kann man ruhig zur Tagesordnung übergehen. Sie übertreibt in schlechtem Deutsch die alte Binsenwahrheit, daß viele unserer Landsleute mehr Wert auf ihren inneren als äußeren Menschen legen. Nur ein Beispiel für die Darstellung des Verfassers, der gut tat, seinen Namen zu verstecken. „Besonders wichtig ist es natürlich, daß die Diplomaten und Konsuln und besonders deren Frauen ... in Zukunft nicht schon durch ihr Äußeres, ihren schlechten Anzug, ihre niedere Lebenshaltung, ihr Ungewaschensein und ihre Taktlosigkeiten einen schlechten Eindruck machen. Und doch liegt diese Gefahr nach dem Kriege noch (!) näher als vor dem Kriege." Daß man vor dem Kriege unseren Auslandsvertretern gerade die Übertreibung des Gegenteils oft zum Vorwurfe machte, weiß außer dem Skribenten jedes Kind. A. Morgner, Stuttgart.

Digitized by Google

VON UNSERER ARBEIT

Staatsrechtliche Kommission des D. A. I.

Das Deutsche Ausland Institut Stuttgart hat eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes eines Staatsvertrages eingesetzt zur Vermeidung von Härten, die sich aus doppelter Staatsangehörigkeit und Staatenlosigkeit ergeben. Die nachfolgenden Herren haben sich freundlichst bereit erklärt, in die Kommission einzutreten: Geheimrat Prof. Dr. jur. Robert Piloty-Würzburg als Vorsitzender, Universitätsprofessor Dr. Delaquis-Frankfurt a. M., Universitätsprofessor Dr. Hatschek-Göttingen, Geh. Legationsrat von Keller-Berlin, Auswärtiges Amt, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Kohler-Berlin, Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Mendelssohn-Bartholdy-Würzburg, Universitätsprofessor Dr. Karl Neumeyer-München, Universitätsprofessor Dr. Partsch-Freiburg i. Br., Dr. Karl Strupp-Frankfurt a. M., Oberbürgermeister Dr. Trautmann-Frankfurt a. O. Die Kommission wird es als ihre Aufgabe ansehen, die aus der Staatenlosigkeit und aus doppelter Staatsangehörigkeit sich ergebenden Unzuträglichkeiten durch ein völkerrechtliches Abkommen zu beseitigen. Das Deutsche Ausland Institut wendet sich an alle Personen, die infolge doppelter Staatsangehörigkeit oder Staatenlosigkeit in diesem Kriege Schwierigkeiten irgendwelcher Art gehabt haben, und wäre ihnen im Interesse der Erfüllung der Aufgaben der Kommission für weitestgehende Ueberlassung einschlägigen Tatsachen- und rechtlichen Materials sehr verbunden.

UNSERE STELLENVERMITTLUNG

Das Deutsche Ausland Institut hat eine Stellenvermittlung eingerichtet, die späterhin in erster Linie dafür arbeiten soll, Stellen ins Ausland zu vermitteln und auch rückwanderungslustigen Auslanddeutschen beim Wiedergewinnen einer Stellung in der Heimat dienstbar zu sein. Zurzeit ist aber erste Aufgabe, die in der Heimat beschäftigungslos weilenden Auslanddeutschen unterzubringen und ihnen Brot und Arbeit zu verschaffen. Denn gern nimmt kaum einer unter ihnen die Erwerbslosenunterstützung an, weit mehr vielleicht als andere beseelt unsere Auslanddeutschen, die in harter Arbeitsleistung groß geworden sind, Arbeitslust und Arbeitswille. Gar oft sperren sich Industrie und Handel noch gegen die Einstellung von Auslanddeutschen, aber dank unserer Arbeit ist schon manches besser geworden. Wir bitten die Auslanddeutschen, unsere Vermittlungsstelle, die für alle Teile völlig kostenlos arbeitet, in Anspruch zu nehmen. Die Vereine und Ortsgruppen erhalten auf ihren Wunsch jede beliebige Anzahl von Fragebogen. Aber auch jeder einzelne Auslanddeutsche kann sich die Bogen zur Ausfüllung senden lassen. Je mehr Bewerber wir in unserer Kartothek haben, desto bessere Auswahl können wir denen, die Stellen zu vergeben haben, bieten, desto mehr wird sich unsere Einrichtung einbürgern. Das Deutsche Ausland Institut hat die Stellenvermittlung des früheren Reichsverbandes der Auslanddeutschen übernommen und übt seine Stellenvermittlung auch im Auftrage des „Bundes der Auslanddeutschen" aus. Es rechnet dabei auf allseitige Unterstützung und auf recht rege Benutzung dieser Einrichtung.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslanddeutschen, die **über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.**

Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

Deutsch-Spanier sucht für Andalusien Vertretungen von leistungsfähigen Fabrikanten kosmetischer und chemischer Artikel, Farben, Möbelbeschläge, Glasartikel, Eisenwaren, Küchengeräte usw.

Ein Mitglied bietet Manila-Taue an. Interessenten wollen sich bitte an uns wenden.

Von einem Mitglied werden größere Posten Reis und Solfuröl angeboten. Die Adresse kann durch uns erfahren werden.

Ein jahrzehntelang in England tätig gewesener, in Finanz- und Regierungskreisen eingeführter Kaufmann ist bereit, die Vertretung deutscher Interessen in England zu übernehmen.

Versand unserer Zeitschrift.

Die Zeitschrift wird von dieser Nummer ab durch die Post versandt. Sie wird pünktlich am 1. und 15. jeden Monats erscheinen, soweit Stromsperre, Streiks und andere Störungen keinen Strich durch die Rechnung machen. Wir bitten unsere Mitglieder und Bezieher darauf zu achten, daß sie die Zeitschrift pünktlich erhalten und bitten bei Unregelmäßigkeiten in der Zustellung sofort das einschlägige Postamt zu benachrichtigen. Mitglieder und Bezieher, die die Zustellung der Zeitschrift ausdrücklich unter Kreuzband wünschen, machen wir darauf aufmerksam, daß wir für diese Zusendungsart in Anbetracht der beträchtlich gestiegenen Versand- und Portokosten einen Zuschlag von 3 Mark pro Jahr einzufordern gezwungen sind.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 8. Oktober 1919.
Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. — Druck der Tagblatt-Buchdruckerei Stuttgart.

Digitized by Google

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT
FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE
MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS
ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN

UNIVERSITY OF ILLINOIS

„Der Auslanddeutsche" erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats. • Für Mitglieder des Deutschen Ausland Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich. • Preis des Einzelheftes 1 Mark, des Jahresabonnements 22 Mark. • „Der Auslanddeutsche" kann durch jedes Postamt abonniert werden. • Alleinige Anzeigenannahme durch die Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Stuttgart und ihre Zweigbüros
Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart

Jahrg. II. – Nr. 12 STUTTGART Erstes November-Heft 1919

Zweite Wandervertreterversammlung des „Bundes der Auslanddeutschen".

Stuttgart, 11.—13. Oktober 1919.

Auf Einladung des württembergischen Landesverbands des Bundes der Auslanddeutschen fanden sich die Vertreter des Bundes, seiner Landesverbände und Ortsgruppen zu einer Tagung ein, die außerordentlich zahlreich besucht war und trotz aller Lebhaftigkeit des Austausches der Meinungen einen befriedigenden, harmonischen und schönen Verlauf nahm.

Der eigentlichen Tagung ging eine allgemeine Landesversammlung der Württemberger voraus, die Herr Illg eröffnete und leitete, und in der Herr Bankier Levi-Stuttgart die steuerlichen und Entschädigungsforderungen der Auslanddeutschen besprach, um hauptsächlich die Forderungen der Württemberger an die Bundesleitung und die Wünsche vorzutragen, auf deren Erfüllung man in Süddeutschland Wert lege. Der Bundesvorsitzende, Konsul Peter, ging des näheren auf die Entschädigungsfrage ein. Es ist nicht so viel ereicht worden, wie man hoffte. Der Grundsatz der Entschädigung zum augenblicklichen Tageskurs der fremden Währung ist vor allem noch nicht durchgesetzt, und die Regierung steht auf dem Standpunkte, daß der Friedenskurs maßgebend sein solle. Zwar spiele das vorderhand noch keine große Rolle, wo es sich ja nur um Auszahlung einer Vorentschädigung, also eines Vorschusses, handele, aber die Gefahr ist groß, daß die Interessen der Auslanddeutschen in diesem wichtigsten Punkte von der Reichsregierung nicht voll gewahrt werden. Das Wort des Friedensvertragsparagraphen, daß eine „Entschädigung" bezahlt werden sollte, ist zudem im Entschädigungsgesetz in „angemessene Entschädigung" umgedeutet worden, und was darunter zu verstehen ist, das bewiesen deutlich die lebhafte Erregung der tausendköpfigen Versammlung und die erbitterten Zwischenrufe. Immerhin aber hat der Bund durchgesetzt, daß die Entschädigungsaktion ganz in seine Hand gelegt wird, daß also bürokratische Hemmungen zum guten Teil wegfallen. Daß schnell wenigstens etwas gegeben wird, das ist die Hauptsache. Nicht der Grundsatz: „Ihr habt fünf Jahre lang gewartet, also könnt Ihr auch noch etwas länger warten", sondern umgekehrt der Grundsatz: „Wir haben fünf Jahre lang gewartet, also müssen wir schleunigst etwas bekommen, um vor Not und Elend gerettet zu werden" muß maßgebend sein. Die Auslanddeutschen brauchen das Rüstzeug zum Wiederaufbau ihrer Existenz. Eine eingehende Prüfung der Entschädigungsansprüche wird freilich nötig sein, denn die bisher vorliegenden Anmeldungen sind zum großen Teil wertlos. Der Bund wird diese ganze Aktion mit einer Zentrale in Berlin und vernünftiger Dezentralisierung der Arbeit in die Hand nehmen. und es sollen vor allem nicht nur diejenigen, die einen Rechtsanspruch haben, entschädigt werden, sondern es sollen auch jene, die nichts im Auslande zurückgelassen haben, als ihre Stellung, ihre Verbindungen, ihren „good will", eine Entschädigung bis zur Höhe von je 1500 Mark bekommen (die geplante Erhöhung dieser Summe auf 3000 Mark scheiterte leider am Widerstand der Regierung). Die Richtlinien zur Durchführung der Vorschußauszahlung sind im Entstehen und sollen nächstens veröffentlicht werden.

Eine äußerst rege Aussprache schloß sich an, in der Geheimrat Dr. Borchardt namentlich betonte, die Auslanddeutschen sollten nun das Reichsnotopfer mitbezahlen, wo sie die ersten seien, die die Ehre hätten, für das Deutsche Reich Kriegsentschädigung zu bezahlen, weil sich der Feind zunächst an ihre zurückgelassenen Werte halte. Die zahlreichen übrigen Redner verlangten dringend Berücksichtigung der Auslanddeutschen beim Reichsnotopfer und vor allen Dingen Auszahlung der Entschädigung zum Tageskurs, Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit über die Kriegsleiden und über die wirtschaftliche Bedeutung der Auslanddeutschen. Nachdem eine der Versammlung zu wenig energisch erscheinende Resolution verworfen worden war, wurde schließlich eine Entschließung gefaßt, die von einer kleinen Kommission vorbereitet war und die dem Steuerausschuß der Nationalversammlung, wie auch der Reichsregierung folgendermaßen übermittelt wurde:

„Tausende württembergischer Auslanddeutscher im Verein mit den in Stuttgart versammelten Vertretern aller Auslanddeutschen des Reiches wollen zum Reichsnotopfer beitragen, sobald sie für ihre erlittenen Schäden voll entschädigt sind. Sie setzen aber voraus: erstens Steuerfreiheit für den Betrag der Neuanschaffung ihres verlorenen Hausrats, zweitens zinsfreie Stundung für rückständige Raten bis zur Auszahlung der vollen Entschädigung, drittens voller Erlaß oder Rückvergütung für wieder Hinausgehende, auch wenn diese ihre Tätigkeit in ein anderes als vor dem Kriege bewohntes Land verlegen. Mit Rücksicht darauf, daß die bereits im Auslande bewährten Auslanddeutschen die wichtigsten Vermittler zur Wiederanknüpfung der friedlichen Beziehungen unter den Völkern bilden und so den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft beschleunigen werden, erwarten sie die Erfüllung dieser Forderungen."

Der Sonntag brachte im schönen, großen Saale des Neuen Schlosses eine außerordentlich zahlreich besuchte Sitzung, in der die Auslanddeutschen von Vertretern der Reichs-

Digitized by Google

behörden, der württembergischen Regierung, der Stadt, der Presse, der Politik, des Handels und der Industrie begrüßt wurden. Konsul Peter eröffnete und leitete die Versammlung in unermüdlicher Geschicklichkeit. Namens des D. A. I. begrüßte der Vorsitzende des Vorstandes, Kommerzienrat Konsul Theodor G. Wanner, die Versammlung mit folgenden Worten:

Meine Damen und Herren!

Im Namen des Vorstandes des Deutschen Ausland-Instituts habe ich die Ehre, Sie in diesem uns von der Regierung liebenswürdigerweise zur Verfügung gestellten schönen Versammlungsraum zu begrüßen. Es bereitet uns eine aufrichtige Freude, daß eine so stattliche Zahl von Führern der württembergischen Politik, des Handels, wie der Kunst und Wissenschaft sich hier eingefunden hat, um dadurch ihre warme Teilnahme an den Fragen des Auslanddeutschtums zu bekunden. Sie werden es verstehen, daß gerade wir uns über diese Beteiligung an einer Sitzung des Bundes der Auslanddeutschen freuen, die wir seit nunmehr bald drei Jahren hier in Württembergs Hauptstadt daran arbeiten, dem Auslanddeutschtum nach seinen wirtschaftlichen, nationalen und geistigen Seiten die ihm gebührende Stellung im Bewußtsein unseres Volkes zu erobern. Um recht zu gelingen, muß diese Arbeit auf breitester Grundlage, ganz früh, schon im Unterricht einsetzen.

Das Deutsche Ausland Institut leistet — ich hoffe, Sie werden sich nachher noch davon überzeugen können — seine Arbeit in selbstloser, uneigennütziger Weise, es ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts, und es steht im Dienste öffentlicher Pflichten. Daß gerade wir an dem Zusammenschluß der Auslanddeutschen mit Freuden mitwirkten und nun den großen Bund und die Arbeit m i t ihm auf das wärmste begrüßen, werden Sie alle begreifen und würdigen. Wir wünschen dem Bunde ein kräftiges Blühen, Wachsen und Gedeihen, wir wünschen ihm, daß er zum Heile der Gesamtheit des Volkes mit Tatkraft und Umsicht die berechtigten Forderungen der Auslanddeutschen vertreten, wir wünschen ihm, daß er sein Teil zur Gesundung im Innern und zur Wiederaufrichtung unserer alten Handelsstellungen der Welt beitragen möge. Er wird das Deutsche Ausland Institut in all seinen Bestrebungen auf seiner Seite und zu seiner Unterstützung bereit finden, wenn nur damit ein Ziel erreicht wird, daß nämlich unserem gesamten Volke in seinen schweren Tagen geholfen wird.

Der württembergische A r b e i t s m i n i s t e r, Herr L e i p a r t, der mit Herrn Ministerialrat S c h m u c k e r und dem Leiter der sozialen Fürsorge im Arbeitsministerium, Stadtrat Dr. W ö l z, erschienen war, fand lebhafte Zustimmung der Versammlung, als er sagte:

Mit besonderer Freude und tiefem Empfinden nehme ich Gelegenheit, Sie im Namen des Arbeitsministeriums auf der Tagung des Bundes der Auslanddeutschen zu begrüßen.

Aus aller Herren Länder durch rohe Gewalt vertrieben, in Kriegsnot und Kriegselend in die alte deutsche Heimat zurückgeflüchtet, um hier Schutz und Hilfe zu finden, zugleich aber auch den Sammelpunkt, von dem aus Sie in gegenseitiger Unterstützung Ihren Mut wieder aufrichten und Ihre Tatkraft stärken wollen, um den Kampf für Ihre Existenz nicht nur, sondern, so darf ich annehmen, auch für deutsches Wesen, deutschen Geist und deutsche Arbeit im Ausland in kurzer oder langer Zeit mit Erfolg wieder aufzunehmen.

Sie wollen und brauchen von mir keine schönen Worte über die Bedeutung des Auslanddeutschtums zu hören. Die Bedeutung Ihrer Arbeitskraft und der Wert Ihres Schaffens für die deutsche Heimat ist durch die trüben und schrecklichen Ereignisse der Kriegsjahre, die nun glücklich hinter uns liegen, nicht geringer geworden, sondern im Gegenteil noch gewachsen.

In der Überzeugung, so darf ich annehmen, sind Sie zu dem großen Bund der Auslanddeutschen zusammengetreten, um den Zeitpunkt zu beschleunigen, an dem Sie trotz Wirtschaftskrieg und trotz der dunkeln Fessel des Welthasses wiederum als Pioniere für deutsche Wirtschaft und deutsche Kultur tätig sein können. Die deutsche Heimat, die Ihnen für Ihre Tätigkeit in der Vergangenheit und für die Opfer, die Sie aufnehmen mußten, zu großem Dank verpflichtet ist, begleitet Sie auch in der Zukunft mit den besten Wünschen und mit der ehrlichen Absicht, Sie nach besten Kräften bei Ihrer schweren Aufgabe zu unterstützen.

Die alten Zeiten äußerer Machtentfaltung, d. h. militärischen oder maritimen Auftretens sind für Deutschland allerdings vorbei. An ihre Stelle muß und wird in Zukunft der innere geistige Zusammenhalt treten und treu gepflegt werden, der die Heimat mit ihren Söhnen und Töchtern im Ausland innig verbinden soll.

Als Arbeitsminister Württembergs, das in der Welt eine Hauptrolle unter den deutschen Stämmen gespielt hat, kann ich Ihnen sagen, daß wir alles aufbieten wollen, um die Arbeitstüchtigkeit und die Leistungsfähigkeit des Volkes wieder aufzurichten, in der Hoffnung und der Überzeugung, daß wir durch unsere Tüchtigkeit und unsere Ehrlichkeit bald wieder Freunde in der Welt gewinnen. Allen denen, die jetzt unter den schwierigsten Umständen hinausgehen werden, um im Ausland für die Heimat zu arbeiten, um deutsche Waren abzusetzen und um damit deutschen Arbeitern Brot und Existenzmöglichkeit in der Heimat zu schaffen, wollen wir nicht nur ein treues Gedenken bewahren, sondern darüber hinaus sie stützen und stärken, wo es nur immer geht. Ein Zeichen für diesen festen Willen finden Sie in dem Deutschen Ausland Institut, das unter tätiger Beihilfe von Regierung und Volk hier in Stuttgart gegründet worden und dessen ganze Arbeit und Tätigkeit dieser Aufgabe gewidmet ist.

Ich hoffe, daß diese auf unserem Heimatboden gewachsene Arbeit des Instituts für das ganze Reich und für Sie in aller Welt sich segensreich entfalten möge, und in dem gleichen Sinne wünsche ich auch Ihren heutigen Beratungen aus aufrichtigem Herzen den besten Erfolg.

Der württembergische K u l t m i n i s t e r, Herr B. H e y m a n n, den Ministerialrat Dr. B u h l begleitete, hielt nach dieser Hervorhebung der wirtschaftlichen Ziele die folgende Ansprache:

Ich habe den Ausführungen meines Kollegen Leipart nur wenig hinzuzufügen. Bei Ihren Verhandlungen stehen — und das liegt in der Natur der Sache — zunächst wirtschaftliche Fragen im Vordergrunde des Interesses. Bei dem infolge der politischen Katastrophe eingetretenen Zusammenbruch unseres wirtschaftlichen Lebens tritt die Aufgabe des Wiederaufbaus in die erste Reihe. Wir müssen die abgerissenen Fäden zwischen der deutschen Heimat und der Weltwirtschaft wieder anknüpfen, und dabei können wir unsere Auslanddeutschen, die schon bisher unsere Pioniere draußen waren, gar nicht entbehren. Das erste, was wir zu tun haben, ist daher, Ihnen zu helfen, für Ihre Entschädigung und die Wiederaufrichtung Ihrer Existenz Sorge zu tragen. Aber wir haben auch darüber hinaus die Pflicht, das in den letzten Jahren zerstörte Ansehen deutscher Kultur, deutschen Wissens und deutschen Geisteslebens in der Welt wieder in seine Rechte einzusetzen. Wir haben die Aufgabe, die Unhaltbarkeit jener verleumderischen Bezichtigungen des deutschen Volkes nachzuweisen, daß es rein aus barbarischer Gesinnung heraus das Unglück dieses furchtbaren Krieges über die Welt gebracht hätte. Wir wollen wieder geachtet und als geistig führendes Volk anerkannt in der Welt dastehen, nicht durch die auf rein äußerliche Machtentfaltung gerichteten Bestrebungen, sondern durch hervorragende Leistungen auf geistigem und kulturellem Gebiet. Auch dieses Ziel können wir nur durch Pflege des Auslanddeutschtums erreichen. Wer von Ihnen wieder hinausgeht, muß in engster Fühlung mit dem geistigen

Digitized by Google

Leben der Heimat bleiben, und darum muß Ihnen draußen Gelegenheit gegegen werden, Schulen und andere Bildungsgelegenheiten für sich und Ihre Kinder in ausreichendem Maße zu haben, in denen deutsches Wissen und deutsche Charakterbildung vermittelt wird. Ich darf als Vertreter des württembergischen Kultministeriums, dem die Regierung die Dienstaufsicht über das Deutsche Ausland Institut übertragen hat, versichern, daß wir uns der großen Verpflichtungen, die auf diesem Gebiet zu erfüllen sind, in vollem Maße bewußt sind und nichts versäumen wollen, was zur Wiedergutmachung der erlittenen Verluste unseres Auslanddeutschtums, in dem wir einen Pionier nicht nur für die deutsche Wirtschaft, sondern für die deutsche Gesamtkultur erblicken, führen kann. In diesem Sinne wünsche ich Ihren Verhandlungen vom Standpunkt meines Ressorts aus wie im Namen der gesamten württembergischen Staatsregierung besten Erfolg.

Das Reichsfinanzministerium hatte Herrn Landrat Dürr entsandt, der die Versammlung mit folgenden Worten begrüßte:

Der Herr Reichsfinanzminister hat mich mit seiner Vertretung beauftragt. Er läßt der Delegierten-Versammlung der Auslanddeutschen seine Grüße und herzlichen Wünsche für einen ersprießlichen Verlauf Ihrer Tagung übermitteln. Der Reichsregierung liegt die Not der Auslanddeutschen am Herzen. Sie ist bemüht, so weit es die äußerst ungünstige Finanzlage zuläßt, das Elend der aus dem Ausland Vertriebenen und durch feindliche Maßnahmen ihres Vermögens und ihrer Habe Beraubten zu lindern. Die Regierung ist sich bewußt, welchen Anteil unser Außenhandel und das Auslanddeutschtum an der früheren wirtschaftlichen Blüte des Vaterlandes hatte, und wie sehr es für den Wiedererwerb unserer Weltstellung auf die Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens der Auslanddeutschen ankommt. Durch das Gesetz vom 29. August 1919 und das Notetatgesetz sind Mittel bereitgestellt, die eine vorläufige Teilentschädigung der Auslanddeutschen durch Gewährung von Vorschüssen für Liquidationsschäden, Beihilfe für Kriegsschäden und Unterstützungen ermöglichen. Die Richtlinien, die die Festsetzung und Verteilung von Entschädigungen regeln, sind in gemeinsamen Beratungen mit dem Vorstand der Auslanddeutschen aufgestellt und liegen dem Reichskabinett zur Beschlußfassung vor. Mit dem Erlaß der Richtlinien, der in kürzester Frist zu erwarten ist, wird mit der Verteilung von Entschädigungen begonnen werden.

Ich hoffe, daß diese Aktion dazu beitragen wird, den Auslanddeutschen die Rückkehr in das Ausland und die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit zu ermöglichen, wie sie anderseits aber auch in den Auslanddeutschen die Überzeugung bekräftigen wird, daß bei der Reichsregierung ein warmes Empfinden für ihre Nöte und der Wille besteht, den Auslanddeutschen im Rahmen des Möglichen tatkräftige Hilfe zu leisten.

Das Reichswanderungsamt vertrat Ministerialrat Lellbach, der folgende Worte sprach:

Vor allem erlaube ich mir namens des Reichswanderungsamtes, das hier zu vertreten ich die Ehre habe, dem Deutschen Ausland Institut und dem Vorsitzenden seines Vorstandes, Herrn Kommerzienrat Wanner, den besten Dank für die liebenswürdige Einladung zu der Tagung des Bundes der Auslanddeutschen auszusprechen, die wir mit wärmstem Interesse verfolgen. Wir wissen, was Deutschland seinen Auslandpionieren zu danken hat, wissen, was sie in besseren Zeiten geleistet haben, um deutschem Fleiße, deutscher Tüchtigkeit und Gründlichkeit Weltgeltung zu verschaffen. Wir kennen aber auch ihre jetzigen Nöte, ihre Sorgen und ihre Hoffnungen. Sie, meine Herren vom Bunde der Auslanddeutschen können deshalb versichert sein, daß wir nicht nur teilnehmen an den schwierigen Problemen des Auslanddeutschtums, sondern Ihnen auch mit Rat und Tat zu helfen gewillt sind, soweit dies unseres Amtes ist.

Namens des Reichswanderungsamtes begrüße ich Ihre Zusammenschlußbewegung als der beste Weg zur Förderung Ihrer Ziele und wünsche Ihrer Tagung einen gedeihlichen Verlauf und vollen Erfolg.

In herzlichen, von warmem Verständnis zeugenden Worten begrüßte sodann der Vertreter des leider verhinderten Herrn Oberbürgermeisters, Bürgermeister Dr. Dollinger, die Auslanddeutschen im Namen der Stadtverwaltung, die ja nicht immer die Wünsche der Auslanddeutschen alle so erfüllen könne, wie sie es gerne wollte, die aber ihr Möglichstes tun wolle, um die Not zu lindern.

Mit Beifall wurde die Ansprache des Vertreters der württembergischen Hochschulen, Herrn Universitätsprofessor Dr. Fuchs-Tübingen aufgenommen, der auf die Aufgaben der Hochschulen verwies, den nicht immer bisher gepflegten Kontakt der Hochschulen mit dem Auslanddeutschtum und seiner wirtschaftlichen wie kulturellen Tätigkeit zu pflegen, um nicht nur das eigene Volk zu erziehen, sondern um namentlich Beamte und Diplomaten zu schulen, die mehr Verständnis als bisher für die Werte und Pflichten, aber auch für die harte Arbeit des Auslanddeutschtums hätten.

Ausführlich wiedergegeben sei die Ansprache des Vertreters der Handelskammer Stuttgart, Syndikus Dr. Klien, weil sie der Versammlung so sehr aus dem Herzen kam.

Sehr verehrte Anwesende!

Von einem der Herren Vorredner ist in eindrucksvoller Weise die überaus ernste Lage des Reiches und aller seiner Glieder zutreffend geschildert worden. Mehr oder weniger leiden wir alle unter dem Krieg. Das Kriegsleid der Auslanddeutschen aber ist besonderer Natur. Ohne unmittelbar in das furchtbare Ringen der Völker einbezogen zu sein, mußten sie an sich die volle Wucht der über Deutschland hereinbrechenden Katastrophe erfahren. Der furchtbare Feuerbrand, der in Europa wütete, griff auf ihre Siedlungen über und vernichtete ihr Haus. Existenzen, die — zum Teil von Generation zu Generation — in mühevollster Arbeit aufgebaut wurden, wurden von dem Neid und Haß eines auf die Vernichtung des Reiches und seiner vorangegangenen glänzenden wirtschaftlichen Entwicklung vorbedachten Feindes zerstört. Als Flüchtlinge kehrten die zur Heimat vorerst zurück, die bis dahin Bahnbrecher des Deutschtums im Ausland gewesen waren. Dies alles sichert den Auslanddeutschen unser tiefes Mitgefühl. Ihr Leid ist unser Leid.

Aber zu viel ist vernichtet an lebendigen Werten, als daß mit dem allen bedrängten Volksgenossen gegenüber selbstverständlichen Mitgefühl allein es sein Bewenden haben könnte. Positive Hilfe ist unerläßlich und eine innere sittliche Pflicht des Reiches. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Hilfe ist im vorliegenden Fall aber — und hierauf hinzuweisen, lege ich als Vertreter von Industrie und Handel besonderen Wert — keineswegs nur charitativer Natur, sondern liegt in einem sehr erheblichen Umfange im Selbstinteresse des Reiches.

Das Auslanddeutschtum möchte ich — dieser Vergleich klingt materialistischer als es gedacht ist — bezeichnen als ein lebendiges Kapital. Vor dem Kriege arbeitete es — im Inland von den meisten wenig beachtet — still und fruchtbar für sich; erst der Krieg und die außerordentlichen Schwierigkeiten des während des Kriegs vom Feinde durchgeführten überaus harten Wirtschaftskriegs ließ auch die Allgemeinheit des Volkes erkennen, welche Bedeutung diesem lebendigen „Anlagekapital" für das gesamte Wirtschaftsleben, insbesondere soweit es mit der Weltwirtschaft in Verbindung stand, innewohnte. Es bleibt außerordentlich bedauerlich, daß die Tatsache dieses unmittelbaren praktischen Werts des Auslanddeutschtums weder von der Gesamtheit des deutschen Volkes noch auch von der früheren deutschen Regierung in dem erforderlichen Maße erkannt und gewürdigt wurde.

Digitized by Google

Soweit ein Zusammenhalt der Auslanddeutschen vor dem Kriege bestand, so kam er im wesentlichen in den von den Auslanddeutschen selbst gebildeten Vereinigungen (deutsche „Kolonien") zum Ausdruck, während eine kraftvolle und bewußte Zusammenfassung der auf viele Millionen Deutschen im Auslande durch das Reich, soweit überhaupt, nur äußerst lose zu bemerken war. Was in dieser Beziehung aufgebaut wurde, war also Selbsthilfe, während sich leider die Regierung und ein kurzsichtiger Reichstag eine übertriebene Sparsamkeit am falschen Fleck zuschulden kommen ließen.

Hier gilt es, große Fehler wieder wett zu machen. Das aus dem Zusammenbruch gerettete wertvolle Menschenmaterial muß wieder als lebendiges Kapital des Reiches im Ausland fruchtbringend angelegt und in bewußter, sorgfältig abgewogener Arbeit in den Dienst der Gesamtheit gestellt werden. Wie das Auslanddeutschtum für das Reich, so das Reich für die Auslanddeutschen!

Nun ist uns allen zwar aufs schmerzlichste bewußt, in welch schwieriger finanzieller Lage sich das Reich befindet und daß es wohl schwerlich in dem Umfang, wie wir alle wünschen würden, den Ansprüchen der Auslanddeutschen zurzeit gerecht werden kann. Aber der ernstliche Wille wird auch den rechten Weg finden, und in jedem Fall darf gesagt werden, daß das Geld, das hier angelegt wird, produktiv angelegt ist. Im übrigen dürfen wir nicht vergessen, daß diesem materiellen Opfer eine sehr erhebliche persönliche Aufgabe gegenübersteht; das schwerste, die Wiederanknüpfung der Beziehungen und die moralischen Eroberungen für das Deutschtum im Ausland ist zuletzt doch wieder Arbeit der bedrängten Auslanddeutschen. Schon aus diesen Gründen, aber auch aus den vorangestellten, rein menschlichen Erwägungen muß die Abtragung dieser Verpflichtung mit an erster Stelle stehen. Unter den derzeitigen schwierigen finanziellen Verhältnissen des Reichs wird freilich auch werktätige Selbsthilfe von Handel und Industrie nicht entbehrt werden können.

Industrie und Handel des Landes, deren Auffassung ich hier zu vertreten die Ehre habe, haben an dieser Regelung ein ganz besonderes Interesse insofern, als, wie Ihnen allen bekannt ist, die württembergische Industrie in hervorragendem Maße weiterverarbeitende Qualitätsindustrie ist, deren Produkte bis zum Kriege Absatz in der ganzen Welt gefunden haben. Es gibt kein Land von irgendwelcher wirtschaftlichen Bedeutung, das nicht im Exportverzeichnis der Handelskammer Stuttgart für die einheimischen Firmen sich fände. Auch die Weiterentwicklung unserer Industrie und unseres Handels wird unter diesen Umständen ganz wesentlich von der Wiederanknüpfung der Beziehungen zu dem gesamten Ausland abhängig sein.

Im Hinblick auf den unerhörten Verleumdungsfeldzug fehlt es vielfach, insbesondere in den feindlichen Staaten, an Wiederanknüpfungspunkten. Die ganze Bedeutung des Auslanddeutschtums wird ohne weiteres klar, wenn man sich die Frage aufwirft, was es bedeuten würde, wenn alle diese Auslanddeutschen heute wieder an ihrer Stelle wären und in alter Weise wirken könnten. Hätten wir diesen Finger, so dürften wir hoffen, die Hand des Auslands bald wieder fassen zu können. Dem Kenner der Verhältnisse ist es bekannt, daß nichts unvorteilhafter wäre, als sich dem Ausland wieder zu jedem Preis anzubieten. Wir bedürfen der psychologischen Hilfe bei dem Wiederaufbau im kleinen. Gerade hierfür aber bilden die Auslanddeutschen, als diejenigen, die mit Land und Leuten vertraut und durch vielfache, auch durch den Krieg nicht zerstörte persönliche Beziehungen geschützt sind, die Träger des deutschen Gewerbefleißes, wie der deutschen Kultur.

Es ist Ihnen wohl bekannt, daß die deutschen Handelskammern auf Grund eingehender Beratungen weitgehende Reformvorschläge zur Verbesserung der Außenhandelsvertretung des Reichs ausgearbeitet und der Reichsregierung übermittelt haben. Sie suchen damit zu ihrem Teil einen der empfindlichsten Fehler der alten Regierung wett zu machen. Sie haben bei diesen Vorschlägen nicht zuletzt auch auf ein wesentlich engeres Handinhandarbeiten zwischen den Außenhandelsvertretungen des Reiches und den Außenhandelsdeutschen nachdrücklichst hingewiesen und diese Forderung als unerläßlich bezeichnet.

Wie schon während des Krieges die Handelskammer, soweit sie hierzu in der Lage waren, den an sie herantretenden Auslanddeutschen zu helfen gesucht haben, so werden sie, dies glaube ich insbesonder auch im Namen der württembergischen Handelskammer versichern zu können, alles tun, um ihren berechtigten Ansprüchen und ihren Bestrebungen Unterstützung mit Rat und Tat zuteil werden zu lassen.

Für den Verband der württembergischen Industriellen endlich sprach Herr Fabrikant Kübel den Auslanddeutschen herzliche Worte der Anerkennung. Sie sind die Träger unserer Ausfuhr und unseres Wiederaufbaues, sind die Pfeiler, auf denen wir das neue Gebäude errichten müssen. Wenn wir eine Massenauswanderung bekommen, wo soll sie hin? Die Auslanddeutschen, die uns Rohstoffe schaffen, helfen uns unser Volk ernähren und unsere Arbeiter im Lande, in der Heimat zu behalten. Der Ruf: Der deutsche Kaufmann an die Front! ergeht an unsere Auslanddeutschen, die so viel erduldet haben und die trotzdem wieder freudig hinausziehen werden, um ihre Pflicht zu erfüllen.

Konsul Peter dankte allen Sprechern für ihre das Problem des Auslanddeutschtums von so verschiedenartigen Seiten beleuchtenden Ausführungen und gab sodann dem ersten Referenten, Herrn Handelsrichter Behrendt, das Wort zum Vortrag über „Die Auslanddeutschen im deutschen Wirtschaftsleben".

Handelsrichter Behrendt-Berlin zeichnete in großen Strichen ein Bild von der Entwicklung deutscher kaufmännischer Tätigkeit im Ausland, von ihren Uranfängen bis zu ihrer Blüte vor dem Kriege und gab einen durch ebenso gründliches theoretisch-wissenschaftliches Studium wie praktische Kenntnis ausgezeichnetes Bild über den hohen Stand des Wissens, Könnens und Erfolges des deutschen Kaufmannes im Auslande. Als zweiter Referent besprach Rechtsanwalt Dr. Hirschland-Berlin die Frage der Steuerpflicht der Auslanddeutschen und brachte klar und deutlich zum Ausdruck, daß die Auslanddeutschen dem bestehenden Rechtszustande nach recht wenig Erleichterung genössen, daß sie aber mit aller Entschiedenheit die Einführung eines Härteparagraphen in die Steuergesetze wünschen müßten, der es ermöglichen würde, ihre besonderen Verhältnisse zu berücksichtigen. Der letzte Referent, Abteilungsleiter Dr. Kastner-Stuttgart, legte ausführlich die juristischen Verhältnisse auf dem Gebiete der Zuzugserlaubnis für Auslandflüchtlinge dar, ähnlich wie sie in seinem Artikel in der letzten Nummer dieses Blattes bereits geschildert worden sind.

Dann begann nach einigen, Ziele und Zwecke des Deutschen Ausland Instituts, die Zusammenarbeit der einzelnen Abteilungen und Einrichtungen erläuternden Worten, die Generalsekretär Dr. Wertheimer vorausschickte, die Führung durch die Anlagen des Institutes, zu der sich eine außerordentlich große Zahl von Teilnehmern zusammenfanden. Namentlich die neu eröffneten Räume des Lesesaals, in dem die auslandkundlichen und auslanddeutschen Zeitungen und Zeitschriften vereint sind, um mit den Zeitungen fremder Länder ein Bild von der Kultur, Handel und politischen Entwicklung des Auslands und Auslanddeutschtums zu geben, fanden reges Interesse. Das soll auch dazu dienen, die Auslanddeutschen in enger

Digitized by Google

Zusammenhang mit der Entwicklung von Handel und Industrie in ihren früheren Arbeitsländern zu halten. Neu eröffnet und der Besichtigung zugänglich gemacht wurden auch die Ausstellungsräume des Instituts, in denen die kulturelle und wirtschaftliche Tätigkeit des Auslanddeutschtums dargestellt wird. Wenn auch diese Abteilung des Instituts infolge der notwendigen räumlichen Beschränkung in ihrer Entwicklung noch etwas beengt ist, so gibt doch die kleine, aber gut zusammengestellte und hübsch angeordnete Ausstellung ein deutliches Bild dessen, was das Institut in dieser Hinsicht leisten und aufbauen will. Die von Herrn Kustos Fischer vom Lindenmuseum in Stuttgart geordnete Ausstellung von Rohprodukten fremder, namentlich tropischer Länder, fand vor allem ungeteilte Aufmerksamkeit der Besucher. Sie wird ein wertvolles Hilfsmittel für den georgraphischen Unterricht und auch für die geographische Belehrung der Erwachsenen bilden, eine Quelle der Belehrung hauptsächlich auch für die Auswanderer, die hier an Rohprodukten, an Statistiken und Tabellen die Verhältnisse in fremden Ländern studieren können.

Etwa 150 Teilnehmer vereinten sich sodann zu einem einfachen aber alle Gäste voll befriedigenden Mittagsmahl im großen Saal des Kunstgebäudes, und am Nachmittag vereinte ein Spaziergang nach Degerloch die Teilnehmer der Bundestagung.

Am Abend fanden sie sich mit den Stuttgarter Gästen außerordentlich zahlreich zu einem Begrüßungsabend im großen Saal des Deutschen Ausland Instituts im Neuen Schloß zusammen. Kommerzienrat Wanner begrüßte die Gäste und gab das Ergebnis des Preisausschreibens über die Wahlfähigkeit der Auslanddeutschen bekannt. Herr Illg sprach im Namen des Württembergischen Landesverbands und brachte ein Hoch auf das Deutsche Ausland Institut aus. Sodann dankte Konsul Peter als Vorsitzender des Bundes für die Aufmerksamkeiten des Instituts, in dessen Zeichen die ganze Tagung stehe, und von dessen Arbeit und Tätigkeit man allgemein freudig überrascht sei. Er gab dem Wunsche Ausdruck, daß das Institut auch weiterhin den Bestrebungen des Bundes fördernd zur Seite stehen werde. Daran knüpfte er den besonderen Dank für die Veranstaltung des Abends und gab der Hoffnung Ausdruck, die Vertreter Württembergs bald in Berlin begrüßen zu können. Der elsässische Bauerndichter Hans Karl Abel, selbst ein Kriegsflüchtling, brachte eine ergreifende Symphonie von Dichtungen und Prosaworten deutscher Dichter zu Ehren des Straßburger Münsters, der schwäbische Dichter Hans Heinrich Ehrler las aus seinen tiefempfundenen Gedichten vor, namentlich solche, die von Heimat und Heimatsehnsucht sprachen. Kapellmeister Dr. Wassermann vom Landestheater erfreute die Zuhörer durch meisterhaftes Klavierspiel, und dann versetzten der erste Kapellmeister des Landestheaters, Fritz Busch, Kammersängerin May und die Kammersänger Swoboda und Soot vom Landestheater die Zuhörer durch unermüdliche Musikfreudigkeit, durch Sologesänge und Duette in helle Begeisterung. Der Abend dehnte sich über die Polizeistunde hinaus. Am Schluß ergriff noch Herr Bessels aus Frankfurt, der verdiente Förderer der Sache der Auslanddeutschen, das Wort und dankte unter allseitiger Zustimmung in beredten Worten Kommerzienrat Wanner und Generalsekretär Dr. Wertheimer für ihre Bemühungen um die wohlgelungene Tagung.

Die geschichtliche Entwicklung des Deutschtums in Rumänien.[1]

Von JOHANNES FRANZE, 1915—18 Oberlehrer an den Deutschen Schulanstalten in Bukarest,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Abteilung Landeskunde der Druck- und Büchereistelle beim Armee-Oberkommando Mackensen.

Das Auslanddeutschtum ist im allgemeinen — bis auf die Deutschbalten und die Siebenbürger Sachsen — eine Schöpfung der neueren Zeit. Die Glaubensgegensätze des 18. Jahrhunderts haben zur Auswanderung großer deutscher Volksteile nach dem südöstlichen Europa geführt, die politischen und wirtschaftlichen Nöte des 19. Jahrhunderts sind die Ursachen des Ausströmens von Millionen deutscher Stammesangehöriger nach den überseeischen Gebieten, besonders nach Amerika gewesen. Rumänien hat im Gegensatz hierzu die älteste Entwicklung des Auslanddeutschtums aufzuweisen.

Um die ersten Berührungen germanischer Stämme mit dem heutigen Rumänien festzustellen, müssen wir bis ins dritte Jahrhundert vor Christi Geburt zurückgehen. Damals setzten sich die Bastarner, ein außerordentlich kriegerischer und waffenkundiger Stamm aus der Weichselgegend, als erstes aus der Masse der Germanen sich lostrennendes Volk in der Nähe der Donaumündung fest, um hier neue Weideplätze für ihre Viehherden zu finden. Philipp V. von Mazedonien nahm sie als Bundesgenossen gegen Rom in Aussicht, aber erst sein Nachfolger Perseus rief sie 168 vor Christi Geburt wirklich zum Kampfe auf. Ungefähr hundert Jahre später nahm sie Mithridates in seinen Sold, sie schlugen die Römer bei Istriopolis in die Flucht; ihre gewaltige Körpergröße, ihre Todesverachtung und ihre glänzende Waffenkunst machten sie zu den gefährlichsten Feinden des römischen Weltreiches, bis sie schließlich von Marcus Licinius Crassus 28 oder 27 vor Christi Geburt in der Dobrudscha in der Nähe des Dorfes Adam-Clisi vernichtet wurden. Vielleicht stellen die Reliefs des großen Siegesdenkmals, das die Römer hier errichtet haben, diese oder andere Kämpfe zwischen Römern und Germanen dar. Der deutsche Archäologe Furtwängler will sogar auf den jetzt im Parcul Carol in Bukarest befindlichen Steintafeln des Monuments die ältesten bildlichen Darstellungen von Germanen erblicken, die es überhaupt gibt.[2]) Die Haarknoten der hier dargestellten Barbaren haben allerdings eine auffallende Ähnlichkeit mit der uns auch aus sonstigen Quellen bekannten Haartracht bestimmter germanischer Stämme.

In der späteren Zeit erhält nun das Land zwischen Donau und Karpathen seinen eigentlichen geschichtlichen Charakter als Durchzugsland der an der Völkerwanderung beteiligten Völker, besonders also germanischer Stammesteile. Schon am Ende des 3. Jahrhunderts ziehen die Westgoten durch die Dobrudscha und belagern Constanza. Im Verlauf des 4. Jahrhunderts haben große Teile dieses Volkes den Boden der alten dacischen Provinz Traians betreten; wahrscheinlich ist hier um die Mitte des 4. Jahrhunderts die Bibelübersetzung des Ulfilas entstanden. Ein höchst anschauliches Denkmal dieser frühzeitigen Berührung deutschen Volkstums mit dem Lande weist das Nationalmuseum in

[1]) Der Artikel ist im April dieses Jahres geschrieben. Da der Verfasser bei dem Rückzug der Armee Mackensen fast sein gesamtes wissenschaftliches Material in Rumänien zurücklassen mußte, kann die Veröffentlichung nur unter ausdrücklichem Vorbehalt geschehen und nur als vorläufige kurze Zusammenfassung betrachtet werden.

[2]) Eine Ansicht, die freilich nicht unwidersprochen geblieben ist. Cichorius bezieht die Darstellungen dieses „Tropaeum Traiani" auf eine im 4. Jahrhundert nach Christi Geburt erfolgte Wiederherstellung des von den Westgoten zerstörten Siegesdenkmals Traians unter Constantins Mitregent Licinius.

Digitized by Google

Bukarest auf; es ist der sogenannte „Schatz des Athanarich", eine große Schale und mehrere in typischer Völkerwanderungskunst ausgeführte kleinere Gefäße aus massivem Gold, wahrscheinlich eine Widmungsgabe der Römer an die Westgoten. Der Schatz wurde von rumänischen Bauern bei Pietroasa gefunden. Seinem Charakter nach weist dieses wertvollste Stück des Bukarester Museums ebenfalls in das 4. nachchristliche Jahrhundert.

Lange Jahrhunderte vergehen nach der Völkerwanderung, bis wieder deutsche Stammesangehörige den Boden des Landes betreten. Abgesehen von einigen Missionaren und Kreuzfahrern bleibt jede Berührung des Nordens mit der unterdessen aus den Resten der Dacier, aus römischen, wahrscheinlich nicht italischen, Kolonisten und Slawen erstehenden Nation der Rumänen unterbrochen.[3])

Erst seit der Mitte des 12. Jahrhunderts beginnt der zweite, umso wichtigere Abschnitt in der Entwickelung des Deutschtums in Rumänien. Er wird eingeleitet durch den großartigen Einmarsch der Siebenbürger Sachsen, also fränkischer Kolonisten, vom Mittelrhein in der Moselgegend nach Südungarn, die zwischen 1141 und 1162 vom ungarischen König Geysa II. herbeigerufen wurden zur Kolonisation dieser offenkundig nur ganz schwach von Slawen und Rumänen besiedelten Gebiete. Sie strömten in der späteren Zeit auch in die Südostecke des Landes, in die „Aera Borcia", in das Burzenland. Zum Schutze der neuerworbenen Landstrecken und wohl auch zur Sicherung des durch den Adel schwer bedrängten Königtums rief der Nachfolger Geysas, Andreas II., im Jahre 1211 den deutschen Ritterorden herbei, der sofort mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet und mit dem Burzenlande als Lehen begabt wurde. Schon sehr früh scheint der Orden zur Erkenntnis gekommen zu sein, daß das neuerworbene Besitztum nur dann wirkungsvoll behauptet werden könnte, wenn er auch das Land „jenseits der Schneeberge" erobere und die dort wohnenden Kumanen dem Christentum zuführe. Aber sie gingen damit weit über die ihnen bewilligten Freiheiten hinaus, sie bauten steinerne Burgen statt der vereinbarten hölzernen, schlugen die Kumanen entscheidend und errichteten jenseits des Gebirges (der Karpathen) eine sehr starke Festung, das „castrum munitissimum" der Urkunden.

Der König nahm den Rittern diese Eigenmächtigkeiten sehr übel. Er widerrief die Schenkung und wollte sie aus dem Lande jagen, da sie ihm zu gefährlich wurden, aber unter dem Druck beunruhigender Gerüchte über das Nahen großer Tartarenscharen gab er nach. 1821 bestätigte er dem Ordensmagister Hermann nicht nur den alten Vertrag, sondern überwies ihm sogar noch alles Land bis zur Grenze der Brodniker (Sereth) und bis zur Donau ebenfalls als Lehen. Außerdem bekam der Orden die Erlaubnis zum Bau steinerner Burgen und Städte, freien Durchzug durch das Szeklergebiet, allerdings mit der Bedingung, daß keine schon auf ungarischem Boden angesiedelten „Gäste oder Untertanen" des Königs über die Pässe des Gebirges ihnen nachfolgen durften.

Damit hatte der Orden so gut wie volle Selbständigkeit bekommen. Aber er erstrebte mehr: er wollte die Unabhängigkeit seines Gebietes von Ungarn durchsetzen. Die militärischen Sicherungen, die im Bau zahlreicher Burgen, der Marienburg bei Kronstadt, der Cruceburg (Kreuzburg) bei Nyén (Haromszék) am Buzau-Paß u. a.[4]) bestanden, genügten ihm nicht, sondern er knüpfte 1222 Verhandlungen mit dem Papste Honorius III. an, der das Protektorat über diesen freien Besitz des Ordens übernehmen sollte und diese Bestrebungen auch sehr tatkräftig unterstützte. Er setzte einen eigenen Dekan für das Gebiet ein, stellte es 1224 unter den päpstlichen Schutz und begünstigte so die Entstehung eines kirchlich-ritterlichen Staates unter seiner Oberhoheit, vor allen Dingen deswegen, weil dadurch die heißersehnte Vereinigung mit der griechisch-orientalischen Kirche dem Ziel nähergebracht und, wie er glaubte, ein sicherer Zugang zum Heiligen Lande durch diese gleichsam neutrale Zone hergestellt werden konnte.

Andreas erkannte die große Gefahr, die dadurch für die ungarische Krone erwuchs und entschloß sich sofort zur Abwehr. Da die Ritter sich nicht an das Einwanderungsverbot ungarischer und sächsischer Kolonisten gehalten, sondern den Zustrom nach Kumanien stark begünstigt hatten, erklärte er ihnen 1225 den Krieg, belagerte und erstürmte das „castrum munitissimum"[5]) und vertrieb sie aus dem Lande. Der Orden verzichtete aber nicht ohne weiteres auf seine Tätigkeit, sondern verhandelte noch lange (bis 1280) über die Möglichkeit seiner Rückkehr, die aber an dem entschlossenen Widerstande des ungarischen Königs scheiterte. Der Orden siedelte bekanntlich hierauf vollständig nach Ost- und Westpreußen über, nur ein kleiner Teil seiner Mitglieder war in Rumänien tätig gewesen.

Die Frage nach der Lage dieses „castrum munitissimum" hat die Wissenschaft stark beschäftigt. Einige Forscher (Jorga, Kaindl)[6]) verlegen es in die Nähe von Câmpulung, andere nach Buzau (Rosetti), wieder andere wollen es in den gewaltigen Ruinen der sogenannten Cetatea Neamtului (Burg des Deutschen) in der Moldau, Bezirk Neamt, wiedererkennen. Besonders Emil Fischer sucht diese Theorie zu beweisen.[7]) Er meint, daß die zahlreichen deutschen Orts- und Flußnamen dieser Gegend (Neamt = der Deutsche) eine starke deutsche Besiedelung voraussetzen, die wiederum nur unter dem Schutze starker Befestigungen schon so früh hätte gedeihen können, daß außerdem hier der eigentliche Sitz der Kumanen war und deswegen auch hier die Burg am notwendigsten entstehen mußte, daß ferner im Bau der Festung, besonders in der auf hohen, noch heute stehenden Pfeilern herangeführten Zufahrtsstraße eine auffallende Ähnlichkeit mit der Marienburg bestehe. Aber dieses letzte Argument beweist noch nichts über das zeitliche Verhältnis beider Bauten. Die Cetatea Neamtului könnte ebensogut erst im 14. Jahrhundert während des großen Aufschwunges des Deutschtums in diesen Gegenden nach dem seit der Anwesenheit der Ritter besonders in Siebenbürgen sich immer mehr einbürgernden Vorbilde ihrer Burgen entstanden sein. Die in der Burg gefundenen Steinmetzzeichen weisen vielmehr nach Oberösterreich in der Donaugegend, aus der ihre Erbauer gekommen sein könnten, und die nur 14jährige Tätigkeit des Ordens in Rumänien, die zudem durch große Kriegszüge ausgefüllt war, wird wohl schwerlich die Zeit zum Ausbau eines so großartigen Festungswerkes gelassen haben. Immerhin könnte die spätere Burg auf den Resten einer von den Rittern gegründeten Befestigungsanlage errichtet worden sein. Für Câmpulung, das wahrscheinlich vom Orden erbaut und befestigt worden ist, und wo noch um 1300 eine Grabinschrift von einem „comes Laurentius de Campolongo" berichtet, sprechen auch einige, aber ebenfalls nicht absolut beweiskräftige Anzeichen.

Es kann also niemand mit Sicherheit angeben, wo die Hauptburg des Ordens gelegen hat, aber viel wichtiger als diese Frage ist das Schicksal der deutschen Kolonisation des

[3]) R. Honigberger, Zur Geschichte des Deutschtums in Rumänien, ein Beitrag zur Geschichte der Siebenbürger Sachsen, Kronstadt 1909.

[4]) Vielleicht geht auch die Burg bei Câmpulung unterhalb des Törzburger Passes, ebenso die Vlad-Tepesburg bei Curtea de Arges, sicher die Törzburg (Dietrichsburg) auf den Orden zurück.

[5]) Zimmermann-Werner, Urkundenbuch zur Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen.

[6]) Kaindl, Geschichte des Deutschtums in den Karpathenländern (Gotha, Perthes). Iorga, Geschichte des rumänischen Volkes im Rahmen seiner Staatsbildungen (Gotha, Perthes 1905).

[7]) Emil Fischer, Die Kulturarbeit des Deutschtums in Rumänien, Hermannstadt 1911.

Digitized by Google

neueroberten Gebietes. Man würde stark fehlgehen in der Annahme, daß mit der Vertreibung der Ritter auch die deutsche Einwanderung aufgehört hätte. Zwar fegte der Tartarensturm 1241 einen großen Teil der Kolonisten nach Ungarn zurück, aber die Christianisierung der Kumanen hatte große Fortschritte gemacht, ein deutscher Dominikaner, Theodorich, war schon 1227 zum Bischof für das Kumanenland mit dem Sitz in Milcov (an dem Moldau und Walachei trennenden Flusse gleichen Namens) ernannt worden, und 1247 waren die Folgen des Tartareneinfalles schon wieder soweit überwunden, daß Bela IV., König von Ungarn, den Johanniterorden unter seinem Meister Rembald herbeirief, ihm das Gebiet um Severin (Turnu-Severin) schenkte und das ganze Land von ihm verwalten ließ. Doch schon vor 1260 zogen die Johanniter wieder ab, ohne wesentliche deutsche Siedelungen gegründet zu haben.

Trotzdem beginnt in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts für die Walachei und mit der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts für die Moldau ein neuer, viel gewaltigerer Aufschwung des Deutschtums. Er hängt mit der Entstehung rumänischer Fürstentümer zusammen. Die Sage berichtet, daß um 1290 der Woiwode Radu Negru mit einer großen Anzahl sächsischer Handwerker von Fogarasch in Siebenbürgen nach Câmpulung am Südabhang der Karpathen gezogen sei. Soviel geht mit Sicherheit aus der Sage hervor, daß es nur mit Hilfe der starken Deutschbevölkerung dieses Gebietes möglich gewesen ist, eine dauernde Herrschaft über die Walachei zu errichten und daß der Hof nur in einer deutschen Stadt, gestützt auf sächsisches Handwerk und sächsische Kaufleute, bestehen konnte. Denn Câmpulung, wörtlich übersetzt aus dem deutschen „Langenouwe", war das einzige Kulturzentrum des im allgemeinen nur von rumänischen Hirten bewohnten Gebietes. Und wir hören, daß von hier aus auch noch andere Städte entstanden, die vornehmlich am Südrande der Karpathen liegen und deutsche Gründungen genannt werden müssen. Es sind dies Râmnic-Vâlcea, Târgoviste, Curtea de Arges, welch letztere beide nach Câmpulung die Residenz der walachischen Fürsten waren, die erst 1699 endgültig nach Bukarest übersiedelten. Ein paralleler Vorgang vollzieht sich 1343 in der Moldau: die Tartaren werden in einer entscheidenden Schlacht geschlagen; Dragos und seine Hilfsscharen (Sachsen, Rumänen, Szekler) bekamen vom Könige die Erlaubnis, sich dauernd im eroberten Lande niederzulassen und unter ihrem Führer ein eigenes Fürstentum mit der Residenz in der schon um 1200 nachweisbaren deutschen Stadt Molde (Baia) zu gründen. Auch hier entsteht eine Reihe deutscher Städte am Rande des Gebirges; wie Molde nach den sächsischen Töpfern genannt worden sein soll, so hieß das heutige Buzau urprünglich Bozamarkt, Jassy Jassmarkt usw.

Es ist bezeichnend, daß die Fürsten durchweg auf die kulturelle Tüchtigkeit der Deutschen angewiesen waren. Wir hören von jetzt ab immer wieder, daß deutsche Kaufleute, deutsche Handwerker, deutsche Baumeister und deutsche Goldschmiede von ihnen herangezogen wurden, daß auch das erloschene Bistum Milcov wieder begründet und von deutschen Dominikanermönchen nach Bacau verlegt wurde. Wir hören ferner, welch außerordentlich reger Handelsverkehr sich über die Pässe von Siebenbürgen nach Süden und Osten ergoß, wie dieser Handel durch den Roten Turmpaß einerseits (teilweise in Schiffen auf dem Alt und der Donau), andererseits über den Trotuspaß nach der Moldau betrieben wurde. In den Archiven von Kronstadt und Bistritz liegen heute noch ganze Berge von Dokumenten über diesen außerordentlich regen wirtschaftlichen Austausch, der sich nicht nur auf die Grenzgebiete Rumäniens, sondern über Lemberg und Krakau oder über Wien auch bis nach Deutschland selbst erstreckte, und bei dem Rumänien stets, wie auch noch heute, Vieh und Naturalien gegen die Erzeugnisse der Manufakturen und Handwerkskunst der fortgeschritteneren Länder des Nordens eintauschte.

Wir hören aus den Urkunden immer wieder, daß die Verfassung der einzelnen Städte durchaus nach deutschem Muster eingerichtet war. Das Magdeburger Stadtrecht drang auch in diese Gebiete ein, fast überall waren 12 gewählte Geschworene und ein wieder aus ihrer Mitte erwählter Schultheiß die Leiter der Gemeinden, wobei den Fürsten nur das Bestätigungsrecht zustand. Auch Grafen und Vögte werden häufig erwähnt. Neben der Verwaltung gab es auch eine selbständige Gemeindegerichtsbarkeit, die über Marktwesen, Maß und Gewicht wachte und alle Strafen verhängen konnte außer der den Fürsten vorbehaltenen Todesstrafe. Besonders in Câmpulung besaßen die deutschen Bürger Vorzugsrechte. Sie allein durften öffentliche Verkaufsläden in der Stadt halten. Auch aus den Urkunden anderer Städte gehen ähnliche Einrichtungen hervor. Sogar die deutschen Bezeichnungen Schultheiß (rumänisch Soltuz), Vogt (rum. voit), Burggraf (rum. pârkalab), Bürger (rum. pârgari), wurden später übernommen, ein Beweis, daß die deutschen Einrichtungen auch für die Zeit, als das Deutschtum längst romanisiert worden war, weiter bestehen blieb.[8])

Daß dabei auch Zünfte in den Städten nachweisbar sind, nimmt kein Wunder. Noch heute kann man im ältesten Viertel Bukarests den Nachhall dieser altehrwürdigen deutschen Einrichtungen finden. Denn hier sind in der Nähe der Strada Lipscani (Leipziger Straße), wo früher die deutschen Kaufleute der Leipziger Messe ihre Waren feilboten, eine Reihe enger Straßen nach den Namen der einzelnen Zünfte benannt, wie sie sich nach dem deutschen mittelalterlichen Vorbilde noch bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts hinein in allen rumänischen Städten unter den einheimischen Handwerkern erhalten hatten. Selbstverständlich besaßen die Deutschen auch ihre eigenen Kirchen und Klöster, so in Câmpulung, dessen „Cloaster" an eine wahrscheinlich noch auf den Ritterorden zurückgehende Gründung erinnert und in Râmnic-Vâlcea, dessen altes Franziskanerkloster an der Stelle der heutigen katholischen Kirche gestanden haben muß. Eine Unzahl von deutschen Namen sind uns auf den Grabsteinen der Friedhöfe erhalten, und auch deutsche Schulen waren vorhanden. Noch im 18. Jahrhundert finden wir an den rumänischen Fürstenhöfen sächsische Gold- und Silberschmiede, deren Spezialität besonders die Anfertigung byzantinischer Ampeln für die Kirchen war.[9])

Auch anschauliche Reste dieser großartigen kolonisatorischen Leistung des Deutschtums, die von der Forschung bisher nur wenig gewürdigt worden ist, sind erhalten. In der kleinen Kirche Sfântu Gheorghe Olari in Câmpulung ist ein spätgotisches Portal und ein ebensolches Fenster, wahrscheinlich aus dem 15. Jahrhundert stammend, in die Mauern des byzantinischen Baues eingefügt worden; vielleicht Reste des alten Klosters. Die sog. „Cetatuia" (deutsch: „kleine Burg") in Râmnic-Vâlcea, eine kleine byzantinische Kirche auf alten Gewölbeunterbauten, die auf einer Felskuppe liegt und von einer befestigten Mauer umgeben ist, dürfte ebenfalls auf sächsische Einflüsse zurückzuführen sein. Jedenfalls ist die Ähnlichkeit dieser Anlage mit der Kirche von Michelsberg bei Hermannstadt frappant. Besonders zahlreich sind aber sächsische Bauten in der Moldau erhalten, wo wir zumal an den Kirchen Stephans des Großen (zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts) den Einfluß der Gotik an den Strebepfeilern, an den Fenster- und Türeinfassungen deutlich nachweisen können. Auch die Burg von Jassy weist zahlreiche gotische Gewölbe, darunter den bekannten gotischen

[8]) Im ganzen sind etwa 1000 Lehnworte aus dem Deutschen in die rumänische Sprache eingedrungen.

[9]) Auch die ersten rumänischen Drucke, die in Kronstadt und Hermannstadt entstanden, wurden von Siebenbürger Sachsen angefertigt.

Digitized by Google

Saal auf. Wir kennen aus den Urkunden sogar die Namen der deutschen Meister, die nicht bloß aus Siebenbürgen, sondern auch aus Deutschland, aus Nürnberg z. B., herbeigerufen wurden. Eine gründliche Erforschung und Bereisung des Gebietes am Ostabhang der Karpathen würde hier sicherlich noch eine Unmenge von weiteren Einzelheiten und Aufschlüssen über Wechselbeziehungen zwischen deutscher (gotischer) und rumänischer (byzantinischer) Baukunst zutage fördern.

Zu welch interessanten Formen diese Wechselwirkungen geführt haben, beweist in der späteren Zeit die der Forschung bisher vollständig unbekannt gebliebene Übertragung des Systems der sächsischen Kirchenburgen auf den byzantinischen Zentralbau, wie ich es an dem Beispiele des Klosters Barnova bei Jassy nachweisen kann. Genau wie es bei den Siebenbürgischen Kirchen seit dem 16. Jahrhundert, der Zeit der Türkeneinfälle allgemein üblich wurde, auf das gotische Schiff noch ein weiteres, nur der Wehrhaftmachung dienendes Stockwerk aufzusetzen und Turm wie Chor durch Wehrgänge, Maschicoulis und Schießlöcher zu befestigen, so ist auch hier über der eigentlichen Kirche, vor allem im Turm mit seinen außerordentlich dicken Mauern, ein besonderes Befestigungssystem eingebaut, nur daß eben hier die Kirche kein gotisches Langschiff, sondern ein byzantinischer Rundbau mit angefügtem Pronaos ist, sodaß aus dieser heterogenen Stilmischung sich die originellsten Gewölbekonstruktionen ergeben. Gewiß könnte man hier auch an eine Beeinflussung von der byzantinischen Kunst her denken, der ja befestigte Kirchen ebenfalls bekannt sind. Aber die Anordnung der eigentlichen Festung über der Kirche und die gotischen Spitzbogenfenster lassen deutlich siebenbürgisch-sächsische Einflüsse erkennen. Auch hier würde eine weitere Erforschung der moldauischen Kirchen und Klöster sicher noch weitere interessante Ergebnisse ans Licht bringen.

Für die Entwicklung des Deutschtums in der späteren Zeit (16. Jahrh.) wird die Reformation entscheidend. Die „lutherische Ketzerei", die in Siebenbürgen von dem Kronstädter Lutherschüler Honterus seit 1547 allgemein eingeführt wurde, verbreitete sich auch unter den in den Randstädten ansässigen Sachsen; aber nur die Câmpulunger Bürger konnten der neuen Lehre auf längere Zeit treu bleiben, während in den anderen Städten der Walachei die katholische Kirche, besonders seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, sich durch alle nur denkbaren Mittel der Gegenreformation, die mit der Entnationalisierung Hand in Hand gingen, siegreich behauptete. Dennoch können wir für die 70er und 80er Jahre des 16. Jahrhunderts in einzelnen Städten ein ziemlich geregeltes evangelisches Gemeindeleben erkennen, so in Râmnic, Târgoviste und Câmpulung. Weit mehr aber war der Protestantismus maßgebend für die Moldau; hier stand besonders der Fürst Heraklides (Jacob Basilicus 1561 bis 1563) der evangelischen Weltanschauung und dem Humanismus so nahe, daß er den Dichter und Gelehrten Johann Sommer mit der Errichtung einer lateinischen Schule betraute und sich sogar bemühte, Melanchthons Schwiegersohn Caspar Peucer aus Wittenberg zu gewinnen. Die erbitterten Kämpfe dieses freigeistigen Fürsten mit den griechisch-orthodoxen Priestern und den aufsässigen Bojaren zeigen so recht die skrupellose Art, mit der auch die griechisch-katholische Kirche bei der Niederringung der Reformation und zugleich des Deutschtums arbeitete; andererseits aber ersieht man aus den blutigen Ereignissen, die sich damals abspielten, aufs deutlichste die Rolle, die das Deutschtum am Hofe spielte. Der Fürst hatte sich mit seinem deutschen Burgobersten Joachim Kluger aufs heldenmütigste in Suceava verteidigt, bis er sich ergeben mußte. Er wurde unter Wortbruch erschlagen und mit ihm die zahlreichen Deutschen, die treu zu ihm gehalten hatten. Sommer entwich als Hirte verkleidet nach Siebenbürgen.

Gegen Ende des 16. Jahrhunderts und Anfang des 17. Jahrhunderts finden wir das Deutschtum in ganz Rumänien im Verfall. Die Gründe dafür sind darin zu suchen, daß die Deutschen nicht geschlossen zur Reformation übertraten wie ihre siebenbürgischen Nachbarn und sich somit keine kraftvolle, einheitliche, nationale Organisation schaffen konnten. Die Gegenreformation der katholischen Kirche, aber auch die Entnationalisierungsbestrebungen, die von der griechisch-katholischen Kirche ausgingen, hatten bei dieser Zersplitterung verhältnismäßig leichtes Spiel. Dazu kam, daß die Deutschen nirgends geschlossen, sondern überall zerstreut in den Städten siedelten. Die stark aufsaugende Kraft des nationalen rumänischen Volkstums hatte im Laufe der Jahrhunderte große Teile der deutschen Einwanderer ihrer Nationalität entfremdet. Wenn man bedenkt, daß diese Zeit durch die fortwährenden Einfälle der Tartaren und durch die Türkenkriege eine der schlimmsten in Rumäniens Geschichte gewesen ist, so wird man es erklärlich finden, daß auch die Zahl der Deutschen schon gegen Ende des 16. Jahrhunderts außerordentlich zusammengeschrumpft ist. Aus den Berichten der das ganze Gebiet inspizierenden katholischen Geistlichen, besonders des Erzbischofs Bandini (1646), geht hervor, daß durch die rücksichtslose Verbannung und Vermögenseinziehung der Lutheraner und die darauf folgende Niedermetzelung oder Vertreibung der gewaltsam wieder zum Katholizismus zurückgeführten Deutschen durch die Tartaren in vielen Gegenden das Deutschtum völlig ausgestorben war. Die Kultureinrichtungen, die das Deutschtum in Verwaltung, Recht, Handwerk, Handel und Kunst den Rumänen gebracht hatte, dauerten freilich fort. Die tragische Rolle, die dem Auslanddeutschtum in der neueren Zeit so häufig durch völliges Aufgehen in fremde Volkskörper beschieden war, die Herabwürdigung zum Kulturdünger, ist ihm auch hier nicht erspart geblieben. Immerhin übertreffen die Leistungen des mittelalterlichen Deutschtums in Rumänien die der folgenden Periode an Tatkraft und großzügiger Organisation um ein Beträchtliches.

(Schluß folgt.)

Vom neuen Erbschaftssteuergesetz

Im neuen Gesetz über die Erbschaftssteuer vom 10. 9. 19. wird die Erbanfallsteuer auf 10 % beschränkt für einen „Erwerb, der solchen inländischen Stiftungen, Gesellschaften, Vereinen oder Anstalten anfällt, die ausschließlich gemeinnützige Zwecke verfolgen, sofern ihnen die Rechte juristischer Personen zustehen". Die gleiche Ermäßigung tritt ein für „Zuwendungen, die ausschließlich ... gemeinnützigen Zwecken innerhalb des Reichs oder deutschen Reichsangehörigen im Ausland gewidmet sind, sofern die Verwendung zu dem bestimmten Zweck gesichert und die Zuwendung nicht auf einzelne Familien oder bestimmte Personen beschränkt ist". Danach kann keinem Zweifel unterliegen, daß etwaige letztwillige Zuwendungen an das Deutsche Ausland Institut diese Ermäßigung genießen, die gegenüber anderweitigen Zuwendungen mit einer Wegsteuerung bis zu 90 % sehr erheblich ist. — Von der Erbanfallsteuer sind Zuwendungen vollkommen befreit, die „ausschließlich Zwecken des Reichs oder eines Landes dienen

Digitized by Google

oder an solche Gesellschaften, Anstalten oder Stiftungen gemacht sind, die ausschließlich Zwecke des Reichs oder eines Landes verfolgen". Was will das Deutsche Ausland Institut? Es will, wie die Propagandaschrift sagt, alle Kreise des Volks zu gemeinsamer Arbeit am Deutschtum und für das Deutschtum im Auslande zusammenfassen. Es ist keineswegs ein Ableger irgend einer Reichsbehörde, allein es verfolgt zweifellos „Zwecke des Reichs", denn niemand hat ein größeres Interesse an dem Gedeihen und der ersprießlichen Arbeit des Ausland Instituts als eben das Reich, dessen neue Verfassung der Satz einleitet: Das deutsche Volk sei einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, wozu eben auch die Zusammenarbeit am Deutschtum und für das Deutschtum im Auslande gehört. Mit Recht kann daher das Institut für alle letztwilligen Zuwendungen, welcher Art sie auch seien, Freiheit von der Erbanfallsteuer verlangen. Manchen mag es geben, dem es angenehm ist zu wissen, daß solche Zuwendungen restlos der gewollten Zweckbestimmung zufliessen.

Amtsrichter Dr. Gratwohl-Stuttgart.

Über die Deutschstämmigen in Taurien, ihre Bestrebungen und ihr Schicksal

Von Rechtsanwalt Dr. BERTHOLD, GROSSENHAIN bei Dresden.

Vor dem Kriege hatten nur wenige im Deutschen Reiche von dem Vorhandensein und den Daseinsbedingungen der gegen zwei Milionen Deutschstämmigen im ehemaligen russischen Reiche nähere Kenntnis. Während des Krieges ist in der deutschen Presse des öfteren von den Deutschen und den Verfolgungen, welche sie zu erdulden hatten, berichtet worden. Nach dem Friedensschluß von Brest-Litowsk und seit der militärischen Besetzung der Ukraine waren zahlreiche deutsche Soldaten in Gebiete gekommen, in denen Deutsche geschlossen sitzen.

Ein erheblicher Teil von diesen war überzeugt, daß sie nicht mehr in ihren alten Wohnsitzen verbleiben können, sondern daß sie diese aufgeben und neue unter dem Schutze des Deutschen Reiches suchen müßten. Um ihnen behilflich zu sein, war im Reichsamt des Innern eine Stelle für Rückwanderungsfragen geschaffen worden (s. darüber den Aufsatz von Dr. R. Peschke über Entstehung, Verlauf und Zukunft der deutschrussischen Rückwanderungsbewegung; in Nr. 3 Jahrg. II dieser Zeitschrift). Die taurischen Deutschen waren zwar ebenfalls der Ansicht, daß sie ohne starken deutschen Schutz verloren seien, doch hatten viele von ihnen die Hoffnung, daß Taurien und die Krim ein deutscher Schutzstaat werden, daß die übrigen Deutschen aus dem ehemaligen Zarenreiche dort zuwandern, daß die dort lebenden Russen nach und nach ausgekauft würden und daß so ein deutsches Gemeinwesen unter deutscher Oberhoheit erstehe. Diese Auffassung herrschte auf dem deutschen Kongreß zu Prischib an der Molotschna am 14. Mai 1918 vor, wo der frühere Staatssekretär des Reichskolonialamtes v. Lindequist — allerdings nicht im amtlichen Auftrag — zugegen war. In der gefaßten Entschließung wurde auch die Absicht ausgesprochen, nicht Ukrainer zu werden und keine Verpflichtungen für den ukrainischen Staat auf sich nehmen zu wollen.

Die politische Lage in Taurien war eine Weile zweifelhaft gewesen. Nach dem Zerfall des Russenreiches hatte sich Taurien zur Republik unter einer nicht näher bekannt gewordenen Regierung erklärt. Noch als die deutschen Truppen Ende April v. J. dort einrückten, bestand der Zustand. Erst im Mai entschied es sich, daß Taurien zur Ukraine gehören solle. Doch glaubten weite Kreise in Taurien, obgleich in den größeren Städten schon längere Zeit ukrainische Behörden vorhanden waren, nicht recht daran, sondern hofften noch, daß Taurien mit der Krim, wie früher ein russisches Gouvernement, so in Zukunft ein gemeinsames Staatswesen bilden werde, wo sie unter deutschem Schutze weiterleben könnten. In der deutschen Presse ist dieser Gedanke am schärfsten in einem Leitartikel in Nr. 176 der „Leipziger Neuesten Nachrichten" vom 27. Juni 1918 unter der bezeichnenden Überschrift „Umsiedeln oder Dortlassen" vertreten worden. Unter den deutschen Kolonisten fand er vielfach lebhaften Beifall. Und lange hat die „taurische" Frage, nämlich, ob Taurien reindeutsche Provinz oder ein deutscher Schutzstaat werden solle, die Gemüter bewegt. Zumal der Gedanke an den deutschen Schutzstaat fand auch bei gebildeten Russen im Hinblick auf die damals in Deutschland noch bestehende Ordnung Anklang.

Und in der Tat hatte er etwas Verlockendes an sich. Taurien war schon in Friedenszeiten die Kornkammer des Zarenreiches. Dank der Bemühungen verschiedener dort ansässiger Deutscher und dank des verhältnismäßig besonders guten Einvernehmens zwischen den deutschen Besatzungstruppen und der Einwohnerschaft war Taurien geraume Zeit das einzige Gouvernement der ganzen Ukraine, aus dem Getreide in nennenswertem Umfange an die Mittelmächte geliefert worden ist. Taurien ist ein beinahe rein agrarisches Gouvernement, auch die Deutschen sind fast durchweg Landwirte im Besitze größerer oder mittlerer Höfe — nach unseren deutschen Begriffen gemessen. Ihre Wirtschaft ist meist mustergültig. Die umwohnenden Russen stehen ihnen, so sehr sie sich auch mühen, weit nach. Gebaut wird hauptsächlich Weizen, die anderen landwirtschaftlichen Produkte treten daneben zurück. Die Betriebsweise ist die der Dreifelderwirtschaft, zweimal hintereinander Weizen, dann Schwarzbrache. An Vieh werden zumal Rinder gezüchtet, ferner Pferde, da in Anbetracht des fetten schweren Bodens und der großen Entfernungen viel Spannvieh gebraucht wird. Gedüngt wird wenig, künstlicher Dünger wird kaum verwendet. Die Deutschen sind meist wohlhabende Leute und führen ein behäbiges Leben. Der Konkurrenzkampf war ungleich leichter als bei uns; unter der kulturell tiefer stehenden Bevölkerung konnten sie sich auch als die wirtschaftlich Ueberlegenen leichter durchsetzen. Reine Proletarier waren selten, das Dienstpersonal besteht in der Regel aus Russen; die deutschen Handwerker besitzen entweder selbst etwas Land, oder haben etwas gepachtet.

Ein Gemeinsamkeitsgefühl bestand unter den Deutschen bis zum Kriegsausbruch nur in schwachem Maße. Das beruhte in der Hauptsache auf der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses unter ihnen. Im Halbstädter und Gnadenfelder Bezirke wohnen Mennoniten, die in der zweiten Hälfte des 18. oder im Anfange des 19. Jahrhunderts aus der Danziger Gegend eingewandert sind, im Prischiber und Eugenfelder Bezirke dagegen Lutheraner und in einigen

Digitized by Google

Kirchspielen Katholiken, meist pfälzischer und schwäbischer Abkunft. Noch heute kann man den deutschen Heimatbezirk in jedem Dorfe feststellen. Nur innerhalb des Kirchspieles herrschte ein Gemeinsinn, bei den Mennoniten innerhalb des Religionsverbandes. Die Andersgläubigen kannte man kaum, gesellschaftlicher Verkehr wurde wenig gepflegt. Die Beziehungen zu den Russen waren noch schwächer; dem Zarenreiche fühlte man sich fremd, obwohl alle das Russische wie ihre Muttersprache beherrschen. Als deutsche Stammesbrüder dagegen fühlten sie sich alle, seitdem nach der Kriegserklärung von der zaristischen Regierung gegen sie das sogenannte Liquidationsverfahren eingeleitet wurde und sie ihres in langen Jahren erworbenen Besitzes enthoben werden sollten. Die vielen Verfolgungen, denen sie ausgesetzt waren, stärkten das Zusammengehörigkeitsgefühl bedeutend. Als dann die anarchistischen Unruhen auch Taurien erschütterten und die Deutschen darunter stark zu leiden hatten, da sehnten sie die Stunde der Befreiung durch die deutschen Truppen herbei, welche sie dann lebhaft begrüßten und glänzend empfingen. Zum deutschen Heere, seinen Führern und den Staatsmännern bestand ein nahezu blindes Vertrauen. Und als schließlich im Gouvernement eine Anzahl deutscher Zeitungen erstand, fanden diese einen schon gut vorbereiteten Boden vor. (Vgl. darüber meinen Aufsatz über „Die deutsche Presse in Taurien" in Heft 5, Jahrg. II, der „Mitteilungen".)

Sorge bereitete die Unsicherheit der politischen Lage. Daß die deutschen Militärbehörden nicht gleich die Gründung eines deutschen Schutzstaates einleiteten, sondern in ihren Äußerungen recht vorsichtig waren und sogar für den Hetman eintraten, wollte vielen gar nicht gefallen. Darüber wurde im persönlichen Verkehr viel geklagt, auch in den deutschen Zeitungen in Taurien spiegelte sich das wieder. Stärkere Beunruhigung setzte ein durch die Bestimmungen des ukrainischen Gesetzes über die Untertanenschaft im ukrainischen Reiche. Dieses Gesetz, das der ukrainische Ministerrat mit Bestätigung des Hetmans im Juni 1918 erlassen hatte, sollte eine der wichtigsten staatsrechtlichen Stützen des neuen Gemeinwesens bilden. Hervorzuheben ist daraus die Bestimmung des § 2, daß die Bürger der Ukraine nicht zugleich Untertanen eines anderen Reiches sein konnten. Daraus folgte, daß das ukrainische Staatsbürgerrecht aufhörte, wenn ein Ukrainer in einen anderen Untertanenverband eintrat (§ 17). Der Bürger hatte alle politischen Rechte, zumal das aktive und passive Wahlrecht und die Möglichkeit, in den Staats- und Gemeindedienst zu treten. Als Hauptpflicht dagegen sollte ihm ohne Ansehen der Religion die Verteidigung des Reiches mit der Waffe obliegen (§ 5 Abs. 1). Wer zur Zeit der Ausgabe des Gesetzes in der Ukraine wohnte und russischer Untertan war, war nach § 4 von selbst ukrainischer Staatsbürger. Wer das jedoch vermeiden wollte, mußte seine Absicht im Laufe eines Monats — gerechnet von der Bekanntmachung des Gesetzes an seinem Wohnorte — dem zuständigen Starosten anmelden, um seine Eintragung in ein Verzeichnis der Ausländer bewirken zu lassen. Die in der Ukraine lebenden Russen, die aber nicht Ukrainer werden wollten, mußten sich bei ihrer Regierung einen sogenannten Nationalpaß ausstellen lassen; bis sie einen solchen bekamen, brauchten sie einen Aufenthaltsschein für die Ukraine, der ihnen von dem örtlichen Starosten auf die Dauer von höchstens 6 Monaten ausgestellt wurde.

Diese Vorschrift galt an sich auch für die deutschstämmigen ehemaligen Russen, die nicht beabsichtigten, sich in die ukrainische Untertanenschaft aufnehmen zu lassen. Da jedoch den in der Ukraine lebenden Deutschen nach dem Friedensvertrage von Brest-Litowsk innerhalb 10 Jahren die lastenfreie und unbeschränkte Rückwanderung nach dem Deutschen Reiche zugesichert worden war, sollte die Regelung der sie betreffenden besonderen staatsbürgerlichen Verhältnisse durch ein eigenes Gesetz erfolgen, da es in einem allgemeinen Gesetze nicht angezeigt erschien, zu sehr in Einzelheiten zu gehen.

Nach Zeitungsmeldungen bearbeitete das ukrainische Ministerium des Innern in Kiew die auf das Bürgerrecht der deutschen Kolonisten bezüglichen Fragen, und es war der deutschen Botschaft in Kiew gelungen, die Erklärungsfrist über Ablehnung der ukrainischen Untertanenschaft erst um sechs Wochen, und dann noch einmal um drei Wochen verlängern zu lassen. Gleichzeitig wurde den deutschen Kolonisten, die fest zur Rückwanderung nach Deutschland entschlossen waren, anheimgegeben, schon vom August an Gesuche um Aufnahme in den deutschen Untertanenverband den Generalkommandos zur Weitergabe einzureichen. Den Gesuchstellern wurde ausdrücklich bedeutet, daß sie selbstverständlich alle staatsbürgerlichen Pflichten in Deutschland zu übernehmen hätten, die Mennoniten insbesondere die Militärpflicht. Bisher hatten nämlich die knapp 100 000 deutschstämmigen Mennoniten in Rußland nicht mit der Waffe zu dienen brauchen, sondern fanden als Sanitäter, als Wald- und Straßenarbeiter usw. Verwendung. Während der anarchistischen Unruhen hatten sich aber die meisten mit Waffen versehen und von ihnen Gebrauch gemacht. Auf dem Kongreß der Mennonitengemeinden Südrußlands zu Lichtenau in Taurien Anfang Juli 1918 war von den Abgeordneten beschlossen worden, daß die jungen Leute mit der Waffe dienen sollten, während die älteren bitten sollten, zum Dienste mit der Waffe nicht herangezogen zu werden.

So war alles in bester Ordnung. Überall herrschte lebhafter Gedankenaustausch, Versammlungen fanden auf dem Lande statt, Abgesandte reisten nach Deutschland, um mit dem Auswärtigen Amt und der Obersten Heeresleitung Fühlung zu nehmen. Da kam im Juli der erste Rückschlag an der Westfront, dann der noch schlimmere im August. Die Stimmung sank dadurch in vielen Kreisen, und namentlich in den Reihen der Mennoniten war ein deutliches Abschwenken bemerkbar. Es zeigte sich auch immer mehr, daß von verschiedenen unverantwortlichen Stellen den Deutschen zu viel Hoffnungen gemacht worden waren, die niemals in Erfüllung hätten gehen können. Je weiter der Rückzug ging, um so gedrückter wurde die Stimmung, und in der Presse trat immer lauter die Meinung auf, daß die Beschlüsse in Prischib verfrüht gewesen seien, und daß das Zentralorgan in Odessa und seine deutsche Vertretung, Pfarrer Winkler, etwas zu eilig gehandelt hätten. Von vielen Seiten wurde die Einberufung eines neuen deutschen Kongresses verlangt; er sollte im November 1919 in Halbstadt stattfinden, nachdem eine Zeitlang auch Odessa als Tagungsort genannt worden war. In den Zeitungen tobte ein zum Teil ziemlich leidenschaftlicher Kampf um den Kongreß. Infolge des Zusammenbruchs im Oktober 1918 wurde er dann abgesagt.

Die Anmeldungen zwecks Erwerb der deutschen Reichsangehörigkeit waren ebenso wie freiwillige Meldungen zum deutschen Heeresdienste von seiten der Lutheraner und Katholiken immerhin reichlich eingegangen; es hatten auch eine ganze Anzahl ihr Anwesen verkauft und waren schon nach Deutschland abgewandert. Als dann den Rückwanderern zu viele Schwierigkeiten bürokratischer Natur gemacht wurden, meldeten sich viele, auch vermögende Leute, als Kartoffelarbeiter, weil diese leichter über die Grenze gelangten. Die Mennoniten hingegen verhielten sich zurückhaltender; sie hatten auch schon beizeiten versucht, sich mit den ukrainischen Herren zu stellen und sich auf ein Zusammenarbeiten mit diesen vorbereitet. In verschiedenen Mennonitenkongressen kam auch zum Ausdrucke, daß sie in erster Linie ihre religiösen Anschauungen und danach ihr Volkstum wahren wollten. Natürlich wurde auch die gegenteilige Meinung vertreten. Die Tätigkeit der deutschen Einbürgerungskommissionen war unter den Mennoniten nicht sehr erfolgreich. Mit dem Zusammenbruche mußte auch sie aufhören.

Digitized by Google

Der befohlene Rückzug der deutschen Truppen traf die Deutschen sehr schwer, die trübsten Ahnungen wurden laut, und überaus zahlreich waren die Bitten, mit nach Deutschland reisen zu dürfen. Nur wenige konnten mitgenommen werden. Die zurückgebliebenen Deutschen befinden sich in einer sehr schlimmen Lage, weil die Wut der russischen Anarchisten und Bolschewisten sich in erster Linie an ihnen austoben wird. Ihr Schicksal ist noch ganz ungewiß. Es ist zu hoffen; daß die von den deutschen Soldaten geleistete Kulturarbeit nicht umsonst sein wird, und daß nach Dämpfung der bolschewistischen Seuche sich das Geschick der Deutschen Tauriens wieder freundlicher gestalten werde. Sicher werden nicht wenige deutsche Soldaten, die unter ihnen gelebt haben, wieder zu ihnen hinunter gehen und ihre Reihen wieder stärken helfen.

Einzel- oder Genossenschaftssiedlung?

Eine Auswandererfrage.

Von M. GRISEBACH, WITZENHAUSEN, Pfarrer und Dozent an der deutschen Kolonialschule und Geschäftsführer des Evangelischen Hauptvereins für deutsche Ansiedler und Auswanderer.

(Schluß).

IV. Vorteile der Genossenschaftssiedelung.

Doch hören wir, welche mancherlei Vorteile der Genossenschaftssiedlung uns angepriesen werden. Der Vorbereitungsdienst kann besser und billiger organisiert werden, sodaß er dem Einzelnen nicht soviel kostet. Geschlossenen Gruppen läßt sich in der Unterweisung mehr und Besseres bieten. Die Erfahrungen der Gesamtheit werden dem Einzelnen besser dienstbar gemacht. Der Einzelne verfällt weniger leicht der Verführung und dem Schwindel auf der Reise. Schon bei der Ausfahrt wird durch einen landeskundigen Rat praktische Hilfeleistung, billigere Überfahrt durch Sonderabmachungen mit Schiffahrtsgesellschaften gewährt.

In der Genossenschaft entsteht kein Zeitverlust für den Auswanderer. Er kann gleich mit ganzer Familie übersiedeln und braucht nicht erst als Kundschafter allein vorauszufahren; die Papiere werden flotter beschafft; man erfährt sofort Hilfeleistungen bei der Landung, bei der Auswahl und Bewirtschaftung des Landes, überhaupt ist Schutz und Hilfe dem Anfänger im neuen Land zu gewähren möglich.

Weiter kommen natürlich alle die vielen Vorteile jedes Genossenschaftsunternehmens in Frage. Vertrauensmänner und Kommissionen können vorausgesandt werden, Empfangsorganisationen werden eingerichtet bis an den letzten Zielpunkt zur Eingewöhnung der neu Ankommenden. Das geeignetste Land kann von erprobten landeskundigen Personen ausgesucht werden, die Verpflegungsfrage läßt sich in der ersten Zeit leichter regeln, durch Bildung von Konsumvereinen wird der verteuernde Zwischenhandel vermieden, ein umfassender Warenkredit wird möglich. Deutsche Warenhäuser gewähren Vorschüsse auf die Frucht auf dem Halm, die Bezahlung kann gestundet werden. Besitzrechte und Urkunden werden von der Genossenschaft sorgfältiger und gründlicher geprüft. Die Erwerbung größerer Landkonzessionen ist leichter möglich. Die Einzelnen erhalten Gewinnanteile an Aus- und Einfuhrhandel, an Bankgeschäften und an der Spekulation. Die betreffenden Güter werden den Anlagen und Bedürfnissen der Einzelnen angepaßt, und es werden billigere Landpreise erzielt. Ein vorteilhafterer und praktischerer Einkauf von Saatgut ist möglich, von Vieh, Lebensmitteln, Geräten, Maschinen usw. Auch der Absatz kann leichter geregelt werden, die beste Verwertung der Erzeugnisse wird möglich, ebenso der Aufkauf ganzer Ernten auf einmal. Durch gemeinsame Einrichtungen, wie Mühlen, Konservenfabriken, Warenhäuser, Speicher, lassen sich höhere Preise erzielen. Einzelnen kommen die Erfahrungen der Gesamtheit zugute. Vereinte Intelligenz findet leichter den Weg durch Schwierigkeiten hindurch als die des Einzelnen, der nur auf seine eigene Beobachtung angewiesen ist. Der Starke schützt den Schwachen; ein einzelner Stock ist stets leichter zu zerbrechen als ein ganzes Bündel. Auch Leuten mit bescheidenen Mitteln wird es möglich gemacht, günstige Resultate zu erzielen. Beim Einrichten kann fachkundige Unterweisung statfinden, wodurch der Mangel an landwirtschaftlichen Erfahrungen ausgeglichen wird. Durch Einrichtung eines gemeinsamen Transportunternehmens wird der Warentransport verbilligt. Beim Versagen der Regierung ist die Möglichkeit eigenen Wegebaues gegeben. Die ganze Kolonie, der Stadtplatz, der Wege- und Bebauungsplan kann nach einheitlichem Plan stattfinden. Industrie und Häuserbau schreiten schneller vorwärts bei einer Genossenschaft. Spezialartikel können leichter beschafft werden. Die verschiedenen Berufe werden auf die Siedelungen verteilt, und mangelnde Fachkenntnisse können durch Heranziehung geeigneter Persönlichkeiten ausgeglichen werden. Die Lehrkontrakte stehen unter der Kontrolle der Gesamtheit. Die Möglichkeit des gegenseitigen Vertretens ist gegeben, ebenso eine größere Sicherheit des Geldverkehrs, ein geringeres Risiko des Einzelnen. Leichtere Verteidigung bei Überfällen wird möglich. Der Genossenschaft wird es leichter, von der Regierung Vorteile zu erlangen, die Gesetze zu beeinflussen oder die Selbstverwaltung zu erreichen.

Auch auf geistigem und kulturellem Gebiet sind die Vorteile des Genossenschafts-Siedlungsunternehmens nicht zu verkennen. Das gesellschaftliche Zusammenleben wird erleichtert. Die Einrichtung von Kirchen, Schulen, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Gebäuden wird leichter möglich sein, ebenso die Anstellung eines Lehrers und Geistlichen. Erst dadurch wird die Erhaltung des Deutschtums für die nächsten Generationen gewährleistet. Es kann bald eine Zeitung gedruckt werden. Die Siedler schließen sich in Vereinen zusammen und werden dadurch weniger leicht fremden Einflüssen zugänglich gemacht; dadurch wird zugleich das den Siedlern draußen besonders gefährliche Heimweh eher bekämpft, der Zusammenschluß erhält das Nationalbewußtsein und die deutsche Art.

Diese Vorteile können sich aber nur auswirken, wenn die Siedlungsgenossenschaft wirklich zusammenhält, und zwar nicht nur für die ersten Monate, sondern auf die Dauer. Solches Zusammenhalten — das kann nicht genug betont werden — ist durch die bloße Interessengemeinschaft und durch das gemeinsam eingezahlte Geld an sich nicht gewährleistet; das lehrt uns die Geschichte derartiger Unternehmungen. Dazu bedarf es bei Auswanderern und deutschen Siedlern stärkerer Bindemittel, als das Geld.

Bei der Aufzählung dieser Vorteile eines Genossenschafts-Siedlungsunternehmens bleibt leider oft unberücksichtigt, daß die heimatliche Genossenschaft nicht allein bestimmend siedeln kann, sondern daß sie mit einer weit stärkeren Genossenschaft stets zu rechnen hat, nämlich mit der betreffenden Landesregierung. Sodann ist zwischen Versprechung und Erfüllung gerade in neuen Siedlungsländern oft ein weiter Weg; und schließlich darf hier

Digitized by Google

nicht vergessen werden, daß tatsächlich die Völker, welche zurzeit die Macht in der Hand haben und welche auch deutschfreundliche Regierungen in ihren Bannkreis ziehen, auf unsere völlige Vernichtung hinstreben. Diese wird unter den Siedlern draußen leichter erzielt werden, als daheim im Vaterlande, und ihr Vernichtungskampf wird bei den jungen genossenschaftlichen Siedlungsunternehmen einsetzen.

V. Die Gefahren der Genossenschaftssiedelung.

Mit Recht betont Philippowich, daß derartige Genossenschafts-Siedlungsversuche außerhalb der Reichsgrenzen nur in Anlehnung an eine starke politische Macht durchführbar sind. Dies trifft um so mehr zu, je weiter die Entfernung von der Heimat ist. Was nicht erfolgreich durchgeführt werden kann, sollte nicht erst begonnen werden, da es uns politisch nur gewaltig schädigen kann. Schon in früheren Jahrzehnten haben derartige Siedelungsunternehmungen sehr selten zum Erfolg geführt, und da lag vieles doch noch weit günstiger als heute. Heute sind die Hemmnisse weit größer und das Siedlungsmaterial ist nicht mehr das alte. Das deutsche Volk hat einen beispiellosen Industrialisierungs- und Verstädterungsprozeß erlebt und ist dadurch anspruchsvoller und weniger leistungsfähig geworden. Dazu wird jedes Siedlungsunternehmen draußen stets abhängig bleiben von den politischen Verhältnissen der Heimat und des Einwanderungslandes. In Kriegs- und Revolutionszeiten kann sich unter Umständen der Einzelne leichter hindurchretten als eine geschlossene Masse. Die chauvinistischen Umtriebe der regierenden Kasten des Landes werden von einer Genossenschaft stärker empfunden werden, weil jede Geschlossenheit den Verdacht der politischen Vorpostenstellung verstärkt. Das Aufdrängen landeseingeborener Koloniedirektoren bleibt in der Regel nicht lange aus, demgegenüber stellen die Siedlermassen erfahrungsgemäß ungestümer ihre Forderungen. Der politische Gegensatz des Siedlungslandes gegen das Auswanderervolk wird dadurch leicht gesteigert; dies fällt um so mehr ins Gewicht, je weniger politische Macht beim deutschen Reich liegt und je stärker ein berechtigtes Überlegenheitsgefühl der deutschen Siedlergruppen vorhanden ist. In solchen Fällen werden die Rechte meist stärker betont als die Pflichten gegen die Landesregierung.

Jede Auswanderer- und Siedlungsgenossenschaft — das liegt im Wesen der Genossenschaft an sich — muß eine Werbetätigkeit entfalten; solches Werben kann in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs und starken Auswanderungsfiebers geradezu verhängnisvoll werden. Ein Hinausziehen der Mitglieder, ohne daß die Vorbereitungen draußen Schritt halten können, ist die Folge. Einem Massenandrang sind derartige Organisationen in den seltensten Fällen gewachsen. Es beginnt das Stadium des künstlichen statt des natürlichen Wachsens der Siedelung. Künstlich gezogene Pflanzen halten aber dem Sturm in den seltensten Fällen stand; der Einzelne verläßt sich in der Genossenschaft zu sehr auf andere statt auf sich selbst; dadurch fühlt er sich nicht verpflichtet, alle seine guten Kräfte anzuspannen. Kein Auswanderer ist auch so schwer zu behandeln wie der Deutsche, dies zeigt sich in der Masse noch mehr als bei den Einzelnen. Selbstsucht, Uneinigkeit, Parteisucht treten stärker zu Tage. Jede Siedlungsgenossenschaft erfordert aber ein gegenseitiges Sich-Verstehen und eine Hilfsbereitschaft, wie sie dem Deutschen von Natur nicht gegeben sind, und wie sie bisher nur in stark religiösen Gemeinschaften sich ausgewirkt haben; zumal nach dieser Revolution und nach diesem Kriege neigt der Deutsche zu anspruchsvollem Auftreten.

Jede Geschäftsunkunde und Leichtgläubigkeit der Gesellschafter kann in der Genossenschaft unabsehbare Folgen für die Einzelnen haben. Die Genossenschaft an sich schützt ja noch nicht vor deutscher Michelhaftigkeit, welche gar zu leicht auch heute noch gefährlichen Spekulanten in die Hände fällt. Der Erfolg des ganzen Unternehmens ist stets zu sehr abhängig von der Solidität und Vertrauenswürdigkeit der leitenden Persönlichkeiten.

Eine weitere Gefahr ist, daß das geschäftliche Interesse die Objektivität gefährdet. Man beachte, daß bisher alle derartigen Unternehmungen, wenn sie nicht ganz zusammengebrochen sind, finanziell zum mindesten schlecht abgeschnitten haben. Die gewaltigen Kosten derartiger Unternehmen werden zu Anfang meist unterschätzt. Bei langsamem Vorankommen wird der gemeinsame Besitz Anlaß zu Zank und Streit der Siedler untereinander geben; ein Versagen der Geldmittel aus der Heimat bringt dann plötzlich Verschuldung und volle Abhängigkeit von der Landesregierung mit sich. Die Folge muß sein, ein Auseinanderlaufen der Siedler, um Arbeitsgelegenheit und Erwerb zu suchen.

Man wird mir sagen, ich zeichne zu schwarz; und doch wird jeder, der Erfahrungen im deutschen Genossenschaftswesen sammelte, diese Bedenken nur bestätigen können. Was schon von jeder Genossenschaft hier in der Heimat gilt, das gilt in gesteigertem Maße bei jedem Siedlungsunternehmen draußen. Die Frage ist im Augenblick zu ernst, als daß wir sie lediglich theoretisch beleuchten könnten, wir haben sie immer wieder hineinzustellen in die unerbittliche Wirklichkeit der rauhen Gegenwart; und nur wenn wir das fertig bringen, werden wir eine Lösung dieser Frage finden, die uns frühere Fehler vermeiden läßt und die gewaltsame Opfer an deutschem Gut und Blut verhütet.

VI. Die Lösung des Problems.

Zusammenfassend wird sie lauten müssen: Einzelsiedelung in Anlehnung an bestehende Genossenschaften.

Die erste Forderung bei Lösung dieser ganzen Frage muß lauten: Ausgestaltung des Vorhandenen, nicht dauernd Neugründungen. Das gilt für daheim wie draußen.

Der durch den Weltkrieg hindurchgegangene deutsche Siedler, der fünf Jahre hindurch der Führung der stärksten Genossenschaft der Welt sich erfreut und ihr vertraut hat, wird heute der Anlehnung an eine Genossenschaft nicht entraten können; das bringt die Kriegspsychose mit sich. So sehr auch hier und da Einzeltüchtigkeit zur Geltung kam — sie konnte nur vollführt werden im Rahmen des einheitlich zusammengeschlossenen großen Ganzen unter starker Führung.

Solche Genossenschaften verschiedenster Art sind in großer Zahl vorhanden, und zwar sind es nicht nur Geld-Interessengemeinschaften, sondern Gesellschaften mit idealen Zielen mannigfaltigster Art. Solche erprobte Siedlungsgenossenschaften sind z. B. eine Hanseatische Kolonialisierungsgesellschaft in Santa Katharina, das Kolonialunternehmen eines Dr. Herrmann Meyer in Neu-Württemberg Rio Grande do sul. Ein besonders starkes derartiges Genossenschafts-Siedlungsunternehmen sind die fest zusammengeschlossenen Siebenbürgersachsen-Gemeinden, welche in mustergültiger Weise auch weitere Siedlungen organisiert haben. Solche Siedlungsgenossenschaften sind letzten Endes aber auch die zahlreich vorhandenen nationalen und kirchlichen Vereine und Verbände, wie der Evangelische Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer und der Katholische Raphaelsverein mit ihren zahlreichen Aus- und Einwanderermissionen, Heimen und Vertrauensstellen. Eine solche starke deutsche Siedlungsgenossenschaft bildet gewissermaßen auch das neu begründete Reichswanderungsamt, bilden all die gemeinschaftlichen Fürsorgevereine, Berufsgenossenschaften, wie eine evangelische Gesellschaft für die protestantischen Deutschen

Digitized by Google

in Amerika, wie eine Frauenhilfe fürs Ausland, u. a. m. Eine besonders wichtige derartige Genossenschaft ist die Deutsche Kolonialschule in Witzenhausen, die in diesen Tagen zur landwirtschaftlichen Hochschule für Inlands- und Auslandssiedlung geworden ist. Sie bereitet vielleicht am stärksten die Genossenschafts- und Einzelsiedelung vor, indem sie die nötigen Vorkenntnisse den Einzelnen mitgibt und zugleich ein festeres inneres Band für die Einzelnen draußen wird. Die Erfahrung derartiger Verbände wird niemals aufzuwiegen sein mit Geld oder Ehrgeiz von Neulingen. Alles Geld der neuen Gesellschaften ist verloren, wenn dieser Rat nicht beachtet wird. Wo aber dennoch ein Geschäft erhofft wird von neuem Siedlungsunternehmen, da kann dies nur erzielt werden auf Kosten, um nicht zu sagen über die Leichen der Mitglieder der Genossenschaft, welche nun selbst ans Siedeln gehen sollen.

Eine weitere Forderung muß sein: Ein engeres Zusammenarbeiten aller vorhandenen deutschen Organisationen, daheim untereinander, draußen untereinander, daheim mit draußen auch bei verschiedenartigsten Zielen.

Sechs große Gruppen, welche in der Auswanderungs- und Siedlungsfrage interessiert sind, lassen sich unterscheiden:

1. Die zahlreichen Auswandererverbände, deren Mitglieder auswandern wollen,

2. Die gemeinnützigen Vereine und Verbände, welche in idealem Sinne (national, religiös und wissenschaftlich) mit der Auswanderungsfrage sich befassen,

3. Die großen wirtschaftlichen Verbände, welche an der Auswandererfrage lebhaft interessiert sind,

4. Die Gewerkschaften und Berufsorgane, welche ihre eigene Auswanderungspolitik treiben,

5. Die gewerbsmäßig und geschäftlich an der Auswandererbeförderung interessierten Firmen und Verbände,

6. Die Deutschen aus dem Ausland, welche als Rückwanderer wieder ins Ausland streben werden.

Auch bei den verschiedenartigsten Zielen müssen diese Gruppen zusammengehen, sich ergänzend, warnend und helfend, wenn nicht das deutsche Volk in Millionen Atome zerstreut werden soll.

Je näher den Grenzen des Reichs, desto aussichtsvoller wird jedes deutsche Siedlungsunternehmen sein. Es wäre grundverkehrt, die durch die Friedensbedingungen vom Deutschen Reiche abgetrennten Gebiete von derartigen Unternehmungen völlig auszuschließen. „Gen Osten wollen wir reiten!“ war Parole des deutschen Volkes in Zeiten politischen Niedergangs von jeher. Dies Wort muß heute wieder zur Parole werden, zumal jede Überland-Auswanderung vorteilhafter und leichter möglich sein wird als Übersee-Auswanderung.

Es kann ferner nicht genügend betont werden, daß jede Genossenschaftssiedelung von vornherein gerichtet ist, wenn sie allein durch das Geld sich zusammengebunden sieht. Der „ungerechte Mammon“ hat noch stets wenig gemeinschaftsbildende Kraft entfalten können. Er wirkt weniger zentripetal als zentrifugal. Die Geschichte deutscher Siedler lehrt uns, daß nichts so sehr Menschen aneinander bindet zu gegenseitiger Förderung, als ideale Ziele, die Pflege religiöser Gemeinschaft, die Pflege des Wortes Gottes. Religiöse Ideale lassen sich bei Genossenschafts-Siedlungsunternehmungen nicht entbehren. Wo sie Hand in Hand gehen mit praktischem Geschäftsgeist, da wird ein genossenschaftliches Siedlungsunternehmen Erfolg zeitigen können, da wird auch Vaterlandsliebe und bewußte deutsche Art, Heimatsinn und Heimatsitte stets fester wurzeln. Schon die Zugehörigkeit zu einem Truppenteil im Kriege unter einem sozial gesinnten, energischen Führer kann ein stärkeres Bindemittel der Siedler untereinander sein als das Geld; darum gilt die Warnung allen Siedlern:

Vergeßt die idealen Ziele nicht!

Besinnen wir uns wieder auf die alten bewährten Ideale des deutschen Volkes. Deutsch sein heißt ein Christ sein. Die christlich-ideale Gesinnung allein hat uns bisher hindurch gerettet durch ähnliche tiefe Notzeiten wie die heutige; wird dieses Ideal preisgegeben von den Einzelnen wie von deutschen Gemeinschaften, dann ist dein Ende nahe, deutsches Volk. Soll an echtem deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen, so darf dies Ideal nicht vergessen werden.

Vor allem darf bei keinem Siedlungsunternehmen ein Bruch mit dem Vaterlande stattfinden; mag mancher heute auch im Groll von seiner Heimat scheiden; das Vaterland als Ganzes bleibt doch stets die stärkste Genossenschaft für jeden Einzel- oder Genossenschaftssiedler draußen. Hier ruhen nun einmal die Wurzeln aller deutschen Siedlerkraft. Dauernder Gegensatz gegen die Heimat bedeutet Zwitterwesen, inneren Tod. Die Parole: „Ubi bene, ibi patria“ hat noch keinen Deutschen draußen innerlich und äußerlich befriedigen können, als Einzelnen nicht, noch weniger als Glied einer Genossenschaft.

Darum bleibt hervorragendster Grundsatz schließlich: Glaube an die Zukunft Deines deutschen Volkes! Der deutschen Heimat Wohl und Wehe bleibt Wohl und Wehe jeder deutschen Siedlerarbeit draußen.

„Alles mag untergehen!
Deutschland, unser Heimatland,
Unser Vaterland,
Unser Mutterland,
Unser Kinderland,
Deutschland, unser Freudens- und Leidensland,
Unser Hoffnungs- und Zukunftsland,
Deutschland es muß bestehen,“

soll deutsche Siedlerarbeit nicht untergehen.

Auslanddeutschtum und Kino

Von W. J. OEHLER

Man mag über das Kino denken wie man will, für uns Auslanddeutsche ist es eine Gottesgabe. Nie haben wir es so sehr empfunden, wie seit dem Umsturz. Bücher und Zeitungen kamen nicht mehr über die Grenze, Briefe und Bilder schon gar nicht, und doch war vielleicht nie die Sehnsucht nach der Heimat und nach deutschem Geistesleben und deutscher Kultur größer als eben jetzt. Da half uns das Kino. Wohl war der deutsche Text ganz oder fast ganz verschwunden, aber die Bilder konnten sie nicht slawisieren, die waren in der deutschen Heimat aufgenommen, das war Berlin, das Hamburg, das München. O wie stolz waren wir, unsern Mitzuschauern in irgend einem vernachlässigten Slawenstädtchen es zeigen zu können: Seht, so sieht es in unserer Reichshauptstadt und in unserem Vaterland aus. So leben die Menschen bei uns, so kleiden sie sich, so sieht ein deutsches Heim aus und so ein deutscher Garten. Achtet auf die Reinlichkeit und Ordnung in den Straßen, achtet auf den Komfort in den Lokalen oder Eisenbahnen! Seht, wie jeder seine Pflicht tut, wie alles arbeitet! Ich glaube, nichts ist in so hohem Maße geeignet dem, sagen wir einmal ungebildeten, Ausland, zumal in der Provinz, eine Vorstellung zu geben von der kulturellen Höhe Deutschlands, wie eben das Kino.

Digitized by Google

Bloß möchten wir die Erzeuger der Films dringend bitten, verleugnet nicht die Herkunft des Films. Wir verstehen, wenn dem Geschäft zuliebe der deutsche Text entfällt, wiewohl an vielen Orten zweisprachiger Text sehr willkommen wäre. Aber daß der Film aus Deutschland kommt, sollte jedesmal stark unterstrichen werden, und vor allem sollte eine Strafe darauf gesetzt werden, wenn Operateure diese Partie des Films abschneiden und so dessen Herkunft verschleiern. Wir haben heute so selten Gelegenheit, stolz zu sein auf unser Vaterland, so soll man es uns wenigstens hier sein lassen. Aber allerdings ist auch die Kehrseite nicht zu übersehen. Wenn der deutsche Film so starken Einfluß besitzt, dann kommt auch alles darauf an, daß dieser Einfluß gut sei. Zeiget Deutschland von seinen besten Seiten! Schickt uns keinen Kitsch hinaus, nicht abgerollte, in Deutschland nicht mehr gängige Ware, verschonet uns mit Geschmacklosigkeiten und mit noch Schlimmerem! Vor und während des Krieges kam es häufig vor, daß sich in die deutsche Bürgerschule in Agram (Zagreb) Schüler meldeten zur Aufnahme, nur um Deutsch für den Kino zu lernen. Heute ist fast überall schon der slawische Wortlaut auf der Leinwand und damit die Werbekraft des Kino stark verringert. Aber noch immer ist sie groß genug, um Beachtung zu finden, und von berufener Seite würde man gut tun, einmal eine gewisse Kontrolle über die ins Ausland kommenden Films bezüglich Qualität und völkischem Wert auszuüben und dann mit gesetzlichen Bestimmungen dafür zu sorgen, daß jeder für Deutschland nach irgend einer Richtung reklamefähige Film unter allen Umständen über seine Heimat Auskunft gibt und Unterschlagungen auf diesem Gebiet mit entsprechend schweren Nachteilen für den Schuldigen verbunden werden.

Schließlich aber sollen die Fabrikanten und Verleger sich vor Augen halten, daß ihre Erzeugnisse für uns Auslanddeutsche ersehnte Grüße aus der Heimat und oft auch überhaupt aus der Kulturwelt sind, und sollen dafür Sorge tragen, daß wir uns dieser Grüße freuen und darauf stolz sein können.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutschösterreich

Dr. A. Wotawa veröffentlicht eine Denkschrift über die „Aufgaben eines deutschösterreichischen Instituts für das Auslanddeutschtum". Er teilt mit, daß durch Kabinettsratsbeschluß vom 25. Juli 1919 die Auflösung der seit 9 Monaten bestehenden „Abteilung für Minderheitsschutz" in der deutschösterreichischen Staatskanzlei beschlossen worden sei. Da aber die Hälfte der 12 Millionen Deutschen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie in Zukunft vom deutschen Volksstaate, wie von Deutschösterreich getrennt sei, könne sie keinesfalls ohne staatliche Pflegestätte bleiben. Eine Ausgestaltung der freien gesellschaftlichen Betätigung in Form der Schutz-, Hilfs-, Fürsorge- oder landsmannschaftlichen Vereinigungen, deren Zusammenfassung und parteilose Ausgestaltung sei dringend zu wünschen, doch müsse daneben Deutschösterreich ein wirtschaftliches Institut schaffen, das die Pflege aller dieser Beziehungen zu übernehmen hätte. Wotawa schlägt vor, es „Institut für das Auslanddeutschtum" zu benennen, wenn es auch keinesfalls das gesamte Auslanddeutschtum, sondern in der Hauptsache nur das Deutschtum der Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie zu bearbeiten hätte. Das Institut soll drei Aufgaben haben: 1. Material zu sammeln, 2. Material literarisch zu verarbeiten, 3. Material durch Auskünfte, Berichte und Vorschläge praktisch zu verwerten. Bei der ersten Aufgabe soll das gesamte Deutschtum im ehemaligen deutschösterreichisch-ungarischen Staate ethnographisch, kulturell, wirtschaftlich und historisch erfaßt werden. In Archiv und Kartothek sollen die Zeitungen verarbeitet, politische und gesetzliche Maßnahmen der Regierung und die nationalen Forderungen der politischen Parteien sollen verwertet, Veröffentlichungen aus den Fremdstaaten sollen überprüft, Vertrauensmänner des Auslandes sollen aufgezeichnet werden, soweit sie Auskünfte erteilen und Berichte senden. Das Archiv soll auch sachliche Berichte von Vertrauensmännern bekommen und es soll ein Kataster aller Vereinigungen des In- und Auslandes, die mit dem Auslanddeutschtum zu tun haben, geführt werden. Eine Bücherei und Landkartensammlung soll daneben angelegt werden, damit soll die Anlage von Verzeichnissen der Auslandsliteratur, bzw. die Beschaffung bereits anderwärts angelegter Verzeichnisse, eine Lichtbildersammlung, ein Lesezimmer usw. verbunden werden.

Die zweite Forderung für das Institut wäre die der literarischen Verwertung des Materials, wobei jede Betonung und Erwähnung irredentistischer Ziele wegfallen sollte. Flugschriften, Bücher, eine Zeitschrift und eine Zeitungskorrespondenz sollen hier aufklärend für die gesamte Öffentlichkeit, namentlich aber für die Volks- und Schulbildungsanstalten wirken. Die Beziehungen der deutschen Wissenschaft zum Auslanddeutschtum sollen verdichtet werden durch Förderung von Forschungen, durch Ermöglichung besonderer Lehrstühle für Geschichte und Kultur des Auslanddeutschtums, durch Anregung zur Veranstaltung von Vorlesungen und volkstümlichen Universitätskursen. Hierfür soll ein wissenschaftlicher Beirat des Instituts geschaffen werden.

Die praktische Verwertung des Materials endlich soll durch eine Auskunfts- und Vermittlungsstelle geschaffen werden, in der Auslanddeutschen Rat und Auskunft erteilt würde, in der auch eine organische Verbindung mit einer Zentralstelle für die Wanderungsfrage geschaffen würde. Das Institut sollte Berichte an das Auswärtige Amt in Wien erstatten und auch mit den übrigen Behörden in enger Fühlung stehen. Mit ähnlichen Anstalten des Deutschen Reichs, insbesondere dem Deutschen Ausland Institut, sollte eine Abgrenzung, bzw. Teilung der Arbeitsgebiete verabredet werden. Deutschösterreich und Wien insbesondere würden ein solches Institut brauchen, um das südosteuropäische Deutschtum anzuziehen.

Im ganzen Programm Herrn Dr. von Wotawas ist kaum ein Punkt, der einen neuen Gedanken oder eine neue Anregung brächte. Alles, was Herr Dr. von Wotawa fördert, und wir dürfen wohl sagen noch viel mehr und in viel gründlicherer Durcharbeitung, ist in der Anlage des Deutschen Ausland Instituts bereits geschaffen, das dazu bestimmt ist, nicht etwa nur einen Teil des Auslanddeutschtums, sondern das gesamte Auslanddeutschtum zu erfassen und darzustellen. Wir glauben, der Vorschlag des Herrn Dr. von Wotawa würde, so dankenswert er an sich sein mag, wenn er durchgeführt würde, nur zu einer unheilvollen Zersplitterung der Ziele und Kräfte führen.

Dr. Beer und Professor Walheim vom Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn erschienen als Vertreter Deutsch-West-Ungarns beim Staatskanzler in Wien und fragten, welche Schwierigkeiten noch der im Friedensvertrag vorgesehenen Vereinigung des Burgenlandes mit Österreich entgegenstehen und welche Schritte die Regierung in dieser Hinsicht zu unternehmen gedenke. Staatskanzler Dr. Renner erwiderte, die Bevölkerung möge sich in Geduld fassen, der Anschluß des Burgenlandes an Österreich sei absolut sicher und es sei daran nicht mehr zu zweifeln.

Digitized by Google

Tirol

In Innsbruck hat sich ein „Andreas-Hofer-Bund für Tirol" gebildet, der sich mit einem Aufruf an die deutschen Volksgenossen wendet, in dem es heißt: „Soll Tirol, das in vielhundertjähriger deutscher Geschichte sich einen Ruhmesplatz erworben, dessen Name in den fernsten Ländern, wenn von Kampf um Freiheit gesprochen wurde, immer an erster Stelle stand, nun ruhmlos untergehen und ausgelöscht sein für alle Zukunft? Sollen die Täler der Etsch und des Eisack, die der Schauplatz und die Wiege deutscher Heldensagen und deutscher Minnesänger waren, unter welsches Joch gebeugt werden? Soll das Burggrafenamt, soll Passeier, die Heimat Andreas Hofers, des Mannes, der, als einst ganz Deutschland in Knechtschaft schmachtete, der Freiheit Fackel als erster schwang, von volks- und landfremden Bedrückern um seiner Väter Art und Sprache betrogen werden? Nein und tausendmal nein! Mit allen Mitteln soll das Land verwelscht werden, das kann kein schönes Wort verschleiern. Der deutsche Bauer und Besitzer soll aus dem Land gedrängt werden, und auf unserem Vätererbe soll der Welsche nun sich breit machen. Was deutscher Arbeitsfleiß und deutscher Geist geschaffen, soll mühelos der neuen Herren Eigen werden. Der Bund für Südtirol „Heimat", der in den Tagen der ersten Not entstand, hat sich zum „Andreas-Hofer-Bund für Tirol" ausgeweitet, der die ganze Welt umspannen soll, um jeden Freund der Gerechtigkeit und wahren Volksfreiheit zur Mitarbeit aufzurufen. Volksgenossen, gedenkt des zerrissenen, geknechteten Tirol! Gründet überall Bundesgruppen, spendet und werbet Spender für unsere große Sache! Spenden aus Deutschland bitten wir an unser Konto bei der Filiale der Deutschen Bank in München, solche aus Österreich an die Filiale der Tiroler Vereinsbank in Innsbruck zu leiten."

Wie der „Tiroler" meldet, hat der italienische Generalkommissär Credaro das Verbot der Einfuhr deutscher Zeitungen und Zeitschriften aufgehoben.

Tschecho-slowakische Republik

Im Deutschen Haus in Prag wurde eine Reichsgewerkschaft der deutschen Journalisten in der tschecho-slowakischen Republik gegründet. Die Versammlung war aus allen Teilen des Landes gut besucht, neben den fast vollzählig erschienenen deutschen Journalisten Prags hatten sich viele Vertreter der Provinzpresse aus Böhmen, Mähren und Schlesien eingefunden. Als Gäste waren der Chef des Presse-Departements im Ministerpräsidium, sowie Vertreter des Verbandes der tschechischen Presse und zwei Vertreter des technischen Personals erschienen. Der Vorsitzende, Redakteur Dr. Bacher, hieß die Gäste willkommen und begrüßte das Erscheinen der tschechischen Kollegen als den Beginn eines einträchtigen Zusammenarbeitens der deutschen und der tschechischen Journalisten in den Standesfragen. Ein tschechischer Schriftleiter betonte, daß die tschechischen Journalisten gern bereit seien, mit der Standesorganisation ihrer deutschen Kollegen in allen die Hebung des journalistischen Standes betreffenden Fragen Hand in Hand zu gehen. Das anzustrebende Ziel sei ein Zentralfachverband der journalistischen Standesorganisationen aller in der Tschecho-Slowakei vertretenen Nationalitäten. Der Sekretär der „Typographicka" wies auf die Solidarität der Interessen aller in den Zeitungsunternehmungen geistig und manuell Tätigen nin und begrüßte die Annäherung des Redaktions- und des technischen Personals als ein günstiges Vorzeichen für ein Zusammengehen in allen, die gemeinsamen Interessen berührenden Fragen in der Zukunft. Die Statuten der Reichsgewerkschaft wurden einstimmig angenommen und die Fassung eines Entwurfs für einen Kollektivvertrag der deutschen Journalisten im tschecho-slowakischen Staate festgesetzt. In den Vorstand wurden gewählt: Dr. Franz Bacher (Prag) als Präsident, Albert Weiß (Brünn) als Vizepräsident und Ernst Bohnert (Prag) zum zweiten Vizepräsidenten. Angenommen wurde ein Antrag Dr. Gustav Fuchs, der die Aufforderung an die Regierung enthält, zu den Beratungen über das neue Preßgesetz auch Vertreter der deutschen Presse als Fachleute zuzuziehen.

Daneben geht der Kampf gegen das Deutschtum weiter.

Auch für das Auge soll nun das Land tschechisiert werden: Man fängt an, die deutschen Aufschriften in rein deutschen Ortschaften zu überteeren, herunterzureißen oder zu vernichten; die Stempel zu vertschechisieren und tschechische Ortsbezeichnungen auf den Bahnhöfen anzubringen. So wurde neuerdings auf dem Bahnhof der seit Urbeginn rein deutschen Stadt Freudental auf Weisung der Staatsbahndirektion die Ortsbezeichnung Bruntal angebracht. Die Bevölkerung weist diese Herausforderung schärfstens zurück und betont, daß ihr auch die übermalten Schilder das Deutschtum nicht aus dem Herzen reißen können, daß sie aber nicht eher ruhen wolle, bis „Bruntal" verschwunden ist.

Galizien

Die Deutschen in Ostgalizien, welche während des Krieges schon so viel gelitten haben, sind durch die Eroberung dieses Landes durch die Polen wieder in eine schwierige Lage versetzt worden. Während die Ukrainer die Deutschen, obwohl sie in den Kämpfen zwischen den beiden Slawenvölkern des Landes die strikteste Neutralität beobachteten, wohlwollend behandelten, ihre Nationalorgane anerkannten und die Deutschen als gleichberechtigte Nation im Lande behandelten, nehmen die Polen eine andere Haltung ein. Sämtliche deutsche Staatsbeamte, welche während der Zeit der ukrainischen Herrschaft Dienste geleistet haben, sind von den Polen entlassen worden und müssen infolgedessen hungern und darben. Sie haben sich nie einer feindlichen Handlung schuldig gemacht und werden von den Polen jetzt ausgesperrt. Dieser Standpunkt ist um so unhaltbarer, als selbst zahlreiche Polen während der Zeit der ukrainischen Herrschaft in ihren Ämtern Dienst gemacht haben, was ihnen jetzt von polnischer Seite mit der Begründung verziehen wird, sie seien dazu gezwungen gewesen.

Jugoslawien

Trotz serbischer, rumänischer und französischer Verwaltung des Landes tritt bei den 500 000 Schwaben im Banat überall ein reger deutscher Geist zu Tage. Die Zeitungen dürfen ungehindert von der Zensur für deutsches Volkstum und Recht eintreten. Mit großer Entschiedenheit wird das Recht auf deutsche Schulen, deutsche Theater, deutsche Amtssprache und gleiches Recht mit der andern Bevölkerung vertreten. Sehr geschickt haben sich die Zeitungen weder für Serbien noch für Rumänien entschieden, dagegen nachdrücklich gefordert, auf ewig ungeteilt zu bleiben. Die Belgrader Regierung hat neuerdings einige deutsche Mittel- und Bürgerschulen zugestanden. Kurse zur Vervollkommnung in deutscher Sprache und Literatur werden von Gemeinden und vom Bischof von Temesvar mit Geldmitteln unterstützt. Der deutsch-schwäbische Klub in Temesvar beabsichtigt, ein „Deutsches Haus" zu errichten. Der deutsch-schwäbische Kulturverband richtet einen Aufruf an alle Stände zum gemeinsamen Schutz des Volkstums. In Temesvar wurde eine neue Zeitung unter dem Namen „Deutsche Wacht" gegründet, in Lugos wurde eine deutsch-schwäbische Bank errichtet. Überall treten deutsche Vereine hervor, von denen man früher nichts hörte. Die Kolonie Ujpecs feierte unter allgemeiner Teilnahme ihr 200jähriges Bestehen.

Digitized by Google

Frankreich

Zur Lage der Ausländer feindlicher Herkunft, die nach Konzentrationslagern gesandt worden sind, meldet „Petit Parisien": Es werden alle diejenigen nunmehr in Freiheit gesetzt, die vor dem Kriege gewisse Anzeichen von Sympathie für Frankreich kundgegeben und bereits ein Naturalisierungsgesuch gestellt haben, desgleichen die ausländischen Frauen, deren Kinder sich für Frankreich geschlagen haben. Alle diese Ausländer, Männer und Frauen, werden ermächtigt, an ihren französischen Wohnort zurückzukehren. Immerhin werden sie nichtsdestoweniger Gegenstand einer regen Ueberwachung bleiben. Die verdächtigen Ausländer werden ausgewiesen und nach ihrem Heimatlande abgeschoben, was bereits gegenüber den Österreichern durchgeführt und gegenüber den Bulgaren und Ottomanen in der Ausführung begriffen ist. Die Abreise der Deutschen wird am 19. Oktober ohne Unterbrechung beginnen. Die Konzentrationslager sollen am 3. November geräumt sein.

Vereinigte Staaten von Nordamerika

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in den Südamerikanischen Republiken tun sich nach dortigen Zeitungsmeldungen die Deutschen zu einem großen Liebeswerk für das Mutterland zusammen. Es sollen in der Hauptsache Lebensmittel geschickt werden, da die Deutschen drüben — vielleicht nicht mit Unrecht — der Meinung sind, daß die augenblicklichen Zustände in Deutschland zum größten Teil eine Folge des Hungers sind. Die deutschen Vereine fordern überall ihre Mitglieder auf, Lebensmittelpakete nach Deutschland zu schicken. In südamerikanischen Zeitungen z. B. liest man immer wieder die Aufforderung: „Deutsche, sendet Volksbundpakete an eure Angehörigen". In Nordamerika sollen bereits Hunderttausende von Postpaketen an Verwandte und Freunde in Deutschland abgegangen sein. Neuerdings meldet die Chicagoer Abendpost, daß die Deutsch-Amerikaner vor kurzem in St. Franzisko einen Hilfsverein gründeten, worin die Frauen eifrigst in der Herstellung von Kinderkleidchen arbeiten, um Tausenden armer Kinder Deutschlands eine Weihnachtsfreude zu machen. Es werden aber außer Kleidungsstücken für Erwachsene vor allem Nahrungsmittel, kondensierte Milch, Fett, Kaffee, Seife usw. gesammelt, um in großem Umfange nach Deutschland geschickt zu werden. Auch in Chicago wurden nach amerikanischen Meldungen von den Deutsch-Amerikanern 500 000 Dollars gesammelt, um für diese Beträge den Kindern nach Deutschland Büchsenmilch zu schicken. — Die „Köln. Ztg." schreibt dazu, daß sie der Meinung sei, der augenblicklichen Not in Deutschland werden die Spender noch mehr gerecht und stärken gleichzeitig die deutsche Währung, wenn sie zum Teil wenigstens an Stelle von Lebensmitteln Geld schickten. Für einen in Nordamerika Lebenden würden zum Beispiel 100 Dollars wenig bedeuten, dagegen stellen 2400 M (d. s. hundert Dollars der heutigen Währung) eine erhebliche Wirtschaftsbeihilfe dar. Für alle Sendungen käme freilich dieser Vorschlag nicht in Betracht. Büchsenmilch für Kinder und notwendige Kleidungsstücke können, so wie die Dinge liegen, in Deutschland heute nicht durch Geldsendung ersetzt werden.

Die großen deutschen Zeitungen bringen nun wieder die ersten Artikel ihrer Amerika-Korrespondenten, in denen sie die seelischen Kämpfe, die Verfolgungen, Unterdrückungen und das Mißtrauen schildern, alle die Leiden, denen die „Bindestrichamerikaner", die „nicht hundertprozentigen Bürger", soweit sie deutscher Abkunft, deutschen Namens oder deutscher Zunge waren, während des Krieges, ja noch nach Abschluß des Waffenstillstandes ausgesetzt waren.

Wenn jemals, lesen wir in der „Frankfurter Zeitung", die Geschichte des Deutsch-Amerikanertums, oder der „Amerikaner deutscher Geburt", wie sie während des Krieges genannt wurden, geschrieben wird, so müssen die vergangenen zwei Jahre als ihre größte Leidenszeit bezeichnet werden. Sie haben durchgemacht, was man nie für möglich gehalten hätte. Wahr ist es, physisch haben sie nicht so viel gelitten, wie ihre Lieben in der alten Heimat, wenngleich die ungeheuere Verteuerung aller Lebensnotwendigkeiten doch so manchem Haushalt ziemliche Einschränkungen auferlegt hat. Aber die Seelenqualen, die die Deutschamerikaner durchgemacht haben, hat wohl nirgendwo eine Parallele gefunden. Nachdem sie jahrelang vom Stammlande abgeschnitten waren, brach der Krieg zwischen der alten und der neuen Heimat herein. Da entstanden Konflikte, von denen man sich in Deutschland wohl schwerlich Rechenschaft geben kann. Mit dem Eintreten des Kriegszustandes wurde der bisher geachtete und von den Politikern so gepriesene „German Fellow Citizen" ein Gegenstand des Mißtrauens, in nicht seltenen Fällen des Hasses und der Verachtung. Alles, was einen deutschen Namen trug, war von vornherein in der Defensive. Unheilvoller als anderswo zeigte sich hier die Kriegspsychose, wie das ja bei dem nicht gar zu bedächtigen Naturell des amerikanischen Volkes zu erwarten war. In gewissen Teilen des Landes war alles Deutsche sozusagen vogelfrei. Die Lynchjustiz flammte auf, und wenn sie auch nur in weniger als einem halben Dutzend Fällen zu Volksmorden führte, so sind doch hunderte oder tausende von Fällen zu verzeichnen gewesen, da gewisse spezifisch amerikanische Volks-Strafmittel in Anwendung gebracht wurden, wie das Teeren und Federn und der Eselsritt (Riding on a rail). Manche deutsche Vereinigungen wurden weggefegt, die Theater mußten selbst in der deutschesten Stadt in Amerika, Milwaukee, schließen, und die Existenz des deutschen Zeitungswesens hing nur an einem Faden. In vielen Staaten haben die deutschen Blätter überhaupt das Erscheinen einstellen müssen. Die noch verbleibenden Zeitungen vegetierten nur, denn der Straßenverkauf war ganz eingestellt, niemand konnte sich mehr auf öffentlichen Verkehrsmitteln mit einem deutschen Blatt in der Hand blicken lassen, und die Anzeigekunden wurden durch die Jingopropaganda derart eingeschüchtert, daß sie, selbst wenn sie gerne Inserate gegeben hätten, lieber davon Abstand nahmen.

Noch bis gerade vor dem Waffenstillstand glaubte man in deutsch-amerikanischen Kreisen, ein Vergleichsfriede sei sicher. Ein um so härterer Schlag war daher der Waffenstillstand, und man wollte anfangs gar nicht glauben, daß Deutschland die ungeheuerlich schweren Bedingungen hatte annehmen müssen. Wir hier waren auf nichts derartiges gefaßt, und niemals wird man die Gefühle beschreiben können, welche das Deutsch-Amerikanertum bewegten, als die Waffenstillstandsbotschaft kam. Seit der Unterzeichnung des Friedens durch Deutschland hat unter den Ur-Amerikanern ein Gesinnungsumschwung begonnen. Das Haßgefühl gegen den Feind, das während des Krieges, mitunter etwas gemacht, demonstrativ zur Schau getragen wurde, tritt bereits immer sichtbarer zurück.

Der Kampf, der gleich zu Beginn des Krieges, schreibt dann weiter der Korrespondent der „Vossischen Zeitung", der von den Überpatrioten und den fanatischen Parteigängern der Entente gegen das hiesige Deutschtum begonnen wurde, richtete sich zunächst gegen die wichtigsten Faktoren des amerikanischen Deutschtums, nämlich gegen die deutsche Sprache und gegen das deutsche Vereinswesen. Die deutsche Sprache sollte nicht nur als Umgangssprache, sondern auch als Lehrgegenstand in den höheren Schulen unterdrückt werden. Die systematische Hetze hatte denn auch sehr bald den Erfolg, daß der deutsche Unterricht in den meisten Schulen fallen gelassen wurde, trotzdem Einsichtige gegen ein derartig kurzsichtiges und sinnloses Verfahren protestierten. Die

Digitized by Google

Verhetzung der Massen gedieh schließlich so weit, daß man sich auf der Straße nicht mehr der deutschen Sprache bedienen konnte, ohne sich der Gefahr auszusetzen, beschimpft und angegriffen zu werden. Man muß dabei bedenken, daß in New York allein etwa ¾ Million Deutsche und Österreicher wohnen, die zum großen Teil die englische Sprache nur sehr unvollkommen beherrschen. Vor allem aber richteten sich die Bemühungen der Hetzer darauf, alle deutschen Namen und alle Bezeichnungen, die irgend welche Beziehungen zu etwas Deutschem verrieten, aus dem öffentlichen Leben auszumerzen. Zunächst wurden die anstößigen Straßennamen geändert. Aus der Hamburg Avenue in Brooklyn wurde eine Wilson Avenue, aus der Bremen Street eine Liberty Street und so weiter. Weniger Glück hatten die Reformer mit den deutschen Städtenamen. Es gibt in den Vereinigten Staaten tatsächlich tausende von Städten und Dörfern, die deutsche Städtenamen tragen. Die meisten davon bilden Denkmäler deutscher Pionierarbeit. Als die Fanatiker nun die Forderung aufstellten, daß all diese Namen umgeändert werden sollten, da stießen sie denn doch auf erheblichen Widerstand. Die meisten der in Betracht kommenden Städte und Ortschaften weigerten sich ganz entschieden, eine solch radikale Änderung vorzunehmen, die für geraume Zeit Handel und Verkehr beschweren mußte, und so blieben denn die hunnischen Städtenamen als unauslöschliche Schmach weiter bestehen.

Die Bemühungen der Anglomanen zur Unterdrückung des deutschen Vereinswesens hatten schon mehr Erfolg. Zu diesem löblichen Zweck war zunächst die öffentliche Meinung durch eine gewissenlose Hetzpropaganda bearbeitet worden. So wurden die deutschen Vereine als Brutstätten des Verrats hingestellt. Ausführliche Berichte, denen zufolge die zahlreichen deutschen Schützenvereine nichts weiter seien als Reserveformationen der deutschen Armee zur gelegentlichen Verwendung gegen Kanada oder die Union, wurden von den größten Zeitungen abgedruckt und natürlich allgemein geglaubt. Jede Sympathiekundgebung zugunsten des alten Vaterlandes, die sich deutsche Vereine zur Zeit der amerikanischen Neutralität geleistet hatten, wurden aus alten Zeitungsberichten ausgegraben und hinterher als Hochverrat ausgelegt. Schließlich war die Hatz soweit gediehen, daß die Regierung eine Untersuchung der Tätigkeit des deutschen Nationalbundes, der die nationale Organisation aller deutschamerikanischen Vereine darstellte, anordnen konnte. Obwohl die Untersuchung nichts zutage förderte, was irgendwie als Illoyalität gedeutet werden konnte, wurde der Nationalbund aufgelöst. Offenbar glaubte man damit das Deutschtum am schwersten zu treffen und vor allem dem Vereinswesen mit einem Schlage ein Ende zu machen, in der Annahme, daß die Vereine ohne Nationalbund nicht weiterbestehen könnten. Das war nun allerdings ein Irrtum, denn da die Vereine vor allem den Brennpunkt des geselligen Lebens der Deutsch-Amerikaner bilden, so konnten sie auch sehr gut ohne höhere Organisation fortbestehen. Trotzdem mußten sich, besonders in kleineren Städten, wo die verhetzte Bevölkerung eine drohende Haltung einnahm, zahlreiche deutsche Vereine auflösen. Sogar in New York kam es vor, daß Soldaten und Matrosen unter der Führung von einigen hysterischen Weibern die deutschen Vereine zu stürmen versuchten; in der Regel sorgte aber dort die Polizei für Ordnung und Schutz. Der Deutsche Verein in New York, der die bekanntesten und wohlhabendsten Deutschen und Deutsch-Amerikaner zu seinen Mitgliedern zählte, löste sich gleich zu Beginn des Krieges auf. Manche Vereine ließen sich mit Erfolg „amerikanisieren", indem sie Deutsch als Umgangssprache abschafften und alle Reichsdeutschen von ihrer Mitgliederliste strichen. Auch in einem der größten Vereine, dem New Yorker Liederkranz, waren derartige Bestrebungen im Gange; als aber der Waffenstillstand unterzeichnet war, rafften sich die Anhänger der deutschen Sprache auf und drängten die Gegner aus den Vorstandssitzen und zum Teil aus dem Klub. Ähnliches kam in anderen Vereinen vor, und es zeigt sich, daß das Deutschtum in den Vereinigten Staaten, nachdem man es zwei Jahre mundtot gemacht hatte, sehr bald seine Sprache wiederfindet. Es scheint zum mindesten noch sehr lebenskräftig zu sein, wenn man das Vereinswesen als einen Gradmesser seiner Stärke betrachtet. In New York allein haben mehr als tausend Vereine die Ungunst der Zeit überstanden. Im großen und ganzen läßt sich wohl sagen, daß das amerikanische Deutschtum die schwere Prüfungszeit der Kriegsjahre überstanden hat, ohne seine nationale Wesensart und seine Stellung als Einheit im bunten Völkergemisch dieses Landes einzubüßen. Wahrscheinlich Zehntausende sind fahnenflüchtig geworden, bei der großen Mehrheit aber haben die Verfolgungen der letzten Jahre nur das stolze Bewußtsein der deutschen Stammeszugehörigkeit gestärkt, trotz, oder vielleicht auch gerade infolge des für die deutsche Rasse so unglücklichen Ausgang des Weltkrieges.

Das Deutsch-Amerikanertum hat durch den Krieg in wirtschaftlicher Hinsicht schwer gelitten, da doch ein gewisser Boykott gegen alles Deutsche bestand; dann hat die Unterdrückung des Handels mit geistigen Getränken eine große Menge von Existenzen vernichtet, denn Brauer und Wirte waren zum großen Teile deutscher Abkunft. Trotzdem stehen die Deutschen in Nordamerika im Begriff, ungehemmt von der Presse des Landes, eine große Sammlung für die Notleidenden in der alten Heimat zu organisieren, als ein sprechendes Zeichen des Heimgedenkens, das sie in der düstersten Zeit des Krieges nicht haben unterdrücken können oder wollen.

Auf der in Chicago abgehaltenen 63. Jahresversammlung des Deutschen römisch-katholischen Zentralvereins in den Vereinigten Staaten wurde ein Schreiben des Papstes Benedikt verlesen, in dem der Papst die treue Pflichterfüllung der deutschen Katholiken während des Kriegs würdigt und seinem Vertrauen Ausdruck gibt, daß die Katholiken auch in der jetzt beginnenden Zeit treu ihren Mann stellen werden. Weiter wird von dem Haß gesprochen, den der Krieg in der in zwei vollständig getrennte Lager geschiedenen Menschenrasse trotz des Friedens zurückgelassen habe. Die Katholiken müßten fortwährend ein Beispiel größter Nächstenliebe geben, da sie, durch die engsten Bande mit den beiden widerstreitenden Rassen verbunden, ganz besonders für eine Versöhnung geeignet seien. Zum Schlusse des Hirtenbriefs heißt es: „Wissend, unter welchen fürchterlichen Verhältnissen unsere Brüder in Deutschland jetzt leben, dringt der heilige Vater nachdrücklichst in Sie, jede Unterstützung materiell wie moralisch auf dem schnellsten und wirksamsten Wege zuteil werden zu lassen, ganz besonders aber die Handelsbeziehungen und alle jene Wohltaten, die gewöhnlich diese im Gefolge haben, frühzeitig wieder aufzunehmen. Der heilige Vater ist überzeugt, daß Sie dieser Aufforderung nicht nur zu gern Folge leisten werden, sondern, daß dies auch seitens aller Bewohner Ihres generösen Landes ohne irgend einen Unterschied geschieht. Denn es wird doch sicherlich im Gedächtnis behalten, welch große Dienste die Mitbürger deutscher Geburt und Abstammung ihrem Lande während dieses Krieges geleistet haben.

Brasilien

Über die protestantischen Deutschen in Südamerika, besonders die Gemeinden in Südbrasilien, berichtet „Der Deutsche Ansiedler". Der Bericht weist freilich infolge der noch mangelhaften Postverbindung ziemliche Lük-

Digitized by Google

ken auf. Er läßt aber erkennen, daß die deutschen Gemeinden im ganzen den Krieg gut überdauert haben. Eine ganze Reihe ihrer Angehörigen kämpfte auf den europäischen Schlachtfeldern, und mancher hat für Deutschland Blut und Leben gelassen. Die Opferwilligkeit, mit der die Deutschen in Brasilien ihre Gaben für die Kriegsnotstände in der Heimat dargereicht haben, verdient besonders hervorgehoben zu werden; arme Kolonisten haben ihre Kühe verkauft, andere ihren einzigen Schmuck, ihren goldenen Ehering dem Vaterlande dargebracht, andere ihren Monatslohn eingezahlt. Auch für die deutschen Kriegsanleihen ward nach Kräften gezeichnet. Das Verbot der deutschen Sprache in Presse, Schule und Gottesdienst scheint nicht sehr streng durchgeführt worden zu sein, wurde Januar 1919 auch wieder aufgehoben.

Einem neueren Briefe aus Porto Alegre ist zu entnehmen, daß die kirchliche Gemeindearbeit durch den Krieg fast gar nicht gestört worden ist. Etwa 3 Monate waren die Kirchen geschlossen, dann blieben ein Jahr die Kanzelpredigten verboten, doch durfte vom Altar aus geredet werden; seit dem Palmsonntag 1919 wurde die Kanzel wieder benutzt, ohne daß Einspruch erhoben wurde. Alle Amtshandlungen wurden in deutscher Sprache vollzogen, nur auf dem Friedhof sprach der Pfarrer portugiesisch. Den Gemeinden und Pfarrern gegenüber soll sich die brasilianische Regierung glänzend benommen haben. In dem Schreiben heißt es weiter: „Auch der Brasilianer achtete den Deutschen, der frei sein Deutschtum vertrat; aber die Angstrenegaten sind gewaltig verhöhnt und verspottet worden — mit Recht!"

Die Synode Rio Grande zählte 1915: 57 Pfarrbezirke, 195 Gemeinden, 56 Geistliche, 14 869 Mitglieder und 91 496 Seelen. Im Verlaufe des Krieges sind eine Anzahl Geistlicher und Lehrer durch Tod, hohes Alter, Krankheit und andere Ursachen ausgeschieden, so daß jetzt die Hinaussendung mehrerer tüchtiger Nachfolger notwendig wird. Mangel an Fahrgelegenheit und die ungeheuer gesteigerten Fahrpreise haben bis jetzt jedoch der Ausreise unübersteigbare Hindernisse in den Weg gelegt. Als 1917 die Verbindung mit drüben abriß, wurde der inzwischen in den Ruhestand getretene Probst D. Braunschweig bevollmächtigt, die in Rio Grande liegenden Reservefonds für Zwecke der Kirche und Schule zu verbrauchen. Schon vorher hatte die Riograndenser Synode 1916 beschlossen, daß in Zukunft jede Synodalgemeinde 500 Reis für jedes ihrer Mitglieder an die Synode zu zahlen hat, damit diese mehr Selbständigkeit und Unabhängigkeit von den Zuschüssen aus der Heimat erhält. Sie kann damit auch aus eigenen Mitteln ärmeren Gemeinden beim Bau von Kirchen, Schulen und Gemeindehäusern Beihilfen gewähren, Gehaltszuschüsse zahlen und den zerstreut im Urwald Wohnenden Reiseprediger schicken. Aus außerordentlichen Gaben sollte gleichzeitig ein Fonds von 200 000 Milreis geschaffen werden. — Im Lehrerseminar in Santa Cruz waren 1916 alle vorläufig verfügbaren 12 Plätze besetzt; die jungen Lehrer, die das Seminar verließen, haben sich überall gut bewährt. Die deutsche Synodalschule in Santa Cruz zählte 1916: 186 Schüler, die in 6 Klassen unterrichtet wurden; fünf Schüler der Selekta, die Kaufleute werden wollten, erhielten ein besonderes Handelsdiplom ausgestellt und bekamen gute Anstellungen. Diese Schule, ebenso wie das von 45 Schülerinnen besuchte Töchterinstitut „Evangelisches Stift" in Hamburgerberg, erfreut sich immer wachsender Anerkennung. — Auch der deutsche evangelische Lehrerverein für Rio Grande do Sul hat sich erfreulich entwickelt. Besonders wertvoll scheinen die pädagogischen Lehrkurse gewesen zu sein, die zuerst 1915 abgehalten wurden.

Die „Südamerikanische Rundschau" des Berichtes schließt endlich mit den folgenden Zeilen, die in Deutschland nicht weit genug verbreitet werden können: „Auf eine Tatsache von großer Bedeutung für unsere Gemeinden in Südbrasilien müssen wir hinweisen: Die Amerikaner haben in Rio de Janeiro eine deutsch-evangelische Fakultät errichtet. Mit Recht sagt der Gewährsmann, der es uns mitteilte: Es ist beschämend und gefährlich zugleich, wenn der Feind mit der Miene des Wohlwollens unsere Kulturarbeiten übernehmen will. Wie oft haben wir in Deutschland dringend um vermehrte Fürsorge für die großen, sich ständig entwickelnden deutsch-evangelischen Gemeinden in Brasilien gebeten, und wie wenig Verständnis und Mitarbeit haben wir gefunden! Nordamerika setzt am richtigen Ort ein, die Gemeinden an sich zu ziehen. Wir warnen: da ist eine Gefahr, der wir begegnen müssen."

Dem Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverband Hamburg geht von seiner Ortsgruppe Sao Paulo folgender Bericht zu: Die deutschen Kaufleute haben während des Krieges ihre Geschäfte weiterführen können. Nur den deutschen Banken war jede Tätigkeit untersagt. Vor einer Auswanderung der Handelsangestellten nach Brasilien muß augenblicklich gewarnt werden, da eine außerordentlich große Stellenlosigkeit herrscht. Der Deutschenhaß der Brasilianer hat erheblich nachgelassen, vermutlich weil Brasilien sich bei der Verteilung des Raubes benachteiligt fühlt.

Argentinien

Im Deutschen Club in Bueons Aires fand vor einiger Zeit ein Festessen zu Ehren des argentinischen Oberstleutnants Emilio Kinkelin statt, der, in Deutschland vom Ausbruch des Krieges überrascht, die deutschen Heere auf ihren Feldzügen in West und Ost, in Italien und auf dem Balkan begleitete und über das Erlebte für die „Nacion", eine der größten südamerikanischen Zeitungen, klassische Kriegsberichte schrieb. An dem Essen nahmen 190 Personen, in der überwiegenden Mehrzahl Offiziere des argentinischen Heeres und der argentinischen Flotte teil. In seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede führte Herr Kinkelin aus: „Deutschland ist besiegt worden. Ich verbeuge mich achtungsvoll vor seiner ruhmreichen Niederlage; denn Deutschland ist entkräftet auf seine Knie gesunken, bis zum letzten Augenblick hat es aber sein scharfes Schwert geschwungen, und seine Stirn ist wund geworden von der Last der zahllosen Lorbeerkränze..... Ich sage es frei und offen heraus und autorisiere jeden, diese meine ehrenwörtliche Erklärung zu verwerten, daß ich niemals Augenzeuge einer der berichteten Grausamkeiten gewesen bin und niemals eine direkte oder ernste Anklage gegen das Vorgehen euerer Truppen vernommen habe. Niemals, ich wiederhole es, habe ich von abgehackten Händen, Vergewaltigungen, Frauen- und Kindermorden, Brunnenvergiftungen u. a. m. gehört oder gesehen..... Der Krieg ist zu Ende. Die Morgenröte der Wahrheit beginnt am geistigen Horizont der Menschheit emporzudämmern. Deutschland, das verleumdete Deutschland, weil es stark und mächtig war, nimmt langsam wieder seinen Friedensweg auf. Bedeckt mit brennenden Wunden, die ihm die bewußte Verleumdung schlug, voll Trauer über die Beleidigungen, die ihm Unwissende und Mißgeleitete ins Antlitz schleuderten, richtet sich Deutschland doch trutzig empor, stolz auf die Kraft und das Wissen seiner Söhne, um den Platz zu erringen, nach dem es strebt: Droben, im Olymp des Wissens. Ihnen, den Mitgliedern der deutschen Kolonie, rufe ich zu: Seid guten Mutes! Stählt euere Arme, stützt mit eueren Schultern das Vaterland, schärft euere Intelligenz, strengt alle euere Kräfte an, um dem Vaterland den dornenvollen Weg, den ihm das Schicksal beschieden hat, zu ebnen!" Der Redner brachte ein kräftiges Hoch auf Deutschland aus, in das einzustimmen er seine anwesenden Kameraden vom argentinischen Heer und der Marine aufforderte. Im weiteren Verlauf des Abends sprach noch General Uriburu. Er begrüßte Oberstleutnant Kinkelin im Namen der Kameraden des argentini-

Digitized by Google

schen Heeres als Offizier, der in vier Jahren auf allen Fronten das deutsche Heer kennen zu lernen Gelegenheit gehabt habe, und hob sein richtiges, der Wahrheitsliebe entsprungenes Urteil hervor. Er selbst habe von Anfang an den Sieg der deutschen Waffen geglaubt und seine Meinung auch stets frei und offen ausgesprochen. Durch die Übermacht, durch den Hunger sei Deutschland besiegt worden. Das sei aber kein Grund zum Mutloswerden. Die Deutschen müßten die Köpfe hochhalten, der Zukunft und ihrem Sterne trauen. Ein Volk, das solche Heldentaten vollbracht habe, wie das deutsche, könne nicht unterliegen.

Die Lebensverhältnisse sind auch in Argentinien sehr teuer geworden. So verlangt z. B. die Zeitung „La Nacion" in einem Leitartikel, daß die Regierung gegen die Fleischteuerung einschreite. In ganz Argentinien sei die Einsetzung besonderer Kommissäre, die Fleischverkauf und Fleischpreise überwachen, dringend nötig.

KLEINE NACHRICHTEN

Giesen †. Missionsbischof Giesen ist Anfang August in Tsinanfu gestorben.

Die deutsche Vertretung in Italien. Der deutsche Generalkonsul v. Herff, der zum Geschäftsträger in Rom ausersehen ist, hat nach einer Nachricht der „Königsberger Hartungschen Zeitung" die Auswahl seiner Mitarbeiter getroffen. Diese sind Generaldirektor Bonnemann von der Hapag und Direktor Kapp, der Leiter einer großen Fabrik in Nord-Italien gewesen ist.

Mag. Alexander Eggers, der früher Lehrer an der St. Annenschule in Petersburg und später Direktor der Ritter- und Domschule in Reval war, wurde vor einigen Wochen zum Direktor des Lyceums in Greifswald ernannt.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Deutsche Schule in Tientsin. Die Schule hatte, wie wir dem Hamburger „Wochenbericht für die aus China ausgewiesenen Deutschen" entnehmen, diesen Sommer kurz vor Friedensschluß noch 54 Kinder und stand unter der Leitung von Alfred Siemssen mit Frau Jenssen, Nicolai, Fräulein Titzmann und Herrn Hunke als Hilfskräften. Täglich wurden unentgeltlich 2 Stunden Unterricht gegeben.

DEUTSCHE KUNST IM AUSLAND

Deutsches Theater in Riga.

Die letzte Vorstellung des deutschen Genossenschaftstheaters fand am 30. September im Wöhrmannschen Park statt. Während zuerst in Aussicht gestellt war, daß Deutsche und Russen sich in das zweite Stadttheater teilen sollen, scheint es jetzt, wie die „Baltischen Blätter" melden, als wenn auch dieses Zugeständnis zerfließen sollte und daß beide Theater den Letten überlassen würden.

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Von den Landesverbänden.

Barmen. Landesverband für das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Die ehemalige Vereinigung der Auslanddeutschen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat sich ebenfalls dem Bund der Auslanddeutschen angeschlossen und arbeitet nunmehr mit Zustimmung der Bundesleitung als Landesverband für das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Sie unterhält Ortsgruppen in Wesel, Essen, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund, Hagen, Remscheid, Elberfeld-Barmen und Lippstadt, die nunmehr als Ortsgruppen des Bundes der Auslanddeutschen tätig sind. Die Geschäftsstellen der Ortsgruppen sind:

Wesel: Nordglacis 65,
Gelsenkirchen: Wiedenbruchstraße 7,
Bochum: Feldstraße 26,
Dortmund: Hotel Löwenhof,
Hagen: Bahnhofstraße 19,
Remscheid: Rathaus,
Elberfeld-Barmen: Unterdörnerstraße 68,
Lippstadt: Clevischestraße 16.

Die Gründung einer Ortsgruppe Siegen steht vor dem Abschluß. Die Ortsgruppe Essen befindet sich noch im Entstehungsstadium. Nach ihrer Gründung am 2. 9. hat man von einem weiteren Ausbau seitens des Landesverbandes Abstand genommen, da sich inzwischen auch eine Vereinigung ehemaliger Zivilgefangener und Auslanddeutscher in Essen gebildet hatte. Die mit dieser Vereinigung gepflogenen Verhandlungen über einen Anschluß an den Bund der Auslanddeutschen waren jedoch erfolglos; daher wird die vom Landesverband ins Leben gerufene Ortsgruppe Essen des Bundes der Auslanddeutschen in den nächsten Tagen ihrer Vollendung entgegengeführt werden, zumal sich in Essen eine große Anzahl von Mitgliedern des Bundes befindet.

Am 5. Oktober hielt die Landesversammlung den ersten Vertretertag der Ortsgruppen in Barmen ab. Außer dem Vorstande waren 12 Vertreter aus den verschiedensten Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes erschienen. Zur Tagesordnung standen hauptsächlich Organisationsfragen, über welche durchweg ein Einverständnis erzielt wurde. Es wurde beschlossen, die nächste Vertreterversammlung in Düsseldorf abzuhalten. Die Geschäftsstelle des Landesverbandes befindet sich nach wie vor in Barmen, Unterdörnerstraße 68, jedoch sind die Mitglieder gebeten, irgendwelche Mitteilungen möglichst an die Ortsgruppe zu richten.

Von den Ortsgruppen.

Berlin. Die **Versammlung des B. d. A., Abteilung Ägypten** am 4. Oktober im „Weihenstephan" an der Potsdamer Brücke war sehr gut besucht. Der Arbeitsausschuß berichtete über die Entstehung der Vereinigung, über die aus eigenen Mitteln während des Krieges gewährten Unterstützungen, über die bald erwartete Rückkehr der noch in Ägypten und Malta zurückgehaltenen Gefangenen und vor allen Dingen über den Stand der Entschädigungsfrage, wobei besonders betont wurde, daß das Reich die Entschädigungen, welche für die liquidierten privaten Auslandswerte den früheren Besitzern zu zahlen sind, so regeln müßte, daß letztere sich dafür die entsprechenden Summen in der Auslandswährung wieder anschaffen können. Vor Schluß der Versammlung wurden noch einige Anfragen besprochen.

Heilbronn. Ortsgruppe des B. d. A. Am Sonntag, den 5. Oktober, berief der Vorstand durch Herrn Friedr. Münch eine Versammlung von Auslanddeutschen nach Künzelsau, um auch die dort ansässigen Auslanddeutschen dem Bunde zuzuführen. Der Erfolg war überraschend und beweist, wie notwendig es ist, daß die Ortsgruppen ihre Werbetätigkeit auch auf das Land ausdehnen. Nach einleitender ausführlicher Schilderung der Ziele des Bundes durch den Heilbronner Vorsitzenden, Herrn Kolb, wurden 60 neue Mitgliedskarten ausgegeben. Die Versammlung beschloß, sich der Heilbronner Ortsgruppe anzuschließen und wählte zur Führung der Geschäfte in Künzelsau Herrn Friedr. Münch, Niedernhall als Vorsitzenden, Herrn Albert

Digitized by Google

Wolfahrt, Ingelfingen als Stellvertreter und Herrn Philipp Wagner, Künzelsau als Schriftführer. Mit großer Befriedigung wurde die erste Nummer des Nachrichtenblattes des B. d. A. entgegengenommen. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit erfüllte am Schluß der schön verlaufenen Versammlung die Anwesenden.

Mannheim. Ortsgruppe des Bundes der Auslanddeutschen. Die halbmonatliche Versammlung am 1. Oktober war wieder außerordentlich gut besetzt. Der Bericht des Vorsitzenden über die beabsichtigte Bereitstellung einer Milliarde zur Vorentschädigung an die Auslanddeutschen wurde trotz der offensichtlichen Unzulänglichkeit mit Jubel aufgenommen, vor allem, weil Unbemittelte an erster Stelle bedacht werden sollen. Weiterhin wurde erwähnt, daß bis heute Mannheim, die größte badische Stadt, noch keine eigentliche amtliche Zweigstelle des Reichswanderungsamtes habe und daß zurzeit Verhandlungen mit der badischen Regierung gepflogen werden, ob eine solche nach Mannheim oder Karlsruhe kommen solle, wobei zu erwarten sei, daß Mannheim bevorzugt werde. Das Verhältnis der Auslanddeutschen zum Roten Kreuz wurde berührt durch eine Anfrage des belgischen Obmannes, der in bestimmter Hinsicht mehr Rücksichtnahme auf die Lage Einzelner vom Roten Kreuz verlangen zu müssen glaubte und vor allem forderte, daß ihnen in dem ursprünglich von ihrem Vorstand gegründeten Flüchtlingsheim auch nach Auszug der Flüchtlinge aus Elsaß-Lothringen ein gesichertes Hausrecht zugestanden werde. Der zweite Teil des Abends war mit einem Vortrag ausgefüllt, den Herr Rechtsanwalt Dr. Marck hielt über das Thema: „Der Staatsbankerott und seine wirtschaftlichen Folgen". Mit der Mahnung, den Gedanken an Staatsbankerott niederzuringen als unehrenhaft und unsozial, und mit dem Wunsche, daß unsere Regierung dafür sorgen möge, daß er vermieden werde, indem sie rechtzeitig mit der Entente Verhandlungen anknüpft, schloß der Vorsitzende die äußerst anregende Verhandlung. Die Zahl der Mitglieder hat sich auf 304 gehoben.

Singen-Hohentwiel. In der letzten Nummer brachten wir eine Notiz, die von einer Meinungsverschiedenheit zwischen Herrn Heitmann, Karlsruhe, und Herrn Redakteur Kellermann, Singen, anläßlich einer Versammlung in Singen entstanden ist. Hierzu teilt uns die „Deutsche Wacht" mit, daß Herr Kellermann als Journalist und Auslanddeutscher an dieser Versammlung teilgenommen habe, daß er aber nicht autorisiert gewesen sei, in seiner Eigenschaft als Syndikus der „Deutschen Wacht" dort gegen Herrn Heitmann Stellung zu nehmen. Die „Deutsche Wacht" nehme gegenüber dem Bund die denkbar freundlichste Haltung ein und bedauere, daß es zu Reibereien in einem Augenblick gekommen sei, in dem wir alle Kräfte vereinen müßten, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

Tuttlingen. Ortsgruppe des Bundes der Auslanddeutschen. Am Sonntag, den 5. Oktober, fand in Tuttlingen in der städtischen Festhalle ein großes Wohltätigkeitskonzert zugunsten der Auslanddeutschen und der Vertriebenen aus Elsaß-Lothringen statt, zu dem sich der Männerchor und der gemischte Chor des „Sängerbunds Tuttlingen" (rund 350 Mitwirkende), sowie die gesamte Stadtkapelle in hochherziger Weise zur Verfügung gestellt hatten. Die Turnhalle war, besonders von auswärtigen Besuchern, bis auf den letzten Platz besetzt. Gesangs- und Musikvorträge boten sehr genußreiche Stunden und fanden allseitigen rauschenden Beifall. Der Sängerbund bot vor allem reiche Gaben aus dem Schatze des deutschen Männergesangs unter der bewährten Leitung seines Dirigenten Reallehrers Jeutler. Auch die Leistungen der Stadtkapelle waren vorzüglich. Der zweite Vorsitzende der Ortsgruppe, Regierungspraktikant Hils, sprach drei kernige Prologe von Frau Manella Raulla für die Auslanddeutschen und von Friedrich Lienhard und Anne-Marie für die Vertriebenen aus Elsaß-Lothringen. Der 1. Vorsitzende, Herr Müller, dankte im Namen der Ortsgruppe allen Anwesenden für das zahlreiche Erscheinen, durch welches sie das große Interesse bewiesen hätten, das sie den Auslanddeutschen und den Vertriebenen entgegenbrächten; er schilderte in rührenden Worten das Elend der Vertriebenen und bat um weitere tatkräftige Unterstützung, da es doch wieder die Auslanddeutschen sein müssen, die am Wiederaufbau unseres so schwergeprüften deutschen Vaterlandes mithelfen müssen. Auch den beiden Vereinen dankte der Vorsitzende für die gütige Mitwirkung, die es ermöglichte, ein solch großes Konzert zu veranstalten. Man war allgemein hochbefriedigt von dem genußreichen Abend. Die Einnahmen betrugen über 1200 Mark, die zum Besten der Auslanddeutschen und der Vertriebenen aus Elsaß-Lothringen verwendet werden.

Breslau. Die „Vereinigung auslanddeutscher Studierender" an der Breslauer Universität hat am 5. Oktober die Gründungsversammlung abgehalten. Herr Kaiser, Sternstraße 26, II, hat die Führung der Geschäfte übernommen.

Von den Elsaß-Lothringern

In Elsaß-Lothringen finden zurzeit wieder Massenausweisungen statt. In Baden werden dieser Tage 10 000 Ausgewiesene erwartet.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Zur Reform des auswärtigen Dienstes.

Der Reichsrat befaßte sich in einer der letzten Sitzungen mit der Ergänzung zum Haushaltsentwurf für das Auswärtige Amt auf das Rechnungsjahr 1919. Neben der Erweiterung der Zentralbehörde besprach man die Neuorganisation des Außendienstes und kam zu folgenden Entschlüssen: Das Personal der Gesandtschaften und Konsulate soll künftig so bezahlt werden, daß es vom Gehalt allein leben kann, so daß nicht mehr bloß vermögende Leute sich dem Botschafter- oder dem Konsulatsdienst widmen können, sondern jeder Befähigte ohne Rücksicht auf seine Vermögensverhältnisse. Der Konsulatsdienst soll völlig gleichgestellt werden mit dem Gesandtschaftsdienst. Die Botschaftsräte sollen im Gehalt den Generalkonsuln gleichgestellt werden. Die ersten Legationssekretäre sollen den Titel Gesandtschaftsrat bekommen und den Konsuln im Gehalt gleichgestellt werden. Zunächst soll dies in einigen besonders wichtigen Auslandsstellen durch Gewährung persönlicher pensionsfähiger Zulagen erreicht werden. Bezüglich der Vizekonsuln sollen „fliegende Stellen", im ganzen 100, geschaffen werden, deren Verteilung je nach dem Bedürfnis erfolgt. Die Stellen der Vizekonsuln sollen überhaupt möglichst etatsmäßig gemacht werden. Auch eine Erhöhung der Ortszulagen von 20—40 Prozent ist mit Rücksicht auf die Teuerungsverhältnisse vorgesehen.

Anwälte für die einzelnen Auslandsgebiete.

Eine beachtenswerte Anregung gibt der Handelsvertragsverein in seiner handelspolitischen Korrespondenz. Er fordert, und ist bei dem deutschen Anwaltsverein dahin vorstellig geworden, daß bei der Fülle der gerade nach Friedensschluß auftretenden streitigen und nicht streitigen Rechtsfälle internationalrechtlicher Natur dem rechtsuchenden Publikum Gelegenheit geboten wird, die Hilfe von Rechtsanwälten in Anspruch zu nehmen, die für ein bestimmtes Land oder ein bestimmtes ausländisches Rechtsgebiet in besonderem Maße als sachkundig anzusprechen sind. Um die Adressen den Interessenten leicht zugänglich zu machen, empfiehlt der Handelsvertragsverein die Aufstellung von Ver-

Digitized by Google

zeichnissen solcher Spezialisten, von denen wenigstens in den hauptsächlichsten Handels- und Industrieplätzen des Reichs je ein Anwalt für die wichtigsten Auslandsgebiete sollte benannt werden können.

KIRCHLICHES

Versailler Friedensvertrag und deutsche Missionen.

Der Kirchentag in Dresden hat in einer öffentlichen Kundgebung Einspruch erhoben gegen die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags, durch welche die deutsche evangelische Mission ihres Eigentums beraubt und ihren Missionaren die Rückkehr auf die im Bereich der Entente liegenden Arbeitsfelder verwehrt wird. Die Verwahrungen gegen den Missionsparagraphen des Versailler Friedensvertrags seien insofern nicht aussichtslos, als die amtliche Protestnote Deutschlands bis jetzt noch nicht beantwortet und somit auch noch nicht abgelehnt worden sei. Die deutschen Christen seien gebeten, ihrer Mission auch fernerhin ungeschmälte Treue zu halten.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Für Chinadeutsche.

Der „Wochenbericht" des Herrn Heidorn schreibt: Es ist eine Möglichkeit gegeben, einen Dampfer zu chartern, der Ende Januar, Anfang Februar in Hamburg abfahren könnte. Die Passagekosten werden voraussichlich viel billiger sein, als die heutigen Preise für Einzelpassage. Der Dampfer soll 2 Klassen führen, Kabinen und Zwischendeck, das sorgfältig für die lange Reise hergerichtet wird. Auch Ladung wird übernommen werden können.

AUSWANDERUNG

Mexiko.

Die Presse-Information meldet nach einem Privat-Telegramm der „Südd. Zeitung" aus Mexiko: Über 30 000 Anfragen von Deutschen, die sich hier niederlassen wollen, liegen bisher vor. Der Vertreter der deutschen Regierung hat das Ersuchen an die mexikanische Regierung gerichtet, ihm die nötigen Auskünfte über die mexikanischen Arbeitsbedingungen zukommen zu lassen, die für die zu erwartenden Einwanderer von besonderer Wichtigkeit seien.

Wer ist in Paraguay als Einwanderer erwünscht?

Auf eine große Anzahl von Briefen deutscher Auswanderungslustiger gibt der Generalkonsul von Paraguay für die Schweiz nun öffentlich Auskunft darüber, wer seinem Berufe nach geeignet ist, in Paraguay vorwärts zu kommen. Es sind in erster Linie tüchtige Landwirte mit kleinerem Betriebskapital (etwa 3000 Schweizerfranken, das sind nach dem heutigen Stand der deutschen Währung etwa 15 000 Mark), in zweiter Linie eine beschränkte Anzahl fleißiger und geschickter Handwerker. „Ganz ungeeignet und unerwünscht sind mittellose deutsche Arbeiter, da diese seit der Revolution nicht nur in Paraguay, sondern in ganz Südamerika als arbeitsunlustig, demoralisiert, streiklustig und spartakistisch verseucht gelten. Der frühere gute Ruf des deutschen Auswanderers als eines fleißigen, ordnungsliebenden, willigen und pflichtgetreuen Arbeiters ist durch die ausführlichen Berichte der südamerikanischen Zeitungen über die nie endenden politischen Streiks, die unvernünftigen, das Wirtschaftsleben zerstörenden Lohnforderungen und die bolschewistischen Gewalttaten der Arbeiter in Deutschland so schwer geschädigt, daß diese zurzeit in allen südamerikanischen Staaten als „Indesirables" (Unerwünschte) abgelehnt werden."

Auswanderungsfürsorge für Techniker.

Auf Anregung des Reichsbundes deutscher Techniker wurde ein Zweigverband der technischen Körperschaften zum Schutz auswandernder Techniker gegründet. Die Vereinigung hat sich zum Ziel gesetzt, auswanderungslustigen Technikern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, insbesondere sie über die im Ausland herrschenden wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse aufzuklären. Es soll aber auch dafür Sorge getragen werden, daß der geistigen Verarmung, wie sie durch eine umfangreiche Abwanderung der technischen Intelligenz und der gelernten tüchtigen Handarbeiter leicht möglich wäre, entgegengewirkt werde. Die vorläufige Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich in Charlottenburg, Fasanenstr. 12, 2.

Die ersten österreichischen Auswanderer nach Brasilien.

Am Abend des 3. Oktober sind vom Südbahnhof in Wien die ersten 170 Auswanderer, ehemalige Offiziere und Mannschaften, zum Teil mit Frau und Kind, nach ihrer neuen Heimat abgereist. Am Bahnhof hatten sich Vertreter vom Staatsamt für Heerwesen, des Landesbefehlshabers, des Wirtschaftsverbandes der Berufsgagisten, der Obmann des Vereins „Neue Heimat" und Generalkonsul Gerstel in Vertretung des brasilianischen Gesandten neben Angehörigen und einer großen Anzahl von Freunden und Kameraden aus den Tagen des Krieges eingefunden. Konsul Gerstel machte den Auswandernden die Mitteilung, daß nach dem neuesten Bericht für ihre Aufnahme gut vorgesorgt sei und sie bestimmt ihr Durchkommen finden werden. Er sagte der Aktion des Rittmeisters Gamillscheg auch fernerhin die vollste Unterstützung zu. Der Transport erhielt von der italienischen Militärkommission direkte Wagen nach Genua, von wo am 8. Oktober die Einschiffung auf der „Indiania" nach Brasilien erfolgte.

VERSCHIEDENES

Fremdsprachliche Presse in Deutschland. Die „Kontinental-Times", die in Berlin herausgegebene älteste fremdsprachliche Zeitung Deutschlands, hat ihr Erscheinen eingestellt. Dafür erscheint eine neue unabhängige und unparteiische Zeitung in englischer Sprache unter dem Namen „European Press", die für völkerversöhnende Interessen auf allen Gebieten des Lebens eintreten will.

Ein italienisches Buch über Caroline Schlegel. In einem Verlag in Bari ist vor kurzem ein Buch der italienisch schreibenden englischen Literatur-Historikerin Barbara Allason erschienen, eine Studie über die deutsche Romantik und Caroline Schlegel. Die „Stampa" widmet der Besprechung über dieses Werk beinahe drei Spalten und sucht ihrem Leserkreis die Gestalt der Caroline aus ihrer Zeit und ihrer Umgebung heraus zu erklären.

Deutsche Forscher im Auslande. Die Mitglieder der Stötznerschen Tibet-Expedition, der Ornithologe Dr. Hugo Weigold und der Topograph Dr. Otto Israel, Assistent an der Technischen Hochschule zu Dresden, sind am 29. Mai in Dresden, ihrer Heimat, wieder eingetroffen. Dr. Weigold berichtete unmittelbar nach seiner Ankunft in Dresden folgendes: Die Expedition bedeutet trotz der großen, durch den Weltkrieg bedingten Schwierigkeiten einen vollen Erfolg, der hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß unsere Expedition die wissenschaftlich am besten ausgerüstete gewesen ist, die jemals in jene Gebiete unternommen wurde. Fürs Erste nur einige Zahlen, an denen sich auch die übrige Aus-

Digitized by Google

beute der Forschungsreise ermessen läßt. Ich habe etwa 5500 Vögel und Hunderte von Säugetieren, darunter die größten und seltensten Innerasiens gesammelt. Der Entomologe Funke hat ein Insektenmaterial von noch nicht erreichtem Umfange zusammengetragen, von dem viele neue Ergebnisse zu erwarten sind. Aber nicht nur in unseren großen Sammlungen, die erfreulicherweise an einem der Entente unerreichbaren Ort in Sicherheit gebracht sind, besteht der Wert der Expedition, sondern auch darin, daß außerordentlich reiches Beobachtungsmaterial in topographischer und biologischer Hinsicht zusammengebracht worden ist. Da gleichzeitig mit uns der bekannte österreichische Botaniker Freiherr von Handel-Mazetti im südlichen Nachbargebiet von Tibet und Setschuan in Nord-Junnan forschte, so werden unsere vereinigten Ergebnisse die Wissenschaft um eine Fülle sehr bedeutenden Materials bereichern, das alles übertrumpfen wird, was bisher von den Forschern anderer Nationen in jenen Gebieten zutage gefördert worden ist. Die noch in diesem Jahre zu erhoffende Bekanntgabe unserer Forschungen wird es beweisen. — Die zurückgekehrten Forscher sind natürlich auch im Besitze von politisch wertvollen Aufzeichnungen über die Gestaltung der Lage in Ost-Asien seit 1914 und die Einflüsse der Entente auf China und ihre Absichten in Ost-Asien überhaupt.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

Hier werden in Zukunft, um möglichste Zuverlässigkeit der bibliographischen Anzeigen zu gewährleisten, nur die Werke und Karten unter voller Titel- und Verlagsangabe genannt werden, die hier vorgelegen haben. Über alle andern Neuerscheinungen, soweit sie hier nur indirekt bekannt geworden sind, wird künftig nur kurz zusammenfassend berichtet werden.

Neuerscheinungen (Fortsetzung)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D.A.I. Dr. MANNHART und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Allgemeines: **Uebersicht:**

Auslanddeutschtum i. allg.: 56. 64. 71. 75. 77. 91. 92. 98. 111. 115. 121. 122. 124. 136. 144. 150. 153. 155.

Grenzdeutschtum: 4. 11. 12. 16. 20. 22. 23. 24. 26. 27. 28. 39. 42. 50. 52. 58. 59. 60. 61. 73. 76. 80. 86. 87. 88. 89. 93. 104. 105. 106. 107. 109. 110. 120. 126. 127. 131. 132. 142. 150. 151. 152. 154.

Auslandkunde i. allg.: 45. 90. 111. 143.

Auswanderung: 18. 40. 54. 55. 84. 85. 94. 99. 102. 113. 128. 129. 139. 140.

Außenhandel: 14. 41. 53. 64. 71. 114. 122. 133.

Mission: 3. 79. 118. 134. 135. 138.

Geographische Einteilung:

Westeuropa: 2. 5. 9. 31. 32. 37. 43. 117. 121.

Nord- u. Osteuropa: 13. 18. 25. 33. 48. 57. 63. 90. 94. 119. 132. 150. 151.

Süd- u. Südosteuropa: 1. 34. 38. 51. 60. 68. 70. 78. 83. 95. 114. 116. 142. 153.

Vorderasien: 66. 72. 85. 97. 125. 130. 141.

Ost- u. Australasien: 7. 8. 15. 19. 49. 62. 74. 103. 108. 135. 137.

Afrika: 10. 17. 30. 36. 96. 112.

Nordamerika: 6. 21. 35. 46. 47. 65. 69. 102.

Mittel- u. Südamerika: 14. 29. 44. 67. 81. 82. 84. 100. 123. 133.

I. Einzelschriften.

1. *Allason,* B., Caroline Schlegel: studio sul romanticismo tedesco. Bari: Laterza 1919. l. 6,50. (Biblioteca di cultura moderna. N. 91.)
2. *Arns,* Karl, Der religiöse britische Imperialismus. Bochum: Oschmann & Lau [1919]. M 2,80.
3. *Axenfeld,* Deutschlands Kampf für die Freiheit der christlichen Mission. Berlin: Dt. Evang. Missionshilfe 1919. M 0,30.
4. *Batifol,* Louis, L'Alsace est française. Histoire. Paris: Flammarion [1919]. fr. 4,75.
5. *Berger,* Maurice, La nouvelle Allemagne. 100 illustrations dans le texte. Paris: Grasset [1919]. fr. 10.—.
6. *Bigelow,* Poultney, Prussianism and pacifism. The two Williams between the revolutions of 1848 and 1918 New York: Putnam [1919]. sh. 1,50.
7. *Bree,* L. de, Nederlandsch-Indië in de twingtigste eeuw. Het bankwezen. Batavia: Ruygrok [1919]. fl. 9.—.
8. *Brown,* Arthur Judson, The mastery of the Far East; the story of Korea's transformation and Japan's rise to supremacy in the Orient. New York: Scribner 1919. $ 6.—.
9. *Brun,* Louis, Hebbel. Sa personnalité et son oeuvre lyrique. Paris: Alcan [1919]. fr. 16,50.
10. *Buchanan,* Angus, Three years of war in East Africa. London: Murray [1919]. sh. 12.—
11. *Cehmann,* E., Sonderjylland. Med. ill. og 4 kort. Kopenhagen: Hagerup [1919]. Kr. 2,75.
12. *Classen,* Walter, Wie der deutsche Osten entstanden ist. Hamburg: Verl. d. dtsch. Volkstums [1919]. M 3,20. (Das Werden des dtsch. Volkes. H. 1.)
13. *Doerschlag,* Siegfried, Reicht dem Russen die Hand! Ein Buch zum dtsch. Aufbau. Berlin: Grübel 1919. M 3.—
14. *Filsinger,* Ernst B., Exporting to Latin America. A handbook for merchants, manufacturers and exporters. With a foreword by Leo S. Rowe. New York: Appleton [1919]. $ 3,25.
15. *Foth,* Werner, Der politische Kampf im fernen Osten u. Chinas finanzielle Schwäche. Gotha: F. A. Perthes 1919. M 6.—
16. *Fröhlich,* Jules, Jean du Trou-aux-Cousins et ce qu'il pense des Boches. Paris: Berger-Levrault [1919]. fr. 2. — (Petite bibliothèque alsacienne).
17. *Goulven,* J., Le Maroc. Les ressources de ses régions. Sa mise en valeur. Paris: Larose [1919]. fr. 15.—
18. *Henning,* Julius, Siedlungsmöglichkeiten in Westsibirien. Vortrag geh. am 12. Juni 1919 vor d. Ausschuß d. dt. Gruppen in d. Ländern Alt-Rußlands. Berlin: Süsserott 1919. M 1,70.
19. *Hershey,* Amos Shartie, and Hershey, Susanna W., Modern Japan; social, industrial, political. Indianapolis: Bobbs-Merrill [1919]. $ 1,50.
20. Die deutsche technische *Hochschule* in Danzig. Zürich: „Die Verbindung" 1919. fr. 0,50.
21. *Jung,* Charles Ludwig, Aus meinem Marineleben. Briefe eines dtsch. Seemanns an den Vater. Pittsburg: Pittsb. Printing Co. [1919]. $ 1,50.

Digitized by Google

22. *List*, v., Bilder aus Danzigs Geschichte u. Probleme d. Gegenwart. 1. Bild: Konrad Letzkau u. s. Zeit. Danzig 1919: Kafemann. M 2,50.

23. *Lorentz*, F., Deutsche u. polnische Namen d. wichtigsten Ortschaften Westpreußens links d. Weichsel. Danzig: Westpreuß. Verlag i. Komm. 1919. M 0,60.

24. *Malkowsky*, Georg, Kultur- u. Kunstströmungen in dtsch. Landen. Die preuß. Ostmarken. II. Das Land Posen, wie es war und wurde. Mit 175 Abb. Braunschweig: Westermann 1919. M 24.—

25. *Maydell*, W. von, Ein deutscher Kulturkampf. Berlin-Steglitz: Würtz [1919]. geb. M 4.—

26. *Mayer*, Adrian, Das Elsaß. Volks- u. Kulturfragen. Die natürl. Einheit u. der kulturelle Zusammenhang d. oberrhein. u. südd. Lande. Oldenburg-Berlin: Stalling 1919. M 4.40.

27. *Merkl*, Adolf, Die Verfassung d. Republik Deutschösterreich. Ein kritisch-systemat. Grundriß. Wien & Leipzig: Franz Deuticke 1919. M 9,80.

28. *Michaelis*, Paul, Um die Nordmark. Die drohende Zerreißung Schleswig-Holsteins. Berlin: Engelmann 1919. M 0,50.

29. *Miller*, Leo E., In the wilds of South America. Six years of exploration in Columbia, Venezuela, British Guiana, Peru, Bolivia, Argentina, Paraguay and Brazil. London: Unwin. sh. 21.—

30. *Mirabail*, Etude sur les territoires du Cameroun occupés par les troupes françaises. Paris: Larose [1919]. fr. 7,50.

31. *Oever*, Karel van den, De vlaamsche beweging. Politiekhistorische schets met beschouwingen. Baarn [1919]: Drukkerij Oranje Nassau. fl. 2,50.

32. *Perre*, A. van de, The language question in Belgium. London: Richards [1919]. 12 sh. 6 d.

33. *Reymont*, W. St., Polnische Bauern-Novellen. München: G. Müller 1919. M 12.— (Polnische Bibliothek. Bd 4, Abt. 3.)

34. *Rivet*, Charles, Chez les Slaves libérés. En Yougoslavie. Paris: Perrin [1919] fr. 3,50.

35. *Roß*, Edward Alsworth, What is America? Ill. with 22 maps and diagrs. New York: Century Co [1919]. $ 1,25.

36. *Schnee*, [Heinrich], Deutsch-Ostafrika während d. Weltkrieges. Vortr. geh. in d. Gesellsch. f. Erdkunde z. Berlin. am 15. März 1919. Mit 1 Kt. Berlin: Mittler 1919.

37. *Singer*, J., Deutschland u. d. britische „Weltdemokratie". Berlin: Siemenroth 1919. M 10.—

38. *Sola*, Emma, Un contemporaneo di Kant. <Th. G. v. Hippel>. Roma: Voghera 1919. l. 5.—

39. *Sonderjylland* 1864—1919. Udg. af „Sonderjydsk Samfund" of „To Lover" Under Red. af Erling Rordam. Kopenhagen: Hagerup [1919]. kr. 10.—

40. *Straubinger*, Johannes, Neu-Vaterland. Kleiner Ratgeber f. Auswanderer. Freiburg: Caritasverband f. d. kath. Deutschland 1919. M 0,75.

41. *Strieder*, Jakob, Levantinische Handelsfahrten dtsch. Kaufleute d. 16. Jahrh. Berlin: Mittler 1919. M 1.— (Meereskunde. Samml. volkstüml. Vorträge. Jg. 13. H. 5.)

42. *Sudetenland*. Ein Notschrei von ¾ Mill. geknebelten Deutschen. Ziegenhals: Hilfszentrale z. Schutze Sudetenlands u. Deutschböhmens [1919]. M 1,50.

43. *Vletter*, A. de., Kerschensteiners Pädagogik der Arbeitsschule. Zeist: Ploegsma [1919]. fl. 0,60.

44. *Vogler*, F., Was muß der Auswanderer von d. Republik Paraguay wissen? Diessen vor München: Huber 1919. M 2,75.

45. *Wagner*, Paul, Geographischer Unterricht u. Auslandskunde. Berlin: Mittler 1919. M 1,25. (Geographische Abende im Zentralinstitut f. Erziehung u. Unterricht. H. 9.)

46. *Wilson*, Pearl Cleveland, Wagner's dramas and Greek tragedy. New York: Columbia Univ. Preß. [1919]. $ 1,50. (Columbia Univ. Studies in classical philology.)

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

47. Statistical *Abstract* of the United States 1918. Nr 41. Washington: Governm. Printing Office [1919]. $ 0,50.

48. The Russian *Almanac* 1919. Comp. and ed. by N. Peacock. London: Eyre & Spottiswoode [1919]. sh. 5.—

49. The *China year-book* 1919/20. With a map of Mongolia. By Montague and H. G. W. Woodhead. London: Routledge [1919]. sh. 21.—

50. Der Osten. Zeitschrift f. d. östliche Wirtschaft. Hauptschriftl.: Dr. Hermann Steinert. Verantw.: F. Mühle. Jg. 1. 1919/20. Danzig: Schwital & Rohrbeck. Jährl. 52 Nrn; viertelj. M 7,50.

51. *Revue* yougoslave. 1re année 1919. Nos 1—2, 1—16 mars 1919. Direction et administration: Ligue des Universitaires serbo-croato-slovènes. Paris: Impr. Levé. Un an fr. 30.—

52. Deutscher *Volksrat*. Zeitschrift f. dtsch. Volkstum u. dtsch. Kultur im Osten. Organ dtsch. Volksräte. Hrsg. v. d. dtsch. Volksrat f. Westpreußen in Danzig. Schriftl.: Fr. Kriebel. Jg. 1. 1919. Danzig: Verl. d. dstch. Volksrats. jährl. 52 H.; viertelj. M 1,35.

III. Zeitschriftenaufsätze.

53. Deutsche *Auslandsforderungen* im Friedensvertrag. in: Mitteil. des Dtsch.-amerikan. Wirtschaftsverb. Jg. 1. 1919. Nr 23. Berlin: Dt.-amerikan. Wirtschaftsverband.

54. *Auswanderung* u. Auswandererfürsorge. in: Allgem. evang.-luther. Kirchenzeitung. Jg. 52. 1919. Nr 35. Leipzig: Dörffling & Franke.

55. *Beratung* der Auswanderer. in: Correspondenzblatt d. Generalkommission d. Gewerkschaften Deutschlands. Jg. 29. 1919. Nr 35. Berlin: Legien.

56. *Bergsträsser*, Ludwig, Reich u. Auslanddeutschtum. in: D. demokrat. Deutschland. Jg. 1. 1919. Nr 38. Berlin-Zehlendorf: Demokrat. Verlag.

57. Die deutsche *Besetzung* Polens. in: Eiserne Blätter. Jg. 1. 1919. Nr 12. Berlin: „Eiserne Blätter".

58. *Bickerich*, W., Aus den Ostmarken. 1. Die Zukunft d. evang. Kirche in d. an Polen abzutretenden Gebieten. in: Die christl. Welt. Jg. 33. 1919. Nr 38. Marburg: Rade.

59. *Bill*, Heinrich, Der Ausgleich mit d. Tschechen. in: Der Sozialist. Jg. 5. 1919. Nr 33. Berlin: Breitscheid.

60. The *boundaries* of Cecho-Slovakia. in: The Geographical Journal. Vol. 54. 1919. Nr 3. London: The Royal Geographical Society.

61. *Bornhak*, Conrad, Die Gestaltung d. Ostfragen. in: Türmer. Jg. 21. 1918/19. H. 15. Stuttgart: Greiner & Pfeiffer.

Digitized by Google

62. *Buetz,* G., Der Kampf um Schantung. in: Dtsch. Politik. Jg. 4. 1919. H. 38. Stuttgart-Berlin: Dt. Verl.-Anst.

63. *Buetz,* G., Die wirtschafts-geographischen Verschiebungen in Rußland. in: Nord u. Süd. Jg. 44. 1919. H. 10. Breslau: Schottländer.

64. *Burmann,* R., Der Wiederaufbau d. dtsch. Außenhandels u. d. Auslanddeutschen. in: Klarheit. Pionier d. Ostens. 1919. H. 27. Königsberg i. Pr.: Wirtschaftl. Aufklärungsdienst f. d. Osten.

65. *Clasen,* Joachim, Deutsche Landwirte in Nordamerika. in: Der dstch. Siedler. Jg. 2. 1919. Nr 8. Berlin: Dt. Siedler-Verl.

66. Persische *Chronik.* in: Mitteilungen d. dtsch-pers. Gesellsch. Jg. 1. 1919/20. Nr 3. Berlin: Dt.-Pers. Gesellsch.

67. *Dedekind,* Bericht der „Evangelischen Gesellschaft f. d. protestant. Deutschen in Südamerika", d. Hauptversamml. in Langenberg, 16. Juli 1919, erstattet. in: D. dtsch. Ansiedler. Jg. 57. 1919. H. 7/9. Barmen: Evang. Gesellsch. f. d. protest. Deutschen in Süd-Amerika.

68. Die *Deutschen* in Groß-Rumänien. in: Deutsch-rumän. Blätter. Jg. 1. 1919. Nr 10/11. Berlin: Dt.-Rumän. Wirtschaftsverb.

69. *Deutschland* u. die Vereinigten Staaten. in: Historisch-polit. Blätter. Bd 164. 1919, 2. H. 3. München: Riedel.

70. *Dragendorff,* H., Archäologische u. kunstwissenschaftl. Arbeit während d. Weltkrieges in Mazedonien. in: Zeitschrift f. bildende Kunst. Jg. 54. 1919. H. 11. Leipzig: Seemann.

71. *Eltzschig,* Georg, Export geistiger Arbeit. in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 40. Berlin: Verl. d. Grenzboten.

72. *Endres,* F. C., Johann Lorenz Winkler, Ingenieur d. Bagdadbahn. in: Das Bayerland. Jg. 30. 1919. Nr 25. München: Eder.

73. *Eschbach,* Viktor, Das Elsaß u. Frankreich. in: Sozialistische Monatshefte. Jg. 25. 1919. H. 21/22. Berlin: Verl. d. Sozialist. Monatshefte.

74. *Fehlinger,* H., Deutsche in Australien. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 10. Berlin: Heymann.

75. *Franz*-Treutler, C., Volkstum u. Weltgeltung. in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 37. Berlin: Verl. d. Grenzboten.

76. *Freißler,* Robert, Sudetenland. in: Dtsch. Rundschau. Jg. 45. 1918/19. H. 12. Berlin: Paetel.

77. *Friedrichs,* Auslandsdeutschtum u. Schuldfrage. in: Dtsch. Stimmen. Jg. 31. 1919. Nr 32. Berlin-Zehlendorf: Kalkoff.

78. *Friedwanger,* M., Spanisches Drama in Deutschland. aus: Dtsch. Bühne. Jahrbuch d. Frankf. Städt. Bühnen. 1919. Frankfurt a. M.: Rütten & Loening.

79. Zum *Gedächtnis* von Missionar Johannes Kabis. in: Evang.-luther. Missionsblatt. Jg. 74. 1919. Nr 6—10. Leipzig: Evang.-luth. Mission.

80. *Geißler,* Bruno, Bilder vom Deutschtum in Polen. 1. 2. in: Eiserne Blätter. Jg. 1. 1919. Nr 10. 12. Berlin: „Eiserne Blätter".

81. *Grandmontagne,* Francisco, Spanier u. Deutsche in Südamerika. Deutsch v. E. Großmann. in: Spanien. Jg. 1. 1919. H. 3. Hamburg: Bangert.

82. *Grubb,* W. Baarbrooke, The Paraguayan Chaco and its possible future. in: The Geographical Journal. Vol. 54. 1919. Nr 3. London: The Royal Geographical Society.

83. *Hammerstein,* Frhr von, Deutschland, Rumänien u. der Weltkrieg. in: Gerechtigkeit. Jg. 1. 1919. H. 9. Berlin: Engelmann.

84. *Hartwig,* Alfredo, Deutsche Auswanderung nach Südamerika u. ihre Vorbedingungen. in: Dtsch. Rundschau. Jg. 46. 1919/20. H. 1. Berlin: Paetel.

85. *Hoff,* H. von, Bietet Anatolien dem dtsch. Auswanderer Aussicht als Siedlungsland? in: Dtsch. Revue. Jg. 44. 1919. H. 10. Stuttgart-Leipzig: Dt. Verlagsanstalt.

86. *Hoffmann,* Karl, Westpreußen als Sinnbild. in: Südd. Monatshefte. Jg. 16. 1918/19. H. 10. München. Südd. Monatshefte.

87. *Hubricht.* Erh., Schwarz-weiß-rot. in: Alld. Blätter. Jg. 29. 1919. Nr 38. Berlin: Alld. Verband.

88. *Imendoerffer,* Benno, Deutsch-Österreich. in: Türmer. Jg. 21. 1918/19. H. 14. Stuttgart: Greiner & Pfeiffer.

89. *Imendoerffer,* Benno, Deutsch-Westungarn. in: Dtsch. Rundschau. Jg. 45. 1918/19. H. 12. Berlin: Paetel.

90. *Johann* Georg Herzog zu Sachsen, Kunst- u. Kunstforschung im slavischen Osten. in: Vereinsschriften d. Görres-Gesellsch. 1919. H. 1. Köln: Bachem.

91. *Irmer,* Georg, Für die Märtyrer des Deutschtums im Auslande. in: Das Echo. Jg. 38. 1919. Nr 40. Berlin: Auslandsverlag.

92. *Jurinak,* Josef M., Wirtschaftswerte des Auslandsdeutschtums. in: Der Auswanderer. Jg. 1. 1919. Nr 16. München: Verl. „Der Auswanderer".

93. *Kabusch,* Cornelia, Der Untergang des Deutschtums in Südkärnten. in: Südd. Monatshefte. Jg. 16. 1918/19. H. 12. München: Südd. Monatshefte.

94. *Kaindl,* R. F., Nochmals Deutsche nach dem Osten! in: Dtsch. Levante-Ztg. Jg. 9. 1919. Nr 18/19. Hamburg: Dt. Levante-Ztg.

95. *Kaindl,* R. Fr., Das Deutschtum in Großrumänien. in: Dtsch. Arbeit in Österreich. Jg. 18. 1918/19. H. 12. München: Callwey.

96. *Kalb,* A., Ein fränkischer Afrikaforscher <Peter Kolb 1675—1726>. in: Bayerland. Jg. 30. 1919. Nr 23. München: Eder.

97. *Karo,* G., Deutsche Denkmalpflege im westl. Kleinasien 1917/18. in: Zeitschrift f. bildende Kunst. Jg. 54. 1919. H. 11. Leipzig: Seemann.

98. *Keller,* Fritz von, Die dtsch. Kriegs- u. Zivilgefangenen im Weltkrieg. in: Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. Jg. 4. 1919. Nr 34/37. Berlin: Europ. Staats- u. Wirtschafts-Ztg.

99. *Kiesling,* Hans von, Die Frage der Auswanderung nach d. Kriege. in: Die Glocke. Jg. 5. 1919/20. H. 11. Berlin: Verl. f. Sozialwissensch.

100. *Kissenberth,* Wilhelm, Auf Forscherpfaden in Brasilien. in: Ueber Land u. Meer. Jg. 61. Bd 121. 1919. Nr 44. Stuttgart: Dtsch. Verl.-Anst.

101. *Kraus,* Josef, Slaventum und deutsche Kolonien im Stiftlande [ehemalige Abtei Waldsassen, Oberpfalz]. in: Oberpfalz. Jg. 13. 1919. H. 3/4. Kallmünz b. Regensburg: Laßleben.

102. *Kummer,* Fritz, Amerika u. die Einwanderung. in: Correspondenzblatt d. Generalkomm. d. Gewerksch. Deutschlands. Jg. 29. 1919. Nr 39. Berlin: Legien.

103. *Lambertz,* Hans, Die Schantungfrage. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 4. 1919. Nr 34. Hamburg: Meißner.

104. *Lange,* Friedrich, Die Lage des Deutschtums im Südosten in: Akadem. Blätter. Jg. 34. 1919/20. H. 8. Berlin: Liebheit & Thiesen.

Digitized by Google

105. *Lannay,* L. de, La valeur minière et industrielle de l'Alsace-Lorraine. in: Rev. des Deux Mondes. Jg. 52. Nr 2. Paris: Rue de l'Université, 15.

106. *Lehmann,* Emil, Der deutsche Außenring. in: Dtsch. Arbeit in Österreich. Jg. 18. 1918/19. H. 12. München: Callwey.

107. *Leppa,* Karl Franz, Die Geschichte des Böhmerwaldfleißes. in: Dtsch. Arbeit in Österreich. Jg. 18. 1918/19. Nr 11. 12. München: Callwey.

108. *Linde,* Max, Entschädigung der China-Deutschen. in: Mitteilungen f. China-Deutsche. Jg. 1. 1919. Nr 8. Berlin: Dt.-chines. Verband.

109. *Lodgman-*Auen, Rudolf, Deutschböhmen — ein Stück dtsch. Volkstums. in: Dtsch. Rundschau. Jg. 45. 1918/19. H. 12. Berlin: Paetel.

110. *Lothring,* Hermann, Die Innenbesiedlung in d. tschechoslowakischen Republik. in: Dtsch. Arbeit in Österreich. Jg. 18. 1918/19. H. 12. München: Callwey.

111. *Lukas,* G. A., Geographie u. völkische Schutzarbeit. in: Geograph. Zeitschrift. Jg. 25. 1919. H. 8/9. Leipzig: Teubner.

112. *Maurette,* Fernand, L'Afrique du Milieu. in: Rev. de Paris. Jg. 26. 1919. Nr 12. Paris: Calmann-Lévy.

113. *Merkblätter* f. Auswanderungslustige. in: Freie Bahn. Jg. 1. 1919. Nr 20. München: Verl. „Freie Bahn".

114. *Morgan,* E. Strachan, Italian trade with England and Germany. in: Anglo-Italian Review. Jg. 3. 1919. Nr 9. London: Constable.

115. *Mueller,* Wilhelm, Die Fürsorge f. unsere heimkehrenden Auslanddeutschen. in: Vortrupp. Jg. 8. 1919. H. 16. Hamburg: Janssen.

116. *Ohrem,* Hermann Joseph, Johannes Fastenrath u. seine spanischen Freunde. Zur Erinnerung an s. 80. Geburtstag. in: Spanien. Jg. 1. 1919. H. 3. Hamburg: Bangert.

117. *Payen,* Edouard, Le régime des étrangers en France et dans divers pays. in: Economiste français. Jg. 47. Bd. 2. Nr 28. Paris, Rue Bergère, 15.

118. *Pfisterer,* H., Die deutsche katholische Mission u. der Friedensschluß. in: Evang. Missions-Magazin. Jg. 63. 1919. H. 10. Basel: Missionsbuchh.

119. *Praesent,* Hans, Kriegsmäßige Volkszählungen im Generalgouvernement Warschau u. die Bevölkerungszahl in Kongreß-Polen. in: Jahrbücher f. Nationalökonomie u. Statistik. Bd 113. Folge 3. 1919. H. 1. Jena: Fischer.

120. *Reut-*Nicolussi, Eduard, Tirols Kampf um sein Leben. Ein Stück Politik in den Bergen. in: Dtsch. Rundschau. Jg. 45. 1918/19. H. 12. Berlin: Paetel.

121. *Riebke,* P., Die Organisationstätigkeit dtsch. Arbeiter im Auslande. (Aus der Geschichte d. dtsch. Gewerkschaftskartells in Paris). in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 10. Berlin: Heymann.

122. *Riedl,* Richard, Die Liquidierung d. Auswärtigen Rechte u. Interessen Deutschlands. in: Gerechtigkeit. Jg. 1. 1919. H. 7. Berlin: Engelmann.

123. *Rondet-Saint,* Maurice, Au Paraguay. in: Revue hebdomadaire. Jg. 28. Nr 31. Paris: Plon.

124. *Rumpf,* Wilhelm, Welchen Bildungswert hat die Beschäftigung mit dem Auslandsdeutschtum für die höhere Schule? in: Monatsschrift f. höhere Schulen. Jg. 18. 1919. H. 7/8. Berlin: Weidmann.

125. *Sarre,* F., Kunstwissenschaftl. Arbeit während d. Weltkrieges in Mesopotamien, Ost-Anatolien, Persien u. Afghanistan. in: Zeitschrift f. bildende Kunst, Jg. 54. 1919. H. 11. Leipzig: Seemann.

126. *Schotte,* H., Aus der preußischen Wallonie. in: Die Woche. Jg. 21. 1919. Nr 32. Berlin: Scherl.

127. *Schwitzky,* Ernst, B., Vom Deutsch-Österreicher. in: Dtsch. Rundschau. Jg. 45. 1918/19. H. 12. Berlin: Paetel.

128. *Sperber,* O., Zur Auswanderungs-Frage. in: D. dtsch. Siedler. Jg. 2. 1919. Nr 9. Berlin: Dtsch. Siedlerverl.

129. *Sperber,* O., Vaterlandsflucht. in: Europ. Staats- u. Wirtschafts-Ztg. Jg. 4. 1919. Nr 38/39. Berlin: Hofrichter.

130. *Sueßheim,* K., Die Beziehungen zwischen Bayern u. d. Türkei im Wandel der Jahrhunderte. in: Das Bayerland. Jg. 30. 1919. Nr 25. München: Eder.

131. *Tiedje,* Johannes, Die Valutafragen der Nordmark. in: Europ. Staats- u. Wirtschafts-Ztg. Jg. 4. 1919. Nr 38/39. Berlin: Hofrichter.

132. *Treut,* Zu dem Neuaufbau des dtsch. Schulwesens in Polen. in: Dtsch. Nachrichten. Jg. 1. 1919. Nr 53. Bromberg: Vereinigung d. dt. Volkstums in Polen.

133. *Trott-*Helge, E., Wiederaufbau des südamerikanisch-deutschen Geschäfts. in: Das Echo. Jg. 38. 1919. Nr 40. Berlin: Auslandsverlag.

134. *V[aeth],* A[lfons], Auslandstimmen zum Missionsboykott. in: Die katholischen Missionen Jg. 48. 1919/20. H. 1. Freiburg i. Br.: Herder.

135. *Vaeth,* Alfons, Die Zukunft der katholischen Mission im japanischen Reich. in: Die kathol. Missionen. Jg. 48. 1919/20. H. 1. Freiburg i. Br.: Herder.

136. *Verzeichnis* der derzeitigen deutschen Konsulate u. Paßstellen im Auslande. in: Nachrichtenbl. d. Reichsamts f. dtsch. Einwanderg. usw. Jg. 1. 1919. Nr 10. Berlin: Reichswanderungsamt.

137. Statistical *View* of 50 years progress in New Zealand. 1867—1916. in: The New Zealand Official Yearbook. Jg. 26. 1917. Wellington: Governm. Printing Office 1918.

138. *Warneck, Joh.,* Noch einmal Mission u. Auslandsdeutschtum. in: Allgem. Missions-Zeitschr. Jg. 46. 1919. H. 8. Berlin: Warneck.

139. *Warnungen* und Winke f. Auswanderungslustige. in: Freie Bahn. Jg. 1. 1919. Nr 19. München: Verlag „Freie Bahn".

140. *Wertheimer,* Fritz, Auswanderungspolitik. in: Hilfe. 1919. Nr 40. Berlin: Buchverlag d. „Hilfe".

141. *Wiegand,* Th., Denkmalschutz u. kunstwissenschaftl. Arbeit während d. Weltkrieges in Syrien, Palästina u. Westarabien. in: Zeitschrift f. bildende Kunst. Jg. 54. 1919. H. 11. Leipzig: Seemann.

142. *Wieselburger,* Eine unmögliche Grenze [für Deutschwestungarn]. in: Vierburgenland. Jg. 1. 1919. H. 3. Oedenburg: Verwaltung d. Vierburgenlandes.

143. *Ziehen,* Julius, Die Universität u. der Gedanke der Auslandshochschule. in: Ziehen, Schulpolitische Aufsätze. Frankfurt a. M.: Diesterweg 1919.

144. *Ziehen,* Julius, Das Auslanddeutschtum u. der Schulunterricht. in: Ziehen, Schulpolit. Aufsätze. Frankfurt a. M.: Diesterweg 1919.

Digitized by Google

IV. Karten.

Zusammengestellt vom Leiter der Kartenabteilung Dr. Wunderlich.

145. *Lange,* Friedrich, Das neue Europa. Nach den Wünschen d. Entente. Ausg. Juli 1919. M. 1 : 4 Mill. 3. unveränd. Aufl. Berlin: Dietrich Reimer 1919. 82,5 : 115 cm. M 3.— (Dietrich Reimers Übersichtskarte).

Die Karte stellt in übersichtlicher Weise das neue Europa nach den Wünschen der Entente dar. Die neuen Grenzen in Mitteleuropa sind deutlich sichtbar in Rot eingetragen, bzw. sind die Gebiete, über deren Staatszugehörigkeit erst noch entschieden werden soll, durch besondere Signaturen gekennzeichnet. Die ausführlich gehaltene Legende stellt die Bedeutung der Friedensbedingungen für das Deutsche Reich noch besonders zusammen; hier wären genauere Zahlenangaben über die Größe und Bevölkerung der abgetretenen Gebiete erwünscht gewesen. In Osteuropa basiert der Inhalt der Karte nur auf vorläufigen Annahmen; hier ist die Karte zum Teil auch schon durch die neuesten Ereignisse überholt, z. B. ist über die Zugehörigkeit von Ostgalizien inzwischen anders bestimmt worden. Ähnliches gilt für das Baltikum. Insgesamt ist die Karte für Demonstrationszwecke recht geeignet.

146. *Europa* nach dem Weltkriege. 57. Aufl. M. 1 : 7,500,000. Berlin: Flemming & Wiskott [1919]. 63 : 80 cm. M 2.— (Flemmings Generalkarten. Hrsg. v. Prof. Dr. J. J. Kettler. Nr 11.)

Ähnliche Ausführung wie Karte 145, nur in kleinerem Maßstabe gehalten. Die einzelnen Staaten sind flächenhaft koloriert, außerdem der Verlauf der Grenzen noch durch besondere Farben hervorgehoben. Eine ausführlichere Erläuterung zu den Karten fehlt. Bezüglich der Darstellung des Ostens gilt das gleiche wie für Karte 145; in dieser Hinsicht ist bemerkenswert, daß die vorliegende Karte z. B. ein besonderes „Weißrußland" verzeichnet.

147. *Lange,* Friedrich, Militärisch-politische Übersichtskarte von Mitteleuropa. Hrsg. v. Dietrich Reimer. 2. Aufl. ausgeg. Mitte Mai 1919. M. 1 : 4 Mill. Berlin: Dietrich Reimer. 82,5 : 57 cm. M 1,50.

Die Karte, die infolge der Neuorganisation der Karten-Bibliographie erst heute zur Besprechung kommt, ist ein interessanter Versuch, die im Fluß befindlichen politisch-geographischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa graphisch darzustellen. Dies geschieht, indem die imperialistischen und annexionistischen Tendenzen der einzelnen Staaten bzw. Bewegungen (z. B. der Bolschewisten) durch Pfeile in der Richtung der befolgten Expansions- und Eroberungspolitik zur Darstellung gebracht ist. Die Karte schließt im Westen mit dem Meridian von Paris, im Osten ungefähr mit der Linie Petersburg-Cherson ab. Für die Frage des Deutschtums im Ausland sind die ausführlich gehaltenen Angaben der Legende von Interesse, die allerdings genauere statistische Angaben vermissen lassen

148. Dietrich Reimer's Handkarte. Das neue *Deutschland.* M. 1 : 1 Mill. Berlin: Dietr. Reimer [1919]. 85,5 : 115,5 cm. M 3.—

Übersichtliche Darstellung des neuen Deutschland unter farbiger Wiedergabe der Einzelstaaten und Provinzen. Die neuen Grenzen sind eingetragen, die Abstimmungsgebiete besonders bezeichnet, auch die sonstigen politisch-geographischen Bedingungen des Friedensvertrages zur Darstellung gebracht. Für Demonstrationszwecke ist die Karte recht geeignet

149. Velhagen & Klasings Neue *Hand- u. Wandkarte* des Deutschen Reichs u. der Nachbargebiete nach den Friedensbedingungen. M. 1 : 2,00,000. Bielefeld & Leipzig: Velhagen & Klasing [1919]. 77,5 : 70,5 cm. M 2,40.

Ähnliche Übersichtskarte wie 148, aber kleinerer Maßstab, die Darstellung der einzelnen Provinzen usw. mußte daher entfallen. Die Friedensbedingungen sind recht anschaulich zur Darstellung gebracht. Ein besonderer Vorzug der Karte ist die ausführliche Legende. Sie enthält die statistischen Unterlagen für die Beurteilung der Friedensbedingungen hinsichtlich der abzutretenden Flächen und ihrer Bevölkerung, sowie hinsichtlich der wichtigsten wirtschaftlichen Gesichtspunkte (Eisenerzgewinnung, Steinkohlenförderung, Kaligewinnung, Getreide- und Kartoffelernte). Als Ganzes ist die Karte ebenfalls für Demonstrationszwecke recht geeignet.

150. *Karte* von Ost-Deutschland. M. 1 : 800,000. Berlin: Gea-Verlag G. m. b. H. [1919]. 89 : 62,5 cm.

In ziemlich großem Maßstab gehaltene Übersichtskarte der deutschen Ostmarken mit den politischen Grenzen von 1914. Die einzelnen Provinzen sind flächenhaft koloriert. Besonderes Gewicht ist auf die Darstellung der großen, durchgehenden Verkehrswege gelegt; sie sind auch für das benachbarte Polen eingetragen, allerdings sind hier einzelne Angaben der Karte über den Stand des Ausbaues der Strecken nicht zutreffend. Die Karte behandelt das ganze Ostmarkengebiet bis zur Linie Stettin-Frankfurt a. O.

151. *Heyde,* Herbert, Karte der Verbreitung von Deutschen u. Polen längs der Warthe-Netze-Linie und der unteren Weichsel, sowie an der Westgrenze von Posen. Bearb. im geograph. Institut d. Universität Berlin auf Grundlage der Karte d. Deutschen Reiches. M. 1 : 100,000. Unter der Leitung v. Prof. Dr. Albrecht Penck. Berlin: Gea-Verlag G. m. b. H. 1919. 30 Bl. je 28 : 32,5 cm.

Bisher beste und objektivste Darstellung der Bevölkerungsverhältnisse der Ostmarken, leider nur für einzelne, wenn auch die wichtigsten Teilgebiete vorliegend. Die Vorzüge der Karten leuchten ohne weiteres ein, wenn man sie mit den früheren Darstellungen, z. B. auch der vom Preuss Statistischen Landesamt in Berlin herausgegebenen bevölkerungsstatistischen Karten der Ostmarken vergleicht, die zwar auch in ihrer Art außerordentlich zuverlässig und übersichtlich gehalten sind, aber die absolute Bevölkerungsverteilung nicht genügend erkennen lassen, so daß man z. B über den quantitativen Wert der Sprachinseln kein klares Urteil gewinnt. Erwähnt sei noch, daß von Penck auch der Versuch gemacht worden ist, auf ähnlichen Grundlagen, wie sie zu den vorliegenden Karten gedient haben, wenigstens in großen Zügen eine Übersicht für einen größeren Teil der Ostmarken zu schaffen, nämlich in seiner Sprachenkarte des deutschen Ostens und in seiner Karte der Verteilung der Deutschen und Polen in Westpreußen und Posen. Beide sind der kleinen, aber sehr beachtenswerten Schrift des Reichsverbandes Ostschutz „Ist die Ostmark unbestreitbar polnisches Gebiet?" (Berlin 1919) beigegeben.

152. *Südwestdeutschland.* Netzentwurf: Prof. Dr. Bludau. Zeichnung: O. Herkt. M. 1 : 750,000. Berlin: Flemming & Wiskott [1919]. 63 : 71,5 cm. M 2.— (Flemmings Generalkarten. Hrsg. v. Prof. Dr. J. J. Kettler. Nr 57.)

Darstellung von Südwestdeutschland, im Norden unter Einbeziehung des Niederrhein- und Wesergebietes bis Hannover, im Osten abschließend an der Linie Halle-München. Die Grenzen der einzelnen Staaten sind nach dem Stande vor und nach dem Frieden farbig eingetragen. Da Flächenkolorit fehlt und die Karte reichlich viel Namen enthält, wirkt sie im ganzen unruhig und unübersichtlich.

153. *Kettler,* J. J., Völkerkarte der ehemals österreichisch-ungarischen Länder. M. 1 : 1,500,000. Mit statist.-geographischem Begleittext. Berlin: Flemming A.-G. [1919]. 69,5 : 88 cm. M 2,50. (Flemmings Friedenskarten. Nr 4.)

Darstellung der Völker Mitteleuropas von der Breite von Breslau an bis zur Breite von Sofia und zwischen den Meridianen von Friedrichshafen a. Bodensee und Czernowitz. Die Karte beruht nach den Angaben des Verfassers auf den Ergebnissen der Volkszählung von 1910. Für den Balkan, spez. Albanien, sind z. T. besondere österreichische Aufnahmen verwendet, die während des Krieges erfolgten. Eine Nachprüfung der Karte im einzelnen war natürlich z. Zt. unmöglich. Der begleitende Text entwickelt auf 4 Seiten kurz die wichtigsten Gesichtspunkte für die Beurteilung der im Bereich und Umkreis des ehem. Österreich-Ungarn neu gebildeten Staaten und beleuchtet namentlich auch die Rolle, die das Deutschtum im früheren Österreich-Ungarn gespielt hat. Insgesamt wirkt die Karte in ihrem Flächenkolorit durchaus übersichtlich.

154. *Peucker,* Karl, Deutsch-Österreich nach den Forderungen des Friedensentwurfes der Entente u. den Grenzbestimmungen vom 2. 9. 1919. M. 1 : 1,00,000. Auf Grundlage von Schedas Karte der Monarchie bearb. Wien: Artaria & Co 1919. 79 : 36 cm. M 2.—

Etwas rohgehaltene, aber übersichtliche Darstellung der neuen Republiken Österreich und Böhmen. Für erstere sind sowohl die Grenzen nach dem ursprünglichen Friedensentwurf vom Juni 1919 wie nach den endgültigen Bedingungen von St. Germain (Sept. 1919) eingetragen. Die Gebiete, über deren Staatszugehörigkeit noch durch eine Volksabstimmung entschieden werden soll, sind besonders markiert. Sehr zweckmäßig für den Gebrauch der Karte ist die Eintragung der Grenze des geschlossenen deutschen Sprachgebietes innerhalb der ehemaligen Monarchie.

155. Die *Völker* Europas u. der Erde. Völkerkarten von Mitteleuropa, Europa u. der Erde, Karten d. Verbreitung der Deutschen, statist. Zeichnungen u. Zahlenangaben. Bielefeld und Leipzig: Velhagen & Klasing. [1919]. 62 : 47 cm. M 1,50.

Zunächst 3 Völkerkarten von der gesamten Erde, von Europa und von Mitteleuropa, sämtlich in sehr kleinem Maßstab, etwa dem von Schulatlanten, sodaß die Karten für Demonstrationszwecke nicht in Frage kommen. Mehrere graphische statistische Darstellungen ergänzen die Karten und zeigen den Anteil der einzelnen Völker an der Gesamtbevölkerung des betreffenden Staates. Von Interesse ist hier namentlich die Verbreitung der Deutschen in Österreich, Ungarn, Belgien, der Schweiz und in Rußland. Die Rückseite enthält 2 Kartendarstellungen der Verbreitung des Deutschtums auf der gesamten Erde und in Europa, sowie kleinere Nebenkartons für das Baltikum, Südrußland, U-S-Amerika und einzelne Gebiete von Südamerika. Hier liegen brauchbare Ansätze zu einem Atlas des Deutschtums vor.

BUCHBESPRECHUNGEN

Bericht über die Gründungsversammlung der deutschen Gesellschaft für Auslandsbuchhandel im deutschen Buchgewerbehause zu Leipzig, den 10. Mai 1919. 30 S. Leipzig: Deutsche Gesellschaft für Auslandsbuchhandel.

In der Eröffnungsrede schilderte Hofrat Linnemann den Umfang des deutschen Auslandsbuchhandels im Frieden, seine bedrängte Lage im Kriege und die Vorarbeiten, die seitdem geleistet wurden, um alle auf Hebung der deutschen Bücherausfuhr gerichteten Bestrebungen zusammenzufassen. Prof.

Digitized by Google

Kippenberg, der im Verlaufe der Versammlung zum Vorsitzenden der Gesellschaft gewählt wurde, beleuchtete die ernsten Tatsachen, die zwingend zur Gründung einer besonderen Organisation für den Auslandsbuchhandel führten: den Stillstand, ja verhältnismäßigen Rückgang des deutschen Buches auf dem Weltmarkt, besonders in den angelsächsischen und romanischen Ländern, das Fehlen einer deutschen Geistespolitik gegenüber der ungemein rührigen Kulturpolitik der Gegner, namentlich der Franzosen, den Verfall des deutschen, im Auslande wurzelnden Buchhandels. Diese im Frieden schon offenkundigen Mängel verschärften sich im Kriege fast bis zur Vernichtung des deutschen Kultureinflusses durch die planvolle, ungeheuer ausgedehnte Arbeit der Feinde, der keine ebenbürtige geistige Werbetätigkeit des Reiches entgegentrat. Die Sachlage, vor die nun der Friedensschluß das deutsche Volk stellt, enthalte zugleich die Richtpunkte für die Tätigkeit der neuen Gesellschaft: die Millionen neuer Auslanddeutscher müßten die wertvollsten Träger deutscher Buchkultur im Auslande werden, die aufstrebenden Klassen und neuen Völker des Ostens würden sie als Vermittlerin ihrer Ideen benutzen, alle Nationen ihre wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen nicht entbehren können. Die Verbreitung deutscher Literatur im Auslande solle durch neuzeitliche Maßnahmen, wie sie andere Produktionszweige längst erprobt haben, gefördert werden. Dann werde sich das deutsche Buch dank seines inneren und äußeren Wertes den Platz erringen, der ihm gebührt. — Der neuen Gesellschaft sagte der V. D. A. seine Mitarbeit zu. Das Auswärtige Amt begrüßte die neue Gründung durch seinen Vertreter und stellte seine tatkräftige Unterstützung auch auf den Außenposten des Reichs, allen Vernichtungsplänen der Entente zum Trotz, in Aussicht. Dr. H. M.

Kohlrausch, Robert: Deutsche Denkstätten in Italien. Mit Bildern von Alfred H. Pellegrini. 2 Bände. 8°, 325+332 S. Preis geh. je M 6.—, geb. M 7,50. Verlag Robert Lutz, Stuttgart 1909/1918.

Der Leser dieses Buches darf Wandergenosse eines Mannes sein, der mit hellen, offenen Augen in die Welt hinausschaut, bald begeistert die Wunder der Landschaft an sich vorüberziehen läßt, bald träumerisch versunken den Spuren der Vergangenheit nachforscht, stets bereit, die äußeren Eindrücke mit den Empfindungen seines Herzens in harmonischen Einklang zu bringen und damit den Boden zur Schaffung eines hohen Kunstwerkes zu bereiten. Durch die prangenden Gaue des wundersamen Appenninenlandes wandert der Leser mit ihm, von Verona bis Este, von Pisa bis Rom, von Mailand bis Venedig, von Neapel bis Kapua — und vermeint, der Führung des großen Gregorovius anvertraut zu sein, in dessen italienischen Wanderjahren noch heute der kunstsinnige Deutsche seinen berufensten Mentor findet.

Ich habe die beiden Bände, in deren Textseiten der Impressionist Pellegrini stilvolle Vignetten zerstreut hat, mit innerer Anteilnahme gelesen. Kohlrausch ist ein Meister des Stils, der es versteht, den Leser unmerkbar zu fesseln. Fein empfundene Naturschilderungen verknüpfen die scharf umrissenen historischen Miniaturen, lebendig erzählte Anekdoten wechseln ab mit spontanen lyrischen Impressionen. So dringen wir in die Zeiten des Langobardenreiches, in die Machtperiode deutschen Kaisertums ein, sehen die gewaltigen Gestalten des Dietrich von Bern, Karls des Großen, Konradins an uns vorüberziehen, erleben von neuem den tragischen Untergang der letzten Hohenstaufen, den Zerfall der Macht unserer Ahnen. Von Ort zu Ort führt der Verfasser, allenthalben die untilgbaren Spuren deutschen Wirkens in der Heimat Boccaccios und Dantes weisend, und verbindet dabei, seinem Vorsatze getreu, „die warme Liebe für die große Vergangenheit unseres Volkes mit der ebenso starken Liebe für ein an Schönheit überreiches Land".

Ein anderes Zeitalter ist herangezogen. Nicht mehr führen Eroberungslust und Machtbegehren germanische Heere über die Kämme der Alpen. Der friedliche Wille, deutsche Tüchtigkeit in fremdem Lande zu erproben, ist heute allein noch Triebfeder, wenn das deutsche Volk die Bande aufrichtiger Freundschaft mit Italien wiederanzuknüpfen sucht. Da mag ein Werk wie dieses Ansporn sein, neuen, besseren Zielen zuzustreben, in festem Vertrauen auf die eigene Kraft zu verharren und doch die nationale Eigenart in ihren Auswirkungen als an die natürlichen Anlagen des Muttervolkes gebunden anzuerkennen. In dieser Gesinnung wollen wir uns anschicken, neue „Denkstätten in Italien" aufzubauen, die derer unserer Väter würdig seien.

Dr. M. A. Jordan, Rom.

Krumm-Heller: Mexiko, mein Heimatland! Gesammelte Abhandlungen über das Land der Azteken. 2. verb. Aufl. von „Carranzas Mexiko". Halle (Saale): Krumm-Heller 1919. 123 S. M 4.—.

Das Büchlein enthält eine Reihe zwangloser Plaudereien über das heutige Mexiko. Den Anfang macht ein Abriß der politischen Geschichte bis zur Gegenwart, unter liebevoller Würdigung der verdienstvollen Persönlichkeit Carranzas. Es folgt ein Kapitel Landschaftskunde, in dem die drei klimatischen Hauptzonen mit ihren besonderen Naturschönheiten, die Hauptstädte und ihre Umgebung geschildert werden. Der Abschnitt „Sitten und Gebräuche" gibt einen Begriff davon, wie rein sich auf diesem Gebiete, im Familienleben, in Liebe und Ehe, in Nahrung und Kleidung, in Volksbelustigungen wie in den nationalen Tugenden der Gastlichkeit, Ritterlichkeit und Tapferkeit die spanische Überlieferung erhalten hat. Damit ist der Widerstand gegen die Ausdehnungsgelüste der Union schon kulturell gegeben. Eine flüchtige Musterung der außerordentlich reichen Naturschätze und der daraus folgenden Exportmöglichkeiten, ein etwas düsteres Kapitel „Finanzen" und ein Überblick über das verhältnismäßig hochentwickelte Eisenbahnnetz des Landes runden das Bild ab. In einem besonderen Abschnitt prüft der Verfasser, der mit großer Wärme für seine zweite Heimat wirbt, Mexiko im Hinblick auf deutsche Besiedlung. Während er von den bekannten südamerikanischen Einwanderungsländern aus politischen wie aus klimatischen und landwirtschaftlichen Gründen abrät, glaubt er die Kolonisation des gemäßigten Nordwestmexiko deutschen Siedlern auch mit kleinem Kapital empfehlen zu können. Dr. H. M.

Ein kriegerischer Kaufmannszug durch Mexiko. Aus den hinterlassenen Papieren des Vizekonsuls für Mexiko **H. Wilmanns.** Leipzig: Voigtländer. 98 S. u. 1 Kt. M 1.—. (Voigtländers Quellenbücher. Bd 47.)

Das vorliegende Bändchen ist aus Lebenserinnerungen entstanden, die der verstorbene Vizekonsul H. Wilmanns im Jahre 1897 auf Grund seiner eigenen, mit den geschilderten Ereignissen gleichzeitig geschriebenen Briefe verfaßt hat. Es führt mitten in jene Zeit innerer Wirren, die das letzte Jahr der Präsidentschaft des Generals Juarez kennzeichnen und die erst mit dem Regierungsantritt Parfirio Diaz' ein Ende fanden. Der Verfasser der Briefe, damals (1871) Angestellter eines großen deutschen Handelshauses in Durango, hatte den Auftrag, einen wertvollen Warentransport von der amerikanischen Grenze quer durch das Land zu leiten, inmitten kriegerischer Revolutionen und unter Weg- und Sicherheitsverhältnissen, wie sie Deutschland am Ende des 30jährigen Krieges geboten haben mag. Wilmanns löste seine Aufgabe mit großem Geschick und zäher Energie. Die anschauliche Schilderung seines Unternehmens führt in die fabelhaften politischen Zustände des damaligen Mexiko ein, die durch die gewaltige Ausdehnung des Landes, den Mangel an Verkehrsmitteln, die Abwesenheit einer zuverlässigen Militärgewalt und demzufolge einer starken Zentralregierung

Digitized by Google

bedingt waren. Unter solchen Umständen brauchte der Handel mehr als Wagemut, um sich überhaupt noch zu betätigen. Der Kaufmann wurde zum Pfadfinder, zum Pionier im besten Sinne des Wortes. Wilmanns schildert uns, wie gerade deutsche Kaufleute damals unter den schwierigsten Verhältnissen dem deutschen Handel die geachtete, einflußreiche Stellung erworben haben, deren er sich heute noch erfreut. Das Ansehen, das die deutsche Gesellschaft in den Städten Mexikos genoß, die Heimatliebe, die sie betätigte, ist eines der erfreulichsten Kapitel des gediegenen Büchleins, das auch zur Landes- und Volkskunde Mexikos viele eigene Beobachtungen liefert. Dr. H. M.

Erdmann, Hugo, Deutsch-Ostafrikaner, ein Tropenroman, Verlag von August Scherl, Berlin. 197 Seiten.

Ein tüchtiger und liebevoller Kenner schildert uns Leben und Treiben in unserer Kolonie Deutsch-Ostafrika. Er führt uns auf Safarireisen (Karawanenzüge) in den Urwald, zeigt uns das Heim von Pflanzern, führt Elefanten- und Antilopen-Herden, Löwenjagden und Zeltlagerleben im Busch uns vor die Augen. Was uns am meisten anspricht, sind die Berichte über die treue Anhänglichkeit der verschiedenen Negervölker, die die schnöde und hinterlistige Art der Engländer wohl erkannt haben. Die englischen Versuche zur Verhetzung unserer treuen Neger schildert er mit starken Worten; auch über das innere Leben und die Entwicklungsmöglichkeit der Eingeborenen, sowie ihr Liebes- und Eheleben sagt er viel Beachtenswertes. Im ganzen ein Buch, das manchem, der sich für das Tropenland interessiert, Neues und Wissenswertes gibt, und auch solchen, die draußen waren, schöne Erinnerungsstunden schenken wird.

Grabowsky, Adolf: „Die Grundprobleme des Völkerbundes". Berlin 1919. Carl Heymanns Verlag. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift für Politik", herausgegeben von Richard Schmidt und Adolf Grabowsky. XI. Band, Heft 4.

Der Hauptwert der beachtenswerten Arbeit liegt in der hier zum ersten Male in solcher Weise versuchten Darlegung der Zusammenhänge zwischen den Problemen des Bolschewismus und des Völkerbundes. Grabowsky glaubt, „daß aller Wahrscheinlichkeit nach weder der Wilsonsche noch der Leninsche Völkerbund schließlich die Welt organisieren wird, vielmehr eine Kreuzung zwischen beiden, ein Wilsonscher Bund mit stark sozialistischem Einschlag".

Im übrigen beschäftigt sich die Schrift in der Hauptsache mit der Kritik des Pariser Entwurfs. am.

Von Scheller-Steinwartz, Dr.: Amerika und wir. Ein Wink am Scheidewege, München und Leipzig. Verlag von Duncker & Humblot 1919.

„Deutschland gehört mit Amerika zusammen." In der politischen Symbiose beider sieht der Verfasser die Rettung Deutschlands und die einzige tragfähige Basis künftigen Völkerfriedens. Die inneren Möglichkeiten dieses Zusammengehens werden überzeugend dargetan und müssen zugegeben werden, selbst wenn man den Charakter der Amerikaner für weniger vollkommen hält, als der Verfasser. am.

Ackerknecht, Dr., Erwin: Deutsche Büchereihandschrift. 32 S. m. 13 Tafeln. Berlin: Weidmann 1919. M 3.— (Schriften der Zentrale für Volksbücherei. Stück 2.)

Die vorliegende Büchereihandschrift, die der Direktor der Stettiner Stadtbücherei zuerst 1916 bei den Bibliothekskursen der „Zentrale für Volksbücherei" öffentlich lehrte, ist das Ergebnis dreizehnjähriger Arbeit. Sie hat über den Kreis der Bibliotheksfachleute hinaus Anspruch auf das Interesse aller Betriebe, in denen eine leicht lesbare, übersichtliche, möglichst einheitliche Grundform der Handschrift zum ersten Handwerkzeug gehört. Unter besonderer Anpassung an die Laut- und Wortfügung des Deutschen hat der Verfasser eine derartige Typenschrift geschaffen, welche die Vorzüge besitzt, unbedingt klar und charakteristisch, leicht lesbar und leicht erlernbar zu sein. Von der in England und Nordamerika ausgeprägten, mehr dekorativen Bibliothekshandschrift entfernt sich die Ackerknechtsche durch ihre Sachlichkeit und die auf der Buchstabenbindung beruhende leichtere Schreibbarkeit, ganz abgesehen davon, daß die deutsche Sprache auch im Gewande der lateinischen Schrift ihre besonderen Buchstabenformen verlangt. Man kann darüber streiten, ob einzelne Großbuchstaben, wie F, J und T, das Ideal an Unverwechselbarkeit erreichen, und ob die „monumental" gehauten Buchstaben C, P, K mit den der üblichen Schönschrift entlehnten G und L völlig harmonisch zusammengehen; auf jeden Fall bieten aber die von verschiedenen Händen angelegten Schrifttafeln ein nach der Seite der Lesbarkeit wie nach dem ästhetischen Eindruck höchst erfreuliches Bild. Man muß nur an die Anarchie der Handschriften denken, die gerade die Bandkataloge unserer größten Bibliotheken erfüllt, um den Fortschritt zu ermessen, der in der Durchführung einer einheitlichen Fachhandschrift nach dem Muster der von Ackerknecht gelehrten läge.

Dr. H. M.

Larsen, Karl: Tre Maend. Siemens-Zeppelin-Abbe. Foredrag holdt for Kobenhavnske Arbejderei Foraaret 1918. Kobenhavn: Gyldendal 1918.

Im Frühjahr 1918 hat Professor Larsen in einem Vortrag in Kopenhagen die Lebensbilder dreier großer Deutscher gezeichnet; da er vor Industriearbeitern sprach, wählte er Männer der exakten Wissenschaften: Werner Siemens, Zeppelin und Abbe. Aus seiner bei einem Ausländer sehr seltenen historischen Kenntnis deutscher Verhältnisse heraus, die seine Kriegsaufsätze in „Politiken" bereits auszeichnete (s. Deutschlands Nationalmilitarismus und anderes von Prof. Karl Larsen. Berlin: Erich Reiß 1915), vermochte Larsen mit der gleichen Wärme von drei so verschiedenen Persönlichkeiten zu sprechen wie es der bürgerliche Preuße Siemens, der aristokratisch-kirchlich erzogene Graf Zeppelin und der sozialistische Denker und Organisator Abbe nach Herkunft und Erziehung waren. Auf ihrer Heimat und Familie, auf den politischen Zuständen ihres Landes und den Anschauungen ihrer Zeit baut er in anschaulicher Darstellung die Geschichte ihres Lebens auf. Die letzte Quelle des Erfolges sieht er aber in ihren überragenden Charaktereigenschaften. So sehr sich diese drei Männer in ihrer geschichtlichen Determiniertheit voneinander unterschieden, so sehr glichen sie einander in den Grundkräften der Seele, die letzten Endes den Erfolg bestimmen: eiserne Selbstzucht, restlose Hingabe, unermüdliche Arbeitskraft. Mit diesen Eigenschaften verkörpern sie für Larsen das deutsche Volk schlechthin, „ein Volk" — so läßt er seinen Vortrag ausklingen — „das bleibt, was es gewesen ist, das erste und letzte in der Fähigkeit straff organisierten und sittlich beseelten Schaffens, ein Volk, das den biblischen Fluch der Arbeit in Segen verwandelt." Dr. H. M.

Lamp, Karl. Das Salzburger Universitätsprojekt vom Standpunkte staatlicher und akademischer Interessen. S.-A. aus „Akademische Rundschau". H. 11/12. 1918. Leipzig: K. F. Koehler 1918.

Die Schrift des Innsbrucker Universitätsprofessors erörtert die Einflüsse, die das Salzburger Projekt emporgetragen haben, Einflüsse, die sich nur aus der besonderen konfessionellen und politischen Struktur der ehemaligen Monarchie erklären lassen, wägt die auch uns Reichsdeutsche lebhaft interessierende Bedürfnisfrage ab und kommt aus volkswirtschaftlichen und wissenschaftlichen Gründen zu glatter Ablehnung: nicht lebensunfähige Zweig- oder Partei-Universitäten gilt es zu schaffen, sondern die bestehenden

Digitized by Google

Hochschulen zu erhalten und zur vollen Leistungsfähigkeit auszubauen. Vorzüglich gilt das von den Universitäten in den schwer geprüften Alpenländern, Innsbruck und Graz.

Wir hoffen, daß die reichsdeutsche akademische Jugend das ihre tun wird, den deutschösterreichischen Hochschulen zu einem gesunden Zuzug zu verhelfen. Der Norddeutsche besonders, der die ersten Semester mit Vorliebe dem deutschen Süden widmete, wird statt nach Straßburg und München ein Haus weiter gehen, ins deutsche Alpenland. Beide Teile werden Gewinn davon haben. — Das Salzburger Projekt kann wohl ohne weiteres als durch den Kriegsausgang erledigt gelten. Dr. H. M.

Verein für Glatzer Heimatkunde: Die Tschechengefahr für die Grafschaft Glatz. Sondernummer der Glatzer Heimatblätter. Habelschwerdt: Selbstverlag d. Vereins. 1919. 24 S.

Das Heft enthält 5 kleine Vorträge, die im Dezember 1918, als die Tschechen drohend vor den Toren standen, in der „Vereinigung für Glatzer Heimatkunde" gehalten wurden. Oberlehrer Weiser erörtert Zweck und Ziele des jungen Vereins. Der schlesische Geschichtsforscher Dr. Maetschke legt dar, wie die Grafschaft durch eine großzügige, von den böhmischen Königen geförderte Besiedlung bereits bis 1400 ein fast reindeutsches Gebiet wurde. F. Graebisch gibt eine Beschreibung des „böhmischen Winkels", des westlichsten Zipfels der Grafschaft, in dem eine kleine tschechisch sprechende Minderheit im besten Frieden mit ihren deutschen Landsleuten lebt. Fr. Futter erweist die geographische Zugehörigkeit der Grafschaft zum Flußgebiet der Neiße und damit zu Schlesien. Das Schlußwort von Knittel gibt Proben der geschichtlich erwiesenen gutdeutschen Gesinnung der Grafschafter. — Wir freuen uns, daß der Friedensvertrag, der Millionen anderer Ostdeutscher vergewaltigt, die Grafschaft Glatz fast wie durch ein Wunder verschont und die wackeren Gebirgsschlesier in ihrer Stammes- und staatlichen Gemeinschaft beläßt. Dr. H. M.

Deutsche und französische Eingeborenenbehandlung. Eine Erwiderung auf die im „Journal officiell de la République française" vom 8. November 1918 und vom 5. Januar 1919 veröffentlichten Berichte. Berlin: Dietrich Reimer 1919. 107 S. M 2,50.

Der erste Teil dieser Veröffentlichung des Reichskolonialministeriums entkräftet die von französischer Seite gegen unsere Kolonialverwaltung erhobenen Vorwürfe; er weist die Unzulänglichkeit des benutzten Materials wie die Leichtfertigkeit in der Beweisführung nach. Dieser Abschnitt konnte kurz sein, da heute kein objektiv Denkender mehr den Deutschen die Fähigkeit zum Kolonisieren abspricht. Der Schwerpunkt der Schrift liegt im zweiten Abschnitt. Die Franzosen haben es verstanden, durch geschickte Zeitschriftenpropaganda und geschmackvolle Ausstellungen der unkritischen Welt das Bild einer glücklichen Kolonialbevölkerung vorzumachen. Es war Zeit, diese Legende zu zerstören. Rücksichtslose Militarisierung der Eingeborenen, schrankenlose, nur auf fiskalischen Gewinn bedachte Verseuchung mit Alkohol, eine chinesische Mauer von Schutzzöllen, die die Kolonien zur ausschließlichen Domäne des Mutterlandes macht, Raubbau an den Kräften der Eingeborenen bis zur Ausrottung um der Interessen einiger Großkapitalisten willen, aus solchen Zügen setzt sich das erschütternde Bild zusammen, das aus unverdächtigen Quellen — französischen Parlamentsurkunden, amerikanischen und englischen Sachverständigenberichten — gewonnen ist. Als schwerster, viel zu wenig beachteter Verlust für die gesamte Kulturwelt erscheint die gewaltsame Französierung Nordafrikas. Infolge der rechtlichen Bevorzugung der Ausländer, der Unterdrückung der arabischen Volkssprache in Schule und Presse und der Beseitigung der einheimischen, islamischen Rechtsprechung wird hier eine hochstehende, ehrwürdige Kultur planmäßig dem Untergang überliefert. Auf Madagaskar und in Indochina, am Senegal wie am Kongo, überall dasselbe Bild. — Das Beweismaterial der Schrift ist unanfechtbar. Schade, daß sie zu spät und als Erwiderung erscheint, während sie im rechten Augenblick einer sittlich ebenso berechtigten wie politisch gebotenen Offensive hätte dienen können. Dr. H. M.

Solf, Dr., C. H., Staatssekretär des Reichskolonialamtes a. D.: Die Mission in den deutschen Schutzgebieten. 10. Heft der Flugschriften der Deutschevangelischen Missionshilfe. Druck und Verlag von C. Bertelsmann. Gütersloh 1918. 31 Seiten. 40 Pfennige.

Das Heftchen gibt einen Vortrag wieder, den der Staatssekretär auf Veranlassung der Kolonial-Gesellschaft im Januar 1918 in Berlin hielt. Er bespricht darin Zweck, Wesen und Organisation der Missionen beider Konfessionen in knapper übersichtlicher Form. Es gab bei Kriegsausbruch in den deutschen Kolonien 476 Missionspriester, 305 Laienbrüder, 462 Missionsschwestern, 232 Haupt- und 1680 Nebenstationen katholischer Konfession, 346 ordinierte Missionare, 177 Laien, 12 Ärzte und 81 Schwestern auf 233 Hauptstationen evangelischen Bekenntnisses. In ausgezeichneter Weise werden die engen Wechselwirkungen zwischen Missionar und Kolonisator besprochen, und der viel erfahrene Leiter des höchsten Kolonialamtes spricht hier aus, daß der Missionar der treueste Mitarbeiter und Bundesgenosse der Kolonial-Regierung sei. Er schildert die Kriegsverluste an Menschen und Anlagen, die die Mission erlitt, aber sein Vortrag klingt hoffnungsfroh dahin aus, daß den Missionen eine große Zukunft bevorstehe, das durch unsere Gegner vernichtete Prestige der Weißen in den Kolonien wieder zu heben. W.

Nagel, Dr., Ferdinand: Die Ostlandwanderung der Deutschen. Berlin 1918. Deutsche Landbuchhandlung, G. m. b. H. 79 Seiten. Preis M 2.—

Die Schrift schildert in historischem Aufbau die Besiedlung der Ostmark, den Zug der Deutschen nach Böhmen und Mähren, Ungarn und Polen, die Aufsegelung des Baltikums, den Zug der Deutschen nach Rußland. Wo es sich um eine solche Fülle von Stoff handelt, kann die Darstellung natürlich großenteils nur andeutungsweise, keineswegs erschöpfend sein. Die Schrift fußt noch auf der Grundlage der guten militärischen Situation zu Anfang 1918. Sie will zur Bauernbesiedlung des eroberten Neulandes (Baltikum, Litauen usf.) anregen. Sie rechnet da reichlich optimistisch mit dem einmütigen Wunsch der zwei Millionen russisch-deutscher Kolonisten, in die Heimat zurückzukehren: „und wenn es auf den Knien gekrochen sein müßte, wir wollen heim". Dieser so einstimmige Wunsch besteht bei sehr vielen der zwei Millionen aber zweifellos nicht. Die Eroberung der Ukraine und der Krim hat das gezeigt. Wenn den deutsch-russischen Kolonisten Eigentum, Leben, kulturelle und politische Freiheit gesichert bleiben, denken sie größtenteils nicht an Rückwanderung. Es war, was die Massen angeht, mehr ein von außen in sie hereingetragener Wunsch, als einer, der aus ihrem Innern kam. Auch die Tatsache, daß dieselben Führer, die einst für die Rückwanderung in hohem Maße Propaganda machten, jetzt daran denken, die zu erwartende Auswanderung in dieselben Gebiete der Ukraine und der Wolga zu lenken, läßt gewisse Rückschlüsse zu. Im übrigen ist die Schrift flott geschrieben. Mit dem Urteil, daß Damaschkes Geschichte der Nationalökonomie ein treffliches Werk sei, wird der Verfasser freilich bei der zünftigen Kritik nur ein Lächeln erwecken. W.

Digitized by Google

Cornelius, H.: Völkerbund und Dauerfriede. „Fehler und Forderungen", Schriftenfolge zur Neugestaltung deutscher Politik. Herausgegeben von Palatinus. 8. Heft. Preis M 3.—.

Die Gedankengänge der Schrift basieren noch auf der inzwischen an der brutalen Macht der Tatsachen zerschellter Zuversicht, daß der Friede im Sinne allgemeiner Versöhnung abgeschlossen werden und den Völkerbund bringen würde. Dieser Völkerbund müsse der übernationale Staat sein, der entsteht durch Wegfall aller Zollgrenzen und Übertragung der gemeinsamen diplomatischen Angelegenheiten, sowie sämtlicher Heere und Flotten an eine Zentral-Exekutivgewalt, die von einem Kongreß der Abgeordneten der vereinigten Nationen gewählt und kontrolliert wird. Der Verfasser ist Optimist genug, in dieser Lösung gleichzeitig die automatische Lösung aller Nationalitätenfragen zu erblicken und glaubt, daß die schweizerische Bundesverfassung in ihren Grundzügen einfach als Verfassung seines übernationalen Staates übernommen werden kann. am.

Gnadl, Ludwig: Fußreise eines Bäckergesellen durch Europa, Asien und Afrika, mit vielen Abbildungen. München 1912. Verlag von Max Steinebach.

Ein Bäckergeselle, den Abenteuerlust und Wandertrieb faßten, schildert seine Erlebnisse in der Welt. Er erzählt frisch, anschaulich, lebendig, das was er sieht, und in diesem unmittelbaren Erleben liegt der Reiz des Buches, dem allerdings eine tiefere Stellungnahme zu den Dingen der fremden Welt um den Autor herum fehlt. Der Bäckergeselle ist kein Mann, der über den guten Durchschnitt eines Handwerksgesellen herausragt, den das Reisen und den die Welt besonders gebildet hätte, er hat nur etwas Erzählertalent und ist ein Mann, der schlechtes Leben mit Humor erträgt und den gutes Leben nicht übermütig macht. Manche Schilderungen aus Herbergen und Asylen, manche Bemerkungen auch über Europäer-Niederlassungen und über das Verhalten der Nationen untereinander überragen den sonstigen Durchschnitt des Buches.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

„Deutsche Landpost" heißt eine neue Zeitung, die der Bund der Landwirte, die politische Partei des deutschen Landvolkes, vom 1. Oktober an in Böhmisch Leipa herausgeben will. Die Zeitung macht es sich zur Aufgabe, ohne einseitige agrarische Interessenvertretung den besonders politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen des gesamten deutschen Landvolkes im tschecho-slowakischen Staate zu dienen. Politisch will das Blatt bei streng nationaler Haltung grundsätzlich an der deutschen Gemeinbürgschaft festhalten.

Das frühere **Nachrichtenblatt des „Reichsverbandes der Auslanddeutschen",** das jetzt durch das von unserem Institut herausgegebene „Nachrichtenblatt des Bundes der Auslanddeutschen" ersetzt worden ist, erscheint mit einer Septembernummer 3 zum letzten Male und nimmt Abschied von seinen Lesern. Es bringt einen großen Bericht über den Verbandstag am 5. August, der die Verschmelzung mit dem früheren „Rat der Auslanddeutschen" zum Bunde beschloß und gelobt in einem Leitartikel dem Bunde redliche Mitarbeit, und wenn wir unsere Blicke auf die Zukunft richten, so wollen wir gewiß und dieser Gewißheit froh sein, daß zwischen ihren dämmernden Schleiern hindurch bald der Strahl einer friedlicheren Zukunft für uns Auslanddeutsche aufleuchten wird, daß die Auslanddeutschen, die wieder draußen schaffen und wirken werden, in dem Bunde der Auslanddeutschen jene ständige und umfassende Interessenvertretung besitzen werden, die als letzter, aber nicht als geringster Gesichtspunkt auf dem Programm des Reichsverbandes stand." Schließlich bringt das Blatt einen interessanten Artikel über die Auslanddeutschen und die Steuergesetze, der von der Steuer-Treuhand-Gesellschaft in Berlin zur Verfügung gestellt worden ist.

In einem Leitartikel **„Die Auslanddeutschen,** ihre Zukunft und Entschädigung" beschäftigt sich die „Frankfurter Zeitung" im 3. Morgenblatt vom Sonntag, den 5. Oktober, mit der Frage, die ja jetzt für Existenz und Schicksal der Auslanddeutschen so sehr wesentlich ist. Sie geht auf die schwierige Lage ein, die durch die Liquidation des deutschen Eigentums im Auslande, durch gesetzliche und polizeiliche Maßnahmen gegen die Einwanderung und durch andere Dinge geschaffen worden sind, bespricht den Handelskrieg, der trotz aller Völkerbundsmaßnahmen und trotz aller gegenteiligen Zusicherungen gegen den deutschen Kaufmann im Auslande, gegen die deutschen Waren, gegen den deutschen Aufbau überhaupt geführt wird, und erwähnt ein Mittel für den deutschen Fabrikanten, um einen Gegendruck auszuüben, nämlich nur unter den Bedingungen zu liefern, daß die ehemaligen Vertreter wieder in ihre erworbenen Rechte eintreten sollten. Denn es sei doch meistens das Verdienst dieser Vertreter gewesen, die Absatzwege gefunden zu haben. Neues deutsches Eigentum in den feindlichen Ländern soll zwar von der Liquidation verschont bleiben, aber wer kann dafür bürgen, daß es nicht auch als Pfand beschlagnahmt wird, wenn Deutschland mit der Erfüllung der finanziellen Friedensverpflichtungen in Rückstand gerät. Die Prämie für dieses Risiko wird in die Bilanz eingestellt werden müssen. Die Lage der Auslanddeutschen sei nicht die gleiche wie die der Inlanddeutschen, denn sie wären Pioniere der deutschen wirtschaftlichen Expansion. Dieses Verdienst verdient Anerkennung über die normalen Entschädigungen hinaus. Nach den Schätzungen des „Bundes der Auslanddeutschen" belaufe sich der erlittene Schaden auf 15 Milliarden Mark. Es werde sich dabei nicht durchweg um den reinen Sachwert handeln, aber auch der französische Justizminister habe das in Frankreich beschlagnahmte deutsche Eigentum auf 1½ Milliarden Franken berechnet. Die deutsche Reichsregierung bringe ja die Liquidationswerte mit 9,2 Milliarden Goldmark auf die erste Quote unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage in Anrechnung. Die Rechtstitel der Auslanddeutschen auf Entschädigungen seien von keiner Seite ernsthaft bestritten. Die deutsche Regierung hätte sie auch ohne die Klauseln des Friedensvertrages anerkannt. Die Schwierigkeiten aber lägen in der praktischen Erfüllung. Der Artikel erkennt die Dringlichkeit der Auszahlung von Vorschüssen an, es müsse nur dafür Sorge getragen werden, daß die reiche Mannigfaltigkeit der Einzelfälle nicht unter ein einziges, unbewegliches Schema gepreßt werden. Schwierig sei vor allem die Frage der Valuta. Die Ansetzung des Vorkriegskurses wäre im allgemeinen eine schwere Beeinträchtigung, aber auch die Umrechnung nach der heutigen Valuta könne nicht als Regel aufgestellt werden. Sie sei da am Platze, wo der Auslanddeutsche die Möglichkeit habe, wieder an seinen Wohnsitz zurückzukehren. Es werde von Bedeutung sein, was der Geschädigte mit dem Gelde anfange. Viele wollten dafür deutsche Waren kaufen und ins Ausland bringen dank ihrer früheren Verbindungen. Im ganzen lasse es sich nur sagen, daß eine schematische Behandlung vermieden werden müsse, ohne daß Bevorzugungen entstehen. Der Artikel kommt hier zu dem salomonischen Urteil: „Die Valuta könnte an sich dazu dienen, den verschiedenartigen Umständen Rechnung zu tragen, aber selbstverständlich liegt hier auch eine Gefahr, wenn nicht eine Norm gefunden wird". Zum Schlusse betont der Aufsatz die Ungerechtigkeit der Doppelbesteuerung für die Auslanddeutschen und die Notwendigkeit, beim Reichsnotopfer den Interessen der Auslanddeutschen gerecht zu werden.

Digitized by Google

Über **„Die Frau und das Auswanderungsproblem"** plaudert in den „Hamburger Nachrichten" Martha von Zobeltitz. Die Verfasserin ist mit Recht der Ansicht, daß für die auswandernde Frau Organisation und Beratung in der Heimat noch wichtiger ist, als für den Mann, daß Einzelauswanderung der Frau ein Privatexperiment ist, das in früheren Fällen zu oft in Elend und Schande führte. Es dürften nur die Frauen hinausgehen, die seelisch und körperlich kräftig genug sind, den draußen noch härteren Existenzkampf auszuhalten, also Frauen, die sozusagen vom Sentiment unabhängig sind. Für die Zusammensetzung der Auskunftsstellen macht M. v. Zobeltitz erwägenswerte Vorschläge. Es sollten Leute zur Mitarbeit berufen sein, die mit allen Einzelheiten der Auswanderung, bis auf die Kleider- und Geräteausrüstung, auf die sanitären und merkantilen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern vertraut sind. Wie die Rat Suchenden den verschiedensten Bevölkerungsschichten angehörten, so müßten auch in der Auskunftserteilung alle Schichten tätig sein, um ihre eigenen Kreise verständnisvoll zu beraten. Eine Auskunftsstelle solle für den Geschäftsbetrieb nur wenig Beamte, dafür aber einen weiten Kreis von erfahrenen Vertrauensleuten haben, die in ihrem Heim zu bestimmter Stunde aufgesucht werden könnten und besuchsweise, nach dem System der Kassenärzte, bezahlt werden sollten. Darüber hinaus gehöre zu einer Auskunftsstelle noch ein Kreis von Vertrauensleuten im Ausland, die schriftlich periodisch über die Zustände in ihren Ländern berichteten. Und endlich „muß die Auskunftsstelle notwendigerweise mit den verantwortlichen Finanzgrößen der Länder Fühlung haben, seien es selbst Finanzminister, Banken oder Farmer".

Ueber das Thema **„Missionar und Kaufmann"** schreibt im Juliheft der „Berliner Missionsbericht" P. v. Probst-Schanghai, daß erst der Krieg mit seinen schrecklichen Wirkungen die Zusammenhänge zwischen beiden Kategorien klargelegt habe. Alle deutschen Kirchengemeinden außer Tientsin sind unter Mitwirkung von Missionaren entstanden. Ein gewisses Interesse für das Missionswerk habe sich aber nur da eingebürgert, wo große Stationen oder Anstalten dem Auge offen lagen, oder wo die Persönlichkeit des Missionars sehr gefiel. Für das Kleine und Einfache habe der Auslanddeutsche wenig Sinn. Das Findelhaus in Hongkong, das Blindenheim der Hildesheimer, das Schulwesen der Berliner in Kanton, das rheinische Missions-Hospital in Tungkun sammelten jährlich große Kollekten, in Tsingtau war es ähnlich, und die Liebenzeller brachten große Summen in Tschangscha zusammen. Die Besatzungen der kleinen Kriegsschiffe, die flußaufwärts ins Inland kamen, und die jungen Kaufleute fanden bei Überlandreisen liebenswürdige Aufnahme bei den Missionaren, kamen die jungen Kaufleute aber nach Schanghai, so gelangten sie in den Bannkreis der amerikanischen Mission und wohnten in deren Häusern. Die Mission wurde im Urteil der deutschen Landsleute nicht als politisches Instrument gewertet, geschweige denn gebraucht. Erst der Krieg erwies den deutschen Missionar als einen der tüchtigsten deutschen Vertreter draußen. In Schule, Kirche und Presse bewährten sich die früher über die Schulter angesehenen Missionare glänzend, die Achtung vor ihrem Können ging auch den Schanghaier Deutschen jetzt auf. So entstand unter verständnisvoller Förderung des Generalkonsuls Knipping in Schanghai im Dezember 1916 der „Deutsche Hilfsbund für evangelische Mission in China", an dessen Leitung absichtlich nur Nichtmissionare beteiligt waren. „Als in der Gründungsversammlung die Nöte der 330 evangelischen Missionare in China vor der zahlreich erschienenen Menge ausgebreitet wurden, da gab es keine Gegnerschaft mehr." Mit 70 Mitgliedern trat der Bund ins Leben. Zweigvereine und Ortsgruppen bildeten sich überall, und in dem Bericht heißt es: „Die Ahnung hat uns ergriffen, daß die deutsche Mission mit ihrem stillen Schaffen etwas anderes ist, als eine unnötige Arbeit und Belastung, nämlich ein Beweis der Stärke des deutschen Volkssinnes, auf die man überall bauen kann und bauen muß; und daß unsere Missionen mithelfen am Bau der deutschen christlichen Kultur im Ausland mit ihrem eigenartig gebildeten starken Leben. Man will ihr nicht mehr ihr Eigenleben bestreiten, sondern ihre Wirkungsmöglichkeiten erhöhen, man ist duldsamer geworden gegen die verschiedenen Richtungen des christlichen Geistes, wo nur solcher praktisch tätig ist. Ein frischer Wind läßt sich spüren; Deutschtum und Mission will sich gegenseitig kennen lernen und will miteinander arbeiten." Die Einnahmen des neuen Bundes betrugen seit der Gründung im Ganzen 20 000 Dollar und dazu kamen zahllose Spenden und Weihnachtsgaben in Naturalien, in Kleidung, Wäsche und Schuhzeug.

VON UNSERER ARBEIT

Sammlung photographischer Aufnahmen zur Kenntnis des Auslanddeutschtums und zur Auslandkunde.

Das Deutsche Ausland Institut legt, um die sachgemäße Beratung und Unterstützung der Auswanderer durchführen zu können, größten Wert darauf, von den verschiedenen Ländern, die heute als Auswanderungsgebiete in Frage kommen, oder vor dem Kriege als Siedlungsgebiete für deutsche Auswanderer, oder überhaupt als Tätigkeitsgebiete für Deutsche gedient haben, gutes photographisches oder sonstiges Bildermaterial zu bekommen, das über die Natur der betreffenden Länder, ihre Bevölkerung oder Wirtschaft irgendwie Bemerkenswertes enthält.

Das Deutsche Ausland Institut hat zu diesem Zweck eine eigene Lichtbilder-Abteilung eingerichtet, die die Aufgabe hat, alles Bilder- und Lichtbildermaterial zur Kenntnis des Deutschtums im Auslande und zur allgemeinen Auslandkunde, namentlich soweit es mit der Frage des Deutschtums im Zusammenhang steht, su sammeln und zu bearbeiten. Die Abteilung verfügt bereits über rund 5000 Bilder und rund 3000 Lichtbilder. Die Sammlungen sind gerade in der letzten Zeit durch zahlreiche Spenden von Auslanddeutschen erheblich vermehrt worden. Es ist aber anzunehmen, daß sich noch wertvolles

Digitized by Google

Photographien-Material in den Händen der jetzt zurückgekehrten Auslanddeutschen, sowie auch der Familien befindet, deren Angehörige in früheren Zeiten im Ausland gewesen sind.

Wir richten im Interesse der Sache an alle Auslanddeutschen und Freunde unseres Instituts die dringende Bitte, die Arbeiten der Lichtbilder-Abteilung zu unterstützen und das in ihrem Besitze befindliche Material an Bildern und Lichtbildern mit möglichst genauer Angabe des Aufnehmenden und des Aufgenommenen (auch Zeit der Aufnahme) dem Institut zur Verfügung zu stellen und einzusenden. Besondere Prospekte hierfür wolle man von der Lichtbilder-Abteilung des Instituts erbitten.

Etwa entstehende Unkosten werden auf Wunsch ersetzt. Ebenso wird das Urheberrecht streng gewahrt; bei evtl. Veröffentlichungen der Aufnahmen in den Schriften oder sonstigen Veröffentlichungen des Instituts wird der Name des Aufnehmenden jedes Mal genannt werden.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslanddeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

Eines unserer Mitglieder sucht für seine Fabrikate — Pinsel aller Art, gedrehte und gefräßte Massenartikel in Holz — tüchtige Vertreter für Argentinien, Brasilien, Canada, New York und Bombay. Geeignete Herren wollen sich an das Deutsche Ausland Institut, Abteilung Stellenvermittlung, wenden.

Deutscher, seit langen Jahren in Kaschau ansässig, mit besten Verbindungen, sucht für die tschecho-slowakische Republik Vertretungen deutscher Fabrikanten.

Unsere Zeitschrift.

Der Mangel an Gas und an elektrischem Strom, unter dem die ganze süddeutsche, und besonders die württembergische Industrie zurzeit aufs empfindlichste leidet, hat sich nun auch bei der Herstellung dieser Nummer unserer Zeitschrift sehr unliebsam bemerkbar gemacht. Die Druckerei konnte das ihr zugestellte Material nur zu einem ganz kleinen Teil verarbeiten. Wenn wir uns trotzdem bemühen, die Nummer rechtzeitig herauszubringen, müssen wir um gütige Nachsicht unserer Leser bitten, wenn sie in verschiedenen Rubriken diesmal nur sehr wenig Nachrichten finden. Das heute zurückgestellte Material hoffen wir in der zweiten Novembernummer zum Abdruck bringen zu können. „Wir hoffen", — denn leider sind die Aussichten einer besseren Kohlenbelieferung Süddeutschlands für absehbare Zeit sehr schlecht, und wir müssen daher schon heute für die Dauer des ganzen Winters um gütige Nachsicht bitten, wenn die eine oder andere Nummer des „Auslanddeutschen" wegen der großen technischen Schwierigkeiten nicht pünktlich auf den Tag wird ausgegeben werden können, oder, wie die vorliegende, nicht den Inhalt hat, den wir ihr zu geben beabsichtigten.

Lesesaal und Ausstellung des Deutschen Ausland Instituts.

Anläßlich der hiesigen Tagung des Bundes der Auslanddeutschen haben wir am Montag, den 13. Oktober unsern Lesesaal in unsern Räumen im Neuen Schloß der Öffentlichkeit übergeben, der allen Schichten der Bevölkerung unentgeltlich geöffnet sein wird und der bestimmt ist, auslandkundliche Kenntnisse zu vermitteln und den Auslanddeutschen Gelegenheit zu geben, die fremde Presse ihrer Arbeitsländer zu verfolgen. Der Lesesaal enthält die wichtigsten deutschen Zeitungen, die Hauptzeitungen des Auslandes und eine große Reihe ausgewählter Zeitschriften, die sich mit dem Deutschtum im Auslande und der Auslandkunde beschäftigen.

Auch unsere Ausstellungsräume wurden anläßlich der Vertreterversammlung des Bundes zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Sie zeigen in der Abteilung, die der Kultur und dem Wirtschaftsleben des Deutschtums im Auslande gewidmet ist, eine große Zahl außerordentlicher Schätze, die für die Geschichte des Deutschtums im Auslande und für die kulturelle und wirtschaftliche Betätigung von hohem Interesse und Wert sind. Aus Polen und Rußland, aus Amerika, England und den Kolonien findet sich reichhaltiges und verschiedenartiges Material. Im zweiten Teil der Ausstellung sind Rohprodukte aus aller Herren Länder in übersichtlicher Gliederung aufgestellt, die nicht nur in Verbindung mit dem auslanddeutschen Teil der Ausstellung einen Begriff davon geben, wie die Auslanddeutschen die Heimat mit der Beschaffung von Rohstoffen für die verarbeitende Industrie unterstützen — es finden sich hier übersichtliche Statistiken und Tabellen —, sondern die auch geeignet sind, die Auswanderer namentlich über die Produktion der von ihnen bevorzugten Einwanderungsgebiete sachlich aufzuklären und die ein in auslandkundlicher Hinsicht ganz außerordentlich wertvolles Material bieten.

Berichtigung eines Druckfehlers.

In der Veröffentlichung des Ergebnisses des Preisausschreibens in Nr. 11 des Auslanddeutschen ist bedauerlicherweise ein Druckfehler stehen geblieben. Der Name des einen Preisträgers heißt nicht Wilms, sondern war richtig zu lesen „Dr. jur. Hermann *Willms*-Bonn". In unserer Pressekorrespondenz war der Name richtig wiedergegeben.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 25. Oktober 1919.
Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. — Druck der Tagblatt-Buchdruckerei Stuttgart.

Digitized by Google

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT
FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE
MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS
ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN

DA

Der Auslanddeutsche" erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats • Für Mitglieder des Deutschen Ausland Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 5 Mark, im Ausland von 7 Mark, erhoben • „Der Auslanddeutsche" kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 22 Mark jährlich, 5,50 Mark vierteljährlich • Preis des Einzelheftes 1 Mark. Alleinige Anzeigenannahme durch die Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Stuttgart und ihre Zweigbüros. Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Werthelmer-Stuttgart.

Jahrg. II. — Nr. 13 STUTTGART Zweites November-Heft 1919

Volksbewußtsein und Heimatgefühl

Von Professor Dr. ROBERT SIEGER, GRAZ.

Die südösterreichischen Deutschen, welche der Frieden von St. Germain von dem deutschen Alpenstaat abtrennt, laufen Gefahr, die Verbindung mit dem deutschen Volk nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich um so rascher zu verlieren, je stärker sie durch ihre neuen Herren abgesperrt und in neue wirtschaftliche und geistige Beziehungen gepreßt werden, aber auch je weniger sie das Bewußtsein haben, daß sich das ganze Volk ihrer annimmt. Sie glauben vielfach (und die slawische Taktik nährt diesen Glauben bei ihnen), von ihren Stammesgenossen in Deutschösterreich zu leicht aufgegeben, ja gegen irgend einen Kuhhandel preisgegeben zu sein — und wenden sich ihrerseits leicht verstimmt von ihnen ab. Die Deutschösterreicher sind selbst vom Reiche abgeschlossen, von den im alten Staat als nationale Führer ihnen voranschreitenden Sudetendeutschen getrennt. Sie haben mit der Not und den Wirrsalen ihres neuen Ländchens so viel zu tun, sehen sich selbst in diesem so vielen nationalen Angriffen der Nachbarn ausgesetzt, die abzuwehren sind, daß sie sich nur mit geringer Kraft der Brüder südlich von der nunmehrigen Grenze anehmen können und diesen leicht genug lau, gleichgültig, teilnahmslos scheinen. Sie laufen aber selbst Gefahr, die nationale Zuversicht zu verlieren und das Deutschtum in ihren eigenen Grenzgebieten verloren zu geben, wenn sie gewahr werden, wie viele in ihrer Mitte leben, die mit der Hoffnung auf sofortige Vereinigung mit dem deutschen Reich auch die deutsche Gesinnung wenigstens nach außen hin aufgegeben haben, die den „Nationalismus" für eine mit dem „Militarismus" zugleich erledigte Erscheinung der Vergangenheit erklären und die Notwendigkeit einer besonderen Pflege des Nationalen in dem neuen angeblichen „Nationalstaat" bezweifeln, ja bestreiten. Ein Verzagen und Erschlaffen der Grenz- und Auslanddeutschen, die hier bisher so tapfer ihren Mann gestellt haben, müßte aber die nationale Eroberungslust der Nachbarn ins Ungemessene steigern. Heute glauben diese selbst noch kaum, durch ihre Vergewaltigungen die Grenzhüter unseres Volkstums dauernd entdeutschen zu können — fühlen sie aber keinen Widerstand mehr, so werden sie sich auch jeder künftigen Rücksicht enthoben glauben. Und mit dem Glauben an den Erfolg kommt dieser selbst.

Das muß auch für die Deutschen gelten. Wie sollen diese nun aber den Glauben an einen Erfolg ihres Widerstandes fassen können, wenn sie ringsum die Feinde stark und unser Volk zerrissen und notleidend sehen? Die alten Mittel des nationalen Kampfs haben versagt, die lauttönende „nationale Bewegung" hat kein steirisches Dorf retten können — sie ist vielen zu einer Parteibewegung geworden, die nicht tief ins Volk greift; selbst in Kärnten hat sie den bewaffneten Widerstand wohl ins Leben rufen, ihm aber nicht zum Erfolg helfen können. Sie hat Formen angenommen, für die sich viele nicht begeistern können; sie scheint aber auch vielen ihrem Wesen nach zu äußerlich, zu sehr auf Sprache und Wirtschaft, zu wenig auf Kultur und Volkstum gerichtet. Glaube und Begeisterung, aus denen die Zuversicht entspringt, kann aber nur das Bewußtsein erwecken, für etwas Dauerndes und Unzerstörbares, mit dem Wesen des Einzelnen Engverbundenes zu kämpfen. Ist vielen Deutschen das Gefühl für ihr Volkstum nicht mehr so unmittelbar lebendig, daß es ihnen unzerstörbar innewohnt, so muß ein anderes daneben treten, das in ihrer Seele, meist unbewußt, aber um so kräftiger lebt und das Gegengift gegen die übermächtigen fremden Einwirkungen werden kann. Das brauchen wir nicht zu suchen; es braucht nur Pflege, denn es ist in der allerletzten Zeit der Drangsal überall stark geworden. Ich meine das Heimatgefühl. Die Liebe zur Heimat ist für viele die einzige Liebe, die diese Tage der Entwertungen überdauert hat und sich um so kräftiger regt. Sie ist oft einseitig und schädlich geworden; ein Sondergeist der Länder, der in Ausfuhrverboten und „Fremden"austreibungen Selbstverständlichkeiten sieht, zerreißt die Nation ebenso wie den Staat. Aber ein gesundes Heimatgefühl ist nicht lebensfähig ohne Volksgefühl und muß dieses erwecken. In seinem schönen Büchlein „Von Volkstum und Heimat" (Graz 1919) sagt Victor Geramb mit Recht: „Heimatboden und Heimatvolk, beide zusammen bilden die Heimat". Die Liebe zur engeren Heimat kräftigt nicht nur das Selbstgefühl, sondern auch die Selbsterkenntnis ihrer Bewohner, und diese — in Heimatschutz und volkskundlichen Bestrebungen verkörpert — lehrt sie, daß sie in deutschem Wesen wurzeln, daß sie ihre Eigenart, ihren Heimatboden und als Deutsche erhalten können. So geht auch hier der Weg von Talschaft und Gau über Land und Stamm zum Gesamtvolk. Dieses drohte vielen ein abstrakter Begriff zu werden, nicht zuletzt im national bedrohten Gebiet; der Heimatgedanke vermag es der Seele lebendig zu machen.

Die Heimatbewegung, oft partikularistisch aussehend und doch dem Zusammenschluß der Nation dienlich, ist auch in Österreich unmittelbar vor und während der Kriegszeit stark angewachsen, und nach dem Zusammenbruch erst recht, im Volk wie bei den Gebildeten, die vielfach erst durch sie „den Weg zum Volk" finden. Es sei nur nebenher der Heimat-

Digitized by Google

museen und Heimatschutzvereine gedacht, die in den letzten Jahren entstanden, der Zeitschriften und Flugblätter, wie der „Heimatgrüße", die der steirische Heimatschutzverein den Kriegern ins Feld sandte, oder der eben in Oberösterreich entstehenden Zeitschrift „Heimatgaue", der Volksliedersammlungen und Heimatkurse usw. Verein und Museum für österreichische Volkskunde in Wien müssen sich nunmehr in einen Brennpunkt deutschösterreichischer Heimatforschung verwandeln. Es sei auch nur kurz hingewiesen auf das schon erwähnte Büchlein Gerambs, der auf der Heimatgesinnung den „Wiederaufbau des Staates" begründen will. Deutschösterreich kann in ihr Trost und Wiederaufrichtung finden.

Aber auch den zerstreuten Sprachinseln und den unter fremde Gewalt geratenen Grenzdeutschen kann die Selbstbesinnung, die in der Vertiefung ihrer Beziehungen zum Heimatboden liegt, erhöhte Widerstandskraft geben. Sie fühlen sich selbst vielfach als Kolonien oder Vorposten auf fremdem Boden, und darin liegt eine große Schwäche. Sie müssen sich die Geschichte und die Eigenart ihrer Heimat als alter deutscher Boden, die Beziehung ihrer Sitte und ihres Geisteslebens zum deutschen Hinterland während all der Jahrhunderte, das Ausdauern und Wiederaufblühen des Deutschtums in dieser ihrer Heimat trotz aller Wechselfälle und Verfolgungen lebendig vor Augen halten, so werden sie ungebrochen und beharrlich den Ansturm der nationalen Gegner bestehen. Uns Deutschen im geschlossenen Sprachgebiet aber obliegt es, sie — die des Tages Not so voll in Anspruch nimmt — darin zu unterstützen, ihnen den Weg zur Erkenntnis ihrer deutschen Heimat zu weisen und die Verbindungen, die ihr Boden mit unserem, mit allem deutschen Boden hat, immer wieder zu zeigen, zu pflegen und zu vertiefen. Unsere Geistesarbeit, unsere Herzensbeziehungen müssen ihre Heimatgesinnung wecken und beleben helfen. Den Deutschen am einst so hoffnungsvollen „Wege zur Adria" gegenüber obliegt das vor allem den Steirern, aber auch ganz Deutschösterreich und jedem Deutschen, der Gelegenheit hat in diesem Sinne zu wirken. Das sei als Mahnung und Bitte ausgesprochen.

Die Deutschen in Süd-Brasilien und die Auswanderung

Von C. BÖCKHELER, EBINGEN

Nicht erst der Krieg hat uns gezeigt, sondern schon lange vor demselben war es eine bekannte Tatsache, daß der Deutsche im Ausland und besonders auch in Übersee sich durchaus keiner Beliebtheit erfreute. Und wir haben zu unserer Selbstentschuldigung die Ursache dieser Unbeliebtheit im allgemeinen nur darin erblickt, daß die Rolle, die Deutschland im Welthandel spielte, immer bedeutender wurde, daß wir als Konkurrent gegen die andern, insbesondere gegen die Engländer, immer mächtiger auf den Plan traten. Gewiß haben der kommerzielle und wirtschaftliche Aufschwung, den Deutschland genommen, wie auch die Tatsache, daß der deutsche Adler hinausgeflogen ist in alle Welt, um überall, selbst auf den entlegensten Inseln, sein Nest zu bauen, sowie die Weltmachtstellung, die Deutschland in fleißiger, jahrzehntelanger Friedensarbeit sich errungen, gewiß hat dies alles den Neid der andern hervorgerufen, der sich dann infolge der, hauptsächlich von den Engländern, in der ganzen Welt systematisch betriebenen Hetze gegen uns vielerorts in Haß verwandelte. Die Saat des Hasses, die England — getrieben von der schon lange uns gegenüber insgeheim gehegten Vernichtungsabsicht — überall und besonders auch in Süd-Brasilien gesät, wäre jedoch nicht so schnell aufgegangen und hätte wohl nicht die unheilvollen Früchte hervorgebracht, wenn sie nicht auf schon vorbereiteten Boden gefallen wäre. Die Unterwühlung des deutschen Ansehens würde wahrscheinlich nicht so rasch und so tiefgreifenden Erfolg gehabt haben, den die Ereignisse bewiesen, wenn nicht gar vielfach schon lange eine gewisse Abneigung gegen die Deutschen bestanden hätte.

Wer weit über ein Jahrzehnt lang in Übersee tätig war und sich dabei offenen Auges die Verhältnisse im fremden Land angesehen, wer während dieser langen Zeit reichlich Gelegenheit hatte, nicht nur Sitten und Gebräuche der Einheimischen, sondern auch die Verhältnisse unter den Deutschen und das Deutschtum draußen gründlich kennen zu lernen, der darf wohl das Recht für sich in Anspruch nehmen, auf Grund seiner Beobachtungen und Erfahrungen sich darüber zu äußern. Selbst auf die Gefahr hin, nicht bei allen Lesern ungeteilte Zustimmung zu finden.

Wenn wir an den Wiederaufbau unseres Deutschtums in Übersee herantreten wollen, so ist das erste Erfordernis, daß wir neben dem Bestreben, allmählich wieder aufzurichten, was wir draußen an wirtschaftlichen und kulturellen Errungenschaften verloren haben, hauptsächlich auch zu erkennen suchen, wo und wie wir früher Fehler gemacht haben, und daß wir aus diesen Fehlern und ihren Folgen lernen wollen.

Gewiß sind vor dem Kriege seitens der maßgebenden Stellen durch das gar zu zähe Festhalten an veralteten Anschauungen und Gebräuchen gar manche Fehler und viele Unterlassungssünden begangen worden, die in ihren Folgen nicht geeignet waren, das deutsche Ansehen, die Achtung vor dem Deutschtum draußen zu befestigen, und deren Wiederholung unbedingt vermieden werden muß.

Es wurden aber nicht von den amtlichen Stellen allein Fehler und Unterlassungssünden begangen, Fehler wurden auch begangen von einer Anzahl der nicht in amtlichen Stellen befindlichen Deutschen draußen, und zwar besonders der jüngeren derselben.

Auf der einen Seite finden wir draußen bei den Deutschen, besonders auch auf den Ansiedelungen, den sogenannten „Kolonien", eine Schaffensfreudigkeit und Schaffenskraft sondergleichen, deren Erfolge nicht nur uns Deutsche mit Stolz erfüllen, sondern die auch jedem sehenden und denkenden Brasilianer Achtung vor deutschem Fleiß abringen. Auf der andern Seite müssen wir — namentlich in den Städten — nur gar zu oft ein Verhalten seitens einer nicht geringen Anzahl junger Deutschen wahrnehmen, das den Einheimischen nicht mit Hochachtung erfüllen kann.

Was deutscher Fleiß und deutsche Ausdauer zu leisten imstande sind, davon legt, um nur ein Beispiel zu nennen, die große Kolonie Blumenau im südbrasilianischen Staate Santa Catharina ein ganz besonders glänzendes Zeugnis ab. Unter den allerprimitivsten Verhältnissen ist im Laufe der Jahre und Jahrzehnte die jetzt ausgedehnte große und außergewöhnlich produktive Kolonie entstanden, die mit dem Stadtplatz Blumenau an der Spitze mit vollem Recht als deutsche Musterkolonie vorbildlich dasteht. Unter welch ungeheuren Strapazen und Entbehrungen, verbunden mit gar viel Enttäuschungen die eingewanderten Deutschen ein Stück Land um das andere dem Urwald abgerungen haben, um es in nutzbringenden Boden umzuwandeln, das können nur diejenigen voll verstehen und würdigen, die selbst als Bahnbrecher für die Kultur draußen tätig waren. Wo früher dichter, schier undurchdringlicher Urwald stand, sehen wir heute üppige blühende Kolonien (Farmen), und die Besitzer dieser größeren oder kleineren Kolonien fühlen sich, nachdem die harten Anfangsjahre überstanden sind, sehr glücklich und zufrieden in ihrem selbst geschaffenen Reiche.

Digitized by Google

Auf diesen Ansiedlungen hat sich die deutsche Eigenart vollständig erhalten. Die Kinder besuchten deutsche Schulen, und Sonntags konnte man in schönen deutschen Kirchen deutschem Gottesdienst beiwohnen. Bedauerlicherweise wurde mit dem 27. November 1917, dem Tag der — nur unter dem Druck der Entente erfolgten — Kriegserklärung Brasiliens an uns, sämtliche deutschen Schulen geschlossen, und in den deutschen Kirchen durfte von da an nur noch in der Landessprache (portugiesisch) gepredigt werden, wozu aber der weitaus größte Teil der deutschen Geistlichen nicht imstande war. Wie sich die Verhältnisse bezüglich Schulen und Kirchen künftig gestalten werden, läßt sich heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Da jedoch jetzt nach Friedensschluß die brasilianische Regierung einer deutschen Einwanderung, wie es scheint, nicht ganz unfreundlich gegenübersteht, so ist anzunehmen, daß auch darin mit der Zeit wieder die früheren Zustände eintreten werden. Es würde zu weit führen, hier eingehende Schilderungen der deutschen Ansiedelungen in Süd-Brasilien zu geben. Auch dürfte es überflüssig sein, da schon verschiedentlich sehr zutreffende Beschreibungen jener Siedlungsbezirke erschienen sind.

Nicht nur jene Kolonien, an deren Gebäuden und dem in schönem Garten gelegenen schmucken Wohnhaus man schon von weitem den deutschen Besitzer erkennt, sondern auch die in großer Zahl vorhandenen und über den ganzen Staat verbreiteten deutschen Handwerker, Kaufleute und Fabrikanten zeigen uns, was deutsche Arbeit und deutsche Intelligenz zu leisten vermochten. Und öfters als einmal habe ich aus dem Munde hochgestellter Brasilianer die Anerkennung gehört, daß der Staat Santa Catharina ohne den starken Einfluß des deutschen Elements niemals zu der wirtschaftlich so bedeutenden Höhe gekommen wäre, auf der er tatsächlich steht.

Wenn trotz alledem eine seitens unserer Hauptgegner in Szene gesetzte Hetze in der breiten Masse der Bevölkerung dort dermaßen an Boden gewinnen konnte, daß an verschiedenen Orten, z. B. in Desterro, schwere Ausschreitungen vorgekommen sind, so darf uns dies nicht allzu sehr verwundern. Haben wir es doch in unserem eigenen Vaterlande gesehen und sehen es leider noch alle Tage aufs neue, was aufreizende, verhetzende Reden, was einige unters Volk geworfene Schlagworte zu bewirken vermögen, wie sie gleich giftigen Bazillen den Geist weiter Kreise zu verwirren und zu umnachten imstande sind. Und vollends dürfen wir uns über diese für uns so unheilvollen Erfolge der Hetze nicht wundern, wenn wir daran denken, daß durch das Auftreten so mancher Deutschen — zu ihrer teilweisen Entschuldigung sei es gesagt, unbewußterweise — einer Unterwühlung des deutschen Ansehens mehr oder weniger vorgearbeitet wurde.

Eine bedauerliche Tatsache ist, daß die leidige deutsche Uneinigkeit, besonders aber auch der bekannte deutsche Kastengeist, auch draußen in Übersee besonders in den Städten sehr stark zum Ausdruck kamen, deren Wirkungen die Einheimischen (unter denen ein Kastengeist so gut wie gar nicht besteht), nicht mit großer Achtung vor dem Deutschtum beseelen konnten, ebenso wie auch das ausschweifende Leben leider so vieler Deutschen die Einheimischen nur mit einer gewissen Mißachtung vor dem Deutschtum erfüllen mußte. Es hat eben auf diese Weise nicht nur jeder für sich persönlich die Sympathie des Brasilianers verscherzt, sondern das Ansehen des Deutschtums im allgemeinen hat dadurch trotz der schon erwähnten Anerkennungen der deutschen Arbeitskraft und Intelligenz einen starken Stoß bekommen. Und nun sind wir durch die Ereignisse der letzten elf Monate im Ansehen vollends ganz gesunken!

Trotzdem öffnet Brasilien uns wieder Tür und Tor, nicht nur um die abgebrochenen Beziehungen wieder anknüpfen zu können, sondern es steht auch einer Einwanderung von Deutschland anscheinend durchaus nicht ablehnend gegenüber, weiß es doch sehr gut, welch großen Wert in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung gerade das deutsche Element für die Südstaaten hatte und künftig wieder haben dürfte.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, die schon so sehr darniederliegen, werden aller Voraussicht nach in den nächsten Zeiten leider noch weitere Verschlechterung erfahren, und Deutschland wird nicht in der Lage sein, allen seinen Bewohnern Existenzmöglichkeit zu bieten. Es ist deshalb anzunehmen, daß eine Massenauswanderung trotz der entstehenden Vermögenseinbußen einsetzen wird. Wohin die Hauptströme dieser Auswanderung sich richten werden, läßt sich heute noch nicht beurteilen, da dies von einer Reihe noch zu klärender Fragen abhängig ist. Als eines der zukunftsreichsten Gebiete für die deutsche Auswanderung dürfte wohl Südbrasilien in Betracht kommen. Die klimatischen Verhältnisse sind für uns Deutsche dort gut erträglich und der Boden ist ungemein produktiv. Und in Brasilien lebt sich's recht gut und angenehm, bei nur etwas gutem Willen, als Gast im Lande die Eigenart der Brasilianer verstehen und sich einigermaßen ihnen anschließen zu wollen, was wir sehr wohl können, ohne dabei unser Deutschtum zu verleugnen. Welches Land aber auch der Deutsche als Ziel seiner Auswanderung ins Auge fassen mag, überall muß er sich, wenn er als Siedler hinausgehen will, um sich seine „Kolonie" zu gründen, mit dem Gedanken vertraut machen, daß große Strapazen und vielerlei Entbehrungen seiner warten. Die ersten Jahre sind Jahre angestrengtester Arbeit; er muß neben den unbedingt erforderlichen körperlichen Eigenschaften (kräftig und gesund) viel Schaffensfreudigkeit, Willensstärke und Ausdauer mit hinausnehmen, um nicht zu erlahmen, bevor er nennenswerte Erfolge seiner Arbeit sieht. Dann aber, wenn die strapazenreichen Anfangsjahre überstanden sind, wird er gerne und mit Befriedigung auf dieselben zurückblicken. Und die Entbehrungen, die diese Jahre für ihn mit sich brachten und an die er sich auf seiner Ansiedelung überhaupt gewöhnen muß, wird er leicht verschmerzen. Hat er doch als Entschädigung dafür sich durch seinen Fleiß und seine Ausdauer ein Dasein geschaffen, das ihm eine schöne, sorgenfreie Zukunft schon jetzt verheißt. Freilich, die gebratenen Tauben werden ihm auch später nicht ohne weiteres in den Mund fliegen. Wenn er schöne Erfolge erzielen will auf seiner Kolonie, so darf er auch fernerhin die Hände nicht in den Schoß legen.

Auch der Handwerker, der hinauswandert, um in seinem Gewerbe sich eine Existenz zu schaffen, muß in den meisten Fällen mit schweren, wenn auch vielleicht körperlich nicht immer so anstrengenden Anfangsjahren rechnen, aber er wird, wenn er fleißig und solid ist, bald festen Fuß gefaßt und sich eine Stellung errungen haben, wie es ihm in der gleichen Zeit in seiner alten Heimat wohl nicht gelungen wäre; wie überhaupt jeder, der etwas gelernt hat, der etwas leisten kann und auch arbeiten will, in Südbrasilien unbedingt sein Auskommen finden wird, ist es nicht in seinem ursprünglichen, erlernten Beruf, dann ist's in einem andern, ihm vielleicht besser zusagenden: Ein Wechsel im Beruf ist in Brasilien durchaus nichts außergewöhnliches, und niemand wird darum schief angesehen.

Ernstliche Gefahren dagegen drohen dem innerlich noch nicht gefestigten jungen Kaufmann, der ohne feste Anstellung auf gut Glück hinüberzieht übers große Wasser, wie auch dem nicht ganz fertig gewordenen Studenten, der drüben sein Heil versuchen will. Solange diese noch über Geldmittel verfügen, werden sie ein mehr oder weniger solides Bummelleben führen, gehen aber, was in der Regel sehr bald der Fall ist, die Mittel zu Ende, dann ist der Tritt auf die schiefe Ebene gar bald gemacht. Und wie es dann weiter geht, dafür haben wir draußen leider sehr viele betrübende Beispiele miterlebt.

Digitized by Google

Daß durch eine Massenauswanderung unser Volksvermögen eine starke Schädigung erleiden würde, ist ohne weiteres einleuchtend. Es sollte deshalb niemand auswandern, der noch irgendwie in Deutschland sein Auskommen finden kann. Wer aber auswandern will, oder glaubt auswandern zu müssen, muß sich vor falschen Lockungen hüten, um nicht gewissenlosen Ausbeutern zum Opfer zu fallen.

Es sei deshalb jedem Auswanderungslustigen der Rat gegeben, sich mit dem Deutschen Ausland Institut in Stuttgart in Verbindung zu setzen, das gerne bereit ist, jedem mit den nötigen Aufschlüssen und Hinweisen an die Hand zu gehen.

Und nun noch eines: Der alte deutsche Fehler, der in den letzten zwei Jahren anfing wieder besonders stark und so betrübend in die Erscheinung zu treten, und der auch einen Teil der Schuld an unserer furchtbaren Katastrophe mitträgt, hat sich auch draußen schon lange vor dem Kriege, von jeher gezeigt: „Das dem deutschen Volke mangelnde Nationalempfinden. Leider mußte man bisher bei so vielen Deutschen draußen wahrnehmen, daß sie das bißchen Nationalstolz, das sie sich noch gerettet hatten, schnöder Gewinnsucht zum Opfer brachten, daß in der Jagd nach dem Mammon das Nationalempfinden vollständig verloren ging. Auch diese Tatsache hat dem Ansehen des Deutschtums sehr geschadet. Wir können in dieser Beziehung ruhig etwas von unsern Erzfeinden, den Engländern, lernen: Der Engländer bleibt, wo er auch sei und in welcher Lage auch immer, stets Engländer: „I am English" ist sein heiligstes Empfinden. Seien wir uns doch auch mehr bewußt, daß wir Deutsche sind und daß wir deutsch bleiben wollen! Freilich, wenn wir auf unser geschlagenes, von der übrigen Welt verachtetes, darniederliegendes Deutschland blicken, so haben wir keine Ursache stolz zu sein. Aber der Gedanke an die einstige Größe Deutschlands soll uns anspornen, stets deutsch zu bleiben, deutsch zu denken und zu handeln! —

So soll auch trotz der großen Schwierigkeiten und der Abneigung, deren er sicher begegnen wird, jeder einzelne all derer, die hinauswandern werden, stets eingedenk bleiben, daß er Deutscher ist. Er soll daran denken, daß die Heimat von ihm erwartet, daß auch er nach Kräften dazu beitrage, dem deutschen Namen wieder zu Achtung und Ansehen zu verhelfen.

Nur dann kann es — bei tatkräftiger Unterstützung seitens der künftigen amtlichen Vertreter Deutschlands, — deren jetzt hoffentlich nur geeignete hinausgesandt werden! — gelingen, daß das jetzt so verachtete Deutschtum in Übersee, so Gott will, mit der Zeit wieder zu Ansehen und einer Achtung gebietenden Stellung gelangt! —

(Weniger optimistisch klingt die Mitteilung des Deutsch-Brasilianischen Handelsverbandes, der wir unter „Auswanderung" Raum geben. Die Schriftleitung.)

Die geschichtliche Entwicklung des Deutschtums in Rumänien

Von JOHANNES FRANZE, 1915—18 Oberlehrer an den Deutschen Schulanstalten in Bukarest, Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Abteilung Landeskunde der Druck- und Büchereistelle beim Armee-Oberkommando Mackensen.

(Schluß).

Die folgende, dritte Periode des Deutschtums in Rumänien unterscheidet sich sehr stark von der zweiten. Nicht in geschlossenen Verbänden und in planmäßiger Organisation, wie einst im 13. und 14. Jahrhundert, sondern vereinzelt, spärlich, beinahe tropfenweise erfolgt die Zuwanderung seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts, als mit dem Frieden von Carlowitz 1699 die Türkenkriege beendet und die Zeiten der Unsicherheit vorbei sind. Auch die Richtung des Einströmens ist eine andere: nicht mehr nach jenen Randstädten fließt der Zustrom, sondern in erster Linie nach den größeren Städten in der Ebene, besonders nach Bukarest, das damals Residenzstadt wurde. Nicht mehr zwei Stände, die der Handwerker und Kaufleute, sind vorherrschend, sondern aus allen Ständen, aus den Kreisen der Intelligenz (Ärzte, Apotheker, Fabrikanten, Kaufleute, Geistliche, Lehrer), aber auch der unteren Volksschichten (Dienstboten, Arbeiter, Handwerker) kommen einzelne herbeigeströmt, die sich zum Teil nicht einmal dauernd niederlassen. Nicht nur Siebenbürgen, sondern auch Deutschland, Österreich, die Schweiz, Ungarn, Böhmen, Mähren stellen die Einwanderer, die sich von Anfang an nicht mehr in nationalen, sondern in kirchlichen Gemeinschaften zusammenfinden. Die Kirchengemeinden, evangelische und katholische, sind also die ursprünglichste Organisation des Deutschtums in dieser Zeit. Vereine, wie wir sie heute als typische Kennzeichen des Auslanddeutschtums der ganzen Welt kennen, entstehen erst viel später. Die Geschichte des Deutschtums in Rumänien seit dem 18. Jahrhundert ist also weiter nichts, als die Geschichte der kirchlichen Gemeinden, von denen besonders die evangelischen stark national gefärbt sind.[10]) Die größte und zugleich älteste dieser Gemeinden ist die in Bukarest, deren erste Anfänge bis in das erste Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts zurückgehen. Der erste ständige Pfarrer Paul Benkner aus Kronstadt wird ungefähr um 1715 nach Bukarest gekommen sein. Die Entwicklung der Gemeinde ging freilich nicht glatt vonstatten; sie war zunächst der evangelischen Kirchengemeinde in Konstantinopel als Filiale untergeordnet, da Karl XII. von Schweden den Evangelischen in der Türkei Religionsfreiheit ausbedungen hatte und der Sultan rechtlich auch der Herr der rumänischen Fürstenhäuser war. Indessen sicherte Fürst Ghika im Jahre 1751 freie Religionsübung zu und erlaubte den Bau einer Kirche, der sofort in Angriff genommen wurde. Später übernahm der schwedische König ausdrücklich den Schutz der Gemeinde.

Schon frühzeitig war bei den einzelnen Glaubensgenossen nicht nur das Bedürfnis nach kirchlichen Amtshandlungen, sondern auch nach einer Schule für ihre Kirche entstanden. Wir hören um die Mitte des 18. Jahrhunderts, daß die Gemeinde damals einen Geistlichen und bereits drei Lehrer angestellt hatte. So kläglich damals die Schulverhältnisse gewesen sein müssen, es ist doch bezeichnend, daß die Schule — wir haben es hier natürlich nur mit ganz primitiven Elementarklassen zu tun — von Anfang an Hand in Hand mit der Kirche arbeitete. Die unruhigen politischen Verhältnisse hinderten das Aufblühen der Gemeinde sehr stark. Der russisch-türkische Krieg 1769 zwang viele Mitglieder zur Flucht nach Siebenbürgen, sodaß die Gemeinde der Auflösung nahe kam. Doch 1777 (nach dem Frieden von Kutschuk Kaimardschü 1774) wurden die Freiheiten der Gemeinde aufs neue bestätigt, da die Türken die Verpflichtung übernommen hatten, dem Christentum keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen, besonders den Kirchenbau zu gestatten. Trotzdem waren die Zustände in der Gemeinde durchaus nicht günstig. Die Regierung versuchte die Fremden durch hohe Steuern zu schädigen, die erst durch das Eingreifen des schwedischen Gesandten beseitigt wurden; die Cholera wütete in der Stadt, und als 1788 der Krieg zwischen der Türkei, Österreich und Rußland ausbrach, da erlebte die

[10]) Teutschlaender, Geschichte der evangelischen Gemeinden in Rumänien. Meyer, Diaspora der deutschen evangelischen Kirche in Rumänien, Serbien und Bulgarien. Potsdam 1901.

Digitized by Google

Gemeinde trotz aller verbrieften Rechte[11]) den ersten schweren Schicksalsschlag: 1789 besetzten die Türken Bukarest, verwandelten die evangelische Kirche in einen Pferdestall, internierten und mißhandelten die Evangelischen, deren sie habhaft werden konnten. Die anderen flohen nach Siebenbürgen, mit ihnen der Pfarrer Glockner. Aber im November 1789 zog der Oberstkommandierende der österreichischen Truppen, Prinz Josias von Coburg, in Bukarest siegreich ein, führte die Mitglieder aus der Gefangenschaft zurück, ließ die Kirche wieder herrichten und nahm sich, wie später Mackensen, der Gemeinde auf das wärmste an.

Nur allmählich erholte sie sich von den schweren Schädigungen. Größeren Aufschwung nahm sie während der russischen Okkupation der Walachei in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, da die Ruhe und Ordnung im Lande viele Einwanderer anlockte und einige evangelische russische Generäle der Kirche große Zuwendungen spendeten. Ein neues Schulgebäude wird in dieser Zeit errichtet. Als Folge eines großen Gemeindestreites übernahmen jetzt Preußen und Österreich den äußeren Schutz. Unterdessen hatte sich auch der Zustrom der Einwanderer wieder vermehrt, besonders durch die siebenbürgisch-sächsischen Flüchtlinge, die während der Revolutionsjahre 1848—49 sich sehr zahlreich in Bukarest niedergelassen hatten. Große Stiftungen einzelner Mitglieder ermöglichten eine Besserung der Finanzen; zwei Geistliche wurden jetzt angestellt, und da neben den Siebenbürger Sachsen außerordentlich viele Reichsdeutsche zuströmten, beschloß man, stets einen Pfarrer aus Siebenbürgen und einen aus Deutschland selbst zu berufen. Der wirtschaftliche Aufschwung Rumäniens unter Carol I., besonders seit 1874, spiegelt sich auch in der Geschichte der evangelischen Gemeinde wieder, zumal in der großartigen Entwicklung des Schulwesens. So betrug die Anzahl der Kinder der evangelischen Gemeindeschulen in Bukarest 1870—71 etwa 360, 1907/08: 1530, 1915 ungefähr 2500! Die Anzahl der Lehrer war 1871: 10, 1907/08: 55, 1915 etwa 100! Großen Einfluß auf die Entwicklung des Gemeindelebens hatte die Gunst der Königin Carmen Sylva. Aber auch die Stiftungen großer deutscher Firmen und Aktiengesellschaften, ferner die staatliche Unterstützung des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns, die Neuregelung der finanziellen Verhältnisse durch den Gemeindepräsidenten H. O. Schlawe, die hervorragenden Verdienste einzelner Pfarrer (Teutschlaender) und Schuldirektoren (Dr. Schmidt, zuletzt Dezernent des türkischen Schulwesens in Konstantinopel) brachten die Gemeinde auf einen bis dahin noch nie erreichten Stand der Blüte.

Unterdessen hatte aber das Einströmen größerer deutscher Einwanderermassen zur Bildung ähnlicher Gemeinden in den Provinzstädten geführt. Die älteste unter ihnen entstand 1801 in Jassy; aber auch in Pitesti, in Râmnic-Vâlcea, in Turnu Severin, in Braila und Galatz, in Craiova, in Constanza, in Atmayea (Dobrudscha) und anderen Plätzen entwickelten sich ähnliche Gründungen, die natürlich auch sehr bald eigene Schulen ins Leben riefen. Und neben den evangelischen finden wir auch eine ganze Reihe von katholischen Gemeinden, deren Gesamtorganisation letzten Endes bis auf die Gründung des Bistums Milcov 1227 und seine spätere Verlegung nach Baja, Bakàu und Jassy, sowie auf die Gründung des katholischen Bistums von Arges 1369 zurückgeht. Heute existiert in Bukarest ein Erzbistum mit etwa 70 000 Seelen, in Jassy ein Bistum mit etwa 78 000. Dabei darf man nicht vergessen, daß auch in den kleineren, ja kleinsten rumänischen Städten Deutsche zu finden sind und daß besonders im Gebiet der Erdölquellen seit den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts eine große Anzahl deutscher Ingenieure und Mechaniker wohnt, die sich seit 1907 zur eigenen evangelischen Gemeinde und Schule in Câmpina zusammentaten.

Aus allen Ständen setzt sich dieses Deutschtum in Rumänien zusammen. Wenn man alle Deutsch als Muttersprache Sprechenden darunter versteht, so wird man ungefähr auf eine Zahl von 25—30 000 Menschen kommen.[12]) Bei den unteren Bevölkerungsschichten, besonders bei den Handwerkern und Dienstboten, ist die Gefahr der Entnationalisierung ganz besonders stark. Schon in der zweiten, sicher aber in der dritten Generation sind sie vom rumänischen Volkstum aufgesogen, und häufig erinnern nur noch ihre Namen an ihren deutschen Ursprung. Die Unmöglichkeit, bei den außerordentlich hohen Schulgeldern der meisten deutschen Schulen den Kindern der unteren Schichten eine gründliche deutsche Erziehung angedeihen zu lassen, die starken Unterlassungssünden, die das Reich durch nicht genügende finanzielle Unterstützung dieser Volkskreise und der Schulen begangen hat, sind die Gründe dafür. Bei den gebildeten Schichten, den zahlreichen Ingenieuren, Großkaufleuten, Industriellen, Ärzten, Apothekern, Geistlichen, liegen die Verhältnisse natürlich viel günstiger. Wir können hier in vielen Familien, die aus geschäftlichen Rücksichten ihre Staatsangehörigkeit aufgeben mußten, ein umso zäheres Festhalten am deutschen Volkstum beobachten. Es gibt deutsch-rumänische Familien, die in der vierten Generation als rumänische Staatsbürger auch heute noch zu Hause nur die deutsche Sprache sprechen und das Rumänische höchstens im Verkehr mit den Dienstboten und der Außenwelt anwenden. Von diesen Kreisen gehen auch starke Bestrebungen aus, durch Armenunterstützung und Schulgeldermäßigung den unbemittelten Volksgenossen das Festhalten an der Nationalität zu erleichtern; aber wirklich ausreichende Mittel fehlen.[13])

Die Deutschen sind besonders zahlreich vertreten in der Eisenindustrie, in der Mühlenindustrie, im Bankwesen (besonders in der Banca Generala, einer Tochtergesellschaft der Diskontogesellschaft in Berlin), sehr stark im Erdölgebiet (Steaua Româna, „Rum. Stern", eine der größten Gesellschaften zur Ausbeutung der Petroleumfelder, eine Gründung der deutschen Bank in Berlin), in der Holzverwertungsindustrie, im Getreide- und Mineralölhandel, im Bohr- und Monteurwesen, im Ärzte- und Apothekerwesen. Daß unter diesen Umständen Rumänien den Deutschen besonders in technischer Beziehung sehr viel verdankt, ist klar. Die ersten Eisenbahnen wurden von Straußberg gebaut, die Kanalisation Bukarests stammt von Bürkly-Ziegler, die ersten Pflasterungen wurden von Freywald, die Wasserleitungen von Ernst Meyer geschaffen. Das erste Bukarester Hotel ist von einem Wiener ins Leben gerufen worden, die ersten Mühlen wurden von Tontsch gebaut, die rumänische Post hat Karl Schneider organisiert, das Apothekerwesen ist von Frank, dem Gründer der ersten pharmazeutischen Gesellschaft in Bukarest, eingerichtet worden. Die Verdienste der deutschen Ärzte um die sanitäre Verbesserung Rumäniens, der Bau vieler öffentlicher Gebäude durch Deutsche, und die Unsummen von technischen Erfindungen aller Art, die von deutschen Ingenieuren im Erdölgebiet gemacht worden sind, können hier nicht aufgezählt werden.

Daß auch der Einfluß des deutschen Geisteswesens, besonders der Philosophie Kants, der Pessimismus Schopenhauers und Lenaus (besonders auf den hervorragenden Lyriker Eminescu), der deutschen Staatswissenschaft und Volkswirtschaftslehre (auf die Politiker Cogalniceanu, Carp, Marghiloman) von großer Bedeutung gewesen sind, darf

[11]) Die rumänischen Fürsten hatten der Gemeinde ihre einzelnen Rechte in sog. Schutzbriefen („Chrysoave") garantiert.

[12]) Genauere statistische Erhebungen waren geplant, konnten aber nicht mehr durchgeführt werden.

[13]) Die Armenfürsorgeorganisationen der Evangelischen Gemeinde in Bukarest kann trotz der geringen Mittel jährlich viel Gutes schaffen, das Übel aber nicht völlig beseitigen.

Digitized by Google

keineswegs unterschätzt werden; aber man muß sich hüten, den Einfluß der deutschen Kultur auf Rumänien zu übertreiben. Im allgemeinen ist das rumänische Geisteswesen von Frankreich her inspiriert, wenn auch noch so viele Rumänen auf deutschen Universitäten studiert haben. Das Schulwesen ist durchaus nach französischem Vorbild organisiert, und die Verwandtschaft der rumänischen Sprache mit den romanischen Westeuropas (das Rumänische hat über 50 Prozent romanische Wortstämme) begünstigt die Annäherung an Frankreich ungemein. Ein typisches Beispiel für die deutsch-feindliche Haltung bedeutender Rumänen, die in Deutschland einen großen Teil ihrer Studienzeit verbracht haben, ist der bekannte Historiker Jorga. Natürlich gibt es unter den rumänischen Gelehrten, die ihre wissenschaftliche Bildung Deutschland verdanken, auch Gegenbeispiele: der Direktor des Bukarester Zoologischen Museums, Dr. Antipa, ein Schüler Haeckels, Dr. Pianu, der Direktor der Bibliothek der Akademie der Wissenschaften in Bukarest, „Tigara-Samurcas", der Leiter des Bukarester Museums für rumänische Volkskunde. Ein überzeugter Anhänger Deutschlands, der für das mannhafte Bekenntnis seiner Gesinnung auch jetzt wieder im Gefängnis leidet, ist der ehrwürdige, 70jährige Dichter Professor Joan Slavici. Das sind aber Ausnahmen, die Mehrzahl der führenden Geister ist deutschfeindlich.

Der deutsche Einfluß auf Rumänien in geistiger Beziehung ist eben niemals systematisch organisiert gewesen, sondern war immer der zufälligen Begabung und der individuellen Initiative einzelner Persönlichkeiten unterworfen. Auch Carmen Sylva, deren künstlerischer Geschmack auf ziemlich tiefer Stufe stand, und die trotzdem beständig verhimmelt wurde, hat in der Heranziehung führender deutscher Persönlichkeiten, besonders auf künstlerischem Gebiete einen schlechten Griff gehabt. Sie ist ein warnendes Beispiel für die unheilvolle Wirkung, welche der Dilettantismus fürstlicher Persönlichkeiten auf diesen Gebieten zu haben pflegt.

Und gerade in Rumänien wäre durch die imponierende Entwicklung des deutschen Schulwesens die glänzendste Gelegenheit gewesen, maßgebend auch auf das rumänische Geistesleben einzuwirken. Man kann Rumänien geradezu das gesegnete Land der deutschen Schulen nennen. Zählt man auch die kleinsten dieser Anstalten mit, so kam man im Jahre 1914 auf 15 deutsch-evangelische und auf 17 deutsch-katholische Schulen, im ganzen also 32! Die bedeutendsten von ihnen sind die katholischen Schulanstalten von Bukarest, die Schulen von Braila und Galatz (auch die Realschule von Craiova war eine Zeitlang in hoher Blüte) und besonders die deutschen Schulanstalten der evangelischen Gemeinde in Bukarest, die größte deutsche Auslandschulgründung der Welt. Es lohnt sich, die Organisation dieser deutsch-evangelischen Schulanstalten in Bukarest einmal näher zu betrachten. In sechs Unterabteilungen waren alle Schulgattungen von der Kleinkinderschule, der Elementarschule für Knaben und Mädchen und der Höheren Mädchenschule, von der Höheren Handelslehranstalt (Handelsoberrealschule, nach Vorbild der Wiener Handelsakademien eingerichtet) bis zur achtstufigen Oberrealschule vorhanden. Letztere wurde seit der deutschen Besetzung zum Realgymnasium ausgebaut, freilich in einem Tempo, das sich als zu überstürzt erwies. Die Schülerzahl wuchs im Schuljahr 1915/16 bis auf 2500! Die Prüfungen und Zeugnisse ermöglichten die Erwerbung des Einjährig-Freiwilligen-Berechtigungsscheines für die deutsche Armee und des Reifezeugnisses zum Studium an allen Universitäten in Deutschland, Österreich-Ungarn, der Schweiz und Rumänien. Die Oberaufsicht hatte das Deutsche Auswärtige Amt, welches auch jährlich einen Reichskommissar zur Abhaltung und Beaufsichtigung der Prüfungen entsandte und zusammen mit der österreichisch-ungarischen Monarchie die Anstalten mit einer sich zuletzt auf etwa 100 000 Mark belaufenden Summe jährlich unterstützte. Bei einer Ein- und Ausgabe der Gemeinde von je einer Million Lei im Jahre allein für das Schulwesen wollte dies allerdings nicht allzu viel besagen. Da nach durchweg deutschen (im Realgymnasium nach preußischen) Lehrplänen ausschließlich in deutscher Sprache bei nur sehr geringer Berücksichtigung des Rumänischen unterrichtet wurde, berief man die Lehrer und Lehrerinnen zum größten Teil aus Deutschland. Zuletzt unterstanden die gesamten Schulanstalten der einheitlichen Leitung eines Gemeindeschulrats (Dr. Blümel, jetzt Provinzialschulrat in Breslau), während jede Schule ihren besonderen Direktor hatte. Im Gegensatz zu diesem fast durchweg reichsdeutschen Charakter der Leitung und Lehrerschaft (nur wenige Siebenbürger Lehrer bildeten eine Ausnahme, zusammen mit einigen rumänischen Lehrkräften) zeigte die Schülerschaft eine viel mannigfaltigere Zusammensetzung. Denn nicht nur Reichsdeutsche, Deutsch-Rumänen, Deutsch-Ungarn, Deutsch-Österreicher und Deutsch-Schweizer fanden sich in ihr zusammen, sondern sie trug ein beinahe internationales Gepräge: Neben Rumänen tauchten besonders viele Juden, dann Armenier, Griechen, gelegentlich auch Franzosen, Italiener, Türken und Russen auf. Die Schule verfolgte also einen doppelten Zweck: einmal sorgte sie für die Erhaltung des Deutschtums, indem sie Gelegenheit zur Erziehung in der Muttersprache für die ansässigen deutschen Familien bot, andererseits aber nahm sie immer mehr den Charakter einer Propagandaanstalt an, da die Zahl der nichtdeutschen Schüler bei weitem überwog, ohne daß freilich diese Propagandaabsicht als ursprüngliches Ziel der Schule vorhanden gewesen wäre. Der Fehler in der Organisation des Ganzen lag in der nicht scharf genug durchgeführten Scheidung in diese zwei Abteilungen. Für die deutschen Schüler hätte eine Realschule genügt, in den oberen Klassen saßen fast durchweg Nichtdeutsche. Während nun im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ein Teil der besten rumänischen Familien ihre Söhne der deutschen Schule anvertraute, zeigte sich in der neuesten Zeit eine immer stärker werdende Überflutung durch rumänische Juden, die bald an Zahl überwiegend wurden, während die eigentlichen Rumänen sich immer mehr zurückzogen.

In einer Zeit starker deutsch-rumänischer Sympathien, wie es die Jahre der Tätigkeit des späteren Staatssekretärs Kiderlen-Wächters als Gesandter in Bukarest gewesen sind, wäre es für das Reich von höchstem Interesse gewesen, diese rückläufige Tendenz aufzuhalten, denn Völkerfreundschaften können auf diplomatische Weise wohl angeknüpft werden, aber um sie zu erhalten und zu vertiefen, bedarf es anderer Mittel. Ein Weg dazu ist die Schule. Unendlich viel ist hier an Unterlassungssünden begangen worden. Sicher wäre es damals noch durch Scheidung in eine reindeutsche Schule und eine Propagandaabteilung für Ausländer, sowie durch genügende finanzielle Unterstützung durch das Reich und die dadurch bedingte glänzende äußere Ausstattung der Schule möglich gewesen, wirklich „innere" Beziehungen zu heranwachsenden rumänischen Generationen zu bekommen. Aber genau wie auf dem Gebiete der Presse-Propaganda versagten die amtlichen deutschen Stellen vollständig, da sie die praktische Bedeutung nicht erkannten, die in der Möglichkeit lag, die vornehmen, einflußreichen rumänischen Kreise durch die Schule für die deutsche Kultur zu gewinnen. Die Folge war, daß der Gemeinde eine Unmenge Juden zuströmten, die der Rumäne bekanntlich als Menschen zweiter Klasse betrachtet, und die in ihrer erdrückenden Mehrheit nicht immer gute Einflüsse auf die Minderheit der deutschen Schüler ausübten. Dr. Fischer*) macht der Gemeinde den Vorwurf, aus den Schulen ein „Unternehmen" gemacht zu haben, nicht ganz mit Unrecht, denn die willenlose Übernahme dieses oft

*) In seinem oben erwähnten Buche, Seite 414.

Digitized by Google

aus ziemlich unerfreulichen aber gut zahlenden Elementen bestehenden Zustromes und die fortwährend steigende Höhe der Schulgelder, durch welche allerdings die Finanzen der Gemeinde saniert wurden, haben die Gefahr mit sich gebracht, die Schulanstalten ihres eigentlichen Charakters als unabhängiges Kulturinstitut mehr und mehr zu entkleiden.

Immerhin waren die rein wissenschaftlichen Leistungen sehr erfreulich. Schüler, die ohne ein Wort deutsch zu können, in die unterste Elementarklasse eintraten, verließen die Anstalt mit der vollständigen Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, und jeder Lehrer, der hier einmal, besonders in den oberen Klassen des Realgymnasiums unterrichtet hat, wird mit Freuden an die rasche Auffassungsfähigkeit, an die geistige Beweglichkeit und das Temperament seiner Schüler zurückdenken.

Die Entwicklung der Schulen in den provinziellen Gemeinden verlief genau so; es sind sicherlich Ansätze vorhanden gewesen, das gesamte deutsche Schulwesen in Rumänien, mindestens zunächst das evangelische, auf gemeinschaftlicher Grundlage einheitlich zu organisieren. Erst in der Unterordnung unter die einheitliche Leitung des Schulrates in Bukarest hätte dieser Posten, der zunächst nur für die Bukarester Gemeindeanstalten geschaffen worden war, seine innere Berechtigung gefunden. Das Ziel wäre sicherlich in absehbarer Zeit verwirklicht worden, wenn der Zusammenbruch Deutschlands nicht alle diese Ansätze vernichtet hätte.

Neben den Schulen als stärksten Zentralpunkten deutschen Lebens kommen die deutschen Vereine in Betracht. Es bietet sich hier das unerfreuliche, aber für das Auslanddeutschtum so überaus charakteristische Bild der allgemeinen Zersplitterung in eine Unsumme von Gruppen und Grüppchen, die hier nicht alle genannt werden können. Führend waren besonders die „Vereinigung der Reichsdeutschen", der „Bukarester deutsche Turnverein" und die seit 1852 bestehende „Deutsche Liedertafel", die sich nicht nur die übliche Vereinsmeierei, sondern auch die Pflege deutscher Kultur durch Veranstaltung größerer musikalischer Aufführungen, durch Konzerte erster Meister und durch Vortragszyklen von bedeutenden deutschen Gelehrten und Künstlern zum Ziele gesetzt hatte. Zu nennen ist noch die „Transsilvania", in der sich die Siebenbürger Sachsen zusammenfanden, und der „Schweizer Verein".

Viel kulturloses Spießertum und ödester Separatismus ist das Kennzeichen dieser zerklüfteten, jeder einheitlichen Führung entbehrenden Vereinsbildungen, aber dennoch hat es nicht an einem trefflichen Versuch gefehlt, das Deutschtum, das durch diese Spaltungen vollkommen auseinanderzufallen drohte, auf einer kulturellen Grundlage gleichsam von innen heraus zu organisieren. Es ist die großartige Idee des deutschen Volksbildungsvereins[15]) in Rumänien gewesen, der in allen Städten, wo Deutsche wohnen, Zweigvereine und Leihbibliotheken errichten, Vorträge und Konzerte veranstalten wollte, um so auch dem Ärmsten Anteilnahme an deutschem Kulturleben zu ermöglichen. Aber trotzdem durch den Anschluß an die Zentralstelle des deutschen Volksbildungsvereins in Berlin dieses Ziel verhältnismäßig leicht erreichbar zu sein schien, scheiterte das Unternehmen in der ersten Zeit an der Teilnahmslosigkeit weiter Kreise, und später zwang der Weltkrieg zur vollständigen Einstellung jeglicher Tätigkeit. Ein anderer Versuch, das Deutschtum von obenher durch eine gemeinschaftliche Vertretung der Vereine zusammenzuschließen, ist im Jahre 1918 durch den Zentralvorstand des Vereins für das Deutschtum im Ausland gemacht, aber durch die deutsche Revolution in seiner Ausführung verhindert worden. Man war endlich auf den Gedanken gekommen, daß das Deutschtum nur dann politisch, wie kulturell ein maßgebender Faktor im inneren Leben Rumäniens werden könne, wenn es organisiert wäre. Die deutschen Zeitungen, das „Bukarester Tageblatt" und der „Rumänische Lloyd" sind nie über das Niveau von Provinzblättchen hinausgekommen. Bedeutung besitzt lediglich die Zeitschrift „Das literarische Rumänien", die durch Übersetzungen eine kulturelle Annäherung zwischen beiden Ländern erstrebte und bedeutende Mitarbeiter hatte („Das literarische Rumänien", 1889 durch Oswald Neuschatz begründet, Bukarest bei Carl Göbl). Die deutschen und Wiener Theatertruppen, die früher alljährlich in Rumänien gastierten, haben es über die üblichen Operettenschlager niemals hinausbringen können.

Es ist notwendig, mit einigen Worten noch auf das Deutschtum in der Dobrudscha einzugehen, das ja in letzter Zeit durch die Forschungen Dr. Trägers näher bekannt geworden ist. Haben wir es im eigentlichen Rumänien mit Stadtbewohnern oder mit Industriebevölkerung zu tun, so handelt es sich in der Dobrudscha, abgesehen von Constanza, fast nur um Bauern. Seit etwa 1840 sind sie aus Beßarabien und Rußland eingewandert, wo sich ihre Vorfahren etwa um die Mitte des 18. Jahrhunderts angesiedelt hatten. Aber sie haben sich im Laufe der Jahrzehnte durch zahlreiche Zuwanderung vermehrt, so daß sich heute unter ihnen, die in einer Stärke von etwa 8200 Köpfen in 22 Dörfern über die ganze Dobrudscha verstreut sind, fast alle deutschen Stämme und Dialekte finden. Für jeden Besucher des Landes ist es höchst eindrucksvoll, wenn er zwischen den Niederlassungen der Rumänen, Bulgaren, Türken, Tartaren und Lippowaner plötzlich auf ein sauberes, deutsches Dorf mit seiner breiten Dorfstraße und den mit den Giebeln ihr zugewendeten Häusern stößt. Die deutschen Bauern haben ihr Volkstum außerordentlich zäh bewahrt, sie unterhalten eine Anzahl von deutschen Schulen, sind aber konfessionell stark zersplittert. Leider macht sich in letzter Zeit eine sehr große Vorliebe für die Auswanderung nach Amerika geltend.

Der Beginn des Weltkrieges versetzte das Deutschtum Rumäniens in eine äußerst schwierige Lage. Bei der völligen Vorherrschaft französischer, russischer, englischer Pressepropaganda war es ihm nicht möglich, durch eigene wirksame Unternehmungen die öffentliche Meinung maßgebend zu beeinflussen. Versuche hierzu, wie die mit deutschem Kapital erfolgte Gründung „Zina" („Der Tag") versagten völlig. Es kamen, für Bukarest zumal, jene trüben Zeiten, in denen die Hetze gegen alles Deutsche die absonderlichsten Blüten trieb, in denen große Demonstrationszüge für den Krieg gegen die Zentralmächte fast jeden Sonntag die Stadt durchzogen, in denen die Fensterscheiben der deutschen Schule von chauvinistischen Studenten eingeschlagen wurden und der Unterricht monatelang nur unter dem Schutze rumänischer Bajonette aufrecht erhalten werden konnte. Trotzdem ist hervorzuheben, daß gerade in dem Schuljahr 1915/16 die deutschen Schulanstalten der evangelischen Gemeinde die größte Schülerzahl aufwiesen. Der Eintritt Rumäniens in den Krieg brachte allen im Land zurückgebliebenen Deutschen die Internierung, selbst Greise von 80 Jahren schleppte man nach dem Bezirk Jalomitza und später nach der Moldau. Aber wie einst 1788 Prinz Josias von Coburg, so nahte im Dezember 1916 Mackensen als Befreier. Er nahm sich besonders der evangelischen Gemeinden liebevoll an, die deutschen (auch die katholischen) Schulen wurden durch Kommandierung von Lehrkräften[16]) aus der Armee wieder eröffnet, die Verschleppten wurden befreit und entschädigt. Trotz der einzelnen vorbildlichen Leistungen der Besatzungsarmee — eine ihrer größten Taten

[15]) Die erschienenen 3 Kalender des Volksbildungsvereins enthalten neben interessanten Beiträgen einzelner Schriftsteller auch wertvolles statistisches Material über die Ausbreitung des Deutschtums in Rumänien.

[16]) deren beständiger Wechsel sich allerdings sehr unangenehm bemerkbar machte.

Digitized by Google

ist der Wiederaufbau der Erdölfelder — war doch die allgemeine Wirkung der Besatzung für das Ansehen des Deutschtums durchaus nicht günstig, die demoralisierenden Einflüsse eines langen Krieges auf Offizier und Mann und ihre üblen praktischen Folgen haben den Rumänen einen schlechten Begriff vom wahren Wesen der deutschen Kultur übermittelt. Und auch in den Kreisen der in Rumänien ansässigen Deutschen war die Stimmung gegen die militärischen Behörden oft gereizt, da man sie von oben her sehr häufig nach demselben Schema wie die feindliche Zivilbevölkerung behandelte und ihr nur geringe Vorrechte einräumte. Und dennoch hätte der Friedensvertrag von Bukarest dem Deutschtum gewaltige Entwickelungsmöglichkeiten verschafft. Der schmähliche Zusammenbruch im November 1918 brachte die völlige Vernichtung dieser Hoffnung. Durch den Abmarsch der Armee jeglicher Hilfe beraubt, war das Deutschtum der Willkür des aus Jassy zurückkehrenden Regimes Bratianus ausgeliefert, die Schulen wurden geschlossen, alle Reichsdeutschen wurden aus ihren Stellungen entfernt oder interniert, alle Entschädigungen müssen zurückgezahlt werden.

Kann man unter diesen Umständen überhaupt von der Möglichkeit einer Fortexistenz des Deutschtums in Rumänien sprechen? Die chauvinistische Presse schwelgt geradezu in dem Glücksgefühl, daß Rumänien jetzt in den Stand gesetzt sei, sich endgültig der Mitarbeit der „Boches" zu entledigen. In der Tat erscheint die Zukunft des Deutschtums außerordentlich trübe; nur ein Lichtblick fällt in dieses Dunkel: bei der Vereinigung Siebenbürgens mit Rumänien sind auch die Siebenbürger Sachsen rumänische Staatsbürger geworden. Sie sind nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht ohne weiteres ins entgegengesetzte Lager abgeschwenkt, sondern sie haben sich in der Anschlußfrage sehr zurückhaltend benommen. Wenn nicht alle Nachrichten, die mir von Rumänien zu Ohren gekommen sind, trügen, so haben sie den Anschluß nur unter der Bedingung vollzogen, daß ihnen volle Autonomie in Kirche und Schule und damit die absolute Garantie für die Erhaltung ihres Volkstums und ihrer Muttersprache geboten werde. In folgerichtiger Anwendung dieser Abmachung haben sie, da die rumänische Regierung vorderhand jede Mitwirkung Reichsdeutscher kategorisch ablehnt, die evangelische Kirche und die Schulen der evangelischen Gemeinde in Bukarest übernommen, und, wenn auch nur in sehr spärlichem Umfange, bereits wieder eröffnet. Dieser Umweg über die Siebenbürger Sachsen erscheint mit zunächst als die einzige Möglichkeit der Wiederaufnahme deutscher Arbeit in Rumänien.

Im übrigen wird man diese mit dem rumänischen Wirtschaftsleben so überaus mannigfach verknüpfte deutsche Arbeit auf die Dauer nicht entbehren können. Was die Deutschen in der Erdölindustrie geleistet haben, das können auch die ärgsten Nationalisten nicht mit einem Schlage ersetzen; bei einigen besonnenen Köpfen scheint auch jetzt schon eine gewisse Abkühlung stattgefunden zu haben, wie aus einigen Artikeln des von Prof. Jorga herausgegebenen „Neamul Romanesc" (deutsch: „Das rumänische Volk") hervorgeht. Der Überschuß Rumäniens an Getreide und Erdöl wird wohl ebenfalls wieder zum größten Teil nach Deutschland exportiert werden müssen.

Sind die Leistungen des Deutschtums in der dritten Periode seiner Geschichte größer oder geringer als die in der zweiten? Ich glaube, ein Vergleich würde hier zugunsten der imponierenden Tatkraft des Mittelalters ausfallen. In der neueren Zeit hat das Deutschtum nicht die Kraft und die Möglichkeit gehabt, das ganze kulturelle Dasein Rumäniens zu erfüllen, sondern mußte sich damit begnügen, in einzelnen Gebieten Maßgebendes zu leisten. Die Arbeit des Deutschtums in Rumänien hat sich niemals in politischen, sondern stets in kulturellen Bahnen bewegt; und wenn die Siebenbürger Sachsen heute wieder, wie einst im Mittelalter, die Führung dieser Arbeit übernehmen, so müssen sie sich der Verantwortung dieser Stellung gewiß bleiben und sich stets der unbeugsamen Energie und des Stolzes ihrer Vorfahren erinnern. Wird es ihnen gelingen, neben der Anerkennung, die die deutsche Technik auch in deutschfeindlichen Kreisen Rumäniens gefunden hat, endlich auch das richtige Verständnis für das Wesen der deutschen Kultur unter den Rumänen zu verbreiten? Wird es ihnen gelingen, die Ansätze zu kraftvoller Zentralisation des Deutschtums zur Vollendung zu bringen?

Es ist eine unnütze Sache, sich auf das Prophezeien zu verlassen und eine klare Antwort auf diese Fragen schon heute geben zu wollen. Wie für unser gesamtes Vaterland, so gilt auch für die Zukunft des Deutschtums in Rumänien in seiner trübsten Zeit nur das eine Wort: Wir müssen die Kraft haben, zu glauben und zu hoffen!

Das Deutschtum in Belgien vor dem Kriege

Von Direktor Dr. B. GASTER, CAMMIN i. P. (früher Antwerpen).

Wie der Nordostgrenze deutschen Volkstums an der Ostsee die Deutsch-Balten als die gebildete Oberschicht litauischen und lettischen Landes vorgelagert sind, so sind auch seiner Nordwestgrenze an der Nordsee alte deutsche Volksstämme in engster Berührung mit Wallonen und Franzosen vorgelagert. Aber während die baltischen Deutschen durch Annahme der Luther-Bibel auch die hochdeutsche Sprache annahmen und, trotzdem nie ein staatlicher Zusammenhang mit Deutschland bestand, stets den geistigen und kulturellen Zusammenhang mit dem großen deutschen Volk bewahrten und pflegten, haben die Bewohner der nördlichen und südlichen Niederlande, diese wegen des Festhaltens an der katholischen Kirche, jene infolge der Annahme des kalvinistischen Glaubens, ihre niederdeutsche Sprache beibehalten und zum Niederländischen entwickelt; so haben sie, trotzdem einzelne Teile, wie das Bistum Lüttich und das Herzogtum Luxemburg, staatsrechtlich noch in der Neuzeit zu Deutschland gehörten, den völkischen Zusammenhang mit dem großen Brudervolk sehr gelockert.

Insbesondere ist das heutige Belgien alter deutscher Reichsboden, und vom völkischen Standpunkte sind die vlämischen Gebiete bis zur sprachlichen Scheidung von Hoch- und Niederdeutsch auch alter deutscher Volksbesitz gewesen; ja, bis in den Anfang der Neuzeit ist ein völkischer Unterschied zwischen Deutschen und Vlamen kaum zu bemerken: Dürer, der vom Herbst 1520 bis zum Spätsommer 1521 in Antwerpen weilte, hat nicht das Gefühl gehabt, außerhalb deutschen Landes zu sein. Auch durch die drei Menschenalter lang dauernde Herrschaft der Habsburger, aus deren Hause die deutschen Kaiser stammten, wurde das Gefühl des alten Zusammenhangs mit dem Deutschen Reiche noch etwas lebendig erhalten und flackerte selbst in der Franzosenzeit gelegentlich auf.

Aber trotzdem geht es nicht an, das vlämische Volk als deutsch zu bezeichnen; nicht einmal mehr „Nederduitsche"[1]) oder „Dietsche" wollen sie heißen, obwohl sie selbst sich im Anfang des 19. Jahrhunderts im Gegensatz zu den Holländern so nannten. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts trat trotz wohlgemeinter Bemühungen einzelner im ganzen doch eine starke Entfremdung zwischen Vlamentum und Deutschtum ein. Welche Folgen für die Zukunft in dieser Beziehung

[1]) mit „eu" zu sprechen!

Digitized by Google

der Weltkrieg haben wird, läßt sich jetzt gar nicht voraussagen; es gärt in Belgien. Also, wenn man vom Deutschtum in Belgien spricht, muß man, leider, das Vlämische, so gut niederdeutsch es in seinem ganzen Wesen ist, jetzt beiseite lassen.

Die historische Betrachtung zeigt uns freilich, daß die politischen Grenzen Deutschlands und Frankreichs seit dem Vertrage von Verdun im Jahr 843 in den Gebieten, die heute Belgien heißen, nie mit der Volks- und Sprachgrenze zusammengefallen sind. Vom 10. Jahrhundert ab standen zum Beispiel die Grafen von Flandern mit ihren deutsch sprechenden Untertanen unter der Oberherrschaft Frankreichs, während der Herzog von Lothringen-Luxemburg und der Bischof von Lüttich mit ihren zum größeren Teile französisch-wallonisch sprechenden Untertanen zum Deutschen Reiche gehörten; Lüttich war trotz romanischer Bevölkerung ein Mittelpunkt kaiserlicher Regierung. Aber als im 11. Jahrhundert der große Kampf zwischen Kaisertum und Papsttum zuungunsten des ersteren ausging, verminderte sich die Macht der deutschen Kaiser an der Maas, während in dem zu Frankreich gehörenden germanischen Teile, in Flandern, dank dem Aufkommen des Bürgertums in den Städten allmählich der deutsche Kultureinfluß desto stärker wurde. Flandern ist das einzige französische Lehen, das die Krone Frankreichs nicht aufzusaugen vermocht hat: die „goldene Sporenschlacht" bei Kortrijk am 11. Juli 1302, deren Gedächtnis bei den Vlamen durch die Jahrhunderte hindurch lebendig geblieben ist, wurde doch noch als ein Sieg deutschen Volkstums gegen das andringende Franzosentum empfunden. Durch die Heirat Marias von Burgund mit Maximilian von Habsburg, dem späteren Kaiser von Deutschland, wurden diese Lande auch tatsächlicher Besitz des Deutschen Reiches; selbst das Artois wurde nach der Loslösung von Frankreich im Jahre 1548 in das deutsche Reichsgebiet aufgenommen. Rechtlich ist dann die Trennung der belgischen Gebietsteile von Deutschland bis zur Zeit Napoleons I. nicht durchgeführt worden; aber tatsächlich ist die Trennung schon unter Karl V., der wohl niederländische, aber keine deutschen Sympathien hatte, begonnen und mit seiner Thronentsagung, durch welche die Niederlande in die Hand des finsteren Spaniers Philipp II. kamen, vollzogen worden.

Trotz seiner Loslösung vom Deutschtum hat dessen niederdeutscher Zweig an der Sprachgrenze gegen das Franzosentum seinen Besitzstand treu bewahrt. Wir Deutsche hätten mehr dessen eingedenkt sein sollen, daß unser erster „deutscher" Dichter, der Begründer des deutschen höfischen Epos, Heinrich von Veldeke, ein Vlame war, und daß unser bestes deutsches Epos, der „Reineke de Vos", in seinem ursprünglichen Gewand vlämisch aussieht. Stärker noch als die literarischen waren die Handelsbeziehungen gewesen. Im 14. Jahrhundert entstand ein neuer Handelsweg von Süddeutschland nach Nordwesten, nach Löwen, Gent, Brügge, Antwerpen. Nicht bloß die norddeutschen Hansekaufleute hatten ihre Kontore in den vlämischen Großstädten, die damals die Zeit ihrer größten Blüte rein germanischen Charakters erlebten, sondern auch die Fugger und Welser aus Augsburg, die Tucher aus Nürnberg, die Hochstetter, die Haller von Hallerstein, auch Bankleute aus Ulm und München errichteten in Antwerpen Zweiggeschäfte. Noch heute erinnern dort ein Fugger-Fenster in der Kathedrale (gemalt im Jahre 1537) und ein Tucher-Fenster in der St. Jakobskirche an jene für den deutschen und den vlämischen Handelsstand große Zeit. Auch die flandrische Teppichweberei nahm gerade dank der Unterstützung durch Aufträge und sonstige finanzielle Förderung der süddeutschen reichen Kaufleute damals einen großen Aufschwung. Das deutsche Hansahaus in Antwerpen diente nicht nur als Stapelplatz für Waren, sondern enthielt auch mehrere hundert Zimmer zur Beherbergung der deutschen Kaufleute. Um 1580 zählte Antwerpen, eine internationale Handelsstadt, aber durchaus germanischen Gepräges, gegen 100 000 Einwohner. Im 16. Jahrhundert entstand das stolze Wort: „die Welt ist ein Ring und Antwerpen der Diamant darin".

Diese Blütezeit schwand freilich unter der spanischen Herrschaft schnell dahin, und damit schwanden auch die deutschen Beziehungen zum Vlamenland; im Gegenteil war es damals Deutschland, das in jener Zeit durch auswandernde vlämische Intelligenz und Tatkraft bereichert wurde.

Es war eine erschütternde Szene von welthistorischer Bedeutung gewesen, als Karl V. im Jahre 1555 der Regierung in den Niederlanden entsagte; mit schluchzender Stimme übertrug er die Regierung seinem Sohne Philipp und nahm Abschied vom Lande seiner Kindheit, das ihm stets das liebste geblieben war. Auf niederdeutsch („gentisch") hatte Karl erst zu den Ständen gesprochen; auf spanisch wandte er sich dann an seinen Sohn; und dieser konnte sich nur auf französisch den Ständen vorstellen. Eine neue Zeit hatte begonnen, und sie bedeutete nichts Gutes für das Land und sein braves Volk, von dem Goethe in seinem „Egmont" so lebensvolle Typen geschildert hat. Philipp löste völkisch und kirchlich das Land von Deutschland los; er entzog die Bistümer dem Einfluß des Erzbistums Köln und stellte sie unter ein neues selbständiges Erzbistum: Mecheln! Der Italiener Granvella in jener, der Wallone Mercier in heutiger Zeit sind bezeichnend für den Druck und Zwang, dem das urgermanische Volk der Vlamen von Mecheln her unterworfen worden ist.

Mehr als 150 Jahre dauerte die spanische Fremdherrschaft; aber auch die österreichische Herrschaft von 1714 bis zur französischen Revolution brachte, abgesehen von den wechselnden Beamten, die auf das völkische Leben wenig Einfluß ausübten, keine Annäherung an das Deutschtum und auch keine Einwanderung; erst mit der französischen Herrschaft, die freilich die vlämische Sprache systematisch unterdrückte, begannen wieder neue Zeiten. Im Jahre 1796, nachdem die Schiffahrt auf der Schelde frei geworden war, legte zum ersten Male wieder ein Handelsschiff, und zwar ein deutsches, von Hamburg kommend, in Antwerpen an. Von den 82 Schiffen, die im Jahre 1800 in Antwerpen eintrafen, kamen 72 aus deutschen Häfen. Und groß war die Zahl der Deutschen, die im Beginn des neuen Jahrhunderts sich in Antwerpen niederließen, während die deutsche Einwanderung in den übrigen Teilen Belgiens erst später einsetzte. Die Namen der während der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in Antwerpen eingewanderten Familien gehörten bis zum Weltkriege zu den angesehensten des Antwerpener Handels. Viele der eingewanderten Deutschen schwangen sich zu einer hervorragenden Stellung empor; sie blieben trotz ausgezeichneter gesellschaftlicher und geschäftlicher Beziehungen zu den belgischen Kreisen bis in die neuere Zeit in ihrer Bildung und ihrer ganzen Geistesrichtung vorwiegend deutsch und stellten in der großen Kaufmannschaft einen viel stärkeren Einfluß deutscher Art und Tätigkeit dar, als ihre Zahl hätte erwarten lassen können. Schon 1840 gründeten sie für ihre Kinder die Deutsche Schule, welche also fast 80 Jahre alt geworden ist, bis sie, unverdientermaßen, in den Zusammenbruch Deutschlands mit hineingerissen wurde; am 28. Oktober 1918 mußte sie ihre Tore schließen.

Bevor von den „Kolonien" der Deutschen in Belgien gesprochen werden soll, muß die alte, bodenständige hochdeutsche Bevölkerung erwähnt werden. Denn auch eine solche gibt es in Belgien.

Freilich bedeutete der neu geschaffene Name Belgien ein Kampffeld, auf welchem das germanische, in erster Linie natürlich niederdeutsch-vlämische bodenständige Volkstum ungeschützt der feindlichen französischen Kultur ausgeliefert war. Schon vorher, in der französischen Zeit, war durch schroffe Verordnungen die vlämische Sprache selbst

Digitized by Google

im Privatleben, in Testamenten, in Rechnungen usw. verboten worden; Straßennamen und Ladenschilder wurden französisch; vlämische Zeitungen durften nicht mehr erscheinen; vlämischer Schulunterricht wurde beseitigt. Doch es gelang nicht, die große Masse der Bauern französisch zu lehren, und auch die Gebildeten empfanden den Druck und Zwang der Fremdherrschaft. Aber dann, im Königreich Belgien, wurde durch Überredung und die Vorspiegelung einer einheitlichen „belgischen Nation", wofür man später den Ausdruck „âme belge" fand, erreicht, daß die zu Wohlstand gelangende Oberschicht des Volkes die französische Sprache und Kultur annahm und die eigene Sprache mit Geringschätzung behandelte. Wie dem Vlämischen erging es auch dem Hochdeutschen; auch dieses führte ein Aschenbrödeldasein, zumal die Deutschen im Reiche sich gar nicht um dies Deutschtum bekümmerten. Seitdem das neue deutsche Kaiserreich gegründet war, entschwand dem Bewußtsein unseres Volkes immer mehr das Gefühl des Zusammenhangs mit den Deutschen in Belgien, ebenso wie das Gefühl der Stammesverwandtschaft zwischen Vlamen und Reichsdeutschen. Das offizielle Belgien aber betrachtete sich als ein Vorwerk Frankreichs.

Schon oben war gesagt, daß die willkürlich gezogenen staatlichen Grenzen hier nie mit den sprachlichen Grenzen zusammengefallen sind. Selbst 1814 auf dem Wiener Kongreß, sowie 1830 und 1839 bei Festsetzung der Grenzen des neu geschaffenen Staatengebildes mit dem anscheinend alten, und doch so ganz unhistorischen, funkelnagelneuen Namen „Belgien" wurde die politische Grenze ohne Rücksicht auf die Stammeszugehörigkeit der Bewohner gezogen. So verblieben den Niederlanden, später Belgien, in der Aachener Gegend östlich von Verviers 12 hochdeutsch sprechende Gemeinden (damals noch einige mehr, die inzwischen aber, wie die alte deutsche Stadt Limburg mit 5000 Einwohnern, französisch sprechend geworden sind), darunter Gemmenich, Membach, Montzen, Moresnet, Welkenraad; heute zählen diese 12 Gemeinden zusammen etwa 14 000 Einwohner. Jetzt sollen unter Umständen diese Gebiete noch um das rein deutsche Land um Eupen vermehrt werden! Andererseits greift bekanntlich die wallonische Sprachgrenze südlich davon, bei Malmedy, das jetzt auch „belgisch" werden soll, in preußisches Gebiet über, um dann an der Nordspitze des jetzigen Großherzogtums Luxemburg, in der Gegend um Bocholtz, wieder hochdeutsches Sprachgebiet bei Belgien zu belassen. Das Merkwürdigste aber war, daß „aus Versehen", weil die damaligen Diplomaten sich nicht die Mühe gaben, die tatsächlichen völkischen Verhältnisse kennen zu lernen, ein ziemlich bedeutender, fast 40 000 Einwohner zählender deutscher Landstrich mit der Hauptstadt Arel (12 000 Einwohner) nicht, wie es im Friedenstraktat verlangt worden war, an das „deutsche" Großherzogtum Luxemburg gegeben wurde, sondern bei Belgiens „französischer" Provinz Luxemburg verblieb und nun in seiner Abgesondertheit besonders stark dem französischen Einfluß ausgesetzt war.

Bezeichnend für die Stellungnahme des offiziellen Belgien gegenüber dem Deutschtum ist, daß in Arel, dieser Stadt hochdeutschen Sprachgebiets, der Bahnhof bis zum Weltkrieg die französische und die vlämische Benennung der Stadt: Arlon—Aarlen, nicht aber die deutsche trug. Auf der Post waren die Inschriften lediglich französisch, die Straßen trugen ausschließlich französische Schilder! Trotzdem erschien noch vor dem Kriege in der Stadt eine deutsche Zeitung, die „Arloner (!) Zeitung" im 31. Jahrgang. (Auch in Dolhein, in der Gegend von Verviers, erschien vor dem Kriege eine deutsche Zeitung, „Fliegende Taube", im 70. Jahrgang, und in dem dreisprachigen Aubel, wo die Sprachgebiete des Hochdeutschen, Niederdeutschen und Wallonischen zusammenstoßen, das „Freie Wort" im 32. Jahrgang; alle drei Zeitungen, die hauptsächlich auf dem Lande verbreitet sind, sind streng katholisch. Vor etwa 15 Jahren wurde ein farbloses deutsches Anzeigenblatt auch in Welkenraad-Herbesthal begründet.) Bis zum Jahre 1839 hatten übrigens diese deutschen Belgier die staatlichen Verfügungen noch in deutscher Sprache erhalten, aber seit jenem Jahre, in dem die Trennung zwischen dem belgischen und dem großherzoglichen Luxemburg vollzogen wurde, nahm die Regierung auf sie keine Rücksicht mehr. Dabei handelte es sich um fast 40 000 Hochdeutsche in einem geschlossenen Sprachgebiet, deren Zahl sich im Laufe des Jahrhunderts allerdings nicht vermehrt hat. Im ganzen, mit den östlich von Verviers und an der Nordspitze Luxemburgs wohnenden Deutschen, sind also nahezu 60 000 alteingesessene Deutsche in Belgien vorhanden.

Die am 18. April 1918 vom Generalgouverneur (viel zu spät!) erlassene Verfügung, daß „im deutschen Sprachgebiet (22 Gemeinden bei Arel, 12 Gemeinden an der deutschen Grenze) das Deutsche die ausschließliche Amtssprache der Behörden und Beamten des Staates, der Provinzen, der Gemeinden sowie ihrer Einrichtungen und Anstalten, einschließlich Lehranstalten und Lehrpersonen" sei, ist nun natürlich wieder aufgehoben und in ihr Gegenteil verkehrt worden.

Das Dorf Herzig ist der am weitesten nach Westen vorgeschobene Posten, den das hochdeutsche Sprachgebiet auf seiner langgestreckten Grenze von den Alpen bis zur Maas besitzt. Trotz andauernd ungünstiger Umstände ist dank der Zähigkeit des deutschen Bauernstandes und auch infolge des Wirkens der niederen Geistlichkeit hier die Sprachgrenze nicht zu unseren Ungunsten verschoben worden, wenn auch allerdings die Stadt Arel selbst stark französiert worden ist. Im Jahre 1892 gründete Professor Kurth von der Universität Lüttich zum Schutz dieser Grenzbevölkerung den „Deutschen Verein", für den mit besonderem Eifer später der Lütticher Universitätsprofessor Bischoff, der Richter Jungers in Arel und der Gymnasialprofessor Warker in Arel tätig waren. So viel wurde erreicht, daß in Arel, dieser deutschen Stadt, fortan wenigstens der deutsche Unterricht in deutscher Sprache, und nicht mehr wie bisher auf französisch erteilt wurde! Aber die Stadtverwaltung in Arel war schon so französiert, daß sie das Gesuch, die Straßennamen wenigstens zweisprachig anzubringen, im Jahre 1899 ablehnte; es verblieb bei der ausschließlich französischen Straßenbezeichnung. Der im Jahre 1898 im Parlament unternommene Versuch, der deutschen Sprache die Gleichstellung mit der vlämischen Sprache zu erringen, scheiterte leider daran, daß gerade die vlämischen Abgeordneten aus verkehrten Beweggründen diesen Antrag zu Fall brachten und dadurch auch das Vlamentum gegenüber dem mächtigen Einfluß französischer Sprache und Kultur schädigten. Zu Anfang des Jahres 1914 beantragten im Parlament die vlämischen Abgeordneten zum Schulgesetz den Zusatz, daß auf vlämischem Gebiet das Vlämische, auf deutschem das Deutsche Unterrichtssprache der Volksschule sein müsse; da war es wieder der Vertreter der Deutschen dieses Bezirks, ein Wallone, welcher diesen Antrag zu Fall brachte mit der Erklärung, er entspräche gar nicht den Interessen der Deutsch-Belgier, welche vielmehr wünschten, ihre Kinder so früh wie möglich französisch lernen zu lassen; es war vergebens, daß der vlämische Sozialist Huysmans Einspruch gegen diesen merkwürdigen „Vertreter des Deutschtums" erhob.

Nach der nicht ganz zuverlässigen belgischen Statistik haben sich als der deutschen Sprache kundig bezeichnet im Jahre 1880: 1,73 Prozent, 1890: 2,21 Prozent, 1900, 2,16 Proz., im Jahre 1910: 2,26 Prozent der gesamten Bevölkerung; von 1900 bis 1910 war die Zahl der deutschkundigen Einwohner von 144 888 auf 167 607 gestiegen, also um 15,7 Proz., während sich die Zahl der vlämisch-kundigen um 13 Prozent, die der französisch-kundigen nur um 9,9 Prozent vermehrt hatte. Dieses Anwachsen der deutschen Ziffern ist aber nicht auf die Vermehrung der bodenständigen Bevölkerung, sondern

Digitized by Google

auf die eingewanderte Bevölkerung in den Grenzbezirken und vor allem in den großen Städten des Landes zurückzuführen.

Die Verteilung der deutschkundigen Einwohner auf die einzelnen Provinzen zeigt folgende Tabelle, bei welcher aber zu beachten ist, daß die Zahl der Französisch-Kundigen deshalb verhältnismäßig hoch ist, weil es als vornehm galt, französisch parlieren zu können; in den vlämischen Provinzen und in Brabant sind diese Französisch-Kundigen sicher meist Vlamen oder Deutsche ihrer Abstammung nach.

1. Vlämische Provinzen:

	deutschkundig	vläm.-kundig	franz.-kundig
Antwerpen . . .	31 216	899 528	146 412
Westflandern . . .	4 021	796 408	159 427
Ostflandern . . .	6 287	1 056 666	131 830
Limburg	2 120	249 652	39 969

2. Gemischte Provinz:

Brabant	38 850	1 005 834	798 440

3. Wallonische Provinzen:

Luxemburg (m. Arel)	36 009	1 969	209 101
Lüttich	43 074	69 497	831 428
Namur	1 960	5 659	348 654
Hennegau	4 070	67 936	1 166 901

In den vier wallonischen Provinzen kommt also die Zahl der Hochdeutsch-Kundigen der der Vlämisch-Kundigen ziemlich nahe, eben infolge der alten deutsch-sprachigen Bezirke der beiden Provinzen Luxemburg und Lüttich; die Vlämisch-Kundigen sind meist eingewanderte Gelegenheitsarbeiter; nur Lüttich, Verviers und Seraing haben auch eine ziemlich starke Einwanderung von deutschen Arbeitern, aber auch von Deutschen in mittleren und höheren Gesellschaftsschichten.

(Schluß folgt).

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutschösterreich

Der prunkvolle Sitzungssaal des ehemaligen österreichischen Herrenhauses in Wien war am 24. September der Schauplatz eines ergreifenden Auftrittes, der für die künftige Entwicklung des Deutschtums in den Ländern des einstigen Kaiserstaates von einschneidender historischer Bedeutung bleiben wird. Im Beisein der höchsten Würdenträger des deutschösterreichischen Freistaates und sämtlicher Landeshauptleute der einzelnen Länder fand hier die Verabschiedung der Vertreter der sudetenländischen Deutschen statt. Damit wurde die endgültige Lostrennug der von Deutschen bewohnten Gebiete der tschecho-slowakischen Republik endgültig und rechtskräftig vollzogen. Wenn bei diesem Anlasse der Präsident der deutschösterreichischen Nationalversammlung, Seitz, den Sudetendeutschen zurief, sie sollten sich vor Augen halten, daß, solange der Friede von Saint Germain nicht ratifiziert sei, sie noch Staatsbürger Deutschösterreichs, ihre Heimat noch ein Teil dieses Staates sei, so hatte dies wohl nur mehr prinzipielle Bedeutung und ändert sachlich an der Lage nichts. — Die im Septemberhefte gebrachte Mitteilung, daß Hunderte von Lehrern und Kindergärtnerinnen des Deutschen Schulvereins in Wien durch Vorgehen der Südslawen brotlos geworden seien, hat sich gottlob! als weit über das Maß hinausgehend erwiesen. Die Mehrzahl der dort allerdings nicht mehr verwendbaren Kräfte fand anderwärts sehr bald Unterkunft. Im ganzen sind es gegen 300 Lehrer und eine viel kleinere Zahl von Kindergärtnerinnen, die überhaupt in Betracht kamen, davon sind aber viele Lehrer nicht in den Diensten des Schulvereins gestanden. Immerhin ist die Lage des Deutschtums in Jugoslawien schlimm genug, soweit ehemals deutschösterreichische Gebiete in Frage kommen, während die Serben in dem von ihnen besetzten Teile Südungarns den nationalen Wünschen der Deutschen bezüglich der Schule bisher in anerkennenswertester Weise entgegenkommen. — Die geänderten staatsrechtlichen Verhältnisse haben sowohl den Deutschen Schulverein wie die „Südmark", den zweitgrößten der deutschen Schutzvereine im ehemaligen Österreich, der sich vorwiegend mit wirtschaftlicher Unterstützung und mit Siedelungsarbeit befaßte, vor völlig neue Aufgaben gestellt. Da in der Tschecho-Slowakei in Zukunft Ortsgruppen des Deutschen Schulvereins als einer ausländischen Körperschaft nicht mehr zugelassen sein werden, wird sich dort eine neue ähnliche Organisation aus den vielen bestehenden Ortsgruppen des D.S.V. bilden, deren Satzungen allem Anscheine nach die Genehmigung der Prager Regierung finden werden. Der Name dieser neuen Vereinigung, der der Schulverein alle seine Schulgebäude und Liegenschaften in den Sudetenländern in irgendeiner Form zur Verfügung stellen wird, steht noch nicht fest. Hoffentlich wird die alte Bezeichnung mit einem entsprechenden Beisatze beibehalten werden können. Schulverein und „Südmark" werden nun genötigt sein, sich mehr allgemeiner Tätigkeit zuzuwenden, denn in Deutschösterreich selbst bietet sich für ihre bisherige Wirksamkeit naturgemäß kein Arbeitsfeld. Es werden also allgemein-kulturpolitische Ziele ins Auge gefaßt werden, in deren Diensten ein gut Teil der Kräfte beider Vereine, die dabei Hand in Hand gehen wollen, reichlich Beschäftigung finden werden. Die tatkräftige Unterstützung dieser Bestrebungen wird also künftig mehr noch als bisher die Pflicht aller jener sein, die das geistige Band, das das gesamte Deutschtum umschließen soll, nicht gelockert sehen wollen. In der verdienstlichen Flugschriftensammlung „Für Deutschösterreichs Recht", die im Auftrage der Staatskanzlei Dr. August von Wotawa in Wien redigiert, ist kürzlich eine genaue Zusammenstellung des Abstimmungsergebnisses bei den im Juni d. J. abgehaltenen Gemeindewahlen in Deutschböhmen erschienen. Die hier gebotenen, auf amtlichen Feststellungen fußenden Ziffern lassen die volle Bedeutung dieser „Volksabstimmung", wie sie hier mit Recht genannt wird, erkennen. Greifbar tritt hier die Tatsache hervor, daß „Deutschböhmen reinsprachiges Land" ist, und wir dürfen hoffen, daß es dies bleiben wird. B. I.

Ende Oktober traten in Wien die Vertreter der Sudetenländischen Hilfsvereine Deutschösterreichs zur Beratung ihrer Organisation und Interessenvertretung der in dem tschecho-slowakischen Staate eingeschlossenen Heimatgenossen zusammen. Aus dem Bericht über die Lage des Deutschtums in Böhmen ging hervor, daß sich das politische Selbstvertrauen wieder zu regen beginnt. Sehr erfreulich ist der Beginn einer Vereinheitlichung des deutschen Parteiwesens. Im Deutschen Reiche, Deutschöterreich und der Schweiz leben an 600 000 Sudetendeutsche. Der Zentralverein für Deutschböhmen zählt bereits 14 000 Mitglieder und Zweigstellen in verschiedenen Städten Deutschöterreichs. In der Hauptversammlung wurde beschlossen, daß der Gesamtverband der Sudetendeutschen allen deutschen Parteien ohne Unterschied offen stehen und zur Erringung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes der Heimat alle Kräfte zusammenfassen soll. In die Leitung des Hilfsvereins

Digitized by Google

wurden gewählt der frühere Landeshauptmann-Stellvertreter von Deutschböhmen, Dr. Langenhan, Dr. Furer, Handelsminister a. D. Professor Dr. Wieser, Sektionsrat Dr. Krautmann, Direktor Hallwich, Professor Dr. Wotawa, Dr. Klement, Schriftsteller Dr. Rud. Haas, Präsident Dr. Roller u. a.

Tirol

Die Südtiroler Abordnung in Rom fordert, daß der Italien zugesprochene Teil Tirols einschließlich Ladiniens als autonome Provinz den Namen „Tirol" zu führen habe. Die katholische Volkspartei Italiens sicherte in einem Schreiben dem Verlangen auf Errichtung einer eigenen Provinz Tirol mit vollständiger Autonomie aufrichtige Unterstützung zu.

Dem „Tiroler Volksblatt" zufolge berichtet die „Meraner Zeitung", daß der Großteil der italienischen Stations- und Ortsnamen Deutschsüdtirols wieder durch die deutschen Namen ersetzt wird. Nur bezüglich 24 Stationsnamen stehe das italienische Generalkommando noch auf dem Standpunkt, daß die Doppelsprachigkeit begründet sei.

Tittoni sagte in seiner Rede in Rom, Italien werde 180 000 Deutsche einschließen. Es sei nicht klar, was für eine Stellung diese einnehmen wollten. „Sie mögen wissen," fuhr Tittoni nach dem Bericht der „Voss. Ztg." fort, „daß wir vor jedem Gedanken der Unterdrückung oder Zentralisierung zurückschrecken, daß ihre Sprache, ihre Sitten respektiert werden sollen, daß ihre Beamten alle Rechte unserer liberalen Verfassung genießen werden und daß ihre Abgeordneten im italienischen Parlament herzliche Aufnahme und ernste Beachtung finden werden. Wir versichern den Bewohnern des Oberetschgebietes, daß sie unter uns niemals das Polizeiregime kennen lernen werden, unter dem die Italiener in Österreich haben leiden müssen. Wir wünschen mit ihnen einen herzlichen Händedruck zu wechseln und strecken ihnen als ersten brüderlich die Hand hin."

Die vier Vertreter des Deutschen Verbandes in Südtirol, Graf Toggenburg, Dr. Reut-Nicolussi, Dr. v. Walter und Dr. v. Zallinger (Meran) wurden vom Kardinalstaatssekretär Gasparri und von Papst Benedikt empfangen, der für die Ergebenheitskundgebung der Deutschen Südtirols dankte und die traurige Lage des Landes bedauerte, sowie seine ganze Fürsorge dem südtirolischen Volke zuzuwenden versprach.

Kärnten

Der Verein „Kärtner Landsmannschaft" hat die interalliierte Mission in Klagenfurt in einer ausführlichen Zuschrift auf die maßlose und zum Teil gewaltsame Propaganda aufmerksam gemacht, welche von den Jugoslawen in der von ihnen besetzten Abstimmungszone des Klagenfurter Beckens getrieben wird und der künftigen Tätigkeit der vom Obersten Rat für die unparteiische Durchführung der Volksabstimmung vorgesehenen Kommission in ungehöriger Weise vorgreifen soll. Die Kärtner Landsmannschaft bittet die interalliierte Mission, es möge der verhetzenden Propaganda nach Kräften Einhalt getan, die Rückkehr der Flüchtlinge auf ihre Besitze und in ihre Stellungen unter Zusicherung der vollen Freiheit und Sicherheit von Person und Habe ermöglicht und die sofortige Freigabe der Zivilinternierten erwirkt werden. Weiter wäre zu veranlassen, daß das jugoslawische Militär aus der Zone A abgezogen werde, wie dies in der Zone B des Abstimmungsgebietes mit dem österreichischen Militär geschehen ist. Beide Zonen wären bis zur endgültigen Regelung der territorialen Verhältnisse durch interalliierte Truppen zu besetzen. Die Eingabe bezeichnet es ferner als notwendig, daß die Bevölkerung des ganzen Abstimmungsgebietes schon jetzt durch eine amtliche Kundmachung über die Freiheit der Abstimmung belehrt werde. Die Kärtner Landsmannschaft ersucht schließlich um Übermittlung ihrer Darlegung und Vorschläge an die Pariser Friedenskonferenz.

Teschen und das Ostrauer Kohlengebiet

Die Bewohner des ehemaligen Teschen und des Ostrauer Kohlengebiets werden durch Volksabstimmung darüber zu entscheiden haben, ob sie dem neuen polnischen oder dem neuen tschechischen Staat angegliedert werden wollen. In diesem Gebiet wohnen 247 000 Polen (45 Prozent), 168 000 Tschechen (30 Prozent) und 120 000 Deutsche (25 Prozent). Die Entscheidung liegt bei den Deutschen, die vor einer schwierigen Entscheidung stehen. Nach einem Bericht, der den „Leipziger Neuesten Nachrichten" zugeht, haben die Leiter der Deutschen beschlossen, ihre Landsleute aufzufordern, für die Angliederung an den tschechischen Staat zu stimmen. Gewichtige Gründe sprächen dafür. Zwar suchen die Tschechen ihrerseits zu tschechisieren, wie die Polen zu polonisieren; indessen finden die Deutschen im Tschechischen Staat einen festen Rückhalt an dessen 3 Millionen deutschen Bewohnern, eine starke deutsche Minderheit bildet einen geschlossenen deutschen Block und hat gute Aussicht, sich volle Gleichberechtigung zu erkämpfen. Von polnischer Seite laufen auch Gerüchte um, daß die schlesischen Deutschen unter stillschweigender Zustimmung der Tschechen eine Neutralisierung des Teschener Bezirkes erstrebten. Bei dieser Haltung scheint aber die Furcht vor einem für Polen ungünstigen Ausfall der Volksabstimmung der Vater des Gedankens zu sein.

Tschecho-slowakische Republik

In Durchführung des Artikels 57 des Friedensvertrages von Saint Germain ist, wie die „Neue Freie Presse" mitteilt, ein Vertrag der tschecho-slowakischen Republik mit den Vereinigten Staaten von Amerika, mit Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan geschlossen worden, dessen Wortlaut das tschecho-slowakische Preßbüro veröffentlicht hat. Artikel 57 des Friedensvertrags bestimmt, daß der tschecho-slowakische Staat die Bestimmungen, welche die verbündeten und assoziierten Hauptmächte zum Schutze der Interessen derjenigen Bevölkerung der Tschecho-Slowakei, die anderer Rasse, Sprache oder Religion sind als die Mehrheit der Bevölkerung, für notwendig erachten werden, annimmt, und deren Aufnahme in einen Vertrag mit den genannten Mächten zustimmt. Der Vertrag trifft nunmehr Anordnungen, teils über Staatsangehörigkeit, teils über Freiheitsrechte der fremdstämmigen oder fremdsprachigen Minderheit.

Artikel 3 besagt: Die tschecho-slowakische Republik erkennt an und erklärt als tschecho-slowakische Staatsbürger ipso facto und ohne weitere Formalität die deutschen, österreichischen und ungarischen Staatsbürger, welche am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages, und zwar je nach den Umständen, ihren Wohnsitz oder Heimatrecht in dem Gebiete haben, welches einen Teil der tschecho-slowakischen Republik bildet oder als solcher anerkannt wird. Die weiteren Bestimmungen des Artikels normieren das Optionsrecht, welches allen über 18 Jahren alten Personen zusteht. Jene Personen, die von diesem Optionsrecht Gebrauch machen, sind verpflichtet, innerhalb der folgenden 12 Monate ihren Wohnsitz nach jenem Staate zu verlegen, für welchen sie optiert haben.

Artikel 4 erkennt die tschecho-slowakische Staatsbürgerschaft auch jenen Personen zu, die in dem oben genannten Gebiete von Eltern geboren sind, welche dort ihren Wohnsitz, beziehungsweise ihr Heimatrecht haben, auch wenn diese Personen an dem Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages in jenem Gebiete nicht ihren Wohnsitz, beziehungsweise das Heimatsrecht besitzen. Doch müssen diese Per-

Digitized by Google

sonen innerhalb zweier Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages das Recht haben, zu erklären, daß sie auf die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verzichten.

Artikel 7 bestimmt: Alle tschecho-slowakischen Staatsbürger werden vor dem Gesetz gleich sein und gleiche bürgerliche und politische Rechte ohne Ansehung der Rasse, Sprache oder Religion genießen. Der Unterschied der Religion, des Glaubens oder des Bekenntnisses darf keinen tschecho-slowakischen Staatsbürger, soweit es sich um den Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte und insbesondere um den Eintritt in den öffentlichen Dienst, in Ämter oder Ehrenstellungen oder um die Ausübung was immer für eines Gewerbes oder Berufs handelt, hinderlich sein. Keinerlei Beschränkung wird den tschecho-slowakischen Staatsbürgern auferlegt bezüglich des Gebrauchs irgend einer Sprache im privaten und Handelsverkehr, in allen Angelegenheiten der Religion, der Presse oder öffentlichen Kundgebungen, welcher Art immer, oder in öffentlichen Versammlungen. Ungeachtet dessen, daß die tschecho-slowakische Regierung eine Amtssprache einführte, wird den tschecho-slowakischen Staatsbürgern anderer als tschechischer Zunge angemessene Möglichkeit gewährt werden, vor Gericht ihre Sprache mündlich und schriftlich zu gebrauchen.

Hinsichtlich des Erziehungswesens und des Gebrauchs der Sprache in Schule und Unterricht setzt Artikel 18 fest: Tschecho-slowakische Staatsbürger, die nationalen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten angehören, werden rechtlich und tatsächlich unter den gleichen Garantien die gleiche Behandlung erfahren, wie die übrigen tschecho-slowakischen Staatsbürger. Insbesondere werden sie das gleiche Recht der Gründung, Leitung und Verwaltung von humanitären, religiösen und sozialen Anstalten, Schulen und Erziehungsanstalten auf eigene Kosten haben mit dem Recht, frei ihre Sprache zu gebrauchen und ihre Religion auszuüben.

Artikel 9 besagt: Was den öffentlichen Unterricht anbelangt, wird die tschecho-slowakische Regierung in den Städten und Bezirken, in denen ein bedeutender Bruchteil tschecho-slowakischer Staatsbürger anderer als tschechischer Zunge angesiedelt ist, angemessene Gelegenheit bieten, daß den Kindern dieser tschecho-slowakischen Staatsbürger Unterricht in ihrer Sprache zuteil wird. Diese Bestimmung wird jedoch die tschecho-slowakische Regierung nicht hindern, den Unterricht der tschechischen Sprache als obligaten Lehrgegenstand zu erklären. Ebenso wird diesen Minderheiten ein angemessener Anteil an dem Genuß und der Benützung jener Beträge gesichert, welche für die Erziehung, die Religion oder humanitäre Zwecke aus öffentlichen Mitteln auszuwerfen sind.

Diese Bestimmungen zum Schutze der nationalen Minderheiten bieten nur zum Teil das, was im Interesse des bedrohten Deutschtums gefordert werden muß. Die Möglichkeit, vor Gericht die Muttersprache zu gebrauchen, die Kinder in der Muttersprache unterrichten zu lassen, soll nach dem Vertrag lediglich in „angemessener" Weise gewährt werden, wobei die Auslegung des Begriffs „angemessen" den tschecho-slowakischen Behörden überlassen bleibt. Der von den Völkerbundstaaten gewährleistete Schutz der nationalen Minderheiten in der Tschecho-Slowakei bleibt jedenfalls bedeutend zurück hinter den Schutzbestimmungen, die das vom Völkerbund ausgeschlossene Deutsche Reich in seiner neuen Verfassung vom 11. August den nationalen Minderheiten zuteil werden läßt. Artikel 113 der Verfassung bestimmt nämlich: Die fremdsprachigen Volksteile des Reiches dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien, volkstümlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht, sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege beeinträchtigt werden.

Auf dem Graben und in anderen Straßen Prags kam es Ende Oktober zu verschiedenen Ausschreitungen gegen deutschsprechende Passanten, die wörtlich und tätlich beleidigt wurden. Ein Deutscher wurde ohne jeden vorhergegangenen Wortwechsel so schwer mißhandelt, daß er zu Boden stürzte und liegen blieb. Fast immer waren es Legionäre, die zu mehreren am hellen Tage richtige Überfälle veranstalteten.

Ungarn

Während der kommunistischen Herrschaft in Ungarn hatten die Deutschen, wie anerkannt werden muß, verhältnismäßig große Bewegungsfreiheit, weshalb sich denn auch die deutschen Sozialdemokraten, zum guten Teile aus nationalen Gründen, äußerlich den Kommunisten anschlossen, um so ungestört für ihr Volkstum wirken zu können. Während nämlich offiziell die ungarische Räteregierung alle nationalen Gesichtspunkte verwarf und sich auf den Standpunkt der Anerkennung voller nationaler Gleichberechtigung stellte, ergriffen die deutschen Sozialdemokraten, die innerhalb der gesamten sozialdemokratischen Partei schon deshalb eine führende Rolle spielten, weil die Industriearbeiterschaft vorwiegend deutsch ist, die günstige Gelegenheit, um im Interesse des deutschen Volkes tätig zu sein. Nach dem Sturze der Regierung Kun gaben sich viele Sozialdemokraten, die genötigt gewesen waren, sich dem Bolschewismus anzuschließen, wieder als Sozialdemokraten zu erkennen. Leider hat dies die Regierung Friedrich nicht abgehalten, gegen viele dieser Leute wegen ihrer früheren kommunistischen Parteizugehörigkeit mit Verhaftung und sonstigen Gewaltmitteln vorzugehen, wobei der wahre Grund natürlich die Betätigung für das Deutschtum ist. Immerhin sind die großen Erfolge, die die deutsche Bewegung im heutigen „Klein-Ungarn" während der wenigen Monate der beiden früheren Regierungen, der des Grafen Michael Károlyi und Bela Kuns, erzielt hat, keineswegs verloren. Erfreulich ist es insbesondere, daß in den schwäbischen Dörfern in der Umgebung Budapests eine tiefgreifende deutsche Bewegung Wurzel gefaßt hat. Namentlich der Deutsche Kulturrat für Ungarn (vergl. Heft 9) hat es sich angelegen sein lassen, in diesen Ortschaften durch Aufklärung der Bauernschaft, durch Vorträge und Versammlungen das schlummernde deutsche Empfinden zu wecken und rege zu halten. Augenzeugen schildern, daß es bei der deutschen Landbevölkerung geradezu Rührung hervorgerufen hat, daß sie von „Herren", d. h. Männern von städtischer Kultur, in der Muttersprache angeredet wurden, daß sie nun mit solchen in der Muttersprache verkehren dürfen. Damit ist das lähmende Gefühl von ihnen genommen, der magyarischen Herrenkaste als minderwertiges Element gegenüberzustehen, und ihr Selbstbewußtsein ist mächtig gewachsen. Nach Ansicht maßgebender Führer des ungarländischen Deutschtums würden 15 bis 20 Männer, die sich ganz in den Dienst der guten Sache stellen und regelmäßig ins Volk gehen, um es zu belehren und mit ihm in der Muttersprache zu verkehren, genügen, um das bildungshungrige und allmählich volksbewußte Bauerntum zu dauerndem und fest verankertem völkischem Bewußtsein zu bringen. Sehr erfreulich ist die Einrichtung wirtschaftlicher und politischer Organisationen auf deutscher Grundlage, an deren Spitze der erwähnte Kulturrat steht. Seine Einrichtung gestattet auch in Ungarn ansässigen Reichsdeutschen und Deutschösterreichern die Teilnahme, da er eine nicht politische Körperschaft ist. Im Werden begriffen sind nun ferner ein deutscher landwirtschaftlicher Verein, dann eine Anzahl von Genossenschaften wirtschaftlicher Art, so Darlehenskassen und Konsumvereine, und endlich zur Krönung des Ganzen eine deutsche Agrarbank. Damit wird das ländliche Deutschtum allmählich von den bereits bestehenden, mit staatlicher Unterstützung arbeitenden, aber eben deshalb immer auch Magyarisierungszwecke verfolgenden Organisationen ähnlicher Art

Digitized by Google

losgelöst werden. Daß es auch an regem politischen Leben unter den Deutschen Ungarns nicht fehlt, beweist die Tatsache, daß es bereits nicht weniger als drei deutsche politische Parteien gibt: die der deutschen Sozialdemokraten, die deutsche christlich-soziale Partei und endlich die deutsche Bürger- und Bauernpartei. Diese Klassenbezeichnug hat sich als sehr vorteilhaft erwiesen, weil die Mehrzahl der Deutschen Kleinbürger und Bauern sind. Namentlich hat sich gezeigt, daß die noch sehr stark magyarisch beeinflußte, unter der Leitung des Ministers Bleyer stehende christlich-soziale Partei der Bürger- und Bauernpartei gegenüber immer schwereren Stand hat. B. I.

Schweiz

Das Basler „Quodlibett" begann die Reihe seiner literarischen Abende mit einem Vortrag Ulrich v. Wilamowitz-Möllendorf über Hellenentum und Antike. Wie in Zürich, so wurde der greise Gelehrte auch in Basel gefeiert und besonders wurde ihm aus den Kreisen der Studentenschaft lebhafte Huldigung dargebracht.

Baltikum

Die Zustände im Baltikum haben sich so entwickelt, daß es sich hier fast um keine Frage des Auslanddeutschtums mehr handelt, sondern um eine Frage der deutschen auswärtigen Politik. Die deutsche Regierung hat ihre Truppen ursprünglich im Baltikum stehen lassen, nicht nur, weil ungeheure Massen von Heeresgut noch hier oben lagerten und der Bewachung bis zu ihrer Rückschaffung bedurften, sondern auch, weil sie den Kampf gegen den andrängenden Bolschewismus nicht definitiv an der ostdeutschen Grenze, sondern Offensiven an der baltischen Grenze führen wollte. Das war an sich ein richtiger Gedanke, sofern er die Bewilligung der über unsere Schritte und Handlungen nun einmal gebietende Ententeregierung fand. Diese aber schien das Unternehmen anfangs zu stützen, brach jedoch dann plötzlich ab und schlug eine andere Tonart ein, die die sofortige Rückberufung der deutschen Truppen verlangte. Eine Erfüllung der Forderung war erschwert durch das bekannte Siedlungsversprechen, das zu Recht oder zu Unrecht den deutschen Truppen gegeben worden war, und das tatsächlich im Grunde der Angelpunkt war, um den sich das ganze Denken und Sinnen der Truppen im Baltikum drehte. Das Verhältnis spitzte sich schließlich so zu, daß die lettische Regierung mit ententistischer Zustimmung zweifellos jede Siedlungsverpflichtung ablehnte und daß die Truppen diese Ablehnung nicht annahmen, sondern sich gewaltsam ihr Siedlungsrecht erkämpfen wollten. Die Entente erzwang aber schließlich gewaltsam durch Androhung schärfster Blockadedrohung wenigstens die offizielle Räumung des Baltikums. Inzwischen aber hat sich eine Verschiebung unter den Truppen vollzogen. Einstmals unterstand dem deutschen Oberbefehlshaber nicht nur die reichsdeutsche Truppenmacht, sondern auch die baltische deutsche Landeswehr, das kleine lettische Häuflein Soldaten und dazu eine russische Abteilung, „Detachement Graf Keller". Es ist nicht ganz klar, ob dieses Detachement identisch ist mit der russischen Abteilung des Fürsten Lieven, die später der Oberst Bermond übernahm. Jedenfalls hat sich diese ehemals russische Unterabteilung des deutschen Heerführers inzwischen aufständig gemacht, und die deutschen Truppen, die allem Rückberufungsbefehl ihrer heimatlichen Regierung zum Trotz blieben und sich ansiedeln wollten, griffen zu dem ihnen von ihrem vergötterten Führer der eisernen Division, Major Bischoff, angeratenen Mittel, offiziell auf ihre Zugehörigkeit zum deutschen Truppenverband und damit auch zum deutschen Reiche zu verzichten. Sie schlossen sich dem russischen Detachement in einer Stärke an, die auf 15—25 000 Mann angegeben wird. Trotz aller Absperrungs- und Drohmaßregeln der deutschen Regierung überschreiten immer noch kleine Häuflein abenteuerlustiger Soldaten die deutsche Grenze, um sich diesen Truppen zuzugesellen, während auf der anderen Seite der reichstreu gebliebene Teil der deutschen Truppen den Abtransportbefehl durchgeführt und von dem Nachfolger des in seiner Politik etwas zweifelhaften Generals von der Goltz, dem General von Eberhardt in der Gegend von Schaulen zusammengezogen wird, um von dort mit Bahn oder im Fußmarsch den Rückweg anzutreten.

Soweit die militärische Lage, die uns hier nur in zweiter Linie interessiert. Festzustellen ist, daß das deutsch-baltische Element in den letzten Wochen politisch stark zurückgetreten ist. Die Deutsch-Balten haben das klügste getan, was ihnen in der jetzigen Lage zu tun blieb, sie haben sich zurückgehalten und auf eine eigene Politik verzichtet. Ihr politisch-stürmisches Temperament hat ja einen Teil der Unzuträglichkeiten, die sich im Baltikum herausgebildet hatten, zweifellos mit verschuldet. Die gegenwärtige politische Situation im Baltikum ist an sich nicht einfach. Die „russische" Armee des Obersten Bermond, der in rascher Karriere schon zum Fürsten Awaloff emporgestiegen, steht an der Düna und bedroht Riga, die Regierung ist geflüchtet, inwieweit ihre Friedensverhandlungen mit der bolschewistischen Regierung fortgeschritten sind und die Billigung der ententischen Machthaber gefunden haben, die doch die eigentlichen politischen Drahtzieher im Baltikum sind, und die fast zur gleichen Zeit den großen Blockadekrieg gegen den Bolschewismus verkünden, wo ihre politischen Puppen, die heutigen Baltenstaaten, mit diesen verfemten Feinden Frieden schließen wollen — alles das ist völlig unklar. Die politische Zurückhaltung der Deutsch-Balten hat auch zu einer militärischen Zurückhaltung der deutsch-baltischen Landeswehr geführt, die immer noch Gewehr bei Fuß steht und dem Kampf der russischen Truppen des Herrn Bermond gegen die lettische Regierung untätig zusieht. Wie dabei die Zustände im Baltikum sich wirtschaftlich entwickeln, das steht völlig dahin. Der Einfluß des deutsch-bäuerlich wie bürgerlich führenden Elements ist nur für den oberflächlichen Beurteiler verschwunden, er hat zu tiefe Wurzeln im Baltikum geschlagen, um für ewig ausgerottet worden zu sein. In dieser Beziehung darf uns die augenblicklich weniger rosige Lage nicht das Urteil trüben. Inzwischen aber ist in diesem Baltikum ein neues Auslanddeutschtum entstanden, das kurz über lang noch von sich reden machen wird. Die 15- oder die 25 000 deutsche Truppen Bermonds, die zweifellos den Kern seiner Armee bilden, haben sich der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Erlaß Noskes und der Reichsregierung begeben. Die alte Heimat hat aufgehört sie zu besolden, sie zu ernähren, sie mit Kriegsmaterial zu versorgen. Der letztere Umstand kann vielleicht für die Armee des Obersten oder Fürsten am verhängnisvollsten werden. Die ehemals deutschen Truppen haben aber die lettische Staatsangehörigkeit zweifellos nicht erworben, und ob sie die russische erworben haben und welche, das ist ebenso unklar und ungeklärt. Denn mit wem nun eigentlich Bermond zusammen operiert, ob mit Denikin oder Koltschak, ob mit Judenitsch oder sonst wem, das ist für den unbefangenen Beurteiler auch nicht leicht festzustellen. Die deutsche Regierung hat zwar erklärt, sich der befehlsuntreuen Leute nicht mehr anzunehmen. Was aber wird sie machen, wenn diese Tausende etwa nach einem Fehlschlage des Bermondschen Abenteuers zur Besinnung kommen sollten und zur deutschen Grenze zurückfluten? Was will sie tun, wenn diese Leute wieder Aufnahme in die Heimat verlangen? Auf sie schießen wollen, sie als lästige Ausländer betrachten wollen, ihnen den Eingang versperren wollen, das wird wohl kaum jemand raten oder unternehmen. Sie aber ohne weiteres wieder aufnehmen und als Inlanddeutsche behandeln, wird gleichfalls staatsrechtlich seine Schwierigkeiten haben. Auf jeden Fall ist hier oben in dem politischen Wetterwinkel eine Frage des Auslanddeutschtums entstanden, die mit der baltisch-deutschen Frage

Digitized by Google

gar nichts mehr zu tun hat, die aber verdient, mit wachsamen Augen betrachtet zu werden.

Polen

Scheinbar unwichtige Ereignisse können zu entscheidenden Ereignissen für das Deutschtum in Polen führen, wenn die Verhältnisse so zugespitzt sind, wie dies zurzeit der Fall ist. So darf es nicht weiter wundernehmen, daß ein so unwesentliches Ereignis wie die Kirchenvorsteherwahl bei der St. Johannisgemeinde in Lodz am 14. Oktober zum großen, Aufsehen und Unruhe erregenden Ereignis wird. Ganz gegen die Lodzer Sitte begann der Kampf schon Wochen zuvor, eine Folge der den Lesern dieser Rundschau ja bekannten Ereignisse bei der Pfarrwahl in dieser Gemeinde, die von seiten des polonisierten Konsistoriums in Warschau dazu benutzt werden sollte, die antideutsche Richtung in Lodz neu zu stärken. Da die Pfarrwahl dann vorläufig unterblieb, so setzte sich der Kampf jetzt bei der Kirchenvorsteherwahl fort. Von seiten des bewußteren Deutschtums, das seit der Polenherrschaft immer mehr aus seinem Traumschlaf erwacht, war eine Kandidatenliste aufgestellt worden, die nebeneinander kirchlich gesinnte Arbeiter und Großindustrielle, Kaufleute und Angestellte enthielt und mit einem sicheren Sieg rechnen konnte. Von der Gegenseite (der beiden führenden Geistlichen Angerstein und Gundlach) wurde natürlich auf das schärfste agitiert — schon während der Besatzungszeit war ein ähnlich scharfer Wahlkampf bei den Wahlen zu der mit großem Streit endenden Generalsynode angefochten worden —, die Folge war, daß die beiden deutschen Blätter in Lodz sehr scharf ins Zeug gingen. Und hiervon wieder die Folge, daß das deutsche unter diesen beiden Blättern zwei Tage nach dem Wahltermin wegen des letzten redaktionellen Wahlaufrufs von der polnischen Regierung — zweifellos auf Wunsch des der polnischen Regierung kriecherisch ergebenen Generalsuperintendenten Bursche — auf unbestimmte Zeit verboten wurde. Da es das bisher erste Verbot einer deutschen Zeitung in Kongreßpolen durch die polnische Regierung ist, erregt naturgemäß die Maßnahme im ganzen Land erhebliches Aufsehen, zumal das Blatt auch unter der Landbevölkerung trotz seines hohen Preises (6 Mk. im Monat) viel gelesen wird. Der Anlaß des Verbots, die Kirchenvorsteherwahl, hat übrigens im letzten Augenblick nicht stattgefunden, vielmehr hat man auf der Wahltagung selbst beschlossen, eine Einigungsliste aufzustellen und diese dann bei einem neuen Termin vorzuschlagen. Man muß dabei berücksichtigen, daß die Wahlen nach einem völlig veralteten System in einer Wahlversammlung stattfinden, wobei der Geistliche in der Kirche nach einem Gebet sozusagen über jeden einzelnen Kandidaten öffentlich abstimmen läßt.

Das Zeitungsverbot ist, praktisch genommen, nicht ganz so tragisch, schon am andern Tag erschien mit wenigen Stunden Verspätung in derselben Druckerei, gedruckt mit einem halb polnischen Kopf ein Blatt unter dem Namen „Neue Presse", bei dem als Herausgeber der bisherige Geschäftsführer der „Lodzer Freien Presse", Friese, zeichnet.

Einer der ersten Nummern der neuen Zeitung lag der Bericht des Verbands der deutschen Genossenschaften in Polen bei, der auf dem am 7. Oktober in Lodz tagenden Verbandstag von dem Verbandsanwalt Dr. Eberhardt erstattet wurde. Zugleich fand auch die Generalversammlung der Deutschen Genossenschaftsbank in Polen A.-G. in Lodz statt, die durch verschiedene Statutenänderungen und Neuwahl des Aufsichtsrats aus einheimischen Volksdeutschen den veränderten Verhältnissen Rechnung trug. Ziffern aus der Genossenschaftstätigkeit zu geben würde hier zu weit führen, es mag genügen, davon zu erzählen, daß von den unter deutscher Verwaltung gegründeten über 200 deutschen Genossenschaften trotz der veränderten Zeitverhältnisse mehr als 150 am Leben geblieben sind, die vorerst eingegangen waren über eine Anfangsbilanz in den wenigen Wochen ihres Bestehens nicht hinausgekommen.

Von allgemeinen Ereignissen hat außer der Masurenagitation Pastor Bursches, gegen die sich alle anständigen Deutschen in Polen wandten, nur der Landarbeiterstreik einen wesentlichen Einfluß auf die Lage der deutschen Kolonisten gehabt. Der Streik ist das Werk der polnischen Sozialisten-Partei (P.P.S.) und hat der polnischen Landwirtschaft namentlich durch Brandstiftungen ungeheuren Schaden zugefügt. Der deutsche Bauer, der wenig polnische Knechte hat, blieb ziemlich vom Streik verschont, um so grimmiger ist jetzt die Stimmung der polnischen Nachbarn. Das zeigt sich bei jeder Gelegenheit. Namentlich die Vogt- (Wojt-) und Schulzen-(Soltys-)Wahl gibt da immer viel Anlaß zu Reibereien. So wurden z. B. bei der Schulzenwahl in einem gemischtsprachigen Dorf im Kreis Nieszawa neun Stimmen für den deutschen, sechs für den polnischen Kandidaten abgegeben, der polnische Wojt bestätigte dessenungeachtet den polnischen. Nun muß der lange, kostenreiche Beschwerdeweg zum Minister eingeschlagen werden, womöglich müssen sich die beiden deutschen Sejmabgeordneten hinter die Sache knien, und wenn die meist durchaus loyale Regierung dann schließlich auch den Tatsachen Rechnung trägt, das Unglück ist dann meist schon geschehen, indem man in der Zwischenzeit den deutschen Bauern ihre Schule weggenommen oder sie sonstwie geschädigt hat.

Schön wird unter diesen Umständen der kommende Winter unter der „polnischen Freiheit" nicht werden. Und doch geben die Deutschen den Kampf nicht auf, ja, blickt man nach dem Posenschen, so muß man sagen, daß die deutschen Kolonisten und deutschen Städter in Kongreßpolen durchweg viel standhafter in die Zukunft sehen und auch nur in Ausnahmefällen ans Auswandern denken, als ihre bisher preußischen Volksgenossen diesseits der alten Grenze, ein Zeichen dafür, daß der vielverachtete Deutsche in Kongreßpolen doch nicht gar so unzuverlässig ist, wie man vielfach in der deutschen Heimat angenommen hat. hg.

KLEINE NACHRICHTEN

Geheimrat Seliger, der Direktor der Münchener Sternwarte und Präsident der Bayer. Akademie der Wissenschaften, wurde zum Mitglied der Schwedischen Akademie der Wissenschaften in Stockholm ernannt. Seit einer Reihe von Jahren ist dies die erste Anerkennung eines deutschen Gelehrten durch das Ausland.

KIRCHLICHES

Der Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen hielt im Monat Oktober eine Tagung in Oud Wassenar beim Haag in Holland ab, auf der sich zum ersten Male wieder die Vertreter aller am Krieg beteiligten Länder zu friedlicher, gemeinsamer Arbeit zusammenfanden. Die Entschließungen der Versammlung zur Frage der deutschen Heidenmission und der evangelischen Gemeinden in den an Polen abzutretenden Gebieten entsprachen nach den „Mitteilungen der Deutschen Liga für Völkerbund" ganz den deutschen Wünschen. Die deutschen Vertreter faßten ihre Eindrücke dahin zusammen, daß ein neuer Anfang für die geistige Verbindung und die Gemeinschaftsarbeit der durch den Krieg auseinandergerissenen Kirchenwelt gemacht ist.

Digitized by Google

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Die deutschböhmischen Krankenkassen.

Auf dem kürzlich abgehaltenen Verbandstag, an dem Vertreter von 327 deutschböhmischen Krankenkassen teilnahmen, wurde ausgeführt, daß drei Viertel der gesamten Kapitalien der Krankenkassen in Kriegsanleihe angelegt sind. Die Nichtzahlung oder auch nur eine Kürzung der Kriegsanleihe an Kapital oder Zinsen würde den Zusammenbruch der Krankenkassen zur Folge haben, die nur mit Anspannung ihrer äußersten Kräfte den ins Ungeheure gestiegenen Kassenleistungen nachkommen können. In der Resolution des Verbandes wurde ausgeführt, daß ganz ähnliche Verhältnisse auch bei den tschechischen Krankenkassen bestehen. Es wird daher unter allen Umständen von der tschecho-slowakischen Regierung die volle und pünktliche Einhaltung aller Verpflichtungen aus der Kriegsanleihe gefordert.

Kopenhagen. Der Deutsche Verein Kopenhagen hat für das Winterhalbjahr 1919/20 als Vereinsheim geräumige und vornehm eingerichtete Zimmer im „Café de la Reine" am Sötorvet (Seeplatz) in Kopenhagen gemietet. Hier treffen sich die männlichen Mitglieder des Vereins mit ihren Gästen jeden Mittwoch abend, um sich zu unterhalten, die ausgelegten Zeitungen, Zeitschriften und Bücher zu lesen, oder aber sich der reichlich vorhandenen Spiele verschiedener Art zu bedienen. Einmal jeden Monats sollen während des Winterhalbjahres Gesellschaftsabende mit Damen stattfinden. Das erste Fest dieser Art wird am 6. November abgehalten. Nach einem gemeinschaftlichen Abendessen leitet die Pianistin Frau Jutta Jerndorff den musikalischen Teil mit einigen Vorträgen auf dem Konzertflügel ein, worauf der Kgl. Kammersänger Herr Hoeberg, der gefeierte Kopenhagener Bariton, deutsche Lieder von Schumann, Hugo Wolf und anderen vortragen wird. Ein Ball wird den Abend beschließen.

Christiania. Von der Deutschen Gemeinde.

Zu Beginn des Herbstes hat die Gemeinde die Freude gehabt, mehrere Prediger aus der Heimat zu hören. Am 14. September hielt Gottesdienst Pastor Burckhardt aus Bethel bei Bielefeld, der bei Verwandten hier auf Urlaub weilte; am 21. September predigte Professor D. theol. K. Bornhausen aus Marburg i. Hessen, der sich über die kirchlichen Verhältnisse und Einrichtungen in Norwegen angesichts der kirchlichen Neuordnungen in Deutschland informieren und gleichzeitig für die Befreiung der noch in französischer Kriegsgefangenschaft zurückgehaltenen Landsleute wirken wollte. Endlich hörten wir am 5. Oktober in unserem Abendgottesdienst Pastor Lic. Bohn aus Berlin, Generalsekretär des deutschen Sittlichkeitsvereins, der von dem entsprechenden norwegischen Verein zur Teilnahme an dessen 25jährigem Jubiläum in Drammen eingeladen war. Alle 3 Herren hatten den Krieg mitgemacht, Pastor Burckhardt als Feldgeistlicher, die andern beiden als Offiziere. Wir dürften aus ihren Predigten etwas von dem neuen deutschen Glaubensgeist spüren, der sich aus dem erschütternden Kriegserleben heraus in dem Besten unseres Volkes entwickelt hat. So viele und so tiefe Anregung und Erbauung aus dem lieben Vaterlande haben wir hier niemals vorher auf so kurzem Zeitraum beisammen gehabt. Wir sind den drei Herren von Herzen dankbar, daß sie uns ihre Zeit und Kraft zur Verfügung stellten.

Professor Bornhausen hielt dann noch auf Veranlassung des Theologischen Studentenvereins einen wunderbar tiefen Vortrag über „Protestantismus als Tatglauben" im auditorium maximum der Universität. Dieser Vortrag war für alle, die ihn hörten, ein Erlebnis, wie ein norwegischer Professor sagte. Er wird in norwegischer Übersetzung in einem der nächsten Hefte der Zeitschrift „Kirke og Kultur" abgedruckt werden. In dem glänzenden Vortrag von Professor Bornhausen im auditorium maximum waren allerdings unter den vielen norwegischen Zuhörern nur ganz wenig Deutsche zu sehen. Hoffentlich wird die Gelegenheit demnächst, Johannes Müller, für den in Deutschland kein Vortragssaal groß genug ist, einmal hier zu hören, von recht vielen Landsleuten benutzt.

Der Pfarrer war am Ende seines Sommerurlaubs in Deutschland erkrankt und konnte daher leider erst später als ursprünglich beabsichtigt war nach Hause zurückkehren. Da ihm vom Arzt immer noch möglichste Schonung auferlegt ist, hat er sich von den für dieses Semester angekündigten Universitäts-Vorlesungen über „Richard Wagners Gedankenwelt" dispensieren lassen, hofft sie aber im Frühjahrssemester abhalten zu können.

Der erste Familienabend dieses Winters fand am 18. September statt mit einer Teilnehmerzahl von etwa zweihundert Personen. Generalkonsul Dr. Voretzsch begrüßte zunächst die erschienenen Landsleute und übermittelte die Grüße des Gesandten, der auf einer Dienstreise von Christiania abwesend war. Den Vortrag hielt Professor D. theol. K. Bornhausen über seine Erlebnisse in französischer Kriegsgefangenschaft. Der junge Professor, der zunächst 1 Jahr als Offizier im Felde gestanden hatte, war 1915 schwer verwundet in französische Gefangenschaft gefallen, aus der er nach 2 Jahren nach der Schweiz entlassen wurde. Sein Vortrag gab ein erschütterndes Bild von den seelischen und körperlichen Qualen unserer Krieger in französischer Gefangenschaft. Um auch die Norweger für das grausame Schicksal der von Frankreich nunmehr 1 Jahr nach dem Waffenstillstand immer noch in roher Unmenschlichkeit zurückgehaltenen über 600 000 Deutschen zu erwärmen, hielt der Professor entsprechende Vorträge in Bergen im Bibliotheksaal, sowie in Christiania im Nobel-Institut. Beide Vorträge waren gut besucht, der Nobel-Institut-Saal war bis zum letzten Platz gefüllt. Das Mitgefühl für unsere zurückbehaltenen Gefangenen war überall zu spüren. Die französische Regierung allerdings wird wohl Regungen der Menschlichkeit nach wie vor verschlossen bleiben.

Am 4. Oktober hielt der Deutsche Verein (vereinigte Germania und Loreley) auf Holmenkollen ein Herbstvergnügen ab, vor allem aus Anlaß der Ernennung des langjährigen Vorsitzenden und Mitbegründers des Vereins, Ludwig Jordan, zum Ehrenvorsitzenden. Während der gemeinschaftlichen Tafel, an der u. a. Gesandter v. Mutius, Generalkonsul Dr. Voretzsch, sowie Pfarrer Günther und Frau teilnahmen, wurde Herrn Jordan von dem derzeitigen Vorsitzenden, Herrn Crusen, die geschmackvoll ausgeführte Urkunde über diese Ernennung überreicht. Dem langjährigen Kassierer des Vereins war ein schönes silbernes Schreibzeug zugedacht. Unter vielen, teils ernsten, teils launigen Reden verlief das Essen in bekannter Gemütlichkeit. Nach Aufhebung der Tafel erschienen noch einige weitere Gäste und der Tanz begann.

Das Geschäftsjahr des Deutschen Frauenvereins zu Christiania begann mit dem 1. Oktober. Die Mitglieder werden gebeten, ihren Beitrag an die Kassiererin, Frau Günther, Ullevoldsveien 58, einzusenden. Die Nähgruppe des Frauenvereins hielt ihre erste Zusammenkunft am Montag, den 20. Oktober, bei Frau Günther. Die erste Versammlung junger Mädchen in der Pfarrwohnung fand Donnerstag, den 25. Oktober, statt.

Der Kindergarten ist nach den Sommerferien am 1. September wieder eröffnet worden. Es ist noch Platz für

Digitized by Google

einige weitere Kinder. Anmeldungen erbeten an die Leiterin, Frau Rönnow-Jacobsen, Bogstadsveien 3.

Am diesjährigen Totensonntag, den 23. November, ist eine gemeinsame Gedächtnisfeier der gesamten Kolonie für die im Kriege Gefallenen geplant. Aus diesem Anlaß ist angeregt worden, eine Gedächtnistafel mit den Namen der aus unserer hiesigen deutschen Kolonie Gefallenen zu stiften.

DEUTSCHE KUNST IM AUSLAND

Wagner in England.

„Um den Bedürfnissen aller Arten von Opernbesuchern" gerecht zu werden, hat nach einer Timesnachricht Sir Thomas Beecham auf den vom 3. November bis 20. Dezember laufenden Herbstspielplan des Kgl. Opernhauses, Covent Garden, auch Wagners „Tristan und Isolde" sowie den „Parsifal" (freilich in englischer Sprache) gesetzt.

Wagner in Italien.

In Turin wurde als erste deutsche Oper nach dem Kriege Wagners „Lohengrin" gegeben. Das Werk hatte einen ungeheuren Erfolg und fand in dem überfüllten Haus eine begeisterte Aufnahme.

Deutsches Theater in Lodz. Als Ersatz für das durch Beschlagnahmung der Requisiten und Dekorationen gewaltsam in ein polnisches Theater verwandelte deutsche Thalia-Theater hat sich hier vor einiger Zeit eine „Freie Bühne" gebildet, die unter Mitwirkung einiger begabter Dilettanten mit einem Teil des alten Ensembles ihre Pforten im Skalatheater eröffnet hat. Die Bühne steht unter Leitung des etwas phantastisch veranlagten Kritikers der „Neuen Lodzer Zeitung", Heinrich Zimmerman, läßt sich aber für den Anfang recht gut an.

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Amtlicher Bericht des Bundes

über die Vertreterversammlung des Bundes der Auslanddeutschen E. V. Berlin, in Stuttgart am 13. Oktober 1919, vormittags 9½ Uhr in den Räumen des Deutschen Ausland Instituts, Neues Schloß.

Die Feststellung der Stimmenzahl, welche die einzelnen Vertreter zu führen berechtigt waren, stieß deshalb auf Schwierigkeiten, weil insbesondere innerhalb Preußens die Organisation noch nicht klar übersehbar war. Nach einem behelfsmäßigen Verfahren wurden satzungsgemäß die Stimmen so verteilt, daß auf je 600 Mitglieder 1 Stimme kam. Danach waren 82 Stimmen zu vergeben, was einer Zahl von 49 200 vertretenen Mitgliedern entspricht. Bei Beginn der Verhandlung wurde besonders auf die Not der Schweizer Wehrleute eingegangen. Allgemein wurde die wärmste Sympathie für ihre Wünsche und Bestrebungen zum Ausdruck gebracht. Die württembergische Organisation in Ulm erklärte ihren Anschluß an den Bund, so daß ihr Vertreter im Rahmen des Landesverbandes Württemberg stimmberechtigt teilnehmen konnte. Die Badener Organisation in Singen hat ihren Anschluß noch nicht erklärt. Ihr Vertreter konnte deshalb nur informatorisch teilnehmen.

Bei der Genehmigung des Protokolls der vorigen Sitzung wird richtiggestellt, daß nicht 3000 Mark in den Vorarbeiten für die Richtlinien als Unterstützung für Minderbemittelte vorgesehen ist, sondern leider nur 1500 Mark. Erstere Zahl schien während der Vorbesprechungen eine Zeitlang sicher zu stehen. Leider ist die Regierung trotz unseres Einspruchs wieder von ihr abgekommen. An Stelle des zurückgetretenen Herrn Lenz wird Herr Weißleder in den Vorstand gewählt und es wird die Wahl der Arbeitsausschüsse des Vorstandes im wesentlichen nach dessen Vorschlägen vorgenommen. Danach bestehen folgende Kommissionen:

1. Finanzkommission

Herr Behrendt, Vorsitzender
Herr Dr. Hirschland
Herr Konsul Peter
Herr Wallmichrath
Herr Dr. Juttke
als Sachverst.: Herr Löwengart

2. Steuerkommission

Herr Dr. Hirschland, Vors.
Herr Alexander (Barckhausen)
Herr Dr. Juttke
Herr Weißleder (Koch)

3. Entschädigungskommission

Herr Konsul Peter, Vors.
Herr Alexander (Barckhausen)
Herr Behrendt
Herr Gebhard
Herr Dr. Hirschland
Herr Linde
Herr Lobusch
Herr Lotze
Herr Schallert
Herr Spiecker
Herr Wallmichrath

4. Propagandakommission

Herr Weißleder, Vors.
Herr Gebhard
Herr Dr. Borchardt
Herr Dr. Juttke
Herr Schaeffer
Herr Ackermann (Samlowski)
Herr Mauch
Herr Spiecker

5. Pressekommission

Herr Gebhard, Vorsitzender
Herr Dr. Borchardt
Herr Weißleder
Herr Ackermann (Rosenbaum)
Herr Spiecker

6. Organisationskommission

Herr Dr. Juttke, Vorsitzender
Herr Ackermann
Herr Dr. Borchardt
Herr Gebhard
Herr Lobusch
Herr Lotze
Herr Mauch
Herr Schaeffer
Herr Spiecker
Herr Weißleder

7. Kommission für Reichs- und Wirtschaftsfragen
(Pol. Kommission zur Verhandlung mit Behörden)

Herr Konsul Peter, Vorsitzender
Herr Dr. Hirschland
Herr Gebhard
Herr Schaeffer
Herr Wallmichrath.

Es wird festgestellt, daß diese Arbeitsausschüsse lediglich Kommissionen des großen Vorstandes sind. Sie sollen das Recht der Kooptation haben.

Vorstandsbericht.

Der Vorsitzende erstattet einen kurzen Bericht über die verschiedenen einzelnen Maßnahmen der Bundesleitung und verweist für die wichtigen Punkte auf die in der Tagesordnung vorgesehenen Einzelreferate. Die drängendste Frage sei die Beschaffung einer Unterkunft. Hier ergäben sich die allergrößten Schwierigkeiten. Es findet eine längere Aussprache statt, an der sich besonders die Herren Schlagintweit und Levi beteiligen. Herr Peter und Herr Behrendt berichten über die Einzelheiten und versichern, daß die Bundesleitung sich von dem Gedanken der größten Sparsamkeit leiten läßt. Tatsächlich wären aber keine Räumlichkeiten unentgeltlich oder billig zu bekommen. Die Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amtes sei innerhalb von zweimal 24 Stunden durch Ententekommissionen aus ihren Büros herausgesetzt worden und die verschiedenen Ministerien zahlten selbst außerordentlich hohe Summen für die Miete von Räumen. Der Bund solle nach dem Wunsche verschiedener Reichsstellen lediglich auf Barackenbau angewiesen werden. Das bedeute erstens großen Zeitverlust, da man mit einer Bauzeit von mehreren Monaten rechnen müsse, und außerdem sei es zu teuer. Die uns von den Behörden vorgeschlagenen Bauplätze, die fünf Jahre fest gemietet werden sollten, würden schon allein 40 000 Mark jährliche Pacht kosten. Der Vorsitzende bittet im Namen des Berliner Arbeitsausschusses, daß die Versammlung Herren nach Berlin entsenden möge, um die schwere Verantwortung in der Frage der Unterbringung mitzutragen. Die Versammlung erklärt sich durch die erfolgten Aufklärungen für befriedigt.

Digitized by Google

Über die Frage der Vorentschädigung
referiert Herr Dr. Hirschland. Die Frage sei überaus schwierig zu lösen. Monatelang sei gekämpft worden, um die Nationalversammlung dazu zu bringen, die Vorentschädigung vorzunehmen. Anfänglich habe die Regierung die Absicht gehabt, den Bericht der feindlichen Regierungen bezügl. des Liquidationsergebnisses des deutschen Eigentums abzuwarten. Da noch wenigstens ein Jahr lang von feindlichen Regierungen weiter liquidiert wird, würden die Auslanddeutschen verhungert sein, ehe sie zu ihrem Gelde gekommen wären. Die Regierung sei daher von dem Bund überzeugt worden, daß bald geholfen werden müsse. Die vom Bund aufgewendete Arbeit sei erheblich gewesen.

Die für die Vorentschädigung erforderliche Prüfung müsse ganz genau gemacht werden, da von der Zuverlässigkeit der Vorprüfung sehr viel abhinge. Die vorläufig für die Vorentschädigung ausgeworfene Summe stelle etwa ein Zehntel der wirklichen Entschädigungsansprüche der Auslanddeutschen dar. Stelle sich heraus, daß der Bund in nachlässiger oder selbstischer Weise geprüft habe, so würde die Regierung sich hüten, den Bund mit der endgültigen Entschädigung weiter zu betrauen. Die Prüfung sei dadurch erschwert, daß Unterlagen für die Geltendmachung der Ansprüche nur in den wenigsten Fällen vorhanden seien. Es besteht die Absicht, neue Fragebogen herauszugeben, die vom Betreffenden auszufüllen seien. Die Ausfüllung müsse in jedem Falle von dem Antragsteller selbst vorgenommen werden, damit nicht später behauptet würde, die im Fragebogen gemachten Angaben seien irrtümlich. Die ausgefüllten Fragebogen würden dann mit den Akten des bisherigen Reichskommissars für Gewalttätigkeiten usw. verglichen und die Akten zur weiteren Feststellung an die einzelnen Verbände im Reiche übersandt, welche die Vorprüfung vorzunehmen und sich über die Höhe der zuzubilligenden Entschädigung auszusprechen hätten. Nach Rücksendung der Akten an den Bund würde die anschließende Prüfung vorgenommen werden, und zwar unter Mithilfe von unparteilichen Juristen, um dann die Sachen mit einem Votum an die Spruchabteilung abzugeben. Von besonderer Bedeutung für die Auslanddeutschen würde sein, aus dieser Sache rein und lauter hervorzugehen, damit ihnen späterhin kein Vorwurf gemacht werden könnte, daß sie ungerechtfertigte Ansprüche angemeldet hätten.

In der Diskussion weist Herr Peter darauf hin, daß die Entschädigungsaktion eine Fortsetzung der Tätigkeit der Darlehenskassen sei. Größte Beschleunigung sei die Hauptsache. Es besteht nicht die Absicht, alles nach Berlin zu ziehen. Die Organisationen im Lande sollten sich so ausbauen, daß sie in der Lage wären, bei der Vorprüfung der Ansprüche mitzuwirken, und insbesondere möchten sie sich nach Persönlichkeiten umsehen, die für diese Prüfung geeignet wären. Ein warmes Herz für die Nöte der Auslanddeutschen genüge dafür nicht, es bedürfe auch großer Erfahrungen und weitgehender Kenntnisse. Man würde eine große Menge von Mitarbeitern brauchen, sowohl an Vorprüfern, wie auch an Bureaupersonal; für England allein würden mindestens 60 Ausschüsse tätig sein müssen. Was gebraucht wird, müsse beschafft werden, denn die Schnelligkeit sei das dringendste Erfordernis. Es werde aber keinerlei Verschwendung getrieben werden. Die Vertreterversammlung werde jederzeit in der Lage sein, die getroffenen Maßnahmen nachzuprüfen.

Schlagintweit, München, stimmt zu, daß man nicht kleinlich sein dürfe, es müsse aber auf jeden Fall vermieden werden, zu großartig aufzutreten.

Goebel, Frankfurt, erörtert grundsätzliche Forderungen, an denen man festhalten müsse, auch wenn bei der gegenwärtigen Vorentschädigungsaktion die Ansprüche zurückgeschraubt werden könnten, um wenigstens schnell etwas für die Auslanddeutschen zu erhalten.

Der Vorsitzende dankt im Namen des Arbeitsausschusses und erklärt, daß die Bundesleitung diese grundsätzlichen Forderungen niemals aus dem Auge verlieren würde.

Dr. Wiebering, Dresden, wünscht die Entschädigungsfrage nicht übers Knie zu brechen. Es müsse allerdings schnell gearbeitet werden. Die Arbeit könne aber dezentralisiert in den verschiedenen Ortsgruppen geleistet werden.

Der Referent, Dr. Hirschland, erwidert, daß allerdings die örtlichen Stellen stark an dem Verfahren beteiligt werden müßten, insbesondere um die erforderlichen Erhebungen an Ort und Stelle vorzunehmen. Die Zentrale müsse aber in Berlin bleiben, das nun einmal Sitz der Reichsbehörden sei, und wo sich das reiche, von früher her angesammelte Material befinde, das man heranziehen müsse.

Herr Levi, Stuttgart, beklagt die Tatsache, daß die Richtlinien nicht bekannt seien. Man müsse die Angelegenheit heute sehr genau erörtern.

Der Vorsitzende teilt mit, daß es der Bundesleitung trotz stärkster Bemühungen nicht gelungen sei, die Richtlinien in der Form, wie sie dem Kabinett von seiten des Reichswirtschaftsamts vorgelegt waren, zu erhalten. Der Bund hat nur Einblick in die Entwürfe der Richtlinien erhalten. Es sei schon viel zu viel über Einzelheiten in den früheren Versammlungen gesprochen worden und dadurch Unruhe in die Kreise der Auslanddeutschen getragen, weil mehrfach die Angaben unrichtig gewesen waren, oder nachher Änderungen vorgenommen worden seien.

Dr. Wieland, Bayern, tritt für eine stärkere Dezentralisierung ein, als bisher vorgesehen. Die Referenten könnten in den Ortsgruppen sitzen.

Peter, Berlin, wiederholt, daß soweit wie irgend möglich die Landesverbände und Ortsgruppen an der Prüfungsarbeit beteiligt werden sollen. Die Kosten der Vorentschädigungsaktion — auch bei den Landesverbänden und Ortsgruppen — würden aus den dem Bund dafür zugesprochenen Prozentsätzen bezahlt werden. Die Verrechnung der sonstigen schädigungsaktion würde selbstverständlich getrennt erfolgen, und es könne jederzeit durch Treuhänder oder Revisoren die Finanzgebahrung nachgeprüft werden. Letzten Endes habe ja immer die Vertreterversammlung die Entscheidung.

Das Referat über die **Organisation des Bundes** hält der Syndikus des Bundes, Dr. Kaufmann.

Der Bund sei geboren aus der Erkenntnis der Auslanddeutschen, daß jetzt unbedingt ein Zusammenschluß aller zersplitterten Organisationen stattfinden müsse. Es sei der einzige Moment der Weltgeschichte, in dem ein solcher Zusammenschluß möglich sei, nachdem alle Auslanddeutschen vom Feind in die Heimat zurückgetrieben seien und hier erfaßt werden könnten, und nachdem die den Auslanddeutschen vom Reich übertragene Vorentschädigungsaktion die Gelegenheit gebe, alle bis zum letzten Mann heranzuziehen. Es sei eine Aufgabe von gigantischer Größe. Sie müsse gelöst werden und es werde dann für die Zukunft eine Arbeitsorganisation aller Auslanddeutschen geben, welche den größten Problemen gewachsen sein würde.

Der Bund müsse diesen Gedanken der Universalität, der Erfassung aller Auslanddeutschen, festhalten. Die besonderen Aufgaben sonstiger Vereinigungen, wie die des V. D. A., oder anderer Einrichtungen, wie die des D. A. I., blieben außerdem bestehen. Die Aufgaben der allumfassenden Arbeitsorganisation könne nur der Bund lösen. Die Erfassung und Sammlung der jetzt in Deutschland befindlichen Auslanddeutschen müßte im Sinne der Statuten durch Ortsgruppen und Landesverbände in den gegenwärtigen Wohnorten geschehen. Das Ziel sei aber die Zusammenfassung nach Auslandsgruppen. In dieser Gliederung nach Außenländern müsse die Arbeit geleistet werden.

Digitized by Google

In der letzten Sitzung der Organisationskommission habe man sich, um in dieser Beziehung völlige Klarheit zu schaffen, auf folgende Leitsätze geeinigt:

1. Mitglieder werden Mitglieder des Bundes und aufgenommen durch die Ortsgruppen.

2. Auslandsgruppen werden zusammengefaßt in Auslandsreferaten („Abteilungen") bei der Zentrale des Bundes, die die Mitglieder aus den verschiedenen Fremdländern betreuen und bei der Bundesleitung die Arbeit für das betreffende Ausland verrichten.

3. Jedem Auslandsreferat (Abteilung) bei der Zentrale des Bundes werden pro rata der von den betreffenden Landesangehörigen aufgebrachten Summen die nötigen Geldmittel von der Zentrale zur Verfügung gestellt.

4. Im Ausland fällt das regionale und das Sachprinzip zusammen.

Dieses letzte solle bedeuten, daß beim Zusammenkommen der Reichsdeutschen beispielsweise in Rumänien diese dort einen „Landesverband" im Sinne der Satzungen bilden würden, der gleichzeitig nur rumänische Auslanddeutsche umfaßt.

Die Einteilung in Ortsgruppen und Landesverbände sei die horizontale, die Einteilung nach Auslandsgruppen die vertikale Gliederung. Der Ausbau dieser vertikalen Gliederung nach Abteilungen (Auslandsreferaten) des Bundes sei die eigentliche Aufgabe. Wenn die Auslanddeutschen in einiger Zeit wieder draußen wären, würde es keine Landesverbände Württemberg, Baden usw. mehr geben, oder jedenfalls nur solche von geringer Bedeutung. Dann gäbe es Landesverbände Rußland mit dem Sitz etwa in Moskau und den Ortsgruppen in Kiew und Odessa, und Spanien mit dem Sitz in Madrid. Die Unterorganisationen des Bundes im gegenwärtigen Zustand, die Landesverbände und größeren Ortsgruppen in Deutschland könnten und würden genau entsprechend der Organisation des Bundes ebenfalls „Abteilungen" haben. Der Ausdruck der Richtlinien der Organisationskommission, daß die Abteilungen beim Bund die Mitglieder der einzelnen Auslandsgruppen „betreuen" sollten, wäre nicht so zu verstehen, als ob die Organe der Landesverbände und Ortsgruppen nicht auch ihrerseits für ihre Mitglieder selbst sorgen sollten. Die Abteilungen beim Bund seien nur die oberste Instanz für alle Einzelfragen aus den betreffenden einzelnen Ländern.

Man dürfe bei der Erwägung dieser Organisation erstens nicht die Geldfrage hervorkehren. Diese sei lediglich eine Sache der Verrechnung. Es würde in jedem Falle im ganzen nur ein gewisser Betrag zur Verfügung stehen. Von diesem müßten die Generalunkosten bezahlt werden, und der Rest bliebe der Einzelarbeit für die einzelnen Ausländergruppen.

Zweitens müsse die Frage der Organisation des ehemaligen Bundesstaates Preußen hier fortgelassen werden. Ob Preußen einen einheitlichen Landesverband schaffen oder ob die begonnene Entwicklung fortgesetzt werden würde, wonach sich einzelne Verbände von etwa Provinzgröße zu Landesverbänden zusammengeschlossen hätten, sei eine Angelegenheit, über die sich zunächst die Mitglieder aus dem Lande Preußen klar werden müßten. Die letzte Entscheidung habe allerdings die Vertreterversammlung, doch müßte zunächst ein Vorschlag aus Preußen kommen.

Außerordentlich wichtig sei die Frage, wie man sich zu den bestehenden Vereinigungen von Auslanddeutschen und inländischen Interessenten und Sachverständigen verhalten müßte, die es für die einzelnen Ausländer gebe, z. B. die zwischenstaatlichen Verbände. Eine Doppel- oder Gegeneinanderarbeit müsse auf jeden Fall vermieden werden. Man müsse hoffen, diese zwischenstaatlichen Verbände mit ihrer großen Sachkenntnis und Kapitalkraft sozusagen als Referenten des Bundes zu gewinnen und sie zu veranlassen, ihre Mitglieder, soweit sie Auslanddeutsche sind, korporativ dem Bund zuzuführen. Man dürfe dabei in Einzelheiten und Förmlichkeiten nicht kleinlich sein. Es sei das alles lediglich eine technische Frage und eine Frage der Buchführung. Das große Ziel der Gründung einer universalen Organisation aller Auslanddeutschen unter Einsetzung allen in Deutschland vorhandenen Sachverständnisses und Interesses dürfe keinen Augenblick aus dem Auge gelassen werden.

Herr Schallert als Korreferent erklärt seine Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten insbesondere dahin, daß die Geldfrage und die Frage der preußischen Organisation heute zurückgestellt werden müsse.

Ein Antrag Borchardt (Berlin; Ägypten) wird in folgender Fassung angenommen:

„Sind aus einem fremden Lande weniger als 600 Personen Mitglieder des B. d. A., so dürfen sich diese außerhalb der Landesverbände über das ganze Reich organisieren. Die Zugehörigkeit der Einzelnen zu den örtlichen Organisationen wird dadurch nicht berührt."

Der Referent erklärt, daß der Antrag davon ausgehe, daß die Mitglieder dieser Einzelorganisationen Mitglieder des Bundes sein müßten und deshalb unbedenklich sei. Auch die Auslanddeutschen aus Ägypten müßten aber satzungsgemäß den Ortsgruppen zugeführt werden, damit sie dort die gemeinsamen Interessen aller Auslanddeutschen kennen lernten und für ihre besonderen Interessen Verständnis erweckten. Die Frage der Verrechnung der Mitgliederbeiträge u. dgl. sei wiederum rein technisch und um so weniger wichtig, als diese kleinen Abteilungen besonders zahlungskräftig seien.

Lotze, Leipzig, führt aus, man könne Preußen nicht sich selbst überlassen. Die preußischen Organisationen hätten nicht mit so ungeklärten Verhältnissen hier auftreten dürfen.

Der Vorsitzende wendet sich gegen den Vorredner. In Berlin sei außerordentlich viel gearbeitet worden. Man habe über den allgemeinen Zielen allerdings leider den Ausbau der eigenen Organisation vernachlässigt. Er weist insbesondere auf die großen Leistungen der Darlehenskassen hin.

Dr. Linde, Berlin, erklärt namens des Deutsch-Chinesischen Hilfsvereins seine Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten. Er wünscht und wird sich bestreben, eine geschlossene Überführung auch der auslanddeutschen Mitglieder des Deutsch-Chinesischen Wirtschaftsverbandes zum Bunde der Auslanddeutschen herbeizuführen und hält es für unbedingt nötig, daß im Ausland jeder Vereinsstreit zwischen Mitgliedern des Bundes und Angehörigen anderer Vereinigungen ausgeschlossen würde. Er erklärt sich auch mit den Absichten des Referenten über die anzustrebende enge Verbindung des Bundes mit den zwischenstaatlichen Vereinigungen für grundsätzlich einverstanden und stellt den Antrag:

„Der Vorstand wird gebeten, mit den führenden doppelstaatlichen Verbänden Fühlung zu nehmen und sie zu einer weitgehenden Zusammenarbeit zu veranlassen", der einstimmig angenommen wird.

Dr. Hirschland weist auf die Aufgaben hin, die dem Bund auch in den bisher neutralen Ausländern erwachsen. Die Zentralleitung müsse bei allen Angelegenheiten in Berlin sein, weil dort, wie schon oft betont, nun einmal die Reichsbehörden säßen. Er weist die Angriffe von Lotze ebenfalls zurück. In Berlin sei große Arbeit geleistet worden, man habe die Berliner Herren sogar mit Schutzhaft bedroht, weil sie zu energisch aufgetreten seien.

Barckhausen, Belgien, erklärt sich durch die Ausführungen des Referenten überzeugt, daß die Organisation in der vorgeschlagenen Weise aufgezogen werden müsse und ohne Zerschlagung der bestehenden Zusammenschlüsse, z. B. der Belgier, vorgenommen werden könne.

Es folgte noch eine weitere lebhafte Debatte.

Der Referent beantwortet im Schlußwort die aufgetauchten Einzelfragen und betont nochmals, daß auf der heutigen

Digitized by Google

Versammlung die konkrete Abgrenzung der Landesverbände noch nicht beschlossen werden könne, da leider zuzugeben sei, daß die preußische Organisation nicht weit genug vorgeschritten wäre.

Ein zu dem Gegenstand eingebrachter Antrag Illg und Genossen: „Alle Mitteilungen über Organisation und Richtlinien des Bundes der Auslanddeutschen umgehend nach Beschlußfassung den Landesverbands-Vorstandsmitgliedern zu übersenden", wird einstimmig angenommen.

Referat über ein Arbeitsprogramm.

Referent Dr. Kaufmann führt aus,

1. daß der Bund zurzeit mit der einen großen Aufgabe der Vorentschädigungsaktion, des Kampfes um die Vollentschädigung und die Durchführung der späteren Vollentschädigungsaktion volkommen ausgefüllt werde.

2. An dieser Aufgabe müßten sich die Auslanddeutschen zusammenschließen.

Dieses seien seiner Ansicht nach die beiden Programmpunkte, die man zurzeit für die Arbeit aufstellen solle. Die Versammlung stimmt dem zu.

Darauf werden 2 Anträge Heilbronner, Stuttgart, einstimmig angenommen. Seine längeren Ausführungen über die schwierige Lage der Schweizer Wehrleute finden allgemeine Zustimmung.

Der Vorsitzende erklärt im Namen des Bundes nochmals die wärmsten Sympathien für die Schweizer Wehrleute und verspricht, daß die Bundesleitung gemäß den Anträgen schleunigst die nötigen Schritte unternehmen werde.

Dr. Wertheimer, Generalsekretär des Deutschen Ausland Instituts in Stuttgart, erörtert einige Fragen des Bundesorganes und des Nachrichtenblattes. Letzteres wird nur bis zum Ende des Jahres konstenlos zu Werbezwecken abgegeben und muß dann bezahlt werden. Er bittet um zahlreiche Beiträge.

Schaeffer, Berlin, bittet, die Mitglieder möchten Annoncen für das Blatt werben.

Levi, Stuttgart, wendet sich gegen den Aufsatz von Strutz über Steuerfragen im Organ des D. A. I., der großes Befremden bei den Auslanddeutschen erregt habe und leider ohne Erwiderung geblieben sei.

Dr. Hirschland und Dr. Wertheimer führen demgegenüber aus, daß leider die Ausführungen von Strutz, dem ersten Fachmanne auf dem Gebiet, zutreffend seien. Man müsse die Gesetzgebung ändern. Eine Erwiderung auf den Artikel werde erfolgen und dabei die vom Bund unternommenen Schritte zur Verbesserung der Steuerverhältnisse der Auslanddeutschen hervorgehoben werden.

Heitmann, Singen, bittet, Schritte für die aus Frankreich zurückkehrenden Zivilinternierten zu unternehmen.

Herr Spicker und Mauch übernehmen es persönlich, das Nötige zu veranlassen.

Illg, Stuttgart, überreicht mit sechs Genossen einen Antrag für die Vorentschädigungsaktion.

Dr. Hirschland erwidert für den Arbeitsausschuß, daß diese Anregungen für die Vorentschädigungsaktion nutzbar gemacht werden müßten, aber erst wenn die Richtlinien vom Kabinett festgelegt wären.

De Lobert regt die Schaffung einheitlicher Kartothekkarten an.

Dr. Kaufmann teilt mit, daß sie bereits vorbereitet und von der Organisationskommission ihrem Inhalt nach bearbeitet würden.

Dr. Wiebering (mit Genossen), Dresden, legen folgende Anträge vor:

1. „Die Ortsentschädigungs-Kommissionen zur ersten Vorprüfung sind sofort lokal zu wählen, damit die Vorarbeit beginnen kann. Der Bund hat die Instruktionen, Fragebogen ehestens den Landes- und Ortsgruppen zuzustellen und die Kosten der Kommissionen zu tragen."

2. „Sofort nach Überweisung der geprüften Anmeldungen an die Spruchkommissionen sind an die Unterstützungsempfänger die 1500 Mark, sowie für alle anderen ein festzustellender Prozentsatz des vorgeprüften Schadens auszuzahlen als Vorschuß."

3. „Für russische Wertpapiere und Aktien ist Schadenersatz zu leisten, und keine Auslieferung in natura."

4. „Für den Fall, daß wir nicht voll entschädigt werden, hat das Reich unsere Schulden an deutsche Gläubiger entsprechend zu regeln."

5. „Familien, deren Ernährer in der Internierung gestorben sind oder als Folge der Internierung Aufnahme in Irrenanstalten finden mußten, haben Unterstützungen zu erhalten auf derselben Grundlage, wie die Kriegswitwen und Waisen, nicht nur die Männer."

6. „Es soll ein Gesetz beantragt werden zur Legitimierung der in der Internierung geborenen Kinder, da die Standesämter hier sich weigern, es zu tun."

7. „Der Ausschuß hat jeden 1. und 15. des Monats den Landesvertretern kurzen Bericht zu senden über den Fortgang und Erfolg der Arbeiten, welche von der Vertreterversammlung dem Ausschuß zur Erledigung übertragen worden sind",

die allgemeine Zustimmung finden. Zu 7. wird vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß ein solches Verfahren in Aussicht genommen sei und nur wegen der technischen Schwierigkeiten bisher nicht hätte durchgeführt werden können. Die Anträge 1 bis 6 würden bei der Arbeit der Organisationskommission für die Entschädigungsfragen Berücksichtigung finden.

Anträge Lobusch:

„Der Bund möge Berichte für die Presse durch die Landesverbände zur Veröffentlichung gelangen lassen",

„Ortsgruppen mögen nur durch die Landesverbände verzogene Mitglieder mit Berichten verfolgen",

und Lotze:

„Antrag Sachsen. Bei Reichsregierung vorstellig zu werden, Verfügung zu erlassen, daß die in der Gefangenschaft geborenen Kinder als legitim anerkannt und mit Geburtsschein auszustatten sind",

werden einstimmig angenommen.

Herr Alexander fragt wegen der Beteiligung der Auslanddeutschen am Wiederaufbau an.

Dr. Hirschland teilt mit, daß die Verhandlungen mit den zuständigen Stellen bereits eingeleitet sind.

Zur Geschäftsordnung beantragt Direktor Kaufmann, daß Anträge für die Vertreterversammlung spätestens einen Tag vorher schriftlich eingereicht werden müßten, Ausnahmen aber in als dringend anerkannten Fällen von der Vertreterversammlung bewilligt werden könnten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Pfeiffer, Württemberg, beantragt die Feststellung des Begriffs „Auslanddeutscher".

Nach längerer Aussprache wird festgestellt, daß der Bund eine andere Definition haben müsse als beispielsweise das Deutsche Ausland Instiut, welches alle Deutschstämmigen in seine Arbeit hineinnehme. Andererseits weist man von verschiedenen Seiten darauf hin, daß es unzweckmäßig ist, sich zurzeit genau festzulegen. Für die Entschädigungsaktion sei eine bestimmte Definition in den Richtlinien zu erwarten. In den Satzungen sei mit Absicht keine feste Definition enthalten. Die Frage wird zurückgestellt.

Unter Verschiedenes wird darauf weiter über viele Einzelfragen gesprochen.

Unter anderem berichtet Dr. Kaufmann über eine Eingabe zum Reichsnotopfergesetz. Der Bund hat früher schon einen weitgehenden Antrag gestellt, in dem insbesondere

Digitized by Google

auch verlangt wird, daß diejenigen ehemaligen Auslanddeutschen, die in irgend ein Ausland zur Aufnahme ihrer Erwerbstätigkeit zurückkehren, vom Reichsnotopfer befreit werden. Ergänzend ist nach Bekanntwerden des letzten Entwurf bei der Kommission der Nationalversammlung ein Antrag eingereicht worden, wenigstens statt des dort gebrauchten Ausdrucks „in denselben Staat zurückkehren" zu setzen „in dasselbe Land zurückkehren", weil bei Rußland z. B. überhaupt nicht mehr derselbe Staat bestehe und weil in Südamerika die einzelnen Staaten sehr verwandte Gebiete umschlössen.

Ferner ist in dieser zweiten Eingabe beantragt worden, keine feste Frist für das Wiederhinausgehen zu setzen, sondern „ein Jahr nach Freigabe der Einwanderung".

Lotze, Leipzig, fragt an, ob über die Verschleppung von Geiseln in Kiew etwas bekannt sei, was vom Vorsitzenden verneint werden muß.

Aus Baden wird mitgeteilt, daß dort bereits voller Erlaß der Schulgelder und anderer Kosten für Bildungsinstitute für Auslanddeutsche erreicht sei. Der Landesverband Baden will das Material schleunigst zur Verwendung in anderen Bundesstaaten zur Verfügung stellen.

Lobusch, Hamburg, fragt an, ob nicht Mittel zur Rückbeförderung der Möbel bereitgestellt werden könnten. Peter, Berlin, teilt mit, daß schon Verhandlungen mit Spediteuren im Gange seien, und daß aus England verschiedenartige Nachrichten über die Geneigtheit der Engländer zur Freigabe der Möbel gekommen seien. Die Angelegenheit sei leider noch nicht spruchreif.

Dr. Hirschland berichtet über amtliche Schritte bei der französischen Regierung. Hier seien die Erfolge noch geringer, wenn es auch nicht ganz aussichtslos erscheine, gewisse Vorteile betreffs Rückbeförderung der Möbel zu erreichen.

Der Vorsitzende betont, daß für die Zurückführung der Möbel das erforderliche Geld bereitgestellt werden müsse.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Herr Bessels, Frankfurt, dankt dem Vorsitzenden für die unparteiische und sachgemäße Leitung der Verhandlungen.

Der Vorsitzende erwidert diesen Dank.

Lutz, Württemberg, bittet die Anwesenden, die Versicherung der Württemberger entgegennehmen zu wollen, daß sie nicht nur zu scharfer und sachgemäßer Kritik bereit seien, sondern gemäß dem württembergischen Wahlspruch allezeit furchtlos und treu zum Bunde halten wollten.

Illg, Stuttgart, als Vorsitzender des einladenden Landesverbandes wünscht, daß angenehme Erinnerungen an die Stuttgarter Tagung zurückbleiben mögen. Mit einer Mahnung zur Einigkeit schließt der Vorsitzende die Verhandlungen.

Sitzungen des Bundes. Eine Vorstandssitzung wird in Berlin am 21. November, 10 Uhr vormittags, stattfinden. Die nächste Vertreterversammlung tritt in Berlin am 2. Dezember, vormittags 10 Uhr, zusammen.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Die Ostasiatenwoche in Berlin.

Die Ostasiatenwoche in Berlin, die vom 28. September bis 4. Oktober stattgefunden hat, nahm für alle Teilnehmer einen befriedigenden Verlauf, obgleich der Streik der Berliner Metallarbeiter empfindliche Störungen verursachte.

Eingeleitet wurde die Woche am Sonntag, den 28. September, abends 8 Uhr mit einer zwanglosen Zusammenkunft von etwa 300 Teilnehmern im Bankettsaal des Restaurants „Rheingold", wo Admiral v. Truppel als Vorstandsmitglied des Deutsch-Chinesischen Verbandes die Erschienenen willkommen hieß.

Am Montag, den 29. September wurde der Betrieb von Julius Pintsch A.-G. in Fürstenwalde an der Spree, am Dienstag die Turbinenfabrik der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin besucht, abends hielt im Vorführungssaal der Deutschen Lichtbild-Gesellschaft E. V. (einer Tochtergesellschaft des Deutschen Überseedienstes) Arthur Dix einen unterrichtenden Vortrag über „Internationalen Wirtschaftsdienst durch Film und Presse".

Am Mittwoch, den 1. Oktober erfolgte eine Führung durch den Betrieb der Deutschen Luftreederei G. m. b. H. auf dem Flugplatz Berlin-Johannesthal, am Abend sprach wiederum im Bankettsaal des Restaurants „Rheingold" Geh. Reg.-Rat Dr. H. Schuhmacher, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin, über „Sozialismus und Unternehmertum". In packenden Worten gab Professor Schuhmacher einen Überblick über die Lehre vom Sozialismus und ihre Anwendung in der Praxis. Ein langanhaltender Beifall lohnte den Redner für seine mit vollendeter Rednergabe vorgetragenen interessanten Ausführungen.

Der Donnerstag brachte einen Gang durch den Betrieb der „Petra", deren Spezialität die Herstellung von Tagesfilms ist, der Freitag eine Besichtigung der Staatlichen (früher Königlichen) Porzellanmanufaktur in der Nähe des Bahnhofs Tiergarten und der Ausstellung der Erzeugnisse der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H. im Telefunkenhause am Halleschen Tor. Abends sprach Konsul Bosenigk über die Organisation der Außenhandelsstelle.

Am Sonnabend wurden dann zum Schlusse die Zeitungsbetriebe von Ullstein und Scherl besichtigt. Ein Abschiedsabend vereinte sodann alle Teilnehmer und ihre Angehörigen am Sonnabend abend im Muschelsaal des „Rheingold". Die Schlußansprache hielt im Namen des Vorstands Conrad v. Borsig, der die frohe Zuversicht aussprach, daß das deutsche Wirtschaftsleben, trotz der tausendfachen Nöte, in denen es sich befindet, den Weg zur Wiedergenesung finden werde, und in zukunftfreudigen Worten der kommenden Zusammenarbeit zwischen Industrie und Handel auf dem ostasiatischen Markt gedachte. Herr C. Fink würdigte die Arbeit des Deutsch-Chinesischen Verbandes und dankte im Namen der Teilnehmer dem Verband und seinem Generalsekretär für die Veranstaltung der Ostasiatenwoche.

Fritz Secker, (Schanghai) Berlin.

Von den Elsaß-Lothringern

Die aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Anwälte haben sich auf einer am 28. Oktober in Heidelberg abgehaltenen Versammlung zu einer Vereinigung zusammengeschlossen. Sie verlangen, daß ihnen ohne Rücksicht auf die Herkunft die Freizügigkeit in ganz Deutschland zugestanden, und daß ihnen ferner in dem Kriegsentschädigungsgesetz auch für den Verlust der Praxis eine angemessene Entschädigung vom Reich gewährt wird. Es wurde Klage darüber geführt, daß die deutschen Regierungen gegenüber den Zulassungsanträgen landfremder Anwälte sich immer noch ablehnend verhielten. Die Wünsche der elsaß-lothringischen Anwälte hinsichtlich der Gewährung der Freizügigkeit wird gelegentlich der Behandlung eines Antrags Grünewald und Genossen demnächst in der National-Versammlung zur Erörterung gelangen.

Wie Straßburger Blätter melden, sind die Straßburger Handelshäuser vom Generalkommissar aufgefordert worden, bis zum 15. November alle deutschen Staatsangehörigen zu entlassen, die auf Anforderung Millerands ausgewiesen werden sollen. Die Ausweisung soll innerhalb einiger Wochen durchgeführt werden.

Berlin. Verein der Wolgadeutschen. Die zweite Generalversammlung wurde im September in Berlin

Digitized by Google

abgehalten. Es wurde berichtet, daß der Vertrauensrat zur Herstellung von Beziehungen mit den Kolonien zwei Delegierte abgesandt hat, die beide nicht durchdringen konnten und deshalb zurückkehrten. Gegenwärtig sind zwei weitere Abgesandte unterwegs. Über die Lage in den Kolonien berichtete Herr Schmidt. Der allgemeine Ruin hat auch die deutschen Kolonien an der Wolga betroffen. Die Landwirtschaft liegt darnieder, Handel und Verkehr stocken, die Teuerung ist unerschwinglich. Die jungen Männer sind gewaltsam zur Roten Garde eingezogen. Auf Grund der letzten Nachrichten muß angenommen werden, daß der Bürgerkrieg unmittelbar im Gebiete der Wolgakolonien wütet. Über die Rückreisemöglichkeiten stattete Herr Klein Bericht ab. Solange die Bolschewisten am Ruder sind, ist an eine Rückreise nicht zu denken. Im einzelnen ist der Weg nach Südrußland und dem Kaukasus schon jetzt offen, ist aber mit vielen Schwierigkeiten zur Erlangung der Aus- und Durchreiseerlaubnis durch die verschiedenen Staaten verknüpft und sehr teuer. Die Versammlung beschloß aber trotzdem, die Organisation der Rückreise sofort in Angriff zu nehmen, damit sie unmittelbar nach Eintreten ruhiger Verhältnisse in Rußland erfolgen kann. Der Vorschlag des Vorstandes, die deutschrussischen Kolonisten in Amerika um Hilfe anzurufen, werde warm begrüßt. Es sollen, da man sich mit Presseпropaganda nicht begnügen will, zwei Vertreter nach Amerika zur Abhaltung von Verträgen und Sammlung von Spenden entsandt werden. Über den weiteren Ausbau des Vereins erstattete Herr Klein Bericht. Ein Ziel, den Zusammenschluß der in Deutschland anwesenden Wolgadeutschen, hat der Verein erreicht. Er dürfe sich mit der gegenseitigen Hilfeleistung und der Organisation der Heimreise nicht begnügen. Mit dem Abgang des letzten Transports soll seine Tätigkeit nicht aufhören. Es ergebe sich für die einzelnen, die in Deutschland bleiben oder immer wieder aus dem Wolgagebiet herüberkommen werden, die große Aufgabe, den Verein zu erhalten und ihn als Bindeglieder zwischen den Kolonien und dem deutschen Mutterlande zum Segen beider fortzuführen. Das Ziel wird in Paragraph 1a der neuen Vereinssatzungen folgendermaßen ausgedrückt: „Forderungen der geistigen Entwicklung und wirtschaftlichen Fortschritts der Wolgakolonien."

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Die Entschädigung der Auslanddeutschen.

Der Bund der Auslanddeutschen teilt mit: Über die Vorentschädigungsfrage kann auch heute noch nicht mehr gesagt werden, als bisher. Tatsächlich ist durch die — an und für sich begrüßenswerte — Einsetzung des neuen Wiederaufbauministeriums eine neue Verzögerung eingetreten. Alle technischen Vorarbeiten, die in diesem Stadium möglich sind, wurden fertiggestellt. Auch ist die Entschädigungskommission zusammengetreten, um auf Grund der im Entwurf vorliegenden rechtlichen Grundlagen Stellung zu nehmen. Irgend etwas Endgültiges kann aber erst nach Veröffentlichung der Richtlinien beschlossen werden, die hoffentlich bald erfolgen wird.

Vom Reichsnotopfer.

Der Bund der Auslanddeutschen teilt mit:

Der Reichsfinanzminister hat 2 Auslanddeutsche als Spezialreferenten für alle die Auslanddeutschen angehenden Angelegenheiten angestellt.

In der endgültigen Vorlage der Kommission für das Reichsnotopfer sind die Wünsche der Auslanddeutschen bis zu einem gewissen Grade berücksichtigt worden. Um eine Vorzugsbehandlung zu erhalten, brauchen die Auslanddeutschen nicht in dasselbe Ausland zurückkehren, in dem sie früher wohnten. Die Regierung will außerdem besondere Richtlinien für die Besserstellung der Auslanddeutschen herausgeben.

Privateigentum der Auslanddeutschen.

In Nr. 10 Seite 367 unserer Zeitschrift haben wir einen Auszug aus der Note der alliierten und assoziierten Mächte über Freilassung persönlicher Effekten und Andenken von geringerem Wert von der Liquidation gebracht. Unsere Übersetzung der in Betracht kommenden Stelle der Note, die uns aus dem Zusammenhang genommen übermittelt wurde, ist wie folgt zu berichtigen:

„Die alliierten und assoziierten Mächte erklären, daß sie, wenngleich sie sich die Ausübung ihrer Befugnis zur Liquidation des auf ihrem Gebiete befindlichen deutschen Eigentums, je nach den Umständen, vorbehalten, doch nicht beabsichtigen, persönliche Effekten oder Andenken von geringerem Wert zu liquidieren."

Auflösung einzelstaatlicher Auslandsvertretungen.

Nachdem durch Artikel 78 Absatz 1 der Reichsverfassung die Pflege der Beziehungen zu den auswärtigen Staaten ausschließlich Sache des Reichs geworden ist, steht den einzelnen Ländern kein Recht mehr zu, auswärtige Gesandtschaften zu halten. Mit Rücksicht darauf sind die Bayerischen Gesandtschaften in Petersburg und Rom am 1. November 1919 aufgehoben worden. Die Aufhebung der Gesandtschaft in Paris wird binnen kurzem erfolgen. Die Bayerischen Gesandtschaften in Wien und Bern treten zunächst in Liquidation und werden dann ebenfalls zu bestehen aufhören. Die Bayerischen Handelsabteilungen in Bern und Wien führen ihre Geschäfte bis auf weiteres fort.

Der deutsch-polnische Vertrag vom 1. Oktober.

Der am 1. Oktober unterzeichnete deutsch-polnische Vertrag über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit wurde am 25. Oktober zugleich mit dem Ratifikationsgesetz vom 23. Oktober veröffentlicht (RGBl. S. 1803). Es ist der erste freie Staatsvertrag, den die deutsche Republik mit der polnischen abschließt, und zugleich die erste Etappe in der Reihe der Verhandlungen, die im Anschluß an die durch den Friedensvertrag getroffene Neuregelung der politischen Verhältnisse nötig sein werden. Die in dem Vertrag getroffenen Bestimmungen wurden vorgenommen, „um die Wege für die bereits im Gang befindlichen weiteren Verhandlungen zu ebnen" (Denkschrift). Die auf beiden Seiten wegen Teilnahme an nationalen Bewegungen, wegen ihres politischen oder militärischen Verhaltens noch festgehaltenen Staatsangehörigen, die noch in ziemlicher Zahl zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen sollen in die Heimat zurückgebracht werden. Um aber auch zurückkehrenden Flüchtlingen Freiheit von Strafverfolgung zu gewähren, ist weiter eine umfassende politische Amnestie vereinbart für die mit der polnischen Bewegung im Zusammenhang stehenden Vergehen. Den zu entlassenden Personen ist grundsätzlich die Rückkehr in ihren früheren Heimatort oder einen anderen Ort freigegeben. Zur Regelung des Austausches der zu entlassenden Personen im einzelnen sind im Vertrage Kommissionen vorgesehen.

AUSWANDERUNG

Warnung vor Auswanderung.

In ihren „Besonderen Mitteilungen" (Nr. 4 Seite 21) bringt die Reichswehr-Befehlsstelle Württemberg folgende zwei Notizen:

Dem Kriegsministerium sind mehrere Fälle bekannt geworden, in denen versucht worden ist, deutsche Militär- und Zivilpersonen unter betrügerischen Anerbietungen für aus-

Digitized by Google

ländische Dienste anzuwerben. Die Schwindler sitzen im In- und Auslande. Sie arbeiten gewöhnlich unter der Firma eines Werbebüros für den Eintritt in ausländische Dienste. Für die angebliche Einschreibung in die Bewerbeliste verlangen sie die Zusendung einer Gebühr von 20—50 Mark. Das Kriegsministerium warnt eindringlich vor diesen Schwindlern.

Eine Firma P. de Jong in Amsterdam, Damrak Nr. 14, sucht in Deutschland durch Mittelspersonen Handwerker, Arbeiter, Köche und Heizer für Argentinien gegen verlockende Versprechungen anzuwerben. Die Ermittlungen haben ergeben, daß eine solche Firma in Amsterdam nicht besteht. Ihre Bezeichnung bildet demnach nur einen Deckmantel für ein Schwindelunternehmen, das vermutlich darauf ausgeht, Auswanderungslustigen Geld aus der Tasche zu ziehen.

Unerwünschte Einwanderung von Osten.

Bei der deutschen Nationalversammlung ist am 7. Oktober ein Antrag v. Arnstadt, Dr. Heinze und Genossen eingebracht worden, die Nationalversammlung wolle beschließen: die Reichsleitung aufzufordern, besser als bisher unerwünschter Einwanderung zu wehren, eine wirksame Grenzkontrolle durchzuführen, etwaiger Einbürgerung solcher, meist aus Polen einschließlich Galizien stammender Elemente in den Ländern entgegenzuwirken und die Abschiebung lästiger Ausländer zu fördern.

Der Antrag bezweckt somit, den deutschen Boden den Deutschen zu erhalten, und zu verhindern, daß die Inlanddeutschen durch Verdrängung von seiten ausländischer Elemente, insbesondere in den Ostgebieten, zur Auswanderung genötigt werden.

Zum amerikanischen Einwanderungsgesetz.

Das amerikanische Fremdeneinwanderungsgesetz (Alien Immigration Bill) wurde am 17. Okt. im Repräsentantenhause angenommen. Sein Hauptzweck besteht darin, für ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedens den deutschen Einwandererstrom, der nur auf die erste beste Gelegenheit warte, hereinzukommen, und vor allem die bolschewistischen Agitatoren, die in Amerika ein weites Betätigungsfeld für ihre revolutionären Pläne zu finden hofften, vom Lande auszuschließen. Das Inkrafttreten dieses Gesetzes soll jedoch die freie Bewegungsfähigkeit gut beleumundeter Angehöriger alliierter oder neutraler Staaten in keiner Weise behindern. Ferner soll das Gesetz den amerikanischen Arbeiter schützen. Es besteht Arbeitermangel insofern, als der Durchschnittsamerikaner sich seinen Lebensunterhalt nicht durch ungelernte Arbeit verdienen will. Daß diese also in weitem Maße den Einwandernden zufiele, soll verhütet werden.

Nach Berichten aus New York wird es kaum je wieder so leicht werden, nach Amerika einzuwandern, wie vor dem Kriege. Dem Kongreß liegt bereits ein weiteres Gesetz vor, das das fremde Element in den Vereinigten Staaten dadurch nach und nach nationalisieren will, daß jeder Fremde gezwungen wird, fünf Jahre nach der Landung Englisch zu beherrschen und um seine Naturalisierung einzukommen, widrigenfalls er landesverwiesen wird. Das Gesuch um Einbürgerung muß in Englisch abgefaßt werden, der Gesuchsteller wird bei der Gelegenheit in dieser Sprache geprüft. Arbeitgeber Landesfremder sollen verpflichtet werden, ihnen sechs Monate lang täglich eine Stunde englischen Unterricht erteilen zu lassen. Alle Kinder von Ausländern müssen in englischsprachigen Schulen erzogen werden und die englische Sprache lernen.

Warnung vor Auswanderung nach Mexiko.

Dem „Evangelischen Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer in Witzenhausen" ist ein Brief von zuverlässiger Seite aus Mexiko zugegangen, in dem unter dem 17. August Dinge berichtet werden, die gewöhnlich in keinem der Mexiko als Siedlungsland so sehr empfehlenden Bücher und in keiner der zahlreichen Broschüren erwähnt werden, die aber doch ein Bild von dem geben, was die Auswanderer in Mexiko erwartet. Es heißt da: „Mein Leben ist geblieben, wie ich es Ihnen vor dem Kriege schilderte, aller Verkehr hörte mit der Revolution auf. Man nahm mir alle Hilfe im Büro, so bin ich von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends beschäftigt und arbeite selbst Sonntag morgens, nachmittags versuche ich mit Dr. B., einem Zahnarzt, Fußtouren in die Umgegend zu machen, das heißt, soweit die Banditen es erlauben. Einmal wurden wir beraubt, aber sie fanden glücklicherweise nicht viel, und neulich wären wir um ein Haar gefangen genommen worden und hätten wohl eklich büßen müssen. Wir hatten uns nämlich vorgenommen, nach „Desierte" zu gehen, wo das alte Kloster im hohen Tannenwald liegt und man die herrlichste Aussicht hat. Wir verschoben indessen die Reise, weil ich plötzlich viele Anfragen von New York bekam. Leute, die an dem Tage die Reise machten, wurden in die Berge verschleppt, Freund S., der mit von der Partie war, wurde von den Banditen in die Stadt gesandt und mußte, wollte er das Leben der anderen retten, es waren im ganzen fünf, 1500 Pesos Gold holen, was er auch tat. Und dieses in unmittelbarer Nähe der Stadt. So wie es hier ist, so ist es in der ganzen schönen Republik Mexiko und anderswo noch weit schlimmer. Der Staat Veracruz ist gänzlich in Händen von Felix Diaz, Neffe des alten P. Diaz, und von dort bis nach Tampico regieren andere Kerle, an die die Ölgesellschaften monatliche Abgaben liefern müssen, wenn sie nicht zerstört werden wollen. Die Carranza-Regierung hat keine Kontrolle vom Distrikt Federal, geschweige denn von andern Staaten. —Ich sprach neulich den alten Sp., der Agent einer Landgesellschaft ist bei Tuxpam, der sagte wie folgt: Meine Gesellschaft steht besser denn je, alle Siedler haben schon lange ihre Plätze verlassen, nachdem sie uns 50 Prozent des gekauften Landes bezahlt haben, und auf diese Weise haben wir unser Land wieder erhalten, ohne viel Geld dafür zu zahlen, und die Farmer werden sicher niemals wiederkommen. Fahrpläne existieren nicht nach Veracruz. Wir haben herzlich über Ihre Karte gelacht, ja, ja, mein lieber Freund, wo denken Sie hin! Züge fahren, wenn die Rebellen es erlauben, in jedem Teil der Republik riskiert man sein Leben, wenn man reist. Vor einem Monat wurde ein von Publa kommender Zug bei Maltrata mit Dynamit aufgeblasen und über 50 Personen getötet.

Ihre Fragen über Preise von Land, Vieh und anderen Sachen können daher nicht beantwortet werden. Unter keinen Umständen können Sie Farmer hierher bringen, es wäre ein Verbrechen. Lassen Sie sich nicht verleiten durch mögliche Berichte von hier, diese kommen von Leuten, die ihre Ländereien verkaufen wollen, um — nach Deutschland zu gehen, da die hiesige Lage durchaus aussichtslos ist. Mexiko war nie für kleine Farmer und Ansiedler geeignet, heute aber ganz sicher nicht; also schlagen Sie sich die Sache nur gänzlich aus dem Kopf. Halten Sie dies für übertrieben, so lassen Sie sich von den Leuten drüben ein ausreichendes Gehalt aussetzen und kommen hierher, um die Sache ad oculus zu untersuchen. Riskieren Sie Ihr Leben und fordern ein hohes Gehalt, 400 oder 500 Dollars; nicht Pesos, sonst fallen Sie herein. Meine ungemein frugalen Lebensausgaben betragen heute hier 125 Dollar für den Monat, ohne Kleidung, und ich gehe nirgends hin, gehe schon um 8 Uhr seit Jahren zu Bett. Dazu lebe ich noch immer in dem kleinen lumpigen Hotel gegenüber dem ehemaligen Restaurant Sylvain, heute ein Tingel-Tangel. Sie haben Mexiko augenscheinlich im Gedächtnis von 1910—1911. — Die guten alten Zeiten gehören der Vergangenheit an und kehren, während wir leben, nicht wieder. So gerne ich Sie alle wieder sehn möchte, es geht nicht; wüßte ich etwas Besseres, ich ginge morgen schon.

Carranza ist nur vorgeschoben, seine Zeit läuft nächstes Jahr ab, er will nicht wieder Präsident werden, und wer dann

Digitized by Google

kommt, muß sich England und den Vereinigten Staaten absolut verkaufen. Daß dies nicht ohne Intervention abgehen wird, glauben alle, ebenfalls, daß noch viel Blut fließen wird; die jetzige Regierung ist ja nur eine Farce.

Dies ist nun meine Pflicht, Ihnen zu schreiben: eine deutsche Kolonie hier anfangen zu wollen, wäre Unsinn und ein Verbrechen. Alles fehlt dafür, Wege, Schutz, Zukunft usw. Selbst Arbeiter für die großen Städte hierher zu bringen, wäre Torheit. Deutsche Leute können ja nicht mit den hiesigen Peons konkurrieren, und an Clerks haben wir hier mehr als genug. Das Elend unter solchen Leuten ist fabelhaft. F. Th.'s Witwe hängt gänzlich von dem Hilfsverein ab, hat alles verloren und soll quasi wahnsinnig darüber geworden sein. Und so geht es vielen anderen, ich könnte Dir eine ganze Reihe aufzählen. Kurzum, wo man sieht, nichts als Elend — also halte Deine Hände davon. Aber selbst sich als Arzt hier niederlassen zu wollen würde nicht gehen, die Menschen haben ja kein Geld. Ich sprach neulich mit Dr. B. darüber, er nimmt keine 400 Pesos brutto ein, seine Büroausgaben belaufen sich auf 200 Pesos, er hat Familie und lebt miserabel. Dr. P. ist gänzlich auf dem Hund. (Folgen 3—4 weitere Beispiele.) Dr. U., amerikanischer Jude, hat wohl am meisten zu tun. In den kleineren Städten liegt die Sache noch viel schlimmer, wer konnte, verließ die kleinen Städte, da dort nichts zu machen ist, und kam hierher. Die Stadt soll jetzt eine Million Einwohner haben, alles Leute, welche versuchen, auf irgend eine Weise ihr Leben zu machen, die meisten durch Betrug. Die meisten Minen arbeiten nicht, in den Ölfeldern kann ein Mann wie Sie nicht leben, und Unternehmungen wie Necaxa gibt's nicht mehr. Das ist der status quo. Ich wollte noch hinzufügen, daß der tägliche Zug von Laredo fährt, allerdings mit einem bewaffneten Militärzug vor und hinter sich, sonst käme kein Zug durch. Postverbindung nach New York dauert jetzt 11 bis 14 Tage."

In einem zweiten, jüngeren Brief eines anderen Vertrauensmannes vom 10. September heißt es:

Über die Siedlungsverhältnisse in Mexiko bestehen neuere Schriften nicht, außer solchen, welche in letzter Zeit in Deutschland entstanden sind. Diese letzteren aber versuchen eine Lage zu schildern, welche in Mexiko nach 9jähriger Revolution nicht mehr besteht. Wohl können, nach den hier eingelaufenen Berichten der Konsulate, Siedler mit großem Kapital trotz der schwierigen Verhältnisse des Landes sich allmählich durchringen. Es besteht aber keine staatliche Beihilfe, noch in den wenigsten Fällen militärischer Schutz für die von Rebellenbanden oft bedrohten Ansiedler. Gänzlich abraten müssen wir unbemittelten Einwanderern. Solche sind dem Hungertode preisgegeben, da die kleine deutsche Kolonie in Mexiko nicht in der Lage ist, sie pekuniär zu unterstützen. Wenn eine kleine deutsche Schrift Mexiko eine offene Schatzkammer für Einwanderer nennt, so möchten wir Ihnen empfehlen, Interessenten mitzuteilen, daß für unbemittelte Einwanderer Mexiko heute eine offene Grabkammer ist. Die Regierung, welche einer kapitalkräftigen Einwanderung günstig gegenübersteht, ist ihrerseits nicht in der Lage, irgendwelche Hilfe durch Überlassung von brauchbarem Land und Material zu leisten. Es liegen uns jedoch eine größere Reihe von Haziendenprojekten zum Verkauf und zur Aufteilung in kleinere Höfe von 100 Hektar vor. Falls Siedlungsgesellschaften mit hinreichendem Kapital vorhanden sind (die Unterhaltungskosten für mindestens ein Jahr mit eingeschlossen außer den Anschaffungskosten) ließe sich wohl das eine oder das andere Projekt verwenden."

Brasilien.

Mitteilungen, die dem Deutsch-Brasilianischen Handelsverband zugingen, ist zu entnehmen, daß es fraglich ist, ob Möglichkeiten geschaffen werden könnten, um die eingewanderten Deutschen längere Zeit dem Deutschtum zu erhalten. Es sei nicht anzunehmen, daß geschlossene deutsche Siedelungen gestattet würden. Bevor deutschen Auswanderungslustigen die Auswanderung nach Brasilien empfohlen werden könne, sei zunächst ein Abkommen zwischen der deutschen und brasilianischen Regierung über die Behandlung der Auswanderer nötig.

Japanische Anwerbung.

Wie wenig den Nachrichten, die über Anwerbung der japanischen Regierung und die verlockenden Aussichten einer Auswanderung nach Japan in Deutschland verbreitet sind, Glauben zu schenken ist, dafür mag folgender Vorfall ein lehrreiches Beispiel sein: Ein angeblich über Holland zurückgekehrter Deutscher machte uns über die japanische Anwerbung in Holland, die er auf Grund persönlicher Anschauung und Erfahrung kennen gelernt haben wollte, genaue Angaben. Dutzende von Offizieren, insbesondere der Marine, wollte er in Holland getroffen haben, die mit Japan bereits Verträge abgeschlossen hätten und nur auf die Ausreise nach Japan warteten. Die japanische Regierung trete mit den glänzendsten Anerbietungen an die Deutschen, insbesondere ehemalige Heeresangehörige, Flieger und U-Bootsleute, sowie gelernte Munitionsarbeiter heran. Vor der Ausfahrt nach Japan erhielten die Deutschen, die sich der japanischen Regierung vertraglich verpflichteten, bis zu 6000 Mark in Gold ausbezahlt. Der Herr, der uns diese Angaben machte, teilte uns sogar Name und Adresse eines Marineoffiziers mit, den er in Amsterdam gesprochen und der ihm selbst ein Kontraktformular gezeigt habe. Auf Nachforschung haben wir festgestellt, daß der genannte Offizier seit Jahren nicht mehr in Holland war und mit japanischer Anwerbung nichts zu tun hat. Der Gewährsmann, der uns aus Holland noch weitere Nachrichten geben wollte, hat nichts mehr von sich hören lassen.

Erwünschte Auswandererliteratur.

Unter den vielen Büchern und Büchlein, die zurzeit mit größerer oder kleinerer Berechtigung ein guter Ratgeber der Auswanderungslustigen sein wollen, wird eines besonders begrüßt werden können, das schon durch seine Herausgeber die Gewähr bieten wird, gerade für Deutsche, die nach Paraguay wollen, die richtige Auskunft zu geben. Es betitelt sich: „Paraguay, Winke für Einwanderer" und wird in allernächster Zeit von dem Deutschen Volksbund für Paraguay herausgegeben werden. Der Volksbund (Unión Germánica del Paraguay, Calle Presidente Franco 23, Casilla 77 in Asunción Paraguay) ist auch sonst gern bereit, kostenlos Anfragen zu beantworten.

Vom Reichswanderungsamt.

Der Reichsanzeiger teilt mit, daß der Reichspräsident durch Erlaß vom 31. Oktober an die Herren Reichsminister des Innern und des Auswärtigen verfügt habe, der bisherige Vorsitzende des Reichswanderungsamtes habe in Zukunft den Titel „Präsident" zu führen. Zum Präsident des Amtes ist der Geheime Oberregierungsrat und Vortragende Rat im Ministerium des Innern Dr. Jung ernannt worden, der bisher schon die Organisation und den Aufbau des Amtes leitete.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Einbringung von Gütern und Waren in das deutsche Zollgebiet durch Auslanddeutsche.

Im Interesse der Auslanddeutschen sind bereits vor einiger Zeit Bestimmungen ergangen, wonach von Auslanddeutschen eingebrachte Gegenstände der sonst notwendigen Einfuhrbewilligung nicht bedürfen und auch hinsichtlich der Zoll-

Digitized by Google

behandlung eine bevorzugte Stellung einnehmen. Der hier einschlägige Erlaß des Reichsministers der Finanzen vom 15. Juli d. J., der für den gegenwärtigen Rechtszustand die Grundlage bildet, lautet:

„Wegen der bevorstehenden Rückkehr zahlreicher Auslanddeutschen haben sich die beteiligten Verwaltungen hinsichtlich der Behandlung der von ihnen beim Grenzübertritt mitgeführten Gegenstände über folgende Grundsätze geeinigt:

I. Frei von Einfuhrverbot und Beschlagnahme sind:

a) Gebrauchsgegenstände jeder Art, alte und neue, zum eigenen Gebrauch und für Angehörige,

b) alle Lebens- und Genußmittel, auch die in Deutschland rationierten und sonstige Verbrauchsgegenstände, sofern sie zum eigenen Gebrauch für Angehörige bestimmt sind und den Bedarf für ein Jahr nicht übersteigen.

Warenvorräte, auch wenn sie zum eigenen Handelsgebrauch bestimmt sind, unterliegen den Einfuhr- und Beschlagnahmebestimmungen.

II. Hinsichtlich der Zollfreiheit der mitgeführten Gegenstände gelten lediglich die Bestimmungen des § 6 des Zolltarifgesetzes.

Wegen der Einfuhrverbots- und Beschlagnahmefreiheit wird der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung nähere Anweisung ergehen lassen.

Von einer Ausdehnung der Zollfreiheit über die derzeit geltenden Bestimmungen hinaus ist abgesehen worden, da sich der Regelung im einzelnen Schwierigkeiten bieten und da gegenüber dem jetzigen sehr hohen Werte der Waren die Zollbelastung kaum ins Gewicht fällt.

Ich stelle ergebenst anheim, im Falle der Zustimmung die Zollstellen hiernach mit Weisung zu versehen.

Es wird sich empfehlen, bei Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen tunlichst milde zu verfahren und auf die Wünsche der Rückwanderer jede zulässige Rücksicht zu nehmen."

Entsprechende Anweisung an die Zollbehörden ist inzwischen vom Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung ergangen.

Grundsätzlich ist somit für Waren die vom Ausland eingebracht werden, nur Einfuhrfreiheit in weitem Maße, nicht aber Zollfreiheit zugesagt. Als Nachweis, daß es sich um heimkehrende Auslanddeutsche handelt und als Nachweis für die Bestimmung der Waren zum eigenen Gebrauch und den der Angehörigen, genügt insbesondere eine entsprechende Bescheinigung eines deutschen Konsulats oder einer Gesandtschaft. Hinsichtlich der Zollbehandlung gibt der Erlaß zwar die Anweisung, die Wünsche der Rückkehrenden nach Möglichkeit zu berücksichtigen, für die Freilassung von Zoll verweist er jedoch lediglich auf § 6 des Zolltarifgesetzes vom 25. November 1902. Es sind hiernach vom Zoll befreit insbesondere gebrauchte Kleidungsstücke und Wäsche, die nicht zum Verkauf oder zur gewerblichen Verwendung eingehen, gebrauchte Gegenstände zur eigenen Benützung. Es ist ferner zu beachten, daß § 6 während des Krieges durch Verordnungen, die den Zolltarif abgeändert haben, eine bedeutende Ergänzung in Richtung einer Erweiterung der Zollfreiheit erfahren hat. So schließt § 6 nach der alten Fassung von der Zollfreiheit aus: Nahrungs- und Genußmittel, unverarbeitete Gespinste und Gespinstwaren, sowie sonst zur Verarbeitung bestimmte Erzeugnisse, Rohstoffe aller Art und Tiere. Durch die während des Kriegs erfolgten Abänderungen des Zolltarifs sind dagegen Nahrungsmittel fast durchgängig und auch Genußmittel in weitem Umfange zur zollfreien Einfuhr zugelassen worden, ferner insbesondere auch Tiere.

Deutsche Interessen in Belgien.

Auf Veranlassung zunächst einiger Antwerpener und Brüsseler deutscher Firmen hat bereits vor längeren Monaten der frühere Syndikus der Deutschen Handelskammer in Antwerpen, Dr. jur. E. Barckhausen, in Berlin NW 40, In den Zelten 19, eine „Geschäftsstelle zur Wahrnehmung der Interessen der Deutschen in Belgien" errichtet, die es sich zur Aufgabe gesetzt hat, in erster Linie die in Belgien durch den Kriegszustand geschädigten deutschen Firmen und die in Belgien interessierten Inlandsfirmen in ihren Entschädigungsansprüchen zu vertreten. Die Geschäftsstelle hat ferner Beziehungen zu den belgischen Sequestern und Liquidatoren aufgenommen und beabsichtigt, demnächst in unmittelbare Verbindung mit den belgischen Behörden zu treten. Nähere Auskunft erhalten Interessenten auf Anfrage.

Rückkehr nach der Türkei.

Unter den aus der Türkei stammenden Auslanddeutschen war kürzlich die Nachricht verbreitet, daß die Entente den in der Türkei geborenen Deutschen die Rückkehr dorthin gestatte. An amtlicher Stelle ist hiervon nichts bekannt. Es sind im Gegenteil von der Entente-Kommission in Konstantinopel bisher alle derartigen Gesuche abschlägig beschieden worden.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND DEUTSCHES SCHULWESEN

Die Kinder Auslanddeutscher auf deutschen Schulen.

Der Landesverband Baden des Bundes der Auslanddeutschen hat sich in verschiedenen Anfragen an das Ministerium des Kultus und Unterrichts in Baden gewandt und folgenden grundlegenden Bescheid erhalten: Etwaigen Gesuchen um Schulgeldnachlaß in den staatlichen Schulanstalten für Kinder unbemittelter Auslanddeutscher sollen in Baden auf Grund der Begutachtung und Befürwortung der Ortsgruppe stattgegeben werden. Die Gesuche sind durch die Vermittlung der Anstaltsdirektoren dem Ministerium vorzulegen. Die Stadt- und Gemeinderäte der Städte mit Realanstalten und höheren Mädchenschulen sind vom Kultusministerium um Einhaltung des gleichen Verfahrens ersucht worden. Das Ministerium hat ferner mitgeteilt, daß die Senate der Badischen Hochschulen angewiesen wurden, Gesuche von Söhnen bedürftiger Auslanddeutscher um Befreiung von der Entrichtung von Kollegiengeldern wohlwollend zu prüfen. Es wurde auf der Hochschulkonferenz in Koburg im September d. J. festgestellt, daß auf allen deutschen Hochschulen die Söhne der Auslanddeutschen auf Grund ihrer im Ausland erhaltenen Reifezeugnisse zum Studium zugelassen werden.

Leipzig. Vereinigung Auslanddeutscher Studierender. Die Vereinigung entwickelt sich erfreulich gut. Die Zahl ihrer ordentlichen Mitglieder beträgt in diesem Semester bis jetzt 42, während sie im verflossenen Semester nur 31 betrug. Die meisten der neuen Mitglieder stammen aus Deutschböhmens und Siebenbürgen. Für das laufende Semester ist ein Vortragsprogramm aufgestellt, das eine reiche Belehrung der Mitglieder in Aussicht nimmt. Vorträge über das Reich und die Auslanddeutschen, das Deutschtum in den Ostseeprovinzen, die Deutschen Siebenbürgens, die deutsche Minorität in Polen, Deutschböhmen und die Deutschen Südrußlands sind von Mitgliedern der Vereinigung zugesagt worden. Auch mit Marburg, Königsberg, Rostock, Köthen i. A., Hannover und Mittweida ist zur Begründung neuer Vereinigungen Fühlung genommen worden.

Digitized by Google

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Reichsnotopfer und Auslanddeutsche.

Aus den Kreisen von Auslanddeutschen in der Schweiz gehen uns folgende Ausführungen zum Reichsnotopfer zu:

Nach dem Entwurf zum Reichsnotopfer ist abgabepflichtig jeder Deutsche ohne Rücksicht auf sein langjähriges Domizil im Auslande und ohne Rücksicht auf seine Steuerpflicht dem Staate gegenüber, in welchem er sein Domizil hat, und zwar mit seinem ganzen in- und ausländischen Vermögen.

Ausnahmen sind nach § 50 vorgesehen; nämlich:

a) Deutschen, welche sich mindestens seit dem 1. August 1914 erwerbshalber im Auslande aufhalten, ohne einen Wohnsitz in Deutschland zu haben, kann die Angabe ganz oder teilweise erlassen werden.

Diesen Personen werden gleichgestellt diejenigen, die vor dem Kriege ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Auslande des Erwerbes wegen hatten, ohne einen Wohnsitz im Inlande zu haben, und sich entweder bei Ausbruch des Krieges vorübergehnd im Inland aufhielten oder während des Krieges ins Inland gekommen sind und spätestens bis zum 31. Dezember 1920 nachweislich des Erwerbes wegen in den ausländischen Staat zurückkehren, in dem sie vor ihrer Rückkehr ins Inland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hatten. (Nach Aussage erster Steuerautoritäten in Berlin bezieht sich dieses nur auf kleine Vermögen bis etwa 30 000 Mark. Dieser Paragraph ist eine Bemäntelung der wahren Absichten des Gesetzes und ist geeignet, über die tatsächliche Wirkung des Gesetzes zu täuschen.)

b) Im Falle das Vermögen schwer zu bestimmen ist, kann die Abgabe pauschaliter vereinbart werden.

Gegen den Gesetzentwurf ist entschieden zu protestieren, und zwar aus folgenden Gründen:

I. Dieser Gesetzentwurf, welcher in die Lebensinteressen der Auslanddeutschen auf das tiefste einschneidet, bedarf der Zustimmung der Auslanddeutschen. 99 Prozent derselben haben überhaupt keine Ahnung von dieser Bedrohung ihrer Lebensinteressen. Bei den deutschen Generalkonsulaten liegt nicht einmal ein Abdruck des Gesetzes zur Einsichtnahme und Prüfung vor. Da die Auslanddeutschen keine parlamentarische Vertretung haben, muß der gesetzliche Entwurf denselben zur Abstimmung vorgelegt werden. Geschieht dieses nicht, so ist dies als eine Vergewaltigung zu betrachten. Es ist wider jedes Rechtsgefühl, daß die Auslanddeutschen vor die vollzogene Tatsache der Annahme des Gesetzes gestellt werden sollen, ohne ihre Bedenken darüber äußern zu können und ohne darüber abstimmen zu dürfen.

II. Die Auslanddeutschen sind nicht in der Lage der Inlanddeutschen, welche durch den Krieg profitiert haben, sondern die meisten derselben sind durch den Krieg ruiniert. Ihre Geschäfte und Niederlassungen in den feindlichen Ländern sind vernichtet worden, ihr Hab und Gut ist verschleudert worden, das ihnen in den deutschen Werten verbliebene Vermögen ist durch die Valuta um fünf Sechstel entwertet worden. Während der Inlanddeutsche den Inlandwert der Mark ausnutzen kann, ist der Auslanddeutsche auf den jeweiligen Stand der Valuta im Auslande beschränkt, wodurch ihm außerordentlich große Nachteile in Einkauf und bei seinen Anschaffungen den Inlanddeutschen gegenüber entstehen. Etwaige Kompensationen von Reichs wegen für erlittene Schäden würden die Höhe der wirklichen Verluste erreichen, so daß der Auslanddeutsche allein schon hierdurch ungeheuerliche Opfer dem Reiche gebracht hat.

III. Der Entwurf ist zum ersten Male in ihrer Geschichte eine Abweichung von der ehrenhaften Grundlage der deutschen Finanzgesetzgebung, welche die Auslanddeutschen bisher von jeder Steuerpflicht ausgenommen hat. Dieser Ansicht haben sich auch Reichsfinanzminister a. D. Schiffer und Dernburg angeschlossen, indem sie die Auslanddeutschen in ihren Entwürfen zur Vermögensabgabe ausgenommen haben. Hieran wird auch nichts daurch geändert, daß der Auslanddeutsche eine im Auslande bereits gezahlte Vermögensabgabe von dem Reichsnotopfer abziehen darf, denn in vielen Staaten ist die Vermögensabgabe erst nach dem 1. Januar 1920 zu erwarten. In anderen Staaten sollen successive Abgaben erhoben werden. Wiederum in anderen Staaten werden die Abgaben unter dem Mantel einer Zwangsanleihe erhoben. (Italien.) Der Auslanddeutsche würde dadurch bis aufs Blut geschröpft werden. Die Steuerpflicht des Auslanddeutschen ist durch nichts begründet, auch nicht durch die frühere Wehrpflicht, überhaupt ist ja die Wehrpflicht durch den Friedensvertrag in Deutschland aufgehoben worden. Niemand kann in zwei Staaten steuerpflichtig gehalten werden.

IV. Der Auslanddeutsche bringt dem Deutschen Reich unter dem Odium des Krieges ein schweres Opfer, indem er sich die deutsche Staatsangehörigkeit im Auslande bewahrt.

V. Der Gesetzentwurf bedeutet eine Bedrohung der finanziellen und wirtschaftlichen Interessen des Deutschen Reiches.

1. Die Auslanddeutschen werden durch das Gesetz aus dem deutschen Staatsverbande herausgetrieben.

2. Sie werden gezwungen, ihre Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich abzubrechen, da sie keine Kredite mehr nach Deutschland bewilligen können.

3. Sie werden gezwungen, sich ihrer deutschen Wertpapiere zu entäußern, um die Beschlagnahme zu verhindern.

4. Sie werden verhindert, ihr Vermögen den deutschen Anleihen und den Ankauf deutscher Werte zur Verfügung zu stellen.

Es wird daher beantragt: Gänzliche Verwerfung der die Auslanddeutschen betreffenden Paragraphen im Gesetz

a) als völkerrechtswidrig (niemand kann in zwei Staaten steuerpflichtig sein),

b) als unehrenhaft (indem das Gesetz die schweren Opfer, die die Auslanddeutschen gebracht haben, mit krassem Undank belohnt und die Lebensinteressen der Auslanddeutschen bedroht),

c) als bedrohlich für die finanziellen und wirtschaftlichen Interessen des Deutschen Reiches (wie oben ausgeführt).

Dagegen sollte ein Appell an den Patriotismus und an den Liberalismus aller Auslanddeutschen gerichtet werden, sich freiwillig an der Vermögensabgabe ihren Verhältnissen und Einnahmen gemäß zu beteiligen.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

„Tagesfragen der Auslandswirtschaft", Veröffentlichungen der Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amts. Das Auswärtige Amt beschränkt sich in seinen wirtschaftlichen Veröffentlichungen nicht auf die reine Nachrichtenübermittlung, wie sie in den „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft" ihren Ausdruck findet, sondern gibt auch systematisch wissenschaftliche Bearbeitungen einzelner Fragen und Gebiete der Auslandswirtschaft heraus. Die „Tagesfragen der Auslandswirtschaft" sind, wie schon der Name sagt, in erster Linie auf Aktualität eingestellt; sie behandeln unmittelbar interessierende Gegenwartsfragen und sollen durch wohlfeilen

Digitized by Google

Preis allen Interessenten leicht zugänglich gemacht werden. Umfangreich und mehr monographischen Charakters sind die Bände der „Auslandswirtschaft in Einzeldarstellungen". Von diesen Veröffentlichungen ist bis jetzt ein Band erschienen: „Der Bericht des Verwalters des fremden Eigentums in Amerika", dessen Besprechung von uns in einem besonderen Artikel in Heft 9 der „Mitteilungen" erfolgte.

Von den „Tagesfragen" liegen bis jetzt die Nummern 1—3, sowie Nr. 7 vor. Weitere Broschüren werden demnächst erscheinen.

In dem ersten Heft „Jugoslawien" behandelt Dr. E. Fryda v. Kaurinsky den neu entstandenen südslawischen Staat in einem I. Teil nach seiner völkischen Zusammensetzung und seinen agrarischen Verhältnissen. Die „Einheit" des südslawischen Volkes ist dem Verfasser eine künstliche, nicht nur sprachliche Differenzen, vor allem kulturelle Unterschiede, insbesondere zwischen den Hauptvölkern, den Serben und Kroaten, schaffen zwischen den einzelnen Völkern eine nicht so leicht überbrückbare Kluft. Das Haupthindernis für eine den natürlichen Bedingungen des Landes entsprechende agrarische Entwicklung sieht der Verfasser in der derzeitigen Agrarverfassung und den mangelhaften technischen Bebauungsmethoden.

Heft 2 gibt einen Überblick über „Die italienischen Aktiengesellschaften im 2. Halbjahr 1918" von Max Immelen, Referenten an der Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amts. Nach einem einleitenden Text über die Kapitalbewegung in der Industrie in dem bezeichneten Zeitraum und ihre Ursachen folgen statistische Übersichten über die Kapitalbewegung bei den italienischen Aktiengesellschaften im einzelnen, über Neugründungen, Auflösungen und Kapitalherabsetzungen.

Das 3. Heft betitelt sich „Der Baumwollmarkt in seiner Entwicklung während des Krieges bis zum Friedensschluß" (abgeschlossen am 1. Juli 1919) und ist bearbeitet von Dr. Paul König, Referenten an der Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amts. Es behandelt Anbauflächen und Ertrag, Baumollerzeugung, Handel mit Rohbaumwolle und Baumwollverarbeitung. Die interessanten Verschiebungen, die der Krieg mit sich brachte, werden an Hand umfangreichen, sorgfältig verwerteten statistischen Materials plastisch herausgearbeitet. Die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung werden in den Schlußfolgerungen zu Ende des Buchs zusammengefaßt. Das wichtigste Resultat der Untersuchung ist die Tatsache der enormen Entwicklung der Baumwollindustrie in den Vereinigten Staaten von Amerika, auch in Japan, Südamerika und Ost-Indien, zu Ungunsten Europas und auch Englands. Ob die vollständig darniederliegende Baumwollindustrie Deutschlands sich wieder heben wird, hängt von der Versorgung mit Rohbaumwolle ab. Der Verfasser sieht die Möglichkeit dazu gegeben, da Deutschland in dem Kalidüngmittel in der Lage ist, den Produzentenländern ein wertvolles Äquivalent zu bieten.

Heft 7 „Banken und Wiederaufbau, das Gutachten des englischen Bankausschusses" gibt den interessanten Bericht des englischen Komitees wieder, das eingesetzt wurde, um die Frage der Kreditgewährung und finanziellen Unterstützung von Handel und Gewerbe nach dem Kriege zu klären. Die Stellungnahme der Kommission zu den zur Lösung stehenden Fragen ist nicht nur in Hinsicht auf die englischen Verhältnisse, sondern auch für die Probleme unseres eigenen Bank- und Kreditwesens von großem Interesse. Das Gutachten ist übersetzt und mit einer kritischen Einleitung versehen von Hans Hirschstein. Dr.H.K.

Hamburgische wissenschaftliche Anstalt zur Pflege insbesondere der Auslandsforschung und Auslandskunde und zur Förderung des Hamburgischen Bildungslebens. Organisationsplan von Professor Dr. Ludolph Brauer und Professor Dr. Bernhard Schädel. (Schriften des Ausschusses für Auslandsforschung, Hamburg Nr. 1). Berlin: Fischers medizinische Buchhandlung 1918. X., 102 S. 4°.

Aus wissenschaftlicher Berufsarbeit auf Hamburger Boden erwachsen, entscheidet die Schrift von Brauer und Schädel die viel umstrittene Hamburger Universitätsfrage zugunsten einer freien wissenschaftlichen Anstalt, welche die vorhandenen, bewährten Einrichtungen zusammenfassen und ausbauen soll. Sie soll in erster Linie der Forschung, danach dem blühenden allgemeinen Bildungswesen Hamburgs dienen. Hier soll die Auslandkunde, zu deren Pflege sich in Hamburg wie nirgends sonst im Reich Wissenschaft und praktische Auslanderkenntnis zusammenfinden, ihre vornehmste Stätte haben. In dieser Hinsicht wird die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Hamburger Institute abgeschätzt; die Gutachten zahlreicher Fachleute aus Wissenschaft und Praxis werden herangezogen, wie auch die Denkschriften des Reichskanzlers und des preußischen Kultusministeriums über Ausbau und Förderung der Auslandstudien Berücksichtigung finden. Im Rahmen einer kurzen Anzeige dem Inhalt der Hamburger Denkschrift völlig gerecht zu werden, ist nicht möglich, denn neben dem besonderen Organisationsplan für Hamburg bringt sie Beiträge zur Lösung der dringendsten Fragen unseres gesamten Hochschulwesens: Verhältnis zwischen Forschung und Lehrtätigkeit, Prüfungswesen, Aufzucht des gelehrten Nachwuchses. Jedenfalls wird sich heute, wo die Zeitverhältnisse eindringlich die äußerste Sparsamkeit und Ausnutzung der gegebenen Mittel predigen, niemand mehr der streng sachlichen Beweisführung der beiden Verfasser verschließen. Dr. H. M.

Grautoff, Dr. Otto, Ostsee und Ostland. I. Die baltischen Provinzen. Verlag von Felix Lehmann, G.m.b.H.. Berlin-Charlottenburg.

Herausgeber und Verlag haben sich ein großes Verdienst durch die Herausgabe dieser Bände erworben, die durch ihre ausgezeichnete Ausstattung wie durch die Gediegenheit ihres Inhalts außerordentlich geeignet sind, das Baltikum und seine deutschen Bewohner uns näher zu bringen. Eine Reihe von Bänden liegt uns vor, die sich in den Gesamtrahmen würdig einreihen und die in Deutschland der baltischen Kultur nur neue Freunde erwerben können. Der erste Band ist Stadt und Land gewidmet und von Walter Engelhardt herausgegeben. Hermann Rosen hat gemeinsam mit ihm eine Einleitung geschrieben. Mehr aber als alle Worte sprechen die ausgezeichneten Abbildungen, die uns Bilder von Schlössern und Gutshöfen, von Landschaften der Seeküste und des Binnenlandes, von Land und Leuten vermitteln. Im zweiten Bande bringt Hellmuth Krüger baltische Novellen und Dramen zum Abdruck, die eine ausgezeichnete Einführung und ein Einfühlen in baltisches Denken geben. Der Herausgeber selbst hat ein sehr fesselndes Vorwort zu den einzelnen Skizzen und Novellen geschrieben. Neben dem Grafen Keyserling und Francis Külpe finden wir den Erzähler Worms, den jungen Dichter Gustav Specht und den geborenen Rigenser Korfiz Holm, den geborenen Livländer Jakob Michael Reinhold Lenz, dann auch Hermann Pantenius mit Arbeiten vertreten. Im 3. Bande, Bauten und Bilder, den Otto Grautoff selber beisteuert, wird über die Entwicklung der baltischen Kunst im Zusammenhange mit der deutschen Kunst, namentlich in den Abbildungen, wertvolles Material beigebracht, Bilder livländischer kleiner Gutshöfe vor allem bringen zum Teil bis jetzt wenig bekanntes Material in ausgezeichneter Ausführung. Bruno Goetz hat den vierten Band „Die jungen Balten" herausgegeben, der jungbaltische Literatur vereinigt. August v. Löwis of Menar hat im 5. Bande Märchen und Sagen zusammengetragen, sowohl estnische, wie baltische, als auch deutsche, die manches für das Zusammenwohnen der drei Völker in dem kleinen Ländchen wichtige geistige Mate-

Digitized by Google

rial bringen. Arend Buchholtz endlich gibt im 6. Band eine Auswahl von Bildern aus der baltischen Vergangenheit, der in bunter Reihenfolge Historisches und Persönliches vereinigt und eine Fülle von lebendigen Eindrücken aus des Baltikums Vergangenheit bietet. Gerade jetzt, wo uns das Baltikum politisch wieder fernergerückt ist, sollten wir jede Gelegenheit ergreifen, es uns kulturell nahezuhalten, und dazu tragen die Bücher der Grautoffschen Sammlung vorzüglich bei.

Dr. F. W.

Lulvès, Dr. J., Archivrat, Kurland und die Hohenzollern. Mit zwei Bildnissen, Verlagsanstalt Dr. E. Rose, Berlin-Neurose. 1918.

Wenn der Ausgang des Weltkrieges auch alle politischen Hoffnungen auf Wiederherstellung des Baltikums mit dem Mutterlande vernichtet hat, so hat er doch zu einer solchen Fülle von Wiederanknüpfungen kultureller Beziehungen geführt, daß eine tiefe Wirkung sicher ist. Zu solchen Früchten des Krieges gehört auch das vorliegende kleine Geschichtsbüchlein, das anknüpft an das historische „Kurländische Haus" Unter den Linden in Berlin, welches nachmals vom Zaren Nikolaus I. als Eigentum erworben und später als russische Botschaft benutzt wurde. Zuerst wird in knappen Umrissen die Geschichte der Entstehung des Herzogtums Kurland geschildert, dessen erster Herzog, Gotthard Kettler, eine Schwester Johann Albrechts I. zur Frau hatte. Dann werden die mannigfachen politischen und geistigen Beziehungen Herzog Albrechts von Preußen und des Markgrafen Georg Friedrich zu Kurland und Livland besprochen. Besonders eng waren diese Beziehungen zur Zeit des gut „reichisch" fühlenden großen Kurfürsten, dessen ältere Schwester ja mit dem besten Sproß aus der Kettler Familie, mit Herzog Jakob, verheiratet war. Das war die Zeit der höchsten Blüte des selbständigen Herzogtums. Zwar heiratete auch Friedrich Kasimir noch eine Hohenzollernprinzessin als seine zweite Frau, die Halbschwester des Kurfürsten Friedrich III., und darauf gründete später Friedrich Wilhelm I. seine Ansprüche auf Kurland, die er aber nicht mehr durchsetzen konnte. Rußland war zu gewaltig erstarkt. Kurland ging hoffnungslos verloren, der letzte kurische Herzog starb in seiner Standesherrschaft Sagan, wohin er sich zurückgezogen hatte. Seine Tochter Wilhelmine heiratete einen französischen Prinzen. Seine Witwe besaß in Berlin das „Kurländische Haus", das ein beliebter Sammelpunkt der Gesellschaft war. Der feierlich ausgesprochene Wunsch des kurländischen Landesrats vom 8. März 1918, der die alten Bande neu und diesmal endgültig knüpfen wollte, wird nun wohl nicht in Erfüllung gehen. Das frisch und lesbar geschriebene Büchlein von Ludwig Lulvès bringt am Schluß einen Stammbaum der Familie Hohenzollern und Kettler.

W.

Zur Erinnerung an die Eröffnung der Baltischen Technischen Hochschule in Riga am 14. Oktober 1918. Verlag von Fritz Würtz. Berlin-Riga-Leipzig.

Der rührige Verlag, der sich um die deutsche Literatur im Baltikum außerordentliche Verdienste erworben hat, bringt als Gedenkblatt für die Hochschuleröffnung ein kleines Bilderheftchen mit Bildern von der Hochschule und den Konventsquartieren der „Rubonia", der „Fraternitas Baltica" und der „Concordia Rigensis". Eingeleitet werden die Bilder durch eine kurze Geschichte der Hochschule, die nach mehrjährigen Vorbereitungen 1862 eröffnet wurde und seit 1874 eine jährliche Subvention der russischen Regierung von 20 000 Mark erhielt, die im Jahre 1905 auf 200 000 Mark erhöht wurde. Die Hochschule untersteht der Verwaltung der Rigaer Kaufmannschaft, der größeren Städte, der Ritterschaft und sonstiger Korporationen der Stadt. Die wissenschaftliche Leitung liegt in den Händen des Lehrkomitees. Im Jahre 1892 wurde die bisher deutsche Lehrsprache ins Russische zwangsweise überführt. Im Jahre 1896 erhielt die Hochschule die Staatsrechte. Im Juli 1915 wurde die Hochschule aus Riga evakuiert und das Inventar, die Bibliothek, die Sammlungen und Apparate nach Nischni-Nowgorod überführt. Die Lehrkräfte gingen nach Dorpat und später nach Moskau, wo der Unterricht fortgesetzt wurde. Am 20. April 1918 beschloß das Lehrkomitee seine Tätigkeit in Rußland aufzugeben und wieder nach Riga zurückzukehren.

W.

Happich, Karl, Prof., Dir., Die Tierärztliche Hochschule zu Dorpat von ihrer Gründung bis zur Gegenwart. (1848—1918) [T.] 1. Dorpat: Laakmann 1918.

Das 1. Heft, das die Entwicklung der Tierärztlichen Hochschule bis zur Reform durch das russische Reichsgesetz vom 3. Juli 1916 behandelt, gibt einen Ueberblick über die Verfassung, die Anlage und Einrichtungen, die Satzungen, den Personenstand und den letzten Haushaltsplan von 1916. Der Anhang verzeichnet alle Lehrpersonen, die an der Hochschule gewirkt haben, und die Dissertationen, die dort seit 1848 entstanden sind. Neben manchem klangvollen baltischen Namen aus älterer Zeit fällt seit den achtziger Jahren die zunehmende Russifizierung auf.

Dr. M.

Jungfer, Viktor, Kulturbilder aus Litauen. Ein Beitrag zur Erkenntnis litauischen Volkstums. Berlin-Steglitz: Würtz 1918. Geh. 2.70 Mark.

Nach einem kurzen Abriß der Landes- und Volkskunde, sowie der politischen Geschichte der letzten zwanzig Jahre versenkt sich der Verfasser in sein eigentliches Gebiet, die Volkspoesie. Auf die Kenntnis der Ursprache gestützt, wirbt er mit Wort und Weise für die wohllautende Natur- und Liebesdichtung dieses musikalischen Stammes, der von Herder für die literarische Welt entdeckt, in Deutschland ja nicht mehr vergessen worden ist. Es folgt ein Streifzug durch die blutgetränkte Geschichte des kriegerischen Volkes, das sich in Verteidigungs- und Angriffskämpfen gegen die deutschen Ritterorden, Polen und Russen erschöpfte, bis die Russifizierung, wie in allen Randstaaten, auch hier dem selbständigen Volkstum ein Ende machte. Der Ostjudenfrage, der bedeutendsten Kulturfrage des Ostlandes, ist ein besonderer Abschnitt gewidmet, während ein religions- und kunstgeschichtliches Kapitel (über die Dachkreuze) in die Volkskunde zurückführt. In diesem Zusammenhange hätte man eine Würdigung der in der Farbengebung so hervorragenden litauischen Volkskunst gewünscht, von der uns die Ausstellung der deutschen Verwaltung in Wilna 1916 so überraschend schöne Proben zeigte. Schade, daß dem Bändchen eine Sprachen- und Völkerkarte fehlt. Sie würde zeigen, daß Litauen seinen schwersten Kampf, den um die Sprache, noch auszufechten hat und nicht mit einer Großmacht, sondern mit seinem ehemaligen Verbündeten, dem Polentum.

Dr. M.

Frese, Arnold, Deutsches Land in Belgien. 20 Seiten mit einer Karte, Berlin 1918. Georg Stilke.

Der Norden des belgischen Landes ist hauptsächlich von Flamen, der Süden von Wallonen bevölkert. Daneben gibt es aber auch an der deutschen und luxemburgischen Grenze noch drei kleine geschlossene deutsche Sprachgebiete. Das eine davon liegt südwestlich von Aachen, in der Nordostecke der Provinz Lüttich (im Kreise Verviers); es grenzt im Norden an die holländische Provinz Limburg und im Osten an den preußischen Regierungsbezirk Aachen. Zu diesem deutschen Sprachgebiet gehören die zehn Gemeinden Aubel, Balen, Gemmenich, Heinrichskopel, Homburg, Membach, Montzen, Moresnet, Sippenaken und Welkenrath; für sechs davon kennt auch das amtliche belgische Ortsverzeichnis, das im allgemeinen bloß französische Namen enthält, nur die deutschen Bezeichnungen. Die Sprache ist hier niederdeutsch. Ihre Erhaltung unter belgischer

Digitized by Google

Herrschaft beruht zum Teil auf dem starken Verkehr mit der nahgelegenen Stadt Aachen, deren natürliches westliches Hinterland diese Gemeinden bilden. Doch ist ein gewisser Einfluß der benachbarten niederländischen Sprache nicht zu verkennen. Die beiden anderen deutschen Sprachgebiete liegen in der belgischen Provinz Luxemburg. Das eine wird von den Gemeinden Bochholz und Tintingen im Kreise Bastnach (Bastogne) gebildet, in dem noch mehrere deutsche Dörfer verstreut liegen. Das zweite umfaßt den an das Großherzogtum Luxemburg grenzenden belgischen Kreis Arel, der so gut wie vollständig deutsch ist; dazu gehören die folgenden 19 Gemeinden: Arel, Athem, Attert, Bonnert, Diedenburg, Elcheroth, Girsch, Heischlingen, Herzig, Hewerdingen, Holdingen, Hondelingen, Ibingen, Martelingen, Metzig, Nieder-Elter, Selingen, Törnich und Tontelingen. Hier ist die Sprache mittelfränkisch. Frese gibt an, daß in den Kreisen Verviers und Arel im Jahre 1910 55 637 deutschsprechende Einwohner gezählt wurden. Die Gesamtbevölkerung dieser Kreise betrug 57 484. Dazu kommen noch 1633 deutschsprechende Einwohner der Gemeinden Bochholz und Tintingen im Kreise Bastnach. In den Kirchen dieser Gemeinden wurde vor dem Krieg fast ausschließlich deutsch gepredigt; zur Erhaltung der deutschen Sprache trugen ferner bei zwei deutsche Vereine in Arel und Montzen, sowie drei deutsche Zeitungen: die seit 1848 bestehende „Fliegende Taube", ferner die „Arloner Zeitung" und das „Freie Wort". Formell wurde die deutsche Sprache auch von den belgischen Regierungen wiederholt als der französischen und der flamischen Sprache gleichberechtigt erklärt. Schon ein Erlaß der provisorischen Regierung vom 16. Novbr. 1830 besagt, daß in den Provinzen, wo die flamische oder deutsche Sprache gebräuchlich ist, die Gouverneure in den Amtsblättern flamische oder deutsche Uebersetzungen der für ganz Belgien oder für die betreffenden Provinzen geltenden Gesetze und Verordnungen zu veröffentlichen haben. Auch das Gesetz vom 19. Dezember 1831 enthält die gleichen Bestimmungen. Damals gehörte allerdings das heutige Großherzogtum Luxemburg ebenfalls zu Belgien, und das deutsche Sprachgebiet Belgiens war demnach erheblich größer als jetzt. Doch haben auch später, und zwar bis in die neueste Zeit, Regierung und Parlament mehrfach die Gleichberechtigung der deutschen Sprache anerkannt, so z. B. im Patentrecht, beim Wahlrecht und im Unterrichtswesen. In allen belgischen Schulgesetzen heißt es, daß der Sprachunterricht, je nach der Örtlichkeit, in französischer, flamischer oder deutscher Sprache zu erteilen ist. Der Vorschlag, die Gesetze Belgiens in einem gleichberechtigten deutschen Text zu veröffentlichen, wurde 1898 von der Abgeordnetenkammer und vom Senat abgelehnt. In der Praxis wurde die deutsche Sprache von den Behörden niemals geachtet. Man erklärte es als eine im Interesse des öffentlichen Dienstes liegende Notwendigkeit, daß es nur eine Dienstsprache gebe und daß diese bei den Kreisbehörden von Verviers wie bei den Provinzbehörden von Luxemburg die französische Sprache sein solle. Dazu kommt, daß man in den Provinzen Lüttich und Luxemburg fast ausschließlich Beamte anstellte, die nur der französischen Sprache mächtig waren.

H. Fehlinger-München.

Finnländische Handelskommission für Deutschland. Berlin 1918. Mitteilungen Nr. 1: **Finnlands Außenhandel.** Verlag Max Schildberger, 41 Seiten, M 1.—.

Das kleine Schriftchen ist im wesentlichen eine Übersetzung eines Aufsatzes von Samuli Sario, der im Jahre 1910 für ein großes Atlaswerk über Finnland geschrieben worden ist. Nur die Statistiken sind dort, wo das Material zur Verfügung stand, ergänzt. Das Heft gibt einen Überblick über die Handelsentwicklung in Finnland, über die Verteilung von Ein- und Ausfuhr auf die verschiedenen Länder, über die Ein- und Ausfuhrwaren, auch im Hinblick auf die Bearbeitung der Waren und auf die Erwerbszweige, Zollstatistiken und ähnliches. Der Überblick hätte für deutsche Leser großzügiger und zusammenfassender sein können.

Eckstein, Anna, B., Staatenschutzverband zur Sicherung des Weltfriedens. Aus dem Institut für Internationales Recht an der Universität Kiel. Verlag von Duncker & Humblot. München und Leipzig. 1919. Preis M 4.—.

Anna B. Eckstein, eine alte Pazifistin voll hoher Ideale, verfaßte im Winter 1906 eine Weltpetition zugunsten vorbehaltloser, ständiger und obligatorischer Schiedsgerichtsbarkeit, die sie durch Vorträge und Sammlung von Unterschriften in Europa und Nordamerika propagierte. Auf Veranlassung von Prof. Niemeyer, Kiel, wurde diese Weltpetition im Sinne der Völkerbundsidee zu dem vorliegenden „Entwurf zu einem allgemeinen Staatenschutzvertrag zur Sicherung des bleibenden Weltfriedens nebst Begründung" ausgearbeitet. Inhaltlich bietet er nichts Neues, nur in Einleitung und Begründung geht die Verfasserin streckenweise eigene Wege. am.

Kriegsgefangenendrangsale in Frankreich, die Leiden der deutschen Kriegsgefangenen, nach Selbsterlebnissen in dreijähriger Kriegsgefangenschaft geschildert. Panses Verlag, Weimar. 163 Seiten.

Das kleine Büchlein ist eine einzige scharfe Anklage gegen das Land der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit". Der Verfasser erzählt ganz einfach und schmucklos, aber was er sagt, macht den Eindruck der Unverfälschtheit. Es sind Berichte, die man nur mit Schaudern und Erschütterung lesen wird, und die leider übereinstimmen mit so vielem, was von anderer Seite zum gleichen Thema gesagt wurde. Erst die Geschichte späterer Tage wird feststellen, auf welcher Seite in diesem Kriege das Volk der „Hunnen und Barbaren" gewesen ist! Der Haß, den der Verfasser gegen das „Kulturvolk" der Franzosen hegt, ist Gemeingut vieler Tausender, die gleiche Schicksale zu erdulden hatten. Er wird in unserer kommenden Weltpolitik eine Rolle spielen.

W.

Richter, Alfred, Diplom-Handelslehrer, **Dem Rachen John Bulls entschlüpft!** 28 Monate in englischen Internierungslagern. Dresden: A. Delling 1919.

Der Verfasser, dem es nach jahrelangen Versuchen gelang, als krank ausgetauscht und später ins deutsche Heer eingestellt zu werden, gibt eine sachliche Schilderung seiner Erlebnisse vom Kriegsausbruch bis zur glücklichen Heimkehr im Dezember 1916. Eingehend werden neben den Lagern Newbury und Wakefield, sowie den Gefangenenschiffen die Leiden der Auslanddeutschen besonders in den ersten Kriegsmonaten beschrieben. Der Verfasser ist objektiv genug, die Schuld an dem traurigen Kapitel der Gefangenenbehandlung nicht so sehr dem Volkscharakter, als der unzulänglichen Organisation und dem starren Schematismus der englischen Regierung zur Last zu legen. Von den üblichen Kriegsbüchern unterscheidet sich der Bericht wohltuend, indem er Schönfärberei vermeidet und die schweren seelischen und sittlichen Verirrungen aufdeckt, die mit Naturnotwendigkeit aus dem Elend der Massenlager entstehen müssen. Dr. M.

Terks, Egon, Das Heimweh unserer Kriegsgefangenen. Burgverlag Nürnberg. Ein Mitkämpfer des am 28. August gesunkenen Kreuzers „Mainz" erzählt von seinen Erlebnissen in vierjähriger, langsam dahinschleichender Kriegsgefangenschaft. Wir hören, wie die Kriegsgefangenen in England trotz aller Lügen und Verhetzungen, die auch dort über Deutschland verbreitet sind, menschlich und anständig behandelt wurden. Trotzdem wird die Sehnsucht, nach Hause zu kommen, das Heimweh des echten Deutschen von Tag zu

Digitized by Google

Tag größer und wird schließlich zur Qual gerade für die ernst und tiefer Angelegten. In ihren Seelenzustand führt das Buch in warmherzig überzeugender Sprache ein. Für diejenigen, die ihre Verwandten noch immer in Kriegsgefangenschaft haben, gibt das Buch wertvolle Fingerzeige für ihren Zustand und für ihre Behandlung.

Straubinger, Dr., Diözesan-Caritassekretär, **„Neu-Vaterland"** Kleiner Ratgeber für Auswanderer. 38 Seiten. Freiburg i. Br.: Caritasverlag 1919. 75 Pfg. Das Büchlein besteht aus zwei Teilen, von denen der erste die Frage: Sollen wir auswandern? Wie unterstützt die Heimat die Auswandernden? Wie soll sich der Auswanderer zu seiner alten Heimat stellen? behandelt. Der zweite Teil enthält eine kurze Charakteristik der einzelnen Länder, die als Ziel der Auswanderung in Frage kommen. Liebe zur Heimat, Liebe zu denjenigen, die das nicht leichte Los der Auswanderung auf sich nehmen wollen, spricht aus jeder Zeile. Mit Verständnis für das Wesen des Auswanderers, seinen Wünschen und Hoffnungen geht der Verfasser auf die einzelnen Länder ein. Er schildert kurz und treffend die politische Stellungnahme der einzelnen Länder, die für eine Auswanderung in Betracht kommen würden, und die wirtschaftliche Lage, die dort zu gewärtigen ist. Wv.

Maulbecker, Maximilian, Leitstern für Auswanderer nach Argentinien, Brasilien, Mexiko. Novaverlag Berlin-Friedenau 1919. Der Verfasser pflegte bisher seine Eindrücke und Erlebnisse im Auslande in die Form phantastischer Romane zu kleiden und sich durch sensationelle Titel wie „Der rote Sumpf", erschütterndes Sittenbild aus Sowjetrußland, Nachtstücke voll Tragik . . . . . „Das hochverräterische Korsett", ein mexikanischer Revolutionsroman, „Das brasilianische Weibsrätsel" usw. ein bestimmtes Lesepublikum zu sichern. In obengenanntem Leitstern für Auswanderer stellt er sich im Gegensatz zu seinen früher erschienenen Büchern auf den Boden der Wirklichkeit. Er gibt an, nach amtlichen Quellen und mit Benutzung der neuesten Einwanderungsgesetze gearbeitet zu haben. Im Grunde genommen bringt er auch weiter nichts, als was diesen Quellen entnommen ist. Durch persönliche Erlebnisse vertiefte Schilderungen der überseeischen Verhältnisse lassen sich nirgends finden. Auf den 60 Seiten des Buches sind nur 13 Seiten der Besprechung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den drei Ländern vorbehalten, die mit flüchtigen Strichen gezeichnet werden. Zwei Seiten enthalten näheres über Lohnsätze und Lebenshaltung, doch sind diese Angaben, die jeder Auswanderer mit Begierde durchlesen wird, tatsächlich unbrauchbar, da nicht angegeben ist, für welches Jahr die Preise gelten und nach welchem Stand der Valuta sie berechnet sind. Die Darlegung der Einwanderungsgesetze geschieht ohne genügenden Kommentar und ist daher geeignet, die Auswanderungslust anzufachen. Die allgemeinen Besprechungen, Darlegung von Wappen und Flaggen usw. nehmen im Vergleich zu den wirtschaftlichen Besprechungen einen allzuweiten Raum ein. Das Buch kostet M 4.— und enthält eine Menge unbeschriebenes Papier am Anfang und am Schluß der recht kurzen Kapitel und das, was besagt wird, ist recht dürftig und durchaus ungeeignet, eine solide Basis von Kenntnissen an Auswanderer zu vermitteln. Stofflich gibt es kaum mehr als die 45 Pfg.-Heftchen der Staatsbürgerbibliothek (Volksvereinsverlag G. m. b. H. München-Gladbach). Wv.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschriften

„Der Handelsstand im Ausland", die Zeitschrift des Kaufmännischen Vereins von 1858, erscheint wieder, und zwar mit der ersten Sondernummer vom Oktober 1919. Sie bringt für die Anhänger des 1858er Vereins im Ausland einen Überblick über die Entwickelung des Vereins im Jahrfünft 1914/19 und gedenkt dabei besonders der „Vereinigung der Auslanddeutschen im Kaufmännischen Verein von 1858" und ihres Programms. Bezeichnend ist, daß der altangesehene Verein seine erste Kabeldepesche nach dem Krieg aus Buenos-Aires bekam. Sie lautet: „Warnt dringend und allseitig vor der Einwanderung nach Argentinien". Aus Japan lauten die Berichte günstiger, aus New York kam Nachricht, daß wenigstens die persönliche Freiheit der Vereinsmitglieder unangetastet bliebe.

Das altbekannte „Echo" erscheint in einem prächtigen Gewande als Halbmonatsschrift, nunmehr vereinigt mit der „Export Revue" im Verlag des Überseedienstes, der dafür eine besondere „Ausland Verlag G. m. b. H." begründet hat. Es will wie bisher in erster Linie „die Leser draußen in fesselnder Weise erschöpfend über alle für die Entwicklung des neuen Deutschland bedeutsamen Vorgänge unterrichten". Demgemäß werden politische, wirtschaftliche, koloniale Fragen vorwiegend behandelt. In dem Teil, der dem Deutschtum im Ausland gewidmet ist, schreibt in der ersten Nummer der frühere Botschafter Graf Bernstorff einige freundliche Worte über Auslanddeutschtum und Regierung. Es heißt da: „Die Auslanddeutschen können deshalb überzeugt sein, daß die deutsche Regierung mehr als früher den nachdrücklichen Schutz der Deutschen im Auslande als eine besondere Ehrenpflicht ansehen wird und daß die deutschen Auslandsbeamten es als ihre Hauptaufgabe erachten werden, in ernster Fühlung mit den beteiligten Kreisen" usf. usf. Die Auslanddeutschen haben sich ja nun zusammengeschlossen, um ihrerseits diese Worte zu Taten werden zu lassen, denn mit solchen mehr oder weniger freundlichen Worten sind sie auch früher freundlich abgefertigt worden. Einen interessanten Aufsatz über die Märtyrer des Deutschtums im Auslande schreibt Dr. Georg Irmer und geißelt hier recht scharf und richtig die deutsche Bürokratie, die während des Krieges alles, was nicht reichsdeutsch war, als ausländisch bezeichnete und so unendlich viel Unheil anrichtete.

Syndikus und Redakteur C. A. Kellermann in Singen am Hohentwiel gibt ein Malmö, den 15. Oktober gezeichnetes, in Singen verlegtes und gedrucktes neues Blatt „Die fünf Erdteile" heraus, dessen erste Nummer des 11. Jahrgangs neu vorliegt. Die Behauptung des Titels allerdings, daß das Blatt die „einzige im Ausland erscheinende und über den ganzen Erdteil verbreitete deutsche Weltwirtschaftszeitung" sei, ist unrichtig, denn das Blatt erscheint gar nicht im Ausland, sondern im Inland, in Singen, obgleich der Herausgeber hinter seinem Namen die Worte: „Kopenhagen — Malmö, zur Zeit Singen Hohentwiel" setzt. Das Blatt ist im Jahre 1909 in Antwerpen begründet. Da es aber während des Krieges einige Jahre nicht erschien, stimmt jedenfalls auch die Angabe des 11. Jahrgangs nicht ganz. Die Zeitschrift soll dreimal monatlich (vom 1. Januar 1920) erscheinen und Beilagen „Die deutsche Frau im Ausland" sowie „Die internationale Luftschiffahrt" bringen. Es wird vierteljährlich 1,50 Mark kosten. Die uns vorliegende erste Nummer bringt einen Einführungsartikel des Herausgebers, einen Gedächtnisaufsatz für den Begründer des „Altschriftbundes" Soennecken-Bonn, ein Aufsatz, der auch schon in anderen Blättern stand, über die Levante als Stützpunkt zum Wiederaufbau des deutschen Welthandels, eine Auskunftstafel über wirtschaftliche Vereinigungen und Interessenten-Verbände, sowie eine Rundschau über die fünf Erdteile, in der Kulturelles und Wirtschaftliches ziemlich wahllos durcheinander steht.

Digitized by Google

Im Heft 29 der „Glocke" vom 18. Oktober veröffentlicht Hans v. Kiesling **„Gedanken über die Umformung des deutschen diplomatischen Korps".** Er geißelt das geringe Verständnis, das der Deutsche an sich für auswärtige Politik und für fremde Völker habe, und daß auch heute noch über das Interesse an der Einfuhr von Lebensmitteln kaum herausreiche. So habe der Gedanke einer Reform des diplomatischen Dienstes die Öffentlichkeit eigentlich wenig beschäftigt, obgleich von ihr das Bestehen des Reiches abhänge. Die bisherige Gliederung des Dienstes war, so sagt Kiesling, rein hierarchisch-bürokratisch. Die beiden Spitzen, Reichskanzler und Staatssekretär, bedienten sich des Instruments des Auswärtigen Amts, dessen diplomatischer und Konsulardienst völlig voneinander getrennt waren. Im stramm zentralisierten Amte liefen die Berichte zusammen und wurden von allmächtigen aber zum Teil kenntnislosen Referenten begutachtet, die ihre Stellung hatten, nur weil sie sich in Akten zurechtfanden. Sie blickten mit der grünen Aktenbrille in ihre Welt — die Schreibstube. Namentlich die Diplomaten verwechselten oft Volk und Minister, hatten keine Kenntnis von Pressewesen, ebensowenig wie die Zentrale, das Amt selbst; sie überschätzten die Bedeutung des gesellschaftlichen Verkehrs, sie waren einseitig in ihrem Verkehr. Das kaiserliche Deutschland hat wenig oder nichts getan, im Ausland deutschfreundliche Gefühle für die Heimat zu erhalten. Die Diplomaten beschränkten sich auf die Unterstützung von Vereinen und auf den Verkehr mit besitzenden Kreisen; um die Hebung der miserablen Auslandspresse, des Zollwesens und andere Dinge kümmerte sich der Diplomat wenig. Gerade die Auswandererbewegung wird ganz andere Leute an Diplomaten verlangen. Leute in ausgesprochen sozialem Dienste, mit Organisationstalent und Verantwortungslust. Früher konnten nur reiche Herren des Adels oder der Industrie die Laufbahn einschlagen, jetzt muß das diplomatische Korps so bezahlt werden, daß man nur die wirklich tüchtigsten zu nehmen braucht. An Stelle der juristischen wird eine gute Allgemeinbildung zu treten haben, Geographie, Geschichte, Nationalökonomie, Staats- und Volkswirtschaft sind nötig, Beherrschung der Arbeiterfrage und des Gewerkschaftswesens ist wichtiger als Paragraphenfuchserei. Wo aber sind in unseren Hochschulen die Lehrstühle für Auslandkunde und Politik? Tatsächliche Dienstleistung in der Journalistik wie in großen Wirtschaftskörpern wird für den Diplomaten der künftigen Tage empfehlend sein. Kein diplomatisches Examen tut Not, sondern Takt im Auftreten, reisende Unterstaatssekretäre werden nötig werden, um die Fühlung zwischen Zentral- und Außenstellen aufrecht zu erhalten. So könnte auch das Schreibwerk vermindert werden. Das Konsulats- und diplomatische Vertretungswesen muß zusamengelegt werden, im Ausland muß eine einheitliche Spitze geistig die Zügel führen. Kiesling empfiehlt sodann höchste Sparsamkeit im auswärtigen Dienst. In Südamerika z. B. würden drei Gesandtschaften genügen, in Rio oder besser noch in Buenos-Aires eine für Brasilien, Paraguay, Uruguay und Argentinien; in Santiago de Chile, eine für Chile, Peru und Bolivien; in Caracas die dritte für Venezuela, Kolumbien und Ecuador. Allerdings würden solchen Aufgaben nur vollkräftige Männer genügen. Etwas mehr Jugend im diplomatischen Korps schadet so wie so nichts. Eine Menge von Konsulaten können auch eingezogen werden, wenn die Konsuls nur mehr Reisen in ihre Gebiete machen würden. Auch hier brauchten wir in erster Linie tüchtige Männer.

Reich und Auslanddeutschtum. Unter dem Titel veröffentlicht Professor Dr. Bergsträßer in der Nr. 38 der von ihm herausgegebenen Wochenschrift „Das demokratische Deutschland" einen großen Aufsatz, der zu bemerkenswerten Ergebnissen gelangt. Er schildert zunächst den Bestand des Deutschtums an Hand von Zahlen, deren statistischen Wert man allerdings verschieden beurteilen kann, und die auch, wenigstens soweit sie aus dem schon 1906 erschienenen bekannten Handbuch des V. D. A. stammen, durchaus veraltet sind. Immerhin ist der Überblick interessant. In den abzutretenden Gebieten leben demnach 3 190 000 Deutsche, in Gebieten, über die die Volksabstimmung entscheidet, leben 1 030 000 Deutsche, außerhalb Europas leben 13 775 000 Deutsche, innerhalb Europas deren rund 16 Millionen. Dabei sind Schweiz und Österreich mit 8,5 Millionen Deutschen nicht berücksichtigt. Vom alten Österreich gehen verloren an den tschecho-slowakischen Staat 3,6 Millionen, an den italienischen 220 000, an den jugo-slawischen 190 000. Umgekehrt wanderten vom Elsaß bis jetzt rund 60 000 Deutsche in die Heimat zurück, und eine ähnliche Rückwanderung wird wohl auch von Polen her (und möglicherweise auch von Schleswig und Oberschlesien her) einsetzen. Bergsträßer kommt also auf eine Gesamtsumme von 21 Millionen Auslanddeutschen.

Er gliedert sie in drei verschiedene Gruppen, einmal in die Bewohner der typischen Handelskolonien (zumeist für Jahre oder Jahrzehnte abwesende Deutsche unter Beibehaltung der Staatsangehörigkeit, mit engen Beziehungen zur Heimat, ohne Zusammenhang mit der Politik des Gaststaates, wertvoll für die Heimat als Wirtschaftspioniere). Zweitens in die Bewohner der geschlossenen Siedlungskolonien in fremdem Land (politische Bürger des Gaststaates, nur mehr „Kulturdeutsche", wenn auch die Verbindung ihrer Kultur mit der Heimat sehr lose war. Den wirtschaftlichen Wert dieser Gruppe für die Heimat scheint Bergsträßer, jedenfalls was die Wolga-, die Ukraine- und Rußlanddeutschen überhaupt angeht, etwas zu unterschätzen), und endlich in die Bewohner von Siedlungen, die in fortdauerndem Zusammenhang mit dem Grundstück der deutschen Siedlungen in Deutschland und Deutschösterreich stand und noch steht". (Grenzlanddeutsche in Polen, an Dänemark angrenzend, in Böhmen, Kärnten, Südtirol.) Bergsträßer fordert nun gerade vom demokratischen Standpunkte aus, „daß alles, absolut alles überhaupt nur mögliche von uns im Reiche aus zu geschehen hat, um das Auslanddeutschtum und insbesondere das Grenzlanddeutschtum zu erhalten". Er schildert zunächst das, was bisher geleistet worden ist, er erwähnt hier den 1871 von Cahensly begründeten Raphaelsverein, den 1880 entstandenen österreichischen „Deutschen Schulverein" und den 1881 ins Leben gerufenen Deutschen Schulverein, der sich später in den „Verein für das Deutschtum im Auslande" umwandelte. Auch dieser letztere arbeitet hauptsächlich in Österreich. Noch 1913/14 entfielen 66 Prozent der von ihm ausgezahlten Unterstützungen auf das Gebiet der k. und k. Monarchie. Dem V. D. A. fehlte die breite Grundlage, er habe sich zumeist auf Akademiker gestützt, seine Wirksamkeit habe, wenn auch im einzelnen verdienstvoll, den Anforderungen nicht entfernt genügt. Das Reich aber habe erst recht versagt, namentlich was die Auslandsvertretung angeht. Sehr freundliche Worte widmet dann Bergsträßer dem „vorzüglich organisierten" Deutschen Ausland Institut, und unsere Leser wird es hauptsächlich interessieren, was er über diese Zeitschrift sagt: „Sie bringt zurzeit das wertvollste und reichhaltigste Material, sie ist für den, der die einschlägigen Fragen verfolgen will, unentbehrlich". Bergsträßer kommt dann auch auf die aus den Reihen der Singener deutschen Wehrleute aus der Schweiz begründete „Deutsche Wacht", deren Arbeitsgebiet wiederum mit dem anderer Vereinigungen zusammenfalle. So sehr es zu begrüßen sei, daß alle diese Bestrebungen beständen, so sei doch zu fragen, ob die Arbeit durch weiteren Zusammenschluß nicht vereinfacht werden könnte.

Endlich erwähnt der Herausgeber das Reichswanderungsamt, dessen Entstehungsgeschichte er verfolgt und dessen Aufgabe auf dem Gebiete der Auswanderungsfürsorge

Digitized by Google

er würdigt. Die Frage der Liquidation und des Mindestrechts verlangt aber eine staatliche Pflege, da die Fragen des Auslanddeutschtums „zu einer staatlichen Angelegenheit" geworden seien. Bergsträßer kommt hier auf die Zukunftsaufgabe zu sprechen. Alle Tätigkeit des Reichs habe sich von allen Fragen fernzuhalten, die irgendwie großdeutsch, imperialistisch oder irredentistisch wären. Aufgabe des Reichs bleibt rein die National-Kulturpolitik. Er erkennt die Arbeit des V.D.A. warm an, der immer bestrebt gewesen sei, parteilos und unpolitisch zu sein und nur der kulturellen Erhaltung des Deutschtums zu dienen. „Da aber, wenigstens in den Ortsgruppen, sehr oft leitende Persönlichkeiten tätig waren, die zugleich weitere Ziele hatten, alldeutsch waren oder alldeutschen Gedanken nahestanden, so bekam seine Arbeit vielfach ein falsches Gesicht, auch aus konfessioneller Einigkeit kamen einzelne Ortsgruppen, die der Los-von-Rom-Bewegung in Österreich nahestanden, nicht heraus." All das will der Demokrat Bergsträßer natürlich vermieden sehen. Er fordert von der Reichsstelle vollkommene politische Enthaltsamkeit. Anbahnung wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen den einzelnen Teilen und Gruppen des Auslanddeutschtums, Aufrechterhaltung engster geistiger Verbindung mit der Heimat und anderes mehr sei das Ziel. Vorbildung der Auslandslehrer, der Genossenschaftsbeamten usw. sei wünschenswert. Hierfür fordert er eine Reichsstelle oder ein Reichskommissariat für Auslanddeutschtum. Das von Bergsträßer herangezogene Beispiel ist freilich schon wieder verschwunden, die österreichische „Abteilung für Minderheitsschutz" ist durch Kabinettsbeschluß wieder eingegangen. Ob freilich ein deutsches Reichsamt die praktischste Lösung der Frage wäre, den Auslanddeutschen zu zeigen, „daß wir sie nicht vergessen, daß wir uns ihrer Bedeutung voll bewußt sind", das ist eine Frage für sich, auf die in diesen Blättern später einmal eingegangen werden soll.

VON UNSERER ARBEIT

Vorträge.

Die Vortragsveranstaltungen des Deutschen Ausland Instituts wurden auch im Monat Oktober regelmäßig fortgesetzt.

Für einen engeren Kreis von Zuhörern wurde am 2., 3. und 4. Oktober im Sitzungssaal des Instituts ein Vortragszyklus über „Gesetzmäßigkeiten der äußeren Politik" abgehalten. An den ersten beiden Abenden sprach Professor Bergsträßer-Berlin über das Thema, und am dritten Abend schloß sich unter seiner Leitung eine lebhafte Aussprache an.

Die öffentlichen, stets gut besuchten Vorträge konnten dank des Entgegenkommens des Württembergischen Vereins für Handelsgeographie wiederum im Saal des Lindenmuseums stattfinden. Es sprachen:

am 1. Oktober: Herr Blickle (Schanghai)-Schweinfurt über „Die deutsche Kaufmannschaft in China";

am 17. Oktober: Frau Seler-Sachs aus Berlin über „Das Land Mexiko";

am 29. Oktober: Herr A. Rösch (Guatemala)-Hagnau am Bodensee über „Kaffeeplantagenbau in Zentralamerika".

Die drei Vorträge wurden auch in Heilbronn als Veranstaltungen des Instituts gehalten.

An der Universität Tübingen begründeten Professor C. J. Fuchs und Professor C. Uhlig ein Seminar für Auslandkunde, in dem alle 14 Tage von Kennern der einzelnen Länder Vorträge gehalten werden, an die sich dann seminaristische Besprechungen und Diskussionen anschließen. Es sprachen dort bis jetzt Herr Blickle, Frau Seler-Sachs und stud. Günther Hennings („Die russische und die deutsche Seele").

Außerdem sprach Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart, in Eßlingen im Kaufmännischen Verein am 28. Oktober über „Auswanderung und Kaufmann", in Chemnitz im Kaufmännischen Verein am 31. Oktober über „Das Deutschtum im Osten", in Stuttgart am 5. November im Kaufmännischen Verein von 1858 über „Altes und neues Auslanddeutschtum". Abteilungsleiter Hauptmann z. D. Morgner hielt in Stuttgart Vorträge über das Thema „Sollen wir auswandern?":

am 1. Oktober beim Paulusverein,

am 19. Oktober beim Martinsverein (Zweigvereine des Christlichen Vereins junger Männer),

am 3. November beim Verein Christlicher Kaufleute,

am 5. November beim Hauptverein Christlicher junger Männer.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslanddeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

Auskunft über Verbleib von Deutschen in der Südsee gibt Kapitän A. Genten, St. Vith a. Eifel.

Ein wissenschaftlich wie praktisch-kaufmännisch hervorragend gebildeter junger Türke, der aus bester osmanischer Familie stammt und über erstklassige türkische wie deutsche Verbindungen verfügt, möchte sich deutschen Firmen zur Wiederanknüpfungen von Geschäftsverbindungen nach der Türkei zur Verfügung stellen. Adresse und Referenzen sind durch unsere Geschäftsstelle zu erfragen.

Auslanddeutscher, der lange Jahre in Südafrika war, sucht in Verbindung zu treten mit Spinnereien und Gerbereien zwecks Ankauf von Schafwolle und Häuten. Gefl. Angebote zur Weitergabe an das Deutsche Ausland Institut erbeten.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 8. November 1919.
Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. — Druck der Tagblatt-Buchdruckerei Stuttgart.

Digitized by Google

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT
FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE
MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS
ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN

„Der Auslanddeutsche" erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats • Für Mitglieder des Deutschen Ausland Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 5 Mark, im Ausland von 7 Mark, erhoben • „Der Auslanddeutsche" kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 22 Mark jährlich, 5,50 Mark vierteljährlich • Preis des Einzelheftes 1 Mark. Alleinige Anzeigenannahme durch die Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Stuttgart und ihre Zweigbüros. Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart.

Jahrg. II. – Nr. 14 STUTTGART Erstes Dezember-Heft 1919

Rückwandererhilfe!

Wir sind ein armes Volk geworden. Unser Wohlstand, unser Reichtum, unsere Weltstellung sind vernichtet. Aber das Letzte, unsere Ehre, wäre verloren, wenn wir selbst in der tiefsten Armut und Verlassenheit nicht unserer Brüder und Schwestern gedenken wollten, denen das Schicksal das Schwerste beschieden hat, der Auslanddeutschen, denen der Krieg alles genommen hat. Es ist über die kulturelle wie wirtschaftliche Bedeutung des Auslanddeutschtums für den Wiederaufbau der Heimat und für Deutschlands künftige Stellung unter den Weltvölkern und im Völkerbunde so viel gesprochen und geschrieben worden, daß es an dieser Stelle einer weiteren Aufklärung nicht mehr bedarf. Nur ein Mahnruf in letzter Stunde soll hier erschallen.

In diesen Monaten setzt die Hauptarbeit der „Rückwandererhilfe" ein, Mittel zusammenzubekommen, um der dringendsten Not zu steuern. Jetzt gilt es, Beweise zu erbringen, daß wir der letzten Anstrengung, des letzten Geldopfers fähig sind. Jetzt gilt es zu beweisen, daß wir die Kraft in uns spüren, trotz aller Widerwärtigkeiten den Wiederaufbau einzuleiten, indem wir die Männer und Frauen stützen und stärken, die die wichtigsten Träger des Wiederaufbaues, die Pioniere im Ausland, wieder sein wollen und sollen. Jahre, Jahrzehnte lang sind sie der Heimat entfremdet gewesen. Wir selbst haben dazu beigetragen, indem wir uns nicht genügend um sie kümmerten, indem wir sie durch eines der schlechtesten Staatsangehörigkeitsgesetze, das die Rechtsgeschichte kennt, uns entgleiten liessen. Krieg und Elend haben uns nun wieder aneinandergekettet. Nun stehen die Auslanddeutschen, die in fremder Kultur und Wirtschaft Wurzel gefaßt haben, zum Teil vor einem Deutschland, das anders aussieht, als es in ihren Erinnerungen lebte, vor einem Deutschland, das zerrissen und blutend aus tausend Wunden am Boden liegt. Daß die Auslanddeutschen vieles nicht begreifen und verstehen, was sie nicht mit werden und wachsen sahen, ist verständlich. Unsere Aufgabe ist es, sie aufzuklären, damit sie draußen vom neuen Deutschland nicht nur mehr oder weniger schöne Aeusserlichkeiten, sondern die tieferen Gründe der Umwälzungen und Veränderungen berichten können. Unsere Aufgabe ist es, von ihnen zu lernen, damit wir uns selbst von der falschen Einschätzung fremder Länder und Sitten, fremden Denkens und Fühlens frei machen.

Aber vor allem ist es unsere Aufgabe, zu helfen, damit selbst im armen Deutschland eine Summe zusammenkommt, die den Auslanddeutschen beweist, wie wir sie schätzen. Zwar wird sie das Reich entschädigen, aber wir wissen, wie schwach seine Kräfte sind, wie mancher Schaden hier nicht juristisch erfaßt werden kann, sondern nur mit menschlichem Fühlen und Verstehen zu decken ist. Mit dem Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer, dem Roten Kreuz und dem Verein für das Deutschtum im Auslande hat auch das Deutsche Ausland Institut es übernommen, die Mittel, die der Rückwandererhilfe zufliessen, zur sachgemäßen richtigen Verteilung zu bringen und darüber später der Öffentlichkeit Rechnung zu legen. Kein Pfennig der eingekommenen Gelder wird dabei zu irgend welchen anderen Zwecken der vier Vereinigungen verwendet werden, sie werden restlos dem Hilfswerk zugeführt werden, für das die Spender ihre Gaben bestimmt haben. Wir wenden uns deshalb auch an unsere Leser und Freunde wiederholt mit der Bitte: Helft rasch und helft so gut und so reichlich als es in Euren Kräften steht. Auch die Schriftleitung des „Auslanddeutschen" ist gern bereit, Gaben in Empfang zu nehmen und sie der Sammlung zuzuführen.

Digitized by Google

Reichshilfe für Auslandschäden

Die längst erwarteten Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden Deutscher im Ausland aus Anlaß des Krieges sind nun veröffentlicht und gleichzeitigt ergänzt durch die Bekanntmachung betreffend Verfahren für die Zuwendung von Reichsmitteln an Deutsche für Schäden im Ausland. Wie die vorliegende Nummer schon ganz fertiggestellt war, bekamen wir die beiden Verordnungen in unseren Besitz. Wir haben angesichts ihrer außerordentlichen Bedeutung nicht gezaudert, sie trotz der sicher eintretenden Verzögerung in der Ausgabe der Nummer doch noch setzen zu lassen und ihnen hier Platz zu schaffen.

Die Schriftleitung.

Richtlinien

für die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden Deutscher im Ausland aus Anlaß des Krieges.

Deutsche Reichsangehörige, welche aus Anlaß des Krieges Schäden im Auslande erlitten haben, können vorbehaltlich späterer gesetzlicher Regelung Vorschüsse, Beihilfen und Unterstützungen nach Maßgabe folgender Bestimmungen erhalten.

I.

Voraussetzungen für die Gewährung der Vorschüsse, Beihilfen und Unterstützungen.

A. Vorschüsse auf Entschädigungen für Liquidationsschäden.

§ 1.

Auf Grund des § 8 des Gesetzes über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrags können Vorschüsse gewährt werden für die Entziehung oder Beeinträchtigung von Gegenständen zugunsten der alliierten und assoziierten Regierungen oder einer von ihnen, oder zugunsten eines Angehörigen der alliierten und assoziierten Mächte, soweit sie in dem Friedensvertrage selbst ausgesprochen oder als wirksam anerkannt sind oder auf Grund des Friedensvertrags durch die alliierten und assoziierten Regierungen oder eine von ihnen erfolgen.

Das gleiche gilt für die Entziehung oder Beeinträchtigung von Gegenständen im Gebiet des früheren russischen Reichs, soweit sie im Zusammenhang mit dem Kriege stehen und auf das Deutschtum der Betroffenen zurückzuführen sind.

§ 2.

Steht der Schaden noch nicht fest, so kann die Gewährung des Vorschusses gleichwohl erfolgen, wenn der Schaden glaubhaft gemacht wird. Das gleiche gilt, wenn glaubhaft gemacht wird, daß auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrags und von Gesetzen bisher feindlicher Mächte die Entziehung des Gegenstandes zu erwarten ist.

Die Gewährung von Vorschüssen unterbleibt, sofern damit zu rechnen ist, daß dem Betroffenen der Erlös aus der Entziehung seines Eigentums oder eine anderweitige Entschädigung von einer bisher feindlichen Regierung unmittelbar zur Verfügung gestellt wird.

Ist gleichwohl ein Vorschuß gewährt worden, so ist der Empfänger zur Rückzahlung des Vorschusses oder eines nach Lage der Verhältnisse angemessenen Teilbetrags verpflichtet.

§ 3.

Auf Schäden, die durch den Verlust von Wertpapieren entstanden sind, werden Vorschüsse nur insoweit gezahlt, als der Geschädigte nicht im Wege des Aufgebots Ersatz erlangen kann.

Auf Verluste, die dadurch entstanden sind, daß Wertpapiere, Guthaben oder sonstige Gegenstände wegen Nichterfüllung von Verbindlichkeiten börsenmäßig verwertet oder auf Grund von Pfandrechten und dergleichen veräußert worden sind, werden keine Vorschüsse gewährt.

§ 4.

Für Schäden, die Eigentümern deutscher Kauffahrteischiffe aus Anlaß des Krieges erwachsen sind, werden nach diesen Bestimmungen keine Vorschüsse gezahlt.

§ 5.

Hat bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Geschädigten mitgewirkt, so werden Vorschüsse nur soweit gezahlt, als der Schaden unabhängig von dem Verschulden eingetreten wäre.

Das gleiche gilt für das Verschulden des Vertreters des Geschädigten, sofern er nicht seine Befugnisse in der Geschäftsführung überschritten hat.

B. Beihilfen für Kriegsschäden.

§ 6.

Für Schäden, die deutsche Reichsangehörige im Ausland an ihrem Eigentum erlitten haben, können Beihilfen gewährt werden, sofern die Schäden entstanden sind:

1. durch kriegerische Unternehmungen deutscher, verbündeter oder feindlicher Streitkräfte,
2. durch Brand oder sonstige Zerstörungen, durch Raub, Plünderung, Diebstahl oder erzwungene Verschleuderung,

Digitized by Google

3. durch die Flucht, Abschiebung, Verschleppung oder Wegschaffung der Habe.

Voraussetzung für die Gewährung von Beihilfen auf Grund der Bestimmungen in Nr. 2 und 3 ist, daß die dort bezeichneten Vorgänge im Zusammenhange mit dem Kriege stehen und auf das Deutschtum des Betroffenen zurückzuführen sind.

§ 7.

Die Bestimmungen der §§ 2 bis 5 finden auf Beihilfen entsprechende Anwendung.

§ 8.

Aus Anlaß des Verlustes von Wechseln und Schecks werden keine Beihilfen gezahlt.

Dasselbe gilt für Schäden, die während der Beförderung auf See durch Versenkung entstanden sind sowie für Schäden, die dadurch entstanden sind, daß Gegenstände durch prisengerichtliches Urteil eingezogen worden sind. Dagegen können für Schäden, die deutschen Reichsangehörigen an ihrer Habe, während der Beförderung auf See entstanden sind, Beihilfen gewährt werden.

§ 9.

Insoweit Geschädigte anderweit — auf Grund des Gesetzes über die Wiederherstellung der Handelsflotte vom 7. November 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 1025) — aus einem Versicherungsverhältnis oder aus einem anderen Rechtsgrunde Ersatz erhalten haben oder erlangen können, werden keine Beihilfen gezahlt.

C. Unterstützungen.

§ 10.

Deutschen Reichsangehörigen, die vor dem Kriege ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Auslande gehabt oder ihren Beruf dort ausgeübt haben oder aus Anlaß des Krieges im Ausland wegen ihres Deutschtums interniert worden sind, können, sofern sie durch den Krieg in erhebliche wirtschaftliche Bedrängnis geraten sind, insbesondere zur Wiederaufnahme einer Tätigkeit im Auslande, Unterstützungen gewährt werden.

Die hiernach zu zahlenden Unterstützungen können neben den nach §§ 1 und 6 zu zahlenden Vorschüssen und Beihilfen gewährt werden.

D. Gemeinsame Bestimmungen.

§ 11.

An Deutsche, welche die deutsche Reichsangehörigkeit nicht besitzen oder zur Zeit des Eintritts des Schadens nicht besessen haben, können Vorschüsse, Beihilfen und Unterstützungen nur ausnahmsweise und nur mit Zustimmung des Reichsministers für Wiederaufbau und des Reichsministers der Finanzen oder einer von ihnen bezeichneten Stelle gezahlt werden.

§ 12.

Die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen ist zu versagen, wenn der Geschädigte wissentlich oder grobfahrlässig falsche Angaben über Umfang und Entstehung des Schadens gemacht oder veranlaßt hat.

§ 13.

Die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen ist ferner zu versagen, wenn der Geschädigte wegen eines Verbrechens oder Vergehens nach §§ 80 bis 93, 140 bis 143 des Strafgesetzbuchs oder §§ 57 bis 61, 66 bis 75, 78, 81 bis 83 des Militärstrafgesetzbuchs oder §§ 1, 3, 5, 6 des Gesetzes über den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 195) rechtskräftig verurteilt worden ist, oder wenn die Einleitung oder Durchführung eines solchen Strafverfahrens aus anderen Gründen als wegen Mangels an Beweis nicht erfolgen kann.

II.

Bemessung der Vorschüsse, Beihilfen und Unterstützungen.

§ 14.

Die Vorschüsse und Beihilfen (§§ 1 und 6) können bis zur Hälfte des Schadens gezahlt werden. Für die Berechnung des Schadens ist der Wert, den der eingebüßte oder beschädigte Gegenstand am 25. Juli 1914 gehabt hat, zu Grunde zu legen.

Entgangener Gewinn wird nicht berücksichtigt.

Erfolgt die Feststellung des Wertes des Gegenstandes in ausländischer Währung, so ist der Betrag in Mark umzurechnen. Für die Umrechnung ist der Kurs der Berliner Börse am 25. Juli 1914 zu Grunde zu legen.

§ 15.

Die Höhe des entstandenen Schadens ist glaubhaft zu machen.

§ 16.

Soweit der Vorschuß oder die Beihilfe nachweislich zur Wiederaufnahme einer wirtschaftlichen Tätigkeit im Auslande verwandt werden soll, kann eine Erhöhung bis ¾ des Schadens erfolgen.

§ 17.

Die Unterstützungen (§ 10) sollen 1500 Mark für die Person nicht übersteigen.

Der Reichsminister für Wiederaufbau ist befugt, im Einverständnis mit dem Reichsminister der Finanzen in besonderen Fällen aus Gründen der Billigkeit die Gewährung höherer Unterstützungen anzuordnen.

Berlin, den 15. November 1919.

Die Reichsregierung.
Bauer.

Auf Grund des § 3 der Bekanntmachung, betreffend Verfahren für die Zuwendung von Reichsmitteln an Deutsche für Schäden im Ausland, vom 15. November 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1891) wird bestimmt:

Zur Entgegennahme und Vorprüfung von Anträgen auf Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Schäden Deutscher im Ausland aus Anlaß des Krieges sind folgende Interessenvertretungen berechtigt:

1. Bund der Auslandsdeutschen, Berlin W, Rauchstraße 23,
2. Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen, Berlin W 35, Potsdamerstraße 28.

Berlin, den 15. November 1919.

Der Reichsminister für Wiederaufbau.
Geßler.

Digitized by Google

Bekanntmachung,

betreffend Verfahren für die Zuwendung von Reichsmitteln an Deutsche für Schäden im Ausland.

Vom 15. November 1919.

(Reichsgesetzblatt 1919. Nr. 221)

§ 1

Die Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen erfolgt nach Prüfung des Sachverhalts auf Vorschlag der Interessenvertretungen der Geschädigten durch besondere Spruchkommissionen.

§ 2

Anträge auf Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen sind schriftlich an die als Selbsthilfeorganisation tätigen Interessenvertretungen der Geschädigten unter Darlegung des Sachverhalts und unter Beifügung von Beweisurkunden sowie unter Angabe sonstiger Beweismittel zu richten. Die Interessenvertretungen können Vorschriften über Form und Inhalt des Antrags erlassen. Die Interessenvertretung prüft den Antrag vor, veranlaßt nötigenfalls den Antragsteller zu seiner Ergänzung und übermittelt das gesamte Material mit einem begründeten Vorschlag der Spruchkommission.

§ 3

Der Reichsminister für Wiederaufbau bestimmt im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen, welche Interessenvertretungen zur Entgegennahme und Vorprüfung der Anträge berechtigt sind. Er gibt dies im Reichsanzeiger sowie in sonstigen geeigneten Tageszeitungen bekannt.

§ 4

Die Spruchkommission besteht aus drei Mitgliedern, einem Beauftragten des Präsidenten der Reichsentschädigungskommission als Leiter und zwei von der nach Lage des Falles in Betracht kommenden Interessenvertretung vorgeschlagenen Beisitzern. Der Beauftragte wird durch den Präsidenten der Reichsentschädigungskommission nach erfolgter Zustimmung des Reichsministers für Wiederaufbau und des Reichsministers der Finanzen berufen. Die Beisitzer werden vom Präsidenten der Reichsentschädigungskommission auf Grund von Vorschlagslisten bestimmt, die ihm von den Interessenvertretungen der Geschädigten eingereicht werden. Die Bestimmung der Beisitzer erfolgt unter Berücksichtigung der Eigenart der zu entscheidenden Fälle. Die Interessenvertretungen können die Vorschlagslisten ergänzen. Die Ergänzung hat zu erfolgen, wenn der Präsident der Reichsentschädigungskommission dies verlangt.

Die Mitglieder können gleichzeitig mehreren Spruchkommissionen angehören.

§ 5

Die Mitglieder der Spruchkommissionen werden, sofern sie nicht als Reichs- oder Landesbeamte vereidigt sind, vor der ersten Ausübung ihres Amtes vom Präsidenten der Reichsentschädigungskommission durch Handschlag an Eides Statt zu treuer und gewissenhafter Führung ihres Amtes verpflichtet.

§ 6

Der Reichsminister für Wiederaufbau bestimmt Sitz und Geschäftsbereich der Spruchkommissionen. Die Bestimmung ist öffentlich bekanntzumachen.

§ 7

Die Beschlüsse der Spruchkommissionen werden mit Stimmenmehrheit gefaßt und sind mit Gründen zu versehen. § 198 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes findet entsprechende Anwendung.

Bei der Beschlußfassung ist den besonderen Umständen des Einzelfalls nach Billigkeit Rechnung zu tragen.

§ 8

Die Spruchkommissionen können Beweis erheben. Die Gerichts- und Verwaltungsbehörden haben innerhalb ihrer Zuständigkeit dem Ersuchen der Spruchkommissionen oder ihrer Vorsitzenden um Rechtshilfe zu entsprechen, soweit nicht besondere gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.

§ 9

Die Spruchkommissionen entscheiden im schriftlichen Verfahren. Der Leiter kann auch anordnen, daß mündlich verhandelt wird und daß der Antragsteller zu den Verhandlungen erscheint. Der Antragsteller kann sich hierbei durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Bevollmächtigen vertreten lassen.

Ist der Antragsteller in dem zur mündlichen Verhandlung anberaumten Termine trotz Ladung nicht erschienen oder gehörig vertreten, so wird gleichwohl zur Sache verhandelt und beschlossen.

§ 10

Die Zustellung der Entscheidung der Spruchkommissionen erfolgt an den Antragsteller durch Übersendung mittels eingeschriebenen Briefes gegen Rückschein, an den Präsidenten der Reichsentschädigungskommission durch Vorlage des Spruches.

§ 11

Legt der Antragsteller gegen die Entscheidung der Spruchkommission binnen zwei Wochen nach der Zustellung Beschwerde ein, so kann die Spruchkommission auf einstimmigen Beschluß ihrer Mitglieder ihre Entscheidung abändern. Andernfalls ist die Prüfung und Entscheidung des Antrags durch den Präsidenten der Reichsentschädigungskommission einer anderen Spruchkommission zu übertragen.

Ebenso ist zu verfahren, wenn der Präsident der Reichsentschädigungskommission die Entscheidung der Spruchkommission innerhalb der im Abs. 1 bezeichneten Frist beanstandet.

Binnen zwei Wochen seit der Vorlegung der Entscheidung der zweiten Spruchkommission steht dem Präsidenten der Reichsentschädigungskommission wegen Verletzung der Reichsinteressen das Recht des Einspruchs an das Reichswirtschaftsgericht zu.

§ 12

Die Auszahlung der Vorschüsse, Beihilfen und Unterstützungen erfolgt nach Rechtskraft der Entscheidung auf Anweisung der Interessenvertretung.

Für sämtliche Auszahlungen ist als Stichtag der 1. Januar 1920 anzunehmen. Bei früherer oder späterer Auszahlung sind fünf vom Hundert Zinsen in Anrechnung zu bringen.

Die näheren Bestimmungen über die Bereitstellung der erforderlichen Reichsmittel und über die Belegung ihrer Verwendung durch die Interessenvertretungen trifft der Reichsminister der Finanzen.

Digitized by Google

§ 13

Die Kosten der allgemeinen Geschäftsführung, der Vorprüfung und der Auszahlung tragen die Interessenvertretungen. Die Kosten der Spruchkommissionen trägt das Reich. Die Interessenvertretungen sind berechtigt, die bezeichneten Kosten durch Abzug eines Hundertsatzes von den auszuzahlenden Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen aufzubringen.

§ 14

Die Interessenvertretungen sind ferner berechtigt, bis zu ½ vom Hundert der auszuzahlenden Vorschüsse und Beihilfen zur Bildung eines besonderen Wohlfahrtsfonds abzuziehen, aus welchem besonders bedürftige Geschädigte bedacht werden.

Die für den Wohlfahrtsfonds abgezogenen Beträge sind bei Zahlung der Vorschüsse und Beihilfen getrennt von den Kosten in Rechnung zu stellen.

§ 15

Die bei dem Verfahren beteiligten Personen sind zur Geheimhaltung der Verhandlungen und der dabei zu ihrer Kenntnis gelangenden Verhältnisse der Antragsteller verpflichtet.

Berlin, den 15. November 1919.

Die Reichsregierung
Bauer.

Das Reichsnotopfer und die Auslanddeutschen

Seit dem Bekanntwerden der Absicht der deutschen Regierung, eine einmalige Abgabe vom Vermögen von allen deutschen Staatsangehörigen in- und außerhalb des Reichs zu erheben, und insbesondere seit Veröffentlichung des Regierungsentwurfs vom 26. Juli d. J. erhob sich aus den Reihen der Auslanddeutschen im Reich wie im neutralen Ausland heftiger Widerspruch gegen die Bestimmungen des Gesetzes. Zahlreiche Stimmen wurden laut, und sie sind seitdem nicht verstummt, die sich gegen den Grundgedanken des Gesetzes wenden, die außerhalb der Reichsgrenzen ansässigen deutschen Staatsangehörigen — ein Novum gegenüber der bisherigen Steuerpolitik — gleichfalls zu der geplanten Vermögensabgabe heranzuziehen. In verschiedenen Eingaben an die Regierung, in ungezählten Versammlungen haben die Auslanddeutschen ihre ablehnende Haltung dem Entwurf gegenüber kundgetan. Insbesondere ist der Bund der Auslanddeutschen für die Wahrung der Interessen der Auslanddeutschen in dieser Frage eingetreten und hat tatsächlich Erleichterungen zugunsten derselben durchgesetzt. An dieser Stelle wurde darüber wiederholt berichtet. Es lag dem Bund vor allem daran, durch entsprechende Gestaltung des § 50 des Entwurfs im berechtigten Interesse des Auslanddeutschtums Milderungen zu erreichen.

In der alten Fassung des Regierungsentwurfs ist bereits die Möglichkeit für die Auslanddeutschen, in Anbetracht besonders berücksichtigungswerter Verhältnisse im einzelnen Fall Milderungen eintreten zu lassen, vorgesehen. Der Reichsminister der Finanzen ist ermächtigt, denjenigen Angehörigen des Deutschen Reichs, die sich mindestens seit dem 1. August 1914 ununterbrochen im Ausland des Erwerbes wegen aufhalten, ohne einen Wohnsitz im Inlande zu haben, die Abgabe ganz oder teilweise zu erlassen. Diesen Personen sind gleichgestellt diejenigen, die vor dem Kriege ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Auslande des Erwerbes wegen hatten, ohne einen Wohnsitz im Inlande zu haben und sich entweder bei Ausbruch des Krieges vorübergehend im Inlande aufhielten oder während des Krieges ins Inland gekommen sind und spätestens bis zum 31. Dezember 1920 nachweislich des Erwerbes wegen in den ausländischen Staat zurückkehren, in dem sie vor ihrer Rückkehr ins Inland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hatten.

An dieser Bestimmung wurde vor allem beanstandet, daß bei der Entscheidung über die gänzliche oder teilweise Freilassung der Steuer dem Verwaltungsermessen des Ministeriums ein zu weiter Spielraum gelassen werde, daß die Frist der Rückkehr zu einem bestimmten Termin, wie die Bedingung, den Aufenthalt wieder in demselben Staat wie früher zu nehmen, für die Auslanddeutschen eine große Härte bedeute. Die Auslanddeutschen sind in diesem Sinne in wiederholten Eingaben an die Regierung vorstellig geworden und haben in zahlreichen Versammlungen auf den ungenügenden Schutz hingewiesen, der den Auslanddeutschen mit dieser enggefaßten Ausnahmebestimmung zuteil werde.

Der B. d. A. hat sich zuletzt am 7. Oktober mit einer Eingabe an den 10. Ausschuß der Nationalversammlung gewandt, der den Entwurf zu beraten hatte. Es wird darin beantragt, den § 50 des Entwurfs dahin abzuändern, daß

a) am Ende des Absatzes 1 gesagt wird: „In das ausländische Land" (an Stelle von „Staat") zurückzukehren, in dem sie vor ihrer Rückkehr ins Inland ihren „Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hatten" und

b) folgender zweiter Absatz eingeschoben wird: „Falls in einzelnen Ländern Einwanderungsverbote bestehen oder erlassen werden, gilt eine Frist von einem Jahr nach Freigabe der Einwanderung.

Der erste Vorschlag ist, wie die Begründung ausführt, rein technischer Art. Wenn ein nach Rußland zurückkehrender Reichsdeutscher in denselben „Staat" zurückkehren muß, aus dem er kam, um der Wohltat des § 50 teilhaftig zu werden, so gebe es nur Zweifelsfragen bei den ausführenden Organen, nachdem Rußland in eine noch nicht übersehbare Anzahl von neuen Staatsgebieten zerfallen ist. Der zweite Vorschlag geht davon aus, daß, dem Beispiel Englands folgend, die verschiedensten Staaten Sperrfristen für deutsche Einwanderung einführen werden. Werde den Auslanddeutschen nicht der große Anreiz der Freistellung vom Reichsnotopfer gegeben, auch diese Sperrfrist abzuwarten, oder aber sich um besondere Einreiseerlaubnisse zu bemühen, die wohl sicher in einiger Zeit erteilt werden können, so werde ein tatsächlicher Nutzen des Paragraphen so gut wie gar nicht in Erscheinung treten. Bis zum 31. Dezember 1920 würden kaum erhebliche Mengen von Auslanddeutschen die Möglichkeit haben, die Wiederausreise zu bewerkstelligen.

Inzwischen haben bei der Beratung des Entwurfs im 10. Ausschuß die Forderungen der Auslanddeutschen, allerdings unter Beibehaltung ihrer grundsätzlichen Abgabepflicht, weitgehende Berücksichtigung gefunden. Bei der endgültigen Vorlage durch die Kommission hat der § 50 auf Antrag des Kommissionsmitglieds, des Herrn Finanzministers a. D. Dr. Becker-Darmstadt, unter Aufnahme wesentlicher Milderungen zugunsten der Auslanddeutschen folgenden Wortlaut erhalten:

„Der Reichsminister der Finanzen ist ermächtigt, nach Richtlinien, die die Reichsregierung aufstellt, denjenigen Angehörigen des Deutschen Reichs, die sich mindestens seit dem 1. August 1914 ununterbrochen im Auslande des Erwerbs wegen oder aus sonstigen zwingenden Gründen aufhalten, ohne einen Wohnsitz im Inlande zu haben, die Abgabe, soweit sie nicht auf inländisches Grund- oder Betriebsvermögen

Digitized by Google

entfällt, ganz oder teilweise zu erlassen. Diesen Personen werden gleichgestellt diejenigen, die vor dem Kriege ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Auslande des Erwerbs wegen oder aus sonstigen zwingenden Gründen hatten, ohne einen Wohnsitz im Inlande zu haben und sich entweder bei Ausbruch des Krieges vorübergehend im Inlande aufhielten oder nach Ausbruch des Krieges ins Inland gekommen sind und nachweislich aus den vorgenannten Gründen wieder im Ausland ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nehmen."

Die Wünsche der Auslanddeutschen, soweit sie auf Erleichterungen der steuerlichen Heranziehung der Auslanddeutschen gingen, sind damit in weitgehendem Maße von der Regierung berücksichtigt worden. Die Auslanddeutschen haben zwar keinen Rechtsanspruch auf gänzliche oder teilweise Freilassung von der Abgabe, etwa in gesetzlich festgelegten Fällen erhalten, aber die Verwaltungswillkür ist durch die von der Regierung aufzustellenden Richtlinien wesentlich eingeschränkt, die Notwendigkeit des Auslandsaufenthalts kann nicht nur auf Erwerbstätigkeit, sondern auch auf sonstige zwingende Anlässe gegründet werden, und endlich ist die Bedingung der Rückkehr in dasselbe Land fallen gelassen und nunmehr Rückkehr in das Ausland schlechthin und, zwar ohne bestimmte Fristsetzung, verlangt.

Die zu Beginn dieses Artikels aber bereits hervorgehobene Forderung aus Kreisen der Auslanddeutschen auf vollkommene Freilassung der Auslanddeutschen von dem Reichsnotopfer ist mit dem Entwurf allerdings abgelehnt. In der Presse, in Eingaben und Versammlungen wurde, insbesondere von den Auslanddeutschen im neutralen Auslande, auf die schweren Bedenken hingewiesen, die eine Heranziehung der Auslanddeutschen zum Reichsnotopfer mit sich bringe. Die Interessen des Deutschen Reichs selbst würden dadurch geschädigt, die Auslanddeutschen würden aus dem deutschen Staatsverband herausgetrieben, gezwungen, ihre Handelsbeziehungen zum Deutschen abzubrechen, ihre deutschen Wertpapiere zu veräußern und künftig ihr Vermögen nicht mehr in deutschen Werten anzulegen. Von der deutschen Gesandtschaft in Bern wurden die Bedenken der Schweizer Auslanddeutschen auch der Reichsregierung zu Gehör gebracht, und die deutsche Handelskammer in der Schweiz hat Mitte Oktober eine Eingabe an den Reichskanzler gemacht, in der sie auf die schweren Schädigungen hinweist, die die beabsichtigte Abgabe für das Auslanddeutschtum mit sich bringe, insbesondere, da die Deutschen im Ausland in großer Zahl die staatsrechtliche Zugehörigkeit zum Reich aufgeben und in den Verband des Gaststaates treten würden, um der Abgabe, die sie als unbillig betrachten, zu entgehen.

Einen heftigen Meinungsaustausch hat neuerdings ein Artikel in der „Frankfurter Zeitung" vom 28. Oktober ausgelöst, der ausführte, daß mit den in § 50 geschaffenen Erleichterungen den besonderen Verhältnissen der Auslanddeutschen Genüge getan sei und im übrigen die grundsätzliche Heranziehung der Auslanddeutschen zur Vermögensabgabe nicht unbillig erscheinen könne. Der Auslanddeutsche genieße den Schutz des Reichs wie der Inlanddeutsche. Er könne jederzeit, sobald er ins Inland zurückkehre, an allen Wahlen teilnehmen. Auch ein Wahlrecht im Ausland sei denkbar und durch das Preisausschreiben des Deutschen Ausland Instituts theoretisch behandelt und geklärt. Diesen Rechten gegenüber habe früher die Militärpflicht bestanden, die aber jetzt entfallen sei. Damit sei die einzige tief in das Schicksal des Einzelnen eingreifende Verpflichtung fortgefallen. In dem Reichsnotopfergesetz werde nun nicht einmal eine Steuerpflicht für den Auslanddeutschen künftig konstituiert, vielmehr lediglich eine einmalige aus den außergewöhnlichen Verhältnissen heraus gerechtfertigte Abgabe verlangt, bei deren Festsetzung zur Vermeidung von Doppelbesteuerung überdies der Betrag einer an den ausländischen Staat zu entrichtenden gleichartigen Steuer abgezogen werde. Der Artikel hat nicht nur eine lebhafte Erwiderung in der Öffentlichkeit gefunden, sondern auch der Redaktion der Zeitung eine solche Flut von Zuschriften eingebracht, daß sie sich in der Nummer vom 12. November zu einer Erwiderung auf die verschiedenen Einwände genötigt sah. Die Gegenargumente werden dabei sämtlich als nicht stichhaltig bezeichnet. Es wird unterschieden zwischen den Auslandsflüchtlingen im Reich, denen § 50 Genüge tue, und den Auslanddeutschen im neutralen Ausland. Sehr zu Unrecht würde von diesen der Vorteil, den sie durch den Schutz des Reichs genössen, in Frage gestellt, überdies bestehe alle Möglichkeit, ihnen auch im Ausland das Wahlrecht zur Nationalversammlung zu geben. Die Beziehungen der Auslanddeutschen zur Heimat seien in der Hauptsache kulturell-familiärer Art, und die weitere kulturelle Betätigung Deutschlands soll ja gerade durch das Reichsnotopfer ermöglicht werden. Ein Gesichtspunkt findet allerdings in den gewiß klaren und sachlichen Ausführungen in der „Frankfurter Zeitung" keine genügende Würdigung, inwiefern es nämlich politisch richtig und praktisch sein mag, eine Pflicht der Auslanddeutschen aufzustellen, deren Einhaltung so schwer zu überwachen sein wird. Schwierigkeiten, wie die Vermeidung der Doppelbesteuerung (Begriff der „gleichartigen Steuer"?!), die Fragen der Währungsberechnung und des Kurses werden wohl noch im einzelnen bearbeitet werden müssen. Der Bund der Auslanddeutschen hat sich in der Frage der Abgabepflicht auf seiner zweiten Wandervertreterversammlung in Stuttgart auf den Standpunkt der grundsätzlichen Anerkennung der Beitragspflicht zum Reichsnotopfer gestellt unter Formulierung bestimmter Forderungen. In der Entschließung vom 11. Oktober (Versammlung der Auslanddeutschen Württembergs) heißt es: „Tausende württembergischer Auslanddeutsche im Verein mit den in Stuttgart versammelten Vertretern aller Auslanddeutschen des Reiches wollen zum Reichsnotopfer beitragen, sobald sie für ihre erlittenen Schäden voll entschädigt sind. Sie setzen aber voraus,

1. Steuerfreiheit für den Betrag der Neuanschaffung ihres verlorenen Hausrats,

2. Zinsfreie Stundung für rückständige Raten bis zur Auszahlung der vollen Entschädigung,

3. Vollen Erlaß oder Rückvergütung für Wiederhinausgehende, auch wenn diese ihre Tätigkeit in ein anderes als vor dem Kriege bewohntes Land verlegen.

Diese letztere Forderung hat ja inzwischen nach der neuen Fassung des § 50 bereits ihre Erledigung gefunden.

Dr. H. K.

Das Deutschtum in Belgien vor dem Kriege

Von Direktor Dr. B. GASTER, CAMMIN i. P. (früher Antwerpen).

(Schluß)

In den vier vlämischen Provinzen und in Brabant geht die Zahl der Deutschkundigen aber nicht auf eine bodenständige Bevölkerung, sondern auf eingewanderte deutsche Schichten zurück. Besonders die beiden Städte Antwerpen und Brüssel bewiesen eine große Anziehungskraft für die Deutschen. Vor allem die Hansestädte und die Küstenländer an der Nordsee, ferner die Provinzen Westfalen und Rheinland (Wuppertal und Köln), schließlich aus Süddeutschland vor allem die wanderlustigen Schwaben aus Württemberg und Baden stellten den größten Teil der Ein-

Digitized by Google

wanderung, in welcher alle deutschen Stämme vertreten waren. Leider fehlte von seiten der deutschen Regierung jeder Hinweis, auch nur die leiseste Andeutung, daß sich die Eingewanderten auf einen Kampfplatz begaben, auf dem jede Stellungnahme des einzelnen von Bedeutung für das deutsche Volkstum, ja, für die deutsche Politik war.

Unter allen belgischen Städten ist Antwerpen diejenige, in welcher vor dem Kriege der Einschlag des Deutschtums am stärksten in Erscheinung getreten ist. In Brüssel waren die Reichsdeutschen allerdings zahlreicher vertreten als in Antwerpen, doch wurde durch sie der Charakter von „Klein-Paris" so gut wie nicht beeinflußt. Aber in Antwerpen machte sich im Geschäfts- wie im gesellschaftlichen und selbst im öffentlichen Leben der deutsche Einschlag stark bemerkbar. Die Klagen der französischen Presse vor dem Kriege, daß Antwerpen von den Deutschen im Frieden systematisch „erobert" werde, waren zwar übertrieben, hatten aber einen richtigen Kern: Deutsche Tatkraft hatte dem Deutschtum in Antwerpen eine bedeutende und feste Stellung errungen, was ja auch in der geographischen Lage dieses Welthafens, der das Ausfalltor des rheinisch-westfälischen Industriegebiets und weiterhin für den ganzen an den Rheinstrom angeschlossenen Handel bildet, begründet ist.

Die Zahl der Deutschen in Antwerpen anzugeben ist schwer, da die belgische Statistik nicht einwandfrei ist, insbesondere die Kinder unter zwei Jahren bei Ermittlung der sprachlichen Verhältnisse nicht mitgezählt sind. Die Zahl der Reichsdeutschen in Antwerpen war nach der letzten Statistik: 9865 (in Brüssel: 15 415); diese Zahlen geben aber für das Deutschtum keine sichere Unterlage, denn gerade in Antwerpen ist die Zahl der „Belgisch-Deutschen" sehr stark. Aus geschäftlichen Rücksichten gaben oft gerade reichere deutsche Familien ihre Staatsangehörigkeit auf, woran freilich das früher geltende Reichsgesetz mit seinen ungünstigen Bestimmungen über den Verlust der deutschen Reichszugehörigkeit auch manche Schuld trug. Im Jahre 1910 wurde in Antwerpen für nicht weniger als 27 900 Personen im Alter von über 2 Jahren angegeben, daß sie deutsch sprechen; sie sind wohl ausnahmslos als deutschen Ursprungs (im weiteren Sinne, also auch aus der Schweiz, Luxemburg oder Österreich stammend) anzusehen. Aber damit ist die Zahl der deutsch-verstehenden Bewohner Antwerpens bei weitem nicht erschöpft. Die ziemlich starke jüdische Einwanderung aus Galizien, Polen, Rußland, Rumänien (Diamantindustrie und -Handel, Getreidegeschäft, Trödelhandel) konnte mit ihrer russischen oder polnischen Muttersprache in Antwerpen nichts anfangen und bediente sich deshalb ihrer deutschen Kenntnisse; wie stark diese Einwanderung war, geht aus der Tatsache hervor, daß in Antwerpen wenige Jahre vor dem Krieg eine orthodox-jüdisch-deutsche Realschule mit etwa 200 Schülern, die zumeist im östlichen Europa das Licht der Welt erblickt hatten, gegründet war. Aber auch unter der einheimischen Bevölkerung waren sehr viele im Besitz deutscher Kenntnisse, was man in Läden und Geschäften, in Hotels und Wirtschaften, im Gespräch mit Dienstboten oder Polizisten immer wieder bestätigt finden konnte.

Der deutsche Einschlag in Antwerpen, das vor dem Kriege mit Vorstädten 428 300 Einwohner zählte, war also weit stärker, als in der Zahl von rund 10 000 Reichsdeutschen ausgedrückt ist. Doch noch stärker als durch die Zahl ist das Deutschtum durch seine Bedeutung für den Handel und den Geschäftsbetrieb dieses Welthandelsplatzes und durch seine Stellung im gesellschaftlichen Leben dieser reichen Stadt gewesen. Man konnte sich vor dem Kriege Antwerpen ohne das Deutschtum gar nicht mehr vorstellen. Die soziale Schichtung der deutschen Kolonie war ganz eigenartig. Ganz unverhältnismäßig stark waren die reichsten Stände vertreten, sehr stark auch die wirklich wohlhabenden, sich rüstig im Erwerbsleben betätigenden, aber auch Bildung und Kunst pflegenden Kreise. Dem gegenüber war der mittlere Bürgerstand und der Arbeiterstand, also die eigentliche Masse des Volkes, nur gering an Zahl; Beamte waren natürlich fast gar nicht vorhanden, wenig Angehörige der studierten Berufe; etwas stärker war der Handwerkerstand vertreten; besonders zu erwähnen ist noch die starke Beteiligung der Deutschen im Gasthofgewerbe. Das Bild der deutschen Kolonie wird vervollständigt durch die Zahl „junger Leute", welche in Antwerpen in die kaufmännische Lehre gingen oder sich für einige Jahre im Auslande betätigten.

Die Leistungen der Kolonie sind ganz gewaltig gewesen. Vor dem Kriege unterhielt die Kolonie fast ganz aus eigenen Mitteln die protestantische Reformationskirche und die evangelische Christuskirche (die katholische Gemeinde hatte gerade angefangen, sich zu organisieren und hatte sich während des Krieges eine eigene Kirche geschaffen), eine höhere Schule für Knaben und Mädchen mit über 800 Schülern und Schülerinnen, eine evangelische Volksschule mit über 200 Knaben und Mädchen, eine katholische höhere Mädchenschule mit 60 Schülerinnen, drei kleinere Privatschulen, drei Sonntagsschulen, das Seemannsheim, ein Altersheim, ein evangelisches Waisenhaus, ein katholisches Gesellenhaus, ein evangelisches Vereins- und Schwesternhaus, ein katholisches Mädchenheim, eine Volksbücherei mit Lesehalle, ein Erholungsheim usw. Zahllos waren die deutschen Vereine, an ihrer Spitze die über 60 Jahre alte „Deutsche Liedertafel" und der „Deutsche Turnverein". Auch eine eigene deutsche Wochenzeitung hatte sich die Kolonie geschaffen; der 1914 im 3. Jahrgang erscheinende „Deutsche Anzeiger für Antwerpen" hatte gerade die finanziellen Schwierigkeiten überwunden und schien einer sicheren Zukunft entgegenzugehen, als der Krieg ausbrach. Verhältnismäßig spät ist die Entwicklung einer höheren Schule erfolgt; erst im Jahre 1903 wurde von der seit 1840 bestehenden „Allgemeinen Deutschen Schule" das Recht zur Ausstellung von Zeugnissen für den Einjährig-Freiwilligen-Militärdienst nach dem Vorgang der 1892 gegründeten deutschen Schule in Brüssel erworben; dann übernahm die Antwerpener Schule die Führung im deutschen Auslandschulwesen insofern, als sie als erste den Ausbau zu einer Vollanstalt (Oberrealschule) durchführte und 1907 die ersten Abiturienten zur Universität entließ; diesem Vorgehen folgten dann die Schulen in Brüssel, Bukarest und Konstantinopel.

Auch in Brüssel herrschte vor dem Kriege in der deutschen Kolonie, die sich eine etwas straffere Verfassung gegeben hatte, als die Antwerpener, ein höchst erfreuliches, tatkräftiges Leben; mutatis mutandis läßt sich das für Antwerpen Gesagte auch für Brüssel, wo der Großhandel natürlich nicht so stark vertreten ist, anwenden. Im Kriege war Brüssel als Sitz der deutschen Regierungsgewalt natürlich der Hauptort für das Deutschtum in Belgien.

In den anderen Städten Flanderns trat das Deutschtum in seiner Bedeutung gegenüber Brüssel und Antwerpen zurück; nur Gent hatte eine nicht unbedeutende deutsche Einwanderung bekommen, die hauptsächlich die Tuch- und Leinenindustrie wieder zu neuem Leben erweckte. Ferner hatte sich in Hoboken bei Antwerpen eine rührige deutsche Kolonie, die sich um die große „Silberhütte", die „Wollkämmerei" und die Schiffsbauwerften gruppierte, angesiedelt. Im einzelnen gibt die folgende Tabelle eine Übersicht über die deutsche Beimischung in den hauptsächlichsten belgischen Städten, in denen von deutschen „Kolonien" gesprochen werden kann:

Zahl der deutschkundigen Personen im Jahre 1910:

Brüssel	34 202	Gent	3 513	Brügge	915
Antwerpen	27 900	Seraing	1 356	Namur	696
Lüttich	9 209	Ostende	1 092	Mecheln	655
Verviers	4 936	Löwen	1 047	Aalst	279

Antwerpen steht im Verhältnis voran, denn hier bezeichneten sich nicht weniger als 6,8 Prozent der Bevölke-

Digitized by Google

rung als deutschkundig, und 2,7 Prozent gaben das Deutsche als ihre regelmäßige Gebrauchssprache an. In Brüssel sind die entsprechenden Verhältniszahlen 4,9 Prozent und 1,5 Proz. In Brüssel ist der deutsche Anteil in dem Jahrzehnt von 1900 bis 1910 unverändert geblieben, in Lüttich in geringem Maße, in Antwerpen erheblich gestiegen.

Bei Ausbruch des Weltkrieges wurden die Deutschen aus Belgien vertrieben, in Antwerpen zum Teil in gewalttätiger Form, in Brüssel mit etwas mehr Einsicht. Alle Einrichtungen der beiden großen Kolonien schienen zusammenzubrechen, die Schule in Antwerpen wurde als Kaserne, dann als Lazarett benutzt, und alles Deutsche war für einige Zeit aufs strengste verpönt. Aber schon nach wenigen Monaten erblühte neues Leben, besonders auch in Brüssel, dem Sitz der deutschen Zentralverwaltung. Dem Direktor der dortigen deutschen Schule, Dr. Lohmeyer, gelang es nicht allein, in Brüssel neben der Hauptschule (Realgymnasium und höhere Mädchenschule) noch drei deutsche Volksschulen einzurichten, sondern auch in der Provinz, in Namur, Arel, Lüttich, Verviers, Seraing, Gent, betrieb er neue Schulgründungen oder erweckte die geschlossenen Anstalten zu neuem Leben. In Antwerpen war es der Präsident des neu gegründeten Wohlfahrtsausschusses, Richard Böcking, welcher schon kurze Zeit nach dem Fall Antwerpens mit dem Direktor der Deutschen Schule im Auto nach Antwerpen fuhr, um die möglichst schnelle Wiedereröffnung der Deutschen Schule in die Wege zu leiten; ihm gelang auch die Zusammenfassung der deutschen Kolonie in einer neuen Organisation, deren Tätigkeit und Opferwilligkeit schon wiederholt glänzend in Erscheinung trat; die deutsche Kolonie brachte mit ihren Sammlungen für vaterländische und wohltätige Zwecke und für die deutschen Schulen (während des Krieges wurde auch hier eine neue deutsche Volksschule, katholischer Konfession, gegründet) in vier Kriegsjahren rund eine Million Franken auf. Nun hat der verhängnisvolle Ausgang des Weltkrieges all dies blühende Leben vernichtet. Wie im Jahr 1914 wurden die Deutschen aus Belgien ausgewiesen; aber noch mehr: aller deutscher Besitz, nicht nur Fabriken und Geschäfte, sondern auch die Wohnhäuser der Privatleute und ihre Möbel, kurz alles deutsche Hab und Gut wurde „liquidiert", d. h. meistbietend versteigert und verschleudert. Das Deutschtum in Belgien soll eben systematisch vernichtet werden.

Und doch wird die Bedeutung Antwerpens für Deutschland und das Deutschtum auch für die Zukunft nicht verschwinden können. Während bisher der deutsche Kaufmann durch seine Tüchtigkeit und Umsicht, seine Pflichttreue und Zuverlässigkeit, seine Sprachkenntnisse und Anpassungsfähigkeit einen immer größeren Teil des Antwerpener Handels- und Schiffahrtsverkehrs in seine Hand bekommen hatte und er zum angesehensten und erfolgreichsten Bürger dieses Welthafens geworden war, wird in Zukunft Antwerpen ein Hafen für Deutschlands und Belgiens Bedürfnisse werden und sich als solcher entwickeln müssen; das liegt in der geographischen Lage fest begründet. Belgien ist wirtschaftlich nicht für sich allein zu betrachten, sondern es ist nur ein Ausschnitt aus einem größeren Wirtschaftsgebiet, in welchem mehr Menschen gewerbetätig sind und für den Umsatz und die Ausfuhr der Erzeugnisse ihres Fleißes arbeiten, als in irgend einem anderen Teile der Erde. Dies ganze dicht bevölkerte, industriereiche und ausfuhrbedürftige Wirtschaftsgebiet ist im wesentlichen deutsch und erstreckt sich zu beiden Seiten des Rheins bis zur Schweiz und über Süddeutschland bis nach Österreich. Die große Ausfuhrindustrie Westdeutschlands und des Oberrheins ist auf Antwerpen angewiesen, und umgekehrt Antwerpen, und damit Belgien auf Deutschland! Die industrielle Blüte Deutschlands bedingt die Blüte des Handels Antwerpens. So war es vor dem Kriege und so wird es auch in Zukunft wieder werden. Die Versendungsbedingungen über Antwerpen gestalteten sich vor dem Kriege derart, daß dieser Hafen selbst für einen Ort, der in Deutschland auf einer um 80 Kilometer größeren Entfernung als der von Hamburg liegt, noch vorteilhafter ist als Hamburg, sowohl in bezug auf die Billigkeit als auch auf die Schnelligkeit des Transportes. Der gesamte deutsch-belgische Handel blieb im Jahre 1913 nur wenig hinter 2½ Milliarden Mark zurück, erreichte also ungefähr die Gesamthöhe des deutschen Außenhandels mit Österreich-Ungarn, der ganzen Balkanhalbinsel und der Türkei zusammen. Den Handel und Verkehr über Antwerpen auch durch Bau von Kanälen, zu sichern, ist eine Lebensaufgabe des deutschen Volkes.

Vlamen und Deutsche müssen und werden sich auch wieder verständigen; dann werden beiden Völkern Mittel und Wege gewiesen, das Höchstmaß zukünftiger Wohlfahrt zu erreichen und zu dem Bestand eines gerechten Friedens zum Segen der Menschheit das ihrige beizutragen.

Das kulturelle Antlitz Flanderns schaut nach Osten, nach dem Mittelpunkt germanischer Kultur. Erreicht der Vlame sein ihm jetzt fest vor Augen stehendes Ziel, sein Land selbständig zu verwalten, so kann er nicht anders, als dem Deutschtum günstig und freundlich gesinnt sein. Trotz der tieftraurigen Ungunst der Zeit braucht man also doch nicht die Hoffnung aufzugeben, daß in kommenden Zeiten das Deutschtum in Belgien wieder die Stellung erringen wird, die ihm nach der geschichtlichen Entwicklung dieses Landes, nach der Stammesverwandtschaft mit der Bevölkerung, nach den wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen zukommen. Wirtschaftliche, kulturelle, historische, völkische und geographische Bedingungen werden durch politische Anordnungen nicht geändert, durch Friedensverträge nicht aufgehoben.

Literatur:

P. Oßwald, Belgien. Leipzig, Teubner, 1918, aus Natur und Geisteswelt, Band 501. 1,25 Mark.

Th. Deneke, Sprachenverhältnisse und Sprachengrenze in Belgien. Hamburg, Friedrichsen, 1915. 1,80 Mark.

H. Schumacher, Die Lösung der belgischen Frage. Leipzig, Hirzel 1918. 2,20 Mark.

Max Oboussier, Der Antwerpener Hafen. Berlin, Stilke, 1917. 2 Mark.

B. Gaster, Leitfaden zur schnellen Erlernung der vlämischen Sprache, Wolfenbüttel, Heckner, 1916. 1,50 Mark.

B. Gaster, Vlämisches Lesebuch für Deutsche, ebenda, 1916. 1,80 Mark.

Die Bedrängnis der Deutschen in Lodz

Von Dr. HANS SCHNAPPERELLE, ⟨Lodz⟩ BERLIN

In welch unglücklicher und bedauernswerter Lage sich die Deutschen in Kongreß-Polen befinden, davon legt der Bericht ein deutliches Zeugnis ab, der aus führenden Kreisen des bodenständischen Deutschtums in Polen der Bezirksstelle Allenstein des Ostpreußischen Heimatdienstes zugegangen ist und von dieser veröffentlicht wird. (Vgl. „Tägl. Rundschau" v. 13. 10. 19.)

Daß die von den Polen so oft und so laut verkündete Toleranz nur ein Trugbild ist, hinter dem sich eine krasse Unduldsamkeit verbirgt, das beweisen die vielen Beispiele von Verfolgungen, denen die deutschen und jüdischen Minderheiten fast täglich ausgesetzt sind, und unter denen sie schwer zu leiden haben. Wohin man hörte, begegnete man beweglichen Klagen über Entlassungen von Angestellten in den

Digitized by Google

städtischen Büros, im Gas- und Elektrizitätswerk, von Arbeitern in den Fabriken, wenn die Betreffenden deutschen Namens und evangelischen Glaubens waren. Alte, in jahrzehntelanger Arbeit erprobte Werk- und Webmeister in den großen Tuchmanufakturen, die, durch den Stillstand der Industrie während des Krieges schwer geschädigt, zum Teil durch Verschickung nach dem Innern Rußlands wirtschaftlich ruiniert, jetzt bei der allmählichen Wiederaufnahme der Arbeit in ihre alten Stellungen eintreten wollten, mußten dem Terror der polnischen Arbeiterschaft weichen; ihre früheren Brotherren konnten sie nicht schützen, sie mußten ihre Stellungen den von den Arbeitern gewünschten Polen überlassen und saßen ohne andere Erwerbsmöglichkeit auf der Straße. Auf diese Weise sind in Lodz Tausende deutschstämmiger Arbeiter brotlos geworden, von denen die meisten nach Verkauf ihrer Habe nach Deutschland flüchteten, um hier Arbeit und Unterkommen zu suchen.

Nicht viel besser war die Lage der Geschäftsleute. Zum großen Teil waren sie, wie z. B. die Buchhändler, auf den Warenbezug aus Deutschland angewiesen, der seit der Revolution infolge des stockenden Güterverkehrs und der Grenzsperre so gut wie ganz aufgehört hatte. So konnten sie keine Bestellungen annehmen und sahen mit Besorgnis den Bestand ihrer Läger immer geringer werden, ohne Aussicht auf Besserung ihrer Lage. Daß allerhand Schikanen seitens der polnischen Behörden nicht ausblieben, davon nur ein kleines Beispiel. Zur Zeit des strengen Kuchenbackverbotes wurde die Privatwohnung eines bekannten deutschen Cafébesitzers nach verborgenem Mehl und Zucker durchsucht, während in einer benachbarten polnischen Konditorei polnische und Ententeoffiziere mit ihren Damen das schönste Kuchengebäck verzehren konnten. Gewiß sind das Kleinigkeiten, aber sie sind typisch. Wie's im kleinen geht, so ist's im großen. Mag es sich um die ostentativ deutschfeindliche Haltung der höheren evangelischen Geistlichkeit handeln, wie im Fall des Pastors Gerhardt, oder um die Weigerung der Straßenbahngesellschaft, den deutschen Kindern ermäßigte Schülerkarten zu geben, alle diese Vorgänge zeigen nur zu deutlich, daß die tönenden Reden und Versprechungen von Toleranz und Gleichberechtigung eben nur Phrasen sind, und daß unsere deutschen Landsleute trotz aller ehrlich gemeinten und auch bewiesenen Ergebenheit dem polnischen Staat gegenüber doch von ihren polnischen Mitbürgern als Leute zweiter Klasse angesehen und entsprechend behandelt werden. In recht bedauernswerter Lage befinden sich auch die beiden höheren deutschen Schulen, das jetzt vereinigte Knaben- und Mädchenrealgymnasium, die durch die Ausweisung ihrer Direktoren und die Entfernung der reichsdeutschen Lehrkräfte in ihrer vielversprechenden Weiterentwicklung aufs schwerste geschädigt worden sind. Die Hoffnungen auf geeigneten, ausreichend vorgebildeten Ersatz aus der Provinz Posen sind kläglich gescheitert. Um den Unterricht für die annähernd 1200 deutschen Kinder einigermaßen aufrecht zu erhalten, hat man junge Studenten und einen Ingenieur als Mathematiker einstellen müssen, denen natürlich, gewisse Fachkenntnisse vorausgesetzt, die Praxis des Unterrichts, methodische Übung und pädagogische Erfahrung fehlt. Schon jetzt erheben sich die Klagen der Eltern über die Zustände an den beiden Anstalten, deren jetziger Leiter nach allgemeinem Urteil den bedeutenden Schwierigkeiten seines verantwortungsvollen Amtes in keiner Weise gewachsen ist.

Vielleicht noch schlimmer als den Deutschen ergeht es den Juden, die allenthalben verfolgt und oft in der rohesten Weise mißhandelt wurden. War es doch Monate hindurch ein Hauptvergnügen der Hallerschen Soldaten, den Juden mitten auf der Straße, in der Eisenbahn oder Straßenbahn mit ihren Seitengewehren die Bärte abzuschneiden. Oftmals ergaben sich daraus Tumulte, bei denen die Juden blutige Verletzungen, ja sogar tödliche Wunden von den Messerhelden davontrugen. Vor wenigen Wochen kam es in Baluty, der Altstadt von Lodz, zu einem Judenpogrom, bei dem zehn Juden getötet und über hundert verletzt wurden.

So sieht es also in Wahrheit mit der polnischen Toleranz und dem Schutz der Minderheiten aus.

Dazu nun noch die große Knappheit und die riesige Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, an denen die mangelhafte Organisation bei der Verteilung, die Beamtenmißwirtschaft und das Schiebertum gleiche Schuld tragen. Ist es doch in Lodz in den letzten Wochen dahin gekommen, daß es für die Lebensmittelperiode von zehn Tagen nur 4½ bis 5 Pfund Brot gab, sonst radikal nichts. Dieser Mangel am Notwendigsten, verbunden mit der Arbeitslosigkeit und der Kohlennnot, hat schon jetzt tiefe Erbitterung, auch in der polnischen Bevölkerung, hervorgerufen, und der nahe Winter wird dazu beitragen, die allgemeine Empörung zu steigern. Die Deutschen drüben befinden sich jedenfalls in äußerst bedrängter Lage und sehen durchweg mit Empfindungen völliger Hoffnungslosigkeit der Zukunft entgegen. Bei allen deutschen Geschäftsleuten war der Wunsch rege, so bald als möglich aus Polen herauszukommen. Sie setzten alle ihre Hoffnungen auf Rußland, wohin sie, sobald dort nur einigermaßen ruhige und geordnete Verhältnisse eingetreten wären, auswandern wollten. Aber wann wird dieser Zeitpunkt kommen?

Handwerk und Hausindustrie bei unseren deutschen Stammesgenossen in Böhmen

Von CURT FRANKE, CHEMNITZ

Die Deutschen bewohnen in Böhmen einen 10 bis 50 Kilometer breiten Grenzstreifen, der bei Eger am breitesten und im südlichen Böhmerwalde am schmalsten ist. Das deutschböhmische Gebiet umfaßt in der Hauptsache die gebirgigen Teile Böhmens, das Mittelgebirge, das Duppauer und das Karlsbad-Tepler Gebirge. Es sind feste Bollwerke, welche dem Ansturme der slawischen Flut noch heute zähen Widerstand entgegensetzen. Der felsige Boden und das rauhe Klima dieser Gebirgslandschaften drängten schon seit ältesten Zeiten die Bewohner zu gewerblicher Tätigkeit, während die weite, fruchtbare Ebene die Domäne des Tschechen blieb, der hier seit Jahrhunderten seßhaft ist und sich nicht selten ein ansehnliches Vermögen erworben hat, währenddessen das Deutschtum der Grenzbezirke mehr und mehr ins Proletariat versank.

Versuchen wir einmal die Gebiete, in denen sich die einzelnen Hausindustrien festgesetzt haben, etwas genauer kennen zu lernen. Wenn wir Nordböhmen von Osten nach Westen durchwandern, so berühren wir zunächst die deutschen Gebiete des Bezirkes Senftenberg und Grulich mit ihrer Bürstenerzeugung, Holzspanschachtelverfertigung, Holzschnitzerei und Korbflechterei und treten sodann in das große Leinengebiet von Arnau und Trautenau ein, das weit ins Riesengebirge hinaufreicht und sich dann weiter nach Schlesien und bis hinein in die tschechischen Gebiete um Neustadt a. M., Hochstadt, Starkenbach, Jitschin, Semil und Nachod fortsetzt. Am Ausgange des 19. Jahrhunderts standen hier 15 000 Handstühle etwa 1000 mechanischen Stühlen gegenüber.

Hieran schließt sich ein großes Baumwolle- und Wolle-

Digitized by Google

verarbeitungsgebiet, dessen Mittelpunkt Rochlitz, die Umgebung Reichenbergs, Rumburg, Warnsdorf, Niemes, Gabel, Zwickau, Dux, Teplitz, B.-Kamnitz und Asch sind. Die einzelnen Bezirke erzeugten in Friedenszeiten besondere Spezialartikel. Reichenberg ist bekannt durch seine Plüsch- und Teppichsorten. Der Rochlitzer Bezirk erzeugte Musseline, Battiste und Stoffe für feinere Druckwaren, der Rumburger Bezirk Decken, Möbelstoffe u. dgl.

Eine ausgedehnte Wirkwarenindustrie hat sich im Hainspacher und Kamnitzer Bezirke und in der Gegend von Teplitz entwickelt. In Teplitz selbst bietet die Herstellung von Wäsche für die Heimindustrie ein ausgedehntes Arbeitsfeld.

In den waldreichen Höhenzügen des Iser- und Lausitzer Gebirges treffen wir die beiden Hauptzweige der Hausindustrie Deutschböhmens und zugleich ganz Österreichs, nämlich die Herstellung von Glaskurzwaren in der Gegend von Gablonz und Tannwald und die Hohlglasindustrie von Haida und Steinschönau. „Es gibt wohl keinen Namen einer kleinen Stadt, der so sehr der Kaufmannswelt aller bewohnten Länder der Erde bekannt wäre, als der Name Gablonz. Der Indianer Nordamerikas, wie des Feuerlands, das Hinduweib, der Japaner und Chinese, der Negerfürst und sein Gefolge, ebenso wie die Pariser Modedame, sie schmücken sich und ihr Heim, sei es eine Hütte, sei es ein Palast, mit den Erzeugnissen, die alljährlich in großen Mengen hinausgesendet werden aus der kleinen, malerisch an den Ausläufern des Isergebirges gelegenen deutschböhmischen Stadt, dem Zentrum einer Industrie, die mehreren hundert Exporteuren, mehr als tausend Erzeugern, sogenannten Lieferanten, und an 25 000 Arbeitern durch lange Jahre schon reiche Beschäftigung und lohnenden Verdienst gewährt.“ Unter den erzeugten Artikeln seien genannt Knöpfe und Ersatzsteine aus Schwarzglas, dekorierte Perlen, Bijouteriewaren, z. B. Hutnadeln, Krawattennadeln, Armbänder, Fingerringe, Hutschmuck und dergleichen und Krystallglaswaren, wie Prismen für Lüster, Flacons, Tintenfässer, Messerbänkchen usw. Der Wert der ausgeführten Gablonzer Artikel betrug vor dem Kriege mehr als 40 Millionen Kronen.

Bei der Hohlglasindustrie des Haidaer Bezirks beschränkt sich die Tätigkeit der Heimarbeiter vorwiegend auf die Appretierung des Glases und seine Dekorierung. Unter den erzeugten Gebrauchs- und Luxusgegenständen befinden sich kunstvoll geschliffene und gravierte Krystallgläser, Aufsätze, Blumenvasen, Lampen, Nippes, Jardinieren, überhaupt alle Hohlglaswaren vom gewöhnlichsten 5-Kreuzer-Bazarartikel bis zum feinsten Tafelservice. Im Jahre 1898 zählte man in diesem Arbeitszweige 3756 Heimarbeiter (Meister und Gehilfen), ferner 537 Lehrlinge und 321 Frauen. Sie haben die rohe Glasform für den Schliff vorzubereiten, das Schleifen des Dekors, sowie das Mattschleifen, Gravieren, Versilbern, Vergolden und das Bemalen des Glases zu besorgen. Im Jahre 1897 wurden mehr als 30 Millionen Kronen weißes und bemaltes Hohlglas aus Österreich ausgeführt. Zwei Drittel bis drei Viertel des Gesamtexportes dürften auf das Gebiet von Haida entfallen.

In verschiedenen Teilen des Kammerbezirkes Reichenberg finden wir eine Reihe von Hausindustrien, die einem großen Teile der Einwohner mehrerer dichtbevölkerter Ortschaften Gelegenheit zur Heimarbeit geben. Gefertigt werden z. B. Möbel aus gebogenem Holze. Das Glätten und Polieren der Möbelbestandteile, das Einflechten der Sitze für Stühle und andere Sitzmöbel wird von den Heimarbeitern ausgeführt. Ein einziger Unternehmer in Niemes (Bezirk Leipa) beschäftigte vor dem Kriege weit mehr als 1000 Heimarbeiter.

In der Sparteriewarenerzeugung, das ist die Herstellung von Geweben aus Holzspänen, waren in den Bezirken Schluckenau und Rumburg etwa 1500 Arbeitskräfte beschäftigt, während sich in der Bast- und Strohflechterei des Erzgebirges weit über 6000 Personen betätigten.

Endlich sei noch die Nixdorfer Stahlwaren- und die Rumburger Pfeifenerzeugung erwähnt, welche gleichfalls im Kammerbezirke Reichenberg ihren Sitz haben.

Wir statten nun dem Bezirk der Handelskammer Eger einen Besuch ab. Um die Orte Schönbach und Graslitz hat sich eine alteingesessene Musikinstrumentenfabrikation entwickelt. In Schönbach werden hauptsächlich Streichinstrumente, in Graslitz Blasinstrumente hergestellt. In Schönbach soll der Geigenbau schon seit Jahrhunderten eingeführt sein. Böhmische Auswanderer sollen ihn während der Gegenreformation nach Sachsen verpflanzt haben. Während die alten Geigenmacher jeden zur Geige gehörigen Bestandteil selbst erzeugten, besteht heute vollkommene Arbeitsteilung, und der Meister hat weiter nichts zu tun, als die außer Haus verfertigten Bestandteile zu fertigen Instrumenten zusammenzusetzen und höchstens noch einige Nachbesserungen vorzunehmen. Außer Geigen macht man in Schönbach auch Gitarren, Zithern, Mandolinen, Harfen, Messing- und Holzblasinstrumente, Ziehharmonikas, Saiten usw. Man verarbeitet besonders viel Ahorn-, Fichten- und Buchenholz. Welche Massen hiervon gebraucht werden, soll nur ein Beispiel zeigen: Im Jahre 1896 gelangten innerhalb 3 Monaten 81 Waggons zu 10 000 kg von diesen Holzsorten nach Schönbach, was einem Jahresbedarf von 300 Waggons entspricht. Auch eine Musikschule befindet sich in Schönbach.

Die Graslitzer Instrumentenerzeugung entwickelte sich, als der Bergbau gänzlich erlosch. Die ersten Trompeten, Posaunen und Waldhörner waren noch sehr einfach, denn man konnte auf ihnen nur sogenannte Naturtöne hervorbringen. Die Erzeugung von Kindertrompeten, die in den sechziger Jahren einen großen Aufschwung nahm, beschäftigte vor dem Kriege weit über 300 Arbeiter in den Fabriken und 500 in der Hausindustrie. Auch Graslitz besitzt eine Musikschule.

Zu Anfang des 19. Jahrhunderts bildete in Graslitz außerdem die Spitzenklöppelei eine Hauptbeschäftigung des weiblichen Geschlechtes. Gegenwärtig ist die Spitzenindustrie vor allem in den Ortschaften Gossengrün, Heinrichsgrün und Gottesgab verbreitet, im übrigen aber stark zurückgegangen, was ohne Zweifel auf die maschinenmäßige Herstellung zurückzuführen ist. Vor dem Kriege zählte man gegen 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen. An dieser Stelle sei auch der Stickereiindustrie gedacht, welche gleichfalls in Graslitz und Umgebung, aber auch in Bäringen zu Hause ist. Neben verschiedenen fabrikmäßigen Unternehmungen finden wir hier die Handtambourage, die vor dem Kriege immerhin gegen 3000 Arbeitskräfte unterbrachte.

Damit nähern wir uns der in der Gegend von Weipert betriebenen Posamentenerzeugung, die, wie ihre verwandten Erwerbszweige, wie nicht anders zu erwarten war, durch den Krieg stark gelitten hat. Man fertigte baumwollene Bettgimpen, Fransen, Borduren für Vorhänge, Drehfrans-Crepinen aus Baumwolle, Wolle und Seide und die unter dem Namen „Gorl“ bekannten Besatzartikel für Damenkleider. Die letzteren Artikel eigneten sich besonders gut für die hausindustrielle Anfertigung, so daß sich dieser Erwerbszweig bald von Weipert aus über die Höhen des Erzgebirges bis weit ins flache Land hinein ausdehnte und mancher armen Familie Lohn und Brot verschaffte. Im Jahre 1887 gelangten beim böhmisch-sächsischen Bahnhofamte in Weipert nicht weniger als 408 182 kg Posamentenartikel zur Auflieferung.

Um ein einigermaßen vollständiges Bild zu geben, sei zum Schlusse die Herstellung von Kinderspielwaren aus Holz und die Anfertigung von Küchengeräten in der Gegend von Oberlautensdorf, Katharinaberg und Umgebung (Bez. Brüx) genannt, ferner die Erzeugung von Handschuh-

Digitized by Google

waren in der Gegend von Kaaden, Joachimsthal und Abertham.

Der Krieg hat, wie schon erwähnt, in manche Erwerbszweige leider zerstörend eingegriffen. Einzelne Industriezweige dürften sich nur ganz langsam wieder erholen. Eine ganze Reihe anderer haben dagegen ihren Betrieb schon jetzt wieder munter aufgenommen. Die deutsche Bevölkerung Böhmens gilt als außerordentlich rührig und fleißig, und es ist zu hoffen, daß sie alle Kräfte anspannen wird, um die Folgen des Krieges bald und rasch zu überwinden.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Deutschösterreich

Zwischen dem Deutschen Schulverein in Wien und seinen Ortsgruppen im tschecho-slowakischen Staate ist nunmehr der große Schnitt vollzogen. Da die Gesetze dieses Staates es unmöglich machen, Ortsgruppen eines „ausländischen Vereines" dort zu unterhalten, schlossen sich diese zu einem selbständigen deutschen Schutzvereine für die Sudetenländer zusammen, der notgedrungen den Namen „Deutscher Kulturbund" annahm, da die Bezeichnung „Deutscher Schulverein für die tschecho-slowakische Republik" die behördliche Genehmigung nicht finden konnte. Dem Wesen nach wird aber auch diese neue Vereinigung nichts anderes sein als ein Schulverein im bisherigen Sinne. Die Hauptleitung des Vereines wird ihren Sitz in Prag haben, die Geschäftsstelle aber in Reichenberg. Für den Deutschen Schulverein in Wien bedeutet diese Abspaltung eines lebenskräftigen Zweiges einerseits einen schweren Schlag, andererseits aber auch eine Entlastung, die insofern wohltätig empfunden werden wird, weil nachgerade die Schwierigkeiten, die sich der Betreuung der Sudetendeutschen von Wien aus boten, ins Ungemessene gestiegen waren und auch, weil der Valutaunterschied in materieller Hinsicht dem Schulvereine unerträgliche Lasten aufbürdete. Der neue Kulturbund findet eine schwere Aufgabe vor. Die Verfolgungen der deutschen Schulen in der Tschecho-Slowakei nehmen, so weit das Gebiet der Sudetenländer in Betracht kommt, kein Ende, und es wird der ganzen Zähigkeit der Sudetendeutschen, die im nationalen Kampfe seit Jahrzehnten gestählt sind, bedürfen, um sich zu behaupten. Sonderbar kontrastiert gegen das Vorgehen des tschechischen Staates das Auftreten der Tschechen in Wien und Österreich überhaupt. Die Vertreter der tschechischen Minderheit im Wiener Gemeinderate bringen immer neue Beschwerden vor; so beklagten sie sich kürzlich, daß in öffentlichen Darbietungen, im Theater und im Variété, das Tschechentum lächerlich gemacht werde und forderten ein Verbot für derartige Dinge, natürlich vergeblich, da es sich um ganz harmlose, meist sehr alte Scherze handelt. Die Tschechen bleiben in ihren Schulforderungen bei Wien nicht stehen und verlangen sogar auf dem flachen Lande, wo Stammesbrüder in mehr oder weniger geringer Zahl ansässig sind, ja sogar in Linz, die Errichtung tschechischer Schulen. Zu rechter Zeit erschien eben eine verdienstvolle Schrift von Dr. Wilhelm Winkler „Die Tschechen in Wien", in der auf Grund einwandfreien statistischen Materiales nachgewiesen wird, daß die Zahl der Tschechen in Wien weit geringer ist als von tschechischer Seite behauptet wird. Während hier von vier-, ja sechshunderttausend die Rede ist, sind es tatsächlich nicht allzu viel über hunderttausend. Wenn es den Wiener Tschechen gelang, bei den letzten Nationalratswahlen einen und bei den Gemeinderatswahlen einige Vertreter durchzubringen, so liegt darin nicht so sehr ein Beweis für ihre zahlenmäßige Stärke, wie sich aus den Wahlergebnissen sehen läßt, sondern es liegt lediglich eine allerdings sehr betrübliche Wirkung der Stimmenzersplitterung auf deutscher Seite vor, die es bei den bestehenden Verhältniswahlen den Tschechen ermöglichte, Erfolge zu erzielen, die ihnen bei geschlossenem Vorgehen der deutschen Wähler unbedingt versagt gewesen wären. — Sehr erfreulich ist es, daß die in Wien lebenden Deutschen aus dem tschecho-slowakischen Staate und aus Ungarn sich immer straffer organisieren. So sind der „Bund der Deutschen in Böhmen" und der „Nordmährerbund" sehr rührig und sammeln immer vollständiger die Landsleute unter ihren Fahnen. Der Nordmährerbund hat erfreulicherweise auch in seiner Heimat in jüngster Zeit ungeahnten Aufschwung genommen, was sich in seinen mächtig anschwellenden Einnahmen ausdrückt. Unter den deutsch-ungarischen Verbänden sind vor allem die westungarische Ortsgruppe des „Vereins zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn" und die neu gegründete „Landsmannschaft Heinzenland" hervorzuheben. B. I.

Kärnten

Anfang November fand in Velden am Wörthersee, einem in der Abstimmungszone gelegenen Orte, eine sehr stark besuchte Volksversammlung statt, die mit großer Begeisterung nachfolgende Entschließung einstimmig faßte: Die Versammlung erklärt sich mit allem Nachdruck für die Unteilbarkeit Kärntens und das Verbleiben bei der freien Republik Deutschösterreich. Eine Zugehörigkeit zum jugoslawischen Staate lehnt sie in voller Übereinstimmung mit der Landeshauptstadt Klagenfurt und der ganzen übrigen Abstimmungszone mit aller Entschiedenheit für heute und immerdar ab und weist jeden lächerlichen Versuch, sich jugoslawisch beeinflussen zu lassen, mit Entrüstung zurück.

Ungarn

Die Regierung Friedrich fährt fort, in Westungarn alle diejenigen, die für den Anschluß an Deutschösterreich tätig sind oder waren, zu verfolgen, obgleich der Friede von St. Germain ausdrücklich die Überlassung Deutschwestungarns an Österreich vorsieht und ohne Zweifel auch der mit Ungarn zu schließende Friede dieselbe Bestimmung enthalten wird. Mehrere Führer der deutschen Bewegung schmachten noch immer im Gefängnisse, und die Propagandaabteilung der ungarischen Regierung arbeitet mit allen Mitteln der Bestechung, Überredung und Drohung unter den deutschen Einwohnern der Gespanschaften Ödenburg, Wieselburg und Eisenburg. Auch die immer mehr fortschreitende sogenannte christlich-soziale Organisation, die unter der Ägide des Ministerpräsidenten Friedrichs selbst steht, hat keinen anderen Zweck, als dem früheren magyarischen Chauvinismus auf Umwegen wieder zur Herrschaft zu verhelfen. Leider erleichtert die Erinnerung an die Zeiten der Räteregierung auch unter den Deutschen das Umsichgreifen dieser Bewegung. Im Gegensatze zu der derzeit wieder minder günstigen Lage des Deutschtums im eigentlichen Ungarn (Kleinungarn) erfreut sich dieses in dem zum tschecho-slowakischen Teile gehörigen vormaligen Oberungarn (West- und Mittelkarpaten) verhältnismäßig ungestörter Entwicklung, da es infolge des Zwiespaltes zwischen Tschechen und Slowaken von beiden Teilen umworben wird. Eine kürzlich in Preßburg abgehaltene Volkszählung hat das für den Kenner allerdings nicht überraschende Ergebnis gezeitigt, daß je mehr als ein Drittel der Bevölkerung deutsch und slowakisch und weit weniger als ein Drittel magyarisch ist. Dies steht nun freilich zu den früheren amtlichen magyarischen Zählungen in scharfem Gegensatze, gibt aber ein richtiges Bild des tatsächlichen Zahlenverhältnisses. Da die Magyaren mehr und mehr zur Abwanderung aus Preßburg ver-

Digitized by Google

halten werden, die Deutschen aber unbehelligt bleiben, wird die Stadt in absehbarer Zeit nur noch eine gemischte deutsch-slawische, aber keine nennenswerte magyarische Bevölkerung mehr besitzen. Wie viele Preßburger sich nun wieder zu ihrem Deutschtume bekennen, die unter magyarischer Herrschaft sich magyarisch gaben, erhellt daraus, daß das dortige evangelische Lyzeum in seinem Gymnasium heuer zwei deutsche Parallelklassen des ersten Jahrganges eröffnen konnte. An der evangelischen Theologischen Fakultät, die freilich im wesentlichen slowakisch geworden ist, soll demnächst auch ein deutscher Professor Anstellung finden, der für deutsche Hörer in deren Muttersprache lesen wird. Auch in der Zips sind bereits da und dort deutsche Volks- und Bürgerschulen eröffnet worden, was unter magyarischem Regimente gänzlich undenkbar gewesen wäre. Allerdings ginge man fehl, wenn man aus diesen Erscheinungen auf besondere Deutschfreundlichkeit der Slowaken und Tschechen schließen wollte; der wahre Grund ihres Vorgehens liegt darin, daß sie in den Deutschen hier, in den ehemals ungarischen Landesteilen, dem Magyarentume gegenüber den minder gefährlichen nationalen Gegner sehen. Darum geben sie den bisher leider zumeist völlig magyarisch gestimmten und teilweise stark magyarisierten Deutschen lieber Gelegenheit, sich wieder ihres Deutschtums zu erinnern, um sie so auch geistig vom Magyarentume loszulösen. — Nach mehrfachen Kundgebungen des deutschösterreichischen Staatskanzlers Dr. Renner steht die Übergabe Deutsch-Westungarns an Deutschösterreich noch vor Ende des Jahres zu erwarten. Für diesen Fall ist auf österreichischer Seite alles vorbereitet. Natürlich wird dabei dem westungarischen Deutschtume ziemlich weitgehende Selbstverwaltung gewährt werden müssen, denn die Stimmung ist in dem zu erwerbenden Gebiete durchaus gegen eine Eingliederung in ein österreichisches Verwaltungsgebiet, sei es nun Niederösterreich oder die Steiermark. B. I.

Fiume

Die Reichsdeutschen, Österreicher und Ungarn haben sich vereinigt und beschlossen, bei den kommenden Wahlen ihre Stimmen der italienischen Partei zu geben, weil sie der Ansicht sind, daß sie von den Italienern eine objektivere Behandlung zu erwarten haben, als von den Jugoslawen.

Tschecho-slowakische Republik

Ende Oktober fand in Jägerndorf eine vom dortigen Stadtrat einberufene Tagung der nordmährischen und schlesischen Städte statt, die überaus zahlreich besucht war. Als Gäste waren auch Vertreter des Verbandes deutscher Bezirke und Städte Böhmens erschienen. Besprochen wurde die allgemeine wirtschaftliche Lage, Gemeindeautonomie, kommunale Wohnungsfürsorge und der Zusammenschluß der deutschen Städte Nordmährens und Schlesiens. Im Anschluß daran wurde die Gründung eines Reichsverbandes deutscher Städte beschlossen.

In Aussig haben Legionäre Ende Oktober die Statue Kaiser Josefs II. vom Sockel herabgerissen. Das stark beschädigte Standbild wurde tags darauf von städtischen Angestellten auf einem Wagen entfernt. Während und nach der Zerstörung kam es zu Zusammenstößen mit Zivilisten; Soldaten gaben Schüsse ab, und eine Panik entstand. Leute, die ihrer Entrüstung über den Vorfall Ausdruck gaben, wurden von Legionären verhaftet und geschlagen. Die Bezirkshauptmannschaft hatte den Aussiger Zeitungen schon einige Tage vorher verboten, von dem tschechischen Plan, das Denkmal zu stürzen, etwas zu veröffentlichen.

Schweiz

Es ist ein geringer Trost für die deutschen Wehrleute aus der Schweiz, die an der deutsch-schweizerischen Grenze vergeblich auf die Einreise in ihr früheres Gastland warten, daß es den italienischen Wehrleuten, die vor dem Kriege in der Schweiz ansässig waren und bei Kriegsausbruch zu den Fahnen ihrer italienischen Heimat geeilt sind, nicht besser ergeht. Auch sie sind mit ihren Einreisegesuchen vielen Verzögerungen, Widerständen und Plackereien der Schweizer Behörden ausgesetzt und warten in den Konzentrationslagern von Domodossola und Como, in der „Associazione militari espatriandi" in einer dem Verband der deutschen Wehrleute aus der Schweiz ähnlichen Organisation zusammengeschlossen, zu Hunderten und Tausenden vergeblich auf die Einreisegenehmigung. Die Abweisungsgründe der Schweizer Behörden sind dieselben wie gegenüber den deutschen Wehrleuten, Wohnungsmangel, Mangel eines Nachweises von Arbeit usw. Die italienischen Wehrleute selbst wie die italienische Presse haben wiederholt die schärfsten Proteste gegen das Verhalten der Schweiz erhoben, und erst neuerdings greift der „Corriere della Sera" die Schweizer Regierung äußerst heftig an, der er ungerechtfertigten Protektionismus den inländischen Arbeitern gegenüber und eine Ungefälligkeit, die zu Repressalien herausfordere, vorwirft.

Baltikum

Der Zeitschrift „Der Siedler im Osten" entnehmen wir einige Einzelheiten über die Pläne und die Betätigung der deutschen Soldaten im Baltikum. Zwar haben inzwischen die Drohungen der Reichsregierung wohl ihre Wirkung getan, aber für die Geschichte dieses Häufleins junger Auslanddeutscher mag die Erwähnung der, wenn auch heute vielleicht schon wieder aufgegebenen, Bestrebungen interessant sein. Am 8. September hat darnach in Mitau eine Delegiertenversammlung stattgefunden, in der die Satzungen der „Kurländischen Soldaten-Dorf-Genossenschaft" beschlossen wurden. Die Neuwahl des Ausschusses, der bis Ende des Jahres 1920 arbeiten soll, ergab die Wahl von 14 Herren, darunter 8 Offizieren, 4 Offiziersstellvertretern, 1 Kraftfahrer und 1 Freiwilligen. Leutnant Freiherr v. Manteuffel, Hauptmann Rehm und Offiziersstellvertreter Kielmann wurden zu Vorsitzenden gewählt. Es wurde aufgefordert, Dorfgenossenschaften zu bilden und Einzahlungen auf das Konto „Soldaten-Siedlungsverband Kurland" bei der Deutschen Bank in Königsberg zu leisten. Die eingezahlten Beiträge sollten unantastbar bleiben und nur zum Landankauf verwendet werden können, sobald das die politische Lage erlaube. Die Kosten der einstweiligen Verwaltung und der Vorarbeiten sollten aus von Freunden zur Verfügung gestellten Beiträgen bestritten werden. Freiwillige Gaben werden auf ein Sonder-Konto „Beihilfe" erbeten. Aus einem Artikel des erwähnten Offiziersstellvertreters Kielmann geht hervor, daß jeder Soldat etwa 80 Morgen Landes für billigen Preis bekommen soll. Die Gliederung der Siedlungsgenossenschaft ist am 20. Juli so festgelegt worden: Grundlage soll die Dorfgenossenschaft sein, sämtliche Dorfgenossenschaften zusammen bilden die „Soldaten-Siedlungs-Genossenschaft Kurland", deren Vertretung die Vertrauensmännerversammlung darstellt, zu der jede Dorfgenossenschaft zwei Vertrauensmänner entsendet. Diese Versammlung wählt einen Aufsichtsrat (Arbeitsausschuß) der seinerseits wiederum die Beamten anstellt und die Geschäfte führt. Die Dorfgenossenschaften entrichten als Geschäftsanteil an die Gesamtgenossenschaft pro Mitglied 1000 Mark, von denen die einzelnen Mitglieder 200 Mark bar und den Rest ratenweise bezahlen. Das Geld bleibt unverzinst und dient zugleich als Anzahlung auf das Land. Es gibt auch außerordentliche Mitglieder, Privat- und juristische Personen mit Anteilen von mindestens 1000 Mark. Hundert solche Mitglieder haben das Recht zur Wahl eines Vertrauensmannes in die Vertrauensmännerversammlung. Als Aufgabe wird genannt: Förderung der Soldatensiedlung mit allen Mitteln, allgemeine Vertretung der Siedler, Zusammenfassung der Siedler-Interessen hinsichtlich der Produktion und des Kon-

Digitized by Google

sums, Festlegung der Grundprinzipien der einzelnen Statuten für die Dorfgenossenschaft (Größe der einzelnen Grundstücke 80 Morgen, Vorkaufsrecht, Verhinderung des Zusammenkaufes mehrerer Grundstücke in eine Hand) Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Dorfgenossenschaften untereinander, Überwachung der Durchführung der beschlossenen Grundprinzipien. Der Verband will Land selbst kaufen und Baumaterialien, wie auch Inventar selbst beschaffen, „wodurch die Tätigkeit der Landgesellschaft Kurland, wie auch des Verbandes der Baltischen Genossenschaften für unseren Verband überflüssig erscheint, wir würden uns aber freuen, diese Institute demnächst als Mitglieder in unserem Verbande begrüßen zu können". Bei einer Reise nach Weimar und Berlin fand eine Verbandsvertretung reges Interesse bei den Reichsministerien wie bei den Führern aller Parteien.

Es folgt die Wiedergabe eines Flugblattes, in dem folgende markante Stellen sich finden: „Kameraden, die Würfel sind gefallen, wir bleiben mit unseren Führern im Lande! Immer sind wir Ambos gewesen, der unter den politischen Streichen der Feinde still halten mußte, jetzt endlich sollen wir wieder einmal Hammer werden und unser Glück selbst schmieden dürfen; laßt das Eisen nicht kalt werden, schlagt zu!" Man begreift, wie schwer nach dem Hegen derartiger Hoffnungen und der schönen Kameradschaft, die in diesen Dorfgenossenschaften angebahnt war, den deutschen Soldaten das Verlassen des Landes werden wird, und wie schwer es der Regierung fallen wird, die deutschen Truppen geschlossen zurückzuführen.

Nach dem Berichte des amerikanischen Vertreters des Roten Kreuzes, der von Riga in Berlin eingetroffen ist, entbehren die in der Presse aufgetauchten Berichte über die Verfolgung von Reichsdeutschen in Riga der Grundlage. Alle Reichsdeutschen in Riga sollen unbehelligt sein.

Polen

Über Pogrome gegen Deutsche und Juden in Lodz berichtet „Golos Rossji": Die Polen treiben alle Deutschen auf die Straße und fordern sie auf, sich nach Berlin zu begeben. Juden und Deutsche werden von den Polen gemeinsam verfolgt. Kein Deutscher kann jetzt in Lodz Arbeit finden; im ganzen gibt es augenblicklich dort 38 000 Arbeitslose. Die Greueltaten bedeuten Repressalien gegen die Bestimmungen der Pariser Konferenz, die Interessen der Minoriäten in Polen zu schützen.

Norwegen

Die medizinische Fakultät in Christiania hat auf verschiedene Gesuche deutscher Ärzte, in Norwegen die ärztliche Praxis ausüben zu dürfen, beschlossen, die Gesuche zur Annahme zu empfehlen. Vorläufig soll fremden Ärzten die Erlaubnis des Praktizierens auf eine Dauer von sechs Jahren erteilt werden.

Frankreich

Über die wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich bringt der Überseedienst (Nr. 65 Seite 532) folgende bemerkenswerte Notiz: In neuerer Zeit haben französische Blätter fast aller politischen Richtungen mehr oder weniger nachdrücklich darauf hingewiesen, daß einer der wichtigsten Faktoren zur Sanierung des französischen Wechselkurses in der Wiederaufnahme enger Handelsbeziehungen zu Deutschland zu erblicken sei. Maßgebend für diese Ausführungen war die Tatsache, daß Frankreich seine Käufe in Amerika und England infolge des niedrigen Frankenkurses sehr teuer bezahlen muß, und daß andererseits der hohe Wert, den der Frank heute gegenüber der Mark besitzt, sehr günstige Bedingungen für den Einkauf bietet. Im Anschluß an einen Überblick über diese Anregungen schreibt „Le Bulletin" in seiner Ausgabe vom 25. 9. 19 u. a.: Auf der letzthin stattgehabten Leipziger Messe verschwanden die wenigen dort anwesenden Franzosen unter der Menge der englischen und amerikanischen Vertreter, die dort große Aufträge erteilten. Wir haben Veranlassung zu glauben, daß die von ihnen gekauften Waren nach einer Reise über Amerika oder England, vielleicht auch nur über die Schweiz, auf dem französischen Markt erscheinen werden, nachdem man sie vorher mit einer anderen Fabrikmarke versehen hat. Wir werden dann diese gleichen Waren angeboten erhalten und werden sie in klingender englischer oder amerikanischer Münze bezahlen müssen. Es ist Zeit, daß diese Komödie ein Ende nimmt, denn unsere Verbündeten sind ebensogut wie wir Feinde Deutschlands gewesen, ein Umstand, der sie heute nicht im geringsten daran hindert, mit diesem Lande Handel zu treiben. Wenn wir leben wollen, müssen wir verstehen lernen, daß unsere Gefühle nichts mit unseren Handelsbeziehungen zu tun haben. Wenn wir wieder Kräfte sammeln und uns erholen wollen, müssen wir mit der Ausfuhr von Gold aufhören und freimütig dort Handel treiben, wohin uns unsere Interessen führen.

Der französischen Kammer ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Naturalisierung fremder Staatsangehöriger erleichtert. Gedacht ist dabei vor allem an die Bewohner des Saargebiets, von denen man möglichst viele naturalisieren möchte, um dadurch das Abstimmungsergebnis nach Ablauf der 15 Jahre in für Frankreich günstigem Sinne zu beeinflussen. Nach dem Entwurfe können fremde Staatsangehörige, die in Frankreich oder einem Lande, an dessen Regierung Frankreich als Mitglied des Völkerbundes teilnimmt, ihren Wohnsitz haben, durch Erlaß den französischen Staatsangehörigen hinsichtlich des Genusses der bürgerlichen Rechte gleichgestellt werden. Die Wirkung dieses Erlasses erstreckt sich ohne weiteres auf Ehefrau und unmündige Kinder und bleibt in Kraft, selbst wenn der Mann vor erfolgter Naturalisierung stirbt. Seine Wirkung erlischt nach Ablauf von fünf Jahren, wenn bis dahin die Naturalisation nicht beantragt oder das Gesuch zurückgewiesen wurde. Die Naturalisation kann im allgemeinen nach dreijährigem Aufenthalt in Frankreich oder einem der genannten Länder erfolgen, im Falle, daß der Betreffende sich um den französischen Staat in Handel, Industrie und Landwirtschaft verdient gemacht hat, oder wenn er eine Französin geheiratet hat, schon nach einem Jahr. Außerdem können fremde Staatsangehörige naturalisiert werden, die den Nachweis erbringen, daß sie zehn Jahre ununterbrochen in Frankreich oder einem der genannten Länder ihren Wohnsitz gehabt haben, oder die während dieser Zeit im Auslande im Dienste der französischen Regierung gestanden haben, endlich ohne Aufenthaltsbedingung alle diejenigen Personen, die der französischen Sache im Auslande wesentliche Dienste geleistet haben, unter der Bedingung, daß sie jede Beziehung zu ihrem Vaterlande abbrechen. In allen Fällen soll vor der Naturalisation geprüft werden, ob der Antragsteller während der vorgeschriebenen Frist nichts getan hat, was auf die Fortdauer seiner Anhänglichkeit an seinen Heimatstaat schließen ließe.

Unterm 8. Oktober ist in Frankreich, wie wir den „Weltwirtschaftlichen Nachrichten" entnehmen, ein Gesetz erlassen worden, nach dem jeder, der auf französischem Boden den Beruf eines Handelsreisenden oder Agenten ausübt, eine Ausweiskarte nach näherer Bestimmung des Gesetzes bei sich führen muß. Wenn die vertretene Firma eine ausländische ist und in Frankreich keine Filiale besitzt, dann ist die Bescheinigung der den Reisenden oder Agenten anstellenden Firma von dem französischen Konsulatsbeamten, zu dessen Bezirk die Niederlassung der ausländischen Firma gehört, zu visieren. Die Ausweiskarten werden ausgestellt für ein Jahr, in Frank-

Digitized by Google

reich durch die für den Wohnsitz des Gesuchstellers zuständige Präfektur, im Ausland durch den für den Wohnsitz des Reisenden oder Handelsagenten zuständigen Konsulatsbeamten.

Portugal

Die portugiesische Handelszeitung „O Jornal do Comerzio e dos Colonias" schreibt: „Obgleich die Handelsbeziehungen mit Deutschland wieder aufgenommen worden sind, muß doch festgestellt werden, daß damit nicht der freie Handel, wie er vor dem Krieg bestanden hat, wieder getrieben werden kann. Die Sieger, unter denen auch Portugal ist, sind nicht gewillt, Deutschland einen Platz unter den zivilisierten Nationen einzuräumen, bevor es für alle Schäden aufgekommen ist."

Italien

Der nach Italien entsandte Sonderberichterstatter des Büro „Europa Presse" teilt mit: Noch immer befinden sich zahlreiche Deutsche, die in Italien ansässig waren, im unklaren darüber, was mit ihren Geschäften und sonstigem Eigentum geschehen wird, das nach Ausbruch des Krieges der Sequestratur und Liquidation verfiel. Nach meinen Erkundigungen steht jedenfalls fest, daß die geschädigten Auslanddeutschen Rechtsansprüche nur dem deutschen Staate gegenüber geltend machen können, weil nach dem Friedensvertrage Italien das Recht zusteht, bereits sequestriertes oder konfisziertes Eigentum zurückzubehalten, gewissermaßen als Teilzahlung der Kriegsentschädigung. Nur eine Erleichterung wird wahrscheinlich in Betracht gezogen werden: deutsches Privateigentum, Wohnungseinrichtungen, Kleidung usw. sollen dem Eigentümer zum Rückkauf überlassen werden. Jetzt sind schon wieder Deutsche in Italien ansässig, die ihre früheren Wohnungen und Kleidungsstücke gegen Bezahlung einer regelrechten Miete benützen dürfen. Trotz aller Geneigtheit, von der schärfsten Auslegung der Bestimmungen Abstand zu nehmen, wird Italien an den grundsätzlichen Forderungen des Friedensvertrages festhalten. Zurzeit sind Erhebungen im Gange, die den Gesamtbetrag der in Italien beschlagnahmten deutschen Werte feststellen sollen.

England

Der Fremdenausweisungsausschuß (Aliens Repatriation Committee) hat 16 Prozent der zur Zeit des Waffenstillstands in England internierten Fremden zur Nichtausweisung begutachtet. Das Komitee gab am 31. Oktober ein Weißbuch heraus, nach dem seit Mai 1919 die Gesuche von 4300 Zivilinternierten geprüft, die aus einer Gesamtzahl von 24 450 darum eingegeben hatten, in England bleiben zu dürfen. „Das Komitee fand, daß es sich in all diesen Fällen nicht um feindliche Ausländer ausgesprochen feindseliger Art, wie Spione, Geheimagenten und unverschämte Preußen handle. In 3250 Fällen handelte es sich um Deutsche, in 1000 um Österreicher oder Ungarn und in 50 um Türken. Unter den Deutschen und Österreichern oder Ungarn waren viele tatsächlich freundschaftlich gesinnte Ausländer." Von den Gesuchen wurden 3030 Deutsche, 840 Österreicher und 20 Türken für Verbleib im Lande begutachtet. Von den 3250 Deutschen haben, abgesehen davon, daß in der Mehrzahl der Fälle längerer Aufenthalt in England und andere Umstände Berücksichtigung ihrer Gesuche rechtfertigten, nicht weniger als 2230 Engländerinnen zu Frauen oder in England geborene Kinder unter 16 Jahren, in 1490 Fällen sowohl englische Frauen als auch im Lande geborene Kinder. Von den übrigen 800 waren 400 mehr als 30 Jahre in England zu Hause oder schon vor ihrem 15. Jahre herübergekommen. Bei den Österreichern liegen die Verhältnisse ganz ähnlich.

Der Kongreß der nationalen Union der britischen Matrosen und Heizer beschloß, sich der ultrareaktionären, sogenannten Arbeiterpartei anzuschließen und jedes britische Schiff, das Deutsche anstellt, zu boykottieren.

Im Londoner Stadtrat widersetzte sich ein Verordneter der Ernennung eines Ausländers als Lehrer an der City of London School. Der Vorsitzende des Schulausschusses erklärte, daß es sich in dem zur Aussprache stehenden Falle um einen französischen Schweizer handle. Es sei dringend erwünscht, daß Französisch und Deutsch von Kräften gelehrt würde, die vollendete Kenntnis der betreffenden Sprache besäßen. Die Ernennung wurde daraufhin bestätigt.

Südwestafrika

Der holländischen Zeitung „Telegraaf" ist zu entnehmen, daß aus der Union, besonders aus Transvaal und dem Oranjefreistaat trotz eines geringen Angebots seit einiger Zeit viele Menschen kommen, um Grundstücke in dem ehemaligen deutschen Südwest anzukaufen. Die bedeutendsten Viehdistrikte Windhuks, Okahandia, Omaruru, Gibeo und Rehoboth sind ziemlich viel von Deutschen bewohnt, die in gutem Einvernehmen mit den Unionsleuten leben. Die Hälfte der etwa 10 000 Seelen betragenden Bevölkerung besteht aus Deutschen, die wahrscheinlich im Lande bleiben können. 11 000 Polizeibeamte, meist junge Buren, aus den ehemaligen Burenrepubliken und Natal werden für die Besetzung verwendet und sollen später, wenn sie entlassen sind, im Land angesiedelt werden. Auch verschiedene deutsche Banken sind noch im Lande ansässig, so die Bodenkreditbank, die Deutsch-Afrikanische Bank und einige kleinere Institute. In Windhuk, Keetmanshoop, Lüderitzbucht und Swakopmund haben die Standardbank und die Nationalbank der Union Filialen errichtet. Die Diamantausbeute beträgt 30 000 Karat monatlich und ist eingeschränkt worden, um den Markt nicht zu verderben. Fast alle Diamantunternehmungen sind deutsche, nur die Kolmanskoper ist kapländisch. Die Eisenbahn arbeitet noch mit Verlust, da nicht genügend rollendes Material vorhanden ist. Der Handel ist augenblicklich noch erschwert durch die Frage der deutschen Banknoten. Im entlegenen Kaokofeld hat man Gold gefunden. Die Zinngruben in Omaruru und die Kupferbergwerke in Otavi haben für ihre Erzeugnisse während des Kriegs hohe Preise in Amerika erzielt. Das ehemalige deutsche Schutzgebiet bildet eine Zolleinheit mit der Union.

Südafrika

Aus der Bestellung einer großen Anzahl deutscher Lesebücher geht hervor, daß der südafrikanische Freistaat (eine der vier Provinzen der südafrikanischen Union), wie bisher schon brieflich gemeldet worden war, in der Tat in seinen höheren Staatsschulen Deutsch als Pflichtfach eingeführt hat.

Columbien

Nach der „Kreuz-Zeitung" haben die Deutschen in Bogota folgende Kundgebung beschlossen: „Die Deutschen in Bogota sind der Ansicht, daß die Monarchie einer Republik vorzuziehen ist und glauben, durch ihren langen Aufenthalt in einer Republik das Recht zu haben, ein Urteil über monarchische oder republikanische Staatsform abgeben zu können. Sie verstehen ferner nicht, daß sich Deutsche ihrem angestammten Herrscherhaus gegenüber so undankbar haben benehmen können, wie es leider geschehen ist, und daß sie nicht alles getan haben und tun wollen, um ihren Kaiser, der ihnen Wohlstand geschaffen und Deutschland auf die Höhe des Ruhmes geführt hat, auf jede Weise und in jeder Lage zu schützen. Es muß tief beschämen, daß ein Volk wie das belgische, welches jahrelang hindurch nur über wenige Quadratmeter eigenen Grund und Bodens verfügte, seinem Herrscherhause treu blieb, während das deutsche von seinem Kaiser von Sieg zu Sieg geführt, ihn in der Stunde der Gefahr verließ. Sie hoffen und vertrauen, daß alles geschehen wird, um sobald wie möglich die Monarchie wiederherzustellen."

Digitized by Google

Brasilien

Der „Urwaldbote" in Blumenau bespricht in einer längeren Aussührung die Haltung der Presse Brasiliens zum Deutschtum während des Krieges. Er stellt fest, daß die Blätter im allgemeinen der Politik der Regierung folgten, jetzt aber sich die Unbefangenheit des Urteils zurückerwerben. Nur eine Zeitung in Brasilien, das „Diario Espanhol" in Sao Paolo verfocht mit Mut die deutsche Sache trotz aller Drohungen und Gefahren, denen es ausgesetzt war, und der Herausgeber ließ sich auch dann nicht beirren, als aufgehetzte Volksmassen zu verschiedenen Malen die Druckerei angriffen und den Versuch machten, sie zu zerstören. Das Blatt war geradezu ein Trost und eine Stärkung für jeden Deutschen. „Das Diario Espanhol wurde ein Freund in der Not", sagt der „Urwaldbote", halten wir ihm die Treue, es muß in deutschen Häusern stets eine gute Stätte finden."

Man fängt wieder an, den Wert der Ansiedler deutscher Abkunft in dem Staate Santa Catharina in Brasilien in das rechte Licht zu stellen. Nach einer sehr heftigen Rede, die der Abgeordnete Mauricio Lacerda gegen die deutsche Ansiedelung in den Südstaaten hielt, wobei er nicht vergaß, die „deutsche Gefahr" hervorzuheben, übernahmen die Abgeordneten für den Staat Santa Catharina, die Herren Eugenio Müller und Celso Baymann, die Verteidigung dieser Niederlassungen. Sie wiesen auf die gewaltige von den Deutschen geleistete Kolonisationsarbeit hin, die vorzüglichen Straßen, welche die Deutschen aus eigenen Mitteln angelegt hatten, und hoben weitere Erfolge hervor. Wie lächerlich der Gedanke einer „deutschen Gefahr" sei, beweise der Umstand, daß in dem Staat Santa Catharina unter 600 000 Einwohnern nur 60 000 deutscher Abkunft seien, während zum Beispiel in einigen Staaten Nordamerikas der Prozentsatz 66 sei.

China

Eine Reuterdepesche aus London meldet, der Senat habe das Recht der Deutschen, in Südchina zu wohnen und Handel zu treiben, wieder hergestellt.

Unter der Überschrift: „China den Deutschen offen, neue Handelsmöglichkeit" bespricht in der „Times" vom 20. September der Pekinger Spezialberichterstatter die Aussichten der Deutschen in China. Der Kriegszustand zwischen Deutschland und China ist durch Erlaß des chinesischen Präsidenten beendet, allein über die Absichten der chinesischen Regierung gegenüber den deutschen Untertanen ist nichts Genaues zu erfahren. Vermutlich werden alle Beschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit und ihrer Beziehungen zum Volke aufgehoben und den Ausgewiesenen wird freigestellt, zurückzukehren. In Ermangelung von Staatsverträgen zwischen den beiden Ländern wird der Status der Deutschen in China von jetzt ab in seltsamem Widerspruch stehen zu früher. Denn die Deutschen erfreuen sich nicht mehr der Vorteile der Exterritorialität und werden der chinesischen Gerichtsbarkeit unterworfen, obwohl das Gesetz in diesem Lande rein orientalisch und seine Handhabungen vom Standpunkt eines Westländers grotesk sind. Außerdem können Waren aus Deutschland nicht mehr zu den advalorem Zoll von 5 Prozent eingeführt werden, sondern sind mit 30 und 100 Prozent zollpflichtig, entsprechend der Zollskala, die auf Waren aus Nichtvertragsstaaten besonders Anwendung finden.

Bei dieser anormalen Lage werden die Deutschen möglicherweise in China mit außerordentlicher Gunst aufgenommen, wenn sie sich nämlich den neuen Bedingungen unterwerfen. Die Chinesen, ängstlich darauf bedacht, ihre Tarif-Autonomie wieder zu erlangen und die Exterritorialität abzuschaffen, würden zweifelsohne Sorge tragen, den Deutschen eine gute Behandlung sicherzustellen, schon um anderen Ländern ein Beispiel dafür zu geben, was sie tun können. Das Ergebnis für die Deutschen, besonders wenn sie einen günstigen Handelsvertrag schließen können, kann sein, daß ihre Handelsbedingungen bessere als je zuvor werden.

Nachdem China den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt hat, erschien die rechtliche Stellung der deutschen Staatsangehörigen mangels besonderer Bestimmungen zweifelhaft, nachdem der vor dem Krieg bestehende Vertragszustand zwischen China und dem Deutschen Reich aufgehoben war. In obiger Notiz aus der „Times" spricht sich deren Chinakorrespondent über die Aussichten der Deutschen in China sehr optimistisch aus. Inzwischen sind von der chinesischen Regierung zwei Regulationen veröffentlicht worden, die sich mit den Angehörigen von Ländern, die keinen Vertrag mit China haben, befassen und deren Text wir den „Weltwirtschaftlichen Nachrichten" entnehmen. Hiernach erscheint die Rechtsstellung der Deutschen in China weniger günstig. Der Hauptinhalt der erwähnten Regulationen ist folgender:

Fremde aus Nichtvertragsländern, die in chinesischem Gebiete wohnen, sind der Rechtsprechung der Verwaltungsbeamten dieses Landes unterworfen. „Nichtvertragsfremde" haben das Recht, in Vertragshäfen und an Plätzen zu wohnen, in denen Fremden der Aufenthalt gestattet ist, sie dürfen sich aber nicht im Innern als Agenten niederlassen. Es ist ihnen nicht gestattet, im Innern Grundbesitz zu mieten; diejenigen jedoch, die in Inlandstädten und -Plätzen als Missionare leben und Häuser mieten, für Kirchen, Schulen, Hospitäler und andere Wohlfahrtseinrichtungen, sollen ausgenommen sein. Nichtvertragsfremde sollen nicht das Recht haben, Zeitungen oder Zeitschriften irgendwelcher Art herauszugeben oder zu verbreiten. Auch dürfen sie nicht Mitglieder von Vereinigungen werden, die politische Zwecke verfolgen, noch dürfen sie an Versammlungen teilnehmen, die zu politischer Erörterung anberaumt werden.

Hinsichtlich des Handels seitens der Angehörigen von Nichtvertragsländern bestimmen die Regulationen, daß sie bei der Einfuhr von Waren Seezoll bezahlen sollen, entsprechend den Bestimmungen, die bei Zahlung der Seezölle, die von der Regierung festgesetzt sind, Anwendung finden. Wenn Angehörige von Nichtvertragsländern zwecks Verkaufs Ware in das Innere schicken, sollen sie die verschiedenen Inlandszölle und Likinabgaben besonderen Bestimmungen entsprechend bezahlen und es soll ihnen nicht erlaubt sein, sich bei den Seezollämtern Transitpässe zu beschaffen.

Japan

In Rotterdam sind Meldungen aus Japan eingegangen, denen zu entnehmen ist, daß die von den Japanern geschaffene Kontrolle des feindlichen Eigentums nur die Veräußerung des deutschen Eigentums unter der Hand verhindern soll. Sie sei mehr gegen die feindlichen Ausländer gerichtet, die während des Krieges liquidiert haben, denn die japanische Regierung habe zwar die Absicht, das Eigentum von Ausländern, die während des Krieges gegen Japan gearbeitet haben, zu beschlagnahmen, verlange aber für alle anderen Deutschen und Österreicher nur die Erfüllung der aufgelaufenen Steuerverpflichtungen.

In der Frage der christlichen Mission auf den bisher deutschen Marianen, Carolinen und Marschallinseln wurde Shinscio Yamamoto in außerordentlicher Mission zum päpstlichen Stuhl in Rom entsandt. Die Verhandlung drehte sich um den Ersatz der bisher dort tätigen deutschen Missionare. Der Papst empfing den Gesandten in feierlicher Audienz; er drückte ihm seine Genugtuung aus über die Sorge, die Japan in dieser wichtigen Frage in direkte Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl treten ließ.

Digitized by Google

Marschallinseln

Auf der japanischen Gesandtschaft in Bern wurde einem deutschen Pflanzer, der bis Kriegsausbruch auf den Marschallinseln lebte, auf seine Anfrage erklärt, daß die japanische Regierung den deutschen Siedlern und Pflanzern nicht nur die Erlaubnis gebe, auf den Marschallinseln sich niederzulassen, sondern auch ihre Niederlassung gern sehen würde.

Samoa

Das Neuseeländische Abgeordnetenhaus hat am 20. Oktober das Gesetz angenommen, das die Übernahme des Mandates über Deutsch-Samoa durch Neu-Seeland vorsieht.

Australien

In Berlin eingetroffene Berichte sprechen von einer sehr bedrückten Lage des Deutschtums in Australien. Der Haß gegen alles Deutsche hält auch nach Beendigung des Kriegszustandes an. Namentlich in den Städten sind die Deutschen täglich neuen Demütigungen ausgesetzt. Man spricht von ihnen nie anders als von „Hunnen". Darin wird auch mit den Deutschen, die bereits vor Jahrzehnten die australische bzw. englische Staatsbürgerschaft erworben haben, kein Unterschied gemacht. Viele Deutsche bekunden daher die Neigung, wieder nach Deutschland zurückzukehren.

KLEINE NACHRICHTEN

Hermann v. Bruining, dem Leiter des Ritterschaftsarchives in Riga, wurde von der philosophischen Fakultät der Universität Leipzig die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

Professor Dr. Richard Gans in La Plata ist von der argentinischen Universität in Tucuman aufgefordert worden, dort Vorträge aus dem Gebiet der Physik zu halten.

Josef Virgil Grohmann †. Im Alter von 88 Jahren ist in Prag der Hofrat Dr. Josef Virgil Grohmann gestorben, der Vorkämpfer des Deutschtums in Böhmen. Er war ursprünglich Schulmann, wurde 1869 Stadthaltereirat und ward mit der Durchführung des Reichsschulgesetzes in Böhmen betraut. Selbst die politischen Gegner anerkannten, daß er diese Aufgabe restlos löste. In den sechziger Jahren gehörte er auch dem böhmischen Landtag an.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Die Deutsche Schule in der tschecho-slowakischen Republik.

Die Reichenberger sozialdemokratische Zeitung „Vorwärts" richtet mit der Überschrift „Genosse Tusar, schweigen Sie wenigstens!" folgenden offenen Brief an den Ministerpräsidenten der tschecho-slowakischen Republik: Genosse Tusar! Bei Ihrem Besuch in Weipert haben Sie gesagt: „Dem deutschen Schulwesen werden keine Hindernisse in den Weg gelegt werden." Seither hat sich manches ereignet. So sind zum Beispiel die ersten Klassen der deutschen Gymnasien in Arnau, Budweis, Iglau, Landskron und Weidenau geschlossen worden. Ferner wurde die deutsche Lehrerbildungsanstalt in Olmütz aufgelöst. In Budweis wurde für sämtliche acht deutschen Schulen mit 45 Klassen ein einziges Schulgebäude mit zehn kleinen Zimmern bestimmt. An zahlreiche deutsche Budweiser wurden vom Bürgermeister Zuschriften gesendet, worin ihnen direkt befohlen wird, ihre Kinder in tschechische Schulen überschreiben zu lassen. Trotz aller Agitation sind noch immer 1300 Kinder für die deutschen Volks- und Bürgerschulen verblieben. 960 Volksschüler sind in zehn Klassen, die übrigen Kinder in 5 Klassen der Bürgerschule zusammengepfercht. In Reichenberg haben unlängst deutsche Kinder und Eltern vor der Christianstädter Schule gestanden, sie wurden nicht hineingelassen, weil die Schule für tschechische Schulzwecke beschlagnahmt wurde. Wir machen Sie, Genosse Tusar, nicht dafür verantwortlich, wir wissen, daß Sie nicht die Macht haben, Ihre ehrlichen Versprechungen zu erfüllen. Aber, wenn die Dinge so stehen, dann bitten wir Sie, auch diese schönen Redensarten zu unterlassen, die angesichts der Tatsachen nur wie Hohn klangen. Also schweigen Sie wenigstens!"

Deutsche Schulen in Rußland.

Die bolschewistische Regierung in Moskau gab bekannt, daß in den deutschen Schulen wieder unterrichtet werden darf. Die deutsche Bevölkerung kann Deutsch als Schulsprache beibehalten. Die deutsche Schule wird den Staatsschulen gleichgestellt und wird vom Staat bezahlt. Die evangelische Kirche erhält das Recht zur Erteilung von Religionsunterricht.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Wien. Bund der Reichsdeutschen in Deutschösterreich. Der Gedanke des Bundes hat nun auch außerhalb Wiens in der österreichischen Provinz Fuß gefaßt. Ältere schon bestehende Verbände, wie der Reichsdeutsche Hilfsausschuß in Graz und der Bund der Reichsdeutschen im Lande Salzburg haben den einstimmigen Beschluß gefaßt, als Landesverbände sich dem Bunde anzugliedern. In anderen Orten, wie in Linz, in Gmunden, in Wels, in Klagenfurt und Villach sind Gruppen des Bundes im Entstehen begriffen.

Die ungeheure Lebensmittelnot in Deutschösterreich hat dem Bund neue Aufgaben gewiesen. Schon in den Sommermonaten ergaben die Beratungen über Lebensmittelzugaben an die Mitglieder die Notwendigkeit, daß im Bund eine Organisation zu schaffen wäre, die zum Einkauf von Lebensmitteln gesetzlich befugt ist. Es wurde die Schaffung eines Konsumvereins angeregt, dessen Satzungen von einem Ausschuß in unermüdlicher Arbeit ausgearbeitet wurden. Die behördliche Genehmigung liegt nun vor und dadurch ist die Möglichkeit zu Einkäufen gegeben.

Mit Winteranfang ist die Not der Bevölkerung im neuen Österreich immer erschreckender geworden, und selbst der Staatssekretär Löwenfeld-Ruß hat offen zugeben müssen, daß eine Sicherstellung der Ernährung nicht möglich sei. Die Bundesleitung hat sich infolgedessen zur pflichtgemäßen Wahrung der Interessen aller Reichsdeutschen entschlossen, besondere Wege einzuschlagen. Sie hat an die Regierung der deutschen Republik das nachstehende Telegramm gerichtet: „Der Bund der Reichsdeutschen in Deutschösterreich als Vertretung der hiesigen Reichsdeutschen ersucht dringend die Reichsregierung, die Lebensmittel- und Heizmittelversorgung der Reichsdeutschen in Deutschösterreich in Anbetracht der bevorstehenden katastrophalen Hungersnot zu übernehmen, da eine andere Versorgung im Winter aussichtslos erscheint. Der Bund stellt für die Durchführung seine Organisation zur Verfügung." Läßt uns in diesem ernstesten Augenblick, schreibt das Organ des Bundes, den ein Land durchmachen kann, unsere Heimat im Stich, dann wehe uns! Das Reich hat die schlimmen Tage der gänzlichen Abgeschlossenheit bestehen können, so wird es jetzt, da doch schon Erleichterungen, Besserungen da sind, noch eher für sich sorgen können. Ist aber ein Sechzig-Millionen-Volk versorgbar, dann bleibt auch noch für die einhundertfünfzigtausend Reichsdeutschen in Österreich, die nach der höchsten Schätzung hier kein können, auch noch das Nötigste übrig. Die Berichte aus

Digitized by Google

allen Teilen Österreichs, die bei der Bundesleitung eingelaufen sind, zeigen überall die gleiche Not, nicht nur in der Stadt, sondern auch in den Ländern, die sonst als Magazin der Versorgung geschätzt sind. Der Bund hat alles vorbereitet, um die Durchführung einer Verteilung zu ermöglichen. Die Bundeskanzlei ist zurzeit an der Arbeit, die Unterlagen für die vollständige Erfassung aller Reichsdeutschen in einer reichsdeutschen Kartothek zu schaffen. Der Bundespräsident Luck-Lotzmann weilt zurzeit zu Verhandlungen mit den amtlichen deutschen Stellen in Berlin.

Hochschulbund der Südostdeutschen.

Die Südostdeutschen in Großrumänien haben sich in dem Hochschulverband eine neue Gemeinschaft geschaffen, deren Hauptaufgaben die Errichtung eines deutschen Studentenheims im Standort der noch zu eröffnenden deutschen Universität und die Schaffung von Stipendien von deutschen Studenten aus dem Banat, Bessarabien und der Bukowina sind. Für den Sitz der Hochschule, die auf Staatskosten unterhalten werden soll, ist Hermannstadt in Aussicht genommen.

Buenos Aires. Deutscher Schulverein. Das 21. Stiftungsfest des Deutschen Schulvereins hat einen so außerordentlich starken Besuch wie noch nie zuvor aufzuweisen gehabt. Im Festsaal war eine Reihe prächtiger Stände, vor allem einer Tombola und einem Puppenstand hergerichtet, zu dem am Mittag des zweiten Tages auch die Kinder, die nach alter Sitte mit Kuchen und Erfrischungen bedacht wurden, Zutritt hatten.

Buenos Aires. Der Deutsche Kriegerverein hat unter musikalischer Mitwirkung des deutschen Männergesangvereins in Buenos Aires den Geburtstag Hindenburgs festlich begangen. „Es darf als sicher vorausgesetzt werden," heißt es in der Einladung zum Fest, „daß der Gedanke dieser Feier in den weitesten Kreisen unter den Deutschen die einmütigste Stimmung finden dürfte, da ganz Deutschland unserem Nationalhelden zu großem Dank verpflichtet ist."

Schanghai. Chinesischer Verband deutscher Ingenieure. Der Chinesische Verband deutscher Ingenieure wurde im Jahre 1913 als Tochtergesellschaft des Vereines deutscher Ingenieure in Schanghai gegründet. Neben den Hauptzielen des Vereines deutscher Ingenieure, Förderung technischer Kenntnisse und Forschung widmete sich der Verband namentlich der Förderung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in China. In der vom Verbande herausgegebenen Zeitschrift „Das industrielle China" heißt es im einleitenden Aufsatz in der ersten Nummer:

„Über die Ziele des Vereines deutscher Ingenieure hinausgehend, wollen wir alle und alles in unserem Verbande zusammenführen, um die große wirtschaftliche Aufgabe, zu deren Lösung wir durch unseren Beruf in erster Linie berufen sind, zu erfüllen: „Eine friedliche Durchdringung Chinas im Zeichen der deutschen Maschine". Die Zeit ist vorbei, in der sich die Vertreter der weißen Rasse zusammenschlossen, um gemeinsam China ihre Kultur aufzuzwingen. Heutzutage ist es nicht mehr die chinesische Reaktion, gegen die wir uns durchsetzen müssen, sondern es sind die feindlichen Mächte, allen voran England, die uns den Weg zum chinesischen Markt verlegen wollen; nicht mehr europäischer Fortschritt gegen chinesischen Stillstand, sondern angelsächsische Kultur gegen deutsche Kultur wird ausgespielt und daher auch der Kampf hie deutsche, hie englische Maschinen. England hat uns den Fehdehandschuh zugeworfen durch Gründung von Vereinigungen und Zeitschriften, die offen den Kampf gegen das Vordringen der deutschen Industrie in China predigen."

Die folgende Entwicklung hat nur zu deutlich gezeigt, wie richtig die Lage in Ostasien nicht bloß, sondern überhaupt auf der Welt von den Gründern des Verbandes erkannt wurde. Der damals schon von der englischen Industrie gegen die Deutschen auf dem chinesischen Markte geführte Kampf war das Vorspiel zu dem Weltkrieg, der im Jahre 1914 entbrannte. Sowohl vor dem Kriege, wie auch namentlich während des Krieges hat der Verband mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die englische Propaganda in China angekämpft. Durch Vorträge und kinematographische Aufführungen in Japan und China, sowie durch die Beeinflussung der chinesischen Presse, durch die Unterstützung der deutschen Propaganda nahm er lebhaften Anteil an dem verzweifelten Kampf, den das Deutschtum, zuletzt abgeschnitten von der Heimat, gegen den Handelsneid und die Mißgunst der Ententemächte in China führen mußte.

Als nach dem Eintritt Chinas in den Krieg auch dem Verbande ein öffentliches Auftreten nicht mehr möglich war, wurde nach Möglichkeit versucht, durch Ausgestaltung des Archivs und Ausbau der statistischen Arbeiten über die moderne Industrie in China nützliche Arbeit für heimische Interessen zu leisten. Mit der Ausweisung der Deutschen mußten auch diese Arbeiten aufhören.

Zurzeit hat der Verband im Hause des Vereines deutscher Ingenieure, Berlin NW 7, Sommerstraße 4a, eine von Herrn M. Th. Strewe geleitete Geschäftsstelle eingerichtet, die hauptsächlich den Zweck hat, Auskünfte über die Verhältnisse und Aussichten in China und Ostasien zu geben und mit den Behörden und privaten Organisationen am Wiederaufbau deutscher Interessen in China zu arbeiten.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Von den deutsch-amerikanischen Zeitungen.

In dem Jahresbericht der deutsch-amerikanischen „Typographia" heißt es u. a.: Im Sommer vorigen Jahres, der Zeit der schlimmsten deutschen Hetze, stand es sehr schlimm um unsere Organisation, da eine große Anzahl deutscher Tageszeitungen in allen Landesteilen ihr Erscheinen einstellen mußten, so das „Deutsche Tagblatt" in Columbus, der „Tägliche Demokrat" in Dapenport, der „Milwaukee Herald" und noch viele andere deutsche Zeitungen. Erst im Oktober v. J. konnte durch tatkräftige Unterstützung die große und bekannte „Illinois Staatszeitung" in Chicago wieder erscheinen.

DEUTSCHE KUNST IM AUSLAND

Deutsches Theater in Krumau.

Krumau ist nach der Verdrängung des Deutschtums aus den großen Städten Südböhmens die einzige Stadt des Gebietes mit überwiegend deutscher Bevölkerung. Zwei Wiener Schriftsteller, der Theaterdichter Hans Sassmann und der Kulturpolitiker Dr. Robert Scheu sind im Begriff, dem Deutschtum der Landschaft einen geistigen Mittelpunkt durch die Umgestaltung des bereits Jahrhunderte alten Stadttheaters in Krumau zu geben. Das Haus wurde mit Goethes „Geschwistern", Tschechows „Bär" und Fuldas „Unter vier Augen" neu eröffnet. Die Bühne hat gleichzeitig die Aufgabe übernommen, jüngeren schauspielerischen Talenten Gelegenheit zur Ausbildung zu geben.

Die Oper in Helsingfors.

Die neu gegründete Nationalfinnische Oper führte zum ersten Mal in finnischer Sprache Wagners „Tannhäuser" auf. Es steht zu hoffen, daß die Pflege deutscher Opernmusik in Finnland weitere glückliche Fortschritte macht.

Digitized by Google

VOM BUND DER AUSLANDDEUTSCHEN

Von den Landesverbänden.

Baden-Baden. Landesverband des Bundes der Auslanddeutschen. Die 4. Landesversammlung, die am 6. Oktober abgehalten wurde, war von sämtlichen 17 Ortsgruppen Badens besucht, die insgesamt etwa 2500 Bundesmitglieder vertraten. Aus den Berichten der Ortsgruppenvorstände wurde überzeugend klargestellt, daß der Bund der Auslanddeutschen ein Machtfaktor ist, den unsere Volksvertretung achtet und die Regierung hört. Der Landesvorsitzende, Konsul Aselmeyer, legte in seinem Geschäftsbericht der Versammlung die Ergebnisse seiner Verhandlungen mit Behörden und der Regierung vor, die in den Versammlungsteilnehmern das frohe Gefühl auslösten: „es wird endlich etwas für uns getan". Energisch und zielbewußt hat auch der Abgeordnete des Landesverbandes, Herr Levinger, der Vorsitzende der Ortsgruppe Baden-Baden, auf der Bundestagung in Berlin wiederholt die badischen Ansprüche vertreten. Sein klarer Bericht über diese Tagung enthält viel Material in Entschädigungs- und Valutafragen.

Landesverband Freistaat Hessen. In der Mitgliederversammlung am 20. Oktober erstattete der Schriftführer Bericht über die letzte Kommissionssitzung und verschiedene Verhandlungen mit Vereinigungen und Behörden. Alsdann gab Herr Sander die Rechnungslegung bekannt und bat um Entlastung des Vorstands, die erteilt wurde. Da der jetzige Vorstand zurücktrat, wurde eine Neuwahl nötig. Es wurden gewählt die Herren: Schafft als 1. Vorsitzender, Dr. Gruschwitz als 2. Vorsitzender, Schmitt als Schriftführer und Nachum als Schatzmeister. Herr Schafft berichtete über den Anschluß an den Bund der Auslanddeutschen in Berlin und verlas den Satzungsentwurf, der nach einigen kleineren Abänderungen genehmigt wurde. Nach Schluß der Sitzung erfolgte noch eine gemütliche Aussprache der anwesenden Mitglieder.

Landesverband Preußen. Die Organisationskommission des Bundes der Auslanddeutschen beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom 24. Oktober 1919 u. a. mit der Organisation Preußens. Der Vorschlag, einen Landesverband Preußen zu gründen, wurde angenommen. Innerhalb Preußens sollen „Geschäftsstellen des Landesverbands Preußen" weiter arbeiten. Die einzelnen Ortsgruppen unterstehen unmittelbar dem Landesverband.

Am 1. November wurde dementsprechend der Landesverband Preußen provisorisch gegründet. Ein vorläufiger Vorstand wurde gewählt, welcher sämtliche Ortsgruppen zu einer konstituierenden Sitzung nach Schluß der Bahnsperre einladen soll, in welcher der Landesverband Preußen endgültig konstituiert und der Vorstand gewählt werden soll.

Landesverband Württemberg. Die Ämter des Vorstandes wurden endgültig verteilt wie folgt: Vorsitzender Herr Eugen Illg-Stuttgart, Urbanstraße 38, stellvertretender Vorsitzender Herr Robert Levi, Schriftführer und Kassenwart Herr Paul Häußler, Eßlingen.

Von den Ortsgruppen.

Baden-Baden, Ortsgruppe. Unter dem Vorsitz des Herrn Levinger fand am 23. Oktober die Mitgliederversammlung statt, in der wieder vorzugsweise die Entschädigungsfrage zur Sprache kam. Herr Levinger erstattete eingehend Bericht über die Stuttgarter Tagung, wobei er die Organisation des gastfreundlichen Ausland Instituts besonders hervorhob. Die Ortsgruppe hat in den letzten Monaten noch ungefähr 70 neue Mitglieder aufgenommen. Ihr Geschäftszimmer konnte sie dank dem Entgegenkommen der Stadtverwaltung nach dem Sparkassengebäude verlegen.

Gruppe Berlin des Bundes der Auslanddeutschen, Abteilung Belgien. Am 2. Oktober fand im Café Wilhelmplatz in Charlottenburg eine Versammlung statt. Aus den Ausführungen des Schatzmeisters, Herrn Thiele, geht hervor, daß sich bisher 185 Mitglieder mit 1185 Mark Beitrag haben einschreiben lassen. Der Vorsitzende berichtete, daß der Bund damit beschäftigt sei, die Organisation für die Verteilung der Entschädigung ins Leben zu rufen. Gegenwärtig würden die Formulare ausgearbeitet, die den Mitgliedern demnächst durch die Post zugesandt würden. Man besprach dann die Zweckdienlichkeit der Einreise nach Belgien und die Wohnungsfürsorge für Flüchtlinge, sowie die Frage der Besteuerung der Auslanddeutschen, die in der nächsten Versammlung noch eingehend behandelt werden soll. Darauf entwickelte Herr Dr. Fernbach in längerem Vortrag seine Gedanken der Gründung einer Bank für Auslanddeutsche unter Beteiligung des Reichs. An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Aussprache an. Auf Anregung des zweiten Vorsitzenden, Herrn Fehrmann, wird beschlossen, an den Bund einen kurz gehaltenen Antrag zu senden, damit sich dieser mit dem Vorschlage des Dr. Fernbach beschäftige.

Bremen. Ortsgruppe des Bundes der Auslanddeutschen, Abteilung Belgien. Die Mitglieder-Versammlungen finden an jedem Mittwoch abends 8½ Uhr in Remmers Altdeutschen Bierstuben, Peltzerstraße, statt. Dieser Verein deutscher Flüchtlinge aus Belgien besteht jetzt seit etwa einem Jahre und bietet den Mitgliedern Anregungen, Belehrungen über die Wahrung deutscher Interessen in Belgien, sowie gegenseitige Unterstützung.

Darmstadt. Die bisherige Ortsgruppe Darmstadt der Vereinigung zum Schutze der Interessen der Reichsdeutschen aus Feindesland in Frankfurt a. M. hat beschlossen, vom 1. November an sich als selbständige Ortsgruppe dem Landesverband Hessen des „Bundes der Auslanddeutschen" anzuschließen.

Erfurt. Ortsgruppe des Bundes der Auslanddeutschen. Die Gründung der Ortsgruppe erfolgte am 24. Okt. In den Vorstand wurden gewählt die Herren Franz Wagner, Karl Träger, Alexander Wagner und Wilhelm Schlag. Die Geschäftsstelle befindet sich Kreuzsand 8. Von 5 Uhr nachmittags ab wird täglich dort ein Mitglied des Vorstandes zu sprechen sein. Mitgliederversammlungen sollen regelmäßig Donnerstags in der ersten und dritten Woche des Monats im Restaurant Steinitzer stattfinden. Die Mitgliederzahl beläuft sich schon auf über 100.

Frankfurt a. M. Vereinigung zum Schutze der Reichsdeutschen aus Feindesland. Die Oktoberversammlung wurde von Herrn Göbel geleitet, der zunächst über die Vorentschädigung und das Entschädigungsgesetz Bericht erstattete und verschiedene Mitteilungen über die Einreise nach Italien machte. Sodann sprach Herr Dr. Fürst von der Ortsgruppe Frankfurt a. M. des Hilfsbundes der Elsaß-Lothringer, der die Forderungen der Elsaß-Lothringer auf ihre Entschädigung erläuterte, die sich in der Hauptsache mit den Forderungen der Auslanddeutschen decken, in mancher Hinsicht jedoch darüber hinausgehen. Es sei zu hoffen, daß diese berechtigten Forderungen bei der Beratung des zu erwartenden Entschädigungsgesetzes die gebührende Beachtung finden werden. Die Ausführungen des Herrn Dr. Fürst fanden allgemeinen Beifall.

Hamburg. Ortsgruppe Hamburg des Bundes der Auslanddeutschen, Abteilung Rußland. Am 3. Oktober fand die 49. Zusammenkunft im Gewerkschaftshaus, Binderhof 10, statt. Herr Pohl begrüßte die Erschienenen und gab einen kurzen Überblick über die letzten politischen Ereignisse. Er warnte vor allzu großem Optimismus bezüglich der Rückwanderungsmöglichkeit nach Rußland. Die russische Bevölke-

Digitized by Google

rung würde uns wohl wieder gern aufnehmen und mit uns arbeiten, aber in einer künftigen russischen Regierung würden starke Widerstände und Gegenströmungen zu überwinden sein. Der Redner berichtete sodann ausführlich über den Stand der Entschädigungsfrage und gab am Ende seiner Ausführungen über eine ganze Reihe von Anfragen zu seinem Thema Auskunft. Aus dem Vorstand sind zwei Beisitzer ausgetreten. Der Vorstand wurde daher wieder auf acht Mitglieder ergänzt durch einstimmige Zuwahl der Herren Ueckermann, Hecking und Neupert, die sämtlich früher in Riga ansässig waren.

Heidelberg. Ortsgruppe. Die Hauptversammlung fand am 18. Oktober statt. Die Gruppe, eine der ältesten von den 13 Ortsgruppen des Landesverbands Baden, ist in stetem Wachsen begriffen und zählt zurzeit 68 Mitglieder, dürfte aber durch den Beitritt der in großer Anzahl noch beiseite stehenden Zivilinternierten einen weiteren namhaften Zuwachs erhalten. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, Herrn C. F. Rammelmeyer, dem zweiten Vorsitzenden, Herrn Winckler, dem Kassenwart, Herrn Reuter, dem Beisitzer, Herrn Kohler und dem Schriftführer, Herrn Schuh. Für die geographische Gruppe wurden die Obmänner Herren Bühler und Schnorr für England, Müller und Fröhlich für Frankreich, Weingart und Stahl für Rumänien bestimmt. Von Mannheim überbrachte Pfarrer Wettstein die Grüße der dortigen ältesten Ortsgruppe Badens. In lebendigen Ausführungen kam der Redner auf die zweite Vertreterversammlung des Bundes in Stuttgart zu sprechen, auf die alle Auslanddeutschen auf das tiefste berührenden Fragen der Entschädigung und des Reichsnotopfers und schloß seinen mit vielem Beifall aufgenommenen Bericht mit der Bitte an die Anwesenden, ihre ganze Kraft für die Bestrebungen des Bundes einzusetzen. Nach Mitteilungen des Vorsitzenden und nach einer kurzen Aussprache schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Mannheim. Ortsgruppe des Bundes der Auslanddeutschen. Am 29. Oktober fand die halbmonatliche Versammlung der Ortsgruppe statt. Nach Erledigung geschäftlicher Fragen begrüßte der Vorsitzende, Pfarrer Wettstein, in herzlicher Weise eine Anzahl nach längerer Gefangenschaft in französischen Zivilinterniertenlagern in die deutsche Heimat zurückgekehrter Landsleute, die als Gäste der Ortsgruppe am Vorstandstisch Platz genommen hatten. Das Hauptereignis des Abends bildete der Besuch des Vorsitzenden des Landesverbands Baden, Konsul Aselmeyer, der seiner Freude über die herzliche Aufnahme in der Ortsgruppe Mannheim Ausdruck gab und in längerer kraftvoller Rede über die Ziele, die Erfolge und die Aussichten des Bundes sprach. Für die Geschäftsleute machte er wichtige, leider jedoch nicht sehr hoffnungsvoll lautende Mitteilungen über die Wiederanknüpfung des Geschäftsverkehrs mit den feindlichen Ländern und berichtete — im Gegensatz dazu — über den guten Empfang, welcher Deutschen in Italien von ihren früheren Bekannten zuteil geworden ist. Von Wichtigkeit war im weiteren Verlauf des Abends die Mitteilung, daß die Ortsgruppe am 22. Dezember im großen Saal des Ballhauses eine Weihnachtsfeier für sämtliche Auslanddeutsche in Mannheim und Umgegend abhalten wird. Die Firma Rumpelmeyer hat den Ertrag eines Konzertabends zur freien Verfügung der Auslanddeutschen in Aussicht gestellt; dieses Geschenk soll zur Deckung der Unkosten der Weihnachtsfeier, welche für die Heimatlosen von besonderer Bedeutung ist, verwendet werden. Für denselben Zweck wurde sogleich eine Tellersammlung veranstaltet, an der sich die Anwesenden mit großer Bereitwilligkeit beteiligten. Den Schluß des genußreichen Abends bildete eine kurze Rede des Vorsitzenden, welcher seinem Vertrauen in die Kraft unseres Volkes und vor allem der im Kampf ums Dasein gestellten Auslanddeutschen warmen Ausdruck gab.

Ravensburg, Ortsgruppe. Unter Anschluß an den Landesverband Württemberg hat sich hier eine Ortsgruppe des Bundes der Auslanddeutschen gebildet. Vorsitzender ist Herr Emil Sterkel in Ravensburg, Stellvertreter Herr E. Oppold.

Singen. Eine Ortsgruppe des Bundes der Auslanddeutschen wurde hier gegründet. Den Vorsitz führt Herr Bernhard Bertling.

Wilhelmshaven-Rüstringen. Hier wurde eine Ortsgruppe gegründet, der sich sofort eine große Anzahl von Auslanddeutschen anschloß. Die Versammlungen der Ortsgruppe finden im Parkhaus statt.

Zerbst. Die Ortsgruppe des B. d. A. hielt am 14. November im Vereinslokal „Deutsche Schenke" unter zahlreicher Beteiligung ihre erste Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Ingenieur Meinecke, gab zunächst einen Überblick über die vom Bunde in der Frage der Entschädigung bisher geleistete Arbeit an Hand des Protokolls über den Stuttgarter Vertretertag. Zur Hebung der Geselligkeit sollen Montags zwanglose Zusammenkünfte im Vereinslokal stattfinden. Die Monatsversammlungen sind auf den ersten Montag jeden Monats festgelegt worden.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Ein **Verband Deutscher Kolonial- und Auslandärzte** hat sich in Berlin gebildet. Er bezweckt, den Kolonial- und Auslandärzten den Übergang in neue Bahnen zu erleichtern, die Interessen der deutschen Ärzte, die ins Ausland gehen wollen, wahrzunehmen und für eine fachmännische Vertretung der deutschen Ärzte im Auswanderungswesen einzutreten. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin W 35, Schöneberger Ufer 13/4.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Freizügigkeit für Auslandsflüchtlinge.

In Nr. 11, Seite 378, unserer Zeitschrift haben wir unter diesem Titel einen Aufsatz gebracht, der die gegenwärtige Rechtslage auf dem Gebiete des Wohnungs- und Aufenthaltswesens in Württemberg darlegt unter besonderer Berücksichtigung der bedrängten Lage der Auslandsflüchtlinge. In dem Aufsatz ist ausgeführt, daß die württembergische Regierung auf dem Standpunkt steht, daß die Durchführung der reichsrechtlich durch die Verordnung vom 23. Juli d. J. gewährleistete Freizügigkeit für Auslandsflüchtlinge für Württemberg eine zu starke Belastung der Gemeinden mit zuströmenden Flüchtlingen mit sich bringen würde und daß sie daher durch die Verordnung vom 29. August 1919 über Bekämpfung der Wohnungsnot, die jede Wohnungsnahme von der vorherigen Genehmigung der Gemeindebehörde abhängig macht, die Reichsverordnung außer Kraft gesetzt habe. Ähnlich liegt die Rechtslage in Baden. Die Verordnung des Ministeriums für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen vom 29. März 1919 (GVBl., Seite 172), die einen ähnlichen Inhalt wie die württembergische Verordnung hat, wird weiter angewandt mit Rücksicht auf die außerordentlichen Unzuträglichkeiten, die sich für Baden bei dem starken Zustrom von Flüchtlingen gerade in diesem Lande ergeben würden. Der Zuzug von Auslandsflüchtlingen ist somit auch in Baden im wesentlichen von

Digitized by Google

dem guten Willen der einzelnen Gemeinde abhängig. In Preußen sind nach einer Mitteilung des Ministeriums sämtliche von den Gemeinden erlassenen Zuzugsbeschränkungen oder sonstige Anordnungen, die als Zuzugsbeschränkungen wirken können, aufgehoben worden. Ebenso hat Bayern die bisher bestehenden Fremdenzuzugsverbote mit Wirkung vom 28. August 1919 durch die Bekanntmachung vom 29. August 1919 außer Kraft gesetzt. Die Verordnung vom 29. April 1919 über Bekämpfung der Wohnungsnot ist zwar noch in Geltung; sie darf jedoch nach ausdrücklicher Bestimmung der genannten Bekanntmachung gegenüber den im § 2 der Reichsverordnung vom 23. Juli aufgeführten Personen nicht angewandt werden. Auch Sachsen hat nach einer Mitteilung des dortigen Ministeriums ausdrücklich angeordnet, daß Auslandsflüchtlinge im Sinne des § 2 keinesfalls, auch indirekt nicht, durch Kontingentierung der Wohnungen am Zuzug gehindert werden dürfen.

Der Rechtszustand in der Frage Zuzugsfreiheit oder Zuzugsbeschränkung für Auslandsflüchtlinge ist somit leider im Reiche kein einheitlicher, und das Bild würde wohl noch mannigfaltiger, wenn wir auch die übrigen Länder in den Kreis unserer Betrachtung aufnähmen. Im Interesse der Auslandsflüchtlinge ist die tatsächliche Durchführung der für sie reichsrechtlich gewährleisteten Freizügigkeit überall im Reich zu fordern. Das Deutsche Ausland Institut hat sich daher auch in diesem Sinne mit einer Eingabe an die Reichsregierung gewandt.

Reichsministerium für den Wiederaufbau.

Zur Ausführung der nach dem Friedensvertrag für die wirtschaftliche Wiedergutmachung einschließlich des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete in Betracht kommenden Maßnahmen ist eine besondere oberste Reichsbehörde unter dem Namen „Reichsministerium für Wiederaufbau" errichtet worden. Nach dem bekanntgegebenen Aufgabenkreis ist diese Behörde für die die Auslanddeutschen angehenden Fragen in erster Linie einschlägig. Im einzelnen gehen auf das Reichsministerium für Wiederaufbau folgende bisher bei anderen Ministerien bearbeitete Angelegenheiten über: 1. Die unmittelbare wirtschaftliche Wiedergutmachung. 2. Die Ausgleichung von Forderungen und Schäden gegenüber den bisher feindlichen Staaten. 3. Die Abwicklung der Liquidation. 4. Die Entschädigung der Auslanddeutschen. 5. Die Ausgleichung der Kriegsschäden der deutschen Reederei (See- und Binnen-Schiffahrt und die Fischerei). Zum Reichsminister für den Wiederaufbau wurde, wie bekannt, der bisherige Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Dr. Geßler, ernannt.

Zum Reichsnotopfer.

In Nr. 300 der „Konstanzer Zeitung" vom 4. November findet sich eine Besprechung der Kritik, die der frühere badische Finanzminister Dr. Rheinboldt im 63. Heft der „Finanz- und volkswirtschaftlichen Zeitfragen" über den Entwurf zum Reichsnotopfergesetz veröffentlicht hat. Rheinboldt glaubt in seiner Kritik hervorheben zu müssen, daß insbesondere die im Entwurf vorgesehene Abgabefreiheit der Auslanddeutschen, die bis zum 31. Dezember 1920 nachweislich des Erwerbes wegen in den ausländischen Staat zurückkehren, geradezu einen Anreiz für die Wiederauswanderung kapitalkräftiger Deutscher bilde und damit dem schwergeprüften Vaterlande wertvolle Kräfte entziehe, die es bei seinem Wiederaufbau nötig brauchen könnte. Eine längere Erwiderung auf diesen Standpunkt gab bereits Herr Adrian Rösch, der Obmann der Konstanzer Ortsgruppe des Bundes der Auslanddeutschen, in der Zeitung vom 8. November. Wir möchten aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, wie sehr eine derartige, die Dinge einseitig vom finanztechnischen Standpunkt aus betrachtende Stellungnahme beweist, daß es an dem nötigen Verständnis für die Lage der Auslanddeutschen und die Probleme des Auslanddeutschtums noch in weiten Kreisen und leider auch bei Männern in führenden Stellungen fehlt. Die Auslanddeutschen sollen ja gerade wieder hinaus, denn nicht nur im Inland, sondern auch draußen, und gerade draußen im Ausland braucht Deutschland tüchtige Kräfte. Den Auslanddeutschen die möglichst baldige Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit im Ausland nach Möglichkeit zu erleichtern, ist ja der Zweck der Vorentschädigung und der Sinn der für Auslanddeutsche getroffenen Sonderbestimmungen auf dem Gebiete der Steuerfluchtgesetzgebung. Begrüßenswerter Weise steht ja die Reichsregierung auf dem Standpunkt, den Auslanddeutschen in weitgehendem Maße Erleichterungen und Unterstützungen zuteil werden zu lassen; es wird von seiten der Reichsregierung den auslanddeutschen Problemen in so hohem Maße Beachtung und Verständnis entgegengebracht, daß über die in der „Konstanzer Zeitung" wiedergegebene Äußerung Rheinboldts ruhig zur Tagesordnung übergegangen werden kann.

Gesetzgebung gegen die Kapitalflucht.

In derselben Nummer des Reichsgesetzblatts, in der die Aufhebung der Devisenordnung veröffentlicht wurde, erfolgte die Bekanntmachung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht vom 8. September 1919 (RGBl. S. 1540), das die Verschiebung inländischer Vermögen ins Ausland unter Umgehung der Steuerpflicht verhüten soll.

Nach § 1 des Gesetzes dürfen auf Reichs- oder ausländische Währungen lautende Zahlungsmittel nach wie vor nur durch Vermittlung von Banken nach dem Ausland versandt oder überbracht werden. Die Banken aber dürfen (§ 2) Aufträge, wonach Zahlungsmittel nach dem Ausland versandt oder überbracht oder für einen Ausländer in Verwahrung genommen werden sollen, nur ausführen, wenn der Auftraggeber eine Erklärung nach dem vom Reichsminister der Finanzen vorgeschriebenen Muster in dreifacher Ausfertigung einreicht, und haben eine Ausfertigung dieser Erklärung binnen einer Woche an das für ihre Niederlassung (Zweigniederlassung) zuständige Besitzsteueramt weiterzugeben und eine Ausfertigung der Sendung der Zahlungsmittel beizufügen. Hierdurch soll die Steuerbehörde von jedem Verbringen von Zahlungsmitteln ins Ausland Kenntnis erhalten. Die letztgenannten Bestimmungen finden keine Anwendung, wenn die Bank Zahlungsmittel im eigenen Namen nach dem Ausland versendet oder überbringt oder für einen Ausländer in Verwahrung nimmt. Ausländer im Sinne des Gesetzes sind Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben und Unternehmungen, soweit sie im Ausland ihren Sitz haben.

Durch § 7 des Gesetzes gegen die Kapitalflucht ist der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, durch Verordnung Maßnahmen zur steuerlichen Erfassung geflüchteten oder versteckten Vermögens zu treffen, ferner im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister durch Verordnung Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der Banken zu erlassen und Banken, die keine Gewähr für die Innehaltung dieser Vorschriften bieten, den Geschäftsbetrieb zu untersagen. Die Verordnungen des Finanzministers bedürfen der Zustimmung eines vom Reichstag aus seiner Mitte zu wählenden Ausschusses von 10 Mitgliedern.

Auf Grund dieses § 7 erging die Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919 (RGBl. S. 1510).

Nach dieser Verordnung (§ 1) dürfen Zins oder Gewinnanteilscheine, sowie ausgeloste, gekündigte oder zur Rückzahlung fällige Stücke von inländischen Wertpapieren nur Banken, und zwar nur solchen Banken zur Einlösung, Beleihung oder Gutschrift übergeben und nur von solchen Banken zu diesen Zwecken angenommen werden, bei denen das ganze Wertpapier oder der Zins oder Gewinnanteilscheinbogen mit dem

Digitized by Google

Erneuerungsschein hinterlegt sind. Befindet sich das Wertpapier im Ausland oder in Gewahrsam eines Dritten im Inland, so muß die einlösende inländische Bank im Besitz eines mit einem Stückverzeichnis versehenen urkundlichen Nachweises (Hinterlegungs-, Verpfändungsschein) über die anderweitige Aufbewahrung des Wertpapieres sein. Als Banken im Sinne der Verordnung gelten auch Sparkassen und Kreditgenossenschaften, sowie weiter alle Personen und Unternehmungen, die geschäftsmäßig Bank- oder Bankiergeschäfte betreiben. Der Verkehr von Bank zu Bank wird durch die angeführten Vorschriften nicht berührt.

Die Vorschriften finden auch keine Anwendung, wenn der Eigentümer der Bank ein mit dem Bestätigungsvermerk eines Finanzamtes versehenes Verzeichnis seines Besitzes an Wertpapieren vorlegt, aus dem hervorgeht, daß dieselben ordnungsgemäß bei dem Finanzamt angemeldet sind (§ 3), ferner — und diese Bestimmung ist für Auslanddeutsche von besonderer Wichtigkeit — wenn der Eigentümer der Wertpapiere im Auslande seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat und für das Einkommen aus den Wertpapieren im Inland nicht steuerpflichtig ist (§ 2). Die Einlösung, Beleihung oder Gutschrift darf jedoch in diesem Falle nur erfolgen, wenn der Eigentümer eine eidesstattliche Erklärung nach einem von dem Reichsfinanzminister zu bestimmenden Muster abgibt, daß die nach Nennwert, Gattung und üblichen Unterscheidungsmerkmalen aufzuführenden Wertpapiere sein Eigentum sind, daß die eingereichten Zins- oder Gewinnanteilscheine zu den in seinem Eigentume befindlichen Stücken gehören, daß er für das Einkommen aus den Wertpapieren in Deutschland nicht steuerpflichtig ist und daß er weder mittelbar noch unmittelbar im Auftrag oder für Rechnung einer dritten Person handelt, die einer Besteuerung in Deutschland unterliegt. Die eidesstattlichen Erklärungen müssen den aus dem Ausland zur Einlösung eingeführten Werten beigefügt sein.

Erleichterung von den angeführten Vorschriften der Verordnung kann der Reichsminister der Finanzen nach eigenem Ermessen gewähren (§ 5).

Die übrigen Bestimmungen der Verordnung beschäftigen sich mit der Überwachung der Banken und mit Strafen für die Fälle der Übertretung.

Der Standpunkt der deutschen Auslandsgläubiger.

Der Interessenkampf zwischen Auslandschuldner und Auslandgläubigern in der Frage des internen Clearings hat noch zu keinem Ausgleichsergebnis geführt. In einer ausführlichen außerordentlich sachlichen Denkschrift hat die Handelskammer Hamburg die einschlägigen Fragen beleuchtet und dabei vor allem den Standpunkt der Auslandschuldner vertreten. Dagegen wendet sich in einem Flugblatt der „Schutzverband für deutsche Auslandsforderungen" und protestiert gegen den Vorschlag der Hamburger Handelskammer, das Deutsche Reich solle den Valutagläubigern nicht den wahren und ihm im Ausgleichsverfahren vom feindlichen Staat gutgeschriebenen Betrag der Valutaforderung, sondern nur einen dem Vorkriegskurs entsprechenden Markbetrag erstatten und mit Rücksicht auf die so gemachte Ersparnis sich von den Valutaschuldnern nur den Vorkriegskurs zahlen lassen. Eine Abrechnung seiner Forderungen zum Tageskurs bedeute für den Valutagläubiger gar keinen Gewinn, so wenig, wie bei jedem beliebigen anderen Vermögensstück, das man aus der Vorkriegszeit besitze. Der Valutaschuldner habe vor dem Kriege Waren aus dem feindlichen Ausland bezogen und den Erlös fünf Jahre hindurch geschäftlich ausgenutzt. Trotz des vom Deutschen Reich erlassenen Zahlungsverbotes hätte er sich von seiner Schuld jederzeit durch Hinterlegung des entsprechenden Betrages bei der Reichsbank oder dem Treuhänder für das feindliche Vermögen befreien können, er habe aber auf einen für Deutschland günstigen Ausgang des Krieges und das Sinken der ausländischen Währung spekuliert. Der Valutagläubiger habe vor dem Kriege Waren ins feindliche Ausland geliefert und warte nun seit 5 Jahren auf den Gegenwert, er habe bei dem Abschluß des Kaufvertrags ausdrücklich die fremde Währung vereinbart, weil er ihrer zur Fortführung seiner Geschäfte, zum Ankauf neuer Rohstoffe usw. bedarf. Der Schutzverband glaubt, auch rechtliche Gründe für sich ins Feld führen zu können, nämlich Art. 297 i des Friedensvertrags und außerdem Art. 153 der neuen Reichsverfassung, da die Abfindung des Gläubigers mit Papiernoten zum Vorkriegskurs eine teilweise Enteignung, und zwar nicht zum Wohl der Allgemeinheit, sondern lediglich im Interesse der Valutaschuldner bedeute. Es sei daher der Hamburger Vorschlag zu verwerfen und den bedrängten Importeuren nicht ausschließlich auf Kosten der deutschen Exporteure zu helfen.

Einreise nach den Vereinigten Staaten.

In der Nationalversammlung teilte in Beantwortung der Anfrage der Abg. Dr. Hugenberg u. Gen. das Auswärtige Amt u. a. mit, daß auf Veranlassung des Senats in Bremen an die Regierung in Washington durch schweizerische Vermittlung telegraphisch das Ersuchen gerichtet worden ist, deutschen Kaufleuten zur Anknüpfung neuer oder zur Wiederherstellung alter Handelsbeziehungen die Einreise nach den Vereinigten Staaten schon jetzt zu gestatten.

Freigabe des Hausrats der aus Elsaß-Lothringen Vertriebenen.

Das Wolff-Büro meldet: Die französische Regierung hat sich auf Grund von Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen deutschen und französischen Vertretern stattfanden, bereit erklärt, das gesamte deutsche Mobiliar in Elsaß-Lothringen freizugeben. Die deutsche Regierung hat sich dagegen verpflichtet, der französischen Regierung 25 Millionen Francs französischer Währung zur Entschädigung derjenigen Elsaß-Lothringer zur Verfügung zu stellen, die während des Krieges wegen ihrer politischen Haltung oder Gesinnung durch die deutschen Behörden verhaftet, interniert, ausgewiesen oder zu einer anderen als einer Geldstrafe verurteilt worden sind.

Auslandspatente.

Unter dieser Überschrift gibt die „Vossische Zeitung" eine Anregung von Direktor W. Böhm-Charlottenburg wieder, eine Beratungsstelle für die Anmeldung von Auslandspatenten zu schaffen. Durch die Errichtung eines über die Verhältnisse im Auslande gut unterrichteten, unparteiischen Ausschusses, der den deutschen Erfindern kostenlos Rat und Auskunft erteilt, soll verhindert werden, daß Geld und Mühe bei der Anmeldung von Auslandspatenten umsonst verschwendet werden. Die deutschen Erfinder sollen vielmehr in den Stand gesetzt werden, ihre Erfindungen bzw. Patente im Auslande vorteilhaft zu verwerten.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Geldverbindlichkeiten nach dem feindlichen Auslande.

In den Kreisen der Auslanddeutschen herrscht vielfach Unklarheit und Ungewißheit über die Möglichkeit des Zahlungsverkehrs nach dem feindlichen Ausland. Es ist eine verbreitete, aber irrige Ansicht, daß § 1 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag vom 31. August überhaupt jeden selbständigen Zahlungsverkehr mit dem feindlichen Ausland verboten habe und die Abwicklung aller Verbindlichkeiten nur mehr über die Prüfungs- und Ausgleichsämter zulasse. Das Zahlungsverbot des § 1 des genannten Gesetzes erstreckt sich vielmehr nur auf diejenigen Geldverbindlichkeiten, deren Regelung im Wege einer Verrechnung von Staat zu

Digitized by Google

Staat unter Zuhilfenahme der Prüfungs- und Ausgleichsämter bereits im Friedensvertrag vorgesehen ist. Die Prüfungs- und Ausgleichsämter selbst sind noch nicht errichtet, es steht ja nach dem Friedensvertrag den einzelnen alliierten und assoziierten Mächten frei, einen Monat nach dem Friedensschluß zu erklären, ob sie überhaupt das Clearingverfahren annehmen wollen oder nicht. Die Bestimmung des deutschen Ausführungsgesetzes war aber nötig, um Verwicklungen für die Zukunft zu vermeiden. Eine Abwicklung über die Prüfungs- und Ausgleichsämter ist nach Art. 296 vor allem für folgende Arten von Geldverbindlichkeiten vorgesehen:

1. Vor dem Krieg fällig gewordene Schulden, deren Zahlung von Staatsangehörigen einer der vertragschließenden Mächte, die im Gebiete dieser Macht wohnen, an die Staatsangehörigen einer gegnerischen Macht, die in deren Gebiet wohnen, zu leisten ist.

2. Während des Kriegs fällig gewordene Schulden, welche an die im Gebiete einer der vertragsschließenden Mächte wohnenden Staatsangehörigen dieser Macht zu zahlen sind und aus Geschäften oder Verträgen mit den im Gebiet einer gegnerischen Macht wohnenden Staatsangehörigen dieser Macht herrühren, sofern die Ausführung dieser Geschäfte oder Verträge ganz oder teilweise infolge der Kriegserklärung ausgesetzt worden ist.

Es werden hiernach von dem Clearing nicht betroffen deutsche Reichsangehörige, die im Gebiete einer feindlichen Macht oder sonst im Ausland wohnen, ferner neutrale Schuldner oder Gläubiger, auch wenn sie entweder in Deutschland oder im Gebiet einer feindlichen Clearingsmacht wohnen.

Was die sachliche Abgrenzung der unter den Abwicklungsverkehr fallenden Schulden und Forderungen angeht, so müssen die Verbindlichkeiten jedenfalls vor der Kriegserklärung, deren Zeitpunkt ja bei den einzelnen Staaten ein verschiedener ist, entstanden sein. Dies folgt unmittelbar aus der Bestimmung, daß die Verträge oder Geschäfte, aus denen fällige Verbindlichkeiten vorhanden sind, infolge der Kriegserklärung ganz oder teilweise ausgesetzt worden sein müssen. Nun haben allerdings einige Staaten sich zwar am Friedensvertrag als Kontrahenten beteiligt, aber eine Kriegserklärung gar nicht ausgesprochen, vielmehr lediglich die diplomatischen Beziehungen abgebrochen (so Peru, Bolivia, Ecuador, Uruguay), bei diesen Staaten wird jedoch ohne weiteres an Stelle der Kriegserklärung der Zeitpunkt des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu treten haben. Verbindlichkeiten, die erst nach der Kriegserklärung entstanden sind, oder Schulden aus Verträgen, die nicht infolge der Kriegserklärung ausgesetzt wurden, fallen nicht unter das Clearing.

Im übrigen werden sich zweifellos zahlreiche Grenzfälle ergeben, in denen die Entscheidung, ob Clearing oder persönliche Ausgleichung, Schwierigkeiten begegnen wird. In solchen Fällen wird Vorsicht geboten sein, damit sich der deutsche Schuldner nicht einer Bestrafung nach § 2 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag aussetzt und der Gefahr nochmaliger Zahlung an das Prüfungs- und Ausgleichsamt leisten zu müssen. Es sind darüber wohl noch nähere Bestimmungen zu erwarten, und im Zweifelsfall wird eben das Prüfungs- und Ausgleichsamt selbst die Entscheidung fällen müssen.

Ehemalige Zivilgefangene in Nordamerika.

Die Schweizer Gesandtschaft in Washington besitzt vollständige Listen über die in Gefangenschaft verstorbenen Deutschen und kann auch über deren Nachlaß bzw. Gepäck Auskunft geben. Das Gepäck der im Fort Douglas verstorbenen Deutschen soll nach Mitteilungen des Schutzübernahmelagers Wesel von der amerikanischen Lager-Militärbehörde meistbietend versteigert worden sein.

Deutsches Privateigentum in Italien.

Auf Grund der Verordnung des italienischen Reichsverwesers vom 28. November vorigen Jahres Nr. 1829 sind die Zwangsverwalter deutschen Eigentums in Italien verpflichtet, innerhalb eines Monats nach Friedensschluß, den Eigentümern oder ihren rechtlichen Vertretern in Italien einen endgültigen Rechenschaftsbericht über das von Ihnen verwaltete deutsche Eigentum vorzulegen. Die von den Zwangsverwaltungsmaßnahmen der italienischen Regierung betroffenen deutschen Eigentümer werden ein großes Interesse daran haben, diesen Rechenschaftsbericht entgegenzunehmen, da von der ordnungsgemäßen Verwaltung ihres Eigentums die Höhe des Liquidationserlöses in hohem Maße abhängt, der der deutschen Regierung auf die Wiedergutmachungsschuld angerechnet wird und für die Entschädigungsfrage im einzelnen Fall zweifellos von Bedeutung sein wird. Den geschädigten Deutschen ist ja zwar nach dem Friedensvertrage (Anlage zu Abschnitt 4, Teil X) eine rechtliche Handhabe gegen die feindlichen Sequester nicht gegeben. Allein die gegnerischen Mächte haben in dem Notenwechsel mit Deutschland wenigstens eingeräumt, daß bei offenkundiger Veruntreuung durch die Sequestrationsbehörden der deutschen Regierung die Möglichkeit gewährt sein soll, eine strafrechtliche Verfolgung bei der betreffenden Regierung zu beantragen und Beweismaterial beizubringen.

Sofern deutsche Interessenten in Italien einen rechtlichen Vertreter zur Entgegennahme des Rechenschaftsberichts noch nicht bestellt haben, ist das Deutsche Ausland Institut bereit, ihnen auf Anfrage nähere Angaben zu machen und geeignete Persönlichkeiten zu benennen.

Eigentum von Belgiendeutschen.

Auslanddeutsche, die von deutschen Zwangsverwaltern in Belgien Objekte erworben haben, welche wieder in die Hände der feindlichen Voreigentümer gefallen sind, können ihre Ansprüche bei der Reichsentschädigungskommission, Abteilung Zwangsverwaltung, Berlin, Unter den Linden 17—18, geltend machen. Diese Ansprüche sollen befriedigt werden.

Warnung.

Ein Herr de Ridder in Brüssel, 86 Rue Armand Campenhout, bietet sich deutschen Eigentümern von in Belgien sequestrierten Aktien an, diese zu kaufen. Aus den Angeboten geht hervor, daß es sich um unlautere Geschäfte handelt, durch die die deutschen Eigentümer geschädigt würden. Zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit werden Angaben über ähnliche Vorschläge erbeten von der „Geschäftsstelle zur Wahrung der Interessen der Deutschen in Belgien", Berlin NW 40, In den Zelten 19.

AUSWANDERUNG

Auswandererfürsorge.

Am 11. November fand im Reichswanderungsamt eine Beratung mit Vertretern der Gewerkschaften, Angestelltenverbände und sonstigen Berufsorganisationen, sowie Arbeitsnachweisstellen über die gemeinsame Tätigkeit auf dem Gebiete der Aufklärung und Beratung von Auswanderungsfreiwilligen statt. Es wurde ferner die Frage erörtert, in welcher Weise die genannten Organisationen sich an der Fürsorge für Auswandernde im Inland und Ausland, sowie an der Vermittlung von Auslandsstellen beteiligen können. Die Besprechung ergab volles Einverständnis über die Notwendigkeit und Bereitwilligkeit der Organisationen in Zusammenarbeit mit dem Reichswanderungsamt an dem Wohl ihrer Mitglieder, die durch die Ungunst der heimischen Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse zur Auswanderung gezwungen werden sollten, mitzuwirken. Behufs Aufrechterhal-

Digitized by Google

tung der unmittelbaren Fühlungnahme wurden weitere gemeinsame Besprechungen in Aussicht genommen.

Freistellung von der Steuerleistung bei im deutschen Interesse liegenden Auswanderungen.

Zu dieser Frage bringt die „Allgemeine Steuerrundschau" (Nr. 9, Seite 155) folgende Notiz:

Während das Steuerfluchtgesetz vom 26. Juli 1918 § 20 Ziff. 3 als Auslanddeutsche, die trotz Aufgabe des Aufenthalts im Inland der Steuerflucht nicht mehr unterliegen, nur solche Personen erachtet, die vor dem Kriege den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hatten und sich entweder bei Kriegsausbruch vorübergehend im Inland aufhielten oder während des Krieges ins Inland gekommen sind und spätestens ein Jahr nach Beendigung des Krieges mit allen Großmächten ins Ausland zurückkehren, werden nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges und dem Verlust von Teilen des Reichs noch recht viele Personen gezwungen sein, auszuwandern, teils um sich im Auslande eine neue Existenz zu suchen, teils um als Pioniere für deutsches Wesen im Ausland tätig zu werden. Für diese Personen bedarf es nach § 21 des Gesetzes eines Antrags auf Freistellung von der Steuerpflicht im Inland, die bis Ende 1922 fortbesteht. Unter diese Kategorien fallen z. B. auch Angestellte des transozeanischen Überseedienstes, Auslandkorrespondenten der deutschen Presse ohne Unterschied der Partei, Lehrer an deutschen Schulen im Ausland, Angestellte und Agenten deutscher Verkehrsunternehmungen im Ausland. Das Gesetz läßt eine Freistellung hier zu, wenn die Auswanderung im deutschen Interesse liegt oder wenn die Ablehnung des Antrags eine außergewöhnliche Härte darstellen würde. Ob hiernach diese Voraussetzungen gegeben sind, darüber entscheiden die landesgesetzlich eingesetzten Verwaltungsgerichte, im letzten Rechtszuge der Reichsfinanzhof in München. In Hessen ist hierfür nach § 2 der Verordnungen vom 3. Januar 1919 der Kreisausschuß, im Beschwerdewege der Provinzausschuß, in Preußen im ersten Rechtszuge der Bezirksausschuß, im Beschwerdewege der Provinzialrat (für Berlin der Oberpräsident) zuständig. Vom Mitwirken solcher Fachbehörden ist aber weder in der hessischen noch in der preußischen Verordnung vom 28. Oktober 1918 etwas gesagt. Im Interesse einer ersprießlichen Behandlung und Entscheidung solcher Gesuche erscheint es deshalb unbedingt nötig, daß die Verordnungen dahin ergänzt werden, daß vor Entscheidung über derartige Gesuche die zuständigen Handelskammern gutachtlich gehört werden müssen.

Auswanderung nach Brasilien.

In Stuttgarter Zeitungen erschien eine Anzeige, die folgendermaßen lautete: „Brasilien! Die brasilianische Regierung ist bereit, 3000 deutsche Auswanderer (Landwirte) noch vor Jahresende auf ihre Kosten nach Brasilien zu befördern. Anmeldungen nimmt entgegen in Vertretung der brasilianischen Interessen das Schweizerische Konsulat Stuttgart." Das ist also eine Anwerbung in aller Form. Wir haben uns sofort beim Schweizer Konsul in Stuttgart erkundigt, was dem Inserat zugrunde liegt, da sich alsbald bei unserer Auswanderungsberatungsstelle die Anfragen häuften, ob man dem Inserat trauen dürfe, und was zu tun sei. Der Schweizer Konsul versicherte uns, er handle nur im Auftrage seiner Gesandtschaft in Berlin, die ihn beauftragt habe, das Inserat in den Zeitungen seines Amtsbezirks unterzubringen und eingehende Gesuche direkt an den brasilianischen Konsul in Amsterdam weiterzugeben. Es werde ein brasilianisches Schiff monatlich einmal ab Rotterdam die Auswanderungslustigen mitnehmen. Zu einer Prüfung der eingehenden Gesuche sei er, der Schweizer Konsul, nicht berechtigt, persönliche Vorstellungen hätten auch keinen Zweck und könnten nur zu einer Aufnahme der Personalien führen, er habe nur eine Vermittlungsstelle ohne alle näheren Instruktionen, um die er zwar gebeten habe, die aber noch nicht eingetroffen seien.

Es liegt also Veranlassung vor, sich diesen Fall nach allen Seiten hin einmal anzusehen. Von der Schweizer Vermittlung sei hier nicht gesprochen, sie entspricht wohl einer diplomatischen Gepflogenheit und geschieht selbstlos und guten Willens. Was aber wissen unsere deutschen Bauern, die sich sicherlich auf diese Anzeige hin, die doch nicht nur im Stuttgarter Bezirk erschienen sein wird, in Scharen melden werden, von den Aussichten, die sich ihnen drüben eröffnen! Wie soll man sie beraten, wo überhaupt nicht gesagt wird, wohin sie geführt werden sollen, zu welchem Zweck man sie haben will, ob sie als Knechte oder Siedler, als Arbeiter oder als was sonst gebraucht werden? Was soll man ihnen sagen, wenn sie nach Lebensbedingungen und Arbeitsweise fragen, wo sie doch gar nicht wissen, in welchen Teilen des großen Landes und zu welcher Arbeit sie gerufen werden? Gibt man ihnen keine Auskunft, weil man die Dinge nicht weiß, so werden sie später sagen, wir haben auf unsere Anfrage keine Antwort bekommen, gibt man ihnen eine allgemeine Auskunft, so werden sie später sagen, man hat mir allgemeine Dinge gesagt, aber das, was ich an meiner Arbeitsstätte brauchte, davon wußten die Herren Auskunftserteiler in der Heimat nichts. Zur Steigerung des Ansehens der Auskunftsstellen dient also eine derartige Aktion sicherlich nicht. Was für ein Menschenmaterial aber wird fernerhin Brasilien bekommen? Wird der brasilianische Konsul in Amsterdam aus der Fülle der Tausenden von Bewerbungsschreiben, die er bekommen wird, die brauchbaren aussondern können? Besitzt er so viel Personal, um sachlich prüfen zu können, namentlich ein so geschultes Personal, um hier wirklich richtig sichten zu können? Ist überall bei schriftlicher Prüfung der Gesuche eine richtige Auswahl möglich? Hat aber nicht auch Deutschland das allergrößte Interesse daran, daß das Menschenmaterial, das nun hinausgehen wird, auch an innerer Qualität den Ansprüchen genügt, die man an erste Auswanderer zu stellen als Deutscher verpflichtet sein sollte? Wie nun, wenn zahllose Schwindler in gut geschriebenen Briefen sich anpreisen und genommen werden? Wie auch, wenn Landwirte in gutem Vertrauen und ehrlichem Wollen schreiben, genommen und benachrichtigt werden, nach Rotterdam fahren und dort bei neuerlicher Prüfung zurückgewiesen werden, um wieder nach der Heimat voller Enttäuschung fahren zu müssen? Wahrlich die deutschen Behörden haben allen Anlaß, sich diesen Fall der Inserate der brasilianischen Regierung einmal gründlich zu überdenken, nicht nur im Interesse der deutschen Auswanderungslustigen, sondern auch im Interesse der brasilianischen Regierung selbst, die doch ein erstklassiges, gutes deutsches Menschenmaterial haben will, und der auf dem von ihr gewählten Wege sicherlich manche Enttäuschungen bevorstehen.

Mexiko.

Der Verband Deutscher Reichsangehöriger in Mexiko hat einen Ausschuß zum Studium der Einwanderungsfrage gegründet, der mit dem deutschen Generalkonsulat zusammenarbeitet. Nach Deutschland wurde über die Schwierigkeiten ausführlich berichtet, welche unbemittelte Auswanderer in Mexiko zu erwarten haben. In Tampico und Veracruz sind Unterausschüsse gebildet worden, welche den Auswanderern mit Rat und Tat zur Seite stehen, ihnen Quartier verschaffen und bei der Abfertigung des Gepäcks behilflich sind. Das gleiche erfolgt in Mexiko durch den Hauptausschuß. Es wird ferner ein Ratgeber für die deutschen Einwanderer in Mexiko zusammengestellt werden, der die wichtigsten Anweisungen über Reisewege, Gesundheitsmaßregeln, Warnung vor mexikanischen Agenten, Gesetzeskenntnis usw. enthält. Der Ausschuß will auch einen Stellennachweis für Deutsche einrichten.

Digitized by Google

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Ein dringendes Bedürfnis.

Über eine nicht nur für junge Abiturienten, sondern für unser ganzes Volkstum im Osten lebenswichtige Frage, der Heranziehung eines Geschlechtes, das die Sprachen des Ostens kennt und aus tiefer Kenntnis heraus die Seele der Völker des Ostens versteht, schreibt man uns:

Die Schulpolitik aller neuentstandenen westslawischen Staaten auf dem Boden des ehemaligen Rußland und Österreich-Ungarn geht dahin, so rasch als möglich alle Prüfungen durchweg in der Landessprache abzuhalten. Die Folge davon ist, daß alle Volksdeutschen in diesen Staaten — sie zählen bekanntlich nach Millionen — gezwungen werden, ihre Schul- und Reifeprüfungen in Sprachen ablegen, die sie nur unvollkommen beherrschen. Unter den Schülern und Schülerinnen der höheren Schulen dieser Staaten ist infolgedessen die begreifliche Unruhe im Wachsen begriffen, wie sie ihre Reifeprüfung ablegen sollen, wenn dabei auch in wissenschaftlichen Fächern Frage und Antwort und vor allem schriftliche Arbeiten in Lettisch, Polnisch, Tschechisch, Kroatisch, Slowenisch, Rumänisch usw. verlangt werden. Sie streben danach, die Abschlußprüfung des Gymnasiums, Realgymnasiums, der Oberrealschule, des Lyzeums und der Studienanstalt in Deutschland abzulegen. Dies ist aber heute praktisch fast unmöglich. In Deutschland werden z. B. bei Realgymnasien an Sprachen verlangt: Latein, Französisch und Englisch. Im Osten lernt man aber fast durchweg neben Latein und Französisch Lettisch, Polnisch, Russisch usw. Für Deutschland müßte also englisch nachgelernt werden, auf der andern Seite ist alle bisher aufgewandte Mühe für eine westslawische oder die russische Sprache schulmäßig vergebens aufgewandt worden, so unentbehrlich sie auch fürs Leben sein mag. Eile tut not. Die Schulabteilung des Auswärtigen Amts sollte umgehend dafür Sorge tragen, daß in den höheren Lehranstalten der östlichen Provinzen — also namentlich in den an Lettland, Polen und die Tschechoslowakei grenzenden Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien, aber vielleicht auch in Sachsen und Bayern — einzelne höhere Schulen aller in Betracht kommenden Gattungen bestimmt werden, in denen eine Abschlußprüfung auch mit slawischen Fremdsprachen gemacht werden kann. Diese Verordnung muß rasch ergehen, wenn sie zurecht kommen soll, denn schon jetzt hört man, daß z. B. die Oberprimaner des Lodzer deutschen Realgymnasiums — bisher deutsche Auslandsschule (!) — gemeinsam nach Riga (!!!) gehen wollen, weil sie hoffen, dort eine Reifeprüfung entweder in deutscher, oder wenigstens in der ihnen noch von früher her geläufigen russischen Sprache machen zu können. Sie scheuen also in ihrer Not nicht davor zurück, in Riga eventuell den Bolschewisten oder einem Deutschenpogrom zum Opfer zu fallen, und in Deutschland ist bisher trotz ihrer vielen Bemühungen nicht die Möglichkeit vorhanden, eine Reifeprüfung mit Latein, Französisch, Polnisch und Russisch zu machen. Es wird Zeit, daß man auch in dieser Richtung der Polenpolitik der letzten 40 Jahre ein Ende macht und Polnisch wieder als erlaubte Sprache anerkennt. hg.

Ein anderer, vielerfahrener Auslanddeutscher schreibt uns zu den Fragen, die jetzt überall, wo Auslanddeutsche zusammen sind, besprochen werden:

„Aus dem, was man zwischen den Zeilen liest, scheint noch ein großer Gegensatz zu existieren zwischen den Absichten der Nationalversammlung und dem, was die Auslanddeutschen erhoffen und was ihnen nach Gesetz und Recht zustehen sollte. Selbstredend kann man bei der heutigen Finanzlage Deutschlands nicht verlangen, daß es seinen Landsleuten im Ausland gegenüber generös ist. Auch wird jeder anständige Landsmann darauf verzichten, mehr erhalten zu wollen, als er alleräußerst braucht, um den erlittenen materiellen Verlust notdürftig zu decken und wenigstens noch so viel zu haben, daß er wieder damit anfangen kann. Denn die deutsche Regierung wird doch auch auf dem Standpunkt stehen, daß die Leute, die bis vor dem Krieg im Ausland gewesen sind, wieder an ihre frühere Arbeitsstätte zurückkehren, und, wo es möglich ist, wieder aufzubauen und die zerrissenen Fäden mit der Heimat und deren Industrie wieder anzuknüpfen. Dazu gehört natürlich, daß die Leute wieder die Mittel haben, und zwar das, was sie vor dem Kriege dort besaßen. Die deutsche Regierung wird doch wohl so vernünftig sein, um zu verstehen, daß das ihren Angehörigen im Ausland zurückgegebene Kapital die besten Zinsen und Früchte tragen wird und jedenfalls viel mehr, als wenn sie in kleinliche Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit mit den armen Menschen um Valutadifferenzen, oder Wertschätzung des verloren gegangenen Vermögens, Haushalts usw. herummarktet. Am allerschlimmsten wäre es, wenn, wie hier das Gerücht geht, die Regierung beabsichtigte, die Auslanddeutschen, die schon vorher im Ausland gewesen sind, auch zum Reichsnotopfer heranzuziehen."

Die Entschädigungsfrage.

Von einem alten Auslanddeutschen.

Eine große Anzahl von Vereinigungen der Flüchtlinge aus Feindesland ist während der Kriegszeit im Reiche ins Leben gerufen worden. Es ist zu begrüßen, daß fast all diese Vereinigungen sich kürzlich im „Bunde der Auslanddeutschen" zusammengeschlossen haben, um die gemeinsamen Rechte dem Reiche gegenüber wirksamer zu vertreten.

Das vornehmlichste Ziel, das der Bund zu erstreben hat, ist, für eine ausreichende Entschädigung durch das Reich für uns Reichsdeutsche aus Feindesland einzutreten. In vielen Fällen gilt es, augenblickliche Not zu lindern, das große Ziel des Bundes ist und bleibt jedoch die Reichsentschädigung für die uns durch Feindeshand zugefügten Schäden, Beschlagnahmen und Liquidationen.

Läßt der Bund diese große Frage durch Abschweifen auf minderwichtige Einzelfälle etwas in den Hintergrund treten, so werden unsere Hoffnungen auf den Bund schwerlich in Erfüllung gehen. Das Reich wird in Kleinigkeiten leicht gefällig sein und uns im Großen vernachlässigen.

Die Entschädigungspflicht des Reiches uns gegenüber besteht laut Artikel 297 i des Friedensvertrages. Durch den Friedensvertrag Artikel 297 b, sowie vorher schon durch die Note Brockdorf-Rantzaus vom 22. Mai, in der es wörtlich heißt: „Um seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können, wird Deutschland vielmehr diesen Auslandsbesitz in weitem Maße opfern müssen. Dazu ist es bereit", hat das Reich über unseren Auslandbesitz im Interesse der Allgemeinheit verfügt. Die Allgemeinheit, d. h. das Reich, ist uns verantwortlich.

Wir Flüchtlinge sind durch den Krieg von Haus und Hof vertrieben, haben unseren Beruf im feindlichen Auslande, unser Geschäft, unser Betriebskapital im Stiche lassen müssen. wir können vom Reiche hinsichtlich unseres Auslandsbesitzes zugunsten des deutschen Volkes nicht geopfert werden, zu verschenken haben wir tatsächlich nichts, das Reich darf mit dem liquidierten Besitz von uns Flüchtlingen nicht noch ein Geschäft machen wollen. Wie können wir an den Wiederaufbau unserer Existenz, an die Verwertung unserer Auslandskenntnisse, die in der Vergangenheit unser Vaterland mit groß und mächtig gemacht haben, wieder herangehen, wenn das Reich uns auch noch die Gelder zum Teil vorenthalten würde, die ihm durch den Erlös aus Liquidationen unseres

Digitized by Google

Auslandsbesitzes feindlicherseits gutgeschrieben worden sind? Zweifellos haben wir Anspruch auf die Währung, in der die Liquidation erfolgt ist und in der unser Auslandsvermögen angelegt ist.

Durch die Liquidation unseres Besitzes sind wir rechtmäßige Gläubiger des Reiches. Bevor das Reich uns zum Reichsnotopfer heranziehen kann, muß es uns entweder für die Liquidationen in Feindesland voll entschädigt haben oder das Reichsnotopfer kann nur gegen die uns zukommende Reichsentschädigung verrechnet werden.

Nachdem wir im Auslande alles verloren haben, darf das Reich, ohne seinen Entschädigungsverpflichtungen uns gegenüber nachgekommen zu sein, uns nicht auch noch unseren Inlandbesitz teilweise wegnehmen, denn sonst würde uns das Reich, in dessen Bereich wir uns in Kriegsnot geflüchtet haben, in gleichem Maße Gewalt antun, wie es unsere Feinde getan haben.

Die Reichsregierung hat unzweifelhaft die Pflicht, das Gesetz über das Reichsnotopfer und auch die anderen Steuergesetze so zu fassen, daß uns Flüchtlingen aus Feindesland nicht Härten treffen, die unseren Ruin zur Folge haben und die uns unseren Wiederaufbau und Fortkommen im Auslande unmöglich machen. Sämtliche Steuerbehörden im Reiche müssen angewiesen werden, nach welchen Richtlinien wir Flüchtlinge zu behandeln sind, damit wir beim Verlassen Deutschlands nicht Schikanen ausgesetzt sind, die auf einen weiteren gezwungenen Aufenthalt im Reiche hinauslaufen. Der Entschädigungsbeitrag für die Wohnungseinrichtung muß steuerfrei bleiben, denn Wohnungseinrichtungen sind in Deutschland steuerfrei. Steuerfrei muß ferner bis 31. Dezember 1920 jeder andere Entschädigungsbetrag, den wir Flüchtlinge erhalten, bleiben, denn sonst ist die Entschädigung eine Täuschung für uns und wir erhalten nicht die Mittel zum Wiederaufbau im Auslande.

Die politische Stimme der Auslanddeutschen.

Bisher war es dem im Ausland lebenden Deutschen unmöglich, an der politischen Gestaltung seines Vaterlandes teilzunehmen, wie er freilich auch keiner Besteuerung von seiten des Reiches unterlag. Könnte dies nach diesem Kriege nicht anders werden? Könnte nicht gefordert werden, daß der Auslandspaß alljährlich beim Konsul erneuert werden und dabei gleichzeitig eine vielleicht geringe Reichssteuer zu entrichten ist, sofern es sich um an betreffendem Ort ansässige Deutsche handelt? Kommen dann Reichstagswahlen, oder sonstige Wahlen, die mit der Gestaltung des gesamten Reiches, nicht eines einzelnen Bundesstaates, zu tun haben, so hätte der Konsul alle in seinem Bezirk wohnenden, regelmäßig eingetragenen Staatsangehörigen zusammenzurufen und ein kurzes Referat über den politischen Stand zu Hause zu halten, nach welchem Männer und Frauen ihre Stimmen abgeben. Diese könnten dann gesammelt dem nächsten Generalkonsulat drahtlich übermittelt werden, um schließlich noch rechtzeitig nach Deutschland zu kommen.

Dabei gäbe es zu bedenken, ob es nicht zweckmäßig wäre, daß die Auslanddeutschen selbst sachkundige und landeskundige Vertreter in den Reichstag senden würden. So zum Beispiel: Indien hat 1000 erwachsene Deutsche, Ceylon 150, Birma 250. Es wird ein sozialdemokratischer Abgeordneter aufgestellt, der zu Hause wohnt, jedoch schon länger im Osten ansässig war; dazu ein konservativer Pflanzer, der meinetwegen auf Ceylon wohnt; denn auf 1400 Deutsche trifft vielleicht ein Abgeordneter. Die Konservativen haben durch Bündnis mit anderen Parteien bei 1400 Stimmberechtigten, von denen 1000 wählten, 800 Stimmen erreicht. Damit wäre der konservative Abgeordnete als Vertreter der indischen Deutschen in den Reichstag gewählt — und die Reichsangehörigen hätten einen sachkundigen Mann in der Heimat. Die Heimreise dieses Mannes wäre vom Reiche zu decken, das eben zu diesem Zweck auch die Auslandsteuern erhebt. Das Organ der Auslanddeutschen müßte Amtsblatt werden und die deutsche Regierung hätte darin alles für die Auslanddeutschen Wichtige zu veröffentlichen, wie auch die Konsulatsberichte, soweit sie für die Öffentlichkeit bestimmt sind, darin zu erscheinen hätten.

Dadurch wäre ein tatkräftiger Zusammenhang der Auslanddeutschen mit dem Vaterland, und umgekehrt, erzielt, der uns schon lange nottut, wobei freilich die für manche Länder recht schwierige Frage der Naturalisation einer eingehenden Erörterung bedürfte.

WIRTSCHAFTSFRAGEN

Handel mit Indien.

Die „Gazette of India" veröffentlicht die folgende Verordnung betreffend den Handel mit feindlichen Ländern:

Alle Personen und Körperschaften, die in Britisch-Indien wohnen, oder Handel treiben, werden ermächtigt, mit Körperschaften oder Personen, die in Deutschland oder Deutschösterreich wohnhaft sind oder Geschäfte betreiben, Handel zu treiben und Handels- und finanzielle Verbindungen einzugehen. Voraussetzung ist in allen Fällen, daß Lizenzen, die mit Bezug auf solche Unternehmungen, für die ein Ausfuhr- oder Einfuhrverbot zurzeit in Britisch Indien besteht, erforderlich sind, erst eingeholt werden, und daß kein Teil dieser Lizenzen so ausgelegt wird, daß er die Zahlung oder die Aushändigung der nachstehend angeführten Gelder oder Arten von Besitz an Personen, die in den genannten Gebieten wohnhaft sind oder Handel betreiben, erlaubt:

a) Beträge, die an einen Feind in Form von Dividenden, Zinsen oder Gewinnanteilen zahlbar oder für seine Rechnung bezahlt sind,

b) Beträge, die für Rechnung eines Feindes auf dessen Konto bei einer Bank oder irgend einer anderen Person einbezahlt worden sind,

c) Zinsen auf Wertpapiere, die von oder für Rechnung der Regierung oder der Regierung irgend einer der englischen Dominien oder irgend einer fremden Regierung oder irgend einer Korporation, Munizipalität oder anderen Behörde in- oder außerhalb Britisch-Indiens bezahlt sind,

d) Wertpapiere, die durch Fälligkeit rückzahlbar geworden sind oder zwecks Auszahlung oder anderweitig gezogen worden sind,

e) irgendwelche Gelder oder irgendwelches Eigentum, das an einen Feind zahlbar ist oder zahlbar wäre, wenn der Krieg nicht stattgefunden hätte, mit Bezug auf solche Unternehmungen, die vor Ausbruch des Kriegs eingeleitet worden wären.

Ferner macht der Collector of Customs bekannt, daß Lizenzen für die Ausfuhr aller Güter, mit Ausnahme solcher, für welche die Ausfuhr allgemein verboten ist und gewisse Artikel, die von militärischer Wichtigkeit sind, einschließlich Telegraphen- und Telephonmaterialien, nach Deutschland und Deutschösterreich in liberaler Weise gewährt werden.

Infolge der Aufhebung der Blockade gegen Deutschland und Deutschösterreich dürfen Konossemente wieder auf Order — oder direkt an Firmen in allen europäischen Ländern, die dem Handel offen stehen, ohne Benutzung von Zwischenstellen, ausgestellt werden.

VERSCHIEDENES

Der Berliner Verlag „Ausland und Heimat" ist in den Besitz einer neu begründeten Gesellschaft übergegangen, die dem Deutschen Ausland Institut in Stuttgart nahesteht und die den Verlag in den alten bewährten Bahnen weiter betreiben

Digitized by Google

wird. Die Illustrierte Wochenschrift „Ausland und Heimat" (früher „Kolonie und Heimat") bleibt weiterhin das Organ des Frauenbundes der Deutschen Kolonialgesellschaft und wird, wie bisher, eine gute, billige, aber doch reichhaltige Wochenschrift zur Aufklärung über das Ausland bleiben, die inhaltlich wie räumlich weiter ausgestaltet werden soll. Es soll hier breitesten Kreisen unseres Volkes eine Fülle von Auslandkunde in belehrender und unterhaltender Form geboten werden, und es werden auch vorzugsweise Probleme der Auswanderung in der Zeitschrift Beachtung finden. Daneben wird der Verlag auch Schriftenreihen zur Auslandkunde und zur Auswanderungsfrage herausbringen, die der Schundliteratur auf diesen Gebieten entgegenzuwirken bestimmt sind. Als erste Schrift ist soeben eine Abhandlung von Pfarrer M. Grisebach, dem Geschäftsführer des Ev. Hauptvereins für deutsche Ansiedler und Auswanderer in Witzenhausen, über „Einzel- oder Massensiedelung" erschienen, die zum Preise von 50 Pfennig von der Ausland und Heimatverlagsaktiengesellschaft Berlin SW 11, Dessauerstr. 11, zu beziehen ist.

Gedichte ukrainischer Kolonisten. Von einer Maschinengewehr-Kompagnie, die sich in der Ukraine befand, wurden uns zwei Lieder übermittelt, die an Ort und Stelle aufgezeichnet wurden. Es sind Dichtungen, deren Verfasser unbekannt geblieben sind, die aber unter den Kolonisten eine weite Verbreitung gefunden haben. Sie sind entstanden, als zu Kriegsbeginn die wolhynischen Kolonisten ins innere Rußland vertrieben wurden und unter entsetzlichen Leiden und Entbehrungen die lange Reise anzutreten hatten. Wir geben die uns übersandten Texte hier wieder:

Auszugslied aus Wolhynien.

1. Aus Wolhynien sind gezogen die Verjagten, arm und reich,
   Keiner ging den Weg auf Rosen, alle waren sie jetzt gleich.
   Sonntag früh am früh'sten Juli in der Erntezeit
   Mußten durch die Trübsalsschule alle, arm und reich.
2. Angespannt und schwer beladen stand der Wagen vor der Tür.
   Ach, wie ist es doch so schade, alles andere bleibt jetzt hier.
   Vorwärts ging's durch Sturm und Wetter auf Befehl der Obrigkeit.
   Keiner hat jetzt einen Vater, der ihn aus aller Not befreit.
3. So ging's vorwärts durch die Wälder, über Hügel, Berg und Tal,
   Auch durch Städte und durch Felder und durch Dörfer ohne Zahl.
   Auf dem Strom mit einem Dampfer fuhren wir mit einem Kahn,
   Tag und Nacht im Regenwetter setzten wir die Reise fort.
4. Es ist gar nicht zu beschreiben diese große Trübsalszeit.
   Jeder einzige mußte leiden, ach, wann endet doch dies Leid.
   Und in diesen schweren Zeiten kam der Tod. Hielt gleichen Schritt,
   Kleine Kinder, alte Leute, junge Blütchen nahm er mit.
5. Endlich, endlich ist vollendet diese schwere Trübsalsreis'.
   Haben hier bei guten Leuten Obdach. Dir, Herr, sei der Preis.
   In den kalten Wintertagen schützest Du die Deinen hier,
   Wir als Deine lieben Kinder bringen hier den Dank dafür.

★

Aus Wolhynien.

1. Heimweh nach Wolhynien, Wolhynien,
   Wolhynien, du lieber Heimatsort.
   Dich mußte ich verlassen und wandern von dir fort.
2. Für tausende Menschen war Wohnung und Brot
   Jetzt alles verlassen. Welch' Jammer und Not.
3. Mit weinenden Augen verließ ich mein Haus
   Und zog mit den Meinen in die Fremde hinaus.
4. Wir fuhren mit Wagen und gingen zu Fuß,
   Denn groß war die Plage für klein und für groß.
5. Unter Tränen und Weinen von Ort zu Ort,
   Mit brechendem Herzen mußten wir fort.
6. Und wenn uns auch Stürme und Regen befiel,
   Doch mußten wir fort, wenn auch ferne das Ziel.
7. Sehr lang war der Weg und groß war die Not.
   Es war auch bei vielen kein Geld und kein Brot.
8. Ach, ach, wie böse ist die Zeit.
   Freunde, Geschwister und Eh'leut' zerstreut.
9. Die einen führen sie nach der Türkei,
   Die anderen fuhren sie in Sibirien hinein.
   Der dritte blieb in Orenburg steh'n.
   Gott weiß, ob wir uns wieder seh'n.
10. Dies ist die große Trübsalszeit,
    So hat sie Jesus prophezeit,
    Wie sie uns jetzt ergriffen hat.
    So sollen sie „Werden" in der Not.

Eine Predigt gegen den Deutschenhass, die im Gegensatz zu den unversöhnlichen Reden vieler amerikanischer Geistlicher steht, ist die von der Milwaukeer Kirchenzeitung „The Living Church" wiedergegebene Rede des Bischofs von Spokane (die im September 1918 gehalten wurde). Der Bischof sagte:

Eine drohende Gefahr, die die Kirche bekämpfen muß, ist der wachsende Haß gegen alles Deutsche und gegen das deutsche Volk. Er ist absolut gegen das christliche Empfinden. Zunächst haben wir in unserem Lande Millionen Einwohner deutscher Herkunft. Es gibt keine treueren und besseren Bürger als diese. Ohne ihre Hilfe könnten wir den Krieg nicht so glücklich führen; ihrer eifrigen Mitwirkung bedürfen wir. Den Haß gegen jeden Mann und jede Frau von deutscher Abkunft nähren, heißt, uns eines unserer wirksamsten Kriegsmittel berauben. Unsere deutschen Mitbürger sollten bei uns jede Ermutigung finden.

Zweitens: unsere größte Hoffnung auf einen baldigen Frieden besteht darin, daß das deutsche Volk selbst sich weigern wird, den Krieg fortzusetzen. Ich gehöre nicht zu denen, die an eine Revolution in Deutschland zu Gunsten der Demokratie glauben; aber ich glaube fest daran, daß der Tag kommen wird, an dem das deutsche Volk keine Opfer mehr bringen will für einen Krieg, der nur ein Ende haben kann, nämlich ein für sie ungünstiges. Nehmen wir für einen Augenblick an, daß der Deutsche in einem Siege des Verbandes nur eine Gelegenheit für die feindlichen Mächte sieht, ihren Haß an dem deutschen Reiche auszulassen. In der Angst, daß ihm alles verloren wäre, würde er sich nicht nur um so hartnäckiger wehren? Kein erbitterterer Kampf als der der Selbstverteidigung. Andererseits wieder müssen wir daran denken, daß die Deutschen, wenn wir sie davon überzeugen können, daß wir, wie Präsident Wilson sagt, nicht das deutsche Volk, sondern die deutsche Autokratie bekämpfen, in ihrer großen Mehrheit bald zu einem Frieden geneigt sein werden, der ihnen mehr verschaffen kann als eine weitere Fortsetzung des Krieges. Einen Haß hier aufzupeitschen, würde den Deutschen nur die sichere Überzeugung beibringen, daß es ein Kampf auf Leben und Tod ist, der bis zum letzten Blutstropfen ausgefochten werden muß. Weiter: ist es nicht vor allem nötig, daß wir den Geist der menschlichen Brüderschaft stärken, wenn wir wirklich ehrlich für einen ewigen Weltfrieden kämpfen, wie wir behaupten? Die christliche Religion steht jetzt vor dem Tribunal der Welt. Wir dürfen keinen Irrtum begehen.

Digitized by Google

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE

Neuerscheinungen (* bedeutet: Besprechung vorbehalten)
(Fortsetzung)

Zusammengestellt vom Bibliothekar des D. A. I. Dr. MANNHART und vom Leiter der Kartenabteilung Dr. WUNDERLICH.

Uebersicht:

Allgemeines:

Auslanddeutschtum i. allg.: 5. 6. 7. 30. 41. 54. 60. 63. 64. 69. 70. 79. 81. 101. 104. 106. 114. 117.

Grenzdeutschtum: 8. 10. 13. 16. 27. 29. 37. 38. 39. 41. 42. 43. 47. 55. 56. 59. 62. 65. 66. 71. 75. 88. 89. 97. 100. 103. 108. 109. 111. 112. 113. 116. 119. 120. 121. 125. 137. 138. 139.

Auslandkunde i. allg.: 23. 31. 50. 51. 58. 73. 91. 127. 129. 130.

Auswanderung: 1. 2. 17. 34. 36. 48. 52. 76. 99. 122. 128.

Außenhandel: 19. 21. 26. 44. 77. 94. 102. 104.

Mission: 40. 67. 118.

Geographische Einteilung:

Mitteleuropa: 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139.

Westeuropa: 19. 22. 51. 57. 74. 77. 82. 87. 95.

Nord- u. Osteuropa: 3. 4. 14. 24. 46. 54. 56. 90. 96. 98. 105. 115. 124. 126. 130. 137.

Süd- u. Südosteuropa: 33. 58. 80. 85. 86. 107. 110. 139.

Vorderasien: 12. 25. 72. 78. 94. 118.

Ost- u. Australasien: 28. 53. 93. 123.

Afrika: 9. 11. 15. 32. 35. 49. 57. 84. 101.

Nordamerika: 1. 44. 61. 83.

Mittel- u. Südamerika: 2. 18. 34. 36. 48. 52. 68. 92. 99.

I. Einzelschriften.

1. Der *Amerika-Auswanderer* nach verlorenem Krieg 1914—19. [Mutmaßl. Verf. (C. Bihler)]. Pforzheim: Bihler 1919. 63 S. 8° M 2,75.
2. Die *Auswanderung* nach Venezuela. Vorw. von Max Groninger. Hamburg: Thaden 1919. 30 S. 8° M 1,80.
3. *Brown,* R. N. Rudmose, Spitzbergen. An account of exploration, hunting, the mineral riches and future potentialities of an Arctic archipelago. London: Seeley [1919]. 8° 25 sh.
4. *Bruun,* Daniel, Danmark land og folk. Historisk-topografisk-statistisk handbog. . . Bd 1. 2. Kopenhagen: Gyldendal [1919]. 8° je Kr. 25.—
5. *Crawford,* Alexander Wellington, Germany's moral downfall. The tragedy of academic materialism. New York: Abingdon Preß [1919]. 8° $ 1.—
6. *Dawson,* W. H., The German Empire: 1867—1914. Vol. II. London: Allen & Unwin [um 1919]. XII, 512 S. 16 sh.
7. **Decke,* Ernst, Das deutsche Auslandseigentum im Friedensvertrage. Abdruck der einschlägigen Artikel d. Friedensvertr. mit Erläuterungen. Breslau: Korn 1919. 118 S. 8° geb. M 3,60.
8. **Denkschrift* d. deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge E. V. (Umschlagt.: Um die Ostmark Posen. 27. 12. 1918). Frankfurt a. O.: Dtsch. Heimatbund Posener Flüchtlinge [1919]. 47 S. 8° M 1,50.
9. **Deppe,* Ludwig, Mit Lettow-Vorbeck durch Afrika. Berlin: Scherl [1919]. 507 S. 8° geb. M 20.—
10. *Dexel,* Grete, Ostdeutsche Tafelmalerei i. d. letzten Hälfte d. 14. u. d. 1. Drittel d. 15. Jahrh. 1919. Danzig: Kafemann 1919. M 6.— (Abhandlungen zur Landeskunde der Provinz Westpreußen. Hrsg. v. d. Provinzkommission z. Verwaltung d. westpreuß. Prov.-Museen. H. 15.)
11. *Dugard,* Henry, Le Maroc de 1919. Paris: Payot [1919]. 8° fr. 4,50.
12. *Endriß,* Wilh., Streifzüge durch die Türkei. Mit 81 Abb. u. 1 Kt. von Kleinasien. Wien: Hartleben [1919]. VIII, 263 S. 8° M. 7,50.
13. *Ergebnisse* d. Volkszählung v. 31. XII. 1910 in Österreich. Die Österreicher i. Auslande. Bearb. v. d. Bureau d. statist. Zentralkommission. Wien: Gerold 1919. 40,63 S. 8° M 4.— (Österreichische Statistik. N. F. Bd 2, H. 3.)
14. *Fischel,* Alfred, Der Panslawismus bis z. Weltkrieg. Ein geschichtl. Überblick. Stuttgart: Cotta 1919. VII, 590 S. 8° M 26,50.
15. *Fitz-Simons,* F. W., The natural history of South Africa. Vol. 1. 2. London: Longmans [1919]. 8° je 9 sh.
16. *Günther,* [Otto], Die Verfassung der Stadt Danzig in polnischer Zeit <1454—1793> u. als Freistaat <1807—1814>. Für d. vorbereitenden Ausschuß f. d. Verfassung d. Stadt Danzig zsgest. Danzig 1919: Kafemann. 8° 39 S. (Schriften d. Stadt Danzig. H. 4.)
17. *Hammerstein,* H. L., Taschenbuch f. Auswanderer u. Tropensiedler. Hamburg: Thaden 1919. 102 S. 8° M 3,60.
18. The *Handbook* of Jamaica for 1919. Comprising historical, statistical and general information concerning the island, compiled. . . by Joseph C. Ford and Frank Cundall. London: Stanford [1919]. 8° 6 sh.
19. Englands *Handelskrieg* u. die chemische Industrie. Bd 3: Dokumente über die Kali-Stickstoff- und Superphosphat-Industrie, hrsg. v. A. Hesse, H[erm.] Großmann u. W. A. Roth. Stuttgart: Enke 1919. IV, 204 S. 8° M 12,50. (Aus: Samml. chem. u. chem.-techn. Vortr. Bd 25.)
20. *Heiberg,* Alma, Richard Wagner: Tannhäuser og Sangerkrigen paa Wartburg. Historisk, textlig og musikalsk belyst. Kopenhagen: Hansen [1919]. 8° Kr. 1,50.
21. *Hiemann,* Richard, Korrespondent u. Geschäftsgeist. Der Korrespondent in Handel u. Industrie als wirkl. Mitarbeiter. Zugleich ein Vorschlag zur Ausgestaltung des Korrespondenz-Unterrichtes i. d. oberen Klassen d. Handelsschulen. Leipzig 1918. Z. bez. durch Walter Hiemann. 113 S. 8° M 4,15. [Als Ms. gedr.]
22. *Hudson,* W. H. France, The nation and its development from earliest times to the establishment of the third republic. London: Harrap [1919]. 10 sh. 6 d.
23. *Jöhlinger,* Otto, Zeitungswesen u. Hochschulstudium. Einführung z. den Vorlesungen über: „Das Zeitungswesen in Deutschland u. im Ausland". Jena: Fischer 1919. IV, 179 S. 8° geb. M 12,50.
24. *Kaplun-Kogan,* Wlad., Russisches Wirtschaftsleben seit d. Herrschaft d. Bolschewiki, nach russ. Zeitungen mit einer Einleitung hrsg. 2. Aufl. Leipzig: B. G. Teubner. (Quellen u. Forschungen. Abt. 1: Recht u. Wirtschaft. H. 1.) M 9.—
25. *Kiesling,* Hans von, Damaskus. Altes u. Neues aus Syrien. Mit Abb. u. einem eingedr. Pl. Leipzig: Dieterich 1919. VII, 126 S. 8° geb. M 11.—
26. **Koch,* Paul, Der Wirtschaftskrieg u. der Wiederaufbau unseres Außenhandels. Berlin: Siegismund [1919]. 156 S. 8° M 5.—
27. *Kurz,* K. F., Im Lande der Tschechoslowakei. Bern 1919: Pochon-Jent & Bühler. 80 S. 8° M 6.—

Digitized by Google

28. *Lange*, Rud., Thesaurus Japonicus. Japanisch-dtsch. Wörterbuch. Lexikon d. in d. japan. Sprache übl. chinesischen Zeichen u. ihre Zusammensetzungen samt d. versch. Arten d. Aussprache u. d. Bedeutungen (Hrsg. v. d. Direktor d. Seminars f. oriental. Sprachen a. d. Friedr. Wilhelms Universität z. Berlin). Bd 2. Berlin: Vereinigung wissensch. Verleger 1919. V, 641 S. 8° M 64.—
29. **Lienhard*, Friedrich, Westmark. Roman aus d. gegenwärt. Elsaß. Stuttgart: Greiner & Pfeiffer 1919. VII, 200 S. 8° M 7,50.
30. German colonial *methods*. A collection of English, French and American criticisms. I. Bern: Dech 1919. 26 S. 8° M 1,50.
31. *Meyer*, Kuno, Der Ententebund der Wissenschaft. Berlin: Curtius [1919]. 12 S. 8° M 0,80.
32. *Neumann*, Kurt, Die Internationalität Marokkos. Berlin: Der Neue Orient 1919. 291 S. 8° M 10.—
33. *Nitz*, E., Militärgeographische Beschreibung v. Rumänien. Verf. im Auftr. u. unter Mitw. d. karthogr. Abt. d. preuß. Landesaufn. Berlin: Engelmann i. Komm. 1919. 8° M 20.— Tl. 1. Text. Tl. 2. Tabellen u. Karten.
34. *Schindler*, Max, Brasilien. Ein Wegweiser zur Bearb. d. brasilian. Urwaldes. Lebensführung u. Erwerb im Urwald. Hamburg: Thaden [1919]. 18 S. 8° M 1,80.
35. *Schirge*, A., Mit Lettow-Vorbeck durch Ost-Afrika. 1914—19. Mit 5 Abb. u. 1 eingedr. Kt. Berlin: Berl. evang. Missionsgesellsch. [1919]. 47 S. 8° M. 1.—
36. **Schüler*, Heinrich, Brasilien. Ein Land d. Zukunft. Mit 16 Taf. 4. veränd. u. fortges. Aufl. Stuttgart: Dtsch. Verlagsanst. 1919. VIII, 232 S. 8° M 10.—
37. *Vidal de la Blache*, P. et L. Gallois, Le bassin de la Sarre; clauses du traité de Versailles, étude historique et économique, avec 2 cartes hors texte et 2 cartes dans le texte. Paris: Colin 1919.
38. *Weiß*, Moritz, Die Stellung d. Deutschtums i. Posen u. Westpreußen. Mit e. farb. Sprachenkt. d. dtsch. Ostmarken. Berlin: Preuß. Verlagsanst. 1919. 59 S. 8° M 3.—
39. *Wieser*, Friedrich, Österreichs Ende. Berlin: Ullstein 1919. 317 S. 8° M 3,30.
40. **Witte*, J., Aus dem Missionsleben draußen für die Arbeit daheim. Berlin: Hutten-Verlag 1919. 378 S. 8°

II. Neue Zeitschriften u. Forts.-Werke.

41. Deutsche *Arbeit*. Eine Grenzland-Zeitschrift [früher: Deutsche Arbeit in Oesterreich]. Hrsg. v. Dr. Herm. Ullmann. Jg. 19. 1919/20. Mit e. Anhang: Großdeutsche Mitteilungen, Mitteilungsblatt d. österr.-dtsch. Arbeitsausschusses, Berlin. Jg. 1. München: Callwey. Jährl. 24 H. viertelj. M 6.—
42. *Der *Oberschlesier*. Oberschlesische Wochenschrift. Hrsg.: Georg Wenzel. Schriftl.: Julius Soika. Jg. 1. 1919/20. Oppeln: „Der Oberschlesier". Jährl. 52 Nrn. Viertelj. M 2,15.
43. Die *Säumerglocke*. Nachrichten für d. Böhmerwald. Jg. 1. 1919. Wien: Selbstverlag v. Rudolf Fodermayer. Jährl. 4 Nrn.
44. *Übersee-Post*. Organ f. Export u. Import. Industrie, Schiffahrt u. Finanzwesen. Hauptschriftlg.: Otto Keßler. Jg. [1.] 1919/20. Leipzig: Arnd. Jährl. 52 Nrn. viertelj. M 14.—
45. The American literary *Yearbook*. A biographical dictionary of living North-American authors. A record of contemporary literary activities. An authors' manual and students' text book. Ed. by Hamilton Traub. Vol. 1. Henning: Traub 1919. 8° $ 2.—

III. Zeitschriftenaufsätze.

46. *Akerhjelm*, Gräfin Annie, An Deutschland [Eine Stimme aus Schweden]. in: Südd. Monatshefte. Jg. 17. 1919/20. H. 2. München: „Südd. Monatshefte".
47. *Barandon*, Die politische Lage in Nord-Schleswig. in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 42. Berlin: Verlag d. Grenzboten.
48. *Bericht* aus Argentinien. Die Wirtschaftslage. Deutsche Siedlungsmöglichkeiten. Baumwollanbau im Chaco. in: Überseedienst. Jg. 5. 1919. Nr 73. Berlin: Dtsch. Überseedienst.
49. *Berthold*, Hans, Südwestafrika u. der Weltkrieg. in: Dtsch. Kolonialztg. Jg. 36. 1919. Nr 9. 10. Berlin: Dtsch. Kolonialgesellsch.
50. *Beyens*, Baron de, Impressions de Berlin. in: Revue des Deux Mondes. Année 89. 1919. T. 54, 1er Nov. Paris: Revue scientifique.
51. *Bockwitz*, Hans Heinr., Belgisches Presse- u. Propagandawesen im Auslande. in: Zeitungs-Kunde. Jg. 1919. Nr 23. 24. Berlin: „Zeitungs-Kunde".
55. *Bolivien*. Sondernummer von „Ausland u. Heimat". Jg. 13. 1919/20. Nr 4. Berlin: „Kolonie u. Heimat" Verlagsgesellsch.
53. *Bornhak*, Conrad, Deutschland u. Japan. in: Konservat. Monatsschrift. Jg. 76. 1919. H. 18. Berlin: Konservat. Schriftenvertriebsstelle.
54. *Bornhausen*, Karl, Protestantismus als Tatglaube. Vortrag in Christiania u. Kopenhagen gehalten. 1—3. in: Christl. Welt. Jg. 33. 1919. Nr 44—46. Marburg: Verlag d. christl. Welt.
55. The new *boundaries* of Austria. in: Geographical Journal. Vol 54. 1919/20. Nr 5. London: The Royal Geographical Society.
56. *Darmstädter*, Fritz, Die polnische Agrarreform. in: Archiv f. innere Kolonisation. Bd 12. 1919/20. H. 1/2. Berlin: Dt. Landbuchhdlg.
57. *Diercks*, Gustav, Frankreichs Kolonialpolitik in Algerien. in: Weltwirtschaftl. Archiv. Chronik u. Archivalien. Bd 15. 1919. H. 2. Jena: Fischer.
58. *Dopf*, Karl, Das Pressewesen der Balkanländer. in: Zeitungs-Kunde. Jg. 1919. Nr 25. Berlin: „Zeitungs-Kunde".
59. *Eccard*, F[rédéric], La dénationalisation des Alsaciens-Lorrains par l'Allemagne. in: Journal du droit international. Année 46. No 2/3. Paris: Marchal et Godde.
60. *Engelhardt*, Emil, Die Kulturmission der dtsch. Auslandsschule. in: Das Echo. Jg. 38. 1919. Nr 41. Berlin: Auslandsverlag.
61. *Fehlinger*, Hans, Die Deutsch-Amerikaner. in: Dtsch. Volkstum. Jg. 1. 1919. H. 10. Hamburg: „Dtsch. Volkstum".
62. *Fehlinger*, H., Neue Grenzen. in: Die Glocke. Jg. 5. 1919. Bd 2. Nr 30. Berlin: Verl. f. Sozialwissensch.
63. *Fick*, Richard, Auslanddeutschtum u. Kulturpolitik. in: Überseeboote. Jg. 1. 1919. Nr 5. Charlottenburg: Hupfer.
64. *Fittbogen*, Gottfried, Wer ist Auslanddeutscher? in: Hilfe. Jg. 1919. Nr 43. Berlin: Buchverlag d. Hilfe.
65. *Gallois*, L., Le bassin houiller de la Sarre. in: Annales de Géographie. Année 28. T. 154. Paris: Colin.
66. *Gerland*, Heinrich, Deutschland u. Frankreich [Die elsäss. Frage]. in: Die Hilfe. 1919. Nr 44. Berlin: Buchverlag d. Hilfe.

Digitized by Google

67. *Goettsching,* Die Jahrhundertfeier d. sächsischen Hauptmissionsvereins. in: Evang.-luther. Missionsblatt. Jg. 74. 1919. Nr 11. Leipzig: Ev.-luth. Mission.

68. *Gofferje,* Fritz, Die Volksgesundheit i. d. dtsch. Siedelungen v. Santa Catharina. in: Archiv f. Schiffs- u. Tropenhygiene. Jg. 33. H. 20/21. Leipzig: Barth.

69. *Grempe,* Max, Das Arbeitsfeld unserer ausländ. Hilfsvereine nach d. Kriege. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 11. Berlin: Heymann.

70. *Guenther,* V. H., Das Auslanddeutschtum u. die neue Zeit. in: Weltwirtschaft. Jg. 9. 1919. Nr 11. Berlin: Heymann.

71. *Hallays,* André, L'université de Strasbourg. Sa renaissance et son avenir. in: Revue des Deux Mondes. Année 89. T. 53. Livr. 2. Paris: Revue scientifique.

72. *Herlt,* Gustav, Die Zukunft d. Deutschtums in d. Levante. in: Dtsch. Levante-Zeitung. Jg. 9. 1919. Nr 20/21. Hamburg: Dtsch. Levante-Ztg.

73. *Hochdorf,* Max, Deutsch-französisches Verstehen. in: Sozialistische Monatshefte. Jg. 25. 1919. Bd 52. H. 23/24. Berlin: Sozial. Monatshefte.

74. *Hofstede* de Groot, C., Künstlerische Beziehungen zwischen Holland u. Deutschland im 17. Jahrh. in: Zeitschrift f. bildende Kunst. Jg. 55. 1919/20. H. 1/2. Leipzig: E. A. Seemann.

75. *Hohenlohe,* Prinz Alexander, Über das Schicksal von Elsaß-Lothringen. in: Friedenswarte. Jg. 20. Nr 11/12. Zürich: Füßli.

76. *Hottingen,* E. S., Die ethische Seite d. Auswanderungsproblems. in: Das Echo. Jg. 38. 1919. Nr. 42. Berlin: Auslandsverlag.

77. *Huffnagel,* G. E., Der wirtschaftliche Auslandsnachrichtendienst in Holland. in: Weltwirtschaftl. Archiv. Chronik u. Archivalien. Bd 15. 1919. H. 2. Jena: Fischer.

78. *Huntemüller,* Als beratender Hygieniker in der Asiatischen Türkei. in: Medizinische Klinik. Jg. 15. H. 43. Berlin: Urban & Schwarzenberg.

79. *Jentzsch,* Walther, Das Auslandsdeutschtum im Geschichtsunterricht. in: Die dtsch. Schule. Jg. 23. 1919. H. 9. Leipzig: Klinkhardt.

80. *Imendoerfer,* Benno, Das Ungarn von heute. in: Dtsch. Politik. Jg. 4. 1919. H. 43. Stuttgart-Berlin: Dt. Verlagsanst.

81. *Kiesling,* Hans von, Gedanken über die Umformung des deutschen diplomatischen Korps. in: Die Glocke. Jg. 5. 1919. Bd 2. H. 29. Berlin: Verlag f. Sozialwiss.

82. *Klemperer,* Victor, Das französische Universitätswesen. in: Internationale Monatsschrift f. Wissenschaft, Kunst u. Technik. Jg. 14. 1919/20. H. 1. Leipzig: Teubner.

83. *Koenig,* Paul, Was können wir von Amerika u. was kann Amerika von uns lernen? in: Was man wissen muß. Jg. 3. 1919/20. Nr 4. Leipzig: Schorpp.

84. Aus deutschen *Kolonien.* in: Der Tropenpflanzer. Jg. 22. 1919. H. 9/10. Berlin: Kolonialwirtschaftl. Komitee.

85. *Kruenes,* Erik, Serbokroatischer Brief. in: Das literarische Echo. Jg. 22. 1919/20. H. 2. Berlin: Fleischel.

86. *Krug,* L., Bácskaer Schwaben. in: Vierburgenland. Jg. 1. 1919. H. 4. Oedenburg: Verwaltung d. „Vierburgenlands".

87. *Kuechler,* W., Ernest Renan zwischen Frankreich u. Deutschland. in: Die neueren Sprachen. Bd 27. 1919. H. 5/6. Narburg: Elwert.

88. *La Bruyère,* René, La question du port de Strasbourg. in: Revue des Deux Mondes. Année 89. T. 53. Livr. 1. Paris: Revue scientifique.

89. *Launay,* Louis de, La valeur minière et industrielle de l'Alsace-Lorraine. II. in: Revue des Deux Mondes. Année 89. 1919. T. 45. 1er Nov. Paris: Revue scientifique.

90. *Luther,* Arthur, Alt-Dorpat u. d. russische Geistesleben. I—III. in: Balt. Blätter. Jg. 2. 1919. H. 36—38. Berlin-Stegl.-Riga: Würtz.

91. *Mannhardt,* Joh. W., Auslandskunde als Unterrichtsfach. in: Das Echo. Jg. 38. 1919. Nr 42. Berlin: Auslandsverlag.

92. *Martens,* Amandus, Chile. in: Weltmarkt. Jg. 7. Nr 29. Hannover: König & Ebhardt.

93. *Maßnahmen* gegen Deutsche. in: Archiv f. d. fernen Osten. Jg. 4. 1919. H. 9/10. Berlin: Curtius.

94. *Mendel,* Joseph, Die deutschen Kapitalsbeteiligungen in der Türkei u. ihre Zukunft. in: Südost. Jg. 6. 1919/20. H. 6/7. Berlin: Friedenau: Balkanverlag.

95. *Menenius,* Frankreich u. Deutschland. in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. H. 45. Berlin: Verlag d. Grenzboten.

96. *Menenius,* Rußland. in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr. 44. Berlin: Verlag d. Grenzboten.

97. *Menenius,* Tschecho-Slowakei. in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 46. Berlin: Verlag d. Grenzboten.

98. *Osteuropa.* Sondernummer d. Übersee-Post. Jg. 1919. Nr 4. Leipzig: Arnd.

99. *Paraguay.* Sondernummer v. „Ausland u. Heimat". Jg. 13. 1919/20. Nr 2. Berlin: „Kolonie u. Heimat" Verlagsgesellsch.

100. *Pirker,* Max, Zur kärntnischen Kultur. in: Österr. Rundschau. Bd 61. 1919/20. H. 1. Wien: Fromme.

101. *Poeschel,* Hans, Deutsche Kulturarbeit im schwarzen Erdteil. in: Das Echo. Jg. 38. 1919. Nr 42. Berlin: Auslandsverlag.

102. *Raffallovich,* A., Un négociant hambourgeois pendant la révolution française. Georges-Henri Sieveking <1751 bis 1799>. in: L'Economiste français. Année 47. 1919. No 41. Paris: Economiste français.

103. Ein *Recht* der Deutschen. in: Deutsche Nachrichten. Jg. 1. 1919. Nr 57. Bromberg: Vereinigung d. dt. Volkstums.

104. *Riedl,* R., Die Liquidierung der auswärt. Rechte u. Interessen Deutschlands. in: Gerechtigkeit. Jg. 1. 1919. H. 7. Berlin: Engelmann.

105. *Rohrbach,* Paul, Die baltische Frage. in: Dtsch. Politik. Jg. 4. 1919. H. 42. Stuttgart-Berlin: Dt. Verl.-Anst.

106. *Roose,* H., Der Deutsche im Auslande, einst, jetzt u. künftig. in: Das neue Deutschland. Jg. 8. 1919/20. H. 3. Gotha: F. A. Perthes.

107. *Rosenbaum,* Max, Deutsche in Bulgarien. in: Deutsche Wacht. Jg. 1. 1919. H. 6/7. Stuttgart: Verlag d. „Dtsch. Wacht".

108. Die *Sage* vom Neusiedlersee. in: Vierburgenland. Jg. 1. 1919. H. 4. Ödenburg: Verwaltg. d. „Vierburgenlands".

109. *Salz,* Arthur, Der Anschluß Deutschösterreichs. in: Dtsche Politik. Jg. 4. 1919. H. 40. Berlin-Stuttgart: Dt. Verl.-Anst.

110. *Sarkotic,* Stefan Frhr von, Jugoslawien. I. II. in: Österr. Rundschau. Bd 61. 1919/20. H. 1.-2. Wien: Fromme.

111. *Schmidt,* Alfred, Die Valutafrage in Schleswig. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 4. 1919. Nr 43. Hamburg: Meißner i. Komm.

112. *Schmidtmueller,* F., Zur Frage der Staatsangehörigkeit d. Elsaß-Lothringer. in: Mitteil. d. Ausschusses vertriebener Elsaß-Lothringer. Jg. 1. 1919. Nr 37. Freiburg i. Br.: Gesch.-st. d. Ausschusses.

Digitized by Google

113. *Sieger, Robert, Die künftigen* Grenzen Deutsch-Österreichs. in: Grenzboten. Jg. 78. 1919. Nr 43. Berlin: Verlag d. Grenzboten.

114. *Sieger,* Robert, Von Volkstum u. Heimat. in: Dtsch. Arbeit. Jg. 19. 1919/20. H. 1. München: Callwey.

115. *Sprengel,* F. G., Der diesjährige staatliche Lehrgang für den deutschen Unterricht in Dänemark. in: Dtsch. Philologen-Blatt. Jg. 27. 1919. Nr 36. Leipzig: Quelle & Meyer.

116. *Stolzer,* Gustav, Die wirtschaftl. Friedensbedingungen Deutsch-Österreichs I. II. in: Wirtschaftsdienst. Jg. 4. 1919. Nr 41. 42. Hamburg: Meißner i. Komm.

117. *Stowasser,* H., Eine Studie über den Deutschenhaß [Stransky, Der Deutschenhaß]. in: Österr. Rundschau. Bd 61. 1919/20. H. 2. Wien: Fromme.

118. Die *Templer.* in: Der Bote aus Zion. Jg. 35. 1919. H. 4. Münster i. W.: Universitätsdruckerei Bredt.

119. *Tiedje,* Johannes, Die nationale Schichtung d. schleswigschen Bevölkerung auf Grund d. Sprachstatistik. in: Hilfe. 1919. Nr 42. Berlin: Buchverlag d. Hilfe.

120. *Ullmann,* Hermann, Deutsch und großdeutsch. in: Deutsche Arbeit. Jg. 19. 1919/20. H. 1. München: Callwey.

121. *Ullmann,* Hermann, Die „höhere Schweiz" u. die Sudetendeutschen. in: Deutsche Arbeit. Jg. 19. 1919/20. H. 2. München: Callwey.

122. Ein *Verein* zur Ausbildung bayerischer Auswanderer. in: Freie Bahn. Jg. 1. 1919. Nr 24. München: Verlag Volksaufklärung.

123. *Weiß*-Sonnenburg, Hedwig, Dreitausend Kilometer quer durch China. Erinnerungen einer Deutschen aus d. Jahre 1917. in: Nord u. Süd. Jg. 44. 1919. H. 11. Breslau: Schottländer.

124. *Westman,* Knut B., Die deutsch-schwedischen kirchlichen Beziehungen. in: Die Eiche. Jg. 7. 1919. H. 3. Berlin: Die Eiche.

125. *Wetterlé,* Abbé, L'Alsace et la Lorraine au lendemain de la délivrance. in: Revue des Deux Mondes. Année 89. T. 53. 1919/20. Livr. 4. Paris: Revue scientifique.

126. *Winnig,* August, Der baltische Knoten. in: Die Glocke. Jg. 5. 1919. Bd 2. H. 26. Berlin: Verlag f. Sozialwissenschaft.

127. *Wolff,* Walter, Zipfelmütze-Brille- oder Helm? [Deutschland in d. Karikatur des Auslandes, von e. Auslandsdeutschen]. in: Die Glocke. Jg. 5. Bd 2. H. 31. Berlin: Verlag f. Sozialwissenschaft.

128. *Wuerzburger,* Eugen, Neue Bevölkerungssorgen [Drohende Massenauswanderung. Notwendigkeit, die Ausgewanderten deutsch zu erhalten]. in: Schmollers Jahrbuch. Jg. 43. H. 3. München & Leipzig: Duncker & Humblot.

129. *Zeiß,* Heinz, Der Kampf d. feindl. Wissenschaft gegen Deutschland. in: Südd. Monatshefte. Jg. 17. 1919/20. H. 2. München: „Südd. Monatshefte".

IV. Karten.

130. *Karte* der deutschen Eisenbahnen u. ihrer Anschlüsse im Auslande. Bearb. im kartogr. Bureau d. preuß. Ministeriums d. öffentl. Arb. M. 1 : 800,000. [Karte 1—4] je 91 : 63 cm. 8. Aufl. [Nebst] Beiheft: „Stationsverzeichnis der Dt. Eisenbahnen". 8. Aufl. Berlin: Gea-Verlag [1919]. 173 S. Text.

Bereits in 8. Auflage vorliegende gediegene Übersichtskarte. Eingetragen sind außer den speziellen Eisenbahnangaben, die hier weniger interessieren, sowohl die früheren als auch die neuen Reichsgrenzen, die Abstimmungsgebiete usw., sodaß die Karte, im Osten den größten Teil von Polen mit umfassend, im Süden bis zur Linie Innsbruck-Budapest, im Westen bis Paris reichend zugleich als Demonstrationskarte für die politisch-geographische Entwicklung Deutschlands gut geeignet ist. Die Eintragung der Anschlußlinien ist auslandkundlich von großem Interesse.

131. *Ravenstein,* Hans, Ravensteins Reise- u. Eisenbahn-Karte von Deutschland u. angrenzenden Gebieten. Gez. v. Chr. Peiz. M. 1 : 1,5 Mill. Mit Stationsverzeichn. bearb. v. Chr. Peiz. 7. Aufl. Frankfurt a. M. Ludwig Ravenstein [1919]. 75 : 93 cm. M 5.—

In kleinerem Maßstabe und weniger detailliert als Nr. 130, mehr für den Handgebrauch weiterer Kreise, die nur allgemeine Übersicht wünschen.

132. *Ravenstein,* Hans, Ravensteins Reise-, Eisenbahn- u. Verkehrskarte von Neudeutschland u. d. angrenz. Ländern. Gez. v. Paul Schubert. M. 1 : 2 Mill. 2. Aufl. Frankfurt a. M.: Ludw. Ravenstein [1919]. 65 : 72,5 cm. M 2.—

Noch kleinerer Maßstab als Nr. 131, lediglich zur allgemeinen Übersicht über Mitteleuropa und die angrenzenden Teile, etwa vom Meridian von Paris bis Warschau und von der Breite von Kopenhagen bis Genua. Die einzelnen Staatengebiete sind kolorierl, sodaß die Karte zugleich eine Übersicht über die neuen politisch-geographischen Verhältnisse Mitteleuropas bietet.

133. *Ravenstein,* Hans, Ravensteins Karte zur Einteilung v. Vertreter-Bezirken in Deutschland. Enth. alle Eisenbahnen mit Stationen, Hauptlandstraßen... M. 1 : 1,5 Mill. [nebst] Ortsverzeichnis von ca. 16 000 Namen. . . . bearb. v. Christian Peiz. 5.—7. Aufl. Frankfurt a. M.: Ludwig Ravenstein [1919]. 75 : 92,5 cm. M 3.—

Situation in Schwarz, nur die Grenzen der Bundesstaaten, Provinzen und Regierungsbezirke in Rot. Wir erwähnen die Karte, weil sie sich zugleich als Arbeitskarte für Eintragungen aller Art eignet. Die zahlreichen Ortsnamen machen das Bild allerdings zum Teil etwas unübersichtlich.

134. Militärische *Verkehrskarte* für den Bereich d. 18. Armeekorps u. d. anschließenden Gebiete. M. 1 : 300,000. Frankfurt a. M.: Ludw. Ravenstein [1919]. 104 : 77,5 cm.

Enthält das Gebiet des unmittelbar an der Westgrenze liegenden XVIII. Armeekorps und die angrenzenden Gebiete bis zur Linie Duisburg-Saarbrücken und Göttingen-Würzburg. Situation (Straßen, Eisenbahnen) in Schwarz, Wald grün. Der besondere Charakter der Karte liegt in der genauen Eintragung der Brückenkopflinien um Köln, Coblenz und Mainz und der Grenzen des neutralisierten Gebietes von Duisburg bis Mannheim (in Rot).

135. *Rheinprovinz.* Neue Bearb. nach Karten v. Hans Ravenstein. M. 1 : 300,000. Frankfurt a. M.: Ludw. Ravenstein [1919]. 107 : 77 cm. M 4,50. (Ravensteins Volksausg. von Spezialkarten d. dt. Reichs. Nr 13.)

Übersichtliche Darstellung der Rheinprovinz einschließlich der angrenzenden Länder und Gebiete bis zur Linie Metz-Karlsruhe und Emmerich-Paderborn. Die Situation ist in Schwarz ausgeführt. Alle für die Grenzmark wichtigen politisch-geographischen Linien (Brückenkopflinien usw.) haben jeweils besonderes Kolorit. Wünschenswert wäre vielleicht eine noch schärfere Heraushebung der Rheinprovinz selbst, etwa durch Flächenkolorit, gewesen.

136. *Baden.* Neue Bearb. nach amtl. Karten v. Hans Ravenstein. Mit Brückenkopf Kehl u. neutr. Zone. M. 1 : 300,000. Frankfurt a. M.: Ludw. Ravenstein [1919]. 86 : 59,5 cm. M 3.— (Ravensteins Volksausg. v. Spezialkarten d. Dt. Reichs. Nr 1.)

Ausführung wie bei Nr. 135, nur ist die Kolorierung der angrenzenden Gebiete entfallen, sodaß zwar die Grenzen von Baden-Hohenzollern sich deutlich abheben, die Beziehungen dieses Grenzgebietes zu den Nachbarländern jedoch nicht hervortreten.

137. *Karte* d. Abstimmungsgebiete und Zusammenstellung d. einschläg. Bestimmungen d. Friedensvertrages. M. 1:1 Mill. Berlin: Dietrich Reimer. 1919. 73,5 : 54 cm.

Wichtige Karte für die Geschichte des Grenzmarkendeutschtums. Sie enthält in übersichtlicher, besonders für Demonstrationen geeigneter Darstellung die Abstimmungsgebiete im Osten, ferner auf zwei Nebenkarten das Abstimmungsgebiet in Nordschleswig und von Eupen-Malmedy. Alle wichtigen politisch-geographischen Linien sind eingetragen und in der Legende ausführlich erläutert. Auf der Rückseite der Karte sind außerdem die einschlägigen Artikel des Friedensvertrages, überhaupt alle Angaben, die für die Durchführung der Abstimmung praktisch von Interesse sind, abgedruckt.

138. *Abstimmungsgebiet* in Schleswig. Hrsg. v. d. kartograph. Abt. d. preuß. Landesaufnahme. M. 1 : 300,000. o. O. 1919. 41 : 42 cm.

Darstellung speziell des schleswigschen Abstimmungsgebietes, mehr für den Handgebrauch. Die Situation in Schwarz. Die beiden Abstimmungszonen sind durch besonderes Flächenkolorit unterschieden. Die genaue topographische Unterlage (Karte von Mitteleuropa 1 : 300 000) gestattet sehr gute Orientierung im einzelnen. Die Legende enthält die wichtigsten Angaben für die praktische Durchführung der Abstimmung in Schleswig.

Digitized by Google

139. *Lange*, Friedrich, Deutsch-Österreich u. d. Tschecho-slowakei. M. 1 : 1 Mill. Berlin: Dietrich Reimer [1919]. 60,5 : 90 cm. M 2,85 (Dietrich Reimers Handkarte).

Stellt das ganze Gebiet der beiden neuen Republiken Österreich und Tschecho-Slowakei nach den Bestimmungen des Friedens von St. Germain mit Einschluß der unmittelbar angrenzenden Länder dar, für deren Abgrenzung allerdings die Grundlagen zum Teil noch nicht festliegen (z. B. bei Polen), sodaß die gewählte Darstellung in diesem Punkte nur vorläufigen Wert hat. Die einzelnen Staatsgebiete sind durch Flächen- und Grenzkolorite übersichtlich herausgehoben, die Teile von Kärnten, über deren Zugehörigkeit erst noch durch Volksabstimmung entschieden werden soll, besonders bezeichnet. Die sehr ausführliche Legende stellt recht brauchbar die wichtigsten statistischen Grunddaten (Flächeninhalt, Größe und Zusammensetzung der Bevölkerung usw.) der neuen Staaten zusammen. Die Eintragung der Grenze der ehemaligen Monarchie ermöglicht Vergleiche mit den früheren politisch-geographischen Verhältnissen. Für die Frage des Deutschtums ist jedoch vor allem die besondere Ausscheidung der durch den Friedensschluß vergewaltigten deutschen Bevölkerung in der Tschecho-Slowakei bzw. im südslawischen Staat von Bedeutung.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Neue Zeitschriften.

„Der Siedler im Osten" nennt sich eine neue Zeitschrift, die als Verbandsorgan des Soldaten-Siedlungsverbandes Kurland in Berlin erscheint und deren beide erste Nummern vom 1. und 15. Oktober uns vorliegen. Curt von Boetticher zeichnet für die Herausgabe verantwortlich. Die Delegiertenversammlung vom 8. September in Mitau hat das Blatt zum Organ gewählt. Der Verlag Gustav Ziemsen in Berlin hat seine Zeitschrift „Dem deutschen Volke" vertraglich zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt, die nun in dieser Ausgabe den vom Verbande gewählten Titel trägt. Die Zeitschrift will ein Bindeglied zwischen der Heimat und den Kurland-Soldaten werden. Für die Beweggründe der in Kurland kämpfenden deutschen Soldaten ist eine Stelle aus dem Aufruf für die Werbung zugunsten des Blattes bezeichnend: „Hilf auch Du uns dazu, ein Plätzchen froher Arbeit und sicherer Zukunft zu finden, die das arme Vaterland uns nicht bieten kann." Dieser Satz entspricht den an anderer Stelle dieser unserer Zeitschrift wiederholt kundgegebenen Auffassung, daß es den deutschen Baltikumskämpfern nur um die Siedlungsfrage, und nicht etwa um Politik zu tun ist. Auf den Inhalt der neuen Zeitschrift gehen wir an anderer Stelle dieser Nummer ein.

Innerhalb einer Aufsatzreihe „Stimmen zur neuen Gestaltung des Geschichtsunterrichts" (im Septemberheft der Monatsschrift „Die deutsche Schule") macht Walter Jentzsch, der Mitherausgeber des Holdegelschen Quellenlesebuchs „Deutsches Schaffen und Ringen im Auslande" (Leipzig, Klinkhardt), praktische Vorschläge zur Berücksichtigung des Auslanddeutschtums in der Schule. Die politische und wirtschaftliche Lage der deutschen Kernlande in der Gegenwart wie die kulturgeschichtliche Bedeutung des gesamten deutschen Volkstums in der Vergangenheit erheben das Auslanddeutschtum heute zu einem wertvollen Unterrichtsstoff, dem die Siedlungsverhältnisse der Heimat einen hohen Grad von Anschaulichkeit verleihen können. Der theoretischen Begründung folgen aus der Unterrichtserfahrung gewonnene Winke für Darbietung und Verarbeitung des Stoffes, die mit Recht volles Gewicht auf die deutsche Besiedlung Osteuropas seit dem frühen Mittelalter legen (unter Hervorhebung der deutschen Kulturleistungen in der ehemaligen Donaumonarchie), aber auch der durch den Friedensschluß geschaffenen Notlage des neuen Auslanddeutschtums und der einsetzenden Auswanderungsbewegung Rechnung tragen.

In der sozialdemokratischen Freiburger **„Volkswacht"** tritt ein Auslanddeutscher dafür ein, daß in erster Linie die Arbeiter und die Auslanddeutschen dazu berufen seien, an dem Wiederaufbau der früheren Kampfgebiete mitzuwirken. Das seien die beiden Klassen, die schon vor dem Kriege stets für Völkerversöhnung arbeiteten und denen der Krieg die Arbeit zerschlagen habe. Gerade die Auslanddeutschen kennen die Psychologie der fremden Länder und Völker, gerade sie können ein großes Kontingent von Leuten stellen, die früher in Frankreich und Belgien tätig gewesen sind. Sie sind die geborenen Leiter und Führer der Arbeiter, denen sie helfen können, Volk und Land, dem sie nun dienen sollen, zu verstehen und würdigen zu lernen. Das Wiederaufbau-Ministerium solle also diese beiden Kategorien von Deutschen zusammenführen und für eine gedeihliche Gemeinschaftsarbeit sorgen.

VON UNSERER ARBEIT

Die philosophische Fakultät der Universität Tübingen hat den Vorsitzenden des Deutschen Ausland Instituts, Kommerzienrat und Konsul Theodor G. Wanner, zum Doktor der Philosophie ehrenhalber ernannt.

In der Vorstandssitzung, die am Freitag, den 21. Nov., im Institute stattfand, hielt unser Vorstandsmitglied Professor Dr. C. Uhlig als Abgesandter der Philosophischen Fakultät der Universität bei der Überreichung des Diploms eine kleine Ansprache, in der er ungefähr folgendes ausführte:

Es waren zu Anfang dieses Jahres 20 Jahre, daß Herr Theodor G. Wanner nach Stuttgart vom Ausland zurückkehrte. Ein guter Stern hat den Grafen Linden und ihn zu gemeinsamer Tätigkeit im Württembergischen Verein für Handelsgeographie zusammengeführt. Damit begann eine Laufbahn, die, das darf ich wohl sagen, von ganz außerordentlicher Bedeutung für Württemberg gewesen ist, in der Wanner viele öffentliche Einrichtungen geschaffen hat, die für das geistige Leben Stuttgarts und Württembergs hohe Bedeutung erlangten. Überall setzte er sich mit seiner ungewöhnlich tatkräftigen, warmen Art, für das was er einmal angepackt hatte, ein. Die Beziehungen, die er bei seinen Arbeiten anknüpfte, brachten ihn natürlich auch in Verbindung mit Tübingen, sehr zum Vorteil der Landesuniversität. Sie verdankt ihm außerordentlich viel. Die Württembergische Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften wäre kaum zustande gekommen, wenn er sich ihrer nicht energisch angenommen und viele Schwierigkeiten durch seine guten Beziehungen und seine Gewandtheit aus dem Wege geräumt hätte. Wir befinden uns hier im Deutschen Ausland Institut, und wenn wir von Herrn Wanners öffentlicher Tätigkeit sprechen, so können wir ruhig sagen, das ist diejenige Leistung, die für ihn und uns im Augenblick das Höchste bedeutet und die im Grunde auf allen den Vorarbeiten aufbaut, die er schon auf anderen Gebieten ausgeführt hat. Er hatte dieser seiner Schöpfung ein gut Teil seiner Gesundheit geopfert, und wir freuen uns, daß wenigstens sein letzter Urlaub ihn uns erfrischt und wiedergesundet zurückgegeben hat. Das Bild, das ich Ihnen hier in aller Kürze von Herrn Wanners Tätigkeit entworfen habe, läßt Sie begreifen, daß wir schon lange in Tübingen den Wunsch hatten, seine Lebensarbeit gebührend anzuerkennen, und so kam es zu dem, was mich als Beauftragten der Philosophischen Fakultät der Universität hierher bringt. Die Philosophische Fakultät hat einstimmig den Beschluß gefaßt, der in der folgenden Urkunde niedergelegt ist:

„Die Philosophische Fakultät der Universität Tübingen ernennt hierdurch den württembergischen Kommerzienrat und schwedischen Konsul Theodor G. Wanner aus Stuttgart in

Digitized by Google

Anerkennung der Verdienste, die er sich durch 20jährige aufopfernde und erfolgreiche Tätigkeit um deutsche Wissenschaft und deutsches Volkstum als Vorstandsmitglied des Württembergischen Vereins für Handelsgeographie und Mitbegründer des Lindenmuseums, als tatkräftigster Helfer bei Errichtung der Württembergischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, als Schöpfer und Führer des Deutschen Ausland Instituts erworben hat und noch erwirbt, ehrenhalber zum Doktor der Philosophie. Zum Zeugnis dessen ist diese Urkunde ausgestellt, vom Dekan unterschrieben und mit dem Siegel der Fakultät versehen.

Tübingen, 13. November 1919.

Der Dekan: gez. Schmidt.

Konsul Wanner sprach in kurzen, bewegten Worten seinen Dank für diese ihn vollkommen überraschende Anerkennung seines Wirkens aus und verband damit die Versicherung, daß diese letzten Jahrzehnte der Arbeit die schönsten seien, die er verlebt habe, daß sie ihn voll und ganz befriedigten und daß er sich besonders gefreut habe, auch bei der Gründung der Württembergischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften mit tätig sein zu dürfen. Eine besondere Genugtuung sei es ihm, daß das Deutsche Ausland Institut so schöne Erfolge habe erzielen dürfen und daß es auch über die engeren Landesgrenzen hinaus sich eine gebührende Stellung verschafft habe. Die Arbeiten hätte er niemals leisten können, ohne die engste und wärmste Unterstützung gerade der Universität Tübingen, die das Deutsche Ausland Institut von jeher mit Rat und Tat gefördert und unterstützt habe. Er sei aus tiefstem Herzen dankbar für die ihm gewordene Anerkennung, die ihm ein Ansporn sein werde, auch fernerhin sein Leben im Dienste des Wohles unseres Deutschtums bis zum letzten Atemzuge einzusetzen.

Bitte.

Die so ungeheuer stark wachsenden Kosten unseres Betriebes, der Löhne und Gehälter, der Papierpreise und Materialpreise veranlassen das Deutsche Ausland Institut zu einer Bitte. Der Vorstand hat in seiner Sitzung vom 21. Nov. 1919 beschlossen, natürlich unter allen Umständen an dem gemeinnützigen Charakter des Instituts festzuhalten, der volle Unentgeltlichkeit aller von uns gegebenen Auskünfte für Auswanderer und Stellensuchende, in Steuer- und juristischen Fragen, wie überhaupt in allen Fragen des Auslanddeutschtums und der Auslandkunde bedingt. Wohl aber wäre es uns willkommen, wenn Anfragende unsere Arbeiten auch dadurch unterstützten, daß sie uns das Porto für die Rückantwort beilegten. Das bedeutet für den einzelnen ein geringes Opfer, das er auch einem gemeinnützigen Institute nicht verübeln wird, und bedeutet für uns die Möglichkeit, viele Tausende von Mark an andern Stellen des Instituts, wo sie dringend gebraucht werden, zu verwenden und sie zum weiteren Ausbau unserer Instituseinrichtungen zu benutzen. Jeder, der also dieser unserer Bitte entspricht, nützt damit zu einem kleinen und für ihn selbst kaum ins Gewicht fallenden Teile der Sache, der wir dienen.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslanddeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

Auslanddeutscher reist in ca. 4 Wochen nach dem Balkan zurück. Firmen, die sich für den Absatz von deutschen Erzeugnissen dort interessieren, wollen sich wegen Aufgabe der Adresse an uns wenden.

Auslanddeutscher mit guten Beziehungen nach Frankreich wünscht in Verbindung zu treten mit Fabrikanten von Haushaltungsartikeln, Emaillewaren, Bürsten usw. Interessenten wollen sich wegen Aufgabe der Adresse an uns wenden.

Es werden nach Finnland gesucht: Tischlerei- und Drechslereiarbeiter für eine Sägemühle, Furnierfabrik, Tischlerei, Holz und Kartonnagefabrik. Bevorzugt werden unverheiratete oder verheiratete Arbeiter mit kleinen Familien. Angebote werden durch die Stellenvermittlung des D. A. I. weiterbefördert.

Ständig gesucht werden nach Norwegen: Weibliche Dienstboten. Angebote wollen zur Weitergabe an die Stellenvermittlung des D. A. I. gesandt werden.

Versand des „Auslanddeutschen".

Unsere Zeitschrift wird seit dem 1. Oktober an alle Bezieher im unbesetzten deutschen Gebiete durch die Post versandt. Es ist natürlich, daß die Umänderung des Versandes zu einigen Schwierigkeiten führte, die namentlich durch die Verkehrssperre und durch die Druck- und Herstellungsschwierigkeiten, die besonders Süddeutschland schwer trafen, verstärkt wurden. So mag es vorgekommen sein, daß einzelne Bezieher das Blatt nicht oder nicht pünktlich bekommen haben. Wir bitten aber unsere Mitglieder und Bezieher der Zeitschrift, in Zukunft in solchen Fällen stets zuerst beim zuständigen Briefträger und beim zuständigen Postamt zu reklamieren und erst an uns zu berichten, wenn diese Reklamation keinen Erfolg gehabt haben sollte. Da der „Auslanddeutsche" von uns unter allen Umständen so zeitig fertiggestellt wird, daß er am 1. und 15. jeden Monats zur Post gegeben werden kann, hoffen wir, daß inzwischen eine gewisse Regelmäßigkeit in der Zustellung eingetreten sein wird. Adressenänderungen bitten wir uns stets sofort mitzuteilen. Wir sind auch gern bereit, denjenigen Mitgliedern und Beziehern, die den besonderen Wunsch äußern, den „Auslanddeutschen" wie bisher durch Kreuzband zu übermitteln. Da aber bei den stets steigenden Papier- und Materialienpreisen, wie Gehältern und Löhnen die Kosten für die Halbmonatschrift schon recht nahe an unsern Mindestbeitrag heranreichen, können wir in diesem Falle nicht auch noch die Versandkosten tragen. Wir müssen deshalb für den Kreuzbandversand im Inland einen Zuschlag von 5 Mk., für den Kreuzbandversand nach dem Ausland einen solchen von 7 Mk. erheben, um unsere eigenen Kosten zu decken.

Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 13 unserer Zeitschrift ist auf Seite 455 rechts in der fünften Zeile von oben ein sinnentstellender Druckfehler stehen geblieben. Die Stelle heißt richtig:
die vorerst eingegangenen waren über eine Anfangsbilanz in den wenigen Wochen ihres Bestehens nicht hinausgekommen.

Wie der Umbruch dieser Nummer schon vollendet war, erhielten wir Nr. 267 des „Reichsanzeigers" mit den „Richtlinien für Gewährung von Vorschüssen usw.", die uns wichtig genug dünkten, noch in Nummer 14 zum Abdruck gebracht zu werden, trotzdem wir uns bewußt waren, daß diese Änderung einen Tag Verzögerung in der Herausgabe bedeutet.

Die Schriftleitung.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 24. November 1919.
Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. — Druck der Tagblatt-Buchdruckerei Stuttgart.

Digitized by Google

DER AUSLANDDEUTSCHE

HALBMONATSSCHRIFT
FÜR AUSLANDDEUTSCHTUM UND AUSLANDKUNDE
MITTEILUNGEN DES DEUTSCHEN AUSLAND INSTITUTS
ORGAN DES BUNDES DER AUSLANDDEUTSCHEN

„Der Auslanddeutsche" erscheint zu Anfang und zu Mitte jeden Monats • Für Mitglieder des Deutschen Ausland Instituts mit einem Mindestbeitrag von 20 Mark unentgeltlich; bei Versendung unter Kreuzband wird ein Portozuschlag, im Inland von 5 Mark, im Ausland von 7 Mark, erhoben • „Der Auslanddeutsche" kann durch jede Postanstalt bezogen werden, Bezugspreis 22 Mark jährlich, 5,50 Mark vierteljährlich • Preis des Einzelheftes 1 Mark. Alleinige Anzeigenannahme durch die Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Stuttgart und ihre Zweigbüros.
Schriftleitung: Dr. rer. pol. Fritz Wertheimer-Stuttgart.

Jahrg. II. – Nr. 15 | STUTTGART | Zweites Dezember-Heft 1919

Auswanderung nach dem Osten

Von Dr. R. F. KAINDL (Czernowitz-Graz).

In welche Zeitung man blickt, überall finden sich Mitteilungen über die Abwanderung unserer überschüssigen Volkskräfte übers Meer. Das kann schließlich nicht überraschen. Die dentsche Überseepolitik der letzten Jahrzehnte mit ihren schönen Erfolgen und die vor dem Kriege mit allen Mitteln betriebene Werbearbeit der Spekulanten und Schiffahrtsgesellschaften hat die Überzeugung geschaffen, daß die Abwanderung übers Meer die beste und lohnendste Auskunft für alle jene ist, die in der Heimat nicht bleiben wollen. Und es ist kaum zweifelhaft, daß auch gegenwärtig diesen Lockungen eine Unzahl Deutscher folgen wird, trotzdem sich so viele warnende Stimmen bemerkbar machen, und trotzdem mehr als je schwindelhafte Unternehmungen durch die große Nachfrage ins Leben gerufen werden.

Vor allem ist Auswanderung das letzte Mittel zur Beseitigung unserer wirtschaftlichen Not. Nach den schweren Blutopfern der Deutschen sollte man glauben, daß wir in der Heimat jede Hand und jeden Kopf benötigen. Es ist zu befürchten, daß für jeden ausgewanderten Deutschen später ein Nichtdeutscher bei uns einwandern und damit im Heimatland ein neuer Abbröckelungsprozeß beginnen wird. Die billiger sich anbietenden fremden Arbeitskräfte sind stets eine Gefahr für deutschen Boden gewesen. Daher muß es unsere erste Aufgabe sein, alle Deutschen, soweit nur irgend möglich, der Heimat zu erhalten. Nur für den Fall, daß das unmöglich ist, möchte ich vor der Auswanderung übers Meer jene nach dem Osten empfehlen.

Die Gründe hiefür sind kurz folgende:

Durch viele Jahrhunderte sind wir Deutsche nach dem Osten gewandert, haben deutsche Städte, Dörfer, ja ganze deutsche Landschaften geschaffen, waren wohl auch zu Macht und Einfluß gelangt.*) Diese Entwicklung wurde durch verschiedene Umstände, hauptsächlich aber durch die Entdeckung Amerikas gehemmt und im 19. Jahrhundert durch die deutsche Überseepolitik vollends unterbunden. Der Zufluß neuer Kräfte nach dem Osten hörte auf, und damit begann der Verfall. Wäre die Abwanderung nach dem Osten nicht unterbrochen worden, so hätten wir heute im Osten ein großes Wirtschaftsgebiet, wir hätten nicht gehungert und gedarbt, auch wenn es zu einem Kriege gekommen wäre. Im Osten liegen unsere sicheren Kornkammern, die Bezugsquellen für allerlei Rohmaterial, die besten Absatzgebiete für unsere Industrie, das lohnendste Arbeitsfeld für unsere Hand- und Kopfarbeiter.

*) Zusammenfassend darüber meine Schrift „Die Deutschen in Osteuropa", wo die weitere Litteratur genannt ist.

Die politischen Kämpfe der letzten Jahrzehnte, die die Deutschen im Osten geführt haben, mögen allerdings den Anschein erweckt haben, daß es dort den Deutschen überaus schlecht geht; glücklicherweise haben sich aber die wirtschaftlichen Verhältnisse der Ostdeutschen trotz allem gut entwickelt. Wer die deutschen Ansiedlungen in Ungarn oder weiter ostwärts in den letzten Jahrzehnten besichtigt hat, muß dies unumwunden zugeben. Überall wird man finden, daß hier die deutschen Ansiedlungen zu den schönsten Ortschaften zählen; an vielen Orten herrscht eine überraschende Wohlhabenheit, und es wäre nur zu wünschen, daß in der alten Heimat überall die wirtschaftlichen Verhältnisse ähnlich stünden. Freilich müssen oft die Ansiedler um ihr völkisches Recht, um Muttersprache, deutsche Predigt und deutsches Gebet einen harten Kampf führen, aber ihre wirtschaftliche Tüchtigkeit läßt sie alle Schwierigkeiten überwinden. Wer würde nach allem, was über Bosnien in den letzten Jahren hereingebrochen ist, annehmen, daß die deutschen Kolonien dort noch völlig unberührt sind und wirtschaftlich gut dastehen. Und doch ist es so, weil man sie braucht! Auch aus Großrumänien kommen erfreuliche Nachrichten, daß überall in den annektierten Ländern das Deutschtum sich gut entwickelt. Aus der früher deutsch verwalteten Bukowina müssen zwar die deutschen Universitätsprofessoren, die deutschen Verwaltungsbeamten u. a. weichen, aber so bedauerlich dies auch ist, diese Erscheinungen dürfen selbstverständlich nicht den Maßstab für das allgemeine Los der deutschen Ansiedler bilden. Gewiß gibt es auch im Osten Gebiete, in denen die Deutschen während des Krieges völkisch und wirtschaftlich schwer gelitten haben. Aber diese anormalen Verhältnisse werden sich wieder bessern. Der Historiker weiß, daß ähnliche Erscheinungen sich schon öfters auch im Osten abgespielt haben. Wiederholt hat sich nach Zeiten nationaler Hetze wieder ruhigere Einsicht durchgerungen, und diese war stets mit dem Bestreben verbunden, Deutsche als willkommene Kräfte ins Land zu ziehen. Um 900 plündern und morden die Magyaren in Deutschland; um 1000 wird Ungarn mit deutscher Hilfe hergestellt, eine deutsche Prinzessin sitzt auf dem Throne, Deutsche werden ins Land gezogen. Einige Jahrzehnte später wieder ein Sturm gegen die Deutschen; aber im zwölften und dreizehnten Jahrhundert — besonders nach dem Mongolensturm — werden Deutsche massenhaft ins Land gezogen. Zu Anfang des vierzehnten Jahrhunderts wieder eine Reaktion; aber im fünfzehnten erreichten die deutschen Städte in Ungarn ihren Höhepunkt. Im sechzehnten Jahrhundert will man die Deutschen durch die ungeheuer-

Digitized by Google

lichsten Mittel verdrängen, man will sie verbrennen; aber seit dem Ende des siebzehnten Jahrhunderts, nach der Türkenzeit, gibt es für Ungarn nur ein Rettungsmittel — die deutsche Besiedelung..... Und so ging es auch anderwärts und wird es auch wieder gehen.

Übrigens war die Behandlung und das Schicksal der Deutschen während des Krieges fast überall gleich. Die Lage der Deutschen in England, Frankreich und Amerika war nicht besser als die ihrer Volksgenossen im Osten. Da dem deutschen Auswanderer nirgends freundlicheres Entgegenkommen zugesichert ist, kann dadurch das Ziel seiner Auswanderung nicht bestimmt werden. Es kommt also nur die Aussicht auf Erwerb und Fortkommen des Einzelnen in Betracht, ferner das völkische Interesse, das doch nicht vergessen werden darf.

Im allgemeinen sind Erwerbs- und Ankaufsmöglichkeiten im Osten ebenso vorhanden wie im Westen. Der Durchschnittsauswanderer wird schon deshalb hier mehr Aussicht haben, weil er aus den fortgeschrittenen Kulturkreisen stammt. Hunderte und Tausende, die mit einer sehr geringen Habe auswanderten, sind im Osten wohlhabend, ja reich geworden, haben angesehene Stellungen erlangt, sind wohl auch Millionäre geworden. Märchenhaften Reichtum zu sammeln ist ja nicht jedermanns Sache, aber es kam auch im Osten vor, daß ganz arme Leute im Laufe von zwei bis drei Geschlechtern zu ganz ansehnlichem Reichtum gelangten. Die weitesten Aussichten eröffnen sich im Osten und Südosten, sobald die Verhältnisse in Ordnung kommen, für deutsche Landwirte, Gewerbetreibende, Industrielle, Kaufleute und dergleichen. Für Landleute werden ganz gewiß Ankäufe und Parzellierungen wie vor dem Kriege möglich sein. Die Fruchtbarkeit des Bodens und die verhältnismäßig billigen Bodenpreise müssen betont werden. Sehr wertvoll wäre der Einfluß fortgeschrittener deutscher Landwirtschaft auf die einheimische Bevölkerung; fast nirgends noch wird der Boden gehörig ausgenützt; ebenso könnten Obstbau, Viehzucht usw. den größten Aufschwung nehmen. An Gewerbetreibenden, Fabriken aller Art ist größter Mangel vorhanden. Die erstaunlichen Preise von Industrieartikeln zum Beispiel in Rumänien sind allbekannt. Aus allen Berichten geht hervor, daß jetzt der Bedarf noch größer ist. Überall bietet sich Gelegenheit zu lohnender Arbeit. An guten Handwerkern ist fast überall Mangel. Glasarbeiter, die aus Griechenland von den Franzosen vertrieben wurden, werden jetzt wieder dorthin zurückgerufen. Die Ausnützung der Bodenschätze (Wälder, Bergwerke, Petroleum usw.) erfordert Arbeit und Geld. Deutsche haben sich an allen diesen Unternehmungen schon vor dem Kriege mit Erfolg beteiligt. Überall könnten unsere und der Einheimischen Interessen in Einklang gebracht werden und beide Teile einander in friedlicher Arbeit fördern. Selbstverständlich werden auch Ärzte, Erzieherinnen und ähnliche freie Berufe Betätigung finden. In völkischer Hinsicht ist die Auswanderung nach dem nahen Osten jener übers Meer bei weitem vorzuziehen. Es muß betont werden, daß die nach dem Osten gewanderten Deutschen meist deutsch geblieben sind, ja sich mit dem deutschen Gesamtvolk eins fühlen, ganz im Gegensatz zu den übers Meer gewanderten. Ein großer Teil der nach dem Osten Gewanderten steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem alten Volkskörper. Ununterbrochene Zuwanderung hätte das noch anders gestaltet. Bevor einer der nach dem Osten gewanderten Deutschen entnationalisiert wird, gehen im Westen Hunderte dem Volkstum verloren. Nach dem Scheitern unserer Überseepolitik wird der völkische Verlust in überseeischen Ländern noch größer sein. Die nach dem Osten auswandern, werden einerseits überall Anschluß an schon bestehende deutsche Gemeinden, Vereine und Schulen finden, anderseits diese stärken und stützen. Und ich denke, daß dieser neue Zug des deutschen Volkes nach Osten auch dem Gesamtvolk der Deutschösterreicher und alle Ostdeutschen näher bringen wird und daß so ein völkischer Zusammenschluß entsteht, der den Mangel an politischer Zusammengehörigkeit zum guten Teil ersetzen wird. Die Wanderung über See hat nicht nur viele tausende Deutsche uns entfremdet, die dort verloren gingen, sondern auch unsern Blick von den Volksgenossen im Osten abgelenkt. Welcher Schaden dies war, bedarf nicht näherer Darlegung.

Die deutschen Ansiedlungen im Osten werden aber auch den Absatz deutscher Industrieartikel erleichtern und den Ankauf von Naturprodukten fördern. Vor einiger Zeit wurde in einer deutschen Banater-Zeitung das Bekenntnis der Banater Deutschen zur deutschen Volksgemeinschaft mit der Erklärung begleitet: „Wir wollen euch gutes Banater Mehl schicken, um von euch gediegene Industrieartikel bekommen zu können!" In diesen wenigen Worten ist unser Zukunftsprogramm kurz und bündig zum Ausdruck gebracht.

Am Schlusse sei nur noch kurz erinnert, daß schon früher, besonders aber in den letzten Jahren vor dem Kriege, auch andere Stimmen die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf den Osten zu lenken suchten. Diesen Zweck verfolgten auch die von mir ins Leben gerufenen Tagungen der Karpathendeutschen und viele meiner Schriften. Es seien hier nur die zwei Flugschriften „Deutsche Siedlung im Osten" (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt) und „Die Deutschen in den Donauländern und ihre Nachbargebiete. Ein Sendschreiben an Deutsche und Nichtdeutsche" (Hamm/Westfalen, Breer und Thumann) genannt.

Der Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer

Von R. BORCHARDT, BERLIN

Die Fürsorgetätigkeit des Vereins galt im Frieden den ins Inland zurückgekommenen Volksgenossen, vorzugsweise den Arbeiterfamilien unter ihnen, den gänzlich mittellosen, den Kranken und Erwerbsunfähigen. Hierbei wurde das Ziel dauernder Hilfe verfolgt und durch geeignete Unterbringung, durch Beihilfen zur ersten Einrichtung, durch Darlehen, durch ärztliche Hilfe und durch geregelte Unterstützungen laufender Art zu erreichen gesucht. Vielfach bewährte sich bei Unterbringung der Erwerbsunfähigen das Auffinden von Verwandten und Freunden, die bereit waren, sich der Leute anzunehmen und nicht selten aus dem Ausland nachfolgten. Behörden, Kommunen, Fürsorgeanstalten und Arbeitgeber konnten zu Opfern bewogen werden, wenn der Verein sich beteiligte. Besondere Fürsorge galt dem Schul- und Einsegnungsunterricht der älteren, oft schon schulentwachsenen und zurückgebliebenen Kindern der Rückwanderer, sie wurde durch Einwirken auf Geistliche und Lehrer, durch Nachhilfestunden und durch häufige Fühlungnahme mit den Eltern ausgeübt. Ein Heim für Einsegnungskurse entstand auf diesem Wege in Langenolingen (Prov. Posen). Durch Bereisung der Arbeitsstellen wurde das Verhältnis zwischen den Einheimischen und den Rückwanderern, sowie das Verständnis der Arbeitgeber gehoben, gleichzeitig dem Familienleben und der häuslichen Wirtschaft der Rückwanderer pflegliche Aufmerksamkeit gewidmet. Mit Hilfe einer genauen Statistik wurde endlich die Einbürgerung der Rückwanderer fremder Staatsangehörigkeit dauernd gefördert und in ihr die Beendigung der dem Verein gestellten Aufgabe erblickt.

Den bemittelteren Rückwandererfamilien wurde in Haus und Hof mit Rat und Tat beigestanden, auch hier mit dem

Digitized by Google

ausschließlichen Ziel, sie fürsorglich zu vollwertigen Mitbürgern zu erziehen und ihre guten Eigenschaften, die von den Voreltern treu bewahrten bäuerlichen Tugenden, auf Kosten weniger guter Beigaben zu entwickeln.

Die Mittel für diese Tätigkeit entsprangen staatlichen Zuschüssen und Liebesgaben, ihre Wirkung wurde durch ehrenamtliche Mitarbeit örtlicher Vertrauensleute unterstützt.

Im Kriege trat zu diesen Aufgaben die Sorge für die vom Feind vertriebenen Volksgenossen hinzu, die in großer Zahl als Familiensplitter zu uns gelangten. Tausende von solchen Rückwanderern mußten in Sammellagern zu arbeitsfähigen Gruppen zusammengestellt werden, wobei sowohl an die Rückwanderer wie auch an die inländischen Arbeitgeber erhebliche Anforderungen herantraten. Dennoch war es notwendig, darüber hinausgehend für die Aermsten unter ihnen, Kriegerfrauen, Kriegerwitwen, Waisen und Kinder, Greise, Kranke und Verwundete weitgehenden Rat zu schaffen. Hierzu wurden größere Anstalten geschaffen oder auf vertraglicher Grundlage für Aufnahme solcher Rückwanderer, namentlich in Ostpreußen und Posen, bereitgestellt. Die hierfür erforderlichen erheblichen Geldmittel wurden dem Verein vom Staat gewährt, der außerdem Beträge für Zwecke der ersten Einrichtung zubilligte. Wesentliche Aufgabe des Vereins wurde es, Familiensplitter zu vereinigen und dadurch erwerbsfähige Familien zu bilden. Dies gelang, u. a. durch Auffinden verlorener Angehöriger in erreichbaren Teilen des feindlichen Landes, im Inland oder unter den Kriegsgefangenen. Den deutschstämmigen Kriegsgefangenen wurde besondere Fürsorge mit Unterstützung des Kriegsministeriums zuteil, sie erstreckte sich auf geeignete Unterbringung und auf das zu schaffende Vertauensverhältnis zum Mutterland. Diese Bestrebungen haben vollen Erfolg gehabt und alle Fronten des Ostens erfaßt. Mit gleicher tatkräftiger Unterstützung des Kriegsministeriums und der militärischen Kommandostellen konnte die Fürsorge auf die noch nicht zu uns zurückgekehrten deutschen Bauern in verschiedenen Teilen Polens und der Ukraine und auf Abtransporte in dringender Gefahr ausgedehnt werden, wobei es z. B. während der Offensive Brussilows im Frühjahr 1917 gelang, in wenigen Monaten 30 000 solcher Volksgenossen zu retten.

Die künftige Fürsorge des Vereins gilt nach der getroffenen Arbeitsteilung den deutschstämmigen Rückwanderern, insbesondere allen ländlichen und bäuerlichen Elementen, Handwerkern, Industriearbeitern, aber auch Lehrern und Geistlichen. Hinsichtlich der Gebildeteren und Bemittelteren unter ihnen greift die Fürsorge anderer Vereine ein.

Die Ausübung der Fürsorge wird künftig in wesentlichen Punkten von der friedensmäßigen Tätigkeit abweichen, da es jetzt mehr als früher darauf ankommt, daß durch eigene Mitarbeit des Vereins die ländliche Siedlung der Rückwanderer gefördert wird.

In stärkerem Umfang als früher ist damit zu rechnen, daß die Rückwanderer unterstützungsbedürftig eintreffen, da sie auf der Flucht oder vorher Habe und Gut, Arbeitskraft und Gesundheit einbüßten.

Diese Ankömmlinge zu wertvollen Volksgenossen zu machen, ist die Aufgabe des Vereins. Dazu sind Mittel nötig, die der Staat heute zu geben nicht vermag und die daher die „Rückwandererhilfe“ beschaffen soll.

Das Alexanderhospital in St. Petersburg

Nach Aufzeichnungen des Direktors Dr. WESTPHALN, MÜNCHEN

Im Jahre 1881 ist das Alexander-Hospital für Männer in St. Petersburg von deutschen Reichsangehörigen gegründet worden. Der Wille zur Gründung und zum überwiegenden Teile die Mittel stammten von der reichsdeutschen Kolonie St. Petersburgs. Diese wollte, indem sie gleichzeitig einem Bedürfnis der St. Petersburger, nicht rein national-russischen Bevölkerung nach einem Männerhospital — für den weiblichen Teil der Bevölkerung bestand bereits das Evangelische Hospital — nachkam, ihrer Verehrung und Dankbarkeit dem am 1. März 1881 durch Mörderhand gefallenen Kaiser Alexander dem Zweiten gegenüber Ausdruck verleihen, dem treuen Freunde des deutschen Reiches und des deutschen Volkes. Mit seinem ministeriell bestätigten Statut erhielt das Hospital seine amtliche Benennung „Alexander-Hospital für Männer in St. Petersburg, gegründet von deutschen Reichsangehörigen im Jahre 1881“. Seinen Namen hat das Krankenhaus in Ehren geführt und ist dabei groß und angesehen geworden, bis zu dem 5./18. Mai 1916, dem Tage, an dem laut Verfügung des damaligen Ministers des Innern Maklokoff aus dem Namen und den Statuten des Hospitals „alles verschwinden mußte, was an den deutschen Ursprung des Hospitals erinnerte“. Es mußten aus den Statuten gestrichen werden: die Erwähnung der Gründung des Krankenhauses durch deutsche Reichsangehörige, die Namen seiner Stifter, der Paragraph, dem zufolge zur Wahrung des deutschen Charakters der Anstalt von 25 Mitgliedern des Verwaltungsrates drei Fünftel Angehörige des Deutschen Reiches sein mußten, und dergleichen mehr. Vom 5./18. Mai 1916 mußte das Hospital heißen: Alexander-Hospital für Männer in St. Petersburg, gegründet zur Erinnerung an Kaiser Alexander II. im Jahre 1881. Im Sinne der Stifter des Hospitals sind bis zum Kriegsausbruch und, soweit solches möglich war, über diesen hinaus der Verwaltungsrat und die unmittelbare Leitung des Hospitals mitsamt dem höheren Personal bestrebt gewesen, den deutschen Charakter des Hospitals und seine Beziehungen zum Deutschen Reiche äußerlich und innerlich zu erhalten. Zu Protektoren des Hospitals aus der Familie des kaiserlichen Hauses wurden gebeten die frühere badische Prinzessin Olga, später ihr Gemahl, Großfürst Michael, und nach seinem Tode die Großfürstin Elisabeth, Prinzessin von Sachsen-Altenburg. Als Ehrenpräsidenten wurden erwählt die jeweiligen deutschen Botschafter in St. Petersburg — die Exzellenzen General v. Schweinitz, General v. Werder, Fürst Radolin, Graf Alvensleben, Freiherr v. Schoen und Graf Pourtalès, zu Ehrenmitgliedern des Verwaltungsrates die bayerischen Gesandten Baron Gasser (zugleich auch langjähriger Präsident des Verwaltungsrates). Freiherr v. Gutenberg, Graf C. Moy und Freiherr v. Grunelius. — Die Geschäftssprache im Innern des Hospitals war deutsch, deutschsprachig die meist dem Baltikum oder der St. Petersburger deutschen Gesellschaft entstammenden Aerzte des Hospitals, deutsch auch das obere weibliche Personal. Die deutsche Reichsregierung verlieh 1904 dem Alexander-Hospital das Recht, deutschen Medizinalpraktikanten die eine Hälfte des zur Approbation erforderlichen praktischen Jahres bescheinigen zu dürfen. Von diesem Rechte haben bis zum Sommer 1914 stets sehr viele junge deutsche Ärzte Gebrauch gemacht. Seit vielen Jahren erhielt das Hospital nach Vorstellung des jeweiligen Jahresberichts durch das Deutsche Auswärtige Amt eine jährliche Unterstützung im Betrage von 400 Mark.

Vom Kriegsbeginn ab hat sich natürlich unter dem Druck der nationalen Verfolgung und der Verhetzung durch Regierung, Gesellschaft und Presse vieles im Hospital ändern müssen: zunächst der Bestand des Verwaltungsrates, aus welchem sämtliche reichsdeutschen Mitglieder ausscheiden mußten. Sie wurden wahlmäßig ersetzt durch Angehörige der

Digitized by Google

St. Petersburger deutschen Kolonie, zwei Holländer und je einen Belgier, Schweizer und Schweden mit ausgesprochen deutschen Sympathien. Alles mußte verschwinden, was selbst äußerlich an den deutschen Charakter des Hospitals erinnerte: die Abbildungen und Büsten der deutschen Kaiser und deutschen Botschafter, die deutschen Aufschriften, die deutschen Krankenbögen; schließlich wurde auch die deutsche Sprache verbannt. Und trotzdem blieb das Hospital in seinem innersten Kern deutsch.

Trotz der schweren Verfolgungen einer kaiserlichen Regierung, welche das Hospital zu wiederholten Malen in seinem Fortbestande gefährdeten, und trotz der namentlich von der zweiten Hälfte des Jahres 1915 ab einsetzenden, stets zunehmenden Teuerung aller Lebensmittel und Artikel der Krankenpflege wäre es, bei allerdings nicht unerheblichen materiellen Verlusten, dem Hospital doch möglich gewesen, durchhalten zu können. Da brach im März 1917 die Revolution aus, und was der kaiserlichen Regierung nicht gelungen war, brachte nun die Revolution mit ihren Folgen zuwege. Ihr ist das Alexander-Hospital erlegen. Durch ihren gewerkschaftlichen Verband hierzu veranlaßt, überreichten die niedern Angestellten des Hospitals am 1. Mai 1917 dem Kuratorium eine Reihe wirtschaftlicher und vollständig undurchführbarer verwaltungstechnischer Forderungen, an deren Nichtbewilligung die Drohung einer momentanen Arbeitseinstellung geknüpft war. Eine Anerkennung dieser Forderungen hätte den moralischen und materiellen Ruin des Hospitals zur Folge gehabt. Daher beschloß der Verwaltungsrat, um seine Kranken nicht der Gefahr eines Streiks auszusetzen, die Forderungen der Angestellten zunächst zu bewilligen, aber das Hospital selbst bis zu der Wiederkehr normalerer Zeiten zu schließen. Um aber der Gefahr einer Besitzergreifung durch eine kommunistische oder anarchistische Gruppe vorzubeugen, beschloß der Verwaltungsrat, die Hospitalräume gegen eine mäßige Mietzahlung dem Allrussischen Städteverbande zur Einrichtung eines Lazarettes für erkrankte und verwundete Offiziere zu überlassen. Dieser Zustand dauerte vom 12. Juni 1917 bis zum 1. April 1918.

Mittlerweile war der Frieden von Brest-Litowsk geschlossen woren, und es trafen in St. Petersburg zahlreiche deutsche Kriegsgefangene und Zivilverschickte ein, unter denen sich nicht wenig Krankheitsfälle einstellten. Um diesen vielfach schwer erkrankten Leuten eine Unterkunfts- und Behandlungsstätte zu schaffen, wurde zwischen dem Verwaltungsrat des Alexander-Hospitals und der schwedischen Gesandtschaft, Abteilung B., und nach Eintreffen der deutschen Kommission für Kriegsgefangene und Zivilverschickte (U. K. 5.), mit dieser selbst eine Vereinbarung getroffen, der zufolge das Alexander-Hospital mit seinen Räumen, seiner Einrichtung und seinem gesamten höheren Personal, Aerzten, Oberin und Schwestern in den Dienst der genannten Kommission trat als „Alexander-Hospital für Männer der Deutschen Kommission für Kriegsgefangene und Zivilverschickte in St. Petersburg". Dieses Verhältnis im Dienste des deutschen Reiches hat vom 1. April bis zum 6. September 1918 angedauert. Es war die letzte schöne Zeit des Hospitals, ein letztes Aufflackern, dem dann der tiefste Niedergang folgte. Nach Einstellung der Tätigkeit der Deutschen Kommission und nach Abzug des letzten Deutschen hat das Hospital versucht, selbständig noch weiter zu bestehen, doch bereits am 10. Oktober mußte es geschlossen werden. Die Gründe hierfür waren: das völlige Zurückgehen aller zahlungsfähigen Kranken infolge Vernichtung der Bourgeoisie, die Beschlagnahme der von dem Hospital für den Winter vorbestellten Holzvorräte, die wegen der von Tag zu Tag anwachsenden Hungersnot rein physische Unmöglichkeit einer Verpflegung der Kranken und Angestellten des Hospitals, und schließlich das Unvermögen, bei fehlenden Einnahmen die von Tag zu Tag beispiellos steigenden Ausgaben zu bestreiten.

Um die Hospitalräume nicht ganz unbenützt zu lassen, und um die zur Bestreitung der allernotwendigsten Ausgaben erforderlichen Betriebsmittel zu beschaffen, hat der Verwaltungsrat in den Hospitalräumen ursprünglich unter deutschem, nötigenfalls auch unter schwedischem Schutz eine Aufbewahrungsstelle eingerichtet für die Wohnungseinrichtungen verreister deutscher Reichsangehöriger und deutscher Schutzgenossen.

Den letzten, nur spärlich einlaufenden Nachrichten zufolge erwuchs im Januar dieses Jahres dem Hospital die Gefahr einer Einquartierung von Angehörigen der Roten Armee, wodurch natürlich der Hospitalbesitz und das in ihm untergebrachte deutsche Privateigentum bei völlig fehlendem Schutz — die schwedische Gesandtschaft hatte mittlerweile auch schon St. Petersburg verlassen müssen — in hohem Maße gefährdet worden wäre. Es soll daher der Verwaltungsrat das Hospital dem „Kommissariat für Volkswohlfahrt" in die Hände gespielt haben, welches in ihm eine Krankenstation für Fleckfieberkranke eingerichtet und zugleich die von dem Verwaltungsrat erwählten Ärzte und die übrigen dem Hospital zugehörigen Angestellten übernommen hat. Nach den letzten, vom März datierten Nachrichten, scheint das Hospital zu jener Zeit noch unversehrt gewesen zu sein.

Was die äußere Ausgestaltung des Hospitals anbetrifft, muß erwähnt werden, daß es am 12. Juni 1884 nach Erwerbung eines hübschen Grundstücks mit großem schönen Garten auf Wass. Ostr. an der 15. Linie Nr. 4 zunächst in einem kleinen Holzhause mit angebautem Wirtschaftsflügel für 24 Kranke eröffnet worden ist. Doch bereits nach vier Jahren mußte ein Erweiterungsbau ausgeführt werden, welchem im Jahre 1892 der Ankauf des Nachbargrundstücks und die Ausführung des „Kaiser-Wilhelm-I.-Baues" folgte. 1897 mußte das ursprüngliche Holzhaus niedergelegt werden, und an seiner Stelle wurde der große, schöne „Alexander-Bau", — der Name sollte an die Vermählung des russischen Kaiserpaares erinnern — erbaut, an dessen Einweihung der deutsche Kaiser und die deutsche Kaiserin teilnahmen. 1906 erfolgte dann der letzte Erweiterungsbau des Hospitals, zu dem das ehemalige Mitglied des Verwaltungsrates, der zurzeit in Bonn lebende Geh. Kommerzienrat R. Hammerschmidt die Mittel zur Verfügung gestellt hatte. Hierdurch war das Hospital allmählich im Laufe der Jahre von seiner ursprünglichen Belegzahl von 24 Betten auf 130 Plätze gelangt, unter denen 100 für Kranke der allgemeinen Abteilung und 30 Zimmer für Einzelpatienten bestimmt waren. Das Jahr 1909 brachte schließlich noch eine wesentliche Erweiterung und neuzeitliche Ausgestaltung des Wirtschaftsflügels, in welchem eine vergrößerte Kochküche, die Dampfwäscherei, die Desinfektionsstelle und die Sterilisationsanlage des Hospitals untergebracht wurden. Neben diesen Bauten erwarb der Verwaltungsrat 1896 an einer Nachbarstraße, der 16. Linie, ein angrenzendes größeres Grundstück, auf dem 1905 und 1906 ein Zinshaus aufgeführt wurde, dessen Ertrag den jährlichen Einnahmen des Hospitals zufloß. Dieses Gebäude sollte 1918 auf die Dekrete der kommunistischen Regierung, wie alle Immobilien der Stadt „munizipalisiert" werden, doch gelang es dem Kuratorium bis zum Oktober vorigen Jahres, eine derartige Enteignung aufzuhalten.

In gleichem Schritt mit dem äußern Ausbau des Hospitals ging auch dessen von seinem hochverdienten ersten Direktor, Dr. E. Moritz, angestrebte innere Entwickelung. Durch pflichttreue, gewissenhafte, zielbewußte deutsche Arbeit sollte das Hospital den Kranken „ohne Rücksicht auf deren Nationalität, Staatsangehörigkeit und Konfession" dienen und durch Hochhaltung eines möglichst wissenschaftlichen Geistes und Strebens zu einer Sammelstelle der deutschen Ärzte Petersburgs werden. Beide Ziele sind erreicht worden. Das Hospital ist durch seinen steigenden Ruf tat-

Digitized by Google

sächlich zu einem der ersten, bestbekannten Krankenhäuser der Residenz geworden und hat bis zu seinem Schlusse am 12. Juni 1917 in 33jähriger Tätigkeit 33 000 Kranken kostenlos oder gegen eine mäßige Zahlung Aufnahme gewährt. In derselben Zeit haben über eine halbe Million Kranker in dem Ambulatorium des Hospitals teils unentgeltlich, teils gegen Zahlung eines halben Rubels ärztlichen Rat und Hilfe gefunden. Sie wurde ihnen erteilt von gegen 45 der bekanntesten deutschen Fachärzte der Stadt, welche fast auf allen Spezialgebieten der Medizin ihre schätzenswerte, freiwillig geleistete Arbeit dem Hospitalambulatorium zur Verfügung gestellt haben. — In wissenschaftlicher Hinsicht ist die Hospitalleitung bestrebt gewesen, stets mit dem Fortgange der Medizin Schritt zu halten und durch Einrichtung einer tadellosen chirurgischen Sterilisationsanlage, seiner wissenschaftlichen Kabinette und Laboratorien allen neuzeitlichen Anforderungen gerecht zu werden. Durch Einstellung wissenschaftlicher Abende mit eigenartigerer Färbung ist es zu einem gesuchten Versammlungsort für die deutsche Ärzteschaft St. Petersburgs geworden, zu dem sich außer den deutschen Ärzten auch nicht wenige Kollegen aus den russischen Kreisen einzufinden pflegten.

Durch Stiftung zahlungsfreier Krankenbetten wurde es ermöglicht, auch völlig unbemittelten Kranken Aufnahme zu gewähren. Das Hauptkontingent der Patienten bestand aber aus solchen Kranken, die gegen eine mäßige, hinter dem Selbstkostenpreise zurückstehende Zahlung eine ihrem kulturellen Bedürfnisse entsprechenden Aufenthalt, Verpflegung und Behandlung finden konnten. Kranken mit höheren Ansprüchen und dementsprechend höherer Zahlung standen hübsch eingerichtete Einzelzimmer zur Verfügung. Von der Gründung des Hospitals ab war die Leitung bestrebt, durch eine möglichste Vermeidung des streng Hospitalmäßigen dem Krankenhause mehr den Charakter eines Sanatoriums zu verleihen. In erster Linie haben hiervon natürlich die deutschen Insassen des Hospitals Nutzen gezogen, welche neben einem häuslichen Komfort deutschen Geist und deutsche Sprache im Krankenhause vorfanden. In der Natur der Sache lag es, daß die Hauptmasse aller Kranken des Alexanderhospitals aus Kernrussen bestand, doch ist es entschieden unter allen Spitälern Petersburgs das am meisten internationale Krankenhaus gewesen, in welchem, namentlich zur Zeit der Navigationsperiode, fast sämtliche Sprachen Europas, zum Teil auch Asiens, gesprochen wurden. Ebenso mannigfaltig wie in nationaler und sprachlicher Richtung, hat sich das Krankenmaterial des Krankenhauses auch nach Konfession und Stand verteilt. Es überwogen die Angehörigen der griechisch-orthodoxen Kirche, ihnen folgten die Bekenner der evangelischen Konfessionen (Lutheraner, Reformierte, Anglikaner), dann die römischen Katholiken, diesen die Juden, Armenisch-Gregorianer, Muhamedaner, Budhisten, Karaimen, die Anhänger des Shintoismus und des Konfuzius. Und was den Stand der Insassen des Hospitals anbetrifft, so fanden sich in ihm sowohl der fürstliche Vertreter einer Großmacht, wie der Bauer und Fabrikarbeiter. Die größte Masse der Kranken setzte sich jedoch aus Gliedern des sog. Mittelstandes, kleinen Kaufleuten, Beamten, Lehrern, Schülern und Studenten zusammen.

Das Vermögen des Hospitals entstand aus Sammlungen, sowie Spenden und Vermächtnissen. Die größeren Sammlungen wurden zu wiederholten Malen, sowohl bei der Gründung des Hospitals, als auch immer bei den erforderlichen Erweiterungen des Krankenhauses gemacht. Der Löwenanteil bei diesen Sammlungen gebührte allerdings regelmäßig der reichsdeutschen Kolonie Petersburgs, doch haben sich an ihnen stets auch mit nicht unerheblichen Posten die deutschen Kreise der St. Petersburger Gesellschaft beteiligt. Von den größeren Spenden und Vermächtnissen einzelner Wohltäter sind an erster Stelle die „Krumbügelstiftung" in Höhe von 100 000 Rubel, für welche zurzeit bis zum Ableben einer bestimmten Persönlichkeit die Zinsen gezahlt werden müssen, die „Kaiser-Wilhelm-II.-Stiftung" der Deutschen Reichskolonie in St. Petersburg anläßlich der Feier des 25jährigen Jubiläums des Kaisers, das Vermächtnis des verstorbenen Herrn O. v. Bothmann im Betrage von 80 000 Rubel, die Stiftung des Geh. Kommerzienrats R. Hammerschmidt und die Dr. med. E. Moritz-Stiftung zu nennen. Endlich haben verschiedene Personen im Laufe der Jahre Stiftungen für den Unterhalt zahlungsfreier Krankenbetten gemacht. Zum größten Teile sind die genannten Summen in den Baulichkeiten des Hospitals und im Inventar niedergelegt worden. Sie standen zusammen mit den Papieren und Guthaben bei der russischen Staatsbank laut Bilanz für 1914 mit über 800 000 Rubel zu Buch. Von den Barmitteln des Hospitals und seinen Wertpapieren ist während der Kriegsjahre ein Teil verbraucht worden, ein anderer Teil infolge der kommunistischen Verfügungen zurückgehalten worden. Alle Baulichkeiten des Hospital waren bis zuletzt vollständig schuldenfrei.

Die Betriebseinnahmen des Hospitals setzten sich in den letzten Friedensjahren aus folgenden Posten zusammen: den Einnahmen von den stationären Kranken rund 80 000 Rubel, den Einnahmen aus der Ambulanz des Hospitals rund 7000 Rubel, den Zinsen von den Wertpapieren rund 7000 Rubel, den jährlichen freiwilligen Beiträgen und Kollekten innerhalb der deutschen und reichsdeutschen Bevölkerung St. Petersburgs rund 5000—7000 Rubel, diversen kleineren Einnahmen und Verkaufserlösen rund 4000 Rubel, den Einnahmen aus dem Zinshause des Hospitals rund 4000 Rubel. Die jährlichen Ausgaben des Hospitals überstiegen in den letzten Jahren vor dem Kriege die Einnahmen buchmäßig; dieser Umstand findet seine Erklärung in der überaus strengen Art der Buchung, die eine möglichst rasche Verkleinerung des Buchwerts des Besitzstandes des Hospitals anstrebte. Tatsächlich waren die finanziellen Verhältnisse des Hospitals infolge des stets zunehmenden Besuches, namentlich durch die Separatkranken, und seines wachsenden Rufs in ständigem Anstiege begriffen, sodaß bereits der Augenblick erhofft werden konnte, an dem das Hospital allein durch sich selbst hätte bestehen können. Da brach der Krieg aus und mit ihm der Niedergang, anfangs langsamer, dann rascher. Es waren sehr schwere Jahre, welche das Hospital durchleben mußte; drei Jahre des Kampfes gegen Willkür und nationale Verfolgung und zwei weitere Jahre der fortschreitenden Vernichtung durch den Umschwung der sozialen Ordnung in Rußland.

Noch im Juli 1918 hat das Hospital durch Vermittelung des deutschen Generalkonsuls in St. Petersburg, des Herrn Legationsrats Breiter, der deutschen Reichsregierung ein Gesuch unterbreitet um Gewährung eines größeren, möglichst lange befristeten Darlehens. Man hoffte dadurch bis zu dem Eintritt besserer Zeiten durchhalten zu können. Es kam anders. Ehe eine Antwort aus Deutschland eintraf, hat das Hospital geschlossen werden müssen. Schweren Herzens hat sich der Verwaltungsrat den Entschluß dazu abgerungen, jedoch nicht ohne Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Noch auf der letzten Verwaltungsratssitzung blickte die Zuversicht durch, daß doch endlich einmal auch in Petersburg wieder geordnete Verhältnisse eintreten werden, und daß dann auch das Alexander-Hospital wieder zu einer neuen Tätigkeit werde erstehen dürfen. Doch ein Wiederaufbau bei der mittlerweile erfolgten Verarmung der St. Petersburger Gesellschaft wird aus eigenen Mitteln ohne Hilfe von außen nicht möglich sein. Soll in St. Petersburg wieder einmal ein deutsches Hospital erstehen, so ist dazu deutsche Hilfe vonnöten.

Digitized by Google

Die amerikanischen „Göttinger".

Von L. VIERECK, (New York) BERLIN

Selten hat die Reise eines hervorragenden Mannes so weittragende kulturelle Folgen gezeitigt, wie der Besuch, den Benjamin Franklin im Sommer 1766 der Göttinger Georgia Augusta abstattete. Diese berühmte hohe Schule war im Jahre 1734 durch Baron Münchhausen im Auftrage König Georgs II. von England gegründet worden; Amerikaner wie Hannoveraner befanden sich also vor 150 Jahren in der gleichen Lage, die Untertanen des jeweiligen englischen Monarchen zu sein. Franklin, der bekanntlich Buchdrucker von Beruf war, hatte schon aus rein geschäftlichen Gründen ein außerordentliches Interesse an dem im letzten Drittel des achtzehnten Jahrhunderts etwa die Hälfte der Bewohner von Pennsylvanien bildenden Deutschtums genommen. Bereits im Jahre 1732 hatte er den Versuch gemacht, in der „Philadelphischen Zeitung" eine deutsch-amerikanische Presse ins Leben zu rufen, und diesen, nachdem das erste Unternehmen infolge von Abonnentenmangel zugrunde gegangen war, 1755 wiederholt. Als der eigentliche Begründer des deutschen Schrifttums in Amerika mag er den Wunsch gehabt haben, gelegentlich einmal bis zu den Quellen der deutschen Wissenschaft vorzudringen. Denn damals kamen für die jungen Amerikaner, die sich höhere europäische Bildung erwerben wollten, nur die englischen Universitäten Oxford und Cambridge oder eine schottische Hochschule in Betracht. Wie man aus den „Göttinger Gelehrten Anzeigen", den vom Hofrat Achenwall verfaßten „Anmerkungen über Nord-Amerika und dasige großbritannische Kolonien aus mündlichen Nachrichten des Herrn Dr. Franklin" und der eigenen Lebensbeschreibung des Professor Michaelis des näheren ersehen kann, erregte Franklins Besuch in ganz Deutschland, man kann sagen: in Europa, das größte Aufsehen, während er in den meisten amerikanischen Lebensbeschreibungen des großen Mannes überhaupt nicht erwähnt wird! Und doch führte gerade diese Franklinsche „Entdeckungsreise" zu dem kühnen Plane, den er hier faßte und sogleich mit den deutschen Gelehrten erörterte, daheim ebenfalls eine Universität zu gründen, die gewissermaßen das „Amerikanische Göttingen" abgeben sollte. Diesen Plan verwirklichte er, soweit es die Verhältnisse überhaupt gestatteten, indem er den Anstoß gab, daß das beste bestehende Kollegium seiner Stadt, das Public College of the City of Philadelphia im Jahre 1779 in die Staatsuniversität von Pennsylvanien umgewandelt und in deren Lehrplan eine eigene deutsche Fakultät vorgesehen wurde, was den deutschen Kultureinflüssen in Amerika eine wichtige Einzugspforte sicherte.

Leider aber waren die Zeitumstände dem genialen Franklinschen Plane so ungünstig wie nur möglich. Der Unabhängigkeitskrieg fand erst 1783 mit dem Pariser Frieden sein Ende, um wenige Jahre später von den französischen Revolutionswirren und den napoleonischen Kriegen in Europa abgelöst zu werden. So waren es in dem Zeitraum von 1780 bis 1815 nur ganz vereinzelte Amerikaner, die zu Studienzwecken Europa besuchten. Es bedurfte noch eines besonderen, und zwar merkwürdigerweise aus England stammenden Anstoßes, um die wissensdurstigen jungen Amerikaner in größerer Zahl nach Göttingen zu treiben. Seit dem Jahre 1780 etwa war es Sitte geworden, daß die hervorragendsten Schriftsteller Englands nach Weimar pilgerten, um so für ihre eigene Heimat die Schätze der deutschen klassischen Literatur zu erschließen. Solche Schatzsucher waren namentlich Willian Taylor von Norwich, Wordsworth, Coleridge, Walter Scott und ganz besonders Carlyle. Ihr Einfluß ist aber vielleicht auf die amerikanische Intelligenz noch größer gewesen, als auf die ihrer eigenen Landsleute, denn er trug wesentlich dazu bei, daß sich in Neu-England ein so starkes Interesse an deutscher Sprache und Literatur festsetzte. Und dieses Interesse war es offenbar auch, das die ersten Neu-Engländer, Edward Everett und George Ticknor, in den Jahren 1815—1817 nach Göttingen führte. Letzterer versuchte sich sogar an einer Übersetzung von „Werthers Leiden", ohne allerdings bei den geringen Vorkenntnissen im Deutschen, infolge Fehlens jedweden deutschen Unterrichts in Boston, diese Aufgabe bewältigen zu können. Aber gerade diese Erfahrung bestimmte ihn, später im Verein mit Everett dahin zu wirken, daß dem als deutschen Burschenschafter flüchtig gewordenen Dr. Karl Follen (oder Follenius) gestattet wurde, 1825 an der Harvard die ersten deutschen Unterrichtskurse einzurichten. Das größte Hindernis für die Amerikaner, die in Deutschland studieren wollten, die Unmöglichkeit, deutsch zu erlernen, war damit glücklich beseitigt.

Aber es waren noch andere wichtige Neueinrichtungen bei der Universität, die Everett und Ticknor beim damaligen Präsidenten Kirkland durchsetzten, nämlich die der Errichtung von sogenannten Fellowships, d. h. die Ausstattung besonders tüchtiger Burschen („Fellows") von Universitätswegen mit Reisestipendien nach Deutschland, um dadurch dem amerikanischen Elemente auf deutschen Hochschulen aus intelligenten Studenten einen festen Nachwuchs zu sichern. Einer der ersten Fellows, der auf diese Weise nach Deutschland kam, war kein anderer als George Bancroft, der berühmteste Geschichtsschreiber der neuen Welt und der spätere amerikanische Botschafter in Berlin, der bekanntlich für die Förderung der kulturellen wie politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika ganz Hervorragendes geleistet hat.

Es kann natürlich nicht meine Aufgabe sein, hier etwa alle „Göttinger" anzuführen, deren Namen uns im „Göttinger Koloniebuch" (das eine in neuer Zeit besonders sorgfältig geführte Liste aller Amerikaner enthält, die in dem Jahrhundert von 1815 bis 1913 in Göttingen studiert haben) erhalten sind. Vor 1828 findet sich nicht jedes Jahr der Eintrag eines amerikanischen Studenten, aber in der Zeit von 1810 bis 1825 kamen durchschnittlich zwei, von 1825 bis 1830 drei bis fünf, von 1830 bis 1840 zwei bis drei, in den fünfziger Jahren zehn bis achtzehn, in den sechsziger Jahren 17, in den siebziger Jahren 20, in den neunziger Jahren 31 als Neuimmatrikulierte hinzu. Seit der Jahrhundertwende hat der Zustrom, offenbar infolge der inzwischen immer weiter fortgeschrittenen Universitätsreform nach deutschem Muster, ständig nachgelassen. Er erreichte nur im Jahre 1909 noch einmal 30, sonst gab es im Jahre meist nur 20, darunter etliche Studentinnen. Die Gesamtzahl der im Koloniebuch verzeichneten „Göttinger" bis 1910 betrug 1196. Von diesen brachten es nicht weniger wie 20 zu Universitätspräsidenten, fünf zu Gesandten, Konsuln oder Bürgermeistern, während diejenigen, die sich auf den verschiedensten Wissensgebieten rühmlich hervortaten und als Professoren amtierten, nach vielen Hunderten zählen. Über die vielen Tausende von Amerikanern, die insgesamt in Berlin, Halle, Leipzig, Heidelberg, Freiburg, München, Würzburg, Bonn usw. studiert haben, möchte ich in diesem Zusammenhange nur bemerken, daß auch sie das ihrige sehr redlich beigetragen haben, um das Kulturwerk der „Göttinger" in ihrer Heimat zu fördern. Es liegt auf der Hand, daß der größte Fortschritt des Deutschen auf den amerikanischen Universitäten immer von Männern ausgeht, die auf deutschen Hochschulen vorgebildet wurden. Eine kleine Auswahl aus diesen amerikanischen Bahnbrechern des Deutschtums möchte ich deshalb auch hier namentlich hervorheben:

Digitized by Google

Ich beginne mit Joseph Green Cogswell (geboren 1786, † 1871). Soviel mir bekannt, war Cogswell der erste Amerikaner, der in den Universitätsferien nach Weimar pilgerte und dort Goethe huldigte. Man weiß aus Goethes Gesprächen mit Eckermann, wie außerordentlich sich der alte Herr für die Neue Welt interessierte, von deren Einfluß er das Beste für das alte Europa erwartete. Er war geradezu enthusiasmiert von Cogswells Mitteilung, daß die Amerikaner ernstlich deutsche Studien zu betreiben anfingen. Er verfehlte darum auch nicht, schon im Jahre 1819 der Universität Harvard die damals gerade erschienene erste Gesamtausgabe seiner Werke zu dedizieren. Im Geleitschreiben dazu spricht er sehr anerkennend von den Verdiensten, die sich diese Universität „seit einer langen Reihe von Jahren um die Pflege gründlicher und anmutiger Bildung in Neu-England erworben habe". Das betreffende Exemplar der Goetheschen Werke befindet sich noch heute wohlerhalten im Besitz der Universitätsbibliothek zu Cambridge. Es wird in einem verschlossenen Schranke aufbewahrt und nur solchen Besuchern gezeigt, die — wie Schreiber dieses Artikels — daran ein besonderes Interesse nehmen.

Weit bekannter als Cogswell ist aber George Wordsworth Longfellow, der übrigens nur im Sommersemester 1829 in Göttingen studierte. Seine Leistungen als „klassischer" amerikanischer Dichter gehören der Literaturgeschichte an, bedürfen also keiner besonderen Erwähnung. Um so mehr verdient es dagegen an dieser Stelle hervorgehoben zu werden, daß er es war, der 1838 zuerst mit Vorlesungen über Goethes „Faust" an der Harvard begann, was alsbald auf sämtlichen amerikanischen Universitäten Nachahmung fand und auch wohl nie wieder verschwinden wird. Longfellow war bei seinen eigenen dichterischen Arbeiten von Goethe, Schiller, Hartmann v. Aue und anderen deutschen Meistern stark beeinflußt, so daß man ihm eine besonders wichtige Vermittlerrolle bei der Einführung deutscher Kulturideale in Amerika zuerkennen muß.

Nicht unerwähnt möchte ich ferner den ebenfalls aus Neu-England stammenden John Lothrop Motley lassen, der als Diplomat und Geschichtsschreiber, und besonders als lebenslänglicher und persönlicher Freund Bismarcks, wesentlich zur Förderung der deutsch-amerikanischen Beziehungen beitrug. Aber freilich lange nicht in dem Maße als die Brüder Emerson, die 1824/25 an der Leine weilten. Sie errangen sich eine in Amerika vorher nie erreichte philosophische Geistesbildung. Sie selbst und ihre als Transzendalisten bezeichnete Schule, die sie in Neu-England begründeten, nebst der daraus entwickelten reichen amerikanischen Literatur trug entschieden den Stempel deutschen Geistes: „Was wäre wohl Emerson ohne Kant geworden?" fragt Learned, der als erster Vertreter deutscher Wissenschaft unter den amerikanischen Gelehrten angesprochen werden muß. „Und was wären die Transzendentalisten Margaret Fuller und die anderen Schwärmer von Brook Farm ohne die deutsche Anregung? Es war nur eine kulturelle Gerechtigkeit, daß der große Philosophen-Essayist Emerson einen deutschen Schüler haben sollte, wie Hermann Grimm. Von William Ellay Chautuy bis James Russel Lowell ist der deutsche Einfluß unverkennbar. Amerikas größte Publizisten haben bewußt oder unbewußt unter diesem Einfluß geschrieben und seine größten Dichter unter ihm gedichtet. Und wo immer eine Rückkehr zu englischen Vorbildern stattfand, da ist ein Mangel an schöpferischer Kraft, poetischer Tiefe und kulturhistorischer Auffassung leicht bemerkbar."

Aus dieser Periode der deutschen Anregungen in Neu-England stammen auch die eigentlichen Anfänge des ganzen wissenschaftlichen Lebens in Amerika. Das ganze Erziehungssystem, Gymnastik, Musik, die liberale Tendenz in Sachen der Theologie, die philosophische Bildung und nicht zuletzt der Antrieb zur naturwissenschaftlichen Forschung sind deutschen Ursprungs. Allmählich bildete sich auf dieser Grundlage auch eine literarische Kritik und eigentliche Germanistik aus, während die Bildungsdurstigen in Deutschland ein neues Athen erblickten, dem sie in immer größerer Zahl zuströmten, um später daheim ihre Erfahrungen bestens zu verwerten.

Nun stammten die Brüder Emerson aus einer Familie, die schon seit drei Generationen die Neu-England-Geistlichkeit repräsentierte. Aber gerade bei diesem echten Yankee-Theologen hatte merkwürdigerweise eine große Empfänglichkeit den deutschen Ideen gegenüber Platz gegriffen. Einer der gediegensten amerikanischen Forscher, der verstorbene Professor Hinsdale, hat einmal bemerkt, daß es allein einen ganzen Band erfordern würde, den Einfluß deutscher Studien auf die amerikanische Theologie erschöpfend zu schildern. Es sei in dieser Hinsicht nur erwähnt, daß schon der (1780 in Connecticut geborene) Professor Moses Stuart es für unerläßlich hielt, gründlich Deutsch zu lernen, um die theologische Fachliteratur zu studieren. Seinem Beispiele sind aber im Laufe der Zeit gar viele gefolgt. Zu seinen Schülern gehörte z. B. James Marsch, Präsident der Universität von Vermont, der sich auf Kant stützte, und die erste Kunde vom kategorischen Imperativ und der Kritik der reinen Vernunft nach Amerika brachte.

Bei diesem Sachverhalt kann es eigentlich niemanden wundern, daß sich William Emerson wegen seiner religiösen Skrupel bei niemand anders als — Goethe Belehrung suchte und sich von der Theologie schließlich lossagte, während sein Bruder Ralph Waldo durch seine weltberühmten „Essays" in der Hauptsache die deutsche Ideenwelt wiederspiegelte. Wo immer es aber sich darum handelt, die Wechselwirkung zwischen deutschem und amerikanischem Geistesleben nachzuforschen, können derartige Tatsachen, deren Kenntnis nichts weniger als allgemein verbreitet ist, nicht nachdrücklich genug in den Vordergrund gerückt werden.

In der Liste berühmter „Göttinger" und anderer Amerikaner, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts besonders stark deutsche Kultureinflüsse in sich verarbeiteten und dann ihren Landsleuten erfolgreich vermittelten, möchte ich noch Bayard Taylor nennen, beiläufig den einzigen, der auch deutsches Blut in seinen Adern hatte. Geboren den 11. Januar 1825 in Pennsylvanien, gestorben als amerikanischer Gesandter am 19. Dezember 1878 in Berlin, hat er einen ansehnlichen Teil seines Lebens in Deutschland zugebracht. Er war einer der brillantesten Schriftsteller, den Amerika überhaupt aufzuweisen hatte; sein Meisterwerk, die vortreffliche „Faust"-Übersetzung, erschien in den Jahren 1870/71. Aber schon einige Jahre vorher war auf ihn die Wahl gefallen, die deutschen Vorlesungen an der neugegründeten Cornell-Universität zu eröffnen. Präsident Andrew D. White hatte ihn berufen, weil er keinen wärmeren Verehrer der deutschen Literatur auftreiben konnte. Da White erst kürzlich aus dem Leben geschieden ist, dürfte sich die jetzige Generation noch seiner glänzenden diplomatischen und schriftstellerischen Tätigkeit im letzten Drittel des 19. wie im 1. Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts erinnern. Er war der letzte in der Reihe großer Staatsmänner, die Amerika in Berlin vertraten und unzweifelhaft würdig, der Nachfolger eines George Bancroft und Bayard Taylor zu werden. Früher war es auch ganz undenkbar, daß mittelmäßige Politiker, von deren Verdiensten um die Wissenschaft oder das Gemeinwohl niemand etwas wußte, und von denen höchstens verlautete, daß sie für die — Wahlfonds ihrer Partei kräftig beigesteuert hatten, zu Vertretern ihrer Nation in Berlin ernannt worden wären . . . . .

Ich schließe die Liste der „Göttinger" mit dem berühmten Staatsrechtler an der Columbia-Universität T. W. Burgess, dem ersten Austauschprofessor, den Amerika nach Berlin entsandte. Abgesehen von seiner wissenschaftlichen Bedeu-

Digitized by Google

tung muß sein Name schon aus dem Grunde hier genannt werden, weil er einer der wenigen unter den Stockamerikanern war, die während der großen Krisis nicht aus der Rolle fielen, sondern gegen den Strom der öffentlichen Meinung Deutschlands Sache bis zuletzt tapfer verteidigten und die Deutschen gegen alle britischen Verunglimpfungen in Schutz nahm.

Übersieht man zurückblickend den Verlauf der Ereignisse in den 1½ Jahrhunderten von 1766 bis 1917, wo der deutsch-amerikanische Krieg die wundervolle Entwicklungsreihe jäh unterbrach, so wird man jenem Besuch Franklins in Göttingen, von dem alle diese Dinge ihren Ausgang nahmen, eine viel höhere Bedeutung für die ganze amerikanische Kulturentwicklung beimessen, als allen sonstigen Entdeckungsreisen von Amerikanern. Erst durch Franklin wurde die feste Verbindungslinie von der westlichen Hemisphäre mit einem deutschen Kulturzentrum ersten Ranges hergestellt, auf der sich namentlich im ganzen folgenden Jahrhundert die amerikanische Intelligenz mit ganz außerordentlichem Nutzen bewegen sollte. Ohne Franklin, der den ersten pennsylvanischen Studenten ermutigte, nach dem zu jener Zeit in Amerika total unbekannten Göttingen zu pilgern, um dort Medizin zu studieren, würde es auch keine amerikanischen „Göttinger" geben, die so außerordentlich viel zur geistigen Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika im allgemeinen und zu deren früheren freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland beigetragen haben.

Die Auslanddeutschen im deutschen Wirtschaftsleben

Referat gehalten von Handelsrichter BEHRENDT, Berlin, bei der Stuttgarter Tagung des „Bundes der Auslanddeutschen" am 12. Okt. 1919.

Der Aufforderung, mich über dieses Thema zu äußern, komme ich um so lieber nach, als wir uns hier auf gewissermaßen klassischem Boden des Auslanddeutschtums befinden, und ich vor einem solchen Auditorium zu Worte kommen kann. Wohl kein anderer deutscher Gau war auch nur annähernd an der Auswanderung und ist demnach am Auslanddeutschtum in so hervorragender Weise beteiligt, wie Württemberg.

Will man sich auch nur im Rahmen einer knappen Viertelstunde mit der Bedeutung des Auslanddeutschtums für unser Wirtschaftsleben beschäftigen, so wird man nicht umhin können, zunächst Betrachtungen über die deutsche Auswanderung anzustellen und auf ihren Ursprung, ihre Ursachen und ihre Größe einzugehen, denn gerade in der Größe der Auswanderung und in dem hohen persönlichen Wert der Ausgewanderten liegt schon die Bedeutung enthalten.

Groß war ja von jeher der Wandertrieb bei den Deutschen, und hier in Württemberg hat er mit am frühesten eingesetzt. Man muß die Auswanderung in solche nach europäischen und nach den Überseegebieten sondern. Zur Auswanderung gaben, sieht man von den altgermanischen Wanderungen ab, die erste Anregung die Kreuzzüge in der Zeit zwischen Ende des elften bis Ende des dreizehnten Jahrhunderts, sowie die Gründung des deutschen Ritterordens, dessen eine seiner elf Balleien sich auch in diesem Lande befand. Heute noch kann man ihre stolzen Baulichkeiten am Ufer der Tauber im alten Mariä domus, in Mergentheim, bewundern. Im zwölften Jahrhundert fand eine größere Abwanderung nach Siebenbürgen, dem Burzenlande, statt. Diese Deutschen sowohl, wie auch die Deutschbalten, haben am treuesten und zähesten an ihren Eigentümlichkeiten festgehalten, weil sie eben überlegene Kulturträger waren. Ende des siebzehnten und Anfang des achtzehnten Jahrhunderts berief der Zar Peter der Große eine beträchtliche Zahl von deutschen Lehrmeistern und Ordnern nach Rußland, eine Abwanderung im großen aber fand erst unter der Regierung Katharina II. statt, die gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts die fruchtbaren Tatarengebiete an der Wolga, am Schwarzen Meer, sowie Bessarabien, der Krim und im Kaukasus durch Deutsche besiedeln ließ. Diese Deutschen und unter ihnen sehr viele Württemberger haben ihr Deutschtum fast ausnahmslos durch Jahrhunderte zu erhalten verstanden, und sie sprechen, wie ich mich auf meinen Reisen durch die russische Steppe wiederholt überzeugt habe, noch sehr gut deutsch und oft ihr unverfälschtes Schwäbisch. Sie sind Bauern geblieben, auch wenn sie zu größerem Wohlstand gelangten. In den baltischen Gebieten dagegen bildete seit Jahrhunderten das Deutschtum die Oberschicht.

Eine bemerkenswerte Überseewanderung läßt sich erst am Ausgange des siebzehnten Jahrhunderts feststellen. Im achtzehnten Jahrhundert hat sie wohl zugenommen; ist aber riesenhaft erst im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts geworden. Mannigfach waren die Gründe zur Auswanderung. Zunächst waren es fast ausschließlich Gründe religiöser Art, und bisweilen wenig schwerwiegende, wenn man bedenkt, daß schon die Einführung eines neuen Gebetbuchs oder eines neuen Katechismus den Anstoß zur Auswanderung gegeben haben soll. Politische Beweggründe hatte z. B. die Auswanderung in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, wegen der Verfolgung der Burschenschaft und in den Jahren 1848/49 in dem ungünstigen Verlauf der 48er Bewegung, die eine große Zahl politisch mißvergnügter, zum Teil sehr bedeutender Männer über den Ozean getrieben hat. Endlich waren auch Gründe wirtschaftlicher Art maßgebend in der Zeit nach Kriegen, Not- und Hungerjahren. Solange Deutschland reiner Agrarstaat war, ergoß sich hauptsächlich aus dem Westen und Süden der Strom seiner Auswanderer, während, seitdem der Übergang zum Industriestaat begann, auch Ostelbien ganz besonders stark sich an der Auswanderung beteiligte. Seit den achtziger Jahren aber des vorigen Jahrhunderts ist sie nicht allein stetig, sondern auch rapid zurückgegangen. Das Hauptziel der Überseewanderung bleiben naturgemäß die Vereinigten Staaten von Nordamerika, und es sollen nach dem Bericht des statistischen Büros in Washington in der Zeit von 1820 bis 1910 etwa 5½ Millionen Deutsche eingewandert sein.

Wieviel Deutsche — ich meine deutschsprachige — außerhalb der Reichsgrenzen leben, läßt sich schwer feststellen, weil es eine Statistik darüber nicht gibt; es gibt aber kaum ein Auslandsgebiet, das nicht in den Kreis deutscher Wirtschaftsbetätigung hineingezogen ist. Schätzungsweise wird die Zahl dieser Deutschen in Europa auf 5, in der Übersee auf 14 Millionen angegeben. Nur die Zahl der Reichsdeutschen in Europa läßt sich mit einiger Sicherheit ermitteln. Unser Statistisches Amt hat sie im Jahre 1905 auf über 708 000 beziffert, die sich in der Zeit kurz vor dem Kriege auf die europäischen Länder wie folgt verteilen: Schweiz 168 000, Rußland 151 000, Österreich-Ungarn 106 000, Frankreich 86 000 (davon in Paris 50 000), Belgien 53 000, Großbritannien und Irland 53 000 (davon in London 50 000). Die Zahl der Deutschen schätzt man auf dem Balkan 78 000, in Skandinavien 57 000, in Italien 50 000 und auf der Iberischen Halbinsel 6000.

Wichtige Etappen in der Auswanderung nach der Übersee waren die Unabhängigkeitserklärung der englischen Kolonien Nordamerikas, sowie die Erschließung Südamerikas und das Freiwerden Brasiliens. In diesem Lande wird die Zahl der Deutschen mit 500 000, in Kanada mit 400 000, in Südafrika mit 33 000 und in Australien mit 100 000 angegeben, während im fernen Osten diese Zahl verhältnismäßig gering, dafür aber von hoher wirtschaftlicher Bedeutung war.

Digitized by Google

Durch Auswanderung hat Deutschland im Laufe der Jahre 30 Millionen Bürger verloren, und es gibt kein zivilisiertes Volk, das derartige Ziffern aufzuweisen hat. Zwar ist der Wandertrieb auch in England groß, aber es war in der glücklichen Lage, den Strom seiner Auswanderung in eigene Kolonien lenken zu können, die ja fast die gesamte Erde umspannen. Wäre das Deutsche Reich mehrere Jahrzehnte früher wieder erstanden und hätte es seinen Bevölkerungsüberschuß ebenfalls in eigene Kolonien lenken können, so wäre ihm ein unschätzbarer Nutzen daraus erwachsen und manche Ereignisse der letzten Zeit würden sich vielleicht anders gestaltet haben — besser natürlich. Während der Engländer zähe an seiner Staatsangehörigkeit hängt, und es zu den allergrößten Seltenheiten gehört, daß er sie aufgibt, geht der Deutsche nur zu leicht im fremden Volkstum auf. Das ist im Interesse des Deutschtums tief zu beklagen, obgleich es auch sehr gute Patrioten gab, wie z. B. Karl Peters, und vielleicht noch gibt, die für Naturalisierung der Deutschen eintraten, weil sie ihrer Meinung nach alsdann ihrer alten Heimat noch bessere Dienste leisten könnten.

Hohe wirtschaftliche Wertung hat der Deutsche überall und zu allen Zeiten gefunden, und lehrreich ist das preisgekrönte Werk des deutsch-amerikanischen Professors Faust von der Cornell Universität. Das Gebiet, auf dem der Deutsche sich draußen zunächst und zumeist betätigte, war der Ackerbau, entstammte doch die Mehrzahl der Auswanderer der Landbevölkerung. Er hat sich überall einen wohlverdienten Ruf verschafft, denn er hatte einen sicheren Blick bei der Bodenwahl und war überaus anpassungsfähig an andere Daseinsbedingungen. Hervorgetan hat er sich besonders in der Baumzucht, im Rebenbau und in der Gärtnerei, ebenso in der landwirtschaftlichen Industrie und im besonderen in der Konserven-, Zerealien-, Zucker- und Brauindustrie. Bezüglich der letzteren Industrie genügt für die Vereinigten Staaten der Hinweis auf die Brauereien von Anheuser-Busch in St. Louis und Pabst in Milwaukee, die an Größe ihresgleichen suchen. Auf technischem Gebiet hat der Deutsche gleichfalls Großes geleistet und hatte den Vorsprung, daß in seiner Heimat technische Schulen schon bestanden, lange bevor dies in der zweiten Heimat der Fall war. Der Deutsche hat überhaupt eine besondere Begabung zum Techniker, und es waren deutsche Brückenbauer, Elektrotechniker und Bergbauingenieure, die wesentlich zur Vervollkommnung des Beförderungswesens und zur Entwicklung der Industrie im allgemeinen beigetragen und durch erfinderischen Geist die Kultur der Erde dauernd bereichert haben.

Der deutsche Kaufmann ist überall im Auslande richtig gewertet worden und war gesucht, weil er fleißig und zuverlässig war. Er hat die Fäden zwischen der Heimat und zwischen dem Auslande gesponnen, und gut gesponnen. Welches Ansehen und welche Bedeutung das deutsche Bankwesen erlangt hat, liegt so klar zu Tage, daß ein näheres Eingehen darauf sich wohl erübrigt. Was die deutsche Industrie im In- und Auslande geleistet hat, ist bekannt. Sie war wegen ihrer Leistungen hochgeachtet und wird noch heute nach unserem Niederbruch gefürchtet. Deutsche Schiffe haben die Weltmeere durchzogen, und die deutsche Flagge konnte mit Stolz überall wehen. Auch unsere Passagierdampfer waren die gesuchtesten von allen Linien, und ich brauche für die Bedeutung der deutschen Schiffahrt im allgemeinen nur 2 Orte, Hamburg und Bremen, und 2 Linien, den Norddeutschen Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie anzuführen.

Wie früher der deutsche Einfluß lange Zeit vor dem Kriege in den Vereinigten Staaten bewertet wurde, beweist ein Ausspruch des späteren amerikanischen Botschafters in Berlin, White, gelegentlich des zweihundertjährigen Erinnerungstages an die Landung von Franz Daniel Pastorius, worin er die deutsche Gründlichkeit, Beständigkeit und Treue rühmend hervorhob mit dem Wunsche, daß diese hervorragenden Eigenschaften auch dem amerikanischen Volke dereinst eigentümlich werden möchten.

Solange wir nur das Volk der Dichter und Denker waren, standen wir niemandem im Wege. Erst nach Wiedererstehen des Deutschen Reiches und nach dem schon erwähnten riesenhaften Aufschwung von Industrie, Handel und Schiffahrt begannen wir den Nationen, in deren Händen hauptsächlich der Welthandel ruhte, lästig zu werden, weil sie sich durch unseren rastlosen Fleiß gezwungen sahen, immer größere Anstrengungen zu machen, um ihren Vorsprung festzuhalten. Sie mußten ihre frühere bequeme Art des Arbeitens aufgeben, konnten aber trotzdem nicht verhindern, daß wir ihnen den Rang abliefen. Wir waren sogar nahe daran, an England heranzukommen. Daß dieser Zustand nicht eingetreten ist und in der nächsten Zeit leider nicht eintreten kann, das hat das unerwartete, traurige Ende des Weltkrieges und der schmähliche Frieden bewirkt. Gezwungen werden wir — vorläufig wenigstens — zur Rückbildung zum Agrarstaat werden, wenn wir nicht uns zu intensivster Arbeit aufraffen, um wieder exportfähig zu werden. Zu dieser Belebung des Ausfuhrhandels werden die Auslanddeutschen dringend nötig, ja unerläßlich sein, sowohl die, die in ihrer zweiten Heimat verblieben sind, wie auch diejenigen, die von Haus und Hof und aus ihrem Wirkungskreis vertrieben, interniert worden und zum Teil nach Deutschland zurückgekehrt sind. Es hat lange gedauert, ehe man an den maßgebenden Stellen eingesehen hat, einen wie wichtigen Faktor sie bei der Wiederaufrichtung des niedergebrochenen deutschen Wirtschaftslebens bilden. Auch deshalb nur haben einsichtige Regierungsstellen endlich eingewilligt, eine Entschädigungsaktion für ihre Verluste in die Wege zu leiten, wohl wissend, daß dadurch eine Befruchtung der deutschen Wirtschaft eintreten muß und wird.

Die Auslanddeutschen werden es sein, die die Brücke hinüberzuschlagen haben werden zu den Gebieten, aus denen wir unsere Rohstoffe beziehen, in denen wir unsere Fabrikate absetzen wollen, und unsere zuständigen Reichsstellen werden gut daran tun, sich in Zukunft nunmehr auf die Auslanddeutschen draußen zu stützen, die Land und Leute und alle einschlägigen Verhältnisse kennen, anstatt ausschließlich wieder auf fast nur theoretisch gebildete Beamte zurückzugreifen, wie vordem. Die Auslanddeutschen werden auch ihrerseits dahin wirken müssen und werden dies, wie auch ihre sonstigen Ziele, nur dann erreichen, wenn sie eine geschlossene Masse bilden. Wie groß diese Masse mit der Zeit werden kann, das beweisen die Zahlen, die ich vorhin angeführt habe. Leicht war, wie Ihnen ja bekannt ist, der Zusammenschluß zum Bund der Auslanddeutschen nicht. Es sind auch jetzt noch nicht alle Klippen glücklich umschifft, denn es ist nun mal ein Grundfehler der Deutschen, daß sie zur Einigung, also zur eigenen Stärke, beinahe gezwungen werden müssen. Der Zusammenschluß erfordert, daß jeder einzelne und alle bestehenden Gruppen unter Umständen Opfer bringen. Jeder partikularistische Gedanke muß unbedingt gebannt werden. Das muß jeder einsehen und danach handeln. Worauf es ankommt, ist unbedingte Einigkeit, die ein geschlossenes Vorgehen ermöglicht, das allein zum Ziele führen kann. Dies wollen wir alle und gerade hier beherzigen zum Besten unseres Vaterlandes, damit es bald wieder den Rang unter den Nationen einnehme, der ihm gebührt.

Wohl haben die Auslanddeutschen, ganz besonders seit dem Zusammenbruch, Freunde gewonnen, die ihren Wert erkannt haben. Es gibt aber doch immer noch Kreise, die ihnen deshalb nicht sonderlich wohlwollen, weil sie ihre Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben nicht zu erkennen vermögen. Sie wollen immer beweisen, daß der Deutsche nur um sich eine bessere Daseinsmöglichkeit zu verschaffen, zum

Digitized by Google

Wanderstab gegriffen hat. Dies bestreiten die Auslanddeutschen ja aber gar nicht, und deshalb ist ein solcher Beweis nicht vonnöten. Worauf es lediglich ankommt, ist, ob die Betätigung des Deutschen im Auslande seinem Vaterlande zum Nutzen gereicht, oder nicht. Diese Frage hat aber schon ein Größerer vor mehr als hundert Jahren entschieden. Es war der größte Sohn dieses Landes, der am Schluß seines Gedichts betitelt „Der Kaufmann" sagt:

„Euch, Ihr Götter, gehört der Kaufmann.
Güter zu suchen geht er, doch an sein Schiff
knüpfet das Gute sich an."

Zur Entschädigungsfrage

Ein Rechtsgutachten Professor Schückings über die Entschädigungspflicht des Deutschen Reichs aus § 297 i des Friedensvertrags.

Die Bestimmung in Art. 297 i des Friedensvertrags, durch die Deutschland verpflichtet wird, seine Staatsangehörigen hinsichtlich der Liquidation oder Einbehaltung ihrer Güter, Rechte oder Interessen zu entschädigen, ist allgemein bekannt, ebenso das Gesetz über Enteignung und Entschädigung aus Anlaß des Friedensvertrags vom 31. August, in dem das Reich die Bestimmung über die Entschädigung infolge erst vorzunehmender Enteignung aus Anlaß des Friedensvertrags analog angewendet wissen will auf die Entschädigung für Verluste, die deutsche Reichsangehörige in ihrem Auslandsbesitz durch Enteignungsmaßnahmen unserer Gegner auf Grund des Art. 297 b erlitten hat. Seit kurzem ist die Entschädigungsfrage durch die Veröffentlichung der Richtlinien über die Vorentschädigung und der Bekanntmachung über das Verfahren in ein aktuelles Stadium getreten.

Die Auszahlung einer Vorentschädigung bedeutet für die Auslanddeutschen zweifellos eine große Hilfe, aber es wären verfrühte Hoffnungen, glaubten sie jetzt auch schon endgültige Sicherheit über ihre spätere Hauptentschädigung zu erhalten. Die endgültige Entschädigung, die Frage ihres Umfangs, des Verfahrens usw. ist von der Auszahlung einer Vorentschädigung streng zu unterscheiden. Wie weit das Reich sich zur Entschädigung rechtlich verpflichtet erachtet, wie weit es tatsächlich entschädigt, in welcher Höhe, zu welchem Kurs, nach welchem Verfahren, das alles sind nach wie vor unentschiedene Fragen, und es wird Sache der Auslanddeutschen und ihrer Organisation sein, die Lösung dieser Probleme in einem für die Auslanddeutschen günstigen Sinne bei der Regierung zu erwirken.

Der Streit der Meinungen in der Frage geht zurzeit allerdings noch arg durcheinander, und mit juristischen, theoretischen wie praktischen und politischen Argumenten wird hier wie dort gekämpft. Von besonderem Interesse, wenn natürlich auch für die Auslegung keineswegs bindend, dürfte daher die Stellung sein, die Professor Walter Schücking, einer unserer ersten Autoritäten auf dem Gebiete des Völkerrechts und Mitglied der deutschen Friedensdelegation in Versailles, in einem Rechtsgutachten zur Entschädigungsfrage eingenommen hat.

Schücking steht auf dem Standpunkt, daß das Reich schon jetzt nicht nur völkerrechtlich durch den Vertrag vom 28. Juni 1919, sondern auch staatsrechtlich, und zwar durch das Gesetz vom 16. Juli zur Entschädigung seiner Staatsangehörigen verpflichtet sei. Durch das letztere Gesetz, durch das der Friedensvertrag die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren des Reichs erhalten hat und im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden ist, soll also der Friedensvertrag selbst (der noch gar nicht von der Gegenseite ratifiziert, also jedenfalls völkerrechtlich noch gar nicht in Kraft getreten ist) deutsches Reichsgesetz und die Bestimmung des Artikels 297 i eine Bestimmung des deutschen Staatsrechts geworden sein. Die Frage ist ebenso umstritten, wie früher (und auch jetzt noch), die Frage der Gültigkeit des Haager Abkommens von 1907 als Reichsgesetz infolge seiner Veröffentlichung im R.-G.-Bl. Die Folge des Schückingschen Standpunkts ist jedenfalls die, daß jeder geschädigte Reichsangehörige einen direkten Anspruch gegen das Deutsche Reich auf Entschädigung hat.

Die nächste wichtige Frage ist die nach dem Umfang der Entschädigung: wie weit reicht die rechtlich übernommene Verpflichtung und wo setzt die moralische ein? Es sind schon Stimmen laut geworden, daß das Reich in § 1 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag seine Verpflichtung zur Entschädigung eingeschränkt habe, indem es sich nur zu einer „angemessenen" Entschädigung bereit erkläre. Eine „angemessene" Entschädigung sei weniger als eine Vollentschädigung, eine solche aber allein könne der Friedensvertrag meinen, wenn er von Entschädigung schlechthin spreche. Man kann wohl sehr im Zweifel darüber sein, ob das Reich mit der Bestimmung der angemessenen Entschädigung die Absicht hatte, sich seinen durch den Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen seinen eigenen Staatsangehörigen gegenüber teilweise zu entziehen. Jedenfalls ist, wie Schücking betont, eine Schmälerung der aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Rechte der deutschen Gläubiger durch Ausführungsgesetz nicht möglich.

Der Schadenersatz muß nach den Ausführungen Schückings zum mindesten dem Reinerlös der Liquidation oder dem Abschätzungswerte, zu dem diese Beträge dem deutschen Gläubiger in dem feindlichen Liquidationsvertrage gutgeschrieben sind, entsprechen. Dieser Standpunkt Schückings bedeutet allerdings auch keine Vollentschädigung für die durch Beschlagnahme und Liquidation hervorgerufenen Verluste. Wenn auch das Reich allein aus seiner tatsächlichen finanziellen Unfähigkeit heraus nicht zu einer Entschädigung in der Strenge der §§ 249 ff. des BGB., die auch den Ersatz des entgangenen Gewinns verlangen, imstande sein wird, so ist doch von seiten der geschädigten Deutschen nicht nur der Auslanddeutschen, mit guten Gründen geltend gemacht worden, daß der Ersatz eines Erlöses, der im Wege der Verschleuderung deutschen Eigentums erzielt wurde, keine entsprechende oder angemessene Entschädigung für die verlorenen Werte bedeute. Andererseits wird eingewendet, daß man dem Reich nicht zumuten könne, in dem — zwar wenig wahrscheinlichen aber immerhin möglichen — Fall, daß bei der Liquidation ein Übererlös erzielt wird, dem deutschen Gläubiger die Bereicherung über den wahren Wert seines verlorenen Hab und Guts hinaus auszubezahlen.

Während Schücking die rechtliche Verpflichtung des Reichs auf die Auszahlung des Liquidationserlöses beschränkt wissen will, sieht er andererseits kein völkerrechtliches oder staatsrechtliches Bedenken darin, daß das Reich durch Ausführungsgesetz den zu zahlenden Schadenersatz über den feindlicherseits festgesetzten Betrag des Liquidationserlöses oder Abschätzungswertes hinaus erhöhen will. Eine Verpflichtung zum Schadenersatz für das Reich in Anbetracht sonstiger durch die Zurückhaltung und Liquidierung deutschen Eigentums im Auslande entstandener Schäden, die durch den Liquidationserlös oder dem Abschätzungswert nicht gedeckt werden, lehnt Schücking, ohne ein besonderes diese Pflicht normierendes Reichsgesetz strikte ab.

Hinsichtlich der Währung und des Kurses, zu dem die Auszahlung zu erfolgen habe, ist für Schücking die feindliche Währung, in welcher die Gutschrift des Liquidationserlöses

Digitized by Google

oder Abschätzungswertes erfolgte, auch für die Zahlung der Entschädigungssumme durch das Reich maßgeblich, und kann die Umrechnung in deutsche Währung nur nach dem Kurse, den das feindliche Geld zur Zeit der Zahlung am Zahlungsorte hat, erfolgen. Die Auszahlung des Liquidationserlöses oder Abschätzungswertes unter Zugrundelegung eines anderen Umrechnungskurses hält Schücking unter allen Umständen, auch auf Grund besonderen Ausführungsgesetzes, für unzulässig, auch wenn eine solche zur Unterstützung der durch den niedrigen Kursstand der deutschen Mark und den hohen Kursstand des feindlichen Geldes geschädigten deutschen Schuldner erfolgen soll. Es ist das im Grunde derselbe Gedankengang, den die Auslanddeutschen immer und immer wieder vertreten und zum Ausdruck bringen: Das Reich erhält für unser geraubtes Hab und Gut Franken, Lire, Dollars usw. gutgeschrieben, mit denen es einen Teil seiner Schuld ans Ausland, die es sonst mit teuren Devisen unter voller Belastung des schlechten Markkurses begleichen müßte, es hat uns also wieder ausländisches Geld zur Verfügung zu stellen. Bei einer Auszahlung in deutscher Währung hat die Umrechnung zu dem geltenden Kurs, zu dem es möglich wäre, die entsprechende Menge ausländischen Geldes zu kaufen, zu erfolgen, andernfalls würde das Reich nicht dem Friedensvertrag entsprechend entschädigen, sondern sich an den Geschädigten bereichern.

Das Schückingsche Gutachten hat in der Öffentlichkeit großes Aufsehen und auch Kritik hervorgerufen (vgl. „Berl. Tagbl." Nr. 545, 548, 566). Es ist ein Rechtsgutachten und beleuchtet die Frage lediglich vom Standpunkt des Juristen. Es will daher die Frage vollkommen dahingestellt sein lassen, wie weit für das Reich über die rechtliche Bindung hinaus eine moralische Verpflichtung, eine Verpflichtung aus völkischen, politischen oder wirtschaftlichen Gründen zur weitergehenden Entschädigung seiner Angehörigen besteht. Es ist klar, daß sich um diesen Gegenstand unsere Gegner im Friedensvertrag nicht bemüht haben, denen es nur darum zu tun war, das Odium des nackten Raubes am privaten Eigentum von sich abzuwälzen, indem sie dem Deutschen Reich die Entschädigung im Friedensvertrag zur Bedingung machten. Gerade die Anerkennung solch weitergehender Verpflichtung aber ist es, zu der es gelingen muß, im Interesse der Auslanddeutschen und des Auslanddeutschtums überhaupt, das Verständnis der Allgemeinheit und die Bereitwilligkeit der Reichsregierung zu gewinnen. Dr. H. K.

Rußlands größter Schafzüchter

Übersetzt von N. ZIEBART, KAISERTAL (Ukraine).

Der nachfolgende Aufsatz ist dem Buche von J. Stach „Beschreibung der Geschichte und des zeitgemäßen Lebens der südrussischen Kolonisten (Moskau 1916 in russischer Sprache erschienen) entnommen. Es behandelt die Geschichte der Familie Falz-Fein, deren Beispiel zeigt, welche Willenskraft und Unternehmungslust in dem südrussischen Deutschtum lebt und zu welchen wirtschaftlichen Erfolgen es unsere dortigen Stammesbrüder gebracht haben.

In der südrussischen Steppe zeichnete sich in der Landwirtschaft und in der Schafzucht besonders die Familie Fein aus, die später den Familiennamen Falz-Fein annahm.

Der Stammvater dieser Familie war der aus Erfurt in Thüringen gebürtige Ingenieur Johann Georg Fein. Auf die Einladung des früheren Generalgouverneurs Borodsin siedelte er am Ende des 18. Jahrhunderts aus Chemnitz i. S. nach Rußland über und beteiligte sich — als Spezialist in der Wollenfabrikation — an der Gründung von Tuchfabriken.

Als Kolonist nahm er die russische Untertanenschaft an, schrieb sich aber in keine der damals bestehenden Kolonistengemeinden ein und wurde somit freier Kolonist genannt, eine Benennnung, die sich später nirgends wiederholte.

Im Verlauf der späteren Jahrzehnte wurde die Benennung von der örtlichen Behörde nicht mehr anerkannt. Dieser Umstand zwang die Nachkommen Feins, sich als Stadtbürger der Stadt Melitopol einzuschreiben. 1813 kaufte Johann Georg Fein auf einer öffentlichen Versteigerung im Melitopoler Kreis ein Staatsgut von 3470 Desjatinen für 3539,40 Rubel, außerdem mußte er 222,32 Rubel Kronsteuer hinzuzahlen. Nachdem Fein dieses Gut erstanden hatte, wurde er in offiziellen Papieren „Gutsbesitzer, freier Kolonister" genannt. Das Gut wurde Fein von der Regierung auf Grund eines besonderen Erlasses vom 10. September 1810 zur Begründung und Errichtung von Gütern mit verbesserter Bodenkultur in den Steppen Südrußlands verkauft. Die Nachkommen Feins wirtschaften auf diesem Gebiet bis zum heutigen Tage in völliger Übereinstimmung mit diesem gesetzten Ziel. Johann Fein hatte drei Söhne, von welchen der älteste, Friedrich, noch in Chemnitz geboren, der größte Schafzüchter und der reichste Gutsbesitzer Tauriens wurde.

Nach der in der Familie erhaltenen Überlieferung waren der Vater Johann Fein und sein ältester Sohn Friedrich sehr jähzornige Menschen. Eines Tages gerieten sie in Streit. Der Vater warf sich mit dem Degen in der Hand auf den Sohn, der sich unter dem Tisch verkroch. Der Alte schlug im Jähzorn auf den Tisch, und der Sohn konnte in diesem Moment fliehen. Darauf griff der Alte zu seiner Flinte und schoß nach ihm, aber zum Glück war es ein Fehlschuß. Nach diesem Vorgang kehrte Friedrich Fein nicht mehr ins Elternhaus zurück, sondern trat in die Dienste des Kaufmanns Litjagin in Melitopol, dessen Teilhaber er später wurde. Um 1820 war Friedrich Fein der Eigentümer einer ganzen Wirtschaft, in der Kolonie Reichenfeld, und 1826, nach dem Tode seines Vaters, kaufte er bei seinen Verwandten das oben erwähnte Gut, bestehend aus 5370 Desj. Land, welchem er den Namen Elisabethfeld gab. Auf diesem Gut hat Friedrich Fein mit großer Energie und vollem Erfolg die vom Vater angefangene Schafzucht fortgesetzt. Hervorragende Züge seines Charakters waren Energie, klarer Verstand und bewundernswerte Weitsicht. Ohne jede staatliche Unterstützung überwand er unglaubliche Hindernisse, überholte in kürzester Zeit alle anderen Schafzüchter und ließ sogar solche Personen weit hinter sich, welche große staatliche Unterstützung und Privilegien hatten. Anfänglich beschränkte er sich auf die Verbesserung der taurischen Schafrasse durch Kreuzung. Nach und nach führte er die Vollblutmerinorasse ein. Am Ende des Jahres 1846 gehörten ihm schon drei große Steppengüter mit einem Flächeninhalt von 20 000 Desjatinen. Außerdem hatte er im Interesse der Schafzucht 15 000 Desjatinen Kronland in Pacht und zählte unter seinen Herden mehr als 100 000 Schafe.

1856 kaufte Franz Fein bei der Regierung des Herzogs zu Anhalt das Gut Askania Nova im dnjeprowischen Kreise mit einer Fläche von 57 000 Desjatinen für 575 000 Rubel.

Dieses Gut wurde 1820 auf Grund allerhöchsten Befehls dem Herzog zu Anhalt-Cöthen übergeben zur Züchtung von Merinoschafen und zur Verbreitung landwirtschaftlicher Kultur in der südrussischen Steppe. Diese Aufgabe wurde von der Verwaltung des Gutes nicht gelöst, sondern die Rasse, die vom Ausland eingeführt worden war, wurde von Jahr zu Jahr schlechter und der Getreidebau wurde schlecht betrieben. Die

Digitized by Google

Verwaltung verstand nicht, die Führung der Landwirtschaft den taurischen Verhältnissen anzupassen, und das große Gut brachte keine Einnahmen, sondern verschuldete mehr und mehr. Der Herzog zu Anhalt-Cöthen fand keinen anderen Ausweg, als das Gut zu liquidieren. Die Erwartungen der Regierung waren also in keiner Weise erfüllt. Aber die Idee des allerhöchsten Erlasses zur Förderung der Schafzucht in den nogaischen Steppen wurde von dem Nachfolger des Herzogs zu Anhalt, dem freien Kolonisten Friedrich Fein, erfolgreich durchgeführt.

Nachdem Friedrich Fein das Gut Askania Nova erstanden hatte, vergrößerte er seine Schafherden auf 400 000 Stück, von denen er jährlich über 100 000 Pud Wolle erzielte. Zur gleichen Zeit lenkte er seine ganze Aufmerksamkeit auch auf die Verbesserung der Rasse. Besonders schwierig war das Waschen der Schafe und der Wolle wegen Mangel an Wasser, aber Fein überwand auch diese Hindernisse. Er erbaute in Cherson im Jahre 1846 eine musterhafte Wollwäscherei.

Die Wirtschaft Friedrich Feins gelangte in dieser Zeit zur Berühmtheit nicht nur wegen der Schafzucht, sondern auch wegen ihrer vielseitigen landwirtschaftlichen Kultur. Schon 1846 bekam er auf der Ausstellung für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Simferopol den ersten Preis, eine goldene Medaille, für die beste Rasse Merinoschafe und Wolle, für ausgezeichnete Zucht und Rassevieh, für nützliches Gerät der Landwirtschaft und des Gartenbaues, für erstklassige Kornsaat, überhaupt für ausgezeichnete Musterwirtschaft in größerem Stile.

Die musterhafte und umfangreiche Wirtschaft des Friedrich Fein lenkte die Aufmerksamkeit der Nachbarn auf sich und war ihnen ein Beispiel. Dadurch wirkte er im Laufe seines Lebens im höchsten Grade segensreich auf die allgemeine kulturelle Entwicklung der in landwirtschaftlicher Hinsicht noch wenig erforschten Stellen Südrußlands ein.

Nach dem Tode Fr. Feins im Jahre 1864 (er blieb ohne männliche Nachkommen) wurde durch allerhöchsten Erlaß des Kaisers Alexander II. seinem Schwiegersohn Johann Falz und dessen Nachkommen das Recht verliehen, den Namen Falz-Fein zu tragen in Anbetracht hervorragender kultureller Leistungen in der südrussischen Steppe.

VOM AUSLANDDEUTSCHTUM

RUNDSCHAU

Tirol

Auf einer Zusammenkunft der Gemeindevertreter des politischen Bezirks Schlanders wurde einstimmig die Forderung nach einer deutschsprechenden Gendarmerie und einem deutschen Amtsblatt erhoben, desgleichen erklärten sämtliche Vorsteher, italienische Amtsstücke nicht berücksichtigen zu können, da sie die italienische Sprache durchweg nicht verstehen. Die Bezahlung des bisher erschienenen rein italienischen Amtsblattes wurde, weil unverständlich, abgelehnt.

Auf einem von 31 christlichen Gewerkschaften Südtirols beschickten Kongreß in Bozen wurde die Errichtung eines „Südtiroler Arbeiterbundes“ beschlossen und Simon Lafogler aus Meran zum Vorsitzenden erwählt. In einer einleitenden Rede protestierte der frühere Abgeordnete Malfertainer gegen den Friedensvertrag von St. Germain und die Versagung des Selbstbestimmungsrechts für die Deutschen Südtirols sowie gegen die Tatsache, daß die Deutschen gegen ihren Willen an eine fremde Nation gekettet würden. Er verlangte Autonomie, Befreiung vom Militärdienst und die Zulassung der deutschen Sprache bei den Ämtern und Behörden.

Die sozialdemokratische Partei Südtirols hat die Einladung der bürgerlichen Parteien, ihrer Vereinigung, dem deutschen Verband in Südtirol, beizutreten, abgelehnt und ihre Haltung in einer Denkschrift begründet, in der es u. a. heißt: „Unsere Konferenz hat einhellig dieses Anerbieten abgelehnt, und zwar mit guten Gründen. Es ist darauf hinzuweisen, daß im bürgerlichen Block jene Politiker tonangebend sind, welche infolge der Bekämpfung der sozialdemokratischen Verständigungsbestrebungen mitverantwortlich sind für das uns betroffene harte Schicksal. Weite Kreise des Bürgertums und des scheinchristlichen Bauernstandes haben die Not des arbeitenden Volkes während des Krieges benützt, um ihre Taschen zu füllen. Wir hatten geglaubt, daß mit dem Zusammenbruch des habsburgischen Kaisertums auch der so berühmte altösterreichische Byzantinismus und Servilismus endgültig begraben sei. Dem ist leider nicht so, wir sind nicht gewillt, diese Canossagänge mitzumachen, sondern wollen das Recht des deutschen Volkes vor dem Forum der breiten Öffentlichkeit vertreten. Die politischen Verhältnisse in Deutsch-Südtirol sind allgemein bekannt. Vorherrschend ist unter der Führung der politisierenden Geistlichkeit in den weitausgedehnten ländlichen Bezirken der christlichsoziale Klerikalismus mit stark konservativem Einschlag — kurzum die vollendete Reaktion auf allen wichtigen Gebieten. Wir hoffen mit Hilfe der Sozialdemokratie Italiens, welche als einzige italienische Partei (wie der Südtiroler Dank an Turati beweist) sich gegen die Annexion deutscher Gebiete ausgesprochen hat, dem Rechtsstandpunkt des deutschen Volkes, zu dem auch der in Deutsch-Südtirol immer hintangesetzte Volksgenosse Arbeiter gehört, Geltung zu verschaffen. Der „Deutsche Block“ hat dagegen in keiner politischen Partei Italiens einen Rückhalt.“

In Bozen soll demnächst unter dem Titel „Das neue Italien“ eine neue Zeitung herauskommen, die in deutscher Sprache erscheint, aber italienfreundlicher Haltung ist. Die Herausgabe der Zeitung stellt sich offenbar als eine Maßnahme der Italiener dar, die deutschsprechende Bevölkerung in ihrem Sinn zu beeinflussen.

Ungarn

England begünstigt nach einer Privatmeldung des „Oeuvre“ aus Genf stark die Auswanderung von ungarischen Beamten und Ärzten, die ohne Arbeit seien und das Land verlassen wollten. Eine englische Kommission prüfe etwaige Verlangen nach Auswanderung und habe die Absicht, 20 000 Ungarn nach Australien zu leiten, um dort landwirtschaftliche Kolonien zu gründen. Die ersten Auswanderer sollen angeblich im Februar 1920 abreisen.

Jugoslawien

Mit der Liquidation deutscher Unternehmungen auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrags soll nach Wiener Meldungen demnächst begonnen werden.

Tschecho-slowakische Republik

Was seit Monaten deutsche Kreise befürchteten, scheint nun tatsächlich einzutreten. Die heutige tschechische Nationalversammlung, zusammengesetzt nach den Wünschen des 6½ Millionen zählenden Tschechenvolkes, fühlt sich berufen, das wichtigste Werk der tschechoslowakischen Republik, die Verfassung, in Angriff zu nehmen. Man muß bedenken, daß die Republik gegen 14 Millionen Einwohner zählt, sodaß also die Minderheit über die Mehrheit rechtskräftige Beschlüsse

Digitized by Google

faßt und weittragende Arbeiten in Angriff nimmt. Nachdem die Vertreter der koalierten Parteien zu endgültigen Beratungen vorige Woche beisammen waren, werden im Laufe der Woche der Nationalversammlung nachstehende Vorlagen überreicht: Verfassung, Kreisordnung, Sprachengesetz, Wahlordnung für Kreis- und Bezirksvertretungen, ein Gesetz über die Landesverwaltungsausschüsse und ein Gesetz über die zweite Kammer (Senat). Was die Errichtung der zweiten Kammer betrifft, behielt der Standpunkt der Mehrheitspartei die Oberhand. Somit wird also die künftige Nationalversammlung aus dem Landtage mit 300 auf 5 Jahre gewählten Mitgliedern und aus dem Senate mit 150 auf 3 Jahre gewählten Mitgliedern bestehen. Im Januar sollen die Verfassungsvorlagen bereits Gesetzeskraft haben, sodaß die Wahlen in die neue Nationalversammlung im März oder April stattfinden könnten. Das Versprechen, das der tschechisch-slowakische Ministerpräsident Tusar seinerzeit deutschen Politikern gab, daß die Wahlkreiseinteilung und die anderen Verfassungsgesetze nicht ohne Zustimmung der Deutschen in Angriff genommen werden, ist durch diese Tatsache überholt.

Bulgarien

In Bulgarien ist eine Kgl. Verordnung über Beschlagnahme des Privateigentums der Staatsangehörigen der Mittelmächte ergangen, nach der alle Handels- und Industriefirmen, Ausfuhrwaren und Güter, die Gesellschaften und Einzelpersonen deutscher, deutschösterreichischer und ungarischer und türkischer Staatsangehörigkeit gehören, unter Zwangsverwaltung gestellt werden. Wie weit die Verordnung bereits zur Durchführung gekommen ist, steht nicht fest.

Rumänien

Durch die Aufteilung Ungarns kommt der nordöstliche Teil des Banats an Rumänien. Im Banat wie in Siebenbürgen ist nun eine lebhafte Bewegung der dort ansässigen Deutschen im Gange, die Ansprüche Rumäniens auf das gesamte Banat zu unterstützen, weil hierdurch die Zerstückelung des Schwabengebiets vermieden würde. Auf der Tagung der Deutschen Groß-Rumäniens in der Hauptstadt des Banats, Temesvar, erklärte im Namen des deutschsächsischen Volksrats für Siebenbürgen, Dr. Schullerus: Heute reichen wir Siebenbürger Sachsen auf der ganzen Linie den Schwaben die Bruderhand. Im neuen Staate wird das politische Gewicht der Banater Schwaben an sich bedeutend sein und das gesamte Deutschtum und ganz Rumänien wird an ihnen eine bedeutende politische Stütze finden. Der Vorsitzende der Tagung, Brandsch, aber sagte: Wir müssen es als unumgänglich notwendig betrachten, daß der Banat einheitlich unter die Oberhoheit Rumäniens kommt.

Bei den allgemeinen Wahlen für das Abgeordnetenhaus wurden in der Bukowina 12 Nationalisten, darunter 2 Deutsche, gewählt.

Schweiz

Fragen der Fremdenpolizei sind gegenwärtig wieder an der Tagesordnung. Und die Äußerungen der Presse richten sich — nach der Feststellung, daß sich die Zahl der Einreisebewilligungen für Angehörige der Zentralmächte auf fast 31 000, für die der Entente zusammen mit denen der Neutralen auf beinahe 29 000 beläuft — hauptsächlich gegen die ersteren. Es wird geltend gemacht, daß für die alte, willkommene Gasthofkundschaft schon die Sperre durch die schlechte Valuta meist nicht übersteigbar sei, und daß gerade die Elemente hereinkommen, von denen die „Überfremdung" des Landes befürchtet wird. Gegen diese letzteren wird eine strengere Kontrolle im Inland verlangt, es wird Sturm gelaufen gegen die beabsichtigte Ermächtigung der einzelnen Kantonsbehörden, die von Gesandtschaften und Konsulaten gegebene Erlaubnis zum dreimonatigen Aufenthalt von sich aus auf ein Jahr zu verlängern. Damit werde die mit Mühe aufgebaute eidgenössische Zentralkontrolle praktisch außer Wirksamkeit gesetzt.

Italien

Die italienische Regierung will, wie der österreichische Berichterstatter einer deutschen Zeitung erfährt, die wertvolle Bücherei des Deutschen archäologischen Instituts, die sich zurzeit — beschlagnahmt — in der Engelsburg befindet, wieder zurückgeben. Das Institut selbst aber will man ablösen durch ein neu gegründetes italienisches archäologischen Institut, das unter Leitung von Corado Ricci seinen Sitz im Palazzo Venezia haben wird. Das neue Institut soll aus 30 Ehrenmitgliedern und ebenso vielen korrespondierenden Mitgliedern bestehen und 2 Abteilungen — eine für alte Kunst und die andere für mittelalterliche und moderne Kunst — umfassen. Hier sollen auch die verschiedenen archäologischen und kunsthistorischen Büchersammlungen in einer Zentralbibliothek vereinigt werden, periodische Veröffentlichungen und Stipendien an Forscher sollen die Arbeit des Instituts unterstützen.

Das österreichische historische Institut in Rom, das von 1914—19 unangefochten bestand, hat man kurzerhand liquidiert.

Ein Mangel an bisher meist in Deutschland hergestellten lateinischen Handbüchern macht sich bei der Wiederaufnahme der Vorlesungen an den päpstlichen Universitäten sehr unliebsam bemerkbar. Die Buchhändler klagen darüber, daß die italienische Regierung bisher keine Bücher aus Deutschland hereinlassen will.

Den öffentlichen Büchereien wurde durch ministerielle Rundschreiben verboten, bis zur Verkündigung des Friedenszustandes Staatsangehörige früherer feindlicher Länder zur Benutzung zuzulassen. Diese Maßregel wird von allen italienischen Kreisen verurteilt.

Französische Blätter sehen sich gezwungen zu melden, daß die italienischen Journalisten den Berichterstattern der deutschen Zeitungen, die wieder nach Rom gekommen sind, einen ausgezeichneten Empfang zuteil werden ließen.

Frankreich

In Paris hat sich ein Bund „Amis du quartier Latin" gebildet, der sich anschickt, durch alle möglichen Mittel fremdländische Studenten vom Besuche deutscher Universitäten fernzuhalten. Der Bund will sich dem in Entstehung begriffenen Verband der internationalen Vereinigung der Studenten der Frankreich alliierten und befreundeten Nationen anschließen.

Spanien

Die Information meldet aus Madrid: Der Zustrom von Reichsdeutschen nach Spanien ist so gewaltig, daß seit einiger Zeit Tausende von Gesuchen nach Einreisebewilligung von den spanischen Konsulaten abgewiesen wurden mit der Begründung, daß Spanien von Ausländern unheimlich überlaufen wird.

Baltikum

Der deutsche Beauftragte in Riga, Schneemann, verläßt mit dem gesamten Personal im Einvernehmen mit der lettischen Regierung mit dem nächsten neutralen Schiff Lettland. Den Schutz der Deutschen in Riga wird der dänische Konsul in Riga übernehmen.

Finnland

Im Festsaal der Universität Helsingfors hielt Johannes Müller sieben Vorträge und fand nach seiner eigenen Aussage dort mehr Verständnis als manchmal in Deutschland.

Digitized by Google

Die Deutsch-Finnische Gesellschaft von 1918 empfing ihn als Ehrengast, der Kanzler und der Rektor der Universität, der deutsche Gesandte und die Führer des geschäftlichen und wissenschaftlichen Lebens waren anwesend. „Dieser Deutsche verrammelt uns auf Jahre hinaus die französische Kulturpropaganda" soll das Urteil eines Ententefreundes gewesen sein. Finnische Übersetzungen seiner Schriften sind im Entstehen begriffen.

Schweden

Unter dem Protektorat der Prinzessin Ingeborg gab die deutsche Kammersängerin Kläre Dux zum Besten der Stockholmer Säuglingspflege einen Liederabend als Dank für die so freundliche Aufnahme deutscher Ferienkinder. Die Stockholmer Gesellschaft mit dem Herzogspaar Prinz Karl und dem dänischen Prinzenpaar Waldemar an der Spitze, die deutsche Gesellschaft mit Baron Lucius, die gesamte deutsche Kolonie Stockholms, sowie hervorragende schwedische Politiker waren erschienen. Blumen, Kränze und stürmischer Beifall wurden der Künstlerin gespendet.

Marokko

Das Grenzübernahmelager Wesel meldet, daß ein dort durchgekommener Flüchtling aus Casablanca angab, Marokko berge noch eine Reihe von Lagern für Zivilinternierte, meist Besatzungen von deutschen Schiffen. So seien in Casablanca gegen 400 Mann, in Kenitra gegen 100 (die dort scheinbar als Strafgefangene im Gefängnis untergebracht seien), in Meknes gegen 200 und in Fez gegen 200 Mann untergebracht.

Britisch-Westafrika

Die Rechtsstellung feindlicher Untertanen in den westafrikanischen Kolonien ist nach englischen Meldungen noch nicht festgelegt, eine entsprechende Gesetzgebung ist aber in kurzer Zeit zu erwarten. Was die Zulassung von Waren aus feindlichem Ursprungslande anbetrifft, so werden sie zurzeit ebenso behandelt, wie britische Waren, doch könne sich die Regierung nicht binden, daß dieses Verfahren künftig geändert wird.

Südafrika

Eine Reihe von Afrikanern, die in Deutschland studiert haben, — neben einigen deutschen liest man eine stattliche Reihe von holländischen und englischen Namen unter den Unterzeichnern — fühlt sich verpflichtet, „unter der gegenwärtigen Weltlage sowohl vom wissenschaftlichen wie auch vom rein menschlichen Standpunkt aus" folgende Ehrenerklärung für die deutschen Universitäten zu veröffentlichen: „Wir erklären, daß wir während unserer Studienjahre an deutschen Universitäten die Gründlichkeit und Ehrlichkeit der deutschen Wissenschaft haben kennen und schätzen gelernt: war doch die Hauptsache bei allen wissenschaftlichen Untersuchungen das Forschen nach geistes- und naturwissenschaftlicher Wahrheit, und das Hauptziel des akademischen Unterrichts, uns selbständiges Denken und Arbeiten zu lehren. Wir haben persönlich von seiten unserer Professoren ein ununterbrochenes Interesse an unseren Studien erfahren, und niemals haben wir wahrgenommen, daß sie einen Unterschied zwischen deutschen und ausländischen Studenten machten. Die Pietät zwingt uns, unsere innigste Anerkennung auszusprechen für die wissenschaftliche Erziehung durch eine Methode, die, unserer Überzeugung nach, keiner anderen in der Welt nachzustehen braucht. Wir bedauern daher aufs äußerste, daß unter den jetzigen anormalen Zuständen die deutschen Universitäten und die deutsche Wissenschaft, die unseres Erachtens doch auf Idealismus und Objektivität beruht, in einem so ungünstigen Lichte der Welt vorgehalten werden, und daß wir während unseres Aufenthaltes in Deutschland, gleich allen ausländischen Studenten, eine außergewöhnlich liebevolle Behandlung und Gastfreundschaft genossen haben und daß wir viel zu danken haben für diesen Aufenthalt unter einem Volke, dem Wissenschaft und Kunst in Fleisch und Blut übergegangen ist. Wir werden es daher immer als ein unschätzbares Vorrecht ansehen, daß wir unsere Studienjahre in Europa, in einer so hoch entwickelten, kunstliebenden und unserer Volksart so nahe verwandten Umgebung verbracht haben."

Vereinigte Staaten von Nordamerika

Der „New York Herald" berichtet in einem längeren Artikel über die Bemühungen des deutschen Elements im Staat Nebraska, den deutschen Unterricht in den dortigen Schulen wieder einzuführen. Die Deutschen sind dort relativ stark. Unter 1,4 Millionen Einwohnern gibt es 200 000 Deutsche, von denen viele bereits 20, 30 und 40 Jahre ansässig, aber trotz des Erwerbs der Staatsangehörigkeit im Herzen deutsch geblieben sind. Jetzt versuchen diese, durch eine Eingabe an den obersten Gerichtshof des Staats Nebraska das Gesetz über die Pflege fremder Sprachen in den öffentlichen Schulen rückgängig zu machen, ihren früheren Einfluß auf die Parochialschulen wiederzugewinnen und drohen außerdem ganz offen damit, daß sie in der Frage des deutschen Unterrichts in ihren Schulen tun und lassen würden, was ihnen beliebt.

Das erste Ziel der Deutschen bestehe augenblicklich darin, in den öffentlichen Schulen den Unterricht in ihrer Sprache wieder zur Einführung zu bringen. Bei Eintritt Amerikas in den Krieg wurde Deutsch in allen Volksschulen des Staates gelehrt. Die Kinder studierten vom 8.—13. Lebensjahr Deutsch in gleichem Umfange wie Englisch. Der deutsch-amerikanische Bund hatte es durchgesetzt, daß überall da, wo ein gewisser Prozentsatz der Schulpatrone es verlangte, der deutsche Unterricht im Wege des Gesetzes als obligat erklärt wurde, und die Deutschen sorgten dafür, daß diese Forderung überall erhoben wurde. Dieses Gesetz war in der letzten Legislaturperiode aufgehoben und darüber hinaus ein Gegengesetz erlassen worden, das allen öffentlichen und Parochialschulen verbot, Kinder vor der 9. Klasse irgendwelche Sprachen außer Englisch zu lehren. Vor einigen Monaten verlangten die deutschen Elemente einen gerichtlichen Aufhebungsbeschluß, der jedoch abgelehnt wurde. Infolgedessen haben sie sich nunmehr an den obersten Staatsgerichtshof gewandt. Vor einigen Wochen entdeckte man, so schreibt der „Herald", daß in völliger Mißachtung der bestehenden Gesetze im Bezirk Hamilton sich eine deutsche Schule aufgetan hatte. Die Bezirksverwaltung hatte sie genehmigt. „58 Schüler wurden unterrichtet. Natürlich zwang man die Schule, ihren Betrieb einzustellen. Die Tatsache jedoch, daß sie offiziell eröffnet und von sehr vielen Schülern besucht werden konnte, ist typisch für Stimmung und Lage der Deutschen in Nebraska. Im Dezember wird in Nebraska eine konstituierende Versammlung tagen, um dem Staate eine neue Verfassung zu geben. Im November sollen die Wahlen der Abgeordneten stattfinden. Tatsächlich sind schon alle Kandidaten aufgestellt. In verschiedenen Listen kommt das Bestreben des deutschen Elementes zum Ausdruck, in jener Versammlung vertreten zu sein. Mehrere Kandidaten sind jedenfalls als Verfechter des deutsch-amerikanischen Bundes bekannt und mit dem deutschen Element eng verbunden. Sogar deutsche Schullehrer stehen in einigen Distrikten auf den Listen. In manchen Gerichtsbezirken brüsten sich die Deutschen ganz offen, daß sie die Wahl so vieler ihnen genehmer Kandidaten durchzubringen hoffen, daß dadurch die Aufhebung der in der letzten Legislaturperiode erlassenen Amerikanisationsgesetze erreicht werden könne."

Die New Yorker „Nation" bezeichnete kürzlich die Tätigkeit des Alien Property Custodian als ein dunkles Kapitel der amerikanischen Geschichte. „Die rücksichtslose Wegnahme feindlichen Privateigentums und die

Digitized by Google

Art, wie darüber verfügt wird, sind nicht darauf berechnet, zartere Behandlung amerikanischer Auslandsinteressen in unserem nächsten Kriege (!) herbeizuführen." Sie wendet sich sodann gegen das ganze „Farbstoffgeschäft". „Wir können keineswegs sagen, daß wir darauf stolz sind. Leute, die es wissen mußten, versichern uns, daß trotz des ‚Erwerbs' der deutschen Formeln es sehr zweifelhaft sei, ob die amerikanische chemische Industrie bei der relativen Rückständigkeit ihrer analytischen Methoden damit etwas würde anzufangen wissen. Schon erhebt denn auch der vielversprechende Säugling lautes Wehgeschrei und wird zweifellos bald seine gehörige Mahlzeit Tarifbrei (Anspielung auf die verlangten Schutzzölle) bekommen, während unsere Waschzüber in allen Regenbogenfarben schillern, die ausgegangen sind aus den Hemden müder Geschäftsleute."

Die Berliner „European Preß" bespricht in einem längeren Artikel die Lage der im Lande nach Abtransport der Zivilgefangenen noch zurückgehaltenen deutschen Frauen und Kinder, die in einem vollständig militärisch eingerichteten und von bewaffneter Mannschaft bewachten Lager in Fort Oglethorpe untergebracht sind. Hilflos und verlassen, sind sie bald mit ihren finanziellen Mitteln am Ende, in einer verzweifelten Lage, und doch erlaubt man ihnen, angeblich wegen der Schiffsraumnot, die Heimreise nicht. Das sei eine leere Ausrede, sagt das Blatt, denn Frauen und Kinder anderer Nationen könnten tagtäglich ohne Schwierigkeiten abreisen. Wenn Amerika es nicht übers Herz bringe, diese Frauen mit der früher üblichen Ritterlichkeit zu behandeln, dann möge es sich wenigstens dazu aufschwingen, diesen unglücklichen, unfreiwilligen Gästen eine wahrheitsgemäße Antwort auf ihre Eingaben zu machen.

Der Polizeichef von Westhoboken hat an alle seine Untergebenen den Befehl erlassen, in allen Hallen und Theatern der Stadt herumzuschnüffeln, ob vielleicht irgendwo Unterhaltungen in deutscher Sprache stattfinden. Sollte irgendwo ein deutscher Laut ertönen, so sollten die Polizisten einschreiten und solche Unterhaltungen verhindern.

Lebensmittelkommissar Hoover erließ einen dringenden Aufruf für die Kinder Deutschlands und Österreichs. Er wandte sich besonders an die Amerikaner englischer Muttersprache, die mit Hilfe der Quäker eine großzügige Hilfsaktion einrichten, ohne daß das deutsch-amerikanische Hilfswerk dadurch irgendwie behindert wird.

Guatemala

Nach französischen Blättermeldungen hat Guatemala den Friedensvertrag mit Deutschland ratifiziert.

Cuba

Durch einen am 19. 10. veröffentlichten Runderlaß des Unterstaatssekretärs im Finanzministerium soll unter Hinweis auf eine im gleichen Sinne erlassene Verordnung der Regierung der Vereinigten Staaten das Verbot des Handels mit Deutschland aufgehoben worden sein.

Argentinien

Der argentinische Minister des Innern schlug vor, Unterkunftsmöglichkeiten für 6000 Einwanderer zu schaffen. (Also wohl Gelegenheiten zur ersten Unterbringung von je mindestens 6000 Einwanderern in den Hafenplätzen.) Im Kongreß soll eine Vorlage zur Deckung der Kosten dafür eingebracht werden.

Persien

Die Liste der Europäer, deren Rückkehr nach Persien zu verhindern die persischen Grenzbehörden von ihrer Regierung beauftragt worden sind, ist in Berlin eingetroffen. Sie umfaßt außer 75 Deutschen zahlreiche Schweizer, Österreicher und Schweden. Wie verlautet, ist der Befehl an die Grenzbehörde übrigens von der gegenwärtigen persischen Regierung gegeben worden, ohne daß ein unmittelbarer englischer Druck vorgelegen hätte.

Britisch-Indien

Auf einer Versammlung des Kaiserlich Gesetzgebenden Rates Ende September hat sich die Regierung, wie wir den „Weltw. N." entnehmen, auf Anfrage in einigen wichtigen Punkten über die Politik gegen feindliche Untertanen ausgesprochen. Der Besitz und die Unternehmungen aller deutschen Missionen in Indien einschließlich der „Basel Mission Trading Company" sind dem Verwalter feindlichen Eigentums der betreffenden Provinzen überwiesen worden. Boards und Ausschüsse von Vertrauensleuten haben sich gebildet und der Besitz und die Unternehmen werden zurzeit von dem Verwalter feindlichen Eigentums auf die Vertrauensleute gemäß Artikel 438 des Friedensvertrags übertragen. Missions- und andere philantropische Gesellschaften und Organisationen feindlicher Nationalität und ihre persönlichen Mitglieder feindlicher Nationalität oder Geburt, unberücksichtigt ihres Glaubens, sollen für eine noch näher zu bestimmende Zeit nach Indien nicht wieder zugelassen werden. Deutsche und Österreicher, die sich zurzeit in Indien befinden, sollen in ihre Heimat zurückgesandt werden und nur in ganz seltenen Ausnahmefällen die Genehmigung zu weiterem Aufenthalt in Indien erhalten. Ausnahmen sollen vor allem gewährt werden in den Fällen, in denen eine Person von Geburt britischer Untertan war, wenn sie verheiratet war, eine Familie in Indien besitzt und die Verbindungen mit ihrem eigenen Lande gelöst hat oder wenn sie in einem Gebiete beheimatet ist, das infolge des Friedensvertrags nicht länger mehr deutsches oder österreichisches Gebiet ist.

Ceylon

Den „N. f. H. I. u. L." entnehmen wir die Mitteilung einer Verfügung der „Governement Gazette Nr. 7042 vom 8. 8., betreffend die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland und Österreich, wonach Waren aus diesen Ländern ohne besondere Beschränkungen und unter denselben Bedingungen wie aus anderen Ländern nach Ceylon eingeführt werden dürfen. Weniger freundlich ist die Haltung gegenüber der Frage der Zulassung und der Ausweisung feindlicher Untertanen aus Ceylon. Bei der Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfs bei der gesetzgebenden Versammlung soll der Gouverneur nach englischen Meldungen u. a. geäußert haben: Ich nehme an, daß die meisten Mitglieder der Versammlung mit mir darüber einstimmen, daß an Stelle der Worte „drei Jahre" dreißig Jahre oder sogar 300 Jahre gesetzt werden soll. Wir sind alle derselben Ansicht, daß unseren ehemaligen Feinden nicht erlaubt werden soll, innerhalb eines derartig kurzen Zeitraums, wie er in dem Gesetzentwurf angegeben ist, nach der Kolonie zurückzukehren. Ich hoffe, daß von der Kaiserlichen Regierung angeordnet werden wird, diese drei Jahre, wenn möglich, auf einen erheblich längeren Zeitpunkt zu erhöhen.

China

Es heißt nach dem „North China Herald", daß die Regierung im Zusammenhang mit der Wiederherstellung des Friedens mit Deutschland und Österreich folgende Entscheidung getroffen hat: Das feindliche Staatseigentum (Konsulate) in China soll von der chinesischen Regierung unter Bewachung gehalten werden, bis neue Handelsverträge abgeschlossen und die deutschen und österreichischen Konsulate wieder eingerichtet sind. Die deutsche Ingenieurschule in der französischen Niederlassung in Schanghai soll gemäß Übereinkunft mit den französischen Behörden in eine Sprachenschule umgewandelt werden. Das

Digitized by Google

Fremdenverkehrsamt in Schanghai hat einen Befehl vom Gouverneur erhalten, in dem ein Telegramm des Auswärtigen Amtes in Peking mit folgendem Inhalt angeführt wird:

„Mit Bezug auf Entziehung der Exterritorialität, die Fremden gewährt wurde, wird vorgeschlagen, einen Versuch mit Deutschland und Österreich zu machen. Zu diesem Zwecke sollen die folgenden drei vorbereitenden Schritte getan werden: Es sollen einmal noch einige Gerichtshöfe und Verwaltungshöfe im Lande eingerichtet werden; und zweitens soll in dem neuen Strafgesetzbuche ein Kapitel eingefügt werden, das auf Fremde Anwendung findet; drittens endlich sollen Fonds gesammelt werden zur schließlichen Abschaffung der Extorritorialität."

Philippinen

Nach englischen Meldungen sollen 19 Deutsche, die bereits von den Philippinen deportiert waren, auf dem Rückwege nach Manila sein. Sie sollen von der Bundesbehörde die Erlaubnis bekommen haben, ihre Geschäfte wieder anzufangen trotz der Einwände, die die Regierung der Philippinen dagegen erhoben hat.

Japan

Gegenüber irrigen Meldungen in der Presse ist festzustellen, daß Deutsche in Japan noch nicht zugelassen sind. Für Deutsche werden auch in den neutralen Ländern von den japanischen Missionen noch keine Visa aufgestellt, letztere haben vielmehr aus Tokio die Weisung, bis zur Ratifikation des Friedensvertrags Pässe deutscher Reichsangehöriger für die Reise nach Japan in keinem Fall zu visieren.

Der Wert des beschlagnahmten feindlichen Eigentums in Yokohama soll sich auf etwa zehn Millionen Yen belaufen, von denen sich 6½ Millionen im Eigentum deutscher Privatpersonen befinden. Von der Beschlagnahme sollen 276 Deutsche und 25 früher österreichisch-ungarische Staatsangehörige betroffen sein.

KLEINE NACHRICHTEN

Dr. Ernst von der Nahmer †.

Am 24. November ist ein kerndeutscher Mann von uns gegangen, dessen Leben und Wirken lange Jahre dem Deutschtum im nahen Orient, namentlich in der Türkei, gewidmet war. Ernst von der Nahmer trat vor dreißig Jahren in den Redaktionsstab der „Kölnischen Zeitung". Nach sechs Jahren der Vorbereitung übernahm er im November 1895 die Vertretung der „Kölnischen Zeitung" in Konstantinopel. Schon nach kurzer Zeit wurde er zum ersten Vorsitzenden der dortigen deutschen Kolonie gewählt. Er hat dies Ehrenamt mehrere Jahre bekleidet. Amtlichen Einflüssen wenig zugänglich, selbstbewußt und klug, hat er als seine Aufgabe betrachtet, selbst ein Botschafter zu sein, ein Botschafter des deutschen Volkes bei dem türkischen Volke. Eine gewaltige Zahl von Fäden wurde von ihm geknüpft; in allen Kreisen der Türken erwarb er anhängliche und zuverlässige Freunde. So konnte er imstande sein, über die Vorgänge seiner Zeitung und damit der deutschen großen Lesewelt die klaren und anschaulichen Berichte zu liefern, die, in vornehmem Deutsch geschrieben, zu dem klassischesten gehören, das über die Entwicklung der Türkei in unserer Sprache geschaffen worden ist. In die Zeit seiner Tätigkeit in der Türkei fielen die ersten armenischen Unruhen größern Umfangs, das Gemetzel in der Hauptstadt, die kretischen Aufstände, der thessalische Krieg gegen Griechenland, dem er im türkischen Lager beiwohnte, die Kaiserreise nach Konstantinopel und dem Heiligen Lande, der Beginn der jungtürkischen Bewegung, der Aufschwung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei, die Entwicklung des deutsch-türkischen Bahnnetzes in Anatolien. Im Auftrage der Zeitung bereiste er alle Provinzen der Türkei, in Europa und Asien. Die Früchte dieser Studien sind in den Reiseberichten an die „Kölnische Zeitung" niedergelegt. Ein Teil, die Durchquerung Anatoliens vom Mittelmeer bis zum Schwarzen Meer, ist auch in Buchform erschienen. Im Gegensatz zu vielen unserer Landsleute war Ernst von der Nahmer schon früh ein überzeugter Gegner des Gedankens, deutsche Ansiedlungen in Anatolien zu schaffen. Sein Hauptgrund war, daß wir deutsche Ansiedler entweder unter dem Schutz der Kapitulationen stellen müßten und dadurch dauernden Unwillen der Türken und ihrer Behörden erzielen würden, oder daß wir für unsere Ansiedler auf die Kapitulationen verzichten und dadurch diese unerfahrenen Leute der damals noch unter Abdul Hamid sehr besserungsbedürftigen türkischen Rechtspflege und Polizei ausliefern müßten. Als umsichtiger deutscher Mann hat von der Nahmer stets für Erweiterung unseres deutschen Schulwesens in der Türkei gewirkt und, freilich nicht mit dem gewünschten Erfolg, die Wahrheit vertreten, daß es nur von uns abhänge, von der katholischen Schulpropaganda, von dem Reiche und von dem einzelnen Deutschen, binnen einigen Jahrzehnten das Deutsche zur herrschenden Fremdsprache in der Türkei an die Stelle des Französischen zu setzen. Heute gehören diese Gedanken einstweilen der Vergangenheit an. Nach siebenjährigem Aufenthalt im Orient übernahm von der Nahmer 1902 in der Redaktion in Köln die orientalische Abteilung. Wer an der Hand unserer deutschen Zeitungen die Dinge verfolgte, erkannte oft die Einwirkung des Orientredakteurs der „Kölnischen Zeitung". Obgleich von der Nahmer nicht Offizier war — ein Unglücksfall unterbrach seine militärische Laufbahn, als er Fahnenjunker in der Feldartillerie war — widmete er sich mit peinlichstem Eifer und überraschendem Gedächtnis dem Studium und der Bearbeitung militärischer Fragen des In- und Auslandes. Während des Weltkrieges schrieb er die meisten Überblicke über die Kriegslage; in seinem Schreibzimmer der Redaktion häuften sich Karten und Pläne, und wenn in Köln jemand genaueres über den Stand der Dinge und über schwer zu erlangende Personalia wissen wollte, so mußte er bei v. d. Nahmer anfragen. Das Leid des Krieges, der Heldentod seines ältesten Sohnes haben diesen starken, unermüdlichen Mann niedergerungen; das Schicksal seines geliebten Vaterlandes wurde auch das seinige. Er hinterläßt zwei unvollendete Werke: die Geschichte der „Kölnischen Zeitung" und die Geschichte des Deutschtums im Orient. Diese letztere Arbeit ist dem Abschluß sehr nahe; sie enthält eine Fülle bisher unbekannter Mitteilungen über das Wirken von Deutschen in der Türkei, über Moltke und Mühlbach und deren Kameraden, über alle Reformer des Heeres, der Flotte, der Verwaltungen, über die Eisenbahner, von Kühlmann angefangen, über die Banken, die Kaufherren und die kleinen Leute, über Presse, Techniker, Konsuln und Konsulate und über die amtliche und nichtamtliche deutsche Welt, bis zu den „gestammelten Liedern Pulvermachers", eines in Konstantinopel bis vor 10 Jahren wohlbekannten originellen Bummlers und Trunkenboldes. Freunde werden dafür sorgen, daß dies Werk nicht kurz vor seiner Vollendung vergessen wird. Die deutsche Lesewelt wird dann einen wertvollen Einblick erhalten in das Werden und Wachsen des Deutschtums in der befreundeten Türkei. Es wird ein Denkmal sein für das, was war und ein Wegweiser für das, was wieder sein kann und sein wird.

R. von Mack-Wiesbaden.

Th. Schuhmacher †. Der Verleger der deutschen Zeitung in Mexiko, Th. Schumacher, ist, wie in deutschen Zeitungen mit Verspätung mitgeteilt wird vor einigen Monaten gestorben.

Freiherrn v. Lucius, dem scheidenden deutschen Gesandten in Stockholm, widmet die schwedische Presse Worte warmer Anerkennung und hebt seinen Takt in den schwierigen Lagen während des Krieges hervor.

Digitized by Google

Dr. Ernst Seraphim, der bekannte Rigenser Journalist und Bruder des Königsberger Historikers, der während des Kriegs von den Russen nach Sibirien verbannt war und nach seiner Rückkehr wieder in Riga wirkte, ist nunmehr nach Königsberg übergesiedelt, wo er in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" als Redakteur für Ostfragen arbeitet.

Neue Beamte im Ausland. Als erste der im Haushaltplan der Deutschen Republik neu bewilligten Finanzbeiräte für die deutschen diplomatischen Vertretungen sollen demnächst die Herren Heinerich nach dem Haag, Roland (früher Straßburg) nach Kopenhagen, Blomeyer nach Stockholm und der badische Finanzminister a. D. Rheinboldt nach Bern gehen.

KIRCHLICHES

Beziehungen zu Schweden.

Das letzte Vierteljahrsheft der „Eiche, Vierteljahrsschrift für Freundschaftsarbeit der Kirchen. Ein Organ für soziale und internationale Ethik" ist Schwedens Kirche gewidmet. Der Geist wahrhafter Neutralität und selbstloser Hilfsbereitschaft, den das schwedische Volk der deutschen Not gegenüber betätigt hat, spricht besonders aus diesem Heft, in dem überwiegend die Führer der schwedischen Kirche zu Worte kommen. Die Professoren Westman und Aulén behandeln die deutsch-schwedischen kirchlichen Beziehungen in alter und neuer Zeit. Der Hauptteil des Heftes ist den schwedischen Bemühungen gewidmet, die zerstörte Gemeinschaft des gesamten Protestantismus noch im Kriege wiederherzustellen und ihr die Kraft zur Völkerversöhnung wiederzugeben. Verkörpert werden diese Bestrebungen durch den Erzbischof von Upsala, Professor Söderblom, programmatisch zusammengefaßt in seinem Aufsatz: Internationale Freundschaft durch evangelische Katholizität. — An dieser Stelle möchten wir noch auf das Amerikaheft der „Eiche" (Jg. 5, Nr 2—4. Ig. 6, Nr 1) hinweisen, in dem der Herausgeber, Liz. Siegmund-Schultze, versöhnliche Stimmen aus Feindesland mitten im Kriege gesammelt hat. Wie Inseln erheben sie sich aus dem Meer von Haß, das uns zu ertränken drohte, und wecken Hoffnung auf bessere Zeit. Die deutschamerikanischen Zeugnisse verdienen besondere Beachtung.

VON DEUTSCHEN VEREINEN IM AUSLANDE

Freiburg in der Schweiz. Ortsgruppe des Verbandes der Deutschen in der Schweiz. Nach schriftlicher Verständigung mit dem Präsidenten des bisherigen Bayernvereins in Freiburg, Universitätsprofessors Leitschuh, begaben sich einige Herren vom Hauptvorstand des Verbandes der Deutschen in der Schweiz nach Freiburg zu einer Versammlung des Bayernvereins. Nach Begrüßung durch Professor Leitschuh und nochmaliger Aufklärung der Mitglieder des Bayernvereins über seine Umwandlung, sprach der Verbandsvorsitzende, Herr Brielmaier von Bern über die Ziele und Zwecke des Verbands der Deutschen in der Schweiz. Es entspann sich eine lebhafte Aussprache über die Satzungen, die Herr Bonacker einzeln erläuterte. Die Versammlung genehmigte dann einstimmig den Übertritt ihres bisherigen Bayernvereins in den Verband als „Ortsgruppe Freiburg". Für den Winter wurde eine lebhafte Werbetätigkeit beschlossen, um einen tüchtigen Zuwachs im Kanton Freiburg zu schaffen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils schloß sich noch eine gemütliche Unterhaltung an, und allgemein kam die Ansicht zum Ausdruck, es sei zu wünschen, daß auch in den übrigen größeren Orten der Schweiz die Deutschen sich zum einheitlichen großen Verband zusammenfänden und ihre Kräfte nicht wie bisher in einzelnen kleinen lokalen Vereinen zersplittern.

DEUTSCHES SCHULWESEN IM AUSLANDE

Deutsche Schule in Schanghai.

Die deutsche Schule in Schanghai in der Markham Road gilt als ein von der Polizei genehmigtes Familieninstitut und wird zurzeit von 53 Kindern besucht.

DEUTSCHE KUNST IM AUSLAND

Deutsche Musiker in England.

Das Dresdner Trio Franz Wagner ist nach einer erfolgreichen Reise in Holland aufgefordert worden, in London zu konzertieren. Der Londoner Konzertunternehmer betonte, daß die Dresdner Künstler in England der herzlichsten Aufnahme gewiß sein könnten. Das Dresdner Trio wird außerdem im Frühjahr 1920 in Dänemark und Schweden spielen und darauf einem Ruf nach Südamerika und Holländisch Indien Folge leisten.

Deutsches Theater in den Vereinigten Staaten.

Das Deutsche Theater in Milwaukee ist mit Wolzogens Lustspiel „Ein unbeschriebenes Blatt" vor ausverkauftem Haus wieder eröffnet worden.

DEUTSCHES ZEITUNGSWESEN IM AUSLAND

Die erste Nummer der „Serra-Post" aus Rio Grande do Sul, die im August dieses Jahres nach der Aufhebung des Sprachenverbotes der brasilianischen Regierung wieder in deutscher Sprache erscheinen konnte, enthält das folgende Gedicht, ein inniges Bekenntnis zum Deutschtum:

Zwei Jahre fast, mein Freund, hat uns ein Zwang getrennt,
Und all die tausend schweren, bangen Fragen
Und was uns tief im Herzen wühlt und brennt,
Wir mußten es in fremder Sprache sagen.

Im fernen Osten liegt ein schönes Land,
Die einen kennen's und die anderen wissen,
Daß ihrer Väter Heimathaus dort stand,
Und hartes Schicksal westwärts sie gerissen.

Durch dieses Land ist wilder Sturm gebraust,
Wir hörten und wir konnten's doch nicht fassen,
Daß eines furchtbar harten Schicksals Faust
Nur tiefstes Herzeleid zurückgelassen.

Du Deutschlands Jammer, doch nicht Deutschlands Tod!
Es schimmert still durch all das wirre Bangen
Der Hoffnung heilig-ernstes Morgenrot:
Einst wirst du noch in alter Glorie prangen.

Wir aber wollen das geliebte Gut
Der Muttersprache hoch in Ehren halten,
So wird sich uns're Art und unser Blut
Durch alle Welt getreu und stark erkalten.

Und ist auch unsere Sprache rings verhaßt,
Zum Schweigen hat noch keiner sie gezwungen,
Wir tragen freudig all der Feindschaft Last
Und sind von ihrem heil'gen Wert durchdrungen.

Digitized by Google

AUSLANDDEUTSCHTUM UND DEUTSCHES SCHULWESEN

Ein Kongress auslanddeutscher Studentenvereinigungen.

Für Mitte Januar ist die Einberufung eines Kongresses auslanddeutscher Studentenvereinigungen nach Leipzig geplant. Ein Ausschuß zur Ausarbeitung des Verbandssatzungsentwurfs ist bereits in Tätigkeit. Alle schon bestehenden Vereinigungen — auch in Wien sind neuerdings Bestrebungen zur Begründung einer solchen im Gang — sind zur Teilnahme aufgefordert. In jeder Hinsicht ist der Zusammenschluß der auslanddeutschen Studentenvereinigungen, der ihre Arbeit stärken wird, wärmstens zu begrüßen.

Auslanddeutschtum als Schulfach.

In Heft 7/8, Jg. 18, 1919, der „Monatsschrift für höhere Schulen" (Berlin: Weidmann) erörtert Wilhelm Rumpf die Frage, welchen Bildungswert die Beschäftigung mit dem Auslanddeutschtum für die höhere Schule habe. Er stellt den wissenschaftlichen Bildungswert dieses Stoffgebietes fest und zeigt wie es sich in den Religions-, Geschichts-, Erdkunde- und Deutschunterricht einbeziehen läßt. Die Vertiefung in den sittlichen Gehalt der Fragen des Auslanddeutschtums soll unsere Jugend zu größerem Gemeinsinn, zur Opferbereitschaft und zur Freude an der selbstlosen Arbeit für das eigene Volk führen. Um beide Bildungsziele zu erreicrhen, hält Rumpf es für notwendig, die Kenntnis des Auslanddeutschtums bei Lehrern und Schülern durch Vortragsreihen und bessere Lehrmittel wesentlich zu erweitern und vom bloß platonischen Gefühl der Volksgemeinschaft zur Tat zu schreiten. Rumpf denkt an Sammlungen für die Volksdeutschen, die im fremden Staat geistige oder leibliche Not leiden, an Schulvereine nach dem Vorbilde der Missionskränzchen und an die Übernahme von Pflegschaften für Kindergärten oder arme Schulen. Mit Recht betont der Verfasser, daß es nicht auf die Größe der Gabe ankommt, sondern darauf, in dem neuen Geschlecht eine neue Gesinnung heranzuziehen, den Geist der Gemeinschaft, der Opfer zu bringen bereit ist.

Kursus über China.

An der Handelshochschule Berlin wird in der Zeit vom 11. Dezember bis Ende Januar innerhalb der „Kurse für internationalen Wirtschaftsbetrieb" ein Kursus über China abgehalten, der in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Chinesischen Verband in Berlin veranstaltet wird. Bestunterrichtete Fachleute und Kenner des Landes halten dabei allgemein zugängliche Vorträge.

AUSLANDDEUTSCHTUM UND POLITIK

Steuerpflicht für Auslanddeutsche in Baden.

Dem Landesverband Baden des Bundes der Auslanddeutschen ist auf eine Eingabe vom Landesfinanzamt folgendes eröffnet worden: Auf Ihr an das Badische Finanzministerium gerichtetes Gesuch teilen wir Ihnen mit, daß wir auf Veranlassung dieses Ministeriums die badischen Finanzämter und Hauptsteuerämter angewiesen haben, die Staatssteuern der Auslanddeutschen, die unter Zurücklassung ihres Vermögens im Ausland nach Deutschland abwandern mußten, auf Ansuchen ohne Sicherheitsleistung bis zur Auszahlung der vorläufigen Entschädigung zu stunden, wenn das Einkommen des einzelnen Pflichtigen die Höhe von 8000 Mark nicht übersteigt.

Erbschaftssteuer.

Die neue Erbschaftssteuer, die an Stelle der bisherigen, in der Hauptsache auf dem Gesetz vom 3. Juni 1906 beruhenden Erbschaftssteuer getreten, ist am 10. September d. J. Gesetz geworden (Reichsgesetzblatt 19, 1543). Sie gliedert sich in eine Nachlaßsteuer, die von dem noch ungeteilten Nachlaß des Erblassers, eine Erbanfallsteuer, die von den durch den Todesfall Bereicherten und außerdem eine Schenkungssteuer, die von den durch Rechtsgeschäft unter Lebenden Bereicherten erhoben wird.

Die Nachlaßsteuer, „im Grunde nichts anderes, als eine letzte Vermögenssteuer des Erblassers" (Begründung zum Entwurf, Seite 22) wird ohne Berücksichtigung besonderer Verhältnisse von dem gesamten Nachlaß erhoben, wenn der Erblasser zurzeit seines Todes ein Deutscher war. Die Steuersätze dieser in der bisherigen Erbschaftssteuer nicht vorgesehenen Steuer sind äußerst mäßig, sie bewegen sich zwischen 1 und 5 Prozent des steuerpflichtigen Nachlasses, übersteigt der Gesamtwert des Nachlasses nicht den Betrag von 200 000 Mark, so bleiben die ersten 20 000 Mark frei von der Nachlaßsteuer.

Die Hauptbelastung bringt die Erbanfallsteuer, sie kann von einem Mindestsatz von 4 Proz. bis über 70 Proz. des Erwerbes von Todes wegen steigen. Sie ist allerdings eine sehr differenzierte Steuer und nimmt auf die Verhältnisse des einzelnen Falles ausgedehnte Rücksicht, wie Grad der Verwandtschaft, Maß der Bereicherung, Vermögensverhältnisse des Bereicherten usw. Wichtig ist für Auslanddeutsche der § 24 des Gesetzes, der von der Steuerpflicht spricht. Die Steuerpflicht tritt hiernach ein

1. für den gesamten Erbanfall:
2. wenn der Erblasser zur Zeit seines Todes ein Deutscher war;
3. wenn der Erwerber ein Deutscher ist und der Erblasser Ausländer war, aber zur Zeit seines Todes im Inland einen Wohnsitz oder seinen dauernden Aufenthalt hatte.

1. a) wenn der Erwerber ein Deutscher ist, es sei denn, daß er sich seit länger als 3 Jahren dauernd im Ausland aufgehalten hat, ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben, oder Auslanddeutscher im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes gegen die Steuerflucht vom 26. Juli 1918 (Reichsgesetzblatt S. 951) ist. Die Ausnahme findet keine Anwendung auf Reichs- und Staatsbeamte, die im Auslande ihren dienstlichen Wohnsitz haben. Wahlkonsuln gelten nicht als Beamte im Sinne dieser Vorschrift;
   b) wenn der Erwerber ein Ausländer ist, der im Deutschen Reiche einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes seinen dauernden Aufenthalt hat;
   c) wenn der Erwerber eine juristische Person oder eine sonstige Personenvereinigung ist, die ihren Sitz im Inland hat;

Ziffer 1 a spricht vom Erblasser überhaupt nicht, dessen Qualität als Deutscher oder Ausländer scheint demnach zunächst ohne Belang zu sein. Allein unter Berücksichtigung der Ziffer 3 ist wohl anzunehmen, daß Ziffer 1 a als Erblasser einen Deutschen und keinen Ausländer voraussetzt. Jedenfalls aber gilt unseres Erachtens das Privileg der Ziffer 1 a für Auslanddeutsche auch für den Fall der Ziffer 3, auch im Fall 3 sind die Auslanddeutschen in bestimmtem Maße von der Steuer frei. Ebenso sind unseres Erachtens die Auslanddeutschen im Sinne der Ziffer 1 a auch von der Schenkungssteuer befreit, da § 40 Absatz 1 sagt:

„Schenkungen unter Lebenden unterliegen der gleichen Besteuerung wie der Erwerb von Todes wegen... Die Vorschriften über die Erbanfallsteuer sind sinngemäß anzuwenden".

Es trit demnach, wie auch die Begründung hervorhebt (Seite 42), an die Stelle des Erblassers der Schenker, an die

Digitized by Google

des Erwerbers der Beschenkte. Auslanddeutsche im Sinne der Ziffer 1 a des § 24 werden demnach weder bei einem Erwerb von Todes wegen noch bei Schenkungen unter Lebenden von einer Steuer betroffen.

Der Gesetzentwurf über das Reichsnotopfer nach den Beschlüssen des 10. Ausschusses.

Vor kurzer Zeit ist der Nationalversammlung der Bericht des 10. Ausschusses vom 26. November über den Entwurf des Gesetzes über das Reichsnotopfer zugegangen. Das Ergebnis der Kommisionsbeschlüsse für die Auslanddeutschen ist folgendes:

An der Abgabepflicht aller Deutscher, auch der im Ausland sich aufhaltenden, der Auslanddeutschen, wurde grundsätzlich festgehalten. § 2 des Entwurf bringt hinsichtlich der persönlichen Abgabepflicht folgende Bestimmung:

Abgabepflichtig sind 1. die Angehörigen des deutschen Reichs; 2. nichtreichsangehörige Personen, die auch eine fremde Staatsangehörigkeit nicht besitzen, sofern sie in dem Deutschen Reiche einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes ihren dauernden Aufenthalt haben, sowie Angehörige außerdeutscher Staaten, die im Deutschen Reiche einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes ihren dauernden Aufenthalt haben und die deutsche Staatsangehörigkeit erst nach dem 31. Juli 1914 verloren haben; 3. Angehörige außerdeutscher Staaten, die sich im Deutschen Reiche dauernd des Erwerbes wegen aushalten.

Die Abgabepflicht umfaßt bei den in Nr. 1 und 2 genannten Abgabepflichtigen das gesamte Vermögen, bei den in Nr. 3 Genannten das gesamte Vermögen mit Ausnahme des ausländischen Grund- und Betriebsvermögens.

Unterstaatssekretär Mösler erklärte im Ausschuß, daß der Reichsfinanzminister gewillt sei, von der in § 50 gegebenen Ermächtigung, die Abgabe den im Erwerbsleben stehenden Auslanddeutschen ganz oder teilweise zu erlassen, im weitgehendsten Maße Gebrauch zu machen.

Der § 50 erhielt nach eingehender Durchberatung durch einen besonderen Unterausschuß folgende Fassung (wie bereits in der vorhergehenden Nummer unserer Zeitschrift mitgeteilt):

„Der Reichsminister der Finanzen ist ermächtigt, nach Richtlinien, die die Reichsregierung aufstellt, denjenigen Angehörigen des Deutschen Reiches, die sich mindestens seit dem 1. August 1914 ununterbrochen im Ausland des Erwerbes wegen oder aus sonstigen zwingenden Gründen aufhalten, ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben, die Abgabe, soweit sie nicht auf inländisches Grund- oder Betriebsvermögen entfällt, ganz oder teilweise zu erlassen. Diesen Personen werden gleichgestellt diejenigen, die vor dem Kriege ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland des Erwerbes wegen oder aus sonstigen zwingenden Gründen hatten, ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben und sich entweder bei Ausbruch des Krieges vorübergehend im Inland aufhielten oder nach Ausbruch des Krieges ins Inland gekommen sind und nachweislich aus den vorgenannten Gründen. im Ausland wieder ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nehmen.

Der Reichsminister der Finanzen ist ferner ermächtigt, in Ausnahmefällen, in denen die Ermittlung des Vermögenswertes besonderen Schwierigkeiten begegnet, durch Vereinbarung mit dem Abgabepflichtigen die Abgabe in einem Pauschbetrage festzusetzen und auf diese Weise auch die Bindung des Vermögens aus Gründen des öffentlichen Wohles angemessen zu berücksichtigen."

Auf die Anregung im Ausschuß, diejenigen Deutschen, deren Vermögen in fremder Währung festliege, das Notopfer in der betreffenden fremden Währung entrichten zu lassen, damit sie durch das zu erwartende Steigen des Markkurses nicht geschädigt würden, erklärte der Reichsminister der Finanzen, daß er sich dieser Anregung durchaus anschließe und in die Ausführungsbestimmungen eine Vorschrift hineinsetzen wolle, wonach die Steuerpflichtigen, deren Vermögen in ausländischer Währung festliege, berechtigt seien, ihre Vermögensaufstellung in ausländischer Währung zu machen und auch die Steuer in ausländischer Valuta zu zahlen. Dadurch werde dem betreffenden Steuerpflichtigen das Risiko der Kursschwankung abgenommen und für das Reich ergebe sich der Vorteil, daß es, wenn auch in beschränktem Umfange, damit Verfügung über ausländische Valuten erhalten könne.

Außerdem komme für Auslanddeutsche ja noch besonders der letzte Absatz des § 50 in Frage, wonach dieselben, wenn die Feststellung ihres Vermögens besondere Schwierigkeiten mache, mit dem Reichsminister der Finanzen einen bestimmten Betrag als Pauschbetrag für die Zahlung des Notopfers vereinbaren könnten.

Neu wurde, den wiederholten Forderungen der Auslanddeutschen entsprechend, folgender § 50 a eingefügt:

„Bei allen Abgabepflichtigen, die während des Kriegs ihren Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes ihren dauernden Aufenthalt im Ausland oder in einem der durch den Friedensvertrag abgetretenen Gebiete des Deutschen Reichs hatten und infolge des Krieges Kleidungsstücke oder Haushaltungsgegenstände verloren haben, bleibt, soweit noch keine Neuanschaffungen erfolgt sind, das Barvermögen in Höhe des Wertes der verlorenen Kleidungsstücke und Haushaltungsgegenstände, jedoch nicht über Fünfzigtausend Mark, abgabefrei.

Sind diese Gegenstände ganz oder ein Teil derselben unter einem feindlichen Zwange veräußert, so gilt der Betrag, um den ihr Wert höher ist als der Erlös, als verloren. Der Erlös bleibt abgabefrei. Neben ihm darf aber eine Abgabefreiheit für den Wert der verlorenen Gegenstände nur insoweit eintreten, als dieser einschließlich des Erlöses 50 000 Mark nicht übersteigt."

Der § 4 zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung von Auslanddeutschen durch das Reich und den ausländischen Aufenthaltsstaat blieb in seiner ungenügenden, das Kapitalvermögen nicht berücksichtigenden Form stehen. Hiernach wird eine im ausländischen Staat zu entrichtende Vermögensabgabe beim Reichsnotopfer nur abgesetzt, bzw. insoweit die Vermögensabgabe schon erhoben ist, nur erstattet, insofern abgabepflichtiges ausländisches Grund- oder Betriebsvermögen durch den ausländischen Staat zu einer gleichartigen Abgabe herangezogen wird.

Reichseinkommen und Kapitalertragssteuer.

Der Entwurf eines Reichseinkommensteuergesetzes vom 29. November enthält hinsichtlich der persönlichen Steuerpflicht folgende mit der Praxis der bisherigen landesrechtlichen Einkommensteuergesetze in der Hauptsache übereinstimmende Regelung in § 2:

Einkommensteuerpflichtig sind

I. mit ihren gesamten Einkommen:

1. Deutsche, soweit sie sich nicht länger als zwei Jahre dauernd im Ausland aufhalten, ohne im Inland einen Wohnsitz zu haben. Beamte des Reichs oder der Länder und Militärpersonen, die ihren dienstlichen Wohnsitz im Ausland haben, sowie die in ihren Diensten stehenden Deutschen sind ohne Rücksicht auf die Dauer ihres Aufenthalts im Ausland einkommensteuerpflichtig, soweit sie an ihrem ausländischen Wohnsitz nicht zu einer entsprechenden direkten Steuer herangezogen werden. Wahlkonsuln gelten nicht als Beamte im Sinne dieser Vor-Vorschrift.

2. Nichtdeutsche, wenn sie im Deutschen Reiche einen Wohnsitz haben oder sich dort des Erwerbes wegen oder länger als sechs Monate aufhalten. Die Steuerpflicht erstreckt sich auf die Dauer des Wohnsitzes oder Aufenthalts.

II. Mit ihrem Einkommen aus inländischem Grundbesitz oder Gewerbebetrieb oder mit solchen regelmäßig wieder-

Digitized by Google

kehrenden Bezügen oder Unterstützungen, die aus inländischen öffentlichen Kassen mit Rücksicht auf eine gegenwärtige oder frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit gewährt werden: alle natürlichen Personen, ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt.

Nach dem Entwurf zum Kapitalertragssteuergesetz vom gleichen Datum unterliegen der Steuer

I. die Erträge aus inländischen Kapitalanlagen, nämlich:

1. Dividenden, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinne, welche auf Aktien, Kuxe usw. entfallen,

2. Zinsen von Anleihen, die in öffentlichen Schuldbüchern eingetragen oder über die Teilschuldverschreibungen ausgegeben sind,

3. Zinsen, die bei Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungsunternehmungen auf die Prämienreserve der Versicherten rechnungsmäßig nach dem Geschäftsplan entfallen.

4. Zinsen und Renten von Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden,

5. vererbliche Rentenbezüge,

6. Zinsen aus Darlehen, einschließlich Sparkasseneinlagen und Bankguthaben,

7. Diskontbeträge von Wechseln und Anweisungen einschl. der Schatzwechsel, soweit es sich um Kapitalanlagen handelt.

II. Die Erträge aus ausländischen Kapitalanlagen der vorbezeichneten Art.

Die Kapitalerträge in Nr. I 1—3 unterliegen der Steuer, auch wenn die Bezugsberechtigten Auslanddeutsche sind, sofern nur der Schuldner im Inland seinen Sitz hat.

Die Kapitalerträge nach Nr. I 5—7 dagegen und die Erträge aus ausländischen Kapitalanlagen unterliegen der Steuer, wenn die Gläubiger (Berechtigten) . . . . . .

1. Deutsche sind, mit Ausnahme derer, die sich seit länger als zwei Jahren dauernd im Ausland aufhalten, ohne einen Wohnsitz im Inland zu haben, sowie der Auslanddeutschen im Sinne des § 20, Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes gegen die Steuerflucht vom 26. Juli 1918 (R..-G.-Bl. S. 951) vom Zeitpunkt ihrer Rückkehr ins Ausland ab. Beamte des Reichs und der Länder und Militärpersonen, die im Ausland ihren dienstlichen Wohnsitz haben, sind ohne Rücksicht auf die Dauer ihres Aufenthalts im Ausland, steuerpflichtig. Wahlkonsuln gelten nicht als Beamte im Sinne dieser Vorschrift.

2. Nichtdeutsche sind, die im Deutschen Reiche einen Wohnsitz haben oder sich dort des Erwerbes wegen oder länger als sechs Monate aufhalten. Die Steuerpflicht erstreckt sich auf die Dauer des Wohnsitzes oder Aufenthalts.

Maßnahmen gegen die Kapitalflucht.

Zu der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober (R.-G.-Bl. S. 1820) sind durch die Bekanntmachung vom 22. November (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 273 vom 28. November) weitere Erleichterungen von dem allgemeinen Depotzwang betroffen worden. Die Banken dürfen bis auf weiteres Zins- oder Gewinnanteilscheine sowie ausgeloste gekündigte oder zur Rückzahlung fällige Stücke von inländischen Wertpapieren auch unter der Voraussetzung zur Einlösung annehmen, daß der Eigentümer ihnen ein Verzeichnis seines gesamten Besitzes an Wertpapieren unter Angabe des Nennwertes, der Gattung und der üblichen Unterscheidungsmerkmale in dreifacher Ausfertigung einreicht. Die Banken haben eine Ausfertigung des Verzeichnisses binnen einer Woche nach der Annahme der Zins- oder Gewinnanteilscheine sowie der ausgelosten gekündigten oder zur Rückzahlung fälligen Stücke zur Einlösung an das für den Eigentümer der Wertpapiere zuständige Finanzamt (Besitzsteueramt) weiter zu senden, die zweite Ausfertigung den Eigentümern wieder auszuhändigen und die dritte Ausfertigung zu den eigenen Akten zu nehmen und drei Jahre lang aufzubewahren. Diese Bestimmungen kommen nicht nur den Banken zugute, die zum Teil nicht die nötigen Anlagen besitzen, um die Wertpapiere in so großer Menge in Depot zu nehmen, wie den Effektenbesitzern, denen der Gang zum Finanzamt erspart bleibt.

Der Erlaß einer Steueramnestie ist bis jetzt noch nicht erfolgt, doch ist der Nationalversammlung ein entsprechender Antrag von Trimborn und Genossen unterm 28. November zugegangen.

Kriegsabgabe vom Mehreinkommen.

Der Novembernummer des „Deutschen Steuerblattes" entnehmen wir folgende von Reichsfinanzrat Hochstetter mitgeteilte interessante Entscheidung des Reichsfinanzhofs:

Bei Auslanddeutschen ist ihr früheres Einkommen, auch wenn es nur im Auslande erworben war, als Friedenseinkommen in voller nachgewiesener Höhe zu berücksichtigen, nicht etwa nur der volle 5prozentige Jahresertrag des Vermögens (Gesetz vom 26. Juli 1918 §§ 4, 5 und 7).

Urteil des Reichsfinanzhofs I A 104/19 vom 1. Juli 1919.

Aus den Gründen: Der Antrag des Steuerpflichtigen, sein im Jahre 1913 tatsächlich bezogenes durch den Zahlungsauftrag der Bezirkshauptmannschaft G. über die Einkommensteuer für das Jahr 1914 nachgewiesenes Einkommen zugrunde zu legen, ist von der Vorinstanz abgelehnt worden mit der Begründung, daß nach § 4 Kr.A.G. 1918 nur die allgemeine landesgesetzliche Veranlagung zum Friedenseinkommen, nicht aber eine im Ausland erfolgte Veranlagung zugrunde zu legen sei. Mit Recht rügt die Rechtsbeschwerde unrichtige Anwendungen des § 5 a. a. O. Nach dieser Vorschrift ist die Zugrundelegung des 5prozentigen Zinsenertrages ausgeschlossen beim Nachweise eines höheren Friedenseinkommens durch den Steuerpflichtigen. Diese Bestimmung ist, wie ihre Entstehungsgeschichte zeigt (Reichstagsdrucks. 1918 Nr. 1465 S. 31 zu § 1 c), gerade um deswillen eingefügt worden, um Benachteiligungen der Auslanddeutschen zu vermeiden, die vor ihrer während des Krieges erfolgten Rückkehr im Ausland ein die 5prozentige Verzinsung ihres Kapitals übersteigendes Einkommen gehabt hatten. Damit sie dieses nicht, soweit es den Zinsertrag überstieg, als Mehreinkommen zu versteuern hätten, sollte ihr früheres Einkommen, auch wenn es nur im Ausland erworben war, als Friedenseinkommen in voller nachweisbarer Höhe berücksichtigt werden.

MITTEILUNGEN FÜR AUSLANDDEUTSCHE

Einreise nach den Vereinigten Staaten.

Deutsche Geschäftsleute können jetzt Einreisebewilligung nach den Vereinigten Staaten erhalten unter Vorbehalt gewisser Ausnahmen und Einschränkungen, d. h. es werden alle Deutschen, die wirkliches Geschäftsinteresse nachweisen können, und von denen bekannt ist, daß sie nichts gegen die Interessen der Vereinigten Staaten tun werden, zugelassen. Zu diesem Zweck ist das Visum amerikanischer Gesandtschaften und Konsulate in an Deutschland grenzenden Ländern notwendig.

Sequestrationen in Jugoslawien.

Die deutsche Mittelstelle beabsichtigt eine Zusammenstellung der Höhe aller Schäden zu verfassen, welche deutschösterreichische Staatsbürger durch Sequestration erlitten haben. Alle Deutschen, welche Besitz in Jugoslawien haben, und die durch Sequestration, Liquidation und andere Gewaltmaßnahmen der SHS.-Regierung geschädigt worden sind, werden daher aufgefordert, sofort der deutschen Mittelstelle, Zweig Graz (Burggasse 9, 2. Stock) nur schriftlich folgende Angaben zu machen: Name und Anschrift des Besitzers, Ort, Größe und Wert des Besitzes, Zeitpunkt der Sequestrierung und Nummer des bezüglichen Erlasses, Höhe des durch Sequestration erlittenen Schadens.

Digitized by Google

Errichtung eines englischen Clearingamts.

Über die Errichtung eines englischen Clearingamts zu der im Friedensvertrag vorgesehenen Abrechnung der privaten Geldverbindlichkeiten von Staat zu Staat bringt die „Vossische Zeitung" den Inhalt einer eben erst in der amtlichen „London Gazette" veröffentlichen Order in Council vom 18. August d. J. Sie besagt:

Behufs der Verrechnung mit den einst feindlichen Ausländern wird in England ein clearing-office geschaffen, dessen Leiter dem Board of Trade untersteht, von dem er auch ernannt wird. Mit geringen, für vereinzelte Fälle vorgesehenen Ausnahmen, müssen alle Zahlungen an feindliche Ausländer oder von solchen durch das Clearingamt vermittelt werden. Verfehlungen gegen diese Bestimmung werden nach den Verfügungen des aus dem Jahre 1914 stammenden Gesetzes betreffend den Handel mit dem Feinde geahndet. Das Clearingamt wird in den feindlichen Ländern Zweigstellen errichten, die untereinander monatlich verrechnen werden. Der sich so ergebende Kreditsaldo ist seitens des Schuldnerstaates innerhalb von einer Woche zu bezahlen. Die Clearingämter sind berechtigt, für ihre Dienste Gebühren zu berechnen, welche den Satz von 2½% der jeweils geleisteten Zahlung nicht übersteigen dürfen.

Vorbehaltlich gegenteiliger Vereinbarungen zwischen den Regierungen wird in bezug auf die Zinsberechnung der geschuldeten Summen folgendes bestimmt:

Keine Zinsen werden vergütet, welche aus Dividenden, Zinsen oder anderen periodischen Zahlungen, die ihrerseits Zinsen aus Kapital darstellen, geschuldet werden. Die Zinsrate ist 5% p. a., außer in denjenigen Fällen, wo der Gläubiger auf Grund eines Vertrages, eines Gesetzes oder eines Gebrauchs zur Berechnung eines anderen Zinssatzes berechtigt ist.

Die Zinsen laufen vom Tage des Beginns der Feindseligkeiten oder, falls die einzuziehende Summe während des Krieges fällig wurde, vom Tag ihrer Fälligeit bis zu dem Tage, an welchem die Summe dem Clearingamt des Gläubigers kreditiert wird.

Summen, die aus Zinsen geschuldet werden, werden wie andere, vom Clearingamt anerkannte Schulden behandelt und sind dem Gläubiger-Clearingamt in der gleichen Weise wie solche Schulden zu kreditieren.

In bezug auf Kontrakte, die für deutsche Rechnung an englischen Börsen vor dem Kriege abgeschlossen wurden, gelten folgende Bestimmungen:

a) alle von irgend einem anerkannten Börsen- oder Handelsverbande während des Krieges erlassenen Verfügungen betreffend die Lösung von Kontrakten, welche ein Feind vor dem Kriege eingegangen ist, werden bestätigt, vorausgesetzt, daß

1. der Kontrakt ausdrücklich den Regeln des betreffenden Börsen- oder Handelsverbandes unterworfen war;

2. die Maßnahmen alle beteiligten Personen betreffen;

3. die Bedingungen der Kontraktlösung anständig und vernünftig waren.

b) Der vorhergehende Paragraph bezieht sich nicht auf Maßnahmen, die von Börsen- oder Handelsverbänden während der Okkupation in dem vom Feinde besetzten Gebieten getroffen wurden.

c) Die Lösung von Baumwollkontrakten („futures") per 31. Juli 1914, die auf Beschluß der Liverpool Cotton Association erfolgte, wird ebenfalls bestätigt.

BUND DER AUSLANDSDEUTSCHEN

Vom Bund.

Die Wiederaufbaukommission des Bundes hat am 19. November getagt. Sie umfaßt die Herren Gebhard, Ackermann, Lotze, Koch, Leimer, Dr. Barckhausen, Treskow.

Herr Gebhard berichtete über den Besuch beim Wiederaufbauminister Geßler. Minister Geßler will nicht den Bund als solchen, sondern die Auslanddeutschen einzeln zu den Wiederaufbau-Arbeiten heranziehen. Fragebogen über die Verwendung der Auslanddeutschen zur Arbeit im Wiederaufbau-Gebiet sollen aufgestellt und in demselben die Interessenten nach Facharbeiten, wie Techniker, Kaufleute, Arbeiter usw., nachgewiesen werden. Der Minister hat versprochen, daß die von uns nachgewiesenen Auslanddeutschen bevorzugt werden würden. Ein Rundschreiben wird von Herrn Ackermann an die Ortsgruppen und Landesverbände gerichtet und darin auf den oben besprochenen Meldebogen hingewiesen. Herr Lotze schlug vor, ein Schreiben an die Landesverbände zu richten, um sich mit ihrer Regierungsbehörde zu verständigen, daß der Bund und die Auslanddeutschen unbedingt zu den Wiederaufbau-Arbeiten herangezogen werden müßten. Die entsprechenden Regierungen sollten in dieser Hinsicht bei dem Wiederaufbau-Ministerium vorstellig werden. Herr Lotze wurde beauftragt, ein derartiges Rundschreiben zu verfassen.

Von den Landesverbänden.

Landesverband Preußen.

Am 30. November 1919 versammelten sich in den Räumen des Bundes der Auslanddeutschen, Berlin W 10, Rauchstraße 23, die Vertreter der preußischen Ortsgruppen und der innerhalb Preußens gelegenen verschiedenen Landesverbände zum Zwecke der endgültigen Konstituierung des Landesverbandes Preußen. Vorsitz führte Herr O. Schallert, Berlin. Die Gründung erfolgte unter stürmischem Beifall sämtlicher Anwesenden. Während sich die Vertretervereinigung hierauf bis abends 6 Uhr vertagte, legte eine aus der Mitte der Vertreter ernannte Kommission die Satzungen des Landesverbandes Preußen fest, die in der Abendsitzung vom Plenum einstimmig genehmigt wurden.

In der darauf stattfindenden Vorstandswahl wurde Herr O. Schallert (Rußland), Berlin, zum 1. Vorsitzenden, Herr Spiecker (England), Berlin, zum stellvertretenden Vorsitzenden, Herr Gebhard (Frankreich), Berlin, zum 1. Schriftführer, Herr Alexander (Belgien), Berlin, zum 2. Schriftführer und Herr Dr. Linde (China), Berlin, zum Schatzmeister ernannt.

Von den Ortsgruppen.

Berlin. Ortsgruppe. Am Sonnabend, den 29. November, war von dem Vorsitzenden der provisorischen Ortsgruppe Berlin, Herrn Dr. Linde, eine Sitzung einberufen, zwecks endgültiger Bildung der Ortsgruppe Berlin. An der Besprechung nahmen Vertreter sämtlicher Fremdländer-Abteilungen teil. Das Ergebnis war die Gründung der Ortsgruppe Berlin, mit einem Vorstande, der sich aus den Anwesenden zusammensetzt. Um Stellung zu den noch schwebenden Fragen des Satzungsentwurfes zu nehmen, wurde eine Kommission ernannt, bestehend aus den Herren Geh. Dr. Borchardt als Vorsitzender, Dr. Hirschland, Handelsrichter Behrendt, Direktor Röse und Herrn Petersen.

Berlin. Abteilung Ägypten des Bundes der Auslanddeutschen. In der Novemberversammlung berichtete der Vorsitzende über den Stand der Vorentschädigungsfrage und betonte, daß die Anträge zur Entschädigung mit größter Gewissenhaftigkeit aufgestellt werden müssen, damit bei der Prüfung durch die Sachkundigen den Antragstellern Enttäuschungen erspart bleiben und damit für den Antragsteller keine Nachteile bei der endgültigen Entschädigung entstehen. Es folgte eine recht lebhafte Aussprache, in der auch die Valutafrage eingehend besprochen wurde.

Digitized by Google

Berlin. Ortsgruppe, Abteilung Frankreich. Eine Versammlung der aus Frankreich vertriebenen Reichsdeutschen fand unter dem Vorsitz des Freiherrn Ritter von Grünstein (früher Bayerischer Geschäftsträger in Paris) statt. Es wurde der Beschluß gefaßt, dem „Bund der Auslanddeutschen", Ortsgruppe Berlin, als Abteilung Frankreich, beizutreten. Herr Gebhard gab Kenntnis von den Richtlinien für die Vorentschädigung, welche die Reichsregierung unter dem 15. November d. J. erlassen hat. Auf Vorschlag des Bundesvorsitzenden, Konsul Peter, wurde eine Resolution angenommen, welche den Wunsch ausspricht, den Begriff der „Auslanddeutschen" nicht engherzig auf die in der Konsularmatrikel Eingetragenen einzuschränken, und die deutsche Nationalität nicht automatisch durch Zeitablauf verloren gehen zu lassen.

Berlin. Am 6. Nov. hatte die **Abteilung Großbritannien, Irland und Britische Kolonien** des Bundes der Auslanddeutschen (früher Ausschuß für vertriebene Reichsdeutsche von eben dort) ihre fast seit Kriegsbeginn regelmäßig abgehaltene Monatsversammlung, unter Leitung des 1. Vorsitzenden, Herrn Konsul Peter. Gegenstand seines Referats war die für jeden einzelnen der überaus zahlreich Versammelten so wichtige Entschädigungsfrage. Der Redner wies auf die Schwierigkeiten in der praktischen Durchführung der Vorprüfung der Schadenersatzansprüche hin. Die einzelnen Antragsteller müßten sich bei der Ausführung der neuen Anmeldeformulare gewissenhafter Angaben befleißigen, um so in ihrem eigenen Interesse zu schneller Erledigung und einer alle Parteien befriedigenden Lösung dieser Vertrauensaufgabe des Bundes beizutragen. Die Betreffenden würden sich durch wissentlich falsche Angaben jegliche Entschädigungsansprüche verwirken, und der Verlauf der Entschädigungsaktion müßte darunter leiden. Ein jeder solle bestrebt sein, das in die Auslanddeutschen gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.

Der Redner führte ferner aus, daß die seit einigen Jahren bestehenden Darlehenskassen, sowohl die englische wie die allgemeine, keine Befugnisse hätten, Vorschüsse auf die Vorentschädigungen zu gewähren, wie irrtümlicherweise vielerseits angenommen würde, sondern daß sie nach wie vor den Flüchtlingen lediglich in der ersten Zeit den Übergang in das neue Leben durch ergänzende Beihilfen in Form eines kleinen Darlehens für die allernotwendigsten Anschaffungen erleichtern sollten. Die Organisation für die bevorstehenden Vorentschädigungen sei im Aufbau begriffen und vollständig getrennt von den bestehenden Darlehenskassen.

Aus der Mitte der anwesenden Mitglieder wurde dem Vorstand zur Weitergabe an die maßgebenden Regierungsstellen eine Resolution überreicht des Inhalts, daß die schuldlos Staatenlosen hinsichtlich der Entschädigung auf derselben Basis wie die Staatsangehörigen behandelt werden sollten, aus der Erwägung heraus, daß sie ja nur durch Nichteintragung in die konsularische Matrikel automatisch ihre Staatsangehörigkeit verloren, in der Zivilgefangenschaft aber dieselben Entbehrungen erlitten hätten wie die übrigen, außerdem nach rechtzeitiger Rückkehr in Deutschland sich dem Heeres- und nationalen Hilfsdienst hätten unterziehen müssen. Bei der bevorstehenden Auszahlung der Vorentschädigung sollten Angestellte, Arbeiter, Handwerker und kleinere Geschäftsleute aus wirtschaftlichen Gründen zuerst berücksichtigt werden. Konsul Peter vertrat denselben Standpunkt und versicherte die Versammlung der wärmsten Befürwortung dieser Eingabe durch die Bundesleitung bei den maßgebenden Stellen.

Die nächste Monatsversammlung findet statt in der neuen Stadthalle, Stralauerstraße, Eingang Klosterstraße, am Donnerstag, den 8. Januar 1920, um 8 Uhr abends.

Frankfurt a. M. Vereinigung zum Schutze der Interessen der Reichsdeutschen aus Feindesland. Die Novemberversammlung wurde vom 1. Vorsitzenden, Herrn Bessels, geleitet. Der stellvertretende Schriftführer, Herr Göbel, hat sein Amt niedergelegt und an seine Stelle ist Herr Hellmann getreten. Verhandelt wurden die Fragen der Vorentschädigung und des Reichsnotopfers der Auslanddeutschen und wissenswerte Mitteilungen aus den verschiedenen Ländern verlesen. Herr Bessels erstattete Bericht über die letzte Vorstandssitzung des Bundes der Auslanddeutschen und verwies auf die ständig wachsenden Kosten. Eine sofort aufgelegte Spenderliste für freiwillige Gaben wies den Betrag von 473 M auf. Dr. Fürst von der Vereinigung der Elsaß-Lothringer machte Mitteilung über das Vorgehen dieses Vereins. Von Interesse auch für die Auslanddeutschen ist, daß die Elsaß-Lothringer Flüchtlinge auf Reklamation bei der Steuerbehörde 2—3 Steuerstufen hinuntergesetzt werden und daß laut Beschluß des Feriensenats des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M. einem ledigen Kläger (obwohl er über 500 M monatlich verdiente) das Armenrecht zugestanden wurde. In der Frage der Entschädigung hatte der Vorstand eine scharfe schriftliche Erklärung eingebracht, die einstimmig angenommen wurde und an den Bund zur Weitergabe an die zuständige Reichsstelle geleitet werden sollte. Da die „Richtlinien" für die Auszahlung der Vorentschädigung unterdessen veröffentlicht sind, dürfte sich hier die Wiedergabe dieser Resolution erübrigen.

Halle. Ortsgruppe. Die 3. Versammlung wurde in Gegenwart von mehr als 100 Teilnehmern unter Leitung des Vorsitzenden, Herrn A. Engels, abgehalten. Die Entschädigungsfrage wurde eingehend erörtert. Als Vertreter für die Interessen der Reichsdeutschen aus Belgien wurde Herr Franke aus Brüssel zugewählt.

Hannover. Die **Ortsgruppe Hannover** beschloß in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung, an den Bundesvorstand das Ersuchen zu richten, dahin zu wirken, daß die Vorentschädigungen und Entschädigungen sobald als möglich ausbezahlt werden und daß die Ortsgruppen dabei mitwirken. Es wurde mitgeteilt, daß die von der Wirtschaftsgemeinschaft zum Verkauf gestellten Kleidungsstücke sich ziemlich teuer stellten, und zwar kosten Schnürschuhe ungefähr 35 Mk., Infanteriestiefel 40 Mk., Kavalleriestiefel 48 Mk., amerikanische Mäntel 175 Mk. und feldgraue Anzüge 175—180 Mk. Es ist dringend nötig, daß sich Mitglieder, die noch Gepäck in England haben, jetzt melden. Es wurde im übrigen davor gewarnt, das Gepäck, falls es nicht bei sicheren Leuten steht, gutgläubig kommen zu lassen. Ein Flüchtling hatte für seinen Koffer über 600 Mk. Kosten zu bezahlen und fand an Stelle seiner gestohlenen Wertsachen nur einige Holzklötze und zwei alte Bleirohre in dem Koffer. Ueber die Zahlung einer Entschädigung für die Internierungszeit und die Gewährung einer teilweisen Schadloshaltung für die erlittenen Verluste durch Beschlagnahme und Rückhaltung von Eigentum schweben gegenwärtig Verhandlungen, über die zurzeit noch nichts näheres mitgeteilt werden kann.

Heilbronn. Ortsgruppe. Die am 15. November einberufene Hauptversammlung im Neckarhotel zeigte in deutlicher Weise die große Erregung unter den Auslanddeutschen, weil damals die Richtlinien der Reichsregierung über die Vorentschädigung noch nicht bekanntgegeben waren. Die sehr lebhafte Aussprache klärte sich zu einer scharfen Entschließung an den Bundesvorstand in Berlin, die unterdessen durch die Veröffentlichung der Richtlinien usw. überholt sind. Der Vorstand gab dann zur Kenntnis, daß in der letzten Vorstandssitzung zur Linderung der größten Not ein Hilfsausschuß gewählt wurde. Die Versammlung bestätigte die Wahl, die Mitglieder führen die schon begonnene Hilfs-

Digitized by Google

tätigkeit fort. Vom Schatzmeister wurden zwei Briefe verlesen, woraus hervorging, daß durch Vermittlung des Vorsitzenden die Firma Gustav Schauffelsche Papierfabrik 3000 Mark und die Firma Ernst Mayer, Briefhüllenfabrik 1000 Mark gespendet hat, um eine Weihnachtsspende für die Kinder notleidender Auslanddeutscher zu veranstalten. Die Versammlung nahm dankend davon Kenntnis, und der Vorstand benützt die Gelegenheit, den Firmen nochmals herzlichst zu danken.

Liegnitz. Eine **Ortsgruppe** des Bundes der Auslanddeutschen hat sich in **Liegnitz** gebildet. Anschriften sind an den Schriftführer, Herrn Hertl, Liegnitz, Dänemarkstraße, zu richten.

Siegen. Eine Ortsgruppe des Bundes ist hier entstanden. Adresse: Herr Fr. Zöller, Siegen, Kirchweg 15.

VON DEN AUSLANDDEUTSCHEN IM REICHE

Von den Elsaß-Lothringern

Das Organ der Elsaß-Lothringer, die „Mitteilungen", nimmt in scharfer Weise gegen die eigene Ministerialabteilung für Elsaß-Lothringen Stellung, die eher eine Abteilung gegen als eine Abteilung für die Interessen der Elsässer sei. Was bisher geschehen sei, sei der Regierung abgetrotzt worden. Der Leiter der Abteilung habe in Stuttgart einmal gesagt, die Elsaß-Lothringer seien Kostgänger des Reichs und müßten um Vorschuß bitten. Das sei auch der Ton, auf den die ganze Regierungsmusik gestimmt sei. Nein, die Elsässer seien Gläubiger des Reichs und verlangten ihre Rechte! Die Beiratssitzung sei abermals aus unbekannten Gründen vertagt worden. Nur Selbsthilfe bleibe übrig. Der Zusammenschluß im „Hilfsbund" habe schon Gutes erzielt, er müsse weiterhin gefördert werden.

Die Auslanddeutschen können von solcher Energie nur lernen! Inzwischen ist ein Schutzverband der aus Elsaß-Lothringen verdrängten Handel- und Gewerbetreibenden gebildet worden, ein Bund der Reichseisenbahnbeamten und Pensionäre ist ins Leben gerufen, es besteht auch eine Vereinigung der elsaß-lothringischen Zivilärzte.

Die deutschen Wehrmänner aus der Schweiz.

Eine hocherfreuliche Nachricht kommt aus Berlin: Den deutschen Wehrmännern aus der Schweiz wird eine Weihnachtsfreude bereitet. Bekanntlich sitzen sie noch zu vielen Hunderten in den süddeutschen Städten und warten vergeblich auf ihre Einreise nach der Schweiz, wo sie zum großen Teil geboren sind, ihre Frauen und Kinder haben, ihre Geschäfte betrieben. Die Schweiz verweigert ihnen trotz aller Bitten und Mahnungen die Wiedereinreise, weil sie selbst Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel hat. Es ist in dieser Angelegenheit unendlich viel von der Regierung mit den Wehrleuten und von der Regierung mit der Schweiz verhandelt worden. Das Reich und die Länder haben auch für die von der Rückkehr Abgeschnittenen gesorgt. Auch der „Bund der Auslanddeutschen" hat sich ihrer angenommen, und durch seine Vermittlung gelang es nun, die Schweiz zu bewegen, den zum Teil jahrelang von ihren Angehörigen getrennten Wehrmännern wenigstens einen Weihnachtsurlaub bei ihren Familien in der Schweiz zu vergönnen. Einreisegesuche solcher Wehrmänner müssen in München für die bayrischen, für die württembergischen in Stuttgart und für die badischen Wehrleute in Mannheim bei den dortigen Schweizer Konsulaten eingereicht werden, die zuständigen Landesvereinigungen der Wehrleute haben die Organisation sofort in die Hand genommen. Diese kleine Weihnachtsfreude wird wesentlich dazu beitragen, die recht erregte Stimmung der Wehrleute zu beruhigen.

STIMMEN DER AUSLANDDEUTSCHEN

Zur Entschädigungsfrage.

Von Auslanddeutschen aus den Kreisen der Kleingewerbe- und Kleinhandel-Treibenden, wie der Arbeiter und Angestellten geht uns die folgende Aufstellung zu, die die Mindestforderung enthält, deren Erfüllung nach Ansicht dieser Kreise den schwergeschädigten sogenannten kleinen Leuten eine absolute Existenznotwendigkeit bedeutet. Es wird verlangt:

1. Voller Ersatz der erwachsenen Schäden. Hierzu gehört in erster Linie Lohn- und Gehaltsverlust durch erzwungene Arbeitslosigkeit oder Internierung. Dann Ersatz des Internierungsaufwandes, d. h. der Kosten, welche zur Erreichung einer menschenwürdigen Verpflegung und Behausung erwuchsen. Ferner Ersatz der Reisekosten für die Familienmitglieder, falls dieselben nach Deutschland zwangsweise oder freiwillig zurückgekehrt sind. — Ersatz der Kosten für Möbeleinlagerung bzw. Miete nicht benutzbarer Wohnungen. — Ersatz der Reisekosten für Zivilinternierte, welche die Kosten ihrer Heimbeförderung selbst tragen mußten.
2. Entschädigung für nachgewiesene Gesundheitsschäden durch Kriegsmaßnahmen, insbesondere Internierung.
3. Entschädigung für die Internierung selbst. Dieselbe könnte beispielsweise in der Form gewährt werden, daß für jeden Tag der Gefangenschaft eine Löhnung, abgestuft nach der Anzahl der abhängigen Familienglieder, festgesetzt würde.
4. Entschädigung für verkaufte Möbel und Eigentumswerte in der Höhe, daß zu den heutigen Preisen voller Ersatz beschafft werden kann.
5. Bei Schäden bis etwa 20 000 Mark sollte die Entschädigung ganz geleistet werden.
6. Das Almosen von 1500 Mark pro Kopf und Familienmitglied für diejenigen, welche nichts zurückgelassen haben, ist für uns unannehmbar. Viele von uns haben während der Internierungsjahre nicht nur ihre Ersparnisse aufgebraucht, sondern sind auch in Schulden geraten, welche bei den vielen Erwerbslosen noch fortwährend zunehmen. Bei den wenigsten würde die geplante Abspeisung genügen, um nur die erwähnten Schulden abzutragen, geschweige um eine neue Existenz aufzubauen.

AUSWANDERUNG

Auswanderung nach Brasilien.

Zu der unter dieser Überschrift in der letzten Nummer dieses Blattes (Seite 495) erschienenen Angelegenheit können wir mitteilen, daß die Anzeige auch in vielen anderen Tageszeitungen des Deutschen Reiches erschienen ist. Allein in Württemberg haben sich beim schweizerischen Konsulat in Stuttgart an 400 Personen gemeldet. Sie haben eine gedruckte Postkarte daraufhin erhalten, daß ihre Gesuche nach Amsterdam weitergegeben worden seien. Aber auch allen Organisationen, die sich mit Auswanderungsfragen befassen, ist dadurch, daß diese Anzeige erschienen konnte, eine gewaltige Arbeit zugemutet worden, denn sie haben samt und sonders eine Flut von Anfragen bekommen, sich zu äußern, ob man auf diese Anzeige hin sich melden solle oder nicht. Interessant und erfreulich ist, daß ein großes deutsches Blatt, wie die „Frankfurter Zeitung", das Inserat, das auch ihr zur Veröffentlichung zugegangen war, nicht veröffentlicht hat, da, wie die Zeitung schreibt, „sie glaubte, die übermittelnde Stelle bezüglich einiger wesentlicher Unklarheiten erst noch um Aufschluß bitten zu müssen". Die Zeitung macht auf einige Un-

Digitized by Google

klarheiten in der Anzeige selbst aufmerksam. Es gehe nicht mit Klarheit daraus hervor, ob die brasilianische Regierung die Auswanderer auf ihre, d. h. der Auswanderer, oder auf ihre, d. h. der brasilianischen Regierung Kosten zu befördern bereit sei. Über das Schicksal der Auswanderer nach ihrer Ankunft in Brasilien werde nichts angegeben. Die Zeitung fragt mit Recht, ob nicht hier etwas Grundsätzliches in Unordnung sei und betont, es müsse verhindert werden, öffentlich zur Massenauswanderung aufzufordern, bevor alle Unterlagen, wie die betreffenden Prospekte, auf den zuständigen Stellen in gebührender Weise geprüft worden seien.

Übrigens veröffentlicht das Reichswanderungsamt in Nr. 14 seines Nachrichtenblattes eine Bekanntmachung über diese Angelegenheit, an deren Schluß es heißt: „Solange nicht feststeht, welche Bedingungen an die Beförderung geknüpft werden, zu welchen Gegenleistungen die Auswanderer sich verpflichten müssen, welche Absichten in bezug auf ihre Unterbringung in Brasilien bestehen, insbesondere in welchen Teil Brasiliens sie angesiedelt oder beschäftigt werden sollen und ob und in welcher Weise die Fürsorge für die Auswanderer sichergestellt wird, ist Zurückhaltung dem Angebot gegenüber am Platze." Dieser Warnung darf jedoch die Hoffnung hinzugefügt werden, daß das neue Auswanderungsgesetz dem Reiche und dem Reichsamte die Befugnis erteilen möge, nicht erst zu warnen, bis derartige Bekanntmachungen in die Welt gesetzt worden sind, sondern zu verhüten, daß sie überhaupt ohne die nötigen Unterlagen veröffentlicht werden können. Wie viele Hoffnungen sind durch die Anzeigen erweckt, wie viele Briefe sind geschrieben worden, wie viele Enttäuschungen haben dabei Auswanderungslustige erleben müssen!

Auswanderung nach Argentinien.

Die „Deutsche Auswanderer-Zeitung" berichtet, daß deutsche Siedler und Siedlungsgenossenschaften, die sich an die amtlichen Vertretungen Argentiniens in Deutschland gewandt haben, vom Generalkonsul in Hamburg die Antwort erhalten hätten, daß die Regierung nach dem Heimstättengesetz unentgeltlich Land an verheiratete und unbescholtene Siedler abgebe. Ob die Ländereien des Heimstättengesetzes bereits vermessen seien, entziehe sich der Kenntnis des Generalkonsulats. Daraufhin seien viele Auswanderer nach Argentinien gegangen, die aber zuerst Enttäuschungen erlebten. Das Heimstättengesetz sei wohl in Kraft gewesen, aber die Ausführungsbestimmungen seien noch nicht erlassen gewesen. Dadurch seien die Siedler in allerschlimmste Lage geraten. Dazu ist nur zu bemerken, daß amtliche und private Stellen in Deutschland stets davor gewarnt haben, aufs Geratewohl und auf die Auskunft nur der Vertreter der Einwanderungsländer in Deutschland hin auszuwandern, sondern daß stets geraten wurde, abzuwarten, bis die Berichte deutscher Vertreter einträfen, die wahrheitsgemäße Nachrichten über die Zustände in den fremden Ländern brächten.

Ein Aufruf an die Techniker.

Der „Technische Zweckverband in Auswanderer- und Auslandsfragen" wendet sich in einem von Stadtbaumeister Jentsch und Dr. von Loesch unterzeichneten Rundschreiben an die Techniker Deutschlands. In dem Aufrufe wird gesagt, das neue Probelm der Übervölkerung erfordere neue Lösungen. Die Technik müsse bahnbrechend und wegweisend vorangehen. Mit der Abwanderung vieler Tausender deutscher Techniker müsse als einer feststehenden Tatsache gerechnet werden. Aber jeder mögliche Vorteil müsse gerettet werden. Deshalb habe sich der Technische Zweckverband gebildet, der als Treuhänder des technischen Gewerbes mit den berufenen Vertretern in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe eine Arbeitsgemeinschaft eingehen wolle. Zunächst solle eine technische Nachrichtenzentrale mit Unterabteilungen nach geographischen und fachlichen Gesichtspunkten geschaffen werden, der eine Auskunftsstelle für internationales und für ausländisches Recht angegliedert werden soll. Reisen erfahrener Fachleute ins Ausland sollten Beziehungen anknüpfen und neue Absatz- und Arbeitsgebiete erkunden. Diese Einrichtungen sollten den Auswanderern dienen, zugleich aber solle dafür gesorgt werden, daß der Schaden, den das Reich durch die Auswanderung erleide, nach Möglichkeit hintangehalten werde. Unentbehrliche Kräfte sollten mit allen Mitteln in der Heimat festgehalten werden. Der auswandernde Techniker solle zur Bewahrung des Deutschtums planmäßig angehalten und vorbereitet werden, er solle zu einem Werbefaktor für die heimische Wirtschaft werden. Die Mitarbeit aller Techniker sei dabei notwendig. Nur eine Vertretung der gesamten deutschen Technik könne auf die Geldmittel rechnen, wie sie eine große Organisation nötig habe. Alle Technikerorganisationen würden deshalb um ihre Mitwirkung ersucht. Die Adresse des Zweckverbandes ist Charlottenburg, Fasanenstraße 13.

So gut an sich die Bestrebungen der Techniker gemeint sind, so sehr glauben wir, vor einer drohenden Zersplitterung warnen zu sollen. Es wird jetzt schon aus dem neutralen und sich wieder öffnenden ehemals feindlichen Ausland darüber Klage geführt, wie Deutschland Dutzende von Leuten ins Ausland entsende, die oft dieselben Dinge nur mit ganz kleinen Verschiedenheiten zu erkunden hätten und die dabei einer vom anderen nichts wüßten. Daran ist manches richtig. Zunächst stellt es eine heillose Zersplitterung dar, wenn die ausländischen Rechtsverhältnisse und die internationalen Rechtsfragen nun von einer Stelle, die eigens dafür begründet werden soll, nur auf die Technikerfragen hin geprüft werden soll. Sind diese Rechts- und Staatsrechtsfragen nicht etwa für alle Berufe gleich? Genügt es nicht, wenn eine einzige Zentrale, etwa das Institut für vergleichende Rechtswissenschaft in Kiel oder das Reichswanderungsamt, diese Rechtsverhältnisse prüfte und wenn die technischen Verbände, ebenso wie die Landwirte und die Arbeiter, die auswandern wollen, diesen Stellen nur ihre ganz besonderen Wünsche bekannt geben, damit beim Studium auf diese Dinge geachtet wird? Genügt es nicht, wenn nur ganz wenige, dabei aber allgemein gebildete und kenntnisreiche Personen ins Ausland geschickt werden, die dann wirklich auch die nötigen Vollmachten mitbekommen? Haben wir so viel Geld, daß jede Siedlungsgenossenschaft und jeder Berufsverband eigene Leute ins Ausland entsenden kann? Die „Arbeitsgemeinschaft für deutsches Wanderungswesen" ist neben dem Reichswanderungsamt eben zur Zusammenfassung aller dieser Sonderinteressen begründet worden. Sie sollte eigentlich die Stelle sein, an der die einzelnen Berufe ihre Wünsche vorbringen, die dann verarbeitet dem Reichswanderungsamt übergeben werden sollten. Mit der Begründung immer neuer Verbände werden nur Geld und Kräfte zersplittert. Wir glaubten, diese grundsätzlichen Bedenken einmal zur Sprache bringen zu sollen, so sehr wir im übrigen auch mit dem Wollen und der allgemeinen Richtung des technischen Zweckverbandes übereinstimmen.

Bund für Baltensiedlung.

Ein von reichen Geldmitteln gestütztes Unternehmen scheint der „Bund für Baltensiedlung" zu sein. Am 4. November fand den „Baltischen Blättern" zufolge eine außerordentliche Mitgliederversammlung in Berlin, bezeichnenderweise im vornehmen Hotel Kaiserhof, statt. Das Vorstandsmitglied Hassel soll Anfang Dezember als Kundschafter nach Paraguay gehen, um dort Siedlungsmöglichkeiten zu studieren. Berliner und Hamburger Handels- und Bankkreise haben die Geldmittel zu dieser Reise „in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt". Eine Darlehenskasse, die auch unbemittelten Mitgliedern die Genossenschaftssiedlung ermöglichen soll, wird begründet. Vom 5gliedrigen Vorstand müssen drei Herren Balten sein.

Digitized by Google

Verein zum Schutze österreichischer Auswanderer in Argentinien.

Einem Bericht des Sonderberichterstatters der Wiener Zeitung „Der Auswanderer" entnehmen wir, daß am 8. Juli im ehemalig österreichisch-ungarischen Gesandtschaftsgebäude die Begründung eines solchen Vereins stattfand. Der Geschäftsträger und das Konsulatspersonal vereinigten sich mit einigen Herren der österreichischen Kolonie, um Maßnahmen zugunsten der zu erwartenden Einwanderer zu beraten. Als Programm der neu zu begründenden Vereinigung wurde festgelegt, einmal die Zusammenarbeit mit dem bereits bestehenden Verein zum Schutze germanischer Einwanderer, ferner Verfassung einer Aufklärungsschrift und Versorgung der Wiener Zeitungen mit aufklärenden Artikeln. Der Vizekonsul des österreichischen Konsulats, Fuchs, wurde mit der Geschäftsführung betraut, er fand beim Generaldirektor des Einwanderungsamts volles Verständnis und Entgegenkommen. Namentlich soll eine Kommission, darunter auch eine Dame, an Bord jeden Einwandererschiffs gehen dürfen, um schon dort die Fürsorge für die österreichischen Ankömmlinge zu beginnen. Der Leitfaden für Auswanderer soll inzwischen fertiggestellt worden sein, die amtliche österreichische Vertretung ist jedoch in die Heimat zurückberufen worden.

VERSCHIEDENES

Ein Holland-Haus in Berlin.

Die „Vereinigung zum besseren Verständnis Hollands in der Fremde" hat eine deutsche Abteilung gegründet, die in der 1. Sitzung einen Plan zur Förderung des gegenseitigen besseren Einverständnisses zwischen Deutschland und Holland erörterte. In Berlin soll ein Holland-Haus errichtet werden. Auch die Organisation der holländischen Liebestätigkeit in Deutschland wurde in den Kreis der Besprechungen gezogen.

Sammlung ausländischer Zeitungen.

Hermann Butter, der Inhaber der Dresdener Schriftgießerei Butter, hat der Abteilung Zeitungswesen im Deutschen Museum für Buch und Schrift in Leipzig eine umfangreiche Sammlung von Zeitungen gestiftet. Die Sammlung erstreckt sich auf die gesamte Weltpresse und umfaßt Tausende von Belegexemplaren, darunter zahlreiche Blätter aus dem fernen Osten. Interessant ist, daß die Sammlung nach Mitteilung des Stifters mit Hilfe böhmischer Musikanten zustandegekommen ist, die die Blätter von ihren Fahrten in aller Herren Länder mitgebracht haben.

BÜCHER- UND ZEITSCHRIFTENSCHAU

BUCHBESPRECHUNGEN

Lusensky, F. v., „Der deutsche Außenhandel auf der Grundlage des Friedensvertrags", Berlin 1919.

Lusensky, F. v., „Die Einwirkungen des Friedensvertrags auf Privatrechte", Berlin 1919. Beide Abhandlungen des derzeitigen Vorsitzenden des Handelsvertragsvereins sind in den vom Handelsvertragsverein herausgegebenen handelspolitischen Flugschriften als Heft 20 bzw. 21 erschienen.

Der Verfasser gibt in den beiden Broschüren (deren Redaktion Anfang Juli d. J. abgeschlossen ist) eine außerordentlich klare Darstellung der Verhältnisse, wie sie sich auf Grund der einschlägigen Bestimmungen des Friedensvertrags gestalten. Seine Ausführungen dürfen um so größeres Interesse beanspruchen, als ein Kommentar zum Friedensvertrag (von der Ausgabe des Friedensvertrags mit Erläuterungen von Dr. F. Windisch abgesehen) noch nicht erschienen ist und nach zuverlässiger Literatur über die schwierigen und verwickelten Probleme, die der Friedensvertrag mit sich bringt, zweifellos zurzeit ein großes Bedürfnis besteht.

Heft 20 greift diejenigen Bestimmungen des Friedensvertrags heraus, die in erster Linie die Basis für den zukünftigen deutschen Außenhandel bilden werden. Unter den einzelnen Kapiteln, die u. a. Zollbestimmungen, Bestimmungen über Ein- und Ausfuhrverbote, über unlauteren Wettbewerb, über Veränderungen des deutschen Zollgebiets enthalten, dürfte der Abschnitt VI von besonderem Interesse sein. Er behandelt die rechtliche oder besser rechtlose Stellung der deutschen Staatsangehörigen und des deutschen Außenhandels in den gegnerischen Staaten, für deren Besserung die Aufnahme in den Völkerbund zwar eine Aussicht, aber nur eine in ungewisser Zukunft liegende, eröffnet. So trostlos die Lage des deutschen Außenhandels in der Zukunft erscheinen muß, so ist es doch jedenfalls, wie der Verfasser im letzten Abschnitt über die nächsten Aufgaben der deutschen Außenhandelspolitik ausführt, der einzige für uns gangbare Weg, die Friedensbedingungen pflichtgemäß zu erfüllen und auf der durch den Friedensvertrag geschaffenen Grundlage zu versuchen weiter zu arbeiten.

Heft 21 behandelt die Regelung, die der Friedensvertrag auf dem Gebiete des Privatrechts getroffen hat, und dürfte besonders in seinem I. Abschnitt über das Ausgleichsverfahren, wie in seinem IV. über die Privatrechte im Feindesland, in denen der Standpunkt sowohl der Auslandgläubiger und -Schuldner wie der durch Beschlagnahme- und Liquidationsmaßnahmen geschädigten Deutschen ausgezeichnet beleuchtet ist, für die Auslanddeutschen von hohem Interesse sein. Daß der Friedensvertrag auf dem Gebiet der Privatrechte und des Zivilrechtsschutzes in ganz ungerechtfertigter und den früher von seiten unserer Gegner verkündeten Rechtsgrundsätzen hohnsprechender Weise einseitig die Angehörigen der Verbandsstaaten in Schutz nimmt, während die Deutschen recht- und wehrlos gemacht werden, ist eine traurige Wahrheit, die sich schon bei flüchtiger Lektüre des Vertragstextes aufdrängt, in der Arbeit von Lusensky aber um so deutlicher zum Ausdruck kommt. Trotz der sachlichen, den Gegnern, was die rein juristische Auffassung der Fragen angeht, oft geflissentlich gerecht werdenden Darstellung des Verfassers bestätigt die Broschüre Seite für Seite, daß der Frieden von Versailles, wie auf allen anderen Gebieten, so auch, insoweit er privatrechtliche Verhältnisse regelt, keinen Rechts- sondern einen Gewaltfrieden darstellt, „wobei sich die Vergewaltigung nicht allein gegen das Deutsche Reich, als die im Krieg unterlegene gegnerische Macht, sondern nicht minder gegen die einzelnen Staatsangehörigen als Privatpersonen richtet, deren für die gegnerischen Mächte greifbares Eigentum für ihre Zwecke unmittelbar in Anspruch genommen wird". (Seite 4.) Dr. H. K.

Großmann, Prof. Dr. H., Rohstoffkrieg oder Wirtschaftsfrieden? (Heft 58 der „Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft". Herausgeber Prof. Dr. von Mammen.) Dresden, „Globus", Wissenschaftl. Verl.-Anst. 96 S. Preis M 2.—.

Eine anregende Gegenüberstellung der Interpellation des französischen Abgeordneten Perchat vom 7. Februar 1918 und der Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses vom 12.—14. März 1918 über den Krieg nach dem Kriege, die einen weiteren Beweis dafür liefert, daß auf Seiten unserer Gegner die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands als eigentlicher Kriegszweck galt, während Deutschland unter

Digitized by Google

Verneinung des wirtschaftlichen Nachkrieges auch auf diesem Gebiete, trotz aggressiver Gegenmittel, seiner Zielsetzung nach lediglich in der Abwehr lag. am.

Schilder, Dr., Sigmund, Privatdozent an der Universität Wien: Die auswärtigen Kapitalanlagen vor und nach dem Weltkrieg, aus „Weltwirtschaft und Weltfriede", Schriftenfolge, herausgegeben vom Handelsvertragsverein. Verband zur Förderung des deutschen Außenhandels. Heft 4. Berlin 1918. Druck von Liebheit und Thiesen, Niederwallstraße 15.

Aus der Betrachtung der weltwirtschaftlichen und politischen Bedeutung zwischenstaatlichen Austauschs von Erwerbskapitalien und ihrer Verschiebungen durch den Krieg kommt der Verfasser zu der Erkenntnis, daß dieser Austausch auch nach dem Kriege als bestes Mittel, weltbürgerlich-friedfertige Gesinnung zu schaffen, mit allen Mitteln im Sinne des Vorschlages Brentanos und anderer zu fördern sei. am.

Deutsche Liga für Völkerbund. Sechste Flugschrift: „Der Völkerbund-Vorschlag der deutschen Regierung mit dem Entwurf für ein Weltarbeiterrecht." Eingeleitet von Hans Wehberg und Alfred Manes. 1919. Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin. Preis M —.60.

Das Heft bringt den Wortlaut der „Vorschläge der deutschen Regierung für die Errichtung eines Völkerbundes" und eines „Abkommens über Arbeiterrecht". In der Einleitung legt Wehberg kurz und klar die fundamentalen Unterschiede dieses deutschen Völkerbundentwurfs zu der Pariser Akte vom 14. 2. 1919 dar. Zum „Abkommen über Arbeiterrecht" gibt Manes einen Überblick über dessen Quellen und Vorläufer und weist darauf hin, daß die deutschen Grundsätze sich doch schließlich durchsetzen müssen, trotz der Schwierigkeiten, die sich ihnen infolge der Rückständigkeit der außerdeutschen Sozialrechte jetzt noch entgegenstellen. am.

Rühlmann, Prof. Dr.: Der Völkerbundgedanke. Materialiensammlung, zusammengestellt im Auftrage des Vereins „Auslandkunde" (E. V.). Verlag von Hans Robert Engelmann, Berlin 1919. VI und 230 Seiten. Preis M 15.—.

Eine im besten Sinne populär gehaltene Sammlung von Materialien zur Idee des Völkerbundes und ihrer Geschichte, die mit einem Auszug aus Kants Schrift „Zum ewigen Frieden" beginnt und für die Zeit bis Ende 1918 neben Dokumenten geschickt ausgewählte Äußerungen aller möglichen Gelehrten, Politiker und Staatsmänner des In- und Auslandes bringt. Das VI. Kapitel, „Vereinsmäßige Pflege des Völkerbundes", enthält in Wirklichkeit nur Programm und Tätigkeitsbericht der „Deutschen Liga für Völkerbund". Es stammt vom Leiter ihrer Geschäftsstelle, Prof. Jäckh. Gut ist die chronologische Übersicht über die Entwicklung des Völkerbundgedankens (S. 226). Dagegen mutet die Auswahl aus der Buchliteratur (S. 229) etwas willkürlich an. am.

Wie war's? Ein Nachschlagebuch über die Streitfragen des Weltkrieges. Reichsverlag Hermann Kalkoff: Berlin-Zehlendorf-West 1919. 466 S. M 5.—

In der übersichtlichen Gestalt eines Schlagwörterlexikons bringt das Nachschlagebuch Material über die meisten politischen Fragen, die im Laufe des Krieges die öffentliche Meinung beschäftigt haben. Neben deutschen Quellen sind feindliche und neutrale ausgiebig benutzt worden, sodaß eine objektive Tatsachenschau entstand. Sie läßt ungewollt die von Anfang bis zum Ende völlig einheitliche und planmäßige Meinungspropaganda der Entente erkennen. Demgegenüber ist es notwendig, sich an der Hand dieser Sammlung immer wieder den tatsächlichen Gang der Ereignisse ins Gedächtnis zurückzurufen. Dr. H. M.

Wehberg, Dr. Hans, Gerichtsassessor in Düsseldorf: **Der Deutsche im Auslande.** Zweite Auflage (2.—4. Tausend). Staatsbürgerbibliothek Heft 28, Volksvereins-Verlag G. m. b. H., M.-Gladbach 1914. 56 S. Preis M —.45.

Die Schrift kommentiert die in- und ausländische Staatsangehörigkeitsgesetzgebung, die Stellung der Deutschen im Auslande gegenüber dem Aufenthaltsstaat einerseits und den deutschen Gesandten und Konsuln, deren Funktionen ausführlich dargestellt werden, andrerseits, ferner die Wehrpflicht der Auslanddeutschen gemäß Artikel 57 der alten Reichsverfassung. Die Darlegungen haben leider in der Hauptsache nur mehr historischen Wert, da ihnen die Verhältnisse der Vorkriegszeit zugrunde liegen. am.

Ewers, Hans Heinz, Warum haßt man die Deutschen? Verlag „Das Buch", Raul Altheer, Zürich, 22 Seiten. 1.50 Frs.

In wenigen Seiten eine vielseitige Kritik. Den Franzosen liebt man, den Engländer fürchtet man, den Deutschen haßt man. Warum? Er spricht doch besser fremde Sprachen als andere, er fühlt sich leichter in fremde Sitten ein, seine Literatur über fremde Länder ist besser, tiefgründiger, lobender als die der anderen. Aber es fehlt ihm vieles Charaktermäßige. Seine Anbetung alles Fremden macht ihn verächtlich, man lacht darüber, wie er im Auslande rasch seinen Namen ändert, seine Visitenkarten französiert oder anglisiert, er ist ein geborener Bessermacher, der Mann mit dem „Sedanlächeln", wie ihn Strindberg genannt, der Mann mit dem Schema F, dem Assessorismus, der Mann des subalternen Geistes. In scharfen Worten zieht der bekannte Schriftsteller, der ja 50 Kriegsmonate in Amerika verlebte, gegen diese schlimmen Eigenschaften zu Felde; mehr Selbstachtung verschafft auch mehr Achtung, das ist die Lehre des Heftchens. W.

Zetsche, Hermann: Englisches Hilfsbuch für Auswanderer, f. d. Privat- und Selbstunterricht mit bes. Berücksichtigung der Aussprache. Leipzig: Gerhard 1912. M 1,85.

Das Büchlein enthält im ersten Teil eine Elementargrammatik mit reichlichen Beispiel- und Wörterreihen, im zweiten den nach 35 Sachgruppen (Anstalten, Arbeit, Arzt, Berufe, Dampfschiff, Eisenbahn usw.) übersichtlich geordneten unentbehrlichsten Wortschatz. Das Englisch ist waschecht und einwandfrei. Bei dem Bestreben, die Aussprache dem Anfänger durch Umschreibung mit Hilfe deutscher Buchstaben klar zu machen, sollten dagegen die alten Schulfehler vermieden werden, but (und entsprechende Fälle) mit böt und come mit komm zu umschreiben. Ein kurzes a steht dem englischen Laut weit näher als deutsches ö; am besten wäre das umgestrzteü a der Phonetik. Ferner sollten stimmloses s und stimmhaftes (rice—rise) nicht vermengt werden. Solche Aussprachefehler machen an sich grammatisch richtiges Englisch dem Engländer oder Amerikaner unverständlich. put mit pöt (S. 33!), big mit bigk, rough mit röff wiederzugeben, ist vielleicht sächsisch, aber nicht angelsächsisch. — Der Anhang enthält auf 11 Seiten Angaben über Einwanderungs- und Landerwerbsbedingungen, die bereits durch das kanadische Einwanderungsgesetz von 1913 überholt sind. Dr. H. M.

Sommerlad, Theo, Professor an der Universität Halle: **Die geschichtliche Stellung der russischen Ostseeprovinzen.** 2. Auflage, Heft 6 der Auslandsstudien an der Universität Halle-Wittenberg. Halle a. S. 1918. Verlag von Max Niemeyer, 29 Seiten.

Das Heftchen bringt die Wiedergabe eines zu Anfang 1918 gehaltenen Vortrages. Auf die damalige militärische Lage ist die Betrachtung eingestellt, die in großen Umrissen ein Bild der geschichtlichen Entwicklung der Baltenlande gibt. Ob sie allerdings in den Schlußfolgerungen und den Betrachtungen über die politische Stimmung und Gesinnung

Digitized by Google

der Letten und Esten recht hat, scheint mehr als zweifelhaft. Der Weg, den Sommerlad empfiehlt: Die aus der russischen Geschichte und aus dem Jahre 1721 bekannten Kapitulationen mit der „herrschenden und gebildeten, zur gesetzlichen Vertretung berufenen Oberschicht" von neuem abzuschließen, wäre auch falsch gewesen, wenn die militärisch-politischen Dinge anders gelaufen wären. Auch dann wäre ein aufrichtiges Paktieren mit der wirklichen Volksmehrheit, wäre eine deutschkulturell gerichtete Verständigungspolitik mit der breiteren Schicht der Letten und Esten richtiger gewesen, als das historisch veraltete System der Kapitulationen mit einer dünnen Oberschicht. Ein kleiner Irrtum sei noch berichtigt. Nicht die kurländischen Gutsbesitzer haben von der ersten russischen Revolution bis zu Kriegsbeginn 20 000 deutsche Bauern aus Wolhynien und Südrußland angesiedelt, sondern diese 20 000 verteilten sich auf Kurland und Livland, und zwar im Verhältnis von etwa 7000 zu 13 000. Es waren auch nicht 20 000 „Bauern", sondern man muß, um falsche Schlüsse zu vermeiden, betonen, daß es im ganzen 20 000 deutsche Seelen gewesen sind, daß also Frauen und die zahlreichen Kinder eingeschlossen waren. Hoffentlich ist diese ganze aufklärende politische Literatur über die Balten nicht vergebens gewesen und die Heimat liest und beherzigt sie, obgleich die Ziele nicht mehr erreicht werden können. W.

Metzsch-Schilbach, Wolf v., Merkbuch für Litauen, nach amtlichen und privaten Quellen herausgegeben und gedruckt in der Albanusschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt Dresden. Kommissionsverlag von Ader und Borel, Dresden. Preis M 3.—.

Ein gut durchgearbeitetes Merkbuch über Litauen, dem in alphabetischer Anordnung alles Wissenswerte über Land und Leute, Volk und Sprache, Wirtschaft und Politik entnommen werden könnte, so ähnlich, wie es die bekannten „Things Chinese" oder „Things Japanese" darstellen, wäre außerordentlich begrüßenswert gewesen. Solche Bücher sind kurz gefaßte Nachschlagewerke, die auch von Kennern immer wieder benutzt werden, weil sie zu allen Kapiteln auch gleich die Fachliteratur nachweisen. Das vorliegende kleine Büchlein ist nur ein schwacher Anfang zu einem derartigen künftigen Werke, wenn es auch in der Anlage schon auf diese Form zugeschnitten ist. Es ist mehr zufällig als systematisch zusammengestellt, es enthält Widersprüche in verschiedenen Kapiteln (so z. B. wenn unter „Industrie" gesagt wird, die große Masse der Juden in Litauen sei bettelarm, und wenn unter dem Stichwort „Juden" dann der Verfasser aus langjähriger Erfahrung glaubt feststellen zu sollen, daß im allgemeinen die Armut der Juden doch sehr überschätzt werde, daß sie sich nur weit ärmer hinstellten, als es der Fall sei). Wohl ist auch in diesem Büchlein schon eine Menge Material verarbeitet, aber es fehlt eben an der Grundlage, an den Forschungen auf geographischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiete, deren Ergebnisse in einem Nachschlagewerk zu verarbeiten gewesen wären. Hätten wir für Litauen eine ähnliche Stelle gehabt wie die ausgezeichnete „Landeskundliche Kommission" des Generalgouvernements Warschau, so wäre ein besseres Nachschlagewerk zu schaffen gewesen. Freilich auch schon in dem jetzt vorliegenden hätte z. B. über die Städte Wilna, Kowno, Grodno erheblich mehr und Besseres gesagt werden können. Die in dem Abschnitt „Militärverwaltung" eingeflochtenen spöttischen Ansichten des Verfassers (Seite 74/75) darüber, daß manchen Politikern in Litauen (und auch außerhalb des Landes) die Militärverwaltung nicht gerade ideal schien, sind im Rahmen eines derartigen Buches reichlich überflüssig. Dr. F. W.

Graul, Prof. Dr., Richard, Direktor des städtischen Kunstgewerbemuseums, Leipzig: **Alt-Flandern.** Brabant, Artois, Hennegau, Lüttich, Namur. Bilderband mit 200 photographischen Aufnahmen von Städtebildern, Baudenkmälern und Innenräumen aus Belgien und Französisch-Flandern. Mit einer durch alte Städteansichten geschmückten kunstgeschichtlichen Einleitung und eingehenden Erläuterungen. München-Pasing: Roland-Verlag Dr. Albert Mundt 1918. Kart. M 5.—, geb. M 7,50.

Aus der Fülle belgischer Kunst der Vergangenheit bringt der vorliegende, vorzüglich ausgestattete Band neben manchen bekannten Schätzen eine Auslese von Bauten und kunstgewerblichen Einzelheiten von der romantischen Zeit bis zum Klassizismus. Wie es dem klassischen Lande ständischer Entwicklung gebührt, ist die städtisch-bürgerliche Baukunst mit ihren Rat- und Zunfthäusern, Fleisch- und Tuchhallen, Toren, Brücken und Brunnen ausgiebig zu Wort gekommen. Der Anhang und die inhaltreiche Einleitung des Leipziger Kunsthistorikers bringen Quellen zur Baugeschichte und Erläuterungen, die für den knappen Raum fast zu konzentriert sind. Vielfältige fruchtbare Wechselbeziehungen zu den Niederlanden, zu Frankreich, Lothringen und Niederdeutschland werden aufgedeckt, die kaum sichtbare Grenze zwischen flandrischer und wallonischer Kunst gezogen. Wenn uns die Abbildungen herrlicher Bauten, die nicht mehr sind, schmerzlich an die Zerstörungen des letzten Krieges erinnern, so schöpfen wir aus diesem Bilderband doch einen Trost: wir sehen den gemeinsamen Zug urgesunder, blühender Gestaltungskraft, der die flämische Kunst mit der stammverwandten niederdeutschen von Köln bis Danzig verbindet, wir fühlen angesichts dieser Rathäuser und Bürgerbauten die Wirkung, die von ihnen erst auf den deutschen Elektizismus, dann auf die besten unserer modernen Architekten, wie Messel und Hoffmann, ausgegangen ist (Abb. 190: Das Flämische Haus in Brüssel), wir denken an Meunier und Verhaeren, Conscience und Styn Streuvels und hoffen, daß sich beide Völker auf dem Boden der neuen lebensvollen Kunstentwicklung wieder zusammenfinden werden.

Dr. H. M.

Kolb, Alfred, Als Arbeiter in Amerika. Unter deutsch-amerikanischen Großstadt-Proletariern. 6. Aufl. Berlin, Karl Siegismund 1918.

Die neue, um wenige Zusätze vermehrte Auflage läßt die Kulturbilder aus dem deutsch-amerikanischen Großstadtproletariat mit der alten Frische unmittelbaren Erlebens wirken. Heute, wo das Deutschamerikanertum schärfer denn je bedrängt ist, reden diese Eindrücke des sozial warm empfindenden, nirgends der harten Wirklichkeit sich verschließenden Beobachters eine besonders eindringliche Sprache. Kolb gibt nur einen Ausschnitt — Chicago, wo er als Schwerarbeiter um 1904 seine Studien machte, der aber bei der Zusammendrängung der Deutschen in Illinois und Wisconsin so typisch ist, daß man sich den Schlüssen auf das ganze städtische Deutschamerikanertum nicht entziehen kann: im Gegensatz zum Iren ohne nationalen Zusammenhalt und daher politisch einflußlos, im Gegensatz zum Briten und Yankee ohne Halt und Selbstgefühl in kirchlicher und kultureller Beziehung, von der Heimat her Partikularist, ist der deutschamerikanische Industriearbeiter trotz seiner Kopfzahl rettungslos der Amerikanisierung verfallen. Die Landessprache möglichst schnell zu beherrschen, ist für ihn eine Lebensfrage, die zweite Generation, der Deutsch bereits eine fremde Sprache ist, geht dem Deutschtum verloren. Freundlichen deutschen Zügen, Freude am Gesang, Häuslichkeit und behaglicher Geselligkeit stehen geistige Stumpfheit, Trunksucht und grober Materialismus als tiefe Schatten gegenüber.

Galt Kolbs Schilderung für die Jahrhundertwende, so ist seitdem der hochwertige deutsche Anteil an der Einwanderung noch gesunken. Das Bedürfnis nach höherer, insbesondere deutscher Kultur in diesen späten Schichten deutscher Einwanderer erst einmal zu wecken, darin liegt, worauf

Digitized by Google

Penck noch jüngst hingewiesen hat (U. S. Amerika, 1917), die größte Schwierigkeit. Denn was nach der Reichsgründung über den großen Teich ging, war keine Auslese der Nation mehr, keine Träger einer hohen Bildung, wie die liberalen Achtundvierziger oder angestammter Tüchtigkeit, wie die pfälzischen Bauern Pennsylvaniens. Solche Illusion zerstört Kolb und setzt an ihre Stelle nicht immer erfreuliche, aber lebenswahre und menschlich ergreifende Erfahrung.

Ob der Deutsch-amerikanische Nationalbund einen wirksamen Zusammenschluß bedeutet, wird sich erst nach dem Kriege zeigen; politisch konnte er die im Angelsachsentum wurzelnden Finanz- und Regierungskreise nicht beeinflussen.

Kurz, Isolde, „Deutsche und Italiener". Unter diesem Titel gibt die deutsche Verlagsanstalt Stuttgart und Berlin einen Vortrag in Buchform heraus, den die bekannte Dichterin Isolde Kurz im Mai dieses Jahres im Verein für Handelsgeographie zu Stuttgart gehalten hat. Die in glänzender Prosa vorgetragenen Ausführungen bilden einen lehrreichen Beitrag zu dem für den Deutschen leider immer aktuellen Thema „Warum sind wir im Auslande so unbeliebt?" Es entspricht dem feinen psychologischen Blick der Dichterin, wenn in erster Linie die Unverträglichkeiten und Gegensätze in ästhetischer Hinsicht zwischen dem Deutschen und dem Südländer hervorgehoben werden. Isolde Kurz deckt die tiefgehenden Unterschiede in der Psyche beider Völker auf und scheut sich auch nicht, was allerdings schon oft und von verschiedenen Seiten geschehen ist, dem deutschen Reisenden in Italien wieder einmal den Spiegel seiner Geschmacklosigkeit vorzuhalten, nicht aus Mangel an deutschem selbstbewußten Empfinden, wie sie selbst im Vorwort sich verwahrt, sondern um Fehler abstellen zu helfen, die nichts mit Deutschtum zu tun haben, dem Ansehen des Deutschtums im Ausland aber wesentlich Abbruch zu tun geeignet sind.

Knud Knudsens Fahrt nach Ostafrika. Wahrheitsgetreuer Bericht über die Hilfsfahrt der „Marie", Kapitän Sörensen aus Flensburg, mit Munition nach Deutsch-Ostafrika, und die abenteuerliche Rückkehr des ersten und bis jetzt einzigen Mannes von der Besatzung über Batavia, den Suezkanal und England nach den Schilderungen des Oberheizers Knud Knudsen dargestellt von Joh. Lensch. 2. mit 9 Ill. vers. Aufl. 57 S. Leipzig 1918. O. Lenz. 1.50 Mark.

Wie wohl tut es, einmal wieder etwas davon zu hören, welch tüchtige und tapfere Leute es unter den deutschen Matrosen gibt oder gab. Die „Marie" hatte bekanntlich Anfang 1916 den heldenmütigen Verteidigern Deutsch-Ostafrikas Waffen, Munition und Ausrüstung nach der ganz im Süden der deutsch-ostafrikanischen Küste gelegenen Sudibucht gebracht. Dann war die „Marie", nachdem englische Kriegsschiffe sie im Hafen tüchtig verschossen hatten, wieder ausgelaufen und war im Mai in Batavia eingetroffen. Ende 1916 gelang es Knudsen, als Däne aufgemacht, auf einem holländischen Dampfer nach Falmouth zu kommen, der von dort nach dreimonatlichem Aufenthalt über Vigo, dann west- und nordwärts um Großbritannien herum nach Rotterdam fuhr. Wie begreiflich, ist Knudsen oft mit knapper Not der Entdeckung entgangen. Lensch hat es verstanden, die von jeder Ruhmredigkeit freien Schilderungen des Mannes in schlichter und ansprechender Art wiederzugeben. Man findet manch wertvolle Mitteilung über die Stimmung im Ausland in jenen Zeiten und über die Zustände in England. Möge der Geist pflichtbewußter Zuverlässigkeit und Selbstzucht, wie er sich uns in Knudsen darstellt, einst in unserer Marine wieder zur Herrschaft kommen. Prof. Dr. C. Uhlig-Tübingen.

Müller-Waldberg, Maria, Hilgermanns. Eine Erzählung aus dem Böhmerland. Leipzig: Härtel & Co. 1919. Mk. 4.— geh.

Im Rahmen einer Familiengeschichte auf deutschböhmischem Boden schildert die Verfasserin den erbitterten Kampf der beiden Nationen Böhmens. Wie er Ehe und Familienleben, Kindererziehung und Lebensführung so durchdringt, daß er schließlich nur mit dem Erliegen oder der freiwilligen Unterwerfung eines Teiles endet, das wird an dem Beispiel Edith Hilgermanns, der Erbin alter deutscher Familienüberlieferung, die ihre Hand einem Tschechen reicht, in fesselnder Erzählung dargestellt. Die tschechischen Ausdehnungsmethoden mit Hilfe der Schule und des Wirtschaftslebens werden gestreift. Die Schrift ist ein wertvoller, in ihrer ruhigen Darstellung unaufdringlicher Beitrag zur Charakterisierung des tschechischen Volkstums und seiner uns so fernen Ideale. Dr. H. M.

Becht, Carla, Eine Deutsch-Belgierin. Leipzig 1918, Xenien-Verlag.

Ein Roman in einem dünnen Bändchen von 51 kleinen Seiten. Der Roman einer Belgierin, die in ihrer Jugend völlig unter der Hypnose eines jungen Tscherkessen steht, den sie in der Schweiz einst traf, die sich mit aller Kraft diesem Einflusse entzieht, als sie erfährt, daß er verheiratet ist, und die später selbst in England einen blonden deutschen Ingenieur heiratet und mit ihm in Glück und Frieden lebt, bis der Krieg kommt. Der führt ihren Mann als Offizier nach dem Osten, sie selbst nach Belgien zur kranken Mutter. Dann wird sie Krankenschwester und trifft zufällig in Maubeuge den Tscherkessen wieder, der sofort wieder Gewalt über ihre Seele und auch über ihren Körper gewinnt. Sie erliegt völlig dem Einflusse dieses Mannes und wird durch ihn in die geheime Gesellschaft „Zum belgischen Löwen" eingeführt. Sie nimmt teil an der Verschwörung, die das deutsche Grabensystem in die Hand der Feinde bringen soll. Da plötzlich erhält sie die Nachricht, daß ihr eigener Mann in diesen Tagen des Verrats an diese Frontstelle versetzt werden soll. Gerade will sie ihren Verrat bekennen, da wird sie von der deutschen Gegenspionage gefaßt; während der Tscherkesse bei einem Fliegerangriff durch einen Zufallsschuß verwundet ist, krank liegt und sein magischer Einfluß, der auch aus der Ferne besteht, nicht mehr funktioniert, verrät sie alles. Der Tscherkesse wird gefaßt und erschossen, sie selbst wird zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt, ihr Mann fällt im Schützengraben. Der Konflikt der Frau, die den einen geliebt und anderen geheiratet, der Konflikt der Belgierin, die die Frau eines Deutschen geworden war und die nur aus überirdischem Zwange zur Verräterin ward, obgleich sie die Deutschen liebte und achtete, das merkwürdige Spiel dieser übersinnlichen und unbegreiflichen Gewalten ist mit starker gestaltender Kraft in meisterhafter Kürze geschildert. Fast klingt es wie ein dichterisch gestalteter Bericht über eine wahre Begebenheit. Man denkt an diese Tausende innerer Konflikte in unseren Tagen, da Frauen leiden, weil sie Männer anderer Nationalität geheiratet haben, da Liebe und Nationalitätsgedanken in so schwerem Kampfe stehen. W.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Über „Neue Bevölkerungssorgen" schreibt der Direktor des sächsischen statistischen Landesamts in Dresden, Geheimrat Dr. Eugen Würzburger, in Schmollers Jahrbuch. Bd 43. H. 3. Er behandelt hier das Problem der Massenauswanderung von der statistischen Seite. Er unterscheidet drei Gruppen:

1. durch wirtschaftliche oder politische Verhältnisse Beeinflußte, die sich ein besseres Fortkommen im Auslande suchen wollen, 2. die gegen ihren Willen zur Auswanderung Gezwungenen, weil der Nahrungsspielraum eingeengt wird und nicht mehr auszureichen droht, und endlich 3. die aus dem feindlichen Ausland oder den ehemals verbündeten Staaten vertriebenen Auslanddeutschen, die wieder in das Ausland zurückkehren wollen. Die Zahlen der Gruppe 1

Digitized by Google

und 3 zu schätzen fehle jeder Anhalt. (Die letztere Ansicht ist vielleicht nicht ganz richtig. Die Frage der Entschädigung der Auslanddeutschen wird nun endlich zu einer ganz genauen statistischen Zählung führen können. Als auswanderungslustig darf man nahezu alle diese Auslanddeutschen anführen. Wie viel wirklich werden auswandern können, das hängt allerdings von der Entwickelung der Verhältnisse ab, läßt sich aber doch noch eher statistisch schätzen, als alles andere.) Für die zweite Kategorie rechnet Würzburger, daß, wenn von 16½ Millionen Bevölkerungszuwachs 1882 bis 1907 volle 14 Millionen in Handel und Industrie unterkamen, vielleicht eben so viel brotlos werden, wenn Handel und Industrie durch das Kriegsende wieder um Jahrzehnte zurückgeschraubt werden. Würzburger sieht, so bitter auch diese Erkenntnis werde, kein allzu großes Unglück darin, wenn diese belastenden Menschenmassen in andern Ländern ein Unterkommen fänden. An der Bekämpfung der Auswanderungslust werde nicht unter allen Umständen festgehalten werden können. Nur müsse man versuchen, Einfluß auf die Richtung der Auswanderung zu bekommen. Die Ausgewanderten dürften nicht teilnahmslos oder gar feindlich künftig dem Deutschtum gegenüberstehen, sie müßten also in Gebiete gelenkt werden, wo sie dem Deutschtum erhalten bleiben könnten und nicht Kulturdünger für fremde Völker zu werden brauchten. Würzburger erinnert hier an seine Erfahrungen als Leiter der deutschen Auskunftsstelle für Auswanderer in London im Jahre 1885. Jede britische Kolonie hatte einen Vertreter für Auswanderungsfragen beim Kolonialamt in London, und in Gesamtberatungen dieser Vertreter wurde die Art und die Zahl der jeweils von den verschiedenen Ländern benötigten Auswanderer bekanntgegeben. Zu dieser Kommission hatten die Auswandernden Vertrauen und ließen sich im allgemeinen gern dorthin verschieben, wo sie gebraucht wurden. Die Beförderung erfolgte zu geringen Preisen in besonderen Auswandererschiffen. Eine ähnliche Einrichtung fordert nun Würzburger auch für Deutschland. Zwar fehlt es an der genauen Information, die die Vertreter eigener Kolonien geben könnten, aber die Konsularberichte müßten hier ergänzend eingreifen. Die Zuständigkeit der Auskunftsstelle müsse recht weit sein, es müsse eine Anzeigepflicht der Auswanderer eingeführt und private Auswandervermittlung müsse genau überwacht oder verboten werden. Für das Auswanderungsziel fordert Würzburger Vorbedingungen politischer, populationistischer und wirtschaftlicher Art. Beim Mangel an eigenen Kolonien müßten wir die Wahrscheinlichkeit, ja die Gewißheit der staatsrechtlichen Überlassung der Auswanderer an ein fremdes Staatswesen in Kauf nehmen. Wenigstens müsse aber die Erhaltung der deutschen Muttersprache sichergestellt sein, die die unentbehrliche Voraussetzung deutscher Gesinnung sei. Würzburger kommt so zum Schlusse, daß also die Anlegung deutscher Siedlungen in fremdsprachigen Ländern nur dort rätlich sei, wo die Siedlungen geschlossene größere Sprachinseln bilden könnten, sodaß das Deutsche innerhalb derselben den Rang der alleinigen oder doch der hauptsächlichsten Verkehrssprache zu behaupten vermöge, denn eine Hoffnung, Minderheiten sprachlich zu erhalten, sei doch nur gering. Die fremden Regierungen würden sicherlich auch den Wunsch und starken Willen haben, die künftigen deutschen Siedlungen sprachlich sich anzugliedern. Dieser Wille könne nur in geschlossenen Siedlungen wirksam bekämpft werden. Natürlich kämen auch die Mittel der Deutscherhaltung der Auswanderer in Betracht, wie sie Weiser durch seine Stipendienfonds schaffen will. Geschlossene deutsche Siedlungen hätten sich überall gut erhalten, Minderheiten nur ausnahmsweise und nur selten. Das volkswirtschaftliche Wohl der Auswanderer erfordere wohl ihre Ansetzung dort, wo man sich einem bereits eingearbeitetem Wirtschaftsleben nur einzufügen brauchte. Die Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes bringt aber auch die Gefahr rascher Entdeutschung mit sich. Gegen diese Gefahr wirkt aber die Besiedlung erst zu erschließender, dünn bevölkerter Neulandsgebiete, wie sie, in englischer Hand, noch viele Möglichkeiten böten. Die Wahl solcher Gebiete sei politisch und wirtschaftlich nicht leicht. Aber gegenwärtige Freundschaften oder Feindschaften dürften dabei nicht allzu sehr mitspielen. Würzburger spricht sich hier für die östlichen Randgebiete Deutschlands und für den Osten Europas aus und empfiehlt gründliche Vorbereitung des Problems durch Erforschung aller damit zusammenhängenden Fragen.

Über den **„Akademiker und die Auswanderung"** handelt Dr. Otto Lutz-Berlin in der „Deutschen akademischen Zeitschrift" vom 15. August 1919. Er verweist daß auch er nach Kräften dazu beitrage, dem deutschen Namen wieder zu Achtung und Ansehen zu verhelfen. akademischen Zeitschrift" vom 15. August 1919. Er verweist darauf, wie es dem Handarbeiter durch seine Organisation gelungen sei, sich gute Lebensbedingungen zu erwerben, während der Kopfarbeiter noch nicht einmal mit dem Schaffen der Organisation zu Ende gekommen sei. Ein großer Teil des Akademikertums werde sich selbst für die Auswanderung entscheiden, wenn jetzt die Lebensverhältnisse noch schwieriger würden, ohne sich der Gefahren dieses Entschlusses bewußt zu sein. Jedenfalls müsse der „gelernte Arbeiter" sich vom Standesvorurteil loslösen. Lutz verweist hier auf den Broterwerb, den amerikanische Studenten in ihren Ferien nachgehen, um die Mittel zum Studium für das nächste Semester zu bekommen. Die Not werde unsere jungen Akademiker zu gleichem Vorgehen zwingen. Arbeit in jeder Form werde den Akademiker der Zukunft adeln. Freilich müsse sich auch sorgfältige Auswahl des akademischen Nachwuchses der Demokratisierung der Hochschulen entgegenstellen. Der Akademiker werde gerade im Bewußtsein seiner Kraft die Voraussetzungen der glücklichen Auswanderung überschätzen und werde vor allem die Einflüsse des fremden Klimas auf seinen heute und in der Heimat starken Willen nicht genügend berücksichtigen. Die Einflüsse von Frauen und des Trinkens in fremden Ländern seien äußerst gefährlich. Die Verbitterung über die jetzigen Zustände dürften den Akademiker nicht zur Verleugnung seines Vaterlandes führen, gerade von ihm sei die Hochhaltung deutschen Wesens und deutscher Sitte zu verlangen. Diejenigen Auslanddeutschen, die ihr Deutschtum hochhalten, hätten es auch am weitesten gebracht. Die Frage der akademischen Auswanderung wäre leicht zu lösen, wenn es gelingt, geschlossene Siedelungen zu schaffen, die dann auch ihre Akademiker brauchten und gleich aus Deutschland mitbrächten. Dafür aber beständen geringe Aussichten. Da die Englisch sprechenden Länder und auch die Union als Siedlungsländer fast ausscheiden, bleibe in der Hauptsache für die Betätigung des deutschen akademischen Auswanderers Süd- und Mittelamerikas übrig.

In einem Aufsatz **„Export geistiger Arbeit"** sagt Georg Eltzschig in dem „Grenzboten" (Nr. 40, 1. Oktober 1919): „Um das Auslanddeutschtum aber gebärdet sich der Staat in selbstgefälligem Mitleid wie ein Wohltäter, der heimgekehrte Bettler hüten und pflegen will, weil er sich immerhin gewisser Schuld an ihnen bewußt. Freilich, wenn vom Auslanddeutschtum die Rede ist, heißt es nur, daß man es schützend aufnehmen und helfend unterstützen will. Besser und für beide Teile wünschbarer ist es, ihm wieder Ziel zu weisen, wieder Weg und Zweck zu bereiten, es wieder in seinen Berufen einzusetzen. Das vermögen nur jene Köpfe anzuerkennen, die mit dem Schrecken notwendiger Massenauswanderung operieren, statt zur rechten Zeit und mit zeitgemäßer Klugheit Möglichkeiten für andere Exportwerte zu erdenken, als gerade für lebende Volksgenossen, die man dem Lose der Expatriierung aussetzen will. Statt daran auch nur zu denken Arbeiter zu exportieren, sollte man mit allen

Digitized by Google

Meinungen und Mitteln trachten, Arbeit ausführen zu können." Der Verfasser tritt sodann für den Export geistiger Werte ein, ohne jede politische Absicht, ohne staatliche Beihilfe. Hauptziel sei: Der wirtschaftlichen Notwendigkeit und der geistigen Kräftigung, dem geistigen Ansehen des deutschen Volkstums zu nutzen. So wertvoll es sei, Austauschgüter aufzubringen, so wichtig sei das bewußt: nur ausführbare Werte werden unserem Wareninteresse dienlich sein. Unsere Unterlegenheit im Massenangebot müsse ausgeglichen werden durch unsere Überlegenheit in Güte und Wert der Ware. Eltzschig verweist auf das französische Vorgehen, französisch im Ausland gedruckte Bücher nur mit vollem Zoll ins Inland zu lassen, Bücher in fremder Sprache aber Zollfreiheit zu belassen. Solches Vorgehen muß bei uns Wirkungen erzeugen. Sollen wir z. B. Bücher in französischer Sprache erzeugen und sie so billig herstellen, daß wir trotz des Zolles immer noch konkurrenzfähig bleiben? Nein, wir werden geistige Arbeit in unserer Sprache exportieren müssen. Übersetzungen in fremde Sprachen werden einzuschränken sein, weil dadurch wirtschaftliche Ertragsmöglichkeiten, materielle Produktionsvorteile verlustig gehen. Freilich muß das Problem geprüft werden. Der deutsche Buchhandel sieht sich hier vor große Aufgaben gestellt. Eltzschig führt das im einzelnen in geistvollen Folgerungen des weitern aus.

Über **„Deutsche Auswanderung nach Südamerika und ihre Vorbedingungen"** spricht im Oktoberheft der „Deutschen Rundschau" Dr. Alfredo Hartwig. Nach 1848 habe eine Auswanderung eingesetzt, weil das Reichsideal nicht erfüllt worden sei, jetzt setze sie ein, weil das Reich vernichtet sei und ein Teil der Besten am Wiederaufbau verzage. Eine starke Republik werde Kräfte festhalten können, eine schwache, zu Kompromissen geneigte Regierung werde sie verlieren. Hartwig kritisiert scharf den „Tiefstand des Nationalstolzes", der darin liege, daß man jetzt in Deutschland nur Schuldige suche, während das Ausland bestrebt sei, besten Zusammenhang zwischen dem Reich und dem Ausland herzustellen. „Denn der Auslandsbürger ist kein losgelöster Fremdling, der nur als Objekt ein verwaltungs- oder steuertechnisches Interesse zu beanspruchen hat, sondern ein Arbeiter im Dienste des Vaterlandes auf bevorzugtem und exponiertem Posten. Doppelt wertvoll und doppelt bewertet muß aber der Auswanderer sein, wenn er den besten Kräften des Volkes angehört, wenn er fortgeht, weil er in der Fremde die Heimat sich aufbauen will, die im alten Lande ihm in Trümmer gegangen." Bei der Frage: Wohin auswandern? dürfte nur rein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entschieden werden. Zwischen Deutschtum im Auslande und Deutschlands Vertretung im Auslande besteht in den fremden Ländern ein starker Unterschied, und das sei gut und werde dem Deutschen im Auslande den Wiederaufbau erleichtern. Freilich nur Kampfnaturen könnten draußen arbeiten, nicht solche, die im Schatten eines alten Unternehmens sich ausstrecken wollten, sondern solche, die selbst schattenspendende Bäume großzuziehen imstande seien: Tropen- und Felddienstfähigkeit nicht nur in gesundheitlicher, sondern auch in geistiger Beziehung sei erstes Erfordernis. Die Frage, ob jemand die deutsche Staatsangehörigkeit beibehalte, sei nicht entscheidend und müsse mit Verständnis behandelt werden: daß er das Vaterland als solches heilig halte, sei die Hauptsache. Das Aufgeben der deutschen Staatsangehörigkeit werde vielfach sogar im deutschen Interesse liegen. Steuerliche Schikane gegenüber den Auswanderern oder ihrer zurückgebliebenen Familie hätten genau das Gegenteil des erstrebten Erfolges. „Wenn der Bürokratismus, wenn politische Kurzsichtigkeit in der Frage der Auswanderer und der Auslanddeutschen schmunzelnd einen Erfolg verbuchen zu können glaubte, so war es fast stets ein Verlust für das Deutschtum. Wenn das deutsche Element draußen oft so lau geblieben ist, liegt die Schuld nicht allein in der Charakterveranlagung des Deutschen, sondern in der ganz unzweckmäßigen Behandlung durch Gesetz und Verwaltung in der Heimat." Hartwig verurteilt scharf die geplanten Kapitalsteuerzugriffe im Auslande, sie verweisen den Auswanderer nur darauf, möglichst rasch Bürger des auslanddeutschen Staats zu werden. Südamerika habe aus Gegensatz zu Nordamerika, nicht etwa aus Liebe für uns, keine unfreundliche Haltung uns gegenüber eingenommen. Nordamerikanische und Ententefragen gegen Deutschland verfangen dort nicht mehr. Hartwig stellt die Maßnahmen der südamerikanischen Staaten zusammen, die dem Ententebegehr in wirtschaftlicher, finanzieller oder militärischer Hinsicht fest blieben.

In Deutschland müsse Verständnis dafür geweckt werden, daß die Auswanderungsfrage, das Schicksal unserer Auslanddeutschen unlösbar mit der Entwickelung der Heimat verbunden und vom Gang seiner politischen Maßnahmen nach innen und außen abhängig sei. Bürger, Arbeiter und Beamte hätten hier viel zu lernen, unsere Diplomatie müsse menschlich umgestaltet werden. Untauglich und staatsgefährlich seien vor allem alle Diplomaten mit Frauen von einer Nationalität, die mit uns im Kriege gestanden habe.

Anatolien.

Heute, wo Hunderttausende in Deutschland den Gedanken erwägen auszuwandern, erscheint es nötig, die verhältnismäßig wenigen Ländern, die für die Auswanderung deutscher Staatsangehöriger in Frage kommen können, einer näheren Betrachtung zu unterziehen. So taucht jetzt wiederholt auch der Name Anatolien aus der Versenkung auf (v. Hoff, Dtsch Revue, Okt. 19; P. Franz-Treutler, D. dtsch. Siedler, Aug. 19), der in der Vorkriegszeit eine so große Rolle gespielt hatte und von dem es schien, daß die große Katastrophe ihn Deutschland würde wieder vergessen machen. — Die Projekte, die sich vor dem Kriege mit der anatolischen Bahn und der Bagdadbahn und ihren Zukunftsmöglichkeiten befaßten, schilderten Anatolien und Mesopotamien als Gebiete, die zusammen Millionen von neuen Ansiedlern zu ernähren vermöchten. Mesopotamien, das nunmehr endgültig in den Interessenbereich Englands gerückt ist, kommt als Siedlungsland für Deutsche vorläufig nicht mehr in Frage. Für Anatolien, das den Zankapfel zwischen Italienern und Franzosen bildet, dürften die Verhältnisse etwas günstiger liegen, da die beiden Interessenten wohl kaum eine Besiedlung planen können und wollen. Vielleicht also dürfte es möglich sein, sich mit der Türkei über die Ansiedlungsfrage zu verständigen.

Unter Anatolien verstehen wir das Gebiet des inneren Kleinasiens, das von hohen Randgebirgen eingefaßt wird und das selbst eine im Mittel 800 Meter hoch gelegene Hochfläche darstellt. Einige Salzseen (Reste einer alten Seeausfüllung), einige blindendende Flüsse, einige Trockentäler, die nur während kurzer Zeit Wasser enthalten, bilden die Bewässerung großer Teile des Innern, während die Ränder von etwas zahlreicheren, ins Meer mündenden Flüssen und Flüßchen durchfurcht werden. Die Abgeschlossenheit Anatoliens und die große Höhenlage bringen es mit sich, daß die Temperatur äußerst starke Kontraste aufweist. Auf kalte, regenarme Winter folgen sehr heiße, trockene Sommer, die nur durch ein etwas niederschlagsreicheres, häufig hagelbringendes Frühjahr unterbrochen werden. (Harne, Handbuch der Klimatologie, Bd. 1911.)

In Lycaonien fallen in den besten Gegenden 34 cm Niederschläge, in Konia nur noch 18 cm; weiter im Inneren dürfte mit einer noch größeren Trockenheit zu rechnen sein. Infolgedessen bietet das Land in der Hauptsache nur dürftige Weideplätze für Schafe, die die Bewohner lange Zeit dem Nomadenleben erhalten haben; Schafzucht steht im Vordergrund; wo etwas bessere Wiesen vorhanden sind, gedeihen auch Rinder.

Digitized by Google

deren fettreiche Milch zur Käse- und Joghurtbereitung verwendet wird. Wo ein Wasserlauf etwas mehr Feuchtigkeit bringt, wird Ackerbau betrieben, aber in recht primitiver Weise, mit dem hölzernen Hackpflug, die Ernten werden auf Tragtieren oder primitiven Fahrzeugen eingebracht; mit dem Dreschschlitten wird auf offenen Plätzen gedroschen. Düngung und Fruchfolge sind so gut wie unbekannt. Trotzdem fallen die Ernten gut aus, doch reichen die Erträge nicht für den eigenen Bedarf der dünnen Bevölkerung aus. Weizen, Gerste, Mais und Reis sind die hauptsächlichsten Produkte des Ackerbaus, aber auch Gemüse und Wein werden stellenweise angebaut. (v. Hoff, l. c.) Dort, wo zugleich mit den Bahnen Stauwehren und Bewässerungsanlagen gebaut wurden, liefert der Boden erstaunlich gute Ernten, die zu den kühnsten Träumen von Massenansiedlungen zurzeit der Bahnprojekte Veranlassung gaben. Es scheint tatsächlich wohl möglich zu sein, daß noch weitere größere Landstriche in ähnlicher Weise bewässert und ertragreich gemacht werden könnten — wenn die nötigen Mittel aufgebracht werden können, was damals, als deutsches Kapital sich für die Bahnen interessierte, so erwartet werden durfte. Aber in den meisten Teilen des Landes wird der Mangel an Niederschlägen, und zwar gerade von winterlichen Niederschlägen, die in Form von Schnee aufgespeichert, während der trockenen Zeit die Flüsse zu nähren imstande wären, eine künstliche Bewässerung sehr erschweren, wenn nicht ganz unmöglich machen. Wohl wird das Land in Zukunft weit dichter besiedelt werden können als heute, wo die Besiedlung unter 20 Köpfe pro Quadratkilometer gesunken sein mag infolge der zahlreichen Kriege, zu denen die Bauernbevölkerung der Hochebene stets in größtem Maße herangezogen wurde, und es ist anzunehmen, daß noch eine große Reihe von Ansiedlern in der Hochebene Platz finden werden. Aber an eine Masseneinwanderung kann nicht gedacht werden. Auch die einzelnen Bauern, die sich hier anzusiedeln wünschen würden, könnten dies nur unter ganz besonders günstigen Umständen wagen. Es müßte vom türkischen Staate Siedlungsland unter besonderen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden, und zwar müßte auch solches Land in Frage kommen, das bisher als Besitz religiöser Orden unveräußerlich gewesen ist. (v. Hoff, l. c.) Es müßte ferner den Ansiedlern Schutz vor steuerlicher Ausbeutung gewährt werden, die bisher zu dem Elend der anatolischen Bevölkerung in hohem Maße beigetragen hat und die schließlich dazu führte, daß die Arbeitslust schwand, weil alles, was über den eigenen Bedarf erarbeitet worden war, weggesteuert wurde.

Wv.

In Nr. 10 der **Eisernen Blätter** spricht W. v. Stephani in einem in Form eines Briefes an einen Freund gekleideten Artikel über das Auslanddeutschtum. Er bestreitet, daß der Deutsche leichter in fremdem Volkstum aufgehe, als etwa es der Hugenotte in Deutschland getan habe. Unseres berühmten General v. Hutier Großvater sei noch französischer Offizier gewesen! Die deutschen Bauern in Polen und der Ukraine, die deutschen Kolonien in Warschau, Lodz usw. böten den besten Beweis, daß der Deutsche, wenn er nur den nötigen Zusammenhalt pflegen könne, nicht in fremdem Volkstum aufzugehen brauche. Nur unsere Regierung und Auslandsvertretungen seien schuld daran gewesen, wenn die Deutschen nicht überall ihr Volkstum bewahrt hätten. Die Mißstimmung der deutschen Kaufleute über unsere Auslandsvertretungen sei berechtigt und allgemein. Eine gute Auslandsvertretung, eine gut unterstützte Auslandspresse, das seien die Hauptforderungen für die Nachkriegszeit.

Unter dem Titel **„Eine Nationalversammlung der Auslanddeutschen"** bespricht die „Deutsche Auswanderer-Zeitung, die jetzt in Hamburg erscheint, in ihrer Nr. 32 die Verhandlungen zur Auswanderungsfrage, die bei der diesjährigen Tagung der Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre gepflogen wurden. Sie kritisiert, daß im Reichswanderungsamt, als dessen Vater sie den Geheimrat Goetsch vom Auswärtigen Amt bezeichnet, scheinbar nur Tagespolitik getrieben werde, die den starken Zug vermissen lasse, anstatt daß dort eine „Weltkolonie des deutschen Gedankens und deutschen Wiederaufbauwillens" vorbereitet werde. Diese zentrale Führung müsse aber aus der Heimat kommen, ein neues Ministerium für Auslanddeutschtum sei also zu verlangen, das unabhängig vom Ministerium des Auswärtigen und des Innern sei und die Aufgabe haben sollte: „Pflege des deutschen Geisteslebens im Auslande, geschickte Interessierung der Weltkolonie deutschen Geistes für die Wiedererstarkung der zentralen Heimat, Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Auslanddeutschtum und dem Mutterland, Auswertung der in den Auslanddeutschen ruhenden starken Propagandamöglichkeiten für den deutschen Wiederaufbau, Förderung des wirtschaftlichen Fortkommens der alten und neuen Deutschen im Auslande, zielbewußte Organisation der Deutschen im Auslande durch Organisation straff geleiteter Vereine und Genossenschaften der Deutschen im Auslande". Aus diesem Reichsamt solle eine Nationalversammlung der Deutschen im Auslande werden, die einmal im Jahre, vielleicht auch nur alle zwei Jahre, tagen solle, und zwar acht Tage lang. Hier müßten die Vertreter der Heimatregierung Anregungen und Wünsche der Auslanddeutschen entgegennehmen. Am zweckmäßigsten solle die Tagung in Leipzig mit der Messe verbunden werden. Der Schutzbund deutscher Auswanderer wolle diese Idee an anderer Stelle deutlicher ausführen.

„Randbemerkung eines Auslandsdeutschen" nennt Fritz Secker-Berlin (Schanghai) einen kurzen Artikel, den er in der „Glocke" veröffentlicht (Nr. 32 vom 8. November). Er schreibt, daß ein Artikel von R. Kunze-Tokio von der „Glocke" veröffentlicht worden sei, zu dem die Schriftleitung bemerkt habe, sie bringe ihn, obwohl er die Frage von einem ganz anderen Gesichtspunkt aus betrachte, als die Sozialdemokraten es gewöhnt seien. Dies sei für ihn der erste Lichtblick in dem parteipolitischen Chaos gewesen, in das er nach 12jähriger Abwesenheit aus Deutschland zurückgekehrt sei. Die Auslanddeutschen seien gewohnt, die Frage von einer höheren Warte aus zu sehen. Das eigentliche Parteiprogramm bedeutet ihnen nichts; sie sähen, daß es in allen Parlamenten Träger fruchtbarer Gedanken gäbe, die aber nur nicht zur Geltung kämen, weil ein Gegner den andern niederbrülle. Es fehle uns Deutschen an parteipolitischer Duldung und Selbstdisziplinierung. Namentlich unsere Arbeiterschaft sei zwar, nach der Äußerung eines Japaners, die gebildetste der Welt, nicht aber was weltpolitische Schulung angehe. Hervés „Victoire" sei nationaler als ein alldeutsches Blatt. Nationale Sammlung tue der Sozialdemokratie wie allen Parteien not. Eine Arbeitsgemeinschaft für innere und auswärtige Politik sei nötig, die eine nationale Vertiefung des Parteiwesens herbeizuführen in der Lage sei, die uns über das Parteigetriebe hinweg zu einem einheitlichen Willen in der auswärtigen Politik führe.

Sozialpolitische Beiräte im Auslandsdienst. „Das Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" bringt in seiner Nr. 43 vom 25. Oktober neue Mitteilungen zur Frage der sozialpolitischen Beiräte im Auslandsdienst, deren Schaffung schon jüngst vom Vertreter der Gewerkschaften im Reichswanderungsamt angeregt worden war. Den Mitteilungen des Blattes entnehmen wir, daß die schwedische Regierung ihrem Reichstag im letzten Winter eine Vorlage über die Reform des Auslandsdienstes vorgelegt hat, durch die die Einrichtung der sozialen Beiräte vorgesehen wurde. Zunächst wurden die Stellungen von vier

Digitized by Google

Sozialattachés in London, Paris, Berlin, Washington geschaffen, die die Sozialgesetzgebung und Verwaltung, die Lage des Arbeitsmarktes und andere sozialen Vorgänge des fremden Landes verfolgen sollten, um die heimischen Behörden mit Informationen versehen zu können. Ferner sollten sie die Interessen der eigenen Landesangehörigen im fremden Lande wahrnehmen, was namentlich den wandernden Arbeitern zugute kommen würde. Endlich sollten sie die Aufgabe haben, das schwedische Vereinswesen im fremden Lande, besonders auf dem Gebiete der sozialen Bildungs- und Unterstützungsbestrebungen zu fördern und dem Auslande Kenntnis von den sozialen Fortschritten ihres eigenen Heimatlandes zu übermitteln. Schweden habe den Wunsch ausgedrückt, daß für den Posten in Berlin der bisherige ständige Mitarbeiter für skandinavische Fragen im Correspondenzblatt der Gewerkschaften, Wilhelm Jansson, berufen werde, der seit fast 20 Jahren in der Arbeit für das Blatt gestanden hat und nunmehr aus dessen Redaktion ausschied.

Inzwischen ist auch Deutschland dem Schritte der schwedischen Regierung gefolgt. Bei der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Italien soll zunächst eine Sozialattachéstellung geschaffen werden, für die nach der Mitteilung des Correspondenzblattes, im Einvernehmen mit dem Vorstand des Gewerkschaftsbundes zunächst der bekannte Berliner Stadtrat Johann Sassenbach in Aussicht genommen werden. Auch wir begrüßen die Schaffung des Amts und in dem ersten Falle der Besetzung eines solchen Postens auch die Wahl der Persönlichkeit. Stadtrat Sassenbach, der ein Mann der Praxis und zugleich ein außerordentlich literarisch und theoretisch beschlagener Mann ist, hat stets lebhaftes Verständnis für die Frage des Auslanddeutschtums bewiesen, das ihm nun im neuen Amt zugute kommen wird. Gerade die für Deutschland jetzt so wichtigen Auswanderungsfragen sind in Italien zum Teil in vorbildlicher Weise geregelt. Herr Sassenbach wird in diesen Dingen wertvollste Dienste leisten können.

VON UNSERER ARBEIT

Versand des „Auslanddeutschen".

Unsere Zeitschrift wird seit dem 1. Oktober an alle Bezieher im unbesetzten deutschen Gebiete durch die Post versandt. Es ist natürlich, daß die Umänderung des Versandes zu einigen Schwierigkeiten führte, die namentlich durch die Verkehrssperre und durch die Druck- und Herstellungsschwierigkeiten, die besonders Süddeutschland schwer trafen, verstärkt wurden. So mag es vorgekommen sein, daß einzelne Bezieher das Blatt nicht oder nicht pünktlich bekommen haben. Wir bitten aber unsere Mitglieder und Bezieher der Zeitschrift, in Zukunft in solchen Fällen stets zuerst beim zuständigen Briefträger und beim zuständigen Postamt zu reklamieren und erst an uns zu berichten, wenn diese Reklamation keinen Erfolg gehabt haben sollte. Da der „Auslanddeutsche" von uns unter allen Umständen so zeitig fertiggestellt wird, daß er am 1. und 15. jeden Monats zur Post gegeben werden kann, hoffen wir, daß inzwischen eine gewisse Regelmäßigkeit in der Zustellung eingetreten sein wird. Adressenänderungen bitten wir uns stets sofort mitzuteilen. Wir sind auch gern bereit, denjenigen Mitgliedern und Beziehern, die den besonderen Wunsch äußern, den „Auslanddeutschen" wie bisher durch Kreuzband zu übermitteln. Da aber bei den stets steigenden Papier- und Materialienpreisen, wie Gehältern und Löhnen die Kosten für die Halbmonatschrift schon recht nahe an unsern Mindestbeitrag heranreichen, können wir in diesem Falle nicht auch noch die Versandkosten tragen. Wir müssen deshalb für den Kreuzbandversand im Inland einen Zuschlag von 5 Mk., für den Kreuzbandversand nach dem Ausland einen solchen von 7 Mk. erheben, um unsere eigenen Kosten zu decken.

Bitte.

Die so ungeheuer stark wachsenden Kosten unseres Betriebes, der Löhne und Gehälter, der Papierpreise und Materialpreise veranlassen das Deutsche Ausland Institut zu einer Bitte. Der Vorstand hat in seiner Sitzung vom 21. Nov. 1919 beschlossen, natürlich unter allen Umständen an dem gemeinnützigen Charakter des Instituts festzuhalten, der volle Unentgeltlichkeit aller von uns gegebenen Auskünfte für Auswanderer und Stellensuchende, in Steuer- und juristischen Fragen, wie überhaupt in allen Fragen des Auslanddeutschtums und der Auslandkunde bedingt. Wohl aber wäre es uns willkommen, wenn Anfragende unsere Arbeiten auch dadurch unterstützten, daß sie uns das Porto für die Rückantwort beilegten. Das bedeutet für den einzelnen ein geringes Opfer, das er auch einem gemeinnützigen Institute nicht verübeln wird, und bedeutet für uns die Möglichkeit, viele Tausende von Mark an andern Stellen des Instituts, wo sie dringend gebraucht werden, zu verwenden und sie zum weiteren Ausbau unserer Instituseinrichtungen zu benutzen. Jeder, der also dieser unserer Bitte entspricht, nützt damit zu einem kleinen und für ihn selbst kaum ins Gewicht fallenden Teile der Sache, der wir dienen.

Der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland Instituts liegen stets Angebote seiner Mitglieder auf Vermittlung von Warenlieferungen aus dem Auslande, sowie zahlreiche Bewerbungen von Auslanddeutschen, die über reiche Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, um Stellungen sowohl im Inlande als im Auslande vor. Wir bitten unsere Leser, im Bedarfsfalle mit uns in Verbindung zu treten, damit wir ihnen Unterlagen zur Verfügung stellen können.

Wir verzeichnen heute folgende Angebote:

Seit 30 Jahre in Mexiko ansässige Firma will in Verbindung treten mit deutschen Import- und Exportfirmen. Adresse ist bei der Auskunft- und Vermittlungsstelle des Deutschen Ausland Instituts zu erfragen.

Eines unserer Mitglieder sucht für eine bedeutende New Yorker Importfirma einige neue, wenn möglich patentierte oder geschützte Sachen der Spielwaren- und Luxusartikelbranche zur Einfuhr in großen Mengen nach den Vereinigten Staaten.

Angebote erbitten wir zur gefl. Weitergabe an uns.

Seit 18 Jahren in Italien ansässiger Fachmann sucht Vertretungen deutscher Firmen für alle in das graphische Fach einschlagende Maschinen, Werkzeuge, Gebrauchsartikel, Farben usw. Angebote wollen uns zur Weitergabe eingesandt werden.

Fabrik landwirtschaftlicher Spezialmaschinen sucht tüchtigen Vertreter in A. B. C.-Staaten, Italien, Spanien usw.

Gefl. Bewerbungen zur Weitergabe an das Deutsche Ausland Institut erbeten.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart.

Abschluß der Arbeiten für diese Nummer am 10. Dezember 1919.
Einsendungen werden erbeten an das Deutsche Ausland Institut Stuttgart, Neues Schloß, Nordflügel, Schriftleitung der Zeitschriften.

Bankkonto bei der Württemb. Hofbank, Stuttgart. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 7690. — Druck der Tagblatt-Buchdruckerei Stuttgart.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 045395933

Digitized by Google